HXI
N89

Library of
Princeton University.

Dei Sub Numine Viget

Germanic
Seminary.

Presented by
The Class of 1891.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel,
Paul Lafargue, Fr. Mehring u. A.
redigiert von Karl Kautsky

Sechsundzwanzigster Jahrgang * Erster Band

Stuttgart 1908
Verlag und Druck von Paul Singer

Digitized by Google

(RECAP)
Hxl.
A39
26. Jahr.
Bd. 1
(1927/28)
Printed in Germany

Inhalts-Verzeichnis.

(A. bedeutet Artikel, F. Feuilleton, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Argentinien.

2. Bulgarien.

3. Deutschland.

4. Frankreich.

5. Großbritannien.

507185

6. Italien.

7. Niederlande.

8. Oesterreich-Ungarn.

9. Rumänien.

10. Rußland.

11. Schweden.

12. Schweiz.

13. Vereinigte Staaten.

14. China.

II. Sozialpolitisches.

1. Agrarisches.

2. Alkoholfrage.

3. Arbeitgeberorganisation.

4. Arbeiterschutz.

5. Arbeiterverhältnisse.

Digitized by Google

Digitized by Google

17. Schule.

18. Streik.

19. Wertzuwachssteuer.

III. Sozialismus, Sozialphilosophie und politische Ökonomie.

(Siehe auch I. und VI.)

1. Allgemeines.

2. Geschichte des Sozialismus.

3. Philosophie.

4. Politische Oekonomie.

5. Wirtschaftliche Rundschau.

IV. Kunst und Literatur.

V. Naturwissenschaft, Hygiene und Technik.

VI. Geschichte, Urgeschichte und Ethnologie.

VII. Zeitschriftenschau.

Ergänzungshefte.

Heft 1.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)

Die Neue Zeit

Nr. 1 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Julius Motteler zum Gedächtnis.

Die Geschichte aller politischen Parteien besteht nicht nur aus den großen Zusammenhängen, aus dem historischen und ökonomischen Material der Zeit, aus seiner systematischen Erforschung und einheitlichen Darstellung nach Ursache und Wirkung, diese Geschichte, im weniger wissenschaftlichen Sinne genommen, besteht auch in jenen zahllosen Einzelheiten persönlichster Natur, die die Zeiten nicht überdauern können und doch in jeder Zeit selbst zu einer Notwendigkeit werden. Und keine Partei hat eine solche Fülle persönlichster Einzelheiten, persönlicher Opfer und in der Flut der Zeit versinkender Ereignisse in ihrer Geschichte aufzuweisen, wie die Sozialdemokratie. Keine Partei aber hat auch so wenig Muße, diese persönlichen Ursachen und Wirkungen voll zu würdigen wie wir, denn im Kampfe schweigt das Lob des einzelnen, und der einzelne, selbst tief durchdrungen von dieser geschichtlichen Notwendigkeit, fühlt sich immer nur im Ringen und Streiten als dienendes Glied des Ganzen. So gibt denn meist nur der Abschluß eines reich und tief bewegten Lebens den Anlaß, uns in das Persönliche unserer großen Vorkämpfer zu versenken und es als Muster über die verschlingenden Wellen der Geschichte emporzuheben, als Muster, das nach des Dichters Worten Nacheiferung weckt und dem Urteil höhere Gesetze gibt.

Solch ein Muster persönlichen und parteigenössischen Wirkens von ganz seltener Art war unser jetzt abberufener Freund.

Wer **Julius Motteler** aber erst in den letzten Jahren traf, bekam von seines Wesens Kern nur noch einen schwachen Abglanz zu fühlen. Nach dem Urteil aller, die seinen Lebensweg länger begleiten konnten, entfalteten sich die starken Wurzeln seiner Kraft am mächtigsten in seiner Züricher Zeit; vorher, in seiner sächsischen politischen Wirkungszeit, war er von einer jugendlichen, übersprudelnden Elastizität, nachher

von einer langsam ermattenden und n[illegible]ch im engsten Kreise und in der engsten Arbeit vollwertigen Kraft. A[illegible]n allen Phasen seiner Wirksamkeit strahlte gleich hell und erwärmend sein[illegible]ersönlichkeit.

Man kann sie schwer vergleichen und [illegible]. Fernstehenden deshalb immer nur ein unvollkommenes Bild geben. Was an Motteler zuerst auffiel, was auf Freund und Feind der Partei eine so überwältigende Wirkung hatte, das war das vollständige Aufgehen der Person in die Sache, das war die stolze Wahrhaftigkeit, die ihm in allen Urteilen, in allen Maßnahmen zu einer so imponierenden Wirkung verhalf. Dabei war er seiner Natur nach gar nicht in erster Linie von politischer Veranlagung; in der ganzen Art, sich zu geben, lag weit mehr als vorherrschende Begabung etwas Künstlerisches. Auch in seinen persönlichen Bewegungen, in seinen Verkehrsformen überwog eine starke ästhetische Ader. Wenn er aber die politische Arena betrat, spannte sich jede Muskel, jeder Nerv, und das wundervolle klare Auge konnte bis in sein hohes Alter hinauf blitzen in jugendlichem Feuer. Wehe, wen sein Zorn traf! Es waren dann nicht bloß die sachlichen Gründe, die logische Schärfe, es war wieder die ganze starke wahrhaftige Persönlichkeit, die zuerst den Gegner niederstreckte. Wer ihn in solcher Kampfwirkung den armseligen, bis ins innerste Mark verfaulten Spitzeln gegenübertreten sah, empfand unmittelbar jene dichterische Prophezeiung von dem Feuer, das zerstörend Neues schafft und die Atmosphäre segnend reinigt. Er hatte tatsächlich auch etwas in sich von dem heiligen Feuer der Propheten einer neuen Zeit und höher gesitteter Menschen. Wenn er in diesem prophetischen Eifer sprach, dann kam er auch selbst immer wieder auf die Notwendigkeit der Entwicklung der Persönlichkeit zurück, und das Ideal des Kommunismus war für ihn ebenso ein ökonomisches, als Voraussetzung, wie auch ein ethisches, als Wirkung.

Und was an ihm lag, so hat er zeit seines Lebens ein gut Teil seines kommunistischen Ideals über alle kapitalistischen Grenzen hinweg verwirklicht. Seine und seiner Gattin persönliche Opferwilligkeit haben niemals Grenzen gekannt. Mit wie vielen Gleichgesinnten haben sie in Wirklichkeit im Exil „geteilt", wie vielen Verfolgten geholfen, die auf ganz anderem politischen Boden standen! Ich habe es selbst und oft in London erlebt, wie er in den Kämpfen innerhalb des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins die anarchistischen Sprengkolonnen bis aufs Blut bekämpft hatte, um dann ein paar Stunden später von denselben Widersachern aus der kargen Ruhe gestört zu werden, ihnen im Dunkel der Nacht Rat und Hilfe vor den Londoner Polizeihunden zu gewähren. Mehr als einer solcher seiner politischen Feinde verdankt ihm Leben und Freiheit.

Es ist deshalb auch kein irgendwie übertriebenes Lob, sondern eine einfache Anerkennung des Tatsächlichen, wenn mir Bebel anläßlich der Rückkehr Mottelers nach Deutschland 1901 schrieb: „Motteler ist eine der aufopferndsten und edelst angelegten Naturen, die ich kenne, selbstlos bis zum äußersten." Und wenn einer ihn kannte, so Bebel, der in ihm den ältesten Freund in der Partei hatte, ja der es nicht zum wenigsten auch gerade Motteler verdankte, daß er selbst den Schritt von der Sächsischen Volkspartei zum Sozialismus so sicher

und so zielklar machen konnte. Dies ist vielleicht das größte Verdienst Mottelers um die Partei, wenigstens hat er selbst es oft und gern so aufgefaßt.

Seine Opferwilligkeit paarte sich mit einer unvergleichlichen Selbstlosigkeit und Bescheidenheit. Gewiß hat er die großen Erfolge in der Verbreitung des Züricher und Londoner „Sozialdemokrat" der kongenialen Hilfe Tausender und aber Tausender unbeugsamer Proletarier zu verdanken, die nicht weniger wie er ihr alles aufs Spiel setzten, wo es einen Dienst der Partei galt. Aber die zentrale Leitung aller Fäden, die geniale Konzeption der umfassenden Pläne war im wesentlichen Mottelers eigenstes Verdienst. Und als ihm der Spitzel Friedemann, den er später selbst entlarvte, den Beinamen des „roten Postmeisters" gab, erfaßte dieser die historische Situation insofern ganz richtig, als er den Ton auf die letzten Silben, auf das Wort Meister, gelegt wissen wollte. Aber der Meister hat sich nie als solcher im äußerlichen gebärdet, er bedurfte der Gebärde auch nicht, da er in Person und Sache ohne sie zur Wirkung kam, wo immer er nur wollte. Er selbst hat sich stets nur als Gleicher unter Gleichen gefühlt, ja wenn einer die Dienste anderer anerkannte und gern höher wie die eigenen bewertete, so Motteler. Das klassischste Beispiel hiefür ist jener schöne Gruß in dichterischer Form, den er seinen ungenannten Helfern in der letzten Nummer des „Sozialdemokrat" widmete. Hier schildert er, wie das Blatt in Form und Inhalt entstand und zur Versendung vorbereitet wurde, wie es dann hinausgeht und nun von den Tausenden ungenannten Händen unter tausenderlei Gefahren ans Ziel gebracht wird:

„Und tausend treu-erfüllte Herzen pressen
Verjüngt das Blut zum arbeitsmüden Hirn,
Not und Gefahr begeistrungsvoll *vergessen*,
Und — *daß kein Kranz je schmückt die schlichte Stirn.*
Wohlan, was auch die besten unsrer Meister
Zur Lehr' und Wehr dem Volke ausgedacht,
Was die vertriebenen, stillen Arbeitsgeister
An fremdem Port gerüstet und vollbracht —
Ihr wart's, ihr selbstlos mut'gen Ungenannten,
Die unser *Sturmzeug* durch die Grenzen trugt,
Ihr, die daheim, bedroht von Büttelbanden,
Straßauf straßab mit ihm die Schlachten schlugt.
Euch gilt der Gruß, der letzte — *freudenhelle!*
Trag' ihn der Sturm, der heut die Welt durchbraust,
Zu den ‚Verlornen' in die Kerkerzelle,
Zum Friedhof, wo *die Unsern* eingellaust.
Und nun, geschieden sei's mit *froher* Weise,
Das Posthorn her und blast in Reih und Glied:
Der roten Feldpost Glück zur letzten Reise
Und ihren Reitern dieses Abschiedslied."

Dann hat er noch über ein Jahrzehnt im Londoner Exil bleiben müssen und hier wie bis zum letzten arbeitsfähigen Augenblick in Leipzig seine besondere Mühe weiter darauf verwandt, alles, was nur auf die Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Bezug hatte, zu sammeln und zu ordnen. Diese archivalischen Arbeiten wurden ihm freilich oft so sehr Selbstzweck, machten ihm an sich so viel rein ästhetische Freude, daß sich vieles in

Digitized by Google

seinen überreichen Sammlungen befindet, dessen wirklicher historischer Wert in keinem Verhältnis zu den Opfern steht, mit denen er es erwarb. Aber für ihn mußte auch das vielleicht recht unwesentliche Stück einen so großen Wert behalten, weil alles, was er zusammenbrachte, in eine so persönliche Beziehung zu ihm trat, weil er jedes Stückchen einzeln bearbeitete, mit Randglossen und auch wohl mit schönen Randzeichnungen versah, wo es dem Inhalt entsprach, so daß schließlich jedes einzelne kleinste Stücklein ein Teil seines Selbst wurde. Er hat seinen Sammlungen Jahrzehnte hindurch seine Nächte geopfert, und auch seine beste letzte Kraft steckt in dem, was er nun der Partei hinterlassen hat. Sein Lebensweg, den die Tagespresse der Partei in diesen Tagen chronistisch so vielfältig wiedergegeben hat, war ein Weg der Mühe und der Arbeit für andere; vom ersten bis zum letzten Schritte in der Partei hat er nichts für sich erworben; alles, was er von ihr bekam, hat er immer nur als eine Gabe angesehen, die er restlos wieder im Interesse der Partei verwenden wollte.

Und als wir ihn am 2. Oktober auf dem Südfriedhof in Leipzig im Schatten des werdenden Völkerschlachtdenkmals zur letzten Ruhe betteten, da fühlte jeder, und wer zu Worte kam, sprach es auch aus, daß wir nicht nur einen der besten und bewährtesten Parteigenossen zu Grabe trugen, sondern auch einen der besten und treubewährtesten Menschen. So wird er im Gedächtnis aller, die ihn kannten, aller, die ihm nahe standen, fortleben, und späteren Geschlechtern soll er ein leuchtendes Vorbild sein der Treue zur Partei, der Treue aber auch von Mensch zu Mensch. M. G.

Ein Vierteljahrhundert.

Es war bisher unsere Sitte, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt dem Geburtstag unseres Blattes einige Gedenkworte zu widmen, und so mag es allzu üppig erscheinen, wenn wir auch in der Nummer, mit der die „Neue Zeit“ ihr zweites Vierteljahrhundert beginnt, einen Blick in die Vergangenheit und einen Blick in die Zukunft werfen. Aber da in der Tagespresse der Partei dieses Jubiläums freundlich gedacht worden ist, so würde es als falsche Bescheidenheit erscheinen, wenn wir schweigend daran vorübergingen und nicht auch ein Wort übrig hätten für das, was nicht unser Verdienst und Werk, sondern das Verdienst und Werk der gesamten Partei ist.

Als die erste Nummer der „Neuen Zeit“ erschien, haben vielleicht selbst die kühnsten Optimisten nicht gehofft, daß sie fünfundzwanzig Jahre alt werden würde. Zwar war der ärgste Bann des Sozialistengesetzes schon gebrochen; seit den Reichstagswahlen von 1881 wußte das klassenbewußte Proletariat in Deutschland, daß alle List und alle Macht der herrschenden Klassen nicht ausreiche, seinen Vorwärtsmarsch zu hemmen. Aber noch hing das Damoklesschwert des Sozialistengesetzes über ihm, und der geringste Zufall, die beiläufige Laune eines beliebigen Polizeipaschas konnte den Lebensfaden der neuen Monatsschrift zerschneiden, kaum daß er angesponnen war. Nahezu acht Jahre, vom Januar 1883 bis zum September 1890, hat sie mit vorsichtigem Tappen ihren Weg suchen müssen, und dennoch hat sie in dieser Zeit bereits ein wichtiges Stück Aufklärungsarbeit geleistet, ein wichtigeres Stück vielleicht,

Digitized by Google

als ihr zu leisten in der doppelt so langen Zeit beschieden gewesen ist, die sie als Wochenschrift kämpfend erlebt hat.

Sie wurde das wichtigste Werkzeug der wissenschaftlichen Sammlung, in der die Partei ihre Kraft zusammenfaßte, als die ärgsten Schrecken des Sozialistengesetzes gekehrt waren. In dem raschen Aufblühen der Arbeiterbewegung, das dem Gothaer Vereinigungskongreß folgte, war die Praxis der Theorie weit vorangeeilt oder, wie man vielleicht noch richtiger sagt, war die Theorie bedenklich ins Hintertreffen geraten. Zwar waren schon vor Erlaß des Ausnahmegesetzes eine oder selbst zwei wissenschaftliche Organe der Partei gegründet worden, die Halbmonatsschrift „Zukunft" in Berlin und die Monatsschrift „Neue Gesellschaft" in Zürich, aber sie zeigten nur erst, wie arg noch die theoretische Verwirrung war. Man lese nur den programmatischen Einführungsartikel der „Zukunft", der sich ganz in dem schöngeistig-philosophischen Gedankenkreis bewegte, den Marx und Engels schon dreißig Jahre früher siegreich niedergekämpft hatten. Nicht besser oder womöglich noch schlimmer stand es um die „Neue Gesellschaft", in der kunterbunt durcheinander aller mögliche Sozialismus verzapft wurde. Dabei waren die schlechten Musikanten vielfach die bravsten Leute von der Welt; an Opferfähigkeit und Uneigennützigkeit für die Sache der Arbeiterklasse konnte Höchberg, der Herausgeber der „Zukunft", nicht leicht übertroffen werden.

Eine entscheidende Wendung zum Besseren trat freilich auch schon vor Erlaß des Sozialistengesetzes ein: die Schrift, die Engels gegen Dühring veröffentlichte. Sie war nicht gegen Dühring allein gerichtet, wie ihre Vorrede deutlich genug erkennen ließ, und die unwirsche Aufnahme, die sie bei einzelnen damaligen Wortführern der Partei fand, zeigte genugsam, daß sich mancher durch sie getroffen fühlte, den sie gar nicht nannte. Es war hier und da nicht übel Lust vorhanden, ein Ketzergericht über sie abzuhalten, ihr die Spalten des offiziellen Parteiblatts zu verschließen, ganz zu geschweigen des „guten Tones", der gegen sie mobil gemacht wurde. Heute ist schwer zu sagen, wie langsam oder wie schnell sie unter gewöhnlichen Umständen ihren Weg gemacht haben würde; vorläufig wurde sie bald nach ihrem Erscheinen unter der Sturzwelle des Sozialistengesetzes begraben.

Noch in den ersten Jahren oder wenigstens im ersten Jahre der Knebelakte machte sich die theoretische Unsicherheit geltend, und vielleicht, wenn Bismarck sich nicht mit der ganzen Beschränktheit des ostelbischen Junkers auf die geknebelte Arbeiterklasse gestürzt hätte, wenn er so falsch gewesen wäre, wie er brutal war, so hätte er vielleicht einige trügerische Scheinerfolge davontragen können. Niemals hat sich ein schmählicher Wortbruch so gründlich und so schnell gerächt wie die Perfidie, womit er die Versprechungen brach, die er selbst dem unter dem weißen Schrecken der Attentate gewählten Reichstag hatte geben müssen, um ihm das Schandgesetz zu entreißen. Als ihm dann nach den Wahlen von 1881 endlich die Augen aufgingen, als er mit der „milden Praxis" begann und der „weltgeschichtlichen" Luftspiegelung der monarchischen Sozialreform, da war es zu spät. Und daß es zu spät sei, verriet nicht zuletzt die Tatsache, daß sich die verfolgte Partei ein wissenschaftliches Organ gründete, um in allem Sturm und Drang des aufreibenden Tageskampfes immer eingedenk zu sein der hohen Ziele, die dem Proletariat die Wege weisen, wie die Sterne dem Wanderer, der durch finstere Nacht dem Morgenrot entgegenschreitet.

Digitized by Google

Die erste große Auseinandersetzung der „Neuen Zeit“ war die erschöpfende Kritik desjenigen Sozialisten, dessen Namen damals am meisten mißbraucht wurde, die Massen des Volkes zu betören. Rodbertus selbst, hätte er noch sprechen können, wäre gewiß angewidert worden von dem Humbug, der mit seinem Namen getrieben wurde. In seiner Art war er ein ehrlicher Mann und meinte es ehrlich mit der Arbeiterklasse, eben in seiner Art. Er hätte wohl ein besseres Schicksal verdient, als so gänzlich vergessen und verschollen zu sein, wie er heute ist. Er hat es bitter, allzu bitter gebüßt, daß sich die herrschenden Klassen, die, solange er lebte, nicht viel von ihm wissen wollten, ihn als toten Cid auf ihren lahmen Gaul erhoben. Aber im Kampfe um der Menschheit große Gegenstände gilt keine sorgsam abwägende Gerechtigkeit, und wer nur immer über das Recht grübelt, das der Gegner haben mag oder auch wirklich hat, bringt die Sache, die er verficht, nicht um einen Strohhalm weiter.

Auch in ihren späteren Kämpfen, die zahlreicher sind als ihre Bände, und zahlreicher fast als ihre Hefte, ist der „Neuen Zeit“ oft zum Vorwurf gemacht worden, zu dogmatisch, zu einseitig, zu rücksichtslos, zu verbissen zu sein. Indessen sie hat sich darin nur das Vorbild des Mannes genommen, dessen Todesjahr ihr Geburtsjahr war, bei dessen Namen sie am häufigsten gerufen wird und sich auch am liebsten gerufen hört. Die marxistische Methode ist immer ihre liebste und immer auch ihr schärfste Waffe gewesen, und wer einigermaßen billig zu urteilen weiß, wird ihr heute, nach fünfundzwanzig Jahren ihres Lebens, vielleicht zugestehen, daß sie nicht nur klüger gehandelt, sondern auch dem Interesse der Arbeiterklasse ungleich mehr gedient hat, indem sie auf den Grundlagen weiter baute, die von Karl Marx gelegt worden sind, als wenn sie in dem glänzendsten Feuerwerk aller möglichen sozialistischen Gedanken und Systeme gestrahlt hätte.

Überflüssig, sie dagegen zu verteidigen, daß sie je auf die Worte des Meisters geschworen hätte. Gewiß stehen wir heute dem Lebenswerk von Marx und Engels freier gegenüber als vor fünfundzwanzig Jahren; gewiß geben wir heute mehr von den Resultaten preis, die sie gewonnen hatten, als zur Zeit, wo Marx eben gestorben war und Engels noch in voller Frische schuf. Aber darum handelt es sich überhaupt nicht. Unsertwegen mag, wer es beweisen kann, die zahllosesten Irrtümer in den Schriften von Marx und Engels nachweisen, aber was wir nicht antasten lassen, was wir verteidigen, was wir in dieser Wochenschrift immer lebendig zu erhalten suchen, das ist ihre wissenschaftliche Methode.

Und ein wenig Anteil daran, daß diese Methode seit einem Vierteljahrhundert sich immer breitere, immer tiefere Bahn gebrochen hat, darf sich vielleicht auch die „Neue Zeit“ zuschreiben. Zum wenigsten würde sie sich keinen besseren Glückwunsch zu ihrem Jubiläum wünschen, als die Anerkennung dieser Tatsache. Kein irgend bedeutendes, historisches oder ökonomisches Werk, das sich nur irgend über den Horizont des landläufigen Universitätsbibliothekenfutters erhebt, ohne mehr oder minder tiefe Spuren der Forschungsmethode, die Marx und Engels begründet haben. Und nichts komischer als die Versuche ihrer Verfasser, mit dem Munde das „Brandmal“ zu leugnen, das sie vor allem Volke auf der Stirne tragen.

Aber freilich, mit reiner Genugtuung dürfen wir diese Fortschritte der Sache, die wir vertreten, keineswegs betrachten. Die Barbaren bleiben Barbaren,

auch wenn sie mit Flinten und Kanonen zu schießen beginnen, aber sie werden gefährlicher, als sie waren zur Zeit, wo sie noch mit Bogen und Pfeil schossen. Es ist nicht ohne tieferen Grund, wenn sich überall in der Arbeiterbewegung das Bestreben geltend macht, aus reicheren und tieferen Quellen des Wissens zu schöpfen; die Gegner haben gelernt, soweit ihre Klassenlage ihnen noch zu lernen gestattet, die wachsende Gefahr hat ihre Chics geschärft, und die Partei hat dringenderen Anlaß als jemals früher, dafür zu sorgen, daß sie der bürgerlichen Welt geistig überlegen bleibe.

Es ist wieder eine Periode wissenschaftlicher Sammlung, wie jene, wo die „Neue Zeit" zuerst erschien, und so möge sie mit den größeren Aufgaben wachsen, die ihr in ihrem zweiten Vierteljahrhundert gestellt sein werden.

Über den Marxismus in Rußland.

(Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der „Neuen Zeit".)

Von **Trotzky.**

Die russische Sozialdemokratie ist erst seit wenigen Jahren aktiv in das politische Leben eingetreten. Aber sie hat eine lange ideologische Vorgeschichte. Sind es doch bald fünfundzwanzig Jahre, seit die Gruppe Axelrod-Deutsch-Sassulitsch-Plechanoff entstanden ist. Die russische Partei ist also eine Altersgenossin der „Neuen Zeit".

Der häufigste Vorwurf, den man der russischen Partei seit dem Tage ihrer Entstehung gemacht hat, ist der, daß sie das russische Leben durch die deutsche Brille ansähe. Die sogenannte russisch-bodenständige Philosophie hatte schon lange das höhnende Wort gefunden: Was dem Deutschen gesund, ist für den Russen der Tod. Den Grund für diesen Vorwurf bildet die Tatsache des tiefen Einflusses der deutschen Sozialdemokratie auf die russische Partei. Aber gerade dieser Einfluß war nur dadurch ermöglicht, daß die deutschen Gläser nach den Gesetzen der internationalen Optik des Klassenkampfes konstruiert sind; das hat aber nicht gehindert, daß diese Gläser ein ausgezeichnetes Werkzeug bei der Erforschung der kleinsten und nichtigsten Insekten sind, die auf dem echt deutschen Boden erwuchsen.

Eines der stärksten Organe des Einflusses der deutschen Partei auf die russische Sozialdemokratie war die „Neue Zeit".

Wenn die herrschenden Gewalten Deutschlands ein Gefühl für nationale Ehre zu empfinden fähig wären, müßten sie auf diesen ausgedehnten Einfluß stolz sein. Wie elend selbst in rein quantitativer Beziehung erscheint die gesamte Arbeit der Hakatisten für den Anschluß der slawischen Gebiete an die „deutsche Kultur" im Vergleich mit dem, was in dieser Sphäre allein die „Neue Zeit" leistet!

In diesen flüchtigen Zeilen beabsichtige ich nicht die Geschichte der Einwirkung der deutschen Partei auf die russische zu geben. Ich beschränke mich darauf, ein kritisches Moment dieser Beziehungen hervorzuheben — die Zeit, die der revolutionären Periode der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unmittelbar vorherging.

Der Marxismus spielte in Rußland eine ganz eigenartige Rolle. Der Grund liegt darin, daß wir ein Volk ohne Traditionen sind.

Wie der Kapitalismus bei uns kein zünftlerisch organisiertes Handwerk fand, sondern nur die primitive ländliche Hausindustrie, so traf auch bei uns auf dem Gebiet der Ideen der Marxismus keine Überlieferungen der kleinbürgerlichen Demokratie an, wenn man von dem entarteten Volkstümlertum absieht. Noch mehr. Wie erst die kapitalistischen Unternehmungen bei uns viele Zweige des Handwerkes und des Kleinhandels hervorriefen, so wurde auch der Marxismus zum Werkzeug der politischen Selbstbesinnung der kleinbürgerlichen Intelligenz.

Unter den sich durchkreuzenden Einflüssen unserer historischen Rückständigkeit und der Zersetzung der Demokratie im Westen wurde unsere Intelligenz im Geiste der nackten Verneinung der kapitalistischen Kultur erzogen. In ihrer Seele lebte immer Bakunin, einer der russischen Optimisten, über die Marx einmal gesagt hatte, sie greifen die westliche Zivilisation an, um die eigene Barbarei zu beschönigen.

Aber der Kapitalismus absorbierte allmählich im Gange seiner Entwicklung die ihn verneinende Intelligenz für seine Bedürfnisse. Je weiter er fortschritt, einen desto schärferen Widerspruch schuf er zwischen ihrer objektiven Rolle und jenen Vorurteilen, die sie für ihre Weltanschauung hielt. Die ideologische Liquidation wurde unvermeidlich. Als ihr Werkzeug diente — der Marxismus.

Der vulgäre kapitalistische Liberalismus etwa nach der Art Eugen Richters war als Mittel der Befreiung unserer vorrevolutionären Intelligenz von den Illusionen ihrer messianischen Bodenständigkeit durchaus unbrauchbar: dafür roch er viel zu offenkundig nach dem Kontorbuch und nach der Geldkasse. Man bedurfte zu diesem Zwecke des Schleiers der Ideologie, der ethisch-ästhetischen Umhüllung, der hinreißenden Perspektiven nicht nur der Wahrheit, sondern auch der Dichtung — einer goldenen Brücke für den Rücktritt in das Reich des Kapitals. Und — sonderbar! — das alles gab der Marxismus.

Er ging von der Kritik des „Narodnitschestwo" als einer reaktionären Romantik aus, stellte die Notwendigkeit und den geschichtlichen Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung fest und erwies die Unvermeidlichkeit des Ersatzes des Kapitalismus durch den Sozialismus. Das war im höchsten Grade annehmbar: der Kapitalismus im Vordergrund und der Kommunismus in der blauen Ferne! Es klingt paradox, aber es trifft vollkommen zu, daß die literarische Blüte des Marxismus von der Mitte der neunziger Jahre an die freudige Versöhnung des Gewissens einer breiten gebildeten Schicht mit der Rolle der intellektuellen Sklaven des Kapitals bedeutete.

Aber dieses brauchte nicht nur „geistige", sondern auch „Hand"arbeiter. Der eigentliche, nicht verfälschte Marxismus fand sein Publikum in den Fabriken und in den Werkstätten. Während in den „marxistischen" Zeitschriften ein verzweifelter Streit geführt wurde, der sich ausschließlich auf ein scholastisches Kommentieren des „Kapital" gründete, ob wir die auswärtigen Märkte entbehren können oder nicht, wurde in den Arbeitervierteln eine intensive Agitation getrieben. Je enger aber der Marxismus sich mit dem Kampfe der Arbeitermassen vereinigte, desto unbequemer und bedrückender wurde er als Galatracht der Intelligenz. Mit dem Kapitalismus hatte sie sich versöhnt als mit der Wirklichkeit. Mit dem Sozialismus — als mit einem Ideal. Nur mit einer Kleinigkeit wollte und konnte sie sich nicht versöhnen: mit der lebendigen Praxis des Klassenkampfes.

Der deutsche Revisionismus kam der russischen Intelligenz zu Hilfe, um sie von den spanischen Stiefeln der „deutschen Dogmen" zu befreien. Alle die Klauseln, Beschränkungen, Zweifel, Bedenken, alles Kopfschütteln und Achselzucken, worin der wissenschaftliche Kern der rein negativen Theorie der sogenannten kritischen Sozialisten besteht, fanden unverzüglich in Rußland ihre Übersetzer, ihre Apostel, ihre Ausleger, Zusammenstoppler und Schüler. Das Buch von Bernstein ward für sie ein Ereignis. Sie atmeten erleichtert auf und erklärten feierlich, sie wären Bernsteinianer noch vor dem kritischen Auftreten Bernsteins gewesen.

Der russische und der deutsche Revisionismus sind aber zwei verschiedene Erscheinungen.

Der deutsche entstand auf dem Boden eines weit entwickelten Klassenkampfes. Alles, was für die „Kritiker" in Deutschland objektiv möglich und subjektiv wünschbar war, ging dahin, die Spitzen der Theorie abzubrechen oder auch nur abzustumpfen, um für ihr eklektisches Gewissen das Teilnehmen an den weiteren Tagesarbeiten bequemer zu machen. Eine Art Versöhnung mit dem bürgerlichen Lager wurde für sie durch die ganze politische Geschichte Deutschlands von Lassalles Auftreten an unmöglich gemacht. Deshalb erhielt ihr so viel reklamierter Realismus seinen vollkommen platonischen Charakter.

Ganz anders sah es bei uns aus. Mit dem Proletariat war die Mehrheit der marxistischen Intelligenz nur ideologisch verbunden. Sie brauchte den Revisionismus nicht dazu, um dem Proletariat in seiner Praxis weiter nachzuhinken, sondern um sich von ihm theoretisch abzutrennen. Wie ein Gefangener auf der Flucht den Stein zur Seite schleudert, mit dem er seine Ketten zerbrach, so warf auch die russische Intelligenz in die Rumpelkammer jene revisionistischen Büchlein, welche sie aufgemuntert hatten, die Nabelschnur des Marxismus zu zerreißen. Nicht einen Sozialismus, der an sich selbst zweifelt, brauchte sie, sondern einen Liberalismus, der überhaupt keinen Zweifel kannte. Nicht eine kritische Kritik, sondern ein positives System. Etwas Imperatives um jeden Preis! Über Bernstein hinweg ging sie zu Kant, zu Renan, zu Nietzsche, zu Christus und sogar zu Herrn Professor Stammler. Man kann sagen, daß es ihrer Seele während eines oder zweier Jahre gelungen ist, in allen ideologischen Schlupfwinkeln der Weltgeschichte zu übernachten. Aber ach! sie fand kein positives System. Zu spät ist sie auf die Welt gekommen. Und der Marxismus, von dem sie ein wenig genippt hatte, hat ihr die Lust am Leben vergiftet. Bis heute irrt sie blasiert umher, kritisiert mit verächtlicher Miene nach links, kritisiert nach rechts, ohne zu wissen, wo sie ihren Platz finden soll. Ein armseliges, bedauernswertes Dasein!

Schon zu Ende der neunziger Jahre klärte sich die Lage in dem Sinne, daß der „kritische" Sozialismus, dessen Zweige sich mit den Wurzeln des Liberalismus verflochten hatten, fast die gesamte oppositionelle Presse beherrschte und sie zum Werkzeug der Bekämpfung der jungen Sozialdemokratie machte. Von ihrer Heimat verjagt, in ihrer Mehrheit noch Jünglinge, konnten die russischen Marxisten nicht genügend ausgerüstet sein, um mit einem Schlage jeden Hieb des Gegners abzuwehren, der über formelle Gewandtheit, Muße und eine volle Kollektion der europäischen Widerlegungen des Marxismus verfügte. Tiefer als je bekamen damals die russischen Sozialdemokraten ihre Verbindung mit dem revolutionären Deutschland zu fühlen, wo zu jener Zeit der große Kampf um die Frage: Sozialismus oder Reformismus? ausgefochten wurde.

Unmittelbar hatte dieser Kampf für uns, wie ich eben zu zeigen bemüht war, wohl noch eine größere Bedeutung als für die deutschen Genossen. Unter seiner theoretischen Form entfaltete sich bei uns der Streit zwischen der Sozialdemokratie im Werden und dem Liberalismus zur Zeit seines Zahnens um das historische Eigentumsrecht auf die revolutionäre Intelligenz und durch ihre Vermittlung auf die Arbeitermassen. Wenn unsere Partei einen guten Teil der revolutionären Intelligenz der bürgerlichen Gesellschaft abgewann und sie in den Dienst des revolutionären Sozialismus stellen konnte, so sind wir dafür im höchsten Maße jenem Gedankenfeldzug zu Dank verpflichtet, in dessen Zentrum die „Neue Zeit“ gestanden ist. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die Resolution von Dresden für uns eine Befestigung unseres Rechtes auf historisches Dasein bedeutete.

Dann kam die Revolution. Sie gab dem Formierungsprozeß der politischen Parteien das fieberhafte Tempo. Binnen zwei Jahren grub sie einen Abgrund zwischen dem Liberalismus und der Arbeiterpartei. Und gerade deshalb, weil die historische Rolle des Revisionismus als des Pflegevaters der Kadettenpartei bei allen im Gedächtnis lebt, ist in Rußland für den Revisionismus der Zutritt zu den Reihen der sozialdemokratischen Partei für absehbare Zukunft gesperrt.

Die aus diesen Verhältnissen erwachsene Herrschaft des Marxismus über das kollektive Denken der Partei verspricht der russischen Sozialdemokratie zum größten Vorteil zu gereichen. Zwar kann der Marxismus den Mangel an politischer Erfahrung nicht ersetzen. Die objektiven Widersprüche, die aus der Praxis emporwachsen, kann man nicht ideologisch hinwegspekulieren. Man muß sie praktisch erleben und auskämpfen. Aber jeder neue Tag der revolutionären Geschichte, die wir durchmachen, erfüllt die „Formeln“ des Marxismus mit Fleisch und Blut. Zu der objektiven Einheit des Klassenkampfes, auf dem die Partei beruht, hat sie die Einheit der Methode sich erworben.

Und noch ein Wort des Dankes an die „Neue Zeit“.

Noch vor dem Ausbruch der russischen Revolution, als viele europäische Genossen aus Gründen, die sehr erklärlich sind, uns, die russischen Sozialisten, nicht ernst nehmen wollten, da war die „Neue Zeit“ die unermüdliche Vertreterin der Interessen der russischen Revolution vor dem Forum des europäischen Sozialismus. Während der Revolution war sie mit uns und für uns nicht nur in den Zeiten unserer Erfolge. In den schwierigsten Momenten der Niederlagen, als die unzähligen Raisonneure uns ihre Zahnschmerzenpredigten in die Ohren flüsterten; als das liberale Gesindel mit dem Starrsinn des Spechtes wiederholte, daß wir nichts Gemeinsames mit der vernünftigen, legalen, ehrenwerten, gemäßigten Taktik der sozialistischen Parteien Europas hätten; als die reaktionäre Presse mit der gut bezahlten Kraft ihrer Lungen brüllte, daß wir nichts als Anarchisten seien, die den redlichen deutschen sozialdemokratischen Waffenrock um ihre verbrecherischen Schultern gehängt hätten, da konnten wir immer mit vollster Gewißheit jedes neue Heft der „Neuen Zeit“ aufschlagen und von ihren Blättern unseren Gegnern und Feinden das stolze Wort ins Gesicht schleudern:

Mit dem internationalen Sozialismus sind wir Fleisch von einem Fleische und Blut von einem Blute.

Möglichkeiten des Klassenkampfes.

Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie.

Von **Karl Renner.**

„Unsere österreichischen Parteigenossen scheinen es sich in den Kopf gesetzt zu haben, alle Welt durch ihre Vernünftigkeit zu überraschen.“ So schreibt Schippel in einer Besprechung einer Schrift, die ich aus ganz konkreten politischen Absichten mitten im österreichischen Wahlrechtskampf veröffentlicht habe.[1] Diese Besprechung rechtfertigt die stille Angst, die wir Österreicher vom Anbeginn an gehegt haben: daß man nämlich nicht unseren Erfolg, der nicht hoch genug für die ganze Internationale eingeschätzt werden kann, sondern uns selbst überschätze; daß man einem besonderen Talent der Führer, einem besonderen Temperament der Kämpfer das zugute halte, was wir den Umständen allein danken; daß man am Ende gar uns abgucke, wie wir uns räuspern und spucken, das heißt vereinzelte in die Augen fallende Kleinkünste und Seitensprünge für den Hauptgrund unseres Sieges nehme, um sie ins Ausland zu übertragen. In einem Aufsatz der „Leipziger Volkszeitung“ habe ich mich bemüht, rechtzeitig vor übertriebenem Lobe und voreiliger Nachahmung zu warnen, wie man sieht, vergebens.

Ich muß noch einmal und ausführlicher, als es dort geschehen konnte, die Grundlagen unserer Parteipolitik in den Wahlrechtskämpfen zu entwickeln suchen, damit sich jedermann der spezifischen Unterschiede österreichischer und deutscher Politik klar bewußt werde.

Vorher muß ich einen Irrtum berichtigen, der die Person trifft. Ich habe im Wahlrechtskampf in zweifacher Richtung mitgearbeitet: Einmal anonym in der „Wiener Arbeiterzeitung“ und dann pseudonym in verschiedenen bürgerlichen Blättern, darunter in hochkonservativen. Als Staatsbeamter konnte ich vor der Wahlreform ohne Verlust meiner Stellung nicht erklärter Sozialdemokrat sein; diese Zwitterstellung zwang mir die Rolle eines freien Publizisten auf, die ich bis zu meiner Kandidatur auf mich nahm. Wie peinlich eine so zweideutige Stellung ist, ich entschloß mich, aus dieser Not eine Tugend zu machen und gleichsam als Gesandter im fremden Land die Politik meiner Partei in den Reihen der Gegner zu machen — nicht die der Gegner in den eigenen Reihen. Wollte ich zu den gegnerischen Klassen sprechen, um ihnen zu beweisen, daß die Wahlreform auch in ihrem Interesse lag, was tatsächlich der Fall, so mußte ich in ihrer Sprache reden, um ihnen verständlich zu werden. Ich bin mir nicht bewußt, an einem Punkte mir als Parteigenosse eine Blöße in der Sache gegeben zu haben, mußte aber manches, was ich vor meinen Genossen direkt in den Worten und Gedankengängen des historischen Materialismus ausgedrückt hätte, in der Phraseologie und Ideologie unserer Bureaukratie und Bourgeoisie ausdrücken, um dort zu wirken, wo ich eine Wirkung erzielen wollte. Meine Schriften, welche unter dem Pseudonym „Springer“ erschienen sind, wurden von mir und der Partei als Privatarbeiten allezeit anerkannt und behandelt, in der österreichischen Parteipresse darum auch fast gar nicht besprochen und niemals in die offizielle Parteiliteratur einbezogen. Ich war als Rudolf Springer im Wahlrechtskampf Freischärler und focht auf eigene

[1] Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie. Besprochen von Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“, Nr. 9 dieses Jahres.

Digitized by Google

Faust — auch eine Möglichkeit des Klassenkampfes. Meine Wahlreformschriften sind als Tendenzschriften für den Tag und an ganz bestimmte Adressen anzusehen, an die Adresse des Bürgertums, insbesondere der Industriellen, der Bureaukratie, und hauptsächlich an die Adresse jener Kreise, welche die Interessen der Krone zu wahren das Amt haben. Weil aber die Wahlreform für die Bourgeoisie, für die Dynastie, für den Staat, für alle eine unaufschiebbare Maßregel war, hatte ich diese Kreise bloß zu belehren — täuschen läßt sich keine Klasse. Den Gegner zu belehren, wenn dieser Unterricht noch dazu uns selbst nützt, konnte ich redlichen Herzens unternehmen.

Die Adresse erklärt den Stil des Briefes. Manche Stellen, die Marxisten befremdlich klingen müssen, hätte ich anders stilisiert, wenn ich sie für Genossen geschrieben hätte. Es freut mich indessen, daß das fremdartige Gewand die besten meiner Kritiker nicht im geringsten beirrt hat.

Ich schrieb meine Artikel in die Naumannsche „Hilfe", in die Barthsche „Nation", in die Münchener „Freistatt", weil diese Blätter in den besten bürgerlichen und Intellektuellenkreisen Österreichs wohl akkreditiert waren, ich schrieb sie in die „Österreichische Rundschau", weil sie das vornehmste bureaukratische Organ Österreichs ist. Ja im letzten Moment des Kampfes, als es galt, das Herrenhaus zu überzeugen, setzte ich alles daran, das in einer Kaiserlichen und Königlichen Hofbuchdruckerei gedruckte Organ zu benutzen, um in der Stunde der Entscheidung zur Linken des Herrenhauses zu sprechen. Wenn Schippel fragt: „Ist denn in Österreich gar keine Resolution da, die so etwas verbietet?" so antworte ich ihm: Ja, die Resolution ist natürlich da. Aber erstens stand ich nicht offiziell im Verband der Partei, zweitens hätte ich es im Augenblick der Schlacht für ein Vergehen gehalten, eine für die alltägliche Praxis sehr heilsame Norm dann nicht zu übertreten, wenn die Ratio der Norm einmal wegfällt. „Dürfen sie denn das dort?" fragt Schippel. Ich glaube, auch im Reiche draußen dürfen sie am Tage entscheidender Abstimmungen — über den Zolltarif etwa — zu der Bourgeoisie, zu der Krone sagen: Tretet ein für die Handelsfreiheit! Daß sie freilich innerhalb der Partei für das Programm der Gegner einzutreten die Freiheit haben sollen, ist uns Österreichern wirklich auch nicht verständlich. Soweit das Persönliche.

Und nun zu unserem Wahlreformkampf selbst. Es sind die Hunde, die die Hasen flink machen, und so hat die Verzweiflung über die österreichische Misere unser Temperament gesteigert, die beispiellose Kompliziertheit unserer politischen Verhältnisse unseren Scharfsinn geweckt. Wir sind als Menschen nicht klüger oder dümmer als unsere deutschen Genossen. Es ist ja begreiflich, daß das deutsche Proletariat, wie Prometheus an den Felsen, an einen geschlossenen einheitlichen Nationalstaat und an eine selbstbewußte Bourgeoisie festgeschmiedet, mit neidvoller Bewunderung mit ansah, wie wir alle Glieder regten und die Burgen des Vorrechtes im Lande stürmten. Aber man tut der deutschen Sozialdemokratie unverdientes Unrecht an, wenn man ihr Untätigkeit, Inaktivität und Erstarrung vorwirft, weil sie nicht handelt wie wir. Wie der Krieg, so bietet der Klassenkampf an sich unzählbare taktische und strategische Möglichkeiten in abstracto, aber im konkreten Einzelfall beschränken die konkreten Klassen, das konkrete Schlachtfeld und die konkrete Schlacht diese Möglichkeiten auf wenige Entscheidungen. Es wird von Nutzen sein, diese abstrakten Möglichkeiten aufzurollen und die besonderen Einzelentscheidungen zu vergleichen.

Digitized by Google

Schippel ruft bewundernd aus: „Und nun gar die Vorstellungen über das Zusammenarbeiten mit anderen, bürgerlichen Parteien, ja sogar mit der Krone!“ Diese Verwunderung läßt die Annahme durchblicken, als ob die sogenannten Orthodoxen, vor allem Mehring, prinzipiell und für alle Umstände die Ausnutzung der Klassengegensätze und Parteidifferenzen innerhalb der Bourgeoisie und der Machtkämpfe zwischen der Krone und dem Parlament durch das organisierte Proletariat ausschließen wollten, als huldigten sie irgend einer Intransigenz aus Prinzip. Wir haben von ihnen — anderes gelernt und haben nicht irgendwie notwendig, das Gelernte zu revidieren, wir haben es nur anzuwenden. Freilich kommt es sehr auf die Art und die Motive der Anwendung an. „Die deutschen Arbeiter werden niemals vergessen, daß ihre größten Vorkämpfer und treuesten Freunde, daß Marx und Engels und Lassalle ihnen stets geraten haben, auf alle trügerischen Lockungen der herrschenden Klassen mit den Worten des alten Hildebrandlieds zu antworten: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.“ So Mehring.[1] Man kann Gabe empfangen, man kann auch Politik mit der Krone machen, es fragt sich nur, welche! „Eine andere Möglichkeit wäre, daß der modische Absolutismus die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats gegenüber dem Junkertum durchzusetzen versucht, und dies wäre gewiß sein würdigster Abgang von der historischen Bühne, aber ein Abgang wäre es freilich.“[2] Hat Mehring in diesen Worten nicht die Möglichkeit im allgemeinen zugegeben, die in der österreichischen Wahlreform die Krone gegen die Privilegien des großen Grundbesitzes zur Wirklichkeit gemacht hat?

Wir hatten es nicht notwendig, umzulernen oder die bewährten Dolmetscher unserer Alten zu berichtigen. Vom Kommunistischen Manifest her wissen wir schon, daß die Arbeiterklasse mit jeder Klasse der Gesellschaft und gegen jede durchzuführen hat, was ihr frommt. Und auch die Krone, die Dynastie ist in einer bestimmten Geschichtsepoche eine bestimmte Klasse, ja sie bleibt es selbst dann, wenn augenblicklich die Krone eines Trägers entbehrt.

Die „Lessing-Legende“ analysiert das Klasseninteresse der Hohenzollern scharf und zeigt, wie es abwechselnd sich berührt und kreuzt mit jenem des Junkertums und der aufkommenden Bourgeoisie. Im „Achtzehnten Brumaire“ (S. 96) lesen wir, wie das Klasseninteresse der Krone sich erweitert zum Klasseninteresse einer selbständigen bureaukratischen Kaste, wie es sich als „Exekutivgewalt“ loslöst von allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft: „Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bureaukratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper“ setzt sich unter Umständen, wenn er von einer revolutionären Gewalt geköpft ist, ein neues Haupt, und wäre es nur der „Speckkopf Ludwig Philipps“ oder die „triviale Maske“ Napoleons III. Welcher Marxist hätte nicht gelernt, mit der Krone als Klasse zu rechnen?

Und wir haben von unseren Alten noch mehr gelernt. Als wir damit zu rechnen begannen, daß das Wahlrecht im Interesse der Dynastie liege, sagte man uns: Ihr sprecht von Cäsarismus, aber dem Cäsarismus fehlt der Cäsar! Und in der Tat. Der Kaiser von Österreich ist alles nur kein Cäsar. Aber wir sagten uns mit Mehring: „Selbstverständlich denken wir dabei nicht an

[1] „Neue Zeit“, XXI, 1, S. 516. [2] Daselbst, XX, 1, S. 644.

die persönlichen Qualitäten ihrer Träger ... das ist eine ganz beiläufige und unwesentliche Frage.... — Was von den Menschen im allgemeinen gilt, das gilt auch von den Königen: sie hängen weit mehr von den Umständen wie von ihrem Willen ab, und ihr Wille selbst wird von den Verhältnissen umgeprägt und umgequetscht, so daß nur Wirkung ist, was äußerlich als Ursache erscheinen mag." (Ebenda, S. 641.) Umgequetscht — ein für uns fast prophetischer Ausdruck. Was brauchten wir da zu revidieren?

Wir gingen zu Engels und Lassalle in die Schule und machten einmal auch Politik mit der Krone und ihren Hintersassen, der bureaukratischen Kaste. Wir riefen sogar: „Wahrlich, eine Kaiseridee liegt in der Luft." Wir dachten dabei an den Ausspruch Lassalles: „Ja, noch einmal liegt die deutsche Kaiserkrone auf der Straße." [1] Und weil zufällig — zufällig in der Zeit, aber geschichtlich notwendig — die Krone dasselbe Interesse hatte wie wir, so ließen wir es uns nicht einfallen, zu unserer Politik „die Rolle des mit dem Manne keifenden Weibes zu machen, welches seinen eigenen Willen sofort nicht mehr will, sowie der Mann demselben beigetreten ist." (Lassalle, ebenda VI.) Ganz analog hat Lassalle die Politik Napoleons im Verhältnis zur nationalen Frage und zur Demokratie im Auge.

Wie aber suchten wir den Hof zur Politik seiner eigenen Interessen zu bestimmen? „Ihr ginget zu Hofe!" Nein — hinterher erklärten wir, diesmal nicht durch Fernbleiben demonstrieren zu wollen. Am Tage der Entscheidung standen die Massen der Arbeiter, zum Massenstreik entschlossen, vor dem Burgtor, Aug' in Auge vor den Polizeitruppen — und so empfingen wir die Gabe, den Speer in der Hand, Spitze gegen Spitze. — Wir haben nichts zu revidieren.

I.

Die Krone als Klasse spielt zu verschiedenen Zeiten eine sehr verschiedene Rolle, je nach der ökonomischen Stufe der Gesellschaft. Der patrimoniale Landesfürst ist ein anderer als der absolute Monarch, und dieser sehr verschieden von der „modischen" Ausgabe des Herrschers von Gottes Gnaden. Dazu aber kommen die Unterschiede des Landes und seiner ökonomischen Struktur, die Unterschiede in der Zusammensetzung und Reife des Proletariats.

Der absolute Monarch ist — nach seiner allgemeinen Durchschnittserscheinung — zu begreifen aus dem Gegensatz der emporsteigenden Bourgeoisie und der feudalen Stände. Er ist der Schrittmacher der freien Warenproduktion, der Kodifikator des bürgerlichen Rechts, der Begünstiger der Manufaktur, der Begründer der Bureaukratie — alles aus eigenem Klasseninteresse und soweit diese Reformen seinen Interessen nicht feindlich werden. Dieser absolute Monarch ist die reine ehrliche Jugendliebe der Bourgeoisie. Aber nicht jedes Land bietet die entsprechende und die gleiche ökonomische Basis für ihn. In Ostelbien bleibt er Junkerkönig, unten an der Donau wird er der Bauernkaiser Josef II., der dem Bauern den größten Teil des Landes aus den Fängen des Gutsherrn rettet, und dem es die bäuerliche Bevölkerung in Österreich dankt, wenn auf dem flachen Lande in den Ländern der böhmischen Krone siebenmal soviel Menschen sich nähren als in Ostelbien.

Nach den napoleonischen Stürmen kehrt der absolute Monarch erschreckt zurück in den Schoß der Junker und Pfaffen, und der Bourgeois beginnt

[1] Lassalle, Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens, VII.

seiner Jugendliebe zu fluchen, jener wird Romantiker, Freund der Stände und kokettiert mit den alten Landtagen. Inzwischen haben sich neue Formen der Monarchie angekündigt.

Die französische Revolution hatte in Frankreich mit den Resten der Feudalität aufgeräumt, den freien Parzellenbauer geschaffen, und die Bourgeoisie kam zur Herrschaft. Aber die Bourgeoisie tritt nirgends in der Geschichte vor ohne ihren düsteren Schatten, das Proletariat. Sie kann nicht selbst herrschen, denn ihres Daseins Inhalt ist es, Privateigentümer, Privatmann sein. Napoleon kartätscht das Proletariat nieder und herrscht, der nationale Cäsarismus tritt als neue Form der Monarchie in die Geschichte. Entstanden durch den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, stützt er sich in der Dauer auf eine kompakte, aber unorganisierte Masse: auf die freie, eigenwirtschaftende Bauernschaft [1] und auf die organisierte Kaste der zivilen Bureaukratie und des Berufsmilitärs. Die Verselbständigung der staatlichen Exekutivgewalt erzeugt die juristische Ideologie von der über den Klassen stehenden, objektiven, interesselosen Staatsgewalt, in welcher der Traum des Philosophen und das Geschäftsbedürfnis des einfachen Warenproduzenten sich wunderbar vermählen. Der Kommis- und der Kanzleirock werden zur „Verwirklichung der sittlichen Idee".

Indessen werden in den Klassenkämpfen Frankreichs immer deutlicher die Mächte sichtbar, die durch Kommis- und Kanzleirock ihre Herrschaft ausüben. War unter Napoleon dem Ersten die Exekutive wirklich selbständig und allein herrschende Klasse geworden, da alle Klassen sich in der Erschöpfung nach der Revolution die Wage hielten, so gerät sie von da ab immer offenbarer in die Abhängigkeit einzelner Klassen. Wie überhaupt die absolute Macht der Fürsten oder der Bureaukratie jederzeit nur ein Übergangsphänomen ist, ein Zwischenaktspiel zwischen großen Klassenkämpfen, eine transitorische Gleichgewichtslage in dem Wellenspiel der Geschichte. Nach dem Sturze Napoleons folgen die Bourbons als Dynastie des großen Grundeigentums, die Orleans als Dynastie der Finanzaristokratie, des „Bereichert euch". (Marx, ebenda.) Die Bureaukratie, ja der König selbst fungiert als Werkzeug, wenn es gut geht, als stiller Kompagnon.

In den Klassenkämpfen des Jahres 1848 gewinnt das mittlere Bürgertum zunächst die Herrschaft, stößt sofort mit verdoppelter Wucht auf den Gegensatz des Proletariats, die bureaukratisch-dynastische Kaste reißt wieder die Macht an sich und gibt sich in Napoleon III. einen neuen „Cäsar". Der moderne Cäsarismus gelangt unter ihm zur klassischen Entfaltung; er lebt von der Niederwerfung des Proletariats und benützt es doch zugleich, um die Bourgeoisie in Schranken zu halten, er konstruiert ein System von politischen Gegengewichten, um das Zünglein an der Wage zu bleiben! Er entrechtet das Proletariat politisch und sucht es sozial durch obrigkeitliche Fürsorge zu versöhnen. Er entfaltet die einfache Warenproduktion zur kapitalistischen, indem er die Bourgeoisie wirtschaftlich auf Arbeiter, Kleinbürger und Bauern losläßt, schreckt aber zugleich, wie ein Beichtvater, den Bourgeois nach jeder Sünde mit der Höllenstrafe der sozialen Revolution, die er allein zu verhindern verstehe. Er gönnt dem ungefügen Ganzen der Nation plebiszitäre, allgemeine Rechte, unterwirft aber jeden Bezirk der konkreten Gewalt des Präfekten und jedes Individuum dem konkreten Arm des Gendarmen. Macht und Recht der „Nation" sind die immer wiederkehrende Ausrede für die politische Ohnmacht und Rechtlosigkeit jeder Klasse und jedes einzelnen.

[1] Marx, Der achtzehnte Brumaire, S. 98 ff.

Natürlich wird der „Cäsar" in kurzer Zeit wieder die Beute der gerade ausschlaggebenden Klasse, bis er unter den Glücksrittern der Börse endet. Während seiner Regierung läuft Napoleon III. in kurzen Phasen die Geschichte Napoleons I., Ludwigs XVIII. und Louis Philipps durch, umgeprägt und umgequetscht durch die Verhältnisse. Inzwischen aber ist der große Rückhalt des modernen Cäsarismus, der eigenwirtschaftende Bauer zum verschuldeten Warenproduzenten geworden, die Bourgeoisie völlig ausgereift und das Proletariat zu solcher Stärke gediehen, daß die Furcht vor ihm ausreicht, alle Klassen der Bourgeoisie zur Einigkeit zu erziehen. Die Bourgeoisie kann nicht selbst regieren — sie muß verdienen; aber sie ist reif und organisiert genug, ihren Willen der Staatsmaschinerie aufzuzwingen. Die bureaukratische Kaste wird auf lange hinaus reines Werkzeug, sie bleibt nicht einmal stiller Kompagnon. Sie hat zu dienen und zu schweigen. Der Cäsar aber ist überflüssig, Dekoration, König der Moden, Barttrachten usw.

Die kapitalistische Bourgeoisie gibt sich indessen einen neuen politischen Lebensinhalt. Das persönliche Kapital der Jugendtage des Kapitalismus, das dem organisierten Privatraub diente, wird zum anonymen organisierten Bankkapital, zum Organisationsfonds der Bourgeoisie überhaupt, zum Lenker der Produktion, zum Pionier des Absatzes, zum nationalen Heiligtum. Schutzzoll und Kartell, Export und Kolonie, Armee und Flotte werden die Panazeen der endlich durch den Gegensatz zum Proletariat geeinigten Bourgeoisie, der moderne Imperialismus wird die Ideologie des nach eigenem Willen gebietenden Bürgertums. Der Wille der Könige, wo die Nation solche geschichtlich überkommen hat, wird umgeprägt und umgequetscht, bis er zum Geschäftsführer der Exportinteressenten reif ist. Es ist natürlich ein prickelnder Reiz für Bankiers, wenn dieser Beruf — von Gottes Gnaden ausgeübt wird, wenn er der noch gläubigen Masse in all den romantischen Verhüllungen von anderthalb Jahrtausenden erscheint und die selbstischen Interessen der Drahtzieher dem profanen Auge verhüllt. God save the king! Wesentlich ist der Imperator für den Imperialismus nicht, das beweise die französische Republik und die Vereinigten Staaten, aber er ist ein angenehmes Zubehör.

Der Imperialismus also unterscheidet sich sehr vom Cäsarismus. Dieser entspringt aus dem innerpolitischen Gleichgewicht der Grundeigentümer-, Kapitalisten- und Arbeiterklasse als vorübergehende Verselbständigung der Bureaukratie nach der Aufreibung aller anderen Machtfaktoren. Der Imperialismus aber drückt die entschiedene, dauernde Vorherrschaft der politisch organisierten und geeinigten Bourgeoisie aus, der das jäh aufflackernde proletarische Bewußtsein nicht mehr gefährlich und der endgültige Sieg des Proletariats noch nicht nahe genug erscheint. Die Bourgeoisie, die das jähe Entsetzen vor dem Sozialismus verlernt und die stille Angst vor der Zukunft übertäubt hat, die zum kraftvollen Bewußtsein ihrer selbst gelangt ist und herrscht, ist der Träger dieser neuesten staatlichen Entwicklung; und was sie sinnt, ist Weltmarkt, und was sie schreibt, sind Devisen. Die Herren vom Kontor werden grob wie Leutnants, abenteuerlich wie Wikinger, reiten wie Junker und segeln, daß es eine Art hat. Mit dem Kurszettel in der Tasche fühlen sie sich als Herren der Länder und Meere, und wenn ihnen das „Familienblatt" allwöchentlich die Bildnisse der hohen Herren bringt, begrüßen sie diese mit verständnisvollem Lächeln. Das Photographieren hat sie miteinander familiär gemacht.

II.

Die gezeichnete typische Entwicklung hat sich natürlich nicht in allen Ländern gleichartig und bis zu dem gleichen Grade vollzogen. Insbesondere hat die armselige politische Geschichte der deutschen Bourgeoisie weder die Verselbständigung der Bureaukratie noch die Monopolisierung der Krone durch die Junker geziemend einzuschränken vermocht, noch auch war das industrielle Proletariat in den entscheidenden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts stark genug entwickelt, noch war der Bauer durch eine tiefgehende Revolution den kirchlich-feudalen Einflüssen ganz entzogen. Die Klassenkämpfe wurden in Deutschland von den Klassen nicht real, sondern nur in der Idee ausgefochten, für sie agierten unbewußt die Staaten und Dynastien als verständnislose Werkzeuge einer Entwicklung, die kaum einer der Dynasten oder eines seiner Werkzeuge begriff — außer Bismarck, und dieser nur halb.

Der nationale Cäsarismus verkörpert sich auf deutschem Boden in Bismarck,[1] der in der Schule Napoleons III. alle Mittel seiner Politik gebrauchen lernte: die Benutzung der nationalen Idee zu dynastischen Zwecken, die Verfälschung der Demokratie, indem man das gleiche Stimmrecht in der Gesetzgebung durch eine autokratische Verwaltung wirkungslos macht, endlich die Niederknüppelung der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger obrigkeitlicher Fürsorge durch das obligatorische Versicherungswesen — dieses war ein Einfall Napoleons gewesen.

Diese soziale Seite des Cäsarismus hat man in Deutschland „soziales Königtum“ genannt. Mit dem modernen Imperialismus hatte Bismarcks Cäsarismus nichts gemein. Für Flotte und Kolonien hatte er niemals Sympathien, seine Schutzzollpolitik war junkerliche, nicht bürgerliche Klassenpolitik, wie denn überhaupt der nationale Cäsar in seiner Psyche bald dem König des Großgrundeigentums und der Hochfinanz weicht. Bis zum Sturze des ersten Kanzlers überwiegen indessen in der deutschen Politik die dynastisch-ideologischen Formen. Mit dem Vordringen der rein agrarischen, aller Ideologie baren Interessenpolitik, mit der liberalen Wiedergeburt der letzten Zeit ist die letzte ideologische Hülle von der bürgerlichen Politik gefallen, die Unterschiede zwischen agrarischem und industriellem Kapitalismus verwischt, die bürgerliche Klassenherrschaft nackt konstituiert und sofort auch in das neue Gewand der nationalen imperialistischen Ideologie gekleidet worden. Mag auch der ererbte Servilismus der deutschen Bourgeoisie den Sachverhalt noch so sehr verhüllen und der pathetische Kothurn, auf dem der deutsche Imperator einherschreitet, noch so sehr die Menge täuschen, die direkte Klassenherrschaft der deutschen Bourgeosie ist Tatsache, die Bureaukratie samt ihrem Chef wird bloßes Vollzugsorgan der herrschenden Klasse und muß immer mehr ihre moralische Selbständigkeit einbüßen. Und Mehring hatte recht, wenn er schon vor Jahren ausführte: „Die modische (das heißt die heutige) Form des Absolutismus ... tritt sehr viel großmächtiger auf, hat aber viel weniger hinter sich als der moderne Absolutismus (das heißt der des achtzehnten Jahrhunderts). Hatte dieser wirklich einen historischen Pionierdienst zu vollziehen, indem er der bürgerlichen Entwicklung den Weg räumte, so liegt dem modischen Absolutismus (sc. Imperialismus) nur der historische Gendarmen-

[1] In der offiziellen preußischen Geschichte erscheint Bismarck unter dem Pseudonym Wilhelm der Große.

dienst ob, die proletarische Entwicklung zu hindern, um den besitzenden Klassen die ungestörte Herrschaft zu sichern." [1]

Das heißt aber zugleich, daß von Stunde an die bureaukratische Kaste ihr Sonder- und Selbstbewußtsein mehr einbüßt, daß sie vom Herrn des Volkes zum Werkzeug der Kapitalisten wird, daß ihre oberen Schichten neben Bank- und Bergwerksdirektoren ein minderwertiges Anhängsel der Bourgeoisie und ihre untersten Schichten sich ihrer Klassengemeinschaft mit dem Proletariat bewußt werden müssen. „Die Verwirklichung der sittlichen Idee" geht auf die Finanzleute über, die sich ihre Beamten und Richter geistig zurechtquetschen, die Angestellten aber haben alle Mühe zu sorgen, daß die Verwirklichung ihrer leiblichen Sättigung bei den gegebenen Zollsätzen nicht Schaden leide. Unter diesen Aspekten fragt es sich sehr, ob man in Deutschland mit der Krone als selbständiger sozialer Klasse politisch überhaupt noch rechnen und operieren kann.

Der Imperialismus steht zum Cäsarismus übrigens darin im schroffsten Gegensatz, daß er nicht sozialpolitisch denkt, daß er eher ein Bürgerkönigtum ist mit der Devise „Bereichert euch" als ein soziales Königtum mit der neutestamentarischen frommen Mahnung: „Thuet Buße und erbarmet euch." Auf dieser Stufe ist die Herrschaft Losung und nicht das Erbarmen.

Die Krone als Klasse hat ihre Geschichte und die mehr oder minder begabten, bald biblisch, bald romantisch, bald modern-schick kostümierten Personen, die coram publico die geschichtliche Rolle tragieren, spielen nur das Fach, das ihnen die großen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft vorschreiben, auch wenn sie in dem Himmel ihrer Einbildungen den Souffleur über den Wolken suchen. In historischer Folge erklärt sich diese Rolle 1. aus dem Gegensatz des aufkommenden Bürgertums gegen die Feudalität, 2. aus den Gegensätzen zwischen den Klassen der Bourgeoisie selbst, zwischen dem Grundeigentum, dem Industrie-, Handels- und Finanzkapital, dem Groß- und Kleinbürgertum, und endlich 3. aus dem Gegensatz der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

Das junge Proletariat erscheint als eine Klasse neben vielen; eruptiv bricht es nach langer verborgener Gärung plötzlich los, um nach blutigem Massaker wieder zurückzusinken, inzwischen erfüllt der Krakeel zwischen den verschiedenen bürgerlichen Klassen jahrelang die öffentlichen Tribünen: Cäsarismus, Junker-, Finanz-, Bauern- und Kleinbürgertum wechseln ab, wobei in Frankreich die Schauspieler sich ablösen, außerhalb Frankreichs ein Schauspieler die Rollen wechselt. Der Parlamentarismus erlebt seine großen Zeiten.

In den politischen Wechselfällen dieses Regimes wächst das Proletariat heran, und jede der bürgerlichen Klassen, auch die relativ selbständige Krone wirbt um die Hilfe des Proletariats. Es gibt nun einen autoritären Staatssozialismus, einen konservativ-kirchlichen Sozialismus, einen liberalen Kathedersozialismus, einen Agrarsozialismus, einen kleinbürgerlichen Sozialismus (den Sozialismus der dummen Kerls oder Antisemitismus). Das, was man als die spezifische Methode des napoleonischen Cäsarismus denunziert hat, ist also ein politischer Kniff jeder bürgerlichen Klasse auf der zweiten Stufe der Reife des Proletariats. Daß die monarchische Einkleidung ganz nebensächlich ist, beweisen am stringentesten die beiden Bourgeoisparteien der Vereinigten Staaten, wo heute Roosevelt und Bryan, Republikaner und Demokraten diese „cäsaristische" Methode auf das virtuoseste handhaben.

[1] „Neue Zeit", XX, 1, S. 644.

Die Gegensätze der bürgerlichen Klassen verlieren immer mehr an Schärfe, je selbständiger, reifer, mächtiger und gefährlicher das nunmehr organisierte Proletariat auf der dritten Stufe der Entwicklung ist. Nun bildet es nicht mehr das eruptive Element, das bald die Bourgeoisie, bald die Bureaukratie, bald das Kleinbürgertum loslassen will, wenn eine dieser Klassen in der parlamentarischen Klemme festsitzt, und das dann wieder in den Acheron zurückgestoßen wird, wenn es seine Schuldigkeit getan hat. Das Hasardspiel der bürgerlichen Politiker in der Monarchie: Flectere si nequeo superos Acheronta movebo, kann ich die Götter nicht rühren, dann rühre ich den Acheron auf, das hat ein Ende: der Acheron ist organisiert und in Bewegung, in ruhigem konstanten selbstbewußten Aufstieg ohne jähe Eruptionen. Die bürgerliche Welt einigt sich gegen diesen Acheron, das taktische Spiel mit den diversen Sozialismen wird als Klassenverrat empfunden, ist ebenso erfolglos im Proletariat wie gefährlich für die Bourgeoisie, und die Politik im ganzen wie die dynastische Politik im besonderen erklären sich nunmehr aus dem Gegensatz zwischen der geeinigten Bourgeoisie und dem geeinigten Proletariat.

Es ist begreiflich, daß ein Dynast von Temperament, der die Klassenselbständigkeit der Krone behaupten, das System der Gegengewichte durch Erlasse an den Acheron wieder herstellen will, um nicht von der Bourgeoisie durch die Familienblätter mit Haar und Bart in die Familie aufgenommen zu werden, in gewaltige Entrüstung ausbricht, weil die Bourgeoisie und der Acheron versagen, weil es zwischen zwei Klassen nur das Dilemma des Evangeliums gibt: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.

Es sind diese drei Entwicklungsstufen,[1] welche über die Möglichkeiten des Klassenkampfes und speziell auch über das Verhalten der Arbeiterschaft zur Krone im einheitlichen Nationalstaat entscheiden.

In der cäsaristischen Epoche der Hohenzollerndynastie konnte die Sozialdemokratie mit ihr keine Politik machen, weil sie zu jung, weil sie keine Macht war, weil sie diese Politik nicht Speer gegen Speer machen konnte. Es ist für mich gewiß, daß Lassalle an die Möglichkeit einer solchen Politik und zugleich an die Möglichkeit dachte, noch rechtzeitig mit der Organisation des Proletariats fertig zu werden. Nicht die Arbeiterschaft als Werkzeug einer Dynastie, sondern eine Dynastie als Entwicklungshebel für das deutsche Proletariat zu gebrauchen, war eine Spanne Zeit lang vielleicht sein kühner Plan. Sollte der Plan nicht in das Gegenteil umschlagen, so war Voraussetzung, daß er von Macht zu Macht, von Klasse zu Klasse der Krone diese Politik aufzwinge. Aber die heroische Anstrengung, die übermenschliche Agitationskraft Lassalles vermochte die Macht des Proletariats in so kurzer Spanne Zeit nicht zu sammeln. Das allgemeine Wahlrecht wurde in Deutschland als Hilfsmittel cäsaristischer Politik eingeführt, der Cäsar kam vor dem Proletariat. Heute aber kann das deutsche Proletariat mit der Krone als Klasse keine Politik mehr machen, weil sie daran ist, ihre Selbständigkeit, ihren Klassencharakter zu verlieren, weil sie immer ersicht-

[1] Die oben entwickelte Auffassung geht der Hauptsache nach zurück auf Rudolf Hilferding: Parlamentarismus und Massenstreik, „Neue Zeit", XX, 2, S. 804 ff. Neuestens auch Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, S. 485 ff., der insbesondere auf die Modifikationen hinweist, die aus der konkreten Staatsverfassung und der politischen Ideologie jeder Nation fließen. So wäre im Deutschen Reich ohne die Einzelstaaten, ohne die Identität von Bureaukratie und Junkertum in Ostelbien und ohne den Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus die Aufhebung des selbständigen Klassencharakters der Krone und der Bureaukratie längst vollzogen.

licher das Vollzugsorgan der herrschenden Bourgeoisie ist, ihre Einheitsformel, die Verkörperung ihrer imperialistischen Ideologie, ihre Vorhut gegen das Proletariat. Mit jeder einzelnen bürgerlichen Fraktion kann die Sozialdemokratie gelegentlich parallel gegen andere bürgerliche Fraktionen agieren, nur gerade nicht mit dem Faktor, der die Summe der gesamten bürgerlichen Herrschaft ausdrückt, mit dem Kaiser. Jene einzige Möglichkeit aber, von der Mehring spricht, nämlich daß der modische Absolutismus die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats gegenüber dem Junkertum durchzusetzen versucht, schwindet täglich mehr: die Zölle haben die Junker zu kapitalistischen Landwirten, die Fabrikherren zu Junkern gemacht; der Junkersohn tritt in die Kontors der Fabrikherren wie der Fabrikantensohn in die Offiziersmenage der Regimenter: der Imperialismus ist die Wirtschafts- und Denkform, unter der die Bourgeoisie täglich mehr eins wird. Nicht Junker und Spießer, sondern Groß- und Kleinbürger werden sich in Zukunft politisch scheiden lassen, und damit erscheint mir die historische eigene Rolle der Krone im Reiche endgültig verspielt. Man kann statt von ihr besser ohne Umschweife von den Großen des Kapitals reden.[1] Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es die Möglichkeit eines Klassenkampfes nicht, in dem die Krone wo anders stände als an der Spitze der Gegner.

III.

Alle Analogieschlüsse aus Österreich sind mit einem Satze abgeschnitten: die Herrscherrolle der Habsburger ist nicht ein Nationskönigtum, für sie gibt es nicht die Freuden und Gefährden irgend eines nationalen Cäsarismus oder Imperialismus. Sie sind gesetzt über acht Nationen, sind also gleichsam eine völkerrechtliche Friedensinstanz. Ihre wechselnde Macht ergibt sich direkt aus den wechselnden Machtverhältnissen der acht Nationen. Es fiel ihnen oft die absolute Macht zu, nicht weil die Klassen, sondern weil die Nationen sich gegenseitig das Gleichgewicht hielten; diese Macht reduzierte sich oft nahezu auf Null, wenn die nationalen Kämpfe — abgeleitete Klassenkämpfe — wieder einsetzten.

Diese acht Nationen aber stehen auf den denkbar verschiedensten Kultur- und Wirtschaftsstufen. Schon die Deutschösterreicher stehen weit hinter den Reichsdeutschen zurück, und von ihnen geht die Stufenleiter rapid abwärts über Italiener, Tschechen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Slowenen und Serbokroaten. Unter diesen Nationen sind einige rein bäuerlich, andere beinahe ganz proletarisch. Daraus ergibt sich, daß alle historischen Erscheinungsformen der Monarchie, die wir anderswo in der Zeit aufeinander folgen sehen, nebeneinander bestehen können. Dieselbe Krone — die Einheit der Person ist nach dem Ausgeführten kein Hindernis — regiert in Galizien in den Formen Friedrichs II., in Tirol bäuerlich und in Niederösterreich kleinbürgerlich. Nirgendwo dürfte die Gleichgültigkeit des persönlichen Wohlmeinens für das Klasseninteresse der Krone so auffällig sich offenbaren wie bei uns.

Die Krone hat sich zur Zeit, als sie die deutsche Kolonialmacht des Südostens war und diese vorwiegend slawischen Gebiete kolonisierte, mit einer Bureaukratie und Offizierschaft umgeben, die allen Nationen und allen

[1] Mehring in der „Neuen Zeit", XIII, 2, S. 396: Wenn es beim alten preußischen Absolutismus nach dem Worte Bismarcks hieß, mächtiger als der König sei das Offizierskorps, so heißt es im neuen deutschen Imperialismus: Mächtiger als das Offizierskorps ist der Drang und Sturm der kapitalistischen Entwicklung.

Klassen der beherrschten Länder gleich fremd und von Haus aus ganz selbständig, eine Kaste für sich, war. Alle ihre Laster und Tugenden stammen aus dieser Isolierung, die bis in die jüngste Zeit sich traditionell fortgeerbt hat. Sie ist mit gar keiner bestimmten Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ganz und fest verflochten, am allerwenigsten gleicht sie der preußischen Bureaukratie und Offizierschaft, die ganz junkerlich ist. Die große Überzahl rekrutiert sich nicht aus einer wirtschaftlichen Herrenklasse. Kinder von Bauern, Kleinbürgern und kleinen Rentnern, vor allem Kinder von armen Offizieren und Beamten setzen unsere Beamtenschaft, selbst unser Offizierkorps zusammen, speziell in diesem letzteren spielt der Adel heute eine weit geringere Rolle als selbst in den süddeutschen Staaten, die ganze Klasse denkt kleinbürgerlich, die besseren Köpfe in ihr staatssozialistisch aus Überzeugung und nicht bloß aus Taktik: nur eine solche Klasse konnte unseren Anton Menger, den Erfinder eines ganz typischen Bureaukratensozialismus, oder einen Steinbach, selbst einen Klein hervorbringen oder einen Offizier wie den Soziologen Ratzenhofer. Großgrundbesitz, Industrie- und Finanzkapital haben es schwer, die Dynastie und Bureaukratie ganz für sich zu monopolisieren.

Außer der Stellung zwischen den Nationen ermöglicht noch die geringe und ungleiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes der Krone und zentralen Bureaukratie eine gesonderte Klassenstellung neben den ökonomischen Klassen. Kanzlei- und Kommißrock sind bei uns kein Zugehör des Junkers, und ihre Selbständigkeit spiegelt sich selbst in der Lebensweise Franz Josefs wieder, der nicht wie ein Junker über Land reitet, sondern jahraus jahrein im Amte seine Geschäfte erledigt als des Reiches erster Bureaukrat.

Das Parlament aber ist ein gemeinsamer Delegiertentag von acht Völkern, die bürgerlichen Parteien sind Nationalparteien. Mitten unter ihnen ist die Sozialdemokratie die einzige internationale Fraktion, außer ihr ist niemand im Saale international als — die Regierung!

Die deutsche Reichsregierung drückt die Machtgier der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat und gegen die ganze Welt aus, sie verkörpert sie. Die Machtgier einer jeden der österreichischen nationalen Bourgeoisien richtet sich immer gegen die Bureaukratie und Regierung, da diese pflichtgemäß mit allen Nationen rechnen muß, und gegen — die internationale Sozialdemokratie.

Das sind Konstellationen, die es im deutschen Reichstag niemals geben kann.

Die bürgerlichen Parteien vertreten auch bei uns bestimmte Klassen, aber zugleich doch Interessen einer Nation. Wenn die eine nationale Bourgeoisie aus imperialistischem Machtkitzel gegen die andere vorgeht und ihre nationalen Interessen kränkt, so wird diese Nationalpartei uns an ihrer Seite finden, nicht weil sie eine Bourgeois-, sondern soweit sie Nationalpartei ist. Ihre Klassenqualität verbietet das Zusammengehen, ihre nationale Qualität erzwingt es. Unsere Transigenz erscheint uns eher ein aufgezwungenes Übel als ein Vorteil, denn sie droht die Parteigenossen zu verwirren, wenn wir nicht die schärfste prinzipielle Klarheit in allen Aktionen bewahren und in den Köpfen unserer Anhänger herstellen. Eigenartig mutet es uns an, glücklich gepriesen zu werden wegen Situationen, die uns selbst als die peinlichsten, schwierigsten und gefährlichsten erscheinen, während wir das Proletariat jedes Nationalstaats um das Glück beneiden, den Klassenkampf rein und ohne die Verbrämungen und Fälschungen des Nationalismus führen zu dürfen. Denn auch solche Parteikonstellationen kann es im deutschen Reichstag niemals geben.

Alle Besonderheiten unserer Taktik entspringen also keineswegs irgend welchen revisionistischen Prinzipien, sondern aus der Tatsache, daß wir als einzige internationale Partei in einem internationalen Staate gegen die Bourgeoisien von acht Nationen kämpfen, gegen deren Machthunger sich zugleich die Krone und Staatsgewalt zu wehren hat.

Aus der allgemeinen ökonomischen Entwicklung können wir zunächst ableiten, daß diese Bourgeoisien zum Teil auf der ersten, zum Teil erst auf der zweiten Stufe ihrer Entwicklung stehen. Keine der nationalen Bourgeoisien ist noch einheitlich, keine bis zur imperialistischen Ideologie vorgedrungen. Selbst in der deutschen ringen jetzt, nach der Niederlage des großen Grundbesitzes, noch Großbürger, Kleinbürger und Bauer im harten Klassenkampf miteinander, in der tschechischen Bourgeoisie wird dieser Kampf am allerhartnäckigsten geführt. Unter den Polen herrscht noch der Junker, unter den Slowenen der Pfaffe, diese Bourgeoisien sind noch embryonal. Abgesehen von der Komplikation durch die Internationalität besitzen wir alle Aktionsmöglichkeiten der zweiten Stufe. Nun aber kommt dazu, daß die versuchte deutsch-nationale Staatsbildung kläglich gescheitert, die internationale Staatsorganisation aber kaum angefangen ist. Der moderne Staat ist in Österreich erst zu schaffen, und zwar nach seinen eigenen spezifischen, beispiellosen Gesetzen, als internationales Gemeinwesen. An dem historischen Beweis, daß eine solche internationale Schöpfung möglich ist, sind wir als „orthodoxe" Marxisten mit ganzer Seele interessiert, wir allein in der ganzen Internationale haben die Gelegenheit, das Prinzip der Internationalität in die konkrete Wirklichkeit eines Staates und der Rechtsordnung zu übersetzen. Wir müssen es, weil sonst der Kampf der Nationen unseren Klassenkampf verfälscht und hemmt.

Bei dieser politischen Unreifheit der Bourgeoisien und des Staates ist aber die österreichische Sozialdemokratie im politischen Kampfe stark geworden, ist sie in ihrer Entwicklung dem Staate vorangeeilt und stand nun auf dem Kampfplatz vor dem Cäsar, zu mindesten neben ihm. Zu einer cäsaristischen Politik im bonapartistischen Sinne war die Zeit zu spät, war das Proletariat diesseits der Leitha zu mächtig und die Staatsgewalt zu schwach. Wir mußten also die Staatsgewalt, die Krone und Bureaukratie als Klassen zwingen, das Wahlrecht durchzuführen, und mußten sie dabei auch gegen die Feudalität und die Bourgeoisien unterstützen. Auch die Staatsgewalt hat es am Ende verschmäht, die Rolle des keifenden Weibes zu spielen und gegen ihren Vorteil bloß deshalb nein zu sagen, weil die Sozialdemokratie dasselbe forderte. Und daß die proletarische Welt uns verstanden hat, das beweist die Abstimmung vom 14. Mai: Sie hat für uns und nicht für die Christlichsozialen, die ja die dynastische Partei darstellen, votiert. Um das Wahlrecht zu erringen, sind wir nicht zu Hofe gegangen, sondern vor das Burgtor gezogen, haben wir nicht mit den Christlichsozialen paktiert, sondern sie im Kampfe vorwärts getrieben: Der ganze Wahlrechtskampf verrät nicht die leiseste Spur einer revisionistischen Taktik.

Das Schlachtfeld erzieht die Kämpfer und gestaltet die Schlacht. Von vornherein gibt es kein Mittel des Klassenkampfes, das uns unsere Alten versagen. Wie man sieht, gibt es Möglichkeiten, die weitab vom Gewöhnlichen liegen, Mittel, die zu den in normalen Zeiten verwendeten im schroffsten Gegensatze stehen. Auch der berühmte Handkuß Mirabeaus war ein Mittel des Klassenkampfes der jungen Bourgeoisie gegen das französische Königtum. Wir

sind nicht kleinbürgerliche Demokraten, die in der Monarchie ein Übel an sich erkennen, sie ist nichts an sich, sondern eine Ausdrucksform bestimmter bürgerlicher Klassenverhältnisse, nicht einmal eine notwendige, wie das heutige Frankreich und Nordamerika beweisen. Da wir die Bourgeoisie grundsätzlich bekämpfen, trifft der Kampf auch ihre politischen Ausdrucksformen; aber ein besonderer Feind, ein besonderes oder gar bevorzugtes Kampfobjekt waren Marx und seinen Schülern einzelne bürgerliche Staatsformen nie. Dort aber, wo die bureaukratische Klasse in relativer Selbständigkeit sich von der Bourgeoisie scheidet und infolge exzeptioneller Verhältnisse zu ihr in Gegensatz tritt, liegt nicht der geringste Grund vor, sie nicht ausnahmsweise einmal unseren Zwecken dienstbar zu machen. Engels wenigstens hat, wie wir in den Sorgebriefen (S. 408) lesen, für Österreich diese Möglichkeit mit einem gewissen Humor begrüßt.

In welcher Weise die nationalen Bourgeoisien Österreichs sich fortentwickeln, ist nicht abzusehen. Je weiter sie fortschreiten zum nationalen Imperialismus, um so mehr geraten sie zueinander in Gegensatz, um so mehr muß jede trachten, die Staatsgewalt für sich zu monopolisieren, um so heikler wird unsere Aufgabe, unsere Position aber wird nicht verschoben. Ob der gemeinsame Klassenkampf gegen das Proletariat, die gemeinsame Furcht vor dem Sozialismus und gemeinsame Ziele der Wirtschaftspolitik die österreichischen Bourgeoisien aller Nationen zu einer einzigen Klassenpartei verschmelzen und mit der Ideologie eines österreichischen internationalen Imperialismus erfüllen können, wird die Zukunft lehren. Erst wenn diese Möglichkeit einträte, befänden wir uns annähernd in der gleichen Situation wie heute die deutsche Sozialdemokratie. Bis dorthin hoffen wir dem Chaos unserer Bourgeoisien noch manche siegreiche Schlacht zu liefern, im Besitz unserer alten, erprobten Waffen. Wir haben keine Ursache, sie gegen andere einzutauschen.

Die Geschichte eines Buches.

Von **Otto Bauer**.

Vierzig Jahre gewaltiger Umwälzungen, vierzig Jahre, die das Bild des Erdkreises völlig umgestaltet haben, sind vergangen, seit Karl Marx den ersten Band seines ökonomischen Hauptwerkes der deutschen Öffentlichkeit übergeben hat. Der Kapitalismus, dessen Gesetze jenes Buch enthüllt, hat in diesen vier Jahrzehnten eine neue Welt geschaffen. Er ist selbst ein anderer geworden: was sind die Spinnereien Lancashires, die Marx im ersten Bande des „Kapital" beschrieben hat, gegen die Riesenbetriebe unserer Eisenindustrie, die Kohlengruben und Hochöfen, Stahl- und Walzwerke zu einem ungeheuren wohlgegliederten Ganzen vereinen? Was sind Marx' Kapitalisten, die ein paar hundert Arbeiter regieren, gegen die Machthaber moderner Kartelle und Trusts, die ganze Industriezweige mit Hunderttausenden von Arbeitern beherrschen, gegen die modernen Großbanken, denen die Industrie ganzer Länder hörig geworden ist? Und immer weiter dehnt sich der Kreis, den das Kapital beherrscht. Den britischen Kapitalismus hat Karl Marx beschrieben; heute recken der deutsche und der amerikanische Kapitalismus so mächtig ihre Glieder, daß dem älteren britischen Bruder sein Bewegungsraum zu enge zu werden beginnt. Im fernen Osten entsteht ein neues kapitalistisches Inselreich, ein jüngeres

Digitized by Google

England. In Rußland wälzt der Kapitalismus die Daseinsbedingungen der alten Gesellschaft um, an der mittleren und unteren Donau erwächst eine kapitalistische Industrie, Italien, das Land, das er zuerst beherrscht und das ihm so bald untreu geworden, unterwirft der Kapitalismus wiederum seiner Macht. Ägypten, Algier, der Kongo sind ihm untertan, aus Südafrika fließen ihm Ströme von Gold, Marokko unterwirft er heute mit Blut und Eisen, und schon rüstet er sich, die uralten Kulturstätten Vorderasiens seinem Reiche einzuverleiben. In Kanada und Mexiko walten seine Gesetze, und drohend kündigt er die Umwälzung der uralten Wirtschaftsverfassung Chinas und Indiens an. Er hat den polnischen Landarbeiter in die Eisenwerke Westfalens, den ungarischen Slowaken in die Kohlengruben Pennsylvaniens, den chinesischen Kuli in die Goldminen Südafrikas geführt. Zahllose Nationen erweckt er aus tiefem Schlafe zu neuem Leben. Überall rüttelt er die arbeitenden und leidenden Massen zu neuem Wollen auf, überall führt er die Klassen zum Kampfe. Und wo immer sein Reich entsteht, dort werden auch die Gedankenreihen, die Marx' unvergleichliches Buch vor vierzig Jahren zum ersten Male verkündet hat, zum Besitztum der kämpfenden Arbeiterklasse. Der Siegeszug des Kapitalismus trägt Marx' Werk zu den Massen, trägt es zu allen Nationen.

Aber wie der Kapitalismus, indem er seinen Herrschaftsbereich immer weiter ausdehnt, auch selbst ein anderer zu werden scheint, in immer neue, immer wechselnde Gestalten sich hüllt, so ist uns auch die Lehre, die Marx vor vier Jahrzehnten der lernenden und kämpfenden Menschheit geschenkt hat, selbst eine andere geworden, während sie den Kreis ihres Wirkens stetig geweitet hat. Wohl steht sie an sich in ihrer monumentalen Größe und Einheit noch unangetastet da, wie ihr Schöpfer sie vor vier Jahrzehnten hingestellt hat. Wohl haben weitblickende und scharfsinnige Männer sie längst gesehen, wie wir sie heute erblicken; was Schweitzer und Dietzgen über den ersten Band des „Kapital" kurz nach seinem Erscheinen, was später Engels und Kautsky über Marx' „Ökonomische Lehren" geschrieben haben, ist uns auch heute noch eine Quelle reicher Belehrung. Aber wie der einzelne eine neue Lehre erfaßt, darin spiegelt sich doch nur sein individuelles Wissen und seine persönliche Reife; die große Öffentlichkeit aber sieht heute Marx' Buch mit anderen Augen an als vor dreißig oder zwanzig, als selbst vor zehn Jahren. Anders lebt es heute im Bewußtsein der Zeitungsschreiber und der Popularisatoren, der Kritiker und der Apologeten, der Politiker und der Gelehrten.

Wie haben wir Jüngeren selbst das „Kapital" gelesen, als wir uns zum ersten Male an das große Werk des Meisters herangewagt! Fiebernd vor Neugierde nach dem großen Ausblick in die Geschichte der Menschheit, haben wir nur mit Mühe unsere Ungeduld bezwungen, bei den schwierigen theoretischen Ausführungen zu verweilen. Wie waren wir aber dann im Innersten erschüttert, als uns Marx' Meisterhand den Werdegang der leidenden Menschheit enthüllte! Wir sahen, wie der Kapitalismus auf den Trümmern einer stürzenden Welt entstanden ist, triefend vom Schweiß und Blut von Generationen; wir sahen, wie er über die Leichen von Kindern und Frauen, von Verhungerten und Verkommenen aufgestiegen ist zu seiner Macht, wie er sein Reich ausgebaut und gegliedert, wie er die Natur ihres Geheimnisses beraubt, ihre Kräfte in den Dienst unersättlicher Habsucht gestellt hat. Wir sahen vor uns in anschaulicher Lebendigkeit den Klassengegensatz; wir sahen, wie das Sondereigentum zum Mittel wird, aus den Leiden und Entbehrungen der einen

den schwellenden Reichtum, die glänzende Kultur der anderen zu gestalten. Die Leiden der Arbeiterklasse lernten wir zum ersten Male in ihrer furchtbaren Größe kennen; wir begleiteten sie in den Kampf gegen das Unternehmertum, wir lernten mit ihr die Gesellschaftsverfassung hassen, die jede Errungenschaft des Menschen im Kampfe mit der Natur zum Bollwerk der Knechtung des Menschen durch den Menschen macht; wir lernten es aber auch, vom Wachstum der sich immer gewaltiger ausdehnenden Produktivkräfte, von der Kraft der geeinigten Arbeiterklasse die endliche Befreiung der Menschheit zu erhoffen. Nicht eine Wissenschaft haben wir damals im „Kapital" entdeckt, sondern ein farbenreiches historisches Gemälde, das uns ergriffen und erfaßt, hassen und lieben, verneinen und wollen gelehrt hat.

Und wie es jedem von uns ergangen ist, so ging es einst allen. Im Werdegang des einzelnen wiederholt sich auch hier die Geschichte der Gattung. Als ein historisches Werk haben Marx' Zeitgenossen das „Kapital" zunächst gelesen. Es rollte vor ihren Augen die blutige Geschichte des Kapitalismus auf; es deckte ihnen die Schrecken kapitalistischer Ausbeutung, die bittere Wirklichkeit des Klassengegensatzes, die harte Notwendigkeit des Klassenkampfes auf. Und dieses furchtbare Gemälde löste bei Tausenden sittliche Empörung gegen den Kapitalismus, ethische Entschließung zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats aus. An diese Wirksamkeit des ersten Bandes mag Hermann **Cohen** gedacht haben, als er seinen Verfasser einen „**Gesandten des Gottes der Geschichte**" nannte.

An die historischen und deskriptiven Teile des Marxschen Werkes klammerten sich auch seine ersten Kritiker. Sie fragten, ob die Ausbeutung wirklich so schrecklich und umfangreich ist, wie Marx sie gemalt; ob die Tatsache, daß der Arbeitende nur einen Teil seines Arbeitsertrags empfängt, nur eine Folge unserer sozialen Ordnung oder ein Naturgesetz ist, das keine Gesellschaftsordnung aufheben kann. Marx' Eigenstes aber blieb ihnen ebenso unbekannt wie der Masse jener, die unter dem Banne des Marxschen Werkes standen. In der kritischen wie in der apologetischen Marx-Literatur jener Zeit sind Elemente des Marxschen Denkens noch untrennbar mit Gedankenreihen des älteren rationalistischen Sozialismus vermengt. Der Marxismus hatte sich aus dem Gewirr des Allerweltssozialismus noch nicht losgelöst.

Erst mußte eine Reihe trefflicher Popularisatoren die Goldbarren Marxschen Denkens zu gangbarer Münze prägen, die nun von Hand zu Hand läuft, ehe die Grundgedanken des Marxschen Werkes durch zahlreiche Kanäle in das Bewußtsein breiterer Volksschichten eindringen konnten. Der Lösung dieser Aufgabe widmete vor nunmehr dreißig Jahren Friedrich **Engels** seine Artikel gegen Dühring, die im Leipziger „Vorwärts" erschienen. In einem Buche gesammelt, wurden sie die fruchtbarste Popularisierung der Marxschen Lehre. Die Klarheit ihres Gedankenganges, der liebenswürdige Humor ihres Verfassers machten sie so recht geeignet, weiteren Kreisen Marx' schwierige Schlußreihen verdaulich zu machen. Ihre Wirkung mußte um so nachhaltiger sein, als Engels Marx' Gegnern in alle Wissensgebiete folgte, sie aus ihren letzten Schlupfwinkeln vertrieb. Gewiß, auch Engels' Schrift hat die Laster ihrer Tugenden; aber wer sie heute liest, wird nicht über Einzelheiten rechten. Trotz mancher Irrtümer, mancher Mängel bleibt sie eine historische Tat. Sie war einigen unserer Besten ein treuer Führer in Marx' großem Gedankengebäude; die Männer, denen sie Marx' Gedankenwelt erschlossen, haben dann Engels'

Digitized by Google

Werk eifrig fortgeführt; sie wurden die Lehrer der jüngeren Marxisten-Generation.

Indessen haben weder Engels' Schriften noch die Werke seiner Schüler den ganzen Reichtum des „Kapital" ausschöpfen können. Das Gerede der Dilettanten darf uns nicht darüber täuschen, daß keine Wissenschaft für den Laien popularisiert werden kann, ohne hierbei manches Stück ihres Besten zu verlieren. Aber wenn die volkstümlichen Darstellungen der Marxschen Lehre doch noch, wenn auch in großen Umrissen, das ganze Gedankensystem des Meisters zeigen, was mußte aus ihm erst in dem Bewußtsein der Massen werden, die sich seiner jetzt zu bemächtigen begannen? Wie hätten die ungeschulten Massen Marx' eigenartige Methode begreifen können, die doch nur verstehen kann, wer die große Denkarbeit kennt, die die deutsche klassische Philosophie an dem reichen Material vollbracht, das ihr die Entwicklung der exakten Naturwissenschaft darbot? So ging die Methode verloren; die Massen hielten sich an die Resultate. Aber sie konnten die Sätze, in denen Marx die Ergebnisse seiner Forschung zusammengefaßt, nicht in ihrer wechselseitigen Bedingtheit in einem System, in ihrer Verflechtung mit dem ganzen Getriebe des sozialen Lebens begreifen, sondern sie stellten die Lehrsätze unvermittelt und unbedingt nebeneinander. „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." „Der Wert jeder Ware ist bestimmt durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeit." „Der Reichtum der besitzenden Klassen stammt aus dem von den Arbeitern erzeugten Mehrwert, aus der unbezahlten Arbeit der Arbeiterklasse." „Die kapitalistische Gesellschaft hat die Tendenz, die Arbeiterklasse immer mehr zu verelenden." „Der Kleinbetrieb wird vernichtet, die Herrschaft über die Produktionsmittel fällt in die Hände einer beständig abnehmenden Zahl großer Kapitalisten." „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert." Diese und ein paar ähnliche Sätze unvermittelt nebeneinandergestellt — das ist die Vorstellung der breiten Öffentlichkeit vom Marxismus, das ist jener Vulgärmarxismus, den die Massen aus den volkstümlichen Darstellungen der Marxschen Lehre herausgelesen haben, infolge der Mangelhaftigkeit ihrer Vorbildung und methodischen Schulung herauslesen mußten. Von diesem Vulgärmarxismus allein ist die Rede, so oft in einem größeren Kreise unserer Öffentlichkeit über den „Marxismus" gestritten wird.

Es würde nur einen beklagenswerten Mangel an historischem Sinne bezeugen, wenn jemand die Entstehung und Verbreitung des Vulgärmarxismus beklagen wollte. Denn die Aneignung einer neuen Wissenschaft durch die Massen ist ein historischer Prozeß, in dessen Verlauf die Massen die Gedankenreihen, deren sie sich bemächtigen wollen, in jedem Augenblick so umgestalten, daß sie ihrer jeweiligen Fassungskraft angepaßt sind. Aus der Geschichte der Naturwissenschaften und der Philosophie ließen sich Beispiele in Hülle und Fülle beibringen, die bezeugen, daß die Vereinfachung und Verflachung einer

neuen Lehre nichts als ein Stadium ihres Siegeszugs, ihres Vordringens zu allgemeiner Geltung ist. Und so ärmlich der Vulgärmarxismus auch im Vergleich mit dem gewaltigen Reichtum der Marxschen Gedankenwelt erscheint, so viel höher steht er doch als die wirren Vorstellungen vom gesellschaftlichen Leben, die er verdrängt hat. Aber er ist für die Massen der Arbeiterschaft nicht nur ein gewaltiger Fortschritt ihres Wissens, er ist auch eine der Triebkräfte ihres Wollens. Indem er ihnen — wenn auch nur in grobem Umriß — die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaft zeigte, hat er gewaltig dazu beigetragen, den proletarischen Klasseninstinkt zu klarem Klassenbewußtsein, zu klarer Erkenntnis der Stellung und der Aufgaben der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft zu entfalten. Verarmt und verkümmert, wie die Gedankenreihen des ersten Bandes des „Kapital" bisher in die Massen gedrungen sind, bringen sie ihnen doch immer noch nicht nur eine Bereicherung ihres Wissens, sondern auch die wirksamste Förderung der Einheit, Klarheit und Zielbewußtheit ihres Wollens.

Der Marx-Kritik bot der Vulgärmarxismus freilich willkommene Angriffspunkte. Auch sie kümmerte sich nicht um Marx' Methode, nicht um Marx' einheitliches System, sondern nur um jene einzelnen und in ihrer Vereinzelung mißverständlichen Lehrsätze, die der großen Öffentlichkeit als die Quintessenz des Marxismus galten. An ihnen versuchte sich ihr Witz. Der theoretische Revisionismus ist nichts anderes als der Widerpart des Vulgärmarxismus, die notwendige Folge der ebenso notwendigen Verkümmerung der Marxschen Lehre bei ihrem ernsten Eindringen in breitere, noch wenig geschulte Volksschichten.

Aber gerade die Angriffe des Revisionismus mußten uns Marxisten auf uns selbst zurückweisen. Da die einzelnen Lehrsätze in ihrer mißverständlichen Vereinzelung durch die Angriffe des Revisionismus erschüttert, ihre Geltung in Frage gestellt erschien, mußten wir uns wiederum ihres Zusammenhanges im System erinnern. Da die Resultate bestritten wurden, mußten wir wieder die Methode prüfen. Mit der Popularisierung war uns jetzt nicht genug getan; wir mußten mit dem ganzen Reichtum der neuen Wissenschaft, die in Marx' Werke zum ersten Male zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen, unser Bewußtsein erfüllen, wenn wir die von allen Seiten auf uns einstürmenden Fragen beantworten wollten. Die veränderte historische Situation hat die Arbeitsweise der jüngsten Generation der Marxschen Schule ganz anders bestimmt, hat ihr ganz andere Aufgaben gestellt als ihren Vorgängern; so traten wir an unsere Aufgabe mit einer ganz anders beschaffenen Geistesdisposition heran als unsere Lehrer vor einem Vierteljahrhundert.

Im Jahre 1885 ist der zweite, im Jahre 1894 der dritte Band des „Kapital" erschienen. Sie lagen uns bereits vor, als wir das Studium der Marxschen Ökonomie begannen. Schon darum konnten und mußten wir auch den ersten Band anders lesen. Denn wir haben die Ergebnisse des zweiten und dritten Bandes nicht zu den Resultaten des ersten nachträglich hinzugefügt, sondern wir lasen das ganze Werk vom ersten Tage unserer Studien an in einem Zuge. Uns konnte das Problem gar nicht entstehen, ob der dritte Band mit dem ersten im Widerspruch stehe, ob die Werttheorie durch die Lehre von den Produktionspreisen aufgehoben werde; wir wären nie Marxisten geworden, wenn wir nicht alle Glieder des Systems vom ersten Tage an in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit wirken gesehen hätten. Da uns

Digitized by Google

das vollendete Gebäude an einem Tage gezeigt ward, erkannten wir viel leichter als die Älteren, die es im Werden gesehen, seinen Plan.

Und gleichzeitig stürmte die Kenntnis zahlloser neuer wirtschaftlicher Erscheinungen auf uns ein. Die historische Schule hatte sie für uns beschrieben und katalogisiert: die tausenderlei Formen der mittelbaren Abhängigkeit des Handwerkes; die gewaltige Umwälzung im inneren Wesen des landwirtschaftlichen Betriebes; die Bildung neuer sozialer Schichten innerhalb der hochentwickelten Industrievölker; die von Land zu Land, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wechselnden Formen der Konzentration des Kapitals. All das mußten wir geistig überwinden; die Frage, wie diese zahllosen neuen Erscheinungen den großen Richtlinien, die Marx uns gewiesen, eingeordnet werden können, mußten wir beantwortet haben, ehe wir überhaupt uns zu Marx' Schule bekennen konnten. So haben wir es gelernt, Marx' Lehre von den Entwicklungstendenzen in ihrem tiefsten Sinn, in ihrem ganzen Reichtum zu begreifen. So blieben wir vor dem Irrtum bewahrt, die Lehre, die die Umgestaltung der tausendfach verschlungenen und ineinander verflochtenen wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen in ihrer Gesetzmäßigkeit begreift, vertrocknen zu lassen zu einer bloßen Prophezeiung jener äußerlichsten Veränderungen, die allein von der Betriebsstatistik erfaßt werden können.

So haben wir Marx' System zunächst inhaltlich, stofflich bewältigt und unserem Bewußtsein als dauernden Gewinn einverleibt. Daß die ersten Abstraktionen, mit denen Marx' Deduktion im ersten Bande beginnt, seiner Denkarbeit letzte Ergebnisse waren, konnte uns kein Rätsel sein; wir hatten es ja in der konkreten Forschungsarbeit selbst erfahren, daß wir jene letzten und allgemeinsten Begriffe nicht entbehren können, um aus ihrem Zusammenwirken die konkreten empirischen Tatsachen der ökonomischen Erfahrung in unserem Bewußtsein wiederzuerzeugen. Aber noch einmal nahte uns die Skepsis. War das Verfahren, das wir von Marx gelernt, war diese ganze mühselige Denkarbeit nicht eine Verirrung des menschlichen Geistes? Im Jahre 1896 stellte Rudolf Stammler die Methode der Sozialwissenschaften wieder zur Diskussion. Die Dilthey, Windelband, Rickert suchten den naiven Empirismus in den historischen Wissenschaften wieder in sein Recht einzusetzen. So waren uns alle Resultate wieder ungewiß geworden, da uns die Methode selbst bestritten schien.

Marx' Gesellschaftslehre ist eine exakte Wissenschaft. Sie ist also keine Erkenntniskritik, keine Philosophie. Die unkritische Vermengung der philosophischen Prüfung der Grenzen der Wissenschaft mit der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Arbeitsfelde der Erfahrung selbst kann auch in den Gesellschaftswissenschaften nur Unheil stiften, wie sie auf dem Arbeitsgebiet der Naturwissenschaften Unheil gestiftet hat. An sich bedarf die Marxsche Gesellschaftstheorie der Belehrung durch die Philosophie ebensowenig wie etwa die Mechanik oder die Astronomie. Denn die Philosophie hat nicht der Wissenschaft ihre Verfahrungsweisen vorzuschreiben, sondern auf den Verfahrungsweisen der Wissenschaft ruht die Philosophie, die aus der gegebenen Wissenschaft jene Elemente des erkennenden Bewußtseins heraushebt, welche „hinreichend und notwendig sind, das Faktum der Wissenschaft zu begründen und zu befestigen". (Cohen.) Aber trotzdem hat, historisch-psychologisch betrachtet, die Gesellschaftstheorie zu der Philosophie weit mehr und weit intimere Beziehungen als die Naturwissenschaft. Denn diese hat sich zwei Jahrhunderte früher aus der erdrückenden

Umarmung der Philosophie losgelöst; sie hat ihre Methoden so ausgebildet, daß sie wohl noch von den Philosophen verschieden gewertet werden, daß aber ihre praktische Anwendung und ihre allgemeine Geltung nicht mehr angefochten werden kann. Ihre jüngere Schwester aber, die Gesellschaftslehre, muß sich heute noch gegen die Herrschgelüste der Philosophie verteidigen; durch der Parteien Haß und Gunst verwirrt, hat sie noch keiner ihrer Arbeitsmethoden unangefochtene Geltung sichern können. Darum kann sie die erkenntnistheoretische Begründung und Verteidigung ihrer Methoden nicht entbehren.

Marx hat die methodologische Aufgabe der Rechtfertigung seiner Verfahrensweisen selbst vollbracht; aber er hat sie niedergelegt in einer Sprache, die unserer Zeit kaum verständlich ist, in äußerer Anknüpfung an die Lehren Hegels. In seiner Arbeit sind freilich die Hegelschen Gedankengänge zu etwas ganz anderem, ganz Neuartigem geworden, die von Hegel übernommenen Worte decken ganz andere Begriffe. Darum mußten wir uns Marx' methodologische Rechtfertigung seiner Arbeit in die Sprache unserer Zeit übersetzen, um uns gegen die Angriffe der Skepsis zu wappnen.

Die große Tatsache, die Hegels Logik so gut wie Kants Kritik zugrunde liegt, ist die exakte Naturwissenschaft. Ihren empirischen Charakter verkennt auch Hegel nicht; auch er zweifelt nicht daran, „daß alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anfange"; nennt er doch das Empirische so charakteristisch „das Unmittelbare", die begriffliche Bearbeitung der Erfahrung die „Negation eines unmittelbar Vorhandenen". Aber hinter dem Unmittelbaren sucht Hegel das Wahre und Wirkliche. Er findet es in seinem „Reich der Schatten, der Welt der einfachen Wesenheiten, von aller sinnlichen Konkretion befreit".[1] Im Dasein ist die Bestimmtheit — die konkrete empirische qualitative Beschaffenheit — mit dem Sein eins; wird aber die Bestimmtheit aufgehoben, als gleichgültig gesetzt, dann erst gelangen wir zum reinen Sein, das nichts ist als die Quantität. Ein Quantum aber, an welches ein Dasein oder ein Quale gebunden ist, ist das Maß. Das Maß ist die konkrete Wahrheit des Seins; in ihm liegt die Idee des Wesens. „Die Wahrheit des Seins ist das Wesen. Das Sein ist das Unmittelbare. Indem das Wissen das Wahre erkennen will, was das Sein an und für sich ist, so bleibt es nicht beim Unmittelbaren und dessen Bestimmungen stehen, sondern dringt durch dasselbe hindurch, mit der Voraussetzung, daß hinter diesem Sein noch etwas anderes ist als das Sein selbst, daß dieser Hintergrund die Wahrheit des Seins ausmacht." Dieser Hintergrund, dieses Wesen des Seins ist das Maß; zu ihm gelangen wir, indem wir die Bestimmungen des Seins als gleichgültig setzen, vom qualitativ bestimmten Dasein zum reinen Sein als reiner Quantität aufsteigen.

Was Hegel so in seiner sonderbaren, mystisch klingenden Weise beschreibt, ist nichts anderes als das Verfahren der mathematischen Naturwissenschaft, die die mannigfachen empirischen Gestaltungen der Natur nach der einen Seite ihrer gesetzlichen Bestimmung zu verstehen sucht, indem sie sie auf mathematische Bewegungsgesetze bezieht. Aber jene Begriffe, die ihre Rechtfertigung nur darin finden können, daß sie die Gegenstände der Natur als Gegenstände der Wissenschaft erst möglich machen, daß sie die konstitutiven Bedingungen der Möglichkeit einer Wissenschaft sind, werden bei Hegel zu selb-

[1] Hegel, Wissenschaft der Logik. Herausgegeben von Henning, Berlin 1833. I, 1, S. 47.

ständigen Wesenheiten, denen gegenüber das Empirische als ein Nichtiges erscheint. Das ist der ontologische Charakter der Hegelschen Logik.

Marx hat nun Hegels Verfahren allerdings nachgeahmt. Auch er sucht hinter dem „Schein der Konkurrenz“ das Wahre und Wirkliche. Und auch er will hinter dem Unmittelbaren die Wahrheit des Seins finden, indem er die qualitative Bestimmtheit des Seins in seinem empirischen Dasein aufhebt, als gleichgültig setzt und zum Sein als reiner Quantität eindringt. So wurden in den berühmten Anfangskapiteln des ersten Bandes die konkreten Waren ihrer Bestimmtheit (als ein Rock, 20 Ellen Leinwand) entkleidet und als bloße Mengen gesellschaftlicher Arbeit gesetzt. So werden die konkreten individuellen Arbeiten ihrer Bestimmtheit beraubt und als bloße „Erscheinungsformen“ der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit erfaßt. So verlieren schließlich selbst die wirtschaftenden Menschen, die Menschen aus Fleisch und Blut ihr anschauliches Dasein und werden zu bloßen „Organen der Arbeit“, zu „Produktionsagenten“, der eine zur Verkörperung eines Quantums des gesellschaftlichen Kapitals, der andere zur Personifizierung eines Quantums gesellschaftlicher Arbeitskraft. Das Quantum, an welches ein Dasein oder eine Qualität gebunden ist, das Maß Hegels ist hier die gesellschaftliche Arbeit. Sie ist das Wesen der ökonomischen Erscheinungen, das, wie Hegel sagt, nicht nur durch seine Bestimmungen hindurchgeht (man denke an Marx' Darstellung der Zirkulation des Kapitals, die den beharrenden Wert die immer wechselnden Gestalten von Geld, Ware, Geld, von Geldkapital, Produktionskapital, Warenkapital annehmen läßt!), sondern auch sie beherrscht als ihr Gesetz. Sie wird schließlich — und dies im einzelnen darzustellen, wäre eine lockende Aufgabe — zu dem, was Hegel die Substanz nennt, zur absoluten Formtätigkeit, zur absoluten Macht, die alle Akzidenzen aus sich hervorgehen läßt. Aber wenn Marx' Methode so das Verfahren Hegels nachahmt und Marx sich zur Beschreibung seiner Arbeitsweise der Hegelschen Terminologie bedient, so entkleidet er doch diese Methode ihres ontologischen Charakters. In zahlreichen methodologischen Bemerkungen, die in dem ganzen Werke zerstreut sind, führt er aus, daß seine Begriffe eben nicht — wie die Hegels — reale Wesenheiten sein wollen, sondern nur Werkzeuge, das konkrete Empirische geistig zu bewältigen und in der Wissenschaft zu reproduzieren. „Die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, ist nur die Art für das Denken, sich das Konkrete anzueignen, es als ein Konkretes geistig zu reproduzieren. Keineswegs aber ist es der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst.“ [1]

Haben wir erkannt, daß, was Marx von Hegel übernimmt, nichts anderes ist als die von Hegel ontologisch verkleidete, von Marx aus ihrer ontologischen Verbrämung wieder losgelöste Methode der mathematischen Naturwissenschaft, dann kennen wir das Wesen der Marxschen Arbeit als einer Wissenschaft: Marx hat dem Verfahren der mathematischen Naturwissenschaft ein neues Arbeitsfeld erobert. Verstehen wir, daß Marx in seinen methodologischen Bemerkungen sich nicht nur der Terminologie Hegels bedient, sondern auch aus der Hegelschen Logik den aller idealistischen Philosophie gemeinsamen Gedanken der Bestimmtheit unseres Wissens durch die Gesetzlichkeit unseres Bewußtseins übernimmt, diesen Gedanken aber von der ontologischen Verhüllung, die Hegel ihm gegeben, befreit, dann begreifen wir auch Marx' methodologische Be-

[1] Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie. „Neue Zeit“, XXI, 1, S. 773.

schreibung seines eigenen Arbeitsverfahrens: hier sehen wir Marx als Erben unserer klassischen Philosophie. Wir sehen ihn gleich weit entfernt von der ontologischen Metaphysik des absoluten Idealismus wie von der Illusion des naiven Empirismus, der die eigene Leistung des menschlichen Bewußtseins in der Wissenschaft nicht kennt, das menschliche Wissen zu einem bloßen Abbild des „Unmittelbaren“ erniedrigt und entwertet.

Marx' Erbe aus unserer klassischen Philosophie ist der Begriff der Wissenschaft. Den Wissenschaftsbegriff, wie ihn der Idealismus in kritischer Prüfung der mathematischen Naturwissenschaft entwickelt hat, glauben wir am reinsten in **Kants** Erkenntnistheorie zu finden. Aber Marx stand wie das ganze Zeitalter, in dem er seine philosophische Schulung empfangen hatte, Kant zu fremd gegenüber, als daß er seine Auffassung der Wissenschaft hätte unmittelbar der kritischen Philosophie entnehmen können. Sein historischer Ausgangspunkt war vielmehr der „absolute Idealismus“ Hegels. Auch in Hegels Philosophie konnte Marx den allem Idealismus gemeinsamen Begriff der Wissenschaft finden, aber nur in einer durch Hegels ontologische Auffassung verhüllten Gestalt. Indem Marx den Wissenschaftsbegriff von dieser Hülle befreit hat, hat er ihn — wenn auch in anderer Sprache — im wesentlichen in jener Gestalt wiederhergestellt, in der er die Grundlage und der Ausgangspunkt der kritischen Philosophie war und ist.

Darum dürfen wir es aber doch nicht etwa als bedeutungslosen Zufall ansehen, daß Marx gerade Hegel seine logische Schulung verdankt; denn wenn uns auch heute Hegels Ontologie als eine nach Kants Vernunftkritik kaum begreifliche Verirrung erscheint, so soll darum doch nicht vergessen werden, daß Hegel in anderer Hinsicht doch auch einen wesentlichen Fortschritt über Kant hinaus bedeutet. Denn während Kants Erkenntniskritik noch überwiegend an der mathematischen Naturwissenschaft orientiert ist, tritt bei Hegel menschliche Geschichte in den Mittelpunkt seines Systems. Wenn die historischen Tatsachen menschlichen Zusammenlebens von Hegel als Erscheinungsformen der Selbstentfaltung des Geistes geordnet werden, so bedeutet dies, in Marxscher Weise aus dem Ontologischen ins Methodologische übersetzt, nichts anderes als die Forderung einer solchen begrifflichen Bearbeitung des Historischen, daß die geschichtlichen Erscheinungen als Einzelfälle eines Bewegungsgesetzes in einer Gesetzeswissenschaft begriffen werden, die nach dem Verfahren mathematischer Naturwissenschaft qualitative Bestimmtheiten auf quantitative Veränderungen bezieht. Für Hegel ist die konkrete individuelle historische Vorstellung nur eine Metapher des Begriffs und damit alles Vergängliche nur ein Gleichnis; Marx aber fordert, daß das Historische als Exemplar eines Gesetzes verstanden werde, nicht etwa, als ob es außerhalb der Geschichte irgendwo Gesetze gäbe, die sie beherrschen, sondern damit der historische Zusammenhang jenes Charakters der Allgemeinheit und Notwendigkeit teilhaftig werde, den ihm nur die Beziehung auf ein Gesetz verleihen kann. In diesem Sinne bearbeitet, enthält Marx' Ökonomie das wirtschaftsgeschichtliche Material. Die Wirtschaftsgeschichte ist der Ausgangspunkt aller ökonomischen Forschung; im vollendeten ökonomischen System muß sie aber als Einzelfall des entwickelten ökonomischen Gesetzes erscheinen: was psychologisch Ausgangspunkt, ist logisch Resultat.

Diese große Aufgabe der exakten wissenschaftlichen Behandlung der Geschichte hat Marx in den drei Bänden seines „Kapital“ gelöst. Er hat die zahl-

losen qualitativen Veränderungen der menschlichen Produktivkräfte auf eine bloße Größenveränderung bezogen, indem er sie als Veränderungen der organischen Zusammensetzung des Kapitals begriff. Aus dieser quantitativen Veränderung folgen mit jener strengen Allgemeinheit und Notwendigkeit, die nur das Reich der Mathematik kennt, die Bewegungsgesetze der Mehrwertrate, der Profitrate und der Akkumulation des Kapitals, die uns das konkrete historische Geschehen unserer Zeit nach der einen Seite seiner gesetzlichen Bestimmung verstehen lassen. So gibt uns Marx das erste mathematische Bewegungsgesetz der Geschichte.

So haben wir uns Marx' Lehre gegen die Anfechtungen der Skepsis gesichert; sie steht nun nicht minder sicher da als die mathematische Naturwissenschaft. Die Erkenntniskritik, die den Marxismus überwinden sollte, haben wir in ihm selbst entdeckt. Und wenn nun der Historismus die letzten Ergebnisse der Marxschen Abstraktion ablehnt, weil sie keine Abbilder des empirischen Geschehens seien, so antworten wir ihm mit den Worten Kants, daß auch hier zwar nicht der Gegenstand den Begriff, wohl aber der Begriff den Gegenstand als Gegenstand unseres Wissens erst hervorbringt.

So ist es uns — den „Dogmatikern“, den „Orthodoxen“ — wahrhaftig nicht leicht geworden, uns im Kampfe mit einer Welt von Zweifeln zum sicheren Besitze der Marxschen Lehre durchzuringen. Daß der Weg, den wir gehen mußten, für uns selbst nicht ungefährlich war, wissen wir sehr wohl. Wir haben die Grenzen der neuen Wissenschaft gegen den Einbruch der Skepsis mit den Waffen der Erkenntniskritik verteidigen müssen; desto ängstlicher müssen wir uns nun vor der Gefahr hüten, bei der uns lieb gewordenen philosophischen Verteidigung der neuen Wissenschaft als eines Ganzen unsere eigentliche Aufgabe, die Fortbildung der neuen Lehre im einzelnen zu vergessen. Wir haben uns den ganzen Reichtum der Marxschen Forschungsergebnisse aneignen müssen; aber darum dürfen wir uns der Aufgabe nicht entziehen, die fruchtbare Marxsche Methode auf immer neuen, immer weiteren Arbeitsgebieten anzuwenden; denn die letzten und allgemeinsten Abstraktionen finden nur darin ihre Rechtfertigung, daß wir aus ihrem Zusammenwirken die konkreten Probleme jeder einzelnen Geschichtsepoche, die individuellen Besonderheiten jedes einzelnen Landes erklären können. Schöpferische Methode muß uns sein, was die Witzbolde, die Feuilletonisten, die Sammler sich nur als ein Dogma vorstellen können. Wir haben in die Tiefe der Grundbauten des Marxschen Werkes eindringen müssen; aber dies darf uns der wichtigeren Aufgabe nicht entfremden, von der gewonnenen und gesicherten Erkenntnis Stück für Stück in die Massen zu tragen und so die Arbeit der Durchdringung der Massen mit Marx' Gedankengängen fortzusetzen, die unsere Lehrer und Vorgänger mit so großem, in der Geschichte der Völker wirksamen Erfolge begonnen haben. Wir — die „Dogmatiker“ — haben es nicht gewagt, in die Geschichte unseres Volkes tätig einzugreifen, ehe wir nicht die theoretische Meinung, die dem praktischen Handeln zugrunde liegt, immer wieder nachgeprüft und zu dem ganzen Wissen unserer Zeit in Beziehung gesetzt hatten; aber was würde unsere ganze Erkenntnis fruchten, würden wir sie nun nicht umsetzen in tatkräftige praktische Arbeit für das theoretisch als richtig erwiesene Ziel? Wir können nicht mit knechtischer Gedankenlosigkeit jeden Rat befolgen, den Marx in einem anderen Lande zu anderer Zeit und unter anderen Verhältnissen der kämpfenden Arbeiterklasse gegeben hat; aber wir müssen Marx' Methode gebrauchen, um unsere be-

sonderen praktischen Aufgaben in unserem Lande zu unserer Zeit zu begreifen. Wir haben das Bekenntnis zu Marx' Lehre in schwerem Kampfe uns selbst abgerungen; darum kann sie uns kein Schema sein, das uns beherrscht, sondern nur eine Methode, die wir beherrschen.

So hat jede Generation, jede Alters- und Bildungsstufe ihren Marx. Was sie sich von dem unerschöpflichen Reichtum des Meisters zu erobern weiß, darin spiegelt sich ihr ganzes geistiges Sein. Die Geschichte des „Kapital" ist verflochten in die ganze Geistesgeschichte der letzten Jahrzehnte. Und jeder Generation wird das errungene Wissen zum bestimmenden Schicksal, das ihr praktisches Handeln gestaltet, zum persönlichen Erlebnis, das seine Spuren untilgbar eingräbt in ihren Charakter. Was erst nur Erkenntnis war, wird in der lebendigen Wirklichkeit des Schaffens zum nie versiegenden Quell unserer Begeisterung, unserer Leidenschaft, unserer Tatkraft.

Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform.

Von **Michael Sursky** (Petersburg).

I.

Allgemeine Vorbemerkungen.

Eine der schönsten Legenden, in denen uns die Volksanschauungen aus den grauen Zeiten der menschlichen Geschichte übermittelt worden, ist die von der Entstehung der „Zehn Gebote". Einfach und klar stellten sich damals die Volksgenossen das Zustandekommen der Gesetze vor, und tief prägten sich ins Gedächtnis die Gebote, die „Normen", denen man Gehorsam schulden mußte. Nichts von den jahrelang dauernden Vorarbeiten, Kommissionen, parlamentarischen Debatten und Beschlußfassungen — dem Volke war die Gottheit selbst der Gesetzgeber, der feierlich seine Normen mit Donnerstimme verkündete und mit dem Blitze besiegelte — der „allerhöchsten" Sanktion von dazumal.

Von solch einer simplen Gesetzgebungsarbeit kann in unserem Zeitalter natürlich keine Rede mehr sein. Ganze Jahrzehnte müssen die Strafgesetzbücher ausgetragen werden, ehe man endlich im Regierungsblatte den teuren Untertanen froh und freudig ihre Ankunft anmelden und den ersten Schrei des Neugeborenen in den vier Wänden des Gerichtssaales vernehmen kann.

Unter dem Zeichen der langdauernden Vorarbeiten zu dem neuen Strafgesetzbuch steht nun jetzt Deutschland.

Das geltende Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich ist von ziemlich ehrwürdigem Alter: es datiert von Anno 1871. In den verflossenen vierzig Jahren sind die sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands ganz umgebildet worden. Daß die Arbeiterpartei viel zu viel Gründe hat, mit dem geltenden Strafrecht unzufrieden zu sein, braucht man den Lesern der „Neuen Zeit" nicht zu beweisen, und daß ein mächtiger Unwille in den breiten Arbeitermassen mit dem bestehenden Rechtszustande herrscht, zeigt am besten die Zustimmung, mit der Haases Ausführungen auf dem Mannheimer Parteitag aufgenommen wurden. Aber eine wie große Unzufriedenheit in unseren Kreisen herrschen mag, eine noch größere ist unter den Kreisen der Kriminalisten, der Vertreter der Strafrechtswissenschaft, verbreitet. Und auch sie haben ihrerseits gute Gründe

Digitized by Google

dazu. Wegen der mangelhaften Technik bereitet das Strafgesetzbuch, das zudem zahlreiche und meistenteils Gelegenheits-, aber auch Verlegenheitscharakter tragende Nebengesetze umsponnen haben, schwierige, manchmal kaum lösbare Aufgaben. Es ist kaum möglich, einen Paragraphen in dem Strafgesetzbuch aufzuweisen, in dessen Auslegung man einig ist, über den nicht sogenannte „Kontroversen“ sich massenhaft aufhäuften. Ein Zustand, der, je länger er dauert, desto unerträglicher wird. Aber auch andere Gründe sind es, die den deutschen Kriminalisten den berechtigten Anlaß geben, nach einer Reform des Strafrechts zu streben. Die Anhänger der neueren Richtungen in der Wissenschaft stellen beim Strafrecht Forderungen auf, die das veraltete Strafgesetzbuch nicht erfüllen kann.

Was die mangelhafte Technik des Strafgesetzbuchs anbetrifft, so kann man ihm doch, meines Erachtens, mildernde Umstände zuerkennen. Das Strafgesetzbuch von 1871 kam in die Welt in der Zeit, wo man durch die Losung begeistert wurde: ein Reich — ein Kaiser, nun auch endlich ein Strafrecht. Man hat darum das preußische Strafgesetzbuch von 1851, ungeachtet dessen, daß es stark unter französischem Einflusse, „den Gesetzen des ersten Napoleon“ stand, so rasch als möglich schnell etwas modernisiert. Zu eingehenderer Arbeit hatte man keine Zeit. Und der Reichstag empfand so heftig den Wunsch, den Traum eines einheitlichen Strafgesetzbuches zu verwirklichen, daß er den Entwurf in der dritten Lesung in der Gestalt annahm, wie es den verbündeten Regierungen gefiel. Trotz des Widerwillens mußte — nach einer „großen“ Rede Bismarcks — auch die Todesstrafe beibehalten werden.

Damals hegte man die Hoffnung, das Gesetzbuch werde ja nicht lange bestehen, denn es trage schon beim Erscheinen den Stempel der Reformbedürftigkeit — aber es zeigte sich, daß ein Strafgesetzbuch sich nicht in ein paar Jahren herstellen läßt. Unter anderem verzögerten auch folgende Umstände die Reform. Je näher die Wende des Jahrhunderts heranrückte, desto mehr erblühte in Deutschland wie auch in allen Ländern Europas die Strafrechtswissenschaft. Neue Aussichten eröffneten sich dem Blicke der Kriminalisten, neue Streitfragen von größter Wichtigkeit mußten noch ausgefochten werden. Der einigermaßen in der Strafrechtswissenschaft Bewanderte weiß, daß die kriminalistische Welt Deutschlands in zwei große feindliche Lager zerfallen ist — hier die Verfechter der Vergeltungsidee, dort die Anhänger des Zweckgedankens im Strafrecht. Es fehlt aber auch nicht an Kriminalisten, die eine vermittelnde Linie einschlagen, die beiden Grundgedanken das Daseinsrecht zuerkennen. Für meine Arbeit ist es nicht vonnöten, auf den Streit der „Schulen“ näher einzugehen, der manchmal bei einzelnen Verfechtern des Vergeltungsgedankens in persönliche Angriffe und Verdächtigung der „Soziologen“, namentlich ihres glänzendsten Wortführers, Professor v. Liszt, ausartet. Ich möchte nur an dieser Stelle bemerken, daß bei weitem nicht alles, was „soziologisch“ klingt, auch wohl sozialistisch ist.

Die deutschen Kriminalisten nahmen, wie gesagt, an der Strafrechtsreform das größte Interesse. Alle deutschen „Juristentage“, wissenschaftliche Versammlungen aller Art hatten diese oder jene Reformfrage auf der Tagesordnung. Eine wahre Flut von Abhandlungen über die Reform brach über Deutschland herein. Bereits im Anfang 1907 wies Professor Kahl in einem Dresdener Vortrag darauf hin, daß ihre Zahl das erste Hundert „weit überschritten“ habe. Aber alle diese Erörterungen hatten, wenn auch wohl großen,

so doch rein theoretischen Wert, solange nicht praktische Schritte, wenn auch nur die ersten, von der Regierung gemacht wurden. Erst mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs, mit der Erledigung dieser schwierigen Aufgabe, konnte man sich endlich der Reform des Strafrechtes widmen. Ende 1902 bildete sich auf Anregung des Reichsjustizamtes ein wissenschaftliches Komitee aus deutschen Strafrechtslehrern. In ihm waren die Universitäten der wichtigsten Bundesstaaten, zugleich aber die oben gekennzeichneten wissenschaftlichen Richtungen vertreten. Dem Komitee war zur Aufgabe gestellt, ein Werk herauszugeben, das eine vergleichende Darstellung des Strafrechtes der wichtigsten Kulturstaaten bietet, wobei aber das deutsche Recht zum Ausgangspunkt genommen werden muß. Die einzelnen Materien des Strafgesetzbuchs sollten — voraussichtlich — in fünfzehn Bänden durchforscht und klargelegt werden, das ausländische Recht zu Rate gezogen, die Ergebnisse der Rechtsvergleichung kritisch gewürdigt und daran anschließend Vorschläge für die deutsche Gesetzgebung gemacht werden. Zunächst sollten alle Materien des „Besonderen Teiles" behandelt werden — die Verbrechen und Vergehen; von den Übertretungen sowie von den Strafvorschriften anderer Reichsgesetze sollten jene Berücksichtigung finden, die kriminalpolitisch von Bedeutung sind oder ihrem Tatbestand nach in enger Beziehung zu den Verbrechen oder Vergehen stehen.

Diese Aufgabe ist nun im Sommer 1907 zum Abschluß gekommen. Neun stattliche Bände, von denen der eine schon 1905 erschienen war, liegen jetzt der Öffentlichkeit vor.[1] Viereinhalbtausend Seiten großen Formats schließen sie in sich ein. Schon der äußeren Seite nach eine Riesenarbeit!

Das Werk konnte nur dadurch zustande kommen, weil, wie in dem Vorwort gesagt wird, „die Vertreter aller bestehenden Richtungen sich einmütig die Hände gereicht haben, um das große nationale Werk der Strafrechtsreform vorzubereiten". Man braucht nur auf das Verzeichnis der Mitarbeiter — es sind ihrer beinahe fünfzig — einen Blick zu werfen, um sich zu überzeugen, daß wirklich fast alle bedeutenden Kriminalisten Deutschlands verschiedenster Richtungen an der Arbeit teilgenommen haben. Richtiger gesagt, die Kriminalisten deutscher Zunge, denn es beteiligen sich am Werke die Wiener Professoren Löffler und Stoos, der bekannte Leiter der Strafrechtsreform in der Schweiz. Das Werk zeigt, was die deutsche Strafrechtswissenschaft leisten kann; so einer Aufgabe ist wohl kaum ein anderes Land gewachsen, eine solche kriminalistische „Garde" weist eben nur Deutschland auf. Und dabei wurden nicht alle Kräfte in Anspruch genommen. So vermißt man in dem Verzeichnis der Mitarbeiter den Namen Bindings, des Leipziger Strafrechtslehrers, eines der besten Kenner des deutschen Rechtes, dessen vor nicht so langer Zeit erschienene Arbeit „Lehrbuch des gemeinen deutschen Strafrechtes" anerkanntermaßen die gründlichste Arbeit auf diesem Gebiet ist.

Nach dem von den Herausgebern ausgearbeiteten Plane wurde der strafrechtliche Stoff unter die Arbeiter nach verschiedenen Materien verteilt, die man auf zwei Gruppen zurückführen kann. Die eine umfaßt die Angriffe auf die „Rechtsgüter des einzelnen" — das sind Verbrechen gegen das Leben, Ge-

[1] Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechtes. Vorarbeiten zur deutschen Strafrechtsreform. Herausgegeben auf Anregung des Reichsjustizamtes von den Professoren Dr. Karl Birkmeyer, Dr. Fritz van Calcer, Dr. Reinhard Frank, Dr. Robert v. Hippel, Dr. Wilhelm Kahl, Dr. Karl v. Lilienthal, Dr. Franz v. Liszt, Dr. Adolf Wach. Besonderer Teil. Band I—IX. Berlin 1905—1907, Verlag Otto Liebmann.

sundheit, Freiheit, Sittlichkeit, Ehre und Eigentum —, auf sie entfallen ziemlich zwei Drittel des Werkes. Zu der zweiten Gruppe kann man die Angriffe zählen, die auf die eine oder andere Weise den Staat angehen — die Angriffe gegen den Staat, die Staatsgewalt und Staatsverwaltung. Von dem „Besonderen Teile" des Strafgesetzbuchs konnte nur aus Mangel an Raum die Gefangenenbefreiung nicht besprochen worden. Das ist zwar kein so großer Verlust, aber eins läßt sich nicht verstehen, daß die strafrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Schutz von Leben und Gesundheit des Arbeiters bezwecken, fast gar nicht in die Darstellung hineinbezogen sind. Aus einer Bemerkung Professor Löfflers (Band V, S. 366), der über die „Körperverletzungen" schreibt, erfahren wir, daß die Behandlung der, wie er selbst zugibt, „außerordentlich wichtigen" Kinderschutzgesetzgebung und verwandter Gebiete (Schutz der Untergebenen) „nach dem gegebenen Plane" nicht in seine Aufgabe gehöre. In den Ausführungen über die „Verbrechen und Vergehen wider das Leben" erwähnt Professor v. Liszt die Bestimmungen der Gewerbeordnung darüber, erledigt aber die Materie auf noch nicht einer vollen Seite.

Dagegen aber wurden „dem Arbeitsplan nach" folgende, wie man sieht, ungemein wichtige Materien behandelt: „Jagd- und Fischwilderei", umfassend 123 Seiten; „Die Schiffs- und Ladungsgefährdung durch Konterbande — 9 Seiten; „Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel" und „Die Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern" — 34 Seiten (beides Nebengesetze); „Heuervertragsbruch" — 7 Seiten; „Tierquälerei" — 30 Seiten. Man kann dazu etliche 10 Seiten hinzufügen, die der unbefugten Annahme von Amtssymbolen, Titeln und Auszeichnungen gewidmet sind. Und recht ausführlich behandelt ist zum Beispiel der Schutz des Fabrik- und Geschäftsgeheimnisses.

Bei der Behandlung all der Materien, die für die vergleichende Darstellung in Anspruch genommen sind, wurde auch in ausgiebiger Weise das ausländische Recht herangezogen. Überall ist berücksichtigt das englische und französische Recht, die neueren Strafgesetzbücher der Niederlande (1881), Italiens (1889) und Norwegens (1902), womöglich auch die Judikatur. Dann weiter die Entwürfe zu einem österreichischen Strafgesetzbuch (sowie auch das geltende Recht Österreichs), zu dem schweizerischen Strafgesetzbuch und einem Bundesstrafgesetzbuch für die Vereinigten Staaten Amerikas. Aber es stand in vollem Ermessen der Mitarbeiter, in ihrer Darstellung auch das Strafrecht anderer Länder zu berücksichtigen, soweit es ihnen von Interesse und Bedeutung für die Arbeit schien, was sie auch redlich getan haben. So blieben in der Darstellung die Strafbestimmungen kaum eines Kulturlandes mehr oder weniger unerörtert.

Dem praktischen Ziele, dem das Werk dienen mußte, sind seine Mitarbeiter auch nachgekommen. Die Ergebnisse der Rechtsvergleichung sind von ihnen kritisch geprüft und Vorschläge für die Strafrechtsform formuliert worden. Wohlbemerkt, ist das natürlich kein paragraphierter Gesetzentwurf, aber eine feste Grundlage dafür ist geschaffen worden. Nur Professor Ullmann hat zu dieser Grundlage wenig beigetragen. Denn in dem Artikel über den „§ 311 (die Zerstörung einer Sache durch Gebrauch von Pulver oder anderen explodierenden Stoffen) und das Sprengstoffgesetz" hatte er — wie auch in anderen von ihm geschriebenen Artikeln — weder das deutsche und ausländische Recht der Kritik unterzogen noch Vorschläge irgendwelcher Art gemacht. Das Sprengstoffgesetz verdiente aber eine gründliche Kritik. Auf seine „überaus

schlechte Fassung" weist Professor v. Liszt hin[1] und Professor Binding, der „nicht die Strenge gegen die Dynamitarden", sondern die Art der Anwendung dieser Strenge tadelt, sieht in diesem Gesetz einen „häßlichen Sprößling der Furcht, die sinnlos zu drakonischen Mitteln greift, und zugleich haftender Unfähigkeit — ein in manchen Bestimmungen die Gerechtigkeit hart verleugnendes Ausnahmegesetz".[2]

Was überhaupt die Kritik der Ergebnisse und die Vorschläge für die Strafrechtsreform betrifft, so stand es jedem Mitarbeiter frei, den ihm angewiesenen Stoff in „wissenschaftlicher Unabhängigkeit und gleichberechtigter Stellung" zu bearbeiten. Und es ist von Interesse, zu bemerken, daß von dem Schulstreit der Kriminalisten nichts zu verspüren ist. Die Eigenart der Mitarbeiter zeigt sich wohl in der größeren oder kleineren Gewandtheit in der Bewältigung des umfangreichen Stoffes. Welchem besonderen wissenschaftlichen Glauben sie aber huldigen, welcher Meinung über die Aufgaben und Ziele der Rechtsvergleichung sie auch sein mögen, diesem Werke ist stets ein und derselbe Grundton eigentümlich. Die große Mehrzahl der Mitarbeiter hatte auch darauf verzichtet, ihren Abhandlungen methodologische Bemerkungen vorauszuschicken, und diejenigen, die es darauf ankommen ließen, drücken nur sozusagen die „herrschende Meinung" aus. Die Idee, die der Darstellung zugrunde liegt, kam meines Erachtens am klarsten zum Ausdruck in den einleitenden Bemerkungen des Privatdozenten Gerland: „Die soziale Brauchbarkeit bestimmter Rechtsnormen soll erkannt werden und so die Bejahung oder Fortentwicklung des geltenden Rechtes". (Band I, S. 116.) In Laiensprache übersetzt — die Brauchbarkeit der Strafbestimmungen für den Schutz der Gesellschaft und des Staates, der bestehenden Ordnung überhaupt. Und dieser Grundton wird noch vernehmlicher dadurch, daß einer der Mitarbeiter, Professor Kohlrausch, einen ganz anderen Standpunkt bei der Arbeit (er behandelt den „Zweikampf") einnehmen zu müssen glaubt. Nach seiner Meinung könne uns die Vergleichung verschiedener Rechtssysteme zwar über die Tauglichkeit der Mittel zu einem Zweck belehren, nicht aber über die Rechtfertigung des Zweckes. Die Zwecke, die das Gesetz verfolgt, rechtfertigen sich durch Zurückgehen auf höhere Zwecke, die letzten von ihnen können aber nur „gefühlsmäßige Begründung" finden. Aus dem, daß „etwas immer oder nie so war", könne man keineswegs schließen, daß wir auch dafür eintreten sollen. (Band III, S. 129—131.)

Zur allgemeinen Charakterisierung des Werkes sollen noch folgende Bemerkungen dienen.

Die Mitarbeiter haben sich offensichtlich die Mühe gegeben, die Politik von dem Werke fern zu halten. Daran ändert es nicht, daß in den Abhandlungen über die Verbrechen gegen den Staat und dergleichen staatserhaltende Gedanken zum vollsten Ausdruck kommen. Der Ton ist überall ruhig und die Form ist rein wissenschaftlich. Nur auf eine Ausnahme in dem ganzen Werke bin ich gestoßen — auf die häßlichen Auslassungen des Herrn Privatdozenten Gerland gegen die deutsche Sozialdemokratie. Augenscheinlich hat der Stoff — ihm war zugewiesen die Frage über „Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten" — Herrn Gerland zu stark hingerissen und ihn den wissenschaftlichen Anstand, den er dem Werke selbst schuldete, gänzlich vergessen lassen.

---

[1] Besonderer Teil. Band II, 1. Abteilung. Leipzig 1904, S. 22.
[2] Lehrbuch des deutschen Strafrechtes. 15. Auflage. Berlin 1905, S. 509.

Noch eine letzte Bemerkung. Das ganze Werk zeichnet sich durch aufrichtiges Bestreben aus, dem Volksbewußtsein, dem Rechtsgefühl des Volkes gerecht zu sein. Ob und wie weit ihm das gelungen ist, ist natürlich eine andere Sache. Daß das Rechtsgefühl des Volkes sich nicht so leicht erschließen läßt, hat einer der Mitarbeiter eingesehen und offenherzig, wie kaum je ein anderer, es zugestanden. „Die Kenntnis des Rechtslebens", schreibt Professor Wach in seiner Abhandlung über den Bankrott, „lasse sich nicht mit dem Studium von Druckwerken erreichen. Weder veröffentlichte Judikatur, noch Dogmatik und Statistik erschließen den Blick in die Tiefe. Nur wer das Volk, den nationalen Charakter, die Sitte und Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse und Rechtsgewöhnungen kennt, versteht den Rechtszustand." Und indem er auf die der Rechtsvergleichung zu stellende Aufgabe Bezug nimmt, meint Professor Wach, daß keiner wohl solcher Kenntnisse des fremden Rechtes sich rühmen kann: „Kennen wir ja das unserige kaum! Wie oft muß sich der Theoretiker sagen lassen, daß ihm das Recht seines eigenen Volkes, die Praktikabilität der Rechtssätze des eigenen Landes fremd sei! Wie wenig verbürgt die sogenannte Rechtseinheit die Gleichwertigkeit und Gleichwirksamkeit in den verschiedenen Landesteilen Deutschlands!" (Band VIII, S. 1—3.) (Fortsetzung folgt.)

Sozialismus in der amerikanischen Poesie.

Von **Henriette Roland-Holst.**

In einem Teile der amerikanischen Literatur haben sich seit mehr als einem halben Jahrhundert mehr oder weniger klare sozialistische Anschauungen, Neigungen und Sympathien von Generation auf Generation fortgepflanzt. Selbstverständlich ändert sich der Inhalt dieses Sozialismus, unter dem wir hier ganz allgemein das Bekenntnis zur sozialen Gleichheit als das Ideal menschlichen Zusammenlebens verstehen, mit der Ummandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die sozialistischen Regungen in der amerikanischen Literatur des zweiten und dritten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts haben ihren Grund in den nämlichen Verhältnissen und Umständen, die die Vereinigten Staaten jahrzehntelang zur Versuchsstätte par excellence der Lehren des utopischen Sozialismus machten. Die Schriftsteller jener Zeit, bei denen wir mehr oder weniger deutliche humanitäre, altruistische und sozialistische Neigungen finden, wie Hawthorne, Thoreau, R. W. Emerson und andere, standen zum Teil mit der fourieristischen Bewegung in den Vereinigten Staaten in direkter Verbindung: aus jenem „Transzendentalen Klub", dem außer den vorher genannten noch viele bedeutende und begabte Männer und Frauen angehörten, ging ja die berühmte kommunistische Kolonie „Brook Farm" hervor, die, seit dem Anfang ihres Bestehens zum Fourierismus hinneigend, sich 1844 formell zum Phalanstère erklärte und das Hauptquartier der fourieristischen Propaganda wurde.[1]

Die Erinnerung an ihre revolutionär-demokratischen Ursprünge blieb in der nordamerikanischen Republik immer lebendig, sie wirkte als ein Ansporn, eine Triebkraft der demokratischen Entwicklung. Die Traditionen des Zeitalters von 1777 bis 1795, der Inhalt der „Unabhängigkeitserklärung" spielten im geistigen und sozialen Leben Nordamerikas noch eine ganz andere Rolle als

[1] Siehe M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten, S. 97 ff.

die Erinnerung an die Jahre 1789 bis 1794 im Leben des französischen Volkes. In Frankreich hatten die revolutionären Gedanken dieser Periode keinen endgültigen Sieg davongetragen, die Konstitution von 1793 war nicht zum Ausgangspunkt der weiteren wirklichen politischen Entwicklung geworden, sondern nur zum Ausgangspunkt der Bestrebungen jener Klassen und Parteien, die den Kampf für die Demokratie führten. In den Vereinigten Staaten dagegen bildete die „Unabhängigkeitserklärung" die Grundlage des staatlichen Lebens; aus der politischen Gleichberechtigung, die sie aufstellte, schien, wenn ihr Prinzip konsequent und furchtlos durchgeführt wurde, die soziale Gleichheit folgen zu müssen. Aus der Praxis der politischen Gleichberechtigung ging das Ideal der sozialen Gleichheit unmittelbar hervor.

Solange die kapitalistische Industrie in den Vereinigten Staaten unentwickelt war und es keine eigentliche proletarische Klasse von amerikanischen Lohnarbeitern gab, solange der Grund und Boden noch nicht monopolisiert worden war und damit für kräftige, energische Individuen die Aussicht bestand, eine selbständige Existenz als Farmer zu gründen — so lange schien es möglich, auf dem Wege der politischen Demokratie die soziale Gleichheit zu erreichen. Unbedingt notwendig war dazu die Aufhebung der Sklaverei, die wie ein gewaltiges Bleigewicht die Schale, in der die Menschengleichheit ruhte, am Emporsteigen hinderte. Umgekehrt mußte der Kampf gegen jene fundamentale und prinzipielle Ungleichheit, die die Sklaverei darstellte, das Streben nach Erweiterung und Vervollkommnung der Menschengleichheit erzeugen. Man kann nicht ein großes gesellschaftliches Übel an der Wurzel treffen wollen, ohne auch andere, tiefer verborgene Übel mitzuberühren.

Der literarische Sozialismus in Amerika, der Sozialismus Ralph Emersons und Thoreaus zum Beispiel, war idealistisch und individualistisch. Das erste, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse Nordamerikas vor dem Bürgerkrieg keine Grundbedingungen für die Anschauungen des modernen wissenschaftlichen Sozialismus abgaben; das zweite, weil es die starken, furchtlosen Individualitäten waren, die, in hohem Maße auf eigene Tatkraft, Intelligenz und Beharrlichkeit angewiesen, als Pioniere Amerika der Wildnis entrissen, das Land urbar machten und zivilisierten. Sie erschienen als die Helden der amerikanischen Gesellschaft, die freiesten und stärksten Menschen der modernen Zeit, und man begreift es, daß Walt Whitman, der Dichter des amerikanischen Lebens und der amerikanischen Demokratie, die Zeit ersehnte, wo das Gebiet der Union mit Millionen Farmen übersät wäre, von denen jede den unantastbaren Eigenbesitz eines selbständigen Produzenten bilde.

In Walt Whitman haben wir denjenigen amerikanischen Dichter genannt, in dessen Schöpfungen alle Strömungen jenes vorproletarischen Sozialismus, welcher aus der Begeisterung für die Demokratie und aus dem Zutrauen zu ihren Wirkungen geboren wurde, den stärksten und großartigsten Ausdruck finden. Man hat viel darüber gestritten, ob Whitman ein sozialistischer Dichter sei. Gewiß ist er es nicht in dem Sinne, daß entweder der utopische oder der proletarische wissenschaftliche Sozialismus die allgemeine Weltanschauung bildet, aus der seine poetischen Schöpfungen hervorquellen. Walt Whitman ist der Dichter der unbegrenzten, hoffnungsreichen, ihrer eigenen Kraft unermeßlich vertrauenden Demokratie. Und zwar nicht jener europäischen Demokratie, die auf jedem Schritte gehemmt, eingedämmt, deren Entfaltung zurückgehalten wurde durch alte Traditionen und starke Reste reaktionärer Klassen, sondern

der Demokratie in einem Lande „ohne verfallene Schlösser und ohne Basalte“, einem Lande zudem, das an Ausdehnung und Hilfsquellen einem Weltteil gleichkommt und durch den einen wie den anderen Umstand scheinbar der Ausmündung der politischen Gleichberechtigung in die soziale Gleichheit die glänzendsten Aussichten bietet. Ein Land, wo im Leben des Bürgers und Bauers jene dumpfen Mächte der Ängstlichkeit, Kleinlichkeit und Verkümmerung nicht herrschten, die in Europa die Verherrlichung jener Klassen durch die Kunst unmöglich machten, wo die Individualität durch die Aufgaben des Lebens nicht verkrüppelt, sondern gestärkt wurde, wo das in Europa flache und beschränkte Dasein des Bauern sich erweiterte zur inhaltsvollen, farbenreichen Existenz des Pioniers, überreich an dem, was bei uns nur in den Träumen und Gestalten des Mittelalters auftauchte: an Romantik.

Nur in Nordamerika konnten romantische Stimmungen und Vorstellungen in der demokratischen Gegenwart wurzeln, und nur in Nordamerika konnte die Demokratie jene großartigen Ausblicke auf eine dämmernde Ferne eröffnen, in der sie selbst allmählich in den Sozialismus hinüberzuschillern schien. Whitman ist der Dichter jener eigenartigen romantischen und heroischen Gefühle, aufsprießend aus einer demokratischen Gegenwart, aus jener schillernden Ferne: eines weiten, unbestimmten Gebiets zwischen Demokratie und Sozialismus. Nur in der amerikanischen Union konnte eine solche Dichtung aufkommen. Im Lichte dieser Tatsache muß auch Whitmans Nationalismus verstanden werden: er verherrlichte und feierte die Union als den einzigen Teil der Welt, in welchem eine solch lebenskräftige, vielumfassende und verheißende Demokratie sich ausbilden könne: sein Amerikanismus bildet einen notwendigen Bestandteil seiner Weltauffassung.

Es wäre interessant, eine Parallele zu ziehen zwischen den großen französischen Realisten — vor allem Zola — und Walt Whitman. Bei großer Verschiedenheit finden wir auch in mancher wichtigen Hinsicht Übereinstimmung, die daraus folgt, daß die Weltanschauung beider Schriftsteller auf das demokratische Ideal der kleinbürgerlichen Klassen, der Kleinbürger und Bauern, basiert war. Bei beiden finden wir die demokratische Auffassung, die alle Erscheinungen, Menschen und Dinge und Empfindungen, wesentlich gleich achtet, die keine Auswahl treffen, keinen Vorzug erkennen will. Bei beiden finden wir das Streben, in die Kunst die ganze sinnliche und physiologische Natur des Menschen, die ganze materielle Seite des Daseins aufzunehmen, sie damit zu bereichern — weshalb beide vom Philister als „roh“ und „grob“ verschrien worden sind. Bei beiden treffen wir das Bestreben, nicht den Kern, das Wesentliche eines Gegenstandes oder einer Situation, sondern alle ihre Seiten, die ganze Vielseitigkeit und Universalität, die unendlichen Beziehungen des Lebens selbst in der Kunst zum Ausdruck zu bringen, was dann natürlich nur durch Agglomeration, durch das Aneinanderreihen von Einzelheiten geschehen kann. Wenn Whitman ein Bild von der Weite der Erde, von der Mannigfaltigkeit der Länder und Völker geben will, so sucht er nicht diesen Ausdruck direkt hervorzubringen, sondern gleichsam indirekt, durch eine endlose Aufzählung jener Völker und Länder und ihrer Eigentümlichkeiten. Wenn er ein Bild von der weiten Verzweigung und Kompliziertheit des modernen Wirtschafts- und Betriebslebens geben will, so führt er uns eine Art Inventar von all den unzähligen Gewerben vor. Diese Art zu verfahren hat etwas Barbarisches, wenn auch Whitman manchmal durch sie primitive Wirkungen erreicht.

Es ist wohl unzweifelhaft, daß die künstlerische Wiedergabe der kleinbürgerlich-demokratischen Weltauffassung am besten im realistischen Roman geschieht. In der Romanform hat diese Weltauffassung am vollständigsten ihren klassischen Kunstausdruck gefunden, ihre Wiedergeburt in der Kunst erlebt. Ungleich weniger eignet sie sich dazu, in der Poesie verherrlicht und verbildlicht zu werden. Es ist eine Tatsache, daß die Gefühle, Hoffnungen und Erwartungen der siegreich sich entfaltenden kleinbürgerlichen Demokratie von keinem einzigen wirklich bedeutenden Dichter außer Whitman zum Ausdruck gebracht worden sind.

Das ästhetische Ideal der kleinbürgerlich-demokratischen Weltanschauung geht dahin, die volle, ganze Wirklichkeit zu umfassen und zu erschöpfen, sie darzustellen mit der nämlichen Treue und unermüdlichen Präzision, mit der die moderne Naturwissenschaft ihre Objekte beschreibt. Überhaupt hat sich das kleinbürgerliche Kunstideal von den Methoden der Naturwissenschaft faszinieren lassen. Die Poesie, als die Kunst nicht der Realität, sondern der schönen Lüge, strebt, nicht ein naturgetreues, sondern ein freies, verherrlichtes Bild des Lebens zu geben. Sie verschmäht die genaue Darstellung der Einzelheiten, sondern wählt unter diesen, seien es nun Gefühle und Vorstellungen oder Ereignisse, Personen und Zeiten, nur solche, die ihr Gesamtbild des verherrlichten Lebens mitwirkend gestalten helfen.

Poesie und naturalistische Kunst sind also Gegenpole, oder mit anderen Worten: naturalistische Poesie kann nicht bestehen. Insoweit Whitman die ganze Fülle und Mannigfaltigkeit des amerikanischen Lebens mit den Mitteln des Naturalismus in der Poesie auszudrücken strebt, ist er gescheitert und mußte er scheitern.

Es gibt jedoch eine gewisse Seite des demokratischen Ideals, die sich äußerst wohl für die poetische Wiedergabe eignet. Es ist dies das moderne Gefühl der Beziehungen zwischen Individuum und Masse. Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte förderte in hohem Maße das Bewußtsein, daß das Individuum, „dies wunderliche Ding: eine einfache, in sich geschlossene Person", wie Whitman es ausdrückt, eine Welt für sich sei. Dieselbe Entwicklung jedoch steigerte auch immer mehr die gegenseitige Abhängigkeit aller Völker und Nationen und macht die Menschheit tatsächlich zu einem einzigen Produktionsorganismus. So wurde das Bewußtsein der Wesenseinheit des Individuums mit der Gemeinschaft immer stärker, wenn es auch durch den dem Kapitalismus immanenten Interessengegensatz zwischen Individuen, Klassen und Nationen auf furchtbare Weise durchkreuzt und gehemmt wurde. Dazu zeigte die Naturwissenschaft immer klarer die Kontinuierlichkeit des Lebens, die Unmerklichkeit der Übergänge von der unorganisierten zur organisierten Natur, von den einfacheren zu den mehr komplizierten Lebensformen. So entwickelte die radikal-bürgerliche oder unentwegt-demokratische Weltanschauung eine Seite, die vom Sozialismus bloß fortgebildet wird, in ihm sich bloß weiter entfaltet, so wie der Sozialismus in gewisser Hinsicht die Vervollkommnung und Fortsetzung des Kapitalismus ist, insofern er strebt, die Menschheit immer mehr zu einem einheitlichen Produktionsorganismus zu machen.

Diese Seite der demokratischen Weltanschauung hat in Whitman einen oft großartigen, oft verführerischen, immer blut- und lebensvollen Ausdruck gefunden. Seine ganze Natur, sein starkes Selbstgefühl und sein starkes Gemeinschaftsgefühl, seine Brüderlichkeit und Menschenliebe, sein Geist der All-Einheit und All-Bejahung machten ihn dazu vorzüglich geeignet. Er ist, wie er in

einer der Ausgaben seines Hauptwerkes, die „Grashalme“, in einer kurzen „Aufschrift“ ausgeführt hat, gleichzeitig der Dichter des „sich selbst“ und der Dichter des „en masse“, das heißt der Dichter von Persönlichkeit und Demokratie, Brüderlichkeit und Menschheit im Geiste des idealistischen Radikalismus.

Whitman war überzeugt, daß die amerikanische Kultur, die unzählige verschieden geartete Elemente zu etwas Neuem, Eigenem und dabei Ungeheuerlichem verschmolz, eine ihr würdige neue Weltdichtung erzeugen würde. In ihm lebte das Bewußtsein der hohen Mission des Dichters, der Verherrlicher der Wirklichkeit zu sein. Und die neue amerikanische Wirklichkeit forderte einen neuen Stil. „Die amerikanischen Dichter“, schrieb er in der schwungvollen, kühnen und gedankenreichen Vorrede seiner „Grashalme“, „werden das Alte und das Neue umfassen, denn Amerika ist aller Rassen Rasse.“ Diese seine Überzeugung war im Grunde vollkommen richtig. Als er aber meinte, er selbst hätte diesen neuen Stil begründet, als er in der glücklichen Gewißheit lebte, der erste einer langen Reihe von Dichtern zu sein, deren Werke mit den Geschicken, den unbegrenzten künftigen Möglichkeiten Amerikas immer höher und höher steigen würden, da irrte er sich.

Daß er einen neuen poetischen Stil schuf, ist unleugbar. Jedoch so, wie die amerikanische Kultur seinerzeit roh, unentwickelt, in manchen Hinsichten sogar barbarisch war und die Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung chaotisch — so hat die Dichtung Whitmans etwas Embryonäres, Chaotisches und manchmal Barbarisches. Er war ein echter Dichter von hohem Flug der Seele und schöpferischer Kraft. In seinen besten Augenblicken hat er große Eindringlichkeit, die tiefergreifende männliche Zartheit des Starken und Pathos; er ist manchmal in hohem Maße ausdrucksvoll, frisch und lebendig wie die Natur; wie sie hat er etwas Unerschöpfliches; er besitzt den kühnen Schwung der Seele. Jedoch es fehlt ihm die Formvollendung, das Maßvolle, Abgeklärte, die Harmonie der großen Weltdichter. Er ist nicht ein unbedeutender oder sekundärer Dichter, sondern der Embryo eines großen Dichters. Er hat genügende Kraft der Phantasie und des Gemüts, eine poetische Welt zu schaffen (oder richtiger gesagt, die wirkliche Welt zu einer solchen umzubilden), aber er vermag sie nicht klar und durchsichtig zu gestalten, nicht herauszuarbeiten aus dem Chaos.

Form und Inhalt sind in der Kunst eins: die Poesie Whitmans ist eine neue Bestätigung dieser Wahrheit. Der Dichter verfügt über verschiedene Mittel, seine Empfindungen auszudrücken, unter denen die wichtigsten der Reim, das Versmaß, der Zusammenklang der Buchstaben und Wörter, der Rhythmus, die „Bilder“ oder Vergleichungen sind. Je vollkommener und eindringlicher durch diese Mittel die Empfindung ausgedrückt wird, ein desto besseres Kunstwerk ist das Gedicht. Eine Übersetzung kann, wie wortgetreu und formvollendet sie auch sei, im besten Falle nur einen äußerst schwachen und unvollständigen Eindruck von der ursprünglichen Schönheit einer Dichtung geben, weil die Klangfarbe der Laute und Wörter, sowie ihre rhythmische Bewegung notwendig in ihr größtenteils verloren gehen; und dies um so mehr, je weniger verwandt die Sprache des Originals und der Übersetzung sind.

Der Dichter, der auf eines oder mehrere der Ausdrucksmittel verzichtet, die die modernen Sprachen besitzen, beraubt sich selbst damit, ganz allgemein gesprochen, eines oder mehrerer Hilfsmittel zum Ausdruck der Empfindung. Je mehr von ihnen er ausschaltet, von desto größerem Gewicht werden diejenigen, die er anwendet. Bei einem Gedicht zum Beispiel, das reimlos geschrieben ist,

müssen die anderen poetischen Mittel das Fehlen dieses Hilfsmittels, das die Gemütsbewegung des Dichters ausdrücken soll, ersetzen.

Jedoch soll man es keineswegs so auffassen, als sei ein Gedicht, das nicht alle poetischen Hilfsmittel anwendet, im Ausdruck der Empfindung unvollständig. Die Natur der allgemeinen Stimmung des Dichters, der ihn beherrschenden Grundempfindung kann ihn veranlassen, auf gewisse Ausdrucksmittel zu verzichten, weil sie das zum Ausdruckkommen gerade jener Grundstimmung schwächen würden. So kann man sich zum Beispiel nicht denken, daß der Gebrauch des Reimes in Miltons epischem Gedicht „Das verlorene Paradies" das Gedicht irgendwo schöner oder ausdrucksvoller machen würde. Im Gegenteil wäre die Grundstimmung des Erhabenen, Majestätischen, die der Dichter durch eine Sprache ausgedrückt hat, die in ihrem allgemeinen Charakter mächtigem Orgelspiel ähnlich ist, durch den Reim nur geschwächt worden. Nie hätte diese Grundstimmung in gereimten Versen so mächtig hindurchgeklungen, wie in den reimlosen Jamben des großen englischen Epikers. Wenigstens wir vermögen es uns nicht anders vorzustellen — und dies beweist, ein wie vortreffliches Kunstwerk das Gedicht ist.

Die Form einer Dichtung ist also keineswegs etwas Zufälliges oder Äußerliches, sondern sie ist die äußere Erscheinung der allgemeinen Grundstimmung und der zahlreichen in dieser auftauchenden Einzelstimmungen und Empfindungen des Dichters. Deshalb führen immer neue Empfindungen, neue Stimmungen zu neuen Formen; wenn aber die allgemeine Grundstimmung einer Periode, die Weltanschauung und Weltempfindung, eine andere wird, so erfahren auch die Formen des Ausdrucks eine tiefeingreifende Erneuerung: es entsteht ein neuer Stil.

In diesem Lichte wird Whitmans poetische Form uns durchaus begreiflich. Wenn er nicht nur auf den Reim, sondern mit wenigen Ausnahmen auch auf das Versmaß sowie auf jedes strophische Band verzichtet — fast seine ganze poetische Produktion besteht aus sogenannten „freien Dichtungen" nicht nur ohne Reim und Versmaß, sondern auch ohne den übersichtlichen Strophenbau, den wir zum Beispiel in Klopstocks und Platens reimlosen Gedichten finden —, so steht der Mangel keineswegs an Schönheit überhaupt, wohl aber an einer abgeklärten, in sich geschlossenen und übersichtlichen Schönheit, wie sie ja gerade durch diese von Whitman verschmähten Mittel herbeigeführt wird, in direktem Zusammenhang mit der ihn beherrschenden tumultuarischen, chaotischen Gesamt- oder Grundstimmung.

Wenn jedoch der der inneren Gesetze der poetischen Schöpfung unkundige Leser glauben wollte, daß Whitman, weil er auf gewisse Ausdrucksmittel der poetischen Empfindung verzichtet und frei schreibt, nicht sorgfältig und liebevoll nach dem genauen poetischen Ausdruck seiner Empfindung trachtet, so würde er sich gewaltig irren. Die Sprache selbst ist das Material des Dichters, und sie birgt im Einzel- und Zusammenklang ihrer Worte sowie im Rhythmus der Satzteile und des Satzes einen unerschöpflichen Reichtum an poetischen Ausdrucksmitteln. Whitman weiß, wie jeder wirkliche Dichter, aus der Fundgrube der Sprache die Schätze zu heben. Er versteht es schon durch den bestimmten Klang eines einzigen kleinen Wortes, durch die Wahl und die Reihenfolge der Wörter, durch ihren Zusammenklang und ihren Rhythmus, die Schwingungen seiner Seele darzustellen und auf den Leser zu übertragen. Die poetischen Ausdrucksmittel, die er anwendet, weil sie sich aus der Gesamtstimmung seines inneren Lebens ergeben, handhabt er meisterhaft.

Er hat einen eigenen, persönlichen Stil für den Ausdruck dieses Seelenlebens gefunden, das, und hieraus spricht Whitmans hohe Bedeutung, bewußt und wissend hervorquoll aus dem sozialen Inhalt seiner Zeit. Aber er irrte sich, wenn er glaubte, daß dieser Stil in großartigen amerikanischen Dichtungen weiter ausgebildet werden würde. Insoweit Whitmans Stil in dem chaotischen, embryonären Zustand der amerikanischen Kultur und den mächtigen Aspirationen und Hoffnungen der amerikanischen Demokratie wurzelte, konnte er nur ein lebendiger bleiben, solange es möglich erschien, durch die Demokratie die Stärkung der Einzelpersönlichkeit und die Erringung der sozialen Gleichheit zu erreichen. Jedoch bald nach dem Bürgerkrieg fing der gewaltige Aufschwung des großindustriellen Kapitalismus an, die Monopolisierung von Grund und Boden machte rasche Fortschritte: die Entwicklung wirkte nicht in jener Richtung, die Whitman und die begeisterten Anhänger der amerikanischen Demokratie erwartet hatten, sondern in der Richtung der Monopolisierung aller Produktionsmittel, Grund und Boden eingeschlossen, durch eine kleine Gruppe von Kapitalisten. Insoweit der Stil Whitmans der Ausdruck seiner Persönlichkeit war — und jeder Stil ist ja teilweise Widerspiegelung der Individualität —, mußte jeder Versuch anderer, ihn beizubehalten, zur leblosen, bloß den äußerlichen Effekten nachjagenden, affektierten Parodie des Whitmanschen Stiles: zur Manier führen.

Es ist unleugbar, daß Whitman einen großen Einfluß auf die späteren amerikanischen Dichter ausgeübt hat, vor allem auf jene, deren Dichtungen von mehr oder weniger klaren sozialistischen Ideen beseelt sind. Jedoch gibt es, soweit diese Dichter im Ausland bekannt geworden sind, keinen unter ihnen, der, nachdem er die eigenartige Schönheit der „Grashalme“ assimiliert hat, frei und selbständig neue Bahnen der poetischen Produktion einschlägt. Die Schüler Whitmans ahmen die äußerlichen Merkmale ihres Meisters nach, und vor allem die negativen: sie verwerfen wie er die gewöhnlichen Mittel und Formen der Dichtung: Reim, Versmaß, Strophenbau; sie suchen wie er durch Aufnahme mancher — sogar trivialen — Worte und Wendungen aus dem gewöhnlichen Leben ihrer Sprache plastische Kraft zu geben. Jedoch unter allen Jüngern Whitmans gibt es keinen, der an Wucht der Sprache, an Energie und Intensität des Ausdrucks, an Tiefe und Zartheit des Gefühls, kurz an poetischer Kraft nur entfernt an den Meister heranreicht.

Dies ist leider auch nicht der Fall mit der Arbeit eines Dichters, welcher auf ein gewisses Interesse bei dem Leserkreis der „Neuen Zeit“ Anspruch machen kann, weil er in seinem Leben und seinen Schriften ein Vertreter und Kämpfer des wissenschaftlich-proletarischen Sozialismus ist. Es ist Horace Traubel, dessen „Weckrufe“ (mit dem Untertitel: „Kommunistische Gesänge“) vor kurzer Zeit dem deutschen Publikum durch die Übersetzung von Dr. D. E. Lessing, einen Kenner und warmen Schätzer der amerikanischen Dichtung, zugänglich gemacht worden sind.[1] Traubel, der seit sieben Jahren als freier Schriftsteller in der sozialistischen Bewegung Amerikas tätig ist und zudem hervorragend teilnimmt an den Bestrebungen der kooperativen Künstlerkolonie „Rose Valley“ bei Philadelphia, wird uns von Dr. Lessing als ein bedeutender Dichter vorgestellt, dessen Sozialindividualismus eine Entwicklung fortsetzt, welche über Schiller, Goethe und die deutsche Philosophie zum amerikanischen Idealismus

[1] Horace Traubel, Weckrufe, Kommunistische Gesänge. Deutsch von D. E. Lessing. München und Leipzig, R. Piper & Co.

Digitized by Google

reicht. Seine „Kommunistischen Gesänge“ bezeichnet Dr. Lessing in einem Essay, den er schon einige Zeit vor der Herausgabe der deutschen Übersetzung veröffentlichte, als ein großes Kunstwerk, als eine „Kunst für das Leben, in dessen Anfangsstadien wir heute erst eingetreten sind“! Traubel wird uns also vorgeführt als ein Weltdichter der hereinbrechenden Periode der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus.

Der Sozialismus als Weltanschauung, und zwar der utopische, nicht der wissenschaftliche proletarische Sozialismus, kann sich bis jetzt nur noch eines Weltdichters rühmen, P. B. Shelley. Auf die Begründung dieser Tatsache können wir hier nicht eingehen. Wir wollen nur konstatieren, daß die „Kommunistischen Gesänge“ in uns keineswegs die Hoffnung erwecken, Amerika habe in Traubel den langersehnten Weltdichter des proletarischen Sozialismus hervorgebracht.

Wenn die offizielle amerikanische Presse, wie Lessing uns in seinem Essay berichtet, Traubel als bloßen Nachahmer und Anhängsel Whitmans bezeichnet, dessen langjähriger und intimer Freund er war, so tut sie ihm zweifellos damit Unrecht. Ihr Urteil stützt sich nur auf die ganz oberflächliche und äußerliche Ähnlichkeit zwischen Traubels und Whitmans Gedichten, eine Ähnlichkeit, die darin besteht, daß der Jüngere ebenfalls in seinen „Rhapsodien“ auf Reim, Versmaß und Strophenbau verzichtet.

In Wirklichkeit sind jedoch der Geist wie der Stil von Traubels Schöpfungen von denen Whitmans äußerst verschieden. Whitman hat die warme Liebe zur sinnlichen Wirklichkeit, weil er in dem Leben die Schönheit oder mit anderen Worten das Leben schön sieht; er ist von der Wirklichkeit entzückt und begeistert, und der Ausdruck seines Entzückens ist sein Gesang. Traubel wird von dieser Wirklichkeit oft gekränkt und zur Entrüstung gebracht, weil sie seinem Ideal der Liebe und Gerechtigkeit nicht entspricht: er wertet sie nicht ästhetisch, sondern vor allem ethisch; er singt nicht seine Entzückung über sie, sondern wendet sich an sie und will auf sie einwirken, um sie zu verändern. Traubels Buch, und dies charakterisiert es, besteht aus einer Reihe von Anreden: er richtet sich in den meisten Aufsätzen entweder an die Arbeiter oder an die besitzenden Klassen oder an mehr unbestimmte Zuhörer, an eine Art „öffentliche Meinung“, oder auch an eine abstrakte Idee, wie die Zivilisation. Er wendet sich an alle diese verschiedenen Objekte, um zu mahnen, anzuklagen, zu ermutigen, anzufeuern, zu überzeugen: immer aus dem Geiste und der Stimmung eines Redners, oder richtiger, eines Predigers heraus. Denn es lebt in dem Buche — dadurch, daß es den Klassenegoismus der Kapitalisten verdammt, oder sich gegen die Käuflichkeit, oder die Halbherzigkeit, oder die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung wendet, oder die Notwendigkeit und das Glück des Kampfes preist und die moralische Schönheit der Kameradschaft feiert — es lebt in ihm jener Geist des unablässigen Drängens, den wir gewohnt sind, mit der Idee des Predigens zu verbinden.

Der Stil Traubels ist die Erscheinungsform des so gekennzeichneten Geistes. Der weitausholende, langatmige, getragene Satzbau Whitmans zieht sich bei Traubel zu kurzen, abgebrochenen Sätzen zusammen. Der vollkommene Satz wird aufgelöst in seine konstituierenden Teilsätze, die, jeder für sich gestellt, wie eine Aufeinanderfolge von Hammerschlägen ertönen. Wenn man die „Gesänge“ als „niedergeschriebene Anreden“ betrachtet (und in der Tat meine ich, daß man sie so betrachten soll), ist dieser „Stakkatostil“, wie sein Übersetzer es bezeichnet, obwohl er auf die Dauer furchtbar ermüdend wirkt, nicht ohne Vorzüge. Er

bringt, unerbittlich logisch von Gedanken zu Gedanken fortschreitend, gleichsam wie in einer Aufeinanderfolge von kleinen raschen Schritten, die leicht zu verfolgen sind, zum Ziele, den Gegner mahnend, den Mitkämpfer ermutigend, den Gleichgültigen aufrüttelnd, dahin, dorthin führend, zum Geständnis oder zur Lösung, wohin Traubel sie bringen will. Er ist unleugbar der richtige Stil des Drängens, das heißt der Stil, der das Drängen äußerlich ausdrückt.

Wenn aber Lessing behauptet, daß Traubels „Gesänge" in „einem einheitlichen harmonischen Rhythmus" geschrieben sind, so ist dies nur zutreffend im Zusammenhang mit seiner weiteren Bemerkung, daß Rhythmus Persönlichkeit ist. Daß in Traubels Stil eine starke, leidenschaftliche und überzeugte Persönlichkeit zum Ausdruck kommt, bestreiten wir nicht. Wohl aber, daß jener Stil eine Äußerung poetischer Fähigkeit ist. Unter einem „harmonischen Rhythmus" verstehen wir einen, der die schöne Seelenbewegung des Dichters ausdrückt und auf andere überträgt. Und diese Art Rhythmus ist Traubel fremd, wie überhaupt das eigentliche poetische Talent, das Darstellen der Seelenbewegungen in Worten, ihm abgeht. Er mag tausendfach die Kameradschaft loben, seine Worte wirken auf uns nur durch den Gedankeninhalt: ein regelrechtes Erwecken jener wonnigen Empfindung der menschlichen Einheit, wie es zum Beispiel Whitmans kleines Gedicht „Code of Comrades" oder Gorkis kleine Skizze „Kamerad" zustande bringt, erreicht er nie und nirgends, und dies ist natürlich, denn jenes Drängen, welches Traubels Wesen ist, liegt außerhalb des Gebietes der Kunst.

Die Eigenart Traubels, ein „Redner im Predigerton" zu sein — und es liegt im Charakter des Predigertones, daß er strebt, sich zum Prophetenton zu erheben —, zeigt sich deutlich in den rhetorischen und oratorischen Eigenschaften seines Stiles. Er liebt es, in Antithesen zu reden, er liebt die starken Effekte, und manchmal gelingt es ihm, schlagende Wendungen und Ausdrücke derart zu prägen, wie sie auf eine Volksversammlung ihre Wirkung nicht verfehlen. Jedoch mit der unmittelbaren Darstellung des Gefühls, die Poesie ist, hat dies alles recht wenig zu schaffen.

Literarische Rundschau.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. Redaktion: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner. Verlag: G. Emmerling, Wien VI.

Ein reiches und fruchtbares Arbeitsfeld findet die neue Zeitschrift, die sich unsere österreichischen Genossen geschaffen haben und deren erstes Heft uns vorliegt. Österreich bietet für das Proletariat ganz eigene Kampfesbedingungen, stellt ihm ganz besondere Aufgaben. Das Prinzip der Internationalität, das für die anderen Bruderparteien ein Problem gleichsam ihrer auswärtigen Politik ist, ist für Österreich ein Problem, dessen Lösung einerseits innerhalb der Partei selbst, andererseits innerhalb des Staates eine Lebensfrage wird. Während anderswo die Internationalität das Prinzip der Beziehungen ist, die zwischen den fertigen nationalen Parteien (die hier zugleich meistens auch die staatlichen Parteien sind) bestehen, ist in Österreich die Internationalität selbst das aufbauende Prinzip der Partei, wie es nach dem Programm der Partei auch das Prinzip der österreichischen Staatsbildung werden soll. Die proletarische Internationalität hat aber zur Voraussetzung die Selbstbestimmung der Nationen, denn nicht als Verkümmerung nationalen Lebens, sondern als Ausgestaltung des nationalen Gedankens des Proletariats ist proletarische Internationalität allein möglich. So fällt dem „detachierten Korps" der

Digitized by Google

großen Kampfarmee des Proletariats, der österreichischen Sozialdemokratie, die schwierige Aufgabe zu, den Gedanken der Internationalität in lebendige Wirklichkeit zu übersetzen, in die lebendige Wirklichkeit der Parteiorganisation einerseits, der Staatsorganisation andererseits. Ist die Lösung der ersten Aufgabe bis jetzt im großen und ganzen trotz der größten Schwierigkeiten im einzelnen gelungen und ist so der glänzendste Beweis geliefert für die Lebensfähigkeit und Fruchtbarkeit des internationalen Gedankens, so stellt die Lösung des zweiten Problems die Sozialdemokratie vor eigentümliche Schwierigkeiten: sie muß mitwirken an der Schaffung des Staates, „staatsbildend" wirken, wie es Viktor Adler nennt, muß also den Staat erst schaffen, um ihn dann „zerstören", richtiger um die Staatsmacht erobern und als Hebel der Emanzipation des Proletariats benutzen zu können. Den einen, schweren Teil dieser Aufgabe der „Staatserhaltung" hat die Sozialdemokratie Österreichs aber schon vollbracht, indem sie das alte Österreich in Trümmer geschlagen und das allgemeine gleiche Wahlrecht zur neuen Grundlage des Staates gemacht hat. Aber die Demokratie in der Gesetzgebung ist nur der erste Schritt, dem die Demokratie in der Verwaltung folgen muß. Diese politischen Probleme sind aber unlöslich verflochten mit den nationalen Problemen. Diese Verflechtung zu analysieren, ihre Zusammenhänge aufzudecken und in der Demokratie zugleich die Lösung der nationalen Schwierigkeiten aufzuzeigen und ihre Überwindung in der internationalen Organisation des Staates zu erreichen, ist die schwierige und eigenartige Aufgabe, der die neue Zeitschrift in erster Linie sich unterziehen wird. Mit Recht sagen daher die Redakteure in ihrem Geleitwort, daß das staatliche Chaos Österreichs für sie „eine Zwangslage" bildet, die sie nötigt, „in die etwas langweiligen Fragen der Staatsverfassung und Staatsverwaltung einzudringen", und sie zwingt, „wider Willen und Geschmack die Staatsrechtler der Internationale zu werden".

Es ist natürlich, daß neben diesen Grundproblemen die populärwissenschaftliche Darstellung des wissenschaftlichen Sozialismus, die theoretische Erörterung aller übrigen Probleme, wie sie aus der Arbeiterbewegung unmittelbar entspringen, die Herbeischaffung des statistischen Materials für die Agitation Aufgabe der neuen Zeitschrift sind. Aber jene nationalen und staatsrechtlichen Probleme, die sich der österreichischen Sozialdemokratie aufdrängen, werden auch außerhalb Österreichs immer wichtiger in dem Maße als der Sozialismus auch in jenen Staaten immer mächtiger sich entwickelt, die nicht geschlossene Nationalstaaten geworden sind. Und so ist das Interesse für die neue Zeitschrift, die wir herzlich als neuen Kampfgenossen begrüßen, weit über die Grenzen Österreichs hinaus gesichert. r. h.

Dr. Rudolf Wassermann, **Beruf, Konfession und Verbrechen.** Eine Studie über die Kriminalität der Juden in Vergangenheit und Gegenwart. Statistische und nationalökonomische Abhandlungen, herausgegeben von Dr. Georg v. Mayr. München, Ernst Reinhardt. 106 Seiten. 5 Mark.

Bekanntlich weicht die Kriminalität der Juden ziemlich stark ab von der der Nicht-Juden. Ihre Teilnahme an einigen Verbrechen ist größer (zum Beispiel an Betrug und Wucher), an den meisten aber geringer. Die Erklärung dieser Tatsache wird durch einige gesucht in der Rasse, dem bekannten „Deus ex machina" in der Soziologie. Es wird behauptet, die jüdische Rasse sei zu Lug und Trug usw. veranlagt, aber nicht zu Gewalttaten. Andere meinten, daß die Erklärung in der Religion gesucht werden müsse. Diejenigen aber, die den alles beherrschenden Einfluß des ökonomischen und sozialen Milieus auf die Kriminalität kannten und zu gleicher Zeit die Rassehypothese als sehr ungenügend begründet ansahen, vermuteten, daß die Ursache der abweichenden Judenkriminalität vor allem auf ökonomischem und wirtschaftlichem Gebiet zu suchen sei.

Für diese letztere Hypothese hat Dr. Wassermann in seiner erwähnten Studie ein respektables Beweismaterial zusammengetragen. Nachdem er in einer Einleitung darauf hingewiesen hat, wie die kriminelle Statistik in bezug auf Beruf und Religion

noch viel zu wünschen übrig läßt, gibt der Autor in dem ersten Kapitel einen Überblick über die jüdische Kriminalität in einigen europäischen Ländern (unter anderen Rußland und Holland). Das allgemeine Bild ist, wie Ruppin es ausdrückt: „Die Delikte der Juden werden durch den Verstand, die der Christen durch die Hand vermittelt." Wie alle kurz zusammengedrängten Wahrheiten enthält auch diese einige Übertreibung, was aber nicht ausschließt, daß man ihr im allgemeinen nicht widersprechen kann.

In dem zweiten und wichtigsten Kapitel wird die Kriminalität der Juden eingehend erörtert. Anknüpfend an Lindenaus bekannte Studie „Beruf und Verbrechen" bringt der Autor die Kriminalität der Juden in Zusammenhang mit ihrem Beruf. Mit Hilfe einer einfachen mathematischen Operation stellt Wassermann eine Tabelle zusammen, aus der das Verhältnis hervorgeht zwischen der jüdischen Kriminalität so wie sie ist und so wie sie sein müßte auf Grund der Teilnahme der Juden am Erwerbsleben. Das Resultat ist, daß die jüdische Kriminalität nicht „wesentlich" abweicht von der Kriminalität, die man auf Grund ihrer „Berufsverteilung" erwarten sollte.

Die Untersuchungen über Österreich und über die Entwicklung der jüdischen Kriminalität weisen gleichfalls auf die Richtigkeit der Milieu-Hypothese in dieser Frage hin. Wenn man berücksichtigt, daß „der Beruf" nur einer der vielen ökonomischen und sozialen Faktoren ist, die die Kriminalität beeinflussen, kann man der Schlußfolgerung des Autors vollkommen zustimmen: „Jedes Land hat die Kriminalität der Juden, die seinen politischen und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, das heißt die Kriminalität der Juden eines Landes ist nichts Festes, sie ist nicht bedingt durch die Rasse und wurzelt nicht im Wesen einer jeweils mehr oder minder ausgeprägten jüdischen Eigenart. Sie ist vielmehr das Produkt sozialer Verhältnisse, auf das Rasseneigentümlichkeiten, wenn überhaupt, nur in einem ganz geringen Maße einwirken."

Die Studie Wassermanns, aus der hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden konnte, gehört zweifelsohne zu dem Besten, was auf diesem Gebiet geliefert ist, und kann jedem, der sich mit der Kriminologie beschäftigt, empfohlen werden.

Dr. W. A. Bonger, Amsterdam.

Viitorul Social, Monatliche Revue der rumänischen Sozialdemokratie, redigiert von Dr. C. Rakovski, Georg Grigorovici und M. Gh. Bujor. Redaktion und Administration: Jassy, Str. Sf. Teodor 81.

Trotz der schweren Verfolgungen seitens der „liberalen" Scharfmacher, denen die junge rumänische Arbeiterbewegung seit den Bauernrevolten im Frühjahr 1907 ausgesetzt ist, oder gerade wegen dieser Verfolgungen, haben die dortigen Genossen mit der Herausgabe einer Monatsschrift Viitorul Social (Die soziale Zukunft) begonnen, welche die theoretischen und praktischen Fragen des täglichen Kampfes und des Sozialismus erörtern wird. Nr. 1 bringt eine Prinzipienerklärung der Redaktion, eine wissenschaftliche Untersuchung über die Ursachen des Verfalls der ersten rumänischen sozialistischen Partei (1890 bis 1900), eine Studie über die rumänischen Agrarfragen und Betrachtungen über die Bauernaufstände und ihre Niederschlagung. Genosse Rakovski, welcher zugleich einer der tätigsten Führer der jungen Partei ist, wird von der rumänischen Regierung mit besonderer Wut und mit den niedrigsten Mitteln verfolgt. Während seiner Abreise zum Stuttgarter Kongreß erklärten ihn die „liberalen" Kronräte des Königs Carol für „ausgewiesen". So hoffen diese Biedermänner mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden. Doch diese Rechnung hat ein Loch. Die rumänischen Arbeiter haben durch ihre Zähigkeit bewiesen, daß sie den heimtückischen Überfällen des Regimes Sturdza gewachsen sind. Nun geht die Partei auch zur theoretischen Schulung und Ausbildung ihrer Kräfte über, und bald werden die politischen Cliquen Rumäniens mit einer neuen Macht zu rechnen haben. x.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Nr. 2 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Monarchie und Sozialdemokratie.

☧ Berlin, 9. Oktober 1907.

Der Tod des Großherzogs von Baden hat zu einem oder selbst zu zwei Zwischenfällen geführt, die wieder einmal die Frage angeschnitten haben, wie sich die Sozialdemokratie zur Monarchie stellt. Genosse Geck hat es abgelehnt, als ehemaliger Vizepräsident der badischen Kammer eine von den ärgsten Byzantinismen wimmelnde Traueradresse zu unterschreiben, die das ehemalige Präsidium der badischen Kammer an den nunmehrigen Großherzog von Baden gerichtet hat, während die Genossen Frank und Kolb sich in ihrer Eigenschaft als badische Landtagsabgeordnete an dem Leichenbegängnis des verstorbenen Großherzogs beteiligt haben.

Nimmt man diese Zwischenfälle an und für sich, so sind sie nicht wichtig genug, an dieser Stelle ausführlich besprochen zu werden. Genosse Geck hat getan, was so einfach wie selbstverständlich war, und er hat auch alle nur irgend mögliche Rücksicht auf die Loyalitätsgefühle der monarchischen Parteien genommen, indem er sich auf eine Kritik der ekelhaften Kriechereien, die er mit unterschreiben sollte, gar nicht erst einließ, sondern sich nur auf den formal entscheidenden Gesichtspunkt bezog, daß ein Präsidium, das nicht mehr zu Recht besteht, als Präsidium keine Kundgebungen mehr erlassen kann. So hat Genosse Geck in der schonendsten Weise das Prinzip gewahrt, woran nicht das geringste dadurch geändert wird, daß die bürgerliche Presse über seine taktvolle Beschränkung auf das absolut Unerläßliche in desto wilderen Zorn geraten ist.

Aber auch die Teilnahme der Genossen Frank und Kolb an den offiziellen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Großherzog von Baden ist kein Malheur, das ein groß Gerede verlohnt. Die Zeiten sind glücklicherweise vorbei, wo der badische Landtag als das Palladium deutscher Freiheit galt; wir wissen jetzt, wie viel krähwinkelhafte Gemütlichkeit in den vormärzlichen, eigentlich welterschütternden Verfassungskämpfen des badischen Ländchens und der süddeutschen Staaten überhaupt steckte, und wenn sich ein Rest davon bis

Digitized by Google

in unsere Tage vererbt hat, so muß man hoffen, daß er mit der fortschreitenden Aufklärung der Köpfe verschwinden wird. Sehr bedenklich würde die Sache sein, und sie würde den schärfsten Protest herausfordern, wenn sich etwa in Berlin Parteimitglieder für die freudigen oder traurigen Ereignisse der monarchischen Familie interessieren sollten. Denn in Berlin wird politisch der große Brummbaß gespielt, und in diesem Spiele darf der richtige Takt nicht verfehlt werden, während nicht so sehr viel darauf ankommt, ob die minder lauten Instrumente des Reichskonzertes jenseits des Mains mitunter etwas unharmonisch durcheinandertönen. Deshalb sind wir weit entfernt, eine große Affäre daraus zu machen, wenn süddeutsche Genossen den einen Großherzog zur Hochzeit oder zur Kindtaufe beglückwünschen oder den anderen Großherzog bestatten helfen.

Wichtiger als diese Zwischenfälle selbst ist die Debatte, die sich in der bürgerlichen Presse an sie geknüpft hat, über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Monarchie überhaupt. In gewissem Sinne ist diese Debatte freilich auch ganz überflüssig, denn es gibt wenige Fragen, die so einfach und klar liegen, wie gerade diese. Auch die Zeiten sind längst vorüber, wo das von verdammt gescheiten Anhängern der Monarchie aufgebrachte Gerücht noch irgendwelchen Glauben fand, das Gerücht nämlich, als stehe die Monarchie über den Parteien, als sei es ihr Beruf, von Gottes Gnaden oder von wessen Gnaden sonst einigend und schlichtend in die Kämpfe der Klassen einzugreifen. Wir wissen heute alle, daß die Monarchie nichts anderes als eine Form der Klassenherrschaft, ja sogar ihre ausschließlichste Form ist — denn eine Republik braucht an und für sich keine Klassenherrschaft zu sein, so oft und so sehr sie es tatsächlich sein mag, während die Monarchie immer ein Klassenstaat sein muß. Es ergibt sich daraus mit der einfachen, aber unzerbrechlichen Logik des Einmaleins, daß die Sozialdemokratie immer und unter allen Umständen zu den prinzipiellen Gegnern der Monarchie gehört und niemals mit ihr paktieren kann, es sei denn, daß unter besonderen Umständen die Interessen der Monarchie und der Sozialdemokratie parallel laufen, in welchem Falle die Sozialdemokratie wohl die Monarchie als ihr Werkzeug betrachten darf, natürlich mit dem Vorbehalt, dies Werkzeug, so bald es unbrauchbar geworden ist, eben auch als unbrauchbares Werkzeug zu behandeln.

Insoweit die bürgerlichen Blätter an diesem ganz klaren Sachverhalt herumspintisieren und sich gar einbilden, irgend etwas an ihm werde dadurch geändert werden, daß einige süddeutsche Genossen sich bemüßigt fühlen, dem einen Großherzog zu gratulieren oder dem anderen Herzog zu kondolieren, haben ihre Debatten über die Karlsruher Zwischenfälle gewiß keinen Wert. Aber etwas anderes imponiert uns an ihnen bis zu einem gewissen Grade, nämlich die politische Konsequenz und die politische Selbstachtung, die sie bei dieser Gelegenheit bekunden, Eigenschaften, die gerade im bürgerlichen Lager so rar geworden sind, daß man sie mit einiger Freude begrüßen darf, wo man unvermutet auf sie stößt. Die freudige oder schmerzliche Teilnahme von Sozialdemokraten an freudigen oder schmerzlichen Erlebnissen der Monarchie beirrt die monarchische Presse durchaus nicht in ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, und sie denkt nicht daran, Gleiches mit Gleichem zu ver-

gelten. Das gefällt uns, wie wir ohne jeden Rückhalt gestehen, an diesen Leuten recht gut.

Machen wir uns die Sache an einem Beispiel klar. Der verstorbene Großherzog von Baden war in seinem Alter ein erbitterter Gegner der Sozialdemokratie, die er oft genug öffentlich in heftiger und ungerechter Weise angegriffen hat. Das war sein Fürstenmetier, wegen dessen Ausübung wir ihn keineswegs tadeln wollen, um so weniger, als er darin politische Konsequenz bewährte. Denn ehe es noch eine deutsche Sozialdemokratie gab, war der Großherzog ein ebenso grimmiger Hasser der badischen Volkskämpfer von 1849, denen er noch im Jahre 1857 in einem berüchtigten Amnestieerlaß nur dann die Rückkehr nach Baden gestatten wollte, wenn sie vor ihm, dem damals blutjungen Menschen, reumütige Abbitte getan hätten. Hat nun etwa die monarchische Presse durch die großmütige Verzeihung, die einige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete dem toten Großherzog angedeihen ließen, sich bewegen lassen, den badischen Volkskämpfern von 1849 die Verbrechen zu verzeihen, die sie vom monarchischen Standpunkt aus begangen haben? Ist ihr gar nicht eingefallen. In den Nekrologen der monarchischen Presse auf den verstorbenen Großherzog figurierten die badischen Volkskämpfer von 1849, unter denen sich Männer wie Friedrich Engels, Johann Philipp Becker und Wilhelm Liebknecht befanden, immer noch als „schamlose Demagogen", als „betrunkene Plünderer", als „wüste Rotten", als „nichtswürdiger Mob" usw. Dieser „Sauherdenton" mag sehr unschön gewesen sein, und er ist es auch zweifellos, aber man kann der monarchischen Presse, die sich in ihm gefällt, nicht das Verdienst absprechen, in ihrer Art konsequent zu sein, und wir haben um so weniger dagegen einzuwenden, als wir unsere alten Vorkämpfer von ihr viel lieber beschimpft als verherrlicht sehen.

Wir trauen auch den monarchischen Familien gern die politische Konsequenz und Selbstachtung zu, daß sie die Teilnahme, die prinzipielle Gegner der Monarchie an ihren Erlebnissen nehmen, viel eher als Kränkung denn als Tröstung empfinden. Sie selbst haben ja auch noch nie die geringste Teilnahme am Leben und Sterben offizieller Führer der Sozialdemokratie genommen, obgleich sie sehr gut wissen, daß es sich dabei um Persönlichkeiten handelt, die auch von ihrem monarchischen Standpunkt ebenso achtungswert waren, wie sich in den monarchischen Familien Persönlichkeiten finden mögen, die auch vom sozialdemokratischen Standpunkt alle Achtung beanspruchen können. Die monarchischen Familien wissen in diesem Punkte sehr gut, was sich politisch schickt. Sie haben sich noch bei keinem Leichenbegängnis eines Sozialdemokraten eingefunden, und wenn es je geschähe, so würden wir in solchem Leidtragenden — für diesen undenkbaren und unmöglichen Fall ist uns vielleicht eine rein hypothetische Majestätsbeleidigung gestattet — im günstigsten Falle einen politischen Konfusionsrat erster Güte sehen.

Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Monarchie gerade in Deutschland ihre Stellung nicht am wenigsten dadurch befestigt hat, daß sie in dieser Hinsicht klarer und konsequenter zu denken gewußt hat als ihre Gegner, solange sich diese Gegner aus den bürgerlichen Demokraten und Liberalen rekrutierten.

Die deutschen Kronen haben immer nur kaltblütige Verachtung für die Huldigungen und Schmeicheleien übrig gehabt, womit die „Edelsten und Besten“ von ihnen zu erlisten suchten, was nur durch Kampf und Trotz zu erobern war. Die Opposition, die „ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen bleibt“, wie die berüchtigte Phrase aus den deutschen Revolutionsjahren lautet, handelt ebenso klug wie ein Heer, das ehrfurchtsvoll vor den Wällen der Festung innehält, in der sich der Gegner am stärksten verschanzt hat.

Die deutsche Klassenherrschaft gipfelt in der Monarchie, und die deutsche Sozialdemokratie würde sich selbst aufgeben, wenn sie aufhören würde, eine prinzipielle Gegnerin der Monarchie zu sein. Bis dahin hat es seine guten Wege, und es ist weiter kein Unglück, wenn es freilich auch kein besonderes Glück ist, daß einige besonders weichherzige Genossen den monarchischen Familien eine achtungsvolle Teilnahme in Freud' und Leid bezeugen, die nach allen bisherigen Erfahrungen der deutschen Geschichte keineswegs eine gleich achtungsvolle Aufnahme findet.

Immerhin haben diese kleinen Zwischenfälle das Gute, die Sache selbst um so klarer zu stellen. Sollten sie wiederkehren, so wird es abermals nicht an der nötigen Aufklärung fehlen; sollten sie nicht wiederkehren, so wird es freilich um so besser sein.

Das Formalpsychische im historischen Materialismus.

Von **Max Adler.**

Das Grundproblem der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Frage nach dem Verhältnis des Materiellen zum Ideellen, nach der Art der zwischen beiden bestehenden Beziehung. Es wäre jetzt, da diese Zeitschrift auf ein Vierteljahrhundert unermüdlicher Arbeit an den theoretischen Grundanschauungen des Sozialismus zurückblickt, nicht bloß naheliegend, sondern auch sehr lohnend, der Geschichte der Weiterbildung des historischen Materialismus an den Blättern der „Neuen Zeit“ nachzugehen. Hat sie doch mit vielen bedeutungsvollen Abhandlungen in diese Weiterentwicklung eingegriffen; ich erinnere nur an die Aufsätze von F. Mehring zu diesem Thema, an die Arbeiten von H. Cunow und Sadi Gunter, vor allem aber an die Artikelserie von K. Kautsky im XV. und von Max Zetterbaum im XXI. Jahrgang dieser Zeitschrift. Indes nicht diesem ganzen Umbildungsprozeß im einzelnen nachzugehen, ist diesmal meine Absicht, sondern nur das erreichte Resultat in jenem Kardinalpunkt aufzuzeigen, von dem ich ausging. Auch will ich dies überdies nur von einem ganz speziellen Standpunkt aus, dem erkenntniskritischen, tun, und auf diese Weise bloß eine Seite zur Darstellung bringen, deren Verarbeitung aber naturgemäß von dem positiven Standpunkt der ökonomisch-historischen Wissenschaften weniger oder gar nicht zur Beachtung gelangen konnte, nämlich die subjektive Seite der materialistischen Geschichtsauffassung, die Art, wie wir gelernt haben, sie gleichsam von innen heraus zu verstehen.[1] Es wird sich also um jene tiefgehende Be-

[1] Wenn ich sage, wie wir gelernt haben, scheint es mir nicht unangemessen, zu bemerken, daß die folgenden Ausführungen nur einen Versuch vom Standpunkt des Verfassers darstellen, für den er auch allein verantwortlich ist. Zwar besteht für mich kein Zweifel, mit der obigen Skizze nicht bloß eine subjektive Auffassung, sondern einen objektiven Sach-

einflussung handeln, welche die marxistische Sozialtheorie ebenso wie jedes andere Gebiet der Sozial- und Naturwissenschaft durch den grandiosen Zusammenstoß der Wissenschaft überhaupt mit der Erkenntniskritik erfahren hat, der dem letzten Vierteljahrhundert geistiger Arbeit die Signatur aufgeprägt hat. Dabei wird sich zeigen, daß die materialistische Geschichtsauffassung diesen Ansturm auszuhalten vermochte, sobald sie nur ihre Begriffe kritisch erfaßte, ja daß sie jetzt erst ihren tiefen Sinn völlig erschloß.

Die materialistische Geschichtsauffassung bestimmt das Verhältnis des Ideellen zum Materiellen in der Weise, daß sie bekanntlich das letztere zum bedingenden oder, wie der Ausdruck auch lautet, bestimmenden Element des ersteren macht. Die Unterstellung, als ob die materialistische Geschichtsauffassung je behauptet hätte, das Materielle, das heißt die ökonomischen Lebensverhältnisse bewirken oder erzeugen erst die geistigen Lebensformen, so daß also diese in Idee, Sitte, Recht, Kunst usw. nur eine Art von Reflex wären, ohne jede eigene, selbständige Wesenheit — erscheint schon durch den Wortsinn der bezüglichen Stellen bei Marx und Engels widerlegt. Auch seither hat kaum ein Marxist von wissenschaftlicher Bedeutung eine derart skurrile Ansicht vertreten, und alle bürgerliche Polemik gegen dieses Phantom ist pures Mißverständnis. Der eigentlich ernst zu nehmende Widerspruch gegen diese Theorie setzt erst dann ein, wenn man, von der unüberbrückbaren Ungleichartigkeit des Materiellen und Geistigen ausgehend, nicht nur die Möglichkeit eines Hervorgehens, sondern auch nur einer Abhängigkeit des Geistigen von dem Materiellen bestreitet. So wie Psychisches nie aus Physischem erzeugt werden kann, ja selbst die funktionelle physiologische Abhängigkeit der geistigen Vorgänge von den Körperprozessen etwas schlechthin Unbegreifliches ist, und eigentlich sich nichts anderes als ein psychophysischer Parallelismus konstatieren läßt, so sei die Vorstellung irgend einer Beeinflussung geschichtlicher, also psychischer Vorgänge durch materielle Bedingungen undenkbar. Alle Redensarten von der Herabwürdigung des Menschen zum Spielball blinder Kräfte, von der Abdankung der menschlichen Vernunft durch den vernunftlosen Zufall, von der Ideallosigkeit der so beschaffenen geschichtlichen Notwendigkeit und dem Widerspruch dieser Theorie gegen unser idealfreudiges Schaffen haben in letzter Linie diesen Gedanken zum Grunde: daß das Geistige um seinen eigentlichen Charakter der Autonomie kommen müßte, wenn es durch außer ihm liegende Momente bestimmbar wäre.

Die Position der materialistischen Geschichtsauffassung wurde solchen Angriffen gegenüber nicht besser, wenn einige ihrer Vertreter sie auf den metaphysischen Materialismus stützten, nach welchem allerdings das Psychische aus dem Materiellen hervorgeht, also in einer direkten Beeinflussung der entwickelten psychischen Gebilde durch materielle Momente gar keine Schwierigkeit erblickt wurde. Denn damit hatte unsere Theorie nun auch alle Schwächen dieser Metaphysik zu vertreten, die sie doch in Wirklichkeit gar nichts angingen. Allein auch dort, wo schon längst die Erkenntnis klar vorhanden war, daß die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung mit dem Materialismus gar nichts zu schaffen habe, blieb es vielfach bei einer Zurückweisung dieser Angriffe, also bei einer zwar wertvollen Erklärung, jene Entgegenstellungen nicht als Folgerungen des eigenen Standpunktes anerkennen zu wollen. Eine wirk-

verhalt dargelegt zu haben. Wo aber alles noch so im Flusse der Gedanken ist wie hier, wäre es ebenso unvorsichtig als zweckwidrig, anders als im eigenen Namen sprechen zu wollen.

liche Widerlegung aber war erst möglich geworden, als man erkannte, daß die Verteidigung ebenso unkritisch bleiben mußte wie der Angriff, solange man nicht in Betracht zog, wie das Materielle, von dem Marx und Engels sprechen, etwas durchaus anderes ist, als die Materie der Naturwissenschaft.

Das Materielle im Sinne der Naturwissenschaften bezeichnet den Inbegriff aller jener Vorgänge, die nach lediglich quantitativen Bestimmungen völlig determinierbar sind, sich also in Raum- und Zeitbeziehungen vollständig beschreiben lassen. Daher drängt ja auch mit der Entwicklung der modernen Biologie zum Lamarckismus die Lehre von den Lebensvorgängen immer mehr aus dem Begriff des Materiellen hinaus, weil sich stets deutlicher herausstellt, wie auch der primitivste Lebensvorgang direkt unvorstellbar ist ohne ein psychisches Element der Wertung des Lebensfördernden, welches außer jede quantitative Bestimmbarkeit fällt. Das Materielle aber, von dem die materialistische Geschichtsauffassung spricht, bezieht sich gerade und ausschließlich auf solche Lebensverhältnisse, nämlich auf die wirtschaftlichen Beziehungen, in denen Menschen zueinander stehen, also auf etwas, das in der materiellen Natur gar nicht vorkommt; kurz, dieses Materielle ist nichts Sachliches mehr, sondern etwas Menschliches und als solches notwendig bereits etwas Geistiges. So hat es auch Marx selbst bezeichnet, der dem Ideellen nicht das Materielle schlechtweg gegenüberstellte, sondern „das im Menschenkopf umgesetzte Materielle". Auf diese Weise ist das alte Vexierdilemma von Geist und Materie auf die materialistische Geschichtsauffassung gar nicht anwendbar: das richtig verstandene „Materielle" steht mit dem „Ideellen" hier von vornherein schon in derselben Sphäre, nämlich in der psychischen, in welcher allein Lebensverhältnisse vorkommen können. Die Abhängigkeit des Ideellen vom Materiellen ist also jetzt keine Schwierigkeit mehr, da es sich dabei nur um die Abhängigkeit einer Art des Psychischen von einer anderen handelt. Um aber zu erfahren, in welcher Weise dies der Fall ist, wird eine kurze Skizzierung der psychischen Natur im Menschen nötig sein. Dabei werden sich noch einige andere Begriffe der materialistischen Geschichtsauffassung ins richtige Licht stellen lassen.

Vielleicht aber steigt hier die Befürchtung auf, daß wir mit der Frage nach der psychischen Natur im Menschen jenen Boden verlieren, auf dem allein eine sozialtheoretische Untersuchung geführt werden kann, nämlich die Berücksichtigung des sozialen Zusammenhanges, in welchem alles Psychische erst für die Sozialwissenschaft bedeutsam werden kann; denn diese Frage scheint doch notwendig auf den Einzelmenschen zurückzuführen. Eine solche Sorge ist unbegründet, obgleich diese Zurückführung allerdings unvermeidlich ist; nur müssen wir uns freilich über den Begriff des sozialen Zusammenhanges, des sozialen Lebens überhaupt, verständigt haben, womit wir zugleich auch mitten in das Wesen der psychischen Menschennatur vorgedrungen sein werden, deren Eigenart wir kennen lernen wollen.

Unter dem Begriff des sozialen Lebens hat sich in neuerer Zeit ein Begriffsrealismus entwickelt, der nicht selten bei sonst aller Metaphysik abholden Denkern fast in eine neue Mystik hineinführt. Das soziale Leben, die Gesellschaft, erscheint nur zu oft als eine Wesenheit für sich, entweder als ein geheimnisvolles Bindemittel zwischen den Menschen oder noch öfter als eine Macht über ihnen, die sie alle als ihre einzelnen Elemente in sich schließt, nicht anders wie der Hegelsche Geist die Einzelbewußtseinssphären als bloße

Bestimmungen seiner selbst an sich trug. In Wirklichkeit aber scheint mir, daß wir das soziale Leben nirgends anders suchen können, als wo es allein real gegeben ist: und das ist nur im Einzelmenschen der Fall. Nicht die Gesellschaft ist der Träger des sozialen Lebens, sondern nur der Einzelmensch, aber freilich der Einzelmensch, wie wir ihn heute allein noch verstehen können: nämlich der als Einzelmensch zugleich vergesellschafteter Mensch ist, das heißt der bereits aus seinem Ich heraus, aus seinem ganzen psychischen Sein, sich selbst nicht anders gegeben ist wie als ein einzelner unter wesensgleichen vielen, als ein durch die gleiche Art des geistigen Lebens mit seinen Artgenossen zu einer Einheit verbundenes Wesen. Das soziale Leben geht nicht etwa aus dem irgendwie triebartig bewirkten Zusammenleben der Menschen hervor; damit käme nie jene Einheit zustande, welche den gesellschaftlichen Zusammenhang im Bewußtsein des einzelnen charakterisiert, da der Trieb nur ein Nebeneinander, nicht aber ein Für- und Miteinander bewirken kann. Der Mensch ist sozial, nicht weil er in Gesellschaft lebt, sondern er kann in Gesellschaft leben, weil er schon unmittelbar in seinem Selbstbewußtsein sozial ist, das heißt auf die Wesensgleichheit des Psychischen mit seinen Artgenossen bezogen ist. Nur so ist eine auch noch so primitive Verständigung, diese Keimwurzel alles Sozialen, überhaupt möglich. Auf diese Weise also ist das Soziale weder etwas zwischen den Menschen noch über ihnen, sondern es ist in ihnen, und zwar in jedem einzelnen ganz, so daß der soziale Zusammenhang, die Gesellschaft als Tatsache, nicht als Begriff, schon in jedem Einzelbewußtsein vollständig gegeben ist. Das bedeutet der unendlich prägnantere Ausdruck, den Marx geprägt hat, für den Erkenntniskritiker, der Ausdruck vom vergesellschafteten Menschen, dem gegenüber die Bezeichnung des Menschen bloß als sozialen, gleich geselligen Wesens weit zurücktritt. Damit stoßen wir zugleich auch auf eine prinzipale Dialektik, die vielleicht der Springquell aller Dialektik ist: das Soziale ist nur im Individualen gegeben, weil es nur hier erlebt wird, und von hier aus erst erkannt und auf einen bewußten Ausdruck gebracht wird; und das Individuale ist seiner ganzen geistigen Beschaffenheit nach notwendig und von vornherein sozial. Es ist diese Spannung zwischen dem Wesen und der historischen Erscheinungsweise des Sozialen, was den Widerspruch auf jeder Entwicklungsstufe des Sozialen gebiert, der stets zu neuen Ausgleichungen treiben muß. Schon von da aus zeigt sich, daß die Marxsche Dialektik durchaus nicht zu jenem müßigen Erbe von Hegel her gehört, wie man dies öfter gern bezeichnet hat, um sich der Mühe zu überheben, diesen nicht leichten Gedankengängen ernstlich nachzuspüren.[1]

Ist so das Wesen des sozialen Lebens nach seiner psychischen Seite bestimmt, so ist damit zugleich auch schon die Frage nach der in ihm bestehenden Gesetzlichkeit in einer bestimmten Richtung beantwortet. Diese Gesetzlichkeit, in welcher sich uns das Verhältnis des Materiellen zum Ideellen erschließen muß, kann wiederum nur eine solche des Einzelmenschen sein, die jedoch naturgemäß, weil dieser für sich selbst nicht anders als vergesellschaftet möglich ist, nicht nur ihm selbst schließlich als eine gesellschaftliche erscheinen muß, sondern auch

[1] Die erkenntniskritische Begründung des oben skizzierten Begriffs vom sozialen Leben habe ich das erste Mal zu geben versucht in den „Marx-Studien“, I, „Kausalität und Teleologie“, Kapitel XIV und XV, und soll eingehender noch in einer demnächst erscheinenden Schrift, „Zur Erkenntniskritik des Sozialen“, dargelegt werden.

Digitized by Google

tatsächlich erst die gesellschaftliche Bindung bewirkt, die in der äußeren Verbundenheit der menschlichen Produktions- und Lebensverhältnisse bloß zu einem empirischen Ausdruck gelangt. Läßt sich nun eine solche fundamentale Gesetzlichkeit in der psychischen Natur des Menschen feststellen? Die Erkenntniskritik hat diese Frage schon längst bejaht, und es gilt nur, deren Feststellung auch zugleich in ihrer sozialen Bedeutung zu erkennen.

Die fundamentale Gesetzlichkeit des menschlichen Lebens ist seine *Normmäßigkeit*, das heißt seine Ausrichtung auf oberste Einheitsziele nach jeglicher Richtung seiner Aktualität. Im Denken, im Wollen, im Fühlen stößt unser geistiges Wesen immer und überall auf die Polarität der grundlegenden Wertung des Wahren und Falschen, Rechten und Unrechten, Lustvollen und Unlustvollen. Und es ist diese nie versagende Polarität, die durch ihre Spannung wie ein geistiger Selbsterhaltungstrieb wirkt, um nicht bloß unsere körperliche, sondern vor allem unsere geistige Integrität zu erhalten und zu behaupten. Durch die Richtmaße der Logik, Ethik und Ästhetik erhalten wir im Denken, Wollen und Genießen die Ungestörtheit unseres psychischen Gleichgewichtes gegen logische Widersprüche, ethische Mißbilligung und ästhetische Unlust. Die bloße physische Erhaltung des Daseins wird so jetzt erst *Selbstbehauptung* im wahren Sinne des Wortes, nämlich Behauptung eines *Selbst*, einer *ihrer selbst bewußten Einheit*. So ist der Mensch nach seiner psychischen Seite *lebendiges Einheitsstreben*, eine unausgesetzte, jeden Augenblick zur Stellungnahme bereite Aktivität, aber nicht Aktivität schlechtweg, sondern eine solche, *die ihr Maß in sich hat*. Und dies scheint mir der viel Klarheit versprechende moderne Begriff der menschlichen Natur zu sein, wie ihn die Erkenntniskritik herausgearbeitet hat, der nicht mehr dogmatisch ist, wie jener der Naturrechtslehre, weil er bloß formal verstanden werden darf, und der nicht mehr individualistisch ist, weil er durch die Funktion seiner Formalprinzipien stets auf das Gattungsmäßige bezogen ist. Die formale Allgemeingültigkeit der Norm ist nur der erkenntniskritische Ausdruck ihrer sozialen Beschaffenheit, ihrer schon das Einzelbewußtsein in das Gattungsmäßige einbettenden Eigenart.

An diesem Punkte setzt nun aber gleichzeitig auch der dialektische Charakter des sozialen Lebens ein, auf den wir vorhin verwiesen. Der Mensch findet sich ebenso oft auf jene obersten Einheitsziele ausgerichtet als mit ihnen zerfallen. Denn weil die Normmäßigkeit des Lebens, die ihrem Wesen nach das Individuum in eine *Gattung* bindet, doch nicht anders existiert als im *individuellen* Bewußtsein, so gelangt sie in diesem, also empirisch, auch nicht anders wie auf das Individuum bezogen, zum Ausdruck. Sie kann ihre soziale Natur nur gleichsam über den Köpfen der Menschen durchsetzen, bis diese sie bewußt erfassen gelernt haben. Der empirische Ausdruck für das normmäßige Einheitsstreben wird derart die allem Menschlichen innewohnende Sucht nach dem Glücke, die Vorstellung der möglichst besten Lebensgestaltung. Hier ist ein markanter Unterschied zur bloß tierischen Selbsterhaltung: der Mensch will nicht bloß leben, er will glücklich sein, εὖ ζῆν; er ist das Lebewesen, das nicht bloß nach Dasein, sondern nach dem möglichst besten Dasein giert. Die Widerspruchslosigkeit des normmäßigen Lebens, die als solche die gleiche Integrität eines jeden Einzeldaseins in sich schließt, verringert sich also in der empirischen Welt auf die Widerspruchslosigkeit eines glücklichen Daseins, das als solches seine Existenz auch auf Kosten anderer finden kann. So steht nun in jener bloß formalen geistigen Welt der allgemeinen Einheitsziele Mensch gegen

Digitized by Google

Mensch mit seinen besonderen Glückszielen, wie Interesse und Bildung, Neigung und Leidenschaft sie ihm diktieren; und die soziale Welt, die erst der Idee als eine große Harmonie erschien, wird in der Geschichte ein rücksichtsloser Kampf.

Aber damit ist die Rolle der sozialen Dialektik noch nicht ganz gewürdigt. Sie löst auch den Widerspruch, den sie selbst geschaffen hat, indem sie gerade durch ihn das Individuum nun auch bewußt aus der Vereinzelung herausführt, in welcher es sich nur scheinbar befindet. In eben derselben Individuation, in welche das Glücksstreben die Menschen trennt, in eben der Glücksvorstellung, die nur zu oft aller Norm Hohn spricht, verwirklicht sich doch schließlich die immer größere Realisierung des Normmäßigen. Denn in dem Glücksziel ist bereits eine solche Einheitsbeziehung des Lebens gegeben, die bei dem geschilderten Charakter des Sozialen als einer unmittelbaren Bezogenheit unseres geistigen Wesens auf Artgleiches notwendig über seinen individuellen Ausdruck hinaustreiben muß. Handelt es sich doch bei diesem Ziele um die beste Lebensgestaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen. Dies ist indes nicht möglich, sobald entgegengesetztes Glücksstreben Hemmungen und Brechungen des eigenen psychischen Wesens bewirkt. Hier wird nun unsere polare Stellungnahme aufgerufen; jetzt reagiert der psychische Organismus auf derartige Eingriffe so wie der physische in zweckmäßigen Abwehrbewegungen und Regenerationen, nur daß diese seiner Gesetzmäßigkeit entsprechend psychisch sein müssen. Nach Wertbegriffen des Richtigen und Rechten verteidigt jedes Glücksstreben seinen Boden, bekämpft jedes das ihm Entgegentretende. Da aber jeder Wertung prinzipiell der Anspruch auf Allgemeingültigkeit innewohnt, worin eben das Soziale des Psychischen unerschütterlich verankert ist, so sehen sich jetzt mit einem Male die Wertenden in einen bewußten Zusammenhang gestellt, in welchem sie mit ihrer Wertung zugleich einen allgemeinen Wert vertreten; ja noch mehr, sie sehen sich zugleich auch mit allen gleich Wertenden tatsächlich vereinigt. Sobald daher der Wertgesichtspunkt in das Glücksstreben eingeht — und er muß es, da ihn das ewige Gegenspiel der Individuationen des sozialen Lebens direkt provoziert —, muß nun der Glücksbegriff wieder die entgegengesetzte Richtung durchlaufen, in die ihn zuerst der Egoismus des Glücksstrebens zwang. Das heißt er wird jetzt von der fast animalischen und atomistischen Stufe weg durch alle Grade einer sich stetig erweiternden Auffassung geführt, in welche immer mehr fremde Glückselemente als Bedingungen des eigenen widerspruchslosen Daseins, also Glückes, eingehen müssen, weil nur so die immer heftigeren Reibungen und Hemmungen vermieden werden können, die das stets komplizierter werdende individuelle Gleichgewicht stören. Ist es doch nur die Unkultur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche den allergrößten Teil der Menschen erst noch um ihre physische Selbsterhaltung ringen läßt, und die Marx daher trotz ihres eitlen Stolzes mit Recht noch zur Vorgeschichte der Menschheit rechnet, die uns übersehen läßt, wie die menschliche Selbstbehauptung ihren Begriff erst dann auf wirklicher Kulturhöhe hat, wenn es schon eine Einbuße an voller Lebensintensität, an Glück bedeutet, über Widersprüche des Denkens nicht hinwegkommen zu können oder ethische Mißbilligung erleiden zu müssen. Erst in den herrschend gewordenen Ideen, wie sie aus den bewußt gewordenen Wertungen hervorgehen, wird daher die Selbstbehauptung wirklich menschlich, das heißt sozial; denn nun erhält sich durch sie nicht nur das Individuum selbst, sondern in dem Maße, als die Ideen wirksam werden, auch eine immer größere Gruppe von Artgenossen,

mit denen die Idee in Gemeinschaft setzt. Wäre nicht diese Bestimmung der psychischen Natur im Menschen durch Formalprinzipien, welche ihm erst eine über seine Vereinzelung hinausgehende Verbindung mit den Artgenossen für sein *Bewußtsein* möglich machen, dann müßte die *intelligente* Tiergattung Mensch das singuläre Beispiel eines Kampfes ums Dasein geben, in welchem die einzelnen Individuen sich gegenseitig auszurotten trachteten, soweit nicht eine instinktartige Geselligkeit gegen den immer überlegener werdenden Intellekt eine nur sehr bescheidene Schranke böte. Die bewußt gewordenen Richtmaße unserer geistigen Natur, also die Ideen der Wahrheit, der Sittlichkeit, des Rechtes, der Kunst, sind somit nichts anderes als die Formen der sozial gewordenen Selbsterhaltung, als die Art, in welcher sich die soziale Beschaffenheit des menschlichen Lebens inmitten seines individuellen Entwicklungsprozesses immer wieder herstellt.

Das Mittel aber, durch welches sich dieser dialektische Prozeß der Durchsetzung der sozialen Lebensformen im Für- und Gegeneinander den individuellen Lebensbestrebungen vollzieht, ist die gesetzmäßige Art, in welcher alles Leben innerhalb seiner Formen überhaupt besteht: und diese ist zweckmäßige *Tätigkeit*, beim Menschen speziell nicht bloß zweckmäßige, sondern *zweckbewußte Tätigkeit*, *menschliche Arbeit*. In diesem Begriff des Zweckbewußtseins wies bereits Marx uns auf den charakteristischen Unterschied der menschlichen Sphäre gegenüber der bloß tierischen, der menschlichen Arbeit gegenüber der „tierartig instinktmäßigen Form der Arbeit". Nicht daß der Mensch „nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt, er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen *Zweck, den er weiß*, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß". So zeigt das menschliche Leben einen *formalen* Charakter, die Normmäßigkeit, die in der Gesetzlichkeit des Logischen und des Wertes, sei dieser ethisch oder ästhetisch, *seine Richtung dialektisch bestimmt*, und einen *aktualen* Charakter, die zweckbewußte Arbeit, welche allen *Lebensinhalt* in einem zur Allgemeingültigkeit strebenden, also immer größere Kreise der Nebenmenschen umfassenden Prozeß jener Gesetzlichkeit gemäß zu gestalten strebt. *Aus diesen psychischen Elementen ergibt sich erst die Idee des Fortschritts*, welche der Mensch zuletzt in der Geschichte bewußt und systematisch zu realisieren sucht, die sonst aber *niemals* ein Element der historischen Gesetzlichkeit hätte werden können. Ja mehr noch: hier liegt der Grund nicht bloß für die Idee, sondern auch für die Realität des Fortschritts, für seine geschichtliche Notwendigkeit: denn in dem innerhalb der ideellen Einheitsformen zweckbewußt verlaufenden Arbeitsprozeß vollzieht sich nun die Berührung der menschlichen Aktualität mit der *äußeren Kausalität*.[1]

Alles nämlich, was dem sozial gewordenen Arbeitsprozeß widerspricht, auf verschiedenen Stufen freilich jedesmal verschieden, das Unlogische, das Unsittliche, das Häßliche muß nun auch mehr und mehr als das Lebenschädigende und Unsoziale gestempelt werden. Derart wird es allmählich notwendig in

[1] Der Begriff der Entwicklung als eines Fortschrittes ist daher *gar kein Naturbegriff*, und es war eine große Verirrung, zu meinen, ihn rein naturwissenschaftlich, etwa mit Hilfe des Darwinismus, begründen zu können. Im Gegenteil: insoweit die tierische Entwicklung der Arten stets noch eine Vervollkommnung vom Standpunkt des betreffenden Lebewesens darstellt, eine lebensfähigere Anpassung, sieht sich heute auch die Biologie genötigt, einen bloß mechanischen Begriff der Entwicklung als etwas ganz Unausdenkbares fallen zu lassen.

der Richtung des größeren Kreises der Selbstbehauptung sogar aus ihrem individuellen Begriff hinausgedrängt. Dies vollzieht sich an jedem Punkte menschlicher Lebensführung. Wenn die Gedanken in Widerspruch geraten, sagt der Mensch: so kann es nicht sein, und — er denkt sie anders. Wenn ihn die Dinge und Zustände bedrängen, sagt er: so soll es nicht sein, und ruht nicht, bis er sie anders gemacht hat. Erschrickt er im Bilde des Dorian Gray vor seiner eigenen moralischen Häßlichkeit, so stählt er seinen Willen, um anders zu werden, und kann wenigstens neue Hoffnung fassen. Kurz: die innere Gesetzlichkeit wird überall äußere Kausalität. Und dies ist das wunderbare Band, das die Welt der Werte mit jener der Naturnotwendigkeit verbindet, daß die Kausalität im Bereich des sozialen Lebens nicht mehr blindes Wirken ist, so wie sie es schon nicht mehr im Organischen ist, sondern durch ihre immanenten formalen Beziehungen nach bestimmten Richtungen determiniert ist. Auf menschlicher Basis ist alle Kausalität erst in einem geistigen Milieu wirksam, durch welches sie von vornherein auf ein Ziel gerichtet ist und so im naturnotwendigen Prozeß zugleich eine Entwicklung realisieren muß. Die menschliche Kausalität ist deshalb nicht bloß, wie Schopenhauer sehr schön gezeigt hat, durch Erkennen, sondern durch Ideen, das heißt durch Wertung ablaufende Motivation.

Aber freilich bedarf es zur Realisierung dieser Wertungen die äußere Kausalität, das heißt die äußere Kausalität muß möglich sein, und das ist der scheinbar selbstverständliche, aber große und folgenschwere Gedanke der materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx. Durch ihn erst wird diese psychische Analyse ergänzt, freilich nur so, wie sie selbst wieder den Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung ergänzen muß, sollen beide nicht auseinanderfallen wie sublime Ideologie und platter Materialismus. Die Idee als das Richtungselement sozialer Kausalität ist gewiß die Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung. In sie müssen alle anderen Kräfte eingehen, um überhaupt soziale Kräfte werden zu können, die Produktivkraft der Natur ebensogut wie die der Menschen. Ist die Idee jedoch die Triebkraft, dann ist sie eben nicht die Maschine des sozialen Lebens. Diese bauen und setzen die Menschen zusammen in einem mühsamen Produktionsprozeß ihres materiellen Lebens, in einem immer mehr sich verflechtenden Getriebe ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen, ihrer „ökonomischen Verhältnisse". In den Schranken dieser ökonomischen Verhältnisse allein bewegt sich daher auch jederzeit die der inneren Gesetzlichkeit zu Gebote stehende äußere Kausalität. Das ist der tiefere Grund, warum alles Große, das heute die Menschen bewegt, schon von alters her als Ideal die Herzen und Köpfe großer Denker beseligen konnte, und aller hohe Sinn doch nicht imstande war, zur Wirklichkeit zu bringen, was die Vernunft verlangte. Die äußere Kausalität muß möglich sein, das heißt der Grad der erreichten Natur- und Gesellschaftsbeherrschung bestimmt den Verwirklichungsgrad der Idee. Die ökonomischen Verhältnisse stellen nur die Bewegungsfreiheit des Ideellen her: was in ihnen möglich wird, was überhaupt in ihnen sie so gestaltet, daß ihre der Entfaltung des sozialen Lebens gefährlichen Widersprüche überwunden und neue erhöhte Lebensstufen erreicht werden, das ist allein die zielstrebige und zweckbewußte Formalgesetzlichkeit der hierdurch sozial gewordenen psychischen Menschennatur. Die ökonomischen Verhältnisse oder die materiellen Lebensbedingungen überhaupt sind also allerdings von jener grundlegenden Bedeutung, welche die materialistische Geschichtsauffassung

Digitized by Google

ausdrückt; denn sie bezeichnen die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten des sozialen Lebens, sie bestimmen in der wechselnden Art ihrer gesamten Struktur den jeweiligen Inhalt seiner Ideen, die Richtung des Interesses in ihrer Verfolgung, die Fülle der Mittel zu ihrer Bearbeitung und das Hervortreten von gesellschaftlichen Aufgaben zu ihrer Zeit. Deshalb ist es auch gewiß wahr, daß jede Gesellschaft im Grunde sich nur solche Aufgaben stellt, die sie lösen kann, weil diese ihre Gegenständlichkeit ihren geschichtlichen Inhalt nur aus ihren materiellen Lebensbedingungen schöpfen können. Aber daß die Gesellschaft überhaupt Aufgaben hat, das erwächst ihr nicht aus den ökonomischen Verhältnissen. Aus der ökonomischen Struktur als solcher, das heißt in Loslösung von dem Menschen gebracht, was nur in einer gewaltsamen Abstraktion möglich ist, folgt überhaupt gar nichts für den ideologischen Überbau, am allerwenigsten also die Stellung von Aufgaben oder gar die Notwendigkeit ihrer Lösung in einer bestimmten geschichtlichen Richtung. Erst im unlöslichen Zusammenhang der ökonomischen Struktur mit einer ganz bestimmten formalpsychischen Natur des Menschen, deren historische Erscheinungsweise sie eigentlich ist, erschließt sich nun auch die Notwendigkeit in der Gestaltung und Entwicklung des ideologischen Überbaus. Die ökonomischen Verhältnisse — um dieses Wort für die Gesamtheit der materiellen Lebensbedingungen zu nehmen — sind also keine mystischen Produktionsfaktoren des geistigen, i. e. geschichtlichen Lebens: sie selbst erzeugen nichts, zerstören nichts, verändern nichts. Sie bestimmen nur, sie sind variable Determinanten an der formalen Konstanz des sozialen Lebens.

So also ist die Abhängigkeit des Ideellen vom Materiellen auf sozialem Gebiet beschaffen. Erinnern wir uns nun an die anfängliche Feststellung, daß dieses Materielle selbst schon ein Psychisches ist, so hat gerade die Untersuchung der materialistischen Geschichtsauffassung nach ihrer sozialpsychischen Seite diese Grundwahrheit in das hellste Licht gestellt. Das Ökonomische ist keine dingliche Potenz, die dem Geistigen in der Geschichte gegenübertritt. Ist doch die Zerstörung des sachlichen Scheines der wirtschaftlichen Verhältnisse eine der unvergänglichen Geistestaten, mit der Karl Marx der Sozialwissenschaft einen neuen Weg eröffnet hat. Das Ökonomische ist das in der Geschichte wirkende Geistige selbst, nur auf der untersten Stufe des jeweiligen sozialen Zusammenhanges, wo es noch unmittelbar mit der physischen Selbstbehauptung, das heißt mit der Beschaffung der Mittel zur Produktion und Reproduktion unseres Daseins zusammenhängt. In den materiellen Lebensbedingungen bezieht sich also das soziale Leben nur auf jene sozialpsychischen Formen seiner selbst (Beziehungen von Mensch zu Mensch), die zur Erhaltung der bereits erreichten Höhe seiner gesellschaftlichen Ausgestaltung unentbehrlich sind. Deshalb ist die Bezeichnung des Ökonomischen als unterster Stufe des Geistigen auch nur relativ zu verstehen, und hat Kautsky mit Recht einmal betont, daß auf dem Stande unserer Entwicklungsstufe zum Beispiel auch der erreichte Stand in der Beherrschung der Mathematik zu den wirtschaftlichen Lebensbedingungen gehöre.

Die Zerteilung des geschichtlichen Prozesses in einen sachlichen, materiellen und in einen ideellen Faktor ist also ganz unkritisch. Sie liegt auch gar nicht im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung, in welche sie nur durch deren Verquickung mit dem metaphysischen Materialismus hineingetragen wurde. Die materialistische Geschichtsauffassung begreift den geschichtlichen

Prozeß nicht dualistisch, sondern monistisch aus der Gesetzlichkeit des sozialen Lebens, die nur eine einzige sein kann: die psychische. Auf diese Weise wird auch hier wie sonst überall die Frage der einen, wie die materialistische Geschichtsauffassung die Ideen aus den materiellen Lebensbedingungen erklären könne, zu einem Scheinproblem, das sich in seinen eigenen unkritischen Begriffen verwirrt; und der Vorwurf der anderen, daß die materialistische Geschichtsauffassung diese Erklärung nicht geben könne, zu einem Schlag ins Wasser, da sie diese Aufgabe nie auf sich nehmen wollte. Es genügt ihr, wenn sie über den Zusammenhang von ideellem und materiellem Leben sich zu orientieren vermag. Was sie hier gefunden hat, läßt sich auf einen höchst einfachen Ausdruck bringen: das Ideelle ohne das Materielle ist wirkungslos, das Materielle ohne das Ideelle ist richtungslos. Das scheint eine Trivialität, nicht anders wie der große Satz von Kant, Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind. Und doch bedurfte es, um uns zum inneren Verständnis jener „Trivialität" zu führen, der Riesenarbeit zweier der größten Denker, Kant und Marx, von denen der erste uns die psychische, der zweite die soziale Seite dieser Wahrheit erschloß. Das ist auch ein Stück Dialektik unseres Lebens, und vielleicht das schicksalsschwerste. Denn in ihm verrät sich, wie langsam wir zum Verständnis des Selbstverständlichen reifen.

Der britisch-russische Ausgleich in Mittelasien.

Von **M. Beer.**

Der am 31. August 1907 zwischen der britischen und russischen Regierung über Mittelasien abgeschlossene Ausgleich wurde am 25. September veröffentlicht und ist das Ergebnis von Unterhandlungen, die anderthalb Jahre in Anspruch nahmen. Er bezieht sich auf Persien, Afghanistan und Tibet und beseitigt Gegensätze, die fast ein Jahrhundert andauerten und die politische Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts mit aufgeregten Episoden füllten. Er wird ohne Zweifel die Geschichte der nächsten Jahre beeinflussen. Es ist deshalb angezeigt, hier den Ausgleich auf seine Geschichte, seinen Inhalt und seine Wirkungen zu prüfen.

Der mittelasiatische Gegensatz war alt und stand in enger Verbindung mit der orientalischen Frage: mit dem Kampfe Rußlands um den Besitz des Bosporus und der Dardanellen. Nur scheint die vielfach verbreitete Ansicht, die englische Opposition gegen diese Pläne hätte Rußland nach Mittelasien gedrängt, nicht richtig zu sein. Rußlands Geschichte war jahrhundertelang auf den Orient gerichtet, und auch Peter der Große und Katharina II., die in den Gang der europäischen Geschichte eingriffen, hatten Asien im Auge: beide griffen sowohl die Türkei wie Persien an. Zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts machte William Pitt den Versuch, der russischen Politik in der Türkei entgegenzutreten, aber er fand keinen Widerhall bei der englischen Nation. Erst die Versuche Napoleons I., auf dem Wege durch die Türkei und Persien nach Indien zu gelangen, um Englands Macht zu brechen, lenkten die Aufmerksamkeit der englischen Politiker auf die Bedeutung dieser Zwischenstaaten. Auf dem Wiener Kongreß waren schon die englischen Vertreter darauf bedacht, dem englischen Handel den Weg nach Indien zu sichern. Ein Jahr später versuchte England, zwischen Rußland und Persien zu vermitteln, die den

Frieden von Gulistan (1813) abgeschlossen hatten, nach welchem Baku den Russen zugefallen war. Die russische Regierung erklärte indes, die Engländer hätten kein Recht, sich in die russisch-asiatischen Angelegenheiten zu mischen. Die zweite Etappe Rußlands nach Persien war der Friede von Turkmantschai (1828), der auf die Siege von Paschkiewitsch über Persien folgte und den Russen die Provinzen Eriwan und Nachitschewan einbrachte. Seitdem lag die zarische Hand schwer auf Persien, das — nach Ansicht der Engländer — im Jahre 1837 von den Russen veranlaßt wurde, in Afghanistan einzufallen und Herat anzugreifen. Diese Invasion war zwar erfolglos, aber sie warf Afghanistan in den Wirbel des britisch-russischen Gegensatzes in Asien. Die Nachricht vom Angriff auf Herat rief in London große Bestürzung hervor, da Afghanistan als das traditionelle Einfallstor nach Indien galt. Pozzo di Borgo, der damals russischer Botschafter in London war, berichtete nach Petersburg, die englische Regierung wäre sehr beunruhigt, da sie den Angriff als einen Vorstoß gegen Indien betrachtete. Nikolaus I. ließ indes der englischen Regierung mitteilen, der Gedanke eines russischen Vormarsches gegen Indien wäre absurd. Aber Palmerston wollte sich nicht beruhigen. Er gab den Befehl, eine der persischen Inseln zu besetzen und eine militärische Expedition nach Kandahar und Kabul zu schicken. So begann der erste afghanische Krieg (1841 bis 1842), der mit der gänzlichen Vernichtung einer britischen Division endigte. Ein ähnliches Schicksal hatte im Jahre 1839 die russische Expedition gegen Chiwa ereilt. England setzte indes seine Eroberungen in Nordindien fort und focht den Krimkrieg aus, der mit dem Pariser Frieden (1856) abschloß, kraft dessen eine russische Seemacht im Schwarzen Meere unmöglich gemacht und überdies der Schah von Persien gezwungen wurde, seine Ansprüche auf Afghanistan aufzugeben. Wenige Jahre nach dem Krimkrieg begann Rußland seine erfolgreichen Eroberungszüge in Mittelasien, die auch durch den letzten russisch-türkischen Krieg nicht unterbrochen wurden und die das weite turkistanische Gebiet dem russischen Reiche hinzufügten. Der Versuch des russischen Generals Kauffmann, mit dem Emir von Kabul in Verbindung zu treten, führte zum zweiten britisch-afghanischen Krieg (1876 bis 1880), der Afghanistan endgültig zur britischen Einflußsphäre machte, womit aber die britisch-russischen Rivalitäten noch lange nicht ihr Ende nahmen. Im Jahre 1885 stand Rußland bereits an der afghanisch-persischen Nordgrenze und besetzte Penschdeh, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Afghanen kam. Ein britisch-russischer Krieg schien unvermeidlich. Das englische Parlament bewilligte elf Millionen Pfund Sterling für den Krieg; der britisch-indische Oberbefehlshaber Sir F. Roberts (jetzt Lord Roberts) begann das britisch-indische Heer um Herat zu konzentrieren, aber es kam schließlich doch zu einer friedlichen Lösung. In den letzten fünfzehn Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hatte Rußland freie Hand in Asien. Es baute die transkaspische Bahn, die den Nordosten Persiens und den Norden Afghanistans beherrscht; es baute auch die transsibirische Bahn, gründete Banken in Persien und Nordchina und bereitete sich auf die Besitzergreifung Asiens vor. England dagegen war fast ganz mit Afrika beschäftigt; es sicherte sich das ganze Nilbecken, die wertvollsten Teile Südafrikas und weite Gebiete in Ost- und Westafrika. Im Jahre 1896, nach der Krügerdepesche des deutschen Kaisers und nach den armenischen Metzeleien durch die Kurden, machte sich in London die Überzeugung geltend, der ganze russisch-britische Gegensatz sei veraltet und die protürkische Politik Englands

sei ein schwerer Irrtum gewesen. Dagegen wirkten in Petersburg die antienglischen Traditionen weiter fort. Im Jahre 1892 hatte England auf Drängen der britisch-indischen Interessenten die Imperial Bank of Persia in Teheran gegründet, die der persischen Regierung eine Anleihe von 10 Millionen Mark gewährte. Als Unterpfand erhielt sie die Zölle der südlichen Häfen des Golfes. Die Handelsbeziehungen Englands mit dem Persischen Golf stammen noch aus dem siebzehnten Jahrhundert und wuchsen in dem Maße, als die ostindische Kompagnie sich in Indien ausbreitete. Englische Kanonenboote säuberten den Golf von den Piraten; englische Leuchttürme erleichtern dort die Schiffahrt; die Insel Kischm in der Straße von Ormuz beherbergte Jahrzehnte hindurch eine britisch-indische Garnison; die Bahreininseln mit ihren Perlenfischereien sind englisch. Die arabischen Stämme der Ostküste des Golfes schlossen mit England Verträge ab. Oman ist so gut wie englisch. Der Persische Golf gehört seinen Handelsinteressen nach in die englische Einflußsphäre. England hatte also wenigstens dem Scheine nach das Recht, die Bank von Persien zu gründen und auf die Verwaltung der südpersischen Zölle Anspruch zu machen. Sechs Jahre nach der Gründung der Bank verlangte der Schah eine weitere Anleihe; die Unterhandlungen darüber zerschlugen sich indes, da die russische Regierung den Schah zwang, auf die Anleihe zu verzichten. Dafür gründete sie im Jahre 1900 die Banque d'Escompte et des Prêts de Perse, die dem Schah zwei Anleihen von zusammen 67,5 Millionen Mark gewährte, wovon ein Teil der Schulden an die englische Bank zurückgezahlt wurde. Als Unterpfand erhielt Rußland die Zölle Nordpersiens; ebenso wurden ihm Bahnkonzessionen erteilt, die den ganzen inneren Verkehr Persiens beherrschen könnten. Das wichtigste an den Bahnkonzessionen war, daß Rußland den südpersischen Hafen Bender-Abbas zur Endstation machen und demnach in die britische Einflußsphäre eingreifen durfte. England war damals in Südafrika engagiert und konnte nichts gegen Rußland unternehmen, das diese Gelegenheit noch benutzte, wieder mit Afghanistan in Verbindung zu treten und auch in Tibet festen Fuß zu fassen, um die buddhistische Welt unter russischen Einfluß zu bringen. Die Jahre des südafrikanischen Krieges waren ohne Zweifel die Glanzzeit des russischen Aufstiegs in Asien. Mittelasien lag dem Zaren offen und Nordchina fiel zusehends unter seine Macht. Kaum aber gingen die südafrikanischen Wirren ihrem Ende entgegen, als England seine ganze Aufmerksamkeit wieder Asien zuwandte. Mit Japan wurde eine Allianz abgeschlossen; der Persische Golf wurde in klaren und kurzen Worten als die britische Einflußsphäre erklärt; die Reorganisation des indischen Heeres wurde in Angriff genommen, um Afghanistan im Zügel zu halten; nach Tibet wurde eine britisch-indische Expedition gesandt, die — trotz aller russischen Proteste — auf ihr Ziel losging und im Sommer 1904 in Lhassa siegreich einzog. Inzwischen brach der japanisch-russische Krieg aus, der der russischen Herrlichkeit in Asien ein Ende mit Schrecken bereitete und die russische Politik auch in Europa lähmte.

Es ist merkwürdig, daß die englische Erklärung betreffend den Persischen Golf bitterer in Berlin empfunden wurde als in Petersburg. Der Niedergang der russischen Macht kam nicht nur England, sondern auch Deutschland zustatten. Seit den achtziger Jahren wuchs der deutsche Einfluß in Konstantinopel und zeigte sich besonders in den Konzessionen, die die deutsche Regierung zum Bau der Bagdadbahn erhielt. Die Endstation dieser transtürkischen Bahn soll Kueit, eine Hafenstadt im Nordwesten des Golfes, sein. Die englische

Erklärung betreffend den Golf wurde deshalb in Berlin als gegen das deutsche Unternehmen gerichtet aufgefaßt und für eine Herausforderung gehalten. Die englisch-französische Entente (1904) verschärfte die Lage, die noch durch die Marokkohändel verschlimmert wurde. Nach den kritischen Tagen, die zur Konferenz von Algeciras führten, wurde die englische Politik sich darüber klar, daß die Zeit gekommen ist, nicht nur einen Ausgleich mit Rußland herzustellen, sondern daß es auch im Interesse Englands liegt, das Ansehen Rußlands in der Weltpolitik wiederherzustellen. Diese Ansicht wurde sowohl von den Konservativen wie von den Liberalen geteilt, und als die parlamentarischen Wahlen vom Januar 1906 die liberale Partei ans Ruder brachten, leitete Sir Edward Grey die Unterhandlungen mit der russischen Regierung ein, die den jetzt veröffentlichten Ausgleich zur Folge hatten.

Der Ausgleich zerfällt naturgemäß in drei Teile, die sich auf Persien, Afghanistan und Tibet beziehen. Jeder dieser Teile hat fünf Artikel. Außerdem enthält er noch ein wichtiges Begleitschreiben des britischen Ministers des Äußern, Sir Edward Grey, dann Einleitungen mit den gewöhnlichen Formeln über die Friedfertigkeit der beiden Konventionsmächte und über ihren Wunsch, die Integrität und die Unabhängigkeit Persiens, des zu teilenden Objektes, zu wahren.

Der wichtigste Gegenstand des Ausgleichs konnte — nach dem früher Gesagten — nur Persien sein. Da waren die Gegensätze sehr erheblich. Bereits seit einem Jahrhundert drang Rußland von Norden nach dem Golf vor, bis es ihm endlich gelang, Konzessionen bis Bender-Abbas zu erhalten. Demgegenüber standen reale Handelsinteressen Englands, die sich ohne Krieg nicht beseitigen ließen. Es wäre interessant, einen Einblick in diesen Teil der britisch-russischen Unterhandlungen zu erhalten und die Argumente der britischen und russischen Diplomatie darüber zu lesen. Aber es fand sich ein Ausweg. Persien wurde vor allem in zwei Hälften geteilt. England erkannte ohne weiteres an, daß die russischen Ansprüche auf Nordpersien nicht in Frage gestellt werden könnten. Rußland erhielt demgemäß Nordpersien als seine Einflußsphäre. Von der nordöstlichen Grenze Persiens angefangen, fielen zu Rußland die Städte Meschhed, dann Chach und Jesd (südwestlich von Meschhed); die russische Einflußsphäre nimmt sodann eine westliche Richtung durch das Gebiet um Isfahan bis Kermanschah, um schließlich nach dem Norden bis an die persisch-russische Grenze bei Tabris zu gelangen. Die russische Einflußsphäre schließt auch Teheran ein. Nun kommt die britisch-indische Einflußsphäre. Diese ist anscheinend viel kleiner als die russische. Sie umfaßt nur einen dreieckigen Landstreifen im Osten Persiens und grenzt an Afghanistan und Beludschistan. Die britisch-indische Einflußsphäre umfaßt Seistan, von wo aus eine Invasion des britisch-indischen Reiches relativ leicht gewesen wäre. Sie beginnt im Nordosten bei Gasik und läuft südlich bis Bender-Abbas an der Straße von Ormuz, beim Eingang zum Persischen Meerbusen. Dagegen sagt der Ausgleich nichts über den Persischen Meerbusen und über Farsistan. Scheinbar bleibt dieses Gebiet neutral, in Wirklichkeit aber wurde darüber nichts bestimmt, da es infolge der früher besprochenen englischen Handelsinteressen und Erklärungen in die britische Einflußsphäre fällt. Es ist aber auch möglich, daß Rußland in keine Verpflichtungen über den Persischen Golf eingehen wollte, da es wußte, daß dieses Seegebiet noch zu Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Deutschland den Anlaß geben könnte. Das Begleitschreiben Sir Edward Greys macht über diese Frage folgende Bemerkungen:

„Das Übereinkommen betreffend Persien beschränkt sich auf die Regionen, die die Grenzen Großbritanniens und Rußlands in Asien berühren, und der Persische Golf gehört nicht zu diesen Regionen, überdies ist er nur zum Teil im persischen Gebiet. Es war deshalb nicht angebracht, in dem Übereinkommen positive Erklärungen zu machen über die speziellen Interessen Großbritanniens im Golf, die das Ergebnis britischer Tätigkeit in jenen Gewässern seit mehr als hundert Jahren sind. Unsere Regierung hat Grund anzunehmen, daß diese Frage zu keinen Schwierigkeiten zwischen den beiden Regierungen Anlaß geben wird. ... Das gegenwärtige Übereinkommen bedeutet, daß unsere bekannte Haltung betreffend den Golf sich nicht geändert hat. Unsere Bestrebungen gehen dahin, den Status quo im Persischen Golf aufrechtzuerhalten, ebenso die britischen Interessen zu wahren, und wir haben nicht den Wunsch, den legitimen Handel anderer Mächte vom Golf auszuschließen."

Der Ausgleich bestimmt dann weiter: In der russischen Einflußsphäre darf Großbritannien keine Konzessionen nachsuchen, ebenso Rußland nicht in der britischen Sphäre. Über Konzessionen im neutralen Gebiet sollen sich beide Mächte vorher verständigen. Die Zölle Nordpersiens, die als Unterpfand der Anleihen der Banque d'Escompte et des Prêts dienen, sollen auch fernerhin denselben Zwecken gewidmet werden. Ebenso sind die Zölle des Golfes, Farsistans und der kaspischen Häfen Persiens auch fernerhin für den Schuldendienst der Imperial Bank of Persia zu verwenden.

In bezug auf Afghanistan versichert Großbritannien, daß es seinen Einfluß zugunsten des Friedens mit Rußland ausüben wird. Andererseits erkennt Rußland an, daß Afghanistan in die britische Sphäre fällt und daß es seine politischen Beziehungen mit Afghanistan einzig und allein durch britische Vermittlung führen wird. Dagegen dürfen die russischen Behörden in allen nichtpolitischen Fragen direkt mit den afghanischen Behörden verkehren. England sichert den Russen gleiche Handelsgelegenheit in Afghanistan zu.

In bezug auf Tibet verpflichten sich beide Konventionsmächte, sich aller Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes zu enthalten. Die Oberhoheit über Tibet liegt bei der chinesischen Regierung, an die sich beide Konventionsmächte zu wenden haben, wenn sie mit Tibet zu unterhandeln wünschen. Dagegen dürfen Buddhisten, die russische oder britische Untertanen sind, direkt mit den tibetanischen Behörden verkehren. Die Zölle Tibets dürfen weder an Rußland noch an Großbritannien verpfändet werden. Das infolge der britisch-indischen Expedition vom Jahre 1904 von den Briten besetzte Tschambi-Tal (Südtibet) soll geräumt werden, sobald drei Raten der Kriegsentschädigung, die sich auf 25 Millionen Rupien beläuft, an Großbritannien gezahlt sein werden. Während der nächsten drei Jahre dürfen keine britischen oder russischen wissenschaftlichen Expeditionen in Tibet eindringen. Beide Konventionsmächte werden die chinesische Regierung ersuchen, eine ähnliche Verpflichtung zu übernehmen.

Das sind die Einzelheiten des Ausgleichs. Sie sind indes bei weitem nicht so wichtig wie die Tatsache, daß ein Ausgleich zwischen Großbritannien und Rußland überhaupt zustande kommen konnte. Der britisch-russische Gegensatz dauerte fast ein Jahrhundert und wurde zu einem festen Bestandteil der diplomatischen Geschichte. Sein Verschwinden ist ein Symptom und eine Ankündigung — ein Symptom einer weltpolitischen Änderung und eine Ankündigung neuer Gegensätze. Der Ausgleich sieht nicht wie eine definitive Regelung aus, sondern wie der Beginn einer neuen Konstellation. Der mittelasiatische Gegen-

Digitized by Google

satz stand nicht allein und war nicht ein Ziel an sich. Er war mit der türkischen Frage verbunden und brach nur aus, weil Rußland zur offenen See drängte. Der Ausgleich gibt Rußland noch mehr Territorium, dessen es ohnehin genug hat. Er bedeutet ein Eingeständnis, daß zwei Jahrhunderte russischer Politik ein ungemein kostspieliger Mißerfolg waren. Er kann deshalb einen definitiven Charakter nicht haben. Durch Waffengewalt vom Stillen Ozean verdrängt, durch Diplomatenkunst vom Persischen Golf ferngehalten — wird Rußland sich dabei beruhigen? Das Verschwinden des mittelasiatischen Gegensatzes kann nur auf ein Verschwinden des türkischen Gegensatzes zwischen Großbritannien und Rußland hinweisen. Großbritannien hat in diesem asiatischen Kampfe alles gewonnen. Soweit äußere Beziehungen in Betracht kommen, ist Indien den Briten sicher. Im Verein mit Frankreich, Italien, Spanien und Portugal beherrscht Großbritannien das Mittelmeer; es beherrscht Ägypten, das Rote Meer, den Persischen Golf. Gefahr kann ihm nur von der deutschen Politik in der Türkei drohen. Die Bagdadbahn hat Konzessionen bis zum Golf; deutsche Ingenieure bauen die Hedschasbahn, die von Damaskus bis Mekka reicht und die in wenigen Jahren fertiggestellt sein wird. Es war die Hedschasbahn, die vor zwei Jahren den britisch-türkischen Grenzkonflikt bei Akaba (Sinaihalbinsel) hervorrief und merkwürdigerweise mit Unruhen in Ägypten zusammenfiel. Die zeitgenössische Politik des ottomanischen Reiches heißt: Zentralisation. Sie strebt, die asiatischen Teile des Reiches fester aneinanderzufügen. Das neue Bahnnetz, das den Bosporus mit Mesopotamien und mit Südarabien verbinden wird, gibt der Türkei eine Schlagfertigkeit, wie sie sie in den letzten Jahrhunderten nicht mehr besessen, und dem türkischen Sultan ein religiöses Ansehen, dessen er immer entbehrt hat. Diese türkisch-deutsche Politik kann weder Rußland noch England angenehm sein. Was von Südwestasien gegenüber den russischen und britischen Interessen gilt, gilt von Nordwestafrika (Marokko) gegenüber Frankreich, und Frankreich gehört zur russisch-britischen Gruppe. Es scheint demnach, daß die Rolle, die Rußland im neunzehnten Jahrhundert in der orientalischen Frage gegenüber den britisch-französischen Interessen gespielt hat, jetzt von Deutschland gegenüber den russisch britisch-französischen Interessen übernommen wird. Zu diesen Gegensätzen kommt der allgemeine maritime Gegensatz zwischen Großbritannien und Deutschland hinzu. Man darf demnach den Gedanken aussprechen, daß die britisch-französische Entente vom Jahre 1904 und der britisch-russische Ausgleich vom Jahre 1907 eine an der orientalischen Frage interessierte Koalition schafft, die sich gegen die deutsch-türkische Entente richtet, und daß Rußland dabei seine Rechnung besser zu finden hofft als durch den hundertjährigen Gegensatz zu Großbritannien.

Vom Standpunkt der Freiheitsbewegungen der Völker ist die neue Gruppierung nicht so günstig, als es der britisch-russische Gegensatz war. Im neunzehnten Jahrhundert war England die einzige Macht, die dem Zarismus Niederlagen bereiten konnte. Heute gibt es, was die äußere Politik betrifft, keine andere Nation, die ähnliches leisten könnte, denn auch der japanische Sieg war nur durch die britische Unterstützung möglich geworden. Rußland ist nunmehr gegen jeden äußeren Angriff gesichert. Diese weltpolitische Konstellation ist der russischen Revolution nicht günstig. Der Prozeß der Umwälzung des alten Rußland wird dadurch nicht aufgehoben, wohl aber verlangsamt. Die günstigste Zeit für eine russische Revolution war, insoweit die äußere Politik in Betracht kommt, die Zeit nach dem Krimkrieg. Rußland war isoliert, und sein einziger

Bundesgenosse, das Bismarcksche Preußen, war mit eigenen Aufgaben und Schwierigkeiten vollauf beschäftigt, die erst etwa zehn Jahre nach der Einigung Deutschlands einigermaßen geregelt wurden. Nach dieser Konsolidierung Preußen-Deutschlands änderte sich die Lage der russischen Freiheitsbewegung. Es war die national-militärische Befestigung Preußen-Deutschlands, die der hinsterbenden russischen Autokratie die französischen Finanzen zur Verfügung stellte und somit die Hindernisse der russischen Freiheitsbewegung stärkte und auch dem französischen Wirtschaftsleben den Rücken brach. Und jetzt ist es das imperialistisch-flottenlustige Deutschland, das die unerschöpfliche britische Diplomatenkunst zur Stütze des morschen Thrones der Romanoff macht.

Ebensowenig vorteilhaft dürfte sich der britisch-russische Ausgleich für die konstitutionelle Bewegung Persiens erweisen. Nach Jahrhunderten monarchischer Mißwirtschaft errangen sich die Perser unter dem Eindruck der japanischen Siege eine einigermaßen freiheitliche Verfassung. Am 5. August 1906 erhielten die Perser das Recht auf eine Volksvertretung — eine Medschlis, die ihren Sitz in Teheran hat. Das Wahlrecht ist beschränkt und bringt 111 Abgeordnete ins persische Parlament. Sie setzen sich zusammen aus Prinzen, Priestern und theologischen Gelehrten, Adeligen, Kaufleuten, Grundbesitzern und Bauern. Das merkwürdigste ist, daß die persischen Priester und Theologen — nach Berichten englischer Korrespondenten — durchaus demokratisch auftreten und das Volk gegen die privilegierten Klassen in Schutz nehmen. Das ganze Verfassungsleben ist noch in den Windeln und würde des Schutzes einer liberalen europäischen Macht bedürfen. Dem britisch-russischen Ausgleich gemäß ist es aber die russische Regierung, der Nordpersien und somit auch Teheran zufällt. Wie diese auf das persische Parlament wirken wird, bedarf keiner weiteren Erklärung. Das Schicksal Persiens erinnert schmerzhaft an das untergehende Polen, das auch während der Entstehung einer konstitutionellen Bewegung aufgeteilt wurde. Immerhin aber ist es sowohl für die russische Freiheitsbewegung wie für das erwachende persische Volk besser, daß nicht Deutschland, sondern England an der Seite Rußlands steht.

London, 27. September 1907.

Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform.

Von **Michael Surely** (Petersburg).

(Fortsetzung.)

II.

Der Erpressungsparagraph und die ‚Wahrnehmung berechtigter Interessen'. Schutz des einzelnen und seines Eigentums.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bewiesen, welch großes Interesse sie an der Strafrechtsreform nimmt, indem sie diese Frage auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitags setzte und mit großer Mehrheit die von Haase zur Strafrechtsreform vorgeschlagenen Thesen annahm. Es wäre deshalb von praktischem Interesse, die Vorschläge und Ergebnisse der „Vergleichenden Darstellung" unter dem Gesichtspunkte dieser Thesen zu betrachten. Dabei schadet es nichts, daß die eben herausgegebenen neun Bände sich nur mit den Tatbeständen der einzelnen Verbrechen und Vergehen befassen und die allgemeinen Fragen: Beibehalten oder Weglassen der Todesstrafe, Arten der Freiheits-

strafen und ihre Bemessung, bedingte Verurteilung, Zulassung mildernder Umstände, Nebenstrafen an der Ehre, Versuch und Teilnahme — überhaupt die Fragen des sogenannten „allgemeinen" Teiles des Strafgesetzbuchs in den später erscheinenden sechs Bänden erledigt werden sollen. Von der Gestaltung des allgemeinen Teiles hängt im großen ganzen die praktische Tragweite des besonderen Teiles ab. Aber auch umgekehrt. Soll die Regulierung der allgemeinen Fragen nicht in der Luft schweben, so müssen gerade vorerst die Tatbestände der einzelnen Verbrechen festgestellt werden.

Es muß im voraus gesagt werden, daß es ganz und gar unmöglich ist, auf alle Vorschläge der „Vergleichenden Darstellung" auch nur einigermaßen näher einzugehen. Es sei darauf hingewiesen, daß in der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft" diese Vorschläge, eben weil sie sich „teilweise in der Fülle des Materials verlieren", fortdauernd zusammengestellt werden. Und nun nehmen in dem XXVI. Band der Zeitschrift (1906) die Vorschläge des II. und V. Bandes nicht weniger als 20 Seiten ein! Wenn somit nicht auf alle Ergebnisse der „Vergleichenden Darstellung" eingegangen werden kann, so sollen doch die wichtigsten hervorgehoben werden.

Haase berichtete ausführlich über die Anwendung des Erpressungsparagraphen als eines der Kampfesmittel gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Es ist für uns eine große Genugtuung, eben auf Grund der „Vergleichenden Darstellung" festzustellen, daß der Vorwurf der Klassenjustiz seitens der deutschen Sozialdemokratie völligst berechtigt war.

Wir erfahren aus der Abhandlung des Professor Frank über die „Erpressung" (Band VI, S. 1 bis 116), daß gerade die Handhabung des Erpressungsparagraphen für die Schöpfer des neuen norwegischen Strafgesetzbuchs von 1902 als abschreckendes Beispiel gedient hatte. „Wenn man", so lautet es in den Motiven dazu, „schlecht und recht jede Drohung, mit der etwas Unberechtigtes erreicht werden soll, als strafbar stempelt, so sind exorbitante Resultate zu befürchten; die Richtigkeit dessen scheint die deutsche Rechtspraxis in der schlagendsten Weise zu bestätigen; denn dort hat man so erstaunliche Resultate erlebt, wie sie das Reichsgericht gegen die Arbeiter ausgesprochen hat, die unter Drohung mit rechtlich zulässiger Arbeitseinstellung den Arbeitgeber gezwungen haben, gewisse gegen einzelne Arbeiter getroffene Bestimmungen zu widerrufen — eine Verurteilung, die übrigens nicht einmal den Wortlaut des Gesetzes für sich hat." (Band VI, S. 93.)

Am Schlusse seiner lehrreichen Abhandlung betrachtet Professor Frank kriminalstatistische Zahlen, deren „Schwankungen" zu erklären er als nicht zu seiner Aufgabe gehörig ablehnt. „Immerhin aber", fügt Professor Frank hinzu, „möchte ich der Vermutung Raum geben, daß sie zum Teil auf das Maß von Energie zurückzuführen sind, mit der der Erpressungsparagraph in den Dienst der wirtschaftlichen Kämpfe gestellt wird". Es ist kaum nötig, zu erwähnen, daß die Vorschläge Franks darauf hinauslaufen, den „offenen Kampf der sozialen Gruppen" vor der „Geißel der Erpressung" sicherzustellen und für die Zukunft eine Sicherung gegen diese Urteile zu schaffen, soweit natürlich die Rechtspraxis sich nicht überhaupt abgewöhnt, Verurteilungen zu fällen, die „nicht einmal den Wortlaut des Gesetzes für sich haben" — ein Vorwurf, der um so erdrückender und beschämender erscheint, als er von höchst angesehenen norwegischen Kriminalisten kommt, die dazu nichts weniger als Sozialdemokraten sind.

Digitized by Google

Die Ausführungen von Professor v. Lilienthal über das Thema „Üble Nachrede und Verleumdung" (Band IV, S. 375 bis 463) zeigen wiederum, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung hat, daß in Deutschland die Justiz nicht nach gleichem Maße mißt. Wie schwer wird es unseren Parteiredakteuren bei Preßprozessen gemacht, zu beweisen, daß sie in „Wahrnehmung berechtigter Interessen" gehandelt haben, und noch schwerer, den Wahrheitsbeweis durchzuführen. Professor v. Lilienthal weist nun selbst darauf hin, daß das Vorhandensein berechtigter Interessen vom Reichsgericht da bestritten wird, wo es auf „nichtpolitischem Gebiete" anerkannt zu werden pflegt. (S. 412.) Des weiteren befürwortet er nicht eine Verschärfung, sondern eine größere Rücksicht auf die eigentümlichen Existenzbedingungen der Presse, die Anerkennung, daß sie einem öffentlichen Interesse dient, sowie „das Aufgeben einer gewissen præsumptio malæ fidei (Voraussetzung der Böswilligkeit), die heute der praktischen Rechtsprechung gelegentlich unbewußt vorzuschweben scheint" und bei Fällen von öffentlicher Kritik der Amtshandlungen „besonders streng zu sein pflegt". (S. 457.) Dem gegenüber betont v. Lilienthal, daß die Fälle sowohl auf politischem wie auch auf sozialem Gebiete gar nicht so selten seien, wo erst Mitteilungen in der Presse die Aufdeckung und damit auch die Beseitigung erheblicher Übelstände herbeigeführt haben. Wenn sich nur die Rechtsprechung von Professor v. Lilienthal überzeugen ließe, daß „die Kritik, was bei uns leicht vergessen wird, nicht immer böswillig und schädlich, sondern sehr oft auch berechtigt und nützlich ist". Sie mag sich auch mit dem Gedanken mehr vertraut machen, daß bei der Mitteilung bestimmter Vorfälle irgend einer Art „fast selbstverständlich" Ungenauigkeiten im einzelnen mit unterlaufen, der Wahrheitsbeweis deshalb nicht in allen Punkten gelingen kann. „Eine so genaue Untersuchung, wie sie das gerichtliche Verfahren ermöglicht, kann kein Privatmann, auch kein Redakteur anstellen." (S. 458.)

Am schönsten ist aber die Tatsache, daß Professor v. Lilienthal der festen Überzeugung ist, daß auch heute schon der Angeklagte durch den § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) gedeckt sei, wenn er in „gutem Glauben" handelte, und in dieser Beziehung „keiner Reform" bedürfe. Wir ziehen daraus aber dann den Schluß, daß die Rechtsprechung einer Reform um so mehr bedarf, denn sie ist keineswegs geneigt, gerade unseren Parteiredakteuren den guten Glauben zuzuerkennen. Und wenn Professor v. Lilienthal feststellt, daß in der deutschen Rechtsprechung eine gewisse Präsumption der mala fides „unbewußt" vorzuschweben scheint — wie er sich so milde ausdrückt —, so haben wir eben dasselbe immer gesagt, „nur mit anderen Worten". Denn wenn wir der Justiz den Klassencharakter vorwerfen, so meinen wir ja darunter nicht die bewußte Rechtsbeugung, sondern die Tatsache, daß der heutige Richterstand von „unbewußten" Klassenvorurteilen durchdrungen sei.

Einem der positiven Vorschläge Professor v. Lilienthals können wir aber keineswegs zustimmen. Er befürwortet nämlich die Aufnahme einer Bestimmung analog dem schweizerischen Entwurf, die in diesem dahin geht, daß wenn die Nachrede auch als wahr erwiesen ist, der Täter jedoch ohne begründete Veranlassung gehandelt hat, insbesondere aus Gehässigkeit, Neid, Rachsucht oder Schadenfreude, er dennoch wegen der Beschimpfung strafbar ist. Professor v. Lilienthal führt aus, daß der Sinn dieser Bestimmung darin besteht, auf den Mangel des berechtigten Zweckes zu weisen, gibt aber selbst zu, daß eine redaktionelle Änderung dieser Bestimmung wünschenswert wäre.

Aber wenn der Kern der Bestimmung darin liegt, wo ihn v. Lilienthal erblickt, so scheint die neue Bestimmung überhaupt überflüssig zu sein, denn in der „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ ist sie schon inbegriffen. Wie man auch die Bestimmung, die v. Lilienthal vorschlägt, redaktionell verbessern mag, sie ist überflüssig und — das ist die Hauptsache — gefährlich. Nicht mit Unrecht wendet sich der andere Mitarbeiter, Professor Liepmann, in seiner Abhandlung „Einfache Beleidigung“ (Band IV, S. 217 bis 373) unter anderem aus dem Grunde gegen diese Bestimmung, weil sie „zu einer Pönalisierung schlechter Gedanken führt“ (S. 294). Nun, in Deutschland wie auch in anderen Ländern pflegen die sozialdemokratischen Gedanken von den Richtern nicht für die besten gehalten zu werden.

Betrachten wir jetzt die gesetzgeberischen Vorschläge, die dem Schutze des wichtigsten Gutes, des Lebens gewidmet sind. Die Abhandlung darüber fiel dem Professor Franz v. Liszt zu („Verbrechen und Vergehen wider das Leben“, Band V, S. 1 bis 158). Wir stimmen seinen Ausführungen vollkommen bei, die dahin gehen, daß das künftige Strafgesetzbuch endlich den Unterschied zwischen Mord und Totschlag fallen läßt, der auf Kriterien beruht, die keine wissenschaftlichen Gründe für sich haben. Für die schwereren Fälle der vorsätzlichen Tötung schlägt v. Liszt die Todesstrafe (wenn sie beibehalten wird) eventuell das lebenslängliche Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter drei Jahren vor. Was die Todesstrafe anbelangt, so ist Professor v. Liszt der Meinung, daß ihre absolute Androhung, wie überhaupt die absoluten Strafandrohungen unbedingt zu vermeiden sind, denn es sei einfach unmöglich, einen Tatbestand so zu fassen, daß eine und dieselbe Strafe für alle Fälle passend wäre.

Diese Ansicht ist unbestreitbar, aber was die Todesstrafe angeht, müssen wir ihre Aufnahme in das Strafgesetzbuch nicht nur in absoluter, sondern auch in fakultativer Androhung verwerfen. In dieser Beziehung ist die Geschichte Frankreichs lehrreich. Wie bekannt, wird nach dem französischen Strafrecht für den Mord die absolute Todesstrafe angedroht. Unter dem Drange der öffentlichen Meinung und angesichts oftmaliger Freisprechungen durch die Geschworenengerichte wurde im Jahre 1832 diesen das Recht eingeräumt, dem Angeklagten „mildernde Umstände“ zuzuerkennen; in diesem Falle konnte auf Todesstrafe (wie überhaupt auf die schwersten Strafen) nicht erkannt werden. Nun, wer das öffentliche Leben Frankreichs verfolgt, weiß, daß in der sogenannten öffentlichen Meinung jetzt ganz andere Anschauungen über die Todesstrafe zur Herrschaft gelangt sind als ehedem. Die aus den bürgerlichen Elementen zusammengesetzten Geschworenengerichte wollen in der letzten Zeit in den „Mordaffären“ keine mildernden Umstände zuerkennen und verurteilen damit in voller Absicht den Angeklagten zum Tode. Mit der Möglichkeit einer ähnlichen Entwicklung in Deutschland müssen auch wir rechnen.

Was aber die Statistik des Mordes anbetrifft, so ist es gerade dieses Verbrechen, das einen Rückgang in ganz Westeuropa aufweist. Schon die absoluten Zahlen beweisen das, in den relativen aber drückt sich die rückläufige Bewegung noch deutlicher aus, wie auch Professor v. Liszt betont. In Frankreich wurden auf 100000 Einwohner wegen Mordes abgeurteilt: von 1826 bis 1830 0,63, von 1896 bis 1900 0,43; in England ist die Relativzahl von 1857/61 bis 1899 von 0,61 auf 0,39 gesunken. In Österreich betrug die Zahl der wegen Mordes Verurteilten in dem Jahrzehnt 1870/79 1732, sie

sinkt 1880/89 auf 1559 und 1890/99 auf 1304 — eine Abnahme von 24,7 Prozent. Auch für Italien ist diese Tendenz nachweisbar.

Was Deutschland speziell anbetrifft, so ist es aus der Reichskriminalstatistik ersichtlich, daß während der Jahresdurchschnitt in dem Jahrzehnt 1882/91 123 Verurteilte, er schon im folgenden Jahrzehnt 1892/1901 nur 103 Verurteilte aufweist. In den folgenden zwei Jahren 1902 und 1903 sind die Zahlen 92 und 90, im Jahre 1904 99 Verurteilte.

Auf die tieferliegenden Gründe dieser Abnahme konnte Professor v. Liszt in seiner Abhandlung nicht eingehen, nichtsdestoweniger hält er die Feststellung dieser Tatsache von großem Werte für den Gesetzgeber. Denn sie erlaube ihm, die Strenge seiner Strafdrohungen diesem Verbrechen gegenüber „langsam zu mildern", ohne daß dabei ein Aufschnellen der Kriminalitätsziffer zu befürchten wäre.

Wir sind aber etwas radikaler und erblicken in der absteigenden Tendenz der Mordfälle noch einen Grund — wenn auch nicht den ersten und wichtigsten — für die Abschaffung der Todesstrafe.

Einer gründlichen Besprechung aber bedarf die Frage von der fahrlässigen Tötung und der mit ihr eng verbundenen Frage der sogenannten „Lebensgefährdung". Die Durchschnittszahl der Verurteilungen wegen fahrlässiger Tötung (§ 222) betrug 1882 bis 1891 565, im Jahre 1892 bis 1901 642, 1902 628 und 1903 674. Eine gewisse Steigerung ist, wie Professor v. Liszt bemerkt, unverkennbar. Dabei betont Liszt, daß die Mehrzahl der Verurteilungen aus § 222 wegen Verletzung der Berufspflicht (§ 222, Absatz 2) erfolgt.

Den Zahlen über die fahrlässige Tötung „unter Verletzung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbepflicht" (§ 222, Absatz 2) mögen aber die Ergebnisse der Unfallversicherungsstatistik gegenübergestellt werden, denn sie werfen ein helles Licht auf die Art und Weise, wie das Gut des Lebens geschützt wird.

Jahr	Auf Grund des § 222, Absatz 2		Getötete in unfallversicherungspflichtigen Betrieben		
	Angeklagte	Verurteilte	Überhaupt	Auf 10 000 Versicherte	Auf 10 000 in gewerblichen Betrieben Tätige
1900 . . .	660	380	8449	4,5	7,4
1901 . . .	571	310	8359	4,4	7,2
1902 . . .	588	330	7842	4,1	6,4
1903 . . .	597	347	8236	4,2	6,8
1904 . . .	592	342	8552	4,3	6,3

In dem Bestreben, das Gut des Lebens so sehr als möglich zu schützen, schlägt nun Professor v. Liszt vor, einen neuen Tatbestand nach der Art des schweizerischen Entwurfes in das künftige Gesetzbuch aufzunehmen. Der betreffende Artikel (§ 8) lautet im schweizerischen Entwurf wie folgt:

„Wer einen Menschen wissentlich und gewissenlos in unmittelbare Gefahr für das Leben oder in schwere Gefahr für die Gesundheit bringt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis (bis zu zwei Jahren) bestraft; wird der Tod des Menschen verursacht, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter einem Jahre. Hat der Täter aus Gewinnsucht gehandelt, so ist mit der Freiheitsstrafe Buße bis zu 10000 Franken zu verbinden."

Diese Bestimmung soll eine „empfindliche Lücke" in dem geltenden Strafrecht ausfüllen. Denn nach der Meinung Liszts bleibt jetzt die „schlimmste

Fahrlässigkeit" straflos, wenn infolge eines glücklichen Zufalls der Eintritt der Verletzung ausgeblieben ist. Nun, die angeführte Tabelle lehrt, daß auch im Falle einer eingetretenen „Verletzung" „der Bergwerksleiter, der trotz der schlagenden Wetter die Belegschaft einfahren läßt, der Fabrikbesitzer, der die nötigen Schutzvorrichtungen an den Maschinen nicht anbringt", mit Anklagen nicht allzusehr belästigt werden, geschweige daß mit der Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung vorgegangen wird, angenommen auch, daß nur diese Kategorien die Urheber des § 222, Absatz 2 waren.

Des weiteren beklagt Professor v. Liszt den Zustand, daß, da der Tatbestand der Lebensgefährdung im geltenden Strafrecht fehlt, die „brutale Mißachtung des Menschenlebens" nur bestraft wird, wenn etwa das Verhalten des Fabrikbesitzers durch besondere Bestimmungen in den Nebengesetzen unter Strafe gestellt ist. Da in der „Vergleichenden Darstellung" keine statistischen Zahlen darüber gebracht werden, so wollen wir selbst das „Strafkonto" der Übertreter einiger Nebengesetze anführen.

1. Zuwiderhandlungen Gewerbetreibender gegen die Vorschriften über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, § 146, Nr. 2 in Verbindung mit §§ 135 bis 137, 139, 139a der Gewerbeordnung.

Die gesetzliche Strafsanktion: Geldstrafe bis zu 2000 Mark, im Unvermögensfall Gefängnis bis zu sechs Monaten.

Jahr	Anklagen			Verurteilte Personen						Verhängte Strafen	
					Darunter Vorbestrafte						
	Überhaupt	Verurteilungen	Freisprüche	Überhaupt	Überhaupt	1mal	2mal	3 bis 5mal	6mal u. mehr	Gefängnis	Geldstrafe
1900	1323	1137	186	1049	243	165	52	25	1	—	1049
1901	1405	1246	155	1182	280	174	64	36	6	—	1182
1902	1098	956	141	919	200	190	47	21	2	—	919
1903	1457	1263	193	1201	276	180	58	33	5	—	1201
1904	1834	1731	212	1965	985	247	75	53	10	—	1635

2. Unbefugte Ausübung eines genehmigungspflichtigen Gewerbes, unbefugte Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen, unbefugte Führung eines ärztlichen Titels, Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter. § 147 der Gewerbeordnung.

Die gesetzliche Strafsanktion: Geldstrafe bis zu 300 Mark, im Unvermögensfall Haft.

Jahr	Anklagen			Verurteilte Personen						Verhängte Strafen		
					Darunter Vorbestrafte							
	Überhaupt	Verurteilungen	Freisprüche	Überhaupt	Überhaupt	1mal	2mal	3 bis 5mal	6mal u.mehr	Haft	Geldstrafe	Verweis
1900	10112	9202	874	10007	3416	1597	781	784	304	1	10000	6
1901	10827	9901	883	10719	3957	1698	772	618	369	9	10996	15
1902	12406	11390	989	12634	4204	2043	898	879	384	—	12321	13
1903	13291	12287	968	13194	4519	2218	992	940	374	—	13176	18
1904	14686	13658	992	14648	5294	2572	1170	1094	458	3	14626	19

Was die zweite Tabelle angeht, so springt es in die Augen, wie unsinnig hier die Statistik betrieben wird: „unbefugte Führung eines ärztlichen Titels" und Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter werden in einen Topf zusammengeworfen! Nur weil in dem einen

und dem anderen Falle die Übertretung ihre Sanktion in einem und demselben Paragraphen der Gewerbeordnung hat. Aber eine Tatsache läßt sich doch feststellen: die überaus milde Bestrafung der Übertreter solcher Vorschriften; dabei verdient die Zahl der Rückfälligen besondere Beachtung. Es kann uns dann auch nicht wundernehmen, daß die Zahl der „Unglücksfälle“ keine abnehmende Tendenz zeigt.

Nun glaubt Professor v. Liszt, daß, da ohne Zweifel die Übertretungsstrafe nicht ausreicht, wenn die Nichtbeachtung der nach § 120 d von der Polizeibehörde getroffenen Anordnung zu einer wirklichen Gefährdung von Leib und Leben der Arbeiter geführt hat, die Bestimmung nach der Art des schweizerischen Entwurfes den Schutz der gewerblichen Arbeiter „wesentlich“ erweitern würde. Zugunsten ihrer Aufnahme spricht auch der Grund, daß unter sie dann auch die Gefährdung der ländlichen Arbeiter, des ländlichen Gesindes und dergleichen fallen würde. Bei der Aufstellung dieses allgemeinen Gefährdungsdeliktes brauchten die strafrechtlichen Nebenbestimmungen auch nicht wegzufallen, es wäre aber möglich, im Falle des Fehlens der Gefahr schon mit Übertretungsstrafen auszukommen.

Theoretisch klingt das alles recht schön. Aber wir „Utopisten“ tragen immer den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Rechnung. Wer verbürgt uns, daß wenn die vorgeschlagene Bestimmung in solch allgemeiner Fassung in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird, sie auch wirklich zugunsten der Arbeiter, zu ihrem Schutze Anwendung findet und nicht als eine Waffe gerade gegen sie? Denn der Richter ist nur durch den Gesetzestext, nicht durch die Motive dazu gebunden. Selbst angenommen, daß die Ausführungen von Professor v. Liszt, seine Begründung der Bestimmung, in die offiziellen Motive übergehen, und der Reichstag die Bestimmung eben unter demselben Gesichtspunkt votiert, — einmal zum Gesetz erhoben, ruht sie auf sich allein. Und ob die Unternehmer wegen der „Lebensgefährdung“ zur Verantwortung gezogen werden, ist noch recht fraglich, daß aber dieser neue Paragraph gegen die Arbeiter als eine neue Waffe gebraucht werden kann, daran zweifle ich keinen Augenblick. Auf Grund dieses Paragraphen kann man noch besser und wirkungsvoller als mit dem der Erpressung gegen die Streikenden und ihre Leiter vorgehen. Denn bei den schweren und erbitternden wirtschaftlichen Kämpfen kann man immer eine Gefahr für die „Arbeitswilligen“ als vorhanden ansehen und auch annehmen, daß die Gefahr eine „unmittelbare“ war, denn sonst hätte man nicht jedem Streikbrecher einen Schutzmann zur Seite gestellt. Daß der Streik nicht „unbewußt“ proklamiert wird, versteht sich von selbst. Daß die Streikleiter „gewissenlos“ verfahren, ist ja doch die herrschende Meinung unter den bürgerlichen Klassen, und wie oft bekommt man zu hören, daß die Leute „ihre Frauen und Kinder dem Hunger preisgeben“ — „eine schwere Gefahr für die Gesundheit“ ist schon damit gegeben.

Nur unter einer Bedingung scheint mir der Vorschlag Liszts annehmbar zu sein. Wenn man nämlich den Tatbestand der Lebensgefährdung etwas einengt, und die Bestimmung etwa so lauten würde: „Wenn die Unternehmer oder die Geschäftsleiter wissentlich und gewissenlos die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter in unmittelbare Gefahr für das Leben oder in schwere Gefahr für die Gesundheit bringen“ usw. Bei dieser Fassung würde freilich „der Automobilist, der mit rasender Geschwindigkeit durch die Dörfer fährt“, nicht unter diese eingeengte Bestimmung der Lebensgefährdung fallen, wie es

v. Liszt für notwendig hält, aber die Lücke ließe sich gewissermaßen ausfüllen durch eine Bestimmung über die „Gefährdung der Sicherheit des öffentlichen Verkehrs", und Artikel 155 des schweizerischen Entwurfes bietet dazu ein gutes Muster. Auf keinen Fall sollten wir aber die strafrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung fallen lassen, im Gegenteil müssen wir für deren Verschärfung eintreten. (Fortsetzung folgt.)

Familienbriefe von Karl Marx.

Von **Franz Mehring**.

Angeregt durch die Briefe von Karl Marx, die ich im vorigen Jahrgang der „Neuen Zeit" aus dem Nachlaß Weydemeyers veröffentlichte, hat Frau Laura Lafargue die Güte gehabt, mir einige Briefe zuzustellen, die ihr Vater in den Jahren 1866, 1867 und 1869 an sie gerichtet hat.

Sie zeigen nicht den genialen Denker und den unverwüstlichen Kämpfer, sondern den frohgemuten und liebenswürdigen Menschen, wie er im Kreise seiner Familie lebte; „er war von außerordentlicher Güte", schreibt mir Frau Lafargue, „der beste und nachsichtigste der Väter, er machte keinen Anspruch auf Autorität, und seine Töchter hingen an ihm mit grenzenloser Liebe."

In einer Zeit, wo hochgelehrte Professoren in dickleibigen Werken von Marx zu fabeln belieben als von „einer Kreuzspinne, die still ihre Netze spinne und mit tödlicher Sicherheit ihre Opfer einfange", haben auch diese kleinen Bausteine zu seinem Denkmal ihren Wert, nicht trotz, sondern wegen der harmlosen Laune, die sie atmen. Es hieße diesen Eindruck nur verwischen, wenn sie mit weitläufigen Kommentaren versehen würden; es mag genügen, zu sagen, daß Möhmchen der Kosename von Frau Marx in der Familie war und die Heirat der Tochter Laura mit dem Genossen Lafargue in das Frühjahr 1868, also zwischen den zweiten und den dritten dieser Briefe fällt, die in englischer Sprache geschrieben sind, mit gelegentlich dazwischen gestreuten deutschen Sätzen oder Worten.

I.

5 Lansetts Place, Margate, 20. März 1866.

Mein lieber Kakadu!

Also wirklich gute Nachrichten! Ich ziehe Frau Gracch der Mutter aller Gracchen vor. Ich bin recht froh, daß ich in einem Privathaus Wohnung genommen habe und nicht in einem Gasthaus oder Hotel, wo man unweigerlich mit Lokalpolitik, Familienskandal und Nachbarklatsch geplagt wird. Und dennoch kann ich nicht singen mit dem Müller von Dee: „Ich kümmere mich um niemand, und niemand fragt nach mir." Denn da ist immer noch meine Wirtin, die taub wie ein Zaunpfahl ist, und ihre Tochter, die von chronischer Heiserkeit geplagt wird. Es sind aber sehr nette Leute, aufmerksam und nicht zudringlich.

Ich selbst habe mich in einen wandernden Spazierstock verwandelt, renne den größten Teil des Tages umher, schnappe Luft, gehe um zehn Uhr zu Bette, lese nichts, schreibe noch weniger, und arbeite mich überhaupt in jenen Seelenzustand des Nichts hinein, den der Buddhismus als den Gipfel menschlicher Glückseligkeit betrachtet. Bei alledem werde ich am Donnerstag nicht jenes Muster von Schönheit sein, das der würdige By Bye in seinen phantastischen Vorstellungen zu erwarten scheint. Der Zahnschmerz auf der rechten Seite des Gesichtes hat sich noch nicht ganz gelegt, und dabei ist das rechte Auge entzündet. Es ist zwar nicht viel davon zu sehen, aber das Auge hat die schlechte Gewohnheit angenommen, Tränen auf eigene Faust zu vergießen, ohne die geringste Rücksicht auf die Gefühle seines Herrn zu nehmen. Ich würde mich sonst schon haben photographieren lassen, weil man hier 12 Visitenkarten für $3^1/_2$ Schilling und 48 Karten für 10 Schilling bekommt.

Mümmelchen würde mich verpflichten, wenn sie zu Herrn Hall ginge und ihn bäte, mir eine Zinklösung für mein Auge anzufertigen (er kennt ja die Zusammensetzung); ich erwarte, sie bei meiner Ankunft in London vorzufinden. Dieses entzündete Auge stört meine nächtliche Ruhe. Im übrigen geht es mir besser.

Wenn man sich ein wenig von der Küste entfernt und den angrenzenden ländlichen Bezirk durchstreift, so wird man schmerzlich an die „Zivilisation" gemahnt durch die großen Bretterzäune, die einen überall anstarren mit der Aufschrift: Rinderseuche, und die mit einem Regierungserlaß beklebt sind, der Frucht des wilden Ansturmes, den der Hornviehadel, Lords und Gemeine, bei der Parlamentseröffnung auf die Regierung gemacht haben.

O König Wismawitra, Daß du so viel kämpfest und büßest,
O welch ein Ochs bist du, Und alles für eine Kuh.

Aber wenn der edle König Wismawitra als echter Indier sich selbst quälte, um die Kuh Sabala zu erlösen, so läßt der englische Adel, nach echter Art der modernen Märtyrer, das Volk bluten, um sich selbst zu entschädigen für die Leiden seiner Kühe. Die Klauenseuche über ihn!

Am Sonntag entschloß ich mich, zu Fuß nach Canterbury zu gehen. Unglücklicherweise kam ich zu diesem großen Entschluß erst, nachdem ich schon zwei Stunden lang die Länge und Breite der Piers usw. abgeschritten hatte. So hatte ich also schon zu viel physische Kraft verbraucht, als ich nach jenem erzbischöflichen Sitz aufbrach, und von hier nach Canterbury sind 16 Miles. Von Canterbury kam ich nach Margate mit der Bahn zurück, aber ich hatte mich zu sehr angestrengt und konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Glieder und Kreuz waren nicht angegriffen, aber die Fußsohlen erwiesen sich als weichliche Burschen. Über Canterbury weißt Du natürlich alles, und mehr als ich mich rühmen kann, aus Deinem Eves, der zuverlässigen Quelle des Wissens für alle englischen Even (Dir gegenüber kann man ja das Kalauern nicht lassen. Aber bedenke: Thackeray hat es noch schlechter gemacht, indem er Eves und Ewes zusammenreimte [nach der englischen Aussprache Ihwes und Juhß]).

Glücklicherweise war ich zu sehr ermüdet und es war zu spät, um noch die berühmte Kirche anzusehen. Canterbury ist eine alte, häßliche mittelalterliche Stadt, die nichts gewonnen hat durch große moderne englische Kasernen an dem einen und eine häßliche, nüchterne Eisenbahnstation an dem anderen Ende des alten Dinges. Es ist keine Spur darin von der Poesie, die man in jeder gleich alten Stadt auf dem Kontinent findet. Das Herumstolzieren der Gemeinen und der Offiziere in den Straßen erinnerte mich einigermaßen ans „Vaterland". Im Gasthaus, wo mir dürftige Scheiben kalten Rindfleisches vorgesetzt wurden, erfuhr ich den neuesten Skandal. Kapitän Le Merchant war, wie es scheint, von der Polizei Sonntag nachts abgefaßt worden, wie er systematisch an alle Türen der angesehensten Bürger klopfte. Wegen dieses unschuldigen Zeitvertreibs wird eine Vorladung gegen ihn erlassen werden und der schreckliche Kapitän wird seinen Kopf beugen müssen vor des Aldermans Majestät. Das ist mein ganzes Paket von „Canterbury-Geschichten".

Und nun, Kakadu, grüße Elly von mir, der ich nächstens schreiben werde und deren Brief mich sehr erfreut hat. Möhmchen wird gelegentlich von mir zu hören bekommen.

Dieser verdammte Schlingel Lafargue quält mich mit seinem Proudhonismus und wird wohl nicht eher ruhen, bis ich ihm seinen Kreolenschädel einmal gründlich verkeilt habe.

Mit besten Wünschen für Euch alle Euer Master.

Hat Orsini meinen Brief noch erhalten?

II.

Hannover, 13. Mai 1867.

Mein hübscher, kleiner Kakadu!

Meinen besten Dank für Deinen Brief und den des würdigen Quoquo.

Du beklagst Dich, daß ich kein Lebenszeichen von mir gegeben habe, aber wenn Du die Sache noch einmal überlegst, wirst Du finden, daß ich, alles in allem, wöchent-

liche Signale gegeben habe. Außerdem, weißt Du, bin ich kein sehr „demonstrativer" Charakter, ich ziehe mich lieber zurück und bin ein nachlässiger Briefschreiber, ein schwerfälliger Mensch oder, wie Quoquo es ausdrückt, ein ängstlicher Mann.

Ich werde Hannover übermorgen verlassen und wahrscheinlich von Hamburg aus mit dem ersten Dampfer nach London abreisen. Aber Du darfst nicht erwarten, daß ich den Tag und die Stunde bestimme. Ich habe noch einige Geschäfte mit meinem Verleger zu besorgen; unter allen Umständen ist es die letzte Woche, die ich auf dem Kontinent bleibe.

Ich bin sehr froh, daß meine Photographie so gute Aufnahme gefunden hat. Der Schatten ist unter allen Umständen weniger störend als das Original. Was Frau Tenge betrifft, so wundere ich mich, daß Du mich fragst, wie sie aussieht und ob sie hübsch ist? Ich habe Jenny ihre Photographie gesandt, versteckt hinter meiner eigenen. Wie sollte sie verloren gegangen sein? Nun aber, um Deine Frage zu beantworten: sie ist dreiunddreißig Jahre alt, Mutter von fünf Kindern, mehr interessant als hübsch, und sicherlich kein gewerbsmäßiger Witzling. Aber sie ist eine hervorragende Frau. Was „Flirten" betrifft, so müßte es ein kühner Mann sein, der es mit ihr versuchen wollte. „Bewunderung" — gebe ich zu, und es mag vielleicht auf ihrer Seite mehr Überschätzung Deines demütigen und „bescheidenen" Vaters sein. Du weißt, wenn niemand ein Prophet auf seinem eigenen Düngerhaufen wird (symbolisch gesprochen), so wird einer leicht überschätzt von Fremden, die „legen sie nicht aus, so legen sie doch unter", und finden in jedem Fellah, was sie entschlossen waren zu finden. Sie hat Hannover letzten Donnerstag verlassen.

Vor acht Tagen war das Wetter noch frostig und regnerisch. Jetzt ist die Sonne mit vollem Glanze hereingebrochen. Im ganzen war das Wetter ebenso schlecht und veränderlich, wie gewöhnlich in London. Nur ist die Luft dünner, und das ist eine große Sache.

Diese Kontinentalen führen ein bequemeres Leben als wir auf der anderen Seite der Nordsee. Mit 2000 Taler (300 Pfund) kann man hier komfortabel leben. Zum Beispiel gibt es hier verschiedene Gärten (à la Cremorne Gardens, aber für „Respektable" und wo alle Art Volk zusammenkommt), die viel künstlerischer eingerichtet sind als irgend einer in London, wo jeden Abend gute Musik gespielt wird usw., wo man sich selbst und die ganze Familie für das ganze Jahr zu zwei Talern (sechs Schilling) abonnieren kann. Das ist nur ein Beispiel des billigen Lebens, das sich die Philister an diesem Platze leisten. Die jungen Leute amüsieren sich ungezwungen und verhältnismäßig fast ohne Unkosten. Natürlich ist dabei ein großer Nachteil — die Atmosphäre ist schwanger von Öde. Die Lebenshaltung ist zu niedrig. Es ist ein Los von Pygmäen, und man braucht nicht hoch zu steigen, um sich als ein Gulliver unter den Liliputanern vorzukommen.

Heute morgen kamen ziemlich „erregte" Briefe aus Berlin. Es scheint, daß man einen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Pickelhauben befürchtet. Ich erwarte diesmal nicht viel, aber es zieht sich etwas zusammen. Die Arbeiterklasse beginnt in den großen Zentren eine entschiedenere und drohendere Haltung einzunehmen. Eines schönen Morgens wird es einen hübschen Tanz geben.

Und nun, mein liebes kleines Vogelauge, Kakadu, Sekretär, Köchin, Reiterin, Dichterin, auf Wiedersehen. Viele Grüße an Möhmchen, Quoquo und Queque und — last not least — an unseren „gemeinschaftlichen Freund". Adio.

Dein Vater Old Nick.

Einliegend Hegel, von Kugelmann an Monsieur Lafargue.

III.

Hannover, 25. September 1869.

Mein lieber Kakadu!

Ich bedaure, daß ich den Geburtstag meines lieben klaren Vogelauges nicht zu Hause feiern kann, aber Old Nicks Gedanken sind bei Dir.

Du bist beschlossen
In meinem Herzen.

Ich war erfreut, aus Möhmchens Briefe zu sehen (geschrieben in ihrer sehr unterhaltenden Weise, sie ist ein wahrer Virtuose im Briefschreiben), daß es mit Deiner Gesundheit besser geht. Unser lieber kleiner Schnappy wird sich hoffentlich auch bessern. Zugleich teile ich vollständig Kugelmanns Meinung, daß Dr. West sofort konsultiert werden müßte (oder, wenn er abwesend sein sollte, ein anderer Arzt). Ich erwarte, daß Du und Lafargue Euch in diesem Falle meiner väterlichen Autorität unterwerfen werdet, einer Sache, von der Ihr sehr wohl wißt, daß ich nicht gewöhnt bin, mich auf sie zu berufen. In keinem Falle ist sofortiges Handeln so nötig und jeder Aufschub so schädlich. Ihr dürft unter keinen Umständen Eure Abreise von London beschleunigen. Es würde in der Tat für das Kind gefährlich sein und Euch selbst nicht gut tun. In diesem Punkte wird jeder Arzt Euch denselben Rat geben.

Ich freue mich, daß der Baseler Kongreß vorüber und daß er verhältnismäßig so gut verlaufen ist. Ich bin immer in Sorge bei solcher öffentlichen Schaustellung der Partei „mit allen ihren Geschwüren". Keiner der Akteure war à la hauteur des principes, aber der Idiotismus der oberen Klassen macht die Fehler der arbeitenden Klasse wieder gut. Wir sind durch keine noch so kleine deutsche Stadt gekommen, deren Winkelblatt nicht voll von den Taten dieses „schrecklichen Kongresses" gewesen wäre.

Wir sind hier in einer Art Klemme. Kugelmanns wollen nichts von baldigem Abschiednehmen hören. Auch ist zu bedenken, daß Jennys Gesundheit gute Fortschritte macht, infolge des Luftwechsels und sonstiger Umstände.

Mit Liebknecht werde ich wahrscheinlich binnen weniger Tage in Braunschweig zusammenkommen. Ich bin nicht geneigt, nach Leipzig zu gehen, und er kann nicht nach Hannover kommen, weil die Preußen ihm wahrscheinlich während der Vertagung des Reichstags freie Wohnung gewähren würden.

Meinen besten Dank für Pauls mühsam ausgearbeiteten Brief. Meine herzlichsten Grüße an das ganze Haus und hundert Küsse für Dich selbst und meinen lieben kleinen Schnappy.

Adieu, liebes Kind! Immer Dein Old Nick.

Eine Berichtigung in Sachen Motteler.

In dem Artikel über Julius Motteler in Nummer 1 der Neuen Zeit schreibt M. G. unter anderem folgendes:

„Und wenn einer ihn kannte, so Bebel, der in ihm den ältesten Freund in der Partei hatte, ja der es nicht zum wenigsten auch gerade Motteler verdankte, daß er selbst den Schritt von der Sächsischen Volkspartei zum Sozialismus so sicher und so zielklar machen konnte."

Mottelers Verdienste in allen Ehren, niemand erkennt sie wärmer an als ich, das glaube ich bewiesen zu haben, aber hier wird eine Behauptung aufgestellt, von der ungefähr das Gegenteil richtig ist.

Die Initiative zu all den Wandlungen, die die Mehrheit der Arbeiterbildungsvereine in den sechziger Jahren durchmachten, ging samt und sonders von Leipzig beziehungsweise von mir aus, das kann ich nötigenfalls aktenmäßig nachweisen. Es ist mir neu, daß Motteler anderer Ansicht gewesen sein soll. Ich habe darüber nicht das geringste von ihm vernommen. Wer unsere beiden Charaktere kennt, kann sich darüber nicht täuschen. Motteler stand infolge seiner persönlichen Verhältnisse in Crimmitschau, wo er sich bis in den Anfang der siebziger Jahre befand, den scharfen Kämpfen ganz fern, die ich in Leipzig seit 1863 mit den Lassalleanern und später im Verein mit Liebknecht gegen den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führte. Aber gerade aus diesen Kämpfen erwuchs für mich und andere — wie ich das auch in meiner Gedächtnisrede für Motteler in Leipzig ausgeführt habe — die

Notwendigkeit des Studierens der sozialistischen Schriften, und daraus erwuchs wieder die Erkenntnis, daß wir die gleichen Wege zu gehen hätten, wenn auch Organisation und Kampfmethode andere zu sein hätten. Wenn ich hinzufüge, daß im August 1865 Liebknecht nach Leipzig übersiedelte und dieser bald darauf auf meine Anregung seine Vorträge im Leipziger Arbeiterbildungsverein begann, dessen Vorsitzender ich damals war, so ist wieder ein Weg gezeigt, auf dem ich und, wie ich glaube, alsdann auch Motteler zu Sozialisten wurden.

Die Sächsische Volkspartei, die wir nach den Kriegsereignissen im August 1866 gründeten und deren Programm Liebknecht und ich ausgearbeitet hatten, war bereits stark im sozialistischen Fahrwasser, wenn uns auch die Klugheit gebot, angesichts der Unklarheit der Auffassungen bei einem großen Teil der sächsischen Arbeitervereine — die die neue Partei bildeten —, nicht sofort mit einem rein sozialistischen Glaubensbekenntnis herauszurücken.

Wie ich schon wegen des neuen Programms mit Professor Roßmäßler in Differenzen geriet, der glaubte, mich vor dem unheilvollen Einfluß Liebknechts warnen zu müssen, habe ich in Nummer 368 des Wahren Jacob, Jahrgang 1900, klargelegt, wo ich Erinnerungen an Liebknecht veröffentlichte.

Ich hatte bereits im Sommer 1865 vor dem damaligen Stuttgarter Vereinstag mich bemüht, durch neue Organisationsvorschläge die deutschen Arbeiterbildungsvereine aktionsfähiger zu machen. Vergeblich: die veränderte Situation, die 1866 schuf und zunächst die Gründung der Sächsischen Volkspartei brachte, veranlaßte mich, 1867 meine Reorganisationsvorschläge von neuem aufzunehmen. Da wir in diesem Jahre den Deutschen Arbeitervereinstag in Gera abhielten, wo naturgemäß die sächsischen und thüringischen Arbeitervereine die Mehrheit bildeten, gelang dieser Versuch, die neue Organisation wurde akzeptiert, und im Kampfe um die Stellung des Vorsitzenden des Verbandes, dessen Wohnort der Vorort des Verbandes sein und dessen Verein die übrigen Mitglieder der Leitung wählen sollte, siegte ich gegen Max Hirsch. Damit war Leipzig Vorort. Das Jahr darauf folgte Nürnberg. An all den Beratungen und Beschlüssen, die diesem Vereinstag vorausgingen, war Motteler unbeteiligt, der damals mit der Gründung der Spinn- und Webgenossenschaft Stehfest & Comp. in Crimmitschau beschäftigt war, die seine Zeit und Kräfte vollauf in Anspruch nahm. Und daß auf Nürnberg Eisenach folgte, war wieder ein Schritt, der in Leipzig geplant, beraten und mit den damals vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgefallenen Mitgliedern beschlossen wurde. Erst dann wurde Motteler mit anderen gebeten, die Einladung zum Eisenacher Kongreß zu unterzeichnen. So war der wirkliche Verlauf der Dinge. A. Bebel.

Literarische Rundschau.

Paul Hirsch, Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Berlin 1907, Buchhandlung Vorwärts. 184 Seiten. 2 Mark.

Von der 1897 zum erstenmal erschienenen Schrift ist soeben eine zweite vom Vorwärtsverlag musterhaft ausgestattete Auflage erschienen. Aus der kleinen Broschüre von 72 Seiten ist ein stattlicher Band von 184 Seiten geworden, so daß sich die neue Auflage als ein völlig neues Buch präsentiert. Die neuere Literatur ist, soweit sie von Bedeutung ist, ziemlich eingehend berücksichtigt worden, das Buch bietet eine treffliche Einführung in die Kriminalsoziologie und die Kriminalpolitik.

Die Anlage des Buches ist in den Grundzügen unverändert geblieben. Das erste Kapitel behandelt die mannigfachen Beziehungen zwischen Prostitution und Verbrechen. Im zweiten erörtert der Verfasser das Wesen der kriminalanthropologischen und kriminalsoziologischen Schulen. Die Einseitigkeit der Kriminalanthropologen weist er mit Recht zurück. Das dritte Kapitel handelt von den sozialen Ursachen des

Verbrechens und der Prostitution. An der Hand der neuesten Forschungsergebnisse wird der Einfluß der Ehehemmnisse, der Unehelichkeit, des Alkoholismus, des Wohnungselends, der wirtschaftlichen Krisen, der mangelhaften Schulbildung und der gewerblichen Nebenbeschäftigung der Kinder dargelegt. Es fehlt jedoch an der Berücksichtigung des in der „Neuen Zeit", XXIV, Nr. 19 statistisch dargetanen Zusammenhanges zwischen Lohn und Kriminalität. Das vierte Kapitel ist dem geisteskranken Verbrecher gewidmet und das letzte den kriminalpolitischen Tagesfragen. Mit Recht erblickt der Verfasser in einer durchgreifenden Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik. Der bedingten Verurteilung, einer sehr wichtigen Forderung der Kriminalpolitik, steht der Verfasser meines Erachtens allzu skeptisch gegenüber, und er setzt sich damit eigentlich in Widerspruch zu der auf S. 146 auch von ihm vertretenen Auffassung, wonach die Wahrscheinlichkeit, daß ein Jugendlicher, der ein Verbrechen begangen hat, wieder ein Verbrechen begeht, geringer ist, wenn die Justiz ihn laufen läßt, als wenn sie ihn bestraft. Die tieferen Unterschiede zwischen bedingter Verurteilung und deren deutscher Parodie, der bedingten Begnadigung, sind nicht genügend hervorgehoben. Eine eingehende, dankenswerte Darstellung findet hingegen die wertvolle amerikanische Errungenschaft der Jugendgerichtshöfe.

Durch eine gar zu große Zahl langer Zitate wirkt das Buch manchmal etwas ermüdend. Auch einige Unkorrektheiten sind nicht vermieden. Ein grober Fehler des Verfassers ist es, die Kuppelei zu den Sittlichkeitsdelikten zu zählen (vergl. S. 120). Das mag wohl der Formaljurist tun, der sich die einzelnen Deliktstatbestände fein sorgfältig nach den „verletzten Rechtsgütern" rubriziert, nicht jedoch der Kriminalsoziologe, und als solcher tritt doch der Verfasser an seine Aufgabe heran. Die statistische Übersicht auf S. 18 über die Beteiligung der Prostitution am Verbrechertum ist, so wie mitgeteilt, völlig unverwertbar.

Für eine eventuelle Neuauflage wäre dem Verfasser auch zu empfehlen, in sein Buch eine geschichtsmaterialistische Erklärung des Verbrechensbegriffs aufzunehmen und die sozialen Bedingtheiten nicht nur des Verbrechens — das hat der Verfasser bestens getan —, sondern auch des Verbrechensbegriffs darzulegen.

Diese kleinen Ausstellungen hindern jedoch nicht, das Buch einem jeden, der sich für die sozialen Ursachen des Verbrechens und der Prostitution interessiert, insbesondere unseren Parteigenossen aufs angelegentlichste zu empfehlen. In keiner Arbeitervereinsbibliothek sollte es fehlen. Dr. Siegfrieda.

Eugen Siebert, Der Apotheker. Berlin 1907, Hermann Walther. 64 Seiten. Preis 1 Mark.

In der ersten Hälfte seines Schriftchens schildert der Verfasser, der selbst dem Apothekerberuf angehört, aus seiner praktischen Kenntnis der Zustände heraus „den Fluch der Apothekerlaufbahn", das heißt die greuliche Ausbeutung der von den Apothekenbesitzern angestellten Arbeitskräfte. Es sind ähnliche Erscheinungen, wie sie der kapitalistische Betrieb auch sonst zeitigt, aber sie treten besonders häßlich in einem Berufe hervor, der am wenigsten zu einem Gegenstand der kapitalistischen Spekulation hätte werden dürfen.

Man könnte einwenden, er sei es auch nicht geworden, da er noch nicht der Gewerbefreiheit unterliegt und der Staat neue Konzessionen zur Errichtung von Apotheken auch an kapitalarme Kräfte verleihen kann. In der Tat finden sich unter diesen sogenannten „Personalkonzessionaren" noch weiße Raben, an denen Herr Siebert rühmt, daß sie ihre Angestellten human behandeln und tüchtige Fachmänner aus ihnen zu erziehen sich bemühen. Aber es ist charakteristisch, daß diese Kategorie von Apothekenbesitzern sehr über die Achsel angesehen wird von der anderen Kategorie, die durch ihre „Kapitalkraft" in den Besitz einer Apotheke gelangt ist und in ihr nur ein reines Schacherobjekt sieht, und es ist noch charakteristischer, daß die „Personalkonzessionare", wenn sie sich auch eher von Krämergeist, Habgier und Protzentum

freihalten, doch leicht einer gewissen Verkümmerung verfallen, die sich aus der langen Leidenszeit erklärt, die sie als Angestellte durchgemacht haben. Namentlich in Dörfern und kleinen Städten geben sie den bekannten Typus des „verrückten Apothekers" ab.

Gerade auch in der Apothekerfrage erweist sich die „väterliche Fürsorge" des bureaukratisch-polizeilichen Staates als ein Teil von jener Kraft, die möglicherweise das Gute will, aber ganz sicher das Böse schafft. Wollte der „Vater Staat" seine patriarchalische Weisheit erproben, so mußte er zur Zeit, wo der Kleinbetrieb in den Apothekerlaboratorien, der die hohen Preise der Apothekertaxe rechtfertigte, dem Großbetrieb der pharmazeutisch-chemischen Fabriken wich, entweder die Preise der Arzneimittel um die Hälfte und mehr reduzieren oder die Gewerbefreiheit für die Apotheken einführen, um einen Abfluß zu schaffen. Da er das eine wie das andere unterließ, so jagte er den Besitzern der Apotheken Millionen über Millionen in die Tasche und warf die Apotheken in den Malstrom einer wilden, sich immer mehr überstürzenden Spekulation, die mit einem fürchterlichen Krache zu enden droht, einstweilen aber zu einer entsetzlichen Ausbeutung der Angestellten geführt hat, um die Preise der Apotheken hoch zu halten.

Es ergibt sich daraus schon, daß Herr Siebert, der mit einem warmen Herzen für seine Berufsgenossen eine kaltblütige Einsicht in die wundervollen Geheimnisse des Kapitalismus verbindet, „die Lösung des Fluchs", die er im zweiten Teile seines Schriftchens erwägt, keineswegs in der Verstaatlichung der Apotheken erblickt. Er sagt mit Recht, sie sei auch im kapitalistischen Staat möglich, aber eben der kapitalistische Staat könne die durch seine Schuld geschaffenen Zustände nicht einfach vernichten, sondern müsse die Apotheken zu Preisen übernehmen, die ihn zwingen würden, ihre Angestellten für immer ans Hungerseil zu legen; „dann wäre das Schicksal unseres Standes für alle Zeiten besiegelt". Nicht zuletzt im Hinblick auf die Möglichkeit, daß der Staat die Apotheken in eigene Regie übernehmen könne, empfiehlt Herr Siebert ihren Angestellten mit beredten Worten und durchschlagenden Gründen als einziges Mittel, sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen, die gewerkschaftliche Organisation.

Über die nächste Wirkung seines Mahnrufs wird er sich am wenigsten einer Illusion hingeben, aber um so notwendiger ist es, nachdrücklich auf seine vortreffliche Arbeit hinzuweisen. F. M.

An unsere Freunde und Leser.

Anläßlich der Vollendung des ersten Vierteljahrhunderts der „Neuen Zeit" sind uns so viele Glückwünsche durch die Presse und die Post zugegangen, daß es uns ganz unmöglich ist, für jeden besonders zu danken. Wir müssen uns damit begnügen, für sie alle gemeinsam hier unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Dank aber auch allen jenen, ohne die wir nichts gewesen wären, unseren Mitarbeitern, sowie nicht minder jenen, deren unermüdliche Arbeit und Opferwilligkeit die materielle Basis erbaute, auf der allein unser geistiger Überbau sich zu erheben vermochte.

Vor allem gilt das unserem alten Freunde und Verleger J. H. W. Dietz, ohne dessen Energie und Hingebung es der „Neuen Zeit" unmöglich gewesen wäre, die schweren Stürme des Sozialistengesetzes zu überstehen.

Ihnen allen aber glauben wir unseren Dank am besten dadurch auszusprechen, daß wir unermüdlich weiter arbeiten, in der gleichen Richtung wie bisher, jedoch unter steter Selbstkritik, den strengsten Maßstab an uns selbst anlegen, dabei alle jungen Talente willkommen heißen, die erwarten lassen, daß sie unsere Theorie oder unsere Praxis methodisch fortzuentwickeln und unser Werk fortzuführen und zu verbessern imstande sind.

Unsere ganze Arbeit in der Partei gilt ja weit weniger uns als denen, die nach uns kommen. Die Redaktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr 3 — 26. Jahrgang, 1. Band — 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Prozeß Liebknecht.

Berlin, 16. Oktober 1907.

Der brave Block hat wirklich Pech! Er soll eine neue Ära des Glückes über das deutsche Vaterland heraufführen, aber ehe er davon auch nur den leisesten Schimmer zu verwirklichen vermag, flattert ihm ein Schwarm des dunkelsten Nachtgevögels voraus; die guten Liberalen müssen segnen, was sie mit allen Registern unentwegter Gesinnungstüchtigkeit verflucht haben in der Ära Manteuffel, über der in der Tat noch so etwas wie grönländischer Sonnenschein liegt im Vergleich mit der glorreichen Ära Bülow, in der wir leben.

Die riesigste Eule in dem nächtlichen Schwarme ist bisher der Prozeß Liebknecht. Nichts überflüssiger, als an dieser Stelle noch ein Wort der Kritik über die Anklage oder über das Urteil zu verlieren. Der Oberreichsanwalt Olshausen hat in dem Prozeß selbst erklärt, er sei von einer bestimmten Stelle aus veranlaßt worden, die Anklage zu erheben, nachdem die angeklagte Schrift Liebknechts monatelang unbeanstandet verbreitet worden sei, und es ist nicht schwer, diese Stelle zu ahnen; sie wird da zu suchen sein, wo das lebhafteste Interesse an der Erhaltung des heutigen Militarismus vorhanden ist. Man erzählt sich hier, der Oberreichsanwalt sei im Reichsjustizamt erschienen mit der flehentlichen Bitte, ihn von der Erhebung dieser Anklage zu entbinden, eine Anekdote, die, wenn sie falsch sein sollte, wie wir annehmen, die Lage noch schärfer beleuchten würde, als wenn sie wahr wäre. Denn sie würde dann nur in drastischer Form die allgemeine Überzeugung widerspiegeln, daß ein namhafter Jurist, der sich zur Erhebung dieser Anklage bequeme, vorher die allerschärfsten Gewissensqualen niedergekämpft haben müsse. Diese Überzeugung mag sehr irrig sein, und sie beweist nichts gegen den Oberreichsanwalt Olshausen, der ja mit frischem und fröhlichem Mute an die Anklage gegangen sein mag, aber sie spiegelt treffend den Eindruck wider, den die weitesten Volkskreise, und nicht zuletzt auch bürgerliche, von der gerichtlichen Prozedur gegen den Genossen Liebknecht erhalten haben.

Digitized by Google

Ebensowenig wie die Anklage kann das Urteil eine besondere Würdigung beanspruchen. Es ist charakteristisch genug, daß auch diejenigen Blätter, die ihm ihren Beifall spenden, nicht einmal den Versuch machen, es juristisch zu rechtfertigen; sie feiern es vielmehr als eine politische Aktion, als einen nach ihrer Meinung vernichtenden Schlag gegen die antimilitaristische Agitation. Juristisch und logisch bricht das Urteil auf den ersten Blick zusammen, den ihm der einfache gesunde Menschenverstand spendet, mag es auch nach der ehrlichen Überzeugung von fünfzehn Reichsgerichtsräten gefällt sein. Wenn das Urteil die Vorbereitung zum Hochverrat darin entdeckt, daß Liebknecht theoretisch den verfassungsmäßigen Anspruch des Kaisers auf den unbedingten Gehorsam des Heeres angezweifelt hat, so erklärt es für hochverräterisch auch solche Lehren, die bisher selbst von den Kathedern deutscher Universitäten durch die unzweifelhaft — nach Ansicht der herrschenden Klassen unzweifelhaft — gesetzes- und staatstreuesten Lehrer verkündet worden sind. Wir wollen nur aus Treitschkes Vorlesungen über Politik folgende Sätze zitieren, und zwar aus dem Kapitel über das Heerwesen: „Wenn man unter Menschen von Verpflichtungen spricht, so kann man, ohne Gott zu lästern, nicht vergessen, daß es hier absolute Verpflichtungen nicht gibt noch geben soll. Jeder menschlichen Verpflichtung ist eine letzte Schranke gesetzt, die des Gewissens. Absolute Hingebung an einen sterblichen Menschen kann es nicht geben. Man soll nicht zu unseren Soldaten sprechen, als ob sie auch Vater und Mutter auf Befehl ihrer Vorgesetzten totschlagen müßten. Sind denn die Soldaten eines stehenden Volksheers gleichzustellen den kindermordenden Söldnern des Königs Herodes? Hieran hat uns Studenten schon unser lieber guter Lehrer Dahlmann in Bonn erinnert. Sein Gewissen kann kein denkendes Wesen opfern, darum gilt auch vom Fahneneid, daß der Fall eintreten kann, daß einer um seines Gewissens willen nicht mehr gehorcht." Entweder sind diese Sätze Treitschkes auch hochverräterisch, oder Liebknecht ist unschuldig wegen Hochverrats verurteilt worden; ein Drittes gibt es nicht. Und wie viel milder war noch Liebknecht als Treitschke, denn er begrüßte Anklage und Urteil als „Gottesgeschenk", während Treitschke nach seinen obigen Ausführungen „Gotteslästerung" in der Ansicht erblickte, daß es eine absolute Verpflichtung des Heeres zum Gehorsam gegen alle Befehle des Kriegsherrn geben soll.

Eine etwas größere Beachtung, als Anklage und Urteil, verdient der Widerhall, den beide in der bürgerlichen Welt gefunden haben. Man muß hier unterscheiden zwischen der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Massen. Die bürgerliche Presse zeigt sich, wie schon angedeutet wurde, in ihrer ganzen Gesinnungslosigkeit, die nirgends abstoßender hervortritt als in der liberalen Presse, mit ganz wenigen Ausnahmen, wie der „Frankfurter Zeitung", die dieses Mal, wie gern anerkannt sei, den alten Überlieferungen des bürgerlichen Liberalismus treu geblieben ist und das Urteil des Reichsgerichtes als einen „schweren Justizirrtum" zurückgewiesen hat. Sonst aber hat die liberale Presse all die schönen Melodien, die sie noch aus den Tagen der Prozesse Waldeck, Ladendorff, Wiggers usw. auf der Walze hatte, schimpflich kassiert, zur höheren Ehre des Blockes, dem sie zunächst ihre Seele opfern muß, auf die dämmerhafte

Aussicht hin, diesen oder jenen schmalen Bissen für ihres Leibes Hunger aufzuschnappen. Ob es ihr leicht oder schwer geworden ist, auf die alten angestammten Tiraden zu verzichten, können wir nicht wissen, aber gründlich aufgeräumt hat sie mit ihnen. Sie hat sich damit auf eine noch tiefere Stufe gestellt, als worauf die junkerliche Presse steht, die wenigstens niemals geheuchelt, die niemals ein Hehl daraus gemacht hat, daß sie in den Gerichten nur willige Werkzeuge der Klassenherrschaft sieht.

Doch liefert die bürgerliche Presse in diesem Falle nur ein unzureichendes Bild der Stimmungen, die der Leipziger Hochverratsprozeß in den bürgerlichen Kreisen ausgelöst hat. Es gibt viel Kopfschütteln auf den Bänken der Philister, wobei vielleicht nicht weniger als ein stumpfer Rest von Rechtsbewußtsein, ein ästhetisches Mißbehagen mitwirkt, ein ästhetisches Mißbehagen an der höchst bescheidenen Rolle, die der Oberreichsanwalt und der Vorsitzende des Gerichtshofs gegenüber der so klugen wie kühnen Haltung des Angeklagten zu übernehmen hatten. Bis zu einem gewissen Grade wird dadurch freilich das Selbstbewußtsein des braven Spießbürgers verletzt, aber auch auf sein dumpfes Gemüt verfehlt es nicht des Eindrucks, wenn eine gute Sache von übermächtiger Gewalt bedrängt, so freimütig und geschickt und unerschrocken verteidigt wird, wie Genosse Liebknecht seine Sache vertrat. So kann man in den bürgerlichen Kreisen sehr ketzerische, vom patriotischen Standpunkt aus sehr ketzerische Ansichten über diese große Haupt- und Staatsaktion hören, und das wirkt ein wenig auch auf die liberale Presse zurück, die hier und da in allem Blockfanatismus doch schon schüchtern andeutet, eine greulichere Torheit als dieser Prozeß hätte nicht leicht inszeniert werden können.

In der Tat gehörte die Ära Bülow dazu, um eine solche Leistung zu vollbringen. Caprivi hätte sie nicht vollbracht, wenigstens nicht, wenn er seines geflügelten Wortes eingedenk gewesen wäre, bei jeder politischen Aktion die Wirkung zu berechnen, die sie auf die Sozialdemokratie haben werde. Und über diese Wirkung konnte doch von vornherein kein Zweifel sein, auch wenn der Angeklagte seine Klinge minder glänzend geführt hätte, als er sie tatsächlich geführt hat. Selbst wenn die Urheber des Hochverratsprozesses gegen Liebknecht Sohn, mögen sie nun sitzen, wo sie wollen, wirklich so polizeiwidrig borniert sein sollten — was wir aus rein menschlichem Mitgefühl nicht gern annehmen möchten —, um sich nicht selbst zu sagen, wohinaus ihr Beginnen laufen würde, so hätten sie es von Liebknecht Vater lernen können, der schon vor 35 Jahren, als er, ebenfalls wegen Hochverrats, für zwei Jahre auf die Festung spazieren mußte, diese Sühne des angeblich verletzten Rechtes mit Vergnügen auf sich nahm, um der riesigen Propaganda willen, die der gegen ihn geführte Prozeß für die von ihm vertretene Sache machte. Gibt es wirklich reaktionäre Hohlköpfe, die sich einbilden, diesmal werde die Wirkung eine andere sein?

In der Tat, es gibt deren. Die Ankündigung des Parteivorstandes, die Verhandlungen des Leipziger Prozesses in einer wohlfeilen Massenbroschüre zu verbreiten, wird von dem offiziösen Hauptorgan Bülows mit der Drohung beantwortet, Gerichtsverhandlungen ständen nicht unter demselben Schutze wie Parlamentsverhandlungen; gegen jene Broschüre werde eingeschritten werden,

wenn ihre Wiedergabe der gerichtlichen Verhandlungen einen strafbaren Inhalt enthalte. Gestehen wir also offen, wenn auch vielleicht mit patriotischer Scham: die Dummheit unserer Reaktionäre ist unergründlich. Wir wollen uns gar nicht einmal dabei aufhalten, daß es nur der verfassungsmäßig verbürgten Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens entspricht, öffentlich geführte Gerichtsverhandlungen auch öffentlich zu verbreiten; über solche Strohhalme, wie verfassungsmäßige Bürgschaften, stolpert die offiziöse Presse Bülows nicht. Aber die brennende Begierde, die Blamage dieses Hochverratsprozesses noch zu potenzieren, verdient nach der negativen Seite hin alle Anerkennung und Bewunderung.

Indessen nur immer zu! Wir sind dankbar für jeden neuen Beweis, daß der brave Moloch den Boden unter seinen Füßen zittern fühlt und wachsende Angst in seinen Gebeinen zu spüren beginnt. Das gibt der Bewegung der Massen gegen ihn einen Nachdruck und Schwung, den wir um so lebhafter begrüßen, je weniger wir selbst fähig wären, in gleichem Maße die Massen gegen ihn aufzuwühlen. Auch hier vollzieht sich das alte historische Gesetz, daß überlebte Mächte sich selbst umbringen, gerade in dem heißen Bestreben, sich selbst im Widerspruch mit der historischen Entwicklung zu erhalten. Und wenn es auch harte Schläge sein mögen, die er den einzelnen noch zuzufügen vermag, so bieten die Sympathien von Millionen, die den Genossen Liebknecht in die Festungszelle begleiten, doch genügende Sicherheit dafür, daß die zerstörende Kulturarbeit am kulturfeindlichen Militarismus in den Tagen seiner unfreiwilligen Muße um so rüstigere Fortschritte machen wird.

Die niederländische Kolonialpolitik und ihre Bekämpfung durch die niederländische Sozialdemokratie.

Von **W. van Ravesteyn jr.** (Rotterdam).

> „Eine arge Täuschung freilich wäre es, sich einzubilden, selbst die nachdrücklichste Geißelung kolonialer Barbareien und Ausbeutungspraktiken vermöchte am Charakter der kapitalistischen Kolonialpolitik etwas Wesentliches zu ändern. Dazu reicht unser Einfluß leider nicht weit genug! Deshalb ist immer zu betonen, daß die prinzipielle Ablehnung und Bekämpfung der Kolonialpolitik selbst allezeit die wichtigste Aufgabe des Sozialismus sein muß." („Vorwärts", 8. September 1907.)

Genosse Van Kol äußerte sich in seinem Referat über die Mehrheitsresolution der Kommission zur Kolonialpolitik auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart unter anderem wie folgt:

> Gewiß, die kolonialen Greuel sind schrecklich, aber es ist nicht wahr, daß wir unfähig sind, sie zu unterdrücken und die Kolonialpolitik zu verbessern. Wir Holländer sind eines der ältesten Kolonialvölker. Aber wir haben es erreicht, daß man jetzt in den holländischen Kolonien nicht mehr alltäglich mordet, martert, brennt und plündert.

In seinem Schlußwort, worin er gegen Kautsky losdonnerte, hieß es zum Beispiel:

> Wir haben von verschiedenen Seiten gehört, daß an der kolonialen Ökonomie eigentlich nichts zu verbessern sei. Das ist falsch und steht im Widerspruch mit

der Geschichte der Kolonialpolitik. Wir haben für unsere holländischen Kolonien durch unsere sozialistische Aktion im Parlament bedeutende Vorteile erzielt.

Ich möchte diesen Behauptungen gegenüber hier nachweisen, wie völlig sie der Wirklichkeit widersprechen, um so zu verhindern, daß im Ausland die Meinung Eingang findet, die holländische Sozialdemokratie hätte es auf diesem Gebiet schon herrlich weit gebracht. Es wird dies am besten möglich sein, indem wir uns ausschließlich des Materials bedienen, das von Van Kol selbst über die Resultate der sozialdemokratischen Politik auf kolonialem Gebiet beigebracht worden ist. Denn Van Kol mag, wie er auf dem Internationalen Kongreß leider wieder gezeigt hat, kein besonders klar denkender Kopf sein, seinen Fleiß und seine außerordentlichen Verdienste dort, wo es galt, die kolonialen Greuel zu bekämpfen, wird ein jeder voll anerkennen müssen.

Die parlamentarische Aktion der holländischen Sozialdemokratie könnte in diesem Herbste ihr zehnjähriges Jubiläum feiern, denn es ist gerade zehn Jahre her, daß die holländische Arbeiterpartei ihre ersten Vertreter ins Parlament schickte, Troelstra und Van Kol, denen bald Schaper folgte. In diesen zehn Jahren haben die holländischen Arbeiterdeputierten, zuerst unter dem liberalen Ministerium Pierson 1897 bis 1901, darauf unter dem klerikalen Ministerium Kuyper 1901 bis 1905, dem wiederum eine sogenannte liberale Regierung folgte, unter Van Kols Führung stets mit großer Energie und in den meisten Fällen mit großer Sachkenntnis gegen den Imperialismus der niederländischen Kolonialregierung protestiert. Wenn man jedoch die positiven Resultate dieser zehnjährigen Aktion in Betracht nimmt, dann muß man sagen, daß der jüngste Bericht der Kammerfraktion an den Parteikongreß zu Haarlem (April 1907) ungefähr das Richtige trifft, indem er unter anderem sagt:

„Van Kol untersuchte in großen Zügen,[1] was in den letzten zehn Jahren erreicht wurde. Und da sah er, wie langsam und gleichsam mit Widerwillen man die gute Richtung einschlägt. So wenig ist noch verbessert, daß seine scharfe Kritik des indischen Regimes noch immer in voller Geltung bleiben muß. Was ist getan worden, um die immer mehr zunehmende javanische Bevölkerung mit Nahrung zu versehen? Was ist an Bewässerungsarbeiten getan? Was ist gegen den Wucher ausgerichtet worden? Oder für die Industrie der Eingeborenen? An der Verbesserung der Rechtslage der Eingeborenen wird auch äußerst langsam gearbeitet. Noch immer sind die wirklichen Verbesserungen in der Lage der Kulis gering. Die Verbesserung des ärztlichen Dienstes bleibt aus und ebenso die Revision des traurigen Steuersystems. Durch Erhöhung des steuerfreien Einkommens (der Javaner) von 25 auf 50 Gulden pro Jahr werden 55 Prozent der Eingeborenen gänzlich von der Steuer befreit werden: welch eine Lage wird dadurch aufgezeigt! Und doch bringen die Eingeborenen vier Fünftel aller direkten Steuern auf. Und dieses Geld wird zum größten Teile für den Krieg ausgegeben: jedes Jahr ungefähr 50 Millionen![2] Und immer mehr Geld wird verbraucht für hohe Gehälter der europäischen Beamten.

[1] Bei der Besprechung des indischen Budgets in der Zweiten Kammer. v. R.

[2] Demgegenüber steht eine Ausgabe von $3^1/_2$ Millionen für Unterricht an Europäer und mit diesen Gleichgestellte und von 2 Millionen für Unterricht an Eingeborene; von den 7 Millionen javanischen Kindern erhalten 64000 Unterricht. Der Unterricht für Eingeborenenkinder kostet die indische Regierung 14 Gulden, der für europäische 143 Gulden und an den Realschulen 600 bis 800 Gulden pro Kopf.

Digitized by Google

„Indien wird daher noch fortwährend ärmer; jährlich fließt ein Betrag von 100 Millionen Gulden nach den Niederlanden in Form von Dividenden: es ist jetzt weit schlimmer als in der Ära der Überschüsse....

„Wenn Redner die letzten zehn Jahre übersähe, so habe er alle Ursache, sehr unzufrieden zu sein. Jedoch was geschehen ist, ist geschehen unter dem Drucke der neuen politischen Partei, der Sozialdemokratie."

Was geschehen ist, ist zustande gekommen durch den Druck der holländischen Sozialdemokratie. Zweifelsohne! Aber wir müssen gleichzeitig gestehen, daß es erstens verzweifelt wenig ist, was geschehen ist, zweitens, daß die holländische Sozialdemokratie nicht imstande gewesen ist, die Tendenz zur Verelendung und immer wachsenden Ausbeutung der holländischen Kolonien im geringsten zu verhindern.

Die Ausbeutung und Verelendung der holländischen Kolonien, insbesondere der größten und volkreichsten unserer Besitzungen im Indischen Archipel, der Insel Java, hat seit der Revolution von 1848, wodurch die holländische große Bourgeoisie die Regierung in ihre Hände bekam, gewaltig zugenommen.[1]

Die holländische Bourgeoisie mußte in den Jahren nach 1848 zunächst für eine kapitalistische Ausbeutung von Java den Boden ebnen, denn sie fand in Indien das sogenannte Kultursystem vor, das unter Wilhelm I. 1830 durch van den Bosch eingeführt worden war und das die kapitalistische Ausbeutung unmöglich machte. Es war dies einfach ein System der Zwangskultur: die Eingeborenen mußten für die Regierung Produkte bauen, die auf dem europäischen Markte verkäuflich waren; sie bekamen dafür einen lächerlich geringen Lohn. Alle Produkte, die die Regierung so bekam, wurden durch eine privilegierte Gesellschaft, die Handelsgesellschaft, verkauft, zu deren größten Aktionären der König gehörte. Die niederländische Bourgeoisie konnte somit, solange dieses System bestand, den Javaner nicht selbst kapitalistisch ausbeuten. Die Regierung tat das an ihrer Stelle, und zwar mit dem größten Profit. Denn in noch nicht 35 Jahren holte sie aus den Javanern einen Wert von etwa 781 Millionen Gulden heraus, die zuerst der königlichen Kasse und nach 1848 unter der parlamentarischen Regierung der Staatskasse zuflossen.

Schon das Kultursystem wirkte auf den Wohlstand der Javaner äußerst ungünstig ein. Van Kol nennt als Folgen dieses Systems unter anderem: „Der einheimische Handel (der Eingeborenen) verkam, die einheimische Ausfuhr wurde vernichtet; der einheimische Schiffbau verschwand, viele Betriebe der Eingeborenen kamen zum Stillstand; das Arbeitsvieh verminderte sich; die Pferderasse verschlechterte sich; die Steuern wurden immer drückender; die Herrendienste immer unerschwinglicher. Oft kamen Epidemien, zuweilen gräßliche Hungersnöte vor, und dabei war für unerläßliche Arbeiten kein Geld da."

Die direkte Ausbeutung der javanischen Bevölkerung durch den Kapitalismus sollte jedoch diese bösen Folgen noch verschlimmern.

Die agrarischen Gesetze von 1872 öffneten den javanischen Boden für die kapitalistische Ausbeutung. Das Kultursystem wurde nicht gänzlich abgeschafft, aber gemildert und sollte allmählich aufhören. Dies ist selbstverständlich, denn die Staatsausbeutung konnte mit der kapitalistischen Ausbeutung nicht gleichzeitig vor sich gehen.

[1] Die folgenden Zahlen sind alle einem Artikel des Genossen Van Kol in der größten kolonialen Zeitschrift, die „Indische Gids", entnommen. Der Artikel ist eine umfangreichere Studie über denselben Gegenstand, den Van Kol in der dem Internationalen Kongreß vorgelegten Denkschrift der holländischen Delegation über die holländische Kolonialpolitik behandelt.

So verminderte sich der Wert der Regierungsprodukte aus Indien in den Perioden 1851 bis 1860, 1861 bis 1870, 1871 bis 1880, 1881 bis 1890, 1891 bis 1900, 1901 bis 1905 von resp. 654, 653, 554, 359 und 212 auf 125 Millionen Gulden.

Der Zucker hörte im Jahre 1872 gänzlich auf, Regierungsprodukt zu sein; während der jährliche Ertrag in den Jahren 1851 bis 1872 (Kultursystem) einen Wert von 15,5 Millionen Gulden darstellte, wußte die kapitalistische Produktion nach 1872 diesen Ertrag bis auf 120 Millionen Gulden zu steigern.

Die Kaffeeproduktion der Regierung verminderte sich gleichfalls bedeutend: der Ertrag betrug in den Perioden 1851 bis 1860, 1861 bis 1870, 1871 bis 1880, 1881 bis 1890, 1891 bis 1900, 1901 bis 1905 resp. 357, 475, 303, 124 und 21 Millionen.

Dagegen stieg der Ertrag der Zinnproduktion der Regierung sehr bedeutend; er betrug von 1851 bis 1890 5,3 Millionen und von 1901 bis 1905 20,4 Millionen Gulden jährlich.

Wenn man diese Ziffern ins Auge faßt, so sieht man, daß die Regierungsproduktion sich allmählich ausschließlich auf die Grubenproduktion außerhalb der Insel Java beschränken wird.

Java, wo von den 40 Millionen Einwohnern des Indischen Archipels ungefähr 30 Millionen wohnen, ist somit in dem Zeitraum 1872 bis 1907 immer mehr der privaten kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert worden.

Die agrarische Gesetzgebung von 1872 und den folgenden Jahren bestimmte, daß dem Staate gehörige Länder an Fremde (das heißt Europäer) in Erbpacht für 75 Jahre ausgegeben werden können. Die Folge war, daß die Oberfläche der an Fremde ausgegebenen Ländereien in den Jahren 1881, 1892 und 1903 resp. 137000, 363000 und 616000 „Bouw“ (1 Bouw gleich zirka 1 Hektar) betrug.

Für den Zuckeranbau durch europäische und chinesische Unternehmer wurden von den Javanern im Jahre 1886 16375, 1896 79300 und im Jahre 1906 159982 Bouw verpachtet.

Die Zuckerproduktion stieg in denselben Jahren von 233000 auf 6813000 und 16973000 Picol, während die Produktion pro Bouw stieg von resp. 53 auf 84 und 111 Picol, somit um 109 Prozent.[1]

Es gab somit eine gewaltige Intensivierung sowie Konzentration der Produktion in diesem Betrieb, die, wie Van Kol sagt, durch die billige Arbeitskraft auf Java möglich war, wo der Taglohn in den Zuckerplantagen 0,25 Gulden beträgt.

Die private Kaffeeproduktion ging bis 1897 schnell in die Höhe, von 122000 Picol im Jahre 1875 bis 540000 im Jahre 1897, fiel jedoch in den folgenden Jahren infolge der Überproduktion auf dem Weltmarkt bis auf 387000 Picol im Durchschnitt der Jahre 1903 und 1904. Die Indigoproduktion erlitt auch schwere Verluste: sie fiel von 1886 bis 1904 von 643000 auf 531000 Kilo bei stark fallenden Preisen.

Die Chinaproduktion dagegen stieg rasch in denselben Jahren von 770000 auf 7640000 Kilo. Die Teeproduktion vermehrte sich von 3352000 auf 9489000 Kilo.

Am stärksten vermehrte sich jedoch im ganzen Archipel die Produktion und der Profit der europäischen Tabakplantagen. Für Java betrug die Produktion

[1] Ein Picol = 61⅓ Kilogramm.

in den Jahren 1881 bis 1885, 1894 bis 1895 und 1903 resp. 10, 11,9 und 26,9 Millionen Kilo: für Sumatras Ostküste resp. 7,3, 15,3 und 23 Millionen.

Im Jahre 1905 wurde die Javaernte geschätzt auf einen Wert von 22,5 Millionen Gulden, von Borneo 2,4 Millionen Gulden und von Deli 54,5 Millionen Gulden.

Van Kol berechnet den Wert der Zuckerernte in den letzten Jahren auf durchschnittlich 80 Millionen Gulden, des Kaffees auf 20 Millionen, des Tabaks auf 60 Millionen, der Chinarinde auf 2,5 Millionen, des Tees auf 4 Millionen, das heißt für die sieben hauptsächlichsten Artikel der kapitalistischen Agrarproduktion auf zirka 170 Millionen Gulden jährlich.

Damit die holländische Kapitalistenklasse so glänzende Resultate erreichen konnte, war natürlich die Hilfe der indischen Regierung notwendig. Van Kol sagt darüber: „Insbesondere den Zuckerindustriellen kam ihre Gunst (der Regierung) sehr zustatten; teure Berieselungsarbeiten wurden in den Zuckerregionen angelegt, während diese für den javanischen Bauer verwahrlost wurden, besonders in den Berggegenden: Mißbräuche bei der Grundsteuer und schändlich niedrige Löhne wurden geduldet.... Ein Gouverneurgeneral (Unterkönig von Indien) befahl sogar in einer geheimen Kabinettsorder den Residenten (den Provinzgouverneuren), daß sie mit allen Kräften dem europäischen Kapital behilflich sein sollten; eine andere Order sagte, daß die Steigerung des Arbeitslohnes (der am höchsten 0,25 Gulden pro Tag beträgt) für die private Industrie unheilvoll zu werden drohe."

Kurz: die kapitalistische Ausbeutung der javanischen Bauern fand die niederländisch-indische Regierung stets auf Seite der Kapitalisten, niemals auf der der proletarischen Bauern.

Welche Folgen hatte nun diese kapitalistische agrarische Entwicklung für Java? Van Kol selbst wird uns auch diese Frage wieder beantworten.

Er kommt in dem schon erwähnten Artikel nach eingehenden Berechnungen zu dem Schlusse, daß der javanische Bauer noch fortwährend ärmer wird.

Schon die Ostindische Kompanie vernichtete durch ihr Handelsmonopol den im javanischen Mittelalter (in der Hinduperiode) sehr lebendigen überseeischen Handel der Javaner; das Kultursystem wirkte, wie schon gezeigt wurde, in derselben Richtung. Und als der freie Handel wieder hergestellt wurde, war es zu spät, denn jetzt kam die kapitalistische Entwicklung und raubte der inländischen Schiffahrt die letzten Chancen. Während die Ausfuhr reißend emporging, ging die Einfuhr eher zurück, was den besten Beweis liefert, daß die Konsumtionskraft der javanischen Bevölkerung sich gleichfalls verminderte. Die Ausfuhr, so weist Van Kol nach, ist zum überwiegenden Teile Ausfuhr von Produkten der europäischen, kapitalistischen agrarischen Unternehmungen, während der Wert der Ausfuhr von Produkten der Landwirtschaft der Eingeborenen noch nicht den dritten Teil davon bildet. Van Kol schätzt die Ziffern dieser Ausfuhr auf respektive 215 und 66 Millionen Gulden.

Die Einfuhr betrug in Java pro Einwohner 1881 bis 1885 5,10 Gulden, 1891 bis 1895 4,76 Gulden, 1897 bis 1901 4,20 Gulden und 1904 3,80 Gulden. Und da in diesen Ziffern die Artikel für den Gebrauch der Europäer und Chinesen inbegriffen sind, geben sie noch ein zu hohes Bild von der javanischen Konsumtion. Die Bevölkerung gebraucht pro Kopf nicht mehr als für einen Gulden an Manufakturen pro Jahr, ein schlagender Beweis für ihre zunehmende Armut.

Digitized by Google

Auch der totale Handelsumsatz in Gütern für Java pro Kopf der Bevölkerung ist, trotz der schnellen Zunahme der kapitalistischen Ausfuhr, immer noch in Abnahme begriffen: er betrug 1871 bis 1873 12 Gulden, 1881 bis 1885 10 Gulden, 1891 bis 1895 10,63 Gulden, 1900 bis 1904 9,90 Gulden.

Wir kommen also zu dem Schluß, daß die Resultate unserer Kolonialpolitik auf einer der fruchtbarsten und am reichsten bevölkerten Inseln der Welt keine anderen sind, als immer zunehmende Verarmung und Verelendung der einheimischen Bevölkerung, genau dasselbe Resultat, das die englische Regierung in Britisch Indien erreicht hat.

Im Unterschied von dieser hat aber die holländische Regierung die Gründung von großindustriellen Betrieben noch nicht erlaubt; der javanische Bauer ist arm, er ist aber in der Hauptsache noch nicht degeneriert, was unvermeidlich wäre, wenn man, wie in Englisch Indien, die Großindustrie einführen sollte.

Wir sehen ferner, daß die holländische Sozialdemokratie trotz ihres energischen Kampfes für Verbesserung der Lage der Einwohner von Java in dieser Hinsicht noch nichts erreicht hat. Van Kols Arbeit im Parlament war hauptsächlich auf folgende Punkte gerichtet: bessere Bewässerung zur Verbesserung der javanischen Landwirtschaft, ferner Verbesserung des ärztlichen Dienstes (zum Beispiel der Geburtshilfe), Volksbildung. Ich nenne nur das Hauptsächlichste. Aber in allen diesen Punkten hatte er wenig Erfolg, was nicht wundernehmen kann, wenn man bedenkt, daß die holländische Regierung sich gerade in den Jahren nach 1897 anderen und höheren, das heißt kapitalistisch-höheren Zielen zuwandte.

Die Berieselung des Solotales in Ostjava, wofür Van Kol sich sehr einsetzte, eine sehr kostspielige Arbeit, wurde aufgegeben, und wenn man die Berichte über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in den neun Jahren durchliest, so bemerkt man bald, daß fast immer die Vorschläge Van Kols und seiner Parteigenossen niedergestimmt wurden durch eine kompakte kapitalistische Mehrheit.

Auf dem Gebiete des Unterrichts und der ärztlichen Verpflegung sind einige kleine Resultate zu verzeichnen; der letzte Bericht jedoch sagt schon deutlich genug, wie erbärmlich gering, und besonders wie wenig kostspielig diese Reförmchen sind.

In Wirklichkeit wandte sich die niederländische Kolonialpolitik der letzten zehn Jahre immer mehr neuen Zielen zu: den Zielen der tatsächlichen Okkupation des ganzen riesenhaften Archipels, wovon der weitaus größere Teil noch immer brach, wüst und sogar unbekannt war.

Die Ursache dafür war die Hoffnung auf noch höhere Profite, als sie der agrarische Kapitalismus auf Java liefern konnte, die durch Eröffnung der Bodenschätze besonders auf den anderen Inseln des Archipels gewonnen werden sollten.

Diese Periode wurde offiziell eröffnet durch das indische Minengesetz vom Jahre 1899, eine Arbeit des „liberalen“ Ministers Cremer, der ein mit allen Salben der kapitalistischen Korruption geriebener Geschäftsmann war, Aktionär in allen möglichen indischen Gesellschaften.

Dies Gesetz, wodurch der Boden des ganzen riesenhaften Gebietes der privaten kapitalistischen Ausbeutung überliefert wurde, mit einziger Ausnahme der Zinngruben auf Banka und Billiton und der Ombilinkohlengruben auf Sumatra, die die Regierung selbst exploitierte, öffnete für Niederländisch Indien

eine Epoche der wildesten Spekulation in Minenaktien und von riesenhaften Profiten für einzelne besonders glückliche Gesellschaften.

Es war besonders eine Petroleumgesellschaft, „Die Königliche Petroleumgesellschaft", die einen neuen Typus in der kapitalistischen Ausbeutung Indiens darstellte. Ihre Produktion schnellte zwischen 1895 bis 1900 und 1904 empor von 67, 404 auf 1033 Millionen Liter. Van Kol sagt von ihr: „Schon von der ersten Zeit an wurde diese Gesellschaft (errichtet im Jahre 1890) durch die indische Regierung auf alle möglichen Weisen begünstigt; sie verdrängte kleinere Mitbewerber, schloß einen Bund mit der mächtigen Shell-Company, einen Waffenstillstand mit dem Standard Oil Trust und bildete einen einflußreichen Trust zur Beherrschung der Produktion und des Absatzes von Petroleum an den Küsten des Pacifischen Ozeans. Während des letzten Jahrzehnts machte sie einen Nettoprofit von 26 Millionen und lieferte an ihre Teilhaber fürstliche Einkommen. Ihre Aktien schwankten zwischen 143 und 906 Prozent."

Die Folge dieser neuen Periode in der kapitalistischen Expansion war eine immer zunehmende militärische Expansion, ein stets größeres Überwiegen des militärischen über das bürgerliche Element in der Verwaltung, kurz, eine neue Ära des Militarismus.

Die höchste Verwaltung wurde von dieser Zeit ab selbst immer mehr in militärische Hände gelegt; der gegenwärtige, sowie der vorige Gouverneurgeneral ist ein Soldat; der gegenwärtige, van Heutß, ist sogar nichts wie ein emporgekommener niedriger Offizier, von dem niemand begreift, wo er die Kenntnisse erworben hat für den Thron zu Buitenzorg, wo er als zeitweiliger fast unumschränkter Herrscher über mehr als dreißig Millionen Menschen der verschiedensten Kulturentwicklung und Rasse das Zepter schwingt. Die Verherrlichung dieses und anderer Säbelschlepper, wie des Obersten van Daalen, des Hauptmanns Christoffel und anderer, die alle bei unserer Bourgeosie in den letzten Jahren besonders beliebt wurden, liefert auch einen Beweis, wie das System der militaristischen Ausdehnung zugunsten des Grubenkapitals und das damit zusammengehende Übergewicht der militärischen über die bürgerliche Gewalt — etwas total der Tradition unserer Kolonialpolitik Widersprechendes — noch immer im Wachsen begriffen ist.

Die Zahl der Expeditionen, wobei unsere „tapfere" indische Armee — die bekanntlich zusammengesetzt ist aus dem Abschaum des holländischen Lumpenproletariats, sowie aus französischen und deutschen desertierten Soldaten und last not least aus inländischen farbigen Soldaten, die sich natürlich durch besondere Grausamkeit hervortun — wobei diese Truppen fast immer wie alle koloniale Truppen auftreten, das heißt ohne jegliche Schonung des „Feindes", hat in den letzten zehn Jahren, während deren die niederländische Arbeiterklasse gegen diese Greuel protestiert, nicht abgenommen, sondern eher zugenommen.

Während Van Kol auf dem Stuttgarter Völkertag mit völlig unbegreiflichem Optimismus versicherte, daß in Niederländisch-Indien nicht mehr geraubt, gebrannt und gemordet werde, gingen die niederländischen Kolonialtruppen schon — und das nicht zum erstenmal in diesem Jahre — zu Schiff, um eine der sogenannten kleinen Sundainseln, Flores, für die Kultur zu eröffnen, das heißt dem Minenkapital die Gelegenheit zu geben, dort seine Ausbeutungstätigkeit aufzunehmen. An einem einzigen Tage wurden bei dieser jüngsten Expedition zum Beispiel 114 Feinde niedergeschossen; auf der Insel Celebes ereignete sich wenige Tage später ein ähnlicher Massenmord; auf der

Insel Bali fand voriges Jahr eine Expedition statt, wobei der brahmanische Fürst mit allen seinen Häuptlingen und seinem ganzen Gesinde, worunter alle seine Weiber und Töchter, vor den Augen der holländischen Truppen freiwillig in den Tod ging, ein Schauspiel so gräßlich, daß es der Feder eines Poe oder Villiers de l'Isle Adam bedürfte, um es zu beschreiben. Unsere Museen werden fast noch jedes Jahr aufs neue bereichert durch die unermeßlichen Schätze von kostbaren Waffen, Geschmeide und edlen Steinen, die unsere, das heißt die indische Regierung raubte. Der Atjehkrieg, ein Verbrechen, das schon allein genügen würde, ein Volk, das dies duldet, mit Schande zu bedecken, währt trotz der wuchtigen Anklagen Van Kols und der niederländischen Arbeiterklasse immer noch fort.[1] Der Mord, der Massenmord darf man sagen, ist in unserem Indischen Archipel etwas so Alltägliches — sowie natürlich das Brennen und Sengen, das immer damit zusammengeht —, daß die Nerven des friedseligen holländischen Bürgers an seinem Frühstückstisch dadurch gar nicht mehr gereizt werden. Der Javane zahlt's ja, und auf Java, wo vielleicht ein Neffe als Administrator auf einer Zuckerplantage oder als Beamter wohnt, herrscht Ruhe, die Ruhe eines Grabes, die nur in größeren Zeiträumen durch ein kleines Auflodern der Leidenschaften des javanischen Volkes unterbrochen wird.

Wenn man diese einfachen und unleugbaren Tatsachen in Betracht zieht, Tatsachen, die Van Kol selbst immer im holländischen Parlament aufs eifrigste bekämpft und an den Pranger gestellt hat, wird man sich um so mehr wundern über seine Behauptungen in Stuttgart. Ich glaube jedoch, daß diese erst verständlich werden, wenn man sie in den Rahmen seines ganzen politischen Wirkens stellt.

Van Kols *Auftreten in der Kolonialpolitik* ist, wie Parvus es dieser Tage im „Vorwärts" schon so ausgezeichnet bemerkte, völlig *utopisch*, weil er an erster Stelle *reformistisch* zu arbeiten versucht.

Van Kol kennt die abscheuliche Realität der Kolonialpolitik des Kapitalismus besser wie vielleicht ein anderer Sozialdemokrat, aber er meint immer: es müsse auch eine Möglichkeit geben, diesen Kolonialkapitalismus ernsthaft zu reformieren.

Er wurde in diesem Glauben gekräftigt, weil in den letzten Jahren die Lage der Europäer in Indien und der Halbbluteuropäer, der sogenannten „Indos", eine solche wurde, daß diese Schichten selbst eine Bewegung begannen, um wenigstens einen Schimmer politischer Rechte zu bekommen. Indien wird nämlich fast gänzlich unumschränkt regiert: Europäer und Indos haben dort weniger Selbstverwaltungsorgane als selbst die Russen. Die Lage der Halbbluteuropäer nun wurde in den letzten Jahren stets schlimmer, in den Indovierteln der javanischen Handelsstädte — und auf Java allein besteht das Problem, denn anderswo sind diese Elemente noch nicht zahlreich genug, um irgend etwas anzufangen — herrscht große Armut; die Indos verlangen somit Einfluß auf

[1] In den Jahren 1899 bis 1906 wurden bloß in Atjeh wenigstens 15 800 „Feinde" getötet; der katholische Abgeordnete de Stuers schätzt die wirkliche Zahl jedoch auf 20 000; im Jahre 1904 ermordete der Oberst van Daalen bei einer Expedition im Gebiete der Gaju, Alas und Battak (Nordsumatra) zum mindesten 3148 so gut wie wehrlose Menschen, darunter 1366 Frauen und Kinder. Bei dieser Expedition genügten 20 Minuten, um ein ganzes großes Dorf völlig abzuschlachten, so daß zum Beispiel von einer Bevölkerung von 675 Personen alle erwachsenen Männer und die Mehrzahl der Frauen und Kinder fielen und bloß 2 Frauen und 61 Kinder unversehrt blieben. Alle Teilnehmer an dieser Expedition bekamen von unserer lieblichen Königin ein Ehrenkreuz. Dies nur des Beispiels halber.

Digitized by Google

die Lokalverwaltung und womöglich ein indisches Parlament. Die niederländische Sozialdemokratie verteidigt selbstverständlich die Forderungen dieser Elemente im holländischen Parlament: aber eine Selbstverwaltung für Europäer und Indos auf Java, die allem Anschein nach durchgeführt werden wird, kann unmöglich den verheerenden Folgen des Kapitalismus entgegenwirken, weil die Hauptsache bestehen bleibt: die Ausbeutung der javanischen Bevölkerung durch das fremde (niederländische) Kapital.

Sehr deutlich kam der reformistische Charakter der Van Kolschen Kolonialpolitik auch an den Tag, als er im Jahre 1903, ohne daß er dabei vorher die Meinung der Partei eingeholt hätte, den Antrag stellte, einen größeren Teil der indischen Kolonien, die sogenannten äußeren Besitzungen, das heißt den Indischen Archipel außerhalb Javas, Sumatras, der kleinen Sundainseln und der Molukken, an eine oder mehrere andere Mächte freiwillig zu überliefern, um so besonders die javanische Bevölkerung aus ihrem ökonomischen Tiefstand erheben zu können.

Van Kol begründete diesen Antrag mit der folgenden Motivierung, deren bürgerlicher, fast möchte man sagen kapitalistischer Charakter in die Augen fällt:

„Dort (in den äußeren Besitzungen) warten üppige Wälder und andere Reichtümer auf die Hände derer, die sie exploitieren werden; Schätze schlummern dort im Boden, doch wir sind nicht imstande, sie ans Tageslicht zu fördern.... Man verschleudert dort die Gaben der Natur; unzählige Schätze liegen dort brach; der größte Teil unserer äußeren Besitzungen sind Beispiele von Verwahrlosung; nur hier und dort befindet sich in diesen unermeßlichen Wüsteneien eine Oase. Die Zahl der Beamten ist im Vergleich mit dem Bedürfnis lächerlich klein; ihre Hilfsmittel sind unbedeutend; ihre Gewalt ist gering; an vielen Örtlichkeiten ist unsere Gewalt lächerlich unbedeutend. Dort, wo das europäische Kapital eindrang, wußte es selbst große Vorteile zu erlangen; dort wurden die Verwaltungsmittel und die Zustände verbessert, aber die einheimische Landwirtschaft blieb auf der niedrigsten Stufe.

„Etwas Pfeffer ausgenommen, der hauptsächlich aus Atjeh kommt, ist die Ausfuhr beschränkt auf einige Waldprodukte, deren Wert kaum 5 Millionen ausmacht, das ist 7 Prozent der durchschnittlichen Ausfuhr von Ceylon, das 21 mal kleiner ist.

„Ökonomische Hilfsmittel fehlen wegen Mangel an Geld. Während in den französischen, deutschen, englischen und amerikanischen Kolonien Millionen dazu verwendet werden, können wir in unseren äußeren Besitzungen fast nirgends auf genügende Straßen hinweisen. Im ganzen östlichen Teile unseres Archipels, Macassar ausgenommen, sind keine gehörigen Hafenarbeiten vorgenommen worden. Niemand denkt daran, dort die Volkshygiene durch Trockenlegung von Sümpfen zu verbessern. Keinen einzigen Kilometer Eisenbahn trifft man dort an. Die Arbeiten, die am meisten notwendig sind, um das von uns beherrschte Gebiet zu entwickeln, fehlen dort trotz einer dreihundertjährigen Herrschaft. Man beschäftigt sich dort ebensowenig mit der Verwertung der Wälder, der Regulierung der Flüsse, der Inangriffnahme von Irrigationsarbeiten wie mit der Bohrung von artesischen Quellen, der Errichtung einer genügenden Anzahl Schulen, der Begründung von Märkten, der Gewährung von ärztlicher Hilfe außerhalb der Hauptorte, wo Europäer wohnen. Die Regierung hat sogar zu einer Erforschung auf dem Gebiet des Ackerbaus, des Grubenbaus und der Wälder noch äußerst wenig getan; die reichen Petroleumquellen in Djambi

wurden von Privatpersonen erforscht und den Geldleuten überliefert, während der Javaner die Eroberungskosten tragen muß. Zur Entwicklung des belgischen Kongos hat dieser Staat 203½ Millionen Franken geliehen; im Jahre 1904 wurde eine Anleihe von 65 Millionen Franken abgeschlossen für öffentliche Arbeiten in Französisch Guinea und Senegal; für Eisenbahnen in den französischen Kolonien wurden allein mehr als 410 Millionen Franken bewilligt. Sollten die Niederlande (im Verhältnis zur Oberfläche) je imstande sein, ein Vielfaches von diesen Millionen zu liefern? Wir erhöhten die Steuern, wo wir konnten, versäumten jedoch, zuerst die Produktivität aller dieser Inseln zu vergrößern, indem wir Kapital hineinsteckten. Und dennoch ist Geld, viel Geld nötig, um alle diese Untertanen in die Lage zu bringen, besser ihren Lebensunterhalt zu erwerben, um ihnen allen Sicherheit zu verschaffen, um ihre Wohlfahrtsquellen reicher fließen zu machen, in einem Worte, um die äußeren Besitzungen zur Entwicklung zu bringen."

In dem Artikel, woraus wir diese Stellen entnehmen („Nieuwe Tijd", XI, S. 201), empfiehlt Van Kol dann ferner, den Teil unserer Kolonien, den wir nicht „produktiv" machen können, verschiedenen Mächten zum Kaufe anzubieten, zum Beispiel Deutschland, das uns zum Beispiel als Belohnung in dem Besitz von Niederländisch Neu-Guinea gegen etwaige Gelüste Australiens schützen könnte, wenn die australischen Republiken die Monroedoktrin durchführen sollten — Neu-Guinea gehört nämlich geographisch zu Australien —, und ferner an die Vereinigten Staaten, die dann in der Nähe der Philippinen an unseren nördlichen Grenzen einen Schutzwall bilden könnten wider die japanischen Expansionsgelüste. Ferner würden zum Beispiel England oder Frankreich uns an der Küste des Chinesischen Meeres außerhalb des Bereichs des heutigen Kampfgewühls bringen können. Zwar dämmert bei Van Kol einen Augenblick der Gedanke auf, daß seine Parteigenossen in allen diesen Ländern diesem schönen Stückchen nicht sehr sympathisch entgegentreten könnten, aber mit so kleinen Beschwerden kann ein Mann, der ein großes Ziel ins Auge gefaßt hat, sich nicht abgeben, und er verabschiedet diesen Gedanken mit folgenden Worten:

„Trotz dem gerechtfertigten Widerstand der Sozialdemokraten in den europäischen Parlamenten werden Liebhaber für unsere Kolonien wohl nicht fehlen. ... Der ganze Erdkreis ist schon beinahe verteilt, und zwar sehr ungleichmäßig im Verhältnis zum Wachstum der verschiedenen Völker; der Imperialismus der herrschenden Klassen ist noch bei weitem nicht gesättigt; die Schutzzölle treiben noch immer zur Ausdehnung des kolonialen Gebiets. Und da diese Strömung nun einmal doch nicht zu hindern ist, so würden ja doch sogar Sozialisten eine friedfertige internationale Regelung blutigen Eroberungskriegen vorziehen mit ihrem unvermeidlichen Gefolge von verschärftem Militarismus und Völkerhaß."

Van Kol war also schon damals der Meinung, daß die niederländische Sozialdemokratie sowie die übrigen proletarischen Parteien sich mit der Kolonialpolitik, und zwar der kapitalistischen Kolonialpolitik, abfinden müssen. Sein Vorschlag bedeutet eine prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik. Und Van Kol gibt ja auch als Zweck seines Vorschlags deutlich an: die Industrialisierung von Java und Sumatra, das heißt jenes Teiles unseres Archipels, den Niederland behalten würde, in diesem Falle unter Garantie der Großmächte.

Dieser Vorschlag nun bedeutet für das niederländische Proletariat — und das gilt natürlich für jede Arbeiterpartei Europas und Nordamerikas den Kolonien ihrer herrschenden Klassen gegenüber — nichts als eine Verschlimmerung der für das holländische Proletariat schädlichsten Tendenz der Kolonialpolitik der holländischen Bourgeoisie.

Die industrielle Entwicklung Hollands wurde fast immer, im siebzehnten Jahrhundert ebensogut wie im neunzehnten, durch die koloniale Expansion der holländischen Bourgeoisie beeinträchtigt.

Van Kol selbst berechnet, daß von dem niederländischen Nationalvermögen von etwa 14 Milliarden wenigstens eine Milliarde in finanziellen, Handels- und Industrieunternehmungen in den Kolonien angelegt ist. „In den letzten Jahren besonders", fährt er fort, „ist das koloniale Kapital riesenhaft gewachsen: die Königliche Petroleumgesellschaft mit ihren Verbündeten allein wird bald über 300 Millionen verfügen; die Zuckerfabriken und Tabakunternehmungen werden nicht weit darunter bleiben, und diese Kapitale werden gelockt durch riesenhafte Profite".[1]

Diese Kapitalausfuhr ist für die niederländische Arbeiterklasse just so nachteilig, wie sie vorteilhaft für die niederländische Bourgeoisie ist.

Andererseits kommt Van Kol in dem schon öfters zitierten Artikel zu dem Schlusse, daß die Ausfuhr von niederländischen Industrieprodukten nach unseren Kolonien höchstens einen Wert von 30 Millionen darstellt, das heißt ein Zehntel von der Totalausfuhr der Artikel, die überhaupt dorthin exportiert werden, und noch nicht ein Fünfzigstel des ganzen niederländischen Exportes.

Die Ausfuhr von niederländischen Textilwaren bildet noch immer den größten Teil dieser Summe, nämlich 19,4 Millionen. Aber Van Kol gibt selbst zu, daß unsere Textilindustrie sich immer mehr unabhängig macht von der Ausfuhr nach Ostindien und daß ihr Wachstum viel schneller war als das Wachstum der Ausfuhr nach unseren Kolonien. Andererseits würde die Errichtung von Textilfabriken auf Java unserer Industrie, und so auch dem niederländischen Proletariat zweifelsohne einen wenn auch nur geringfügigen Schaden bringen.

Wenn wir nun zum Schlusse dieser leider nur sehr kurzen Ausführungen kommen, so kann dieser Schluß kein anderer sein als der: Trotz der eifrigen Bemühungen unserer Parteigenossen im holländischen Parlament verarmt der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung in den holländischen Kolonien fortwährend. **Die niederländische Arbeiterklasse hat von dem Fortbestand unseres Kolonialbesitzes keinen einzigen Vorteil, sondern immer wachsenden Schaden**, einen Schaden, der mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in Indien immer größer wird.

Die niederländische Arbeiterklasse hat also alle Ursache, dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart dankbar zu sein, daß er aufs neue die Kolonialpolitik prinzipiell als schädlich für das Proletariat erklärt hat. Ihre Haltung der niederländischen Kolonialpolitik gegenüber kann keine andere sein als diese: Fort mit den Kolonien, das heißt Unabhängigkeitserklärung unseres ganzen Kolonialgebiets! Und solange uns die Macht dazu fehlt: Förderung und Unterstützung aller Bestrebungen, die die indische Bevölkerung instand setzen können, ihre Unabhängigkeit zu erwerben.

[1] „Indische Gids", 1907, S. 1170.

Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform.

Von **Michael Surský** (Petersburg). (Schluß.)

Streifen wir jetzt die Frage über den Schutz des Eigentums. „Mildere Bestrafung der Eigentumsverbrechen" — lautet eine der vom Parteitag angenommenen Thesen. Der Behandlung dieser Verbrechen sind drei Bände der „Vergleichenden Darstellung" gewidmet (VI, VII und VIII). Unter den Eigentumsverbrechen spielt bekanntlich der Diebstahl die größte Rolle. Die Behandlung dieser Materie fiel dem Professor Harburger zu. („Diebstahl und Unterschlagung", Band VI, S. 187 bis 374.) Seiner Kritik des geltenden Rechtes in bezug auf die kasuistische Aufzählung der Fälle des „schweren" Diebstahls und der Kritik der Unklarheit der dazu gehörigen Begriffe stimmen wir vollkommen bei, sowie seinen Bestrebungen, von diesen Mängeln das künftige Strafrecht zu befreien. Unseren Beifall findet natürlich auch sein Vorschlag, künftig auf die Entwendung von geringfügigen Sachen (Genußmittel inbegriffen) nicht nur eine leichte Strafe anzudrohen, sondern auch die Strafverfolgung von einer Antragstellung abhängig zu machen, und die milde Behandlung der Forst- und Felddiebstähle beizubehalten.

Gegen viele Vorschläge muß aber entschieden Front gemacht werden. So hat Professor Harburger die Neigung, beim Rückfall von der milderen Behandlung der leichteren Fälle abzusehen. Wir können auch keineswegs seine Ansicht teilen, daß „eine allgemeine Herabsetzung der Mindeststrafen beim Diebstahl bedenklich erscheint" und es also beim alten bleiben soll. So soll es entgegen der festen Überzeugung von Professor Kahl, die er in dem Dresdener Referat ausgesprochen hat, auch künftig geschehen, daß „die Witwe, welche zum dritten Male ein Paar Scheite Holz gestohlen hat, zum mindesten mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird". Weiter soll nach den Vorschlägen Harburgers auf Diebstahl keinenfalls eine Haft- oder Geldstrafe gesetzt werden. Dann ist es aber einfach unverständlich, warum beim Betrug das geltende Strafrecht die Geldstrafe zuläßt, und deren Beibehaltung auch für das künftige Recht vorgeschlagen wird (von Professor Hegler in der Abhandlung über den „Betrug" in Band VII, S. 405 bis 534), während ihre Berechtigung aber gerade für den Diebstahl verneint wird.

Entschieden müssen wir uns gegen die Aufnahme der „Verdachtsstrafen" für den Diebstahl in das künftige Gesetzbuch wenden. Es soll nämlich nach ausländischem Muster ein neuer Tatbestand des „erschwerten" Hausfriedensbruchs eingeführt werden. So liegt nach englischem Rechte ein schwerer Hausfriedensbruch, „burglary" vor, wenn jemand in der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, bei Nacht in ein Wohnhaus oder in ein damit in unmittelbarer Verbindung stehendes Nebengebäude mittels Einbrechens, Einsteigens, Gebrauch von falschen Schlüsseln und dergleichen gelangt. Die Strafe ist Zuchthaus oder Gefängnis. Eine ähnliche Bestimmung haben die neueren Gesetzbücher der Niederlande und Norwegens unter Herabsetzung der Strafe aufgenommen. Nun soll dieser „burglary"-Gedanke auch im deutschen Rechte heimisch werden. Seine Aufnahme befürwortet Professor Harburger unter anderem aus dem Grunde, daß bei einem Hausfriedensbruch gerade die Diebstahlsabsicht nicht leicht erweisbar sei. Desgleichen sollen, wiederum nach ausländischem Muster,

Strafen wegen bloßen Verdachts des Diebstahls verhängt werden, wenn „anrüchige" Personen, wie Bettler, Vagabunden, Vorbestrafte, in nach den Umständen verdächtigem Besitz von Geld oder Wertgegenständen gefunden werden und sich über deren rechtlichen Erwerb nicht auszuweisen vermögen.

Die Aufnahme solcher „Verdachtsstrafen" müssen wir unbedingt ablehnen. Es ist ja die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Staatsanwälte, den Beweis zu erbringen, daß der arme Kerl eben auf ungesetzlichem Wege zum Gelde kam oder gerade in diebischer Absicht in das Haus einschlich. Die Erwägung, daß der Beweis recht schwierig zu erbringen sei, ist überhaupt nicht stichhaltig. Es ist manchmal nicht minder schwer festzustellen, ob die Tötungsabsicht beim Täter vorlag, und keinem Kriminalisten fällt es ein, im Zweifelsfall eine Verdachtsstrafe als angemessen zu betrachten.

Auf die anderen Eigentumsverbrechen kann nicht eingegangen werden, nur eine allgemeinere Frage muß noch berührt werden, ob nämlich für solche Eigentumsverbrechen wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und dergleichen die „Bereicherungsabsicht" erforderlich sei oder nicht. Professor Harburger tritt mit der größten Energie dafür ein, daß der Diebstahl auch da vorliege, wo gleichzeitig mit der Wegnahme einer fremden Sache an ihre Stelle ihr Wert in Geld oder eine ihr gleichwertige Sache gelegt wird. Auf diesem Standpunkt steht bekanntlich das geltende Recht und die herrschende Meinung in der deutschen Wissenschaft ist gleichfalls dafür. In der „Vergleichenden Darstellung" verteidigt dagegen Professor Hegler in der Abhandlung über den „Betrug" die entgegengesetzte Meinung. Was das ausländische Recht betrifft, so fordert die Mehrzahl der Gesetzgebungen die gewinnsüchtige Absicht für den Tatbestand des Diebstahls. Diese Absicht sollte meines Erachtens auch für das deutsche Recht gefordert werden. Wenn zum Beispiel Professor v. Liszt in seinem Lehrbuch (S. 431) meint, daß mit der Aufnahme der Bereicherungsabsicht in den Tatbestand des Diebstahls dem Wohlhabenden jeder Angriff in fremdes Eigentum völlig preisgegeben würde, so kann ich beim besten Willen seine Befürchtung nicht teilen. Denn die „Wohlhabenden" haben ja die Möglichkeit, in die Vermögenssphäre eines anderen auf besserem Wege als dem des Diebstahls einzugreifen. Und auf die Besprechung dieser Materie kommen wir eben jetzt.

In seiner recht interessanten Abhandlung „Wucher und Ausbeutung" (Band VIII, S. 161 bis 292) berührt Professor Richard Schmidt die Frage über die Ausbeutung durch sogenannte Hungerlöhne. Er weist zuerst darauf hin, daß der Begriff des Wuchers nicht nur auf Darlehen sich beschränke. Ihm fallen auch wucherische Pfand-, Kauf- oder Tauschgeschäfte zu. Der Begriff des Wuchers aber, einmal über das Darlehen hinaus auf alle entgeltlichen Verträge erweitert, könne damit auch den ausbeuterischen Arbeitsvertrag umfassen. Nach langen Erwägungen kommt jedoch Professor Schmidt zum Ergebnis, daß der strafbare Wucher nur auf die Ausbeutung durch ein Kreditgeschäft beschränkt werden müsse. Durch die Straflosslassung des übervorteilenden Bargeschäfts löse sich „die peinliche Frage" des Lohnwuchers zwanglos. Denn, der Meinung Professor Schmidts nach, schließe der Lohnvertrag seinem Wesen nach nie eine Leistung auf Kredit in sich.

Seine Deduktionen bekräftigt Professor Schmidt mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die bisherige Gesetzgebung und Praxis „ein gewisses natürliches Widerstreben" zeige, den Lohnwucher in das Bereich des strafbaren Wuchers zu ziehen.

Digitized by Google

Damit können wir die Betrachtung darüber abschließen, inwieweit das „Eigentum" des einzelnen im künftigen Strafrecht beschützt werden soll. Gewiß leidet der Arbeiter unter den Angriffen, die auf sein Hab und Gut von Einbrechern oder Schwindlern gerichtet werden. Aber alles, was der Arbeiter an Hab und Gut erwirbt, verdankt er seiner Arbeitskraft. Und wenn diese wucherisch ausgebeutet wird, steht, glaube ich, mehr auf dem Spiele als bei gelegentlichen Angriffen von Einbrechern. Nun meint Professor Beling (in der Abhandlung über die „Hehlerei"), „der Verzicht des Staates auf Bestrafung des Diebstahls würde die Staatsautorität völlig erschüttern" (Band VII, S. 211). Im Gegensatz dazu kann kein moderner Staat, wie wir sehen, es über sich bringen, den Lohnwucher zu bestrafen, und die „Staatsautorität" bleibt dabei doch unerschüttert!

III.

Eine verschämte Umsturzvorlage.

Wenn das Studium der „Vergleichenden Darstellung" in bezug auf die Verbrechen und Vergehen, die sich gegen den einzelnen richten, ein Gesamtbild dessen bietet, was in der heutigen Gesellschaft der Strafe würdig oder unwürdig erscheint, so rückt die Behandlung, die die Verbrechen gegen den Staat, gegen die Staatsgewalt und dergleichen in der „Darstellung" finden, die politischen Verhältnisse Deutschlands in den Vordergrund. Von der Ausgestaltung der Staatsverbrechen kann man schon einen gewissen Schluß ziehen, inwieweit der Staat demokratisch ist, aus den Gesetzesvorschlägen kann man mit großer Gewißheit die Richtlinien erkennen, die die Staatspolitik in nächster Zeit befolgen wird. Denn nach dem Worte Bindings „müssen die sogenannten Staatsverbrechen, sollen sie vernünftig ausgestaltet sein, den strafrechtlichen Niederschlag der jeweiligen Verfassungs- und Verwaltungszustände bilden".

Ein Präludium zu der Art und Weise der künftigen Ausgestaltung der sogenannten Staatsverbrechen bildet schon die Arbeit von Professor Kahl über die „Religionsverbrechen" (Band III, S. 1 bis 104). Eine der wichtigsten Fragen war für Professor Kahl die, ob man die „Gotteslästerung" auch künftig bestrafen soll. Aus den zur Vergleichung beigezogenen ausländischen Rechtssystemen sehen wir, daß eine beträchtliche Zahl der Staaten — so Frankreich, Belgien, Italien, die Niederlande, Norwegen, die Schweiz — in ihren Entwürfen keine strafbare Handlung der Gotteslästerung kennen. Wir sehen aber auch weiter, daß, was für eine Reihe sogar gut katholischer Länder ausreicht, für das Deutsche Reich doch nicht genügt. Die Strafbarkeit der Gotteslästerung hängt, wie Professor Kahl ausführt, davon ab, ob der Staat an der Religion ein Kulturinteresse hat. Und dem Deutschen Reiche gegenüber findet er ein solches Interesse in vollstem Maße vorhanden. Denn für ihn ist die Religion nichts mehr und nichts weniger „als eine mit dem Volksinnersten geschichtlich verwachsene Kulturmacht, als sittliche Volkskraft, als Quelle staatserhaltender Tugenden, der Vaterlandsliebe, der Pflichterfüllung, der Nächstenliebe, als soziale Macht, als ideales Gegengewicht im erbarmungslosen Vernichtungskampf um die materiellen Interessen".

Darin läge die Rechtfertigung für die Bestrafung der Gotteslästerung — den Gott im Sinne der monotheistischen Religion verstanden.

Wenn wir so schon bei den Religionsdelikten staatserhaltende Ideen in den Vordergrund treten sehen, kann es uns dann bei den eigentlichen Staats-

verbrechen nicht wundernehmen, wenn wir diesem Leitmotiv überall begegnen. Prüfen wir nun die Vorschläge darüber.

Das schwerste Verbrechen unter ihnen ist der „Hochverrat". Nach dem Vorschlage des Professors van Calker, der dieses Thema bearbeitete (Band I, S. 1 bis 90) soll erstens eine „Reform" durchgeführt werden. Bekanntlich fordert jetzt der Tatbestand des Hochverrats, was den Angriff auf die Verfassung betrifft, daß man es unternimmt, diese „gewaltsam" zu ändern, wie andererseits hochverräterische Angriffe auf das Staatsgebiet in einem gewaltsamen Losreißen der Teile desselben bestehen. Calker sieht den Angriff dann als gewaltsam an, wenn er unter unmittelbarer Anwendung physischer Gewalt oder der Einwirkung von Drohungen geschieht, welche die Anwendung physischer Gewalt in unmittelbare Aussicht stellen. Dadurch wird, wie Calker bemerkt, es nicht als Hochverrat angesehen werden können, „wenn etwa lediglich durch ein Ministerialdekret die Verfassung als aufgehoben erklärt wird". Nun will jetzt van Calker, daß nach dem Vorbild Frankreichs und Norwegens jeder rechtswidrige Angriff auf die Verfassung als Hochverrat angesehen werden müsse. Die Anwendung der Gewalt wäre dabei nur ein Strafverschärfungsgrund. Denn jede auf ungesetzlichem Wege oder mit ungesetzlichen Mitteln erfolgende Änderung enthalte einen gefährlichen Angriff auf die innere Sicherheit des Staates, auch wenn der Versuch nicht „gewaltsam" geschieht, was durchaus denkbar wäre. Das gleiche gilt für die Angriffe auf das Staatsgebiet. „Wenn auch", argumentiert van Calker, „auf Losreißung von Gebietsteilen gerichtete Versuche zumeist eine gewaltsame Durchführung dieser Absicht ins Auge fassen werden, so erscheint doch ein Unternehmen keineswegs undenkbar, das eine solche Losreißung ohne jede Gewaltanwendung, gleichwohl aber ‚rechtswidrig' herbeizuführen trachtet." Daß ein solches Unternehmen einen schweren Angriff darstelle, bedürfe keines Beweises.

Es ist recht schade, daß der Herr Professor dabei nicht wenigstens durch Beispiele illustriert hat, wie denn eigentlich ein „rechtswidriger" Angriff auf die Verfassung oder auf das Staatsgebiet von „unten" etwa erfolgen könnte. Wir zweifeln nicht, daß van Calker in seinen Vorschlägen von rein juristischen Erwägungen ausgegangen ist. Wir müssen sie aber auch auf ihre politische Tragweite prüfen. Es erscheint uns zu naiv, den Schutz der Verfassung gegen die Angriffe von „oben" darin zu erblicken, daß künftig ein Minister, der sie durch ein Dekret abschafft, wegen Hochverrats angeklagt werden kann. Wir können uns nicht der Entrüstung Bindings darüber anschließen, daß die „schamloseste Ausbeutung einer Notlage zu einem (nicht gewaltsamen) Angriff auf eine momentan wehrlose Verfassung straffrei ausgehe" — nur aus dem Grunde, „weil der Hochverrat nach bestehendem Rechte nicht vorläge, und kein Strafgesetz einschlüge". Eine Verfassung, die „Kanonen" auf ihrer Seite hat, ist nicht wehrlos. Kann man aber solche „Argumente" zu ihrer Verteidigung nicht anführen, so nützen der armen Verfassung die gesamten Hochverratsparagraphen der Welt nichts.

Was das ausländische Recht betrifft, das zum Muster genommen wird, so können sich die französischen Theoretiker schon mit der „Rechtswidrigkeit" als dem Merkmal des hochverräterischen Angriffs begnügen, da ihr Land binnen eines einzigen Jahrhunderts verschiedene Repräsentanten des Gottesgnadentums recht gewaltsam aus Frankreich befördert hat. Und was Norwegen betrifft, so verstand es dieses Land, seinem Könige weder gewaltsamen noch rechtswidrigen

Abschied zu geben — ein Problem, das kaum eines anderen Herren Land auf gleiche Weise lösen könnte.

Erwarten wir von der Calkerschen „Reform" keinen Schutz vor der Revolution von „oben", so erscheint sie uns andererseits als eine ungemein scharfe Waffe im Kampfe gegen jede freiheitliche Bewegung von unten. Denn es ist ja für jeden Menschen — er braucht dabei gar kein Jurist zu sein — ohne weiteres klar, daß der Begriff der „Rechtswidrigkeit" viel weiter ist als der der „Gewaltsamkeit", wozu noch seine große „Dehnbarkeit" kommt. Und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Einführung des Merkmals der „Rechtswidrigkeit" die weitestgehende Möglichkeit bieten wird, auch da mit dem Hochverratsparagraphen „staatserhaltend" einzugreifen, wo heute gerade dieser Möglichkeit das kleine Wörtchen „gewaltsam" im Wege steht.

Und dabei müssen wir auch das in Betracht ziehen, daß bei dem Hochverrat auch künftig der Versuch strafbar wird, und daß wenn nicht alle Vorbereitungshandlungen, wie jetzt, unter Strafe genommen werden sollen, so doch einige von ihnen. So die Verabredung, die auf die Ausführung eines hochverräterischen Angriffs gerichtet ist, und natürlich die Aufforderung zum Hochverrat. Das Gute, das van Calker vorschlägt — die Begrenzung der strafbaren Vorbereitungshandlungen, das Ansehen des freiwilligen Rücktritts vom Versuch als Milderungsgrund —, das alles wird reichlich dadurch aufgewogen, daß in Zukunft zum hochverräterischen Unternehmen die Gewaltsamkeit nicht erforderlich sein soll.

Aus dem Gebiet des Hochverrats ist noch die Ansicht Calkers zu erwähnen, daß „wenn die Todesstrafe überhaupt beibehalten wird, sie selbstverständlich" bei dem Morde an jedem deutschen Monarchen und bei dem Mordversuch beizubehalten sei. Sonst aber soll lebenslängliche Freiheitsstrafe eintreten. Was aber deren Arten betrifft, so geht der Vorschlag — dessen Prinzip völlig beizustimmen ist — dahin, für das gesamte Gebiet des Hochverrats nach dem Motiv des Täters im einzelnen Falle zu entscheiden, ob Zuchthaus oder Festung eintreten soll.

Auf dem Gebiet des Landesverrats wünscht van Calker den strafrechtlichen Schutz in bezug auf die landesverräterische Begünstigung und den Kriegsverrat dahin zu erweitern, daß nicht nur die während des Krieges geschehene Handlung strafbar erscheine (wie jetzt); andererseits soll sowohl die Schädigung wie auch bereits die Gefährdung der militärischen Interessen durch die Strafbestimmung getroffen werden. Des weiteren soll das deutsche Strafgesetzbuch um ein neues Verbrechen nach norwegischem Muster erweitert werden. Nach dem norwegischen Strafgesetzbuch (§ 95) wird derjenige bestraft, der das friedliche Verhältnis zwischen Norwegen und einem anderen Lande durch öffentliche Verhöhnungen oder Aufreizungen zum Hasse gegen Norwegen oder die norwegische Regierung oder gegen ein anderes Land oder dessen Regierung gefährdet oder eine solche Gefährdung dadurch herbeiführt, daß er ohne nachweisbare Unterlagen einer Regierung ungerechte oder schändliche Handlungen nachsagt. Eine ähnliche Bestimmung wurde auch für den schweizerischen Entwurf geplant, aber dann aus dem Grunde gestrichen, weil durch sie „die Preßfreiheit erheblich eingeschränkt werden könnte". Diese Erwägung scheint für Professor van Calker augenscheinlich nicht stichhaltig zu sein, und er empfiehlt aufs wärmste die Aufnahme einer solchen Bestimmung, denn das geltende Recht scheint ihm nach dieser Richtung hin „eine Lücke zu enthalten, deren ent-

Digitized by Google

sprechende Ausfüllung immerhin ein Mittel bieten würde, gegen böswillige Gefährdungen der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten einzuschreiten".

Was die Aufnahme einer solchen Bestimmung speziell für die sozialdemokratische Presse bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung.

Auf dem Gebiet der Majestätsbeleidigung schlägt van Calker folgende Änderungen vor. Es soll unterschieden werden zwischen Majestätsbeleidigung im eigentlichen Sinne — die Beleidigung der Würde des Staatsoberhauptes — und der qualifizierten gemeinen Beleidigung — die Beleidigung des Fürsten als Privatmann. Der Angriff auf die Würde wäre nur strafbar, soweit er öffentlich oder in Anwesenheit des Herrschers geschieht, seine Verfolgung brauchte nicht von seinem Willen abzuhängen; dies wäre aber notwendig für die gemeine Beleidigung. Des weiteren tritt van Calker für die Herabsetzung des bestehenden Strafminimums ein. Recht sympathisch und empfehlenswert erscheint ihm auch die Bestimmung des russischen Strafgesetzbuchs von 1903, wonach Arreststrafe (bis zu einem Tage) zugelassen wird, wenn die Beleidigung aus Unverstand, Mangel an Bildung oder im Zustand der Trunkenheit begangen worden ist.

Betrachten wir jetzt die Vorschläge, die vom Privatdozenten Gerland in bezug auf die „feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten" gemacht werden (Band I, S. 113 bis 255). Der wichtigste Vorschlag ist meines Erachtens der, das Erfordernis der „Gegenseitigkeit" künftig fallen zu lassen, aus dem Grunde, weil, wie Gerland anführt, alle die sozialen Momente, die die Strafbarkeit bedingen, gegeben seien, auch wenn das Ausland keine Gegenseitigkeit verbürgt; die nach unserer sozialen Wertung gefährliche Handlung verliere diese ihre Eigenschaft nicht durch eine gegenteilige Auffassung des Auslandes. Des weiteren sei § 103 dahin zu erweitern, daß auch die Beleidigung eines fremden Staates (!) oder des Trägers der obersten Staatsgewalt in diesem ebenfalls unter Beseitigung der Gegenseitigkeitsklausel unter Strafe zu stellen sei. Die Strafe wäre etwa: für Beleidigung und „üble Nachrede" Gefängnis oder Festung von zwei Wochen bis vier Jahren, für die Verleumdung von drei Monaten Gefängnis oder Festung bis vier Jahren. „Selbstverständlich" wären dabei die Strafen der Majestätsbeleidigung „entsprechend" zu erhöhen. Nur der römische Papst ist dabei zu kurz gekommen; denn ihn will Herr Gerland nicht in seinen Schutz aufnehmen, weil — der arme Papst keinen Staat repräsentiere!

Was die Strafen für die Verbrechen des heutigen § 102 anbetrifft (die Vornahme einer Handlung gegen einen außerdeutschen Staat oder dessen Landesherrn, welche, wenn gegen einen Bundesstaat oder einen Bundesfürsten begangen, als Hochverrat bestraft würden), so erscheint Herrn Gerland im Hinblick auf den politischen Charakter der Tat allerdings die Möglichkeit von Festungshaft durchaus berechtigt. Aber es seien auch Fälle möglich, wo der Täter aus gemeinen Motiven gehandelt habe, andererseits sei aber das Delikt ein sozial äußerst gefährliches. Von diesen Erwägungen ausgehend trägt darum Gerland „kein Bedenken, den Strafrahmen bedeutend zu erweitern durch Einführung von Zuchthaus".

Es ist nun zu erwähnen, daß im Gegensatz zum Professor van Calker Gerland davon absieht, das Verbreiten unwahrer Tatsachen unter Strafe zu stellen, auch wenn diese geeignet sind, die Beziehungen zum Ausland zu trüben oder Haß und Verachtung gegen fremde Regierungen zu erwecken, wegen zu großer „Dehnbarkeit" solcher Tatbestände. Außerdem reiche schon die Bestrafung der Beleidigung fremder Staaten als solcher vollkommen aus.

Bei dem Charakter aller dieser Vorschläge Gerlands ist man wahrlich erstaunt zu erfahren, daß er die Verfolgung vom Antrag der ausländischen Regierung abhängig machen läßt. Da kann es vorkommen, daß man den König von England ungestraft beschimpfen kann, indes die Kritik des Zaren und des Sultans bestraft wird.

In diesem Zusammenhang sei auch der Vorschläge Professor Max Ernst Mayers aus seiner Abhandlung „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ (Band I, S. 349 bis 541) erwähnt. Der Professor ist nämlich der Meinung, daß der Schutz der freundlichen Staaten dem geltenden Rechte gegenüber erweitert werden muß. Er behauptet, daß der sechste Abschnitt des Strafgesetzes („Widerstand gegen die Staatsgewalt“) sowie der siebente („Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung“) der ausländischen Staatsgewalt keinen Schutz gewähren, da sie nur auf die deutsche zugeschnitten seien. Bei der lebhaften Entwicklung aber des internationalen Verkehrs würde eine „dem Stande der Kultur“ entsprechende Fortbildung des internationalen Strafrechtes gefordert werden. Von dieser Erwägung ausgehend, erscheint es Professor Mayer ganz angebracht, im künftigen Gesetzbuch die ausländische Staatsgewalt unter den Schutz des deutschen Strafrechtes zu stellen. Ganz besonders erscheint das dem Professor Mayer notwendig, in bezug auf die §§ 110 und 111 („Öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und öffentliche Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung“) des Strafgesetzbuchs, „die berufen sind, im Kampfe gegen die Anarchisten, diese internationalen Feinde des Staatswesens, nach Kräften mitzuwirken“. Und wie Professor Mayer überzeugt ist, würde vielleicht in der Zukunft häufiger als heute gegen einen Deutschen, der im Ausland öffentlich zu strafbaren Handlungen aufgefordert hat, eingeschritten werden. Diese Art und Weise, sich im Ausland zu betätigen, scheint dem Professor Mayer so gefährlich zu sein, daß, auch wenn selbst solche Fälle ganz vereinzelt vorkommen würden, schon „ein einziger die Lücke des Strafrechtes empfindlich fühlbar machen könnte“. Und wie Professor Mayer mit keinen Zweifel lassender Überzeugung betont, ist diese Lücke empfindlicher sogar, als wenn etwa der Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten des fremden Staates oder die Befreiung eines Gefangenen aus dem ausländischen Zuchthaus straflos bleiben müßte. Diese Selbstbeschränkung und die Bescheidenheit der Forderung kann man fürwahr nicht genug hochschätzen!

Nun fordert Professor Mayer als Bedingung der Verfolgung die Gegenseitigkeit. Aber ich bin der vollsten Zuversicht, daß seinem Kollegen Gerland es doch gelingen wird, ihn zu überzeugen, daß in Anbetracht des „entwickelten internationalen Verkehrs“ es einfach eine Forderung der Kultur sei, auf die Gegenseitigkeit zu pfeifen.

Man muß aber anerkennen, daß es dem Professor Mayer nicht so leicht war, die schützenden Fittiche des Reichsadlers über die ausländischen Staatsgewalten ausbreiten zu lassen. Nein, durchaus nicht. Denn es tauchte bei ihm das Bedenken auf, der Widerstand gegen die auswärtige Staatsgewalt könne ja einen politischen Charakter haben, und wenn auch dies nicht, so doch so geartet sein, daß die Bestrafung nationales Empfinden verletzen würde! Des weiteren können die ausländischen Gesetze so beschaffen sein, daß sie vom Standpunkt des deutschen Rechtes sich als unwürdig des Schutzes erweisen würden. Glücklicherweise aber leuchtete dem Professor Mayer ein leitender Stern entgegen. Man braucht ja nur der Staatsanwaltschaft die Entscheidung überlassen, ob die Verfolgung zweckmäßig sei oder nicht. Freilich könnte auf diese Weise das

Strafrecht ein Mittel werden, durch das die Regierung ihrer Politik Nachdruck verleiht — aber dieser Mangel, „der dem Juristen vielleicht schwerer erscheint, als er ist", muß schon mit in Kauf genommen werden. Was die Strafen betrifft, so könnte, „wenn nicht bei allen", so doch bei einigen Delikten eine „gelindere" Strafe angedroht werden als bei dem Widerstand gegen die deutsche Staatsgewalt. Damit ist dem nationalen Gefühl ersichtlich ein Opfer gebracht, was offenbar dankend anerkannt werden muß.

Unter den Angriffen auf die Staatsgewalt wird natürlich in der „Vergleichenden Darstellung" die „Aufforderung zum Ungehorsam" behandelt. Diese Materie behandelt wieder Professor Mayer (Band I, S. 364 bis 433). Auch auf diesem Gebiet zeigt sich das geltende Recht stets „reformbedürftig". Denn § 110 erweist sich als unwirksam im Kampfe gegen die „Lehre des Anarchismus". Am besten aber werde die öffentliche Agitation bekämpft, wenn man von der Aufstellung von speziell gegen die Anarchisten gerichteten Gesetzen absehe. Das lasse sich um so besser durchführen, weil, wie Professor Mayer denkt, die Propaganda der anarchistischen Lehre keine ihr eigentümlichen Eigenschaften habe; ihr krimineller Charakter entspreche einem Typus, der älter sei als der Anarchismus, und dieser Typus sei „die durch die Presse oder in Volksreden oder ähnlich betriebene Agitation gegen die Rechtsordnung"! Diese Ausführungen bringen uns endlich zu dem Ergebnis, daß nicht nur provokatorische (Aufforderung zur Tat), sondern auch „agitatorische staatsfeindliche Einwirkung auf Überzeugungen der Volksmassen" notwendig unter Strafe gestellt werden müßten. Professor Mayer ist aber so bescheiden, daß er nur dann strafend gegen die Absicht, „das Bewußtsein der Verbindlichkeit der Gesetze zu erschüttern", einzugreifen empfiehlt, „sofern diese Absicht durch die öffentliche Verherrlichung oder Rechtfertigung von Verbrechen zu verwirklichen versucht wird" (S. 374). Etwas weiter, zum Schlusse der Abhandlung über die „Aufforderung zum Ungehorsam", wo er auf die „Umsturzvorlage" zu sprechen kommt, beschäftigt sich Professor Mayer näher mit der Glorifizierung von Verbrechen. Hier, glaube ich, ist es ihm völlig gelungen, den Beweis zu erbringen, daß damals der Reichstag die Frage über die Bestrafung der Verherrlichung der Verbrechen keineswegs glücklich gelöst hatte. Aus den Verhandlungen im Reichstag scheint dem Professor Mayer nur ein positives Ergebnis mit Klarheit emporzugehen, daß man nämlich nur die agitatorische Verherrlichung von Straftaten als strafwürdig ansah. Leider aber habe man dann nur die Aufforderung und Anreizung zur Begehung von strafbaren Handlungen als Ziel solcher Agitation ins Auge gefaßt und dadurch, wie Professor Mayer sagen möchte, „den Faden verloren". Denn die Agitation, die man eigentlich bekämpfen wollte, bestehe ja aus der öffentlichen Verherrlichung von Verbrechen „als dem wirksamsten und darum gefährlichsten Mittel zu dem zweifellos strafwürdigen Zwecke, die gesunden Anschauungen des Volkes über das Recht und die staatliche Autorität zu vergiften". „Man muß also", schließt Professor Mayer, „denjenigen mit Strafe bedrohen, der ein begangenes oder erdachtes Verbrechen öffentlich rechtfertigt oder verherrlicht, um dadurch das Bewußtsein der Verbindlichkeit zu erschüttern" (S. 423).

Was aber die Straftaten anbelangt, deren Verherrlichung unter Strafe verboten sein müsse, so kommen natürlich in erster Linie die „Verbrechen"[1]

[1] Laut § 1 des Strafgesetzbuchs „eine mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als fünf Jahren bedrohte Handlung".

in Betracht. Es sollen aber zweitens auch gewisse Vergehen hineingezogen werden, deren Verherrlichung geeignet sei, die „verpflichtende Kraft der Gesetze unmittelbar der Skepsis auszuliefern". Vergehen dieser Art sind namentlich solche, „die sich gegen die Ausübung der Staatsgewalt und den öffentlichen Frieden wenden, ferner diejenigen, die wie der Diebstahl die Grundlage der Privatrechtsordnung oder wie Vergehen gegen die Wehrpflicht die Treuverpflichtung der Untertanen verletzen". Dagegen könnte straflos sein die Verherrlichung der Handlungen, die nach § 175 strafbar sind, denn „durch eine solche Apologie kann nur die Sittlichkeit, nicht die Staatsgewalt gefährdet werden" (S. 425). Von der Bestrafung der Verherrlichung der „Übertretungen" will Mayer nichts hören.

Weiter muß noch sein Vorschlag erwähnt werden, das Gericht nach dem Beispiel des norwegischen Strafgesetzbuchs zu ermächtigen, falls die Aufforderung oder Verherrlichung in der Ausübung eines Berufes oder Gewerbes begangen ist, dem Schuldigen die Befugnis dazu abzuerkennen. Professor Mayer gibt zu, daß solch eine Strafvorschrift, „die in erster Linie wohl gegen den Redakteur gerichtet ist, den Betroffenen empfindlich schädigen werde". „Da aber die Verhängung nicht obligatorisch ist und die vernünftige Handhabung den Unwürdigen oder Gewissenlosen, der den Staat und die Gesellschaft durch seine gefährliche Agitation bedroht, trifft, wird das neue deutsche Gesetz gut tun, diese norwegische Bestimmung zu übernehmen" (S. 413).

Wenden wir uns jetzt zu einigen der Delikte, die in der „Vergleichenden Darstellung" als „Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung" zusammengefaßt sind. Dahin fällt auch § 130 des Strafgesetzbuchs: die Aufreizung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander. Diese Bestimmung soll nach der Meinung Professor v. Hippels beibehalten werden, denn sie trifft nicht den Klassenkampf, den als solchen das Strafrecht überhaupt nicht treffen darf, sondern „nur sein Ausarten in Gewalttätigkeiten, dieses aber grundsätzlich und ohne jede Rücksicht darauf, um welche politische Partei oder Richtung es sich handelt". Nur sei diese Bestimmung einer „Reform" bedürftig. Erstens müssen die Worte: „in einer den Frieden gefährdenden Weise" gestrichen werden. Denn die öffentliche Aufforderung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten sei an sich bereits strafwürdig. Auch wenn der „Hetzer" keinen Eindruck mache, somit „keine Gefahr erzeuge", wäre es, wie v. Hippel meint, sehr übel, ihn straflos laufen zu lassen. Zweitens müsse neben den „Klassen" auch „Teile" der Bevölkerung genannt werden: „denn sonst fallen vorübergehende Parteiungen — zum Beispiel bei Streiks oder politischen Unruhen — nicht darunter". Endlich müsse die Strafbarkeit erweitert werden auf die „Aufreizung" verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander „zu feindseligem Verhalten mittels Behauptung unwahrer Tatsachen wider besseres Wissen". Wie v. Hippel bemerkt, sind unter dem „feindseligen Verhalten" keineswegs nur Gewalttätigkeiten zu verstehen.

Es kommt dann die berühmte „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen" (Band II, S. 68 bis 88). In seiner Abhandlung führt v. Hippel aus, daß, wenn man nach der Statistik urteile, man zu dem Schlusse kommen dürfte, diese Strafvorschrift sei ganz überflüssig und durch ihre Streichung würde kaum eine fühlbare Lücke im Gesetz erzeugt. Denn die Zahl der Verurteilungen sei zu gering, und es würden hauptsächlich Geldstrafen ausgesprochen.

Aber für den Kriminalisten wäre die Streichung der Vorschrift doch keine Lösung des Problems, denn man solle erst versuchen, die Bestimmung so zu fassen, daß sie „wirksamer" werde.

Die heutige minimale Zahl der Verurteilungen erkläre sich, nach der Meinung von Professor v. Hippel, durch zweierlei: es wird gefordert die Absicht des Verächtlichmachens und das Handeln wider besseres Wissen. Beides aber lasse sich recht schwer erweisen. In der lobenswerten Bestrebung, das Gesetz „wirksamer" zu machen, kommt v. Hippel dazu, daß man „ganz unbedenklich" die Absicht des Verächtlichmachens streichen könne, und daß schon die Behauptung unwahrer Tatsachen, „welche verächtlich zu machen geeignet sind", an und für sich zur Strafe führe. Die Absicht des Verächtlichmachens würde dann strafschärfend wirken. Übrigens hält Professor v. Hippel es für wünschenswert, daß auch das „Herabwürdigen in der öffentlichen Meinung" gleichfalls unter Strafe gestellt werde.

Es sei aber erwähnt, daß dabei Professor v. Hippel gewillt ist, den Begriff der Staatseinrichtung, der ihm selbst zu unbestimmt ist, etwas einzuengen. Seinem Vorschlag nach würden dann nur die Monarchie als konkrete, verfassungsmäßige Staatseinrichtung, die Staatsregierung, die Volksvertretung, die Staatsverfassung und die Staatsbehörden verächtlich gemacht werden können.

Ein Interesse bietet weiter die Behandlung der „Teilnahme an einer verbotenen Verbindung" von Professor Kleinfeller. Er ist so großherzig, daß er vorschlägt, die Teilnahme an einer geheimen Verbindung, die keine gesetzwidrigen Zwecke verfolgt, von nun an straflos zu belassen. Er empfiehlt dagegen eine neue Strafdrohung gegenüber Vereinigungen mit anarchistischen Zwecken. Es sei die schwerste Freiheitsstrafe auf die Teilnahme an einer „Bande" zu setzen, die den Zweck hat, „Verbrechen" zu begehen. Unter der Freiheitsstrafe ist natürlich Zuchthausstrafe zu verstehen. Es soll also eine beträchtliche Erweiterung dem heutigen Sprengstoffgesetz gegenüber eintreten. Denn nach diesem wird bestraft nur die Verbindung zum Zwecke der Ausführung eines Verbrechens mittels Gebrauch von Sprengstoffen. Das will eben Professor Kleinfeller nicht. Wie er ausführt, leide die Beschränkung auf anarchistische Verbrechen an Unbestimmtheit. Die Teilnahme an einer „Bande" sei ebenso für den Bestand des Staates und der staatlichen Ordnung gefährlich, „wenn der Zweck der Vereinigung ist, zum Beispiel durch Meineide die Rechtspflege oder durch Verbrechen im Amte eine sonstige staatliche Funktion zu lähmen, als wenn die Bande sich gemeingefährliche Verbrechen oder Verbrechen gegen das Leben zur Aufgabe macht".

So weit die Argumentation von Professor Kleinfeller. Vieles habe ich über geheime Verbindungen und ihre Ziele gelesen, aber zum erstenmal bin ich von Professor Kleinfeller darauf aufmerksam gemacht worden, daß auch eine solche Verbindung gebildet werden kann, deren Zweck ist, „durch Meineide die Rechtspflege lahmzulegen"! Eine Vorstellung von dem deutschen Beamtentum habe ich, aber der Gedanke, daß darunter „Maffia und Camorra" sein könnten, fiel mir bisher nicht ein. Wahrlich, diese Ausführungen von Kleinfeller grenzen schon an juristische Halluzination!

Es sei endlich auf die Vorschläge von Professor Heimberger über die „Verletzung der Wehrpflicht" eingegangen, da sie ein gewisses kulturhistorisches Interesse bieten. Unter anderem kommt Professor Heimberger über die Auswanderung der Wehrpflichtigen zu sprechen. Aus der Kriminalstatistik ergibt

sich, daß wegen Verletzung der Wehrpflicht aus § 140 Absatz 1 (Die Auswanderung, in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des deutschen Heeres zu entziehen, sowie das Aufhalten im Ausland nach Erreichung des militärpflichtigen Alters in der gleichen Absicht) die Zahl der Verurteilten folgende war: 1897 15660, 1898 16301, 1899 15063, 1900 12340, 1901 13048, 1902 13329, 1903 12885, 1904 11818.

Da die heutige Strafandrohung (Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark oder Gefängnis von einem Monat bis ein Jahr) sich wirkungslos erweise, von deren Verschärfung aber auch nichts Besseres erwartet werden könne und zudem die Aussicht, auf lange Jahre dem Heimatland fernbleiben zu müssen, augenscheinlich nicht abschreckend wirke, kommt Professor Heimberger zu dem heroischen Vorschlag, für die Auswanderung nebst obligatorischer Gefängnisstrafe die Konfiskation des „gegenwärtigen und künftigen Vermögens des Ausgewanderten" als die einzige wirksame Strafe anzusetzen.

Dieser Vorschlag ist um so bemerkenswerter, als er in keinem der ausländischen Rechte etwas Ähnliches hat. Diese Erfindung ist also ausschließlich dem deutschen Genius zu verdanken!

Wir können hier unsere „Bemerkungen" abbrechen. Was das kommende Strafgesetzbuch enthalten wird, ist klar: eine Umsturzvorlage größeren Stiles. Man wird vielleicht erwidern: das alles seien nur Vorschläge der Professoren. Ja, aber kann man so naiv sein, zu glauben, daß der Regierungsentwurf liberaler ausfallen wird? Und gerade die Professorenvorschläge bahnen der Regierung den besten Weg, den „richtigen Kern" der Umsturzvorlagen zur Geltung zu bringen. Es handelt sich doch, wie Professor v. Hippel einmal sagt, „nicht um ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie", sondern um „Bestimmungen gemeinen Rechtes, die von jedermann Gehorsam fordern und gegen jedermann unterschiedslos Anwendung finden sollen" (Band II, S. 65). Nach diesen „Vorarbeiten" wird es schon nicht schwer sein, den „höchst unerfreulichen politischen Beigeschmack", der den Umsturzvorlagen eigen war, aus dem Entwurf des Strafgesetzbuchs zu entfernen.

Viel ist in den besprochenen Abhandlungen über den „Anarchismus" gesprochen und Vorschläge sind gemacht worden, wie man am besten die „anarchistische" Lehre bekämpfen könnte. Wie aber die Herren Professoren das Wesen des Anarchismus auffassen, darüber gibt das Buch von Professor Seuffert „Anarchismus und Strafrecht" (Berlin 1899) eine gute Vorstellung. In dem zweiten Kapitel, „Wesen und Walten des Anarchismus", schreibt Professor Seuffert folgendes: „Die vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in den achtziger Jahren zu London herausgegebene ‚Freiheit' und das in den neunziger Jahren zu New York erschienene Organ der Anarchisten deutscher Sprache, die ‚Freiheit', atmen denselben Geist und sprechen die gleiche Sprache wie das Programm der l'Alliance Internationale Socialiste (!) und der für den russischen Nihilismus von Netschajew ausgearbeitete Katechismus der Revolution", und dann bringt er „einige Proben aus den Schriften des Gewalt predigenden Nihilismus und Anarchismus" vor, in erster Linie die Satzungen der Internationale, dann Ausführungen von Kropotkin und Most. Also die Internationale war für den gelehrten Herrn eine anarchistische Organisation.

Wird nun jemand im Ernste glauben, daß die Verfasser der „Vergleichenden Darstellung" in dem Verständnis des Anarchismus und Sozialismus weiter gerückt sind als Professor Seuffert? Und weshalb brauchen sie einer anderen

Auffassung beizutreten? Ob es Anarchismus, ob es Sozialismus oder Kommunismus heißt, ist ihnen ganz egal. Die Anhänger dieser Lehren sind ja alle „internationale Feinde" des heutigen Staates und der Gesellschaft, und dieser Feind steht doch vor den Toren, in Deutschland vielleicht mehr als in anderen Ländern.

Darum emsig an die Arbeit! Die veralteten Waffen werden auf ihre Brauchbarkeit geprüft und nach weit „wirksameren" wird ausgeschaut.

Und „im stillen" wird schon an dem Entwurf gearbeitet, eine Kommission ist schon eingesetzt, die die Vorschläge der Professoren aufs beste auszunützen verstehen wird. Und die Herren haben recht, wenn sie eilen: der Reichstag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, bietet die beste Gelegenheit dazu, daß, um den Ausdruck von Professor Mayer zu gebrauchen, „die Wünsche der Regierung und die der Volksvertretung in Einklang gebracht werden können".

Ja, schweren Zeiten steuert die deutsche Sozialdemokratie entgegen: eiserne Ketten werden für sie jetzt geschmiedet.

Kapitalistischer Sklavenhandel.

Von **Stephan Seise** (Duisburg).

Naive Gemüter mögen jubelnd preisen, daß „die Humanität unseres Zeitalters" der Sklaverei und dem Sklavenhandel ein Ende machte. Die Arbeiter wissen, daß dieser Akt der Humanität nur dem wirtschaftlichen Bedürfnis des Kapitalismus entsprang. Bei seiner Entstehung brauchte er freie Arbeiter, um eine industrielle Reservearmee zu schaffen; die Aufhebung der Sklaverei wie Leibeigenschaft entsprach seinen Interessen. Der entwickelte Kapitalismus braucht Sklavenhändler, um die industrielle Reservearmee zu vergrößern, damit ja nicht die „begehrliche" gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft seine Profitrate schmälern kann. Und so sendet er denn seine Kreaturen in Gegenden mit rückständiger Arbeiterbevölkerung, um das unaufgeklärte Proletariat nach den Stätten hochentwickelter kapitalistischer Ausbeutung zu locken. Die Herren von Stahl und Eisen, die Größen des Kohlensyndikats, sind es namentlich, die den modernen Sklavenhandel aus den Windeln gehoben haben.

Die gute Konjunktur galt es auszunutzen, neue Schächte wurden abgeteuft, neue Hochöfen errichtet und Fabrikhallen erbaut, drin fleißiger Arbeiter Schweiß sich zu blinkendem Golde für ihre Ausbeuter wandelt. Mit der Vergrößerung der Betriebshallen mußten naturgemäß die Belegschaftsziffern anwachsen, immer mehr „Hände" wurden gebraucht. Das Inland bot angeblich nicht genug Ausbeuteobjekte dar für den Bedarf der großen Industrie, so mußte das Ausland, namentlich Polen, Österreich, Italien und Holland, mit seinem überflüssigen Proletariat „den Bedarf decken". Skrupellose Werbeagenten wurden und werden nach jenen Ländern gesandt, um billige und willige Arbeitskräfte an den Niederrhein zu locken. Der Menschenfang wurde ein einträgliches Geschäft. Durchschnittlich werden 3 Mark pro Kopf des angeworbenen Arbeiters bezahlt, und man darf versichert sein, daß an jedem ausgezahlten Dreimarkstück Tausende von Flüchen kleben. Will der Agent ein einträgliches Geschäft machen, so muß er versuchen, in möglichst kurzer Zeit einen größeren Transport Arbeiter anzuwerben und seinem Auftraggeber zu überliefern. Das ist auf reellem Wege nicht gerade leicht, denn auch der schlecht bezahlte, ja selbst

der arbeitslose Arbeiter ist nicht so ohne weiteres bereit, seine Heimat und Freunde zu verlassen, um in weiter Ferne Arbeit anzunehmen, wenn ihm nicht besonders glänzende Bedingungen vorgespiegelt werden. Würden bei diesem Menschenhandel nicht die Grundsätze von Treu und Glauben brutal mit Füßen getreten, es würde den kapitalistischen Menschenhändlern immerhin einige Mühe machen, auch nur hundert Arbeiter anzuwerben, um sie nach einem fremden Bestimmungsort zu senden. Nur dadurch, daß den leichtgläubigen Arbeitern glänzende Bilder vorgegaukelt, ihnen Bedingungen versprochen werden, die kein Mensch zu halten gedenkt, lassen sie sich verleiten, den Agenten zu folgen. Fast durchweg werden von diesen Agenten den umworbenen Arbeitern für die achtstündige Arbeitsschicht Tagelöhne in der Höhe von 4,50 bis 5 Mark versprochen, die sie bei leichter Arbeit verdienen könnten. Freie Bahnfahrt wird ihnen zugesichert und Rückerstattung der Zehrkosten während derselben. Auch die Lieferung von Arbeitskleidung wird häufig zugesagt. Die sonstigen Verhältnisse werden in den glänzendsten Farben geschildert. In den Werksmenagen finde der ledige Arbeiter für billiges Geld gute, nahrhafte Kost und anständiges, sauberes Logis, so daß ihm die günstigen Lebensbedingungen auf der einen und der hohe Lohn auf der anderen Seite die Möglichkeit bieten, viel, viel Geld zu sparen. Dem verheirateten Arbeiter wird Gleiches versprochen, nur wird ihm statt der Werksmenage die „freundliche", billige Wohnung in den Zechenkolonien verheißen. So gelingt es den Kreaturen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, in wenigen Tagen nicht nur Dutzende, sondern Hunderte Arbeiter zu betören. Nicht nur unter Polen und Galiziern, nicht nur in Steiermark, Schlesien und Holland, selbst in Berlin wissen diese kapitalistischen Sklavenhändler auf ihre Kosten zu kommen!

Die betörten Arbeiter verlassen oft die bisher innegehabten Arbeitsstätten, um ihren kargen Lohn mit den versprochenen goldenen Bergen zu vertauschen. Sie veräußern ihre gesamte Gabe, um bei der weiten Reise nicht mit allzu viel Gepäck belastet zu sein. Familienväter verlassen die Ihrigen oder finden sich auch gleich mit Weib und Kind auf dem Sammelplatz des Transportes ein, um dort vielleicht schon die ersten Enttäuschungen zu erleben. Der Transport kann vielleicht noch nicht abfahren, das Reisegeld ist noch nicht angekommen. Man muß warten! Einen, auch zwei Tage! Was verschlägt es schließlich. Daß Geld zu spät abgesandt wurde, kann passieren. Das Reisegeld kommt an, die Fahrt kann losgehen. Aber das versprochene Zehrgeld ist ausgeblieben. „Es muß da ein Irrtum vorliegen", entschuldigt sich der Agent. Auch das kann vorkommen, man wird doch nicht gleich an böse Absichten denken! Das gemeinsame Schicksal und die gemeinsame, zuversichtliche Hoffnung läßt keine große Enttäuschung aufkommen. Die wenigen Murrenden werden von den Agenten aufs Korn genommen. Wenn sie ihm nicht trauen, könnten sie ja bleiben, guten Verdienst brauche er keinem aufzudrängen! Das selbstbewußte Auftreten des Agenten erstickt jeden Verdacht. Der Zug fährt ab, dem neuen unbekannten Schicksal entgegen. Nach tagelanger Fahrt kommen die Opfer des Agenten, müde an Leib und Seele, an ihrem Bestimmungsort an, mit finsteren Gesichtern von der dort einheimischen Arbeiterschaft empfangen. Nur zu bald werden nun den Betrogenen die Augen geöffnet! Die angeblich „leichte" Arbeit entpuppt sich als solche schwersten Kalibers, die nur mit Anstrengung aller körperlichen Kräfte bewältigt werden kann. Die glänzenden Lohnversprechungen lösen sich in ein Nichts auf. Der Betriebsleiter weist den

Leuten schriftlich nach, daß der Agent überhaupt keine bindenden Lohnversprechungen geben durfte. Der Schichtlohn sei nur 3,50 Mark und die in Aussicht gestellten Löhne würden bei Akkordarbeit verdient. Daß sie auch dann nur von geübten Arbeitern oder bei einem besonders günstigen Gedinge erlangt werden, vergißt allerdings auch der Herr Betriebsleiter den Leuten zu sagen. Letzteres besorgt natürlich die einheimische Arbeiterschaft, diese klärt die Leute auch darüber auf, daß auch der reduzierte Lohn nicht voll ausgezahlt wird, sondern von ihm die Beiträge zur Knappschaftskasse, den „Wohlfahrtskassen“ usw. abgezogen werden. Arbeits- beziehungsweise Grubenkleidung wird natürlich auch nicht geliefert, ja es werden nicht einmal alle Angekommenen zur Arbeit angenommen, sondern nur solche angelegt, die der Arzt als zur Grubenarbeit tauglich findet. Auch die vielgepriesene Menage hält nicht, was von ihr versprochen wurde. Sie ist von Menschen und Ungeziefer überfüllt und starrt vor Schmutz. Die „gute Kost“ ist für die Magen der Ankömmlinge einfach ungenießbar, zum mindesten ungewohnt. Ehe die Enttäuschten bemerkt haben, wie sehr man sie betrog, sitzt der Betrüger schon wieder auf der Bahn, um in einem anderen Erdenwinkel neue Ausbeutungsobjekte in die Menschenfallen der rheinisch-westfälischen Großindustrie zu locken.

Die enttäuschten Arbeiter bleiben naturgemäß nicht ruhig; zunächst versuchen sie wohl, ihr vermeintliches Recht der Betriebsleitung gegenüber zu verteidigen. Doch diese wäscht ihre Hände in Unschuld, der Agent habe seine Befugnisse weit überschritten. Sie wolle jedoch Entgegenkommen zeigen und — obwohl sie keineswegs dazu verpflichtet sei — wenigstens jedem der Angekommenen einen gewissen Vorschuß geben, ihnen zudem auch Logis in den Menagen und der Kolonie anweisen. Was wollen die enttäuschten Arbeiter beginnen? Mittellos stehen sie mitten im fremden Lande, dessen Sprache sie kaum oder überhaupt nicht verstehen, sie sind also gezwungen, von dem angeblichen Entgegenkommen der Werkverwaltung Gebrauch zu machen und die Arbeit aufzunehmen. Dem Elend wollten sie entfliehen, in noch größeres Elend sind sie geraten!

Natürlich sind es nicht die intelligentesten Arbeiter, die den kapitalistischen Sklavenhändlern ins Garn laufen. Aber solche wollen ja auch die Auftraggeber gar nicht. Der dümmste Arbeiter ist der beste, weil er der billigste ist. Und so werden denn jahraus jahrein nach dem niederrheinischen Industriegebiet Arbeitermassen geschleppt, die auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen, deren einzige Genüsse die Vertilgung möglichst großer Quantitäten Alkohol und geschlechtliche Exzesse sind. Kein Wunder, daß die Unsicherheit des Industriegebiets ständig zunimmt, die Zahl der schweren Körperverletzungen, Straßenräubereien, Sittlichkeitsattentate und Diebstähle lawinenhaft anschwillt.

Die Einfuhr des niedrigsten Lumpenproletariats in das niederrheinische Industriegebiet ist so groß, daß die Vermischung desselben mit der einheimischen Arbeiterschaft nicht etwa das Lumpenproletariat zu einer höheren Kulturstufe emporhebt, sondern im Gegenteil die einheimische Arbeiterschaft den verderblichen Einflüssen des fremden Elements unterliegt und degeneriert!

Auch auf die Kommunalpolitik der Industriegemeinden wirkt dieser ausländische Zustrom verhängnisvoll. Ihre Einwohnerzahl nimmt schnell zu, neue Bodenflächen werden bebaut, neue Straßenbauten und Kanalisation machen sich notwendig. Leistungsfähige Steuerzahler sind aber nicht vorhanden, und so muß denn dem Proletarier eine Steuerlast von 200 bis 300 Pro-

zent Zuschlag zu dem Betrag der Staatssteuer auferlegt werden. Dazu wachsen die Armen- und Schullasten und die Ausgaben für den Sicherheitsdienst, der zudem nie ausreichen will. Inwieweit die Industrie selbst unter diesen trostlosen Zuständen leidet, wollen wir unerörtert lassen; was die Herren sich einbrocken, mögen sie auch auslöffeln.

Aber das ausländische Proletariat muß vor den betrügerischen Vorspiegelungen der Werksagenten geschützt werden, wie das einheimische Proletariat vor den betrogenen Lohndrückern. Werden doch die ersteren nicht nur von der heimischen Not in die Fremde zu diesem Elend geführt, sondern noch Schlimmerem entgegen getrieben.

Am 27. September dieses Jahres spielte sich vor dem Duisburger Schwurgericht ein Arbeiterdrama ab, das laute Anklage gegen das verbrecherische Treiben der kapitalistischen Sklavenjäger erhebt. Wegen Landfriedensbruch und Aufruhr hatten sich vier junge Arbeiter zu verantworten, die bis auf einige wegen Bettelei erlittene Haftstrafen noch unbestraft waren. Sie waren Anfang Mai von dem Agenten Stadler in Graz mit etwa 270 Arbeitern zusammen für die der frommen Familie Haniel gehörige Zeche „Neumühl" in Schmidthorst angeworben worden. Auch ihnen hatte man glänzende Versprechungen gemacht, und auch sie wurden bitter enttäuscht. Der Agent hatte ihnen 4,50 Mark Schichtlohn versprochen, die Zechenverwaltung zeigt ihnen die Kopie eines Briefes, in welchem dem Agenten mitgeteilt war, daß nur im Akkord gearbeitet und im etwaigen Taglohn nur 3,50 Mark verdient wird. Der Agent hatte die Lieferung der Arbeitskleidung versprochen, der Zeche fällt das gar nicht ein. Neben der freien Fahrt hatte Stadler 3 Mark Zehrgeld pro Tag verheißen, die Zeche ließ sich angeblich nur durch die Not der Leute erweichen, diesen Betrag zu zahlen. Und zwar erhielten die Opfer des Agenten je 5 Mark sofort, die übrigen 4 Mark sollten sie nach Arbeitsbeginn bekommen. Am nächsten Morgen, am Sonntag den 12. Mai, mußten sie sich zur ärztlichen Untersuchung stellen. Hierbei wird ein Teil der Leute zur Grubenarbeit untauglich befunden, steht also mittel- und arbeitslos im fremden Land allein. Das steigert die Erregung der Leute, sie tun in dieser Situation das Dümmste, was sie tun können, aber tausend andere an ihrer Stelle ebenfalls tun würden, sie wollen den Ärger mit Alkohol hinunterspülen. Einheimische Arbeiter kommen hinzu und klären die Leute vollständig über die Art der Arbeit und die Arbeitsbedingungen auf, die Getäuschten erkennen nun die ganze Größe ihres Elends. Etwas angetrunken schon kommen sie am Nachmittag in ein Lokal und wollen dort ihre jeweilige Lage besprechen, der Wirt verbietet jedoch die unangemeldete Versammlung. Die Erregung wächst. Der Alkohol übermannt bald die durch die Aufregung der letzten Tage gereizten Nerven, und ein harmloser Zwischenfall gibt Anlaß zu einem Krawall. Tische werden umgeworfen, Gläser und Stühle zertrümmert, der herbeigerufene Polizist wird aus dem Lokal hinausgedrängt und mit schnell abgerissenen Zaunlatten auf ihn eingeschlagen. Den hinzueilenden Polizisten wird Widerstand geleistet, und alle Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs und Aufruhrs sind gegeben. Vier Hauptbeteiligte werden ergriffen, und der Klassenstaat füllt mit den Opfern einer gewissenlosen Zechenkreatur seine Gefängnisse. Das Urteil des Schwurgerichts fiel verhältnismäßig milde aus, drei der Angeklagten wurden zu sieben, einer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, allen je vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Der mit sechs Monaten bepackte An-

geklagte hatte nichts mehr und nichts weniger begangen, als eine „aufreizende“ Rede gehalten, in der er nur verlangte, daß die Zeche Grubenkleidung liefern solle, weil die Angekommenen ihre eigenen einzigen Kleider nicht verderben wollten. Auch etwas Vorschuß solle sie geben, ehe die Arbeit aufgenommen würde. Bei dem Krawall selbst hatte er beruhigend gewirkt. Aber er trug einen roten Schlips und gar ein Maifeierabzeichen, kein Wunder, daß er als Rädelsführer galt. Nur dem Umstand, daß er bei dem Krawall auf der Straße nicht zu erblicken war, hat er es zuzuschreiben, daß er nicht noch länger hinter Kerkermauern schmachten muß.

Soll hinter Kerkermauern der letzte Akt dieses Arbeiterdramas sich abspielen? — Wir hoffen es nicht! Dem frivolen Treiben dieser Menschenfänger muß endlich ein Ziel gesetzt werden. Das Parlament muß das letzte Wort sprechen! Wenn im deutschen Reichstag wieder die reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse gefordert wird, dann darf die sozialdemokratische Fraktion die bedauernswerten Opfer der Werks- und Zechenagenten nicht vergessen. Sie muß sorgen, daß deren gemeingefährliches Treiben nicht nur besprochen, sondern ihm auch ein Riegel vorgeschoben wird.

Die moralisch Verantwortlichen für diesen frivolen Menschenfang sind naturgemäß die Werks- und Zechenverwaltungen. Die betrügerischen Praktiken ihrer Sklavenhändler können ihnen nicht unbekannt sein, und indem sie immer wieder deren schamloses Treiben benutzen, begünstigen sie es, wenn sie auch der Öffentlichkeit gegenüber heuchlerisch ihre Hände in Unschuld waschen. Sie schicken ja ihre Menschenjäger zu einer Streife nach Arbeiterwild aus, um künstlich eine industrielle Reservearmee zu schaffen, die allein sie in die Lage setzt, ihr brutales Sperrsystem gegenüber unliebsam gewordenen Arbeitern durchzuführen. Sie ziehen den Profit von dem betrügerischen Treiben der Agenten, indem sie die Notlage der betrogenen Arbeiter ausbeuten und ihnen wie der einheimischen Arbeiterschaft den Preis für die Ware Arbeitskraft einfach diktieren. Das bedürfnislose ausländische Proletariat ist natürlich besonders gefügig, wenn es sich in einer drückenden Notlage befindet. Wenn die Werks- und Zechenbesitzer nicht mit den verlogenen Manipulationen ihrer Agenten einverstanden wären, hätten sie längst Abhilfe schaffen können, denn wie die Dinge liegen, ist den Herren hinreichend bekannt. Kommt es doch häufig vor, daß ein Teil der angeworbenen Arbeiter sich doch weigert, die Arbeit aufzunehmen, und lieber auf einem anderen Werk um Arbeit anfragt, als da arbeitet, wo sie betrogen wurden. Das Werk hat in solchen Fällen die Reisekosten umsonst verausgabt. Trotz dieses Risikos schreiten die Herren nicht gegen den Agentenunfug ein, sondern bedienen sich seiner. In dem erwähnten Prozeß vor den Duisburger Geschworenen bekundete der als Zeuge vernommene Betriebsleiter der Zeche „Neumühl“, daß er den ausgesandten Agenten nur beauftragt habe, 100 Mann anzuwerben, es seien aber auf dem Bahnhof in Graz 270 Mann „zusammengelaufen“. Da hätte der Betriebsleiter denn doch stutzig werden müssen, denn eine solch große Arbeiterkolonne kann man in kurzer Zeit nur dann zusammenbringen, wenn man ihnen besonders günstige Bedingungen verspricht. Solche Bedenken kommen aber dem Betriebsleiter nicht, seelenruhig schickt er das Reisegeld auch für die 170 Mann, die er nicht bestellt hat. Und als der Trupp in Schmidthorst anlangt, der Betrug des Agenten also offenbar wird, da wurde der Agent nicht etwa zur Rechenschaft gezogen, sondern schon am Abend des gleichen Tages saß — wie

Digitized by Google

uns bestimmt versichert wird — der Agent wieder in der Bahn, um in Schlesien seine Netze aufzustellen. Läßt sich dann im Unmut einer der Betrogenen zu unbedachten Handlungen hinreißen, dann sind Gendarmen und Gerichte rasch zur Hand — die Agenten aber bleiben straflos und treiben ihr betrügerisches Gewerbe zu Nutz und Frommen der Unternehmer weiter.

Diesem schändlichen Gebaren einen Riegel vorzuschieben, muß unsere Reichstagsfraktion sich eifrigst bemühen — die Opfer dieses kapitalistischen Betrugs werden ihr dafür Dank wissen.

Literarische Rundschau.

Ernst Untermann, **Dialektisches.** Volkstümliche Vorträge aus dem Gebiete des proletarischen Monismus. Stuttgart 1907, J. H. W. Dietz Nachfolger. XVI und 142 Seiten. 1 Mark.

In allen Gebieten des Wissens droht uns stets aufs neue die Gefahr, daß wir uns von unseren selbstgeschaffenen Begriffen allzusehr imponieren lassen. Wollen wir diesem Fetischismus der Begriffe nicht erliegen, so ist steter Kampf nötig, in dem wir uns als Waffe nicht der Logik, sondern nur der Dialektik bedienen können. Zwar ist die Logik ein unentbehrliches Mittel unserer Denktätigkeit, sie behandelt aber nur die Abhängigkeit der fertigen Begriffe voneinander, während uns die Dialektik die Abhängigkeit der Begriffe von dem Material, aus dem sie geschöpft werden, aufzeigt. Die Logik ermöglicht uns die Klassifikation des Materials in bezug auf ein bestimmtes Begriffssystem, die Dialektik zeigt, welche Änderungen des Begriffssystems selbst mit Rücksicht auf ein bestimmtes Material nötig werden. Es ist also die Dialektik, die uns in dem angegebenen Sinne not tut, und wir empfinden in allen Gebieten, wie viel Arbeit in dieser Richtung zu leisten ist.

Diesem Gefühle gibt auch das vorliegende Büchlein Ausdruck, das kurz gesagt in einem Schrei nach „Mehr Dialektik!" besteht. In bezug auf eine Reihe von Gebieten, wie dem des religiösen Glaubens, der Biologie und vor allem der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, wird dieser Wunsch nach mehr Dialektik ausgesprochen und die Vorteile seiner Erfüllung gepriesen. Viel mehr als die deutliche Kundgebung dieses Wunsches wird man allerdings bei Untermann nicht finden, was vor allem, wie uns scheint, von der Form herrührt, in der er seinen Stoff vorbringt. Volkstümliche Darstellungen sind das höchste Ziel, das ein Autor sich setzen kann, das die vollste Umsicht und Klarheit erfordert. Ein Meister seiner Sache wie Josef Dietzgen konnte allerdings ohne weiteres auch das Komplizierteste, das er zu sagen hatte, gleich in populäre Form gießen, für gewöhnliche Sterbliche ist aber wohl der Weg der normale, der von der wissenschaftlichen Abhandlung, in der der Autor sich erst einmal selbst die Fragestellung möglichst präzisiert, zu der populären Darstellung führt. Untermann möchte gern den Anstoß zu einer Diskussion der Dialektik auf verschiedenem Gebiete, insbesondere auf dem des Marxismus geben. Er hätte sein Ziel wohl eher erreicht, wenn er das, was er nach seiner Meinung zu sagen hat, in einem kurzen Artikel klipp und klar zusammengefaßt hätte, anstatt es in eine Reihe populärer Vorträge als lose Bemerkungen, deren manche ja sehr anregungsreich sind, einzustreuen.

Wegen dieses Umstandes muß auch die vorliegende Anzeige auf eine eingehende Kritik verzichten, die sich allzusehr ins Detail verlieren würde. Hervorgehoben sei der Vortrag „Biologische und ökonomische Arbeitsteilung", der als volkstümliche Darstellung vorzüglich ist. Die ersten zwei Vorträge polemisieren in so reichlichem Maße gegen Spiritismus und andere übersinnliche Dinge, wie es ein Leser, der sich

für die Unterschiede zwischen Labriola und Dietzgen interessiert, von denen im letzten Vortrag gehandelt wird, wohl nicht nötig haben dürfte.

Das Bedürfnis nach eingehender Klarstellung der erkenntnistheoretischen Seite des Marxismus, das zuerst in der verschrobenen Form auftrat, daß der Marxismus sich an dem Rückzuge zu Kant beteiligen müsse, verbreitet sich immer mehr. Auch Untermann gibt ihm Ausdruck und meint wohl mit Recht, daß in dieser Richtung eine gründliche Auseinandersetzung mit Josef Dietzgen große Erfolge zeitigen könne. Was er selbst dazu beisteuert, besteht vor allem in der anerkennenswerten Bemühung, die psychologischen Schwierigkeiten, die eine derartige Diskussion mit sich bringen kann, zu beseitigen, er betont ausdrücklich, daß es sich nur um eine freundschaftliche Auseinandersetzung handelt, die nur „in der Absicht, den Marxismus zu stärken", vorgenommen werden soll. Friedrich Adler.

Edward Stilgebauer, **Die Lügner des Lebens. Der Börsenkönig.** Berlin, Rich. Bong. 411 Seiten. Preis 4 Mark.

In jedem Beruf gibt es gewisse Fortschritte der Technik, die sich der Ausübende aneignen muß, wenn er sein Brot finden will. Nur für die Literatur und insbesondere für das literarische Handwerk gilt dieser Grundsatz nicht. Jeder Stümper, der Worte drechseln und die Feder halten kann, glaubt sich berechtigt, den lesebedürftigen Zeit und Geschmack zu verderben. Wenn schon eine große Anzahl schriftstellerischer Werke unserer Zeit von Kunstmerkmalen nichts aufzuweisen haben — gut, wir wollen es ertragen; aber einen gewissen äußeren Anstand in Form und Inhalt glauben wir unter allen Umständen fordern zu dürfen. Und wenn wir es jedem überlassen müssen, seine literarisch-geschäftlichen Talente in der ihm zusagendsten Weise zu verwerten, so können wir es uns doch nicht versagen, an einem Beispiel festzustellen, wie „literarische Erfolge" begründet sind. Nach Stilgebauers erstem, vier Bände umfassenden Roman, der uns in Zeitungsannoncen zum Überdruß — man würde richtiger sagen, bis zur Lektüre — angepriesen wurde, konnte man nicht daran zweifeln, daß die Begabung des Autors nicht einmal das war, was man sonst dem kleinsten Poeten gerne zugesteht — vielversprechend. Und trotz dieser Binsenwahrheit wird sein neues Buch mit einem vielleicht noch größeren Aufwand an Stimmitteln angepriesen. Autor und Verleger vereinigen sich in dem Bestreben, das winzige Talentchen Stilgebauers zu kapitalisieren. Wie hoch beläuft sich die geistige Anlage des Verfassers? Eine unmögliche Fabel, die in der Armut ihrer Mache jeder Beschreibung spottet; Menschen, deren Lebensunwahrheit jeder höheren Tochter in die Augen springt, Verhältnisse, die in ihrer Kraßheit wie Karikaturen wirken, Charaktere und Situationen, die eine nicht einmal geschmackvolle Anlehnung an ältere und neuere Vorbilder verraten.

Und alles übergossen mit einer abgestandenen Brühe, die nur bei den Lesern von Kolportageliteratur noch für modern gelten kann. Der Sentimentalität wird ihr Recht durch die Figuren der Urahne aus dem Ghetto, des Rabbiners und des Dichters Davidchen Mandelbaum. Alle anderen Mitwirkenden an dem großen Werke sind Gesinnungslumpen schwerer oder leichter Sorte. Das, was das Wesen des Romans ausmachen soll, die Schilderung des Börsenmilieus, des Lebens in den Finanzkreisen, ist mit völliger Sachunkenntnis geschildert. Kein Finanzmann würde Erfolg haben, der sich nach dem Beispiel Seligers richtete.

Einen echten finanziellen Erfolg des Börsenkönigs wird nur der Autor und der Verleger zu verzeichnen haben. Das „erste bis zehnte Tausend" wird bald verkauft, die teure Reklame des Verlags bald hereingebracht sein und der Autor Geld statt Lorbeeren ernten. Wir wünschen ihm so viel Bescheidenheit, daß ihm ein solcher Erfolg genügt. M. H.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 4 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Robert Blum.

✗ Berlin, 23. Oktober 1907.

Binnen kurzem vollendet sich ein Jahrhundert, seitdem Robert Blum, der Märtyrer der Brigittenau, in Köln am Rhein geboren wurde. Hier und da hört man davon, daß der Gedenktag gefeiert werden soll, aber sicherlich wird es nicht so geschehen, wie des Dichters Aug', in holdem Wahnsinn rollend, einst geschaut hat:

So ehrt das treue Vaterland des Tonnenbinders Knaben —
Ihn, den die Schergen der Gewalt in Wien gemordet haben!
Ihn, der sich seinen Lebensweg, den steilen und den rauhen,
Auf bis zu Frankfurts Parlament mit starker Hand gehauen!
(Dort auch, was er allstündlich war, ein Wackrer, kein Verräter!) —
Was greift ihr zu den Schwertern nicht, ihr Singer und ihr Beter?
Was werdet ihr Posaunen nicht, ihr ehrnen Orgeltuben,
Den jüngsten Tag ins Ohr zu schrein, den Henkern und den Buben?
Den Henkern, die ihn hingestreckt auf der Brigittenaue —
Auf festen Knien lag er da im ersten Morgentaue!
Dann sank er hin — hin in sein Blut — lautlos! — heut vor acht Tagen!
Zwei Kugeln haben ihm die Brust, eine das Haupt zerschlagen!

Wo man Blums an seinem hundertsten Geburtstag sich in bürgerlichen Kreisen erinnern wird, da wird es fein sänftiglich geschehen, als eines treuen deutschen Mannes voll nationaler Gesinnung, der, wenn er nur die Zeit erlebt hätte, freudig eingestimmt haben würde in den Hochruf auf Kaiser und Reich und der nur einen Fluch und einen Steinwurf gehabt haben würde für die ruchlose Gesinnung der roten Umstürzler. Hat doch schon Herr Hans Blum, des ungeratenen Vaters wohlgeratener Sohn, vor dreißig Jahren ein dickes Buch über das Leben Robert Blums zu dem ausgesprochenen Zwecke veröffentlicht, dadurch ein Gegengift zu bieten gegen „das vaterlandslose Demagogentum, das den rohen Klassenhaß predigt und mit der ihm eigenen Virtuosität der Lüge diesen Mann seit Jahren in ihren unsauberen Blättern als einen ihrer sozialistischen Parteiheiligen pries".

Digitized by Google

Herrn Hans Blum hat derweil sein Schicksal ereilt, das verdiente Schicksal aller Sozialistentöter: er ist verkommen und verschollen. So mag ihm denn auch die Lüge hingehen, daß die deutsche Sozialdemokratie je in Robert Blum einen „Parteiheiligen" gesehen haben soll. Sie hat dem Andenken des Mannes, der seine politische Überzeugung mit seinem Blute zu besiegeln wußte, hohe Achtung gezollt, aber sie hat nie verkannt, daß er mit dem modernen Proletariat nichts zu schaffen gehabt hat, obwohl er in den ärmlichsten Verhältnissen geboren und erwachsen war und sich aus ihnen zu einer respektabeln Höhe politischer Einsicht emporzuarbeiten wußte. Robert Blum war Kleinbürger durch und durch, und eben hierin liegt seine Bedeutung, daß er den kleinbürgerlichen Typus seines Volkes und seiner Zeit klassisch verkörperte; Kleinbürger nicht in dem kleinlichen Sinne, wie man von Gevatter Schneider und Handschuhmacher spricht, sondern in dem historischen Sinne, daß Robert Blum im Geiste niemals über die Schranken hinauskam, in die das Kleinbürgertum ökonomisch gebannt ist. Dem Sozialismus seiner Zeit stand Blum dabei gar nicht einmal ablehnend gegenüber; über Fourier hat er sehr freundliche Worte gefunden, wenn sonst etwas darauf ankäme; nichts ergötzlicher, als die komische Wut, womit sein Sohn und Biograph durch offene Türen rennt, um im Schweiße seines Angesichts nachzuweisen, daß Karl Fourier ganz etwas anderes gewesen sei wie Karl Marx.

Die Hauptstätte von Robert Blums Wirken vor dem Ausbruch der Revolution von 1848 war Leipzig, wohin er im Jahre 1832 als Theatersekretär mit einem Gehalte von noch nicht ganz 200 Talern gelangte. Die Stadt war damals mit Literaten überschwemmt, die um kärglichen Lohn im Dienste der Buchhändler fronen mußten und sich durch ein grenzenloses Selbstbewußtsein schadlos hielten in ihrer Tintensklaverei: „Deutschland braucht noch viele Seife, Daß es sei gewaschen reiner, Und es braucht zu seiner Reife Noch viel Kerl wie unsereiner", sang einer der Wackeren. In diesen Kreisen wurde Blum zum eifrigen und unermüdlichen Schriftsteller, der Gedichte und Trauerspiele in Masse anfertigte, Theaterlexika und Taschenbücher herausgab, ja selbst sich an ein „Volkstümliches Handbuch der Staatswissenschaften und Politik" wagte. Daneben besorgte er seine Theatergeschäfte, hielt Reden am Schillerfest, half die deutsch-katholische Bewegung gründen, feilte nächtlicherweile an dem Schlüssel, der bei einem polnischen Aufstande die Tore der Zitadelle Krakau öffnen sollte, kämpfte als Stadtverordneter kommunale Fehden aus, mußte auch einmal brummen „wegen öffentlicher Beleidigung des sächsischen Richterstandes", weil er in einem Leitartikel Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens gefordert hatte.

Aber das war nicht besonders tragisch und nicht einmal ganz ernsthaft zu nehmen, einschließlich der Gefängnisstrafe. Politische Anklagen waren in vormärzlicher Zeit gerade so läppisch wie vordem und nachher, aber die vormärzliche Reaktion hatte noch so viel guten Geschmack, ihre Kindereien nicht mit allzuviel Bosheit zu versetzen. Blum selbst scheute sich nicht, auf dem Gnadenweg darum zu petitionieren, daß die Gefängnisstrafe von zwei Monaten, die ihm zudiktiert worden war, in eine Geldstrafe umgewandelt werde. Da

der König verreist war, so setzte das Gesamtministerium in der Tat die Strafe zur Hälfte in eine Geldstrafe von 20 Talern um, während Blum die übrigen vier Wochen absitzen mußte. Er fing am 26. Oktober 1844 damit an, kam aber erst am 8. Dezember zu Ende, da er unter allen möglichen Vorwänden alle Augenblicke Urlaub verlangte und erhielt. Seiner Schwester schrieb er aus diesem Gefängnis: „Arbeit habe ich genug, an Unterhaltung fehlt's mir nicht und meine Freunde besuchen mich scharenweise. Da kommt tagtäglich ein Teil derselben, bringt mir ein anständiges Frühstück mit Weinen aller Art, und wir essen, trinken, lachen und singen ein paar Stunden zusammen. Abends kommt meine Frau von fünf bis acht Uhr, oft die Kinder, und so geht ein Tag nach dem anderen hin. Die Sache ist kindlich dumm und nützt mir viel mehr, als sie mir schadet." Heute werden Gefängnisstrafen in Leipzig anders vollstreckt, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß die Sache gescheiter geworden ist und nicht auch noch dieselbe umgekehrte Wirkung hat wie dazumal.

Das Wohlgefallen, womit sich Robert Blum in diesen vormärzlichen Kämpfen bewegte, schützt ihn schon zur Genüge vor dem Verdacht, ein Vorkämpfer des Proletariats gewesen zu sein. Seine damalige Schriftstellerei, die massenhaft erhalten ist, mit Weitlings gleichzeitigen Schriften auf dieselbe Stufe zu stellen, wäre eine schwere Kränkung Weitlings. Aber innerhalb seiner kleinbürgerlichen Welt trieb sich Blum rührig und unermüdlich umher, nicht um seines Geistes, so doch um seines Charakters willen ein anderer Mann, als das leichtlebige Literatenvolk, worin er sich tummelte. Ihn hatten schwere Lebensschicksale hart gehämmert, und für ihn war wuchtige Wahrheit, was für so viele seiner Genossen doch nur spielerische Phrase war. So erklärt sich die Herrschaft Blums über die kleinbürgerlichen Massen aus deren instinktivem Gefühl, daß auf ihn unbedingter Verlaß war in allem, was die kleinbürgerlichen Interessen anging.

Und gerade aus der geschlossenen Einheit seines Wesens erwuchs ihm der tragische Zwiespalt, worin er untergegangen ist. Wie seine Klasse, so schwankte er, eben weil er ihr klassischer Typus war, zwischen dem Einerseits — Andererseits, das alle kleinbürgerliche Politik kennzeichnet. Nicht mit Unrecht spricht ein reaktionärer Historiker von Blums Virtuosität, die Unruhe zu wollen, aber die Ruhe zu predigen. Und er selbst kannte sein Verhängnis. Als nach dem berüchtigten Blutbad, das im Herbst 1845 unter der Leipziger Bevölkerung angerichtet wurde, die ganze Stadt vor zorniger Entrüstung bebte und den städtischen Behörden die Zügel entglitten waren, setzte Blum durch sein Ansehen bei den erregten Massen den Entschluß durch, nur auf dem Boden des Gesetzes die Sühne für das vergossene Blut zu verlangen, wo sie natürlich nie erlangt worden ist. Er selbst aber schrieb über seine Rede, die wirkungsvollste, die er je gehalten hat, an Johann Jacoby: „Wohl kann ich mit Schillers Jungfrau sagen: ach, es war nicht meine Wahl, daß ich ein miserables Piano anstimmte, wo Zeit und Umstände, Hoffnungen und Aussichten, Gegenwart und Zukunft ein Fortissimo gebieterisch forderten."

So auch fielen ihm die Lose in der Paulskirche. Die Reden, die er dort gehalten hat, sind heute nicht mehr genießbar: „Kannegießerei in erhabenem

Stile", wie die „Neue Rheinische Zeitung" einmal schrieb. Aber Blum vergaß über dem parlamentarischen Mandat nicht seine demokratischen Überzeugungen, wie so viele andere, die er selbst kennzeichnete als „Lumpen, die jahrzehntelang als entschieden und freisinnig galten und jetzt Rückschrittsmenschen" geworden seien; „ein Wackrer, kein Verräter", wie ihm Freiligrath in die frische Gruft nachsang. Seine Schicksalsstunde schlug erst, als die deutsche Nationalversammlung in den Septembertagen von 1848 zum ersten und zum letzten Male vor eine historische Entscheidung gestellt wurde, als die schleswig-holsteinische Frage ihr die unabweisbare Wahl auferlegte, ob sie ihre Souveränetät auch gegen die Fürsten aufrecht erhalten oder sich wieder unter das fürstliche Joch beugen wolle. Nach einem ohnmächtigen Versuch des Widerstandes, der ihre schließliche Niederlage nur um so schmählicher machte, fiel sie um, und Robert Blum stolperte nun auch über das Einerseits — Andererseits. In der „Reichstagszeitung", die er herausgab, schalt er auf „die Verräter an der Sache des Volkes", die dem „Volkswillen den blutigsten Schimpf angetan" hätten, jedoch als nun Tausende nach Frankfurt zusammenströmten, zum Kampfe entschlossen, mit der Forderung an die Linke, sich als Konvent aufzutun und die Revolution durch eine zweite Revolution zu retten, da predigte Blum abermals den friedlichen, gesetzlichen, parlamentarischen Weg.

Und wieder empfand er, wie einst in den Leipziger Schreckenstagen, „schiefer Stellung volle Qual", um mit dem Dichter zu sprechen. An seine Gattin schrieb er: „Nie bin ich so lebens- und wirkensmüde gewesen wie jetzt; wäre es nicht eine Schande, sich im Unglück von den Kampfgenossen zu trennen, ich würde zusammenraffen, was ich allenfalls habe, und entweder auswandern oder mir in irgend einem friedlichen stillen Tale des südlichen Deutschland eine Mühle oder dergleichen kaufen und nie wieder in die Welt zurückkehren, sondern teilnahmlos aus der Ferne ihr Treiben betrachten." In dieser Stimmung drängte Blum sich dazu, als Vertreter seiner Fraktion an die Wiener Revolution gesandt zu werden, die im Oktober ausgebrochen war. Hier hat er tapfer auf den Wällen der Stadt gekämpft, um sie gegen den Bluthund Windischgrätz zu verteidigen. Als dann die Stadt erobert war, wurde Blum verhaftet, und es war wie eine Quittung über die Fehler und Irrtümer seines politischen Lebens, daß die feigen Mörder des Standrechtes das parlamentarische Mandat, das ihn gesetzlich vor jeder Gewalttat schützte, als wertlosen Wisch straflos auf den Kehrichthaufen werfen konnten. Danach blieb nun für Robert Blum, was sein Eigenstes war; in aufrechter und stolzer Haltung, von dem sein Abschiedsgruß an sein Weib ergreifendes Zeugnis ablegt, ist er den Märtyrertod gestorben.

In allem war er der klassische Typus seiner Klasse, nur in seinem Tode nicht, der den unlöslichen Zwiespalt, worin das Kleinbürgertum elend und ruhmlos untergeht, zu tragischer Würde erhob. Der Tod Robert Blums ist sein Anspruch auf die Unsterblichkeit, den auch diejenigen achten werden, denen sein politisches Wirken längst kein Vorbild mehr sein kann. So lebt sein Gedächtnis in dem Proletariat fort, dem er nicht durch sein Leben, sondern durch seine Geburt und seinen Tod angehört.

Die Engländer in Ägypten.

Von **Theodor Rothstein.**

„Es ist das übereinstimmende Urteil aller Sachkenner, Nichtsozialisten oder Sozialisten, daß Österreich in Bosnien und Herzegowina, England in Ägypten, ebenso wie Frankreich in Tunis wirkliche Kulturarbeit geleistet haben, die dem Wohlstand der Bevölkerung jener Landesteile sehr zugute gekommen ist. Was speziell Ägypten betrifft, so ist heute der vordem so gedrückte Fellah vom Frondienst befreit, sein Grundzins ist ermäßigt, und eine geordnete, von orientalischer Willkür und Korruption freie Verwaltung hat, ohne die Finanzen des Landes zu erschöpfen, Kulturwerke wie das Stauwerk zu Assuan erstehen lassen, welche Pest und Fieber verbreitende Sumpfgebiete in fruchtbares Land verwandelt haben. Bildet sich jemand ein, daß die Paschaherrschaft das zustande gebracht hätte?"

So schrieb zur Rechtfertigung seiner Theorie des Vormundschaftsrechtes der Kultur- über die Nichtkulturvölker im „Vorwärts" vom 4. Oktober Genosse Eduard Bernstein. Mit den Leistungen der Österreicher in Bosnien und Herzegowina wie mit denen der Franzosen in Tunis bin ich nicht bekannt. Zufälligerweise aber habe ich das Werk der Engländer in Ägypten ganz genau studiert und kann daher gegenüber den Behauptungen Bernsteins manches vorbringen, das vielleicht nicht vollkommen mit dem „Urteil aller Sachkenner", auf die sich Bernstein beruft, zusammenfällt. Da zumal die Leistungen der Engländer in Ägypten nicht nur bei Bernstein, der augenscheinlich nur das von anderen Gesagte wiederholt, sondern überall in der bürgerlichen Welt und in England speziell als das Muster dessen gelten, was von einem Kulturvolk auf dem Gebiet der friedlichen Kolonisationspolitik geleistet werden kann, so werden unsere Ausführungen zu derselben Zeit auch dazu dienen, die Legende von dem Segen einer derartigen Politik zu zerstreuen.

Zunächst muß man genau die Grenzen dessen feststellen, was die Engländer eigentlich geleistet haben. Dies ist um so mehr notwendig, da darüber, wie auch aus Bernsteins Ausführungen zu sehen ist, die überschwenglichsten Begriffe herrschen. So spricht zum Beispiel Bernstein von der Befreiung der Fellahs vom Frondienst. Es wird den Leser gewiß wundern, zu hören, daß dies eine vollständige Phantasie ist. Jahrein jahraus, wie es in den offiziellen Berichten des Lord Cromer zu lesen ist, werden Tausende und aber Tausende Fellahs zum Frondienst auf dem Nil gezwungen — 11244 im Jahre 1903, 15439 in 1900, 7388 in 1899, 19405 in 1898 usw. —, immer pro 100 Tage gerechnet. Freilich war unter den Paschas das Quantum der von den Fellahs geleisteten Frondienste weit größer. Daran aber trugen mehr die ökonomischen Verhältnisse als die Paschas schuld, da Ägypten damals noch ziemlich tief in der Naturalwirtschaft steckte, die natürlich auch Naturalabgaben und Naturaldienste mit sich brachte. Bemerkenswert aber ist, daß bereits damals viele Paschas alles mögliche taten, um das Übel zu lindern,[1] während die zivilisierten Europäer es verteidigten, ja benutzten. Man lese die aus jener Zeit stammenden Berichte der englischen Konsuln, um zu sehen, wie gerne die Notwendigkeit der Fronarbeit damals anerkannt wurde.[2] Andererseits genügt es,

[1] Siehe zum Beispiel Mac Coan, „Egypt as it is", 1877, S. 117.

[2] So schrieb der englische Konsul in Alexandria in 1871: „Wenn man betrachtet, daß die Erhaltung der Kanäle auf der notwendigen Höhe ein großes Desideratum hier ist, ohne

daran zu erinnern, daß gleich nach seiner Thronbesteigung der vielverleumdete Ismail Pascha jene Klausel in dem Vertrag mit der Suezgesellschaft kündigte, nach der die ägyptische Regierung monatlich 20000 Fronarbeiter für die Erbauung des Kanals zu stellen hatte, welche Kündigung nach dem christlichen Schiedsspruch des christlichen Kaisers Napoleon III. Ismail Pascha mit mehr als anderthalb Millionen Pfund Sterling als Schadenersatz zu bezahlen hatte,[1] eine ganz bedeutende Summe sogar im Vergleich mit den 400000 Pfund Sterling, die nach seiner Angabe Lord Cromer durch sein teilweises Aufgeben der Frondienste jährlich opferte. Weit entfernt also, daß die Engländer die Abschaffung der Frondienste vollzogen haben, waren ihnen in dieser Hinsicht manchmal die Paschas selbst voraus gewesen, wozu noch kommt, daß durch die seitdem stark entwickelte Geldwirtschaft und die Vollendung der meisten großen öffentlichen Werke den Engländern die Möglichkeit geboten wurde, das Fronsystem im ganzen abzuschaffen, welche Möglichkeit sie aber nicht ausgenutzt haben.

Etwas Ähnliches gilt von der durch Bernstein hervorgehobenen Ermäßigung des Grundzinses. Zwar ist es richtig, daß zwischen 1883 und 1902 die Landsteuerlast um mehr als eine Million Pfund Sterling jährlich vermindert wurde; allein es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die Fellahs diese ganze Summe sparten. Den größten Teil dieser Summe zahlten die Fellahs auch unter den Paschas nicht, und er figurierte bloß auf dem Papier, als „Rückstand".[2] Die ganze Erpressungskunst der Steuereinnehmer der Paschas vermochte niemals den Landzins in vollem Maße einzubringen, und es war keine allzu kostspielige Reform des Lord Cromer, ihn auf so und so viel Prozent herabzusetzen, wie auch den Fellahs die ungeheuren Rückstände als Geschenk zu präsentieren. Das war eine ganz hübsche Papierreform, von der aber die Geldtaschen der Fellahs nichts merkten.

Noch eigentümlicher steht es mit jenen Kulturwerken, wie der Damm von Assuan, von dem Bernstein fragt, ob sich jemand einbilden kann, daß die Paschaherrschaft etwas derartiges würde zustande gebracht haben. Wir versichern den Genossen Bernstein, daß man, um sich so etwas „einzubilden", gar keiner besonderen Einbildungskraft bedarf, nur bloß etwas Bekanntschaft mit der Geschichte Ägyptens. Wurde doch zwischen 1813 und 1880 die bebaute Fläche Ägyptens von 2904970 auf 4769006 Acres vergrößert[3] — oder soll das ohne Mühe und Kulturarbeit geschehen sein? Zwar sind seitdem noch weitere zwei Millionen Acres von „Fieber und Pest verbreitenden Sumpfgebieten in fruchtbares Land" umgewandelt worden; allein nur das totale Verkennen der Verhältnisse kann diesen relativ größeren Fortschritt der Überlegenheit der englischen Herrschaft zuschreiben. Die Paschas haben das Pionierwerk verrichtet, die Engländer aber bauten auf einer bereits fertigen Grundlage. Das ganze jetzt bestehende Kanalsystem wie auch die mit Millionen von Bäumen bepflanzten Gebiete stammen aus der Zeit des Mehemed Ali und Said Pascha, und die großen Hafenanlagen in Alexandria, das Eisenbahn- und Telegraphennetz, der Suezkanal und der große Ibrahimiehkanal wurden von Said und

---

die das Land eine Wüste würde, so scheint es mir keine Ungerechtigkeit zu sein, daß alle gezwungen werden sollen, ihren Teil zu dem, was für das Wohl des Landes so unumgänglich ist, beizutragen."

[1] Mac Coan, l. c., S. 89.

[2] Daselbst, l. c., S. 25 f.

[3] Artur Herz, „La propriété foncière en Egypte", S. 325.

Ismail Pascha erbaut. Sogar das gewaltige „Barrage“, der Nildamm im Delta, wurde bereits von Said Pascha erbaut, nur funktionierte er infolge der mangelhaften technischen Kenntnisse der damaligen französischen Ingenieure sehr schlecht.[1] Man kann sagen, der Assuandamm ist das einzige bedeutende Werk, das die Engländer auf diesem Gebiet geleistet haben — ein großes Werk ohne Zweifel, aber keineswegs so groß, daß man die Frage stellen könnte, ob die Paschas so etwas zustande gebracht hätten. Die Paschas haben viel Größeres geschaffen, und ohne sie wäre Ägypten niemals das, was es jetzt ist.

Daraus ist zu ersehen, daß nicht alles, was Genosse Bernstein den Engländern zuschreibt, wirklich von ihnen geleistet wurde. Manches haben auch die Paschas geschaffen, und vieles haben die Engländer selbst nicht zustande gebracht. Doch wäre es Unsinn, zu bestreiten, daß im großen und ganzen Ägypten unter der englischen Herrschaft große materielle Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Bevölkerung hat sich beinahe verdoppelt, der Außenhandel ist von 20,6 in 1884 auf 36,2 Millionen Pfund Sterling in 1903 gestiegen, die allgemeine Steuerlast ist von 21 Mark pro Kopf in 1882 auf 16 Mark in 1902 gesunken, die Staatseinnahmen sind in demselben Zwischenraum von 9 auf 11 Millionen Pfund Sterling gewachsen, dabei gibt es schon seit 1889 immer steigende Überschüsse (bereits in 1895 von mehr als 1 Million Pfund), die es ermöglichen, nicht nur die Staatsschulden zu zahlen, sondern auch beträchtliche Summen für öffentliche Zwecke zu verwenden. Kurz, Ägypten ist jetzt ein ziemlich wohlhabendes und anscheinend gut regiertes Land — was dem Genossen Bernstein und den englischen Imperialisten Anlaß gibt, die englische Kolonialpolitik zu preisen und in ihr einen großen Kulturfaktor zu erblicken.

Der günstige Eindruck, den man von der englischen Wirtschaft in Ägypten bekommt, wird noch dadurch gesteigert, daß der äußerliche Zustand Ägyptens zur Zeit, als England die Herrschaft dort übernahm, wirklich ein sehr trauriger war. Die ägyptischen Finanzen waren nämlich völlig zerrüttet und das Land befand sich am Rande des Bankrotts. Ägypten war damals mit einem Regenten, dem berühmten Ismail Pascha, gesegnet, der das Unglück hatte, in Paris erzogen worden zu sein und dort von einem wahnwitzigen Ehrgeiz erfüllt zu werden, sein Land und seinen Hof zu „europäisieren“ (wie das damals unter Napoleon III. zu verstehen war). Millionen und aber Millionen wurden von ihm auf öffentliche und private Bauten verschwendet, ebensoviel wurden auf Festlichkeiten, Auslandsreisen, Einrichtung von Theatern, für Frauen und sonstige „fürstliche“ Vergnügen ausgegeben, und endlich wurde das Ziel erreicht. Ismail Pascha wurde von der ganzen Welt als einer der glänzendsten Fürsten anerkannt, und sein Genie, sein Hof, sein Koch, sein Wein, sein Volk und sein Land wurden in allen Sprachen als bedeutend gepriesen. Eins nur war schlimm. Das alles kostete viel Geld, und da das Geld nicht wie das Manna vom Himmel fällt, so geriet Ismail Pascha in die Hände der

[1] Vergleiche darüber Mac Coan, De Leon („The Khedive's Egypt“, 1887), Eyth, „Wanderbuch eines Ingenieurs“, 1871, überhaupt alle Schriftsteller vor 1882. Siehe auch „Report on the condition of the agricultural population of Egypt“, 1888. Der bereits zitierte Konsul aus Alexandria sagt: „Es gibt jetzt in Ägypten 5450000 Acres kultiviertes Land im Vergleich mit den 4 Millionen in 1867. ... Diese Vermehrung verdankt das Land der vollständigen Irrigation und neuen Kanälen.“ Mehemed Ali hat selbst 3 Millionen Bäume gepflanzt.

Finanzleute, die es gut verstanden, ihm mit Anleihen zu wucherischen Zinsen auszuhelfen. Das Ende des Liedes war, daß die Staatsschulden, die zur Zeit von Ismails Thronbesteigung bloß 3¼ Millionen Pfund Sterling ausmachten, binnen einer kurzen Zeit von elf Jahren, nämlich von 1864 bis 1875, auf die ungeheure Summe von beinahe 70 Millionen Pfund angewachsen waren und das ganze Finanzwesen des Staates in einen schrecklichen Wirrwarr geriet. Vergebens wurden die Fellahs wieder und wieder bis aufs Blut gepreßt: vergebens wurde auch aus England ein Finanzratgeber geholt; sogar die Zinsen konnten nicht mehr gezahlt werden, und endlich wurde von den Gläubigern eine Finanzkontrollkommission eingesetzt.

Eben diese völlige Zerrüttung der Staatswirtschaft unter Ismail Pascha ist es, was den Leistungen der Engländer einen besonderen Glanz verleiht. „Es wäre schwer zu überschätzen", schrieb einst Lord Cromer,[1] der englische Statthalter in Ägypten, „welche Katastrophe nicht nur die Gläubiger, sondern auch die Bevölkerung Ägyptens getroffen hätte, wenn dem früheren Regime noch einige Jahre länger Existenz gegönnt worden wäre.... Ich stehe nicht an, zu behaupten, daß ohne diese Änderung (das heißt ‚die Schaffung einer zivilisierten statt einer ausbeuterischen und halb barbarischen Verwaltungspolitik') der ägyptische Staat schon lange bankrott wäre und die Lage des Volkes sich äußerst traurig gestaltet hätte." Wie kann man also bestreiten, daß die englische Herrschaft in Ägypten „dem Wohlstand der Bevölkerung sehr zugute gekommen ist"?

Sehen wir aber näher zu.

Zuerst: Ist es wirklich wahr, daß die Lage Ägyptens unter Ismails Herrschaft so hoffnungslos war, wie es Lord Cromer und nach ihm Bernstein und andere darzustellen pflegen? Wir „stehen nicht an, zu behaupten", daß das eine unsinnige Legende ist. Gegenüber den vorher angeführten Ziffern mag darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Bevölkerung, die in 1846 4½ Millionen betrug, auf 5½ Millionen in 1877 gestiegen war;[2] daß die Getreide- und Obsternte, die in 1834 bloß 3½ Ardebs (Ardeb = 2 Hektoliter) betrug, im Jahre 1875 26½ Millionen Ardebs ausmachte,[3] daß der Außenhandel von 3,6 Millionen Pfund Sterling in 1849/50 auf 18,3 Millionen Pfund Sterling in 1875 stieg, daß speziell die Baumwollausfuhr in diesem Zeitraum von 300000 auf 2½ Millionen Quintal angewachsen war, daß die Staatseinnahmen von 3,3 Millionen in 1830 auf mehr als 9 Millionen Pfund Sterling in 1876 stiegen usw.[4] Man sieht, Ägypten war in rascher ökonomischer Entwicklung begriffen und keineswegs das rohe, barbarische Land wie etwa Marokko oder Korea, wie man sich's gewöhnlich vorstellt. Freilich brachte die Ismailsche Mißwirtschaft einen störenden Faktor in diese Entwicklung. Bereits bemerkte aber der oben erwähnte englische Finanzrat Mr. Cave in seinem Bericht, daß darin nichts Außergewöhnliches zu erblicken ist: Ägypten, sagte er, leide unter „den hastigen und unbesonnenen Bemühungen, die Zivilisation des Westens zu assimilieren", und das sei „eine Krankheit, die es mit anderen neuen Ländern teilt". Und er führt die Beispiele der Vereinigten Staaten und Kanadas an und fügt hinzu: „Wahrscheinlich ähnelt nichts, was

[1] In seinem Bericht für das Jahr 1898, S. 11.
[2] „Essaide Hetistique", Kairo 1879 (offizielle Ausgabe).
[3] Mac Coan, S. 194.
[4] Mr. Caves „Report", 1876, passim.

Digitized by Google

irgendwann in Ägypten passiert ist, der ruchlosen Verschwendung, die den Beginn des Eisenbahnbaues in England begleitete."[1] Womit gemeint ist, daß die Ismailsche Mißwirtschaft keineswegs eine „orientalische", sondern eine allgemein-kapitalistische sei und daß eigentlich alles davon abhängt, ob das Land genügende Widerstandskraft besitze, die zeitweiligen Mißstände zu überleben. Daran aber hatte im gegebenen Falle Cave keine Zweifel. Auf Grund detaillierter Berechnungen sagt er: „Aus diesen Tatsachen kann man sehen, daß die materiellen Mittel Ägyptens, wenn ordentlich benutzt, ausreichen, um seine Verbindlichkeiten zu decken. ... Die jährliche Belastung des ägyptischen Volkes ist schwer und ist im Wachsen begriffen; die Möglichkeit aber, sie zu tragen, das heißt der Reichtum des Landes, ist, wie die Ausfuhrziffern zeigen, noch viel mehr gewachsen. ... Also ist Ägypten vollkommen imstande, seine jetzige Schuldenlast zu tragen, wenn die Zinsen auf eine normale Rate herabgesetzt werden; es ist bloß nicht imstande, die weitere stete Erneuerung seiner Schulden zu 25 Prozent fortzusetzen und neue Anleihen zu 12 oder 13 Prozent aufzunehmen.[2]

So schilderte die Sachlage ein hoher Beamter aus dem englischen Finanzministerium zur Zeit, als es noch nicht im Interesse Englands lag, die Wahrheit zu verdrehen. Erst später, als es darauf ankam, die gewaltsame Unterdrückung der Unabhängigkeit Ägyptens zu rechtfertigen, wurde die Legende von seinem hilflosen Zustand in Kurs gesetzt und von den Verfechtern der Kolonialpolitik emsig propagiert.

Nun aber wird man sagen, die Beseitigung der Mißstände sei doch auch eine Kulturtat gewesen, zu der das ägyptische Volk gar nicht fähig war. Lord Cromer bemerkte ganz richtig, daß Ägypten, wenn das Ismailsche Regime noch einige Jahre weiter existierte, von einer schrecklichen Katastrophe befallen worden wäre. Wie konnte man aber von einer so berüchtigten Paschawirtschaft, wie sie unter Ismail herrschte, erwarten, daß sie sich von selbst bessere? Das klingt ganz plausibel, steht aber mit den historischen Tatsachen in vollem Widerspruch. Nicht nur besaß Ägypten die materiellen Mittel, die Krise zu überleben, es war zu jener Zeit bereits auch geistig gewachsen, die Übelstände mit der Wurzel auszurotten. Noch ehe Ismail Pascha von den Mächten beseitigt wurde, entstand unter den gebildeten Klassen Ägyptens eine konstitutionelle und Reformbewegung, die auf die Entthronung Ismails und die Einführung einer Konstitution hinarbeitete und die binnen einer kurzen Zeit so viel Macht erwarb, daß der Khedive selbst vor Schrecken sich gezwungen sah, ihnen die Berufung einer Versammlung der Notabeln zu versprechen. Und als kurz nachher Ismail von den Mächten abgesetzt wurde und sein Sohn Tewfik Pascha den Thron bestieg, führten die Konstitutionalisten ihre Agitation mit verdoppelter Energie weiter, bis es ihnen durch eine militärische Aktion unter Arabi gelang, dem Khedive und seinen europäischen Hintermännern eine wirkliche Konstitution abzuringen. „Die drei Monate, die darauf folgten", schreibt ein Augenzeuge,[3] „waren politisch die glücklichsten, die Ägypter irgendwann durchlebt hatten. Ich bin froh, das Glück gehabt zu haben, es mit meinen

[1] Cave, S. 1 bis 2.

[2] Daselbst, S. 37; siehe auch Mac Coan, S. 90 und 174; De Leon, Kapitel XIX.

[3] Wilfrid Scowin Blunt, „Secret History of the English Occupation of Egypt", 1907, S. 152. Dieses merkwürdige Buch gibt auch volle Auskunft über die konstitutionelle Bewegung.

Augen gesehen zu haben, sonst hätte ich niemals so etwas geglaubt. Es war so unähnlich allem dem, was ich vorher gesehen habe oder in der Zukunft irgendwann zu sehen hoffen kann. ... Durch ganz Ägypten erscholl ein Jubelgeschrei, wie es seit Hunderten von Jahren am Nil nicht gehört war, und es ist buchstäblich wahr, daß in den Straßen von Kairo Leute, die einander Fremde waren, stehen blieben, einander küßten und umarmten und sich freuten über das wunderbare neue Reich der Freiheit, das für sie, gleich der Morgenröte nach einer langen Nacht der Furcht, aufgedämmert war." Das liest sich wie ein Bild aus den herrlichen Oktobertagen in Rußland — und da stellt man die Frage, ob das ägyptische Volk ohne die Engländer ausgekommen wäre! Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Engländer aus Furcht, die Vertreter der Nation würden die von den Wucherern aufgedrängten und von einem unverantwortlichen Regenten auf die Schulter des Volkes abgewälzten Staatsschulden zurückweisen, die Konstitution unterdrückten und die erste, von ihnen selbst inszenierte Gelegenheit benutzten, um ihre fremde Herrschaft an Stelle der nationalen zu setzen.[1] Und das nennt man koloniale Kulturarbeit!

Daher unterliegt es keinem Zweifel, daß das ägyptische Volk auch ohne englische „Vormundschaft" ganz gut vorwärts gekommen wäre, um so mehr, als Lord Cromer keine solchen Wundermittel zur Wiederherstellung der ägyptischen Prosperität benutzte, die nicht auch von einer anderen Regierung in demselben Maße angewendet werden konnten. Tatsächlich verdankt er den Erfolg seiner Verwaltung hauptsächlich dem Umstand, daß der von den früheren Khediven gegründete und mit allen Mitteln — durch Bewässerungsanlagen, Maschineneinfuhr, Musterwirtschaften und dergleichen — gepflegte und gehobene Baumwollenanbau erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zur vollen Blüte kam. Überhaupt muß man in Betracht ziehen, daß die zehn Jahre 1875 bis 1885 eine Periode wirtschaftlicher Krise bildeten, die speziell in Ägypten die von Ismail Pascha geschaffenen Mißstände noch steigerte und sie nach außen noch schlimmer aussehen ließ, als sie in Wirklichkeit waren. Die Baumwollen-, Weizen-, Zuckerpreise — also die Preise der wichtigsten Artikel der ägyptischen Ausfuhr — sanken von Jahr zu Jahr in solcher Weise, daß auch ohne Ismail Pascha Ägypten damals schlecht abgeschnitten hätte.[2] Demgemäß konnte auch Lord Cromer, als er 1883 nach Ägypten kam, zunächst nichts machen und war gezwungen, die ungeheuren Defizite, mit denen er jedes Jahr das Budget schloß, mit Berufung eben auf diese Krise zu entschuldigen.[3] Erst mit der letzten Hälfte der achtziger Jahre kam die Prosperität zurück, und von da ab konnte Lord Cromer mit voller Hand einheimsen, was von anderen gesät worden war. Der Fellah wurde mit jedem Jahr wohlhabender (soweit man im Zusammenhang mit diesem armseligen Bauernstand überhaupt von Wohlhabenheit sprechen kann), er zahlte seine Schulden an den Dorfwucherer und seine Steuern an die Regierung, er verzehrte mehr an Verbrauchsartikeln, kurz, es entstanden jene Bedingungen, die auch eine andere Regierung, als die des Lord Cromer, der speziell für die Interessen der Gläubiger zu sorgen hatte, auszunutzen verstanden hätte. Das einzige, was Lord Cromer dabei aus eigener Initiative tat, war, daß er die

[1] Blunt, l. c. S. 309 und folgende, auch Appendix II.

[2] Report on the Financial condition of Egypt (1884) Nr. 28; Report on the condition of the agriculture population, 1886. Mac Coan, S. 164.

[3] Cromers Bericht für 1905, S. 3.

Digitized by Google

Baumwolleindustrie noch mehr forcierte, so daß er selbst zuletzt anerkennen mußte, daß Ägypten zu viel von einem einzigen Artikel abhänge.[1] Im Jahre 1880 betrug die Baumwollenernte erst $2^1/_4$ Millionen Kantar (1 Kantar = 99 englische Pfund), in 1905 aber mehr als 6 Millionen Kantar. Dagegen wuchs die Einfuhr der Nahrungsmittel, speziell von Korn, von 5 Millionen Kilogramm durchschnittlich in den Jahren 1881 bis 1892 auf 21,4 Millionen in 1894 und 70 Millionen in 1896.[2] In 1905 betrug die Einfuhr von Getreide und Mehl beinahe 200 Millionen Kilogramm, womit ein Zustand gekennzeichnet ist, der für die Finanzen vielleicht momentan sehr vorteilhaft ist, nicht aber für die ökonomische Entwicklung des Landes, das bei einer schlechten Baumwollenernte oder bei einem Sturze der Baumwollenpreise ruiniert werden kann.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir die angeblichen großen Leistungen der Engländer nach allen Richtungen hin prüfen. Das oben Angeführte mag genügen, um zu zeigen, daß sie mehr dem Glück als dem Geschick ihren Erfolg verdanken, — dem Glück nämlich, daß sie die Verwaltung des Landes zu einer Zeit übernahmen, als es am Vorabend eines von den früheren Paschas vorbereiteten wirtschaftlichen Aufblühens sich befand. Freilich, schon das Verständnis für diese Gelegenheiten, die die Umstände ihnen boten, bezeugt die Intelligenz der Engländer; diese soll ihnen auch nicht abgesprochen werden. Allein nicht deshalb werden sie gerühmt, weil sie, als Vertreter der internationalen Staatsgläubiger, richtig verstanden, daß die finanzielle Zahlungsfähigkeit Ägyptens von seinem allgemeinen Wohlstand abhängt, sondern deshalb, weil sie diesen Wohlstand angeblich geschaffen haben. Wir aber sehen, daß dem nicht so ist. Das Hauptsächliche, das sie geleistet haben, bestand darin, daß sie die Willkürherrschaft des Ismail Pascha beseitigten und an ihre Stelle eine „ordentliche" Verwaltung setzten, womit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes der Weg geebnet wurde. Das ägyptische Volk aber war schon selbst im Begriffe, dasselbe zu tun, und machte auch tatsächlich die ersten Schritte dazu. Wo bleiben dann die großen Kolonialleistungen der Engländer, die so viel gepriesen sind? Ein Wort, ein Hauch, und praeterea nihil.

Eigentlich könnten wir hier unsere flüchtigen Bemerkungen schließen, hätte nicht Genosse Bernstein, außer den materiellen, auch die moralischen Vorteile der englischen Herrschaft in Ägypten berührt. Er spricht von einer „geordneten, von orientalischer Willkür und Korruption freien Verwaltung", die die Engländer dem ägyptischen Volke gegeben haben. Ist Genosse Bernstein seiner Behauptungen sicher? Was Willkür angehört, so genügt es, an die schauderhafte Tragödie von Denschawai zu erinnern, die sich vor einem Jahre abspielte. Eine Partie englischer Offiziere ging eines schönen Morgens nach dem Dorf Denschawai, sich ein wenig zu amüsieren. Sie sahen eine Menge Tauben, die den Dorfeinwohnern gehörten, und begannen auf sie zu schießen. Die Einwohner protestierten, der Dorfvorstand erklärte, daß ihr Verfahren ungesetzlich sei, und forderte sie auf, sich zurückzuziehen. Die Offiziere aber lachten und wollten ihren Sport weiter fortsetzen. Es entstand ein Tumult, während dessen die Flinte eines der Offiziere losging und eine Dorffrau getroffen wurde. Erst jetzt wurden die Bauern wild. Sie griffen die Offiziere an, die Offiziere

[1] Cromer, 1905, S. 21.

[2] Daselbst, 1896, S. 7.

flüchteten, und einer von ihnen, von der Hitze überwältigt, fiel und starb kurz nachher. Die „Meuterer“ wurden verhaftet, vor ein spezielles Gericht geschleppt, und obwohl das Gericht den Tatbestand ebenso feststellte, wie wir ihn hier erzählt haben, wurden vier Bauern zum Tode und sechs zum Durchpeitschen verurteilt! Die Hinrichtung fand am hellen Tage und in der Anwesenheit Hunderter von Männern und Frauen statt, die man zu diesem Zwecke zusammengetrieben hatte. Einer der „Verbrecher“ wurde gehängt, und während sein Leichnam noch zappelte, wurden zwei andere gepeitscht. Nachher hing man einen zweiten und noch andere zwei wurden durchgepeitscht usw. „Und die Weiber“, meldet die Reutersche Depesche, ganz wie es in dem Werthschen Gedichte von den „Hundert Männern aus Hauswell“ steht, „sahen zu und weinten jämmerlich.“[1] Wie nennt man diese Art „Gerechtigkeit“ — orientalische Willkür, oder sonst was?

Und Korruption! Freilich war es Lord Cromers gesundes Prinzip, keine Spekulationen der Finanzmänner zu erlauben, damit die alten Staatsgläubiger in ihren Interessen nicht geschädigt würden. Allein was in der täglichen Arbeit der Verwaltung vorkommt, davon pfeifen die Spatzen von allen Dächern Kairos. Gerade vor ein paar Wochen wurde in der Hafen- und Leuchtturmkommission ein großer Bestechungsskandal aufgedeckt, der jetzt den Gegenstand einer Untersuchung bildet. Sollte die Regierung die Sache nicht unterdrücken, so werden wir ein kleines Panama erleben. Die Tatsache ist, daß der König Bakschisch (Trinkgeld) noch immer in Ägypten herrscht, wie überall, wo eine unverantwortliche Regierung besteht. Für bares Geld bekommt man dort alles, Wasser aus dem Nil wie Feuer, Regierungsstellen wie Regierungsgnaden.[2] Zu demselben Kapitel gehört auch die Preßkorruption, die die Regierung selbst ausübt, indem sie drei Tagesblätter bezahlt, damit sie die nationalen Bestrebungen der Ägypter bekämpfen und für die Interessen der britischen Okkupation eintreten. Auch Reuters Telegraphenagentur bekommt eine Subvention, die natürlich nicht ohne Dank quittiert wird.

Eins aber ist richtig. Es könnte noch schlimmer sein. Trotz alledem gibt es doch in Ägypten eine Preßfreiheit, Freiheit der Versammlung, der Bewegung usw. Allein nicht der englischen Liberalität hat Ägypten diese Vorteile zu verdanken. Ägypten ist nämlich keine Kolonie Englands, sondern ein Teil des türkischen Reiches, der nur „zeitweilig“ von den Engländern okkupiert ist. Dieser Umstand hat nicht bloß eine theoretische Wichtigkeit, denn als ein Teil des türkischen Reiches wird Ägypten auf Grund der sogenannten Kapitulationen verwaltet, die den europäischen Mächten exterritoriale Rechte einräumen. Daher können die Engländer nicht ganz so selbstherrscherisch walten, wie sie es gern möchten, und das kommt dem ägyptischen Volke zugute. Man kann mit Sicherheit sagen, daß ohne diese Kapitulationen es Ägypten so schlecht ergangen wäre wie Indien. Selbst mit den Kapitulationen gelingt es England, eine große Anglifizierungspolitik zu treiben, die mit den Vorrechten der anderen Mächte kaum vereinbar ist. In den Schulen wird die arabische Sprache

[1] „The women wailed dismoll, as the lash was applied and the prisoners were hanged.“ Siehe „Times“ vom 29. Juni 1906.

[2] „Daily Telegraph“ vom 19. Oktober 1907 zitiert aus der offiziösen „Egyptian Gazette“: „Lawlessness, we are told by many of our provincial readers, almost reigns supreme, and officialdom, it is alleged, is becoming a hotbed of corruption and bribery.“

durch die englische immer mehr und mehr verdrängt, die Lehrerstellen werden in immer größerem Umfange von Engländern, und dazu von solchen mit einer spezifisch-assimilatorischen und imperialistischen Gesinnung, besetzt, und die Verwaltungsposten werden nur an diejenigen verliehen, die die englische Sprache vollkommen beherrschen. Lord Cromer aber selbst, wie auch die meisten anderen „Ratgeber“ des Khedives, haben niemals auch eine Silbe Arabisch gelernt.

So steht es mit der Kulturtätigkeit der Engländer in Ägypten. Eine dreiste Schwindellegende, so kann man sie kennzeichnen. Und Genosse Bernstein führt sie als ein gutes Beispiel der von ihm befürworteten „Vormundschaft“ der Kultur- über die Nichtkulturvölker an! Welche Voreingenommenheit für bürgerliche Schlagworte spricht daraus! Danach mag man beurteilen, was die Theorie selbst wert ist.

Zur Geschichte des preußischen Dreiklassenwahlsystems.

Von **Paul Hirsch.**

Bei der Beratung der Wahlreform von 1892 pries der nationalliberale Abgeordnete v. Gneist es als einen Vorzug des preußischen Wahlgesetzes, daß es das einzige Wahlgesetz eines europäischen Großstaats sei, welches vierzig Jahre hindurch mit unwesentlichen Änderungen gegolten habe, ein Umstand, der für die Brauchbarkeit dieses Systems spreche. Die Tatsache an sich, daß sich das preußische Dreiklassenwahlsystem seit 1849, jetzt also fast sechzig Jahre, im großen ganzen unverändert erhalten hat, läßt sich nicht bestreiten, aber es ist ein gewagtes Unternehmen, daraus einen Schluß auf seine Brauchbarkeit zu ziehen. Daß es nicht schon längst in die Rumpelkammer geworfen ist, liegt einmal an der Regierung, die von seiner Beseitigung nichts wissen will, sodann an den konservativen Parteien, deren parlamentarischer Einfluß in Preußen gerade in diesem „elendesten aller Wahlsysteme“ wurzelt und die — jedes Gerechtigkeitsgefühls bar — lieber dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen, als daß sie auch nur um Haares Breite ihre Machtstellung aufgeben. Dazu kommt die schwächliche Haltung der bürgerlichen Opposition im Landtag, die zwar Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes ist, sich aber in der Propagierung dieser Forderung bislang äußerst zurückhaltend gezeigt hat. Schließlich hat auch die Sozialdemokratie Jahre hindurch die Bedeutung des preußischen Landtags unterschätzt, und ihr Protest gegen das Dreiklassenwahlsystem bestand einzig und allein in der Stimmenthaltung bei den Landtagswahlen. Wir können heute, wo die Partei längst eine andere Taktik eingeschlagen hat, getrost zugeben, es war ein politischer Fehler, daß wir uns in früheren Jahren nicht um den Landtag gekümmert haben.

Wahlenthaltung ist, wie die Geschichte Preußens lehrt, stets die schwächlichste Art des Protestes. Vorteil von ihr haben nur die Gegner, die mit leichter Mühe die Mandate besetzen. Was war die Folge der Wahlenthaltung, die die Demokratie am 11. Juni 1849 als Protest gegen die Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems beschloß? Die Konservativen erlangten die Mehrheit, es brach die Zeit der finstersten Reaktion herein, eine Periode, die uns die Städteordnung von 1853 und andere volksfeindliche Gesetze beschert hat, Gesetze, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben und der freiheitlichen Betätigung des Volkes große Hindernisse in den Weg legen. Diese Gesetze zu

beseitigen ist naturgemäß weit schwieriger, als sie zu schaffen, und so werden wir denn noch auf lange Zeit hinaus die Folgen dieser „Periode der tiefsten Erniedrigung unseres Vaterlandes“ zu tragen haben.

Es dürfte heute, wo die Forderung der Sozialdemokratie auf Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht von der Reaktion als etwas ganz Unerhörtes, als Utopie bezeichnet wird, nicht überflüssig sein, immer und immer wieder daran zu erinnern, daß die Preußische Nationalversammlung von 1848 aus allgemeinen, gleichen und geheimen, wenn auch indirekten Wahlen hervorgegangen ist. Erst nachdem im April 1849 die Zweite Kammer infolge ihrer Erklärung, daß die Fortdauer des Belagerungszustandes in Berlin ohne Zustimmung der Kammer ungültig sei, aufgelöst war, hob die Regierung auf Grund des sogenannten Notstandsartikels der Verfassung das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf und oktroyierte kurzerhand durch die provisorische Verordnung vom 30. Mai 1849 das Dreiklassenwahlsystem, das laut Artikel 115 der Verfassung bis zum Erlaß des in Artikel 72 vorgesehenen Wahlgesetzes in Kraft bleiben soll.

Bisher hat die preußische Regierung es nicht für nötig befunden, ihren Gewaltakt vom 30. Mai 1849 wieder gut zu machen und das in Artikel 72 verheißene Wahlgesetz vorzulegen. Im Gegenteil, alle ihre „Reformen“ haben den Zweck, das ungesetzliche Dreiklassenwahlsystem zu verewigen und dem Volke die Teilnahme an den parlamentarischen Geschäften zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen.

Der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechtes ist weder durch die Reform von 1892/93 noch durch die von 1906 gemildert worden, man gab sich nicht einmal die Mühe, den offen zutage tretenden Widersinn zu beseitigen. Hatten Regierung und Parlament kein Gefühl dafür, wie sehr sie sich dadurch vor aller Welt blamierten, oder sahen sie in richtiger Erkenntnis der Sachlage davon ab, an einem untauglichen Objekt Versuche vorzunehmen?

Nachdem bereits 1891 die einstweilige Bestimmung getroffen war, daß die Drittelung der Wähler in größeren Orten, die in mehrere Urwahlbezirke zerfallen, nicht mehr nach Orten, sondern nach Urwahlbezirken erfolgen solle, eine Bestimmung, die zu den vielen Schönheiten des Dreiklassenwahlsystems eine neue hinzufügte, kam die Reform von 1892/93, die den Landtag sechs Monate hindurch beschäftigte, ohne daß die Öffentlichkeit den Verhandlungen ein besonderes Interesse entgegenbrachte. Wenn man bedenkt, wie hoch in anderen Ländern gelegentlich einer Wahlreform die politischen Wogen schlagen, daß dagegen in Preußen außer den „Volksvertretern“ und einigen Berufspolitikern kaum ein Mensch sich um die Reform kümmerte, so kann man daraus schließen, welcher Geringschätzung sich das Dreiklassenwahlsystem in den weitesten Kreisen erfreute. Es war den ohnehin schon Entrechteten — und dazu gehört in Preußen nicht nur die Arbeiterklasse in engerem Sinne — ziemlich gleichgültig, ob man dem verschossenen Gewand ein paar Flicken aufsetzte oder nicht; Staat konnte man damit doch nicht mehr machen.

Der Regierungsentwurf von 1892 schlug die Zwölftelung statt der Drittelung vor, das heißt es sollten auf die erste Wählerklasse fünf Zwölftel, auf die zweite vier Zwölftel und auf die dritte drei Zwölftel des Steuersolls kommen. Dadurch wäre der plutokratische Charakter des Wahlsystems etwas, wenn auch nicht viel, gemindert worden. Ferner sollten der Berechnung des Steuersolls nicht nur die staatlichen, sondern auch die Gemeindesteuern zugrunde

Digitized by Google

gelegt und da, wo keine Gemeindesteuern bezahlt werden, an deren Stelle die staatlich veranlagte, wenn auch nicht mehr erhobene Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer angerechnet werden. Das war ein Geschenk an die ostelbischen Junker, denen die erlassene Grundsteuer auf ihr Wahlrecht genau so angerechnet werden sollte, als wenn sie sie bezahlten. Außerdem sollte der Beschluß von 1891, wonach jedem steuerfreien Wähler ein fingierter Steuerbetrag von 3 Mark angerechnet wird, bestätigt werden.

Die Verhandlungen der Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, illustrieren recht drastisch die Art und Weise, wie in Preußen „reformiert" wird. Die Konservativen schlossen mit dem Zentrum ein Kompromiß, bei dem jede Partei für sich so viel wie möglich herauszuschlagen suchte. Man dachte keinen Moment daran, die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen, sondern suchte im Dunkel des Kommissionszimmers Parteigeschäfte zu machen. Das Zentrum erklärte sich mit der Anrechnung der Grund- und Gebäudesteuer, also mit der Bevorzugung der ostelbischen Großgrundbesitzer, einverstanden und machte den Konservativen das Zugeständnis, daß die steuerfreien Wähler, denen 3 Mark angerechnet wurden, die sogenannten Dreimarkmänner, stets auf die dritte Klasse beschränkt bleiben sollten. Als Entgelt dafür stimmten die Konservativen für den Antrag des Zentrums, daß bei der Klassenbildung Beträge der Einkommensteuer, die über 2000 Mark hinausgingen, nicht in Anrechnung gebracht werden sollten. Das Zentrum hoffte dadurch einen größeren Einfluß auf die zweite Wählerklasse im Rheinland zu gewinnen und auf diese Weise die Nationalliberalen aus ihren rheinischen Domänen zu verdrängen. Der Widersinn des Dreiklassenwahlsystems also sollte noch potenziert werden: auf der einen Seite die Nichtanrechnung der über 2000 Mark hinausgehenden wirklich bezahlten Steuer, auf der anderen Seite die volle Anrechnung der überhaupt nicht bezahlten Grund- und Gebäudesteuer!

Das Plenum des Abgeordnetenhauses nahm den Kommissionsantrag an, das Herrenhaus aber durchkreuzte den sauberen Plan, es strich die Zweitausendmarkklausel und stellte außerdem die Drittelung wieder her. Dem so abgeänderten Entwurf stimmte dann das Abgeordnetenhaus am 31. Mai und in der bei Verfassungsänderungen vorgeschriebenen wiederholten Abstimmung am 27. Juni zu, und bereits am 29. Juni 1893 wurde das neue Gesetz publiziert.

Der einzige wirkliche Fortschritt, den die Regierungsvorlage vorgesehen hatte, die Zwölftelung, war also verworfen. Dafür war eine weitere Bevorzugung des durch die ungerechte Wahlkreiseinteilung ohnehin schon bevorzugten Großgrundbesitzes Gesetz geworden. Die Anrechnung von 3 Mark an diejenigen Wähler, die keine Steuern zahlten, war illusorisch gemacht dadurch, daß die Dreimarkmänner auf die dritte Klasse beschränkt blieben; den Vorteil hatten nicht sie, sondern die beiden ersten Wählerklassen. Endlich war die Drittelung in Urwahlbezirken bestätigt.

In einem Aufsatz in der „Deutschen Revue" vom Mai 1893 nennt der ehemalige Minister des Innern Herrfurth die ursprünglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses den Anfang des Endes für das Dreiklassenwahlsystem, und zwar eines wohl kaum in weiter Ferne liegenden Endes, da ein so widerspruchsvolles, gekünsteltes, tendenziöses Wahlsystem keine Gewähr einer längeren Dauer biete, sondern den Todeskeim in sich trage. Das Abgeordnetenhaus habe mit seinen Beschlüssen dem Dreiklassenwahlsystem das Grab gegraben.

Nun hat zwar, wie erwähnt, das Herrenhaus die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in einigen Punkten abgeändert, aber trotzdem bleibt das Wahlsystem widerspruchsvoll, gekünstelt und tendenziös. Daß es den Todeskeim in sich trägt, ist nicht zu bestreiten. Wenn es sich dennoch bis heute seines Lebens erfreut, so nur, weil es mit allerhand künstlichen Mitteln erhalten worden ist.

Nachdem die Sozialdemokratie die Beteiligung an den Landtagswahlen beschlossen hatte, sagte sich die Regierung selbst, daß es unmöglich sei, daß unter den Vorschriften des Wahlgesetzes sich die Wahlhandlung ordnungsmäßig abspielen könne; sie änderte daher das Wahlreglement im Jahre 1903 ab, wozu sie der Zustimmung des Landtags nicht bedurfte. Aber sie ging noch weiter. Ohne die hierfür erforderliche Zustimmung des Landtags einzuholen, verlegte sie in dem zweitgrößten Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg willkürlich den durch Gesetz vorgeschriebenen Wahlort. Nach § 3 des Gesetzes vom 27. Juni 1860 steht dem Minister des Innern eine Verlegung des gesetzlichen Wahlortes nur dann zu, wenn die Abhaltung der Wahl an dem im Verzeichnis bestimmten Orte des betreffenden Wahlbezirkes durch ansteckende Krankheiten, Unterbrechung der Verbindung mit dem Wahlort oder durch andere unabwendbare Zufälle unausführbar wird. Keiner dieser Gründe lag vor. Der damalige Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein hat sich vielmehr einen flagranten Rechtsbruch zuschulden kommen lassen, der dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, daß das Abgeordnetenhaus ihn beschönigte und mit der Regierung annahm, daß die Verlegung des Wahlortes „angesichts der sozialdemokratischen Unternehmungen zur Hinderung gültiger Wahlen nach dem bestehenden Wahlsystem für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung unbedingt erforderlich" gewesen sei.

Die „sozialdemokratischen Unternehmungen zur Hinderung gültiger Wahlen" spuken einzig und allein in den Köpfen der herrschenden Klassen und ihrer Sachwalter. Es ist die Angst, der Ausfluß eines bösen Gewissens, die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlsystems, die sie zu so gewaltsamen Rechtsbeugungen greifen läßt. Von sozialdemokratischer Seite war lediglich sachliche Kritik an dem Wahlsystem geübt und der Nachweis erbracht worden, daß bei genauer Innehaltung aller gesetzlichen Vorschriften der Wahlakt sich bis ins Unendliche ausdehnen könnte.

Auf Grund der bei den letzten Wahlen im Jahre 1903 gemachten Beobachtungen mußte die Regierung selbst zugeben, daß ohne eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften das gesetzmäßige Zustandekommen der Wahlen für die Zukunft nicht überall mehr als gesichert angesehen werden könne. Aber anstatt sich nun endlich zu einer wirklichen zeitgemäßen Reform großen Stils zu entschließen, hatte sie den traurigen Mut, dem Landtag am 18. März 1906 zwei Gesetzentwürfe vorzulegen, von denen der eine die Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 433 auf 443 sowie die Änderungen einiger Landtagswahlbezirke und Wahlorte, der zweite eine Abänderung der Vorschriften über das Wahlverfahren bezweckte. Berlin, das bisher 4 Wahlbezirke mit zusammen 9 Abgeordneten umfaßte, wurde in 12 Bezirke mit je 1 Abgeordneten zerlegt, der Riesenwahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, der 2 Abgeordnete entsenden durfte, wurde dergestalt geteilt, daß Charlottenburg 1 Vertreter für sich erhielt, die beiden Großstädte Rixdorf und Schöneberg zusammen 1 und der übrige Teil des Kreises 2. Durch die Zusammenlegung der Städte Rixdorf und Schöne-

Digitized by Google

berg, die von Rechts wegen jede 1 Abgeordneten beanspruchen dürfen, sollte die Wahl eines Sozialdemokraten in der Arbeiterstadt Rixdorf verhindert werden. Weiter wurde der Wahlkreis Tarnowitz-Beuthen-Königshütte-Zabrze-Kattowitz mit 2 Abgeordneten in 1 Kreise mit je 1 Abgeordneten zerlegt, im Wahlkreis Hattingen-Gelsenkirchen-Bochum-Witte-Dortmund-Hörde erfolgte eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten von 3 auf 6 unter Bildung von 6 verschiedenen Wahlbezirken, die Wahlbezirke Essen-Mülheim-(Ruhr-)Duisburg-Oberhausen-Ruhrort endlich wurden in 4 selbständige Bezirke mit je 1 Vertreter zerlegt, die Zahl der Abgeordneten dieses Kreises wurde von 3 auf 4 vermehrt. Die Abänderung der Vorschriften über das Wahlverfahren gipfelt in der Einführung der sogenannten „Fristwahl" und in der Zulassung von Gruppenbildungen der Wähler in besonders starken Wahlkörpern. Mit diesen Einrichtungen, in Verbindung mit den erwähnten Wahlbezirkseinteilungen und der Verlegung einiger Wahlorte hoffte die Regierung die Schwierigkeiten beseitigen zu können, die 1903 bei der Vollziehung der Wahlen infolge der Stärke der Wahlversammlungen und der Unzulänglichkeiten von Wahllokalen hervorgetreten waren. Sie wollte, wie Herr v. Bethmann-Hollweg, der Nachfolger des Freiherrn v. Hammerstein, erklärte, hinter dem Notwendigen nicht zurückbleiben, aber auch über das Ausreichende nicht hinausgehen und die Handhabe dazu bieten, um das Zustandekommen gesetzmäßiger Wahlen auch in den großen Wahlbezirken zu sichern. Mit Entschiedenheit lehnte die Regierung die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ab; sie wollte nicht einmal von einer Neueinteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der seit 1860 eingetretenen Verschiebungen in der Bevölkerung etwas wissen. Der Minister ließ in seiner Einleitungsrede deutlich durchblicken, daß er nicht für ein Wahlrecht zu haben sei, das wie das Reichstagswahlrecht nivellierend nach unten wirke, sondern nur für eines, das nach oben führt.

Wohl selten ist ein Regierungsantrag im preußischen Abgeordnetenhaus einer so scharfen Kritik ausgesetzt gewesen wie diese beiden Entwürfe. Als Entwürfe zur Konservierung des ungerechten Dreiklassenwahlsystems, als Flickwerk, als Versuch, einen Flicken auf bestehendes Unrecht zu setzen, bezeichnete sie der freisinnige Abgeordnete Fischbeck. Herr Broemel von der weiblichen Linie des Freisinns betonte, daß der Zweck der Vorlagen der sei, die preußische Gesetzgebung über Wahlrecht und Wahlkreiseinteilung zu erhalten im Dienste einzelner Parteien und einzelner Interessen, nämlich derjenigen Interessen, welche ebenso ungerechter- wie unzweckmäßigerweise durch die gegenwärtige Gesetzgebung bevorzugt sind; er erblickte in den Entwürfen einen schweren politischen Fehler. Und namens der Nationalliberalen, die doch längst jede Opposition gegen die Regierung aufgegeben haben, verstieg sich der Vizepräsident des Hauses, Herr Dr. Krause, zu der Äußerung, daß seine Freunde in den Entwürfen auch nicht den kleinsten Anfang einer Wahlreform sehen. „Wenn es sich um ein Kleid handelt, das einer gründlichen Reparatur bedarf, und man dann nur eine Abhilfe schafft, indem man vielleicht eines der Löcher, und auch das nicht mal ganz, zustopft, so läßt sich, glaube ich, sehr darüber streiten, ob die Flickarbeit als Verbesserung im allergeringsten Maße angesehen werden kann." Was natürlich die Nationalliberalen nicht hinderte, einige Tage später ihr Einverständnis mit dieser Flickarbeit zu erklären. Die Entwürfe haben mit ganz geringfügigen Änderungen Gesetzeskraft erlangt.

Digitized by Google

Hat so die Regierung bis zum heutigen Tage an den Grundlagen des Dreiklassenwahlsystems festgehalten, so haben in früheren Jahren die Parteien des Hauses, selbst diejenigen, die sich heute der Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen widersetzen, wiederholt die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes gefordert. Im Jahre 1867 waren es die Nationalliberalen, die in ihrem Wahlaufruf diese Forderung erhoben, weil es, nachdem auf Grund dieses Wahlrechtes der Norddeutsche Bund gegründet sei, nicht mehr angehe, daß in den einzelnen Bundesstaaten Wahlrechte existieren, welche wesentlich von dem des Norddeutschen Bundes abweichen. Als dann zwei Jahre später, 1869, die Nationalliberalen die Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen beantragten, da war es kein anderer als Herr v. Kardorff, der beantragte, der Regierung zur Erwägung zu geben, ob es sich im allgemeinen politischen Interesse empfehlen würde, die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses in bezug auf die Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlmodus und Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstags in Einklang zu bringen und damit eine nähere organische Verbindung der beiden Körperschaften anzubahnen. Herr v. Kardorff gab später — am 2. April 1906 — offen zu, daß er damals eine gewisse Zuneigung zum Reichstagswahlrecht gehabt habe. Inzwischen sei er allerdings durch seine Erfahrungen belehrt, daß die Einführung des Reichstagswahlrechtes für den preußischen Landtag ein großes Unglück wäre.

Im Jahre 1873 war es zur Abwechslung einmal das Zentrum, das unter Führung Windthorsts die Anpassung des Landtagswahlrechtes an das Reichstagswahlrecht beantragte. Das Abgeordnetenhaus, das in jener Session nichts weniger als konservativ zusammengesetzt war — es zählte neben 6 Konservativen, 24 Neukonservativen und 35 Freikonservativen 3 Vertreter des liberalen Zentrums, 174 Nationalliberale, 68 Fortschrittler, 88 Zentrumsleute und 18 Polen —, erwies diesem Antrag nicht einmal die Ehre eines anständigen Begräbnisses, es sah von einer Kommissionsberatung ab und vertagte ihn auf sechs Monate, das heißt auf den Sankt Nimmerleinstag. Nebenbei bemerkt, stimmten für die Vertagung auch die Fortschrittler Dr. Hänel, v. Kirchmann, Klotz, Dr. Mommsen, Parisius, Eugen Richter und Rickert. Der Antrag ist nie wieder aus seiner Versenkung emporgezogen worden.

In den folgenden Jahren ist von Anregungen auf Beseitigung oder auch nur auf Abänderung des Dreiklassenwahlsystems wenig zu merken. Mit Unterstützung der Fortschrittspartei beantragte Abgeordneter Dr. Stern 1883 und 1885/86 den Ersatz der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime, aber der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und das gleiche Schicksal widerfuhr den von 1890 ab wiederholt von den freisinnigen Parteien eingebrachten Anträgen auf Neueinteilung der Landtagswahlkreise. Bezeichnenderweise brachte neben den Konservativen das Zentrum diese Anträge zu Falle, während die Nationalliberalen dafür waren.

Erst als außerhalb des Dreiklassenparlamentes die Sozialdemokraten gegen das Geldsackswahlrecht Sturm liefen, besannen sich plötzlich, wenn man von den Konservativen absieht, alle Parteien des Landtags darauf, daß es höchste Zeit sei, das Wahlsystem zu reformieren. In der letzten Legislaturperiode haben die Freikonservativen, die Nationalliberalen und die Freisinnigen mehr oder weniger durchgreifende Reformen beantragt.

Digitized by Google

Fragen wir uns nun, welche Stellung die Parteien des Abgeordnetenhauses dem Dreiklassenwahlsystem gegenüber einnehmen, so ist zunächst der grundsätzliche Widerstand der Konservativen, der stärksten Partei des Dreiklassenparlamentes, gegen jede nennenswerte Reform — und als solche kommt für uns nur der Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht in Betracht — hervorzuheben. Am 22. Januar 1896 erklärte Herr v. Kröcher, daß seine Partei für eine Änderung des Landtagswahlrechtes ohne Änderung des Reichstagswahlrechtes kaum zu haben sein wird. Zehn Jahre später, am 23. März 1906, sprach der Abgeordnete Dr. Irmer dem Minister des Innern seinen Dank aus für die Entschiedenheit, mit der er die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes in Preußen bekämpft hatte. Die Einführung dieses Wahlrechtes für die Landtagswahlen in Preußen wäre nach Ansicht der Konservativen ein Unglück, welches den Staat den schlimmsten Eventualitäten aussetzen könnte. Ganz ähnlich lauten alle anderen Aussprüche aus konservativem Munde.

Mit den Konservativen stimmen die Freikonservativen darin überein, daß das Dreiklassenwahlsystem „wenigstens so lange mit Sicherheit aufrecht erhalten werden müsse, bis es gelingen wird, eine mittlere Linie zwischen Reichstagswahlrecht und Landtagswahlrecht zu finden". In diesem Sinne äußerte sich der freikonservative Führer Freiherr v. Zedlitz am 25. Januar 1904, und noch deutlicher gab er diesem Gedanken am 23. März 1906 Ausdruck: „Wir müssen unser preußisches Wahlrecht aufrecht erhalten, damit wir es dereinst in die Wagschale werfen können, um dem Reiche ein vernünftiges Wahlrecht zu geben." Mit anderen Worten: das Dreiklassenwahlsystem soll erhalten bleiben als ein Mittel, das Reichstagswahlrecht nach rückwärts zu revidieren. Das einzige, wozu die Freikonservativen sich verstehen wollen, ist eine „Beseitigung derjenigen Mißstände, welche die Handhabung des preußischen Wahlrechtes gezeitigt hat und die namentlich bei den letzten Wahlen zutage getreten sind". Vor allem liegt ihnen an der Erhaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung. Freiherr v. Zedlitz betonte mit allem Nachdruck, daß seine Freunde für die Teilung einiger übergroßer Wahlkreise zu haben sind, aber nur unter der Bedingung, daß den anderen Kreisen die volle Erhaltung ihrer jetzigen Vertretung im Abgeordnetenhaus als ein Recht gewährleistet wird.

Dies war der Grundgedanke des Antrags, den die freikonservative Fraktion am 23. Januar 1904 einbrachte. Daneben verlangte der Antrag die Wiederherstellung der gemeindeweisen Bildung der Abteilungen und Erleichterungen für die Ausübung der Wahlmännerwahlen. Wörtlich lautet er:

Die Regierung zu ersuchen,

1. baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

a. unter Anerkennung des Rechtes der übrigen Wahlbezirke auf die ihnen nach dem Gesetz vom 27. Juni 1860 und den zur Ergänzung desselben erlassenen Gesetzen zustehenden Mandate zum Hause der Abgeordneten eine Teilung übermäßig großer Wahlbezirke bei entsprechender Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten herbeigeführt wird;

b. § 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1893 aufgehoben und die gemeindeweise Bildung der Abteilungen wiederhergestellt wird;

2. die §§ 10 ff. des Wahlreglements vom 14. März 1903 so abzuändern, daß in besonders großen Gemeinden bei vorliegendem Bedürfnis die Wahlen der Wahlmänner in einer die Ausübung des Wahlrechtes erleichternden Weise vorgenommen werden können.

Digitized by Google

Man vergleiche hiermit die „Wahlreform" von 1906, und man wird finden, daß sie sich fast völlig im Gedankenkreis dieses Antrags bewegt, der übrigens in der Session 1904 unerledigt blieb und später nicht wieder eingebracht wurde.

Die Nationalliberalen sind von ihrer ehemaligen Schwärmerei für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht längst abgekommen; die Rolle, die sie bei den verschiedenen Wahlrechtsdebatten im Abgeordnetenhaus gespielt haben, ist eine überaus traurige. Um den Schein der Gerechtigkeit zu wahren, wollen sie auch den bisher unvertretenen Bevölkerungsklassen eine Vertretung im Landtag einräumen, andererseits aber wollen sie von ihren Rechten nichts aufgeben; sie wollen das ungerechte Dreiklassenwahlsystem beseitigen, um an seine Stelle ein ebenso ungerechtes Pluralwahlsystem zu setzen. Der Antrag, den sie 1906 einbrachten, verlangt neben einer anderweitigen Wahlkreiseinteilung die Vorlage eines Gesetzentwurfes, durch welchen eine Änderung des geltenden Rechtes in der Richtung herbeigeführt wird, daß unter Beibehaltung eines erhöhten Wahlrechtes bei höherer Steuerleistung

a. ein erhöhtes Wahlrecht auch bei höherer Bildung und höherem Alter eingeführt,
b. den der dritten Abteilung angehörenden Wählern ein erweitertes Wahlrecht eingeräumt,
c. die indirekte Wahl beseitigt,
d. den Minderheiten eine Vertretung ermöglicht wird.

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses lehnte den Antrag ab, der Rechten ging er zu weit, den Freisinnigen und dem Zentrum nicht weit genug.

Zwei Jahre vorher hatten die Nationalliberalen im Verein mit beiden freisinnigen Parteien die große liberale Wahlrechtsaktion unternommen, die Herrn Dr. Barth zu der wohl bitteren, aber durchaus berechtigten Kritik veranlaßte, es scheine, als sei ein Konsortium gebildet, um für einen Verhungernden ein paar schimmelige Brotkrumen zu beschaffen. Worin bestand diese „saft- und kraftlose liberale Aktion"? Das nationalliberal-freisinnige Kompromiß forderte noch nicht einmal die geheime Wahl, obwohl hierfür auch das Zentrum zu haben wäre, sondern begnügte sich mit dem Verlangen nach einer anderen Wahlkreiseinteilung und nach Erleichterungen zur Abwicklung des Wahlgeschäftes, änderte jedoch nichts am Wesen des Dreiklassenwahlsystems, ja es machte sogar durch den Vorschlag des Ersatzes der Drittelung in den Urwahlbezirken durch die Zwölftelung für ganze Gemeinden der Arbeiterklasse die Eroberung von Mandaten noch schwieriger, wenn nicht für absehbare Zeit ganz unmöglich, es bedeutete einen völligen Verzicht auf jedes liberale Prinzip.

Daß die beiden freisinnigen Parteien diesen Antrag, der gleichfalls nicht mehr zur Beratung kam, mit unterschrieben haben, wirft auf ihre wahlreformerischen Bestrebungen ein grelles Licht. Man muß sich angesichts dieser Tatsache fragen, ob es den Freisinnigen mit ihrer Forderung auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes überhaupt Ernst ist. Hören wir, wie Abgeordneter Fischbeck am 15. Februar 1905 das Verhalten der Freisinnigen zu rechtfertigen suchte! Nachdem er sich im Prinzip für das Reichstagswahlrecht auch für Preußen erklärt hatte, fuhr er fort:

„Aber, meine Herren, wir haben uns hier gesagt: mit diesem Grundsatz können wir vorläufig nicht weiter kommen. Wir können nur immer wieder diese Forderung erheben, aber wir haben keine Aussicht, jetzt hier die Majorität dafür zu bekommen. Nun sahen wir auf der anderen Seite, daß von seiten konservativ gerichteter Ab-

geordneter hier ein Antrag eingebracht wird, der wenigstens an einem gewissen Stücke in unser preußisches Wahlrecht eine Verbesserung einfügen will. Meine Herren! Daher haben wir geglaubt, nur recht zu handeln, wenn wir versuchen, dasjenige an diesem Wahlrecht zu ändern, von dem wir meinen, daß auch selbst die Anhänger des Dreiklassenwahlsystems, insofern sie gerecht sind, zustimmen können. Von diesem Standpunkt aus haben wir diesen Antrag mit unterschrieben und uns gern an diesem gemeinsamen Streben beteiligt."

Eine ganz faule Ausrede! Wenn die Freisinnigen sich auf das Erreichbare hätten beschränken wollen, dann hätten sie auch nicht einmal diesen Antrag mit unterschreiben dürfen, denn sie wußten, daß die Mehrheit des Hauses weder für eine andere Wahlkreiseinteilung noch für die Einführung der Zwölfstelung zu haben war. Und wenn die Freisinnigen wirklich so vorsichtige Leute sind, daß sie nichts fordern, was aussichtslos ist, warum haben sie dann bei der Wahlreform von 1892/93 und auch jüngst wieder bei der von 1906 den Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht beantragt? Stand etwa die Mehrheit des Abgeordnetenhauses 1892/93 und 1906 der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes freundlicher gegenüber als 1904? Als prinzipielle Gegner des Dreiklassenwahlsystems durften die Freisinnigen, wenn sie nicht im Volke den Anschein erwecken wollten, als liege ihnen an der Erfüllung dieses ihres Programmpunktes nicht allzu viel, unter keinen Umständen ihre Unterschriften für einen solchen Antrag hergeben. Das war einfach ein Gebot politischer Klugheit.

Aber die laue Haltung des Freisinns in der Wahlrechtsfrage datiert ja nicht erst seit heute und gestern. Man höre nur, wie einer der Ihrigen, Professor Dr. Jastrow, über sie urteilt! In seiner 1894 erschienenen Schrift, „Das Dreiklassensystem. Die preußische Wahlreform vom Standpunkt sozialer Politik", wirft er den Freisinnigen vor, daß sie im Abgeordnetenhaus die Wahlreform nicht mit großem Eifer behandelt haben. „So oft im preußischen Landtag die Wahlfrage erörtert wird, so oft erscheint der pflichtgemäße Antrag auf Einführung des Reichswahlsystems. Aber die Wärme, mit der er vertreten wird, sinkt immer näher an den Gefrierpunkt." Und an einer anderen Stelle seiner lesenswerten Schrift erkennt Jastrow zwar an, daß in der Partei ein Gefühl von der hohen Aufgabe vorhanden war, die Interessen derer zu vertreten, von denen man nicht gewählt ist, daß aber eine Berührung mit diesen Massen gefehlt habe. „Keine Volksversammlung der von der Landesvertretung Ausgeschlossenen, kein Petitions- und Adressensturm, keine Reden ‚zum Fenster hinaus', wie sie in anderen Parlamenten gehalten werden, wenn es sich um die Rechte derer handelt, die im Hause nicht vertreten sind." Die deutschfreisinnigen Abgeordneten brachten zwar einen Gesetzentwurf auf Einführung des Reichstagswahlrechtes ein, gestatteten aber „im Interesse der Abkürzung unserer Verhandlungen", ihn als bloßes Amendement zu § 1 zu behandeln und ihn durch Erheben von den Sitzen abzulehnen.

Wenn es heute anders ist, wenn die Freisinnigen wenigstens bei den Wahlrechtsdebatten des Jahres 1906 ihren Mann gestellt haben, was wir ohne Einschränkungen zugestehen wollen, so ist es ganz zweifellos nur das Verdienst der Agitation, die von sozialdemokratischer Seite eingesetzt hat. Übrigens scheint dem Freisinn sein Eintreten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht im Jahre 1906 im folgenden Jahre schon wieder leid geworden zu sein; er brachte zwar seinen Antrag pflichtschuldigst wieder ein, hatte

aber nichts dagegen, daß er nicht zur Verhandlung kam. Der in freisinnigen Blättern angeführte Grund, daß es an Zeit dazu gefehlt habe, ist nicht stichhaltig, es war so viel Zeit vorhanden, daß das Abgeordnetenhaus sich aus Mangel an Beratungsstoff sogar drei Wochen Pfingstferien gönnen konnte. Daß der Antrag, wenn die Antragsteller darauf bestanden hätten, beraten worden wäre, unterliegt keinem Zweifel, aber angesichts der Geschäftslage und des unmittelbar bevorstehenden Schlusses der Session haben sie, wie es in dem von dem Direktor des Abgeordnetenhauses, Plate, herausgegebenen Sessionsbericht heißt, auf die Beratung verzichtet. Vermutlich dürfte sie zu diesem Verzicht die Rücksicht auf ihre lieben Freunde vom Block veranlaßt haben.

Noch weniger Verlaß als auf den Freisinn ist auf das Zentrum, das sich zwar als Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes gebärdet, aber darauf zu warten scheint, bis der Himmel dem Volke dies Wahlrecht beschert. Seinen 1873/74 gestellten Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen hat es erst ein Menschenalter später, im Jahre 1907, wiederholt, aber gleich den Freisinnigen nichts dazu getan, um seine Beratung durchzusetzen. Im übrigen hat es sich damit begnügt, den von anderer Seite beantragten Änderungen zuzustimmen, soweit sie sich auf die Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe oder den Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bezogen. Dagegen hat das Zentrum eine gerechtere Wahlkreiseinteilung von jeher abgelehnt, noch zuletzt im Jahre 1906 unter dem Vorwand, man müsse erst wissen, welches Wahlsystem für die nächsten Dezennien in Preußen gelten solle. Läßt man die Äußerungen der offiziellen Fraktionsredner des Zentrums zur Wahlrechtsfrage in den letzten Jahren Revue passieren, und erinnert man sich weiter des Verhaltens dieser Partei bei der Wahlreform von 1892/93, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß es stets und ständig nur seine eigenen Geschäfte zu machen bestrebt war, und daß der Vorwurf der Wahlreformheuchelei, den Dr. Barth einmal gegen die Klerikalen erhoben hat, durchaus berechtigt ist. Bezeichnete doch am 22. Januar 1896 Abgeordneter Dr. Bachem im Abgeordnetenhaus einen Vorschlag der konservativen „Kreuzzeitung", wonach bei einer gewissen Steuerleistung unter allen Umständen ein Wahlrecht für die erste und zweite Klasse anzuerkennen sei, als diskutabel! „Wenn auf dem Boden dieses Gedankens ein Vorschlag von seiten der königlichen Staatsregierung oder ein Antrag von seiten der konservativen Partei käme, ich glaube, meine Freunde würden geneigt sein, denselben in wohlwollende Erwägung zu nehmen." So spricht der Führer einer Partei, die den Anspruch darauf erhebt, als Anhängerin des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes betrachtet zu werden. Und um dem Vorwand, als handle es sich hier um eine Äußerung, die schon lange Jahre zurückliegt, im voraus zu begegnen, sei an eine andere Rede erinnert, die derselbe Zentrumsführer in jüngster Zeit gehalten hat. Sie beweist in noch höherem Maße, daß das Zentrum im Grunde genommen gegen das Dreiklassenwahlsystem gar nicht so viel einzuwenden hat. Am 23. Januar 1904 betonte Dr. Bachem die Notwendigkeit einer Wahlreform, er wies darauf hin, daß nach Lage der Dinge niemand daran denken könne, daß ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des preußischen Wahlrechtes gesetzt werde, einerseits, weil keine Aussicht vorhanden sei, daß die Mehrheit des Hauses das annehmen würde, andererseits aber, „weil doch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als

das reine Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann, Mißbräuchen einen gewissen Raum gibt, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgedehnt werden. Zwischen diesen beiden Extremen aber, dem preußischen Dreiklassenwahlrecht und dem Reichstagswahlrecht, gibt es eine Mitte, und nach dieser Mitte sollte man hinstreben, um beizeiten, in ruhigen Zeiten, zu einer geeigneten Verbesserung zu kommen." Welches ist nun die geeignete Verbesserung, die Herrn Bachem vorschwebt? Er schlägt vor, auf dem durch die Bestimmungen über die Drittelung in den Urwahlbezirken gewiesenen Wege weiter zu gehen und eine Reform anzustreben, „die vom sozialen Standpunkt aus, von dem heute alles beurteilt werden muß, den berechtigten Beschwerden Rechnung trägt und von diesem Standpunkt aus zu billigen ist". Also nicht nur kein Wort für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen, sondern im Gegenteil sogar noch ein Angriff auf das bestehende Reichstagswahlrecht. Einen allzu großen Unterschied zwischen Herrn Bachem und den Konservativen beziehungsweise Freikonservativen vermögen wir da kaum noch zu entdecken, höchstens daß die Herren von der Rechten ehrlicher sind.

Welches sind nun die Aussichten einer Wahlreform? Für die Einführung des Reichstagswahlrechtes ist eine Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause nicht vorhanden. Selbst wenn die beiden freisinnigen Parteien, das Zentrum und die Polen geschlossen dafür stimmten, würde ein solcher Antrag erst ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird eine Verständigung auf der Basis des nationalliberalen Antrags von 1906 erfolgen, also auf der Basis eines Pluralwahlrechtes. Damit aber kann sich die Sozialdemokratie nicht zufrieden geben, sie kann das nicht einmal als Abschlagszahlung betrachten, sondern muß nach wie vor an ihrer Forderung auf Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht festhalten. Im Landtag selbst ist die Sozialdemokratie nicht in der Lage, diese Forderung zu vertreten. Um so mehr ist es ihre Pflicht, außerhalb des Dreiklassenparlaments gegen das Dreiklassenwahlsystem Sturm zu laufen, die Massen von ihrer Rechtlosigkeit zu überzeugen und dafür zu sorgen, daß die Wahlrechtsbewegung immer höhere Wogen schlägt und sich nicht eher beruhigt, als bis das Ziel erreicht ist. Wirksam unterstützt werden müßte diese Volksbewegung durch alljährlich zu wiederholende Wahlrechtsanträge im Reichstag. Unser Antrag von 1906 betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten müßte in jeder Session von neuem eingebracht, die Wähler müßten durch die fortgesetzte Agitation so angefeuert werden, daß die Vertreter derjenigen Parteien, die programmatisch Anhänger des Reichstagswahlrechtes für Preußen sind — und diese Parteien bilden selbst in dem Blockreichstag die Mehrheit —, endlich gezwungen werden, Farbe zu bekennen, und nicht nur dem Antrag zuzustimmen, sondern auch seine Verwirklichung so ernst zu nehmen, daß sie den verbündeten Regierungen so lange die Mittel verweigern, bis sie dem Antrag beitreten.

Allerdings können wir heute noch nicht den Zeitpunkt angeben, an dem das Ziel erreicht sein wird. Aber das kann und darf uns nicht abhalten, energischer als bisher die Wahlrechtsbewegung zu betreiben. Mit vollem Recht heißt es in dem Leitartikel in Nr. 46 der „Neuen Zeit" (17. August 1907): „Anders als das Geschenk einer die Massen in ihren tiefsten Tiefen auf-

wühlenden Agitation wird das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Landtag nicht zu haben sein, und diesen Preis ist die Ware keinem bürgerlichen Staatsmann wert." Gewiß — und eben deswegen ist es unsere Aufgabe, diese Agitation zu betreiben, an uns ist es, zu „wühlen". Unbekümmert um die Weisheit preußisch-deutscher Staatsmänner am Ministertisch und auf den Abgeordnetensitzen, ohne nach rechts oder links zu blicken, muß die Sozialdemokratie dem Ziele nachstreben, das sie sich gesteckt hat, der Erringung des Reichstagswahlrechtes für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause.

Die Heimarbeitausstellung in Frankfurt a. M. 1908.

Von **Wilh. Dittmann.**

Am 20. Februar 1906 kam im Frankfurter Stadtverordnetenkollegium ein von freisinndemokratischer Seite gestellter Antrag zur Beratung, den Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu tun, damit die Heimarbeitausstellung, die damals in Berlin stattfand, nach Frankfurt a. M. verbracht würde. Der freisinndemokratische Redner, der den Antrag begründete, wies darauf hin, daß die Berliner Ausstellung ursprünglich eine Wanderausstellung sein sollte, daß aber leider das Ausstellungskuratorium diesen Gedanken wieder fallen gelassen habe und die Ausstellung zu schließen gedenke. Das sei bedauerlich, und es müsse versucht werden, diesen Beschluß rückgängig zu machen, was möglich sein dürfte, wenn sich in Frankfurt auf Anregung der städtischen Kollegien ein Komitee zur Überführung der Ausstellung nach Frankfurt bilde. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß aus mancherlei praktischen, vor allem technischen Gründen an eine solche Überführung der Berliner Ausstellung nach Frankfurt nicht zu denken sein werde. Es sei daher besser, in Frankfurt eine völlig neue Ausstellung ähnlicher Art zu veranstalten. Der sozialdemokratische Redner stellte einen Eventualantrag, durch welchen der Magistrat ersucht wurde, wegen Veranstaltung einer Ausstellung der Produkte der hauptsächlichsten Zweige der Hausindustrie im Maingau mit den interessierten Kreisen Verhandlungen in die Wege zu leiten und im Falle des Zustandekommens der Ausstellung einen Teil der Kosten auf die Stadt zu übernehmen. In der weiteren Diskussion wurde zwar von einem nationalliberalen Redner — allerdings unter Widerspruch — behauptet, in und um Frankfurt würden so niedrige Löhne in der Hausindustrie nicht bezahlt, wie sie in Berlin ermittelt worden seien, so daß in Frankfurt eine Heimarbeitausstellung eigentlich überflüssig sei, aber die große Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums stimmte schließlich einem Antrag zu, der zu der freisinndemokratischen Anregung den sozialdemokratischen Erweiterungsvorschlag hinzufügte.

Unter dem Vorsitz des zweiten Bürgermeisters von Frankfurt, der mit dem Jahresschluß 1906 in den Ruhestand trat, bildete sich dann im Sommer vorigen Jahres ein Komitee aus allen Kreisen der Frankfurter Bevölkerung, um den Plan zu verwirklichen.

Sehr bald kam das Komitee zu der Erkenntnis, daß die Überführung der Berliner Ausstellung nach Frankfurt technischer Schwierigkeiten wegen unausführbar sei, wie es von sozialdemokratischer Seite ja vorausgesagt worden war. So mußte denn das Komitee von der Weiterverfolgung der freisinndemokratischen Anregung Abstand nehmen und seine Aufgabe darin sehen, den

sozialdemokratischen Erweiterungsvorschlag, eine selbständige Heimarbeitausstellung für das Wirtschaftsgebiet Groß-Frankfurts zu veranstalten, in die Tat umzusetzen. Das Komitee war auch zu der Ansicht gekommen, daß eine bloße Wiederholung der Berliner Ausstellung von geringerem Interesse sein werde, da ihr gerade Arbeitsprodukte aus der Frankfurter Gegend fehlen würden. Zudem habe die Berliner Ausstellung den Mangel gehabt, daß sie keine typischen Darstellungen enthalten, sondern nur in Einzelbildern kleine Ausschnitte aus dem Leben der einzelnen Heimarbeiter, also keine Gesamtvorstellung gegeben habe. Für die Frankfurter Ausstellung wurde deshalb ein Unternehmen mit wesentlich anderem Charakter ins Auge gefaßt. Die Ausstellung soll für ein örtlich eng begrenztes Gebiet ein umfassendes Bild der Heimarbeit in ihren technischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen geben.

Geographisch wird das in Frage kommende Gebiet umgrenzt von den Gebirgen Westerwald, Vogelsberg, Rhön, Spessart, Odenwald und Hardt, sowie vom Rheinstrom. Politisch umfaßt es das ganze Großherzogtum Hessen, von der preußischen Provinz Hessen-Nassau den Regierungsbezirk Wiesbaden und einen großen Teil des Regierungsbezirks Kassel, weiter die Nordwestecke Bayerns und kleine Teile der Rheinprovinz, Westfalens, Badens und Thüringens. Innerhalb dieses Bezirks soll alle hausindustrielle Produktion Gegenstand der Untersuchung sein. Einbegriffen soll dabei die im Bezirk erfolgende Produktion für Firmen außerhalb des Bezirks, ausgeschlossen dagegen die außerhalb des Bezirks erfolgende Produktion für Firmen im Bezirk werden. Ausschlaggebend soll also sein, ob der Produktionsort im Bezirk liegt oder nicht.

Für die Untersuchungen sind bereits folgende Zweige der Heimarbeit in Aussicht genommen:

Herrenkleiderkonfektion,
Damenkleiderkonfektion,
Wäschekonfektion,
Schirmnäherei,
Posamentierwarenfabrikation,
Leinenweberei,
Strumpfstrickerei,
Perlenstickerei,
Schuhwarenfabrikation,
Hutfabrikation,
Hasenhaarschneiderei,
Putzmacherei,
Blumenmacherei,
Holz- und Möbelindustrie,
Kartonnagenfabrikation u. Buchbinderei,
Portefeuilleindustrie,
Strohdeckenflechterei,
Korbflechterei,
Besenbinderei,
Edelmetallindustrie,
Nagelschmiederei,
Töpferei,
Tabakindustrie,
Konfektverpackung,
Safranreiberei,
Filetstickerei,
Handschuhnäherei,
Perlenkranzflechterei,
Drahtwarenfabrikation,
Weberei und Maschinenstrickerei,
Knopffabrikation,
Herstellung von Ösen für Stiefelknöpfe,
Malereien für Sportbilder,
Armspangen,
Serviettenringe,
Lederwaren,
Emaille- u. Porzellansachen,
Korsett- und Taillenstabfabrikation,
Christbaumschmuckfabrikation,
Pelzwaren- und Mützenfabrikation usw.

In all diesen Arbeitszweigen soll die Technik des Arbeitsverfahrens, das Verhältnis zwischen Heimarbeiter und Arbeitgeber, die Arbeitszeit, der Arbeitslohn und der Verkaufspreis der Produkte ermittelt werden. Für diesen Zweck ist ein Fragebogen mit einer großen Anzahl detaillierter Fragen ausgearbeitet worden. Außer über die erwähnten technisch-wirtschaftlichen Verhältnisse in der Hausindustrie soll aber weiter noch über die soziale Lage der Heimarbeiter Material gesammelt werden, weshalb in den Frage-

Digitized by Google

bogen auch hierauf bezügliche Fragen Aufnahme gefunden haben. Vor allem wird in dieser Beziehung gefragt nach etwaiger anderweitiger gewerblicher, hauswirtschaftlicher oder landwirtschaftlicher Arbeit der Heimarbeiter, nach dem Einfluß der Heimarbeit auf das Familienleben, die Einkommens-, Wohnungs-, Gesundheits- und Sittlichkeitsverhältnisse. Auf diese Weise hofft das Ausstellungskomitee eine wahrheitsgetreue Darstellung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens der in der Hausindustrie tätigen Bevölkerungsschichten geben und damit zugleich ein Stück Volks- und Wirtschaftskunde der „Rhein-Maingegend" bieten zu können, das interessant für die Wissenschaft, anregend für die praktische Sozialpolitik und allgemein wertvoll für die Verbreitung eingehender Kenntnis des Volkslebens sein dürfte. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist als oberster Grundsatz für alle Untersuchungen vollständige Unparteilichkeit aufgestellt worden, weswegen in gleicher Weise Unternehmer- und Arbeiterkreise zur Mitwirkung herangezogen worden sind und befragt werden sollen. Ebenso wie im Hauptausschuß der Ausstellung sitzen im wissenschaftlichen Ausschuß und in jedem der von diesem nach sachlichen und regionalen Gesichtspunkten gebildeten zahlreichen Fachausschüsse in gleicher Zahl Vertreter der Gewerkschaften von Frankfurt und der Umgegend neben Vertretern der Unternehmer der einzelnen Heimarbeiterzweige. Wo es sich um Frauenarbeit handelt, sollen auch Frauen den Fachausschüssen angehören. Um zu verhindern, daß die Mitarbeiter der Ausstellung bei ihren Ermittlungen mit Mißtrauen behandelt werden, wird zunächst an die Arbeiter und Arbeitgeber in der Heimindustrie des Bezirks ein Flugblatt zur Aufklärung über den Zweck der Veranstaltung verbreitet. Das Flugblatt ist unter anderem von den bekanntesten Vertretern der betreffenden Gewerkschaften und Unternehmerkreise unterzeichnet.

Da die Veranstaltung den Charakter einer Ausstellung tragen soll, durch welche in sinnenfälliger Weise der ganze Komplex der die Heimindustrie betreffenden Fragen eine lebenswahre Darstellung erfahren soll, so ist den Mitarbeitern der Fachausschüsse aufgegeben worden, nach einer gründlichen allgemeinen Information auf dem ihnen zugewiesenen Arbeitsgebiet, diesen Hauptzweck von vornherein ins Auge zu fassen und sich darüber klar zu werden, welche Produkte der Heimarbeit ausgestellt werden können und sollen. Das Sammeln der Ausstellungsgegenstände selbst braucht in der Regel erst kurz vor Eröffnung der Ausstellung zu erfolgen. Alle zur Ausstellung kommenden Waren sollen mit einer Etikette versehen werden, für die folgendes Schema vorgesehen ist:

1. Art der Arbeit.
2. Alter, Geschlecht und Familienstand der Arbeiter.
3. Besondere Vorbildung.
4. Sitz der Industrie.
5. Arbeitsstätte.
6. Haupt- oder Nebenerwerb.
7. Dauer der Beschäftigung im Jahr.
8. Bruttoarbeitslohn für Stück, Dutzend.
9. Unkosten für Stück, Dutzend.
10. Nettoarbeitsverdienst f. Stück, Dutzend.
11. Arbeitszeit für Stück, Dutzend.
12. Verdienst für Stunde, Mark.
13. Verkaufspreis des ganzen Gegenstandes.
14. Besondere Bemerkungen.

Sobald genügend Produkte der Heimarbeit gesammelt und auf diese Weise etikettiert worden sind, soll die Ausstellung eröffnet werden. Zunächst war geplant, die Eröffnung bereits im Herbst dieses Jahres vorzunehmen, man hat sich aber bald überzeugt, daß das unmöglich sei. Nunmehr ist der 1. April

Digitized by Google

1908 definitiv als Eröffnungstag für die Ausstellung bestimmt worden. Im Interesse der Gründlichkeit der ganzen Untersuchungen ist die Verschiebung jedenfalls nur zu begrüßen. Außer den in allen Stadien des Arbeitsprozesses vorzuführenden Produkten selbst soll möglichst auch noch anderes Anschauungsmaterial, wie Bilder, Photographien, Modelle, Karten und Tafeln, zur Ausstellung gebracht werden, soweit dadurch das Verständnis für die Entstehungsbedingungen der Produkte gefördert werden kann. Meistens sind die Unternehmer bereit, leihweise Produkte für die Ausstellung herzugeben. Des weiteren soll für jeden einzelnen Zweig der Heimarbeit eine Beschreibung der besonderen Verhältnisse desselben herausgegeben werden, die sich auf das durch die Fragebogen gewonnene Material stützt. Diese Beschreibungen sollen bereits bei Eröffnung der Ausstellung vorliegen und können in geeigneten Fällen zu sogenannten Monographien über die einzelnen Heimarbeitszweige ausgestaltet werden.

Für die Förderung des Ausstellungsunternehmens sind außer allen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie den wissenschaftlichen Kreisen auch alle staatlichen und städtischen Behörden des Bezirks interessiert worden. Den Beamten der hessischen Gewerbeinspektion ist durch das Ministerium empfohlen worden, die Arbeiten der Heimarbeitausstellung in jeder Weise zu unterstützen. Der Regierungspräsident in Wiesbaden hat an die Lehrerschaft seines Bezirks die Aufforderung gerichtet, bei den Nachforschungen im Interesse der Heimarbeiter behilflich zu sein, um dasselbe Entgegenkommen wird bei den Regierungen in Kassel, Hessen-Darmstadt und Bayern nachgesucht werden. Handelskammern, Landratsämter usw. lassen dem Unternehmen gleichfalls ihre Unterstützung zuteil werden. Die Stadt Frankfurt hat zur Deckung der auf rund 60 000 Mark veranschlagten Kosten einen Beitrag von 15 000 Mark bewilligt, andere Städte des Maingaues haben ebenfalls Beiträge gezeichnet, ebenso diverse gemeinnützige Institute. Verschiedene Gewerkschaften haben in und um Frankfurt über die Heimarbeitausstellung Vorträge halten lassen, um in Arbeiterkreisen das Interesse für die Sache zu wecken. Auch die Frankfurter Ortskrankenkasse, zu deren 100 000 Mitgliedern sehr viele Hausindustrielle des gesamten in Frage kommenden Gebietes zählen, beteiligt sich an den Untersuchungen; in den letzten Wochen ist noch ein besonderer hygienischer Ausschuß gebildet worden. Die Presse des Bezirks ist natürlich ebenfalls zur Mitarbeit herangezogen worden und durch einen besonderen Preßausschuß offiziell vertreten.

So erfreut sich die Veranstaltung von allen Seiten eifriger Förderung, und die Ausstellungsleitung läßt es sich angelegen sein, alle Vorbedingungen für ein gutes Gelingen derselben zu schaffen. Dazu gehört auch die Gewährung von Reiseentschädigung, Spesen und Honorar an die Mitglieder der Fachausschüsse. Den letzteren wird besonders ans Herz gelegt, das Hauptgewicht auf die persönliche Rücksprache mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie auf eine möglichst weitgehende Orientierung an Ort und Stelle zu legen. Erwogen wird des weiteren die Frage, zur wirksamen Veranschaulichung der Produktionstechnik und der allgemeinen hausindustriellen Verhältnisse auf der Ausstellung auch einige dafür geeignete Industrien unter Zuziehung von Heimarbeitern in vollem Betrieb zu zeigen.

Wie man auch den unmittelbaren Wert einer solchen Veranstaltung einschätzen mag, jedenfalls geht von ihr eine Fülle von Anregungen in sozialer Beziehung aus, und manches wertvolle Material kann durch sie zutage gefördert werden. Ob und in welchem Maße das geschieht, hängt wesentlich

ab von dem sozialen Verständnis, mit welchem die wissenschaftlichen Bearbeiter an ihre Aufgaben herantreten und in welchem Grade die zur Mitarbeit herangezogenen Arbeiterkreise ihren Einfluß aufbieten, daß ebensowenig wie ungerechtfertigte Schwarzmalerei optimistische Schönfärberei getrieben wird. Jedenfalls darf man dem Ergebnis der Frankfurter Heimarbeitausstellung mit Interesse und Spannung entgegensehen.

Das Wachstum unserer französischen Bruderpartei.

Im vorigen Bande veröffentlichten wir einen Artikel unseres Genossen Ch. Rappoport über den Kongreß von Nancy, der darauf hinwies, daß in einzelnen Föderationen (Organisationen der Departements) die Zahl der Mitglieder zurückgegangen sei. Das wurde stellenweise so aufgefaßt, als habe die Partei im ganzen abgenommen. Da dies erfreulicherweise nicht der Fall ist, ersucht uns der Parteivorstand der französischen „Sozialistischen Partei", dies klarzustellen, was wir natürlich gern tun. Er schreibt uns:

Paris, 19. Oktober 1907.

Werter Genosse!

In der „Neuen Zeit" vom 21. September 1907 erschien ein Artikel aus der Feder des Genossen Ch. Rappoport, der die permanente Verwaltungskommission bei ihrer letzten Sitzung beschäftigte. Die Kommission findet, dieser Artikel erwecke falsche Ansichten über die tatsächliche Lage der Sozialistischen Partei Frankreichs in Hinblick auf ihre Beiträge und ihr Wachstum. Die Kommission hat mich daher beauftragt, die Redaktion zu ersuchen, daß sie in der „Neuen Zeit" jenen Teil des Berichtes des Nationalrats an den Kongreß von Nancy abdrucke, der unter dem 30. Juni genau die materielle Lage der Partei feststellt. Dieser Bericht, der vom nationalen Kongreß gebilligt und bestätigt wurde, ist ein beweiskräftiges offizielles Dokument. Es ist überall dort die beste Antwort, wo man glauben oder sagen könnte, die Partei sei im letzten Jahre vom Kongreß zu Limoges bis zum Kongreß von Nancy zurückgegangen.

Der Bericht drückt sich darüber folgendermaßen aus:

„Das verflossene Jahr war für die Partei in Hinblick auf ihr Wachstum und ihre Organisation weniger eine Periode großer Ausdehnung, da sich keine Gelegenheit bot, mit der großen Masse der Arbeiter ausgedehnte Fühlung zu nehmen, als eine solche der Befestigung und der Vorbereitung. Die Mehrzahl wenigstens der verschiedenen Föderationen haben sich gefestigt, und es gelang ihnen, die neuen Elemente festzuhalten, die sie im Laufe der allgemeinen Wahlkampagne vom Mai 1906 gewonnen hatten, und sie ausdrücklich und definitiv zu ihren Mitgliedern zu machen.

„Der deutliche Beweis dieser Befestigung, dieses Zusammenschlusses der Kräfte der Partei zeigt sich in einer Tabelle, in der wir neben den Ziffern über die Lage in diesem Rechnungsjahr die Ziffern des verflossenen gesetzt haben, damit man leicht einen Vergleich anstellen kann.

„Beim Studium dieser Tabelle werden unsere Genossen zuerst durch die Tatsache überrascht werden, daß die von der Zentralorganisation für das Jahr 1907 verabfolgte Zahl der Mitgliedskarten geringer ist als die mit der Jahreszahl 1906 im Vorjahr ausgegebenen. Doch werden sie sich durch diese Verminderung, die nur dem Scheine nach existiert, nicht täuschen lassen.

„Einerseits fand der Kongreß in diesem Jahre drei Monate früher statt als gewöhnlich, so daß das Rechnungsjahr sich nur auf neun Monate erstreckt, statt auf

zwölf Monate wie im Jahre 1906; und die Erwartungen selbst der wenigst Optimistischen unter uns gestatten uns die Annahme, daß am 1. Oktober die Gesamtziffer von 1906 reichlich überschritten sein wird.

„Andererseits soll sich die Aufmerksamkeit der Genossen weniger auf die Zahl der Karten im allgemeinen richten als auf die Zahl jener Karten, die mit der vorgeschriebenen Anzahl Marken beklebt sind und für die Mandate des Kongresses in Betracht kommen. Diese Karten allein offenbaren wirklich die stattgefundenen Schwankungen. Von diesem letzteren Standpunkt aus, der der einzig richtige ist, wird der Fortschritt offenkundig. Beim vorigen Kongreß kamen bloß 43462 Karten in Betracht.

„Beim jetzigen Kongreß waren 48237 Karten vertreten. Dies ist eine Vermehrung um ungefähr 5000 Karten, die einem Gewinn von etwa 5000 Anhängern gleichkommt. Diese 48237 Karten gehören tatsächlich regelmäßig zahlenden Parteigenossen, die die erste und wichtigste Pflicht erfüllt haben, die aus dem Arbeiter ein tätiges, wirkliches Mitglied der Organisation der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet macht.

„Der Fortschritt wird noch offenkundiger, wenn wir uns der Ziffern erinnern, die auf den vier Kongressen seit der Gründung der Partei (April 1905) vorgebracht wurden, und sie vergleichen. Auf dem Kongreß von Paris, abgehalten im Globussaal im April 1905, konstatierte man 34688 Mitglieder. Beim Kongreß von Chalon, November 1905, waren 40000 vertreten. Ein Jahr später, in Limoges, November 1906, 43462, wie wir schon erwähnten. Dieses Jahr auf dem Kongreß von Nancy, August 1907, sind es 48237. Die Partei hat also genau um 4875 Mitglieder seit dem letzten Oktober und um 13594 Mitglieder seit dem Kongreß gewonnen, der vor etwa zwei Jahren die Partei begründete."

Es würde zu weit führen, wenn man im Detail untersuchen wollte, wie sich die Mitgliedskarten auf die einzelnen Föderationen verteilen. Die Kommission beauftragt mich nur, über die Verminderung der Karten in der Föderation der Loire folgendes zu bemerken: Jedermann weiß, daß diese Verminderung die Folge des Austritts von etwa tausend nicht genügend aufgeklärten Genossen aus der Partei war, die Herrn Aristide Briand und seinen Deputiertenkollegen folgten, als sich das Ministerium Clémenceau bildete.

Ich füge nur noch hinzu, daß die in dem oben veröffentlichten Bericht mitgeteilte Erwartung hinsichtlich der Gesamtziffer der Karten durch die Tatsachen ausreichend bestätigt wurde: die Totalsumme der bei der Zentralorganisation entnommenen Karten, die am 30. September 1906 53942 betrug, belief sich am 30. September 1907 auf 55508, hatte sich also um 1566 vermehrt.

Genehmigen Sie, geehrter Genosse, mit unserem Danke im voraus für die Veröffentlichung den Ausdruck unserer steten internationalen Solidarität.

Für den Nationalrat: Der Sekretär: Louis Dubreuilh.

Literarische Rundschau.

L. Mahler, ***Marxismus und soziale Entwicklung.*** Drei Fehler der neueren Marxkritik. Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht. 16 Seiten. 35 Pf.

Der revisionistischen Kritik des Marxismus gegenüber findet Herr Mahler manche treffende Bemerkung. Doch ist er leider selbst im Marxismus nicht ganz sattelfest. So bringt er zum Beispiel als Beweis für das Stattfinden der kapitalistischen Akkumulation folgende der preußischen Steuerstatistik entnommene Tabelle vor. Es betrug die Zahl der über 6000 Mark besitzenden Zensiten samt ihren Angehörigen Prozent der Gesamtbevölkerung:

	1895	1896	1897	1899	1902	1905
In den Städten . . .	13,85	13,59	13,29	13,08	12,98	12,69
Auf dem Lande . . .	14,33	14,30	14,30	14,55	14,45	14,66
Überhaupt	14,14	13,97	13,93	13,92	13,81	13,78

„Der erste Blick, den wir auf die Tabelle werfen," sagt Mahler, „überzeugt uns von einer Abnahme der besitzenden Klasse, also von einer Akkumulation."

Das ist falsch. Unter Akkumulation versteht Marx das Wachstum der Masse des Kapitals in der Gesellschaft, das dadurch erzeugt wird, daß die Kapitalistenklasse von der Menge des Mehrwerts nur einen Teil konsumiert, einen anderen Teil in neues Kapital verwandelt, „spart", akkumuliert.

Die Akkumulation des Kapitals bedingt an sich keineswegs eine Abnahme der Zahl der Kapitalisten oder der Kapitale. Mit der Masse des Kapitals kann auch die Zahl der einzelnen Kapitale wachsen. „Das Wachstum des gesellschaftlichen Kapitals," sagt das „Kapital", „vollzieht sich im Wachstum vieler individuellen Kapitale. ... Zugleich reißen sich Ableger von den Originalkapitalen los und fungieren als neue, selbständige Kapitale. ... Mit der Akkumulation des Kapitals wächst also auch mehr oder minder die Anzahl der Kapitalisten" (I. 3. Aufl., S. 642). Als weitere Ursache einer solchen Zunahme bei fortschreitender Akkumulation nennt die französische Übersetzung (S. 275) die Verwandlung bisher totliegender Werte (valeurs dormantes) in Kapital.

Aber diese Tendenz nach Vermehrung der individuellen Kapitale wird durchkreuzt durch eine andere, die von einem bestimmten Punkte der Entwicklung an jene überwindet. Es ist die nach Zusammenfassung bereits bestehender individueller Kapitale in ein einziges, welche Tendenz Marx ursprünglich „eigentliche Konzentration", dann aber in der französischen Ausgabe Zentralisation nannte, im Unterschied von jener Konzentration des Kapitals, welche durch die aus der Akkumulation folgende Vergrößerung individneller Kapitale bewirkt wird. Engels hat in die von ihm besorgten Auflagen des deutschen „Kapital" die Bezeichnung der französischen Ausgabe übernommen.

Die Zentralisation der Kapitalien und nicht ihre Akkumulation ist es, die eine Abnahme der Zahl der individuellen Kapitale bewirkt. Aber auch diese Zentralisation muß nicht notwendigerweise eine Abnahme der Zahl der Besitzenden bewirken. In der französischen Übersetzung des „Kapital" handelt Marx ausführlicher von der Zentralisation als im deutschen Original, und er weist dort ausdrücklich auf das Aktienwesen als eines der mächtigsten Mittel der Zentralisation der Kapitalien hin. So können an einem einzelnen Kapital, einer einzelnen Firma, gar viele Besitzer Anteil haben.

Freilich, von einer gewissen Höhe der Entwicklung an macht die Zentralisation der Kapitalien solche Fortschritte, daß sie auch zur Abnahme der Zahl der Besitzenden führt. Aber stets wird diese Abnahme, dank dem Aktienwesen, weit weniger rasch vor sich gehen, als die Zentralisation der Kapitale, die dem Proletariat im Klassenkampf gegenüber stehen. Die Zahl und Größe der Kapitale aber ist es, die über Formen und Schärfe des Klassenkampfes entscheidet, und nicht die Zahl der Besitzenden.

Eine Zunahme der Zahl der Besitzenden beweist noch nichts gegen das Stattfinden einer Zentralisation der Kapitalien, dagegen bildet allerdings eine Abnahme der Besitzenden einen starken Beweis dafür. Nicht aber beweist sie, wie Mahler meint, die Akkumulation des Kapitals, das heißt des gesellschaftlichen Reichtums. Marx führt im „Kapital" als Illustration dafür die Zunahme der Masse der Profite und Grundrenten und nicht eine Abnahme der Besitzenden an.

Das sind keine überflüssigen Haarspaltereien, denn gerade aus ungenauen Gedankengängen auf diesen Gebieten erwächst die Verwirrung, die der Revisionismus anrichtet. Wer ihn widerlegen will, muß sich vor allem selbst vor solchen Ungenauigkeiten hüten. K. K.

Digitized by Google

Dr. Paula Gutzeit, **Die Bodenreform.** Eine dogmengeschichtlich-kritische Studie. Leipzig 1907, Duncker & Humblot. 141 Seiten 8°.

Eine Geschichte der Bodenreformbewegung und ihrer Theorien in objektiver Beleuchtung wäre wohl für die weitesten Kreise von Interesse gewesen. Eine Untersuchung der Ursachen, die zu den bodenreformatorischen Theorien geführt, und eine Klarlegung der allmählichen Verflachung, die die Theorie in der Praxis erfahren, hätte auch in der wissenschaftlichen Literatur eine Lücke ausgefüllt. Die vorliegende Arbeit unterzog sich der Aufgabe, diese Lücke zu füllen, insofern nur zum Teil, als sie das Schwergewicht ihrer Beweisführung mehr auf die Theorie als auf die Bewegung legte. Wohl fehlen nicht einige interessante Exkurse auf die geschichtliche Entwicklung der Bewegung der Bodenreform, aber im Mittelpunkt steht die Darstellung der Theorie. Und in diesem Rahmen erscheint denn auch diese Schrift als eine sehr wertvolle Bereicherung der ökonomischen Literatur.

Im ersten Kapitel, das den größten Teil der Arbeit umfaßt, wird eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der Bodenreform in England, Amerika, Australien, Frankreich, Schweiz und Deutschland gegeben. Die einzelnen Theoretiker der Bodenreform werden in klarer, oft fesselnder Form besprochen. Der Wert der Studie wäre allerdings noch erhöht worden, wenn sie an manchen Punkten etwas ausführlicher gewesen wäre. So wäre es, glaube ich, geboten gewesen, die Wirkung, die der Krach der Heimatskolonien O'Connors auf die bodenreformatorischen Ansichten der Chartisten ausgeübt hatte, zu erörtern. Es genügt nicht, wenn die Verfasserin bloß sagt, daß die Ideen O'Briens über die Nationalisation von Grund und Boden erst im Jahre 1852 offiziell in das Programm der Chartisten Aufnahme fanden. — Auch die Grundrententheorie Ricardos wäre bei ihrer Bedeutung für die Theorie der Bodenreform eingehender zu besprechen gewesen, insbesondere hätte ein Hervorheben des Verhältnisses der Grundrente zum Kapitalgewinn manchen Gedankengang der späteren Bodenreformer besser beleuchtet.

Einen eigenen Abschnitt widmet die Verfasserin dem Verhältnis der Bodenbesitzreform zum Sozialismus. Er zeigt, daß sie auf dem Boden der marxistischen Schule steht. In durchaus treffender Weise werden die prinzipiellen Grenzlinien, die die Sozialdemokratie von der Bodenreform trennen, gezogen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Marxismus, im Gegensatz zu den Bodenreformern, im Entstehen des Grundeigentums keine willkürliche Institution, sondern eine historische Notwendigkeit erblickt, daß den ethischen Momenten, die auf naturrechtlicher Basis beruhen, nur eine untergeordnete Rolle zugewiesen wird, und daß der moderne Sozialismus die Sonderstellung des Grund und Bodens als Produktionsfaktor entschieden verneint.

In der Kritik der Bodenreform hält Paula Gutzeit drei Gesichtspunkte auseinander: 1. die Bodenverstaatlichung als Mittel zur Lösung der sozialen Frage im allgemeinen Sinne, in ihrem Gesamtumfang; 2. die Bodenverstaatlichung als Mittel zur Verbesserung der Agrarzustände im besonderen, vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft; 3. die Bodenreform „der kleinen Mittel". Was den im ersten Punkte gekennzeichneten Standpunkt anbelange, führt die Verfasserin aus, so habe „die tiefe, vernichtende Kritik, die an dessen Prämissen und Konsequenzen durch die Sozialdemokratie und Theoretiker anderer Lager ausgeübt wurde, unwiderlegbar bewiesen, daß von einer Lösung des sozialen Problems durch die Beseitigung der Grundrente im Ernste nicht die Rede sein kann". Auch von der Bodenverstaatlichung als Mittel zur Verbesserung der Agrarzustände im besonderen hält Gutzeit, soweit der bürgerliche Staat für sie in Betracht kommt, nicht viel. Dagegen sei der Bodenreform „der kleinen Mittel", worunter die Bekämpfung der städtischen Bodenrente verstanden wird, ohne weiteres zuzustimmen. Hier handle es sich um so unabweisbare Aufgaben der praktischen Politik, daß sie von den Repräsentanten der verschiedensten politischen und sozialen Richtungen akzeptiert werden können. Mit dieser Allgemeinheit verliere aber auch die Bodenreformbewegung ihren besonderen Zweck, sie mache sich selbst überflüssig. Wenn es sich darum handle, die Lage eines Volkes auf die

Dauer zu heben, „so erzeugen kleine Mittel nicht einmal kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine".

Die vorliegende Arbeit hat leider einen großen Nachteil, nämlich den, daß sie in einem vielfach sehr schwulstigen Deutsch — die Verfasserin ist eine Ausländerin — geschrieben ist. An einigen Stellen kommt durch die mangelhafte Beherrschung der Sprache sogar das Gegenteil von dem zum Ausdruck, was die Verfasserin sagen wollte. So heißt es auf S. 105 von einem Briefe von Marx, daß er darin die Bodenreformer Colins, Samter, George usw. in „ziemlich oberflächlicher Weise" kritisiere, während dem ganzen Zusammenhang nach gesagt werden sollte, daß Marx diese Bodenreformer von oben herab kritisierte. Trotz dieser kleinen, allerdings oft störenden äußerlichen Mängel kann die Lektüre dieser fleißigen, gut orientierenden Schrift nur bestens empfohlen werden. Sie wird für jeden, der sich für die Bodenreformfrage interessiert, eine gute Einführung sein. Julius Deutsch.

Notizen.

Der Jüdische Arbeiterbund. Der „Bund", der am 8. Oktober ins elfte Jahr seines Bestehens trat, ging hervor aus der jüdischen Arbeiterbewegung, die bereits im Jahre 1887 begann. Damals entstanden in Wilna und Minsk geheime Arbeiterorganisationen, die zwar hauptsächlich Bildungsvereine waren, aber schon Anfang der neunziger Jahre zu einer ökonomischen Massenbewegung der jüdischen Arbeiter wurden und sich politisch betätigten. Gleichzeitig erhielt aber diese Bewegung auch ein nationales Gepräge, da sie sich den besonderen Eigentümlichkeiten, die der Klassenkampf unter den Juden infolge ihrer politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung besitzt, anpaßen mußte. Gegen 1895 gewinnt auch der Gedanke, daß eine besondere jüdische Organisation zur Leitung des so schwierigen Kampfes der jüdischen Proletarier erforderlich sei, immer mehr an Boden und 1897 erfolgt der Zusammenschluß einer Anzahl lokaler jüdischer sozialdemokratischer Organisationen zum Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund.

Sein nationales Programm war anfänglich rein negativ, es forderte die Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen die Juden. Dieser negative Charakter war eine Folge der Kämpfe, die der „Bund" führen mußte einmal gegen die Zionisten, die die Lösung der nationalen Frage für die Juden im Zukunftsstaat Palästina suchen, zweitens gegen die Assimilatoren, die für die Assimilation, das Aufgehen der Juden in den anderen Nationen, eintreten. Im Gegensatz zu diesen beiden Richtungen machte der „Bund" die national-kulturelle Autonomie zu seiner Losung, um den Klassenkampf der jüdischen Proletarier und gleichzeitig deren nationale Entwicklung zu ermöglichen. Auch das Organisationsprogramm des „Bundes" — die Föderation selbständiger nationaler Organisationen — entsprang der geschichtlichen Entwicklung, die die jüdische Arbeiterbewegung nahm. Und die großen Erfolge des „Bundes" in der sozialistischen und politischen Aufklärung des jüdischen Arbeiters, sein eigenes Wachstum, der tiefe Einfluß, den er vermöge seines engen Zusammenhanges mit den Massen auch auf das ganze jüdische Leben ausübt, seine Bedeutung für die ganze russische Revolution, zeugen, daß seine Organisationsgrundsätze den Bedürfnissen der Bewegung entsprechen, und erklären ihre zähe Verteidigung gegenüber den zentralistischen Strömungen in der Gesamtpartei, der er jetzt als autonomes, in seinen inneren Angelegenheiten selbständiges Mitglied angehört.

Zehn Jahre schweren opferreichen Ringens auf einem der vorgeschobensten Posten des revolutionären Schlachtfeldes hat nun der „Bund" zurückgelegt. Und allen Gefahren trotzend, wird er auch weiterhin in Reih und Glied mit dem Proletariat Rußlands für ein freies Rußland, und mit dem Proletariat der ganzen Welt für den Sozialismus kämpfen! A. L.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Nr. 5 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Prozeß Moltke-Harden.

✗ Berlin, 30. Oktober 1907.

Größere Kontraste lassen sich nicht leicht denken, als zwischen dem Prozeß Liebknecht und dem Prozeß Moltke-Harden bestehen. Dort saß auf der Anklagebank ein Vorkämpfer der arbeitenden Klassen, der um „der Menschheit große Gegenstände" rang, der so klug wie kühn den höchsten Gerichtshof und den obersten Ankläger des Reiches matt setzte und als Sieger in die Festung schritt, in die ihn die Sympathien von Millionen begleiten. Hier ein schmutziges Raufen zweier höfischer Kamarillen miteinander, das die moralischen Abgründe aufdeckte, die unter der hochgepriesenen Zivilisation der herrschenden Klassen gähnen, und einen allgemeinen Ekel hinterließ, in den sich Besiegte und Sieger gleichmäßig zu teilen haben.

Und wenn der Angeklagte im Prozeß Liebknecht wegen Hochverrats anderthalb Jahre auf die Festung geschickt wurde, weil er theoretische Zweifel an der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers geäußert haben sollte, so ist in dem Prozeß Moltke-Harden klargestellt worden, daß die unbeschränkte Kommandogewalt des Kaisers, so geschützt sie in der Theorie sein mag und so umsichtig sie ohne Zweifel von ihrem gegenwärtigen Inhaber gehandhabt wird, praktisch doch nicht hat hindern können, daß in dem vornehmsten Regiment der Armee die Söhne des Landes der viehischen Gier adeliger Offiziere zum Opfer fielen. In der Tat, der Militarismus, der sich in dem Prozeß Liebknecht aufblähte wie das achte Weltwunder, hat im Prozeß Moltke-Harden kuschen müssen wie ein geprügelter Hund.

Ein Teil der bürgerlichen Presse redet nun zwar von dem „reinigenden Gewitter" des Prozesses Moltke-Harden. Indessen diese Heuchelei ist zu abgeleiert, als daß sie noch, selbst nur auf die beschränktesten Philister, besonderen Eindruck machen könnte. Die höfischen Sümpfe, die in dem Prozeß Moltke-Harden aufgedeckt worden sind, werden bleiben, solange es Höfe gibt, denn sie sind immer gewesen, solange es Höfe gegeben hat. Mit einem

Unterschied nicht in der Qualität, aber vielleicht in der Quantität; man mag zugeben, daß dieser höfische Skandal alle früheren höfischen Skandale weit übertrifft. Aber dann ist er eben nur das Produkt eines um so tieferen Verfalls, eines Verfalls, wie er früher noch niemals dagewesen ist; dann ist er um so weniger durch ein „reinigendes Gewitter“ zu beseitigen, sondern nur durch die gänzliche Umwälzung einer Gesellschaftsordnung, die sich gerade in ihren Spitzen bis in den innersten Kern verfault gezeigt hat.

Andere bürgerliche Blätter suchen sich damit zu trösten, daß durch den Prozeß wenigstens eine gemeingefährliche höfische Clique gestürzt worden sei. Als ob darin nicht gerade das historisch niederziehendste Element des ganzen Prozesses läge! Die Clique Eulenburg hat seit langen Jahren ihr unheimliches Wesen getrieben; schon Bismarck hat unter ihr gelitten, Caprivi ist durch sie gestürzt worden, Hohenlohe schäumte, wenn ihr Name genannt wurde. Der gegenwärtige Reichskanzler ist allerdings durch sie erhoben worden, aber dann auch mit ihr hintereinander geraten, so daß er sich im vergangenen Dezember nur durch das waghalsige Abenteuer der Reichstagsauflösung retten konnte, die angeblich die „heiligsten Güter“ der Nation schützen sollte, jedoch tatsächlich nur inszeniert wurde, weil jene höfische Clique auf den Fährten des Fürsten Bülow jagte. Vier Reichskanzler haben sich vergebens bemüht, diese Hofclique aus dem Sattel zu heben; das ist erst gelungen, als sich eine andere Hofclique auf die Beine machte und sie mit Waffen zur Strecke brachte, wie sie sonst nur in der Revolverpresse gebräuchlich sind.

Ein Glück, daß wir keine Monarchisten sind, denn wir fürchten, daß wir unseren Verstand verlieren würden, wenn wir in diesem Hergang der Dinge etwas von der Herrlichkeit der monarchischen Staatsverfassung entdecken sollten. Ist es an sich schon unsinnig, zu glauben, daß mit dem Sturze e i n e r höfischen Clique das höfische Cliquenwesen überhaupt ausgerottet worden sei oder auch nur ausgerottet werden könne, so liegt es in diesem Falle auf der Hand, daß die eine Kamarilla nur gefallen ist, um durch eine andere Kamarilla ersetzt zu werden. Herr Harden hat seine giftigen Pfeile nicht auf die Clique Eulenburg abgeschossen, weil ihn ein glühender Patriotismus verzehrte, wie er vor dem Schöffengericht in schlechter Komödiantenmanier renommierte, sondern weil ihn augenblicklich eine andere Hofclique als Eulenburg und Genossen mit dem höfischen Klatsch versorgt, woraus er Geld zu machen versteht. Seine gegenwärtige Bezugsquelle für diesen faulen Artikel ist der Geheimrat Holstein, der seit den Tagen des Arnimprozesses mindestens ebensoviel Intrigen und Verrätereien auf dem Kerbholz hat wie der Fürst Eulenburg und seinesgleichen: der „Kerl mit den Hyänenaugen“, wie Harden selbst ihn zu nennen pflegte, als er noch seine Klatschkriege in Bismarcks Diensten führte und den Holstein ebenso bombardieren mußte wie heute im Dienste Holsteins den Eulenburg. Und was ist damit gewonnen, daß Holstein über Eulenburg gesiegt hat? Genau so viel, als wenn in Schillers „Kabale und Liebe“ der Hofmarschall v. Kalb den Oberschenk v. Bock unterkriegt.

Würdig dieses Zieles waren die Waffen, mit denen es erkämpft worden ist. Nicht weil Eulenburg und Genossen gemeingefährliche Politiker waren, sind

sie gestürzt worden, sondern weil sie Päderasten gewesen sind oder gewesen sein sollen. Und das ist nicht etwa eine neue Entdeckung, sondern nach Hardens Behauptung haben vier Reichskanzler darum gewußt, ohne daß einer von ihnen auch nur einen Versuch gemacht hat, diese Leute aus der Umgebung des Kaisers zu entfernen. Als Gegner der Monarchie lassen wir die heikle Frage auf sich beruhen, ob die Päderastie mit den notwendigen Eigenschaften eines monarchischen Ratgebers in unlösbarem Widerspruch steht, aber wenn dem so sein sollte, welches Licht fällt dann auf die vier Reichskanzler, die es ruhig mit angesehen haben, daß der Monarch jahrzehntelang Päderasten in seiner nächsten Umgebung gehabt hat, welches Licht fällt dann auf den gegenwärtigen Reichskanzler, der nach Hardens Angabe durch einen Kreis von Päderasten zu seiner Würde erhoben worden ist, und als er sich mit dieser angenehmen Gesellschaft überworfen hatte, lieber zur Stütze seiner Stellung den Reichstag auflöste, statt vor den Kaiser zu treten und die Verjagung der Päderastenclique zu fordern?

Man muß gestehen: das ist alles sehr dunkel und am wenigsten durch den Prozeß Moltke-Harden aufgehellt worden. Es liegen manche Anzeichen dafür vor, daß die siegreiche Clique, deren Sprachrohr Harden war, den Prozeß gern vermieden hätte, in der instinktiven Ahnung, daß sie keine Rosen dabei pflücken würde. Und diese Ahnung hat sie auch nicht betrogen. Harden ist zwar durch das Schöffengericht von der Klage freigesprochen worden, den Grafen Moltke beleidigt zu haben, indem er ihm homosexuelle Neigungen vorwarf, allein dies Urteil ist unter juristischem Gesichtswinkel ungefähr ebenso erstaunlich, wie das Urteil des Reichsgerichts über Liebknecht: in diesem einen Punkte haben beide Prozesse allerdings eine gewisse, wenn auch für die deutsche Justiz keineswegs schmeichelhafte Aehnlichkeit. Hardens Zeugen waren seiner hehren Sache würdig: eine Frau, die sich vor dem Gerichtshof und damit vor allem Volke moralisch entkleidet, um ihren geschiedenen Ehemann hineinzulegen, weil er seine legitimen Gattenpflichten nicht zu ihrem Genügen erfüllt hatte, und ein braver Kürassier, der sich freiwillig den viehischen Gelüsten adeliger Offiziere preisgegeben und sich dafür durch brutale Mißhandlung seiner untergebenen Rekruten schadlos gehalten hatte. Während aber das Schöffengericht den Beweisen Hardens einen weiten Spielraum gewährte, schnitt es die Gegenbeweise des Klägers Moltke kurzweg ab und fällte dann ein Urteil, dem die völlige Hinfälligkeit breit auf die Stirn geschrieben stand.

Es ist nicht der erste und weitaus nicht der schlimmste Fehlspruch deutscher Gerichte; die Aufregung, die sich wegen dieses Urteils derselben Presse bemächtigt, die das Urteil über Liebknecht unbesehen verschluckt hatte, ist von keinem besonderen Belang. Aber praktisch hat der Fehlspruch des Schöffengerichts die gute Wirkung, daß er alle Philister im Reiche auf die Beine bringt wegen des handgreiflichen Unrechts, das einem königlich preußischen General zugefügt worden ist, und sie somit immun macht gegen die von Harden usurpierte Rolle eine Retters des Vaterlandes. Von ihm und leider auch von seinem Verteidiger ist der Prozeß in einer Weise geführt worden, die es über jeden Zweifel erhebt, daß die siegreiche Hofclique moralisch genau von demselben Kaliber ist wie die unterlegene.

Digitized by Google

Im allgemeinen darf man annehmen, daß wenn nahezu die ganze bürgerliche Presse aller Schattierungen einmütig auf eine Person oder eine Sache loshackt, diese Person oder Sache nicht so ganz ohne sein kann. Indessen jede Regel hat ihre Ausnahme, und wenn man sich in keiner Weise für die Beweggründe zu begeistern braucht, aus denen die bürgerliche Presse augenblicklich ihr Mütchen an Harden kühlt, so wäre es doch töricht, deshalb sich zum Anwalt dieses Unschuldsengels aufzuwerfen. Wir können es nur begrüßen, daß die Hofclique Holstein sofort demselben Schicksal verfällt, das sie der Hofclique Eulenburg bereitet hat. Hat der Philister erst begriffen, daß alle Hofcliquen einander vollkommen würdig, daß jede so gemeinschädlich ist wie die andere, so ist damit dem monarchischen Bewußtsein, soweit es überhaupt noch in den unaufgeklärten Massen besteht, tüchtiger Abbruch getan, und in diesem Betracht hat der Prozeß Moltke-Harden ein Stück Arbeit geleistet, um dessentwillen man seine ekelhaften Begleiterscheinungen schon mit in den Kauf nehmen kann.

Mögen sie nur fortfahren, ihren höfischen Schmutz auf den öffentlichen Markt zu karren: sie tun damit unser Werk. So wenig man unfreiwilligen Helfern einen Dank schuldet, so wenig braucht man ihnen die Anerkennung zu versagen, daß sie eine antimonarchische Agitation treiben, deren drastische Wirkung sie niemals durch die reinen und sachlichen Waffen erreichen könnten, mit denen wir die Monarchie bekämpfen.

Die römischen Gladiatoren pflegten, wenn sie zum Todeskampf in die Arena schritten, dem Kaiser zuzurufen: Die sterben werden, grüßen dich. Umgekehrt grüßten die Gladiatoren des Prozesses Moltke-Harden die Monarchie, die an ihnen sterben wird, mit derselben Sicherheit, womit sie selbst sich rühmen, Geschöpfe der Monarchie zu sein.

Der deutsche Imperialismus und die innere Politik.

Von **Karl Emil.**

I.

Es ist eine auf den ersten Blick verwunderliche Tatsache: während die entwickelten kapitalistischen Länder Europas über große und zum Teil für die Kapitalisten sehr wertvolle Kolonialreiche verfügen, hat Deutschland, in dem seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die kapitalistische Wirtschaft die größten und intensivsten Fortschritte gemacht hat, keine irgend in Betracht kommenden Kolonien, und selbst das wenige, das es besitzt, stammt erst aus neuester Zeit. Daß dies von der deutschen Kapitalistenklasse als arger Widerspruch empfunden wird, ist klar. Uns interessiert aber zunächst die Frage, warum es so geworden ist; denn die Beantwortung dieser Frage kann vielleicht auf den Charakter und das künftige Schicksal dessen, was man deutschen Imperialismus zu nennen sich gewöhnt hat, einiges Licht werfen.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung der südlichen und westlichen Staaten Europas unterscheidet sich die Deutschlands dadurch, daß sie am längsten in naturalwirtschaftlichen Zuständen verharrte. Der letzte Grund dafür ist dieser: während Italien, Spanien, Frankreich und England zum Teil unter dem Einfluß der Römer und dessen Nachwirkungen über eine rein agrarische Kultur

hinausgewachsen waren, fand Deutschlands für die agrarischen Produktionsverhältnisse der damaligen Zeit überschüssige Bevölkerung weiten Nahrungsspielraum zuerst durch die Rodung der Urwälder der Heimat und später durch die Kolonisierung im slawischen Gebiet, dessen verstreut und wenig geschlossen wohnende Bewohner gewaltsam zurückgedrängt oder zum Teil assimiliert wurden in jener gewaltigen Kolonisierungsarbeit, die den Deutschen das Land im Osten und Südosten gewann.

Aber die Naturalwirtschaft schließt eine starke einheitliche schlagfertige Zentralgewalt aus. Die Träger staatlicher Funktionen konnten nicht anders für ihre Dienste entschädigt werden als durch Begabungen mit Grund und Boden. Die staatlichen Hoheitsrechte wurden gleichsam zum Zubehör eines bestimmten Grundbesitzes und mit diesem selbst vererbt. Alle Versuche der königlichen Zentralgewalt, eine einheitliche Verwaltungsorganisation zu schaffen, scheiterten an den wirtschaftlichen Bedingungen. Der Staat war kein einheitlicher Organismus, der von einem Staatswillen beseelt wurde, sondern ein Aggregat von lauter Diminutivstaaten, die alle ihren eigenen Willen hatten und nur in besonderen Fällen zumeist dem Zwange äußerer Not gehorchend zu einem Willen zusammenflossen.[1]

Erst die Geldwirtschaft erzeugt die Notwendigkeit und zugleich die Möglichkeit einer einheitlichen zentralisierten Staatsmacht. Das Aufkommen der Warenproduktion schafft in den Städten die Träger der Bestrebungen für die Staatseinheit und gibt deren Repräsentanten, der königlichen Gewalt, zugleich die Mittel, sich die Werkzeuge der Staatsgewalt zu schaffen in den nicht mehr mit Grund und Boden und deshalb zur Unabhängigkeit strebenden, sondern in der mit Geld entlohnten und von der Zentralgewalt daher stets abhängigen Bureaukratie und im Söldnerheer. Für die Entwicklung dieser Zentralgewalt war aber entscheidend wichtig der Zeitpunkt, in dem die geldwirtschaftliche Entwicklung eintrat, und das Tempo, in dem sie sich entwickelte und ihre Gegen-

[1] Die Möglichkeit der Herausbildung eines einheitlichen Staatswillens, der als Resultante der Machtverhältnisse der verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft alle Klassen dieser Gesellschaft jeweils sich unterwirft, ist die Bedingung, die moderne Verfassungsinstitutionen erfüllen müssen. Das Kurienparlament Österreichs scheiterte in erster Instanz daran, daß es die Sanderinteressen der einzelnen Klassen und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft in einer Weise zur Geltung brachte, die die Herausbildung eines salchen allgemeinen Staatswillens unmöglich machte. Dies zeigte sich an der chronischen Obstruktian, die schließlich die Einführung des gleichen Wahlrechtes unter dem Drucke der Arbeiterklasse einerseits, der Staatsnatwendigkeit andererseits erzwang. Auch in Deutschland machen sich in neuerer Zeit immer stärker die Mängel seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen geltend. Einerseits verfälscht die Wahlkreiseinteilung, die sich immer mehr zuungunsten der städtischen Bevälkerung und insbesandere der Arbeiterschaft verschiebt, im Reichstag den Ausdruck der Kraft der städtischen Bevölkerung und damit die Resultante der Kraftverhältnisse, den Staatswillen; ganz abgesehen van der verkünstelten Teilung der Macht zwischen Bundesrat und Reichstag. Sadann aber entstehen Reibungen aus dem Widerspruch, der sich daraus ergibt, daß dem im Reichstag zum Ausdruck kommenden politischen Machtverhältnis, also dem Willen der deutschen Natian, entgegentritt der Wille Preußens, des größten Teiles der Nation, der wieder ganz anders gebildet wird. Es ist einerseits der Widerspruch zwischen dem palitischen Willen Deutschlands und dem Preußens, andererseits der Widerspruch in der Bildung des preußischen Staatswillens selbst, bei dem der Wille von 85 Prazent der Bevölkerung überhaupt in die Bildung der Resultante nicht eingeht, der die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen zu einer Notwendigkeit der Entwicklung macht, sall diese friedlich und verfassungsgemäß var sich gehen können.

Digitized by Google

tendenzen zur naturalwirtschaftlichen Entwicklung entfaltete. Denn die Auflösung der ursprünglichen Zentralgewalt in eine Reihe von Grundherrschaften und deren Zusammenfassung zu einem landesherrlichen Territorium war ja ein jahrhundertelanger geschichtlicher Prozeß. Die geldwirtschaftliche Entwicklung setzte aber in Süd- und Westeuropa viel früher ein und entwickelte sich viel rascher als in Deutschland. Dies hatte zur Folge, daß es in England und Frankreich gelang, eine zentrale Staatsmacht zu begründen, während Italien, wo einerseits die geldwirtschaftlich-städtische Entwicklung am frühesten und raschesten eingesetzt hatte, andererseits aber auswärtige Einflüsse die Entstehung einer zentralen Gewalt überhaupt verhinderten, in eine Reihe von Stadtstaaten zerfiel, die an ökonomischer und damit politischer Macht den großen Staaten der damaligen Zeit vorauseilten, wie die Geschichte von Venedig, Florenz und Genua beweist.

Die Träger der Expansionspolitik dieser Stadtstaaten aber sind das Handels- und Wucherkapital, das sich sehr früh in den Poren der mittelalterlichen Gesellschaft ausbildet. Während der Binnenhandel zum großen Teile noch „handwerksmäßigen" Charakter sowohl nach Größe des Umsatzes als nach Art des Betriebs beibehält, löst sich von ihm ein Handelsbetrieb ab, der anfangs gelegentlich, später berufsmäßig vor allem als Überseehandel sich entwickelt verbunden mit Seeraub und mit Ausraubung und Versklavung überseeischer Gebiete. Es sind die Interessen dieses Handels, die zur ersten Periode der Kolonialwirtschaft führen. Aber die Kolonialwirtschaft setzt zu ihrer Verwirklichung voraus das Bestehen einer starken zentralisierten Staatsmacht, welche die materiellen und persönlichen Kräfte des ganzen Volkes in den Dienst dieser Kolonialpolitik stellen kann. So entsteht mit der Geldwirtschaft und der Herausbildung des Handelskapitals zugleich das Interesse und die Möglichkeit der Kolonialpolitik. Sie beginnt naturgemäß dort, wo die Entwicklung des Handelskapitals am stärksten ist, in Italien. Genuesen und Venetianer ziehen bereits aus der Beteiligung an den Kreuzzügen den größten Nutzen, nicht nur durch die Vermittlung des Transportes und durch die Finanzierung der Heereszüge, sondern auch durch ausgedehntesten Landerwerb. Seitdem ist ihr ganzes Trachten gerichtet auf Ausdehnung ihrer Gebiete. „Die systematische Ausbeutung der Mittelmeervölker mittels Zwangsarbeit", sagt Sombart[1] mit Recht, „bildet das Fundament, auf dem sich die Machtstellung Venedigs und Genuas erhebt."

Italiener entdecken im fünfzehnten Jahrhundert die Kanarischen Inseln und suchen zuerst den Seeweg nach Ostindien; auch später sind es zumeist Italiener, die den Völkern am Atlantischen Ozean die Entdeckerfahrten machten: „Christoph Kolumbus ist nur der größte einer ganzen Reihe von Italienern, welche im Dienste der Westvölker in fremde Meere fahren", heißt es bei Burckhardt.

Das Interesse des Handelskapitals ist es auch, das zu jenen Entdeckungen führt, deren Triebkraft vor allem die Auffindung eines direkten Weges nach Ostindien ist, um das Handelsmonopol der Araber, die den europäischen Kaufleuten den Rahm von der Milch abschöpften, zu umgehen und Ersatz für den über Zentralasien gehenden Handelsweg, der durch fortwährende Kämpfe gestört wurde, zu finden.

Auch diese Bestrebungen gehen zunächst von Italien aus. Den Italienern folgen die Portugiesen, die schließlich den Seeweg nach Ostindien finden und

[1] Der moderne Kapitalismus, Band 1, S. 332.

zugleich gewaltsam das Handelsmonopol der Araber brechen. Um Indien und später um das neuentdeckte Amerika entbrennt schließlich der Kampf der in die kapitalistische Periode eintretenden Nationen und damit die ersten Entscheidungen um den Besitz der Kolonien. Deutschland aber ist von diesem Kampfe ausgeschlossen. Die Gründe hiefür liegen nicht allein in der Entwicklung des deutschen Handels. Zwar hatte sich dieser zunächst als Landhandel entwickelt. Er ist im wesentlichen Zwischenhandel. Der süddeutsche vermittelt den Handel der nordischen Länder mit den italienischen Städten, die die Reichtümer des Ostens nach Europa bringen. Der niederdeutsche Handel vermittelt den Austausch zwischen Ost und West, zwischen England und den Niederlanden einerseits, Skandinavien und dem slawischen Osten andererseits. Es ist ein Handel, der in seiner Entwicklung auf den Fortschritt des italienischen und englischen Handels angewiesen ist, sich von ihm in einer gewissen Abhängigkeit befindet. Aber immerhin hatte sich auf dieser Grundlage ein Handelskapital entwickelt, dessen Interessen weit über die des Zwischenhandels hinausgingen und gebieterisch eine Beteiligung Deutschlands an der Aufteilung der neuen Welt verlangten. Häuser von der Größe und Macht der Fugger oder Welser waren die gegebenen Träger einer deutschen Kolonialpolitik. Aber ihre Bestrebungen mußten scheitern an dem Fehlen einer starken Zentralgewalt, die allein imstande gewesen wäre, die gewaltigen Mittel für eine solche Politik aufzubieten. Diese Zentralgewalt aber war nicht vorhanden, weil die naturalwirtschaftliche Entwicklung unterdes die Reichseinheit längst gesprengt hatte. Die geldwirtschaftliche Entwicklung kam zu spät, als daß ihre Früchte noch die Zentralgewalt pflücken konnte. Bereits hatten die Großen des Reiches alle staatlichen Machtbefugnisse usurpiert, und einmal im Besitz der Macht, waren sie es, die die geldwirtschaftliche Entwicklung für die Begründung und Befestigung ihrer Territorialherrschaften auszunutzen wußten. An den deutschen Fürsten, an diesen waldursprünglichen Überresten der naturalwirtschaftlichen Epoche unserer Geschichte, scheiterte die Anteilnahme Deutschlands an dem neuen Weltreich.

Vergebens suchen die Fugger durch ihre Kommanditeinlage in das Geschäft der deutschen Kaiserwahl wenigstens durch Karl V. eine Personalunion Deutschlands mit der großen Kolonialmacht Spaniens herbeizuführen. Nach anfänglichen Erfolgen machten die großen süddeutschen Handelshäuser im Gefolge Spaniens schließlich Bankrott.[1] Die Finanzierung der Habsburger war eine verfehlte Spekulation.

Für die niederdeutschen Städte aber bildete die geographische Lage das Hindernis. Da die Zentralgewalt versagte, schloß ihre Isolierung im vorhinein eine aktive Beteiligung an der Kolonialpolitik aus; diese war geknüpft an die Beherrschung der neuen Handelswege, vor allem an die Beherrschung des Atlantischen Ozeans, die nach dem Falle Spaniens an die alten Rivalen der Hansa, an die Niederlande und England überging.

Es ist ein eigentümliches Bild: dem äußeren Anschein nach ist kein Reich den Bedingungen für die neue Politik, die die Entdeckungen erforderten, mehr gewachsen als das Reich Karls V., in dem die Sonne nie unterging. Spanien und die Niederlande waren die gegebenen Stützpunkte für die Beherrschung

[1] Spaniens Staatsbankrott 1575; 1611 Bankrott der Welser; 1653 lösen die Fugger ihr spanisches Geschäft auf.

des Ozeans, des neuen Handelswegs. Der deutsche Handel war noch mächtig und bedeutsam, in Italien der Einfluß des Kaisers groß. Alle Bedingungen für die Entstehung eines gewaltigen Weltreiches, in dem der Kapitalismus sich schrankenlos entfalten konnte, scheinen gegeben. Doch dem gewaltigen Bau fehlen die Klammern einer einheitlichen Zentralgewalt. Die territorialen Interessen sind stärker als die Bedürfnisse der deutschen städtischen Entwicklung. Sie siegen, das Reich zerreißt in ohnmächtige Teile, die peripherischen, aber für die Entwicklung einer Kolonialmacht unentbehrlichsten Gebiete fallen ab. Die Niederlande lösen sich los, in Italien schwindet der kaiserliche Einfluß, die kapitalistische Entwicklung rauscht an Deutschland vorüber, es zurücklassend in dem Elend nationaler Zerrissenheit und naturalwirtschaftlicher Rückbildung. An der ersten Teilung der Welt hat Deutschland keinen Anteil. Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands wird für Jahrhunderte zurückgeworfen durch die reichsfeindliche Politik der deutschen Fürsten. Die erste Entscheidung über den deutschen Imperialismus war gefallen.

Dies mag imperialistischen Schwärmern als das Tragische in dieser Epoche deutscher Geschichte erscheinen: alle Bedingungen scheinen erfüllt, wie sie in dieser Vollständigkeit nie wieder vereinigt sein konnten. Der ganze Kontinent fast vereint unter der Herrschaft eines einzigen, dem auch der neue Kontinent mit seinen unendlichen Schätzen zum großen Teile zugefallen ist. Und diese äußere Pracht zusammenstürzend in innerer Schwäche, selbst ein Erbteil einer geschichtlichen Entwicklung, die das stolzeste Ruhmesblatt unserer nationalen Entwicklung ausmacht. Denn es ist die Kolonisierung des Ostens, die das lange Verharren in naturalwirtschaftlicher Entwicklung und damit die Unabhängigkeit der Fürsten bedingte, die Herausbildung einer starken Zentralgewalt zur Unmöglichkeit machte.

II.

Die Kolonialpolitik, die Ausraubung der Naturschätze, vor allem auch der edlen Metalle, die Versklavung der Eingeborenen ist der mächtigste Hebel jener ursprünglichen Akkumulation, auf der sich der industrielle Kapitalismus in Europa aufbaut. Aber solange der industrielle Kapitalismus in seinen Anfängen ist, dominieren noch die Interessen des Handels- und zinstragenden Kapitals. Es ist das Handelskapital, das zuerst in der Form ländlicher Hausindustrie und der Manufaktur zur kapitalistischen Produktion übergeht, um sich erstens so die Gegenwerte für den überseeischen und Kolonialhandel in genügender Menge zu verschaffen, die die alten Produktionsmethoden nicht gewährleisten konnten, und um zweitens seinen Handelsprofit durch die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit aus der Produktion zu steigern. Indem die neuen Methoden gesellschaftlich kombinierter Arbeit zugleich deren Produktivität steigerten, erhielt das Handelskapital die Produkte, die es zum Austausch benötigte, zugleich billiger als vom Handwerk. Die kapitalistische Produktion in der Form der Manufaktur erscheint nur als Hilfsmittel, Zubehör des Handels, vor allem des überseeischen Handels, als eine Vermehrung des Profits, der der Hauptsache nach noch aus dem Handel und aus der Ausbeutung der Kolonien stammt. Es ist die Epoche, der die Wirtschaftspolitik des Merkantilismus entspricht, die nach außen hin charakteristisch ist durch die unaufhörlichen Handelskriege der großen europäischen Nationen, in denen sich ihr Anteil an der Beute schließlich entscheidet. Das zerrissene Deutschland steht abseits von diesen Entscheidungen.

Eine Änderung in der Stellung zu den Kolonien tritt erst ein mit der raschen Entwicklung des industriellen Kapitalismus seit der Einführung der modernen Maschinerie. Jetzt ändern sich die Interessen innerhalb der Kapitalistenklasse. Das industrielle Kapital dominiert immer mehr über das Handelskapital und das zinstragende Kapital, das jetzt die Form des Bankkapitals annimmt. Beide Formen geraten immer mehr unter die Botmäßigkeit des industriellen Kapitals. Für dieses aber ist entscheidend nicht mehr in erster Linie der Handel mit den Kolonien. Die Verbilligung der Produktion durch die Maschinerie schafft ihm nähere, wichtigere und aufnahmsfähigere Absatzwege. Die maschinelle Produktion verdrängt die ländliche Hausindustrie, ruiniert das handwerksmäßige Gewerbe und schafft zunächst einen inneren Markt. Dann aber ergreift die Wirkung der zunächst in England aufblühenden Industrie die übrigen europäischen Länder, macht diese einmal zu Lieferanten agrarischer Produkte an England und sodann zu den wichtigsten Absatzmärkten für das englische Kapital. Demgegenüber treten die Kolonien an Bedeutung zurück. Nicht mehr die Profite, die im Handel mit ihnen entstehen, sondern der industrielle Profit, der durch die Ausbeutung der einheimischen Lohnarbeit entsteht, tritt an erste Stelle. Und gegenüber der Ausbeutung zu Hause tritt wenigstens vorübergehend die Ausbeutung der Eingeborenen in den Kolonien zurück, eine Entwicklung, die durch die Gestaltung der kolonialen Verhältnisse zum Teil beschleunigt wird. In Amerika ist die einheimische Bevölkerung zur schweren, ausdauernden Sklavenarbeit minder tauglich und wird vernichtet. Ihre Stelle nehmen Neger ein, die aber nur für die Arbeit auf den Plantagen der Südstaaten in Betracht kommen. Die Nordstaaten werden von Europäern eingenommen, die sich in ihren Interessen sehr bald durch die Ausbeutung des Mutterlandes bedroht sehen. Sie werden stark genug, um zum Abfall zu schreiten.

Für das heimische industrielle Kapital aber werden die europäischen Absatzwege immer wichtiger. Ihrer Erweiterung dient die Freihandelspolitik, die den Merkantilismus in England vollständig überwindet, die Schutzzollpolitik des übrigen Europa einschränkt. Gleichzeitig mit der Freihandelsströmung nimmt die Gleichgültigkeit gegen die Kolonien zu.

Die Kolonialfrage wird für das industrielle Kapital eine reine Kostenfrage, und es findet rasch, daß die Gelder besser in der heimischen Industrie als in den unsicheren Anlagen für Kolonien mit ihrem Gefolge von unproduktiven Ausgaben angelegt werden. Es ist die große Expansionsmöglichkeit, die der junge industrielle Kapitalismus im Innern findet, es sind die großen Profite, die die Fabrik macht, solange sie noch in Konkurrenz mit den veralteten Produktionsweisen des europäischen Handwerkes und der bäuerlichen Hausindustrie steht, die den Wunsch nach Anlagesphären des Kapitals in überseeischen Ländern so sehr einlullt und schließlich eine Abneigung gegen jede Kolonialpolitik schafft bis zu der Idee, die Kolonien überhaupt aufzugeben.

Jedoch die Entfaltung des Kapitalismus ändert wieder die Stellung der Kapitalistenklasse zur Kolonialpolitik. Der englische industrielle Kapitalismus besiegt völlig die anderen Wirtschaftsformen; die ihm entsprechende Produktivität der Arbeit wird immer mehr zum bestimmenden Faktor des Preises. Die hohen Extraprofite, die die Industriellen einsteckten, solange sie noch daheim und im Ausland mit Produkten zu konkurrieren hatten, deren Preis die geringere Produktivkraft rückständiger gewerblicher Technik erhöhte, fanden ihr

Ende. Die Profitrate sank. Die englischen Produkte stießen immer mehr auf die Produkte europäischer Industrie, die alten Absatzmärkte wurden weniger aufnahmefähig. Diese Entwicklung wurde noch beschleunigt durch die Schutzzollmauern, mit denen sich die europäischen Länder umgaben und die wieder vor allem den Absatz englischer Waren hinderten, die Profitrate des englischen Kapitals senkten. Der neuentstehende kontinentale Kapitalismus hatte aber im vorhinein geringeren Spielraum. Nur auf dem inneren Markt sah er sich teilweise durch Schutzzölle geschützt; hatte die Industrie aber das Stadium der Exportfähigkeit erreicht, sollte sie auf den Weltmarkt hinaus, so sah sie sich im vorhinein der altentwickelten englischen Industrie als mächtigeren Konkurrentin gegenüber. Das Stadium hoher Profite ging für sie noch rascher vorüber als für das englische Kapital. Bis in die neuere Zeit, wo die ungeheure Erweiterung des Weltmarktes, die Hochschutzzölle und die Kartelle diese Entwicklung modifiziert haben, war die Lage der kontinentalen Industrie, die Akkumulation und Konzentration der aus der Industrie gewonnenen Vermögen im Vergleich mit der englischen Entwicklung eine relativ geringe. Die Extraprofite aus der Konkurrenz mit dem Handwerk hatte ja die englische Industrie auch auf den europäischen Märkten schon eingeheimst. Nicht in Konkurrenz mit dem Handwerk vornehmlich, sondern in Konkurrenz vor allem mit der englischen Fabrik mußte sich der industrielle Kapitalismus in Europa entfalten.

Diese Entfaltung aber mußte vor allem in dem englischen Kapital wieder das Streben wachrufen für die Einschränkung in Europa, die ja allerdings eine relative war, aber doch eine Schranke für das Bedürfnis des Kapitals nach absoluter Entfaltung aller Produktionskräfte, sich durch die Erschließung neuer Absatzmärkte zu entschädigen. Daß man aber diese immer mehr in Form von Kolonien zu erwerben suchte, hat besondere Gründe.

Die erste Periode der Kolonialpolitik hat ihre Bedeutung vor allem in der raschen Beschleunigung der ursprünglichen Akkumulation, deren gewaltige Ausdehnung sie erst ermöglichte. Eine geringere Bedeutung hatten da die Kolonien als Absatzmärkte, wenn auch die Versorgung dieses Marktes die Entwicklung der kapitalistischen Manufaktur beschleunigt hat. Seit der Entwicklung der Maschinenindustrie verloren sie aber nicht nur deshalb an Bedeutung, weil die europäischen Absatzmärkte, wie wir gesehen haben, wichtiger wurden. Es war auch nicht mehr so wichtig, daß diese überseeischen Märkte Kolonialcharakter hatten, in politischer Abhängigkeit vom Mutterlande standen. In der kapitalistischen Produktion jener Zeit stehen an der Spitze jene Industrien, die Konsummittel liefern. Der Absatz ihrer Produkte war gesichert durch ihre Billigkeit. Die englische Industrie hatte sowohl durch ihre technische Leistungsfähigkeit wie durch die überragende Entwicklung der Handelsflotte das Monopol des Absatzes gesichert. Ein politischer Zwang erschien überflüssig, kostspielig und gefährlich. Wichtig war nur zweierlei. Einmal, daß die Gebiete aufnahmefähig waren. Hier kamen, von Indien abgesehen, die Stätten alter Kultur, die Mittelmeerländer und Ostasien in Frage, während Afrika keine besonderen Aussichten bot. Sodann aber mußten die Handelsbeziehungen gesichert sein, und dafür sorgte gelegentliches militärisches Eingreifen, das aber mehr den Charakter eines Handelskrieges, als den eines Kolonialkrieges annahm. Die Textilindustrie war nicht kriegerisch.

Ganz anderen Charakter tragen die modernen Kolonien. Sie sind weder in erster Linie Ausbeutungskolonien mit großen natürlichen Schätzen, die man

Digitized by Google

ausraubt, und einer arbeitsfähigen Bevölkerung, die man versklavt; sie sind ebensowenig im vorhinein Absatzmärkte für die Konsummittelindustrien des Mutterlandes. In der europäischen Industrie stehen jetzt überhaupt nicht die Interessen der Konsummittelindustrien, sondern die der Produktionsmittelindustrien im Vordergrund, vor allem die schwere Eisenindustrie. Gerade für diese aber bieten moderne Kolonien ein günstiges Feld als Anlagesphären für Kapital. Nicht um Waren zu holen oder zu bringen, sondern um ein Stück Kapitalismus fix und fertig mitsamt dem Kapital aus Europa zu exportieren, dazu braucht man die Kolonien. Und Kolonien müssen es sein, weil heute überall die Technik in den entwickeltsten Staaten annähernd dasselbe leistet und daher nicht Preisunterschiede, sondern die Staatsmacht entscheidet, welchem Land die Möglichkeit geboten werden soll, sein Kapital in fremden Ländern profitabel, zu einer höheren als der europäischen Profitrate anzulegen. Es sind die Produktionsmittel, die nach den Kolonien in erster Reihe gebracht werden, vor allem die ungeheure Kapitalsummen verschlingenden modernen Transportmittel, die Eisenbahnen. Es ist der Überfluß an Kapital, das heißt an Waren, die ihrer Natur, ihren stofflichen Eigenschaften nach nur als Produktionsmittel, das heißt heute als Ausbeutungsmittel fremder Arbeit dienen können, die die moderne Kolonialpolitik bedingt.

III.

Wir sehen so seit etwa dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts eine neue Epoche kapitalistischer Kolonialpolitik. Träger dieser Entwicklung ist naturgemäß zunächst England, das entwickeltste kapitalistische Land, in dem sich auch diese Tendenzen am ehesten geltend machen. Ihm folgte bald Frankreich, besonders energisch nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen, während die übrigen Länder des Atlantischen Meeres ihre alten Besitzungen wieder aufs neue schätzen lernen, sie zum Teil erweitern und die Vereinigten Staaten die wertvollsten Teile des spanischen Kolonialreichs an sich reißen. Nur Deutschland macht eine Ausnahme.

Die Gründe dafür sind klar. Die Entwicklung des Kapitalismus war in Deutschland sehr verspätet. Die territoriale Zerrissenheit hindert sein Aufkommen auch dann, als längst alle übrigen Vorbedingungen gegeben waren. Dieses politische Hindernis konnte nur politisch überwunden werden. Die Revolution von 1848 ist der erste Versuch. Der revolutionäre Weg bedeutete die Herstellung eines deutschen Reiches, das auch die deutschen Länder Österreichs in sich begriffen hätte. Deutschland hätte dadurch mit Triest den Zugang zum Adriatischen und Mittelmeer offen gehabt. Wie sehr die Bedeutung Triests dem Frankfurter Parlament klar war, beweist dessen Erklärung, daß ein Angriff auf Triest als ein Angriff auf Deutschland betrachtet würde. Der revolutionäre Sieg aber hätte auch den Sieg der Demokratie bedeutet. Ein so großes mächtiges und dabei freiheitliches Reich im Zentrum Europas hätte die demokratische Entwicklung des ganzen Kontinents bedeutet und hätte auf die kleineren Staaten größte Anziehungskraft ausgeübt. Ein enges Bündnis mit Holland wäre durchaus möglich gewesen. Zum zweitenmal in der Geschichte Deutschlands wären damit die Bedingungen für eine Anteilnahme an der Kolonialpolitik erfüllt gewesen. Denn ohne freien Zugang zum Atlantischen Meer, wie sie die holländischen Häfen, und ohne einen Stützpunkt im Süden, wie ihn Triest dargeboten hätte, ist eine sichere und erfolgreiche Kolonialpolitik

nicht möglich. Die Flotte allein ist nutzlos, wenn sie ohne weiteres in der Nordsee eingesperrt werden kann. Nicht die englische Flotte, sondern der freie Zugang zum Meere und der Besitz von Häfen und Kohlenstationen an allen wichtigen Punkten der Seestraßen der Welt begründet die Seeherrschaft Englands und gibt ihm die Möglichkeit, sich seine überseeischen Eroberungen zu sichern. Das wissen auch unsere Alldeutschen sehr gut, die die Flotte nur als ersten Schritt betrachten in der Hoffnung, daß ein gütiges Geschick, ein siegreicher Krieg für diese Flotte auch die nötigen Häfen liefern werde.

Aber die revolutionäre Bewegung wird von der Reaktion besiegt, die Einigung Großdeutschlands auf demokratischer Basis wird vereitelt, zum zweitenmal scheitert die Möglichkeit des deutschen Imperialismus an dem Widerstand der Fürsten. Indem Bismarck die Notwendigkeit der deutschen Einheit für die dynastischen Interessen der Hohenzollern ausnützt, stellt er diese Einheit her auf Kosten der Ganzheit. Die Einigung unter Preußens Führung bedeutete den Ausschluß Deutschösterreichs und damit den Verlust der österreichischen Küstenländer für Deutschland. Preußens Führung bedeutete ebenso den Ausschluß der Demokratie und seine Annexion Elsaß-Lothringens die Verfeindung mit Westeuropa, die Rußland so lange zum Schiedsrichter auf dem europäischen Kontinent gemacht hat. Der Sieg der Politik Bismarcks bedeutet so die endgültige Niederlage des deutschen Imperialismus. Deutschland ist endgültig von den Meeresstraßen abgedrängt, die ihm zugänglich sein müßten, wollte es sich erfolgreich an der Kolonialpolitik beteiligen, es ist abgedrängt vom Atlantischen Ozean wie vom Mittelländischen Meer. Die Schwäche und Feigheit der deutschen Bourgeoisie auf dem Gebiet der Politik wird so zur Ursache ihres Zurückbleibens auf dem Gebiet der Kolonialpolitik.

Die Unmöglichkeit eines deutschen Imperialismus hat Bismarck mit seinem scharfen Blick für die realen Kraftverhältnisse der europäischen Staaten stets eingesehen. Er wollte die längste Zeit von einer Beteiligung an dem allgemeinen Kolonialdrang, der die kapitalistischen Nationen aufs neue erfaßt hat, nichts wissen. Ja er sah in der Kolonialpolitik Frankreichs, darin allerdings vom Standpunkt kapitalistischer Politik kurzsichtig, nur eine erwünschte Ablenkung der französischen Interessen von Europa. Daß aber Bismarck diese Politik innehalten konnte, ohne im Inland auf Widerstand zu stoßen, erklärt sich leicht daraus, daß das deutsche Kapital, für das endlich die Schranken fielen, die ihm die Zerrissenheit des Wirtschaftsgebiets entgegengestellt hatte, genug im eigenen Lande beschäftigt war. Unterdessen aber teilten sich Engländer und Franzosen, zum Teil auch Russen und Italiener in die wertvollen Stücke, die von der Welt noch übrig waren. Für Deutschland blieb nichts übrig, als was die anderen verschmähten.

IV.

Sieht man von den Vereinigten Staaten ab, so ist die deutsche Kapitalistenklasse heute diejenige, deren Bedürfnis nach Expansion am stärksten ist. Die deutsche Kapitalistenklasse ist von den großen europäischen Staaten die jüngste. In ihr überwiegt der Bereicherungstrieb noch bei weitem den Genußtrieb. Zugleich ist die Profitrate, mit der ihre großen Industrien arbeiten, eine hohe. Die Schutzzölle haben ihr den inneren Markt gesichert, die Kartellierung beschleunigt und die Kartellprofite außerordentlich gesteigert. Zudem hat die Ausdehnung der Industrie einen solchen Grad erreicht, daß sie in Jahren der

Prosperität bereits an die Grenze der verfügbaren Arbeiterbevölkerung stößt. Eine weitere Anlage von Kapital im Inland bedroht die Höhe der Profitrate. Soll das neu akkumulierte Kapital ebenso profitabel arbeiten wie das alte, so muß es zum Teil wenigstens exportiert werden. Da aber alle europäischen Länder in derselben Lage sind, begegnet das deutsche Kapital überall der Konkurrenz fremden Kapitals. Diese Konkurrenz muß ebenso ausgeschlossen werden wie die Konkurrenz der fremden Waren auf dem einheimischen Markte. Die überseeischen Länder müssen deutsche Kolonien werden. Dies hat noch den Vorteil, daß der Staat große Ausgaben für Rüstungszwecke hat und außerdem den Ertrag des exportierten Kapitals, das zum Beispiel für Eisenbahnbauten ausgegeben wird, unter Umständen garantiert.

Haben wir so einerseits in den Interessen der deutschen Kapitalistenklasse, zu denen sich die Interessen der Militär- und Bureaukratenkreise gesellen, eine gewaltige Triebkraft für die Beteiligung Deutschlands an der Kolonialpolitik, so stellen sich dieser andererseits die größten Hindernisse entgegen, Hindernisse, die durch die geographische Gestaltung des Reiches, in seinen heutigen politischen Grenzen gegeben, sich zunächst nicht überwinden lassen. Einerseits so zur Kolonialpolitik getrieben, andererseits immer wieder an die Unmöglichkeit erfolgreicher Durchführung gestoßen, verfolgt unsere auswärtige Politik seit dem Sturze Bismarcks notwendigerweise einen Zickzackkurs. Immer erneute Vorstöße, immer erneutes Zurückweichen. Bald schrankenloser Optimismus, fast größenwahnsinnige Renommistereien, bald christlich-bescheidene Resignation und schmeichelnde, fast Furcht bezeugende Freundschaftsumbuhlungen. Alles das beweist nur die Unmöglichkeit des deutschen Imperialismus, solange er nicht diese Unmöglichkeit zu überwinden sucht auf gewaltsame Weise, durch Eroberung der notwendigen Häfen in Europa und wertvollen Kolonialbesitzes anderer Länder.

Viermal hat der deutsche Imperialismus seinen Anlauf genommen. Es ist charakteristisch, daß es das Bankkapital und die mit ihm in Deutschland so eng verbundene schwere Industrie, vor allem die Elektrizitäts-, Waffen- und Eisenindustrie ist, die dabei die Führung haben. Zunächst suchte deutsches Kapital in Südamerika, vor allem in Brasilien, Einfluß zu gewinnen. Hier stieß es auf die überlegene ökonomische und politische Macht der Vereinigten Staaten. Die Monroedoktrin, zur Dragodoktrin erweitert, hat wohl jede Hoffnung auf andere als reine Konkurrenzerfolge in Südamerika ausgeschlossen. Der zweite Vorstoß erfolgte in Ostasien durch die Beteiligung am Chinaabenteuer und die deutsche Intervention gegen die Japaner zugunsten der Russen. Die Folgen sind bekannt. Der russisch-japanische Krieg sicherte die Vorherrschaft Japans, das englisch-japanische Bündnis, dem die französisch-japanischen und japanisch-russischen Verträge folgten, schlossen Deutschland von jedem Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in Ostasien aus und machten aus Kiautschou ein Pfandobjekt für deutsches Wohlverhalten in den Händen Japans, hinter dem England steht. Zum drittenmal versuchte Deutschland, aus dem Stillen Ozean vertrieben, Einfluß auf die Länder des Mittelmeers zu gewinnen. Die Marokkoaffäre enthüllte zugleich die großen Gefahren für den Weltfrieden, die die Kolonialpolitik mit sich bringt. Das Marokkoabenteuer endete mit der Einkreisung Deutschlands. Wenn man von Holland absieht, dessen Sympathien ebenfalls auf der anderen Seite sind, da es sich trotz aller offiziellen und sicher heute aufrichtig gemeinten Versicherungen durch die innere Logik deutscher imperia-

listischer Möglichkeiten bedroht sieht, dann sind die Mittelmeermächte, zugleich die alten Kolonialmächte, heute vereinigt gegen jedes Expansionsbestreben Deutschlands. Diese Konstellation, die in Algeciras zutage trat, wurde befestigt durch das Bündnis zwischen England, Frankreich und Spanien. Der englisch-russische Vertrag schließlich, der zunächst für Zentralasien von Bedeutung ist, vermehrt auch die Machtstellung Englands in Europa, das heißt aber die Macht Englands gegen Deutschland. Kein Wunder, daß jetzt die auswärtige Politik, worüber sich politische Kinder freuen mögen und womit Fürst Bülow renommieren mag, momentan an einen gewissen Ruhepunkt gelangt ist.

Zuletzt schließlich hat sich das deutsche Kapital unter Führung der Deutschen Bank eine Interessensphäre im Gebiet der anatolischen Eisenbahn geschaffen. Auch hier stößt Deutschland an englische Interessensphären. Zudem kann dieses Gebiet mit Machtmitteln kaum behauptet werden, da seine Operationsbasis von der Heimat zu weit entfernt ist und England den Seeweg beherrscht. Auch hier ist eine Besitzergreifung ausgeschlossen, allerdings auch nicht notwendig, da das fruchtbare Gebiet dem deutschen Kapital genügend Profitmöglichkeiten eröffnet. Damit ist aber die Unmöglichkeit eines deutschen Imperialismus, die allerdings im vorhinein klar war, auch empirisch erwiesen. Ohne einen europäischen Krieg ist eine koloniale Expansion Deutschlands nicht zu haben.

V.

Es ist klar, daß diese Situation auch auf die innere Politik nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte. Denn die Zusammenhänge, wie wir sie bisher betrachtet haben, reflektieren sich in den Köpfen der herrschenden Klassen naturgemäß ganz anders. Expansion ist die Lebensbedingung des Kapitals, und die Form, die heute diese Expansion annehmen muß, wenn die Interessen des Kapitals allein entscheiden, ist die der kolonialen Expansion. In kapitalistisch interessierten Köpfen hat deshalb die Idee der Unmöglichkeit dieser Expansion keinen Platz. Sie zugeben hieße ja, daß ein anderer Ausweg aus den Verlegenheiten, die die absolute Steigerung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft schafft, gefunden werden müßte, und dieser Ausweg könnte nur der Sozialismus sein. Der Imperialismus ist ja die Lebenslüge des sterbenden Kapitalismus, die letzte, zusammenfassende Ideologie, die er dem Sozialismus entgegenzustellen hat. Allem Anschein nach wird die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat als Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus ausgefochten werden.

Was uns als Unmöglichkeit, erscheint der Bourgeoisie so als einziger, rettender Ausweg. Die Mißerfolge der deutschen Politik erscheinen ihr daher nicht als notwendig, sondern als zufällig, bedingt durch die Ungeschicklichkeit ihrer Leiter — dies die Auffassung der bürgerlichen Opposition — oder bedingt durch die mangelnde Opferwilligkeit des Volkes, die allzu geringe Entfaltung der Machtmittel — die Auffassung der Regierung und ihrer Freunde. Je schwieriger aber die Lage nach außen ist, desto empfindlicher wird man gegen Widerstände, die im Innern dieser Politik entgegengestellt werden. Gegner der imperialistischen Politik sind aber nicht nur die Proletarier, für die diese Politik nicht nur momentan neue Lasten, sondern auch die Hinausschiebung ihres endlichen Sieges bedeutet, sondern auch die Mittelschichten. Vor allem der produzierende Mittelstand, die Bauern und Handwerker, haben nicht das geringste Interesse daran, ihre Steuerlast noch vermehrt zu sehen

durch eine Politik, die nur dem Großkapital zugute kommt. So unselbständig diese Schichten nun auch sind, können doch Parteien, die auf diese größere Rücksicht nehmen müssen, nur vorsichtig und zögernd die imperialistische Politik unterstützen. Die Haltung des Zentrums, bis zu einem gewissen Grade auch die der Freisinnigen Volkspartei ist dafür ein Beispiel. Dazu kommt noch die traditionelle Opposition, in der sich die Vertreter der großstädtischen Schichten zur Regierung befanden, eine Opposition, die durch die reaktionäre Strömung und ständige Verletzung aller liberalen Ideologien, durch den Ausschluß dieser Schichten von der Verwaltung und durch die Bevorzugung des Adels auf allen Gebieten wachgehalten wurde. War so die Lage der Regierung nach außen stets prekär, so fand sie im Innern nur Unterstützung bei der Vertretung des Junkertums und des Großkapitals, während alter und neuer Mittelstand und deren politische Vertretung nur zaudernd und widerwillig folgten, die der Regierung nötig erscheinenden Mittel verkürzten und so in ihr das Gefühl wachriefen, daß nur die mangelnde Unterstützung im Inland schuld an den Mißerfolgen in der auswärtigen Politik sei.

Diese Gefühle — und um Gefühle und Stimmungen mehr als um klare Einsichten handelt es sich wohl bei den Trägern der deutschen Politik — führten die neueste Phase in der inneren Politik herbei. Die **Blockpolitik** ist nichts anderes als der Wunsch, alle Kräfte des Bürgertums, die der imperialistischen Ideologie zugänglich sind, zur Unterstützung dieser Politik zu sammeln. Dies mußte um so nötiger erscheinen, als in Deutschland diese Politik von der größten und zielbewußtesten Partei unerbittlich bekämpft wurde. Diese Bekämpfung mußte den herrschenden Klassen um so unangenehmer sein, als der deutsche Imperialismus eben wegen seiner Unmöglichkeit von der deutschen Arbeiterklasse bedeutende Opfer fordert, ohne den Massen auch nur jene scheinbaren und illusionären Erfolge zu bieten, die der Imperialismus der Grenzländer des Atlantik immerhin noch gewähren mag. Da es aussichtslos erscheinen mußte, den Acheron zu bewegen, mußten die Oberen aufgerüttelt werden. Dann aber standen einander zwei Momente gegenüber. In der bisherigen Regierungsmajorität von Zentrum und Konservativen wurden der imperialistischen Politik noch Bedenken und Besorgnisse entgegengestellt, und doch fordert diese Politik immer, namentlich aber bei den großen Gefahren, die sie in Deutschland in sich schließt, Schwung, Begeisterung, bedenkenloses Dahinstürmen. Das Zentrum mußte auf seinen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Teil beständig Rücksicht nehmen, und die Leitung benutzte diese Not, um daraus wenn nicht eine Tugend, so doch Profit zu machen und Zugeständnisse aller Art auf legislativem und administrativem Wege (was man „Nebenregierung" nennt) herauszuschlagen. Diese Mitregierung des Zentrums hatte aber für die Regierung noch den weiteren Übelstand, den Liberalismus in Opposition zu erhalten.

Der deutsche Liberalismus ist wie jeder andere entstanden im Kampfe mit dem absoluten Königtum. In anderen Ländern hat er nach Besiegung des Königtums oder nach Abschluß eines leiblichen Kompromisses die Regierung angetreten. Als Träger der Regierungsmacht hat der Liberalismus dort selbstverständlich alle Regierungsnotwendigkeiten, was in Preußen Staatsnotwendigkeiten oder nationale Pflichten usw. getauft wurde, erfüllt und ist auch allmählich Träger des imperialistischen Gedankens geworden. In Deutschland aber siegte nicht der Liberalismus, sondern der Cäsarismus Bismarcks. Der Liberalismus spaltete sich: der eine nahm den Inhalt des Cäsarismus, die

Herstellung des einheitlichen Wirtschaftsgebiets und die Entfesselung der kapitalistischen Kräfte, für sein Wesen und wurde die eigentliche Regierungspartei namentlich in den Fragen, die die Ausgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung betrafen: das waren die Nationalliberalen, die Vertreter des Großkapitals. Die anderen stießen sich an der bureaukratischen und polizeilichen Form des Cäsarismus. Sie blieben in Opposition, geschwächt einerseits durch den Abfall des Großkapitals, andererseits des Proletariats, auf dessen Kosten sich diese Entwicklung ja vollziehen mußte — das waren die Freisinnigen. Die Konservativen Preußens aber wurden nicht so sehr Regierungspartei als regierende Partei, da sie das Regierungs-, Verwaltungs- und militärische Personal stellten.

Dies wird natürlich durch gelegentliche Reibungen zwischen Regierung und Konservativen nicht widerlegt. Denn sind auch die Konservativen die Regierung, so ist doch der an der Regierung befindliche Konservative an gewisse Notwendigkeiten gebunden, die der Konservative als Parteimann nicht berücksichtigt. Alle Klassenforderungen des Großgrundbesitzes lassen sich in Industriestaaten wie Sachsen und Preußen nicht restlos verwirklichen. Der konservative Minister muß daher häufig eine Politik machen, die mehr die der Freikonservativen oder der rechtsstehenden Nationalliberalen ist. Darin sieht er sich durch eine allzu große parlamentarische Vertretung der Konservativen etwas beengt. Es entspricht so einem ministeriellen Bedürfnis, wenn in Sachsen und Preußen von der Regierung die Frage der Wahlreform aufgerollt wird. Natürlich soll die Wahlreform nur so weit gehen, um den unmöglichen Konservatismus durch den möglichen zu ersetzen, eine Reform, die durch die ökonomische Entwicklung sehr erleichtert wird, die auch die Junker immer mehr mit kapitalistischen Interessen erfüllt und den Unterschied zwischen Freikonservativen, Nationalliberalen und reinen Konservativen bereits fast ganz verwischt hat. Dazu kommt das Regierungsbedürfnis, die noch indifferenten, aber durch eine energische Wahlrechtsaktion sehr leicht für die Sozialdemokratie zu gewinnenden Kreise der Arbeiterschaft durch Einräumung einer ohnmächtigen Scheinvertretung der Arbeiterklasse noch länger zu täuschen.

Neben dem Freisinn gehörte auch das Zentrum anfangs zur Opposition. Später nahm es jedoch seiner sozialen Zusammensetzung entsprechend jene eigentümliche, lavierende Haltung ein, die charakteristisch ist für alle bürgerlichen Parteien, die nicht ausgesprochene Klassenparteien sind, sondern ein Konglomerat von Klassenteilen vertreten, die durch ein ideologisches, allmählich traditionell werdendes Band zusammengehalten werden. Die freisinnige Opposition aber mußte anknüpfen an die für den deutschen Liberalismus einzig nennenswerte Zeit des Kampfes gegen die Bismarckschen Forderungen. In der Konfliktszeit hatten sie gegen die Militärforderungen gekämpft. Diesen Kampf setzten sie fort. Natürlich nicht prinzipiell als Gegner des Militarismus und als Anhänger der proletarisch-demokratischen Heeresorganisation. Das kann keine bürgerliche Partei. Sondern sie kämpften, indem sie den Maßstab des ängstlichen Kleinbürgers anlegten und stets nach der Rentabilität fragten, nicht die Militär- und dann die Marineforderungen verwarfen, sondern etwas abzuhandeln suchten, darin dem Zentrum gleichend, das nur besserer Händler war und die Konjunktur besser ausnutzte. Als die imperialistische Strömung begann, wiederholte sich beim Freisinn aus verwandten Ursachen derselbe Prozeß, den der Sieg des Cäsarismus schon einmal herbei-

Digitized by Google

geführt hatte. In einer neuen Spaltung trennten sich die dem Freisinn noch verbliebenen Reste des Großkapitals, mehr Händler- und Reederkapital als industrielles, und nahmen den Imperialismus und die dazu gehörige Unterstützung der Militär-, Marine- und Kolonialpolitik in ihr Programm auf. Der andere Teil hielt unter Führung Richters die bisherige Tradition langweiliger Nörgelei aufrecht. Mit Richter starb aber jene Tradition und damit das letzte Hindernis für diese Partei, sich dem Imperialismus zu ergeben. Außerdem war die soziale Zusammensetzung dieser Partei dafür immer günstiger geworden. Zu ihr gehören Börsenleute, denen die Gesetzgebung ihr Handwerk ein wenig beschnitten hat, Kleinbürger, kleine Handwerker und Kleinkapitalisten, die sich vom Großkapital und von der Gewerkschaftsbewegung zugleich aufs heftigste bedroht sehen, dann jene Schichten, die die neuere Entwicklung des Kapitalismus so rasch vermehrt, die Angestellten aller Art in Handel und Industrie. Es sind Schichten ohne ausgesprochenes Klasseninteresse, da die einen keine eigene Klassenpolitik mehr treiben können, die anderen ihr wahres Interesse, das sie in die Reihen des Proletariats stellt, noch nicht erkannt haben. Schichten mit verschiedenen Interessen müssen aber zusammengehalten werden durch eine Ideologie. Diese bietet zum Teil der Liberalismus. Aber nur zum Teil. Denn erstens ist der Liberalismus für diese rein städtischen Schichten eine gewisse Gefahr. Die Demokratie in der Stadt hieße den Freisinn zu einem Kampfe mit nicht gerade sicherem Ausgang um die Kommunalherrschaft zwingen. Einen Teil der kleinbürgerlichen Schicht treibt die Angst vor der Sozialdemokratie zu immer größerer Vorsicht auch gegen den Liberalismus. Das liberale Band ist zu schwach, und da bietet sich als willkommene Verstärkung die imperialistische Ideologie.

Nachdem so die soziale Entwicklung die Dinge präpariert hatte, konnte Bülow gelingen, was vor ihm Bismarck und dann Miquel mißlungen war, die Verwandlung der bürgerlichen Opposition in eine Regierungsstütze, ohne die Ziele der Regierung im geringsten zu modifizieren. Es ist charakteristisch, daß die Koalition der Parteien zu dem Block nicht ein Werk dieser Parteien selbst, eine Frucht ihrer eigenen Verständigung ist, sondern auf Befehl von oben vollzogen wurde, ein Vorgang, der in der parlamentarischen Geschichte wohl ohne Beispiel dasteht. Er ist zugleich der Beweis für die außerordentliche Schwäche und Haltlosigkeit der bürgerlichen Parteien in Deutschland, eine Schwäche, die zum Teil auch der Haltlosigkeit der heutigen Parteiformationen entspringt, die sich eben vollkommen überlebt haben. Der Block wurde vor allem deswegen möglich, weil er ein Übergangsstadium darstellt für eine Neuorientierung der bürgerlichen Politik oder besser gesagt für den Ausdruck einer solchen Neuorientierung, die in Wirklichkeit im Innern der Parteien sich längst angekündigt hat.

Der Block bedeutet zunächst für die Regierung einen wichtigen Vorteil: sie gewinnt die großstädtischen, nichtproletarischen Schichten für die imperialistische Politik und damit auch die großstädtische Presse, die „öffentliche Meinung". Sie wird den Widerstand gegen Militär- und Flottenpläne und Kolonialabenteuer innerhalb des Bürgertums los. Die „nationalen", das sind die imperialistischen Aufgaben müssen ohne parlamentarische Entschädigung aus „nationalem Pflichtgefühl" erfüllt werden. Nicht nur alle „Volksrechte", sondern überhaupt jede Rücksicht auf die Wünsche der Parteien kann man sich ersparen, der Regierungsabsolutismus ist fester begründet, das Parlament ohn-

mächtiger und einflußloser als je. Da aber Regierungsabsolutismus identisch ist mit der Herrschaft der Konservativen, so haben diese alles Interesse daran, eine solche Politik nicht zu stören.

Die Regierung ist von der Rücksichtnahme auf die Wünsche des kleinen Mittelstandes, wie sie das Zentrum vertrat, befreit. Zugleich bricht sie damit die Macht der einzigen bürgerlichen Partei, die noch nennenswert war, die eine Macht außerhalb der Regierung, ja gegen diese darstellt, weil sie sich auf breite Schichten im Volke stützt. Die neue Regierungspolitik verstärkt die sozialen Gegensätze innerhalb des Zentrums; die großkapitalistischen Kreise im Zentrum sind Anhänger der Regierungspolitik, Anhänger des Imperialismus und der Bekämpfung der Sozialdemokratie, sie ertragen die Oppositionsstellung nur schwer. Aber noch gefährlicher kann diese Opposition dem Zentrum gerade wegen der oppositionell gestimmten Kreise in seinen eigenen Reihen werden, vor allem der Arbeiter. Bringt sie diese doch in eine Kampflinie mit der Sozialdemokratie, muß sie ja dann vielfach zugestehen, was wir selbst stets hervorheben. Zudem hat das Zentrum auf seine Arbeiter gerade durch seinen Einfluß auf die Regierung gewirkt, ihnen vorgehalten, was alles es für sie sozialpolitisch tun könne, weil es nicht in unfruchtbarer Opposition verharre wie die Sozialdemokratie, sondern die Regierung unterstütze. Daher das unentschiedene Verhalten des Zentrums, seine Unlust zur Opposition, seine Furcht vor „Entfesselung des Volkssturmes", seine stets erneuten Anbiederungsversuche an die Regierung, seine Konkurrenzmanöver gegen den Freisinn in der Submission für Flottenbau.

Der Freisinn selbst aber ist gefangen. Er wird nun vollends lächerlich, wenn er aufs neue in die Opposition überginge und eingestünde, er sei geprellt worden. Wenn schon nicht Minister, so sterben doch noch politische Parteien an solcher Lächerlichkeit. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als durch imperialistischen Lärm, durch nationale Demagogie, durch Hetze gegen die Sozialdemokratie zu versuchen, seine Anhänger beisammen zu halten, solange es eben geht. Diese Oppositionspartei muß die entschiedenste, unbedingteste Regierungspartei werden.

So wird es der Regierung gerade durch den Block, der auch für sie bloßer Übergang ist, möglich, ihr Ziel schließlich zu erreichen, die Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte zur Sicherstellung ihrer Herrschaft vor den Angriffen des Proletariats. Ist der Liberalismus genügend gezähmt, so ist die Stunde gekommen, um das noch jetzt beiseite stehende Zentrum in die Koalition aufzunehmen. Das Zentrum ist aber dann anders geworden. Das Schaukelspiel, das es bisher getrieben, ist ihm verwehrt, seine Angst vor den Verlegenheiten der Opposition gesteigert, seine Demagogie erschwert, sein bürgerlich-kapitalistischer Charakter tritt in dem Bunde mit den anderen Parteien deutlicher hervor. Die gesammelte Kraft der Bourgeoisie aber wird nun gerichtet auf den Imperialismus, das Band, das jetzt alle vereinigt, und gegen das Proletariat, das ihn negiert.

Diese Entwicklung zu beschleunigen, andererseits aber ihre Gefahr für das Proletariat so sehr als möglich zu verringern, ist die selbstverständliche Aufgabe der proletarischen Politik der nächsten Zeit. Dazu genügt es aber nicht, theoretisch die Möglichkeiten politischer Entwicklung darzulegen, dazu bedarf es des politischen Anschauungsunterrichtes. Es ist charakteristisch — und obgleich historisch notwendig, steigert es noch die große Schwäche des deutschen Impe-

Digitized by Google

rialismus — daß er im Innern reaktionär ist, reaktionär sein muß, weil der Widerstand der Arbeiterklasse bereits zu groß ist. Hier muß die sozialdemokratische Gegenwirkung einsetzen. Dem Programm des Imperialismus setzt sie die freie Selbstbestimmung des Volkes im Innern, die Demokratie in Gesetzgebung und Verwaltung entgegen. Dieser Kampf um die Demokratie aber konzentriert sich, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, in der Frage der Erringung des gleichen Wahlrechtes in Preußen. Nur dadurch, daß sich die Sozialdemokratie an die Spitze dieser Aktion setzt und sie weiter führt mit aller Energie und mit allen Machtmitteln, die einem so entwickelten, glänzend organisierten Proletariat in einem modernen Industriestaat zu Gebote stehen, kann auch den Indifferenten und Zögernden gezeigt werden, daß Demokratie in Deutschland identisch ist mit Sozialdemokratie.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Hausdienerberuf.

Von **Wilhelm Kimmritz.**

In der letzten Oktoberwoche wurde den Hausdienern des Warenhauses A. Jandorf & Co. in Berlin ein Kampf um ihr Koalitionsrecht aufgezwungen, der ein grelles Licht auf die traurige, abhängige Lage dieser Arbeiter überhaupt wirft. Kaum daß sie beginnen, sich mittels ihrer Gewerkschaft etwas menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu erringen, versucht schon das Unternehmertum im Handelsgewerbe, in diesem Falle der „Verband Berliner Warenhausbesitzer", die Organisation hinterrücks zu zertrümmern.

Nicht die Warenhausdiener oder deren Organisation wollten diesen Kampf! Die Berliner Warenhausbesitzer selber haben ihn frivol heraufbeschworen!

Sie bauten ihren Plan auf die verhältnismäßig mangelhafte Entwicklung der noch jungen Organisation in diesem Berufe. Die Mehrzahl der organisierten Hausdiener erkannte sofort, daß es sich bei der Einschmugglung einer bestimmten Klausel in den Tarif nicht nur um eine nebensächliche Formel, wie die Firma vorgab, sondern um ein Attentat auf ihr Koalitionsrecht handelte.

Die Klausel lautete:

Diener, welche ihre Tätigkeit ohne voraufgegangene Kündigung und ohne gesetzlichen Grund plötzlich einstellen oder die Arbeit ohne gesetzlichen Grund verweigern, sind zur Zahlung einer sofort fälligen Konventionalstrafe von 101 Mark verpflichtet. In derartigen Fällen ist die Firma A. Jandorf & Co. an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden.

Dadurch, daß die Geldstrafe auf 101 Mark festgesetzt wurde, wollte die Firma eine Berufung gegen etwa für sie ungünstige Gewerbegerichtsurteile an das Landgericht ermöglichen — offenbar befürchtend, daß das Gewerbegericht die brutal hohe Geldbuße als im Widerspruch mit § 119a der Gewerbeordnung erklären könnte. Daß die Unternehmer mehr Zutrauen zu den Berufsrichtern haben, ist übrigens bezeichnend!

164 Hausdiener, die sich weigerten, den Vertrag zu unterzeichnen, wurden entlassen!

Diesen Angriff gegen das Koalitions- und Streikrecht konnten sich die Berliner Arbeiter nicht gefallen lassen. Und da die Organisation der Handels-

Digitized by Google

hilfsarbeiter noch zu schwach ist, um durch Streik sich gegen die dreiste Zumutung der Warenhausbesitzer zu wehren, hat sich die politisch wie gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Berlins mit den Gemaßregelten solidarisch erklärt und beschlossen, so lange in keinem der Warenhäuser der Firma Jandorf & Co. zu kaufen, bis der Revers von der Firma zurückgezogen wird.

Daß es so weit kam, liegt vor allem daran, daß das Unternehmertum überhaupt glaubt mit den ungelernten Arbeitern noch schlimmer umspringen zu können als mit den gelernten.

Seit jeher galt dem Unternehmer ein gelernter Arbeiter mehr wie ein ungelernter, was wohl seinen guten Grund in dem oft fühlbaren Mangel an ersteren hatte. Nachdem aber heute in dem Zeitalter maschineller Entwicklungen die Maschine mehr und mehr die gesamte Produktion schneller und billiger besorgt wie Menschenhände, der gelernte Arbeiter zum bloßen Bedienten der Maschine degradiert wird, ist es dem Unternehmer nur noch darum zu tun, daß der Arbeiter Fertigkeit im Bedienen der Maschine besitzt. Dazu ist aber in der Regel keine allzu lange, geschweige denn eine mehrjährige Lehrzeit erforderlich.

Aber dennoch stellen die Unternehmer, wenn ungelernte Arbeiter Forderungen auf Verbesserung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses stellen, immer wieder die Behauptung auf: der ungelernte Arbeiter könnte nicht so viel Lohn beanspruchen wie derjenige, der drei oder gar vier Jahre ein Fach erlernt hat. Selbstverständlich läßt sich deswegen keine Organisation ungelernter Arbeiter abhalten, Lohnforderungen zu stellen, sintemal heute schon fast jeder Arbeiter weiß, daß dem Unternehmer der wahre Wert einer Arbeitskraft vom jeweiligen Umfang des Angebots derselben vorgeschrieben wird.

Die Organisation der Handelshilfsarbeiter, der Deutsche Transportarbeiterverband, hat deshalb seit jeher nebst dem Kampfe um eine menschenwürdige Lebenshaltung auch gegen die Mißachtung seiner Mitglieder seitens der Unternehmer zu kämpfen gehabt. Daß heute diese Organisation ihre Aufgabe in hohem Maße schon erfüllt, beweisen die vielen Tarifverträge, die die Unternehmer mit „ungelernten" Arbeitern zu schließen gezwungen waren. Das beweist aber auch der neugebackene Arbeitgeberverband im Transportgewerbe. Ja, wenn man sich die Ursachen und den Zweck desselben veranschaulicht, muß man sogar zu der Ansicht gelangen, daß die „ungelernten" Arbeiter dem Unternehmertum Angst und Furcht eingejagt haben, obwohl erst ein winziger Teil der Berufsangehörigen ihrer Organisation angehört. Denn von den etwa 90000 Handelshilfsarbeitern in Berlin sind noch keine 20000 organisiert, und es ist klar, daß unter solchen Umständen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Beruf äußerst unzeitgemäße sein müssen.

Greifen wir zum Beispiel die Branche der Konfektionshausdiener heraus und betrachten wir deren Lohn- und Arbeitsverhältnis. Noch vor zwei Jahrzehnten waren in der Berliner Konfektion nur wenige Hundert Hausdiener tätig, heute sind es deren etliche Tausend. Das Arbeitsverhältnis war seinerzeit ein durchaus patriarchalisches. Der mangelhafte Lohn wurde seitens der Unternehmer durch allerlei Gratifikationen und Geschenke, die meistenteils in abgelegten Kleidungsstücken usw. bestanden, ergänzt. Der Unternehmer interessierte sich überhaupt mehr für „seinen Friedrich" und dessen Familie, als es heute der Fall ist. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand

eine derartige Harmonie, daß oftmals die letzteren nicht minder Interesse am Geschäftsgang sowie überhaupt an der ganzen Entwicklung des Geschäftes bezeugten wie die Arbeitgeber.

Die kapitalistische Entwicklung, das Emporschießen gewaltiger Großbetriebe hat indes auch dieses Arbeitsverhältnis vollkommen revolutioniert und an Stelle der Harmoniedusele̲i die unverhüllte Ausbeutung gesetzt. Vergeblich klammern sich die älteren und wenig denkenden Arbeiter an die „gute alte Zeit“ und lassen sich in demütiger Unterwürfigkeit alle Rücksichtslosigkeiten gefallen. Fast scheint es, als wären alle die unzähligen Aufklärungs- und Aufrüttlungsversuche seitens der Organisation des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit den Samenkörnern, die auf felsigen Boden fallen, zu vergleichen.

Seit dem Jahre 1883 bestand in Berlin ein Hausdienerverein, der es im Jahre 1906, als er seinen Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung suchte, bis auf 8000 Mitglieder gebracht hatte. Bei dem im gleichen Jahre dann stattfindenden Anschluß an den Deutschen Transportarbeiterverband zeigten sich die Wirkungen der Harmoniedusele̲i. Annähernd 2000 Mitglieder splitterten sich ab und gründeten einen neuen Verein, dessen Publikationsorgan „Der Bund“ die traurige Aufgabe hat, für die „gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ einzutreten.

Aber ich sagte vorhin, fast scheint es so, als wäre jegliche Agitation der modernen Gewerkschaft eine Art Sisyphusarbeit gewesen, in Wirklichkeit wird derjenige, der die Verhältnisse genau kennt, zu einer gerade gegenteiligen Ansicht gelangen müssen.

Schon die Tatsache, daß ein 8000 Mitglieder zählender Verein mit einem Vermögen von 70000 Mark mittels Urabstimmung beschloß, sich der Zentralorganisation anzuschließen, beweist, daß die große Mehrzahl zum Klassenbewußtsein erwacht war, was nur der unermüdlichen Propaganda für die Einheitsorganisation zuzuschreiben ist. Allerdings wäre diese Agitation erfolglos gewesen, hätten die Unternehmer nicht durch ihre geradezu aufreizende Ausbeutungswut und die damit verbundene brutale Behandlung ihrer Angestellten für den nötigen Resonanzboden gesorgt. Dieser letztere Umstand aber bietet uns auch die Gewähr dafür, daß die Idee der Einheitsorganisation immer mehr an Boden gewinnen wird. Die Unternehmer im Handelsgewerbe sorgen selber dafür, daß das Klassenbewußtsein auch die dümmsten und rückständigsten Anschauungen verdrängt. Zu diesen letzteren gehört auch der Ausspruch vieler Indifferenten: „Den Hausdienern ist es vorläufig noch unmöglich, Lohnforderungen mittels Arbeitseinstellungen durchzuführen, da die große Masse derselben noch in Kleinbetrieben steckt, wo es dem Unternehmer zu jeder Zeit ein leichtes ist, Ersatz für die streikenden Hausdiener zu finden. Außerdem erfordert die hier zu leistende Arbeit derart wenig Geschicklichkeit und Übung, daß jeder Arbeiter, gleichgültig welchen Berufs und Alters, sie zu leisten imstande ist.“

Dieser Einwand fällt in sich zusammen, wenn wir uns die Entwicklung der Engrosgeschäfte zu Riesenbetrieben und die Umwandlung der Detailgeschäfte in ungeheure Basare und Warenhäuser vergegenwärtigen. Ein Gang nicht nur durch Berlin, sondern durch jede Großstadt beweist uns das. Daß aber in solchen Betrieben Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden, wer das nicht glaubt, möge

sich im letzten Jahresbericht des Deutschen Transportarbeiterverbandes hiervon gefälligst überzeugen.

Ferner wird dieser Organisation in neuerer Zeit der Vorwurf gemacht, sie habe mit der Annahme des Titels „Deutscher Transportarbeiterverband" ohne weiteres dokumentiert, daß sie eine Organisation der Transportarbeiter ist, hätte man nur den vordem ziemlich langen Titel „Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands" abkürzen wollen, dann hätte man wenigstens für „Deutscher Transportarbeiterverband" „Deutscher Handels- und Transportarbeiterverband" setzen sollen. Mit dieser „Ignorierung" der Handelshilfsarbeiter stoße man die Indifferenten direkt ab. Ein Packer zum Beispiel, der von früh bis spät hinter seinem Packtisch steht, sei doch wohl im wahrsten Sinne des Wortes nur Handels-, aber nie Transportarbeiter.

Auch dieser Einwand, der im großen und ganzen von derselben Seite kommt wie der vorerwähnte, ist nichts weiter wie ein leeres Gerede und fällt ebenso in sich zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Handel nur auf dem Transport beruht und ohne diesen nicht bestehen kann. Auch derjenige, der im wahren Sinne des Wortes Handelsarbeiter ist, ist, indem er Waren post- und bahnfertig, das heißt transportfertig verpackt, ja meistenteils sie noch selber zum Postamt respektive zur Bahn transportiert, ein Transportarbeiter.

Ich sagte vorhin, die Ausbeutungswut und die Profitsucht der Unternehmer sorgt dafür, daß die moderne Arbeiterbewegung auch in diesem Beruf unaufhaltsam vorwärtsschreitet. Der Durchschnittslohn der Konfektionshausdiener bewegt sich zwischen 24 und 26 Mark pro Woche, während der der Warenhausdiener, obwohl die Unternehmer in dieser Branche kürzlich im „Konfektionär" dreist behaupteten, sie zahlten die höchsten Löhne, sich nur auf 23 bis 25 Mark stellt. Zu diesen Hungerlöhnen gesellt sich noch eine äußerst rücksichtslose und erniedrigende Behandlung durch alle Vorgesetzten, die der Hausdiener in allen Angestellten, vom jüngsten Lehrfräulein bis zum Personalchef, ohne weiteres zu erblicken hat. Der allerschlimmste Mißstand aber im Hausdienerberuf ist zweifellos die unmenschlich lange Arbeitszeit, die in der Konfektion zur gewöhnlichen Zeit 12, in der Saison aber 15 bis 17 Stunden beträgt. In den Kauf- und Warenhäusern ist eine Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden gang und gäbe, wozu noch die Sonntagsarbeit und der Wachdienst kommt. Das sind Verhältnisse, die auf die Dauer auch den dümmsten und zufriedensten Arbeiter geradezu zwingen werden, zwecks Verbesserung seiner niederen Lebenshaltung und kulturellen Stellung Anschluß an eine moderne Kampforganisation zu suchen.

Nur die Organisation war es, deren Drängen die Gesetzgebung endlich nachgab und den Sechsuhrbahnschluß herbeiführte. Der Deutsche Transportarbeiterverband ist es, der neuerdings in eine Bewegung für den Sechsuhrschluß der Paketpostämter eingetreten ist und der zusammen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands für das ausgebeutete Proletariat im Handelsgewerbe durch Herbeiführung der Achtuhrladenschlußbewegung den elementarsten kulturellen Forderungen desselben zum Siege verhelfen will.

Die gesamte Arbeiterschaft aber hat die Pflicht, in jeder Hinsicht diesen Aufgaben zur Durchführung zu verhelfen, denn erst wenn dieser Arbeiter-

kategorie Zeit zum Nachdenken über ihre traurige Lage bleibt und sie erkennt, daß sie auf dem Wege, der zur wirtschaftlichen und politischen Emanzipation der Arbeiterklasse führt, hinter den Arbeitern anderer Berufe sehr, sehr weit zurückgeblieben ist, wird die Grundbedingung für einen einheitlichen Vorstoß zur Verbesserung der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Hausdienerberuf gegeben sein.

Zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen.

Von **Gustav Hoch** (Hanau a. M.).

Im Mai dieses Jahres hat die Reichsverwaltung dem Reichstag einen Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen vorgelegt. Bekanntlich hatte schon der vorige Reichstag sich mit einer solchen Vorlage zu beschäftigen. Er verwies sie an eine besondere Kommission, in welcher der Entwurf nach einigen Änderungen mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokratie angenommen wurde. Durch die Auflösung des Reichstags ist die Erledigung dieser Angelegenheit damals verhindert worden.

Der neue Entwurf entspricht im wesentlichen den Beschlüssen jener Kommission.

Während aber der erste Entwurf als ein Angriff auf die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft worden ist, tritt unser Hamburger Parteiorgan und nach ihm in derselben Weise „Der Grundstein", das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, für die Annahme des jetzt dem Reichstag vorliegenden Entwurfes ein. Daher ist es notwendig, auf die neue Vorlage näher einzugehen.

Die beiden ersten Paragraphen lauten in dem neuen Entwurf genau so wie in der ersten Vorlage. § 1 besagt: Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen wird aufgehoben. § 2 bezieht sich auf den § 122 des Versicherungsaufsichtsgesetzes. Letzterer lautet:

„Den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen nicht die auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1884 errichteten Kassen, die im § 75 Absatz 4 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen, die auf Grund der Gewerbeordnung von Innungen oder Innungsverbänden errichteten Unterstützungskassen sowie die auf Grund berggesetzlicher Vorschriften errichteten Knappschaftskassen."

In diesem Paragraphen sollen die gesperrt gedruckten Worte — die sich auf die freien Hilfskassen beziehen — nach § 2 der Vorlage gestrichen werden. Außerdem erhält der angeführte § 122 des Versicherungsaufsichtsgesetzes folgenden Zusatz:

„Die beteiligten Landesregierungen können bestimmen, daß und von welchem Zeitpunkt ab auch die im Absatz 1 bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, und die zur Durchführung der Anordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen."

Demgemäß sind die eingeschriebenen freien Hilfskassen nach Annahme der Vorlage ohne weiteres, die landesrechtlich errichteten Hilfskassen je nach dem

Digitized by Google

Belieben der beteiligten Landesregierungen dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterstellt.

In den Reichs- und Landesgesetzen, namentlich in den Arbeiterversicherungsgesetzen finden sich mehrfach Bestimmungen, die in der einen oder anderen Beziehung die Rechtsstellung der eingeschriebenen Hilfskassen betreffen. Diese Bestimmungen sollen, so schreibt der erste Absatz des § 3 in der jetzigen Vorlage ebenso wie in der ersten Vorlage vor, auch fernerhin für die eingeschriebenen Hilfskassen in ihrer neuen Form gelten.

Soweit nach jenen Bestimmungen Streitigkeiten von der Aufsichtsbehörde einer eingeschriebenen Hilfskasse zu entscheiden sind, tritt an die Stelle dieser Behörde die Aufsichtsbehörde, die für die Ortskrankenkassen am Sitze des beteiligten Versicherungsvereins zuständig ist. Das gleiche gilt für die Zuständigkeit zu den Strafverfügungen auf Grund der §§ 76a und 76b wegen Unterlassung von Mitteilungen an Behörden. Dies ist ein Zusatz zu der neuen Vorlage, der das Verfahren in den angeführten Fällen vereinfacht.

Nach § 12 des jetzt geltenden Hilfskassengesetzes können die freien Hilfskassen den Mitgliedern gewähren: Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhaus sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel. Auch kann die Krankenunterstützung an Wöchnerinnen gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder kann eine Beihilfe gewährt werden, die das Zehnfache der wöchentlichen Unterstützung, auf die das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet. Zu anderen Zwecken als den angeführten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen.

Die Vorlage — und zwar ist dies ein Zusatz der neuen Vorlage — erweitert die den freien Hilfskassen gestatteten Leistungen, so daß die Kassen außer ihren bisherigen Leistungen noch gewähren dürfen: den Mitgliedern selbst: freie ärztliche Behandlung in Schwangerschaftsbeschwerden, Unterstützung wegen einer durch Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit, die Leistung der erforderlichen Hebammendienste; ferner den Angehörigen der Mitglieder: freie Arznei und sonstige Heilmittel und als Familienunterstützung während der Verpflegung des Ernährers im Krankenhaus einen Betrag, der größer als die Hälfte des Krankengeldes sein kann; endlich den Ehefrauen der Mitglieder die oben angeführten Leistungen für die Zeit der Schwangerschaft und des Wochenbetts. Damit wären die Unterstützungsbefugnisse der freien Hilfskassen nicht nur denen der Zwangskrankenkassen gleichgestellt, sondern sie würden sogar in einigen Punkten darüber hinausgehen.

Eine weitere Bestimmung der Vorlage besagt, daß dem Vorstand und dem Aufsichtsrat nur volljährige und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören dürfen. Dafür fällt der § 21 des Krankenversicherungsgesetzes fort, nach dem in den Generalversammlungen nur die Mitglieder eine Stimme haben, die großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Wegen Überschreiten der Altersgrenze, über die hinaus nach den Bestimmungen der Satzung Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach den Bestimmungen der

Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Ausschluß nicht erfolgen. Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Verein können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsverein bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausschließung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes. Diese und noch einige andere Bestimmungen des Entwurfes sind aus dem bisher geltenden Rechte hinübergenommen. Einige Bestimmungen sind gegen früher im Interesse der Kasse erweitert worden.

Hervorzuheben sind aber noch die Paragraphen der Vorlage, die sich auf die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes beziehen. Von diesen Paragraphen sei zunächst erwähnt der neu eingefügte § 5 der Vorlage, nach dem die freien Hilfskassen als sogenannte *kleinere Vereine* anzuerkennen sind. Die „kleineren Vereine“ sind von einer ganzen Reihe drückender Verpflichtungen befreit.

Dagegen gelten auch für die freien Hilfskassen unter anderem die folgenden Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, *die für die Beurteilung der Vorlage von entscheidender Bedeutung sind.*

§ 4. Versicherungsunternehmungen bedürfen zum Geschäftsbetrieb der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde.

§ 7. Die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb darf nur versagt werden, wenn:

1. der Geschäftsplan gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft;

2. nach dem Geschäftsplan die *Interessen der Versicherten nicht hinreichend gewahrt* sind oder die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen nicht genügend dargetan ist;

8. Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen *oder den guten Sitten* entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird.

§ 64. Der Aufsichtsbehörde liegt es ob, den ganzen Geschäftsbetrieb der Versicherungsunternehmungen, insbesondere die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften und die Einhaltung des Geschäftsplans, zu überwachen.

Sie ist befugt, *diejenigen Anordnungen zu treffen*, welche geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklang zu erhalten oder Mißstände zu beseitigen, *durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät.*

Für Befolgung ihrer nach Absatz 2 erlassenen Anordnungen kann die Aufsichtsbehörde die Inhaber und Geschäftsleiter der Unternehmungen durch *Geldstrafen bis zu 1000 Mark* anhalten. Solche Geldstrafen werden in derselben Weise beigetrieben wie Gemeindeabgaben.

§ 67. Handelt eine Unternehmung fortgesetzt den ihr nach Maßgabe des Gesetzes oder des genehmigten Geschäftsplans obliegenden Pflichten zuwider, oder ergeben sich bei Prüfung ihrer Geschäftsführung oder ihrer Vermögenslage so schwere Mißstände, daß bei Fortsetzung des Geschäftsbetriebs *die Interessen der Versicherten gefährdet sind*, oder befindet sich der Geschäftsbetrieb mit *den guten Sitten in Widerspruch*, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, den Geschäftsbetrieb mit der Wirkung zu *untersagen*, daß neue Versicherungen nicht abgeschlossen, früher abgeschlossene nicht erhöht oder verlängert werden können.

Im Falle der Untersagung des Geschäftsbetriebs ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, alle *diejenigen Anordnungen zu treffen*, welche zur einstweiligen Sicherstellung des Vermögens der Unternehmer im *Interesse der Versicherten* nötig sind, insbesondere die Vermögensverwaltung *geeigneten Personen* zu übertragen.

Diese Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes gelten — wie wir noch einmal betonen — für die freien Hilfskassen, und zwar mit der einzigen

Digitized by Google

Einschränkung, daß die Kassen, die beim Inkrafttreten des geplanten Gesetzes auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften zum Geschäftsbetrieb befugt sind, zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebs in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes bedürfen. Halten wir uns daher, um die Rechtslage der schon jetzt bestehenden freien Hilfskassen unter dem geplanten Gesetz zu kennzeichnen, einzig und allein an die §§ 64 und 67 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, die in ihrem vollen Umfange für die Hilfskassen gelten sollen.

Nach § 64 Absatz 2 ist die Aufsichtsbehörde befugt, auch „diejenigen Anordnungen zu treffen, welche geeignet sind, ... Mißstände zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät“. Die Aufsichtsbehörde kann also alles, was ihr beliebt, den Kassen vorschreiben oder verbieten, wofern die Herren am grünen Tisch der Meinung sind, daß sie damit Mißstände beseitigen, „durch welche die Interessen der Mitglieder gefährdet werden, oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät“. Nehmen wir irgend eine wichtigere Angelegenheit, welche die Interessen einer Krankenkasse berührt. So wenn es sich um die Regelung und Bezahlung des ärztlichen Dienstes handelt, wenn die Höhe des Rabatts, den die Apotheker zu gewähren haben, festgestellt werden soll, wenn Vorstandsmitglieder gewählt oder Beamte angestellt werden müssen: in allen diesen und ähnlichen Fällen kann die Aufsichtsbehörde das entscheidende Wort sprechen, sie kann die Kasse zwingen, sich den Forderungen der Ärztezünfte zu fügen, die Bedingungen der Apotheker anzunehmen, keine Sozialdemokraten im Vorstand oder Ausschuß zu lassen, nur solche Beamte einzustellen, die der Polizei unbedenklich erscheinen, ihre Bekanntmachungen nicht in sozialdemokratischen Blättern zu veröffentlichen, ihre Generalversammlungen nicht in „sozialdemokratischen“ Sälen abzuhalten usw. usw. Stets kann sich die Aufsichtsbehörde darauf berufen, daß sie nur Mißstände beseitigen will, „durch welche die Interessen der Mitglieder gefährdet werden, oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät“. Alle Angelegenheiten der Kasse berühren die Interessen der Mitglieder und bieten daher der Aufsichtsbehörde die Möglichkeit zur Einmischung, um die Interessen der Mitglieder zu wahren. Und in welch vielfältiger Weise die Aufsichtsbehörde sich klassenbewußten Arbeitern gegenüber zum Schutze der „guten Sitten“ berufen fühlt, darüber haben wir doch wohl Erfahrungen genug. Die freien Hilfskassen sollen also tatsächlich einer unbegrenzten Vormundschaft der Aufsichtsbehörde unterstellt werden.

Das ist der wesentliche Unterschied zwischen der Rechtsstellung der freien Hilfskassen nach dem beantragten Gesetz und der Rechtsstellung der freien Hilfskassen nach dem jetzigen Gesetz. Schon jetzt sind die Kassen dem Aufsichtsrecht der Behörden unterstellt. Diese Aufsicht erstreckt sich aber nur darauf, ob die Kassen sich in den ihnen durch die Gesetze gezogenen Grenzen halten. Dagegen steht es den Kassen und ihren Mitgliedern frei, selbst zu entscheiden, wie sie die ihnen nach den geltenden Gesetzen zufallenden Aufgaben am zweckmäßigsten erfüllen. Die Behörden haben also bisher gegenüber den Kassen ein Aufsichtsrecht nur in bezug auf die Rechtmäßigkeit, nicht aber in bezug auf

die Zweckmäßigkeit ihrer Handlungen. Durch das beantragte Gesetz soll das Aufsichtsrecht der Behörde auf die Zweckmäßigkeit alles dessen, was die Kassen tun oder unterlassen, ausgedehnt werden.

Dieser Unterschied ist entscheidend für die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen. Das Recht der Selbstverwaltung besteht darin, daß die Mitglieder selbst bestimmen, in welcher Weise die Angelegenheiten der Gesamtheit am zweckmäßigsten erledigt werden. Daß hierbei die allgemein gültigen Staatsgesetze beachtet werden, und daß die Behörden über die Rechtmäßigkeit der Handlungen Aufsicht zu führen haben, das begrenzt nur das Gebiet der Selbstverwaltung, verneint aber die Selbstverwaltung selbst nicht. Wenn dagegen die Aufsichtsbehörde auch vorschreiben darf, wie die Kassen die ihnen zustehenden Aufgaben am zweckmäßigsten zu erfüllen haben, dann bleibt von der Selbstverwaltung nichts übrig.

Die Regierungen wenden sich freilich in der Begründung der Vorlage mit großer Entschiedenheit gegen den Verdacht, als wollten sie das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den freien Hilfskassen antasten.

„Eine Absicht, die Selbstverwaltung der Vereine zu beeinträchtigen oder gar aufzuheben, lag den verbündeten Regierungen zur Zeit der früheren Vorlage und liegt ihnen gegenwärtig vollkommen fern."

So wörtlich in der Begründung der Vorlage. Diese Versicherung können die Regierungen mit gutem Gewissen abgeben. Denn ihre Herren Geheimräte leisten sich den — Scherz, das, was das Gegenteil von der Selbstverwaltung der Arbeiter ist, nämlich die unbegrenzte Vormundschaft der Behörden, wie sie in den §§ 64 und 67 des Versicherungsaufsichtsgesetzes aufs klarste ausgesprochen ist, als „Selbstverwaltung der Kassen" zu bezeichnen. Mit dieser Art von „Selbstverwaltung der Kassen" meinen es die verbündeten Regierungen in der Tat ehrlich. Ja, sie wollen damit nicht nur die freien Hilfskassen, sondern auch die Ortskrankenkassen beglücken. Das haben oft genug Vertreter der Regierungen angekündigt. Wir erinnern an das schöne Programm, das der preußische Regierungsrat Dr. Hoffmann im Jahre 1900 veröffentlicht hat. Bald darauf erschien Bülow als — Vorkämpfer für die „Selbstverwaltung der Kassen". Im Reichstag rief er den sozialdemokratischen Abgeordneten im Jahre 1903 zu: „Welche Tyrannei üben Sie aus in den Krankenkassenverwaltungen! Fragen Sie die Ärzte, die Apotheker, viele Mitglieder der Krankenkassenverwaltungen!" Am 2. Juni 1905 erklärte er im preußischen Herrenhaus: „Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie leider gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen; ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteil der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne ebenso an, daß sich hier Zustände entwickelt haben, die der Remedur dringend bedürfen."

Diese „Remedur" ist mit dem jetzt vorliegenden Entwurf begonnen worden! Zunächst soll die Selbstverwaltung der Arbeiter in den freien Hilfskassen beseitigt werden, dann kommen die Ortskrankenkassen an die Reihe!

Ebenso bestreiten die Regierungen, daß sie die Absicht haben, den freien Hilfskassen „durch Geltendmachung politischer Gesichtspunkte das Dasein zu erschweren". Die Regierungen können das ebenfalls sehr gut bestreiten, da sie fraglos der Überzeugung sind, daß sie durch die Entfernung der Sozialdemokraten aus der Verwaltung der Kasse das „Dasein" den Kassen nicht

erschweren, sondern erleichtern. Dagegen haben sie keinen Zweifel darüber gelassen, wie sie gegen die Sozialdemokraten vorzugehen gedenken. In der Kommission des vorigen Reichstags, an die der erste Entwurf verwiesen war, hatten die Sozialdemokraten unter anderem beantragt:

„Die politische oder religiöse Überzeugung oder Betätigung der Kassenmitglieder, des Kassenvorstandes oder der Kassenbeamten dürfen nicht als Tatsachen im Sinne des § 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes oder als Gefährdung der Interessen der Versicherten oder als Widerspruch des Geschäftsbetriebs mit den guten Sitten im Sinne der §§ 64 und 67 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erachtet werden."

Zu diesem Antrag bemerkte ein Regierungsvertreter — wir zitieren nach dem offiziellen Kommissionsbericht —: es liege keine Veranlassung vor, gerade für die Krankenkassen besondere Bestimmungen der geforderten Art einzuführen, da daraus unter Umständen gefolgert werden könne, daß sie für andere Kassen und Versicherungsvereine nicht gültig seien. Die Antragsteller erklärten sich darauf bereit, den Antrag zurückzuziehen, falls von den verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben werden könnte, daß das Aufsichtsamt sich bei der Beaufsichtigung der Kassen nach dem Wortlaut des Antrags richten würde. Diese Erklärung, heißt es darauf wörtlich in dem Kommissionsbericht, konnte nicht abgegeben werden, weil der Antrag nicht nur von einer politischen oder religiösen Überzeugung, sondern auch von einer entsprechenden **Betätigung** spricht, durch die doch Schädigungen der Kasse und der Kassenmitglieder nicht ausgeschlossen seien.

Die Bedeutung dieser Erklärung habe ich bereits früher an einer anderen Stelle mit den Worten gekennzeichnet: „Überzeugt" darf ein Mitglied der Kassenverwaltung sein, aber es darf seine **Überzeugung nicht „betätigen"**. Es darf keine sozialdemokratische Rede halten, selbst wenn es dies nicht in der Kasse und auch nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kassenverwaltung tut; es darf keine Parteibeiträge bezahlen, kein Parteiblatt halten, keine Parteiversammlungen besuchen, und vor allen Dingen, es darf nicht sozialdemokratisch wählen. — Und das heißt nach der Versicherung der Regierungen **nicht**: „den Kassen durch Geltendmachung politischer Gesichtspunkte das Dasein erschweren!"

Die Erklärung des Regierungsvertreters ist von einer Seite so ausgelegt worden, daß nur „die Hilfskassen **als solche** respektive ihre Vorstandsmitglieder **als solche** eine Betätigung zu unterlassen haben, die mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehe". Das ist aber nicht richtig. Denn zu einem Einschreiten **dagegen** hätte das Aufsichtsamt auch **nach Annahme** des von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrags das Recht, da ein solches Verhalten der Kassen und der Mitglieder ihrer Verwaltung mit dem Geschäftsplan und den gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch steht, und ein solcher Widerspruch unter allen Umständen von der Aufsichtsbehörde nicht geduldet werden soll. Vergleiche den Wortlaut der oben angeführten §§ 64 und 67 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

In der Begründung der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß sowohl die Versagung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb als auch die Untersagung eines bestehenden Geschäftsbetriebs im Versicherungsaufsichtsgesetz an ganz bestimmte gesetzliche Voraussetzungen geknüpft sind, die jede Willkür ausschließen. Die Entscheidungen der Reichsaufsichtsbehörde könnten in solchen Fällen nur unter

Zuziehung von Mitgliedern des Versicherungsbeirats ergehen, mithin von Sachverständigen, die mit der Praxis und den Bedürfnissen der Unternehmungen auf das genaueste vertraut seien. — Für den Verlust der Selbstverwaltung ist es aber ein ungenügender Ersatz, wenn die Vormundschaft wirklich stets in den rechtlich vorgesehenen Formen und sachverständig ausgeführt werden sollte.

Wie verhält es sich aber tatsächlich mit der Sachverständigkeit der Reichsaufsichtsbehörde? Als aufsichtsführende Reichsbehörde ist ein Kaiserliches Aufsichtsamt für Privatversicherung in Berlin errichtet. Es besteht aus einem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl von ständigen und nichtständigen Mitgliedern, die vom Kaiser ernannt oder vom Bundesrat gewählt werden. Dem Versicherungsbeirat gehören, wie ich dem „Vorwärts“ entnehme, zurzeit Direktoren und Vorsitzende der großen Versicherungsgesellschaften, sowie sonstige Vertreter der Großindustrie an. Diese Herren mögen bei solchen rein geschäftlichen Unternehmungen, die auf die Erlangung eines möglichst großen Überschusses gerichtet sind, sachverständig sein — darüber aber, wie die Krankenfürsorge am wirksamsten auszubauen ist, können die Arbeiter selbst besser urteilen. In der Begründung der Vorlage wird denn auch versprochen, daß nach der Verabschiedung des beantragten Gesetzes der Versicherungsbeirat durch einige Mitglieder verstärkt ist, denen auf dem Gebiet des Hilfskassenwesens besondere Sachkunde innewohnt. Aber auch das kann nicht viel helfen, da im Gesetz vorgesehen ist, daß diese Mitglieder stets in der Minderheit sein und daher von den anderen Herren überstimmt werden können.

Die Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der freien Hilfskassen soll nach dem Wortlaut der §§ 7 und 64 des Versicherungsaufsichtsgesetzes eintreten, um die Interessen der Versicherten zu schützen und die guten Sitten zu wahren. Hiernach werden die Arbeiter für unfähig erklärt, aus eigener Kraft ihre Interessen als Mitglieder der freien Hilfskassen zu schützen. Wenn die Arbeiter hier als so minderwertig hingestellt werden, wie will man dann das Selbstverwaltungsrecht für die Arbeiter auf anderen Gebieten rechtfertigen? Wie kann man dann für die Arbeiter das Wahlrecht zu den Landtagen verlangen? Können die Arbeiter nicht einmal die Angelegenheiten der Krankenkassen übersehen, dann sind sie noch viel weniger imstande, sich ein sachliches Urteil über die Fragen zu bilden, die das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes betreffen. Daher ist eine Vorlage, welche die freien Hilfskassen einer solchen Vormundschaft der Behörden unterstellt, wie sie sich aus den §§ 64 und 67 ergibt, für uns unannehmbar.

Daran ändern auch diejenigen Bestimmungen der Vorlage nichts, die als eine Verbesserung gegenüber den bestehenden Verhältnissen von uns anerkannt werden müssen: sie gleichen nur den Verbesserungen, die an der Außenseite eines Hauses vorgenommen werden, während das Fundament des Hauses zerstört wird. Gewiß wäre es zu begrüßen, wenn den freien Hilfskassen die Möglichkeit geboten wird, ihre Leistungen für ihre Mitglieder und deren Angehörige zu vergrößern. Von dieser Möglichkeit können die Kassen aber nur dann Gebrauch machen, wenn sie die dazu nötigen Mittel haben und diese im Interesse der Mitglieder verwenden können. Sobald aber das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Kassen beseitigt ist, ist den Kassen die Kraft zu ihrer weiteren segensreichen Entwick-

Digitized by Google

lung gebrochen, wird die Lust der Arbeiter, immer größere Opfer für ihre Kassen zu bringen, vernichtet, und sind die Kassen endlich in der Verwendung der Kassenmittel zum Segen für die Mitglieder gehemmt. Daher kann es mit der Verbesserung der Kassenleistungen in der Praxis nichts werden, trotz der schönen Vollmacht dazu — auf dem Papier. Die in der Vorlage enthaltenen Verbesserungen müssen wir daher allerdings erstreben, uns aber auch mit allen Kräften dagegen wehren, daß sie wieder durch die Beseitigung der Selbstverwaltung aufgehoben werden.

Diese Forderung ist um so berechtigter, da die Arbeiter schon längst den Beweis dafür erbracht haben, daß sie selbst ihre Interessen als Mitglieder der Krankenkassen schützen können. Das ist sogar in der Begründung der Vorlage für „viele eingeschriebene Hilfskassen" ausdrücklich anerkannt worden. Außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die meisten Ortskrankenkassen sich von dem Zeitpunkt ab am günstigsten entwickelt haben, als die Arbeiter selbst den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Kassen erlangt hatten.

Aber die Schwindelkassen? An dem Aufkommen der Schwindelkassen trägt nicht die Unfähigkeit der Arbeiter zur Selbstverwaltung, sondern der Umstand die Schuld, daß Gesetzgebung und Verwaltung nicht mit der nötigen Umsicht und mit dem nötigen Nachdruck gegen die Schwindelkassen von dem Boden des bisherigen Hilfskassengesetzes aus eingeschritten sind. Der wichtigste Mangel ist der, daß die unerläßliche Voraussetzung der Selbstverwaltung, eine sachgemäße Kontrolle der Kasse durch die Mitglieder, nicht gesichert ist. Daher muß das geltende Gesetz dahin ergänzt werden, daß — wie es jetzt schon bei allen reellen Hilfskassen geschieht — den Mitgliedern oder deren Vertretern der Besuch der mindestens in jedem Jahre einmal abzuhaltenden Generalversammlungen durch Ersatz des entgangenen Verdienstes, der Reisekosten und der sonstigen notwendigen Ausgaben ermöglicht wird. Mindestens vier Wochen vor den Generalversammlungen und stets vor der Wahl der Delegierten für dieselben muß jedem Mitglied eine genaue Abrechnung zugestellt werden, aus der auch zu ersehen ist, wie viel Gehalt, Entschädigung usw. für die an der Geschäftsführung beteiligten Personen ausgezahlt worden sind, und wie viele Mitglieder ausgeschlossen worden sind sowie aus welchem Grunde. Im ersten Geschäftsjahr sind diese Abrechnungen nach Ablauf eines jeden Vierteljahrs den Mitgliedern vorzulegen. Gehälter, Entschädigungen usw. für die an der Geschäftsführung beteiligten Personen sowie die Wahl oder Anstellung dieser Personen dürfen nur von den Generalversammlungen und nur bis zur nächsten Generalversammlung beschlossen werden. Die Gründung einer Kasse darf nur dann erfolgen, wenn in der Versammlung solche Personen, die sich zur Mitgliedschaft auf mindestens ein Jahr schriftlich verpflichtet haben, persönlich in größerer Zahl — etwa mindestens 120 — anwesend sind. Endlich fragt es sich, ob solchen Personen, die wegen Betrugs, begangen durch die Beteiligung an einer Schwindelkasse, bestraft worden sind, das Recht zur Anteilnahme an der Verwaltung einer Krankenkasse abgesprochen werden soll. Hierzu kommen selbstverständlich alle die Maßnahmen, durch welche der für die Arbeiter bisher maßgebende Grund, zweifelhaften Kassen beizutreten, beseitigt wird: nämlich daß die obligatorische Krankenversicherung möglichst ausgedehnt, die Betriebs- und Innungskrankenkassen beseitigt, kleinere Ortskrankenkassen mit größeren Kassen verschmolzen, so wirklich leistungsfähige Zwangskassen geschaffen und ihnen auch sonst die Er-

höhung ihrer Leistungen möglichst erleichtert wird. Auf diesem Wege sind die Schwindelkassen, wie in der sozialdemokratischen Presse schon wiederholt ausgeführt worden ist, sicherer zu beseitigen als durch die Unterstellung der freien Hilfskassen unter die unbegrenzte Vormundschaft der Behörden, und auf diesem Wege wird die Krankenfürsorge verbessert und nicht wie durch die Vorlage verschlechtert.

Literarische Rundschau.

Franz Ziegler, **Landwehrmann Krille.** Erzählung. Herausgegeben und eingeleitet von Karl Panier. Reclams Universalbibliothek Nr. 4987. Leipzig, Philipp Reclam. 20 Pfennig.

Das Schicksal, das Franz Ziegler als einen müden und enttäuschten Mann sterben ließ, ist ihm ein ganzes Menschenalter über seinen Tod hinaus treu geblieben, denn die Partei, auf deren Bänke er sich, wenn auch mit innerem Widerstreben, schließlich doch niedergelassen hatte, der linke Flügel des deutschen Liberalismus, hat für den Toten so wenig übrig, wie sie nur je für den Lebenden übrig hatte. Es steckt auch innere Logik darin, denn was sollte eine Partei, die ihre Zelte direkt neben den Zelten der Reaktion aufgeschlagen hat, mit diesem ganzen Manne anfangen, in dessen demokratischem Empfinden mehr des sozialen Salzes steckte, als heute in dem ganzen Liberalismus zusammengenommen. Nur dieser Tage, als es für die liberale Presse galt, in aller Ehrfurcht dem Urteil im Liebknechtschen Hochverratsprozeß die durch Rücksichten auf den Hottentottenblock geschuldete Reverenz zu erweisen, erinnerte man sich an den alten Demokraten, aber in einer Weise, die niemanden mehr geschmerzt und ergrimmt hätte als ihn selbst. Weit entfernt, darauf zu verweisen, wie, um den Ausdruck eines bürgerlichen Blattes aus einem Nekrolog auf Ziegler zu gebrauchen, „eines der bubenhaftesten Spiele der Reaktion" diesen lauteren Patrioten wegen angeblichen Hochverrats einst auf die Festung geschickt hat, zog man vielmehr aus dem Zitatensack seinen Ausspruch aus der Berliner Nationalversammlung von 1848: „Die Disziplin ist die Mutter aller Siege!" und das Breslauer Wort von 1866: „Das Herz der Demokratie ist allemal da, wo die Fahnen des Landes wehen!" hervor, um ihn als demokratischen Militaristen gegen die sozialdemokratischen Antimilitaristen auszuspielen.

Nun mag sein Herz dort gewesen sein, wo die Fahnen des Landes wehten, daß es nicht dort war, wo die Greuel des Krieges wüteten, beweist nichts besser als die vorliegende Novelle, die zuerst 1865 erschien und die nun in einer billigen Neuauflage den Massen zugänglich gemacht zu haben ein wahres Verdienst des Verlags Reclam ist. Denn wenn der Politiker Ziegler fast vergessen ist, so ist der Dichter Ziegler ganz vergessen. Und doch fehlte ihm, was durch die Entwicklung des deutschen Bürgertums hinreichend erklärt wird, nichts weiter, als was ihm in anderem Sinne auch als Politiker gefehlt hatte: ein Publikum, dem literarischer Geschmack und ästhetisches Verständnis nicht bloß hauttief saß. Denn Zieglers Geist war von klassischer Bildung zu tief durchsetzt, als daß er einer literarischen Mode Zugeständnisse gemacht hätte, und vor allem war auch in seinen novellistischen Erzeugnissen mehr des sozialen Salzes zu finden, als der kapitalistischen Bourgeoisie munden konnte. Die Novelle „Landwehrmann Krille" ist damit reichlich gewürzt. Was hätte ein anderer und was hat manch anderer aus diesem Vorwurf, den Jahren der Befreiungskriege, gemacht? Wenn nicht gar ein byzantinisches Heldenepos, in dem ein Friedrich Wilhelm III. und ein Alexander I. königlich und kaiserlich einherwandeln, so doch eine sentimentale Geschichte auf das Motiv: Als er Abschied nahm — als er wiederkam! und im Hintergrund heldenhafte Schlachten, glänzende Reiterangriffe, deutsche Treue, welsche Tücke und lauter Glanz und Gloria! Zieglers

Patriotismus war zu ehrlich, in dieser Schönfärberei sein Genügen zu finden. Er sucht das Volk auf, und sucht das Volk nicht, wie es Julian Schmidts Phrase verlangte, bei der Arbeit, sondern im Elend auf. So wählt er keinen hohen Herrn, keinen Fürsten oder Feldherrn zum Helden, sondern greift einen beliebigen kurmärkischen Landwehrmann aus der Masse, aus den Unzähligen und Ungezählten heraus und zeigt an seinen Schicksalen nach dem Kriege in etwas altfränkischer, aber frischer und anschaulicher Darstellung, welch eine Bestie der Krieg ist. Die glühende demokratische Begeisterung des Dichters, der zwischen den Kämpfern von 1813 und denen von 1848 die verbindenden Fäden zieht, läßt das Werkchen über den Rahmen einer sozialen Mitleidstragödie zu einer sozialen Anklage herauswachsen. Und daß es eine soziale Anklage sein soll, daraus macht der Dichter gar kein Hehl, denn er verkündet, anders als die modernen l'art pour l'art-Literaten, frisch und fröhlich die Tendenz seiner Erzählung: „Suum cuique, und so mögen diejenigen, die mit so weniger Achtung von dem Volke sprechen, wenn es auf Geltendmachung seiner Rechte ankommt, nun aus einem kleinen Lebensbild eine Anschauung von dem Beitrag entnehmen, den ein einzelner, ein armer Landwehrmann, brachte, als es darauf ankam, den Thron, das Vaterland wieder aufzubauen, und wie, bei allem Respekt vor den Taten und vor dem Wirken der höheren Klassen, der kleine Mann doch noch tiefer und eindringlicher litt als jene, und wie auch er, wenn alles, bis auf seine Krone, die Familie, die Ehre unter ihnen zusammenbrach, sein Haupt schwer und ohne Ruhe zu finden aufs Kissen senkte. Vielleicht berichtigen sich dann in einigen Köpfen die Ansichten über Gnade und Recht, vielleicht, wenn sie denn immer rechnen und feilschen wollen, werden sie inne, wie ungeheuer ins Unermeßliche hinaus der Kaufpreis bezahlt ist für das Gut der Menschenwürde, Freiheit und Ehre, auf das eine Nation so lange hoffte und vertraute."

Das mag nicht übermäßig viel sein, aber es ist nicht wenig, wenn man bedenkt, wie heute der Liberalismus vor den feilsten Denunziationen derjenigen nicht zurückschreckt, die von der verlogenen Luisenlegende den Schleier ziehen wollen. Wenn Ziegler an einzelnen Stellen dem König mehr gibt, als des Königs ist, darf man darüber nicht allzusehr mit ihm rechten, denn über Stein und Hardenberg, die er dankbar verehrte, ging er auf den aufgeklärten Despotismus des alten Fritzen zurück, um auf die Grundlagen seines demokratisch-konstitutionellen Ideal-Preußens zu stoßen.

Die Ehrenpflicht, dem politischen Kämpfer Ziegler, der ein Freund Lassalles war und das Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entworfen hat, ein Andenken zu bewahren, hat die Arbeiterklasse der bürgerlichen Klasse abgenommen. Nun ihr mit der billigen Ausgabe des „Landwehrmann Krille" die Gelegenheit gegeben ist, wird sie ohne Zweifel auch dem Dichter Ziegler die gebührende Ehre erweisen, indem sie eine seiner besten Novellen mit dem Verständnis liest, dessen gerade das liberale Bürgertum für diese Schöpfungen nicht mehr fähig ist.

Hermann Wendel.

H. M. Hyndman, **The unrest in India.** London, The Twentieth Century Press, E. C. 37A Clerkenwell Green. 16 Seiten. Preis 1 Penny.

Das Broschürchen bildet die Wiedergabe eines Vortrags, den unser englischer Genosse im Mai dieses Jahres über die Unruhen in Indien hielt. Hyndman ist einer der besten Kenner der indischen Verhältnisse, deren Studium er seit einem Menschenalter zu seiner Spezialität gemacht hat. Sein Standpunkt ist unseren Lesern durch den wertvollen Artikel bekannt, den er in der „Neuen Zeit" über die „Ursachen der Hungersnöte in Britisch Indien" (XVIII, 2, S. 69 ff.) veröffentlichte. Vorliegende Broschüre bildet eine treffliche Ergänzung dazu; veranlaßt durch die indischen Unruhen, gibt sie eine ausreichende Erklärung derselben. Für die Anschauung einiger sozialistischen Schönfärber des Kapitalismus, als sei das englische Regime für Indien eine Wohltat, hat Hyndman nur lautes Hohngelächter übrig. K. K.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 6 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das große Reinemachen.

⁂ Berlin, 7. November 1907.

Über die landesüblichen Redensarten von dem „reinigenden Gewitter" und dem „großen Reinemachen", womit sich die bürgerliche Heuchelei hinwegzuhelfen pflegt, wenn die innere Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft einmal in einen Skandal ausbricht, haben wir uns schon in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift ausgelassen. Schneller jedoch, als selbst wir erwarteten, hat das große Reinemachen im kapitalistischen Sinne des Wortes eingesetzt; der Staatsanwalt hat die Klage des Grafen Kuno Moltke gegen Harden übernommen, und heute hat Fürst Philipp Eulenburg in dem Prozeß, den der Reichskanzler gegen einen obskuren Schriftsteller wegen Beleidigung angestrengt hat, als Zeuge beschworen, daß er weder ein Päderast sei noch daß es eine Kamarilla gebe, an deren Spitze er stehe.

So jubelt denn das Organ der Brotwucherer im Stile von Moritz Busch: Dieses war der zweite Streich, und der dritte folgt sogleich. In der Tat sieht die Sache sehr bös aus für Harden; er wird in der zweiten Verhandlung seines Prozesses mit Moltke von neuem die alte Erfahrung machen, daß sich der Tarpejische Fels in nächster Nähe des Kapitols befindet, und daß Rettern des Vaterlandes gewöhnlich mit Undank gelohnt zu werden pflegt. Indessen kommt für die Öffentlichkeit hierauf wenig an; was sie in erster Reihe interessiert, ist die Art, wie sich die herrschenden Sippen aus dem Sumpfe wieder emporrappeln, worin sie bis an den Hals versunken waren, so daß binnen sehr absehbarer Zeit alle Staatsstützen das holde Lied anstimmen werden, es sei ja gar nichts passiert und das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte strahle nach wie vor in rosenrotem Glanze.

Mit dem Sturze der Eulenburg und Moltke hatte die Clique Holstein ihren Sieg in der Sache, und wir deuteten schon vor acht Tagen an, daß es ihr sehr gegen den Strich gegangen sei, als Moltke zum Kadi lief, um sich Genugtuung für die Beschuldigungen zu holen, die Harden gegen ihn gerichtet

hatte. Ob Moltke dabei vom Verstand der Verständigen geleitet worden ist oder nur in der Einfalt eines kindlichen Gemüts gehandelt hat, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls spielte er den Streit damit auf ein Gebiet, das für seine Gegner ungünstig war, selbst wenn sie noch so gewaltig auf ihm selbst herumpaukten, wie sie es denn ja auch getan haben. Gerade dadurch verschlimmerten sie ihre Lage noch, denn je mehr höfische Korruption sie aufdeckten, um so mehr untergruben sie ihre höfischen Aussichten und Hoffnungen. So erbittert die Katzbalgereien der verschiedenen Hofcliquen untereinander sein mögen und sein müssen, so haben sie alle doch das gemeinsame Interesse daran, daß der Sumpf, worin sie leben, nicht vor allem Volke aufgeklärt werde, um so weniger, wenn ein mißachteter Tintenkuli, wie Harden in ihren Augen ist, sich auf dem Hintergrund ihres dunklen Treibens in die strahlende Position eines Vaterlandsretters werfen will.

Unter diesen Umständen konnten Harden und sein Anwalt nichts Törichteres tun, als daß sie, augenscheinlich gegen ihren Willen in den Prozeß gezogen, sich nunmehr auf die sonst so oft bewährte Taktik warfen, daß die beste Deckung der Hieb sei. Sie fielen über den Kläger mit Waffen her, die dem Angegriffenen nicht nur die Sympathien im Kreise seiner Standesgenossen, sondern auch weit darüber hinaus sichern mußten. Was sie dadurch im günstigsten Falle erreichen konnten, die Übertölpelung des Schöffengerichtes, das haben sie freilich erreicht, aber um einen Preis, den der dünne Erfolg weitaus nicht wert war. Ihre groben Insulten gegen den Grafen Moltke riefen nur den Eindruck hervor, daß man es dem Fürsten Eulenburg, auf den es Harden besonders abgesehen hatte, gar nicht so sehr verdenken konnte, wenn er sich als schwer kranker Mann nicht ähnlichen Invektiven aussetzen mochte und deshalb nicht als Zeuge vor den gerichtlichen Schranken erschien. Den Gipfel ihrer abstoßenden Kampfesweise erreichten Harden und sein Anwalt mit der Insinuation an das Schöffengericht, es dürfe nicht anders entscheiden, als der Kaiser bereits entschieden habe; es war ebenso ihre moralisch verwerflichste wie ihre intellektuell zweischneidigste Waffe.

Schon vorher hatte das Getuschel: cui bono? wem zum Nutzen denn der Feldzug gegen Eulenburg und Moltke geführt werde, seine Wirkung gehabt. Daß es sich um einen bloßen Racheakt des Geheimrats Holstein handle, konnte Harden am wenigsten zugeben; er spielte sich vielmehr als großen Patrioten auf, und von diesem Standpunkt aus lag es sehr nahe, daran zu denken, daß der Sturz Eulenburgs ein Gewinn für den Reichskanzler sei. Vor jeder unzulässigen Schlußfolgerung, die etwa daraus gezogen werden konnte, hatte Fürst Bülow aber das allergrößte Interesse, sich rechtzeitig zu schützen. So beeilte er sich, einen nichts weniger als ernsthaften Schriftsteller anzuklagen, der ihm den abgeschmackten und von keinem Menschen ernst genommenen Vorwurf der Homosexualität gemacht und ihn auch als Hardens Beschützer denunziert hatte. Fürst Bülow will diesen Prozeß „aus Gründen der Reinlichkeit“ angestrengt haben, worunter man ja verschiedenes verstehen kann. Sich von dem Vorwurf der Homosexualität zu reinigen, hatte er nicht nötig, aber den Verdacht zu verscheuchen, als habe er etwa mit Harden irgend etwas gemein, war für ihn und seine politische Stellung ein Ziel aufs innigste zu wünschen:

so hat er in dem heute verhandelten Prozeß sich aufs entschiedenste dagegen verwahrt, als sei er an dem Kampfe gegen Eulenburg irgendwie beteiligt.

Dabei zeigte sich Fürst Bülow recht hart gegen den armseligen Patron, der ihn in alberner Weise angegriffen hatte. Es kostete ihm ein Wort, diesem tief gedemütigten „Gegner" anderthalb Jahre Gefängnis zu ersparen, eine Strafe, die zudem, am Vergehen gemessen, alles billige Maß überschritt. Da Fürst Bülow nicht einmal eine so wohlfeile Großmut besaß, so wird man unwillkürlich an ein Wort seines Ideals Bismarck erinnert: Dieser Schuß ging mir dicht am Rücken vorbei. Das heißt: der bloße Verdacht, mit Harden gekramt zu haben, hat dem Reichskanzler schon schwere Stunden gemacht. Großmütiger als gegen seinen öffentlichen Beleidiger erwies er sich, sei es nun mit seinem Willen oder wider ihn, gegen seinen höfischen Feind Eulenburg, dem Bülows Prozeß die willkommene Gelegenheit gab, sich öffentlich durch einen Eid von den Vorwürfen Hardens zu reinigen. Eulenburg machte die Sache nicht ohne diplomatisch-höfisches Geschick; er wankte als todkranker Mann an die gerichtlichen Schranken, so daß aller Hohn und Spott, den Harden und sein Anwalt über die „ellenlangen Krankheitsatteste" ergossen haben, auf seine Urheber zurückfiel, und er gab seine Aussagen so bestimmt, fest und klar ab, daß sie dadurch in einen gar nicht so üblen Gegensatz zu den komödienhaften Tiraden Hardens gerieten.

So ist das große Reinemachen schon halb vollbracht, und der dritte Akt, das staatsanwaltliche Verfahren gegen Harden, wird es zur höchsten Befriedigung aller Patrioten vollenden. Man hat es als einen Fehler getadelt, daß der Staatsanwalt dem braven Harden nun noch eine kleine Märtyrerkrone flechten wolle, und sicherlich ist die nunmehrige Einleitung der früher abgelehnten Offizialklage keine Ehrenkrone für die deutsche Justiz. Lag ehedem kein öffentliches Interesse bei den Vorwürfen Hardens gegen Moltke vor, so ist dies öffentliche Interesse ganz sicher nicht durch den höchst privaten Klatsch erweckt worden, durch den jene Vorwürfe vor Gericht erwiesen werden sollten. Indessen Justiz hin Justiz her — nach preußischer Staatsräson war das Eingreifen der Staatsanwaltschaft ganz unausbleiblich, nachdem Harden und sein Anwalt mit ihrer plumpen Attacke auf die Unabhängigkeit und Unbefangenheit des Schöffengerichtes, mit ihrer Unterstellung, daß dies Gericht nicht freisprechen könne, wo der Kaiser bereits verurteilt habe, die gewünschte Wirkung erzielt hatten. Eine Kabinettsjustiz, die einen preußischen General preisgibt zugunsten eines hergelaufenen Roturiers, gibt es in Berlin nicht, und zudem hatten die Verhandlungen vor dem Schöffengericht alle Hofsippen viel zu sehr kompromittiert, als daß nicht die äußersten Anstrengungen gemacht werden mußten, diese argen Dinge wieder aus der Welt zu schaffen. Das wird denn in dem dritten Akte geschehen, auf den das Blatt der Brotwucherer seine Hoffnungen setzt.

Zwar droht Harden mit noch viel krasseren Enthüllungen, als er bisher gemacht hat, allein wenn etwas hinter dieser Drohung steckt, so wird sich sein Schicksal nur um so gründlicher und schneller vollziehen. Er wird dann alle seine höfischen Gönner verlieren und mit seinen Sensationen, mögen sie noch so sensationell sein, sitzen bleiben wie auf dem Dache der Greis, der sich nicht zu

helfen weiß. Vermutlich wird er es aber auch nicht erst darauf ankommen lassen; er wird sich nicht für immer die Quellen des höfischen Klatsches verschütten, durch die er im Laufe der Jahre dick und fett geworden ist, und so wird er sich wohl mit der melancholischen Erfahrung bescheiden, daß ein höfischer Gebärdenspäher und Geschichtenträger sich den Hals bricht, wenn er auf eigene Faust den Retter des Vaterlandes spielen will.

Derweil wollen wir uns mit allem Behagen an dieser Komödie des großen Reinemachens ergötzen. Sie ist eine historische Komödie insofern, als sie aus den historischen Existenzbedingungen der höfischen Sippen erwächst, die es so wenig auf ein gründliches Aufräumen des Schmutzes ankommen lassen können, wie sich Münchhausen am eigenen Zopfe aus dem Sumpfe ziehen konnte. Aber eben weil sie eine historische Komödie ist, entbehrt sie nicht des historischen Sinnes; je gründlicher ihr Lug und Trug ans Licht tritt, um so mehr stählt sie die Fäuste, die mit einer verfaulten Gesellschaft, sobald sich die Zeiten erfüllen, ein großes Reinemachen veranstalten werden.

Die Psychologie der Neoromantik als soziale Erscheinung.

Von Dr. J. Axelrod.

I.

In der Geschichte der Literatur tritt der Einfluß der sozialen Verhältnisse viel deutlicher hervor als auf manch anderen Gebieten. Bei Betrachtung literarischer Strömungen irgend einer Epoche sehen wir, daß nur Typen aus den herrschenden Klassen das Recht haben, in Kunstwerken vertreten zu sein. Daher beginnt jede literarische Revolution mit der Beseitigung dieses Rechtes, mit dem Protest gegen dieses Gesetz. In diesem und nur in diesem Sinne sind die modernen Naturalisten als Befreier in der Literatur zu betrachten. Ihre Unzulänglichkeit rief aber bald Antipathien hervor nicht nur bei der „Geistesaristokratie", sondern auch bei den demokratisch Gesinnten, die sonst viele Ansichten der Naturalisten billigten. Die Naturalisten vertraten den richtigen Standpunkt, daß die Persönlichkeit unmittelbar von ihrer Umgebung abhängig ist und als deren Produkt betrachtet werden kann. Sie übersahen aber dabei die unwiderlegliche Tatsache, daß der Einfluß der Umgebung nicht nur negativer, sondern auch positiver Natur sein kann. Ebenso einseitig faßten die Naturalisten die Theorie der Vererbung auf. Sie schilderten hauptsächlich negative Typen, bei denen die vererbten Charakterzüge pathologischer Natur waren. Sie ließen daher die Persönlichkeit in dem ungleichen Kampfe mit den Verhältnissen und der eigenen Pathologie unterliegen. Außer dieser einseitigen Auffassung des Verhältnisses zwischen der Umgebung und dem Individuum war die naturalistische Richtung auch von anderen Mängeln nicht frei. Die Naturalisten erstrebten die möglichst naturgetreue Wiedergabe der Wirklichkeit; dieses Streben äußerte sich aber bei ihnen nicht in der Darstellung des strengen kausalen Zusammenhanges, sondern sie vermochten nur negative, unzusammenhängende Episoden zu schildern. Die Naturalisten waren in der Kunst, was die Empiriker in der Philosophie. So wie die letzteren sich nicht entschließen konnten, auf Grund ihrer Erfahrungen allgemeine Gesetze aufzustellen, so hüteten sich die Naturalisten in der Dichtung vor einem Inhalt, durch den

eine Idee plastisch und erschöpfend ausgedrückt wäre. In ihren Werken leben nervöse subjektive Stimmungen, aber es mangelt ihnen an festen Charakteren.

Die Neoromantiker sind sich gewiß nicht bewußt, daß sie die geistigen Erben der Naturalisten sind und daß sie die Einseitigkeiten derselben noch übertrieben haben. Wenn die Naturalisten die Macht der äußeren, materiellen Verhältnisse zu stark betonten, so haben die Neoromantiker dieselben belebt, in die übersinnliche Welt versetzt und ihnen den Charakter des Fatalistischen gegeben, die Wirklichkeit dagegen mit ihren unerschütterlichen Gesetzen in den Hintergrund gerückt. Der falsch aufgefaßte Determinismus der Naturalisten geht bei den Neoromantikern in Fatalismus über, begleitet von dem Glauben an eine übersinnliche Welt und der Negation der Wirklichkeit. Der einzige Gesetzgeber der Handlungen bleibt der innere Drang, der unmittelbare Instinkt, der freie Wille.

Der Ideeninhalt der Neoromantik wie der Romantik überhaupt ist schwer definierbar, weil Romantik zur Systematik im Widerspruch steht, und gerade darin ist die Grundeigenschaft des Romantischen enthalten: die Ungebundenheit des Menschen im Leben und im Schaffen, die absolute Freiheit des Willens, die Macht der Willkür. Nicht umsonst hat die alte deutsche Romantik ihre Begründung in der Fichteschen Philosophie gesucht. Ihr Grundgedanke, daß der Mensch der Schöpfer der Wirklichkeit sei, entsprach am besten der Hauptidee der Romantik. Gleichzeitig aber schöpfte die Romantik auch aus Schellings Naturphilosophie, wie in unserer Zeit der Spiritualismus in der Naturwissenschaft dem seelischen Naturell der Neoromantik entspricht. In ihrer überschwenglichen Phantasie bildet sich die Natur in den wunderbarsten Konturen und Gestalten ab. Der Neoromantiker wie der Romantiker legt in die Natur alles das hinein, was er fühlt und empfindet. Er identifiziert die Natur mit seinen subjektiven Stimmungen und Wünschen, er vergeistigt das Materielle und gelangt somit zum Idealismus. In jeder einzelnen Erscheinung empfindet er die Unendlichkeit, dagegen sieht er in der Unendlichkeit immer nur das eigene „Ich", das ihm grenzenlos erscheint, weil es eben unbestimmt ist. Indem aber der Neoromantiker in jede Erscheinung den Begriff der Unendlichkeit hineinlegt, verliert er die Merkmale und Eigenschaften jeder einzelnen Erscheinung. Er hebt die tatsächlichen Merkmale der Einzeldinge auf und macht so das lebendige, in fortwährendem Wechsel begriffene Universum zum Absoluten.

In der Philosophie spiegelte sich die romantische Richtung im Suchen nach der absoluten Wahrheit, in der Lehre von der Erkennbarkeit des Transzendenten; in der Poesie in dem Streben, in den konkreten Erscheinungen das Absolute darzustellen. Die Neoromantiker suchen Gegenstände zu veranschaulichen, die der Wirkung der Naturgesetze entrückt sind. Sie haben bei den Empirikern gelernt, daß im Wechsel nichts beständig ist als der Wechsel. Die Erkenntnis dieser Wahrheit hat aber der Neoromantik keine guten Früchte gebracht. Die Liebe zum Unvergänglichen und Unveränderlichen, die jeder Romantiker in seiner zerrissenen, keinen Wandel ertragenden Seele birgt, hat sie zur Suche nach dem Absoluten getrieben. Andererseits bedingt eben dieses Streben nach dem Ewigen den Wandel der Stimmungen und seelischen Zustände und die Leugnung der beharrlichen, wirklichen Dinge. In diesem Widerspruch befindet sich der Romantiker — er sucht immer das Ewige, Absolute, sein zerrissenes, krankes „Ich" aber ist einem fortwährenden Wechsel unterworfen.

Es ist nicht schwierig, die Gleichgültigkeit der Romantiker gegen die Wirklichkeit und ihre Flucht in die „himmlischen Höhen" zu begreifen. Dieses nutz-

Digitized by Google

lose Streben läßt sich psychologisch leicht durch ihre Unfähigkeit erklären, das Leben harmonisch zu gestalten, sich einem Gefühl hinzugeben, einem bestimmten, klaren Ideal zu dienen. Während sie in bezug auf sich selbst überempfindlich sind, fehlt ihnen zugleich der nötige Wille für den Kampf zur Überwindung der Hindernisse; sie sind zu schwach, um sich auf irgend einem Gebiet zu konzentrieren. Ewig sind sie auf der Suche und nie nähern sie sich dem Ziele, denn jeder neue Augenblick ruft in ihnen eine neue Unzufriedenheit wach. Von ihnen kann man mit Fausts Worten sagen: „So taumle ich von Begierde zum Genuß, und im Genuß verschmacht' ich nach Begierde." In der Brust dieser Menschen haust ein qualvoller und unlösbarer Widerspruch, der die Grundlage jeder Romantik ausmacht.

II.

Die individualistische Strömung unserer Zeit, die einen großen Teil der westeuropäischen Intelligenz angesteckt hat und sich auf allen Gebieten des menschlichen Geistes geltend macht, findet ihren Ursprung in Nietzsche.

Und wie seinerzeit die deutsche Romantik als Reaktion gegen die politische und religiöse Freiheit erschien, so bildet jetzt die individualistische Richtung den Protest gegen die Bestrebungen des Proletariats zu seiner ökonomischen und geistigen Befreiung. Vor allem trat Nietzsche als scharfer und unversöhnlicher Gegner gegen die Befreiungsbewegung der Massen auf; er möchte einen Übermenschen erziehen, damit derselbe die Bestrebungen der Volksmasse vernichten könnte. Die alte Romantik, die gegen die Bestrebungen des dritten Standes gekämpft hatte, vertrat eigentlich die Interessen des abgelebten Adels. Darum suchte sie ihre Helden aus dem mittelalterlichen Rittertum. Friedrich Nietzsche, als Bekämpfer der revolutionären proletarischen Bewegung, geißelte aber gleichzeitig die Bourgeoisie und empfahl ihr die Rückkehr zum Feudalismus. Nietzsche ist mit der Bourgeoisie unzufrieden, weil, wie er meint, ihre Herrschaft nicht stark genug ist und ihre Schwäche die Ursache der Volkserhebungen sei. Er strebt danach, die Macht der „Stärkeren" über die „Schwächeren" zu vergrößern und zu sichern. Der Kampf, der so leidenschaftlich vom bürgerlichen Individualisten gepredigt wird, bedeutet den Kampf der „Starken" gegen die „Schwachen" (richtiger gesagt der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten). Wenn das nicht so wäre, wenn Nietzsche tatsächlich für die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit überhaupt Interesse hätte, so könnte er gewiß die wahrlich nicht bedeutungslose Tatsache so leicht nicht übersehen, daß die Persönlichkeit derer, die zur Masse gehören, in geistiger wie auch moralischer Beziehung sich außerordentlich entwickelt hat. Hier ist eben die Schranke für Nietzsches Erkenntnis: er schenkt seine ganze Aufmerksamkeit nur jener Persönlichkeit, die auf der höheren sozialen Stufe sich befindet.

Professor Karl Joel sagt in seinem Buche „Nietzsche und die Romantik" folgendes: „Den demokratisch-sozialen Trieben der Zeit antwortet er klar mit seinem aristokratischen Individualismus, den Kampf ums Dasein läßt er — der direkte Fortsetzer Darwins — umschlagen in den Kampf um die Macht."[1] In diesem Sinne schreibt auch Ziegler: „Nicht um alle oder viele, sondern um den einzelnen war es ihm zu tun, er kämpfte den Kampf um den einzelnen und den Kampf gegen das Herdentier. Und dabei ist der erste Gegner, auf den er trifft, der Sozialismus."[2]

[1] Karl Joel, Nietzsche und die Romantik, S. 89.

[2] Th. Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts, S. 595.

Digitized by Google

Nietzsche hatte keine Weltanschauung im wahren Sinne des Wortes. Seine Lehre war der Ausdruck einer kranken Dichterseele, die einem fortwährenden Stimmungswechsel unterworfen war, in dem nur eines beständig blieb: der Haß gegen die Volksmasse und eine innerliche, wenn vielleicht auch unbewußte Sympathie für die herrschenden Klassen. Eben dieses Element machte ihn zum Begründer der Neoromantik. Nietzsche ging vom Relativismus aus und führte ihn ad absurdum, wie es manche Philosophen mit dem Sensualismus gemacht haben. Jedes Ideal, das in irgend einer Beziehung zur Wirklichkeit steht, ist relativ, folglich auch vergänglich und unbefriedigend. Da den Romantiker das gesellschaftliche Wohl kalt läßt, darum verwirrt ihn die Tatsache, denn wenn man das Ideal erreicht, hört es ja auf, ein Ideal zu sein.

Wie alle Romantiker, so sucht auch Nietzsche das Ewige, das Absolute. Das Unveränderliche und Absolute ist, wie Nietzsche meint, das Streben zum Ideal. Das Ideal ändert sich im Verhältnis zu seinem geschichtlichen und konkreten Inhalt. Die reine Form aber — das Streben und der Kampf — sind ewig und unveränderlich. Darum ist für Nietzsche wie für alle Romantiker das Streben an und für sich wichtig. Der fortwährende und ziellose Kampf ist sein Ideal. Der, dem der Kampf an sich alles ist, erscheint Nietzsche als Übermensch, der die Ewigkeit erobert. In diesem Sinne ist Nietzsches Übermensch ein rein formaler Begriff. Da der Kampf absoluten Wert besitzt, so hat selbstverständlich sein vergänglicher Zweck keine Bedeutung. Im Gegenteil; je weniger eine hervorragende Persönlichkeit einem Ideal anhängt, dem sie ihre Kraft opfert, desto unabhängiger ist sie von den empirischen vergänglichen Wertungen und desto freier ist sie in ihren Handlungen, in ihrem individuellen Schaffen. Zarathustra, meint Nietzsche, wandelt auf dem Lebenspfad wie ein Tänzer; er steht jenseits von Gut und Böse und schreitet daher mit der Leichtigkeit eines geschickten Tänzers von einer Wertung zur anderen. Wie Nietzsche haben auch die Neoromantiker gern ihren Helden den Beinamen des Seiltänzers gegeben. Damit meint Nietzsche wie auch seine Nachfolger einen Menschen, der mit Werten, mit Idealen und Göttern spielt, der jenseits von Gut und Böse steht und nur eine Leidenschaft kennt, die Leidenschaft des Kampfes.

In Ibsens Werken finden sich Elemente, die die Verwandtschaft mit den Neoromantikern bezeugen. Im „Brand" äußert sich das negative Verhältnis zu den erreichbaren, empirischen Idealen noch düsterer als bei Zarathustra.

„Nach bloßem Neuen streb' ich nicht,
Aufs Ewig' leg' ich nur Gewicht,
Der Kirchen Satzungen und Lehren
Vermag ich füglich nicht zu ehren;
Sie sind entstanden in der Zeit,
Und also kann es wohl geschehen,
Daß sie auch in der Zeit vergehen:
Erschaffenes ist dem Tod geweiht."

Eine leidenschaftliche Verehrung des gegenstandslosen Kampfes und des ewigen Strebens macht den Inhalt dieses erhabenen Werkes aus. Brand opfert für sein Ideal alles; er wendet alle Kräfte an, um es zu erreichen. Sobald ihm aber das große Werk gelingt, so fangen die Zweifel an, und rasch vernichtet er, was er noch soeben leidenschaftlich angebetet hat. Brand zertrümmert das Gebäude, das er mit eigener Hand errichtet hat, und strebt einem neuen Ideal zu.

Ibsen erzwingt durch seine künstlerische Kraft die Sympathie des Lesers für Brand. Allein bei näherer Überlegung finden wir, daß nicht die Masse Brand verraten hat, sondern er selbst ihr untreu wurde. In Ibsens Werken steht gewöhnlich nicht die positive, konkrete Tätigkeit einer starken Persönlichkeit im Vordergrund, sondern ihr zielloses Streben. Er läßt seine Helden die

höchsten Berge besteigen, weiht sie aber dem Tode, sobald sie den Gipfel erreichen. In diesem Punkte gleicht das starke Individuum bei Ibsen Nietzsches Übermenschen und den Helden der Neoromantik überhaupt. Für alle Helden dieser Kategorie haben die konkreten Ideale keinen Wert. Das Verhalten Nietzsches zur Wirklichkeit charakterisiert Joel mit folgenden Worten: „Als Nietzsche so hoch gestiegen war, da sah er auf sein Vaterland herab und fand es klein. Die Wirklichkeit ernüchterte ihn wieder. Steckt nicht in Bismarck viel vom Übermenschen? Aber auch Bismarck war wirklich, und so enttäuschte er den Romantiker Nietzsche. In der Gründung des Reiches sah er eine Sättigung, und er haßte die Satten. Im Rausche der Sehnsucht und des Kampfes fühlte er sich eins mit seinem Volke; als aber dem Volke der Rausch verflog und die Sehnsucht gestillt war, da trennte er sich von seinem Volke und nahm die Sehnsucht mit sich fort."

Alles Existierende ist für die Neoromantiker wie auch für die Romantiker der alten Schule nichts mehr als eine Offenbarung der übersinnlichen Welt. Das Streben zum Ideal, das in der menschlichen Brust wohnt, stammt aus der übersinnlichen Welt, infolgedessen können unsere Ideale auf der sündigen Erde nicht erreicht werden.

III.

Die romantische Ironie wurzelt im negativen Verhalten zu der empirischen, wirklichen Welt wie in der Anerkennung des freien, unbeschränkten Willens und des Übersinnlichen. Die materiellen Güter leugnet der Neoromantiker nicht, nur sind für ihn alle empirischen Erscheinungen gleichwertig — er sieht keinen Unterschied zwischen großen geschichtlichen Ereignissen und irgend einem Zeitvertreib, weil er den Maßstab des Absoluten anwendet.

Das ganze menschliche Dasein und Handeln ist für ihn in bezug auf seine Resultate ein leerer Schall. Ihm ist nur die subjektive Stimmung, die Leidenschaft, das „Ich", das sich in den Handlungen offenbart, wichtig. In dieser Stimmung sieht der Neoromantiker seinen Gott Dionysos lebendig werden: Es ist eine materielle skeptische Mystik, die die Neoromantik kennzeichnet, denn der Glaube an die übersinnliche Welt ist nur ein scheinbarer.

Heutzutage hat die Wissenschaft den religiösen Glauben derart zerstört, daß er keine Gewißheit mehr in den Herzen seiner neuen Adepten findet. Infolgedessen wird der Glaube der Neoromantiker an ein übersinnliches Dasein ganz unbestimmt und nebelhaft. Es artet aus in ein leeres Streben, in eine Sehnsucht nach Unbekanntem und Unerreichbarem. Ihre Umwertung aller Werte hat tatsächlich keine neuen Werte geschaffen, weil das leere, formale Streben dies nicht leisten kann. Ihre Ansichten, ja ihre ganze Psychologie muß im Verhalten zum wirklichen, realen Leben in eine gefühllose Gleichgültigkeit ausarten. Sie verehren in der wirklichen Welt vor allem den offenen, grausamen Kampf ums Dasein, weil sie in ihm die Entfaltung der Individualität erblicken.

Das ist die Grundlage der individualistischen Moral, die die absolute Befreiung der Persönlichkeit von den gesellschaftlichen Pflichten fordert und die Behauptung des eigenen Selbst zum Hauptzweck macht.

Der Entwicklung der Persönlichkeit ist nun niemand feind; im Gegenteil, in diesem Sinne arbeiten alle, deren Ideal die Entwicklung der Masse bildet. Je höher die Art, desto höher steht das zu ihr gehörende Individuum. Das ist eine unwiderlegliche Wahrheit. Es ist unleugbar, daß das auf einer höheren Kulturstufe stehende Volk mehr talentvolle und geniale Persönlichkeiten hervor-

bringt als ein Volk einer niedrigeren Kultur. Schon Leibniz wußte, daß ein Volk, wenn es auf ein höheres moralisches und geistiges Niveau gehoben würde, eine größere Anzahl genialer Persönlichkeiten hervorbringen werde. Wenn also die Neoromantiker wirklich die Höherstellung des Individuums über die Umgebung haben möchten, so müßten sie auch in diesem Falle bestrebt sein, auf die Masse Einfluß auszuüben, denn die Einwirkung der Umgebung auf den Charakter der Persönlichkeit ist jetzt bereits zum Axiom geworden. Will man also wie Nietzsche und die Neoromantiker eine Vermehrung der genialen Menschen, so muß man gerade das Niveau der Masse zu heben suchen. Nietzsche dagegen wie seine Nachfolger bemühen sich, die Massen von den Wohltaten der Kultur auszuschließen. Der ins Auge springende Widerspruch wurzelt wahrscheinlich in der falschen Begründung ihrer Lehre, in der Voraussetzung, daß zwischen dem Individuum und der Masse ein Unterschied sei, und zwar kein gradueller, sondern ein prinzipieller. Dieser gesellschaftliche Dualismus, der die Grundlage der individualistischen Lehre der Neoromantiker ausmacht, ist eben die Widerspiegelung jener Wirklichkeit, deren Einfluß die Neoromantiker so hartnäckig bestreiten. Es ist zweifellos, daß in der individualistischen Lehre der neuen Richtung und in ihren Predigten vom Übermenschen der Klassenantagonismus der heutigen Gesellschaft erscheint. Die Lehre der Neoromantiker vom Übermenschlichen richtet sich — bewußt oder unbewußt — gegen die Befreiung der Masse von den Fesseln der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung. So führt bei Nietzsche wie bei den Neoromantikern — bewußt oder unbewußt — ihre Lehre nicht dahin, höhere Individuen hervorzubringen, sondern die Klassenkluft und jenen tierischen Kampf ums Dasein zu bewahren, der jeden modernen Menschen mit Beschämung erfüllen müßte. Nietzsche und die Neoromantiker lobpreisen den Kampf an sich, nicht aber jenen, der für die Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung geführt wird. Dieser Umstand kann als Beweis dafür dienen, daß die Neoromantik die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung zu ihrem Ideal macht, indem sie den Klassenkampf zum unveränderlichen Prinzip erhebt. Alles hat seine Logik. Gleichzeitig mit der Idealisierung des Klassenkampfes und mit seiner Erhebung zum unveränderlichen Prinzip mußte Nietzsche die Grausamkeit predigen, denn die Ordnung der Dinge, die er in Schutz nimmt, braucht harte und kalte Herzen. Die Forderung, daß der Mensch jenseits von Gut und Böse stehe, die objektiv scheint, ist ihrem Wesen nach subjektiv und verteidigt tatsächlich die vorhandene Grausamkeit der Unterdrücker. Folglich tritt sie als Ideologie der Bourgeoisie auf.

Wir haben gesehen, daß die Gleichgültigkeit bei den Neoromantikern sehr stark hervortritt. Derselbe Zug ist auch in deren Lobpreisungen der absoluten Freiheit zu finden, denn die absolute Freiheit der einen bedingt die Unterjochung der anderen. Bei der heutigen Gesellschaftsordnung sind nur die frei, deren Bedürfnisse und Launen ohne weiteres befriedigt werden können, und darum ist es diesen ein leichtes, die absolute Freiheit zu predigen. Ihre Blicke gen Himmel gerichtet, auf das „Übermenschliche“, glauben die Neoromantiker nicht an die Verwirklichung der Ideale auf der Erde und wollen es auch nicht glauben, und darum sind sie scharfe Gegner des Sozialismus und seines Endziels, das Märchen vom Paradies auf Erden zur Wahrheit zu machen.

Wenn die Religion in früheren Zeiten die Passivität gegen irdische Leiden hervorrief und dadurch hemmend auf den geschichtlichen Prozeß wirkte, so ist der verderbliche Einfluß der religiösen Strömungen in unserer Epoche un-

ermeßlich größer, denn heutzutage stellt man die religiösen Weltanschauungen den sozialistischen Bestrebungen des kämpfenden Proletariats gegenüber. Folglich tragen die Predigten der Neoromantiker von der überempirischen Welt reaktionären Charakter. Und wenn in der eben genannten Richtung hier und da Gedanken und Ansichten als fortschrittlich uns anmuten, so liegt es in der Kritik, der sie die gegenwärtigen Zustände unterziehen. Die Kritik der Neoromantiker aber ist seil und philiströs, denn sie ist nicht auf die Errichtung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern im Gegenteil auf deren Erhaltung bedacht. Und nur vom Standpunkt der Erhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung kritisierte Nietzsche die sich entwickelnde Überempfindlichkeit, die er Degeneration nannte. Um die Herrschaft der Bourgeoisie im Kampfe mit dem klassenbewußten Proletariat schützen zu können, müssen deren Ideale frei von Neurasthenie sein und den Charakter des mittelalterlichen Rittertums haben. Das empfand Nietzsche und das empfinden seine Nachfolger, und daher der Lärm von der Degeneration und die Verehrung der physischen Kraft und Grausamkeit.

So sehen wir, daß die Vertreter dieser Schule die Menschheit in den alten Sumpf zurückzuziehen bestrebt sind, aber ihre rückschrittlichen Bestrebungen in einen geheimnisvollen Schleier hüllen. Gibt man sich die ganz geringe Mühe, diesen Schleier zu lüften, so tritt die wahre Natur der neuen Romantik hervor. In all ihren feinen Sophismen lebt das leidenschaftliche Streben, die Form unserer gesellschaftlichen Einrichtung zu erhalten.

Weil aber die Neoromantik keine bestimmte Ideale besitzt, weil es den Werken ihrer Vertreter an geschichtlichen und gesellschaftlichen Richtlinien mangelt, weil das Augenmerk ihres Schaffens nur auf die Psychologie des Individuums gerichtet ist, darum hat diese Schule bis auf den heutigen Tag kein wahrhaft großes Werk hervorgebracht und wird wohl kaum je in Zukunft eines hervorbringen. „Denn ein großer Dichter," sagt mit Recht Plechanoff, „ist groß darum, weil er einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der Gesellschaft darstellt."

Der siebente skandinavische Arbeiterkongreß.

Von **Wilhelm Jansson.**

In der Zeit vom 6. bis 8. September hielten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der skandinavischen Länder in Christiania ihren siebenten gemeinsamen Kongreß ab. Wie die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse für das gesamte internationale Proletariat, haben diese allgemeinen skandinavischen Arbeiterkongresse für das skandinavische Proletariat die Richtlinien des gemeinsamen Wirkens innerhalb Skandinaviens abzugrenzen. Da es sich um sozialdemokratische Arbeiterorganisationen handelt, bedarf es nicht erst der besonderen Hervorhebung, daß Verhandlungen und Beschlüsse dieser Kongresse vom Geiste des internationalen Sozialismus getragen werden.

Zur Festigung und Förderung der skandinavischen Arbeiterbewegung haben die allgemeinen skandinaoischen Kongresse ungemein beigetragen, besonders die ersten. Als vor 21 Jahren der erste Kongreß in Gothenburg zusammentrat, war die Arbeiterbewegung Skandinaviens noch in den Anfängen ihrer Entwicklung. Bemerkenswerte Organisationen besaßen eigentlich nur die dänischen

Arbeiter, und auch diese konzentrierten sich im wesentlichen auf die Hauptstadt Kopenhagen. In Norwegen war die Vorbedingung einer sozialistischen Arbeiterorganisation, die kapitalistische Industrie, noch nicht erfüllt. Schweden hatte zwar begonnen, das Gewand des Agrarstaates mehr und mehr abzustreifen, aber seine industrielle Entwicklung war noch zu jungen Datums und seine Arbeiterschaft befand sich sowohl geistig als sozial auf einem zu tiefen Niveau, als daß eine moderne sozialistische Arbeiterbewegung sich bis dahin hätte entwickeln können. Über die soziale Lage der Arbeiterschaft in einem Staate, der erst beginnt, von feudalen zu modern kapitalistischen Wirtschafsformen überzugehen, bedarf es an dieser Stelle keiner Auseinandersetzung. Überdies genügt der Hinweis auf die enorme Auswanderung, die seit mehr als 30 Jahren für die wirtschaftliche Lage des schwedischen Proletariats charakteristisch ist. Und die geistige Lage der schwedischen Arbeiter bestimmte der ländliche Charakter auch seiner Städte — etwa mit drei Ausnahmen —, wie die vollständig verpfaffte Volksschule, in der dem Arbeiterkind ausschließlich das alte Prinzip der Entsagung eingetrichtert wurde.

Unter solchen Verhältnissen traten 1886 in Gothenburg 61 Delegierte für 81 Vereine aus Skandinavien zusammen, um die Grundlage für ihr gemeinsames Wirken zu schaffen. Seitdem ging es tüchtig vorwärts. In Christiania waren bereits 378 Delegierte aus den drei skandinavischen Ländern anwesend. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der drei Länder betrug rund 347000, die Zahl der Gewerkschaftsvereine 4200. Die Sozialdemokratie hat in allen Ländern großzügige Erfolge aufzuweisen, nicht am wenigsten im parlamentarischen Kampfe. In Dänemark hat die Partei 24 Abgeordnete im Unterhaus, die einen starken Einfluß ausüben, besonders auf sozialpolitischem Gebiet. Und der langjährige Wahlrechtskampf der schwedischen Sozialdemokratie, der nunmehr mit gutem Erfolg seinem vorläufigen Ende entgegengeht, zeugt davon, daß die Arbeiterschaft auch hier auf dem besten Wege ist, den ihr gebührenden Einfluß auf die politischen Geschicke des Landes auszuüben. Die Parteipresse der drei Länder hat es bereits auf 300000 Abonnenten gebracht.

Neu im Bunde war auf diesem Kongreß die junge Arbeiterbewegung Finnlands, die durch 6 Delegierte vertreten war. Ein Bericht über ihre Stärke und Einrichtungen wurde nicht erstattet, aber sie soll etwa 60000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählen. Ihre Wahlerfolge bei den letzten Landtagswahlen sind zur Genüge bekannt. Inwieweit sie im Landtag größeren Einfluß ausüben wird, steht indes dahin. Das kleine Land ist ja heute wie bisher noch ein Spielball in den Händen des Zarismus, und das Bürgertum hat größtenteils jede Widerstandsfähigkeit verloren. So ist es einzig das Proletariat, das die Freiheit und die Rechte des Landes gegenüber dem Zarismus wahrnimmt.

Von den vielen Fragen, die auf dem Kongreß in Christiania zur Verhandlung kamen, sind es in erster Linie drei, die hier interessieren: das Ziel der modernen Arbeiterbewegung, das Genossenschaftswesen und schließlich die Frage des Militarismus. Das Referat über das Ziel der modernen Arbeiterbewegung hatte Branting-Stockholm übernommen. Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung, aber auch der kapitalistischen Entwicklung Skandinaviens, und zog daraus mit logischer Schärfe die in dem schließlichen Siege des Sozialismus gipfelnden Konsequenzen. Besonders hob er die großzügige Arbeit hervor, die von den Gewerkschaften zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und damit der Widerstands- und Kampfes-

Digitized by Google

fähigkeit der skandinavischen Arbeiter im Laufe dieser 21 Jahre geleistet worden ist. Aber die Entwicklung des Kapitalismus, die in der Trustbildung zurzeit ihren Höhepunkt erreicht, die immer stärker werdenden Arbeitgeberorganisationen und die damit folgenden Massenaussperrungen, die große Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung usw. zeigen, daß der gewerkschaftliche Kampf allein nicht genügt, um die Arbeiterschaft zum Ziele, Beseitigung aller Klassenprivilegien, wovon das Kapitalprivilegium als letztes, zu führen. Dazu gehöre als Ergänzung der Kampf auf politischem Gebiet, die sozialdemokratische Propaganda und die Erziehung der Volksmassen im sozialdemokratischen Geiste. In Skandinavien sind die Gewerkschaften die Vorläufer des politischen Kampfes der Arbeiterschaft gewesen, sie haben die Bahn frei gemacht für den politischen Aufstieg des Proletariats. Aber sie haben stets Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gewirkt, sowohl in ihren eigenen wie in den gemeinsamen Aktionen. Die Resolution des Stuttgarter Kongresses geht in dieser Frage nicht so weit, wie in Skandinavien bisher die Praxis war, aber diese Praxis müsse bleiben. Die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft muß stets so fest als möglich gestaltet und nie außer acht gelassen werden. — Die in diesem Sinne gehaltene von Branting eingebrachte Resolution wurde einstimmig unter großem Beifall angenommen.

Die Verhandlungen über das Genossenschaftswesen standen nicht so hoch. Es fehlte sowohl dem Referat wie der Diskussion an einheitlichen aufbauenden Ideen, die mit der realen Entwicklung in logischen Zusammenhang hätten gebracht werden können. Zum Teil mag dies darauf zurückzuführen sein, daß der vorgesehene Referent, Sigvalds Olsen-Dänemark, verhindert war und P. Knudsen im letzten Augenblick für ihn einspringen mußte. Dieser behandelte die Frage mehr vom Standpunkt des dänischen Parteipolitikers; er stand den dänischen Genossenschaften um Högsbro etwa so gegenüber, wie man in Deutschland die kapitalistischen Genossenschaftsideen des freisinnigen Dr. Crüger betrachtet. Knudsen befürwortete zwar das Genossenschaftswesen, aber er erfaßte nicht die Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation der Distribution und neigte mehr zu der Idee der Produktivgenossenschaft, die in den Dienst der sozialistischen Bewegung zu stellen sei. Das andere Extrem wurde von schwedischen Genossenschaftern propagiert. Sie erzielten in der Kommission die Mehrheit. Ihr Resolutionsentwurf bezeichnete einleitend die Genossenschaftsbewegung als ein wichtiges Mittel im Befreiungskampf des Proletariats, teils wegen deren erzieherischer Bedeutung und teils „weil sie die wirtschaftliche Grundlage ist, auf der wir eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen wollen, eine der praktischen Veranstaltungen für die Besitznahme der Gesellschaft seitens der Arbeiter". Ferner machte es der Entwurf den Arbeitern zur Pflicht, genossenschaftliche Distributionsunternehmungen zu schaffen, wo solche noch nicht vorhanden sind, um „in effektiver Weise dem privatkapitalistischen Handelssystem zu entgehen".

Auf so weitgehende Beschlüsse in dieser noch wenig geklärten Frage konnte der Kongreß sich nicht einlassen. Die Frage wurde nach längerer Debatte an eine Kommission zurückverwiesen, die dann eine neue Resolution ausarbeitete, die vom Kongreß angenommen wurde. Sie lautet im wesentlichen:

„Der Kongreß betrachtet die Genossenschaftsbewegung als ein wichtiges Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, deren Ziel es ist, durch Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht in der Gesellschaft die Armut

zu beseitigen und eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die auf der Grundlage sozialistischer Prinzipien beruht.

„Neben der Entwicklung der Arbeiterklasse, die von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie bewirkt wird, wirken die von den Arbeitern auf dem Gebiet der Produktion und der Warenverteilung errichteten genossenschaftlichen Unternehmungen als ein Mittel, der Arbeiterklasse in die Leitung der Produktion und der Warenverteilung Einsicht zu geben und die Fähigkeiten der Arbeiterklasse zu entwickeln, diese Funktionen zu übernehmen.

„Der Kongreß erachtet es daher als Pflicht der organisierten Arbeiter, die genossenschaftlichen Organisationen zu unterstützen, wo solche vorhanden sind, namentlich durch ihren Wareneinkauf in diesen und durch ihren Eintritt als Mitglieder, soweit solches zweckdienlich erscheint. Der Kongreß empfiehlt weiter die Errichtung genossenschaftlicher Unternehmungen, wo solche nicht vorhanden sind."

In einem Schlußsatz der Resolution wird sodann den verschiedenen Ländern empfohlen, die Möglichkeit der Anwendung genossenschaftlicher Produktion bei gewerkschaftlichen Kämpfen zu untersuchen und das Resultat der Untersuchung dem nächsten skandinavischen Kongreß vorzulegen.

Die Frage des **Militarismus** führte zu einer äußerst anregenden Debatte, die den Höhepunkt des Kongresses bildete. Sie war eine kraftvolle Demonstration gegen die militärischen Rüstungen der skandinavischen Länder, gegen die Heuchelei der herrschenden Klassen, die den Anschein zu erwecken suchen, als sei die Bewilligung von unbegrenzten Mitteln für den militärischen Moloch das Zeichen der Vaterlandsliebe. Die angenommene Resolution geht aus von der Stuttgarter Resolution. Sie betont besonders die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie zur Verhinderung der Kriege, die gegenwärtig in dem Kapitalismus ihre Wurzel haben. Der Kongreß fordert die schiedsgerichtliche Erledigung aller internationalen Streitfragen und verpflichtet die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter Skandinaviens, auf ihre Regierungen dementsprechend einzuwirken. Ferner fordert der Kongreß eine unausgesetzte Agitation unter der Jugend, um diese darüber aufzuklären, „daß sie auch im Waffenrock Bürger ist und daß sie die Klasse nicht vergessen darf, in die sie nach Beendigung der militärischen Dienstzeit wieder zurückkehrt. Der Kongreß fordert von der Sozialdemokratie in allen skandinavischen Ländern eine unausgesetzte Arbeit zwecks Zurückdrängens des Militarismus und für den Schutz der Menschenwürde der Wehrpflichtigen, für Begrenzung und Herabsetzung der Militärausgaben mit Abrüstung und internationaler Rechtsordnung als Ziel, und zuerst und zuletzt eine unausgesetzte Arbeit für die Erziehung des arbeitenden Volkes und der Jugend im Sinne internationaler Brüderlichkeit, da der Geist des Sozialismus die Grundlage einer höheren Zivilisation ist, die von der Arbeiterklasse in die Tat umzusetzen ist."

Von den weiteren Fragen, die zu Beschlüssen des Kongresses führten, waren eine Anzahl mehr gewerkschaftlicher Natur. Es würde den Raum der „Neuen Zeit" zu weit in Anspruch nehmen, wollte ich die diesbezüglichen Beschlüsse hier eingehend behandeln. Zu erwähnen aber ist der Beschluß auf freie Übernahme der Gewerkschaftsmitglieder aus einer Organisation in die andere innerhalb Skandinaviens, sofern die betreffenden reisenden Mitglieder ihren Verpflichtungen der bisherigen Organisation gegenüber nachgekommen sind. Ferner die Verpflichtung der Gewerkschaften, den Landeszentralen anzugehören, die Errichtung eines statistischen Bureaus der skandinavischen Arbeiterbewegung,

das das Material der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sammeln und bearbeiten soll. An die Gesetzgebung beziehungsweise an Staat und Kommune wurde die Forderung auf Zuschüsse an die Einrichtungen der Selbsthilfe bei den Gewerkschaften (Kranken- und Sterbekassen) erhoben, bis eine genügende staatliche oder kommunale Krankenpflege organisiert worden ist, ferner auf Einführung der Arbeitslosenversicherung mit den Gewerkschaften als Träger der Versicherung, auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentags usw. Abgelehnt wurde dagegen der gesetzliche Eingriff in Arbeitskonflikte durch obligatorische Schiedsgerichte.

Der nächste Kongreß soll 1911 in Gothenburg abgehalten werden. Es sind dann fünfundzwanzig Jahre verflossen, seitdem zum ersten Male, auch in Gothenburg, der erste skandinavische Arbeiterkongreß tagte. Was in diesen Jahren an tatkräftiger Arbeit für die kulturelle Hebung der skandinavischen Arbeiter, ihre geistige und sozialistische Erziehung, ihre organisatorische Schulung geleistet worden ist, davon legte bereits der jetzt abgehaltene siebente Kongreß und die an ihn erstatteten Berichte der einzelnen Länder ein schönes Zeugnis ab. Bis Gothenburg wird der gewerkschaftliche und politische Einfluß der skandinavischen Sozialdemokratie noch um ein Erhebliches gestiegen sein.

Zur Regelung der gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnereigewerbe.[1]

Von **Otto Albrecht** (Berlin).

I.

Durch gemeinschaftlichen Erlaß der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe vom 17. Dezember 1905 wurde für das Gebiet des Königreichs Preußen eine gärtnereistatistische Zählung angeordnet, deren Durchführung dem Königlich Preußischen Statistischen Landesamt übertragen war. Die Erhebung war, wie der Erlaß ausdrücklich betont, bestimmt, „der Vorbereitung einer gesetzlichen Regelung der gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnereigewerbe zu dienen". Sie fand nach dem Stande vom 2. Mai 1906 statt.

Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung ist weder der Laie noch der juristisch gebildete Richter und Verwaltungsbeamte in der Lage, mit unzweifelhafter Gewißheit jene Merkmale nennen zu können, die einen Gärtnereibetrieb zu einem Gewerbeunternehmen im Sinne der Gewerbeordnung stempeln oder die ihn in das Gebiet der Landwirtschaft verweisen; infolgedessen auch nicht, ob und unter welchen Voraussetzungen das in den betreffenden Betrieben tätige Personal dem Arbeitsrecht der Gewerbeordnung, dem des Bürgerlichen Gesetzbuchs, dem der Gesinde- beziehungsweise Dienstbotenordnungen oder dem für die Landarbeiter geltenden Arbeitsrecht unterfallen. Daraus folgt wieder, daß die Frage der Zuständigkeit der bestehenden Rechtspflegeinstitutionen einer sehr verschiedenen Beurteilung unterliegt und daß die Frage der Anwendung oder Nichtanwendung der beziehungsweise gewisser sozialer Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze, je nach den Anschauungen des einzelnen Richters

[1] Vergl. hierzu meinen Artikel: Über die Rechtsverhältnisse der Gärtner, „Neue Zeit", XXIII, 1, S. 423 ff.

und Verwaltungsbeamten, das eine Mal bejaht, das andere Mal verneint wird. Für die Gärtnereiunternehmer spielt weiter noch eine sehr wichtige Rolle die Frage der Veranlagung ihrer Betriebe zur Leistung von Gewerbesteuern in denjenigen Bundesstaaten, wo diese Steuer erhoben wird.

Die eben genannten Umstände lassen es begreiflich erscheinen, daß bis zu Beginn der neunziger Jahre die Beteiligten nur ausnahmsweise einmal auf diese Unordnung aufmerksam wurden; denn fast alle hier in Frage kommenden Gesetze und Gesetzesnachträge datieren ja erst mit Anfang der neunziger Jahre. Je zahlreicher die Gesetze usw. aber geworden sind, je mehr ihre Bestimmungen in das gewerbe- und arbeitsrechtliche Leben eingegriffen haben, mit um so größerer Empfindlichkeit hat sich dann ebensowohl für das Arbeitspersonal wie auch für die Unternehmer des Gewerbes der Mangel eines klaren und einheitlichen Rechtsmaßstabs herausgestellt; um so deutlicher mußte der Zustand auch in der allgemeinen Rechtspflege als eine öffentliche Kalamität in die Erscheinung treten. Immerhin hat es allerdings erst einer unausgesetzten Tätigkeit der unter den Zuständen Leidenden bedurft, bevor die zuständigen Regierungsstellen sich bewegen ließen, anzuerkennen, daß hier wirklich ein gesetzgeberischer Mangel die Ursache bilde. Noch im Jahre 1903 erklärte in der Petitionskommission des Reichstags zu einer diese Angelegenheit angehenden Petition des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins der Regierungsvertreter (siehe Petitionskommissionsbericht vom 24. April 1903):

„Gegen die ausnahmslose Unterstellung des in Kunst- und Ziergärtnereien beschäftigten Personals unter die Gewerbeordnung beständen immer noch ähnliche Bedenken wie gegen den Antrag Auer und Genossen[1] von 1891. Außerdem spräche gegen beide Anregungen die Erwägung, daß, soweit es sich um landwirtschaftlichen Gartenbau handle, dem Reiche die Zuständigkeit für ein Eingreifen in die Arbeitsverhältnisse fehle. Hiernach werde es auch für die Folge bei der bisherigen Rechtslage sein Bewenden haben müssen, wonach die Entscheidung darüber, ob die Bestimmungen des Titels VII der Gewerbeordnung anwendbar seien, von Fall zu Fall getroffen würde."

Seit etwa Anfang der neunziger Jahre wurden gelegentlich in den Fachblättern der gärtnerischen Verbände, insbesondere der Arbeitnehmer, Gerichtsentscheide und behördliche Verfügungen, im Auszug oder nach Zeitungsberichten, abgedruckt, und an Hand dieser Entscheide usw. ist wiederholentlich kritisiert worden, daß da unvereinbare Widersprüche vorhanden seien. Nachdem dann seit 1898 durch den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein (der Arbeitnehmerorganisation) weiteres Material, und zwar solches aus Urteilen und Verfügungen usw., die im Original oder in beglaubigten Abschriften mit vollen Aktenzeichen und Geschäftsnummern aufgestapelt wurden, zusammengetragen worden war, erschien erstmals 1901 eine vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein herausgegebene und dem Reichstag und dem Bundesrat, auch den Ministerien der Einzelstaaten überwiesene Denkschrift[2] zu der Materie. Diese Denkschrift war der obenerwähnten Petition, die 1903 der Regierungsvertreter

[1] Der Antrag Auer und Genossen verlangte eine Einschaltung in § 121 der Gewerbeordnung, wonach „Personen, die regelmäßig für die Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften und als Gehilfen und Lehrlinge in Gärtnereien beschäftigt werden", als Gewerbegehilfen zu betrachten sind.

[2] „Die sozialen Rechtsverhältnisse der gewerblichen Gärtner in Deutschland im Lichte der Gerichtspraxis und behördlichen Verwaltungstechnik." Berlin 1901.

Digitized by Google

in der Petitionskommission mit den schon zitierten Worten abtat, beigefügt worden.

Die zuständigen Ressorts der Reichsregierung ließen sich aber auch hierdurch noch nicht, wie diese Erklärung dartut, von der Notwendigkeit gesetzgeberischer Eingriffe überzeugen. Einundbreiviertel Jahre später jedoch hatte sich endlich das Blättchen gewendet. Auf eine abermalige Petition des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erfolgte nämlich am 7. Dezember 1904 in der Petitionskommission des Reichstags folgende Erklärung des Regierungsvertreters Geheimen Oberregierungsrats **Koch**:

„Es sei zuzugeben, daß die Rechtsprechung der Gerichte auf dem vorliegenden Gebiet schwankend sei. Auch stehe außer Frage, daß den Wünschen der Petenten nur auf dem Wege einer Abänderung der Gesetzgebung entsprochen werden könne. Indessen lasse es sich vor Anstellung eingehender Erhebungen nicht übersehen, ob die vorgeschlagenen Grenzbestimmungen den tatsächlichen Verhältnissen unter allen Umständen gerecht werden würden. Ebensowenig könne man hinsichtlich der Einrichtung von Berufsvertretungen Stellung nehmen, bevor jene Untersuchungen vorgenommen seien. Die Vorarbeiten für die Erhebungen, die einen statistischen Charakter tragen würden, seien bereits eingeleitet."

Der aus diesen Worten erkenntliche Umschwung, die endliche „Bekehrung" der Regierung dürfte, so scheint uns wenigstens, im wesentlichen auf die eingehende Lektüre einer Abhandlung zurückzuführen sein, die der Schreiber dieser Zeilen zu Anfang 1904 in der in München erscheinenden staatswissenschaftlichen Zeitschrift „Annalen des Deutschen Reiches" unter der Überschrift „Das Verhältnis der Gärtner zum Gewerberecht" veröffentlicht hat. Diese Arbeit hat den Extrakt aus der im Jahre 1901 veröffentlichten Denkschrift verwendet, eine erhebliche Masse neuen Materials hinzugefügt und dann die Materialien so geordnet, daß nunmehr schließlich jeder, der sie sich auch nur halbwegs mit Interesse betrachtet, zu der Einsicht kommen und zugestehen mußte, daß derartige Zustände wirklich unhaltbar seien; das schon aus dem Grunde, weil in dem Artikel klipp und klar nachgewiesen, daß irgend ein Maßstab, den Gerichte und Behörden einheitlich anwenden, beziehungsweise anwenden könnten, überhaupt nicht gegeben ist, und daß die ganze Kalamität eben dieser Ursache entspringe. Und gleichzeitig war damit ja auch klar geworden, daß die beteiligten Berufsangehörigen allen Grund haben, Gerichten und Behörden ihr Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Rechtspflege zu entziehen, womit eine sehr bedenkliche Schädigung des Ansehens der öffentlichen Rechtspflege überhaupt verbunden ist. Der Artikel war übrigens auch der erneuten Petition im Sonderabdruck als zweite Denkschrift[1] zur Rechtsmaterie der Gärtner beigefügt.

Eigentlich ist der Umschwung der Ansichten in den zuständigen Regierungskreisen nicht erst einundbreiviertel Jahre nach der Erklärung vom April 1903 feststellbar, sondern schon noch früher. Bereits Ende Juli 1904 erhielten nämlich die gärtnerischen Organisationen den ersten Entwurf der Fragebogen zu jener Statistik zur Begutachtung übersandt, von der der Regierungsvertreter in seiner Erklärung am 7. Dezember 1904 redet. Über die Zeit und die Art der Erhebung müssen die Ansichten geteilt gewesen sein. Zuerst wurde mitgeteilt, sie solle in Verbindung mit der allgemeinen Berufs- und Gewerbe-

[1] „Das Verhältnis der Gärtner zum Gewerbegericht." Sonderabdruck aus den Annalen des Deutschen Reichs. Verlag J. Schweitzer (Artur Sellier), München 1904.

Digitized by Google

zählung vorgenommen werden, woraus zu schließen, daß demnach eine sich über das ganze Deutsche Reich erstreckende Aufnahme geplant war. Dann aber erschien plötzlich der eingangs unseres Artikels angeführte ministerielle Erlaß vom 17. Dezember 1905, der eine Sonderstatistik für die Gärtnerei verfügte und der nur für das Gebiet des Königreichs Preußen die Erhebung anordnete.

II.

Die Hauptergebnisse der preußischen Gärtnereistatistik vom 2. Mai 1906 sind in einer Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ vom 7. Februar 1907 veröffentlicht worden. Man kann also zugeben, daß in diesem Falle verhältnismäßig schnell gearbeitet worden ist. Es wäre, angesichts des Zweckes der statistischen Erhebung, ganz gewiß von größerem Nutzen gewesen, wenn auch die weiteren Spezialergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden wären; eine solche Absicht scheint aber nicht zu bestehen. Auf eine direkte Nachfrage beim Statistischen Landesamt schon im Monat März dieses Jahres wurde die Auskunft gegeben, daß darüber noch nicht entschieden sei, und bis heute ist eben auch weiteres noch nicht zu merken. Demzufolge müssen wir uns an diese Hauptergebnisse allein halten.

Die Aufarbeitung des Materials ist in zwei Teilen erfolgt; der erste Teil beschäftigt sich mit den personalstatistischen. der zweite Teil mit den betriebsstatistischen Ergebnissen. Beide Male wurde folgende Gruppeneinteilung angewandt:

Gruppe I: Vorzugsweise für den eigenen Haushalt betriebene Gärtnerei (Herrschafts-, Schloß-, Guts-, Villengärtnerei und dergleichen),

Gruppe II: Gärtnerei für öffentliche Anlagen, Friedhöfe, Theater, Vergnügungsgärten usw. und

Gruppe III: Alle übrige (das ist vorwiegend die gewerbliche) Gärtnerei einschließlich der Handelsbetriebe für Gärtnereierzeugnisse.

Aus der Personalstatistik geben wir hier folgende Zahlen wieder. Am 2. Mai 1906 wurden in den Gärtnereien Preußens im ganzen 140539 erwerbstätige Personen ermittelt; unter diesen befanden sich:

	Im ganzen	In Gruppe I	In Gruppe II	In Gruppe III
1. Männliche Erwerbstätige:				
Gärtnerisch gelernte	51093	12944	4727	33422
Gärtnerisch angelernte	8089	1413	968	5708
Ungelernte	40937	16762	9833	14342
Zusammen männliche	100119	31119	15528	53472
2. Weibliche Erwerbstätige:				
Gärtnerisch gelernte	1833	29	20	1784
Gärtnerisch angelernte	2293	161	44	2088
Ungelernte	36294	13899	3561	18834
Zusammen weibliche	40420	14089	3625	22706
3. Im ganzen Erwerbstätige:				
Gärtnerisch gelernte	52926	12973	4747	35206
Gärtnerisch angelernte	10382	1574	1012	7796
Ungelernte	77231	30661	13394	33176
Im ganzen	140539	45208	19153	76178

Digitized by Google

Ferner waren noch vorhanden 9141 helfende Familienmitglieder, und zwar 2116 männliche und 7025 weibliche.

Als im Jahresdurchschnitt oder in der Regel beschäftigt sind 148028 erwerbstätige Personen angegeben, das Mehr gegenüber dem 2. Mai entfällt größtenteils auf die ungelernten Arbeiter und insbesondere auf die weiblichen Arbeitskräfte.

Der Stellung im Beruf nach unterschieden sich die erwerbstätigen Personen (ohne die helfenden Familienangehörigen) am 2. Mai 1906 in:

	Im ganzen	In Gruppe I	In Gruppe II	In Gruppe III
1. Unternehmer, Inhaber usw.				
Gärtnerisch gelernte	15257	239	946	14072
Gärtnerisch angelernte	6867	637	541	5689
Ungelernte	11598	9296	500	1802
Zusammen	33722	10172	1987	21563
Darunter weibliche	3651	1233	82	2336
Davon hauptberufliche:				
Gärtnerisch gelernte	13960	—	682	13278
Gärtnerisch angelernte	4187	—	74	4113
Ungelernte	1353	—	35	1318
Zusammen	19500	—	791	18709
Darunter weibliche	2144	—	7	2137
2. Betriebs- und Verwaltungspersonal:				
Gärtnerisch gelerntes	1533	30	100	1403
Gärtnerisch angelerntes	482	10	6	466
Ungelerntes	5446	430	190	4826
Zusammen	7461	470	296	6695
Darunter weibliche	5014	214	91	4709
3. Gehilfen und Arbeiter:				
Gärtnerisch gelernte	26638	9964	3217	13457
Gärtnerisch angelernte	3033	927	465	1641
Ungelernte	60187	20935	12704	26548
Zusammen	89858	31826	16386	41646
Darunter weibliche	31429	12634	3448	15347
4. Gärtnerlehrlinge:				
Überhaupt	9498	2740	484	6274
Darunter weibliche	326	8	4	314

Über das Lebensalter der in der Gärtnerei tätigen Personen liegt eine Aufstellung vor, die Unternehmer, Gehilfen, Ungelernte und Lehrlinge in jeder Altersklasse zusammenfassen und in dieser Gestalt verwertbare soziale Schlußfolgerungen nicht erlauben.

Schulpflichtige Kinder waren tätig im ganzen 3876, davon 2267 männliche und 1609 weibliche, außerdem noch von helfenden Familienangehörigen 587 männliche und 446 weibliche.

Eine gärtnereitechnische Ausbildung erhielten (gelernte und angelernte):

a. Unternehmer	20416 männliche	1708 weibliche
b. Verwaltungspersonal	536 „	1479 „
c. Gehilfen	29058 „	613 „
Zusammen	50010 männliche	3800 weibliche

Die Dauer der Lehrzeit der Gelernten hatte betragen:

	Im ganzen		In den Gruppen I und II		In der Gruppe III	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Unter 1 Jahr	81	399	24	6	57	393
1 bis unter 2 Jahre	347	845	88	11	259	834
2 „ „ 3 „	4758	152	1934	15	2823	137
3 „ „ 4 „	33182	104	11214	5	21968	99
4 Jahre und darüber	3553	7	1198	—	2355	7

Fachliche Lehranstalten hatten besucht 8303 männliche und 35 weibliche Personen.

In der Lehre standen am 2. Mai 1906 9172 männliche und 326 weibliche Personen, darunter mit Lehrkontrakt von drei Jahren und darüber 8067 männliche und 21 weibliche.

Über Wohnungs- und Beköstigungsverhältnisse beim Arbeitgeber liegen folgende Ermittlungen vor. Es erhielten (von den 26638 gelernten und 3033 angelernten Personen):

Gelernte	Im ganzen		In den Gruppen I und II		In der Gruppe III	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Wohnung und volle Kost	10418	644	3612	24	6806	640
„ „ teilweise Beköstigung	1014	14	445	—	569	14
Nur Wohnung	6401	14	5206	3	1195	11
„ Beköstigung	199	114	61	—	138	114
Zusammen	18032	806	9324	27	8708	779
Angelernte:						
Wohnung und volle Kost	824	561	182	40	642	521
„ „ teilweise Beköstigung	61	17	43	13	18	4
Nur Wohnung	310	49	268	35	42	14
„ Beköstigung	38	19	17	—	21	19
Zusammen	1233	646	510	88	723	558

Eine vertragsmäßig nichtgärtnerische Nebenbeschäftigung hatten 1860 gelernte und 237 angelernte männliche Personen, darunter allein in Gruppe I und II 1804 gelernte und 200 angelernte. Unter dem weiblichen Personal hatten nur 3 Gelernte und 14 Angelernte eine derartige Nebenbeschäftigung.

Die Betriebsstatistik ist in viel umfänglicherem Maße aufgenommen und bearbeitet worden wie die Personalstatistik; wir geben davon folgende Hauptzahlen wieder.

Die Zahl der Gärtnereibetriebe in Preußen betrug laut Erhebung am 2. Mai 1906:

	Im ganzen	In der		
		Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
Überhaupt	33205	10071	1983	21151
Darunter hauptberuflich betriebene .	19116	—	789	18327
" nebenberuflich " .	14089	10071	1194	2824
Darin Personen, einschließlich aller Unternehmer und der helfenden Familienangehörigen	149680	45605	19334	84741
Darunter männliche	102235	31219	15573	55443
" weibliche	47445	14386	3761	29298

Unter Ausschluß der 9141 helfenden Familienangehörigen und der 14222 in den Betrieben nicht tätigen nebenberuflichen Inhaber (meist Gutsbesitzer und dergleichen) wurden in den 33205 Betrieben überhaupt ermittelt 126317 Personen, darunter von Gruppe III, also den eigentlich gewerblichen, 21151 Betriebe mit 73324 Personen. Der größte Teil der Gruppe III ist in Mittelbetrieben tätig, und zwar in Betrieben von 3 bis 5 Personen zusammen 22330, in Betrieben von 6 bis 10 Personen zusammen 17040.

Als gärtnerisch benutzte Gesamtfläche wurde für die 33205 Betriebe ermittelt 64511 Hektar 55 Ar, und waren hier 141225 Personen tätig. 8455 Personen waren in Betrieben „ohne Fläche" beschäftigt; das sind teils Kundengärtnereien, teils Handelsbetriebe für Gärtnereierzeugnisse, teils Alleengärtnereien von öffentlichen Straßenverwaltungen und dergleichen; davon zählen die 2952 Handelsbetriebe 6680 Personen.

Über die Schwierigkeiten und die Zuverlässigkeit der Erhebung sagt das Statistische Landesamt selbst folgendes: „Nicht nur, daß eine Anzahl von nicht eigentlich gewerblichen Gärtnereibesitzern nur durch wiederholten Schriftwechsel, in einer kleineren Anzahl selbst gar nicht zur Mitwirkung an der Feststellung der Tatsachen zu bewegen war, daß ferner viele unrichtige oder unvollständige Angaben durch Rückfragen usw. zu ergänzen und zu berichtigen waren, auch die sachgemäße Abgrenzung dessen, was als Gärtnerei in die Erhebung einzubeziehen war und was nicht, hat einen großen Aufwand von Arbeit verursacht. Die zahlreichen Grenzfälle zwischen der Landwirtschaft und der Gärtnerei mußten nach bestimmten Merkmalen beurteilt und entweder von der in Rede stehenden Statistik ausgeschlossen oder ihr zugewiesen werden, ohne daß gleichwohl alle Zweifel beseitigt werden konnten. In der Hauptsache wird indessen das jetzt vorliegende Zahlenbild über die Gärtnerei in Preußen durchaus zutreffend sein; nur der selbständige Kleinhandel ‚im Umherziehen' ist unvollständig erfaßt geblieben."

Dieses Eingeständnis soll hier festgehalten werden. Wir wollen noch hinzufügen, daß auch die Fragebogen mehrere Fragestellungen und Erläuterungen enthielten, mit denen weder der zu Befragende sich richtig ausfinden konnte noch die unteren behördlichen Organe (Schutzleute, Dorfpolizisten, eventuell gar Gemeindevorsteher und Bürgermeistereien) eine gleichlautende Erklärung beziehungsweise Anleitung gegeben haben können. Es genügt eben bei derartigen Erhebungen durchaus noch nicht, daß der erste Entwurf der Fragebogen den zuständigen Berufsorganisationen zu einzelner Begutachtung unterbreitet wird. Es wäre vielmehr notwendig, daß nach Eingang der verschiedenen Gutachten die gutachtenden Organisationen zur Entsendung von einigen Vertretern für

eine mit dem Statistischen Amte abzuhaltende Konferenz aufgefordert würden, in der dann sehr wohl eine volle oder doch die möglichst volle Klarheit geschaffen werden könnte. Und ferner müßten die Berufsorganisationen mindestens zur Unterstützung der behördlichen Organe bei den Erhebungen hinzugezogen werden. Doch dieses nur in Parenthese und lediglich zu dem Zwecke, um auch im vorliegenden Falle darzutun, daß der heilige Bureaukratismus, auf sich allein angewiesen, unfähig ist, seine Aufgaben so zu erfüllen, wie die praktischen Verhältnisse und Bedürfnisse solches erheischen.

Es ist nun zu fragen: Was ist bei der Statistik für ihren verfolgten Zweck herausgekommen; geben die Ergebnisse neue und sichere Unterlagen für die gesetzliche Ordnung der Materie, welcher Art sind diese und nach welcher Richtung weisen sie?

Es erscheint angebracht, zunächst noch eine Vorfrage zu beantworten, nämlich die: Wie weit war die Klärung dieser Sachlage schon vor Aufnahme der Statistik gediehen? Wir kommen dann nicht bloß schneller beziehungsweise sicherer zum Ziele, sondern erhalten damit auch einen festeren Boden für unsere am Schlusse zu erhebenden Forderungen. (Schluß folgt.)

Über gewerkschaftliche Agitation.

Von **August Winnig** (Hamburg).

Unsere gewerkschaftliche Agitation besteht oder bestand wenigstens in den letzten Jahren vornehmlich aus mehr oder minder zwingenden Hinweisen auf die verbesserungsbedürftige Lage großer Arbeiterschichten und auf die fruchtbare Tätigkeit der Gewerkschaften für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Wir sagten den indifferenten Klassengenossen, wie wirksam sich ihre Brüder in anderen Orten oder in anderen Berufen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses bedient hätten, um sich einen höheren Anteil an den Lebensgütern zu erstreiten. Wie leicht war das: eine kleine Aufmachung der Ziffern über die Erfolge unserer Lohnbewegungen in den letzten Jahren — das war Agitationsmaterial genug! Genug, wenn man als dunklen Hintergrund für diese Darstellung die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Ortes oder des Berufs verwenden konnte, dem unsere agitatorischen Bemühungen galten. Wie leicht und wie wirkungsvoll! Die Aussicht, für wenige Groschen wöchentlichen Verbandsbeitrag in nicht allzu langer Zeit eine Lohnerhöhung von 3 oder mehr Mark pro Woche zu erlangen, brachte schließlich auch die Zagen und Trägen in die Organisation.

Nichts wirbt stärker als der Erfolg. Das haben wir besonders in den letzten Jahren erfahren. Die Hochkonjunktur ermöglichte uns in vielen Fällen ein herzhaftes Emporrücken der Lohngrenze, verschaffte uns sonstige Vorteile auf den verschiedensten Gebieten unserer Tätigkeit und lieferte uns damit den besten Resonanzboden für unsere Agitation. Unsere besonders starke Werbekraft in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges, die sowohl in der Zeit von 1896 bis 1900 wie von 1903 bis 1906 klar zutage tritt, ist also nicht auf irgendwelche geheimnisvolle psychologische Momente, sondern auf ganz reale Tatsachen zurückzuführen.

Wenn die Konjunktur umschlägt, so werden wir daher nicht mehr so erfolgreiche Lohnkämpfe führen können, und wenn diese wegfallen, so wird unsere Agitation an Werbekraft einbüßen müssen.

Digitized by Google

Wie steht es nun mit der Konjunktur? Unsere Wirtschaftshistoriker gehen in ihren Urteilen da auseinander. Während einigen der Himmel noch voller Geigen hängt, sehen andere schon deutliche Anzeichen des sicheren Niederganges.[1] Im **Baugewerbe** ist dieser gar nicht zu verkennen. So hat zum Beispiel Berlin, trotz der großen Stockung infolge des Kampfes, eine überaus flaue Bautätigkeit. Auch in Hamburg ist sie gegen das Vorjahr merklich zurückgegangen — und das trotz großer Sanierungs- und Bahnprojekte! —, und aus Stettin, Königsberg und sogar aus dem Ruhrgebiet wird das gleiche gemeldet. Nun ist zwar das Baugewerbe besonders empfindlich für jede Störung, aber auch diesen Umstand mit eingerechnet, ergibt sich ein beträchtliches Manko in der Beschäftigung. Das wird sich natürlich auch bald auf andere Berufe übertragen.

Diese Erscheinung dürfen die Gewerkschaften bei ihrer Taktik nicht unberücksichtigt lassen und ebensowenig bei ihrer Agitation. Selbst wenn während der Krise nicht auf bedeutende Neueroberungen zu rechnen sein wird, so müßten wir doch den Besitzstand voll aufrecht erhalten können. Aber auch das wird nicht immer sehr leicht sein. Mitglieder, die wir nur durch die Wahrnehmung ihrer materiellen Interessen gewonnen haben — und ihrer sind nicht wenige —, werden sich, wenn sie inzwischen nicht zu tieferer Einsicht in das Wesen der Gewerkschaftsbewegung gekommen sind, nicht mehr in dem Maße wie früher zur Organisation hingezogen fühlen, wenn wir infolge der Krise weniger Vorteile erkämpfen können. Ja, bei einer Krise, in der sich das Machtverhältnis zugunsten des Unternehmers verschiebt, ist die Mitgliedschaft in den Berufsvereinigungen sehr häufig statt mit materiellen Vorteilen mit empfindlichen Nachteilen verbunden. Darum brachte bisher jede wirtschaftliche Depression einen Stillstand und teilweise sogar einen Rückschritt in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften.

Soll dem erfolgreich entgegengewirkt werden, so bedarf es eben eines weniger leicht löslichen Bandes als des materiellen Interesses. **Wir müssen mit unserer Agitation tiefer greifen** und die neugewonnenen Mitglieder dadurch fester an uns ketten, daß wir bei ihnen **die Einsicht von dem untrennbaren Zusammenhang aller proletarischen Interessen fördern**, daß wir in ihnen das **Klassenbewußtsein wecken** und in ihnen **den Willen entzünden**, an der gemeinsamen Aufgabe der ganzen Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Wollen wir das, so müssen wir sie lehren, die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation im Rahmen der ganzen Arbeiterbewegung zu erfassen.

Wohl hat die praktische Wirksamkeit der Gewerkschaften vornehmlich die Einwirkung auf den Arbeitslohn und auf den Arbeitsvertrag zum Zwecke, aber diese Einwirkung vollzieht sich doch im Hinblick auf ein höheres Ziel. Die Lohnerhöhung und die Arbeitszeitverkürzung, so sehr wir sie auch im Tageskampf in den Vordergrund stellen, erhalten ihren größten Wert erst dadurch, daß sie zwingende **Voraussetzungen für die volle Emanzipation der Arbeiterklasse** sind. Aber **die Emanzipation selbst sind sie nicht** und können sie niemals werden, denn diese setzt das Verschwinden der kapitalistischen **Ausbeutung** voraus.

Das ist es, worauf es bei der Agitation ankommt: wir kommen, um dem indifferenten Arbeiter den Weg zur Erlösung aus Knechtschaft und Not zu

[1] Das wurde geschrieben, ehe noch der amerikanische Krach in Erscheinung trat. D. Red.

zeigen. Der erste Schritt dazu ist die Verbesserung der Existenzbedingungen mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation, die Vollendung aber ist das Aufhören der Ausbeutung. Fällt aber die Ausbeutung, so fällt die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Darum muß der Kampf der Arbeiter ein Kampf um den vollen Arbeitsertrag sein und sich daher in seinem Wesen gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung richten.

Dies haben wir bei unserer Agitation in den Vordergrund zu rücken und dabei die Aufgabe, die den Gewerkschaften in diesem Kampfe zufällt, zu präzisieren. Sie wird gekennzeichnet durch ihren positiv aufbauenden Charakter im Sinne der kommenden Gesellschaft.

Zunächst liegt sie auf dem Gebiet des Arbeitsvertrags, auf dem sich die Gewerkschaften bemühen, sozialistische und demokratische Grundsätze durchzuführen. Im Tarifvertrag findet dies Streben seinen wenn auch vorerst noch unvollkommenen Ausdruck. An die Stelle der einseitig vom Unternehmer diktierten Arbeitsbedingungen treten solche, die auf demokratischer Grundlage vereinbart werden. Der Wille des einzelnen muß darauf verzichten, Gesetz zu werden, und muß sich dem Willen der Mehrheit nähern. Damit ist der Absolutismus auf einem Punkte zugunsten der Demokratie zurückgedrängt und seine Überwindung angebahnt. Und andererseits sind die vielen individuellen Arbeitsverträge durch einen genossenschaftlichen, korporativen Arbeitsvertrag ersetzt. So haben die Gewerkschaften auf einem wichtigen Gebiet die Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus durchzusetzen.

Die andere Aufgabe, die die Gewerkschaften im Hinblick auf die kommende Gesellschaft zu erfüllen haben, ist die materielle und die geistige Hebung der Lohnarbeiter, eine Aufgabe, der sie durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerecht werden.

Dieser prinzipielle Charakter der Gewerkschaftsbewegung wird in Zukunft in unserer Agitation stärker hervortreten müssen. Damit soll kein Vorwurf gegen unsere Kollegen, die draußen im Lande die Agitation leiten und betreiben, ausgesprochen sein; denn es ist nur zu natürlich, daß man sich im schwierigen Terrain immer der Mittel bedient, die den schnellsten und sichersten Erfolg verbürgen. Aber da uns die wirtschaftliche Situation dieser Mittel beraubt hat, so ist es nötig, daß wir uns nach anderen umsehen, die, unberührt vom Auf und Ab der Konjunktur, Dauerwerte besitzen. Je mehr wir die Mitglieder, die zu uns kamen, um ihr Bedürfnis nach höherem Lohne zu befriedigen, davon überzeugen, daß die Lohnfrage nur ein Teil der ganzen Arbeiterfrage ist und nur mit ihr gelöst werden kann, um so mehr werden sie der Gewerkschaft treu bleiben, in guten und bösen Tagen; sie werden eben aus Lohnkämpfern Klassenkämpfer werden.

Dieser Umstand wird den freien Gewerkschaften die dauernde Überlegenheit über ihre Konkurrenzorganisationen sichern. Das dürfte sich schon herausstellen, wenn die herannahende Krise in ihrer ganzen Schärfe wirkt. Wer die Gewerkschaften als bloße Lohnkampfvereine ansieht, wird große Mühe haben, deren Notwendigkeit zu beweisen, sobald sie sich gerade auf diesem Gebiet die allergrößte Reserve auferlegen müssen. Wohl wird ihre Aufgabe dann häufig darin bestehen, Verschlechterungen abzuwehren, sehr oft wird es sich aber darum handeln, den Absplitterungsversuchen der Unternehmer entgegenzutreten, wobei diese meistens den abtrünnigen Arbeitern irgendwelche besondere Vergünstigungen in Aussicht stellen werden. Der Arbeiter, dem seine Gewerkschaft stets

Digitized by Google

nur als Lohnerhöhungsmaschine empfohlen ist, sagt sich dann, und von seinem Standpunkt mit einer gewissen Konsequenz: Vorher erheischte es mein Vorteil, der Gewerkschaft beizutreten, jetzt stehe ich mich besser, wenn ich mich von ihr wende. Wie sollte er auch anders handeln, wenn sein Gesichtskreis nicht weiter reicht? Wenn ihn stets gelehrt worden ist, nur das augenblickliche materielle Interesse zu seinem Leitstern zu machen? Die „christlichen" und „nationalen" Gewerkschaften sind da freilich in einer Zwangslage; denn was haben sie weiter, wofür sie ihre Mitglieder begeistern können — etwa die politischen Ziele des Freisinns oder des Zentrums? Oder die famose „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft"? Dafür wird sich so leicht kein Arbeiter maßregeln lassen.

Ganz anders stehen darin die freien Gewerkschaften. Sie können ihren Mitgliedern sagen, daß ihr Kampf ein Kampf um die Menschwerdung der Arbeiterschaft ist; ein Kampf um der Menschheit höchste Ziele, der von jedem, der ihn mit führt, Opfer erheischt, ein Kampf, in dem unsere Lohnkämpfe nichts weiter sind als Episoden, als einzelne Schritte, deren viele getan werden müssen, um das Endziel, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung, zu erreichen.

Darum wollen wir es nie unterlassen, unsere Organisationen mit der Urkraft des sozialistischen Kulturprinzips zu weihen und zu festigen. Und wenn wir, wie in dem letzten Jahre, um der rasch dahineilenden Hochkonjunktur zu folgen, uns keine Zeit dazu ließen, so wollen wir uns jetzt doppelt mühen, damit das Versäumte wieder eingebracht wird.

Die Grundbesitzer Rußlands.

Von J. K.

Als Stolypin in der zweiten Duma seiner feurigen Liebe zu den 180000 Gutsbesitzern Rußlands Ausdruck lieh, war sich wohl im Ausland niemand bewußt, wie schlau berechnet das von Stolypin war und welch gewaltige Stütze die Regierung in der Gutsbesitzerklasse besitzt. Die Aufgabe dieses Artikels ist, an der Hand mancher im Ausland unbekannter Tatsachen darzulegen, daß Stolypins Liebäugeln mit den Gutsbesitzern wirklich sehr ernste Ursachen zugrunde liegen. Daraus werden auch die Gründe für die heftige Opposition, die die 130000 der radikalen Lösung der brennenden Agrarfrage entgegenstellen,[1] klar werden.

I.

In 46 Gouvernements Rußlands zählte man im Jahre 1887 382125726 Deßjätinen.[2] Davon gehörte den **Bauern ein Drittel** — 125873547 Deßjätinen; die Regierung und der **Fiskus** besaßen etwas mehr als die Bauern — 150555388 Deßjätinen; den **Klöstern, Kirchen** und allerlei anderen Staatseinrichtungen gehörten über 10 Millionen Deßjätinen. Das letzte Viertel gehörte Kaufleuten (12858815 Deßjätinen), reich gewordenen Bauern (12577867 Deßjätinen), Kleinbürgern (2747572 Deßjätinen), **Adeligen** (65297258 Deßjätinen, das heißt mehr als zwei **Drittel** des ganzen Privatbesitzes) und den übrigen Ständen (2186320 Deßjätinen).[3]

[1] Das ganze statistische Material ist aus **offiziellen** Bekanntmachungen nach S. Nekrassoffs und Rubakins Agitationsschriften geschöpft.

[2] 1 Deßjätine ungefähr 1 Morgen.

[3] Wohlbemerkt: alle diese Ziffern **ohne** Livland, zwei Gouvernements (Astrachan, Pensa), Kosakengau, **Sibirien, Kaukasus, Mittelasien!**

Wir beginnen unsere Betrachtung mit dem Besitz der Zarenfamilie.

Das den Romanoffs gehörende Land zerfällt in zwei Teile: das der ganzen Dynastie (Udelnaja) und das dem Zaren persönlich (Kabinettskaja) gehörende. Diese Einteilung wird streng nach dem „Gesetz über die Bezüge der Kaiserlichen Familie" (1797) des verrückten Paul geregelt. Paul befahl, jährlich der Kaiserin 600000 Rubel + 400000 Rubel zur Erziehung des Thronfolgers + 100000 Rubel zur Erziehung jedes der Kinder herauszugeben; dem Thronfolger außer den Hoferhaltungskosten 300000 Rubel; seiner Gemahlin 150000 Rubel und jedem seiner Kinder 50000 Rubel jährlich; außerdem als Mitgift für Pauls Töchter und Enkelinnen 1000000, für die Großenkelinnen 300000 Rubel, für alle übrigen Großfürstinnen 100000 Rubel. Das war im § 73 des Gesetzes bestimmt, den Romanoffs aber noch nicht genug. Es wird deshalb in den §§ 78 und 80 bestimmt, daß aus den Fiskusländereien eine bestimmte Anzahl dem herrschenden Hause zugeteilt werden. Deshalb heißen auch diese Ländereien des kaiserlichen Hauses „zugeteilte" (udelit, zuteilen). Aus ihren Einkünften bekommen nach § 78: der Thronfolger 100000 Rubel, seine Frau 50000 Rubel, jeder Sohn des Zaren 150000 Rubel jährlich und einmalig zur Einrichtung 1000000 Rubel, als Mitgift für die Söhne und Enkel 1000000 Rubel, die Enkel außerdem zur Ausstattung 600000 Rubel. Das Gesetz ist bis auf den heutigen Tag in Kraft; die kaiserliche Familie zählt zurzeit 59 Glieder. Aus den zugeteilten Ländereien wurden 1897 20 Millionen Rubel eingenommen. Diese umfaßten nur im europäischen Rußland 7900000 Deßjätinen, zu denen die reichsten Weinberge (1897 waren es 700 Deßjätinen, der Erlös betrug 2 Millionen Flaschen Wein) gehören.

Als man die Bauern 1861 befreite, zählte man auf den zugeteilten Ländereien ungefähr 900000 Seelen. Wie bekannt, mußten sich die Bauern für hohes Geld loskaufen, und zwar nicht nur von den Privatbesitzern, sondern auch von der kaiserlichen Familie. Die befreiten Bauern bekamen dabei 3983000 Deßjätinen, die kaiserliche Familie 48½ Millionen (48659000) Rubel! Diese Summe wurde aber der kaiserlichen Familie vom Fiskus vorgestreckt, während er das Geld mit sehr hohen Zinsen von den Bauern eintrieb. Die Zahlungen sind noch jetzt nicht beendet.

Außer diesen „zugeteilten" Ländereien besitzt der regierende Zar persönlich über 50 Millionen Deßjätinen. Das sind die sogenannten Kabinettsländereien, die noch von den Landesverwüstungen Iwans des Grausamen herrühren. Unter Alexander III. wurden nämlich dem kaiserlichen Kabinett die besten mittelasiatischen Ländereien zugewiesen; dazu gehörte auch das Murgabsche Gut, welches 80000 Deßjätinen umfaßte. Da es unter Trockenheit litt, wurden auf Befehl des Zaren gewaltige Arbeiten zur Bewässerung dieses Gutes von den Soldaten ausgeführt. Außerdem gehören dem Kabinett großartige Gold- und Silbergruben in Sibirien. So wurden nur im Altaischen Gute im Jahre 1887 300 Pud Gold und 612 Pud Silber gefunden und auf einem kleinen Stücke Land im selben Gute vom Jahre 1745 bis 1854 82161 Pud Silber. Das Nertschinsker Gut umfaßt 9 Millionen Deßjätinen und ungefähr 20 Silbergruben. Da die Arbeitskraft hier sehr teuer ist, so müssen die Verbannten in den Minen arbeiten. Das Gefängnis von Nertschinsk ist sogar eigens für diese Zwangsarbeiten errichtet. Die politischen Verbrecher auf Kara müssen in den Goldgruben von Kara arbeiten.[1] Das kaiserliche Kabinett ist der größte Grundbesitzer, der reichste Kapitalist und der größte Bergwerksbesitzer in Rußland. Die Kabinettsländereien gehen nach dem Gesetz von einem Zaren auf den folgenden über. Außer diesen Ländereien besitzt aber der Zar eigene, nur ihm persönlich gehörende Güter.

II.

Auch über den Adel ist in den offiziellen Bekanntmachungen Material in Fülle vorhanden. Hier einige Tatsachen.

1877 zählte man in Rußland 244376 Besitzer von nicht mehr als 10 Deßjätinen. Güter im Umfang von 10 bis 5000 Deßjätinen besaßen 248500 Russen, 5000 bis

[1] Siehe L. Deutsch, „Sechzehn Jahre in Sibirien". Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.

10000 Deßjätinen nur 1144 und über 10000 Deßjätinen nur 924 (insgesamt wohl Adelige).[1]

Wir wollen uns einige dieser größten Besitzer ansehen.

Der Reigen wird vom Fürsten Sergius Galitzin, Stallmeister des kaiserlichen Hofes, eröffnet. Er besitzt das Majorat des Fürsten Galitzin im Permschen Gouvernement im Umfange von einer Million Deßjätinen; außerdem 40000 Deßjätinen im Wjatschen Gouvernement und 19961 Deßjätinen im Zentrum des Landes, wo der beste Boden ist; außer diesem aber (im ganzen 1056868 Deßjätinen) noch Häuser in Moskau und Nishnij Nowgorod. Diesem folgt Geheimrat Rukowischnikoff; sein Majorat zählt nur 270 Deßjätinen, liegt aber in der Krim, wo die Erde am teuersten ist. Er verfügt über einen freien Besitz von 800000 Deßjätinen im Permschen Gouvernement, 43788 Deßjätinen im Taurischen Gouvernement (Krim) und ein Haus in Moskau; ferner besitzt er, auf den Namen seiner Frau, ein Haus in Moskau, ein großes Landhaus im Moskauschen Gouvernement und 170 Deßjätinen; im ganzen besitzt er also ungefähr 850000 Deßjätinen. Diesem reiht sich Graf Sergius Scheremeteff an, der großartige Güter in elf Gouvernements besitzt! Außerdem aber 16330 Bauernanteile (wenigstens 2½ Deßjätinen pro Kopf) in sieben Gouvernements und Häuser in Petersburg und Moskau; dazu hat er in neuerer Zeit 2000 Deßjätinen in den besten Gouvernements und Häuser in Petersburg und Moskau angekauft. Vom Grafen Anatol Orloff-Dawydoff ist nur ungenau bekannt, daß er kolossale Güter in neun Gouvernements und Häuser in Petersburg, Nishnij Nowgorod und Orjol besitzt. Orloff-Dawydoff und Scheremeteff werden als die reichsten Leute Rußlands angesehen.

Diesem Quartett folgen die dii minores. Da sehen wir zuerst die berühmten Brüder Balaschoff, die so gut die Yaluwälder in Korea zu kultivieren verstanden. Nikolaus Balaschoff besitzt ein Majorat im Umfange von 259693 Deßjätinen, wozu 62322 Deßjätinen in zwei Gouvernements kommen; außerdem ist er durch seine Frau Besitzer von 65164 Deßjätinen; im ganzen also besitzt er 387179 Deßjätinen. Der andere Balaschoff, Iwan, besitzt 324623 Deßjätinen und außerdem noch zwei Fabriken.

Geheimrat Schpilewsky besitzt ein Gut im Umfange von 105000 Deßjätinen. Graf Alexander Bobrinsky besaß 55353 Deßjätinen in fünf Gouvernements, sowie Häuser in Petersburg. Hofmeister Jurij Netschajeff-Malzeff besitzt nur 53547 Deßjätinen Land, daneben aber zahlreiche, sehr große Fabriken; berühmt ist seine Kristallglasfabrik im Wladimirschen Gouvernement. Oberhofmeister Fürst Wolkonsky besitzt 49800 Deßjätinen in sieben Gouvernements. Sehr große Güter besitzt die Familie des Grafen Ignatieff; der General Ignatieff besaß noch vor einigen Jahren im Astrachanschen Gouvernement ein Gut von 128000 Deßjätinen. Noch reicher sind die Grafen Stroganoff; außer einer großen Zahl von Häusern in Petersburg besitzen zwei Stroganoffs über 137000 Deßjätinen.

Sehr interessant und lehrreich ist die Geschichte der Genesis des Landbesitzes dieser Klasse.

Durch Schenkungen aller Art wird eine besondere Klasse von absolut dem Throne ergebenen Leuten begründet und zu erhalten gesucht. Diese Schenkungen, die in Rußland unvergleichlich häufiger betrieben werden als irgendwo anders, nehmen ihren Anfang lange vor Peter dem Großen. Es ist bekannt, daß Johann III. ungefähr 300000 Deßjätinen Land an die Bojaren verschenkt hat. Peter der Große und seine Schwester Sophie haben insgesamt an 600000 Deßjätinen verschenkt. Peter war im ganzen nicht besonders freigebig, aber trotzdem gelang es zum Beispiel Menschikoff, seinem einflußreichsten Günstling, auf einmal 100000 Bauern mit entsprechenden Landanteilen zu erhalten.

Die Bojaren konnten ohne solche Schenkungen nicht existieren; ärmere Bojaren, die keine Schenkungen erhielten, mußten bei reicheren ihre Zuflucht suchen und

[1] Es ist leider nicht gelungen, neuere Daten aufzutreiben; bekannt ist nur, daß der Adel 1887 65297258 Deßjätinen gegen 73¼ Millionen im Jahre 1877 besaß.

gnadenweise bei ihnen leben. Diese Schenkungen waren daher für die Zaren das geeignete Mittel, sich Anhänger zu verschaffen. Ebenso wurden die Teilnehmer an den zahlreichen Staatsstreichen und Palastrevolutionen, die die russische Geschichte kennt, mit Land belohnt. Elisabeth beschenkt so nach gelungenem Staatsstreich jedem Mann aus ihrem Garderegiment 29 Stück Bauernseelen. Ihre Günstlinge, die Schuwaloffs, erhalten als Belohnung das Wein- und Tabakmonopol. Die größten Schenkungen macht Katharina nach Ermordung ihres Mannes, Peters III. In den ersten acht Monaten ihrer Regierung verteilt sie 800000 Rubel (zirka 2 Millionen Mark unseres Geldes). Dann kommen die Bauernschenkungen an die Reihe. Ungefähr zwei Millionen Bauern erhalten ihre zahlreichen Günstlinge.

Auch reine Usurpationen waren häufig. So nahm sich Fürst Wjasemsky aus den Kosakenländereien zu Katharinas Regierungszeit 100000 Deßjätinen. Es fehlte nicht viel zur Wiederherstellung eines Feudalstaates; Potemkin schaltete mit dem Kronsland fast ebenso, als wäre es sein Privatbesitz.

Der ganze Reichsrat besteht fast ausschließlich aus Grundbesitzern. So besitzen 22 Wirkliche Geheimräte aus seinen Mitgliedern 175918 Deßjätinen Land, 8 Häuser, etliche Fabriken, 2 Majorale in Polen. 9 Geheimräte besitzen 114820 Deßjätinen und 16330 Seelenanteile, 1 Majorat, 9 Häuser.

Aus dieser Zusammenstellung wird die Klassenpolitik par excellence des Adels in Rußland wohl sehr erklärlich.

Man sieht, Stolypin gebraucht nur ein altes, ganz abgedroschenes Mittel. Das Mittel ist aber ewig jung, und deshalb könnte es ihm vielleicht gelingen, den Sieg der russischen Revolution wieder hinauszuschieben. Die Frage ist aber zum Glück nur — auf wie lange!

Literarische Rundschau.

Johannes V. Jensen, **Die Welt ist tief. . . .** Novellen. Berlin, S. Fischer. 260 Seiten.

Weiten Parteikreisen ist der Verfasser des vorliegenden Novellenbandes, der junge Däne Johannes V. Jensen, durch die Veröffentlichung seines Romans „Madame d'Ora" im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts" bekannt geworden. Die Bizarrerien wie die Vorzüge jenes größeren Werkes kehren auch in diesen Novellen wieder. Man kann danach mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß J. V. Jensen vom Naturalismus herkommt, daß er aber dieser Schule entlaufen, weil ihre straffe Zucht seinem künstlerischen Temperament nicht behagte, und daß er sich dann von den Impressionisten und Neuromantikern hat imponieren lassen. In „Madame d'Ora" ist der Widerspruch zwischen der überkommenen, halb schon aufgegebenen Methode und dem Ringen nach selbständigen, eigenen Ausdrucksmitteln gänzlich ins Objekt der Darstellung verlegt. Aus einem minutiös angehäuften, aber verzettelten und nach allen Richtungen auseinanderfahrenden Charakterisierungsdetail heben sich mit geradezu visionärer Plastik die paar Figuren ab, für die sich der Autor interessiert, und es gibt andererseits Massenszenen in dem Werke, deren epische Wucht und Eindringlichkeit wie Paukenschläge in ein Zikadenkonzert donnern. Aber der Gesamteindruck ist doch ein überaus peinlicher, weil man das Gefühl hat, als ob einen der Autor ästhetisch an der Nase herumführt, insofern er seinem Thema zuschiebt, was lediglich die zuckende Unruhe seiner Nerven ist.

Die Novellen dieses Bandes mit der Nietzscheschen Fabrikmarke sind jedenfalls künstlerisch ehrlicher. Hier spricht von der ersten bis zur letzten Zeile J. V. Jensen unverblümt von J. V. Jensen; Gegenstand und Mittel der Darstellung decken sich, und darum ist das neue Werk um so viel stilreiner als jener Roman. Aber auch diese Novellensammlung erzeugt keinen einheitlichen, in sich abgeschlossenen Eindruck, der doch vom Verfasser prätendiert und vom Leser erwartet wird, da es sich nicht

um eine bloße Sammlung von Stücken handelt, die rein äußerlich in einem Bande vereinigt sind, sondern überall im Vordergrund ein „Held" steht, auf den sich die Darstellung bezieht, eben der Verfasser selber.

Die Reihe wird eröffnet mit der allegorischen Erzählung vom Sklaven, den die Sehnsucht nach seinen heimatlichen Wäldern verzehrt und der, als er sich endlich durch die schwere Arbeit langer Jahre die Erlaubnis erkauft, seine Wälder aufzusuchen, die Erde seiner Heimat nicht wiedererkennt und resigniert in das alte Kettendasein zurückkehrt. „Nur wenn man arbeitet", ist seiner Weisheit trüber Schluß, „vergeht die Zeit. Und wenn die Zeit vergangen ist, gehen wir müde zu den ewigen Wäldern ein." „An jedem Ruhetag aber führte er seine Söhne zur Höhe hinauf, vor das Antlitz des Sonnenunterganges, und lehrte sie Sehnsucht."

Danach wäre die Welt also nicht tief, wie Nietzsches daseinbejahender Spruch will, sondern trostlos. Aber ehe wir die letzte Seite des Bandes umblättern, hat sich der pessimistische Sinn dieses allegorischen Leitmotivs, das die folgenden Erzählungen vielfach variieren, in sein Gegenteil umgebogen. Die Reise nach dem Mutterboden seiner Instinkte führt unseren modernen Semikasso zunächst zwar in allerlei erotisches Dickicht, aus dem er nur mit stark ramponierter Seele entkommt, dann aber, im leibhaftigen Urwald, den Dschungeln Hinterindiens, auf einer donquichottischen Tigerjagd entdeckt er, daß diese Kraftkuren alles Späße gegenüber den Gefahren, die den modernen Menschen auf den „Raubtierpfaden der Kultur" erwarten.

„Und hier saß ich und hatte nichts Besseres zu tun gehabt, als ein paradiesisches Leben mit malaiischen Rundköpfen zu führen, die unter denselben primitiven Verhältnissen lebten wie in der entschwundenen Atlantis; hier lebte ich sorglos dahin, einzig und allein mit den allerersten Anfangsgründen beschäftigt, mit Jagd und Liebe. ... Wie alt war ich eigentlich, wie lange meinte ich, daß das Leben dauern würde? War es nicht Zeit für mich, in der Großstadt an die Arbeit zu gehen? ... Ich sehnte mich nach einer kräftigeren und klareren Lebensanschauung ... sehnte mich, mich den Legionen der Gesellschaft als Glied der Gemeinschaft einzuverleiben."

Man kann sich dieser Erkenntnis im Interesse des Verfassers freuen, denn sie bedeutet auch literarisch einen eminenten Gewinn für ihn. Die letzte Novelle, „Wälder" betitelt, die so ausklingt und die mehr als die Hälfte des Bandes in Anspruch nimmt, ist nicht nur in Hinsicht auf die Psychologie und die Physiologie des Verfassers, sondern mehr noch in bezug auf seine künstlerische Reife ein frappanter Fortschritt gegenüber den vorhergehenden Erzählungen. Der Leser hatte es anfangs wirklich als eine Zumutung empfunden, sich durch das unerträgliche snobistische Gehabe des Verfassers, der sich als Genievetter von Byron und Lermontow aufspielt, hindurchzuarbeiten. Bei uns in Deutschland und Österreich laufen diese Epigonen des romantischen Subjektivismus, die nur in der Peripherie ihrer werten Persönlichkeit hausen und immer mit heraushängender Zunge hinter ihren angeblichen Sensationen her sind, in Rudeln herum; wir brauchen sie uns nicht auch noch aus Skandinavien importieren zu lassen. Wir kennen auch in- und auswendig diese Literatenwurschtigkeit, die mit „Weltanschauungen" jongliert wie ein Variétéartist mit hohlen Eiern, und wir sind nachgerade dahinter gekommen, daß solche Fixigkeit nichts weiter besagt, als daß auch diese „Weltanschauungen" ausgeblasene Eier sind, nicht erlebt, sondern — bestenfalls! — angelesen, irgendwo stibitzt. Und die „souveräne Ironie" des Dekadenten hat höchstens Interesse für den Nervenarzt, dem sie ein untrügliches Symptom ist für die physiologische Direktionslosigkeit, die Instinktzerfahrenheit des Patienten.

Bei Jensen ist das glücklicherweise bloß die halbe Diagnose, die Diagnose seiner Kinderkrankheit. Wenn wir uns durch die ersten unangenehmen Eindrücke seiner Literatur nicht zurückschrecken ließen, weil ebenso unverkennbar schon von den ersten Seiten an die starken schriftstellerischen Qualitäten des Verfassers in die Augen

springen, so werden wir in der letzten Hälfte des Bandes durch die umfangreiche Schlußnovelle für unsere Geduld reich entschädigt. Und der schroffe Widerspruch, der nach Form und Inhalt, ästhetisch wie ethisch, zwischen den beiden Teilen klafft, findet alsbald seine Lösung in der Entdeckung, daß es sich in diesen Erzählungen, von der Seite des Verfassers aus gesehen, um die künstlerisch verklausulierte Konfession einer psychologischen Entwicklung handelt. Es ist die Geschichte einer Gesundung, die uns hier erzählt wird, wenn auch nirgends die einzelnen Phasen des Prozesses in räsonierender Formulierung festgehalten werden. Dieser Dekadent, der sich so unleidlich einführte, hat sich in eine herzhafte Kur genommen, und er hat diese Kur überstanden. Er hat sich, wenn auch spielerisch, einer Aufgabe gegenübergestellt, und im Spiel hat er so etwas wie einen Kristallisationspunkt für seine verzettelten Energien, eine psychische Komponente gefunden. Das geschieht auf dem abenteuerlichen Jagdzug in den hinterindischen Wäldern, wo er neues Futter für seine europamüden Nerven zu entdecken hoffte und wo er, Aug' in Auge mit einer gänzlich naiven, aber gefährlichen und imponierenden Natur, selber wieder naiv wird und in den menschlichen Urzustand zurückkehrt. Der physischen folgt unmittelbar die psychische Rekonvaleszenz. Das stereotype, blasierte Lächeln auf den Lippen des Weltenbummlers schmilzt; er kommt dahinter, daß es wichtigere Ungereimtheiten gibt als den Kontrast der „blöden" Welt zu seiner eigenen noblen Seele. Da diese Erkenntnis, wie bereits bemerkt, nicht bloß dem Menschen, sondern auch dem Schriftsteller zugute kommt, kann sich auch das Publikum der Leser ihrer freuen.

Dieser junge Däne ist nämlich nicht eine beliebige Nummer unter den vielen skandinavischen Seelenstocherern, mit denen uns jahraus jahrein betriebsame Übersetzer bekannt machen, sondern ein ganz exzeptionell begabter Kerl. Auch in seiner unangenehmen Periode verblüfft er uns immer wieder durch die Sicherheit seiner Beobachtung, sei es, daß er das Volkstreiben in einer spanischen Stadt „oder Pariser Boulevardszenen" oder die Menschen und Tiere des indischen Waldes in scharf umrissenen, wie seine Radierungen wirkenden Bildern hinwirft. Eben dieses, daß er stets plastisch sieht, seine Eindrücke durchweg anschaulich hinstellt, trivial gesagt: daß er immer fabulieren muß, dieser hochgradig in seinen Nerven lebende Mensch, dokumentiert ihn als Künstler und stellt ihn in eine ganz andere literarische Rangordnung wie diese skandinavischen „Innerlichen", die alles in Reflexionen aus sich herausholen und das Rohmaterial ihrer Tagebuchaufzeichnungen uns als Kunstwerke anzuhängen belieben. Auch bei Jensen steht im Anfang das Erlebnis, und seine Nerven haben ihn offenbar in seiner extrem-subjektivistischen Periode brillant darauf trainiert, daß er in fortwährendem aktivem Kontakt mit der Außenwelt steht und jedem Reize bis in seine feinsten Schwingungen gehorchen muß. Aber er bleibt bei seinen Impressionen und Sensationen nicht stehen, sie werden ihm unmittelbar zum Bilde und zum Geschehnis, und so ist sein Schaffen restlose dynamische Verarbeitung und Wiedergabe dessen, was er aufnimmt.

Rein schriftstellerisch genommen, um auch dieses noch anzuführen, was auf den Leser von vornherein die stärkste Wirkung ausüben wird, vereinigt seine Sprache in berückender Eleganz Geschmeidigkeit und Kraft, und in seiner Darstellung glitzert und funkelt es nur so von Geist und boshafter Laune.

Kurz, eines unserer stärksten modernen Talente, deshalb bin ich auch in meinen Einwänden so ausführlich gewesen; er verdient's, daß man mit ihm hadert.

E. Korn.

* * *

Eine Stichprobe aus der Novelle „Wälder" möge unseren Lesern Jensens Talent veranschaulichen:

Der Eisvogel.

... Bei dieser Gelegenheit will ich vom Eisvogel erzählen. Ich hatte eines Tages im Walde einen hübschen Eisvogel flügellahm geschossen, und da ihm nichts weiter fehlte, als daß er nicht fliegen konnte, hatte ich ihn in einen Käfig gesetzt, um

ihn zu behalten. Der Käfig war ganz klein. Matti hatte ihn aus Schilf geflochten. Ich nahm ihn mit nach Birubunga, und während der ganzen Reise saß er in seinem Käfig auf dem Vorderdeck des Bootes und starrte unverwandt zu den Wäldern zurück, woher er stammte. Und als er sie nicht mehr sehen konnte, fuhr er fort, in die Richtung der Wälder zurückzublicken; er hatte Talent, er war scheinbar auf dem besten Wege zu einem Geistesleben.

Die Brust des Eisvogels ist blau und hat einen täuschenden Schimmer von dickem, durchsichtigem Eis. Er saß da wie ein frischer und funkelnder Eisklumpen aus dem Fure-See oder aus dem Absinthglas in einem Café, er saß da wie die Verdichtung der Kälte und schwieg und starrte mit den kleinen eingefrorenen Augen zu seinen Wäldern zurück.

Der lange rote Schnabel zeigte wie ein Kompaß nach der Heimat, wie ein blutiges Messer der Sehnsucht, das aus dem standhaften Kopfe herausgedrungen war. Und mit seinem borstigen Nackenhaar sah er so recht aus wie die Jammergestalt eines verhungerten Poeten, der in einem der kleinen, entlegenen Küsterämter, die hoch oben unterm Nordstern die Rechte der Nation vertreten, an die Wand gedrängt worden ist.

Während der ganzen Reise weigerte er sich, Nahrung zu sich zu nehmen, er schien nicht leben zu wollen, er saß nur mit steifem Nacken da, ohne viel Aufhebens zu machen, den kleinen bereiften Schnabel gegen die Decke des Bauers gepreßt, und starrte nach dem verlorenen Tale. Es war ein armseliges Vergnügen, den Finger zu ihm hineinzustecken, um an seinem Selbsterhaltungstrieb zu rütteln, er hackte wohl aus Gewohnheit nach dem Finger, aber der Schnabel hatte keine Kraft; wenn er biß, glich es mehr einer wehmütigen Liebkosung. Er schloß die Augen, wenn er hackte, und das ist ein schlechtes Zeichen.

Als ich in Birubunga angekommen war, sah ich ein, daß der Eisvogel sich nicht zähmen ließe. Es würde nie etwas Vernünftiges bei solcher Sehnsucht herauskommen. Und es war zu wenig, um eine Heilsarmee oder eine Nordpolexpedition damit auszurüsten. Also gab ich meinem Vogel die Freiheit.

Ich tat es mit gemischten Gefühlen, denn seine Flügel waren ja unbrauchbar, und was sollte aus ihm werden, wenn er jetzt ins Ungewisse hinauskäme? Im Käfig hatte er sich allerdings nicht dem Wohlleben ergeben wollen, vor den Gefahren der großen Welt aber war er dort geschützt gewesen.

Ich gab dem Vogel unten am Flußufer die Freiheit und wartete eine Weile, um zu sehen, was er sich vornehmen würde. Er schlug augenblicklich den Weg nach den Wäldern ein, ohne ein einziges Mal zurückzublicken, er machte sich augenblicklich nach der Heimat auf — zu Fuß! Ja, das tat er. Es war zum Heulen, und ich hätte auch geweint, wenn ich es vor Lachen gekonnt hätte.

Er schritt auf seinen kleinen roten Beinchen längs des Flußufers tüchtig aus, rechts, links, mit jedem Schritte kam er zwei Zoll vorwärts, und dabei wackelte er so energisch mit seinem Schwanze, als wolle er sein unsinniges Vorhaben niemals aufgeben!

Als er etwa zehn Meter gegangen war, wendete er den Kopf und sah sich um, in dem sicheren Gefühl, außer Sehweite zu sein, und darauf begann er seine Wanderung von neuem und verschlang mit großer Hingebung Zoll um Zoll des Heimwegs. Das konnte man Glauben nennen!

Er wollte nach Hause! Und da er wirklich einen Meter in der Minute zurücklegte, mußte er ja sechzig in der Stunde gehen oder einen kleinen Büchsenschuß am Tage. Er wird ein alter Vogel werden, bevor er nach Hause kommt, er wird, fürchte ich, unterwegs sterben und einen Traum vom Tale hier oben mit sich ins Grab nehmen.

Ach, mein Eisvogel, alle Tiere des Waldes werden über dich lachen, wenn du so auf Schusters Rappen dahergegangen kommst! Sie werden vergessen, dich zu verzehren, denn du bist eine Kuriosität, aber du wirst zur Zielscheibe ihres Witzes und

ihres Mitleids werden. Ich sehe den Tiger lächeln, so daß die Sonne in seinen bösen Schnurrhaaren knistert, ich stelle mir das Gebrüll des Elefanten vor und das Ritsch-Ratsch-Rutsch sämtlicher Affen, wenn du mit deinen staubigen Zehen und mit deinen unaufgetauten Augen erscheinst. Das Nashorn wird noch einen Leichdorn mehr ins Gesicht bekommen vor Lachen. Die Fische, für die du sonst eine Gefahr warst, werden naseweis aus dem Wasser hüpfen. Die Eule aber wird weinen. Ja, und das Krokodil wird mit der Schere schnappen und echte Tränen vergießen.

Mein Eisvogel — ohoi — ich habe vergessen, dir etwas zu sagen. Alles ist verfehlt, du bist zu früh heimwärts gewandert, denn du sehnst dich ja noch! Und Heimweh ist kein Grund, um nach Hause zu reisen, merk' dir das! Kehr' lieber gleich in deinen Käfig zurück, wenn du aus Sehnsucht deinen Schnabel heimwärts gewandt hast, mein Eisvogel!

Vom Markte der Seelen. Entdeckungsfahrten einer sozialen Frau (Olive Chr. Malvery) im Lande Armut. Aus dem Englischen von Martha Sommer. Leipzig 1907, R. Voigtländer. 240 Seiten.

Das Buch hält nicht alles, was der tönende Titel verspricht. Es bringt eine Menge „Tatsachen" aus dem Lande der Armut, aber leider völlig zusammenhangslose, unkontrollierbare und unkontrollierte Tatsachen, die die Verfasserin sorglos und oberflächlich aneinandergereiht hat. Von einem Beruf hastet sie in den anderen; einige Tage als Schankmädchen, eine Woche als Gehilfin eines Bratfischhändlers, drei Wochen — ich glaube, das ist ihr längster Versuch — als Lehrmädchen bei einer Schneiderin usw., in verhältnismäßig kurzer Zeit durch ungefähr dreißig Berufsarten und Zustände. Von einer tieferen Ergründung der Verhältnisse, die sie so beobachtet, kann keine Rede sein. Wir erfahren eben nur wieder, daß die Fleischkonserven- und Marmeladenfabriken in höchst unappetitlicher Weise arbeiten; daß die kleinen und manchmal auch die großen Handwerker von der Ausbeutung ihrer Lehrlinge leben usw. Die Kritiklosigkeit der Verfasserin bewirkt, daß sie glaubt und verkündet, große soziale Taten getan zu haben, während sie in Wahrheit einer etwas überspannten Abenteuersucht folgend sich „auslebt". Da werden große Worte gesprochen und kleine Taten getan. „Ich bin drei Wochen in diesem Geschäft gewesen und habe einen völligen (!) Einblick in die Verhältnisse gewonnen." Dabei hatte sie — es handelt sich um die Erlernung der Putzmacherei — nichts anderes zu tun, als „Drahtrollen zu öffnen und abzuwickeln, Hüte abzufüttern, Federn und Bänder an der Stelle anzuheften, wo geübtere Hände sie angesteckt hatten, Kasten hin und her zu tragen, am Ende des Tages alle Sachen fortzupacken und den Laden und das Arbeitszimmer aufzuräumen". Nach einer Woche, die sie im Laden eines Bratfischhändlers als Hilfsarbeiterin zugebracht hat, fällt sie folgendes Urteil: „Ich werde nie mehr an so einem ‚Bratfischladen' vorübergehen, ohne eine Regung von Mitgefühl und Hochachtung für die Leute zu empfinden, die da drinnen arbeiten. Sie führen in der Tat ein nützliches Dasein. Außerdem sind es durch und durch achtbare Leute, die es im Leben zu etwas bringen." Diese Beispiele, die leicht zu vermehren sind, genügen hier. Dabei unterschätzt Olive Malvery völlig die Macht der Gewohnheit. Eine ungewohnte Arbeit — und es sind lauter hart arbeitende Berufe, denen sie sich vorübergehend zuwendet — nimmt im Anfang unsere körperliche und geistige Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß wir ein unbefangenes Urteil über deren Art und Bedeutung noch nicht gewinnen können. Erst wenn die Anpassung erfolgt ist, kann unser Urteil einigen Wert gewinnen. Diesen Zeitpunkt wartet Olive Malvery nicht ab; sobald sie sich körperlich der Arbeit nicht mehr gewachsen fühlt — und dieser Augenblick tritt stets bald ein —, „gleitet sie langsam in die Zivilisation zurück".

Verlohnte es sich, um solcher Erfahrungen willen ein Buch zu schreiben? In jenen Kreisen Englands, in denen die Wohltätigkeit sportmäßig mit Handschuhen an den Händen und Traktätchenmasken vor dem Gesicht ausgeübt wird, in denen

Digitized by Google

die Prostitution mit dem verschleiernden Worte „seine Seele verkaufen“ bezeichnet wird, in denen man mit Teeabenden, Settlements und Heilsarmee das soziale Elend bekämpfen will, in jenen Kreisen muß das leicht und frisch geschriebene Buch wie eine Erleuchtung wirken. Auch in Deutschland gibt es solche Kreise, die das Buch ebenso beurteilen. Der Arbeiter wird in diesen „Entdeckungsfahrten“ nichts entdecken als die Oberflächlichkeit und Eitelkeit derer, die ihn zu sich „emporheben“ wollen.

M. H.

Notizen.

Von der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft. Der Geschäftsbericht dieser Großindustriellen gibt uns ein Bild von der Entwicklung der Metallindustrie. Versichert sind nur 222 Betriebe, die aber insgesamt 163507 Arbeiter im Jahre 1906 beschäftigten; ein Mehr von 13679 Arbeitern gegen 1905. Nur im Bezirk Aachen ist die Zahl der Versicherten um 60 gesunken. Sonst überall ein starkes Ansteigen; so im Bezirk Essen (Krupp) um 3216, Oberhausen um 3094 Arbeiter. Auch die Löhne sind gestiegen, und zwar um 95 Mark durchschnittlich pro Kopf und Jahr. Der Durchschnittslohn betrug 1508 Mark pro Jahr. Den höchsten Durchschnittslohn erreichte Sektion Essen mit 1618 Mark, den niedrigsten Lohn Koblenz mit 1325 Mark pro Jahr. Der Bericht hebt wohl selbstgefällig diese Lohnsteigerung hervor, geht aber mit keinem Worte auf die Steigerung der notwendigsten Lebensmittel usw. der Arbeiter, das Risiko der Arbeit und auch auf die Arbeitszeit nicht ein, in welcher diese Löhne von den Arbeitern verdient wurden. Sogar die im Juni dieses Jahres in Duisburg abgehaltene Konferenz der im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Hüttenarbeiter mußte sich notgedrungen mit der elenden Lage dieser „gutgelohnten“ Arbeiter beschäftigen. Aus dem Bericht erfahren wir, daß „bei der starken Inanspruchnahme der Werke“ „möglichst viel geschafft“ werden müsse.

Die Mahlzeiten wurden „während der Verrichtung der Arbeit selbst eingenommen“, „die Sonntagsruhe wurde völlig umgangen, indem die Betriebe für einen Sonntag nach dem anderen die Erlaubnis zur Arbeit nachsuchten und sie merkwürdigerweise auch erhielten“. „Nur so kann man es sich erklären, daß beispielsweise ein Arbeiter im Februar dieses Jahres, der 696 Stunden überhaupt hatte, davon 504 mit Arbeit im Werke zubrachte.“ „In einzelnen Betrieben herrscht sogar noch eine Arbeitszeit bis zu 15 Stunden.“

Daraus erklärt sich also die Steigerung der Arbeitslöhne! Und die Folgen dieser Überarbeit? Der Bericht der Berufsgenossenschaft meldet lakonisch, daß im Berichtsjahr insgesamt 32441 Unfälle gemeldet wurden. Auf 1000 Versicherte entfallen somit im Durchschnitt 199 Verletzte. Im Bezirk Oberhausen wurden sogar 240 pro 1000 Versicherte gezählt. 201 Todesfälle mußten entschädigt werden. Trotzdem bringen es diese Unternehmer fertig, zu schreiben: „Die größte Zahl dieser Todesfälle ist auf leichtsinniges Verhalten und Nichtbeachtung der gegebenen Vorschriften durch die Getöteten selbst oder deren Mitarbeiter zurückzuführen.“!

Schließlich kommt man der Wahrheit doch etwas näher und meldet: „Der Arbeiterwechsel war der bis dahin lebhafteste und beträgt 49 Prozent der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, gegen 46, 43, 39 Prozent der Vorjahre.

„Dementsprechend ist auch die Zunahme der Verletzungen im ersten Jahre der Beschäftigung — auf den Werken.“ „Im ersten Jahre der Beschäftigung mit der unfallbringenden Arbeit war der Satz 47,3 Prozent, gegen 44 und 40,7 Prozent in den Vorjahren.“!

Wo ist da das „leichtsinnige Verhalten“? E. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Nr. 7 — 26. Jahrgang, 1. Band — 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine historische Stunde.

✗ Berlin, 18. November 1907.

Nach dem tragikomischen Rütli, das die drei freisinnigen Fraktiönchen eben in Frankfurt a. M. abgehalten haben, mit dem heiligen Schwure, wie ein satirisches Gedicht nicht übel spottet: den Landvogt, den Landvogt zu schützen, tritt nunmehr der sozialdemokratische Preußentag zusammen, um den Sturm gegen die preußische Junkerherrschaft zu rüsten, in erster Reihe den Sturm gegen das Bollwerk, das diese Herrschaft sich in der Dreiklassenwahl geschaffen hat.

Oder richtiger vielleicht: gegen das Bollwerk, das aus der Dreiklassenwahl für die Junkerherrschaft geworden ist. Denn ein sogenanntes Wahlrecht von Geldsacks Gnaden trägt in der Zeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht eigentlich einen feudalen Charakter, und man hat oft genug sogar von den antifeudalen Tendenzen der Dreiklassenwahl gesprochen. Zumal in der preußischen Konfliktszeit, als die Dreiklassenwahl das preußische Abgeordnetenhaus fast ganz rein von allen Junkern gefegt hatte, als ihrer nicht einmal ein ganzes Dutzend auf die kurulischen Sessel am Dönhofsplatz gelangte. Es war zur Zeit, wo Bismarck die Dreiklassenwahl das widersinnigste aller Wahlsysteme nannte und auf das allgemeine Wahlrecht zurückgriff, in der nicht einmal stillen, sondern ganz offen ausgesprochenen Hoffnung, daß es für das konservative Prinzip förderlicher sein werde als irgend ein anderer, auf künstlichen Kombinationen beruhender Wahlmodus.

Darin hat Bismarck sich denn freilich gründlich geirrt. Seine pfiffige Spekulation auf die Massen der ländlichen Arbeiterbevölkerung, in deren geistige Nacht dazumal noch kein Morgenrot politischer Erkenntnis leuchtete, ist zunächst von der städtischen Arbeiterklasse und allmählich auch von ihren ländlichen Klassengenossen glänzend pariert worden. Er selbst ist dann gestürzt über den ruchlosen Plan, durch den widergesetzlichen Raub des allgemeinen Stimmrechtes die Arbeiterklasse zu einem Aufstand zu reizen, den er in einem ungeheuren

Blutbad zu ersticken gedachte. So hat die deutsche Arbeiterklasse den Fallstrick, der ihr mit dem allgemeinen Wahlrecht gelegt werden sollte, dem Fallensteller selbst um den Hals zu werfen verstanden.

Umgekehrt wußte die deutsche Bourgeoisie nichts mit der „antifeudalen" Dreiklassenwahl anzufangen, die ihr gleichfalls durch die Torheit des feudalen Junkertums in den Schoß geworfen worden war. Brachte sie vor vierzig Jahren, bei ihrer damals noch verhältnismäßig schwachen Entwicklung, ein Abgeordnetenhaus zusammen, das nahezu einmütig nach liberaler Pfeife tanzte, so spielt sie heute, wo sie auf einem ungleich größeren Geldsack sitzt und ein nach den Bedürfnissen des Geldsacks zugeschnittenes Wahlsystem gewissermaßen mit mathematischer Sicherheit beherrschen müßte, in derselben Körperschaft nur die demütigende Rolle einer junkerlichen Helfershelferin. Die Junker haben sich in dieser „antifeudalen" Schanze trefflich verpalisadiert und sträuben sich mit Händen und Füßen gegen das Wahlrecht, das der Junker Bismarck vor vierzig Jahren als ein konservatives Prinzip pries, sei es auch nur in der hinterhaltigen Absicht, damit die Arbeiterklasse zu übertölpeln.

Es ist eine verkehrte Welt, die sich hier auftut; im Laufe von vier Jahrzehnten haben sich die Dinge sozusagen umgekrempelt. Aber dennoch hat sich darin nur eine historisch-logische Entwicklung vollzogen. Die liberale Bourgeoisie hat sich selbst als politische Macht ausgeschaltet, und das Junkertum sieht sich als gefährlichsten Feind dieselbe Arbeiterklasse gegenüber, die es vor vierzig Jahren, ohne Gefahr für sich selbst, als Futter fürs Pulver gegen die Bourgeoisie verwenden zu können glaubte. Aus dem vermeintlichen Spielzeug, das ihm dazumal zugeworfen wurde, hat sich das Proletariat eine Waffe zu schmieden verstanden, deren Schärfe die Junker über alles fürchten. Lieber trampeln sie auf dem Grabe ihres Abgottes Bismarck herum, ehe sie auf das „widersinnigste" aller Wahlsysteme verzichten, das sie, falls auch sie noch prinzipielle Politik zu treiben vermöchten, schon seines „antifeudalen" Charakters wegen verwerfen müßten.

Worum es sich für die Junker bei der Dreiklassenwahl handelt, das ist keine Frage der Billigkeit oder des Rechtes oder gar der nationalen Wohlfahrt, sondern eine brutale nackte Machtfrage. Sie denken nicht daran, anders als gezwungen aus der Position zu weichen, die sie nun einmal — dank der kraftlosen Schwäche der Bourgeoisie — eingenommen haben und — dank derselben Schwäche — auch noch behaupten können. Und all die „Taktik", womit die Freisinnshelden von Frankfurt sie aus dieser Position herausmanövrieren wollen, ist keinen Schuß Pulver wert. Es gehört zu den Einbildungen, die beim besten Willen nicht mehr ernsthaft genommen werden können, wenn der Freisinn glaubt, weil er das Zünglein an der Wage des Blocks sei, so könne er die Schalen dieser Wage nach seinem Belieben heben oder senken. Er kann im günstigsten Falle den gegenwärtigen Reichskanzler stützen oder stürzen, aber mit diesem Schreckschuß erschreckt er keineswegs das Junkertum. Man braucht sich nur zu erinnern, wie die ostelbischen Junker in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts selbst dem biederen Bismarck mitgespielt haben, als er nach ihrer Ansicht den Liberalismus zu sehr poussierte, und man

kann sich danach ein Bild machen, wie sie mit Bülow umspringen würden, falls er jemals, was er als erfahrener Kenner seiner Klasse wohlweislich unterlassen wird, um der schönen Augen des Freisinns willen eine „reformierende" Hand an irgend eine junkerliche Machtposition zu legen beabsichtigt.

Am grellsten wird der parlamentarische Kretinismus, der sich auf der Frankfurter Versammlung der freisinnigen Fraktiönchen in so aufdringlicher Weise breit machte, durch die historische Erfahrung beleuchtet, daß Wahlreformen immer nur durch den „Druck von außen" durchgesetzt worden sind, Wahlreformen natürlich, die den Massen des Volkes einen größeren Anteil an der politischen Macht gewähren sollen oder gewährt haben. Keine privilegierte Klasse gibt freiwillig auch nur ein Atom ihrer Vorrechte auf, es sei denn, daß ihr krampfhaftes Festklammern an ihre Vorrechte sie mit größeren Gefahren bedroht als der Verzicht darauf. Diese Sorte „Freiwilligkeit" ist das Höchste, wozu es eine herrschende Klasse bringt, und Höheres hat auch die französische Nationalversammlung in der berühmten Augustnacht von 1789 nicht vollbracht, wo sie alle feudalen Privilegien vernichtete, nicht weil die parlamentarische Beredsamkeit der Bourgeoisie den Widersinn dieser Privilegien überzeugend nachzuweisen verstand, sondern weil ringsum im Lande der rote Hahn auf den feudalen Schlössern munter krähte.

In so draftischer Form braucht der „Druck von außen" nicht immer ausgeübt zu werden; die englische Reformbill von 1832 ging durch, ohne daß auch nur eine Fensterscheibe zertrümmert worden wäre. Aber ein „Druck von außen" war es auch, der sie erzwang, der Druck, den „die düsteren Arbeitermassen von Lancashire und Yorkshire" auf das englische Parlament ausübten. Anders sind Wahlreformen nie durchgeführt worden und anders können sie auch niemals durchgeführt werden. Nichts lächerlicher, als wenn die Frankfurter Helden sich und der Welt einzureden suchen, mit der Drohung, den Reichskanzler zu stürzen, könnten sie ihn so weit stärken, daß er den Junkern die Dreiklassenwahl aus der Hand schlüge, es sei denn noch lächerlicher, daß sie auf dies famose Unterpfand hin sich von der Methode des Kampfes lossagten, die das Parlament gegen die preußische Dreiklassenwahl zu führen beabsichtigt.

Unbewußt spielt dabei freilich auch ein Bourgeoisinstinkt mit, der nicht so ganz uneben ist. Die Freisinnigen fühlen richtig heraus, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes, so wichtig sie an und für sich sein mag, für die Sozialdemokratie doch nicht das Ziel, sondern nur eine Etappe zum Ziele ist. Die Dreiklassenwahl ist nicht das einzige und nicht einmal das stärkste Bollwerk jener ostelbischen Junkerherrschaft, die wie ein erstickender Alp auf dem deutschen Kulturleben lastet; historisch gehört sie nicht einmal, wie wir schon sahen, zu dem eigentlichen junkerlichen Rüstzeug. Ist diese erste Schanze wirklich im Sturme genommen, so folgt alsbald der Sturm auf die übrigen Schanzen des Junkertums, und da macht die Bourgeoisie nicht mit, schon weil sie gar nicht daran denkt, auf den Junker als ihren Söldner gegen das rebellische Proletariat zu verzichten. Deshalb wird ihr schon angst und bange vor dem Nachdruck, womit die Arbeiterklasse die Dreiklassenwahl berennt, und ehe sie

daran teilnimmt, ergibt sie sich lieber allem hoffnungslosen Jammer des parlamentarischen Kretinismus.

Die deutschen Arbeiter aber können froh sein, daß sie eine kompromittierende Bundesgenossenschaft los sind, die ihnen doch nur auf Schritt und Tritt hinderlich gewesen wäre. Es ist ein entschiedener Fortschritt und eine neue Bürgschaft ihres Sieges, daß sie, unbeschwert durch unzuverlässige Hilfstruppen, aber eben deshalb in um so geschlossenerer Phalanx dem Todfeind ins Weiße des Auges sehen und endlich die deutsche Schicksalsfrage stellen können, ob sich das Joch des ostelbischen Junkertums, an dem sich Könige vergebens abgemattet haben, von derben Proletarierfäusten zerbrechen läßt. Das wird um so sicherer geschehen, je rücksichtsloser dieser Stier bei den Hörnern gepackt wird.

Über die Langwierigkeit und Schwierigkeit des Kampfes täuschen wir uns in keiner Weise, aber ebensowenig über seine Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit. Es ist eine historische Stunde, in der sich der sozialdemokratische Preußentag zu entschließen hat, und er wird ihre Zeichen richtig zu deuten wissen.

Der preußische Parteitag.

Von **Paul Singer.**

Zum zweiten Male werden am 21. November die Delegierten der preußischen Parteigenossen in Berlin zusammentreten, um über wichtige Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Arbeiterklasse Preußens Rat zu pflegen und die Richtlinien für den Kampf des preußischen Proletariats gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie für die Befreiung aus der Dreiklassenschmach des preußischen Wahlgesetzes abzustecken.

Bisher hat es in Preußen an einer Landesorganisation für die sozialdemokratische Partei gefehlt. Die Provinzialorganisationen und Bezirksverbände führten unter Leitung des Parteivorstandes die Parteigeschäfte, vermochten aber nicht in allen Fällen eine stets wirkungsvolle erfolgreiche einheitliche Agitationsweise durchzuführen. Dem Mangel einer aus Vertretern von Provinzialorganisationen gebildeten Spitze der preußischen Parteileitung soll nunmehr für die preußischen Parteigenossen durch die Schaffung eines Landesvorstandes der Sozialdemokratie Preußens abgeholfen werden.

Die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer die Einheitlichkeit der sozialdemokratischen Agitation in Preußen garantierenden Zentralinstanz ist nicht zu verkennen — selbstverständlich aber darf die über das Reich ausgedehnte Tätigkeit des Parteivorstandes dadurch in keiner Weise gelähmt oder beeinträchtigt werden. Schon jetzt absorbiert naturgemäß die Agitation in Preußen den weitaus größten Teil der Arbeit des Parteivorstandes. Wir erinnern nur an die gewaltigen Ansprüche, die das Aufklärungs- und Belehrungsbedürfnis der breiten Massen in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern an die Parteileitung stellt. Verstärkt werden diese Ansprüche noch durch die Brutalität, mit der das reaktionäre Junkertum in Ostelbien seine politische und wirtschaftliche Übermacht gegen das Proletariat ausnutzt. Aber auch in den Industriezentren Rheinlands und Westfalens, wo das Scharfmachertum der Unternehmerverbände in Reinkultur betrieben wird, erwachsen der Partei-

agitation ganz enorme Aufgaben, deren Bewältigung den Provinzialparteileitungen nicht zugemutet und von diesen nicht übernommen werden kann.

Das war die Aufgabe der Gesamtpartei, der die preußischen Genossen mit ihren agitatorisch und finanziell gleich starken und mächtigen Organisationen stets zur Verfügung standen, um vom Standpunkt des Klassenkampfes aus die Ziele der Sozialdemokratie zu propagieren.

Daran wird auch die Schaffung eines sozialdemokratischen Landesvorstandes für Preußen nichts ändern. Dieses Organ ist geplant, um die Wucht der Agitation zu stärken dadurch, daß der Kampf einheitlich gestaltet und daher um so intensiver und erfolgreicher geführt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der künftige Landesvorstand der preußischen Parteigenossen als Hilfsorgan des Parteivorstandes fungieren, von diesem ressortieren und mit dem Parteivorstand gemeinsam alle für die Agitation in Preußen notwendigen Maßnahmen beraten und feststellen.

Die Form der anderen Landesorganisationen der sozialdemokratischen Partei im Reiche kann für Preußen nicht adoptiert werden. Die Verhältnisse sind nicht gleichartig. Preußen umfaßt etwa sieben Zehntel des Reichsgebiets — derselbe Maßstab wird ungefähr in der Partei Platz greifen. Hieraus ergibt sich, daß die preußischen Genossen gerade wegen ihrer numerischen und materiellen Bedeutung für die Partei die Spitze ihrer Organisation mit der der Gesamtpartei verbinden und, den preußischen Landesvorstand dem deutschen Parteivorstand als Hilfsorgan angliedernd, ein gemeinsames Arbeitsfeld für beide Organe schaffen müssen, um jede der Partei schädliche Zersplitterung der Arbeitskräfte zu vermeiden.

Der dem Parteitag vorliegende Entwurf der Organisation von Groß-Berlin erkennt in seinem Aufbau diese Notwendigkeit an, trägt dem Zentralisationsbedürfnis der preußischen Parteiorganisation, wie wir glauben, genügend Rechnung und wird der Festigkeit und Geschlossenheit der Agitation wertvolle Dienste leisten.

Neben der Schaffung einer Landesorganisation harren des preußischen Parteitags andere wichtige Aufgaben, deren Lösung durch Referate angebahnt und vorbereitet werden soll. Die Tagesordnung sieht Referate über „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ und „Selbstverwaltung und Gemeinde“ vor.

Die zusammenfassende Schilderung der Lage der Staatsarbeiter wird die wirtschaftliche Ausbeutung sowie die politische Unterdrückung der in Staatsanstalten fronenden Staatsbürger an den Pranger stellen. Es wird gezeigt werden, wie das kaiserliche Gebot: „Staatsbetriebe sollen Musteranstalten sein“ in Wirklichkeit gehandhabt wird.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Eisenbahnwerkstätten und in den staatlichen Bergwerken; die Lage der im Arbeitsverhältnis stehenden Angestellten aller Art in Staatsbetrieben; die fast gänzliche Bedeutungslosigkeit der Arbeiterausschüsse, soweit solche überhaupt vorhanden; der Mangel jeder wirksamen Arbeitervertretung ebenso wie die gänzlich unzureichende Besoldung der unteren Beamtenkategorien werden auf dem Parteitag erörtert und Mittel und Wege gesucht werden, um diesen Opfern staatlich-kapitalistischer Ausbeutung eine erträglichere Lebenshaltung zu schaffen. Das Licht sozialistischer Aufklärung muß mehr wie bisher auch diese Kreise durchdringen, damit sie ergriffen werden von dem Pflichtbewußtsein, selbst eifrig mitwirken zu müssen in dem Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der politischen Vormundschaft und wirtschaftlichen Machtfülle des fiskalischen Unternehmertums.

Digitized by Google

Das Referat und die Verhandlungen über „Selbstverwaltung und Gemeinde“ werden eine unerschöpfliche Fülle von Beweisen für die Unfreiheit und Bevormundung der preußischen Gemeinden erbringen.

Die jede freiheitliche Entwicklung hemmende reaktionäre Schulpolitik der preußischen Regierung; das immer stärker steigende Bestreben, das Gemeindeschulwesen der kirchlichen Aufsicht auszuliefern; die sich stetig häufenden Eingriffe der staatlichen Organe in die gemeindliche Schulverwaltung; die konsequent immer schärfer hervortretende Absicht, das Bestimmungsrecht über Geist, Umfang und Entwicklung des Gemeindeschulwesens für den Staat zu usurpieren; all diese immer klarer in die Erscheinung tretenden Momente sind vollgültige Beweise dafür, daß es sich für die Regierung darum handelt, die Gemeinden des leitenden Einflusses auf die Schule zu entkleiden. Die Gemeinden sollen auf das Niveau untergeordneter, der ministeriellen Machtvollkommenheit preisgegebener Ausführungsorgane herabgewürdigt werden und, jedes selbständigen Einflusses auf die geistige Gestaltung des Schulwesens beraubt, an dieser für das Gemeindeleben und die Gemeindewirksamkeit wesentlich wichtigsten Aufgabe nur durch Tragung der Kosten für das Gemeindeschulwesen mitwirken.

Wie auf dem Gebiet des Schulwesens, so lastet auch auf allen anderen Zweigen kommunaler Arbeit die Aufsicht und Einmischung des Staates schwer und eisern auf den Gemeinden.

Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen existiert nur dem Worte nach. In Wirklichkeit ist die gemeindliche Selbständigkeit in Preußen gleich Null. Es wird Aufgabe des preußischen Parteitags sein, mit dem Märchen von der Selbstverwaltung durch Klarlegung der Tatsachen gründlich aufzuräumen und zu zeigen, daß bei Entfernung der ministeriellen Bekleidungsstücke von der Selbstverwaltung nichts übrig bleibt als ein geist-, inhalt- und wesenloses Skelett.

Den Bann der Reaktion in Preußen zu brechen, die Macht des Junkertums, dem hauptsächlich die Rückständigkeit Preußens in politischer Hinsicht geschuldet ist, zu verringern, die Fesseln des Großkapitals, dem die staatlichen Betriebe in Ausbeutung der Arbeiterklasse nacheifern, zugunsten des Proletariats zu brechen, gibt es nur ein durchgreifendes, wirksames Mittel — die Beseitigung der Dreiklassenschmach.

Und hierin liegt die bedeutsamste und notwendigste Aufgabe des preußischen Parteitags. Die Referate über „Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtags und die Wahlrechtsfrage in Preußen“ sowie „Die Landtagswahlen 1908“ werden wieder eindringlich und unwiderleglich die ungeheure politische Entrechtung der Besitzlosen des preußischen Volkes nachweisen.

Die Verhandlungen des Parteitags werden das preußische Volk, namentlich die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse, aufs neue aufrufen zum Kampfe gegen das verrottete Dreiklassenwahlsystem, gegen das Geldsackswahlrecht, durch das die Millionen des arbeitenden Volkes politisch entrechtet, junkerlicher, kapitalistischer Brutalität preisgegeben, der gesetzgeberischen Macht und dem Hochmut der besitzenden Klassen überliefert sind.

Nieder mit der Dreiklassenschmach — heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für den preußischen Landtag — fort mit dem Herrenhaus — das ist das Leitmotiv, das alle Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitags durchklingen wird. Der Parteitag wird Zeugnis ablegen von

Digitized by Google

der festen, unbeugsamen Entschlossenheit, den Kampf für die Abschaffung des selbst von Bismarck als das elendeste Wahlrecht stigmatisierten Dreiklassenwahlsystems durchzuführen.

Der Parteitag wird sich des Ernstes der Situation bewußt sein; er wird sich aber der Notwendigkeit des Kampfes nicht verschließen; die Delegierten und die hinter ihnen stehenden organisierten Genossen wissen gewiß die Schwere dieses Kampfes, dessen Durchführung hohe Anforderungen an das Proletariat stellen wird, zu ermessen — aber sie werden den Kampf aufs neue entfesseln und führen — um der Menschenwürde, um des Menschenrechtes, des Proletariats willen.

Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aller preußischen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts bildet die Grundlage, von der aus in Preußen sich erst die Reformmöglichkeit auf den verschiedensten Gebieten politischer und wirtschaftlicher Natur ergibt. Erst muß mit der Dreiklassenschmach aufgeräumt werden — erst muß die Stickluft, die aus dem vermoderten preußischen Wahlsystem, jede freie Regung erwürgend, herausschlägt, dem frischen Luftzug eines volkstümlichen Wahlsystems weichen — erst dann wird man daran denken können, auch in Preußen für freiheitliche Bestrebungen erfolgreich freie Bahn zu schaffen.

Das preußische Volk und ihm voran die Arbeiterklasse muß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht besitzen, um seine Kulturmission erfüllen zu können. Was im Reich und in einer Anzahl Einzelstaaten vom Volke errungen ist, darf und kann dem Volke für Preußen nicht vorenthalten werden.

So hart der Kampf sein, so viele Opfer er erfordern wird — er wird geführt werden — denn das preußische Volk will heraus aus dem Joch der Dreiklassenschmach — es will den Platz, der ihm zukommt, einnehmen in der Gesetzgebung Preußens, es will den reaktionären, volksfeindlichen Ring brechen, der mit dem Dreiklassenparlament nicht nur auf Preußen, sondern auch auf dem Reiche schwer und unerträglich lastet.

Es ist nicht nur eine Frage des preußischen Volkes, sondern auch eine der bedeutungsvollsten Fragen für das Reich, daß in Preußen auf dem Gebiet des Wahlrechtes freies, eines Kulturvolkes würdiges Wahlrecht eingeführt wird. Die Rückständigkeit Preußens hemmt und verhindert jede freiheitliche Regung im Reiche.

Die **Art der Mittel** in diesem Kampfe wird Gegenstand ernstester Beratung auf dem Parteitag sein müssen; an der Entschlossenheit, sich aller Erfolg versprechenden anwendbarer Mittel zu bedienen, wird es gewiß nicht fehlen, und das Proletariat verfügt — dem werden sich auch die Gegner nicht verschließen — über einen reichen Fonds von Solidarität, Opferwilligkeit, Mut und Entschlossenheit, der sicher nicht erfolglos verausgabt werden wird. Mit der Entschlossenheit wird sich Besonnenheit verbinden; die Sozialdemokratie weiß genau, mit welch skrupellosen Gegnern sie in diesem Kampfe zu tun hat, und wird nicht die Geschäfte des Feindes besorgen.

So sehr es Sache auch des **bürgerlichen Liberalismus** wäre, in dem Kampfe für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur mit „Forderungen und Worten“, sondern auch durch Taten, vor allem durch Versagung jeder Unterstützung der Regierungspolitik, mitzukämpfen, so sehr der Liberalismus seine jetzige angebliche Machtstellung im Block ausnutzen müßte, um die auch seinem Programm entsprechende Forderung durchzusetzen, so wenig

kann man darauf rechnen, bei dem Liberalismus in dem Kampfe für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ernsthafte Unterstützung zu finden.

Wie überall, wird das Proletariat auch diesen Kampf allein, auf sich selbst angewiesen, führen müssen. Sei es drum; um so nachhaltiger, um so energischer wird der Kampf aufgenommen und geführt werden. Keine Halbheiten, keine faulen Kompromisse! Will der Liberalismus helfen, das volle demokratische Wahlrecht zu erringen — dann gut; dann mag er den Ernst seiner Absicht durch Taten beweisen; tut er das nicht, dann kämpft die Arbeiterklasse ohne und gegen ihn.

Der preußische Parteitag wird seine Pflicht tun. Er wird das Kampfsignal für eine Agitation geben — von der in sich stets steigernder Weise Begeisterung erweckt, Herzen und Köpfe dem großen Ziel zugewendet, Tatkraft angespornt, Opferwilligkeit begehrt und unablässige Arbeit gefordert werden wird.

Das Proletariat Preußens, unterstützt von der Solidarität der Genossen im Reiche, wird die ihm gestellte Aufgabe lösen. Vorwärts an die Arbeit!

Wahlkampf und Wahlrechtskampf in Preußen.

Von **Otto Landmann.**

So wichtig auch die anderen Gegenstände sind, die auf der Tagesordnung des preußischen Parteitags stehen, im Mittelpunkt des politischen Interesses steht doch vor allem die Wahlrechtsfrage. Denn die Forderungen und Ziele, die der preußische Parteitag aufstellen wird, können erst dann verwirklicht werden, wenn in der Wahlrechtsfrage ein Erfolg erzielt wird. Selbst die Frage der Wahlbeteiligung ist mit der Frage des Wahlrechtskampfes aufs engste verbunden. Noch im Jahre 1903 gingen die Ansichten in der Partei über die Beteiligung am Wahlkampf auseinander; und auch das unmittelbare Ergebnis des Wahlkampfes selbst konnte die Ansicht vieler Parteigenossen, daß eine Beteiligung am Wahlkampf, solange das Dreiklassenwahlrecht besteht, unnütz sei und die vielen Opfer und Mühen nicht lohne, kaum erschüttern. Noch zahlreicher waren diejenigen, welche eine künftige Beteiligung auf einige wenige Wahlkreise beschränkt wissen wollten, wo die Sozialdemokratie aus eigener Kraft vielleicht siegen oder die Entscheidung zwischen den bürgerlichen Parteien fällen konnte. Anders scheint uns jetzt die politische Situation zu sein. Die Frage der Wahlbeteiligung ist vor allem eine Frage des Wahlrechtskampfes. Die Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht kann aber zu keiner Zeit eindringlicher geführt werden als dann, wenn dieses Dreiklassenwahlrecht selbst in Anwendung tritt, wenn es dem Arbeiter die Mühsal und Gefahr der öffentlichen Abstimmung, die Minderwertigkeit seiner Stimme gegenüber der weniger Privilegierter, die schließliche Ergebnislosigkeit der ganzen Wahl vor Augen führt. Die möglichst allgemeine und möglichst intensive Beteiligung an der Wahl, eine mit Leidenschaft und Energie in ganz Preußen geführte Wahlagitation wird so zum selbstverständlichen Erfordernis, um unserem Kampfe gegen dieses Wahlrecht möglichst viel Nachdruck zu verleihen.

Die Beteiligung an der Wahl überall dort, wo uns die Unmöglichkeit, Wahlmänner aufzustellen, nicht unübersteigliche Hindernisse entgegensetzt, müßte auch dann erfolgen, wenn wir dadurch sonst gar keine unmittelbaren politischen

Digitized by Google

Resultate erzielen können. Doch sind solche Resultate nichts weniger als ausgeschlossen. Es ist durchaus möglich, daß selbst unter dem bestehenden Wahlrecht diesmal der eine oder der andere Sozialdemokrat als Gewählter in das Dreiklassenparlament einzieht. Dies wäre von nicht zu unterschätzender Bedeutung gerade wieder für den Wahlrechtskampf, der dann nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Parlamentes eine Vertretung finden würde. Denn daß eine sozialdemokratische Vertretung im preußischen Parlament gar keine andere Aufgabe hätte wie die, als Todfeind dieses Parlamentes alles daranzusetzen, um dessen Grundlagen zu zerstören, braucht hier ja nicht ausgeführt zu werden.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie diesmal in einer größeren Anzahl von Wahlkreisen als im Jahre 1903 die Entscheidung zwischen den bürgerlichen Parteien in die Hand bekommen wird. Schon der Beschluß des preußischen Parteitags, die Arbeiter aufzufordern, sich überall an den Wahlen zu beteiligen, wird vielleicht eine gewisse abkühlende Wirkung auf einzelne freisinnige Politiker ausüben, zumal wenn der preußische Parteitag schon jetzt keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß er von dieser Macht rücksichtslos Gebrauch machen wird. Wenn der Freisinn vollständig zu einer Schutztruppe der Junker geworden ist, wenn er die letzten Reste der bürgerlichen Opposition in das Regierungslager überführt, dann ist er schlimmer und gefährlicher als die offene Reaktion und muß dementsprechend behandelt werden. Es ist die Schuld des Freisinns selbst, wenn die taktische Frage eines Wahlabkommens mit dem Freisinn für den preußischen Parteitag gar nicht mehr in Frage steht. Ebensowenig kann von einem bedingungslosen Eintreten für den Freisinn in der Stichwahl die Rede sein. Geht der Blockliberalismus aber die Bahn weiter, die er bisher eingehalten hat, so kann es sogar sein, daß Stimmen laut werden, die strikteste Stimmenthaltung bei der Stichwahl oder Beseitigen des Freisinns durch Wahl seines Gegners verlangen werden. Es braucht dabei wohl kaum erwähnt zu werden, daß ohne weiteres Ausnahmen gegenüber demokratischen Bürgerlichen gemacht werden können, wenn diese überhaupt Kandidaturen erlangen sollten.

Aber wir denken, daß diese taktischen Fragen den Parteitag kaum allzulange aufhalten werden. Denn nach der Entwicklung, die die Dinge seit Beginn der Blockpolitik genommen haben, ist es von sehr untergeordneter Bedeutung geworden, ob sich der Abgeordnete des Dreiklassenwahlrechts freisinnig, nationalliberal oder konservativ nennt. Denn die Kraft, die eine Reform des Wahlrechts bewirken wird, liegt überhaupt nicht innerhalb des preußischen Parlaments, sondern außerhalb desselben. Von der Größe, Energie und der Ausdauer der Volksbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht hängt das künftige Schicksal der Wahlreform einzig und allein ab. Diese Volksbewegung zu entfesseln, ist daher das Entscheidende. Auch hier werden taktische Fragen kaum eine größere Rolle spielen. Dafür haben die Ereignisse dieses Sommers zur Genüge gesorgt. An sich konnte ja der Gedanke natürlich erscheinen, daß die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf in loser oder engerer Verbindung mit jenen Parteien führe, die ebenfalls in ihrem Programm das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangten. Allein die Schicksale, die die Aufforderung Naumanns und später der Vorschlag Barths durch die Freisinnige Volkspartei erfuhren, haben bis zur Evidenz bewiesen, daß der Freisinn von irgend einem wirksamen Eintreten für das gleiche Wahlrecht nichts wissen will. Ebenso hat auch das Zentrum gezeigt, daß es nicht die geringste Lust hat, eine Opposition

zu betreiben, die ihm die dauernde Gegnerschaft der Konservativen zuziehen könnte. Und so ergibt es sich für die Sozialdemokratie aus der Haltung dieser Parteien von selbst, daß der Kampf nicht etwa in Gemeinschaft mit ihnen, sondern in schärfster Gegnerschaft zu diesen Parteien wird geführt werden müssen. Und damit ist der Angriffspunkt gegeben. Es gilt, die Entrechteten Preußens, vor allem die Arbeiter, die noch in der Gefolgschaft dieser Parteien sind, von ihnen loszulösen und so diese Parteien vor das Dilemma zu stellen, entweder ihren Anhang unter den Arbeitern zu verlieren oder, was für sie wohl schon unmöglich geworden ist, den Wahlrechtskampf im Gefolge der Sozialdemokratie aufzunehmen. So muß die Sozialdemokratie gerade diesen scheinbar rein politischen Kampf als reinen Klassenkampf führen. Sie kann nicht, wie manche Ideologen es noch vor nicht zu langer Zeit erwarteten, sich mit bürgerlichen Parteien gegen andere verbinden, sondern sie muß versuchen, zu der Forderung des gleichen Rechts das gesamte Proletariat gegen die Bourgeoisie zu vereinigen. Gewiß eine schwere Situation, in der der preußische Wahlrechtskampf geführt werden muß. Aber gerade diesmal ist es auch ganz besonders klar, daß diese Taktik des Klassenkampfes in seiner unverhüllten Form von der Sozialdemokratie nicht freiwillig gewählt, sondern mit Naturnotwendigkeit durch das Versagen der bürgerlichen Parteien aufgezwungen wird, die ihre programmatischen Forderungen sofort verleugnen, sobald es gilt, für deren Erfüllung zu kämpfen.

Doch so schwierig diese Situation ist, so ist sie doch nichts weniger als aussichtslos. Gerade der Wahlrechtskampf wird uns ausgezeichnete Gelegenheit geben, den nichtsozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, wie sie von den bürgerlichen Parteien mißbraucht werden. Die Aufklärungsarbeit, die hier zunächst zu leisten ist, wird ihre Früchte tragen, und einen sicheren Erfolg muß uns der Wahlrechtskampf zunächst bringen, die Vereinigung der bis jetzt noch in der Gefangenschaft der bürgerlichen Parteien gebliebenen Arbeiter mit dem klassenbewußten Proletariat. Ist aber erst einmal das preußische Proletariat zu einer einzigen Schlachtreihe vereinigt, dann wird und muß es ihm auch gelingen, den Herrschenden sein so lange vorenthaltenes Recht zu entreißen. Der Kampf um das preußische Wahlrecht bedeutet den Kampf um das festeste Stützwerk des Junkertums. Es ist nur selbstverständlich, daß dieser Kampf nicht von heute auf morgen entschieden wird. Und deshalb ist es unmöglich, daß der preußische Parteitag im voraus Stellung nehmen kann zu allen Mitteln, die die verschiedenen Phasen dieses Kampfes etwa notwendig machen. Er wird seine Aufgabe erfüllen, wenn er die Eröffnung dieses Kampfes beschließt und seine Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, alle Mittel, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, anwenden zu lassen, wenn es der Zweck erfordert. Es ist wohl der Ertrag der Diskussionen in den letzten Jahren, daß heute nicht mehr wie früher die eine oder andere unserer wirksamen Waffen im vorhinein verworfen wird. Aber ebensowenig läßt sich auf längere Zeit hinaus eine bestimmte Waffe als die allein siegbringende wählen. Das wichtigste ist, daß der Kampf mit aller Energie aufgenommen wird. Um seine Fortführung ist uns nicht bange; der Kampf wird den Kampf gebären.

So möge denn das preußische Arbeiterparlament dem Parlament der Junker und der Bourgeoisie, das am 26. November zusammentritt, sein drohendes Memento mori zurufen.

Der Block und die preußische Landespolitik.

Von **Paul Hirsch.**

Preußen ist der führende deutsche Bundesstaat, der deutsche Kaiser ist zugleich König von Preußen, der Kanzler des Deutschen Reiches ist preußischer Ministerpräsident, sein Stellvertreter ist Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und die preußischen Staatsminister sind Bevollmächtigte zum Bundesrat. Man sollte also glauben, daß die konservativ-liberale Paarung, von der sich politische Kinder den Beginn einer liberalen Ära im Reiche versprechen, auch in Preußen die Reaktion hinwegfegen müßte. In der Tat fehlt es nicht an Stimmen, die sich in diesem Sinne geäußert haben. Leider übersehen diese klugen Politiker in ihrer Rechnung nur zwei Faktoren: einmal, daß das unnatürliche Bündnis zwischen Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen nicht bedeutet, daß im Reiche liberaler, sondern daß noch reaktionärer als bisher regiert werden wird; man wird den linksstehenden Parteien einige Scheinkonzessionen auf weniger wichtigen Gebieten machen, um desto ungestörter in allen wichtigen Fragen seine reaktionären Pläne verfolgen zu können. Sodann aber rechnen die Leute, die von der konservativ-liberalen Paarung das Ende der Reaktion in Preußen erwarten, nicht mit den gegebenen Verhältnissen, sie vergessen die Parteigruppierung des Abgeordnetenhauses, wo die beiden konservativen Parteien schon fast allein die Mehrheit ausmachen, wo für alle Verdummungs- und Verpfaffungsbestrebungen eine gefügige konservativ klerikale Mehrheit und für alle auf die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes gerichteten Pläne eine konservativ-freikonservativ-nationalliberale Mehrheit vorhanden ist. Die freisinnigen Parteien, ohne die der Block im Reichstag keine Majorität hat, bilden im preußischen Abgeordnetenhaus eine quantité négligeable.

Man könnte einwenden, die Freisinnigen werden, wenn man sie im Landtag links liegen läßt, die Konsequenzen ziehen, sie werden sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen und aus dem Block austreten; um dies zu verhindern, müsse die Regierung also darauf bedacht sein, ihnen auf dem Gebiet der Landespolitik gewisse Zugeständnisse zu machen. Soweit die Regierung in Betracht kommt, glauben wir gern, daß sie bestrebt sein wird, wenigstens für die erste Zeit alles zu vermeiden, was in die Flitterwochen der jungen Ehe einen Mißton bringen und den häuslichen Frieden stören könnte. Ob aber auch der stärkere Teil der Ehe, die Konservativen, eine so zarte Rücksicht auf ihr freisinniges Ehegespons nehmen werden, daran erlauben wir uns zu zweifeln. Die preußischen Junker haben sich bisher stets als Männer gezeigt, die rücksichtslos auf ihr Ziel losgehen, sie sind ganz besonders in ihrer eigentlichen Domäne, im preußischen Landtag, nicht nur über alle von freisinniger Seite kommenden Wünsche und Forderungen rundweg zur Tagesordnung übergegangen, sondern sie haben im Ernstfall auch der Regierung die Zähne gewiesen. Beweis hierfür ist die parlamentarische Geschichte der Kanalvorlage. Für das Zustandekommen des im Interesse der Kultur gelegenen Projektes hatte sogar der deutsche Kaiser sein Wort verpfändet, die Junker aber kümmerten sich nicht darum, sie handelten nach dem Spruche:

> Und der König absolut,
> Wenn er uns den Willen tut,

sie zwangen die Regierung zu einem schmählichen Rückzug.

So wenig wie wir an ein Entgegenkommen der Konservativen gegenüber den Freisinnigen glauben, ebenso sehr sind wir andererseits davon überzeugt, daß die Freisinnigen, mögen sie im Landtag noch so schlecht behandelt werden, daraus doch keinen Grund zum Austritt aus dem Block herleiten werden. Die Führer der freisinnigen Parteien haben sich schon viel zu sehr in die Rolle der Regierungsparteien hineingelebt, sie fühlen sich zu behaglich im Schatten der Bülow-Sonne, als daß sie um einiger Fußtritte willen, die man ihnen im Landtag versetzt, ihre Position aufgeben wollten; sie wissen, daß ihnen nach dem Austritt aus dem Block nur eine Möglichkeit übrig bleibt, der Zug nach links; den aber wollen sie getreu der Parole: „Lieber mit Kröcher als mit Barth" nicht unternehmen — es sei denn, daß sie von den Massen dazu gedrängt werden.

Die erste Probe wird der Block bald nach dem Zusammentritt des Landtags bei der Etatsberatung zu bestehen haben. Will die Linke sich nicht um allen Kredit bringen, dann darf sie sich nicht wieder wie zu Beginn dieses Jahres mit den übrigen Parteien dahin verständigen, daß alle Fragen grundsätzlicher Natur aus der Etatsdebatte ausgeschaltet werden, sie muß Farbe bekennen, sie wird vor allem zur Wahlreform unzweideutig Stellung zu nehmen haben. Von irgendwelchen Zugeständnissen, von Rücksichten auf das Freundschaftsverhältnis zu den übrigen Anhängern des Blockes kann hier nicht die Rede sein, hier gibt es nur ein Entweder — Oder. Entweder die Freisinnigen fordern mit Entschiedenheit das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht, dann aber haben sie nicht nur die beiden konservativen Parteien, sondern auch die Nationalliberalen gegen sich, oder aber sie gehen der Aussprache aus dem Wege, und dann haben sie den letzten Anspruch auf den Namen „freisinnig" verwirkt, und die Wähler werden sich, soweit sie noch eine Spur demokratischen Gefühls besitzen, von ihren Führern abwenden. Die Lauheit, mit der die Freisinnigen seit der Blockbrüderschaft für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingetreten sind, läßt darauf schließen, daß sie im Landtag zwar dieses Wahlrecht fordern, zugleich aber auch durchblicken lassen werden, daß sie sich schon mit einer recht geringen Abschlagszahlung begnügen werden. Ja, der Verlauf der Frankfurter Einigungsversammlung legt sogar die Vermutung nahe, daß die Freisinnigen schon im voraus die Waffen strecken und ohne Kampf klein beigeben werden. Eine solche Halbheit würde natürlich die Konservativen in ihrem Widerstand gegen jede Reform nur noch stärken. Daß die Sozialdemokraten den Freisinnigen, sofern sie allen Ernstes für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes in Preußen zu kämpfen bereit sind, ihre Unterstützung zuteil werden lassen, das hat Singer namens des Parteivorstandes auf einer Generalversammlung der Wahlvereine von Groß-Berlin erklärt; seitens der Freisinnigen liegt, wenn man von einigen Eigenbrödlern wie Barth und Breitscheid absieht, eine solche Erklärung nicht vor, und sie wird auch kaum abgegeben werden. Im Gegenteil, die bisherigen Erfahrungen berechtigen zu dem Schlusse, daß die Freisinnigen lieber einem unbedingten Anhänger des Dreiklassenwahlsystems als einem Sozialdemokraten ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Das haben sie vor Inaugurierung der Blockpolitik getan und das werden sie heute, wo sie Regierungspartei geworden sind, erst recht tun.

Ein anderes Gebiet, auf dem die grundsätzlichen Forderungen der Blockparteien diametral auseinandergehen, ist das des Volksschulwesens. Auf

der einen Seite die Konservativen, die in holder Eintracht mit dem Zentrum das Volk in Unwissenheit erhalten und die Schule der Kirche ausliefern wollen, auf der anderen Seite die freisinnigen Parteien, denen man bildungsfreundliche Bestrebungen nicht absprechen kann, und die den Einfluß der Kirche auf die Schule zu beseitigen bestrebt sind, zwischen beiden die Nationalliberalen und Freikonservativen, die sich gern als moderne Menschen aufspielen und unter Umständen auch gegen den Strom zu schwimmen wissen, wie ihre Opposition gegen den Zedlitzschen Volksschulgesetzentwurf bewiesen hat, auf die aber, nach ihrer Haltung zu dem jüngst verabschiedeten Volksschulunterhaltungsgesetz zu urteilen, absolut kein Verlaß ist. Die Geschichte dieses Gesetzes legt Zeugnis davon ab, wie unfruchtbar die Blockpolitik in Preußen sein muß und wie sie mit Naturnotwendigkeit zur Stärkung der Reaktion beiträgt. An den Vorverhandlungen waren bekanntlich die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen beteiligt, das Zentrum hatte man ausgeschaltet, und die Freisinnigen hinzuzuziehen verlohnte sich nicht der Mühe. Der Kompromißantrag vom Jahre 1904, der die Grundlage des Gesetzes bildet und der die Unterschriften der Abgeordneten Frhr. v. Zedlitz (freikonservativ), Dr. v. Heydebrand (konservativ) und Hackenberg (nationalliberal) trägt, gelangte gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Teiles des Zentrums zur Annahme. Die Freisinnigen stimmten dagegen, weil dem Konfessionalitätsprinzip zu sehr Rechnung getragen, das Zentrum, weil dies Prinzip nicht genügend berücksichtigt wurde. Die Gestaltung, die das Gesetz schließlich erfahren hat, weicht aber so sehr von dem ursprünglichen Gedanken des Kompromißantrags ab, daß das Zentrum die besten Geschäfte dabei gemacht hat; es hatte den Antrag nicht unterschrieben, aber für das Volksschulunterhaltungsgesetz konnte es ruhigen Gewissens stimmen, weil es mehr erreicht hatte, als es in seinen kühnsten Träumen zu hoffen wagte. Die Nationalliberalen dagegen, die zu den Vätern des Gesetzes gehörten, waren in die Rolle der blamierten Europäer gedrängt. „Wenn irgend eine Partei bei der Ausarbeitung des Volksschulunterhaltungsgesetzes schlecht behandelt ist", so bemerkte einige Zeit nach Verabschiedung des Gesetzes der nationalliberale Führer Dr. Friedberg, „wenn das Vertrauen, das sie der königlichen Staatsregierung in dieser Frage entgegengebracht hatte, bitter getäuscht worden ist, so ist es meines Erachtens die nationalliberale Partei. Es hat bekanntlich erst langer Kämpfe und Auseinandersetzungen bedurft, um schließlich den Entwurf so zu gestalten, daß er für uns annehmbar war. Der Entwurf — und das haben wir während der ganzen Verhandlungen empfunden — war den Herren der konservativen Partei auf den Leib geschrieben und nicht uns." Wenn schon die Nationalliberalen, die doch immerhin eine beträchtliche Stimmenzahl im Landtag in die Wagschale werfen können, in dieser Weise behandelt werden, wenn die Konservativen im Gefühl ihrer Stärke ihre nationalliberalen Bundesgenossen übers Ohr hauen und das Gesetz so gestalten, daß dem Zentrum die Zustimmung leicht wird — um wie viel mehr werden sie dann über die Forderungen der Freisinnigen zur Tagesordnung übergehen?

Die Freisinnige Volkspartei verlangt in ihrem Eisenacher Programm die „Unabhängigkeit der Schule von der Kirche", die Konservativen dagegen weisen der Schule die Aufgabe zu, „die Jugend nicht nur zu tüchtigen Bürgern, sondern auch zu gläubigen Christen zu erziehen", und sie räumen der Erziehung zu

gläubigen Christen den Vorrang ein vor der Erziehung zu tüchtigen Bürgern. Kann es einen größeren Gegensatz geben? Die Kluft ist unüberbrückbar. Hier wird und muß der Block völlig versagen, die Konservativen werden sich zur Erreichung ihres Zieles mit dem Zentrum gegen die Freisinnigen und, wenn es sein muß, auch gegen die Freikonservativen und die Nationalliberalen verbünden. Der Sieg, den die konservativ-klerikale Mehrheit am 16. März dieses Jahres über die freikonservativ-nationalliberal-freisinnige Mehrheit erfochten hat, indem sie den Antrag auf allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht zu Falle brachte, wird sie ermuntern, die Bahnen der Finsternis weiter zu wandeln, und daran werden sie sich auch nicht dadurch hindern lassen, daß inzwischen Herr Holle an die Stelle von Studt getreten ist. Hat doch erst vor wenigen Tagen der Führer der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, Herr v. Heydebrand, es als das Törichteste bezeichnet, was die Konservativen tun könnten, wenn sie einer Erscheinung zuliebe, die vielleicht nach einer sehr kurzen Zeit überlebt sei, ein prinzipielles Opfer ihrer Lebensinteressen bringen wollten!

Betrachten wir weiter die Polenpolitik der Regierung! Hier ist die Parteikonstellation eine wesentlich andere. Vorkämpfer dieser Politik sind die Nationalliberalen und Freikonservativen; die Konservativen und in letzter Zeit auch die Freisinnige Vereinigung unterstützen sie, während die Freisinnige Volkspartei im Verein mit dem Zentrum und den Polen der Regierung bisher die Mittel zu ihrer Fortführung versagt hat. Von den Blockparteien steht also nur die Freisinnige Volkspartei abseits. Wird sie in dieser Stellung beharren oder wird sie sich in ihrem Rausche zu einer Ausnahmegesetzgebung gegen einen Teil der Bevölkerung hinreißen lassen? Schon die nächste Zeit wird darüber Klarheit schaffen. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß die Wiemer, Kopsch und Fischbeck aus Angst, der Block könne in die Brüche gehen, dies Opfer zu bringen bereit sind. Bleiben sie dagegen standhaft, so wird das nicht gerade zur Festigung des Blockes beitragen.

Das Vereinswesen soll ja der Ankündigung des Fürsten Bülow zufolge in Zukunft reichsgesetzlich geregelt werden, aber die Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetz werden die Einzellandtage zu erlassen haben, und bei ihrer Beratung wird es sich zeigen, ob man auch hier die Gegensätze künstlich zu überkleistern und die einzelnen Teile des Blocks aneinander zu kitten bemüht ist oder ob die freisinnigen Parteien den Mut haben werden, ihre prinzipiellen Forderungen geltend zu machen. Die Konservativen wollen bekanntlich von einem freiheitlichen Vereinsgesetz überhaupt nichts wissen, weil sie es für ihre parteipolitischen Zwecke nicht brauchen, sie können sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzen, ohne daß ein Hahn danach kräht. Die Nationalliberalen sind Anhänger eines freiheitlichen Vereinsgesetzes für die Bourgeoisie, sie haben aber nichts dagegen, daß das Proletariat unter ein Ausnahmegesetz gestellt wird. Bei der Beratung der Lex Recke haben sie unumwunden zugegeben, daß sie nur deshalb nicht für den vom Herrenhaus zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie umgemodelten Entwurf zu haben waren, weil die Initiative dazu nicht von der Regierung ausging, und sie haben weiter durchblicken lassen, daß sie befürchteten, auch ihre Freunde könnten von dem Gesetz, wenn es in jener Fassung zur Annahme gelangen würde, einmal getroffen werden. Auf einem grundsätzlich anderen Standpunkt stehen die beiden freisinnigen Parteien, die zugleich mit einem wirklich freien Vereins-

und Versammlungsrecht die Gleichheit aller vor dem Gesetz fordern. Von diesem Standpunkt aus haben sie im Landtag an den Verboten von Versammlungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache oder an polizeilicher Willkür bei Versammlungsauflösungen und dergleichen rückhaltlose Kritik geübt. Also auch hier geht ein tiefer Riß durch die Blockparteien.

Aber damit sind die Gegensätze zwischen der Linken und der Rechten des Abgeordnetenhauses bei weitem noch nicht erschöpft. Schon ein Blick in das Programm der Freisinnigen Volkspartei zeigt, wie himmelweit verschieden die Weltanschauung zwischen ihnen und den Konservativen ist, namentlich, soweit diese Anschauung in Fragen zum Ausdruck kommt, deren Regelung der Landesgesetzgebung vorbehalten ist. Mit Händen und Füßen widersetzen sich die Konservativen der freisinnigen Forderung auf Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungswesens; von der Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen des Standes, der Partei und des Glaubens wollen sie nichts wissen, die volle Gewissens- und Religionsfreiheit ist ihnen ein Greuel, gegen den Schutz der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift und gegen die Preßfreiheit haben sie sich mehr als einmal erklärt, die Verkehrspolitik, die sie betreiben, unterscheidet sich wesentlich von der, die den Freisinnigen vor Augen schwebt, die schwachen Ansätze des Freisinns auf Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch den Landtag, zum Beispiel die Anstellung von Arbeitern als Assistenten der Gewerbeinspektion, die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten, die Beteiligung von Ärzten an der Gewerbeinspektion, haben die Konservativen aufs heftigste bekämpft, die von den Freisinnigen befürwortete Mittelstandspolitik steht in striktem Widerspruch zu der der konservativ-klerikalen Mehrheit — kurz und gut, auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen vertragen sich die Ansichten der Freisinnigen und der Konservativen wie Feuer und Wasser, während umgekehrt zwischen Konservativen und Zentrum der Berührungspunkte unendlich viele sind.

Auf einer mittleren Linie zwischen rechts und links, allerdings mehr nach rechts neigend, bewegen sich die preußischen Nationalliberalen. Vor einigen Wochen hat der nationalliberale Kandidat für Lehe-Geestemünde Geheimrat Witting in seiner Wahlrede ausdrücklich erklärt, die Blockpolitik könne doch nicht so aufgefaßt werden, daß nun in Preußen für Staatsnotwendigkeiten fundamentaler Natur Stagnation und Versumpfung Platz greift, und er hat in Aussicht gestellt, daß seine Freunde „mutig und ohne Menschenfurcht" die großen Lebensfragen der Nation im preußischen Parlament aufrollen werden. Wir sind gespannt, ob Herr Witting im Falle seiner Wahl sein Versprechen halten wird. Geschieht das, dann können wir uns auf ein nettes Schauspiel gefaßt machen.

Aber man braucht die Worte des nationalliberalen Kandidaten nicht allzu tragisch nehmen. Hat doch ungefähr zu der gleichen Zeit ein anderer Nationalliberaler, der Abgeordnete Schiffer in Magdeburg in einer Rede über die Aussichten der Blockpolitik ausdrücklich die Frage verneint, ob die Nationalliberalen etwa mit Sprengung des Blocks drohen können, wenn er nicht vom Reich auch auf Preußen übertragen wird. Das ist das nackte Zugeständnis an die Konservativen, daß sie auch in Zukunft im Bunde mit dem Zentrum ihre kulturwidrige Politik in Preußen fortsetzen können, ohne daß die Nationalliberalen ihnen deshalb zürnen werden. Wie wenig die

Konservativen die nationalliberale Opposition zu fürchten brauchen, davon legt Zeugnis ab die Tatsache, daß dieselben Nationalliberalen, die in ihrem offiziellen Aufruf zu den letzten Landtagswahlen die Gefahr der konservativen Herrschaft in Preußen nicht schwarz genug zu malen wußten, die pathetisch davon sprachen, daß Rückschritt und Rückständigkeit in Preußen droht, während der ganzen Dauer der Legislaturperiode in zahlreichen Fragen Arm in Arm mit den Konservativen und sogar mit dem Zentrum marschiert sind, an dem der Wahlaufruf überhaupt kein gutes Haar ließ.

Die einzigen Parteien, die bisher, wenn man von der Parteikonstellation in der Polenpolitik absieht, als Oppositionsparteien im Landtag in Frage kamen, sind die beiden freisinnigen. Für gewisse Fragen gesellen sich ihnen die Nationalliberalen hinzu, aber im großen ganzen ist in Preußen seit Jahrzehnten in konservativ-klerikalem Sinne regiert worden, und im konservativ-klerikalen Sinne wird trotz des Blocks weiter regiert werden. Die Ultramontanen sind für die meisten Fragen der Landespolitik die natürlichen Bundesgenossen der Konservativen, und wer die Konservativen kennt, der wird nicht glauben, daß sie dem Block zuliebe auf diese Bundesgenossenschaft verzichten werden. Die Linke dagegen, besonders die äußerste Linke, wird auch jetzt, wo ihr im Reich ein Plätzchen an der Sonne vergönnt ist, im Landtag in den Schatten gestellt bleiben, die Mehrheitsparteien werden nach wie vor über ihre Wünsche zur Tagesordnung übergehen.

Uns kann es nur recht sein, wenn der Freisinn sich das gefallen läßt; ob aber sein Ansehen, das ohnehin schon genug gelitten hat, dadurch ein größeres wird, das möchten wir bezweifeln. Aus Achtung vor sich selbst darf der Freisinn sich mit einer solchen Rolle nicht zufrieden geben, aus Selbsterhaltungstrieb ist er verpflichtet, seine programmatischen Forderungen im Landtag zu propagieren. Ob er das tun will oder nicht, ist schließlich seine eigene Sache. Tut er es, dann werden auch dem geistig Blinden die Augen darüber geöffnet werden, ein wie unsinniges Gebilde der Block ist; tut er es nicht, dann wird es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die freisinnigen Wähler im Lande über den Verrat ihrer Führer an den höchsten Gütern des Volkes aufzuklären. Wie es aber auch kommen wird, die Blockpolitik wird gerichtet sein, unter der Herrschaft des Blocks wird der Abstand zwischen Preußen und einem wirklichen Kulturstaat immer größer werden.

Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Posen.

Von **Josef Kliche.**

Die Provinz Posen ist in noch höherem Maße als die Nachbarprovinz Schlesien das klassische Land der sozialen Rückständigkeit und des in solchen Verhältnissen wurzelnden politischen und sozialen Indifferentismus der Arbeiter. Allerdings haben auch hier im letzten Jahrzehnt die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Fuß gefaßt, aber nur wenig an Boden gewonnen, und nur in einzelnen, durch Lage und Verhältnisse besonders dazu geeigneten Orten. Ja, bei den letzten Wahlen sind die sozialdemokratischen Stimmen von 8051 im Jahre 1903 abgegebenen auf 6499 gesunken, trotzdem die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in demselben Zeitraum von 5142 auf 7277, also um volle 2100 stieg.

Die Provinz Posen hat wenig Industrie, die Lohnarbeiter sind fast nur entweder landwirtschaftliche Tagelöhner, die mitunter eine kleine Kätnerstelle besitzen oder städtische Bauarbeiter. Als Industriearbeiter kommen in Betracht die Tabakarbeiter, deren es in der Stadt Posen eine ganze Anzahl gibt, von denen 586 der gewerkschaftlichen Organisation angehören, sowie einige Tausend Fabrikarbeiter, die meist in der Eisenindustrie beschäftigt sind. Zu den ländlichen Tagelöhnern sind auch die 10121 Ziegeleiarbeiter zu rechnen, die am schlechtesten entlohnten Arbeiter ihres Berufs in ganz Deutschland; trotzdem oder vielmehr gerade deshalb haben sie bis jetzt noch nicht den Weg zur Organisation gefunden.

Die Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiterschaft sind infolge der schwachen Organisationen noch sehr schlecht; lange Arbeitszeit und völlig unzureichende Entlohnung sind allgemein. Auch die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission hat daran nichts geändert; wohl hat die Parzellierung der Güter etwas reichlichere Arbeitsgelegenheit gebracht, doch nur vorübergehend und in zu unbedeutendem Maße, als daß es auf die Lohnverhältnisse bessernd gewirkt hätte.

Die Zahl der direkten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter hat allerdings infolge der Siedlungspolitik der Regierung abgenommen. Während bisher für die großen Güter Massen ausländischer Saisonarbeiter, teilweise auch Dauerarbeitern, eingeführt wurden, findet infolge der Zerstücklung der Güter nicht einmal der Überschuß von Arbeitskräften aus den kleinen Kätnerstellen genügende landwirtschaftliche Beschäftigung vor und flüchtet deshalb in die Großstadt, wo sie in der Industrie ein Unterkommen suchen und finden. Jede Ansiedlerfamilie stellt eben aus sich selbst heraus die nötigen Arbeitskräfte, ja sie liefert oft in derjenigen Jahreszeit, in der bei der Landarbeit nur wenig zu tun ist, noch überschüssige Kräfte, die als Handlanger im Baugewerbe der Landstädte Arbeit suchen.

Die Gesamtbevölkerung der Provinz, die 1882 1665617 betrug, war 1895 auf 1774046 angewachsen, hatte sich also in dem dreizehnjährigen Zeitraum um 108429 Köpfe vermehrt.

Landwirtschaft:		Handel und Verkehr:	
1882	395392 Personen	1882	33597 Personen
1895	404893 „	1895	45209 „
Industrie:		Häusliches Gesinde usw.:	
1882	104162 Personen	1882	18849 Personen
1895	131052 „	1895	14174 „

Während also der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 noch 64,7 Prozent betrug, war er 1895 auf 59,4 Prozent gesunken, dagegen der Anteil der Industrie von 17,2 Prozent auf 20,7 Prozent gestiegen.

Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission illustrieren folgende Zahlen: Die Zahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe über 100 Hektar war von 2681 auf 2459 gesunken, also um 8,3 Prozent, die der Großbetriebe mit 100 und mehr Hektar von 1960 auf 1762, also um 10,1 Prozent, und infolgedessen sank die Zahl der landwirtschaftlichen Tagelöhner von 196760 auf 169058, also um rund 27000. Diese 27000 Hörigen sind nun aber keineswegs, wie unsere Gegner prahlen, in die Reihen der selbständigen Existenzen aufgerückt, denn an die Arbeiter, Kleinbauern und sonstige Siedlungslustige polnischer

Digitized by Google

Nationalität verkauft ja die Kommission überhaupt nichts. Es bleibt also als Ausweg nur der Übergang in industrielle Berufe, hauptsächlich in das Baugewerbe, wofür auch die Zunahme in diesen Berufen spricht, und ferner die enorme Auswanderung nach dem Westen, in die Industriebezirke Rheinlands und Westfalens. Ein kleiner Teil zieht auch jedes Frühjahr als Saisonarbeiter auf die Rittergüter Mecklenburgs, Brandenburgs und Schlesiens. Während also die Ansiedlungskommission Ansiedler sogar aus Amerika und vom Schwarzen Meere heranzieht, sieht sich der landwirtschaftliche Lohnarbeiter polnischer Zunge gezwungen, sein elendes Dasein in einem anderen Erwerbsgebiet weiter zu fristen oder in eine Gegend zu verziehen, wo größere Güter von der Parzellierung noch verschont geblieben sind.

Die preußische Regierung veröffentlichte in diesem Jahre eine Denkschrift: „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit“, in der sie das Eingeständnis ablegt, daß in dem auf die ersten zehn Jahre ihrer „kulturellen“ Tätigkeit folgenden Jahrfünft von 1895 bis 1900 der nach dem Westen ziehende und dauernd dort verbleibende Teil der Sachsengänger zahlreicher war als der Geburtenüberschuß in der Heimat. Im Regierungsbezirk Marienwerder, also in Westpreußen, betrug im Jahre 1895 die Zahl der dauernd nach dem Westen ziehenden Arbeiter 186. Im Jahre 1905 dagegen hatte sich diese Zahl auf 407 vermehrt und im vergangenen Jahre stieg sie sogar auf 488. Das Kontingent der Abwandernden setzt sich dazu noch zum größten Teile aus deutschen Arbeitern zusammen. Ferner wird mitgeteilt, daß schon die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Parzellierung herbeigeführt hätten, auch auf polnischer Seite, da es den großen Grundbesitzern gar nicht mehr möglich ist, Lohnarbeiter in genügender Anzahl zu bekommen, und daß durch das Parzellieren auch die Polen dem Auswandern ihrer Landsleute einen Riegel vorschieben wollen. Die großen Güter bearbeiten ihre Ländereien in der Mehrzahl mit ausländischen Saisonarbeitern, da der einheimische Arbeitsmarkt, wie schon hervorgehoben, sich mehr und mehr entvölkert. Man sieht also, trotz des Ansiedlungsfonds von 350 Millionen Mark — und die Denkschrift verlangt für die nächsten Jahre „neue große Mittel“ — hat sich die Arbeiterfrage wesentlich verschärft. Als eine Erlösung aber kam die behördliche Parzellierung einer großen Anzahl halbverkrachter junkerlicher Großgrundbesitzer, denen die Riesensummen, die sie für ihr verschuldetes Besitztum erhielten, gut zustatten kamen. Die Regierung betont auch wiederholt, wie wichtig es sei, einen kräftigen deutschen Großgrundbesitz zu erhalten, damit es der bäuerlichen deutschen Bevölkerung nicht an den politischen Führern und sonstigen Kräften für die Selbstverwaltungsämter der Provinz ermangle. Aber trotz aller preußischen „Kulturarbeit“ zeigt die Provinz Posen keinen nennenswerten Aufschwung und läßt ihn auch für das nächste Jahrfünft nicht erwarten. Wohl versuchen hier und da Privatgesellschaften, sich ein Tätigkeitsfeld für ihre Spekulationen zu schaffen, wie die Braunkohlengesellschaft im Kreise Fraustadt, aber Betrieb und Ausbeute sind verschwindend gering. Auch im Kreise Kosten ist die Erschließung eines Braunkohlenfeldes geplant, dort hat die Gewerkschaft „Adelheid“ in Gotha ein Areal von 25000 Morgen erworben und beabsichtigt dort zwei Schächte und zwei Brikettfabriken anzulegen. Ob aber diese Unternehmungen günstig auf die Lohnverhältnisse der in der Gegend ansässigen Arbeiter einwirken würden, ist sehr fraglich. Auch die vor fünf Jahren erfolgte Aufhebung des Rayongesetzes für die Stadt Posen, das Niederlegen der Wäll

und Bastionen zwecks Bebauung, hat weder der Geschäftswelt noch der Arbeiterschaft die mit so großer Reklame angekündigten Vorteile gebracht. Die Wälle sind längst gefallen und freies Baugelände steht massenhaft zur Verfügung, aber eine Bautätigkeit setzte nicht ein. Die Konjunktur begann in dem darauffolgenden Jahre zu stocken und hat sich seitdem nie wieder erhoben. Ja, für die nächsten Jahre befürchtet man im Posener Baugewerbe — und an ihm sind mehr oder weniger fast alle anderen Berufe beteiligt — eine Krise. Die Vorboten stellen sich schon ein. Die Löhne sind in keinem Beruf innerhalb dieses Jahrfünfts um mehr als 20 Prozent gestiegen, es ist also in Wirklichkeit gar keine Einkommensteigerung eingetreten, denn durch die kolossal verminderte Arbeitsgelegenheit sank der durchschnittliche Jahresverdienst vielfach noch unter das Durchschnittsniveau der früheren Jahre. Dagegen stiegen die gesamten Ausgaben der Arbeiter um 30 bis 50 Prozent. Für den Kenner der Verhältnisse und auch für die sich dafür interessierende breitere Öffentlichkeit ist es vollständig klar, daß der Arbeiterwohnungen in Posen — es kommt fast durchweg nur ein Zimmer und Küche in Betracht — im Verhältnis zu denen Berlins ganz bedeutend höher im Preise sind. Dabei betragen die Stundenlöhne knapp zwei Drittel der in Berlin üblichen Löhne. Nach den Feststellungen der Posener städtischen Behörden sind die Wohnungsmieten im letzten Jahrfünft durchschnittlich um 11 Prozent gestiegen, und die für Arbeiter um 20 Prozent. Gebaut wurden in den letzten Jahren nur sehr teure, große Wohnungen für das hier sehr stark vertretene Beamtentum, Arbeiterwohnungen dagegen so gut wie überhaupt nicht. Der ungewöhnlich hohe Zinsfuß trug das Seine dazu bei.

Eine der traurigsten Erscheinungen kapitalistischer Ausbeutung in der Provinz Posen ist die Frauenarbeit im Baugewerbe. Infolge des schlechten Verdienstes des Mannes ist die Arbeiterfrau meistens auf das Mitverdienen angewiesen. Und da wenig Industrie vorhanden ist, auch, wie schon erwähnt, der landwirtschaftliche Kleinbetrieb keine fremden Arbeitskräfte mehr benötigt, so verrichtet die Proletarierin häufig die eigentlich dem männlichen Arbeiter zukommenden Handlangerdienste. Daß diese für eine Frau vielfach sehr schamverletzender Natur sind, das kümmert weder den Unternehmer noch die sonst hier sehr rührigen Polizeiorgane. Das Steigen auf Leitern ist zwar gesetzlich verboten, aber sehr häufig kümmert sich die Behörde nicht darum. Die allerdings meist kräftig gebaute polnische Arbeiterfrau reicht Steine zu, schiebt die schwere Karre mit Steinen oder Schutt und reinigt die im Rohbau fertiggestellten Etagen von letzterem. Sie wird also hier direkt an Stelle des Mannes verwendet. Dadurch ruiniert sie ihren Körper, erzeugt schwächliche, kranke Kinder, kann ihre Mutterpflichten nur sehr unvollkommen erfüllen und wird auch noch zum Lohndrücker des Mannes, besonders in den kleineren Städten. Diese Lohnsklavinnen stehen einem Arbeiterblatt oder gar der Frauenorganisation gänzlich fremd gegenüber, ja vielfach sind es gerade die Frauen, die den Männern die Zugehörigkeit zur Organisation verleiden.

Auch schon das Proletarierkind muß seine Lebenskraft frühzeitig ruinieren. Auf den Baustellen in den größeren Orten wird das zur Arbeit nötige Wasser ausschließlich von den eben der Schule entwachsenen vierzehn- bis sechzehnjährigen jungen Burschen herangeschafft für billiges Geld, für etwa ein Drittel bis die Hälfte des für Männer üblichen Arbeitslohns; namentlich älteren Leuten, die sonst für solche Arbeit verwendet werden, sind sie ein gefährlicher Konkurrent, ja schalten sie überhaupt aus.

Digitized by Google

Auch bei der Heimarbeit in der Konfektion werden die Proletarierinnen auf das schlimmste ausgebeutet. Eine hiesige bürgerliche Frauenrechtlerin hat festgestellt, daß es in Posen 17 bis 18 Engrosgeschäfte gibt, die ihre Artikel, welche sie nach der Provinz verkaufen, durch Heimarbeiterinnen herstellen lassen, während die Detailgeschäfte ihre Waren aus Berlin oder Breslau beziehen und nur während der Saison Heimarbeiterinnen beschäftigen. Hier sind es die Geschäftsinhaber selbst, die mit der Not der Heimarbeitssklaven wuchern, das Zwischenmeistersystem wurde bei den Erhebungen nur in einem Falle vorgefunden. Die Löhne sind entsetzlich niedrig; es wurden gezahlt für das Nähen:

Für ein wollenes Hemd	10	Pfennig
" ein Arbeitshemd ein Stundenlohn unter	10	"
" einen ganzen Knabenanzug	10	"
" eine Tuchhose mit Liefern von Taschen und Zubehör	28	"
" ein Dutzend Lederhosen	2	Mark

Die tägliche Arbeitszeit betrug 8 bis 14 Stunden, der Stundenlohn 5 bis 20 Pfennig. Dabei herrscht in Posen eine große Teuerung der Lebensmittel und Wohnungen.

Das Angeführte zeigt, daß es wohl kaum einen zweiten Landstrich in Preußen gibt, der sozial so rückständig ist und dabei der Ausbeutung und Unterdrückung durch Regierung und Kapitalisten so wenig Widerstand entgegensetzt als die Provinz Posen. Es zeigen sich daher auch alle Begleiterscheinungen, die in solchen wirtschaftlichen Verhältnissen wurzeln. Säuglingssterblichkeit, Auswanderung, Prostitution usw. bieten hier ein Bild, das im übrigen Deutschland nicht seinesgleichen findet. Speziell die Säuglingssterblichkeit bietet ein erschreckendes Bild. Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" kamen im Jahre 1905 in der Provinz Posen auf 100 Lebendgeborene unter 1 Jahr alt Gestorbene: eheliche 21,3 Prozent, uneheliche 43,1 Prozent. Die letztere Ziffer wird nur von Westpreußen übertroffen, wo sie 44 Prozent beträgt. Auf 1000 Einwohner kamen nur 7,1 Prozent Eheschließungen, der niedrigste Prozentsatz in ganz Deutschland. Auch die Auswanderung ist, abgesehen von der bereits geschilderten Abwanderung nach anderen Teilen des Reiches, eine sehr hohe; nach dem Ausland wanderten im Jahre 1906 auf 100000 Einwohner 181, von denen 177 nach Amerika gingen, meist Polen, welche sich drüben im Kreise ihrer zahlreichen Landsleute eine neue Heimat gründen wollen. Die Auswanderungsziffer Posens ist im Verhältnis zu anderen deutschen Gegenden eine geradezu kolossale. Diesen Zahlen reiht sich würdig an der Alkoholverbrauch und die Volksschulverhältnisse. Infolge des Lehrermangels kamen in der Provinz Posen im Jahre 1902 auf einen Lehrer durchschnittlich 74 Schüler! Diese Zahl wird im übrigen Preußen im Durchschnitt nicht das zweite Mal erreicht. Dagegen betrugen die staatlichen Aufwendungen für einen Schüler nur 35 Mark; selbstverständlich der niedrigste Satz innerhalb der zwölf preußischen Provinzen. Die Prostitution zeigt sich hier in den widerlichsten Erscheinungen, ständige Unterernährung, Alkoholpest und Arbeitslosigkeit sind ihre Geburtshelfer und zwingen oft selbst alte Frauen, ihren gebrochenen Körper zur schmutzigsten Erwerbsquelle für ihren Lebensunterhalt zu machen.

Bei solch grauenvollen wirtschaftlichen Verhältnissen ist selbstverständlich die politische und soziale Erkenntnis der breiten Volksmassen noch gar nicht

entwickelt. Infolge des durch physische und moralische Knechtung erzeugten Stumpfsinns ist die klassenbewußte Arbeiterbewegung der Gleichgültigkeit oder gar dem aus religiösen Motiven entspringenden Hasse der Arbeiterbevölkerung ausgesetzt. Auf der einen Seite verfolgt der Kapitalismus die jungen Anfänge der Arbeiterbewegung auf das brutalste, wobei ihm von der Polizei fleißig und gewissenhaft sekundiert wird, auf der anderen Seite donnert die Geistlichkeit von der Kanzel und im Beichtstuhl gegen uns. Dazu kommt der nationalpolnische Fanatismus, der von der Geistlichkeit geschürt wird, damit die Arbeiter eine gewaltige, willenlose, daher leicht führbare Heeresmasse des im steten Kampfe mit der preußischen Regierung lebenden polnischen Klerus bilden. Die sonst so schroffen Gegensätze, der deutsche ausbeutende Kapitalist — Hand in Hand natürlich mit dem polnischen Finanzvetter — und der nationalfromme polnische Kaplan — beide waren miteinander darin einig, daß die neue Bewegung bekämpft werden müsse, und jeder besorgte das auf seine Weise; die Polizei war der dritte im Bunde. Aber — die Verhältnisse sind stärker als die Menschen.

Trotz alledem wuchs die politische und gewerkschaftliche Organisation empor. Ihre Anfänge gehen zurück bis zum Jahre 1890, ebenso Ansätze politischer Tätigkeit für die Partei. Feste Organisationsformen wurden dagegen erst in den Jahren 1895 bis 1898 geschaffen, allerdings nur im allerbescheidensten Maße. Erst im Jahre 1898 wuchs in der Stadt Posen die Bewegung, so daß der Parteivorstand im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften für die Provinz einen Arbeitersekretär anstellte. In den ersten Jahren blieb die junge Bewegung noch schwach, sie setzte erst kräftiger ein mit dem ersten großen Streik der Bauhandwerker. Von da ab begann die Bewegung auch in die Provinzorte überzugreifen. Schon ein bis zwei Jahre vorher hatten einzelne größere Verbände, hauptsächlich der Zentralverband der Maurer in den namhafteren Orten Zweigniederlassungen begründet; jetzt ging man an deren Ausbau. Aber ein ungeheurer Wall von Schwierigkeiten setzte sich dem entgegen. Die jungen Vereine wurden von den Behörden stark bedrängt, die Vertrauensleute wie üblich von Behörde und Geistlichkeit verfemt. Versammlungsverbot, Saalabtreiberei, unberechtigte Aufforderung zur Statuteneinreichung usw. waren an der Tagesordnung. Obgleich die Plackereien nicht nachgelassen haben, wurden die Organisationen im Laufe der letzten Jahre etwas kräftiger. In den meisten kleineren Orten sind Anfänge vorhanden, mehr aber noch nicht. Eine Masse kleiner lokaler Streiks waren infolge Mangels an festem Zusammenhalt erfolglos. Einzelne Zweigvereine, wie Rogasen, Obornik und andere, gingen infolge der Teilnahmlosigkeit der Mitglieder, wie sie durchweg in den Organisationen der meisten Orte anzutreffen ist, wieder verloren. Wieder aufgerichtet, zerfielen sie alsbald wieder.

Die gewerkschaftlichen Organisationen zentraler Richtung zählten am Schlusse des Jahres 1906 7277 Mitglieder, welche sich auf 37 verschiedene Berufe verteilen. Prozentual am stärksten organisiert sind die Maurer, sie partizipieren an der gegebenen Zahl mit 2000 organisierten Berufsarbeitern. Da die Aufstellung des Arbeitersekretariats Bromberg für 1906 den ganzen ihm zufallenden Organisationsbezirk, nämlich die Provinzen Posen und Westpreußen, umfaßt, so lassen sich nur die Zahlen der beiden Provinzen zusammen wiedergeben. Die Gesamtziffern Westpreußens jedoch sind so gering — 902 Mitglieder —, daß sie die einzelnen Zahlen nur wenig beeinflussen; diese 902 Or-

ganisierten dürften wohl fast ausschließlich die Zahl der organisierten Maurer in der Provinz Westpreußen repräsentieren.

Maurer	2753	Maler	386
Holzarbeiter	789	Buchdrucker	344
Zimmerer	786	Metallarbeiter	313
Tabakarbeiter	586	Hafenarbeiter	225
Bauhilfsarbeiter	458	Fabrikarbeiter	174

Verschwindend geringe Mitgliederzahlen haben die

Schmiede	16	Bäcker	2
Maschinisten und Heizer	3	Steinarbeiter	2
Müller	3	Zivilmusiker	1
Gastwirtsgehilfen	3		

Trotz dieser geringen Organisation zeigte die gesamte Bewegung ein wenn auch langsames, so doch ständiges Aufsteigen. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten betrug 1902 5142, 1904 6027, 1906 7277.

Weit geringer jedoch ist die Zahl der politisch organisierten Arbeiter einzuschätzen. Genaue Angaben existieren bis zur Zeit darüber überhaupt nicht, eine Statistik ist erst im Gange. Nach oberflächlicher Schätzung werden knapp 200 organisierte Parteigenossen in der Provinz in die Mitgliederlisten aufgenommen sein, welche sich auf die fünf Orte Posen, Bromberg, Rawitsch, Schönlanke und Hohensalza verteilen. In der Stadt Posen, in der es an 3000 organisierte Gewerkschaftsmitglieder gibt, sind nur ungefähr 60 — sage und schreibe sechzig — von diesen politisch organisiert. Also 2 Prozent! Vor einigen Wochen hat sich hier ein Verein der P. P. S. (Polnischen Sozialistischen Partei) gebildet, dem 40 organisierte Gewerkschaftsmitglieder beitraten.

Nicht viel günstiger ist die Abonnementsziffer für die Parteipresse. Die als einziges deutsches Parteiblatt in Frage kommende „Breslauer Volkswacht" wird in der ganzen Provinz nur in 500 Exemplaren gelesen. Und dabei sind 7277 Gewerkschaftler hier vorhanden! Allerdings kommt für die Mitglieder der P. P. S. die in Kattowitz dreimal wöchentlich erscheinende „Gazeta Robotnicza" als Parteiblatt in Betracht, doch hat diese einen noch bedeutend niedrigeren Abonnentenstand.

Was Wunder, wenn bei solchen trostlosen Verhältnissen unsere Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl von 8051 im Jahre 1903 auf 6499 herabsank, trotzdem, wie schon eingangs erwähnt, die Gewerkschaftsmitglieder sich um 2100 vermehrten! Und gerade dort, wo der Sitz der Agitation ist, in Posen und Bromberg, gingen wir zurück; in letzterem Orte sogar ganz außerordentlich. In Bromberg fiel unsere Stimmenzahl von 3066 (1903) auf 1602 (1907), während wir in Posen (Stadt) nur 100 Stimmen einbüßten. Nun hatten allerdings die Polen gerade eine sehr gute Wahlparole, den Schulstreik, und haben uns damit sicher manche Stimme weggenommen, die uns bei ruhigeren Verhältnissen zugefallen wäre. Aber trotzdem bleibt immer noch die beschämende Tatsache bestehen, daß lange nicht einmal alle wahlfähigen Gewerkschaftsgenossen für unseren Kandidaten gestimmt haben! In Posen war Bebel, in Bromberg Ledebour als Kandidat aufgestellt. Aber die Namen dieser beiden mochten wohl auf schwankende, noch unschlüssige bürgerliche Wähler günstig wirken und deren Stimme

vereinzelt uns gewinnen helfen, aber die politisch indifferenten Arbeiterwählermassen vermochten die Bedeutung dieser beiden Namen nicht zu fassen. Dazu kam noch, daß keiner der beiden Zählkandidaten in die Lage kam, in seinem Kreise ein Referat zu halten. Ein rednerisch gewandter, der polnischen Sprache mächtiger Arbeiter mit polnischem Namen hätte in diesen Wahlkreisen viel größere Aussichten als die den polnischen Arbeitern völlig fremden deutschen Parteiführer. Die Hauptsache unseres Mißerfolges bleibt aber der Indifferentismus, der hier nur sehr schwer und schrittweise zu verdrängen ist. Trotz gewerkschaftlicher Zugehörigkeit können es die meisten Arbeiter nicht über sich bringen, ihrer Lebensanschauung einen höheren Schwung zu geben, für ein Ideal, das höhere Ziele verfolgt als 5 Pfennig Lohnzulage pro Stunde, sich zu begeistern. Warum? Weil der übergroße Teil von ihnen das Wesen unserer Bestrebungen noch nicht erfaßt hat, weil ihm Programm und Ziele des Sozialismus meist noch völlig fremd sind.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind nicht vom richtigen Geiste durchweht. Deshalb ist auch kein fester Zusammenhalt möglich, und so kommt es, daß an einzelnen Orten der Provinz, in denen eine Zahlstelle eines gewerkschaftlichen Verbandes besteht, die sämtliche Berufsangehörige umfaßt, diese eines schönen Tages, wenn durch irgend einen Umstand der örtliche Leiter derselben seinen Posten niederlegt, sich ganz auflöst, weil sich kein zweiter Vertrauensmann mehr findet. Aber auch andere Umstände verursachen dies, so beispielsweise in Schmirgel. Durch schlechte Entlohnung und durch die ungünstigen Wirkungen des vorjährigen Winters waren verschiedene Maurer gezwungen worden, bei ihren Arbeitgebern kleinere Darlehen aufzunehmen, welche diese auch wie in früheren Jahren gaben mit der Bedingung, daß sie während der Sommermonate wieder abgezahlt würden. Nun wurden in diesem Jahre von der Zahlstelle des dortigen Maurerverbandes Lohnforderungen gestellt. Den Arbeitgebern wurde es nun ein leichtes, vor Beginn des Streiks eine gelbe Gewerkschaft ins Leben zu rufen, weil die Arbeiter materiell in ein direktes Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen getreten waren. Die Lohnbewegung verunglückte, und nach ihrer Beilegung war die vorher scheinbar so starke Zahlstelle fast gesprengt und aus ihr ein gelber Verein nach dem Willen der Unternehmer geworden, wobei noch die früheren Vertrauensleute die erste Geige spielten!

An intelligenten Kräften, welche die Führerrolle übernehmen, fehlt es an allen Orten, selbst an den größeren Orten, in denen ein Wahlverein existiert, sind die Vorstandsmitglieder der Verbände vielfach noch nicht politisch organisiert! Auch die Nationalitätenfrage zeigt sich als ein großes Hindernis für unsere Entwicklung. Bei der vorjährigen Aussperrung der Posener Maurer sonderten sich von den Ausgesperrten zirka 50 Mitglieder ab und gründeten unter dem Protektorat der Unternehmer einen gelben polnischen Berufsverband.

Die Ursachen dieser für Partei und Gewerkschaften so mißlichen Zustände liegen darin, daß sozialpolitisches und auch nur politisches Verständnis dem polnischen Arbeiter und Kleinbauern nur selten zu eigen ist. Selbst von einer Überzeugung des größten Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist im rechten Sinne des Wortes nicht zu sprechen. Der polnische Arbeiter ist von Natur aus durchaus gut und gerecht und begeistert sich sehr leicht für das Große, Erhabene, aber er überlegt nicht und ist infolge der krassen Un-

kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse auch gar nicht in der Lage, eine Frage sachlich zu prüfen und zu bewerten. Er gerät sehr leicht in Ekstase und folgt dem Führer blindlings, um nachher, wenn bei der ersten Enttäuschung die Ernüchterung eintritt, umzufallen, die Flinte ins Korn zu werfen. Besonders in der gewerkschaftlichen Bewegung, bei den wirtschaftlichen Kämpfen, den Streiks usw. hat sich dies öfter gezeigt.

Der vertrauensselige Indifferentismus aber wurzelt ebenfalls zum übergroßen Teile in der geistigen Rückständigkeit und Unwissenheit des Arbeiters. Die Unkenntnis der deutschen Sprache hindert ihn, die sozialistische Literatur kennen zu lernen. Es kommt also fast durchweg nur persönliche, mündliche Agitation in Betracht, und gerade bei dieser ist, da die Gelegenheit zu solcher nur äußerst selten vorkommt, eine Vertiefung sehr schwierig. Wohl gibt es eine polnische sozialistische Literatur, aber diese ist nur sehr wenig verbreitet und befindet sich überdies noch in ihren Anfängen, so daß sie höchstens für die strebsamen Arbeiter der Großstädte in Betracht kommt, wenigstens vorläufig.

Die Ansiedler wiederum sind als Landarbeiter, da sie, wie schon erwähnt, nicht zu den direkten Lohnarbeitern zu zählen sind, für praktische Betätigung innerhalb des Sozialismus auf absehbare Zeit nicht zu erreichen. Und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens stammen sie aus den politisch indifferentesten Gegenden, und die Regierung achtet beim Kontraktabschluß noch besonders auf ihre politische Zuverlässigkeit. Auch fehlt ihnen infolge der enormen Arbeitslast, die die Ansiedler auf ihrem „Besitztum" erwartet, jede Zeit zu geistiger Bildung, auch würde jedes sozialistische Hervortreten ihn ruinieren, da ihm die Regierung dann die Hypotheken kündigen würde.

Doch da unsere Zeit mit Naturnotwendigkeit alle Berufe zum Nachdenken zwingt, so können sich auch diese Kreise dem politischen Getriebe nicht für längere Zeiten verschließen. Wenn auch praktische Betätigung für den Sozialismus (Agitation, Organisation, Kommunalsozialismus usw.) von ihnen nicht zu erwarten ist, so kann ihre politische Aufklärung uns bei den öffentlichen Wahlen und sonstigen Gelegenheiten sehr von Nutzen sein, zumal dieselben in verschiedenen Kreisen den größten Prozentsatz der Wähler ausmachen. Es fragt sich nur: Wie können sie für unsere Ziele gewonnen, wie ihr Kulturniveau gehoben werden? Da bleibt nur die Aufklärung durch die Tagespresse. Aber die Presse — das ist gerade der wundeste Punkt in unserer Provinz. Von den aus den Kloaken des Reichslügenverbandes gespeisten Organen bis zum Arbeiterfreundlichkeit heuchelnden Freisinnsblatt ist die Presse zahlreich vertreten. Nur ein lokales Arbeiterblatt existiert nicht. Als sozialistische Tageszeitung kommt die Breslauer „Volkswacht" in Betracht. Wie erwähnt, wird diese nur in 500 Exemplaren in der Provinz Posen gelesen. Und sie dürfte es auch schwerlich in nächster Zeit zu einer höheren Verbreitungsziffer bringen, schon deshalb nicht, weil sie die lokalen Verhältnisse in der Provinz nicht so berücksichtigen kann wie ein dort erscheinendes Blatt. Wohl bestand einige Zeit hindurch bis zum Jahre 1903 ein Kopfblatt der „Volkswacht", die „Posener Volkszeitung", die dreimal wöchentlich erschien. Doch als die „Volkswacht" zum täglichen Erscheinen überging, wurde das Kopfblatt kassiert, zum großen Schaden für die Parteiverhältnisse in Posen. Aus technischen Gründen können in der Breslauer „Volkswacht" nicht einmal die politischen und sozialen Vorkommnisse in der Provinz Posen gebührend gewürdigt werden. Für den politisch noch unmündigen Leser müssen aber auch

Digitized by Google

möglichst viele lokale Nachrichten, auch Inserate gebracht werden. Die Posener organisierten Arbeiter lesen fast durchweg die dortige bürgerliche Presse.

Die anderen in der Provinz vorhandenen Organisationen, wie christliche und Hirsch-Dunckersche, stehen theoretisch und praktisch auf dem Aussterbeetat. Sie würden bei einer einigermaßen geschlossenen Bewegung unserer Truppen bald vollends aus ihren letzten Positionen verdrängt werden. Doch zu dieser geschlossenen Bewegung bedarf es eines einheitlichen Geistes, und den kann hier nur die Presse vermitteln. Wie die Aussichten für die mündliche Agitation sind, dafür einige Stellen aus dem Bericht zur neunten Konferenz der zum Gau Berlin gehörenden Zweigvereine des Zentralverbandes der Maurer. Es heißt dort:

„Im Posener Teil des Gaues entfalten Bürgermeister und Polizeiverwaltungen eine rege Tätigkeit, um die Gastwirte zu beeinflussen, ihre Lokale zu Versammlungen nicht herzugeben. Darauf ist es zurückzuführen, daß fast im ganzen Bezirk, in den Orten Grünberg, Colmar, Meseritz, Obornik, Rothenburg, Schroda, Wracke und Gnesen keine Versammlungen im Lokal abgehalten werden können. In Obornik erhielten unser Kassierer und der Gastwirt ein Strafmandat von je 15 Mark, weil ein Gespräch am Biertisch als Versammlung angesehen wurde." ... „In Wracke hielten unsere Kollegen ihre Versammlung in einer Wohnung ab. Der Distriktskommissar erblickte darin eine Gefahr für die Gesundheit der Versammlungsteilnehmer und verbot diese Versammlungen." ... „Während 1903 25 Vereine kein Lokal zur Verfügung hatten, waren es 1904 ‚nur' 20, 1905 dagegen 31 Vereine, die sich ohne Lokal behelfen mußten."

Wie auch hieraus ersichtlich, bleibt als zuverlässiges Agitationsmittel nur die Presse. Nur vermittels dieser ist es möglich, eine energische Gegenwehr zu leisten. Aber wie eine solche Presse schaffen? Das ist die bange Frage aller Parteigenossen in der Provinz. Aus eigenen Mitteln? Daran ist gar nicht zu denken. Sind doch die Beiträge, welche die Landesorganisation an die Parteihauptkasse ablieferte, im letzten Geschäftsjahr die niedrigsten von allen deutschen Landesteilen, nämlich 84,70 Mark, während der Zuschuß von der Parteihauptkasse an die Landesorganisation 9171 Mark betrug. Diese großen Ausgaben sind durch die zu den Reichstagswahlen erforderlichen Agitationsmittel verursacht worden.

Für die der deutschen Sprache nur mangelhaft mächtigen Arbeiter wird ein in polnischer Sprache gedrucktes wöchentliches Gewerkschaftsorgan herausgegeben. Daß dieses allein nicht genügt, liegt auf der Hand, daher lesen die polnischen Arbeiter, um sich über die Provinzverhältnisse etwas zu orientieren, die polnische nationale Presse, für deren Ausbreitung die Polenführer eine energische Agitation betreiben. Nur vereinzelt wird die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" gelesen.

Der traurige politische Indifferentismus der Arbeiter der Provinz Posen ist zwar durch die rückständigen sozialen Verhältnisse des Landes verursacht, aber trotzdem könnte es besser um die Bewegung stehen, wenn es uns nicht an einer die Trägen aufrüttelnden und die schon für die Bewegung Gewonnenen zusammenhaltenden Kraft fehlte, der Presse. Ja, es liegt die Gefahr vor, daß das schon Erreichte wieder zerstört wird; zumal jetzt polnischerseits auch gegen die freien Gewerkschaften mächtig agitiert wird.

Digitized by Google

Ein Beitrag zur Landarbeiterfrage.

Von **L. Radlof.**

Der kapitalistische Sklavenhandel, den Stephan Heise in Nr. 3 der „Neuen Zeit" schilderte, blüht nicht allein in den Industriegegenden, sondern sucht sich auch, und zwar mit leider noch größerem Erfolg als in der Industrie, die Landarbeiter zum Opfer.

Die Vermittlung der Arbeiter für die Landwirtschaft geschieht hauptsächlich durch die Landwirtschaftskammern. Diese lassen auf Grund der Gesindeordnung die armen, unwissenden und nicht Deutsch sprechenden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Russisch-Polen, Galizien, Ungarn usw. Verträge unterschreiben, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen für die Zeit, die im Vertrag festgelegt ist, bindet. Wer kontraktbrüchig wird, muß gewärtig sein, daß er bestraft wird, keine Arbeit mehr findet und — das geschieht in den meisten Fällen — ihm das einbehaltene Geld nicht ausgezahlt wird. Gerade dieses Manövers bedienen sich die Junker und Großbauern, um den einmal Eingefangenen für die Dauer der Saison an die Scholle zu fesseln. Ein anderer Trick, der in Schlesien und Posen immer mehr in Anwendung kommt, besteht darin, daß die Gutsbesitzer beziehungsweise ihre Handlanger, die Gutsverwalter, die Arbeiter und Arbeiterinnen, sobald sie nicht mehr gebraucht werden, derart schlecht behandeln, daß sie kontraktbrüchig werden, so daß diese Ausbeuter einen Grund haben, die Kaution in ihre eigenen Taschen wandern zu lassen. Hat ein Gutsbesitzer zum Beispiel 50 Leute beschäftigt und von jedem am Ende der Saison 24 Mark einbehalten, so beläuft sich die Gesamtsumme auf $50 \times 24 = 1200$ Mark. Ein leichtes und feines Geschäft! Die preußischen Landwirtschaftskammern als die eigentlichen Vermittler der betreffenden Arbeitskräfte nehmen sich nun aber nicht etwa der betrogenen Arbeitskräfte an, sondern verweisen diese an ihr heimatliches Konsulat, das ihnen im besten Falle nur den Rat geben kann, das „Kulturland" Preußen zu verlassen.

Die Landwirtschaftskammern schufen sich auch noch eine neue Zentralinstanz, die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle, die im Jahre 1905 ihr Hauptlager in Berlin aufschlug und sich von vornherein staatlicher Unterstützung erfreute. Nach bewährter Methode „arbeitet" auch dieses junkerliche Ausbeutungsinstitut mit Verträgen, die in bezug auf Bezahlung, Arbeitszeit, Behandlung nicht besser aussehen als die Verträge der Landwirtschaftskammern. Die Feldarbeiter-Zentralstelle darf aber für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, prompter und für die Junker billiger zu arbeiten. Ihre Fäden laufen durch das ganze Reich. Insbesondere aber vermittelt sie — wie wir wörtlich einem ihrer Verträge entnehmen — durch ihre Grenzämter Rosenberg-Oberschlesien, Kreuzburg-Oberschlesien, Wilhelmsbrück-Posen, Grabow bei Schildbach-Posen, Skalmierzyce bei Ostrowo-Posen russische Landarbeiter. Durch ihre Grenzämter Myslowitz-Oberschlesien, Neuberun-Oberschlesien galizische Landarbeiter. Durch ihr Grenzamt Annaberg-Oberschlesien ungarische Landarbeiter.

Die Feldarbeiterzentrale verlangt für die Vermittlung von Arbeitskräften von ihrem Auftraggeber neben der Agentenprovision: 1. eine Übernahmegebühr von 2 Mark für die Person als Entschädigung für Vermittlung, Legitimierung, Arztkontrolle, Beherbergung usw.; 2. die entstandenen Porto-, Depeschen- und

Telephongebühren; 3. durch eventuell erfolgte verspätete Abholung entstandene Verpflegungs- und Beherbergungskosten sowie bei übertragenem Weitertransport mitgegebenes Zehrgeld; 4. etwaige den Leuten gegebene Reisekostenvorschüsse, Angelder usw. Dem Auftraggeber wird dann im Vertrag versprochen, daß die Zentrale bereit sei, kontraktbrüchige Arbeiter zu ersetzen, wenn sie binnen acht Tagen Mitteilung erhalte. Im zweiten Teil des Vertrags werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Russen, West- und Ostgalizier, deutsche Oberungarn und Slowaken sowie endlich für deutsche Südungarn angegeben. Die Lohnsätze gelten als Mindestlöhne — auf dem Papier. Aber selbst wenn wir die Lohnsätze als wahr gelten lassen wollten, so sind sie doch unbeschreiblich gering. Russischen Arbeitern, die kräftig sein müssen, werden 1,50 bezw. 1,20 Mark, Frauen, Mädchen und schwächeren Burschen 1 Mark Lohn pro Tag angeboten. Während der Ernte tritt eine Erhöhung der Löhne um 50 Pfennig pro Tag ein. Hinzu kommt ein schmales Deputat: für die Person und Woche 25 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Mehl, 3½ Liter Magermilch (täglich ½ Liter). Den anderen ausländischen Arbeitern, Frauen und Mädchen wagt man neben dem üblichen Deputat noch weniger Lohn anzubieten. Die kräftigen Arbeiter erhalten 1 Mark bezw. 1,10 Mark pro Tag. Nur in der Erntezeit gibt man schlauerweise 50 Pfennig pro Tag mehr, damit die armen Teufel nicht davonlaufen. Wie erbärmlich die Schlafstätten und unzureichend das Essen in vielen Fällen beschaffen sind, ist zur Genüge bekannt. Die Verträge der Feldarbeiter-Zentralstelle reden gerade in der Beziehung eine lehrreiche Sprache, daß sie in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der jeweiligen Kulturstufe der betreffenden ausländischen Arbeiter angepaßt sind, trotzdem letztere im großen ganzen dieselbe schwere Arbeit leisten müssen, mögen sie nun Russen, Galizier oder Ungarn sein. Es liegt eben nicht im Wesen der kapitalistisch-feudalen Gesellschaftsordnung, die Arbeiterschaft auf eine höhere Stufe der Kultur zu bringen, sondern in der bedrückten Lebenslage zu belassen.

Als sich aber das Arbeitsgebiet der Feldarbeiter-Zentralstelle immer mehr ausdehnte, begann sie den preußischen Landwirtschaftskammern allmählich fürchterlich zu werden. Sie griff über den Bereich ihrer bisherigen Tätigkeit wesentlich hinaus und annektierte für sich den industriellen Markt zur Besorgung der nötigen Arbeitskräfte.

Die Landwirtschaftskammern, die sich so vertrauensvoll mit der Feldarbeiter-Zentralstelle eingelassen, begannen nun ein Kesseltreiben gegen letztere, das noch heute anhält. Es ist ja auch begreiflich, daß, je mehr die Feldarbeiter-Zentralstelle den industriellen Markt — namentlich Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und das Saarrevier — mit Arbeitskräften versorgt, diese der Landwirtschaft entzogen werden.

Die agrarische „Schlesische Zeitung" meldet, daß zum Beispiel in Posen und Sachsen über 3000, fast ebenso in Brandenburg, in Schlesien, Ostpreußen und Pommern ungefähr je 2000, in Hannover gegen 1000 der bestellten Arbeitskräfte für die Landwirtschaft fehlen, dafür aber zum Beispiel im rheinisch-westfälischen Bergbau 1905 95000 (1893 39500, 1902 77770) Arbeiter aus Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien beschäftigt waren. Diese Zahlen wachsen. Die Landwirtschaftskammern sind über die Entwicklung und das Vorgehen der Feldarbeiter-Zentralstelle selber enttäuscht. So versendet zum Beispiel der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für

Pommern an die Landwirte in Pommern ein Rundschreiben, aus dem wir folgendes entnehmen:

„Als im Frühjahr 1905 die Feldarbeiterzentrale in Erscheinung trat, zeigte sich, daß ihre Satzungen ohne jede aktive Mitwirkung und ohne Vorkenntnis der Landwirtschaftskammern beziehungsweise ihrer Arbeitsnachweise aufgestellt, und daß die von den meisten Kammern gehegten und offen ausgesprochenen Bedenken und Befürchtungen, die nur unter Anwendung mehr oder weniger drastischer Mittel zum Schweigen gebracht werden konnten, nur allzu berechtigt waren. Gar bald stellte sich heraus, daß die amtlich ins Leben gerufene Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle nicht dazu bestimmt war, eine Stärkung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern zu bilden, diese gewissermaßen zu zentralisieren und im Kampfe gegen die gewerbsmäßigen Vermittler zu stützen, sondern daß sie mehr eine politische Einrichtung sein soll, zu welchem Behufe sie mit Staatsmitteln dotiert und ihre Leitung in die Hände höchster Staatsbeamten gelegt ward. Die unheilvollen Folgen, die dies im verflossenen Jahre auf den Arbeitsmarkt im Ausland, besonders in Galizien, ausgeübt hat, wo die wenig geschickten Manipulationen der deutschen Feldarbeiterzentrale sehr bald erkannt wurden, bitterböses Blut erregten und Gegenmaßregeln auslösten, hat die deutsche landwirtschaftliche Produktion schwer empfinden müssen. Im übrigen war die Leistungsfähigkeit der Zentralstelle sehr gering und alle schönen Versprechungen erwiesen sich als unerfüllbar.

„Nach der Erklärung der Vertreter der Staatsregierung in allererster Linie geschaffen, um für die gemeinnützigen Arbeitsnachweise der preußischen Landwirtschaftskammern den Bedarf an Auslandsarbeitern zu decken und für diese gewissermaßen die Dienste als Zentralagenten zu verrichten, die gewerbsmäßige Stellenvermittlung im In- und Ausland soviel als möglich zu beschränken und die Vermittlungsgebühren der ausländischen Agenten nach Kräften herunter zu schrauben, hat sich die gedachte Zentralstelle nunmehr in einen Gegner der gemeinnützigen provinziellen landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise, die sie mit allen Mitteln auszuschalten sucht, und in einen eifrigen Förderer der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung verwandelt.

„Denn nachdem sich nach den im Vorjahr gemachten Erfahrungen die weitaus überwiegende Zahl der provinziellen landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise von der Feldarbeiter-Zentralstelle losgesagt und wie früher auf eigene Füße gestellt hat — unbeirrt durch den Druck, der von seiten der hohen Staatsbehörden erfolgte —, hat die Zentrale die Provisionen der galizischen konzessionierten Agenten freiwillig und ohne erkennbare Gründe, ersichtlich lediglich deshalb ganz erheblich erhöht, um diese Leute alle für sich zu gewinnen und so das Monopol in Galizien in die Hand zu bekommen; dies freilich auf Kosten der deutschen Landwirte, die die erheblich verteuerten Gestellungsspesen zu bezahlen haben, und auf Kosten des auch in unserem Interesse gelegenen Gedeihens der neueingerichteten gemeinnützigen Arbeitsnachweise Galiziens. Außerdem hat die Feldarbeiterzentrale gleich gewissen bekannten gewerbsmäßigen Stellenvermittlern in schwunghafter Weise in den Tages- und Provinzzeitungen eine gewaltige Reklame entfaltet und ihre Vermittlungsdienste allen Landwirten direkt angeboten."

Am Schluß des Rundschreibens wird die Aufhebung der Feldarbeiterzentrale gefordert. Eine andere Not unserer Agrarier haben die galizischen Ortsbehörden veranlaßt. Sie erließen nämlich Verfügungen, wonach den einheimischen Arbeitern untersagt wird, Beschäftigung im Ausland zu suchen, angeblich weil hierdurch der eigenen Landeskultur Arbeitskräfte entzogen werden. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen derartige Verfügungen, wie die Beschlüsse des Stuttgarter Internationalen Kongresses zeigen,

aber die Agrarier, die selbst alle Ausnahmegesetze gegen freiheitliche Bewegungen gutheißen und die vollständige Abschließung Deutschlands vom landwirtschaftlichen Markt des Auslandes fordern, machen sich durch ihr Gejammer über die Verfügung der galizischen Behörden nur lächerlich.

Die Agrarier und deren Institutionen sind jetzt eifrig bemüht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Feldarbeiter-Zentralstelle zu vernichten und die Staatsmaschine wieder mehr in ihren Dienst zu zwingen. Ob nun die Industrie- oder die Feudalbarone siegen werden, ist für uns nicht besonders wichtig. Wir sind auch überzeugt, daß sich die feindlichen Brüder schon wieder zusammenfinden werden, um ihren Raub zu sichern. Vorläufig suchen die Agrarier verzweifelt nach Mitteln, um der Leutenot auf dem Lande zu steuern. Sie wollen die Ansiedlung von Arbeitern durch Errichtung ganz kleiner Rentengüter für Arbeiter unter günstigen Bedingungen fördern, um sie an die Scholle zu fesseln, ferner fordern sie die Einführung des landwirtschaftlichen Unterrichts in den städtischen Volksschulen und die Einführung landwirtschaftlicher Unterrichtskurse in den Landschulen. Ein schlesischer Rittergutsbesitzer schlug allen Ernstes vor, es möchten die Eisenbahndirektionen ihren Arbeitern, die auf Landgebieten beschäftigt sind, weniger Löhne zahlen, damit die Agrarier nicht verpflichtet sind, ihren Arbeitern höhere Löhne zu geben. Wie leicht, ruft er freudestrahlend aus, ließen sich dadurch hundert Millionen Mark für den Staat sparen! Daß der biedere Junker dabei selber das beste Geschäft machen würde, verschweigt er selbstverständlich, er kämpft ja nur für das Wohl des Staates!

Man sieht — die Agrarier sind rührig an der Arbeit, um immer neue Wege zur Herbeiholung von Lohndrückern aus dem Ausland zu finden. Dagegen können wir nur ankämpfen, wenn wir mehr als bisher eine systematisch organisierte Agitation auch im Ausland entgegensetzen können. Wir müssen uns mit unseren Bruderparteien über ein gemeinschaftliches Vorgehen verständigen. Eines der wirkungsvollsten Mittel zur Aufklärung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erblicke ich darin, daß rechtzeitig vor dem Beginn der Saison an den vorhin erwähnten Grenzstationen in Massen Flugblätter in der Sprache der Angelockten verteilt werden, um letztere über den wahren Wert der Arbeitsbedingungen und Verträge, wie über die in Preußen-Deutschland herrschende Rechtlosigkeit der Landarbeiter gründlich aufzuklären. Dasselbe müßten unsere Bruderparteien im Einvernehmen mit ihren Gewerkschaften an den Grenzstationen der verschiedenen Länder tun. Dieser Weg wäre einer der sichersten, um den agrarischen Agenten und ihren Hintermannen das Handwerk zu legen.

Die Lage der Gemeindearbeiter in Deutschland.

Von **Emil Dittmer.**

Mit dem gewaltigen Wachstum der Großstädte in Deutschland haben sich namentlich in den letzten zwei Jahrzehnten sowohl die städtischen gewerblichen Industriezweige, wie Gas- und Wasserwerke, Tiefbau, Elektrizitätswerke, Straßenbahn usw., als auch die „öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen“, wie Kranken- und Badeanstalten, Kanalisation, Straßenreinigung und Desinfektion, mächtig entwickelt. Dazu kommen noch die städtischen Vieh- und Schlachthöfe,

Markthallen, Garten- und Parkverwaltung und mancherorts städtische Hochbauten, Theater, Kai- und Hafenanlagen. All diese Betriebe beschäftigen neben dem großen Beamtenheer eine sich stetig steigernde Zahl von Arbeitern, Angestellte und Handwerkern, die gegenwärtig für ganz Deutschland mehr denn 100000 Personen umfaßt.

Trotzdem nun fast alle Großstädte Deutschlands seit langem eigene statistische Ämter besitzen, hat man sich doch bis vor ganz kurzem nicht daran gemacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den eigenen Betrieben einer statistischen Würdigung zu unterziehen. Erst in allerjüngster Zeit sind in Straßburg, Kiel, Magdeburg und Dresden solche Zusammenstellungen erfolgt. In Dresden geschah dies mit der offenkundigen Absicht, die Steigerung der Arbeitslöhne höher erscheinen zu lassen wie die gleichzeitige Steigerung der Lebensmittel. Da hierbei aber der Durchschnittsjahresverdienst ohne genügende Berücksichtigung von Krankheit und Arbeitslosigkeit berechnet ist, da ferner Überstunden und selbst Trinkgelder als regelmäßige Einnahmen zur Anrechnung gelangten, so kann dieser Statistik nur ein sehr bedingter Wert zugesprochen werden.

Fast alle deutschen Städte begnügen sich jedoch noch immer damit, für den Augenblicksbedarf einige vergleichende Tabellen über erfolgte Lohnsteigerungen usw. den Gemeindevertretern zu übermitteln, und es dürfte noch geraume Zeit vergehen, ehe man Arbeiten wie zum Beispiel das Statistische Amt der Stadt Zürich[1] aufweisen kann. Selbst in den alljährlichen Einzeletats, wo bald jeder Beamte aufgeführt wird, wo Extraausgaben, Nebeneinnahmen usw. bis ins kleinste spezialisiert sind, findet man nicht selten die lakonische Rubrik: Für Arbeitslöhne so und so viele tausend Mark.

Die deutschen Stadtverwaltungen sind nächst dem Staate und einigen wenigen Monopolbetrieben wie Krupp die größten und mächtigsten Unternehmer und üben wie jene eine patriarchalische Bevormundung den von ihnen beschäftigten Arbeitern gegenüber aus. Das beweisen vor allem die Arbeitsordnungen, die eigentlich den Titel Haus- oder Dienstvorschriften verdienen und in der Hauptsache Pflichten und Strafen enthalten, während von Rechten wenig die Rede ist. Selbst der Magistrat von Berlin brütet nun bald anderthalb Jahre an der Schaffung einer Allgemeinen Arbeitsordnung. Anfang 1907 hatten von den 46 deutschen Städten über 90000 Einwohner erst 18 eine Allgemeine Arbeitsordnung. Hiervon entfielen auf

die 5	Städte über	500000 . .	2 (München, Dresden)
„ 8	„ „	300000 . .	3 (Breslau, Köln, Frankfurt a. M.)
„ 11	„ „	200000 . .	3 (Stuttgart, Magdeburg, Charlottenburg)
„ 11	„ „	150000 . .	2 (Straßburg i. E., Mannheim)
„ 11	„ „	100000 . .	5 (Aachen, Schöneberg, Posen, Karlsruhe, Wiesbaden)
„ 5	„ „	90000 . .	3 (Augsburg, Mülhausen i. E., Mainz)

Von kleineren Städten sind noch Ludwigshafen, Würzburg, Heidelberg, Regensburg, Gotha, Dessau zu nennen. Aber selbst diese zumeist erst in den letzten Jahren geschaffenen Allgemeinen Arbeitsordnungen sind nicht einmal überall für sämtliche städtischen Arbeiter maßgebend, sondern nur für die zu

[1] Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Dienste der Stadt Zürich stehenden Arbeiter. Nach dem Stande vom 31. Oktober 1902. Zürich 1904, Kommissionsverlag E. Roschers Erben.

Digitized by Google

ständigen Arbeitern ernannten, was je nachdem 1 bis 10 Jahre dauern kann, wenn inzwischen der Arbeiter nicht überhaupt dafür zu alt (zum Beispiel in Berlin 40 Jahre) oder als sonst ungeeignet erachtet wird! Nach den Forderungen des „Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter" sollen die generellen Arbeitsordnungen besonders berücksichtigen: Lösung des Arbeitsverhältnisses, Arbeitszeit, Höhe der Löhne, Arbeiterausschuß, Versäumnis und Krankheit, Versicherungsverhältnis und Alters- und Reliktenversorgung. Das ist aber den meisten Stadtverwaltungen zu viel des Guten, und darum verzichten sie lieber auf eine Allgemeine Arbeitsordnung oder sie begnügen sich wenigstens mit der Einschränkung des Geltungsbereichs für die ständigen Arbeiter.

Besonders ist auch die Forderung eines Arbeiterausschusses vielfach beanstandet worden oder man hat eine wahre Karikatur aus ihm gemacht. Bis 1902 hatten erst 13 deutsche Stadtgemeinden einen Arbeiterausschuß eingerichtet. Anfang 1907 waren es 44, gegenwärtig dürfte das halbe Hundert erreicht sein. Aber diese beschleunigte Einführung in letzter Zeit hat ihren Haken. Man glaubt nämlich dadurch den Verhandlungen mit der immer mehr wachsenden Organisation aus dem Wege zu gehen und versucht durch Dezentralisation der Ausschüsse, Maßregelungen oder Schikanierungen tätiger Ausschußmitglieder diese Waffe für die Arbeiter so stumpf wie möglich zu machen. Wie mangelhaft selbst die besten Arbeiterausschüsse als Vertretung der Arbeiterinteressen fungieren, ist in letzter Zeit fast allseitig erkannt worden. Es genügt daher, zu konstatieren, daß auch die Erfahrungen in städtischen Betrieben diese Wahrnehmung voll bestätigen. Das schließt natürlich nicht die Nutzbarmachung der Ausschüsse nach besten Kräften aus.

Die Arbeit in städtischen Betrieben ist durchgängig schwerer, schmutziger oder gefährlicher als in den meisten Privatindustrien. Das beweist unter anderem auch die hohe Unfallziffer der Gas- und Wasserberufsgenossenschaft, die im Jahre 1905 66,30 Promille betrug und damit an sechster Stelle stand. Bei den Gasarbeitern des Innenbetriebs ist es die ungeheure Hitze (50 bis 60 Grad Reaumur), bei den Außenbetriebsarbeitern sind es mannigfaltige Erkältungskrankheiten, die Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährden. Hinzu kommt die Vergiftungsgefahr bei der Gasreinigung. Ungewöhnlich schmutzige Arbeit müssen besonders die Kanal- und Schleusenarbeiter sowie einige Kategorien des Schlacht- und Viehhofpersonals verrichten. In erheblicher Ansteckungsgefahr befinden sich die Desinfekteure sowie ein großer Teil des Krankenhauspersonals.

Danach wäre es doch nun die ganz besondere Pflicht der Kommunen, wenigstens durch Mustereinrichtungen die größten Unannehmlichkeiten zu beseitigen. Statt dessen ist durch ein rigoroses Antreibesystem mittels Militäranwärter dafür gesorgt, daß die „Arbeitsfreudigkeit" bis zur höchsten Ausbeutung gesteigert wird. In vielen Betrieben kommt auf 4 bis 6 Arbeiter schon ein Aufseher. Wächst nun die Unzufriedenheit der Arbeiter und äußert sich dies auch in dem Anwachsen der Organisation, so wird hin und wieder eine Verbesserung gewährt oder man sucht sich auf andere Weise zu helfen, wie kürzlich in Dresden, wo mit einem Schlage 500 bis 600 Arbeiter zu Beamten ernannt wurden mit der ausgesprochenen Absicht, ihnen das Koalitions- und Streikrecht dadurch unmöglich zu machen. Daß derartige Mittelchen dauernde Zufriedenheit bei den „Ernannten" hervorrufen, ist allerdings sehr unwahrscheinlich.

Den zuverlässigsten Maßstab für die Lage einer Arbeiterkategorie bilden Arbeitszeit und Lohn. Während nun in der Privatindustrie der Neunstundentag immer mehr zur Durchführung gelangt, während die organisierte Arbeiterschaft auf dem Vormarsch zum Achtstundentag ist und manche Gewerbe ihn bereits eingeführt haben, hält die große Mehrzahl der Stadtverwaltungen noch immer am Zehnstundentag fest. In ganz Deutschland existiert nicht eine einzige Stadt, in der ein genereller Achtstundentag für die städtischen Betriebe durchgeführt wäre im Gegensatz zu England und Frankreich, wo allgemein die 8stündige Arbeitszeit in den Kommunen als Norm gilt. Den Neunstundentag haben gegenwärtig ganze 4 Städte eingeführt, wozu noch 7 Stadtverwaltungen mit genereller 9½stündiger Arbeitszeit kommen. Groß ist hingegen die Zahl derjenigen Betriebe in den meisten Städten, wo „aus technischen Gründen“ usw. der 12stündige, zuweilen gar der 14 bis 15stündige Arbeitstag die Regel bildet.

Jahrzehntelang bestand in fast allen größeren Gasanstalten Deutschlands die schier unmenschliche 24stündige Wechselschicht, das heißt um die gesetzlich gebotene Mindestruhezeit (jeden zweiten Sonntag 24 oder jeden dritten Sonntag 36 Stunden) herauszuholen, mußte je eine Schicht bei sonst 12stündiger Arbeit vor dem Feuer in einem Zuge 24 Stunden arbeiten. Gegenwärtig haben 27 der größten Gaswerke den Achtstundentag, also das Dreischichtensystem eingeführt, davon 17 erst seit 1906, nachdem der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ eine energische Kampagne gegen das menschenmordende System unternommen. Aber auch heute noch gibt es eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Gasbetriebe, die ohne den berüchtigten „24er“ nicht glauben auskommen zu können. Die Stadt Berlin führte auf Drängen der Arbeiter vor einigen Jahren die sogenannten Sturmkolonnen ein, das heißt Arbeiter vom Kokslager usw. mußten den Zwölfstundensonntagsschichtwechsel vor dem Feuer verrichten. Leider ist bei der definitiven Einführung des Achtstundentags der Betriebsarbeiter in Berlin am 1. Oktober 1906 zum Teil die Doppelschicht, also 16 Stunden für den Wechsel, wieder eingeführt. Ebenso besteht für die erhebliche Anzahl Heizer, Maschinenpersonal in den anderen kontinuierlichen Betrieben (Wasserwerke, Kanalisation usw.) die Zwölfstundenschicht lustig weiter.

Die Umfrage des deutschen Reichskanzlers an die Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1897 hat eben zu keinerlei Schutzbestimmungen geführt, obwohl damals von den Aufsichtsbeamten ausdrücklich die 8stündige Maximalarbeitszeit sowie besondere Schutzbestimmungen für die Retortenarbeiter dringend befürwortet wurden.

In den Gaswerken wird die menschliche Arbeitskraft beim Gasbereitungsprozeß nach Möglichkeit ausgeschaltet. Den mit der Hand beschickten geraden Retorten folgten die mit Lademaschinen oder Kohlentransporteuren beschickten schrägen Retorten. Seit einigen Monaten hat man in Köln und Mariendorf senkrechte Retorten eingeführt mit der ausdrücklichen Motivierung im „Journal für Gasbeleuchtung“, daß eine erhebliche Arbeitsersparnis und eine wesentlich verminderte Streikgefahr die Hauptvorteile dieser Neuerung sind. Aus letzterem Grunde werden auch die Wassergasanlagen immer zahlreicher. Aber so leid es den Unternehmern sein mag — ohne Arbeiter läßt sich trotz aller Maschinerie kein Gas erzeugen, und eine Anzahl Streiks in Deutschland wie im Ausland — wir erinnern nur an den sieg-

reichen Gasarbeiterstreik in Mailand — haben bewiesen, daß die Gasarbeiter eine Kerntruppe der Organisation sind, die, wenn es sein muß, auch einmal ins wirtschaftliche Feuer, in den Streik, gehen kann.

Ein trübes Kapitel bildet die Arbeitszeit in den Kranken-, Pflege- und Heilanstalten. Hier ist die 12 bis 15stündige Arbeitszeit die Regel. Das leidige Kost- und Logiswesen bringt zum anderen derartige Unfreiheiten mit sich, daß diese Beschäftigung nur ein Durchgangsberuf ist. Infolgedessen ist ein Vordringen der Organisation äußerst langsam zu erzielen, was wiederum eine ziemliche Stagnation in Arbeitszeit und Lohn bedingt. Um dieser fatalen Wechselwirkung zu begegnen, wurden vom „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ namhafte Aufwendungen in der Agitation gemacht. Die seit kurzem festgesetzten bundesrätlichen Prüfungsvorschriften dürften, weil nur fakultativ, an den verrotteten Zuständen wenig ändern. Ebensowenig haben bis jetzt die sich immer mehr häufenden Krankenhausprozeßskandale einen Wandel im System herbeigeführt.

Guts-, Rieselfeld-, zum Teil auch Forst- und Waldarbeiter nehmen die tiefste Stelle im städtischen Budget ein. Hier ist gewöhnlich die Dauer der Tageszeit der Maßstab für die Arbeitszeit, was für den Sommer bekanntlich 15 bis 18 Stunden bedeutet. Im Winter erfolgen zum Ausgleich dafür — Massenentlassungen.

Unerfreulich sind auch die Lohnverhältnisse. Vor allem hält man in den städtischen Betrieben nach Möglichkeit an der Stundenentlohnung hartnäckig fest, um so dem Verlangen der Arbeiter nach verkürzter Arbeitszeit zu entgehen, aber auch um die Bezahlung der Feiertage zu vermeiden. Die Organisation fordert prinzipiell Wochenlöhne, doch ist auch hier bis jetzt nicht eine deutsche Gemeinde zu nennen, die sich generell zur Durchführung dieser Forderung bequemt hätte. Ebenso bezeichnend für die soziale Rückständigkeit der Gemeinden ist das fast völlige Fehlen von Tarifen zwischen Stadtgemeinden und Organisation. Wie hinfällig einstweilen noch der Alarmruf vieler bürgerlicher Stadtväter ist, die Gemeinden könnten mit ihren Löhnen die Privatindustrie zu weiteren Konzessionen an die Arbeiter treiben, beweist wohl am schlagendsten die eine Tatsache, daß die Internationale Kontinentale Gasassoziation Jahr für Jahr ihren Arbeiterausschüssen erklärt: „Wir würden diese und jene Forderung wohl bewilligen, sobald unser Konkurrent, die Stadt Berlin, bewilligt.“ Und in der Tat hat die Gesellschaft im großen und ganzen auch bisher danach gehandelt. In Mannheim versuchte vor einigen Monaten der örtliche Arbeitgeberverband durch Eingabe an die Stadtverwaltung die Aufbesserung der Löhne hintanzuhalten. Sonst aber hatte bisher und leider auch wohl für absehbare Zeit die Privatindustrie keine Veranlassung, die Löhne der städtischen Arbeiter als aufreizend für die Arbeiterschaft in der Privatindustrie hinzustellen.

Überflüssig zu sagen, daß auch in dem vorbezeichneten Falle dazu kein ernstlicher Grund vorhanden war. Erst ganz allmählich bekommen die städtischen Arbeiter mit der übrigen Arbeiterschaft gleichartige Lohnverhältnisse, und es wird noch geraume Zeit vergehen, ehe sie mustergültig genannt werden können.

Das beweisen die von der Organisation im August 1906 zusammengestellten Lohntabellen. Danach beträgt in 35 größeren Städten der Durchschnittslohn der am besten gezahlten Kategorie, nämlich der Gasarbeiter (Innenbetrieb),

Digitized by Google

für Feuerhausarbeiter 3 bis 5,50 Mark, Handwerker 3 bis 6 Mark, Hofarbeiter 2,50 bis 4,50 Mark, wobei zu bemerken ist, daß die Minimalsätze in den Großstädten um 50 Pfennig bis 1 Mark höher sind, während die Maximalsätze in den mittleren Städten um 1 bis 1,50 Mark niedriger stehen, was auch für die nachfolgenden Kategorien zutrifft.

Von den Wasserwerksarbeitern seien genannt die Betriebsarbeiter mit 3 bis 5,50 Mark, Handwerker 3,20 bis 5,20 Mark, Rohrleger, Installateure 3 bis 5,60 Mark, Arbeiter 2,80 bis 4,40 Mark.

Straßenreiniger: Vorarbeiter 3,30 bis 4,90 Mark, Arbeiter 1,80 bis 4,20 Mark.

Kanalarbeiter: 2,40 bis 5 Mark.

Rieselfeldarbeiter: 1,40 bis 2 Mark, mit etwas Deputat.

Krankenhausangestellte: weibliches Haus- und Wartepersonal 20 bis 30 Mark pro Monat bei freier Station, männliche 30 bis 80 Mark pro Monat nebst freier Station.

In Berlin beträgt der generelle Minimallohn für städtische Arbeiter noch immer 3,50 Mark, während der Höchstlohn von 6 Mark selten erreicht wird. Im Dresdener Tiefbau werden 3,40 Mark gezahlt.

Diese wenigen Stichproben dürften genügen.

In fast sämtlichen Betrieben der verschiedenen Gemeinden werden, wenn auch vereinzelt, Handwerker aller Art beschäftigt. So zum Beispiel Maurer, Schlosser, Schmiede, Zimmerer und andere mehr. Sie alle sind größtenteils im Stundenlohn schlechter gestellt wie ihre Kollegen in der Privatindustrie, und nur längere Arbeitszeit, Überstunden und häufige Sonntagsarbeit gleichen diese Differenzen aus. Zahlreiche Stadtverwaltungen glauben deshalb ein Privileg auf niedrige Löhne zu haben, weil der bei der Gemeinde Beschäftigte dauernde Arbeit erhalte, während in der Privatindustrie das Jahreseinkommen des Arbeiters durch Arbeitslosigkeit erheblich beeinträchtigt werde. Ja, man hat sogar von einem Arbeiterbeamtentum gesprochen und damit das niedrige Lohnniveau entschuldigen wollen. Klien hat in seinem Buche „Minimallohn und Arbeiterbeamtentum" theoretisch versucht, den Stadtverwaltungen nahezulegen, ein garantiertes Lohnminimum festzusetzen, damit ein gewisses Beruhigungsmoment in das ganze Arbeitsverhältnis eintrete. Die wichtigsten Tagesbedürfnisse der modernen Großstadt seien ohne eine zuverlässige städtische Arbeiterschaft gefährdet. Nicht daß man möglichst billige Arbeitskräfte erhält, sei die Hauptsache, sondern daß man sichere, bleibende besitzt. Aber selbst von solchen Erwägungen lassen sich bis jetzt nur die allerwenigsten Stadtgemeinden leiten. Vielmehr wird versucht, die Löhne so niedrig wie möglich zu belassen, und erst dem energischen Vorgehen der Organisation sowie der rücksichtslosen Kritik sozialdemokratischer Gemeindevertreter danken es die städtischen Arbeiter, daß sich seit einigen Jahren Ansätze zeigen, die eine durchgreifende Besserung erhoffen lassen.

Die Organisation fordert Mindestlöhne unter Berücksichtigung des Bedarfes. Indirekt haben gegen 70 Gemeinden durch Auszahlung einer Teuerungszulage den Bedarfslohn als berechtigt anerkannt. Wer kann aber von den Stadtverwaltungen Konsequenz erwarten, wenn der Stadtsäckel in Frage kommt? Immerhin seien als rühmliche Ausnahmen Straßburg i. E. mit Familienzuschlägen und Frankfurt a. M. mit Mietszuschüssen erwähnt. Hier ist also der Anfang einer Sozialisierung der Löhne gemacht.

Auf erheblich breiterer Basis stehen schon die Lohnskalen nach dem Dienstalter. Sie sind von der großen Mehrzahl der Stadtverwaltungen eingeführt. Leider ist vielfach nach dem Schema der Beamtengehaltssteigerungen verfahren, was geradezu unsinnig ist. In 3 bis 5jährigen Staffeln erlangt der Arbeiter nach 15, 20 und mehr Jahren die Höchstgrenze — wenn er dann noch lebt. So bilden diese langfristigen Lohnskalen wohl ein Lockmittel für die Arbeiter, sich in den Jahren ihrer besten Manneskraft mit bescheidenen Löhnen zu begnügen, während sie die höchsten Skalen selten oder nie erreichen. Allgemein sollten die Lohnskalen in einjährigen Steigerungen nach 5 Jahren die Höchstgrenze erreichen, wie dies jüngst die Stadt Rixdorf allgemein beschlossen hat.

Es verdient noch Erwähnung, daß zahlreiche städtische Betriebe Akkordarbeit verrichten lassen, trotz Protestes der beteiligten Arbeiter. Auch wird nur selten der geforderte Mehrverdienst von 50 Prozent im Akkord erreicht.

Wir erwähnten schon die fast allgemein üblichen Überstunden sowie Feiertagsarbeit. Hier sollten Zuschläge von 50 bis 100 Prozent in Kraft treten; doch ist dies nicht allzu häufig der Fall.

Zum Vergleich mit den Lohnverhältnissen im Ausland seien nur zwei Tatsachen herangezogen.

Die neue Gemeindeordnung in Zürich sieht für alle städtischen Arbeiter einen Minimallohn von 5 Franken, für Handwerker von 5,50 Franken vor. Da Monatslöhne, werden sämtliche Feiertage bezahlt. Der 1. Mai ist von 10 Uhr vormittags frei. Die Löhne steigern sich alljährlich bis zum zehnten Jahre. Für Sonntagsarbeit werden 100 Prozent Aufschlag gezahlt. Die Arbeitszeit ist generell 9 Stunden, für Schichtbetriebe 8 Stunden.

In Paris wurde schon 1892 das Mindesteinkommen der städtischen Arbeiter auf 1500 Franken festgesetzt und ist gegenwärtig erheblich höher.

Allerdings erhalten in der Schweiz die höchsten Beamten der Stadt nur 7000 bis 9000 Franken, also den fünf- bis sechsfachen Betrag des Minimallohns eines Arbeiters, während in Deutschland die Oberbürgermeister 20000, 25000, ja 30000 bis 36000 Mark Gehalt beziehen.

Ein großer Mißstand besteht noch darin, daß nach der bisherigen Rechtsprechung nur diejenigen städtischen Betriebe dem Gewerbegericht unterstellt sind, die gewerbsmäßig betrieben werden, das heißt den Zweck haben, einen Überschuß zu erzielen. So sind die meisten Arbeiter (außer Gas- und Wasserwerke) nicht in der Lage, bei Lohnstreitigkeiten usw. ihr Recht zu suchen. Sie sind vielmehr auf den überaus langwierigen Instanzenweg angewiesen, der ihren Wünschen, Beschwerden und berechtigten Forderungen in den seltensten Fällen Rechnung trägt, schon um die unteren Vorgesetzten nicht bloßzustellen oder, wie es in diesbezüglichen Antworten oftmals heißt, um die „Disziplin aufrechtzuerhalten". Die Ausschaltung des Gewerbegerichtes hat den Städten ein Privileg auf Willkür und Selbstherrlichkeit gegeben.

Bei den allgemeinen Fürsorgeeinrichtungen in den öffentlichen Betrieben Deutschlands ist das Bild um einiges günstiger.

In den letzten Jahren ist die Zahl der deutschen Stadtgemeinden auf 75 gestiegen, die einen Erholungs- respektive Sommerurlaub gewährten. Im Jahre 1900 gab es erst 5, 1904 17, 1905 32 deutsche Gemeinden, die Sommerferien gewährten. Auch heute noch steht die Privatindustrie, wie Erhebungen der Buchdrucker, Brauerei- und Transportarbeiter beweisen, vielfach den Gemeinden bezüglich der Feriengewährung voran. Vor allem sind die Ferien

durchweg viel zu kurz, so daß sie ihren Zweck, den Arbeiter zu kräftigen, verfehlen müssen. Eine Stadt (Bielefeld) gibt zum Beispiel nach 2 bis 12jähriger Tätigkeit 1 bis 6 Tage Ferien. Die große Mehrzahl der Ferien gewährenden Gemeinden gibt nach 3 bis 5jähriger Tätigkeit ganze 3 Tage, nach 10 bis 12 Dienstjahren 7 Tage Ferien. Charlottenburg, das sozialpolitisch so ziemlich an der Spitze steht, gewährt nach 2 Jahren 3, nach 5 Jahren 7 und nach 10 Jahren 10 Tage Sommerferien mit Bezahlung. Es bleibt also auch hier noch viel zu tun übrig.

Die Versicherung gegen Krankheit und Unglück ist leider nicht obligatorisch für alle Angestellte und Arbeiter der Stadtgemeinden. Ganze Kategorien, wie zum Beispiel das Personal der Kranken- und Irrenanstalten, sind nicht versicherungspflichtig. Nicht immer kommen hier die Stadtgemeinden einer selbstverständlichen Pflicht nach, indem sie freiwillig die Versicherung in solchen Fällen auf sich nehmen. Zur Zahlung des Differenzbetrages, also eines Lohnzuschusses zum Krankengeld, haben sich bis Anfang 1907 zirka 40 Stadtgemeinden herbeigelassen. Die meisten allerdings nur bis zu 4 resp. 6 Wochen, vereinzelt bis zu einem halben Jahr.

Den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches haben viele Stadtverwaltungen durch Arbeitsordnung ausgeschlossen, um daraus kein klagbares Recht für die Arbeiter herzuleiten. Auch Berlin darf hierbei natürlich nicht fehlen, trotz großer Opposition seitens der sozialdemokratischen Vertreter bei den Verhandlungen.

Die Alters- und Reliktenversorgung ist gegenwärtig in 81 Stadtgemeinden zur Durchführung gelangt. Sie war zweifelsohne als Köder gedacht, um den städtischen Arbeitern die Illusion beizubringen, als handle es sich um eine beamtenähnliche Stellung, in der die bange Sorge um die ferne Zukunft nicht aufkommen könne. Wie weit es den Stadtverwaltungen gelungen ist, den Arbeiter durch den Hinblick auf die dereinstige „Pension" willfähriger zu machen, ist freilich eine andere Frage. Die Organisation hat jedenfalls in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Vertretern versucht, die Bestimmungen nach Kräften für die Arbeiter nutzbar zu machen, und zwar mit gutem Erfolg. Gegenwärtig werden die Ruhegehaltsbestimmungen vielfach einer Revision unterzogen, um sie gemäß den umgewandelten Bestimmungen für die preußischen Beamten umzugestalten. Dabei handelt es sich zumeist um ein Heraufsetzen der Anfangsrente von $^{15}/_{60}$ auf $^{20}/_{60}$ des Diensteinkommens. Es sollte jedoch bei dieser Gelegenheit überall auf Festsetzung einer Minimalrente Wert gelegt werden. Gegenwärtig haben erst 38 Gemeinden solche Minimalsätze, und zwar in Höhe von 120 bis 450 Mark. Auch Berlin hat bis jetzt keine Minimalrente, so daß dort Fälle vorkommen, wo unter 200 Mark pro Jahr nach 15 bis 20jähriger Beschäftigung ausbezahlt werden. Die Armenunterstützung dürfte in solchen Fällen eher mehr wie weniger ergeben.

Die den Beamtenpensionen entnommenen Steigerungssätze von $^{1}/_{60}$ pro Dienstjahr (nach der fast allgemein üblichen 10jährigen Karenz) erscheinen für die Arbeiter durchaus unzureichend, weil sie auf diese Weise überaus selten die Höchstrente erhalten. Dabei wird noch die Reichsrente fast allgemein ganz oder teilweise in Abzug gebracht.

Das Witwengeld beträgt meist 40 Prozent vom Ruhelohn. Hier sind Minimalrenten von 72 bis 300 Mark festgesetzt. Mitunter erhöhen sich im ersten bis dritten Monat nach dem Ableben des Mannes die Reliktenbezüge um das Doppelte.

Das **Waisengeld** wird in der Regel bis zum fünfzehnten Jahre, vereinzelt auch bis zum achtzehnten Jahre gezahlt und beträgt bei Halbwaisen 10 bis 33⅓ Prozent vom Witwengeld, bei Vollwaisen 10 bis 80 Prozent. Durchwegs Beträge, die keineswegs ausreichend sind.

Beiträge zur Alters- und Reliktenversorgung in Höhe von 1½ bis 4 Prozent des Einkommens werden nur in Erlangen, Ludwigsburg, München, Nürnberg, Reutlingen, Würzburg und neuerdings auch in Hamburg von den Arbeitern geleistet. Straßburg, Freiburg i. B., Ludwigshafen und Heidelberg gewähren **klagbaren Rechtsanspruch**, während die große Mehrzahl der Stadtgemeinden formale und sonstige „Begründungen" herbeizerren, um die Ablehnung des Rechtsanspruchs zu motivieren.

Nach einer Zusammenstellung des Kieler Statistischen Amts vom Januar 1907 hatten 34 Städte mit 34155 städtischen Arbeitern Angaben über den finanziellen Effekt der Alters- und Reliktenversorgung gemacht. In diesen 34 Stadtgemeinden betrugen die Aufwendungen pro Etatsjahr 1905/06 258425,16 Mk., die sich auf 1239 Fälle verteilen. Das ergibt einen Durchschnittssatz pro Alters- oder Hinterbliebenenrente von 208,57 Mark. Wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, so ist wirklich nicht erfindlich, wie die Arbeiter sich anderthalb bis zwei Jahrzehnte mit niedrigeren Löhnen abspeisen lassen sollen, damit ihnen, wenn sie abgerackert und invalide geworden sind, diese „Prämie" ausbezahlt wird. Vielmehr müssen die Gemeindearbeiter, unbeschadet ihrer Pensionsansprüche, unbedingt darauf drängen, einen **auskömmlichen** Lohn zu erhalten.

Die **hygienischen Einrichtungen** sind auch noch nicht allerorten mustergültig. Bade- und Waschgelegenheit in Gasanstalten, Kanalisation usw. sind in den größeren Städten zwar nachgerade eingeführt, doch fehlt in mittleren und kleineren Städten auch jetzt noch oftmals das Nötigste. Schutzbuden für Park-, Tiefbauarbeiter usw. mußten in den letzten Jahren an vielen Orten erst durch die Organisation gefordert werden und nicht einmal immer mit Erfolg. So klagen zum Beispiel die Rieselwärter in der Umgebung Berlins seit Jahren über mangelnden Wetterschutz. Zum Teil haben sie sich selber tiefe **Erdhöhlen** graben müssen, um bei Unwetter darin Unterschlupf zu finden.

Die **Wohnungsfrage** beschäftigt gegenwärtig verschiedene Stadtverwaltungen, die den städtischen Arbeitern billige Wohnungen bauen wollen. Aber die Arbeiter stehen im allgemeinen derartigen Projekten unsympathisch gegenüber (zum Beispiel lehnten die städtischen Arbeiter in Berlin 1901/02 diese Pläne energisch ab). Nach all den Erfahrungen bei Lohnbewegungen usw. in der Privatindustrie befürchten die Gemeindearbeiter, daß die Verbindung von Wohnung und Arbeitsverhältnis bei Streiks, Maßregelungen usw. die plötzliche Aufkündigung der Wohnung zur Folge haben könnte. Dieses Mißtrauen ist zwar nicht gerade eine Schmeichelei für die deutschen Stadtgemeinden, aber nach Lage der Sache leider nur zu sehr angebracht.

Einen Sinn haben die sozialpolitischen Einrichtungen, namentlich aber die Alters- und Reliktenversorgung doch nur, wenn zum mindesten die große Mehrzahl der städtischen Arbeiter davon Gebrauch machen kann. Die Zahl derjenigen, die aber bei der Stadt nur kurze Zeit beschäftigt sind, ist ungeheuer hoch. Ist in manchen Betrieben die Fluktuation infolge der schlechten Bezahlung, Behandlung usw. eine unglaubliche (Krankenhäusern zeitweilig 100 Prozent Wechsel), so bedingen die verschiedenen Saisonarbeiten je nachdem eine

um die Hälfte reduzierte oder verdoppelte Arbeiterzahl. Anstatt nun die überzähligen Arbeiter einfach einem anderen städtischen Betrieb zu überweisen, wo gerade Arbeiter benötigt werden, wird ohne Plan und Rücksicht in einem Betrieb entlassen, im anderen werden fremde Arbeitskräfte angenommen. Erst vor ein paar Wochen hat in Breslau durch Beschluß des Magistrats ein Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter Wandel geschaffen; ebenso ist jetzt auch München gefolgt. In Berlin ist das Prinzip zwar seit Jahren anerkannt, es existiert auch eine besondere Abteilung für städtische Arbeiter beim Zentralarbeitsnachweis, aber die einzelnen Betriebsdirigenten durchkreuzen immer wieder den Beschluß, indem sie auf Grund privater Empfehlungen usw. Neueinstellungen vornehmen. Hier müßte eine Kommission eingesetzt werden, zu der auch Vertreter der Organisation hinzuzuziehen sind. Dieser paritätische Nachweis würde dann endlich dafür sorgen können, daß die durch jahrelange Tätigkeit erworbenen Rechte der Arbeiter ihnen nicht mit einem Schlage für immer verloren gehen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Gemeindearbeiter ist noch sehr jungen Datums. Sie wurde Oktober 1896 gegründet. Im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind außer den Arbeitern der öffentlichen Betriebe auch die privaten Gasarbeiter, sowie das gesamte Kranken-, Pflege- und Badepersonal zuständig. Mithin ein großes, aber überaus schwieriges Agitationsfeld. Jahrelang wollte die Organisation außer in einigen großen Städten nicht festen Fuß fassen. In der letzten Geschäftsperiode 1903/05 stieg die Mitgliederzahl rapid von 10393 auf 20818; sie beträgt gegenwärtig zirka 26000. Die „Gewerkschaft" erscheint wöchentlich und hat über 30000 Auflage. Außerdem erscheint als Beilage für das Pflegepersonal vierzehntägig die „Sanitätswarte". Die Anzahl der Gaubureaus beträgt jetzt 14. Dazu kommen noch die Ortsbureaus in Berlin, Hamburg usw. Seit Oktober 1907 ist die auf dem Mainzer Verbandstag 1906 beschlossene Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten. Sie bedeutet eine weitere Verstärkung der Position, die sich die Organisation errungen hat.

Fast schien es eine Zeitlang, als solle durch unerquickliche Grenzstreitigkeiten mit den Bruderverbänden die Organisationsform (Betriebsorganisation) bekämpft werden. Diese Gefahr ist jedoch durch entsprechende Kartellverträge mit den interessierten Verbänden beseitigt, so daß der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter" sich jetzt mit ungeschwächter Kraft der Aufgabe unterziehen kann, die Lage der Gemeindearbeiter zu heben und dafür zu kämpfen, daß die Gemeindebetriebe Musterbetriebe werden.

Immer mehr wächst auch das Verständnis für politische Fragen in den Reihen der städtischen Arbeiter. Haben die bürgerlichen Parteien eine Zeitlang gehofft, in „ihren" Angestellten die willigen Wahlkälber zu finden, so hat sich das Blatt in den letzten Jahren völlig gewendet. Wem nicht durch politische Aufklärung die Erkenntnis gekommen, daß seine berufene Interessenvertretung die Sozialdemokratie ist, der wird durch das arbeiterfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Stadtparlamenten auf die Seite unserer Partei gedrängt. Ob konservativ-antisemitisch (Dresden), freisinnig (Berlin) oder Zentrum (Köln), überall das gleiche oder doch ähnliche Bild: Unternehmerpolitik zugunsten der Besitzenden! Unsere Genossen kämpfen in den Stadtparlamenten einen zähen Kampf um die Besserstellung der Gemeindearbeiter. Ihnen, der öffentlichen Kritik und der Organisation danken die

städtischen Arbeiter in erster Linie die allmähliche Verbesserung ihrer sozialen Lage.

Leider sind in Preußen durch das Dreiklassen- und Hausbesitzerprivileg der Sozialdemokratie sehr enge Grenzen gezogen.

Die Art der Beschäftigung im Gemeindebetrieb, die Aufstellung der Etats, die tatsächlich konkurrenzlosen Monopolindustrien ermöglichen den Stadtverwaltungen, erheblich bessere sowie stabile Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Hier könnte der Privatindustrie ein leuchtendes Vorbild gegeben werden. Statt dessen sind in den Kommunen Deutschlands kapitalistische Grundsätze maßgebend, und genau wie die Arbeiterschaft in der Privatindustrie seufzen die Gemeinde- und Staatsarbeiter nach Erlösung durch den Sozialismus. Durch gewerkschaftliche und politische Betätigung erkämpfen sie sich den Weg zu diesem Ziel.

Notizen.

Die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft verzeichnet für 1906 „einen erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwung der Holzindustrie" und „anhaltende gute Geschäftslage". Die Zahl der versicherten Betriebe ist deshalb gegen das Jahr 1905 um 1759 höher, die Zahl der versicherten Arbeiter um 13381 gestiegen.

Versichert sind	19509	Kraftbetriebe mit	224115	Personen,
„ „	21814	Handbetriebe „	35203	„

Betriebsunfälle wurden im Jahre 1906 insgesamt 14924 (gegen 13463 im Vorjahre) gemeldet, so daß auf 1000 Versicherte durchschnittlich 57,5 Unfälle kamen (54,7). Entschädigt wurden jedoch nur 3338 **Verletzte**! Die Zahl der **Todesfälle** betrug 126 (102).

Dem beigefügten Bericht der fünf Aufsichtsbeamten entnehmen wir, daß dieselben insgesamt 608 Betriebe in Berlin und 2919 Betriebe in den übrigen Provinzen, zusammen also nur 3522 Betriebe revidiert hatten. „In Ordnung wurden befunden von den Berliner Betrieben 385, von den anderen Betrieben 1533." Es wurden im ganzen 5334 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt; darunter allein 1179 Mängel an den so gefährlichen **Kreissägen**! Interessant ist auch das im Bericht abgedruckte „Gutachten" eines Kölner Schreinermeisters über die von der Berufsgenossenschaft empfohlene Sicherheitswelle für „Abrichtmaschinen". Es heißt da: „Beim Abrichten erklärten mir meine Leute: ‚Meister, wo **kein Fleisch fortgeht**, geht auch kein Holz fort!'" Deshalb ist der brave Meister gegen diese Schutzvorrichtung und erklärt zum Schlusse, daß „die **Rentabilität** des Abrichthobels vernichtet werde, wenn die Berufsgenossenschaft gar die Einführung der Welle anordnete". Im Interesse der „Rentabilität" wollen also „seine Leute" lieber ihr „Fleisch" verlieren! Dabei meldet der Bericht, daß an den Abrichtmaschinen allein 1167 Mängel der Unfallverhütungsvorschriften gefunden wurden. E. G.

Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben. Daß Preußen in Deutschland und Hinterpommern in Preußen voran, darüber herrscht kein Zweifel. Ein neues Dokument für diese Kulturstellung bringt die „Pädagogische Zeitung". Dort berichtet ein Lehrer von seinen Erfahrungen, die er in Hinterpommern über landwirtschaftliche Kinderarbeit machte.

Er schreibt:

„In einem Orte des Kreises Rummelsburg (Regierungsbezirk Köslin) mußten die 12 bis 14jährigen Tagelöhnerjungen von morgens 9 Uhr ab — der tägliche

Schulunterricht beschränkte sich im Sommer auf die Zeit von 6 bis ½9 Uhr früh — bis in die sinkende Nacht zur Verfügung des Gutherrn stehen. Sie mußten mit Ochsen und Pferden pflügen, Kartoffeln einhacken, in der Heu- und Getreideernte mit den Erwachsenen mithalten usw." Und für diese „gewissenlose Ausbeutung der kindlichen Arbeitskräfte" gab es, wie der Lehrer voll Zorn schreibt, „ein Sündengeld von 10, 15 oder 20 Pfennig Tagelohn. Daß die Jungen des Morgens in der Schule vor Mattigkeit günstigen Falles in einem halbwachen Zustande dasaßen, dürfte weiter nicht wundernehmen; Unterrichtserfolge waren natürlich ausgeschlossen. Daß die Bedauernswerten aber, je weiter der Sommer vorschritt, immer mehr geistig dumpf und stumpf wurden, das mußte noch einen anderen Grund haben."

Und der Lehrer entdeckte ihn ohne große Mühe. Alle Kinder, bis herunter zu den achtjährigen, müssen bei der Kartoffelernte helfen. Sie kriechen dann in den manchmal schon eisig kühlen Erdfurchen herum, und wird die Ernte nicht in den vier Wochen Ferien eingebracht, dann werden diese — auf Antrag des Gutsherrn! — auf fünf, ja sechs Wochen, also bis in den Oktober hinein, verlängert. „Auf schlechte Witterung kann natürlich nicht Rücksicht genommen werden. Und gegen Kälte gibt's ja erprobte Mittel. Um 9 Uhr vormittags erscheint der Hofmeister mit einer großen Kanne und füllt mit ihrem Inhalt jedem Erwachsenen ein ‚großes', jedem Kinde ein ‚kleines Maß' — und alle Männlein und Weiblein, Knaben und Mädchen schlürfen begierig das edle, wärmende Naß. Schnaps ist es, Fusel, den der gnädige Herr aus seinem in der eigenen Brennerei erzeugten Schatz spendet. Spendet? — ach nein, dieser Schnaps, der zu Mittag und um die Vesperzeit noch einmal genossen wird, gilt als ein Teil der Entlohnung, den der Besitzer stillschweigend bei der ohnehin kärglichen Bezahlung (Erwachsene 80 Pfennig, Kinder wie üblich die Hälfte) in Anrechnung bringt, ob einer den Schnaps trinkt oder nicht. Also trinkt ihn ein jeder. Auch die Kinder! Vier bis sechs Wochen, täglich dreimal! — Und dann kommen sie wieder zur Schule. Der genossene Schnaps spricht aus den fahlen Gesichtern, sonst spricht nichts mehr aus ihnen. — Das Fundament zum späteren Säufer ist gelegt, und keine Schule vermag die Kinder zu retten. Sie werden, was ihre Eltern zum Teil schon sind: verliederlichte Menschen ohne Widerstandskraft, ohne eigenen Willen."

Der Lehrer fragt, warum wohl das Kinderschutzgesetz so respektvoll Halt macht vor den landwirtschaftlichen Großbetrieben. O, es ist auch gegen die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sehr respektvoll — auch für sie gibt es keine Einschränkung der Ausbeutung der Kinder, und zwar im ganzen Deutschen Reich. So will es das agrarische Regiment, das bei der Beratung des Kinderschutzgesetzes durchsetzte, daß dieses sich nur auf gewerbliche Beschäftigung bezieht und ehrfurchtsvoll auch vor der krassesten Kinderausbeutung in der Landwirtschaft Halt macht.

Le Socialisme. Bisher fehlte dem französischen Sozialismus eine marxistische Revue. Das „Mouvement Socialiste" ist syndikalistisch, in der „Revue Socialiste" herrscht jener revisionistische Eklektizismus, dem nichts fremd ist, außer der Theorie, auf der der moderne Sozialismus des Klassenkampfes beruht. Der „Socialiste" endlich, das wöchentliche Zentralorgan unserer Bruderpartei, ist mit Berichten und aktuellen Artikeln zu überfüllt, um Platz für theoretische Erörterungen zu haben. Mit Freude empfangen wir daher die Nachricht, daß demnächst (am 17. November) eine Wochenschrift marxistischen Geistes in Paris erscheinen wird, „Le Socialisme", 9, Rue Joubert (Preis für Frankreich 1,25 Franken vierteljährig). Die Redaktion ist in den Händen unseres alten Freundes Jules Guesde, dessen Name allein schon ein Programm und eine Bürgschaft ist. Wir wünschen dem neuen Mitstreiter ein fröhliches Gedeihen! K. K.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr 8 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Finanzklemme.

✓ Berlin, 20. November 1907.

Mit der Wiedereröffnung des Reichstags beginnt die praktische Probe der Blockpolitik, und wir dürfen tragikomischen Szenen entgegensehen. Worum es sich für den Freisinn handelt, ist, irgendwelche kleine Zugeständnisse herauszuschlagen, die er seinen Wählern als Sand in die Augen streuen kann, zugleich aber neuen Steuern aus dem Wege zu gehen, die seinen Wählern trotz alledem die Augen öffnen würden. Denn so viel sich der liberale Philister bieten zu lassen gewohnt ist, zu der „Seligkeit des Steuerzahlens", die einst ein Hofprediger Friedrich Wilhelms IV. verkündete, hat er sich doch noch nicht aufzuschwingen vermocht. Im Gegenteil ist er in diesem Punkte besonders kitzlich, und die kleinen Leute, die heute als Eugen Richters sel. Erben firmieren, sträuben sich vor dem bloßen Gedanken neuer Steuern so ängstlich wie das Kalb vor der Schlachtbank.

Es scheint ihnen aber nicht viel helfen zu sollen. Der Oberoffiziöse des Reichskanzlers, der in der „Frankfurter Zeitung" sein Wesen treibt, erklärt positiv, daß Spiritusmonopol und Zigarrenbanderolesteuer noch in dieser Session des Reichstags kommen werden, und spricht den „linksliberalen Parteien" gütlich zu, gegenüber der Finanzlage des Reiches sich der Notwendigkeit nicht zu verschließen, möglichst bald für Deckung des Fehlbetrags zu sorgen. Das ist ganz der verwaschene Offiziösenstil; kerniger und witziger redet die „Kreuzzeitung" den „linksliberalen Gruppen" ins Gewissen. Sie begreift es, daß diese Gruppen vor den Finanzsorgen den Kopf in den Sand stecken möchten. Populär sei ja das Geschäft der Steuererhöhung niemals gewesen, aber wer so populär denke, den Massen allerlei erquickliche Aussichten zu eröffnen, der dürfe sich auch nicht der Pflicht entziehen, die Massen mit unpopulären Finanzoperationen zu inkommodieren. So müsse die „positive Mehrheit" des Reichstags den Finanzsorgen mutig und offen ins Auge sehen; es handle sich um die Lebensfrage der Nation, deren Lösung nicht aus Rücksichten der Wahltaktik auf ein Jahr hinausgeschoben werden dürfe.

Das ist deutlich, aber den spitzesten Pfeil sendet das Junkerblatt gegen seinen freisinnigen Blockgenossen, indem es schreibt: „Im Freisinn wird man selbst nicht glauben, daß nach einem Jahre, vorausgesetzt, daß der Block so lange standhält, die Dinge auf finanzpolitischem Gebiet anders liegen werden als heute.“ Es ist die kürzeste und treffendste Kritik der unglaublichen Kurzsichtigkeit, womit die freisinnige Blockpolitik betrieben wird. Als höchstes Ziel gilt ihr nur noch eine Galgenfrist von einem Jahre, um „wenigstens etliche Jagdtrophäen zu erbeuten“, wie sich der „Stuttgarter Beobachter“ ausdrückt. Damit sieht es aber ebenso windig aus wie mit der Galgenfrist überhaupt. Das bißchen Herumflicken am Börsen- und am Vereinsgesetz, das als etwaige „Jagdtrophäe“ heimzubringen ist, läßt sich beim besten Willen nicht als jener „Durchbruch demokratischer Forderungen“ auffrisieren, um den der Freisinn seine Seele an den Block verkauft haben will, und auch diese spartanische Suppe wird ihm nicht serviert werden, ehe er das Tischlein des Reichsschatzsekretärs reichlich gedeckt hat. Nicht mit Unrecht spotten ultramontane Blätter über „manche, besonders verwegene Politiker der Linken“, die sogar die Hoffnung zu hegen schienen, die Blockzitrone zu freisinnigen Erfolgen auszupressen, mit dem Hintergedanken, zu kneifen, wenn es ans Steuerbewilligen gehen sollte.

Unglaublicherweise scheint es wirklich solche „verwegene Politik“ im Freisinn zu geben; der „Stuttgarter Beobachter“ fordert „ein festes, entschlossenes Auftreten“ als das einzige Mittel, der Regierung zu imponieren. Das Mittel wäre soweit schon probat, wenn es nur nicht um sehr viele Posttage zu spät käme. Was eine treffliche Arznei für einen gesunden kräftigen Mann ist, das bringt einen Schwindsüchtigen, der aus dem letzten Loche pfeift, vollends ins Grab. So viel Bewußtsein ihrer jämmerlichen Lage hat denn auch noch die Mehrzahl der linksliberalen Politiker und Zeitungen, daß sie sich lieber aufs Ducken und Kriechen, als aufs Pochen und Trotzen verlegt. Womit sollen sie denn auch drohen? Im günstigsten Falle können sie den Reichskanzler stürzen, im günstigsten, wenn auch keineswegs im sicheren Falle. Wenn Bismarck, kaum daß er verkündet hatte: Nach Kanossa gehen wir nicht — was beiläufig ein unfreiwillig prophetisches Wort war, denn in Kanossa ist tatsächlich der Papst übertölpelt worden, womit Bismarck nie zu Rande gekommen ist — wenn also Bismarck, kaum daß er durch jenes geflügelte Wort sich verschworen hatte, niemals mit dem Ultramontanismus zu paktieren, gleichwohl mit ihm paktierte, um eine neue Steuerlast auf den Nacken der Nation zu stürzen, so ist nicht abzusehen, weshalb der gegenwärtige Reichskanzler nicht dieselbe Politik wiederholen sollte, zu der wirklich kein Funken Genie gehört, sondern nur eine Anzahl minder anmutende Eigenschaften, die unter ostelbischen Junkern wohlfeil wie Brombeeren sind.

Indessen mag immerhin der letzte Strohhalm, an den sich die freisinnige Politik klammert, wirklich ein Strohhalm sein, und nicht ein bloßes Phantasma, so bleibt ihr deshalb doch nur ein Strohhalm. Die Erhaltung des Fürsten Bülow an seinem gegenwärtigen Platze ist kein Ziel, das seinen Junkergenossen nennenswerte Opfer wert ist. Vielmehr spricht manches dafür, daß die ausgesuchte Geringschätzung, womit der Freisinn von seinen konservativen Block-

genossen behandelt wird, eine scharfe Spitze gegen den Urheber „der konservativ-liberalen Paarung hat". Stürzt der Reichskanzler, weil der linke Flügel des Blocks in einer „nationalen Lebensfrage" versagt, so kann man mit der Sicherheit des Einmaleins abzählen, aus welcher politischen Himmelsrichtung sein Nachfolger kommen wird. Man wird es auch wohl erfahren können, wenn man im Kastanienwäldchen beim preußischen Finanzministerium anklopft. Dann blüht der junkerliche Weizen so, wie lange nicht, und die Junker wissen sehr wohl, weshalb sie den Block nicht als sichersten Hort des Vaterlandes bewundern, sondern an ihm herumpuffen, als wäre er das lästigste Möbel von der Welt.

Sie kommen gleichermaßen auf ihre Rechnung, sei es nun, daß die Freisinnigen den Kelch der politischen Schande bis zur Neige leeren, oder sei es, daß sie in einem letzten Anfalle von Verzweiflung den Block sprengen. Das Pochen und Trotzen ist für die Junker eine bequeme und wirksame Waffe, während es für den Freisinn ein gefährliches und selbst tödliches Experiment sein würde. Insoweit ist das Ducken und Kriechen, das Schlucken und Würgen des Freisinns ganz am Platze; eine elende Politik kann konsequenterweise nur durch elende Mittel verteidigt werden. Aber freilich — „imponieren" kann der Freisinn dadurch weder den Junkern noch der Regierung, und wenn der Reichskanzler aus seinem persönlichen Interesse geneigt sein sollte, ihm die ersehnte Gelegenheit zu gewähren, so opfern die Junker um des Blocks willen auch nicht ein Titelchen ihrer Interessen, sondern machen die Finanzklemme zur „nationalen Lebensfrage", deren Lösung aus eitler Popularitätshascherei nicht auf ein Jahr verschoben werden dürfe.

Im letzten Grunde ist diese junkerliche Politik freilich auch zweischneidig, aber das soll uns am wenigsten bekümmern. Die Massen des Volkes mit „unpopulären Finanzoperationen" zu „inkommodieren", mag unter Umständen für die Junker ein willkommenes Mittel sein, den Freisinn an die Wand zu drücken, jedoch auf die Dauer müssen sie selbst die Zeche bezahlen. Es ist noch keinem Teufel gut bekommen, den Beelzebub der Finanzklemme zu beschwören. Gerade jetzt, wo die vernichtende Sturzwelle einer schweren wirtschaftlichen Krise hereinbricht, gehört ein ungebührliches Maß frivoler Verblendung dazu, in der leichtfertigen Weise der „Kreuzzeitung" von neuen Steuerlasten zu sprechen. Es soll ihr und ihresgleichen unvergessen bleiben. Aber den Teufel spürt dies Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte. So oft die Junker den bürgerlichen Liberalismus abgetrumpft haben, so oft haben sie auch vergessen, daß sie dadurch gegenüber dem proletarischen Klassenkampf um so tiefer in die Kreide gekommen sind.

Das gilt auch von dem Ultramontanismus, der sich gegenüber den inneren Reibungen des Blocks auf den lachenden Dritten hinausspielt und ja auch mit einiger Sicherheit darauf rechnen kann, durch seine Heldenväter bald die freisinnigen Episodenspieler abzulösen. Aber er kann es doch nur um den Preis, daß ihn die Scheren der Finanzklemme bis aufs Blut kneipen, und sein Triumph wird ein wenig teuer bezahlt, wenn er ihn durch die Bereitwilligkeit erlangt, die Taschen des Volkes so gründlich auszufegen, wie es selbst der

altersschwache Freisinn nicht gewagt hat. Viel zuzusetzen hat das Zentrum bei seinen proletarischen Wählern ohnehin nicht mehr, und wenn es bei den Junkern, von wegen seiner inneren Seelenverwandtschaft mit ihnen, auch auf bessere Behandlung rechnen darf als die Freisinnigen, so räumen sie ihm einen wirklichen Anteil an der Macht so wenig ein wie diesen.

So bringt die Finanzklemme die bürgerlichen Parteien in ein hoffnungsloses Durcheinander, wie wir es von unserem Standpunkt aus nur wünschen können. Zwar braucht uns die Wirkung nicht die Ursache zu heiligen, und wenn wir die Welt einzurichten gehabt hätten, so würden wir sie nicht so eingerichtet haben, daß Finanzklemmen die wirksamsten Hebel des historischen Fortschrittes sind. Dies ist vielmehr eine Eigenschaft der Klassengesellschaft, für deren Dasein die arbeitende Klasse keine Verantwortung trifft. Eine Finanzklemme hat der Pariser Revolution von 1789 den Weg gebahnt, eine andere Finanzklemme der Berliner Revolution von 1848. Hoffen wir also, daß auch die immer wachsende Finanzklemme des neudeutschen Reiches zur „Lebensfrage der Nation" wird, wenn auch just nicht im Sinne der „Kreuzzeitung" und des preußischen Junkertums.

Die Verelendung der Zwergbauern.

Von **Karl Kautsky**.

Es waren jetzt zehn Jahre, daß die revisionistische Bewegung ihren Ausgangspunkt nahm mit Bernsteins Artikeln in der „Neuen Zeit" über Probleme des Sozialismus, die so viele Erwartungen rege machten — ich muß gestehen, eine Zeitlang auch bei mir. Aber niemand bezeugte jetzt Lust, das Jubiläum des Revisionismus zu feiern. Denn von den großen Erwartungen, die er herausgefordert, hat er nicht eine erfüllt.

Eine sonderbare Ironie des Schicksals will, daß gerade zur Zeit dieses Jubiläums eine Schrift unseres Genossen Vandervelde erscheint, die neues Licht auf Fragen wirft, an denen nach der Behauptung der Revisionisten der Marxismus gescheitert sein sollte: die Fragen der von ihnen so genannten Theorie der „Verelendung" und der Überlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs.

Die Schrift führt den Titel: „Verbessert sich die Lage der Landleute?" und sie erlaubt uns, diese Frage ausreichend zu beantworten. Unter den vielen wertvollen Beiträgen zur Erkenntnis belgischer Agrarverhältnisse, die wir Vandervelde verdanken, steht sie nicht in letzter Linie.[1]

Sie zeigt uns in ausführlicher Weise die Veränderungen, die in einem Dorfe Brabants seit 1833 vor sich gegangen sind.

In diesem Jahre hatte die englische Regierung eine Enquete über die Armengesetze veranstaltet. Einer der Kommissäre der Enquete, der Nationalökonom Nassau W. Senior, sammelte Daten über die Lage der Taglöhner in England und auf dem Kontinent und wandte sich zu diesem Zwecke an den Grafen Arrivabene in Belgien, der als Antwort eine Monographie über die Lage der Bewohner des Dorfes Gaesbeek gab, auf Grund der Beantwortung eines ausführlichen Fragebogens, der nicht weniger als 154 Fragen umfaßte. Jetzt hat

[1] Emile Vandervelde, Le sort des campagnards s'améliore-t-il? Brüssel, Misch & Thron, 126, Rue Royale. 72 Seiten.

Digitized by Google

Vandervelde denselben Fragebogen aufgenommen und dessen Fragen durch seinen Freund E. Doms, einen vortrefflichen Kenner der Gegend, den Bewohnern von Gaesbeek wieder vorlegen lassen. So wurde es möglich, bis in die kleinsten Details die Veränderungen zu verfolgen, die sich im Laufe der letzten zwei Menschenalter in diesem Dorfe vollzogen haben, dessen Entwicklung in keiner Weise eine außergewöhnliche war und als eine typische gelten kann.

Da finden wir auf den ersten Blick manches, das Wasser auf die Mühle unserer Marxkritiker zu sein scheint. Auf der einen Seite hat der Kleinbetrieb zugenommen, andererseits sind die Anzeichen von Wohlhabenheit gewachsen. Die Löhne sind erheblich gestiegen, die Häuser besser gebaut, die Kleidung netter und mannigfaltiger, mehr nach städtischer Art; das Essen wird besser serviert, Zeitungen werden gelesen, die Zahl der Kaufleute hat sich vermehrt, schon die Kinder benutzen jetzt die Sparkassen, indes solche 1833 in Gaesbeek absolut unbekannt waren.

Alles das sind typische Erscheinungen, aus denen die bürgerliche Vulgärökonomie schon lange die ihr genehmen Schlüsse gezogen hat. Aber das Bild ändert sich, wenn wir uns nicht mit der vulgärökonomischen Oberflächlichkeit begnügen.

Der Kleinbetrieb hat zugenommen. Aber die Zentralisation des Grundeigentums ebenfalls. Ein paar große Grundbesitzer haben fast das ganze Terrain an sich gebracht. Dank dem ist der Monopolcharakter des Grundeigentums unendlich gesteigert. Das erlaubt den Grundeigentümern, die Notlage derjenigen, die nach Boden verlangen, mehr als je auszubeuten. Je ärmer der Mann, desto größer seine Notlage, desto eifriger arbeitet er, desto weniger nimmt er für sich in Anspruch. Die Zwergpächter zahlen daher Pachten, wie sie der wohlhabende Pächter nie bezahlt, der gut leben und seinen Kapitalprofit machen will. Der größere Pächter zahlt 90 bis 150 Franken für den Hektar, der kleine dagegen 130 bis 200, ja sogar 250 bis 300 (S. 19).

Dank dem werden die größeren Pachtungen immer mehr zerstückelt. In sechs Jahren hat ein Großgrundbesitzer die Zahl seiner Pächter von 170 auf 330 gebracht (S. 20).

1833 gab es noch 13 Betriebe mit 12 bis 60 Bonniers (à 121,6 Ar, also mit 15 bis 75 Hektar). 1895 nur noch 4 mit mehr als 10 Hektar. 1833 besaß jeder dieser 13 Betriebe 2 bis 4 Pferde. 1895 gab es nur noch 7 Betriebe mit je 1 Pferd.

Schon das bezeugt, daß die Zunahme des Kleinbetriebs gleichbedeutend ist mit einem technischen Rückgang. Freilich, vom bürgerlichen Standpunkt ist das nicht wichtig. Der frägt nur nach dem Profit und der Grundrente, nur nach dem Überschuß, den der Arbeiter dem Besitzer der Produktionsmittel liefert. Ein Sozialist muß aber verstehen, sich von dieser bürgerlichen Auffassung freizumachen und zu fragen, mit welchem Arbeitsaufwand das Produkt geliefert wird. Das ist für den Arbeiter der entscheidende Standpunkt.

Vom proletarischen Standpunkt aus ist es ein gewaltiger Rückschritt, wenn menschliche Arbeitskraft die Arbeitskraft anderer Faktoren ersetzt. Wenn die Arbeit, die früher von etwa 30 Pferden im Dorfe verrichtet wurde, heute von Menschen geleistet werden muß, ist das vom sozialistischen Standpunkt sicher das Gegenteil von Fortschritt. Dem Sozialismus handelt es sich darum, den Menschen von harter Fron zu entlasten, nicht ihn zu wachsender Mehrarbeit zu zwingen.

Man kann im allgemeinen sagen, daß der Kleinbetrieb im Verhältnis zur aufgewendeten menschlichen Arbeitskraft weniger leistet als der Großbetrieb. Aber dabei kann er doch pro Bodenfläche mehr leisten. In Gaesbeek ist nicht einmal das der Fall. Die Kleinbetriebe sind viel schlechter bearbeitet als die größeren; schlechter beackert, vielfach mit Kühen statt mit Pferden; nicht drainiert, ungenügend gedüngt; die Zwergpächter selbst, von Überarbeit erdrückt und mittellos, da sie alle Überschüsse den Grundherren abzuliefern haben, ohne das Wissen und das Kapital, irgend welche Verbesserungen einzuführen (S. 18). Und trotzdem wächst ihre Zahl, verdrängen sie die größeren Betriebe, aus dem einfachen Grunde, weil die kleinen Pächter wegen ihrer größeren Notlage leichter auszubeuten sind als die großen. Welche Überlegenheit des Kleinbetriebs!

Aber ist mit der Zahl der Kleinbetriebe nicht auch die Wohlhabenheit in Gaesbeek gewachsen, wie die oben mitgeteilten Erscheinungen dartun? In Wirklichkeit bezeugen diese nichts als den Übergang von der Produktion für den Selbstgebrauch zur Warenproduktion, oder, wie man das in der bürgerlichen Ökonomie ausdrückt, von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft. Eine Reihe von Dingen, die der Landmann ehedem selbst produzierte, kauft er jetzt, und natürlich vermag die moderne Industrie ihm manches zweckmäßiger und auch reichlicher zur Verfügung zu stellen als seine eigene Pfuscharbeit, die er neben der Landwirtschaft leistet. Seine Frauen und Töchter spinnen nicht mehr, verarbeiten nicht mehr den Flachs des eigenen Feldes, um das Gespinst im Dorfe selbst für den Gebrauch der Familie verweben zu lassen. Seit zwanzig Jahren wird kein Flachs mehr gebaut und kein Weber existiert mehr in der Gemeinde (S. 51).

Wäsche wie Kleider werden jetzt gekauft.

So baut auch der Bauer nicht mehr seine Hütte aus dem Holz des Gemeindewaldes und aus Lehm, sondern Bauhandwerker bauen sie aus Steinen und Ziegeln (S. 24). Aber dafür gehörte ehedem selbst dem Taglöhner in der Regel sein Haus und sein Garten, heute ist diese Regel zur Ausnahme geworden. Die meisten wohnen zur Miete. Und kostete die Miete einer Hütte vor sechzig bis siebzig Jahren 30 Franken im Jahre, so heute 10 bis 12 Franken im Monat, also mindestens viermal soviel (S. 23). Die Löhne dagegen sind bei weitem nicht in dem Maße gestiegen. Sie haben sich kaum verdoppelt. So bezogen die Knechte 1833 100 bis 140 Franken im Jahre, heute erhalten sie 180 bis 240 (S. 21).

Die Häuschen sind dabei wohl schmucker, auch reinlicher geworden, indessen nicht größer. Und verfügte vor zwei Generationen noch jeder Insasse der ärmlichen Hütte über sein eigenes Bett, so kann das jetzt nicht mehr gesagt werden. Mitunter schlafen sogar drei in einem (S. 46).

Dafür wurde freilich der enorme Fortschritt gemacht, daß das Essen besser serviert wird. Das Geschirr ist billiger geworden, die Manier, aus einer gemeinsamen Schüssel zu essen, kommt allmählich ab, in manchen Familien sind schon Teller für jeden einzelnen im Gebrauch.

Der Inhalt der Schüsseln und Teller aber hat sich ebensowenig gebessert als die Schlafgelegenheiten in den Häusern. Wohl essen sie nicht mehr reines Roggenbrot, sondern Brot aus Weizenmehl oder gemischtem Mehl (S. 38). Aber dieser Wechsel ist von geringem Belang. Ihm steht der schwere Nachteil gegenüber, daß der Pächter und Bauer ehedem seine Milch verzehrte, indes er sie heute

verkaufen muß, um seine Ausgaben decken zu können. Er gibt sie an die Molkereigenossenschaft ab.

Das wird mir freilich eine Rüge Davids eintragen.

In meiner „Agrarfrage“ hatte ich darauf hingewiesen, daß die so viel gepriesenen Molkereien ein zweischneidiges Schwert seien, da sie dem Bauern zwar Geld brächten, aber ihm sein bestes Nahrungsmittel entzögen, dem er bisher in erster Linie neben dem Arbeiten in frischer Luft seine körperliche Überlegenheit über den Städter zu danken habe. Die Molkerei, die den Bauern ökonomisch retten solle, sei ein wirksames Mittel, ihn physisch zu ruinieren.

Diese Bemerkung dünkte David höchst abgeschmackt, und er höhnte mich darob weidlich in seinem Buche über „Sozialismus und Landwirtschaft“:

„Andere Menschen pflegen, wenn sie bessere Einnahmen erhalten, auch ihrem Magen etwas davon zugute kommen zu lassen. Es liegt das sozusagen in der Natur des Menschen, daß er gern etwas Gutes ißt, wenn er das nötige Kleingeld dazu hat. Da ist es doch höchst seltsam, daß der Bauer, der für seine Milch zugestandenermaßen infolge der Genossenschaft mehr Geld erhält wie vorher, es nicht auch so macht wie andere Menschenkinder. Man kann sich das offenbar nur daraus erklären, daß sich die Bauern so ans Hungern gewöhnt haben, daß sie nicht mehr davon lassen können, selbst wenn sie es nicht mehr nötig haben. Das Hungerleiden ist zur wahren Leidenschaft geworden, der sie um so mehr frönen, je wohlhabender sie werden“ (S. 555).

In der Tat, kann man sich etwas Lächerlicheres vorstellen? So dumm wie ich ist natürlich der Davidsche Bauer nicht. Dieses Prachtexemplar eines Schlaumeiers hungert vor der vollen Milchschüssel, weil er keinen Käufer dafür findet. Er wagt es nicht, seine eigenen Produkte zu verzehren, er will nur von gekauften Nahrungsmitteln leben. Er bildet sich ein, wenn er seine Milch verkauft, dafür Geld erhält und um dieses Geld wieder Milch kauft, ein glänzendes Geschäft dabei zu machen, an Nahrungsmitteln zu gewinnen und wohlhabend dabei zu werden, denn — er bekommt dadurch G e l d in die Hand, und am Golde hängt doch alles, heißt es in dem von David so gern zitierten „Faust“.

Anders vollzieht sich der Prozeß, wenn man sich durch den Anblick von Geld nicht berücken läßt. Wenn der Bauer seine Milch verkauft, tut er es nicht, um mit dem Erlös seinen Hunger zu stillen. Da wäre ja seine ganze Manipulation sinnlos. Sondern wenn er die Milch verkauft, die er mit den Seinen ehedem selbst konsumierte, so tut er dies, weil er Geld zu anderen Dingen braucht als zur Stillung seines Hungers. Vielleicht um Steuern zu zahlen oder einen Pachtzins oder einen Hypothekenzins, wenn er glücklicher Besitzer seines Bodens ist. Oder er muß Kleider kaufen oder Werkzeuge. Natürlich hat er auch den Nährwert der verkauften Milch zu ersetzen, aber es wäre sinnlos, kaufte er ein gleichwertiges Nahrungsmittel. Er kauft ein billigeres Surrogat, Margarine statt Butter, Magermilch für seine kleinen Kinder, die der Milch nicht ganz entraten können, statt der Vollmilch. Was er billig erwirbt, ist oft schwerverdauliches Zeug — dann soll der Alkohol helfen, die geschwächte Verdauung zu befördern und die herabgedrückten Lebensgeister zu beleben. Mit der Molkerei gedeiht auch die Schnapsbude im Dorfe. 1833 gab es in Gaesbeek d r e i Schenken, heute gibt's ihrer s i e b z e h n. Dabei hat sich die Bevölkerung kaum vermehrt. Sie zählte 1833 364 Köpfe, 1900 355, und ist seitdem etwas gewachsen, auf 405 Einwohner (1906).

Das sind keine ausnahmsweisen Erfahrungen. In der Schweiz weiß man seit langem, daß der Schnaps ins Bauernhaus eindringt, wenn es seinen Milchkonsum einschränkt, um nach Davidschem Rezept „wohlhabend" zu werden.

Vor einiger Zeit gingen folgende Notizen durch die Zeitungen:

„Als ein hygienischer Nachteil in den Molkereien muß es angesehen werden, daß vielfach in den Familien der Milchproduzenten nur noch Magermilch von sehr geringem Fettgehalt genossen wird und daraus den Kindern Schaden in der Ernährung droht. Namentlich in Bayern gingen Hand in Hand mit der Zunahme der Molkereien und der Käsegenossenschaften Klagen über den Rückgang der Ernährung und der körperlichen Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung. Das bayerische Staatsministerium weist daher darauf hin, daß die Verbesserung der Milchverwertung und die Ausbildung des Käsereiwesens, die vielfach eine Erhöhung des Gewinns zur Folge haben, für den Viehbesitzer oft den Anreiz bilden, alle verfügbare Milch in Geld umzusetzen, das Milchbedürfnis des eigenen Hausstandes hintanzusetzen und sich mit Magermilch und anderweitigen Fettsurrogaten zu begnügen. Auch der Alkoholismus werde auf diese Weise befördert."

Man sieht, die bürgerliche Regierung Bayerns zeigt mehr sozialpolitisches Verständnis als unser sozialdemokratischer Abgeordneter und Referentenführer. Freilich wurde ihr Blick durch militärische Bedenken geschärft.

So schrieb der „Vorwärts" am 5. Mai 1907:

„Bei der dieser Tage erfolgten Rekrutenaushebung in Lindau (Landbezirk) wurden von 604 Gestellungspflichtigen nur 20 Mann tauglich befunden, 217 zurückgestellt. Die übrigen 367 jungen Leute mußten infolge ihrer Körperbeschaffenheit gleich von vornherein als nicht tauglich für das aktive Heer erklärt werden. Diese vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehr bedauerliche Erscheinung hat einen sehr interessanten Hintergrund. Die Bevölkerung im Algäu galt bis in die letzten Jahrzehnte als gesundes, kerniges Volk. Gab es in den Haushaltungen im allgemeinen auch nicht täglich Fleisch, so bildete doch die als besonders gut und fettreich bekannte Milch des Algäus einen Hauptbestandteil in der Ernährung dieses Volkes. Im Laufe der Jahrzehnte bildete sich die Algäuer Käserei aber vom Kleinbetrieb zum kapitalistischen Großbetrieb durch. ... Die zu Großbetrieben ausgewachsenen Käsereien brauchen aber viel Milch, und was früher an Milch zum größten Teile dem Eigengebrauch und gewissermaßen als Volksnahrung diente, das wandert heute alles in die Käsefabriken, und die Bevölkerung selbst begnügt sich mit der entfetteten, anderswo als Schweinefutter dienenden Milch, die nach Durchwanderung des ersten und zweiten Produktionsprozesses von der Fabrik zurückgekauft wird."

Was schiert das alles unseren Kantschen Ethiker? Der Bauer bekommt Geld in die Hand, und ein Esel, ein marxistisch verstockter Dogmatiker, wer bezweifelt, daß ihn das wohlhabend macht und kräftig nährt.

Ähnlich urteilt bekanntlich die Vulgärökonomie auch über die Fabrikarbeit der Kinder. Das Kind bekommt Geld in Hand, also wird dadurch der Wohlstand der Arbeiterfamilie gehoben.

Wir denken anders über den Wohlstand, und auch die Zunahme des Wohlstandes der Gaesbeeker Zwergpächterfamilien scheint uns höchst zweifelhafter Natur zu sein: außen hui und innen pfui!

Der Graf Arrivabene versuchte ein Haushaltsbudget aufzustellen und kam dabei zu dem allerdings nicht ganz zuverlässigen Resultat einer Einnahme von 840 Franken und einer Ausgabe von 898, also einem Defizit von rund 60 Franken. Die neuere Enquete von 1906 versuchte dasselbe, doch kam sie

zu keinem verläßlichen Resultat. Aber jede ihrer Aufstellungen führte, wie Vandervelde sagt, „zu einem enormen Defizit. Das ist", fährt er fort, „zweifellos auch die reine Wirklichkeit und die Ursache, warum schließlich so viele Familien im Grunde im tiefsten Elend leben. Bei allen unseren Aufstellungen haben wir keinen Taglöhner gefunden, der im ganzen pro Kopf und Tag 45 Centimes auszugeben hatte. Wir haben welche gefunden, die nur über 27 und 32 verfügten. Und man versichert uns, daß es noch ärmere gibt."

Dafür ist die Arbeitslast, die vordem schon groß genug war, noch gewachsen. Je kleiner die einzelne Parzelle, je höher der Pachtzins, um so mehr muß sich die Familie plagen, aus dem Land herauszuschinden, was herauszuholen ist; und da dessen Ertrag nicht langt, muß Lohnarbeit zur Deckung des Defizits eintreten, entweder landwirtschaftliche oder industrielle im benachbarten Brüssel, das seit einigen Jahren durch eine Kleinbahn mit Gaesbeek verbunden ist.

Verdingt sich der Mann, dann müssen oft Weib und Kind allein den landwirtschaftlichen Betrieb besorgen. Höchstens an Sonntagen hilft der Mann mit. Oft aber müssen auch Frauen und Kinder Geld verdienen.

Die Enquete von 1833 gab als das Alter, in dem die Kinder in Dienst treten, vierzehn bis achtzehn Jahre an. Die von 1906 dagegen verzeichnet als das gewöhnliche Alter dafür elf bis zwölf Jahre! (S. 28). Die Zahl der Tagwerke, welche die Frauen im Jahr durchschnittlich für Lohn arbeiten, wurde 1833 auf 50 angegeben, 1906 auf das Doppelte! (S. 44).

Über die Arbeitszeit endlich wurde mitgeteilt:

> 1833. „Im Sommer beginnt das Tagwerk um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends; im Winter beginnt es um 7 Uhr morgens und endet um 5 Uhr abends. Im Sommer gibt es 2½ Stunden, im Winter 2 Stunden ‚Ruhepausen'.
>
> 1896. „Die Taglöhner, die 1,50 Franken erhalten, arbeiten von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr und von 1 bis 7 Uhr im Sommer; im Winter von 6 bis 11 und von 1 bis 6 Uhr.
>
> „Jene, die nur 1 Franken bekommen, arbeiten von 6 bis 11 und von 1 bis 6 Uhr sommers und winters.
>
> „Im tiefsten Winter beginnt die Arbeit mit Anbruch der Tageshelle und dauert bis in die Dämmerung" (S. 40).

1833 betrug also die Arbeitszeit 9½ Stunden im Sommer und 8 Stunden im Winter. Jetzt ist sie gestiegen für die einen Arbeiter auf 10 Stunden im Sommer und Winter, für die anderen auf 13 Stunden im Sommer und 10 im Winter. In der Tat, ein gewaltiger Fortschritt! Dafür machten auch die Arbeiter ehedem am Montag „blau", was jetzt aufhört (S. 43).

Dies die wichtigsten Ergebnisse der Vandervelde-Tomsschen Enquete. Sie gewähren uns einen höchst lehrreichen Einblick in die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft auf dem Lande — freilich nur für den einen Pol, den proletarischen. Wie sich die Lebenslage des anderen Pols, des besitzenden, gestaltet, läßt sie uns nicht erkennen. Die Verhältnisse der wohlhabenden Bauern und Pächter werden nur gestreift, die der großen Grundbesitzer nicht berührt. Und doch müßten wir sie kennen, um vollständig die Wandlungen der Lage von Zwergpächtern und Landarbeitern in der Gesellschaft erfassen zu können. Aber sicherlich ist die Arbeitslast der Herren großen Grundbesitzer als solcher nicht gestiegen, sondern gleich Null geblieben, ihr Einkommen hat sich aber pro Hektar erheblich, vielleicht um das Vierfache, gesteigert, indes gleichzeitig die Zahl der Hektar wuchs, die jeder von ihnen besaß.

Trotz der Verdoppelung der Löhne, des Aufkommens der Ziegelhäuser, der städtischen Kleidung, des Weizenbrotes, der zahlreichen Wirtshäuser werden wir uns also nicht täuschen lassen. Die Ernährung und Wohnung der Zwergpächter ist in manchen Punkten eine schlechtere geworden, ihre Arbeitslast gewachsen, indes die Lage ihrer Ausbeuter sich nach allen Richtungen ungemein verbessert hat. Mit anderen Worten: die Ausbeutung der ländlichen Arbeiter hat enorm zugenommen.

Damit hat sich aber auch der Klassengegensatz verschärft. Die Enquete von 1833 konnte mit Genugtuung konstatieren, daß die Taglöhner und Zwergpächter in keiner Weise unzufrieden seien und in herzlicher Weise mit den großen Pächtern verkehrten. Wie sie sich zu den Grundherren stellten, wurde damals gar nicht gefragt. 1906 dagegen beobachtet man eine tiefgehende Unzufriedenheit und Erbitterung der ärmeren Elemente gegen die reichen und steigende Auflehnung gegen den bestehenden Zustand der Dinge (S. 69, 70).

Und das ist nicht etwa eine Folge sozialdemokratischer „Verhetzung". Die Gemeinde ist noch klerikal, nur klerikale Zeitungen werden dort gelesen (S. 65, 66). Aber die Logik der Dinge spricht laut genug und ganz im Sinne der marxistischen „Dogmatiker".

Freilich ist es nicht die Zunahme der Klassengegensätze allein, der die rebellische Stimmung der Gaesbeeker Taglöhner und Zwergpächter zuzuschreiben ist. Dazu kommt noch ein anderer Faktor, den die kapitalistische Produktionsweise mit derselben Naturnotwendigkeit erzeugt, wie das Wachstum der Klassengegensätze, ein Faktor, in dem sie sich trotz aller Tendenzen zur Verelendung der Volksmassen als wahrer Kulturbringer erweist: die Revolutionierung des Verkehrs. Das kleinste und entlegenste Dorf reißt sie aus seiner Abgeschiedenheit und stellt es mitten in den Strom aller der riesenhaften Umwälzungen und Kämpfe, die sie mit sich bringt. Sie erweitert den Blick der Menschen über den Horizont des Kirchturms und des Augenblicks hinaus, zerstört ihre tiefstwurzelnden Gewohnheiten, zeigt ihnen Schlag auf Schlag die Verwirklichung unerhörter Neuerungen, läßt das Kühnste für möglich, das Schönste für unerläßlich halten, läßt sie aber auch gleichzeitig die Armseligkeit ihrer Existenz schmerzlicher als je empfinden.

So bereitet sie den Boden in Stadt und Land für die Propaganda der Sozialdemokratie.

Eichendorff.

Von **H. Ströbel.**

Der Ultramontanismus rüstet sich, die Feier des fünfzigsten Todestags Josef v. Eichendorffs mit Pomp zu begehen. Er hat dazu auch alle Ursache. Unter den literarischen Notabilitäten unserer deutschen Katholiken — es sind ihrer im neunzehnten Jahrhundert nicht allzuviele — steht Eichendorff sicherlich an erster Stelle. Als Lyriker hätte er ein Recht gehabt, mit Heine zu sprechen: „Nennt man die besten Namen, wird auch der meine genannt." Und der Ultramontanismus darf diesen Poeten nicht nur deshalb für sich reklamieren, weil Eichendorff Katholik und Romantiker war, weil sich gelegentlich Katholizismen in seiner Dichtung fänden. Nein: Eichendorff war in seinem Grundwesen katholisch, ultramontan, reaktionär. Gerade in seinem reiferen Alter

trat dieser reaktionäre Charakter immer aufdringlicher hervor. Er unternahm nicht nur den Versuch, die Literaturgeschichte im katholisch-reaktionären Sinne zu revidieren, auch seine Dichtungen wurden durch die kirchlich-konfessionelle Tendenz immer ungenießbarer. So hat der Katholizismus unserer Tage allen Grund, sich eines Mannes zu rühmen, der ein Erzkatholik und Erzreaktionär war und dabei doch ein echter Poet, einer der größten Lyriker, die Deutschland aufzuweisen hat, diese an hervorragenden Lyrikern doch wahrhaftig nicht arme Nation.

Trotzdem kann der Ultramontanismus aus dem Faktum weiter kein Kapital schlagen. Er kann nicht zu behaupten wagen, daß Eichendorffs Talent durch den religiösen Grundzug seines Wesens befruchtet worden sei. Im Gegenteil: je katholischer Eichendorffs Dichtung wird, desto künstlerisch minderwertiger wird sie. Und umgekehrt: da, wo er als Lyriker Unvergängliches geschaffen, ist er gar nicht katholisch, sondern Künder allgemeiner seelischer Regungen, psychischer Urgefühle und elementarer Stimmungen, die Gemeingut aller Konfessionen und Nationen sind. Eher könnte man noch mit einem gewissen Rechte behaupten, daß den großen Lyriker seine religiöse Stimmung an der vollen Entfaltung seiner Fähigkeiten gehindert habe, entbehrt seine Poesie doch der eigentlichen Leidenschaft, jenes Elementes, das Goethe bei Uhland so sehr vermißte und das ihm als das eigentliche Charakteristikum des echten Dichtergenies erschien. Aber vielleicht war dieser Zug des Weichen, Abgetönten, der gedämpften Farben und Akkorde auch mehr seiner besonderen Veranlagung, als religiöser Disziplinierung seines Temperamentes und seiner Kunst zuzuschreiben, finden wir doch bei dem gar nicht religiösen Theodor Storm einen ähnlichen poetischen Wesenszug. Nur das ist sicher: Eichendorff ist dort am meisten Poet, wo er den Katholiken am wenigsten ahnen läßt.

* * *

Daß Eichendorff über die ästhetische, religiöse und politische Romantik nicht hinauskam, darf gerade bei ihm am wenigsten verwundern. Wenn Friedrich Schlegel, der Verfasser der „Lucinde“, katholisch wurde und in Wien als literarischer Mietling eines Metternich die alte und neue Literatur in kirchlichem Weihrauch erstickte, so war das, wenn kein Renegatentum, doch jämmerlichste psychische Entnervung. Auch Tieck, ja selbst ein Novalis hatten in ihrer Jugend für die Revolution geschwärmt, um später in Mystizismus und Reaktion zu enden. Eichendorff, der am 26. November 1788 geborene Sproß einer streng katholischen Junkerfamilie, wuchs zwar in aller junkerlichen Ungebundenheit auf, als forscher Reiter und weidgerechter Jäger, aber zugleich in einem Bannkreis der Bigotterie. Und als er in Halle und Heidelberg die Rechte studierte, herrschte nicht nur bereits die romantische Doktrin in ihrer ausgeprägtesten, mystisch-reaktionären Form, sondern er kam auch in persönliche Berührung mit den bezeichnendsten Vertretern dieser Romantik, mit Arnim, Brentano, Görres, Loeben usw. Auch hörte er in Halle die Vorlesungen von Steffens über Naturphilosophie, die seinem ohnehin romantisch umnebelten Gefühlsleben natürlich auch keine andere Richtung geben konnten.

Mit dem romantischen Mystizismus mischte sich, wie ja bei so manchem Vertreter der Romantik — man braucht nur an Steffens, Görres, Fouqué, Kleist zu erinnern —, ein flammender Haß gegen die französische Fremdherrschaft, der teils aus nationalem Unabhängigkeitssinn, teils aus dem Ingrimm des feudalen Junkers gegen den Erben und in manchem Sinne Vollstrecker der französischen Revolution zusammenfloß. Im Jahre 1813 trat

Digitized by Google

Eichendorff in das Lützowsche Freikorps, später in ein reguläres Landwehrregiment ein, das indes am Feldzug nicht teilnahm; erst 1815 bekam er den Kriegsschauplatz zu sehen, ohne allerdings an einer Bataille teilzunehmen.

Eichendorffs ästhetisch-philosophisch-religiöse Theorie ist die der Romantik überhaupt. Ihm ist die ganze Romantik, in der er die höchste Blüte der Dichtung erblickt, nichts anderes als das „Heimweh nach der verlorenen Heimat", der katholischen Kirche. In diese Heimat hatten sich ja so viele der Romantiker geflüchtet, die sich anfangs so absurd gebärdet, die allem Philistertum den Krieg erklärt, für freie Liebe und den souveränsten Individualismus der genialen Persönlichkeit gekämpft hatten, und zwar nicht immer bloß in der Theorie! Aber die Entwicklung war schließlich nur eine ganz konsequente gewesen. Nicht etwa nur in dem Sinne der Metamorphose zur alten Betschwester. Das ganze unrastvolle Umherschweifen, das geistige Sichübernehmen der romantischen Weltverbesserer konnte ja nur in absolutem Skeptizismus oder im alleinseligmachenden Glauben enden.

Die Romantik war ursprünglich eine gesunde Reaktion dieser jungen Poeten- und Philosophengeneration gegen die tristen deutschen Zustände, die durch die französische Revolution in noch trübseligerem Lichte erschienen. Da sich aber das zerrissene, geknechtete und verzopfte Deutschland politisch nicht umwälzen ließ, versuchte man wenigstens ideologisch diese Umwälzung. Man wollte das Leben durch die Poesie gewissermaßen korrigieren. Die triviale Welt der Wirklichkeit sollte durch die romantische Idee idealisiert, Leben und Dichtung sollten zu einer neuen, höheren Einheit verschmolzen werden. Die Schellingsche Philosophie spiegelt diesen Denkprozeß ganz klar. Sie beruht auf der Grundidee der Identität des Idealen und Realen. Die Natur ist der sichtbare Geist, der Geist die unsichtbare Natur. Das Universum ist eine organische Einheit unter dem Prinzip der absoluten Vernunft, die nach einer Reihe von Entwicklungsphasen im Bewußtsein des Menschen ihrer selbst bewußt wird. Aber schließlich macht Schelling seinem Welt-Gott auch eine Mythologie zurecht, wobei er dann die christliche Mythologie findet. Der Pantheismus schlägt um in ein mystisches Christentum, und die Vernunft streckt die Waffen vor der Offenbarung!

So prächtig diese romantische Weltanschauung auch zu der Restaurationsperiode paßte, die nach den Fürstenbefreiungskriegen erst recht einsetzte, und so schlau sich auch die Reaktion der Adepten und Alchimisten der Romantik publizistisch zu bedienen verstand: die romantischen Nebel zerflatterten dennoch vor dem Morgenwind, der sich in Philosophie und Literatur regte. Noch bevor Heine, der selbst noch Herrn August Wilhelm v. Schlegel angedichtet und ganz im Stile eines Tieck das „wundersame Magedein" angesungen hatte, der Romantik tödliche Schläge versetzte, hatte der alte Goethe über die „neudeutsch-religiös-patriotische" romantische Schule den Stab gebrochen. Und Eichendorff selbst mußte in seiner posthumen literarhistorischen Verherrlichung der Romantik gestehen: „Noch ist kein Menschenalter vergangen, seit die moderne Romantik wie eine prächtige Rakete funkelnd zum Himmel emporstieg und nach kurzer wunderbarer Beleuchtung der nächtlichen Gegend oben in tausend bunte Sterne spurlos zerplatzte."

* * *

In der Tat: die Romantik ist spurlos zerplatzt. Ihre funkelnden Sterne sind erloschen. Die Novellen, Romane, Dramen der Tieck, Novalis, Brentano, Achim von Arnim, Fouqué, Werner usw. sind für uns fast durchweg

ungenießbar geworden. Selbst die Lyrik der Romantiker ist völlig verklungen. Mit einer einzigen Ausnahme: den Gedichten Eichendorffs.

Eichendorff hat auch eine ganze Anzahl von Romanen und Novellen geschrieben. Aber seine Epik entbehrt aller realistisch festen Konturen, sie zerflattert in losen Stimmungsbildern, die wir viel duftiger und kristallisierter in seinen Gedichten genießen können. Obwohl einzelne Novellen, wie „Das Marmorbild" und „Das Schloß Durande" jedenfalls zu dem künstlerisch Abgerundetsten und poetisch Reizvollsten gehören, was die Romantik hervorgebracht hat. Aber selbst die Vagantengeschichte „Aus dem Leben eines Taugenichts" ist trotz ihrer frischen Naturschilderungen zu gekünstelt naiv, als daß wir ihr noch sonderlichen Geschmack abgewinnen könnten. Auch seine von einzelnen Literarhistorikern geschätzten Dramen sind vergessen, und unseres Erachtens mit Recht vergessen. Einzig der Lyriker Eichendorff ist noch im Volke lebendig, und wir glauben, daß er in einer Anzahl seiner Lieder noch lange lebendig bleiben wird.

Heine sagt in seiner Romantischen Schule von Eichendorff: „In der Tat, welch vortrefflicher Dichter ist der Freiherr v. Eichendorff; die Lieder, die er seinem Roman ‚Ahnung und Gegenwart' eingewebt hat, lassen sich von den Uhlandschen gar nicht unterscheiden, und zwar von den besten derselben. Der Unterschied besteht vielleicht nur in der grüneren Waldesfrische und der kristallhafteren Wahrheit der Eichendorffschen Gedichte." Bei dieser Anerkennung kommt Eichendorff noch entschieden zu kurz, zumal Heine den braven Uhland ob seiner biederen Balladensängerei mit ihrem sentimentalen Talmi-Mittelalter weidlich ironisiert hat. Solche Paradestücke für die liebe Schuljugend hat Eichendorff niemals verbrochen, obwohl sich unter seinen Gesammelten Gedichten eine ganze Menge romantischen Wortgeklingels und mittelmäßiger Reimereien findet, die wir gern missen würden. Aber wo Eichendorff nicht bloß reimt, sondern dichtet, gelingen ihm auch da, wo er Saiten anschlägt, mit denen die Laute aller Romantiker bespannt ist, unvergleichlich vollere und tiefere Töne nicht nur als einem Tieck und Brentano, sondern auch einem Uhland.

Es ist ja nicht zu leugnen, daß das Stoffgebiet Eichendorffs nicht reich ist. Wanderlust, Naturgenießen, Liebessehnsucht und träumerische Selbsteinkehr sind seine liebsten Motive. Freilich: im großen und ganzen wird ja die Lyrik — wenn wir von der revolutionären und sozialen Dichtung absehen — immer diese Motive variieren müssen. Auch die Großstadtlyrik ist ja, trotzdem sie in Deutschland schon Heine eröffnet hat, in der Hauptsache nur eine Bereicherung der Erotik geblieben. Und da gerade für den nervösen Großstadtmenschen die nervensänftigende Poesie einfacher Natur- und anderer undifferenzierter Stimmungen besondere Reize besitzt, ist wirklich nicht anzunehmen, daß die Lyrik Eichendorffs „unmodern" werden könnte.

Was bei vielen Romantikern Anempfindung war: das innige Sichversenken in die Natur, ist bei Eichendorff schlichteste Wahrheit. Wenn Tieck die „Waldeinsamkeit" kindisch anstammelt: „O wie mich freut — Waldeinsamkeit — so gestern wie heut — o wie mich freut — Waldeinsamkeit", so versetzt uns Eichendorff wirklich in die Waldeinsamkeit durch die Verse:

„Tief die Welt verworren schallt,
Droben einsam Rehe grasen. . . .

Und wenn sich andere Romantiker wie Brentano Vaganten- und Zigeunerlieder abpreßten und trotz „Rauschens und Brausens des Tamburin" und

„Rasselns und Prasselns der Schellen drin" und anderer onomatopoetischer Künsteleien keine Sehnsucht nach der Ferne auszulösen vermochten: wie anders weiß uns Eichendorff zu packen mit den Versen:

Es schienen so golden die Sterne,
Am Fenster ich einsam stand
Und hörte aus weiter Ferne
Ein Posthorn im stillen Land.
Das Herz mir im Leibe entbrennte,
Da hab' ich mir heimlich gedacht:
Ach, wer da mitreisen könnte
In der prächtigen Sommernacht!

Und wie läßt er die „mondbeglanzte Zaubernacht" erstehen, von der die anderen so viel sagten:

Sie sangen von Marmorbildern,
Von Gärten, die überm Gestein
In dämmernden Lauben verwildern,
Palästen im Mondenschein,
Wo die Mädchen am Fenster lauschen,
Wenn der Lauten Klang erwacht,
Und die Brunnen verschlafen rauschen
In der prächtigen Sommernacht.

Und wer hat den entthronten Heidengöttern poetischer nachgetrauert als der fromme Katholik Eichendorff?

Wenn Frühlingslüfte wehen
Hold überm grünen Plan,
Ein leises Auferstehen
Hebt in den Tälern an.

Da will sich's unten rühren
Im stillen Göttergrab,
Der Mensch kann's schauernd spüren
Tief in die Brust hinab.

Verwirrend in den Bäumen
Gehn Stimmen hin und her,
Ein sehnsuchtsvolles Träumen
Weht übers blaue Meer.

Frau Venus hört das Locken,
Der Vögel heitern Chor,
Und richtet froh erschrocken
Aus Blumen sich empor.

Sie sucht die alten Stellen,
Das luft'ge Säulenhaus,
Schaut lächelnd in die Wellen
Der Frühlingsluft hinaus.

Doch öd sind nun die Stellen,
Stumm liegt ihr Säulenhaus,
Gras wächst da auf den Schwellen,
Der Wind zieht ein und aus.

Wo sind nun die Gespielen?
Diana schläft im Wald,
Neptunus ruht im kühlen
Meerschloß, das einsam hallt.

Zuweilen nur Sirenen
Noch tauchen aus dem Grund
Und tun in irren Tönen
Die tiefe Wehmut kund.

Sie selbst muß sinnend stehen
So bleich im Frühlingsschein,
Die Augen untergehen,
Der schöne Leib wird Stein. ...

Kein deutscher Dichter vor Heinrich Heine hat graziösere Verse gemacht als Eichendorff, von dem Heine zweifellos gelernt hat. Und keinem deutschen Lyriker vor und nach ihm sind stimmungsvollere Strophen gelungen. Goethe ist ihm gegenüber weitschweifig, rhetorisch, und Heine wenigstens nicht konziser. Eichendorffs Poesie ist lyrischer Impressionismus, von seiner Sprache gilt das Holzsche Wort von der „knappen Kondensiertheit, die in einen goldenen Lichtblitz tausend bunte Farben auffaugt". Die Sprache Eichendorffs

Digitized by Google

ist keine plumpe und umständliche Verdeutlichung der Eindrücke, die sie erregen will, sondern nur eine Andeutung, ein Duft, ein Klang, eine Farbe, die aber so treffsicher gewählt sind, daß sie sofort eine ganze Assoziation von Empfindungen, Erinnerungen, Ahnungen auslösen. Es ist kein Zufall, daß Eichendorff gerade in Schumann, dem tiefsten und poetischsten der deutschen musikalischen Romantiker, einen kongenialen Vertreter gefunden hat. In der „Mondnacht", den „Zwei Gesellen", in „Lorelei" durchdringen sich Wort und Ton unvergleichlich.

Johannes Schlaf hat in seinem wundervollen Skizzenbuch „In Dingsda" einmal den Seufzer ausgestoßen, daß doch einmal ein Erfinder eine Botanisiertrommel konstruieren möge, in der man ein Quantum Naturfrische und Naturstimmung wohlkonserviert mit nach Hause, in die Großstadt nehmen könne. Eichendorff ist ein solcher Erfinder! In seinen Gedichten ist so viel klare Waldeskühle, so viel taufrische Morgenluft, so viel Naturstimmung aufgespeichert, daß sie in unserem Zeitalter der „Reizsamkeit", um mit Lamprecht zu sprechen, jedem für Poesie Empfänglichen empfohlen werden können. Freilich existiert noch keine Ausgabe der Gedichte, in der die minderwertigen Reimereien, die für manchen die echte Poesie erdrücken, gebührend ausgeschieden wären.

Überspannung der Demokratie.

Von **Hans Block.**

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Fehler ihrer Tugenden. Ihrer starken Organisation steht ein geringeres Maß leichter Beweglichkeit gegenüber, als es die Arbeiterparteien anderer Länder besitzen. Das besagt nun nicht, daß der deutsche Arbeiter in revolutionären Zeiten nicht revolutionär zu handeln vermöge. In der täglichen Kleinarbeit normaler Zeiten aber wird sich der Einfluß deutscher Bedächtigkeit in einem gewissen Grade bemerkbar machen. Das hat seine Vorteile und Nachteile. Vielleicht überwiegen die Vorteile in Anbetracht der besonders gearteten preußisch-deutschen Verhältnisse, die ungestümem Draufgängertum nur in Ausnahmefällen Erfolg versprechen. Aber sicher ist auch, daß uns ein zu großes Maß von Bedächtigkeit, ihre Ausartung zur Schwerfälligkeit nicht lieb sein kann, daß uns das in gewissen Situationen direkt schaden muß. Um so mehr Veranlassung hat die deutsche Sozialdemokratie, auf der Hut zu sein, wenn ihre Bewegung selbst Momente gebiert, die die aus dem Nationalcharakter fließende Bedächtigkeit des deutschen Proletariats zu verstärken geeignet sind. Und es will mir scheinen, daß unsere vortreffliche Rüstung, die Organisation, solche Momente auszulösen im Begriff ist und teilweise schon ausgelöst hat.

Die Organisation einer kämpfenden Partei soll so einfach wie möglich sein, eine leichte Rüstung, die die Bewegungen nicht unnötig erschwert. Unsere Parteiorganisation ist mit ihrem Nebeneinander von mancherlei Spezialkommissionen, ihrem mehrstöckigen Aufbau schon ein ziemlich kompliziertes Gebilde geworden. Das mag nötig sein. Aber die Gefahr besteht, daß die Möglichkeit frischen Entschlusses in einem Gewirr von Instanzen, Kompetenzen, Kommissionen usw. versandet. Ein Formalismus droht zu erstehen, der die Aufgabe der Parteileitungen in der Aufarbeitung der „Nummern" erschöpft sieht, sie aus politischen zu bureaukratischen Organen macht, deren Hauptsorge ist,

Digitized by Google

ihre „Kompetenz“ nicht zu überschreiten. Das führt zu breiter Behandlung der Verwaltungsangelegenheiten in den Parteiversammlungen und -zusammenkünften. Je mehr aber sich das Parteileben auf reine Verwaltungsarbeiten beschränkt, um so geringere Anziehungskraft hat es für den Neuling. Er wird selten erhebende und begeisternde Eindrücke mit nach Hause nehmen, zumal die Verwaltungsangelegenheiten häufig mit Personenfragen und ihrem unerquicklichen Drum und Dran verknüpft sind. Manche Genossen befürchten eine abstoßende Wirkung von der Erörterung taktischer und theoretischer Differenzen in der Partei. Sofern diese Dinge aber nicht mit persönlichem Krakeel vermengt werden, bewirken sie eher eine Erhöhung des Interesses am Parteileben. Das graue Einerlei der Verwaltungsangelegenheiten beeinträchtigt die Werbekraft weit eher, als der frische Kampf der Meinungen.

Mit dem Wachsen der Organisationen wachsen die Verwaltungsaufgaben. Soll nicht die vornehmste Aufgabe der Parteiorganisation, die politische, die volkserzieherische, leiden, so müssen die Mitgliedschaften darauf verzichten, alle diese Verwaltungsangelegenheiten im einzelnen selbst zu regeln oder auch nur nachzuprüfen; sie müssen sie den dazu bestellten Vertrauenspersonen, den Funktionären oder Beamten überlassen und sich mit summarischen Berichten und der Bestellung von Revisoren begnügen. Die demokratische Kontrolle ist eine schöne Sache, aber sie darf nicht die Hauptsache werden. Eine Organisation, die sich die Entscheidung in allen Einzelheiten selbst vorbehält, verkennt ihre Aufgabe ebensosehr, wie es ein Chefredakteur tun würde, der den Ressortredakteuren bei jeder einzelnen Notiz seine speziellen Wünsche entwickeln wollte.

Deshalb ist die Anstellung von Verwaltungsbeamten, von Parteisekretären für Bezirke und Wahlkreise zu begrüßen, wenn die Mitgliedschaften so von Verwaltungsangelegenheiten entlastet werden. In dem Entstehen einer Bureaukratie in der Partei liegt keine Gefahr, wenn in den Organisationen selbst frisches, politisches Leben pulsiert und so ein Gegengewicht besteht für den Fall, daß der eine oder andere Beamte infolge der natürlichen Einwirkung seiner Tätigkeit etwa einseitig werden sollte.

Falsch aber ist es, das Gegengewicht in einer ausgedehnten Beteiligung der Mitgliedschaften an den Verwaltungsaufgaben zu suchen. Das wird oft im Namen der Demokratie gefordert. Indes heißt es die Form über den Inhalt setzen, wenn man die Parteiorganisationen um demokratischer Formen wegen ihrer Hauptaufgabe entfremdet. Die Überspannung der demokratischen Form schlägt leicht in ihr Gegenteil um. Beide Wirkungen, Beeinträchtigung des inneren Parteilebens und Schädigung wirklicher Demokratie, lassen sich an der Urabstimmung erkennen.

Die Urabstimmung ist im Parteileben in demselben Umfang berechtigt, wie wir sie als Volksabstimmung im Staate fordern. Das heißt sie ist für besondere, wichtige Fälle angebracht. So sehen wir die Gewerkschaften sie anwenden. Bedingung für ein zweckentsprechendes Funktionieren ist, daß entweder eine genügende Frist vorhanden ist, um die Abstimmenden über den Gegenstand der Abstimmung zu informieren, oder daß die Frage, die zu beantworten ist, so einfach und klar liegt, daß jeder Genosse ohne weiteres aus sich selbst heraus entscheiden kann. Das letztere war der Fall bei der Frage des Boykotts über das Warenhaus Jandorf, die die Berliner Parteiorganisation kürzlich der Urabstimmung unterstellte. Wobei auch für die Urabstimmung sprach, daß es wichtig war, festzustellen, ob ein genügendes Interesse für die Sache in der

Mitgliedschaft vorhanden war, das allein eine kräftige Durchführung des Boykotts verbürgte.

Keine der beiden Bedingungen aber trifft bei den Wahlen der Delegierten für den Parteitag zu, für die die Urabstimmung neuerlich von einer Anzahl von Wahlkreisen eingeführt worden ist. Das soll ein Gebot der Demokratie sein. Es ist aber nicht einzusehen, inwiefern die Wahl der Delegierten in einer Parteiversammlung undemokratisch wäre, da zu dieser Versammlung jeder Genosse Zutritt hat. Wahlkreise, in denen ein Saal nicht alle zu solchen Versammlungen Erscheinende zu fassen vermöchte, dürfte es kaum geben. Für Wahlkreise, die aus einem Orte oder einem Ortsteil gebildet sind, hat also die Urabstimmung an demokratischem Gehalt nichts vor der Wahl in der Parteiversammlung voraus. Sie macht den Genossen die Abstimmung allerdings bequemer, indem sie ihnen weite Wege zum Versammlungslokal erspart — die Stimmzettel können in mehreren Lokalen abgegeben werden. Dem steht aber der große Nachteil gegenüber, daß viele der Abstimmenden in einer eventuell vorher tagenden Versammlung, in der die Tagesordnung des Parteitags diskutiert und von den Kandidaten ihre Stellung zu den einzelnen Punkten dargelegt wird, nicht erscheinen. Daß sie also abstimmen ohne die Kenntnis der Materie, die der Versammlungsbesucher erwerben kann, daß sie also bei der Auswahl der Delegierten sich nicht durch sachliche, sondern durch persönliche Gründe leiten lassen. Die Urabstimmung soll das Interesse an den inneren Parteiangelegenheiten in den ihnen noch ferner stehenden Mitgliedern der Organisation erwecken. Sie bewirkt das Gegenteil. Sie erweckt in diesen Mitgliedern den Glauben, daß die Parteipflicht mit der Abstimmung erfüllt sei, daß der vorherige Besuch der Parteiversammlung, das Hören des Referats und der Diskussion dazu nicht nötig sei. So wirkt die Urabstimmung der Heranziehung neuer Mitglieder zum inneren Parteileben geradezu entgegen.

Allerdings, seit die Organisationen gewachsen sind, vereinigen die Parteiversammlungen meist nur eine verhältnismäßig schwache Minderheit der organisierten Genossen. Das ist kein idealer Zustand, und er muß gebessert werden. Aber ganz wird er sich nie beseitigen lassen. Denn das politische Interesse ist nun einmal nicht in allen Menschen und auch nicht in allen Sozialdemokraten gleich intensiv. Bei dem einen reicht es gerade hin, ihn zu den großen Kundgebungen der Partei zu treiben, die nächste Stufe ist die Bereitwilligkeit, regelmäßige Geldopfer für die Partei zu bringen, wieder eine höhere zeigt die Beteiligung an Flugblattverbreitungen an, dann kommt die Geneigtheit, sich an der Verwaltungsarbeit der Partei zu beteiligen, und als höchste Stufe erst das Interesse und das Verständnis für parteitaktische und parteitheoretische Fragen. Die Wahl durch Urabstimmung wird eine größere Wählerzahl zeitigen, als die Wahl in der Parteiversammlung. Aber dies äußerliche Moment darf nicht ausschlaggebend sein. Kann es wirklich für die Partei von Vorteil sein, wenn an solchen wichtigen Wahlen infolge der Erleichterung der Abstimmung Genossen teilnehmen, deren Interesse am inneren Parteileben nicht stark genug sein würde, sie in die Parteiversammlung zu bringen? Kann es im Interesse der Partei sein, daß vielleicht die Minderheit der die Parteifragen verfolgenden und erwägenden Genossen majorisiert wird von einer großen Zahl solcher, die noch kein Urteil in solchen Angelegenheiten haben? Sicher nicht. Der Neuling, der in die Parteiversammlung kommt, hat die Gelegenheit, sich zu informieren und allmählich ein Urteil zu gewinnen. Es ist daher durchaus angebracht, als

Digitized by Google

Vorbedingung für die Teilnahme an der Wahl den Besuch der Versammlung, das Anhören des Referats und der Diskussion, der Erklärungen der Kandidaten zu setzen.

Mit mehr Recht können nun allerdings Wahlkreise, die sich auf große Gebiete mit vielen Orten erstrecken, sich darauf berufen, daß die Urabstimmung aus Gründen der Demokratie geboten sei. Denn dort ist vielen Parteigenossen die Teilnahme an einer Parteiversammlung, die die Delegierten wählen würde, in der Tat nicht möglich. So hat man denn zum Aushilfsmittel der Kreiskonferenzen gegriffen, die von Delegierten der Ortsgruppen beschickt werden. Die Parteitagsdelegierten werden so durch indirektes Wahlverfahren bestimmt. Das hat gewiß seine Mängel, und bei der Urabstimmung kommen natürlich die einzelnen Mitglieder mehr zu ihrem Rechte. Dennoch verdient die Wahl durch die Kreiskonferenz den Vorzug. Die Delegierten zur Konferenz haben die Möglichkeit, die Genossen, die für die Delegation zum Parteitag in Frage kommen, zu hören, sie in bezug auf ihre Stellung zu den schwebenden Parteifragen zu prüfen. Bei der Urabstimmung ist das den meisten Wählern nicht möglich. Nicht in allen Ortschaften können Versammlungen veranstaltet werden, und nicht zu allen Zusammenkünften können die Genossen kommen, die vorgeschlagen werden. Ja, die Wahl durch Urabstimmung ist in solchen weit ausgedehnten Wahlkreisen ein schwerfälliger Apparat. Erst müssen die Ortsgruppen dem Zentralvorstand Vorschläge einreichen, die gesamten Vorschläge müssen dann den einzelnen Gruppen wieder mitgeteilt werden, und schließlich muß der Zentralvorstand die Einzelergebnisse der Wahl zusammenstellen. Darüber vergeht eine geraume Zeit, und das bedingt wieder, daß die Vorschläge, die häufig schon den Ausfall der Wahl bestimmen, sehr früh gemacht werden müssen. Das bedeutet, daß die vorbereitende Diskussion der Parteipresse für diese Wahlkreise bei der Stellungnahme zum Parteitag, die doch vornehmlich durch die Wahl der Delegierten erfolgt, nicht genutzt werden kann. Je weniger aber sachliche Momente in Betracht gezogen werden, um so mehr entscheiden persönliche. Jene Genossen, die sich um das innere Parteileben wenig kümmern und es in den kleinen Ortsgruppen ihrer Dörfer auch nur schwer kennen lernen können, die aber durch die Urabstimmung zur Mitentscheidung gedrängt werden, greifen aus der Vorschlagsliste die Namen der ihnen persönlich bekannten Genossen oder die eines öfter genannten, in öffentlicher Stellung befindlichen Genossen heraus. Und es kann eine Wahl herauskommen, die der Stellungnahme der wirklich am inneren Parteileben teilnehmenden Genossen des Wahlkreises direkt widerspricht.

Aber unser Programm fordert die direkte Wahl und verwirft die indirekte. Und es enthält die Forderung: Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Allerdings, aber die Wahlen und Abstimmungen im Staatsleben lassen sich mit denen in der Parteiorganisation nicht gleichsetzen. Sie gehen unter ganz anderen Umständen vor sich. Die Angelegenheiten, um die es sich handelt, haben lange Zeit vor der Abstimmung ihre bestimmte Gestalt erhalten, die Personen, die in Frage kommen, ihre bestimmte Stellung eingenommen. Das Problem ist von Anfang an klar und deutlich formuliert. Ganz anders im Leben der Partei — oft kommen noch in den letzten Wochen vor dem Parteitag wichtige Anträge und Anregungen, auf die eine Organisation, die den schwerfälligen Apparat der Urabstimmung anwendet, nicht mehr eingehen kann. Bei den Abstimmungen im Staate geht

eine längere Zeit der Agitation der Entscheidung vorher, die Parteien rütteln durch ihre Propaganda die Wähler auf, die Kandidaten werden frühzeitig nominiert und unterstehen längerer Zeit der Kontrolle der öffentlichen Kritik. Dazu kommt das größere Interesse des Staatsbürgers für die politischen Entscheidungen im Staate. Kurz, was für den Staat gilt, gilt nicht ohne weiteres auch für die Partei.

Die Urabstimmung, wo sie am Platze ist. Sie muß, wie die Volksabstimmung im Staatsleben, eine Ausnahme sein — sie paßt nicht für den regelmäßigen Hausgebrauch. Die Partei muß sich hüten, die demokratische Form des Parteilebens zu überspannen. Sie läuft dabei Gefahr, den Inhalt zu schädigen, die Schlagfertigkeit zu beeinträchtigen und das wichtigste Stück des inneren Lebens der Partei, den lebendigen Austausch der Meinungen, die befruchtende Diskussion zu verkümmern. Die Überspannung der Demokratie rächt sich — die Demokratie schlägt in ihr Gegenteil um und liefert den Boden für die Aufrichtung der Herrschaft einzelner.

Die ‚Verbesserung' der Armenpflege.

Von **Friedrich Kleeis** (Wurzen).

Dem Reichstag wurde im November 1905 der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vorgelegt, der nach kurzer Beratung einer Kommission übergeben wurde, die Ende November 1906 einen schriftlichen Bericht erstattete. Bald darauf kam die Auflösung. In diesem Frühjahr kam der Entwurf von neuem an den Reichstag und soll in diesem Winter beraten werden.

Bei bürgerlichen Sozialpolitikern fand der Entwurf entschiedene Ablehnung (so vom Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, von der „Sozialen Praxis" und anderen bürgerlichen Sozialpolitikern). Sie behaupten, die Änderung habe nur den Zweck, die ländlichen Heimatsbezirke der abwandernden Arbeiter zu entlasten und die städtischen Zuwanderungsgemeinden zu belasten. Hierdurch würden (vergl. Stadtrat v. Frankenberg in Braunschweig in der „Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung", 1906, S. 141) die städtischen Armenverbände, um nach Möglichkeit einen Ausgleich gegen die entstehenden Mehrausgaben zu schaffen, genötigt sein, das Maß ihrer Fürsorge auf das im strengsten Sinne Notwendige zu beschränken. Dasselbe befürchtet auch der „Deutsche Verein für Armenpflege" mit der Ergänzung, daß die Änderung den vollständigen Stillstand in den Bestrebungen zur Verbesserung der ländlichen Armenpflege bringe. Ähnliche Befürchtungen werden auch in einer Anzahl von Petitionen „von Vertretern und Mitgliedern von Organisationen der freien Liebestätigkeit" an den Reichstag geäußert.

Und wodurch soll das alles bewirkt werden? Der Entwurf will in der Hauptsache eine Verkürzung der Frist zum Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes von zwei Jahren auf eines, ferner eine Herabsetzung der Altersgrenze für die armenrechtliche Selbständigkeit von 18 auf 16 Jahre und die Ausdehnung des § 29 des Unterstützungswohnsitzgesetzes, nach welchem bisher der Ortsarmenverband des Arbeits- oder Dienstortes bei gewerblichen Arbeitern und deren Angehörigen in Erkrankungsfällen auf 13 Wochen endgültig zu haften hatte, auf alle Fälle der Bedürftigkeit (Arbeitslosig-

keit usw.) und auf einen Zeitraum von 26 Wochen. Diese Verpflichtung soll auch dann begründet werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses eintritt.

Die amtliche Begründung der Gesetzesänderung sieht deren Notwendigkeit allerdings in der aus der Volkszählung gewonnenen Statistik über die Verschiebung der Bevölkerung. Nach der Volkszählung von 1900 machten die nach den Großstädten überhaupt verzogenen Personen 55,7 Prozent der ortsanwesenden Bevölkerung aus, so daß in den Großstädten die Zugewanderten in der Mehrzahl, die Einheimischen in der Minderzahl waren. In doppelter Beziehung habe diese Bewegung der Arbeitermassen zu einer Verschlechterung der Lage der meisten Landgemeinden und auch kleiner Stadtgemeinden geführt. Einmal seien diese wirtschaftlich geschwächt worden, sodann aber werden sie durch die ihnen obliegende Unterstützung der nach erfolgter Abwanderung in Bedrängnis geratenen Personen zu vermehrter Aufwendung genötigt. Hiernach sei es geboten, auf eine Erleichterung der Belastung der Landgemeinden für Armenzwecke Bedacht zu nehmen.

Die Sozialdemokratie ist sich darüber klar, daß das mit der herrschenden Gesellschaftsordnung notwendig verbundene Armenwesen einer befriedigenden Lösung nicht fähig ist. Die ganze Armenpflege der herrschenden Gesellschaft geht von der Anschauung aus, daß die Unterstützungsbedürftigkeit stets als ein anormaler Fall zu behandeln sei, bei dem man den Hilfsbedürftigen zunächst durch die minimalsten Unterstützungsleistungen, sodann durch Zucht- und Schreckmittel sobald als möglich wieder von der Armenpflege abstoßen und zu eigener Erwerbstätigkeit treiben soll. Dieser im Wesen des kapitalistischen Staates liegenden Bestrebung steht die Tatsache entgegen, daß unter der anarchischen wirtschaftlichen Entwicklung große Kreise in ihrer Existenz unvermeidlich unsicher werden, die man durch keine Zucht- und Schreckmittel erwerbsfähig und erwerbstätig machen kann. Die Entwicklung des Armenwesens ist also abhängig davon, ob die allgemeinen sozialen Verhältnisse größeren Personenkreisen die Möglichkeit des Unterhaltes aus eigenem Erwerb erschweren oder erleichtern.

Von diesem Gesichtspunkt aus halten auch wir die im Entwurf vorliegende Änderung für eine wenn auch ungenügende Verbesserung. Die wirtschaftliche Selbständigkeit tritt bei den Arbeitern viel früher als mit dem achtzehnten Lebensjahr ein. Für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten ist die Grenze von sechzehn Jahren noch zu hoch. Aber selbst durch die Herabsetzung der Altersgrenze von achtzehn auf sechzehn Jahre werden schon viele der ungenügenden Armenpflege auf dem Lande entzogen und der erheblich besseren Fürsorge der Städte zugeführt. Man denke nur an die vielen jungen Dienstmädchen, die vom Lande nach der Stadt kommen, wo sie in der Regel nicht einmal der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Nicht zu vergessen ist sodann noch, daß die Herabsetzung der Altersgrenze die **Freizügigkeit** fördert. Wenn gegen die Verkürzung der Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes von zwei Jahren auf eines geltend gemacht wird, dieselbe erleichtere die **Abschiebung** hilfsbedürftiger Personen nach den Landgemeinden, so sei dazu bemerkt, daß diese Abschiebung seither auch schon von den Städten in unverantwortlicher Weise ausgeübt wurde. Diese **Abschiebung sowie die befürchtete höhere Belastung der Städte läßt sich nur vermeiden durch die Schaffung breiter und großer Armenverbände.**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission stellten denn auch den Antrag, daß der § 2 des Unterstützungswohnsitzgesetzes, welcher zurzeit die öffentliche Unterstützung Hilfsbedürftiger den Ortsarmenverbänden auferlegt, dahin geändert wird, daß *die einzelnen Bundesstaaten* diese Unterstützung ausüben. Um der Mehrheit der Kommissionsmitglieder entgegenzukommen, stellten unsere Genossen noch einen Eventualantrag, nach welchem die Ortsarmenverbände mindestens 20000 Einwohner umfassen müssen. Den beteiligten Gemeinden bleibe die Vereinbarung der Verfassung der Ortsarmenverbände vorbehaltlich der Bestätigung durch die höhere Verwaltungsbehörde überlassen mit der Maßgabe, daß die Verteilung der Unterstützung und die Kontrolle der Unterstützungsbedürftigen durch Mitglieder der Gemeinden, in denen die Unterstützungsbedürftigen sich befinden, ausgeübt wird und daß diese Mitglieder *durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl in den Gemeinden gewählt werden* und für ihre Tätigkeit eine Vergütung erhalten.

Eine solche Regelung *vermehrt* nicht die Schreibarbeit der Behörden, sondern vermindert sie. Neue Behörden sind auch nicht nötig. Durch die gewählten Kontrolleure wird etwaige ungerechte Unterstützung ebenso unmöglich gemacht, wie dies jetzt bei den Krankenkassen geschieht. Die Hauptsache ist, daß durch eine solche Regelung die *Lasten* gerechter verteilt, insbesondere auch die reichen Villenorte zu den Lasten herangezogen werden. Diese sozialdemokratischen Anträge wurden aber *abgelehnt*, weil, wie ein Gegner bemerkte, die Kommissionsmehrheit darin „einen sozialistischen Versuch“ erblickte. Nach dem Ausspruch eines bürgerlichen Redners solle das Gesetz „nur so weit, als zurzeit nötig“, verbessert werden. Aus denselben Gründen wurde auch ein Antrag auf Beseitigung des § 5 des Gesetzes über die Freizügigkeit *abgelehnt*, nach welchem die Gemeinde unterstützungsbedürftigen Personen die Fortsetzung des Aufenthaltes untersagen kann. Zur Beratung eines sozialdemokratischen Antrags, nach welchem der Bezug von Armenunterstützung nicht den Verlust der politischen Rechte herbeiführen soll, erklärte sich die Kommission für unzuständig.

Abgesehen von diesen Forderungen haben wir noch darauf zu sehen, daß die deutsche Armengesetzgebung *vereinheitlicht* wird. Ist doch zunächst von dem Geltungsbereich des Unterstützungswohnsitzgesetzes Bayern und Elsaß-Lothringen ausgeschlossen. Die Armenpflege in Elsaß-Lothringen ist eine außergewöhnlich mangelhafte, so daß es für diesen Bundesstaat schon ein Fortschritt wäre, wenn das deutsche Unterstützungswohnsitzgesetz eingeführt würde. Sodann dürfte nicht das gegenwärtige Gesetz nur das Gerippe für die Armenversorgung darstellen und alle näheren Einrichtungen der Landesgesetzgebung überlassen, sondern es mußte diese Regelung selbst treffen. Nach § 8 des Gesetzes haben die *Bundesstaaten* zu bestimmen über die Zusammensetzung und Einrichtung der Armenverbände, über *die Art und das Maß* der im Falle der Hilfsbedürftigkeit zu gewährenden öffentlichen Unterstützung, über die Beschaffung der erforderlichen Mittel, ferner darüber, in welchen Fällen und in welcher Weise den Ortsarmenverbänden von den Landarmenverbänden oder von anderen Stellen eine Beihilfe zu gewähren ist usw. Also alle wichtigen Fragen sind noch der Landesgesetzgebung überlassen! Daß manche Länder noch recht mangelhafte Einrichtungen haben, bedarf wohl kaum der Erwähnung. So ist unter anderem die Bestimmung anzutreffen, daß Unterstützung suchende Personen nötigenfalls *zwangsweise* zur Arbeit anzuhalten sind, daß ein Anspruch

Digitized by Google

auf Unterstützung von dem Armen gegen die Gemeinde niemals im Rechtsweg geltend gemacht werden kann, daß nicht jeder, weil er arm ist, Anspruch auf Unterstützung hat, sondern nur derjenige, welcher sich außerstande befindet, durch eigene Kraft und Tätigkeit die zum Leben erforderlichen unentbehrlichen Bedürfnisse sich selbst zu verschaffen usw.

Man sieht, die Sozialdemokratie findet auch auf dem Gebiet der Armengesetzgebung noch ein großes Arbeitsfeld.

Zur Regelung der gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnereigewerbe.

Von **Otto Albrecht** (Berlin).

(Schluß.)

III.

Solange über die allgemeine Rechtslage der Gärtner noch kein geordnetes Material in größerem Umfang vorlag, beschränkte sich die gewerkschaftliche Gärtnerorganisation darauf, in ihren Petitionen an den Reichstag einfach und schlechthin die „ausgesprochene Unterstellung der Gärtner unter die Gewerbeordnung" zu begehren. Nach Fertigstellung der ersten Denkschrift (im Jahre 1901) wurden erstmals ganz bestimmte Abänderungsvorschläge, zum Einschalten in die Gewerbeordnung, gemacht und die Paragraphen mit genannt, wo diese anzubringen seien.

Das Studium der einschlägigen Materialien wies vor allem auf das folgende Moment, das unbedingt berücksichtigt werden mußte, beziehungsweise das man meinte, als zurzeit gewichtigstes berücksichtigen zu müssen, wollte man die Reichsregierung zu einem Eingehen auf die Angelegenheit gewinnen. Die Urteile der höheren Gerichtsinstanzen beginnen ihre Entscheidungsgründe einleitend fast regelmäßig mit folgender Erwägung: „Nach den Motiven zu § 6 der Gewerbeordnung sollen den Bestimmungen dieses Gesetzes unter anderem nicht unterstehen: der Ackerbau, die Viehzucht, der G a r t e n b a u, die Forstwirtschaft, der Weinbau, die schönen Künste." Auf dieses — nebenbei: aus dem Jahre 1869 stammende — Motiv hatten auch immer die Einwendungen der Regierungsvertreter im Reichstag gefußt, wenn sie sagten, „soweit es sich um landwirtschaftlichen Gartenbau handle, fehle dem Reiche die Zuständigkeit für ein Eingreifen in die Arbeitsverhältnisse". Es galt demnach eine Abgrenzung zwischen „Gartenbau" und „Gärtnerei" zu formulieren: auf der einen Seite den landwirtschaftlichen Gartenbau auszuscheiden und auf der anderen Seite auszusprechen, was als gewerbetechnische Gärtnerei ausdrücklich der Zuständigkeit der Gewerbeordnung zuzuteilen sei. Diese Lösung glaubte man 1902 in folgendem Gesetzesvorschlag gefunden zu haben:

1. Im § 6 der Gewerbeordnung sind am Anfang hinter den Worten: „Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf die Fischerei" die Worte: „den G a r t e n b a u m i t A u s n a h m e d e r K u n s t-, Z i e r- u n d H a n d e l s g ä r t n e r e i" einzuschalten;

2. dem § 105 b der Gewerbeordnung ist folgende Vorschrift hinzuzufügen: „Die Bestimmungen des Absatz 1 finden auf die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in technischen Betrieben von Kunst-, Zier- und Handelsgärtnereien eine entsprechende Anwendung";

3. dem Absatz 3 des § 105c ist folgender Satz zuzufügen: „Im technischen Betrieb von Kunst-, Zier- und Handelsgärtnereien sind die Arbeiter mindestens jeden zweiten Sonntag volle sechsunddreißig Stunden von der Arbeit frei zu lassen."

Die Handelsgärtnereien besonders mit zu benennen, wäre anscheinend überflüssig gewesen, weil ja das Handelsgewerbe sowieso der Gewerbeordnung unterfällt. Es handelt sich in unserem Falle aber gar nicht um handelsgewerbliche Gärtnereibetriebe. Der gärtnerische Sprachgebrauch versteht unter „Handelsgärtnerei" einfach einen Kunst- und Ziergärtnereibetrieb oder auch einen gewöhnlichen Gärtnereibetrieb, der für den Markt produziert — im Unterschied zur Produktion nur für eigenen Bedarf, wie in Villen- und Schloßgärtnereien.

Entspricht zwar jene Bezeichnung nicht dem Wesen der Betriebsart, so ist sie aber durch sehr langzeitige Überlieferung so fest eingewurzelt, daß keine Aussicht auf Ausrottung oder Verschiebung nur auf wirklich handelsgewerbliche Betriebe besteht. Wollen Richter und Behörden bei Rechtsstreitfällen sich mit Gärtnern verständigen, so kommen sie nicht darum hin, hierauf Bedacht zu nehmen, anderenfalls die eine Seite stets von etwas anderem redet wie die andere, Mißverständnisse und Mißdeutungen also an der Tagesordnung sein müssen, wie das bis heute auch in der Regel, beziehungsweise fast immer der Fall gewesen ist.

Nach Veröffentlichung der zweiten Denkschrift, eben jener (1904) in den „Annalen des Deutschen Reiches" erschienenen Arbeit, stellte sich heraus, daß der Gesetzesvorschlag von 1901 bezw. 1902 noch keineswegs genüge, die Zweifelsfragen zu beseitigen, und das zwar insbesondere aus dem Grunde nicht, weil die inzwischen noch neu bekannt gewordenen Urteile usw. dargetan, daß zum Beispiel der Begriff „Kunstgärtnerei" bei den Gerichten und Behörden, die bereits in ihrer heutigen Praxis die Kunstgärtnerei grundsätzlich dem Gewerbe im Gewerbeordnungssinn zuzählen, einer sehr weit auseinandergehenden Deutung unterworfen wird. Und noch manches andere. Ferner war inzwischen auf Unternehmerseite die Frage einer „gesetzlichen Interessenvertretung" der Unternehmer des Gärtnereigewerbes akut geworden, die Mitberücksichtigung erheischte, weil die Unternehmer aus vielen begreiflichen, wenn auch nicht stichhaltigen Gründen sich sträubten, diese Interessenvertretung im Anschluß an gewerbliche Einrichtungen, beziehungsweise in Unterstellung unter die Gewerbeordnung zu suchen, vielmehr teils zu den Landwirtschaftskammern und teils zu selbständigen Gartenbaukammern, außerhalb der Gewerbeordnung, also auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung, neigten und in diesem Sinne schon mehrmals Stellung genommen hatten. Die Petition des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins von 1904 enthält darum folgenden Gesetzesvorschlag:

1. § 6 der Gewerbeordnung erhält einen neuen Absatz 3 des Inhalts: „Auf die dem Zwecke des Erwerbes dienende Gärtnerei findet das gegenwärtige Anwendung; ausgenommen davon ist nur der landwirtschaftsartige Obst- und Weinbau."

2. § 105b der Gewerbeordnung wird durch den Zusatz ergänzt: „Die Bestimmungen des Absatz 1 finden auf die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in Gärtnereien (§ 6, Absatz 3) entsprechende Anwendung."

3. In § 105d, Absatz 1, wird nach den Worten: „können durch Beschluß des Bundesrats Ausnahmen von der Bestimmung des § 105b, Absatz 1 zugelassen werden“ noch eingeschaltet: „und Absatz 4“.

4. § 103 der Gewerbeordnung erhält folgenden neuen Absatz: „Für die Gärtnerei (§ 6, Absatz 3) wird bei jeder Handwerkskammer eine besondere Abteilung eingerichtet. In denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Vertretung der Interessen des Handwerkes anderen gesetzlichen Einrichtungen (Handels- und Gewerbekammern, Gewerbekammern) übertragen ist (§ 108q), werden diese Abteilungen bei diesen Körperschaften eingerichtet.“

An dieser Stelle beziehungsweise diesem Zeitpunkt der Entwicklung unserer Angelegenheit setzt nun die Vorbereitung zu der statistischen Erhebung ein. In Anlehnung an den Fragebogen, den 1901 der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein an die einzelnen Gewerbegerichte versandt hatte, um deren Stellungnahme zu den verschiedenen Gärtnereibranchen und -arten zu erfahren, fagt der erste Entwurf zu einem Fragebogen des Statistischen Landesamtes:

„Als ‚Gärtnerei‘ (im Sinne der aufzunehmenden Statistik. Der Verf.) sind nachstehende Zweige oder Sonderarten dieses Berufs (Gewerbes) zu betrachten: Baumschulgärtnerei, Obstgärtnerei, Gemüsegärtnerei, Blumentreiberei, Gemüsetreiberei, Samenzüchterei, Freilandblumengärtnerei, Kranz- und Blumenbinderei, Blumenhandlung, Kunst- und Handelsgärtnerei, Landschaftsgärtnerei, Dekorationsgärtnerei, Gewerbliche Gutsgärtnerei; Friedhofsgärtnerei, Herrschaftsgärtnerei, Villengärtnerei, Gärtnerei der Gemeinden und öffentlichen Korporationen, Stiftungen, Gärtnerei in Versuchs-, botanischen, zoologischen Gärten, in Theater-, Vergnügungs-, Wirtschaftsgärten, von Verschönerungsvereinen, von Erziehungs-, Heil- und sonstigen Anstalten und sonstige Zweige der Gärtnerei, gleichviel ob derartige Gärtnereien ihre Erzeugnisse verkaufen oder nicht. — Nicht zur ‚Gärtnerei‘ gehört im Sinne dieser Erhebung: der rein landwirtschaftlich betriebene landwirtschaftsartige Gartenbau nicht gewerblicher Natur, landwirtschaftlicher Obst-, Gemüse-, Kräuterbau, der in ackerbauähnlicher Weise ohne Zuhilfenahme von Vorrichtungen und Einrichtungen der eigentlichen gärtnerischen Fachtechnik betrieben wird.“

Der bei der Erhebung schließlich zur Verwendung gekommene Fragebogen hat bis zu „Gewerbliche Gutsgärtnerei“ noch folgende Nachtragungen, beziehungsweise Korrekturen erhalten: „Handelsrebschulen, Obst-, Wein- und Fruchttreiberei, Samenhandlung (sofern sie mit irgend einer Art von Gärtnerei verbunden ist oder gärtnerische Erzeugnisse, zum Beispiel Blumenzwiebeln, Blumensamen, Blumenerde und dergleichen betrieben werden), Blumenhandlung (auch im Umherziehen), Pflanzenhandlung (auch im Umherziehen), Pflanzengärtnerei, Topfpflanzengärtnerei, Schnittblumengärtnerei (allgemein: Blumen- und Zierpflanzengärtnerei, Kunst- und Handelsgärtnerei).“

Diese Arten alle fallen also in die Gruppe III der mitgeteilten statistischen Ergebnisse.

In Gruppe II sind gezählt worden: Gärtnerei der politischen und der Kirchengemeinden und der öffentlichen Korporationen, Gärtnerei in staatlichen Betrieben und Anstalten usw., Gärtnerei bei Stiftungen, Friedhofsgärtnerei, Gärtnerei in Versuchs-, botanischen, zoologischen Gärten, in Theater-, Vergnügungs-, Wirtschaftsgärten, Gärtnerei von Verschönerungs- und dergleichen Vereinen, von Unterrichts-, Erziehungs-, Heil- und sonstigen Anstalten und sonstige Arten der Gärtnerei.

In Gruppe I sind gezählt: Nichtgewerbliche Gutsgärtnerei, Schloßgärtnerei, Hofgärtnerei, Herrschaftsgärtnerei, Villengärtnerei.

Ausgeschaltet von der Zählung wurde: „der feldmäßig betriebene Gemüse-, Pflanzen-, Kräuterbau und dergleichen (Feldgärtnerei)", desgleichen „alle Gärtnerei, die im wesentlichen bloß aus Liebhaberei, zur Erholung und dergleichen und ohne gärtnerisches Personal und ohne gärtnerische Vorrichtungen betrieben wird (zum Beispiel die Gärtnerei in kleinen Hausgärten und dergleichen)".

Der Aufbearbeitungsbogen der Statistik sah von vornherein die hier angeführte Dreiteilung vor, die veröffentlichten Ergebnisse halten sich an dieselbe Einteilung. Hieraus wäre füglich zu schlußfolgern, daß auf Regierungsseite etwa die Unterstellung der Gruppe III unter die Gewerbeordnung ins Auge gefaßt sein könnte. Fragt sich dann bloß, ob die Statistik nicht etwa hinsichtlich der Betriebseinrichtungen und der Betriebstechnik etwelche Ergebnisse gezeitigt hat, die es (vom Regierungs- oder vom Interessenstandpunkt der Unternehmer) rätlich erscheinen lassen könnten, noch Ausmerzungen vorzunehmen. Beziehungsweise, ob es im Arbeitnehmerinteresse sich nicht ermöglichen ließe, die Gewerbeordnung (wenn auch nur in ihrem VII. Titel) über noch weitere Arten beziehungsweise Kategorien auszudehnen. Und dann: die dafür zweckmäßigsten Ausdrucksformen für den Gesetzeswortlaut zu finden, falls nicht etwa schon der Vorschlag von 1904 genügen sollte.

Es wäre gewiß auch wünschenswert, daß man aus den früheren Reichs-, Berufs- und Gewerbezählungen die mit Bezug auf die Gärtnerei ermittelten Ziffern vergleichsweise heranziehen könnte. Das ist aber leider unmöglich. Nicht einmal die „Art der Stellung im Beruf" läßt über die Zahlen in den einzelnen Berufskategorien Vergleiche zu, weil die statistische Einteilung eine wesentlich verschiedene. Einzig könnten über die Verhältniszahl der Lehrlinge Vergleiche gezogen werden; darüber gibt es aber aus den früheren Berufs- und Gewerbezählungen nur Gesamtzahlen für das Deutsche Reich, Sonderzahlen für Preußen sind da nicht veröffentlicht worden.

Das durch die preußische Gärtnereistatistik vom 2. Mai 1906 erlangte Material muß also ganz und gar für sich allein genommen und für seine Zwecke verwendet werden.

IV.

Die Motive zu § 6 der Gewerbeordnung, die aus dem Jahre 1869 stammen, wollten also den Gartenbau — gleich dem Ackerbau, der Forstwirtschaft, dem Weinbau — der Gewerbeordnung nicht unterstellt wissen. Die Ansichten auf Regierungsseite scheinen heute dahin geklärt zu sein, daß hier nur der landwirtschaftsartige beziehungsweise feldmäßige Gartenbau gemeint sein soll. Demnach wären die Merkmale zur Grenzbestimmung anzugeben, auf der einen Seite die der Landwirtschafts-, auf der anderen die der Gewerbetechnik. Merkmale der letzteren wären zum Beispiel — wir lassen die handelsgewerblichen beziehungsweise kaufmännischen hier ganz außer Ansatz, weil diese selbstverständliche Gewerbemerkmale sind, und nehmen nur auf die produktionsgewerblichen Bedacht — die Beschäftigung einer verhältnismäßig hohen Anzahl von Arbeitskräften, die ihre Fachbildung in einem ordentlichen Lehrverhältnis erworben haben. In dieser Beziehung — wir haben es einstweilen nur mit der Gruppe III, der „vorwiegend gewerblichen", wie sie in der Statistik heißt, zu tun — stehen 13457 gelernte Gehilfen, 1641 angelernte Gehilfen und

6274 Lehrlinge gleich 21372 gewerbetechnisch gebildetes Personal (dazu noch 6695 Betriebs- und Verwaltungspersonal) 26548 ungelernten Arbeitern gegenüber. Das überwiegend gewerbetechnische Merkmal dürfte also hiermit bereits allein gegeben sein, wenn man sich dazu noch die Dauer der Lehrzeiten ansieht, die fast durchgängig drei Jahre betragen, in bemerkenswerter Anzahl sogar vier Jahre.

Ein weiteres Gewerbemerkmal wäre die Verwendung hervorragender Kunstfertigkeit und Handgeschicklichkeit der Berufsausübenden; diese geben sogar ein Handwerksmerkmal ab. Dann ferner das Handhaben beziehungsweise Bedienen gewerbetechnischer Einrichtungen. In erstgenannter Hinsicht waren besondere Aufnahmen überflüssig, der Charakter des Berufs deutet diese schon genügend an. In einer im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erschienenen Broschüre („Zugehörigkeit der Gärtnerei zum Handwerk") ist diese Seite übrigens ausführlich behandelt und der handwerksmäßige Charakter nachgewiesen. Über technische Einrichtungen (zum Beispiel Treibhäuser, Frühbeetanlagen, Heizungsvorrichtungen usw.) sind Erhebungen vorgenommen worden, doch wurden deren Ergebnisse bisher noch nicht veröffentlicht. Wir benötigen diese auch für unseren Zweck schließlich gar nicht mehr. Der gewerbetechnische Charakter steht schon ohnedem im allgemeinen durchaus fest.

Man kann demzufolge unseres Erachtens jetzt auch von Regierungsseite unbedenklich zur Ausarbeitung der Gesetzesvorlage übergehen. Doch halt, da ist noch ein Widerstand: die Stellungnahme der Gärtnereiunternehmer!

Seit die Rechtsfrageangelegenheit ins Rollen gekommen ist, haben sich die Unternehmer durch ihre Organisationen gewehrt, der Gewerbeordnung unterstellt zu werden. In der neuesten Zeit ist aber eine gewisse Einlenkung erfolgt. Anfang September dieses Jahres (1907) fand in Mannheim ein Allgemeiner Deutscher Handelsgärtnertag statt, auf dem alle gärtnerischen Unternehmerorganisationen vertreten waren; dieser beschloß[1] mit Einstimmigkeit eine Resolution, in der es am Schlusse heißt: „Gegen die Unterstellung der gärtnerischen Arbeitnehmer unter die Reichsgewerbeordnung müssen wir uns so lange erklären, bis nicht durch genau festgelegte Zusatzbestimmungen die berechtigten Eigentümlichkeiten des gärtnerischen Berufs vollständig gewahrt werden." Im voraufgegangenen Vortrag ist bezüglich jener Eigentümlichkeiten auf die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und das Gehilfen- und Lehrlingswesen verwiesen. Grundsätzlich wehrt man sich also auf Unternehmerseite heute nicht mehr gegen die Anwendung des Titels VII der Gewerbeordnung, was der Regierung die Stellungnahme dafür unbedingt erleichtern hilft. Der noch fortdauernde grundsätzliche Widerstand der Unternehmer bezieht sich lediglich auf die Anwendung des Handwerksbegriffs, auf die etwaige Einbeziehung beziehungsweise Heranziehung zu den Handwerkskammern. Dieselbe Resolution lautet nämlich in ihrem ersten Teile: „Der ... Handelsgärtnertag ... erklärt bei der Frage der Zugehörigkeit der Gärtnerei diese als einen untrennbaren Teil der Landwirtschaft, ohne aber in den bestehenden Vertretungen der letzteren eine ausreichende Vertretung der Interessen auch der Gärtnerei zu erblicken. Der Handelsgärtnertag hält die Schaffung eigener selbständiger Vertretungen für den Gartenbau für notwendig, um die wichtigen Fragen des Berufs zweckentsprechend behandeln und lösen zu können."

[1] Vergl. „Handelsblatt für den deutschen Gartenbau". Berlin-Rixdorf 1907, S. 434.

Soll nun die Frage der Interessenvertretung der Unternehmer auch zu einer Prinzipienfrage für die Gärtnereiarbeitnehmer gemacht werden, beziehungsweise soll sie solche bleiben? Soll die Arbeitnehmerschaft bei dem beharren, was sie dazu in ihrem Gesetzesvorschlag von 1904 gefordert hat, nämlich die Einrichtung von Abteilungen bei den Handwerkskammern beziehungsweise den Handels- und Gewerbekammern beziehungsweise den Gewerbekammern? Es ist zu bedenken, daß einmal auch die §§ 103 bis 103q auch den Arbeitnehmern, speziell den Gehilfen und Lehrlingen, gewisse nicht ganz zu verwerfende Vorteile einräumen; aber diese könnte man im Notfall schließlich noch preisgeben. Weit einschneidender ist, daß wenn die Handwerkscharakterisierung preisgegeben wird, wohl auch die §§ 134 bis 139a für die Gärtner unter den Tisch fallen dürften, daß also dann für Gärtnereigroßbetriebe (wir denken vor allem an die großen Gewächshausgärtnereien) auch der Fabrikbegriff ausgeschaltet sein würde. Speziell aus dem letztgenannten Grunde muß unseres Erachtens darum auch die Anwendung der §§ 103 bis 103q (Handwerkskammern) von Arbeitnehmerseite gefordert werden. Im übrigen ist hier gleichzeitig mit hervorzuheben, daß ein früher von Unternehmerseite einmal veröffentlichter „Organisationsentwurf" der begehrten „eigenen selbständigen Vertretungen" im wesentlichen dem Handwerkergesetz — nachgebildet ist.[1] Praktisch liegt es so, daß die besonderen Abteilungen bei den Handwerkskammern usw. fast ganz das gleiche wären wie die begehrten selbständigen Gartenbaukammern. Damit wird der bezügliche Arbeitnehmervorschlag also obendrein noch unterstützt.

Nicht unbedingt notwendig ist es, daran festzuhalten, daß die Regelung der gärtnerischen Rechtsmaterie vom § 6 der Gewerbeordnung aus erfolgt. Auch die Schlußbestimmungen der Gewerbeordnung bieten hierzu eine annehmbare Gelegenheit, eventuell ist diese Stelle im Gesetz sogar noch zu bevorzugen, letzteres aus dem Grunde, weil sie zu gleicher Zeit Gelegenheit bietet, die Grenzen der Anwendbarkeit wenigstens des Titels VII der Gewerbeordnung noch weiter zu stecken. Wir meinen nämlich, daß nicht bloß die praktischen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse dafür sprechen, sondern daß auch die Zeitverhältnisse reif dafür sind, hinsichtlich des Arbeitsvertrags die Bestimmungen der Gewerbeordnung für alle Gärtnerei- und Gartenbaubetriebe als anwendbar auszusprechen. Der grundlegende Gesetzesvorschlag müßte dann etwa diesen Inhalt bekommen:

„§ 154b. Die Bestimmungen des Titels VI Teil III, des Titels VII, die hierzu einschlägigen Bestimmungen der §§ 143 bis 150 und § 152 finden auf Arbeitgeber, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Gärtnereien und Gartenbaubetrieben entsprechende Anwendung.

„Landesgesetzliche Bestimmungen über den Dienstvertrag des Gesindes und der ländlichen Arbeiter werden für das Personal von Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben aller Art außer Kraft gesetzt. Auf die Arbeits- beziehungsweise Dienstvertragsverhältnisse dieser Personen finden die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung Anwendung."

Dafür würde Ziffer 1 des Gesetzesvorschlags von 1904 hinfällig. Die unter Ziffer 2, 3 und 4 gemachten Vorschläge bleiben aber bestehen, nur daß in

[1] Die „Handwerkerfrage" ist ausführlich in folgenden drei Broschüren behandelt, die im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erschienen sind: „Gartenbaukammern?" (Berlin 1901); „Zugehörigkeit der Gärtnerei zum Handwerk" (Berlin 1902); „Zur Frage einer öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung für das Gärtnereigewerbe" (Berlin 1903).

Ziffer 2 und 4 die Stelle „(§ 6 Absatz 3)" wegfallen müßte. Die in Ziffer 2 und 3 gemachten Vorschläge tragen — das sei ausdrücklich betont — den berechtigten Eigentümlichkeiten der Gärtnerei- und Gartenbaubetriebe mit Bezug auf die Sonntagsruheverhältnisse in weitreichendstem Maße und vollgenügend Rechnung, wie auch in Artikeln der Fachpresse und sonst mehrfach nachgewiesen.[1] Den Unternehmern beziehungsweise deren Führern sind jene Darlegungen bekannt, und sie haben noch niemals den Versuch gemacht, sie zu widerlegen. Es muß überhaupt angenommen werden, daß die in der Rechtsfrageangelegenheit führenden Unternehmer heute im wesentlichen nur ein verdecktes Rückzugsgefecht führen; sie hatten sich früher viel zu sehr nach der landwirtschaftlichen Seite hin verrannt und können, nachdem ihnen vielleicht die Einsicht aufgedämmert ist, daß die Gesamtregelung durch die Gewerbeordnung einfach erfolgen muß, weil es zweckdienlichere Wege und Mittel nicht gibt, nun nicht auf einmal vor ihre Gefolgschaft hintreten und dieses bekennen. Man wird sich, wenn erst einmal ernstlich im Reichstag die Sache angefaßt wird, schon ganz gern, wenn nach außen hin auch widerwillig, in eine derartige Regelung fügen. Das ist meine aufrichtige Überzeugung.

Zum Schlusse sei bemerkt, daß auch die „Wirtschaftliche Vereinigung" im Reichstag sich der Sache bereits bemächtigt hat. Unter dem 19. Februar 1907 haben deren Fraktionsmitglieder dem Reichstag nämlich einen Initiativantrag **Behrens**, Dr. **Burkhardt** und **Genossen** dieses Wortlauts eingereicht:

„Reichstag wolle beschließen, folgende Bestimmung dem § 154 der Gewerbeordnung einzufügen:

„Die Bestimmungen der §§ 105 bis 133e und 152 finden auf Arbeitgeber, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in der gewerblichen Gärtnerei (Baumschulgärtnerei, Obstgärtnerei, Gemüsegärtnerei, Blumentreiberei, Gemüsetreiberei, Samenzüchterei, Freilandblumengärtnerei, Kranz- und Blumenbinderei, Blumenhandlung, Kunst- und Handelsgärtnerei, Landschaftsgärtnerei, Dekorationsgärtnerei, gewerbliche Gutsgärtnerei und sonstige Zweige der Gärtnerei nach dem Vorkommen) entsprechende Anwendung."

Dieser Antrag ist ein aus reiner Popularitätshascherei geborenes Flüchtigkeitsprodukt allerersten Ranges. Sein Verfasser hat sich beim Aufzählen der Gärtnereiarten nicht einmal die Mühe genommen, diese Arten aus den zur **Verwendung** gekommenen Fragebogen der preußischen Gärtnereistatistik zu entnehmen. Ohne irgendwie zu überlegen oder zu prüfen, hat er kurzerhand den **ersten Entwurf** des Fragebogens genommen und aus diesem seine Liste abgeschrieben (bitte, oben zu vergleichen!). Auch hat er gar nicht überlegt, daß solche Liste in einem Paragraphen, der eine derartige Materie regeln soll, einfach ein logischer Unsinn ist, weil bei Entstehung jeder neuen, diesen gleichstehenden Gärtnereiart diese immer wieder nachgetragen werden müßte. Außerdem sind noch folgende Mängel darin enthalten: Der Antrag schaltet die Anwendung des § 133f aus, der eine Beschränkung der sogenannten Konkurrenzklausel bezweckt; ebenso die Anwendung des § 139b, die Gewerbeaufsicht betreffend; dann auch Teil VI des Titels VII betreffend Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen. Letzteres, trotzdem zum Beispiel „Blumenhandlungen" im Antrag ausdrücklich benannt sind. Wenn man ent-

[1] Vergl. „Das Verhältnis der Gärtner zum Gewerberecht", S. 21 ff. Ferner zwei ausführliche Artikel in der „Sozialen Praxis", XI. Jahrg., Sp. 1188 ff. und Sp. 1304 ff.

Digitized by Google

gegenhalten will, für Blumenhandlungen fände Teil VI (§ 139c bis 139m) ja schon heute Anwendung, so ist zurückzuerwidern, daß die Benennung der Blumenhandlungen in dem vorgeschlagenen Paragraphen deren Ausschaltung vom Teil VI zur Folge haben würde. Es hätten also die Blumenhandlungen hier wenigstens gestrichen werden müssen. Auch auf die Anwendung der Strafbestimmungen gegen die Übertreter der Arbeiterschutzbestimmungen (§ 143 bis 150) verzichtet der Antrag, womit all das, was er überhaupt vorgibt zu wollen, schon von vornherein unwirksam wird. Daß er auch die §§ 134 bis 139a (Verhältnisse der Fabrikarbeiter) unberücksichtigt läßt, soll ihm gar nicht erst weiter angekreidet werden. Sehr, sehr auffällig ist am Ende aber noch, daß der Antrag auch die Handwerkerparagraphen, eventuell überhaupt den Titel VI, jenes Hauptwerk der Mittelstandsretterei, außer Betracht läßt — wohlgemerkt, trotzdem der Antrag gerade von den patentierten Mittelstandsrettern kommt! Den Meistertitelparagraph aber, der dann logischerweise ebenfalls ausgeschaltet werden muß, läßt der Antrag wiederum stehen.

Dieses muß hier unbedingt angenagelt werden; denn es zeigt mit Deutlichkeit, daß hinter dem Antrag gar kein ernstes Wollen steht! Zu allem Überfluß sei noch hinzugefügt, daß dieselbe Partei mit derselben Angelegenheit schon einmal groben Unfug verübt hat. Sie nahm nämlich 1904 den damals in der Petition des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins enthaltenen Gesetzesvorschlag auf und brachte diesen ebenfalls als Initiativantrag ein. Durch vorzeitigen Reichstagsschluß (so hieß es damals) kam der Antrag jedoch nicht mehr vor das Plenum. Das Organ des Gärtnerei-Unternehmerverbandes („Handelsblatt für den deutschen Gartenbau", Nr. 23 vom 10. Juni 1905) gibt aber diese, bis heute unwidersprochen gebliebene Erklärung: „Das Schicksal, in den Papierkorb zu wandern, wäre dem Initiativbegehren auch ohne Reichstagsschluß beschieden gewesen; denn wir haben allen Grund zu der Annahme, daß ein Teil ihrer eigenen Väter (die ‚Väter' hießen: Dr. Burkhardt, Stöcker, Raab und Genossen. Der Verf.) dafür gesorgt haben würde, daß der Antrag überhaupt nicht zur Verhandlung kam. Ganz freiwillig wurde uns (im Juni 1904) von einem dieser Herren das Geständnis gemacht: ‚Wir haben schon selbst eingesehen, daß wir mit der Einbringung eine große Dummheit begangen haben.'"

Die Gärtnereiarbeitnehmerschaft hofft, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags sich ihrer Sache mit Liebe annehmen und mit dem erforderlichen Geschick verteidigen wird. Es gilt, einem (wenn auch nur bescheidenen) Teile des Volkes ein Stück Freiheit zu erobern!

Literarische Rundschau.

Göhre, Paul, **Das Warenhaus.** (Die Gesellschaft, Sammlung sozialpsychologischer Monographien. Zwölfter Band.) Frankfurt a. M., Literarische Anstalt, Rütten & Löning. 148 Seiten. Kleinoktav.

Die Schrift enttäuscht und erweckt peinliche Gefühle. Der Verfasser bringt die Kritik in Verlegenheit. Er schiebt seiner Arbeit die Aufgabe zu, die Lücke der nationalökonomischen Literatur auszufüllen, die noch keine größere und zusammenhängende Arbeit über das deutsche Warenhaus besitzt. Damit beginnt sein Vorwort, und gegen den Schluß bemerkt er, daß sich ein rundes abgeschlossenes Ganzes ergeben

Digitized by Google

hat. Leider kann die Kritik, wie ja der Verfasser schon bemerkt haben wird, nicht so günstig ausfallen wie die überaus freundliche Selbstbeurteilung. Tatsächlich handelt es sich um eine mehr ästhetische als volkswirtschaftliche Studie, jedenfalls erfährt man mehr über Architektur und Innendekoration als über Sozialpolitik, was ja der allerjüngsten, freilich sehr bürgerlichen Richtung in der politischen Ökonomie entspricht, in der die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hinter weit hergesuchtem, sozialpolitischem, ästhetischem und sonstigem Gerede vollständig in den Hintergrund treten. Ein rundes abgeschlossenes Ganze ist Göhres Arbeit nicht, ganz im Gegenteil eine einseitige deskriptive Erörterung über ein einzelnes Warenhaus mit einigen sehr oberflächlichen Betrachtungen über die anderen deutschen und über die ausländischen Warenhäuser. Der merkwürdige Zusammenhang der großstädtischen Entwicklung und der allgemeinen Zentralisationstendenzen mit der überraschenden Entwicklung des Großbetriebes im Detailhandel ist weniger beachtet als irgend ein ornamentaler Schnörkel in dem e i n e n besonders gepriesenen Warenhause. Das allein charakterisiert den wissenschaftlichen Charakter dieser Schrift. Die vornehme Zurückhaltung, die der Autor dem von ihm gepriesenen Warenhause nachrühmt, fehlt seinem Buche leider. Er konnte nicht die Distanz finden, die einen sozialistischen Beurteiler großkapitalistischer Entwicklung von den Trägern dieser Entwicklungsleistungen zu trennen hat. So peinlich es uns ist, es zu sagen, sein Buch macht den aufdringlichen Eindruck der Reklame für das bekannteste Berliner Warenhaus. Um so unangenehmer wird man hiervon berührt, weil der Verfasser das Unternehmen auch wegen der diskreten Art seiner Reklame preist. Reichen Fluß der Worte findet man dort, wo er zu loben hat, kurze, vorsichtig gehaltene Bemerkungen aber, wo ungünstige Raumverhältnisse für die beschäftigten Personen, wo Überarbeit der Verkäuferinnen, rücksichtslose Behandlung, Ausbeutung bis zur letzten Minute der Leistungsfähigkeit erwähnt werden müssen. Sein Lob geht so weit, daß er die g e s e t z l i c h v o r g e s c h r i e b e n e S i t z g e l e g e n h e i t f ü r d i e V e r k ä u f e r i n n e n als eine der von ihm so wohlwollend betrachteten W o h l f a h r t s e i n r i c h t u n g e n ansieht. Lediglich bei der Kontrolle, der die Beamten des Hauses unterworfen werden, findet er etwas stärkere Worte. Daß die Geschäftsleitung dem Autor alles Rühmenswerte bereitwilligst mitteilte und ihn die Bilder und die großen Glasscheiben enthusiastisch bewundern ließ, während man ihm über die ökonomischen und sozialen Verhältnisse jede nähere Auskunft versagte, hätte ihn stutzig machen müssen. Selbst dort, wo von anderen Warenhäusern gehandelt wird, kommt der Verfasser immer wieder auf das von ihm rückhaltlos bewunderte zurück.

Würden wir den Verfasser nicht genau kennen, so würden wir sein Buch als eine überaus geschickte, von einer bestimmten Firma bezahlte Reklame ansehen. Das Buch ist aber ein Beweis für die Ungeschicklichkeit des Verfassers und für seine Unterschätzung der Schwierigkeiten wissenschaftlicher Arbeit auf dem Gebiete der politischen Ökonomie. A d o l f B r a u n.

Dr. S c h ä f e r, Oberarzt a. D. der Irrenanstalt Friedrichsberg in Hamburg, **Der moralische Schwachsinn.** Halle a. S., Karl Marhold. 184 Seiten. 3 Mark.

Erst in den letzten Jahrzehnten ist die logisch und empirisch so leicht feststellbare Tatsache anerkannt, daß es zwischen Personen mit voller Zurechnungsfähigkeit und den völlig Unzurechnungsfähigen Mittelstufen gibt, die zu keiner der beiden Kategorien gerechnet werden können. Diese Zwischenstufen, die gemeinhin mit dem Namen der „geminderten Zurechnungsfähigkeit" oder der „geistigen Minderwertigkeit" belegt werden, lassen sich zum großen Teile unter dem medizinischen Begriffe des „Schwachsinns" subsumieren.

Unser Strafgesetzbuch, das, ein getreuer Abklatsch des preußischen Strafgesetzbuchs von 1851, auf den wissenschaftlichen Prinzipien des französischen Code pénal von 1810 aufgebaut ist, kennt natürlich den Begriff der „geminderten Zurechnungsfähigkeit" nicht. Es ist jedoch bei der seltenen Einstimmigkeit der Juristen mit

einiger Sicherheit anzunehmen, daß er in das neue Strafgesetzbuch seinen Einzug halten wird. Die Psychiatrie unterscheidet zwischen moralischem und intellektuellem Schwachsinn. Besonders wichtig ist der moralische Schwachsinn, weil er bei der Rechtsprechung heutzutage so gut wie niemals — höchstens sogar als strafschärfendes Moment — Berücksichtigung findet.

Bei dem Buche des Dr. Schäfer ist zunächst unerfindlich, wie es zu seinem Titel gekommen ist. Werden doch die beiden Arten des Schwachsinns in der Schrift wirr durcheinander gewürfelt; es findet sich überhaupt keine brauchbare Definition des moralischen Schwachsinns. Im ersten Teil der Arbeit hat es mitunter den Anschein, als ob Schäfer einen moralischen Schwachsinn überhaupt nicht anerkennt. Energisch rückt der Verfasser von der „semitischen Rasse" ab, bei welcher der Begriff aus Demagogie und politischer Tendenz bisher den größten Beifall gefunden habe. Im Unterschied hierzu entwickelt er dann seine christlich-arische Auffassung vom Schwachsinn durch eine krause Zusammenstellung passender und unpassender Beispiele, nach deren Lektüre man so klug ist wie zuvor.

Religion, Patriotismus, Kampflust gegen den „Kunstdusel" und ähnliche Tiraden nehmen den Hauptteil der Schrift in Anspruch. Auf Seite 139 stellt er die unsäglich lächerliche Behauptung auf, in den Offizierkasinos sei „die Zoterei ganz und gar verpönt".

Als typische Produkte des Schwachsinns gelten ihm der „Simplizissimus" und die „Schmutzschriften" Zolas. Er schlägt die völlige Beseitigung der ohnehin schon mehr als spärlichen staatlichen Subventionen für Museen usw. vor. „Keinen Pfennig mehr für die Kunst! muß die einstimmige Parole aller Parlamente sein." (S. 164.)

Einziges Mittel gegen den Schwachsinn ist für Schäfer die Religion. Nicht nur der Jugend, sondern auch den Erwachsenen soll die Religion von Staats wegen, zum Beispiel in den Fortbildungsschulen, obligatorisch eingetrichtert werden. Allerdings muß den Pastoren, nach dem Wunsche des Verfassers, jede Beschäftigung mit der Wissenschaft untersagt werden. Von Humanität will er nichts wissen. Er entrüstet sich über ein Gefängnis, in dem die Gefangenen „erst um 6 Uhr" morgens aufständen. Er bekämpft die selbstverständliche Forderung der Erhöhung der Strafmündigkeitsgrenze über das zwölfte Lebensjahr hinaus, und zwar weil dadurch die Gefahr, daß Kinder von 12 bis 14 Jahren zur Ausführung von Verbrechen benützt würden, heillos gefördert würde. Es scheint ihm unbekannt zu sein, daß die strafrechtliche Konstruktion der „mittelbaren Täterschaft" diese Gefahr ausschließt.

Alles in allem — ein absurdes Buch. Dr. Siegfrieda.

A. Kuprin, **Der Moloch** und andere Novellen. Aus dem Russischen von Dr. Jenny Herzmarck. Wien 1907, Verlag Karl Konegen (Ernst Stülpnagel). 237 Seiten.

Unter den jungen Russen, von denen Gorki, Andrejew, Tschechow wohl in keiner einigermaßen gut ausgestatteten Arbeitervereinsbibliothek fehlen, verdient besonders auch Kuprin die Aufmerksamkeit unserer belletristisch interessierten Parteigenossen. Er ist mehr fast noch als die Genannten ein sozialer Schriftsteller im engeren Wortsinn. Seine Erzählungen atmen durchweg tiefes, schmerzlichstes Mitgefühl mit allen in der heutigen Gesellschaftsordnung zu kurz Gekommenen.

Von den ausgesprochen sozialen Autoren Westeuropas unterscheidet ihn, wie die ganze russische Schriftstellergeneration, der er angehört, daß er nicht sowohl der Kritiker der bestehenden Zustände als ihr Psychologe ist. Und zwar nicht Psychologe, wie etwa auch Zola ganz gewiß Psychologe ist, insofern die Seelenzustände der Menschen einen wichtigen, vielleicht den wesentlichsten Bestandteil eines sozialen Milieus ausmachen und im übrigen seine Methode die psychischen Bestände nicht anders behandelt wie das sachliche Inventar seines Themas — sondern Kuprin stellt resolut einen einzelnen Menschen in den Brennpunkt seiner Darstellung und zeigt, wie sich die Zustände und Ereignisse in diesem isolierten Hirne, dieser isolierten

Seele spiegeln. Der Gefahr, die vielleicht für einen westlichen Literaten mit dieser Kompositionstechnik verbunden wäre, sind diese Russen ja enthoben. Sie sind allesamt, ihre reaktionärsten Vertreter — man denke an Dostojewski! — eingeschlossen, mit so blutender Seele bei der Sache, der Not des Volkes, daß sie es als eine direkte Gemeinheit ansehen würden und als Verrat an ihrer Mission, die Litteratur als Podium für artistische Späße zu benutzen. Wenn also Kuprin in den Reflexionen und Gefühlen eines Individuums seine soziale Kritik subjektiviert, so ist er bloß dem Scheine nach Individualist. Sein „Held" ist immer eine so vollkommen normal gestimmte, durch und durch gesunde, einfache und natürliche, wie die Russen mit Vorliebe sagen: sympathische Einzelpersönlichkeit, daß ihr Denken und Empfinden die typische Reaktion des sittlich und geistig wohlgeratenen Menschen auf die vernunftwidrige und verabscheuungswürdige Gesellschaftsordnung bedeutet und trotz aller subjektivischen Formulierung ein allgemeingültiges, objektives Bild dieser Zustände gibt. Dabei sind diese literarischen Träger der sozialen Stimmungen und Ideen des Autors durchaus nicht bloße Figuren, sondern höchst lebendige, fein kultivierte Menschen, deren „Einfachheit" ganz und gar nicht, wie in der landläufigen deutschen Erzählungsliteratur, der Banalität ihres geistigen Erzeugers entspringt, vielmehr gerade mit der Tiefe und naturwüchsigen Kraft der russischen Seele identisch ist.

Was dem ernsthaften deutschen Leser weiter an diesem Russen angenehm auffällt, ist, daß er etwas gelernt hat. Er bestreitet nicht den Stoff seiner Erzählungen aus der bloßen „Tiefe des Gemüts" und regaliert uns bis zur Übelkeit mit „schöner Seele", sondern er gibt der Handlung wie dem Empfindungskomplex, den sie auslöst, einen harten Tatsachenuntergrund. Schon in seinem Roman „Duell" erwies er sich ja als genauen Kenner des russischen Militarismus. In der Novelle „Moloch", der weitaus umfangreichsten des vorliegenden Bandes, schildert er bis ins einzelne die technische Organisation eines großen Hüttenwerkes und die Arbeit am Hochofen, und wir bekommen von einem der kompliziertesten Apparate der modernen Großindustrie ein so anschauliches Bild, als ob wir in der Begleitung eines sehr intelligenten Fachmanns das ganze Getriebe eingehend besichtigt hätten. Eben weil er die sachlichen Bedingungen seines Themas offenbar genau studiert hat, ehe er sich an seine künstlerische Aufgabe wagte, kann er auch riskieren, in den Mittelpunkt der Erzählung einen Ingenieur zu stellen, ohne daß man, wie so häufig aus deutschen Romanen mit irgend einem technischen Milieu, den peinlichen Eindruck erhält, daß die „Helden", diese Fabrikanten, Architekten, Ingenieure, von ihrem Metier noch weniger verstehen als der Verfasser. Dieses Wissen um den ganzen sachlichen und persönlichen Tatsachenkomplex seines Problems gibt unserem Autor aber auch das Recht zu dem suggestiven typischen Titel der Haupterzählung. Der Moloch, der hier in seinem Schlupfwinkel aufgestöbert wird, ist wirklich die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die spezielle Fabel der Novelle eine packende Illustration zu dem Satze, daß der Kapitalismus nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die ideologischen Güter, Ehre und Tugend, zur Ware macht. Aber nichts ist hier schematisch und reflektiert dargestellt, sondern es ist ein lebendiges Schicksal, in welchem dem System der herrschenden „Ordnung" das vernichtende Verdikt gesprochen wird.

Den übrigen Erzählungen des Bandes eignet zwar nicht die soziale Wucht dieser Titelnovelle, aber derselbe Geist tief menschlicher Sympathie mit allen Leidenden und Unterdrückten, und sie erinnern, besonders in der pointierten Komposition und in den Naturstimmungen, lebhaft an die feinsten Kabinettstückchen Maupassantscher Erzählungskunst.

Kuprin und seine Bücher können also besonders denjenigen Lesern, die auch in der erzählenden Literatur mehr als bloße Unterhaltung suchen, nur aufs wärmste empfohlen werden. **E. Korn.**

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 9 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Gegen Junker und Junkerpolitik.

✗ **Berlin**, 27. November 1907.

Der preußische Parteitag hat einen prächtigen Verlauf genommen und das Signal zum Kampfe gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht ausgegeben, ein Signal, das in den Massenversammlungen des gestrigen Tages seinen ersten mächtigen Widerhall gefunden hat.

Seinen ersten mächtigen Widerhall, denn darüber herrscht nirgends ein Zweifel, und am wenigsten in den Kreisen der Partei, daß der nunmehr entbrannte Kampf langwierig und zähe sein, daß er noch kräftigere Waffen erfordern wird, als massenhafte Protestversammlungen ihrer Natur nach sein können. Es handelt sich hier längst nicht mehr um eine Frage des Rechtes — denn wenn das Recht entschiede, so hätte mit einem Wahlrecht oder Wahlunrecht, das einst unter schmählichem Bruche der Verfassung gewaltsam oktroyiert worden ist und seit bald sechzig Jahren noch keinen Tag gesetzlichen Daseins erlebt hat, das sich in allen seinen Bestimmungen mehr und mehr zu einem wahren Hohn auf den Gedanken der staatsbürgerlichen Gleichheit ausgewachsen hat —, wir sagen, wenn das Recht entschiede, so wäre die Dreiklassenwahl längst zum historischen Kehricht geworfen worden.

Aber sie ist nicht minder lange aus einer Frage des Rechtes zu einer Frage der Macht geworden. Die Junker sehen in dem preußischen Wahlsystem ein Bollwerk ihrer Macht, das sie niemals preisgeben werden, es sei denn unter einem unwiderstehlichen Zwange. Bei der preußischen Wahlrechtskampagne kommt es darauf an, ob die Arbeiterklasse die nötige Macht zu entwickeln weiß, den Willen der Junker zu brechen, die sich mit Nägeln und Zähnen an die Dreiklassenwahl klammern. Eben dadurch erhielt der preußische Parteitag seine historische Bedeutung, daß er sich — bis auf eine geringe Minderheit — ganz und gar von dem Gedanken durchdrungen erwies, es handle sich um einen revolutionären Kampf, um einen Klassenkampf zwischen Junkertum und Proletariat, der kein Ende nehmen könne, als mit dem Siege der einen oder der anderen Klasse.

Digitized by Google

Unter diesen Gesichtspunkten finden denn auch die Anfechtungen der „Neuen Zeit" durch einzelne Mitglieder jener geringen Minderheit ihre vollkommene Erledigung. Weil an dieser Stelle bei einer Ersatzwahl zum preußischen Landtag vor Jahr und Tag die Ansicht ausgesprochen worden ist, die Beteiligung der Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen sei eine ganz unnötige Kraft- und Zeitverschwendung, und der preußische Parteitag würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er dem grausamen Spiele ein Ende machen und mit einer Utopie aufräumen würde, die alles andere eher als eine revolutionäre Utopie sei, soll die „Neue Zeit" die Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht geschädigt haben! Die Beschuldigung beruht ganz und gar auf derselben Utopie, in der wir nach wie vor keine Spur revolutionären Lebens entdecken können, auf der Utopie, daß durch die Beteiligung der Arbeiterklasse an den preußischen Landtagswahlen, solange dabei in irgendwelcher Weise auf ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien gerechnet wird, irgendwelcher Nutzen für die Arbeiterklasse erwachsen könne. Und wenn die „Neue Zeit" dieser Utopie Knüppel zwischen die Beine geworfen haben sollte, wie von einem Redner auf dem preußischen Parteitag behauptet wurde, so hat sie ihr immerhin noch nicht so viel Leid angetan wie der Parteitag selbst, der überhaupt mit ihr aufgeräumt hat.

Anders als durch einen revolutionären Kampf, durch einen Kampf auf Leben und Tod mit dem Junkertum, ist die Beseitigung der Dreiklassenwahl und namentlich ihre Ersetzung durch das allgemeine Stimmrecht nicht zu erreichen, und solchen revolutionären Kampf fördert keine bürgerliche Partei, schon deshalb nicht, weil er ein revolutionärer Kampf ist. In diesem Kampfe kann sehr wohl auch eine Beteiligung der Arbeiterklasse an den preußischen Landtagswahlen eine Waffe werden, aber nur in dem Sinn, die Massen aufzupeitschen durch eine überwältigende Kundgebung gegen den ganzen Widersinn dieses Wahlsystems, wodurch alles Paktieren mit bürgerlichen Parteien von vornherein ausgeschlossen ist. Denn darauf läßt sich keine bürgerliche Partei ein, weder die liberale, noch die ultramontane, und wir wären Narren, wenn wir die Quelle unserer Kraft, das revolutionäre Prinzip, aufgeben wollten um der obendrein illusionären Hoffnung willen, durch irgendwelches Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ein paar Mandate zu ergattern. Wir wollen handeln, wie auf dem Parteitag mit einem glücklichen Wortspiele gesagt wurde, aber nicht schachern.

Einstweilen spreizt sich das Junkertum noch in seiner Sünden Blüte. Sein getreuer Diener, der Mann mit der agrarischen Grabschrift, Fürst Bülow, hat den deutschen Reichs- wie den preußischen Landtag, kaum daß sie eröffnet waren, gleich jeden mit einem Ausnahmegesetz beglückt, den Reichstag mit dem neuen Vereins- und Versammlungsgesetz, das neben einigen kleinen Verbesserungen ungefähr dem zehnten Teil der preußischen Staatsbürger das Vereins- und Versammlungsrecht überhaupt rauben will, den Landtag mit einer neuen Polenvorlage, die den Hunderten von Millionen, die schon im Danaidenfaß der „Ostmarkenpolitik" verschwunden sind, noch Hunderte von Millionen nachsenden und übrigens ein gewaltsames Enteignungsrecht gegen polnische Grundbesitzer durchsetzen will. Dafür schweigt Fürst Bülows Höflichkeit gänzlich von

der Reform des preußischen Wahlrechts, die ja auch von den liberalen Blockfreunden gefordert wird, und sie schon glücklich machen würde, wenn sie den Pelz wüsche, ohne ihn naß zu machen. In der Tat — ein lieblicher Anfang der Blockära: neue Kriegsschiffe, neue Steuerlasten und neue Ausnahmegesetze.

Es gibt Pessimisten, die daraufhin ein baldiges Ende der Blockherrlichkeit prophezeien, wobei sie freilich einen Faktor mit in ihre politische Rechnung stellen, der vermutlich nur in ihrer Phantasie existiert: nämlich einen Rest von Rückgrat beim Freisinn. Von allen bitteren Tränken, die dem Freisinn kredenzt werden, ist keiner so bitter, wie die Bepackung des so gut wie einzigen Zugeständnisses, das ihm gemacht wird, des neuen Reichsvereinsgesetzes, mit allem Odium einer Ausnahmemaßregel. Ein solches ist der § 7, die Sprachklausel, die Bestimmung, daß es den Landesregierungen freistehen soll, nach ihrem Ermessen die fremdsprachigen Versammlungen zu erlauben oder zu verbieten, mit anderen Worten, daß den Polen und Dänen, ebenso wie den Franzosen in Lothringen, ein Grundrecht jedes konstitutionellen Staatslebens entzogen werden soll.

Ein konservativer Politiker, Herr Delbrück, schreibt in seinen „Preußischen Jahrbüchern" darüber: „Man kann sich kein schärferes Agitationsmittel denken, das so den polnischen und dänischen Demagogen in die Hand gespielt wird, und überdies wird in allen gemischtsprachigen Bezirken, selbst in Westfalen, den Arbeitern die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Interessen genommen. Es scheint mir ganz undenkbar, daß ein Mann, der noch auf den Namen eines Liberalen Anspruch machen will, ein solches Gesetz gutheißen könnte, um so weniger, da ja auf das Zustandekommen des Gesetzes gar nicht so viel ankommt, denn schon vom Augenblick der Einbringung an wird es moralisch nur sehr schwer möglich sein, alle die veralteten Bestimmungen der jetzigen Gesetze, die abgeschafft werden sollen, durch die Polizeiorgane noch anwenden zu lassen. Die Freisinnigen würden also nicht nur prinzipienwidrig, sondern auch politisch unklug handeln, wenn sie, um das Gesetz zustande zu bringen, die Sprachklausel annähmen." So richtig das alles sein mag, so kann der Freisinn doch nicht mit ganz leeren Händen vor seine Wähler treten, und die „Freisinnige Zeitung" hat denn auch erklärt, daß sie die Sprachklausel unbefangen prüfen werde. Es ist eine verteufelte Zwickmühle, worin der Freisinn steckt: entweder den Bankrott der Blockpolitik zu bekennen oder sich mit einem Ausnahmegesetz als seinem Anteil an der Beute abspeisen zu lassen. Jedoch dies Epigramm auf seine feige und perfide Politik ist gerade nur so beißend, wie es treffend ist.

Aber wenigstens bleibt ihm der Trost, einen Genossen in seinem Unglück zu haben, obendrein einen Genossen in dem Vater des Blocks, dem Fürsten Bülow, der mit der Polenvorlage, die er dem Landtag unterbreitet hat, sich gleichfalls ein Armutszeugnis ausstellt, wie es trauriger vielleicht noch kein sogenannter Staatsmann sich ausgestellt hat. Man schmält so viel auf die Minister des zweiten Kaiserreichs, und wir sind die letzten, diesen Verdammungsurteilen etwas abzudingen, aber wann wäre einer von ihnen auf den so absurden wie unwürdigen Gedanken verfallen, das Deutschtum in Elsaß-Lothringen mit den

Digitized by Google

Mitteln auszurotten, womit Bülow das Polentum in der sogenannten „Ostmark" ausrotten will. Absurd sind diese Mittel, weil sich ihre gänzliche Unwirksamkeit nun schon seit mehr als zwanzig Jahren ziffernmäßig beweisen läßt, unwürdig aber, weil es jedem modernen Kulturmenschen das Blut der Scham in die Wangen treiben muß, eine Menschenjagd inszeniert zu einer gewaltsamen Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat, weil sie ihr nationales Bewußtsein nicht opfern wollen. Es ist begreiflich, daß sich auch unter den deutschen Bewohnern der Ostmark das Rechtsgefühl gegen diese Barbarei empört. Ein Herr Paul Fuß, ein evangelischer Deutscher, der seit dreißig Jahren als Domänenpächter und Gutsbesitzer in der Provinz Posen lebt, schreibt in einer eben veröffentlichten Broschüre: „Ich fordere die ganze gesittete Welt auf, hierüber ihren Rechtsspruch zu fällen", und über die Grundlage dieser Bülowschen Politik sagt derselbe unanfechtbare Patriot: „Märchen, Gespenster, Geschichten und schließlich Lügen und sinnlose Übertreibungen sind es, die man seit Jahren dem deutschen Volke aufgebunden hat, um künstlich eine Polengefahr zu konstruieren."

Sicherlich: in den Tagen des Sozialistengesetzes hat das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte noch Ärgeres gefrevelt. Aber damals hatte es mit der Arbeiterklasse zu tun, die dermaleinst mit siegendem Fuße über all seine trügerische Herrlichkeit dahinschreiten wird. Allein welch klägliches Armutszeugnis stellt es sich aus, wenn es nur mit barbarischen Mitteln ein paar Millionen Polen zu bändigen weiß, die es, wenn es anders ein Kulturstaat wäre, sich längst assimiliert haben würde, wie ehedem Frankreich die elsaßlothringische Bevölkerung.

Das Ergebnis des preußischen Parteitags.

Von **Georg Ledebour.**

Um der Wahlrechtsbewegung neue Impulse zu geben, um das Anklagematerial gegen das Dreiklassenunrecht zu vervollständigen, um die vorhandenen Parteiorganisationen für die besonderen Aufgaben in Preußen zweckmäßiger auszubauen, war der Parteitag für die Sozialdemokratie Preußens am 21. November in Berlin zusammengetreten. Wie hat er sich seiner Aufgabe entledigt?

In den Vordergrund trat des unmittelbar praktischen Bedürfnisses wegen die Organisationsfrage. Es handelte sich dabei nicht etwa um die Schaffung ganz neuer organisatorischer Einrichtungen im ganzen Lande. Die Durchführung der Aufgaben, die für die örtliche Agitation aus der preußischen Wahlrechtsbewegung den Parteigenossen erwachsen, werden nach wie vor den bestehenden Organisationen obliegen. Niemand hat daran gedacht, die unteren Organisationsinstanzen für die preußische Bewegung etwa auf der Grundlage der preußischen Wahlkreise zum Abgeordnetenhaus neu zu schaffen. Die Organisationen der Reichstagswahlkreise werden neben der allgemeinen Parteiarbeit auch fernerhin die Agitation für die preußische Wahlbewegung zu leiten haben. Sie müssen sich damit abzufinden suchen, daß die Abgrenzung der Reichstagswahlkreise sich keineswegs durchweg deckt mit der Abgrenzung der

preußischen Landtagswahlkreise; aber zwei Organisationen unterer Instanz nebeneinander her gehen zu lassen, wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, da abgesehen von der Arbeitsvermehrung für die tätigen Genossen die Dispositionen für Versammlungen und Kundgebungen aller Art unvermeidlich beständige Reibungen hätten herbeiführen müssen. Ebenso tritt auch für die speziell preußische Aufgabe die Zusammenfassung der Wahlkreisorganisationen zu Bezirksverbänden als mittlere Instanzen in Kraft. Neu in dem schließlich angenommenen Organisationsstatut ist nur die Bildung eines besonderen preußischen Landesausschusses für die Oberleitung der Bewegung.

Einig war man auch hinsichtlich der Bildung dieser Organisationsinstanz darin, daß eine preußische Landeskommission aus den Vertretern der Bezirksverbände, je ein Mitglied für jeden Verband, gebildet werden soll. Die Bezirksverbände erstrecken sich meist über ganze Provinzen der Regierungsbezirke. Abweichend davon besteht aber zum Beispiel für Berlin und seine beiden Vorortskreise ein besonderer Bezirksverband und ein zweiter für den übrigen Teil der Provinz Brandenburg. Meinungsdifferenzen ergaben sich erst bei der Frage, ob die Ausführung der zentralen Geschäfte, die Leitung der gesamten Landesaktionen einer besonderen Oberbehörde, einem „Landesvorstand“, übertragen werden sollte oder einer Körperschaft, die als Hilfsorganisation des Vorstandes der Gesamtpartei unter dessen Kontrolle die Geschäfte zu führen hat.

Es standen sich da drei Entwürfe gegenüber. Ein Berliner Entwurf wollte einem von der Landeskommission zu wählenden Obmann, der seinen Sitz in Berlin haben müsse, mit seinen außerhalb domizilierten Beisitzern als geschäftsführenden Ausschuß in beständigem Zusammenwirken mit dem Vorstand der Gesamtpartei die Leitung in die Hände geben. Ein Entwurf Dittmann-Frankfurt a. M. stand grundsätzlich auf dem nämlichen Boden, wollte jedoch die Funktion des geschäftsführenden Ausschusses einfach dem Vorsitzenden, Geschäftsführer und Kassierer des Bezirksverbandes Groß-Berlin übertragen. Im Gegensatz dazu wollte der Entwurf Arons-Berlin die Leitung in die Hände eines eigenen fünfgliedrigen preußischen Landesvorstandes legen. An sich war das eine bloße Zweckmäßigkeitsfrage, ob so oder so die Zentralleitung für die preußischen Parteiangelegenheiten zusammenzusetzen ist. Als Zweckmäßigkeitsfrage wurde sie auch von dem Referenten Haase-Königsberg und den verschiedenen Antragstellern behandelt. Das durchschlagende Argument gegen den besonderen Landesvorstand war das Bedenken, daß zwischen zwei selbständigen Zentralbehörden nebeneinander unvermeidlich sich Konflikte ergeben müßten. Solche Kompetenzkonflikte würde nur die engste Verbindung des geschäftsführenden Ausschusses mit dem Parteivorstand verhindern können, wie das die statutengemäß vorgesehene regelmäßig gemeinschaftliche Beratung aller preußischen Angelegenheiten durch beide Behörden erzielen kann. Diesem Bedenken hatte sich auch der Genosse Arons nicht verschlossen. Er glaubte jedoch, durch das komplizierte Verfahren der Einspruchserhebung des Parteivorstandes gegen Beschlüsse des Landesvorstandes und abermalige Beratung und Beschlußfassung unter Zuziehung zweier Vorstandsmitglieder dieses Bedenken beseitigen zu können. Dieses Verfahren drohte aber den Parteivorstand zum Landesvorstand in ein Verhältnis zu bringen, das eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Stellung des Oberhauses zum Unterhaus in Staaten des Zweikammersystems aufwies. Der Kompetenzkonflikt hätte dadurch geradezu eine förmliche rechtliche Grundlage erhalten.

Für die Fassung Arons suchte noch der Genosse Maurenbrecher Stimmung zu machen, indem er behauptete, der Gegensatz bestände darin, daß der „Landesvorstand" initiativ handeln könne und müsse, der „Ausschuß" aber nicht. Hier Initiative und selbständige Ideen — dort bloße Verwaltungstätigkeit! Die Festnagelung auf diese gegensätzlichen Schlachtrufe mißlang aber völlig, da in aller Welt nicht einzusehen ist, weshalb den fünf Personen, die unter der Firma „Landesvorstand" zusammentreten, Initiative zuzutrauen ist, während bei den drei Personen, die sich als geschäftsführender Ausschuß mit dem Parteivorstand versammeln, jedwede Initiative und jedweder selbständige Gedanke durch Abwesenheit glänzen und die ganze Sitzung in Verwaltungsgeschäften und Kassabuchungen aufgehen muß. Maurenbrecher verbesserte den Eindruck seines selbständigen Gedankens auf dem Kongreß auch keineswegs durch die Enthüllung, daß er persönlich — seiner Meinung nach sogar die ganze Partei — gar nicht daran dächte, daß vor Ablauf eines Menschenalters der Sozialismus verwirklicht werden könne. Wer so wenig Zutrauen zu der Werbekraft der sozialistischen Ideen und der Stoßkraft der sozialdemokratischen Bewegung hat, muß dann allerdings wie Maurenbrecher notwendigerweise auch noch auf den Gedanken verfallen, daß der Aktionsausschuß zur würdigen Vorbereitung auf seine Aufgaben sich durch das gründliche Studium der Kreisblätter vorbereiten müsse. Von ähnlichen langfristigen Bedenken wurde übrigens auch Genosse Bernstein geplagt, der bei einer anderen Gelegenheit erklärte, wir würden wohl noch zehn Jahre lang zu warten haben, ehe wir das allgemeine Wahlrecht für Preußen durchsetzen könnten.

Es ist immer mißlich, das Eintreten bestimmter Ereignisse für bestimmte Zeitpunkte zu prophezeien. Es zeugt aber keineswegs von tatbereiter Entschlossenheit, sondern nur von der lähmenden Einwirkung bläßlicher Bedenken, wenn man mit der feierlichen Verkündigung operiert, daß man auf Jahrzehnte hinaus nichts erreichen kann. Würden solche Maurenbrecher-Bernsteinsche Flaumachereien wirklich Anklang finden in weiteren Kreisen der Parteigenossen, so müßten sie lähmend, aber nicht fördernd einwirken auf die Bewegung. Aber glücklicherweise übt das bängliche Schwanken solcher Gedanken keine andere Wirkung auf die Parteigenossen aus als der Wind, der mißtönig durch den Schornstein bläst. Offenbar hat gerade die Maurenbrechersche Flaumacherei es bewirkt, daß der Aronssche Entwurf mit unerwartet großer Mehrheit — gegen etwa 20 Stimmen bei rund 200 Delegierten — abgelehnt und dann die Dittmannsche Fassung, auf die eine Kommission sich geeinigt hatte, mit noch größerer Mehrheit angenommen wurde. Wir können sicher sein, daß die neue Parteileitung für Preußen es an der erforderlichen Initiative nicht fehlen lassen wird.

Bei Erörterung der anderen Gegenstände der Tagesordnung traten in bezug auf die vorgelegte Resolution Meinungsverschiedenheiten nicht zutage. Die Referate der Genossen Arons und Adler zur Wahlrechtsfrage und über die Tätigkeit des preußischen Landtags, wie auch Legiens Darlegungen über die Lage der preußischen Staatsarbeiter und das Referat des Genossen Hirsch über die Gemeindeverwaltung vervollständigten in dankenswerter Weise das Material zur Aufklärung des Proletariats über die Mißstände in Preußen und die Notwendigkeit, durch eine gewaltige proletarische Wahlrechtsbewegung Bresche in die reaktionäre Hochburg des preußischen Privilegienparlaments zu legen. Die Referate und die Verhandlungen können dem Studium der Partei-

Digitized by Google

genossen dringend empfohlen werden. Hier auf Einzelheiten oder sachliche Darbietungen empfehlend oder kritisch einzugehen, würde über den Rahmen dieser Betrachtung hinausgehen. Es kann auch hier nur darauf ankommen, die Meinungsverschiedenheiten zu erörtern, die sich hinsichtlich der im Wahlrechtskampf einzuschlagenden Taktik herausgestellt haben.

Ohne bestimmte Vorschläge der Resolution Adler-Arons entgegenzusetzen, gaben die Genossen Bernstein-Breslau und Löbe-Breslau doch, allerdings in hypothetischer Form, Anregungen zu Maßregeln, die in der Wahlbewegung zu ergreifen seien. Von einer Seite wurde ihnen später ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie nicht etwa, wie der Vorsitzende Singer in seiner Eröffnungsansprache es getan, durch Fanfarenklänge die Parteigenossen zum Kampf angefeuert hatten. Dieser Vorwurf ist durchaus ungerechtfertigt. Die Fanfarenklänge sind am Platz in der Eröffnungs- und Schlußrede. Es schadet auch nichts, wenn sie in den Referaten, oder hin und wieder in der Diskussion mit durchklingen. Würden aber allgemein die Diskussionsredner in solchen begeisternden Ansprachen schwelgen, so verflachten die Verhandlungen zu einem unleidlichen Phrasengeklingel, und sänken auf das Niveau einer Zirkus-Busch-Versammlung der Agrarier oder Freisinnigen herunter. Aufgabe der Diskussionsredner ist es vielmehr in erster Reihe, die Fragen der Taktik im Meinungsstreit zum Austrag zu bringen. Daß also Bernstein und Löbe überhaupt Fragen der Taktik zur Erörterung brachten, ist ihnen keineswegs zu verübeln; im Gegenteil, es war ihre Pflicht, wenn sie glaubten, auf neuen Bahnen die Bewegung besser zum Ziele führen zu können, ihre Gedankenresultate zum Vortrag zu bringen. Wohl aber war es recht unerfreulich, daß die beiden Taktikreformer sich nicht zu bestimmten Vorschlägen durchgearbeitet hatten, sondern der eine, Bernstein, sich in dunkeln, vieldeutigen Andeutungen von dem Werte der „Obstruktion“ erging, der andere, Löbe, in hypothetischer Form Vorschläge in die Debatte warf, zu denen er sich selbst nicht einmal zu bekennen wagte, als er darauf festgenagelt wurde. Mit der Lösung taktischer Rätselfragen können wir aber die Zeit nicht verschwenden.

Der Genosse Löbe hatte dann noch angeregt, ob wir nicht mit anderen wahlreformerischen Parteien zusammen einen Kongreß einberufen sollten, der dann seinerseits eine Deputation an Bülow zu schicken hätte. Als diese Methode wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den Aufgaben einer Klassenkämpferpartei zurückgewiesen wurde, wandte er ein, er habe ja den Gedanken auch nur vorgebracht, ohne sich darauf festlegen zu wollen, und meinte dann schließlich doch, daß für den Bittgang zu Bülow in der Petition des Parteivorstandes an den preußischen Landtag ein Präzedenzfall geschaffen worden sei. Nun habe ich das Beschreiten des Petitionsweges in diesem Falle zwar auch nicht für angebracht gehalten. Es ist aber doch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Löbeschen Hinweis und dem Vorgehen des Parteivorstandes. Die Deputation zu Bülow könnte günstigstenfalls nur eine persönliche und selbstverständlich völlig nichtssagende Antwort des diplomatischen Kanzlers erwirken; die Petition sollte eine Debatte über die Wahlrechtsfrage in beiden Häusern des Landtags herbeiführen. Das ist zwar durch einen Geschäftsordnungstrick vereitelt worden. Immerhin war der Zweck der Petition ein ganz anderer, sie konnte unter Umständen nutzbringend werden, während der Bülowbittgang nichts zurückzulassen vermöchte, als den bitteren Nachgeschmack einer Herabwürdigung unserer großen Bewegung.

Bernstein hat dann noch zum Schluß seiner Rede den Trumpf ausgespielt, daß wir uns bemühen müssen, Vertreter anderer, gleichfalls wahlrechtsreformfreundlicher Parteien in das preußische Abgeordnetenhaus hineinzubringen. Diese Frage konnte auf dem Kongreß nicht zur gründlichen Erörterung kommen. Man kann sich darüber nur Klarheit verschaffen, indem man die gesamte politische Lage und die Beziehungen der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien in Betracht zieht. Das soll einem besonderen Artikel vorbehalten bleiben.

Hier mag nur noch der Genugtuung Ausdruck gegeben werden, daß der Verlauf des Parteitags, die Stimmung, die in ihm zur Geltung kam, Gewähr dafür leisten, daß die Sozialdemokratie in Preußen den Wahlrechtskampf mit gewohnter Tatkraft und Wucht und im Geiste einer „proletarischen Klassenparteikämpfer" führen wird.

Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland.

Von **Hans Block.**

Der Entwurf eines Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes, der dem Reichstag soeben zuging, ist, wie vorauszusehen war, alles andere denn eine Konzession an den Liberalismus.

Bülow hatte zwar ein „modernes" Gesetz versprochen, aber der damals noch nicht über den Block gestolperte Posadowsky hatte es nicht übel im voraus gekennzeichnet durch die Erklärung, es werde frei sein von engherzigen Polizeivorschriften, müsse aber allezeit die bürgerliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit schützen. Nun entpuppt es sich als die plumpe Übertragung der aus dem Staatsstreich der preußischen Konterrevolution geborenen Verordnung von 1850 auf das Reich. Diese „Verordnung zur Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes" bildet die Grundlage des „modernen" Reichsvereinsgesetzes! Einige veraltete, für die Regierungen wertlos gewordene Einschränkungen fallen — dafür werden erhebliche Verschlechterungen anderer Art beschert. Preußens Regierung will sich die wenigen Verbesserungen bezahlen lassen mit der Ermächtigung, den Polen wie den Dänen das Versammlungsrecht so gut wie zu nehmen durch das Verbot des Gebrauchs ihrer Muttersprache — der § 7 des Entwurfs setzt fest, daß die Verhandlungen in deutscher Sprache geführt werden müssen. Die Landeszentralbehörde **kann** Ausnahmen zulassen. Eine Ausnahmebestimmung schlimmster Art, von brutalster Ungerechtigkeit gegen die fremdsprachigen Nationalitäten im Reiche, gefährlich für die Arbeiterbewegung, unannehmbar für jede Partei, die Vereinigungsfreiheit und nicht Polizeiwillkür will. Die Verbesserungen gegen den Zustand in der Mehrheit der deutschen Staaten bestehen in der Beseitigung der Beschränkungen, denen die Frauen und Minderjährigen unterliegen, in der Beseitigung der Verpflichtung politischer Vereine zum Einreichen der Mitgliederliste. Im übrigen soll die Pflicht zur Anmeldung der Versammlungen bei der Polizei, die polizeiliche Überwachung der Versammlungen bestehen bleiben; die Zahl der Überwachenden wird auf zwei normiert. Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sollen ausnahmslos der polizeilichen Genehmigung bedürfen — eine Verschlechterung für mehrere Bundesstaaten.

Digitized by Google

Eine bedenkliche Ausweitung der polizeilichen Befugnis zum Auflösen von Versammlungen stellt der § 9, Absatz 4 dar; während nach jetzigem preußischen Recht Bedingung ist, daß die Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, soll künftig genügen, daß einem Redner vom Vorsitzenden nicht das Wort entzogen wird, dessen Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten. Es fehlen alle Schutzbestimmungen gegen Beamte, die ihre Amtsgewalt mißbrauchen, es fehlt eine unzweideutige Aufhebung der landesgesetzlichen Bestimmungen, es fehlen Sicherungen des Koalitionsrechts, dagegen werden ausdrücklich aufrecht gehalten die Ausnahmebestimmungen gegen die Jesuiten und gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde. Und während das preußische Landesgesetz den letzteren beiden Gruppen nur die Verabredungen zu Lohnkämpfen verbietet, spricht der § 16 des Entwurfs auch von Verbindungen und ebnet so einer Ausdehnung des Unrechts gegen Landarbeiter und Gesinde durch die Landesgesetzgebung die Bahn.

Daß das „moderne" Vereinsrecht so erbärmlich ausfallen würde, das war vorauszusehen bei der Rolle, die der Freisinn im Blocke spielt, und bei dem Gewicht, das die Interessen der Junker und Großindustriellen im Reiche besitzen, die aus ihrer Feindschaft gegen Vereins- und Versammlungsfreiheit namentlich der Arbeiter niemals ein Hehl gemacht haben. Auf der Seite dieser einflußreichen Feinde einer Reform stehen zudem die Regierungen Preußens, Sachsens, Mecklenburgs und einiger anderer ähnlich gearteter Bundesstaaten, für die Vereins- und Versammlungsfreiheit einen rauhen Bruch mit den heiligsten Traditionen bedeutet. Hat doch ein Hauptstück der Regierungsweisheit dieser Länder seit jeher in der Unterdrückung oder doch möglichsten Behinderung und Verkümmerung des Vereins- und Versammlungslebens der „Untertanen" bestanden. Und das Erstarken der Arbeiterbewegung hat besagten Regierungen die alten, verrosteten Waffen aus der Zeit der Gegenrevolution besonders unentbehrlich gemacht.

Den Vereinsgesetzen aller dieser Bundesstaaten steht die Tendenz an der Stirn geschrieben, die Ausübung des Rechtes auf Vereine und Versammlungen, das zu Beginn oder wohl gar — wie in Preußen — in der Verfassung feierlich garantiert wird, dem Bürger möglichst zu erschweren und zu verekeln. Allerlei schikanöse Formalien müssen peinlich erfüllt werden, wenn der Behörde nicht ein bequemer Vorwand zur Vereitelung der Veranstaltung gegeben werden soll. Außerdem geben aber die Gesetze von Sachsen, Hamburg, Elsaß-Lothringen, Sachsen-Altenburg und Reuß ä. L. auch noch der Polizeibehörde das Recht, jede Versammlung zu verbieten, sofern sie dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung befürchtet. In Preußen besteht diese Befugnis nicht, man glaube aber nicht, daß die Polizei sie nicht ausübt. Sie hat jederzeit frischweg Versammlungen verboten, wenn es ihr in den Kram paßte. Unter Berufung darauf, daß das Allgemeine Landrecht (aus dem achtzehnten Jahrhundert!) und das Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 ihr das Amt zuweisen, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu wahren usw., hat sie häufig genug Anarchistenversammlungen und bei gewissen Anlässen auch sozialdemokratische Versammlungen verboten. Selbst unpolitische Bergarbeiterversammlungen hat sie in Streikzeiten — wo die Versammlung für die Ausständigen doppelt notwendig ist — verboten.

Digitized by Google

Das Ruhrrevier weiß davon zu erzählen. Im Jahre 1893 wurde noch während des Streiks für das ganze Revier das Versammlungsrecht für die Bergleute durch regelmäßig erfolgende Versammlungsverbote einfach polizeilich aufgehoben. Im Jahre 1905 ging der Landrat von Gelsenkirchen also vor, als der Streik von der Siebenerkommission und den Vertrauensleuten für beendet erklärt worden war und sich unter den Bergleuten die Neigung bemerkbar machte, diesem Beschluß Widerstand zu leisten. So hat die preußische Polizei sich noch bis in die neueste Zeit ein Recht einfach angemaßt, das ihr nicht nur nach dem Wortlaut des Gesetzes, sondern auch nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes nicht zusteht. Die Verwaltungswillkür steht eben über dem Gesetz und über den Richtern, und die Garantien für die Rechte des Staatsbürgers stehen — auf dem Papier.

Mit wenigen Ausnahmen setzen alle deutschen Vereinsgesetze die Anmeldepflicht für Versammlungen fest — die Ausübung des Rechtes wird unter Polizeiaufsicht gestellt. Nur Baden und Sachsen-Koburg-Gotha kennen solche Verpflichtung nicht, in Württemberg sind Versammlungen nicht anmeldepflichtig, wenn zu ihnen öffentlich eingeladen wird. Die Anmeldung wird in Sachsen, Lippe-Detmold und Elsaß-Lothringen erschwert durch die Anforderung, daß der Anzeigende dispositionsfähig beziehungsweise großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein muß, was sich in Sachsen zu der famosen Forderung der Behörden ausgewachsen hatte, daß der Anzeigende den Nachweis seiner Dispositionsfähigkeit zu führen habe! Eine andere Erschwerung ist die Forderung des sächsischen Gesetzes, daß einer der Einberufer in der Gemeinde wohnen muß, in der die Versammlung stattfinden soll; in Braunschweig müssen sogar drei Einwohner der betreffenden Gemeinde die Anzeige unterschreiben.

In Preußen muß Ort und Zeit der Versammlung angezeigt werden. In Bayern, Sachsen, Elsaß-Lothringen, Anhalt, Braunschweig, Altenburg, Schaumburg-Lippe und den beiden Reuß wird auch die Angabe des Zweckes der Versammlung, beziehungsweise des Gegenstandes, der verhandelt werden soll, gefordert. Diese Vorschrift macht es dem Einberufer unmöglich, im Falle der Verhinderung eines Redners die Tagesordnung der Versammlung zu ändern. In Meiningen und Reuß ä. L. müssen außerdem auch noch die Referenten angegeben werden.

Im gesegneten Mecklenburg gibt es solche Umwege nicht. In den beiden Großherzogtümern sind politische Versammlungen nur mit Genehmigung der Regierung zulässig, die für sozialdemokratische Versammlungen nicht erteilt wird.

Besonders gefährlich sind der Obrigkeit von je die Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge erschienen. In den meisten Bundesstaaten dürfen sie nur mit behördlicher Genehmigung stattfinden. So bestimmen die Gesetze für Anhalt, Bremen, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Lippe, Lübeck, Preußen, der beiden Reuß; in Bayern, Sachsen und Braunschweig ist die Genehmigung erforderlich, wenn öffentliche Plätze und Straßen benutzt werden. Daneben gibt es besondere Verbote für die Residenzen oder den Sitz der Landtage. — Die übrigen Staaten haben keine besonderen Bestimmungen für diese Versammlungen.

Noch größer sind die Vorsichtsmaßregeln, die die meisten unserer Vereinsgesetze gegen die Vereine anordnen. Fast in allen Bundesstaaten müssen die politischen Vereine Statuten und Mitgliederverzeichnis einreichen, in vielen

auch solche Vereine, die nicht direkt politisch sind, aber sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. So bestimmt Preußens Gesetz, das damit die Gewerkschaften dieser lästigen Vorschrift unterstellt. Wo die Einreichung der Mitgliederliste nicht vorgeschrieben, kann die Polizei sie sich meist leicht verschaffen, da die Vereine ihr gegenüber zu jeder Auskunft über Statuten und Mitgliederstand verpflichtet sind. So ist es in Bayern, Schaumburg-Lippe, Elsaß-Lothringen. Diese Verpflichtung der Vereine besteht übrigens — überflüssigerweise — auch in Preußen. In den beiden Schwarzburg hat die Polizei auch das Recht der Einsicht in die Vereinsakten. In Baden und Oldenburg kann die Polizei die Anzeigepflicht nach Belieben jedem Verein auferlegen, im allgemeinen besteht sie nicht. Hamburg und Württemberg kennen nicht die Verpflichtung zur Einreichung der Mitgliederliste. Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Meiningen sind die einzigen Bundesstaaten, in denen die Vereine nicht durch Anzeigepflicht behelligt werden; das heißt nach dem Wortlaut der Gesetze. In Sachsen-Koburg-Gotha hat die Regierung seinerzeit versucht, politische Vereine zur Anmeldung und Auskunftserteilung zu verpflichten. Das Recht dazu leitete sie einfach aus ihrem allgemeinen staatlichen Beaufsichtigungsrecht ab. Allerdings stieß sie auf energischen Widerstand.

In einer Reihe von Bundesstaaten ist das Recht des Staatsbürgers, Vereine zu bilden, direkt dem Ermessen der Polizei ausgeliefert. In Sachsen, Baden, Hamburg steht der Polizeibehörde das Recht zu, Vereine zu verbieten; die Formel ist verschieden (Gefährdung des Staates oder der öffentlichen Sicherheit, Aufforderung zu unsittlichen Handlungen oder Gesetzesübertretungen und dergleichen), das Wesen der Bestimmungen dasselbe. In den Bundesstaaten, in denen der berüchtigte Knebelbeschluß des deutschen Bundestags vom 13. Juli 1854 noch in Kraft ist, das sind Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schaumburg-Lippe, die beiden Schwarzburg, Braunschweig, Reuß ä. L. und Waldeck (in Hessen ist der Beschluß seit 1870 nicht mehr angewendet worden, ist aber formell nicht aufgehoben), sind nach diesem Beschluß alle Vereine verboten, die mit der Gesetzgebung nicht im Einklang stehen oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, sowie alle Arbeitervereine und -verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen. Das letztere Verbot haben die beiden Schwarzburg in neuerer Zeit aufgehoben.

Elsaß-Lothringens „modernes" Vereinsgesetz (vom 21. Juni 1905!) hat das unmoderne Präventivverbot abgeschafft, um es durch die Befugnis der Verwaltungsbehörden zu ersetzen, Vereine aufzulösen, deren Tätigkeit usw. mit den Gesetzen in Widerspruch steht oder die öffentliche Sicherheit usw. gefährdet.

In den beiden Mecklenburg dürfen politische Vereine nur mit Genehmigung der Landesregierung gegründet werden; Reuß ä. L. ist noch vorsichtiger: dort bedürfen auch nichtpolitische Vereine solcher Genehmigung.

Für zwei Kategorien von Staatsbürgern ist das Versammlungs- und das Vereinsrecht durch die meisten deutschen Vereinsgesetze entweder ganz aufgehoben oder doch stark eingeschränkt — für die Minderjährigen und die Frauen, die nach obrigkeitlicher Weisheit den Unmündigen bis ins höchste Alter gleichzustellen sind. Am konsequentesten in dieser Einschätzung der Frauen ist Reuß ä. L.; dort verbietet das Gesetz ihnen jeglichen Versammlungsbesuch. In Braunschweig sind ihnen alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen verboten, in den beiden Mecklenburg alle politischen Versammlungen (falls solche ausnahmsweise einmal stattfinden), in Elsaß-Lothringen alle Versammlungen, die

eine Einwirkung auf öffentliche Wahlen bezwecken. In Preußen, Braunschweig, Anhalt, Reuß j. L. und Lippe-Detmold werden die Frauen aus den politischen Vereinen und ihren Versammlungen ausgeschlossen. (In Preußen ist ihnen der Besuch der Versammlungen politischer Vereine unter gewissen Einschränkungen durch den „Segment“-Erlaß gestattet, der dem Polizeiminister Hammerstein durch die Sozialdemokratie in geschickter Ausnutzung der Situation abgezwungen wurde.) In Bayern wird den Frauen gnädigst gestattet, solchen politischen Vereinen anzugehören, die nur besonderen Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise oder Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen. In Elsaß-Lothringen ist das Verbot auf solche Vereine beschränkt, die eine Einwirkung auf öffentliche Wahlen bezwecken.

Minderjährigen ist in Reuß ä. L., Sachsen-Altenburg und Elsaß-Lothringen jeder Versammlungsbesuch verboten, in Lübeck, Sachsen und Sachsen-Meiningen der Besuch politischer Versammlungen. Braunschweig schließt Schüler und Lehrlinge von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen aus, die beiden Mecklenburg von politischen Versammlungen, Sachsen-Weimar Schulkinder und Fortbildungsschüler von solchen.

Die Mitgliedschaft politischer Vereine und der Zutritt zu ihren Versammlungen ist Minderjährigen verboten in Bayern, Sachsen, Anhalt, Reuß j. L., Elsaß-Lothringen, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schaumburg-Lippe, den beiden Schwarzburg und Reuß ä. L., sowie in Lippe-Detmold für Minderjährige bis zu achtzehn Jahren. In Preußen und Braunschweig ist das Verbot auf Schüler und Lehrlinge beschränkt, in Sachsen-Weimar auf Schulkinder und Fortbildungsschüler.

In den meisten deutschen Vaterländern darf der Bürger nur unter Polizeiaufsicht Versammlungen abhalten. Die Aufsicht wird durch einen oder mehrere überwachende Beamte geführt. In Anhalt, Bayern, Braunschweig, Elsaß-Lothringen, Lippe, Preußen, Reuß j. L. ist die Zahl dieser Beamten auf zwei normiert, in den anderen Bundesstaaten ist die Zahl der Beamten unbeschränkt. In Sachsen hat die Polizei diesen Umstand benutzt, um Versammlungen, die ihr gefährlich erschienen, mit mehrfachen Schutzmannsketten über die ganze Breite des Saales zu garnieren. Nur Württemberg und Koburg-Gotha haben keine Bestimmung über polizeiliche Überwachung in ihren Versammlungsgesetzen, für Hessen setzt die seit langem nicht mehr angewandte Bundestagsverordnung dieses Recht voraus.

Die Befugnisse der überwachenden Beamten sind in den einzelnen Gesetzen in sehr verschiedener Weise definiert — in der Praxis kommen die verschiedenen Definitionen jedoch im allgemeinen auf dasselbe hinaus. In Preußen steht zum Beispiel dem Überwachenden das Recht zur Auflösung nur zu — wir sehen hier ab von den Verstößen gegen die Bestimmungen des Versammlungsgesetzes selbst, die zur Auflösung berechtigen —, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Damit begrenzt die preußische Verordnung das Auflösungsrecht der Polizei weit mehr, als das in den meisten anderen Staaten geschieht; in Anhalt und Reuß j. L. genügt zum Beispiel schon eine Äußerung, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthält, in Lübeck, Hamburg und Bremen ist der Auflösungsgrund gegeben, wenn Verhandlungen vorkommen, in denen eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten ist.

Digitized by Google

Ähnliche Bestimmungen haben Bayern und Elsaß-Lothringen. Das alles ist viel weitergehend als die Bestimmung des preußischen Gesetzes, indes entspricht die polizeiliche Praxis in Preußen weit mehr diesen weitergehenden Festsetzungen der außerpreußischen Gesetze als dem Sinne und Wortlaut der preußischen Verordnung und der Rechtsprechung der preußischen Gerichte.

Eine Anzahl anderer Vereinsgesetze enthält noch schlimmere Kautschukbestimmungen, die im allgemeinen darauf hinauslaufen, daß die Auflösung erfolgen soll, wenn die Verhandlungen die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden oder, wie es im Oldenburger Gesetz in Kürze heißt, den Gesetzen zuwiderlaufen. Am weitesten ausgedehnt sind die Polizeibefugnisse in Sachsen und Reuß ä. L. Dort fordert das Gesetz, daß die Vorsteher und Leiter der Versammlungen sich zu Hilfsorganen der Polizei hergeben. Sie sollen in Sachsen zum Beispiel Rednern das Wort entziehen, die Äußerungen tun, die den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder eine Aufforderung oder Anreizung zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen enthalten. Wird den Anordnungen des Vorsitzenden in solchen Fällen nicht Folge geleistet, so soll er die Versammlung aufheben, widrigenfalls er als Mittäter anzusehen ist. Da sich nur selten ein Vorsitzender zu solchem Büttelamt hergibt und die Anschauungen der Polizei über das, was Aufforderung oder Anreizung zu unsittlichen Handlungen ist, von denen nichtbeamteter Menschen weit abweichen, so hat sich die Praxis herausgebildet, daß der Überwachende dem Redner einfach das Wort entzieht, wenn ihm derselbe „zu aufreizend“ spricht, wenn er zum Beispiel die weisen Maßnahmen einer Behörde scharf kritisiert, weil das eine Aufreizung zur Verachtung besagter Behörde bedeutet, was nach sächsisch-polizeilicher Anschauung zweifellos eine Aufreizung zu einer unsittlichen Handlung ist.

Das sächsische Gesetz wird indes in dieser Hinsicht noch übertroffen durch das von Reuß ä. L., das ein veritables kleines Sozialistengesetz darstellt. In diesem Miniaturstaat sollen die Ordner und Leiter einer Versammlung schon keine Aufreizungen zu unrechtmäßigen oder unsittlichen Handlungen dulden. Außerdem dürfen sie solchen Personen nicht das Wort geben, „welche bekanntermaßen einer Umsturzpartei angehören“. Der Überwachende kann auflösen, wenn dieser Verpflichtung nicht nachgekommen wird, und soll auflösen, wenn Bestrebungen zutage treten, die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind.

Im übrigen ist Deutschland so sehr Polizeistaat, daß auch in den wenigen Ausnahmebundesstaaten, wo die Gesetze über das Vereins- und Versammlungswesen von Befugnissen der Polizei gegen versammelte Staatsbürger nichts wissen, die Polizei solche Befugnisse, wenn es ihr notwendig erschien, einfach auf Grund des von der Regierung in Anspruch genommenen Oberaufsichtsrechtes der Staatsgewalt ausgeübt hat. So sind in Württemberg, dem Lande des freiesten Vereins- und Versammlungsrechtes, in besonders reaktionären Zeiten schon Versammlungen von Polizeibeamten überwacht und aufgelöst worden. Das Fehlen besonderer Bestimmungen im Vereinsgesetz hat dabei die für die Polizei angenehme Folge, daß ihre Maßnahmen weder vor den ordentlichen noch vor den Verwaltungsgerichten angefochten werden können, sondern nur Beschwerde an die vorgesetzte Behörde möglich ist.

In dieser Beziehung ist das Recht in den verschiedenen Bundesstaaten übrigens sehr ungleich. In Preußen ist die Klage gegen polizeiliche Ver-

Digitized by Google

fügungen in Vereins- und Versammlungsangelegenheiten vor den Verwaltungsgerichten möglich — in Sachsen ist sie ausdrücklich ausgeschlossen und nur die Beschwerde zulässig.

* * *

Der jetzige Stand des Vereins- und Versammlungsrechtes ist in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bundesstaaten ein wahrhaft jammervoller. Von einem Recht kann kaum noch gesprochen werden, wo wie Kautschuk dehnbare Bestimmungen die Polizei zur unbeschränkten Herrin über Vereine und Versammlungen machen oder wo, wie in Preußen, die ohnehin schon kümmerlichen Schutzwehren des Vereinsgesetzes durch Rechtsauslegung und Praxis einfach beseitigt werden, die aus anderen Gesetzen Polizeibefugnisse auf dem Gebiet des Versammlungswesens ableitet, die das Spezialgesetz über diese Materie der Polizei nicht gibt. Eine Sicherstellung des Rechts vor der Polizeiwillkür, eine Fassung des Gesetzes, die es den Richtern möglichst erschwert, Polizeibefugnisse zu konstruieren, die der Gesetzgeber nicht gewollt hat, ist deshalb eine der Hauptforderungen, die die Sozialdemokratie an das Reichs-, Vereins- und Versammlungsgesetz stellen muß. Diesen Anforderungen würde am besten der in der Session 1893/94 zuerst von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingereichte und seitdem öfter wiederholte Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes entsprechen, der in vier Paragraphen festsetzt, daß die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht haben, sich zu versammeln und Vereine zu bilden, daß es dazu weder einer Anmeldung noch einer Erlaubnis durch eine Behörde bedarf und lediglich Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, spätestens sechs Stunden vorher der Ortsbehörde anzuzeigen sind. Der § 3 hebt alle diesen Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen auf einschließlich derer, die die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, und der § 4 bedroht mit Gefängnis bis zu drei Monaten, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine härtere Strafe eintritt, wer die in den § 1 bis 3 gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Inhalt dieses Entwurfs als ihre prinzipielle Forderung zu stellen haben. Indes ist gewiß, daß weder Freisinn noch Zentrum irgendwie ernst zu nehmende Anstrengungen machen werden, den Entwurf der Regierung dieser Forderung auch nur anzunähern. Die parlamentarische Vertretung des Proletariats, das von allen Klassen der Bevölkerung das lebhafteste Interesse am freien Vereins- und Versammlungsrecht hat, weil es nur durch öffentliche Organisation politische und wirtschaftliche Macht erlangen kann, wird deshalb versuchen müssen, die einzelnen Bestimmungen des Regierungsentwurfs nach Möglichkeit zu verbessern und zu ergänzen. Die sozialdemokratische Fraktion wird harte und umfangreiche Arbeit bekommen. Es ist selbstverständlich, daß sie dem Verlangen der Reichsregierung, das Versammlungsrecht der nichtdeutschen Nationalitäten im Reiche der Willkür der Landesregierungen auszuliefern, den denkbar zähesten Widerstand entgegensetzen wird, sowohl um ihrer grundsätzlichen Stellung wegen zum Rechte der Nationalität, als auch deshalb, weil jene Ausnahmebestimmung gegen die Polen, Dänen, Lothringer zugleich eine Ausnahmebestimmung gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bedeutet. Wegen des innigen Zusammenhangs zwischen Koalitions- und Vereinsrecht wird die Gelegenheit natürlich auch benützt werden müssen, Sturm

zu laufen gegen die Ausnahmebestimmung des § 153 der Gewerbeordnung und eine gesetzliche Garantie des Rechtes auf Streikposten zu fordern. Die Betrachtung der zurzeit bestehenden einzelnen Landesgesetze und der geltenden Praxis auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens aber ergibt als besonders dringliche Aufgabe der Sozialdemokratie, dem kommenden Gesetz klare, unzweideutige Bestimmungen einzufügen, die alle älteren Gesetze und Verordnungen über das Vereins- und Versammlungsrecht unbedingt aufheben und die aussprechen, daß die Befugnisse der Polizei auf diesem Gebiet in den Bestimmungen des Reichsgesetzes enthalten und erschöpft sind, daß sie nicht aus irgendwelchen anderen gesetzlichen Bestimmungen das Recht ableiten kann, die in dem Reichsgesetz garantierten Rechte des Staatsbürgers in Frage zu stellen. Was die Rechtsauslegung in dieser Hinsicht leistet, darüber sind bittere Erfahrungen zur Genüge da. Wird doch heute noch in Preußen gestraft auf Grund des § 9 des alten preußischen Preßgesetzes, der das Anschlagen von Plakaten, die nicht dem gewerblichen Verkehr dienen, nur mit polizeilicher Erlaubnis gestattet. Die Gerichte sind der Ansicht, daß dieser verschimmelte Paragraph noch zu Recht besteht, weil er im Reichspreßgesetz nicht ausdrücklich aufgehoben ist. Ähnlichen Möglichkeiten muß beim Reichsvereinsgesetz entschieden vorgebeugt werden. Wie es auch der preußischen Polizei unmöglich gemacht werden muß, auf Grund des allgemeinen Landrechtes und des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 sich das Recht anzumaßen, Versammlungen im voraus zu verbieten, das ihr das Spezialgesetz „zur Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes" nicht gibt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei ihrem Bemühen, dem Regierungsentwurf die Giftzähne auszubrechen, in hohem Maße die kräftige Unterstützung der proletarischen Massen im Reiche nötig haben. Nur dem Zusammenwirken der parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion, die auch die noch dem Freisinn und dem Zentrum folgenden Arbeiterkreise muß zu erfassen wissen, kann es gelingen, die Anschläge auf die Arbeiterbewegung, die der Regierungsentwurf enthalten wird, abzuwehren und den berechtigten Forderungen des Proletariats Gehör zu verschaffen. Nur imposante Kundgebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft, die die noch rückständigen Schichten des Proletariats aufrütteln und mitreißen, können den Freisinn zu einiger Rückensteifheit gegen reaktionäre Zumutungen bringen und können das Zentrum zwingen, sich der Opposition ehrlich anzuschließen. Was bei der Zuchthausvorlage gelang, beim Reichsvereinsgesetz muß es mindestens mit aller Kraft versucht werden.

Konsumgenossenschaft und Klassenkampf.

Von **Ernst Lenz.**

Im „**Schweiz. Konsumverein**", dem Organ des Verbandes **schweizerischer Konsumvereine**, veröffentlichte vor einiger Zeit der Redakteur dieses **Blattes**, Dr. **Hans Müller**, einen durch fünf Nummern laufenden umfangreichen Artikel: „**Die Klassenkampftheorie und das Neutralitätsprinzip der Konsumgenossenschaftsbewegung**", den der Verfasser und mit ihm die Direktion des Schweizer Konsumvereinsverbandes für be-

deutsam genug hielt, um ihn mit geringen Änderungen auch in Broschürenform erscheinen zu lassen (6. Heft der Genossenschaftlichen Volksbibliothek, herausgegeben vom Verband schweizerischer Konsumvereine, Basel 1907). Obwohl diese Stilübung an und für sich weitere Beachtung nicht verdient, erscheint eine kritische Besprechung doch nicht unangebracht deshalb, weil die Schrift teilweise symptomatisch ist für eine — nicht nur in der Schweiz vorhandene — Strömung innerhalb der Konsumvereinsbewegung und weil sie so recht augenfällig demonstriert, wie die Neutralität gewisser Leute eigentlich beschaffen ist.

Herr Dr. Müller schreibt mit Eifer eine Broschüre für die Neutralität der Genossenschaften. Was heißt das? Das heißt, er schreibt eine Broschüre voll gehässiger Angriffe auf den Marxismus und die Sozialdemokratie, also auf jene Partei, der ein Großteil, wenn nicht die Mehrheit der Genossenschafter angehört. Und wohlgemerkt, er tut das nicht als Privatmann, etwa als Politiker, sondern in offizieller Eigenschaft und an offizieller Stelle der Schweizer Konsumvereinsbewegung. Wir denken, von dieser Sorte Neutralität und von dieser Art, sie zu verfechten, dürften die wirklichen Freunde neutraler Genossenschaften nicht sehr erbaut sein. Diese Manier, öffentlich Wasser zu predigen und ebenso öffentlich Wein zu trinken, ist denn doch gar zu ungeniert. Herr Dr. Müller kann freilich zu seiner Entschuldigung anführen, daß er nichts tut, was nicht schon andere bürgerliche Neutralitätsschwärmer vor ihm getan hätten, die sich auch nicht genug für die Neutralität — der anderen, der Arbeiter ereifern konnten.

Herr Dr. Müller vertritt die Neutralität der Konsumvereine von einem „höheren" Standpunkt, vom Standpunkt eines „wahren" Sozialismus, der keine Klassen, sondern nur Menschen kennt, dessen Wesen dem Leser der Schrift aber nicht sehr klar werden dürfte; er muß sich mit der bündigen Konstatierung begnügen, daß sozialistisch der Gegensatz von kapitalistisch ist und daß wir uns im Konsumverein „im Reiche der ökonomischen und sozialen Solidarität, der höchsten menschlichen Kulturinteressen, kurz des Sozialismus" befinden! Es ist, soweit überhaupt der alles umhüllende Dunstkreis verschwommener Phrasen noch etwas erkennen läßt, ein zur puren Nächstenliebe verflüchtigter Sozialismus, gegen den der alte Utopismus den Rang einer exakten Wissenschaft behauptet, ein mehr aus Stimmung als aus Überlegung geborener Sozialismus, bei dem Worte und Begriffe allen Sinn und alle Schärfe verlieren. Vermutlich rechnet Herr Müller auch die christliche Charitas zum Sozialismus. Er ist eben ein — Sozialist auf eigene Faust. Zu seiner Entschuldigung wollen wir annehmen, daß diese Teile der Schrift zu jenen gehören, bei denen er nach eigenem Zeugnis zu seiner Überraschung bemerkte, daß „der Geist ihn treibe".

In den gleichen Höhen reinen Denkertums bewegen sich die Ausführungen des Verfassers über die Klassenkampfdoktrin. Diese ist Herrn Müller äußerst — unsympathisch, er mag sie nicht leiden. Wir dürfen wohl annehmen, daß er sich auch in seinen Ansichten über die biblische Schöpfungsgeschichte oder die Darwinsche Theorie nicht durch ihre Richtigkeit oder Falschheit beirren läßt, sondern vor allem auf ihr mehr oder weniger sympathisches Äußere sieht. An Stelle von Argumenten wird sinnlos Behauptung an Behauptung gereiht. Das „Schlagwort" vom Klassenkampf widerstreite dem Wesen des Sozialismus, hemme den Fortschritt und Einfluß der Arbeiterbewegung, es sei real-

Digitized by Google

tionär, habe einen großen Teil der Arbeiterklasse verdummt und mit blindem Klassenhaß erfüllt. Es führe notwendig zum Anarchismus, ja schon die Auffassung der Arbeiter- als Klasseninteressen sei anarchistisch! Der Klassenkampf führe zur sozialen Verrohung und sittlichen Verwilderung, erzeuge Rachedurst und Verbitterung und entfessele im Menschen die Bestie. Kurz, es gibt nichts Schlechtes, woran der Klassenkampf nicht schuld wäre. Ein Menschenfresser ist ein Ethiker verglichen mit den Sozialdemokraten und ein Bierbankpolitiker ein großer Staatsmann verglichen mit Herrn Dr. Müller. Das Aufgeben der Klassenkampfdoktrin und der Klassenkampfpolitik würde eine Wiedergeburt der Arbeiterbewegung herbeiführen; auch die Gewerkschaften — selbst vor diesem auf der Hand liegenden Nonsens schreckt er nicht zurück — sollen auf den Klassenkampf verzichten.

Man sieht, wie durch und durch arbeiterfeindlich der Standpunkt des Verfassers im Effekt ist. Kann man mehr nach dem Herzen der Scharfmacher schreiben? Kann man weniger aus der Geschichte und aus der Gegenwart gelernt haben? Und der Mann wagt es, die Sozialdemokraten als unklare und unreife Schwarmgeister hinzustellen! Aber es kommt noch schöner! Daß Herr Müller für die gegenwärtige Situation der Arbeiterbewegung nicht einen Hauch von Verständnis besitzt, mag noch hingehen, aber daß er mit dem Eifer des Renegaten, der nun verbrennt, was er einstmals angebetet hat, ein Zerrbild der sozialdemokratischen Bewegung zu entwerfen wagt, das muß doch tiefer gehängt werden. Mit der wichtigtuerischen Miene des Kurpfuschers konstatiert er „Krankheitssymptome". Die Arbeiterbewegung sei heute dadurch gekennzeichnet, daß die unreifsten und unklarsten Köpfe in ihr den Ton angeben, während die erfahrenen Alten sich still verhalten müßten. Sie sei von Größenwahn besessen und pfäffische Unduldsamkeit, Verfolgungssucht, protzige Überhebung und intrigante Herrschsucht mache sich bemerkbar. Der Arbeiterschaft sei die „Geistesrechtschaffenheit" abhanden gekommen. Auch fehlt natürlich nicht das gewisse gouvernantenhafte Naserümpfen über den „unpassenden, um nicht zu sagen rohen Ton" der Presse. „Möglichste Schädigung der Unternehmerklasse, systematische Erschwerung und Störung aller Funktionen der bürgerlichen Gesellschaft" sei nach sozialdemokratischer Anschauung „die Forderung, der eine echt proletarische Arbeiterpolitik zu entsprechen hat"! Dabei ziehe die Arbeiterbewegung aus ihren Kämpfen keinen moralischen Gewinn und keinen ökonomischen Nutzen, und die großen Gedanken und Ideale seien fast ganz in den Hintergrund getreten.

Das Wort von Marx, die Arbeiterklasse habe keine Ideale zu verwirklichen, wird in einer Weise ausgeschrotet, die bei jedem, der die Marxschen Gedankengänge nicht kennt, das gröbste Mißverstehen hervorrufen muß. Herr Müller wäre natürlich höchlichst empört, würde man ihm vorwerfen, daß er die Arbeiterbewegung schmäht.

Am Ende glaubt er wirklich, daß die Sozialdemokraten die bestehende Gesellschaft kurz und klein schlagen wollen! „Gelänge es auch, dies riesige Gebäude zu zerstören, durch einen revolutionären Akt in die Luft zu sprengen, was wäre damit erreicht? Nichts anderes, als daß die darin wohnende Kulturmenschheit ihrer Existenz und aller ihrer Habe beraubt würde" und verhungern müßte!

Wie sich der kleine Hans die Sozialdemokratie vorstellt!

Auf diese von des Gedankens Blässe nicht im geringsten angekränkelten Plattheiten folgt eine salbungsvolle Predigt im Traktätchenstil von nicht min-

Digitized by Google

derer Weisheit. Mit der Überwindung des Kapitalismus müsse jeder einzelne — auch der Proletarier! — bei sich selbst beginnen, dann komme „mit innerer Naturnotwendigkeit“ auch schon der Sozialismus. Ihren Höhepunkt erreicht die Kapuzinerpredigt, indem Herr Dr. Müller den Arbeitern, wohlgemerkt den Arbeitern den Rat gibt, ihre Seele „von allem eigennützigen Streben nach Geld und Gut“ frei zu machen und dafür ihren Mitmenschen „mit Leib und Seele, in Liebe und Treue, mit Geduld und Demut zu dienen“. Mit solchen Arbeitern dürfte sogar Herr Kirdorf zufrieden sein!

Nun ist es sicherlich herzlich gleichgültig, was Herr Dr. Müller denkt und schreibt, und an diesen breitspurig dozierten Tiefsinn oder die zahlreichen Widersprüche der Broschüre ein Wort der Widerlegung zu verschwenden, wäre eine Beleidigung der Leser der „Neuen Zeit“ und würde andererseits Herrn Müller doch nicht belehren. Was Hänschen nicht gelernt hat, lernt Hans nimmermehr. Er hat ja auch Marx und Engels gelesen — wenigstens zitiert er sie — und dabei nicht das geringste profitiert. (Vielleicht versucht er's noch einmal mit recht populärer Broschürenliteratur.) Es liegt uns auch fern, Herrn Müllers Geistesprodukte allzu ernst zu nehmen, da wir wissen, daß von seinen „Werken“ in der Regel eines das andere totschlägt. Er vollzieht eben seine geistige Entwicklung — man verzeihe den unpassenden Ausdruck — nicht in der Studierstube, sondern in breiter Öffentlichkeit.

Aber es handelt sich bei der Schrift des Sekretärs des Schweizer Konsumvereinsverbandes darum — und das ist ihre einzige Bedeutung —, daß sie zeigt, was unter dem Deckmantel der Neutralität in offiziellster Weise gegen die Sozialdemokratie geschrieben werden kann. Herr Dr. Müller zieht angeblich aus, die Neutralität zu verteidigen, in Wirklichkeit greift er aber die Sozialdemokratie an, er ereifert sich gegen die Politik in den Genossenschaften, und im gleichen Atem treibt er selbst Politik. Trotzdem hat er die Naivität — oder ist es etwas anderes? —, zu schreiben: „Niemand wird nun wieder behaupten dürfen, daß wir in unserem Verband nicht wirklich und ehrlich neutral in den Partei- und Klassenkämpfen seien.“ Ja, wenn das Neutralität ist, was sich der Herr Verbandssekretär leistet, dann darf er sich nicht wundern, daß sich die Arbeiter für eine solche Neutralität höflich oder auch unhöflich bedanken und dagegen Einspruch erheben, daß er die Genossenschaften zur Befriedigung seiner persönlichen Liebhaberei, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, mißbraucht. Denn ein freventlicher Mißbrauch der Genossenschaftsbewegung wie des Wortes Neutralität ist es, was Herr Dr. Müller da treibt.

Oder wünscht der Herr Verbandssekretär etwa, die Arbeiter aus „seinen“ Konsumvereinen draußen zu haben, hat er vielleicht nur Abneigung gegen eine bestimmte politische Richtung, da er nicht oft genug versichern kann, daß genossenschaftliche Betätigung und Klassenkampf einander ausschließen wie Feuer und Wasser? Damit kommen wir zum eigentlichen Kerne seiner Ausführungen. Daraus, daß die Sozialdemokratie auf dem Klassenkampfstandpunkt steht, die Konsumvereine aber Konsumenten ohne Unterschied der Klasse umfassen, daraus folgt für Herrn Müller, daß ein Anhänger der Klassenkampftheorie (in der kein Raum für die Konsumvereinsbewegung sei!) nicht Konsumgenossenschafter sein könne, ohne unlogisch zu handeln, und daß auf der anderen Seite ein konsequenter Genossenschafter den Klassenkampf nicht bejahen könne. (Nebenbei bemerkt, was sagen die sozialdemokratischen Neutralitäts-

anhänger in Deutschland dazu, daß sie von ihrem Freunde Müller so rundweg als Dummköpfe hingestellt werden?) Aus seiner Voraussetzung, daß sich sozialdemokratische Gesinnung mit genossenschaftlicher Tätigkeit nicht vertrage, daß also Sozialdemokraten in den Genossenschaften vernünftigerweise nichts zu suchen haben, folgt nach Herrn Müllers unbezahlbarer Logik die — Neutralität der Konsumvereinsbewegung! Ganz zu schweigen von der nicht minder köstlichen Logik, daß Sozialdemokraten nichts tun dürfen, was nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Klassenkampf steht.

Die Müllersche „Neutralität" deckt aber noch etwas anderes auf als die krausen Gedankengänge ihres Erfinders, nämlich die ungeheuren Schwierigkeiten einer wirklichen und allseitigen Neutralität. Denn seien wir nur konsequent! Wie kann man sich damit begnügen, bloß politische und konfessionelle Neutralität zu verlangen? Wie kann ein wirklich Neutraler den Genossenschaften politische Ideale verwehren, sie aber in den Dienst sozialer Ideale stellen wollen? Herr Dr. Müller sieht in den Konsumvereinen gar die Grund- und Urform einer neuen Wirtschaftsordnung, er will mit ihnen den Sozialismus — seinen Sozialismus — schaffen und weiß Gott was noch alles. Ja, ist das neutral? Sind mit solchen Zielen alle Konsumenten einverstanden oder werden nicht vielmehr sehr viele dadurch vom Beitritt zum Konsumverein abgehalten? Freilich, man erzählt uns mit einer von dem gehaßten Marxismus entlehnten Phraseologie von den dem Genossenschaftswesen „immanenten Tendenzen"; es handle sich gar nicht um menschliches Wollen, sondern um eine naturgemäße Entwicklung. Sonderbar, höchst sonderbar, solch ein — wie sagt man? — Fatalismus bei Leuten, die doch sonst nicht zu den „orthodoxen Marxisten" gehören. Und dabei lehrt uns die Geschichte des Konsumvereinswesens in Deutschland und anderswo, daß die Genossenschaften das sind, was ihre Träger aus ihnen machen. Wollen wir also völlig neutral sein, dann dürfen wir nicht irgendwelche Entwicklungstendenzen fördern wollen, dann dürfen wir uns soziale und sozialpädagogische so wenig wie politische Ideale setzen, sondern müssen die Genossenschaften auf ihre rein wirtschaftliche Funktion beschränken, das heißt wir müssen uns wenn auch nicht gerade auf den Krämer-, so doch auf den Kaufmannsstandpunkt stellen.

Wie weit freilich die Konsumvereinsbewegung mit einem solchen beschränkten Standpunkt kommt, auf dem allein strikte Neutralität möglich ist, ist eine andere Frage. Das langjährige Stagnieren des Genossenschaftswesens in der Zeit, als es sich diese Beschränkung auferlegte, gibt eine hinreichende Antwort. Erst dann, als höhere Gesichtspunkte auftauchten, gewinnt es Entwicklungsmöglichkeit, erst mit dem Setzen sozialer Ziele, also mit der Abkehr von der strikten Neutralität schwingt es sich empor aus den Niederungen eines kümmerlichen Daseins. Die Idee, das Wollen wirkte belebend wie der Sonnenstrahl auf die Pflanze. Die Träger der Idee aber waren nicht die „unterschiedslosen Konsumenten", sondern die Arbeiter. Darum können wir mit gleicher Berechtigung das Aufblühen des Genossenschaftswesens auf den Eintritt und das Wachstum des proletarischen Elements in ihnen zurückführen, wie auf die Abkehr von der strikten Neutralität; beides ist identisch. Es entspricht ganz den Tatsachen, wenn Riehn in dem „Arbeiterkonsumvereine" betitelten Heft der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform sagt: „Ohne die Arbeiterschaft ein Konsumvereinswesen, das nicht leben und nicht sterben kann; unter der Führung der Arbeiter eine Konsumvereinsbewegung im

Dienste der Selbsterhebung der Arbeiterklasse auf dem Wege friedlich-wirtschaftlicher Tätigkeit." In dem Maße, in dem die Konsumgenossenschaften proletarisch werden, in dem Maße werden sie von höheren — und nicht strikt neutralen — Gesichtspunkten aus geleitet und in demselben Maße entwickelten sie sich aufwärts. Diese zwei Tatsachen sind gar nicht sonderbar, da das Proletariat die einzige Klasse ist, die ein wirkliches Endziel hat, und da die Arbeiter ein ganz anderes, unvergleichlich intensiveres Konsumenteninteresse haben als die Besitzenden, die mit ihren besonderen differenzierten Bedürfnissen und Wünschen in den hauptsächlich auf Produkte des Massenabsatzes eingerichteten Konsumvereinen schwerer Befriedigung finden. Darum gedeihen diese erfahrungsgemäß am besten an Orten, in denen größere Massen beisammen wohnen, das heißt an Orten mit industriellem, also proletarischem Gepräge, darum stand ihre Wiege in dem hochindustriellen roten Sachsen, darum ist Hamburg eine Hochburg des Genossenschaftsgedankens geworden, wie es eine Hochburg des Sozialismus ist. Die Fortschritte der Genossenschaftsbewegung sind unzertrennlich mit den Fortschritten der modernen sozialen Bewegung überhaupt, deren Kind sie ist ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung.

In welch hohem Grade die Konsumvereine, von denen man uns erzählt, daß sie Organisationen aller Konsumenten seien, tatsächlich Organisationen einer Klasse sind, lehrt uns ein Blick in den letzten Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Dieser zählte Ende 1906 unter seinen 776999 Mitgliedern, respektive unter den 638449, über die Berichte vorlagen, 502207 Personen, die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt waren. Es gehören also über 78,6 Prozent oder fast vier Fünftel der Mitglieder den Arbeitern oder ihnen nahestehenden Schichten an. Man wende nicht ein, daß in dieser Zahl auch Beamte inbegriffen seien. Denn diese Beamten dürften zum überwiegenden Teil in ihrer Lebenshaltung nicht viel über den Arbeitern stehen, mit denen sie überhaupt gemeinsame Interessen haben, und andererseits sind noch in der Kategorie der Unternehmer und dergleichen viele Proletarier zu suchen. Zudem kommt es nicht auf die Mitgliedschaft allein an, sondern sehr wesentlich auch auf den Grad der Benützung des Konsumvereins. Und es spricht vieles dafür, daß die Benützung seitens der Arbeiter eine verhältnismäßig regere ist, als seitens anderer Schichten. Aber wir können davon ganz absehen, es genügt der hohe Prozentsatz von Arbeitermitgliedern, um zu beweisen, daß die Konsumentengenossenschaften, wenn auch nicht begrifflich, so doch faktisch Arbeiterorganisationen, Klassenorganisationen sind.

Sagt nicht auch Heinrich Kaufmann in seinem am Dresdener Genossenschaftstag gehaltenen Vortrag das gleiche? „Die wohlsituierten Kreise, die ... in erster Linie auf hohe Qualitätsware sehen, dafür sehr hohe Preise anlegen und immerhin einen recht in Betracht fallenden Umsatz haben, werden vielleicht niemals für das Konsumgenossenschaftswesen zu haben sein. Auch die Frage der konsumgenossenschaftlichen Organisation der zerstreut wohnenden Bevölkerung des Landes ist für uns in Deutschland noch ein ungelöstes Problem." „Es bleibt also nur übrig, als Hauptmasse die in den Industriebezirken dicht beieinander wohnende industrielle Arbeiterschaft und ein Teil des mittleren und kleineren Bürgertums und Beamtentums." So konnte man es vor vier Jahren hören. In dem jüngsten Bericht an den Düsseldorfer Tag klingt dieser Ton nicht mehr so vernehmlich mit. Dafür

hat sich Kaufmann eine artige Theorie von der Einheit der ganzen Genossenschaftsbewegung zurechtgelegt, aus welcher Einheit er munter deduziert: weil die landwirtschaftlichen, die Handwerker- und die Händlergenossenschaften (!) „keine Leute des proletarischen Klassenkampfes" sein können, können es auch die Konsumgenossenschaften nicht sein, „da sie mit jenen Wesenseins sind"!![1] So zu lesen in einer Verteidigung der Neutralität gegen — Sombart auf Seite 48 des Berichtes an den deutschen Genossenschaftstag, wo es jeder, der es nicht glauben will, nachlesen kann. Es gehört dies mit in das unschöne Kapitel des Verflachens der Konsumvereinsliteratur, das leider konstatiert werden muß.

Sind aber, wie gezeigt, die Konsumvereine Organisationen von Arbeitern und für Arbeiter, dann ist es selbstverständlich, daß sie sich — schon im Interesse wirklicher Selbstverwaltung — auch in den Händen der Arbeiter zu befinden haben, nicht aber von Gegnern der Arbeiterklasse oder auch von „Arbeiterfreunden" jener Sorte geleitet werden, die eine aus den Konsumvereinen und Gewerkschaften hervorgehende rein wirtschaftliche Arbeiterpartei für ihr Leben gern sehen möchten. Ein großer Teil der Konsumgenossenschaften wird ja auch von klassenbewußten Arbeitern geleitet; es wäre zu verwundern, wenn es anders wäre, wenn nicht die lebhaftesten und tatkräftigsten Vertreter der Arbeiterinteressen an die Spitze kämen. Aber können wir uns damit begnügen? Ist es ein gesunder Zustand, daß ein Zweig der Arbeiterbewegung von den anderen dauernd getrennt bleibt? Müssen wir nicht versuchen, daß Organisationen des Proletariats, die die Konsumvereine nun einmal sind, auch im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geführt werden? Es muß doch schon die Tatsache, daß sich die Gegner der Arbeiterschaft so sehr für die Neutralität einsetzen, zum Nachdenken anregen. Seit wann sind unsere Gegner so zärtlich um das Wohl der Arbeiterklasse besorgt? Kann das, was sie uns empfehlen, von unserem Standpunkt aus wünschenswert sein? Es ist merkwürdig, daß auch die Sozialdemokraten der Suggestion des Schlagwortes der politischen Neutralität unterliegen und sich dafür einsetzen konnten, daß die genossenschaftliche Organisation des Proletariats von seiner sonstigen Organisation und Betätigung reinlich geschieden sei.

Selbst angenommen — es ist nicht so! —, ein näheres Verhältnis zur Sozialdemokratie wäre der Genossenschaftsbewegung nachteilig, so fragen wir: Was muß einem Sozialdemokraten höher stehen, das Interesse der Genossenschaftsbewegung oder das der Gesamtarbeiterbewegung? Und welcher Logik hat er zu folgen, der des Teiles oder des Ganzen? Wenn ein sozialdemokratischer Genossenschafter der Partei zurufen darf: „Störe mir meine Kreise nicht!", dann darf mit demselben Rechte auch jede Berufsorganisation ihr Gruppeninteresse über das Klasseninteresse der ganzen Arbeiterschaft stellen. Daß aber die Forderung des Gesamtinteresses, selbst auf Kosten der Teilinteressen, für die Dauer zugleich auch die stärkste Forderung dieser bedeutet, dagegen Vertretung von Einzelvorteilen auf Kosten des Ganzen der Arbeiterbewegung die kurzsichtigste Politik ist, die sich denken läßt, muß einem Sozialdemokraten doch nicht erst gesagt werden; auf dieser Einsicht beruht ja unsere ganze Bewegung. Genossenschaft so gut wie Gewerkschaft und politische Partei sind doch alle-

[1] Hat Kaufmann, um nur das eine anzuführen, nie etwas von Profit- und Ausbeutertendenzen agrarischer Genossenschaften gehört?

Digitized by Google

samt nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, zu dem gemeinsamen Zwecke der Emanzipation des Proletariats. Und Genossenschaft wie Gewerkschaft und Partei sind genau so hoch zu schätzen, als sie diesem Zweck dienen, der sie alle zu einer höheren Einheit zusammenfaßt. Ihm müssen wir als Sozialdemokraten alles unterordnen, wir dürfen nicht das Mittel über den Zweck oder einen Teil über das Ganze stellen. Ein so wertvolles Korps der sozialen Bewegung wie die Konsumvereine neutralisieren, heißt nichts anderes, als sie kaltstellen im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, heißt Kräfte entziehen, während wir doch alle Kräfte brauchen.

Hier tönt uns von vielen Seiten die Anklage entgegen, die Sozialdemokratie habe sich viele Jahre hindurch nicht um das Genossenschaftswesen gekümmert und sich sogar ablehnend dagegen verhalten. Nichts törichter als dieser Vorwurf. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie hatte ihre wohlbegründete Berechtigung, sie war „historisch vernünftig". Der Arbeiterbewegung waren in früherer Zeit viel dringendere Aufgaben gestellt als genossenschaftliche Betätigung, Aufgaben, auf deren Lösung sie alle Kraft konzentrieren mußte. Vielseitigkeit hätte Zersplitterung bedeutet und wäre ein schwerer Fehler gewesen. „Wir hatten früher andere Sorgen, und dazu haben wir uns dann eine prinzipielle Begründung gemacht", wie Viktor Adler einmal gerade mit Bezug auf die Genossenschaftsbewegung gesagt hat. Heute aber ist die Arbeiterbewegung über jenes hauptsächlich dem Kampf, einem notwendigen und fruchtbaren Kampf, gewidmete Stadium hinausgewachsen und hat dank dem Erstarken ihrer Organisationen die Kraft zu vielseitiger Betätigung, heute kann sie auch den Boden des Genossenschaftswesens bebauen. Daß noch hie und da gelegentlich die alte Abneigung gegen die Konsumvereine aufflammt, hat wohl nicht allzuviel zu bedeuten; der ideologische Überbau wälzt sich eben langsamer um als eine reale Basis. Im allgemeinen sind innerhalb der Partei über den Wert der Konsumvereinsbewegung die Akten denn doch schon geschlossen.

Ebensowohl wie die ganze Arbeiterbewegung hat auch die Genossenschaftsbewegung für sich von innigeren gegenseitigen Beziehungen einen hohen Gewinn zu erwarten. Vor dem Ruf als sozialdemokratische Organisationen brauchen sich die Konsumvereine schon nicht mehr zu scheuen, vor ihm wird sie, solange sie nach ihrer Zusammensetzung den Charakter von Arbeitervereinen haben, alle Neutralität nicht schützen, gar in einem Lande mit so scharfen Klassengegensätzen wie Deutschland. In dieser Richtung ist also von einer Annäherung an die Partei der Arbeiter nicht viel zu befürchten. Aber man sagt uns, daß viele Mitglieder in Wegfall kämen, wenn die Genossenschaften einen roten Anstrich erhielten. Diese Gefahr wird arg übertrieben; die Konsumvereine sollten nicht vergessen, daß ihre Ausdehnung Grenzen hat und daß ihr natürliches Rekrutierungsgebiet die Arbeiterschaft ist, die tatsächlich den überwiegenden Teil der Mitglieder stellt. Für den Verlust solcher Mitglieder, die wirklich durch eine rötliche Färbung ferngehalten werden, wird reichlicher Ersatz eintreten durch den vermehrten Zustrom aus den Reihen der Arbeiterschaft, wo noch sehr viele sind, die den Genossenschaften ferne stehen. Die Parteiorganisation kann für die Konsumvereine sehr viel tun und fördernd wirken. Man unterschätze nicht die Bedeutung von Beschlüssen wie zum Beispiel jenes des Parteitages der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie von 1907:

„Der Parteitag macht es allen Genossen und Genossinnen zur Pflicht, überall dort, wo Konsumvereine bestehen, diesen beizustehen und ihre Pflicht

als Mitglieder zu erfüllen, und dort, wo Konsumvereine nicht bestehen, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aber eine entsprechende Stärke erreicht haben und die sonstigen ökonomischen Bedingungen für den sicheren Bestand einer konsumgenossenschaftlichen Organisation bestehen, im Einvernehmen mit diesen Organisationen und mit dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine einen Konsumverein zu gründen. Der Parteitag erklärt, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind und ihre lokalen Interessen dem Interesse der Gesamtheit unterordnen."

Wie viel wärmer klingt das, als etwa die Resolution des Hannoverer Parteitages. Und wie viel wärmer auch als die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses klingt die des Wiener von 1903:

„Der Gewerkschaftskongreß erblickt in den Konsumvereinen eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Organisation.... Der Gewerkschaftskongreß begrüßt deshalb die Fortschritte, die die Konsumvereinsbewegung neuerdings in Österreich aufweist, und fordert die gewerkschaftlichen Organisationen auf, eifrig zur Stärkung und Ausbreitung dieser Bewegung hinzuwirken."

Für neutrale Genossenschaften allerdings würden solche Beschlüsse kaum gefaßt werden.

Die Stellung der Partei und der Gewerkschaftsbewegung zu den Konsumvereinen ist für diese keineswegs gleichgültig. Derartige Beschlüsse sind keine platonischen Liebeserklärungen, sie besitzen eine große Autorität und geben den Organisationen wie dem einzelnen Direktiven für ihr Verhalten. Die genossenschaftliche Propaganda unter der Arbeiterschaft läßt sich viel leichter und erfolgreicher betreiben, wenn auf solche Beschlüsse hingewiesen werden kann und wenn die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich in den Dienst der genossenschaftlichen Werbearbeit stellen. Konsumvereine, die sich offen zur Arbeitersache bekennen, in denen die Arbeiter ein Mittel zu ihrer Befreiung sehen können, üben auf sie eine viel größere Anziehungskraft aus als neutrale Vereine. „Man muß die Menschen an ihren Interessen packen und zugleich an ihren höchsten Bestrebungen", wie Vandervelde gesagt hat (nach Adele Gerhard). Das Beispiel Österreichs zeigt, wie unrichtig die Behauptung ist, mangelnde politische Neutralität müsse die Genossenschaftsbewegung schwächen. Der junge österreichische „Zentralverband" ist im hoffnungsfreudigsten Aufblühen begriffen. Ende 1903 gehörten ihm 167 Konsumvereine mit — soweit die Vereine berichteten — 51677 Mitgliedern und nicht ganz 16 Millionen Kronen Umsatz an. Im Jahre 1906 war er auf 374 Vereine mit 140529 Mitgliedern und über 43½ Millionen Kronen Umsatz gewachsen — alles ohne Neutralität.

Und noch eines. Die Konsumvereinsbewegung lebt in einem Klassenstaat und steht mitten im heftigsten Feuer des Klassenkampfes. Sie bekommt das tagtäglich zu spüren, sowohl in der kleinlichen Politik der Nadelstiche, die nun einmal im Lande der Denker und Dichter unsere Gegner so lieben, als auch in Form ernsthafter Verfolgungen. Es bestehen starke der Konsumgenossenschaftsbewegung entgegengesetzte Klasseninteressen, und alles pseudowissenschaftliche Gerede hilft darüber nicht hinweg, daß das Produzenten- und nicht das Konsumenteninteresse des einzelnen seinen wirtschaftlichen Standpunkt bestimmt. Gegner auf allen Seiten! Staat und Gemeinde wollen die Konsumvereine mit Umsatzsteuern erwürgen und terrorisieren ihre Angestellten, welche Genossen-

Digitized by Google

schaftsmitglieder sind; das Krämertum, das mit ihm durch Bande der Ideologie, der Versippung und des Interesses verbundene Kleinbürgertum, die Hausbesitzer, alle verfolgen sie die Konsumvereine. Auch das Unternehmertum ist neuerdings zum Angriff übergegangen — siehe den Krieg mit dem Markenschutzverband! Und sind nicht weiter die Agrarier und die Lebensmittelwucherer aller Art die natürlichen Feinde jeder Konsumentenorganisation? Welch hohes Interesse haben die Genossenschaften nicht an der Zollpolitik des Staates! Und die Akener Seifenfabrik! Gibt es eine bündigere Widerlegung von Herrn Müllers Diktum, daß uns nichts und niemand hindere, ein Stück Sozialismus nach dem anderen zu verwirklichen? Es ist eben einer wirtschaftlichen Organisation, mag sie nun eine gewerkschaftliche oder eine genossenschaftliche sein, einfach nicht möglich, sich den Klassenkämpfen und der Politik völlig fernzuhalten.

Feinde ringsum! Nur die Partei einer Klasse, die des Proletariats ist es, die, wie auch Kaufmann zugeben muß, sich stets für die Interessen der Konsumvereine eingesetzt hat. Es handelt sich dabei nicht nur um Einzelfälle, sondern um die ganze Richtung der sozialdemokratischen Politik. Der Kampf, den sie gegen den auch die Konsumgenossenschaften hemmenden und schikanisierenden Klassenstaat führt, gegen Zölle und Lebensmittelwucher, gegen die Privilegien der Herrschenden und für die Demokratisierung des Staates, er ist zugleich ein Kampf im Interesse der Konsumentenorganisationen, jeder Sieg der Sozialdemokratie ist ein Erfolg der Konsumgenossenschaftsbewegung. Und es ließe sich unschwer im einzelnen nachweisen, daß die Wirtschaftspolitik der Arbeiterpartei auch die Wirtschaftspolitik der Konsumvereine ist, die sich diesen Beistand gerne gefallen lassen, ja ihn geradezu verlangen.

Man sollte nun meinen, daß sich aus solchen Tatsachen eine gewisse Anlehnung der Genossenschaften an die Partei ergäbe, nicht aber — Neutralität, daß die Genossenschaften einsehen, wie ganz anders ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie ist als zu den bürgerlichen Parteien. Mit diesen haben die Genossenschaften wenige oder keine Berührungspunkte, sie sind ihr ein fremdes Element, darum ist Gleichgültigkeit gegen sie ganz am Platze. Aber zu der Partei derer, die die Träger der Konsumvereinsbewegung sind, zu der Partei, die das Vertrauen und die politische Führung der überwiegenden Mehrheit der Genossenschafter besitzt und deren Interessen stets vertreten hat, zu der ist wohl ein anderes Verhältnis angebracht.

Doch davor schreckt man zurück; eine Annäherung an die Gewerkschaften, die nimmt man noch hin, aber eine Annäherung an die Sozialdemokratie — nein, das geht zu weit! Man scheint sich in Genossenschaftskreisen vielfach ganz ungeheuerliche Vorstellungen von einer solchen Annäherung an die Partei zu machen, man glaubt wohl, daß die Genossenschaften damit auf ihre Selbständigkeit verzichten und direkte Agitation für die Sozialdemokratie treiben müßten, in deren Hand sie ein willenloses Werkzeug wären, und man verweist auf die gesetzlichen Hindernisse, die dem im Wege stünden. Nun, diese Hindernisse bestehen zum Beispiel in Österreich ebenfalls, und doch haben sie ein inniges Hand in Hand gehen mit der Partei nicht aufgehalten. Wir übersehen nicht, daß die Handhabung der Gesetze durch die schon weltberühmte Justiz Preußen-Deutschlands eine, sagen wir — andere ist, aber auch im Rahmen der geltenden Gesetze und ihrer Handhabung ließe sich ein wesentlich näheres Verhältnis herstellen — sobald man es nur einmal für erstrebens-

wert hielte. Es handelt sich nicht darum, in den Genossenschaften politische Propaganda zu treiben, es handelt sich nicht um eine Unterordnung unter die Partei, sondern es handelt sich zunächst darum, daß sich — auf beiden Seiten! — das Bewußtsein des Einsseins verbreite, des Einsseins in dem gemeinsamen Ziele der Befreiung der Arbeiterklasse, ein Bewußtsein, das lebendig und fruchtbar werden muß in der Gemeinsamkeit des Handelns. Es ist zu beklagen, wenn Widersprüche vorkommen zwischen dem politischen und dem genossenschaftlichen Tun des Proletariats. Und es scheint uns sehr wünschenswert, daß Harmonie und Einverständnis, Förderung und Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und Aktionen bestände. Es braucht dabei nicht ein Teil dem anderen dienstbar zu sein, sondern es dienen beide in frei gewolltem Zusammenwirken derselben gemeinsamen Sache; es braucht kein Mißbrauch für fremde Zwecke stattzufinden, denn die Sache der Arbeiter ist der Genossenschaftsbewegung nichts Fremdes; es ist ein Verhältnis, bei dem jeder Teil ebensowohl gibt als empfängt.

Wir möchten hier wiederum auf Österreich verweisen. Da besteht das Kooperieren und einträchtige Zusammenwirken aller Zweige der Arbeiterbewegung, gesichert durch engste gegenseitige Fühlungnahme und Personalunion zwischen Partei und Genossenschaften[1] wie zwischen Partei und Gewerkschaften.

[1] Da sich auch in Deutschland manche Führer des Gewerkschaftswesens auf das österreichische Vorbild berufen und auf den Beschluß der österreichischen Parteitage, die die Förderung des Genossenschaftswesens als Pflicht jedes Parteigenossen erklären, wollen wir zeigen, in welchem Geiste die österreichischen Genossenschaften geleitet werden, indem wir aus dem Referat des Genossen Dr. Karpeles, des Direktors der österreichischen Großeinkaufsgenossenschaft, auf dem letzten niederösterreichischen Parteitag nach dem Bericht der Wiener Arbeiterzeitung (17. November 1907) einige bezeichnende Stellen wiedergeben. Dr. Karpeles führte unter anderem aus:

„Was haben wir immer erlebt? Daß die Genossen, die an die Spitze der Konsumvereine treten, den sozialdemokratischen Rock dort ausziehen und Krämer werden. Aber wir wollen, daß die Konsumvereine nicht nur gut geleitet werden, sondern auch, daß sie Kampforganisationen der Arbeiterschaft seien. Deshalb ist es notwendig, daß sie in proletarischem Geist geleitet werden. Die Nichts-als-Genossenschaftler erzählen uns immer vom genossenschaftlichen Geist, der in den Konsumvereinen von selbst erzeugt werde. Aber in den alten Konsumvereinen habe ich nichts vom genossenschaftlichen Geist bemerkt, meist überhaupt nichts von Geist. Der genossenschaftliche Geist, der in den Genossenschaften leben muß, muß proletarischer Geist sein, sozialdemokratischer Geist. Dieser ist um so notwendiger, als der Konsumverein an sich manche Tendenzen erzeugt, die keineswegs mit sozialdemokratischem Geist verträglich sind. Im Konsumverein wird direkt, das ist wenigstens die Tendenz, gegen die für uns unbedingt notwendige Solidarität gewirkt. Vor allem dadurch, daß er jedem einzelnen Mitglied Jahr für Jahr gewisse Vorteile bietet. Ich gehöre nicht zu denen, die die Dividende unbedingt verurteilen; die Dividende in den Konsumvereinen ist ganz dasselbe, was bei den Gewerkschaften die Unterstützungseinrichtungen sind. Die Dividende — in der Höhe, daß sie die anderen Einrichtungen nicht schädigt — ist gewiß ein Mittel zur Hebung der Konsumvereinsbewegung; und wir wissen ganz genau, daß der Konsumverein oft keine andere Sorge hat das ganze Jahr lang, als eine möglichst hohe Dividende zu verteilen.

„Wenn wir es als Pflicht der Genossen erklärt haben, in die Konsumvereine hineinzugehen, müssen wir uns auch über alle Schäden der Konsumvereine klar sein. Ich will gar nicht davon reden, daß vielfach auf dem Lande die Verhältnisse der Angestellten der Konsumvereine noch recht arg sind; da wirkt der Zentralverein ein, daß es besser werde. Wir haben dann Fabrikskonsumvereine, die in jeder Beziehung für die Arbeiterschaft im ganzen wie für die Arbeiter im einzelnen schädlich sind. Wir haben keinen einzigen Fall, wo der Fabrikskonsumverein bei einer Lohnbewegung nicht gegen die Arbeiter ausgespielt wird. Wir haben

Wie entsetzt müssen die Neutralitätsfanatiker sein, wenn sie hören, daß die Genossenschaftstage durch Vertreter der sozialdemokratischen Parteileitung begrüßt werden, und daß in der Leitung der konsumgenossenschaftlichen Organisationen führende Sozialdemokraten — weil sie Sozialdemokraten sind — sitzen und mit beraten und beschließen. Muß da nicht die Konsumvereinsbewegung ihrem Ende nahe sein? O nein! Es geht sogar sehr schön vorwärts, und alle Teile sind befriedigt und sind sich ihres gemeinsamen Handelns freudig bewußt.

Dieser Zustand ist gewiß anderswo nicht ohne weiteres möglich. Es ist auf Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, die nach Zeit und Ort verschieden sind. Niemand wird einem plötzlichen Umsturz, etwa einem unvermittelten Umschwenken auf der einen oder einem Eroberungsfeldzug auf der anderen Seite das Wort reden. Es handelt sich zunächst um eine Sache der Stimmung, darum, daß sich das Gefühl und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit auf beiden Seiten verbreite. Und das kann kein Staatsanwalt, kein Gesetz und keine borussische Justiz verhindern. Besteht dieses Bewußtsein nur einmal, dann wird sich alles andere schon mehr oder weniger von selbst finden. Es entwickelt sich freilich nicht mechanisch, nicht von heute auf morgen, aber daß es sich entwickelt, dafür sprechen manche Zeichen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß es nach Kreuznach keinen anderen Fortschritt des Genossenschaftswesens mehr geben sollte als den des Umfanges. Das Proletariat kann die Konsumvereine auf die Dauer im Klassenkampf nicht unbenutzt liegen lassen, es wird sich ihrer immer mehr bemächtigen, sie fördern und mit seinem Geiste, dem Geiste des kämpfenden Proletariats, erfüllen. Und die Konsumvereine werden sich dessen deutlich bewußt werden müssen, daß in der Arbeiterklasse die Wurzeln ihrer Kraft liegen und daß sie den Zusammenhang mit diesem ihrem Mutterboden nicht ungestraft lockern dürfen. Wäre das Gefühl, Glieder eines großen Ganzen zu sein, immer lebendig gewesen, dann hätten so unerquickliche Dinge, wie sie der Düsseldorfer Tag mit sich gebracht hat, eher vermieden werden können. Alle Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Angestellten der Konsumvereine wären natürlich auch dann nicht aus der Welt geschafft, aber sie könnten leichter überwunden werden, weil bei gemeinsamem Wollen gegenseitiges Wohlwollen und gegenseitiges Rücksichtnehmen eher Platz hat als bei Fremdsein.

Genossenschaft, Gewerkschaft und Partei haben verschiedene Funktionen zu erfüllen, sie sind gewissermaßen die Organe eines Organismus, der modernen Arbeiterbewegung. Und wie im gesunden menschlichen Organismus alle Organe zusammenarbeitend ineinandergreifen und sich gegenseitig unterstützen, so mögen auch die Organe der Arbeiterbewegung harmonisch zusammenwirken und sich gegenseitig stützen, alle beseelt und gelenkt von einem Geiste, durchglüht von einem Wollen: die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus mit allen Kräften zu beschleunigen.

auch nach eine Reihe anderer, nicht sehr erfreulicher Erscheinungen zu konstatieren. Zu einer Zeit, wo die Partei im schärfsten Kampfe gegen die Milchverteuerung stand, hat ein Konsumverein selbst den Preis der Milch erhöht. Das darf natürlich in einem Konsumverein, auf den die Partei Einfluß hat, nicht vorkommen, daß Aktionen der Partei wegen Dividendenpolitik geschädigt werden. Es gibt Konsumvereine, in denen Spareinlagen nur bis zu einer bestimmten Höhe angenommen werden. Alles das sind die selbstverständlichen Folgen dessen, daß zwischen der Partei und den Konsumvereinen noch immer nicht jene Beziehungen bestehen, die im Interesse der Arbeiterschaft unbedingt bestehen müssen." Die Redaktion.

Digitized by Google

Ein allgemeiner Tarifvertrag in der deutschen Holzindustrie?

Von **G. Becker.**

I.

Die Tarifentwicklung in der deutschen Holzindustrie ist gegenwärtig in ein Stadium getreten, welches die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen im höchsten Grade interessiert. Der „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe" hat an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes das Ansinnen gestellt, daß sämtliche im kommenden Jahre abzuschließenden Verträge am 12. Februar 1910, also gleichzeitig mit den in diesem Jahre für zirka 30000 Holzarbeiter abgeschlossenen Verträgen, ablaufen sollen. Wenn der Holzarbeiterverband auf diesen Vorschlag eingehen würde, wäre dieses ein weiterer großer Schritt zum Einheitsvertrag für ganz Deutschland. Es erscheint mir notwendig, die einzelnen Phasen der Entwicklung zu schildern, da auch in anderen Gewerben mit denselben Erscheinungen zu rechnen ist.

In der Holzindustrie finden wir Tarifverträge erst seit recht kurzer Zeit. Wenn auch Akkordtarife schon in den achtziger Jahren zwischen Unternehmern und Arbeitern oder deren Organisationen vereinbart und auch in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit Vereinbarungen getroffen wurden, so fand doch ein Abschluß für bestimmte Zeit nicht statt. Eigentliche Verträge finden wir vor dem Jahre 1902 im Holzgewerbe überhaupt nicht. Die Arbeiterschaft in der Holzindustrie konnte sich an solche Verträge nur sehr schwer gewöhnen, ja sie stand dem Abschluß solcher in fast allen Orten direkt feindlich gegenüber. Erst der Frankfurter Gewerkschaftskongreß 1899 brachte in dieser Beziehung eine Wandlung. Der Verbandstag in Nürnberg im Jahre 1900 erklärte sich alsdann für Abschluß von Tarifverträgen, wenn sie „so gestaltet werden, daß sie nicht zum Nachteil der in unserem Beruf beschäftigten Kollegen ausarten können".

Kurze Zeit darauf sehen wir dann, daß man seitens der Holzarbeiter verschiedener Städte auf den Abschluß solcher Verträge drängte. Das Jahr 1903, in welchem die ersten Verträge auf Zeit abgeschlossen wurden, brachte solche schon für eine ganze Reihe Großstädte, unter anderen für Kassel, Berlin usw. Die ersten Verträge wurden mit Innungen und einzelnen Unternehmern abgeschlossen.

Inzwischen ward der Arbeitgeberschutzverband der deutschen Holzindustriellen gegründet und hatte in einer Reihe Städte größeren Anhang gefunden. Von den meisten Unternehmerverbänden unterschied sich diese Organisation dadurch, daß sie ohne weiteres die Organisation der Arbeiter anerkannte und mit ihnen verhandelte. Die Leitung des Schutzverbandes sah ein, daß man die Organisation der Arbeiter nicht vernichten konnte, darum wollte man dafür sorgen, daß sie den Mitgliedern des Unternehmerverbandes möglichst wenig Schaden zufügte. Man erklärte sich für Tarifverträge, versuchte aber dem Holzarbeiterverband möglichst ungünstige, langfristige Verträge aufzudrängen. Die Arbeiterschaft dagegen hatte bei den vorhandenen ungünstigen Bedingungen ein Interesse daran, möglichst kurzfristige Verträge abzuschließen, um bald wieder an eine weitere Verbesserung der Verhältnisse denken zu können. Die Verträge, welche nun bisher abgeschlossen sind, bewegen sich in der Zeitdauer von 1 bis 3 Jahren. Solche Einzelverträge laufen gegenwärtig

Digitized by Google

in 295 Orten. In 99 Orten sind diese Verträge mit dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen, während an den übrigen Plätzen Innungen, örtliche Unternehmerorganisationen oder andere Korporationen in Frage kommen. Den Verträgen, welche mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossen sind, unterstehen rund 73000 Arbeiter.

Das Ziel des Schutzverbandes geht nun dahin, diese ganzen Verträge zu einem Zeitpunkt zum Ablauf zu bringen, sie zu einem Korporativvertrag zu vereinigen mit dem ausgesprochenen Zwecke, mehr Ruhe zu bekommen.

Als Ideal stellen die Herren stets den Vertrag im Buchdruckergewerbe hin. Aber die Verhältnisse im Holzgewerbe sind ganz anders gelagert, und im gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein solcher Vertrag für ganz Deutschland schon darum unmöglich, weil die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten zu unterschiedlich sind, um in einen Vertragsrahmen gebracht werden zu können. Der Schutzverband zeigte aber bisher auch nicht den ernsten Willen, an einem Ausgleich dieser Verhältnisse mitzuarbeiten, sondern er ist stets bestrebt, die rückständigsten Verhältnisse in den einzelnen Orten zu konservieren. Im Gegenteil, man wehrt sich mit allen Mitteln, in den einzelnen Städten gewisse gleiche Normen zu schaffen, wie sie für einen allgemeinen Tarifvertrag Vorbedingung sind. Wenn ein Vertrag überhaupt einen Wert haben soll, so müssen in einem solchen bestimmte Lohnnormen festgelegt werden. Nun lehnt aber der Schutzverband Mindestlöhne „prinzipiell" ab. Und Durchschnittslöhne werden abgelehnt, „weil der Holzarbeiterverband sie zu Mindestlöhnen stempelt" und sie nach dem Ausspruch eines Führers des Schutzverbandes die „Dummheit und Faulheit fördern". Man will einen Vertragslohn überhaupt nicht festlegen, sondern es jedem Unternehmer überlassen, zu beurteilen, welchen Lohn der Arbeiter verdient. Trotzdem ist es durch die Organisation gelungen, in fast sämtliche Verträge eine Lohnnorm hineinzubringen. Die Einzelverträge weisen aber die verschiedensten Normen auf. So ist zum Beispiel im Vertrag für Kiel ein sogenannter Einheitslohn, in Leipzig und Stuttgart ein Mindest-, in Hannover, Bremen und Kassel ein Durchschnitts-, in Dortmund, Essen usw. ein Leistungs-, in anderen Orten ein Normal-, wieder anderen ein Mindestdurchschnittslohn stipuliert. Dann finden wir in den Verträgen noch „Löhne für Durchschnittsarbeiter" und ortsübliche Löhne usw. Für einige Städte aber, wie zum Beispiel Köln, Düsseldorf und Berlin, finden wir eine Lohnnorm überhaupt nicht in den Verträgen. In Berlin, wo fast nur Akkordarbeit vorhanden, ist dafür allerdings eine „Mindestabschlagszahlung" vereinbart, die aber bei Düsseldorf und Köln ebenfalls fehlt. Der in vielen Verträgen genannte Mindestlohn kann aber eigentlich auch nicht als ein solcher bezeichnet werden. Es sind dort so viel Ausnahmen zulässig, in denen der Lohn nicht gezahlt zu werden braucht, daß der Begriff Mindestlohn illusorisch gemacht wird. So heißt es in den meisten Verträgen: „Für minderleistungsfähige Arbeiter", oder „für Arbeiter unter 20 Jahren", oder „für Gesellen in den ersten beiden Gesellenjahren", oder „für alte oder invalide Arbeiter" usw. unterliegt der Lohn freier Vereinbarung. In allen diesen Fällen wäre die Bezeichnung Mindestdurchschnittslohn zutreffender, aber auch diese Form der Lohnbezeichnung in den Verträgen ist dem Schutzverband ein Greuel, weil sie der Lohndrückerei Einhalt gebietet. Weiter sind aber auch die Löhne an und für sich so verschieden, daß diese ebenfalls für einen allgemeinen Vertrag ein Hinderungsgrund sind. Heute gibt es Durchschnittslöhne für einzelne Orte und Branchen von 13 bis

Digitized by Google

38 Mark pro Woche. Wenn nun in einer Großstadt Forderungen gestellt werden, so erklärt der Schutzverband: „Sie müssen erst die schlechter entlohnten Orte nachholen"; stellen aber die schlechter entlohnten Holzarbeiter in den kleinen Orten Forderungen, so heißt es: „Sie müssen auf den kleinen Ort und auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen, unsere Kollegen können nichts bewilligen!" Aber bei jeder passenden und nichtpassenden Gelegenheit hört man dasselbe Lied: „Wenn Sie dem gleichen Vertragsablauf zustimmen, dann läßt sich nachher weit leichter ein Ausgleich herbeiführen." Der wahre Grund dieser Sehnsucht ist jedoch der, daß man glaubt, es dem Holzarbeiterverband dann unmöglich gemacht zu haben, noch Kämpfe für die Verbesserung der Lage seiner Mitglieder führen zu können.

In diesem Jahre war nun der Schutzverband besonders bestrebt, dieses Ziel möglichst bald zu erreichen. Der große Kampf im Frühjahr, an dem neben Berlin, Leipzig, Dresden noch weitere 13 Städte beteiligt waren, sollte den Holzarbeiterverband mürbe machen, damit dieser auf alle Wünsche des Schutzverbandes eingehe. Der Holzarbeiterverband hatte 14129 Streikende und Ausgesperrte zu unterstützen. Der Kampf dauerte 17 Wochen und verschlang die Summe von 2613000 Mark. Durch die ungeahnte Opferwilligkeit seiner Mitglieder war der Holzarbeiterverband in der Lage, diese Mittel selbst aufzubringen. Der Schutzverband mußte einlenken und erhebliche Zugeständnisse machen. Man jubelte aber, weil alle Orte Verträge bekamen, welche an einem gleichen Datum, und zwar am 12. Februar 1910, ablaufen. Es waren dieses mit Köln und Düsseldorf zunächst 18 Verträge, denen 28100 Arbeiter unterstehen. Dazu sind dann noch weitere 15 Verträge gekommen, so daß am 12. Februar 1910 für etwa 30000 Holzarbeiter Verträge ablaufen.

Nun hat aber der Holzarbeiterverband bereits gegenwärtig laufende Verträge, denen rund 100000 Arbeiter unterstellt sind. Die längsten Verträge laufen drei Jahre, so daß jedes Jahr für mindestens 40000 Kollegen Verträge zum Ablauf kommen. Der Holzarbeiterverband konnte daher ohne Gefahr dem gleichzeitigen Ablauf dieser Verträge zustimmen. Vor allen Dingen auch darum, weil der Vertragsablauf in eine Jahreszeit fällt, die für einen Kampf der Holzarbeiter am günstigsten ist.

Nun laufen im kommenden Frühjahr wieder eine größere Anzahl Verträge ab. In 24 Orten, wo dieses der Fall, ist der Schutzverband vertreten; in ihnen sind den bisherigen Verträgen zirka 15000 Holzarbeiter unterstellt, die allerdings längst nicht alle bei Schutzverbandsmitgliedern beschäftigt sind und darum nur zum Teil für einen Kampf in Frage kommen. Der Vorstand des Schutzverbandes stellte nun in einer gemeinsamen Konferenz an den Vorstand des Holzarbeiterverbandes das Ansinnen, für diese neu abzuschließenden Verträge als Ablaufstermin ebenfalls den 12. Februar 1910 anzuerkennen. Dieses hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes entschieden abgelehnt!

II.

Der Deutsche Holzarbeiterverband war besonders in den letzten Jahren, durch die flotte Konjunktur begünstigt, bestrebt und in der Lage, die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder erheblich zu verbessern. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit wurde recht viel Gewicht gelegt. Aber gerade diese Forderung führte zu erbitterten Kämpfen mit dem „Arbeitgeberschutzverband". Ich will nur erinnern an den

Digitized by Google

38wöchigen Kampf in Kassel und den 14monatigen Streik in Lübeck, welche beide um den Neunstundentag geführt wurden und, wie fast sämtliche Kämpfe für den Holzarbeiterverband, erfolgreich verliefen. Das Streben des Schutzverbandes ging bei allen diesen Bewegungen dahin, die „Einzelabschlachtungen" zu verhindern und den Kämpfen eine möglichst große Ausdehnung zu geben.

Werkstellenstreiks nahm der Schutzverband zum Anlaß, die Aussperrung gleich über ganze Orte zu verhängen, so zum Beispiel 1904 in Berlin. Während der Holzarbeiterverband bereits bei einem Klavierarbeiterstreik stark in Anspruch genommen war, wurden in acht Möbelwerkstellen Forderungen auf Lohngarantie bei neuen Mustern gestellt. Nun glaubte der Schutzverband durch eine Massenaussperrung einen entscheidenden Schlag führen zu können. Der Kampf kostete dem Holzarbeiterverband 700000 Mark. Aber die Anstrengungen des Schutzverbandes hatten die Wirkung, den Eifer und die Opferwilligkeit der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu verdoppeln. Seine Mitgliederzahl, die Ende 1902 erst 70000 betrug, war am Jahresschluß 1906 auf 150000 gestiegen.

Im Jahre 1904 waren an Lohnbewegungen beteiligt 48901, 1905 55312 und 1906 75869 Personen. Allerdings waren auch die Kosten erhebliche, und zwar: 1904 1145000 Mark, 1905 1176000 Mark, 1906 1658000 Mark. 1907 dürfte die Summe von 2900000 Mark verausgabt werden. Für Aussperrungen mußte der Verband 1904 507000 Mark, 1905 411000 Mark, 1906 506000 Mark und 1907 zirka 2500000 Mark aufbringen.

Trotz des Schutzverbandes erzielte der Holzarbeiterverband im Jahre 1905 für 32708 Kollegen eine Lohnerhöhung von wöchentlich 1,62 Mark im Durchschnitt und für 25485 eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,4 Wochenstunden; im Jahre 1906 im Durchschnitt für 46942 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,67 Mark pro Woche und für 36570 eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 2,7 Stunden.

In den vorstehenden Summen ist die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, welche durch die in den vorhergehenden Jahren abgeschlossenen, aber noch laufenden Verträgen erreicht wurde, nicht enthalten.

Nach der im Herbst 1906 aufgenommenen Statistik des Holzarbeiterverbandes hatten von den beteiligten Tischlern 51424 eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden und weniger. Eine Wochenarbeitszeit von 57 Stunden und weniger haben 69937 Tischler.

Von den an der Statistik beteiligten Holzarbeitern hatten eine Arbeitszeit bis zu 54 Stunden die Woche 77357 und bis zu 57 Stunden 112253 Beteiligte.

Gegen das Jahr 1902, wo die vorhergehende Statistik aufgenommen wurde, bedeutet dieses einen ganz gewaltigen Fortschritt. An der Statistik von 1906 waren freilich zirka ein Drittel weniger Personen beteiligt, doch hatten nach derselben nur 53000 Holzarbeiter eine Arbeitszeit bis zu 57 Stunden pro Woche. Dabei ist zu bedenken, daß die Beteiligung in den Orten mit kürzerer Arbeitszeit einen größeren Prozentsatz ausmacht, als in den zurückgebliebenen Orten, wo die Organisation weniger Eingang gefunden hat.

Diese eminenten Fortschritte waren es aber auch, welche die Unternehmerorganisation immer wieder zu neuen Kraftanstrengungen veranlaßten, während der Schutzverband bei den großen Kämpfen nicht gut weggekommen war. Des-

Digitized by Google

halb machte auch am Schlusse des großen Kampfes in Berlin im Jahre 1904 der Vorsitzende des Schutzverbandes den Vorschlag, daß vor Ausbruch eines Streiks die Zentralvorstände an den betreffenden Orten versuchen sollten, eine Einigung herbeizuführen. Dieser Vorschlag wurde vom Holzarbeiterverband ohne weiteres akzeptiert. In einer ganzen Reihe Fälle gelang es auch, durch das Eingreifen der Vorstände den Kampf zu verhindern. Aber bald wieder suchte der Schutzverband die Einigung zu hintertreiben, besonders in diesem Jahre. Bei Gelegenheit des großen Kampfes in diesem Frühjahr hatten sich die streitenden Parteien in Görlitz bereits geeinigt, in Dresden war man von beiden Seiten zur Einigung bereit und in Leipzig ebenfalls. Von der Leitung des Schutzverbandes kam aber die Weisung, sofort sämtliche Zugeständnisse der Unternehmer zurückzuziehen und auszusperren. Ja, die Leitung ließ es zu, daß die Unternehmer in Kiel und Burg unter Vertragsbruch ihre Arbeiter aussperrten. Böse Zungen behaupten sogar, daß der Vorstand des Schutzverbandes diese Orte dazu aufgefordert habe! Herr Rahardt war es, der dann den Ausspruch tat, der Schutzverband werde die Verträge diktieren. Man forderte denn auch seitens der Unternehmer den Fortfall der sogenannten „besseren Bedingungen", „einheitliche Gestaltung der Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben", „Regreßpflicht des Holzarbeiterverbandes" und ähnliches.

Was diese „Wünsche" bedeuteten, geht daraus hervor, daß zum Beispiel in Berlin schon 8500 Holzarbeiter weniger als 52 Stunden die Woche arbeiteten. Da die vertragsmäßige Arbeitszeit aber 52 Stunden betrug, hätte hier eine Verlängerung von teilweise drei Stunden stattfinden müssen. Die Abschlagszahlung sollte ebenfalls in allen Betrieben gleichmäßig hoch sein. Vertraglich sollte diese nicht unter 24 Mark betragen. In den meisten Werkstellen wurden aber erheblich höhere Beträge gezahlt, und zwar bis zu 40 Mark und darüber. Dieses sollte nicht mehr zulässig sein.

In einer Reihe Betriebe hatten die Arbeiter ohne vorherige Entscheidung der Schlichtungskommission die Arbeit eingestellt. Die Organisationsleitung billigte dieses Verhalten nicht, der Schutzverband forderte aber auch für solche Fälle die Regreßpflicht der Organisation.

Die Berliner Holzarbeiter waren bereit, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, aber der Schutzverband proklamierte den Grundsatz: „ohne Vertrag keine Arbeit", und sperrte selbst vor Ablauf des Vertrages aus. Als dann der Kampf vier Monate gedauert hatte und es zu Verhandlungen kam, rückte der Vorstand mit weiteren „Wünschen" heraus. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes sollte sich verpflichten, daß bei Ablauf der abzuschließenden Verträge keine neuen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt werden dürften. Als das abgelehnt wurde, weil man dies nicht verantworten könne und auch die Mitglieder hierauf nicht eingehen würden, stellte man das Ansinnen, der Vorstand des Holzarbeiterverbandes solle eine entsprechende Erklärung abgeben, die dann das Berliner Gewerbegericht unter Verschluß halten solle. Diese Zumutung wurde mit Entschiedenheit zurückgewiesen und der Abbruch der Verhandlungen in Aussicht gestellt.

Jetzt rückte man mit dem Verlangen heraus, daß sämtliche Verträge, welche bis dahin noch abgeschlossen würden, zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt im Jahre 1910 ablaufen sollten. Seitens des Holzarbeiterverbandes erklärte man sich bereit, über die damals abzuschließenden Verträge zu verhandeln. Über die später abzuschließenden Verträge könne später geredet werden, jetzt

Digitized by Google

könne man Verpflichtungen für später ablaufende Verträge nicht eingehen. Die Verträge gelangten dann ohne weitere Verpflichtungen zum Abschluß und die Bewegung endete mit einem Erfolg für den Holzarbeiterverband.

Jetzt war es wieder, als ob die bessere Einsicht bei den Leitern des Schutzverbandes einkehrte. Es wurde erklärt, solche schweren Kämpfe könne das deutsche Holzgewerbe nicht mehr ertragen. Die Industrie werde zu schwer geschädigt. Es sei möglich, sich auf gütlichem Wege zu einigen. Insbesondere sei es leicht, über die Arbeitsnachweisfrage und die Regelung der Arbeitszeit eine Verständigung herbeizuführen. Der Arbeitsnachweis könne wie in Bremen und Hannover auf paritätischer Grundlage überall geführt werden. In den Verträgen für Kiel und Lübeck wurde sogar zugesichert, daß, sobald die Vorstände sich über ein Regulativ geeinigt, dort solche Nachweise sofort zu eröffnen seien. Vereinbart wurde dann, daß die Vorstände ein solches Regulativ recht bald vereinbaren sollten.

Vorweg sei bemerkt, daß auf einer Konferenz in Eisenach auch eine Einigung über den Wortlaut und Inhalt des Regulativs erfolgte. Die Generalversammlung des Schutzverbandes lehnte dieses Regulativ jedoch ab, weil darin die obligatorische Benutzung des Nachweises vorgesehen war. Seiner vertraglichen Verpflichtung in Kiel und Lübeck, die paritätischen Arbeitsnachweise auf Grund des Regulativs, welches zwischen den Vorständen vereinbart ist, zu eröffnen, ist der Schutzverband bis heute noch nicht nachgekommen.

Über die Arbeitszeit wurde zwischen den beiden Vorständen vereinbart, daß „eine Staffelung der deutschen Städte vorgenommen werden soll, wobei Berlin mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 51 Stunden als erste Klasse zu gelten hat. Diese Staffelung soll den beiderseitigen Verbandstagen im Jahre 1908 zur Genehmigung unterbreitet werden.“ Als Grundlage sollte die Arbeitszeit derjenigen Städte dienen, für welche soeben Verträge abgeschlossen waren. In den Verträgen war als wöchentliche Arbeitszeit festgelegt für

Berlin, Weißensee, Rixdorf, Charlottenburg	51 Stunden
Leipzig, Dresden	52 „
Spandau	53 „
Burg, Kiel, Bernau	54 „
Görlitz, Guben, Halle, Lübeck, Oldenburg .	55 „
Barmen	56 „

Bemerkt sei, daß für Barmen, Lübeck und Halle die 54stündige Arbeitszeit für den nächsten Vertrag zugesagt wurde.

Vereinbart wurde dann eine weitere Konferenz, wo die Vorarbeiten für die Staffelung in Angriff genommen werden sollten. Diese fand nun Ende Oktober statt. An den Beratungen nahmen auch Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins und des Christlichen Holzarbeiterverbandes teil, während die katholischen Fachabteiler auf Verlangen der drei Organisationen von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden. Mit dem Gewerkverein und dem Christlichen Holzarbeiterverband hatte schon vorher eine Aussprache stattgefunden. Nachdem beide Organisationen die Erklärung abgegeben, daß sie mit allen Kräften für die Verkürzung der Arbeitszeit in der Form, wie vom Deutschen Holzarbeiterverband vorgeschlagen, eintreten würden, erklärte sich der Holzarbeiterverband bereit, mit ihnen gemeinsam zu verhandeln. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte für die Verhandlungen Leitsätze auf-

gestellt, welche von den anderen Organisationen zu den ihrigen gemacht wurden. Dieselben haben folgenden Wortlaut:

„Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit.

1. Die außerordentliche Ungleichheit in den bestehenden Arbeitsbedingungen ist ein Schaden sowohl für die Arbeitgeber als für die Arbeitnehmer.

2. Insbesondere bildet gegenüber den fortgeschrittenen Verhältnissen, wie sie im Laufe der Zeit in zahlreichen Städten erzielt und zum großen Teil schon durch die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbarten Verträge festgelegt sind, das Fortbestehen der ungünstigen Arbeitsbedingungen in den zurückgebliebenen Ortschaften eine direkte Gefahr für beide Teile und für das Gewerbe überhaupt. Den Arbeitgebern wird dadurch die Konkurrenz erschwert und den Arbeitern das berechtigte Streben nach Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage.

3. Das Ziel einer ernstgemeinten und dauernden Bestand versprechenden Tarifgemeinschaft, welche die Arbeitsstreitigkeiten im Gewerbe einschränken und in Zukunft möglichst an Stelle der Entscheidung durch Streiks oder Aussperrungen die friedliche Verständigung durch Vertragsvereinbarungen setzen soll, muß deshalb darauf gerichtet sein, in einer beide Kontrahenten im Arbeitsverhältnis befriedigenden Weise die Ungleichheiten in den Arbeitsbedingungen möglichst zu beseitigen.

4. Dieses Ziel kann in der gegenwärtigen Zeit des Fortschritts auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens gleichfalls nur auf dem Wege des Fortschritts erreicht werden in dem Sinne, daß die ungünstigen Arbeitsbedingungen nach Möglichkeit aufgebessert und den in anderen Städten bereits vereinbarten besseren Bedingungen näher gebracht und gleichgestellt werden.

5. Die derzeitige Verschiedenartigkeit der Produktion und der Lebensverhältnisse macht jedoch eine völlige Uniformität der Arbeitsbedingungen in allen Städten vorerst zur Unmöglichkeit, weshalb beide Teile klar darüber sind, daß auf begründete Ausnahmeverhältnisse die erforderliche Rücksicht genommen werden muß.

6. Bei der heutigen erstmaligen Inangriffnahme einer Vereinbarung für das ganze Reich können mustergültige Resultate nicht erwartet werden. Um so mehr müssen beide Parteien das erstrebte Ziel im Auge behalten und bereit sein, die unvollkommenen Anfänge der Vertragsgemeinschaft mit dem Fortschritt der Zeitverhältnisse weiter zu verbessern.

7. Von den Fragen, welche durch allgemeine Vereinbarungen in erster Linie lösbar sind, bietet die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe im Verhältnis zur Lohnfrage und anderen die geringeren Schwierigkeiten. Nachdem in den meisten größeren Industrieorten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den namhaften mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteeinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe baldigst auf $9\frac{1}{2}$ Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf 9 Stunden pro Tag festgesetzt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Buchdruckergewerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist.

8. Daß in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnungen zur Arbeitsstätte auch in Zukunft eine kürzere Zeit als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.

9. Solange eine völlige Gleichmäßigkeit in der Dauer der Arbeitszeit allgemein nicht möglich ist, muß bei der Klassifizierung der Städte von der Rücksichtnahme auf folgende Bedingungen ausgegangen werden:

Digitized by Google

a. die Größe der Stadt; b. die Nähe einer Großstadt; c. die Bedeutung der Industrie am Ort; d. die Betriebsart; e. Rücksichten auf Nachbarstädte und verwandte Betriebe; f. die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.

10. Die von den Arbeitern in den einzelnen Städten vermöge ihrer Organisation errungenen günstigeren Positionen werden neben der allgemeinen Vereinbarung uneingeschränkt anerkannt. Ebenso dürfen selbstverständlich etwaige in einzelnen Betrieben bereits eingeführte bessere Bedingungen nicht zugunsten einer Egalisierung wieder verschlechtert werden.

11. Die Klassifizierung der Städte hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und deren angemessene spätere Verkürzung erfolgt durch Vereinbarung zwischen den Zentralvorständen der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, nach vorausgegangener Befragung der in Betracht kommenden Ortsvereine. Die Vereinbarungen zwischen den Zentralvorständen erlangen Gültigkeit, sobald die beiderseitigen Verbandstage ihre Sanktion erteilt haben. In den Städten, in welchen die Dauer der Arbeitszeit durch die allgemeine Klassifizierung festgelegt ist, scheidet diese Frage bei den sonstigen Vertragsverhandlungen am Orte aus. Die durch die Vereinbarung der Zentralvorstände festgelegte Arbeitszeit ist in den Arbeitsvertrag für den betreffenden Ort aufzunehmen.

12. In den Vereinbarungen der Zentralvorstände ist auch festzulegen, an welchem Zeitpunkt die vertragliche Arbeitszeit in den einzelnen Städten zur Durchführung gelangen soll. Die beiderseitigen Organisationen haben die Verpflichtung, für die Durchführung und Einhaltung dieser Vereinbarungen mit allen Mitteln einzutreten.

13. In einer zu vereinbarenden regelmäßigen Frist treten die Zentralvorstände aufs neue zusammen, um eine jeweilige den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Städteeinteilung vorzunehmen."

Kassel, den 27. Oktober 1907.

Von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes wurde die Vorlage damit begründet, daß der Schutzverband selbst die Staffelung stets als Ideal hingestellt habe und auch die Arbeiterorganisationen zugeben müßten, daß die heutigen Ungleichheiten betreffs Dauer der Arbeitszeit einen idealen Zustand nicht bilden. Wenn aber ein Ausgleich geschaffen werden solle, könne dieses nur in der Weise geschehen, daß die bisher zurückgebliebenen Städte in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit nachgeholt würden. Die Verkürzung könne freilich nur schrittweise erfolgen, doch müßten die Städte mit allzu langer Arbeitszeit entsprechend größere Schritte machen. Die größeren Städte sollten in die Arbeitszeitklassen einrangiert werden, welche im Frühjahr vereinbart seien. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, daß in allen Orten als längste Arbeitszeit 57 Stunden und als weiteres Ziel 54 Stunden pro Woche anzustreben seien. Für den Schutzverband sei es nicht schwer, die in den Leitsätzen niedergelegten Grundsätze anzuerkennen und sie praktisch zur Durchführung zu bringen. In den Städten, welche die Unternehmerorganisation vertrete, seien vorerst nur geringe Opfer zu bringen. In den übrigen Orten würde der Holzarbeiterverband dafür sorgen, daß diese mitkommen würden. Die festzusetzende Arbeitszeit solle für einen bestimmten Zeitraum — vielleicht vier Jahre — Gültigkeit haben. In die neu abzuschließenden einzelnen Ortsverträge solle die vereinbarte Arbeitszeit aufgenommen werden. Beim Abschluß der Verträge brauche dann wegen dieser Frage nicht mehr verhandelt zu werden.

Es wurde dann den Unternehmern eine Aufstellung überreicht, welche 99 Städte umfaßt, in welchen der Schutzverband Ortsvereine hat.

Digitized by Google

Die Arbeitszeit beträgt danach pro Woche

51 Stunden in . . .	4 Städten mit	24174 Arbeitern
52 „ „ . . .	6 „ „	6198 „
53 „ „ . . .	2 „ „	5243 „
54 „ „ . . .	19 „ „	18334 „
Bis 54 Stunden in . . .	31 Städten mit	53949 Arbeitern
55 Stunden in . . .	8 Städten mit	2402 Arbeitern
56 „ „ . . .	12 „ „	5910 „
57 „ „ . . .	23 „ „	7185 „
55 bis 57 Stunden in . . .	43 Städten mit	15497 Arbeitern
oder 57 „ u. darunter in	74 „ „	69446 „
58 Stunden in . . .	6 Städten mit	1610 Arbeitern
59 „ „ . . .	9 „ „	1481 „
60 „ „ . . .	10 „ „	883 „
58 bis 60 Stunden in . . .	25 Städten mit	3974 Arbeitern

Summa: 99 Städte mit 73420 Arbeitern.

Nach einer Pause erklärten die Unternehmervertreter, daß sich gegen Leitsätze und Begründung wenig sagen lasse. Die vorgelegte Grundlage werde von den Unternehmern im allgemeinen anerkannt, und der Vorstand des Schutzverbandes werde ehrlich bestrebt sein, an der Lösung der Frage mitzuarbeiten. Man wünsche nun, daß an der Hand der 24 Verträge, welche im kommenden Frühjahr ablaufen, ein praktischer Versuch gemacht werde, und ersuche darum die Arbeitervertreter, die nötigen Staffelvorschläge zu machen. Als dieses geschehen, erklärte man — wie immer — diese Vorschläge als viel zu weitgehend! Die Unternehmer seien aber auch nur dann zu Zugeständnissen in bezug auf diese Orte überhaupt bereit, wenn der Holzarbeiterverband einverstanden sei, die neuen Verträge mit den bereits abgeschlossenen am 12. Februar 1910 zum Ablauf zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt müsse der allgemeine Tarifvertrag für Deutschland geschaffen werden, und der Schutzverband würde alles aufbieten, dieses Ziel zu erreichen.

Im Namen der Arbeiterorganisationen wurde darauf die Erklärung abgegeben, daß man auf diesen Vorschlag nicht eingehen könne, selbst wenn die ganzen Verhandlungen scheitern würden. Man sei bereit, auch für die neuen Verträge eine dreijährige Geltungsdauer zu vereinbaren. Je nach den Zugeständnissen ließe sich auch über vierjährige Verträge reden, aber ein allgemeiner Vertrag sei bei den ungünstigen und verschiedenen Arbeitsverhältnissen in der Holzindustrie für absehbare Zeit ausgeschlossen. Wenn man einen solchen Vertrag ohne Rücksicht auf die Verhältnisse einführen würde, könnte darüber die ganze Vertragsgemeinschaft in die Brüche gehen. Die Einhaltung eines solchen Vertrags könne auch von den Vorständen nicht garantiert werden. Der Schutzverband verfolge das Ziel, dem Holzarbeiterverband die weitere Verbesserung der Lage seiner Mitglieder und die Beseitigung der ungünstigen Verhältnisse unmöglich zu machen. Dazu würde der Holzarbeiterverband nicht die Hand bieten. Man möge den Vorschlägen der Arbeitervertreter folgen, dann sei vielleicht für spätere Zeit ein solches Vertragsverhältnis möglich: — diese Erklärungen nahmen die Vertreter des Schutzverbandes entgegen, ohne sich in bestimmter Weise hierzu zu äußern.

Digitized by Google

Vereinbart wurde dann noch, daß in Berlin weiter verhandelt werden soll.

Inzwischen rüstet man auf beiden Seiten zum neuen Kampfe! Die Unternehmer waren in Magdeburg zusammen und haben ihre Pläne geschmiedet. Voraussichtlich stehen im Holzgewerbe für das Frühjahr Kämpfe bevor, welche die bisherigen in Schatten stellen! Daß die Pläne des Schutzverbandes mißlingen, dafür bürgt der Opfermut und das Klassenbewußtsein der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes.

Ein Beitrag zur Polenfrage.

In der Flut der Bücher, die in Deutschland zur „Polenfrage" gedruckt worden sind, zeichnet sich ein jüngst erschienenes Buch von Ludwig Bernhard: Die Polenfrage[1] dadurch aus, daß der Verfasser tatsächlich etwas von polnischen Dingen weiß. Allerdings muß man auch hier eine Einschränkung machen: die Geschichte der Unabhängigkeitsbestrebungen nach der Teilung Polens ist ihm ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Er sucht die These zu beweisen, daß die Polen in Preußen bis 1864 unter der Herrschaft der polnischen Emigration standen, von 1864 bis 1898 unter der Herrschaft der polnischen Fraktion im preußischen Landtag und im Reichstag, seither aber „entstand der Gedanke, daß die Polen in Preußen sich ein eigenes Gemeinwesen zu schaffen haben", und sie hätten das verwirklicht, indem sie die Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien mit einem Netze von Vereinen, insbesondere wirtschaftlichen Genossenschaften, Banken usw. bedeckten. Bernhard behauptet schlankweg: „Auf dieser Grundlage, die aus Kreditgenossenschaften, Vereinen und Verbänden sich bildet, steht eine Gruppe von Männern, die man als die ‚Regierung' der Polen bezeichnen könnte." — Die 75 Seiten nun, die der Emigration gewidmet sind, das heißt schildern sollen, wie die polnischen Flüchtlinge, die nach dem Aufstand von 1830/31 in Frankreich zusammenströmten, eine Art Demagogenherrschaft über Polen ausübten, strotzen von unbewiesenen Anklagen und haltlosen Behauptungen. Man glaubt bei der Lektüre nicht das Werk eines Gelehrten, sondern die Geheimberichte eines Polizeiagenten vor sich zu haben, und in der Tat schöpft der Herr Professor nahezu ausschließlich aus den trüben Quellen der Verwaltungs- und Polizeimaterialien. — Auch wenn er von den guten Leutchen, die die polnischen Kreditgenossenschaften und ähnliche Unternehmen leiten, als einer „Regierung" spricht, so ist das purer Unsinn und riecht ein wenig nach Polizei. Freilich haben diese Leute einen bedeutenden Einfluß auf einen Teil des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, soweit eben diese Kreise an dem Genossenschaftswesen sich beteiligen, aber „Regierung" ...?

Dagegen hat Bernhard die Entwicklung dieses Genossenschaftswesens bis in die kleinsten Details verfolgt, und das ist eine sehr dankenswerte Arbeit. In diesen Genossenschaften haben nämlich die Polen in Posen sehr Tüchtiges geleistet, wenn man vom kleinbürgerlichen Standpunkt urteilt, und darauf ist es zum Teil zurückzuführen, daß die Pläne der Regierung und der Hakatisten, die Polen wirtschaftlich zu schlagen und auf diesem Wege zu germanisieren, gescheitert sind. Nun glauben aber die Hakatisten sowohl als die Behörden, das gehe nicht mit richtigen Dingen zu; die Polen — so wird von den Hakatisten und gelegentlich von der ganzen deutschen Presse[2] gemunkelt — haben so eine Art Geheimbund gebildet, der über riesenhafte

---

[1] Ludwig Bernhard, ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel, Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat. Die Polenfrage. Leipzig 1907, Duncker & Humblot. 686 Seiten, 6 Mark.

[2] Ein Beispiel statt vieler: Im Berliner Tageblatt vom 6. November 1907 wird für eine neue deutsche Hypothekenbank für Westpreußen und Posen Reklame gemacht; es heißt da:

Summen verfügt, die aus Galizien, Russisch-Polen und aus dem Schatze der Kirche stammen; nur so sei es möglich, daß sie gegen die Ansiedlungskommission und die deutsche Kapitalmacht ankämpfen können.

Wer einigermaßen in polnischen Dingen orientiert ist, weiß, daß das Torheit ist: Galizien gehört zu den kapitalärmsten Ländern der Welt, da ist nichts zu holen; die Kapitalisten Russisch-Polens aber haben stets vorzügliche Gelegenheit, ihr Geld gegen hohe Zinsen im Lande oder in Rußland anzulegen; in dem einen wie dem anderen Lande fällt aber, wie in der ganzen Welt, das patriotische Gefühl der Besitzenden unter den Gefrierpunkt, sobald an den Geldbeutel appelliert wird; die Kirche schließlich ist stets fürs Nehmen, nicht fürs Geben. Bernhard zeigt, wie die Dinge zusammenhängen: die ganze Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände wirkt dahin, daß sie das polnische Kleinbürgertum und die polnische Bauernschaft fördert, deshalb leisten sie mit scheinbar winzigen Mitteln sehr Bedeutendes.

In erster Linie wird der Kampf um den Boden geführt: die Ansiedlungskommission, die mit der Absicht gegründet wurde, den polnischen Großgrundbesitz aufzukaufen, wirkt seit zwanzig Jahren; der Kaiser hat noch ausdrücklich die Deutschen ermahnt, nicht an Polen Boden zu verkaufen. Und das Resultat? Nach Bernhards Berechnung haben die Polen in dem Jahrzehnt 1896 bis 1906 um 60603 Hektar mehr Land aus deutschen Händen gekauft, als Deutsche aus polnischen Händen!

Dieses Kunststück brachten die Polen auf sehr einfache Weise zustande: sie gründeten Parzellierungsgenossenschaften, die dem sehr erklärlichen Bedürfnis der polnischen „Kätner", „Häusler" und Kleinbauern, die danach trachten, ihren Landbesitz zu vergrößern, entgegenkommen. Das gleiche tun die privaten Spekulanten. Der Vorgang ist sehr einfach: wo irgend ein Besitzer bereit ist, sein Gut zu verkaufen, finden sich aus der Mitte der Gutsarbeiter genügend Leute, die Land kaufen oder zu ihrem Besitze hinzukaufen wollen. Da diese Leute — fast durchweg Polen — in der nächsten Nähe des zu parzellierenden Landes wohnen, so brauchen sie nicht eigene Wohnhäuser zu bauen, oder wenn sie bauen, bauen sie unglaublich billig (allerdings auch schlecht, weil sie eben unglaublich genügsam sind). Was ihnen fehlt, ist Kredit; den schaffen ihnen die Genossenschaften. Kreditfähig aber sind diese Leute, weil sie ihre winzigen Ersparnisse als Saisonarbeiter zu solchen Käufen anwenden. Auf diese Weise ist die Parzellierung ein sehr einträgliches Geschäft! Die polnischen Genossenschaften und die privaten Spekulanten verdienen dabei Geld!

Die Ansiedlungskommission dagegen lockt Bauern aus der Fremde herbei, die absolut nicht mit den Bedingungen, unter denen sie wirtschaften sollen, vertraut sind, die viele Jahre brauchen, ehe sie sich angepaßt haben, wenn sie sich überhaupt anpassen. Deshalb setzt der Staat ungeheure Summen zu, und doch sind die Kolonien, die er in der Provinz Posen gründet, zum großen Teil von vornherein zum Siechtum verurteilt. Geht man, wie Bernhard, diesen Dingen auf den Grund, so wundert man sich auch nicht mehr über die folgende Zusammenstellung: die Ansiedlungskommission hat 350 Millionen verausgabt, die polnischen Genossenschaften dagegen operieren mit einem Kapital von 16 Millionen Mark; die Kommission rechnet mit Mühe und Not heraus, daß „die Schadloshaltung des Staates", nämlich die Renten, die die Kolonisten zu zahlen haben, 2,02 Prozent beträgt, und diese Ziffer erweist sich als zu hoch berechnet, während die Genossenschaften ihr eigenes Kapital sowie das Bankkapital, mit dem sie operieren — sie genießen heute Kredit nicht nur bei polnischen Banken, sondern auch bei deutschen Großbanken —, normal verzinsen.

Bernhards Untersuchungen sind also dazu angetan, alle Legenden zu zerstören von den „polnischen Ränken" und von insgeheim wirkenden Verbindungen und ähnliche Schauergeschichten, mit denen der deutsche Philister von interessierter Seite ge-

„auf der anderen Seite werden die Polen nachweislich durch Spargelder der Saisonarbeiter und nicht nachweislich durch Gelder außerpreußischer Polen und vielleicht durch Kirchengelder ständig gestärkt!"

Digitized by Google

füttert wird. Aber gerade, weil es die natürliche und nüchterne Erklärung bringt, wird es wohl kaum die gewünschte Wirkung haben.

Bernhard kommt zu dem Schlusse, daß durch die Anwendung von Gewalt, von Ausnahmegesetzen nichts zu erreichen ist, daß der preußische Staat sich mit der Tatsache einer wirtschaftlichen und nationalen Erstarkung der Polen abfinden muß, und daß es darauf ankommt — die geeignete Form zu finden, um die Polen (das heißt das polnische Kleinbürgertum und Bauerntum) aus ihrem wirtschaftlichen Interesse heraus zu — ein preußischer Professor kann natürlich nicht anders! — loyalen preußischen „Untertanen" zu machen.

Sehr schön! Aber über einen Punkt schweigt sich der Herr Professor aus: über die brenzliche Frage der Germanisierung! Hier liegt indessen der Schwerpunkt der „Polenfrage", denn die Polen müssen und werden um das Recht auf kulturelle Entwicklung, das selbstverständlich das Recht auf eigene Muttersprache einschließt, kämpfen.

Bernhard macht dabei den Kapitalfehler, in den die bürgerlichen Gelehrten fortwährend verfallen, er identifiziert das Kleinbürgertum und das Bauerntum mit der Nation, deshalb scheint ihm die kleinbürgerlich-bäuerliche Genossenschaftsbewegung alles, und er kommt auf den fast komischen Gedanken, in den Leitern dieser Genossenschaften die polnische „Regierung" entdeckt zu haben. — Nun besteht indessen das „polnische Gemeinwesen" zu zwei Dritteln aus Proletariern, und das ist das Entscheidende. Der polnische Adel kann seinen Frieden mit der Regierung des Junkerstaats schließen, vielleicht kann man ein Mittel finden, um das Kleinbürgertum „loyal" zu machen, von dem Bernhard sagt, es sei gezwungen, „die Ordnung des Staates zu schützen"; aber es gibt keine Versöhnung zwischen dem preußischen Polizeistaat und dem Proletariat überhaupt, ganz besonders aber dem polnischen Proletariat. Dieses Proletariat aber ist die Macht der Zukunft.

Die kapitalistische Entwicklung förderte in den polnischen Gebieten Preußens vorerst das polnische Kleinbürgertum. Eine eigentümliche, sehr interessante Erscheinung, die wenig beachtet wird. Sie beruht in der Hauptsache darauf: in diesem polnischen Gebiet waren die Städte schon seit Jahrhunderten stark von Deutschen bewohnt, das flache Land war und ist polnisch; seit 50 Jahren entwickelt sich rapid der deutsche Kapitalismus, und das bewirkte eine starke Abwanderung gerade der Städter, der mehr agilen und unternehmungslustigen Elemente, also der Deutschen (und besonders der Juden). Aber auch in diesem polnischen Gebiet entwickelt sich der Kapitalismus, das Handwerk und der Kleinhandel (die bisher in Händen der Deutschen waren) verlieren an Boden, gebraucht wird der Fabrikarbeiter, und den liefert das flache Land, also — polnisches Element. Die Arbeiterbevölkerung der großen Städte ist sehr stark gewachsen und ist polnisch. Diese städtische Arbeiterschaft aber liefert die Kundschaft für den Krämer, den Arzt, den Advokaten usw.; deshalb verdrängt hier der polnische Kleinbürger den deutschen.

Diese Arbeiterschaft ist polnisch, weil sie nichts anderes sein kann, polnisch an Rasse, an Kultur, an Sitte; sie ist aber politisch noch gar nicht geschult, ihr Klassenbewußtsein ist gering. Die preußische Regierung zwingt sie indessen, durch die Verfolgung alles Polnischen, zur Opposition, deshalb fühlt sich dieser frisch vom Lande kommende Arbeiter vor allem als Pole und läßt sich vor den Wagen der polnisch-nationalen kleinbürgerlichen Politik spannen.

Aber die Entwicklung bleibt nicht auf diesem Punkte stehen: der Kapitalismus entwickelt sich sehr schnell weiter und vertieft die Klassengegensätze; daher muß der polnische Arbeiter, der sich heute nur als Pole fühlt, morgen als polnischer Proletarier fühlen; das ist unausbleiblich. Kommt es aber dahin, so wird auch sein politisches Denken proletarisch, und dann kommt er zu dem elementar einfachen Schlusse: die brutale Vergewaltigung der polnischen nationalen Interessen liegt im Wesen des preußischen Polizeistaats; solange dieser besteht, kann sie nicht verschwinden; nationale Rechte einer Minorität können einzig in einem demokratischen Staate ge-

wahrt werden, der die Bürgerrechte überhaupt respektiert; folglich besteht die Aufgabe darin, den Polizeistaat zu bekämpfen, ihn durch den wahrhaft demokratischen Staat zu ersetzen. — Der Kleinbürger scheut diesen Schluß, denn er ist gegen sein Interesse: Demokratisierung des Staates — das ist heute gleichbedeutend mit dem Vordringen der Sozialdemokratie; diese haßt und fürchtet er; Haß und Furcht machen ihn reaktionär bis auf die Knochen, deshalb hat eben Bernhard recht: zwischen dem reaktionären polnischen Kleinbürgertum, das vor allem „Ordnung" will, und dem reaktionären preußischen Staat ist eine Verständigung nicht undenkbar, trotz der nationalen Verfolgung. — Der Arbeiter dagegen hat noch hundert andere Gründe, die ihn zum Verfechter der Demokratie machen: sein ganzes Klasseninteresse zwingt ihn dazu. Und daraus ergibt sich klipp und klar: zwischen dem preußischen Staate von heute, dem Polizeistaat, und der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volkes, dem polnischen Proletariat, gibt es keinen Frieden: dieser Polizeistaat wird von seiner sauberen Politik der Germanisierung nicht lassen, der polnische Proletarier, je mehr er sich zum Klassenbewußtsein durchringt, muß um so schärfer dieser Politik wie dem Polizeiregime überhaupt sich widersetzen. In diesem Kampfe aber gegen den Polizeistaat ist das polnische Proletariat eins mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, dem deutschen Proletariat; darin liegt das Unterpfand seines Sieges. K...i.

Literarische Rundschau.

Alexander Wäber, **Preußen und Polen.** Der Verlauf und Ausgang eines zweitausendjährigen Völkergrenzstreites und deutsch-slawischer Wechselbeziehungen. München 1907, J. F. Lehmanns Verlag. 391 Seiten. 6 Mark.

Hugo Ganz, **Die preußische Polenpolitik.** Frankfurt a. M. 1907, Literarische Anstalt Rütten & Loening. 96 Seiten. 1,50 Mark.

S. v. Turno, **Zum Enteignungsprojekt.** Offenes Wort eines preußischen Staatsbürgers polnischer Nationalität. Posen, Selbstverlag des Verfassers. 27 Seiten. 50 Pfennig.

Eine eindringliche Betrachtung der Polenfrage müßte von zwei wesentlichen Gesichtspunkten ausgehen, einmal von den Ursachen, hauptsächlich geographischer Natur, die die Bildung eines zentralistischen Staates in Polen verhindert, und den anderen, vornehmlich wirtschaftlicher und politischer Art, die im neunzehnten Jahrhundert zu einer Wiedererstarkung des Polentums geführt haben, dann, wenn es sich um die preußische Polenpolitik im besonderen handelt, von dem gewaltigen Einfluß, den die auswärtige Politik allezeit auf diese Polenpolitik ausgeübt hat und noch heute ausübt. Herr Alexander Wäber allerdings ist über dergleichen Kleinigkeiten erhaben und verschmäht es, von wirtschaftlichen Grundlagen der Entwicklung Polens ganz zu schweigen, auch nur in folgerichtigem Zusammenhang die äußere Geschichte Polens und die Geschichte der preußischen Polenpolitik darzulegen. Er wirft ein Bündel historischer Fakta und Zitate hin, um zu erweisen, daß alles, was von Polen kommt, des Teufels, und alles, was von Preußen kommt, dreifach wohlgetan sei, und daß sich im letzten Grunde die ganze Völkerentwicklung nur vollzogen habe, um die Deutschen, besser die Preußen zum Salz der Erde und Berlin zur politischen Achse des Erdballs werden zu lassen. Deshalb gibt er sich mit dem eigentlichen Polen und der preußischen Polenpolitik auch nur in dem zweiten, weniger umfangreichen Teile seines Werkes ab, während er sich auf den ersten 200 Seiten strapaziert, mit viel Fleiß und Belesenheit darzutun, daß sich in grauer Vorzeit die Wohnstätten der Deutschen bis zur Weichsel und an zwei Stellen, an der unteren Weichsel und an dem Nordabhang der Karpathen, über diesen Strom nach Osten erstreckt hätten. Die Namen der Bojer, Quaden, Marsnige, Sueben,

Digitized by Google

Lotiner, Osen, Lomovier, Skirren, Rugier, Semnonen, Bastarnen, Peukiner und einiger Dutzend anderer werden dabei mit geschäftiger Virtuosität dem erstaunten Leser um die Ohren geschlagen, der sich vergebens fragt, was in aller Welt dieser Völker buntes Gemisch mit der so brutalen wie kurzsichtigen Polenpolitik Preußens im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert zu tun hat. Durch die entrüstete Behauptung Wäbers, daß alles Land, wo einst Deutsche gesessen, deutsch bleiben oder wieder deutsch werden müsse, wird er indessen eines Besseren belehrt und darauf geführt, daß Herr Wäber die moralische Berechtigung der räuberischen Aufteilung Polens und der Unterdrückung der Staatsbürger polnischer Sprache beweisen will. Er gehört nämlich zu den Käuzen, die frisch-fromm-fröhlich-frei ihre alldeutschen Purzelbäume schlagen, und ist in etwa der Widerpart seines alldeutschen Glaubensgenossen Liebert, der das: Macht geht vor Recht! als das richtige Leitmotiv der preußischen Polenpolitik proklamiert hat. Da Alldeutsche aber Narrenfreiheit genießen, seien Herrn Wäber die zahlreichen Fehler, Irrtümer und Ungereimtheiten, die er selbst von seinem Standpunkt aus leistet, nachgesehen und nur der Kuriosität halber konstatiert, daß selbst dieser grimmige Bärenhäuter sich gegen ein gesetzliches Verbot des Polnischen als Versammlungssprache wendet, mit dem die Freisinnigen hier und da schon geliebäugelt haben.

Hugo Ganz gibt in feuilletonistischer Art persönliche Eindrücke aus dem Gebiet der Ostmarkenpolitik. Seine Schrift ist um dessentwillen interessant, weil sie gleichzeitig aus den verschiedenen Lagern Stimmen zu Worte kommen läßt, einen Vertreter der Regierung, einen Beamten der Ansiedlungskommission, neben Herrn v. Koscielski andere Polenführer und auch Angehörige des polnischen und deutschen Klerus.

Der Beamte der Ansiedlungskommission mußte gestehen: „Auf normalem Wege können wir den Polen nichts mehr abnehmen. Ich kann nur konstatieren, daß wir ziemlich an der Grenze unseres Könnens angelangt sind und es jetzt eine Frage der Gesetzgebung ist, ob wir Halt machen müssen oder nicht." Daß die Junkerklasse im Osten sich allerdings mit Zähnen und Nägeln gegen ein Expropriationsgesetz wehren würde, und zwar aus dem patriotischen Grunde, weil es mit einem Schlage dem paradiesischen Zustand ein Ende machte, in dem jetzt die Konkurrenz der Ansiedlungskommission und der polnischen Parzellierungsgenossenschaften die Güterpreise zu märchenhafter Höhe hinauftreibt, wird ebenfalls erwähnt.

S. v. Turno, ein polnischer Gutsbesitzer, der zur Versöhnung mit Preußen neigt und dessen Broschüre deshalb ein ziemliches Aufsehen erregt hat, zeigt hauptsächlich die schädlichen Folgen auf, die ein Enteignungsgesetz haben würde. „Sollte das Enteignungsprojekt Gesetz werden, dann würde es wie ein Damoklesschwert über jedem Grundbesitzer dauernd hängen. Das fröhliche Streben, die Arbeit im Vertrauen auf eine sichere Zukunft würden dem mutlosen In-den-Schoß-legen der sonst so rastlosen Hände über kurz oder lang Platz machen müssen. Neubauten und Umbauten unzeitgemäßer Gebäude, die Meliorationen unserer Felder und Wiesen, die Aufforstung öder Flächen würden möglichst eingeschränkt werden. Man würde die Gebäude stützen, auf Feld und Wiesen den Schachtelhalm fröhlich wachsen und auf Ödländereien den trockenen Sand seinen Ringeltanz aufführen lassen." Nach allem kommt Turno zu dem Urteil: Das Enteignungsprojekt ist vom rechtlichen Standpunkt ein Rechts- und Verfassungsbruch, vom wirtschaftlichen ein Abenteuer, vom politischen ein Schlag ins Wasser. Nur läßt sich nicht absehen, warum die preußische Regierung nicht die drei Dinge in einem begehen sollte, nach den Rechts- und Verfassungsbrüchen, die sie schon auf ihr robustes Gewissen geladen, nach den wirtschaftlichen Abenteuern, auf die sie sich schon eingelassen, und den politischen Schlägen ins Wasser, die sie schon geführt hat.

Hermann Wendel.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 10 | 26. Jahrgang, 1. Band | 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Krisis als Komödie.

✗ Berlin, 5. Dezember 1907.

Der Block hat seine erste Krisis hinter sich, und sie war auch danach. Eine Komödie viel mehr als eine Krisis, oder richtiger vielleicht: eine Krisis, die sich gemäß der Natur des Blocks in den Formen einer Komödie abspielte. Eben sprangen sich die braven Blockbrüder in der Etatsdebatte des Reichstags gegenseitig an die Gurgel, als der Reichskanzler, in Nachahmung des braven Bismarck, sein Quos ego! dazwischen warf, sein Wart', ich will euch! Und siehe da, der ganze Block beschloß einmütig, zusammen zu bleiben und seinem Vater nach wie vor sein volles Vertrauen zu schenken. So lange, bis die drängende Finanznot den mühsam wieder zusammengekitteten Topf doch in tausend Scherben zerschlägt.

Die Etatsdebatte bewegte sich namentlich um zwei Gesichtspunkte: um den Prozeß Moltke-Harden und die Frage, wie der Block zusammenzuhalten sei, namentlich gegenüber den wachsenden Reichsschulden. An den ersten drei Tagen der Verhandlungen trat Fürst Bülow jeden Tag mit einer neuen Rede an, deren jede immer wachsende Beifallsstürme in der Blockpresse entfachte. In der Tat waren sie alle in ihrer Art ganz gelungene Proben der Kunst, mit vielen und namentlich mit schönen Worten nichts zu sagen, einer Kunst, worin der Reichskanzler unzweifelhaft die ehedem bonapartistischen Sprechminister noch übertrifft. Läßt sich etwas Anmutigeres denken als der Trumpf, womit Bülow seine Rede über die Blockpolitik schloß, womit er das einzige Bild heraufbeschwor, das Bismarcks Sterbezimmer geschmückt haben soll, das Bild Uhlands, der nur ein Haupt über Deutschland leuchten sehen wollte, das mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbt wäre. Wenn mit solchen feuilletonistischen Scherzen ernsthafte Politik zu treiben wäre, so wäre Bülow zweifellos der Großmeister aller Politiker, die je gelebt haben.

Selbst im Schoße des Blocks nimmt man die Dinge doch nicht so auf die leichte Achsel. Freilich liegt hier, wenn es gestattet ist, einen etwas derben Vergleich auf erlauchte Staatsmänner anzuwenden, der Knüppel beim Hunde.

Die Junker wollen schlechterdings nicht die Liberalen aus der Schüssel mitessen lassen, denn sie wissen recht gut, daß ihre Herrlichkeit bei alledem auf tönernen Füßen ruht, von denen man nicht wissen kann, wie bald sie zusammenpurzeln, wenn es einmal ans Abbröckeln geht; die Liberalen aber können auf die Langmut der Philister, die noch zu ihrer Fahne schwören, doch nicht so weit rechnen, daß sie neue Steuerlasten auf den Nacken der Massen wälzen und dafür keine anderen Trinkgelder erhalten als einige Ausnahmegesetze. So fehlte es in der Etatsdebatte nicht an gegenseitigen Karambolagen zwischen den Blockbrüdern, die immerhin geeignet waren, den Reichskanzler von dem bequemen Bette seiner Selbstzufriedenheit aufzuscheuchen, zumal als der schärfste Stoß von derjenigen liberalen Fraktion kam, die sich bisher immer noch am gefügigsten erwiesen hatte, nämlich von der nationalliberalen Fraktion.

Die Freisinnigen hatten noch am ehesten ihren guten Willen bekundet, sich mit bloßen Redensarten abspeisen zu lassen, oder doch wenigstens die freisinnigen Volksparteiler, die unter ihren Führern Fischbeck, Kopsch, Wiemer und wie sie sonst noch heißen, auf einen unglaublichen Grad moralisch-politischer Verkommenheit gesunken sind. Unter ihren Führern, und nicht etwa durch sie, wie man oft hören kann, denn eine Partei, die solche Führer auch nur vier Wochen erträgt, zeigt eben dadurch, daß sie Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein ist. Tatsächlich liquidieren die Fischbeck und Genossen auch nur das Erbe Eugen Richters, den sein verbohrter Haß gegen die Arbeiterbewegung immer tiefer ins Joch des Junkerstums zwang. Mit einer etwas vorurteilsfreieren Stellung gegenüber der Sozialdemokratie hängt es denn auch zusammen, daß die Liberalen der Freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei immerhin einen etwas steiferen Rückgrat gegenüber der Regierung zeigen; die Schrader, Payer und Gothein machten in der Etatsdebatte kein Hehl daraus, daß sie sich doch nicht rein zum Narren der Junker und auch nicht des Reichskanzlers machen zu lassen gedächten.

Wieder aus einer anderen Tonart sang Herr Paasche als Sprecher der nationalliberalen Fraktion. Er benützte den Prozeß Moltke-Harden als Sturmbock gegen die Regierung und namentlich gegen den preußischen Kriegsminister, der, wie übrigens auch Fürst Bülow, alle homosexuelle Verseuchung des Offizierkorps und natürlich auch jede Existenz einer höfischen Kamarilla mit allem Pathos sittlicher Entrüstung bestritten hatte. Man braucht sich durch dies Pathos nicht imponieren zu lassen, und wir sind am wenigsten geneigt dazu, aber ebensowenig ist das Pathos imponierend, womit Herr Paasche sich zum Cicero aufwarf, um den Catilinas der Regierungsbank entgegenzudonnern: Quousque tandem? Wie lange wollt ihr noch unsere Geduld mißbrauchen? Das war nun auch nichts als die pure Komödie, denn die nationalliberale Fraktion mitsamt ihrem Herrn Paasche ist ja, so lange sie besteht, die ausgesuchteste Brutstätte der politischen Heuchelei gewesen, und wenn sie anfängt, mit wohlfeiler Empörung über öffentliche Schäden herzuziehen, so kann man tausend gegen eins wetten, daß es sich dabei um eine politische Schachermachei handelt. Auch in diesem Falle spricht alles dafür, daß die nationalliberale Fraktion einmal aufs Ganze gegangen ist und mit ihrem Vorstoß gegen den

preußischen Kriegsminister sich ein wenig im Ministerstürzen versucht hat; Herr Paasche gibt den Mitgliedern der preußisch-deutschen Regierung, von denen man mit Recht oder mit Unrecht annimmt, daß sie der Blockpolitik ungünstig gesinnt seien, den höflichen Rat: Hebet euch von dannen, damit wir eure Plätze einnehmen.

Anders als auf diese Weise läßt sich der nationalliberale Vorstoß nicht erklären. Ob der Kriegsminister oder das Militärkabinett frühzeitig genug gegen die Schweinereien einiger Gardeoffiziere eingeschritten ist, das ist wirklich für die gerissenen Vorkämpfer des nationalliberalen Geschäftspatriotismus Hekuba. Auch die Tatsache, daß Herr Paasche mit Herrn Harden verschwägert ist, genügt keineswegs, um zu erklären, daß der nationalliberale Sprecher vor versammeltem Kriegsvolke den Herausgeber der „Zukunft" als Vaterlandsretter begrüßte. Sentimentalität ist sein Fehler nicht, zumal wenn sich die Sentimentalität nur als Komik wider Willen zu produzieren vermag. Nein, Herr Paasche hat unzweifelhaft hochpolitische Pläne verfolgt, als er seine Lanze gegen den preußischen Kriegsminister einlegte, aber er hat dabei denselben Fehler begangen wie sein Schützling Harden, indem er die Rederei gar zu hitzig übertrieb und sich nun selbst auf den Boden gesetzt findet, auf den er die blockfeindlichen Minister setzen wollte.

Eben die Voraussetzung, daß es die Nationalliberalen auf ein bißchen Ministerstürzerei abgesehen hatten, erklärt das schnelle Eingreifen des Reichskanzlers und seinen diktatorischen Ton, der sonst ja gar nicht zu seinem höfischen Wesen stimmt. Er weiß sehr gut, daß in der tölpelhaften Weise des Herrn Paasche in Preußen keine Minister gestürzt werden, und daß es ihm nun selbst an den Kragen gehen würde, wenn er nicht sofort das Tischtuch zwischen sich und dem nationalliberalen Ehrgeiz zerschnitte. Möglich, daß er den preußischen Finanzminister ebenso gern ausschiffen möchte wie im vergangenen Sommer den Grafen Posadowsky, aber sicherlich wird es nicht Hand in Hand mit einer parlamentarischen Partei geschehen, die offen den Sturz des Herrn v. Rheinbaben verlangt. Nicht gewisser, als daß es „aussichtslos" erscheint, „die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember inaugurierten Politik zu führen", wie der Reichskanzler in seinem offiziösen Hauptblatt erklären läßt, wenn sich die nationalliberalen Blockbrüder in der Weise des Herrn Paasche gebärden.

Das haben die Blockparteien denn auch eingesehen, und auf den harten Rüffel, den ihnen der Erzeuger des Blocks erteilte, sind sie in der heutigen Sitzung des Reichstags über den Stock gesprungen, daß es einen Hund jammern konnte. Alle der Reihe nach, vom ostelbischen Junker bis zum süddeutschen Demokraten; keiner darunter, der noch einen Anflug von politischer Scham besaß. Höchstens daß sich ein solcher Anflug hinter der Feigheit versteckte, womit sie der Opposition das Wort abschnitten! Es war eine widerliche Szene, wie sie ähnlich der Reichstag nur noch in den berüchtigten Dezembertagen vor fünf Jahren erlebt hat, und keinem der elenden Komödianten darf diese Orgie der Selbstentwürdigung vergessen werden.

Die politischen Aussichten des Blocks sind dadurch freilich nicht verbessert worden. Ehe er noch vor irgend eine ernsthafte Aufgabe gestellt werden konnte,

kracht er in allen Fugen, sobald ihn nur die etwas rauhe Luft anweht, die noch lange kein wirklicher Sturm ist. Die wirklichen Stürme kommen erst mit den neuen Steuern und den neuen Ausnahmegesetzen. Das reelle Resultat dieser ersten Probe, auf die der Block gestellt wurde, ist nichts anderes, als daß sich die Kläglichkeit seiner ganzen Politik vor allem Volke enthüllt hat: die gegenseitige Neidhammelei innerhalb seiner heiligen Hallen, der Hochmut der einen und die Demut der anderen, das ängstliche Niederducken vor einem Donnern in der doch nichts weniger als erschreckenden Figur des gegenwärtigen Reichskanzlers. Wenn das schon am grünen Holze des Blocks geschieht, in seinen Frühlingstagen, was werden wir dann erst an seinem dürren Holze erleben, in den Zeiten seines Herbstes, wo er seine Früchte spenden soll? Die ultramontane Presse befolgt von ihrem Standpunkt aus eine ganz richtige Politik, wenn sie nicht etwa „Morgenluft wittert", wie sich die komische Überhebung der liberalen Blockblätter einbildet, sondern die „Krisis" mit ungemischtem Behagen genießt; sie geduldet sich gern noch eine Weile, bis die Blockparteien sich völlig abgewirtschaftet haben und sie dann um so sicherer sich wieder als „maßgebende Partei" aufspielen kann.

Aus ganz anderen Gründen freilich, aber auch in noch weit höherem Grade wissen wir uns frei von jedem Kummer darüber, daß der Block noch einmal zusammengeleimt worden ist. Wenn er jetzt zersprungen, so hätte der Liberalismus sich am Ende ein Stückchen Ansehen und Autorität gerettet, und wir haben kein Interesse daran, daß er noch einen Schein von Leben bewahrt, der doch nur trügen kann. Will er sich in seines Sinnes Torheit selbst in Grund und Boden ruinieren, so sind wir die letzten, die darüber zu trauern brauchen, und ebensowenig haben wir das Zentrum um die Erbschaft zu beneiden, die ihm die freisinnige Blockpolitik hinterläßt. Uns genügt vollkommen, den Freisinn dort zu beerben, wo er etwas von Wert zu hinterlassen hat: in der Anhänglichkeit der Arbeiterkreise, die ihm zu täuschen bisher noch gelungen ist und denen er nunmehr durch seine Blockpolitik gründlich den Star sticht.

Zur Agrarfrage in Russisch-Polen.

Von K—i.

1. Charakteristik der landwirtschaftlichen Zustände und der Besitzverhältnisse.

Die Agrarfrage in Rußland steht im Vordergrund des Interesses, denn davon, wie sich die Agrarzustände gestalten, hängt zweifellos im hohen Maße das Schicksal der Revolution ab. Nichts wäre aber verfehlter, als hier alles über einen Kamm scheren zu wollen, denn auf dem gewaltigen Gebiet des russischen Reiches finden wir sehr verschiedene Typen der Landwirtschaft und die verschiedensten Besitzverhältnisse an Land. Unsere Aufgabe soll es sein, in kurzen Zügen die Agrarverhältnisse in Russisch-Polen zu charakterisieren.

Vor allem muß man sich vor Augen halten, daß diese Verhältnisse, mit denen im eigentlichen Rußland, dem von den „Großrussen" bevölkerten Teile des Reiches, gar nichts gemeinsam haben. Die Verhältnisse in jenem Gebiet werden durch folgende Erscheinungen charakterisiert: 1. das Bestehen des

Gemeineigentums der Bauern am Boden; 2. Mangel an kapitalistischer Wirtschaft auf den Gütern der Großgrundbesitzer; diese sind „Grundherren“, die in den meisten Fällen ihre Güter nicht bewirtschaften, sondern das Land an Bauern verpachten; 3. infolgedessen geringe Zahl des eigentlichen ländlichen Proletariats (wo kein kapitalistischer Großbetrieb, ist auch kein Proletariat); 4. große Verelendung der Bauernschaft und sehr rückständige Ackerkultur; 5. schwache Bevölkerung des Landes.

In Polen sehen wir von alledem nichts: 1. der Boden ist Privatbesitz, nur Weiden im Gemeinbesitz der Bauern kommen vor; 2. die polnischen Großgrundbesitzer treiben durchweg rein kapitalistische Wirtschaft, bestellen den Boden mit eigenem Inventar und Lohnarbeitern; Verpachtung von Land an Bauern kommt nur ganz ausnahmsweise bei verkrachten Gutsbetrieben vor; 3. die Zahl der landwirtschaftlichen Proletarier, deren Interessen durchaus nicht mit denen der Bauern zusammenfallen, ist sehr bedeutend; 4. die Bauernschaft befindet sich — wie wir sehen werden — in einer ungemein schweren wirtschaftlichen Lage, aber von einer solchen Verelendung wie in Rußland, von periodisch wiederkehrenden Hungersnöten als Folge des Mangels an wirtschaftlicher Kraft zur Bebauung des Bodens ist keine Rede; der Boden in bäuerlichem Besitz ist zwar immer noch mangelhaft bestellt, aber im großen ganzen ist die Ackerkultur in Polen bei weitem höher als im eigentlichen Rußland; 5. Russisch-Polen zählt 93 Einwohner pro Quadratkilometer und gehört somit zu den stark bevölkerten Ländern Europas. Im allgemeinen besteht zweifellos mehr Analogie zwischen den Zuständen in Russisch-Polen mit denen Ostelbiens, als mit denen des zentralen und nördlichen Rußland.

Beginnen wir mit der Bodenbeschaffenheit. Die polnische Ebene bietet natürlich diesseits wie jenseits der künstlich gezogenen Staatsgrenze die gleichen Verhältnisse. Es ist leichter Boden. Überwiegend ist es mittlerer Roggenboden, nur Kujavien (das an Preußen grenzende Gebiet an der Weichsel) hat humusreichen Weizenboden, und ein ähnlicher Strich befindet sich im Gouvernement Lublin (der berühmte Sandomirer Weizen). Von Verhältnissen, wie sie in Südrußland bestehen, wo der Schwarzerdeboden der Steppe bis in die letzte Zeit Ernten ohne Düngung lieferte, ist keine Rede; dieser Boden liefert nur Ernten bei intensiver Beackerung, erfordert starke Düngung, was ausgiebige Viehhaltung bedingt. Andererseits ist dieser Boden seit Jahrhunderten in Kultur. War doch im sechzehnten Jahrhundert Polen „die Kornkammer Europas“; und gerade der Teil der ehemaligen Republik, der das heutige Russisch-Polen bildet, lieferte den größten Teil des Getreides, das auf dem Weichselstrom nach Danzig verschifft wurde.

Über die Bodenbenutzung finden wir folgende Angaben:

Haus- und Hofräume und Gärten	734451	Morgen	= 3,3	Prozent der Gesamtfläche
Ackerland	12139547	„	= 55,2	„ „ „
Wiesen	1890432	„	= 8,5	„ „ „
Weideland und Hutungen	1669191	„	= 7,5	„ „ „
Forsten und Holzungen .	4534596	„	= 20,5	„ „ „
Öd- und Unland, Gewässer, Wege	1076120	„	= 5,0	„ „ „

Die Zahlen sind nicht ganz mit denen der preußischen Statistik vergleichbar, weil dort die Gärten dem Ackerland zugezählt sind, die Haus- und Hofräume

dem Ödland. Die Prozentsätze für Preußen sind: Ackerland und Gärten 50,7, Weinberge 0,1, Wiesen 9,4, Weiden und Hutungen 5,9, Forsten und Holzungen 23,7, Haus- und Hofräume, Öd- und Unland, Wege und Gewässer 10,2.

Die Zahlen für Polen sind stark anfechtbar, denn sie stammen aus Angaben der Steuerbehörde, und diese rechnet natürlich gern die Hutungen zu Wiesen, Ödland, wenn es nicht gerade aus purem Flugsand oder Geröll besteht, zu den Hutungen.[1] Ferner ist zu bemerken, daß von den Wiesen ein beträchtlicher Teil nach deutschen Begriffen in der Rubrik der Weiden rangieren würde, denn die Pflege der Wiesen ist noch arg zurück. Dagegen ist wohl ein beträchtlicher Teil der Hutungen und selbst des Ödlandes kulturfähig. Die Waldfläche ist, wie wir sehen, nicht besonders groß, und eine weitgehende Abholzung und Rodung ist nicht zulässig, besonders da die polnischen Wälder überwiegend Nadelholz aufweisen und auf Sandboden stehen, der zum größten Teile niemals brauchbares Ackerland liefern würde, sondern nach der Abholzung sich in Flugsand verwandelt. Wenn also in der Petersburger Duma viel von Aufteilung der Waldfläche unter die Bauern zur Rodung gesprochen wurde, so ist das für Polen gänzlich ausgeschlossen.

Über die Verteilung des Bodenbesitzes haben wir folgende Angaben:

Die Statistik unterscheidet zwischen „Privatbesitz", worunter der Großgrundbesitz zu verstehen ist, und dem „bäuerlichen Besitz". Diese Unterscheidung ist darauf zurückzuführen, daß erstens die Einteilung in Stände noch besteht, zweitens das Bauernland bisher unter speziellem gesetzlichen Schutze steht: Personen nicht bäuerlichen Standes dürfen keinen Boden kaufen, der bei der „Regulierung" im Jahre 1864, das heißt bei der Ablösung der Fronden, in Besitz der Bauern überging. Indessen umfaßt das Bauernland nicht allen Kleinbesitz, denn es gibt außer den bäuerlichen noch „kleinstädtische Besitzer", das heißt die Bewohner der Kleinstädte und „Flecken", die vorwiegend „Ackerbürger" sind. Diese Flecken sind zahlreich, was seine historischen Ursachen hat: der Adel erhob Dörfer zum Range von „Städten", um in diesen Städten Jahrmärkte zu errichten; die Einwohner blieben zum Teil Fronbauern, zum Teil waren es Zinsbauern. Bei der Regulierung wurden diese Flecken anders behandelt als die Bauerndörfer. Schließlich gibt es eine Kategorie, die wohl nur in Polen vorkommt: den Kleinadel. Es waren das zur Zeit der Republik Polen Leute, die aus diesem oder jenem Grunde von Fronden und Lasten der Bauern frei blieben, dagegen Kriegsdienst zu leisten hatten und alle Privilegien des Adels genossen. Es gibt bis auf den heutigen Tag Dörfer, in denen keine Bauern zu finden sind, sondern lauter Edelleute; aber diese Edelleute besitzen je ein paar Morgen Land und bebauen es eigenhändig, sind also ihrer wirtschaftlichen Lage nach durchaus Bauern. Der Unterschied ist höchstens der, daß diese Leute niemals in Knechtschaft lebten und deshalb kulturell höher stehen als die ehemaligen Fronbauern. Schließlich gibt es noch Unterschiede im Großgrundbesitz: nach der Niederwerfung der Aufstände wurde unter russische Offiziere und Tschinowniks (Beamte) Land verteilt, das man den polnischen Besitzern konfisziert hatte. Diese Güter wurden als Majorate eingerichtet und unterliegen speziellen gesetzlichen Vorschriften, dürfen nicht an Polen verkauft werden usw. Daneben bestehen Staatsdomänen und haben die Städte Grundbesitz.

[1] Ein befreundeter Besitzer zeigte mir auf seiner Besitzung fünf Morgen Land, wo nur Heidekraut und Ginster wächst; er behauptete, das Gebiet komme nur in Betracht als — „Abort für die Krähen"; es werde ihm aber in der Steuerrolle als „Hutung" berechnet.

Digitized by Google

Wir können also nach den Angaben für 1904 folgende Einteilung treffen:

I. Großgrundbesitz.

a. Private Landgüter . .	6990513	Morgen[1]
b. Majorate	757519	„
c. Staatsdomänen . . .	1405064	„
d. Besitz der Städte . .	299632	„
Insgesamt	9452728	Morgen = 43%

II. Kleinbesitz.

a. Bauernland	10748153	Morgen
b. Besitz der Ackerbürger .	570506	„
c. Besitz des Kleinadels .	1271776	„
Insgesamt	12590435	Morgen = 57%

Sind diese Zahlen im allgemeinen glaubwürdig, so finden wir im ferneren nur sehr ungenügendes Material. Eine Berufs- und Betriebszählung hat niemals stattgefunden, sondern die offiziellen Angaben über die landwirtschaftlichen Betriebe entstammen einer sehr unzuverlässigen Quelle: sie werden von den Gemeindebehörden gesammelt und im „Warschauer Statistischen Komitee für die zehn Gouvernements des Königreichs Polen" verarbeitet. Die Gemeindebehörden sind keine Selbstverwaltungskörperschaften, sondern rein administrative Behörden, die sich des gründlichsten Mißtrauens der Bevölkerung erfreuen. Die Gemeindeschreiber aber, die das statistische Material sammeln, haben eine absolut ungenügende Vorbildung für eine solche Arbeit; in jenem „Statistischen Komitee" endlich arbeiten russische Tschinowniks, die von den Landesverhältnissen keine Ahnung haben, obendrein auf die Russifizierungspolitik eingedrillt sind und daher zu tendenziöser Entstellung neigen. Im gegebenen Falle kommt das letztere darin zum Ausdruck, daß dieses Komitee stets bemüht ist, die Resultate der russischen Agrarpolitik in glänzendem Lichte zu zeigen. Suchen wir trotzdem auf Grund dieses Materials uns ein annäherndes Bild über die Besitzverhältnisse zu machen.

Was den Großbesitz anbetrifft, sind die Angaben der offiziellen Statistik ziemlich zuverlässig, da sie mit denen der polnischen Hypothekenkreditgenossenschaft übereinstimmen. Danach gibt es in Polen 7417 Güter im Privatbesitz mit einer Bodenfläche von 6380171 Morgen, so daß im Durchschnitt 860 Morgen auf ein Gut entfallen. Diese Güter werden, wie gesagt, kapitalistisch bewirtschaftet, Verpachtungen finden statt, doch werden nur ganze Güter oder Vorwerke verpachtet, die der Pächter im Großbetrieb bewirtschaftet. Von der Bodenfläche sind zirka 60 Prozent Ackerland, 30 Prozent Forsten, das übrige Wiesen, Weiden und Ödland. Eigentliche Latifundien sind selten; zu diesen gehören die Besitzungen des Grafen Zamojski im Gouvernement Lublin, die einen Umfang von 100665 Morgen haben. Die Verschuldung dieses Grundbesitzes ist bedeutend. Die Hypothekenkreditgenossenschaft hat auf diesen Gütern rund 140 Millionen Rubel stehen; die privaten Hypotheken werden auf das Doppelte bis Dreifache dieser Summe geschätzt. Der Zinsfuß ist ungemein hoch: 6 bis 8 Prozent und darüber. Der Stand der Wirtschaft läßt nach westeuropäischen Begriffen noch ungemein viel zu wünschen übrig. Es betragen zum Beispiel die Ernteergebnisse pro Hektar 10,8 Doppelzentner Roggen, 12,7 Doppelzentner Weizen, 9,0 Doppelzentner Hafer, während die

[1] Der Morgen ist hier gleich 0,5 russischen Deßjätinen gerechnet = 0,546 Hektar.

gleichen Zahlen für Ostpreußen, Westpreußen und Posen (ein Gebiet mit ähnlichen Bodenverhältnissen) sind: 13,5 Doppelzentner Roggen, 17,8 Doppelzentner Weizen, 15,0 Doppelzentner Hafer. Die Erklärung dafür ist leicht zu finden: an intensive Kultur ist nicht zu denken in einem Lande, dessen Stadtbevölkerung nur 21 Prozent der Gesamtbevölkerung bildet, dessen Arbeiterschaft schlecht entlohnt und daher nicht kaufkräftig ist. Dazu kommt der Mangel an Verkehrsmitteln: die Landwege sind miserabel, Kunststraßen sind wenig vorhanden, das Eisenbahnnetz unentwickelt. Es ist also erklärlich, daß die große Mehrzahl der Güter sich auf den Anbau von Getreide beschränken muß und ungenügende Viehhaltung hat. Es klingt wie Hohn, wenn man hört, daß fast die ganze Produktion von Kleie der polnischen Mühlen nach Preußen ausgeführt wird, als Viehfutter, daß Polen Heu und Stroh ausführt. Die Stallfütterung mit Kraftfutter, die Anwendung von Kunstdünger und ähnliche Fortschritte sind eben bei den gegebenen Verhältnissen für den polnischen Landwirt nicht rentabel. Indessen ist der Fortschritt in den letzten 25 Jahren unbestreitbar. Die Dreifelderwirtschaft ist überwunden, es ist allgemein Fruchtwechselwirtschaft eingeführt, der Viehstand bessert sich zusehends, die landwirtschaftliche Maschine findet immer weitere Anwendung, die Gebäude sind wesentlich besser geworden. Auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Industrie — Zuckerfabriken, Stärkefabriken, Brennereien, Brauereien usw. — ist ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Mit einem Worte, wir haben es mit einer in fortschreitender Entwicklung begriffenen kapitalistischen Landwirtschaft zu tun, mit einer Landwirtschaft, in der große Kapitalien investiert sind. Wenn man in Rußland mit Recht von den Großgrundbesitzern als bloßen Einnehmern von Grundrente spricht, so trifft das in Polen keinesfalls zu. Der polnische Gutsbesitzer ist — ähnlich wie der preußische Junker — heute nichts anderes als ein kapitalistischer Unternehmer, der landwirtschaftliche Produktion treibt. In politischer Hinsicht ist dieser Großgrundbesitzer freilich — wieder genau wie der preußische Junker — ein erzreaktionärer Typus.

Was die Majoratsgüter anbetrifft, so ist der Typus des Betriebs hier der gleiche, nur sind sie im allgemeinen minder gut bewirtschaftet, da sie fast durchweg in Pacht gegeben sind, die Besitzer sich wenig um sie kümmern und auch nicht kapitalkräftig sind (Hypothekenschulden können auf diese Güter nicht aufgenommen werden).

Die Staatsdomänen bestehen zu 88,5 Prozent aus Forsten, die dem Staate ungefähr 5 Millionen pro Jahr eintragen. Sie werden zum größten Teile in eigener Regie des Staates bewirtschaftet, sind aber im großen und ganzen arg vernachlässigt.

Viel schwieriger ist es, sich ein Bild der Zustände des **Kleinbesitzes** zu machen.

Schon die erste Frage: „Wie viel Betriebe gibt es?“ ist hier schwer zu beantworten. Die Sache ist die: Die Statistik führt die Zahl der Bauernwirtschaften auf dem Lande an, das die Bauern im Jahre 1864 bei der „Regulierung“ erhielten. Diese Zahl wird mit 778445 Betrieben angegeben, die insgesamt 8957283 Morgen Land haben. Nun haben aber die Bauern im Laufe der Zeit Land hinzugekauft, insgesamt 1825000 Morgen. Dieses Land wurde in rund 179000 Parzellen geteilt. Von den Erwerbern solcher Parzellen waren 95772 vorher ohne Landbesitz, die übrigen waren Besitzer, die Land zukauften. Jedenfalls sind also 95772 neue Betriebe entstanden, das

ergibt mit den auf dem „Regulierungsland“ befindlichen 874217 Betriebe, deren Besitzer dem Bauernstand angehören. Indessen darf diese Angabe stark angezweifelt werden. Das Gesetz verbietet es nämlich, die Landparzellen, die die Bauern 1864 zu eigen erhielten, in Parzellen zu teilen, die kleiner als 6 Morgen sind; in Wirklichkeit indessen findet bei der Erbfolge eine derartige Teilung beständig statt: ein Bauernhof von 12 oder 15 Morgen wird in vier, fünf, sechs Teile zerschlagen, wobei die Erben entweder neue Gebäude errichten oder auch eine Zeitlang in der gemeinsamen Behausung bleiben.[1]

Nun ordnete zwar das „Statistische Komitee“ an, daß ihm Angaben über den tatsächlichen Besitz gemacht werden, auch wenn die Teilung gegen die gesetzliche Vorschrift vorgenommen wurde; indessen kann man sicher sein, daß die Bauern sich gehütet haben, in solchen Fällen wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Mißtrauen gegen alles, was Behörde heißt, ist ja bekanntlich eine allgemeine Bauerneigenschaft, der polnische Bauer aber ist doppelt und dreifach mißtrauisch gegen den russischen Tschinownik. Es ist also als sicher anzunehmen, daß die Zahl der bäuerlichen Besitze bei weitem größer, daß die Landzersplitterung weiter fortgeschritten ist, als sich aus der offiziellen Statistik ergibt.

Sehr unzuverlässig sind auch die Angaben über den Besitz des Kleinadels. Der Bauernbesitz untersteht der Kontrolle der Bauernkommissare, die jedenfalls bestrebt sein müssen, ein einigermaßen übersichtliches Bild der Verhältnisse zu erhalten; bei dem Kleinadel fehlt diese Kontrolle. Dabei ist dieser Kleinadel ein sehr eigenartiges Völklein, das den Tschinownik womöglich noch glühender haßt als die Bauernschaft und seine Sachen gern nach althergebrachter Sitte regelt, ohne die Behörden „in den Topf gucken zu lassen“. Da wird Land geerbt, getauscht, gekauft und verkauft ohne schriftliche Kontrakte, ohne Notar und Stempelabgaben. Wie die Besitzverhältnisse in so einem masovischen Adelsdorf liegen, daraus wird oft kein Salomo klug. Die offizielle Statistik gibt 53028 Betriebe mit insgesamt 651746 Morgen an, doch sind diese Zahlen nur sehr cum grano salis, ja schon mehr mit einem gewaltigen Klumpen Salz aufzunehmen.

Schließlich die Ackerbürger der Kleinstädte: ihre Zahl soll 83995 betragen mit einem Gesamtbesitz von 570506 Morgen.

Somit hätten wir Kleinbetriebe:

Bauernschaft	874217
Kleinadel	53028
Ackerbürger	83995
Insgesamt	1011240

[1] Mir persönlich ist es zu Dutzenden Malen vorgekommen, daß Bauern auf die Frage, wieviel Land sie besitzen, antworteten: „Ich habe so und so viel Morgen, aber sie sind nicht eingeschrieben.“ Das bedeutet: das Land ist im tatsächlichen Besitz des Bauern, aber es ist nicht katastriert. Diese Teilung des Erbes in gleiche Teile ist eine tief eingewurzelte Sitte der polnischen Bauern. Sie erklärt sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen: die Bauernfamilie bildet fast immer eine Arbeits- und Erwerbseinheit; aus dem Geldverdienst der Mitglieder wird Land zugekauft; selbst verheiratete Söhne des Bauern bleiben auf dem Hofe. Übernahme des Hofes durch einen Erben und Abfindung der Miterben durch Geldzahlungen sind nur bei den wenigen wohlhabenden Bauern möglich und üblich; Mangel an Bargeld und Kredit ist eben hier ein unüberwindliches Hindernis. Die Teilung des Besitzes gegen das Gesetz führt natürlich zu schweren Mißständen, zu großer Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse und daher zu endlosen Rechtsstreitigkeiten. Aber die Sitte erweist sich auch hier mächtiger als das Gesetz.

Digitized by Google

Da der Gesamtgrundbesitz mit rund 12900000 Morgen angegeben wird, so kämen durchschnittlich 12,4 Morgen auf einen Betrieb. Die Verteilung ist natürlich sehr ungleichmäßig. Sehen wir, wie es damit steht.

Die offizielle Statistik liefert Angaben über die Größe der Betriebe in Klassen von Morgen zu Morgen. Diese Angaben sind aus den bereits erwähnten Gründen nicht zuverlässig, doch müssen wir sie mangels jedes anderen Materials unter einigem Vorbehalt benutzen. Es kommt darauf an, eine zweckmäßige Einteilung zu treffen, und wir unterscheiden: 1. Zwergbetriebe, deren Inhaber nicht von der Landwirtschaft leben können, sondern eigentliche Lohnarbeiter sind, die eine Hütte, Garten und etwas Kartoffelland ihr eigen nennen. Zu dieser Klasse gehören wohl alle Betriebe mit Landbesitz unter 3 Morgen; 2. Kleinbetriebe, deren Landumfang nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren, die jedoch immerhin so viel Land besitzen, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitskraft auf die Bebauung dieses Landes verwendet werden muß. Es wären dies also Betriebe, deren Besitzer im Hauptberuf selbständige Landwirte sind, die aber unbedingt im Nebenberuf Lohnarbeiter sind. Wenn wir die untere Grenze mit 3 Morgen annehmen, bleibt die Grenze nach oben zu bestimmen. Diese ist dort zu setzen, wo ein Betrieb anfängt, der der Familie des Besitzers vollen Unterhalt gewährt, der ein Gespann Pferde einigermaßen beschäftigt und die Arbeitskraft einer Familie voll in Anspruch nimmt. Nach Aussagen von Kennern der Verhältnisse sind dafür bei der im Lande üblichen Intensität der Bewirtschaftung auf mittlerem Boden mindestens 12 Morgen Land notwendig. Somit wäre unsere zweite Kategorie begrenzt mit 3 bis 12 Morgen. 3. Betriebe, die tatsächlich Selbständigkeit gewähren, bäuerliche Mittelbetriebe. Ihre Grenze nach unten ist mit 12 Morgen gegeben, die Grenze nach oben finden wir dort, wo eine Bauernwirtschaft nicht mehr mit der Arbeitskraft einer einzelnen Familie auskommt, sondern fremde Arbeitskräfte herbeigezogen werden müssen. Natürlich ist auch diese Norm schwer festzustellen und sehr variabel. Wir nehmen an, daß auf 20 Morgen noch eine Bestellung ohne Lohnarbeiter möglich ist. 4. Großbäuerliche Betriebe, die regelmäßig Lohnarbeiter beschäftigen. Also Betriebe mit mehr als 20 Morgen, bis an die Grenze des Großbetriebs, der mit 200 Morgen beginnt.

Nach solchen Klassen berechnet, erhalten wir Betriebe (ohne Unterschied, ob sie im Besitz von Bauern, Ackerbürgern oder des Kleinadels sind):

	Zahl der Betriebe	Fläche in Morgen
I. Unter 3 Morgen . . .	176017	271558
II. 3 bis 12 " . . .	491707	3668092
III. 12 " 20 " . . .	145516	2316754
IV. Über 20 " . . .	102228	3678132
Insgesamt	915468	9934536[1]

Wir sehen also in Polen eine unheimlich große Zahl Zwerg- und Kleinbetriebe, die ihren Besitzern nicht den vollen Lebensunterhalt gewähren können.

[1] Diese Zahl stimmt nicht mit der oben erwähnten — 12900000 Morgen Fläche Kleinbesitz — überein. Es sind nämlich noch rund 1160000 Morgen (vorwiegend Wald, Weide und Ödland) im Gemeinbesitz der Bauern, und rund 1825000 Morgen sind von den Bauern gekauftes Land. Dieses Land ist in Parzellen geteilt und größtenteils früher bestehenden Bauernbetrieben hinzugefügt. Aus den statistischen Angaben ist indessen nicht zu ermitteln, wie die Größenverhältnisse der Bauernbetriebe sich durch diesen Landzukauf verändert haben. Zu der Zahl der Betriebe sind noch 95772 hinzuzuzählen, die neu auf diesem parzellierten Lande entstanden sind.

Digitized by Google

Es beträgt nämlich die Zahl der Betriebe unter 12 Morgen (unsere Kategorien I und II) 72,9 Prozent der Gesamtzahl. Allerdings finden wir auch in Deutschland nicht weniger als 76,5 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Fläche unter 5 Hektar. Indessen liegen hier die Verhältnisse doch ganz wesentlich anders: im Westen Deutschlands sind eben die Grenzen des Besitzes, der dem Inhaber Unterhalt gewähren kann, bedeutend niedriger zu setzen. In Baden, Württemberg, im Rheinland, der Pfalz, ferner in der Nähe der Großstädte, in dicht bevölkerten Industriebezirken kann selbst eine Besitzung von 3 bis 4 Hektar der Familie des Besitzers Unterhalt gewähren und ihre gesamte Arbeitskraft absorbieren. Es ist eben etwas anderes, wenn auf der Fläche Gartenbau, Weinkultur, intensive Milchproduktion getrieben wird, oder Getreidebau. In Polen sind aber die Bauern unter allen Umständen gezwungen, Getreide zu bauen und eine ziemlich primitive Viehzucht zu treiben, aus dem einfachen Grunde, weil sie für hochwertige Produkte keinen Absatz finden und auch Boden und Klima für viele Formen der Kleinkultur (zum Beispiel Obst- und Weinbau) nicht geeignet sind. Nur in der Nähe der beiden Großstädte — Warschau und Lodz — lohnt die intensive Wirtschaft mit Produktion von Gemüse und starker Viehhaltung. Da aber Getreidebau auf diesen kleinen Parzellen bei der durch die Verhältnisse gebotenen geringen Intensivität der Wirtschaft die Besitzer nicht ernähren kann, so sind nicht nur die Zwerg-, sondern auch alle Kleinbauern darauf angewiesen, Nebenverdienst zu suchen, und sie finden — mit geringen Ausnahmen — nur einen: als Taglöhner auf den Gutshöfen im Lande oder als „Sachsengänger". Aus ihren Reihen rekrutiert sich das Heer von Arbeitern, das den Boden der Großgrundbesitzer bestellt, und an 150000 wandern jährlich nach Deutschland als Saisonarbeiter. Die Folge ist ein unverhältnismäßig großes Angebot von Arbeitskräften und dementsprechend erschreckend niedrige Löhne in der Landwirtschaft.

Wie aber steht es um die eigentlichen Bauern, die Besitzer unserer Kategorie III? Auch sie stehen unter dem Zwange der Verhältnisse, die eine intensive Wirtschaft ausschließen. Freilich hat der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft unter gewissen Umständen einige Vorteile vor dem Großbetrieb; als Züchter von hochwertigem Rassenvieh, als Produzent der sogenannten „Handelsgewächse" — Hopfen, Tabak, Sämereien — kann der Bauer, wenn er intelligent und kapitalkräftig ist, die Konkurrenz mit dem Großbetrieb aufnehmen, weil er die Arbeit sorgfältiger verrichtet als die Lohnarbeiter des Großbetriebs, weil er jedes Detail seiner Wirtschaft ungleich besser überschaut als der Verwalter eines großen Gutes. Aber alle diese Dinge sind wiederum für den polnischen Bauern unbedingt ausgeschlossen. Ob er will oder nicht — er muß Roggen und Kartoffeln bauen, denn dazu zwingt ihn die Beschaffenheit seines Bodens und die Lage des Marktes. Infolge seiner Zähigkeit, seiner Genügsamkeit, seines unermüdlichen Arbeitseifers hält er sich, und wir sehen ihn sogar Land von den Großgrundbesitzern erwerben, aber von einer raschen Hebung, von einem Vorwärtskommen der Bauernwirtschaft ist keine Rede; unter den gegebenen Verhältnissen kann der Bauer die Konkurrenz nicht mit dem Großbetrieb aufnehmen; dieser ist ihm als Produzent von Stapelartikeln überlegen.

Ähnlich verhält es sich mit der Kategorie IV, den Großbauern. Als Mittelding zwischen eigentlichen Bauern und Großgrundbesitzern sind sie ein sozialer Typus, der keineswegs erwünscht ist: sie sind die schlimmsten Leuteschinder und sind als Produzenten rückständig und dem Großbetrieb nicht gewachsen.

2. Einige Absonderlichkeiten der landwirtschaftlichen Verhältnisse.

Die „Regulierung" der bäuerlichen Verhältnisse liegt nun bereits 43 Jahre zurück, aber sie ist auch jetzt noch nicht vollendet und das zeitigt Dinge, denen man kaum etwas Ähnliches in irgend einem anderen Lande der Welt gegenüberstellen kann. Um diese Zustände verständlich zu machen, müssen wir in die Vergangenheit zurückgreifen.

Jene Zeiten, da Polen die „Kornkammer Europas" war, brachten für die Bauernschaft unsägliches Elend mit sich. Solange die Edelleute als Grundherren Naturalwirtschaft trieben, waren die Lasten der Bauern erträglich und ihr Besitz an Land beträchtlich. Sobald Getreide ein Ausfuhrartikel wurde, begann eine halbkapitalistische Wirtschaft: der Adel trieb eine tolle Bauernlegerei, schlug die Bauernhufen zum Vorwerk und ließ den Bauern möglichst wenig Land. Der Bauer wurde dadurch ruiniert, er war nicht mehr imstande, Gespann zu halten für die Fronarbeit: desto schlimmer für ihn! Der Gutsherr verwandelte sich in den typischen landwirtschaftlichen Produzenten, versah seine Wirtschaft mit eigenem Inventar und zwang den ehemals „spannpflichtigen" Bauern, die Fronarbeit im „Handdienst" zu verrichten, nahm ihm aber auch gleichzeitig noch einen Teil des Landes. So verschwand der wohlhabende Bauer, der auf einer Hufe oder noch mehr Land saß. In Österreich und Preußen lagen die Dinge ähnlich. Aber dort setzte gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts wenigstens der Bauernschutz ein und rettete noch einen Teil der Bauern. Im heutigen Russisch-Polen kam es anders: Napoleon schaffte — als er das „Herzogtum Warschau" gründete — die Erbuntertänigkeit ab: vom Jahre 1807 an waren die Bauern persönlich frei. Nur kam es so, daß nach einem treffenden Worte „dem Bauern die Fesseln abgestreift wurden, aber mit den Fesseln auch die Stiefel". Der Bauer war frei, aber er verlor das Anrecht auf den Boden, auf dem er saß. Eine neue Flut des Bauernlegens begann. Zwar konnte der Adel die Bauern nicht endgültig vom Land vertreiben, das nach den neuen Prinzipien jetzt uneingeschränkt als Eigentum der Besitzer betrachtet wurde, weil dieser Adel eben doch einen Teil spannfähiger Bauern brauchte für die Ackerarbeit, aber man stellte den „freien" Bauern neue, noch drückendere Bedingungen als früher. Sie mußten diesen Bedingungen sich unterwerfen, sonst drohte der volle Ruin. Nach dem Sturze Napoleons entstand das „Königreich Polen" mit ziemlich weitgehender Autonomie unter der Herrschaft des russischen Zaren. Der polnische Adel hat während der Zeit, in der er tatsächlich in der Lage war, die inneren Verhältnisse zu regeln, absolut nichts in der Bauernfrage getan. In der Literatur traten die Reformatoren mit Feuereifer für die volle Emanzipation der Bauern ein, aber es waren Stimmen in der Wüste. Die Getreidepreise waren hoch, der Hunger nach Rente war das einzige Gefühl, von dem sich der Adel beherrschen ließ. Vergebens wiesen die Reformatoren auf Österreich und Preußen hin, wo — wie sie haarklein nachwiesen — die „Regulierung" den Gutsbesitzern eine rationellere Wirtschaftsweise ermöglichte. Selbst als der Aufstand von 1830 ausbrach und es klar auf der Hand lag, daß nur die Emanzipation der Bauern diese unter das Banner der Aufständischen führen könne, während ohne die Bauern das Land nicht imstande war, ein kampffähiges Heer zu schaffen, blieb der „patriotische" Adel bei seiner starren Weigerung. So blieb alles beim alten. Nach dem Aufstand verlor das Land seine Selbstverwaltung, und die russische Regierung dachte nicht daran, etwas in der Bauernfrage zu tun. Das einzige

was geschah, war der Erlaß des Ukases von 1846 mit einem Verbot, Bauernstellen von mehr als drei Morgen Land einzuziehen. Aber dieser Ukas blieb toter Buchstabe.

Endlich kam die „Regulierung“; zwei Jahre später als in Rußland, denn inzwischen war der Aufstand von 1863 ausgebrochen, so daß das Werk bis 1864 verschoben wurde. Mit der Durchführung der Regulierung wurde ein russischer Staatsmann, Milutin, beauftragt, ein Mann, der im Rufe eines „Radikalen“ stand. Man beschloß, den aufrührerischen Adel zu züchtigen, eben durch die Bauern. Dieser Milutin verfuhr nun nach einem sehr „radikalen“, aber auch sehr primitiven System: es sollte einfach den Bauern dasjenige Land überwiesen werden, das sie zu jener Zeit im Besitz hatten.

Man male sich den Zustand aus: es herrschte die Dreifelderwirtschaft; die Fronbauern erhielten von den Gutsbesitzern Land in den drei Schlägen zugewiesen, drei Fetzen Land an verschiedenen von der Behausung weit entfernten Stellen; diese Landfetzen lagen mitten in den Äckern des Gutes „im Gemenge“; selbstverständlich wurden aber den Bauern in der Regel die am wenigsten ertragreichen Flächen angewiesen; Wiesen und Wald hatten die Bauern nicht inne. Und nun wurden sie auf Grund eben dieses Besitzes reguliert: sie erhielten gerade diese Flecken Land zu eigen. Da die Bauern ohne Weide für ihr Vieh und ohne Brennholz für ihre Hütten absolut nicht existieren konnten, bekamen sie das Recht, das Vieh auf der Brache, den Stoppelfeldern und in den Wäldern des Gutes zu hüten, und das Recht, Bruchholz im Walde aufzulesen, oder ein bestimmtes Quantum Holz zu fällen. Der Zweck war klar: diese Lage der Äcker im Gemenge und die Weide- und Waldservitute mußten zu fortschreitenden Reibungen zwischen den Großgrundbesitzern und den Bauern führen. Dem Adel wurde dadurch schwerer Schaden zugefügt, aber die Bauern schnitten noch viel schlechter dabei ab, denn die Wirtschaft auf derart zerstreutem Besitze war mit immensen Schwierigkeiten verbunden, sie bekamen ausgesucht schlechtes Land, und die Weiderechte auf der Gutsflur waren unter allen Umständen nicht imstande, genügendes Futter für die Viehhaltung zu sichern.

Es wurden denn auch bald darauf Ukase erlassen, die normalere Zustände herbeiführen sollten: Bauernkommissare sollten dahin wirken, daß die Bauern ihre im Gemenge mit dem Gutsacker liegenden Parzellen gegen andere austauschten, auch wurde zugelassen, daß die Servitute gegen Abtretung von Ackerland, Weide oder Wald abgelöst werden. Aber diese Dinge sind heute noch auf vielen Gütern nicht erledigt. Es wurden solche Servitute 335171 Bauernhöfen zugestanden, von denen bis zum Jahre 1903 209316 sich auf Abfindung geeinigt haben, dagegen haben 125855 Bauernhöfe nach wie vor jene Hut- und Waldrechte. Diesen steht das Recht zu, insgesamt 378984 Stück Vieh auf den Gutsweiden, Brachen und Stoppelfeldern zu hüten und an 6 Millionen Fuhren Holz aus den Gutswäldern zu entnehmen. Für die abgelösten Servitute erhielten die Bauern insgesamt 911620 Morgen Land.

Zu bemerken ist noch, daß die Ablösung der Servitute ungemein erschwert ist: ein einzelner Bauer kann das Werk aufhalten, wenn er gegen den Willen des ganzen Dorfes daran festhält, das Weiderecht oder das Recht auf Holz sammeln zu behalten.

Eine weitere Eigentümlichkeit der Verhältnisse ist, daß die Bauern, obwohl sie volle Eigentümer ihrer Grundstücke sind, keine Hypothekenschulden aufnehmen dürfen. Es sollte dies ein Mittel sein, den bäuerlichen Besitz zu sichern, ist

Digitized by Google

indessen ein Mittel geworden, sie den Wucherern auszuliefern. Es bestehen nur zwei Kreditinstitute für die Bauern: die Gemeindedarlehenskassen und die Bauernbank. Die ersten sind schlecht, weil bureaukratisch verwaltet, und haben eine veraltete Geschäftsordnung; sie dürfen höchstens 7 Rubel pro Morgen leihen, soweit Geld vorhanden, was aber in der Regel nicht der Fall ist; die Darlehen werden nur für kurze Frist gewährt. Der gesamte Umsatz pro Jahr beträgt 24,5 Millionen Rubel. Die Bauernbank ist eine Parzellierungsbank: sie erteilt nur Kredit beim Landkauf.

Das Resultat ist also folgendes: die „Regulierung" fand in einer Form statt, die für die Bauern unheilvoll sein mußte. Erstens bekamen sie nur das Land, das 1864 in ihrem Besitze war; das Land, das die Gutsherren im Laufe von drei Jahrhunderten und mit besonderem Eifer während des neunzehnten Jahrhunderts eingezogen hatten, war für die Bauernschaft verloren. Zweitens erhielten sie den schlechtesten Boden, der auf dem Gute zu finden war. Drittens war ihnen eine rationelle Viehhaltung unmöglich gemacht, denn mit dem Aufhören der Dreifelderwirtschaft hörte die Brache auf, es blieben nur dürftige Weiden und die Stoppelfelder, aber auch diese werden jetzt möglichst früh eingepflügt. Dabei besitzen die Bauern wenig eigene Wiesen und Weiden. Viertens liegt das Land im Gemenge, und das verursacht schweren Zeitverlust, erschwert ungemein die Wirtschaft. Fünftens ist es den Bauern schier unmöglich, Kapital zu schaffen, das bei intensiverer Wirtschaft notwendig wird.

Das alles wirkt schon zur Genüge erschwerend für den Fortschritt der bäuerlichen Betriebe. Dazu kommt die Unwissenheit, denn die Gemeindeschulen, die die Regierung errichtet, sind gar spärlich und außerdem unsagbar schlecht. Eigene Schulen zu gründen ist aber unbedingt verboten. Ebenso ist durch Verbote jede Entwicklung des Genossenschaftswesens unmöglich gemacht, da die Regierung keinerlei Vereine und Verbindungen duldet.

3. Das ländliche Proletariat.

Es gibt in Polen ein zahlreiches ländliches Proletariat, das jeden Grundbesitzes bar ist. Wie groß ist die Zahl? Darauf finden wir keine befriedigende Antwort in der offiziellen Statistik. Diese gibt die Zahl mit 1432079 Köpfen an. Doch wird von allen Kennern der Verhältnisse angenommen, daß diese Zahl zu niedrig ist. Auch steht sie nicht in Einklang mit den Angaben der Volkszählung von 1897, mit denen sie allerdings nicht direkt vergleichbar ist, weil auf anderem Wege ermittelt. Die tatsächliche Zahl dürfte zwischen 1,75 und 2 Millionen liegen.

Wie wir gesehen, ist die Zahl der Bauernfamilien, die nur einen Zwergbetrieb ihr eigen nennen, mindestens 176000 und die Zahl der Kleinbetriebe 492000; die ersten sind fast gänzlich auf Lohnarbeit angewiesen, die anderen müssen einen großen Teil ihres Unterhaltes durch Lohnarbeit gewinnen. Diese offiziellen Zahlen sind aus den angegebenen Gründen als zu niedrig zu betrachten. Wir erhalten somit als Minimum die Zahl von 668000 Familien; rechnen wir pro Familie nur 2 Personen, die für die Lohnarbeit in Betracht kommen, so gibt das 1336000. Bringen wir die Zahl der Besitzlosen mit 1750000 in Anschlag und davon zwei Drittel als arbeitsfähig, so ergibt das rund 1167000. Es stehen also für die landwirtschaftliche Lohnarbeit mindestens 2503000 arbeitsfähige Personen zur Verfügung, aus deren Zahl die Gutshöfe und Großbauern die Arbeitskraft für ihren Betrieb schöpfen.

Ein so gewaltiges Angebot bewirkt, daß — wie bereits erwähnt — die Löhne erschreckend niedrig sind.

Zu erwähnen ist, daß die Art der Dingung landwirtschaftlicher Arbeiter ähnlich ist wie in Ostelbien. Den Hauptstamm der Arbeitskraft auf einem Gutshof bilden die sogenannten „Deputatsknechte", das heißt verheiratete Arbeiter, die vom Gutshof Wohnung und Lebensmittel erhalten, eben das „Deputat". Gewöhnlich sind die Bedingungen diese: der Arbeiter bekommt eine Behausung (in der Regel hausen vier Familien unter einem Dache, und jede Familie hat nur einen Wohnraum, der gleichzeitig Küche ist); ferner ein Stück Land als Garten und Kartoffelacker; das letztere wird vom Gutshof zur Aussaat bestellt, die weitere Bearbeitung hat die Familie selbst zu besorgen; der Knecht darf eine Kuh — selten zwei — im „herrschaftlichen" Stalle und auf „herrschaftlicher" Weide halten, die der Familie Milch liefert; ferner erhält er Heizungsmaterial, ein bestimmtes Quantum Getreide und einen sehr geringen Barlohn. Das Verhältnis beruht darauf, daß nicht nur die Arbeitskraft des „Knechtes" dem Gutshof zur Verfügung steht, sondern auch die der übrigen Familienglieder. Die Frau ist in der Regel zum Melken der Kühe im Gutsstall verpflichtet und muß zur Erntearbeit kommen, außerdem aber ist der Knecht verpflichtet, ständig eine weitere Arbeitskraft zu stellen: hat er heranwachsende Söhne oder Töchter, so sind diese verpflichtet, auf dem Gute zu arbeiten, hat er sie nicht, so muß er einen Burschen oder eine Magd dingen, die er in seine Behausung aufnehmen und beköstigen muß, während sie für den Gutshof arbeiten. Diese Arbeitskraft wird zwar besonders entlohnt, aber der Lohnsatz ist bedeutend geringer, als für die frei gedungenen Burschen und Mädchen. Dieses Dienstverhältnis — das wir übrigens auch in Ostelbien antreffen — ist für die Arbeiter ungemein drückend. Der Arbeiter darf seine Söhne und Töchter nicht aus dem Hause geben, darf sie nicht einen anderen Lebensberuf ergreifen lassen, wenn er noch so gern möchte; sie sind dazu verdammt, Gutsknechte und Mägde zu bleiben. Das Halten eines fremden Burschen oder einer Magd in dem einen Raume führt zu den schlimmsten Dingen, stört das Familienleben des Arbeiters. Die Arbeiter suchen also durchaus von diesem Dienstverhältnis abzukommen, die Gutsbesitzer aber halten starr daran fest, weil es das bequeme Mittel ist, billige Arbeitskräfte zu erhalten. Es ist das eines der Überbleibsel des Hörigkeitsverhältnisses.

Neben diesen „Deputatsknechten" finden wir unverheiratete Knechte und Mägde im Jahreslohn und in Kost bei den Unternehmern. Schließlich Tagelöhner, die sich aus den Bauern der Nachbardörfer und den Besitzlosen rekrutieren.

Die Löhne sind nun folgende: ein Deputatsknecht mit Hilfskraft erhält durchschnittlich 11,5 polnische Scheffel (zirka 14,7 Hektoliter) Getreide, vorwiegend Roggen; das Land trägt an 25 Scheffel Kartoffeln; der Barlohn ist durchschnittlich 22 Rubel (47,52 Mark) pro Jahr. Bei Berechnung aller Naturalbezüge in Geld und Hinzuziehung des Barlohnes ergibt sich ein Betrag von ungefähr 150 Rubel pro Jahr. Diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1900. Die Streiks des Jahres 1905 und 1906 haben bewirkt, daß die Entlohnung etwas gehoben wurde: der Barlohn beträgt jetzt an 30 Rubel pro Jahr, das Getreidedeputat ist etwas vergrößert, die Behausungen sind etwas besser geworden. Dagegen sind die Arbeiter mit ihrer Forderung auf Abschaffung der Verpflichtung, eine Hilfskraft zu liefern, im allgemeinen nicht durchgedrungen.

Digitized by Google

Der wohltätige Einfluß der Streiks auf die Hebung der Lage der Arbeiter wird selbst von enragierten Agrariern zugegeben.

Die Löhne der Taglöhner betragen im Sommer (Erntearbeit) 55 Kopeken (119 Pfennig) für Männer, 35 Kopeken (76 Pfennig) für Frauen; im Herbst und Frühjahr (Feldarbeiten) 35 Kopeken für Männer, 20 Kopeken (43 Pfennig) für Frauen.

Diese Lohnsätze machen es erklärlich, warum Russisch-Polen jährlich an 150000 Saisonarbeiter über die deutsche Grenze sendet, die seelenvergnügt sind, wenn sie bei schwerer Arbeit auf den Rübenfeldern 1,50 bis 2 Mark verdienen und 3 Mark bei der Erntearbeit.

Die Lebenshaltung dieser polnischen ländlichen Proletarier ist, wie erklärlich, erschreckend niedrig. Man bedenke, der Unterhalt einer Arbeiterfamilie, der Familie eines „Deputatsknechtes" wird mit 324 Mark Geldwert jährlich bestritten. Die Agrarier weisen gern darauf hin, daß noch Einnahmen aus der Aufzucht von Schweinen und Geflügel dazu kommen. Aber selbst wenn wir die Summe auf 360 bis 380 Mark erhöhen, bleibt der Betrag erschreckend niedrig. Indessen — die Lage eines „Deputatsknechtes" gilt allgemein bei weitem besser, als die Lage der freien Taglöhner. Ja mehr noch! Ein Agrarier, der Abgeordnete zur Duma Grabski, weist durch eine ziemlich plausible Rechnung nach, daß diese „Deputatsknechte" bei weitem besser gestellt sind als die große Mehrzahl der Bauern. Er rechnet nämlich heraus, daß ein Bauer, um das gleiche Ausmaß von Getreide und Kartoffeln zu produzieren, eine Milchkuh zu halten, die Ausgaben für Brennholz und den Betrag des Barlohnes eines solchen Knechtes herauszuwirtschaften, einen Landbesitz von 10 bis 12 Morgen haben muß, während doch die meisten Bauern, wie wir gesehen, einen geringeren Besitz haben. Diese Rechnung mag in vielen Punkten anfechtbar sein, im großen und ganzen stimmt sie indessen: die Lage der „Deputatsknechte", die an Naturalbezügen so viel erhalten, als zum Erhalten des nackten Lebens gerade nötig ist, die nur ganz selten Fleisch essen können (entweder sie schlachten die Ferkel, die sie züchten, oder sie verkaufen sie und bestreiten daraus die Ausgaben für Fleisch und Speck), die selbst ihre Nahrung nicht durch den Konsum von Milch genügend stärken (denn Milch von einer Kuh für eine Familie ist nicht ausreichend), denen zu Ausgaben für Kleidung und sonstige unumgängliche Bedürfnisse nur der Barlohn von 30 Rubel jährlich verbleibt — die Lage dieser Knechte, sagen wir, gilt als besser als die Lage der überwältigenden Mehrheit der polnischen Landbevölkerung!

Ein trostloses Bild in der Tat.

4. Die bürgerlichen Reformvorschläge.

Bekanntlich sind von den Vorschlägen, die von bürgerlicher Seite zur Reform der Agrarzustände in Rußland gemacht wurden, die der konstitutionellen Demokraten (Kadetten) die weitestgehenden. Der Plan der Kadetten läßt sich folgendermaßen skizzieren: Das Land im Besitz des Staates und der Großgrundbesitzer ist unter die Bauern zu verteilen, wobei die privaten Besitzer „angemessene Entschädigung" erhalten und die Bauern uneingeschränkte Eigentümer des Bodens werden. Der Plan ist nur aus den russischen Verhältnissen heraus erklärlich: der Gutsherr in „Groß-Rußland" erscheint als durchaus parasitäre Existenz, er ist ein Rentenbezieher, der gar nichts leistet. Da das ländliche Proletariat

in Rußland wenig zahlreich ist, mag jener Plan um so einfacher erscheinen: die Bauern bestellen heute schon das Land, das Eigentum der Großgrundbesitzer ist, denn sie haben dieses Land in Pacht; statt Pächter sollen sie fortan Eigentümer sein, das ist die Quintessenz der Reform.

Sehen wir, was dabei herauskommt, wenn man diesen Plan auf Russisch-Polen anwenden wollte.

Es fragt sich vor allem: Wieviel Land wäre disponibel? Von der im Großbetrieb befindlichen Fläche müssen die Wälder ausgeschlossen werden. Das Land ist bereits stark entwaldet: wie wir gesehen, bilden die Forsten und Holzungen nur 20,5 Prozent der Gesamtfläche, was kaum genügt; außerdem ist, wie gesagt, in Polen der Waldboden nur ausnahmsweise tauglich für den Ackerboden. Vielleicht könnte ein Zehntel als tauglich zur Rodung betrachtet werden, und dieses Zehntel könnte ersetzt werden durch Aufforstung von Ödland. Nun beträgt die Fläche im Besitz der Großbetriebe und des Staates (die Städte dürfen ihren Grundbesitz unter keinen Umständen verlieren) 9154096 Morgen. Hiervon ist Wald 4039620 Morgen; neun Zehntel dieser Zahl = 3635658 Morgen sind in Abzug zu bringen. Bleiben 5518438 Morgen.

Als durchschnittlichen Umfang eines lebensfähigen Bauernbetriebs haben wir 12 Morgen bezeichnet. Sollen also Bauernstellen neu geschaffen werden, so müssen wir diesen Umfang als Minimum betrachten.

Nun sahen wir, daß es insgesamt rund 586000 Bauernbetriebe gibt, die weniger als 12 Morgen haben, und sie besitzen insgesamt 3939650 Morgen.

Die Zahlen sind indessen nicht vollständig. Wie oben erwähnt, haben die Bauern im Laufe der Zeit Land zugekauft, doch mußten wir dieses Land bei Berechnung der Größenklassen der Betriebe außer acht lassen; andererseits aber dürfte die Zahl der Kleinbauern in Wirklichkeit größer sein, da, wie auch bereits erwähnt, Bauernhöfe, die bereits infolge der Vererbung zerschlagen sind, in der Statistik mit Flächen über 12 Morgen figurieren, während statt ihrer — kleinbäuerliche Betriebe bestehen. Wir müssen also versuchen, hier Korrekturen anzubringen.

Was das vom Bauern gekaufte und parzellierte Land betrifft, so wird seine Gesamtfläche auf rund 1825000 Morgen angegeben. Aus der Statistik erfahren wir, wie groß die Parzellen waren, in die es zerschlagen wurde, nicht aber, welchen bereits bestehenden Parzellen die neuen angeschlossen wurden. Es ergibt sich nun, daß die Parzellen, in die das gekaufte Land zerschlagen wurde und die über 10 Morgen Land umfassen, insgesamt eine Fläche von rund 1134000 Morgen umfassen. Nun kaufen natürlich Zwergbauern und Kleinbauern nicht Parzellen von mehr als 10 Morgen zu ihrem Besitz hinzu. In den Besitz dieser Bauern dürfte also nur das Land übergegangen sein, das in Parzellen von weniger als 10 Morgen zerschlagen wurde; das wären also 1825000 — 1134000 = 691000 Morgen.

Somit hätten wir die Fläche im Besitz der Betriebe unter 12 Morgen von 3939650 Morgen um diese 691000 Morgen zu ergänzen; das gibt 4630650 Morgen. Die Zahl der zerstückelten Bauernhöfe, die über 12 Morgen besaßen und infolge der Zerstückelung in die Kategorie der kleinbäuerlichen Betriebe hinabsanken, während sie in der Statistik fälschlich als ungeteilt figurieren, ist sehr schwer zu schätzen. Es mögen vielleicht 2 bis 3 Prozent der Gesamtzahl sein. Andererseits aber ist zu erwägen, daß durch den Zukauf

Digitized by Google

kleiner Parzellen Bauernhöfe, die hart unter der Grenze von 12 Morgen standen, das heißt 9 bis 10 oder 11 Morgen hatten, in die höhere Kategorie aufrückten. Deshalb wollen wir annehmen, daß nur 1 Prozent der Bauernhöfe über 12 Morgen fälschlich hier figurieren; 1 Prozent von 247744 wären 2477. Nehmen wir an, daß aus dem zerschlagenen Bauernhof zwei kleinbäuerliche Betriebe entstanden, so wären das 4954 oder rund 5000 Betriebe, um die wir unsere ursprüngliche Zahl zu vergrößern haben. Wurden 1 Prozent der Betriebe zerschlagen, so können wir die Fläche, die sie besaßen und die jetzt der Fläche der Kleinbetriebe zugezählt werden muß, auf höchstens die Hälfte der Gesamtfläche veranschlagen, da nur die kleinsten Betriebe in der Regel der Zerschlagung erliegen; das ergibt 20974 oder rund 30000 Morgen. Wir müssen daher die Zahl der ungenügend mit Land versehenen Betriebe von 586000 um 5000 auf 591000 Betriebe erhöhen und die Fläche von 4630650 um 30000 Morgen, ergibt 4660650 Morgen.

Sollen diese ungenügend mit Land versehenen Betriebe auf das Mindestmaß von je 12 Morgen ergänzt werden, so müßten sie eine Fläche von 7092000 Morgen besitzen; da sie 4660650 Morgen besitzen, fehlen ihnen 2431350 Morgen.

Ferner muß aber auch die besitzlose Bevölkerung mit Land versehen werden, denn mit dem Aufheben der Gutshöfe würden ja diese Menschen ihre einzige Existenzquelle verlieren. Dieses ländliche Proletariat wird auf mindestens 1750000 Köpfe geschätzt; hoch gerechnet kommen 5 Personen auf eine Familie; wären also 350000 Familien. Um sie mit je 12 Morgen Land auszustatten, bedarf es 4200000 Morgen Land.

Das Fazit ist also: Um die Bauern, die zu wenig Land besitzen, und das ländliche Proletariat mit Land auszustatten, auf dem die Familien das Existenzminimum als landwirtschaftliche Produzenten finden können, bedarf es einer Fläche von annähernd 9860650 Morgen, während zur Verfügung stehen 5518436 Morgen; es ergibt sich ein Manko von annähernd rund 4342000 Morgen.

Allerdings wäre die Frage anders zu lösen: es müßte auch das Land der Bauern, die mehr als 12 Morgen besitzen, aufgeteilt werden; dann würden auf die Familie der landwirtschaftlichen Bevölkerung annähernd 14,4 Morgen entfallen. Indessen eine solche Teilerei gegen den Willen von rund 250000 Bauernfamilien durchzuführen, davor dürfte doch der radikalste „Kadett" zurückschrecken.

Also? Ansiedlung der überschüssigen ländlichen Bevölkerung auf fremdem Gebiet? Etwa in Sibirien? Wir zweifeln sehr stark, ob sich viele polnische Bauern dazu verstehen würden. Und dann stelle man sich die Zustände vor, wenn im Kolonisationsgebiet Kolonisten verschiedener Nationalität aufeinanderstoßen.

Und was wäre schließlich erreicht durch diese Teilerei? Höchstens die Schaffung von bäuerlichen Kleinbetrieben, die sich an der Grenze des Existenzminimums befinden und die unter den gegebenen Verhältnissen kaum imstande wären, eine höhere Stufe der Produktion zu erreichen. Da die Bevölkerung sich vermehrt, müßte die Teilerei periodisch wiederholt werden, oder aber es würde bei „freiem Spiel der Kräfte" — wie es den Kadetten vorschwebt — alsbald von neuem Konzentration und Zersplitterung stattfinden. Für die Allgemeinheit ist jedenfalls kein Vorteil abzusehen.

Das Beispiel zeigt von neuem, daß es in der bürgerlichen Wirtschaftsordnung eine Lösung der Agrarfrage überhaupt nicht geben kann. Eine derartige Lösung, wie sie die Kadetten anstreben, ist selbst für Rußland nur ein Palliativ, in Polen springt der Widersinn dieser „Reform" direkt in die Augen, weil eben die soziale Entwicklung hier eine höhere Stufe erreicht hat.

5. Die Sozialdemokratie und die Agrarfrage.

Die polnische Sozialdemokratie hat es bisher vermieden, ein Agrarprogramm aufzustellen, und wir meinen, sie hat auch wenig Ursache dazu, soweit man unter einem Agrarprogramm die Lösung der Bauernfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft versteht. Man zerbricht sich nicht den Kopf über die Lösung der Quadratur des Zirkels, seit erwiesen, daß die Lösung nicht möglich ist.

Die „Agrarfrage" ist heute in Russisch-Polen genau wie in Deutschland die Frage nach der sozialen Hebung der ländlichen Proletarier und der halbproletarischen Existenzen. Es gilt die Organisation der proletarischen Massen auf dem Lande in die Hand zu nehmen. Wir haben bereits Beispiele, daß diese Aufgabe nicht unlösbar ist; in Ungarn und in Italien vor allem ist nach dieser Richtung vieles geleistet, und hier kann die Sozialdemokratie Russisch-Polens sich Vorbilder suchen.

Der Bauernschaft als solcher kann die Sozialdemokratie nichts bieten; sie kann nur, indem sie für die Demokratisierung des Staates kämpft, die Interessen des Bauern fördern, soweit es Interessen des Staatsbürgers sind, der von dieser Demokratisierung Vorteil hat.

Freilich könnte bei einem revolutionären Umsturz eine weitere Aufgabe hervortreten. Gesetzt, es träte der Fall ein, daß das Proletariat die Diktatur ergreift, daß das ländliche Proletariat mit seinen Ansprüchen hervortritt: in diesem Falle könnte die Aufgabe in Russisch-Polen nicht die sein, den Grundbesitz zu zerstückeln, die Teilerei nach bürgerlichem Muster durchzuführen, sondern sie würde darin bestehen, den genossenschaftlichen Betrieb auf den großen Gütern einzuführen als Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsweise.

Die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1906.

Von **Wilhelm Jansson.**

Die in Nr. 33 des „Korrespondenzblatt" von C. Legien veröffentlichte Statistik über die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906 zeigt die überaus erfreulichen Fortschritte der Organisationen. Zwar sind wir diese seit 1901 gewohnt, aber das letzte Jahr übertrifft noch alle bisherigen. Die Zunahme an Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr betrug am Jahresschluß 1906 nicht weniger als 369990, die Mitgliederzahl stieg von 1429303 auf 1799293. Das ist in einem einzigen Jahre eine erheblich größere Zunahme als das bisherige Gesamtresultat der christlichen Organisationen, denn deren Mitgliederbestand betrug am Jahresschluß 1906 nur 326248. Von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen ganz zu schweigen, denn diese bleiben mit ihren 118508 Mitgliedern so weit im Hintergrund, daß sie statistisch bereits nur ein Scheindasein führen. Sie scheinen sich auch damit abfinden zu wollen, denn sie verzichten mehr und mehr auf eine Konkurrenz mit den freien Ge-

Digitized by Google

werkschaften; an Stelle dessen wenden sie ihre Aufmerksamkeit den gelben Gewerkschaften zu, deren Gründung sie dem Unternehmertum überflüssig zu machen suchen. Nur so ist ihr Verhalten während mehrerer Bewegungen in der Metallindustrie wie auch während des diesjährigen Kampfes in der Berliner Holzindustrie zu bewerten.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung unserer Zentralverbände seit 1891 sowie ihre Jahreseinnahmen und ihren Vermögensbestand.

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Einnahmen		Vermögensbestand
		insgesamt	davon weibliche	in Verbänden	Mark	Mark
1891	62	277659	—	49	1116588	425845
1892	56	237094	4355	46	2031922	646415
1893	51	223530	5384	44	2246366	800579
1894	54	246494	5251	41	2685564	1319295
1895	53	259175	6697	47	3036803	1640437
1896	51	329230	15265	49	3616444	2323678
1897	56	412359	14644	51	4083696	2951425
1898	57	493742	13481	57	5508667	4373813
1899	55	580473	19280	55	7687154	5577547
1900	58	680427	22844	58	9454075	7745902
1901	57	677510	23699	56	9722720	8798333
1902	60	733206	28218	60	11097744	10253559
1903	63	887698	40666	63	16419991	12973726
1904	63	1052108	48604	63	20190630	16109903
1905	64	1344803	74411	64	27812257	19635850
1906	66	1689709	118908	66	41602639	25312634

Die Tabelle zeigt, wie tastend und unsicher die Bewegung in der ersten Hälfte der 1890er Jahre stand. Erst mit dem Jahre 1896 war die Höhe von 1891 nach den Rückgängen von 1892 und 1893 wieder erreicht beziehungsweise überschritten. Seitdem war nur im Jahre der Krise, 1901, ein bedeutungsloser Rückgang von rund 3000 zu verzeichnen; von 1902 ab tritt aber jährlich ein sehr starker Mitgliederzuwachs hervor, der in den Zahlen des Budgets entsprechenden Ausdruck findet. Die Organisationen haben inzwischen festen Boden unter den Füßen bekommen, ihre Ziele und Aufgaben liegen ihnen klar vorgezeichnet, der Organisationsapparat ist selbst in den kleinsten Details seiner Vollendung entgegengebracht, bis in die Dörfer des äußersten Ostens wie des Westens, des Nordens und des Südens greifen die Fangarme dieser Organisationen, und ein schier unübersehbarer Stab eingeschulter Kräfte, besoldeter wie unbesoldeter Funktionäre, ist unablässig an der Vervollkommnung der Organisation tätig.

Den richtigen Überblick über 1906 erhält man erst, wenn man die einzelnen Industriegruppen zusammenstellt. Die Statistik der Generalkommission führt die Organisationen in alphabetischer Reihenfolge auf, die Aufstellung nach Industriegruppen hat indes so große Vorzüge, daß ich sie wie bei der vorjährigen Besprechung in der „Neuen Zeit" bevorzuge. Folgende Zusammenstellung gibt demnach Auskunft über den Stand der Organisation nach Industriegruppen wie über einige wichtigere Kassenposten am Jahresschluß 1906:

	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1906	Zahl der Zweigvereine	Jahres-Einnahme	Jahres-Ausgabe	Vermögensbestand	Ausgaben für Streiks im eigenen Beruf	Ausgaben für Streiks anderer Gewerkschaften	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. Baugewerbe:			Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Asphalteure	660	9	8 424	5 197	5 387	—	50	—
Bauhilfsarbeiter	84 911	970	1 555 968	1 121 109	836 234	420 994	11 999	—
Dachdecker	6 412	199	95 975	90 919	57 780	59 836	400	—
Maler	34 769	924	909 034	790 266	438 327	351 207	9 386	—
Maurer	183 747	1022	9 325 598	9 953 925	3 564 172	1 196 009	44 256	—
Steinsetzer	9 577	940	193 149	191 963	165 087	19 009	1 131	—
Stukkateure	8 041	104	253 341	244 039	106 189	197 079	9 130	—
Zimmerer	52 977	898	1 409 983	1 000 749	1 392 303	309 225	54 999	95 015
Summa	380 914	2859	8 238 471	6 337 564	9 495 485	9 486 329	118 094	95 015
2. Metallindustrie:								
Formstecher	485	26	92 989	13 149	21 419	3 744	250	9144
Graveure	2 764	40	58 628	50 438	15 867	9 708	—	15 410
Kupferschmiede	4 061	88	99 615	86 485	91 687	10 211	800	14 449
Maschinisten	14 859	254	160 784	157 829	45 993	98 895	400	90 186
Metallarbeiter	335 075	441	10 219 188	9 609 855	9 441 419	3 471 177	19 004	588 179
Schiffszimmerer	3 615	40	79 073	49 893	77 289	18 497	1 400	1 054
Schmiede	17 696	165	355 672	327 894	75 907	150 611	—	15 914
Summa	378 555	1054	10 983 949	10 297 490	3 768 975	3 702 819	18 854	657 933
3. Textilarbeiter	111 532	975	1 153 809	1 180 883	131 770	484 659	10 000	—
4. Handels- u. Transportgewerbe:								
Hafenarbeiter	25 923	68	697 432	685 517	79 250	346 199	19 549	—
Handels- und Transportarbeiter	81 784	257	1 263 527	994 252	509 972	212 042	13 535	40 789
Handlungsgehilfen	6 692	56	93 769	65 587	10 063	—	899	2 702
Lagerhalter	1 597	42	21 275	13 435	29 644	—	950	—
Seeleute	7 132	34	123 681	129 375	121 430	70 558	1 900	—
Summa	122 428	457	2 169 984	1 888 166	749 659	928 799	30 230	34 491
5. Bergarbeiter	110 247	390	1 970 940	1 644 885	1 252 645	651 509	14 000	9 705
6. Bekleidungsindustrie:								
Barbiere	1 929	60	38 928	35 416	10 781	5 451	995	1 930
Blumenarbeiter	315	6	3 588	3 960	4 901	59	—	—
Handschuhmacher	3 989	40	89 448	28 347	88 519	3 483	—	9 914
Hutmacher	9 809	45	164 839	140 115	261 932	6 491	9 469	45 506
Kürschner	1 906	34	38 894	31 576	24 005	9 548	124	—
Schneider	33 079	991	435 924	370 554	171 885	110 594	—	—
Schuhmacher	35 322	297	919 850	599 252	391 233	179 273	15 400	30 962
Wäschearbeiter	5 061	—	27 616	33 482	13 523	1 954	900	—
Summa	91 098	773	1 411 067	1 240 002	966 779	310 489	19 588	81 319
7. Holzindustrie:								
Bildhauer	4 905	101	219 811	210 898	118 790	54 642	2 555	57 620
Böttcher	3 075	141	189 431	222 111	59 965	97 956	—	19 970
Glaser	4 970	87	138 956	167 758	97 595	74 935	945	36 129
Holzarbeiter	151 717	767	4 523 942	4 033 131	2 334 798	1 697 227	56 930	474 139
Schirmmacher	565	15	9 994	2 531	9 610	266	—	—
Vergolder	—	—	28 872	24 990	44 811	1 476	1 921	4 728
Summa	170 232	1111	5 103 876	4 661 419	2 581 569	1 916 202	92 051	592 979
8. Nahrungsmittelindustrie:								
Bäcker	13 425	99	253 116	211 834	118 538	7 852	9 625	39 221
Brauer	28 602	228	548 388	383 833	284 385	46 071	13 000	18 942
Fleischer	9 933	47	31 745	31 685	11 014	2 942	425	—
Konditoren	2 594	34	46 995	45 390	17 253	1 999	413	4 899
Müller	4 888	86	115 970	115 270	47 380	91 280	989	6 823
Tabakarbeiter	32 759	435	997 895	915 989	75 354	204 424	300	34 307
Zigarrensortierer	2 727	—	72 995	54 604	54 880	7 499	1 000	7 767
Summa	37 921	929	1 996 474	1 458 305	608 804	302 067	99 752	111 659

	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1906	Zahl der Zweigvereine	Jahres-Einnahme	Jahres-Ausgabe	Vermögensbestand	Ausgaben für Streiks im eigenen Beruf	Ausgaben für Streiks anderer Gewerkschaften	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
6. Gastwirtsgewerbe:			Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Gastwirtsgehilfen . . .	6 309	53	109 715	66 020	53 808	488	830	—
Hotelbiener	2 951	30	37 280	30 262	28 644	—	—	—
Summa	9 260	83	145 993	126 282	82 552	488	330	—
10. Gärtner	4 530	67	78 180	70 140	23 221	6 807	1 509	4 539
11. Industrie d. Steine und Erden:								
Glasarbeiter	14 252	170	254 574	267 565	35 756	191 113	—	15 206
Porzellanarbeiter . . .	14 166	186	233 852	212 550	237 855	45 967	2 063	21 068
Steinarbeiter	17 703	211	270 356	341 817	347 588	161 314	200	—
Töpfer	11 934	205	292 502	293 831	186 710	127 265	2 150	—
Summa	58 057	372	1 251 064	1 115 775	807 709	525 550	4 415	46 274
12. Papier- u. Lederindustrie:								
Buchbinder	20 471	105	636 165	952 279	110 451	672 642	2 276	68 708
Lederarbeiter	7 652	119	229 652	198 370	51 415	86 626	—	20 589
Portefeuiller	5 677	30	65 729	34 925	108 352	2 760	739	557
Sattler	5 826	82	129 087	175 635	91 556	50 548	1 800	24 021
Tapezierer	8 008	121	202 955	138 725	166 204	13 910	2 500	23 234
Summa	47 237	458	1 256 828	1 511 352	528 075	831 755	7 615	137 109
13. Polygraphische Gewerbe:								
Buchdrucker	45 447	522	2 671 245	1 899 549	5 682 985	6 131	64 700	443 273
Buchdrucker, Elsaß-Lothringen	1 015	4	45 754	56 289	147 352	—	2 990	5 286
Buchdruckereihilfsarbeiter	12 689	49	203 292	177 845	125 452	106 398	—	11 338
Lithographen und Steindrucker	15 798	145	1 322 448	1 502 138	475 024	673 883	500	80 012
Notenstecher	451	3	26 608	29 677	88 550	360	225	8 241
Photographen	504	15	13 170	15 241	3 919	—	—	2 814
Xylographen	458	14	10 875	11 580	30 141	—	210	6 435
Summa	79 362	750	4 294 498	3 475 619	5 557 404	786 772	68 625	554 500
14. Sonstige Berufe:								
Bureauangestellte . . .	1 188	13	10 228	8 081	6 861	—	250	559
Fabrikarbeiter	123 215	527	1 791 311	1 624 089	576 902	714 405	—	322 227
Gemeindearbeiter . . .	23 238	70	320 252	284 661	121 422	18 210	2 556	—
Zivilmusiker	976	15	12 620	7 722	9 687	—	112	—
Summe	148 620	625	2 134 411	1 924 553	728 884	752 615	2 613	322 786
Gesamtsumme	1769293	11 037	41 602 639	36 953 415	25512634	15355623	381 479	2 652 296

Ganz bedeutend sind die Ausgaben für Streiks gestiegen. Während die Gesamtausgaben der deutschen Gewerkschaften im Jahrfünft 1891 bis 1905 zusammen 33,1 Millionen Mark betrugen, wurden in dem einen Jahre 1906 allein für Streiks nahezu 14 Millionen Mark verausgabt. Und an dieser Summe partizipierte die Metallindustrie mit gegen 4 Millionen, das Baugewerbe mit mehr als 2½ Millionen. Das ist ein glänzendes Zeugnis der zunehmenden Kampfesfähigkeit unserer Gewerkschaften! Freilich drückt sich in dieser Zahl auch die zunehmende Stärke der Unternehmerverbände aus. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die **Unternehmerorganisation besonders in der Großindustrie geradezu ungeheure Fortschritte gemacht** hat, und ihre Kampfesstellung gegenüber den Gewerkschaften wird durch die Trust- und Syndikatsbildung noch besonders gestärkt.

Digitized by Google

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind trotz der günstigen Konjunktur von 2 Millionen auf 2,7 Millionen Mark gestiegen. Diese bedeutende Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in einer ganzen Anzahl von Organisationen erst in den letzten Jahren erfolgte und sich daher erst jetzt in der Statistik geltend macht. Während bis 1901 nur 16 Verbände Arbeitslosenunterstützung zahlten, sind seit 1901 nicht weniger als 28 Verbände hinzugekommen, darunter große Organisationen wie die Holzarbeiter, Schuhmacher, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter usw. Wir werden also in den nächsten Jahren mit einer großen Steigerung gerade der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zu rechnen haben, um so mehr als eine Periode wirtschaftlichen Niederganges bevorsteht. Aber für die Organisationen selbst wird die Arbeitslosenunterstützung während dieser Periode eine bedeutende Sicherung und Festigung ihres Bestandes bedeuten. Das zeigt schon der geringe Rückgang an Mitgliedern im Kulminationsjahr der letzten Krise, 1901, wo faktisch die Arbeitslosenunterstützung ihren Teil zur Erhaltung des Mitgliederstandes beitrug.

An Unterstützungen wurden im Jahre 1906 insgesamt 9⅓ Millionen Mark verausgabt. Davon entfallen auf: Rechtsschutz 342339 Mark, Gemaßregeltenunterstützung 795209, Reiseunterstützung 758222, Arbeitslosenunterstützung 2653296, Krankenunterstützung 3281741, Invalidenunterstützung 351181 und Beihilfe in Not- und Sterbefällen 1181282 Mark. Mehr als die Hälfte sämtlicher Unterstützungen entfallen also auf die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Tatsache, daß die letztere im Jahre 1906 über 3¼ Millionen stieg, verdient Beachtung. Im Jahre vorher hatte sie bereits die ebenfalls beträchtliche Höhe von 1,9 Millionen Mark erreicht. Neben den Buchdruckern sind es besonders die Organisationen des Baugewerbes, die auf den Ausbau der Krankenunterstützung Wert legen, weil sie an die Arbeitslosenunterstützung sich bisher nicht heranwagten. Eine Ausnahme machen hier nur die Zimmerer, die nunmehr die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben und im Jahre 1906 die Summe von 95015 Mark für diesen Zweck verausgabten. Eine bedeutende Ausgabe für Krankenunterstützung (745764 Mark) hatte ferner der Metallarbeiterverband, der ja nunmehr seit zwei Jahren völlige Erwerbslosenunterstützung durchgeführt hat.

Diese hohe Entwicklung der Krankenunterstützung in den Gewerkschaften zeigt, daß die staatliche Krankenversicherung den Arbeitern, besonders der Arbeiterfamilie noch nicht die genügende Sicherung bietet. Während der Krankenhausbehandlung beispielsweise würde es bei den heutigen Sätzen der Familienunterstützung der Krankenkassen den Familien der kranken Arbeiter herzlich schlecht gehen, würden sie in der Gewerkschaft nicht einen Rückhalt haben.

Andererseits zeigt das gesamte Unterstützungskonto der Gewerkschaften dem Unternehmertum, das sich augenblicklich voll Eifer mit der Gründung gelber Unterstützungsvereine zur Niederknüppelung der Gewerkschaften beschäftigt, daß es ziemlich tief in die Taschen greifen muß, um den gelben Verrätern ihrer Klassengenossen etwas zu bieten. Handelt es sich doch um etwa 24 Millionen Mark, die von den Gewerkschaften im Jahre 1906 an Unterstützungen (inklusive Streikunterstützung) verausgabt wurden. Seit 1891 wurden für diese selben Zwecke von den deutschen Gewerkschaften über 90 Millionen Mark verausgabt, wovon also etwa 30 Prozent allein im vorigen Jahre. Diese Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen;

Digitized by Google

war der Aufbau auch mühsam, heute ist er Tatsache, und diese Tatsache ist ein Teil des Geheimnisses der Werbekraft der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Gewerkschaftspresse hat mit dem Jahre 1906 eine Auflage von 1920250 Exemplaren erreicht. Die Ausgabe dafür betrug $1^3/_4$ Millionen Mark. Da die gute Hälfte der Gewerkschaftsblätter wöchentlich, die übrigen meistens vierzehntägig erscheinen, wird man die Bedeutung dieser Presse ohne weiteres zu schätzen wissen. Ihr Einfluß auf die geistige Erziehung der Arbeiterschaft ist heute so groß, daß auch nach dieser Richtung das Unternehmertum mit seinen gelben Blättern zu spät kommt. Dies um so mehr, als auch über eine Million sozialdemokratischer Tageszeitungen in der Arbeiterschaft täglich gelesen werden.

Die Beitragshöhe in den Gewerkschaften ergibt zurzeit folgendes Bild: Pro Woche 15 bis 20 Pfennig erhebt 1 Gewerkschaft, 21 bis 30 Pfennig 10 Gewerkschaften, 31 bis 40 Pfennig 20 Gewerkschaften, 41 bis 50 Pfennig 25 Gewerkschaften, und mehr als 50 Pfennig erheben 10 Gewerkschaften. Im Jahre 1900 hatte nur 1 Organisation einen höheren Beitrag als 50 Pfennig, und 6 erhoben weniger als 15 Pfennig pro Woche. Der Erhöhung der Beiträge folgte aber die schnelle Entwicklung der Organisation.

Die gegnerischen Organisationen bleiben nicht nur an Mitgliederzahl, sondern auch an Leistungsfähigkeit weit hinter unseren Gewerkschaften zurück. Die Christlichen verausgabten für Streiks pro Kopf 3,45 Mark, die Hirsch-Dunckerschen 3,73 Mark, unsere Zentralverbände aber 8,61 Mark im Jahre 1906. Und für sonstige Unterstützungen verausgabten die Christlichen 44 Pfennig pro Kopf, die Hirsch-Dunckerschen 1,88 Mark, unsere Zentralverbände aber 2,88 Mark. Man versteht es angesichts dieser Zahlen, daß sich eine dumpfe Resignation in den Kreisen der Sonderorganisationen und ihrer bürgerlichen Freunde geltend macht. Die Ablösung der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch die christlichen, die so pomphaft jahrelang verkündet wurde, hat gute Weile! Die christlichen Führer sehen das auch selbst ein und erklären nun, daß sie „selbstverständlich" nie daran gedacht haben, unsere Organisationen überflügeln zu können. Vor Tisch las man's anders! Und der evangelische Klerus, der in den evangelischen Arbeitervereinen für die „interkonfessionellen" Zentrumsgewerkschaften Propaganda machte, findet jetzt auch ein Haar darin, seine evangelischen Schäflein politisch in die Nähe des Zentrums, wirtschaftlich, während der Beteiligung an den Streiks, in die der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu bringen.

Das Jahr 1906 hat aufs neue bewiesen, daß gegen den Vormarsch unserer gewerkschaftlichen Organisation kein Kraut gewachsen ist. In keinem Jahre noch hatten wir solche Kämpfe und in keinem Jahre solche inneren und äußeren organisatorischen Fortschritte — das ist das Kennzeichen für 1906!

Sicherung der Bauforderungen.

Von **Ludwig Frank.**

Durch den Gesetzentwurf vom 29. April 1907 sollen die Bauforderungen gesichert werden. Einem alten, lärmend geäußerten Wunsche der Handwerker winkt die Erfüllung. Aber bei den mit dem Geschenk Bedachten will keine rechte Freude aufkommen. Je genauer sie sich die 42 langgestielten Paragraphen betrachten, desto unzufriedener werden sie. Sie klagen über die „Un-

klarheit" und die „Kompliziertheit" der Bestimmungen. Es geht ihnen eine Ahnung auf, daß vielleicht auch hier, wie so oft, der „Schutz" des Mittelstandes darauf hinausläuft, dem Großkapital die Hasen in die Küche zu jagen. Der Bauschwindel soll beseitigt werden — ein Ziel, „aufs innigste zu wünschen"; denn er ist eine der widerlichsten Formen des Spekulantentums. Das Schema, nach dem dieser Wucher sich vollzieht, ist das folgende: Der Eigentümer eines Bauplatzes verkauft diesen zu einem über den wirklichen Wert hinausgehenden Preis an einen Strohmann. Der Erwerber darf ganz vermögenslos sein. Es sind oft Leute darunter, die von der öffentlichen Armenunterstützung leben. Zur Sicherung des Kaufpreises wird eine Hypothek eingetragen. Außerdem verpflichtet sich der neue Grundbesitzer, auf dem Gelände ein Gebäude zu errichten, während der Wucherer verspricht, dem Fortschreiten des Baues entsprechende Baugelder zu geben. Für diese Baugelder wird ebenfalls eine Hypothek eingetragen. Hat zum Beispiel die Baustelle einen Wert von 30000 Mark, so wird an erster Stelle eine Kaufpreishypothek von vielleicht 50000 Mark stehen und an zweiter Stelle eine Sicherungshypothek für die zu zahlenden Baugelder in Höhe von 60000 Mark. Die Baugelder sind so bemessen, daß sie höchstens für zwei Drittel der erwachsenden Baukosten ausreichen. Die Baugeldverträge sind schikanös abgefaßt, so daß es dem Geldgeber immer möglich ist, in dem ihm passenden Augenblick die Weiterzahlung einzustellen. Sehr oft verwenden die Bauherren, aus Not oder aus Gewissenlosigkeit, die Baugelder nicht zur Entlohnung der Handwerker, sondern zur Deckung anderer Verpflichtungen. Die Handwerker lassen sich durch Versprechungen zum Weiterarbeiten verleiten und bestimmen oft auch ihre Arbeiter zur Stundung des Lohnes. So kommt schließlich der Zusammenbruch; der Wucherer weigert sich, weitere Baugelder zu geben; der Bauherr wird von den Handwerkern und Arbeitern verklagt — er wird vor Gericht verurteilt. Außer dem bebauten Grundstück ist kein Vermögen da. Bei der Versteigerung erhält der Baugeldgeber die Liegenschaft wieder in seinen Besitz zurück; ein anderer kann unmöglich den Bau ersteigern, da die darauf ruhenden Hypotheken für den Kaufpreis und das Baugeld zu hoch sind. Der Wucherer hat jetzt das Gebäude um diejenige Summe zu billig erhalten, welche die Handwerker und Arbeiter verloren haben.

Gegen diese schwere Krankheit des Wirtschaftskörpers wurden zahllose Rezepte empfohlen. So wurde zum Beispiel die Einführung einer Strafbestimmung gefordert gegen denjenigen, der Baugelder zu anderen Zwecken als zur Tilgung von Bauforderungen verwendet. Oder es wurde verlangt, daß diejenige Person, die im wirtschaftlichen Sinne als Bauherr bezeichnet werden könne, also der Geldgeber, auch hafte für die Baukosten. Der Vorschlag wäre gar nicht übel, wenn nicht die deutschen Gerichte längst ihre Unfähigkeit zur Weiterbildung des Rechtes erwiesen hätten. Die Regierungsvorlage gründet sich auf die Idee, daß die Arbeiter, Handwerker und Materiallieferanten an den „Neuwert", den sie durch ihr Zusammenwirken erzeugen, ein Pfandrecht erhalten sollen. Die zivilrechtliche Vorschrift, daß der Handwerker sein Werk (der Schneider den Rock, der Schuster den Stiefel) nicht herauszugeben braucht vor Zahlung des bedungenen Lohnes, ist übertragen auf die Ausführung von Bauarbeiten an Grundstücken. Bevor ein Bau begonnen wird, muß die Baustelle amtlich geschätzt werden. Der so ermittelte Wert wird durch einen Vermerk ins Grundbuch eingetragen. Von

dieser Wertgrenze an kann die Sicherungshypothek der Baugläubiger beginnen, falls diese rechtzeitig anmelden. Ist das Grundstück über den Wert der Baustelle hinaus schon belastet, so darf die Bauerlaubnis nur erteilt werden, wenn der den Baustellenwert übersteigende Teil der Einträge bar hinterlegt wird (sogenannte Differenzkaution). Und der Bauherr kann sich überhaupt gegen die Eintragung der Bauhypothek sichern, wenn er ein Viertel der voraussichtlich erwachsenden Baukosten deponiert.

Sobald baupolizeiliche Bedenken gegen den Gebrauch eines Gebäudes nicht mehr bestehen, fordert das Grundbuchamt auf, binnen zwei Monaten die Bauforderungen anzumelden. Die Eintragung erfolgt nur, wenn der Eigentümer schriftlich eingewilligt oder das Amtsgericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat. Der Baugeldgeber erhält den Vorrang und tritt an erste Stelle für diejenigen Darlehen, mit denen nachweislich Baugläubiger befriedigt worden sind. Das Recht auf den Eintrag haben auch die sogenannten Nachmänner, denen nicht direkt durch den Bauherrn, sondern durch einen finanziell nicht zuverlässigen Unternehmer eine Arbeit oder Lieferung übertragen wird. Um zu verhindern, daß der Bauherr die Baugelder für andere Zwecke verwendet, muß das Amtsgericht auf Antrag des Geldmanns einen Treuhänder bestellen, der die rechtliche Stellung eines Pflegers hat. Diesem werden die Baugelder ausgehändigt, und er hat für die Bezahlung der Baugläubiger mit den ihm überlassenen Mitteln zu sorgen.

Auch wenn wir die Grundlinien des Entwurfs akzeptieren, enthält die Vorlage sehr viele anfechtbare Einzelbestimmungen. So soll das Gesetz nicht im ganzen Reiche gelten, sondern nur in den durch landesherrliche Verordnung bestimmten Gemeinden. Die Spekulation wird sich natürlich sofort in die Vororte flüchten, sobald sie in den großen Städten Schwierigkeiten sieht. Der Bereich des Gesetzes müßte mindestens auf alle Gemeinden mit über 10000 Einwohnern ausgedehnt werden. Ebenso bedenklich ist die Einschränkung, daß das Gesetz nur Anwendung findet auf Baustellen, die zur Zeit der Bauerlaubnis unbebaut sind und sich während der letzten drei Jahre vorher in dem gleichen Zustand befunden haben. Die Sanierung großer alter Stadtteile soll also auch fürderhin unter dem glorreichen Zeichen des Bauschwindels geschehen dürfen.

Ganz unbegründet ist endlich die Ausnahme, wonach das Gesetz keine Anwendung findet auf Grundstücke des Fiskus und solche Grundstücke, die einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts gehören oder einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Bauunternehmen gewidmet sind. Vielleicht wird noch festgestellt, wieviel Tausend Mark Arbeitslöhne jedes Jahr an Kirchen und Kasernen verloren werden.

Wenn auch eine zuverlässige Statistik fehlt, kann nach Schätzungen angenommen werden, daß jährlich von den Bauarbeitern etwa zweihunderttausend Mark Lohn durch den Bauschwindel verloren werden. Die Beträge wären noch viel höher, wenn nicht durch den Druck der Arbeiterorganisation mancher „Bauherr“ veranlaßt würde, nachträglich zu zahlen.

An der Sicherung der Bauforderungen sind also auch die Arbeiter sehr interessiert; aber mit den verwickelten neuen Vorschriften wird ihnen wenig geholfen sein. Die Formalitäten der Anmeldung und Eintragung und die Einhaltung der Frist werden oft versäumt werden, und im günstigsten Fall wird der Maurer nach Monaten das Geld erhalten, das er am Ende jeder Woche braucht. Am schlimmsten steht es mit der Verwertung des Eintrags. In eine

Hypothek sind Arbeiter, Handwerker und Lieferanten zusammengepfercht. Die Arbeiter werden nicht in der Lage sein, bei der Versteigerung mitzubieten. Richtiger wäre, wenn ohne Antrag eine gesetzliche Hypothek für zwei rückständige Lohnperioden des Arbeiters bestände, ähnlich bevorrechtigt wie im Konkursverfahren. Die Erlaubnis zur Benützung eines Neubaues dürfte erst dann erteilt werden, wenn der Nachweis erbracht ist, daß die auf dem Gebäude ruhenden Lohnrückstände bezahlt sind.

Wie aber auch das Gesetz noch gestaltet werden mag, es bleibt die Befürchtung, daß die Arbeiter die kleinen Vorteile, die ihnen vielleicht die Vorlage bringt, in Form erhöhter Mietpreise teuer werden bezahlen müssen. Die Einrichtung des Treuhänders wird Mehrkosten verursachen, und die Verzögerung der Bauausführung bedingt einen Zinsverlust, der natürlich auf die Konsumenten, die Mieter, überwälzt werden wird. Das Gesetz über die Sicherung der Hauptforderungen braucht daher eine Ergänzung durch ein Reichswohnungsgesetz. Wir stehen vor dem Problem des Privateigentums an Grund und Boden. Das ist eine Aufgabe, die von der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst werden kann.

Literarische Rundschau.

Hermann Schlüter, **Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika.** Stuttgart 1907, Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger. XII und 216 Seiten Großoktav. Preis broschiert 3 Mark, gebunden 4 Mark.

Genosse Schlüter, der Gründer unseres Parteiarchivs, der unterm Sozialistengesetz mit in erster Reihe gekämpft hat und seit einer Reihe von Jahren unser Parteiblatt in New York leitet, gibt in diesem Werke einen sehr wertvollen Beitrag zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, die er so genau kennt, wie wenige. Mit erstaunlichem Fleiß und mit fast noch erstaunlicherem Glücke hat er die literarischen Spuren der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten und namentlich in New York bis zum großen Bürgerkrieg zu sammeln verstanden, und damit ein Quellenmaterial gerettet, das ohne seine mühsame Sorgfalt sonst wohl für immer verloren gegangen wäre.

Und das wäre um so mehr zu beklagen gewesen, als Schlüter mit Recht daran zweifelt, ob es irgend eine Stadt der Welt gebe, die einen so klassischen Boden biete für die Beobachtung der verschiedenen Stadien, die der proletarische Emanzipationskampf zu durchlaufen hat, als die Stadt New York. Es ist ähnlich, wie der Physiker Naturprozesse dort beobachtet, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt erscheinen. Solche störenden Einflüsse haben in Deutschland selbst unaufhörlich die normale Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung durchkreuzt, so in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Druck der Reaktion, die dem deutschen Proletariat selbst die Erinnerung an seine ersten selbständigen Regungen raubte, so in den sechziger und siebziger Jahren die bürgerlichen Freiheitskämpfe, die die junge Arbeiterpartei ein Jahrzehnt und darüber innerlich zerrissen, so in den achtziger Jahren das Sozialistengesetz, das den unaufhaltsam anschwellenden Strom doch zu einem unterirdischen Lauf zwang, so bis in die Gegenwart hinein die Notwendigkeit, einen so wesentlichen Teil der proletarischen Kraft für Forderungen aufzubieten, die in den bürgerlichen Klassen längst hätten durchgesetzt werden müssen, aber von ihnen schmählich verraten worden sind.

Nicht als ob die deutsche Arbeiterbewegung durch die größere Kompliziertheit in ihrer Heimat weniger bedeutsam oder auch nur weniger lehrreich geworden wäre.

Ganz im Gegenteil! Aber deshalb bleibt das Interesse nicht minder groß, zu sehen, wie sie sich da entwickelt hat, wo sie von solchen hemmenden Einflüssen vollkommen frei gewesen ist, wie in den Vereinigten Staaten und namentlich in New York. Schlüter braucht sich deshalb auch gar nicht zu entschuldigen, daß er seine Arbeit „mit Material überhäuft" habe; vielmehr sind die Artikel, Aufrufe, Programme usw., die er mitteilt, wenn auch vielleicht keine spannende Lektüre im oberflächlichen Sinne des Wortes, so doch durchaus notwendig, um ein erschöpfendes Bild der deutschen Arbeiterbewegung in der amerikanischen Metropole zu geben, und auch durchaus interessant für den, der in solchen Werken nicht müßigen Zeitvertreib, sondern wirkliche Belehrung sucht, zumal da Schlüter, der zu den geschultesten Köpfen des Marxismus zählt, durchaus immer Herr seines Stoffes bleibt.

Dabei fehlt es seinem Buche keineswegs an Kapiteln, bei denen die literarische Spannung des Lesers ebenso auf ihre Rechnung kommt, wie das wissenschaftliche Interesse des Forschers. Wir verweisen nur auf die Abschnitte über Hermann Kriege, Wilhelm Weitling und Josef Weydemeyer. Kriege und sein „Volkstribun" erscheinen bei Schlüter in noch ungünstigerem Lichte, als in dem bekannten Rundschreiben, das Marx und Engels aus Brüssel gegen Krieges entnervende Propaganda richteten. Der „Volkstribun" war das erste deutsche Arbeiterblatt in New York, wenn auch nicht in den Vereinigten Staaten überhaupt; kurz vor ihm war schon in Philadelphia der „Adoptivbürger" von G. Dietz herausgegeben worden, um freilich bald, im Januar 1846, zu verschwinden. In demselben Monat und Jahr begann der „Volkstribun" zu erscheinen, mit dem Motto: Die Arbeit hoch! Nieder mit dem Kapital! und mit dem Bilde Masaniellos, des neapolitanischen Volkstribunen, als Titelvignette.

Der „Volkstribun" war eine Wochenschrift. Er bestand nur ein Jahr, machte aber in dieser Zeit verschiedene Wandlungen durch. Kriege sandte an eine Anzahl reicher Bürger Bettelbriefe, die er „Ein Narr", „Ein Unbekannter", mitunter auch mit seinem Namen unterzeichnete, um einige Dollar für sein Blatt loszueisen. Schlüter teilt einen dieser Briefe mit, der die Vermutung rechtfertigt, daß Kriege damals schon dem Wahnsinn verfallen war, dem er wenige Jahre später erlag. Seine Artikel im „Volkstribun" waren nicht weniger unsinnig als diese Briefe und rechtfertigten vollkommen das Einschreiten der Brüsseler Kommunisten. Kriege antwortete auf die „Bannbulle" mit den üblichen Redensarten, nämlich daß er „der Menschheit wirklich einen Schritt vorwärts helfen" wolle, während seine Kritiker nichts zu „tun" wüßten, bekundete sein „rein positives Wirken" alsbald aber dadurch, daß er sich der Tammany Hall, der korruptesten Politikerclique New Yorks, in die Arme warf und bei dem damaligen Streite zwischen England und den Vereinigten Staaten wegen des Oregongebiets in wahrhaft blutdürstiger Weise den Krieg predigte.

Seiner Verleugnung durch die europäischen Kommunisten hatte sich Weitling nicht angeschlossen, doch war Weitling ein ganz anderer Mann als Kriege. Schlüter bringt über ihn viel neues Material bei, und nicht nur über seine amerikanische Tätigkeit; so teilt er mit, daß Weitling der Sohn eines französischen Offiziers gewesen sei, der im russischen Feldzug von 1812 umkam. Weitling hat in den Vereinigten Staaten eine zeitweise ganz bedeutende Arbeiteragitation entfaltet, wenn sie auch leider nicht mehr die ursprüngliche Frische und Kraft seiner schweizerischen Agitation besaß. Seit seinem Bruche mit Marx hatte Weitling den sicheren Kompaß verloren, und er selbst scheint es empfunden zu haben, wenn man nach dem wahrhaft unnatürlichen, sich in den wildesten Verleumdungen entladenden Haß schließen darf, den er gegen Marx hegte. Sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation der Arbeiter widersetzte sich Weitling; er stellte alle seine Hoffnungen auf utopistische Pläne, wie die Gründung von Gewerbetauschbanken und kommunistischen Kolonien.

Es gelang ihm aber, einen Arbeiterbund zu stiften und den ersten deutsch-amerikanischen Arbeiterkongreß einzuberufen, der 1850 in Philadelphia tagte, auch

in der „Republik der Arbeiter“ ein Bundesorgan zu gründen, das immerhin einige Jahre lebte. Vom Januar 1850 bis zum April 1851 erschien die „Republik der Arbeiter“ als Monatsschrift, dann bis zum Dezember 1854 als Wochenschrift; im Juli 1855 ging sie ein, worauf sich Weitling nach den unausbleiblichen Enttäuschungen von der Arbeiterbewegung zurückzog. Durch demokratischen Einfluß erhielt er einen Posten in Castle Garden, dem New Yorker Einwanderungsbureau, als Registrator der deutschen Einwanderer. Mit Beginn des Bürgerkriegs verlor er diese Stellung. Halb wurde er als Demokrat — er hatte nicht das geringste Interesse für die Aufhebung der Negersklaverei — durch die Schikanen der republikanischen Verwaltung hinausgeekelt; halb ging er freiwillig, weil er dem Verlangen nicht nachkommen mochte, die jungen Einwanderer, die ihm vorgeführt wurden, zur Teilnahme am Kriege zu überreden. Er legte sich jetzt auf Erfindungen, wobei er seine genialen Anlagen betätigte; er konstruierte eine Knopflochmaschine, die zugleich Stickmaschine war, doch wurde er durch die große Nähmaschinenfirma Singer & Komp. um den Ertrag seiner Arbeit geprellt. Er starb am 25. Januar 1871, nachdem er drei Tage vorher noch einem Verbrüderungsfest der New Yorker Sektionen der Internationale beigewohnt hatte. Trotz all seiner Fehler und Fehlschläge hinterläßt Weitling, auch in seiner amerikanischen Wirksamkeit, einen menschlich sehr sympathischen Eindruck, dem Schlüter beredten Ausdruck gibt; nur seine sinnlosen Schmähungen gegen Marx stellen seinen Charakter in sehr schlechtes Licht.

Ihren hervorragendsten Vertreter fanden die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Josef Weydemeyer, dem Freunde von Marx und Engels, über den im vorigen Bande dieser Zeitschrift urkundliches Material beigebracht worden ist. Neben ihm ist dann noch Adolf Cluß zu nennen, doch fiel dieser bald ab. Beide arbeiteten an der „Reform“ mit, die am 5. März 1853 zu erscheinen begann, erst als Wochenblatt, dann als Halbwochenblatt und vom Herbste des Jahres ab als Tageszeitung. Sie bestand aber auch nur wenig über ein Jahr, und nur solange sie ein Wochenblatt war, konnte sie sich, wie Schlüter feststellt, als revolutionäres Arbeiterblatt all ihren Nachfolgern stolz zur Seite stellen. Ihr eigentlicher Redakteur war ein gewisser G. Kellner, ein alter Achtundvierziger, dem die prinzipielle Klarheit in der Arbeiterfrage fehlte. Er versuchte es mit einer Annäherung an die bürgerlichen Deutschen in New York, aber sie verziehen dem Blatt nicht seine ursprüngliche Haltung und ließen es untergehen. Weydemeyer gab dann noch Flugschriften heraus, doch die hereinbrechende Krisis lähmte die Arbeiterbewegung und dann begann auch die Sklavereifrage ihre Schatten vorauszuwerfen. Nach einem bekannten Worte von Marx war vor Beseitigung der Negersklaverei an eine gesunde Arbeiterbewegung in Amerika nicht zu denken, und eben dies war die Ansicht Weydemeyers, der erst mit der Feder und dann mit dem Schwerte so leidenschaftlichen wie rühmlichen Anteil an dem Kampfe gegen die Sklavenbarone nahm.

Schlüter behandelt diese Fragen eingehend in einem besonderen Kapitel über Negersklaverei und Arbeiterbewegung, das zu den lehrreichsten Teilen seines Buches gehört. Mit dem Ausbruch des großen Bürgerkrieges endet jedoch der Zeitabschnitt, den er einstweilen zu schildern unternommen hat, und wir schließen mit dem Wunsche, daß ihm seine Muße bald gestatten möge, die späteren Stadien der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung in gleich fesselnder Weise zu schildern. F. M.

Fritz Mauthner, **Die Sprache.** (9. Band des Sammelwerks: „Die Gesellschaft“.) Frankfurt a. M., Rütten & Löning. 120 Seiten. 1,50 Mark.

Herr Mauthner verfügt über sehr viel Geist, hat sehr viel gelesen, steht aber den bewegenden Kräften der Gesellschaft verständnislos gegenüber. Kein Wunder, daß ihm die Geschichte der Menschheit nichts ist als ein Haufen von Zufälligkeiten, unlösbaren Widersprüchen und Illusionen, woraus aber merkwürdigerweise ein Gedanke ihm klar entgegenleuchtet: die Herrschaft der Sprache, das heißt der Phrase, über die Menschheit. Nicht materielle Bedingungen und Interessen bestimmen das

Streben und Kämpfen der Völker und Klassen, sondern bloße Worte. Die richtige Literatenidee. So schreibt er:

„Sind denn alle die Grundsätze, Schlagworte, Ideale und Götter, die als letzte Triebfedern unser Handeln bestimmen, etwas anderes als Worte? (S. 82).

„Und der demokratische Wille wird gelenkt durch Worte, durch alte und neue Worte, die einander befehden. Menschensitte und Weltgeschichte — die Geschichte der langsamen Änderungen aller Menschensitte nennen wir Weltgeschichte — steht unter der Tyrannei sprachlicher Herren, unter der Tyrannei alter und neuer Worte" (S. 89).

„Auf der ganzen Linie dringen die neuen Worte siegreich vor, und ich sehe schon im Geiste die Sonne des neuen Tages aufgehen, an dem zwar alles beim alten bleiben wird, an dem aber durch einen revolutionären Beschluß die bisherigen Gefängnisse und Zuchthäuser den Namen Sanatorien und Irrenhäuser bekommen werden. Vielleicht werden die Richter auch den Titel Medizinalrat erhalten" (S. 100).

Natürlich ist Herr Mauthner Aristokrat, und die Demokratie scheint ihm „trostlos" (S. 88).

Bei solchen Anschauungen ist es kein Wunder, wenn Mauthner neben manchen sehr feinen Bemerkungen auch eine Fülle des lächerlichsten Zeugs aufstapelt. Besonders heiter wirkt es, wenn er sich auf den Ökonomen hinausspielen will. So will er zum Beispiel die drei Faktoren der materiellen Produktion, Rohmaterial, Werkzeug, Arbeit, auf die Sprache anwenden, als ob diese ein materielles Produkt wäre, und aus der Eigenart dieser drei Faktoren nachweisen, warum die Sprache Gemeineigentum ist und nichts kostet im Unterschied etwa von einem Kessel.

„Die soziale, zweckmäßige, verbale Tätigkeit des Kesselschmiedens braucht drei Faktoren: Menschenarbeit, Werkzeug und Material. . . . Damit vergleiche man nun die drei Faktoren bei dem Unternehmen, dem einzigen wahrhaft sozialen Unternehmen des sprachlichen Menschenverkehrs.

„Das Material ist ohne jeden ökonomischen Wert. Die Luft."

Also aus Luft als Rohmaterial wird Sprache gemacht, wie aus Kupfer ein Kessel. Das erinnert an jene geniale Entdeckung, daß man aus einem Loch eine Kanone macht, indem man Kanonenmetall darum herumgießt. Wird aus Luft das Sprechen fabriziert, so aus Wasser wohl das Schwimmen.

Der zweite Faktor der Produktion ist die Sprache.

„Diese Arbeit ist so leicht, daß sie als Nebengeräusch des Atmens mühelos nebenbei geleistet wird. Wie bei den neuen Kanonen der sonst lästige Rückstoß zum Laden benützt wird."

Da haben wir abermals die Kanone. Man könnte aber auch sagen, die Sprache ist ein Nebenprodukt des Atmens, wie der Teer ein Nebenprodukt des Koks ist, und kostet daher nichts. Wäre das Sprechen harte Arbeit, dann würde es wohl Geld kosten, nach Mauthners Logik. Er verweist ausdrücklich im Gegensatz zu dem billigen Material und der billigen Arbeit des Sprechens auf „das kostbare Material des Kesselschmiedes und an dessen erschöpfende Arbeit, die mit einem schweren Silberstück täglich aufgewogen werden muß".

Also die Arbeit des Schmiedens wird bezahlt, weil sie schwer ist, und die des Sprechens nicht, weil sie mühelos ist. Wäre sie so erschöpfend, wie die des Kesselschmiedens, dann müßte sie mit einem „schweren Silberstück täglich aufgewogen werden". Tatsächlich wird aber Sprecharbeit, wenn sie für einen anderen, im Auftrage eines anderen geleistet wird, ebenso und oft noch besser bezahlt, wie die Arbeit des Kesselschmiedes. Und andererseits zahlt dem Kesselschmied kein Mensch ein Silberstück, und mag jener sich noch so geplagt haben, wenn er den Kessel für sich selbst und nicht für einen anderen produzierte.

Die Unentgeltlichkeit der gewöhnlichen Sprecharbeit rührt also nicht daher, weil sie ein „müheloses Nebengeräusch des Atmens" ist, sondern daher, weil die Menschen gewöhnlich für sich selbst sprechen, und was man für sich selbst tut, dafür zahlt

einem niemand etwas, einerlei, ob es mühselig oder leicht ist. Verfolgte man den Mauthnerschen Gedankengang weiter, dann müßten Menschen mit hartem Stuhlgang für dessen Verrichtung auch mit einem schweren Silberstück entlohnt werden. Es fragt sich bloß von wem.

Endlich aber weiß Mauthner noch einen dritten Grund dafür, warum das Sprechen nichts kostet. Er findet ihn in der Eigenart des „Werkzeugs der Sprache".

Was ist aber das Werkzeug der Sprache? Man sollte annehmen, die Sprachwerkzeuge und das Gehirn, also der menschliche Organismus. Das Sprechen kostete demnach nichts, weil es der Mensch selbst mit sich selbst ohne jedes andere Werkzeug produziert. Aber das wäre zu gewöhnlich, nicht verblüffend tiefsinnig philosophisch genug. Und so macht Mauthner die überraschende Entdeckung, daß das Werkzeug der Sprache — die Sprache ist — und dieses Werkzeug stellt ein Gemeineigentum des Volkes dar, „ist entweder unkäufliches Gemeingut, wie das luftige Material, oder es ist doch so billig, so sehr Nebenleistung, wie die Sprecharbeit".

Daß die Sprache das Produkt des Sprechens ist, also nicht gut auch das Werkzeug des Sprechens sein kann, geniert Mauthner nicht weiter. Aus seinen Andeutungen darüber darf man annehmen, daß ihm die Sprache als Werkzeug des Sprechens erscheint, weil sie der Sprechende zu gebrauchen, das heißt hervorzubringen verstehen, im Kopfe innehaben muß, bevor er spricht. Aber der Kesselschmied muß auch in der Herstellung des Kessels geübt sein und dessen Bild im Kopfe fertig haben, ehe er einen Kessel produzieren kann; deswegen wird man doch nicht den Kessel, den er fabriziert, für sein Werkzeug bei dieser Produktion erklären.

Das Ergebnis der Argumentation ist, daß die Sprache nichts kostet, einmal weil die Luft nichts kostet, dann die Sprecharbeit nichts kostet und endlich die Sprache nichts kostet. Originell ist diese Beweisführung auf jeden Fall, und das ist wohl die Hauptsache.

Derartige Ausführungen sollen uns nun helfen, „die Stellung der Sprache in der Soziologie ein wenig zu erkennen". Allerdings nur „ein wenig", denn mehr wäre gemein, platt, nicht tiefsinnig.

„Daß Hämmern und Dreschen Werte einer sozialen Tätigkeit, soziale Werte sind, soll mir helfen, das Metaphorische in der Behauptung, die Sprache sei das sensorium commune des Volkes, resigniert zu erkennen, und die Behauptung selbst leiser vorzutragen. Und nicht einen Augenblick darf ich, nicht einen Augenblick soll der Leser dabei vergessen, daß eben die Begriffe ‚Sprache' und ‚sozial' selbst wieder in metaphorischem Bedeutungswandel geworden sind und sich immer noch wandeln, daß wir in einer dunklen Höhle sitzen und nur von den wirklichen Artbegriffen etwa einige Schatten sehen, von Abstraktionen wie ‚Sprache' und ‚sozial' jedoch fast nur noch die unmerkliche Kältewirkung des Schattens merken. Ich bemühe mich, das Metaphorische solchen geistigen Erfassens durch fast spukhafte Wortfolgen etwas fühlbarer zu machen" (S. 111).

Dieses spukhafte Bemühen ist Herrn Mauthner höchst fühlbar gelungen. Nur ist es nicht immer eine unmerkliche Kältewirkung, die wir dabei merken. K. K.

Dr. jur. Boldt, **Die Wertzuwachssteuer.** Ihr bisherige Gestaltung in der Praxis und ihre Bedeutung für die Steuerpolitik der Gemeinden. Dortmund 1907, W. Crüwell.

Der Verfasser, ein entschiedener Anhänger der Wertzuwachssteuer, erörtert in allgemein verständlicher Weise auf Grund eigener Erfahrungen und unter Berücksichtigung aller bisher eingeführten Neuordnungen die praktischen Gesichtspunkte, die bei Einführung der Wertzuwachssteuer zu beachten sind. Mit guten Gründen weist er die von den Gegnern dieser Steuer gemachten Einwendungen zurück, ohne indes in den von anderer Seite gemachten Fehler zu verfallen und in der Wertzuwachssteuer in der Form, wie sie bis jetzt eingeführt ist, ein Mittel zur Einschränkung der Bodenspekulation und zur Herabdrückung der Preise der Grundstücke zu erblicken. Diese Erwartung wird gar nicht oder doch nur in geringem Umfange

erfüllt, wenn nicht gleichzeitig Zuschläge im Falle der Zurückhaltung baureifen Landes von der Bebauung erhoben werden, also besondere Zuschläge für die Grundstücke, welche unter normalen Verhältnissen innerhalb einer bestimmten Frist, nachdem sie durch Straßen aufgeschlossen sind, nicht bebaut wurden.

Im Gegensatz zu anderen Befürwortern der Wertzuwachssteuer will Boldt ganze Arbeit machen, er will prinzipiell jeden Wertzuwachs erfassen, der über den Erwerbspreis unter Einschluß der zulässigen Abmachungen hinausgeht. Mit Recht betont er, daß man, sobald eine bestimmte Quote des Wertzuwachses frei bleibt, die Umgehung der Steuer durch Fingierung von Zwischenkäufen erleichtert, bei denen die einzelnen Gewinne die steuerfreie Quote nicht übersteigen. Boldt kennt offenbar die Art, wie die Grundstücksgeschäfte betrieben werden, ziemlich genau, er urteilt nicht vom grünen Tisch, sondern er ist ein Mann der Praxis, der in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied in Dortmund mit Erfahrungen aufwarten kann.

Beherzigenswert sind die Vorschläge, die er über die Verwendung der Erträge der Wertzuwachssteuer macht: einen Teil will er zur Schaffung eines Ausgleichsfonds für ungünstige Finanzjahre, einen Teil zur Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben benutzen, die jetzt gewöhnlich aus Anleihemitteln bestritten werden.

Bedenkt man, daß der Berliner Magistrat sich in seiner ursprünglichen Vorlage mit einer Besteuerung von 5 bis höchstens 20 Prozent begnügen wollte, während Boldt mindestens 10 Prozent verlangt und die Skala bis 25 Prozent steigern lassen will, so kann man sich vorstellen, was für ein Geschrei die Bodenspekulanten gegen das von ihm entwickelte Programm erheben werden. Möglich, daß sie ihn sogar als Sozialisten verschreien werden, mit Rücksicht darauf, daß er eine solche Besteuerung für keineswegs zu hoch erklärt im Vergleich zu den Sätzen, mit denen das aus Arbeit jeder Art fließende Einkommen besteuert wird. Zu dem Verdacht des Sozialismus liegt allerdings kein Grund vor, zumal da Boldt im Interesse der Besitzenden eindringlichst vor zu hohen Kommunalzuschlägen zur Einkommensteuer warnt.

Gemeindevertretern, in deren Gemeinden die Frage der Wertzuwachssteuer aktuell ist, sei die Schrift angelegentlichst empfohlen. Paul Hirsch.

Paul Pflüger, **Der Sozialismus der Kirchenväter.** Sozialwissenschaftliche Volksbibliothek, Heft 17. Zürich, Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins. 24 Seiten. 20 Centimes.

Eine gute Zusammenstellung einer Reihe von Zitaten aus den Kirchenvätern, die deren Sozialismus drastisch beleuchten. Villegardelle in seiner Geschichte der sozialistischen Ideen vor der französischen Revolution, dann Bebel in seiner „Frau" und ich im ersten Bande der „Vorläufer des Sozialismus" haben schon manche dieser Zitate veröffentlicht. Aber die vorliegende Sammlung ist vollständiger als die bisherigen kurzen Angaben, und für die Agitation unter christlichen Arbeitern ist eine besondere, handliche und billige Ausgabe sehr zweckmäßig. K.

Notizen.

Kulis in der deutschen Seeschiffahrt. Der fünfte Verbandstag des Seemannsverbandes in Deutschland, der im Oktober dieses Jahres in Hamburg tagte, hat in der Frage der Beschäftigung von Chinesen und Farbigen auf deutschen Schiffen eine Resolution beschlossen, die sich im wesentlichen mit den Forderungen deckt, die in dem Artikel: „Die Verwendung von Kulis als Lohnarbeiter in der Seeschiffahrt" in Nr. 50 der „Neuen Zeit" 1907 aufgestellt worden sind. Nach den Erhebungen der Seeberufsgenossenschaft zum Zwecke der Vorbereitung der Witwen- und Waisenversorgung waren im Jahre 1905 auf den deutschen Schiffen 44780 Seeleute beschäftigt, darunter 4828 Chinesen, Malaien, Laskaren usw., also mehr als 10 Prozent. H. F.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Nr. 11 | 26. Jahrgang, 1. Band | 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Freisinnige Blockpolitik.

✗ Berlin, 11. Dezember 1907.

Der Block will des Sieges nicht froh werden, den er vor acht Tagen erfochten haben soll. Die Komödie war allzu durchsichtig, als daß sie die Komödianten selbst über einen Tag hinaus befriedigen konnte. Dann saß wieder hinter dem heiteren Sonntagsreiter die schwarze Sorge.

Es mag schwerlich schon eine Politik gegeben haben, die so von der Hand in den Mund lebt, wie die Blockpolitik. Sie rechnet nicht mit Jahren, nicht einmal mehr mit Monaten, sie rechnet nur nach Wochen. Vorläufig sehnt sie die Weihnachtsferien herbei, die ihr eine kurze Frist täuschender Ruhe gewähren sollen. Danach steht sie vor denselben Schwierigkeiten wie heute, oder eher noch vor größeren Schwierigkeiten, denn die Verschleppung peinlicher Fragen macht ihre Lösung nach alter Erfahrung nicht leichter, sondern schwieriger.

Eine rechte Probe dieses Langens und Bangens in schwebender Pein gab die erste Lesung des Reichsvereinsgesetzes im Reichstag. Seiner Absicht nach ist es so recht die Morgengabe, die den liberalen Philister mit der Blockpolitik versöhnen soll, denn die andere dieser Spenden, das neue Börsengesetz, hat für die freisinnigen Massen, wenn anders dieser Ausdruck erlaubt ist oder überhaupt noch einen Sinn hat, nur geringes Interesse. Nun braucht man noch nicht einmal ein entscheidendes Gewicht darauf zu legen, wie sehr die „Reform" des Vereinsgesetzes in anderen Beziehungen zu wünschen übrig läßt, aber der § 7, der ein neues Ausnahmegesetz schafft, ist für die Freisinnige Partei schlechthin unannehmbar, falls sie auch nur noch zum Scheine ihre „politischen Überzeugungen wahren" und sie nicht mit einem Schube über den Haufen werfen will.

Man sollte denken, daß darüber irgend ein Streit nicht möglich sei. Die gewaltsame Unterdrückung der Sprache, die eine Minderheit der Reichsbevölkerung spricht, ist eine Waffe der brutalsten Reaktion, deren prinzipielle Widerlichkeit höchstens gemildert wird durch ihre praktische Unwirksamkeit; mit allen

politischen Grundsätzen eines Liberalismus, der noch irgend darauf rechnet, ernsthaft genommen zu werden, steht sie in schreiendem Widerspruch. Die Zumutung, einem solchen Ausnahmegesetz seine Zustimmung zu geben, ist für den Freisinn einfach ein Schlag ins Gesicht, und wenn er überhaupt noch von einer „Wahrung seiner politischen Grundsätze" sprechen will, so müßte er mindestens in diesem Punkte Fuß beim Male halten und der Regierung erklären: Hier machen wir nicht mit, und mag der Block darüber tausendmal in Scherben gehen.

Diese prinzipielle Politik wäre auch, wie immer, die praktisch aussichtsreichste; das hat sogar der freikonservative Professor Delbrück dem Freisinn in schlüssigster Weise auseinandergesetzt. Jedoch der Freisinn ist mit jener totalen Blindheit geschlagen, die sich um so sicherer einstellt, je schmählicher der Verrat der Prinzipien ist. Er hat den § 7 freilich noch nicht hinuntergeschluckt, aber er hat ihn ebensowenig für unannehmbar erklärt. Seine Presse tröstet sich damit, daß der Staatssekretär des Innern wiederholt gesagt habe, die verbündeten Regierungen „legten den höchsten Wert" auf den Sprachenparagraphen, aber daß er sich gehütet hat, zu sagen, ohne ihn sei das Gesetz für den Bundesrat unannehmbar. Daraus wird denn die Schlußfolgerung gezogen, es komme darauf an, eine Fassung des § 7 zu finden, die der Unbilligkeit und Willkür vorbeuge. Ob dieser Versuch gelinge, lasse sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls dürfe erwartet werden, daß die bürgerliche Linke in dieser Frage schlechterdings einheitlich handle; werde nicht einmal das Vereinsgesetz verabschiedet, so müßte die Blockpolitik jede Werbekraft verlieren. So zu lesen in der „Vossischen Zeitung", die eine gewisse angenehme Mittellinie innehält zwischen der gänzlichen Gesinnungslosigkeit der „Freisinnigen Zeitung" und den rabiaten Seitensprüngen des „Berliner Tageblatt".

Hier haben wir den Freisinn in seiner ganzen Pracht. Während ihm sogar ein freikonservativer Politiker aus triftigen Gründen rät, lieber das Vereinsgesetz fahren zu lassen, als über den Stock eines Ausnahmegesetzes zu springen, sagt die biedere Tante Voß: ehe wir das Vereinsgesetz scheitern lassen, wollen wir lieber ein Ausnahmegesetz hinunterschlucken. Denn darauf läuft natürlich ihr ganzes Gerede hinaus. Sie leidet an einer komischen Selbstüberhebung, wenn sie die dilatorische Politik der Regierung und des Freisinns in dieser Frage auf dieselbe Stufe stellt, wenn sie im Staatssekretär des Innern und Herrn Müller-Meiningen gewissermaßen zwei Schachspieler sieht, die einander in vorsichtig gedeckten Zügen matt zu setzen versuchen. Vielmehr ist es die Regierung, die das freisinnige Fischlein längst an der Angel hat. Die Regierung hat nicht das geringste Interesse daran, den Unentwegten von vornherein die Pistole auf die Brust zu setzen und dadurch wenn nicht sie selbst, so doch ihre Wähler kopfscheu zu machen. Wie einst beim Sozialistengesetz den Nationalliberalen, so überläßt sie jetzt beim Sprachenparagraphen den Freisinnigen, „Schutzmaßregeln" gegen polizeiliche „Willkür und Unbilligkeit" zu ersinnen, denen sie je nachdem auch ihr Ja und Amen spenden wird, sicher, daß so wenig wie beim Sozialistengesetz derartige Zwirnsfäden die Faust des Ausnahmegesetzes behindern werden. Sie behält also alle Trümpfe in der Hand,

während der Freisinn sein Spiel überhaupt verloren gibt, sobald er sich darauf einläßt, mit einem Ausnahmegesetz zu paktieren.

Diesen sehr einfachen Sachverhalt suchte Herr Müller-Meiningen in der Debatte über das Vereinsgesetz zu verdunkeln durch eine gewaltige Pauke, die er gegen die Zentrumspolitik losließ. Was er den ultramontanen Reaktionären ins Stammbuch schrieb, mag ja mehr oder minder richtig gewesen sein, und es lassen sich der päpstlichen Garde noch viel ärgere Dinge ankreiden, aber es war nicht ganz am richtigen Orte gedonnert, und auch nicht ganz zur richtigen Zeit. Im Reichstag spielt ja nicht das Zentrum den Schleppenträger der Regierung, sondern der Freisinn, und gegen den § 7 opponiert das Zentrum, gleichviel aus welchen Beweggründen, ebenso entschieden, wie der Freisinn entschlossen ist, ihn im Wesen der Sache zu apportieren. Im günstigsten Falle lief also die demosthenische Beredsamkeit des Herrn Müller-Meiningen darauf hinaus, dem Zentrum zu sagen: Nun wohl, wir sind der Regierung willfährig, auch unter Opferung unserer Grundsätze, aber seid ihr es früher nicht auch gewesen? Dieser Triumph freisinniger Beredsamkeit scheint uns etwas mager und sogar ein wenig kompromittierend zu sein, aber Herr Müller-Meiningen wird uns sagen, daß der Teufel in der Not Fliegen frißt.

Das Zentrum kann sich solche rednerischen Hagelschauer, wenn sie aus freisinnigem Munde kommen, gut und gern gefallen lassen. So wenig man sonst geneigt sein mag, auf die Sprache der Zentrumsblätter zu schwören, so darf man ihrer Versicherung, daß sie dem Block, wenn auch gewiß kein ewiges, so doch ein leidlich langes Leben wünschen, aufs Wort glauben. Das Zentrum hatte als „maßgebende Partei" so viel Sünden auf seinen Buckel geladen, daß ihm eine Schonzeit durchaus gelegen kommt, die ihm gestattet, seinen ramponierten Ruf als „Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht" einigermaßen aufzufrischen. Dies ist gerade die in gewissem Sinne verhängnisvollste Folge der Blockpolitik, daß sie dem Zentrum ermöglicht, sich wieder in der Rolle einer Oppositionspartei zu gefallen, die gegen Ausnahmegesetze und neue Steuerlasten energischen Protest erhebt. Und wenn Herr Müller-Meiningen so bewegliche Klage anstimmte über die grausame Kritik der Zentrumspresse an der Blockpolitik, so darf man deshalb in dieser Kritik doch nicht das Schielen des Fuchses nach den zu hoch hängenden Trauben erblicken. Das Zentrum gehört zu den Parteien, die warten können, und es nutzt die Wartezeit gründlich aus, indem es sich auf Kosten des Freisinns als echte Volkspartei ausstaffiert. Niemand kann es mehr bedauern als wir, daß ihm diese günstige Gelegenheit geboten wird, aber deshalb wollen wir uns doch lieber kein X für ein U machen lassen, am wenigsten durch die Tiraden von Leuten, die ihre volksverräterische Politik durch den Nachweis zu decken suchen, daß die ultramontane Partei ehedem dieselbe volksverräterische Politik getrieben habe.

Nächst und neben den Ultramontanen haben die Konservatioen den eigentlichen Nutzen von der freisinnigen Blockpolitik. Ihnen kann nichts willkommener sein als die moralisch-politische Abwirtschaftung der bürgerlichen Linken, und sie tun, was in ihren Kräften steht, um diese ihre Blockbrüder an die Wand zu drücken, in vorsichtiger Form gewiß, aber deshalb nicht weniger nachdrücklich

und nicht weniger wirksam. Der Ton kühler Herablassung, den die „Kreuzzeitung", die „Deutsche Tageszeitung" und selbst das subalterne Blättchen Stöckers gegen den Freisinn anschlagen, ist viel verletzender, als das freisinnige Gepolter war, das die Blockkomödie in voriger Woche veranlaßte, allein der Reichskanzler wird sich hüten, dagegen einzuschreiten. Er muß heilfroh sein, daß ihm die Junker um seiner politischen Existenz willen das Blockregiment überhaupt erlauben; sie an der Nase zu zupfen, weil sie mit ganz unzulänglicher Begeisterung darauf eingehen, darf er sich nicht gestatten.

Aus der See von Plagen, worin der Block schwimmt, sehnt er sich nach dem Eiland der Weihnachtsferien, und binnen weniger Tage wird er es ja erreicht haben. Dann hat er seinen Lebensfaden glücklich um einige Wochen weiter gesponnen und feiert sein Weihnachten mit den geflügelten Worten des römischen Dichters: Was morgen sein wird, frage nicht! Wenn wir ihm bald ein seliges oder vielmehr unseliges Ende wünschen, so geschieht es nicht, weil wir ihn hassen — denn er ist nicht dazu angetan, Haß zu erregen, sondern eher Mitleid, wenn anders moralische Regungen etwas in der Politik zu suchen hätten —, sondern es geschieht, weil wir der gefährlichen Reaktion die Schonzeit mißgönnen, die ihr das tragikomische Zwischenspiel der Blockpolitik verschafft.

Als Bismarck einst die Freisinnige Partei eine „Vorfrucht der Sozialdemokratie" nannte, in einem immerhin für sie ehrenvollen Sinne, schlug sie mit Händen und Füßen nun sich gegen einen Vorwurf, den sie als Schmach empfand; jetzt packt sie eben doch der Ehrgeiz, und sie will Bismarcks Wort wahr machen, wenn auch nur in dem für sie schmählichen Sinne, daß sie die Geschäfte der Reaktion betreibt, was denn am letzten Ende ja freilich den proletarischen Emanzipationskampf fördern muß.

Englische Ansiedlungsgesetze.

Von **M. Beer.**

Die Gesamtfläche von England und Wales beträgt 37327479 Acres.[1] Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1901 betrug deren Bevölkerung 32527843. Davon entfielen auf die städtischen Distrikte 3848987 Acres mit einer Bevölkerung von 25058355, während die ländlichen Distrikte mit ihren 33478492 Acres nur eine Bevölkerung von weniger als 7,5 Millionen aufwiesen. Im Jahrzehnt zwischen 1891 und 1901 wuchs die Gesamtbevölkerung von England und Wales um 12,17 Prozent. Die Zunahme entfiel zum größten Teile auf die städtischen Distrikte, die 77 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen, während die ländlichen Bezirke teils zurückgingen, teils stagnierten und nur in wenigen Fällen eine Zunahme zu verzeichnen hatten. Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung ist in ständiger Abnahme begriffen. Im Jahre 1881 betrug sie 1352544, im Jahre 1891 1285146, im Jahre 1901 1197922. Oder: im Jahre 1881 kamen auf je eine Million der Bevölkerung 70058 landwirtschaftlich tätige Personen, im Jahre 1891 58273, im Jahre 1901 47304.[2]

[1] 1 Acre = 40,5 Ar; 2,5 Acres = ungefähr 1 Hektar.

[2] Census 1901, General Report.

Digitized by Google

Die Abnahme der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung scheint hauptsächlich zwei Ursachen geschuldet zu sein. Erstens den Inclosure Acts (Einhegungsgesetzen), die vom Jahre 1710 bis 1867 vom Parlament erlassen wurden und kraft deren 7325439 Acres oder ein Drittel des bebauten Bodens von England und Wales im Jahre 1867 dem Volke entzogen und dem Großgrundbesitz hinzugefügt wurden. Außer diesen vom Parlament gestatteten Beraubungen wurden weite Flächen ohne parlamentarische Sanktion von den Großgrundbesitzern eingehegt: Gemeindewiesen, Wegseiten, Fußwege, die den kleinen Farmern die Existenz erleichtert hatten.[1] Die zweite Ursache ist die in allen industriellen Staaten wirkende: die Flucht nach der Stadt, wo sich der Proletarier freier fühlt und dem Kulturleben näher ist. Der Landproletarier wird der schlechten Behandlung und seiner rechtlosen Lage müde und sucht sich in der Stadt zu verbessern. Auch er hat den Zug der Zeit: den Aufstieg des Proletariats, verspürt, wenn auch in vager und unbestimmter Weise, und sucht nach Rettung vor Junker und Pfarrer.

In England besserte sich die politische Lage des Landproletariats immer erst, nachdem sich die Lage des Industrieproletariats gebessert hatte. Im Jahre 1867 erhielten die städtischen Arbeiter das parlamentarische Wahlrecht und einige Jahre später ein freies Koalitionsrecht. Die Landarbeiter folgten mit einem Organisationsversuch im Jahre 1872, und zwölf Jahre später erhielten auch sie das parlamentarische Wahlrecht. Nun konnte man sie nicht mehr ignorieren, um so weniger als in den Städten die Arbeitslosigkeit akut wurde. Im Unterhaus wurden seit 1874 vereinzelte Versuche gemacht, irgend ein Parzellengesetz für Landarbeiter zu erlassen, aber erst im Jahre 1887 ging eine Allotments Bill[2] durch, die die Lokalbehörden ermächtigte, Boden zu erwerben, ihn in Parzellen aufzuteilen und an Landarbeiter pachtweise abzugeben. Dieses Gesetz ist insofern wichtig, als es die Lokalbehörden ermächtigt, den erforderlichen Boden unter Umständen zwangsweise zu erwerben. Die Zahl der Parzellenbesitzer hat sich in der Folge bedeutend vermehrt, aber die große Mehrheit der Parzellen umfassen kaum je ein Viertel Acre (etwa 11 Ar).

Zwei Jahre nach Erlaß der Allotment Act setzte die Regierung eine Spezialkommission ein, um „zu untersuchen, welche Möglichkeiten vorhanden sind für die Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben (Small Holdings) in Großbritannien; ferner, auf welche Weise man diese Möglichkeiten ausdehnen könnte, sei es durch ein verbessertes System der Lokalregierung, sei es durch irgend ein anderes Mittel; ob in den letzten Jahren eine Abnahme der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer und Kleinfarmer sich vollzogen habe; schließlich, ob Beweise vorhanden seien, daß diese Abnahme eine Folge der bisherigen Gesetzgebung sei". Die Spezialkommission kam zu folgenden Schlüssen: 1. Die Ausdehnung des Systems der Kleinbetriebe ist ein Gegenstand von nationaler[3] Bedeutung, sowohl im Interesse der ländlichen Bevölkerung wie im Interesse der Sicherheit des Eigentums im allgemeinen. 2. Die Eingriffe der Legislatur sind nötig

[1] J. Collings, Land Reform, 1906.

[2] Allotment = Parzelle in der Regel bis zu 1 Acre; Small Holding = Kleinbetrieb von 5 bis 50 Acres.

[3] Im Englischen hat das Wort „national" die Bedeutung von „staatlich" und steht im Gegensatz zu „lokal", während im Deutschen das Wort „national" im Gegensatz zu „international" steht.

Digitized by Google

infolge der besonderen Umstände des untersuchten Gegenstandes, und sie sind gerechtfertigt durch die Erwägungen, die das Wohlergehen des ganzen Gemeinwesens betreffen. 3. Bis in die letzten Jahre hinein zeigte sich eine beträchtliche Abnahme der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer und Kleinpächter. 4. Was die Kleinpächter betrifft, so wurde die Abnahme hauptsächlich bewirkt durch ökonomische Ursachen und besonders durch das Verfahren der Zusammenfassung von Farmen, das bis vor wenigen Jahren eingeschlagen wurde, jetzt aber so gut wie aufgehört hat. Was die Kleineigentümer betrifft, so wurde die Abnahme bewirkt teils durch ökonomische Ursachen und besonders durch den niedrigen Profit, den das in Land angelegte Kapital brachte, und teils durch die mittelbaren Wirkungen der Gesetzgebung, besonders aber durch die Gesetze betreffend Familienstiftungen und Unveräußerlichkeit von Erblehn sowie durch die Gesetze und Gebräuche betreffend Einhegung. 5. Die bestehenden Gesetze gewähren keine besonderen Möglichkeiten, landwirtschaftliche Kleinbetriebe zu schaffen. 6. Es ist wünschenswert, daß das System der Kleinbetriebe abgestuft wird vom einfachen Allotment oder Hausgarten bis zu Farmen von 50 Acres oder von einem Jahreswert von 50 Pfund Sterling. 7. Um den Landarbeitern Gelegenheit zu geben, bis zur Position von Kleinbauern aufzusteigen, sollen die Lokalbehörden berechtigt sein, Land bis zu 10 Acres zu verpachten. 8. Ein System von Eigentum — wenn noch so beschränkt — ist bei Kleinbetrieben dem Verpachten vorzuziehen, außer bei sehr kleinen Betrieben. 9. Es ist wünschenswert, die Lokalbehörden zu ermächtigen, Grund und Boden zu kaufen, um Kleinbauern zu schaffen, und von der Anleihekommission des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten Geld zu borgen. 10. Es gibt genug Land, das auf dem Wege freiwilligen Übereinkommens erworben werden kann; es ist vorläufig nicht nötig, zu Zwangsmitteln zu greifen. 11. Es ist wichtig, daß der Käufer von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben nicht weniger als ein Fünftel oder ein Viertel des Kaufpreises anzahlen soll. 12. Der Rest soll eine Anleihe bei der Lokalbehörde sein, die bis auf eine geringe Summe amortisiert werden soll. 13. Die auf diese Weise geschaffenen Kleinbetriebe dürften nicht weiter aufgeteilt werden. 14. Die Lokalbehörde soll das Recht haben, in das Eigentumsrecht der auf diese Weise geschaffenen Kleinbetriebe wieder einzutreten, wenn der Grund und Boden für öffentliche Zwecke oder für Häuserbau nötig wird, wobei voller Schadenersatz, geschätzt nach dem Ackerbauwert, den depossedierten Eigentümern zu leisten ist. 15. Die Gesetzgebung über diesen Gegenstand soll sich auf ganz Großbritannien beziehen. 16. Um die hier besprochenen Kleinbetriebe zu schaffen, soll den Lokalbehörden aus Staatsmitteln höchstens die Summe von 5 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeindesteuern sollen für diese Zwecke mit nicht mehr als 1 Penny pro Pfund Sterling des steuerbaren Wertes belastet werden.

Die Spezialkommission veröffentlichte ihren Bericht im Juni 1890. Auf Grund des Berichtes wurde eine Small Holdings Bill entworfen, die im Jahre 1892 zum Gesetz erhoben wurde. Kraft dieses Gesetzes wurden die Grafschaftsräte ermächtigt, Grund und Boden zu kaufen, ihn in Kleinbetriebe einzurichten und an Bewerber zu verkaufen. Die Käufer zahlen ein Fünftel des Preises beim Abschluß des Geschäftes und amortisieren den Rest — Kapital nebst Zinsen — innerhalb 50 Jahren. Der Grafschaftsrat setzt eine Kommission ein, die die Ausführung des Gesetzes in die Hand nimmt, ebenso hat

jeder Grafschaftswähler das Recht, den Grafschaftsrat zu petitionieren, das Gesetz in Anwendung zu bringen, indem er darauf hinweist, daß eine Nachfrage nach landwirtschaftlichen Kleinbetrieben vorhanden sei. Der Grafschaftsrat ernennt sodann eine Kommission, die den Umfang der Nachfrage untersucht. Zeigt die Untersuchung, daß die Petition „in gutem Glauben und aus guten Gründen“ eingesandt war, so ergreift die Kommission die nötigen Maßregeln zum Ankauf von Boden. Der Grafschaftsrat hat das Recht, zu diesem Zwecke eine Gemeindesteuer von 1 Penny pro Pfund Sterling des steuerbaren Wertes der Häuser seines Verwaltungsgebiets zu erheben, ebenso vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten Geld zu 3,5 Prozent zu borgen. Kann der Grafschaftsrat den Boden nicht käuflich erwerben, so soll er ihn pachten; zu Zwangsenteignungen darf er aber nicht greifen. Ist der Grafschaftsrat der Überzeugung, daß die Bewerber die Anzahlung nicht leisten können, so soll er ihnen den Boden bis zu 10 Acres verpachten. Der Grafschaftsrat ist auch ermächtigt, den Bewerbern das zum Kaufe nötige Geld vorzuschießen.

Das Small Holding-Gesetz vom Jahre 1892 erwies sich als ein Mißerfolg. Bis Ende des Jahres 1906 haben die Grafschaftsräte im ganzen 812 Acres erworben. Wir werden auf die Gründe dieses Mißerfolges noch zurückkommen, da darüber ein Blaubuch (Dezember 1906) existiert, das den Bericht der von der Regierung im April 1905 eingesetzten Untersuchungskommission enthält. Ebenso existiert darüber ein guter Privatbericht, der im laufenden Jahre in Buchform erschienen ist. Vorläufig wollen wir noch das Local Government-Gesetz vom Jahre 1894 erwähnen, insofern es sich auf unsere Materie bezieht. Dieses Gesetz, das die englischen Dorfgemeinden von der Herrschaft der Grundherren und Geistlichen befreite und ihnen eine demokratische Verfassung gab, sah auch die Schaffung von landwirtschaftlichen Parzellen und Kleinbetrieben vor. Kann der Gemeinderat nach freiwilligem Übereinkommen mit dem Grundherrn Boden erwerben, so darf er — je nach der Nachfrage — Parzellen und Kleinbetriebe schaffen und sie an die Bewerber verpachten. Kann er aber den Boden auf freiwilligem Wege nicht erwerben, so wendet er sich an den Grafschaftsrat, der nach Untersuchung der Sachlage von dem ihm zur Verfügung stehenden Boden die erforderliche Fläche pachtweise abtreten kann. Wo aber der Boden zwangsweise vom Grundherrn gepachtet werden muß, dort kann der erworbene Boden nur in Parzellen (aber nicht in Kleinbetriebe) aufgeteilt und verpachtet werden.

In den letzten Jahren machte sich die Notwendigkeit einer Hebung des Ackerbaus um so fühlbarer, als die Möglichkeit der Verwicklung Englands in einen Krieg näher rückte. Die Abhängigkeit des Vereinigten Königreichs von ausländischer Lebensmitteleinfuhr und die Gefahr der Unterbrechung dieser Einfuhr in Kriegszeiten gaben der Small Holdings-Frage eine Wichtigkeit, die die Regierung im Frühjahr 1905 veranlaßte, eine Kommission einzusetzen, der die Aufgabe gestellt wurde, „die Verwaltung und das Funktionieren des Small Holdings-Gesetzes vom Jahre 1892 sowie die verschiedenen Maßnahmen der Grundherren zur Ausdehnung des Systems der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu untersuchen; ebenso über die Bedingungen zu berichten, die zum Erfolg solcher Betriebe nötig sind, sowie über die Maßregeln, die entweder durch die Gesetzgebung oder durch genossenschaftliche Vereinigungen zu ergreifen wären, um die Zahl dieser Kleinbetriebe zu erhöhen“. Die Kommission entledigte sich ihrer Aufgabe im Dezember 1906. Nach dem von ihr veröffent-

Digitized by Google

lichten Bericht[1] ist die landwirtschaftliche Fläche Großbritanniens (England und Wales und Schottland) folgendermaßen verteilt: Ackerbau- und permanentes Weideland über 32,5 Millionen Acres; Waldland 2,7 Millionen Acres; Berg- und Heideland, das auch zum Weiden gebraucht wird, 12,7 Millionen Acres. Die Kleinbetriebe (von 1 bis 50 Acres) bedecken nur 15 Prozent der bebauten Fläche, obwohl sie zwei Drittel der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bilden; Großbetriebe (von 300 Acres aufwärts) nehmen 27 Prozent der bebauten Fläche ein; Mittelbetriebe (von 50 bis 300 Acres) bedecken 58 Prozent der bebauten Fläche und bilden demnach die am meisten charakteristische Form des britischen Ackerbaus. Die Zahl der Parzellen wird nicht angegeben; im Jahre 1890 belief sie sich auf ungefähr 900000, aber die meisten Parzellen sowie eine große Zahl der Kleinbetriebe werden von Personen bebaut, die die Landwirtschaft nur als Nebenbeschäftigung betreiben. Der Kommissionsbericht konstatiert den Mißerfolg des Small Holdings-Gesetzes vom Jahre 1892 und gibt zur Erklärung der Ursachen die folgenden Antworten der befragten Grafschaftsräte an: „Schwierigkeiten, geeignetes Land zu erwerben"; „keine Nachfrage nach Kauf von Kleinbetrieben"; „Bewerber besaßen nicht die nötigen Mittel und Eigenschaften"; „ungenügende Nachfrage"; „Unwilligkeit der Steuerzahler, Pflichten zu übernehmen, die der Staat übernehmen müßte". Im großen ganzen treten zwei Ursachen des Mißerfolges hervor: 1. Unwilligkeit der Grafschaftsräte, Boden zu erwerben, um ihn zu verpachten, da diese Operation einen großen Verwaltungsapparat nötig machen würde; 2. Unwilligkeit der Bewerber, Boden zu kaufen, da sie das Pachten vorziehen. Der Bericht sagt hierüber: „So wünschenswert es auch ist, die ländliche Bevölkerung am Ackerbau permanent zu interessieren, so ist es doch unmöglich, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß der Wunsch, Bodeneigentümer zu sein, in Großbritannien weniger stark ist als in Irland oder auf dem westeuropäischen Festland. Der englische Farmer argumentiert wie folgt: ‚Das Kapital, das ich nötig habe, die Anzahlung zu machen und den Betrieb mit den nötigen Einrichtungen zu versehen, wird mich in den Stand setzen, eine größere Farm zu pachten, als ich sie durch Kauf erwerben könnte; ich ziehe deshalb das Pachten vor, da es sich mir besser lohnen wird. . . .'" Die Small Farms and Labourers Land Company (Aktiengesellschaft für Kleinbetriebe und Landarbeiterparzellen) sagt in ihrem Bericht aus dem Jahre 1888/89 ähnliches aus: „Eine Übersicht über den Geschäftsgang der letzten vier Jahre scheint zu zeigen, daß Landarbeiter und Kleinhändler große Lust haben, landwirtschaftlich tätig zu sein, aber die Direktoren sind darüber enttäuscht, daß es so wenige Bewerber gibt, die kaufen können oder wollen. . . . Die Leute ziehen das Pachten vor." Dieselbe Ansicht findet sich in einem Privatbericht[2] über die Resultate des Small Holdings-Gesetzes vom Jahre 1892: „Sämtliche Zeugen aus der Klasse der Kleinbauern und Kleinpächter waren einstimmig der Ansicht, . . . daß das Pachten am praktischsten ist." Großbritannien hat demnach keine Aussicht mehr, einen Bauernstand zu schaffen. Die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung Großbritanniens hat keinen Eigentumsfanatismus, wohl aber Lust und Liebe zum Ackerbau. Die Nachfrage nach Kleinpachtungen ist bedeutend.

[1] Small Holdings in Great Britain (Cd. 3277), 1906.
[2] L. Jebb, The Working of the Small Holdings Act. London 1907.

Digitized by Google

Auf Grund dieses Kommissionsberichtes sowie der von Privatleuten gesammelten Erfahrungen ging die Regierung daran, eine Ansiedlungsbill zu entwerfen, die die Fehler des Ansiedlungsgesetzes vom Jahre 1892 verbessern soll. Ehe wir indes zur Besprechung des neuen Gesetzes gehen, dürfte es ratsam sein, die bisherigen Ansiedlungsgesetze kurz zusammenzufassen. Diese Gesetze aus den Jahren 1887, 1892 und 1894 handeln vom Erwerb von Boden durch die Lokalbehörden, um ihn in Parzellen oder Kleinbetriebe zu vergeben. Die eigentliche Behörde für Parzellen ist der Dorfgemeinderat, obwohl er auch Kleinbetriebe verpachten darf, wenn er den erforderlichen Boden kraft freiwilligen Übereinkommens von dem Grundherrn erhalten kann. Kommt aber das freiwillige Übereinkommen nicht zustande, so muß der Dorfgemeinderat sich an den Grafschaftsrat zum Zwecke der Einleitung der Zwangsenteignung wenden. In diesem Falle aber darf der Dorfgemeinderat nur Parzellen verpachten, und das Recht auf Vergebung von Kleinbetrieben ist ihm genommen. Parzellenfarmen kann also der Dorfgemeinderat auch durch Zwangsenteignung schaffen. Nun zum Grafschaftsrat. Dieser ist die eigentliche Behörde für Kleinbetriebe. Er muß sich aber einzig und allein auf das freiwillige Übereinkommen mit dem Grundherrn beschränken und besitzt keine Zwangsmittel. Schließlich ist noch folgendes zu bemerken: Der Dorfgemeinderat kann den Boden kaufen oder pachten, aber er hat nur das Recht, zu verpachten; verkaufen kann er nicht. Der Grafschaftsrat kann kaufen und pachten, ebenso verkaufen und verpachten. Es wären noch in bezug auf Ansiedlung die Distriktsräte zu nennen, allein ihre Rechte sind im großen ganzen denen der Dorfgemeinderäte gleich, nur dürfen die Distriktsräte keine Pachtungen über 1 Acre abgeben. Das waren bis zum Jahre 1906 die Rechte der Lokalbehörden in bezug auf Ansiedlungen. Die Small Holdings and Allotments Bill vom Jahre 1907 bedeutet einen Fortschritt über diese Gesetze hinaus. Sie ist auch der Form nach eine Amendierung der bisherigen Ansiedlungsgesetze. Sie wurde am 27. Mai im Unterhaus eingebracht und nach den üblichen Beratungen sowie nach Ablehnung der Verschlechterungsversuche der Lords am 27. August angenommen. Das Gesetz bestimmt: Die oberste Behörde für dieses Gesetz ist das Landwirtschaftsministerium (die früheren Ansiedlungsgesetze unterstanden der Lokalregierung). Es ernennt Kommissare und Beamte, deren Aufgabe es ist, sich vor allem über den Umfang der Nachfrage nach Kleinbetrieben in den verschiedenen Grafschaften zu vergewissern und über den Umfang des zur Verfügung stehenden Bodens. Die Grafschaftsräte haben die Pflicht, den Kommissaren in diesen Untersuchungen beizustehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden dem Ministerium (für Landwirtschaft) vorgelegt, das sie den Grafschaftsräten zur Ausarbeitung der Details vorlegt. Die Grafschaftsräte sind verpflichtet, den detaillierten Plan binnen sechs Monaten abzuschicken. Erfüllen sie ihre Pflicht nicht, so treten die Kommissare ein und übernehmen die Pflichten der Grafschaftsräte auf Kosten der betreffenden Gemeinden; jedoch müssen alle derartigen Zwangsbefehle dem Parlament zur Begutachtung vorgelegt werden. Ist das Ministerium der Überzeugung, daß die Ausführung dieser Maßregeln mit finanziellen Verlusten verknüpft sein wird, so darf es, nach Beratung mit dem Finanzministerium, den Kleinbetriebe-Etat in Anspruch nehmen, um daraus die Verluste zu decken. Die Grafschaftsräte dürfen den erforderlichen Boden auch durch Zwangsenteignung erwerben. Sie dürfen ihn kaufen oder pachten, ihn in Kleinbetriebe aufteilen

Digitized by Google

und die nötigen Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude darauf errichten. Das erforderliche Kapital können sie von der Anleihekommission des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten borgen. Das Maximum der Rückzahlungszeit ist 80 Jahre bei Anleihen für Landankauf, dagegen 50 Jahre bei Anleihen für Errichtung von Häusern, Wirtschaftsgebäuden usw. Als Zinsfuß ist der zurzeit niedrigste zu nehmen. Das Landwirtschaftsministerium darf auch, nach Beratung mit dem Finanzministerium, für alle Schäden aufkommen, die den Grafschaftsräten bei Ausführung des Gesetzes entstanden sind. Der finanzielle Verkehr zwischen Grafschaftsräten und Ministerium wird durch die Bank von England vermittelt, die zu diesem Zwecke ein Small Holdings-Konto eröffnet. Zu Ende jedes Finanzjahres ist dem Parlament ein detaillierter Bericht über die vorgenommenen Geschäfte vorzulegen. Die Zwangsenteignung zu Zwecken der Ausführung des Small Holdings-Gesetzes kann auf Parks, Gärten oder auf eine Farm, die mit dem Herrenhaus verbunden ist, nicht angewendet werden. Ebenso kann der Grundherr den von ihm zwangsweise abgepachteten Boden zurückverlangen, wenn dieser Boden zu industriellen Zwecken oder zur Errichtung von Wohnhäusern nötig wird. Bei Zwangsenteignung soll ferner der Umfang des dem Grundherrn bleibenden Bodens berücksichtigt werden, das heißt offenbar, daß kleine Grundherren möglichst zu schonen sind. Schließlich übergehen die Rechte der Lokalregierung betreffend Allotments auf das Landwirtschaftsministerium, das heißt: die Rechte, die die Lokalregierung kraft der Gesetze aus den Jahren 1887 und 1894 erhalten hat, werden vom Landwirtschaftsministerium übernommen, wodurch dieses tatsächlich zu einem Bodenreformministerium wird.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen des neuen englischen Ansiedlungsgesetzes. Seine Wirkung hängt offenbar von den Grafschaftsräten ab. Sind diese energisch und klug, so können sie Bedeutendes leisten. Ein Teil des im Besitz der Grundherren sich befindenden Bodens kann munizipalisiert werden. Die Grafschaftsräte können auch das ländliche Schulwesen der Ausbildung von Landwirten anpassen. Dann sind sie ermächtigt, landwirtschaftliche Genossenschaften zu gründen. Die Frage ist nur, ob man von Bürgern, die den öffentlichen Pflichten nur einen kleinen Teil ihrer Zeit widmen können, eine so umfangreiche Reformtätigkeit erwarten darf. Aus dem letzten Kommissionsbericht war bereits zu ersehen, daß die Lokalbehörden nicht geneigt seien, sich derartigen Arbeiten zu unterziehen. Allerdings können sie sich nach dem neuen Gesetz diesen Pflichten nicht mehr entziehen, denn im Falle der Unwilligkeit der Grafschaftsräte treten die Regierungskommissare ein. Aber es wäre doch besser gewesen, wenn der Staat diese Aufgaben übernommen hätte. Es handelt sich doch dabei um Fragen, die die ganze Nation betreffen. Diesem Einwand kann indes durch folgende Erwägung begegnet werden. In den Augen der Engländer vertritt der Staat den Zwang, während die Lokalverwaltung die Freiheit repräsentiert, da diese vom Volke gewählt wird und mit der Zentralregierung nur lose verbunden ist. Wie wir in einem unserer früheren Artikel über die britischen Kolonialkonferenzen gezeigt haben, geht gegenwärtig die Tendenz der englischen Gesetzgebung dahin, die staatliche Autorität mit den lokalen demokratischen Einrichtungen zu verbinden. Das neue Ansiedlungsgesetz ist ganz im Sinne dieser Tendenz ausgearbeitet. Genau genommen ist das besprochene Gesetz nur ein Anfang. Es enthält im Prinzip die Nationalisierung des Grund und Bodens. Es schafft eine soziale Reformmaschinerie, aber es hängt vom

Volke ab, diese Maschinerie in Bewegung zu setzen und tüchtig arbeiten zu lassen. Aufklärung, öffentliche Kritik, sozialistische Erziehung der Arbeiterklasse können diesem Gesetz bedeutende Reformen abzwingen. Das bekannte Wort: „Die Verwaltung ist wichtiger als die Gesetzgebung" gilt besonders von England. Eine weitere Schwäche des Gesetzes ist darin zu finden, daß es die Grafschaftsräte ermächtigt, nicht nur zu kaufen, sondern auch zu pachten. Beim Kaufen übergeht der Boden in den Besitz der Gemeinde, beim Pachten dagegen bleibt der Boden noch immer Eigentum der Grundherren. Allein trotz aller seiner Schwächen kann das Gesetz in Händen einer starken sozialistischen Arbeiterpartei ein wichtiger Hebel sozialer Reform werden.

Die Reform des Zivilprozesses.

Von **Ludwig Frank.**

Die deutsche Politik steht im Zeichen der Geldnot. Nur dadurch ist es zu erklären, daß noch vor der dringend notwendigen und seit Jahren angekündigten Strafrechtsreform eine Vorlage erscheint, die dem Zivilprozeß neue Bahnen weisen soll. Dem Idealverfahren, das schnell, billig und gerecht ist, dürften wir uns durch das in Aussicht gestellte Gesetz wohl sehr wenig nähern, aber die Regierungen werden ein paar hundert Richter ersparen und dadurch einige Millionen für die „nationalen" Forderungen des Militarismus frei bekommen. Unter den geplanten Neuerungen ist am wichtigsten die Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit für Prozesse bis zum Streitwert von 800 Mark, während bisher die Wertgrenze bei 300 Mark gezogen ist. Etwa die Hälfte des alten Prozeßgebiets wird durch diesen Vorschlag den Landgerichten und, für die zweite Instanz, den Oberlandesgerichten und den Einzelrichtern zugewiesen. Die Zivilkammern der Landgerichte entscheiden in einer Besetzung von drei, die Senate der Oberlandesgerichte in einer Stärke von fünf Richtern; es ist ohne weiteres ersichtlich, daß es durch die Verschiebung der Kompetenz möglich werden wird, die Zahl der richterlichen Beamten erheblich einzuschränken. Dem gleichen Zwecke soll die Bestimmung dienen, daß eine Berufung nur dann zulässig sein soll, wenn der Wert des Streitgegenstandes mehr als 50 Mark beträgt.

Die neue Vorschrift enthält keine Verbesserung, sondern eine erhebliche, plutokratische Verschlechterung des Rechtszustandes. Man will die „Bagatellsachen" nicht durch zwei Instanzen schleppen. Aber es gibt für die armen Leute keine „Bagatellsachen"; der Arbeiter oder kleine Beamte, der in einem Mietstreit 40 Mark verlieren muß, wird daran monatelang zu tragen haben; er wird sich mühsam am Munde den Betrag absparen müssen, um die „Bagatelle" aufbringen zu können; deshalb bedeutet es eine schwere Schädigung der nichtbemittelten Klassen, wenn ihnen die Möglichkeit genommen wird, ein falsches Urteil nachprüfen und korrigieren zu lassen.

Aber nicht bloß weniger Ausgaben, sondern auch mehr Einnahmen möchte die Justizverwaltung erzielen — die Gerichtskosten sollen nicht verbilligt, sondern erhöht werden. Die amtlichen Schreibgebühren, die bisher nach einem Satze von 10 Pfennig für die Seite erhoben wurden, sollen durch Berechnung von 20 Pfennig für die Seite verteuert werden. Dem Recht suchenden

Digitized by Google

Publikum wird dadurch eine Mehrbelastung von jährlich drei bis vier Millionen zugemutet.

Die übrigen Vorschläge des Entwurfes sind dekoratives Beiwerk, die den beherrschenden fiskalischen Grundgedanken etwas verdecken sollen. So wird in Nachahmung des österreichischen Rechtes beabsichtigt, die Befugnisse des Richters gegenüber den Prozeßparteien etwas zu erweitern. Im deutschen Zivilprozeß herrscht bisher der sogenannte Parteibetrieb. Das Gericht ist an die Anträge der Prozeßführenden gebunden. Die Novelle will dem Amtsrichter gestatten, von Amts wegen die Wahrheit zu erforschen und zu diesem Zwecke Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen und das persönliche Erscheinen der Streitteile anzuordnen. Die Zustellung der Urteile und das Mahnverfahren werden etwas vereinfacht und die Kostenfestsetzung wird den Gerichtsschreibern überwiesen, was wieder für den Staat eine Minderausgabe bedeutet; denn die Richter haben höhere Gehälter als die Gerichtsschreiber.

Bis jetzt hat sich eine starke Opposition gegen den Entwurf fast nur aus den Reihen der Rechtsanwälte erhoben. Das ist kein Wunder; denn sie sind die Leidtragenden, auf ihre Kosten wird der wesentliche Teil der „Reform" durchgeführt werden. Die Rechtsanwälte gehören zu den wenigen privilegierten Ständen, die ihr Bannrecht in die kapitalistische Zeit herübergerettet haben. Als am Ausgang des Mittelalters, zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen, ein entstelltes, für die Massen unverständliches römisches Recht als „gemeines" Recht nach Deutschland verpflanzt wurde, war es notwendig, zur Erläuterung des Gesetzes und zur Vermittlung des Rechtsverkehrs eine Juristenzunft, einen bevorrechteten Advokatenstand zu schaffen. Inzwischen hat aber das wirtschaftliche Bedürfnis den Schulzwang gebracht. Ein Mensch, der lesen und schreiben kann, will die freie Wahl haben, ob er seine Prozesse selbst oder durch Bevollmächtigte führt. Mit dem Schulzwang ist der Anwaltszwang nicht zu vereinbaren. Bei den Landgerichten und Oberlandesgerichten herrscht aber der Anwaltszwang, und somit bedeutet die Zuweisung zahlreicher Prozesse an das Amtsgericht nichts anderes als die teilweise Aufhebung des Anwaltszwanges. Es wird dadurch eine alte Forderung der Mittelständler der Erfüllung näher gebracht, und die Ironie der Rechtsgeschichte will, daß auch hier wieder, wie so oft schon, der Mittelstand unter den Anwälten am meisten durch die Reform leiden wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß von dem Tätigkeitsfeld der Rechtsanwälte seit Jahren große Teile abgebröckelt sind. Von unten wurden die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten ausgeschieden durch die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte, von denen die Rechtsanwälte ausgeschlossen sind. Die einst so zahlreichen Haftpflichtprozesse sind ausgeschaltet worden durch das Unfallversicherungsgesetz, das den Verletzten den Anspruch gegen den Einzelunternehmer genommen hat. In den kapitalkräftigen Kreisen wurde gleichzeitig die Zahl der Prozesse erheblich eingeschränkt durch Schiedsgerichtsverträge; ich nenne hier die Börsenschiedsgerichte und die Schiedsgerichte im Baugewerbe, von denen meist die Anwälte ebenfalls ausgeschlossen sind. Es bildete sich allerdings nach und nach unter den Anwälten eine aristokratische Oberschicht, die auf die Prozeßpraxis nicht angewiesen ist, sondern, gestützt auf eigenes oder schwiegerväterliches Kapital, im Aufsichtsrat großer Banken und industrieller Unternehmungen die juristische Vorbildung verwertet. Die fortschreitende Kartellierung der wichtigsten Industriezweige macht auch An-

wälte mehr entbehrlich. Die Preise sind festgelegt, die Lieferungszeiten genau geregelt — der Rechtsweg ist meist ausgeschlossen. So ist es gekommen, daß im Laufe weniger Jahre, beschleunigt durch starken Zuzug neuer Konkurrenz, ein erheblicher Teil der deutschen Rechtsanwälte ein immer geringeres Einkommen hatte, ja sogar, ähnlich wie bei den Ärzten, proletarisiert wurde. Der Stand ist ein Opfer der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung geworden, und die organisatorische Bewegung, die jetzt dagegen eingesetzt hat, wird notwendig, wie jede Mittelstandsrettung, unbewußt reaktionäre Tendenzen haben trotz scheinbar radikaler Forderungen. Die Zahl der Sachwalter war früher, wie bei den Meistern anderer Zünfte, beschränkt („numerus clausus", eine geschlossene Zahl). Mit der Gewerbefreiheit brachte die deutsche Rechtsanwaltsordnung auch die „freie" Rechtsanwaltschaft. Es wird aber zweifellos sehr bald, da die Konkurrenz immer drückender wird, die Forderung aus den Reihen der Anwälte erhoben werden, daß die Zahl der zugelassenen Advokaten dem „Bedürfnis" angepaßt werde. Vorerst wird versucht, den Wettbewerb der Außenstehenden zurückzudrängen. Die Zulassung der Rechtsagenten soll an denjenigen Amtsgerichten nicht mehr zuläffig sein, bei denen zwei oder mehr Rechtsanwälte amtieren. Falls der Reichstag, was nicht ausgeschlossen ist, einer derartigen Änderung zustimmen sollte, wird es notwendig sein, gesetzlich festzulegen, daß die Arbeitersekretäre nicht als Rechtsagenten behandelt werden dürfen. Bekanntlich ist es wiederholt vorgekommen, daß man sie von der Verhandlung vor den Amtsgerichten zurückgewiesen hat, weil sie „gewerbsmäßig" fremde Rechtsgeschäfte besorgten.

Am Grundübel unserer Rechtsprechung wird durch die Vorlage nichts geändert. Nach wie vor wird der größte Teil unserer Richter ohne Kenntnis des Wirtschaftslebens, ohne Verständnis für die politischen Zeitströmungen, gebunden an tote Paragraphen und auf unfreier Suche nach autoritativen Reichsgerichtsentscheidungen am grünen Tische amtieren.

Eine folgenschwere Änderung im Personalwesen der Reichspost.

Von **Richard Wagner.**

Die Reichspostverwaltung unterhält ein Organ, das sie verschämterweise „Deutsche Verkehrszeitung" nennt, von einem außerhalb der Postverwaltung stehenden Literaten verantwortlich zeichnen läßt und angeblich auch den Postbeamten zur freien Meinungsäußerung zur Verfügung stellt. Diese „Deutsche Verkehrszeitung" wird jedoch von den Geheimen Räten des Reichspostamtes redigiert und von den lokalen Postbehörden unter Anwendung eines mehr oder weniger gelinden Zwanges den Postbeamten zum Abonnement aufgedrängt. Der eine Postdirektor sagt diplomatischerweise seinen jungen Leuten: „Wir können Sie natürlich nicht zum Abonnement zwingen, aber es kann für Sie nur vorteilhaft sein, wenn Sie das Blatt lesen, und ich weiß nicht, wie Sie das Examen ohne das gründliche Studium der ‚Verkehrszeitung' bestehen können." Der andere Postdirektor sagt kurz und bündig: „Bitte, sofort zu abonnieren." Tatsächlich nehmen denn auch die prüfenden Räte und Geheimräte bei den verschiedenen Prüfungen ganz direkt Bezug auf die „Deutsche Ver-

kehrszeitung". Die freie Meinungsäußerung der Beamten ist dagegen in grundlegenden Fragen überhaupt ausgeschlossen, und auch über den rein technischen Dienst dürfen sie nur das vorbringen, was der Postverwaltung genehm ist und als solches bereits in der Luft schwebt. Wer in der „Verkehrszeitung" irgend einen bureaukratischen Zopf abzuschneiden versucht, sieht seine Arbeit im Papierkorb verschwinden und riskiert, daß man nicht den Zopf, wohl aber den Zopfabschneider abschneidet. Die „Deutsche Verkehrszeitung" ist also nichts weniger als ein objektives Fachblatt, sondern nur der als Fachblatt maskierte Willenskündiger der Reichspostverwaltung.

Das muß man auch bei der neuesten Kundgebung der „Deutschen Verkehrszeitung" in der Unterbeamtenfrage berücksichtigen. Wenn da mitgeteilt wird, in der Postverwaltung sei die Erkenntnis zutage getreten, daß die Geschäfte der Assistenten viel zu hoch bezahlt würden und daß diese Geschäfte, wie in anderen Kulturländern, Personen mit halbem Gehalt und viel geringerer Bildung übertragen werden könnten, daß deshalb der Dienst der Assistenten allmählich den Unterbeamten zu übertragen sei, während die Assistenten nur noch als Aufsichtsorgane oder im Verwaltungsdienst zu beschäftigen wären, so entspringt diese Erkenntnis nicht aus Beamten- oder Unterbeamtenkreisen, sondern direkt aus den maßgebenden Stellen des Reichspostamtes.

Wenn man die Reichspost vom kapitalistischen Standpunkt aus als kaufmännisches Erwerbsinstitut betrachtet, ist die Erkenntnis, daß zur Wahrnehmung des technischen Dienstes keine besondere Bildung gehört und man in demselben die billigsten Lohnsklaven ausbeuten kann, ganz richtig. Man muß sich nur wundern, daß sich die Reichspostverwaltung so spät zu dieser Erkenntnis bekennt und daß sie sich bisher — man vergleiche nur des Wirklichen Geheimen Oberpostrats und Professors an der Berliner Universität, Dr. Dambach, Erläuterungen zum Postgesetz — so energisch dagegen gesträubt hat, als Kaufmann, als reiner Geschäftemacher und Geldverdiener angesehen zu werden. Kaum ein anderer Staatssekretär hat so kokett mit dem sozialpolitischen Prunkmantel paradiert und sein Ressort so pathetisch als Reichswohlfahrtsanstalt hingestellt als Stephan, der nach außen hin von der ganzen höheren Postbureaukratie noch immer als unfehlbarer Reichspostheiliger gefeiert wird und bei dem die Kraetke, König, Kobelt, das hohe K-Kleeblatt des Posthorns, alle miteinander in die Schule gegangen sind.

Woher nun plötzlich diese scheinbar so überraschende und auf den ersten Blick fast demokratisch aussehende radikale Gesinnungsänderung, die den Dernburgschen Bankgeist aus der Kolonialverwaltung in den Reichsverkehrsdienst überpflanzen möchte? Die Antwort auf diese Frage ist auf dem Gebiet der ökonomischen Entwicklung zu suchen und steht mit der Einführung des Assessorismus in den höheren Postdienst im engsten ursächlichen Zusammenhang.

Vor etwa drei Vierteljahren habe ich an derselben Stelle die Schaffung des Postassessors und der Postakademiker überhaupt besprochen[1] und darauf hingewiesen, daß ein Bedürfnis, die höheren Postbeamten drei Jahre studieren oder, besser gesagt, Studenten sein zu lassen, nicht vorliegt, daß es sich vielmehr nur darum handelt, den Söhnen der Großbourgeoisie neue einträgliche und gesellschaftlich angesehene Halb- und Ganzsinekuren zu erschließen. Noch unter Stephan — er selbst war der Sohn eines sehr bescheidenen kleinen

[1] Postreferendare und Postassessoren. XXV, 1, S. 546.

Schneidermeisters — rekrutierte sich das höhere Postbeamtentum vornehmlich nicht nur aus dem Kleinbürgertum, sondern sogar aus dessen wirtschaftlich niedrigsten Klassen. Kleine Handwerker, Zwergkrämer, Hoflakaien, Unterbeamte aller Kategorien, Schuldiener usw., die in Städten mit höheren Bildungsanstalten wohnten, hungerten das Schulgeld zusammen, um ihre Söhne das Gymnasium oder Realgymnasium absolvieren und dann als Posteleven in den Reichsdienst eintreten zu lassen. Die Erschwingung der Mittel für ein Universitätsstudium wäre ihnen unmöglich gewesen. Bei der Post hatten sie zwar formell den Eleven während der dreijährigen Lehrzeit zu unterhalten, tatsächlich aber steckte Stephan die Eleven schon nach einem halben Jahre in etatsmäßige, mit Diäten dotierte Stellen, so daß sie sich ohne Zuschuß durchschlagen konnten. Die Reichspostverwaltung bot also den Söhnen des kleinsten Kleinbürgertums Gelegenheit, in die hohe Bureaukratie hineinzuavancieren. Nur ganz vereinzelt fand man unter den Posteleven Söhne von mittellosen Postdirektoren oder sonstigen finanzschwachen höheren Postbeamten. Sogar die von Haus aus besser gestellten Subalternbeamten hielten ihre Söhne dem Postdienst fern, der in den Augen der Großbourgeoisie und der höheren Bureaukratie einen proletarischen Beigeschmack hatte.

Das änderte sich bereits in den letzten Jahren der Stephanschen Postherrschaft. Der große Andrang zur juristischen Karriere, das Anwachsen des gelehrten Proletariats, die Überfüllung im ärztlichen Beruf und nicht zum mindesten der zunehmende Luxus in dem allein eine gesegnete Beamtenkarriere garantierenden Korpsstudententum bewogen zunächst gar manchen höheren Beamten, bis in die höchsten Regierungskreise hinein, einen nachgeborenen Sohn der billigen, ja fast kostenlosen höheren Postkarriere zuzuführen. Und Stephan freute sich so sehr dieser Nobilisierung seines Beamtenkorps, daß er die Geheimratssöhne weit über das Bedürfnis hinaus als Posteleven einstellte und die tüchtigen Kräfte aus dem Kleinbürgertum nur dann zuließ, wenn sie die allerbesten Abgangszeugnisse aufzuweisen hatten oder von irgend einer einflußreichen Stelle protegiert wurden.

Das war der Übergang zum gänzlichen Bruche mit dem Kleinbürgertum. Es war immer noch ein Übergang, da auch die den höheren Beamtenkreisen entstammenden Eleven von der Pike auf zu dienen und den schmutzigsten Postdienst in der Packkammer, am Schalter, im Bahnpostwagen usw. zu verrichten hatten, ja, falls sie die höhere Verwaltungsprüfung nicht bestanden, die übrigens mit Rücksicht auf die „besseren" Elemente unter den Eleven von Jahr zu Jahr leichter wurde, über den Subalterndienst überhaupt nicht hinauskommen konnten.

Erst Kraetke hat der Großbourgeoisie die höhere Postbeamtenkarriere vollständig mundgerecht gemacht, indem er durch Einführung des Universitätsstudiums die Söhne des Kleinbürgertums ausschaltete und durch die Spiegelfechterei eines rein instruktiven Referendardienstes, der nur ein oberflächliches Herumriechen an der schmutzigen Technik bedeutet, den manikurierten Händen der Bourgeoissöhnchen das Reinbleiben vom proletarischen Poststaub garantierte. Erst Kraetke hat das höhere Postbeamtentum im Sinne der Großbourgeoisie völlig gesellschaftsfähig gemacht.

Daß die ökonomische Entwicklung zu dieser Gestaltung des höheren Postdienstes führen mußte, war vorauszusehen. Aber die Regierung gibt bekanntlich nicht gerne zu, daß sie nur das ausführende Organ des Kapitalismus ist. Sie paradiert, je mehr sie dem Großkapital entgegenkommt, um so markt-

Digitized by Google

schreierischer mit der Mittelstandspolitik. So folgte auch auf den Kraetkeschen Postassessor, diese unzweideutige Zurücksetzung des Mittelstandes, das Projekt, die Assistenten aus dem technischen Postdienst herauszuziehen und nur noch in Aufsichts- und Verwaltungsstellen zu beschäftigen. Das aus der höheren Postkarriere ausgewiesene Kleinbürgertum soll in der Assistentenkarriere entschädigt werden.

Mit dieser Entschädigung hat es aber seine eigentümliche Bewandtnis. Zunächst war es nicht dasselbe Kleinbürgertum, das seine Söhne in die mittlere und in die höhere Postkarriere steckte. Die Anwärter der mittleren Karriere entstammten nämlich merkwürdigerweise durchschnittlich finanzkräftigeren Kreisen als die der höheren. Schon ein Blick in die Geschäftsbücher der Post-Spar- und Vorschußvereine zeigt, daß die Sparer vornehmlich unter den Beamten der mittleren Karriere, die Vorschußnehmer unter den jüngeren Beamten der höheren Karriere zu suchen sind. Es hatte sich namentlich in den wohlhabenden Gegenden Süd- und Mitteldeutschlands bei dem besser situierten Kleinbürger- und Bauernstand der Brauch ausgebildet, die für die Beamtenkarriere bestimmten Söhne nicht mehr wie früher auf das Lehrerseminar zu schicken, sondern in den mittleren Postdienst eintreten zu lassen, wobei ausgesprochenermaßen auf eine Postverwalterstelle reflektiert wurde. Auch kam sehr häufig der Fall vor, daß ein zum Studium bestimmter Sohn wohlhabender Eltern, der auf dem Gymnasium nicht weiter kommen konnte, zur Post ging. Die meisten Eltern, die ihre Söhne in die mittlere Karriere eintreten ließen, würden dieselben, wenn sie das Gymnasium absolviert hätten, gleich auf die Universität und nicht hinter den Postschalter geschickt haben. Das Kleinbürgertum, aus dem sich die Posteleven rekrutierten, war also ein ganz anderes als dasjenige, das die Assistenten stellte, weshalb das erstere nur auf Kosten des letzteren entschädigt werden könnte.

Die geplante ausschließliche Verwendung der Assistenten in den jetzt mit der aussterbenden Sekretär- und Obersekretärklasse besetzten Aufsichts- und Verwaltungsstellen sieht zwar auf den ersten Blick wie eine Verbesserung der Assistentenlaufbahn aus; tatsächlich aber bedeutet sie nur eine Hebung des Individuums zuungunsten der Klasse. Wenn auch die Postverwaltung die zum großen Teile recht überflüssigen und auch oft recht arbeitslosen Aufsichts- und Verwaltungsstellen ohne zwingenden Grund nur der Unterbringung der Assistenten halber vermehren sollte, so kann doch die Zahl dieser Stellen günstigstenfalls ein Drittel der Assistentenstellen im technischen Dienste erreichen; denn im technischen Dienste sind die eigentlichen Arbeitsbienen beschäftigt, und es ist wahrhaftig schon eine mehr als militärische Aufsicht, wenn hinter je zwei Arbeitenden ein zuschauender Werkmeister steht. Nun hat aber die Assistentenklasse — die der Post zu einem Drittel, die der Telegraphie zu zwei Drittel — die dem Proletariat entstammenden Militäranwärter aufzunehmen. Es ist so gut wie sicher, daß der preußisch-deutsche Militärstaat die Zahl der in der Postverwaltung Unterkunft findenden Militäranwärter nicht beschränken wird. Die Folge davon wäre dann, daß die Aufsichts- und Verwaltungsstellen, in die sich angeblich die Assistenten aus dem technischen Dienste zurückziehen sollen, gerade knapp genug ausreichen würden, um die Militäranwärter aufzunehmen. Dem Kleinbürgertum wäre damit jeder Weg verschlossen, seine Söhne in der Postverwaltung unterzubringen. Die Akademiker verdrängen es aus der höheren, die Militäranwärter und Unterbeamten aus

der mittleren Karriere. Es ist das Zerreiben der wirtschaftlichen Zwischenstufen, das sich in den neuesten Personalplänen der Postverwaltung spiegelt. Das Assessorentum führt das Regiment, der Militäranwärter die Aufsicht und der Proletarier schafft die Arbeit. Das Kleinbürgertum ist ausgeschaltet. An der Spitze hat es der Großbourgeoisie weichen müssen, es war nicht vornehm genug; als Arbeitsbiene muß es dem Proletariat weichen, es war nicht billig genug.

Wie verhält es sich nun mit der ungeheuerlichen Behauptung, daß die Geschäfte der Assistenten, das heißt die von der Beamtenschaft wahrgenommenen technischen Verrichtungen, zu hoch bezahlt würden?

Die Assistenten versehen den sehr anstrengenden und für ihre Börse sehr gefährlichen Schalterdienst, wobei ihnen in größeren Verkehrszentren oft Summen von 100000 Mark und darüber täglich durch die Finger gehen. Sie sind in dem auch körperlich überaus aufreibenden Briefsortierdienst beschäftigt, der in größeren Städten eine fast virtuosenhafte technische Gewandtheit erfordert. Sie arbeiten in der sogenannten Entkartung, wo sie für alle Wertgegenstände verantwortlich sind, sie sitzen an den verschiedenen Telegraphenapparaten und sind schließlich auch mit der nervenzerrüttenden Hetzarbeit in den Bahnpostwagen belastet. Dabei sind sie mit einer Arbeitszeit von durchschnittlich 9½ Stunden täglich bedacht. Dafür erhalten sie während des acht- bis neunjährigen Diätariats ein völlig unzulängliches Tagegeld und mit der Anstellung ein Gehalt von 1500 bis 3000 Mark jährlich, das in zahlreichen Zwischenstufen langsam, sehr langsam vom niedrigsten bis zum höchsten Satze aufsteigt und etwa einem Durchschnittsgehalt von 2200 Mark entspricht. Das ist ein Gehalt, das zwar das Durchschnittseinkommen der Lohnarbeiterschaft übersteigt, aber zur Führung eines menschenwürdigen Daseins und zur Unterhaltung einer Familie nach den Regeln der Gesundheitslehre nicht ausreicht. Es ist ein Gehalt, das dreist den Hungerlöhnen zugerechnet werden kann. Auf jeden Fall gehören die Assistenten zu den ausgebeuteten Elementen der Postbeamtenschaft, sie haben wahrhaftig keine Halb- oder Ganzsinekuren innegehabt, sondern zusammen mit den Unterbeamten der Postverwaltung den Mehrwert erarbeitet, den die Post in Form gewaltiger Überschüsse an die Reichskasse abführt.

Wenn dennoch die Reichspostverwaltung behauptet, daß sie die Arbeit der Assistenten zu hoch bezahle, so kann sie damit nur meinen, daß sie diese Arbeit deshalb zu hoch bezahle, weil sie Leute findet, die sie noch viel ergiebiger ausbeuten kann als die Assistenten, Leute, die nicht der Klasse der Kleinbürger, sondern der der Proletarier angehören.

Diese Leute sind die Unterbeamten, deren Ausbeutung schon bisher mit dem größten kapitalistischen Raffinement betrieben worden ist. Namentlich ist hier das langjährige Diätariat zu nennen, das sich der Anwärter in der Hoffnung auf die feste Anstellung bei einem Tagelohn von durchschnittlich 2 Mark ein viertel Menschenalter hindurch gefallen läßt. Dann kommt der profitable Trick, die Landbriefträgerzeit als Übergangsstufe zwischen das Diätariat und die Anstellung als Postschaffner einzuschalten, um die erbärmlichen Löhne der Landbriefträger als vorübergehende Erscheinung hinstellen zu können. Schließlich wäre noch die Unzulänglichkeit sämtlicher Unterbeamtengehälter bei einer überlangen und überanstrengenden Arbeitszeit zu erwähnen.

Hier hat nun die Steigerung der Lebensmittelpreise und die Verteuerung der Lebenshaltung überhaupt eine Grenze für die Ausbeutung gezogen. Ja,

eine wenn auch ganz geringe, unzureichende Gehaltsaufbesserung ist nicht zu umgehen und an ein Hinaufschrauben der Dienststundenzahl ist nicht zu denken. So lag denn der Gedanke sehr nahe, die Ausbeutung der Unterbeamten dadurch auszudehnen, daß man ihnen die Geschäfte der Assistenten überträgt, ohne ihnen deren Gehalt zu zahlen.

Dieses raffinierte Projekt hat sich sogar in eine für die Unterbeamtenschaft zunächst recht verführerische Gestalt gekleidet. In den Assistentenstellen werden die sogenannten gehobenen Unterbeamten beschäftigt werden, die es zu einem Höchstgehalt von 1800 Mark bringen. Es muß also eine ganz beträchtliche Anzahl von Unterbeamten in gehobene Stellen avancieren und von einem Höchstgehalt von 1500 Mark auf ein solches von 1800 Mark kommen. Das täuscht manchen über den ausbeuterischen Charakter des Manövers, wobei er ganz übersieht, welch ausgezeichnetes Geschäft die Postverwaltung damit macht, wenn sie in den Assistentenstellen künftig statt einem Höchstgehalt von 3000 Mark nur ein solches von 1800 Mark zu zahlen hat!

Gewiß ist nicht zu bestreiten, daß die Postunterbeamten zur Wahrnehmung der Assistentengeschäfte durchaus qualifiziert sind, zum mindesten ebensogut wie die Militäranwärter, die jetzt nach einjähriger Vorbereitungszeit in die Assistentenstellen einrücken. Von einem Bildungsunterschied kann ebenfalls nicht die Rede sein. Die Bildung eines Realschülers oder Gymnasiasten, der die Obertertia absolviert hat, ist ein so jämmerliches Bruchstück, daß sie über die Volksschulbildung kaum emporragt. Und bis vor kurzer Zeit wurde ja von den Assistenten überhaupt nicht der Besuch einer sogenannten höheren Schule verlangt. Was aber die Assistenten vor Eintritt in den Postdienst etwa mehr gelernt haben sollten als die Unterbeamten, das vergessen sie in der anstrengenden und doch so geisttötenden Mechanik des technischen Postdienstes so rasch, daß schon nach einem Jahre kein Unterschied mehr vorhanden ist. Dabei kommt noch in Betracht, daß schon bisher die Grenzen der Beschäftigung der Assistenten und der Unterbeamten in vielen Dienstzweigen derartig verwischt waren, daß sich eine Verschiedenheit der Besoldung mit vernünftigen Gründen nicht rechtfertigen ließ. Um so weniger natürlich läßt es sich rechtfertigen, daß die Unterbeamten, wenn sie mit den Assistentengeschäften völlig betraut werden, nicht auch das an sich schon unzulängliche Assistentengehalt erhalten, sondern für einen weit geringeren Lohn arbeiten sollen. In bezug auf die Arbeitsleistung werden die Unterbeamten Assistenten, in bezug auf die Entlohnung bleiben sie Unterbeamte. Das ist eine soziale „Fürsorge“ eines Reichsinstituts für seine Arbeiter, wie sie nur in Preußen-Deutschland denkbar ist.

Mit der Ausschaltung des Mittelstandes aus dem Postdienst und mit der Auslieferung des gesamten technischen Dienstes an das Proletariat wird sich aber auch die politische Stellung der Postbeamten ändern — ein Effekt, den die Reichspostverwaltung freilich nicht wünscht, den sie aber genau wie ihre Vorbilder des Privatkapitalismus schaffen muß. Nach Ausschaltung der Assistenten ruht der ganze Dienst nur noch auf den Unterbeamten. Und diese, die dann den gesamten technischen Dienst versehen, sind denn auch für sich allein imstande, durch Streik oder passive Resistenz die ganze Verkehrsmaschinerie außer Kurs zu setzen!

Zunächst wird freilich bei den Unterbeamten über die starke Vermehrung der gehobenen Stellen große Freude herrschen. Wenn sie aber einmal die ganze Last des technischen Dienstes zu tragen haben und sich darüber klar

werden, wie man sie ausbeutet, indem sie für einen weit geringeren Lohn die Arbeit derer versehen müssen, die über sie die Aufsicht führen, dann häuft sich der Zündstoff bald derart an, daß die Forderung durchgreifender Arbeits- und Gehaltsverbesserungen nicht ausbleiben wird. Und dieser Forderung können dann die Unterbeamten einen ganz anderen Nachdruck verleihen, wenn ihre Klasse allein die Arbeitsbienen stellt und allein der Postverwaltung den Mehrwert schafft.

Die Geschichte einer Arbeiterorganisation.

Der Deutsche Senefelderbund.

Von **Paul Barthel.**

Die am 30. September 1907 in München abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes, auf der die 16283 Mitglieder durch 60 Delegierte vertreten waren, beschloß einstimmig die Auflösung. Damit hat eine Arbeiterorganisation zu existieren aufgehört, die in den 34 Jahren ihres Bestehens die mannigfaltigsten Wandlungen durchgemacht hat.

Der Bund wurde am 29. November 1873 mit dem ausgesprochenen Zwecke der „materiellen Besserstellung und geistigen Hebung seiner Mitglieder sowie der Lithographen und Steindrucker überhaupt" in Würzburg begründet, und zwar durch eine Zentralisation von 18 Ortsvereinen, die ihre Ohnmacht und die Notwendigkeit ihrer Vereinigung zu einem Zentralverband durch wirtschaftliche Kämpfe erkannt hatten, die die Lokalorganisationen von Nürnberg (1872) und Frankfurt a. M. (1873) ausfechten mußten. Ein Antrag des Hirsch-Dunckerschen „Gewerkvereins der Lithographen, Maler usw." auf Anschluß wurde abgelehnt. Eine freigewerkschaftliche Kampforganisation wurde geschaffen, die zur Erreichung ihrer Aufgaben nicht nur den wirtschaftlichen Kampf, sondern auch die Begründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften in Betracht zog. Das ist charakteristisch für den modernen Geist, der die Gründer des Bundes beseelte.

All diesen Bestrebungen bereitete das Sozialistengesetz ein jähes Ende. Um nicht wie seine sächsischen Mitgliedschaften aufgelöst zu werden, gab der Bund seinen Kampfcharakter völlig auf. Die Invaliden-, Reise- und Krankenunterstützung, die der Bund als Mittel zum Zwecke des festen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses eingeführt hatte, wurden nun Selbstzweck, und als reine Unterstützungsorganisation gelang es dem Bunde, das Schandgesetz zu überdauern.

Nach dessen Falle war jedoch eine Neubelebung der ursprünglichen Ziele unmöglich geworden. Die reaktionären Elemente, die sich dem Unterstützungsbund angeschlossen hatten, gaben den Ausschlag und verhinderten die erneute Umwandlung in eine Kampforganisation. Dadurch waren die von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugten Berufsangehörigen zur Begründung einer neuen Gewerkschaft gezwungen. Es bildeten sich wieder lokale Kampfvereine, die sich, da sie naturgemäß nur wenig leistungsfähig sein konnten, im Jahre 1890 im „Verband der Lithographen, Steindrucker usw." zentralisierten.

Zwischen dem zentralen Unterstützungsbund und der Zentralorganisation, die zur Erleichterung ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ebenfalls einzelne Unterstützungen einführte, mußte sich aber in kurzer Zeit ein gewisses Konkurrenzverhältnis herausbilden, dem durch die 1902 abgeschlossene Gebietsabgrenzung abzuhelfen versucht wurde. Der Bund behielt Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung und Sterbegeld, trat aber Reise- und Arbeitslosenunterstützung völlig dem Verband ab.

Digitized by Google

Dadurch war aber ein anderer und hauptsächlicher Grund des unerquicklichen Verhältnisses zwischen Bund und Verband noch nicht beseitigt. Die Führung der Kämpfe zur Hebung des Berufs blieb den Verbandsmitgliedern allein überlassen, während die Nurbundesmitglieder zwar an den Erfolgen dieser Kämpfe teilnahmen, durch eigene Opfer aber nichts zum guten Ausgang beitrugen, häufig sogar den Kämpfenden als Söldlinge des Unternehmertums entgegentraten. Diesem gewerkschafts- und berufsschädigenden Treiben mußte durch die Heranziehung dieser Elemente zu einer straffen Organisation ein Ende gemacht werden, damit sie sich die gewerkschaftlichen Erfolge redlich mit verdienten und damit der gewerkschaftliche Kampf überhaupt erfolgreicher gestaltet würde. Das einzige Mittel zu diesem Zwecke war die Verschmelzung beider Organisationen. Durch den Eintritt zahlreicher Verbandsmitglieder hatte das fortschrittliche Element im Bunde an Ausdehnung gewonnen. Die Macht des reaktionären Stammes war gebrochen. Der Bund wurde für die Verschmelzung reif. Sie ging auf der Berliner Generalversammlung 1905 in der Weise vor sich, daß sich der Bund unter Beibehaltung aller seiner Unterstützungseinrichtungen zu einer freien Gewerkschaft ausbaute und den Verband, der dadurch überflüssig geworden war, mit allen seinen Einrichtungen, Aktiven und Passiven übernahm. Dadurch war der Bund wieder zu dem geworden, als was er 1873 begründet worden war: zu einer freien gewerkschaftlichen Kampforganisation mit den Unterstützungseinrichtungen als Mittel zur Verfolgung seiner wirtschaftlichen Ziele.

Aber auch jetzt sollte er sich seines Kampfcharakters nicht lange erfreuen. Wie damals durch das Sozialistengesetz, so wurde er nun durch den Machtspruch der Gerichte erneut zur Umwandlung in einen harmlosen Unterstützungsverein gezwungen. Trotzdem die Verschmelzung durch Zuführung von mehr als 6000 Nurverbandsmitgliedern, die bis zu ihrer Bezugsberechtigung in der Invaliden- und Witwenkasse eine zehnjährige Karenzzeit zurückzulegen haben, gerade zur Stärkung der Unterstützungseinrichtungen unbedingt notwendig war, wurde der Bund von 81 alten Mitgliedern verklagt. Hinter diesen Klägern stand ein sogenannter Rechtsschutzverein mit dem Sitze in Frankfurt a. M., dem Sitze des Bundes bis zur Verschmelzung, der nach dieser nach Berlin verlegt worden war. Trotzdem 17 Kläger auf Grund der in Berlin beschlossenen Ausnahmebestimmungen für Werkmeister usw. zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaftskasse nicht verpflichtet waren, wurde die Klage damit begründet, die Kläger würden, „falls sie der Gewerkschaftskasse nicht beitreten oder den neuen gewerkschaftlichen Zielen des Bundes zuwiderhandeln würden, aus dem Bunde ausgeschlossen werden". Ferner heißt es in der Begründung, der Bund, „der bisher ein reiner Unterstützungsverein gewesen sei, werde durch die Einführung des Gewerkschaftszweckes zu einer wirtschaftlichen Kampforganisation, die Streiks unterstütze. Dies entspreche nicht den Interessen der Kläger, die zum größten Teil ältere Leute seien, die mit ihren Prinzipalen in gutem Einvernehmen ständen." Dieser Ruf nach Arbeitswilligenschutz und das Schwenken mit dem roten Lappen durch den klägerischen Rechtsbeistand fanden selbstverständlich vor dem Landgericht weitgehende Beachtung. Es erklärte die Statutenänderung für ungültig, „soweit sie die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse bezweckt". Der Bund legte Berufung ein, wurde jedoch sowohl von dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. als auch vom Reichsgericht kostenpflichtig abgewiesen. Ersteres erkannte zwar an, „daß das in den Verein eintretende Mitglied vermöge seiner Willensentschließung den Satzungen unterworfen wird und die Mitgliedschaft in der ihr durch die Satzungen gegebenen Gestaltung erwirbt," aber es fügte diesem richtigen Satze sofort folgendes hinzu: „Wenn nun vorliegend zwar § 85 der Satzungen von 1901 Satzungsänderungen durch Beschluß der Mehrheit zuläßt, ohne daß eine Beschränkung beigefügt wäre, so würde es doch zu weit gehen, wenn man annehmen wollte, daß die Mehrheit jeden beliebigen Beschluß bindend fassen könnte. Dies zulassen, hieße nichts anderes, als die Minderheit der

Willkür der Mehrheit schutzlos überliefern." Und das Reichsgericht erklärte Verfassungsänderungen (um die es sich nach seiner Ansicht bei der Zurückführung des Bundes auf seine ursprünglichen Ziele handelte!) einfach für ungültig, sofern sie nicht mit vollster Einstimmigkeit beschlossen worden sind. Dieselben Gerichte also, die ihre Beschlüsse nach dem demokratischen Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit fassen und die in einem Staatswesen bestehen, in dessen gesetzgebenden Körperschaften ebenfalls die Mehrheit entscheidet, haben damit die Anwendung derselben Grundsätze durch Arbeiterorganisationen für ungültig erklärt und die Tyrannei der Minderheit proklamiert.

Den Gipfel des Arbeiterverrats erklommen die Kläger durch die Erwirkung einer einstweiligen Verfügung, die durch das Landgericht am 1. Juni 1906, dem Tage des Beginns der Aussperrung von zirka 4000 Bundesmitgliedern, das sind mehr als 25 Prozent, erlassen wurde. Sie untersagte dem Hauptvorstand jede gewerkschaftliche Tätigkeit und verbot die Verwendung des Bundesvermögens zur Unterstützung für solche Mitglieder, „welche infolge der gegenwärtigen Ausstands- und Lohnbewegung arbeitslos geworden sind". Durch die sofortige Einsetzung einer Gewerkschaftskommission, die die dem Hauptvorstand untersagte führende Tätigkeit in der Bewegung vor der Öffentlichkeit übernahm, wurde dieser Schlag gegen den kämpfenden Bund sofort pariert. Trotzdem nutzte der Unternehmerschutzverband die durch den Rechtsschutzverein geschaffene Sachlage natürlich weidlich aus. Schon am 2. Juni gab er den Erlaß der Verfügung den mit der Aussperrung bedachten Arbeitern unter dem Hinweis bekannt: „Es gibt keine Unterstützung, der Streikfonds des Deutschen Senefelderbundes ist gesperrt!" Und wenn auch unter dem Entrüstungssturm der ganzen Arbeiterschaft über diesen Verrat von Arbeitern gegen Arbeiter die Sperrung der Gewerkschaftskasse rückgängig gemacht wurde, die Ungeheuerlichkeit der Handlung wird dadurch nicht abgeschwächt. Am Rechtsschutzverein lag es nicht, wenn der Bund den einvierteljährigen Kampf trotz der schwierigen Situation mit einem Erfolg für die Gehilfenschaft zu Ende führte. Der Verein hat alles getan, um ihn im Interesse des Kapitals zu verhindern. Beeinträchtigt hat er ihn jedenfalls. Wenn ihm die volle Verhinderung nicht gelang, so ist es der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft und dem mannhaften Ausharren und der festen Disziplin der Bundesmitglieder zu danken, bei denen der Einheitsgedanke unausrottbar Wurzel geschlagen hatte.

Die Verschmelzung hatte die Feuerprobe glänzend bestanden. Trotzdem mußte sie auf Grund der Gerichtsurteile rückgängig gemacht werden. Das geschah in Hannover im April 1907. Der Bund wurde wieder zu einer reinen Unterstützungsorganisation umgewandelt, in die die vom Reichsgericht als zulässig erklärte Reise- und Arbeitslosenunterstützung wieder eingeführt wurde. Die Gewerkschaftskasse wurde völlig losgelöst und zu einem neuen Kampfverein ausgebaut. Dieser führte alle Unterstützungen ebenfalls ein, verwaltete sie jedoch nicht selbst, sondern rückversicherte seine Mitglieder im Bunde. Wie fest nun der Einheitsgedanke Boden gefaßt hatte, geht aus dem fast vollzähligen Übertritt aller 15000 Vollmitglieder des Bundes zum Verband hervor. Durch die Rückversicherung blieben sie trotzdem vollberechtigte Mitglieder im Bunde. Sie gaben dort den Ausschlag. In der klaren Erkenntnis, daß nach Lage der Sache eine der beiden Organisationen überflüssig sei, daß aber die weitere Existenz des Bundes unter Übernahme des Verbandes durch die Gerichtsurteile unmöglich gemacht wurde, beschlossen sie auf der eingangs erwähnten Münchener Generalversammlung die Liquidation.

Das Vermögen wurde den am Tage des Beschlusses im Unterstützungsgenuß stehenden Kranken, Invaliden, Witwen usw. sichergestellt. Der Verband übernahm alle Bundesmitglieder, die ihm noch nicht angehörten, unter voller Anrechnung ihrer Rechte und zahlt aus seinen Mitteln die Unterstützungen an alle diejenigen aus, die nach dem Tage des Liquidationsbeschlusses krank, invalid usw. werden. Während des Aufbrauchens des Bundesvermögens, das etwa 4¼ Jahre dauern dürfte, kann

Digitized by Google

der Verband besonders in der Invalidenkasse, die während der Unterstützung der vorhandenen Invaliden und Witwen aus der Liquidationsmasse nur wenig belastet wird, neue höhere Fonds ansammeln, wie sie im Bund bei der Auflösung vorhanden waren, so daß ihm nach beendeter Liquidation die Übernahme der Invaliden und Witwen des Bundes auf seine Kassen möglich ist. Damit führt er das Gerede der Gegner von dem Raube „alter, wohlerworbener Rechte", der durch die Verschmelzung beabsichtigt gewesen sei, gründlich ad absurdum.

Der Bund hat während seines 34jährigen Bestehens, abgesehen von seinen gewerkschaftlichen Erfolgen, folgende Summen für Unterstützungen verausgabt: Invalidenrente 340715, Witwenrente 182542, Sterbegeld 107574, Krankengeld 1632055, Arbeitslosenunterstützung 170351, Reiseunterstützung 106613, sonstige Unterstützungen 47141 Mk. Mit den Summen, die er für Streiks und während der Aussperrung 1906 ausgezahlt hat, ergeben sich rund 3½ Millionen an Unterstützungsgeldern!

Wenn man eine Organisation, die in dieser segensreichen Weise wirkte, trotzdem aufgelöst hat, so geschah es, weil sie dem gewerkschaftlichen Einheitsgedanken zum Opfer gebracht werden mußte. Im Bunde war die Vereinigung von Unterstützungsorganisation und Gewerkschaft hintertrieben worden. Sie mußte daher im Verband durchgeführt werden. Die Gerichtsurteile wurden die Todesurteile für den Bund. Aber im Verband ist er neu erstanden. Er hat die Gedanken, die die Väter des Bundes bei dessen Begründung leiteten, in vervollkommneter Form in sich aufgenommen, und er wird die Ziele, die sich der erste Deutsche Senefelderbund steckte, mit zäher Energie verfolgen zum Wohle für den ganzen Beruf.

Literarische Rundschau.

Hugo Schulz, **Blut und Eisen.** Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit. Erster Band mit 352 Bildern und Dokumenten aus der Zeit und einer Beilage. Zweiter Band mit 224 Bildern und Dokumenten aus der Zeit und einer Beilage. Berlin, Verlag Buchhandlung Vorwärts. Beide Bände zusammen 786 Seiten. Preis 10 Mark.

Wir haben dies Werk mit lebhaftem Genuß und zugleich mit einem gewissen Bedauern gelesen. Mit lebhaftem Genuß, weil der Verfasser seinen Stoff gründlich kennt und sicher beherrscht; mit einem gewissen Bedauern, weil er durch die vorgeschriebenen Grenzen seiner Darstellung auf Schritt und Tritt behindert ist, seine Fähigkeiten zu entfalten. Den Kulturbildern, die der Verlag des „Vorwärts" herausgibt, haben wir nie besonderen Geschmack abgewinnen können, und wenn ihren ersten beiden Bänden mit größerem oder geringerem Rechte vorgeworfen worden ist, daß die Ware zu leicht sei, so müssen wir gegenüber diesem dritten Bande gestehen, daß die Sache eigentlich noch schlimmer liegt, wenn die Ware zu schwer wird.

Genosse Schulz wäre ganz der Mann, eine Kriegsgeschichte vom historisch-materialistischen Standpunkt aus zu schreiben und die Parteiliteratur dadurch um ein wertvolles Werk zu bereichern. Nichts wäre wünschenswerter, als wenn ihm hierfür ein paar Jahre Muße geschafft werden könnten. Aber populär im Sinne einer agitatorischen Massenwirkung kann ein solches Buch nie werden, und bei jedem Anlauf dazu kommt nur eine Halbheit heraus, die nach keiner Seite hin befriedigt. Man spürt es auf allzu vielen Seiten des vorliegenden Werkes, wie die Darstellung unter einem äußeren Drucke leidet, ohne ihn je überwinden zu können oder auch nur zu einem äußerlichen Abschluß zu kommen. Sie bricht mit der Schlacht von Waterloo ab; gerade die Kriege des letzten Jahrhunderts, deren Darstellung am Ende doch für die agitatorisch-populäre Massenwirkung am notwendigsten wäre, fallen vollständig aus. Und der Masse der Leser, auf die das Werk rechnet, werden seine ausgezeichnetsten Partien, das heißt die Partien, wo Schulz in die tieferen

Zusammenhänge der Kriegsgeschichte eindringt, am unverständlichsten sein; sie setzen eben doch zu viel historische und zum Teil auch technische Kenntnisse voraus.

Sieht man jedoch von diesen äußeren Hemmnissen ab, so verdient die Arbeit des Genossen Schulz lebhafte Anerkennung. Wo es fehlt, trifft ihn nicht die Schuld, aber was trotz alledem geleistet worden ist, das ist sein Verdienst. Der erste Band enthält vier Teile: Der Krieg bei den orientalischen Völkern, Aus der griechischen Kriegsgeschichte, Rom und endlich Das Mittelalter. Der erste und der vierte Teil sind summarisch behandelt, was sich bei jenem aus der Lückenhaftigkeit des Quellenmaterials, bei diesem aus Mangel an historischem Interesse rechtfertigt. Glänzende Abschnitte finden sich dagegen in den acht Kapiteln aus der griechischen Kriegsgeschichte; wir heben nur hervor, daß Schulz in seiner Auffassung Kleons unseres Erachtens zum ersten Male den Nagel dieses vielerörterten Problems auf den Kopf getroffen hat. Kleon war das, was wir heute und unter den heutigen Umständen einen imperialistischen Kolonialpolitiker nennen würden; er war Kriegsfanatiker, nicht aus dem so albernen wie gehässigen Grunde, den ihm Thukydides unterschiebt, nämlich weil er seine Bosheiten und Schimpfereien in ruhigen Zeiten nicht hätte an den Mann bringen können, sondern weil er sich darüber klar war, daß die Herrschaft Athens über die sogenannten Bundesgenossen eine Tyrannei über ausgebeutete und unterdrückte Kolonien darstellte, und weil er an seinem Teile Athen für mächtig genug hielt, die Hegemonie über ganz Griechenland zu erobern. Ob dies möglich war oder nicht, ließe sich erst beantworten, wenn wir wüßten, wie stark damals Athen war und wie hoch sich namentlich seine Bevölkerungsziffer belief, und über diesen entscheidenden Punkt macht Thukydides nur verworrene Angaben, über die der Streit unter den Gelehrten noch nicht aufgehört hat und auch wohl nicht aufhören wird. An der endgültigen Niederlage Athens im Peloponnesischen Kriege ist Kleon jedenfalls ganz unschuldig; sie wurde durch die sizilische Expedition verursacht, die erst nach Kleons Tode von Alkibiades inszeniert wurde, einem Lieblingsschüler des Sokrates, dessen Anhänger überhaupt Erkleckliches in Hochverrat an ihrer Vaterstadt geleistet haben.

Natürlich sollen diese Andeutungen keine Ehrenrettung Kleons im Sinne der modernen Demokratie sein, wovon auch Schulz weit entfernt ist. Nach der persönlichen Seite beurteilt er Kleon vielleicht noch zu ungünstig. Jedenfalls irrt er darin, wenn er Kleon einen „Gerbermeister" nennt, im Gegensatz zu den Oligarchen, die „ihre zarte Hand nie mit Gerberlohe beschmutzt" hätten, also den damaligen Klassenkampf, um eine mittelalterliche Analogie anzuziehen, in dem Widerstreit zwischen Patriziern und Handwerkern sieht. Kleon gehörte vielmehr zu den herrschenden Klassen, zu den Rittern, der zweiten Vermögensklasse der Stadt: seine Gerberei ließ er durch Sklaven betreiben. Was er vertrat, war das immer beute- und kriegslustige Handelskapital, während die Oligarchen, wie Schulz richtig hervorhebt, auf dem Grundbesitz fußten und durch ihre brutale Klassenherrschaft, durch die unleidliche Zinsknechtschaft, womit sie die kleinen Leute drückten, vor der Sucht nach auswärtigen Abenteuern hinlänglich geschützt waren. Im Vergleich mit dieser Klasse, deren Sprachrohr der brave Thukydides war, konnte sich Kleon allerdings noch alle Tage sehen lassen, mag er im Lichte der modernen Demokratie so sympathisch oder so unsympathisch erscheinen wie er will. Wie wenig die Oligarchen in ihm einen leeren Schwätzer sahen, wie sehr sie ihn vielmehr als einen gefährlichen Gegner fürchteten, zeigt ihr krampfhaftes Bestreben, ihn um die Ecke zu bringen, wobei sie, darin ganz ähnlich den ostelbischen Junkern, ihren eigensüchtigen Klasseninteressen das Interesse des Gemeinwesens opferten. Thukydides selbst ist zynisch genug, einzugestehen, daß sie Kleon an die Spitze der schwierigen Expedition gegen Sphakteria drängten, in der Hoffnung, daß er sich den Hals brechen werde, was aber nur zum unverwindlichen Schaden der ganzen Stadt hätte geschehen können. Diesmal entging Kleon der tückischen Falle und trug sogar den größten Erfolg davon, den Athen im Peloponnesischen Kriege errungen hat, aber bei der Expedition gegen

Amphipolis erreichten sie ihr Ziel, indem sie ihm die Befehlsführung so schwierig machten, daß Kleon den Kopf verlor und einen militärischen Mißgriff beging, der ihm Sieg und Leben kostete.

Sehr gut kommt bei Schulz auch der Abschnitt über Rom heraus, wobei er mit Recht den zweiten Punischen Krieg und die Kriege Cäsars in den Vordergrund schiebt. Die Schilderung der Schlacht bei Kannä ist ein kleines Meisterstück, in der Form so anschaulich wie im Inhalt zutreffend, wie denn auch Hannibal als historische Gestalt plastisch hervortritt. Cäsar ist vielleicht ein wenig idealisiert, womit jedoch gegen die sachliche Darstellung seiner Kriege nichts eingewandt werden soll.

Der zweite Band des Werkes besteht nur aus einem Teil, der in elf Kapitel zerfällt. Sie behandeln Feuerwaffen und Festungswesen, die Zeit der Landsknechte, den Dreißigjährigen Krieg, das Kriegswesen zur See, Absolutismus und Militärmonarchie, das Zeitalter der schlesischen Kriege, das Zeitalter der französischen Revolution, die ersten Triumphe der großen Armeen, den Zusammenbruch Preußens, die Befreiungskriege und endlich Napoleons Sturz. Hier ist der Verfasser um so mehr in seinem Element, als aus allen diesen Kapiteln Streiflichter auf den heutigen Militarismus fallen, die dessen Kritik ungleich gründlicher und schärfer besorgen, als alle langatmigen Predigten der bürgerlichen Friedenspfeifenraucher. An den historischen Tatsachen selbst zerstieben die Seifenblasen, die Moloch in den Lüften gaukeln läßt, die Mären von der stählenden und verjüngenden Kraft der Kriege, von der kriegerischen Überlegenheit der ländlichen über die städtische Bevölkerung, von den Vorzügen der alten kernigen Eliteheere vor den schlappen Massenheeren der heutigen Zeit, von der unfehlbaren Kraft des Drills und was sonst, namentlich auch im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, zum militärfrommen Katechismus gehört.

Die Schlachtenschilderungen sind in dem zweiten Bande meist so vorzüglich wie im ersten: wir heben nur die Schlachten von Breitenfeld und Lützen, von Höchstädt und Malplaquet und namentlich von Leuthen hervor, bei der nur der nicht unwichtige Umstand übersehen ist, daß der erste Stoß des preußischen Heeres auf die württembergischen Hilfstruppen fiel, von denen bekannt war, daß sie mit Wonne die erste Gelegenheit ergreifen würden, das Hasenpanier zu ergreifen oder doch — da nicht Feigheit, sondern Widerwillen gegen die österreichische Bundesgenossenschaft ihr treibender Beweggrund war — sich dem Kampfe zu entziehen, was sie denn auch schleunigst taten. Nicht so gelungen ist die Darstellung der Schlachten am Morgarten und ob Sempach, was um so mehr auffällt, als sie zuerst von unserem alten Genossen Bürkli richtig dargestellt worden sind, wie inzwischen auch die bürgerliche Geschichtschreibung anerkannt hat.

Doch es sei genug der Kritik! Die Fehler und Lücken, an denen es dem Buche des Genossen Schulz nicht mangelt, sind durch die Zwangsjacke verschuldet, worin er hat arbeiten müssen, und es erscheint vielleicht unbillig, sein Werk mit einem Maßstab zu messen, den er selbst in seiner bescheiden-liebenswürdigen Selbstanzeige abgelehnt hat. Aber à tout seigneur tout honneur — und unsere wissenschaftliche Parteiliteratur ist nicht so reich an „führenden Werken“, daß man denen, die sie schreiben können, wie Genosse Schulz es auf dem Gebiet der Kriegsgeschichte unzweifelhaft kann, eine allzu große Bescheidenheit als Vorzug anrechnen dürfte. Und so wiederholen wir die Hoffnung, daß es ihm vergönnt sein möge, seine Arbeit noch einmal auf den Amboß zu legen und sie von den Spuren der äußeren Hemmnisse zu befreien, die ihr heute noch anhaften. F. M.

Jack London, **Wenn die Natur ruft.** Deutsch von L. Löns. Mit Bildern von Bull und Goodwin. Hannover, Adolf Sponholtz. 4,50 Mark.

Der Name Jack Londons hat unter den amerikanischen Sozialisten einen guten Klang. Die vorliegende Erzählung verfolgt indes keine politische Tendenz und auch

keinen agitatorischen Zweck. Es ist die Geschichte eines Hundes. Aber auch sie entbehrt nicht einer sozialen Note. Sie zeigt, wie das Individuum das Produkt der Verhältnisse ist. Der Held der Geschichte, der riesenhafte Hund Buck, eine Kreuzung von Bernhardiner und Schäferhund, wächst auf einem schönen Landgut im sonnigen Kalifornien auf, als Luxushund, der seine Kräfte voll entfaltet, liebenswürdig und stolz, aber ohne jedes tiefere und stärkere Empfinden. Er wird gestohlen und nach Klondike verkauft, wo er als Schlittenhund in die elendeste Sklaverei gerät, anfänglich verkommt, sich aber durchringt zu erhebender Freundschaft und inniger Hingebung gegenüber einem einfachen und liebenswürdigen Menschen.

Das ist vortrefflich beobachtet und höchst anziehend geschildert. Aber neben dem Einfluß des Milieus und des Kampfes dagegen will uns Jack London auch den anderen Faktor unseres Tuns wirksam zeigen, die ererbten Fähigkeiten, und da ist er weniger glücklich. Er präsentiert uns da einen mystischen Darwinismus. In Buck lebt eine Art Atavismus, nicht etwa bloß in der Weise, daß in ihm Fähigkeiten und Neigungen schlummern, die seine Urahnen besaßen und die nur eines Anstoßes bedürfen, um wieder lebendig zu werden. Nein, er bewahrt auch Vorstellungen der Vorzeit, er träumt von dem Leben, das seine Urahnen mit dem Urmenschen führten, einem scheuen haarigen Gesellen, der auf Bäumen wohnt und trotzdem sonderbarerweise schon den Urhund gezähmt hat!

Und die Sehnsucht nach diesem Urzustand wird zur Katastrophe in Bucks Leben. Er fühlt sich immer mehr zu den Wölfen hingezogen und schließt sich ihnen dauernd an, nachdem er seinen Herrn verloren.

Ein wenig Mystizismus, freilich im Gewande der Naturwissenschaft, gehört einmal zu den Ingredienzien moderner Literatur, wie es scheint, auch solcher, die vom Baume sozialistischer Erkenntnis gekostet hat.

Indes ist dieser mystische Einschlag nicht aufdringlich, und er wird mehr als wett gemacht durch die sonstigen guten Eigenschaften des Buches. Wäre sein Preis nicht ein so hoher, könnte man es sehr wohl zur Aufnahme in die Liste unseres Jugendschriftenausschusses empfehlen. K. K.

Richard Müller (Fulda), Mitglied des deutschen Reichstags, **Die Einnahmequellen des Deutschen Reiches und ihre Entwicklung in den Jahren 1872 bis 1907.** Ein Beitrag zur Beurteilung des Reichsfinanzwesens. M.-Gladbach, Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 72 Seiten. 1,20 Mark.

An den Sünden der Regierung und des Reichstags gegen die ärmeren Volksmassen hat der Finanzkünstler des Zentrums, der seit bald anderthalb Jahrzehnten bei allen Steuervorlagen eine führende Rolle spielte, sein vollgemessen Teil Schuld. Seine Opposition beschränkte sich stets nur darauf, daß ihm die Regierungsvorlagen nicht „praktisch" genug waren; gegen das System der indirekten, die Massen belastenden Besteuerung hatte er niemals etwas einzuwenden. Auch die vorliegende Schrift enthält keine Silbe des Tadels dagegen — Müller müßte ja sonst sich selbst wie seine Fraktion preisgeben. Eine Reichseinkommensteuerfrage existiert für ihn gar nicht. Die enorm hohe Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch die agrarischen Schutzzölle und Verbrauchsabgaben wird als etwas Selbstverständliches gar nicht erst erwähnt. Daß sich das Reichsschatzamt gegen eine Herabsetzung der Zuckersteuer sträubt, wird als berechtigt erklärt, „solange nicht andere, den Ausfall ersetzende Einnahmequellen erschlossen sind". An der Branntweinsteuer ärgert ihn nur, daß nicht „durch vereinfachte Gestaltung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften und Beseitigung aller Sondervorteile nicht allein 15 Millionen Mark an Erhebungskosten erspart" werden, es könnten dann auch, „ohne die Verbraucher höher zu belasten, etwa 60 Millionen höhere Reinerträge erzielt werden". Bei der Brausteuer macht Müller-Fulda für eine Erhöhung der nord-

deutschen auf die süddeutschen Sätze Stimmung und stellt dabei 30 Millionen Mehrertrag (100 statt der jetzigen 70 Millionen Mark) in verlockende Aussicht. Die neue Zigarettensteuer hat seine günstigen Erwartungen gerechtfertigt, bei einer weiteren Belastung des Tabaks für Zigarren und Pfeife sieht er nur technisch unüberwindliche Schwierigkeiten, sonst würde er eine Erhöhung der Gewichtssteuer für teurere Tabake empfehlen. Nur bei der Salzsteuer muß er zugeben, daß sie die ärmere Bevölkerung am höchsten belastet. Ein altes Bergmannslied enthalte den Reim: „Ach, wenn unsere Tränen Salz nur wären, dann hätten wir in unsrer Not doch Salz zu unserm Bissen Brot!" Derselbe Herr Müller-Fulda hat aber 1896, als unsere Fraktion beantragte, die Salzsteuer aufzuheben, mit seiner ganzen Fraktion gegen unseren Antrag gestimmt. Und genau so verhielt sich Herr Müller-Fulda und das Zentrum 1902, als bei den Zolltarifberatungen unsere Fraktion beantragte, von den Überschüssen der Zölle jährlich 49 Millionen Mark zu verwenden, um die Salzsteuer abzuschaffen. Davon schweigt selbstverständlich des agrarischen Zentrums getreues Mitglied. Dagegen plädiert der Herr Kommerzienrat Müller-Fulda warm für eine Reform des Börsengesetzes im Sinne der Wiederzulassung des Terminhandels in Wertpapieren, während er die Fahrkartensteuer nicht angetastet sehen möchte und trotz ihres unbestreitbaren Mißerfolges für die Zukunft höhere Einnahmen von ihr erhofft. Von einer Erweiterung der Reichserbschaftssteuer auf Anfälle an Kinder und Ehegatten will er nichts wissen, weil die Grundbesitzer „das gewiß nicht unberechtigte Gefühl haben, daß eine solche Erbschaftssteuer binnen wenigen Dezennien eine Expropriation der jetzigen Besitzer, in deren Händen sich teilweise seit Jahrhunderten die Güter befinden, durch Emporkömmlinge des mobilen Kapitals zur Folge haben würde".

Zum Schlusse erklärt er, der alle Marine- und Flottenforderungen stets bewilligte, als das beste Auskunftsmittel für die Reichsfinanzen, „mit den vorhandenen Einnahmequellen, welche seit dem Jahre 1872 von rund 200 auf 1800 Millionen Mark erhöht worden sind, hauszuhalten". Und man darf es als einen Hinweis auf die trotz aller Beiseiteschiebung ungeschwächte Bewilligungslust des Zentrums betrachten, wenn Müller-Fulda hinzufügt: Für das Haushalten „sind zurzeit die Aussichten schlechter als je, und es wird deshalb niemand überrascht sein, wenn in nicht allzu ferner Zeit dem Reichstag wieder Vorlagen zugehen zur Vermehrung der Einnahmequellen des Reiches". Wobei er seine Zentrumsfraktion in freundliche Erinnerung gebracht haben will!

Für unsere Agitation in Zentrumskreisen kann die Schrift Müllers, die ein recht übersichtlich angeordnetes Sündenbekenntnis darstellt, gute Dienste leisten. E. W.

*****, Unkraut.** Ein Roman aus der Kaschemme. Mit einem Geleitwort von Hans Ostwald. Berlin, Internationaler Verlag. 312 Seiten.

Der Verfasser hätte sich mit Stolz nennen dürfen. Wirklich, es würde ein Name sein, den man sich merken müßte, wenn auch vielleicht sein Träger in der vorliegenden Kaschemmentragödie bereits ein zuckendes Stück Herz, ein tiefinnerst empfundenes, ein erlebtes Stück Leben von sich gab. Mit den in Lust und Elend kreischenden, saufenden, raufenden, schnaps- und parfümduftenden Menschen, die er in den dunkelsten Winkeln der Großstadt aufspürt, verbindet ihn jenes feine Verstehen, das unter den Schlacken einer getretenen, verkommenen Seele die echt menschlichsten Regungen fühlt. Scharfumrissen und ohne die Schminke der Liebe oder des Hasses zeichnet er seine Dirnen und Zuhälter. Kein Strich fehlt. Und es erstehen Menschen unter seinem Griffel. Sie lieben, hassen, hetzen, leiden, jubeln wie wir. Wir sehen ihre Gesten, die wie die unseren sind, nur eckiger, grausamer, tierischer. Wir sehen ihr seelisches Gerippe, das in seiner Struktur dem unseren gleicht, vielleicht etwas grobknochiger oder verkrüppelter geraten. Da ist der frische, starknervige, brutale Jupp, der statt Zuhälter ebensogut ein nach bürgerlichen Begriffen tüchtiger,

gerissener Geschäftsmann sein könnte; der fein empfindende, talentierte, willensschwache, versumpfte Dekorateur Steckelbach, der von einer hübschen, herrischen Dirne in den Sumpf des sittenpolizeilich kontrollierten Fleischmarktes gezogen wird und sich da unten zu Tode zappelt, weil sie den Schritt zu seiner wohlanständigen Welt hinüber nicht mitmachen kann; die Dirne Emilie, der von ihrem schlagfertigen, gewalttätigen Jupp Sparsamkeit und hausfraulicher Charakter anerzogen wird und die nach jahrzehntelanger Prostitution mit einigen Ersparnissen und Jupp als Ehemann unter sittenpolizeilicher Erlaubnis ins brav heuchelnde bürgerliche Leben hinübervoltigiert.

Mit grausamem, unerbittlichem Realismus konterfeit der Verfasser die schmutzigsten Ecken der Halbwelt, die Nachtseite der Gegenwartskulturwelt. Beide gehören zusammen wie Körper und Schatten. Und keine der scheinbar voneinander verschiedenen Welten verleugnet die Zusammengehörigkeit. Sie werden beide von den gleichen Gesetzen des Warenmarktes beherrscht, und die gleiche schlüpferige Geldmoral gedeiht hüben ebenso üppig wie drüben. Der rote Faden dieser Zusammenhänge zieht sich durch alles Werden und Geschehen des Bordellromans. Aus seiner naiven, nüchternen Sprache kichert blutige Satire. Es ist ein Buch, das den Abscheu vor dem physischen und seelischen Unrat da unten bis zum Ekel steigert, um plötzlich die Note menschlichsten Empfindens aus Dirne, Zuhälter, Bordellmutter klingen zu lassen. Unter dem Schlamme der Verkommenheit hervor grinst Bruder Mensch und speit auf eine Gesellschaft, die ihn in den Morast sinken ließ. Robert Grötzsch.

Dr. Ad. Hüsgen, **Ludwig Windthorst.** Mit 154 Illustrationen und 2 Beilagen. Köln 1907, Verlag und Druck von J. P. Bachem.

Während von den bedeutenderen Zentrumsführern Hermann v. Mallinckrodt schon 1892 in dem Jesuitenpater Otto Pfülf einen fleißigen und eindringlichen Darsteller seines Lebens und Wirkens gefunden hat, und August Reichenspergers politische, künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit 1899 in der wertvollen Monographie Ludwig Pastors festgehalten wurde, gab es für den bedeutendsten, Ludwig Windthorst, bis jetzt eine zureichende Darstellung seines Schaffens noch nicht, denn ernsteren Ansprüchen vermochten die vorhandenen kleineren Schriften nicht zu genügen. Diese Lücke hat Dr. Hüsgen mit seinem Buche über Windthorst ausgefüllt.

Zwar kann sich sein Werk mit dem Pfülfs oder Pastors nicht messen, denn da Hüsgen der Blick und der Griff fehlt, aus Eigenem einen historischen Hintergrund zu entwerfen, von dem sich Windthorsts Bild klar und scharf abhöbe, kommt er nicht selten zu Wiederholungen und Weitschweifigkeiten, aber dieser Mangel wird zum Teil doch wieder wett gemacht durch großen Fleiß bei der Sammlung des Tatsachenmaterials und durch das Bestreben, dieses Tatsachenmaterial, wo nur irgend möglich, selbst reden zu lassen. Daß das Buch, das den Herausgeber der Kölnischen Volkszeitung zum Verleger hat, vom Zentrumsstandpunkt geschrieben ist, versteht sich am Rande, hat aber für den, der bewußt parteiische Schriften kritisch zu lesen versteht, selbstverständlich nichts zu sagen. Wenn Hüsgen, um diesen Umstand vorwegzunehmen, einer Erwähnung der Sozialdemokratie mit Sorgfalt aus dem Wege geht und die Unterstützung, die die Partei im Interesse der bürgerlichen Freiheit während des Kulturkampfes dem Zentrum hat zuteil werden lassen, ebenso schamhaft verschweigt wie den schmählichen Dank des Zentrums für die Unterstützung bei den verschiedenen Verlängerungen des Sozialistengesetzes, so braucht Hüsgen das nicht weiter angerechnet zu werden, da im ganzen seine Darstellung der geschichtlichen Facta von der Linie der Wahrheit nicht abweicht.

Im ganzen ist diese Darstellung auch nur geeignet, unser Urteil über das politische Phänomen Windthorst zu bestätigen. Von den drei Althannoveranern, außer ihm noch Bennigsen und Miquel, die auf der Bühne des neuen Deutschen Reichs ihre Rolle spielten, war Windthorst zweifellos der gescheiteste und ebenso zweifellos

ein Staatsmann ersten Ranges, wie ihn keine andere Partei, auch die Regierung nicht, aufweisen konnte und kann. Diese seine Wissenschaft befähigte ihn wie keinen anderen zur Führerschaft des Zentrums, wie es sich 1870 aus allen auf früherer Sonderentwicklung beruhenden antipreußischen Elementen zusammengeschlossen hatte. Daß zwischen den rheinischen Kleinbauern, den katholischen Großgrundbesitzern der westfälischen Bistümer Münster und Paderborn, den katholischen Schlesiern, den süddeutschen Katholiken und nicht zuletzt den katholischen Arbeitern des westlichen Industriegebiets Gegensätze schroffster Art bestanden, die mehr als einmal die religiöse Ideologie zu sprengen drohten, wußte niemand besser als Windthorst selber, der gelegentlich resigniert meinte: „Wir müssen uns wechselseitig ertragen, so lange es irgend geht." Aber er war gleichzeitig der Mann, diese auseinanderstrebenden Elemente einander wechselseitig ertragen zu lassen. Ihm gelang es, wie Hüsgen betont, bei den häufigen Meinungsverschiedenheiten in rein politischen, noch mehr in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen einen Ausgleich zu schaffen und die „Mittellinie der Verständigung" zu finden. „Darin bestand einer der großartigsten Erfolge seiner Staatskunst und seines Einflusses!" ruft mit Recht sein Biograph aus.

Nach außen entfaltete Windthorst wie sein staatsmännisches Geschick, so auch ein strategisches und taktisches Talent, das jenem die Wage hielt. In den heißen Tagen des Kulturkampfes wußte er nicht nur mit Bismarck fertig zu werden, der ihn vor Haß fauchend gern mit Bebel und Liebknecht in einem Atemzug nannte; er wußte auch den Konservativen begreiflich zu machen, daß sie mit den Liberalen an einem Tau zögen und die Liberalen höchst geschickt an die Wand und in die tödlichste Verlegenheit hineinzumanövrieren, indem er Anträge einbrachte, die den liberalen Prinzipien auf den Leib zugeschnitten waren, doch dem Troß Bennigsens und Richters höchst unerwünscht kamen, weil sie aus diesen Händen kamen. Aber als Schlachtenlenker mitten im Kampfgewühl blieb Windthorst noch der kühle Schlachtendenker, der stets daran erinnerte, daß das Zentrum nicht im Kern eine Kampfpartei ist wie etwa die Sozialdemokratie, und der deshalb über den augenblicklichen Kampf hinausblickte. So sammelte er, was von den liberalen Parteien nicht eine zu tun fähig war, parlamentarische Macht unter den Fahnen des Zentrums und zwang damit den „Säkularmenschen" nach Kanossa. Ein nicht minder großartiger Erfolg seiner Staatskunst als die Ausgleichung der Gegensätze innerhalb des Zentrums war es, daß er durch die Triumphpforte der Klausula Frankenstein mit seinen schutzzöllnerischen Scharen in das gelobte Land der Regierungsfähigkeit einziehen konnte.

Daß Hüsgen auf die Ruhmestaten das Hauptgewicht legt und nach Kräften zu verschleiern sucht, wie kläglich als Sozialpolitiker der überhaupt auf feudal-ständischen Anschauungen fußende Zentrumsführer war und wie er im seichtesten Geschwätz über den Sozialismus einem Bismarck oder einem Eugen Richter den Rang streitig zu machen wußte, ist vom Standpunkt des Zentrums recht begreiflich.

Hermann Wendel.

A. Wild, Pfarrer, **Die körperliche Mißhandlung von Kindern durch Personen, welchen die Fürsorgepflicht für dieselben obliegt.** Zürich, Verlag von Rascher & Komp. 160 Seiten. 3,50 Mark.

Selbst bei grausamen Kindermißhandlungen steht die gerichtliche Ahndung durch ihre Milde in auffallendem Widerspruch zu der sonstigen Praxis der Strafgerichte. Diese Milde beruht aber nicht etwa auf Feindschaft unserer Richter gegen die moderne Vergeltungsstrafe, sondern auf mangelnder Rücksicht auf den Schutz des Kindes. Dabei kommt nur ein kleiner Teil solcher Fälle zur gerichtlichen Beurteilung. Meistens ist niemand da, der sich des armen mißhandelten Kindes annimmt, oder es ist, wie in den meisten Fällen, eine Strafverfolgung nach geltendem Rechte so gut wie ausgeschlossen, weil sie bei einfacher Körperverletzung von einem Antrage des Verletzten beziehungsweise seines gesetzlichen Vertreters abhängig ist. Gesetzliche

Vertreter des Unmündigen sind in der Regel seine Eltern, diese aber sin des auch, die am meisten sich Kindermißhandlungen, und zwar gerade die schimpflichsten, zuschulden kommen lassen. Sie aber werden sicher nicht Strafantrag gegen sich selbst stellen!

Die Schrift des Pfarrers Wild ist infolge eines Preisausschreibens der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich entstanden und von der Fakultät mit dem ersten Preise gekrönt worden. Sie ist als Materialsammlung recht brauchbar durch eine Zusammenstellung der einschlägigen Straf- und Fürsorgeerziehungsbestimmungen in den europäischen Staaten und in Amerika. Die Zusammenstellung von Tatbeständen moderner Kindermißhandlungen läßt den Leser oft durch die raffinierte Grausamkeit der Peinigungsmethoden erschauern. Sie läßt aber auch vermuten, daß für viele der Kindermißhandler der richtige Ort nicht das Gefängnis, sondern die Irrenanstalt ist. Der letzte Teil des Buches behandelt ausschließlich schweizerische Verhältnisse. Dr. Siegfrieda.

Dr. S. Munter, **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Arbeitergesundheitsbibliothek, herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Heft 13. Verlag Buchhandlung Vorwärts. 20 Seiten. Preis 20 Pfennig.

In anerkennenswerter Kürze hat Dr. Munter sein Thema behandelt. Er leitet seine Arbeit mit einer eindringlichen Warnung vor dem Kurpfuschertum ein, das sich bekanntlich gerade im Wasserheilverfahren breit macht und sich als allein sachverständig erklärt. Zwei klar geschriebene theoretische Skizzen über die Bedeutung der Haut und ihre Pflege, sowie über die Wirkungsweise des Wassers folgen. Nun werden die verschiedenen Anwendungsformen des Wassers geschildert. Nirgends versäumt der Verfasser, darauf hinzuweisen, daß für zarte und schwächliche Personen andere Vorschriften Geltung haben, als für kräftige Naturen, daß die angeführten Prozeduren, so nützlich sie für den Gesunden sind, für den Kranken ohne sachgemäße Leitung oft geradezu verderblich werden. Doch vermissen wir die Besprechung der Wasseranwendung und Abhärtung im Kindesalter. Hier wird durch Übertreibung so viel gesündigt, daß wir es wohl für wünschenswert halten, Vätern und Müttern in einem besonderen Abschnitte die wichtigsten Grundsätze mitzuteilen. Die Ärzte wissen ja, wie schwer gerade junge Kinder aus Unverständnis durch kalte Bäder und Güsse und andere strenge Abhärtungsmethoden geschädigt werden. In allen anderen Fragen gibt das Heft ausreichende und verständige Aufklärung und bildet eine wertvolle Bereicherung der Arbeitergesundheitsbibliothek. M. H.

Notizen.

Organisation und Frauenarbeit im Baugewerbe der Provinz Posen. In Nummer 7 hatte Genosse Kliche (auf Seite 229) darauf hingewiesen, daß in Westpreußen nur 902 Mitglieder der Maurerorganisation vorhanden seien. Diese Ziffer bezieht sich aber nur auf den südlichsten Teil Westpreußens, der zum Agitationsbezirk Posen gehört. Die Zahl der organisierten Bauhilfsarbeiter ist ebenfalls größer, als Kliche Seite 230 angibt; sie betrug am Schlusse des vierten Quartals 1906, also zur ungünstigsten Zeit, nicht 458, sondern 1544, von denen 392 in der Provinz Posen, 1152 der Provinz Westpreußen angehören; für dieses Jahr werden sich durchschnittlich 2000 Mitglieder ergeben.

Die Annahme, daß das Steigen auf Leitern den Frauen gesetzlich verboten ist, dürfte irrig sein. Das Steinetragen wird von Zwischenunternehmern übernommen und an männliche Arbeiter als Akkord weitergegeben, welche Lasten bis zu 350 Pfund über Baubrücken tragen. Dagegen sind beim Kalktragen, Betonklopfen und Baugrund ausheben an 200 Frauen beschäftigt, und zwar für einen Stundenlohn von 15 bis 20 Pfennig! Den Kalk tragen die Frauen in einer Mulde quer über Schulter und Nacken.

Digitized by Google

Ähnlich liegen übrigens die Arbeitsverhältnisse für die Bauhilfsarbeiter in Oberschlesien. Dort sind es hauptsächlich Frauen, außer in Kattowitz, welche den Kalk über Laufbrücken tragen, und zwar zu zweit in einem Schaff, das an zwei Tragbalken hängt. Der Stundenlohn schwankt — je nach der Gunst des Poliers! — zwischen 12 und 20 Pfennig!

Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren werden in Oberschlesien zum Steinetragen benutzt. Im Alter von 14 bis 16 Jahren, in dem sie beim Bergbau nicht beschäftigt werden dürfen, gehen sie in Scharen an die Bauten als Bauhilfsarbeiter. Rastlos schleppt jeder, unter der antreibenden Aufsicht des Poliers, so viel, als seine junge Kraft nur immer hergeben will. Was diese Kinder wirklich verdienen, ist nicht festzustellen, denn der Polier hat auch hier die Macht, Strafen zu verhängen und den Akkordlohn zu erhöhen, wie es ihm paßt.

Die Arbeit der Frauen und Jugendlichen nimmt übrigens in den letzten Jahren auch in Sachsen und Bayern wieder zu. C. R.

Von der Straßen- und Kleinbahnen-Berufsgenossenschaft. Die Elektrizität gewinnt immer mehr Eingang in dem Betrieb der Straßen- und Kleinbahnen. Nach dem Bericht dieser Berufsgenossenschaft für das Jahr 1906 waren an Straßenbahnen, Kleinbahnen usw. mit elektrischer Betriebskraft 68799 Personen versichert, an Straßenbahnen mit tierischer Betriebskraft dagegen nur noch 1041! Straßenbahnen, Nebenbahnen usw. mit Dampfbetrieb zählten 17413 Versicherte, sonstige Anschlußbahnen usw. 262 Versicherte. Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug somit 87515 gegen 81194 im Jahre 1905. Versichert waren im ganzen 428 Betriebe gegen 421 im Jahre 1905. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters in elektrischen Betrieben betrug 1247,84 Mark, bei Anschlußbahnen 1353,90 Mark, bei Straßenbahnen mit tierischer Kraft 965,82 Mark, Straßenbahnen mit Dampfbetrieb 918,35 Mark pro Jahr.

Betriebsunfälle wurden 4574 (im Vorjahr 4253) gemeldet, jedoch nur 481 Fälle entschädigt. Auf 1000 Vollarbeiter entfallen somit 70,82 Verletzte, gegen 69,79 im Jahre 1905.

Die Folgen der Unfälle waren in 42 Fällen Tod; in 24 Fällen dauernde völlige, in 283 Fällen teilweise und in 132 Fällen vorübergehende Erwerbsbeschränkung. Für teilweise Erwerbsbeschränkung wurden Renten gezahlt in 189 Fällen bis 25 Prozent, in 76 Fällen 25 bis 50 Prozent, in 17 Fällen 50 bis 75 Prozent und in 1 Fall über 75 Prozent. Von den Verletzten mit vorübergehender Erwerbsbeschränkung erhielten keine Rente 107, eine Rente von bis 25 Prozent nur 25 Fälle. Der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft hatte im Berichtsjahre 307 Betriebe revidiert und berichtet: „In 112 = 36,5 Prozent (im Vorjahr 34,8 Prozent) der besichtigten Betriebe waren Ausstellungen nicht zu machen. In den übrigen 195 (197) Betrieben = 63,5 Prozent (65,3 Prozent) waren insgesamt 534 (654) Mängel zu verzeichnen!!"

Trotzdem wagt die Berufsgenossenschaft zu schreiben: „daß in der Unachtsamkeit der Verletzten, beziehungsweise im Leichtsinn, Handeln wider Vorschriften, Beseitigung oder Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen ein recht erheblicher Teil der Unfälle, nämlich 173 = 36 Prozent seine Ursache findet, während nur 19 oder 3,9 Prozent der Unfälle auf mangelhaften Betriebseinrichtungen usw. beruhen!!" Recht bitter ist auch die Bemerkung des Beamten: „Die in den Werkstätten befindlichen Verbandkästen wurden leider meistens in einem solchen Zustand vorgefunden, daß man ernste Bedenken tragen muß, mit dem vorgefundenen Material Wunden zu berühren." E. G.

Eine Statistik der sozialdemokratischen Partei in Finnland erschien in diesen Tagen in Helsingfors im Verlag der Parteileitung. Sie gibt uns einen Ausweis über die Größe der Partei und ihre Tätigkeit im Jahre 1906, also in der Zeit der bereits begonnenen Wahlagitation für den ersten Reichstag auf Grund des all-

gemeinen Wahlrechtes für Bürger beiderlei Geschlechts, die 24 Jahre alt waren. Da die Wahlen im März 1907 stattfanden, ist es möglich, daß die Zahl der zur Partei gehörigen Vereine und ihrer Mitglieder später noch anwuchs, worüber aber genaue Ziffern noch nicht vorliegen.

Ende 1906 hatten sich der Partei angeschlossen 937 Vereine mit 85027 Mitgliedern, davon 65017 Männer und 18986 Frauen. Von den 937 Vereinen waren 457 Gewerkschaften, 102 Frauenvereine, 66 Torparivereine (Zwergpächter, die ihre Pacht durch Fron entrichten) und 111 selbständige Abteilungen anderer Organisationen. 129 Vereine besitzen eigene Häuser. Die Bibliotheken und Lesezimmer enthielten 1672 Exemplare Zeitungen und Zeitschriften und 22598 Bände verschiedener Bücher im Werte von 43877 Finnischen Mark. Die Vereine hielten 7745 Mitglieder- und 6857 Vorstandsversammlungen, außerdem 2971 allgemeine Arbeiter- und Demonstrationsversammlungen. Die Vereine veranstalteten 4453 Abendunterhaltungen, 339 Volksfeste, 374 Vergnügungsreisen und 176 Lotterien. Die angeführten Vereine schließen in sich 129 Schauspiel(Bühnen)vereine, 62 Gesangvereine, 48 Turn- und 39 Musikvereinigungen. An kommunalen Unterstützungen bezogen die Vereine 71080 Mark. Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich zwischen 1 und 7,50 Mark und ist im Durchschnitt etwa 3 Mark. Die Gesamteinnahme betrug 1080875 Mark. Die Ausgaben 928760 Mark. Die Vereine besitzen ein Gesamteigentum von 1052986 Mark. Die Partei hatte 183 Abgeordnete in den Kommunalverwaltungen (im Reichstag vertreten die Partei 80 Abgeordnete von 200).

Die Entwicklung der Partei wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

	1900	1902	1904	1906
Anzahl der Vereine	69	41	99	937
Anzahl der Mitglieder:				
Männer	7558	5493	12715	65017
Frauen	1607	1496	3895	18986
In Summa	9165	6989	16610	84003
Gewerkschaften	143	150	222	457
Eigentum (in Mark)	389248	289175	436789	1052986
Vertreter in den Kommunalverwaltungen	—	18	54	183

Im Jahre 1906 schwebte eine ganze Anzahl Prozesse gegen die Parteigenossen. Da sie in diesem Jahre nicht entschieden wurden, konnte die Statistik sie nicht berücksichtigen. 1907 sind sie gewaltig gewachsen, namentlich was die Anklagen der Redakteure der sozialdemokratischen Presse wegen Majestätsbeleidigungen und anderer Preßsünden anlangt. M. M.

Morgan, Ancient Society. Für das englische Original dieses Buches ist jetzt die Schutzfrist abgelaufen, und die sozialistische Buchhandlung von Ch. H. Kerr in Chicago benutzt das, von diesem klassischen Werke, das bisher 4 Dollar kostete, eine neue Ausgabe für 1,50 Dollar zu veröffentlichen. Das ist um so freudiger zu begrüßen, als die englische Ausgabe, wie die deutsche Übersetzung, in letzter Zeit sehr selten geworden war.

Tunis soll auch zu den Ländern gehören, die dadurch gewonnen haben, daß sie unter die „Bevormundung" einer höheren Kultur kamen. Und in der Tat, wer bloß nach jenen Äußerlichkeiten urteilt, die den Bourgeois allein interessieren, der wird finden, daß Tunis sehr gewonnen hat, seitdem es von Frankreich besetzt wurde. Seine Finanzen sind in guter Ordnung, die Geschäfte blühen, große Anlagen aller Art werden mit französischem Kapital unternommen und verbreiten die „Zivilisation" im Lande.

Das alles aber wurde erkauft durch eine grenzenlose Ausbeutung und Degradierung des Bauern. Nicht irgend ein rein „negativ" gerichteter Sozialdemokrat stellt diese Behauptung auf, das gestand in einem unbewachten Moment der Vertreter

Frankreichs in Tunis, Herr Alapetite, bei einem Bankett, das ihm am 20. Oktober die Handelskammer von Lyon gab, dessen Kapitalisten in Tunis besonders stark engagiert sind. Der Generalresident des „Schutzstaates" hielt da eine Rede, in der er unter anderem folgendes ausführte (nach dem Bericht des „Courrier Européen", 25. Oktober):

„Es ist ein Land, dem noch vieles fehlt, was man den Franzosen in Frankreich nicht vorenthalten könnte, ohne Stürme der Entrüstung zu erregen; ein Land, in dem man in bewohnten Gegenden 80 Kilometer zurücklegen kann, ohne einen Arzt zu finden oder einen Polizisten (der Schmerz wäre zu ertragen. D. Red.); wo Gebiete so groß wie ein französisches Departement keine gebahnte Straße haben, wichtige Städte kein trinkbares Wasser. Und wir finden da Bauern (Fellahs), die auf dem nackten Boden schlafen, das Ackerland mit einem hölzernen Pflug ritzen, die nichts ihr eigen nennen als ein paar Schafe. Dafür zahlen sie aber eine Kopfsteuer, gegen die sich der wohlhabendste französische Bauer empören würde. Es ist ein Land, derart erdrückt durch ein staatliches Ausbeutungssystem, daß es fast unmöglich ist, ihm noch eine neue Steuer aufzuerlegen, weil es fast unmöglich wäre, sie einzutreiben."

Die Marokkaner wissen ganz gut, warum sie sich gegen den europäischen Kultursegen so verzweifelt wehren. K. K.

Der Hunnenfeldzug in chinesischem Lichte. Die „Review of Reviews" berichtet folgendes: Als ich neulich einen Chinesen traf, der bei dem Entsatz der Gesandtschaften in Peking zugegen gewesen war, fragte ich ihn, wie die Kriegsregeln, die im Haag angenommen worden waren, ganz besonders die Regel XLVII „Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt", in Peking respektiert worden seien.

„Ganz und gar nicht," erwiderte er, „jeder plünderte. Nicht daß alle alles plünderten. Jeder hatte sein besonderes Raubgebiet. Die Japaner zum Beispiel plünderten nur reiche Leute und solche Plätze, wo viel Silber vorhanden war; sie raubten für das Schatzamt und sandten ihre Beute nach Tokio....

„Am anständigsten waren die Amerikaner. Sie plünderten nicht. General Chaffey drohte, jeden zu erschießen, der plündere. So nahmen sie nur den Leuten auf den Straßen die Uhren fort. Am schlimmsten trieben es die Kosaken und die Sepoys. Aber jeder einzelne nahm, was er konnte."

„Also bekamen Sie nur die Tatsachen des Krieges zu verkosten ohne die Kriegsregeln?"

„Keine Regeln," sagte er, „nur Tatsachen. Böse Tatsachen obendrein. Nachdem die Expeditionsmacht Peking betreten hatte, half ich die Toten begraben, die in den Straßen lagen. Wir begruben 5000, von denen 3500 Frauen waren."

„Durch Bomben getötete Frauen oder im Gefecht gefallene?"

„Nein; Frauen, die nach dem Kampf von Soldaten vergewaltigt und dann getötet worden waren, oder sich selbst getötet hatten. Mehr als die Hälfte hatten Selbstmord begangen nach der Vergewaltigung. Sie konnten nicht länger leben aus Scham über ihr Geschick."

„Waren es arme Frauen der niederen Stände?"

„Viele von ihnen waren Damen. Die Soldaten machten keinen Unterschied."

„Hören Sie," sagte ich, „was Artikel XLVI sagt: ‚Die Ehre und Rechte der Familie, das Leben von Individuen und das Privateigentum sollen respektiert werden. Privateigentum darf nicht konfisziert werden.' Wurde niemand für diese Verbrechen bestraft?"

Mein Chinese erwiderte: „Wie konnte auch nur einer bestraft werden, da sie alle schuldig waren? Wenn wir uns bei den Offizieren beklagten, so erwiderten sie, wenn wir den Beweis erbringen könnten, daß ein bestimmter Mann eine bestimmte Frau vergewaltigt habe, würden sie ihn bestrafen. Vollständig richtig natürlich, aber gewöhnlich war das Weib tot, und wenn sie lebendig gewesen wäre, wie hätte sie einen identifizieren können unter Tausenden in derselben Uniform." — — — —

(„The Social-Democrat", Nr. 10 vom 15. Oktober 1907.)

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 12 26. Jahrgang, 1. Band 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Sandschlösser.

✗ Berlin, 18. Dezember 1907.

Fürst Bülow gleicht in der Politik, die er gegenwärtig treibt, den Kindern, die man zur Sommerszeit am Meeresstrand spielen sieht. Sie bauen aus Sand stattliche Burgen mit Gräben und Wällen, zierlich umkränzt von Erkern und Türmen, aber die steigende Flut vernichtet die Herrlichkeit in so vielen Minuten, wie Stunden notwendig waren, sie aufzurichten. Diese Flut ist unbarmherzig, denn die Gezeiten des Meeres lassen sich durch keine menschliche Kraft beschwören.

Und ebensowenig vermag alle diplomatische Geschicklichkeit ihr zerbrechliches Schifflein zwischen den Klippen und Untiefen der ökonomischen Klassengegensätze hindurchzusteuern. Da Fürst Bülow selbst ein ostelbischer Junker ist, so wird er seine Rasse gut genug kennen, um gewußt zu haben, daß seine „konservativ-liberale Paarung" von vornherein auf nicht mehr rechnen konnte, als daß den Konservativen mit Scheffeln, den Liberalen aber nur mit Löffeln zugemessen werde. Allein auch diese bescheidene Rechnung war ohne den Wirt gemacht, nämlich ohne das preußische Junkertum; die Liberalen sollen nicht einmal einen Löffel voll bekommen, sondern höchstens einen Löffelstiel, mit dem sie keinen Tropfen aus der Suppe schöpfen können.

So ist denn die Paarungspolitik Bülows darauf gerichtet, den Liberalen dies oder jenes Schlößchen aus Sand aufzubauen, auf die Gefahr hin und wohl auch in dem geheimen Bewußtsein, daß die nächste Flut sie spurlos verwehen wird. Eine solche Arbeit im Sande ist der neueste Erlaß des Reichskanzlers an die deutschen Regierungen, der ihnen eine milde Handhabung des Zeugniszwangsverfahrens anempfiehlt. Schon die Art dieses Vorgehens ist überaus seltsam und erklärt sich eben nur daraus, daß den Liberalen und namentlich der liberalen Presse, deren vielverzweigte Reklame ja die einzige klassische Zeugin des Bülowschen Ruhmes ist, ein Schaugericht aufgetischt werden soll. Dieser nächste Zweck ist ja auch erreicht; die liberale Presse begrüßt mit

lauten Tamtamschlägen die angebliche Erfüllung seiner alten volkstümlichen Forderung, unbekümmert darum, daß sie durch diesen Jubel den Eingriff der Regierung in die Rechtspflege billigt und einen Hauptgrundsatz ihres geliebten Rechtsstaats in schnöder Weise verleugnet. Aber was bedeutet dieser Erlaß des Reichskanzlers anderes, als daß er sich unfähig fühlt, eine gesetzliche Reform des Zeugniszwangsverfahrens durchzusetzen? Und wenn die Gerichte, trotz des Erlasses, unbeirrt an ihrer jetzigen Praxis festhalten, so erwerben sie sich gar noch den Ruf einer richterlichen Unbeugsamkeit, die sich in den Jahrbüchern namentlich der preußischen Justiz um so schöner ausnehmen würde, je spärlicher diejenigen ihrer Blätter sind, an denen er haftet.

Es wird mit dieser Verheißung genau ebenso gehen, wie mit der Verheißung, daß die Majestätsbeleidigungsprozesse aus der Welt geschafft werden sollen. Es klang einigermaßen nach etwas, als im Morgengrauen der Blockpolitik dieser Hahnenruf erscholl, aber was daraus geworden ist, das haben die Verhandlungen der Kommission gezeigt, die der Reichstag zur Beratung dieser großartigen „Reform" niedergesetzt hat: ein elendes Feilschen und Prachern um einige juristische Zwirnfäden, mit denen die Kautschukparagraphen der Majestätsbeleidigung im Strafprozeßbuch eingegattert werden sollen. Es wird mit der „Reform" des Zeugniszwangsverfahrens nicht anders gehen, als mit der „Reform" der Majestätsbeleidigungsparagraphen; die rollenwidrigen Sprünge, die Fürst Bülow über den Kopf des Herrn Nieberding macht, werden stets damit enden, daß der Springer platt auf den Boden fällt, während der Übersprungene in aller Gemütsruhe auf seinen Beinen stehen bleibt. Herr Nieberding, das will sagen die preußische Bureaukratie, die sich von wegen Bülowscher Blockkrämpfe noch lange kein X für ein U machen läßt.

Freilich — in einem Punkte kann sich Fürst Bülow trösten, wenn es anders ein wirklicher Trost wäre: Je mehr sich ihm die Partnerin zur Rechten versagt, um so willenloser wirft sich ihm die Partnerin zur Linken in den Schoß. Es war zu erwarten, daß sie den § 7, den berüchtigten Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes hinunterschlucken würde. Aber die melancholische Hoffnung, daß ihr der harte Bissen wenigstens einiges Würgen verursachen würde, schien beinahe noch gerechtfertigt zu sein. Jedoch nichts von alledem! Der berühmte Rektor Kopsch, der umgekehrte Ahlwardt, erklärt den Berliner Philistern, der § 7 sei gar kein Ausnahmegesetz, er schaffe vielmehr gleiches Recht, denn in öffentlichen Versammlungen sei die deutsche Sprache, zu deren Erlernung jedem die Möglichkeit gegeben sei, die einzig mögliche Sprache. Man muß es den freisinnigen Spießbürgern, die mit dieser Weisheit regaliert wurden, zu ihrer Ehre nachsagen, daß sie gegen eine so häßliche Gesinnungslosigkeit doch protestierten und die Hoffnung aussprachen, Herr Kopsch werde mit ihr in der freisinnigen Reichstagsfraktion wohl allein stehen, allein der Biedermann versicherte sie fröhlichen Gemüts, da seien sie sehr auf dem Holzwege, wie sich alsbald zeigen werde.

Der Trost, den der Reichskanzler aus der freisinnigen Ergebung in seinen Willen schöpfen mag, ist aber ein sehr zweifelhafter Trost. Denn je mehr sich die Freisinnigen wegwerfen, um so üppiger werden die Junker. Schließlich

Digitized by Google

kann man es ihnen nicht einmal zum Vorwurf machen, daß sie keine Rücksicht auf eine politische Gesellschaft nehmen wollen, von der sie nicht ohne Grund annehmen, daß sie sich alles bieten lasse. Dabei spielt denn freilich auch noch ein anderer Gesichtspunkt mit, der es ihnen unerträglich macht, dem Liberalismus auch nur die Spitze des kleinen Fingers zu reichen: die Angst vor der immer wachsenden Macht des Kapitals, dessen ökonomischer Druck sich ihnen nicht weniger fühlbar macht, weil die ideologischen Vertreter des Kapitalismus gar so schwächliche Gesellen sind. Es wurmt die ostelbischen Junker im Innersten, daß sie am letzten Ende doch nur noch die gemieteten Landsknechte sind, die sich die kapitalistische Gesellschaft mit großen Unkosten unterhält, um sie gegen den Ansturm des Proletariats als Futter fürs Pulver zu verwenden, und argwöhnisch schielen sie auf jeden Zuwachs an Macht, der dem Kapital zufließt; je mehr sie spüren, daß ihnen ökonomisch der Boden unter den Füßen schwindet, um so hoffärtiger protzen sie einher.

Aus diesem Zusammenhange erklärt sich auch die Krisis im Flottenverein, die so vielen Staub aufgewirbelt und zu einem wirklichen Konflikt zwischen einem leibhaftigen preußischen General und einem nicht minder leibhaftigen bayerischen Prinzen geführt hat. Prinz Ruprecht, der einstige Erbe der bayerischen Krone, will im Flottenverein nicht mehr mittun, weil General Keim an die Spitze des Vereins gelangt ist, derselbe General Keim, der bei den Hottentottenwahlen zu den bereitwilligsten Handlangern des Reichskanzlers gehört und den angeblich unpolitischen Flottenverein zu ähnlichen reaktionären Treibereien entwürdigt hat, wie General Liebert seinen Reichslügenverband. Jedoch nicht dadurch hat er das Mißfallen des Prinzen Ruprecht und der preußischen Junker erregt, die gegen diese Leistungen des braven Generals durchaus nichts einzuwenden gehabt haben, sondern weil General Keim seine uferlosen Flottenpläne allzu hitzig übertreibt und allzu eifrig die Interessen des Panzerplattenkapitals vertritt, worin die Junker nach einer sehr deutlichen Anspielung der „Kreuzzeitung" einen Versuch der Nationalliberalen sehen, sich unziemlich im Block hervorzudrängen und ihr Regiment auf der ganzen Linie zu etablieren. Es gehe nicht an, die Katholiken von den nationalen Aufgaben auszuschließen; die Mehrheit innerhalb des Blocks sei auf keinen Fall geneigt, den antikatholischen Ultras die Führung anzuvertrauen.

Dieser junkerliche Vorstoß gegen die nationalliberalen Herrschaftsgelüste, hinter denen immerhin mehr steht als hinter dem komischen Ehrgeiz der Kopsch und Genossen, hat gleichwohl alle Aussichten aufs Gelingen. Es kommt ihm sehr zu paß, daß ein junger nationalliberaler Heißsporn von „einem da unten in München" oder so ähnlich gesprochen hat, was die junkerliche Loyalität mächtiglich ausnutzt, und daß es just ein bayerischer Prinz ist, der wider den Stachel des Kapitalismus geleckt hat, was dem junkerlichen Treiben gar noch einen „demokratischen" Schein gibt. General Keim sträubt sich zwar mit Händen und Füßen gegen seine Depossedierung, und man kann es verstehen, wenn der Wackere über gräßlichen Undank der Welt klagt, aber helfen wird es ihm nicht viel, denn Bülow kann es nicht auf eine gleichzeitige Brüskierung der bayerischen Krone und des preußischen Junkertums ankommen lassen. Herr Keim

wird, wie weiland der alte Römer Curtius, hoch zu Roß in den Abgrund setzen müssen, der sich innerhalb des Blocks aufgetan hat, um ihn durch seinen Opfertod zu schließen, wenn auch ohne Bürgschaft dafür, daß morgen an einer anderen Stelle des Blocks ein nicht minder tiefer Abgrund klafft.

Das kann Fürst Bülow mit seinen kleinen diplomatischen Künsten nicht hindern, so wenig wie die Burgen, die Kinderhände im Sande des Meeresufers erbauen, die herandrängende Flut aufzuhalten vermögen. Wenn auch sonst in keiner anderen Beziehung, so kann man doch nach einer bestimmten Richtung dem Block nicht eine gewisse Bedeutung absprechen: er ist ein treffliches Demonstrationsobjekt für die Lehre, daß sich die historische Entwicklung in Klassengegensätzen vollzieht. In allen heiligen und reinen Gefühlen der Menschheit sind ja alle Brüder des Blocks völlig einig; sie begeistern sich alle mit Gott für König und Vaterland und schwärmen für alle nationalen Güter. Zu alledem steht Hannibal vor den Toren und mahnt sie, unendlich eindringlicher als einst der alte Freiherr v. Attinghausen die Eidgenossen: Seid einig, einig, einig! und sie haben sicherlich das feinste Ohr für diese Mahnung. Trotz alledem aber — ihr Klasseninteresse bleibt das stärkste Triebrad ihres Willens, wobei es natürlich keinen Unterschied macht, ob die einen es mit übermütigem Trotze durchsetzen oder ob es die anderen mit hündischer Nachgiebigkeit ergattern wollen.

Jeder Versuch, diese Klassengegensätze zu verheucheln, vergiftet sie nur, indem er ihr historisches Recht leugnet, und macht sie auf die Dauer ohnmächtig gegen die Klasse, die ihre stärkste Kraft daraus schöpft, daß sie frank und frei ihr Interesse als die unerläßliche Vorbedingung des historischen Fortschritts bekennen darf. Und an diesem Bekenntnis scheitern alle diplomatischen Scherze des Fürsten Bülow, wie die Sandschlösser der Kinder am Meeresufer von der steigenden Flut weggeschwemmt werden.

Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg?

Jaurès über den Ursprung des Deutsch-französischen Krieges.

Von **W. van Ravesteijn** jun. (Rotterdam).

Auf dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde bei der Besprechung, die sich an den Bericht über den Stuttgarter Kongreß knüpfte, die Frage diskutiert, wodurch die Sozialdemokratie beim Ausbruch eines Krieges ihre Taktik bestimmen lassen solle. Habe sie darüber die Beantwortung der Frage entscheiden zu lassen, ob die eigene Regierung offensiv oder defensiv, als Angreifer oder bloß zur Verteidigung des Vaterlandes in den Krieg ziehe?

Bebel meinte, es würde traurig sein, wenn die Sozialdemokratie heutzutage nicht imstande wäre, in jedem Falle mit der nötigen Gewißheit zu bestimmen, ob ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg vorliege.

Kautsky und P. Lensch behaupteten demgegenüber, auch heute sei die Diplomatie noch sehr gut fähig, die Frage, ob der eine oder der andere Fall da sei, derartig zu verschleiern, daß auch der größte Scharfsinn nicht imstande wäre, dies zu entdecken.

Digitized by Google

Bebel sagte dann wörtlich: „Eine solche Düpierung war in den siebziger Jahren möglich; aber wir im Parlament wußten schon damals, daß, wie die Enthüllungen über die Fälschung der Emser Depesche nachher gezeigt haben, Bismarck Napoleon gezwungen hatte, den Krieg zu erklären."

Bebel scheint also der Meinung zu sein, der Angriff im Jahre 1870 sei tatsächlich von der Seite Preußens gekommen, während Napoleon III. von Bismarck bloß gezwungen wurde, den Krieg zu erklären.

Es ist nun sehr interessant, die Meinung von Jaurès über diese Frage zu vernehmen, weil wir aus den Jaurèsschen Ausführungen sehr stark den Eindruck bekommen, daß auch für 1870 tatsächlich die Frage, ob ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg preußischerseits da war, nicht leicht beantwortet werden kann.

Jaurès hat die Frage einer eingehenden historischen Untersuchung unterzogen in dem jüngst erschienenen Teile der „Histoire Socialiste", dem Sammelwerk, in dem er auch die Geschichte der großen Revolution bis zu dem Falle von Robespierre behandelt hat. In dieser Schrift: „La guerre franco-allemande" (Der Deutsch-Französische Krieg, Paris, Jules Rouff & Cie.) führt er uns gleichsam die moralische und diplomatische Vorgeschichte des Krieges vor Augen.

Die Jaurèssche Untersuchung ist sehr interessant, obgleich sie völlig ideologisch ist, was denjenigen nicht verwundern wird, der weiß, daß Jaurès tatsächlich noch immer, seiner Denkweise nach, ein Anhänger der Hegelschen historischen Schule ist, welche in der Geschichte die Verwirklichung gewisser abstrakter Ideen sieht, die sich allmählich dialektisch entwickeln und so höhere Daseinsformen annehmen.

Schon im zweiten Kapitel kommt die abstrakte Denkweise sehr deutlich zum Vorschein.

Jaurès weist da nach, daß Frankreich — das heißt die französischen Intellektuellen — sich in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nicht genügend Rechenschaft gab von der tiefgehenden Umwälzung, die sich in der deutschen Gedankenwelt vollzogen hatte seit den Befreiungskriegen von 1813/14. Er sagt:

„Wenn Frankreich die deutsche Gedankenwelt tiefer untersucht hätte, so hätte es bemerkt, daß der deutsche Idealismus nicht (mehr) abstrakt oder leer war, sondern daß er sich im Gegenteil mit einem sehr klaren Begriff der Wirklichkeit verband, oder eher noch, daß er ein großartiger Versuch der Geister war, die ganze Wirklichkeit zur eigenen Höhe zu erheben. Hegel hatte gesagt: Man soll sich nicht von der Welt zu Gott erheben, man soll die Welt zu Gott erheben, das heißt die Weltidee ergreifen, ohne je die unmittelbare Wirklichkeit zu verlassen. Und so baute der deutsche Genius die erhabene Brücke, über welche ein ganzes Volk von dem klaren Mut der Gedanken zum klaren Mute der Tat übergehen konnte. Für den französischen Blick jedoch blieb diese ganze großartige Landschaft, deren kühne Architektur der Systeme Abgründe überbrückte, wie von einem romantischen Schleier bedeckt. Sie hatte gleichsam den Charakter einer Mondlandschaft."

Die Jaurèssche Untersuchung beginnt nun mit einer Polemik gegen verschiedene Schriftsteller, die sich während des Julikönigtums und des zweiten Kaiserreichs mit dem Verhältnis von Frankreich zu Deutschland beschäftigt hatten.

Digitized by Google

Im Jahre 1840, als das Julikönigtum endlich meinen konnte, fest im Sattel zu sitzen, verursachte die napoleonische Politik von Thiers, der die französische Oberherrschaft über Ägypten und Syrien zu begründen hoffte, eine europäische Koalition gegen die Julimonarchie, eine Quadrupelallianz, der Preußen sich anschloß. Dadurch wurde das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zum ersten Male seit 1815 wieder ein gespanntes. Die Erinnerung an die napoleonischen Kriege, die Befreiungskämpfe von 1813 bis 1815 und an die Traktate von 1814 und 1815, durch die Frankreich der Revolutionseroberungen beraubt und auf seine alten Grenzen zurückgeführt war, wurde auf beiden Seiten des Rheines lebendig. Die Wacht am Rhein entstand; ein großer nationaler Krieg schien heranzunahen.

In Frankreich bildete sich der bürgerliche Patriotismus ein, die Franzosen brauchten nur den Rhein zu überschreiten, dann würden die Deutschen sie als Befreier von ihren Fürsten empfangen. Und sogar die wenigen Schriftsteller, die die deutschen Ideen und Meinungen einigermaßen kannten, konnten sich von dieser patriotischen Beschränktheit nicht frei machen.

Der berühmte Geschichtschreiber der großen Revolution, der Demokrat E. Quinet, verfaßte bei dieser Gelegenheit eine Broschüre, „1815 bis 1840", in der er den Satz verteidigte, Frankreich müsse die Rheingrenze wieder erobern, weil diese Eroberung erst die Wiederherstellung der Freiheit in Frankreich selbst möglich machen würde. Ja, Quinet behauptete sogar, daß Frankreich nicht zur Ruhe, zu einem stabilen politischen Zustand kommen würde, bevor die fluchwürdigen und lügenhaften Verträge von 1815 zerrissen seien.

Jaurès bekämpft nun diese Auffassung, was an und für sich auch schon ein gutes Beispiel für seine ideologische Betrachtungsweise ist. Denn statt die Quinetschen Ideen aus den Klassenbedürfnissen der französischen Intelligenz zu erklären, tut Jaurès so, als ob diese Ideen heute noch einen praktischen Wert besäßen, was doch nur der Fall sein könnte, wenn sie in unserem Zeitalter noch gewisse Klasseninteressen repräsentierten. Und Jaurès versucht nachzuweisen, daß Frankreich besser getan hätte, die innere Arbeit zur Demokratisierung der französischen Gesellschaft fortzusetzen. Er vergißt dabei aber, daß die Quinetschen Ideen gerade geboren worden waren durch die verzweifelte Lage, in der die französische Demokratie im Jahre 1840 sich befand. Alle Versuche, das oligarchische Regime der hohen Bourgeoisie und Bankokratie zu stürzen, waren gescheitert, und der Revolutionskrieg gegen die wiedererstandene Heilige Allianz schien den Demokraten jener Zeit gerade so unentbehrlich zur Belebung der Revolution wie dies, aus anderen Ursachen, den bürgerlichen Demokraten, die die Gironde-Partei bildeten, anfangs 1792 erschienen war.

Die Jaurèssche Polemik hat aber noch eine andere Ursache, und zwar Jaurès' ideologische Denkart. Weil er in der Geschichte gewisse Ideen — die Revolution, die Demokratie, die Gerechtigkeit — wirksam sieht, fühlt Jaurès sich Quinet, dem Verteidiger derselben, nur weniger entwickelten Ideen geistesverwandt. Und so sieht Jaurès in Quinet viel mehr das Übereinstimmende zwischen ihnen als das sie Trennende. Der gesellschaftliche Nährboden dieser Auffassung ist natürlich die sogenannte Blockpolitik, die so lange in Jaurès einen energischen Verteidiger gefunden und die das Zusammenarbeiten von Proletariat und Bourgeoisie zur Einführung der Demokratie zur Basis hatte. Die politischen Ideen sind auch in diesem Falle zugleich Wirkung und Ursache.

Digitized by Google

Nachdem die europäische Revolution des Jahres 1848 in beiden Ländern gescheitert war, vergrößerten sich rechts wie links vom Rhein die Reibungsflächen zwischen beiden Völkern bedeutend durch den Staatsstreich des Louis Bonaparte und die Einführung der cäsarischen Despotie. Jaurès zeigt, und zwar auch hier nicht in der klassisch scharfen Art, wie Marx und Engels dies getan, das Wesen des Bonapartismus. Er sagt zum Beispiel:

„Wie konnte ein Volk (Frankreich) sich noch kümmern um die Würde und Unabhängigkeit eines anderen Volkes, wo es selbst in feiger Weise durch Stumpfheit von Gemüt und Geist und zur Verteidigung von Klasseninteressen, die gar nicht bedroht waren oder die nur bedroht wurden durch eine regelmäßige und allmähliche Entwicklung, die eigene Unabhängigkeit und Würde abdiziert hatte in die Hände eines sogenannten Retters?"

Wenn man eine derartige Phrase liest, so fragt man sich erstaunt, was der Verfasser damit gemeint haben kann. „Frankreich!" Als ob keine Klassen da wären! Vorgeführt wie ein Individuum, wie eine handelnde Persönlichkeit!

Richtig jedoch ist die Auffassung, daß auch Deutschland durch die bloße Existenz des Bonapartismus in Frankreich einem Kriege gleichsam näher geführt wurde, und zwar der fatalen Erinnerungen wegen, die schon der Name des neuen Regimes in Deutschland erwecken mußte. Für die deutsche Bourgeoisie bedeutete die Niederlage der Revolution im Jahre 1849 zugleich die Niederlage der friedlichen Versuche, auf parlamentarischem Wege die deutsche Einheit zu begründen. Dadurch wurde die deutsche Bourgeoisie, fast ohne sich dessen bewußt zu sein, auf den Gedanken geführt, die Waffen, und zwar die preußischen Waffen, seien allein noch imstande, die deutsche Einheit zu verwirklichen. So waren infolge der Reaktion die Gegensätze zwischen den beiden großen Völkern, das heißt zwischen den besitzenden Klassen beider Nationen, schärfer geworden, und Jaurès kann daher mit Recht sagen: „Aus der europäischen Konterrevolution des Jahres 1849 und der darauf folgenden Jahre ist das Verhängnis des Krieges entstanden."

Im Jahre 1859 verursachte der italienische Befreiungskrieg eine neue gefährliche Spannung zwischen den zwei großen Nationen. Marx und Lassalle, obgleich sehr verschiedener Meinung über die Taktik der Kommunisten gegenüber der, wie sie beide meinten, drohenden Gefahr einer bonapartistischen Invasion, meinten doch beide, ein nationaler Krieg gegen den angreifenden Bonapartismus müsse nicht nur von den Kommunisten unterstützt werden, sondern der Krieg böte auch eine sehr große Möglichkeit, daß ein demokratisches und geeintes Deutschland daraus entstehen könne.

Der Krieg kam jedoch auch diesmal nicht, weil Preußen den Krieg nicht wünschte, gerade wegen des demokratischen Charakters, der diesem eigen gewesen wäre.

Sobald nun aber Bismarck der Leiter der preußischen Politik wurde, veränderte sich auch wieder das Verhältnis zwischen den beiden großen Völkern.

Von dem Augenblick an wird Jaurès' Buch besonders interessant in bezug auf die Frage, ob die Schuld des Krieges von 1870 einem der beiden Widersacher, Preußen-Bismarck oder dem Bonapartismus, zugeschrieben werden kann.

Jaurès versucht nämlich mittels der diplomatischen Unterhandlungen in den Jahren nach 1859 den Beweis zu führen, daß die Politik des bonapartistischen Regimes den deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber bei Bismarck

die Überzeugung der Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich wohl erwecken mußte.

Jaurès nennt die Haltung der bonapartistischen Diplomatie vor dem Preußisch-Österreichischen Kriege im Jahre 1866 ein Gemisch von hinterlistiger und gieriger Feindschaft, von Doppelzüngigkeit und Betrug. Besser vielleicht könnte man diese Haltung als hervorragend beschränkt und ohne jegliche Einsicht in die sozialen und politischen Triebkräfte der europäischen Entwicklung in jenen Jahren qualifizieren. Der Bonapartismus selbst hatte auf den italienischen Schlachtfeldern dem Nationalitätsprinzip zum teilweisen Siege verholfen und so wider seinen Willen eine revolutionäre Rolle gespielt. Nun aber, wo es sich um dasselbe handelte in Deutschland — sei es auch unter der Führung des preußischen Militarismus und Bureaukratismus —, vermochte er sich weder zu einem energischen Widerstand gegen die deutsche Einigung aufzuraffen, noch diese als ein notwendiges Geschick aufzufassen, dem Frankreich sich im eigenen Interesse nicht zu widersetzen brauchte. Jaurès erklärt auch hier wieder nicht den Zusammenhang zwischen dem Auftreten der bonapartistischen Diplomatie und der ganzen Stellung des Bonapartismus in Frankreich und in Europa.

Bonaparte und seine Diener machten im August 1866, in dem Augenblick, wo Preußen im vollen Kampfe mit Österreich stand, den Vorschlag, daß Frankreich das linke Rheinufer bekommen sollte: als Gegenleistung würde Preußen die Anerkennung seiner Eroberungen und seiner neuen Stellung in Deutschland erhalten.

Der Vorschlag war, wie Jaurès richtig bemerkt, eine gerade so grobe Verhöhnung des Nationalitätsprinzips, wie es der Raub von Elsaß und Lothringen im Jahre 1871 durch Bismarck werden sollte. Als Bismarck den Antrag kategorisch zurückwies, kam Rouher, der bonapartistische Minister, am 15. August mit einem neuen Entwurf, nach welchem zum Tausche für Bonapartes Anerkennung der preußischen Eroberungen Luxemburg und Belgien Frankreich überlassen werden sollten! Auch dieser Vorschlag mußte Bismarcks Überzeugung bekräftigen, daß für das neue Deutsche Reich unter der Hegemonie Preußens, wofür er kämpfte, keine Möglichkeit des Bestehens vorhanden war, bevor der Bonapartismus beziehungsweise Frankreich niedergeschlagen werde.

Zwar gab es in bonapartistischen Kreisen auch eine andere Meinung; Prinz Napoleon verlangte eine Entente mit Preußen, die auf einer vollkommenen Anerkennung der Rechte des deutschen Volkes, seine eigene politische Organisation zu bestimmen, fußen sollte. Hierdurch würde die traditionelle französische Politik seit dem Mittelalter, welche stets die politische Zerstückelung Deutschlands gefördert hatte, endgültig aufgehoben worden sein. Zwar schloß sich der wankelmütige Napoleon III. einem in diesem Geiste verfaßten Manifest wirklich an, so daß es auch publiziert wurde (das Zirkular La Valette vom 16. Dezember 1866), aber den Eindruck der bonapartistischen Haltung in dem Augenblick, da Preußen im Kriege gegen Österreich stand, diesen Eindruck konnte das Manifest nicht mehr verwischen. Überdies lieferte der „lächerliche und erniedrigende Anschlag“ auf Luxemburg, wie Jaurès ihn nennt, im folgenden Jahre aufs neue den Beweis, daß das Kaiserreich über die deutsche Einheitsbewegung sich nicht beruhigen konnte. Und auch bei anderen Gelegenheiten zeigte sich der wahre Geist der bonapartistischen Politik. Rouher recht-

fertigte zum Beispiel in der französischen Kammer die Neutralität der französischen Regierung während des Krieges im Jahre 1866, die Nichtintervention nach Sadowa, dabei versichernd, daß Frankreich durch Preußens Eroberungen nichts verloren hätte. Aber während er klarlegte, daß die deutsche Einheit, schon so lange durch verschiedene Ereignisse vorbereitet, eine historische Notwendigkeit sei, ließ er doch ein Gefühl des Bedauerns und der gekränkten Eitelkeit sowie einen Vorbehalt durchblicken, wodurch aufs neue Unruhe erweckt werden mußte. Ja er ging so weit, daß er mit kaum verhüllten Worten dem Norddeutschen Bund das Recht, sich über ganz Deutschland auszubreiten, absprach. Und als kurz darauf Napoleon unter dem Vorwand eines Kondolenzbesuchs eine Zusammenkunft mit dem österreichischen Kaiser in Salzburg hatte, gewann ganz Deutschland die Überzeugung, der Zweck dieses Gesprächs sei die Vorbereitung einer Revanche für 1866 und ein Versuch zur Vereitlung der deutschen Einheit gewesen.

Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, schickte im Januar 1868 der französischen Regierung eine Denkschrift, worin er sie ermahnte, eine bestimmte Haltung in ihrer Politik gegenüber Deutschland zu befolgen. Entweder die feste Versicherung, daß Frankreich sich nicht in die inneren deutschen Angelegenheiten mischen werde, oder aber — eine kräftige Vorbereitung zum Krieg, falls der unvermeidliche Zusammenschluß des Nordens und des Südens zustande käme. In dieser Denkschrift meint Benedetti unter anderem, daß die Ungewißheit über die französische Haltung die preußische Regierung in den Stand setze, die deutsche öffentliche Meinung fortwährend in Aufregung zu halten. Benedetti sah mit vollem Recht in dem Argwohn, den Frankreich immer wieder einflößte, eine Stütze für Bismarcks demagogische Politik gegenüber der liberalen Opposition. Wenn Frankreich eine konsequente Friedenspolitik befolgt hätte, so wäre dadurch die Stellung Bismarcks, der ja ein Feind Frankreichs war, sofort bedeutend geschwächt worden. Und auch in der auswärtigen Politik kräftigte Frankreichs drohende Haltung die Bismarcksche reaktionäre Politik, denn Frankreich verursachte dadurch, daß die Verbindung zwischen Preußen und Rußland immer enger wurde, weil so die Interessen Preußens im Reich solidarisch wurden mit den Interessen Rußlands im Osten von Europa. Aber Benedettis klarer und kluger Rat blieb ohne jeglichen Einfluß auf die bonapartistische Diplomatie.

Jaurès untersucht darauf das Verhalten der französischen bürgerlichen Oppositionsparteien und das ihrer Führer, der Repräsentanten der französischen Bourgeoisie.

Zuerst kommt da der frühere Minister Louis Philipps, der „berühmte" Führer der liberalen Opposition, der zynische Zwerg Thiers in Betracht. Thiers hatte sofort nach der Februarrevolution seinen Frieden mit der Kirche und dem Klerikalismus gemacht; er war im Jahre 1849 einer der Väter der Lex Falloux gewesen, durch die die Kirche eine Stellung in der französischen Gesellschaft erreichte, wie sie sie vordem nie besessen hatte; er war ein heftiger Vorkämpfer der weltlichen Macht des Papsttums und somit ein gehässiger Feind der italienischen Einheit geworden. Als er wieder an dem parlamentarischen Leben teilnehmen konnte — inmitten der parlamentarischen Stickluft fühlte er sich am wohlsten —, verteidigte er eine auswärtige Politik, die bonapartistischer als der Bonapartismus, päpstlicher als der Papst war. Diese Politik — welche er in zwei großen Reden im März und im Dezember 1867 formulierte —

nannte er die konservative Politik par excellence; sie sollte die Bildung einer großen konservativen Partei in Europa bezwecken, „deren Prinzip sein würde, alle Interessen, die angegriffen werden sollten, zu verteidigen und selbst kein einziges Interesse zu bedrohen". Diese Politik, eine direkte Frucht des Schreckens, den das Proletariat im Revolutionsjahr und dann die neu erstandene Arbeiterbewegung dem kleinen Mann eingeflößt hatten, war wesentlich keine andere als die klerikal-absolutistische Politik, welche Österreich nach Solferino und Sadowa geführt hatte,[1] eine Politik, welche die hohe Bureaukratie und der Klerus in Österreich auch nach 1866 noch immer zu verfolgen begehrten. Diese Politik bedeutete den Krieg gegen Italien, falls dies der weltlichen Macht des Papstes ein Ende machen sollte; gegen Preußen, wenn die deutsche Einheit sich verwirklichen würde, kurz einen Weltkrieg im napoleonischen Stil, aber mit dem einzigen und kleinen Unterschied, daß dieser Krieg nicht mehr die bürgerliche Revolution verstärken, sondern nur dem Papst sein Patrimonium Petri erhalten sollte. Jaurès sagt: „Die konservative Politik von Thiers würde, falls sie kein leeres Gerede blieb, England, Österreich und Frankreich ins Feuer geführt haben gegen Italien, Deutschland und Rußland."

Dem bonapartistischen Minister Rouher war es nicht schwer, die Absurdität und die Gefahr dieser Politik, der Karikatur des Bonapartismus, zu beweisen. Jaurès bemerkt aber richtig, daß die Verantwortlichkeit Thiers für die Ereignisse der folgenden Jahre, für den Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges deshalb nicht weniger schwer sei. Thiers galt einmal als Staatsmann, als kluger, weitblickender Geist, und da er, der bekannte Leiter der parlamentarischen Opposition, den Bonapartismus in der Tat auf die Bahn einer gefährlichen Politik weitertrieb, fällt auf ihn ein großer Teil der Schuld für den Krieg.

Die bürgerlich-republikanische Partei benahm sich im allgemeinen besser und klüger.

Die bürgerlichen Republikaner waren alle von der Notwendigkeit der italienischen Einheit überzeugt; hier fanden sie ja das Nationalitätsprinzip in klarer und einfacher Form vor. Weniger einfach jedoch trat ihnen das Problem der deutschen Einheit vor Augen. Erstens war ja der Kampf zwischen Österreich und Preußen dem Anschein nach mehr um dynastische, als um nationale Interessen geführt worden. Zweitens war die preußische Regierung unter Bismarcks Führung der große Feind des Liberalismus und des Fortschritts, so daß die deutsche Einheit unter preußischer Hegemonie drohte, die Vorherrschaft der anti-liberalen preußischen Politik in ganz Deutschland zu bedeuten. Aber Quinet zum Beispiel wies in seiner Schrift „Frankreich und Deutschland" (1867) darauf hin, daß die deutsche Einheit, die nun einmal schon der Idee nach da war — denn die Vereinigung des Nordens mit dem Süden Deutschlands kam ihm unvermeidlich vor —, nicht mit absoluter Notwendigkeit die Oberherrschaft der preußischen Junker und der Pickelhaube bedeuten mußte. Er meinte, es sei möglich, sogar wahrscheinlich, daß, wenn die deutsche Einheit verwirklicht wäre, der Liberalismus die Junkerherrschaft zu überwältigen imstande sein würde. Es sei deshalb Frankreichs Aufgabe, die deutsche Einheit nicht nur zu dulden, sondern zu fördern. Übrigens konnte jedoch Quinet die Furcht nicht unterdrücken, im vereinigten Deutschland würde ein Regime entstehen analog dem lügenhaften französischen Cäsarismus, ein

[1] Siehe unter anderem K. Renner, Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Digitized by Google

Scheinregime des Parlamentarismus und der Freiheit, in Wirklichkeit aber der Absolutismus und der Polizeistock. Leider, wir wissen es, hat der französische Historiker in dieser Hinsicht nicht falsch prophezeit! Aber doch konnte Frankreichs Demokratie Deutschland gegenüber jedenfalls nur eine Politik befolgen: Förderung der deutschen Einheit, während sie selbst indessen die verlorene Freiheit wiederherzustellen sich bestreben mußte, damit sie die Demokratie dem preußischen Militarismus als eine bessere Regierungsform gegenüberstellen konnte.

Die republikanischen Parlamentarier kamen, wenn auch oft erst, nachdem sie lange gezögert, umhergetappt und sich selbst widersprochen hatten, zu derselben Auffassung. Jules Favre, der größte Redner der republikanischen Opposition, verteidigte noch in den Jahren 1866 und 1867 einen engeren Anschluß an die kleineren deutschen Staaten, die Preußen umringten, um so ein Gegengewicht zu schaffen wider die drohende Gefahr der preußischen Hegemonie in Deutschland. Dies war also noch die traditionelle Politik des divide et impera (teile und herrsche), die Frankreich jahrhundertelang Deutschland gegenüber befolgt hatte. Im Juli 1868 jedoch stellte er sich auf den Standpunkt, daß Frankreich die Einheit des Nordens und des Südens ohne Umschweife anerkennen solle. Frankreich solle sogar durch eine Tat den Beweis liefern, daß es der deutschen Einheit gegenüber keine feindlichen Absichten mehr hege, und diese Tat sollte die allmähliche Abrüstung sein. Die Abrüstungsidee wurde von dem Augenblick an ein Programmpunkt der ganzen republikanischen Opposition, während sie schon seit 1861 eine Forderung Olliviers gewesen war, eines der fünf, die damals als Widersacher des Kaisertums in die Kammer eingetreten waren.

E. Ollivier, damals noch ein konsequenter Vertreter der Manchesterschule, wollte einerseits mit den Großmächten Abrüstungsverträge, andererseits Handelsverträge. Er schilderte die bösen Folgen des bewaffneten Friedens im Jahre 1861 mit folgenden Worten, die heute noch unendlich viel schlagender sind als damals.

„Verderblich für das Land, für seine Wohlfahrt, für seine Ruhe nenne ich diesen unsicheren, unbestimmten Frieden, woraus man stets den Krieg entstehen zu sehen fürchtet und der doch nicht der Krieg ist; der Friede, der einem gewitterdrohenden Himmel gleicht, wobei die mit Sturm und Elektrizität geladenen Wolken über uns hintreiben, ohne sich zu entladen, indes sie uns in einen Zustand der Müdigkeit, Gereiztheit und Erschlaffung versetzen."

Ollivier war der erste, der im Jahre 1865 die Anerkennung der deutschen Einheit forderte.

Im Jahre 1867 jedoch spaltete sich die bürgerlich-republikanische Opposition gegen das Kaiserreich. Auf der einen Seite standen die Republikaner, welche der Meinung waren, das Kaiserreich müsse gestürzt werden, bevor die bürgerliche Freiheit sich verwirklichen könnte. Andererseits wollten mehrere, unter Olliviers Führung, ihren Frieden mit Bonaparte machen, wenn dieser ein parlamentarisches Regime einführte. Die Schwenkung Olliviers und derjenigen, die sich ihm anschlossen, hat nun, meint Jaurès, den Krieg wieder viel mehr in die Nähe gerückt, weil Bismarck dadurch in der Meinung bekräftigt wurde, Frankreich würde die deutsche Einheit schließlich doch nicht dulden.

Bismarck seinerseits war, wie wir schon sahen, bereits im Jahre 1867 nötigenfalls zum Kriege bereit.

Jaurès versucht nachzuweisen, daß Bismarcks Politik nach der Intervention Frankreichs während des Krieges von 1866 eher eine abwartende als eine

treibende gewesen sei. Er schließt dies unter anderem aus den Worten, die Bismarck, den Hohenloheschen Memoiren (datiert vom 21. Dezember 1868) nach, Fröbel gegenüber geäußert haben sollte: Die Entwicklung Deutschlands zur Einheit könne wohl noch an die dreißig Jahre dauern.

Im Jahre 1869 jedoch traten in Süddeutschland Ereignisse ein, die in Bismarck den Wunsch aufkommen ließen, die Politik des Abwartens durch eine mehr aktive zu ersetzen. In den süddeutschen Staaten wuchs allem Anschein nach die Abneigung gegen eine Vereinigung mit dem Norden. In Bayern trug eine Koalition der klerikalen und der antipreußischen progressiven Partei bei den Wahlen den Sieg davon über die Anhänger einer engeren Verbindung mit dem Norden. Und, was noch wichtiger war, die Annäherung Österreichs und Frankreichs an Italien, wo Viktor Emanuel durch Geld und Frauen bearbeitet wurde, drohte zu einer Tripelallianz unter diesen Mächten zu führen.

Unter diesen Umständen mußte Bismarcks Bestreben dahin gehen, womöglich eine Situation zu schaffen, in der Frankreich den Krieg entfesselte.

Denn Frankreichs Angriff bedeutete für Bismarck, daß sofort alle Schwierigkeiten im Süden fortgeschwemmt würden, bedeutete, daß die süddeutschen Staaten infolge ihrer Verträge unter Preußens Führung marschieren mußten, bedeutete die deutsche Einheit unter preußischer Hegemonie, die einzige Art der Einheit, die der Junker Bismarck, das Haupt der preußischen Junker, wollte. Und im Falle eines französischen Angriffs war Bismarck der schützenden Hand Rußlands im Osten gewiß, wodurch Österreich gezwungen war, sich ruhig zu verhalten.

Bismarck fand nun in den spanischen Angelegenheiten eine Möglichkeit vor, den Krieg zu provozieren. Am 27. März 1869 meldete Benedetti zum ersten Male an seine Regierung, die Kandidatur des katholischen Prinzen Leopold von Hohenzollern werde allem Anschein nach in preußischen Regierungskreisen besprochen. Ein Jahr später, am 15. März 1870, war die Sache so viel reifer geworden, daß in einer großen Familienkonferenz des Hauses Hohenzollern, der die vornehmsten Staatsmänner beiwohnten, dem Prinzen Leopold von allen Anwesenden gesagt wurde: es sei für ihn eine patriotische Pflicht, die Kandidatur anzunehmen.

In Frankreich war mittlerweile das Ministerium Ollivier gekommen, wodurch das Kaiserreich definitiv neue Bahnen einzuschlagen schien, da ein konstitutionelles Regime dem Scheine nach inauguriert wurde. Aber das Plebiszit zeigte, daß in Wirklichkeit an den reellen Machtverhältnissen nichts geändert war. Ollivier, der das Plebiszit zugab, raubte sich selbst und der liberalen Bourgeoisie dadurch jede Möglichkeit, den Cäsarismus einzuschränken. Das Plebiszit kräftigte den geschwächten Bonapartismus und erhöhte dadurch auch die Gefahr eines Krieges. Denn es gab den bonapartistischen Abenteurern, den klerikal-absolutistischen Kreisen, die den Thron umringten, neuen Mut, ohne daß sich ihre Unruhe verringerte, die durch die immer mehr wachsende proletarische und bürgerlich-republikanische Opposition geweckt war. Indem er das Plebiszit zugab, wurde Olliviers Politik ein steuerloses Wrack, statt eines von fester Hand gesteuerten Fahrzeugs.

Das Zeichen der Niederlage, die Olliviers Politik erlitten hatte, war die Anbietung des Ministeriums des Äußern an den Herzog von Gramont, nachdem es der liberale Daru infolge des Plebiszits ausgeschlagen hatte. De Gra-

mont, der langjährige Gesandte in Wien, eng versippt mit der hohen österreichischen Aristokratie, war der Mann der klerikalen kriegerischen Clique, die ebensosehr für Österreichs Revanche wie für die weltliche Macht des Papstes schwärmte. De Gramont vereitelte durch sein bloßes Auftreten sofort die Möglichkeit eines Bündnisses mit Italien und Österreich. Die liberale Bourgeoisie Frankreichs, die den Bonapartismus aufs neue gekräftigt hatte, war somit die Ursache, daß Frankreich der Willkür der bonapartistischen Bande aufs neue wehrlos ausgeliefert war und daß es der drohenden Gefahr eines Krieges gegenüber vollständig allein dastand.

Am 3. Juli 1870 erreichte der Bericht, daß Leopold von Hohenzollern die Kandidatur angenommen habe, das auswärtige Ministerium in Paris.

Augenblicklich tappte nun de Gramont in die Falle, die Bismarck ihm gestellt hatte. Er meldete allen europäischen Höfen, der Krieg sei unvermeidlich, wenn Preußen nicht nachgäbe. Und am 6. Juli gab er im gesetzgebenden Körper als Antwort auf eine Interpellation eine äußerst drohende Erklärung ab.

Die große liberale Presse in Paris und sogar die extrem-republikanischen Blätter, wie „Le Réveil" von Delescluze, erklärten anfangs auch, daß ein Hohenzoller auf dem spanischen Throne eine Verletzung der französischen Interessen bedeute, aber die liberale und republikanische Presse wandte sich doch bald gegen Gramonts drohende Sprache. Im gesetzgebenden Körper ließ die republikanische Linke eine warnende Stimme hören, und sogar Thiers, der gegen die deutsche Einheit am stärksten gehetzt hatte, versuchte jetzt, die Unsinnigkeit eines Krieges wegen einer derartigen Ursache klarzustellen.

Aber das alles konnte nichts mehr nutzen. Eine Volksbewegung hätte den Bonapartismus damals im Augenblick wegfegen müssen, sollte der Krieg noch verhindert werden. Der Bonapartismus fühlte sich nach seinem letzten Siege zu fest im Sattel, als daß er sich durch Worte hätte zurückhalten lassen.

E. Ollivier, der Ministerpräsident, tat nichts, um der fatalen Politik des de Gramont Einhalt zu gebieten, und dieser arrogante Jesuit, wie Jaurès ihn nennt, führte die diplomatischen Unterhandlungen derartig, daß er regelrecht auf den Krieg hinsteuerte.

Ausführlich weist Jaurès nach, wie de Gramont dabei nicht einmal über die Mittel klar war, durch die er die Kandidatur des Prinzen Leopold rückgängig machen wollte.

Am 10. Juli war Napoleon III. selbst noch zufrieden mit der einfachen Zurückziehung der Kandidatur, und Jaurès weist schlagend nach, daß Frankreich, ohne de Gramonts Übereilung, dies auch erhalten hätte.

Am 12. Juli berichtete der spanische Gesandte zu Paris der französischen Regierung, daß die Kandidatur zurückgezogen sei. Aber während der Ministerpräsident Ollivier diesen Bericht schon um 12 Uhr nachmittags in Händen hatte, erhielt de Gramont erst um 3 Uhr nachmittags den offiziellen Bericht und um ein Viertel nach 2 Uhr hatte er bereits aufs neue eine Depesche an Benedetti geschickt, in der dem Gesandten befohlen wurde, sein möglichstes zu tun, damit die Zurückziehung dem französischen Gesandten durch den König von Preußen oder seine Regierung mitgeteilt oder überbracht würde.

Diese Forderung bedeutete eine öffentliche Demütigung für Preußen, weil dem preußischen König hier zugemutet wurde, öffentlich anzuerkennen, die Gutheißung der Kandidatur sei ein Fehler gewesen.

De Gramont empfing deshalb die Mitteilung des spanischen Gesandten mit Ärger, denn der Bericht bedeutete einen Sieg für den Frieden, aber eine Niederlage für seinen eigenen Hochmut. Dem preußischen Gesandten, mit dem er gerade eine Unterhaltung hatte, als der Bericht ihn erreichte, schlug de Gramont nun vor, daß dieser dem König von Preußen einen Entwurf vorlegen sollte, in dem der König erklärte, daß er, als er dem Prinzen die Annahme der Kandidatur erlaubte, damit nicht bezweckt habe, Frankreichs Interessen und Würde zu verletzen.

Bismarck konnte, als er von dieser neuen Forderung Kenntnis bekam, mit vollem Rechte sagen: „Der Mann ist ein Dummkopf!" Ja — wenigstens wenn Napoleon nicht unbedingt den Krieg haben wollte.

Sicher ist es aber, daß dieser Schritt den Ausschlag gab, und zwar um so mehr, weil durch die Mitteilung, die Zurückziehung der Kandidatur sei ohne Kommentar erfolgt, ein Entrüstungssturm in der Kammer, wo man die Bedeutung dieses diplomatischen Sieges nicht erkannte, bei den Bonapartisten der Rechten und bei allen Strebern und Intriganten verursacht wurde, die nach Abenteuern verlangten. Und Ollivier, der anwesend war, tat nichts, um den Sturm zu beschwören. Als er nachmittags de Gramont einen Besuch abstattete, kam er schon nicht mehr mit dem festen Willen, den Frieden zu wahren.

Der letzte Schlag, der dem Krieg die Bahn freimachte, wurde darauf zu Saint-Cloud geführt. Der wankelmütige Napoleon war noch am Nachmittag dieses unheilvollen 12. Juli, als er den Bericht erhielt, die Kandidatur sei zurückgezogen, der Meinung, dies genüge, dies bedeute den Frieden.

In dem Augenblick wurde der Konflikt aufs neue eröffnet durch de Gramonts Forderung, daß der König von Preußen sich entschuldigen solle. Aber bei einer Unterredung, die de Gramont nachmittags mit Napoleon und Eugenie hatte, wurde gar der unselige Beschluß gefaßt, Frankreich werde sich mit der Zurückziehung der hohenzollernschen Kandidatur nicht zufriedengeben, selbst wenn der König von Preußen diese Zurückziehung billigte, sobald nicht auch für die Zukunft Garantien geboten würden.

Jaurès meint, es sei äußerst wahrscheinlich, daß den Ausschlag bei diesem Beschluß Eugenie, die spanische Abenteuerin, gegeben habe. Dieses bigotte und beschränkte Frauenzimmer meinte ja, gegenüber der wachsenden Macht der bürgerlich-republikanischen und proletarischen Opposition sei ein Krieg notwendig, um das Ansehen des Kaiserreichs wiederherzustellen und die Dynastie fester zu begründen. Um sieben Uhr des Abends wurde die Depesche abgeschickt, welche diese Forderung stellte und die den Krieg bringen mußte.

* * *

Es ist wohl unnötig, noch weiter zu verfolgen, was sich in Deutschland während des 12. und des 13. Juli ereignete. Am Abend des 13. Juli um 6 Uhr verfaßte Bismarck jene Depesche, in der Wilhelms Weigerung, das verlangte Versprechen zu geben, derartig zusammengepreßt wurde, daß die Weigerung dadurch einen schrofferen Charakter erhielt, als sie in der ursprünglichen Fassung besaß. Es war die sogenannte Emser Depesche.

Aber wir ersehen aus dem Vorhergehenden doch sehr deutlich, daß der 12. Juli, die Politik des bonapartistischen Ministers und der bonapartistischen Dynastie, den Ausschlag gegeben hat bei der Geburt des Krieges, der eine neue Epoche in der Geschichte von Europa und des europäischen Proletariats im besonderen eröffnen sollte.

Aus den Jaurèsschen Ausführungen geht dies mit großer Deutlichkeit, wie ich meine, hervor; es war sogar im Jahre 1870 eine Unmöglichkeit, mit Bestimmtheit zu sagen, wer den Französisch-Deutschen Krieg verursacht habe. Die französische und die preußische Regierung, beide haben ihn heraufbeschworen, und den bonapartistischen Minister trifft dabei schließlich die größte Schuld, obgleich Bismarck den Krieg vorbereitet und provoziert hat. Schließlich sind es nur die nationalen und die Klassengegensätze der beiden Nationen, die den Krieg hervorgerufen.

Für seine Gegenwartsaktion aber kann das Proletariat aus der Geschichte den Schluß ziehen: es wird wohl immer unmöglich sein, solange die Klassengesellschaft und die nationalen Gegensätze fortbestehen, einen scharfen Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen festzustellen. Der Krieg, jeder Krieg ist mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen.

Das Problem der Arbeitsverschiebung.

Von **Ernst Lange.**

Wenn es für die Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung einen Wert hat, allgemein bekannte Erscheinungen unter Begriffen zusammenzufassen, die eine klare Erfassung des Gegenstandes von einem allgemeinen Gesichtspunkt aus ermöglichen, so dürfte eine Betrachtung derjenigen Vorgänge nicht ganz bedeutungslos sein, die ich als Arbeitsverschiebung bezeichnen möchte.

Man hat versucht, das Wort Arbeitsverschiebung in einem Sinne einzuführen, wobei an ein zeitliches Aufschieben der Arbeit gedacht ist. Der Staat und die Gemeinde sollen mit ihren Arbeiten, zum Beispiel ihrer Bautätigkeit, die Arbeitslosigkeit zu mildern oder zu beseitigen streben, indem sie der Fertigstellung einen gewissen Spielraum lassen und so eine Art Reservearbeit für die Beschäftigungslosen jederzeit bereit halten. Ein solches Verschieben oder Aufschieben setzt eine zeitliche Unterbrechung der Arbeit voraus. So würde zum Beispiel ein Schulhausneubau im Frühjahr begonnen, im Sommer und in der Erntezeit nicht weitergeführt, und erst im Herbst würde weitergearbeitet, wenn größere Arbeitslosigkeit sich einstellt. Dieser Fall würde jedoch nur eine Art Grenzfall bilden für den allgemeinen, daß bei zunehmender Zahl der Arbeitslosen die Bautätigkeit vermehrt, bei abnehmender aber vermindert wird durch eine gleichsam automatische Regulierung. Es verteilt sich dann die Arbeit über einen bestimmten Zeitraum, und man könnte hier sehr wohl von einer Arbeitsverteilung reden. Der ähnlich klingende Ausdruck Arbeitsteilung dürfte damit kaum verwechselt werden, und zudem halte ich diesen für so unglücklich angewandt, daß man ihn durch die Bezeichnung Arbeitsgliederung ersetzen sollte aus verschiedenen äußerst wichtigen Gründen, deren Erörterung jedoch an dieser Stelle unterbleiben muß.

Wenn hier nun der Begriff Arbeitsverschiebung in ganz anderem Sinne aufgefaßt wird, so gebührt unserer Auslegung das historische Vorrecht. Sie geht zurück auf den Leipziger Nationalökonomen Karl Bücher.[1] Dessen Definition ist für uns der Ausgangspunkt, wenn sich auch zeigen wird, daß seine und unsere Auffassung voneinander abweichen. Bücher betrachtet die

[1] Entstehung der Volkswirtschaft. 2. Auflage. 1898, S. 289 ff.

Digitized by Google

Arbeitsverschiebung als eine besondere Form der Arbeitsteilung — worüber hier nicht entschieden werden soll — und geht aus von der Einführung der Nähmaschine in die Schneiderwerkstätte; ja man ist versucht anzunehmen, daß er nicht über dieses eine Beispiel hinauskommt. Er sagt:

„Wenn in einem Produktionszweig eine neu erfundene Maschine eingeführt wird, so tritt eine völlige Verschiebung der seitherigen Arbeitsorganisation ein. In der Regel übernimmt der Mechanismus nur einzelne Bewegungen, die bis dahin durch Menschenhand ausgeführt wurden, und in dem Betrieb, welcher die neue Maschine verwendet, mag sich zunächst nichts weiter ändern, als daß der Arbeiter, welcher vorher jene Muskelbewegungen ausführte, zur Bedienung der Maschine verwendet wird. So arbeitet zum Beispiel nach Einführung der Nähmaschine der Arbeiter in der Schneiderwerkstätte mit Hand und Fuß, während er vorher bloß mit der Hand tätig war, und mit dieser auch in anderer Weise. ... Es ist, wenn wir den ganzen Produktionsprozeß ins Auge fassen, ein Teil der Gesamtarbeit aus einem späteren in ein früheres Stadium zurückgeschoben, die Schneiderarbeit ist teilweise aus der Schneiderwerkstätte in die Maschinenfabrik verlegt worden."

Das Wesentliche ist für Bücher, „daß das neue Verfahren der Kleiderproduktion eine größere Zahl differenter Kräfte in Anspruch nimmt", indem zu den seitherigen Produzenten, dem Wollproduzenten, Spinner, Weber, Nadelfabrikanten und Schneider eine Anzahl ganz verschiedenartiger Berufe neu hinzukommen: der Maschinenschlosser, Gießer, Metalldrechsler und dergleichen.

Man sieht, Bücher hat lediglich im Auge die größer werdende Verschiedenartigkeit der beteiligten Beschäftigungen. Man wird jedoch im folgenden sehen, daß es weit mehr auf die Beobachtung der verschobenen Mengen menschlicher Arbeit ankommt, also mehr auf die Quantität als die Qualität der Arbeit. Dann nämlich läuft das Problem der Arbeitsverschiebung auf die äußerst wichtige Beurteilung der Frage hinaus, ob die Ersparung von Arbeit an einer Stelle eine im ganzen gleich große Mehrarbeit an verschiedenen anderen Stellen bedingt. Es erhebt sich die Frage nach der Berechtigung der Kompensationstheorie oder Ausgleichstheorie, wie sie in der einen oder anderen Form von den meisten bürgerlichen Volkswirtschaftlern vertreten wird, ja sogar in die deutschen Schullesebücher eingedrungen ist, um dem sich bildenden bürgerlichen Gewissen ein sanftes Ruhekissen zu bereiten, und wie sie streng genommen den von Bücher geschaffenen Ausdruck aus der Taufe gehoben hat. Es scheint aber eine Behandlung dieser Frage in hohem Maße geeignet, zum Verständnis der Begriffe Mehrwert, Kapital, Reservearmee, Übervölkerung usw. beizutragen. Ja es wird nicht schwer fallen, zu zeigen, daß der geniale Begründer der Arbeit-Mehrwerttheorie den in Betracht kommenden Vorgang durchschaut und auch verwertet hat. Marx hat echt historisch, trotz der gegenteiligen Behauptung der historischen Schule, bei der Begründung seiner Lehre die Arbeitsverschiebung in der englischen Textilindustrie mitverwendet, eines der klassischen Beispiele von Strukturveränderungen im Wirtschaftsorganismus.

Ehe jedoch darauf weiter eingegangen werden kann, ist es notwendig, auseinanderzusetzen, was unter Arbeitsverschiebung zu verstehen und in welchem Umfang sie zu fassen ist. Beide Forderungen fallen natürlich in eine zusammen, wenn man auf Definitionen als Ausgangspunkt Verzicht leistet.

Das Büchersche Beispiel von der Einführung der Nähmaschine scheint mir nicht zu genügen. Der Handbetrieb wurde durch eine Werkzeugmaschine mit Dampf- oder Elektrizitätsantrieb verdrängt bei der Einführung

Digitized by Google

des mechanischen Webstuhls an Stelle des Handwebstuhls, der Spinnmaschine an Stelle des Spinnrads, der mechanischen Nagelschmiede an Stelle der Handschmiederei, der Getreidedreschmaschine an Stelle des Dreschflegels, der Wurstfabrikation an Stelle des Handbetriebs in der einfachen Fleischerei, des Dampfpflugs an Stelle des Handpflugs, des Dampfsägewerkes an Stelle der Handsägearbeit des einfachen Holzarbeiters. Das letzte Beispiel möge wegen seiner ziemlich einfachen Sachlage näher ausgeführt werden.

In vielen Landstädten ist heute noch der Kohlenverbrauch sehr gering gegenüber dem billigen Holz aus den nahen Waldungen. Vielfach liegt hier noch die alte Form des Gemeineigentums am Walde vor, aus dem jedem Bürger alljährlich eine bestimmte Menge Brennholz geliefert wird. In jedem wohlhabenderen Orte gibt es einzelne Taglöhner, die mit dem Spalten und Sägen dieses Holzes während des Winters ihren bescheidenen Lebensunterhalt verdienen, während im Sommer ihnen die Landwirtschaft hinreichende Beschäftigung gewährt. Durch die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen wird einem großen Teile dieser Besitzlosen ihr Sommererwerb geraubt, durch Verwendung der Lokomobile einer Dreschmaschine zum Sägen des Holzes auch ihr Winterverdienst. Der Dreschmaschinenbesitzer braucht während des Winters und Frühjahrs sein Kapital nicht brach liegen zu lassen, der Lohnarbeiter aber, der nicht so billig liefern kann wie dieser, wird aufs Pflaster geworfen. Wozu bisher zwei der Holzsäger einen ganzen Arbeitstag brauchten, das vollbringt die Kreissäge in höchstens einer Stunde. Während dieser einen Stunde kann wohl eine einfache Verschiebung Platz greifen: der eine Arbeiter steht an der Säge zur Bedienung, der andere übernimmt die Arbeit des Maschinisten. Dann aber hätte das Vergnügen ein Ende. Neue Holzmassen werden der Maschine als Futter zugeführt. Wiederum verrichtet diese in einer Stunde das Tagewerk von zwei anderen Holzarbeitern, die ihre Kollegen von vorhin ablösen müßten usw. Auf die gleiche Rechnung liefe es hinaus, wenn jeder Holzarbeiter seine Arbeit hintereinander ununterbrochen ausführte, also wenn beispielsweise zwei Taglöhner in einer Woche sich ihrer gesamten, früher einen ganzen Winter in Anspruch nehmenden Arbeit entledigten, dann wieder zwei und so fort. Das alles wäre nun sehr schön, wenn der Mann für die eine Stunde denselben Lohn erhielte wie vorher für sein Tagewerk von vielleicht zehn Stunden. Statt dessen bekommen aber die beiden an der Maschine verwendeten Leute für die eine Stunde nur annähernd ein Zehntel des früheren Lohnes, für den ganzen Tag also ungefähr den gleichen Lohn wie früher. Die beiden müssen eben den ganzen Tag arbeiten und dabei die noch vor kurzem für ihre Kollegen bestimmte Arbeit mitverrichten helfen. Diese nun, nach unserer Annahme 9×2 oder 18 Arbeiter, haben das Zusehen. Wollten sie sich aber jetzt über das Unrecht beschweren, so wären sie im Irrtum, und die Ausgleichstheorie wird ihnen das haarscharf beweisen. Die 18 Holzarbeiter müssen — allerdings nur für den Winter! — ihr Bündel schnüren und zum Teil nach einer Maschinenfabrik hinwandern, wo man angeblich mit offenen Armen die sehnsüchtig Erwarteten aufnimmt. Ein anderer Teil der Leute wandert nach den Bergwerken und Hüttenbetrieben, wo das Eisen für die Maschinen gewonnen wird, und der Rest nach den Kohlenbergwerken, die das Heizmaterial für das Dampfsägewerk liefern.

So hat sich Bücher im Anschluß an die Nähmaschine die Arbeitsverschiebung vorgestellt, und der Führer der offiziellen deutschen Volkswirtschaftslehre, Herr

Digitized by Google

Schmoller,[1] kann das bestätigen, wenn er dieses äußerst wichtige Problem mit dem einen, vielsagenden Satze abtut: „Die besondere Herstellung von Werkzeugen und Maschinen für spätere Stadien des Produktionsprozesses nennt Bücher Arbeitsverschiebung."

Aber so einfach liegt die Sache nicht, und darum seien im folgenden die wichtigsten Momente hervorgehoben, die sich aus obiger Schilderung ergeben.

1. Zunächst ist festzustellen, daß die Arbeitsverschiebung als eine Veränderung, als ein Vorgang aufzufassen ist, nicht als der sich danach ergebende Zustand. Wenn in einem Bezirk die neue Betriebsform sich eingebürgert hat, ist die Verschiebung vergangen und vergessen; die Volkswirtschaft hat dann kein Interesse mehr für die Betriebsform. Hier eine besondere Form der Arbeitsteilung erblicken zu wollen, ist also nicht angängig, auch dann nicht, wenn man mit Bücher sich bemüht, an den Vorgang des Teilens bei der Arbeitsteilung zu denken. Unter letzterer Bezeichnung versteht der allgemeine Sprachgebrauch nun einmal einen Zustand, etwas Ruhendes, Gegebenes, kein Teilen, sondern ein Geteiltsein. In dieser Fassung ist der Begriff, nach Büchers eigenen Worten, als ein lebloser Körper vom organischen Wachstum der Wissenschaft „überwallt und überwuchert" worden. Also die Veränderungen sind zu untersuchen, nicht der zur Ruhe gekommene neue Zustand.

2. Die Annahme, daß die freigesetzten Holzarbeiter in der Maschinenindustrie usw. Unterkunft finden, ist nur bedingt richtig. Denn die Maschine, durch welche die Leute arbeitslos geworden sind, ist schon gebaut. Eine einfache zeitliche Verschiebung, von der Bücher spricht, ist also nicht möglich.

Es sei unterstellt, daß der Vorrat einer Fabrik an fertigen Maschinen stets die gleiche Größe bewahrt und die durch den Verkauf notwendige Mehrarbeit sich stets nach der Verminderung des Lagers reguliert, ferner daß alle anderen Betriebsbedingungen, wie Länge der Arbeitszeit, Schnelligkeit der angewandten Maschinen und dergleichen, die gleichen bleiben. Als nun die Maschine für das Dampfsägewerk verkauft war, wurde sofort wieder der Vorrat auf seine alte Höhe gebracht und nicht etwa gewartet, bis die arbeitslos gewordenen Holzarbeiter ankamen. Aber diese haben in der Regel nicht einmal die Absicht oder auch nur den Gedanken gefaßt, sich der Maschinenfabrik zur Verfügung zu stellen. Das wirtschaftliche Beharrungsvermögen oder Trägheitsgesetz sucht jeden mehr oder weniger an seinem Wohnort, seinem eigenen oder gemieteten Häuschen, in seiner Verwandtschaft, seinem alten Beruf festzuhalten, dazu Umzugskosten, Kurzsichtigkeit, Lehrgeld aller Art usw. Die Verschiebung, die Bücher mit dem armen Schneider vornimmt, der in der Schneiderwerkstatt überflüssig und in der Maschinenschlosserei aufgenommen wird, ist eine begriffliche Konstruktion.

Solange nicht der Fabrikant auf den freigesetzten Arbeiter wartet, so lange ist anzunehmen, daß die arbeitslos gewordenen Personen selbst fast niemals zu der notwendigen Neuarbeit herangezogen werden. Somit gestaltet sich in Wirklichkeit der Vorgang folgendermaßen: Die 18 Holzarbeiter werden arbeitslos und vermehren um diese Zahl die Arbeiterreservearmee, während gleichzeitig oder schon einige Zeit vorher diese vermindert wird, nach der Ausgleichstheorie um gleichfalls 18. Diese Veränderungen möchte ich als Verschiebung innerhalb der arbeitslosen Arbeiterschaft bezeichnen.

[1] Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 4. bis 6. Auflage, 1901, S. 350.

3. Ebensowenig wie ein und dieselbe Person hier freigesetzt und dort verwendet wird, vollzieht sich eine solche Verschiebung in ein und derselben Berufsgruppe. Es geht wohl der ungelernte Holzarbeiter zur Bedienung der Kreissäge über, aber nicht zur Tätigkeit des Maschinisten und des Maschinenschlossers. Für den unmittelbaren Ausgleich der beteiligten Personen ist also nicht nur das zeitliche Moment, sondern ebenso die durch Arbeitsteilung der Berufe bedingte Einseitigkeit des einzelnen ein großes Hindernis. So kann es vorkommen, daß schließlich eine ganze Berufsgruppe aufs Pflaster geworfen wird oder durch rapid sinkende Löhne an Leib und Seele ruiniert wird; es sei nur erinnert an das Elend der schlesischen Handweber. Zu den Verschiebungen innerhalb der Arbeitslosen in Rücksicht auf die einzelne Person treten also auch Veränderungen in bezug auf die beteiligten Berufe. Die Reservearmee wird in dem begünstigten Beruf, also fast immer bei den Arbeitern der Maschinen- und Bergwerksbetriebe, an Stärke abnehmen, in dem zunächst betroffenen Beruf wie dem der Holzarbeiter oder Handweber wird sie dagegen zunehmen; erst ganz allmählich wird sich der umgekehrte Vorgang, ein Abnehmen der letzteren und Zunehmen der ersteren, einstellen. Es ergibt sich also aus der Behandlung der Punkte 2 und 3, daß in der arbeitsuchenden und beschäftigten Arbeiterschaft Verschiebungen stattfinden, sowohl in Ansehung der betroffenen Personen als auch der beteiligten Berufe.

Dabei gingen wir noch von der Voraussetzung aus, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter im ganzen gleich bleibt. Aber gegen diese Annahme lassen sich schwerwiegende Bedenken geltend machen, die alle darauf hinauszielen, daß nicht alle freigesetzten Arbeiter wieder Verwendung finden, beispielsweise nicht alle 18 Holzarbeiter, sondern nur ein Teil derselben. Es soll hier diese Frage noch nicht entschieden werden. Vorausgesetzt aber, daß nicht alle freigesetzten Arbeiter wieder Beschäftigung finden, käme noch ein weiterer Verschiebungsvorgang hinzu. Die Zahl der Arbeiter, die der Reservearmee hinzugefügt wird, wäre dann größer als die Zahl der aus ihr entnommenen. Alle hier betrachteten Verschiebungen innerhalb der Arbeiterschaft sind aber von der Bücherschen Auffassung des Verschiebens wohl zu unterscheiden. Doch auch sie kommt zu ihrem Recht und mag der neuen Bezeichnung die Erwerbung des Bürgerrechts erleichtern, wie sich in folgendem ergeben wird.

4. Als nächste Veranlassung einer Arbeitsverschiebung ist in vielen Fällen eine technische Verbesserung und Vervollkommnung zu betrachten. Die Herstellung der neuartigen Betriebsmittel erfordert Arbeit. Die Lokomobile, die 18 Holzarbeiter arbeitslos machte, erfordert zu ihrer Herstellung und zu ihrer Betriebsfähigkeit die Tätigkeit der Maschinenschlosser und dergleichen, sowie der Kohlenbergarbeiter. Somit setzt sich der Vorgang aus zwei Teilen zusammen: der Freisetzung von Arbeit an einer Stelle, und der erforderlichen Neuarbeit an verschiedenen anderen Stellen. Den Vorgang des „Verschiebens" könnte man in zwei Teile zerlegen, eine Abschiebung von Arbeit und eine entsprechende Zuschiebung. Der letztere Begriff scheint mir unbedenklich, für den ersteren wäre Freisetzung vielleicht verständlicher. Aus einer Arbeitsfreisetzung oder Arbeitsabschiebung und einer Arbeitszuschiebung setzt sich der Gesamtvorgang zusammen, die Arbeitsverschiebung, wobei zunächst außer acht gelassen werden soll, ob sich beide Teile gegenseitig vollständig aufheben oder nicht. Während aber Bücher in Gedanken beide Vorgänge direkt sich aneinander anschließen läßt, hat sich hier gezeigt, daß die ganze Verschiebung gleichsam eine

Kette darstellt, deren Mittelglieder aus den Verschiebungen innerhalb der gesamten Arbeiterschaft bestehen, deren Anfangsglied die Arbeitsfreisetzung und deren Endglied die Arbeitszuschiebung ist.

Diese Zuschiebung von Arbeit ist jedoch zu unterscheiden von jenen Vorgängen, die zu einer Vermehrung von Arbeit führen, ohne daß eine Freisetzung an anderer Stelle oder überhaupt technische Veränderungen vor sich gehen. Wenn zum Beispiel die tägliche Arbeitszeit von 10 und 9 Stunden auf 8 vermindert wird, so kann eine Einstellung neuer Arbeiter die unmittelbare Folge sein. Von anderen Ursachen kommen hauptsächlich in Betracht die wachsende Bevölkerungsziffer und die Steigerung des Konsums und der Lebenshaltung. Man wird hier im Gegensatz zur Arbeitsverschiebung von Arbeitsvermehrung reden können, wenn sich auch zeigen läßt, daß beide Vorgänge durch mancherlei Fäden miteinander verknüpft sind.

5. Beides, die Freisetzung und Zuschiebung, bildet den Gesamtvorgang der Arbeitsverschiebung. Nun ist aber das, was sich ohne weiteres beobachten läßt, die Freisetzung. Sie allein macht sich geltend als etwas Einheitliches, während die Zuschiebung sich auf die verschiedensten Betriebe, wie Kohlenbergbau, Hüttenwerk, Maschinenfabriken, verteilen kann. Die Freisetzung ist zugleich das Ursächliche und zeitlich Vorangehende. Zudem kann sich die Arbeitszuschiebung gar leicht verstecken: der Maschinenfabrikant, bei dem die Nachfrage nach Maschinen sich vergrößert hat, läßt länger arbeiten, macht also Überstunden, oder er vermag die vorhandenen Produktionsinstrumente besser auszunutzen, oder auch er behält den alten Umfang des Betriebs bei und läßt seinen Vorrat zusammenschrumpfen. Schließlich sei hier vorausgenommen, daß ein vollständiger Ausgleich der Freisetzung durch die Zuschiebung an anderen Stellen nur selten möglich ist; ja es können Fälle eintreten, wo auch nicht die geringste Neuarbeit an anderer Stelle erforderlich wird, so zum Beispiel, wenn durch Vereinigung einer Anzahl Handwerker (Schreiner) in einer einzigen Werkstätte, auch ohne jede Neueinführung verbesserter Instrumente, durch Arbeitsteilung Arbeit erspart wird. Aus allen diesen Gründen muß die Freisetzung der Arbeit mehr in den Vordergrund treten und bei einer Feststellung des Begriffs und Umfanges der Arbeitsverschiebung allein Berücksichtigung finden.

6. Auch diese für eine Definition allein zu verwendende Freisetzung läßt sich in zwei Teile zerlegen. Der erste besteht darin, daß die mit einfachen Werkzeugen ausgerüstete Arbeit verdrängt wird, vollständig verdrängt. Wenn von 20 Holzarbeitern 18 durch die Dampfsäge aufs Pflaster geworfen werden, so ist zugleich auch die seitherige Arbeit ihrer beiden Genossen aufgehoben. Die alte Arbeit wird eingestellt. Ihr unmittelbar sich anschließender Ersatz besteht aus zwei Stücken, einem Ersatz durch Naturkräfte und durch menschliche Arbeitskraft.[1] Die letztere ist nicht identisch mit der früheren Arbeit, woraus auch hier sich ergibt, daß der Wechsel nicht an die betroffene Person oder den betroffenen Beruf gebunden ist. Bei dem ersten Teil der Arbeitsverschiebung, der Arbeitsfreisetzung oder auch Arbeitsumsetzung, wird also menschliche Arbeit freigesetzt und zugleich umgesetzt in physikalische Arbeit (des Dampfes, Wassers, der Elektrizität) in Verbindung mit neuartiger menschlicher Arbeit. Die Freisetzung der Arbeit erstreckt sich nur auf einen einzigen Betrieb, und nur insoweit ist hier von neuartiger menschlicher Arbeit die Rede, als dieselbe inner-

[1] In unserem Beispiel die Arbeit des Maschinisten und des Lohnarbeiters an der Kreissäge.

halb des einen Betriebs neu eingestellt wird. Von der Arbeitszuschiebung in anderen Betrieben, wie in der Maschinenfabrik usw. soll hier und im folgenden ganz abgesehen werden. Nur die Arbeitsfreisetzung soll eben zur Charakteristik der ganzen Arbeitsverschiebung herangezogen werden.

Nach diesen Ausführungen gelangen wir zu folgender Auffassung: Die Arbeitsverschiebung ist ein volkswirtschaftlicher Vorgang, bei dem unter Voraussetzung des gleichen Produktionsumfanges menschliche Arbeit freigesetzt und ersetzt wird durch physikalische Arbeit in Verbindung mit andersartiger menschlicher Arbeit; daran schließen sich an Verschiebungen innerhalb der Arbeiterschaft sowie eine Zuschiebung von Arbeit in anderen Betrieben.

Nun kann aber dabei ein Werkzeug das andere verdrängen und eine Maschine die andere. Die einfache Windmühle und Wassermühle muß der Dampfmühle weichen. Die kleinen Müller bekommen keine Arbeit mehr, sie werden zum Teil arbeitslos. Auch hier wird menschliche Arbeit freigesetzt, und der Vorgang ist nur insofern als Arbeitsverschiebung zu beachten, soweit menschliche Arbeit ersetzt wird, nicht aber soweit die mechanische Arbeit ersetzt wird durch eine vollkommenere Form. Eine solche Abänderung des Produktionsweges ist es zum Beispiel, wenn an Stelle der Nähmaschine mit Schiffchen die Ringschiffchenmaschine eingeführt wird. Hier wird keine menschliche Arbeit ersetzt,[1] hier liegt keine Arbeitsverschiebung vor! Wenn dagegen an Stelle der einfachen Nähmaschine die elektrische Nähmaschine tritt, dann vermag diese sehr wohl vermöge ihrer fast verdoppelten Geschwindigkeit eine Verschiebung zu veranlassen und Arbeiter zu verdrängen. Hier ist also auf die Handnäharbeit die Nähmaschine, auf diese wiederum der elektrische Betrieb gefolgt. Man sieht, Arbeitsverschiebung kann in einem und demselben Betrieb immer wieder von neuem eintreten. Der größere Profit treibt zu immer neuen technischen Vervollkommnungen, heute folgt eine der anderen, noch ehe sich eine Betriebsform in dem ganzen Erwerbszweig durchsetzen konnte. Das Verschieben von Arbeit wird ein ununterbrochener Vorgang; gerade der moderne Großkapitalismus ist mit einer solchen chronischen Arbeitsverschiebung aufs innigste verknüpft.

Nun können für eine Verschiebung außer der Verbesserung von Werkzeugen und Maschinen auch andere Veränderungen des technischen Produktionsvorganges in Betracht kommen. Wird der Arbeitstag verlängert, zum Beispiel von 9 auf $9^1/_2$ bis 10 Stunden, so muß das zur Entlassung einzelner Arbeiter bei großer Zahl und sonst gleichen Bedingungen Veranlassung geben. Sodann vermag ein schnelleres Laufen der Maschinen menschliche Arbeit zu ersetzen. Vor allem aber muß hier die Wirkung einer fortschreitenden Zerlegung oder Teilung der Arbeit hervorgehoben werden. Wenn alle Schreiner eines Ortes ihre Tätigkeit nach einer einzigen großen Werkstatt verlegten, als Produktivgenossenschaft oder unter der Leitung eines Kapitalisten, dann würde sich sehr bald zeigen, wie vorteilhaft es ist, die einzelnen Verrichtungen des Schreiners an verschiedene Personen auszuteilen. Die Ersparnis an Zeitverlusten und die größere Geschicklichkeit führen zu einer Mehrleistung in der gleichen Zeit gegenüber dem früheren Betrieb. Es wird also bei gleicher Betriebsgröße Arbeit ersetzt. Dieses Beispiel ist allerdings etwas künstlich, denn die hier geschilderte Form der Arbeitsteilung, welche Bücher als Arbeitszerlegung bezeichnet, kommt nur selten allein vor. Aber sie ist fast überall zu finden, wo eine

[1] Man beachte jedoch, was am Schluß der Arbeit über virtuellen Ersatz gesagt ist.

Digitized by Google

technische Verbesserung der Maschinen vorgenommen wird, und ganz besonders, wo große Maschinen die frühere Handarbeit in einzelne wenige Verrichtungen auflösen. Unsere eben entwickelte Auffassung ist also dahin zu erweitern, daß bei jeder technischen Vervollkommnung Arbeitsverschiebung vorliegt, wenn sie menschliche Arbeit freizusetzen vermag.

Neben der technischen Seite kann nun aber auch der Ort der Produktion und die besondere Art der verwendeten lebendigen Maschinen, der Arbeiter, in Betracht gezogen werden, womit denn wohl der Gesamtprozeß in allen seinen Teilen untersucht wäre.

Als klassisches Beispiel für die Bedeutung des Ortes sei angeführt die Stillegung der Zechen im Ruhrkohlengebiet. Eine Erklärung der Ursachen geht über den hier gesteckten Rahmen hinaus; das zu beachtende Moment ist allein dieses: Der Produktionsvorgang wird verlegt. Wenn man das schwarze Loch in der Erde, genannt Bergwerk, in Analogie mit einer Fabrik setzen wollte, könnte man sagen, die Fabrik wird von einem Orte nach einem anderen, davon entfernten Orte verlegt, ohne daß die Art des Betriebs geändert zu werden braucht. Auf das gleiche käme es hinaus, wenn die Fabrik des einen Ortes aufgehoben, die eines anderen aber vergrößert würde. Auch hier findet zunächst eine Freisetzung menschlicher Arbeit statt mit sich anschließenden Verschiebungen, die nicht nur die direkt beteiligten Arbeiter, hier die Kohlenbergleute, betreffen, sondern nicht minder die von diesen abhängigen Gastwirte, Schneider, Schuhmacher, Krämer usw. In jedem Betrieb irgendwelcher Art kann eine solche räumliche Arbeitsverschiebung Platz greifen, zumeist jedoch eng verknüpft mit technischen Vervollkommnungen, sei es, um an dem neuen Orte billigere Arbeitslöhne zu gewinnen, sei es wegen besserer Transportmittel auf Eisenbahnen, Flüssen, Meeren, sei es wegen der Nähe von Rohstoffen oder von günstigem Absatz in Großstädten; sie kann eine Verlegung nach einer benachbarten Stadt sein oder nach einer anderen Provinz oder gar nach einem anderen Staat. Im letzteren Falle würde sich die entstehende internationale Verschiebung sehr wesentlich unterscheiden von den Verschiebungen, die sich innerhalb des Rahmens eines gegebenen Staates abspielen. Es ist aber offenbar, daß der moderne Großkapitalismus die Verschiebungen immer mehr zu internationalen gestaltet.

Mit der Arbeitsverschiebung, die durch technische Veränderungen bedingt ist, stehen vielfach diejenigen Veränderungen im innigsten Zusammenhang, welche die menschliche Arbeitskraft erleidet. Die Maschine nimmt dem Arbeiter zumeist einzelne Verrichtungen und Handgriffe ab, ja bisweilen können diese dann mit viel größerer Genauigkeit ausgeführt werden. Die Folge ist, daß von den benötigten Arbeitern in vielen Fällen ein vermindertes Maß an technischem Wissen und Können verlangt wird. Schließlich kann sich sogar die menschliche Arbeit beschränken auf die „Fütterung“ der Maschine, wie das von der Bedienung der großen Baumwollspinnmaschinen bekannt ist. Wir wiesen bereits hin auf die erforderliche neuartige Arbeit, die gemeinsam mit Maschinenarbeit an die Stelle der seitherigen Arbeit tritt. Man sieht, auch diese neuartige Arbeit kann zu einer Freisetzung menschlicher Arbeit führen. Es kann also treten ungeschickte Arbeit an Stelle besser bezahlter und geschickterer, ungelernte an Stelle gelernter Arbeit, Frauen- und Kinderarbeit an Stelle von Männerarbeit. Das großartigste Beispiel derart ist in den Wandlungen der englischen Textilindustrie gegeben, wie sie Marx im „Kapital“ beschrieben hat. Auch hier sind Verschiebungen mancherlei Art innerhalb der industriellen

Reservearmee die Folge, auch hier wird man von Arbeitsverschiebung reden müssen, zumal der Vorgang in vielen Fällen durch technische Veränderungen unmittelbar bedingt ist.

Doch ist ein solcher Zusammenhang nicht durchaus notwendig. Der Produktionsprozeß kann derselbe bleiben und doch die Beschäftigung von Frauen und jüngeren Personen an Stelle männlicher, beziehungsweise erwachsener Arbeiter treten. Im Handelsgewerbe und in der Konfektionsindustrie hat diese Art von Freisetzung einen zu schweren Störungen führenden Umfang angenommen. Aber gerade in diesen Berufsgruppen läßt sich auch erkennen, daß zwar nicht immer die unmittelbare, wohl aber die tiefere Ursache zu suchen ist in der zunehmenden Zerlegung der Arbeit bei zunehmender Größe des Betriebs. Das wesentliche und offen zutage tretende Moment ist jedoch dieses: daß in ein und demselben Betrieb eine Freisetzung menschlicher Arbeit ausgeglichen wird durch die Einstellung andersartiger Arbeiter. Man wird danach diese Seite der Arbeitsverschiebung als rein menschliche bezeichnen können im Gegensatz zur technischen und räumlichen.

Hier sind nun auch unterzubringen diejenigen Verschiebungen, die in Industrie und Landwirtschaft über die nationalen und staatlichen Unterschiede hinausgreifen. Böhmen, Polen, Italiener, Chinesen usw. spielt der Kapitalismus in demselben Moment gegen inländische Arbeiter aus, wo er und seine Presse von „Patriotismus“ und Chauvinismus geradezu triefen. Bei einer solchen Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte kann die geringere technische Fertigkeit die Veranlassung sein, die nach irgend einer technischen Veränderung und Zerlegung der Arbeit für den betreffenden Posten genügt. Zumeist aber dürfte die niedrigere Lebenshaltung der Ausländer der ausschlaggebende Faktor sein. Diese Arbeiter leben billiger, sie sind also auch mit einem geringeren Lohn zufrieden als die einheimischen. Die Arbeitskraft des ausländischen Arbeiters braucht in Geld umgerechnet viel weniger zu ihrer Erneuerung. Man wird also in gewissem Sinne die Arbeit des Ausländers als eine andersartige bezeichnen können.

So gelangen wir denn nach einer Untersuchung des Produktionsvorgangs in allen seinen Teilen (Technik, Ort und Menschenmaterial) zu folgender Auffassung: Arbeitsverschiebuug ist ein wirtschaftlicher Vorgang, bei dem unter Voraussetzung des gleichen Umfangs der hergestellten Produktenmasse menschliche Arbeit freigesetzt und durch andersartige menschliche Arbeit ersetzt wird mit oder ohne Verknüpfung mit mechanischer Arbeit. Dieses andersartig kann sich beziehen auf Quantität, Qualität oder Ort der Arbeit, beziehungsweise auf mehreres zugleich. Es lassen sich drei Formen von Arbeitsverschiebung unterscheiden, die jedoch meist vereinigt sich finden: eine technische, eine räumliche und eine rein menschliche. — Es ist also der Abgang eines Arbeiters und seine Ersetzung durch einen anderen unter gleichen Erwerbs- und Arbeitsbedingungen keine Arbeitsverschiebung; es wird eben keine andersartige Arbeit an die Stelle gesetzt und nur die Person, nicht die Art, noch die Menge, noch der Ort gewechselt. Hierbei besteht nun tatsächlich ein vollkommener Ausgleich ohne besondere Störungen der Arbeiterschaft, und es übt darum auch dieser natürliche Ersatz der Person keinerlei Einfluß auf das wirtschaftliche Leben aus, wenigstens nicht von nennenswerter Bedeutung. Anders steht es bei einer Arbeitsverschiebung. Die Ausgleichstheorie der bürgerlichen Ökonomie läßt dagegen bei diesem Vorgang wie bei jenem einen vollständigen Ersatz sich vollziehen. Während

deshalb der erstere Vorgang im Rahmen der Volkswirtschaft keiner besonderen Beachtung bedarf, wird die mit dem modernen Kapitalismus gegebene chronische Arbeitsverschiebung bei einer Kritik der Gesellschaftsordnung weitestgehende Berücksichtigung finden müssen.

Bisher war zumeist die Rede von Ersatz und Freisetzung der Arbeit, nicht des Arbeiters, von Arbeitsverschiebung, nicht von Arbeiterverschiebung. Wenn auch bisweilen von einem Freisetzen der „Arbeiter" gesprochen werden mußte, so geschah das der größeren Deutlichkeit halber und um nicht alles auf einmal behandeln zu müssen. Bei der Besprechung des verlängerten Arbeitstags wird der Leser sich vielleicht gesagt haben, daß dieses Mittel doch wohl kaum zu einer Verminderung der Arbeiterzahl angewandt werden dürfte, sondern um mehr Produkte mit der gleichen Zahl zu erzeugen. Ebenso wird in einer größeren Schneiderwerkstätte kaum eine Entlassung stattfinden, wenn eine Nähmaschine aufgestellt wird. Nun ist es aber weniger von Bedeutung, wie sich der eine Schneidermeister verhält, sondern welche Wirkung die Veränderung auf die geleistete Arbeitsmenge und damit auf das ganze Schneidergewerbe ausübt. Mehrere Maschinen können einen Arbeiter ersetzen, eine also einen Teil seiner Tagesarbeit, und es ist für die weitere Untersuchung der Arbeitsverschiebung nebensächlich, ob jedesmal so viel Maschinen Verwendung finden, als zur Entlassung eines Arbeiters notwendig sind. Darum heißt es Freisetzung der Arbeit und nicht des Arbeiters.

Nach alledem braucht nun die Absicht, Arbeit zu ersetzen, überhaupt nicht zu bestehen; die Arbeitsverschiebung kann auch dem Bestreben entspringen, mehr Produkte zu liefern. So braucht die Einführung einer schneller laufenden Spinnmaschine auch nicht einen einzigen Arbeiter freizusetzen. Aber eben diese Änderung und eine damit verbundene Warenverbilligung kann eine kleinere Fabrik zum Konkurs oder zu Produktionseinschränkungen veranlassen. Man sieht, auch hier finden Verschiebungen statt. In anderen Fällen kann eine Überproduktion die Folge der technischen Veränderung sein. Diese aber und die daran sich anschließenden Krisen sind bei der weiteren Untersuchung der Arbeitsverschiebung nicht zu umgehen. Somit wird man auch dann von einer Verschiebung reden, wenn nicht tatsächlich eine Freisetzung menschlicher Arbeit erfolgt ist, sondern erfolgen würde unter Voraussetzung des gleichen Umfangs der hergestellten Produktenmasse. Diese Vorgänge kann man im Anschluß an Marx als virtuelle und reelle Freisetzung unterscheiden und demgemäß von einer virtuellen und reellen Arbeitsverschiebung reden.[1]

Nun noch einige Worte über die Bedeutung der Arbeitsverschiebung für die verschiedenen großen Berufsgruppen. Die mannigfaltigsten Verschiebungen (durch neue Maschinen, andere technische Veränderungen, räumliche usw.) können sich zu einem einheitlichen großen Verschiebungsvorgang zusammensetzen. Ein solcher ist der Rückgang und für den größten Teil unabwendbare Untergang des gewerblichen Mittelstandes, des Handwerkertums.

Nur eine eigenartige Form eines Produktionsprozesses stellt die Landwirtschaft dar; auch hier virtueller oder reeller Ersatz menschlicher Arbeit durch

[1] Marx hat beide Bezeichnungen offenbar entnommen aus der Lehre vom Licht. Dort spricht man von virtuellen Bildern beim gewöhnlichen, ebenen Spiegel, während ein reelles Bild zum Beispiel auf der matten Glasplatte einer photographischen Dunkelkammer sichtbar wird. Hinter dem ebenen Spiegel scheint nur ein Bild zu sein, während dagegen auf der matten Glasscheibe das Bild wirklich vorhanden ist.

Digitized by Google

kleine und große Maschinen, auch hier räumliche und rein menschliche, zum Teil internationale Verschiebungen; auch hier meiner Auffassung nach eine entschiedene Überlegenheit des Großbetriebs, vielleicht verdeckt bisweilen durch andere Umstände, sicher aber vorhanden, wenn man die aufgewandte Arbeitsmenge und die Arbeitsersparnis des mit Maschinen arbeitenden Großbetriebs mit in Rechnung zieht. Ebenso sehen wir vor unseren Augen den Niedergang des Kleinhandels sich vollziehen, dessen Aufgabe von anderen Verteilungsformen wie Warenhaus, Konsumgenossenschaft und Versandhaus übernommen wird. Aber nicht allein in den drei großen Gebieten Industrie, Handel und Landwirtschaft, auch in den übrigen Berufsgruppen kann man von Arbeitsverschiebung reden, so zum Beispiel, wenn die Arbeit durch weitergehende Arbeitszerlegung (oder -teilung) erleichtert wird. Dahin ist zu zählen, wenn der Kellner durch den Automaten, der juristische Verwaltungsbeamte durch den Offizier ersetzt wird. Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, daß viele derartige Verschiebungen über die Grenzen der Volkswirtschaft hinausführen, was zu einer Unterscheidung von staatlicher und internationaler Arbeitsverschiebung Veranlassung gibt.

Nach alledem erscheint die Arbeitsverschiebung als ein Vorgang von der größten Bedeutung, dem fast alle Veränderungen der Volkswirtschaft zugerechnet werden müssen. Während man den Wirtschaftsorganismus unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsgliederung (oder Arbeitsteilung) als ein ruhendes, gegebenes Objekt untersuchen kann, ist die Behandlung der fortschreitenden Arbeitsteilung, also der Veränderungen unter dem Begriff der Arbeitsverschiebung zu betrachten. Sonach ist dieser Begriff vielleicht identisch zu setzen mit dem überall angewandten und kaum untersuchten: „bei zunehmender Arbeitsteilung".

Zur Elendsgeschichte der schlesischen Textilarbeiter.

Von **Hermann Jäckel.**

Schlesien ist seit Jahrhunderten bekannt als das Land der „Webernöte". So alt wie die schlesische Leineinindustrie, so alt ist auch das Elend der schlesischen Weber und Spinner. Lange bevor Preußen Schlesien in seinen Besitz gebracht, hatte sich dort eine starke Leinenexportindustrie entwickelt. Viele Jahrzehnte war diese dann die einzige Exportindustrie des preußischen Staates. Schon vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges galten die Städte Jauer, Greifenberg, Schmiedeberg und Hirschberg als hervorragende Handelsplätze für schlesische Leinen.

Der Weber verkaufte sein Produkt an den Kaufmann. Dieser appretierte die Ware auf den der Stadtgemeinde gehörigen Bleichplänen — später haben die Kaufleute diese Bleichplätze usurpiert — und verkauften sie dann weiter an niederländische oder englische Faktoren. Der große Krieg legte diesen Handel lahm. Aber auch die genannten Faktoren waren nach Beendigung des Krieges verschwunden. Während früher die fremdländischen Vertreter oftmals unter Umgehung des Zwischenhandels Garn und Leinen direkt vom Produzenten, dem Spinner und Weber, kauften und dadurch wiederholt die heimischen Kaufleute veranlaßten, von der kaiserlichen Gewalt scharfe Verbote hiergegen zu verlangen, standen jetzt die schlesischen Kaufleute konkurrenzlos den Webern und Spinnern gegenüber.

Grundherren und Kaufleute wurden nun die gemeinsamen Schinder der Dorfbevölkerung. Die elenden Hütten der Weber und Spinner lagen zerstreut über die zahlreichen, weit auseinander liegenden Gebirgsdörfer. Die Berechtigung, ein Gewerbe betreiben zu können, mußte vom Grundherrn erkauft sein. Dafür wurden Abgaben entrichtet. In Form von Weberzins oder Spinnerzins flossen diese Abgaben in die Taschen der Grundherren. Der größte Teil der Spinner und Weber war „gutsuntertänig". Das kleine ihnen zur Bewirtschaftung verbliebene Stückchen Kartoffelland reichte bei weitem nicht zum Unterhalt aus. Den größten Teil ihres Grund und Bodens hatte ihnen oder ihren Vorfahren die noble Ritterschaft gestohlen. Sie mußten versuchen, durch Spinnen oder Weben oder beides zusammen das fehlende Einkommen zu ersetzen. Zuerst bürgerte sich das Flachsspinnen ein. In der Hand des Grundherrn floß das gesponnene Garn zusammen. Die hörigen Bauern waren gezwungen, einen großen Teil ihrer Zeit zur Fronarbeit zu verwenden; sie spannen Garn für den Herrn. Die Kinder der Hörigen, Knechte, Mägde, alles wurde zur Heimarbeit für den Herrn herangezogen. So kamen große Massen Garn in seinen Besitz, für dessen Bearbeitung er keinen Heller auszugeben brauchte. Der feudale Grundherr wurde Garnhändler. Das steigende Geldbedürfnis des Grundherrn ließ es ihn rätlich erscheinen, ein möglichst hohes Quantum Garn in seinen Besitz zu bringen. Er wurde gleichzeitig „Garnsammler". Soweit die Bauern die Spinnerei als Warenproduktion betrieben, waren sie genötigt, ihr Produkt auf den Markt zu bringen. Der Grundherr kaufte einen großen Teil des für den Verkauf bestimmten Garnes zusammen und wurde Wiederverkäufer. Selbstverständlich versuchte er die Zahl der Spinner nach Möglichkeit zu vermehren. Je mehr Spinner, um so mehr Gewinn für ihn. Aus diesem feudalen Ursprung heraus entwickelte sich die erste und bedeutendste Exportindustrie Schlesiens.

Später gesellte sich zum Spinnen noch das Weben, zum Spinnerzins der Weberzins. Jetzt war die Möglichkeit gegeben, einen Teil des Garnes direkt an den Weber zu verkaufen. Soweit dies nicht durch besondere Garnsammler (Kaufleute) vermittelt wurde, versuchte der Grundherr „sein" Garn an den Mann zu bringen. Der zinspflichtige Weber wurde eine neue Quelle mühelosen Gewinns für ihn. Durch harten Druck wurde der aller Subsistenzmittel entblößte Spinner um die Frucht seiner Arbeit gebracht; sein Garn wurde ihm zu einem Schundpreis abgedrückt. Der gleichfalls blutarme Weber aber mußte das Garn zu schier unerschwinglichen Preisen vom Garnsammler oder Grundherrn kaufen. Zu alledem kamen noch eine Menge nur von der Willkür der Grundherren abhängiger feudaler Lasten, die die Mehrzahl der Weber und Spinner zu tragen hatten. „Der Bauer mußte für den Gutsherrn fronden, fahren, pflügen, säen und ernten, sobald er dazu aufgeboten, ob auch sein eigenes Feld vernachlässigt wurde und seine eigene Ernte verregnete" (Engels: Vorrede zur „Schlesischen Milliarde" von Wolff). Darunter waren „Grundzinsen, Spinn-, Hühner-, Wächter-, Eier-, Besen-, Schornsteinfeger-, Schutzgeld" usw. zu entrichten. Diese raubritterliche Ausbeutung bestand bis in die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Erst im Jahre 1848 machten die über das Land leuchtenden Feuersäulen brennender Schlösser dem Adel die Notwendigkeit einer Änderung begreiflich. Auch die vielgerühmte Wirtschaftspolitik Friedrichs II. hatte nichts an der feudalen Bedrückung geändert, war doch das Königtum selbst an ihr interessiert. Wohl aber wurde in dieser Zeit die Ausbeutung noch intensiver betrieben.

Digitized by Google

Zu den ungemessenen Lasten, die der Rittergutsbesitzer dem Weber und Spinner auferlegte, kam noch der verschärfte Steuerdruck des Staates. Königtum und Grundherren preßten heraus, so viel sie konnten. Da gab es Grundsteuer, Kreisbeiträge, Beiträge für die Landarmenanstalt, Beiträge für die Irrenanstalt, Klassensteuer usw. Mit unnachsichtlicher Strenge wurden die Steuern eingetrieben. Mancher Weber, der noch einen Fetzen ärmliches Land besaß, fiel den Wucherern in die Hände und verlor Hab und Gut. Als Dritter im Bunde der Ausbeuter erscheint der Kapitalist der Städte, der städtische Kaufmann. Der von den gottbegnadeten, feudalen Raubrittern und vom Garnsammler schon so furchtbar geschröpfte Weber stand dem kaufmännischen Leinwandhändler durchaus wehrlos gegenüber. Gepeitscht vom Hunger, beim Garnhändler oft bis über die Ohren in Schulden steckend, mit hundertfachen Strafen bedroht, wenn er seinen steuerlichen und sonstigen Verpflichtungen dem König oder den Feudalherren gegenüber nicht nachkommen konnte, war er gezwungen, seine Leinwandschocken unter allen Umständen und zu jedem Preise loszuschlagen.

Der Kaufmann versäumte nicht, diese Notlage auszunutzen. Allwöchentlich fand in den Städten Markttag statt, zu dem die Weber aus den Dörfern mit ihrer über die Schulter hängenden Leinwand strömten. Auf hohen Tischen oder Stühlen stand der Kaufmann und um ihn herum drängten sich die ihre Leinwand anbietenden Weber. Auf die „erbarmungswürdigste Weise“ wurden die Preise heruntergedrückt. Durch die verschiedensten Manipulationen wurden die Weber betrogen und verhindert, ihre Ware zu einem besseren als dem eben gebotenen Preise zu verkaufen. Es hatte sich die Praxis eingeschlichen, das gekaufte Stück Leinwand am Ende mit einem Kreidestrich zu versehen. Hatte der Kaufmann auf ein Stück Leinwand eine Summe geboten und der Weber weigerte sich, zu dem gebotenen Preise die Ware loszuschlagen, so zeichnete der Kaufmann das Stück mit einem Kreidestrich, und kein Kaufmann fand sich, der das so kenntlich gemachte Stück Leinwand dem Weber abnahm. Aber der Weber brauchte Geld. Er konnte das Stück nicht erst wieder zurück in sein Dorf nehmen und die zeitraubende Arbeit der Entfernung des Kreidestrichs verrichten. Er mußte also zu dem gebotenen Preise seine Ware verkaufen. Die Regierungen versuchten vergeblich, durch Androhung von Strafen dem Unfug zu steuern. Wagte es ein Weber, einen Kaufmann zu denunzieren, so wurde über das ganze Dorf der Boykott verhängt, bis die hungernden Weber über den Denunzianten herfielen. Die Meß- und Schaugebühr den Webern zu erstatten, wie das Gesetz vorschrieb, fiel dem Kaufmann nicht ein; wohl aber zögerte man nicht, den Weber im geheimen mit Strafen zu belegen. Soweit der Weber mit barem Gelde bezahlt wurde, tat dies der Kaufmann mit schlechten Dukaten. Da die Holländer zu einem Teile die empfangene Leinwand mit Kolonialwaren bezahlten, hatten viele Kaufleute neben ihrem Leinwandhandel noch einen Kolonialwarenhandel. Auch damit wurde selbstverständlich ein Geschäft gemacht.

Der Weber und Spinner wurde in der abscheulichsten Weise geschunden. Grundherren, Kaufleute und Staat wetteiferten hierin. Und wehe, wenn ein so Geschundener sich durch Auswanderung dem Jammer entziehen wollte. Er verfiel hoher Bestrafung und verlor Hab und Gut.

So wurde die Grundlage zu dem späteren Reichtum der hohen schlesischen adeligen und bürgerlichen Herren gelegt. Es ist ein Stück

Digitized by Google

der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, und „anders als unter Blut und Elend und Schmach hat sich diese auch in Deutschland nicht vollzogen". Jene englische Herzogin, von der uns Marx berichtet, vertrieb 15000 Bauern aus ihrer Heimat, jagte sie an den Strand des Meeres und verwandelte sie in Amphibien. Ihr Ackerland verwandelte sie in Weideland, und 300000 Schafe nahmen die Stelle der 15000 Bauern ein. Die schlesischen Grundherren raubten dem Bauern an Grund und Boden, so viel sie konnten und ihren, der Grundherren, Interessen entsprach, fesselten ihn mit Zwang an die heimische Scholle, machten aus ihm einen Spinner oder Weber und verurteilten ihn mit Hilfe des Staates und des Kaufmanns zum langsamen Verhungern.

Und Tausende, Männer, Weiber und Kinder, sind verhungert!

In der ganzen langen Geschichte der schlesischen Leinenindustrie gibt es keine auch nur vorübergehende Periode bescheidenen Wohlstandes der Weber und Spinner. Selbst die Jahre der höchsten Blüte, 1784 bis 1786, waren für sie Jahre des Hungers. Eine „Webernot" wird immer abgelöst durch die andere. „Mehr als zum erbärmlichsten Leben notwendig hat der Durchschnittsweber nicht verdient." Schon 1666 klagt der Rat des Kommerzkollegs (Handelsministeriums) J. J. Becher,[1] „es sei beklagenswert zu sehen, wie der Schlesier bei Wasser und Brot für den reichen Augsburger, Ulmer und Holländer spinnt, der daraus den größten Gewinn hat". Derbe Worte findet er gegen die Kaufleute, „welche allein auf ihren Profit sehen, das Land schinden, schaben und aussaugen", „ja als bissige Hund an dem Bein allein nagen wollen ... diß seynd die Blut und Saugigel einer Republick, der Todt und Untergang, derselben End". Sie „entziehen dem Land die Nahrung, bereichern dessen Feind, und tragen keine Scheu, ihres Nutzens willen, dasselbe seinen Feinden zu verrathen und zu verkauffen". 1729 war die „Not groß", 1735 war die „Zeit schlecht", 1738 „ernste Krisis". Der Erste Schlesische Krieg 1740 bis 1742 führte eine „Stockung des Absatzes herbei". Dasselbe war die Folge des Zweiten Schlesischen Krieges 1744. 1753 war „der von den Kaufleuten gezahlte Lohn so gering, daß Pannwitz (Landrat) dagegen Klage führte". Steuerrat v. Unruh äußerte, daß die Händler den Weber in einer „fast erbarmungswürdigen Weise" drückten. Dann kam 1756 die entsetzliche Not des Siebenjährigen Krieges. Schlesien wurde von Soldaten durchstreift und verwüstet. Wer irgend fähig war, mußte die Waffen ergreifen. Ungezählte Dörfer gingen in Flammen auf, andere wurden ausgeplündert. Die Bevölkerung floh in die Wälder und auf die Berge; Epidemien brachen aus. Die Webstühle wurden vom Feinde zerschlagen, der Weber hatte kein Geld, sich einen anderen zu kaufen. 1763 war der Krieg zu Ende, und 1766 war „die Lage der Weber entsetzlich". „Steuerrat Eversmann erhielt den Auftrag, die Kaufleute zu ermahnen, menschlicher gegen die Armen zu handeln." 1770 wird wieder große Not gemeldet infolge schlechter Ernte und Teuerung. Die Kaufleute waren „härter denn je". 1772 klagt der Landrat: „Die Not des armen Gebirges ist ohnebeschreiblich groß und wird immer stärker, so daß ich nicht mehr weiß, die Steuern auszupressen, da die Leute Kleider, Betten und alle Mobilia verkaufet haben." Der Abfall der Vereinigten Staaten Amerikas erzeugte 1778 eine neue Not. 1781 „drangen

[1] Dr. Alfred Zimmermann, Blüte und Verfall des schlesischen Leinengewerbes. Oldenburg und Leipzig 1885, Schulzesche Hofbuchhandlung, A. Schwarz. 474 Seiten.

Digitized by Google

die Klagen der Gebirgsbewohner ins Königsschloß". So geht es fort bis in die Neuzeit. In endlosem Hungern und Verhungern reihte sich für den schlesischen Weber und Spinner ein Jahr an das andere. Und geduldig hat er alles ertragen. Nur zweimal im Laufe der Jahrhunderte gebrauchte er das Recht der Rechtlosen, die Gewalt. Aber es waren keine wohlvorbereiteten, überlegten Schritte, die er unternahm. Es waren spontane Ausbrüche der Verzweiflung.

Am 27. März 1793 brachen in Liebau Unruhen der Weber aus und erfaßten nacheinander Landeshut, Schöneberg, Schmiedeberg, Bolkenhain, Waldenburg usw. Die Garnhändler hielten mit dem Verkauf des Garnes zurück und forderten unerschwingliche Preise. Die Weber aber waren gezwungen, ihre Leinwandschocken zu dem denkbar niedrigsten Preise an den Leinenhändler abzugeben. Dazu verbreitete sich noch das Gerücht, daß die Kaufleute Bauch aus Schmiedeberg und Pelz aus Friedland mit rohen Worten die Weber gereizt hätten. „Es wachse jetzt viel Grünes, die Weber möchten Gras fressen." Die hungernden Weber erstürmten am Markttag die Stände der Garnhändler, prügelten diese durch, schlugen Fensterscheiben ein, setzten den Preis des Garnes fest und zwangen den mit einem kleinen Trupp Soldaten herbeigeeilten Offizier, das Garn zu diesem Preise zu verkaufen. Schließlich wurden die Soldaten in die Flucht geschlagen, die Leinenhändler gezwungen, die Leinwand den Webern zu hohem Preise abzukaufen.

Mit Zuchthaus und Spießrutenlaufen mußten die Weber ihren „Frevel" büßen. Der Minister hielt „schleunigste und schreckhafteste" Strafe für notwendig. „Bei den Rädelsführern werde Festungsstrafe, bei den Komplicen Spießruthen vom besten Effect sein, weil besonders bei letzteren diese ungewöhnliche Strafe den größten Eindruck machen wird, wenn sie mit ihren blutigen Buckeln nach Hause geschickt werden und den ihrigen den Lohn ihrer Thaten zeigen werden" usw. (Zimmermann, a. a. O.). Die Kaufleute blieben selbstverständlich unbestraft.

Zum zweiten Male im Juni 1844 treibt die Verzweiflung die Weber zur offenen Empörung, Tausende waren am Hungertyphus zugrunde gegangen. Der wöchentliche Verdienst eines Webers betrug etwa 15 Silbergroschen, der des Handspinners 10 Silbergroschen. Nach einer unvollständigen Statistik waren in 624 Orten mit etwa 282894 Einwohnern 109670 bedürftige Personen, das heißt hungernde, vorhanden. Krepierte Pferde und stinkende Schlichte, welche zum Weben verwandt wird, wurden gegessen. Es war ein Festtag, wenn Buttermilch oder Kartoffeln auf den Tisch kamen. Die Dörfer waren wie ausgestorben. Kein spielendes Kind war auf der Straße zu sehen — es fehlte an Kleidung. Kein Hund bellte — sie waren geschlachtet. Da brauste das „Weberlied" durch die Straßen von Peterswaldau und Langenbielau.

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Dämonen,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut,
Und Fluch wird euch zum Lohne.

Ihr seid die Quelle aller Not,
Die hier den Armen drücket,
Ihr seid's, die ihm das trocken Brot
Noch von dem Munde rücket. . . .

Die verzweifelten Weber stürmten die Fabriken, die Villen der Fabrikanten und schlugen alles kurz und klein. Der Verlauf des Aufstandes ist bekannt. Die preußische Regierung sandte Hilfe in Form von Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die Weber hungerten weiter. Aus der Not der einen floß der große Reichtum der anderen, Grundherren und Kaufleute wurden reicher und reicher. Friedrich II. schätzte den Gewinn der Kaufleute einmal auf mehr denn

12 Prozent; tatsächlich war ihr Gewinn wohl bedeutend höher. Reiche Firmen aus früherer Zeit existieren noch heute. Viele Leinenhändler kauften Rittergüter, legten den Leinenhandel auf die Seite oder waren fortan Leinenhändler und Rittergutsbesitzer zugleich. Andere so zu „Rittern“ gewordene Händler suchten so bald wie möglich in den Adelsstand erhoben zu werden. Es kam zu einer förmlichen Jagd nach dem Adelstitel, und manche heute lebenden Geschlechter haben ihren Ursprung auf jene Jagd zurückzuführen.

Die durch drei Jahrhunderte ununterbrochen fortdauernde Notlage und Ausbeutung der Produzenten mußte aber doch schließlich ihre unheilvollen Wirkungen auf die Industrie ausüben. Diese hatte sich immer mehr entwickelt. Im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts wurde bereits in 287 Orten Leinwand gewebt. Im Jahre 1748 gab es in Schlesien 19810 Leinenstühle, im Jahre 1805 34655. Von da ab geht die Zahl zurück, 1840 gibt es nur noch 26984.[1] Der Rückgang der Zahl der Leinenstühle erklärt sich aus der mit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts einsetzenden Verdrängung der Leinwand durch Baumwollgewebe. Der Baumwollwebstuhl bürgert sich ein. 1816 zählte man auf Baumwolle 3056 Stühle, 1831 8455, 1837 20371 und 1849 30552.[2] Der Export an Leinwand betrug nach den amtlichen Listen:

1783/84 für	 4665346	Taler
1784/85 „	 5502532	„
1785/86 „	 6060374	„

Die Wirkungen der schamlosen Ausbeutung der Leineweber und Spinner und der unbeschränkten Herrschaft des Kapitals zeigten sich zunächst in dem immer mehr überhandnehmenden Betrug. Die Industrie kam in einen außerordentlich üblen Ruf. Der Gutsherr als Flachsbauer betrog den Spinner beim Flachskauf, indem er ihm nicht das richtige Quantum verabfolgte. Der Spinner, der ohnehin nichts zu beißen hatte, versuchte sich schadlos zu halten beim Garnsammler, der seinerseits wieder den Weber betrog. Der Weber mußte sehen, wie er an der Länge und Breite des Stückes sparen konnte, und der Kaufmann schnitt von dem für den Export bestimmten Stück Leinen ein Stück herunter. Um dem Stück die gehörige Länge wieder zu geben, dehnte er dann die Leinwand wieder aus. Dazu kam noch die schlechte, in den gutsherrschaftlichen Verhältnissen begründete Flachszubereitung. Das Flachsbrechen und -hecheln war Hofedienst und wurde meist von alten Frauen und Kindern verrichtet. Von einer rationellen Verarbeitung des Flachses keine Rede. Es galt möglichst viel Flachs in kurzer Zeit zu schaffen. Gegen all das waren die Regierungen machtlos. Zahllos sind die erlassenen Patente, Verbote, Leinwandordnungen usw., es wurden Schauämter eingerichtet, Revisionen vorgeschrieben, Inspektoren angestellt, Kommissionen eingesetzt — alles umsonst. Der Betrug blieb. Mit allen Maßnahmen traf man nur den Weber und Spinner, aber nicht den Gutsherrn oder Kaufmann. Schon in österreichischer Zeit, 1724, wurde eine Leinwandordnung erlassen und die Leinwandschau eingeführt. Jedes Stück mußte der Weber vor dem Verkauf vom Schaumeister prüfen lassen. Als Zeichen, daß das Stück geprüft, wurde es an beiden Enden gestempelt. War das Stück nicht vorschriftsmäßig, so verfiel der Weber hoher Strafe. Auch der

[1] Zimmermann, a. a. O.

[2] Dr. Kurt Frahne, Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens. Tübingen 1905, H. Lauppsche Buchhandlung. 273 Seiten. 5,60 Mark.

Kaufmann war einer Kontrolle unterworfen. Es wurden vier Inspektoren eingesetzt, welche Kaufleute und Weber zu kontrollieren hatten. Der Kaufmann sollte bei gewissen Manipulationen gleichfalls der Strafe verfallen. Aber man hatte den Bock zum Gärtner gemacht. Die vier Inspektoren wurden aus den Reihen der Kaufleute genommen, und diese kontrollierten wohl die Weber, aber nicht die Kaufleute.

In derselben Weise gestalteten sich die Dinge zur Zeit Friedrichs II., aber die Weber waren unter seiner Regierung noch weniger geschützt als vorher. Das zeigte sich schon in der ersten, bald nach der Eroberung Schlesiens erlassenen Leinwandordnung. Diese übernahm aus der österreichischen Zeit wohl alle gegen die Weber und Spinner gerichteten Bestimmungen, ließ aber alle gegen die betrügerischen Manipulationen der Kaufleute gerichteten Bestimmungen verschwinden! Die preußische Regierung erreichte, daß dem Weber jeder Betrug unmöglich gemacht wurde, schützte ihn selbst aber nicht vor Betrug. Unterstand sich der Weber, den an ihm begangenen Betrug auf andere abzuwälzen, so harrten seiner Stockarrest, Halseisen, Karren, Prügelstrafe usw. Der Kaufmann konnte weiter betrügen.

Es war ein gutes Stück Leinwand, wenn nicht mehr als 2 oder 3 Ellen an der vorgeschriebenen Länge fehlten. Die Klagen der Holländer und Engländer über mangelnde Reellität der schlesischen Industrie wollten denn auch trotz aller „Donnerwetter" Friedrichs II. nicht verstummen. Auch sonst war die friderizianische Wirtschaftspolitik nicht geeignet, die Lage der Weber und Spinner zu bessern. Sie ließ die Ursachen des Elends, die Grundherrlichkeit und die schrankenlose Herrschaft der Kaufleute unberührt. Dafür versuchte Friedrich die Industrie treibhausartig über die ganze Provinz zu verbreiten. Alles in Schlesien gesponnene Garn sollte auch in Schlesien verwebt werden: daher Verbot des Garnexportes und Heranziehung immer neuer Weber. In jedem Orte mußte nach seiner Meinung der Webstuhl klappern. „Wie viele schlesische Städte sind noch ohne Weber? Was hindert an der Ansetzung solcher?" Immer neue Weber zog er ins Land, teilweise mit Gewalt. Die Soldaten mußten in der freien Zeit weben. In Lewin, im Kreise Glatz, durfte niemand heiraten, ohne vorher das Weben erlernt zu haben. Auf dieselbe Weise suchte Friedrich II. das Spinnen zu vermehren. Die Frauen und Kinder der Soldaten und die Frauen der Schullehrer mußten spinnen; die letzteren mußten es den Schulkindern lehren. Es erging die Vorschrift, daß alle in der Wirtschaft irgend entbehrlichen Kinder zu jeder Zeit spinnen sollten, besonders im Winter abends von 6 bis 9 Uhr. Kinder über acht Jahren mußten die Spinnschule besuchen. Maurer und Zimmerer mußten das Spinnen erlernen, um in den Wintermonaten spinnen zu können. Daneben ließ Friedrich II. einzelnen Kaufleuten hohe Summen als Unterstützung zufließen.

Alle diese Maßnahmen mußten das Übel für die Weber und Spinner verschärfen und konnten den Niedergang der Industrie nicht aufhalten. 1781 glaubten die schlesischen Kaufleute noch, England mit seinen hohen Löhnen werde nie die schlesischen Leinen entbehren können. Es zeigte sich bald, daß diese Meinung irrig war. Seit der Eroberung Irlands beginnt sich in Großbritannien die Leinenindustrie einzubürgern. Die englische Regierung unterstützte kräftig die junge Industrie. Französische Weber und Spinner wurden ins Land gezogen. Durch Ausfuhrprämien wurde der Export belebt, und hoher Zollschutz sicherte den inneren Markt. Dazu kam, daß der irische Weber und

Digitized by Google

Spinner feudale Lasten nicht kannte. Technische Neuerungen fanden früh Eingang. Der feudal geknechtete Schlesier konnte selbstverständlich ein intensives Streben nach Umgestaltung der Produktion zum Zwecke größerer Ergiebigkeit nicht entwickeln. Sein Werkzeug blieb bis ins neunzehnte Jahrhundert das alte Handspinnrad. Der Webstuhl, den der Weber in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts benutzte, war derselbe, den vor Jahrhunderten seine Väter benutzt hatten. Ebensowenig war der zerstreut in den Gebirgsdörfern wohnende, im Winter von der übrigen Welt abgeschnittene, jeder vermittelnden Organisation entbehrende Weber imstande, den Anforderungen der Mode zu folgen. Während in England frühzeitig das 1530 erfundene Spinnrad die Handspinnerei verdrängt hatte und seit 1790 die Maschinenspinnerei eingeführt war, spann man in Schlesien zu dieser Zeit noch immer nach alter Väter Sitte mit der Handspindel. Der Handspinner brauchte 10 Stunden, um einen Strähn Garn anzufertigen, der Selfaktor fertigte mehrere hundert in einer einzigen Stunde an. Die schlesische Leinenindustrie mußte der Konkurrenz der irischen und schottischen Leinen erliegen. Um 1830 war England als Absatzgebiet vollständig verloren. England hörte nicht nur auf, ein Markt für Schlesien zu sein, Schlesien wurde auch auf allen übrigen Märkten von England verdrängt. Nur in wenigen besonderen Marken konnte, dank der niedrigen Arbeitslöhne, nach einigen Ländern noch weniges exportiert werden. Im Jahre 1845 wurden nur noch 508 Zentner schlesischer Leinen über die Grenzen des Zollvereins hinaus ausgeführt. Die Leinenausfuhr Großbritanniens hatte bereits 1834 einen Wert von 2357991 Pfund Sterling. Die schlesische Leinenindustrie hatte aufgehört, eine Exportindustrie zu sein. (Schluß folgt.)

Die technischen Angestellten und das Erfinderrecht.

Ein Kapitel über die Ausbeutung des „neuen Mittelstandes".

Von **Paul Lange** (Hamburg).

1. Die bürgerlichen Parteien und das Erfinderrecht.

„Unser Patentgesetz ist tatsächlich auch wieder ein krasses Beispiel für den unsozialen Geist, der unsere Gesetzgebung, namentlich unser Privatrecht noch durchweht. Wenn ein Streit unter mehreren Leuten entsteht, wem eine Erfindung gebührt, so sagt unser heutiges Patentrecht kanz klipp und klar: Nicht derjenige, der den Geist, den Verstand zu der Erfindung mitgebracht hat, hat den Anspruch, sondern derjenige, der das Geld zur Ausführung mitgebracht hat" — zu dieser Verurteilung der kapitalistischen Mißwirtschaft verstieg sich in der Reichstagssitzung vom 18 April 1907 der freisinnige Abgeordnete Dr. Potthoff, dessen für einen bürgerlichen Parlamentarier merkwürdige Einsicht in diesen Dingen sich daraus erklärt, daß er Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes ist.

Abgesehen von dem kapitalistischen Klassencharakter des **Patentgesetzes** werden außerdem noch vom Unternehmertum den technischen Angestellten wucherische **Dienstverträge** aufgezwungen, in denen es sich die Erfindungen seiner Angestellten von vornherein sichert.[1]

Die Ausbeutung der technischen Angestellten, die das Unternehmertum bei seiner wirtschaftlichen Übermacht und unter dem Schutze der Gesetze praktiziert,

[1] „Neue Zeit", XXV, 2, S. 327.

müssen seine parlamentarischen Vertreter theoretisch verteidigen, jedoch ohne daß sie darauf verzichten wollen, die „Privatbeamtenfreunde" zu markieren. Aber die Quadratur des Zirkels ist in keinem Falle ein leichtes Stück; das spürten die Nationalliberalen, als sie bei der diesjährigen zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats das Bedürfnis fühlten, in Sozialpolitik zu machen. Als am 18. April 1907 das Kapitel „Patentamt" zur Beratung stand, erklärte der Abgeordnete für Leipzig-Stadt, Herr Justizrat Dr. Junck, daß sein

„soziales Empfinden es nicht mehr duldet, daß das Recht des Stärkeren gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen undeschränkt ausgenutzt wird, und daß dieser Satz auch für das Erfinderrecht der Angestellten gilt";

aber er war unvorsichtig genug, gleichzeitig zu verraten, wie sein und seiner Parteifreunde soziales Empfinden aussieht, indem er meinte, es könnte eine Bestimmung getroffen werden, wie sie schon im österreichischen Rechte enthalten sei, wo es heißt:

„Vertrags- oder Dienstbestimmungen, durch welche einem in einem Gewerbsunternehmen Angestellten oder Bediensteten der angemessene Nutzen aus den von ihm im Dienste gemachten Erfindungen entzogen werden soll, haben keine rechtliche Wirkung."

Abgesehen davon, daß eine solche Bestimmung nichts besagt, was nach unserer Anschauung nicht schon aus § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Rechtsgeschäfte, die den guten Sitten widersprechen) herzuleiten sein müßte, würde sie dem richterlichen Ermessen den weitesten Spielraum lassen und daher — wie übrigens auch die handelsgesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenzklauseln beweisen — für die Angestellten herzlich wenig Wert besitzen. Aber selbst eine solche vage Schutzbestimmung scheint dem Sozialpolitiker Dr. Junck zu viel Sünde wider den heiligen Geist des Kapitalismus zu sein, denn er fuhr unmittelbar darauf fort:

„Oder man könnte vorschreiben, daß über die Rechte des Angestellten an seinen Erfindungen im Dienstvertrag unbedingt eine Bestimmung getroffen werden muß, widrigenfalls die Vermutung dafür spricht, daß der Angestellte das Recht an der Erfindung behalten soll. Man würde hierdurch zum mindesten den moralischen Erfolg erzielen, daß eben schon im Gesetz der Grundsatz ausgesprochen wäre, daß die Rechte des Angestellten an seinen Erfindungen nicht schlechthin übergangen werden können. Es würde dann die Angemessenheit der Beteiligung an dem Nutzen der Erfindung immerhin dem richterlichen Ermessen unterstellt, und es würde die Möglichkeit näher gerückt, daß sich der Richter im Streitfall darüber auszusprechen hat, ob nicht das gänzliche Übergehen der Rechte des Angestellten ein Verfahren ist, das im Sinne unseres bürgerlichen Rechtes den guten Sitten widerstreitet."

Einen „moralischen Erfolg" könnte die Schaffung der hier vorgeschlagenen Gesetzesänderungen nur für die nationalliberale Partei haben, nämlich dann, wenn die Angestellten naiv genug sein sollten, sich von einer solchen Bestimmung eine Milderung der Ausbeutungspraktiken des Unternehmertums zu versprechen. Für Herrn Dr. Junck ist es also nicht ein für allemal entschieden, daß das gänzliche Übergehen der Rechte des Angestellten den guten Sitten widerstreitet. Dies ist für ihn vielmehr eine Frage, die nach richterlichem Ermessen zu entscheiden ist. Damit hat er seine und seiner Parteigenossen „Sozialpolitik" selbst zur Genüge gekennzeichnet.

Übrigens hielt Dr. Junck das Bürgerliche Gesetzbuch für den geeignetsten Ort zur Regelung des Erfinderrechtes. Nun, das Bürgerliche Gesetzbuch ist

noch nicht sehr alt; die Nationalliberalen hätten also damals Gelegenheit gehabt, ihre sozialpolitischen Reden in die Praxis umzusetzen. Daß es nicht geschah, wird niemand wundern.

Der Zentrumsabgeordnete Burlage — also ein Richter — vertrat in derselben Sitzung des Reichstags den echt kapitalistischen Gedanken:

„Wenn ein großer Betrieb ein besonderes Erfindungsbureau, wenn ich so sagen darf, einrichtet — also eine Abteilung, die keinen anderen Zweck verfolgt, als Erfindungen zu machen —, dann liegt es auf der Hand, daß die Angestellten, die in dieser Erfindungsabteilung arbeiten, weder nach Recht noch nach Billigkeit einen Anspruch haben auf die Erfindungen, die nun tatsächlich gemacht werden."

Der Angestellte eines solchen „Erfindungsbureaus" darf also in der ungeheuerlichsten Weise ausgewuchert werden! Ihm gebührt nicht einmal eine „angemessene" Beteiligung am Gewinn; wenn er nur seinen erbärmlichen Lohn erhalten hat, dann ist — sagt der Zentrumsabgeordnete und Richter Burlage — den guten Sitten Genüge geleistet! Allerdings — das ist Grundsatz der heutigen Rechtsprechung, und solange er gilt, sind die Angestellten den Ausbeutungspraktiken der Unternehmer schonungslos preisgegeben. Die Unternehmer brauchen sich ja nur ein Stück Papier unterschreiben zu lassen, daß sie alle ihre Angestellten zu dem ausgesprochenen Zwecke engagiert haben, neben sonstiger Tätigkeit auch Erfindungen zu machen — dann ist das sozialpolitische Gewissen der Zentrumspartei beruhigt, an der Ausbeutung der Angestellten aber gar nichts geändert. Herr Burlage erörterte dann aber noch einen anderen Fall, der für ihn die „erheblichsten Zweifel" bot; er sagte:

„Ich stelle den Fall so, daß ein Angestellter — darunter begreife ich auch die Arbeiter mit —, dessen Beschäftigung mit Erfindungen an sich nichts zu tun hat, eine Erfindung macht, die auf dem Gebiet liegt, auf dem er für den Prinzipal seine Tätigkeit entfaltet. Diese Erfindung gehört nach den jetzt praktisch angewandten Rechtsgrundsätzen nicht dem Angestellten, sondern seinem Prinzipal, dem Unternehmer. Das kann unter Umständen keine große Unbilligkeit enthalten, zum Beispiel dann nicht, wenn der Betrieb selbst gleichsam die Erfindungen fortlaufend mit sich bringt. Es kann aber auch der Fall sehr wohl so liegen, daß gerade die Genialität des erfindenden Angestellten das ausschlaggebende Moment war; da muß man sagen: nach Billigkeit wenigstens gebührt dem Erfinder, also dem Angestellten, dann ein nicht unerheblicher Teil von dem Nutzen der Erfindung."

Die Erfindungen, die der geniale Angestellte macht ohne jegliches Zutun des Unternehmers, gebühren demnach doch dem Kapitalisten; der Angestellte hat nach Herrn Burlage nur Anspruch auf einen „nicht unerheblichen Teil"! Der stenographische Bericht verzeichnet den Zuruf: „Sehr richtig!" Und dabei muß Herr Burlage den Klassencharakter der heutigen Rechtsprechung zugeben! Er schilderte ihn ganz zutreffend dahin:

„Selbst wenn der Angestellte eine Erfindung macht in seinen Mußestunden, am Sonntag, in schlaflosen Nächten, außerhalb der Räume, die ihm vom Unternehmer zur Verfügung gestellt sind, wenn er also ganz für sich eine Erfindung macht, so hat er trotzdem keinen Anspruch darauf, wenn die Erfindung in das Arbeitsgebiet schlägt, in welchem die Fabrik des Prinzipals arbeitet."

Die Fälle, wo ein Angestellter Eigentümer einer Erfindung bleibt, sind also selbst nach Burlage sehr selten, „man muß sie gleichsam austlügeln". Aber auch damit ist — wie bereits erwähnt — das Unternehmertum noch

nicht zufrieden, Burlage verlas aus einem Vertrag, den eine leider ungenannte Firma ihren Angestellten erpreßt, folgendes:

„Erfindungen oder Verbesserungen aller Art, welche von Angestellten der Gesellschaft gemacht werden, kann diese als ihr ausschließliches Eigentum in Anspruch nehmen. Eines besonderen Nachweises dafür, daß der Angestellte die Erfindung oder Verbesserung bei Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit oder unter Benutzung der Mittel und Erfahrungen der Gesellschaft gemacht hat, bedarf es hierzu nicht.

„Die Gesellschaft ist hiernach insbesondere berechtigt, in allen Ländern auf solche Erfindungen und Verbesserungen auf ihren eigenen oder auf einen fremden Namen Patente zu nehmen. In Ländern, in denen die Gesellschaft solche Erfindungen und Verbesserungen auf ihren Namen nicht zum Patent anmelden kann, hat dies auf ihr Verlangen der betreffende Angestellte auf seinen Namen zu tun, und zwar auf Kosten der Gesellschaft. Das Patent selbst ist alsbald ohne Gegenleistung durch rechtsverbindlichen Akt auf die Gesellschaft zu übertragen.

„Es bleibt dem freien Ermessen der Gesellschaft vorbehalten, bei Erfindungen von besonderer Genialität und geschäftlichem Werte den Angestellten, der diese Erfindung gemacht hat, durch Verbesserung seiner Stellung, durch Bewilligung einer einmaligen oder fortlaufenden Tantieme oder auf andere ihr passend erscheinende Weise für solche außerordentliche Leistungen zu honorieren."

Die Folgen solcher Verträge sind nach Herrn Burlage, daß die Angestellten „unreelle Wege" beschreiten und ihre Erfindungen durch Freunde anmelden lassen, die den Strohmann machen. Und welche Abhilfe gegen diese Ausbeutung der Angestellten weiß der Zentrumsmann und Richter vorzuschlagen? Nur eine Gesetzesbestimmung analog der von Dr. Junck erwähnten österreichischen Vorschrift, die Professor Kohler in Berlin gerühmt habe als eine „Bestimmung von überraschender Kühnheit und Freiheit des Blickes, von großem Verständnis für die soziale Lage des Erfinders und großer gesetzgeberischer Weisheit".

2. Vorschläge zur Regelung des Erfinderrechtes.

Mit diesem „großen Verständnis und der gesetzgeberischen Weisheit" sind die technischen Angestellten begreiflicherweise durchaus nicht zufrieden. Der auf bürgerlichem Boden stehende Bund der technisch-industriellen Beamten hat seine Stellungnahme wie folgt präzisiert:

„Zum Schutze des geistigen Eigentums der technischen Privatangestellten ist das geltende Patentrecht so umzugestalten, daß den technischen Angestellten das Eigentumsrecht an ihren Erfindungen sichergestellt und ihnen ein gerechter Anteil an dem Nutzen aus deren praktischer Verwertung unzweideutig gewährleistet wird. Daneben ist eine Änderung des herrschenden Patentgebührensystems erforderlich."

Die Herabsetzung der Patentgebühren wird verlangt, weil „ein gewisser Zusammenhang besteht zwischen Erfinderschutz und den Patentgebühren. Denn wenn die Patentgebühren erniedrigt werden, wird auch von den Mittelschichten eine Erfindung eher zum Patent angemeldet werden können". Im einzelnen hat der „Bund der technisch-industriellen Beamten" folgende Leitsätze aufgestellt:

„Technische Angestellte und Arbeiter sind Eigentümer der von ihnen herrührenden Erfindungen.

„Ist der Anmelder nicht zugleich der Erfinder, so ist der Name des Erfinders gleichzeitig mit der Anmeldung anzugeben. In der Patenturkunde und in der Patentschrift ist der Name des Erfinders hinter dem Namen des Anmelders in Klammern zu verzeichnen."

Digitized by Google

Diese Fassung ist nicht unbeanstandet geblieben. Man hat dagegen geltend gemacht: Wenn wir uns die Verhältnisse in dem Konstruktionsbureau eines Großbetriebs ansehen, so stellt sich der geistige Vorgang des Erfindens meist als eine gemeinsame Arbeit dar, an der mehrere mitgewirkt haben. Es wird in diesem komplizierten Prozeß deshalb nicht immer möglich sein, nachträglich die Urheberschaft des einzelnen an gemachten Erfindungen einwandsfrei festzustellen. Zudem laufen die Arbeiten in den Händen des betreffenden Konstruktionschefs zusammen, und dieser ist immer in der Lage, entweder zugunsten seiner Firma oder zu seinen eigenen Gunsten die wirkliche Sachlage zu verschlechtern. Aus diesen Erwägungen ist für solche Fälle von mehreren Seiten eine kollektive Gewinnbeteiligung vorgeschlagen worden. Der „Bund der technisch industriellen Beamten" billigt dem Unternehmer insofern ein Anrecht auf die Erfindung des Angestellten zu, als er in seinen Leitsätzen unter anderem weiter sagt:

„Der Arbeitgeber hat ein Anrecht darauf, daß die Erfindung, die der Angestellte ihm während seiner Dienstzeit vorlegt oder im Inland zum Patent anmeldet, ihm zur gewerblichen Ausnutzung überlassen wird, wenn und soweit die Erfindung einen Gegenstand betrifft, der innerhalb des Rahmens der Dienstverrichtungen des Angestellten liegt. Der Angestellte ist verpflichtet, unter gleichzeitiger Unterbreitung der zur Beurteilung des Wertes der Erfindung erforderlichen Unterlagen, dem Arbeitgeber von der Erfindung schriftlich Mitteilung zu machen mit der Aufforderung, sich zu erklären, ob er die Verwertung der Erfindung übernehmen will.

„Kommt der Arbeitgeber der Verpflichtung zur Zahlung der Kosten des Erwerbes und der Aufrechterhaltung des Patentes nicht nach, so erlöschen seine Rechte an der Erfindung. . . .

„Als Entschädigung für die Überlassung der Erfindung an den Arbeitgeber hat der Erfinder Anspruch auf einen angemessenen Teil an dem Nutzen, den die Verwertung der Erfindung während der Patentdauer dem Arbeitgeber bringt. Als ‚angemessen' ist mindestens der dritte Teil des Nutzens anzusehen. Ist eine Vereinbarung über die Art der Beteiligung des Erfinders nicht getroffen oder stellt sich heraus, daß die vereinbarte Beteiligung unangemessen ist, so kann sie auf Antrag des Erfinders durch Urteil auf den angemessenen Anteil festgesetzt werden."

Der „Bund der technisch-industriellen Beamten" fordert für die in jenen Leitsätzen gewünschten gesetzlichen Vorschriften zwingendes Recht. Dr. Brunhuber sagt hierzu in Nr. 13, Jahrgang 1906/07 der „Sozialen Praxis": Das Erfinderrecht grundsätzlich dem erfindenden Angestellten vorzubehalten, aber das freie Vertragsrecht nicht beschränken —

„das ist vom Standpunkt des korrekten Juristen durchaus der Idealzustand, nicht aber vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers. Denn auch diese Untersuchung hat gezeigt, daß oft ein tiefer Zwiespalt zwischen gesetzlichem Recht und der wirtschaftlichen Möglichkeit seiner Ausnutzung besteht. In dem heutigen System des Arbeitsvertrags der Privatbeamten steht das formale Recht an letzter Stelle, die Wirtschaftsmacht an erster. Gewiß besteht die juristische Möglichkeit, ja das Recht auf Abschluß eines Vertrags, der dem Angestellten seine Erfindungen sichert; dieses Recht kann aber nicht ausgenutzt werden, es ist bedeutungslos, weil es grundsätzlich durch stärkere Kräfte konterkariert wird, durch die wirtschaftliche Macht des Unternehmers, der einfach prinzipiell in Verträgen diktiert: ‚Die Erfindungen gehören dem Ansteller, nicht dem Angestellten.' Ohne diese Klausel kein Vertrag. Fürwahr, so ist das ‚freie Vertragsrecht' gewahrt; aber es ist ein Hohn auf den Angestellten, dem die Rechtsordnung das zweite Element vorenthalten hat: die Macht, es auszuüben, oder den Zwang, es mit Hilfe der Staatsmacht zu verlangen."

Im „Bund der technisch-industriellen Beamten“ wurde zur Begründung seiner Leitsätze unter anderem ausgeführt:

„Der Umstand, daß wohl heutzutage die Mehrzahl der Dienstverträge infolge der wirtschaftlichen Ohnmacht der Angestellten die Eigentumsrechte an den Erfindungen dem Arbeitgeber ohne Entschädigung zuspricht, hat in seinen notwendigen Konsequenzen dahin geführt, daß die Angestellten bei der Entrechtung ihrer Persönlichkeitsansprüche ihre Erfindungen zum Schaden des Fortschritts der Industrie und der nationalen Konkurrenzfähigkeit einfach verschweigen.“

Ähnliches hat der Abgeordnete Dr. Potthoff am 18. April 1907 im Reichstag gesagt, er wies sogar nach, daß eine Erfindung dem Angestellten nicht nur nicht nutzt, sondern ihn oft geradezu schädigt, da er dann vom Unternehmer erst recht mit der Konkurrenzklausel geknebelt wird. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß der Kapitalist Erfindungen nicht nur patentieren läßt, um sie zu „verwerten“, sondern auch bisweilen nur, um ihre Verwertung durch andere zu verhindern, wogegen § 11 des Patentgesetzes nicht viel Schutz bietet. Der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ erwartet von der Verwirklichung seiner Leitsätze, die nicht nur die Beteiligung des Erfinders am Gewinn, sondern auch die Anerkennung des Erfinders als solchem bezwecken:

„Die Ingenieure würden zu der bedeutendsten Erfindertätigkeit angespornt werden. Eine Folge wiederum würde sein eine Befruchtung und Neubelebung und damit eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrie.“

Doch was fragt der kapitalistische Staat, was fragen die bürgerlichen Parteien nach solchen Dingen — sie werden die Monopolrechte der Patentgesetzgebung in den Händen der Kapitalisten lassen und damit einen besonders auffallenden Beweis für den von Dr. Brunhuber in der „Sozialen Praxis“ geäußerten Satz geben: „Je höher die geistige Arbeit ist, um so schlimmer muß notwendigerweise die Ausnutzung sein.“ Die Weiterentwicklung des Gedankens aber ist: Gerade darum haben diese geistigen Arbeiter alle Ursache zum Anschluß an die Sozialdemokratie.

Literarische Rundschau.

Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung. Von Heinrich Schulz. Stuttgart 1907, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. Kartoniert 50 Pfennig, in Geschenkeinband 75 Pfennig.

Es ist ein gutes Zeichen der wachsenden Kraft und Reife des kämpfenden Proletariats, daß es beginnt, der Erziehung seiner Nachfahren die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Allerdings nicht bloß der Erziehung im landläufigen Sinne des Wortes. Ihm leuchtet ein höheres Ideal für den Werdegang seiner Jugend, als jene alltägliche persönliche Lebenstüchtigkeit, die an bürgerlichen Begriffen ihre Werte mißt. Es ist die Lebenstüchtigkeit der Klasse, als treibender subjektiver Kraft der geschichtlichen Entwicklung. Lebenstüchtigkeit des Proletariats in diesem Sinne besagt aber nichts anderes als Kampfestüchtigkeit gegen die kapitalistische Ordnung. Für diese Kampfestüchtigkeit der Klasse ist sicherlich die höchstmögliche Entwicklung ihrer einzelnen Glieder von größter Wichtigkeit und ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Allein ihre ganze Bedeutung gewinnt die persönliche Lebensentfaltung und Lebensbetätigung des einzelnen Proletariers erst im Zusammenhang mit dem geschichtlichen

Leben der Klasse, im Klassenkampf für die sozialistische Gesellschaft. Damit erhält das Erziehungsideal des Proletariats einen Inhalt, der es scharf von dem Ziel bürgerlicher Pädagogik unterscheidet: es muß auch über das der Sozialpädagogen hinausreichen und ausgesprochen sozialistisch sein. Der Wert der umfassenden bürgerlichen pädagogischen Bestrebungen, welche die Ergebnisse der Theorie für die Praxis popularisieren, in breiten Schichten des Volkes die letztere der Höhe der ersteren annähern wollen, ist daher für das Proletariat ein bedingter. So trefflich, so anerkennenswert mancherlei Schriften und Einrichtungen sind, welche in dieser Absicht insbesondere unter dem Einfluß der sogenannten „sozialpädagogischen" Richtung entstanden sind: sie tragen ein Moment in sich, das sie von dem scheidet, dessen das Proletariat bedarf. Sie sind von bürgerlicher Weltanschauung durchdrungen und wollen die Jugend für eine bürgerliche Gesellschaftsordnung erziehen, wie weitgehend auch immer der eine oder andere Sozialpädagoge diese reformiert sehen möchte. So gilt auch gegenüber den Aufgaben, welche die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts an das Proletariat stellt, daß dieses zur Befriedignng seiner Bedürfnisse sich seine eigenen Mittel zu schaffen gezwungen ist, daß es nicht einfach übernehmen kann, sondern umwerten muß, was die bürgerliche Gesellschaft ihm bietet. In dieser Richtung systematisch und energisch zu arbeiten, wird um so unabweisbarer, je bewußter, konsequenter, aufdringlich brutaler die Schule in unseren Tagen zum Werkzeug der Klassenherrschaft der Besitzenden herabgewürdigt wird; je eifriger bürgerliche Parteien und Gruppen am Werke sind, an den jugendlichen Proletariern fortzusetzen, was die Schule an den kindlichen beginnt. Es genügt nicht, daß wir uns dieser Sachlage gegenüber fatalistisch auf den emanzipierenden Einfluß des proletarischen Milieus verlassen und auf die spätere werbende Kraft der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung. Die proletarische Familie muß zur bewußten Trägerin und Pflegerin einer Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste für den proletarischen Klassenkampf werden. Wie zahlreich und mächtig auch die Umstände der proletarischen Klassenlage sind, welche ihr die Erfüllung dieser Aufgabe streitig machen: sie muß ihr mit größtem sittlichen Ernst nachgehen als einem integrierenden Teil ihrer Klassenpflichten. Das klare Bewußtsein dafür, daß die Massen zu ergreifen beginnt, tritt erst im Gefolge des politischen und wirtschaftlichen Klassenkampfes auf, den das Proletariat führt. Und zwar nicht nur, weil dieser materielle Voraussetzungen für die Erziehungsfähigkeit der proletarischen Familie schafft und sichert, gleichzeitig aber auch den Blick schärft für die Notwendigkeit, daß die jeweilig kämpfende Generation der Ausgebeuteten das geschichtliche Erbe ihrer Klasse in tüchtige Hände legt. Vielmehr nicht zum mindesten auch deshalb, weil der proletarische Klassenkampf mit dem Klassenbewußtsein auch das Persönlichkeitsbewußtsein weckt und entwickelt und den einzelnen mit jener hohen Pflichterkenntnis erfüllt, die ihn über die eigene Lebensdauer hinaus für seinen Nachwuchs und in ihm sich der Gesamtheit verantwortlich fühlen läßt. Eine Einsicht aber, die langsam aufsteigt und sich unter schwierigen Bedingungen in der Praxis durchsetzt, bedarf besonderer Förderung.

Unter den hier skizzierten Gesichtspunkten begrüßen wir freudigst das obengenannte Büchlein als einen wertvollen Beitrag, die proletarischen Eltern für die Erfüllung ihrer erziehlichen Aufgabe im Sinne des Sozialismus zu rüsten. Wir sagen die proletarischen Eltern, obgleich sich die kleine Schrift ihrer Entstehung nach — die einzelnen Beiträge sind zuerst in der Beilage der „Gleichheit" erschienen — wie aus anderen naheliegenden Gründen vornehmlich an die Mutter wendet. Wohl weisen die sozialen Verhältnisse heute noch der Frau einen überwiegenden Anteil an der häuslichen Erziehung zu, unserer Überzeugung nach muß diese jedoch zum gemeinsamen Elternwerk werden, und der proletarische Vater, der ein wirksamer Miterzieher seiner Kinder sein will, wird die pädagogischen Ratschläge des Verfassers mit nicht geringerem Gewinn für sein väterliches Walten wie seine Selbsterziehung lesen, als die Mutter. Der Wert des Schriftchens steht im umgekehrten Verhältnis zu seinem bescheidenen Umfang. Auf wenig Seiten gibt es viel und Treffliches,

gibt es, was dem Proletariat bis jetzt noch nicht in gleicher Weise geboten worden ist. In bunter, zwangloser Folge reiht sich Ratschlag an Ratschlag, wie die häusliche Erziehung im Kinde die Keime geistig-sittlichen Seins entwickeln und pflegen kann, aus denen eine starke Persönlichkeit erwächst, die sich ihres Zusammenhanges mit der Allgemeinheit bewußt ist und ihre Pflichten gleich hoch achtet wie ihre Rechte. Die Beiträge vergessen nicht einen Augenblick, daß sie Proletarierinnen, „Ungelehrte" beraten wollen, daß sie im proletarischen Milieu verwirklicht werden sollen, und daß ihr Ziel ist, Kämpfer, Bürger für das Reich der Zukunft erziehen zu helfen. Sie reden daher nicht über die Köpfe und die Herzen der proletarischen Leser hinweg, sie fassen sie in ihren täglichen lebendigen Nöten, Bedürfnissen und Wünschen und heben sie gleichzeitig über die platte Alltäglichkeit empor. Der mit seinem Schriftchen als beratender Freund in das proletarische Heim tritt, ist ein geschulter Pädagog, aber gleichzeitig auch ein theoretisch durchgebildeter Sozialist, und wahrhaftig: keiner von beiden ist in den Beiträgen zu kurz gekommen. Der Pädagog bleibt sich stets bewußt, daß er die häusliche Erziehung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen will, und der Sozialist läßt die Gesetze kindlicher Entwicklung und die Gebote pädagogischen Taktes nicht aus dem Auge. Dabei verletzt weder nach der einen noch der anderen Seite hin ein Prunken mit tönenden Worten, mit Formeln, mit wissenschaftlichem Handwerkszeug. Die Beiträge sind gleichsam ein Stück pädagogischen Anschauungsunterrichts in anspruchsloser, schlichter Darstellung, dem Leserkreis angemessen, an den sie sich vor allem wenden. Die modernisierte Varietät höherer Töchter, die dank des neuesten Vortragskursus oder Revueartikels mit Überlegenheit über pädagogische Theorien und Probleme schwätzt, mag ob dieser Einfachheit die Nase rümpfen: die Proletarierinnen werden sie wohltuend empfinden. Hoffentlich findet das Schriftchen eine Verbreitung, welche recht bald zu einer vervollständigten Neuauflage ermuntert. C. Z.

Erinnerungen der Kaiserin Katharina II. Von ihr selbst geschrieben. Nach Alexander von Herzens Ausgabe neu herausgegeben von G. Kuntze. Mit mehreren Porträts und einem Nachtrag aus den Erinnerungen der Fürstin Daschkoff. Dritte Auflage. Stuttgart 1907, Verlag von Robert Lutz. 344 Seiten. Preis brosch. 6 Mark.

Als Alexander Herzen die Memoiren der Zarin Katharina vor ziemlich fünfzig Jahren zum erstenmal veröffentlichte, erregten sie ein gewaltiges Aufsehen. Zwar wurde ihre Echtheit hier oder da angezweifelt, im allgemeinen aber doch anerkannt, wie sie denn heute kaum noch einem Zweifel begegnet. Allein die Sensation, die sie damals hervorriefen, ist uns heute nur noch schwer verständlich, worin man einen erfreulichen Fortschritt der politischen Bildung und Erkenntnis erblicken darf.

Was bei der ersten Veröffentlichung dieser Erinnerungen am meisten verblüffte, war das unumwundene Geständnis Katharinas, daß ihr anerkannter Sohn und Nachfolger, der spätere Zar Paul I., nicht der Sohn ihres legitimen Gatten, sondern des Kammerherrn Sergius Soltikoff gewesen sei. Dies schien als vernichtender Stoß gegen das Prinzip der Legitimität zu wirken, das der russische Hof prahlerischer als irgend ein anderer Hof hervorkehrte. Man versprach sich davon der Himmel weiß welche politische Wirkungen, die gänzlich ausgeblieben sind. Heute würde ein solcher Irrtum unmöglich sein, wenigstens in revolutionären Kreisen; da weiß man längst, daß es die Wurzeln der Monarchie noch nicht antasten heißt, wenn man an ihrem Baume diesen oder jenen geilen Zweig nachweist. Stürben die Monarchien daran, so würde längst jede verschwunden sein.

Ein seltsamer Zufall will nun, daß die sensationellste Enthüllung dieser Memoiren aller Wahrscheinlichkeit nur ein Puff ist. Peter III., der Gemahl Katharinas, und ihr Sohn, der spätere Paul I., waren sich körperlich und geistig so ähnlich — bis auf die besonderen Ausbrüche des Wahnsinns, dem beide verfallen waren —, daß kein Mensch an ihrer nächsten Blutsverwandtschaft gezweifelt haben würde, wenn nicht eben das Zeugnis Katharinas dagegen spräche. Allein dies Zeugnis ist nicht

entscheidend, so sehr Katharina „die Nächste dazu“ war, die Frage zu entscheiden. Sie schrieb ihre Memoiren, wie aus verschiedenen in ihnen erwähnten Umständen hervorgeht, im Jahre 1780, das heißt mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Geburt ihres Sohnes Paul, und in dieser langen Zeit mag ihr bei ihrem ausgebreiteten und verwickelten Liebesleben das an sich schon vielleicht schwierige Problem durcheinander gekommen sein, ob Paul den Umarmungen Peters oder Soltikoffs sein Dasein verdankte.

Man hat nun freilich gesagt: weshalb nennt Katharina dann aber so unzweideutig Soltikoff als Vater ihres Sohnes, wenn er es nicht gewesen wäre? Eine so verschmitzte Person macht doch nicht solche bedenklichen und unter Umständen gefährlichen Geständnisse ohne Grund, und aus diesem Gesichtspunkt ist auch die Echtheit der Memoiren angefochten worden.

Jedoch der Zweck dieser Erinnerungen ist, den legitimen Gatten Katharinas, den sie später stürzte und den ihr Liebhaber Orloff ermordete, als einen Verrückten darzustellen, der sie abscheulich mißhandelt habe und niemals in eheliche Beziehungen zu ihr getreten sei. Sie hatte also wohl einen Grund, Soltikoff zum Vater ihres Kindes zu machen, gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht, und sie lief dabei auch gar keine Gefahr. Im Gegenteil ist die angebliche Abstammung Pauls von Soltikoff in den nationalrussischen Kreisen lebhaft begrüßt und als eine nationale Überlieferung gehegt worden, da Peter und Katharina Deutsche waren und durch Soltikoff überhaupt erst russisches Blut in die Zarenfamilie gekommen wäre.

Als Geschichtsquelle sind die Erinnerungen Katharinas ohne Bedeutung und auch niemals von Bedeutung gewesen, aber als Schilderungen aus dem russischen Hofleben des achtzehnten Jahrhunderts sind sie noch ganz amüsant zu lesen. F. M.

Notizen.

Morgan, Ancient Society. In dem Notizenteil der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ berichteten wir, daß in Chicago eine neue billige Ausgabe dieses klassischen Werkes in englischer Sprache erscheinen wird. — Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß auch von der bei Dietz in Stuttgart erschienenen deutschen Ausgabe[1] eine neue Auflage in Vorbereitung begriffen ist.

[1] Die Urgesellschaft. Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildnis durch die Barbarei zur Zivilisation. Von Lewis H. Morgan. Aus dem Englischen übertragen von W. Eichhoff unter Mitwirkung von Karl Kautsky.

Bankerotte in Amerika. „Wilshires Magazine“ vom Dezember gibt folgende Zahlen aus den Vereinigten Staaten:

	Bankerotte	Aktiva Dollar	Passiva Dollar
Oktober 1893 . . .	1753	36000000	55000000
Oktober 1906 . . .	796	7000000	12000000
Oktober 1907 . . .	964	124000000	189000000

Diesmal kracht es also noch ganz anders als 1893. Damals machten im ganzen Jahre 15242 Geschäfte mit 347 Millionen Dollar Passiven Bankerott. Jetzt weist der eine Monat Oktober allein schon zwei Fünftel dieser Summe auf, da darf man neugierig auf die Schlußrechnung sein.

Auffallend ist diesmal die im Verhältnis zu der Summe der Passiven geringe Zahl der Unternehmungen, die im Anfang verkrachten. 114 Millionen Passiven kommen allein auf 20 Banken, auf den Rest von 944 Geschäften entfallen „nur“ 25 Millionen Dollar. Zuerst brachen die großen Schwindelinstitute zusammen. Der Bankerott der Kleinen und ihre Aufsaugung durch die „soliden“ Großen folgt später.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

Nr. 13 | 26. Jahrgang, 1. Band | 1907-08

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine Geschichtslegende.

↗ **Berlin**, 25. Dezember 1907.

Im vorigen Hefte der „Neuen Zeit" behandelt W. van Ravesteijn jun., in Anknüpfung an das Werk von Jaurès über den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, die Frage des Angriffs- oder Verteidigungskriegs. Es scheint danach, daß die ideologische Geschichtsauffassung, der Jaurès huldigt, ihn auch in diesem Buche nicht gut beraten hat; manches von dem, was Ravesteijn daraus mitteilt, mutet eigen an. Doch liegt es uns natürlich fern, aus einer noch so sorgfältigen Kritik über ein Werk abzuurteilen, das wir nicht gelesen haben, und wir beschränken uns darauf, einige Bemerkungen an einen Satz rein tatsächlichen Inhalts zu knüpfen, den Ravesteijn zitiert, ohne selbst ihn zu kommentieren.

Danach hat den Ausschlag bei dem Beschluß der französischen Regierung, vom König von Preußen, auch nach der Zurückziehung der hohenzollernschen Kandidatur für den spanischen Thron, ein pater peccavi zu verlangen, „äußerst wahrscheinlich" die Kaiserin Eugenie gegeben, die „spanische Abenteuerin", ein „bigottes und beschränktes Frauenzimmer", das ja gemeint habe, gegenüber der wachsenden Macht der bürgerlich-republikanischen und proletarischen Opposition sei ein Krieg notwendig, um das Ansehen des Kaiserreichs wiederherzustellen und die Dynastie fester zu begründen.

Was uns an diesem Satze zunächst interessiert, ist die zähe Lebenskraft von Geschichtslegenden, nicht nur solcher, sozusagen echter Legenden, die sich unbewußt aus der dichtenden Phantasie der Volksmassen entspinnen, um irgendwelche abstrakte, nüchterne, weitläufige, verwickelte Vorgänge in einer Person oder einer Szene von volkstümlicher Schlagkraft zusammenzufassen, sondern auch solcher Legenden, die von vornherein nichts weiter sind, als plumpe Geschichtslügen, von den jeweiligen Machthabern erfunden, um die Völker zu täuschen. Die „spanische Abenteuerin" ist von jeher das Opferlamm gewesen, das die wahrhaft Schuldigen des Deutsch-Französischen Krieges, die Dezemberbande drüben und das preußische Junkertum hüben, in wahrhaft rührender Gemeinschaft geschlachtet haben, um sich durch sein Blut zu sühnen von der eigenen Blutschuld.

Digitized by Google

In der richtigen Voraussicht, daß sich der deutsche Philister, dies alte Weib in Hosen, durch nichts so leicht aufhetzen läßt als durch die Denunziation einer wirklichen Frau an den Fond seiner sittlichen Entrüstung, ließ Bismarck schon am 8. Juli 1870, zur Zeit, wo er selbst seine Einfädelung der hohenzollernschen Kandidatur mit eiserner Stirn ableugnete und mehrere Tage vorher, ehe das französische Verlangen des pater peccavi an den König von Preußen gerichtet wurde, durch Bucher und Busch, wie dieser in seinen Tagebuchblättern berichtet, das Leitmotiv für die offiziöse Presse ausgeben: „Eugenie hetzt ihren Mann und die Minister. Als spanischer Parteimann oder Parteifrau würde sie den Intrigen und Gelüsten einer verfaulten Dynastie den Frieden und den Wohlstand Europas opfern." Dies Leitmotiv wurde dann von der offiziösen und bald auch von der ganzen patriotischen Presse in allen möglichen und selbst auch unmöglichen Melodien abgewandelt und dann bereitwillig von der Dezemberbande, als ihre ruchlosen Umtriebe mit einer ruhmlosen Niederlage geendet hatten, in hundert Schichten abgespielt.

Da der Spektakel von Bismarck ausging, so darf man es dem bürgerlichen Historiker v. Sybel, dessen vielbändiges Werk über die Gründung des neudeutschen Reiches sonst der historischen Wahrheit oft zu nahe tritt, nur Bismarck zu verherrlichen, immerhin zu Ehren anrechnen, daß er sich gegen diese Machenschaft Bismarcks wenigstens aufgelehnt hat. Er widmet der Frage, ob Eugenie den Krieg mitverschuldet habe, ein eigenes Kapitel und weist in bündigster Weise nach, daß sie keine Schuld trifft, namentlich auch nicht an dem pater peccavi, das von dem preußischen König gefordert wurde. Übrigens hat diese Forderung den Krieg auch noch nicht unvermeidlich gemacht, ja selbst nach der Fälschung der Emser Depesche durch Bismarck ist noch einmal der Frieden in Paris beschlossen worden. Erst durch eine neue Gaunerei, über die bisher nichts Sicheres bekannt geworden ist, hat die Dezemberbande dem todkranken Napoleon die Zustimmung zum Kriege entrissen, und vielleicht — denn bewiesen ist auch das nicht einmal — hat im letzten Augenblick auch Eugenie in den Krieg gewilligt; sicher bezeugt ist nur, daß sie sich gleich darauf in Seufzen und Tränen über sein vermeintliches Ende erging. Dieser Nachweis Sybels, den wir hier nicht in allen Einzelheiten wiederholen können, ist auch von denjenigen bürgerlichen Historikern in Deutschland, die seine Auffassung in anderen Dingen scharf bekämpft haben, als durchaus schlüssig anerkannt worden.

Es liegt uns selbstverständlich fern, eine Lanze für die alte Frau zu brechen, die noch die schwere Last ihrer Jahre schleppt und längst die Gunst wie den Haß der Parteien überlebt hat. Unsertwegen mag sie eine „Abenteuerin", mag sie ein „bigottes Frauenzimmer" gewesen sein, soviel sie will. Aber gerade wenn sie es gewesen ist, so ist es nicht „äußerst wahrscheinlich", sondern äußerst unwahrscheinlich, daß sie zum Kriege gegen Deutschland gehetzt hat. Was konnte denn ihr Zweck sein, wenn sie eine „Abenteuerin" war? Doch nur, wie Jaurès nach Ravesteijns Angabe sehr richtig ausführt: das Ansehen des Kaiserreichs wiederherstellen und die Dynastie fester zu begründen. Nun fand gerade in denselben Tagen, wo die Dezemberbande wegen der hohenzollernschen Thronkandidatur der Kriegslärm begann, eine Konsultation von fünf der be-

rühmtesten Ärzten über den Gesundheitszustand Napoleons statt. Sie stellten bei ihm Blutarmut, Hämorrhoiden, gichtische Schmerzen in den Schenkeln und Füßen und das gefährliche Anwachsen eines großen Blasensteins fest, und sie beantragten eine Operation, auf die Napoleon nicht einging, da er davon seinen Tod befürchtete. So konnte er aber nicht fahren und nicht reiten ohne dauernde Schmerzen, und zu Fuß vermochte er sich nur, gestützt auf zwei Adjutanten, mit schleifenden Schritten fortzubewegen. Und mit diesem täglichen Elend vor Augen soll die „spanische Abenteuerin" einen Krieg auf Leben und Tod hervorgerufen haben, um die Dynastie fester zu begründen, der vielmehr der Sieg in diesem Krieg so verhängnisvoll geworden wäre wie die Niederlage. Denn ein triumphierender Bazaine oder Mac Mahon wäre der Dezemberherrlichkeit ebenso gefährlich geworden, wie ein triumphierender Bismarck.

Aber das „bigotte Frauenzimmer"! Ohne Zweifel hat Eugenie die ultramontane Politik begünstigt; sie war eine gläubige Katholikin, eine gehorsame Tochter des Papstes, dem sie unter allen Umständen die weltliche Macht erhalten wollte. Lieber die Preußen in Paris, als die Italiener in Rom! so sollte das Bekenntnis der ultramontanen Hofpartei lauten, die sich um Eugenie scharte. Auch in dieser Beziehung wollen wir ihr Sündenkonto keineswegs entlasten, aber in dem Maße, wie es schwerer belastet ist, wird es unwahrscheinlicher, daß die Kaiserin den Deutsch-Französischen Krieg geschürt hat. Denn „beschränkt", wie sie sein mußte, so war sie doch nach allem, was von ihr bekannt ist, immerhin gescheiter als der Herzog von Gramont, und selbst dieser berüchtigte Dummkopf, der so blind auf Bismarcks Spieß rannte, sah ein, daß der Krieg gegen Deutschland gleichbedeutend sei mit der Preisgabe Roms.

Es ist nicht recht verständlich, wenn es in dem Artikel Ravesteijns nach Jaurès heißt, Gramont sei der Mann der klerikalen kriegerischen Clique gewesen, die ebenso für Österreichs Revanche wie für die weltliche Macht des Papstes geschwärmt habe; Gramont habe durch sein bloßes Auftreten sofort die Möglichkeit eines Bündnisses mit Italien und Österreich vereitelt. Zunächst hat Gramont dies Bündnis nicht vereitelt, sondern gerade unter seinem Ministerium ist es fertig geworden. Am 14. Juni 1870 verhandelte darüber der französische General Lebrun als Vertrauensmann Napoleons mit dem Kaiser Franz Josef in Wien und konnte am 23. Juni an seinen Auftraggeber das Versprechen des österreichischen Kaisers überbringen, an einem Kriege gegen Preußen teilzunehmen unter der Bedingung, daß die Franzosen ihn durch einen raschen Vorstoß nach Deutschland in eine Lage versetzten, worin der Krieg auch nach außen als eine Notwendigkeit für Österreich erschiene.

Wie wenig jedoch die Revanche Österreichs mit der weltlichen Macht des Papstes zusammenhing, geht am kürzesten und schlagendsten aus einem Briefe hervor, den Beust, das Haupt der österreichischen Revanchemänner, am Tage nach der französischen Kriegserklärung an den österreichischen Botschafter in Paris richtete. Erschreckt durch die tölpelhafte Art, womit Gramont den Krieg überstürzt hatte, erklärte Beust zwar, Österreich müsse neutral bleiben, aber nur, um sich für den Krieg zu rüsten; vorläufige Neutralität sei für Österreich das einzige Mittel, seine Rüstungen zu vollenden, ohne sich einem vorzeitigen

Digitized by Google

Angriff Preußens oder Rußlands auszusetzen. Aber von Frankreich verlangte Beust, daß es sofort seine Truppen aus Rom zurückzöge; „an demselben Tage, wo die Franzosen den Kirchenstaat verlassen, müssen die Italiener mit Zustimmung Frankreichs und Österreichs einrücken. Niemals werden wir die Italiener von Herzen für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Stachel ausziehen.“ Und so viel begriff auch der Herzog von Gramont in all seiner Stupidität, daß die französische Brigade in Rom die weltliche Macht des Papstes nur insoweit schützte, als sie die Vorhut des französischen Heeres war; führten die Franzosen einen großen Krieg, so mußten sie darauf verzichten, Rom zu schützen. Nach Gramonts Angabe hat das auch die Kurie eingesehen; ein Abkommen mit den Italienern wäre fertig geworden, wenn nicht die Schnelligkeit der deutschen Siege alles vereitelt hätte.

Die Überstürzung, womit die Dezemberbande in den Krieg taumelte, trug die Schuld daran, daß Frankreich das Opfer brachte, ohne doch den Gewinn einzuheimsen. Man versteht diese Vabanquepolitik eines Lumpenproletariats, das mit dem unaufhaltsamen Verfall des zweiten Kaiserreichs das Messer immer näher an seine Kehle rücken und in Bonaparte immer nur sein Werkzeug sah. Aber man versteht diese Politik nicht an der Kaiserin Eugenie. Wenn sie „bigott“ genug war, vor allem anderen die weltliche Macht des Papstes zu erhalten, so mußte sie sich mit Händen und Füßen gegen jeden großen Krieg sträuben, in den Frankreich verwickelt werden konnte; war sie aber „Abenteuerin“ genug, selbst dem Papst ihre persönlichen Interessen zu opfern, so mußte sie darauf bedacht sein, auch die Ware für den Preis zu erhalten, nämlich das Bündnis Italiens und Österreichs, das vielmehr durch die Überstürzung des Krieges, dessen Haupturheberin sie gewesen sein soll, einfach weggefegt wurde. Ist bisher nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden, daß Eugenie zum Kriege gehetzt habe, so spricht jede denkbare psychologische Erwägung in der entschiedensten Weise gegen diese Möglichkeit.

Um es noch einmal zu wiederholen, so soll Eugenie hier gar nicht „gerettet“ werden; auch ist zuzugeben, daß es sich um eine verhältnismäßig nebensächliche Frage handelt, wenn man den Ursprung des Deutsch-Französischen Krieges untersuchen will. Aber eben in ihrer Nebensächlichkeit läßt sich diese Frage ohne weitläufige Auseinandersetzungen klarstellen, und rein als Paradigma ist sie allerdings geeignet, das Problem des Angriffs- oder Verteidigungskriegs hell zu beleuchten. Dies Problem muß schon seine eigenen Schwierigkeiten haben, wenn nach 37 Jahren, nach unzähligen Prüfungen des Tatbestandes, ein kriegshetzerischer Trick Bismarcks in dem Werke eines so gescheiten, so unterrichteten und an so verantwortlicher Stelle stehenden Sozialdemokraten, wie Jaurès ist, wenn auch nicht als absolut gewisse, so doch als „äußerst wahrscheinliche“ historische Tatsache wiederkehren kann.

Jedoch um überhaupt davon zu reden, so ist das ganze Problem des Angriffs- und Verteidigungskriegs nichts als ein letzter Rest bürgerlicher Auffassung, der unbewußt in unseren Vorstellungen von Krieg und Kriegswesen mitspielt. Es wird sich lohnen, hierauf zurückzukommen.

Die russische Revolution und die Ernährungskrisis.

Von P. Maßlow.

Die russische Revolution der Jahre 1905 und 1906 hat die Agrarfrage in das Zentrum der gesellschaftlichen Klassenkämpfe gestellt; vor der Lösung dieser Frage kann die Revolution kein Ende nehmen, obgleich sie stets neue Formen annehmen wird.

Um die volle Bedeutung der Agrarfrage und die Notwendigkeit großer Agrarreformen zu begreifen, muß man sich die Verhältnisse des platten Landes in ihrer historischen Entwicklung vergegenwärtigen. In meinem Buche „Die Agrarfrage in Rußland" (Eine Untersuchung von Peter Maßlow. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. Preis gebunden 3 Mark) machte ich den Versuch, eine Charakteristik dieser Verhältnisse und der wirtschaftlichen Lage der großen Bauernmasse zu geben. Daraus geht deutlich hervor, daß jetzt die Lage des russischen Bauern eine ganz verzweifelte geworden ist, da er infolge des Bodenmangels und der allgemeinen Verarmung gezwungen war, zu der Ernährungspacht[1] auf den Gütern des großen Grundbesitzers seine Zuflucht zu nehmen. Der „Sieg", den der Kleinbetrieb solcher Ernährungswirtschaften über den kapitalistischen Betrieb in Rußland davongetragen hatte, brachte die russische Landwirtschaft in die Lage, die als eine Krisis der Ernährungswirtschaft bezeichnet werden darf. Die Ursachen dieser Krisis, die die revolutionäre Bauernbewegung hervorrief, sollen nun etwas näher betrachtet werden.

Bevor wir jedoch zur Betrachtung dieser Krisis der Ernährungswirtschaft übergehen, wollen wir die allgemeinen Bedingungen des Kampfes zwischen den Groß- und Kleinbetrieben kurz skizzieren.

Die kapitalistische Landwirtschaft, die sich auf Lohnarbeit gründet und des Profits wegen betrieben wird, führt einen beständigen Kampf um den Boden mit den bäuerlichen Ernährungswirtschaften, aus der die bäuerliche Familie ihre Nahrungsbedürfnisse befriedigt. Der Sieg dieses oder jenes Wirtschaftssystems hängt ausschließlich davon ab, welche Pachtform dem Grundeigentümer eine höhere Rente abwirft. Wenn der kapitalistische Unternehmer mehr zahlen wird als der bäuerliche Pächter, so wird er natürlich das Land erhalten; das bedeutet, daß die kapitalistische Rente unter diesen Bedingungen höher ist als die nichtkapitalistische Rente (Ernährungspacht). Unter anderen Bedingungen wird gerade der Bauer einen höheren Pachtpreis als der kapitalistische Unternehmer zahlen. In diesem Falle übersteigt die nichtkapitalistische Rente die kapitalistische. Die Gesetze, die das Steigen der kapitalistischen und nichtkapitalistischen Rente bewirken, bestimmen also auch den Ausgang des Kampfes zwischen dem Groß- und dem Kleinbetrieb. Die Bedingungen, die das Steigen der kapitalistischen Rente hervorrufen, führen auch zum Siege der kapitalistischen Wirtschaft. Bei Bedingungen dagegen, die die nichtkapitalistische Rente in die Höhe treiben, trägt die Ernährungswirtschaft den Sieg davon und der Bauer verdrängt den kapitalistischen Unternehmer.

[1] Unter „Ernährungspacht" verstehe ich die Pachtung eines Grundstücks, die als Ergänzung der bäuerlichen Wirtschaft dient und zur Ernährung der bäuerlichen Familie unbedingt notwendig ist, wobei aber der bäuerliche Pächter nicht bloß die Rente, sondern auch den Unternehmerprofit und oft sogar einen Teil seines Arbeitslohnes dem Grundeigentümer abtritt. Näheres in meiner „Agrarfrage".

Die nichtkapitalistische Rente steigt, wenn die Produktivität der Bauernarbeit abnimmt. Eine Ernährungswirtschaft ist um so mehr gezwungen, zu pachten, je mehr die Arbeitsproduktivität in dieser Wirtschaft sinkt und je geringer die Produktenmenge im Verhältnis zu den Arbeitskräften in der Familie ist. Mit der Vermehrung der Bevölkerung steigt das Bedürfnis dieser Wirtschaft an Pachtland, da bei der Zunahme der Arbeitskräfte der bäuerlichen Familie sich die Produktenmenge doch gar nicht oder wenigstens nicht im gleichen Maße mit der Bevölkerungsvermehrung erhöhen wird.

Das Steigen der nichtkapitalistischen Rente kann jedoch nicht grenzenlos sein. Der Bauer ist nur dann imstande, diese Rente zu zahlen, wenn ihm wenigstens genügend Produkte übrig bleiben, um seine Nahrungsbedürfnisse zu befriedigen.

Nehmen wir an, daß der Bauer zum Beispiel aus 2 Deßjätinen seines Landanteils 100 Pud Getreide und ebensoviel aus 2 gepachteten Deßjätinen, insgesamt also 200 Pud Getreide erhält. Zur Befriedigung der Nahrungsbedürfnisse seiner Familie und zur Fütterung des notwendigen Viehes genügen ihm 150 Pud Getreide, so kann er die übrigen 50 Pud als Pachtzins für die 2 gepachteten Deßjätinen dem Grundbesitzer abtreten. Wenn aber die kapitalistische Rente diese Maximalsumme übersteigt, so bleibt dem Bauer nichts mehr übrig, als entweder die Pacht aufzugeben oder den erhöhten Pachtzins aus den Produktionsmitteln (durch Verkauf des Viehes) zu zahlen, oder seine Bedürfnisse noch mehr einzuschränken. Im letzteren Falle tritt der chronische Hunger, der Aussterbeprozeß der Bauernschaft ein. Die Bauern werden sich jedoch eine Zeitlang durch Verkauf von Produktionsmitteln, von Vieh, zu helfen suchen und einen Pachtzins, der den Unterschied zwischen den Bruttoeinnahmen aus der Landwirtschaft und der zur Befriedigung seiner Nahrungsbedürfnisse notwendigen Produktenmenge übersteigt, jahraus und jahrein zahlen.

Wenn der Bauer in dem angeführten Beispiel nicht 2 Deßjätinen Landanteil, sondern nur 1 Deßjätine Land besitzt, so ist er gezwungen, 3 Deßjätinen zu pachten, und kann dabei nur zirka 17 Pud Getreide pro Deßjätine, insgesamt 50 Pud Getreide als Pachtgeld zahlen. Beträgt der Pachtzins pro Deßjätine 25 Pud Getreide, so muß der Bauer, der nur 1 Deßjätine Land besitzt, sein Vieh verkaufen, um pachten zu können, während der Bauer, der im Besitz von 2 Deßjätinen Land ist, noch keine Zuflucht zum Verkauf von Produktionsmitteln zu nehmen gezwungen ist. Die Verarmung der ersteren Bauernkategorie tritt also rascher ein als die der zweiten, die mehr Land besitzt.

Die landarmen Bauern finden jedoch noch als Landarbeiter oder in der Industrie eine Beschäftigung, können also aus dem Arbeitslohn bis zu einem gewissen Grade das Defizit ihres Betriebs decken. Die Krise dieser Wirtschaften braucht deshalb nicht sofort für das Land fühlbar zu werden. Erst wenn der Pachtzins so gestiegen ist, daß die Ernährungspacht, die bereits zur Verminderung der Produktionsmittel bei dem größten Teile der Bevölkerung geführt hat, absolut unerschwinglich wird und jetzt doch den Platz der kapitalistischen Pacht abtreten muß, wird die Lage der Bauernmasse aussichtslos. Dann bricht die Krise der Ernährungswirtschaft herein.

Der zentrale landwirtschaftliche Rayon Rußlands verarmte in den letzten Jahren immer mehr, wobei von diesem Prozeß allmählich auch die dünn bevölkerten Gebiete ergriffen wurden, die sich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wirtschaftlich entwickelten. In den neunziger Jahren verarmten auch die Gouvernements Saratow und Samara, die als die Kornkammern Rußlands

galten. Ende des neunzehnten Jahrhunderts begann sich der Viehbestand auch der Bauern in einem Teile der südlichen Rayons zu vermindern.

Das erste grelle Zeichen der sich vollziehenden Umwälzung in den Agrarverhältnissen Rußlands war der schreckliche Hunger in den Jahren 1891/92, seit denen bald der eine bald der andere Rayon vom Hunger heimgesucht wird. Die Regierung verpflegte die Bauern und gewährte in letzter Linie den Grundbesitzern die Möglichkeit, die hohen Pachtpreise aufrechtzuerhalten.

Das Elend mit allen seinen schrecklichen Folgen breitete sich über ganz Rußland aus, die Steuer- und Ablösungsrückstände der Bauern wuchsen ungeheuer an, und die Pachtpreise stiegen dabei immer mehr in die Höhe. Die Grundbesitzer, die Not der Bauern ausnutzend, verpachteten ihnen das Land zu unermeßlich hohen Preisen, statt es selbst zu bewirtschaften oder es den kapitalistischen Unternehmern abzugeben. Nur in den Rayons, wo eine intensive Wirtschaft vorteilhaft war, zum Beispiel im Rayon des Rübenzuckers, in den südwestlichen, kleinrussischen, baltischen Gebieten und in Polen oder in den Gebieten, wo der verhältnismäßige Landreichtum die Erhöhung der nichtkapitalistischen Rente verhinderte, wie es in den südlichen und südöstlichen Rayons der Fall war, konnte sich eine kapitalistische Landwirtschaft und die kapitalistische Pacht entwickeln. In diesen Rayons treffen wir in der Tat Landarbeiter nicht nur auf Gütern der Großgrundbesitzer an, sondern auch in den bäuerlichen Wirtschaften. Auch in diesen Rayons der kapitalistischen Landwirtschaft stiegen die Pachtpreise, wie es aus den Angaben über die Entwicklung der Bodenpreise zu ersehen ist, jedoch nur als Folge der Erhöhung der kapitalistischen Rente. Die Entwicklung der Eisenbahnlinien in den Grenzgebieten näherte sie dem Getreidemarkt und rief eine Erhöhung der Getreidepreise und folglich auch der kapitalistischen Grundrente hervor. Diese Erhöhung der Grundrente wirkte sofort auf die Verkaufspreise des Bodens zurück, die durch die Kapitalisierung der Durchschnittseinnahmen bestimmt werden.

Auf solche Weise stiegen die Pachtpreise in ganz Rußland und führten zur Auflösung der Ernährungswirtschaft, die den größten Teil des gepachteten Bodens inne hatte.

Folgende Tabelle über die Bodenpreise in den Jahren 1854 bis 1902 (nach den Angaben der Senatspublikationen) dient zur Illustration des oben Gesagten:

Rayons	Die durchschnittlichen Bodenpreise in Rubeln pro Deßjätine in den Jahren								
	1854/58	1863/67	1868/72	1873/77	1878/82	1883/87	1888/92	1893/97	1898/1902
Zentraler	24,41	26,44	34,83	41,38	48,83	59,81	69,03	73,62	96,11
Kleinrussischer	17,76	20,86	30,54	37,06	40,22	65,81	75,07	91,41	119,80
Südwestlicher	12,75	28,58	29,03	35,91	41,85	52,33	61,37	57,03	99,12
Südlicher Teil des Steppengebiets	11,34	15,93	22,55	28,43	28,23	42,99	63,61	69,56	123,97
Die Gouvernements:									
Poltawa	20,12	21,37	28,39	41,25	45,00	77,80	87,81	104,51	139,40
Charkow	14,80	22,34	30,71	45,66	43,34	63,40	78,30	96,22	125,47

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Bodenpreise ebenso im Rayon der kapitalistischen Pacht (die südlichen Steppengouvernements und die östlichen Gouvernements) gestiegen sind wie auch im Gebiete der Ernährungspacht, wobei im erstgenannten Rayon die Erhöhung der Bodenpreise sogar bedeutender war

als im Rayon der Ernährungspacht. Die kapitalistische Rente mußte in den achtziger Jahren in allen Gebieten steigen, weil die Getreidepreise auf dem zentralen Markte Rußlands, in Moskau, um diese Zeit einen bedeutenden Aufschwung nahmen.

So waren die Roggenpreise in Moskau in den Jahren 1873 bis 1878 7,01 Rubel pro Sack (gewöhnlich 10 Pud), in den Jahren 1878 bis 1882 9,60 Rubel und in den Jahren 1883 bis 1887 7,50 Rubel.

Nach den Jahren 1878 bis 1882 mit hohen Getreidepreisen mußte sich die kapitalistische Rente in den nächsten fünf Jahren erhöhen. Das Steigen der kapitalistischen Rente trieb auch die nichtkapitalistische in die Höhe, und die Ernährungswirtschaft mußte die erhöhten Pachtpreise zahlen, ohne dabei sich das Steigen der Getreidepreise auf dem Markte zunutze machen zu können, da sie nur einen ganz geringen Teil der Ernte verkaufte. Die Lage dieser Wirtschaften wird dadurch immer verzweifelter.

Um diese Zeit begannen auch die Beziehungen zwischen den Bauern und Grundbesitzern sich zuzuspitzen.

Das weitere Steigen der Pachtpreise, am Vorabend der Revolution, brachte die große Bauernmasse in die aussichtslose Lage, die wir oben als eine Krise der Ernährungswirtschaft bezeichnet haben. In den Gouvernements Poltawa und Charkow treffen wir in den Jahren 1883 bis 1887 einen auffallend raschen Aufschwung der Bodenpreise, die seitdem hier höher waren als in den übrigen Rayons. In diesen Gouvernements kam auch die Bauernbewegung zuerst zum Ausbruch.

Das Studium der Bauernbewegung in Rußland beweist, daß ihre Ursachen gerade in der Krisis der Ernährungswirtschaft liegen. Die Bauern, für deren Existenz die Pacht der Großgrundbesitzerländereien eine unbedingte Notwendigkeit wurde, sind nunmehr außerstande, den hohen Pachtzins zu zahlen, und es bleibt ihnen nichts übrig, als entweder den Pachtzins herabzusetzen oder Hungers zu sterben.

Die Bauernbewegung kann also kein Ende nehmen, ehe aus der Krise der Ernährungswirtschaft ein Ausweg gefunden wird.

Zwar gelang es den Bauern während der Revolution, das Land für einen niedrigeren Pachtpreis zu erhalten. Dieser Ausweg war jedoch nur ein zeitweiliger. Die Grundbesitzer sind jetzt von neuem Herren im Lande und streben danach, die früheren Pachtpreise wieder zu erpressen. Die Regierung ihrerseits hat durch die Operationen der Bauernbank die Bodenpreise in die Höhe getrieben, und dies erhöht natürlich rückwirkend die Pachtpreise. Zwar sucht auch die Regierung den Landankauf der Bauern zu befördern; allein es gelingt ihr dies nur in ganz geringem Grade. Die Bauernmasse kauft wirklich das Land mittels der Bauernbank, will oder kann aber nicht die Zahlungen an die Bank leisten. In vielen Orten wird daher schon jetzt das Bauernland versteigert. Im allgemeinen sind es die reicheren Bauern, die von der Bank kaufen und auch wirklich zahlen, nicht aber diejenigen, die eine Ernährungswirtschaft führen.[1] Obgleich schon vor der Revolution die Bauern viel Land bei den Gutsbesitzern angekauft haben, hat dies doch die Krise der Ernährungswirtschaft nicht verhindert.

Die Steigerung der Getreidepreise in der allerletzten Zeit wird eine weitere Erhöhung der kapitalistischen Rente und folglich auch der Pachtpreise hervor-

[1] Einige Bauern motivieren ihre Landankäufe damit, daß sie sagen: es würde schwer sein, ihnen das Land wegzunehmen, auch wenn sie nicht die Zahlungen leisten.

rufen. Die Krise hat also nicht nur kein Ende gefunden, sie wird sogar immer mehr verschärft. Die Bauern„unruhen" nehmen, trotz aller Repressalien, mit denen die Regierung gegen diese Bewegung zu kämpfen glaubt, immer noch nicht ab. Bald hier und bald dort stellen die Gutsbesitzer an die Regierung die Forderung, nach ihren Gütern Soldaten abzukommandieren, um sie vor Brandstiftungen und anderen „Gewalttaten" der Bauern zu schützen. Unter den jetzt herrschenden Verhältnissen, bei der allgemeinen Niedergeschlagenheit und Apathie, ist dies ein Beweis, daß die Bauernbewegung fortdauert und nur andere Formen angenommen hat. Die Liquidation des adeligen Grundbesitzes ist eine Frage der nächsten Zukunft. In welcher Form diese Liquidation vor sich gehen wird, ist vorläufig schwer zu sagen, da es von dem Kampfe der noch nicht genügend differenzierten gesellschaftlichen Kräfte abhängt. Eines steht jedoch fest: die Revolution wird dem Adel die materielle Stütze seiner Herrschaft entziehen. Die Mobilisierung des Grund und Bodens ist unumgänglich notwendig, weil sie der einzige Ausweg aus der jetzigen Krise der Ernährungswirtschaft ist.

Zur Elendsgeschichte der schlesischen Textilarbeiter.

Von **Hermann Jäckel.**

(Schluß.)

II.

Je mehr die Leinenweberei zurückging, um so mehr bürgerte sich die Baumwollweberei ein. Das Garn wurde aus England bezogen. Aus vielen Leinenhandwebern wurden Baumwollhandweber, und bald war die schlesische Baumwollweberei die erste in Deutschland. Die Lage der Weber blieb jedoch dieselbe. Die „Blüte" der Baumwollweberei beruhte auf dem Elend der Arbeiter. Man hatte dem Leinenweber geraten, Baumwollweber zu werden, um aus seiner Not herauszukommen. Diejenigen, die den Rat befolgten, waren um eine Enttäuschung reicher, sie mußten hungern wie vorher. Aber ein neuer Parasit hatte sich dazwischengedrängt: der Verleger.

Mittlerweile hatte die maschinelle Leinenproduktion in England, Belgien und Österreich und die englische Baumwollindustrie einen mächtigen Aufschwung zu verzeichnen. Das drängte trotz des Widerstandes der Kaufleute auch in Schlesien zur Einführung der Maschine. Alberti zu Waldenburg hatte bereits 1811 vom Staate eine Maschine im Werte von 13500 Taler als Geschenk erhalten. 1818 setzte er die erste mechanische Flachsspinnerei in Betrieb. Er erhielt weitere namhafte Unterstützung vom Staate in Form von Prämie oder Vorschuß, im ganzen 80000 Taler. 1830 beschäftigte er bei 4000 Spindeln 200 bis 300 Arbeiter. Die Firma besteht unter dem Namen Gebrüder Alberti noch heute. 1834 errichtete Kramsta eine Fabrik in März-Wernersdorf mit 500 Spindeln und in Freiburg mit 3800 Spindeln. Ihm folgte Kopisch in Patschky mit 600 Spindeln. Alle diese Unternehmungen nahmen die Hilfe des Staates in Anspruch; er gab ihnen namhafte Zuschüsse. Ende der dreißiger Jahre schuf dann die Preußische Seehandlung die Betriebe in Erdmannsdorf und Landeshut. 1852 waren in 15 Betrieben mit 3500 Arbeitern 49608 Flachsspindeln im Gange, daneben gab es noch 61053 Handspinner. Die Zahl der Maschinenspindeln vermehrte sich bis 1875 auf 111098, für das Jahr 1905 schätzt Dr. Frahne die Zahl auf 150000. Die Handspinner waren 1861 in ganz

Preußen auf 14557 zurückgegangen, heute sind sie vollständig verschwunden, die Flachsspinnereien sind Großbetriebe geworden. Die Spindelzahl Schlesiens ist allerdings gering im Vergleich zur Spindelzahl der Länder, welche einst Schlesiens Leinenindustrie mit ihren Erzeugnissen versorgte. England hatte 1876 bereits 1487531, Österreich 1881 488000, Belgien 1881 306000 Spindeln. Die Baumwollspinnerei Schlesiens ist unbedeutend, 1898 gingen nach M. Rieger 117572 Spindeln.

Noch langsamer führte sich der mechanische Webstuhl ein. England hatte 1861 schon 140 Leinenfabriken mit 11750 Maschinenstühlen, Schlesien damals erst 258, 1875 5265. Die mechanische Baumwollweberei wird zuerst — von einem mißglückten Versuch im Jahre 1839 abgesehen — im Jahre 1854 eingeführt durch die noch heute bestehende Firma Meyer Kauffmann in Tannhausen. Mechanische Baumwollwebstühle gab es im Jahre 1900 in Schlesien 12694. Über die Gesamtzahl der mechanischen Webstühle aller Art liegen nur genaue Angaben vor für die drei wichtigen Kreise Reichenbach, Waldenburg und Schweidnitz. Nach den Berichten der Handelskammern gab es in den genannten Kreisen mechanische Stühle 1870 1206, 1880 2668, 1890 5289, 1900 9965 und 1906 12536. Die Zahl der Handweber in denselben Kreisen betrug 1850 20253, 1870 14910, 1899 5721. Für ganz Schlesien schätzt Dr. Frahne die Zahl der jetzt noch vorhandenen Handweber auf 20000. 1899 wurde noch der vierte Teil des Jahreswertes der schlesischen Weberei von Handwebern hergestellt, nämlich für 24 Millionen Mark.

In diesen Zahlen spiegelt sich der Todeskampf einer untergehenden Produktionsform wider. Und dieser Todeskampf, einer der qualvollsten, vielleicht der qualvollste, welchen die Geschichte der deutschen Industrie kennt, ist noch nicht ausgekämpft. Als Gerhart Hauptmann Anfang der neunziger Jahre die schlesischen Weberdörfer besuchte, um den Stoff zu seinem bekannten Drama zu sammeln, fand er Familien, die dem Hungertod nahe waren. Jammernde Mütter und wimmernde Kinder starrten den Fremdling bei seinem Eintritt an. Tatsächlich sterben alljährlich in dem von Natur so reich gesegneten Schlesien dicht neben den Gütern des großen Landadels, inmitten des Reichtums der Bourgeoisie arme Weber buchstäblich am Hunger. Dasselbe Elend, das Gerhart Hauptmann fand, fand auf seinen Wanderungen durch die Gebirgsdörfer auch der Berliner Privatdozent Dr. Wilbrandt. Ergreifend schildert er es in seinem 1906 erschienenen Buche „Die Weber in der Gegenwart".[1] Mann, Frau und Kinder verdienen bei 16stündiger täglicher Arbeit pro Woche zusammen 3 bis 4 Mark, eine Frau, die allein webte, weil der Mann arbeitsunfähig war, verdiente pro Woche 1 Mark. Die Größe des Elends verhindert sein schnelles Verschwinden, die Handweber sind zu anderer Arbeit unfähig. Alle Versuche, die Weber zu anderen Beschäftigungen überzuführen, scheiterten an der Kraftlosigkeit der Weber. So bieten sich den Fabrikanten eine solche Menge billiger Hände an, daß ihm ihre Weiterbeschäftigung rentabel genug erscheint. Die Unternehmer wünschen sogar vielfach das Weiterbestehen der Hausindustrie, wahrscheinlich um mit den Hungerlöhnen der Hausindustrie die Hungerlöhne der Fabrikarbeiter noch weiter drücken zu können. Um die Hausindustrie zu erhalten, verlangte 1889 die Laubaner Handelskammer die Beibehaltung des Zollsatzes für Leinen, und die Handels-

[1] Vergl. „Neue Zeit", XXIV, 2, Nr. 42, S. 539.

kammer zu Schweidnitz redet noch in ihrem Bericht für 1906 von einem Mangel an Handwebern. Auch noch in anderer Weise machen sich die Unternehmer die Not der Weber zunutze, indem sie alljährlich bald hier, bald da auf eine besondere Webernot hinweisen, um dadurch große Staatslieferungen zu erhaschen. Dabei blickt immer ein Bezirk neidisch auf den anderen. „Ein Bezirk will immer dem anderen die Not absprechen, beziehungsweise selbst der am meisten notleidende sein“ (Schlesiens Industrie unter dem Einfluß der Caprivischen Handelspolitik von 1889 bis 1900. Von A. Friedrich; München, Volkswirtschaftliche Studien).

Die Tage der Handweber sind gezählt, aber mit ihrem Verschwinden wird nicht auch das Elend auf Schlesiens Boden verschwunden sein. An Stelle des Elends der Hausindustrie tritt das Elend der Fabrik. Die Hungerlöhne der Hausindustrie drücken auf den Lohn der Fabrikarbeiter. Der Unternehmer möchte am liebsten die Löhne der Hausindustrie in der Fabrik beibehalten. Er zahlt nicht mehr, als gerade notwendig ist, um die jugendlichen Arbeiter und die im besten Alter stehenden Männer und Weiber aus dem Hause hinein in die Fabrik zu locken. Im Jahre 1906 wurden in den Betrieben der schlesischen Textilberufsgenossenschaft 59387 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die an diese gezahlte Lohnsumme betrug 33468962 Mark, das ist pro Kopf 564 Mark. Im Jahre 1905 betrug nach derselben Quelle der Tagesverdienst durchschnittlich 1,75 Mark. Zum Vergleich seien die Tagesverdienste der Arbeiter in den anderen Textilberufsgenossenschaften im Jahre 1905 angeführt:

Seidenberufsgenossenschaft	2,74	Mark
Rheinisch-Westfälische Berufsgenossenschaft	2,73	„
Sächsische Berufsgenossenschaft	2,52	„
Norddeutsche Berufsgenossenschaft	2,47	„
Leinenberufsgenossenschaft	2,40	„
Elsaß-Lothringische Berufsgenossenschaft	2,34	„
Süddeutsche Berufsgenossenschaft	2,16	„

Die Textilindustrie Schlesiens hat sich also den traurigen Ruhm erhalten, die niedrigsten Löhne in Deutschland zu zahlen. Noch mehr zeigt sich dies, wenn man die Löhne in den einzelnen Ortschaften betrachtet. Im April dieses Jahres standen die Strangfärber der Langenbielauer Baumwollfabriken in Lohnbewegung. Zwei Fabriken kamen zunächst in Betracht. Die eine Firma beschäftigte 141 Färber, die andere 203. Für diese beiden Firmen konnten bezüglich des Lohnes der Arbeiter genaue Feststellungen gemacht werden. Es erhielten:

Firma W. Liehr, Färberei

Tagelohn	Arbeiter		Tagelohn	Arbeiter	
Mark	Männlich	Weiblich	Mark	Männlich	Weiblich
2,50	6	—	1,70	1	—
2,45	3	—	1,60	2	—
2,35	3	—	1,50	1	2
2,25	60	—	1,40	1	5
2,20	4	—	1,35	—	1
2,15	8	—	1,30	1	—
2,10	10	—	1,20	1	2
2,00	9	—	1,10	—	15
1,90	3	—		115	25
1,80	2	—			

Digitized by Google

F. Suckert, Färberei und Druckerei

Tagelohn Mark	Arbeiter Männlich	Arbeiter Weiblich	Tagelohn Mark	Arbeiter Männlich	Arbeiter Weiblich
2,40	2	—	1,50	2	1
2,35	1	—	1,40	7	9
2,30	2	—	1,30	3	5
2,25	31	—	1,25	1	1
2,20	1	—	1,20	9	18
2,10	21	—	1,15	1	1
2,00	28	—	1,10	—	3
1,90	16	—	1,00	1	7
1,80	13	—	ohne Angabe	3	—
1,70	8	—		158	45
1,60	8	—			

Die Herren Dierig, Zwanzig, Neugebauer und zwanzig andere Industrielle Schlesiens erklärten durch Unterschrift, daß die Löhne der Firma W. Liehr nicht hinter dem Durchschnitt der Löhne des Reichenbacher Bezirkes zurückstehen. Gleich niedrige Löhne wurden in Landeshut, dem jetzigen Hauptsitz der Leinenindustrie, festgestellt. Hier standen die Weber seit Anfang des Jahres 1907 in der Lohnbewegung, welche im Juni mit Streik und folgender Aussperrung endigte. In der gewissenhaftesten Weise wurden in den einzelnen Wochen von der Organisation die Löhne festgesetzt. 114 Weber der Firma Methner & Frahne erhielten am 8. Juni einen Gesamtwochenlohn von 1190,62 Mark, mithin kommen auf den einzelnen im Durchschnitt 10,44 Mark. Nur 27 von diesen 114 erzielten mehr als 12 Mark. In dem Rinkelschen Betrieb wurden für dieselbe Woche 11,13 Mark als Durchschnitt festgestellt. Am 15. Juni betrug der Durchschnitt 10,91 Mark usw.

27 Familien haben für das Jahr 1906 ihren Verdienst genau aufgezeichnet. Mann und Frau arbeiten in allen diesen Fällen zusammen in der Fabrik. Die Gesamteinnahme der 27 Familien betrug 24633,27 Mark. Auf eine arbeitende Person kommt demnach ein Jahresdurchschnitt von 456,17 Mark.

In Schöneberg hat Dr. Wilbrandt festgestellt, daß der Wochenverdienst an den mechanischen Webstühlen 3, 4, 5, 6 bis 8 Mark beträgt. „Meist 5 bis 6, selten 8 Mark! Auf breiten Stühlen verdient zuweilen ein Mann bei schwerer Arbeit 10 Mark. Aber das sind Ausnahmen. Mit 6 Mark sind die Leute zufrieden, mit 8 selig." Die Arbeiter selbst geben ihre Wochenlöhne folgendermaßen an: Wüttewaltersdorf Männer 12, Frauen 7 Mark, Reichenbach Männer 12, Frauen 9 Mark, Peilau Männer 12, Frauen 7,50 Mark, Lauban Männer 11, Frauen 7 Mark, Neurode Frauen 7 Mark, Friedland Männer 13, Frauen 8 Mark. Selbstverständlich gibt es in einzelnen Städten einzelne Branchen, welche über die Durchschnittslöhne hinausgehen. So sind die Löhne der Langenbielauer Baumwollweber etwas höher als die obengenannten. Zu berücksichtigen ist aber hierbei die starke Verwendung der Frauen, ganz besonders in der Weberei. In einzelnen Orten werden fast nur Frauen beschäftigt. Im allgemeinen setzt sich die an den Webstühlen stehende Arbeiterschaft weit über die Hälfte aus Arbeiterinnen zusammen. Da die Frauen, wie obige Angaben zeigen, allgemein schlechter bezahlt werden als Männer, so ergibt sich, daß das Unternehmertum es verstanden hat, die Hungerlöhne der Hausindustrie auf die Fabrik zu übertragen.

Entsprechend der niedrigen Entlohnung ist die Lebenshaltung eine niedere. Kartoffeln und immer wieder Kartoffeln bilden die Nahrung. Die Wohnungen

bestehen aus höchstens zwei Zimmern in niederen Hütten, in sehr vielen Fällen bildet ein Raum Schlaf-, Koch- und Wohnzimmer zugleich. Die Frauen und Kinder müssen fast immer mit zum Unterhalt der Familie beitragen. Auch der Alkoholmißbrauch ist noch sehr stark verbreitet. Es charakterisiert die dortige Gewerbeinspektion, daß, als aus Anlaß des Langenbielauer Lohnkampfes der Organisationsvertreter den Reichenbacher Gewerberat auf den Zusammenhang der kargen Entlohnung mit dem starken Alkoholgenuß aufmerksam machte, dieser mit naiver Überlegenheit meinte, „das sei Kathederweisheit". Bezüglich der Arbeitszeit stehen sich die Fabrikarbeiter besser als die in der Hausindustrie Beschäftigten. Fast allgemein ist es der Organisation gelungen, den Zehnstundentag durchzuführen.

Die Arbeiter haben sehr lange mit schafsmäßiger Geduld ihr Elend ruhig ertragen, seit ungefähr drei Jahren macht sich jedoch eine starke Bewegung derselben bemerkbar. Die Handweber sind selbstverständlich von vornherein jeder Bewegung und jedes Strebens unfähig. Aber das Fabrikproletariat kommt zum Bewußtsein seiner Klassenlage, es stärkt die Organisationen. Im Jahre 1904 hatte der Textilarbeiterverband in Schlesien 21 Zahlstellen mit 2035 Mitgliedern, darunter 460 weibliche, 1905 25 Zahlstellen mit 5219 Mitgliedern, darunter 1857 weibliche; Anfang 1907 hat er 28 Zahlstellen mit 10200 Mitgliedern, darunter 4198 weibliche. Das Unternehmertum versucht selbstverständlich mit allen Mitteln die Arbeiter von der Organisation abzuhalten, den Kampf derselben wirkungslos zu machen. Es hatte ja bisher unumschränkt geherrscht, willkürlich die Löhne festgesetzt, auf sanitäre Einrichtungen in der Fabrik keinen Wert gelegt, Überstunden angeordnet usw. Jetzt kommt der Arbeiter und will wissen, wie der Lohn berechnet wird, verlangt sanitäre Maßnahmen, weigert sich, Überstunden zu machen usw. Das bringt den Kapitalisten zur Verzweiflung. Jeder Regung der Arbeiter folgen Maßregelungen, Beschimpfungen der Organisation und anderes mehr. Selbstverständlich darf auch jetzt der Staat nicht fehlen, wenn es gegen die Beherrschten geht. Vor Jahrhunderten preßte der Staat gemeinsam mit den Feudalherren und Kaufleuten die Weber und Spinner aus und machte dadurch Schlesien zum Lande des Hungers. Jetzt begnügt sich der Staat nicht damit, daß der Arme seine Soldaten und Schiffe bezahlt. Der Staat stellt den Kapitalisten seine Polizei im Kampfe gegen die Arbeiter zur Verfügung. Die Polizeipraxis Schlesiens ist bekannt; starke Polizeiaufgebote werden in die Versammlungen beordert, Versammlungen werden aufgelöst. Eine Versammlung in Peterswaldau (1906), welche von dem Amtsvorsteher, dem Amtssekretär, dem Grafen Schor-Jost auf Kleinseifersdorf, zwei Gendarmen und zwei Polizisten überwacht wurde, verfiel der Auflösung, weil eine Rednerin den Ausspruch tat: „Im Schweiße der Arbeiter essen viele Unternehmer ihr Brot." Außerdem wurde die Schließung des Lokals auf 24 Stunden verfügt — der Wirt durfte 24 Stunden sein Gewerbe nicht ausüben. Organisierte Ausländer wurden ausgewiesen, die Saalabtreiberei steht in höchster Blüte. Bis zum Jahre 1905 standen in einem einzigen der Orte, in denen Zahlstellen des Arbeitervereins waren, Säle zur Verfügung. Die Arbeiter mußten in Werkstätten oder Stuben zusammenkommen. Ihre Wahlen wurden durch Urabstimmung vorgenommen. Trotzdem ging es vorwärts. Es wurden auch Versammlungssäle erkämpft. Den Wirten, die Arbeiterversammlungen abhalten lassen, wird die Polizeistunde gekürzt, Erlaubnis zur Abhaltung von Vergnügungen verweigert. Gendarmen lassen

sich Arbeiter, welche Fabriksversammlungen besucht haben, ins Kontor der Unternehmer kommen.

Die Bewegung läßt sich dadurch selbstverständlich nicht aufhalten, der Stein ist im Rollen. In allen bedeutenden Orten haben in den letzten Jahren Lohnbewegungen stattgefunden. Die Unternehmer haben darauf beschlossen, jeden, auch den kleinsten Streik mit Aussperrung zu beantworten. Auf Langenbielau-Reichenbach-Peterswaldau im April dieses Jahres folgte Landeshut. Im April war der Verband nicht in der Lage, 8000 bis 10000 Menschen zu halten, der Kampf mußte abgebrochen werden. In Landeshut trugen die Arbeiter nach mehrwöchigem Kampfe den Sieg davon, aber größere Kämpfe sind dort unausbleiblich. Die Arbeiter sind verpflichtet, gegen die schlesischen Hungerlöhne anzukämpfen, die Unternehmer widersetzen sich. Über kurz oder lang wird Schlesien durch heftige Klassenkämpfe die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mögen Schlesiens Textilarbeiter in ihrer Organisationsarbeit nicht erlahmen. Die Organisation des Proletariats ist die Vorbedingung seiner Siege.

Der Kapitalismus beleuchtet von einer ungelehrten Schriftstellerin.

Von **J. van der Goes.**

Aus den bürgerlichen Kreisen haben gelehrte und ungelehrte Schriftstellerinnen dem Studium gesellschaftlicher Fragen durch die genaue Mitteilung von Tatsachen aus der Wirklichkeit oft große Dienste geleistet. Je weniger sie sich mit allgemeinen Schlußfolgerungen befaßten und je weniger sie in ihre Arbeiten irgend eine Tendenz hineinlegen wollten, desto größeren Wert hatten ihre Ergebnisse. Denn nach den bürgerlichen Anschauungen der Verfasserinnen wäre das Ergebnis bei der zunehmenden Schärfe der Klassengegensätze kaum etwas anderes geworden, als eine Beschönigung des Bestehenden. Und das hätte der Richtigkeit der Darstellung nur geschadet.

Indem sie mit bewundernswerter Genauigkeit die Ergebnisse eigener oder fremder Untersuchungen sammeln, befolgen sie dieselbe Methode, die ihren Klassenangehörigen bei der Naturwissenschaft große Dienste geleistet hat. Das Buch von Charles Booth über das Leben der Londoner Arbeiter ist ein vorzügliches Muster dieser Art. Andererseits erhalten die Arbeiten ungelehrter Verfasser, die irgend einen interessanten Teil selbst zu beobachten Gelegenheit hatten, oft großen Wert durch die innige Liebe zu dem behandelten Gegenstand. Eine solche Arbeit ist die von Lady Bell über die Lage der Arbeiter in der Eisenindustrie in Middlesbrough, Yorkshire[1] verfaßte. Sie ist Charles Booth als Dank für „weisen und wohlwollenden Rat" gewidmet. Jedoch ist sie viel weniger ausführlich und bei weitem nicht so planmäßig angelegt wie das Buch von Charles Booth.

Es ist aber vielleicht gerade ein großes Verdienst Lady Bells, daß sie fast ganz ohne System arbeitet. Es ist ihr nicht darum zu tun, die von ihr gesammelten Einzelheiten aus dem kapitalistischen Betrieb in das größere und abstraktere Ganze der kapitalistischen Produktion einzureihen, sondern es ist ihr um die Einzelheiten selbst zu tun. Was sie von der Arbeit und dem Leben der Arbeiter in einem bestimmten Fache gesehen hat, achtet sie wichtig genug, um es genau aufzuzeichnen. Wie das Titelblatt besagt, ist Lady Bell (als sie bloß noch Mrs. Hugh Bell hieß) die Verfasserin einiger Erzählungen. Jetzt hat sie, die Gattin eines Fabrikbesitzers,

[1] At the Works, a study of a manufacturing Town by Lady Bell. London 1907, Edward Arnold.

ihre Aufmerksamkeit jener Wirklichkeit geschenkt, in deren Nähe sie einen großen Teil ihres Lebens zugebracht hat. So wenig es ihr Ziel war, die kapitalistische Produktion besser kennen zu lernen, ebensowenig wurde sie selbst von irgendwelcher allgemeineren Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge geleitet. Dennoch ist die Schrift mehr als eine bloße Aufzählung von Äußerlichkeiten. Lady Bell ist vermöge ihrer Sympathie für die Personen ihrer Darstellung in mancher Hinsicht bis zum Wesen der Sache durchgedrungen. Ihre eigenen, richtigen Anschauungen und der wissenschaftliche Sozialismus, der übrigens für sie nicht besteht, haben schließlich den nämlichen Ursprung. Leidenschaftliche Liebe zum Ziele des beginnenden Kampfes führte zu den Entdeckungen, die die Einrichtung unserer Gesellschaft enthüllten. Herzliche Freundschaft für die Arbeiter, sagt diese Schriftstellerin, habe ihr die Türen ihrer Wohnungen geöffnet — und, fügen wir hinzu, hat ihr das Verständnis gegeben für das, was dort geschah.

* * *

Falls Lady Bell je etwas aus Büchern gelernt oder von allgemeinen Theorien gehört hat, so sind es die Begriffe, die in der Welt ihrer Standesgenossen gelten, und die meistens das Gegenteil der Wahrheit enthalten. Aber in dem Lichte *ihrer* Sympathie erscheinen die Sachen ganz anders.

Die Verfasserin hat die bekannte Wahrheit, daß die fortschreitende kapitalistische Entwicklung auf die Dauer eher schädlich als günstig für die Arbeiter ist, von neuem im Arbeiterviertel ihrer Fabrikstadt entdeckt.

„Wir lesen überall“, sagt sie, „von den besten Mitteln, um diese oder jene nationale Industrie zum Gedeihen zu bringen.“ Und zu gleicher Zeit finden wir Klagen über die Entartung unseres Geschlechtes. Dann sagt man uns, daß die Entartung ein Ende nehmen würde, wenn nur die Geschäfte blühten. „Aber gerade die Erfahrung widerspricht dieser Behauptung.“ „Wir haben alle Ursache zu fragen, ob das, was wir Prosperität nennen, die *Entartung nicht viel mehr fördere als hemme.* Ob die Wirkung günstiger Konjunktur, ob die Vergrößerung der Arbeiterzahl, die einem bestimmten Orte zueilt und sich dort zusammendrängt, um leben zu können, nicht zu gleicher Zeit die Entartung verschlimmere.... Die Bedingungen für die Blüte und die Wohlfahrt einer Industrie sind ebensowenig an sich wohltätig und günstig für die Menschen, auf deren Arbeit dieses Gedeihen beruht, als die lange Seereise, die einem Reichen zur Erholung empfohlen wird, an sich wohltätig und günstig ist für den Heizer der Dampfmaschine, der sich in der erstickenden Hitze unten abquält.“

In dieser Art urteilt die Verfasserin aus ihrer Erfahrung heraus, und in ihrer Weise sagt sie uns dasselbe, was wir aus anderer Quelle als die Folgen des Gesetzes der Kapitalakkumulation kennen, die zugleich den Reichtum und die Armut vergrößert. Vom Standpunkt der Kapitalisten aber wird nur die günstige Wirkung betrachtet, die diejenige Wirkung ist, die sie erfahren, und die sie am liebsten als die einzige und allgemeine Wirkung hinstellen möchten. Wenn diese Fabrikantenfrau jedoch die glänzenden Geschäfte rühmen hört, die in dem Unternehmen ihres Gatten dann und wann gemacht werden, hat sie darüber ihre eigenen Anschauungen, denkt sie an den Gegensatz zu der Lebensführung der Arbeiter, die dadurch nicht verbessert wird. „Wir hören“, schreibt sie, „daß in irgend einem Jahre die Eisenbranche um so und so viel Millionen Tonnen fortgeschritten ist und daß so und so viel Tausende Menschen mehr darin ihr Brot verdienen konnten. Dann freuen wir uns mit Recht über die Rührigkeit unserer Landsleute.“ „Aber während wir uns freuen, sollen wir auch fragen, wie viele unter diesen Tausenden durch diese Blüte in der Tat glücklich gemacht worden seien; wie viele von der größeren Masse derer, aus deren Hände Werk der größere Ertrag hervorging, wirklich die Schönheit, die das Leben dem Körper wie dem Geiste zu bieten hat, haben kennen lernen.“

Die Arbeiter von Middlesbrough verdienen ziemlich hohe Löhne. Sie gehören nicht zu denen, die am schlechtesten bezahlt werden. Nach dem Maßstabe der Lohn-

statistik sollte man wenig Armut erwarten. Jemand aber, der so viel vom Arbeiterleben gesehen hat wie die Verfasserin dieses Buches, weiß, daß dieser Maßstab unzuverlässig ist. Eine Familie mit 40 Schilling kann sehr gut schlechter leben als eine mit 30. Es mag diese Regel für jede Klasse einigermaßen gelten. Sie gilt hauptsächlich für die mit kleinem Einkommen, also für die Arbeiterklasse. Die Art, wie das Geld verwendet wird, ist von überwiegender Bedeutung, bildet sogar den Unterschied zwischen „genug" und „zu wenig". Es kann sehr gut sein, daß die steigenden Lohnsätze mehr als ausgeglichen werden durch zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ordentlich zu wirtschaften, was in den vielen Gegenden, wo die Frauenarbeit selbst zunimmt, ganz gewiß der Fall ist. Diese und ähnliche Nachteile aber rechnet der bürgerliche Ökonom meistens zu den Dingen, wofür nicht der Kapitalismus, sondern der Arbeiter selbst verantwortlich sein soll. „Lohn ist Lohn", urteilt er, „und wenn der Lohn nicht gut verwendet wird, ist das des Arbeiters eigene Schuld."

Dieser ihr nur allzusehr bekannten Auffassung setzt Lady Bell jedesmal ihre bessern Einsichten entgegen.

Arbeiterfrauen, sagt sie, seien oft unordentlich, unaufmerksam, launenhaft. „Gibt es aber solche Frauen nicht auch in anderen Klassen? Der Unterschied ist aber der, daß diese Dienstmädchen haben, deren Pflicht es ist, die Ordnung und Reinlichkeit zu erhalten, die man in wohlhabenden Wohnungen erwartet. In Arbeiterfamilien bringt jede Abweichung von der strengsten Regel sofort Mangel mit sich. „Wir können das besser verstehen", schreibt Lady Bell, „wenn wir schlechtweg bekennen, daß es leider ein Gesetz für die Reichen und ein anderes Gesetz für die Armen gibt." „Jedes Abweichen von der Selbstverleugnung, Mäßigkeit, Sparsamkeit, selbst Ordnungsliebe springt bei den letzteren sofort so scharf wie möglich in die Augen, weil es auch sofort unglückselige Folgen hat; woraus wir schließen, daß solche Abweichungen hier häufiger sind als bei den Bessergestellten"....

Die schlechte Gewohnheit des späten Aufstehens zum Beispiel stört wenig oder gar nicht, wenn der Haushalt doch seinen gewöhnlichen Gang geht; für Frauen aus den höheren Klassen, die nicht allzu kräftig sind, wird es sogar für eine vernünftige Lebensweise gehalten. Für Arbeiterfrauen aber ist es mehr als eine schlechte Gewohnheit, denn geben sie nach, so gerät alles in Unordnung, es kann die Ursache des Untergangs einer ganzen Familie werden.

In zwei Kapiteln wird das Leben der Frauen und Mädchen ausführlich erörtert; wie ein Geschlecht nach dem anderen aufwächst und dahingeht im ewig gleichen Schlendrian einer Arbeit, die zu schwer ist, die nie endet, die keine Unterbrechung und keine Abwechslung kennt. — Nirgends findet sich in dieser Existenz eine Lücke, wo die Besserung einsetzen könnte. Die geringen Mittel zwingen zu endloser Arbeitsqual; natürliche oder erworbene Fähigkeiten erschlaffen und gehen verloren, Unwissenheit und Ungeschick erschweren die Armut; an welchem Punkte könnte dieser verhängnisvolle Kreislauf, in den das menschliche Leben gebannt ist, durchbrochen werden?

* * *

Lady Bell bespricht auch das, was in der bürgerlichen Redeweise Unsittlichkeit heißt. Die Verhältnisse, in denen Knaben und Mädchen ohne gutes Beispiel und ohne Aufsicht in oft überfüllten Wohnungen aufwachsen, führen dahin. Außer vielen sehr frühen Ehen finden sich Ehen, die es nur zeitweilig sind. „Im allgemeinen fehlt es an einer öffentlichen Meinung, die stark genug ist, um einer Abweichung von dem vorzubeugen, was gewöhnlich als sittliche Forderung betrachtet wird."

Die Erfahrung Lady Bells hat sie aber gelehrt, daß dies kein unvermischtes Übel zu nennen sei. Nach und nach hat sie eingesehen, daß das Drängen auf eine gesetzliche Ehe nicht immer vernünftig ist. Wo Mann und Weib zusammenleben und im übrigen nichts daran auszusetzen ist, soll man mit der Kritik vorsichtig sein. Die Stellung des Weibes ist da bisweilen stärker, als wenn sie verheiratet ist. Der Gatte weiß, daß sie ihn verlassen kann, falls er sie nicht gut behandeln sollte;

er wird sich mehr beherrschen als einer Frau gegenüber, die das Gesetz an ihn gekettet hat. Frauenmißhandlung ist eines der schlimmsten Übel in der Arbeiterwelt. Stellt sich heraus, daß eine freiere Form des geschlechtlichen Verkehrs die Stellung der Proletarierfrau (anders als bei der Bourgeoisie) stärkt, so ist diese Form besser. Die Familie ist in der Arbeiterklasse das, was die Frau ist. Nicht weniger merkwürdig ist der Abschnitt in Lady Bells Buch über Trinken, Wette und Spiel. Was den Alkoholgenuß betrifft, sagt sie, sei es vor allem nötig — wenn wir überlegen, ob etwas zur Besserung getan werden könne —, daß wir bedenken, welche Mächte in diesem hochwichtigen Kampfe auf der einen und welche auf der anderen Seite stehen. „Unser Herz steht still, wenn wir sehen, wie ungeheuer viel günstiger die Aussichten des Alkohols erscheinen."

Das Trinken nimmt den Platz aller Tafelfreuden ein bei denen, für die es die einzige Form dieser Freuden ist; es ist eine vorübergehende Aufregung und Zerstreuung für den, der wenig Gelegenheit zur Erholung hat; der Alkohol ist der unvermeidliche Tischgenosse an allen Orten gesellschaftlicher Vergnügungen. Das Trinken hat sowohl in der Ursache wie in den Folgen große Ähnlichkeit mit der Spielsucht. Ebenso wie unter allen Umständen getrunken werden kann, kann unter allen Umständen gespielt werden. Die Würfel, die Karten, die Wetten bei allerhand Sport, vom Billard in der Kneipe bis zu den öffentlichen Rennen, sind überall und immer zur Hand. Der Alkohol schafft eine neue und bessere Welt in der Phantasie des Trinkers. Die Chancen des Spiels erfüllen seine Gedanken und eröffnen die Aussicht auf Gewinn, der den Arbeiter in bessere Verhältnisse bringen wird. Wie die Trunksucht, verschlingt das Spiel einen großen Teil des Einkommens. Um die Nachwehen des Trinkens zu heilen, muß immer mehr getrunken werden; so muß auch abermals und höher eingesetzt werden, um die Verluste des Spiels zu decken. Der erste Rausch ist die Zuflucht des nüchternen Mannes, der sich zerstreuen will. Der folgende ist das Verhängnis des Trinkers, der sich nicht mehr zurückziehen kann. Das gilt sowohl für den Alkohol als für Würfelspiel.

Lady Bell erzählt von einer Arbeiterfrau, die auf Rennpferde zu wetten angefangen hatte, als sie in der größten Not war. „Sie hatte fortgefahren, der Aufregung und des Interesses wegen, das es ihrem Leben gab."

„Es war unheilvoll, entsetzlich unheilvoll, daß diese Frau spielte.... Aber dennoch muß ihr, die sich vorher mit nichts abgegeben hatte außer ihrem mühseligen, alltäglichen Leben, ein Licht, wenn auch noch so trübe, aufgeleuchtet haben, als sie angefangen hatte, in dieses Leben die fortwährende Abwechslung von Hoffnung, Furcht und Erwartung zu bringen, als sie Tag für Tag, wenn sie das Pfennigblättchen zur Hand nahm, um das Ergebnis eines Rennens zu sehen, das Gefühl bekam, daß darin auch ihr Los entschieden werde."

In der Weise über die von allen Moralisten und Ökonomen verabscheuten Sünden des Arbeiters, der seinen guten Lohn an überflüssige und schädliche Dinge verschwendet, reden zu hören, ist jedenfalls eine angenehme Abwechslung.

Wandlungen in der Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung.

Von **Friedrich Kleeis** (Wurzen).

Abgesehen von der Unzulänglichkeit der Leistungen und der Ausdehnung leidet die Arbeiterversicherung an zwei Hauptfehlern: der Zersplitterung der zu ihrer Durchführung nötigen Organisationen und der äußerst mangelhaften Art der Erledigung der sich aus der Versicherung ergebenden Streitigkeiten, die geradezu zur Rechtsunsicherheit geführt hat.

Das Krankenversicherungsgesetz hat die sich aus ihm ergebenden Streitigkeiten zwischen den versicherten Personen oder ihren Arbeitgebern und

Digitized by Google

den Krankenkassen den Aufsichtsbehörden zur Entscheidung übergeben. Die Entscheidung kann binnen vier Wochen nach deren Zustellung mittels Klage im ordentlichen Rechtsweg, soweit aber landesgesetzlich solche Streitigkeiten dem Verwaltungsstreitverfahren überwiesen sind, im Wege des letzteren angefochten werden. Streitigkeiten zwischen den Kassen untereinander oder zwischen den Kassen und den Gemeinden werden im Verwaltungsstreitverfahren und, wo ein solches nicht besteht, von der Aufsichtsbehörde entschieden. Entsprechend diesen Bestimmungen sind in den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches die Einrichtungen äußerst verschieden. In Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen greift für die Anfechtung der aufsichtsbehördlichen Entscheidung das Verwaltungsstreitverfahren Platz, in Preußen und einigen anderen Bundesstaaten entscheiden die ordentlichen Gerichte usw. Diese Verschiedenartigkeit hat dazu geführt, daß jeder Bundesstaat seine eigenen Rechtsanschauungen hat. Für die Bundesstaaten, welche die Erledigung der Streitfälle dem Verwaltungsstreitverfahren übergeben haben, sind die jeweiligen Oberverwaltungsgerichte die höchste Spruchbehörde, für die Bundesstaaten, welche die Rechtsprechung den ordentlichen Gerichten überlassen haben, sind die Oberlandesgerichte und schließlich das Reichsgericht die höchste Instanz. Keine dieser höchsten Spruchbehörden braucht sich nach der anderen zu richten, und so kommt es, daß sich eine ganze Anzahl höchstinstanzlicher Urteile direkt widersprechen.

Ein weiterer Mangel der Rechtspflege in der Krankenversicherung besteht darin, daß sie gänzlich ohne Zuziehung der Versicherten ausgeübt wird.

Die Rechtsprechung in der Unfall- und Invalidenversicherung ist den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung als erster und den Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt als zweiter und höchster Instanz übertragen. Auch diese Einrichtungen haben noch ihre großen Mängel. Daß auch die Landesversicherungsämter (für diejenigen Berufsgenossenschaften, die sich nur auf den Bezirk des betreffenden Bundesstaats erstrecken), wie sie für Sachsen, Bayern, Baden usw. bestehen, als höchste Spruchbehörden den einheitlichen Charakter stören, ist bekannt. Man setze auch über sie noch das Reichsversicherungsamt oder, was noch besser ist, man beseitige sie ganz.

Sodann die Langsamkeit des Verfahrens! Streitverfahren, die sich zwei, drei und noch mehr Jahre hinziehen, sind keine Seltenheiten. Ferner hat schon die unklare staatsrechtliche Stellung der Schiedsgerichte zu vielen Unzuträglichkeiten geführt. Werden doch diese Gerichte aus den Mitteln der Versicherungsträger selbst, also von den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten, unterhalten! Daß hierunter die Unabhängigkeit der Richter leidet, unterliegt wohl keinem Zweifel. Eine Anzahl Schiedsgerichtsvorsitzende bekleiden nur nebenamtlich diesen Posten, sind also mit Arbeit überhäuft oder können sich nicht in die Materie der Arbeiterversicherung genügend einarbeiten.

Auch die Landesversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt haben ihre großen Mängel. Es sei nur auf die bureaukratische Organisation derselben, auf die große Umständlichkeit der Wahl der Vertreter der Versicherten usw. verwiesen. Die einzelnen Senate des Reichsversicherungsamtes fällen zum Beispiel ihre Entscheidungen in der Zusammensetzung von mindestens drei Regierungsbeamten und je einem Vertreter der Versicherten und

der Arbeitgeber. In dem größten Teile der Streitfälle (die im Gesetz näher bezeichnet sind) ist die Zuziehung zweier weiterer richterlichen Beamten notwendig. Bei dem „erweiterten Senat", welcher zusammentritt, wenn ein Senat in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, sind ebenfalls nur zwei Vertreter der Versicherten zuzuziehen.

Bei dieser vielgestaltigen Organisation der Rechtspflege ist es nur zu natürlich, daß diese selbst ein ebenso buntes Bild bietet. Aber nicht nur das. Sieht man vielleicht höchstens von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung ab, so sind die Versicherten auch auf die Rechtsprechung völlig einflußlos. Auch sie ist ein Privilegium der Besitzenden. Die Folge davon ist, daß die Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung denselben Wandlungen unterworfen war und ist, welche in den letzten Jahren die Sozialreform überhaupt durchgemacht hat. Es ist bekannt, daß man in bürgerlichen und besonders konservativen Kreisen immer mehr auf die angeblich hohen Lasten schimpft, daß man zum Beispiel die „kleinen Renten" überhaupt beseitigt wissen will. Die Ansichten, die in der kürzlich vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Broschüre: „Schattenseiten der Sozialreform" enthalten sind, sind schon längst Gemeingut der bürgerlichen Kreise. Nach dieser Broschüre sollen die Arbeiterversicherungsgesetze Simulanten züchten, „die Willensstärke und das Pflichtbewußtsein der Arbeiter schwächen", sie sollen angeblich „ein Geschlecht heranwachsen lassen, bei dem künftig nicht nur der körperliche Befund, sondern auch die jeweilige Charakterschwäche zu begutachten sein wird" usw. Den Ärzten liege es ob, die um sich greifende Rentensucht einzudämmen und „die unbegründeten Begehrungsvorstellungen im Keime zu ersticken".

Diese Vorstellungen finden mehr und mehr ihren Ausdruck in der Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung! Fortgesetzt wird sie immer ungünstiger für die Versicherten.

Bei der Unfallversicherung kommt durch die „hervorragende" Mitwirkung der Ärzte und Unternehmer die Ansicht der bürgerlichen Kreise am unverfälschtesten zum Ausdruck.

Von den Berufungen wurden durch Entscheidung der Schiedsgerichte erledigt im Jahre 1896 zugunsten des Rentenbewerbers 24,4 Prozent und zugunsten des Versicherungsträgers 62,2 Prozent. Zehn Jahre später, 1906, wurden aber zugunsten der Rentenbewerber nur noch 20,3 Prozent, dagegen zugunsten der Versicherungsträger 69,2 Prozent erledigt. Obgleich nun, wie die Statistik zeigt, die von vornherein aussichtslosen Berufungen immer mehr unterblieben sind, hat doch fortgesetzt eine Verschiebung des Erfolges des Rechtsmittels zuungunsten der Verletzten stattgefunden. Die Zahl der Rekurse gegen die Schiedsgerichtsurteile hat sich ebenfalls vermindert, und zwar von 31,2 Prozent im Jahre 1901 auf 28,7 Prozent im Jahre 1906. Also auch hier sind die aussichtslosen Weiterverfolgungen des Rentenanspruchs der Verletzten mehr und mehr unterblieben. Trotz alledem aber verschlechterte sich der Erfolg der Rekurse! Von den Rekursen der Versicherten wurden im Jahre 1900 zusammen 25,2 Prozent, im Jahre 1906 aber nur noch 18,2 Prozent zu deren Gunsten abgeändert. Gerade umgekehrt ist das Verhältnis bei den Rekursen, die von den Berufsgenossenschaften eingelegt wurden. Dieselben waren im Jahre 1900 in 46,3 Prozent der Fälle von Erfolg, im Jahre 1906

Digitized by Google

aber bei 52,5 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß die prozentuale Zahl der Rekurse der Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften) ständig im Zunehmen begriffen ist. Der eklatanteste Beweis für die den Verletzten immer ungünstiger werdende Rechtsprechung wird aber dadurch erbracht, daß die auf einen entschädigungspflichtigen Unfall entfallende Entschädigung von Jahr zu Jahr geringer wird. Es entfielen nämlich auf einen entschädigungspflichtigen Unfall an Entschädigung 1887 237 Mark, 1891 189 Mark, 1894 165 Mark, 1896 152 Mark und 1904 151 Mark. Obgleich der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der Arbeiter, der bei der Festsetzung der Entschädigungen die Hauptrolle spielt, von Jahr zu Jahr gestiegen ist (zum Beispiel von 662 Mark im Jahre 1894 auf 833 Mark im Jahre 1904), sind doch die Entschädigungsbeträge fortgesetzt geringer geworden. Besser können wohl die „Fortschritte der Sozialreform" nicht illustriert werden! Hierbei ist noch zu beachten, daß es die Rechtsprechungsinstanzen verstanden haben, die als entschädigungspflichtig zu geltenden Unfälle fortgesetzt zu beschränken. Es sei in dieser Hinsicht zum Beispiel nur darauf verwiesen, daß die Unfälle, die sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte und wieder zurück ereignen, früher als zu entschädigende Betriebsunfälle angesehen wurden, jetzt aber nicht mehr. Das Neueste ist, daß der Dolus eventualis, der schon in der Strafrechtspflege großes Unheil angerichtet hat, auch in die Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung eingeführt wird. Mit Hilfe desselben werden die Unfälle, die aus Fahrlässigkeit und Unachtsamkeit eintraten, in solche umgewandelt, die angeblich aus Vorsätzlichkeit geschehen sind und deshalb nicht entschädigt zu werden brauchen. Hiergegen haben sich selbst bürgerliche Sozialpolitiker schon gewendet, wie zum Beispiel Dr. Fuld in Mainz.

Die Rechtsprechung in der Invalidenversicherung zeigt ähnliche Erscheinungen wie diejenige zur Unfallversicherung. Die Zahl der Berufungen gegen die Bescheide der Versicherungsanstalten hat in den letzten Jahren zugenommen, ebenso die Zahl der gegen die Schiedsgerichtsurteile eingelegten Revisionen. Und das alles trotz der sich immer mehr klärenden Rechtslage.

Hinsichtlich der Art der Erledigung der Berufungen ist hervorzuheben, daß die Urteile zugunsten der Versicherungsanstalten sich von 80 Prozent im Jahre 1901 auf 83 Prozent im Jahre 1905 vermehrten, die zugunsten der Rentenbewerber aber in der gleichen Zeit sich von 19 Prozent auf 16 Prozent verminderten. Betreffs der Revisionen an das Reichsversicherungsamt ist bemerkenswert, daß die Zahl der Bestätigungen der Schiedsgerichtsurteile, wenn es sich um Revisionen der Versicherten handelt, fortgesetzt zunimmt, wenn es sich aber um Revisionen der Versicherungsanstalten handelt, ständig abnimmt. Am treffendsten wird diese Rechtsprechung noch dadurch beleuchtet, daß die Zahl der bewilligten Invalidenrenten ständig abnimmt (von 152862 im Jahre 1903 auf 110969 im Jahre 1906), ebenso die Zahl der Altersrenten (von 19852 im Jahre 1900 auf 10666 im Jahre 1906). Um ein klein wenig zugenommen haben nur die Krankenrenten, und zwar von 9216 im Jahre 1903 auf 12422 im Jahre 1906. Das dürfte aber seine Erklärung darin finden, daß die Krankenrenten den Versicherungsanstalten weniger kosten, denn sie haben bekanntlich erst mit dem Beginn der 27. Woche der Erwerbsunfähigkeit einzusetzen, da sie für die angenommene vorübergehende Erwerbsunfähigkeit gewährt werden. Die für die dauernde Erwerbsunfähig-

Digitized by Google

keit bestimmten Invalidenrenten haben dagegen mit dem Beginn dieser Erwerbsunfähigkeit einzusetzen. Man sieht: Sparsamkeit an allen Enden!

Für die Rechtspflege in der Krankenversicherung ist bezeichnend, daß es irgend eine Statistik oder eine sonstige Übersicht über dieselbe gar nicht gibt. Weder die Zahl der aufsichtsbehördlichen Entscheidungen noch die Zahl der gegen dieselben erhobenen Klagen ist bis jetzt statistisch festgestellt worden. Will man daher die Rechtsprechung zur Krankenversicherung beurteilen, so kann man das nur an der Hand einzelner Urteile. Und hier zeigt sich, daß auch diese Rechtspflege Wandlungen durchgemacht hat. Hier sind weniger die Versicherungsträger als solche geschützt worden, namentlich soweit die Ortskrankenkassen in Frage kommen, sondern es hat sich der Schutz auf die Unternehmer beschränkt. Nebenher ist man auch bestrebt gewesen, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen nach Möglichkeit einzuschränken. Dafür nur einige Beispiele. Nach § 50 des Krankenversicherungsgesetzes sind Arbeitgeber, welche der ihnen obliegenden Anmeldepflicht vorsätzlich oder fahrlässigerweise nicht genügen, verpflichtet, alle Aufwendungen zu erstatten, welche die Kasse auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Vorschrift in einem vor der Anmeldung durch die nicht gemeldete Person veranlaßten Unterstützungsfall gehabt hat. Während früher die Bestimmung auch auf unrichtige Meldungen und auf unterlassene Meldungen von Lohnveränderungen entsprechend angewendet wurde, wird jetzt die Anwendung nur auf überhaupt nicht angemeldete Personen beschränkt. Die Kreishauptmannschaft Leipzig und andere Behörden haben neuerdings ausdrücklich festgestellt, daß die Bestimmung, die für die Arbeitgeber sehr einschneidend sei, nicht im erweiternden Sinne ausgelegt werden darf. Ferner war es seither mangels jedweder gegenteiligen gesetzlichen Bestimmung angängig, daß auch Kassenbeamte Mitglieder des Kassenvorstandes sein konnten. Jetzt hat aber das sächsische Ministerium des Innern entschieden, daß dies nicht mehr statthaft ist und die Entscheidung darüber nicht mehr der Generalversammlung zusteht. Dasselbe sächsische Ministerium hat auch unlängst entschieden, daß Arbeiter, die eine eigene Betriebskrankenkasse haben, nicht gehindert werden können, vor Aufnahme eines Arbeiters diesen einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen und ihn zurückzuweisen, wenn er kränklich ist. Dafür kommen Unternehmer, die sich gegen die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes vergehen, bei den Behörden und Gerichten mit recht geringen Strafen davon!

Die reaktionäre, arbeiterfeindliche Strömung, die jetzt auf politischem Gebiet obenauf ist, macht sich eben auch bei der Arbeiterversicherung geltend.

Moderne Buchkunst.

Von **Hermann Wendel.**

Schwerlich kann man sich etwas Scheußlicheres vorstellen als die in Rot und Gold prangenden „Prachtbände“, die, dekorativen Zwecken huldigend, bis heute neben und auf den unterschiedlichen gestickten und gehäkelten Decken und Deckchen, Decken- und Deckchenschonern in der guten Stube des Kleinbürgers wie in dem Salon des Großbourgeois herumprotzen und sich wohl auch hier und da in das Heim des Arbeiters verirren. An schreiender Geschmacklosigkeit erreichen sie die Schränke, Spiegel und Konsole mit gedrehten Säulen, etagenförmigen Knöpfen und wild verschnörkelten Aufsätzen, bei denen alle Stile vom Rokoko und Barock bis zur Neu-

Digitized by Google

golik und zum Japonais in ein wahnsinniges Stilchaos zusammenwirbeln. Wie sie entstammen auch diese „Prachtbände“ der Gründerperiode, deren kapitalistischer Krafttaumel der Bourgeoisie eine greuliche Geschmacksverlotterung bescherte und ihr nur das Überladene, „Reiche“ als schön erscheinen ließ. Was bei dieser Art Dekorationsgegenständen in Buchform aber besonders abstoßend wirkt, ist, daß sie eben Dekorationsgegenstände sind, daß ein Gefäß, das erst durch seinen geistigen Inhalt Bedeutung erhält, zum Selbstzweck wird. Das Buch wird damit zur Nippsache, und Nippes sind immer Kitsch! In der Tat bergen diese „Prachtbände“ fast ausnahmslos den erlesensten literarischen Schund — außen hui, innen pfui! ist ihr Leitmotiv —, und die Bezeichnung Goldschnittlyrik wurde geradezu ein Gattungsbegriff.

Heute stehen wir mitten in einer Blüte der Buchkunst, die zweifellos einmal jener Afterbuchkunst gänzlich den Garaus machen wird. Natürlich ist es keineswegs Zufall, daß jetzt auf die Buchausstattung ein Wert gelegt wird wie nie zuvor. Einmal und vornehmlich hängt die moderne Buchkunst mit dem Aufschwung des modernen Kunstgewerbes überhaupt zusammen, das die Kunst in den Alltag hineintragen, den Alltag selbst zum Kunstwerk machen will. Dieser Aufschwung des Kunstgewerbes wiederum legt für die Entwicklungshöhe des Kapitalismus ein ebenso beredtes Zeugnis ab wie statistische Tabellen, denn eine genügend große Schicht von reichen und in gewissem Sinne ästhetisch interessierten Leuten ist die Vorbedingung für die Blüte jedes Kunstgewerbes. Je größer die Zahl der arbeitslosen Einkommen, desto günstiger der Boden für das Kunstgewerbe! Darum ist das klassische Land der kapitalistischen Entwicklung, England, die Wiege des modernen Kunstgewerbes, das unbeschadet dessen, daß seine ersten Vorkämpfer, ein Ruskin, ein Morris, ein Crane sozialistischen Geistes einen gewaltigen Hauch verspürt hatten, seinen kapitalistischen Ursprung nicht verleugnet.

Wie dieses Kunstgewerbe dem kleinsten Gebrauchsgegenstand eine Reizwirkung entlocken will, so trachtet es auch danach, aus dem modernen Buche ein Kunstwerk zu machen. Nicht eine Nippsache soll das Buch sein, aber schöne Schale für einen guten Kern. Leitspruch der modernen Buchkunst wurde, was Goethe in dem Vierzeiler ausgedrückt:

> Überall trinkt man guten Wein,
> Jedes Gefäß genügt dem Zecher;
> Doch soll es mit Wonne getrunken sein,
> So wünsch' ich mir künstlich griechischen Becher.

Und daß dieser Leitspruch vernünftig und gesund ist, liegt auf der Hand.

Außer dem allgemeinen Zusammenhang mit dem Kunstgewerbe hat die Entwicklung der Buchkunst aber noch eine andere genealogische Linie, die zu der Entwicklung der Literatur selbst, zur Entwicklung des Buchinhaltes führt. Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts jene im Wesen kleinbürgerliche Revolution in der Literatur proklamiert wurde, die noch einmal eine Neublüte bürgerlichen Geisteslebens mit sich zu bringen schien, da schleuderte Wilhelm Friedrich in Leipzig, der Hauptverleger des zweiten Sturmes und Dranges, die programmatischen und die anderen Schriften der Alberti, Arent, Bleibtreu, Conradi, Conrad, Walloth und wie die vielen, heute zum großen Teile verklungenen Namen sonst noch lauteten, als echt revolutionäre Werke schon äußerlich erkennbar, unter die deutsche Jugend: schlecht und recht mit simplen Zeitungslettern auf gewöhnlichem Papier gedruckt und in weniger als notdürftige Umschläge eingeheftet. Aber unbekümmert um ihr wenig reizvolles Äußere stürzte man sich mit heißen Köpfen auf diese Schriften, weil man fieberhaft in ihrem Inhalt nach Sinn und Inhalt des Lebens schürfte. Dann verebbte die Hochflut des Naturalismus, verebbte in das seichte Geplätscher der Neuromantik, des Symbolismus, des Mystizismus, des Formalismus und verschiedener anderer Ismen — die bourgeoise Literatur, unfähig, die Pforten des letzten Rätsels zu sprengen, verästhetelte; sie wurde eine lebensabgewandte Kunst, wie ja überhaupt Kunst für die Bourgeoisie auf ihrem absteigenden Aste nichts weiter als Lebens-

abkehr, als Opiat ist.[1] In diese Zeit, als man sich von dem revolutionären Inhalt zur schönen Form durchmauserte, in die Mitte der neunziger Jahre fällt bezeichnenderweise der Beginn des modernen Buchgewerbes in Deutschland.

In England war es damals längst herrschende Macht. Jene erwähnten Ruskin, Morris und Crane erwarben sich große Verdienste um die Buchausstattung, und namentlich Crane war es, der sich bei den von ihm ausgeschmückten Büchern nicht damit begnügte, die Illustrationen zu zeichnen, sondern das Ganze des Druckwerkes im Auge hatte: er entwarf den Einband und zeichnete das Muster des Vorsatzpapieres, so daß die ganze Ausstattung des Buches aus einem Guß war.

Die Entwicklung des deutschen Kapitalismus war aber noch in einem anderen Sinne als dem angeführten Vorbedingung für die Entwicklung der Buchkunst, insofern die vervollkommnete Technik bessere und billigere Methoden künstlerischer Reproduktion schuf und auch die immensen Fortschritte in der Papierindustrie eine Fülle schöner Druckpapiere erzeugten, die vor fünfzehn Jahren noch unbekannt waren.

Der Hauptgrundsatz des modernen Kunstgewerbes ist, daß der Künstler die ästhetische Reizwirkung durch die Schönheit des Materials zum ersten und zum zweiten durch die Veredelung der Zweckform zu erstreben hat. Außerhalb der Zweckform gibt es keine Schönheit. Dieser Grundsatz wird auch auf das moderne Buch angewandt. Der Einband hat den Zweck, das Buch einzuschließen und zu schützen. Er hat ferner den Zweck, von dem Inhalt des Buches eine Kunde und eine Vorahnung zu geben. Er wirkt deshalb zweckwidrig und unschön, wenn er Bild- oder gar architektonische Wirkungen erstrebt. Die einzige berechtigte Ornamentik bei dem Bucheinband ist die flächige Ornamentik. In diesen Grenzen ist der Phantasie weiter Spielraum gelassen, aber das Haupterfordernis bleibt, daß das Dekorative nie als Selbstzweck wirkt und vor allem mit dem Inhalt des Werkes nicht in Widerspruch steht. So würde es verfehlt sein, ein Buch über Gesellschaftswissenschaft in heitere leichte Farbtöne zu kleiden und den Einband mit tänzelnden Arabesken zu verzieren, wie es ebenso unsinnig wirken würde, wenn ein Bändchen leichter Lyrik äußerlich tragisch und imposant wirkte: etwa durch wuchtige Lettern, starre Querbalken usw. Wie man mit ganz einfachen Flächenornamenten, durch die bloße Linie höchst eindringlich wirken kann, zeigt Thomas Theodor Heine bei den Publikationen des Verlages Albert Langen. Durch die Farbe wirken mehr die Franzosen, wie Steinlen, Forain und Léandre neben anderen, das Gewand des Buches kleidsam zu machen. Die erwähnten Namen zeigen, wie sehr die Buchkunst heute eine wahrhaft künstlerische Domäne geworden ist.

Die Wirkung durch die Farbe aber wird für die Buchkunst zum Mittel eines derben kapitalistischen Sündenfalls. Der Deckel des Buches wird zur Reklame; er soll im Schaufenster des Buchhändlers die anderen Bücher gegenüber der Ware, die er deckt, ausstechen, und so sind die Büchereinbände, die in den grellsten Farben den Beschauer anschreien und antrompeten, nichts Seltenes mehr. Der verwilderte Plakatstil verhält sich zur modernen Buchkunst wie der warenhausmäßige Jugend- oder Sezessionsstil zum einfachen ruhigen Stil der Vandervelde, Riemerschmid, Bruno Paul usw. Leider selbstverständlich ist es auch, daß das Talmi sich gleichfalls in die moderne Buchkunst eindrängt und in der Form von Papieren auftritt, die Pergament, Leinwand oder gar gepreßtes Leder vortäuschen sollen.

[1] Am klassischsten hat das Herr Werner Sombart ausgedrückt, der in seiner „Geschichte des modernen Kapitalismus" am Ende melancholisch verzichtend sagt: „Die Politik und das öffentliche Leben ist heutzutage nur noch ein Kampf der wirtschaftlichen Klassen, es ist ein Kampf, wo man um kleine Lohnerhöhungen, niedrige Getreide- und Fleischpreise usw. streitet. Wir Ideologen des Geistes, wir gebildeten Leute, die wir keine bestimmte Klasse sind, was sollen wir noch in der ganzen Politik? Laßt uns mehr in Goethe leben!" Das ist die Stimmung einer ganzen Klasse, die aus dem Leben in die Kunst flüchtet.

Was das Innere des Buches angeht, verweilt man zuerst beim Titelblatt. Es gibt Titelblätter, wie von Vogeler-Worpswede und anderen, die reizvoll von lebenden Ornamenten umrankt sind, aber vornehmer, weil ruhiger, wirkt doch immer der einfache Titeldruck in besonders charakteristischen Lettern, neuerdings oft in roter Farbe. Dann die Typen und die Ausstattung der Druckseiten. Auch hier können durch Ornamente sehr einheitliche und geschlossene Wirkungen erzielt werden, aber von den Zierleisten mit den verrenkten Flamingos und ähnlichem stilisierten Federvieh ist man allmählich wieder abgekommen. Die Hauptsorgfalt verwendet man auf gute und sinngemäße Typen, das heißt Typen, die im Rahmen der Zweckbestimmung bleiben, die leicht leserlich sind und zum anderen durch ihre Aneinanderreihung das Bild der Druckseite so gestalten, daß seine Stimmung mit dem Inhalt des Buches in Einklang steht. Bedeutende Künstler, wie Eckmann, Behrens, E. R. Weiß, haben sich nicht gescheut, Typen zu entwerfen. Auch der Entwurf und die Auswahl des Vorsatzpapiers ist heute Obliegenheit eines Künstlers.

Während man früher zum Druck fast ausschließlich weißes und glattes Papier benutzte, das sehr kalt wirkte, hat man sich heute — auch die „Neue Zeit“ hat diese Wandlung mitgemacht — dem körnigen Papier zugewandt, und zwar mit Vorliebe in leicht grauer oder gelblicher Tönung. Handgeschöpftes Bütten- oder echtes Japanpapier ist besonders teuer und wertvoll, wird aber zuweilen sogar als Vorsatzpapier benutzt.

Noch sind heute die Engländer in ihrer Buchausstattung unerreicht. Die am besten geschnittenen Typen, die vorzüglichsten Papiere und die zugleich praktischsten und geschmackvollsten Einbände findet man in England. Allerdings kauft der Engländer zum Unterschied vom Durchschnittsdeutschen auch Bücher, was an und für sich eine ganz andere Vorbedingung für die Entwicklung der Buchausstattung schafft. Immerhin kann Deutschland mehrere Verlagsfirmen aufweisen, die einen Vergleich mit England nicht zu scheuen haben.

Da ist vor allem der Inselverlag in Leipzig. Es kommt wohl nicht ein Buch aus seinen Lagerräumen, das nicht ein in sich geschlossenes kleines Kunstwerk darstellte, ohne daß die Preise, vergleicht man sie mit denen anderer, schlechter hergestellter Bücher, besonders hoch zu nennen wären. Der Inselverlag hat nach englischem Muster eine Klassikerausgabe veranstaltet — Großherzog-Wilhelm-Ernst-Ausgabe heißt sie recht schwerfällig, wo Wilhelm-Ernst-Ausgabe genügt hätte —, die alle Ansprüche des bequemen Gebrauchs und des guten Geschmacks befriedigt. Ein biegsamer hellbrauner Ledereinband, sympathisches, ruhiges, graues Vorsatzpapier, ein handliches Taschenformat, fabelhaft dünnes und feines, aber undurchsichtiges Papier und scharfe, klare Antiquatettern vereinigen sich zu einem ebenso harmonischen wie praktischen Ganzen. Einen ebenfalls biegsamen Einband, dieses Mal tiefschwarzes Leinen und der Titelaufdruck in ganz einfachen goldenen Antiqualettern, weist der in demselben Verlag erschienene König Candaules von André Gide auf. Die Ausstattung dieses starren, unlebendigen Dramas schmiegt sich bis ins einzelne seiner Grundstimmung an. Eine andere erwähnenswerte Publikation des Inselverlags aus der letzten Zeit ist die Übertragung von Murgers Bohême, die der Marquis von Bayros, ein Chodowiecki, der bei Watteau in die Schule gegangen ist, mit pretiösen Illustrationen geschmückt hat. Daneben eine Ausgabe der Kortumschen Jobsiade, vollständig im Stil der ersten Ausgabe von 1796, die uns mit ihrem dicken, groben Pappeinband, den Etiketten auf dem Deckel und dem Rücken, dem wie ein Biedermeierkanapee gemusterten Vorsatzpapier und nicht zuletzt dem originellen Gelbschnitt, darauf hinweist, wie viel unsere Buchkunst lange Zeit von den Altvordern — verlernt hatte.

Vollständig das Gewand der Biedermeierzeit — gelber, glatter Pappband mit Etikette auf dem Rücken, einfaches weißes Vorsatzpapier, starkes körniges Papier — trägt die Ausgabe der gesammelten Schriften Hugo v. Hofmannsthals, die der Verlag S. Fischer in Berlin veranstaltet. Die gesammelten Werke Gerhart Haupt-

manns sind in demselben Verlag erschienen. Sie bilden das gerade Gegenstück zu der Wilhelm-Ernst-Ausgabe des Inselverlags. Während man den ganzen Schiller, von den Gedichten bis zu den philosophischen Werken, in den diskret eleganten Lederbändchen dieser Ausgabe bequem in den Taschen einer einzigen Jacke verstauen kann, sind die sechs Bände Hauptmann wuchtig, schwer und imposant. Eigens geschnittene große Frakturtypen in lichtem Druck auf geripptem Papier, ein leicht getupftes, helles Vorsatzpapier, dicker Pappband, Pergamentrücken und -ecken, so ist diese Ausgabe wie die Wilhelm-Ernst-Ausgabe ein geschlossenes Wunderwerk moderner Buchkunst. Daß ähnliche Wunderwerke schon für wenig Geld herzustellen sind, zeigt neben der wohlfeilen Ausgabe der Briefe von Robert Browning und Elizabeth Barret-Barret die Volksausgabe von Ibsens gesammelten Werken — beides in demselben Verlag —, die, ein Muster an erlesenem Geschmack, in fünf blau gebundenen Leinwandbänden 15 Mark kostet. Englischen Spuren wiederum folgt die Pantheon-Ausgabe desselben Verlags, in rotes Leder geschmackvoll gebundene Bändchen klassischer und romantischer Dichter — Goethe, Heine, Uhland, Brentano und eine Reihe anderer sind bereits erschienen.

Ein jüngerer Leipziger Verlag, Julius Zeitler, ist ebenfalls mit gutem Glück bestrebt, was Buchausstattung angeht, in die erste Reihe zu treten. Er liebt es, ältere und fast verschollene Literatur in Neudrucken wieder aufleben zu lassen. So ist in diesem Verlag in letzter Zeit eine Neuauflage der Comoedia Divina, ganz in dem Gewand der ersten von 1808 und dem der Jobsiade ähnelnd, erschienen, eines Vorläufers von Platens antiromantischer Komödie, deren Tendenz sich gegen die Heidelberger Romantik jenes Jahres, die Savigny, Görres, Arnim, Brentano, richtete. Dann die deutsche Übersetzung eines Romans, den ein Generalpächter des ancien régime geschrieben hat: Themidor von Godard d'Aucourt, in kleinem Format auf weichem Papier, das beim Umblättern die Finger liebkost, gedruckt, und zwar mit ausnahmsweise scharfen Lettern, mit denen ein Vorbild an Leserlichkeit erzielt wird, ferner in ähnlicher Ausstattung eine Übersetzung des Goncourtschen Dienstmädchenromans Germinie Lacerteux und eine der Dumasschen Kameliendame, auf einem rauhen, ganz weißen Papier gedruckt und in körnige rosa-violette Leinwand mit einem gitterartigen Ornament auf dem Deckel gebunden.

Nennt man die besten Namen der Verleger, die sich um die Kultur des Buches verdient gemacht haben, so darf man an Eugen Diederichs in Jena keinesfalls vorbeigehen, dessen Bücher bedeutende Künstler wie Vogeler-Worpswede, E. R. Weiß, Cissarz, Olbrich und Behrens geschmückt haben. Auch er liebt ein Zurückgehen auf die ältere Literatur — so hat er erst vor kurzem Schlegels Lucinde und Schleiermachers Vertraute Briefe über Lucinde im Gewand der ersten Ausgabe herausgegeben — und Herausgabe von Übersetzungen: es sei hier nur an die äußerlich wie innerlich außerordentlich geschmackvolle Übersetzung der Stendhalschen Schriften erinnert!

Wie verhalten sich endlich die Parteiverlage auf dem Felde der Buchausstattung und des Buchschmucks? Einmal muß da berücksichtigt werden, daß Parteischriften sich nicht wie die bürgerliche schöngeistige Literatur an einen kleinen Kreis ästhetischer Feinschmecker, sondern an die breiten wissens- und bildungshungrigen Massen wenden: das Prinzip der Billigkeit ist deshalb Hauptprinzip! Dann sind Parteischriften Kampfschriften und vertragen deshalb schon in ihrem äußeren Auftreten keinerlei überflüssige Zierate und Verschnörkelungen: wie ein in Stahl gepreßter Kriegsmann, ruhig und sicher, müssen sie sich auch dem Auge darbieten, und hier scheint mir die zweite Auflage der Mehringschen Geschichte der Sozialdemokratie, in rote Leinwand gebunden, dem Ideal einer Parteischrift auch äußerlich am nächsten zu kommen. Aber auch die Broschürenliteratur der sechziger, siebziger, achtziger Jahre, in primitiven Druckereien auf grundschlechtem Papier mit schlechten Lettern hergestellt, übt durch ihre Tradition einen ästhetischen Reiz auf uns aus: diese Schriften erscheinen heute mit ihren zerschlissenen Blättern wie Feldzeichen, die in hundert Schlachten von den Kugeln zersetzt wurden.

Digitized by Google

Seitdem hat auch die Buchausstattung der Parteischriften große Fortschritte gemacht — es sei an die allerdings mißglückte Veröffentlichung der Ewaldschen Märchen durch Wallfisch in Dresden erinnert; auch die neuesten Publikationen des Vorwärtsverlags wie „Die Entwicklung des Sozialismus" von Engels und sogar das Jahrbuch 1906 des Holzarbeiterverbandes zeichnen sich durch sorgfältige und geschmackvolle Buchausstattung aus. Schließlich sei noch an die letzten Ausgaben von Dietz-Stuttgart erinnert, Schlüters „Deutsche Arbeiterbewegung in Amerika", die durch ebenso geschmackvolle wie moderne Ausstattung wirken und es mit den Veröffentlichungen jedes bürgerlichen Verlages aufnehmen können. Freilich wird auf der anderen Seite des Guten noch zu wenig getan.

Aber glücklicherweise ist der Lebensinhalt des klassenbewußten Arbeiters nicht die Kunst, sondern der Kampf, und so sehr die moderne Buchkunst zu begrüßen ist, wie alles, was von der Geschmacklosigkeit zur Schönheit hinleitet, so wenig ist sie geeignet, wie es bei vielen Erzeugnissen der bürgerlichen Literatur der Fall ist, in der sozialistischen Literatur einem Werk erst durch sein Äußeres Bedeutung zu verleihen. Denn was in der sozialistischen Literatur geboten wird, ist guter Wein, und da genügt dem Zecher jedes Gefäß, zumal wenn man so nach dem Trank des Wissens und der Aufklärung dürstet wie die moderne Arbeiterschaft!

Statistische Erhebungen über die Parteiorganisation Groß-Berlins 1906.

Von **E. Wurm.**

Der Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Organisation Groß-Berlins hat soeben eine 142 Seiten umfassende Statistik erscheinen lassen, entsprechend einem Beschluß der Generalversammlung vom Juli 1906, eine Statistik der Mitglieder des Verbandes nach Berufsgruppen zusammenzustellen und das Ergebnis der Statistik mit den Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen prozentual zu vergleichen und als Agitationsbroschüre auszuarbeiten.

Durch die Reichstagswahlen hat sich die Herausgabe der Statistik verzögert; sie kommt aber immer noch zurecht, um zu zeigen, wie dringend notwendig eine weit mehr als bisher intensive Agitation für Anschluß an die Partei wie für die Verbreitung des „Vorwärts" innerhalb der Gewerkschaften ist! Denn das ist das wesentlichste und zugleich recht unerfreuliche Ergebnis der statistischen Erhebungen: nur $16^1/_2$ Prozent der Mitglieder der Gewerkschaften, noch nicht ganz der sechste Teil derselben, ist politisch organisiert. Der Bericht sagt hierüber:

„Diese politische Lauheit der Gewerkschaftsmitglieder ist gleichmäßig bei den Zentral- wie bei den Lokalorganisationen vorhanden; die oft gehörte Behauptung, daß die letzteren ihre Parteipflicht besser erfüllen, trifft nach diesen Tabellen keineswegs zu; im Gesamtergebnis sind beide gleich, im einzelnen sind in den großen Verbänden die zentralorganisierten Arbeiter politisch sogar besser organisiert als die lokalorganisierten."

Ja — „in den Gewerkschaften ist noch eine ungeheure politische Aufklärungsarbeit zu leisten" — diese Schlußworte des Berichtes sind leider nur allzu berechtigt.

Nicht minder unerfreulich wie die schwache politische Organisation der Gewerkschaften ist das Ergebnis der Erhebungen über das Abonnement des Parteiblatts, hauptsächlich des „Vorwärts", neben dem nur noch ein paar hundert Exemplare der „Brandenburger Zeitung" und der „Märkischen Volksstimme" in Betracht kommen. Mehr als drei Prozent der politisch organisierten Genossen ist nicht Leser einer Parteizeitung, 2,2 Prozent halten sogar direkt gegnerische Blätter!

Bei 9,0 Prozent der organisierten Mitglieder fehlt jede Angabe darüber, welche Zeitung sie abonniert haben. Es ist zu fürchten, daß diese 9 Prozent den Nichtabonnenten der Parteipresse zuzuzählen sind!

Eine Übersicht über die bei der letzten Wahl in den einzelnen Kreisen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen und ein Vergleich derselben mit der Zahl der politisch Organisierten und der „Vorwärts"leser zeigt das riesige Arbeitsfeld, das hier noch zu beackern ist, in seiner ganzen Ausdehnung noch deutlicher. Ich füge diese Zusammenstellung, die in den statistischen Erhebungen fehlt, hinzu:

Wahlkreise	Sozialistische Stimmen	Politisch Organisierte	Prozent der Stimmen	Vorwärts-Abonnenten	Prozent der Stimmen
I.	5042	518	10,2	441	8,7
II.	35286	3728	10,5	3376	9,6
III.	14259	1718	12,2	1501	10,7
IV.	82039	11790	14,4	10604	12,9
V.	15029	1177	7,7	985	6,5
VI.	99560	13908	14,1	12920	13,0
Nieder-Barnim . . .	57862	6654	11,5	5361	10,8
Teltow-Beeskow . .	104104	13613	13,1	11219	9,1
Groß-Berlin	413181	53106	12,8	46407	11,2

Daß bei der mühevollen und ungewohnten statistischen Arbeit, welche die Bezirksführer zum ersten Male vorzunehmen hatten, auch kleine Fehler mit unterliefen, ist eigentlich selbstverständlich; das Gesamtbild verändern sie aber nicht, und für die geleistete Arbeit verdienen die Beteiligten volle Anerkennung.

Die Zählung erstreckte sich auf 53106 Genossen, 81,8 Prozent derer, die als politisch organisiert in die Mitgliederlisten der Wahlvereine Groß-Berlins eingetragen sind. Von den Gezählten war wieder zufälligerweise genau der gleiche Prozentsatz, 81,8 Prozent, gewerkschaftlich organisiert, und zwar 77,9 Prozent zentral und 3,9 Prozent lokal, außerdem waren noch 133 = 0,3 Prozent der Gezählten Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen und ähnlicher blauer Organisationen (!), 8 Prozent waren nicht organisiert und 10 Prozent Selbständige.

Während also nur ein Sechstel der Gewerkschaftler politisch organisiert waren, hatten sich neben den 10 Prozent Selbständiger 82 Prozent der politisch organisierten Genossen gewerkschaftlich organisiert.

Aus der Verteilung der Berufe bei den politisch Organisierten ergibt sich auch deren soziale Gliederung. Es wurden gezählt 14,9 Prozent (ungelernte) Arbeiter, 22,1 Prozent im Baugewerbe, 7,1 Prozent in der Bekleidungsindustrie, 4,0 Prozent im graphischen Gewerbe, 9,0 Prozent in der Genuß- und Nahrungsmittelindustrie, 4,9 Prozent im Handels- und Verkehrsgewerbe, 14,4 Prozent im Holz- und 19,9 im Metallgewerbe, während 3,7 Prozent verschiedenen anderen Berufen angehörten.

Die Statistik zeigt auch, in welchen Berufen die Indifferenten zu suchen sind; ihre Zahl ergibt sich aus einem Vergleich der Zahl der Berufsangehörigen mit der ihrer gewerkschaftlich und ihrer politisch Organisierten. In 71 Berufen sind in Groß-Berlin 558939 männliche Personen vorhanden, von denen 252069 = 45,2 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind. Aber nur 41387 sind auch politisch organisiert, das sind, wie schon erwähnt, 16,4 Prozent der Gewerkschaftler und nur 7,4 Prozent der überhaupt in Groß-Berlin wohnhaften 558939 Arbeiter. Letzteren Vergleich bringt die Tabelle nicht, obwohl er, besonders bei den einzelnen Berufen, noch schärfer die Größe der Aufgaben für unsere Agitation zeigt.

Eine nach der Stärke der politisch Organisierten geordnete Zusammenstellung der zahlreichsten Berufe und ihrer politisch und zentralgewerkschaftlich organisierten Mitglieder zeigt folgendes unerfreuliche Bild:

Beruf	Berufs-Angehörige (nach der Zählung von 1895)	Organisiert: Gewerkschaftlich Zahl	Gewerkschaftlich Prozent der Berufsangehörigen	Politisch Zahl	Politisch Prozent der Berufsangehörigen
Maurer	22000	15784	71,4	5549	25,2
Holzarbeiter	33000	27937	84,7	7404	22,4
Zimmerer	7521	4649	61,8	1107	14,6
Buchdrucker	10876	9850	90,6	1218	11,2
Metallarbeiter	90000	61834	68,7	9505	10,5
Maler	10000	5992	59,9	954	9,5
Schmiede	5300	3175	59,9	378	7,7
Bäcker	5600	1911	34,1	377	6,7
Textilarbeiter	6000	1283	21,4	327	5,4
Schuhmacher	8000	2779	34,7	426	5,3
Städtische Arbeiter	14000	5600	40,0	515	3,6
Handels- und Transportarbeiter	92850	23479	25,3	2743	3,0
Buchbinder	26000	6044	23,2	550	2,1
Maschinisten	18760	1800	9,6	288	1,5
Schmiede	5300	3175	59,9	378	7,0
Konditoren	6500	404	6,2	30	0,5
Wäschearbeiter	27500	3500	12,7	37	0,1
Schlächter	7301	517	7,1	16	0,1

Von den in 25 Berufen organisierten 10793 Lokalorganisierten sind nur 1777, das sind 16,5 Prozent, auch Mitglieder der politischen Organisation.

Auch hier stehen die Maurer an der Spitze, aber von den 2421 lokalorganisierten Maurern sind nur 638 = 26,4 Prozent politisch organisiert, während von den 15784 zentralorganisierten Maurern 5549 = 35,1 Prozent politisch organisiert waren.

Besser ist dieses Verhältnis bei den lokalorganisierten Zimmerern. Von 1221 waren 389 = 31,9 Prozent politisch organisiert, während von den 4649 zentralorganisierten Zimmerern nur 1107 = 23,8 Prozent politisch organisiert waren.

Die Zahl der Selbständigen war insgesamt 9,8 Prozent der politisch organisierten Genossen; am größten war sie in Berlin I (17,6 Prozent), am niedrigsten in Teltow-Beeskow (7,8 Prozent). Von den Selbständigen waren etwa die Hälfte Gastwirte, wie bekannt zumeist gemaßregelte Arbeiter verschiedenster Berufe ebenso wie die zahlreichen Händler aller Art, die politisch organisiert sind. Diese Selbständigen sind also nicht etwa Angehörige des Mittelstandes, weder ihrem Einkommen noch ihrem Klasseninteresse nach. Das Rekrutierungsgebiet unserer Partei erstreckt sich eben fast ausschließlich auf die Arbeiterklasse — und dort ist es so groß und ausgedehnt, daß noch, wie gerade die Berliner Erhebungen zeigen, mehr als genug zu tun ist und außerordentliche Erfolge erreicht werden können, wenn wir unsere ganze Kraft auf diese Klasse konzentrieren.

Und daß hierbei auf Gewinnung der Jugend besonders hinzuwirken ist, ergibt sich ebenfalls aus der Statistik. Eine Zusammenstellung des Alters aller Wahlvereinsmitglieder enthält die Broschüre zwar nicht. Nachstehende Übersicht, die ich aus den Angaben der einzelnen Wahlkreise zusammenstellte, gibt das Alter der gezählten Mitglieder an, die 81,8 Prozent der eingeschriebenen Mitglieder betrugen. Die Summe der in den einzelnen Kreisen eingeschriebenen Mitglieder stimmt übrigens nicht mit der für die einzelnen Berufe angegebenen überein; letztere beträgt 53106, erstere nur 53055, wobei im Kreise Nieder-Barnim mehr Mitglieder gezählt wurden (6627), als eingeschrieben waren (6205). Solche statistische Schönheitsfehler trüben aber das Gesamtbild wenig, wenngleich sie bei einer künftigen Zählung vermieden werden müssen.

Mitglieder im Alter von Jahren:

Wahlkreis	Bis 20	21—25	26—30	31—35	36—40	41—50	51—60	Über 60	Gezählte Mitglieder	Eingeschriebene Mitglieder
I.	4	46	111	102	87	114	45	9	518	614
II.	82	532	819	668	539	760	283	45	3728	4827
III.	34	245	340	313	270	340	148	27	1717	2350
IV.	224	1483	2484	2437	1883	2318	856	153	11788	13834
V.	35	136	256	208	219	222	90	16	1177	1761
VI.	233	1540	3126	2858	2331	2763	894	142	13887	16950
Ch.[1]	34	217	416	365	332	323	69	13	1769	3200
R.[2]	80	483	1307	1291	928	903	206	33	5231	6065
Sch.[3]	33	181	384	369	299	304	95	17	1682	2228
T.B.[4]	142	670	1307	1102	746	744	183	27	4921	6884
N.B.[5]	168	742	1649	1507	1111	1098	303	49	6627	6205
	1069	6235	12199	11215	8745	9889	3172	531	53055	64918
Proz.	2,1	11,7	22,9	21,1	16,5	18,7	6,0	1,0	100	—

Es sind also nur 2 Prozent der Mitglieder unter 20 und 14 Prozent unter 25 Jahren! Es wird Aufgabe der Jugendorganisationen sein, dafür zu sorgen, daß sich der Nachwuchs den Wahlvereinen so bald als nur möglich anschließt. 61 bis 70 Jahre alt sind 425, über 70 Jahre alt 43 Mitglieder; die ältesten (über 80 Jahre) zählt der vierte Wahlkreis (2) und Charlottenburg (1).

Bei der Wiederholung dieser Statistik wird sich hoffentlich ein günstigeres Bild des Verhältnisses der gewerkschaftlichen zur politischen Organisation ergeben. Nur wenn **beide** stark sind, kann der Kampf erfolgreich geführt werden!

Solche Erhebungen zeigen, wie viel und wo noch gearbeitet werden muß, um dieses Ziel zu erreichen, und deshalb ist allen Wahlkreisen eine derartige Statistik zu empfehlen.

Literarische Rundschau.

Dr. Gerhard Keßler. **Die deutschen Arbeitgeberverbände.** Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 124. Band. Leipzig 1907, Verlag von Duncker & Humblot. XV und 386 Seiten Oktav.

Abgesehen von kleinen Broschüren unserer Literatur, einigen Abhandlungen in wissenschaftlichen Zeitschriften und einer nicht geringen Anzahl von Schriften, die von den Unternehmerverbänden selbst herrühren, also einer Literatur, die entweder nur einzelne Fragen gründlich behandelte oder den Gegenstand nicht erschöpfen konnte, und einer Reihe von Schriften der Sekretäre der Unternehmerverbände besaß die deutsche nationalökonomische Literatur kein Werk, aus dem man sich über die für unsere gesamte Politik, nicht nur für die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, höchst bedeutungsvollen und für die Arbeiterbewegung ganz besonders wichtigen Arbeitgeberverbände unterrichten konnte. So kann man sagen, daß die vorliegende Schrift eine wichtige und lange genug schwer empfundene Lücke in unserer Literatur auszufüllen bemüht ist. Eine weitere Schrift über denselben Gegenstand soll im nächsten Jahre von Dr. Waldemar Zimmermann herausgegeben werden. Dr. Keßler war bemüht, seinem Gegenstand objektiv gegenüberzutreten. Es ist ihm dies in erheb-

[1] Ch. = Charlottenburg. [2] R. = Rixdorf. [3] Sch. = Schöneberg. [4] T.B. = Teltow-Beeskow-Storkow ohne Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg. [5] N.B. = Nieder-Barnim.

Digitized by Google

lichem Maße gelungen. Über den Verdacht, den die Unternehmersekretäre äußern könnten, daß er mit der Sozialdemokratie auch nur im entferntesten sympathisiere, braucht nicht gestritten zu werden. Seine Feindschaft gegen die Sozialdemokratie beweist er an verschiedenen Stellen. Manchmal hat man die Vermutung, daß das Buch zwar mit sehr großem Fleiße, aber nicht mit genügend tiefem Einblick in die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern verfaßt wurde. Für uns ist besonders bedeutungsvoll, daß das Buch, wenn man von allen Urteilen des Verfassers absieht, eine wertvolle Materialiensammlung ist. Gerade nun, wo anscheinend sehr schwere Kämpfe zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter zu erwarten sind, wird es zu einer bedeutungsvollen Quelle der Information. Am besten gelungen ist der Abschnitt über die Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Unschädlichmachung von Arbeiterbewegungen und Streiks. Auch das Schlußkapitel über die paritätischen Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft ist wertvoll, wenn es auch den Gegenstand lange nicht erschöpft. Bei der gewaltigen Produktion von Schriften über die Tarifverträge während der letzten Monate sehen wir hierin keinen besonderen Mangel. Auch die anderen Teile des Buches, die die Geschichte und Organisation der Unternehmervereine und Arbeitgeberverbände, ihren gegenwärtigen Stand und ihre innere Organisation darstellen, sind wertvoll, so daß das ganze Buch all denjenigen zum ernsthaften Studium empfohlen werden kann, die in der Arbeiterpresse, in den Parlamenten, in Stadtvertretungen und in der Gewerkschaftsbewegung den Kampf mit den Unternehmerverbänden zu führen haben. Sehr wichtig erscheint uns im besonderen die Kritik der Streikstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes. Nachdem diese von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als vielfach unzuverlässig festgestellt wurde, geschieht dies nun auf Grund genauer Nachzählung auch durch einen bürgerlichen Gelehrten.

Im Anhang finden wir eine Anzahl sonst nicht leicht zugänglicher, zum Teil vollständig verschollener Satzungen von Unternehmerverbänden, eine Arbeitsordnung eines solchen Verbandes, eine Fragekarte, Sonderbestimmungen über Aussperrung und Streikentschädigung bei der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten, endlich das Muster eines Vertrages zwischen Unternehmerverbänden und Baumaterialienhändlern.

Das ganze Werk beweist, zum Teil mehr, als der Verfasser selbst glaubt, daß die deutschen Unternehmer ihre Organisation nicht bloß außerordentlich stark in bezug auf die Vermehrung ihrer Mitgliederzahl, sondern auch gründiich in Hinsicht auf die innere Kräftigung und auf die Kampfmethoden ausbauen. An Stelle von unorganisierten oder nicht kräftig zusammenhaltenden Gegnern hat die Gewerkschaftsbewegung künftig mit geschulten disziplinierten Feinden zu rechnen. Wir müssen annehmen, daß das bisher praktizierte System der Aussperrungen nur der Vorläufer viel umfangreicher und viel zäher geführter Kämpfe sein wird. Deshalb kommt dieses Buch zur rechten Zeit. Gerade die anfechtbaren Stellen werden für die Arbeiter bedeutungslos sein, weil sie aus ihrer praktischen Kenntnis des Gewerkschaftskampfes zu anderen Schlüssen kommen werden wie der Verfasser. ad. br.

Robert Saudek, **Dämon Berlin.** Roman. Berlin, Konkordia Deutsche Verlagsanstalt, Herm. Ehbock. 337 Seiten. Gebunden 5 Mark.

Über bisherige mittelmäßige Leistungen in einigen Büchern, die immerhin eine Weiterentwicklung des Autors hoffen ließen, ist Saudek auch mit dem neuen nicht hinausgekommen. Es ist kaum mehr als ein phantasiestarkes Journalistenstück, wie es der kapitalistisch verseuchte Literaturbetrieb unserer Tage zu Beginn der Wintersaison dutzendfach auf den Markt wirft. Saudek sollte also bescheiden sein, vor allem in der Wahl des Buchtitels. Warum denn „Dämon Berlin“? Wer in dem Buche die Bespiegelung der Reichshauptstadt sucht mit all ihrem chaotischen Brausen, ihren weiten Tiefen des Elends zwischen Höhen des Überflusses, der Üppigkeit und trunkenen Lust, der legt es enttäuscht zur Seite. Nicht mehr als eine flüchtige Episode

im Geschäftstreiben der Großstadt wird gezeichnet, wenn Saudek breite Konsumentenschichten Berlins auf Saisondauer zum Narren eines Warenhauses werden läßt. Daß daneben her ein Reklamegenie, wie es eine Zeit des verschärften Konkurrenzkampfes hervorbringt, für mangelhaft begründete Projekte Börsenkönige und Warenhausfürsten im Handumdrehen gewinnt, bleibt ein märchenhaftes Kapitel, unstet, phantastisch-manieriert geschrieben, wie so viele Gänge dieses Romans. Beachtung aber verdient ein Teil des Buches, der grelle Streiflichter auf den modernen Warenhausbetrieb wirft.

Viel Neues hat Saudek allerdings nicht aufzuzeigen vermocht. Es war bereits ein Großer da, der das gesellschaftspsychologische Profil des Kaufhauses der großkapitalistischen Epoche im Roman scharf umrissen zeichnete. Zolas Paradies der Damen ist auch heute noch der Typus des modernen Warenhauses, des kraftkonzentrierten kaufmännischen Großunternehmens, dessen warenverbilligende Technik hauptsächlich in der rasch hintereinander erfolgenden Umsetzung gewaltiger Geschäftskapitalien in ungeheuren Posten großstädtischer Massenbedarfsartikel beruht. Dieser schnelle Kreislauf des Kapitals ermöglicht dem „Paradies der Damen“ die Herabsetzung der Warenpreise, den Sieg über die am fest umgrenzten Kundenkreis klebende Krämerschaft. Das „Paradies der Damen“ wächst mit der wachsenden Vielseitigkeit seiner Austauschfunktionen, und indem es billige, elegante Massenartikel aufzustapeln vermag, weckt es die Kauflust des Publikums, steigert die Bedürfnisse, stachelt durch Schaufensterkünste Tausende aus dumpfer, selbstzufriedener Genügsamkeit auf, schafft neue Marktbedingungen und Absatzmöglichkeiten am einzelnen, reizt die Industrie zu intensiverer, verbilligter Produktion und regt so die Formung neuer volkswirtschaftlicher Werte an.

Bei Zola liegt das emporkommende Kaufhaus noch im Kampfe mit dem Kramladen. Heute hat es sich die internationale Herrschaftsstellung erkämpft. Der kleine Detailhandel hat sich dabei beschieden, in der Nähe der Warenhäuser zu sitzen und aus dem lebendigen Strom der Straße ab und zu einen Käufer zu angeln. Oder in der äußeren Stadt einen engbezirkten Kundenkreis mit alltäglichem Kleinkram zu versorgen. Im „Dämon Berlin“ ringen denn auch um den Markt der Millionenstadt nur noch erstklassige Gegner: Kaufhaus gegen Kaufhaus. Solche Rivalen, die das wirtschaftliche Terrain und die Vorteile des Großeinkaufs gleich gut kennen, müssen dazu neigen, den Kampf um den Konsumenten in grotesken Reklameduellen auszufechten. Die Reklametrommel muß um so lauter gerührt werden, je mehr sich die Peripherie der Großstadt erweitert. Das Warenhaus geht dazu über, den in die Vorstädte abwandernden Massen mit Filialgeschäften nachzurücken. Im „Dämon Berlin“ gründet ein mit gewaltigen Bankkapitalien finanziertes Warenhaus auf die Verschiebung des Kundenkreises ein raffiniertes Unternehmen, das die verschlagene Schärfe des Konkurrenzkampfes im Großunternehmen widerspiegelt: Unter dem Deckmantel einer angeblichen Zentralfirma „Berliner Kaufhäuser“ errichtet das „Kaufhaus Leipziger Straße“ neun Filialen im Stadtäußeren und täuscht in den Inseratenplantagen der Tagesblätter einen harten Konkurrenzkampf vor. Wie ein gefülltes Vorstadt-Variété einem Ringkämpferpaare, jauchzt das aufgeregte Berlin dem Preiskampf der tollen „Konkurrenten“ zu und stürmt die scheinkämpfenden Kaufhäuser, wenn die Preisunterbietung aufhört und scheinbar am toten Punkt des Selbstkostenpreises angekommen ist. Und Saudek malt die sinnbetörende Dämonie des Warenhauses und die Massen aufpeitschende Wirkung des Reklametumults nicht zu grell, wenn er um die Weihnachtszeit die Polizei eingreifen läßt, um die angestauten Massen aus leergekauften Warenhallen zu treiben.

Saudeks neuzeitliches Warenhaus hat unter der Konkurrenz ebenbürtiger Gegner technische und organisatorische Neuerungen entwickelt, nach denen Zolas Warenhaus noch tastete. An der Zentralkasse im Untergeschoß zittern übermüdete weibliche Hände nervös um die Mündungen der pneumatischen Rohre. Eine bis ins feinste durchgeführte Arbeitsteilung hat die kaufmännische Tätigkeit längst zur mechanischen

Kopf- und Handarbeit herabgedrückt und damit die Lohnplätze des Warenhauses der auf der Straße harrenden weiblichen Reservearmee frei gemacht. Ein teuflisch angelegtes Kontrollsystem macht jeden Angestellten zum Polizisten seines Mitarbeiters und erzwingt die Anspannung jedes Nervs, jeder Muskel — bis zum Umsinken. Der Ausbeuter einer tausendköpfigen Lohnarbeiterarmee kann ohne die schäbigsten Zwangsmittel nicht auskommen, soll das ungeheure kapitalistische Getriebe wie eine gutgeleitete Maschine funktionieren und ohne zu stocken tagein tagaus die gleiche zyklopische Arbeit verrichten.

Schade, daß Saudek all diese Momente am Werdegange seines Warenhauses nur im Fluge streift, daß er an einem im Unwirklichen steckenbleibenden Helden herumkünstelt, der sein geniales Hirn nur aus nervösem Betätigungsdrang einem Unternehmer zur Verfügung stellt und eigene Vorteile ausschlägt, um für einen anderen im Gelddelirium unterzugehen. Wenn Saudek ein modernes Märchen schreiben wollte, durfte er sein Buch nicht Roman nennen. Robert Grötzsch.

Karl Hauck, Ingenieur, **Die Nachtarbeit der Jugendlichen in der österreichischen Industrie.** Wien 1907, Franz Deuticke. 59 Seiten 8°.

Die österreichische Gesetzgebung begann erst mit der Gewerbeordnung des Jahres 1859 die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, das ist derjenigen unter sechzehn Jahren, zu bekämpfen. Dieser gesetzliche Schutz erwies sich beim Fehlen einer Kontrollbehörde als vollständig unwirksam. Gegenwärtig gelten die Bestimmungen der Gewerbegesetze von 1883 und 1885. In der vorliegenden Arbeit werden diese Gesetze und ihre Wirksamkeit besprochen, soweit sie sich auf die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter beziehen. Der Verfasser legt dar, daß auch jetzt noch zahlreiche Gesetzesübertretungen vorkommen, doch gäbe die Zahl der von den Gewerbeinspektoren ermittelten Übertretungen noch kein richtiges Bild, „da die kleingewerblichen Betriebe nur relativ selten einer Revision unterzogen werden konnten“. Im Kleingewerbe komme es vor, daß die jugendlichen Arbeiter mitunter die ganze Nacht und sogar noch den nächsten Tag durcharbeiten müßten.

Eine übersichtliche Darstellung gibt der Verfasser von den Wirkungen der Ausnahmebestimmungen, mit denen eine Reihe von Gewerbearten bedacht worden sind. An einigen treffenden Beispielen wird nachgewiesen, daß diese Ausnahmebestimmungen für die betreffenden Industrien überflüssig seien, zumindest erscheine eine starke Einschränkung geboten. Ingenieur Hauck, der selbst als Gewerbeinspektor wirkt, ist in seinen Reformvorschlägen sehr maßvoll, manchmal sogar etwas zu maßvoll. Seine Schrift enthält aber schätzbares Material und erscheint uns deshalb sehr lesenswert.

Julius Deutsch.

De Tribune. Sozialdemokratisches Wochenblatt. (Redaktion J. C. Ceton, W. v. Ravesteijn, D. J. Wijnkoop.) Amsterdam, J. C. Ceton, Wijttenbachstraat 13. Vierteljährlich 40 Cents, Ausland 65 Cents. Die Begründung dieses Wochenblatts, dessen erste Nummer am 19. Oktober erschien, ist ein Ergebnis der durch die beiden letzten Kongresse geschaffenen inneren Lage der holländischen Partei, die eine wissenschaftliche Aufklärung der Massen notwendiger macht als je. Dazu reichte die wissenschaftliche Monatsschrift nicht aus, da sie des bedeutenden Preises wegen die Masse der Parteimitglieder nicht erreicht. Deshalb wurde von einer Gruppe jüngerer Marxisten dieses billige Wochenblatt gegründet, das, jedem Arbeiter erreichbar, sich vor allem die sozialistische Aufklärung als Ziel setzt, zu den politischen Tagesfragen prinzipiell Stellung nimmt und an unprinzipiellen Vorschlägen und Taten Kritik übt. Hoffentlich wird dieses Blatt kräftig dahin wirken, bei der holländischen Arbeiterschaft jenes sozialistische Verständnis zu fördern, das für die innere Kraft und den politischen Erfolg der Partei nötig ist. ap.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 14 Ausgegeben am 4. Januar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine Schraube ohne Ende.

✗ Berlin, 31. Dezember 1907.

Unter den zahllosen Aufgaben, die der proletarische Klassenkampf der Gegenwart zu lösen hat, kann er nicht jeder zu jeder Zeit mit gleichem Erfolg gerecht werden. So haben leider die Arbeiten, die Friedrich Engels auf kriegsgeschichtlichem Gebiet in seiner klassischen Weise begonnen hat, nicht die Fortsetzung gefunden, die in unserer waffenstarrenden Zeit zu wünschen gewesen wäre; so einig wir alle darin sind, dem Kriege den Krieg zu erklären, so herrscht auch innerhalb der Partei noch mancherlei Unklarheit darüber, wie dem Kriege der Krieg zu machen sei.

Diese Unklarheit spukt namentlich auch in der herkömmlichen Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen. Sie ist ein Erbteil der bürgerlichen Aufklärung, die den Krieg gern los geworden wäre, aber nicht wußte, wie sie ihn los werden sollte; sie fand sich in dieser Verlegenheit mit dem Troste ab: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt." Aber damit kommt man nicht einen Schritt weiter in der wirksamen Bekämpfung des Krieges. Solange Kriege geführt worden sind, hat sich jeder der Kriegführenden für den Frömmsten und seinen Gegner für den bösen Nachbarn gehalten, und das wird auch in Zukunft nicht anders werden, solange überhaupt der Krieg sein menschenwürgendes Dasein führen kann.

Ist es doch auch nicht anders in dem proletarischen Klassenkampf. In ihm hält sich die Bourgeoisie für die Angegriffene, und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Rechte. Denn sie weiß, daß sie vom Blute der Arbeiterklasse lebt, und wenn diese sich ihr Blut bis auf den letzten Tropfen abzapfen ließe, so würde die Bourgeoisie ihr sonst alles Gute wünschen. Auf der anderen Seite hält sich aber die Arbeiterklasse für die Angegriffene, und auch sie von ihrem Standpunkt mit vollem Rechte. Denn wenn sie sich nicht völlig be-

Digitized by Google

generieren lassen, wenn sie sich nicht einem Elend überantworten lassen will, wie es noch nie über Menschen hereingebrochen ist, so muß sie sich gegen die unersättlichen Ausbeutungsgelüste der Bourgeoisie zur Wehre setzen. Es ist natürlich, ja es ist notwendig, daß dieser Kampf auch mit moralischen Mitteln geführt wird. Aber erfolg- und siegreich kann er nur geführt werden und ist er erst zu führen begonnen worden, wenn und seitdem die Arbeiterklasse sein historisches Wesen begriffen und danach ihre Waffen gerüstet hat.

Das historische Wesen des Krieges hat sie aber erst in unvollkommener Weise begriffen, solange sie zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen unterscheidet und diesen Unterschied in irgendwelcher Weise zur Richtschnur für ihre praktische Politik macht. Der Krieg ist nach dem bekannten Worte von Clausewitz die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln; er ist die Ultima ratio, der letzte Vernunftgrad, die unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen wie jeder Klassengesellschaft; er ist die Entladung historischer Gegensätze, die sich dermaßen zugespitzt haben, daß es kein anderes Mittel mehr gibt, sie auszugleichen. Damit ist im Grunde schon gesagt, daß der Krieg mit Moral und Recht überhaupt nichts zu schaffen hat. Denn er entbrennt nur, weil es der Klassengesellschaft an einem Richterstuhl fehlt, vor dem die Streitfragen, die in ihm durch die Gewalt der Waffen entschieden werden sollen, nach rechtlichen oder sittlichen Gründen entschieden werden können. Und deshalb haben moralische oder rechtliche Gesichtspunkte, wie sie mit der Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen hervorgehoben werden, mit dem Kriege nichts zu tun. Jeder Krieg ist ein Angriffs- und ein Verteidigungskrieg, nicht etwa so, daß der eine der beiden Gegner angreift und der andere sich verteidigt, sondern so, daß jeder der beiden Gegner sowohl angreift als auch sich verteidigt.

Es sei gestattet, das Verhältnis an einigen historischen Beispielen klarzustellen. Hat es je einen Angriffskrieg in brutalster Form gegeben, so war es der Überfall Sachsens durch den König Friedrich von Preußen, womit im Spätsommer 1756 der Siebenjährige Krieg begann; nicht einmal eine Kriegsansage, geschweige denn irgend eine diplomatische Verhandlung war ihr vorhergegangen. Aber dieser Krieg war zugleich ein Verteidigungskrieg des preußischen Königs im schärfsten Sinne des Wortes, denn Friedrich wußte, daß eine übermächtige Koalition europäischer Mächte gegen ihn fertig war, die nur das nächste Frühjahr abwarten wollte, um ihre Rüstungen zu vollenden und ihm dann unbarmherzig den Hals abzuschneiden; ihm blieb kein anderes Mittel der Rettung, als jener Überfall Sachsens, das zu der ihm feindlichen Koalition gehörte und sieben Jahre lang wie ein Mehlsack von ihm ausgeklopft wurde, um die Kriegskosten zu decken! Nun kann man sagen: Ja, diese europäische Koalition gegen Friedrich war doch nur dadurch verschuldet, daß er dem Hause Habsburg die Provinz Schlesien geraubt hatte; allein darauf läßt sich wieder antworten, daß der Raub Schlesiens verursacht worden war durch das Lug- und Trugspiel, womit das Haus Habsburg dem Großvater Friedrichs die gesetzlichen Erbansprüche des Hauses Hohenzollern auf Schlesien abgeknöpft hatte. Man sieht: es ist eine Schraube ohne Ende.

Was ist dann darüber gestritten worden, ob die Kriege, die von 1792 bis 1815 durch Europa tobten, sei es nun von diesem oder von jenem Standpunkt aus, Angriffs- oder Verteidigungskriege gewesen seien. Der alte Ranke hat zwar schon den Streit als gänzlich überflüssig bezeichnet; er sagte: sobald die große französische Revolution entbrannte, standen sich zwei Welten gegenüber, deren Lebensinteressen einander dermaßen widerstritten, daß sie sich notwendig in die Haare geraten mußten. Aber diese Einsicht desjenigen Historikers, den die bürgerliche Geschichtschreibung als ihren Altmeister zu feiern pflegt, hat keineswegs gehindert, daß sich ihre Jünger die Köpfe zerkeilt haben wegen der Frage, ob die Kriege jenes Zeitalters Angriffs- oder Verteidigungskriege gewesen seien. Mit seinem ganzen Pathos erklärt Treitschke: „Frankreich war es, Frankreich allein, das den Krieg erzwang", wobei er hinzuzufügen vergißt, daß die französische Revolution sich nur durch den Krieg vor den landesverräterischen Umtrieben des französischen Kriegsheers mit den feudalen Mächten retten konnte! Und hat es hundert Jahre lang einen gläubiger nachgebeteten Satz gegeben, als den Satz von Napoleons unersättlicher Eroberungssucht; mit welchem Hohngelächter wurde die Behauptung des Gefangenen von St. Helena aufgenommen, daß er stets der Angegriffene gewesen sei, wie ist er deshalb als Lügner aller Lügner verspottet worden. Heute aber ist sogar die deutsche Geschichtschreibung bereit, anzuerkennen, daß Napoleon mindestens in allen Kontinentalkriegen, die er von 1804, von seiner Kaiserkrönung an geführt hat, der Angegriffene gewesen sei, das heißt daß ihm diese Kriege wider seinen Willen aufgedrängt worden seien durch die feudalen Mächte, die, von ihrem Standpunkt wieder mit allem Grund, ihre Lebensinteressen bedroht fühlten durch die Nachbarschaft eines waffengewaltigen Reiches, dessen Adler, wohin sie immer drangen, bürgerliche Reformen mit sich führten.

Für den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 braucht die Frage des Angriffs- oder Verteidigungskriegs überhaupt nicht mehr gestellt zu werden. Er ist hüben und drüben mit gleich frivolen Mitteln geschürt worden, von der bonapartistischen Dezemberbande wie dem borussischen Junkertum, von jener, weil ihr das Messer an der Kehle saß, so daß sie nur noch auf einen letzten Verzweiflungsstreich sann, von diesem, weil es auch noch das südliche Deutschland verpreußen wollte, wie es im Jahre 1866 schon das nördliche Deutschland verpreußt hatte; nicht für die Einigung Deutschlands, die auch so gekommen wäre, sondern für die Verpreußung Deutschlands war der Krieg notwendig, wie Bismarck später selbst offenherzig bekannt hat. Was uns an diesem Kriege besonders interessiert, ist aber die Tatsache, daß es zu seiner Zeit schon eine europäische und eine deutsche Arbeiterpartei gab, die praktische Stellung zu ihm nehmen mußte.

Bekanntlich enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, als im Juli 1870 vom Norddeutschen Reichstag eine Kriegsanleihe gefordert wurde. Sie erklärten, daß sie weder der preußischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den Deutsch-Französischen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum spenden, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Diese Erklärung war vollkommen richtig, und sie ist ein Ehrendenkmal in der Geschichte der Partei wegen der Einsicht und des

Mutes, der in den damaligen Tagen dazu gehörte, sie laut zu verkünden. Jedoch es ist klar, daß sie die Kriegsfrage wesentlich vom moralischen Standpunkt aus auffaßte und sie deshalb nicht erschöpfte. Sie mochte zureichen zur Zeit, wo die Partei noch sehr schwach war und kein nennenswertes Gewicht in die Wagschale werfen konnte. Heute würde sie nicht mehr zureichen; sonst läge die Frage freilich sehr einfach. Denn heute ist ja keine Kriegskombination, in die Deutschland verwickelt werden könnte, irgend denkbar, ohne daß die Diplomatie Bülows ihr gerüttelt und geschüttelt Teil der Schuld daran trüge.

Es wird jedoch zu wenig beachtet, daß auch damals schon Liebknecht und Bebel mit dieser ausschließlich moralischen Auffassung des Krieges in der Partei auf einen starken Widerstand stießen. Nicht nur bei den Lassalleanern, was insofern nicht beweiskräftig sein würde, als sie mit diesen auch sonst scharfe Meinungsverschiedenheiten hatten, sondern ebenso bei ihrer eigenen Parteileitung, die damals in Braunschweig saß, und auch beim Generalrat der Internationalen, wenn auch bei diesem nicht in ausdrücklichen Auseinandersetzungen. Aber die von Marx verfaßten Adressen des Generalrats empfahlen dieselbe Politik, die die Lassalleaner verfolgten und der Braunschweiger Ausschuß befolgt wissen wollte, nämlich bis zum Sturze Bonapartes Bismarck zu unterstützen und ihn dann erst zu bekämpfen, wenn er sich an diesem Sturze nicht genügen lasse, sondern aus eigensüchtigen Junkerinteressen den Krieg gegen Frankreich fortführe. Das hieß mit anderen Worten, die Kriegsfrage sei allein vom proletarischen Klasseninteresse aus zu entscheiden. Der Sturz Bonapartes war das höchste Interesse des europäischen wie des deutschen Proletariats, und es war sein nicht minder hohes Interesse, daß die beiden größten Kulturvölker des Kontinentes nicht auf unabsehbare Zeit verfeindet würden.

So ist denn auch im Jahre 1870 verfahren worden, und wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß im gegebenen Falle wieder nach gleichen Grundsätzen verfahren werden würde. Der erste Wind, der ein neues Kriegsgewitter zusammenbliese, würde auch den windigen Unterschied von Angriffs- und Verteidigungskriegen als Richtschnur der proletarischen Politik fortblasen. Allein deshalb sollten wir ihn schon heute abdanken, zumal da die herkömmliche Wendung, daß wir im Verteidigungskrieg „auch" die Flinte auf den Buckel nehmen würden, einen künstlichen Gegensatz zwischen nationalen und proletarischen Interessen zu schaffen scheint, der nur verwirrend wirken kann. Da die ungeheure Mehrheit jeder Kulturnation vom Proletariat gebildet wird, so sind die proletarischen Interessen eben auch die nationalen Interessen.

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Von **Hermann Molkenbuhr.**

Es gibt kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf welchem die Gesetzgebung so weit hinter den Bedürfnissen des Tages zurück ist, wie das Gebiet des Arbeiterschutzes. Nur schwer hat man sich in Deutschland dazu verstanden, überhaupt Gesetze zu schaffen, die man Arbeiterschutz nennen kann, und ehe die Regierung sich entschließt, einem schreienden Mißstand durch die Gesetz-

gebung entgegenzutreten, muß das Übel so allgemein empfunden werden, daß gar kein Ausweichen mehr möglich ist. Anfangs waren es nur die Sozialdemokraten allein, die Arbeiterschutzgesetze forderten. Alle anderen Parteien waren einig, daß durch Arbeiterschutz die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands geschädigt werden könne. Obwohl durch die industrielle Entwicklung Englands schlagend nachgewiesen ist, daß die Einwendungen Seniors und Ures, mit denen diese Vertreter des Kapitalismus vor siebzig Jahren die Einführung der Arbeiterschutzgesetze bekämpft haben, eine Sammlung von Trugschlüssen sind, so beten heute die Generalsekretäre der Unternehmerverbände, die Herren Bueck und Beumer, wie gut dressierte Papageien alle Sätze nach, und die Minister stellen sich, als glaubten sie jeden Satz.

Hätte der Arbeiterschutz die Wirkung, die von den Herren Bueck und Beumer behauptet wird, dann hätte Englands Industrie 1833 aufgehört, noch konkurrenzfähig zu sein, und wäre vor einem halben Jahrhundert spurlos von der Erde verschwunden. Englands Industrie konnte bei völligem Freihandel den Zehnstundentag ertragen, der unsere Spinner nach den Behauptungen der Kapitalisten trotz hohem Garnzoll unzweifelhaft zugrunde richten müßte. In Arbeiterkreisen, selbst außerhalb der Reihen der Sozialdemokraten, gibt es keinen Menschen mehr, der daran glaubt, daß durch Arbeiterschutz die Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt wird. Die Arbeiter wissen aber, bei fehlendem Schutze wird ihre Ausbeutung so gesteigert, daß die Gesundheit breiter Schichten zerstört wird. Darum fordern alle organisierten Arbeiter, einerlei ob sie bei den Wahlen für Sozialdemokraten, Zentrum, Freisinn, Polen oder Nationalliberale stimmen, den Ausbau des Arbeiterschutzes.

Die Stimmung und Forderungen der Arbeiter kommen in den Initiativanträgen der verschiedensten Parteien zum Ausdruck, und bei der Annahme von Dutzenden sozialpolitischer Resolutionen ist deutlich ausgesprochen, daß auch im Reichstag eine Mehrheit für eine Verbesserung der Schutzbestimmungen vorhanden ist. Da durch diese Gesetze aber nicht den Agrariern und Großkapitalisten Vorteile gebracht werden, sondern nur arme Leute, Arbeiter einen geringen Nutzen haben, so hat die Regierung alle Anträge, welche die Verbesserung des Arbeiterschutzes forderten, bisher ignoriert.

Nun endlich liegt eine Novelle zur Gewerbeordnung dem Reichstag zur Beratung vor. Was bietet sie? Ich bin mit der denkbar größten Objektivität an die Prüfung der Novelle herangegangen und habe bei jedem Satze die Frage aufgeworfen: Wer verlangte diese Änderung und wem nutzt sie? Wird durch die Novelle auch nur annähernd das erfüllt, was die Arbeiter fordern? Wie die Antwort ausfallen mußte, das werden die nachfolgenden Zeilen beweisen.

In Artikel 1 soll § 113 dahin geändert werden, daß die Arbeiter bereits bei der Kündigung ein Zeugnis verlangen können. Für diejenigen Arbeiter, die ein Zeugnis beim Arbeitsuchen brauchen, ist diese Bestimmung eine Verbesserung. Zeugnisse sind aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse geschaffen, sondern eine Einrichtung, durch die sich die Dienstherren vor der Annahme mißliebiger Personen schützen wollen. Die Arbeiterklasse würde gar nichts verlieren, wenn die Zeugnisse gänzlich beseitigt würden. In manchen Gewerben sind solche Zettel überhaupt nicht üblich, und die Gesamtleistung dieser Gewerbe steht doch auf der Höhe.

Ferner soll geändert werden § 114a, der infolge des Konfektionsarbeiterstreiks von 1896 geschaffen ist. Das in diesem Paragraphen vorgeschriebene

Lohnbuch soll den Übelstand beseitigen, daß die Arbeiter bei Übernahme einer Arbeit die Arbeitsbedingungen nicht kennen. Durch Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1902 wurden die Lohnbücher eingeführt, und durch Beschluß der Unternehmerverbände wurden sie wieder abgeschafft. Man hat keine Versuche gemacht, durch Strafen die Beachtung des Gesetzes zu erzwingen, sondern man hat den Unternehmern geglaubt, daß die Bücher in der vom § 114a und in der Bundesratsverordnung vorgeschriebenen Form unbrauchbar sind, und ändert nun das Gesetz ab. Diese Änderung wird also auf Wunsch der Unternehmer gemacht.

§ 120 soll dahin geändert werden, daß auch weibliche Arbeiter unter achtzehn Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet werden können. Die Änderung in Absatz 1 ist nach Bülows Ansicht eine phantastische und perfide Forderung, denn sie entspricht wörtlich dem Antrag Auer und Genossen der ersten Session der achten Legislaturperiode (1890, Nr. 216 der Drucksachen, Ziffer 10b). Die Änderung des Absatz 3 gibt den Schulvorständen der Einzelstaaten Einfluß auf Festsetzung des Stundenplans. Diese Änderung ist also eine schultechnische Angelegenheit.

Bedenklich ist die Änderung des Absatz 1 des § 120e. Danach sollen durch Bundesratsverordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betrieb erlassen werden können. Welcher Art sollen diese Vorschriften sein? Die Motive sagen: „So muß in den gesundheitsgefährlichen Betrieben in der Regel den Arbeitern das Mitnehmen von Nahrungsmitteln oder geistigen Getränken in die Arbeitsräume oder das Rauchen bei der Arbeit verboten, auch muß ihnen die Reinigung der Hände usw. vor Einnahme von Mahlzeiten sowie die Benutzung der ihnen vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellenden Schutzmittel zur Pflicht gemacht werden."

Ein Teil dieser Vorschriften ist doch schon durch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften geregelt und die Nichtbeachtung unter Strafe gestellt! Die Mitnahme von Nahrungsmitteln und Einnahme von Mahlzeiten wird gewöhnlich durch zwei Dinge herbeigeführt, die der Arbeiter nicht ändern kann. Wenn es außerhalb des Arbeitsraums an passendem Platz fehlt, die Nahrungsmittel aufzubewahren, und an Zeit, Mahlzeiten einzunehmen, dann nimmt der Arbeiter trotz der damit verbundenen Gefahr die Nahrungsmittel in den Arbeitsraum und verzehrt sie dort. Will man mit diesen Vorschriften nur die Gesundheit der Arbeiter schützen, dann hätte man es im Gesetz sagen müssen. Es fällt aber auf, daß man die Bestimmung hier unterbrachte und auf den Verstoß gegen die Vorschriften die Strafe des § 147, also Geldstrafe bis zu 300 Mark setzte. Ein Arbeiter, der es versäumt, entgegen der Vorschrift sich die Hände zu waschen, oder etwas Brot in einen Arbeitsraum bringt und es dort verzehrt und dadurch seine Gesundheit gefährdet, soll gerade so bestraft werden wie ein Fabrikant, der, um sich zu bereichern, gegen die zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter erlassenen Vorschriften handelt und die Gesundheit von vielleicht Tausenden von Arbeitern gefährdet. Wo ist eine Sicherheit, daß in diese Vorschriften des Bundesrats nicht Bestimmungen hineinkommen, wie in § 1 des berüchtigten preußischen Gesetzes vom 24. April 1854 oder in § 100 der Seemannsordnung, der lautet: „Ein Schiffsmann, welcher den wiederholten Befehlen des Kapitäns, eines Schiffsoffiziers oder eines anderen Vorgesetzten den schuldigen Gehorsam verweigert, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis

zu 300 Mark bestraft"? In bezug auf die Strafhöhe gleichen sich § 100 der Seemannsordnung und § 147 der Gewerbeordnung. So einen Gehorsamsparagraphen möchten die Großunternehmer schon haben. Wenn diese Gefahr auch nicht vorhanden wäre, dann droht außer der 300 Mark-Geldstrafe eine andere, weit schwerere Strafe dem Arbeiter. Nach § 1 des Strafgesetzbuchs sind die Handlungen, die mit mehr als 150 Mark Geldstrafe bedroht werden, Vergehen. Eine Außerachtlassung dieser Vorschriften wäre also nicht Übertretung, sondern Vergehen! Das Unfallversicherungsgesetz bestraft denjenigen, welcher bei Verübung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens verunglückt, mit Verlust der Rente. Der Arbeiter, der die Schutzmittel nicht benutzt hat oder der in einem Betrieb, in dem das Essen während der Arbeit verboten ist, während des Essens verunglückt, dem könnte dann auch noch die Unfallrente aberkannt werden. Hier müssen unsere Genossen darauf dringen, daß zwei Sicherheiten geschaffen werden. Erstens muß fest begrenzt werden, was in den Vorschriften stehen darf, und dann darf die Verletzung der Vorschriften höchstens nach den §§ 148 oder 149 bestraft werden, die Geldstrafen bis zu 150 Mark, respektive bis zu 30 Mark androhen, damit die Verletzung höchstens als Übertretung bezeichnet werden kann.

Der bisherige Absatz 3 des § 120e, der den sanitären Maximalarbeitstag zuläßt, soll § 120f werden und nun neben dem Bundesrat auch den Landeszentralbehörden das Recht geben, für bestimmte Gewerbe Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit vorzuschreiben. Für einzelne Betriebe soll den Polizeibehörden solches Recht eingeräumt werden. In den Motiven heißt es:

„Bei den unter Beteiligung des Beirats für Arbeiterstatistik angestellten Erhebungen hat es sich nämlich ergeben, daß in verschiedenen Gewerbezweigen Mißstände hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit nicht etwa bloß auf den geringeren Teil des Reichsgebiets, sondern sogar auf einige Gegenden oder einzelne Orte beschränkt waren. In diesem Falle kann der Bundesrat von der ihm erteilten Ermächtigung keinen Gebrauch machen, weil sich die von ihm zu erlassenden Bestimmungen auf das ganze Reichsgebiet erstrecken müßten, und berechtigte Bedenken dagegen bestehen, solche Vorschriften für Gegenden zu erlassen, in denen ein Bedürfnis hierfür nicht festgestellt ist."

Zwei sonderbare Sätze! Ich war von 1892 bis 1907 Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik und des Beirats für Arbeiterstatistik. In dieser Zeit ist es mir nicht bekannt geworden, daß bei untersuchten Gewerben Mißstände nur in bestimmten Gegenden existieren. Bei einigen Erhebungen schien es, als wenn einzelne Orte besonders günstig gestellt waren, aber dann wollte es oft das Schicksal, daß bei Fortsetzung der Erhebungen aus diesen günstigen Orten Mißstände ans Tageslicht gezogen wurden, die schlimmer waren als alles bisher Ermittelte.

Noch sonderbarer klingt aber der zweite Satz. Weil der Bundesrat nur Verordnungen für das ganze Reich erlassen kann, könne er nur dann einschreiten, wenn auch die Mißstände im ganzen Reiche vorkommen. Welche gesetzliche Vorschrift legt denn dem Bundesrat diese Beschränkung auf? Kann der Bundesrat erst dann eingreifen, wenn Mißstände in allen Gegenden ermittelt sind, dann kann man auch folgern, daß Bundesrat und Landeszentralbehörden erst dann vorgehen dürfen, wenn Mißstände in allen

Betrieben vorhanden sind und dieselben „berechtigten Bedenken" dagegen bestehen können, den sanitären Maximalarbeitstag auch für solche Betriebe vorzuschreiben, die bisher nicht die Gesundheit ihrer Arbeiter durch übermäßig lange Arbeitszeit gefährdet haben. Bei den Bäckereibetrieben hatten zum Beispiel 60,7 Prozent mit Einschluß der Pausen eine Arbeitszeit von 12 Stunden und weniger, und nach Abzug der Pausen waren es 46,6 Prozent der Betriebe, die eine Arbeitszeit von 10 Stunden und weniger hatten. Obwohl die durch die Bundesratsverordnung bekämpften Mißstände nur in 40 Prozent der Bäckereien bestanden, wurde die Verordnung doch für 100 Prozent der Bäckereien erlassen. Es hatte aber zur Folge, daß die Bäckermeister, die nur täglich 10 oder 12 Stunden Arbeitszeit für ihre Gesellen und Lehrlinge eingeführt hatten, nach Erlaß der Bundesratsverordnung genau so fortarbeiten konnten, wie sie vorher gearbeitet hatten. Die Bundesratsverordnung berührte den Betrieb dieser Meister so lange gar nicht, als sie nicht das Bedürfnis empfanden, ihre Gesellen und Lehrlinge über 12 Stunden arbeiten zu lassen. Nur wenn sie wegen vermehrter Kundschaft dazu übergehen wollten, die Arbeiter so lange arbeiten zu lassen, daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wurde, erst dann wurden sie durch die Verordnung daran gehindert. So wird es auch sein, wenn in bestimmten Gewerben nur in einigen Gegenden übermäßig lange Dauer der Arbeitszeit besteht. Wollte eine besondere Verordnung nur für diese Gegenden den Mißstand beseitigen, so hinderte nichts, daß er in anderen Gegenden einriße.

Artikel 2 will die Verhältnisse der Werkmeister, Techniker und Betriebsbeamten bessern, indem er diese Kategorie den Handlungsgehilfen gleichstellt und die entsprechenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die Gewerbeordnung übertragen werden. Den Betriebsbeamten wird der Anspruch auf Gehalt und Unterhalt für die Zeit von sechs Wochen bei unverschuldetem Unglück garantiert. Ferner wird die Konkurrenzklausel so wie im Handelsgesetzbuch beschränkt.

Auch diese Flickerei entspricht nicht den Bedürfnissen. Zunächst fehlt die Regelung der Rechtsverhältnisse der Bureauangestellten! Die in den Bureaus der Rechtsanwälte, der Gerichtsvollzieher, der Berufsgenossenschaften usw. Beschäftigten unterstehen weder dem Handelsgesetzbuch noch der Gewerbeordnung. Seit langer Zeit verlangen die hier in Betracht kommenden Personen, daß auch für ihr Arbeitsverhältnis ein gesetzlicher Schutz geschaffen wird, aber sie müssen warten. Wenn in diesen Berufen auch jugendliche und weibliche Arbeiter der schlimmsten Ausbeutung schutzlos preisgegeben sind, so ist doch nach Ansicht des Reichskanzlers für deutsche Arbeiter so gesorgt wie in keinem anderen Staate.

Aber auch die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister, dieser große Teil des sogenannten neueren Mittelstandes, hat keinen Grund zu großer Zufriedenheit. Man hat zwar versucht, die entsprechenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die Betriebsbeamten auszudehnen und ihre Entlassung erst dann für gerechtfertigt erklärt, wenn sie durch längere als achtwöchige militärische Dienstleistung an der Ausübung ihres Dienstes verhindert sind. Ferner soll der § 133d in soweit dem § 63 des Handelsgesetzbuchs angepaßt werden, als die Betriebsbeamten bei unverschuldetem Unglück Anspruch auf sechs Wochen des Gehaltes behalten, aber sie sollen sich die Bezüge abziehen lassen, die sie aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung

bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung erhalten. Bezieht ein Betriebsbeamter Unfallrente, dann wird ihm im Falle einer Erkrankung sein Gehalt um die Höhe der Unfallrente gekürzt.

Diese dem erkrankten Betriebsbeamten gekürzten Bezüge gebraucht nach Ansicht der Regierung die deutsche Industrie, um sich auf dem Weltmarkt zu halten! In solchen kleinlichen Dingen ist die deutsche Regierung immer groß. Wenn der § 133da der Novelle Gesetz wird, dann wird wohl nie eine Gesellschaft aus den so erlangten Einnahmen auch nur 1/100 Prozent Dividende mehr abwerfen, aber die armen kranken Angestellten werden den Verlust bitter empfinden. In den Kreisen, die in den Tagen der Not diese Teile ihres Einkommens verlieren, und die dann, wenn sie länger als sechs Wochen krank sind, bald völlig verarmen, wird die Erbitterung viel größer sein, als die Freude in den Kreisen, denen die paar Mark zugewendet werden.

Bei Beschränkung der Konkurrenzklausel ist die Regierung aber nicht einmal soweit gegangen, als im Handelsgesetzbuch. Der Betriebsbeamte, Techniker oder Werkmeister kann sein Leben lang Sklave eines Unternehmers bleiben, wenn dieser sich verpflichtete, das zuletzt bezogene Gehalt weiterzuzahlen. Es ist noch nicht einmal gesagt, daß dieses Gehalt so hoch sein muß, daß der Betriebsbeamte davon leben kann. Hat der Betriebsbeamte im Vertrauen auf seine Tüchtigkeit einmal eine sehr schlecht dotierte Stelle angenommen und einen der üblichen Verträge mit Konkurrenzklausel unterzeichnet, dann ist er gebunden. Gibt ihm der Unternehmer nicht das erwartete Gehalt, dann nützt es ihm nichts, wenn er kündigt. Zahlt ihm der Unternehmer das gänzlich unzureichende Gehalt weiter, dann bleibt der stellenlose Betriebsbeamte Sklave seines früheren Herrn. Durch die geringen Bettelpfennige wird er gehindert, sich eine seinen Fähigkeiten angemessene Stellung zu suchen. Ebenfalls sollen sich die Beschränkungen der Konkurrenzklausel nur auf Personen mit weniger als 8000 Mark Gehalt zu beziehen. Es heißt in der Begründung:

„Diese Vorbehalte sind angesichts der besonderen Verhältnisse in der Industrie unerläßlich, da es sich hier um die Wahrung von Betriebsgeheimnissen handelt, die eines stärkeren Schutzes bedürfen, als dies bezüglich der kaufmännischen Geschäftsgeheimnisse geboten erscheint."

Die Ausnutzung solcher Betriebsgeheimnisse sind doch nur durch Konkurrenten möglich. Den Diebstahl von Geheimnissen zu bekämpfen, ist doch Aufgabe des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb! Gibt es Unternehmer, die sich in den Besitz solcher Betriebsgeheimnisse setzen wollen, so können sie diese viel eher von dem durch die Konkurrenzklausel fast zum Verhungern gebrachten stellenlosen Betriebsbeamten erlangen, als von einem Menschen, der nicht von der Not zum moralisch verwerflichen Verrat getrieben wird.

Die Konkurrenzklausel ist aufs beste dazu geeignet, den Betriebsbeamten ins Ausland zu treiben! Dort hindern ihn keine Schranken. Dem deutschen Unternehmer, der einen Betriebsbeamten eines Konkurrenzunternehmens engagiert, könnte die Ausnutzung fremder Betriebsgeheimnisse leicht sehr teuer werden. Der ausländische Unternehmer kann mit leichterem Herzen das ausnützen, was der Betriebsbeamte weiß, der durch die Konkurrenzklausel ins Ausland getrieben ist!

Der Betriebsbeamte, der gar nicht die Absicht hat, irgend ein Betriebsgeheimnis zu verraten, kann mit jahrelanger Arbeitslosigkeit bestraft werden, weil die Unternehmer die Macht haben, ihm Verträge mit Konkurrenzklausel aufzuzwingen.

Viel wichtiger wäre es, das geistige Eigentum des Betriebsbeamten zu schützen. In den meisten Fällen werden die Leute unter der Bedingung angestellt, daß sie für die Dauer des Vertrags alle geistige und körperliche Kraft dem Unternehmer verkaufen. Sie bekommen für bestimmte in der Gehaltsquittung bezeichnete Jahre und Monate Gehalt. Macht der Angestellte während der Zeit, für die er Gehalt bezieht, Erfindungen, so ist nach den allgemeinen in Unternehmerkreisen vertretenen Ansichten der Unternehmer berechtigt, diese Erfindung auszunützen. Wenn aber der Betriebsbeamte seine Stellung verläßt und kein Gehalt mehr bezieht, dann nützt der Unternehmer gar oft das geistige Eigentum seines früheren Angestellten weiter aus, ja er hindert den Angestellten, dieses Produkt seines Geistes in einer neuen Stellung auszunützen. Im Kleinbetrieb würde man solche Bekämpfung der Tüchtigkeit nur lächerlich finden. Ein Restaurateur, der von der Tüchtigkeit seines Kochs, der besonders schmackhafte Speisen herstellt, profitiert, kann dem Koch, wenn er seine Stellung wechselt, nicht verbieten, auch in der neuen Stellung gut zu kochen. Auch hier handelt es sich um Betriebsgeheimnisse. Der Besitzer des Geheimnisses ist der Koch. Die Güte der Speisen ist durch die Mischung entstanden. Ist der Mischer der Ingredienzien aber nicht Koch, sondern Chemiker, und die Betriebsstelle nicht eine Restaurationsküche, sondern eine chemische Fabrik, dann hindert man nicht selten den Mischungskünstler, seine Wissenschaft, die sein eigenes Geistesprodukt ist, an einer neuen Stelle zu verwerten. Wie der Ruf mancher Gastwirtschaften begründet ist auf der Leistungsfähigkeit des Kochs, so ist auch die Leistungsfähigkeit mancher großen Fabrik begründet auf der Tüchtigkeit ihrer Techniker, Betriebsbeamten und Werkmeister. Diese in der Ausübung ihres Berufes durch Konkurrenzklauseln zu hindern, ist eine Schädigung der deutschen Industrie. Würde man das geistige Eigentum schützen, dann wäre auch das geistige Eigentum des Fabrikanten geschützt, der bessere Arbeitsmethoden erfunden hat. Die besseren Arbeitsmethoden brauchen keine Betriebsgeheimnisse zu sein, aber demjenigen, der sie erfunden hat, dem müßte das Recht zustehen, seine Geistesprodukte so auszunützen, wie er will. Hier versagt nicht nur die Novelle zur Gewerbeordnung, sondern sie verschlimmert noch die bestehenden Mißstände.

Wesentliche Verbesserungen des bestehenden Zustandes bringt Artikel 3, indem er den Begriff „Fabrik" aus der Gewerbeordnung streicht. Was ist eine Fabrik? Das ist das große Rätsel, welches die Gerichte zu lösen suchten und dann oft zu Schlüssen kamen, die es zweifelhaft erscheinen ließen, ob es überhaupt eine Fabrik in Deutschland gibt. Gewerbliche Großbetriebe verstießen oft gegen alle Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. In großen Kleiderfabriken arbeiteten die Frauen täglich 12 und mehr Stunden, an Sonnabenden wurde bis in die späte Nacht hinein gearbeitet. Wenn dann Strafanzeige und Anklage kam, wurde der Tatbestand, daß Frauen täglich länger als 11 Stunden gearbeitet hatten, gar nicht geleugnet. Aber es wurde behauptet, daß die Schutzbestimmungen ja nur für Fabriken gelten und der hier in Betracht kommende Betrieb sei keine Fabrik. Oft folgten die Gerichte diesen Ausführungen und sprachen den Angeklagten frei. Diesen Einwendungen soll ein Riegel vorgeschoben werden, indem nur von Betrieben gesprochen wird und ausschlaggebend für die Anwendbarkeit der Schutzbestimmungen nur die Zahl der Arbeiter ist. Die Schutzbestimmungen der §§ 135 bis 139, also Verbot der Kinderarbeit, Maximalarbeitstag und Verbot der

Nachtarbeit für jugendliche und weibliche Personen sollen in Zukunft Anwendung finden auf alle Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern, bei einer Anzahl Gewerben bereits, wenn fünf Arbeiter beschäftigt werden.

Diese Verbesserung wurde nicht in dem Kopfe eines deutschen Bureaukraten ausgebrütet, sondern durch ein internationales Übereinkommen vom 26. September 1906 in Bern geschaffen. Würden die Deutschen etwas Nationalstolz besitzen, dann könnten sie freilich darauf verweisen, daß dieser Gedanke zuerst im Oktober 1868 im Norddeutschen Reichstag vorgetragen ward. Allerdings war es ein „phantastischer und perfider Antrag", wie Bülow sagen wird, denn der Schöpfer dieses Antrages war der Sozialdemokrat Dr. J. B. v. Schweitzer, der seine Schutzbestimmungen für alle Betriebe mit 10 Arbeitern und mehr angewendet sehen wollte. Vierzig Jahre hat man experimentiert, und schließlich kommen auch die Regierungen zu der Ansicht, daß nur der Weg zum Ziele führt, den die Sozialdemokraten vor vierzig Jahren gewiesen haben.

Sachlich will man nun dem Beispiel Englands insoweit folgen, daß für weibliche und jugendliche Arbeiter der Zehnstundentag eingeführt werden soll. Freilich soll diese Schutzbestimmung erst am 1. Januar 1910 in Kraft treten, wohl deshalb, weil man genau sechzig Jahre hinter England herhinken will. Großbritannien führte 1850 den Zehnstundentag für weibliche Arbeiter ein. Der Zentralverband deutscher Industrieller protestierte freilich am 28. Oktober 1907 gegen diesen Schutz. Nun steht aber fest, daß am 1. Oktober 1902 von 38706 Betrieben mit 813560 weiblichen Arbeitern bereits 25035, also 64,7 Prozent der Betriebe mit 434005 Arbeiterinnen den Zehnstundentag hatten. Seit dieser Zeit wurde in manchem Betrieb durch Eingreifen der Gewerkschaften der Zehnstundentag erobert, so daß das Gesetz am 1. Januar nur wenig Betriebe finden wird, in denen es segensreich wirken kann. Der Gesetzgeber hinkt hinter den tatsächlichen Verhältnissen sehr langsam her.

Durch Artikel 4 sollen einige Schutzbestimmungen auf die Hausarbeiter ausgedehnt werden. Dieser Abschnitt muß eingehend von den Angehörigen der Gewerbe durchberaten werden, in denen Hausarbeit vorkommt. Die hier in Betracht kommenden zwölf Paragraphen werden in einem späteren Artikel besprochen werden.

Der sozialpolitische Geist der Regierung wird aber weit mehr durch das charakterisiert, was nicht in der Vorlage steht, als durch das, was sie enthält. Die seit langer Zeit im Reichstag vorgebrachten Klagen und Beschwerden berühren das ganze Leidensgebiet der Arbeiterklasse. Gar oft ist vom Regierungstisch zugestanden worden, daß diese oder jene Klage begründet ist. Und doch macht die Novelle keinerlei Versuche, die Mißstände zu beseitigen. Wo ein wenig zur Besserung der Lage der Arbeiter unternommen wird, betrifft es Kleinbetriebe. Der Großbetrieb und die Staatsbetriebe bleiben völlig verschont. Man wird nicht behaupten wollen, daß hier keine Mißstände bestehen. Sonst war man zum Beispiel der Ansicht, daß die Eisenbahnwerkstätten genau so Fabriken im Sinne der Gewerbeordnung seien wie die privaten Lokomotiv- und Wagenfabriken. Nun haben einige Gerichte erkannt, daß auch die Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen, und hierzu gehören auch die Werkstätten der Privat- und Straßenbahnen, nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Die preußische Regierung hat sich dieser Ansicht angeschlossen und den Gewerbeinspektoren untersagt, diese Betriebe zu revidieren. Was hat

da auch der Gewerbeinspektor zu suchen? Gilt die Gewerbeordnung nicht, dann können dort jugendliche und weibliche Arbeiter 12 bis 15 Stunden täglich beschäftigt werden, man braucht die Vorschriften der §§ 120a bis 120e nicht zu beachten, man kann in die Arbeitsordnung hineinschreiben, was man will. Genug, diese Arbeiter stehen genau so wie die Bureauangestellten außerhalb des Schutzes aller Gesetze. Es ist eine Lücke im Gesetz! Sie auszufüllen wird aber nicht versucht. Sie bleibt — und damit die ungehinderte Ausbeutungsmöglichkeit, in erster Linie für den preußischen Staat und neben ihm für eine Reihe Gesellschaften großer Kapitalisten!

Ähnlich steht es mit dem Bergbau. Die Konferenz der Bergleute, die bald nach dem großen Streik in Berlin tagte, wies auf eine Fülle von Mißständen hin. Man wird nicht behaupten wollen, daß die großen Syndikate bankrott machen würden, wenn man ihnen etwas Arbeiterschutz aufzwingen würde. Hier einzugreifen, wäre um so mehr geboten, weil die Mißstände zu Streiks führen können, die dann vom Syndikat zur Preistreiberei und Ausbeutung der Konsumenten ausgenutzt werden! Aber die Novelle bringt nichts für die Bergarbeiter!

Auch die Hütten- und Walzwerkarbeiter gehen leer aus, obwohl der Reichstag in der 32. Sitzung am 18. April 1907 den Antrag Albrecht und Genossen angenommen hat, in dem ein Achtstundentag für Hütten- und Walzwerkarbeiter gefordert wird. Der Inhalt dieses Antrags ist kein Novum für die Gesetzgebung des Deutschen Reiches, denn der § 36 der Seemannsordnung gibt dem Maschinenpersonal auf den Dampfschiffen in transatlantischer Fahrt den Achtstundentag. Was man dem Feuerarbeiter auf See gibt, sollte man dem Arbeiter an Land nicht vorenthalten. Während aber der Reichstag den Achtstundentag für die Feuerarbeiter forderte, beschloß der Zentralverband deutscher Industrieller am 28. Oktober letzten Jahres: „Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen."

An Lohnausfall bei gesteigerter Nachfrage nach Arbeitern glaubt kein Syndikatsmitglied. Betriebseinschränkung ist ja für die Syndikate das Zauberwort, mit dem man Preissteigerungen erzwingt. Was für Eisen und Kohle gilt, trifft auch für die Ware Arbeitskraft zu. Aber auch die Schädigung der Industrie kann man nicht ins Feld führen. Was die auf dem Weltmeer konkurrierenden Kapitalisten ertragen konnten, können die durch hohe Schutzzölle geschützten, im mächtigen Stahlwerkverband organisierten Großeisenindustriellen erst recht ertragen. Aber die Herren wollen eben keinen Arbeiterschutz. So hatte die Regierung zwischen einem Beschluß des Reichstags und einem Beschluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu entscheiden. Der Kenner unserer Verhältnisse konnte leicht sagen, wessen Wunsch die Regierung erfüllen würde. Der Beschluß war zwar im Blockreichstag gefaßt worden, aber nur als Resolution — und wie jetzt die Gewerbenovelle zeigt, richtete sich die Regierung nicht nach dem Beschluß des Blockreichstags, sondern nach dem des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Bei der kommenden Beratung der Gewerbenovelle wird sich nun zeigen, was von dem sozialpolitischen

Eifer des Zentrums und der Blockparteien lediglich Agitationsmittel ist. Unsere Genossen werden es sich nicht nehmen lassen, alle in Form von Resolutionen und bei Debatten zum Ausdruck gekommenen sozialpolitischen Gedanken in Form von Abänderungsanträgen einzubringen. Wenn die Parteien dann für ihre Anträge stimmen, dann muß die Regierung Farbe bekennen. Oder was wahrscheinlicher ist, Fürst Bülow bestimmt, was angenommen oder abgelehnt werden soll, und dann wird dem Block und dem Zentrum die heuchlerische Maske abgerissen.

Der Einwurf, daß durch weitgehenden Arbeiterschutz die Konkurrenzfähigkeit leidet, kann heute nicht mehr gemacht werden. England erließ seine Arbeiterschutzgesetze zu einer Zeit, als es zum absoluten Freihandel überging. Der Arbeiterschutz hat nicht allein die Industrie nicht geschädigt, sondern mit dazu beigetragen, die Arbeiter vor Degenerierung zu schützen und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Bis jetzt ist nicht nur die Arbeiterschutzgesetzgebung der meisten Länder hinter England einher gehinkt, sondern auch die Forderungen der Arbeiter standen auf der in England geschaffenen Basis. Die Arbeiter stellten die Forderungen, die in England weitsichtige Sozialpolitiker formuliert hatten.

Viele Rücksichten, die man in England im Hinblick auf die Konkurrenz nahm, treffen für Deutschland und Amerika nicht mehr zu. Viele Industrien sind weiter entwickelt als in England. Durch die Kartelle ist die freie Konkurrenz beseitigt. Da müssen auch die Arbeiter ihre Forderungen revidieren. Wo die Unternehmer so organisiert sind, wie das bei der Kohlen- und Eisenproduktion der Fall ist, muß Vorsorge getroffen werden, daß die Macht der Kapitalisten nicht gegen die Arbeiter mißbraucht werden kann, und ferner muß auf diesen Gebieten die Gesetzgebung Aufgaben lösen, die man sonst der freien Vertragsschließung überläßt.

Man kann aber nicht erwarten, daß hier die Regierung die Initiative ergreift. Die Arbeiter müssen ihre Forderungen formulieren! Sie können weiter gehen, als sie 1889 in Paris gegangen sind, weil die Industriellen den durch Zölle gegebenen Schutz ausgenutzt und Zustände geschaffen haben, in denen die Arbeiter weit höhere Forderungen erheben können, als dies bisher der Fall war.

Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung.

Von **Ch. Rappoport** (Paris).

I.

Kleinbürgertum und Klassenkampf.

Das kapitalistische Frankreich hat sich wirtschaftlich zum Weltbankier, genauer zum Weltwucherer entwickelt. Es ist, wie allgemein bekannt, das klassische Land des kleinmütigen Kleinbürgertums, der selbstgenügsamen, beschränkten, genießenden, faulen Rentiers großen, mittleren und kleinen Kalibers. Seine Ökonomie ist Vulgärökonomie. Seine Philosophie ist entweder ein spiritualistisch-moralisierender Eklektizismus oder ein flaches, nach verbotenen Früchten schielendes Freidenkertum gewerbsmäßiger Pfaffenfresser, die in ihrem Wappen den Schutzpatron Voltaire spreizend führen, im Kopfe aber kein Fünkchen vom Geiste des genialen Spötters besitzen. Seine Literatur

sind elegant und geistreich geschriebene Ehebruchsromane oder ein schlecht verdauter, ins vulgäre Strebertum ausartender Nietzscheanismus, der ebenso schlecht übersetzt wie aufgefaßt ist. Sein bevorzugter Theatergenuß ist Varietétheater oder wieder und wieder Ehebruchsschauspiele. Die sozialen Stücke hat ihr größter Theaterkritiker Sarcey als Tendenzstücke („pièces à theses"), bei denen ein respektabler und vernünftiger Bürger bloß einschlafen könne und dürfe, ein für allemal aus dem Boulevardtheater verbannt. Frankreichs Presse ist die gedankenlose kapitalistische Sensationspresse. Sein besonderer Sozialismus ist der unabhängige Sozialismus Ihrer Exzellenzen Millerand, Briand und Viviani, denen die „Geeinigten" („Les Unifiés") ein Schreckensobjekt sind. Die Parzellenbauern verlieren je weiter desto mehr die freie Verfügung über ihre Fetzen Land, aber sehr langsam oder gar nicht ihre geschichtlich erworbene und wirtschaftlich wohlverdiente Beschränktheit. Der Panamaschwindel hat Tausenden und aber Tausenden kleiner Rentiers den Ruin gebracht. Der Russenschwindel hat ihn aber mit Erfolg ersetzt und die Rentnerexistenz der kleinbürgerlichen Massen bis zum nächsten bevorstehenden Krach gerettet. . . .

Frankreich ist das glorreiche Land der furchtbarsten und fruchtbarsten Klassen- und Freiheitskämpfe. Es ist das Land der unvergeßlichen Jahre 1789 bis 1793, 1830, 1848, 1871. Es ist das Land der sozialen und politischen Erdbeben, die das alte Europa in seinen tiefsten Grundfesten erschütterten. Es ist daher das klassische Land der unausrottbaren revolutionären Tradition, der revolutionären Leidenschaft, des revolutionären Dranges.

Die Revolutionsjahre sind aber bloß die Festtage der geschichtlichen Entwicklung. Das alltägliche Wochenleben wird vom kleinbürgerlichen Geiste tyrannisch beherrscht. Dieser Krämer-, Kleinbauern-, Rentner- und Beamtengeist vergiftet die sämtlichen Erscheinungen des Lebens, er droht wieder und wieder, sogar den revolutionären Geist der Arbeiterklasse in eine revolutionäre Spielerei, in die revolutionäre Phrase ausarten zu lassen. Doch fehlt es auch an echtem revolutionären Feuer nicht, das in der scheinbar erloschenen proletarischen Asche fortglimmt.

Wenn die welterschütternden französischen Klassenkämpfe zweifelsohne zur Ausbildung der Marxschen Klassenkampfstheorie mächtig beigetragen haben, den Klassencharakter des organisierten französischen Sozialismus mitbedingen und bis auf den sogenannten „revolutionären" Syndikalismus tief noch bis zum heutigen Tage weiterwirken, so bedingt die fortdauernde kleinbürgerliche Struktur der französischen Gesellschaft, die das Proletariat nicht in genügendem Maße aufblühen läßt, die Schwäche der Organisation. Erst eine mächtige großkapitalistische Entwicklung ermöglicht eine mächtige Proletarierorganisation. In bezug auf proletarische Organisationsmöglichkeit ist und bleibt Frankreich einstweilen ein antimarxistisches Land. Mit der ihm eigenen Schärfe und Präzision schilderte diese Lage unlängst Jules Guesde in folgender kurzgefaßten Formel: „Kleine Bürger — kleine Gedanken" („Petite bourgeoisie — petites pensées").

Und in diesem antimarxistischen Lande, wo der ideologische kleinbürgerliche Sozialismus unausrottbar ist, sollte eine rein marxistische sozialistische Bewegung, eine nach internationalen marxistischen Grundsätzen organisierte Partei, eine einflußreiche und gediegene marxistische Arbeiterliteratur entstehen. Noch mehr. Diese Partei — unter dem Namen „Französische Arbeiterpartei"

(Parti Ouvrier Français) bekannt — war die mächtigste, die bestorganisierte unter allen anderen. Die von ihr geschaffene glänzende Propagandaliteratur steht einzig in Frankreich da und sucht vergebens ihre Nachahmung oder Fortsetzung bei den anderen Organisationen.

Diese sonderbare Erscheinung, diese höchst interessante Verpflanzung des derben Marxismus in das zart- und feinfühlende Frankreich, in dem das Genie der Form vorherrscht, verdanken wir Jules Guesde und seinem Freunde Paul Lafargue, dem Schwiegersohn von Karl Marx. Es ist ein höchst lehrreiches Kapitel aus der Geschichte des Marxismus. Es ist die Geschichte des harten Ringens des marxistischen Gedankens mit dem ungünstigen französischen Milieu. Es ist die Geschichte eines ungemein begabten — wir möchten fast sagen Märtyrers des Marxismus in Frankreich, Jules Guesde, dessen Schicksal das des modernen französischen Sozialismus am besten widerspiegelt.

Jules Guesdes Leben.

Jules Guesde ist am 11. November 1845 in Paris geboren. Sein Vater, ein frommer Katholik, gehörte dem Lehrerstand an und mußte durch Privatunterricht mühsam eine Familie von sieben Mitgliedern ernähren. Der junge Guesde erhielt Hausunterricht. Er brauchte nicht seinen Nacken unter die nivellierende Disziplin der öffentlichen offiziellen Schule beugen. In seinen Jugendjahren war Guesde tief und aufrichtig religiös. Das Studium der französischen Übersetzung der „Kritik der reinen Vernunft" von Kant machte ihn zum Atheisten. Viktor Hugos flammende Pamphlete gegen „Napoleon den Kleinen" haben ihn zum Freiheitskämpfer erzogen.

Die Familie Guesde war arm. Jules Guesde war gezwungen, als kleiner Beamter den harten Kampf ums Dasein zu beginnen. Er verließ aber bald sein Amt, um sich völlig dem Kampfe gegen den kaiserlichen Despotismus zu widmen. Gegen das Ende der sechziger Jahre verließ er das ohnehin oppositionell gestimmte Paris, das dem feurigen Propagandisten nicht genug aktionsbedürftig zu sein schien, um sich nach dem Süden zu begeben. In Toulouse setzte er den Kampf gegen das zweite Kaisertum fort. Er wirkte an einer liberalen Zeitung mit, bemerkte aber bald, daß der Liberalismus dieser Zeitung zweifelhafter Natur war, trennte sich von ihr, ging zu einer anderen, die den stolzen Titel „Die Freiheit" trug, die aber ebenso charakterlos war. Auch von dieser mußte sich Jules Guesde trennen. Jede Halbheit war dem zukünftigen Gründer der Französischen Arbeiterpartei immer in tiefster Seele verhaßt. Seine schlimmsten Gegner mußten zugeben, daß er ein ganzer Mann von unbeugsamem Charakter ist. Er bekämpfte die Tendenz mancher kleinmütigen Liberalen nach Versöhnung mit dem Kaisertum, wie er später dieselbe Tendenz auf dem Boden des Klassenkampfes scharf zurückwies. Klarheit, logische Konsequenz, Bis-zu-Ende-gehen — diese Eigenschaften begleiten Jules Guesde durch sein ganzes Leben. Diese im höchsten Grade bei ihm entwickelten Charakterzüge bereiteten einen äußerst günstigen Boden vor für die Aufnahme der Marxschen Lehre, die Lehre des konsequenten, ganzen, unverstümmelten und ungemischten Proletariersozialismus.

Zu der Zeit des zweiten Kaiserreichs aber war Marx Jules Guesde noch ganz unbekannt. Er sympathisierte damals mit den besten und ehrlichsten Demokraten Frankreichs. Als er vor dem Sturze Napoleons III. in Montpellier eine Zeitung — „Die Rechte des Menschen" („Les Droits de

l'Homme") — gründete, schrieb ihm Armand Barbès, einer der aufrichtigsten Demokraten: „Der Titel Ihrer Zeitung zeugt, daß Sie eine neue Tribüne schaffen wollen, von der die republikanischen und sozialistischen Prinzipien gepredigt werden sollten. Die Menschenrechte! Ja, die Rechte aller sind gleich, und unsere Pflicht besteht darin, allen gleich die materiellen und geistigen Güter zu sichern."

Dies der echte Sozialismus der vierziger Jahre. Er wird aus den Menschenrechten der großen bürgerlichen Revolution als Postulat der sozialen Gerechtigkeit gefolgert. Es war der Sozialismus der schönen Seelen und edel empfindenden Menschen, die den Armen und Enterbten zu ihren Menschenrechten zu verhelfen suchten. Es genügte, als Mensch zu empfinden, um für seine Mitmenschen das ewige unveräußerliche Recht auf Glück zu fordern. Bloß eine Kleinigkeit übersahen die Ideologen des Gefühlssozialismus: daß unter den ewigen Menschenrechten des revolutionären Bürgertums das Recht auf Privateigentum einen Ehrenplatz beanspruchte. Und dieses Recht machte alle anderen zuschanden.

Wir haben um so weniger Recht, diese schwärmerische Jugendperiode des französischen Sozialismus als geschichtliche Erscheinung zu ignorieren, da noch bis heute die Mehrheit der französischen Sozialisten — unter ihnen ein Mann wie Jaurès! — den Sozialismus als die logische Konsequenz der bürgerlichen demokratischen Ideologie, namentlich der Menschenrechte, betrachtet. Es bedurfte einer besonderen Denkkraft und außerordentlicher Anlagen, um diesen demokratischen Zauber, der eine glorreiche Vergangenheit hinter sich hat, los zu werden.

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870 und der Heldenkampf der Kommunemärtyrer führten Jules Guesde zu der nackten, wenig idealistischen Wirklichkeit der kapitalistischen Ordnung zurück. In seiner Zeitung erklärte Guesde dem Kriege und den Kriegsgelüsten Bonapartes den entschiedensten Krieg. Er suchte festzustellen, daß dabei Frankreich jedenfalls bloß zu verlieren hätte. Das siegende Frankreich werde den kaiserlichen Despotismus befestigen; werde Frankreich geschlagen, so falle es der Zerstückelung und dem Joche des Auslandes anheim. Für diesen Seherblick in die Zukunft wurde Guesde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein edler Demokrat begrüßte mit folgenden Worten die revolutionäre Taufe Jules Guesdes: „Ich werde nicht behaupten, daß Ihre Verurteilung ein erfreuliches Ereignis ist; ich muß aber sagen, sie ist für Sie ehrenhaft, und ich beglückwünsche Sie dazu. Es wird bald der Tag kommen, an dem alle anerkennen werden, daß Sie recht hatten."

Ja, Guesde behielt recht. Frankreich wurde geschlagen und zerrissen. Es mußte sich in die Arme des Zarismus werfen und seine Abhängigkeit von der Petersburger Tyrannei für den schönen Preis von 14 Milliarden erkaufen, ganz abgesehen von den 5 Milliarden der an das Deutsche Reich ausgezahlten Kriegskontribution und den unzähligen Milliarden für die Herstellung der Armee und Marine.

Die Niederlage Frankreichs fegte Bonaparte wie einen Strohhalm weg. Am 4. September proklamierte das revolutionäre Volk die Republik, trotz des Sträubens der reaktionären Kammer. Jules Guesde finden wir sogleich in den ersten Reihen der republikanischen Kämpfer.

Die Revolution des 18. März 1871 brachte die Pariser Kommune. Es war keine sozialistische Regierung, aber es war die erste Arbeiterregierung.

Es war zugleich die erste ehrliche Regierung. Die „Minister" der Kommune wurden mit beinahe gewöhnlichem Arbeiterlohn bezahlt. Und die Frau des „Finanzministers", der als armer Teufel aus dem Leben schied, schämte sich nicht, selbst ihre Wäsche noch während der Ministerherrlichkeit ihres Mannes zu waschen. Die Kommune konnte während ihrer beschränkten Lebenszeit nur wenige Arbeitergesetze zustande bringen. Sie mußte für ihre nackte Existenz kämpfen und erkämpfte sich ehrlich die Unsterblichkeit durch ihr heroisches Ende. Die Koalition der bürgerlichen und reaktionären Angst und Grausamkeit streckte auf den von Blut überströmenden Straßen und Boulevards von Paris etwa 35000 Leichen nieder. Tausende und aber Tausende gingen unter den jämmerlichsten Bedingungen ins Exil.

Jules Guesde, der in Montpellier seine Zeitung redigierte, nahm entschieden für die Arbeiterkommune Partei. Thiers Republik ohne Republikaner verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis. Er ging ins Ausland, um von da den Kampf fortzusetzen. Aus der Schweiz schleuderte er eine zündende Anklage gegen die wilden Kommunemörder unter dem Titel: „Das rote Buch der Krautjunkergerichte. Beiträge zur Geschichte einer Republik ohne Republikaner." Es war mit dem Blute der Arbeiterklasse geschrieben. Trotzdem Guesde als Gewährsmänner ausschließlich die Schilderungen der bürgerlichen Kommunegegner benutzte, war das Gesamtbild erschütternd. Der Titel ist zugleich eine Anspielung auf den Anteil, den das verblendete und von Thiers betrogene, in der Armee dienende Landvolk an der Unterdrückung hatte, dem man die Kommunards nach der Art von Johannes Scherr („Das rote Quartal") verleumderisch und unverschämt als eine Bande von Mördern und Dieben anschwärzte.

Jules Guesde verließ bald die Schweiz und siedelte nach Italien über, wo er als Lehrer der französischen Literatur an einer öffentlichen Schule angestellt wurde. Auch da kannte er weder Rast noch Ruhe. Er gründete eine Sektion der Internationale, wirkte in einer proletarischen Zeitung, „Der Pöbel", mit. In diese Epoche gehört eine italienische Broschüre über das Eigentum, in der Jules Guesde zuerst seine glänzende polemische Begabung gegen einen bürgerlichen Vulgärökonomen erprobte.

Jules Guesdes republikanische Periode.

Der erste Waffengang Jules Guesdes galt der politischen Freiheit, der Republik, der „republikanischen Republik". Auch in dieser Periode kamen die Haupteigenschaften, die ihn kennzeichnen — Klarheit, Bestimmtheit und streng logische Konsequenz —, zum Vorschein. Er bekämpft bis aufs Messer die Halben, die Unklaren. Dieser Zug, der seine ganze öffentliche Tätigkeit wie ein roter Faden durchdringt, stempelt Jules Guesde zu einem echten Franzosen. Logisches und klares Bis-zu-Ende-Denken ist das vornehmste Merkmal des französischen Genies. Schon René Descartes, der Mitbegründer der Philosophie der Neuzeit, bezeichnete *Klarheit* und *Bestimmtheit* als Erkenntnismittel, als *Kriterium* der Wahrheit überhaupt.

Diese mathematischen Eigenschaften bilden die starke, aber zugleich die schwache Seite des französischen Denkens. Der Klarheit und der Logik wird manchmal die reiche Fülle der Wirklichkeit, die etwas komplizierter ist als gerade Linien und Flächen, zum Opfer gebracht. Das fein nuancierte, dem bunten, sich oft widersprechenden Charakter des modernen Lebens angemessene

Denken ist dem Enthusiasten der Logik zuwider. Er liebt kein Wenn und Aber. Zwingt ihn aber die Wirklichkeit zur Anerkennung neuer Tatsachen, so gelangt bei ihm die Wahrheit des Lebens zu ihrem Rechte auf dem Wege des vulgären Widerspruchs, der Selbstverleugnung.

Gegen dieses Übel gibt es bloß eine Rettung — die dialektische Methode von Hegel-Marx, die den „Widerspruch" aus dem Denken in die Wirklichkeit selbst verweist und zum Entwicklungsprinzip erhebt. Das „französische" Denken ist aber nichts weniger als dialektisch im Marxschen Sinne. Es sind die Mängel seiner Vorzüge, die miteinander eng verbunden sind.

Jules Guesde verlangte — als er noch nicht Marxist war — von den bürgerlichen republikanischen Politikern Konsequenz, Logik und Ehrlichkeit. Er bekämpfte Gambetta und seinen Opportunismus. (Das Wort Opportunismus wurde bekanntlich durch Henri Rochefort in bezug auf Gambetta gemünzt.) So schrieb Jules Guesde 1876: „Die republikanische Mehrheit der Kammer ist durch die ebenso trügerischen wie verbrecherischen Theorien des Opportunismus derart entmannt, sie hat so die Gewohnheit behalten, ihren Willen nicht anders zu betätigen als in der Form der Selbstverleugnung, daß man immer Grund hat zu fürchten, sie schrecke vor einem neuen Kompromiß bloß deswegen zurück, um einen größeren zu verüben."

Den „mehr gutmeinenden als weitblickenden" Demokraten rief Guesde zu: „Man werde Gambetta nie genug bekämpfen." Die Massen betrachten — argumentierte Jules Guesde — die Republik nicht als „eine Theorie", als Selbstzweck, sondern als Mittel zu ihrem Wohlsein. Sie beurteilen den Baum nach den Früchten. Sobald die Republik den Massen nichts bringt, kehren die Massen der Republik den Rücken. Jules Guesde zählt die Sünden der damaligen halbmonarchischen und ganz konservativen Kammer auf und sieht die Gefahr voraus, die der Opportunismus gegen die Republik heraufbeschwört.

Guesdes Gedankengang trifft den Nagel auf den Kopf. Er stellt den sozialistischen Standpunkt in der Rettung der Republik fest. Die bürgerlichen Politiker bringen die Republik durch ihre reaktionäre oder antidemokratische Republik periodisch in Gefahr. Dann wird das Proletariat um Hilfe ersucht, den republikanischen Wagen aus den Schlamm zu ziehen, in den die bürgerlichen Lenker ihn hineinfahren ließen. Man buhlt förmlich um die Gunst des Volkes, des „großen Lümmels". Das Volk kommt, sieht und siegt. Nun tritt die Stunde der Abrechnung ein. Das Proletariat fordert den ehrlich und mühsam verdienten Lohn. Die Herrschenden und Genießenden aber meinen, der Arbeitermohr habe seine Schuldigkeit getan — der Arbeitermohr könne nun gehen. Es wird dann von „Begehrlichkeit", „Utopisterei", „Finanznot" ein langes und breites erzählt, dessen kurzer Sinn aber heißt: die Arbeiterklasse bekommt nichts. Auf diese Weise wird das Proletariat nicht bloß ökonomisch, sondern auch politisch ausgebeutet, gefoppt und ausgelacht.

Als historisches Verdienst dürfte Jules Guesde angerechnet werden, auf dieses periodisch wiederkehrende bürgerliche Spiel die Arbeiterklasse aufmerksam gemacht zu haben.

Man konnte, und mit einem gewissen Grade mit scheinbarem Recht, die Angriffe Jules Guesdes gegen Gambetta im Jahre 1876 unzeitgemäß finden, da es sich damals nicht um die oben gekennzeichnete Rettung der Republik, sondern vielmehr um ihre Gründung handelte. Die Republik, die mit einer Stimme Mehrheit in die Verfassung von 1875 indirekt — auf dem Wege

eines Amendements, das den Präsidenten als den der Republik bezeichnete — hineingeschmuggelt wurde, war ihren Grundlagen nach mehr einer Monarchie ähnlich. Die monarchischen Parteien waren auf dem Wege, sie zu erdrosseln. Und es bedurfte des geschlossenen Auftretens aller republikanischen und demokratischen Kräfte, um durch Lahmlegung des Staatsstreiches von Mac Mahon (16. Mai 1877) die Republik in Frankreich erst zu begründen.

Aber zur Rechtfertigung des Feldzuges von Jules Guesdes gegen Gambetta mögen folgende Umstände dienen. Guesde stand nicht allein im Kampfe gegen den Opportunismus Gambettas. Die radikale Presse, die Freunde Clemenceaus führten denselben Kampf. Die Republik wird keineswegs dadurch gefährdet, daß jede Volksklasse sie mit ihren eigenen Waffen, mit ihren eigenen Gründen, mit ihrem eigenen Temperament zu verteidigen sucht. Nur politische Philister und Angstmeier oder gedankenlose Politiker fürchten, die Wahrheit nicht nur den Gegnern, sondern auch den momentanen Bundesgenossen mit der nötigen Schärfe zu sagen. In jedem Augenblick kämpft das Proletariat zugleich gegen zwei Fronten: Erstens gegen die Parteien und Klassen der Reaktion, gegen die Mächte der Vergangenheit, die freiwillig nicht aus dem Leben gehen wollen, obwohl ihre geschichtliche Rolle längst ausgespielt ist. Zweitens gegen die Parteien und Klassen, die in der Gegenwart herrschen oder auf dem Wege sind, ihre Herrschaft zu erobern. Das Proletariat befindet sich dann in einer höchst merkwürdigen, man kann sagen zweideutigen Lage. Es ist gezwungen, seinem Klassengegner provisorisch zur Macht zu verhelfen. Damit diese objektive, geschichtliche Zweideutigkeit nicht in eine subjektive, in Selbsttäuschung und Selbstbetrug, ausarten könne, sind zwei Dinge absolut notwendig: selbständige Klassenorganisation und systematische Aufklärung. Fehlen diese Bedingungen, dann verwandelt sich die Arbeiterklasse in ein bloßes Anhängsel, in eine Hilfstruppe der herrschenden Klassen. Das Proletariat oder diejenigen, die sich als seine Wortführer betrachten, treiben dann Blockpolitik, wie wir es vor der Einigung der sozialistischen Partei in Frankreich sattsam zu beobachten hatten.

Die erste Bedingung fehlte in Frankreich nach der Niedermetzelung der Kommune. Das furchtbare Blutbad der Maitage von 1871, die Proskriptionswut der feigen Bourgeoisie, die aufgezwungene Flucht der zurückgebliebenen besten Kämpfer zerstörten jede Organisationsmöglichkeit auf Jahre hin. Für die Erfüllung aber der zweiten Bedingung — für die Massenaufklärung — war der Kampf von Jules Guesde gegen den opportunistischen Republikanismus absolut notwendig. Das Verhalten Gambettas nach dem republikanischen Siege von 1877 hat die Folgerichtigkeit dieser Taktik glänzend bewiesen. Kaum an die Macht gelangt, kehrte Gambetta den Spieß gegen das Proletariat, gegen die „trunkenen Heloten" um, wie es heute sein Nachfolger Clemenceau tut.

Aber dabei dürfen wir nicht vergessen, daß bis zur Befestigung der republikanischen Ordnung Jules Guesde, obwohl ein überzeugter Sozialist, in erster Linie für die Republik und die republikanischen Freiheiten kämpfte. So kündigte die „Egalité" von Marseille im Oktober 1872 die Mitarbeit Jules Guesdes mit folgenden Worten an: „Unser Mitarbeiter zählt zu den kühnsten Verteidigern der Republik." Er verteidigt das allgemeine Stimmrecht, wenn es auch bisweilen dem Volke blutwenig gegeben hat. „Man müsse wahnsinnig sein, um aus der zufälligen Unfruchtbarkeit des allgemeinen Stimmrechtes auf seine organische zu schließen", schreibt er 1872. Wieder und

wieder warnt er vor der Gefahr eines imperialistischen Staatsstreichs. Er weist wiederholt darauf hin, daß sich die Armee und die Verwaltung in den unsicheren Händen der Bonapartisten und Monarchisten befinden. So schreibt er: „Zwischen einer nominellen Republik, die wir besitzen, und einer imperialistischen Restauration ist bloß die Ehrlichkeit der großen Gewalthaber des Militärs vorhanden. Es scheint, daß diese Garantie dem Herrn Thiers genügt" („Egalité", Marseille 1872). Er nimmt sogar Thiers in Schutz, als die Rechte durch den Sturz der Scheinrepublik und ihres Oberhauptes die Wiederherstellung der Monarchie einleiten wollte. Dabei sucht er keineswegs den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie zu vertuschen, wie aus folgendem ersichtlich: Der dritte Stand „ist konservativ, sobald es sich darum handelt, einen Schritt vorwärts zu machen, dem arbeitenden Volke, aus dem er hervorging, einen Platz an der Sonne einzuräumen, er ist aber revolutionär und bereit, sogar zur Flinte zu greifen, wenn es sich um ein Zurück handelt, um das schon errungene Terrain zu verlassen" (29. November 1872). Er verfolgt Schritt für Schritt den Kampf für die Republik und nimmt in den wichtigsten Tagesfragen entschieden Stellung.

Dabei vergißt er keinen Augenblick die Klasseninteressen des Proletariats. Er erinnert an die Worte eines römischen Cäsars an seinen Sohn: „Suche vor allem das Militär zufriedenzustellen und kümmere dich nicht um das übrige." Dem fügt Guesde hinzu: „Im Jahre 1873 genügen die Soldaten nicht mehr. Heute müsse man das Proletariat der Städte und des Landes zufriedenstellen, wenn man um das übrige, das heißt um die Wiederherstellung des Kaisertums, sich nicht kümmern wolle" (10. Januar 1873). Diejenigen, die Jules Guesde und seinen Freunden einen lauen Republikanismus oder Indifferenz für die politische Form vorwerfen, haben nicht den leisesten Begriff von den harten Kämpfen dieses merkwürdigen Mannes während der ersten Periode seiner öffentlichen Tätigkeit.

Erst nach dem Sturze Mac Mahons und der endgültigen Gründung der Republik erklärt Jules Guesde ausdrücklich: Jetzt sei die Republik fest begründet. Die Arbeiterklasse müsse nun für sich sorgen. Es müsse eine „Soziale Partei" gegründet werden. Damit fängt die bedeutendste Periode — die eigentlich sozialistische — Jules Guesdes an. Sie führt zur Gründung der Französischen Arbeiterpartei auf dem Kongreß in Marseille 1879. Es ist die erste klassen- und zielbewußte sozialistische Partei Frankreichs mit einem marxistischen Programm. (Schluß folgt.)

Eine Umwälzung der Kriegstechnik.

Von **Hermann Wendel.**

Das lenkbare Luftschiff ist erfunden, daran läßt sich nicht rütteln, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach dem zwanzigsten Jahrhundert so sein Gepräge aufdrücken wie dem neunzehnten die Eisenbahn. Aber, was kennzeichnend ist für die Entwicklungsstufe des Militarismus, es ist nicht wie bei allen früheren technischen Erfindungen der Kapitalismus in seiner unmittelbaren und produktiven Gestalt, der sich, etwa für Handel und Verkehr, dieses neuen Verkehrsmittels bemächtigt, sondern es ist der Kapitalismus in seiner mittelbaren und unproduktiven Form: der Militarismus! Welche Umwälzung in der

Digitized by Google

Kriegstechnik mit der neuen Erfindung verbunden sein wird, ist deshalb auch vorläufig von größerem Interesse, als welche Umwälzung sie ins Verkehrswesen hineintragen wird.

Die rein technische Seite der Sache hier ausführlicher zu erörtern, ist überflüssig. Es mag die Feststellung genügen, daß das moderne lenkbare Luftschiff drei verschiedene Typen aufweist: das starre, das halbstarre und das unstarre System. Das starre Luftschiff aus Aluminium, wie es Graf Zeppelin gebaut hat, behält unter allen Umständen seine Form bei, bedarf aber, da es ungefüllt nicht transportfähig ist, besonderer Hafenanlagen für Füllung und Aufstieg. Das zweite System, das halbstarre, vertritt gegenwärtig Frankreich mit dem Luftschiff der Gebrüder Lebaudy: die Ansätze zu einer Luftflotte, die sich der französische Militarismus bereits geschaffen, bestehen aus Exemplaren dieses Typs. Das zweite dieser Luftschiffe, die „Patrie“, war dem ersten Versuchsexemplar bereits derart überlegen, daß es sehr bequem zur Weiterbeförderung auf Wagen und Eisenbahn verpackt werden konnte — ein bedeutender Vorteil gegen das starre System. Noch leichter transportabel ist das unstarre Luftschiff des Majors v. Parseval, das in ungefülltem Zustand fast wie ein Regenschirm zusammengeklappt werden kann und zu seiner Beförderung nur eines Eisenbahnwaggons oder zweier Fuhrwerke und zu Füllung und Aufstieg durchaus keiner besonderen Vorarbeiten bedarf. Sämtliche Luftschiffe sind mit kräftigen Motoren versehen und im übrigen recht gigantische Wesen: das Zeppelinsche hat eine Länge von 126 Metern und 12½ Meter Durchmesser, die „Patrie“ mißt von einem Ende zum anderen 62 Meter und weist einen Durchmesser von 10,3 Metern auf, während das Längenmaß des Parsevalschen Ballons 48 Meter und sein Durchmesser 8,57 Meter beträgt. Schließlich ist noch ein Mittelding zwischen starrem und halbstarrem System zu erwähnen, mit dem Major Groß von der preußischen Luftschifferabteilung seine Versuche macht, und der englische lenkbare „Nulli secundus“, mit dem bis jetzt allerdings wenig befriedigende Resultate erzielt worden sind. Daß übrigens drei Staaten zu gleicher Zeit mit derselben Erfindung auf den Plan treten, mag als ein kleiner Beweis für die materialistische Geschichtsauffassung gelten, die umwälzende Erfindungen nicht fix und fertig aus dem Kopfe genialer Männer hervorspringen, sondern sie sich einer allgemein empfundenen Notwendigkeit entringen läßt.

Die Bedeutung des lenkbaren Luftschiffs für die Kriegstechnik wird nun selbst von militärischen Sachverständigen ganz verschieden beurteilt. Der einen Auge rollt im unholden Wahne und sieht alle Schrecken eines Luftkriegs wie folgt entfesselt:

„Es wird ein wahres Schlachten in den Lüften sein, ein Dahersausen hoch im Äther schwimmender Kolosse, grausig bemalt, an die fürchterlichen chinesischen Kriegsdrachen erinnernd, diesmal aber wirkliche Luft- und Feuergebilde, scheußlich gestaltete Zitterrochen der Atmosphäre, die aus gewichtlosen Aluminiumschlünden flatternde Torpedos speien, schwingenschlagende Geschosse, nach dem Prinzip des ‚Schwerer als Luft‘ gebaut. Hoch in den Lüften in Feuer und Rauch Heere, die aufeinanderstoßen in wütendem Getümmel, eine ‚Hunnenschlacht‘, wie sie Kaulbach auf seinem berühmten Karton phantasievoll auftauchen läßt, aber diesmal überphantastisch: zahllose motorstöhnende Ungeheuer, die im wirren Gewühl gegeneinander toben, sterbende Soldaten, die in sausender Schnelle in die Tiefe stürzen, breitgeschwollene Bäuche von Ballon-

Digitized by Google

körpern, die plötzlich vom leichten, hohlgeschliffenen Rammsporn des Gegners wie von einem riesigen Rasiermesser entzweigeschnitten werden und dann ihre ‚Seele', ihre Auftriebskraft, aushauchen oder deren Gas, von feindlichen Brandern gezündet, als jähe Riesenfackel emporflammt, Nachbarschiffe versengend, worauf die Stahlrohr- und Aluminiumgerüste der Gondeln durch Wolken hindurch abfliegen, um mit Mannschaft und Geschütz auf der Erde zu zerschmettern. Die Gefahren der Seeschlacht verhundertfacht auf schwankem, aus Rohr und Seide gewebtem ätherischen Gerüst, statt des Ertrinkens ein blitzartiges Tauchen in ein lichtvolles, widerstandsloses Meer, auf dessen Boden man zerschellt. ..."

Die anderen sind kühl bis ans Herz hinan und erklären die militärische Verwendbarkeit des Luftschiffs für zwar wichtig, aber doch beschränkt. Die Möglichkeit, Geschosse aus den Gondeln auf die Erde, auf Truppenkörper, auf Kriegsschiffe, in Festungen zu werfen, wird, heißt es hier, durch die geringe Tragfähigkeit der Luftschiffe auf ein Mindestmaß reduziert. Außerdem vermögen sie sich immer nur in einer Höhe zu bewegen, in der sie von der Erde aus mit eigens konstruierten Steilfeuergeschützen herabgeschossen werden können. Zur Begründung ihrer Skepsis führen diese Ungläubigen an, daß auch andere Erfindungen im Militärwesen mit sanguinischen Hoffnungen begrüßt worden wären und nachher schmählich enttäuscht hätten.[1]

Nun ist es richtig, daß man hier und da von der Erfindung der Unterseeboote eine Umwälzung des Seekriegs und von der der Maximgeschütze gar eine Umwälzung der Kriegstechnik überhaupt erwartete, aber mit dem Luftschiff verhält sich die Sache doch anders: das Luftschiff erobert der Strategie ein ganz neues Element, die Luft!

Ebenso richtig ist es allerdings, daß vorläufig das lenkbare Luftschiff im wesentlichen nur eine Erweiterung der Aufgaben mit sich bringen wird, die bislang der militärische Fesselballon zu erfüllen hatte. Das heißt, Aufklärungszwecken dienend, würde das lenkbare Luftschiff so etwas wie eine fliegende Kavalleriepatrouille sein, ungleich vollkommener natürlich als eine irdische Kavalleriepatrouille und auch als ein Fesselballon, und damit der Existenzberechtigung der Reiterei, die nur mehr Aufklärungstruppe ist, den letzten Stoß versetzen. Als Kommunikationsmittel für belagerte Festungen mit der Außenwelt ist schon der nicht lenkbare Luftballon 1870/71 von den in Paris eingeschlossenen Truppen und auch den Zivilgewalten benutzt worden. Allerdings auf die Gefahr hin, die auch einige Male Wirklichkeit wurde, daß solch ein glückhaft Schiff nicht weit genug mit Wolken und Winden trieb, sondern sich freiwillig mitten in den feindlichen Linien niederließ, wenn es nicht ohnehin von Geschossen niedergeholt wurde. Die Lenkbarkeit des Luftschiffs verleiht ihm auch auf diesem Gebiet einen nicht hoch genug zu schätzenden Wert.

Nun geben selbst die skeptischen Beurteiler zu, daß es, wenn auch in beschränktem Maße, möglich sein werde, aus den Luftschiffen von oben herab den Gegner mit Minen und Sprenggeschossen zu schädigen. Daß schon in der Gegenwart derartige Zwecke angestrebt werden, geht aus den Berichten über die Versuchsfahrten der „Patrie" klipp und klar hervor. So soll durch eine Verlängerung dieses Luftschiffs seine Tragkraft auf 1100 bis 1500 Kilo-

[1] Inzwischen scheint die „Fahnenflucht" der „Patrie" den Skeptikern recht gegeben zu haben, aber wenn man bedenkt, daß die Verwendung der lenkbaren Luftschiffe im Kriegsdienst das Anfangsstadium noch nicht überschritten hat, will dieses einmalige Versagen nicht allzuviel bedeuten.

gramm gebracht werden. Die Belastung des Ballons ist folgendermaßen gedacht: ein Führer, ein Gehilfe, ein Generalstabsoffizier, 300 Kilogramm Ballast, 400 Kilogramm flüssigen Brennstoff und 200 bis 500 Kilogramm Geschosse! Von dem starren Aluminiumluftschiff des Grafen Zeppelin hat man sogar behauptet, daß es 64 Torpedos zu 75 Kilogramm mit sich zu führen vermöge, und der Luftflottenschwärmer Regierungsrat Martin hat daran anknüpfend eine deutsche Luftflotte in der Stärke verlangt, daß sie vier Stunden nach der Kriegserklärung Paris dem Erdboden gleich machen könne, auf welche Weise dann das berüchtigte Manifest des Herzogs von Braunschweig aus dem Jahre 1792 mit den modernsten technischen Kriegsmitteln des zwanzigsten Jahrhunderts zu verwirklichen wäre.

Aber Phantasiegebilde hin, Phantasiegebilde her — die Tatsache steht fest, daß man in militärischen Kreisen damit umgeht, das lenkbare Kriegsluftschiff als Mittel zur Beschießung des Gegners aus den blauen Höhen zu gestalten, und schon bei einem heute ausbrechenden Kriege läge die Möglichkeit vor, daß über einer marschierenden oder lagernden Heeresabteilung ein Luftschiff erschiene und seine unheimlichen Grüße herabsendete oder daß auf offener See über einem Panzerschiff ein solcher Haifisch der Luft auftauchte und mit ein paar Melinittorpedos einige hundert Menschen und vierzig Millionen Mark zu Atomen zerspritzte. Diese bloße Möglichkeit würde als ein außerordentlich demoralisierender Faktor nicht leicht in Anschlag zu bringen sein. Vergegenwärtigt man sich, daß schon die tagelangen Schlachten in der Mandschurei uns mit einer neuen Kriegsgeißel, dem epidemischen Auftreten des Massenwahnsinns bekannt gemacht haben, um wie viel entnervender und die geistigen Kräfte lähmender muß ein Zustand wirken, der den Nerven des Soldaten auch nicht eine Sekunde das Gefühl der Sicherheit läßt, da auch die angestrengteste Wachsamkeit nicht vor einem jähen, verderblichen Überfall aus der Höhe schützen kann.

Man muß aber für die Zukunft damit rechnen, daß die Kriegsbrauchbarkeit dieser Luftschiffe erheblich vergrößert wird. Dann kann dieses neue Zerstörungsmittel erst alle seine Schrecken entfalten. Einmal wird dem Kriegsschauplatz überhaupt keine Grenze gezogen. Heute werden in erster Linie die Landstriche am furchtbarsten heimgesucht, die das Kampffeld der Gegner bilden. In Zukunft wird es kein begrenztes Kampffeld mehr geben, wird von einer französischen Luftflotte, während die deutschen Armeen sich etwa am Rhein staffeln, Hamburg und Berlin und Leipzig beschossen werden können. Die gänzliche Vernichtung von Produktion und Handel, von allen Kulturwerten wird damit zur Leichtigkeit gemacht und, was schon heute mehr oder minder der Fall ist, wird sich vollständig verwirklichen: daß nämlich beide Gegner gleichermaßen getroffen werden.

Eine weitere Folgerung wird eine erhebliche Verringerung der stehenden Heere sein, denn wozu noch Menschenmassen auf freiem Felde zusammenballen, die, ohne einen Schuß tun zu können, von oben massakriert werden? Mit den Flotten wird sich die Sache ähnlich gestalten. So wird zum ersten Male eine technische Erfindung beim Militarismus das Ergebnis haben, das beim Kapitalismus die Regel ist: die Überflüssigmachung von „Arbeitskräften". Was das Verschwinden der Riesenheere und damit das Verschwinden der militaristischen Durchseuchung des Volksgeistes für die proletarische Klassenkampfbewegung für günstige Folgen hätte, braucht gar nicht auseinandergesetzt zu werden, ganz abgesehen davon, daß mit der Auflösung der festgefügten

Heereseinheiten in vertikaler Richtung eine Entwicklung des Individualismus im Heere Hand in Hand gehen wird. Ist schon bei der Burentaktik der einzelne Mann auf sich selbst angewiesen, wie viel mehr in der Luftgondel! Und in den Lüften löst sich der letzte Rest der alten starren Söldnerdisziplin, die auf ebener Erde die kommandierten Massen zusammenhält, auf und verflüchtigt sich im Blauen: die Kommandierten gleiten dem Kommandierenden im wahrsten Sinne des Wortes aus der Hand.

Schließlich wird bei der herrschenden Klasse der Gedanke auftauchen, sich mit Hilfe der Kriegsluftschiffe eine Prätorianertruppe zu schaffen, aber auch das würde herzlich wenig nutzen: gegen revolutionäre Erhebungen in großen Städten kann man keine Lufttorpedos verwenden, es müßte denn gerade einer Handvoll Herrschender Spaß machen, über Trümmerhaufen zu „herrschen".

So stellt es sich heraus, daß die neue Erfindung, je „großartiger" sie ist und wird, für den Militarismus desto gefährlicher ist und dazu beiträgt, daß er sich an seiner inneren Dialektik verblutet. Ein Krieg, mit dieser furchtbarsten aller Waffen ausgekämpft, würde für beide Gegner die gänzliche Vernichtung bedeuten und die eine der beiden Entwicklungsmöglichkeiten, die dem Kapitalismus offen stehen, das Versinken in der Barbarei, Wirklichkeit werden lassen. Viel wahrscheinlicher ist die andere Möglichkeit, daß eben diese Umwälzung der Kriegstechnik die Umwälzung der Gesellschaftsordnung in unserem Sinne beschleunigen hilft.

Doch das alles ist in gewissem Sinne Zukunftsmusik. Die Gegenwartsfolge der neuen Erfindung wird sein, daß man nach wie vor neue Regimenter formiert und neue Panzerkähne vom Stapel laufen läßt und daneben noch lenkbare Kriegsluftschiffe baut und so die Kosten des Militarismus um ein Erkleckliches steigert, was freilich auch ein Moment seiner inneren Zersetzung ist.

Die Privatangestellten und die staatliche Versicherung.

Von **Paul Lange** (Hamburg).

1. Wer ist Privatangestellter?

Soviel auch in den letzten Jahren von der Pensionsversicherung der Privatangestellten (Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge) die Rede gewesen ist, so hat doch noch niemand eine bestimmte Erklärung des Begriffs „Privatangestellter" zu geben vermocht. Der „Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten"[1] — dessen Mehrheit eine Sonderversicherung außerhalb des Invalidenversicherungsgesetzes anstrebt — hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er sagt:

„Als Privatangestellte . . . gelten Personen, welche gegen Gehalt im Privatdienst oder bei staatlichen, kommunalen oder kirchlichen Behörden in noch nicht mit Pensionsberechtigung ausgestatteten Stellen beschäftigt sind, soweit sie nicht als gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter usw.), als Tagelöhner und Handarbeiter oder als Gesinde Dienste verrichten."

[1] Der Hauptausschuß ist eine lose Verbindung von Vertretern der verschiedenen bürgerlichen kaufmännischen, technischen usw. Angestelltenvereinigungen. Die Minderheit des Hauptausschusses, die vornehmlich durch die Organisationen der technischen Angestellten gebildet wird, ist für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Beitragsklassen, höhere Leistungen usw.

Die Frage, wer Privatangestellter ist, wird damit nicht beantwortet, sondern umgangen. Privatangestellter soll sein, wer kein Arbeiter ist, aber woran erkennt man, ob jemand „kein Arbeiter“ ist? Im Hauptausschuß ist man sich der Unzulänglichkeit dieser Antwort auch bewußt gewesen, man hat nämlich eine weitere Sacherklärung des Begriffs Privatangestellter nicht für erforderlich erachtet mit dem Bemerken, „zumal eine erschöpfende Fassung kaum möglich erscheint“![1] Man verläßt sich darauf, daß „die Rechtsprechung bald zweifelsfreie Klarstellungen bringen“ werde.

Das neue österreichische Gesetz, betreffend die Pensionsversicherung der in privaten Diensten und einiger in öffentlichen Diensten Angestellten, bezeichnet als Privatangestellte

„alle Bediensteten mit Beamtencharakter sowie überhaupt alle jene bediensteten Personen, die ausschließlich oder doch vorwiegend geistige Dienstleistungen zu verrichten haben“.

Das nennen die „Verbandsblätter“ — Organ des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig — in ihrer Nr. 7 des Jahrganges 1907 eine „Kautschukbestimmung, die zu großen Schwierigkeiten führen muß“, und Professor Stier-Somlo hat sie nach Nr. 48 der „Sozialen Praxis“ vom 29. August 1907, S. 1262, als eine „juristisch ganz unzulängliche und auch praktisch voraussichtlich zu den schwersten Mißständen führende“ Begriffsbestimmung bezeichnet. Professor Stier-Somlo hat im „Reformblatt für Arbeiterversicherung“, Jahrgang 1907, S. 45, versucht, eine bessere Definition des Begriffs „Privatangestellter“ oder — was mancher für noch besser hält — „Privatbeamter“ zu geben. Er formuliert:

„Personen, die nicht als öffentliche Beamte anzusehen, in wirtschaftlich dauernder (richtiger: dauernder wirtschaftlicher. Der Verf.) Abhängigkeit sich befinden, gegen Gehalt beschäftigt sind und ausschließlich oder überwiegend geistige Tätigkeit vollziehen, sind Privatbeamte.“

Dr. Potthoff wendet gegen diese Definition in der „Sozialen Praxis“ vom 29. August 1907 ein:

„Diese Definition mag die ‚bestmögliche‘ sein. Gut ist sie auch nicht, denn sie enthält in der ‚überwiegend geistigen Tätigkeit‘ ein Unterscheidungsmerkmal, das alle möglichen Auslegungen zuläßt. Ist das Kopieren von Akten durch einen Bureauschreiber geistige Tätigkeit? Erfordert das Schreiben nach Diktat (Stenotypist) oder das Kontenaddieren eines durch die Spezialisation im Bankengroßgewerbe zur reinen Rechenmaschine gewordenen Bankbeamten mehr geistige Tätigkeit als die Arbeit eines Feinmechanikers, das Bemalen von Luxusporzellan oder das Zuschneiden eines Rockes? Wie man auch die ‚geistige Tätigkeit‘ auslegen mag, entweder gerät ein großer Teil der gewerblichen Arbeiter mit unter die Definition, oder ein großer Teil derjenigen Personen, die in der Privatbeamtenbewegung aktiv mitwirken, fällt heraus.

„Was nutzt mir aber die beste Definition, wenn sie sich nicht mit dem Leben deckt? Stier-Somlo scheidet bewußt die Verkäufer im Kleinhandel aus, ferner ‚Berufe, deren Beschäftigung in erster Linie schematische, physische Arbeit ist, so zum Beispiel Zuschneider, Oberkellner und andere‘. Man müßte dieses ‚und andere‘ ziemlich ausdehnen: Bureauschreiber, Musterzeichner, überhaupt die untersten Schichten der kaufmännischen und technischen Angestellten fielen zu großem Teile darunter. Fast alle fielen in ihrer Ausbildungszeit darunter.“

[1] „Bericht der Siebenerkommission an den Hauptausschuß.“ Hamburg, Verlag des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten. 1. Auflage, S. 12.

Digitized by Google

Die bürgerliche „Werkmeister-Zeitung“ kritisiert in Nr. 32, Jahrgang 1907, ein von Professor Rein-Jena herausgegebenes Werk: „Deutsche Schulerziehung“, in dem von dreierlei Arten der Arbeit die Rede ist und die bezeichnet werden als 1. die ausführende, 2. die bestimmende, 3. die schöpferische Arbeit.

„1. Die ausführende Arbeit ist Sache desjenigen, der seine Hand- oder Körperfertigkeit in den Dienst eines Befehlenden und Anordnenden stellt. Diese Art der Arbeit hat etwas Mechanisches an sich, da sie sich fortwährend oder in Zwischenräumen in nahezu gleicher Weise wiederholt.

„2. Bei der bestimmenden Arbeit kommt es nicht darauf an, was die Hand tut, sondern auf die Gedankenarbeit, die geleistet werden muß. . . .

„3. Die höchste Arbeitsleistung wird als schöpferische charakterisiert. Sie ist Sache des Erfinders im weiteren Sinne. Hier spielt das Genie eine Rolle, in der zweiten Gruppe das Talent, in der untersten die physische Arbeitskraft. . . .

„Die bestimmende Arbeitsleistung der mittleren Schicht bedeutet nur planmäßige Wirtschaft zugunsten eines einzelnen, zur Förderung der eigenen Wirtschaft. Sie leitet dieselbe und stellt die Hände anderer dazu an und ist auch bestrebt, dem nachzugehen, wie einer das Ziel mit geringerem Kraftaufwand erreichen kann. Insofern hat sie mit der schöpferischen Arbeit etwas Verwandtes. Diese Verwandtschaft aber fehlt gänzlich da, wo die Arbeit getan wird ohne jede Originalität, nur auf den Befehl und die genaue Anweisung eines anderen hin.“

Die „Werkmeister-Zeitung“ fragt nun: Gehören die Privatangestellten zur mittleren Gruppe? Sie beantwortet diese Frage selbst, indem sie fortfährt:

„Nach Professor Rein zum großen Teile ja, wenn er sie auch nicht ausdrücklich nennt. Aber auch nur zum großen Teile. Ein an Zahl recht kleiner, aber immerhin nicht unbeträchtlicher Teil gehört zur Oberschicht, steht den ‚Großindustriellen‘, den ‚höheren Staatsbeamten‘, den ‚Gelehrten‘ gleich. Ein an Zahl wesentlich größerer Teil gehört mit den ‚Subalternbeamten‘ zur Unterschicht des Herrn Rein. Ein großer Teil der Bureaubeamten, der Kontorschreiber, der ‚Stenotypisten‘, stellt nur seine ‚Handfertigkeit in den Dienst eines Anordnenden‘, und seine ‚Arbeit hat etwas Mechanisches an sich, da sie sich fortwährend oder in Zwischenräumen in nahezu gleicher Weise wiederholt‘. Wenn Professor Rein die Spezialisation des kaufmännischen Großbetriebs kennt, wird er vielleicht auch manche Bankbeamten (mechanische Kontenführer), Verkäufer, Werkmeister, Zeichner und andere Angestellte der unteren Stufe der ‚ausführenden Arbeit‘ zurechnen. Seine Systematik, die von der technischen Organisation der Arbeit ausgeht, beweist, daß auf diesem Wege eine Abgrenzung der Privatbeamtenschaft gegen selbständigen Mittelstand und Arbeiterschaft nicht möglich ist.“

So sagt auch Professor Dr. Harms-Jena („27 Gutachten zu der Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten“, Verlag der Werkmeister-Buchhandlung, Düsseldorf 1907, 2. Auflage, S. 29):

„daß die Begriffe ‚Arbeiter‘ und ‚Angestellte‘ heute doch recht flüssig sind. Es würde ohne eine unendliche Zahl von Kompetenzstreitigkeiten nicht abgehen.“

Das Reichsamt des Innern sagt S. 46 seiner „Denkschrift“,[1] betreffend die von den Organisationen der Privatangestellten im Oktober 1903 angestellten Erhebungen über ihre wirtschaftliche Lage“ (Reichstagsdrucksache Nr. 226; 12. Legislaturperiode, 1. Session 1907):

[1] Eine kritische Würdigung der Denkschrift befindet sich in der „Neuen Zeit“, XXV, 2, S. 317.

Digitized by Google

„Als Zahl der für die Zwangsversicherung in Betracht kommenden Privatangestellten ist die in Übersicht 3 aus der Berufszählung vom 14. Juni 1895 abgeleitete Personenzahl angenommen worden."

In der erwähnten Übersicht 3 sind nun aber außer den freien Berufen (Privatgelehrte, Schriftsteller, Privatsekretäre und Künstler) aufgenommen die in der Berufszählung unter Ab, Bb und Cb benannten Personen, nämlich das

„wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Rechnungs- und Bureaupersonal".

Hierin sind aber bei weitem nicht alle Privatangestellten — im landläufigen Sinne — inbegriffen. Insbesondere würde damit ein großer Teil der Handelsangestellten, nämlich das Verkaufspersonal — das in der Berufszählung von 1905[1] unter Gruppe Cc 2 als „gelernte Arbeiter" geführt wird —, von einer besonderen Pensionsversicherung für Privatangestellte ausgeschlossen werden. Der „Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten" sieht sich denn auch veranlaßt, ausdrücklich zu fordern: „Den Privatangestellten sind die Ladenangestellten zuzurechnen." Damit wären aber die Schwierigkeiten der Abgrenzung des Begriffs „Privatangestellter" bei weitem nicht behoben, wie selbst ein fanatischer Befürworter der Sonderkasse zugibt.[2] Er sagt über die Werkmeister in technischen Betrieben:

„Die Werkmeister gehen zum größten Teile aus der Arbeiterschaft hervor und werden zu Zeiten verringerter Arbeitsgelegenheit auch wieder zeitweise Arbeiter; sie sind also zeitweise Arbeiter, zeitweise wieder Privatangestellte. Bekommen wir also für die Privatangestellten eine besondere Versicherung, so wäre für die Werkmeister mit dem jedesmaligen Berufswechsel auch ein Wechsel der Versicherung verbunden, was natürlich nicht sehr vorteilhaft ist."

Da nach alledem, wie Dr. **Moldenhauer**, Dozent der Versicherungswissenschaften an der Handelshochschule Köln, sagt,[3] „die Abgrenzung des Standes der Privatbeamten in der Praxis schwer durchzuführen ist" und „fortgesetzt ein Aufsteigen von der Arbeiterklasse in den Stand der Privatbeamten und ein Sinken von dem letzteren in die erstere stattfindet", so liegt es im Interesse der Privatangestellten selbst, daß für sie nicht eine Sonderversicherung — auch nicht eine **Zuschußversicherung** — geschaffen, sondern ihre Wünsche durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes befriedigt werden.

2. Sonderkasse oder Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes.

Die **Mehrheit** des „Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten" will

„eine besondere Alters- und Invalidenzwangsversicherung mit Witwen- und Waisenversorgung für die Privatangestellten".

[1] In der Berufszählung von 1907 wird unter c das „technische Betriebs- und Aufsichtspersonal" benannt und unter d als „anderes Personal" aufgeführt: Gehilfen, Arbeiter, Fuhrleute, Packer, Maschinenpersonal, sowie Verkäufer und andere Handlungsgehilfen und Lehrlinge dieser Art (nämlich soweit sie nicht unter a oder b gehören). Das Handlungsgehilfen-Blatt bemerkte dazu in Nr. 13 (1907): „Die Statistik rechnet also nicht mit einem abgeschlossenen ‚Stande' der Handlungsgehilfen; die kaufmännischen Angestellten werden vielmehr in den verschiedensten Gruppen gezählt, nicht zum wenigsten in Gruppe d unter Gehilfen, Arbeitern usw."

[2] Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Schrift 35, S. 38.

[3] „27 Gutachten zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten", S. 35. Verlag der Werkmeister-Buchhandlung, Düsseldorf.

Dr. Potthoff, der Vertreter des Deutschen Werkmeisterverbandes im Hauptausschuß, sagt in seinem Bericht der Minderheit (Bericht der Siebenerkommission, S. 40):

„Dieser Leitsatz ist trotz des Zusatzes: ‚Die Versicherung wird in Angliederung an die Arbeiterversicherung geschaffen‘ völlig unklar. Aus den Reden der dafür stimmenden Vertreter ging hervor, daß der eine sich eine Art zugelassener Sonderkasse, der andere eine besondere Landesversicherungsanstalt, der dritte eine ‚völlig selbständige Versicherung‘ dachte. Der vierte hat für die ‚besondere Versicherung‘ nur in dem Sinne gestimmt, daß im allgemeinen Gesetz einige Lohnklassen für die besonderen Bedürfnisse der Angestellten zugeschnitten würden.“

Die Befürworter der Sonderkasse begründen ihre Stellungnahme damit, daß im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes für die Privatangestellten doch nicht so viel zu erreichen sei, als sie verlangen. Man sieht, die bürgerlichen Angestellten schätzen die Arbeiterfreundlichkeit der „nationalen“ Parteien nicht sehr hoch ein! Der zwölfte Leitsatz des Hauptausschusses lautet:

„Die Invalidenrente soll nach 40 Beitragsjahren zwei Drittel des versicherten Durchschnittseinkommens betragen. Die Altersrente, die frühestens mit der Vollendung des 65. Lebensjahres ohne Rücksicht auf die Erwerbsfähigkeit eintritt, soll gleich der Invalidenrente sein. Die Witwenrente beträgt 40 Prozent der Invalidenrente, die Waisenrente beträgt für einfache Waisen ein Fünftel und für Doppelwaisen ein Drittel der Witwenrente. Anspruch auf Waisenrente hat bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres jedes Kind eines verstorbenen Versicherten, jedoch dürfen die Witwen- und Waisenrenten zusammen die Invalidenrente nicht übersteigen.“

Als ein spezieller Grund für die Forderung einer besonderen Kasse wurde lange Zeit ins Feld geführt, daß die Angestellten die Anerkennung der Berufsinvalidität fordern müßten, dies lasse sich aber in der allgemeinen Invalidenversicherung nicht durchführen.

Über die Berufsinvalidität schrieb die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ in Nr. 15 (1907):

„Auch hier hat sich die im Anfang gewiß gut gemeinte Forderung allmählich zu einem Schlagwort ausgewachsen, über dessen Berechtigung wohl die wenigsten einmal nachgedacht haben. Was heißt denn Berufsinvalidität? Meines Wissens ist von denen, die mit diesem Worte am meisten operieren, noch nie eine einwandfreie Definition des Wortes gegeben worden. Und das hätte doch eigentlich zuerst geschehen müssen. Dabei müßte vor allem gesagt werden, was unter ‚Beruf‘ in diesem Betracht verstanden sein soll.“

In ähnlicher Weise äußerte sich in Nr. 10 (1907) das „Handlungsgehilfen-Blatt“, indem es sagte, daß die einfache Festlegung der Berufsinvalidität keine genügende Lösung sein würde. Dies erläuterte das „Handlungsgehilfen-Blatt“ an folgendem Falle: Der kaufmännische Angestellte — der vielleicht Geschäftsleiter ist oder einen ähnlichen Posten bekleidet — würde

„erst unterstützungsberechtigt sein, wenn er keinen kaufmännischen Arbeiten mehr genügen könnte. Nun gibt es aber im Handelsgewerbe infolge der Arbeitsteilung so einfache Posten für kaufmännische Angestellte, daß sie kaum noch bescheidenerer Natur sein können. Alle kaufmännischen Vereine erkennen an, daß eine große Anzahl kaufmännischer Stellungen fast nur noch mechanische Dienstleistungen erfordert, um so unverständlicher ist die Forderung, der Pensionsversicherung den Begriff ‚Berufsinvalidität‘ zugrunde zu legen. Das hätte doch nur Sinn, wenn der Beruf

der kaufmännischen Angestellten sich von anderen scharf abgrenzen und in seiner Gesamtheit über anderen stehen würde. Die Arbeitsteilung in unserem Beruf aber hat diese Grenzen verwischt und Stellungen geschaffen, die geringere Anforderungen stellen als die Tätigkeit manches gewerblichen Arbeiters."

Landgerichtsrat W. Kulemann-Bremen gibt (in „27 Gutachten zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten", S. 40) seiner Meinung hierüber wie folgt Ausdruck:

„Hinsichtlich der Begriffsbestimmung der Invalidität stimme ich Ihnen durchaus darin bei, daß die Einfügung der Berufsinvalidität nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung für die Privatangestellten bedeuten würde. Die Verschiedenheit des Berufs ist teils eine technische, teils eine soziale. . . . Da nun aber die soziale Abstufung mit den Berufsgrenzen nicht zusammenfällt, so ist es falsch, eine Berufsinvalidität zu konstruieren."

In Anerkennung der hier geschilderten Tatsachen hat sich die Majorität des Hauptausschusses schließlich auf folgenden Invaliditätsbegriff geeinigt:

„Als erwerbsunfähig (invalid) ist derjenige anzusehen, der infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens nicht mehr imstande ist, in seinem bisherigen oder in einem verwandten Beruf eine Erwerbstätigkeit auszuüben, mit der er noch mindestens sein versichertes Durchschnittsarbeitseinkommen verdient und die ihm unter voller Berücksichtigung seiner in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Invalidität von ihm bekleideten sozialen und wirtschaftlichen Stellung zugemutet werden kann. Der Invalidenrentenempfänger muß sich, wenn er eine seinen Arbeitskräften und seiner Berufstätigkeit entsprechende Beschäftigung findet, den Betrag von seinem Verdienst auf die Rente anrechnen lassen, der zusammen mit der Rente sein versichertes Durchschnittsarbeitseinkommen übersteigt."

Die Meinung jener bürgerlichen Angestellten, daß sich für die Verwirklichung dieser Wünsche im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes keine Mehrheit aus den „nationalen" Parteien finden wird, ist sicher zutreffend; soweit sie aber die Befriedigung ihrer Wünsche durch eine Sonderkasse erwarten, werden sie an den „nationalen" Parteien eine bittere Enttäuschung erleben. Erfreulicherweise gibt es aber unter den bürgerlichen Angestellten auch Leute, die die ganze Frage von höheren Gesichtspunkten aus betrachten. So schreibt das Organ des „Bundes der technisch-industriellen Beamten" in Nr. 22 (1907):

„Ein Hauptgrund für den Ausbau des Alters- und Invaliditätsgesetzes durch eine Steigerung der jetzigen Beiträge und Leistungen sowie durch Aufsetzung von weiteren fünf Beitragsklassen liegt aber im nationalen Interesse und entspricht der sozialen Gerechtigkeit.

„Wenn eine Sonderversicherung eingeführt wird, dann ist an einen Ausbau des Alters- und Invaliditätsgesetzes im Interesse der Arbeiter nicht zu denken. Sie wird sogar zur — Armenversicherung degradiert, ein Schicksal, vor dem man im nationalen Interesse unser großes Versicherungswerk bewahren sollte. Wer vermag die Scheidung der Arbeitnehmer bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zu verantworten, die durch die Sonderversicherung eintreten würde? Eine gewaltige Verbitterung in der Arbeiterschaft müßte die Folge einer derartigen Gesetzgebung sein.

„Ein Ladenangestellter ist (nach den Vorschlägen des Hauptausschusses. Der Verf.) ohne weiteres Mitglied der Angestelltenkasse und soll es, wenn er ein Gehalt von 1500 Mark hat, auf eine Pension von 1000 Mark bringen. Aber Maler, Bildhauer, Zeichner, Lithographen usw., die lange Jahre hindurch Kunstschulen besucht haben und herrliche Werke schaffen, werden als Arbeiter mit einer Höchstrente von 390 Mark abgespeist. Hat man denn gar kein Verständnis für das gewaltige Unrecht, das in dieser Praxis liegt?"

Digitized by Google

Der Genosse Molkenbuhr erklärte in seiner am 22. November 1907 im Reichstag gehaltenen Rede über die Sozialreform im Handelsgewerbe:

„Eine Sonderversicherung für Handlungsgehilfen haben wir nicht beantragt, sondern was wir beantragten, betrifft alle Personen, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind; ob sie heute Arbeiter oder morgen Werkmeister sind, ob sie heute in der Schreibstube zu dem Handelspersonal gerechnet werden oder morgen zu einer anderen Kategorie, ist uns gleichgültig."

Die „Deutsche Handelswacht", das Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, dessen Vorsitzender der Reichstagsabgeordnete W. Schack ist, lügt sich daraus in Nr. 24 zurecht:

„Wertvoll ist aber ein Zugeständnis, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ... machte. Sie hat sich nämlich durch die Ausführungen Molkenbuhrs offen als Gegner der Pensionsversicherung für Privatangestellte bekannt, was Eingeweihte freilich schon wußten."

Das ist eine Unwahrheit! Nicht gegen die Versicherung, sondern gegen eine Sonderversicherung hat sich unsere Reichstagsfraktion erklärt und diesen Standpunkt: Versicherung der Privatangestellten durch Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes teilt die Sozialdemokratie nicht nur mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, dem Zentralverein der Bureauangestellten und dem Verband der Lagerhalter — die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind —, sondern auch mit dem, wie die Ausführungen der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung" beweisen, einsichtigeren Teile der im „Hauptausschuß" vertretenen bürgerlichen Angestellten. Sie darf ebensowenig als Gegnerin der Pensionsversicherung für Privatangestellte bezeichnet werden wie diese als Befürworter des Ausbaus des Invalidenversicherungsgesetzes.

Literarische Rundschau.

Das Buchgewerbe und die Kultur. Sechs Vorträge, gehalten im Auftrag des Deutschen Buchgewerbevereins im Winter 1907. Leipzig, Teubner.

Ein recht lesenswertes Buch für alle, die sich nicht nur für die schwarze Kunst des vortrefflichen Mainzer Bürgers Johann Gutenberg interessieren, sondern sich auch über die Einwirkung des Buchdrucks auf Wissenschaft, Kunst, Politik, Religion und Volkswirtschaft unterrichten wollen. Ohne zu dickleibigen Büchern greifen zu müssen, wird der Leser aus den sechs Vorträgen ein ziemlich zutreffendes Bild erhalten über den gewaltigen Einfluß der fünfundzwanzig Bleisoldaten auf das öffentliche Leben der gesamten Kulturwelt.

Professor Wilhelm Lexis sagt über die Erfindung Gutenbergs in einer Abhandlung über „Das Wesen der Kultur", die an der Spitze des 1906 erschienenen Werkes „Die Kultur der Gegenwart" erschienen ist, folgendes: „Technisch ist die Anwendung beweglicher Lettern statt größerer (geschnittener oder gestochener) Druckplatten keine außerordentliche Leistung, zumal die Chinesen schon Ähnliches aufzuweisen hatten. Aber diese Erfindung kam zur rechten Zeit, um ein weit verbreitetes Bedürfnis zu befriedigen, das durch das Wiedererwachen des wissenschaftlichen Geistes und des Strebens nach höherer Bildung erzeugt war. Fünfhundert Jahre früher wäre dieselbe Erfindung wahrscheinlich spurlos vorübergegangen und in Vergessenheit geraten."

Leider betätigte sich das „Wiedererwachen des wissenschaftlichen Geistes in Deutschland" vorzugsweise in dem Druck von Bibeln und religiösen Zeit- und Streitschriften. Durch den Buchdruck wurde es ermöglicht, Tausende von Flugschriften mit derben

Digitized by Google

Holzschnitten geziert unter das Volk zu verbreiten, die den Glauben an die alleinseligmachende Kirche erschütterten; natürlich waren auch die Päpstlichen nicht faul und erwiderten nach Kräften, so daß die Buchdrucker gute Tage hatten. Während der Reformation erreichte die Flugschriftenliteratur ihren Höhepunkt, wozu sich noch die deutschen Bibeldrucker nach der Lutherschen Übersetzung gesellten. Endlich reichte die Buchdruckschwärze nicht mehr aus, um festzustellen, wer in dem Glaubensstreit recht hatte, und so mußte das Schießpulver die Entscheidung treffen, was denn auch während der ersten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges geschah, der Deutschland zu einem Riesenkirchhof machte. Daß dabei das Buchgewerbe in Verfall geraten mußte, ist unschwer zu begreifen. Es sank von Stufe zu Stufe, von der höchsten Vollendung in der zweiten Hälfte des fünfzehnten und der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts immer tiefer, so daß eigentlich erst im neunzehnten Jahrhundert von einer aufsteigenden Linie des Buchgewerbes die Rede sein kann, aber auch nur von einer aufsteigenden Linie aus dem gröbsten Verfall. — „Unser Buchgewerbe krankt wie unser ganzes Handwerk an der künstlerischen Unkultur unserer Zeit", sagt Rudolf Kautzsch durchaus zutreffend in seinem Vortrag über das Buchgewerbe in der Kunst. „Wir haben keine Kunst, die Volksbedürfnis ist; es hilft nicht, auf irgendwelchen Wegen dem Buchgewerbe Kunst aufzupfropfen, wir müssen erst wieder künstlerisch empfinden lernen. Lieber die schlichteste, die ärmlichste äußere Erscheinung, wenn die Sache nur echt und gut ist, als dieses protzige Mehrvorstellenwollen, das sich überall breit macht."

Es würde zu weit führen, die Entwicklung des Buchdrucks in anderen Ländern zu verfolgen, wohin die deutschen Buchdruckergesellen nach der Eroberung von Mainz im Jahre 1462 auswanderten, um das Stempelschneiden, Gießen der Lettern, Setzen und Drucken, das sie bei den Altmeistern Gutenberg, Fust und Schöffer erlernt hatten, dort heimisch zu machen. Sie scheinen überall mit offenen Armen aufgenommen worden zu sein, denn die Druckkunst verbreitete sich mit überraschender Schnelligkeit über ganz Europa. Die Schreibstuben und Klöster konnten bei weitem nicht mehr den Anforderungen gerecht werden, die von der Wissenschaft, dem Handel und den Gewerben an sie gestellt wurden. — Aber eines Mannes müssen wir hier gedenken, des Aldus Manutius in Venedig, der das Buchgewerbe daselbst ausübte und dessen Druckerzeugnisse noch heute mustergültig sind. Im Gegensatz zu den deutschen Druckern, die sich in der Reproduktion der Bibel hervortaten, druckte Manutius in den Jahren 1495 bis 1498 die griechische Ausgabe des Aristoteles, der bald alle griechischen Klassiker folgten. Sodann machte er sich an die römischen Klassiker, für die er unter dem Einfluß der italienischen Renaissance die noch heute in Anwendung befindliche Antiquaschrift schnitt. Die große Stilreinheit der lateinischen Druckschrift und besonders ihre erste Anwendung waren wohl die Ursache, daß sie in allen romanischen Ländern und ebenso in England Heimatsrechte erlangte.

„Aber die maßgebende deutsche Schrift der Folgezeit wurde die Antiquaschrift doch nicht", sagt Kautzsch in seinem bereits angezogenen Vortrag. „Das Heimische war stärker als das Fremde. Die Schrift der Zukunft wurde die Schöpfung eines Künstlers aus dem Kreise Albrecht Dürers, die Fraktur. Sie taucht zuerst im Gebetbuch für den Kaiser Max und in der Ehrenpforte auf (1515), dann im Theuerdank (1517) und in Dürers Unterweisung der Messung (1527). Nichts ist verkehrter, als wenn man diese Schrift zu den mittelalterlichen rechnet, wenn man sie mit der gotischen zusammenwirft oder sie gar als Mönchsschrift bezeichnet. Die Fraktur ist vielmehr eine vollendet künstlerische Leistung, ist ein echtes Kind der deutschen Renaissance." Nach unserer Meinung haben wir gar keine Ursache, zugunsten der Antiqua gegen unsere Fraktur zu Felde zu ziehen, die für den Deutschen die lesbarste Schrift ist und wohl auch noch lange bleiben wird.

So finden wir in allen Vorträgen des Buches des Lesenswerten gar viel. In dem Vortrag von Witkowski, das Buchgewerbe und die Literatur, erfahren wir auch manches über die Misere der Schriftsteller. So soll Luther für seine zahlreichen,

vielgekauften Werke niemals einen Pfennig Honorar, höchstens einige Freiexemplare erhalten haben. — Schon lange hat die Auffassung sich behauptet, daß es der Würde des Schriftstellers, und zumal des Dichters, nicht angemessen sei, seine Geisteskinder für bares Geld zu verschachern. Daß dadurch zwischen den Verlegern und Schriftstellern ein wunderliches Verhältnis entstehen mußte, ist begreiflich. Witkowski bezeichnet beide nicht übel als Patrone und Klienten. Heute würden wir sie auf deutsch Ausbeuter und Ausgebeutete nennen. Gerne kann man indessen mit dem Vortragenden zugestehen, daß die Verlagsbuchhändler von Fust und Schöffer an bis auf die heutige Zeit ein unentbehrliches Glied in der Verbreitung der Literatur waren und noch sind. Ihre Verdienste sind zweifellos größer als die aller sogenannten kunstsinnigen Fürsten zusammengenommen. Sang doch schon Schiller in unzweideutiger Weise von der deutschen Muse:

Von dem größten deutschen Sohne,
Von des großen Friedrichs Throne
Ging sie schutzlos, ungeehrt.
Rühmend darf's der Deutsche sagen,
Höher darf das Herz ihm schlagen:
Selbst erschuf er sich den Wert.

Die Schriftsteller sind heute im Urheberrecht besser geschützt als früher, aber der Schutz reicht nicht aus, wenn er nicht durch Organisationen gestützt wird. Die Schriftsteller müssen sich zusammenschließen, wenn sie ihre Interessen gegenüber den kapitalkräftigen Verlegern wahren wollen. Mit Recht sagt daher Waentig in seinem Vortrage über das Buchgewerbe und die Volkswirtschaft, daß das Gefüge der Gesamtorganisation des Buchgewerbes uns eine klaffende Lücke zeigt. Mögen Verleger, Drucker, Sortimenter und ihre Gehilfen darin vertreten sein, dem Schriftsteller ist keine Stätte bereitet. Aber auch hier ist eine Besserung erfolgt. Die Genossenschaft deutscher Tonsetzer hat bereits sehr beachtenswerte Resultate zu verzeichnen, ebenso der im Jahre 1903 von Leipziger Professoren gegründete Akademische Schutzverein. Er will die Masse der wissenschaftlichen Autoren organisieren und setzt sich das Ziel, „im Interesse der Wissenschaft, ihrer Arbeiter und des Publikums auf den Verlag, Vertrieb und Absatz der wissenschaftlichen Literatur einzuwirken, um der Verteuerung der Schriftwerke zu steuern, den Absatz zu fördern und die Autoren gegen die wirtschaftliche Übermacht beim Abschluß der Verlagsverträge zu schützen".

Mancher Arbeiter wird sich verwundert die Augen reiben, wenn er diese Sätze liest; — das ist kein Professorendeutsch, sondern das ist die eindringliche Sprache des Arbeiters, der für seine Existenz, für Frau und Kind und nicht zum wenigsten für die allgemeine Kultur streitet, — hier gegen die Scharfmacher der Großindustrie, dort gegen die Übermacht des Kapitals in der Hand des Verlegers. — Wünschen wir beiden, denen im Professorenfrack und den anderen im Kittel des Arbeiters, ein fröhliches Glückauf! H. Dietz.

Eduard Bernstein, **Ignaz Auer.** Eine Gedenkschrift. Mit Porträt und Abbildungen. Berlin 1907, Verlag Buchhandlung Vorwärts. 72 Seiten. Preis 50 Pfg.

In diesem anregenden und frischen Schriftchen hat der Verfasser unserem verstorbenen Vorkämpfer ein ebenso wohlgelungenes wie wohlverdientes Denkmal gesetzt. In taktvoller Weise ist alles vermieden, was hier oder da in der Partei hätte anstoßen können, ohne daß die sprechende Ähnlichkeit des Bildes darunter irgendwie gelitten hätte. Ein kleiner Irrtum ist auf Seite 49 untergelaufen; die Szene, die Genosse Bernstein dort als „einen der schwersten Augenblicke" in Auers Leben schildert, fällt unseres Wissens in eine andere Zeit, als in die Bernstein sie verlegt. Wir wünschen seiner Arbeit die weiteste Verbreitung in Parteikreisen, sowohl um ihres Helden, als auch um ihrer selbst willen. F. M.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 1 o o o o o o o o o o Ausgegeben am 4. Januar 1908

Fichtes Reden an die deutsche Nation.

Von **F. Mehring.**

> In hundert oder zweihundert Jahren, wenn neue Revolutionen über das philosophische Denken ergangen sind, werden Ihre Schriften zwar zitiert und ihrem Werte nach geschätzt, aber nicht mehr gelesen werden. — Schiller an Fichte.

Am 10. Dezember 1807, einem Sonntag, begann Johann Gottlieb Fichte, in der Mittagsstunde von 12 bis 1 Uhr, im runden Saale des Berliner Akademiegebäudes, das eben jetzt abgerissen wird, „vor einem gemischten Publikum aus beiden Geschlechtern" die Fortsetzung der Vorträge, die er drei Jahre früher den „Grundzügen des gegenwärtigen Zeitalters" gewidmet hatte. An vierzehn Sonntagen, immer um dieselbe Mittagsstunde, hielt er diese neue Reihe von Vorlesungen und gab sie dann im Mai des Jahres 1808 als „Reden an die deutsche Nation" in Buchform heraus.

Sie sind die berühmteste Schrift, die Fichte je veröffentlicht hat, berühmt nicht nur und nicht einmal zumeist in der Geschichte der deutschen Philosophie, sondern berühmter noch in der Geschichte der deutschen Nation, deren moderner Wiedergeburt sie die Feuertaufe gegeben haben sollen. Aber dann ist an dem nationalen Gedanken, wie er sich heute auf Markt und Gassen tummelt, der letzte Funke dieses Feuers erloschen, und an Fichtes gepriesenster Schrift erfüllt sich Schillers melancholische Prophezeiung in noch höherem Grade, als der Prophet selbst gemeint hat: sie wird zwar zitiert, aber nicht nur nicht mehr gelesen, sondern nicht einmal mehr nach ihrem Werte geschätzt. Und sicherlich, wer die Helden des deutschen Liberalismus das geflügeltste ihrer geflügelten Worte mit sattem Behagen zitieren hört: „Charakter haben und deutsch sein, ist ohne Zweifel gleichbedeutend", der greift mit Händen, wie sich, wenn nicht in einem Schritte, so doch in einem Jahrhundert das Erhabene ins Lächerliche wandeln kann.

Ja selbst ins Bösartige ließe sich das Erhabene verkehren, und sogar noch mit einem größeren Scheine von Recht, wenn den deutschen Reaktionären so viel am Schwatzen läge wie den deutschen Liberalen. Könnte sich jener Gamaschenknopf von preußischem General, der sich die Finger wund schreibt, um zu beweisen, daß die Niederlage von Jena nicht gekommen wäre, wenn sich die preußische Regierung nicht von Humanität und Liberalismus hätte anstecken lassen, nicht auf Fichte berufen, der eben in den Reden an die deutsche Nation den damaligen Zusammenbruch erklärt durch „jene weichliche Führung der Zügel des Staates, die mit ausländischen Worten sich Humanität, Liberalität und Popularität nennt, die aber richtiger in deutscher

Sprache Schlaffheit und Betragen ohne Würde zu nennen ist"? Oder ist es nicht den heutigen Scharfmachern aus der Seele gesprochen, wenn Fichte in diesen Reden sagt, eine Regierung könne „auch nach außen treulos und pflicht- und ehrvergessen handeln, wenn sie nur nach innen den Mut habe, die Zügel der Regierung mit straffer Hand anzuhalten und die größere Furcht für sich zu gewinnen"? Und hat Fichte nicht selbst den schmählichen Vernichtungskrieg des Fürsten Bülow gegen die polnische Sprache geweiht, indem er in den Reden an die deutsche Nation forderte, „daß, wie ein Volk aufgehört habe, sich selbst zu regieren, es eben auch schuldig sei, seine Sprache aufzugeben und mit den Überwindern zusammenzufließen"? Erfährt der Reichskanzler, daß solche Perlen in Fichtes Schriften zu finden sind, so begnügt er sich vielleicht nicht mehr bloß damit, sie zu bewundern, sondern entschließt sich gar noch, sie zu lesen.

Sicherlich sind Fichtes Reden an die deutsche Nation mit dem Roste eines Jahrhunderts bedeckt; nur auf dem Schmelztiegel der historischen Kritik kann man ihren Wert schätzen. Man muß nicht den Mann nach den Reden, sondern die Reden nach dem Manne beurteilen, im Sinne des Fichteschen Wortes, was man für eine Philosophie wähle, hänge davon ab, was man für ein Mensch sei. Ein Wort, das allen Geschichtschreibern der Philosophie als Leitfaden dienen sollte, aber auch denen von ihnen, die wissenschaftliche Ansprüche erheben dürfen, allzu oft unter den Händen zerrinnt. So sagt F. A. Lange in seiner Geschichte des Materialismus: „Es gibt keine sich aus sich selbst, sei es in Gegensätzen, sei es in direkter Linie sich entwickelnde Philosophie, sondern es gibt nur philosophierende Männer, die mitsamt ihren Lehrern Kinder ihrer Zeit waren." Aber derselbe Lange sagt dann an einer anderen Stelle seines Werkes, seit dem Jahre 1795 sei der Idealismus durch Fichte und Schiller in Deutschland auf die Spitze getrieben worden, was denn die Dinge wieder von den Füßen auf den Kopf stellen heißt.

Der Idealismus Fichtes und der Idealismus Schillers waren völlig voneinander verschieden, ja sie stießen zu ihrer Zeit feindlich aufeinander. Schiller wiederholte jenen Satz Fichtes von der Philosophie, die vom Menschen abhänge, nicht aber der Mensch von der Philosophie, wenn er an Fichte schrieb: „Wären wir bloß in Prinzipien geteilt, so hätte ich Vertrauen genug zu unserer beiderseitigen Wahrheitsliebe und Kapazität, um zu hoffen, daß der eine den anderen endlich auf seine Seite neigen würde, aber wir empfinden verschieden, wir sind verschiedene, höchst verschiedene Naturen, und dagegen weiß ich keinen Rat." Schillers Idealismus bestand darin, das Reich des ästhetischen Scheines zu erbauen, wo sich das Ideal der Gleichheit erfüllt, das der Schwärmer so gern auch dem Wesen nach verwirklicht sehen möchte.

Fichtes Idealismus aber war dieser „Schwärmer", wie er in den Reden an die deutsche Nation sagt: „Was wollen denn zuletzt alle unsere Bemühungen selbst um die abgezogensten Wissenschaften? Lasset sein, der nächste Zweck dieser Bemühungen sei der, die Wissenschaft fortzupflanzen von Geschlecht zu Geschlecht, und in der Welt zu erhalten: warum soll sie denn auch erhalten werden? Offenbar nur, um zu rechter Zeit das allgemeine Leben und die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten. Dies ist ihr letzter Zweck; mittelbar dient sonach, sei es auch erst in einer späteren Zukunft, jede wissenschaftliche Bestrebung dem Staate. Gibt sie diesen Zweck auf, so ist auch ihre Würde und ihre Selbständigkeit verloren." Schiller

schalt über den „unästhetischen" Fichte und verspottete ihn in den Xenien als Weltverbesserer; Fichte aber fragte in den Reden an die deutsche Nation, was denn die Literatur eines Volkes ohne politische Selbständigkeit sei? Was könne denn der vernünftige Schriftsteller anderes wollen als eingreifen in das allgemeine und öffentliche Leben, um es nach seinem Bilde zu gestalten; wenn er das nicht wolle, so sei all sein Reden leerer Laut zum Kitzel müßiger Ohren.

Mit anderen Worten: der Idealismus Schillers und der Idealismus Fichtes unterschieden sich, wie sich ästhetische Kultur und politische Revolution unterscheiden. Sie brauchen keine ausschließenden Gegensätze zu sein, und am wenigsten sind sie es in der Arbeiterbewegung der Gegenwart. Aber wo sie sich einmal historisch geschieden haben, da soll man sie nicht unter einem nichtssagenden Schlagwort zusammenkoppeln, wenn man nicht das eigentümliche Wesen der einen wie der anderen verwischen will. Gerade in seinen Reibungen mit Schiller arbeitet sich Fichte als das heraus, was er historisch gewesen ist, als der revolutionäre Denker, der das ungeheure Wagnis unternahm, mit der Gewalt seines Geistes eine ganze Nation umzuschaffen. Und dies Wesen des Mannes leuchtet heute noch wie helles Morgenrot durch den begriffsromantischen Nebel seiner Reden und Schriften, deren historische Bedeutung gerade auch in ihrer historischen Vergänglichkeit besteht.

Um sie ganz zu verstehen, muß man sich zurückversetzen in die Zeit, wo Fichte — im Mai 1799 — schreiben konnte, es sei nichts gewisser, als daß, wenn nicht die Franzosen die ungeheuerste Übermacht in Deutschland errängen, kein Mensch mehr in Deutschland, der dafür bekannt sei, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden werde, wo er schrieb: „Sie verfolgen in mir einen Freidenker, der anfängt, sich verständlich zu machen, und einen verschrienen Demokraten; es erschreckt sie, wie ein Gespenst, die Selbständigkeit, die, wie sie dunkel ahnen, meine Philosophie weckt." Es war, als Fichte von seiner Professur in Jena verdrängt wurde, wobei Goethe als weimarischer Minister keine erhebende Rolle spielte. Unter solchem despotischen Drucke war jedes freie und offene Wort unmöglich, und die Flut revolutionärer Gedanken mußte sich bequemen, durch die dunklen und verschlungenen Kanäle philosophischer Systeme zu strömen, die als Ruinen verfallen mußten, sobald der Strom ans helle Licht des Tages dringen konnte.

Fichte erkannte mit brennender Scham den Verfall der deutschen Zustände, deren „schlechthinnige Sündhaftigkeit" er in seinen Vorlesungen über die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters nachwies. Dieser Verfall war so groß, daß ihm sogar die praktischen Hebel der politischen Revolution fehlten, ja daß Fichte selbst diese Hebel nicht erkannte, wie sie in der französischen Revolution gearbeitet hatten. Fremd und verständnislos stand er den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung gegenüber, in denen er nur Rückfälle in die Barbarei mittelalterlicher Zustände erblicken wollte. Wenn Heine ihn mit Napoleon verglichen hat, so ist er eher mit Robespierre zu vergleichen. Er war ein revolutionärer Terrorist, der einen „Zwingherrn zur Deutschheit" verlangte, der sich zu dem Satz bekannte: Das Recht muß schlechthin sein, und wer es nicht durch sich selbst einsieht, der muß gezwungen werden. Als echter Idealist sah Fichte in Napoleon nicht den Erben, sondern den Todfeind der Revolution, der lauernd und listig die Freiheit geraubt habe, den Bahnbrecher einer alles Völkerleben erstickenden Universalmonarchie, „der über dem betäubten Europa schwebt, wie

der Geier über den niederen Lüften, und nach Beute umherschaut". Um sich gegen diesen furchtbaren Feind zu waffnen, vertiefte sich Fichte nach der Schlacht bei Jena in die Schriften Machiavellis, und in den Betrachtungen, die er über sie veröffentlichte, schrieb er schon das Wort nieder, das gleichsam den Grundakkord seiner Reden an die deutsche Nation bildet, daß „dem unerschütterlichen Willen nichts unerreichbar" sei.

Aber diesem Willen war in all seiner gewaltigen Kraft nicht gegeben, wie ein Geier über den Wolken zu schweben. Bereits in seinem Geschlossenen Handelsstaat hatte Fichte nur eine Utopie schaffen können, die nichts anderes war, als der friderizianische Staat, eingerenkt nach den Forderungen der bürgerlichen Vernunft; in den Reden an die deutsche Nation schuf er eine andere, eine großartigere Utopie, mit Gedanken, die das Blut seines Herzens stählte, wie es ihre Worte färbte, aber deshalb doch auch behaftet mit peinlichem Erdenreste. Mit jenem unverwüstlichen Glauben an die Allmacht der Erziehung, die der bürgerlichen Aufklärung eigen war, verlangte Fichte, daß die gesamte, die männliche und die weibliche Jugend des Landes ohne Unterschied von Geburt, Stand und Vermögen der Eltern in besonderen Anstalten zu den Tugenden erhoben werden solle, die ihre einstige Befreiung verbürgten: zur Selbsttätigkeit im Dienste des Vaterlandes, zur opferwilligen Hingebung an den Staat. Von diesem Plane verhieß Fichte eine völlige Wiedergeburt der Nation; „jeder einzelne ist zu jedem möglichen Gebrauche seiner körperlichen Kraft vollkommen geübt und begreift sie auf der Stelle, zur Ertragung jeder Anstrengung und Mühseligkeit gewöhnt, sein in unmittelbarer Anschauung aufgewachsener Geist ist immer gegenwärtig und bei sich selbst, in seinem Gemüt lebt die Liebe des Ganzen, dessen Mitglied er ist, des Staats und des Vaterlandes, und vernichtet jede andere selbstische Regung. Der Staat kann sie rufen und unter die Waffen stellen, sobald er will, und kann sicher sein, daß kein Feind sie schlägt." Fichte beschwört die ganze Nation, sich aufzuraffen für das neue Leben; er ruft das Bild der Reformation wach, die Angst um das ewige Heil, das in dem Gemüte des deutschen Mannes Luthers gezündet und wie ein fortlaufendes Feuer die Nation ergriffen habe; ein Unterpfand ihres neuen Berufs ist ihm die deutsche Sprache, die er als eine lebende Ursprache feiert, im Vergleiche mit den neulateinischen Sprachen, die er tot nennt, die für Charakter keinen besonderen Namen besitze, da Charakter haben und deutsch sein ohne Zweifel gleichbedeutend sei.

Seine Drohung mit dem Verluste dieser Sprache, sobald die Nation sich knechten lasse, sein Schelten auf die weichliche Führung der Staatszügel, seine Forderung eines strammen Regiments im Innern, selbst um den Preis einer ehr- und pflichtvergessenen Politik nach außen: alles das war der Ausdruck eines revolutionären Willens. Um diesen revolutionären Willen in seinen Hörern zu erwecken, schürte Fichte mit flammenden Worten in ihnen das Gefühl für die Schmach des Untergangs, der über sie hereingebrochen sei, aber er urteilte mild und schonend über die Sünder, die diesen Untergang verschuldet hatten; er machte der pamphletistischen Literatur, die nach Jena aufkam, den teilweise unbegründeten Vorwurf, daß ihre Verfasser nicht rechtzeitig gewarnt hätten; jeder Ehrenmann solle solche Schmähschriften, die ihm zum Lesen angeboten würden, mit gebührender Verachtung zurückweisen. Dann würden wir, ohne gewaltsame Bücherverbote, gar bald dieses schmachvollen Teils unserer Literatur erledigt werden.

Und hier setzt das Satirspiel schon mitten in der Tragödie ein. Auch die gewaltigste Idee bedarf der realen Mittel, um sich auszuwirken, und da es keine revolutionäre Klasse in Deutschland gab, auf die der revolutionäre Denker sich stützen konnte, so mußte er sich an die herrschenden Klassen wenden, an die gebildeten Stände, denen er schmeichelte, zum ersten Male solle ihnen die Fortentwicklung der Menschheit in der deutschen Nation anvertraut werden, während sonst die großen Nationalangelegenheiten immer zuerst aus Volk gebracht und von ihm weiterbefördert worden seien, und denen er drohte, im Falle ihres Zögerns sei das Volk schon beinahe vorbereitet und reif und werde sich „ohne alle unsere Beihilfe“ selbst helfen können. Sie ließen sich aber weder durch Drohungen noch durch Schmeicheleien beirren, und durch „gewaltsame Bücherverbote“ suchten sie die Hand zu lähmen, die sich ihnen großmütig verzeihend entgegenstreckte.

Fichte wollte jede der Reden, sobald er sie gehalten hatte, durch den Druck verbreiten, aber schon bei der ersten machte ihm die Zensur die ärgsten Schwierigkeiten. Gleich auf der ersten Seite dieser Rede liest man noch heute: „Innerhalb der drei Jahre, die seit dieser meiner Deutung des laufenden Zeitabschnitts (den Grundzügen des gegenwärtigen Zeitalters) verflossen sind, ist irgendwo dieser Abschnitt vollkommen abgelaufen und beschlossen. Irgendwo hat die Selbstsucht durch ihre vollständige Entwicklung sich selbst vernichtet.“ Statt dieses „irgendwo“ hatte Fichte gesagt und geschrieben: im preußischen Staate, und mit gleich blödsinnigen Lappen preußischer Staatsweisheit ist auch sonst das prachtvolle Gewebe seiner unvergleichlichen Beredsamkeit geflickt. Wenn die Lümmel der Zensur nicht noch ärger in den Reden gehaust haben, so teils aus Furcht vor Fichte, der sich nicht leicht einschüchtern ließ und auch einen gewissen Halt am Freiherrn vom Stein hatte, der damals noch an der Spitze der Regierung stand, teils weil sie ihr braves Publikum kannten und sich gegenseitig zuraunten, es werde dies kauderwelsche Zeug ja doch nicht verstehen. Für diese ungewohnte Zurückhaltung rächten sie sich dadurch, daß sie das Manuskript der dreizehnten Rede überhaupt vertrödelten, zu Fichtes größtem Zorne.

Unerbittlich waren sie nur gegenüber jedem Worte, das die französische Besatzung reizen konnte, und hier half auch Stein nicht. Er wollte den Satz nicht passieren lassen: „Ob aber jemals es uns wieder wohl gehen soll, dies hängt ganz allein von uns ab, und es wird sicherlich nie wieder ein Wohlsein an uns kommen, wenn wir nicht selbst es uns verschaffen“; Fichte mußte sich zu dem sinnentstellenden Zusatz verpflichten: „Und insbesondere, wenn nicht jeder einzelne unter uns in seiner Weise tut und wirket, als ob er allein sei und als ob lediglich auf ihm das Heil der künftigen Geschlechter beruhe.“ Die Franzosen sind als solche in Fichtes Reden nicht erwähnt; nur gelegentlich wird von dem „Sieger“ oder auch von „unseren Gästen“ gesprochen. Beachtet haben sie jedenfalls diese feurigen Aufmahnungen zur deutschen Vaterlandsliebe nicht, obgleich Fichtes Musterbeispiele jener Ideologie waren, die Napoleon zugleich verachtete und fürchtete. Bei Fichte aber war es keine leere Redensart, wenn er seine Reden auf die Gefahr des Todes halten wollte; den ängstlichen Zugeständnissen der Zensur an die französische Fremdherrschaft hat er sich mit seiner ganzen Kraft widersetzt.

Über die Masse der „gebildeten Stände“ flogen die Reden Fichtes dahin wie ein Zug von Kranichen; niemals ist ein Versuch gemacht worden, seine

Utopie zu verwirklichen; auch die preußischen Reformer haben nicht daran gedacht. Nur in die Studentenschaft drangen sie ein, und aus ihrem Geiste wurde die deutsche Burschenschaft geboren. So wurden sie denn auch in den Demagogenverfolgungen nach den Karlsbader Beschlüssen im preußischen Staate verboten, gemäß der Gewohnheit dieses hartgesottenen Sünders, am ärgsten zu freveln, wo er am ehesten Scham und Scheu hätte empfinden sollen.

Aber im selben Jahre, wo dies Verbot erfolgte, wurde dem Idealismus Fichtes der letzte Jünger geboren und auch der echteste. Von keinem, die nach Fichte kamen, ist dieser Idealismus in seines Wesens Wesenheit so scharf erfaßt und so tief verstanden worden wie von Ferdinand Lassalle. Er trat das politische Vermächtnis Fichtes an, indem er es den verwüstenden Händen der „gebildeten Stände" entriß und als große Nationalangelegenheit an das Volk brachte, das nun reif geworden war, auf alle Hilfe zu verzichten, und seither mit rüstigen Händen schafft, das erhabenste Bild Fichtes zu verwirklichen, das sich erst dem Blicke des sterbenden Sehers entschleierte: jenes wahrhafte Reich des Rechtes, gegründet auf Freiheit und auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt.

Eine literarische Umfrage.

Von **H. Ströbel.**

Eine Wochenschrift hat es — wie sie versichert, aus purem Fanatismus für das Recht und die Wahrheit, die Recht und Wahrheit bleiben sollen im deutschen Vaterlande — für nötig gehalten, eine Art literarischer Umfrage über den Fall Harden zu veranstalten. In zwei Nummern füllte sie mehrere Seiten mit dem Antworten auf die ebenso hölzerne wie kuriose Frage, „ob wir es bei Maximilian Harden mit einem Manne zu tun haben, der seine zweifellos hervorragenden Gaben zum Zwecke des allgemeinen Wohles verwendet, oder ob er sich ihrer lediglich in seinem Privatinteresse bedient".

Die, so schwer es zu glauben ist, ungewollte Komik der Frage wurde eigentlich nur von einem der Künstler und Poeten bemerkt. Von Arno Holz, der mit pfiffigem Doppelsinn die lakonische Antwort gab, diese Frage komme ihm in ihrer Oberhälfte so kindlich vor, daß ihm eine ernsthafte Antwort darauf nicht nötig scheine. „Kindlich" ist in der Tat die gelindeste Zensur für eine solche Frage, die, frei von den trivialsten Elementarerkenntnissen aller Psychologie, nichts als das törichte Entweder — Oder kennt: entweder Retter des Vaterlandes oder geldgieriger Egoist, entweder Märtyrer oder kalter Schurke! Nicht minder possierlich als die Frage sind aber auch die meisten Antworten ausgefallen. Wer wollte es den Leuten vom Bau verdenken, wenn sie ihrem von den Fängen des Staatsanwalts bedrohten Kollegen beigesprungen wären, wenn sie scharf gegen die Absicht protestiert hätten, den Angeklagten in der zweiten Instanz in geheimer Feme abzutun. Freilich hätte auch diese Hilfsbereitschaft nicht eines Stichs ins Humoristische entbehrt. Denn Herr Harden, der vor dem Schöffengericht mit klirrendem Heldenschritt einherstolzierte und nicht nur die Liebenberger Tafelrunde, sondern auch die deutsche Justiz trotzig in die Schranken forderte, der jeden Vergleich abwies, und wenn er

ins Zuchthaus wandern sollte, ist inzwischen so unsäglich zahm und umgänglich geworden. Nichts, nichts mehr will er behaupten und beweisen, niemanden mehr will er kränken. Vor allen Dingen will er nicht mehr Staatswohl und Sittlichkeit gefährden durch öffentliche Enthüllung höfischer Bettgeheimnisse. Kurz, Herr Harden selbst hat nicht mehr das geringste einzuwenden gegen Vertuschung und geheime Feme.

Aber die prozessuale Seite der Sache kümmerte unsere Dichter und Künstler nicht. Sie lag ihnen wohl auch ebenso fern, wie die angebliche politische Seite der Affäre, der Sturz der Eulenburg-Kamarilla. Für die banale politische Wirklichkeit pflegen sich unsere Dichter nicht zu interessieren. Daher auch ihre Bewunderung des Politikers Harden. Da Harden eigentlich kein Belletrist, aber doch ein geistreicher Mann ist, so muß er doch sicher, meinen sie, ein bedeutender Publizist sein. Und diese Bewunderung für den großen Politiker und Publizisten Harden wird in den Antworten der Poeten mit so gravitätischem Ernste und so pathetischem Überschwange geäußert, daß es schwer ist, diese feierliche Huldigung der Künste nicht für einen Fastnachtsulk zu halten. Da freut sich Dehmel, „daß ein politischer Frondeur von so privater Autorität in unserer ach so sozialen Epoche überhaupt noch dauernd möglich ist", und gratuliert der Nation, „die einen solchen Hecht im Karpfenteich hat". Max Dauthendey feiert Harden als einen Künstler, der sein Material, „die politische Welt", „mit Geist verarbeitet". M. G. Conrad nennt ihn einen „ungewöhnlichen Vertreter reichsdeutscher Hochkultur", Frank Wedekind den „größten deutschen Publizisten", Bierbaum eine „aristokratische Empörernatur", einen „Fanatiker der Echtheit" usw.

Wenn die braven Poeten ahnten, welch blamables Armutszeugnis sie sich durch solche Lobeserhebungen ausstellten! Bisher hatte Herr Harden nur den Herrn Liman, der ihm, des Gegendienstes gewärtig, zu bezeugen bereit war, daß er ein „ernsthafter politischer Schriftsteller" sei. Vielleicht beruft Harden sich künftig vor Gericht auf Frank Wedekind als politischen Leumundszeugen! Aber im Ernste: ist es nicht eigentlich unglaublich, daß jemand als „größter deutscher Publizist" ausgeschrien werden kann, der nie ein ernsthaftes ökonomisches Werk gelesen, nie methodisch sei es die Geschichte eines Volkes oder einer Partei studiert hat, der die politischen Vorgänge beurteilt, wie ein Kind ein Puppentheater, das die bunten Kostüme beklatscht, oder wie eine skandalsüchtige Hofdame, für die sich die Weltgeschichte in höfischen Kabalen, in Lakaiengeklatsch und dergleichen Unsauberkeiten und Belanglosigkeiten abspielt? Harden ist jahrelang der Leibpublizist Bismarcks gewesen. Aber hat er die Bismärckische Politik, die in ihrer junkerlich-reaktionären Geschlossenheit in ihrer Art immerhin einen Zug brutaler Größe trug, jemals konsequent vertreten? Niemals! Harden hat für Bismarck ästhetisch geschwärmt, dabei heute mit den Agrariern, morgen mit den Liberalen kokettiert, bald mit Sozialisten Liebesblicke getauscht, bald inbrünstig die zarische Knute geküßt. Irgend einen Standpunkt hat er in politischen Fragen nie eingenommen; sein Ehrgeiz war befriedigt, wenn er in Paradoxen schwelgen konnte. Und die publizistischen Waffen Hardens? Indiskretionen, persönliche Intimitäten, allerhand Zuträgereien aus der politischen Gesindestube! Dabei rundete sich ihm selbst die Intrige und der Skandal niemals zu einem kräftigen Zeitgemälde oder Sittenbilde. Wie der Politiker nie über den Anekdotenjäger hinauskam, so blieb der Sittenschilderer stets in kümmerlicher Reportage stecken.

Es gehört wirklich die ganze politische Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit unserer heutigen Poeten dazu, in einem solchen Manne einen „politischen Künstler“ oder gar den „größten deutschen Publizisten“ zu verehren. Noch weniger begreiflich ist, wie diese Dichter und Künstler in Harden gar ein Stück Märtyrer, einen vielverkannten, vielangefeindeten großen Einsamen erblicken können. Ein wie dankbares, naiv-enthusiastisches Publikum die publizistische Schaumschlägerei Hardens gefunden hat, beweisen ja am besten die rührenden Ergüsse der anderthalb Dutzend Poeten selbst. Daß die Sensationsschriftstellerei des Harden aber auch ihren Mann reichlich nährt, beweisen die 50000 Mark, die seine Zeitschrift ihm jährlich abwerfen soll. Das ist ja im Vergleich nicht sehr viel, verdient doch mancher Possenfabrikant und mancher Varietéstar noch bedeutend mehr — immerhin sollte man Herrn Harden nicht als Opfer seines „Echtheitsfanatismus“ beseufzen.

Von gar zu naiver Romantik sind auch die Vorstellungen, die sich unsere Poeten von dem Seelenleben ihres wunderlichen Nationalheiligen machen. „Seine schriftstellerische Tätigkeit“, sagt Wedekind, „gleicht den Schmerzensäußerungen eines Menschen, der auf der Folter liegt.“ Und als gekettetter Titan, als Prometheus mit interessant satanischer Charaktermaske erscheint er gar Max Halbe: „Ein Willensmensch, wie nicht gar viele über diese Erde gegangen sind, von exzedierender Phantasie, von dunkler, schwerblütiger Phantastik, ein napoleonesker Willensmensch, statt des Degens mit der Feder, wie ihn die Natur sich ausdenkt, wenn Zeiten sich wenden und alt gewordene Welten sterben sollen.“

Unsere Poeten sind doch recht bescheidene Leute. Ein Bankdirektor, über dessen Finanzgenie die Meinungen Eingeweihter sehr auseinandergehen, und der als Mensch von mehr als landesüblicher Banalität ist, braucht nur zum Staatssekretär gemacht zu werden und dreist phantastische Gründerreden zu halten, um von der Blüte unserer Intellektuellen als politische Zukunftshoffnung Deutschlands umjubelt zu werden. Und es braucht sich bei jemand nur mit den brutalen Instinkten des Konquistadors ein Rest anmaßender Schulmeisterlichkeit zu paaren, wie bei dem Dr. phil. Karl Peters, um sofort etlichen Poeten als Paarungsprodukt von Don Juan und Faust, von Napoleon und Hamlet, als „Einer aus der Luziferwelt“ zu gelten! Diese, alle intellektuellen und moralischen Werte umwertende, Verwirrung hat die fatale Einbildung angestiftet, daß der Künstler sich etwas vergäbe, wenn er sich rüstig im Leben umtue und die Politik studiere, statt sich in eitles, lebensfremdes Ästhetentum zurückzuziehen und sich dort allerhand Idole zu schaffen.

Nur einer der befragten Poeten macht eine Ausnahme, Ernst v. Wolzogen, dieser gescheite, helle, aller romantischen Umnebelung unzugängliche Kopf. Er meint, das Problem Harden sei gar nicht so schwer lösbar: „Ich sehe in ihm den geborenen Journalisten, dessen beweglicher Geist an allen Erscheinungen der Gegenwart den lebhaftesten Anteil nimmt und dessen rascher Witz sein höchstes Behagen darin findet, verblüffende Zusammenhänge zwischen den verschiedenartigsten Dingen herauszufinden, und durch künstliche Beleuchtungseffekte bald die eine, bald die andere Gruppe von Erscheinungen blendend hervorzuheben.“ Es schmeichle der Virtuoseneitelkeit Hardens, die Aufmerksamkeit immer durch neue Tricks auf sich zu ziehen. Deshalb behaupte er immer grundsätzlich das Gegenteil von dem, was die Allgemeinheit meine. Alle jungen Streber suchten ihm diesen Trick ja auch bereits nachzumachen.

Wolzogen kommt der Lösung des „Problems“ wohl ziemlich nahe. Harden ist in der Tat das, was Oberflächlichkeit und Sensationslüsternheit als den „geborenen Journalisten“ preist. Zu fahrig und launenhaft, zu belletristisch und zu unwissend zum Politiker, reicht er mit seiner ästhetischen Begabung wiederum zu dichterischer Produktivität nicht aus. Der „geborene Journalist“, das heißt der witzelnde Schaumschläger und Phrasenmacher, der Politiker der Hintertreppe und Verschleißer des Personalklatsches, ist sozusagen geistig eine sexuelle Zwischenstufe. Er ist weder Politiker, noch Gelehrter, noch Poet, vielmehr von allem ein Stückchen. Trotzdem will er noch poetischer als der Poet, gelehrter als der Gelehrte, politischer als der Politiker sein. Daher die normwidrigen Beziehungen zur Sprache; die artistischen Stilverrenkungen und sprachlichen Virtuosenstückchen. Daher die Marotte, mit barocken Zitaten und verstaubter Aftergelehrsamkeit zu prunken. Daher die Sucht, das solide Handwerk der Politik in ein selbstgefälliges Spiel mit Sensationen und Pikanterien aufzulösen. Solche Naturen können — wie Harden — außerordentlich begabt sein, sie können in ihrer Art auch Fleiß und Leidenschaft besitzen; aber sie sind geistig total unfruchtbar. Sie sind Virtuosen, Artisten. Und das einzig Tragische, das im Problem Harden liegen mag, besteht darin, daß sich Naturen wie er in lichten Momenten selbst ihrer Unfähigkeit bewußt werden, jemals Positives und Bleibendes zu schaffen.

Die Utopie eines Fabiers.

Von **C. Korn.**

H. G. Wells, **Wenn der Schläfer erwacht.** Deutsche, vom Autor genehmigte Übertragung von Felix Paul Greve. Minden in Westfalen, J. C. C. Bruns Verlag. 416 Seiten. 4,25 Mark.

Die Mitglieder der Fabian Society, das muß man ihnen lassen, sind betriebsame Leute und wissen ihren Sozialismus auszunützen. Mr. Shaw, der sich in vielen Witzen versucht hat, hat endlich, indem er als Sozialist am Sozialismus das Bein in die Höhe hebt, den Trick seines Lebens entdeckt, zum Gaudium für die Snobs aller Länder, die er unter dem Firmenzeichen dieser noblen Pose vereinigen wird. Eine vorgeschrittene Idee, wenn man berücksichtigt, daß inzwischen da hinten in Rußland die Menschen mit dem Sozialismus nichts anderes anzufangen wissen, als daß sie zu Tausenden daran sterben! Mr. Wells, sein Bundesbruder und Spinnefeind, ist ihm gegenüber von einer beträchtlich weniger gerissenen Genialität, aber aus seinem Sozialismus Honig zu saugen, versteht auch dieser Fabianer.

Oder würde jemand im Zeitalter der Massenproduktion von Utopien von einem Spezialisten in Utopien, mit dem verglichen Jules Verne als wissenschaftliche Kapazität und Bellamy als gottbegnadeter Künstler dasteht, die geringste Notiz nehmen, wenn nicht zufälligerweise dieser Utopist die Mitgliedschaft einer sozialistischen Gesellschaft auf seiner Visitenkarte anführte? Ein sozialistischer Utopist aber, in der Generation nach Marx, ist in der Tat ein geradezu sensationeller Anachronismus, ein Naturwunder, und man kann es begreifen, daß die englische Bourgeoisie die Bücher von Wells verschlingt.

Digitized by Google

Sich mit der Wirklichkeit, zumal einem so vollsaftigen Stück Wirklichkeit wie der sozialen Bewegung, in Utopien auseinanderzusetzen, sich utopisch um diese, schwachen Intelligenzen und interessierten Instinkten so unangenehme Wirklichkeit herumzudrücken, liegt überdies ja ganz in der Richtung der Modereaktion des zeitgenössischen Bewußtseins, vielmehr Unterbewußtseins, der sogenannten Neoromantik, die überall an Stelle des revolutionären Organs, des Großhirns, des Intellektträgers, die reaktionären Nervenzentren setzt, die unter der Hirnrinde gelegenen nervösen Organe, aus denen die Stimmungen und Wallungen aufsteigen, das kongeniale Bewußtseinssurrogat, das Unterbewußtsein, einer Gesellschaftsklasse, die ihre Situation nicht mehr intellektuell, sondern nur noch mit den Instinkten rechtfertigt.

Aber Mr. Wells kommt auch darin dem Geschmack seiner bürgerlichen Leser entgegen, daß er, wie sein Vereinsbruder Shaw, den Sozialismus persifliert, zwar nicht so schamlos wie dieser, und nicht in der Form, aber desto gründlicher in der Sache. Er bringt es nämlich in diesem Buche fertig, eine soziale Utopie hinzustellen, in der vom Sozialismus, wenigstens vom Sozialismus ohne Anführungszeichen, mit keiner Silbe die Rede ist. Sein „Schläfer" hat ein paar hundert Jahre geschlafen, und als er erwacht, findet er sich in einem sozialen Komplex, der ganz in der Richtung der modernen Gesellschaftsorganisation weiter-, noch nicht einmal vorwärtsgedacht ist. Eine Trustoligarchie hat sich zur unumschränkten Beherrscherin der Welt aufgeschwungen und gebietet über alle Reichtümer einer technisch ungeheuer entwickelten Zivilisation, während die gesamte übrige Menschheit als Gewimmel willens- und geistloser Sklaven dahinvegetiert. Chinesentum als Konsequenz des Kapitalismus — das klingt ja ganz wie radikale Gesellschaftskritik, aber es klingt nur so, denn die Vorstellung dieses Chinesentums ist dem Verfasser nicht ein soziologisches Problem, das gelöst werden muß, sondern sie ist die Lösung selber, und das Chinesentum nicht eine Durchgangsstraße, sondern die Sackgasse, in die sich die Menschheit seines Romans verrannt hat.

In der Tat: bei der Ausmalung der sozialen Entwicklungsmöglichkeiten auch nur der nächsten Jahrzehnte, geschweige denn der kommenden Jahrhunderte, die gesellschaftsschöpferische Energie des Sozialismus vollständig ausschalten, das ist eine Utopie, die kaum übertrumpft werden dürfte — die Utopie freilich nicht des Romans, sondern die unfreiwillige des Verfassers.

Wenn gelegentlich und ganz episodenhaft hier und da im Text ein paar sozialistisch formulierte Redensarten auftauchen, die der Schläfer — er ist vor seinem Einschlafen Sozialist, vermutlich Fabianer, gewesen — als archaistische Erinnerungen zuweilen von sich gibt, so beweist das gar nichts gegen die Tatsache, daß wir hier eine antisoziale, besser asoziale, soziale Utopie, eine soziale Utopie mit Ausschluß des Sozialismus vor uns haben, denn es wird ausdrücklich verkündet und dargestellt, daß die soziale Wirklichkeit, die der Verfasser konstruiert, das Endstadium der bis zur Tollheit erhitzten privatkapitalistischen Entwicklungstendenz erreicht hat, ohne daß die Menschheit auf ihrem Wege über den Block des Sozialismus auch nur gestolpert wäre.

Und wie die ganze groteske Utopie des Romans nicht in dem liegt, was er darstellt, sondern allein in dieser zentralen Lächerlichkeit seiner „Generalidee", in diesem ungeheuren Loch, das auf dem Wege der Wellsschen Ent-

wicklung klafft, so sind auch noch nicht einmal die paar sozialistischen Redefloskeln, die wir erwähnt haben, utopisch echt, sie sind bestenfalls vorutopisch, wenn anders man solche vage Andeutungen von sozialer Gerechtigkeit, Menschenliebe usw., wie sie sich etwa auch auf ägyptischen Grabdenkmälern und im Alten Testament finden, in irgend eine historische oder terminologische Beziehung zu dem, was wir heute Sozialismus nennen, bringen will. Und es sind mindestens ebensoviele Gedankenrudimente aus Nietzsche über das Werk zerstreut, wie derartige Erinnerungen eines wahrhaft vorutopistischen „Sozialismus". Wenn man dann bedenkt, daß hier eine der hervorragenden Größen der Fabiergesellschaft die ideologische Quintessenz der Gesellschaft ausplaudert, so braucht man sich allerdings nicht mehr darüber wundern, weshalb diese Leute nichts von Marx wissen wollen: sie stehen ja noch weltenweit jenseits von Thomas Morus und Campanella.

Blöd wie die Zentralidee ist auch die Exposition und die ganze Fabel des Romans. Die physiologische Begründung, die Mr. Wells für den säkularen Schlaf seines Helden riskiert — „ein durch nervöse Erschöpfung hervorgerufener kataleptischer Zustand, der in der Geschichte der Medizin unerhört war!" —, hätte noch nicht einmal der selige Verne seinem Publikum zu bieten gewagt. Die weitere Voraussetzung der Handlung wird durch wirre Vermutungen über das Wesen der Truste bestritten. Aber auch darin bleibt Mr. Wells noch weit hinter Verne zurück, daß er nicht, wie dieser, von einer wissenschaftlichen Tatsache oder Hypothese ausgeht, um dann Schritt für Schritt den Leser in das Reich der phantastischen Spekulation, das lustige Milieu seiner jeweiligen Fabel, zu entführen, sondern mit nichts weiter, als dem dünnen Faden der jedem Zeitungsleser geläufigen dunklen Vorstellung von der sozialen Gefährlichkeit der Truste verbindet er seine Utopie mit der Gegenwart. Das Konsortium von Industrie- und Finanzmagnaten, die als „weißer Rat" die versklavte Menschheit seines Zukunftsstaates beherrschen, sind die Sachwalter und Erben des Helden, während dieser in einem öffentlichen Gebäude unter der Kontrolle des Staats die Jahrhunderte verschläft. Das Vermögen, das er hinterlassen, wächst infolge der „Progression der Zinseszinsen" ins Ungeheuerliche, und „in hundert Jahren war Graham (der Schläfer) fast ausschließlicher Besitzer Afrikas, Südamerikas, Frankreichs, Londons, Englands und die herrschende Macht in Amerika. Der Rat kaufte und organisierte China, drillte Asien, verkrüppelte die Kaiserreiche der Alten Welt". Donnerwetter — nicht wahr? „Sozialistische und Volksparteien, Reaktionäre und Puritaner waren zuletzt nichts weiter als Börsenspielmarken, die (?) ihre Prinzipien verkauften, um für ihre Wahlen zu zahlen." ... „Sein letzter Kampf war gegen den stillschweigenden Bund der großen Judenfamilien gerichtet."

Es fällt uns natürlich nicht ein, die lapidare Komik dieser Sätze durch unsere Bemerkungen ihrer todsicheren Wirkung zu berauben, wir stellen nur mit Bedauern fest, daß es der Verfasser leider unterlassen hat, diese Mordgeschichte in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung darzulegen. Alles wird im wörtlichsten Sinne verschlafen, und als der Schläfer erwacht, da ist die ganze Bescherung eben da. Später wird nur ganz beiläufig auf ein paar Seiten in den großen Zügen, von denen unsere Zitate eine Probe geben, erzählt, was sich vor dem Erwachen des Schläfers im Laufe der Jahrhunderte ereignet hat.

Digitized by Google

Im Ernst: Mr. Wells hat sich, wie man sieht, seine Aufgabe verdammt leicht gemacht, aber was man einem x-beliebigen Fabrikanten utopistischer Romane, wie sie jetzt schockweise auftauchen, mit Rücksicht auf sein saures Gewerbe am Ende verzeihen könnte, das ist ein starkes Stück bei diesem Sozialisten, der eine soziale Utopie schreibt und gerade das Wesentliche, die politische und wirtschaftliche Herleitung der Utopie, sich schenkt.

Mr. Wells entschädigt uns dann noch nicht einmal, etwa wie Bellamy, für das gänzliche Versagen in der Exposition seines Romans durch eine, wenn auch noch so phantastisch konstruierte, detaillierte Darstellung der sozialen Organisation seines „Zukunftsstaates", sondern all das, was in zweiter Hinsicht den Hauptinhalt einer sozialen Utopie, gar der sozialen Utopie eines Sozialisten auszumachen hätte, wird abgetan mit der summarischen Gegenüberstellung des Herrschertrusts und seines Anhangs auf der einen und der ungeheuren Sklavenhorden, die für die Spitze fronden, auf der anderen Seite. Der eigentliche Inhalt der Utopie aber ist die Schilderung zweier „Revolutionen", deren eine ein ehrgeiziger Führer der Unterdrückten, ein Übermensch nach Nietzschens Muster anzettelt, um sich an die Stelle des „weißen Rates" zu setzen, wobei er die Person des Schläfers, des eigentlichen Herrschers, gegen den Rat auszuspielen sucht. Die zweite Revolution, die sich aus der ersten entwickelt, ist ein Aufstand der Massen gegen den proletarischen Usurpator und Renegaten und hat ihren Führer im Schläfer, der über den Mißbrauch seines Namens empört ist und in Erinnerung an seine Jugendideale irgend etwas Ethisch-Ästhetisches ins Werk setzen will. Was in klaren Worten das Programm des Schläfers ist, erfahren wir nicht, und ebensowenig hören wir etwas Bestimmtes, oder auch nur etwas Vorläufiges über den Ausgang der zweiten Revolution, denn der Schläfer kommt durch Sturz aus einem Luftschiff vor der Entscheidung um und die Geschichte erreicht damit ein vorzeitiges Ende.

Aber auch von den Vorgängen selber, soweit sie geschildert werden, wird der Leser, und wenn er das Buch studierte wie ein wissenschaftliches Werk, kaum eine anschauliche Vorstellung bekommen. Denn was den hauptsächlichsten Inhalt dieser 416 Seiten ausmacht, die ausführliche topographische und technische Konstruktion des Milieus, der Riesenmetropole London mit ihren 33 Millionen Bewohnern, das ist dermaßen verworren ausgeführt, daß der Leser mit dem Helden meistens in der Irre und im Dunkel herumtappt und weite Partien der Darstellung total unverständlich sind. Besonders eingehend ist immer wieder das Architektonische behandelt, in der Beschreibung der Massenbehausungen, der Festsäle, der Monumentalbauten und riesigen Arbeitshallen, der Verkehrsanstalten usw., aber alles steht form- und gestaltlos auf dem Papier — nichts, kein Türpfosten und erst recht nicht irgend ein Gesamtbild, geht in die Anschauung ein. Der Leser hat von all dem unfruchtbaren Wortschwall die Empfindung, als ob er von den wüsten Träumen eines größenwahnsinnigen Maurerlehrlings vergewaltigt würde. Und noch nicht einmal der vielfache technische Kleinkram, den sich Mr. Wells ausspintisiert hat, beispielsweise die Anfertigung eines Zukunftsgewandes, die er uns vorzudemonstrieren versucht, vermag er so zu behandeln, daß man auch nur den Schimmer einer Ahnung davon bekommt, was da eigentlich vorgeht. Natürlich fehlt auch die „ungeahnte" Entwicklung der Luftschiffahrt nicht, aber diese Idee des Mr. Wells ist bekanntlich von der Zunft der zeitgenössischen Utopien-

fabrikanten dermaßen leer gepumpt, daß es schwer fällt, einen neuen Rekord der Trivialität auf diesem Gebiet zu erreichen.

Es ist möglich, daß der grauenhafte Eindruck dieser Schriftstellerei noch durch die Übersetzung verstärkt wird. Die Verdeutschung scheint häufig nach dem Muster der Übungsbeispiele in den Toussaint-Langenscheidtschen Lehrbüchern angefertigt zu sein, bei denen, zu pädagogischen Zwecken, in dem Satz einer fremden Sprache jedes einzelne Wort durch den entsprechenden deutschen Ausdruck ersetzt wird. Der Übersetzer hat vielleicht geglaubt, auf diese Manier den Geist des Originals besonders treu wiedergeben zu können, was er aber erreicht hat, ist, daß seine Sprache weder deutsch noch englisch, vielmehr ein kauderwelsches Gemengsel aus beiden Sprachen ist. Aber am Ende hat der Übersetzer mit seiner Methode gerade bei Mr. Wells recht, und seine kuriose Übersetzung hat erst den kongenialen Jargon für die Utopie des Verfassers geschaffen, weshalb vermutlich auch Mr. Wells, wie auf dem Titelblatt angegeben wird, diese Übertragung ausdrücklich genehmigt hat. Im übrigen enthebt uns das sprachliche Gewand, in der sich solchermaßen diese Literatur bei uns in Deutschland einführt, der Notwendigkeit, noch besonders eindringlich vor ihr zu warnen. Für deutsche Leser, die nicht Englisch verstehen, ist Wells durch Herrn Felix Paul Greve in eine fremde Sprache mehr übersetzt und ihnen genau so unzugänglich, wie vordem. Nach allem, was wir vom Inhalt des Buches gesagt haben, versteht der Leser, daß wir mit dieser Feststellung ein Dankesvotum für den Übersetzer beantragen.

Bücherschau.

Otto Julius Bierbaum, **Prinz Kuckuck.** Leben, Taten, Meinungen und Höllenfahrt eines Wollüstlings. Drei Bände. München und Leipzig 1907, Verlag von Georg Müller.

Dieser Roman bedeutet den gänzlichen Zusammenbruch eines Talentes, auf das man in gewissen Kreisen große Hoffnungen zu setzen pflegte. Neben viel Belanglosem, gefälligen Gedichten in der Johann-Christian-Günther-Weis' bis zur Detlev-von-Liliencron-Weis', lustigen Romanen, lesbaren Novellen und durchgefallenen Theaterstücken hat Bierbaum einiges geschrieben, was für ihn wesentlich ist: vor allem im „Stilpe" den Roman des verbummelten Genies. Aber was kennzeichnend genug war, Bierbaum schuf im Stilpe nicht einen hervorragenden Geist, der an den Unzulänglichkeiten seiner Umgebung oder seiner Zeit, sondern der an seinen eigenen Unzulänglichkeiten zugrunde geht. Dieses „Genie" war durchaus keine tragische Gestalt, denn Stilpe, dessen Merkwort die Halbheit ist, und der es im poetischen Schaffen wie im praktischen Leben nirgends über den schönen Anfang hinausbringt, wäre unter allen Umständen unter die Räder gekommen. Es ist, als hätte Bierbaum in dem Schicksal Stilpes etwas von seinem eigenem Schicksal vorausgeahnt, denn noch mehrmals, so in dem Schauspiel „Stella und Antonie", griff er auf dieselbe Figur zurück.

Dieses Schicksal ist nun eingetreten, denn jeder, der Bierbaums früheres Schaffen kennt und sich durch den „Prinz Kuckuck" hindurchgewürgt hat, muß zu dem Schlusse kommen, daß es mit ihm als Dichter zu Ende ist. An Umfang und Schwulst den dickleibigen Romanen des siebzehnten Jahrhunderts ähnelnd, läßt das Buch jede, aber auch jede Gestaltungskraft vermissen. Es wird nur geredet, nicht gebildet, als wäre einem Künstler der Ton, aus dem er ein Bildwerk formen wollte, unter

den Händen zu einem formlosen Brei auseinandergelaufen. Über ermüdend langen Strecken des abstrusesten Geschwätzes flackert das gespenstige Flämmchen eines gequälten Humors, und eine geschwollene Geistreichigkeit besorgt das übrige. Dazu ein vollständiges Versagen in der Zeichnung der Charaktere, und in der Handlung mehr als einmal ein kühner Sprung ins Reich des Kolportageromans — trauriger und trostloser kann ein Dichter schon nicht enden.

Aber wenn es sich um nichts weiter handelte als um den künstlerischen Bankrott des Herrn Bierbaum, so wäre das Buch kaum wert, an dieser Stelle erwähnt zu werden. Denn so reich ist sein Geist nie gewesen, daß man laut klagen müßte, weil er grausam zerstört ist. Aber das Buch verdient eine gewisse Beachtung, weil es mehr sein will als ein bloßer Roman. In der Vorrede erklärt Bierbaum, es sei ihm nicht nur auf das Leben seines Helden angekommen, sondern auch auf die Zeit, in der dieser Roman spielt. „Es ist die Zeit der Generation derer, die, wie ich, jetzt im Anfang der vierziger Jahre stehen. Diese Zeit kommt mir sehr merkwürdig vor. Sie hat die letzte große Uneinigkeit Deutschlands und dann dessen Einigung, sie hat Bismarck und Nietzsche, den ersten und den zweiten Wilhelm, und sie hat mit alledem einen merkwürdigen Stimmungsumschwung erlebt. Besonders in der Literatur und Kunst haben sich rapide Entwicklungen vollzogen." Ein Roman, in dem sich diese Zeit spiegelt, sollte also Bierbaums Buch werden, und ein vorurteilsfreier Kritikus hat dem Verfasser auch bestätigt, daß wir im „Prinz Kuckuck" „die soziale und die ethische Erregtheit des Zeitalters in packenden Gegensätzen" erleben.

Wenn dem so wäre, so dürfte man sich aufrichtig freuen, denn die Generation derer, die jetzt im Anfang der vierziger Jahre stehen, das heißt die Generation derer, die in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, tausend Probleme wälzend, ungebärdige Revolution in der Literatur machten, hat heute alle Brücken zum eigentlichen Leben abgebrochen und auf die Lösung aller Probleme verzichtet. Formalismus, Mystizismus, Ästhetizismus, Symbolismus und was immer noch war der Rest, und zwar, weil alle diese Stürmer und Dränger, kleinbürgerlich dem Ursprung ihrer Ideologien nach, nicht über den Horizont des Kleinbürgers hinausblicken und nie die gesellschaftlichen Zusammenhänge begreifen lernten. Nur Bierbaum will sich mit den Problemen seiner Generation und seiner Zeit herumschlagen, aber was er zuwege bringt, ist negativer als aller Formalismus, Mystizismus, Ästhetizismus usw. Um den Querschnitt der Zeit zu zeigen, wählt er zum Helden seines Romans den unehelichen Sprossen einer reichen Jüdin und eines russischen Generals. Vielleicht hat Bierbaum dabei an Nietzsche gedacht, der seinen Übermenschen als Ergebnis einer Art von konservativ-liberaler Paarung, nämlich des Bundes zwischen einem junkerlichen Rittergutsbesitzer aus der Mark und einer Jüdin, erhoffte. Gleichviel, denn das Wesentliche an dem Helden ist nicht sein Bastardtum, sondern sein Reichtum. Bierbaum führt ihm nämlich einen Adoptivvater zu, der ihn bewußt zu einem Herrenmenschen erzieht und ihm 10 Millionen Mark hinterläßt. Das ist an sich nicht ungeschickt entworfen, könnte uns doch der Dichter an der Hand dieser 10 Millionen aus dem Himmel über die Erde zur Hölle geleiten und nur nicht nur alle menschlichen Leidenschaften, sondern auch alle Massenbewegungen und Klassengegensätze, kurz: die ganze Mechanik der kapitalistischen Gesellschaft bis ins kleinste Rädchen hinein darlegen. Balzac hat Ähnliches versucht, Zola ist Ähnliches gelungen und Heinrich Mann, der zu den bedeutendsten Romandichtern der Gegenwart gehört, hat in seiner „Jagd nach Liebe", von der „Prinz Kuckuck" ein schlechter Abklatsch zu sein scheint, wenigstens einen getreuen Ausschnitt aus der bourgeoisen Kultur gegeben, indem er ebenfalls den Lebensgang eines jungen Millionärs schilderte. Wie anders Bierbaum! Seines Helden Leben, Taten und Meinungen kommen immer auf das eine hinaus: das Tier mit zwei Rücken zu machen. Und ob seine Fahrt durch mancherlei Gesellschaftsschichten und mancherlei Länder geht, so ist es doch nur eine Fahrt durch mancherlei Alkoven. Auf diesem

Digitized by Google

Felde erspart uns Bierbaum nichts: mit allen Spiel- und Abarten des hetero- und homosexuellen Eros werden wir hinlänglich vertraut gemacht, aber auf anderem Felde bleibt uns Bierbaum alles schuldig. Feudale S.-C.-Korps, Literatenkonventikel, Päderastenklubs, naturalistische Jakobinerkonvente und in allen Menschen, die von Phrasen überquellen und nicht anders als in verstiegenen Leitartikeln und in unleidlichem Pathos reden — so sieht im Spiegel dieses Dichters „unsere Zeit" aus. Auch nicht ein einziges Mal von dem Tage, da der Held geboren wird, bis zu dem, da er mit seinem Automobil in die Luft fliegt, wird an das wirklich Wesentliche der Zeit gerührt, an die gewaltigen Umwälzungen im Wirtschaftsbau, die, selbst vom kapitalistischen Standpunkt gesehen, etwas poetisch Großartiges haben können. Die Abstraktion und die Phrase sind die einzigen Sphären, in denen der Verfasser heimisch ist. So wird nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt zur Kolportage.

Das Buch will das Fühlen und Denken, den Werdegang einer ganzen Generation widerspiegeln. Die Emfindung, mit der man es aus der Hand legt, ist deshalb auch nicht allein die, daß es den Zusammenbruch Bierbaums, sondern daß es den Zusammenbruch dieser ganzen Generation darstellt. Hermann Wendel.

F. M. Dostojewski, **Die Dämonen.** Roman in zwei Bänden. Übertragen von E. K. Rahsin. München und Leipzig, Verlag von R. Piper & Co. 506 und 514 Seiten.

Es ist auch ein „Zeichen der Zeit", daß gerade jetzt ein deutscher Verlag es unternimmt, eine Übersetzung sämtlicher Werke Dostojewskis herauszugeben. Ein Zeichen der Zeit nicht etwa nur aus dem äußerlichen Grunde, weil die russische Revolution, die Europa seit drei Jahren miterlebt, auch in Deutschland die sogenannte öffentliche Aufmerksamkeit auf die geistige Kultur des östlichen Nachbarvolkes gelenkt hat, sondern mehr noch deshalb, weil offenbar der Verleger begründete Ursache hat, anzunehmen, daß unserem literarisch interessierten Publikum bei der reaktionären Gesamttendenz seiner Geschmacksrichtung gerade der große russische Mystiker und Psychopath geistesverwandt erscheinen müsse.

Möglich, sogar wahrscheinlich, daß der Verleger die „Zeichen" richtig deutet — er kann sie aus seinen Geschäftsbüchern herauslesen —, aber desto schlimmer für die „Zeit" im Vaterland Kants und Goethes, wenn sie heute unter ihre Wegweiser — Nietzsche nennt Dostojewski seinen Lehrer! — einen Schriftsteller rangiert, der im Rußland der Bauernbefreiung aktuell war. Leider kann man ihr, der „Zeit", noch nicht einmal ein Mißverständnis vorwerfen, denn ohne Zweifel ist Dostojewski ihr Mann. Was die literarischen Wortführer unserer Bourgeoisie neuerdings als Entdeckung verkünden, daß es nämlich nicht auf das Bewußtsein der Menschen, sondern auf ihr Unterbewußtsein ankommt, daß alles Wertvolle der Seele da anfängt, wo der Geist aufhört und die „Tiefe" sich öffnet — das war in der Tat vor fünfzig Jahren die programmatische Psychologie, war die Weltanschauung Dostojewskis.

Wir haben also das auf den ersten Blick verblüffende Paradoxon, daß eine Ideologie, die in ihrer originalen Fassung die wirtschaftliche und politische Situation des Rußlands der fünfziger und sechziger Jahre zutreffend widergespiegelt haben mag, im großkapitalistischen Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts ihre Wiedergeburt erlebt. Den Schlüssen, die aus dieser Tatsache auf den Kulturwert des neudeutschen Kapitalismus und die Kulturreife unserer Bourgeoisie gezogen werden können, soll an dieser Stelle nicht nachgegangen werden, und es soll auch von der Bedeutung Dostojewskis hier nicht weiter die Rede sein. Wenn uns der Verleger eine gute Übersetzung von „Schuld und Sühne" (Raskolnikow) und den „Karamasoffs" vermittelt, so ist das verdienstlich, denn diese Hauptwerke Dostojewskis gehören der Weltliteratur an. Aber er soll nicht seine Gesamtausgabe mit den

„Dämonen" einführen, einem der schwächsten Produkte Dostojewskis, und vor allem, er soll uns nicht einreden, wie er es in seiner Ankündigung des Werkes tut, daß die „Dämonen" der Roman der russischen Revolution seien.

Die „Dämonen" haben mit der russischen Revolution so viel zu schaffen, wie der Hardenprozeß mit dem Bastillesturm. Aus dem einfachen Grunde, weil es in den sechziger Jahren, in denen die Handlung des im Jahre 1871 erschienenen Romans sich abspielt, die russische Revolution, mit der der deutsche Verleger Reklame macht, nicht gab. Es gab damals unter Literaten und Studenten eine oppositionelle und konspiratorische Bewegung, die mit den Individuen, die ihre Träger waren, aufflackerte und erlosch, aber es gab noch nicht einmal in den schwächsten Ansätzen einen proletarischen Sozialismus, aus dem gleichfalls einfachen Grunde, weil es noch kein Industrieproletariat, geschweige denn ein revolutionäres, das heißt ein klassenbewußtes Proletariat gab. Die Dämonen in Dostojewskis Roman sind denn auch samt und sonders deklassierte Adelige und Kleinbürger, Gesindel zwischen den Klassen, und der Roman ist, wie jeder auch nur oberflächliche Kenner der russischen Literatur weiß, seiner Tendenz nach und in weiten Partien ein von Haß und Wut verzerrtes Pamphlet auf die radikale Opposition jener Tage, ja eine Denunziation jener oppositionellen Bewegung und besonders auch des Liberalismus, in dem der Reaktionär Dostojewski den „Nährvater" des „Umsturzes" erblickte. Und wenn die Konspiration des Netschajew, die offensichtlich den „Dämonen" als Vorwurf gedient hat, selber schon die Karikatur einer revolutionären Bewegung in unserem Sinne bedeutete, so ist der Roman Dostojewskis, der noch diese Karikatur persifliert, die Karikatur einer Karikatur. Seine Handlung vollends ist die reine Mordgeschichte, Kolportage niedersten Genres, und das Ganze, Fabel und Charaktere, die „Kulturatmosphäre" des Romans, das pure intellektuelle und ethische Chaos, aber nicht das Chaos, das das Licht gebiert, sondern das Chaos, das ein definitives Ende ist. Es kann also noch nicht einmal gesagt werden, daß Gesellschaft und Zustände des Romans vorrevolutionär seien.

Gewiß kommt stellenweise in dem weitläufigen Gebilde neben dem reaktionären Giftmichel auch der Dichter und Weltanschauungsvisionär Dostojewski zu Wort, aber dies ist ein anderes Kapitel, und gegenüber dem niedrigen Gesamtcharakter des Werkes ist eine unverblümte Zurückweisung um so mehr geboten, als wirklich die bürgerliche Presse und sogar die literarische Kritik vielfach auf den Waschzettel des Verlegers hereingefallen sind und den Roman in Beziehung zur russischen Revolution gebracht haben. — C. Korn.

Giosué Carducci, **Ausgewählte Gedichte.** Aus dem Italienischen übersetzt von Bettina Jacobson. Im Inselverlag zu Leipzig 1907. 158 Seiten. Preis geheftet 4,50 Mark, gebunden 5,50 Mark.

Carducci hat Goethes König von Thule, Platens Pilgrim von St. Just und von Heine die Weber, Karl I. und den Kaiser von China meisterhaft übersetzt. In seinem Genius war etwas vom kostbarsten Erbe dieser deutschen Dichter; in seinen Elegien und Idyllen weht ein echter Hauch von Goethes Lyrik, von Platen hatte den klassischen Rhythmus der Ode und vom fernhintreffenden Bogen der Satire schnellte er tötende Pfeile, wie sie sonst in der europäischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts nur Heines Hand geschnellt hat. Doch war Carducci als Dichter aus einem Gusse und nicht minder als Mann, ein stolzer Republikaner, der denen, die ihn durch ästhetisches Gerede von den „Zinnen der Partei" herablocken wollten, verächtlich zurief:

Sucht Dante, wenn er Blitze seiner Rache
Aus Höll' und Himmel schleudert, auf der Erde
Mit Milch und Kaffee freundlich zu begüt'gen.

In der modernen Literatur gibt es vielleicht keine furchtbarere Satire, als die Carducci im Jahre 1873 auf die Einigung Italiens dichtete. Das einige Italien erscheint nächtlicherweile auf dem Kapitol. „Still! Was soll das Geschnatter beim Mondschein, ihr Gänse des Kapitols? ... Wenn ihr so viel Geräusch macht, meine Gänse, hört euch am Ende noch Antonelli ... Wenn ihr des Brennus wegen so laut schreit, ei, da ist nunmehr die Wacht unnötig! Ich war so tapfer und so schlau, daß ich einzog, als er abmarschierte. Ja ja, ich trug den Zuaven den Tornister und applaudierte gestern den Turkos; heute aber tragen meine Knäblein gravitätisch die Uniform der Ulanen. Ob vor dem Käppi oder dem Helm, immer lieg' ich auf den Knien, aber schnell und klüglich schüttle ich den Staub der einen Anbetung ab, ehe ich die andere beginne. So küsse ich, die Tochter Roms, einen Fuß nach dem anderen; das Haupt mit der Mauerkrone senke ich in den Kot, um aufzuheben, was das Unglück oder die Nachlässigkeit anderer mir zukommen läßt. So kam ich schließlich zu meinem ganzen Erbteil, hier ein Krüstlein und da ein Krüstlein, zwischen dem einen Fußtritt und den anderen." Dieses grausame Gedicht, das in seinen ehernen Versen natürlich ganz anders einherklirrt, als seine prosaische Wiedergabe auch nur ahnen läßt, hat nicht gehindert, daß, als Carducci vor Jahr und Tag starb, die italienische Nation ihn als ihren größten Dichter betrauerte. Was wäre wohl dem deutschen Dichter geworden, der den diplomatischen Lug und Trug Bismarcks ähnlich gebrandmarkt hätte? Es ist nicht, weil der italienische Patriotismus unempfindlicher wäre als der deutsche; er ist im Gegenteil viel echter und deshalb viel empfindlicher. Aber Italien ist bei alledem eine alte Kulturnation, die die Pforten ihres Pantheons nicht durch kläffende Hunde untertäniger Knechtseligkeit bewachen läßt.

Der Übersetzung bietet Carducci große Schwierigkeiten, die in der vorliegenden Übertragung nicht immer überwunden sind. Aber vieles ist auch trefflich gelungen, und wir geben als Probe ein Gedicht, worin Carducci den klassischen Sonnengott gegen die romantische Mondgöttin verteidigt, denn auch darin dachte Carducci wie Goethe, daß ihm alles Klassische einfach das Gesunde und alles Romantische einfach das Kranke war:

Klassisch und romantisch.

Der Sonnengott ist gütig und erfreut sich
Der arbeitsfrohen Schar;
Durch ihn reift goldner Ernte Last und beut sich
Der Sichel wogend dar.

Er lacht im Pfluge, der das Feld bereitet,
Mit blankem Spiegelschein,
Indes der Ochs bedächtig niederschreitet
Der Furchen lange Reihn.

Die Trauben, schimmernd unter Rebgehängen,
Hat er mit Glut gefüllt,
Und lächelt noch den lustberauschten Klängen
Im Herbst wehmütig mild.

Und in der Stadt, durch schwarze Dächer lugend,
Erspäht ein Strahl den Fleiß
Des Mädchens, das um ihre frohe Jugend
Kaum bei der Arbeit weiß,

Und mahnt an Lenz und Liebe sie so eigen:
Sie stimmt ein Liedchen an,
Ihr klopft das Herz, wie frohe Lerchen steigen
Die Töne himmelan.

Doch Leid und Trümmer malerisch gestalten
Ist, Luna, deine Art;
Nicht Frucht noch Blüte reift bei deiner kalten
Phantastisch luft'gen Fahrt!

Wo Hunger sich im Dunkel hingekauert,
Hast du dich eingezwängt,
Durch Fensterluken, daß er frostig schauert
Und an den Morgen denkt.

Die gotisch spitzen Türmchen schmachtend zierst du
Mit wildweiß mattem Schein,
Mit träumenden Poeten kokettierst du
Und eitler Liebespein.

Und um im Camposanto! Da verbreitet
Dein Licht sich voll und frei,
Daß es mit Totenbein und Schädel streitet,
Wer etwa weißer sei.

Ich hasse dich, zuchtlose Nonne droben,
Dein Antlitz dumm und breit,
Du unfruchtbare Frömmlerin dort oben
Im weißen Priesterkleid.

Vom Bildungsausschuß.

Jugendliteratur und Sozialdemokratie. Ein Berliner Lehrerschriftsteller von jener liberalen Art, die reicher an Worten als Gedanken ist, bespricht im „Tag" das Jugendschriftenverzeichnis, das der zentrale Bildungsausschuß der Partei herausgegeben hat, und macht dabei unter allerlei sonstigen leeren Redensarten die törichte Bemerkung, das Verzeichnis stelle einen Sieg des reinen Menschen- und Volkstums über die Parteiborniertheit und das Parteidogma dar. Diese geistreiche Schlußfolgerung zieht er aus der schlichten Tatsache, daß unser Verzeichnis das bekannte Lehrerverzeichnis zur Grundlage genommen hat; er tut so, als bedeute das einen Verrat an früheren Grundsätzen der Partei über proletarische Jugendliteratur.

Ein Schelm gibt mehr, als er hat, und ein beiläufiger pädagogischer Vielschreiber braucht nicht zu wissen, daß ein „Parteidogmatiker", wie Marx, schon 1869 ausgeführt hat: „Politische Ökonomie und Religion sollten in den niederen Schulen nicht gelehrt werden, ja auch nicht in den höheren ... Nur die Naturwissenschaften und Wahrheiten, die von allen Parteiurteilen unabhängig sind und bloß eine Deutung zulassen, gehören in die Schule." Er braucht ferner nicht zu wissen, daß schon 1894 der „Parteidogmatiker" Kautsky in einem Artikel über Jugendschriften schrieb: „Die Erörterung und Propagierung unserer Grundsätze kann nicht Aufgabe unserer Jugendliteratur sein." Er braucht auch nicht die rege Diskussion zu kennen, die seit vielen Jahren in der „Neuen Zeit" über die Jugendschriftenfrage geführt worden ist, und in deren Verlauf schon im Jahre 1901 die Bedeutung der Lehrerprüfungsarbeit ausführlich dargelegt und wohlwollend empfohlen wurde. Im Jahre 1903 wurde auf dem Dresdener Parteitag das Hamburger Jugendschriftenverzeichnis abermals empfohlen, zugleich aber auch angeregt, daß die Partei einen für proletarische Kinder besonders geeigneten Auszug aus diesem Verzeichnis schaffen möge. Man nenne eine zweite politische Partei, die neben ihren eigentlichen politischen Aufgaben auch der Erziehungsfrage und besonders der Jugendliteratur eine so liebevolle Aufmerksamkeit und so viel Verständnis und guten Willen entgegenbringt, wie die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten haben von jeher die Schriften für die Jugend nicht zu ledernen Traktätchen ihrer politischen Ansichten verballhornisieren wollen. Wohl aber haben wir zu allen Zeiten gefordert, daß den proletarischen Kindern gute Lektüre in die Hände gegeben wird, und zwar in erster Linie solche, die in den Rahmen der sozialistischen Weltanschauung hineinpaßt. Der Sozialismus ist so umfassend, daß er auch die Kulturschätze der Vergangenheit, die literarischen und künstlerischen Dokumente früherer Zeiten wie der Gegenwart zu würdigen weiß, ja, daß er sie erst aus den knöchernen Fingern der kapitalistischen Gesellschaft befreien und zum Gemeingut des Volkes machen wird. Aus diesem Grunde muß ein sozialdemokratisches Jugendschriftenverzeichnis die guten Jugendschriften bürgerlichen Ursprungs enthalten. Aber der Sozialismus hat auch seinen besonderen Kulturwert, durch den er sich von allen früheren Perioden im tiefsten Grunde unterscheidet, er hat auch seine eigenen ethischen und ästhetischen Tendenzen und Forderungen. Und es muß uns sehr darauf ankommen, mit diesen Tendenzen schon die proletarische Jugend vertraut zu machen. So wenig wie die Lehrerschaft darauf verzichten will, daß in den Jugendschriften patriotische und religiöse Tendenzen durchklingen, soweit sie nur künstlerisch bewältigt sind, so wenig wird der Sozialismus es sich nehmen lassen, seine eigene reiche Ideen- und Gefühlswelt durch die Jugendschriften auf die proletarischen Kinder wirken zu lassen. Allerdings legt auch er Wert darauf, daß Dichter und Künstler den Gefühls- und Gedankeninhalt der sozialistischen Weltanschauung zu gestalten versuchen. Werden solche Jugendschriften geschaffen, so werden wir sie in erster Linie befürworten.

Das Jugendschriftenverzeichnis des Bildungsausschusses, das erfreulicherweise fast von der gesamten Parteipresse wörtlich nachgedruckt und dadurch Hunderttausenden von sozialdemokratischen Eltern bekannt geworden ist, stellt nur einen Anfang dar. Es enthält noch mancherlei Mängel und Unvollkommenheiten, die gerade dem Bildungsausschuß genau bekannt sind und deren Beseitigung er sich für das nächste Jahr zur unerläßlichen Pflicht machen wird. Das Verzeichnis wird vor allen Dingen im nächsten Jahre eher erscheinen, und ferner wird es erheblich umfangreicher sein. Das kann schon jetzt bestimmt gesagt werden, da im Gegensatz zum ersten Male die zeitraubenden Vorbereitungsarbeiten getan sind und da wir außerdem über ein volles Jahr für die Prüfungsarbeit verfügen können. Die Arbeit wird in der Weise ausgeführt, daß jedes Buch von drei verschiedenen Personen gelesen und beurteilt wird. An der Hand der eingegangenen Urteile befindet der Bildungsausschuß über die Aufnahme oder Nichtaufnahme des Buches in das Verzeichnis. In Zweifelsfällen wird das Buch noch einmal von Mitgliedern des Ausschusses gelesen und geprüft.

Wie wichtig eine Durchprüfung des Lehrerverzeichnisses ist, hat sich schon aus der bisherigen Arbeit des Bildungsausschusses ergeben. Eine ganze Reihe von Büchern, die seit vielen Jahren als bevorzugte Lektüre im Hamburger Verzeichnis empfohlen worden sind, haben die Prüfungsinstanzen des Bildungsausschusses einstimmig abgelehnt, so „Ingo und Ingraben“ (aus Freytags „Ahnen“) und Baierleins „Bei den roten Indianern“.

In vielen Orten sind die empfohlenen Jugendschriften nicht nur durch die Parteipresse den proletarischen Eltern bekannt gemacht worden, sondern die lokalen Bildungsausschüsse oder die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen haben auch Versammlungen und Ausstellungen, diese zumeist in Verbindung mit Wandschmuckausstellungen, veranstaltet. Solch Anschauungsunterricht ist ein sehr wertvolles Hilfsmittel zur Orientierung der Arbeiter über die Jugendschriftenfrage, aber der breiteren Masse ist diese Art der Propaganda vorläufig noch zu ungewohnt, als daß sie gleich überall den richtigen Erfolg gehabt hätte. Bei besserer und früherer Vorbereitung der Ausstellungen und der Versammlungen wird ihr ideelles und ihr praktisches Ergebnis im nächsten Jahre günstiger sein als diesmal.

Für proletarische Bibliotheken ist anzuraten, daß sie durch die empfohlenen Jugendschriften ergänzt werden, einmal weil ein großer Teil der Bücher sich für Volksbibliotheken eignet, dann aber auch, damit proletarische Eltern sich im Laufe des Jahres mit der für ihre Kinder geeigneten Jugendlektüre bekannt machen können.

Gehindert wurde die Arbeit des Bildungsausschusses in diesem Jahre noch durch die Annoncen und Annoncenbeilagen von Parteiblättern, in denen neben den Büchern unseres Verzeichnisses oder auch ohne sie ein tolles Durcheinander von Jugendschriften und „Geschenkwerken“ empfohlen wurde. Oft befand sich unverantwortliches Zeug unter den angezeigten Büchern. Hoffentlich wird durch das nächste, umfangreichere Verzeichnis des Bildungsausschusses derartigen geschäftlichen Manipulationen der parteigenössischen Buchhandlungen der Boden entzogen.

Wissenschaftliche Wanderkurse halten seit dem Oktober im Auftrag des Bildungsausschusses die Genossen Hermann Duncker und Otto Rühle ab. Die Kurse sind teils Unterrichtskurse vor einer Teilnehmerzahl von 30 bis höchstens 50, teils Vortragsserien vor ungefähr 300 Zuhörern. Die Vortragenden behandelten bisher in je acht Abenden die Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens. Die Kurse finden jedesmal gleichzeitig für drei benachbarte Städte statt, und zwar so, daß auf jede Stadt zwei Abende in der Woche fallen. Ein Kursus dauert also jedesmal vier Wochen. Genosse Rühle hat bisher zwei Unterrichtskurse abgehalten, den ersten in Erfurt, Weimar und Apolda, den zweiten in Altenburg, Schmölln und Zeitz.

Genosse Duncker hat einen Unterrichtskursus in Stuttgart, Göppingen und Heilbronn und einen Vortragszyklus in Kiel, Neumünster und Flensburg abgehalten. Aus allen Orten ist bisher die erfreuliche Nachricht eingegangen, daß die Kurse einem lebhaft empfundenen Bedürfnis entgegengekommen sind und daß sie überaus erfreuliche Erfolge gezeitigt haben.

Im Januar halten beide Redner Vortragskurse ab, und zwar wird Duncker in Bremen, Hannover und Harburg, Rühle in Dortmund, Gelsenkirchen und Witten tätig sein. Im Februar-März wird Duncker zu einem Unterrichtskurs nach Chemnitz, Döbeln und Limbach, Rühle zu einem Vortragskursus nach Magdeburg, Halle und Braunschweig gehen. Heinrich Schulz.

Lose Blätter.

Fichte über den heutigen Byzantinismus. „Der wahrhaften, auf sich selber ruhenden Größe gefallen nicht Bildsäulen, von der Mitwelt errichtet, oder der Beiname des Großen und der schreiende Beifall und die Lobpreisungen der Menge; vielmehr weist sie diese Dinge mit gebührender Verachtung von sich weg und erwartet ihr Urteil über sich, zunächst von dem eigenen Richter in ihrem Innern, und das laute von der richtenden Nachwelt. ... Jener begeisterte Ausruf: welch ein erhabenes Genie, welch eine tiefe Weisheit, welch ein umfassender Plan! was sagt er denn nun zuletzt aus, wenn man ihn recht ins Auge faßt? Er sagt aus, daß das Genie so groß sei, daß auch wir es vollkommen begreifen, die Weisheit so tief, daß auch wir sie durchschauen, der Plan so umfassend, daß auch wir ihn vollständig nachzubilden vermögen. Er sagt demnach aus, daß der Gelobte ungefähr von demselben Maße der Größe sei wie der Lobende, jedoch nicht ganz, indem ja der letzte den ersten vollkommen versteht und übersieht und sonach über demselben steht, und falls er sich nur recht anstrengte, wohl noch etwas Größeres leisten könnte. Man muß eine sehr gute Meinung von sich selbst haben, wenn man glaubt, daß man also auf eine gefällige Weise seinen Hof machen könne: und der Gelobte muß eine sehr geringe von sich haben, wenn er solche Huldigungen mit Wohlgefallen aufnimmt." Reden an die deutsche Nation, dreizehnte Rede.

Aus Lichtenbergs Maximen. Der oft unüberlegten Hochachtung gegen alte Gesetze, alte Gebräuche und alte Religion hat man alles Übel in der Welt zu danken. —

Es ist eine Frage, ob wir nicht, wenn wir einen Mörder rädern, gerade in den Fehler des Kindes verfallen, das den Stuhl schlägt, an dem es sich stößt. —

Kein Fürst wird jemals den Wert eines Mannes durch seine Gunst bestimmen, denn es ist ein Schluß, der nicht etwa durch eine einzige Erfahrung bestimmt ist, daß ein Regent meistens ein schlechter Mann ist. —

Wenn es noch ein Tier gäbe, das dem Menschen an Kräften überlegen wäre und sich zuweilen ein Vergnügen daraus machte, mit ihm zu spielen, wie die Kinder mit Maikäfern, oder sie in Kabinetten aufspießte, wie Schmetterlinge, so würde es wohl am Ende ausgerottet werden, zumal wenn es nicht an Geisteskräften dem Menschen sehr weit überlegen wäre. Es würde ihm unmöglich sein, sich gegen die Menschen zu halten; es müßte ihn denn verhindern, seine Kräfte im mindesten zu üben. Ein solches Tier ist aber wirklich der Despotismus, und doch hält er sich noch an so vielen Orten. —

Ich möchte was darum geben, genau zu wissen, für wen eigentlich die Taten getan worden sind, von denen man öffentlich sagt, sie wären für das Vaterland getan worden. —

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 15 Ausgegeben am 11. Januar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Totengericht.

☍ Berlin, 8. Januar 1908.

Die zweite Auflage des Prozesses Moltke-Harden hat genau den Verlauf genommen, das „große Reinemachen“ hat sich Punkt für Punkt so abgespielt, wie wir vor zwei Monaten an dieser Stelle vorausgesagt hatten. Nicht als ob wir uns deshalb irgend eines Prophetenruhms anmaßen wollten; es wäre ein Tadel gewesen, wenn wir diesen Verlauf der Dinge nicht vorausgesehen hätten, aber es ist deshalb noch kein Lob, ihn vorausgesehen zu haben.

Da von vornherein kein Zweifel darüber bestand, was bei dieser Tragikomödie herauskommen würde, so hat es verhältnismäßig geringes Interesse, zu untersuchen, wie sie sich abgesponnen hat. Es ist die Sache des bürgerlichen Philisters, die Bäume zu sehen und nicht den Wald; uns kann es nur darauf ankommen, den Wald zu sehen, während uns an den einzelnen Bäumen nicht viel gelegen zu sein braucht. Für die Kritik der Monarchie und der Konsequenzen, die sich aus der monarchischen Staatsform ergeben, war es von Bedeutung, daß sich das Treiben der höfischen Kamarilla, sowohl in der ersten wie in der zweiten Auflage des Prozesses, einmal vor aller Welt enthüllt hat, aber ob in der ersten Auflage die Kamarilla Holstein und in der zweiten Auflage die Kamarilla Eulenburg gesiegt hat, das ist in der Tat recht gleichgültig.

Freilich hat Graf Kuno Moltke und hat Fürst Eulenburg selbst beschworen, daß es keine Kamarilla Eulenburg gegeben habe, und sie haben dadurch nicht nur Herrn Harden, sondern gleich drei in Gott ruhende Reichskanzler, Bismarck, Caprivi und Hohenlohe, als elende Verleumder gekennzeichnet. Indessen wollen wir durchaus keine unehrerbietigen Zweifel an dem Eide äußern, den so hochgeborene Herren geleistet haben; wir behaupten nur, daß die Glieder aller höfischen Kamarillen, die es je gegeben hat, denselben Eid mit demselben guten Gewissen hätten leisten können. Bismarck, der sich am Ende auf die Sache verstand, hat das Wesen einer höfischen Kamarilla gerade dahineingesetzt, daß sie nur eine gespenstische Gegenständlichkeit besitze und in

dem Augenblick verloren sei, wo sie sich ihrer selbst bewußt und für die profane Welt greif- und sichtbar werde.

Eher als der Eid Moltkes und Eulenburgs könnte die Tatsache, daß Harden als Werkzeug einer anderen höfischen Kamarilla mit Lug und Trug die Existenz der Kamarilla Eulenburg zu beweisen gesucht habe, dafür sprechen, daß diese Kamarilla nicht existiert habe. Harden hat namentlich dem Grafen Moltke in der bösartigsten und boshaftesten Weise mitgespielt, und mit so schmutzigen Waffen, daß sich in diesem einen Punkte die sittliche Entrüstung der bürgerlichen Philister bis zu einem gewissen Grade begreifen läßt. Allein sich gegenseitig mit Lug und Trug zu bekämpfen, gehört ebenfalls zum Wesen aller höfischen Kamarillen, und Hardens Fehler war nur, daß er die Reederei gar zu hitzig übertrieb. Um die eine höfische Kamarilla im Interesse einer anderen höfischen Kamarilla abzutun, verstieß er gegen die Lebensinteressen, die allen höfischen Kamarillen gemeinsam sind, und dadurch beschwor er das Schicksal über sich herauf, das ihn nunmehr ereilt hat, wie wir es vor zwei Monaten in unserem Artikel über „Das große Reinemachen" vorhergesagt haben.

Der Mann aber, der ihm dies Schicksal bereitete und sich als begeisterter Vorkämpfer des Fürsten Eulenburg gebärdete, Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel, war weit entfernt, in den Fehler Hardens zu verfallen. Menschlich wäre wohl verzeihlich gewesen, wenn ihm die feige Haltung Hardens in dem zweiten Prozeß ein verächtliches Wort auf die Lippen gedrängt hätte, eine Haltung, die in so schmählichem Gegensatz stand zu dem hohlen Komödiantentum, womit Harden sich vor dem Schöffengericht als zweiter Hutten aufgetan und den schweigsam zurückhaltenden Grafen Moltke mit den gröbsten Beschimpfungen überhäuft hatte. Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel aber bemeisterte seinen gerechten Zorn und feierte Harden als „Genie", als „faszinierende Persönlichkeit", als einen „Herrn von hoher Distinktion", der er auch noch bleibe, wenn er wegen Verleumdung des Grafen Moltke verurteilt sein werde.

Inniger und sinniger ist das Lob Hardens auch nicht von der Laute der modernen Dichtung erschollen, wie es Genosse Ströbel so ergötzlich wie treffend in dem Feuilleton unserer vorigen Nummer geschildert hat. Aber was bei dieser Dichterzunft, über die sich hoffentlich allen neun Musen das goldene Lockenhaar sträubt, moralische Knochenerweichung war, das ist bei Herrn Isenbiel gewiß ein edles und feines Empfinden. Man kann nicht für Phili Eulenburg schwärmen, ohne für Maximilian Harden ein zartes Mitgefühl zu hegen. Niemand weiß diese Konsequenz richtiger zu würdigen als wir, und wir würden selbst dem Gerichtshof nicht zustimmen können, wenn in seiner Bemerkung über den „so maßvollen" Strafantrag des Oberstaatsanwalts etwa eine leise Mißbilligung durchklingen sollte.

Freilich — wer auf der einen Seite der Ansicht huldigen sollte, daß die preußische Justiz keine Klassenjustiz sei, und dann auf der anderen Seite erwägt, daß Harden durch seine frivolen Klatschereien die preußische Monarchie monatelang zum Gespött von ganz Europa gemacht hat, der möchte wohl zugeben, daß Herr Isenbiel sich bei seinem auf vier Monate Gefängnis lautenden

Strafantrage des altgriechischen Weisheitsspruches erinnert hat: Maß zu halten ist gut. Jedoch deshalb darf man dies schöne, der preußischen Justiz nicht immer eigene Maß nicht mißbilligen; im Gegenteil hätten wir gewünscht, das „Genie“ und der „Herr von hoher Distinktion“ wäre noch viel gelinder davongekommen, zumal da der zweite Hutten sich vor den paar Monaten Brummen und den „enormen“ Prozeßkosten so ängstlich sträubte, wie das Kalb vor der Schlachtbank. Und so wünschen wir denn auch, daß die Aktion, die für die Begnadigung Hardens eingeleitet worden ist, den großartigsten Erfolg haben möge; mit diesem Schlußeffekt würde der Verlauf des Prozesses Moltke-Harden, in seiner ersten wie in seiner zweiten Instanz, alle unsere Wünsche befriedigen.

Inzwischen erkennen wir gerne an, daß der preußische Staat sich nicht leicht lumpen läßt und stets ein ehrenwertes Bestreben bekundet, nicht nur unsere berechtigten Wünsche zu erfüllen, sondern auch solchen Erwartungen zu entsprechen, die wir nur hegen würden, wenn wir über die ausschweifendste Phantasie geböten. Auf das Urteil im Prozeß Moltke-Harden folgte unmittelbar das Urteil in dem Königsberger Majestätsbeleidigungsprozeß, das unseren Genossen Marckwald zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilte, nicht weil er den Kaiser angegriffen, nicht auch nur, weil er ihn überhaupt genannt, sondern weil er sich mißbilligend darüber ausgelassen hat, daß in Memel ein sogenanntes Nationaldenkmal errichtet werden sollte zur Erinnerung an den angeblichen nationalen Aufschwung nach dem Zusammenbruch des ostelbischen Junkertums im Jahre 1806. Genosse Marckwald hatte in dem Königsberger Parteiblatt an einer Reihe von historisch unanfechtbaren, den Werken königlich preußischer Geschichtsprofessoren entnommenen Tatsachen ganz ruhig und sachlich dargelegt, was es mit diesem angeblich nationalen Aufschwung auf sich gehabt habe, und vollkommen zutreffend eine Säule, die zu Ehren dieser Geschichtslegende in einer Zeit errichtet werde, wo das Junkertum ebenso unumschränkt oder noch unumschränkter über Deutschland herrsche wie im Jahre 1806, eine Schandsäule genannt.

Die Majestätsbeleidigung ist von der Königsberger Strafkammer nun so konstruiert worden, daß der Kaiser später, nach Veröffentlichung des Artikels, an der Enthüllung des sogenannten Nationaldenkmals in Memel teilgenommen habe und also durch die Kritik des Denkmals beleidigt worden sei. Um diese Logik zu würdigen, stelle man sich einmal vor, daß der Kaiser bei einer Reise durch die Schweiz der Rousseau-Insel in Genf einen pietätvollen Besuch abstatte — und das könnte er um so eher tun, als sein von ihm so hoch verehrter Vorfahr, der alte Fritz, dem von den Pfaffen verfolgten Rousseau seinen Schutz hat angedeihen und ihn sogar nach Potsdam hat einladen lassen; dann könnte der selige Schiller noch im Olymp wegen Beleidigung der preußischen Majestät belangt werden, weil er von Rousseaus Grabdenkmal gesungen hat: Monument von unserer Zeiten Schande!

Es ist sehr dankenswert, daß unser Nürnberger Parteiblatt den Artikel des Genossen Marckwald nunmehr wörtlich abgedruckt hat; er ist so ein Monument der preußischen Justiz geworden, das dauern wird, wenn das so-

genannte Nationaldenkmal in Memel längst in Staub zerfallen ist und kein zivilisierter Mensch mehr weiß, wo es gestanden hat. Wer diesen Artikel liest und auch nur noch einen Funken nationalen Gefühls besitzt, dem kann das Königsberger Urteil, um noch ein Dichterwort zu zitieren, die Milch der frommen Denkungsart in gärend Drachengift verwandeln, aber man würde sich sehr irren, wenn man annehmen wollte, daß die bürgerliche Presse, einschließlich der deutschen Dichterzunft, ein Wort der Kritik für dieses unerhörte Urteil übrig hätte. Sie schweigt, feige wie immer; nirgends aber ist diese Feigheit so infam wie bei der freisinnigen Presse, deren Königsberger Organ den Artikel des Genossen Marckwald zuerst dem Staatsanwalt denunziert hat. Und diese Elemente prunken noch einher mit der angeblichen Milderung der Majestätsbeleidigungspest, die ihnen als Trinkgeld für ihre verräterischen Blockdienste verabreicht werden soll. Die Arbeiterklasse müßte Wasser statt Blutes in den Adern haben, wenn sie den freisinnigen Denunzianten je das Königsberger Urteil vergäße.

Es hieße den Genossen Marckwald beleidigen, wenn wir erst hervorheben wollten, daß er vor Gericht nicht gegreint und gewimmert hat, wie das „Genie" und der „Herr von hoher Distinktion", wegen dessen Begnadigung die bürgerliche Presse sich augenblicklich echauffiert. So hart er sein Schicksal trägt, so wird Genosse Marckwald es wie ein Mann tragen und so der preußischen Justiz spotten, die durch das Totengericht in Königsberg mit dankenswerter Gründlichkeit das fade Gefasel der kapitalistischen Presse weggefegt hat, als sei durch den Ausgang des Prozesses Moltke-Harden die preußische Justiz vor dem Richterstuhle der Geschichte rehabilitiert worden.

Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung.

Von **Ch. Rappoport** (Paris).

(Schluß.)

II.

Nach der Kommune.

Die Arbeiterbewegung, die unmittelbar der blutigen Unterdrückung der Kommune folgte, war ungemein bescheiden. Sie wagte keinen selbständigen politischen Klassenkampf. Sie träumte von Selbsthilfe, von Genossenschaften. Nicht die Vergesellschaftlichung des vorhandenen Kapitals war ihr Zweck, sondern die Schöpfung — aus Nichts! — eines Arbeiterkapitals mit Hilfe von Arbeiterorganisationen. Diese Bestrebungen waren so harmloser Natur, daß die bürgerliche „arbeiterfreundliche" radikale und sogar opportunistische Presse sie nach Kräften unterstützte. Wir verdanken der Freigebigkeit eines bürgerlichen Intellektuellen namens Cremieux den ersten französischen Gewerkschaftskongreß, der 1876 im Salle Arras seine Sitzungen abhielt. Die bürgerliche Presse war voll Entzücken ob der „Klugheit, des gesunden Menschenverstandes und der Mäßigung" dieses Arbeiterkongresses. Trotz dieser Mäßigung begrüßte Jules Guesde mit lauter Freude dieses Auftreten der Arbeiter als Klasse. Während die Kommuneflüchtlinge in London mit Eduard Vaillant an der Spitze lediglich die negative Seite dieser Arbeiterzusammenkunft in Betracht

Digitized by Google

zogen und den Kongreßmitgliedern ihr ungerechtes Urteil über die Kommune nicht verzeihen konnten, durchdrang Jules Guesde mit einem ungewöhnlichen Scharfblick die historische Bedeutung des Kongresses. Und es nimmt sich daher jetzt recht sonderbar aus, wenn man die antisyndikalistische Broschüre der Londoner Flüchtlinge mit den von Enthusiasmus erfüllten Artikeln Jules Guesdes, den man als Gegner der gewerkschaftlichen Bewegung zu verschreien sucht, in Vergleich zieht. Nie verleugnete Jules Guesde die Bedeutung der Gewerkschaften. Mit den Jahren vertiefte sich bloß seine Auffassung, die eine mehr wissenschaftliche Form annahm. 1876 war Jules Guesde noch nicht Marxist. Erst 1877 machte er die Bekanntschaft von Karl Hirsch, dem er die nähere Kenntnis der Marxschen Lehre verdankt.

Auf dem Kongreß von 1876 war vom Sozialismus keine Rede. Die Genossenschaften galten als Allheilmittel. Erst auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß in Lyon (1878) traten Dupire und Ballivet mit einer kollektivistischen Resolution auf. Nur eine äußerst geringe Zahl von Delegierten (etwa 7 bis 10) stimmten für diese Resolution. Das große Wort auf diesem Kongreß führten die Nurgenossenschaftler und die Positivisten. Die letzteren wollten **vor allem** die menschliche Seele reformieren, die Köpfe aufklären, um dann erst recht der kapitalistischen Gesellschaft die ihr zukommende Ewigkeit zu gönnen. „Dem Kollektivismus gehört die Zukunft", erklärte dagegen Ballivet, ein Maschinenarbeiter. „Drei Viertel der Genossenschaften haben Schiffbruch gelitten.... Das Heilmittel ist ... die Vergesellschaftung der Werkzeuge und des Bodens", rief mit tiefer Überzeugung Dupire aus. Es waren die ersten Schlachtrufe des modernen Kollektivismus in Frankreich. Die Wochenschrift „Egalité", von Jules Guesde redigiert, begrüßte die abgelehnte Resolution und prophezeite ihr ein besseres Schicksal auf dem Kongreß in Marseille (1879), was auch wirklich zutraf.

Auf dem Kongreß in Lyon (1878) beschloß man, im Jahre der Weltausstellung, einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen. Die Regierung widersetzte sich diesem Unternehmen. Die gemäßigten Mitglieder der Organisationskommission zogen sich zurück. Jules Guesde weigerte sich, dem Regierungsverbot zu folgen, und wollte trotzdem den Kongreß zustande kommen lassen. Er wurde jedoch auf der Straße in Gemeinschaft mit Gabriel Deville verhaftet, was ihm ganz erwünscht war, da der Prozeß wegen des nicht abgehaltenen Kongresses große Erregung hervorrief. Jules Guesde benutzte die Gerichtsverhandlung, um die kollektivistischen Ideen vor der großen Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Er hielt eine wirklich glänzende Verteidigungsrede im Stile Lassalles, die noch gegenwärtig an Frische nichts eingebüßt hat. Jules Guesde ist eigentlich kein klassischer Redner, der nach berühmten Mustern seine Rede kunstvoll und planmäßig aufbaut. Er ist durch und durch Dialektiker und Logiker. Seine Dialektik ist aber keine trockene, keine hölzerne Alltagsdialektik. Sie ist von einer brennenden Leidenschaft durchdrungen. Von einer ungemeinen Schärfe und zwingenden Logik, klar und einfach, fegt sein blitzschneller, leicht und spielend fließender Vortrag die Argumentation des Gegners wie im Sturme weg. Jules Guesde ist im Kampfe nie gutmütig. Er ist eher boshaft, verhöhnend. Er durchbohrt, verletzt — und zwar auf die feinste Weise —, zerschmettert den verblüfften und verblendeten Gegner, der sprachlos dasteht. Wenn er auch fast nie persönlich und niemals grob ist, so begreift man doch, warum seine politischen Widersacher ihn so herzlich hassen. Sein

Digitized by Google

Angriff — und seine Taktik ist fast immer Angrifftaktik — wirkt desto verheerender, weil seine Kampfmethode eine sachliche ist. Dazu machen seine Reden immer die Wirkung einer Improvisation.

Als er auf dem Amsterdamer Kongreß in der Taktikkommission seine unerwartete Rede gegen die damalige Taktik von Jaurès hinschleuderte, da konnten die Genossen der ganzen sozialistischen Welt die elektrisierende Wirkung dieses Mannes auf sich spüren. Man sagte von dem griechischen Redner Phokion, daß er die Axt der demosthenischen Reden war, da er sie in die kleinsten Stücke auseinanderspaltete. So etwa könnte man das Verhältnis der analytischen Art Guesdes zur synthetischen Art Jaurès' kennzeichnen. Die Charakteristik Jules Guesdes war notwendig, um den unwiderstehlichen Zauber seiner Persönlichkeit auf die mit ihm in Berührung kommenden Menschen und seine ersten Erfolge zu erklären.

Die Gründung der Arbeiterpartei.

Jules Guesde wirkt aber nicht bloß als Redner, Propagandist und Agitator. Er besitzt dabei ein ungewöhnliches organisatorisches Talent. Ihm verdanken wir die festeste, die geschlossenste, die bestgeleitete französische sozialistische Arbeiterorganisation. Und zwar in einem Lande, wo die Organisationsunfähigkeit der breiten Volksmassen bisher die Regel war. Niemand bestreitet sein historisches Verdienst als Gründer und Leiter der Französischen Arbeiterpartei, der Parti Ouvrier Français (P. O. F.).

Der Kongreß in Marseille im Jahre 1879, der die ersten Bausteine zur Bildung einer sozialistischen Partei lieferte, beginnt eine neue Ära in der Arbeiterbewegung. Die sozialistische Resolution erhielt eine große Mehrheit (73 Stimmen gegen 27). Der Kongreß in Marseille bedeutete einen vollständigen Bruch mit der bürgerlichen Demokratie, mit dem bürgerlichen Radikalismus, der sich später unter der Führung Clemenceaus breit macht und die Massen noch beherrscht.

Die Einberufer des Kongresses griffen die bürgerliche Republik an, die nichts für die Arbeiter zustande gebracht hatte. Sie erklärten: „Ist denn nicht die Zeit gekommen, nachdem wir die besiegten Parteien auseinanderjagten, unsere eigene Partei zu gründen?" Eugène Fournière, ein Diamantarbeiter, der gegenwärtige Ideologe des Ministerialismus, hielt auf dem Kongreß in Marseille eine feurige Rede gegen den ersten „sozialistischen" Minister, Louis Blanc, der, wie es so üblich, dem kämpfenden Proletariat den Rücken kehrte und in das demokratische Lager hinüberlief. Die harten Worte wurden in der Stadt gesprochen, die soeben dem „Renegaten" einen Triumphzug veranstaltet hatte.

In keinem Lande ist die Scheidung von der bürgerlichen Demokratie so schwer wie in Frankreich, weil in keinem Lande die Demokratie eine so glänzende Vergangenheit hinter sich hat, wie im klassischen Lande der bürgerlichen Revolution. Der proletarische Klassenkampf galt lange Zeit in Frankreich als Verrat an der Sache der Freiheit. Und sogar Männer wie Charles Longuet, der Schwiegersohn von Karl Marx, konnten sich während ihres ganzen Lebens nicht von dem demokratischen Wahne befreien. Charles Longuet, ein Schüler von Proudhon, eine edel empfindende Natur, kämpfte Schulter an Schulter mit Herrn Clemenceau gegen Jules Guesde, gegen die von diesem begründete Arbeiterpartei. Er sah gleich seinen Freunden aus der „Republikanisch-sozialistischen Allianz" in einer selbständigen Klassenpartei einen Ausfluß der „Sel-

tiererei", des „Utopismus", der Unduldsamkeit. Die Radikalen oder Radikalsozialisten, die neben sich keine sozialistische Partei zu dulden imstande sind, werfen mit einer unglaublichen Leichtigkeit mit der Beschuldigung der Unduldsamkeit um sich.

Wenn sogar Charles Longuet Jules Guesde bekämpfte und den demokratischen Konfusionismus predigte, kann man sich leicht denken, auf welch ungeheure Schwierigkeiten die junge Arbeiterpartei stieß, wieviel Willensstärke und Ausdauer es bedurfte, damit sie sich als selbständige Klassenpartei behaupten konnte. Das für den nebelhaften Übermenschen von Nietzsche geschmiedete Wort: „Sei hart!" war für den Klassenkämpfer das elementarste alltägliche Lebensgebot und Lebensbedingung. Ohne „Sektiererei" geht es bei der Gründung einer Klassenpartei eben nicht. Von diesem Sektengeist mag schon manchmal etwas kleben bleiben, auch dann, wenn die Arbeiterbewegung die glückliche Stufe erreicht hat, auf der sie seiner entbehren kann und muß. Diesen geschichtlichen Umstand muß man immer im Auge behalten, wenn man solche ganze Männer beurteilt wie Jules Guesde, die Kämpfe durchzufechten hatten, von denen wir Jüngeren oft keine Ahnung haben.

Die neubegründete Arbeiterpartei streifte in Marseille ihren ideologischen Charakter noch nicht ab. Sie begründete ihre Forderungen mit der „Gerechtigkeit". Sie hatte weder ein klares Programm noch eine feste Organisation. Jules Guesde und seine Freunde sorgten für beides. Sie gingen nach London und arbeiteten mit Karl Marx und Engels ein Programm aus. Paul Lafargue half mit. Paul Brousse, in London anwesend, wurde nicht zu Rate gezogen, was möglicherweise zur Verschärfung seiner späteren Haltung beitrug. In knappen Worten, in kurzen und klaren Sätzen, beinahe lapidarisch werden in der Einleitung zum Programm die Grundideen des wissenschaftlichen Sozialismus niedergelegt.

Die Elemente dieses Programms wurden in der schon erwähnten „Egalité", einem von Jules Guesde trefflich redigierten Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, in unzähligen Artikeln klar gemacht. Ein bürgerlicher Schriftsteller bezeichnete Jules Guesde als „den Französisch sprechenden Marxismus". Es war eine neue, für Frankreich ungewohnte, unerhörte Sprache. Frankreich ist die Wiege, die Geburtsstätte des romantischen Gefühlssozialismus, der sentimentalen sozialistischen Romane, der schön klingenden sozialen Phrase. Die geniale und trotz mancher Abgeschmacktheit nüchterne Kritik Charles Fouriers, die tiefe geschichtsphilosophische Auffassung Saint-Simons waren nur sehr wenigen bekannt. Für die große Masse bedeutete der Sozialismus die verwirklichte demokratische Ideologie, praktisches Christentum, die ins Leben übergegangene Erklärung der Menschenrechte, die Verwirklichung der republikanischen Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Proudhon, der am meisten die Massen beeinflußt hat, sieht im Sozialismus die Verkörperung der „ewigen Gerechtigkeit", deren Verherrlichung er sein sechsbändiges: „La Justice dans la Révolution" und unzählige andere Schriften widmete. Der Wortidealismus, der schönrednerische Sozialismus beherrschten die Geister. Jules Guesde, Paul Lafargue und Gabriel Deville mit ihren wissenschaftlichen Vorträgen, Artikeln und Reden, in denen von der „Wahrheit", „Gerechtigkeit" und ähnlichen göttlichen Dingen blutwenig, dafür von der Aufsaugung der Kleinbetriebe, vom knappen Arbeitslohn und anderen prosaischen Materien viel zu hören war, kamen den alten Predigern des Gefühlssozia-

lismus als gefährliche Neuerer vor. Sie mußten die Sprache revolutionieren, bevor sie die Köpfe revolutionieren konnten. Jules Guesde und seine Freunde ließen sich aber durch nichts abschrecken. „Man müsse das Programm mit Haut und Haaren (jusqu'à la garde') herunterschlucken lassen." Dieses Wort wurde Jules Guesde mit großem Tadel von seinen Gegnern nachgesagt.

Das in London von Marx redigierte Programm wurde im Juli 1880 der Parteiabteilung „Union Fédérative du Centre" unterbreitet und von ihr angenommen. In demselben Jahre fand in Havre der Kongreß statt, der es ebenfalls akzeptierte. In Havre vollzog sich die erste Spaltung. Die konservativen Gewerkschaften unter der Führung Lyonnais' und der Positivisten wollten vom Sozialismus nichts wissen. Sie hielten ihren besonderen Kongreß ab, waren aber lebensunfähig und verschwanden bald gänzlich.

Die neubegründete Partei hatte ihre Feuerprobe in den Wahlen von 1881 zu bestehen. Die Kollektivisten fielen trotz ihrer unermüdlichen Tätigkeit glänzend durch. Die Zahl ihrer Wähler war unbedeutend (20000 im Seinedepartement, 30000 in der Provinz). Diese Wahlniederlage, die eigentlich die natürlichste Sache der Welt war, gab Paul Brousse und seinem Anhang den Anlaß, eine förmliche Fahnenflucht zu predigen. Wir stehen nun an der Wiege des sozialistischen Opportunismus, genauer des Possibilismus. Dem Possibilismus, der ohne den augenblicklichen, sofortigen Erfolg jeden Halt verliert, ist bekanntlich die „Bewegung alles, das Endziel nichts". Paul Brousse schlug eben vor, dieses „Endziel" aus dem in Havre angenommenen Programm zu streichen. Das Endziel liege in der weitesten Ferne. „Es handle sich um das Jahr 1881, nicht um das Jahr 2000" — machten sich die Herren Possibilisten über den Sozialismus lustig. Gambetta, der Begründer des bürgerlichen Possibilismus, verneinte bekanntlich die Existenz der „Sozialen Frage", indem er sie in eine Unmasse von „sozialen Fragen" auflöste, von denen er, beiläufig gesagt, keine einzige zur Lösung brachte. Die Herren Possibilisten befolgten dieselbe Methode: Es gebe keinen Sozialismus als Ganzes. Es gebe lediglich eine unendliche Zahl von sozialen Verbesserungen, die sich „etappenweise" verwirklichen. Daher — statt Vergesellschaftung der Werkzeuge und des Bodens — die „Verlängerung der Rue Monge", die „Durchstechung des Rhonekanals" usw. ... Paul Brousse erklärte Marx für einen Utopisten. Man verdammte den „Dogmatismus", den „Doktrinarismus", die „revolutionäre Phrase", die „Negation", die „Doktrin vom Entweder alles oder nichts", und man ersetzte dies alles durch — die feichteste demokratische Phraseologie und — Mandatenjägerei, die dazu mit einer Schlappe endete. Auf dem Kongreß in Reims (1881) kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Brousse gründete ein opportunistisches Blatt, „Le Prolétaire", zur Bekämpfung des Marxismus. Die Marxisten quittierten Schlag auf Schlag. Auf dem Kongreß in St. Etienne (1882) erhielten die Possibilisten die Mehrheit und machten Miene, die Marxisten auszuschließen. Die Marxisten mit Jules Guesde zogen sich in die Industriestadt Roanne zurück und hielten dort ihren Kongreß ab. Seit diesem Kongreß (1882) trägt die Partei den Namen „Parti Ouvrier Français". Sie machte beständig Fortschritte, schritt von Erfolg zu Erfolg, während die Possibilisten sich in Broussisten und Allemanisten spalteten und es zu keiner großen Parteibildung brachten. Die Marxisten schufen eine sozialistische Literatur, verbreiteten sich über das ganze Land, organisierten überall Gruppen und Föderationen, riefen eine gewerkschaftliche

Bewegung hervor, während die Possibilisten von der Verwirklichung der unmittelbaren „Möglichkeiten" ohnmächtig träumten. Der Möglichkeitssozialismus, den man auch als Brocken- und Bettelsozialismus bezeichnen kann, hat sich als eine pure Unmöglichkeit herausgestellt. Weder hat er sich, wie der französische Marxismus, um die Entwicklung des Klassenbewußtseins, um die Verbreitung von sozialistischen Ideen verdienstlich gemacht, noch hat er die so brünstig angebeteten Reformen verwirklicht oder zu verwirklichen geholfen. Nichts ist lächerlicher als ein „realistischer" Schwärmer, der wähnt, es genüge, den Realismus beständig im Munde zu führen, das Endziel zu bespötteln, um wirklich reale Erfolge einzuheimsen. Realismus ist Macht. Die Verneinung der großen geschichtlichen Ziele und die mehr oder weniger vollständige Unterschätzung der Bedeutung des Proletariats, des geschichtlichen Trägers dieser Ziele, ist alles andere als Macht. Der Possibilismus, der nach Macht und nur nach Macht mit allen Mitteln strebt, hat sich als theoretische und praktische Ohnmacht erwiesen, als Gedankenlosigkeit und Mischmasch„sozialismus". Der Possibilismus hat sich in sein Gegenteil, in den Impossibilismus — er wurde zur praktischen Unmöglichkeit — verwandelt, während die zielbewußte Bewegung des Proletariats von Sieg zu Sieg wandelt — insofern der objektive geschichtliche Gang es zuläßt. . . .

Im Anfang der achtziger Jahre halfen einige Anarchisten, die zugleich Kommunisten waren, den Marxisten bei ihrem Kampfe gegen die Nurgewerkschaftler vom Schlage des Herrn Lyonnais. Bald aber mußten sie sich von den Marxisten trennen. Jules Guesde und seine Freunde mußten zu gleicher Zeit nach zwei Richtungen hin kämpfen, gegen den Possibilismus und gegen den Anarchismus. Der Possibilismus träumt von Reformen, die nicht kommen wollen. Der Anarchismus träumt von der Revolution, die noch immer ausbleibt. Wie verhielten sich Jules Guesde und die Französische Arbeiterpartei zum Reformismus und zur Revolution?

Reformen und Revolution.

Reine „Reformisten" alias Possibilisten oder Opportunisten werfen den „Revolutionären" oft vor, daß sie eigentlich praktisch dasselbe täten. Sie forderten und kämpften in Versammlungen, Gemeinderäten und den gesetzgebenden Körpern für Reformen, für Teilverbesserungen. Dies ist auch richtig. Es gibt kein einziges sozialistisches Programm in der Welt — das der Französischen Arbeiterpartei nicht ausgenommen —, das nicht Forderungen an den heutigen Staat stellt. Es gibt keine einzige sozialistische Partei, die nicht Teilverbesserungen fordert. Was jedoch den Reformismus kennzeichnet, ist der von ihm künstlich konstruierte Gegensatz zwischen Gegenwartsproblem und Endziel, wie er am klarsten und konsequentesten bei dem französischen Possibilismus zu beobachten ist. Reformen und Reformismus sind zweierlei. Man kann Reformen verlangen, ohne Reformist zu sein, mit anderen Worten, ohne die Reformen, die Verbesserungen innerhalb und auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung in ein Dogma, in einen Doktrinarismus im Gegensatz zur geschichtlichen Aufgabe des Sozialismus zu verwandeln. Sollten die Reformbestrebungen die Aufklärung des Proletariats über seine großen Ziele, über die soziale Revolution irgendwie abschwächen, so müßten wir als Sozialdemokraten, die ihr Existenzrecht aus dieser Revolution schöpfen, diese Teilbestrebungen fallen lassen — um des Ganzen willen. Opfert man denn

Digitized by Google

nicht manche Lebensbequemlichkeiten der Erhaltung des Lebens selbst? Ist unser „Endziel“ nicht unser Lebensnerv? Eine Reformpartei ist nicht notwendig eine sozialistische Partei. Glücklicherweise ist der Gegensatz zwischen Reformen und Sozialismus, zwischen „Bewegung“ und „Endziel“ bloß ein Hirngespinst des doktrinären Reformismus. Indem der zielbewußte Sozialismus durch Klassenorganisation und systematische Aufklärung der Arbeiterklasse eine unaufhörlich vorwärtstreibende Macht schafft, erzwingt er zu gleicher Zeit auch Reformen, und zwar ungemein wirksamere als der doktrinäre Reformismus oder Possibilismus, der diese einzig mögliche geschichtliche Grundlage vernachlässigt und seine Reformschlösser in der Luft oder auf dem Sandboden der bürgerlichen Arbeiterfreundlichkeit aufbaut. Reformen als Mittel, nicht als Selbstzweck, wie es die Possibilisten verlangten; war die Losung Jules Guesdes und der von ihm gegründeten Arbeiterpartei. Die Reformen sollen den Sozialismus nicht ersetzen, sondern weiter bringen, fördern, aufmuntern und stärken! Dies ist der Standpunkt der französischen Marxisten. Wir könnten zahlreiche Belege für diese Ansicht aus den Kundgebungen unserer französischen Freunde anführen. Wir begnügen uns mit dem folgenden: „Aus dem Umstand“ — schreibt Jules Guesde in der „Egalité“ vom 18. Juni 1882 —, „daß die soziale Revolution, die das Eigentum aus den Händen weniger in die der Gesamtheit überführt, das einzige allgemeine Mittel gegen die Übel der Vergangenheit und der Gegenwart der Menschheit bildet, folgt keineswegs, daß die verschiedenen Forderungen der leidenden Menschheit a priori zurückzuweisen sind bis auf die Zeit der notwendigen Enteignung der Bourgeoisie. Um die unentbehrlichen Enteigner vorzubereiten, um die Ausgebeuteten von heute, die in der Mehrheit unaufgeklärt sind, in die Befreier von morgen zu verwandeln, muß die Arbeiterpartei, die einstweilen eine verschwindende Minderheit ist, den Schmerzensschrei der verschiedenen Gruppen der Verdammten der sozialen Hölle, sobald er laut wird, beherzigen und sich eigen machen.“

Noch bezeichnender ist die Rede Jules Guesdes in der Kammer (Sitzung vom 15. Juni 1896). Wir entnehmen ihr folgende Stelle: „Die Massen fordern, daß man etwas für sie zustande bringe, aber dieses Etwas dürfe kein trügerischer Schein sein. Sie verlangen nicht, daß Sie mit Hilfe einer Wünschelrute, die weder Sie noch wir besitzen, die heutige Gesellschaft der Ungerechtigkeit und der Gewaltsamkeit in eine Gesellschaft der Gerechtigkeit, des Wohlseins und der Freiheit für alle verwandeln.... Das wird und kann lediglich das Werk des Volkes, der Arbeiter in Stadt und Land sein, ein Werk, das sich außerhalb des Parlamentes vollziehen wird, da die gesetzgebenden Körperschaften bloß Registraturkammern sind: sie verzeichnen mit Hilfe der Gesetze die vollbrachte Revolution. Dieses Werk ist unsere Aufgabe, unsere historische Mission. Morgen kann es auch unsere Gefahr sein. Wir haben aber das Recht, von Ihnen zu fordern, daß Sie Ihren eigenen Versprechungen treu bleiben. Nachdem Sie versprochen haben, in die Fabrik einzugreifen, um dort für den Schutz, für die Rettung der Frauen und Kinder einzutreten, verlangen wir, daß Sie kein zweideutiges Spiel spielen, indem Sie mit einer Hand zurücknehmen, was Sie mit der anderen Hand gegeben haben.“

Jules Guesde hat während seiner parlamentarischen Tätigkeit (1894 bis 1898) seinen revolutionären Standpunkt keineswegs aufgegeben. Ebensowenig vernachlässigte er während seines kampfreichen Lebens die Forderung teilweiser

Verbesserungen auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung. Eines ist jedoch richtig. Sobald er auf den doktrinären Reformismus stieß, für den die Reformen alles sind, der Sozialismus dagegen nichts oder beinahe nichts, wendet sich Jules Guesde leidenschaftlich und rücksichtslos dagegen. Da mag in der Hitze des Gefechtes manchmal ein Wort gefallen sein, das als Beleg für eine Unterschätzung der Reformen, der bürgerlichen Reformen ausgeschlachtet werden könnte. Nur derjenige, der nie durch das abgrundtiefe Elend der kapitalistischen Ausbeutung tief erschüttert war, könnte den Verherrlicher dieser Reformen spielen. Jules Guesde, der das kapitalistische Elend auch am eigenen Leibe voll und ganz auszukosten bekam, gehört nicht zu diesen „glücklichen" Naturen. Jules Guesde ist ein unverbesserlicher Schwarzseher — in bezug auf den Kapitalismus, wenn auch von einem gründlichen Optimismus beseelt gegenüber der Zukunft, von einem Optimismus, der manchmal über das Ziel hinausschießt. Als ganzer Mann haßt und liebt er eben gründlich bis zu Ende. Wenn er den Kampf um teilweise Verbesserungen nie unterschätzte, so hegte er, durch eine langjährige Erfahrung belehrt, ein tiefes Mißtrauen gegenüber den bürgerlichen Parteien, was die Verwirklichung der Reformen betrifft. Die französische Demokratie hat dieses Mißtrauen vollauf verdient. Frankreich könnte in dieser Hinsicht als das Land der ungehaltenen Versprechungen bezeichnet werden. Die radikale Partei, mit den Herren Clemenceau, Briand und Viviani an der Spitze, hat jetzt wieder einmal den Skeptizismus von Jules Guesde gerechtfertigt.

Jules Guesde bekämpfte ebenso rücksichtslos und leidenschaftlich wie den Possibilismus den Anarchismus, der in dem kleinbürgerlichen Frankreich einen besonders günstigen Boden gefunden hat. Jules Guesde verleugnete nie die revolutionäre Taktik, wenn er auch den Begriff der Revolution nicht bloß im Sinne der Anwendung von Gewaltmitteln faßte. Für die Anarchisten ist die Revolution im Heugabelsinne Ausgangspunkt und fast ausschließlicher Inhalt ihrer Tätigkeit. In kindischem Wahn befangen, glaubten sie, es genüge, die Revolution zu wollen, sie unaufhörlich in dem Munde zu führen, um sie zur Wirklichkeit zu machen. Für Jules Guesde aber war und ist die Revolution das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung. Das Proletariat müsse sich zur historischen Macht entwickeln. Diese Macht werde schon die nötigen Mittel finden. „Die Wahlen bereiten vor, die Revolution zieht den Schluß", schrieb er im „Citoyen" von 1880. Jede Klasse wird auf dem legalen Wege groß und stark. Hat sie eine gewisse Machtstufe erreicht, dann zerbricht sie gewaltsam die legale Hülle der alten Ordnung, bemächtigt sich der politischen Gewalt, um ihrerseits auf legalem Wege in ihrem Interesse die Gesellschaft zu revolutionieren. Jules Guesde wurde nie müde, in unzähligen Artikeln, Broschüren, Reden und Kongreßresolutionen die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zum Zweck der Vergesellschaftung der Produktivkräfte zu konstatieren. Seine Gegner behaupten, daß er in seinem Leben nur einen Artikel geschrieben, nur eine Rede gehalten habe. In einem gewissen Sinne haben sie recht. Da Jules Guesde sein Leben lang nur für eine Sache gekämpft hat, für die Befreiung der Arbeiterklasse, so zieht sich wie ein roter Faden durch alle seine Reden und Schriften derselbe Hauptgedanke. Dieser Umstand hinderte keineswegs, daß alles, was er geschrieben und gesprochen, einen Reiz der Frische und der Eigenart besitzt.

Digitized by Google

Organisationsschwierigkeiten und politische Lage.

Die persönlichen Kräfte Jules Guesdes waren nicht imstande, die objektiven, für eine große proletarische Partei ungünstigen Verhältnisse zu überwinden. Wir haben diese Verhältnisse schon erwähnt. Die Französische Arbeiterpartei war die einzige, die sich regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder in einem größeren Umfange zu sichern verstand. Die Kommunalwahlen von 1897 brachten ihr große Erfolge. 170000 Stimmen sammelten sich um ihr Banner. 740 Gemeinderäte wurden gewählt, 29 Gemeinden waren gänzlich in ihren Händen, darunter Großstädte wie Roubaix, Marseille, Montluçon und Narbonne. Seit 1889 wurde die Partei von einem Nationalrat geleitet, wo der Einfluß von Jules Guesde vorherrschte. Die Franzosen sind schlechte Beitragszahler. Man könnte meinen, daß sie leichter eine Barrikade besteigen, als sich entschließen, regelmäßige Beiträge zu zahlen. Jules Guesde versuchte diesen nationalen und kleinbürgerlichen Schwächen beizukommen. „Eine Partei lebt von Disziplin" — war sein Lieblingswort. Die Gegner beschuldigten ihn deshalb des Autoritarismus und suchten ihn als „Parteipapst" zu verschreien. Wer seine Umgebung näher kennt, weiß, wie lächerlich diese Beschuldigung ist. Parteifreunden und Genossen gegenüber ist sein Verhalten echt demokratisch, freundlich, zwanglos. Er erinnert in seinem Betragen eher an die Art eines russischen „Nihilisten" der siebziger Jahre. Nur wenn es sich um das Parteiinteresse handelte, verstand er keinen Scherz. Als die Partei wuchs, wurde es immer schwerer, die Parteidisziplin streng aufrecht zu erhalten.

Die politischen Ereignisse wirkten in derselben Richtung. Wir meinen den Boulangismus und die Dreyfusaffäre. Eine ganze Reihe bedeutender sozialistischer Kräfte (Allemanisten und „unabhängige Sozialisten") verbündeten sich aufs engste mit den bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion. Die Grenzlinien zwischen Sozialisten und Demokraten verschwanden. Dem französischen Sozialismus drohte die Gefahr des Verlustes seines selbständigen Charakters. Um diese Gefahr zu beschwören, vereinigten sich die „Guesdisten" mit den „Blanquisten", die Eduard Vaillant als geistigen Führer besitzen. Jules Guesde gab die Parole aus: im Kampfe gegen den Boulangismus: „Weder Ferry noch Boulanger: man wählt nicht zwischen Pest und Cholera! Man sagt beiden: Nein!"; in der Dreyfusaffäre: „Weder Esterhazisten noch Dreyfusards!" Die einen retteten die Republik, wenigstens ihrer aufrichtigen Überzeugung nach. Jules Guesde und Vaillant aber trachteten vor allem, den Sozialismus vor der bürgerlichen Versumpfung zu retten. Die Frage, ob man beides — bei besseren Bedingungen und einem anderen Menschenmaterial — nicht vereinigen könnte, hatte unter den gegebenen Umständen bloß einen akademischen, genauer einen utopistischen Charakter. Die Dreyfusaffäre hat den „sozialistischen" Ministerialismus erzeugt und die Befürchtungen der Marxisten völlig bestätigt. Wir können hier nicht auf die Einzelheiten der übrigen, im allgemeinen bekannten Ereignisse eingehen. Die sozialistische Krise hatte schwerwiegende Folgen. 1. Sie sprengte die Geschlossenheit der mächtigen Französischen Arbeiterpartei, die auf dem Kongreß in Epernay (1900) ihren Höhepunkt erreicht. 2. Sie schuf die Grundlage der gegenwärtigen sozialistischen Einigung, das Bündnis der Marxisten mit den sogenannten Blanquisten, die in Amsterdam (1904) Schulter an Schulter gegen die „neue Methode" mit Erfolg kämpften. In Issoudin (1902) hielt die Französische Arbeiterpartei ihren letzten nationalen Kongreß ab. Die

Digitized by Google

Marxisten lösten sich als besondere Parteiorganisation auf, um als eine mächtige Strömung, als eine anerkannte Tendenz innerhalb der nunmehr vereinigten Sozialistischen Partei weiter zu wirken. Schon der Umstand, daß der französische Marxismus sich fast ausschließlich in den großen Industriezentren behauptet hat, beweist klar, daß sein Schicksal mit dem des Kapitalismus in Frankreich eng verbunden ist, was sich auch theoretisch rechtfertigen läßt.

Der Marxismus hat in Frankreich die größten Schwierigkeiten zu überwinden: den demokratischen Allerweltssozialismus, die bürgerliche schönrednerische Ideologie, den revolutionär sich gebärdenden Anarchismus und — nicht zuletzt — den mit diesem eng verflochtenen „revolutionären Syndikalismus". Die regierende radikale Partei sorgt für die gänzliche Abwirtschaftung der bürgerlichen Demokratie. Fast jeden Tag liefert sie den Beweis eines neuen Verrats. Der „sozialistische" Ministerialismus ist tot. Briand war sein gewandtester Totengräber. Der Idealismus von Malon, Rouanet und Fournière war nicht imstande, weder eine sozialistische Taktik theoretisch zu begründen noch eine selbständige Doktrin zu schaffen. Seine Verwandtschaft mit dem Ministerialismus hat ihn zum Wortidealismus gestempelt. Die bedeutendsten „Blanquisten" erklären sich als Marxisten. Jules Guesde mußte nun in seinem dreiundsechzigsten Lebensjahr in seiner neuen Wochenschrift „Le Socialisme" seinen Lebenskampf gegen den Possibilismus und Anarchismus wieder aufnehmen. Der „revolutionäre Syndikalismus" ist organisatorisch ohnmächtig und theoretisch äußerst konfus, er strebt nach einer undenkbaren Zusammenkoppelung von Marx und Proudhon. Wir sehen also keinen anderen Ausweg für den französischen Sozialismus, als die marxistische Grundlage, die sich theoretisch und praktisch in der neuen Internationale glänzend behauptet hat.

Ein neues Attentat auf die preußischen Arbeiter!

Von **Paul Hirsch.**

Der preußische Landtag, obwohl er diesmal früher als gewöhnlich einberufen wurde, hatte bis Ende des verflossenen Jahres noch keine Zeit gefunden, sich mit der die Volksmassen Preußens bewegenden Frage der Wahlreform zu beschäftigen, um so mehr aber mit volksfeindlichen Maßnahmen: außer mit der Vorlage zur Entrechtung der polnischen Staatsbürger auch mit der kriminellen Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Kaum war der Landtag einberufen, da gingen auch schon zwei diesen Gegenstand betreffende Interpellationen ein, eine konservative und eine freikonservative, die beide am 12. Dezember 1907 besprochen wurden.

Die konservative Interpellation lautete:

> a. Welche Anordnungen gedenkt die Königliche Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?
> b. Welche gesetzlichen Maßregeln beabsichtigt die Königliche Staatsregierung gegen den Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen?

Die freikonservative Interpellation ging nicht ganz so weit wie die konservative, sie beschränkte sich auf den Kontraktbruch ausländischer ländlicher Arbeiter und hatte folgenden Wortlaut:

Digitized by Google

Beabsichtigt die Königliche Staatsregierung durch schleunige gesetzgeberische und im Verwaltungsweg zu treffende Maßregeln das Überhandnehmen des Kontraktbruchs ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter zu verhindern?

Seit mehr als einem halben Jahrhundert gilt für den größten Teil des preußischen Staates das Gesetz betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854. In § 1 bedroht es hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Person, unberechtigtes Versagen oder Verlassen des Dienstes mit Geldstrafe bis zu 5 Talern oder mit Gefängnis bis zu drei Tagen, und in § 3 droht es eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre für Gesinde, Dienstleute und dergleichen an, „welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung anderer auffordern".

Diese Ausnahmestellung der ländlichen Arbeiter genügt den Junkern nicht; seit Jahren fordern sie, daß der **Kontraktbruch**, gegen den sonst nur zivilrechtlich vorgegangen werden kann, wenn er von ländlichen Arbeitern verübt wird, **strafrechtlich verfolgt** wird. Die preußische Regierung hatte noch im Jahre 1899 eine Verschärfung der Bestimmungen über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter als bedenklich bezeichnet. Doch schon im nächsten Jahre versprach sie bereits eine Gesetzesvorlage, wie sie die Agrarier wünschten, und als Herr v. **Podbielski** an die Spitze des Landwirtschaftsministeriums gerückt war, wiederholte er diese Zusicherung mit aller Bestimmtheit. Aber selbst ein Podbielski wagte nicht, diesen Schlag ins Gesicht der Landarbeiter zu führen. Die Junker wurden rebellisch; mit der ihnen eigenen Rücksichtslosigkeit forderten sie am 10. Februar 1904 die Regierung auf, dem Landtag noch **in derselben Session** einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

1. auch derjenige Arbeitgeber bestraft wird, welcher Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem anderen Arbeitgeber verpflichtet sind,
   a. in Dienst nimmt,
   b. während der Dauer dieser Verpflichtung im Dienst behält, sofern nicht vier Wochen seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses verstrichen sind,
2. ferner derjenige bestraft wird, der die Arbeitsvermittlung für solche Arbeiter oder Gesinde (Nr. 1) übernimmt,
3. endlich derjenige bestraft wird, der Gesinde oder einen landwirtschaftlichen Arbeiter verleitet, widerrechtlich einen Dienst nicht anzutreten, vorzeitig zu verlassen oder die vertragsmäßige Arbeit niederzulegen.

Nun hatte **Podbielski** die Regierung so weit gebracht, daß sie dem Verlangen unverzüglich Folge leistete; am 6. Mai kam ein Gesetzentwurf, der nur aus vier Paragraphen bestand und fast wörtlich dem reaktionären Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 10. Februar entsprach. Drei Gruppen von Personen sollten nach dem Entwurf büßen, wenn ein Kontraktbruch ländlicher Arbeiter oder ein Kontraktbruch des Gesindes von ihnen veranlaßt oder ausgenutzt ist: die **Arbeitgeber**, die unter Kenntnis oder selbstverschuldeter Unkenntnis der Tatsache, daß ein Kontraktbruch stattgefunden hat, einen Arbeiter oder Gesinde im landwirtschaftlichen Dienste oder auch sonst beschäftigen, ferner die **Vermittler**, diejenigen Personen, die in gewinnsüchtiger Absicht ein der-

artiges Arbeits- oder Dienstverhältnis vermitteln, und die „Verführer", diejenigen, welche derartige Personen zum Kontraktbruch verleiten.

Mit der Einbringung dieser Vorlage überschritt die preußische Regierung ihre Befugnisse, denn es handelt sich dabei um eine Frage, die nicht zur Kompetenz der Landesgesetzgebung, sondern der Reichsgesetzgebung gehört. Diesen Standpunkt hatte nicht nur Miquel als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums bei Beratung derselben Frage im Abgeordnetenhaus am 10. Februar 1900 vertreten, sondern schon vor ihm hatte die Regierung das Recht des Landtags zum Erlaß eines derartigen Gesetzes stets bestritten. So hieß es in der Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1873:

„Daß Strafbestimmungen gegen den widerrechtlichen Kontraktbruch an dieser Stelle (das heißt in einem Landesgesetz) keine Aufnahme finden können, wird einer weiteren Ausführung nicht bedürfen; denn dieser Gegenstand ist sozusagen rechtshängig bei den zur Reichsgesetzgebung kompetenten Instanzen, und es wird schon um deswillen die Partikulargesetzgebung darauf verzichten müssen, der Reichslegislatur zu präjudizieren."

Auch Bismarck unterbreitete seinen „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bestrafung der Kontraktbrüchigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" vom 18. Juni 1873 nicht dem preußischen Landtag, sondern dem deutschen Reichstag, nachdem am 4. Mai desselben Jahres — wiederum im Reichstag — die konservativen Abgeordneten v. Barnim, v. Minnigerode und v. Helldorf einen Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch auch ländlicher Arbeiter verlangt hatten. Podbielski übertrumpfte Bismarck, und aus Furcht vor dem Reichstag flüchtete er sich in das Dreiklassenparlament. Scheinbar richtete sich der Entwurf gegen die Arbeitgeber, in Wirklichkeit aber wurden die Arbeiter getroffen; mochten sie aus einem noch so berechtigten Grunde die Arbeit vor Ablauf der Kündigungsfrist verlassen, es sollte ihnen unmöglich sein, andere Arbeit zu erhalten, und wer sich der Verrufserklärung gegen solche Arbeiter nicht anschließt, sondern sie in Arbeit nimmt, sollte der Strafe verfallen, das heißt er sollte durch die Androhung einer Strafe davon abgehalten werden, solche Arbeiter in Dienst zu nehmen.

Daß der Entwurf nicht Gesetz wurde, ist unserer Partei zu verdanken, die im Reichstag die preußische Gesetzesmacherei schonungslos an den Pranger stellte. Unter der Wucht der Anklagen der Sozialdemokratie mußte der Staatssekretär im Reichsjustizamt Nieberding eingestehen, daß die Vorlage der preußischen Regierung derart sei, daß die Kompetenzen des Reiches und der Einzelstaaten verwischt würden. Die Folge dieser Kritik war, daß der Entwurf aus der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses, der er zur Vorberatung überwiesen war, nicht wieder zum Vorschein kam.

Trotz dieses Mißerfolges halten die Konservativen bis auf den heutigen Tag daran fest, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs auf dem Wege der Landesgesetzgebung erreicht werden müsse. Deshalb brachten sie die erwähnten Interpellationen ein, bei deren Beratung am 12. Dezember 1907 der Abgeordnete v. Pappenheim (konservativ) die Einbringung eines neuen Gesetzentwurfes forderte, der sich nicht, wie der Entwurf von 1904, nur gegen die Arbeitgeber richtet, die Kontraktbrüchige in ihren Dienst nehmen oder durch die Annahme andere zum Kontraktbruch verleiten, sondern er verlangte, daß auch der andere Teil, der Arbeitnehmer, „nach Gebühr und Recht" bestraft wird:

Digitized by Google

„Ich gebe vollständig zu, daß die Vorbedingung und die Grundlage eines solchen Gesetzes sein muß, daß der Arbeitgeber bestraft wird, wenn ihm in dieser Beziehung irgend ein doloses Vorgehen nachgewiesen wird. Aber, meine Herren, es heißt meiner Meinung nach Sonne und Licht und Recht falsch verteilen, wenn man nur die eine Seite bestraft, ohne die andere gleichzeitig mitzubestrafen. Wie soll darunter nicht das Rechtsbewußtsein der Leute leiden, wenn sie sehen, daß der, der sie in Dienst nimmt, bestraft wird, sie selber aber, die den Kontraktbruch begangen haben, unbestraft davonkommen! (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich setze ich voraus, daß wir ein gesetzlich begründetes Verfahren vorausgehen lassen; aber es muß dem Richter nicht nur die Möglichkeit gegeben, sondern die Pflicht auferlegt werden, mit Strafen einzuschreiten, und zwar nicht mit kleinen Geldstrafen, sondern mit ganz energischen Mitteln, um wieder Zucht und Ordnung in die Reihe der Leute, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, zu bringen. ... Einseitige Mittel können hier nichts helfen, und deshalb richten wir wieder die dringende Bitte an die Königliche Staatsregierung, auf die damaligen Absichten zurückzukommen, aber nicht mit halben Maßregeln ... vorzugehen, sondern ganze Arbeit zu machen."

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Konservative Rehbel, der besonders dagegen wetterte, daß, wie es von anderer Seite verlangt war, den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werde; man könne sich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter genau dasselbe Recht haben sollen wie die Industriearbeiter.

Das Zentrum war aber in den letzten Jahren, durch unsere Fortschritte auf dem Lande geängstigt, zu einem völligen Frontwechsel gekommen. Abgeordneter Herold, der sich namens seiner Freunde noch im Jahre 1904 ausdrücklich mit den in dem Beschluß vom 10. Februar niedergelegten Hauptgedanken identifiziert und es als durchaus angezeigt bezeichnet hatte, denjenigen, welcher einen kontraktbrüchigen Arbeiter annimmt, oder denjenigen, der dazu verleitet oder die Vermittlung übernimmt, zu bestrafen, erklärte nunmehr rundheraus, daß seine Partei es nicht für angebracht halte, bei dem Kontraktbruch ländlicher Arbeiter wie der Arbeiter überhaupt irgend einen anderen Maßstab anzulegen, als wie er auf zivilrechtlichem Gebiet allgemein üblich sei. Eine kriminelle Bestrafung sei nicht angebracht; am allerwenigsten sei es angängig, in dieser Beziehung gegenüber den bereits bestehenden Gesetzen noch eine Verschärfung eintreten zu lassen.

Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß dieser Umschwung in den Anschauungen des Zentrumsführers durch die Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen diktiert ist, um so mehr, wenn man bedenkt, daß ein anderer bekannter Zentrumsführer, der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Schorlemer-Lieser, noch vor ganz kurzem es als ein Unglück bezeichnet hatte, wenn das Koalitionsrecht auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt würde.

Der Kernpunkt der ganzen Frage und die Absicht der Interpellanten ist also, schärfere Maßnahmen gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter auf dem Wege der Landesgesetzgebung herbeizuführen. Und von der gleichen Absicht ist die preußische Regierung nach wie vor beseelt, wenn sie auch etwas vorsichtiger ist als die konservativen Draufgänger. Podbielskis Nachfolger, Herr v. Arnim, sprach sein Bedauern über das Scheitern des Entwurfes von 1904 aus, erklärte aber, daß die Regierung mit Rücksicht auf

die zweifelhaften Aussichten von der Einbringung einer neuen Vorlage Abstand nehme.

Was sie aber auf dem geraden Wege der Gesetzgebung nicht zustande bringen kann, wird nun auf dem krummen der Verordnung versucht! Vom 1. Februar 1908 ab soll auf dem Verwaltungsweg zunächst einmal für ausländische Arbeiter, sowohl für landwirtschaftliche als für industrielle, der Legitimationszwang eingeführt werden. Jeder ausländische Arbeiter erhält eine Ausweiskarte, die nicht nur den Namen, den Herkunftsort und das Nationale des Arbeiters, sondern auch — und darauf legt die Regierung ganz besonderen Wert — die Arbeitsstelle enthält, für welche der Arbeiter verpflichtet ist oder sich verpflichten will und die nur bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsvertrags auf eine andere Arbeitsstelle umgeschrieben werden darf. Der Besitz einer solchen Legitimation ist Vorbedingung für den Antritt der Arbeit, das Fehlen der Karte hat unnachtsichtlich die Ausweisung zur Folge!

Die Vorarbeiten zu dieser neuen preußisch-zivilisatorischen Einrichtung werden mit außergewöhnlichem Eifer getroffen. Außer den bereits bestehenden Vermittlungsämtern der deutschen Feldarbeiterzentrale längs der russischen und österreichischen Grenze, die hierbei Verwendung finden, werden verschiedene neue Übergangsstellen errichtet, so daß die Gesamtzahl der Grenzkontrolleurämter etwa dreißig betragen wird. In ihnen werden die von den Arbeitern beigebrachten Heimatpapiere geprüft und auf Grund derselben Inlandslegitimationskarten ausgestellt, durch einen Polizeibeamten beglaubigt und den Arbeitern ausgehändigt, so daß letztere im Besitz derselben die Reise nach ihrem Bestimmungsort antreten. Die Heimatlegitimationen dagegen werden dem Arbeitgeber, bei dem die Arbeiter in Beschäftigung treten, zugestellt und diesem entweder durch die Post übersandt oder gegebenenfalls durch einen Begleiter der Arbeiter (Vermittler, Aufseher) mitgegeben. Bei der Rückkehr der Arbeiter nach Ablauf ihres Vertragsverhältnisses wird eine Kontrolle an der Grenze nicht mehr ausgeübt, sondern der Vertrag wird einfach durch Austausch der im Besitz des Arbeitgebers und des Arbeiters befindlichen Papiere gelöst.

In der Debatte erzählten die Junker die üblichen Schauergeschichten; es wurde weidlich über die Roheiten der Arbeiter geschimpft, über die Unsicherheit auf den Straßen in Bezirken mit starker ausländischer Arbeiterbevölkerung geklagt und nach Art des Reichslügenverbandes es so dargestellt, als ob in diesen Bezirken die schwersten Verbrechen aller Art, Lustmorde, Sittlichkeitsverbrechen, Roheitsverbrechen, Eigentumsverbrechen, an der Tagesordnung wären. Wichtiger ist das Zugeständnis des Landwirtschaftsministers, daß eine Verschärfung der Strafbestimmungen des Gesetzes von 1854 „wenigstens innerhalb der doch recht engen Grenzen, in denen die für unsere Gesetzgebung maßgebenden allgemeinen Grundsätze sich bewegen", einen wesentlichen Erfolg wohl nicht haben, sicherlich aber dahin führen würden, daß sie als eine erhebliche Verschlechterung der Rechtslage der Arbeiter angesehen und agitatorisch ausgenutzt würde! Der Minister soll recht behalten! An unserer agitatorischen Ausnutzung des Ausnahmegesetzes von 1854 soll es ebensowenig fehlen, wie an der dieses neuesten Attentats der preußischen Regierung! Und sie wird Früchte tragen — denn der Legitimationszwang, der zunächst an der östlichen und südlichen Grenze Preußens eingeführt werden soll, trifft keineswegs etwa nur die ausländischen Arbeiter, sondern er wirkt auch auf die inländischen Arbeiter zurück. Ihre Lohnkämpfe werden naturgemäß erschwert, wenn eine

auf tiefer Kulturstufe stehende, an eine niedrigere Lebenshaltung gewöhnte und deshalb mit geringeren Löhnen und schlechterer Behandlung sich begnügende Arbeiterschar durch die drohende Abschiebung über die Grenze nicht nur von jeder Bewegung zur Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse abgeschreckt wird, sondern auch bei Strafe des Hungertodes sich jeder Laune ihres Herrn fügen muß. Solange in Preußen arbeitende ausländische Arbeiter in der Sklaverei leben — und der Zustand, in dem sie sich vom 1. Februar 1908 ab befinden, ist Sklaverei —, sind naturgemäß die inländischen Arbeiter der gleichen Art in ihren wirtschaftlichen Kämpfen auf Schritt und Tritt gehemmt. Es handelt sich also um ein Attentat auf die preußischen Arbeiter, das die Regierung auf dem Verwaltungsweg begeht. Daran aber, daß diese Maßnahme von allen Seiten des Abgeordnetenhauses freudigst begrüßt wurde und daß sogar der Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt von der Erklärung des Ministers „mit lebhafter Befriedigung" Kenntnis nahm, mögen die Landarbeiter ersehen, daß sie im preußischen Dreiklassenparlament verraten und verkauft sind, und daß es auch in ihrem eigenen Interesse liegt, dafür zu sorgen, daß das Dreiklassenwahlrecht fällt und endlich wirkliche Arbeitervertreter in diese parlamentarische Dunkelkammer einziehen.

Die Verhandlungen vom 12. Dezember 1907, so betrübend sie auch an und für sich sind, liefern der Sozialdemokratie in dem jetzigen Wahlrechtskampf Agitationsmaterial in Hülle und Fülle.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von **Rudolf Hilferding.**

Die Krise in den Vereinigten Staaten.

Die Führung in der Periode der Hochkonjunktur, die nun zu Ende gegangen ist, haben die Vereinigten Staaten innegehabt; es entspricht nur den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft, daß von Amerika jetzt auch die Krise ihren Ausgangspunkt nimmt.

Die Wirtschaftskrise zeigt in Amerika vollkommen typischen Charakter. Sie kündigt sich im März an in der Börsenkrise, die in eine vollständige Deroute ausartet und von New York aus alle Börsenplätze in Mitleidenschaft zieht. In zwei Tagen sanken führende Spekulationspapiere wie Union Pacific von 156 auf 124, Amalgamated Copper von 105 auf 81. Und das war nur der Anfang, dem ein allmählicher Rückgang folgte, bis im Oktober eine neue Panik der Börsenspekulation den Rest gab. Der Kurswert von 70 der hervorragendsten amerikanischen Industriepapiere, der zu Beginn des Jahres 3128 Millionen Dollar betragen hatte, sank bis Ende Oktober auf 1522 Millionen Dollar. Diese Verminderung auf weniger als die Hälfte hat sich bis zum Jahresschluß kaum verringert.

Der Zusammenbruch der Börsenspekulation ist leicht zu begreifen. Die Spekulation bildet sich zugleich aus mit der industriellen Hochkonjunktur. Die gesteigerten Erträgnisse der Industrie versprechen erhöhten Ertrag für die Aktien, und der erhöhte Ertrag steigert den Kurs. Zugleich bringen Neugründungen und Kapitalserhöhung neue Effekten auf den Markt. Der Zins-

Digitized by Google

fuß ist noch mäßig. Die Erwartung gesteigerter Erträgnisse reizt die Spekulation zum Kaufe, um am Kursgewinn zu verdienen. Die erhöhte Nachfrage, an der sich immer mehr auch das außerhalb der Börse stehende Publikum beteiligt, steigert die Preise der Effekten weiter. Der gesteigerte Preis aber weckt die Erwartung, daß die Preise noch weiter steigen werden, und reizt die Spekulation zu neuen Käufen an. Wird die Nachfrage nach Konsummitteln gesteigert durch Verbilligung des Preises, so die spekulative Nachfrage gerade durch die Preissteigerung, die neue Steigerung erwarten läßt. Die Papiere werden nicht mehr in erster Linie zu Anlagezwecken gekauft, um den Zins zu erhalten, sondern zur Spekulation, um am Kursgewinn zu verdienen. Immer aufs neue beginnt die Berufsspekulation die Nachfrage, um möglichst rasch an die Außenstehenden zu verkaufen, die, ihrerseits wieder vom Spekulationstaumel ergriffen, zu jedem Preise kaufen in der Hoffnung, zu noch höherem Preise verkaufen zu können. Die industrielle Hochkonjunktur geht unterdessen weiter, die Nachfrage nach Geldkapital steigt, der Zinsfuß geht in die Höhe. Gleichzeitig erfordert auch der gesteigerte Umsatz der Börse erheblich vermehrte Geldmittel. Der steigende Zins wirkt dem Steigen des Kurses entgegen. Denn beträgt der Zinsfuß zu einem bestimmten Zeitpunkt sage 3 Prozent, so wird eine Aktie, die 3 Prozent Dividende trägt, nahe an 100 stehen können, beträgt der Zinsfuß 7 Prozent, so werde ich für 100 Mark 7 Mark erhalten und für eine Aktie, die 3 Prozent trägt, kaum 40 Mark geben wollen. Treten auch in der Praxis noch andere Momente dazu, die auf den Kurswert einwirken, auf die wir hier nicht einzugehen brauchen, so bleibt doch der Zinsfuß immer ein Hauptfaktor bei der Bestimmung des Kurses. Das Steigen des Zinsfußes ist aber nicht das einzige Moment, das dem Steigen der Kurse und damit der Fortdauer der Spekulation entgegenwirkt. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß die gestiegene Nachfrage nach Geld es der Spekulation immer schwerer macht, sich das notwendige Leihkapital zu annehmbaren Bedingungen zu sichern, mit denen sie ihre Operationen ausführt. Schließlich wird ihr der Kredit eingeschränkt, der Umfang ihrer Operationen und damit der Umfang der Nachfrage nimmt ab, die Kurse beginnen zu sinken. Jetzt setzt die Spekulation in umgekehrter Richtung ein. Die Baisseoperationen beginnen, das Publikum wird unruhig. Das gesunkene Kursniveau veranlaßt die Banken, denen die Besitzer der Papiere diese verpfändet haben, um den nötigen Kredit für ihre Spekulationen zu erhalten, neue Zuschüsse von ihren Kunden als Sicherheit für den Kredit zu fordern. Diese Zuschüsse können nicht geleistet werden. Zu den Baisseoperationen kommen die Zwangsverkäufe der Banken, und ihnen folgen die Schreckensverkäufe des Publikums, das durch schnellsten Verkauf noch retten will, was noch zu retten geht. Die Panik ist da, das Kursgebäude kracht zusammen und die Kurse sinken tief unter das normale Niveau. Das ist der Moment, wo Leute, die über Geld und Kredit verfügen, eingreifen können, um zu den tiefsten Preisen die Aktien, die ihnen die Verfügung über die Produktion geben, anzukaufen. Die kleinen und mittleren Besitzer werden jetzt expropriiert aus dem Besitz, den sie meist ohnehin zu einem Preise angekauft haben, der ihnen nicht viel mehr ließ als die Verzinsung ihres Geldes. Auf die Illusion der industriellen Demokratie, die die Aktienform naiven Gemütern vortäuscht, folgt die Tyrannis der großen Kapitalmagnaten. Die Börse wird zum Mittel der Vermögenskonzentration. Der große Kapitalist schlägt viele kleine tot.

Diese typischen Wirkungen werden in New York noch durch besondere Umstände verstärkt. Die Geldverfassung in den Vereinigten Staaten ist völlig ungeeignet, den Schwankungen der Geldnachfrage, wie sie aus den wechselnden Bedürfnissen der Spekulation entstehen, zu genügen. Daher die rasch wechselnden und ungeheuerlich variierenden Sätze für Börsengeld, die von 2 Prozent bis an die 200 Prozent gehen, die Spekulation durch die übermäßig billigen Zinssätze oft maßlos anreizen, bald ihr ebenso gewaltsam ein Ende setzen. Zu dieser Geldverfassung kommt noch die eigentümliche Börsenverfassung. New York kennt nicht den Terminhandel, der die Ausgleichung der Börsendifferenzen auf einen Tag zusammengedrängt, wobei sich zugleich für den größten Teil der Geschäfte Kompensationen ergeben und so der Betrag an Bargeld zur Ausgleichung der Differenzen verringert wird. Die Differenzen müssen also täglich reguliert werden, und dies steigert die Nachfrage nach Geld und vermehrt die Schwankungen des Zinsfußes für das Börsengeld. Man wird fragen, warum eine solche Börsenverfassung aufrecht erhalten wird in einem Lande, in dem etwa „börsenfeindliche Tendenzen" nach deutsch-agrarischer Art keinen entscheidenden Einfluß üben können. Die Frage ist leicht zu beantworten durch die Gegenfrage: Wem nützt es? Die ständigen Variationen und vor allem die oft außerordentliche Höhe der Zinssätze sind vor allem eine glänzende Einnahmequelle für die ausleihenden Banken und Bankiers, denen auf diese Weise ein großer Teil der Spekulationsgewinne mühe- und risikolos zufällt. Sie erhöhen ferner die Macht einiger großer Spekulanten und Faiseure, in entscheidenden Momenten durch Verteuerung und Zurückhaltung des Geldes schwächere Elemente aus der Spekulation und aus dem Besitz zu werfen. Es ist das Interesse der Expropriateure der Klein- und Mittelkapitalisten, das diese Börsen- und Bankverfassung bisher aufrecht erhalten hat.

Auf die Börsenkrise folgt die Handelskrise im engeren Sinne, dem Zusammenbruch der Effektenspekulation der Zusammenbruch der Warenspekulation. Die Überspekulation stellt sich zuerst auf dem Kupfermarkt heraus. Kupfer hatte bereits Anfang 1907 den ungewöhnlich hohen Preis von 105 Pfund Sterling erreicht, er stieg aber noch weiter, um in den ersten Märztagen die ungewöhnliche Höhe von 110 Pfund Sterling 15 Schilling zu erklimmen. Der hohe Preis zwang die Verbraucher zur Reserve. Bald stellte sich heraus, daß die Zurückhaltung der Ware durch amerikanische Produzenten und Spekulanten den Preis so hoch getrieben hatte. Der Kupferpreis sank seit September rasch und erreichte am 23. Oktober mit 55½ Pfund Sterling seinen Tiefstand. Der Preissturz riß die amerikanische Spekulation mit sich.

Auch hier vermittelt die Lage des Geldmarktes den Zusammenhang. Um so große Vorräte zurückzuhalten, waren große Geldmittel nötig. Je stärker die Geldknappheit wurde, desto schwieriger wurde es, das nötige Geld aufzutreiben. Zum Teil hatte wohl auch der Preissturz der Effekten den Wert der Papiere vermindert, die als Sicherheiten bei den Banken, welche das Geld geliehen hatten, hinterlegt waren. Zuschüsse waren nicht mehr aufzutreiben. Die Warenvorräte mußten verkauft werden, um sich Geld zu verschaffen, und die Verkäufe brachten den Preis zum Weichen. Und nun stellte sich heraus, was sich nach der Natur der Spekulation in solchen Fällen immer herausstellen muß. Die Spekulation war mit fremden Geldern — Bankgeldern — gemacht, und ihr Zusammenbruch zog den der Banken nach sich.

Digitized by Google

Dem Zusammenbruch der Warenspekulation folgte so der Bankbruch, und damit setzte die Kreditkrise ein.

Eine bedeutende sogenannte Trustkompanie, in Wirklichkeit eine Depositenbank, mußte zuerst ihre Zahlungen einstellen, da ihre Depositengelder in Spekulationspapieren festgelegt waren. Rasch verbreitete sich das Mißtrauen. Ein Ansturm auf die Banken fand statt. Die stürmische Rückforderung aller Depositen versetzte auch sonst leistungsfähige Banken in die Unmöglichkeit, ihre Zahlungen aufrechtzuerhalten. Mit Berufung auf ein fast vergessenes hundertjähriges Gesetz verlangten die Banken eine dreißigtägige Frist für die Rückzahlungen. In vielen Städten wurden „Bankfeiertage" proklamiert, um Zeit zu gewinnen. Unterdessen dauerte die Panik an, der Kredit war erschüttert, alles verlangte nach barem Gelde. Diejenigen, die solches erlangt hatten, suchten es mit allen Mitteln festzuhalten. Das Bargeld verschwand aus der Zirkulation, während gleichzeitig das Verlangen nach barer Zahlung immer stürmischer wurde. Die Kreditkrise schlug in die Geldkrise um. Im ganzen gerieten im Oktober und November zirka 50 Banken in Zahlungsschwierigkeiten, eine Zahl, die in Wirklichkeit wahrscheinlich noch zu gering ist. Wenn diese Zusammenbrüche auch nur einen geringen Prozentsatz der in der Union vorhandenen Banken ausmachen, deren Zahl auf zirka 12000 angegeben wird, so reichten sie doch aus, um die Geldkrise herbeizuführen.

Die allgemeine Natur der Geldkrise hat Marx in klassischer Weise geschildert:

„Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel schließt einen unvermittelten Widerspruch ein. Soweit sich die Zahlungen ausgleichen, funktioniert es nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte. Soweit wirkliche Zahlung zu verrichten, tritt es nicht als Zirkulationsmittel auf, als nur vermittelnde und verschwindende Form des Stoffwechsels, sondern als die individuelle Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit, selbständiges Dasein des Tauschwertes, absolute Ware. Dieser Widerspruch eklatiert in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, der Geldkrise heißt. Sie ereignet sich nur, wo die prozessierende Kette der Zahlungen und ein künstliches System ihrer Ausgleichung völlig entwickelt sind. Mit allgemeinen Störungen dieses Mechanismus, woher sie immer entspringen mögen, schlägt das Geld plötzlich und unvermittelt um aus der nur ideellen Gestalt des Rechengeldes in hartes Geld. Es wird unersetzlich durch profane Waren. Der Gebrauchswert der Ware wird wertlos, und ihr Wert verschwindet vor seiner eigenen Wertform. Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunkenem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gellt es jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch nach frischem Wasser schreit, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum. In der Krise wird der Gegensatz zwischen der Ware und ihrer Wertgestalt, dem Gelde, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert. Die Erscheinungsform des Geldes ist hier daher auch gleichgültig. Die Geldhungersnot bleibt dieselbe, ob in Gold oder Kreditgeld, Banknoten etwa, zu zahlen ist" („Kapital", I, S. 102).

Die Tatsache aber, daß Marx die jüngsten Vorgänge in den Vereinigten Staaten so meisterhaft 1867 schildern konnte, zeigt klar, daß in den amerikanischen Ereignissen Elemente enthalten sind, die früher auch die europäischen Krisen charakterisierten. Allerdings treten zu den sozusagen normalen Wir-

Digitized by Google

kungen der Krise noch Besonderheiten, die die Geldkrise durch die Kurpfuschereien der gesetzlichen Regelung des Geldsystems verschärfen. Es ist bezeichnend, daß die kapitalistische Gesellschaft nie zu einer Regelung des Geldwesens gelangt ist, wie sie die immanenten Gesetze der Zirkulation erfordern. Die kapitalistische Praxis ist in dem klassischen Lande des Kapitalismus, in England, sogar hinter der eigenen Theorie erheblich zurückgeblieben. Die Peels-Akte, auf der die englische Geldverfassung beruht, ist nur gegen die heftige Opposition der bedeutendsten englischen Geldtheoretiker im Jahre 1844 Gesetz geworden. Tooke, Fullarton und Wilson haben zwingend bewiesen, daß es ein verfehltes Prinzip sei, die Ausgabe von Banknoten von ganz willkürlichen, äußeren Vorschriften abhängig zu machen. Die Peels-Akte gestattete der Bank von England die Ausgabe von Banknoten, die nicht voll mit Geld gedeckt sind, ursprünglich nur bis zu einem Betrag von 14 Millionen Pfund Sterling, der heute durch den Verzicht von Privatbanken auf ihr Notenrecht auf zirka 18 Millionen angewachsen ist. Der Betrag genügte allerdings in normalen Zeiten. Aber das Gesetz versagte sofort, als eine Kreditkrise eintrat wie in den Jahren 1847 oder 1857. Der Kredit der Bank war vollständig unerschüttert, ihre Noten wurden ohne weiteres als Zahlungsmittel angenommen. Aber die anderen Kreditmittel, Wechsel usw., waren entwertet. Da die Wechsel nicht mehr als Zahlungsmittel fungieren konnten, entstand enorme Nachfrage nach Banknoten. Diejenigen, die Banknoten im Besitz hatten, hüteten sich, sie anderen zur Verfügung zu stellen, da es nicht sicher war, ob in einem späteren Moment Banknoten noch zu erhalten wären. Der allgemeine Drang, möglichst große Vorräte von Zirkulationsmitteln (Münze und Banknoten) aufzuschatzen, verminderte noch die in Umlauf befindliche Menge. Die Bank erreichte rasch die Grenze der Notenausgabe, die ihr durch die Peels-Akte gezogen war, um so mehr, als sich ihr Metallbestand durch Abfluß ins Ausland verringert hatte. Die Panik stieg auf das höchste. Da wurde die Peels-Akte suspendiert, die Bank konnte die Notenausgabe vermehren, und das genügte, um die Panik zu brechen, das Vertrauen wieder herzustellen. Der Bankrott der Bank und damit der völlige Zusammenbruch des ganzen Kreditsystems wurde verhütet durch das Eingeständnis, daß die Bankgesetzgebung, die jede Krise ausschließen sollte, bankrott gemacht hatte. Die großen Verluste, die aus der falschen Gesetzgebung entstehen, sind die Geldstrafe, die dem Kapital für seine Verachtung der Theorie aufgelegt wird.

Ganz analog sind die Vorgänge, die sich nun in Amerika abspielen, jedoch noch verschärft durch den noch schreienderen Widerspruch zwischen der Gesetzgebung und den Forderungen der Theorie. In den Vereinigten Staaten können unter bestimmten Bedingungen alle Banken Noten ausgeben, die sich der Kontrolle des Schatzamtes unterwerfen. Es fehlt also die Zentralbank. Schon dies erleichtert bis zu einem gewissen Grade den Ausbruch der Panik, da hinter den einzelnen kleinen Banken nicht wie etwa hinter der Bank von England oder der deutschen Reichsbank der Kredit der ganzen Nation steht. Aber dies ist noch nicht das Entscheidende. Denn daß auch fast vollständige Bankfreiheit und das Fehlen einer Zentralbank nicht notwendig so schwere und akute Geldkrisen erzeugen muß, kann aus der Geschichte des schottischen Bankwesens nachgewiesen werden. Wichtig ist vielmehr die willkürliche Beschränkung der Notenausgabe. Es gibt in der Union zirka 6000 Banken mit dem Recht der Notenausgabe. Diese Banken verfügen über ein verhältnis-

mäßig geringes Kapital. Das gesamte Kapital der 52 New Yorker Depositenbanken, die dem Clearinghouse angehören, beläuft sich nur auf 129 Millionen Dollar, also im Durchschnitt etwa auf 10 Millionen Mark; nur drei Institute verfügen über ein höheres Kapital als 5 Millionen Dollar, die National-Citybank und die Commercialbank mit je 25 und die First-Nationalbank mit 10 Millionen Dollar. Die Notenausgabe der Banken ist nun durch zwei Momente eng begrenzt. Einmal dürfen sie Noten nur zum Betrage von 90 bis 70 Prozent ihres eigenen Kapitals, je nach dessen Größe, ausgeben. Diese Noten werden vom Schatzamt bezogen, aber nur gegen Hinterlegung desselben Betrags in Staats- oder Kommunalanleihen, in neuester Zeit seit der Aldrichbill auch gegen Hinterlegung bestimmter erstklassiger Papiere (Eisenbahnbonds). Durch diese Bedingungen ist der Notenausgabe jede Elastizität genommen. Einerseits ist der Gesamtbetrag durch den Umfang des Bankkapitals begrenzt. Andererseits ist der Betrag der als Sicherheit dienenden Papiere ein begrenzter. Dazu kommt, daß die Nachfrage der Banken nach diesen Papieren deren Kurs in die Höhe treibt. Vom Schatzamt werden sie aber nur in der Höhe des Nominalbetrags als Deckung genommen. Um also 100 Dollar in Noten ausgeben zu können, muß die Bank dafür ein Papier hinterlegen, für das sie vielleicht 120 gezahlt hat. Die Notenausgabe wird aber nur dann gewinnbringend sein, wenn der Zinsfuß so hoch steigt, daß die 100 Dollarnoten eine Verzinsung bringen, die die Festlegung von 120 Dollar in Staatspapieren lohnt. Die Banken haben also nur bei hohem Zinsfuß Interesse, den Notenumlauf zu vermehren, während sie bei jedem Sinken des Zinsfußes die einlaufenden Noten zu verringern suchen, um dadurch den Zins wieder in die Höhe zu treiben. Für die Banken ist diese Regelung also ganz profitabel. Andererseits aber bedeutet sie, daß die Ausgabe von Banknoten nicht durch das wechselnde Bedürfnis von Industrie, Handel und Spekulation nach Umlaufsmitteln bestimmt wird, sondern durch die ziemlich wenig veränderliche und ganz zufällige Menge von Staatsanleihen, die den Banken zur Verfügung stehen. Da die Vereinigten Staaten noch dazu in der angenehmen Lage sind, ihre Anleihen zurückzuzahlen und stetig zu verringern, wird die Banknotenausgabe von Jahr zu Jahr eher erschwert als erleichtert, trotz der fortwährend wachsenden Bedürfnisse des Verkehrs. Das amerikanische Geldsystem entbehrt daher schon in normalen Zeiten vollständig jeder Elastizität. Der geringste Mehrbedarf an Zirkulationsmitteln verursacht sofort starkes Anziehen der Zinssätze. Daß dieses System überhaupt erträglich ist, findet darin seine Erklärung, daß diese Verhältnisse einen Zwang gebildet haben zur stärksten Ausbildung aller Zahlungsmethoden, die Banknoten entbehrlich machen, vor allem des Clearing- und Schecksystems. Es sind dieselben Umstände, die auch in England die Aufhebung der Peels-Akte entbehrlich gemacht haben, wozu noch die Gewißheit kommt, daß deren Bestimmungen in demselben Moment suspendiert würden, in denen sie wirksam zu werden drohten.

In einer Zeit der Kreditkrise aber, wo eben die Kreditmittel infolge des Mangels an Vertrauen die Zahlungen nicht mehr ausgleichen konnten, mußte das amerikanische Geldwesen vollständig versagen. Es entstand eine dringende Nachfrage nach Zahlungsmitteln, die die Banken nicht befriedigen konnten. Die Banken suchten sich zu helfen, indem sie Zahlungsmittel schufen, die in Wirklichkeit dieselbe Funktion wie die Banknoten hatten, aber andere Namen erhielten. Da die Fesseln des Gesetzes nicht wie in England durch dessen

Digitized by Google

Suspension beseitigt wurden, mußte eben das Gesetz umgangen werden. Die ökonomischen Bedürfnisse zerrissen die juristischen Zwirnsfäden. Diese Verhältnisse werden sehr gut in einer New Yorker Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. November 1907 geschildert:

In einem großen Teile der amerikanischen Handelsplätze sind die Barzahlungen vollständig eingestellt. Dort werden Privatgeldzeichen gegeben, in anderen werden Zahlungen teilweise in solchen und teilweise in bar geleistet. An vielen Stellen kursiert Bargeld eigentlich nur noch als Scheidemünze. In 77 amerikanischen Städten ist Notstandsgeld emittiert worden, das heißt Clearinghousezertifikate oder besonders für die Gelegenheit hergestellte Bankschecks, meist aber die ersteren. Während vor der Krisis nur vielleicht ein Dutzend amerikanischer Städte Clearinginstitute hatten, sind solche jetzt in etwa hundert Plätzen gegründet worden. Sobald die Krisis in New York ausgebrochen war, taten sich die Geldinstitute in diesen Orten zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahr zusammen. Abweichend von dem Verfahren in New York, wo die Clearingzertifikate nur auf große Summen ausgestellt sind und lediglich im Verkehr der Banken untereinander zirkulieren, schufen diese Clearinganstalten nun ein für den allgemeinen Verkehr berechnetes Notstandsgeld und zwar in den Bedürfnissen des Kleinverkehrs angepaßten Abschnitten von 1, 2, 5 und 10 Dollar. Diese Geldzeichen zirkulieren in den Clearingorten und der nahen Umgebung ganz ungehindert, Arbeiter nehmen sie an Stelle ihres Lohnes, Kaufleute für Waren usw., sie gehen von Hand zu Hand und haben, wenn überhaupt, meistens nur ein geringes Disagio gegenüber Bargeld zu erleiden. Wie stark der Bargeldmangel auch in New York ist, zeigt zum Beispiel, daß selbst die mächtige Standard Oil Company ihre Arbeiter in zertifizierten Schecks ablohnen mußte. Nur im Verkehr mit den Regierungsinstituten läßt sich das Notstandsgeld nicht gebrauchen, die öffentlichen Kassen bestehen auf Legal Tender, und somit muß Bargeld beschafft werden. Es ist dies die vornehmste Ursache für das Aufgeld auf Barmittel. Als letzter Tage die American Sugar Refining Company hier nicht ausreichend Bargeld auftreiben konnte, um eine Zuckerladung aus dem Zollverschluß zu nehmen, mußte sie einige Etablissements einen oder zwei Tage stillegen.

Das Eigentümliche der Erscheinung besteht darin, daß die vorhandene Zirkulationsmenge für die Bedürfnisse des Verkehrs zu gering wurde. Sie bedang daher ein Aufgeld, das nicht etwa ein Goldagio war, sondern alle Arten von gesetzlichen Zahlungsmitteln, Gold- und Silbermünzen, Staatspapiergeld (Greenbacks) und Banknoten in gleicher Weise betraf. Das Aufgeld betrug anfangs 5 Prozent. Dies bildete einen starken Anreiz, neue Zirkulationsmittel heranzuziehen. Die Banknotenvermehrung war zunächst aus den früher angeführten Gründen unmöglich. Erst verhältnismäßig spät entschloß sich das Schatzamt, durch Ausgabe von 150 Millionen Dollar Staatsanleihe neue Unterlagen für die Banknotenausgabe zu schaffen, ein Umweg, dessen Notwendigkeit deutlich den Wahnwitz der amerikanischen Notengesetzgebung beweist. Es blieb also zunächst nur die Vermehrung des gemünzten Geldes durch Heranziehung von Gold. Daher die stürmische Nachfrage nach Gold in Europa. Die Amerikaner kauften nicht nur das auf dem Markte verfügbare Gold zusammen, sondern entzogen auch den europäischen Zentralbanken das gelbe Metall. Da die Zahlungsbilanz für die Union günstig war, konnte

selbst die Hinaufsetzung des englischen Bankdiskonts auf 7 und die des deutschen auf $7\frac{1}{2}$ Prozent den Abfluß des Goldes nicht verhüten.

Die amerikanische Geldkrise wirkte unmittelbar auf die Warenbewegung. Um Geld von Europa heranzuziehen, wurde der Warenexport gesteigert. Eine Steigerung, die automatisch dadurch erfolgte, daß von den Händlern und Farmern verkauft werden mußte, um die Mittel zu den Zahlungen zu bekommen, die nun, da der Kredit versagte, nicht mehr hinauszuschieben waren. So stiegen namentlich die Weizenexporte zu ungewöhnlicher Höhe. Der Betrag für die Warenwechsel mußte aber in Gold bezahlt werden, weil Gold in den Vereinigten Staaten allein verlangt wurde.

Unterdessen vollzog sich die Rückwirkung der Geldkrise auf die anderen Gebiete. Die Börse versagte zunächst vollkommen. Aber es ist eine außerordentlich wichtige Tatsache, daß sich der Zusammenbruch hier nicht ganz in der alten Weise vollzog. Die Fortführung der Haussespekulation war natürlich vollständig unmöglich gemacht durch den Mangel an Geld. Aber auch die Baissespekulation, für die jetzt unter anderen Umständen das Feld offen gelegen wäre, konnte nicht wirksam werden. Die Geldkrise gab die Verfügung über die Geldmittel in die Hand einer kleinen Finanzgruppe mit Morgan und Rockefeller an der Spitze. Sie haben sie benutzt, um jede Baissespekulation durch die Drohung der Entziehung jeden Kredits fast ganz lahmzulegen. Statt einer haltlosen Deroute erzielten sie ein allmähliches Heruntergleiten der Börsenkurse. Daß Morgan seine Macht zu gleicher Zeit benutzte, um die Aktien einer mächtigen Konkurrentin des Stahltrustes von der notleidenden Bank, die sie im Besitz hatte, zu einem von ihm diktierten Preise aufzukommen, zeigt aufs neue, wie die Geld- und Börsenkrise ein Mittel der Konzentration wird.

Während die Geldkrise noch fortdauert, setzt die Industriekrise ein. Damit ist der Ring der Krise in Amerika geschlossen.

Die Schilderung der industriellen Krise und ihrer Rückwirkung auf Europa bedarf einer besonderen Darstellung.

Literarische Rundschau.

Professor Dr. Philipp Stein, **Über Streiks und Aussperrungen.** (Neue Zeit- und Streitfragen. Herausgegeben von der Gehestiftung zu Dresden. Fünfter Jahrgang, 1. Heft.) Dresden 1907, Zahn und Jaensch. 23 Seiten 8°.

Es ist vielleicht charakteristisch für den Stimmungsumschlag in Deutschland, daß die früher eines so guten Rufes genießende Gehestiftung den Verfasser dieser Schrift aufforderte, als Titel seines Vortrages zu wählen „Die Pathologie des Streiks". Der Verfasser hat dies abgelehnt, er war bemüht, objektiv die Bedeutung der Lohnkämpfe in der modernen Volkswirtschaft und für sie darzustellen. Daß er den Gegenstand erschöpft hat, kann man beim besten Willen nicht behaupten, ja man kann sich fragen, ob es wirklich notwendig war, dieser Arbeit die Ehre einer selbständigen Veröffentlichung angedeihen zu lassen, wenn man auch andererseits zugestehen muß, daß die Kreise, für die diese Sammlung von Vorträgen bestimmt zu sein scheint, doch vielleicht die Lohnkämpfe in einem anderen Lichte sehen werden, nachdem sie die Arbeit gelesen haben. Bei der nicht unbedeutenden Wichtigkeit der Stellung der öffentlichen Meinung bei großen, die Volkswirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehenden Lohnkämpfen kann das nicht vollständig gleichgültig erscheinen.

Digitized by Google

Daß der Verfasser seinen Vortrag mit Clausewitz begonnen, mit Bismarck geendet hat, wird ihm jedenfalls Sympathien seines Publikums gewinnen.

Der „Resistenzstreik“ erscheint als ein unglückliches Wort, da das Charakteristische des „instruktionsgemäßen Arbeitens“ eben nicht die Arbeitseinstellung, sondern die Art der Arbeit ist. Der Verfasser irrt auch, wenn er dieses Kampfmittel als auf die Beamten beschränkt ansieht. Wir verweisen ihn auf einen Leitartikel in Nr. 46 der „Metallarbeiterzeitung“ vom 16. November 1907 „Die passive Resistenz als Kampfmittel der Walzwerkarbeiter“ und auf die passive Resistenz der Leipziger Buchhandlungsgehilfen im Dezember 1907. Auch sonst findet man in den gewerkschaftlichen Diskussionen Empfehlungen dieses Kampfmittels. Wobei freilich seine Modeerscheinung nicht außer acht gelassen werden darf. Für Akkordarbeiter ist aber, wie es scheint, dieses Kampfmittel überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen. Wenn man freilich an das Jammern der Unternehmer über das „Ca canny“ denkt, so kann man hierin eine sehr entfernte Verwandtschaft mit der passiven Resistenz finden, wenn die Beschränkung der Akkordleistung in einen Zusammenhang gebracht wird mit dem Streben, bestimmten Forderungen, hier im besonderen der Nichtherabdrückung der Akkordsätze zum Siege zu verhelfen. Das „Ca canny“ ist füglich auch ein ununterbrochener Lohnkampf, der bezweckt, daß die erhöhten Leistungen des Arbeiters nicht durch Abzüge von den Akkordlohnsätzen bestraft werden.

Unter den angeführten Kampfmitteln fehlt die Blockade, die Entziehung von Arbeitern, die einem ganzen Gewerbe oder den Gewerbebetrieben einer Stadt oder auch nur einem einzelnen Betriebe gelten kann. Unter der Form der Zuzugswarnung ist sie bekannter, sie erfolgt nicht bloß bei Streiks oder bei beabsichtigten Arbeitseinstellungen, sondern kann auch als eigenes Kampfmittel, als Blockade allein wirken.

Interessant ist die Mitteilung des Verfassers, eine große Versicherungsgesellschaft wollte die Streikversicherung der Unternehmer aufnehmen, der Vorschlag wurde aber mit der Begründung abgelehnt, die natürliche Folge seiner Annahme werde sein, daß die Arbeiter sich bei einer konkurrierenden Firma versicherten und dann die Entscheidung über die Beendigung des Streiks von der Höhe der Reserven der konkurrierenden Gesellschaft abhängen würde.

Die Bemerkungen des Verfassers über die volkswirtschaftliche Bedeutung und über die Wirkungen der Streiks bleiben stark auf der Oberfläche. Die wichtigste Seite übersieht er vollkommen: die Tatsache, daß erfolgreiche Streiks mit einer Sicherung höherer Löhne für längere Zeit die Nachfrage nach Waren dauernd steigern und damit den ruhigen Gang und die Steigerung der Produktion sichern, während dauernd niedrig gehaltene Löhne den wichtigsten Antrieb der Produktion, die Konsumtion im eigenen Wirtschaftsgebiet vermindern und die Gefahr einer Nichtübereinstimmung von Produktion und Konsumtion steigern. Für den einzelnen Unternehmer, der in der Regel Waren produziert, für die seine Arbeiter als Abnehmer nicht oder nur in geringem Maße in Betracht kommen können, erscheint diese Erwägung natürlich nicht ausschlaggebend. In einer Zeit, wo das gesamte Unternehmertum sich gegen die Arbeiter, nicht zuletzt zur Abwehr ihrer Lohnforderungen organisiert, ist es höchst charakteristisch, daß dieser Gesichtspunkt bisher im Lager der Unternehmer niemals erwogen zu sein scheint, jedenfalls in der Öffentlichkeit nicht besprochen wurde.

Was der Verfasser endlich über die Aufgaben des Staates, über die Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit sagt, bleibt zu sehr an der Oberfläche und ist so wenig neu und richtig, daß wir uns in eine Polemik nicht einzulassen haben.

Geschulte Gewerkschaftler werden aus der Schrift nichts lernen, aber es gibt genug Leute, die den gewerkschaftlichen Kämpfen und Ideengängen so ferne stehen, daß sie bei dem Mangel einer kurzen bürgerlichen Schrift über Streiks den hier angezeigten Vortrag nicht ohne Nutzen lesen werden. ad. br.

Digitized by Google

Gustav v. Hartmann, Kaiserlicher Generalkonsul, **Ein neues Wahlverfahren.** Abhandlung über das allgemeine direkte Wahlrecht und Wahlverfahren, ihre Fehler und notwendigen Verbesserungen. Dem deutschen Volke gewidmet. Berlin 1906, Puttkammer & Mühlbrecht. 117 Seiten. 2 Mark.

In einer Zeit, in der die Wahlrechtsfrage in den beiden größten norddeutschen Staaten auf der Tagesordnung steht, ist es nicht ohne Interesse, auf die obengenannte Schrift aufmerksam zu machen. Ein kaiserlicher Generalkonsul ist der Verfasser, der Verlag ein sehr vornehmer und konservativer, der nämliche, dem das Kaiserliche Statistische Amt seine Veröffentlichungen zu übergeben pflegt. Und liest man dazu noch von „Fehlern und notwendigen Verbesserungen" des allgemeinen Wahlrechts, so hat unsereiner beinahe genug. Aber die Lektüre enttäuscht unerwarteterweise nach der angenehmeren Seite hin. Der Verfasser will wirklich ein gerechteres Wahlverfahren eingeführt wissen. In dem ersten, kritischen Teile seiner Schrift hebt Hartmann mit Schärfe und unter Beibringung reichen statistischen Materials als Hauptfehler des gegenwärtigen Reichstagswahlrechts hervor: 1. die schon von Anfang an vorhandene und seitdem ins Kolossale gestiegene Ungleichheit der Wahlkreise (bereits 1871 war das Wahlrecht Schaumburg-Lippes 4½mal so groß als das von Sachsen-Altenburg); 2. die Nichtberücksichtigung der Minderheiten infolge des geltenden Mehrheits- und Stichwahlsystems; 3. die Nichtbeachtung der politischen Ansicht derer, „welche ihre Meinung durch Wahlenthaltung zum Ausdruck bringen". Lassen wir zunächst den dritten Punkt außer acht, so werden wir — ja jeder Anhänger eines gerechten und unparteiischen Wahlsystems — ihm beistimmen. Und vielleicht auch einem Teil seiner positiven Vorschläge, die, wie er überzeugend nachweist, nicht einmal eine Abänderung der Reichsverfassung, sondern nur eine solche des gegenwärtigen Wahlgesetzes beziehungsweise Wahlreglements erheischen (also mit einfacher Mehrheit beschlossen werden könnten). Die wichtigsten davon sind folgende:

Zusatz zu § 2. Die Berechtigung zum Wählen ruht auch für alle politischen Staatsbeamten und ordinierten Diener aller Konfessionen:

Zu § 5. Tagegelder und Reisevergütung in der vom Reichstag festzusetzenden Höhe.

Zu § 6. Die Feststellung der Wahlkreise erfolgt für die Zeit von 5 Jahren durch den Bundesrat innerhalb 6 Monaten nach jeder Volkszählung, mit durchschnittlich gleicher Einwohnerzahl. Die Einwohnerzahl der einzelnen Wahlkreise darf die Durchschnittsziffer um 50 Prozent weder überschreiten noch unter derselben zurückbleiben. — § 12 soll beginnen: Die Wahl ist direkt. Gewählt ist derjenige Bewerber, welcher den 397. Teil aller bei der Wahl im Reich gezählten gültigen Stimmen ... erhält. (Es folgen dann sehr detaillierte Bestimmungen über das Zustandekommen der übrigen Wahlen. Die wichtigste ist die: „Hierauf wird bei der nach der Gesamtstimmenzahl kleinsten Bewerbergruppe [=Partei] beginnend und der Gesamtstimmenzahl folgend dem ersten Bewerber jeder Bewerbergruppe die ihm zur notwendigen Stimmenzahl fehlende Zahl von Stimmen zugelegt und derselbe als in seinem Wahlkreis gewählt erklärt. ...")

Die Bestimmung zu § 2 werden wir als Ausnahmebestimmung nicht billigen, die zu § 5 ist inzwischen in etwas anderer Form endlich durchgesetzt; die wirkliche Durchführung einer annähernden Gleichheit der Wahlkreise (§ 6), die freilich durch den zweiten Satz wieder erheblich eingeschränkt wird, wäre zu begrüßen. Und gegen den neuen § 12 wäre wenigstens prinzipiell nichts einzuwenden, wenn auch der von Hartmann vorgeschlagene und bis ins einzelne an Beispielen gezeigte Ausführungsmodus viel zu künstlich ist. Es kämen dabei die allersonderbarsten Wahlresultate heraus, wie die mit minutiöser Genauigkeit ausgerechnete Tabelle für sämtliche 397 Wahlkreise zeigt. So hätten wir nach diesem Wahlsystem, um nur einiges Hervorstechende anzuführen, 1903 (denn die Schrift ist ja vor 1907 erschienen) folgende Wahlkreise nicht erhalten: Königsberg, Stettin, Breslau, Magdeburg, Halle, Frankfurt a. M., Remscheid, München I, Leipzig, Dresden, Rostock, Braun-

Digitized by Google

schweig, Sonneberg, Altenburg, Bremen (bis dahin ist das Resultat weniger auffallend, denn alle diese Kreise haben wir 1907 in der Tat verloren!), aber auch Berlin V, Hannover, Hamburg I und Nürnberg! Erobert aber hätten wir eine große Anzahl von Landkreisen wie: Westpriegnitz, Oberbarnim, Anklam, Grimmen, Ohlau, Löwenberg, Jauer, Glogau, Hoyerswerda, Nordhausen, Einbeck, Stade, Eschwege, Schweinfurt, Calw, Hagenau, Parchim, Güstrow, Strelitz, Koburg, Waldeck, Gebweiler, Rappoltsweiler und Wetzlar. Und zwar wäre Bebel in diesem letzten Wahlkreis mit 3106 Stimmen der Wahlurne entstiegen, anstatt mit seinen 22046 in Hamburg I!

Aber die Verrechnung der Wahlkreise unter die verschiedenen Parteien wäre trotz alledem schließlich keine grundsätzliche, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Bedenklicher ist der zu § 4 vorgeschlagene Zusatz, daß der Abgeordnete nur in demjenigen Wahlkreis wählbar ist, in dem er zugleich wahlberechtigt ist. Und wenn hier schon der reaktionäre Pferdefuß herausschaut, so noch viel mehr in dem Clou des Ganzen, dem von dem Verfasser vorgeschlagenen neuen § 11a: Die Stimmen derer, welche sich nicht schriftlich als verhindert entschuldigt haben, sollen einem „mindestens eine Woche vor der Wahl von dem — Bundesrat (!) . . . aufgestellten und bekannt gemachten Ersatzbewerber", der ebenfalls im Wahlkreis wohnen muß, zugezählt werden! Hier ist es wirklich schwer, dem Verfasser noch bona fides zuzutrauen. Er fühlt es selbst, daß man das „Gespenst" einer untertänigen Regierungspartei gegen ihn ins Feld führen werde, aber er sucht seinen eigentümlichen Vorschlag damit zu rechtfertigen, daß die Wahlsaulen im allgemeinen mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sein würden, und daß es die politischen Parteien ja in der Hand hätten, durch verstärkte Agitation die Wähler über die Folgen ihrer Wahlenthaltung aufzuklären. Wir brauchen über diesen, im besten Fall der Studierstube entsprossenen Vorschlag kein Wort weiter zu verlieren; nur auf einen Punkt möchten wir bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen, weil er von allgemeinerem wahlstatistischen Interesse ist: Unter der sogenannten „Partei der Nichtwähler" finden sich bekanntermaßen eine bedeutende Anzahl von Verzogenen, Ausgewanderten, Unmündigen, ja selbst Verstorbenen, deren Zahl nach einer vor einiger Zeit in einem bürgerlichen Blatt (dem „Tag") veröffentlichten Untersuchung im Jahre 1907 in einzelnen Kreisen über 10 Prozent der Wahlberechtigten umfaßt hat.

Doch genug. Es ist bezeichnend für die Gerechtigkeit unseres „demokratischen" Reichstagswahlsystems, daß 1903 selbst nach Hartmanns Vorschlägen und trotz der 91 „Ersatzbewerber" unsere Partei 98, statt der wirklich gewonnenen 81 Sitze erhalten haben würde, und 1907 nach einer von uns angestellten ungefähren Berechnung 90 statt 43 (die „Ersatzbewerber" wären bei der meist stärkeren Wahlbeteiligung von 91 auf zirka 60 gesunken). Und nicht einmal ein solches Wahlrecht wird von der Regierung für Preußen und Sachsen vorgeschlagen! Akademikus.

Eccardus, **Geschichte des niederen Volkes in Deutschland.** Berlin und Stuttgart, Verlag von W. Spemann. 862 Seiten.

Der pseudonyme Verfasser will die Geschichte des deutschen Volkes „nicht von oben herab" schreiben, sondern sozusagen von unten herauf; „der Glaube lebt in ihm, daß nur die gesunde Basis eines Volkes ihm die Zukunft garantieren kann, daß der Dauerzustand der Tiefe charakteristischer und wichtiger ist als die zufällige Höhe". Seine Legitimation schöpft der Verfasser daraus: „den sozialpolitischen Völkerfrühling Deutschlands von 1881 bis 1891 mit Bewußtsein und zuletzt, wenn auch an bescheidener Stelle, mitkämpfend erlebt zu haben". Er scheint danach ein „prominenter Mann" zu sein, wofür auch die Tatsache spricht, daß er für sein ebenso dickes wie wertloses Buch einen Verleger gefunden hat.

Es ist schon charakteristisch für ihn, daß er die Jahre des Sozialistengesetzes als „sozialpolitischen Völkerfrühling" verherrlicht. Hier und da macht er allerdings einen Versuch, ein unbefangeneres Urteil zu gewinnen, als in der Geschichtschreibung

„von oben herab" üblich ist, so in seinen Ausführungen über das Verhältnis zwischen Luther und Münzer. Aber schon in der Schilderung der Wiedertäuferherrschaft in Münster plätschert er gemütlich im alten Lügensumpfe; die Herrschaft der Pariser Sansculotten im Jahre 1793 ist ihm eine „Banditenwirtschaft", Marat und Robespierre nennt er „feige Aasgeier"; die Berliner Märzrevolution war „von einer Menge auswärtigen Gesindels" gemacht, „anscheinend alte Verschwörer von Fach darunter, infolgedessen die ganze Aufmachung mit Lügen und Hetzereien jeder Art großenteils widerlich"; Marx hat in „regem Briefwechsel" mit Rodbertus gestanden und ist von diesem, dessen Theorien er „hauptsächlich" nur den Begriff der „Ausbeutung" hinzugefügt hat, „entscheidend beeinflußt" worden.

Die unreife Arbeit würde an dieser Stelle überhaupt keine Erwähnung verdienen, wenn nicht vor dem trügerischen Titel gewarnt werden müßte, der ohnehin schon in der bürgerlichen Presse zur Irreführung der Leser ausgenützt wird. F. M.

Notizen.

Das Ende der Phosphorzündwaren. Im verflossenen Jahre ist endlich eine Fabrikation aus Deutschland verschwunden, die den bei ihr beschäftigten Arbeitern furchtbare Opfer an Gesundheit und Leben auferlegt hat: die Herstellung von Zündwaren mit weißem und gelbem Phosphor. Seit 1. Januar 1907 dürfen sie nicht mehr angefertigt werden, vom 1. Januar 1908 ab auch nicht mehr gewerbsmäßig feilgehalten, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht werden. Die bei Herstellung der sogenannten Schwefelhölzer entstehende Phosphornekrose, der durch die giftigen Phosphordünste hervorgerufene Knochenbrand, besonders des Unterkiefers, konnte durch keine Schutzvorschrift hintangehalten werden, es mußte eben ein Verbot der Verwendung des giftigen weißen und gelben Phosphors eintreten, für den ja der nicht giftige rote Phosphor einen ausreichenden Ersatz bietet.

Lange genug hat es gedauert, bis sich das Deutsche Reich zu einer solchen Maßnahme verstand. Nun, da es endlich geschah, läßt sich die Regierung weidlich dafür loben. Verschwiegen wird aber, wie schon bei der im Jahre 1902 erfolgten Vorlage des entsprechenden Gesetzentwurfes, daß nicht die Regierung, sondern die Sozialdemokratie es war, die zuerst diese Forderung erhob. Bereits zwei Jahre vorher, als die Regierung dem Reichstag den Entwurf vorlegte, am 22. November 1900, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags den Antrag gestellt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und Verkauf von Zündhölzchen mit weißem Phosphor verboten wird." Die Freisinnige Volkspartei durch den Abgeordneten Wiemer und das Zentrum durch den Abgeordneten Pichler erklärten sich gegen dieses Verbot, ebenso die Regierung, und erst im November 1902 machte sie den Antrag der „niemals positiv arbeitenden Sozialdemokratie" zur Regierungsvorlage!

Wie lange wird es noch dauern, bis auch der alte sozialdemokratische Antrag, die Verwendung von Blei für Farben, Glasuren und Kitten zu verbieten, Gesetzeskraft erlangt? Vorläufig werden nach wie vor — da die erlassenen Schutzvorschriften nicht durchgeführt werden können — jährlich Tausende von Malern, Anstreichern, Töpfern und Rohrlegern durch Blei vergiftet, und sie erhalten, wenn sie erwerbsunfähig werden, als volle Kompottschüssel die kärgliche Invalidenrente, da die gewerbliche Vergiftung nicht als Unfall anerkannt wird! E. W.

Die statistischen Erhebungen über die Parteiorganisation Groß-Berlins, die ich in Nr. 13 besprach, enthalten, wie uns der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands mitteilt, im Originalbericht einen Druckfehler, der mich zu falschen Schlüssen veranlaßte. Ich berechnete, daß von den 4649 zentralorganisierten Zimmerern nur 1107 = 23,8 Prozent politisch organisiert sind, während von den 1221

Digitized by Google

lokalorganisierten 389 = 31,9 Prozent politisch organisiert wären, mithin die lokalorganisierten Zimmerer sich eifriger an der Parteiorganisation beteiligten als die zentralorganisierten. Dieses Lob verdanken die lokalorganisierten Zimmerer aber nur dem auf S. 140 des Berichtes enthaltenen Druckfehler; es sind nämlich nicht 1221, sondern 2121 Zimmerer lokalorganisiert, und da von diesen nur 389 politisch organisiert sind, so beträgt der Prozentsatz nicht 31,9, sondern nur 18,3, ist also niedriger wie der der zentralorganisierten Zimmerer. Hoffentlich wird die in erfreulicher Aussicht stehende Verschmelzung der beiden Organisationen dazu beitragen, daß der Prozentsatz der politisch Organisierten noch weit über die jetzt nur durch den Druckfehler des Berichtes veranlaßte Höhe bei den Lokalorganisierten hinauswächst! ew.

Die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft konstatiert im Bericht für 1906 einen Zugang von 119 Betrieben und 1881 Versicherten gegen das Jahr 1905. Versichert sind jetzt 7249 Betriebe mit 43579 Arbeitern. Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug 885 Mark pro Jahr! Unfälle wurden 2120 gemeldet.

Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft meldet, daß er im Berichtsjahr 783 Betriebe besichtigt habe, und das Resultat: „Vollständig den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften entsprechend waren nur 53 Betriebe!!" Mit anderen Worten: in 730 Betrieben wurden Mängel entdeckt! Beanstandet wurden nach dem Bericht:

35	Proz. der revid.	Dampfkessel,	58	Proz. der revid.	Bandsägen,
21	" " "	Dampfmaschinen,	44	" " "	Fräsen,
22	" " "	Explosionsmotoren,	56	" " "	Hobelmaschinen,
63	" " "	Göpel,	63	" " "	Gatter,
64	" " "	Aufzüge,	52	" " "	Schleifmaschinen,
51	" " "	Kreissägen,	76	" " "	Universalmaschinen!

Von genügendem Unfallschutz kann wohl da keine Rede sein! Der Beamte erklärt ferner: „31 Prozent der revidierten Lohnbücher waren mangelhaft oder gar nicht geführt." Ein Unternehmer wurde wohl zu 1000 Mark Geldstrafe wegen „grober Lohnhinterziehung und Betrug" bestraft. Ein anderer wegen fahrlässiger Körperverletzung — „infolge der unbestimmten Aussagen der als Zeugen geladenen Arbeiter" nur zu 300 Mark Geldstrafe. E. G.

Zeitschriftenschau.

Unser österreichisches Bruderorgan „Der Kampf" sagte in seiner ersten Nummer, daß die Österreicher durch ihre besondere Verhältnisse gezwungen sind, wider Willen und Geschmack die Staatsrechtler der Internationale zu werden. Daß die daraus entspringenden Betrachtungen nicht bloß ein speziell österreichisches, sondern zugleich ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfen, weil sie zum tieferen Eindringen in unsere Auffassung staatsrechtlicher Probleme nötigen, zeigen zwei Artikel von Dr. Karl Renner im November- und Dezember-Heft: **„Löst die nationale Autonomie die Amtssprachenfrage?"** und **„Die Rechtsgrundlage der Amtssprachenfrage"**. Der Sprachenkampf, den die herrschenden Klassen in Österreich führten und den sie den Kampf um die nationale Autonomie nannten, war in Wirklichkeit ein Kampf für ihre speziellen Klasseninteressen, ein Kampf um die Besetzung der Ämter. Für die Bourgeoisie, die durch die mit ihr zusammenhängende Bureaukratie herrschte, war dies ein mittelbares, für die bureaukratische Klasse selbst ein unmittelbares materielles Interesse. Die von ihnen gemeinte nationale Autonomie drückte bloß die Ortsabgrenzung für die Machtsphäre der Bureaukraten aus. Für das Proletariat steht nicht die Amtssprache, sondern das Recht auf das Amt selbst als Forderung voran. Und zwar in folgender Weise. Auf dem Kontinent herrscht allgemein das System der zentralisierten Regierung, wo die Bürger vielleicht die oberste Regierung erwählen, diese zentrale Regierung aber alle Beamte von oben bis unten

ernennt, wodurch die Beamten der Zentralgewalt gegenüber abhängen und rechtlos, dem Volke gegenüber Herrscher werden, und das Volk der Untertan der Beamten ist. Demgegenüber vertritt die Sozialdemokratie einen Aufbau der Regierungsämter von unten herauf, zu stufenweis größeren Einheiten, die jede selbst ihre Beamte erwählen; dadurch sind die Beamten nicht mehr abhängig von einer Zentralgewalt und Gebieter des Volkes, sondern geachtete Diener ihrer Körperschaft, die ihren Rat braucht und sucht. Dieses, in England bestehende System — das mit beschränktem Stimmrecht und Cliquenherrschaft zusammengehen kann, also nicht notwendig demokratisch ist — wird meist als Selbstverwaltung bezeichnet, heißt jedoch besser Selbstregierung, Autonomie. Diese proletarische Auffassung der Autonomie löst die Frage der Amtssprache. Wo zwei Nationen in einer Ortsgemeinde durcheinander wohnen, bildet jede für sich eine Nationalgemeinde, die in nationalen Angelegenheiten autonom ist, während sie für die gemeinsamen Angelegenheiten zusammen die politische Gemeinde mit Proportionalvertretern bilden. Wenn da jede Gruppe ihre eigenen Beamten aus der eigenen Nation oder, wenn sie will, auch aus anderen wählt, ist jede Forderung für von oben einzusetzende Beamte überflüssig, denn es werden keine von oben eingesetzt.

In der holländischen Revue „De Nieuwe Tijd" vom Dezember behandelt J. Saks die **Kolonialfrage**. Durch das in der Polemik sich stetig steigernde Betonen und Entgegensetzen der beiden Seiten unseres Wirkens, kritische Negation und positive Reform, wurde der Eindruck geweckt, als seien sie einander ausschließende Gegensätze. Dies ist aber nie und nirgends in der sozialistischen Taktik der Fall; überall bilden die prinzipielle Ablehnung der kapitalistischen Praxis und der Versuch, ihr Reformen im Interesse der Arbeiter aufzunötigen, eine untrennbare Einheit. Die besondere Natur des Kolonialkapitalismus, der bloß die mörderische, verwüstende, erniedrigende Seite des Kapitalismus zeigt ohne die in der mutterländischen Industrie damit zusammengehende erhebende, erziehende Wirkung, hat zur Folge, daß die beste „Reform" des Kapitalismus in den Kolonien dessen Zurückdrängen und Behinderung ist, umgekehrt wie im Mutterlande. Daher das notwendige Hervorkehren des „negativen" Standpunktes. Die Hauptfrage bei der Kolonialpolitik und unserer Haltung ihr gegenüber liegt nicht in der Wirkung auf die Ausgebeuteten dort, sondern in der Wirkung auf die Ausgebeuteten hier, denn von dieser streitbaren Vorhut, vom europäischen Proletariat hängt das Schicksal auch der Ausgebeuteten in den Kolonien ab. Die Kolonialpolitik ist aber der Höhepunkt des ganzen modernen Systems von Herrschaft des Bankkapitals, Schutzzöllen, Ausbeutung durch Truste, Militarismus, reaktionärer Politik, die ein untrennbares Ganzes bilden, dazu bestimmt, durch einen modernen Kapitaldespotismus trotz des ungeheuren Wachstums des Kapitals eine hohe Profitrate zu erzielen. Diesen arbeiterfeindlichen Charakter schlimmster Art zu vertuschen durch den der „Kulturverbreitung", heißt die stärkste Waffe des Proletariats, seine klare Einsicht verderben. In welcher Weise das Proletariat durch Reformen in die Kolonialpolitik einzugreifen versuchen soll, darüber ist in der Stuttgarter Resolution nichts ausgeführt und konnte auch nichts ausgeführt werden, da die Verschiedenheit der Zustände zu groß ist; es muß jeder Partei überlassen bleiben, darin nach den besonderen Verhältnissen des eigenen Landes zu handeln. Die Stuttgarter Resolution gibt an, in welcher Richtung die Lösung aller Fragen nicht gesucht werden soll; im übrigen läßt sie alle Fragen offen.

Im Dezemberheft der englischen Revue „The Socialdemocrat" wird der hauptsächlichste Teil eines Artikels über **Indien** abgedruckt, der von einem Indier, Saint Nihal Sing, in einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht wurde. Er geht aus von der rechtswidrigen Verhaftung und Wegführung eines hervorragenden indischen Rechtsgelehrten Lala Lajpat Rai aus Lahore nach Hinterindien und der gewaltsamen Einsperrung und rohen Behandlung von indischen Intellektuellen, die in ihren Schriften an der Gottähnlichkeit der englischen Regierer zu zweifeln wagten. Dann beschreibt er das Elend Indiens, aber auch die Anfänge eines Widerstandes gegen die englische Ausbeutung. Von 1896 bis zum Mai 1907 sind 5400000 Indier der Pest erlegen, von 1891 bis 1901 fielen 19 Millionen als Opfer der Hungers-

not, nach der offiziellen Statistik. Die indischen Bauern und Handwerker können sich bloß ein dürftiges Mahl pro Tag leisten; ihr Einkommen beträgt durchschnittlich bloß 37 — sage siebenunddreißig — Mark pro Jahr. Dafür leben die englischen Beamten in größtem Luxus, und jährlich müssen die Inder mehr als 800 Millionen Mark aufbringen, die nach England oder in englische Taschen fließen. Dieser hoffnungslose Zustand hat allmählich in der Masse der indischen Bevölkerung einen steigenden Grimm gegen die englische Fremdherrschaft wachgerufen, den man vergebens durch Gewaltmaßregeln zu unterdrücken sucht. Als wirksamstes Mittel der nationalen Erhebung und Einigung dient der Boykott englischer Waren, der die englische Regierung zum Nachgeben bringen soll und vorerst schon der indischen Industrie — mit indischem Kapital und indischen Leitern — einen kräftigen Aufschwung gibt. Junge Inder gehen nach Japan, Amerika, Deutschland und Frankreich, sich technische und kommerzielle Kenntnisse anzueignen, und sogar die alten Kastenvorurteile müssen dem neuen Geiste weichen. Es wird von England abhängen, ob die nicht aufzuhaltende Selbständigkeit Indiens auf dem Wege der Vereinigten Staaten, gewaltsam, oder Kanadas, friedlich, stattfinden wird. A. P.

Bibliographie des Sozialismus.

Wir gedenken unter dieser Überschrift von Zeit zu Zeit die Neuerscheinungen der internationalen sozialistischen Literatur zu registrieren, worunter wir Schriften von Sozialisten über die verschiedenen Gebiete des proletarischen Klassenkampfes sowie Publikationen zur Geschichte des Sozialismus verstehen. Unsere Absicht, auch die sozialpolitische Literatur hier aufzuzeichnen, ließ sich nicht verwirklichen, da sie ungebührlich viel Raum erheischt hätte.

Arbore, Dr. Ekaterina, **Influenza industriilor asupra sanatatei lucratorilor.** Jasi, Str. Sft. Theodor 31, Witura revistei „Viatorul social". 21 pag. 30 bani.

Ancny, Marc, **Les systèmes socialistes d'échange.** Avant-propos de M. A. Deschamps. Paris, Félix Alcan. 372 pag. 3,50 fr.

Belfort Bax, E., **Essays in Socialism.** New and old. London, E. Grans Richards. 6 Pence.

Guggina, Giuseppe, **Il socialismo e la sui utopie i studi.** Torino, P. Marietti. 140 pag.

Koslowsky, L., **Socialnye dwischenja wj sowremennoĭ frantzij.** Swornik stateĭ: E. Berth, G. Lagardelle, E. Pouget, J. Sorel, G. Hervé. Verlag S. Lorowatowsky i A. Tscharuchnikow, 1908. 274 pag.

Man, H. de, **Het Tijdvak dn Demokratie.** Met enne voorrede door Henriette Roland-Holst. (Abbonement Germinal. 4. Jahrgang, Nr. 9.) Gent, Volksdruckerij. 88 S.

Mac Donald, J. R., **Socialism.** London, T. C. Jack.

Mormina Penna, Francesco, **L'idea sociale di Giuseppe Mazzini e i sistemi socialisti.** Teil I (von 1815 bis 1851). Bologna, Azzoguidi. 322 S.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins. Abgehalten zu Düsseldorf am 20. und 21. Oktober 1907. Elberfeld, Molkenbuhr & Co. 75 S.

Plechanoff, George, **Anarchism and Socialism.** Translated by Eleanor Marx Aveling. With an introduction by Robert Rives La Monte. Chicago, Charles H. Kerr & Co. 148 S. 1 Dollar.

Podmore, Fr., **Robert Owen:** a biography. 2 Bde. New York, Appleton. 346 u. 688 S. 6 Dollar.

Reichesberg, Dr. Julian, **Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart.** Separatabdruck aus Heft 12, 16 und 17, XV. Jahrgang, 1907, der „Schweizer Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik". Bern, Scheitlin, Spring & Co. 38 S.

Rothstein, Th., **The Socialist Annual 1908.** London, XXth Century Press, Ltd., 37a, Clerkenwell Green. 64 S. 3 Pence, per Kreuzband 4½ Pence.

Sinclair, Upton, **Discursul unui agitator.** (Die Ansprache eines Agitators.) Fragment tradui dupa american al romanului „The Jungle". Jasi, Str. Sft. Teodor 31. 7 S. 15 Pf.

Tschernenkow, N. N., **Agraria programma partij narodnoi swobod i e postadunotschaja rasrabotka.** St. Petersburg, Obschestwennaja Polen, B. Podatz, 39. 80 S.

Tucker, Benj. R., Herausgeber der „Liberty" in New York, **Der Staat in seiner Beziehung zum Individuum.** 1893. 16 S. 30 Pf. — **Staatssozialismus und Anarchismus:** in wie weit sie übereinstimmen und worin sie sich unterscheiden. Mit einem Anhang: **Die Literatur des individualistischen Anarchismus.** 1895. 16 S. 20 Pf. — **Was ist Sozialismus?** Mit einer Einleitung über „Unsere Ziele". 1902. 11 S. 10 Pf. — **Sind Anarchisten Mörder?** 1907. (4. Heft der „Propaganda des individualistischen Anarchismus in deutscher Sprache".) 14 S. 10 Pf. Berlin-Baumschulenweg, B. Zack, Kiefholzstraße 186.

Untermann, Ernst, **Marxian Economics.** A popular introduction to the tree volumes of Marx's „Capital". Chicago, Charles H. Kerr & Co. 252 S. 1 Dollar.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 16 Ausgegeben am 18. Januar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der rollende Stein.

✗ Berlin, 15. Januar 1908.

Mit hoher Genugtuung darf die deutsche Sozialdemokratie auf die letzten Tage zurückblicken, vor allem auf den vorigen Sonntag, der einen Ehrentag in ihrer Geschichte bilden wird, dank den imposanten Kundgebungen gegen die Dreiklassenschmach in Berlin und anderen Großstädten des preußischen Staates. Wie schon oft in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, hat die Tat selbst die erschöpfende Antwort auf alles Für und Wider gegeben; das Volk ist auf die Straße gegangen, und die leeren Redensarten der Gegner, daß sie sich dadurch nicht einschüchtern ließen, sind der schlagendste Beweis dafür, daß sie tatsächlich eingeschüchtert worden sind, denn die Drohung wie der Hohn, womit sie sonst den gerechten Forderungen der Massen entgegenzutreten pflegen, sind ihnen gänzlich in der Kehle stecken geblieben.

Man kann nicht eigentlich sagen, daß die Blockpolitik von nun an bankrott geworden sei, denn bankrott war sie schon am Tage ihrer Geburt. Allein der Bankrott ist nunmehr sozusagen offiziell angezeigt worden durch die Erklärung, die Fürst Bülow am 10. dieses Monats im preußischen Abgeordnetenhaus verlas. Sie war der derbste Fußtritt, der dem blockfreudigen Freisinn gegeben werden konnte, und es gehört nicht viel psychologischer Scharfsinn dazu, um zu sagen, daß der Reichskanzler diesen Tritt sozusagen mit widerstrebendem Fuße erteilte. Es hätte seiner persönlichen Art und seinem politischen Interesse weit mehr entsprochen, mit schönen Redensarten um den heißen Brei herumzugehen, und er durfte sicher sein, damit vollkommenes Verständnis bei den Freisinnigen zu finden, die schließlich ja auch nur schöne Redensarten über die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in den preußischen Staat machen wollen. Die Junker aber sind des süßen Tones längst satt und wollen in trockenem Tone festgestellt haben, daß Blockpolitik nichts anderes heißt, als gänzliche Unterwerfung des Freisinns unter den junkerlichen Willen. Daß sie je, um Bülow am Ruder zu erhalten, dem Freisinn auch nur ein Eckchen

Digitized by Google

ihrer tatsächlichen Machtposition einräumen würden, konnten von Anfang an nur politische Narren annehmen, aber daß sie dem „agrarischen“ Kanzler nicht einmal das bißchen feuilletonistischer Schaumschlägerei gestatten, das er nun einmal braucht, um der Blockpolitik einen kurzfristigen Schein von Leben zu verleihen, das wirft ein erschöpfendes Schlaglicht auf die wirkliche Lage der Dinge.

Es ist ganz richtig, was ein freisinniges Blatt sagt, daß Bülow die letzte Gelegenheit eines guten Abzugs von der politischen Bühne verpaßt habe, als er am vorigen Freitag den schwachatmigen Anträgen des Freisinns auf eine preußische Wahlreform die „kalte Teufelsfaust“ entgegensetzte. Wäre er lieber gegangen, als daß er diese Demütigung auf sich nahm, so hätte man freilich noch nicht sagen können: Ende gut, alles gut, aber doch: Alles schlecht, Ende leidlich. Allein jenes zutreffende Urteil eines freisinnigen Blattes über Bülow trifft auch mit nahezu gleicher Wucht den Freisinn selbst, der die Erklärung Bülows mit einer Demut entgegennahm, von der sich in der Geschichte der politischen Parteien nur schwer ein Beispiel finden läßt. In dem Augenblick, wo der Freisinn eine so schmerzende Ohrfeige erhielt, mußte er mit einem freiwilligen Fußtritt die Blockpolitik von sich schleudern und sich dadurch in den Augen der Massen rehabilitieren, soweit das überhaupt noch möglich ist. Das fiel ihm aber gar nicht ein, sondern er „begrüßte“ noch obendrein die Erklärung Bülows, weil darin für irgendwelche unabsehbare Zukunft die Möglichkeit offen gelassen war, die Dreiklassenwahl mit der Pluralwahl oder sonstigem Firlefanz zu Ehren von „Bildung und Besitz“ zu verschnörkeln. Wenn wir gleichwohl sagen, daß der Freisinn sich nur nahezu ebenso blamiert habe wie Bülow, so veranlaßt uns zu dieser Einschränkung allein die Tatsache, daß sich hier und da in den freisinnigen Wählern eine Regung der Scham kundgibt über die erbärmliche Rolle, die ihre Partei innerhalb des Blocks spielt, und daß diese schüchternen Anzeichen der Besserung doch nicht übersehen werden dürfen, zumal da die Mitwelt in diesem Punkte sehr wenig durch die Unentwegten verwöhnt ist.

Jedoch geleistet ist damit noch nicht das geringste, und wenn wir irgendwelche Hoffnungen darauf bauen wollten, so wären wir verwegener als ein Mann, der auf einer Brücke von Strohhalmen die Niagarafälle zu überschreiten versuchte. Charakteristisch ist für die weißen Raben des Freisinns, daß auch sie ihren Sang mit der krächzenden Note beginnen: Vor allem keine Straßendemonstrationen, die das sinnloseste Mittel sind, Wahlreformen durchzusetzen. Diese weisen Thebaner wissen noch nicht einmal, daß, solange es eine parlamentarische Geschichte gibt, Wahlreformen noch nie anders durchgesetzt worden sind, als durch den Druck von außen, mag dieser Druck nun gewaltsam gewesen sein, wie im Jahre 1848 in Frankreich, oder mag er friedlich sich durchgesetzt haben, wie im Jahre 1832 in England. Aber ein Druck von außen ist immer notwendig gewesen, und so wenig es unseren Aufgaben und Neigungen entspricht, preußische Junker zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, so müssen wir doch anerkennen, daß sie an ihrer Dreiklassenwahl nicht fester kleben, als die französischen Bourgeois unter dem liberalen Bürgerkönigtum an ihrem womöglich noch beschränkteren Wahlzensus geklebt haben.

Wer also den Kampf um die preußische Wahlreform damit beginnt, zu sagen: der Druck von außen sei unsinnig, und wir verwerfen alle Straßenkundgebungen, begibt sich des Anspruchs, politisch überhaupt noch ernsthaft genommen zu werden, und man wird sich damit abfinden müssen, daß von den einzelnen grünen Zweigen des Freisinns am letzten Ende doch nicht mehr zu erwarten ist, als von der Masse seiner dürren Zweige.

Ein Glück, daß auch nichts darauf ankommt! Die Arbeiterklasse wird sich durch alles freisinnige Lamentieren nicht von dem Wege abdrängen lassen, den sie nunmehr eingeschlagen hat. Sie würde es auch dann nicht tun, wenn sie zunächst gar keine Erfolge zu verzeichnen hätte, aber sie wird es um so weniger tun, je fühlbarer sich sofort ihr Druck von außen gemacht hat. Es soll nicht verkannt werden, daß sie einen Teil dieses Erfolges der Beschränktheit oder auch der Böswilligkeit ihrer Gegner zu danken hat, wobei denn freilich auch nicht übersehen werden darf, daß diese Beschränktheit und Böswilligkeit nur der Reflex ihrer eigenen Einsicht und Tapferkeit ist. Nach der ersten Massenkundgebung, die am vorigen Freitag von der Polizei nur in friedlicher Form behelligt wurde, gefielen sich die bürgerlichen Blätter noch in der beliebten Mischung von Drohung und Hohn, aber damit hatte es ein Ende, als am Sonntag die noch gewaltigere Massenkundgebung stattfand, die mit dem hauenden Säbel zu belästigen die Polizei für ihre staatserhaltende Pflicht hielt. Blut ist aber ein ganz besonderer Saft, und schließlich reißt auch die Geduld des Philisters ab, wenn er sich erinnert, daß vor kaum Jahresfrist der patriotische Janhagel sich nächtlicherweile brüllend durch die Straße vor das Palais des Reichskanzlers und vor das Schloß des Kaisers wälzen durfte, beschirmt und beschützt von der Polizei, während gegenwärtig die Arbeitermassen, die am hellen lichten Tage für ihr gutes Recht demonstrieren, mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden.

Nun hat das Spotten ein Ende und das Drohen auch. Ein schüchterner Versuch der „Konservativen Korrespondenz", eine Strafverfolgung gegen die „Führer" der Massenkundgebungen „anzuregen", wird sogar von der „Deutschen Tageszeitung" zurückgewiesen, dem Organ der Brotwucherer, das sonst immer dabei war, die Massen niederzukämpfen, die sich nicht gutwillig genug durch den Brotwucher auspowern ließen. Knuten-Ortel ist unheimlicher Ahnung voll und meint, die Mobilmachung des Staatsanwalts gegen die Massenkundgebungen werde nur zu neuen Blamagen führen. Das ist seit Jahren das erste vernünftige Wort, das in diesem braven Blättchen laut geworden ist. So vernehmlich klopft der Druck von außen selbst an die dicksten Schädel. Deshalb kann der Staatsanwalt doch noch mobil gemacht werden und sogar mit dem beabsichtigten Erfolg, aber dann wird die Blamage, die der Knappe des Hungertarifs befürchtet, nur um so größer sein.

Selbstverständlich sind wir weit entfernt davon, den ersten Erfolg zu überschätzen. Wir kennen die ostelbischen Junker viel zu gut, um uns einzubilden, daß sie mit einem einzigen Anlauf über den Haufen gerannt werden könnten. Was aber durch diesen Anlauf schon bewiesen worden ist, das ist die Richtigkeit der Taktik, die mit ihr eingeschlagen wird und die allerdings jetzt schon

mehr erreicht hat, als mit allen freisinnigen Reden und Resolutionen erreicht werden kann. Darüber lachen die Junker, denn daß sie sich deshalb keine grauen Haare wachsen zu lassen brauchen, wissen sie aus dem Jahre 1848 und von der preußischen Konfliktszeit her. Jedoch wenn ihm nicht mehr bloß ein Schwall von Worten, sondern eine Masse von Menschen entgegentritt, die entschlossen das Recht fordert, das sie ihr geraubt haben, so sind sie sich sehr klar darüber, daß es sich hier um eine ganz andere Sache handelt. Denn mit der Macht haben sie auch den Instinkt der Macht, der den freisinnigen Politikern so gänzlich fehlt, dank der Ohnmacht, worin sie von jeher gelebt haben, noch leben und immer leben werden.

Die Arbeiterklasse ist die verachtetste, aber sie ist auch die unentbehrlichste Klasse der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Sie braucht noch nicht gewaltsam an die Ordnung oder vielmehr die Unordnung dieser Gesellschaft zu tasten, um den in ihr herrschenden Klassen das Leben blutsauer zu machen. Sie hat es bisher, in ihrem Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein, mehr auf ökonomischem als auf politischem Gebiet getan, wozu unstreitig beigetragen hat, daß ihr im Reiche das allgemeine Wahlrecht sozusagen in den Schoß fiel. Bismarck hat es seinerzeit eingeführt, nicht um der Arbeiterklasse, sondern um der Junkerherrschaft willen, aber so gründlich er sich darin verrechnet hat, so ist unzweifelhaft das Schicksal der besitzenden Klassen bis zu einem gewissen Grade dadurch erleichtert worden, daß die Arbeiterklasse sich im Reiche nicht erst ihr Recht zu erkämpfen brauchte. Diese Probe hat sie nunmehr im preußischen Staate abzulegen, und sie besitzt Kräfte und Mittel genug, selbst eine so hartnäckige und zähe Rasse wie die ostelbischen Junker mürbe zu machen. Und um die Ausdauer und Energie, womit sie diese Kräfte und Mittel ins Spiel zu bringen weiß, brauchen wir nicht zu sorgen.

Mit den Kundgebungen der letzten Tage ist der Stein ins Rollen gekommen, der dem Ungetüm die tönernen Füße zerschmettern wird.

Die Haager Konferenz.

Von **M. Pawlowitsch.**

Wenn man die erste Haager Konferenz mit knapper Not eine Friedenskonferenz nennen konnte, so wurde die zweite geradezu eine Kriegskonferenz. Auf der ersten Konferenz debattierte man noch, wenn auch ohne Aussicht auf Erfolg, die Frage, wie die weiteren Rüstungen einzuschränken wären, und von den angesehensten Vertretern wurde der Vorschlag gemacht, alle internationalen Konflikte durch Schiedsgerichte schlichten zu lassen. Die zweite Konferenz setzte, insofern sie überhaupt mehr oder weniger geschlossen vorging, ihre ganze Tatkraft daran, den Krieg „human", ja fast wünschbar oder sogar nützlich zu gestalten.

In dieser für viele plötzlichen Umwandlung der „Friedenskonferenz" in eine echte Kriegskonferenz liegt jedoch nichts Unnatürliches; man konnte diese Umwandlung leicht voraussehen, wenn man die Vorgeschichte dieser Konferenzen und die Beweggründe kannte, die die russische Regierung und jetzt die englische zur Einberufung dieser Konferenzen veranlaßt haben.

Als 1898 die zarische Regierung mit der „Abrüstungsnote“ hervortrat, hatte sie sich natürlich nicht von „hohen und edlen Erwägungen“ leiten lassen. Solche kennt die russische Regierung weder in der inneren noch in der äußeren Politik, übrigens haben sie auch bei liberalen Regierungen nie irgend eine Rolle gespielt.

England begann den Krieg gegen die Buren, angeblich um das Wahlrecht in Südafrika auszudehnen, und beendete ihn mit der Umwandlung der Transvaal- und Oranjerepubliken in englische Provinzen. Die Vereinigten Staaten erklärten Spanien den Krieg, angeblich um Kubas Unabhängigkeit zu wahren, und gliederten zuletzt nicht nur Kuba, sondern auch die Philippinen ihrem Staate an und treiben dort seither eine Politik der Grausamkeit und Unterdrückung, die sich von der spanischen Willkür durch nichts unterscheidet. Auch die russische Regierung, die im Jahre 1876 den Krieg mit der Türkei begonnen hatte, um Bulgarien zu befreien, wollte Bulgarien in eine russische Provinz verwandeln. Sie sagte sich in Wirklichkeit auch nicht von ihrer traditionellen Politik los, als sie mit der berühmten „Abrüstungsnote“ hervortrat. Mit ihrer Note beabsichtigte die russische Regierung nur, Rußland zur ersten Militärmacht zu erheben.

Und in der Tat, was ist denn der Grundgedanke der „Abrüstungsnote?“ Eigentlich war in jener Note kein Wort von Abrüstung enthalten; es handelte sich nur darum, die weiteren Rüstungen einzustellen, was natürlich etwas anderes ist. „Den weiteren Rüstungen ein Ende zu machen“, heißt es in der Note vom 24. August 1898, „Mittel zu suchen, um dem der ganzen Welt drohenden Unheil vorzubeugen, ist jetzt die Pflicht aller Mächte.... In der Überzeugung, daß dieses hohe Ziel den wesentlichen Bedürfnissen und den Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß jetzt die günstigste Zeit da sei, auf dem Wege der internationalen Verständigung wesentliche Mittel zu finden, die den Völkern den wahren Frieden sichern und vor allem der mehr und mehr steigenden Entwicklung der Rüstungen ein Ende machen.“

In dieser Note, die fälschlicherweise Abrüstungsnote genannt wird, schlug die russische Regierung den europäischen und allen anderen Mächten vor, eine Art militärischen Status quo festzustellen, das heißt die Truppenzahl nicht zu vergrößern und auch die Kriegstechnik nicht weiter zu vervollkommnen. In der Verwirklichung dieses Vorschlags sah die russische Regierung das beste Mittel, ihre eigenen Militärkräfte auf einer noch nie dagewesenen Höhe zu erhalten. Und in der Tat, als sich die russische Regierung an die Mächte mit dieser Note wandte, war gerade ein Moment, wo ihre Armee in der Ausrüstung denen der westeuropäischen Mächte nur wenig nachstand. Früher war sie weit hinter ihnen zurückgeblieben. Wir erwähnen nur, daß noch in dem letzten Kriege zwischen Rußland und der Türkei die russischen Truppen mit Gewehren nach den veralteten Systemen Krnka und Berdan ausgerüstet waren, während die Türken Schnellfeuergewehre des Systems Peabody hatten. Bei Sebastopol besaßen die russischen Truppen Steinflinten, die Alliierten aber waren mit Perkussionsgewehren ausgerüstet.

Dank der Allianz mit Frankreich erhielt Rußland in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts 500000 Gewehre neuester Konstruktion, und mit dem französischen Gelde konnte es neue Hunderttausende der vollkommensten Gewehre und eine große Anzahl von Kanonen kaufen. Der russischen Regierung

Digitized by Google

blieb nun nur noch übrig, nach und nach das Eisenbahnnetz zu vergrößern, um die numerische Überlegenheit den anderen Mächten gegenüber zu haben. Daher suchte die russische Regierung diese Lage der Dinge für immer aufrechtzuerhalten, und mit ihrer sogenannten „Abrüstungsnote“ glaubte sie diesen Zweck zu erreichen.

Die Niederlage, die Rußland mit seinem Antrag auf der ersten Konferenz erlitt, verhinderte jedoch die englische Regierung nicht, auf der zweiten mit einem ähnlichen Vorschlag hervorzutreten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Vorschlägen liegt darin, daß Rußland seine Interessen als die einer Landmacht zu verteidigen suchte, England dagegen strebt danach, seine Hegemonie als Seemacht zu sichern. Und dem entspricht es, daß sich auf der ersten Konferenz die Verhandlungen hauptsächlich um den Landkrieg drehten, auf der zweiten um den Seekrieg. Was ist nun der reale Beweggrund des englischen Vorschlags über die Einstellung der weiteren Rüstungen? Der Hauptfeind und Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt ist gegenwärtig Deutschland. Die deutsche Handelsflotte durchkreuzt alle Meere, die Produkte der deutschen Industrie finden überall Absatz, dringen in die entferntesten Winkel der Welt ein und verdrängen die englischen Fabrikate. An den entferntesten Punkten der Erdkugel — in Kleinasien, in China, in Afrika, in Australien — kämpft Deutschland erfolgreich gegen England. Aus Furcht vor Deutschland schließt England die berühmte Entente cordiale mit Frankreich, tritt in Verhandlungen mit Spanien, befestigt seine Freundschaft mit Italien und trifft sogar Abmachungen mit seinem Erbfeind Rußland. Aus derselben Ursache zieht England sein Geschwader aus dem Mittelländischen, Chinesischen und anderen Meeren an die Küste Englands, lehrt seine Land- und Seearmee, die Küste gegen die Landung feindlicher Truppen zu schützen. Gelänge es Deutschland, eine große Truppenzahl an irgend einem Orte der englischen Küste zu landen, so würde England in eine kritische Lage geraten. Die letzten Manöver der englischen Flotte in Verbindung mit den entsprechenden Bewegungen seiner Landarmee bewiesen, daß eine solche Landung der feindlichen Truppen nicht ausgeschlossen ist. Auch die Ereignisse des ostasiatischen Krieges, und zwar die Landung der japanischen Truppen an der Küste der Halbinsel Liaotung in der Nähe von Port Arthur, beweisen, wie wenig Englands Küste vor einem Angriff geschützt wäre, sobald seine Flotte ein deutsches Geschwader nicht mehr zu hindern vermöchte, sich seiner Küste zu nähern. Die Grundaufgabe Englands als einer Seemacht besteht nun darin, die gegenwärtige Lage der Dinge aufrechtzuerhalten, bei der es der deutschen Flotte unmöglich ist, England anzugreifen.

Gegenwärtig besteht die deutsche Offensivflotte aus 16 Linienschiffen mit einem Deplacement von 190460 Tonnen. Rechnen wir noch die 3 gepanzerten Kreuzer hinzu, so ergibt sich eine Kraft, die der von Rußland und Japan zusammen bei Tschuschima gleich ist. Die Schnelligkeit dieser mächtigen Schiffe beträgt 17,5 bis zu 18,7 Seemeilen (zirka 33 Kilometer) in der Stunde. Die Ausrüstung der Flotte besteht aus 80 schweren, 84 mittleren und 174 leichten Geschützen. Im ganzen kann das gesamte schwere Artilleriegeschütz auf einmal eine Metallmasse von 288 Zentner gegen den Feind schleudern. Zu diesen Schiffen kommen noch 5 kleine Kreuzer und 10 Torpedoboote hinzu. Diese Flotte besteht aus modernen Schiffen, wie der Oberst a. D. Gädke, dem wir auch diese Angaben entnehmen, richtig bemerkt; sie stellt eine furchtbare Kriegsmacht dar, hat eine gute Besatzung und ist stets schlagfertig.

Wenn aber dieses mächtige Geschwader eine gewaltige Kraft der russischen, schwedischen und sogar der japanischen Flotte gegenüber darstellt, so ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn wir es mit der englischen Flotte vergleichen.

Der Teil der englischen Flotte, der sozusagen jeden Augenblick den 19 deutschen Schiffen mit ihrem Gesamtdeplacement von 208000 Tonnen gegenübergestellt werden kann, besteht aus 40 großen Kriegsschiffen mit einem Deplacement von 588000 Tonnen. Dieses riesige englische Geschwader, von geschickten Männern geleitet, mit einer im Manövrieren und Schießen aus den Marinegeschützen vollkommen ausgebildeten Mannschaft, kann noch, wenn es nötig ist, durch 28 andere Kriegsschiffe unterstützt werden, deren Mobilmachung nicht über vier Tage dauern wird. Im allgemeinen besteht die englische Flotte aus 92 großen Kriegsschiffen (60 Panzerschiffe und 32 gepanzerte Kreuzer) mit einem Deplacement von 1207000 Tonnen, denen Deutschland nur 37 Schiffe (die Reserveschiffe eingeschlossen) mit einem Deplacement von 350750 Tonnen entgegenstellen kann. Im allgemeinen gleicht die englische Flotte den Flotten Frankreichs, der Vereinigten Staaten Nordamerikas und Deutschlands zusammengenommen, außerdem hat England noch auf seiner Seite die trefflichste Mannschaft und die größere Gleichartigkeit der Schiffe.

Es ist ganz verständlich, warum England, das die erdrückende Übermacht auf der See hat, die Frage der Einschränkung der weiteren Rüstungen auf die Tagesordnung stellte. Für England ist nichts vorteilhafter, als die Erhaltung des jetzigen Status quo. Als England den Vorschlag machte, die weiteren Rüstungen einzuschränken, erstrebte es also für sich dasselbe Resultat, wie die russische Regierung im Jahre 1898, die ihre damalige Militärmacht für ausgezeichnet hielt.

Diese Analogie läßt sich noch weiter durchführen. Als die russische Regierung zugleich mit der Veröffentlichung ihrer berühmten „Abrüstungsnote" 90 Millionen Rubel für das ostasiatische Abenteuer aufnahm, wurde dieser scheinbare Widerspruch in der ausländischen und speziell in der englischen Presse unzweideutig kommentiert. Dasselbe geschieht und noch in einer schärferen Form jetzt in England. Das Haupt des englischen Kabinetts, Sir Henry Campbell-Bannerman, erklärte kategorisch, daß „die Verstärkung der Rüstungen eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens bedeute", und daß es „für einen großen Staat nichts Erhabeneres gäbe, als sich an die Spitze der Friedensliga zu stellen". Die englische Regierung akzeptierte auch die dem Unterhause vorgelegte Resolution, die eine Einschränkung der Rüstungen forderte. Gleichzeitig aber wurde auf den englischen Werften, in den Kanonen- und Gewehrfabriken und in den Kabinetts des Kriegs- und Marineministeriums eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt, als ob das Gespenst eines nicht mehr vermeidbaren Krieges erstanden wäre. Im Lande findet ebenfalls eine rege Agitation für die allgemeine Wehrpflicht statt, um die Macht Englands auch zu Lande zu stärken.

Zur Zeit der zweiten Haager Konferenz hatte England in der Tat seine Armee und Flotte auf Grund der Erfahrungen aus dem russisch-japanischen Kriege so umgestaltet, daß es den anderen Mächten weit voraus gekommen war, und es blieb England nur übrig, eine Beschränkung der weiteren Rüstungen auf der Konferenz durchzusetzen, um seine Überlegenheit den anderen Mächten gegenüber ohne weitere Mehrkosten aufrecht zu erhalten.

Diese Tatsache wirft ein helles Licht auf die Verhandlungen der Haager Konferenz.

Die Mitglieder dieser Konferenz strebten danach, einander zum besten zu haben, indem die Vertreter jedes Staates solche Beschlüsse durchzusetzen suchten, die für ihn vom militärischen Standpunkt aus vorteilhaft waren und die übrigen Länder in eine äußerst ungünstige Lage versetzt hätten. Selbstverständlich gelang es den Diplomaten nicht, einander hinters Licht zu führen.

Um zu beweisen, in welcher Richtung die Arbeit der Konferenz vor sich ging, genügt es, nur einige Beispiele anzuführen. Die französischen Delegierten brachten zum Beispiel einen Vorschlag ein, der die auf der Haager Konferenz vertretenen Mächte verpflichtet, keinen Krieg ohne vorherige Bekanntmachung in der Form entweder einer Kriegserklärung oder eines Ultimatums zu beginnen.

Bekanntlich wurde der größte Teil der Kriege während der letzten zwei Jahrhunderte ohne jede Warnung und ohne formelle Kriegserklärung begonnen. Während dieser Zeit wurden nur 10 Kriege mit einer formellen Kriegserklärung, 112 dagegen ohne irgend welche vorherige Proklamierung begonnen.

Diesem Vorschlag haben sich fast alle Mächte angeschlossen, unter anderen auch Deutschland. Nur die englischen Bevollmächtigten verhielten sich ablehnend dagegen und weigerten sich, zusammen mit den Japanern und Amerikanern, ihn anzunehmen.

Ist es vom Standpunkt des Friedens erwünscht, daß alle Mächte den Vorschlag der französischen Delegation annehmen sollen? Die vorherige Kriegserklärung ist keine bloß formelle Frage: in unserem Zeitalter des Telegraphen und Telephons genügen wenige Stunden, um die dabei interessierten Mächte über die gegenseitigen Absichten in Kenntnis zu setzen. Der Zwang, eine formelle Kriegserklärung abzuwarten, wäre dann von Vorteil, wenn er eine Verzögerung der Kriegsoperationen mit sich brächte. Wenn man das Prinzip der formellen Kriegserklärung proklamiert, so muß man auch einen bestimmten Zeitraum zwischen der Kriegserklärung und dem Beginn der Operationen festsetzen. Daher machte die niederländische Regierung einen Vorschlag, daß die Kriegsoperationen erst 24 Stunden nach der Kriegserklärung beginnen sollten. Dieser kurze Zeitraum gäbe den befreundeten Mächten die Möglichkeit, den letzten Versuch, die äußersten Anstrengungen zu machen, um die drohende Kriegsgefahr zu vermeiden. Dieser Vorschlag wurde von allen Mächten, mit Ausnahme Rußlands und einiger kleiner Staaten, wie Griechenland usw., abgelehnt. Charakteristisch ist dabei, daß einer der hartnäckigsten Gegner wiederum England war, da die sofortige Attackierung und Blockierung der feindlichen Häfen eines der Hauptprinzipien des Seekriegs ist.

Durch die Ablehnung des niederländischen Vorschlags wird die praktische Bedeutung der Resolution über die Kriegserklärung gleich Null, weil diese Bedingung zu einer leeren Formalität wurde, die weder die Kriegsvorbereitungen, noch den plötzlichen Beginn der Kriegsoperationen verhindern kann. Japan konnte ohne jeden Nachteil der russischen Regierung gerade zu demselben Moment ein Telegramm mit der Kriegserklärung absenden, als seine Torpedoboote vor Port Arthur standen und bereit waren, in die Reede einzudringen. Formell war Rußland vom Beginn der Operationen vorher benachrichtigt, faktisch jedoch wurde es plötzlich überfallen. Das einzige Mittel, plötzliche Überfälle unmöglich zu machen, besteht in der Festsetzung eines obligatorischen Zeitraums zwischen der Kriegserklärung und dem Beginn der Kriegsoperationen.

Die Tatsache jedoch, daß fast alle der aufgeklärtesten und liberalsten Großmächte den niederländischen Vorschlag entschieden abgelehnt haben, beweist deutlich, daß keine von ihnen sich in dieser Hinsicht beschränken will, und daß die Regierungen der bürgerlichen Staaten im Gegenteil von Kriegsbestrebungen durchdrungen sind und sich die Möglichkeit eines plötzlichen Überfalls nicht nehmen lassen. So sieht das „göttliche Ideal der sozialen Gerechtigkeit und der Humanität" aus, von dem, nach Versicherung eines belgischen Delegierten, alle Mitglieder der Haager Konferenz beseelt waren.

Zugleich mit der Frage über die Kriegserklärung riefen die Fragen des Seekriegs im allgemeinen und des Privateigentums auf dem Meere im besonderen heftige Debatten hervor.

Es ist wohl bekannt, daß sich verschiedene europäische Regierungen im vorigen Jahrhundert mehrmals gegen die Wegnahme privater Handelsschiffe durch feindliche Kriegsschiffe ausgesprochen haben. Dieser fromme Wunsch, in die Seeschlachten dieselben Prinzipien einzuführen, die in den Kriegen zu Lande herrschen, wo das Privateigentum de jure als unantastbar gilt, konnte jedoch keine Verwirklichung finden, und zwar wegen des entschiedenen Widerstandes Englands, das sich als erstklassige Seemacht nicht von dem Kampfesmittel lossagen wollte, das es mit großem Erfolg in den früheren Kriegen angewendet hatte. Seit dem Pariser Frieden entfaltete an erster Stelle Deutschland eine Agitation gegen jene „harten und unmenschlichen" Kriegsmethoden, die von England bei einem Seekrieg praktiziert werden. Deutschland folgten auch die Vereinigten Staaten. Die berühmtesten deutschen, nordamerikanischen und teils auch französischen Professoren und andere Gelehrte sprachen sich für das „hohe Prinzip" der Unantastbarkeit von Privateigentum auf der See aus. Ihre Haltung ist jedoch keine Frage der „menschlichen Moral", sie erklärt sich vielmehr durch das militärische Machtverhältnis zwischen England und Deutschland.

Da Deutschland eine gewaltige, über die ganze Erdkugel zerstreute Handelsflotte, dagegen nur eine verhältnismäßig kleine Kriegsflotte hat, so strebt es natürlich danach, seinen Handel im Falle eines Krieges mit England gegen den Angriff des mächtigen englischen Geschwaders zu schützen. In dieser Beziehung erscheint Deutschland das Prinzip der Unantastbarkeit des Privateigentums als das geeignetste Mittel.[1] Dagegen will sich England von seinem „Rechte" nicht lossagen, dem Feinde einen heftigen Schlag zu versetzen, indem es seinen Handel unmöglich macht und dadurch das wirtschaftliche Leben ins Stocken bringt.

Der Entwurf, den England der Konferenz vorlegte und der den Begriff der „Kriegskonterbande" bestimmen sollte, beweist, daß England sich dem Feinde gegenüber im wesentlichen nicht beschränken will.

So zeigt uns die Untersuchung fast aller der Konferenz vorgelegten „humanen" Projekte, besonders die der Großmächte, wie zum Beispiel die Gesetze über das Bombardement der Küstenstädte, über das Verbot oder die Einschränkung der Anwendung von Unterseebooten, über die Anwendung von Luftschiffen usw., daß allen diesen Vorschlägen die egoistischsten Motive zu-

[1] Die deutsche Handelsflotte steht an zweiter Stelle (nach England). Ihr Wert macht ungefähr 500 Millionen Mark aus. Der auswärtige Handel übersteigt 10 Milliarden Mark. Es ist leicht einzusehen, welche Erschütterung des ökonomischen Lebens Deutschlands ein Krieg mit England herbeiführen würde.

Digitized by Google

grunde lagen. So schlägt zum Beispiel England vor, die Anwendung von Kontakttorpedos (automatischen Seeminen) zu beschränken, die eine wichtige Verteidigungswaffe der schwächeren Länder sind, während es gleichzeitig sein „Recht", auch die unbeschützten Plätze zu beschießen, verteidigt, wogegen sich natürlich solche Länder wie Rußland, Italien usw. wehren, da sie ein ausgedehntes Küstenland haben. Ebenso treten einige Mächte, die die Erfolge der französischen Unterseeboote in Angst versetzt haben, gegen die Anwendung dieses schrecklichen Zerstörungswerkzeugs auf; andere wollen dagegen die Anwendung von Luftschiffen zu Kriegszwecken verbieten, um sich ebenfalls gegen Frankreich zu schützen....

So steht es mit dem realen Beweggrund all dieser „humanen" Vorschläge der Großmächte.

Die zweite Konferenz hat ebenso wie die erste nichts für den internationalen Frieden getan. Dafür hat sie aber etwas im Interesse der internationalen Raub- und Unterdrückungspolitik geleistet. Die erste Haager Konferenz weigerte sich, die Vertreter der Transvaal- und Oranjerepubliken zuzulassen, und sie erkannte dadurch alle Ansprüche Englands auf diese Länder an. Die zweite Konferenz weigerte sich, die Beschwerden der koreanischen Delegierten entgegenzunehmen, und so sanktionierte sie die aggressive Politik Japans, das noch 1904 die Unabhängigkeit Koreas anerkannt hatte. Also mit der Zustimmung dieser Konferenz ist Korea Japan ausgeliefert worden, das Korea den letzten Schatten der Unabhängigkeit und Selbständigkeit genommen hat. Das Schicksal Koreas ist der beste Beweis für die Heuchelei der Konferenz. Den Vertretern Koreas blieb nur übrig, sich mit den Worten zu entfernen: „Auf dieser Welt gibt es nirgend mehr Gerechtigkeit, auch nicht auf der Haager Konferenz."

Die zweite Haager Konferenz bestätigt somit wieder einmal die Tatsache, daß es außerhalb der großen sozialen Bewegung der proletarischen Massen aller Länder kein Mittel gibt, die Gefahr der internationalen Konflikte zu verhindern, die in den Tiefen der modernen bürgerlichen Staaten reifen und von dem ganzen Wesen der kapitalistischen Gesellschaft untrennbar sind.

In dieser Bewegung liegt die Möglichkeit, jenen internationalen Frieden zu verwirklichen, den die größten Denker herbeigesehnt haben. Lächerlich ist es, etwas von den Konferenzen der heuchlerischen Diplomaten zu erwarten, die nie die bekannte Devise Talleyrands vergessen: „Die Sprache ist uns dazu gegeben, um die Gedanken zu verbergen" — und diese Gedanken entsprechen dem Wesen einer auf dem Raube des Produktes fremder Arbeit beruhenden Gesellschaft.

Die Änderung des Börsengesetzes.

Von **Ludwig Frank.**

Gegen Caprivis Handelspolitik erhob sich eine kräftige agrarische Bewegung, die im Bund der Landwirte eine schlagfertige Organisation schuf und siegreich blieb. Einer der ersten und größten Erfolge, die von der Grundrente im Kampfe gegen das Handelskapital errungen wurden, war das Börsengesetz vom 22. Juni 1896, das zum Teil nur eine überflüssige Kodifikation darstellte, dessen wichtiger vierter Abschnitt aber die Spekulation in Fesseln schlug.

Damit die Preisbildung leichter im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten beeinflußt werden könnte, wollte man die Börsentermingeschäfte möglichst ausschalten.

„Als Börsentermingeschäfte in Waren oder Wertpapieren gelten Kauf- oder sonstige Anschaffungsgeschäfte auf eine fest bestimmte Lieferungszeit oder mit einer fest bestimmten Lieferungsfrist, wenn sie nach Geschäftsbedingungen geschlossen werden, die von dem Börsenvorstand für den Terminhandel festgesetzt sind, und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine amtliche Feststellung von Terminpreisen erfolgt" (§ 48 des Gesetzes).

Das Börsengesetz verbot den Börsenterminhandel in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen (§ 50, Absatz 2) sowie in Getreide- und Mühlenfabrikaten und gab dem Bundesrat das Recht, noch weitere Verbote zu erlassen. Insoweit der Börsenterminhandel in bestimmten Waren oder Wertpapieren untersagt wurde, sind Börsentermingeschäfte in diesen Waren oder Wertpapieren von der Benutzung der Börseneinrichtungen ausgeschlossen und dürfen von den Kursmaklern nicht vermittelt werden. Auch dürfen für solche Geschäfte Preislisten (Kurszettel) nicht veröffentlicht oder in mechanisch hergestellter Vervielfältigung verbreitet werden (§ 51, Absatz 1). Die Rechtsprechung, unter Führung des ersten Zivilsenats am Reichsgericht, ist aber viel weiter gegangen als das Börsengesetz, das lediglich die in § 51, Absatz 1 aufgezählten Folgen an das Verbot knüpfte. Die untersagten Börsentermingeschäfte wurden für nichtig erklärt. Der § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt:

„Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt."

Es können somit Zahlungen, die in Erfüllung eines gesetzlich untersagten Börsengeschäftes geleistet worden sind, bis zum Ablauf der Verjährungsfrist, also dreißig Jahre lang, wieder zurückgefordert werden. Die persönliche Ehrenhaftigkeit des Schuldners bietet dagegen nicht genügenden Schutz; wenn er nach zwanzig Jahren in Vermögensverfall gerät, kann der Konkursverwalter gezwungen werden, im Interesse der Gläubiger die bezahlten Beträge zurückzuverlangen. Das gleiche gilt für Vormünder und Testamentsvollstrecker. Diese Quelle endloser Unsicherheit entspringt nicht im Gesetz, sondern in der „legislatorischen" Rechtsprechung. Daß Geschäfte, die als Spiel oder Wette gekennzeichnet sind, keine klagbaren Verpflichtungen hervorbringen, ist keine erst durch das Börsengesetz geschaffene Neuerung. Aber das auf Grund des Spiels oder der Wette Geleistete konnte nach dem in Deutschland geltenden Rechte nicht zurückgefordert werden. Das sächsische Bürgerliche Gesetzbuch vom 2. Januar 1863 hatte folgenden § 1482:

„Ein Vertrag, nach welchem der eine dem anderen den Unterschied zwischen dem angenommenen Preise einer Sache und dem Marktpreise oder Kurse, welchen sie zu einer bestimmten Zeit gehabt habe oder haben werde, zahlen soll, ist nach den Vorschriften über Spiel und Wette zu beurteilen. Dies gilt insbesondere von einem Lieferungskauf, welcher nur zum Scheine auf Lieferung zu einer gewissen Zeit gerichtet ist und bei welchem die Absicht der Vertragschließenden nur dahin geht, daß der Unterschied zwischen dem vereinbarten Kaufpreis und dem Marktpreis oder Kurse zur scheinbaren Lieferungszeit von dem einen dem anderen vergütet werden soll."

Digitized by Google

Fast in allen deutschen Reichsgebieten wurden die Differenzgeschäfte als Spielverträge behandelt, und das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch vom 18. August 1896 (in Kraft seit 1. Januar 1900) bestätigte deshalb nur den alten Zustand, wenn es in seinem § 764 folgendes festsetzte:

„Wird ein auf Lieferung von Waren oder Wertpapieren lautender Vertrag in der Absicht geschlossen, daß der Unterschied zwischen dem vereinbarten Preise und dem Börsen- oder Marktpreis der Lieferungszeit von dem verlierenden Teile an den gewinnenden gezahlt werden soll, so ist der Vertrag als Spiel anzusehen. Dies gilt auch dann, wenn nur die Absicht des einen Teiles auf die Zahlung des Unterschieds gerichtet ist, der andere Teil aber diese Absicht kennt oder kennen muß."

Aber auch die erlaubten Börsentermingeschäfte (zum Beispiel in Eisenbahnwerten oder in Aktien großer Banken) wurden durch Einengung des Personenkreises, dem der Abschluß gestattet wurde, erheblich erschwert. Es wurde die Einrichtung des Börsenregisters geschaffen. Wer Börsentermingeschäfte machen wollte, mußte sich in ein Register eintragen lassen, das beim Amtsgericht geführt wurde. Waren nicht beide Parteien zur Zeit des Geschäftsabschlusses in einem Börsenregister für diesen Geschäftszweig eingetragen, so wird ein Schuldverhältnis nicht begründet. Die Unwirksamkeit erstreckt sich auf die bestellten Sicherheiten und die abgegebenen Schuldenerkenntnisse (§ 66 des Börsengesetzes). Der unredliche Schuldner hat, neben dem Differenz- oder Spieleinwand, jetzt den sogenannten Registereinwand. Nach § 69, Absatz 2 des Börsengesetzes kann von den im Börsenregister eingetragenen Personen der Differenzeinwand nicht erhoben werden, auch wenn an sich ein Differenzgeschäft vorliegt. Man hat mit Recht angenommen, daß nur ausnahmsweise Privatpersonen, Beamte, Industrielle sich in diese amtliche Spielerliste eintragen lassen würden, schon um ihren Kredit nicht zu schädigen. Auch durch Strafbestimmungen soll der Zweck, das Handelskapital zu isolieren, gefördert werden. In § 78 des Börsengesetzes wird mit Strafe bedroht, wer gewohnheitsmäßig in gewinnsüchtiger Absicht andere unter Ausbeutung ihrer Unerfahrenheit oder ihres Leichtsinns zu Börsenspekulationsgeschäften verleitet, die nicht zu ihrem Gewerbebetrieb gehören. Die Börse versuchte die Bestimmungen des Börsengesetzes zu umgehen. Von den drei Merkmalen des Börsentermingeschäftes — Fixgeschäft mit fester Lieferungsfrist, vom Börsenvorstand festgesetzte Bedingungen, amtliche Feststellung der Kurse — suchte man eines abzuändern, damit der Begriff des vom Gesetz betroffenen Börsentermingeschäftes nicht mehr zutreffe. So ging man zurück auf diejenige Geschäftsform, aus der sich der Terminhandel entwickelt hatte, auf die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte, mit bestimmter Nachfrist — oder man änderte die vom Börsenvorstand aufgestellten Bedingungen, oder endlich, man ging zum Kassageschäft über, aber mit der Klausel, daß die Zahlung erst am Monatsende erfolgen solle.

Aber alle diese Versuche wurden durch das Reichsgericht vereitelt. In seiner bekannten und leidenschaftlich angefochtenen Entscheidung vom 28. Oktober 1899 spricht der erste Zivilsenat aus, daß die in § 66 des Börsengesetzes angedrohte Unwirksamkeit auf alle Geschäfte Anwendung finde, die „nach ihrem materiellen Inhalt und ihrer wirtschaftlichen Natur und Zweckbestimmung unter die Geschäfte fallen, welche der Gesetzgeber nur den in das Börsenregister eingetragenen Personen mit Rechtswirksamkeit hat gestatten wollen".

Zu welchen Konsequenzen diese für unredliche Spekulanten sehr bequeme Rechtslage führte, mögen folgende **Beispiele** beweisen, die dem Protokoll des Hamburger Bankiertags entnommen sind:

„Ein früherer Inhaber einer Konfektionsfirma, dann Rentier, Besitzer eines Vermögens von etwa ¾ Millionen Mark, erhob gegenüber einem Bankier wegen eines Saldos von 944,85 Mark den Register- und Differenzeinwand."

„Ein Ingenieur veranlaßte einen Hamburger Bankier, den er im Bade kennen gelernt hatte, unter Bezugnahme auf die persönliche Bekanntschaft zur Übernahme von Aufträgen in amerikanischen Eisenbahnpapieren, indem er den anfänglichen Widerstand des Bankiers durch die Versicherung besiegte, daß ihm seine Vermögensverhältnisse derartige Umsätze erlaubten. Wegen des sich aus der Geschäftsverbindung ergebenden **Debetsaldos** (der Schuld) ließ er sich verklagen und erhob mit Erfolg den Registereinwand. **Während der Prozeß schwebte, knüpfte er mit drei weiteren Bankfirmen gleichartige Verbindungen an,** von denen er einen wiederum mit Erfolg auf Rückzahlung des Betrags eines als Sicherheit von ihm gegebenen und eingelösten Akzeptes verklagte; allerdings verzichtete er nachträglich im Vergleichsweg auf seine Rechte aus diesem Urteil."

„Ein Fabrikbesitzer forderte von einem Bankier auf Grund des § 50 des Börsengesetzes und des § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bereits gezahlte Beträge zurück **und drohte, daß seine drei Brüder, Offiziere und Referendare, gleichartige Ansprüche geltend machen würden, sofern sie ihren Dienst quittieren sollten, wozu sie ja dreißig Jahre Zeit hätten."**

Durch viele solche Fälle, die eine allgemeine **Verwilderung der Geschäftsmoral** bewiesen, wurde die Agitation gegen das Börsengesetz erleichtert; dazu kam noch, daß die Industrie, die sich zum Teil dem Terminhandel feindlich gegenübergestellt hatte, in den letzten Jahren in steigende Abhängigkeit von den Großbanken geriet. Auch die Gegensätze zwischen dem in der Landwirtschaft und dem im Handel angelegten Kapital begannen sich abzuschleifen, und so kam nach einigen mißglückten Versuchen der Gesetzentwurf vom 22. November 1907, der dem patriotischen Börsenhandel den klingenden Sold für seine Wahlkampfdienste bringen soll. Die wichtigsten vorgeschlagenen **Änderungen** sind folgende:

Das Verbot des Termingeschäftes in Anteilen von Bergwerken und Fabrikunternehmungen wird aufgehoben, während es für **Getreide und Mühlenfabrikate bestehen bleibt.** Das bei oder nach der Abwicklung eines **verbotenen** Termingeschäftes Bezahlte kann nicht mehr deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit **nicht bestanden habe** (§ 52 des Entwurfes).

Das Börsenregister wird abgeschafft — es war eine komische Erfindung bureaukratischer Phantasten. Daß die Einrichtung wertlos gewesen ist, mag daraus ersehen werden, daß in ganz Deutschland nur 309 Eintragungen in das Börsenregister für Wertpapiere erfolgt sind, darunter 12 (!) für Frankfurt a. M. (Stand vom 1. Januar 1903 nach der vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes in seiner Denkschrift veröffentlichten Tabelle). Ein Termingeschäft soll verbindlich sein, wenn beide Teile **Vollkaufleute** sind. Handwerker oder Personen, deren Gewerbebetrieb über den Umfang des Kleingewerbes nicht hinausgeht, gehören nicht zu den Kaufleuten im Sinne des Börsengesetzes, selbst wenn sie ins Handelsregister eingetragen sind. **Termingeschäfte mit Kleingewerbetreibenden unterliegen also noch dem Differenzeinwand.** Weil die **Motive den Zeithandel auch**

in Getreide und Mühlenfabrikaten für unentbehrlich erklären, wird das Verbot vom Entwurf durchbrochen und unter gewissen Einschränkungen das Termingeschäft erlaubt. Der Abschluß muß nach Geschäftsbedingungen erfolgen, die der Bundesrat genehmigt hat. Als Vertragschließende sind nur zugelassen erstens Landwirte, deren Jahreserzeugung oder Jahresverbrauch die von ihnen gehandelte Menge der Ware erreicht, zweitens solche Kaufleute oder eingetragene Genossenschaften, zu deren Geschäftsbetrieb der Ankauf oder Verkauf von Waren der bezeichneten Art gehört. Handwerker und Kleingewerbetreibende sind ausgeschlossen. Obwohl somit die Nützlichkeit des Getreideterminhandels anerkannt ist, wird im letzten Absatz des § 50 bestimmt, daß der Spieleinwand auch bei erlaubten Termingeschäften in Getreide und Mühlenfabrikaten zulässig bleiben soll.

Der Entwurf ist erfüllt von solchen Widersprüchen. Im Deutschen Reiche werden wirtschaftliche Notwendigkeiten nur so weit berücksichtigt, als die agrarischen Interessen und Interessenten es gestatten. Allerdings besorgen diese Politiker, vielleicht manchmal ohne es zu wissen und zu wollen, vor allem die Geschäfte des Großkapitals. Es ist ein historisches Gesetz, daß die sogenannten Mittelstandsforderungen nur durch Vernichtung und Zerreibung des Mittelstandes erfüllt werden können. Dies zeigte sich auch beim Börsengesetz, dessen Wirkungen sich erst dann deutlich fühlbar machten, als die Jahre des großen wirtschaftlichen Aufschwunges mit der Jahrhundertwende aufhörten. Als die ersten Leidtragenden erwiesen sich da die kleinen und mittleren Provinzbankiers. Ihre Aufgabe war es früher gewesen, die Kapitalien der Rentner und Beamten dem Börsenverkehr und somit der nationalen Zirkulation zuzuführen. Gegenüber dem drohenden Differenzeinwand konnten sie sich nicht halten. An ihre Stelle traten Filialen der großen Berliner Banken, die immer dichtere und festere Netze um die deutsche Volkswirtschaft legen.

An einer weiteren Erscheinung, die den mittleren Unternehmern den Wettbewerb erschwert oder unmöglich macht, sehen wir die Folgen des Börsengesetzes: es ist der gesteigerte Reichsbankdiskont (gleich Zinsfuß), der mit 7½ Prozent den Stand des kritischen Jahres 1873 überstiegen hat. Gewiß hat die Geldteuerung noch manche andere Ursachen. Das Anwachsen der deutschen Industrie, verbunden mit der Erhöhung aller Warenpreise, mußte eine gesteigerte Nachfrage nach Geld und somit eine Erhöhung des Zinses herbeiführen. Auch die Abführung einer halben Milliarde an die anleihebedürftige russische Regierung durch deutsche Banken blieb nicht ohne Einfluß auf den Geldmarkt. Entscheidend war die große amerikanische Krisis, deren Wellen bis zu uns herüber fluteten. Aber wesentlich verschärft wurde der Notstand durch die Behinderung der Börsenbewegung. Während früher auf Ultimo (Ende eines Monats) die Abschlüsse gemacht wurden, was für die meisten Börsenplätze durch sogenannte Liquidationsvereine geschah, muß jetzt der Bankier, da er keine Termingeschäfte mehr machen darf oder kann, täglich abschließen und für die Erledigung der Kassengeschäfte das Bargeld bereit stellen. Dadurch wird der Bargeldbedarf bedeutend vermehrt. Gleichzeitig aber wurde der deutsche Geldbestand vermindert. Die Motive des Entwurfes müssen zugeben, daß das Ausland den Vorteil von gewissen Bestimmungen des Börsengesetzes gehabt habe. Die Spekulationslustigen befriedigten ihr Spielbedürfnis durch fremde Papiere, und so wanderten beträchtliche deutsche

Kapitalien ins Ausland. In den „Nachrichten für Handel und Industrie", die vom Reichsamt des Innern herausgegeben werden, wird am 30. Juni 1903 berichtet, daß für 404,6 Millionen Transvaalminenaktien in deutschem Besitz seien. Viel höher noch sind die Summen, die von deutschen Spekulanten in zweifelhafte amerikanische Unternehmungen gesteckt wurden. Die Zahl der Remisiers (Vertreter auswärtiger Börsenfirmen) ist, wie sich aus der Denkschrift des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes vom Dezember 1903 ergibt, außerordentlich schnell und stark gewachsen. An der Berliner Börse stiegen sie von 25 im Jahre 1893 auf 79 im Jahre 1902, an der Hamburger Börse von 5 im Jahre 1893 auf 40 im Jahre 1902. Die Verminderung des inländischen Geldbestandes in Verbindung mit gesteigertem Geldbedarf führte zu dem hohen Zinsfuß, unter dem natürlich die Angehörigen des Mittelstandes, vor allem die Handwerksmeister, sehr leiden.

Aber auch für die Arbeiterklasse sind die Folgen recht fühlbar. Die Bautätigkeit ist fast überall ins Stocken geraten, weil die Unternehmer abwarten wollen oder müssen, bis sie die nötigen Baugelder zu einem billigeren Diskontsatz als jetzt erhalten. Es ist anzunehmen, daß durch die Freigabe der Termingeschäfte in Industriepapieren die Kassaabschlüsse erheblich gemindert werden, so daß Gelder für den Umlauf gespart werden. Aber noch in einer weiteren Beziehung hat die Allgemeinheit ein Interesse an der Herstellung des früheren Zustandes. Die Kurse eines Fabrikunternehmens sind ein im allgemeinen zuverlässiger Barometer für die Solidität und die voraussichtliche Rentabilität einer Kapitalanlage. Hunderte von Interessenten vereinigen ihre Meinungen, ihre Schätzungen, ihre Informationen, um schließlich ein öffentliches Werturteil zustande zu bringen. Nicht bloß die Besteller von Waren und die Eigentümer von Aktien sind deshalb auf das Studium der Kurse angewiesen. Auch die Gewerkschaftler müssen ein klares Bild über die Aussichten einer Industrie und die Marktlage haben, bevor sie eine Lohnbewegung einleiten. Wenn sich bei der Börsenenquete manche Unternehmer gegen die Zweckmäßigkeit des Terminhandels in Industriepapieren ausgesprochen haben, so geschah es wohl aus dem Grunde, weil viele Direktoren die durch die Börse gewährleistete weitgehende Kontrolle der Öffentlichkeit für ihre Betriebe nicht lieben. Für den Warenterminhandel ist von besonderer Bedeutung die Möglichkeit, sich gegen Preisänderungen zu versichern, indem man auf den gleichen Termin kauft und verkauft. Nicht bloß Händler, sondern auch viele Produzenten bedienen sich dieses Mittels zur Einschränkung ihres Risikos.

Es läßt sich dagegen nicht in Abrede stellen, daß ein erheblicher Teil der Abschlüsse, äußerlich in der gleichen Form wie die sogenannten Effektivgeschäfte (auf Vertragserfüllung zielende Geschäfte), durch Spieler gemacht werden. Die durch den Terminhandel herbeigeführte Erweiterung der am Geschäft beteiligten Kreise wirkt offenbar belebend auf den Effektivhandel. Wie das Termingeschäft die Warenpreise beeinflußt, ist schwer festzustellen; vielleicht ist diese Geschäftsform in Deutschland noch zu jung und zu wenig verbreitet, um volkswirtschaftlich entscheidende Bedeutung zu haben. Im Jahre 1892 sind nach den Veröffentlichungen der Börsenenquetekommission nur an folgenden deutschen Börsen Termingeschäfte in Getreide abgeschlossen worden: Berlin, Breslau, Danzig, Köln, Mannheim und Stettin. Sehr wichtig sind für den Terminhandel in Produkten noch folgende Börsen: Bremen für

Baumwolle, **Hamburg** für Kaffee und Petroleum, **Posen** und **Königsberg** für Spiritus, **Magdeburg** für Rohzucker, **Leipzig** für Kammzug (Terminhandel durch den Bundesrat verboten). Ob trotz der verbleibenden einengenden Bestimmungen die Entwicklung des Terminhandels durch den Entwurf ermöglicht wird, ist nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen. Soweit die Einschränkungen darauf abzielen, Nichtkaufleute und namentlich unerfahrene Handwerker vom Spiel abzuhalten, läßt sich gegen die Tendenz nichts einwenden; es steht außer Zweifel, daß das Publikum mit Vorliebe à la Hausse spielt. Sobald die Papiere oder Waren erheblich, oft schon über ihren wirklichen Wert, gestiegen sind, regt sich die Kauflust, getrieben durch den blinden Glauben an das weitere Steigen der Werte. Gerade die reichen und erfahrenen Leute verkaufen vielfach in solchen Zeiten, um die Papiere bei niederem Kursstand wieder zu erwerben. Sehr viele **kleine Kapitalisten verlieren so ihr Vermögen**, und die Gewinner sind meist die **großen Kapitalisten**. Alle Wege führen nach dem Rom der Kapitalkonzentration.

Die bisher angewandten Versuche, die kleinen Leute zu schützen, sind erfolglos geblieben. Hieran wird auch durch neue Strafbestimmungen nichts Wesentliches geändert werden. Der gesetzliche Ausschluß einzelner Bevölkerungsschichten vom Terminhandel kann und wird mit Leichtigkeit von den Spielern umgangen werden. Für die **Arbeiterklasse** hat die Änderung des Börsengesetzes ein gewisses Interesse, das aber nicht überschätzt werden darf. Wir können das Schicksal der Vorlage leidenschaftslos abwarten. Der Entwurf in der heutigen Form entsprang nicht rein volkswirtschaftlichen Erwägungen. Er ist ein Handelsobjekt an der Berliner politischen Börse. Bülow ist der Spieler.

Die Viehseuchen und ihre Bekämpfung.

Von **Ph. Scheidemann** (Kassel).

Die offenherzigeren unter den Agrariern haben zugegeben, daß die rigorose Handhabung der Grenzsperren sowie des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau in erster Linie den Zweck hat, die unbequeme ausländische Konkurrenz fernzuhalten. Die weniger offenherzigen Wortführer der notleidenden Junker hüten sich, von ausländischer Konkurrenz zu sprechen. Sie schwören Stein und Bein, daß die Grenzsperren lediglich deshalb erforderlich seien, weil sie die Möglichkeit böten, die deutschen Fleischkonsumenten vor dem Genuß schlechten Fleisches zu bewahren und den deutschen Viehstapel vor der Verseuchung zu schützen. Selbstverständlich, daß nach agrarischer Auffassung das ausländische Vieh von Grund aus verdorben ist, während die deutschen Schweine und Rinder ebenso selbstverständlich von tadelloser Beschaffenheit sind.

Es ist nicht am Platze, hier auf die Diskussionen zurückzukommen, die über Zweck und Bedeutung der Grenzsperren bei den verschiedensten Gelegenheiten im Reichstag stattgefunden haben. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden binnen kurzer Zeit wiederum sehr lebhafte Debatten über die Grenzsperren zu erwarten sein. Anlaß dazu dürfte das neue **Viehseuchengesetz** geben. Die Vorlage ist dem Reichstag vor mehreren Wochen zugegangen unter dem Titel: „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.“

Es handelt sich um eine Vorlage von tief einschneidender Wirkung. Der deutsche Viehstapel repräsentiert einen ganz enormen Wert; es ist selbstverständlich auch für die Volksernährung von der größten Bedeutung, daß unser Vieh gesund ist. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Verpflichtung, nach Möglichkeit den Ausbruch von Seuchen und deren Verschleppung zu verhüten. Niemand wird diese Verpflichtung bestreiten. Gerade deshalb mußten die Deklamationen der agrarischen Wortführer im Reichstag über die Bösartigkeit ihrer Gegner, die angeblich das ganze Reich je schneller desto lieber durch ausländisches Vieh verseuchen möchten, widerlich wirken.

Über die Bedeutung eines angemessenen Seuchenschutzes hier einige Ziffern, die der Begründung des Gesetzentwurfes entnommen, beziehungsweise aus dort gegebenen Unterlagen gewonnen wurden.

Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1904 wurden im Reiche ermittelt:

4267402 Stück	Pferde	3329878 Stück	Ziegen
19331568 =	Rindvieh	18920664 =	Schweine
7907173 =	Schafe		

Es erkrankten im Jahre 1905, soweit amtlich ermittelt worden ist, an

Milzbrand	6183	Stück Vieh
Rauschbrand	1691	= =
Tollwut	862	= =
Rotz der Pferde	509	= =
Maul- und Klauenseuche[1]	18862	= =
Lungenseuche des Rindviehs	1	= =
Schafpocken	3220	= =
Bläschenausschlag der Pferde und des Rindviehs	7562	= =
Räude der Pferde und Schafe	308	= =
Rotlauf der Schweine	52961	= =
Schweineseuche und -pest	100862	= =
Geflügelcholera	55639	= =
Hühnerpest	862	= =

Obwohl seither nur auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen Entschädigungen gezahlt worden sind für die an bestimmten Krankheiten gefallenen oder auf behördliche Anordnung getöteten Tiere, so belief sich die Summe der von 1886 bis 1905 ausgezahlten Entschädigungen doch auf mehr als 25 Millionen.

* * *

Seit 25 Jahren ist der Kampf gegen die Viehseuchen im Reiche nach einheitlichen Grundsätzen geführt worden. Teils mit sehr gutem Erfolg, so bei der Lungenseuche des Rindviehs, bei Schafpocken und Rotz, teils mit recht geringem Erfolg. Wörtlich heißt es in der amtlichen Begründung der neuen Gesetzesvorlage:

„Weniger günstig waren die Wirkungen des Gesetzes bei anderen der Anzeigepflicht unterworfenen Krankheiten. Die Schafräude und der Milzbrand haben keine wesentliche Verringerung erfahren. Die Maul- und Klauenseuche hat wiederholt mit schweren Seuchengängen ganz Deutschland durchzogen. ... Auch gegenüber den Krankheiten der Schweine, deren Bekämpfung

[1] Am schlimmsten herrschte die Maul- und Klauenseuche im Jahre 1899; es waren damals erkrankt: 1885774 Stück Rindvieh, 1505830 Schafe, 59535 Ziegen, 814862 Schweine.

Digitized by Google

mit den Mitteln des Gesetzes vor etwa 12 Jahren begonnen wurde, sind die Erfolge wenig zufriedenstellend."

Als Gründe für diese Mißerfolge führt die Regierung in „erster Linie" an die beträchtliche Steigerung der Viehhaltung und des Viehverkehrs; weiter weist sie hin auf die früher „fast unbehinderte Einfuhr von Vieh aus dem Ausland".

Das neue Gesetz bringt zahlreiche Verschärfungen gegenüber dem jetzt in Kraft befindlichen. Das letztere beschränkte sich auf die „Haustiere", der § 1 des neuen Gesetzes aber bestimmt:

Vieh im Sinne dieses Gesetzes sind alle nutzbaren Haustiere (einschließlich der Hunde, der Katzen und des Geflügels.

Schlachtvieh im Sinne dieses Gesetzes ist Vieh, von dem anzunehmen ist, daß es behufs Verwendung des Fleisches zum Genuß für Menschen alsbald geschlachtet werden soll.

Übrigens müssen nicht nur erkrankte Tiere sofort der Polizeibehörde gemeldet werden, sondern auch „verdächtige". Schon das alte Gesetz bestimmt darüber:

Als verdächtige Tiere gelten im Sinne dieses Gesetzes:

Tiere, an welchen sich Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch einer übertragbaren Seuche befürchten lassen (der Seuche verdächtige Tiere);

Tiere, an welchen sich solche Erscheinungen zwar nicht zeigen, rücksichtlich deren jedoch die Vermutung vorliegt, daß sie den Ansteckungsstoff aufgenommen haben (der Ansteckung verdächtige Tiere).

Wer da weiß, welche vielfachen Scherereien und Schädigungen für den Landwirt entstehen, wenn er den „Verdacht" oder Ausbruch einer Seuche angemeldet und damit seine Gehöftsperre provoziert hat, der wird auch begreifen, was es heißt, ihm zuzumuten, streng nach der eben zitierten Vorschrift zu handeln.

In welchen Fällen muß nun der Ausbruch einer Seuche oder die Befürchtung, daß ein Stück Vieh „verdächtig" ist, der Polizeibehörde mitgeteilt werden? Darüber bestimmt § 10:

Seuchen, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt, sind:

1. Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche;
2. Tollwut;
3. Rotz;
4. Maul- und Klauenseuche;
5. Lungenseuche des Rindviehs;
6. Pockenseuche der Schafe;
7. Beschälseuche der Pferde, Bläschenausschlag der Pferde und des Rindviehs;
8. Räude der Einhufer und der Schafe;
9. Schweineseuche und Schweinepest;
10. Rotlauf der Schweine einschließlich des Nesselfiebers (Backsteinblattern);
11. Geflügelcholera und Hühnerpest;
12. Tuberkulose des Rindviehs, sofern sie sich in der Lunge in vorgeschrittenem Zustand befindet oder Euter, Gebärmutter oder Darm ergriffen hat.

Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Seuchen waren im alten Gesetz nicht genannt. Übrigens soll der Reichskanzler befugt sein, die Anzeigepflicht

auch für andere Seuchen einzuführen und für einzelne Seuchen widerruflich aufzuheben.

Die meisten Bedenken erregt bei den mir als tüchtig bekannten Landwirten, mit denen ich eingehend verhandelt habe, die Anzeigepflicht bei den Erkrankungen der Schweine. Sie befürchten die unerträglichsten Schikanen, weil es keineswegs leicht sei, bei Schweinen, die vielerlei harmlosen Krankheitsanfällen ausgesetzt seien, zu konstatieren, ob es sich um die anmeldepflichtigen Seuchen handle oder nicht. Eine Autorität auf dem Gebiet der Viehzucht hat mir gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß in zahllosen Fällen von zwanzig Tierärzten zehn mit Ja, zehn mit Nein antworten würden, wenn man sie frage, ob es sich um anmeldepflichtige Schweineseuchen handle.

Die Befürchtung der Schikanierung gerade durch die Anmeldepflicht bei Schweineerkrankungen scheint tatsächlich nicht grundlos zu sein; man vergewissere sich nur, wer zur Anmeldung verpflichtet sein soll:

§ 9. Bricht eine Seuche aus, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt (§ 10), oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer des betroffenen Viehes unverzüglich der Polizeibehörde oder einer anderen von der Landesregierung zu bezeichnenden Stelle Anzeige zu machen, auch die kranken und die verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten.

Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, wer Vieh in Obhut hat (Hirt, Schäfer, Schweizer, Viehpfleger usw.) und wer mit der Aufsicht beauftragt ist, ferner für die auf dem Transport befindlichen Tiere deren Begleiter und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betreffenden Gehöfte, Stallungen, Koppeln oder Weideflächen.

Zur unverzüglichen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle Personen verpflichtet, die sich mit der Ausübung der Tierheilkunde oder mit der Kastration von Tieren beschäftigen, ingleichen die Fleischbeschauer einschließlich der Trichinenschauer, ferner die Personen, die das Schlächtergewerbe betreiben, sowie solche, die sich gewerbsmäßig mit der Bearbeitung, Verwertung oder Beseitigung geschlachteter, getöteter oder verendeter Tiere oder tierischer Bestandteile beschäftigen, wenn sie, bevor ein polizeiliches Einschreiten stattgefunden hat, von dem Ausbruch einer der Anzeigepflicht unterliegenden Seuche (§ 10) oder von Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, Kenntnis erhalten.

Dieser Paragraph muß geändert werden, wenn die Bauern nicht tatsächlich den schlimmsten Schikanierungen ausgesetzt sein sollen. Wer da weiß, daß mancher streit- oder prozeßsüchtige Bauer mit seinen Nachbarn oder gar mehreren Bewohnern des Ortes bitter verfeindet ist, der kann ermessen, in wie vielen Fällen der § 9 Denunziationen Tür und Tor öffnen wird. In einem auf die Entschädigungspflicht Bezug nehmenden Paragraphen ist übrigens ein Fingerzeig gegeben, wie dem § 9 die Giftzähne ausgebrochen werden können. Er lautet:

§ 63. Der Anspruch auf Entschädigung fällt weg:

1. wenn der Besitzer der Tiere oder der Vorsteher der Wirtschaft, der die Tiere angehören, vorsätzlich oder fahrlässig, oder wenn eine der übrigen im § 9, Absatz 2 genannten, zur Anzeige verpflichteten Personen vorsätzlich die Anzeige vom Ausbruch der Seuche oder vom Seuchenverdacht unterläßt oder länger als 24 Stunden nach erhaltener Kenntnis verzögert.

Es müßte im § 9 gesagt werden, daß alle zur Anmeldung verpflichteten Personen dem Besitzer Mitteilung machen müssen und nur dann zur Anzeige

bei der Behörde verpflichtet sind, wenn sie den Besitzer des Viehes nicht innerhalb 12 Stunden haben unterrichten können. Der Besitzer hat nicht nur wegen der Entschädigungsfrage, sondern auch wegen der angedrohten, teils recht empfindlichen Strafen das größte Interesse daran, rechtzeitig jeden begründeten Seuchenverdacht anzumelden. Vor Schikanen aber sollte man ihn nach Möglichkeit schützen.

Großen Bedenken begegnet auch die Bestimmung, daß die Tuberkulose in bestimmten Fällen angemeldet werden soll. Wird der Viehzüchter oder Bauer in der Lage sein, die Tuberkulose festzustellen? Es wäre angesichts der unheimlichen Verbreitung, die die verheerende Seuche gefunden hat, sehr zu wünschen, daß er es könnte und daß er sehr energisch dagegen ankämpfen möchte. Aber die Regierung selbst stellt den Viehzüchtern ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Sie schreibt nämlich in ihrer Begründung:

„Der Schaden, den die Seuche der Landwirtschaft zufügt, und der ohne zielbewußte Bekämpfung stetig wachsen wird, ist unberechenbar.... Allerdings würde es den Viehbesitzern nicht unmöglich sein — praktische Versuche haben dies bereits gezeigt —, die Seuche in ihren Beständen durch geeignete Vorkehrungen ohne staatliches Eingreifen allmählich einzuschränken. Aber auf ein allgemeines freiwilliges Vorgehen auch nur eines größeren Teiles der Viehbesitzer kann erfahrungsgemäß nicht gerechnet werden, und die infolgedessen ständige Gefahr der Neueinschleppung der Krankheitserreger, gegen die der einzelne fast machtlos ist, fordert dringend eine nachdrückliche Bekämpfung der Krankheit durch veterinärpolizeiliche Maßnahmen."

Eine einzige Angabe über den Umfang der tuberkulösen Erkrankungen des Rindviehs möge genügen zur Illustration dessen, was die Regierung in den zitierten Sätzen hat feststellen lassen. Im Königreich Sachsen wurden 1903 insgesamt 224025 Rinder geschlachtet, davon mußten 69820, das sind 31 Prozent, wegen Tuberkulose beanstandet werden! Ein Jahr später war die Zahl der beanstandeten Tiere bereits auf 34,5 Prozent gestiegen. Nach der preußischen Schlachthofstatistik „sind männliche Tiere im Alter von mehr als vier Jahren bis zu 24 Prozent und weibliche gleichen Alters bis zu 33 Prozent tuberkulös befunden worden".

Auf die vielen Einzelheiten der Vorlage in bezug auf die Sperr- und Schutzmaßnahmen im Inland kann hier nicht eingegangen werden. Es mögen folgende Angaben genügen: Die Rechte der Tierärzte werden wesentlich erweitert. In vielen näher angegebenen Fällen können die Tierärzte ohne weiteres die Tötung erkrankter Tiere anordnen. Den Landwirten kommt die Vorlage insofern sehr entgegen, als Entschädigung für gefallene beziehungsweise getötete Tiere in weit größerem Umfang gezahlt werden soll, als das seither der Fall gewesen ist.

Unbedingt zu bekämpfen ist die Fassung des § 19, dessen Wortlaut folgendermaßen beginnt:

1. Absonderung, Bewachung oder polizeiliche Beobachtung der an der Seuche erkrankten, der verdächtigen und der für die Seuche empfänglichen Tiere.

Beschränkungen des Personenverkehrs innerhalb der Räumlichkeiten (Gehöft, Stall, Standort, Hofraum, Weidefläche, Viehausstellung, Marktplatz usw.), in denen sich derartige Tiere befinden.

Wird dieser Paragraph angenommen, dann wäre damit jedem Ortsoberhaupt die Handhabe gegeben, das Versammlungsrecht im Gebiet seines

Digitized by Google

Marktbereichs vollkommen illusorisch zu machen. Das müßte ja ein überaus dummer Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder Dorfschulze sein, der in dem „Gehöft“, in dessen Wirtschaftsräumen eine ihm unbequeme Versammlung stattfinden soll, nicht ein seuchenverdächtiges beziehungsweise „für die Seuche empfängliches“ Tier zu bezeichnen imstande wäre. Wenn dieser Paragraph nicht eine andere, jede dorfbürgermeisterliche Willkür unmöglich machende Fassung erhält, dann würde das Viehseuchengesetz eine geradezu gemeingefährliche Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes werden. Die Vertreter unserer Fraktion in der Kommission, die das Viehseuchengesetz vorzubereiten haben wird, werden alle Kraft aufbieten müssen, um auch dem § 19 eine andere Fassung zu geben.

* * *

Die im neuen Viehseuchengesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Abwehr der Seucheneinschleppung aus dem Ausland bedürfen einer etwas eingehenderen Besprechung. Daß alle Maßnahmen, die im Inland zum Schutze von Viehseuchen in Anwendung kommen, auch dem Ausland gegenüber beobachtet werden sollen, erscheint nicht mehr als recht und billig. Man lese indessen die folgenden Paragraphen und überlege, welche ganz unübersehbaren Konsequenzen deren Befolgung unter einem agrarischen Regiment haben kann:

§ 6a. Zum Schutze gegen die Gefahr der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Haustiere aus dem Ausland kann der Verkehr mit Tieren im Grenzbezirk solchen Bestimmungen unterworfen werden, die geeignet sind, im Falle der Einschleppung einer Weiterverbreitung der Seuche vorzubeugen. Die Bestimmungen sind, soweit erforderlich, auch auf tierische Erzeugnisse und Rohstoffe, sowie auf solche Gegenstände auszudehnen, die Träger von Ansteckungsstoffen sein können. Auch kann für die Grenzbezirke eine Revision des vorhandenen Viehbestandes und eine regelmäßige Kontrolle über den Ab- und Zugang von Vieh angeordnet werden.

§ 7. Wenn in dem Ausland eine übertragbare Seuche der Tiere in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfang herrscht oder ausbricht, so kann die Einfuhr lebender oder toter Tiere, tierischer Erzeugnisse oder Rohstoffe, sowie von Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffs sein können, aus dem von der Seuche heimgesuchten Ausland allgemein oder für bestimmte Grenzstrecken verboten oder solchen Beschränkungen unterworfen werden, die die Gefahr einer Einschleppung ausschließen oder vermindern.

In beiden Paragraphen haben wir durch Sperrdruck die Bestimmungen hervorgehoben, die uns in der vorliegenden Fassung außerordentlich bedenklich erscheinen. Solange der deutsche „Freisinn“ mit den Agrariern noch nicht im Block verbrüdert war, hat man häufig in seinen Blättern Klagen lesen können über die Abhängigkeit vieler Tierärzte von den ostelbischen Granden!

Nun muß man außerdem wissen, wie haßerfüllt die Agrarier nicht nur die Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Ausland bekämpfen, sondern wie sie auch besonders in ihren Flugschriften die Einfuhr von „tierischen Erzeugnissen“ mit wahrer Berserkerwut in Grund und Boden verdonnert haben.

Von den Großgrundbesitzern abhängige Tierärzte, kautschukartige Paragraphen und eine den Agrariern dienstwillige Regierung — schöne Perspektiven für die Zeit nach dem Inkrafttreten des neuen Viehseuchengesetzes eröffnen sich da.

Es handelt sich hier um keinerlei Übertreibung. Man lese, was die Regierung in der allgemeinen Begründung ihrer Vorlage sagt:

Digitized by Google

„Selbstverständlich erfordert die an einem bestimmten Punkte auftretende oder von einer bestimmten Seite her drohende Seuchengefahr je nach dem Charakter dieser Gefahr und der in Betracht kommenden Seuche besondere Schutzmaßregeln.... Aber solche repressiven Maßregeln genügen nicht gegenüber der starken Steigerung des Viehverkehrs und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen und ständigen Gefahr der Seuchenverschleppung. Die Veterinärpolizei muß auch präventive Befugnisse haben, um gegen das nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte stets von irgendwoher zu erwartende Auftauchen einer bestimmt noch gar nicht nachweisbaren Seuchengefahr gerüstet zu sein."

In der der Vorlage beigehefteten Denkschrift lüftet die Regierung den über die „tierischen Erzeugnisse und Rohstoffe" gebreiteten Schleier wenigstens etwas:

„Für das Einfuhrverbot können demnach insbesondere tierische Rohstoffe, wie Fleisch, Knochen, Häute, Hörner, Hufe, Klauen, Haare, Wolle, Federn; ferner tierische Erzeugnisse, wie Milch, Dünger, und als ‚giftfangende' Gegenstände zum Beispiel Futtermittel (Rauhfutter, Körner, Rüben, Kaff, Kleie, Mehl), Streumaterialien, Geschirrteile, Stallgeräte, getragene Kleider, Lumpen und dergleichen in Betracht.

Wie lange würde es dauern, bis die Agrarier der Regierung die Überzeugung beigebracht haben, daß von „irgendwoher" in Holland, Dänemark oder Rußland das „Auftauchen einer bestimmt noch gar nicht nachweisbaren Seuche" zu „erwarten" ist, daß also die §§ 6a und 7 streng gehandhabt werden müssen und — daß zu den von der Einfuhr sofort auszuschließenden „giftfangenden Gegenständen", sowie „tierischen Rohprodukten und Erzeugnissen" nicht nur Futtermittel, Mehl, Fleisch und Milch gehören, sondern auch Eier, Butter, Käse und wer weiß, was noch alles sonst!

Was das für die deutsche Bevölkerung unter Umständen zu bedeuten hätte, lehrt uns ein Blick in die Statistik. Es wurden 1906 vom Ausland nach Deutschland eingeführt: Milch für 8,8 Millionen Mark, Butter für 73,87 Millionen, Käse für 21,5 Millionen, Eier für 145,8 Millionen!

Weiter fehlte uns zu der bereits bestehenden Teuerung nichts als eine Unterbindung auch dieser Einfuhr. Nebenbei sei erwähnt, daß den Agrariern besonders auch die Geflügeleinfuhr ein Dorn im Auge ist. Wir führten 1906 ein für 29,7 Millionen Mark Gänse und für 14,45 Millionen Mark Hühner.

Der Entwurf zum neuen Viehseuchengesetz ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Regierung bei der Ausarbeitung jeder Gesetzesvorlage die Interessen der Agrarier in erster Linie berücksichtigt.[1] Eingangs dieser Arbeit ist schon erklärt worden, daß es geradezu selbstverständlich erscheint, für einen wirksamen Schutz gegen Viehseuchen einzutreten. Weil auch die sozialdemokratische Partei im Interesse der deutschen Viehzucht sowohl als auch im Interesse der Volksernährung jederzeit bereit sein wird, für eine wirksame Seuchenbekämpfung einzutreten, wird sie bestrebt sein, die Vorlage zweckentsprechend umgestalten zu helfen. Als vortrefflicher Leitfaden bei dieser Arbeit kann Kautskys „Agrarfrage" dienen: „Was verlangt werden muß, ist nicht die Absperrung vom

[1] Die Beratung der Vorlage hat in vorgerückter Stunde am Montag im Reichstag begonnen, wird aber vor dem Sonntag nicht fortgesetzt werden können. Ein Eingehen auf die Verhandlungen ist deshalb an dieser Stelle nicht möglich.

Ausland, sondern einzig und allein von den Seuchenherden, einerlei, ob sie im Inland oder im Ausland liegen. . . .“ Damit trifft Kautsky den Nagel auf den Kopf. Recht hat er auch, wenn er in seinem Agrarwerk zustimmend Buchenberger zitiert, der für eine Seuchenzwangsversicherung eintritt. Ich darf wohl daran erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion schon vor Jahren die Versicherungspflicht fordernde Anträge gestellt hat.

Die gewerkschaftliche Aktion im Jahre 1906.

Von **Wilhelm Jansson.**

Als wertvollste Ergänzung ihrer Organisationsstatistik führen unsere Gewerkschaften eine genaue Statistik über die Lohnbewegungen und Streiks, die sie jährlich zu führen haben. Über die Streiks und Aussperrungen ist zwar eine Statistik des reichsstatistischen Amtes vorhanden; da diese aber auch Fragen rein krimineller Natur zum Gegenstand statistischer Untersuchung macht, lehnen es die Gewerkschaften ab, an dieser amtlichen Statistik mitzuwirken. An Stelle dessen ist die gewerkschaftliche Statistik seit Jahren immer mehr ausgebaut worden, und man darf heute ohne weiteres sagen, daß sie den Anforderungen, die an eine zuverlässige gewerkschaftliche Buchführung zu stellen sind, entspricht.

Während die mit Hilfe der Unternehmer und der Ortsbehörden aufgenommene amtliche Statistik sich auf die Streiks und Aussperrungen beschränkt, und auch hier übrigens bei der Bewertung der Resultate von nicht einwandfreien Voraussetzungen ausgeht, hat die gewerkschaftliche Statistik auch die auf friedlichem Wege beendeten Lohnbewegungen in den Bereich ihrer Untersuchungen gezogen. Das ist eine Notwendigkeit, will man die gewerkschaftliche Arbeit genau kennen lernen. Zum Beispiel wenn in A. ein Streik mit 100 Beteiligten verloren geht, so ist das in der amtlichen Statistik wohl gebucht. Wenn aber in B. durch die Erneuerung oder den friedlichen Abschluß eines Tarifvertrags für 20000 Arbeiter eine Lohnerhöhung von sagen wir 2 Mark und eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche erzielt wird, so existieren keine amtlichen Quellen, aus denen dieser für die nationale Ökonomie gewiß nicht uninteressante Vorgang ersichtlich wäre. Hier sind also die Gewerkschaften vollständig auf sich selbst angewiesen. Für sie ist die Feststellung gerade dieser auf friedlichem Wege, das heißt ohne Arbeitseinstellung erzielten Vorteile für die Arbeiter äußerst wichtig, weil mit der Erstarkung und inneren Festigung der gewerkschaftlichen Organisation ein sehr großer Teil der Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern durch die friedliche Verhandlungspraxis ihre Erledigung finden. Nicht der offene Kampf ist mit der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisation immer notwendig, um die Entscheidung in Streitfragen herbeizuführen, sondern die Organisation selbst flößt den Respekt bei der Gegenpartei ein, der notwendig ist zu einem befriedigenden Abschluß. Wer daher heute die gewerkschaftliche Arbeit nach der amtlichen Statistik über die Streiks und Aussperrungen bewerten würde, müßte zu einem gänzlich unzutreffenden Ergebnis kommen.

Das ist um so mehr der Fall, weil auch die Bewertung der Streikresultate von der amtlichen Statistik eine falsche ist. Wenn beispielsweise seitens der Arbeiter in 300 Fällen Forderungen gestellt werden, die sämtlich von den Unternehmern abgelehnt werden: die Arbeiter greifen zum Streik und erzielen in

100 Fällen die vollständige Bewilligung, in weiteren 100 Fällen teilweise Zugeständnisse und verlieren schließlich in 100 Fällen ihre Bewegungen vollständig, so bewertet die amtliche Statistik diese Resultate folgendermaßen: In 100 Fällen hatten die Arbeiter, in 100 Fällen die Arbeitgeber vollen Erfolg, und in den zurückbleibenden 100 Fällen hatten beide Teile teilweisen Erfolg. Das ist aber nicht zutreffend. Denn selbst wenn es richtig sein sollte, daß in den 100 von den Arbeitern verlorenen Streiks die Arbeitgeber vollen Erfolg hätten — was in der Praxis durchaus nicht immer der Fall ist —, so trifft es ganz und gar nicht zu, daß die 100 Fälle, in denen die Arbeiter teilweise Zugeständnisse erzielten, einen teilweisen Erfolg der Arbeitgeber bedeuten, wie es die amtliche Statistik bucht. Um das zu ermitteln, was die amtliche Statistik hier schematisch als feststehend voraussetzt, müßte man zum Tage vor Ausbruch des Streiks zurückkehren. Waren die Arbeitgeber an diesem Tage zu Zugeständnissen bereit, die von den Arbeitern als ungenügend abgelehnt wurden, dann nur kann man von einem teilweisen Erfolg der Arbeitgeber reden, indem diese durch den aufgenommenen Kampf einen Teil der weitergehenden Arbeiterforderungen abwehrten. Der teilweise Erfolg der Arbeiter liegt ja darin, daß sie Verbesserungen gegenüber dem früheren Stande der Dinge erzielten, dessen Abänderung aber von den Unternehmern strikte abgelehnt wurde.

Nach diesen Erörterungen dürfte der Schluß zulässig sein, daß die amtliche Statistik über Streiks und Aussperrungen keinen zuverlässigen Maßstab zur Beurteilung des gewerkschaftlichen Ringens zwischen Unternehmer und Arbeiter im Deutschen Reiche abgibt. Etwas, das auch ein gut bürgerliches sozialpolitisches Organ, die „Soziale Praxis", in ihrer Nr. 45 vom Jahrgangs 1907 unumwunden anerkannt hat.

So bleibt also für den, der sich über diese Fragen eingehend unterrichten will, nur die gewerkschaftliche Statistik, die in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden ist. Wir wollen im nachfolgenden die wesentlichsten Ergebnisse der von L. Brunner bearbeiteten, in Nr. 43 des „Correspondenzblatt der Generalkommission" veröffentlichten Statistik der „Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906" kurz besprechen. Diese Statistik erfaßt naturgemäß nur die Bewegungen, an denen die Gewerkschaften beteiligt waren, läßt also die von gegnerischen Organisationen selbständig geführten, sowie die sogenannten „wilden" Bewegungen unorganisierter Arbeiter unberücksichtigt. Bei der dominierenden Stellung der deutschen Gewerkschaften erfaßt sie aber dennoch alle bedeutenderen gewerkschaftlichen Bewegungen der deutschen Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage. Daß diese statistische Arbeit auf der richtigen Grundlage beruht, beweist auch der Umstand, daß amtliche Organe des Auslandes beginnen, nach diesem Muster — im Prinzip — ihre Erhebungen einzurichten.

Nach der gewerkschaftlichen Statistik wurden im Jahre 1906 Forderungen gestellt in 8542 Fällen, wovon 110 zurückgezogen wurden. Die verbleibenden 8433 Fälle erstrecken sich auf 14044 Orte mit 62780 Betrieben und 1260571 beschäftigten Arbeitern. Eingerechnet sind hier auch die Fälle, in denen die Arbeitgeber Forderungen an die Arbeiter stellten, wo die letzteren also sich in der Abwehr befanden.

Eine friedliche Erledigung, das heißt durch Unterhandlungen usw., fanden 4558 oder 54,1 Prozent (im Vorjahr 51,9 Prozent) sämtlicher Bewegungen. In 3873 Fällen oder 45,9 Prozent (im Jahre 1905 46,9 Prozent) kam es zur Arbeitseinstellung. Von den Arbeitseinstellungen waren 2665 Angriffstreiks,

1048 Abwehrstreiks und 560 Aussperrungen. Die Gesamtzahl der hieran beteiligten Arbeiter betrug 316042. Die Gesamtausgaben der Gewerkschaften für Streiks und Aussperrungen betrugen 13451718 Mk.

Sehen wir uns zunächst die ohne Arbeitseinstellung beendeten Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an. Es endeten von diesen

	Zahl der Bewegungen	Zahl der Beteiligten
mit vollem Erfolg	3468	459306
mit teilweisem Erfolg	911	112846
erfolglos	80	14431
unbekannt	11	298
Summa	4470	586881

Folgende Abwehrbewegungen endeten ohne Arbeitseinstellung

	Zahl der Bewegungen	Zahl der Beteiligten
mit vollem Erfolg	158	7587
mit teilweisem Erfolg	10	199
erfolglos	9	196
Summa	177	7982

Die ohne Arbeitseinstellung beendeten Bewegungen weisen demnach ein sehr günstiges Resultat auf. Das ist aber lediglich ein Beweis dafür, daß unsere Gewerkschaften heute eine sehr starke Position einnehmen, die auch von ihnen nach Maßgabe ihrer ganzen Kraft ausgenutzt wird. Wäre dies nicht der Fall, so müßten diese Zahlen in umgekehrter Reihenfolge erscheinen. Aber gerade darin liegt die Kunst der gewerkschaftlichen Strategie, die Kräfte auf beiden Seiten genau abzuschätzen und die vorhandene Geschäftslage richtig zu beurteilen. Auf dieser Grundlage nur dürfen die Forderungen, die in der jeweiligen Situation mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden können, abgemessen werden. Daß die Gewerkschaften über die Kräfte verfügen, die zur richtigen Beurteilung aller dieser Faktoren befähigt sind, dürfte ebenfalls aus obigem Resultat hervorgehen.

Für die Arbeiter ungünstiger stellt sich das Resultat der Bewegungen, die nur durch die Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebracht werden konnten. Hier, im offenen Kampfe, kommen die Machtmittel und die Stärke der Unternehmerorganisation zur vollen Entfaltung. Wir erhalten da folgendes Resultat:

	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten
Angriffstreiks		
mit vollem Erfolg	1181	82315
mit teilweisem Erfolg	588	48285
erfolglos	330	22018
unbekannt	104	6120
Summa	2203	158738
Abwehrstreiks		
mit vollem Erfolg	589	13616
mit teilweisem Erfolg	128	4960
erfolglos	286	9086
unbekannt	45	4227
Summa	1048	31889
Aussperrungen für die Arbeiter		
mit vollem Erfolg	168	16242
mit teilweisem Erfolg	136	47953
erfolglos	146	18496
unbekannt	58	3272
Summa	508	85963

Digitized by Google

In diesen offenen Kämpfen teilen sich die Erfolge, was bei der zunehmenden Stärke der Unternehmerorganisationen natürlich ist. Wo es diese zum Kampfe kommen lassen, setzen sie auch ihre ganze Kraft ein, um den Arbeitern den Erfolg strittig zu machen. Indes zeigt das Resultat, daß die Gewerkschaften auch hier mit bedeutenden Erfolgen abschließen konnten, und daß sogar die Aussperrungen den Unternehmern keine besonderen Lorbeeren verschafften. Freilich es bedarf des fortgesetzten Ausbaus der gewerkschaftlichen Organisation, wollen die Arbeiter den schnell erstarkenden Unternehmerverbänden auf die Dauer gewachsen bleiben.

Die gewerkschaftliche Statistik begnügt sich nun keineswegs damit, gewissermaßen nur das Rohresultat der Bewegungen festzustellen, sie gibt auch Auskunft auf die Frage, was erreicht wurde. Wir stellen da aus dem umfangreichen Tabellenwerk folgende Ziffern zusammen:

	Arbeitszeitverkürzung		Lohnerhöhung	
	Für Personen	Stunden pro Woche	Für Personen	Mark pro Woche
Ohne Arbeitseinstellung	261289	949045	526026	906851
Mit Arbeitseinstellung	78180	299074	165677	383885
Summa	339469	1248119	691703	1290736

Das ergibt im Durchschnitt pro Woche und Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 3¾ Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,87 Mark. Dabei ist zu bemerken, daß in diesen Zahlen die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die auf Grund bestehender, in früheren Jahren abgeschlossener Tarifverträge im Berichtsjahr in Kraft traten, im wesentlichen nicht enthalten sind, weil die Feststellung auf diese nur vereinzelt ausgedehnt werden konnte. Auch ist der Tarifabschluß der Buchdrucker nicht berücksichtigt, weil dieser erst am 1. Januar 1907 in Kraft trat.

Neben der direkten Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung laufen noch eine Reihe anderer Errungenschaften, wie Regelung und Besserbezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, der Akkordarbeit, Verbesserung der Arbeitsordnung usw. Alle diese Fragen werden ja eingehend durch die Tarifverträge geregelt, die von Jahr zu Jahr von immer größerer Bedeutung werden. Im Jahre 1906 wurden 2360 Tarifverträge abgeschlossen, die für 317487 Arbeiter Geltung haben. Daran ist besonders das Baugewerbe beteiligt, in welchem 1119 Verträge, geltend für 146107 Arbeiter, abgeschlossen wurden. Die gewerkschaftliche Statistik mußte sich bisher darauf beschränken, die Zahl der abgeschlossenen Verträge und ihren Geltungsbereich festzustellen. Über das Wirken der Tarifverträge hat das reichsstatistische Amt in seiner großen Darstellung des Tarifvertrags im Deutschen Reiche[1] ein schätzenswertes Material geliefert. Da das Amt diese Verträge mit Hilfe der Arbeitgeberorganisationen und der Gewerkschaften fortdauernd sammelt, werden spätere Veröffentlichungen sicherlich wertvolle Ergänzungen zum obigen Werke bieten.

Die große Zahl der im Vorjahr abgeschlossenen Tarifverträge zeigt, daß der Kampf um die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr zuungunsten des „Herr im Hause"-Prinzips der Großindustriellen entschieden

[1] Berlin 1906, Karl Heymanns Verlag. Drei Bände.

wird. Aber auch in der Arbeiterbewegung selbst ist die Befürchtung vor einer Schädigung durch die Tarifverträge geschwunden und höchstens noch ganz vereinzelt zu finden. Die gewerkschaftliche Statistik liefert den Beweis, daß eine noch weitere Anspannung der gewerkschaftlichen Kräfte im vorigen Jahre wenigstens kaum noch möglich war. Eine weitere Ausnutzung der Konjunktur wäre also auch ohne die bindenden Tarifverträge nicht möglich gewesen. Aber es gibt für die Gewerkschaften kein schöneres Zeugnis als das von der gewerkschaftlichen Statistik bestätigte: was irgendwie in ihrer Kraft stand, haben sie im vorigen Jahre geleistet.

Die Verteilung der Vermögen in England.

Unsere Marxkritiker und sozialen Schönfärber lieben es, auf England hinzuweisen als ein Land, in dem die sozialen Unterschiede sich immer mehr ausgleichen, die Zahl der Besitzenden immer mehr wächst. Wie weit England auf dieser segensreichen Bahn schon gekommen ist, bezeugen einige Ziffern, die jüngst der englische liberale Abgeordnete L. G. Chiozza Money in der „Daily News“ (4. Dez. 1907) veröffentlichte.

Danach sind im letzten Fiskaljahr, das mit dem 31. März 1907 endete, 700000 Personen innerhalb des Vereinigten Königreichs (Großbritannien und Irland) gestorben.

Darunter waren:

	Zahl der Personen	Gesamtwert der Erbschaften in Pfund Sterling
1. Personen mit keinem oder so gut wie keinem Vermögen	616175	?
2. Personen, deren Schulden ihr Vermögen übersteigen	1704	—
3. Personen mit so viel Vermögen, daß es die Steuerbehörde interessierte.		
Wert des Erbes:		
Nicht über 500 Pfund (10000 Mark)	50335	10878000
500 bis 1000 „ (10000 bis 20000 Mark)	10516	8616000
1000 „ 10000 „ (20000 „ 200000 Mark)	17098	61588000
10000 „ 25000 „ (200000 „ 500000 Mark)	2473	42505000
25000 „ 50000 „ (500000 „ 1 Mill. Mark)	909	34939000
50000 „ 75000 „ (1 Mill. „ 1,5 Mill. Mark)	314	19605000
75000 „ 100000 „ (1,5 Mill. „ 2 Mill. Mark)	127	11851000
100000 „ 150000 „ (2 Mill. „ 3 Mill. Mark)	159	19202000
150000 „ 250000 „ (3 „ „ 5 „ Mark)	104	22356000
250000 „ 500000 „ (5 „ „ 10 „ Mark)	58	21293000
500000 „ 1000000 „ (10 „ „ 20 „ Mark)	18	12863000
Über 1000000 „ (über 20 „ Mark)	10	34138000
Summe der Rubrik 3	82121	299334000
Zusammen	700000	299334000

700000 Personen haben also rund 300 Millionen Pfund = 6000 Mill. Mark Vermögen hinterlassen.

Davon aber hinterließen:

	Personen Absolute Zahl	Personen Prozent	Gesamtwert des Erbes rund
Gar nichts oder sehr wenig .	617879	88,3	?
Bis 20000 Mark	60851	8,7	400 Mill. Mark
20000 bis 200000 Mark . .	17098	2,4	1200 „ „
Über 200000 Mark	4172	0,6	4400 „ „

Man sieht, wie enorm die Masse der Besitzlosen und wie dünn die Schicht des besitzenden Mittelstandes!

Die Zuspitzung der Gegensätze erscheint noch schroffer durch folgende Zahlen: Von 700000 Menschen besaßen über 600000 nichts; 60000 hinterließen zusammen 400 Millionen Mark, die 10 reichsten Leute dagegen hatten 700 Millionen Mark „zusammengespart", die 28 reichsten hinterließen zusammen rund eine Milliarde Mark.

Bemerkenswert ist endlich noch ein Vergleich der Zahlen von 1907 mit denen früherer Jahre. Es hinterließen mehr als 10000 Pfund Sterling:

	Personen	Gesamtwert des Erbes in Mill. Pfund Sterling
1900	4227	210,7
1901	3871	184,7
1902	3839	213,1
1903	3829	190,6
1904	3768	186,8
1905	3912	186,5
1906	3924	195,7
1907	4172	218,2

Die Jahreszahlen geben die Fiskaljahre an, also 1900 das Jahr vom 1. April 1899 bis 31. März 1900.

Man sieht hier den Einfluß von Krise und Prosperität. Die Prosperität vermehrt die Zahl der Leute, die reich sterben. Von dem Eintritt der Krise 1900 an, die im Fiskaljahr 1901 zutage tritt, sinkt ihre Zahl von Jahr zu Jahr, von 1904 mit dem Wiederaufschwung der Geschäfte steigt sie wieder regelmäßig. Dabei sind aber die Reichsten 1907 reicher als 1900. In letzterem Jahre betrug die Durchschnittsgröße des Erbes derjenigen, die mehr als 10000 Pfund Sterling hinterließen, 49000 Pfund (980000 Mark), 1907 52000 Pfund (1040000 Mark).

Nicht ganz so regelmäßig, aber einigermaßen läßt sich, trotz der Kleinheit der Zahlen, die Zufälle mehr zur Geltung kommen lassen, die Auf- und Abbewegung von Prosperität und Krise auch bei den Zahlen der Allerreichsten, die jeder mehr als 20 Millionen Mark hinterlassen, verfolgen. Man zählte:

	Personen, die mehr als 1 Million Pfund hinterließen	Gesamtsumme der Hinterlassenschaften Pfund Sterling	Durchschnitt der einzelnen Hinterlassenschaften Pfund Sterling
1900	9	19032695	2114700
1901	8	10571235	1321400
1902	5	10073278	2414400
1903	5	7732172	1544400
1904	3	4795169	1598400
1905	3	4565188	1555000
1906	13	21785455	1675800
1907	10	34138000	3413800

Noch nie zuvor in der englischen Steuergeschichte waren so viele Erbschaften von über 20 Millionen Mark gemacht worden, wie 1906. Der Gesamtbetrag solcher Erbschaften wurde aber noch weit überholt im Jahre 1907. Wenn wir nicht eine plötzliche Millionärsseuche annehmen wollen, müssen die letzten zwei Jahre der Prosperität fabelhafte Reichtümer geschaffen und konzentriert haben.

Diese statistischen Zahlen deuten in der Tat auf nichts weniger als auf eine Ausgleichung der sozialen Gegensätze. K.

Literarische Rundschau.

Umbreit Paul, **Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland.** Acht Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Nebst Anlagen: Statistische Übersichten über die gegnerischen Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1907, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. VI und 190 Seiten. Kleinoktav.

Die Schrift füllt eine lange bestandene, bedauerliche Lücke in unserer Literatur aus. Von kleinen Gelegenheitsschriften abgesehen, besaßen wir nur die Literatur der gegnerischen Gewerkschaften, um uns über ihre Geschichte, Taktik, Ziele und Stärke zu unterrichten. Das Umbreitsche Buch ist auf Grund langjähriger Beobachtung und gründlichen Studiums der gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen, ihrer Wirksamkeit und ihrer Literatur geschrieben. Es gibt in der stark anschwellenden Literatur keine Arbeit, die uns, abgesehen von dem vergriffenen, veralteten und wenig gründlichen Buche Kulemanns über alle außerhalb unserer Zentralverbände stehenden gewerkschaftlichen und gewerkschaftsähnlichen Organisationen in Deutschland unterrichten würde. Zum Teil greift die Arbeit Umbreits über das durch den Titel umgrenzte Stoffgebiet hinaus, so vielleicht bei der gerade gegenwärtig für die Parteigenossen besonders wichtigen Behandlung der „freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" und in dem trotzdem sehr dankenswerten Kapitel über die „gelben Organisationen". Weitere Abschnitte behandeln die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die christlichen und die konfessionellen Gewerkschaften, die unabhängigen Berufsvereine, die deutschnationalen Einheitsbestrebungen und die Kampfestaktik der gegnerischen Gewerkschaften. Den Schluß bilden statistische Übersichten über die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland.

Soweit dies in begrenztem Raume möglich war, ist weitgehende Vollständigkeit erreicht und sind die Behauptungen durch Material belegt worden. In dem Kapitel über die „Lokalorganisierten" ist der begreifliche Ärger über die Spaltung der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisation in vielleicht zu kräftiger Weise zum Ausdruck gebracht. In den Kämpfen mit den im bürgerlichen Lager stehenden Gewerkschaften und Scheingewerkschaften wird die Schrift von großem Nutzen sein, so daß ihre Verbreitung empfohlen werden muß. ad. br.

Dr. med. A. Holitscher, Pirkenhammer bei Karlsbad, **Alkohol und Kind.** Nr. 15; Verlag: Berlin O. 17, Langestraße 11, Deutscher Abstinentenbund, J. Michaelis. 24 Seiten. 10 Pfennig.

Die Schrift zeigt die Vorzüge und Schwächen der gesamten Abstinentenliteratur; von warmherziger Menschenliebe diktiert, hebt sie die Schäden des Alkoholgenusses besonders für die arbeitende Bevölkerung so sehr hervor, daß die übrigen Mißstände, unter denen das Proletariat leidet, als unwesentlich gegenüber diesem einen Hauptübel erscheinen, das, nach Ansicht der Abstinenten, schon allein durch den guten Willen der Arbeiter beseitigt werden könne. In bezug auf das Alkoholverbot für Kinder gehen aber Temperenzler und Abstinenten vollständig zusammen. Und wenn auch die angeführten Statistiken über Lebensschwäche und Krankheit der Kinder von Trinkern uns nicht beweisen, daß jeder Alkoholgenuß der Eltern sich rächt bis ins dritte und vierte Glied, so ist doch dem erfahrenen Arzte vollkommen darin beizustimmen, daß der während der Schwangerschaft und des Stillens von der Mutter getrunkene Alkohol auf das Kind verderbenbringend wirken kann. Daß das Biertrinken stillender Frauen mit Unrecht als ein gutes Mittel für reichliche Milchabsonderung angesehen wird und durchaus zu vermeiden ist, wird jetzt allseitig anerkannt. Ebenso besteht Einigkeit darüber, wie auch Holitscher konstatiert, daß der Satz: „Für Kinder ist jeder Tropfen Alkohol ein Gift" ohne Einschränkung wahr ist, und daß ferner

mindestens die Jugend bis ins mannbare Alter hinein sich jedes Genusses alkoholischer Getränke enthalten muß, auch damit ein geistig starkes Geschlecht heranwachse, das fähig ist, den schweren Kampf zur Befreiung des Proletariats zu führen. Die empfehlenswerte Schrift unseres Genossen Holitscher ist eine ernste, beherzigenswerte Mahnung. E. W.

Wilhelm Blos, **Pater Ambrosius.** Charakterbild aus dem fränkischen Bauernkrieg. Eine historische Studie. München, G. Birk & Komp. 61 Seiten.

Pater Ambrosius war der Feldprediger des fränkischen Revolutionsheeres von 1525, ein Augustinermönch von Würzburg, der, durch Luther angeregt, die Kutte ablegte und sich hinfort mit seinem bürgerlichen Namen Friedrich Süß nannte, was jedoch nicht hinderte, daß er unter seinem Klosternamen unter den aufständischen Massen des Bauernkrieges bekannt blieb. Er war ein Freund Florian Geyers, den er um einige Jahre überlebte, um dann einen desto qualvolleren Märtyrertod zu sterben, am 24. April 1528, auf dem Scheiterhaufen in Würzburg, nachdem seine Gattin und seine unmündigen Kinder im Main ertränkt worden waren. Genosse Blos entwirft ein fesselndes Bild des Mannes, der sicherlich nur einer aus der Masse der revolutionären Kämpfer des sechzehnten Jahrhunderts war, aber um so charakteristischer für diese Masse ist. Das Büchlein ist dem Andenken Grillenbergers gewidmet, dem der Pater Ambrosius eine historische Lieblingsgestalt geworden war und dem der Verfasser die Anregung zu seiner trefflichen Arbeit verdankt. F. M.

Zeitschriftenschau.

Die französische Partei besitzt keine wissenschaftliche Zeitschrift, die zum theoretischen Verständnis im Sinne der von Marx gegebenen Grundlagen der Gesellschaftslehre beitragen könnte. Dagegen hat jede der beiden Richtungen, die eine Seite des Sozialismus im Gegensatz zu der anderen Seite hervorheben, der Reformismus und der Syndikalismus ihre eigene Revue. In der „Revue Socialiste“ vom Dezember bespricht L. Oustrie: **„Die Krise des Sozialismus und ihre Ursachen“** (La crise du socialisme et ses causes). Er findet diese darin, daß der Marxismus für Frankreich nicht ausreicht; als Lehre des industriellen Proletariats, die in der Konzentration der Produktionsmittel ihre Grundlage findet, kann er auf dem flachen Lande keine Anhänger gewinnen, wo dem Kleinbauern die Unrichtigkeit der Konzentrationslehre handgreiflich ist; dazu erschreckt seine Lehre des gewaltsamen Umsturzes die kleinen Besitzer. Daher will er an seine Stelle eine „gesunde“ Theorie treten lassen, die logisch, rationell, positiv und liberal ist und mit den französischen Traditionen und Tendenzen besser übereinstimmt. Die Theorie soll also nicht dem Verständnis der Wirklichkeit dienen und uns über die Borniertheit des bloßen Praktikers erheben, sondern die praktische Borniertheit soll die Theorie erzeugen. Auch ein wissenschaftlicher Standpunkt. Georges Bourgin gibt unveröffentlichte **„Dokumente über die ikarische Bewegung 1840 bis 1844“**, offizielle Korrespondenzen, hauptsächlich des Oberstaatsanwaltes (procureur général) in Lyon mit dem Justizminister über einen Besuch, den Cabet 1843 in Lyon machte, über das Auffinden von Waffen und Bomben und die Inhaftierung und Verurteilung einer Anzahl Kommunisten. Merkwürdig leuchtet aus dieser Korrespondenz zuerst die Angst der Polizeibehörden hervor, daß Cabet aus Anlaß eines Prinzenbesuchs in Lyon einen kommunistischen Aufruhr anzustacheln beabsichtige, und nachher das tückische Bestreben, Leuten wegen Verbreitens der Cabetschen Schriften, die überall öffentlich in Buchhandlungen zu haben waren, einen Strick zu drehen. „Die Jury in Lyon ist äußerst schwächlich, wenn es sich um das Bestrafen von Preßvergehen handelt. Es wäre vergebens, von ihr die Verurteilung von Schriften zu verlangen,

die seit Jahren durch ganz Frankreich frei verkauft und verbreitet wurden", seufzt die bewegliche Klage. Geheimbündelei wurde dann der Grund zur Verurteilung.

„Le mouvement socialiste", das Organ der Syndikalisten unter der Redaktion von Hubert Lagardelle, bringt in der Nummer vom 15. Dezember zuerst einen Aufsatz von Paul Ader, Schriftführer des Landarbeiterverbandes im Süden, über **„Die Weinkrise und die Arbeiter"** (La crise viticole et la classe ouvrière). Die Arbeiter in den Weindistrikten hatten, da die Winzer zuerst am Arbeitslohn zu sparen suchten, von der Krise am ersten zu leiden, und sie führten schon längst einen schweren Kampf gegen die Weinfälscher. In der plötzlich aufflammenden Winzerbewegung des letzten Jahres wurden auch viele Arbeitervereine in dem Strudel mitgerissen, trotz der Mahnung der syndikalistischen Führer, daß „die Solidarität aller unterdrückten Klassen" nur ein Trug sei, und Arbeiter mit ihren Ausbeutern nie zusammen kämpfen könnten. Der Ausgang zeigte auch, wie die Interessengegensätze der Großproduzenten, der Kleinbauern und der Arbeiter bald in der Bewegung hervorbrachen; die großen Winzer verkauften unter den festgesetzten Preisen, wobei sie noch genügenden Profit machten, die kleinen mußten deshalb mit Verlust verkaufen, und die Arbeiter wurden für ihre Teilnahme an der Bewegung mit Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und mit Arbeitslosigkeit belohnt. Für die Arbeiter ergibt diese Bewegung, die sie zuerst stark in ihrem Klassenbewußtsein verwirrt hatte, die Lehre, nur auf die eigene Kraft zu vertrauen; die Gründung von Produktivgenossenschaften, meint der Verfasser, könnte ihnen noch als Mittel dienen, sich selbst und ihre Klasse zu erheben. (Im 25. Jahrgang, Band 2 der „Neuen Zeit" hat Paul Groß, Montpellier, über die Weinkrise berichtet, S. 328: Die Weinkrise und die Landarbeitergewerkschaften im Languedoc; S. 809 und 829: Die südfranzösische Weinkrise und die Regierung.) P. Orano gibt eine Darstellung der letzten Vorgänge, Streiks und inneren Reibungen in der italienischen Arbeiterbewegung (Les syndicats et le parti socialiste en Italie). V. Griffuelhes, einer der bedeutendsten syndikalistischen Gewerkschaftsführer, veröffentlicht einen kurzen Aufsatz über den **„Ursprung des Syndikalismus in Frankreich"** (Les origines du syndicalisme en France), der die Entstehung des Syndikalismus als instinktiv-proletarische Reaktion gegen die reformistische politisierende Politik der Sozialdemokratie, namentlich den Ministerialismus, in syndikalistischer Beleuchtung darstellt. Er ist, führt Griffuelhes aus, nicht aus irgend einer Theorie entstanden, sondern das Resultat einer langen Erfahrung, mehr von Ereignissen als von bestimmten Personen geschaffen. In den siebziger und achtziger Jahren gewinnt der Sozialismus den Vorrang und stehen die Gewerkschaften im Dienste der Partei, deren Spaltungen auch sie zerreißen und lähmen. Bei den Allemanisten kommen dann die Gewerkschaften zur Selbständigkeit und machen sich frei von dem Einfluß der politischen Aktion; 1895 bildeten sie eine Zentralleitung, die „Confédération Générale du Travail" (Allgemeiner Bund der Arbeit). Die Einmischung der Regierung in das Gewerkschaftswesen (der Versuch Millerands, die Streiks gesetzlich zu regeln) führte dann dazu, die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung als der reinen Arbeiterbewegung von allen politischen Einwirkungen und Parteien zu verfechten, als Grundlage zur einzig richtigen Führung des Klassenkampfes. So ist der Syndikalismus nicht eine Kampfesweise, die durch bestimmte theoretische Formeln und Sätze geleitet wird, sondern eine Reihe von Aktionen, die aus einer bestimmten Geistesverfassung der Arbeiterklasse entspringt.

Das Dezemberheft der amerikanischen „International Socialist Review" zeigt uns, wie die allmähliche Annäherung der Gewerkschaften an die sozialistische Partei als eine Hauptfrage die Tagesordnung beherrscht. In einem Aufsatz über **„Die sozialistische Einheit in Amerika"** (Socialist Unity in the United States) bespricht Charles H. Kerr eine Resolution, die in einer lokalen Parteisektion zugunsten einer Einigung der beiden sozialistischen Parteien angenommen wurde. Bekanntlich besteht eine ältere kleinere Partei (von Daniel de Leon), die einen stark

dogmatischen Standpunkt einnimmt und in den nach englischem Muster gebildeten Gewerkschaften, die in der A. F. L. (American Federation of Labor) unter Führung von Samuel Gompers vereinigt sind, bloß konservative Institutionen sieht, die durch sozialistische Gewerkschaften ersetzt werden müssen. Die neuere und größere Partei, zu der auch die genannte Zeitschrift gehört, steht jenen Gewerkschaften freundlicher gegenüber und hält in ihrer Mehrheit die Errichtung von Konkurrenzgewerkschaften für einen großen Fehler. Kerr steht der Einigung sympathisch gegenüber, bekämpft es jedoch, daß als Grundlage der Einigung eine Auffassung gelten soll, welche die Rolle der Gewerkschaften als Organe der sozialistischen Ordnung hervorhebt und die Fachvereine, die unter dem Kapitalismus nur kleine Verbesserungen erzielen können, verwirft. Diese Betrachtungsweise der Gewerkschaften sei utopistisch; die Marxsche Methode läßt uns verstehen, weshalb in Amerika mit seinen besonderen ökonomischen Verhältnissen eine konservative Gewerkschaftsbewegung notwendig emporwachsen mußte. Aber wir sehen zugleich, wie unter dem Trustwesen die alte Gewerkschaftsbewegung sich den moderneren Kampfesbedingungen anpaßt und den engherzigen Berufsgeist allmählich aufgibt. Diesen Prozeß haben die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften zu fördern. J. E. Kennedy untersucht **„Die sozialistischen Tendenzen in den Gewerkschaften“** (Socialistic Tendencies in American Trade Unions). Die charakteristischen Merkmale des Sozialismus sind das Klassenbewußtsein, die Benutzung der politischen Tätigkeit und die Forderung des Gemeineigentums an Produktionsmitteln. In den letzten Jahren ist nun das Klassenbewußtsein, das Empfinden der gegenseitigen Zusammengehörigkeit aller Arbeiter als besondere Klasse immer mehr gewachsen, besonders infolge kräftiger und brutaler Angriffe der Kapitalisten auf Arbeiterorganisationen; namhafte Führer der Gewerkschaften verwerfen in ihren Fachblättern die Schiedsgerichte bei industriellen Konflikten, „weil die Ideen solcher Schiedsrichter immer die der Kapitalistenklasse sind“, und befürworten Sympathiestreiks. Die Versammlungen anläßlich des Haywoodprozesses, die im ganzen Lande von Sozialisten und Gewerkschaften gemeinsam veranstaltet wurden, haben auch mächtig dazu beigetragen, beide Teile einander zu nähern. Im Jahre 1906 beschloß die A. F. L., auch politisch einzugreifen, bei den Wahlen arbeiterfeindliche Kandidaten zu bekämpfen und eigene Arbeiterkandidaturen aufzustellen. Dies war zwar erst ein Anfang, ein erster unbehilflicher Versuch auf dem Felde einer selbständigen Arbeiterpolitik, aber mit dem wachsenden Klassenbewußtsein wird dies besser werden und die Annäherung zum Sozialismus sich immer mehr vollziehen. Für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel haben sich wiederholt die verschiedensten Gewerkschaften ausgesprochen, und wenn man daraus selbstverständlich nicht ableiten darf, daß diese in der Mehrzahl eine sozialistische Überzeugung haben, so zeugt es wenigstens von bedeutenden Minoritäten für den Sozialismus. Mehrere Gewerkschaften sind für alle ihre Mitglieder auf das sozialistische Wochenblatt „Appeal to Reason“ abonniert, und die Zahlstellen der Gewerkschaften sind die hauptsächlichsten Aktienbesitzer bei den sozialistischen Tageblättern; auch tragen einige zu dem Wahlfonds der Partei bei. So sieht man, daß in Amerika ein sozialistischer Geist die Gewerkschaften immer mehr durchdringt. Von diesem immer besseren Verhältnis zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation zeugt auch, was in seiner Monatsübersicht „Die Arbeitswelt“ in diesem Hefte Max S. Hayes über den letzten Kongreß der A. F. L. mitteilt. Während früher der Präsident Gompers wegen seiner konservativen Tendenzen und seines fortwährenden freundschaftlichen Unterhandelns mit der Großbourgeoisie von den Sozialdemokraten immer scharf angegriffen worden war, standen diese jetzt mit der Masse der Gewerkschaftler hinter ihm, weil der Bund der Unternehmer einen scharfen Angriff gegen ihn unternahm und ihn durch die Beschuldigung von Käuflichkeit und Verrat unschädlich machen wollte.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 17 — Ausgegeben am 25. Januar 1908 — 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

David Friedrich Strauß.

x Berlin, 23. Januar 1908.

Die württembergische Stadt Ludwigsburg ist die Schöpfung eines schwäbischen Sultans, der sie in den zwanziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts ins Leben rief, als ein Trutz-Stuttgart, um die alte Hauptstadt des Ländchens dafür zu strafen, daß sie seiner Dirne nicht die gebührende Reverenz machen wollte. Das ganze achtzehnte Jahrhundert hindurch blieb Ludwigsburg ein künstliches Gewächs, eine Art Theaterkulisse, schnell aufgebaut und schnell verfallend, aber damals schon ist es von Bedeutung für die deutsche Literatur geworden.

Hier in Ludwigsburg sah der Knabe Schiller das höfische Treiben jenes anderen schwäbischen Sultans, der ihm seine Jugend so arg verwüstet hat, das höfische Treiben, das in „Kabale und Liebe" verewigt ist, und in seinem anmutigen „Bilderbuch aus der Knabenzeit" hat Justinus Kerner, der kleine Poet und große Klopfgeisterseher, seine Geburtsstadt geschildert, dies „Louisburg", das heute eine schimmernde Fürstenresidenz war und morgen eine verlassene „Grasburg", wo sich in Gärten und Parks die Hofleute in seidenen Fräcken, Haarbeuteln und Degen drängten, und dann auch das „Kapregiment" die Schloßallee herabmarschierte, unter den Klängen von Schubarts Liede: Auf, auf, ihr Brüder, und seid stark, der Abschiedstag ist da; wir müssen über Land und Meer ins heiße Afrika. Es waren tausend Landeskinder, die der elende Herzog an die Holländer verkauft hatte.

Im ersten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts aber wurden als Ludwigsburger Kinder geboren Eduard Mörike, Friedrich Theodor Vischer und David Friedrich Strauß. Ihnen allen war die schwäbische Eigenart gemeinsam: Kraft und Weichheit in eigener Mischung; jeder war auch ein Stück von einem Dichter, wenngleich in verschiedenen Ausmaßen. Sie alle schlugen, wie es einst der Knabe Schiller beabsichtigt hatte, die theologische Laufbahn ein, was in Schwaben, umgekehrt wie im sonstigen Deutschland, eher auf ein

Digitized by Google

starkes, als auf ein schwaches Rückgrat schließen ließ, und sie alle haben es dazu gebracht, die Kanzel zu besteigen, um dann wieder zur freieren Menschenerde herabzusteigen. Aber ihre höfische Heimat Ludwigsburg hat ihnen allen auch eine gänzliche Verkümmerung der politischen Mannesorgane mit auf den Lebensweg gegeben.

Am wenigsten tritt dieser Mangel an Mörike hervor, weil er in erster Reihe ein Dichter war, von dem niemand ein politisches Glaubensbekenntnis verlangte; erst nach seinem Tode ist er aus politischen Gründen von der patriotischen Ästhetik zu einem lyrischen Dichtergenie erhoben worden, der in Deutschland nur an Goethe seinesgleichen gehabt habe, zu dem edlen Zwecke, den verhaßten Heine in den Hintergrund zu drängen. Die echte Lyrik Mörikes, die nicht bestritten werden kann, wird zur genialen Lyrik gemacht, weil sie von aller „politischen Tendenz" frei war. Vischer und Strauß waren in ihrer Weise auch Dichter, jedoch nicht in erster, eher in letzter Reihe; als Philosophen aber und Schüler ihres schwäbischen Landsmannes Hegel konnten sie sich die „politische Tendenz" nicht völlig vom Leibe halten. Vischer, als die knorrigere Natur von beiden, hat in blöd-burlesken Ausfällen auf die roten Halunken von Sozialdemokraten und sogar auf die zahmen Volksparteiler in Süddeutschland einen Heldenmut betätigt, um den ihn Bismarcks Soldschreiber beneiden konnten und beneidet haben. Strauß hat sich bei gleicher Gesinnung ein größeres Maß in der Form auferlegt; dafür hat er, was von Vischer, so hoch man dessen Ästhetik schätzen mag, doch nicht gesagt werden darf, eine revolutionäre Tat vollbracht, zunächst auf dem Gebiet des deutschen Geisteslebens, von wo diese Tat auch in die politischen und sozialen Kämpfe des Jahrhunderts eingriff. Strauß steht am Eingang des Weges, der von der klassischen Philosophie zum wissenschaftlichen Sozialismus führt, und so geziemt es sich, seines hundertsten Geburtstags, der auf den 27. dieses Monats fällt, auch an dieser Stelle zu gedenken.

Strauß zählte noch nicht dreißig Jahre, als er im Jahre 1835 sein Leben Jesu veröffentlichte. Es war nicht der Absicht, sondern der Wirkung nach eine revolutionäre Tat; wie es Luther einst mit den Thesen gegen den Ablaß, die er an die Tür der Schloßkirche von Wittenberg schlug, in der Tat nur auf ein bloßes Mönchsgezänk abgesehen hatte und selbst am meisten darüber verwundert war, daß sie wie ein Blitz in ein offenes Pulverfaß schlugen, so hatte auch Strauß nur eine rein historische Arbeit beabsichtigt, als er die Grundsätze der dialektischen Kritik, die er von Hegel gelernt hatte, auf die evangelische Geschichte übertrug. Nicht daß er mit ihrer historischen Wahrheit gründlich aufräumte, war das Entscheidende; das hatten vor ihm schon viele andere getan, und auch für Hegel war diese historische Wahrheit eine längst abgetane Sache gewesen, aber wie Strauß seine kritische Aufgabe löste, das schreckte die romantische Reaktion aus der selbstgefälligen Sicherheit auf, in die sie sich seit zwanzig Jahren eingesponnen hatte. Es war sozusagen der erste Kanonenschuß, der auf ein Heer abgefeuert wurde, das nur mit feudalen Speeren und Spießen kämpfen konnte; von diesem Schuß zitterten der romantischen Reaktion alle Glieder, und wie sehr sie dabei vom Instinkt der Selbsterhaltung beseelt

war, bewies die Kanonade, die nunmehr anhub und bald nicht nur über das religiöse Gebiet, sondern auch das politische und soziale Gebiet fegte.

Den Kanonier aber, der den ersten Schuß abgefeuert hatte, erschreckte auch das Echo dieses Schusses. Strauß hat seinen ersten und größten und im Grunde sogar einzigen Erfolg nie völlig verwunden. Es ist für jeden Schriftsteller, ja für jeden öffentlich wirkenden Mann, eine zweischneidige Sache, wenn sein erstes Hinaustreten in die Öffentlichkeit von einer überwältigenden Wirkung begleitet wird; dadurch werden Ansprüche erweckt, die zu befriedigen sehr schwer, und die zu übertreffen oft unmöglich ist. Bei Strauß kam hinzu, daß er einen Kampf auf großem Maßstabe führen sollte, während er doch keine Kampfnatur war. Der heftige Widerstand, auf den sein Leben Jesu stieß, erschütterte selbst seine Überzeugung, und in den nächsten Auflagen des Buches machte er seinen Gegnern große Einräumungen, die er später selbst bitter bereut hat. Er war nichts weniger als eine feige, aber er war eine — in hohem Sinne des Wortes — zaghafte Natur; er gestand selbst, daß ihm, bei allem natürlichen Verlangen nach der Freude des Lebens, doch die rechten Organe fehlten, sich des Lebens zu bemächtigen; er habe sich zum Leben eigentlich immer nur elegisch und sentimental verhalten, die rechte Lebensfreude und Lebenslust nie empfunden.

Die bittere Wahrheit dieses Bekenntnisses tritt am schlagendsten darin hervor, daß die erste Lahmlegung seiner schriftstellerischen Tätigkeit durch seine Ehe veranlaßt wurde. Strauß lebte in den glücklichsten Verhältnissen von der Welt, die ihm eine völlige Unabhängigkeit sicherten, als er aus freier Herzensneigung eine berühmte und schöne Künstlerin von tadellosem Rufe heiratete. Die Ehe wurde auch mit wohlgeratenen Kindern gesegnet, und doch schreibt Strauß: „Während der vierjährigen Dauer meiner Ehe habe ich nichts, kein Buch, keine Abhandlung, keinen Aufsatz geschrieben. Von den furchtbarsten Fragen der eigenen Existenz bedrängt, wie ich jene ganze Zeit über war, lagen mir die wissenschaftlichen Fragen fern; so fern wie dem Schiffbrüchigen, dem das Wasser bis ans Kinn geht, die Sorge für die Bewirtschaftung seiner Güter am Lande." Es bleibt keine andere Erklärung, als die Strauß selbst mit den Worten gegeben hat, es habe ihm das Organ gefehlt, sich des Lebens zu bemächtigen.

So schlug er sich auch im Jahre 1848 zur Reaktion. Selbst die guten Ludwigsburger, die ihn in den württembergischen Landtag gesandt hatten, schickten ihm ein Mißtrauensvotum, als er die Ermordung Robert Blums zu beschönigen versuchte. Danach trieb er zwanzig Jahre lang eine Schriftstellerei, die Engels einmal wegwerfend als „philosophische und kirchengeschichtliche Belletristik" gekennzeichnet hat. Dies Urteil begreift sich, wenn man die Schriften von Strauß aus dieser Zeit mit dem Leben Jesu vergleicht; an sich aber sind namentlich die Biographien Schubarts, Frischlins, Huttens und Voltaires doch mehr als bloße Belletristik. Am gelungensten ist wohl die Biographie Huttens, wenn sie auch an dem Grundfehler leidet, daß Strauß nichts davon ahnt, was Hutten historisch gewesen ist, nämlich der theoretische Vorkämpfer des niederen Adels; den Humanisten und den Kämpfen gegen

Rom wird sie vollkommen gerecht. Über die Belletristik ragen diese Schriften schon deshalb empor, weil sie „Rettungen" im Lessingschen Sinne des Wortes waren und Kämpfer- oder auch Wildlingsnaturen aus allerlei landläufigen Vorurteilen erlösten; Strauß meinte, solche Naturen zögen ihn unwiderstehlich, da sie seiner eigenen Natur so ganz entgegengesetzt wären.

Bei aller Schwachheit aber drückte ihn doch die Empfindung, nicht auf der Höhe seiner Anfänge geblieben zu sein, und so entstand ihm das Verlangen einer „letzten Abschlagszahlung", die seinem Leben Jesu gerecht und gleichwertig sei. Er veröffentlichte die Schrift über den alten und den neuen Glauben, die ihm ein Bekenntnis war und dem modernen Menschen eine Art Lebensbrevier sein sollte. Bis zu einem gewissen Grade oder doch in einem gewissen Sinne erreichte Strauß seinen Zweck. Im Jahre 1872, wo diese Schrift erschien, war sein Name, wie einst im Jahre 1835, der meist umstrittene in der deutschen Grenze, wenn auch nicht mehr für Monate und Jahre, sondern nur noch für Tage und Wochen. Und im Grunde fielen die Lose seiner letzten Schrift doch gerade umgekehrt, wie sie seiner ersten Schrift gefallen waren. War das Leben Jesu eine nicht der Absicht, aber der Wirkung nach revolutionäre Tat, so sollte der alte und der neue Glaube der Absicht nach revolutionär sein, aber der Wirkung nach wurde er es nicht.

Nur in religiöser Beziehung war Strauß fortgeschritten, indem er das Christentum als völlig tot für die moderne Entwicklung erklärte und sich zum naturwissenschaftlichen Materialismus bekannte; der dritte Abschnitt der Schrift, der eine klare und knappe Darstellung des Darwinismus gibt, ist entschieden ihr bester. Allein die politische und soziale Entwicklung von vier Jahrzehnten war spurlos an Strauß vorübergegangen; mit seiner Bekämpfung des allgemeinen Stimmrechtes, mit seiner Geringschätzung der Arbeiterbewegung, mit seiner Verherrlichung der Todesstrafe und der Monarchie hätte sich die politische Romantik von 1835 ganz gut einverstanden erklären können; es hieß sogar ihren eigensten Glauben bekennen, wenn Strauß schrieb: „In der Monarchie ist etwas Rätselhaftes, ja etwas scheinbar Absurdes, doch gerade darin liegt das Geheimnis ihres Vorzugs. Jedes Mysterium erscheint absurd, und doch ist nichts Tieferes, weder Leben noch Kunst noch Staat, ohne Mysterium." Es lohnte sich wahrhaftig, das Mysterium von Jesus Christus zu zerstören, um das Mysterium vom alten Fritz und vom alten Wilhelm zu verkünden.

Ein Glück, daß die satten Glückspilze des neuen Deutschen Reiches auch nicht einmal den religiösen Radikalismus vertragen mochten. Sie stürzten wie die Berserker über Strauß her, die Altkatholiken und die Protestanten wieder an der Spitze — auch der brave Nietzsche verdiente sich bei dieser Hetze seine Sporen —, in einem „Sauherdenton", der dem Angegriffenen die Sympathien aller anständigen Leute sicherte. Strauß selbst wies in einem Nachwort zu einer neuen Auflage seines Buches auf die sozialdemokratischen Blätter hin, die bei aller Ablehnung seiner politischen Ansichten doch seine philosophischen Ausführungen sachlich zu würdigen gewußt hätten, ganz im Gegensatz zur „gebildeten" Bourgeoispresse.

Es war sein letztes Wort in der Öffentlichkeit. Gleich darauf ergriff ihn die schwere Krankheit, die binnen Jahresfrist sein Ende herbeiführte. Dem Tode sah er mit philosophischer Ruhe entgegen, und in seinem Schatten fand er die Versöhnung mit sich und der Welt, die ihm im heißen Getümmel des Lebens versagt geblieben war. So erfüllte sich ihm, was er in seinem letzten Gedicht gewünscht hatte:

Heute heißt's: verglimmen,
Wie ein Licht verglimmt,
In der Luft verschwimmen,
Wie der Ton verschwimmt.

Möge schwach wie immer,
Aber hell und rein
Dieser letzte Schimmer,
Dieser Ton nur sein.

Die Polenpolitik der Regierung und die Klasseninteressen des deutschen Proletariats.

Von K—i.

Das preußische Dreiklassenparlament hat wieder einmal den Nachweis geliefert, daß es vollauf reif ist, ausgetilgt zu werden. Die **Enteignungsvorlage ist angenommen!** Ja — der preußische Junkerstaat hat das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung derart korrumpiert, daß man in weitesten Kreisen des deutschen Volkes jedes Gefühl für die elementarsten Begriffe des Rechtes verloren hat. Wäre dem nicht so, dann hätten die neuesten gegen die Polen gerichteten Gesetzesvorlagen der preußischen Regierung im Landtag wie im deutschen Reichstag einen Sturm der Empörung heraufbeschwören müssen gegen ein Vorgehen, welches darauf hinausläuft, einer Kulturnation die Sprache zu rauben und ihr das seit einem Jahrtausend bearbeitete Land zu entreißen. Das kann keine „Staatsräson" entschuldigen. Und es handelt sich dabei nicht allein um einen Rechtsbruch, es werden dabei auch Lebensinteressen des Proletariats, nicht allein des polnischen, sondern auch des deutschen, verletzt.

Bei oberflächlicher Betrachtung kann es scheinen, als ob die Enteignungsvorlage eine Maßnahme sei, die Wasser auf die Mühle des Sozialismus liefere. Da der Staat den Grundsatz proklamiert, daß das Eigentumsrecht am Boden, eine der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, aufgehoben werden kann durch einfachen Parlamentsbeschluß, hebe damit die Regierung dieses Wirtschaftssystem selbst aus den Angeln. In der Tat haben denn auch die parlamentarischen Vertreter der polnischen besitzenden Klasse diese Enteignungsvorlage als „sozialistisch" denunziert. Das ist jedoch blöder Unsinn. Raub ist nicht Sozialismus; der preußische Staat will nichts weiter als auf seine Macht pochend den **polnischen Besitzern** das Land nehmen, um es **anderen Besitzern** zu geben, Deutschen, von denen er hofft, daß sie ihm zu Dienste sein werden. Und nicht nur die polnischen Besitzer sollen beraubt werden, sondern auch die Gesamtheit der preußischen Bevölkerung: die preußischen Steuerzahler sollen 200 Millionen Mark samt den Zinsen hergeben, damit der preußische Staat in den Provinzen Posen und Westpreußen eine Gruppe von Bauern schafft, die daran interessiert sind, ihn aufrecht zu erhalten. Es ist denn auch gar lustig anzuschauen, wie der preußische Justizminister im Landtag sich abzappelte, um wenigstens formell den haarsträubenden Rechts-

bruch mit dem Wortlaut des bestehenden Gesetzes in Einklang zu bringen. Gelungen ist es ihm freilich nicht. Vergebens versuchte er das Taschenspielerkunststück, „das öffentliche Wohl“, von dem in § 9 der preußischen Verfassungsurkunde und in § 1 des „Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum“ die Rede ist, einfach durch „das Staatswohl“ zu ersetzen. Das Gemeinwohl kann erfordern, daß das Grundeigentum aufgehoben wird, das Gemeinwohl kann erfordern, daß das Eigentum an Boden denen entzogen wird, die ihn nicht bebauen, das Gemeinwohl kann es schließlich erfordern, daß an Stelle von Schmarotzern (wie zum Beispiel die ihr Land an die Bauern zu horrenden Preisen verpachtenden russischen Großgrundbesitzer oder die Landlords in Irland) Bauern gesetzt werden, die mit eigener Hand die Scholle bebauen. Aber an Stelle des polnischen Wojtek, der seinen Boden bestellt und sich darauf schlecht und recht nährt, einen deutschen Hans zu setzen, der sich auf diesem Boden nur halten kann, wenn er auf Kosten der Steuerzahler vom Staate alimentiert wird, das läuft dem Gemeinwohl schnurstracks entgegen. Es handelt sich ja auch gar nicht um das „Staatswohl“, sondern um das Wohl der zurzeit in Preußen herrschenden Clique: ihr ist die polnische Bevölkerung unbequem, und die gegenwärtige Regierung will ihre Macht dadurch stärken, daß sie in den polnischen Provinzen eine möglichst große Zahl direkt von ihr abhängiger parasitärer Bodeneigentümer schafft, die mit ihr durch dick und dünn gehen; sie will durch einen neuen Gewaltakt sich aus der Klemme retten, in die sie durch eine zwanzigjährige unglaublich lotterhafte Wirtschaft mit der „Ansiedlungskommission“ geraten ist.

Diese Wirtschaft ist in der Tat eines der schimpflichsten Kapitel in der neueren Geschichte des Junkerstaats.

Im Jahre 1886 faßte Bismarck den Gedanken, die polnischen Großgrundbesitzer zu expropriieren, um auf dem ihnen abgekauften Lande deutsche Bauern anzusiedeln. Seine damaligen Reden bewiesen ebenso eine vollständige Unkenntnis der Zustände in den polnischen Provinzen wie eine schier unglaubliche Naivität und Unwissenheit in wirtschaftlichen Dingen. In bezug auf die Polen behauptete er, entgegen den tatsächlichen Verhältnissen, es seien nur die polnischen Adeligen, die dem preußischen Staate feindlich gesinnt, während das Volk, die Bauern und Arbeiter kreuzbrave Leute seien, königstreu, lenkbar, demütig und so weiter. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Herren Schlachtschitzen nur einen Wunsch hegen: in Frieden mit dem Junkerstaat zu leben und gleich den Junkern deutscher Nationalität eine stets reichlich vom Staate gefüllte Krippe vor sich zu sehen. Die nationalen polnischen Interessen sind dieser Sippe ganz gleichgültig. Dagegen kann die große Volksmasse der Polen niemals sich zufrieden geben, solange sie durch den Polizeiknüppel regiert wird, solange man ihre Staatsbürgerrechte mit Füßen tritt, solange man ihr das elementare Recht auf die Muttersprache und die nationale Kultur verkümmert. Bismarcks Naivität und Unwissenheit in wirtschaftlichen Dingen äußerte sich darin, daß er sich den Verlauf der Expropriation ungefähr nach Art des Verfahrens beim Hammelkauf vorstellte: der Staat kauft ein Gut von einem polnischen Besitzer, verkauft es in Parzellen an deutsche Bauern; mit dem erhaltenen Gelde kauft er wieder polnische Besitzungen, und so fort mit Grazie. Deshalb glaubte Bismarck mit 10 Millionen Mark auszukommen (wie einer der Hauptmacher bei jener Affäre, der Abgeordnete Thiedemann, kürzlich ausgeplaudert hat), und erst Miquel

mußte ihm auseinandersetzen, daß mit weniger als 100 Millionen nichts auszurichten sei.

Seitdem hat die Ansiedlungskommission 350 Millionen Mark verpulvert und weder die polnischen Großgrundbesitzer expropriiert noch „das Deutschtum gefördert". Der vollständige Bankrott dieser famosen Politik ist heute eine unumstößliche Tatsache.

Das beweisen die Zahlen und Tatsachen, die die Ansiedlungskommission selber liefert in der von ihr zusammengestoppelten Denkschrift: „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit" — der Titel klingt wie Selbstironie!

Zur Verfügung standen der Kommission 350 Millionen Mark. Dafür kaufte sie 325993 Hektar Land und bezahlte sie mit 292½ Millionen. Den Rest verschlangen die Verwaltungskosten und die Unterstützungen an die Ansiedler.

Von wem kaufte die Kommission? Aus polnischer Hand wurden 175 Güter gekauft (davon 28 bei Zwangsversteigerungen) mit einem Areal von 96675 Hektar und 165 Bauernwirtschaften (davon 11 bei Zwangsversteigerungen) mit einem Areal von 6384 Hektar; zusammen also aus polnischer Hand 103059 Hektar. Dagegen stammen aus deutscher Hand 215871 Hektar; und zwar 406 Güter (davon 18 bei der Zwangsversteigerung erworben) und 224 Bauerngüter (davon 4 bei der Zwangsversteigerung erworben). Aus dem Staatsbesitz sind 7063 Hektar übernommen. Somit kaufte die Kommission nur 31,6 Prozent der Gesamtfläche von Polen, 66,2 Prozent von Deutschen. Die Absicht und Aufgabe der Ansiedlungskommission war, die polnischen Großgrundbesitzer auszukaufen — sie vermochte aber nur 29,5 Prozent des Gesamterwerbes von diesen zu erlangen. Daß es so kam, erklärt sich daraus, daß die Herren Agrarier teutscher Nation alsbald merkten, ein wie glänzendes Geschäft es sei, sich vom Junkerstaate expropriieren zu lassen, und sich eifrig darum bemühten, daß bei diesem seinen Geschäft auch für sie etwas — und nicht zu wenig — abfiel. Die polnischen Großgrundbesitzer dagegen vermieden es, besonders in den letzten Jahren, an die Kommission zu verkaufen. Seit 1900 sind nur 46 Güter von Polen, dagegen 316 von Deutschen gekauft worden. Es ist somit die Ansiedlungskommission nichts anderes als ein Institut, welches den mehr oder minder blaublütigen deutschen Gutsbesitzern in Posen und Westpreußen dazu verhilft, ihre Güter mit Profit los zu werden.

Daß der Verkauf an die Ansiedlungskommission ein glänzendes Geschäft ist, ergibt sich aus den von ihr gezahlten Preisen. In den ersten drei Jahren kaufte die Kommission 36198 Hektar; der durchschnittliche Grundsteuerreinertrag war 7,9 Mark pro Hektar, der durchschnittliche Kaufpreis 582 Mark pro Hektar; für 1 Mark Grundsteuerreinertrag wurden also 73,3 Mark gezahlt. In den letzten drei Jahren dagegen wurden 86039 Hektar gekauft, der durchschnittliche Grundsteuerreinertrag betrug 9,3 Mark pro Hektar, der Durchschnittspreis war 1180 Mark, es wurden also für 1 Mark Grundsteuerreinertrag 125 Mark gezahlt. Der Preis ist um mehr als 100 Prozent gestiegen. Diese Preiserhöhung ist aber nur zum Teil auf größere Ertragsfähigkeit der Güter zurückzuführen, denn das für 1 Mark Grundsteuerreinertrag gezahlte Kapital wuchs um 70,6 Prozent. Es hat also in den zwanzig Jahren eine horrende Preissteigerung stattgefunden — die Ansiedlungskommission hat zu wahnsinnigen Preisen in den letzten Jahren gekauft.

Über die Ursachen dieser Preissteigerung wird in der Denkschrift ein langes Gerede davon gemacht, daß die allgemeine Entwicklung der Parzellierung in den beiden Provinzen sich vermehrt habe. Bis zu einem gewissen Grade kann das gelten: der Bauer kauft, vom Heißhunger nach Boden getrieben, in zahlreichen Fällen Land zu einem Preise, der weit über die rationelle Norm hinausgeht; es ist auch richtig, daß gerade infolge des staatlichen Vorgehens die Polen Kreditinstitute und Genossenschaften gründeten, die den polnischen Bauern den Ankauf von Land in kleinen Parzellen ermöglichten. Aber das erklärt noch nicht eine derart starke Preissteigerung in so kurzer Zeit. Auch die Tatsache allein, daß die große Summe von 350 Millionen Mark, die auf den Gütermarkt geworfen wurde, eine künstliche Nachfrage erzeugte, erklärt die Preissteigerung nicht zur Genüge. Es gibt dafür nur eine Erklärung: Da die Ansiedlungskommission nicht nach allgemein gültigen wirtschaftlichen Grundsätzen verfuhr, da sie Zwecke verfolgte, die fernab von wirtschaftlichen Erwägungen liegen, hat sie eine anormale, eine unsinnige Preistreiberei des Bodens herbeigeführt, hat eine tolle, in jeder Hinsicht schädliche Spekulation großgezogen.

Wie wird denn die Sache gemacht? Die Ansiedlungskommission kauft von den Deutschen Güter, „um sie vor der polnischen Hand zu retten". Folglich wird diese Gefahr schleunigst vorgespiegelt: Junker Hinz oder Kunz sucht sich einen Mann mit polnischem Namen, knüpft mit ihm Verhandlungen über den Verkauf des Gutes an — Verhandlungen, die eitel Spiegelfechterei sind —, dann läuft er zur Kommission und erklärt: Entweder ihr kauft mein Gut oder ich muß es an den Polen verkaufen. Und die Kommission kauft. In dem Buche von Professor Ludwig Bernhard: „Die Polenfrage"[1] ist dies anschaulich geschildert.

Diese ungesunde Preistreiberei hat aber die allerschlimmsten sozialwirtschaftlichen Folgen; sie verteuert dem Bauern, der Land kauft, um davon zu leben, den Boden, sie führt zu ungesunder Überlastung des Bodens mit Schulden, sie trägt die Spekulation in das ganze wirtschaftliche Leben des Landes. Das Ende vom Liede muß dann der allgemeine Krach sein, bei dem Tausende von Existenzen gefährdet werden. Daß der Staat in den beiden Provinzen eine derartige Spekulation heraufbeschworen hat, ist das Schlimmste an seinem Vorgehen.

Was leistete nun die Kommission für die Kolonisation? Laut der Denkschrift sind bis Ende 1906 insgesamt 11957 Ansiedler angesiedelt worden. Von diesen waren indessen 1258 bereits vorher in der Provinz Westpreußen ansässig und 1668 in der Provinz Posen; es sind also tatsächlich nur 9031 neue Ansiedler herbeigezogen worden. Das Resultat ist also geradezu kläglich, sowohl vom Standpunkt der „Stärkung des Deutschtums", als auch vom Standpunkt der Ausdehnung des bäuerlichen Besitzes in den beiden Provinzen. Und außerdem schafft die Kommission keineswegs nur Bauernwirtschaften. 35 Besitzungen haben ein Areal von je über 120 Hektar mit insgesamt 8754 Hektar. Es sind das sogenannte „Restgüter", die angeblich nicht zur Aufteilung sich eignen, darunter finden wir Güter mit über 200, ja mit über 400 Hektar. Maßgebend sind hier „politische Gründe". Die Ansiedlungskommission sieht sich nämlich in einer Zwickmühle: sie kauft die deutschen Rittergüter auf, um sie vor dem Verkauf an Polen zu retten, und parzelliert

[1] Vergl. „Neue Zeit", XXVI, 1, Nr. 9, S. 316.

sie; die Folge ist, daß im Kreise die polnischen Rittergutsbesitzer überwiegen; da aber bekanntlich an den Besitz eines Rittergutes in Preußen gewisse politische Vorrechte gebunden sind, so ist abermals „das Deutschtum in Gefahr", es muß „der deutsche Einfluß im Stande der Rittergutsbesitzer gewahrt bleiben", und zu diesem Zweck parzelliert die Kommission nur einen Teil des erworbenen Landes und überläßt die großen „Restgüter" deutschen Besitzern. Somit wird, wenn es gerade paßt, der Hauptzweck, Bauern anzusiedeln, außer acht gelassen. Wie wir gleich sehen werden, bietet das den braven deutschen Agrariern abermals die Gelegenheit, sich auf Kosten der Steuerzahler zu bereichern.

Indessen auch Betriebe von 50 bis 120 Hektar wird man kaum als eigentliche Bauernbetriebe gelten lassen können. Solcher Betriebe sind aber 126 geschaffen, mit einem Durchschnittsareal von nahezu 70 Hektar und einer Gesamtfläche von 8691 Hektar. Die Kolonisten, die derartige Betriebe erwerben, sind natürlich keine Bauern mehr, sondern kapitalistische Unternehmer.

Sehen wir nun zu, unter welchen Bedingungen die Kommission den Ansiedlern Land überläßt. Von einem Verkauf ist nicht mehr die Rede; aus dem einfachen Grunde, weil es den deutschen Bauern aus den westlichen Gebieten gar nicht einfällt, sich in Polen bei abschreckend hohen Preisen anzukaufen. Vielmehr werden die Bauernhöfe auf Grund des Rentengutssystems vergeben, das heißt der Käufer bezahlt den Kaufpreis in Form der Rente, die fünfzig Jahre lang für den Staat unkündbar bleibt, wobei ein Zehntel der Rente überhaupt nicht ablösbar ist. Dadurch soll verhindert werden, daß der Ansiedler jene Besitzung an einen Polen verkauft. Nur so war es möglich, Ansiedler herbeizuziehen, denn nun kann, wer Lust dazu hat, ohne Geld Land kaufen. In der Tat ergibt sich denn auch folgendes: Die Ansiedler haben durchschnittlich ein Vermögen von 5350 Mark „nachgewiesen", als sie die Besitzungen übernahmen. Kenner behaupten indessen, daß es mit diesem Nachweis sehr windig steht; denn in der Regel stellt sich nachher heraus, daß ein großer Teil des Geldes nicht Eigentum der Ansiedler ist, sondern von Verwandten hergegeben und alsbald zurückgezahlt werden muß. Da nun die vergebenen Stellen durchschnittlich über 15 Hektar groß sind, so steht das Vermögen der Ansiedler in einem sehr mißlichen Verhältnis zum Preise des Landes, das sie erwerben.

Die Begebung erfolgt nun in der Weise, daß die Kommission vor allem die Güter zur Besiedlung instand setzt und alle nötigen Meliorationen vornimmt, was natürlich große Ausgaben erfordert. Ebenso sorgt die Kommission für Wege, Schulhäuser, Kirchen, Gemeindeämter usw. Der Ansiedler bekommt sogar das Land in der Regel vollständig hergestellt, und die erste Ernte gehört ihm umsonst. Nur Gebäude und Inventar muß er auf eigene Kosten besorgen, aber auch hier kommt ihm die Kommission zu Hilfe: sie liefert Baumaterial zum Selbstkostenpreis und stellt unentgeltlich Fuhrwerk zu dessen Herbeischaffung; sie liefert dann zum Selbstkostenpreis Vieh, Ackergeräte, Obstbäume usw. Dann hat der Ansiedler zwei „Freijahre", das heißt er braucht in den ersten zwei Jahren keine Rente zu zahlen; in der Regel aber sind es drei Jahre. Schließlich bekommt er ein „Ergänzungsdarlehen", und die 11957 Ansiedler haben denn auch an solchen Darlehen bereits 7,8 Millionen Mark erhalten. Wie man sieht — glänzende Bedingungen!

Es fragt sich aber, wie der Staat dabei fährt. Darüber stellt die Kommission folgende Rechnung auf: Die Anforderungen für Kirche, Schule und

Gemeinde betragen pro Ansiedlerstelle 1776 Mark; der Wert der Freijahre, der Bauhilfen, der Ernte des ersten Jahres 2500 Mark; Landwert 17000 Mark; Ergänzungsdarlehen 2000 Mark; insgesamt kostet also die Ansiedlerstelle 23276 Mark. Die zu leistende Rente beträgt nun 3 Prozent des Schätzungswertes, pro Hektar 21,41 Mark. Da aber bei dieser Schätzung die Meliorationskosten, die Verwaltungskosten, die Ausgaben für Wegebau, Schule, Kirche und Gemeinde nicht berechnet werden, so stellt sich nach Angaben der Kommission „die Schadloshaltung" des Staates aus der Rentenzahlung auf 2,02 Prozent. Die Rechnung ist indessen, wie Professor Bernhard mit Recht hervorhebt, falsch. Es sind dabei nämlich die Preise für Güter zugrunde gelegt, die bis 1905 besiedelt waren, aber vor 1901 gekauft wurden (in der Regel wurden die Güter von der Kommission einige Jahre lang im ganzen verwaltet, bevor sie aufgeteilt wurden). Bringt man die höheren Preise der letzten Jahre in Anschlag, so sinkt „die Schadloshaltung" auf weniger denn 2 Prozent!

Bisher sind 350 Millionen verausgabt. Dieses Kapital hat der Staat geborgt und zahlt dafür annähernd 4 Prozent Zinsen. Da „die Schadloshaltung" weniger als 2 Prozent beträgt, so entsteht ein Verlust von annähernd 2 Prozent. Es haben also die preußischen Steuerzahler das Vergnügen, zu dem Geschäft jährlich 7 Millionen Mark zuzuzahlen, um die rund 12000 Kolonisten als Staatspensionäre zu erhalten.

Wir erwähnten, daß ein beträchtlicher Teil des erworbenen Landes als Restgüter vergeben wurde. Für diese Restgüter soll die Rente etwas mehr betragen, nämlich 3½ Prozent. Man sieht jetzt, welch feiner Schnitt da zu machen ist: der Agrarier deutscher Nationalität hat die Möglichkeit, sein Rittergut zu hohem Preise an die Ansiedlungskommission gegen bares Geld zu verkaufen; dann erwirbt er ein Restgut und zahlt 3½ Prozent Rente, aber nicht von dem Kaufpreise, sondern von einem bedeutend geringeren Kapital. Er ist wieder Rittergutsbesitzer, und zwar auf Staatskosten, und kann sein aus dem Gutsverkauf erworbenes Kapital in Gründergeschäften oder in Staatspapieren anlegen, die ihm 4 Prozent einbringen. Außerdem ist er aber eine Stütze des Staates und rettet ihn vor der Polengefahr. Ein sehr lukrativer Patriotismus!

Fragen wir schließlich, wie es den Bauern geht, die da angesiedelt werden, so lauten die Antworten von Sachkennern durchweg nicht enthusiastisch. Trotz der ungemein günstigen Bedingungen kommen diese Bauern nicht recht vorwärts, aus dem einfachen Grunde, weil es ihnen nicht leicht wird, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Polen ist ihnen ein ebenso fremdes Gebiet wie etwa Amerika. Der Unterschied aber ist der, daß der Kolonist in Amerika in ein schwach bevölkertes Land kommt, wo die Entwicklung ihm in die Hände arbeitet, während der Kolonist in Polen ein von Natur armes und bereits überaus stark bevölkertes, ja angesichts des agrarischen Charakters übervölkertes Land vorfindet, mit außerordentlich niedrigen Löhnen und überhaupt schweren Erwerbsverhältnissen. Außerdem gehört eine ganz besondere Energie dazu, um Kolonist in fremdem Lande zu werden; hier aber sehen wir Leute, die nach Polen gehen, nicht weil sie auf ihre eigene Kraft, sondern weil sie auf Staatshilfe rechnen, Leute, die von der Kommission in jeder Weise bevormundet und am Leitseil gehalten werden. Deshalb nimmt es nicht wunder, wenn die polnischen Bauern, die Land unter schweren Bedingungen kaufen, sich empor-

arbeiten, während die deutschen Ansiedler trotz der ungewöhnlich günstigen Bedingungen nicht vorwärts kommen.

Die Ansiedlungskommission kann also mit ihren Resultaten keineswegs prunken. Aber sie hat es trotzdem fertig gebracht, in der Denkschrift ein fabelhaftes Bild zu entwerfen von den „indirekten Folgen der Ansiedlungstätigkeit". Da wird herausgerechnet, wie die beiden Provinzen Posen und Westpreußen sich in jeder Hinsicht in diesen zwanzig Jahren entwickelt haben: die Landwirtschaft hat sich gehoben, die Städte blühen auf, Handel und Verkehr sind gestiegen usw. Das ist eitel Schaumschlägerei! Freilich entwickeln sich die Provinzen — aber trotz aller Junkerwirtschaft, trotz der Tätigkeit der Kommission. Diese hat nur zu einer furchtbaren Blamage geführt, der Zweck, den sich die Regierung stellte, ist nicht erreicht, das Geld der Steuerzahler ist in unerhörter Weise vergeudet worden. Es war also die Not, der Bankrott ihrer bisherigen Politik, was die Regierung zu ihrer Vorlage im allzeit getreuen preußischen Landtag trieb, nochmals 300 Millionen Mark für den Ansiedlungsfonds zu fordern und außerdem das Enteignungsrecht. Die dürftige Begründung dieser unerhörten Forderung lautete, daß nur so der Preissteigerung des Bodens Einhalt getan werden könne und ohne die Enteignung es nicht möglich sei, geschlossene Siedlungskomplexe zu bilden. Selbst den stets gefügigen Nationalliberalen gingen diese Forderungen zu weit. Bei der gerade jetzt herrschenden Finanznot 300 Millionen Mark festzulegen, wagten sie doch nicht — etwas abhandeln mußten sie schon. Und so kam ein Kompromiß zustande, bei dem man auch das Enteignungsgesetz etwas verklausuliert, freilich ohne daß der Rechtsbruch dadurch geschwächt wurde. Am 16. Januar dieses Jahres wurde ein von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gestellter Antrag mit 198 gegen 119 Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen:

> Dem Staate wird das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedlungen möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als 70000 Hektar nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben.

Ferner wurde gemäß einem Antrage der Kommission des Abgeordnetenhauses entgegen den Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Polen beschlossen, die Erhöhung des der Regierung zur Verfügung zu stellenden Fonds statt um 300 „nur" um 200 Millionen Mark vorzunehmen.

Selbstverständlich wird die Regierung, wenn sie die 200 Millionen verbraucht hat, nicht zögern, den Rest oder noch mehr nachzufordern — und solange das Dreiklassenwahlrecht besteht, braucht sie nicht zu fürchten, daß sie sich vergeblich an den getreuen Landtag wendet. Und das ihr gewährte Enteignungsrecht, ob es nun unbegrenzt oder — sicher doch auch nur „vorläufig" — auf 70000 Hektar beschränkt ist, wird zu einer Geißel werden nicht für die polnischen Gutsbesitzer — diese werden sich nach wie vor trotz Enteignung zu bereichern wissen —, sondern für die polnischen Bauern. Und die Vertreibung dieser Bauern wird zu einem neuen Drucke auf den deutschen Arbeitsmarkt führen, denn es ist ganz unwahrscheinlich, daß sich die enteigneten Bauern anderswo ankaufen können. Beim Zwangsverkauf wird aber nicht der Großgrundbesitzer, sondern der Bauer ruiniert. Die Verhältnisse liegen

Digitized by Google

doch so: der Bauer, ganz besonders der polnische Kleinbauer, erwirbt seinen Unterhalt nur zum Teil aus der eigenen Wirtschaft, einen Teil dagegen, und zwar in der Regel den größeren Teil, erwirbt er als Arbeiter; sein Besitz ist außerdem stark verschuldet. Wird nun dieser Besitz zwangsweise veräußert, so erhält der Bauer nur eine geringe Summe bares Geld, mit dem er schwer einen neuen Hof erwerben kann, besonders bei den in die Höhe getriebenen Bodenpreisen. Außerdem wäre aber dieser polnische Bauer fortan nicht sicher, ob er nicht in ein paar Jahren von seinem neuen Besitz abermals vertrieben wird. Es ist folglich naheliegend, daß dieser Bauer trotz des festeingewurzelten Landhungers den Kampf aufgibt und sein Brot als Proletarier zu verdienen sucht.

Der polnische Landarbeiter wird bei der Kolonisation vertrieben. Die Ansiedlungskommission prahlt ja damit, daß in den Ansiedlungsgemeinden die Zahl der polnischen Arbeiter von 15500 im Jahre 1900 auf 7200 im Jahre 1905 zurückgegangen ist; es haben also die deutschen Ansiedler in fünf Jahren 8500 polnische Arbeiter verdrängt. Einige von diesen wurden „Häusler", die im Sommer als „Sachsengänger" ihr Brot verdienen, ein anderer Teil ging als Lohnarbeiter nach Schlesien, nach Westfalen, in die Großstädte.

Es kann ja gar nicht anders sein: verdrängt der Staat gewaltsam die polnische Bevölkerung vom Lande, dann muß sie — da die Leute sich dem Staate zuliebe doch nicht aufhängen werden — irgendwo bleiben; sie müssen also die Armee des Proletariats vermehren. Und da diese polnischen Landarbeiter und Bauern ja leider eine überaus niedrige Lebenshaltung gewohnt sind, da sie von den Klassenkämpfen des modernen Proletariats — leider — keine Ahnung haben, so müssen sie unfehlbar zu Lohndrückern werden, müssen sie im ganzen Reiche den Kampf des Proletariats um eine bessere Lebenshaltung vorerst erschweren.

Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen: für das deutsche Proletariat handelt es sich bei den Schritten der preußischen Regierung nicht nur um eine Verletzung des Rechtes, nicht nur um einen moralisch empörenden Gewaltakt dieser Regierung, es handelt sich auch um eine Schädigung proletarischer Interessen.

Das Dreiklassenparlament hat, wie nicht anders zu erwarten, diesen Plänen zugestimmt und die Vorlage angenommen. Daß das Herrenhaus sie zurückweisen wird, ist ausgeschlossen — binnen kurzem wird sie also Gesetz werden und „von Rechts wegen" der polnische Bodenraub beginnen —, ein würdiges Seitenstück zur Zerstückelung Polens in den beiden vorigen Jahrhunderten.

Unentschieden ist vorläufig aber noch, ob der preußischen Regierung auch das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Polen gelingen wird.

Das erzreaktionäre Vereins- und Versammlungsgesetz in Preußen öffnet der Willkür der Polizei Tür und Tor, und bekanntlich ist die Praxis seiner Handhabung in den östlichen Provinzen und in den kleineren Städten eine bei weitem schlimmere als im Westen und in den Großstädten. Hierbei wird zwischen Polen und Deutschen kein Unterschied gemacht: sie werden in gleichem Maße geschuhriegelt; die Genossen in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien wissen davon ein Lied zu singen. Nun hat die Regierung schon wiederholt versucht, Versammlungen in polnischer Sprache einfach zu verbieten, ist aber damit nicht durchgedrungen: die gerichtliche Entscheidung mußte zu-

gunsten der Polen ausfallen. Deshalb jetzt der Versuch, durch Reichsgesetz ein solches Verbot zu erzwingen.

Gelingt dies, dann wird die gesamte proletarische Bewegung Deutschlands im höchsten Grade gefährdet!

Die polnischen Arbeitermassen haben in Preußen eben erst den Weg zur Emanzipation betreten, selbst in Oberschlesien, wo doch schon seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die industrielle Entwicklung einsetzte — noch mehr in Posen und Westpreußen. Hier sind die weitaus meisten Arbeiter im Joche der halbfeudalen Verhältnisse aufgewachsen; jetzt erst entsteht eine Generation, die sich von dem barbarischen Drucke der Junker und Schlachtschitzen befreit, die sich von jung auf nicht als Knecht fühlt; eine Generation moderner Menschen mit städtischer Kultur. Denn erst die Agrarkrise der achtziger Jahre hat diese Menschenmassen aus dem Dämmerzustand aufgerüttelt, in dem das ostelbische — gleichviel ob deutsche oder polnische — Dorf hinvegetierte.

Ferner ist zu beachten, daß die kapitalistische Entwicklung dieser Provinzen, da sie später einsetzte, gerade gegenwärtig sich in einem recht raschen Tempo vollzieht. Das führt dazu, daß in den Städten ein rasches Anwachsen der Arbeitermassen stattfindet. Da aber die Städte auf Kosten des flachen Landes anwachsen und dieses flache Land polnisch ist, so ist es ganz natürlich, daß gerade die Zahl der polnischen Arbeiter in diesen Städten rasch wächst. Aus den Angaben über die Muttersprache bei den Volkszählungen ergibt sich, daß die Zahl der Polen in den Städten in folgendem Verhältnis gestiegen ist:

	1890	1900	1905
Westpreußen	54552	68345	79158
Posen	290058	325056	346045

Es ist also eine dringende Aufgabe, diese polnischen Arbeiter für die proletarischen Ideen zu gewinnen; es liegt dies wiederum im Interesse des Proletariats im ganzen Deutschen Reiche. Denn solange der polnische Arbeiter nicht organisiert ist, so lange bleibt er das billigste und willigste Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten. Es kann aber die Lage der Arbeiter im Westen des Reiches nicht dauernd gehoben werden, wenn im Osten das Angebot billiger Arbeitskraft bestehen bleibt. Ebenso ist es ein Hemmnis für die politische Emanzipation des Proletariats, wenn diese Arbeiterschaft infolge ihrer politischen Rückständigkeit im Banne der Pfaffen und der bürgerlichen Parteien bleibt.

Die polnische Sprache in öffentlichen Versammlungen verbieten, das bedeutet, die kulturelle Hebung der polnischen Arbeiter hemmen, das bedeutet, die Organisation dieser Arbeiter erschweren.

Abermals diktiert also das Klasseninteresse dem deutschen Proletariat den Kampf gegen dieses Ausnahmegesetz und dessen Urheber.

Der Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetz steht im engsten Zusammenhang mit der preußischen Polenvorlage; er ist eine direkte Folge der Zwangsgermanisierung, die mit Hilfe des neuen Enteignungsgesetzes durchgesetzt werden soll. Das preußische Dreiklassenparlament wirft seine Schatten in den Reichstag.

Das Proletariat nicht allein Preußens, sondern des ganzen Deutschen Reiches sieht auch durch diese Polengesetze wieder, wie es in seinem eigensten Klasseninteresse liegt, das Dreiklassenwahlrecht zu stürzen.

Digitized by Google

Die Gewitterwolken in Bulgarien.

Von einem Bulgaren.

Die zwei Revolverschüsse, die vor einigen Wochen die beiden angesehensten makedonischen Revolutionäre hingerafft hatten, haben wieder die Aufmerksamkeit der abendländischen Politiker auf die Ereignisse am Balkan gelenkt. Die Politik des Fürstentums Bulgarien ist in der Tat sehr eng mit den Geschicken Makedoniens verknüpft. Aber dieser Zusammenhang ist nur ein Resultat der gärenden Zustände im Innern des Landes, und wenn wir auf die tieferen Ursachen derselben eingehen, so wird uns auch die makedonische revolutionäre Bewegung begreiflich werden.

* * *

In den Jahren 1902 bis 1903 hatten wir in Bulgarien die Regierung der progressiv-liberalen Partei; sie stützte sich auf die breiten Schichten der Bevölkerung und die demokratischen Strömungen im Lande. Da die Regierung des Dr. Daneff sparsam und tolerant, friedlich und besonnen war, konnte sie nicht das gierige Verlangen der habsüchtigen Elemente der herrschenden Klassen befriedigen. Loyal gegen außen, kam sie dem ausdrücklichen Verlangen der russisch-österreichischen Diplomaten, eine strenge Neutralität gegen Makedonien zu bewahren, willig nach. Diese Politik aber fand ihren größten, vielfach geheim wirkenden Gegner im Fürsten Ferdinand. Seit dem Sturze Stambuloffs und besonders seitdem die fürstliche Stellung in Bulgarien endlich geregelt war, ging sein heimliches Bestreben dahin, uneingeschränkt von Parteien und namentlich von Volksparteien zu regieren. Die Minister des Krieges und des Äußern standen schon seit Jahren unter seiner persönlichen Leitung, in die anderen Ministerien, sowohl in das der öffentlichen Arbeiten als in das des Innern, hatte er ganz ergebene hohe Beamte gesetzt. Aber das genügte ihm noch keineswegs. Denn das Ziel, das der Fürst unaufhaltsam verfolgte, war nicht, die Bürde des persönlichen Regierens auf seine Schultern zu nehmen — das ist eine sehr veraltete Art, den hochfliegenden Ehrgeiz eines modernen Herrschers zu befriedigen —, sondern er wollte mehr als „nur ein Fürst von Bulgarien" sein, er wollte ein Faktor, ein gewichtiger Faktor am Balkan werden und demgemäß einen entsprechenden Platz unter den führenden königlichen Herren Europas einnehmen. Eine gewichtige Stellung im nahen Orient kann aber nur der erlangen, der über die explodierenden Minen am Balkan verfügt. Wie lange und mit welcher Zähigkeit hatte der Fürst nach der Oberherrschaft über die makedonische revolutionäre Bewegung gestrebt! Zwei- oder dreimal hatte diese Bewegung dem bulgarischen Monarchismus sehr gute Dienste geleistet. Warum sollte man sie nicht dem Glanze und der Bedeutung der bulgarischen Krone vollständig dienstbar machen? Diesem Ziele aber könnte sich nur der nähern, der die ganze Regierungsmaschinerie des Fürstentums unter seinem direkten Befehl hätte. Und dies war möglich, wenn man mit den Parteiregierungen, besonders mit den volksfreundlichen Parteiregierungen, brach. So benutzte der Fürst die erste beste Gelegenheit, das Kabinett Daneff los zu werden.

Das neue Ministerium bestand aus lauter Höflingen. Der Ministerpräsident, der das Ministerium des Äußern behielt, war der bekannte General a. D. Petroff, der dem Fürsten manche politische Dienste geleistet hatte. Der Minister des Innern, der später ermordete Petkoff, war zwar ein Parteimann der

kleinen Schar ehemaliger Anhänger Stambuloffs, aber seine politische Gruppe hatte die große Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung und Intelligenz gegen sich. Dieser Umstand zwang die Stambuloffisten seit langer Zeit, sich dem Fürsten blindlings zu ergeben. So erschien das Kabinett als ein Hofministerium, und es war in der Tat ein solches.

Dieser Wechsel machte einen sehr erbitternden Eindruck im Lande. Man befürchtete den Beginn einer gewalttätigen Ära. Freilich, die Regierung und ihr Bevollmächtigter gingen sehr sacht und schlau zu Werke. Sie versetzten keinen Beamten, sie waren freundlich gegen alle Parteigruppen; sie wollten den Groll der Gesellschaft gegen sich nicht wecken, vielmehr sie einschläfern. Aber auf die Dauer konnte sich das Spiel nicht halten. Die Wahlen für die Sobranje mußten gewonnen werden, und im Orient kann eine Regierung nicht der Wahlen sicher sein, wenn ihr nicht die Kreishauptmänner der Polizei blinden Gehorsam schulden. Erstens also mußte man das Gesetz, das die willkürliche Versetzung der Beamten verhinderte, auf administrativem Wege abschaffen und ferner alle Maßnahmen treffen, um alle Abgeordnetenmandate für sich zu beschlagnahmen. Da aber der Regierung alle bisher gebrauchten Wahlmanöver und Betrügereien nicht wirksam genug schienen, griff sie nach einem in Bulgarien noch nicht angewandten Mittel. Die Beziehungen zur Türkei waren infolge der Regierungspolitik sehr gespannt. Da es nun gerade Herbst war, in dem gewöhnlich die großen Manöver der Armee stattfinden, benutzte dies die Regierung, um alle 25 bis 35 Jahre alten Bürger unter die Fahne zu rufen, sie längs der türkischen Grenze zu verteilen, so die politisch rührigsten Elemente des Landes fernzuhalten, einen Krieg mit der Türkei in nahe Aussicht zu stellen und unter diesem Drucke die Wahlagitation zu besorgen. Der gesetzlichen Verpflichtung, die Bürger während der Wahlen nicht zur Armee einzuberufen, kam die Regierung nach, indem sie anordnete, daß drei Tage vor den Wahlen die Einberufenen frei kamen. Infolge dieser kurzen Frist von drei Tagen konnte aber nur ein sehr unbedeutender Teil der Einberufenen seinen Wahlkreis erreichen. Die Regierung bekam eine genügende Mehrheit in der Sobranje, und das war das wichtigste: das persönliche Regime des Fürsten hatte jetzt die formale Sanktion des Volkes.

Von nun an sollte die Politik des Fürsten, wie er sie verstand und wie er sie führen wollte, beginnen. Man hatte im Ausland Kanonen, Gewehre und Munition bestellt; man hatte Hunderttausende Menschen unter die Fahnen einberufen; die revolutionäre makedonische Bewegung, die nach der Niederlage des Aufstandes in Makedonien gelähmt war, sah zu jedem, der ihr behilflich sein konnte, mit Dank empor; die ganze Regierungsmaschinerie, von dem Finanzminister bis zu dem letzten administrativen und polizeilichen Beamten, stand unter dem Kommando der höfischen Politik.

Zuerst wollte man mit Säbelrasseln dem Sultan Abdul Hamid Furcht einjagen. Aber in Konstantinopel schien man besser unterrichtet über die wirklichen Absichten des Fürsten, und nach dem Einmarsch asiatischer Truppen in Makedonien ließ die fürstliche Diplomatie das gefährliche Spiel und suchte in Europa Hilfe. Man begann mit dem anderen orientalischen Mittel: man belog sich mit der Türkei gegenseitig. Man sandte nach Konstantinopel einen schlauen und geriebenen Diplomaten, den höfischen Staatsmann Natchowitch, der den Sultan überreden sollte, daß Bulgarien der beste Freund des Sultans sei und es in des Sultans Herrschaftsinteresse liege, den Makedoniern eine

menschlichere Behandlung in seinem Reiche zu gewähren. Das war aber ein zeitraubendes Bemühen, das sämtliche Diplomaten in Konstantinopel viele Jahrzehnte hindurch vergeblich versucht hatten. Das Resultat war, daß die makedonisch-bulgarische Bevölkerung nach wie vor systematisch von den türkischen Machthabern dezimiert wurde, damit man jeden künftigen Widerstand von ihrer Seite nicht zu fürchten hatte.

Augenscheinlich stand die persönliche äußere Politik des Fürsten am Ende ihres Lateins. Er machte große Reisen in Europa, wurde von allen Monarchen empfangen, man sprach von ihm, er ließ auch von sich sprechen, aber man sah weder, daß diese Politik vernünftig, noch daß sie nützlich war. Die europäischen Mächte haben zwar beschlossen, eine Reformära in Makedonien zu inaugurieren, aber sie geht in einem solchen Schneckentempo, daß sie eine Erleichterung, eine tatsächliche Linderung der verzweifelten Lage der Makedonier bisher nicht gebracht hat.

Dazu kam noch ein sehr beunruhigender Umstand, der die Lage der bulgarischen Bevölkerung in Makedonien noch unerträglicher machte. Die Bulgaren hatten nicht nur von den Türken zu dulden; jetzt hatten sie gegen sich die serbischen und griechischen Banden, die sie zwingen wollten, von dem bulgarischen Exarchat in Konstantinopel sich loszutrennen und sich griechischen oder serbischen Pfarrern und Lehrern zu übergeben. Die fürstliche Regierung, die weder mit ihrem Drohen gegen die Türkei noch mit Unterhandlungen etwas erreichte und jetzt machtlos der europäischen Reformaktion zusah, mußte gestehen, daß sie gegen die fortwährende Dezimierung des bulgarischen Elementes in der Türkei nichts anzufangen imstande sei. Eine schmählichere Niederlage konnte das persönliche Regiment des Fürsten sich nicht bereiten.

Die Unzufriedenheit, der Groll und die Empörung wuchsen bei den Makedoniern und bei den Bulgaren. Die Niederlagen der bulgarischen Politik empfand man am tiefsten in der makedonischen Bevölkerung. Nur ein unterjochter Stamm kann wissen, was es heißt, alle Hoffnungen, die man auf die Hilfe der freien Stammesgenossen setzte, aufzugeben. Das Exarchat selbst, das die einzige Behörde in der Türkei ist, die sich mit allen nationalen Angelegenheiten der Bulgaren beschäftigt, wurde von Grund aus erschüttert in seiner Würde und in seiner Stellung. Der Exarch, der seit dreißig Jahren das befreite Fürstentum verlassen hatte, nahm dort längeren Aufenthalt und sprach mit verschiedenen Politikern über die verzweifelte Lage des bulgarischen Elementes in der Türkei und über die unmögliche Politik des Fürstentums gegenüber der Türkei. Das war ein unerwarteter Schlag für das persönliche Regiment von der allerfriedlichsten Seite her. Aber die größte Verwirrung verursachte die fürstliche Politik unter den makedonischen Revolutionären.

Bis zum Jahre 1903 hatten sich die makedonischen Revolutionäre hauptsächlich auf zwei Lager verteilt, auf eine innere Organisation — sie war die stärkste und die einflußreichste — und auf eine äußere, die sich im Fürstentum bildete und vorwiegend den Absichten der bulgarischen Regierung diente. Die Leiter der letzteren Organisation waren höhere Offiziere außer Dienst, die dem Fürsten ergeben waren. Nach der Niederlage der fürstlichen Politik in Makedonien strebte die innere Organisation, die ganze Bewegung in ihre Hände zu bekommen, und es gelang ihr auch, die „äußere" Organisation ganz zu isolieren. Aber in ihrem Siege steckte eine neue Gefahr. Die innere Organisation selbst, nachdem der Aufstand im Herbst 1902 blutig unterdrückt war

und die bulgarenfeindlichen Banden in Makedonien die Oberhand gewonnen hatten, hörte auf, ihre revolutionäre Kraft aus Makedonien selbst zu schöpfen; sie wurde mehr und mehr auf den Beistand der bulgarischen Regierung angewiesen. Diesen günstigen Umstand ließ die fürstliche Regierung nicht vorbeigehen. Sie riet selbst dem General Zontscheff, dem Chef der äußeren Organisation, zurückzutreten; die ganze innere Organisation war im Begriff, unter den Einfluß der fürstlichen Regierung zu geraten. Die Hauptmittel einer revolutionären Organisation in der Türkei — Geld und Waffen — hatte die bulgarische Regierung vollauf. Wem anders könnte doch eine aus Bulgaren bestehende Regierung behilflich sein? Und gibt es einen Unterschied zwischen den Bestrebungen der Regierung und der inneren Organisation? Nun, die angebliche Internationalität der inneren Organisation kann ihr doch nicht verbieten, dem so bedrohten bulgarischen Element in der Türkei behilflich zu sein. Was die Regierung sich am meisten wünschen kann, ist gerade eine parallele, eine koordinierte Tätigkeit der inneren Organisation mit der bulgarischen Staatsmacht. Die bedrängte Lage, in der sich die revolutionäre Bewegung befand, die scheinbare Räumung des Agitationsfeldes von rivalisierenden Organisationen, die höchste Not an Existenzmitteln für Tausende in Bulgarien und in Makedonien herumwandernde Personen, alles das bereitete gute Ohren für die Sirenengesänge der Regierung bei den makedonischen Revolutionären. Es entbrannte ein unterirdischer Kampf zwischen den Führern. Die unbeugsamsten von ihnen begaben sich nach Makedonien hinein und fielen im Kampfe, andere wurden entfernt, wieder andere zogen sich zurück, da die Situation in der Türkei für ein energisches Eingreifen keinen Platz frei ließ. Führer der Bewegung waren oder wurden nur noch solche, die schon früher Beziehungen zur bulgarischen Regierung gehegt hatten und die gewandt genug waren, die vorhandenen Gegensätze zu vertuschen.

Eine solche Persönlichkeit war der unerschrockene und skrupellose langjährige Revolutionär Boris Sarafoff. Als sein Gegensatz erschien der gefürchtete Bandenführer Sandonski, der sein Hauptquartier im Rilogebiet hatte und im Sandjak Seres in Makedonien seine Wirksamkeit entfaltete. Der letztere bewahrte im Gegensatz zu dem ersteren die „Internationalität und die Unabhängigkeit“ der Bewegung, während Sarafoff als ein Nationalist allgemein bekannt war. Übrigens soll die „Internationalität“ und die „Unabhängigkeit“ des Sandonski nicht verhindert haben, daß er bei der fürstlichen Regierung sehr gut angeschrieben war[1] und, wie die Gerüchte lauten, mit Waffen und Geld versorgt wurde. Dieses Doppelspiel der Regierung, das vorläufig die Gefahr von den Köpfen der Regierenden wegleitete, wurde unheilvoll für die revolutionäre Bewegung und hauptsächlich für die Revolutionäre selbst.

Aber die größten und erschütterndsten Schläge sollte die fürstliche Politik von der freien bulgarischen Bevölkerung im Fürstentum erhalten. Eine so verschwenderische Politik, die Hunderte von Millionen Franken borgte und sie nutzlos verschwendete, überall Korruption verbreitete, konnte nicht auf die Dauer geduldet werden. Einflußreiche Abgeordnete, selbst der Vizepräsident der Sobranje, ja sogar die Minister des Äußern und des Krieges wurden der Bestechlichkeit und des Mißbrauchs ihrer Stellungen öffentlich angeschuldigt.

[1] Wie sich jetzt zeigt, waren drei Grenzkreise im Fürstentum bei Dubnitza polizeilich dem Sandonski sehr ergeben. Das erleichterte auch das Verschwinden des Mörders Panitza.

Digitized by Google

Es gab kein Ressort in der Regierungsmaschinerie, in dem sich nicht faule Flecken entdecken ließen. Die Empörung faßte alle Schichten der Bevölkerung, und die Opposition schwoll immer mehr und mehr an. Die guten Ernten und die flotten Geschäfte gingen zu Ende. Die Arbeiterbewegung, die vorher ganz in wirtschaftlichen Kämpfen aufgegangen war, schlug jetzt in eine politische Bewegung um. Die bulgarische Arbeiterschaft forderte von der Regierung gesetzlichen Schutz, und statt dessen erhielt sie Peitschenhiebe. Da antworteten die Arbeiter mit dem Eisenbahnerstreik, der den ganzen Verkehr erschütterte. Die fürstliche Regierung verlor den Kopf und schlug mit allen Waffen auf ihre Gegner los. Das brachte den 3. Januar, der Fürst wurde auf der Straße ausgepfiffen. Die Regierung griff zu der Waffe der Ausnahmegesetze; Massenmeetings im ganzen Lande folgten. Der Kampf entbrannte auf der ganzen Linie erbittert und heiß. Petkoff wurde ermordet, und die Regierung gab nach.

Während dieser fünfjährigen Periode hatte sich im Lande eine starke demokratische Bewegung gebildet, an deren Spitze die organisierte Arbeiterschaft stand. Das persönliche, cäsaristische Regime des Fürsten war die Zielscheibe, die Selbstverwaltung und die Selbstbestimmung des Volkes war das Ziel. Der Fürst und seine Minister, die jetzt ein gemeinsames Schicksal hatten, beschritten nicht den Weg des hartnäckigen Widerstandes wie Petkoff, sondern der Korrumpierung der oppositionellen Bewegung. Als aber auch dieses Hinausschieben der Krise nichts half, begann die Regierung ihr altes Spiel mit dem Feuer: sie schürte wieder die revolutionäre Bewegung in Makedonien an. In dem Moment, in dem die griechischen und die serbischen Banden verschwanden, tauchten bulgarische Banden in Makedonien auf. Die Regierung wollte die Aufmerksamkeit von hier auf Makedonien richten und verhandelte mit allen Richtungen der revolutionären Bewegung. Während dieser Zeit aber wurden die Gegensätze zwischen der Richtung Sarafoffs und der Sandonskis zu offener Feindseligkeit. Man hörte öfters, daß Sandonski in Sofia eingetroffen sei und Sarafoff nach Wien oder Bukarest geflohen. Die Polizei unternahm tumultuöse Haussuchungen in ganzen Stadtvierteln, aber „vergeblich“; Sandonski war nirgends zu finden. Da hieß es, man habe gesehen, daß er das Haus des Ministers Ghenadijeff — des schlauesten und skrupellosesten Nachfolgers Petkoffs — verlassen habe, und der Minister des Äußern, Staneioff, ein Knecht des Fürsten, mit Sandonski in Verbindung getreten sei. Beunruhigende Gerüchte über Gefährdung des Fürsten wurden verbreitet. Mit allen Mitteln wollte man die makedonischen Elemente in eine regierungsfreundliche Bewegung hineinreißen, wahrscheinlich mit der doppelten Absicht: einerseits gegen den Aufstieg der demokratischen Opposition im Fürstentum einen Damm zu errichten, und andererseits, im Falle die fürstliche Regierung genötigt werde zu gehen, den Eindruck zu hinterlassen, daß sie als Freund und Beschützer der revolutionären Bewegung in Makedonien gegangen sei.

Und in diesem Augenblick fiel der Doppelschuß Panitzas. Die Leichen der beiden Revolutionäre zerrissen den Vorhang, hinter dem die fürstliche Regierung ihre geheimen Umtriebe mit der makedonischen Revolution verbarg. Noch bevor die offizielle Polizei eine Untersuchung der Wohnungen der gefallenen Revolutionäre veranstaltete, „untersuchten“ die Freunde des Ministers Ghenadijeff an der Spitze der Geheimpolizei die Papiere Sarafoffs und Garwanoffs eine halbe Stunde nach ihrem Tode.

Wir sind seit einigen Jahren gewöhnt, zu hören, daß hier und da der eine oder andere makedonische Revolutionär von Bruderhand gefallen ist. Aber der Eindruck, den die Ermordung Sarafoffs und Garwanoffs machte, war ein außerordentlich starker. Auf einmal wurde es klar, wie groß und tief die Feindseligkeiten der beiden Lager waren und mit welchen grausamen Mitteln sie sie zu schlichten suchten. Hinter diesen verzweifelten Kämpfen aber zeigte sich in greller Deutlichkeit das ganze verbrecherische Unwesen der fürstlichen Regierung, die so teuflisch mit der makedonischen Sache umsprang. Makedonien, dieses todesmutige Ringen einer Unmasse von Menschen für ein leidliches Leben, ist nichts als ein Trumpf in den Händen der cäsaristischen Politik in Bulgarien. Einmal bedient man sich der makedonischen Revolutionäre, um die Wähler in Bulgarien einzuschüchtern, dann benutzt man die ganze Zukunft der makedonischen Sache, um die Blicke von den inneren Schäden des Fürstentums abzulenken, ein drittes Mal dient diese patriotische Sache als Vorwand, die Staatskasse zu plündern, ein viertes Mal spielt man die verschiedenen Tendenzen unter den Revolutionären gegeneinander aus, um sie fester in der Hand zu haben, ein fünftes Mal gebraucht man sie direkt als Werkzeuge gegen seine politischen Gegner und Rivalen, und zuletzt dienen sie als Schreckmittel gegen den Cäsar selbst von seiten seiner Diener. Eine recht unglaubhafte Version über die Gründe der so großartig angelegten und verzweigten gerichtlichen (richtiger gesagt polizeilichen!) Untersuchung über die Mordtat lautet, daß die Regierung den Fürsten zu der Überzeugung bringen sollte, daß sein Leben nur bei strenger Bewachung durch seine treuesten Diener sicher vor Attentaten der extremen Elemente im Lande sei.

Die Gewitterwolken, die die inneren Kämpfe der demokratischen Strömungen mit den reaktionären Bestrebungen der Krone und ihren Handlangern zusammengeballt haben, vereinigen sich in mannigfaltigster Weise mit denen, die aus den makedonischen Blutfeldern hinüberziehen, und erzeugen jene schwüle, elektrizitätsbeladene Atmosphäre, in der wir seit einem Jahre leben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von **Rudolf Hilferding.**

Die industrielle Depression.

Die internationale Geldteuerung hat unmittelbar auf die Geldbeschaffung der amerikanischen Eisenbahnen zurückgewirkt. Diese ließen sich für 1907 zur Ausgabe von 1569 Millionen Dollar in Noten, Bonds und Aktien autorisieren; es gelang ihnen jedoch nur, 957 Millionen zu begeben, und auch dies nur unter harten Bedingungen. Die Geldkrise zerstörte vollends jede Hoffnung, neues Geld zu erlangen; die Pläne auf Erweiterungen und Neuanlagen mußten vertagt werden, zumal die Ergebnisse der Eisenbahnen ständig zurückgingen. Zunächst verminderte sich der Reingewinn bei steigendem Bruttogewinn, weil die Betriebsauslagen, die Kosten für die Materialien und die Arbeitslöhne, ständig stiegen; jetzt sanken auch die Bruttoeinnahmen, weil der Güterverkehr sich verminderte. Die Verminderung der Nachfrage nach Eisenbahnen wirkte aber unmittelbar zurück auf die Eisenindustrie, die nun rasch zu Produktionseinschränkungen schreiten mußte. Das Jahr 1907 war für die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten noch ein Rekordjahr, das

mit seinen 26 Millionen Tonnen Roheisenerzeugung, wenn auch knapp, das Vorjahr übertraf; aber diese Rekordproduktion war nur durch die Erzeugung der ersten zehn Monate erzielt; im November setzt die Krise plötzlich ein, und in den letzten zwei Monaten des Jahres sinkt die Roheisenerzeugung auf 30 Prozent von der des Oktober und die Herstellung von Fertigwaren auf 20 bis 50 Prozent. Die Lage des amerikanischen Eisenmarktes schildert der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" am 12. Dezember 1907 folgendermaßen:

„Nachdem am 1. Juli dieses Jahres mit einer Produktion von 528170 Tonnen pro Woche die höchste Leistungsfähigkeit der amerikanischen Hochöfen erzielt worden war, ging sie am 1. Oktober auf 511397 und am 1. November auf 491436 Tonnen zurück. Am 1. Dezember stand sie auf 347372 Tonnen, und seither hat sie noch eine Einschrumpfung um weitere 20000 Tonnen erfahren. Das laufende Jahr, das in der Eisenproduktion einen Rekord bringen sollte, wird hinter 1906 zurückbleiben. Der Stahltrust hat bisher 60000 Arbeiter entlassen, seine Aufträge beziffern sich gegenwärtig auf höchstens 12000 Tonnen pro Tag, während sie in normalen Zeiten durchschnittlich 35000 Tonnen erreichen. Bei unabhängigen Werken im Süden haben sich schon Vorräte angesammelt, auch wird viel über geheime Unterbietungen berichtet. Namentlich sind Barkäufer gegenwärtig in einer starken Position, sie können allenthalben um 1 Dollar pro Tonne billiger kaufen als andere. Südliches Foundry Nr. 2 wird 14 Dollar ab Birmingham notiert, und Bessemer ist Barkäufern in den pennsylvanischen Distrikten zu 17,50 Dollar offeriert worden. Die Produktion von Fertigware ist in zwei Monaten auf 35 Prozent zurückgegangen, in manchen Branchen noch stärker, zum Beispiel betreibt die American Tin Plate Company nur 50 aus ihren 242 Etablissements, während allerdings die unabhängigen Werke nur von 66 auf 45 zurückgegangen sind. An Schienen wird die Carnegie Company Aufträge für 400000 Tonnen ins neue Jahr übernehmen müssen, da die Abnehmer peremptorisch die Einstellung aller Lieferungen verlangten. Manche Bahnen behelfen sich, indem sie schon ausrangierte, aber noch gebrauchsfähige Schienen wieder benutzen. Der Altzeugmarkt ist unter dem dringenden Barbegehr der Eisenbahnen vollständig zusammengebrochen, es werden Anstellungen gemacht, die selbst ungeachtet der absteigenden Konjunktur in Europa Exportbegehr nach sich ziehen."

Seitdem hat sich die Depression noch verschärft. Den dem Stahltrust nicht angehörigen Werken, die fast alle unter ungünstigeren Produktionsbedingungen arbeiten, geht es im allgemeinen noch schlechter.

Hart getroffen sind auch die Waggonfabriken; namentlich die Erzeugung von Güterwagen mußte auf das stärkste eingeschränkt werden. Unter solchen Umständen konnten natürlich auch die Preise nicht mehr gehalten werden. Die Schwankungen der Roheisenpreise zeigt folgende Tabelle:

Northern Foundry Nr. 2 pro Tonne à 1016 Kilogramm
(New Yorker Notierungen).

2. Januar 1907	24,75	bis	26,75	Dollar
8. Mai	25,00	"	26,25	"
13. Juni	24,50	"	25,75	"
3. Juli	24,00	"	25,00	"
7. August	22,00	"	22,70	"
4. September	20,70	"	21,70	"
2. Oktober	19,70	"	20,70	"
6. November	18,70	"	19,20	"
2. Dezember	17,75	"	18,25	"
30. Dezember	17,25	"	18,00	"

Der Rückgang, der am 13. Januar begonnen hat, hat sich seitdem ohne Unterbrechung trotz der starken Produktionseinschränkungen fortgesetzt. Prozentuell noch stärker ist der Rückgang der Fertigfabrikatspreise. Ebenso zeigen die Kohlenpreise sinkende Tendenz. Noch im November notierte Fabrikkohle 3 Dollar. Im Dezember kostete sie 2,70 Dollar pro Tonne und Anthrazitkohle statt 3,55 Dollar im November nur mehr 3,30 Dollar. Daß die Kupferproduktion infolge des Preissturzes besonders stark in Mitleidenschaft gezogen ist, ist nur natürlich; die Produktion beträgt hier gegenwärtig noch nicht die Hälfte der normalen.

Wir haben schon einmal in diesen Heften darauf hingewiesen, daß diesmal die Konjunktur nicht nur eine Konjunktur vornehmlich der Produktionsmittelindustrien ist, sondern daß auch die Konsummittelindustrien begünstigt durch eine Aufeinanderfolge günstiger Ernten in hohem Maße an der Prosperität teilgenommen haben.[1] Ebenso trifft auch die Krise allem Anschein nach diesmal die wichtigste Konsummittelindustrie, die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten mit besonderer Wucht. Die Spinnereiverbände der Neuenglandstaaten haben bereits eine Einschränkung des Betriebs auf vier Tage in der Woche beschlossen, und eine bedeutende Anzahl dieser Firmen hat auf eine oder zwei Wochen den Betrieb gänzlich eingestellt. Daß unter solchen Verhältnissen die Luxusproduktion besonders schwer leidet, bedarf keiner weiteren Ausführungen, und nur als interessantes Detail mag angeführt werden, daß der Import von Diamanten, der sich im Jahre 1906 auf 43573000 Dollar belief, im Jahre 1907 um 11860000 Dollar, also um mehr als 25 Prozent auf 31713000 Dollar sank; im Dezemb:r allein ging er von 4030000 Dollar des Vorjahres auf 207000 Dollar zurück.

Die Krise in den Vereinigten Staaten macht auch der Hochkonjunktur in Europa ein Ende. Schien noch im Sommer eine Kohlennot, eine Eisenknappheit zu drohen, wurden überall Klagen über den Arbeitsmarkt laut, so hat sich das Bild seitdem vollkommen geändert. In Deutschland zeigt der Kohlenmarkt vorläufig noch ein günstiges Bild, der Koksabsatz dagegen hat nachgelassen, und das Syndikat hat bereits eine Einschränkung von 10 Prozent beschlossen. Von Seite der Eisenindustrie finden bereits Abbestellungen statt. Der Rückgang im Versand in Halbzeug und Formeisen des Stahlwerkverbandes ist außerordentlich stark; der Gesamtversand betrug im Dezember 1907 359515 Tonnen gegenüber 449025 Tonnen im Dezember 1906; er zeigt also eine Verminderung um rund 90000 Tonnen, obwohl der Versand an Eisenbahnmaterial gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen ist. Im vierten Quartal 1907 betrug der Versand in Halbzeug 317611 Tonnen gegen 450369 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1906 und 520193 Tonnen in 1905. Der Versand an Formeisen betrug für das letzte Quartal 1907 nur 273291 Tonnen gegen 449561 und 404588 Tonnen im gleichen Abschnitt 1906 und 1905. Das Düsseldorfer Roheisensyndikat, das am 1. Januar 1907 einen Auftragsbestand von 953000 Tonnen hatte, verfügte am 1. Januar 1908 nur über einen solchen von 173000 Tonnen. Trotzdem der Stahlwerkverband die Preise zu halten suchte, mußte er sie am 4. Dezember um 10 Mark pro Tonne für Halbzeug und Formeisen ermäßigen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß mit dieser Ermäßigung das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

---

[1] Siehe 25. Jahrg., Heft 31 „Die Konjunktur".

Digitized by Google

Ebenso ungünstig ist die Lage des englischen Eisenmarktes. Der Verkauf von Roheisen ist von einer seit Jahren nicht mehr bemerkten Trägheit. Im Nordosten Englands sind nur 80 Hochöfen im Betrieb, die geringste Zahl seit dem Jahre 1902. Die deutsche und belgische Konkurrenz macht sich bereits stark fühlbar und hat die Preise zum Sinken gebracht, wie folgende Tabelle beweist, die die Preisentwicklung für Halbzeug veranschaulicht.

Es notierten (pro Tonne fob.):

	Blooms Schilling	Knüppel Schilling	Platinen Schilling
8. August 1907	106—107	108	110
5. September	105	106	108
3. Oktober	98	100	102
7. November	89—91	91—92.6	94—95
5. Dezember	86	87	88—90
24. Dezember	82	83—84	87.6
2. Januar 1908	80—81	82—83	85—87.6
9. Januar	79	80	83

Im Vergleich mit den Notierungen vom August 1907 weisen demnach die heutigen Sätze bereits einen Rückgang von 27 bis 28 Schilling pro Tonne auf.

Wir haben gesehen, daß der amerikanische Stahltrust sehr starke Betriebseinschränkungen vorgenommen hat. Vielfach erweckte dies die Hoffnung, daß dadurch der Weltmarkt vor allzu scharfer amerikanischer Konkurrenz bewahrt bleiben werde. Dies scheint sich jedoch nicht zu erfüllen. Vielmehr bewirbt sich der Trust schon angelegentlich um Aufträge für das Ausland, und es ist ihm auch gelungen, einen Abschluß von 100000 Tonnen für England zu erzielen. Der Abschlußpreis wird mit 17,80 Dollar loco Pittsburg angegeben bei einem Inlandspreis von 29 Dollar. Damit ist der Anfang für das gefürchtete Dumping, das Preisschleudern, gegeben. Dies ist aber für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in Europa von großer Bedeutung. Denn die Gleichzeitigkeit, mit der die Prosperität diesmal begonnen hat und zu Ende geht, ist nicht nur für die engere Verflechtung des Weltmarktes charakteristisch, sondern verschärft auch den Grad der Depression. Die letzte Krise setzte in Deutschland im Jahre 1900 ein; in Amerika aber dauerte die Prosperität nach einer ganz momentanen Abschwächung in der Stahlindustrie, die den Ausbruch der deutschen Krise beschleunigt hatte, noch bis zum Jahre 1903. Dieser Umstand aber bildete eine wesentliche Erleichterung für die deutsche Wirtschaft, besonders für ihr Rückgrat, die deutsche Eisenindustrie. So stieg die Ausfuhr von Halbzeug von 33627 Tonnen oder 2 Prozent der Gesamtproduktion auf 201716 Tonnen oder 12 Prozent in 1901, 636427 Tonnen (28 Prozent) in 1902, 638182 (26 Prozent) in 1903, um im Jahre 1904 wieder auf 395990 Tonnen oder 16 Prozent der Gesamtproduktion zu fallen. Es war daher auch möglich, daß die Stahlproduktion nicht abnahm. Sie betrug 1900 rund 6,6 Millionen, ging 1901 nur ganz wenig zurück auf 6,4 Millionen, stieg aber 1902 schon auf 7,7 Millionen und 1903 auf 8,8 Millionen Tonnen. Die Krise trat viel stärker in der Tatsache des Preissturzes hervor, als in der der Produktionseinschränkung. Die Fortdauer der Konjunktur in Amerika, die geringere Abschwächung in England öffnete der deutschen Eisenindustrie ein Ventil. Ganz anders jetzt, wo die Krise gerade in den Vereinigten Staaten ihren Ausgangspunkt hat und von da nach Europa übergreift. Wir stehen erst am Beginn und nicht am Ende der Depression.

Literarische Rundschau.

Ferdinand Jakob Schmidt, **Zur Wiedergeburt des Idealismus.** Philosophische Studien. Leipzig 1908, Verlag der Dürrschen Buchhandlung. 325 Seiten. Preis 6 Mark.

Die Aufsätze, die Herr Schmidt in diesem Bande gesammelt hat, sind mit Ausnahme des ersten in den „Preußischen Jahrbüchern" erschienen. Sie bezwecken nicht mehr und nicht weniger, als die Wiederaufnahme der Fichte-Schelling-Hegelschen Philosophie; der Verfasser spricht im Namen „jener unsichtbaren Gemeinde, aus der die geistige Wiedergeburt unseres Volkslebens hervorgehen" wird. Wir fürchten nur, daß diese Gemeinde sich durch ihre „Unsichtbarkeit" mehr auszeichnet als durch irgend sonst etwas.

Um einen Begriff von der Art und Weise dieser Wiedergeburt zu geben, so meint Herr Schmidt, daß sich die religiösen Vorstellungen nicht aus der ökonomischen Produktionsweise entwickeln, sondern im Gegenteil die ökonomische Produktionsweise durch die religiösen Ideen beherrscht wird. Weshalb kam das katholische Spanien nicht zu demselben Wohlstand wie das kalvinische Holland? Weil der Katholizismus den Erwerb und den Besitz irdischer Güter dem Menschen als etwas Minderwertiges anrechnet; während der Protestantismus jeden Beruf adelt, also auch das Erwerbsleben heiligt und ihm dadurch eine neue schöpferische Kraft verleiht.

Insbesondere der Kalvinismus, der mit seiner strengen äußerlichen Zucht die Gelegenheit zur Verschwendung des Erworbenen aufs äußerste einschränkt, führte zur Ansammlung jener Kapitalien, mit deren Hilfe die Niederlande die spanische Weltmacht besiegten. Der Kapitalismus ist also ein Kind des Protestantismus. Allerdings berührt dieser Trieb heute unsympathisch, weil er in der Hand des einzelnen Individuums als bloße Machtgier erscheint. Allein das ist nur ein Übergangsstadium. Herr Schmidt weist nach, daß während der Kalvinismus tatsächlich in bloßen Mammonismus auszulaufen droht, in der tieferen Weltanschauung Luthers die Keime gegeben sind, den Kapitalismus in einem höheren ethischen Sozialismus wieder aufzuheben. Der kirchliche Protestantismus, wie er von Luther selbst und im unmittelbaren Anschluß an ihn gebildet ist, tut's freilich auch nicht; er ist noch eine mittelalterliche Erscheinung. „Die Religion des denkenden Geistes", das wahre, vollendete, freie Luthertum erscheint erst in der Weltanschauung, die repräsentiert wird durch Bach, Goethe, Schiller, Fichte, Schelling, Hegel, Ranke. Hier ist nur der wahre Mensch, der ein Repräsentant der Totalität der Menschheit ist, und das wird er nur durch die sittliche Arbeit aller für alle.

Unsern Lesern werden diese Proben genügen. Danach brauchen wir ihnen nicht zu sagen, daß Herr Schmidt auf den historischen Materialismus sehr schlecht zu sprechen ist. Aber er ist ein zu liebenswürdiger und loyaler Mann, um in seiner Abneigung gegen Marx und den Marxismus auf die landesüblichen Torheiten der akademischen Gernegroße zu verfallen. Sein Buch ist ein merkwürdiges Zeugnis dafür, auf welche seltsame Gedankengänge diejenigen Elemente der bürgerlichen Intelligenz geraten, die zu gebildet sind, um sich am Kapitalismus nicht zu verekeln, aber nicht weitsichtig genug, um den Sozialismus zu verstehen. F. M.

Heinrich Freese, **Bodenreform!** Gotha 1907, Friedrich Emil Perthes. 269 Seiten.

Heinrich Freese ist der Vorgänger Damaschkes in der Leitung des Bundes der Bodenreformer. In seiner Kampfzeit schrieb er eine größere Anzahl Artikel, die er nun in Buchform zusammenfaßte und veröffentlichte. Gelegenheitsaufsätze pflegen selten einen bleibenden Wert zu haben; sie sind ja den Bedürfnissen des Tages angepaßt. Nur wenige vermögen die Ereignisse des Tages so zu behandeln, daß auch die Zukunft aus dieser Darstellung lernen könnte. Heinrich Freese scheint uns nicht einer von diesen wenigen zu sein. Seine Aufsätze überschreiten nirgends den Hori-

zont der Tagesjournalistik und es ist nicht einzusehen, welchen Wert ihre Zusammenfassung und Herausgabe in Buchform für uns haben soll. Der Historiker, der sich für die Entwicklung der Bodenreformbewegung interessiert, mag Freese dankbar sein, daß er ihm das Nachschlagen einer Anzahl bodenreformatorischer Zeitschriften erspart, die große Lesewelt wird aber mit diesem Buche schwerlich etwas anzufangen wissen. Es interessiert uns heute im allgemeinen doch sehr wenig, was vor sechzehn oder siebzehn Jahren Herr Freese zu den Plänen Hertzkas oder den Kolonisationsprojekten des Baron Hirsch zu sagen wußte. Allerdings finden sich auch einige neuere Aufsätze in dem Buche, die sind aber womöglich noch nichtssagender oder geschmackloser als die älteren. So wird in einem Artikel aus dem Jahre 1904 allen Ernstes auseinandergesetzt, daß der Groschen Trinkgeld, den der Gast einem Kellner gibt, dazu beitrage, die Grundrente zu erhöhen. „Der Wirt spart den Lohn und bezahlt die hohe Miete, die er sonst nicht zahlen könnte“.... „Ja, die Mietsteigerung erhöht den Wert des Grundstücks, aber nicht den Wert des Gebäudes, sondern nur des Bodens“, lautet die etwas gar zu naive Erklärung.

Es ist nicht unmöglich, daß die Bodenreformer selbst doch einigermaßen zufrieden mit diesem Buche sind, weil sie hoffen, daß es ihnen neue Anhänger zuführen werde. Wir sind allerdings etwas weniger genügsam. Julius Deutsch.

Max Quarck, **Die deutschen Straßenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse.** Eine Vorarbeit für amtliche Arbeiterstatistik. Herausgegeben vom Transportarbeiterverband. Berlin, Verlag der Buchhandlung Courier. 232 Seiten.

Der Verfasser weist im Vorwort auf den völlig fehlenden Arbeiterschutz für die Straßenbahner hin. Seit mehr den vierzig Jahren bestehen in Deutschland Straßenbahnunternehmungen, und man wußte immer wieder Mittel und Wege zu finden, um die notwendigen Gesetzesvorschriften hinanzuhalten. Selbst das Zentrum unter Führung Hitzes vermochte in der Blüte seiner Nebenregierungszeit mit „radikalen“ Forderungen keinen Einfluß zu erlangen. Dazu haben die Straßenbahngesellschaften alles versucht, die Öffentlichkeit über die wirklichen Verhältnisse zu täuschen. Hartnäckig wehren sie sich gegen die Lüftung des Schleiers, der über die miserablen Zustände im Arbeitsverhältnis gezogen ist. Jeder versuchten statistischen Aufnahme begegnen die Direktionen mit Droherlassen. Man fürchtet für die Dividende, und darum muß alles hübsch im Dunkeln bleiben.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, kommt der vorliegenden Broschüre ein besonderes Verdienst zu, indem vorwiegend an der Hand von Akten, Statistiken, Lohnskalen und Tarifen ein gut Teil Materialien zusammengestellt sind, die in der Tat dem Beirat für Arbeiterstatistik als Unterlage und Vorarbeit zu gründlicheren amtlichen Erhebungen dienen können.

Die Arbeitsverträge der Straßenbahner entbehren in ihrer großen Mehrzahl noch des neuzeitlichen Charakters. Patriarchalische Dienstordnungen mit reich paragraphierten Strafbestimmungen, Prämien auf „Wohlverhalten“ und dergleichen mehr bilden die Regel. Auch die in Händen der Gemeinden befindlichen Betriebe bequemen sich nur allmählich zu moderner Auffassung. Rühmend hervorzuheben ist Frankfurt a. M., dessen Arbeitsvertrag abgedruckt ist. Daß die Beschäftigung bei der Straßenbahn sowohl für Fahrer wie Schaffner eine immer qualifiziertere wird, hängt mit der Einführung des elektrischen Betriebes eng zusammen. So wachsen die Ansprüche an die Arbeitskraft fortgesetzt, und immer vielgestaltiger sind die Berufe, aus denen sich das Personal rekrutiert. Nach einer Enquete von Dr. M. Fürst über die Hamburger Straßenbahnangestellten waren nicht weniger denn 99 Berufe vertreten, von denen außer Arbeitern und Knechten ein ziemlicher Prozentsatz aus Bäckern, Kommis, Gärtnern, Schlachtern und Schuhmachern bestand. Man geht wohl nicht fehl, diese Erscheinung auf die „Beamtenstellung“ zurückzuführen, welche Hoffnung auf die Gründung einer Familie erweckt, was in den vorbezeichneten Berufen bekanntlich äußerst selten möglich ist. Wie weit dieser Beamtennimbus be-

rechtigt ist, vermag man aus den Kapiteln über die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse unschwer zu erkennen. Bis zu 18 Stunden sind Straßenbahner oftmals im Dienst, und erst in den letzten Jahren wurde durch Organisation und Streiks eine allmähliche Verkürzung auf 9 bis 10 Stunden für Fahrer, 10 bis 12 Stunden für Schaffner erzielt. Vielfach erfolgten bei Unglücksfällen Freisprechungen vor Gericht, weil Übermüdung infolge zu langer Arbeitszeit als Entschuldigung angenommen werden mußte. Eine große Anzahl von Ausständen, zumeist spontan aus dem Gefühl heraus, ohne Organisation, versuchte gegen die geradezu schrankenlose Ausbeutung anzukämpfen, und wenn die Mehrzahl auch verloren ging, den Aktionären wurde es doch zur heilsamen Lehre und für die Nachfolger wurde meist eine Besserung erzielt. Der Verfasser betont selbst, daß das Material bezüglich der Arbeitszeit noch recht lückenhaft ist infolge der vorstehend gekennzeichneten Geheimnistuerei der Betriebsverwaltungen. Die Lohnverzeichnisse gehen mit wenigen Ausnahmen nur bis zum Jahre 1900; gegenwärtig liegen die Verhältnisse für einige Gruppen besser, aber im allgemeinen ist allerdings auch heute das Bild noch überaus trübe. Tagelöhne von 3,50 bis 4,50 Mark, Anfangslöhne von 2,40 bis 2,60 Mark kommen noch zahlreich genug vor, während die bestbezahlten Monatslöhne 90 bis 140 Mark betragen. Letztere werden aber erst nach dreizehn Dienstjahren erreicht (Frankfurt a. M.). Vielfach sind die Lohnskalen sogar bis zum zwanzigsten Dienstjahr ausgedehnt, ein Unfug, den die privaten Unternehmer mit zahlreichen Stadtverwaltungen gemeinsam haben! Von den horrenden Monatslöhnen sind aber in der Regel noch erhebliche Abzüge zu bestreiten für Kaution, Montur, Strafgelder usw. Freilich der Direktor Micke von der „Großen Berliner" hat ja in einer Konferenz am 17. April vorigen Jahres den Lohnerhöhung fordernden Angestellten erwidert (laut „Vorwärts" vom 25. April), „es wäre ganz in der Ordnung, daß die Frauen der Angestellten mitverdienen müssen, weil ihre Männer nicht so viel verdienen, wie zur Erhaltung der Familie notwendig ist". Da darf man sich füglich nicht wundern, daß der reiche Dividendensegen nur für Aktionäre bleibt, während beim Arbeitslohn nach Möglichkeit „gespart" wird. Die lange Reihe der Streiks (S. 76) beweist die bedrückte Lage der Straßenbahner. Wenn auch eine große Anzahl der Ausstände „wild" waren und ohne rechten Plan geführt wurden, das Publikum stand doch fast immer auf seiten der Streikenden, weil man die Misere dieses Berufes zum Teil aus eigener Anschauung kennen gelernt hat. Wir erinnern nur an den Berliner Streik 1900, der die volle Sympathie der Bevölkerung fand.

Das dürftige Maß von Schutzmaßregeln oder richtiger die Ansätze dazu sind in einem besonderen Kapitel kurz behandelt. Der zweite, weitaus größere Teil ist speziell als Materialsammlung gedacht. Es werden Musterarbeitsverträge, Dienstvorschriften und Dienstpläne abgedruckt, ferner das Statut der Hamburger Pensionskasse. Das letzte Kapitel „Koalitionsrecht und Straßenbahnerbeschwerden" bringt gleichfalls nur Verfügungen der Hamburger Straßeneisenbahngesellschaft gegen das Koalitionsrecht, die allerdings gravierend genug sind. E. D.

Zum Studium der Schulpolitik. Ein Literaturnachweis. Nr. 1 der Broschüren zur Schulpolitik, herausgegeben von der Vereinigung für Schulpolitik zu Berlin. Leipzig, Verlag von Jul. Klinkhardt.

Wenn die weiteren Hefte zur Schulpolitik, die die schulpolitische Sektion des Berliner Lehrervereins herauszugeben beabsichtigt, ebenso ungenau und lückenhaft sind wie das vorliegende erste Heft, so wird der pädagogische Büchermarkt dadurch nur noch um etwas mehr Spreu bereichert, als sich ohnehin schon auf ihm breit macht. Eine schulpolitische Bibliographie wäre ein dankenswertes Unternehmen, wenn sie mit der erforderlichen Gründlichkeit gearbeitet würde. Das vorliegende Heftchen dagegen ist eine ganz flüchtige Zusammenstoppelung einer Reihe von Buchtiteln. Weder sind sie systematisch und übersichtlich angeordnet, noch sind sie genau angegeben — die Jahreszahl fehlt fast stets, gelegentlich sogar der Name des Verlegers —,

noch enthalten die einzelnen Rubriken auch nur die Hauptwerke. So enthält die Rubrik Sozialpädagogik mehrere Schriften, die gar nicht hierhin gehören, es fehlt aber neben anderen das wichtige Buch Bergemanns über „Soziale Pädagogik". Unter dem verlockenden Titel „Sozialdemokratische Pädagogik", unter dem man die wichtigsten Schul- und Erziehungsschriften sozialistischer Schriftsteller zu finden hofft, steht nicht eine einzige davon verzeichnet, wohl aber eine Reihe verstaubter pädagogischer Tendenzschriften gegen die Sozialdemokratie. Darunter macht sich noch eine Rubrik „Sozialdemokratische Jugendschriften" breit, in der ganze vier Bücher aufgezählt werden, von denen zwei niemals eigentliche sozialistische Jugendschriften gewesen sind; die anderen beiden aber sind seit langem vergriffen. Unmittelbar darunter figuriert als letzte Rubrik „Frankreich", in der wiederum zwei der wichtigsten Schriften fehlen: Seidels „Sozialpädagogische Streiflichter" und Weigerts vortreffliche Schrift über die Volksschule und den gewerblichen Unterricht in Frankreich. Der Katalog des deutschen Schulmuseums tut dem Schulpolitiker bessere Dienste als das vorliegende Verzeichnis. h. sch.

Elisabeth Gnauck-Kühne, **Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende.** Statistische Studien zur Frauenfrage mit sechsfarbigen Diagrammen. Zweite Auflage. Berlin, Otto Liebmann. 3,50 Mark.

Die überaus fleißige Arbeit enthält nicht nur wertvolles Material, sondern betrachtet die wirtschaftliche Stellung der Frau auch von neuen Gesichtspunkten. Sehr eingehend wird die Lebensdauer der beiden Geschlechter in Deutschland verglichen und den Gründen nachgeforscht, durch welche den Frauen aller Bundesstaaten im Durchschnitt ein längeres Leben beschieden ist als den Männern. Dabei ergibt sich, daß schon durch das seltenere Vorkommen des Selbstmordes bei Frauen eine nicht unerhebliche Überzahl der weiblichen Bevölkerung verursacht wird.

Im Jahre 1900 verlor das Deutsche Reich 8987 Männer und 2406 Frauen durch Selbstmord, mithin um 6581 weniger Frauen, was die Autorin mit der größeren Fähigkeit des weiblichen Geschlechtes, Leiden zu ertragen, und mit seiner größeren Religiosität zu erklären sucht. Zugleich versucht sie den Nachweis, daß die deutschen Länder mit vorwiegend katholischer Bevölkerung geringere Selbstmordziffern bei den Frauen aufweisen als die mit vorwiegend protestantischen Bewohnern. Die Statistik aber, auf die Frau Gnauck-Kühne sich hier stützt, gibt ein so schwankendes Bild, daß, wie sie selbst zugesteht, sich bestimmte Schlüsse nicht leicht daraus ziehen lassen und die Mitwirkung anderer Motive als die von der Autorin angeführten nicht mit Sicherheit abzuweisen ist.

Sehr richtig wird hervorgehoben, „daß die häufigere Beschäftigung in der Industrie und dem Verkehrswesen ohne Zweifel zu den wichtigsten Gründen gehört, durch welche die durchschnittlich kürzere Lebensdauer der Männer zu erklären ist. Ich vermisse aber unter den angeführten Gründen für diese Erscheinung den bei Männern um so viel mehr verbreiteten Alkoholmißbrauch, der sowohl zu vielen Erkrankungen als auch sehr häufig zum Selbstmord führt.

Interessant ist der Vergleich zwischen den Zahlen der Frauenselbstmorde und der unehelichen Geburten in den einzelnen Bundesstaaten, den die Autorin durchführt und der einen Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen sehr wahrscheinlich macht.

Die Untersuchung, die Frau Gnauck-Kühne über die Ehefrequenz anstellt, zeigt, daß zwar mehr als drei Viertel aller Frauen in Deutschland zur Eheschließung gelangen, daß aber nur in der Altersstufe von 30 bis 50 Jahren tatsächlich 77 Prozent verheiratet sind, während in der von 16 bis 30 die Verheirateten nur 29, in der über 50 nur 49 Prozent ausmachen, so daß im Durchschnitt die deutsche Frau nur 20 Jahre lang in der Ehe lebt. Daß sich aber seit etwa 15 Jahren ein relativer Rückgang in der Zahl der Eheschließungen geltend macht, das trägt auch noch dazu bei, daß die Ehe selbst dann nicht mehr als lebenslängliche Versorgung für die

Frau betrachtet werden könnte, wenn es gelänge, die verheirateten Frauen vom Erwerb auszuschließen.

Die Unmöglichkeit, die verheiratete Frau auf das Haus zu beschränken, erkennt sogar die klerikale und strengkonservative Autorin, wenn sie es auch nicht ausdrücklich zugesteht. Zwar bedeutet die Eheschließung in den meisten Fällen ein Aufhören der Erwerbsarbeit der Frau oder doch eine gründliche Änderung derselben. Diese Tatsache wirft aber, statt erleichternd auf das Los des Proletarierweibes zu wirken, vielmehr ihre unheilvollen Schatten voraus. Sie macht, daß die jungen Mädchen sich ihrem Erwerbszweig nicht für Lebenszeit verbunden fühlen, und darum in der Regel weder eine Arbeit gründlich erlernen, noch sich für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse mit Ernst und Nachdruck einsetzen. Die nach einer Reihe von Jahren zur Erwerbsarbeit zurückkehrende Familienmutter aber, ob sie nun verheiratet oder Witwe ist, bildet ein noch schwerer zu organisierendes, noch widerstandsunfähigeres Element als die ledige Arbeiterin.

Frau Gnauck-Kühne sieht als Mittel zur Abhilfe nebst einer besseren Fachbildung der jungen Mädchen hauptsächlich die zwangsweise Organisierung der weiblichen Arbeiterschaft in Frauenzünften, in welchen die speziell weiblichen Arbeitsgebiete durch die Konkurrenz durch Männerarbeit geschützt werden und die Arbeitslöhne durch behördliche Maßnahmen hochgehalten werden sollen.

Dieser reaktionäre Vorschlag müßte schon deshalb als unwirksam erkannt werden, weil es heute unmöglich wäre, die Frauenarbeit auf wenige Gebiete zu beschränken. Dringt sie doch seit vielen Jahren auch in jene Arbeitszweige ein, die immer für die ausschließliche Domäne der Männer gegolten haben, wie die Metallindustrie, die Holzindustrie und viele andere.

Was aber die Frauenlöhne auf einem so niedrigen Niveau erhält, trotzdem die Frauenarbeit längst in der Gesamtproduktion unentbehrlich geworden ist, das ist nicht die Konkurrenz, die den Frauen von den Männern, sondern die, welche den Männern von den Frauen durch Unterbieten der Löhne gemacht wird.

Nur der organisierte Widerstand der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft kann gegen die elenden Frauenlöhne mit Erfolg ankämpfen, und nur mit ihm im Bunde könnte die Organisierung des häuslichen Lebens, die Überwindung des Kraft und Material verschwendenden Einzelhaushaltes und die Ausnützung des technischen Fortschrittes für die organisierte Häuslichkeit die arbeitende Frau von der unerträglichen Doppellast häuslicher und gewerblicher Ausbeutung befreien.

Therese Schlesinger.

Notizen.

Die Umwälzung der Flaschenindustrie. Vor einigen Jahren wurde in der Glasflaschenindustrie eine in den Flaschenproduktionsprozeß tief einschneidende Erfindung gemacht: das nach seinem Erfinder benannte Owenpatent, der Flaschengußautomat. Bisher mußte jede einzelne Flasche mittels der Glasbläserpfeife durch menschliche Lungenkraft geblasen werden, eine Arbeit, die zwei bis drei Minuten Arbeitszeit eines geübten Glasbläsers beanspruchte. Die Owenmaschine liefert 14 bis 15 Flaschen in der Minute; zu ihrer Bedienung bedarf sie nur eines einzigen Arbeiters, leistet aber das Arbeitsquantum von 30 Glasbläsern in der gleichen Zeit. Das ist ein Sprung, so groß wie etwa vom alten Spinnrad zum modernen Selfaktor.

In Nordamerika, woselbst die Glasflaschenindustrie sich schon seit einiger Zeit in riesigen Trusts entwickelt hat, sind bereits seit geraumer Zeit einige Flaschengußautomaten des Owenschen Systems im Betrieb; am 15. November 1907 wurde in Düsseldorf ein Syndikat der Glasflaschenfabrikanten Europas gegründet.

Anfänglich hatten sich nur die drei größten deutschen Glashüttenwerke: die Gerresheimer Glashütten-Aktiengesellschaft, Siemens-Dresden und H. Heye-Gerres-

heim, für das Owenpatent interessiert und beabsichtigt, die Patente für den europäischen Kontinent allein zu erwerben, um so mit einem Schlage ihre gesamte Konkurrenz auszuschalten zu können. Nur die hohe Forderung des Patentverwertungskonsortiums für die europäische Lizenz vereitelte den frommen Wunsch der Großen; sie mußten auch die Kleinen am Mahle teilnehmen lassen. Nach etwa dreijährigen Verhandlungen mit dem Patentverwertungskonsortium ist nunmehr das Owenpatent mit einem Aufwand von 12 Millionen Mark für die gesamte Erde mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos von dem europäischen Syndikat erworben.

Das europäische Flaschensyndikat beherrscht schon heute diesen Industriezweig vollständig, umfaßt doch der neugegründete Verband eine jährliche Produktion von 1428 Millionen Flaschen; da die Flasche einen durchschnittlichen Verkaufswert von 10 Pfennig hat, repräsentiert das einen Gesamtwert von 142 Millionen Mark. Die deutsche Glasflascheninduftrie ist an diesem Produktionsertrag mit 530 Millionen Flaschen beteiligt, auf die Flascheninduftrie Englands entfallen 305, auf die Frankreichs 295, und die österreichische Flascheninduftrie partizipiert mit 160 Millionen an diesem Produktionsergebnis. Auf Holland entfallen von diesem Produktionsertrag 70, auf Schweden und Norwegen 32, auf Dänemark 24 und auf Belgien 12½ Millionen Flaschen. Hat bei dieser Produktion das europäische Glasflaschensyndikat schon die ausschlaggebende Stellung auf dem Weltmarkt erklommen, so ist doch das Ziel seiner Wünsche ein Weltmonopol. Schon schweben Verhandlungen mit dem amerikanischen Flaschentrust, die auf eine beiderseitige Kartellvereinbarung hinzielen und wohl kaum resultatlos bleiben werden.

Die Verminderung der Produktionskosten durch die Inbetriebnahme der Owenpatente bringt den Flaschenkonsumenten zunächst keine Verbilligung der Produkte. Auf eine Reihe von Jahren hinaus sind die Flaschenpreise einheitlich festgelegt, um zunächst erst die 12 Millionen Mark für die Patenterwerbung wieder herauszuschlagen. Ob nach dieser Zeit die Flaschenpreise fallen, ist eine Frage, die nach den Erfahrungen mit der syndikalistischen Preispolitik nicht ohne weiteres zu bejahen ist. Die Flaschenproduktion soll in der Weise geregelt werden, daß zunächst 10, später 5 Prozent über die gegenwärtigen Produktionserträgnisse der angeschlossenen Glashütten für den Markt produziert werden sollen. Die Inbetriebnahme der Flaschengußautomaten soll zudem nur allmählich erfolgen. Man versucht diese scheinbare Mäßigung mit dem moralisierenden Vorwand zu motivieren, daß sonst die jetzigen Glasbläser zu rasch ihre Existenz verlören. Schade nur, daß es dem Wesen des Kapitalismus vollständig widerspricht, und zudem gerade dem sonstigen Verhalten der drei Syndikatsväter gegenüber ihren Arbeitern! Sind doch die drei genannten Firmen dafür bekannt, daß sie nicht nur miserable Löhne zahlen, sondern ihren Arbeitern auf jede nur erdenkliche Art das Koalitionsrecht verkümmern und sie durch brutalen Druck im knechtischen Abhängigkeitsverhältnis zu halten suchen. Da müssen für das überquellende soziale Empfinden dieser Herren schon andere Motive bestimmend sein, und die Tatsache, daß — obwohl die Gesamtproduktionsquote und die Verkaufspreise durch das Syndikat festgesetzt werden — der Verkauf der Flaschen dem einzelnen Fabrikanten wie bisher überlassen bleibt, dürfte den Schlüssel zur Lösung des Rätsels abgeben. Es haben sich nämlich trotz der Vertrustung der europäischen Flascheninduftrie nur die Formen des Konkurrenzkampfes geändert, keineswegs aber wird der Kampf selbst vermindert. Da trotz der gemeinsamen Patenterwerbung die Konstruktion der komplizierten Owenmaschine ein größeres Kapital erfordert, so können diese sich vorerst nur die kapitalkräftigeren Glashütten anschaffen. Die beschlossene Vermehrung der Gesamtproduktion wird daher zunächst auf die größeren Syndikatswerke entfallen. Wenn nun auch die fixierten Syndikatspreise die kleineren Werke in diesem Falle vor Preisunterbietungen schützen, so wird ihnen doch das größere Kapital durch größere Kreditgewährung an die Abnehmer und Verbilligung der Produktionskosten eine er-

drückende Konkurrenz bereiten. Denn die mit der Owenmaschine gegossenen Flaschen sind nicht nur von derselben Glätte wie die bisherigen gedrehten Flaschen, sondern ihre Haltbarkeit soll auch die der mit dem Mund geblasenen Flaschen weit übertreffen. So ist die allmähliche Inbetriebnahme des Flaschengußautomaten in den Syndikatshütten auch ohne altruistische Erwägungen zu erklären und entspricht so dem üblichen kapitalistischen Wesensbild. Was die Väter des neuen Syndikats von Anfang an erstrebten, wollen sie nun auf dem Umweg über das Syndikat erreichen: Das europäische Flaschensyndikat wird nicht nur im Konkurrenzkampf die Nichtsyndikatsfirmen schachmatt setzen, sondern auch noch darüber hinaus die Konzentration des Kapitals in der Glasflaschenindustrie mit Riesenschritten beschleunigen. Die Aufsaugung der kleinen Betriebe durch die großen Hütten wird durch das neue Syndikat nicht verhindert, sondern verkürzt werden.

Und die Maschine, die an Stelle der menschlichen Arbeitskraft tritt, wird zwar die Arbeiter, die bisher kein Schutzgesetz vor den gesundheitszerstörenden Folgen des Flaschenblasens bewahrte, endlich von dieser Not befreien, aber nur um sie in noch größere, in Arbeitslosigkeit zu stoßen und allen Vorteil der Erfindung nur den Kapitalisten zuzuweisen! Stephan Heise.

Das Bäckereigesetz in Finnland. Von den wenigen Arbeiten, welche der finnische Reichstag in der neunzigtägigen Session von 1907 fertig brachte, ist für die Arbeiterklasse die bedeutendste das Gesetz betreffend die Arbeiten in den Bäckereien. Daß die Volksvertretung nicht ein Gesetz ausarbeitete, welches das ganze Erwerbsleben umfaßt hätte, ist gewiß zu beklagen. Die besonders schreienden Zustände in den Bäckereien hatten jedoch schon den entschlafenen Ständelandtagen mehrmals vorgelegen, aber ein Gesetz war nicht zustande gekommen. Also wurde die Vorlage abermals eingebracht, und der Spezialausschuß hielt es für wichtiger, das Bäckereigesetz zuerst auszuarbeiten und das allgemeine Gewerbegesetz später folgen zu lassen.

Insofern mag der Gedanke ja auch berechtigt gewesen sein, da für ein einzelnes Gewerbe eher etwas zu erreichen war, als für sämtliche Gewerbe mit einem Male. Vielleicht bietet das Bäckereigesetz jetzt für die Ausarbeitung des allgemeinen Gesetzes eine Grundlage.

Es kostete große Kämpfe, das Gesetz auch nur in seiner jetzigen Gestalt durchzubringen, sowohl in dem Sechzigerausschuß, der als das „Oberhaus" angesehen wird, als auch im Plenum. Das Unternehmertum setzte alles daran, um das Gesetz so zuzustutzen, daß den Arbeitern möglichst wenig erhalten bliebe. Es ist besonderen Umständen zu verdanken, daß es noch in dieser Gestalt die Klippen passierte.

Das Gesetz beseitigt fast völlig die Nachtarbeit und die Sonntagsarbeit und bringt den Achtstundentag.

Laut § 1 ist in Bäckereien zur Herstellung von Verkaufswaren die Arbeit nur an Werktagen zulässig, und zwar in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, wobei die Arbeit an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen um 6 Uhr beendet werden muß.

Nur bei besonderen Umständen hat der Magistrat oder der Gemeindevorstand das Recht, zu gestatten, daß zehnmal im Jahre in Werktagen vorausgehenden Nächten gearbeitet werde, wobei jedesmal darüber ein Zeugnis auszustellen ist, in welchen Nächten die Arbeit gestattet wird.

Die Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter wird auf höchstens achtundvierzig (48) Stunden wöchentlich eingeschränkt.

Diese Arbeitszeit kann jährlich höchstens um hundert Überstunden verlängert werden, sie darf aber in einer Woche zehn Stunden nicht übersteigen. Über die Überstunden ist Buch zu führen, und der Gewerbeinspektor hat das Recht, das Buch zu revidieren.

Für die Überstunden ist ein mindestens um 50 Prozent höherer Lohn zu zahlen.

Leider macht aber § 4 in diese Vorschriften ein großes Loch. Er bestimmt nämlich, daß sie nur dann gelten, wenn nicht ein besonderer Vertrag die Nacht- und Überarbeit in anderer Weise, als die §§ 2 und 3 bestimmen, festsetzt!

Dagegen bringt das Gesetz die wichtigen Bestimmungen, daß der Arbeitslohn nur in Geld auszuzahlen ist und nicht in der Form von Wohnung oder sonstigen Gebrauchsgütern oder Gegenständen berechnet werden darf. Ferner erstreckt sich das Gesetz auch auf die Brot- und Zuckerbäckereien von Hotels, Restaurants und Konditoreien.

Die Strafen für Übertretungen dieses Gesetzes durch die Bäckereiinhaber oder deren Vertreter betragen 10 bis 700 Mark.

In Kraft getreten ist dieses Gesetz aber leider noch nicht, und es ist noch fraglich, ob es in Kraft treten wird, denn was der finnische Landtag beschließt, bekommt erst Rechtskraft, wenn es die Bestätigung des Zaren erhalten hat!

Unsere Genossen im finnischen Landtag versuchten die Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden festzusetzen. Das wurde aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ebenso unmöglich war es auch, durchzusetzen, die Nacht- und Überarbeit durch Sondervertrag unmöglich zu machen.

Das Gesetz weist ferner darin einen Mangel auf, daß es nicht deutlich genug sagt, ob der Bäckereiinhaber in seinem Betrieb überhaupt die gesetzliche Beschränkung zu beachten hat oder nur bezüglich der einzelnen Arbeiter. Nur bei der Nachtarbeit ist die Grenze klar. § 4 aber bestimmt, daß der Unternehmer nach einem Spezialvertrag die Überarbeit vermehren kann. So kann schließlich die Praxis sich einbürgern, daß der Unternehmer von jedem einzelnen Arbeiter 100 Überstunden im Laufe von 10 Wochen verlangt, diese Schicht Arbeiter dann entläßt, neue annimmt und von den neuen ebenso 100 Überstunden verlangt. Diese Praxis würde zu einer beständigen Wanderung der Bäckereiarbeiter führen, und die Arbeiter könnten so um den Schutz des Gesetzes gebracht werden. Es ist aber zu hoffen, daß der höhere Lohn für die Überarbeit die Unternehmer davon abhalten wird, sie noch mehr, als im Gesetz festgesetzt, anzuwenden.

Es ist natürlich zu begrüßen, daß das Gesetz die Lohnzahlung durch Kost und Logis unmöglich macht. Dies allein wird schon so manche Übelstände beseitigen. Und nicht weniger zu begrüßen ist die Abschaffung der Nachtarbeit. Diese beiden Übel belasten wohl in der ganzen zivilisierten Welt die Bäckereiarbeiter wie ein Alp. Hoffentlich wird Finnland als Beweis dienen können, daß Brot ganz gut nur am Tage gebacken werden kann. M. Martna.

Die Verelendung des russischen Volkes geht deutlich hervor aus einem Werke, das zur Verherrlichung des Nikolausschen Regimes veröffentlicht wurde. Herr Gulischambaroff, statistischer Direktor im russischen Finanzministerium, hat einen dicken Band über die Statistik Rußlands im ersten Jahrzehnt Nikolaus II. (1894 bis 1904) herausgegeben, über das die „Tribune Russe“ vom 30. Dezember 1907 berichtet. Danach muß selbst dieses offizielle Werk zugeben, daß sich die Ernährung der russischen Bevölkerung verschlechtert. Im Durchschnitt betrug der Konsum in Rußland pro Kopf:

	Weizen	Roggen
1894	4,46 Pud	10,6 Pud
1904	3,53 „	9,0 „

Dabei bedeutete die Ernährung 1894 schon vielfach eine Unterernährung. Und gerade seit 1904 verschlechtern sich die Ernten zusehends. Aber der Schnapskonsum wächst.

Und dieses infame Regime wird gestützt von den Edelsten und Besten aller Nationen! K.

Zeitschriftenschau.

In dem Januarheft von „Der Kampf“ führt Dr. K. Renner seine hier schon besprochenen staatsrechtlichen Betrachtungen weiter in einem Aufsatz: **Das Klasseninteresse des Proletariats an der Amtssprache.** Für den Proletarier Österreichs besteht das Amtsspracheninteresse darin, daß sein Verkehr mit den Behörden in seiner eigenen Sprache stattfindet. Durch die Abgrenzung von Sprachgebieten, welche die bürgerlichen Nationalparteien fordern, wird nicht gesorgt für die unter einer anderen Nation zerstreuten Angehörigen eines Volkes. Sie sind rechtloser als Untertanen eines anderen Staates, denn zwischen Staat und Staat besteht ein Völkerrecht, aber zwischen den Völkern Österreichs besteht ein Völkerrecht nicht, natürlich, da die Völker innerhalb des Staates als besondere Körperschaften rechtlich nicht existieren. Bekommen die Nationen im Nationalitätenstaat eine rechtliche Existenz, dann löst sich die Frage ganz einfach, da jede Nation in derselben Weise durch Konsuln, Dolmetscher und andere Beamte für ihre zerstreuten Angehörigen sorgen wird, wie jetzt zum Beispiel der deutsche Staat sich der Deutschen im Ausland annimmt. Für dieses internationale, innerrechtliche Völkerrecht sorgt die Staatsgesetzgebung, zum Beispiel durch Vorschriften über doppelsprachige Beamte. Diese Lösung ist für jede Nation annehmbar, nur nicht für die Bureaukratie, die heute über alle Nationen herrscht. Auf der heutigen bureaukratischen Basis ist die Frage jedoch unlösbar.

Die Sprache des inneren Dienstes ist eine bureaukratische Frage, um die sich die Kämpfe unter der Intelligenz verschiedener Nation drehen. Aber zugleich liegt ein allgemeines nationales Interesse darin, daß eine Klasse da ist, die die Sprache, die Kultur, das Geistesleben der Nation pflegt und entwickelt, also eine nationale Intelligenz. Ist diese möglichst vielsprachig, so ist dies ein Vorteil für diese Kultur und nie ein Nachteil für die Nation, da die Nationalangehörigkeit der Beamten und die Amtshoheit der Nation — zwei Sachen, die heute fehlen — die Nationalzusammengehörigkeit scharf ausprägen. Schließlich muß noch eine Verkehrssprache da sein für den schriftlichen Verkehr aller Behörden; aus historischen Gründen eignet sich die deutsche Sprache dazu am meisten, und die nationale Autonomie läßt hierbei für Eifersucht keinen Raum.

In demselben Hefte schreibt Otto Bauer über **Österreichs auswärtige Politik und die Sozialdemokratie.** Auswärtige Politik wird für die Arbeiterklasse Wirtschaftspolitik und Politik des Friedens sein müssen. Die Handelsbeziehungen knüpfen Österreich an die Balkanhalbinsel und an Deutschland. Die Balkanpolitik ist für Österreich die Hauptfrage aller auswärtigen Politik; die Hebung des kulturellen Niveaus und daher des Warenverkehrs bei den emporkommenden agrarischen Balkannationen sollte ihr Ziel sein. Aber gerade das Umgekehrte ist bis heute geschehen; die agrarische Politik, die den Verkehr schädigt, die legitimistische Politik, die jede Änderung des Status quo der Türkenherrschaft argwöhnisch ansah, die Eroberungspolitik in Bosnien, das militärisch regiert wird, und die Unterdrückung der Serben und Rumänen in Ungarn haben die gerechte Feindschaft der Balkanvölker geweckt. Freihandel nach Osten und Anerkennung der nationalen Autonomie sollen an Stelle dieser Politik treten. Die Verhältnisse zu Italien werden am wirksamsten durch die Autonomie der österreichischen Italiener gebessert. Das Bündnis mit Deutschland, auf das 45 Prozent der Ausfuhr, 37 Prozent der Einfuhr Österreichs entfielen, bildet den Stützpunkt der ganzen auswärtigen Politik; auch die Arbeiter haben Interesse daran, es zu erhalten, da sonst Deutschland in die Arme Rußlands getrieben und der Zarismus der Meister Europas wird. Es soll aber weiter im Sinne der Freizügigkeit und des gegenseitigen Arbeiterschutzes ausgebaut werden, doch soll es nie Österreich zum Bundesgenossen deutscher Kriegsabenteuer machen dürfen.

Digitized by Google

Zu den letzten Ausführungen möchten wir bemerken, daß der Charakter eines Bündnisses von denen bestimmt wird, die es geschlossen haben, und nicht von uns. Das Bündnis mit Deutschland ist ein militärisches Bündnis, wenngleich wir ihm einen anderen Charakter geben möchten, und wenn die österreichische Arbeiterklasse das nicht kann, soll sie sich diesem Bündnis überhaupt widersetzen. Dies wäre unseres Erachtens auch die beste Friedenspolitik; da Rußland militärisch ausscheidet und Deutschland die mächtigste reaktionäre Macht ist, haben wir jede Politik zu bekämpfen, die Deutschland durch ein Bündnis das Gefühl größerer militärischer Macht gibt.

W. Ellenbogen behandelt **Reformen im Verkehrswesen Österreichs**, zuerst die Elektrifizierung der Eisenbahnen. Diese wird notwendig durch die Teuerung der Kohlen, die der Autor ganz der Beschränktheit der Kohlenmenge der Erde und den Schwierigkeiten des weiteren Abbaus bei immer steigender Nachfrage zuschreibt (die Monopolisierung der Bergwerke durch die Syndikate und deren Preispolitik wird nicht erwähnt). Er weist dann an der Hand vieler Zahlenbelege nach, daß der elektrische Betrieb bei Hauptbahnen heute schon billiger ist als der Dampfbetrieb, dazu aber noch allerhand weitere Vorteile besitzt (größere Fahrgeschwindigkeit und Sicherheit); und für die Alpenländer ladet das Vorhandensein von Wasserkräften besonders dazu ein.

Stanislaus Brzozowski bespricht **Die polnische Literatur in der Revolution** in ihrem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Tatsachen.

In den „Sozialistischen Monatsheften" vom 1. Januar behandelt Julius Deutsch die **„Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik"**. Er ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften sich nicht bloß um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kümmern sollen, sondern auch dafür sorgen, daß die Unternehmer nicht durch Erhöhung der Preise den Schaden von sich abwälzen, damit nicht die Arbeiter schließlich als Konsumenten wieder verlieren, was sie als Produzenten gewannen. Der Autor übersieht, daß die Preiserhöhung ein notwendiges Mittel ist, nach dem Gesetz der Ausgleichung der Profitraten den Verlust des von der Arbeiterklasse eroberten Anteils über alle Kapitalisten zu verteilen. Erfolg könnten solche Bemühungen um die Preise also nur dort haben, wo bloß die Arbeiter selbst als Konsumenten auftreten, und dort auch nur ausnahmsweise.

„La Tribune Russe", das Organ der revolutionären Sozialisten Rußlands, unter Redaktion von E. Rubanowitsch, gibt in der Nummer vom 30. Dezember Porträt und Lebensabriß zweier Märtyrerinnen der russischen Revolution. **Fruma Frumkin** wurde 1904 wegen sozialistischer Propaganda verhaftet, versuchte in dem Gefängnis zu Kieff ein Attentat auf einen Gendarmeriegeneral, wurde dann zu elf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, aus der sie zu entfliehen wußte. Ihre Verteidigungsrede bei der Verurteilung erweckte großes Aufsehen, da sie dort erzählte, wie sie als Näherin, als Krankenpflegerin und als Geburtshelferin unter der Lodzer Arbeiterbevölkerung das schreckliche Leiden des russischen Volkes kennen gelernt und dadurch die Überzeugung gewonnen hatte, daß nur die Vernichtung des Absolutismus Rettung bringen könnte. Nach ihrer Flucht bei der Propaganda in Moskau aufs neue verhaftet, versuchte sie den Gouverneur Reinbot zu erschießen, verwundete ihn aber bloß, und wurde zum Tode verurteilt und aufgehängt im Alter von neunundzwanzig Jahren. — Die andere, **E. P. Ragozinnikowa**, ein Mädchen von zweiundzwanzig Jahren, erschoß den Direktor der russischen Gefängnisse, Maximofski, der durch die grausamen Martern, die er für die politischen Gefangenen einführte, berüchtigt war. Als sie nach dem Attentat ergriffen wurde, trug sie Dynamitbomben und eine Höllenmaschine an ihrem Körper, mit der Absicht, das ganze Polizeidirektionsgebäude mit seinen Insassen zu zerstören, aber die Überlegung, daß dabei vielleicht Unschuldige getötet werden könnten, hatte sie schließlich davon abgehalten. Auf Befehl des Zaren wurde sie gehängt.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 18 Ausgegeben am 31. Januar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Taktisches zur Blockpolitik.

✗ **Berlin**, 25. Januar 1908.

Die Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wegen der Stellung des Reichskanzlers zur preußischen Wahlrechtsfrage eingebracht hatte, ist in der schnöden Weise beantwortet worden, die von Bülow erwartet werden mußte. Er verschanzte sich hinter formale Einwände, die er nur mit „wohlmeinenden Warnungen" an die entrechteten Massen und sonstigem sinnlosen Gerede über das Wohlwollen verzierte, das die Regierung für diejenigen Volksklassen hege, deren ebenso bescheidene wie berechtigte Forderungen sie nicht müde wird zu verhöhnen.

In dieselbe Kerbe hieben dann die Redner der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der Polen, die sich darauf beschränkten, eine mehr oder weniger platonische Erklärung zugunsten der preußischen Wahlrechtsreform abzugeben, ohne sich mit der Denunziation der Massenkundgebungen zu beflecken: die einen, wie der Konservative Kreth, unter unflätigem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie, die anderen, wie die freisinnigen Schwätzer, unter heuchlerischem Augenverdrehen über die schroffe Ablehnung jeder preußischen Wahlrechtsreform durch Bülow, aber sich ihm sonst demütig zu Füßen werfend, mit dem „ganzen und vollen", mit dem „unentwegten" Bekenntnis: Herr, dein Wille geschehe! Die freisinnigen Fraktionen waren denn auch — mit vier oder fünf Ausnahmen, zu denen weder Herr Träger, noch Herr Schrader, noch Herr v. Payer gehörten — unanständig genug, für den Schluß der Debatte zu stimmen, der den sozialdemokratischen Rednern die Möglichkeit abschnitt, auf die verleumderischen Angriffe des Kreth zu antworten.

Kann man sich aber darüber wundern, nachdem die freisinnigen Patrioten ein paar Tage vorher beim Ordensfest die ersten Früchte ihrer Blockpolitik eingeheimst hatten und mit preußischen Orden dekoriert worden waren? Freilich nicht mit dem Schwarzen Adler — denn mit dem Spielhöllenmann von Monako, auf dessen untadeliger Brust dieser Vogel horstet, können sie sich

doch nicht messen —, aber wenigstens mit dem Roten Adler vierter Güte, dem kein preußischer Kanzleirat zu entgehen vermag. Wohlfeiler haben sich nie Verräter bezahlen lassen, als diese freisinnigen Schelme, auch die Nationalliberalen der siebziger Jahre nicht, die sich für ihre Opferung der liberalen Grundsätze wenigstens anständige Trinkgelder ausbedangen.

Aber verdient haben die Gyßling, die Mugdan, die Wiemer ihre roten Vögel; das muß ihnen auch unser vaterlandsloser Neid lassen. Herr Mugdan darf sogar mit seinem ganzen Pathos erklären: Was? Es soll ein Kanzleiratsvogel sein, der in meinem christlich-germanischen Knopfloch schaukelt? Es ist vielmehr ein historischer Vogel. Ja, freilich ist er das. Ein historischer Vogel, wie jener Rote Adler dritter Güte, den im Jahre 1816 der Denunziant Schmalz dafür bekam, daß er den Arndt und Niebuhr und Schleiermacher nachgelogen hatte, sie führten pöbelhafte Schmähungen gegen die Regierung und predigten Mord, Plünderung und Notzucht. Nur insofern besteht ein Unterschied, daß Schmalz den Roten Adler dritter Güte erhielt, die Mugdan und Konsorten aber denselben Vogel vierter Güte. Es ist ein Trost, daß wir wenigstens in der preußischen Generalordenskommission eine preußische Behörde besitzen, die ganz auf der Höhe der historischen Erkenntnis steht: die Lügen, womit die Mugdan und Wiemer hinter der modernen Arbeiterbewegung herlaufen, stehen wirklich noch einen Grad tiefer als die Lügen, womit der Denunziant Schmalz zu seiner Zeit hinter den Arndt und Niebuhr und Schleiermacher herlief.

Hätte noch ein Zweifel daran bestanden, daß die Blockpolitik bankrott ist, aber daß die Bankrottierer entschlossen sind, sie fortzusetzen, bis sie an ihrer inneren Fäulnis zusammenbricht — gemäß dem Grundsatze: Nach uns die Sintflut! —, so hat ihn der Verlauf der Debatte beseitigt, die sich an die sozialdemokratische Interpellation knüpfte. Der brave Freisinn will endlich einmal mitessen, wenn auch nicht am selben Tisch und aus derselben Schüssel wie die Junker, denn so hoch lassen diese Blockgenossen seinen Ehrgeiz nimmermehr steigen, aber doch unterm Tisch lungernd und nach den Knochen schnappend, die die Junker abgenagt haben. Sie kennen weder Gram noch Scham mehr, sondern nehmen mit allem vorlieb, selbst mit solchem Spielzeug, wie rote Vögel sind. Auch die Träger und Payer und Schrader, von denen man anzunehmen pflegt, daß sie nicht so ohne weiteres mit den Gyßling und Mugdan und Wiemer in denselben Topf zu werfen seien, haben in der neulichen Debatte völlig versagt. Ihr Hauptargument gegen die Straßenkundgebungen zugunsten der preußischen Wahlrechtsreform, nämlich daß durch solche Kundgebungen die bürgerlichen Freunde dieser Reform zurückgescheucht würden, schlägt sie selbst auf den Kopf. Wer so feige ist, daß ihm das Herz schon in die Hosen fällt, wenn die entrechteten Massen ein politisches Mittel anwenden, das in allen zivilisierten Staaten herkömmlich und selbst von den deutschen Gesetzen nicht verboten ist, der mag sich in Gottes Namen zum Teufel scheren, denn mit solchen Falstaffs ist nie ein Recht zu erobern, am wenigsten Recht, das preußische Junker mit Nägeln und Zähnen verteidigen.

Es scheint nun, daß im Schoße der freisinnigen Fraktionen, namentlich in der Freisinnigen Vereinigung, einiges Rumoren entstanden ist über die frei-

sinnige Blockpolitik, und gewiß ist, daß freisinnige Wählerversammlungen in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Orten sich dagegen erklärt haben. Das ist menschlich ein ganz erquickend Zeugnis für die Tatsache, daß auch bei den allemal Unentwegten die Scham noch nicht gänzlich zu den Bestien entflohen ist, allein politisch darf man sich nicht dabei aufhalten. Die Macher kehren sich daran in keiner Weise, denn sie wissen selbst am besten, daß der Freisinn einer inneren Wiedergeburt völlig unfähig ist und das Räsonieren einer gewissen Opposition, das übrigens auch unter Eugen Richters Diktatur schon immer laut geworden ist, nicht mehr bedeutet, als das Röcheln des Todeskampfes. Sie haben zudem einen Zauberspruch, der die unruhigen Geister immer wieder bannt, das auch die ungebärdigsten Philister schließlich überwältigende Wort: Hütet euch vor den Roten! Es liegt ja auch eine Art verzweifelter Logik darin, wenn die „Vossische Zeitung", so ziemlich das größte Angsthuhn der freisinnigen Presse, nicht müde wird, zu wiederholen: entweder Hilfstruppe Bülows oder Hilfstruppe Bebels; in der Tat ist der Freisinn politisch so verkommen, daß ihm nur diese Wahl bleibt, und am letzten Ende läßt sich der Spießbürger, auch der rebellische, lieber von Bülow kommandieren als von Bebel.

Woran niemals ein ernsthafter Zweifel bestanden hat, daran ist jetzt auch der törichteste Zweifel beseitigt; erstens daß die Arbeiterklasse in dem Kampfe um die preußische Wahlrechtsreform einzig und allein auf ihre eigene Kraft angewiesen ist, und zweitens daß sie diejenige preußische Wahlrechtsreform, die sie verlangt und die zu verlangen ebenso ihre Pflicht wie ihr Recht ist, um keinen geringeren Preis bekommen wird, als um den Sturz der preußischen Junkerherrschaft überhaupt. Nichts gefährlicher, als wenn sich die elementare Kraft, die sich in der gegenwärtigen Bewegung der Massen ausgelöst hat, darüber täuschen und einer vorzeitigen Ermattung verfallen würde, weil sich voreilige Hoffnungen nicht erfüllen können. Was bisher getan worden ist, hat seines Eindrucks auf die herrschenden Klassen nicht verfehlt, aber zunächst den Widerstand verstärkt, der gebrochen werden soll. Das elende Gerede von dem biederen Bürgersmann, der durch die proletarischen Straßenkundgebungen ins Bockshorn gejagt würde, ist nichtsdestoweniger wahr; gerade seine Wahrheit macht das Gerede so elend. Eine solche Wirkung der Straßenkundgebungen spricht nicht *gegen*, spricht vielmehr *für* sie, denn ein Heer, das einen ernsthaften Kampf führen will, kann zunächst nichts Besseres tun, als seine Reihen von allen Possenreißern zu säubern, die sich in täuschender Tracht und Gewandung hineinschleichen möchten. Es konzentriert dadurch seine Kraft, wenn auch nur um den Preis — den keineswegs zu teuren Preis —, durch das verscheuchte Pandurengesindel zunächst die Reihen des Feindes zu verstärken.

Seitdem selbst Herr v. Payer den „Schlag ins Gesicht", den Bülow mit seiner Erklärung gegen das allgemeine Wahlrecht ihm und seinen Myrmidonen erteilte, nur mit einem Segensspruch für die Bajonette zu quittieren gewußt hat, die in den Kasernen konsigniert waren, um die friedlichen Massenkundgebungen der Arbeiterklasse für das allgemeine Wahlrecht zu bedrohen, ist

auch die gewaltsamste und reaktionärste Junkerpolitik ihres Blocks sicher. Unsere Aufgabe wird es nun sein, den Druck von außen zu verstärken, indem wir immer größere Massen um die Fahne der preußischen Wahlrechtsreform sammeln. Es gibt auch hier eine Grenze, wo die Quantität in die Qualität umschlägt, wo der Druck einer massenhaft aufgespeicherten Kraft dieselben Wirkungen erzeugt wie ein noch so zerschmetternder Sieg mit den Waffen. Die Angst, die die Straßenkundgebungen in den herrschenden Klassen hervorgerufen haben, entspricht nicht deren unmittelbarer Sorge um Haut und Beutel; sie wissen recht gut, daß es ein Kinderspiel für Moloch ist, zwanzig- oder fünfzig- oder auch hunderttausend wehrlose Menschen niederzukartätschen. Aber sie wissen auch ebensogut, daß sie rettungslos verloren sind, wenn die „ungeheure Mehrzahl" erst die Interessen der „ungeheuren Mehrzahl" begreift, und deshalb erscheint ihnen die elementare Leidenschaft, womit die preußische Wahlrechtsfrage die Massen ergriffen hat, mit Recht als ein Menetekel.

So darf diese Leidenschaft nicht wieder erlöschen, weil das Ziel, das sie verfolgt, in schnellen und stürmischen Anläufen nicht erreicht werden kann. Es kommt darauf an, die bürgerliche Gesellschaft mit all ihren Parteien durch einen ununterbrochenen Guerillakrieg abzumatten und derweil die Kraft der Massen zu sammeln, bis der Augenblick kommt, wo sie sich in vernichtendem Stoße entladen kann. Und dieser Augenblick wird kommen, sei es nun in der inneren oder sei es in der äußeren Politik, denn der Block ist kein Gebilde, vor dem die historische Entwicklung, mit dem verhaltenen Atem bewundernder Ehrfurcht, stille stände.

Das politische System der Sozialdemokratie.

Von **Ant. Pannekoek.**

Auf der interparlamentarischen Konferenz, die dem Stuttgarter Kongreß vorauging, begründete, nachdem die eigentlichen Geschäfte erledigt waren, Genosse Troelstra, der parlamentarische Führer der holländischen Partei, einen Vorschlag, ein politisches System der Sozialdemokratie auszuarbeiten und dazu eine Kommission einzusetzen. Aus dem kurzen Referat im offiziellen Protokoll (S. 78) war nicht viel herauszulesen, und nach der freundlich-ablehnenden Haltung, die dieser Vorschlag auf der Konferenz fand, konnte man erwarten, man werde nichts mehr davon hören. Neulich hat Genosse Troelstra jedoch seine Ansichten ausführlicher in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" niedergelegt und diesen Aufsatz als „einen Vorschlag für das Internationale Bureau" bezeichnet. Man wird also noch weiter davon hören; dies mag als Entschuldigung dafür dienen, daß wir uns an dieser Stelle damit befassen.

Obgleich nicht eine Revision, sondern eine Ergänzung unserer theoretischen Ansichten das Ziel seiner Anregung bildet, hat sie mit dem Revisionismus die Manier gemeinsam, neue Probleme aufzuwerfen, aber anderen die Lösung zu überlassen. Eine solche Lösung werden wir hier nicht unternehmen, sondern den Nachweis versuchen, daß die Frage, soweit sie nicht in unserem Programm schon längst gelöst ist, einer irrtümlichen Auffassung unserer Bewegung entspringt und daß kein praktisches Interesse damit verknüpft ist.

Was hat man unter einem politischen System der Sozialdemokratie zu verstehen im Gegensatz zu dem bürgerlich-politischen System (dem Parlamentarismus)? Nach dem Ausspruch: „Jedes ökonomische System hat sein eigenes politisches Regime“ könnte man glauben, Troelstra meine damit das politische Regime, die Staatsverfassung, die zugleich mit der sozialistischen Produktionsweise herrschen wird. Das ist jedoch nicht gemeint.

„Wie soll die Sozialdemokratie den bürgerlichen Staat in die sozialistische Gesellschaft hinüberleiten? Auf diese Frage muß unser politisches System eine Antwort geben. Die ökonomisch-industrielle Bewegung zum Sozialismus hin nehmen wir dabei als gegeben an. Die Frage ist, welchen politischen Überbau wir darauf gründen wollen, der lebensfähig und elastisch genug wäre, um dieser Bewegung zu folgen und jedes neue Stück Zuwachs daranfügen zu können.“

Troelstra stellt sich also offenbar vor, daß die neue, vom bürgerlichen Parlamentarismus verschiedene Staatseinrichtung, die das Proletariat einführen will, dann mit kleinen Abänderungen bis zur Vollendung des Sozialismus herrschen wird. Diese Vorstellung gründet sich auf die schablonenhafte Auffassung des Zusammenhanges von Politik und Wirtschaft, die sich in den oben zitierten Sätzen ausspricht. In Wirklichkeit wird dieser Zusammenhang nicht durch solche Formeln ausgedrückt, sondern dadurch hergestellt, daß die politischen Einrichtungen als Mittel zur Durchführung wirtschaftlicher Zwecke dienen. Das Proletariat hat die politischen Einrichtungen nicht als einen luftigen Überbau auf ein wirtschaftliches Fundament nach Belieben aufzubauen, sondern es hat sie, wo nötig durch politische Revolutionen, dem Bedürfnis nach Durchführung großer wirtschaftlicher Umwälzungen anzupassen. Sie können also während der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus die verschiedensten Formen durchlaufen.

Es ist möglich, daß alle diese Formen einen gemeinsamen Charakter haben, aber praktisch ist das für uns gleichgültig. Praktische Bedeutung hat für uns bloß das nächste, was wir sofort nach der Besitzergreifung der politischen Gewalt machen müssen. Darüber können wir Bestimmtes aussagen, weil es eine Operation darstellt, die wir an der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, also an etwas uns völlig Bekanntem, vornehmen — was nachher geschehen soll, ist für uns deshalb unsicher, weil wir die dann entstandene neue Ordnung, an der weiter operiert werden soll, nicht genau kennen. Wir können aber nicht bloß, sondern müssen auch etwas über diese ersten Operationen sagen, weil sie unseren praktischen Aktionsplan, unser Programm bilden, das jedem Auskunft geben soll, was wir zunächst machen wollen. In der Tat findet sich dies auch in unserem Programm: dort sind die Augenblicksforderungen aufgezählt, die wir verwirklichen wollen, sobald wir dazu die Macht haben. Da findet sich nicht, wie Troelstra behauptet, allgemeines Wahlrecht als erstes und letztes Wort, und Ausdehnung der Staatskontrolle als immer wiederkehrende Forderung; da findet sich Demokratisierung aller öffentlichen Körperschaften und die Selbstverwaltung der kleineren Einheiten im Staate. Daß diese Forderungen der Hauptsache nach übereinstimmen mit denen der früheren kleinbürgerlichen Demokratie, gibt keinen Grund ab, sie als bürgerlich zu verhöhnen; dieselben politischen Einrichtungen konnten früher dazu dienen, kleinbürgerliche, und heute dazu, sozialistische Ziele durchzusetzen. Heute ist wirkliche, konsequente Demokratie nur noch als Sozialdemokratie, das heißt als Hebel zu einer sozialistischen Ordnung möglich.

Wir sehen also, daß das von Troelstra geforderte politische System, soweit es von praktischer Bedeutung ist, schon in dem politischen Teile unseres Programms der Augenblicksforderungen enthalten ist. Nun ist es vielleicht möglich, darüber Ausführlicheres auszuarbeiten; wenn man die verschiedensten der heute schon vorhandenen Gruppen, Vereine, Organisationen durchmustert, die mit mehr oder weniger, mit gar keiner oder mit zwingender Gewalt ausgestattet sind, könnte man leicht auf nachahmenswerte Beispiele stoßen. In unserer Literatur finden sich schon manche Anregungen dazu. In diesem Sinne wurde der Vorschlag auch auf der internationalen Konferenz der praktischen Seite nach aufgefaßt. Man kann dieser Idee nicht jeden Nutzen absprechen; aber einen programmatischen Wert hat sie nicht. In das Programm gehört nur das Allgemeinste, das feststeht; über Einzelheiten würde man jetzt einen fruchtlosen Streit führen, weil wir dabei des festen Bodens der Realität entbehrten, während sie sich von selbst, ohne Mühe ergeben, sobald man praktisch vor dem Falle steht, unter bestimmten, genau bekannten Umständen handeln zu müssen.

* * *

Nicht bloß Sorge um die Zukunft hat Troelstra zu seinem Vorschlag bewogen; für ihn hat die präzisere Ausmalung unserer zukünftigen politischen Verfassung schon für heute eine große praktische Bedeutung.

„Erst wenn die Partei sich ein deutliches Bild von der politischen Organisation geformt hat, die sie aufbauen soll, kann sie bestimmen, worauf ihre gegenwärtige positive Arbeit sich in der Hauptsache zu richten hat. Ihre Auffassung von den gewerkschaftlichen Organisationen, von den Rechten und Pflichten der Beamtenorganisationen usw. wird davon sehr beeinflußt werden. Bürgerlichen Parteien gegenüber gewinnt sie dann ein festes Kriterium, das für sie von Wert sein kann bei der Beurteilung der Frage, inwieweit sie von Fall zu Fall mit einer oder mehreren dieser Parteien wird zusammenarbeiten können."

Offenbar hat Troelstra gelegentlich schon den Mangel eines Maßstabs zur Beurteilung verschiedener Gesetzesentwürfe empfunden und sucht einen solchen Maßstab in der Rolle, die heutige Organisationen in der Zukunftsgesellschaft spielen werden. Bei dieser Auffassung nimmt es kein Wunder, daß er das Bedürfnis fühlt, diese Zukunftsgesellschaft mehr in Einzelheiten auszumalen.

Der Sozialdemokratie ist dieser Mangel jedoch nicht anzurechnen, denn sie besitzt einen ausreichenden Maßstab zur Beurteilung der vorkommenden Fragen in dem Standpunkt des Klassenkampfes. So wird unsere Haltung den Gewerkschaften gegenüber nicht dadurch bestimmt, daß sie nach der Auffassung vieler unserer Autoren in der Zukunftsgesellschaft als Produktionsvereine eine bedeutende Rolle spielen werden. Denn sie bilden dann etwas ganz anderes, als sie heute sind, mag auch der Umkreis der Mitglieder einigermaßen übereinstimmen. Heute ist die Gewerkschaft ein Kampfverein, dessen einziges Ziel die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder ist. Dieser heutige Charakter muß alle ihre Handlungen, ihre Einrichtungen und auch unsere Haltung bestimmen. Wenn wir für die Gewerkschaften wie für ein Stück von uns selbst eintreten, so tun wir das nicht, weil sie in der Zukunftsgesellschaft eine notwendige Funktion erfüllen sollen, sondern weil sie für heute zu den wichtigsten Organen des kämpfenden Proletariats gehören; weil sie den Arbeitern Organisation, Disziplin, Klassenbewußtsein beibringen und

aus ihnen die neuen Menschen machen, die nötig sind, den Kapitalismus zu besiegen und eine neue Gesellschaftsordnung auszubauen.

Unsere Haltung zu den verschiedenen Institutionen, Gesetzen, Maßnahmen, Erscheinungen auf politischem Gebiet wird also nicht bestimmt durch eine unsicher bekannte Zukunft, sondern durch die gründlich verstandene Gegenwart; nicht durch das Wesen der sozialistischen, sondern durch das der kapitalistischen Gesellschaft; nicht durch ein angebliches politisches System der Sozialdemokratie, sondern durch den Standpunkt des Klassenkampfes. Das erste ist nicht nur überflüssig, sondern kann sogar in Widerspruch mit dem Standpunkt des Klassenkampfes geraten; für Troelstra soll es, laut der angeführten Stelle, zur Brücke werden, um zum Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien zu kommen.

Für die Frage der Bewegungsfreiheit von Staatsbeamten zum Beispiel könnte die Rücksicht auf eine sozialistische Gesellschaft leicht dazu führen, den bürgerlichen Knebelversuchen nicht energisch genug Widerstand zu leisten. Denn auch in eurer Zukunftsgesellschaft, werden unsere Gegner uns entgegenführen, werdet ihr nicht dulden können, daß eine kleine Gruppe für ihre Sonderinteressen das Allgemeininteresse schädigt. Hier gibt der Standpunkt des Klassenkampfes eine unzweideutige Antwort; was heute als das angebliche Sonderinteresse einer kleinen Gruppe erscheint, vertritt in Wahrheit das Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse und damit die Zukunft der gesamten Gesellschaft, während das sogenannte Allgemeininteresse, die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, ein Sonderinteresse der Bourgeoisie ist. Deshalb werden wir in solchem Falle für die weitestgehende Bewegungsfreiheit der Arbeiter in öffentlichen Diensten eintreten müssen.

Das praktische Interesse, das Troelstra dem Aufbau eines politischen Systems der Zukunft für unsere heutige Taktik beimißt, besteht also nicht; diese Taktik wird unzweideutig durch unsere Auffassung des Klassenkampfes bestimmt. Ein praktisches Interesse daran kann bloß für diejenigen bestehen, die den Standpunkt des Klassenkampfes aufgeben möchten und für das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien eine theoretische Rechtfertigung brauchen.

* * *

Die Anregung zu Troelstras Ausführungen war die Enttäuschung über die dürftigen Ergebnisse an Sozialreformen, die auf parlamentarischem Wege zustande gekommen sind. „Das Auftreten der Sozialdemokratie im Parlament — dessen Notwendigkeit und Wichtigkeit von mir ... in keiner Beziehung angezweifelt wird — ruft, was seine positiven Resultate für die soziale Lage der Arbeiterklasse anlangt, überall bei der Masse Enttäuschung hervor.“ Viktor Adler hat demgegenüber in Stuttgart schon bemerkt, daß ein solcher Pessimismus nur dort auftreten kann, wo man sich von dem zu Erreichenden phantastische Vorstellungen gemacht hat. Von einer Enttäuschung darf aber vor allem keine Rede sein, weil die wirklichen Resultate des parlamentarischen Wirkens auf ganz anderem Gebiet liegen. Fragt man einen deutschen Arbeiter, was dem Proletariat die nun schon vierzig Jahre währende parlamentarische Betätigung genutzt hat, so wird er wohl nicht allein auf die dürftige Sozialgesetzgebung Deutschlands hinweisen, sondern vor allem auf das gewaltige Wachstum an Organisation, an Klassenbewußtsein, an Kenntnissen, an Freiheitssinn, kurz an Macht bei der deutschen Arbeiterklasse. Da liegt ihre wirkliche Bedeutung; der Kampf im Parlament ist ein wesentlicher und wichtiger

Teil des ganzen Klassenkampfes; er ist eines der wirksamsten Mittel, unsere Macht allmählich so weit zu steigern, daß wir schließlich dem Gegner überlegen sind und ihn niederwerfen können.

Von dieser Einsicht findet sich bei Troelstra keine Spur. Man traut seinen Augen kaum, wenn man im Stuttgarter Bericht liest: „Was gegenwärtig in den Parlamenten getrieben wird, sei im Grunde bürgerliche Politik, im besten Falle Staatssozialismus", und in dem letzten Artikel in den „Monatsheften":

„Darum ist es unrichtig, den Streit über die Taktik der Partei, über die Wahrung ihres prinzipiellen Charakters in die Grenzen der Frage zu zwängen, welcher Art ihr Auftreten innerhalb des bürgerlichen politischen Systems sein soll. Innerhalb dieses Systems ist notwendigerweise jede Tat der Sozialdemokratie mehr oder weniger unprinzipiell, opportunistisch. Der prinzipielle Streit über ihre Politik liegt außerhalb. Es kann sich allein um die Frage drehen, welches politische System die Sozialdemokratie an Stelle des bürgerlichen zu setzen gedenkt."

Die Auffassung, die aus diesen Zeilen spricht, ist eine rein utopische. Sie besagt: Wir sind eine Partei, die ein bestimmtes zukünftiges System verwirklichen und an die Stelle des heutigen setzen will, das völlig verkehrt und an dem herumzupfuschen nur deshalb zulässig ist, weil die Arbeiter selbstverständlich versuchen müssen, in Erwartung des künftigen Glückes schon jetzt ihr Leid etwas zu lindern. Differenzen kann es unter uns also nur geben in der Frage, wie wir die Zukunftsgesellschaft einrichten wollen.

Dies ist derselbe Utopismus, den wir bei den Anarchisten antreffen, die auch die Leute nach dem Maßstab ihres Zukunftsideals in Kollektivisten, Kommunisten und dergleichen unterscheiden; der Unterschied liegt darin, daß diese ihr erhabenes Ideal nicht durch Teilnahme an kapitalistischen Institutionen beschmutzen wollen, während Troelstra eine solche „unprinzipielle" Handlungsweise, wohl mit Rücksicht auf ihre praktische Unvermeidlichkeit, zuläßt.

Der organische Zusammenhang der Zukunft mit der Gegenwart ist hier völlig verloren gegangen. Die Sozialdemokratie ist in Wirklichkeit keine Partei, die ein bestimmtes Zukunftsideal verwirklichen will, sondern eine Partei, die innerhalb des Kapitalismus den Klassenkampf führt; eine Partei, deren ganze Existenz, deren Lebensbedingungen alle in der kapitalistischen Gegenwart wurzeln, eine Partei, die sich ganz auf dem Boden der Wirklichkeit bewegt. Die Auffassung, daß unser Wirken in dem Parlament unprinzipiell ist, kommt auf die Auffassung hinaus, daß in der kapitalistischen Gegenwart für den Sozialismus wirken zu wollen, unprinzipiell ist: für diese Auffassung besteht der Fortschritt vom utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus nicht. Es ist nur selbstverständlich, daß einem Politiker, dem seine eigene parlamentarische Lebensarbeit als eine unprinzipielle Tat erscheint, jedes Verständnis für den Unterschied zwischen prinzipiellem und unprinzipiellem Auftreten im Parlament abgehen muß.

* * *

Woran liegt es nun, daß die Ausbeute an Sozialreform auf gesetzgeberischem Wege nicht größer ist? Die meisten unserer Genossen werden bisher geglaubt haben, daß dies an der herrschenden Klasse liegt, die keine bessere Sozialgesetzgebung will. Troelstra sucht die Ursache vor allem in der technischen Mangelhaftigkeit des parlamentarischen Systems, zum Beispiel in der Zersplitterung der Parteien in kleine Fraktiönchen, die wechselnde Mehrheitsgruppierungen

bewirken — „Die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien ist wohl eine der Hauptursachen der Korrumpierung des parlamentarischen Systems" —; ferner in der Unmöglichkeit für eine kleine Zahl Parlamentsmitglieder, alles zu wissen — „Die verschiedensten Angelegenheiten gesetzgeberischer Art werden stets von denselben Personen behandelt und entschieden, wodurch einer Oberflächlichkeit und Schablonenhaftigkeit in die Hand gearbeitet wird, die auf die Qualität der Gesetzesarbeit verderblich einwirken muß" —; endlich in der Abhängigkeit der Minister und der Parlamente von der Bureaukratie der Regierungsdepartements. Dadurch kann das Parlament „die Forderungen der modernen Gesetzgebung nicht erfüllen".

Da ersteht vor allem die Frage, weshalb das parlamentarische System den Forderungen früherer Gesetzgebung wohl genügen konnte. Das Parlament hat in früherer Zeit, namentlich in westeuropäischen Ländern, bedeutende Reformen und Gesetze durchgeführt; damals ist das Fraktions- und Cliquenwesen, soweit es bestand, also nicht ein Hindernis gewesen. Der Grund liegt darin, daß damals das Parlament als Werkzeug in den Händen der bürgerlichen Klasse große Aufgaben und wichtige Ziele zu verwirklichen hatte; dieses Bewußtsein schmiedete alle Gruppen fest aneinander, weil es allgemeine Klasseninteressen zu verwirklichen galt. Auch damals waren Parlamentsmitglieder nicht Leute, die über alles Bescheid wußten, und ehrgeizige Politiker gab es damals so gut wie heute. Aber die Aufgabe der Parlamente ist auch bloß die, über die großen Richtungslinien und den allgemeinen Charakter eines Gesetzes zu urteilen; für technische Einzelheiten muß man sich auf die Gutachten Sachverständiger verlassen, und dazu dienten eben die Bureaukraten und Beamten, die hinter den Ministern standen, um für die technische Ausarbeitung zu sorgen.

Was hat sich nun seitdem geändert, so daß jetzt die parlamentarische Mühle zwar klappert und knarrt, aber kein gutes Produkt mehr liefert? Die herrschende Klasse hat keine großen Ziele mehr zu verwirklichen; ihr einziges Ziel ist die Konservierung des Bestehenden, Verteidigung gegen die emporstrebende Arbeiterklasse. Aber über die Art und Weise, wie das am wirksamsten geschieht, ist sie unter sich nicht einig — kein Wunder, da kein einziges Mittel dazu wirksam ist. Daher steht sie ratlos, unschlüssig, schwankend zwischen Reaktion und Reform, und diese Unsicherheit tritt darin zutage, daß ihre Vertretung in allerhand Fraktionen und Cliquen zerfällt, die jede etwas anderes wollen, aber keine etwas Großes, Einschneidendes, und vor allem keine eine tüchtige, großzügige Sozialreform. Es ist sehr ungerecht, dafür die parlamentarische Maschinerie verantwortlich zu machen; das Parlament ist ja nicht unter allen Umständen ein Werkzeug der Sozialreform, sondern es ist ein Werkzeug in den Händen seiner Mehrheit, der herrschenden Klasse, um deren Interesse zu vertreten. Es ist das, was diese aus ihm macht Deshalb wird immer nur so viel Sozialreform aus ihm herauskommen, als diese Klasse in *ihrem* Interesse für notwendig erachtet, das heißt so viel die Furcht vor der gerechten Empörung der Arbeiter und die Hoffnung, sie zu beschwichtigen, im Kampfe mit kapitalistischen Sonderinteressen davontragen können. Was herauskommt, ist nicht deshalb schlecht und durch verwickelte Ausnahmebestimmungen schwierig anzuwenden, weil die Bureaukratie aus unfähigen Juristen besteht und die Parlamentsmitglieder nicht in den Einzelheiten sozialer Zustände bewandert sind, sondern weil die verschiedensten kapitalistischen

Interessen geschont werden sollen und dennoch der Anschein geweckt werden will, daß für die Arbeiter etwas getan wird. Wollte eine Regierung eine wirklich eingreifende Sozialgesetzgebung, sie brauchte sich bloß an die Gewerkschaften, statt an die Industriellen, als Sachverständige zu wenden, um etwas Gutes zu bekommen. Die Schwerfälligkeit des bureaukratischen und parlamentarischen Apparats dient nur als Deckung, um den Mangel an gutem Willen der herrschenden Klasse zu verdecken. In ähnlicher Weise wirkt die Zersplitterung der Parteien in parlamentarisch regierten Ländern; einzelne Fraktionen sind voll Arbeiterfreundlichkeit, aber zum Regieren müssen sie mit anderen Parteien zusammengehen, einen Block bilden, und für die Praxis die Forderungen fallen lassen, die sie in der Theorie gerade deshalb um so unentwegter vertreten dürfen. In Frankreich sah man wiederholt, daß eine Regierung sich so lange hält, als sie mit Versprechungen auskommt; sobald sie zu sozialen Gesetzesentwürfen kommen muß, splittert immer mehr von ihrer zusammengekitteten Mehrheit ab; diese fällt auseinander und die Regierung muß gehen.

Wer hier überall nur Mängel der technischen Maschinerie des Parlamentarismus sieht, die bessere gesetzgeberische Erfolge verhindern, bleibt an der Oberfläche der Dinge haften, ohne deren inneren Zusammenhang und die bewegenden Kräfte zu sehen. Hinter dem politischen Apparat steht die Klasse, die sich seiner bedient. Nicht am technischen Können, sondern am Wollen fehlt es ihr. Wie selbst ein schlechter Apparat Großes auf dem gesetzgeberischen Gebiete leisten kann, wenn nur das Bedürfnis, das Muß und daher der Willen da ist, zeigt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Österreich durch das lächerlichste, unfähigste Parlament, das Europa aufzuweisen hatte.

Daher werden auch gutgemeinte Vorschläge, den technischen Mängeln des heutigen Parlamentarismus abzuhelfen, nicht zu dem Ziele führen, eine bessere Sozialgesetzgebung zu bringen. Die Arbeiterklasse braucht darüber nicht mißmutig zu werden; für sie liegt der große, reiche Gewinn des Parlamentarismus in seiner Anwendung als Waffe im Klassenkampfe.

Methoden der Kolonialverwaltung.

Von **K. Kautsky.**

Jüngst hat der Graf v. Pfeil ein Buch über Deutsch-Ostafrika herausgegeben,[1] das dem Petersrummel sein Entstehen dankt und zu dem Bilde dieses Kolonialhelden noch einige charakteristische Striche hinzufügt, die es gerade nicht verschönern.

Herr Peters ist freilich eine so unbeträchtliche Persönlichkeit, daß es höchst überflüssig wäre, zu ihrer Kennzeichnung noch mehr Zeit aufzuwenden, als im vergangenen Jahre jeder aufwenden mußte, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte.

Das Buch des Grafen v. Pfeil behandelt indes noch andere Objekte als die Verdienste des Peters. Zwischen Pfeil und Peters bestanden nicht bloß persönliche, sondern auch sachliche Gegensätze. Pfeil vertritt eine Kolonialmethode, die nicht bloß von der Petersschen, sondern von der im Deutschen

[1] Dr. Joachim Graf v. Pfeil, Zur Erwerbung von Deutsch-Ostafrika. Ein Beitrag zu seiner Geschichte. Berlin, Verlag von Karl Curtius. 232 Seiten.

Digitized by Google

Reiche überhaupt akzeptierten grundsätzlich abweicht. Pfeil verlangt größere Freiheit und Selbstverwaltung für die Kolonien. Seine koloniale Lehrzeit verbrachte er in Südafrika, die Buren waren seine Lehrmeister. Er ist ein Gegner der bureaukratischen und militaristischen Verwaltung der Kolonien. Kein Wunder, daß er trotz seiner tatkräftigen Pionierarbeit in Deutsch-Ostafrika bald aus der deutschen Kolonialpolitik ausgeschaltet wurde, für die er ein unbequemes Hindernis zu werden drohte.

Die Verfechter der Idee einer Teilnahme der Sozialdemokratie an der Kolonialpolitik wenden sich gegen die heutigen, „kapitalistischen" Methoden unserer Kolonialpolitik. Sie lassen leider nicht erkennen, welche Methode sie an deren Stelle setzen möchten. Sie verlangen „positives" Wirken, haben es aber bisher nicht für notwendig erachtet, das „positive" Kolonialprogramm zu schaffen, das ihnen dazu erforderlich erscheint. Wie stets, begnügen sich die Revisionisten auch hier damit, ein Problem aufzuwerfen und uns Marxisten der Impotenz anzuklagen, weil wir uns nicht daran machen, ihr Problem zu lösen, das für uns gar nicht existiert.

Sollte die Methode des Grafen Pfeil jene sein, die sie der jetzigen Methode der Kolonialverwaltung entgegenzusetzen gedenken? Die beiden Methoden sind die einzig möglichen.

Kein Zweifel, die von Pfeil empfohlene Methode ist die billigere und ökonomisch wirksamere. Der Beamte und Offizier, der in die Kolonie kommt, hat nicht jenes Interesse an ihrer ökonomischen Entwicklung wie derjenige, dessen ganze Existenz davon abhängt. Der Beamte und Offizier, der in die Kolonie geht, muß dort auf viele Genüsse verzichten, die ihm zu Hause winken. Nur ein hohes Gehalt kann ihn dafür entschädigen. Die Verwaltungskosten der Kolonie fließen nicht aus seiner Tasche, er hat keinen Grund, damit zu sparen. Zu ganz anderen Aufgaben erzogen, der Kolonie fremd, aber durch seinen Standesdünkel gehindert, die Landesbewohner um Rat zu fragen, muß er furchtbar viel Lehrgeld nicht selbst zahlen, sondern durch den Staat bezahlen lassen, bis er einigermaßen die Landesverhältnisse kennt. Und ist er so weit, dann wird er in die Heimat zurückberufen. Dazu kommt noch die Entfernung der Kolonie vom Mutterland, die jede Kontrolle durch dessen Regierung erschwert und dadurch alle Mängel des Absolutismus in der kolonialen Verwaltung auf die Spitze treibt.

Angesichts alles dessen ist es unschwer zu erkennen, warum eine Kolonie unter solchen Umständen ein schlechtes Geschäft werden muß und warum diese Art der Verwaltung auch ein reiches Gebiet leicht rascher Verarmung entgegenführt.

Ganz anders, wenn die Verwaltung der Kolonie den Kolonisten selbst anvertraut wird, das Mutterland bloß als schützende Macht über ihnen steht. Die Kolonisten finden bald heraus, wie die Kolonie am raschesten und billigsten nutzbar zu machen, was ja durch ihr eigenes Interesse dringend erheischt wird. Da sie selbst die Verwaltungskosten zu tragen haben, drücken sie diese möglichst herab, und sie können das um so eher, als sie die nötigen Kräfte aus ihren eigenen Reihen stellen und es nicht notwendig haben, fette Posten für aristokratische Taugenichtse zu schaffen. Wer sich die Aufgabe stellt, die Entwicklung des Kapitalismus in den Kolonien möglichst rasch zu fördern, der wird dieser Art der Kolonialverwaltung den Vorzug vor der bureaukratischen geben und für sie eintreten.

Digitized by Google

Sollte diese „demokratische" Methode der Kolonialverwaltung jene sein, die wir einem „positiven" Eingreifen unserer Partei in die Kolonialpolitik zugrunde zu legen haben?

Sozialdemokraten, die noch an dem „veralteten Dogma" hängen, daß die Sozialdemokratie eine Partei des proletarischen Klassenkampfes ist, welche nirgends die Interessen des Kapitals, sondern überall die in schroffem Gegensatz dazu stehenden Interessen der arbeitenden Klassen zu vertreten hat, werden freilich in dieser Methode der „Selbstverwaltung" bald ein Haar finden.

Wir müssen uns immer wieder erinnern, daß Kolonien in einigermaßen größerem Maßstab heute nur noch in Gegenden möglich sind, die schwere, physische Arbeit für Europäer ausschließen. Soweit diese nicht als bloße Händler zu vorübergehendem Aufenthalt hinkommen, sondern als Ansiedler, dann nehmen sie den Eingeborenen ihr Land, nicht um es selbst zu bebauen, sondern um es von Zwangsarbeitern für sich bebauen zu lassen.

Ohne Expropriierung von Eingeborenen ist eine Kolonisation unmöglich — herrenloses Land gibt es nicht. Was die Europäer herrenloses Land nennen, ist im besten Falle unbebautes Gebiet, aus dem Jägerstämme oder nomadische Viehzüchter ihre Nahrung gewinnen. Meist wird aber auch kultiviertes Land von kolonialen Eroberern für herrenlos ausgegeben, wenn es Leuten gehört, die sich gegen die Mordwaffen der Europäer nicht zu wehren vermögen.

Nicht nach Land allein sind aber die Kolonisten lüstern, sondern nach den Produkten des Landes, und diese kann man nicht haben ohne Arbeit. Verjagung der Eingeborenen von ihrem Lande und ihre zwangsweise Heranziehung zur Arbeit für andere — das ist das Wesen jeder Kolonialpolitik in den Tropen. An diesem Wesen ändert es nichts, ob man die Expropriierung und Versklavung offen im Namen des Profits proklamiert oder heuchlerischerweise im Namen Christi oder gar im Namen von Karl Marx. Die Eingeborenen sind verbohrt genug, sich auch durch Zitate von Karl Marx nicht imponieren zu lassen und sich auf das energischste zur Wehr zu setzen, sobald sie merken, wo die Kolonialpolitik hinaus will. Nur mit brutaler Gewalt können sie niedergehalten werden. Die Praktiker der Kolonialpolitik haben daher allen Grund, sich über jene „Theoretiker" daheim lustig zu machen, die von ihnen eine humane Kolonialpolitik verlangen. Die vernünftigen unter ihnen verurteilen freilich ein sinnloses Wüten von Burschen wie Peters. Aber keineswegs jede Gewalttat. Der Mensch ist noch nicht geboren und wird nie geboren werden, der das Rezept entdeckte, intelligente Wesen ohne Gewaltanwendung zu expropriieren und zu versklaven.

Die Kolonialpraktiker lassen sich übrigens durch die sittliche Entrüstung derer, die eine humane Kolonialpolitik fordern, nicht stören. Sie wissen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft stets, so oft Humanität und Profit miteinander in Konflikt kommen und dieser mit jener nicht zugleich zu haben ist, auch höchst zarte Gemüter eher auf die Humanität verzichten als auf den Profit.

Die Selbstverwaltung der Kolonie wird unter diesen Umständen nichts anderes als die vollständige Befreiung ihrer Ausbeuter von jener „Bevormundung", die manche Freunde einer „sozialistischen" Kolonialpolitik so dringend für die Arbeiter in den Kolonien und nur für diese fordern.

Daß die Arbeiter in den Kolonien, das heißt die Eingeborenen oder importierte Zwangsarbeiter, die volle Selbstverwaltung, also die Herrschaft über

die Regierung der Kolonie erhalten, ist von vornherein ausgeschlossen. Man kann nicht Leute gleichzeitig versklaven und zu Herren der Regierung machen. Auch unsere sozialistischen Kolonialschwärmer denken nicht daran. Sie verlangen doch, daß man den eingeborenen Arbeitern der Kolonien ihr Land wegnimmt, weil sie es nicht zweckmäßig genug bewirtschaften, und daß man sie als Kinder behandle, die zu „erziehen" und zu „bevormunden" sind. Kindern gibt man nicht die Selbstregierung.

Nun wissen wir aus eigener Erfahrung in Europa, was dabei für die Arbeiter herauskommt, wenn ein Parlament unter einem Zensuswahlrecht gewählt wird, das die Arbeiter ausschließt. Aber in den Kolonien wirkt die Ausschließung der Arbeiter von den politischen Rechten noch weit schlimmer als in Europa. Bei uns gehören zu den besitzenden Klassen auch solche, die nicht direkt an der kapitalistischen Ausbeutung interessiert sind, die vielfach sogar unter ihr zu leiden haben, in Widerspruch zu ihr stehen, Intellektuelle und Kleinbürger aller Art, die den schlimmsten Ausschreitungen des Kapitalismus mitunter entgegenwirken. Andererseits konnte sich der Aufstieg der Bourgeoisie zur politischen Herrschaft in Europa nicht vollziehen ohne die Mithilfe der arbeitenden Klassen, ohne die Entwicklung ihres Kraftgefühls und ihrer Intelligenz. Auch das setzt dem kapitalistischen Regime gewisse Grenzen in der Wirtschaft wie im Staate.

Alles das fehlt in den Kolonien. Dort fehlen zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten jene an der politischen Herrschaft teilnehmenden Zwischenschichten, die sich in Europa finden.

Die Kreise, die durch die Selbstverwaltung der Kolonie in ihr zur Herrschaft kommen, das sind ausschließlich die Expropriateure und Sklavenhalter. Und die Arbeiter sind dort völlig wehrlos, meist bloße Sklaven — Arbeiter, die noch nicht durch das wirtschaftliche Getriebe, sondern nur durch physischen Zwang zur Arbeit für die Ausbeuter herangetrieben werden, die stets bereit sind, sich ihr zu entziehen, wenigstens durch Entlaufen. Unter solchen Verhältnissen äußert sich die Profitgier des Kapitalismus in ihrer vollen Infamie. Da enthüllt sich die ganze Nichtigkeit des Geredes von seiner Kulturmission, womit er in Europa den bürgerlichen Intellektuellen und ihrem Anhang in Arbeiterkreisen die Köpfe verwirrt.

Seine Kulturmission, das ist die Produzierung eines revolutionären Proletariats. Nur soweit es ein solches erzeugt und nur durch dessen Gegenwirkung bedeutet das kapitalistische Regime einen gesellschaftlichen Aufstieg. Wo ihm ein solches Proletariat nicht entgegentritt, wo es hilflose Sklaven produziert, da entfaltet es schrankenlos seine verwüstenden und zerstörenden Seiten. Und die „Selbstverwaltung" der Kapitalisten bedeutet da nichts anderes als die Beseitigung der letzten Schranken, die den Zerstörungsdrang der Profitgier einengen. Man erinnere sich des wahnsinnigen Wütens im Kongostaat. So schlimme Resultate die bureaukratische Verwaltung der Kolonien zeitigt, noch schlimmere gehen aus deren „Selbstverwaltung" hervor.

Auch Graf Pfeil leidet nicht an übermäßigen Bedenken gegenüber den Eingeborenen. Was er entwickelt, ist bloß Theorie, aber die ist schon grausam genug. Natürlich mit zivilisatorischen Phrasen gespickt. Das gehört zum Kolonialgeschäft, wie das Gebet vor der Madonna zum Geschäft des italienischen Banditen. Man muß indes sehr harmlos sein, wenn man diese Redensarten ernst nimmt.

Sehr charakteristisch ist eine Rede, die der Graf 1886 in Berlin auf einem Kongreß zur Förderung deutscher Interessen im Ausland hielt. Er führte dort aus:

„Unter den Erwägungen, die bei der afrikanischen Kolonisation in Frage kommen, ist die Arbeiterfrage eine der hervorragend wichtigsten. Der Boden jungfräulicher Länder mag noch so fruchtbar, ihre Produkte noch so mannigfaltig sein, der Wert beider ist gleich Null, wenn uns die Hände fehlen, den Boden zu bebauen, die Produkte zu sammeln. Der Europäer kann erwiesenermaßen in tropischen Gegenden sich den körperlichen Arbeiten nicht unterziehen, welche die Kultivation eines Landes erfordert. Es bietet indessen die zahlreiche schwarze Bevölkerung Afrikas ein Arbeitermaterial, welches in dieser Richtung den Europäer unter dessen Oberleitung völlig ersetzt.

„Es handelt sich lediglich darum, 1. eine Art und Weise aufzufinden, dieses Menschenmaterial zur Arbeitsleistung heranzuziehen, und 2. die Sicherheit zu schaffen, daß die Arbeitsleistung keine zeitweilige, sondern eine dauernde sei.

„In Europa regelt sich das Arbeitsverhältnis nach Bedarf und Angebot, in Afrika gilt dieser Grundsatz nicht, da Bedarf bisher kaum vorhanden war und Angebot nicht existiert. Man darf sich auch nicht der Täuschung hingeben, daß freiwillige Gestellung des Negers zur Arbeit, die hie und da vorkommt, als ein wirkliches Arbeitsangebot aufzufassen sei.

„Genügen auch solche Arbeiter wohl einmal, um die zeitweiligen Arbeiten einer kleinen Plantage zu bewältigen, so wird doch die Arbeitslust nur so lange andauern, als sie den Reiz der Neuheit besitzt, oder gerade lange genug, um die wenigen Ellen Kaliko zu verdienen, die zufällig das zeitweilige Bedürfnis des Negers ausmachen. Hierzu bedarf es keiner übergroßen Ausdauer, und der Reiz der Neuheit ist bald vorüber. Sobald aber der Grund für seine Arbeitsleistung nicht mehr vorhanden ist, hört der Neger auf, das Angebot derselben zu machen.

„Es fehlt dem Neger die Grundlage für das Angebot europäischer Arbeit, der Erwerbstrieb. Für seinen Lebensunterhalt sorgt durch ihren Feldbau sein Weib.

„Abgesehen von der Arbeit, die wir für die Kultivation neuer Länder gebrauchen, liegt uns aber auch die Pflicht ob, deren rohe Einwohner zu *erziehen*, zu *zivilisieren*. Was man auch von dem Einfluß des guten Beispiels sagen und welchen Erfolg man von der Mission in ihrer jetzigen Art erwarten mag, der einzige wirksame Faktor der Zivilisation ist die Arbeit. Durch sie lernt der Mensch seinen Wert kennen, erlangt das Gefühl seiner Würde, welches entspringt aus dem Bewußtsein der Nützlichkeit des eigenen Daseins."

Glaubt man nicht, einen Verfechter sozialistischer Kolonialpolitik zu hören? Daß dies „Gefühl der Würde" gerade nur einer Arbeit entspringen soll, die die Ausbeuter nicht selbst verrichten wollen, die der Neger *für sie* zu vollziehen hat, und daß die Würde aus dem „Bewußtsein der Nützlichkeit des eigenen Daseins" für den fremden Ausbeuter entspringen soll, ist natürlich nur ein Zufall.

Nun aber die Kehrseite der „Erziehung" zur „Zivilisation" und „Würde":

„Unsere Ansichten über den Neger waren bisher ganz eigentümlich verschroben. . . .

„Man sprach von dem Neger als einem freien Manne, der über seine Handlungen in gleicher Berechtigung wie die Europäer verfügen könne. Dieses freie Verfügungsrecht über sich selbst wird aber ohne moralische Selbstbeschränkung zur Zügellosigkeit.

„Solche Anschauungen über Neger stammen noch aus der Zeit des *unseligen Humanitätsdusels*, der seinen Ursprung nahm, als *übertriebene Gerüchte* über die *Grausamkeit der Sklaverei* nach England gelangten, hier eine Sympathie für den arg unterdrückten, mißhandelten schwarzen Bruder wachriefen und

später die Aufhebung der Sklaverei herbeiführten. So berechtigt diese Sympathie in einzelnen Fällen sein mag, so hat sie doch eine Verzärtelung des Negers zur Folge gehabt, die uns schließlich fast auf den Standpunkt brachte, den Neger überhaupt für Arbeitsleistung untauglich zu halten. Man gewöhnte sich ab, ihn zu zwingen; ohne Zwang arbeitet er nicht, und so suchte man an seiner Stelle lieber andere Arbeiter. . . .

„Jene Zeiten verschwinden jedoch allmählich; eine gesunde Reaktion beginnt sich gegenüber den damaligen superhumanen Anschauungen geltend zu machen. Solange der Neger ungekannt in seiner Wildnis lebt, mag er jede Berechtigung zu seiner zügellosen Lebensweise haben, diese muß aber sofort aufhören, wenn er mit dem Europäer in Berührung kommt und dieser unter der Willkür des Negers leidet. Der Kulturmensch muß die Berechtigung haben, von dem Neger ein gewisses Maß von Arbeit verlangen zu können, wie es von ihm in Kulturverhältnissen gefordert wird; diese wird, den Fähigkeiten des Negers entsprechend, mechanischer Natur zu sein haben. . . .

„Wenn der Neger alle die Kulturphasen durchgemacht haben wird, durch welche wir uns vom Pfahlbauern bis zum Kulturmenschen entwickelten, wird er die Berechtigung auf ethischem Gebiet ebenfalls erworben haben. Sie ihm jetzt schon zuzusprechen, ist verfrüht."

Diese „ethische Berechtigung" wird der Neger in der Kolonie erst dann erlangen, wenn der „Kulturmensch" dort den Kapitalismus so weit entwickelt hat, daß dem Eingeborenen die Hungerpeitsche seine „zügellose Willkür" austreibt und ihn der zügellosen Willkür des Kapitals bedingungslos überliefert.

Bis der Neger völlig zum Lohnproletarier geworden ist, muß er „bevormundet" und „erzogen" werden, und um das zu erreichen, dazu verlangte Graf Pfeil vor allem die Schaffung eines „Mittelpunktes" in der Kolonie, „um den später Operationen sich gruppieren".

„Dieser Mittelpunkt kann aber nur aus einer, wenn auch noch so kleinen, so doch organisierten Macht bestehen. Diese soll nicht dazu dienen, nach Maßgabe europäischer Begriffe von Recht und Gesetz zu richten, denn letztere können nur erfolgreich angewandt werden, wo sie gekannt und anerkannt sind. Die Art und Weise der Verwendung wird im Gegenteil um so mehr Erfolg haben, je mehr sie sich den Ansichten und Gebräuchen der Eingeborenen anschließt.

„Überall finden sich kräftige Stämme, deren kriegerischer Sinn sich dadurch kundtut, daß sie ihre schwächeren Nachbarn befehden. So unzulässig diese Raubzüge aus Anlaß einer kleinen Viehherde oder ein paar Maiskolben sind, so können sie doch geschickt ausgenutzt und zu einem wesentlichen Faktor in unserem zivilisatorischen Programm gemacht werden.

„Bei einiger Geschicklichkeit im Umgang mit Negern kann es nicht schwer halten, den Häuptling eines solchen kriegerischen Stammes zum Verbündeten zu gewinnen. Er und sein Volk werden von der allgemeinen Arbeitsleistung dispensiert, übernehmen jedoch die Verpflichtung, andere Stämme, die bei der Stellung von Arbeitern sich saumselig erweisen, und das werden gewöhnlich die friedlichen sein, die familienweise ohne allgemeines Oberhaupt leben, nötigenfalls mit bewaffneter Hand dazu zu veranlassen. Ein solch kriegerisches Volk wird in dieser Maßnahme nur die Möglichkeit erblicken, mit größerer Unbeschränktheit seinen Räubereien obliegen zu können, namentlich da sie den Weißen, die sie im Besitz starker Kriegsmedizin glauben, als ihre Verbündeten betrachten. Wir aber wissen, daß ihre rohe Gewalt nur dem höheren Endzweck allgemeiner Zivilisation dienen soll."

Man sieht, in der Kolonie dient alles dem „höheren Endzweck der Zivilisation", sogar der Raubzug. Nachdem man durch derartige famose Mittel

die Eingeborenen unterworfen hat, tritt nun an Stelle des kriegerischen Raubes der friedliche, gesetzliche durch Erpressung von Arbeitsleistungen. Zunächst sollen die Neger, die über weite Gebiete zerstreut leben, in kleinere Kreise zusammengetrieben und dort zwangsweise festgesetzt werden.

„Hierdurch wird die Aufsicht der Neger erleichtert und eine bessere Kontrolle ermöglicht, inwieweit sie sich der Erwerbspflicht zu entziehen oder ihr nachzukommen suchen. Diese besteht darin, daß man ihnen eine Kopfsteuer auferlegt. Jeder erwachsene Neger hat eine Abgabe von bestimmtem Werte zu entrichten. Um den Betrag zu erwerben, wird der Neger seine Arbeit zu Markte tragen müssen, die wiederum nur bei den Weißen Abnahme findet. . . .

„Ist erst der Zeitpunkt herbeigekommen, wo selbständige Farmer sich in den Kolonien niedergelassen haben, so kann man ferner das Verfahren einschlagen, daß dann jeder, je nach der Größe seines Grundbesitzes, eine Anzahl Familien von Eingeborenen zugewiesen bekommt, die auf seinem Lande wohnen und nach privater Übereinkunft zu einer gewissen jährlichen Arbeitsleistung zu bestimmtem Lohne sich verpflichten. . . .

„Nicht mit Theorien und Phrasen löst man die vorliegende Aufgabe, sondern mit tätigem, energischem Eingriff. Deswegen habe ich mich nicht weitläufig darüber verbreitet, daß der Neger zur Arbeit gezwungen werden muß, sondern ich habe gezeigt, wie es geschehen kann. Daß man dabei nicht mit den weichen Mitteln von Überredung und Beispiel zu Werke gehen kann, ist klar, es bedarf kräftiger Beilhiebe, ehe der gänzlich rohe Klotz eine Gestalt bekommt, der ihr letztes Gepräge mit der Feile gegeben wird. Überlassen wir die Anschauung von Würde und Freiheit der Neger dem Philanthropen, und wie wir uns politisch zur Macht aufgeschwungen haben, emanzipieren wir auch unser Urteil von dem Einfluß der Anschauung fremder Völker und lösen wir die vor uns liegende Frage auf spezifisch deutsche Art."

Zur Ehrenrettung der deutschen Art darf man konstatieren, daß die Rezepte des Grafen Pfeil vor ihm schon von mannigfachen Kolonialstaaten angewandt wurden. Sie entspringen nicht dem Deutschtum, sondern dem Wesen der Kolonialpolitik. Vielleicht wäre man versucht, als spezifisch deutsch die Methode anzusehen, zuerst die Arbeit der Neger als eine notwendige Vorbedingung für sie hinzustellen, damit sie zum „Gefühl ihrer Würde" kommen, um dann, nachdem sich diese Arbeit als Sklaverei entpuppt hat, die „Würde" der Neger hohnlachend den „Philanthropen" zu überlassen.

Aber auch dies ungenierte Übergehen von der ethischen Phrase zum profitwütigen Zynismus hat bei anderen Nationen, die Kolonialpolitik treiben, Vorbilder aufzuweisen.

So leicht sich heute dieser Übergang vollzieht, vor zwei Jahrzehnten, als Graf Pfeil seine Rede hielt, war man in Deutschland durch koloniale Erfahrungen noch nicht genügend abgestumpft dazu. Seine zivilisatorische Raubzugs- und Versklavungspolitik begegnete lautem Widerspruch in der Versammlung. Der Missionsinspektor Büttner wandte sich gegen Pfeil, und zwar — das gehört zum Humor der Weltgeschichte — im Auftrag des Peters, der selbst auch nach Büttner in gleichem Sinne sprach!

Mit Hohn weist jetzt Graf Pfeil darauf hin, daß seine Kritiker es unterließen, zu sagen, wie es anders gemacht werden könne, und daß heute tatsächlich in den deutschen Kolonien seine Vorschläge alle durchgeführt sind. Was als Zivilisierung Afrikas beginnt, endet als Verwilderung Europas.

Aber vom Standpunkt der Kolonialpolitik hat Graf Pfeil ganz recht. Wenn man einmal Kolonialpolitik treiben will, wird man sie nicht viel

Digitized by Google

anders treiben können. Gründlich humanisieren kann man sie nur durch Vermehrung der Widerstandskraft der Eingeborenen. Dahin vermögen aber bloß Leute zu wirken, die der Kolonialpolitik prinzipiell ablehnend gegenüberstehen; denn je größer die Widerstandskraft der Eingeborenen gegen die kapitalistische Ausbeutung, desto größer auch ihr Drang und ihre Fähigkeit, das Joch der Fremdherrschaft abzuwerfen. Nur wer ihnen zu voller Befreiung verhelfen will, kann den Ausschreitungen der Kolonialpolitik wirksam, nicht bloß durch Redensarten entgegenwirken. Wer dagegen die Erwerbung und Festhaltung von Tropenkolonien für notwendig hält, der wird, ob er mag oder nicht, schließlich durch die Logik der Tatsachen gezwungen, „Erziehung" und „Bevormundung" der Eingeborenen durch brutale Mittel zuzustimmen.

Ihm bleibt nur die Wahl zwischen zwei Methoden der Kolonialpolitik: der bureaukratischen, die aus Unverstand, Dünkel, Interesselosigkeit und Entgegenkommen gegen die Bedürfnisse der Ausbeuter sündigt, oder der Selbstverwaltung der Ausbeuter, die intelligenter und anpassungsfähiger ist, aber leicht noch gieriger und grausamer wird als das bureaukratische Regime.

Eine dritte Methode der Kolonialverwaltung gibt es nicht. Oder kennen unsere sozialistischen Kolonialfreunde eine solche? Dann rasch heraus damit! Ethische Redensarten über Kultur und Zivilisation aber bilden keine Verwaltungsmethode. Mit solchen Phrasen sind die grausamsten Kolonialtyrannen reichlich versehen.

Zwei Schriften über Moral.

Von **G. Eckstein.**

Peter Kropotkin, **Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung.** Deutsch von Gustav Landauer. Leipzig 1904, Th. Thomas. Preis 8 Mark.

Alexander Sutherland, **The Origin and Growth of the Moral Instinct.** Zwei Bände. London 1898, Longmans, Green & Co. Preis 28 Schilling.

Es scheint das allgemeine Schicksal der Reformatoren der Wissenschaft zu sein, daß ihre großen Ideen bald in die Scheidemünze der Schlagworte umgesetzt werden, die dann ihre eigenen Schicksale haben. Im Gebrauch wird die Prägung immer unkenntlicher, und oft wird ganz vergessen, daß die kleine Münze in ihrem Werte abhängig ist von dem der eigentlichen Währung, von den großen Gedanken, deren Abbild sie einst darstellte. Bald verdrängt das Schlagwort ganz die ursprüngliche schöpferische Idee, und selbst wer später das Werk jenes Denkers liest, ist meist schon so voreingenommen, daß er wieder nur jene Schlagworte heraushört. Andererseits bieten diese oft wieder eine bequeme Handhabe der Widerlegung, und wer so nachgewiesen, daß die vulgäre Auffassung, die den wahren Sinn überwuchert hat, irrig ist, daß die Scheidemünze keinen eigenen Wert besitzt, glaubt oft, die grundlegende Theorie widerlegt, die wirkliche Währung erschüttert zu haben. Es ist nicht nur das Streben nach Bequemlichkeit oder der Unverstand, was zu diesem Vorgang führt. Noch stärker kommt gewöhnlich in dieser Umprägung die Tendenz zum Ausdruck, die betreffende einflußreiche Lehre in bestimmtem Sinne zu verwerten, wofür die Fassung in handliche Schlagwörter oft besonders geeignet erscheint.

Diesem Schicksal ist auch Darwin nicht entgangen, und besonders der „Kampf ums Dasein“ hat bald als Schlagwort eine ganz andere Bedeutung erhalten als die ihm vom Autor ursprünglich beigelegte; denn dieser betonte ausdrücklich, daß er den Ausdruck „Kampf ums Dasein“ in einem „weiten, metaphorischen Sinne“ gebrauche; er beziehe sich überhaupt „auf die gegenseitige Abhängigkeit der Wesen voneinander“. Die Auffassung, als ob „Kampf ums Dasein“ gleichbedeutend wäre mit einem wütenden, erbarmungslosen Ringen der Individuen derselben Gattung untereinander um des Lebens Notdurft, ist also ganz einseitig und entspricht keineswegs den Anschauungen Darwins. Trotzdem wurde diese Auffassung gerade dort besonders heimisch, wo sie vielleicht am allerwenigsten Berechtigung hat, bei der Betrachtung der menschlichen Verhältnisse unter biologischen Gesichtspunkten. Freilich, in dieser Form kam die Lehre den Anhängern des extremen Individualismus sehr gelegen; sie schien ihrer Verherrlichung des Egoismus eine streng wissenschaftliche Stütze zu geben. War der Kampf ums Dasein, das heißt das erbarmungslose Niedertreten des Schwachen durch den Starken, das Prinzip der Entwicklung, dann war auch in der menschlichen Gesellschaft der Schutz des Schwachen nicht nur eine sinnlose Sentimentalität, sondern ein Verbrechen. Diese Argumentation erscheint auch heute noch vielen als zwingend; sie liegt den ethischen Anschauungen von Männern zugrunde, die sonst so weit in ihrer ganzen Art auseinandergehen wie Spencer und Nietzsche, sie spukt auch heute noch vielfach in der biologisch fundierten Ethik. Es ist deshalb wohl nicht überflüssig, wieder darauf hinzuweisen, daß die Fundamente, auf denen diese Lehre ruht, nicht die wirklichen Anschauungen des großen Meisters sind, auf die sie sich zu stützen vorgibt, hauptsächlich aber, daß diese Lehre, von wem immer sie aufgestellt worden sein mag, ganz einseitig und daher falsch ist.

Von biologischer wie von soziologischer Seite mußte sich gegen sie eine Opposition geltend machen, die noch durch das sich in neuerer Zeit immer mehr vertiefende Bestreben verstärkt wurde, philosophische, besonders ethische Fragen vom psychologischen Gesichtspunkt zu betrachten. Damit wurde die Ethik wieder zur Lehre Adam Smiths und seiner Schule zurückgeführt, welche die Moral auf das Gefühl der Sympathie gegründet hatte. Die Werke von Kropotkin und Sutherland gehören zu den wichtigsten, welche unabhängig voneinander dieses Ziel verfolgten. Beide zeigen im Anschluß an Darwin, welcher bereits in seinem Werke über die Abstammung des Menschen nachdrücklich auf diesen Punkt hingewiesen hatte, daß gerade das Gefühl der Sympathie eine der wichtigsten Waffen im richtig verstandenen Kampfe ums Dasein ist, daß ohne sie die meisten Tierarten und ganz besonders der Mensch dem raschen Untergang geweiht wären, respektive nie hätten bestehen können. Beide Autoren zeigen die ungeheure Wichtigkeit dieses Faktors für die Entwicklung und in der Entwicklung, von den niedrigsten tierischen Organismen an bis zum Menschen, und in dessen Geschichte. Aber so wie die egoistisch gewandte mißverständliche Lehre vom Kampfe ums Dasein als Krieg aller gegen alle den verschiedensten Moralsystemen als Stütze dienen mußte, so gehen auch die Vertreter und Verfechter der Lehre von der Sympathie als Entwicklungsfaktor ungemein weit auseinander, und deshalb ist gerade der Vergleich der hier besprochenen Werke besonders interessant.

Kropotkin, der leidenschaftliche Anarchist aus Idealismus, sieht die Menschen und ihre Geschichte ganz anders als der australische Gelehrte und gute Bürger

Digitized by Google

Sutherland. Und wie unsere Betrachtung der Tiere abhängig ist von unserer eigenen Art und Anschauungsweise, so kommen diese Differenzen der beiden Autoren schon bei der Darstellung der Rolle zum Ausdruck, welche das Gefühl der Sympathie im Tierreich spielt. Bei Kropotkin zeigt sich hier schon der warm fühlende Mensch, der die Mannigfaltigkeit des Lebens sieht und lieber auf eine Vereinheitlichung des Wissens verzichtet, als eine Schablone dafür ausgibt. Er sieht die verschiedenen Formen sympathischen Verhaltens unter den Tieren, das weit über den Rahmen der Geschlechtszusammenhänge hinausgeht. Sutherland versucht, diese alle auf das ursprüngliche Verhältnis zwischen Mutter und Nachkommenschaft zurückzuführen. In einer später seinem Werke, das ursprünglich als Artikelserie im „Nineteenth Century“ erschien, beigefügten Anmerkung wendet Kropotkin unter anderem dagegen das Beispiel der Ameisen ein, bei denen die sympathischen Gefühle gerade bei den ungeschlechtlichen Arbeiterinnen am stärksten ausgebildet sind. Tatsächlich liegen die Verhältnisse hier keinesfalls so einfach, wie sie Sutherland hinstellt. Dieser geht davon aus, daß bei dem enormen Verlust an Eiern und junger Nachkommenschaft, welche bei den niederen Tieren bis zu den Fischen eintreten, jeder Ansatz zur Brutpflege durch die Eltern deren Nachkommenschaft einen gewaltigen Vorteil gewähren müsse, wodurch sich nach den Gesetzen der natürlichen Zuchtwahl diese Disposition zur elterlichen Fürsorge nicht nur vererben, sondern zugleich steigern müsse. Da nun aber dieser Vorteil noch größer werde, wenn beide Eltern sich ihrer Nachkommenschaft annehmen, so werden diejenigen im Vorteil sein, deren Eltern beisammen bleiben und sich bei der Brutpflege unterstützen, wodurch die sich so vorbereitende Sympathie der Geschlechter zueinander wieder vererbt und gesteigert wird.

Diese Darstellung sieht sehr hübsch und einfach aus; aber sie leidet an verschiedenen Mängeln. Zunächst setzt sie eigentlich das voraus, was sie beweisen will; denn es handelt sich eben um die Frage, wie die sympathischen Gefühle entstehen, und nicht darum, wie sie sich vererben und steigern. Ferner gibt diese Theorie keine Erklärung dafür, wieso, und diesen Umstand betont gerade Sutherland besonders scharf, die Zahl der erzeugten Nachkommenschaft rapid abnimmt, wenn wir zu höheren Organismen emporsteigen. Vielleicht ist der Vorgang gerade umgekehrt, daß nämlich die Brutpflege nur dort eintritt, wo nicht schon durch die ungeheure Zahl der Nachkommenschaft für deren Erhaltung gesorgt ist. Endlich ist es auch durchaus nicht ausgemacht, daß alle anderen Formen von Sympathie auf die zwischen Eltern und Kindern zurückzuführen sind. So leitet zum Beispiel Professor Freud gerade umgekehrt die Liebe der Kinder zu den Eltern aus der Erotik ab, und Schurtz stellt die bei den primitiven Wilden so einflußreichen Männerbünde in eine Linie mit den Geschlechtsverbänden, ohne daß eine Form aus der anderen abzuleiten wäre. Kropotkin geht aber noch weiter und bestreitet, daß die natürliche Zuchtwahl durch Auslese der Passendsten überhaupt in der Weise erfolgen könne, wie die meisten Biologen und auch Sutherland es sich vorstellen. „Wenn die Entwicklung des Tierreichs“, sagt er S. 73, „ausschließlich oder auch nur hauptsächlich auf das Überleben der Geeignetsten in Zeiten des Unglücks sich gründete..., dann wäre der Rückschritt die Regel“; denn derartige Ereignisse schwächen auch die Überlebenden in dem Maße, daß sie keinesfalls zu einer Höherentwicklung ihres Geschlechtes besonders geeignet sind. Für Kropotkin ist daher die friedliche Entwicklung unter gegenseitiger Hilfe das positive Moment, die Konkurrenz das negative.

Digitized by Google

Noch stärker tritt die Gegensätzlichkeit des Standpunktes der beiden Autoren naturgemäß bei der Behandlung der Menschheitsgeschichte zutage. Kropotkin will lediglich aufweisen, wie wichtig der Faktor der Sympathie stets in der Geschichte war, wie er das Leben des Wilden, des Barbaren durchzieht, wie er seine höchsten Triumphe in der Stadt des Mittelalters gefeiert hat und auch jetzt noch trotz des mörderischen Wütens der Konkurrenz nicht tot ist, sondern still fortwirkt, besonders in der Arbeiterschaft und ihrer sozialen Bewegung. So rollt er eine Reihe oft farbenprächtiger Bilder aus der Geschichte der Menschheit vor uns auf, aus denen uns stets ein Hauch warmer Menschenliebe entgegenweht; aber es fehlt der Zusammenhang. Wir sehen die gegenseitige Hilfe da und dort in Tätigkeit; aber es ist nicht abzusehen, warum sie dort hervortritt, an anderer Stelle wieder zurückweicht, dann wieder neues Leben gewinnt und wieder erlischt. Da Kropotkin vollkommen auf dem Boden idealistischer Geschichtsauffassung steht, konnten ihm die Zusammenhänge zwischen Klassenkampf und Klassensolidarität und die Bedeutung der Wirtschaft für die Gestaltung dieser Verhältnisse nicht zum Bewußtsein kommen. Er steht daher auch dem für ihn so ungemein wichtigen Phänomen des Niederganges des städtischen Gemeinwesens des Mittelalters ratlos gegenüber. Charakteristisch dafür ist, daß er es als den größten und verhängnisvollsten Irrtum der meisten Städte ansieht, daß sie ihre Macht auf Handel und Industrie gründeten und die Landwirtschaft vernachlässigten (S. 224). Es würde zu weit führen, seine ganze Darstellung dieses Verfalls der Städte hier wiederzugeben und ihre Unzulänglichkeit im einzelnen nachzuweisen.

Da er aber keinen Zusammenhang findet zwischen dem Erstarken oder Erlahmen der gegenseitigen Hilfe und irgendeiner anderen Entwicklungsweise, ist er auch nicht imstande, eine Tendenz der Entwicklung sozialer Gefühle nachzuweisen. Man erfährt, daß eine Zunahme sympathischer Gefühle gut, eine Abnahme schlecht ist; aber ob wir das eine oder das andere zu erwarten haben, darüber kann er nichts sagen, es ist das wohl auch nicht in seiner Absicht. Politisch und sozial hoffen ja Kropotkin und seine Freunde ihr Ziel durch Belehrung und Aufklärung zu erreichen. Ihnen genügt es daher, die gegenseitige Hilfe als Ideal hinzustellen, dem nachgelebt werden soll.

Ganz anders Sutherland. Er steht vollständig auf dem Standpunkt des extremen Neu-Darwinismus, der die Vererbung erworbener Eigenschaften leugnet und die natürliche Zuchtwahl als ausschließlichen Entwicklungsfaktor ansieht. Wenn nun das Gefühl der Sympathie arterhaltend wirkt, so muß es sich nach den Gesetzen dieser Zuchtwahl stetig steigern und verallgemeinern. Der größte Teil von Sutherlands Werk ist denn auch diesem Nachweis gewidmet.

Zu diesem Zwecke stellt er zunächst ein Schema der Entwicklungsstufen der Menschheit auf. Als solche betrachtet er die Wildheit, die Barbarei, die Zivilisation und die Kultur. Jede dieser vier Stufen teilt er wieder in drei Abteilungen. Das Einteilungsprinzip ist dabei durchaus nicht einheitlich. Die Hauptrolle spielen allerdings wirtschaftliche Momente, daneben laufen aber auch anthropologische, soziale und andere. In diese Abteilungen werden nun nicht nur die verschiedenen Völker der Erde, sondern zugleich auch die verschiedenen historischen Epochen der Kulturnationen eingereiht. Daß es dabei nicht ohne höchst bedenkliche Gewaltsamkeiten abgehen kann, ist von vornherein klar. So werden zum Beispiel unter den „mittleren Barbaren" unter anderem

zusammengefaßt verschiedene Negerstämme, die Lappländer des siebzehnten Jahrhunderts und die Griechen des homerischen Zeitalters; unter den Völkern mittlerer Zivilisation figurieren zugleich die Griechen der Zeit des Perikles und die Engländer unter den Plantagenets! Die heutigen Nationen Europas werden zu denen niederer Kultur gezählt. Das Stadium mittlerer Kultur, charakterisiert durch sozialistische Wirtschaftsverfassung, ist erst in 400 bis 500 Jahren zu erwarten. Der Charakter der höchsten Kulturstufe, die erst in 1000 oder 2000 Jahren verwirklicht werden soll, ist noch unbestimmbar.

Nachdem Sutherland so das Material geordnet, geht er daran, den Nachweis stetig steigender allgemeiner Sympathie auf den verschiedensten Gebieten zu erbringen. Zunächst zeigt er, wie die Zeit der Brutpflege mit dem Aufstieg zu höherer Organisation zunimmt. Je komplizierter der Organismus, desto längere Zeit braucht er auch zur Entwickelung, und wenn er während dieser Zeit relativer Hilflosigkeit nicht durch elterliche Fürsorge geschützt wird, ist die Art zum Aussterben verurteilt. Ebenso wird, wie wir gesehen haben, die Steigerung sympathischer Gefühle zwischen den Gatten selbst auf die Nützlichkeit dieses Gefühls für die Aufzucht der Nachkommenschaft zurückgeführt. Nun ist aber ein Ehepaar um so eher imstande, Kinder gut zu erziehen, je weniger unter ihnen selbst Zank und Eifersucht herrscht, daher Zunahme der Keuschheit, nicht nur bei der Frau, sondern auch beim Manne. Auch die Steigerung sozialer Sympathie, die bereits durch die elterliche und die zwischen den Gatten bestehende verbreitet ist, entwickelt sich weiter auf Grundlage ihrer Nützlichkeit für die Erhaltung der Art im Kampfe ums Dasein. Hier zeigt sich die Unsinnigkeit der Anwendung dieser Methode auf soziale Verhältnisse besonders kraß. Sutherland will nämlich den Nachweis führen, daß die Friedensliebe bei steigender Entwickelung zunimmt, und zwar deshalb, weil fortwährend die kriegerischen Elemente sich gegenseitig schädigen und vernichten, weshalb die friedlichen viel mehr Aussicht haben, sich fortzupflanzen. Von allem anderen abgesehen, vergißt hier Sutherland vollständig, daß die kriegerischen Elemente es sehr häufig vorziehen, die friedlichen tot zu schlagen, als sich der Gefahr auszusetzen, selbst erschlagen zu werden. Seine Argumentation würde denn auch dahin führen, daß ein Volk um so friedliebender werden müßte, je kriegerischer es ist, und daß zum Beispiel in einem Feudalstaat die kriegsgewohnte Ritterschaft friedlich, die zum Kriegsdienst nicht herangezogene leibeigene Bauernschaft aber kriegerisch veranlagt sein müßte.

An diesem Beispiel tritt allerdings nur besonders klar hervor, was auch sonst gilt, daß nämlich die schablonenhafte Anwendung biologischer Methoden auf soziale Verhältnisse unsinnig ist. Dabei wird nämlich vor allem außer acht gelassen, daß die Höherentwickelung des Menschen nicht abhängig ist von einer Ausgestaltung seiner Organe, sondern daß er im Werkzeug ein Mittel gefunden hat, seine Anpassung an die Außenwelt nicht nur ungleich rascher und vielfach sicherer zu bewirken, sondern auch die Fähigkeit dazu mit größter Sicherheit seinen Nachkommen zu hinterlassen. Wenn es streitig sein mag, in welchem Maße oder ob überhaupt erworbene Eigenschaften vererblich sind, daran kann nicht der geringste Zweifel sein, daß unsere realen Kulturgüter auf die folgenden Generationen übergehen und deren Leben in intensivster Weise beeinflussen. Ob der einzelne Mensch zum Beispiel kriegerisch oder friedlich von Natur aus veranlagt ist, ist eine ganz andere Frage, als die, ob er sich in seinem Leben auf die eine oder andere Art betätigen wird; das hängt

viel weniger von seiner Natur als von den Umständen ab. Es ist deshalb auch ein ganz mißverständlicher Einwand, welcher gegen den Zukunftsstaat erhoben wird, dieser setze voraus, daß alle Menschen gut veranlagt seien. Man versetze die jetzige Menschheit in Verhältnisse, wo nicht der Vorteil jedes einzelnen den Schaden des anderen bedingt, und sie wird vielleicht nicht moralischer sein, aber sich moralischer verhalten, respektive mehr sich von sozialen Gefühlen leiten lassen. Wenn beim Tier der innigste Zusammenhang besteht zwischen dem intellektuellen Charakter und der Ausbildung der Organe, so ist für die Intelligenz und Moral des Menschen maßgebend die Gestaltung seines Instrumentars, das heißt seiner Wirtschaft. Wer also von der Biologie ausgeht, um die Gesetze der Soziologie zu ergründen, wird mit Notwendigkeit zur materialistischen Geschichtsauffassung gedrängt.

Von dieser ist nun freilich Sutherland sehr weit entfernt. Da nun aber das von ihm aufgestellte Schema mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, müssen natürlich diese weichen, das heißt er interpretiert sie in ihr Gegenteil um. So führt er die weit größere Wildheit und Grausamkeit, die bei vielen barbarischen Völkern im Vergleich zu den eigentlichen Wilden herrscht, darauf zurück, daß auf dieser Stufe bereits eine schärfere Differenzierung eingetreten sei zwischen den friedlichen Gefühlen gegen die Mitglieder des eigenen Stammes und der wilden Feindschaft gegen Außenstehende. Ja, Sutherland bringt es sogar fertig, die Rezeption des römischen Rechtes und sogar die Blutgesetzgebung gegen „Vagabunden und Bettler“, welche in England seit dem sechzehnten Jahrhundert aufkam, als einen Fortschritt in der Ausbreitung und Wirkung sympathischer Gefühle hinzustellen. Wie weltfremd er überhaupt sozialen Erscheinungen gegenüber steht, geht schon daraus hervor, daß er zum Beispiel die Prostitution als eine Reminiszenz an die ursprüngliche Promiskuität (den regellosen Geschlechtsverkehr) vor der Ehe betrachtet, daß er das Abkommen des Brautkaufs und die Abschaffung der Sklaverei auf ein allgemeines Erstarken der sozialen Gefühle zurückführt.

Wie sehr ein richtiges Verständnis der historischen Tatsachen bei Sutherland dadurch verhindert wird, daß er sie mit seiner verfehlten Theorie in Einklang bringen will, wird besonders handgreiflich, wenn man die Partien des Buches betrachtet, die weniger unmittelbar unter diesem Banne stehen. So ist sein Nachweis interessant, wie wenig Christentum und Rittertum zur Milderung der Sitten beigetragen haben. Auch sein Hinweis darauf zum Beispiel ist von Wichtigkeit, daß die Eideshelfer des mittelalterlichen Rechtsverfahrens mit unseren Zeugen gar nichts zu tun haben. Der Zweck des Gerichtes sei nicht gewesen, das Recht zu finden, sondern Fehde zu verhindern und den Frieden zu wahren, es sei deshalb von der größten Bedeutung gewesen, zu erfahren, wie viele wehrhafte Männer bereit wären, für die Sache jeder Partei mit den Waffen einzutreten. Der Zweck des Richterspruchs sei also nicht gewesen, der gerechten Sache, sondern der mächtigeren Partei zum Siege zu verhelfen, ohne daß es zu Blutvergießen hätte kommen müssen.

So enthält das Werk noch viele wertvolle und interessante Einzelheiten auf biologischem sowie soziologischem Gebiet. Die philosophische Seite der Frage ist hingegen ziemlich schwach behandelt. So wird die Zurückführung des Pflichtgefühls auf das Bedürfnis nach allgemeiner Zustimmung zur eigenen Handlungsweise kaum viel Anklang finden, und ebensowenig die Art, wie sich der Autor mit der Frage der Willensfreiheit und Verantwortlichkeit abfindet.

Digitized by Google

Als die erhabenste Motivierung richtiger Handlungsweise betrachtet Sutherland den ästhetischen Sinn für die Ideale der Wahrheit und Güte, der Reinheit und Würde; aber er verwahrt sich sehr energisch dagegen, daß man aus seinen Darlegungen vielleicht den Schluß ziehen könnte, das richtige Handeln sei dasjenige, welches lediglich durch altruistische, sympathische Gefühle motiviert wird. Der moralische Instinkt sei kein Instinkt für das richtige Handeln, einen solchen gebe es nicht; dieses beruhe vielmehr darauf, daß man sich durch „weise Sympathie“ bestimmen lasse, das ist diejenige, „welche kein im Endergebnis größeres Glück der anderen dem augenblicklichen geringeren eigenen Glück opfert“. Sutherland landet damit, wie nach seiner ganzen Beweisführung vorauszusehen war, die ja das Aufkommen und Erstarken der Sympathie lediglich auf die Nützlichkeit dieses Gefühls für die Arterhaltung zurückführt, beim Utilitarismus, für den er übrigens eine nicht sehr glückliche Formel wählt; denn in ihr fällt sofort die Unmöglichkeit auf, fremdes, in Zukunft bevorstehendes Glück mit dem eigenen gegenwärtigen zu vergleichen.

Höchst interessant aber ist es, zu sehen, wie die beiden hier besprochenen Autoren, von den gleichen Tatsachen ausgehend und vielfach nach ähnlichen Methoden verfahrend, praktisch zu gerade entgegengesetzten Resultaten gelangen. Kropotkins Arbeit ist eine Verherrlichung des Prinzips gegenseitiger Hilfe; er erwartet das Heil der Menschheit von der allgemeinen Ausbreitung sympathischer Gefühle, und er betrachtet es als seine höchste Lebensaufgabe, zum Erstarken dieser Gefühle das Seinige beizutragen. Der Starke soll nicht den Schwachen erdrücken, er soll ihm hilfreich die Hand reichen und ihn zu sich erheben, die Schwachen sollen durch Einigkeit stark werden. Sutherland erklärt ausdrücklich, die Besserung der Individuen sei von geringer Bedeutung; es komme darauf an, daß die moralisch Minderwertigen aussterben, und dazu gehören alle Verbrecher, Trinker, ferner Eltern, die ihre Kinder nicht gut erziehen, Vagabunden und Bettler. Praktisch kommt das also darauf hinaus, und diese Folgerung zieht er selbst, daß die Armen wert sind, zugrunde zu gehen. Die Zivilisation erzeugt nach Sutherland nicht das Elend, sie ermöglicht ihm nur den Fortbestand und wirkt dadurch eigentlich hemmend auf die Stärkung sympathischer Gefühle.

Wir haben hier wieder ein glänzendes Beispiel dafür, wie sehr die Ergebnisse, zu denen die Wissenschaft kommt, abhängig sind von der Subjektivität des Forschers, daß es daher ein Vorurteil ist, zu glauben, die Wissenschaft sei über die Klassengegensätze erhaben.

Die „passive Resistenz“ im Leipziger Buchhandel.

Von **Paul E. Plottke** (Leipzig).

Als im Dezember des vorigen Jahres die Buchhandlungsgehilfen in Leipzig an die Unternehmer Forderungen richteten, nahm die bürgerliche Presse kaum davon Notiz. Erst als unter Führung der gewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgehilfen, des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, Kampfesmittel in Anwendung gebracht wurden, da scholl es plötzlich aus allen Spalten heraus von guten Ratschlägen an die Gehilfen, sich doch nicht zu Tariflern zu degradieren, sondern auf der Grundlage der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Gehilfen und Handels-

unternehmern eine Besserung der Lebensverhältnisse herbeizuführen. Woraus erklärt sich dieser scheinbar plötzliche Ansatz zu ernsthaftem gewerkschaftlichen Kampfe?

Schon im Jahre 1905 hatten die Leipziger Buchhandlungsgehilfen einen Anlauf genommen, um bei der allgemeinen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse auch ihre Lage zu verbessern. Ergebene Gesuche wurden an die Prinzipale gerichtet, aber diese lehnten die Forderung ab. Schon damals bildeten Mitglieder des Zentralverbandes die treibende Kraft in einer aus allen Gehilfenvereinen gebildeten Kommission. Doch in einer Gesellschaft, der gewerkschaftliche Ideen noch fremd waren, mußte es schließlich zum Bruche kommen mit denen, die in Harmoniegedanken aufgingen. Die Vertreter des Zentralverbandes wurden aus der Kommission herausgedrängt.

Nun gab es Ruhe — aber nicht für den Zentralverband. Er agitierte eifrig, und die sich stets verschlechternden Verhältnisse und die Zunahme der Teuerung machten die bisher nur von Harmoniegedanken erfüllten Buchhandlungsgehilfen reif zum Kampfe. Waren doch elende Gehälter von 80 bis 100 Mark monatlich die Regel! Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" fanden sich Inserate, die wie die folgenden den Tiefstand deutlich zeigen:

> Junger Sortimenter, zirka fünf Jahre beim Fache, mit gediegener Ausbildung in allen buchhändlerischen Arbeiten, sucht, gestützt auf Primazeugnisse, zum 1. Januar Stellung. Er besitzt französische und englische Sprachkenntnisse, ist Schreibmaschinenschreiber und Stenograph. Gehalt zurzeit 100 Mark.
>
> Antiquar gesucht! Herr in reiferen Lebensjahren (30 bis 40 Jahre), muß durchaus firm in der Technik des Antiquariatsgeschäftes sein, geübt im Einkauf von Bibliotheken, Aufnahme und Katalogisierung (Korrekturlesen), womöglich auch Kenntnis des katholisch-theologischen Antiquariats besitzen. Gehalt 1800 Mark jährlich usw.
>
> Für 60 Mark Monatsgehalt sucht älterer Buchhändler Stellung.

Der ganze Jammer der außerordentlich schlechten Lebenslage spricht aus diesen Anzeigen. Und solcher gibt es unzählige.

Dazu Arbeitszeiten von 10 bis 15 Stunden täglich und Überstunden, die besonders in der Oster-, Meß- und Weihnachtszeit eine beängstigende Höhe erreichen. 300 bis 400 Überstunden im Jahre sind nichts Seltenes, und oftmals werden diese nicht einmal bezahlt. Wohl die Hälfte aller Buchhandlungsgehilfen muß Nachtarbeit leisten, fast alle Sonntagsarbeit.

Und statt Widerstand gegen solche Ausbeutung, statt Klassenbewußtsein nichts als Standesdünkel!

Die kapitalistische Entwicklung schuf auch hier die Möglichkeit der Aufklärung. Die Großbetriebe vergrößern sich im Buchhandel zusehends. Kleine Existenzen werden aufgesaugt, die Herstellung der „geistigen Arbeit" geschieht vollkommen fabrikmäßig. Elegante, riesenhafte Industriepaläste sind auch im Buchhandel entstanden, und notwendigerweise mußte hier ein Handelsproletariat entstehen, je mehr die Arbeitsteilung fortschritt, je mehr die Tätigkeit der Angestellten dieser Riesenbetriebe mit Hunderten Gehilfen sich in mechanische Arbeiten verwandelte. Hierdurch wieder war das Eindringen der Frauenarbeit möglich, die, weil jede Organisation fehlte, natürlich das Weitere zum Tieferdrängen des Lohnniveaus tat. Diese Vorbedingungen sind auch der Boden, auf dem es dem Handels- und Transportarbeiterverband möglich war, die Buchhandlungsmarkthelfer (Packer, Transporteure usw.) zu organi-

sieren und für sie erhebliche Verbesserungen in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Überstundenbezahlung usw. herbeizuführen.

Die Gewerkschaft stellte Forderungen, nachdem auch in diesem Jahre wieder den Buchhandlungsmarkthelfern eine Verbesserung des mit der Organisation der Prinzipale, dem Buchhändlerhilfsverband, abgeschlossenen Tarifs gelungen war. Nun traten auch die „nationalen“ Vereine auf den Plan, um nicht dem Zentralverband den Ruhm zu lassen, allein an der Verbesserung der Lage der Gehilfenschaft gearbeitet zu haben. Die gewerkschaftlichen Forderungen lauteten:

A. Gehalt. 1. Nach Beendigung der Lehrzeit mindestens 100 Mark, mit 25 Jahren mindestens 150 Mark. 2. Eine sofortige allgemeine Aufbesserung aller Gehälter um 15 Prozent. 3. Aushilfengehalt wie oben mindestens. 4. 6 Wochen Gehalt bei Krankheit; Krankengeld darf nicht angerechnet werden. B. Arbeitszeit. 1. 9stündige Geschäftszeit inklusive je ¼stündiger Frühstücks- und Vesperpause. (Die Festlegung der Stunden ist der Firma überlassen.) 2. Sonnabendschluß von Rogate bis 30. September um 5 Uhr, sonst um 6 Uhr. 3. 2 Stunden Mittagspause. C. Überstunden. 1. 2 Stunden vor und 3 Stunden nach der Geschäftszeit 1 Mark, die andere Zeit pro Stunde 1,50 Mark. 2. Sonntags und in der Oster-, Meß- und Weihnachtszeit 25 Prozent Zuschlag. D. Urlaub. Nach ½jähriger Tätigkeit 1 Woche, nach 1 Jahr 2, nach 5 Jahren 3, nach 10 Jahren 4 Wochen Ferien unter Fortzahlung des Gehalts. E. Koalitionsrecht. 1. Anerkennung der bestehenden Organisationen der Gehilfenschaft. 2. Anerkennung des Personal-(Gehilfen-)Ausschusses und Vertrauensmannssystems. 3. Zusage, daß keiner aus Anlaß der Bewegung gemaßregelt wird. 4. Anerkennung des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt bei allgemeinen Differenzen.

Die Prinzipale lehnten jede Verhandlung mit der Gewerkschaft ab, das Anrufen des Kaufmannsgerichts durch den Zentralverband blieb wirkungslos, die unkontrollierbaren Verhandlungen mit den übrigen Vereinen zogen sich in die Länge, ohne daß ein nur halbwegs annehmbares Resultat erreicht wurde. Die Erbitterung der Gehilfenschaft stieg, und als am 11. Dezember in einer Versammlung einer der Teilnehmer an den Verhandlungen Bericht erstattete, verdichtete sich die Stimmung zu einem Antrage auf „sofortige Durchführung der passiven Resistenz“, die von zirka 500 Gehilfen gegen 15 Stimmen angenommen wurde.

Jede andere Gewerkschaft der gewerblichen Arbeiter hätte in diesem Falle den Streik proklamiert. Aber so weit war die gewerkschaftliche Schulung der Gehilfen doch noch nicht vorgeschritten, daß bei der Gelegenheit an ein Gleiches hätte gedacht werden können. Ein solcher Streik mit wenigen wäre wirkungslos geblieben. Ganz anders die passive Resistenz, an der sich besonders in den Großbetrieben die Mehrheit der Gehilfen beteiligte. Durch außerordentliches peinlich genaues und exaktes Arbeiten, durch kalligraphisch schönes Ausschreiben der Rechnungen, durch mehrmaliges Prüfen der Posten und Kommissionen wurden die Arbeiten, die sonst in wahnsinniger Hast geleistet wurden, in einer Weise verzögert, daß der ganze Betrieb gelähmt wurde. Die vorausgesehene Wirkung trat ein, um so mehr, als der Buchhandel in der Weihnachtszeit die verfügbaren Kräfte aufs äußerste anspannen muß, um die notwendige Arbeit überhaupt zu leisten.

Doch die Gegenmittel setzten ein. Durch Drohungen, Kontrollierssysteme, Verrat der „nationalen“ Vereine wurde die nachhaltige Wirkung der Resistenz abgeschwächt. Sie wurde deshalb aufgehoben, um in späterer Zeit, nachdem

die Organisation ausgebaut und gekräftigt sein wird, wieder mit neuem Mute den Kampf zu beginnen. Wenn auch der augenblickliche Erfolg gering war (das Anfangsgehalt wurde auf 100 Mark monatlich festgesetzt, und unter dem Druck der Resistenz wurden, wenn auch nicht generell, Teuerungszulagen zugesagt), allein die Tatsache, daß ein großer Teil einer Handlungsgehilfenkategorie für den gewerkschaftlichen Kampf zu haben ist, beweist, daß die modernen Ideen auch unter diesen Proletarierschichten marschieren. Die Lohnfrage wird nicht mehr von der Bildfläche des Kampfes der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen verschwinden. Die Konzentration des Kapitals im Handel bereitet den Weg.

Das argentinische Arbeitsamt.

Von **Germán Avé-Lallemant** (San Luis, Argentinien).

Die ganze Organisation des argentinischen Staates ist eine äffische Nachahmung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem theoretischen politischen Vorbild aller südamerikanischen Republiken, deren weit rückständige ökonomische und soziale Entwicklung in der Praxis zu einem widerlichen Zerrbild mit hispano-indianischer Färbung der anglo-amerikanischen Institutionen führt.

Berücksichtigt man diese Grundlage unserer politischen Verfassung, so war es nicht zu verwundern, daß am 9. Januar 1907 im argentinischen Kongreß einer der lärmendsten Deputierten der Gaucho-Partei — der Knownothings (der Nichtswisser), würde man in den Vereinigten Staaten sagen — bei der Budgetberatung den Vorschlag machte, für die Eröffnung eines Departamento Nacional de Trabajo, eines Arbeitsamtes nach dem Muster des Department of labor in Washington, 90000 Mark anzusetzen, was denn auch durchging, obwohl die Herren Abgeordneten, meistens Rechtsgelehrte, deren Unwissenheit hier sprichwörtlich ist, verrieten, daß sie gar nicht wußten, was solch ein Amt eigentlich zu bedeuten habe.

Im Senat stieß der neue Posten auf hartnäckigsten Widerstand. Erst sollte ein Gesetz den Zweck und die Wirksamkeit eines solchen Amtes feststellen, dann würde man die Geldmittel für dasselbe bewilligen. Aber die Deputiertenkammer berief sich darauf, daß Washington ein solches Arbeitsamt eingerichtet habe; sie gab nicht nach, und der neue Posten wurde in den Etat aufgenommen.

Am 14. März 1907 ernannte dann die Regierung den Advokaten Dr. Matienzo zum Direktor des Arbeitsamtes — die Advokaten besitzen in Argentinien das Monopol, alle höheren Ämter zu besetzen, ohne daß nach ihren Fähigkeiten jemals gefragt würde —, und dieser Herr, dem man einen ganzen Generalstab von Unterbeamten beigab, reichte dann eine Gesetzesvorlage ein über die Aufgaben und den Wirkungskreis des Amtes.

Danach soll das Amt zunächst die Arbeitsstatistik durchführen, welche in Vierteljahrsheften veröffentlicht werden wird. Es soll ferner sozialpolitische Gesetzesvorlagen ausarbeiten, namentlich Ursache und Wirkung der Streiks erforschen und zu deren Vermeidung Vorschläge machen.

Gleich nach seiner Eröffnung richtete das neue Amt ein Rundschreiben an den Verein der Fabrikanten (la Union Industrial), an die sozialistische Union General de Trabajadores und die anarchosyndikalistische Federacion Obrera Regional, alle drei in Buenos Aires, worin diesen vor-

geschlagen wurde, sich an Konferenzen zu beteiligen, in welchen unter dem Vorsitz des Direktors des Arbeitsamtes über die Mittel, den sozialen Frieden dauernd herzustellen, beraten werden solle.

Die Herren Fabrikanten erklärten sich sofort einverstanden und sagten ihre Teilnahme zu.

Die Union General, eine Gewerkschaftsverbindung im Geiste Turatis, erklärte, daß ihr Standpunkt auf dem Felde des Klassenkampfes ihr nicht gestatte, an Versuchen zu einem Ausgleich zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeit teilzunehmen, während die Federacion Obrera überhaupt keine Antwort einsandte.

Als es im Juni zu einem allgemeinen Ausstande der Lokomotivführer und Heizer bei den Eisenbahnen kam, wurde ein Vertrag durch Schiedsrichter unter dem Vorsitz des Präsidenten des höchsten Gerichtshofes des Landes abgeschlossen, ohne daß die Parteien dem Arbeitsamt eine Mitwirkung gestattet hätten.

Das Amt brachte dann sofort eine Gesetzvorlage ein, nach der alle Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Direktoren von Transportgesellschaften zu Wasser oder zu Lande durch Schiedsrichter zu erledigen seien, von denen die streitenden Parteien je einen zu wählen haben, der dritte aber vom Direktor des Arbeitsamtes ernannt werden soll. Als höhere Instanz soll der Apelationsgerichtshof eintreten. Die Arbeiter solcher Gesellschaften dürfen während der Sitzungen des Schiedsgerichts nicht in den Ausstand treten und die Direktionen keine Arbeiter ihrer gewerkschaftlichen Agitation wegen entlassen.

Zuwiderhandlungen verfallen dem gewöhnlichen Strafverfahren. Wer die argentinische Gerichtsbarkeit kennt, die bedingungslos in Abhängigkeit von der jeweils herrschenden politischen Clique festliegt, weiß, was das zu sagen hat. Recht und Gesetz gelten ja gar nichts hier, und der Proletarier wird überhaupt als rechtlos betrachtet. Muckt er, so wird er nach dem berüchtigten Ley de residencia auf administrativem Wege deportiert.

Das Departamento de Trabajo hat sein erstes Bulletin erscheinen lassen. Es enthält hauptsächlich einen langen Artikel über die Arbeiterfrage vom Professor der Volkswirtschaftslehre E. Quesada. Die Quintessenz seiner langen Tirade gipfelt in einem heftigen Ausfall auf den überall Unzufriedenheit erregenden Sozialismus. Die Doktrin von Karl Marx sei von der modernen Wissenschaft endgültig abgeführt und begraben worden.

Wo, wann, wie und von wem sagt der Herr Professor nicht, warnt aber die Jugend vor Irrtümern, die leicht aus dem Mitleid mit dem harten Lose der arbeitenden Klasse erwachsen. Natürlich läuft der Artikel, wie alle solche argentinischen Essays über die soziale Frage aus in einen Dithyrambus auf die glänzende Lage der argentinischen Arbeiter, die gar nicht wissen wie gut sie es haben, und für die kein Grund vorliegt, sich dem täuschenden Sozialismus in die Arme zu werfen.

Also sprach Zarathustra, und wer sich nicht der offiziellen Wissenschaft unterwirft, wird geächtet und niedergehetzt.

Digitized by Google

Literarische Rundschau.

Max Reichmann, **Die christlichen Gewerkschaften. Ihr Werden, ihr Wesen und ihre Ziele.** (Zeitfragen des christlichen Volkslebens, Band XXXII, Heft 3.) Stuttgart 1907, Chr. Belsersche Verlagsbuchhandlung. 60 Seiten 8°.

J. Giesberts, Mitglied des deutschen Reichstags, **Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben.** Vortrag, gehalten auf dem 6. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau. (Schriften des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Heft Nr. 8.) Köln 1907, A. Stegerwald. 55 Seiten 8°.

C. Forschner, Diözesanpräses der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Diözese Mainz, **Der christliche Gewerkschaftsgedanke,** Briefe an einen Arbeiterfreund. (Soziale Briefe, herausgegeben von C. Forschner, III.) Mainz 1907, Kirchheim & Co. VIII und 135 Seiten kl. 8°.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften (Schriften des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands). Köln 1908, Christlicher Gewerkschaftsverlag (A. Stegerwald). 192 Seiten kl. 8°.

Vier Schriften von Befürwortern der christlichen Gewerkschaften, die erste von einem evangelischen Pastor, die dritte von einem katholischen Geistlichen, die zweite die eines aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Agitators und Organisators der christlichen Gewerkschaften, die letzte von deren Beamten verfaßt. Gründlich verschieden ist auch der Standpunkt der Verfasser, bloß in ihrer Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie haben sie einen gemeinsamen Ausgangspunkt. Der evangelische Pastor empfiehlt die christlichen Organisationen vor allem, weil er eine Stärkung der konservativen und agrarischen Parteien durch Arbeitertruppen wünscht, er ist deshalb ein Gegner nicht bloß unserer Gewerkschaften, sondern selbst der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Das Interesse der Arbeiter an der Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen tritt wenig aus dem Hintergrund, ja der Entsagungsgedanke der christlichen Lehre wird in warmen Worten den Arbeitern angepriesen. Selbst für die Streikbrecher findet der gegen die Sozialdemokratie als Inquisitor auftretende Geistliche Worte christlicher Nächstenliebe. Die gewerkschaftliche Taktik ist ihm fremd, „gerechte" Lohnkämpfe sollen geführt werden, auch wenn sie aussichtslos sind, aussichtsvolle sollen vermieden werden, wenn sie nicht „gerecht" sind. Der Pastor selbst ist aber nicht bereit, für seine Äußerungen diesen den christlichen Gewerkschaftsführern empfohlenen Maßstab anzuwenden, dürfte er doch sonst nicht schreiben, daß „die sozialdemokratischen Gewerkschaften zum organisierten Atheismus werden". Während der kenntnisreichere Giesberts die Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung bedauert und bloß die Schuld hierfür auf unsere Organisationen abzuwälzen sucht, erklärt der Pastor, daß die Gründung christlicher Gewerkschaften „nur von des Gegners Seite gesehen Schwächung der Arbeiterbewegung, in Wirklichkeit aber Stärkung derselben" ist. Die Berücksichtigung der Unternehmerinteressen legt Herr Pastor Reichmann den Arbeitern mehrfach ans Herz. Die konfessionellen Streitigkeiten, die sonst in den Schriften der Pastoren eine so große Rolle spielen, sollen schweigen in der christlichen Arbeiterbewegung, denn die Hauptsache ist dem Verfasser der Schrift „die Stoßkraft der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie". Die Schrift des Anhalter Pastors ist eines der besten Propagandamittel gegen die christlichen Gewerkschaften. Gut kommentiert empfiehlt sie sich trefflich als Vorlesestoff in Gewerkschaftsversammlungen.

Erheblich ernster zu nehmen ist Giesberts Vortrag. Mit noch mehr Absicht als Reichmann spricht er immer wieder vom Arbeiterstand und vermeidet geflissentlich das Wort Klasse. Er führt den Kampf nach zwei Seiten, natürlich gegen die Sozialdemokratie und unsere Gewerkschaften, aber auch gegen die „katholischen Fach-

abteilungen" und ihre hohen Protektoren. Der Wettbewerb der Fachabteilungen, „die die Gewährung ihrer Rechtsforderungen meist dem Gutdünken und Ermessen außerhalb des Arbeiterstandes stehender Kreise überlassen und auch den legalen Kampf um dieselben verschmähen", zwingt Giesberts, „die freie, selbständige Betätigung der Arbeiterklasse im Rahmen und auf dem Boden der heutigen Ordnung der Dinge" zu betonen. Für die Gefahren der Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist Giesberts nicht blind. Er möchte nur den sozialdemokratischen Arbeitern die Schuld für die Zersplitterung zuschieben, was freilich der einfachen geschichtlichen Überlegung direkt widerspricht. Deshalb ist gerade seine Einsicht, daß „die Stoßkraft einer Organisation um so wuchtiger ist, je einheitlicher und geschlossener sie dasteht", der stärkste Vorwurf gegen die Jahrzehnte nach Gründung unserer Organisationen einsetzende Agitation für christliche Gewerkschaften, die bewußt die Zersplitterung der Arbeiterbewegung bezweckten. Wenn sich Giesberts bei der Beweisführung für die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften auf Sombart bezieht, hat er ganz recht. Wie man seinerzeit durch Berufung auf die Bibel alles beweisen konnte, wird man bald jede ökonomische Ansicht durch Zitierung Sombarts bekräftigen können. Die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterbewegung betont Giesberts, aber er lehnt den „direkten Einfluß der kirchlichen Organe auf unsere Bewegung" lediglich deshalb ab, weil dies „eine durch die Verhältnisse gebotene Arbeitsteilung" ermöglicht. Bei den Kämpfen „dürfen wir nicht in Widerspruch stehen mit unseren Grundsätzen von Gerechtigkeit und Liebe, die das Christentum uns lehrt". So findet sich in Giesberts' Schrift zum Einerseits immer das Andererseits, bei jedem kräftigen Anlauf im Arbeiterinteresse wird bald der Radschuh angelegt. Man merkt deutlich seine Angst, daß aus seinen Voraussetzungen die christlichen Gewerkschaftler den Schluß ziehen könnten, es wäre doch klüger, sich den großen ausschlaggebenden und durch keinerlei Rücksicht auf bürgerliche Interessen gebundenen Gewerkschaften anzuschließen. Giesberts betont ausdrücklich, daß er nicht an die Notwendigkeit des Klassenkampfes glaubt, daß er auf „harmonisches Zusammenwirken aller Klassen des Volkes", auf die Wiederherstellung der „Harmonie in der Gesellschaft" hofft. Sehr schwach ist der Abschnitt von Giesberts' Buch über „die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben". Herr Giesberts, der Mitglied der Zentrumspartei ist, möchte gerne die politische Unabhängigkeit oder den unpolitischen Charakter der christlichen Gewerkschaften nachweisen. Daß ihm dies nicht gelingen kann, brauchen wir wirklich nicht besonders zu belegen.

Die umfangreiche Schrift Forschners, der in dem Bistum wirkt, dem Ketteler einmal vorstand, sucht für den Anschluß der christlich gesinnten Arbeiter an die christlichen Gewerkschaften zu wirken. Auch er greift die katholischen Fachabteilungen an, die Giesberts durch den Vergleich mit den gelben Gewerkschaften Frankreichs stigmatisiert hatte. Wie Giesberts betont er den Wert einer einheitlichen Arbeiterbewegung, aber die Schuld für die Zersplitterung sucht er denen zuzuschieben, die schon über eine Million Arbeiter in Gewerkschaften organisiert hatten, ehe (1900) der erste christliche Gewerkschaftskongreß tagen konnte! Deutlicher wie Giesberts stellt Forschner das große Interesse der Zentrumspartei an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften fest. Auch Forschner spricht vom Arbeiterstand, er meint, daß Arbeiter und Unternehmer sich in Gerechtigkeit und Liebe verständigen müssen, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehe. Freilich verwirft er nicht den Streik, wenn er auch kühler von ihm redet als Giesberts. Die Enzyklika Leos XIII., die schon oft gegen die christlichen Gewerkschaften ausgespielt wurde, sucht Forschner, ohne auf ihren Inhalt genau einzugehen, für seine Propaganda zugunsten der christlichen Gewerkschaften auszunutzen. Der Polemik gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ist viel Raum gewidmet.

Forschners flott und klar geschriebene Arbeit soll „den vielbeschäftigten Seelsorgern sowie allen, die zur Leitung von Arbeiter- und anderen sozialen Vereinen berufen sind, eine Hilfe bieten zur Lösung ihrer oft schweren Aufgabe". Sie wird

somit die Vorlage vieler Reden und Zeitungsartikel für die christlichen Gewerkschaften und gegen unsere Organisationen bilden. Es wird sich deshalb für unsere Redakteure und für die Redner in Gewerkschaftsversammlungen das Studium der Schrift sehr empfehlen.

Vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften mit christlicher Liebe und Nachsicht für diese, mit unchristlicher Feindschaft gegen unsere Gewerkschaften geschrieben, vieles beschönigend und nicht weniges verhüllend ist das Jahrbuch sicherlich keine historische Quelle, aber für den kritischen Leser wertvoll, weil man auf viele sonst schwer auffindbare Einzelheiten stößt. Mit besonderer Vorsicht ist die Geschichte der christlichen Gewerkschaften zu lesen, weil alles, was unbequem und unangenehm ist, bestenfalls angedeutet, meist verschwiegen wird. Hierin zeigt sich eine nicht unerhebliche Gewandtheit, ebenso in der Verhüllung des Verhältnisses zur Zentrumspartei. Wertvoll sind die kurzen Skizzen über die einzelnen christlichen Verbände, die über die Statuten, Beiträge, Leistungen, Verbandsorgan und Entwicklung informieren, auch einen kurzen, meist mit Tiraden gegen die Sozialdemokratie gemischten historischen Abriß über die Entwicklung der Organisationen geben. Die meisten Einzeldarstellungen enthalten auch übersichtliche Tabellen.

In einem Anhang findet sich etwas deutsche Statistik und ein Adressenverzeichnis der Sekretariate des Gesamtverbandes, der Vorstände der Zentralverbände und der christlichen Gewerkschaftsorgane. Zur Information über diesen Zweig der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung wird das Büchlein gute Dienste leisten, wenn man auch jede Seite sehr kritisch lesen muß. ad. br.

Otto Ernst, **Des Kindes Freiheit und Freude.** Leipzig 1907, Verlag H. Haessel.

Otto Ernst war als streitbarer und witziger Kämpe auf dem Gebiet der pädagogischen Reform eher bekannt denn als tantiemenfroher Lustspieldichter. Zwar war damals der Kreis seiner Bekannten kleiner, doch er war auch einheitlicher und geschlossener. Seitdem Otto Ernst aber so ungeahnte Ehren und Erfolge als Dramatiker erntet, scheint er nicht mehr hinlänglich Zeit zu haben, sich um das pädagogische Leben der neuen Zeit zu bekümmern. Er, der früher mit an der vordersten Spitze stand, sieht jetzt zu seinem unangenehmen Erstaunen, daß ihn eine ganze Menge jüngerer Reformer und Stürmer und Dränger überholt haben. Etwas mißvergnügt ruft Otto Ernst ihnen deshalb zu: „Habt euch nur nicht so! Es ist viel Übertreibung und künstliche Mache in dem, was ihr wollt.“ Das stimmt nun zwar. Mir liegt nichts ferner, als etwa die geschäftigen Wichtigtuer auf dem Gebiet der Schulreform, das von jeher von Dilettanten aller Art mit besonderem Eifer unsicher gemacht worden ist, in Schutz zu nehmen. Aber Otto Ernst schimpft nur im allgemeinen einiges über Erziehungs„anarchisten“, wie er sie tauft, ohne näher anzugeben, wen und was er damit meint. Und da er im weiteren Verlauf seiner harmlosen kleinen Kapuzinerpredigt einesteils verrät, daß ihm viele ernste Reform- und „Umsturz“arbeit in der zeitgenössischen Pädagogik gar nicht oder nur sehr oberflächlich bekannt ist, und da er anderenteils schließlich selbst möglichst große Freiheit für das Kind verlangt, so weiß man am Ende nicht recht, für welchen Zweck er das kleine Büchlein eigentlich geschrieben hat. Und diese Unklarheit wird auch nicht beseitigt, wenn Otto Ernst am Schlusse seine Kardinalforderung in die nichtssagende Allgemeinheit zusammenfaßt: „Hinaus ins Freie! — das ist das ganze Geheimnis der pädagogischen Erneuerung.“ Das ganze Geheimnis ist das keineswegs. Vielleicht enthüllt sich das Geheimnis Otto Ernst etwas besser, wenn er nicht bloß bei Krapotkin, sondern auch bei Pestalozzi, Fichte, Fröbel, Goethe, Owen, Marx und Seidel etwas nachliest. Daß sich bei alledem auch manch treffliches Wörtlein in der kleinen Schrift findet, ist bei einem geistreichen Manne wie Otto Ernst selbstverständlich. h. sch.

Zeitschriftenschau.

Der englische „Social Democrat“ bringt in dem Januarheft zuerst einen Aufsatz von H. Quelch über **„Sozialismus und Mäßigkeitsreformen“** (Socialism and Temperance Reform). Jetzt, wo die liberale Regierung alle gesellschaftlichen Übel aufgehoben hat, findet sie nichts mehr zu tun, als die Arbeiterklasse gegen die Verführung durch ihre eigenen Laster zu schützen. Dabei ist sie selbstverständlich der Beihilfe und Zustimmung aller Ausbeuter gewiß, die, während sie auf Kosten der Arbeiterklasse leben, zugleich als tugendhafte Vormünder über den lasterhaften Pöbel auftreten möchten. Gegen diese Versuche, die Freiheit und die Lebensfreude der Volksmasse durch solche Tugendboldereien in der Gesetzgebung einzuschränken — durch lokale Alkoholverbote, Einschränkung der Zahl der Wirtshäuser und der Stunden, wo sie offen sind, völlige Schließung am Sonntag, strenges Verbot, Kinder dorthin mitzubringen —, dagegen wendet sich Quelch sehr energisch; erstens weil die Erfahrung bewiesen habe, daß dadurch bloß das heimliche Trinken, die schlimmste Form des Trinklasters, gefördert wird, und zweitens weil sie eine unzulässige Bevormundung des Proletariers durch die sich heuchlerisch über ihn erhaben dünkende Mittelklasse darstellt. Denn diese Gesetzgebung gegen das Trinken richtet sich ausschließlich gegen die Arbeiterklasse, die als Ganzes gerade die mäßigste Klasse ist, während die Trinkorgien, welche die höheren Klassen in ihren feinen Kasinos und Hotels veranstalten, völlig unbehelligt bleiben. Die Sozialdemokraten sind gerade so stark wie die Temperenzler von dem Elend überzeugt, das der Alkohol bringt, aber sie wollen das Übel nicht in seinen äußeren Erscheinungsformen, sondern in seiner Wurzel angreifen, durch Verbesserung der Lebensverhältnisse, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Verbesserung der Wohnungen und dergleichen mehr. Aber merkwürdig, sobald von Verkürzung der Arbeitszeit die Rede ist, schreien viele derselben Leute über Eingriffe in die Freiheit des Arbeiters, die nichts dagegen haben, durch Mäßigkeitsreformen die Freiheit der Arbeiter einzuschränken, wo kein Kapitalprofit dadurch gefährdet wird. Die Alkoholfeindlichkeit solcher bürgerlichen Temperenzler hat also bloß den Zweck, die Aufmerksamkeit von der wirklichen Ursache des Alkoholelends abzulenken und zugleich die sittliche Befähigung der herrschenden Klasse, die Arbeiter unter ihrer Botmäßigkeit zu halten, in schönerem Lichte erstrahlen zu lassen.

M. Beer gibt als Anfang einer Reihe **„Studien über den historischen Materialismus“** zuerst einen Aufsatz über den **„Ursprung des jüdischen Monotheismus“** (The rise of the Jewish Monotheism). Wir kommen darauf zurück, wenn der Aufsatz zu Ende geführt ist.

In der holländischen Revue „De Nieuwe Tijd“ vom Januar findet sich der Schluß eines Aufsatzes von A. B. Soep über **„Gewerkschaftsbewegung und Partei in Belgien“**, dessen Anfang im November des vorigen Jahrgangs gebracht worden war. Dort wurden als Einleitung zuerst statistische Daten gegeben über die gewaltige industrielle Entwicklung Belgiens; in schroffem Gegensatz dazu stehen die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, namentlich in den klerikalen flämischen Provinzen, und der äußerst niedrige Stand der Volksbildung als Folge klerikaler Herrschaft und liberaler Gleichgültigkeit: Belgien zählt in Westeuropa die weitaus größte Anzahl Analphabeten in der Armee. Diese verschiedenen Umstände haben auch den Charakter und die Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung bestimmt. Arm, elend, unentwickelt, auf sich selbst angewiesen, fanden die belgischen Arbeiter in den Genossenschaften ihre erste Kampfeswaffe, welche die Massen zusammenbrachte und ihnen im Leben und im Kampfe einen kräftigen Halt bot. Nachdem sich diese mit anderen Vereinen zu einer „Arbeiterpartei“ zusammengeschlossen hatten, um den Kampf gegen den Kapitalismus als Klasse führen zu können, erweckte die Wucht, womit die Partei in den neunziger Jahren das allgemeine Wahlrecht eroberte und ins Parlament vordrang, die Bewunderung der internationalen Arbeiterschaft. Dann kam mit der Jahrhundertwende der Rückschlag: der Mangel an theo-

retischer Durchbildung und an Ausbildung geeigneter Kampfesorganisationen hemmte zunächst den weiteren Fortschritt und führte dazu, daß man namentlich den Gewerkschaften mehr Aufmerksamkeit zu schenken anfing.

Die gewerkschaftliche Organisation ist in Belgien verhältnismäßig schwach: auf mehr als anderthalb Millionen Arbeiter kommen bloß 150000 Organisierte. Die Partei hat zur Förderung dieser Bewegung eine „Syndikale Kommission" gebildet, an die sich auch Gewerkschaften anschlossen, die nicht zur Partei gehörten, unter anderen die Antwerpener Diamantarbeiter. Dieser Diamantarbeiterverband, der sich nachher von jener Kommission loslöste und einen von der Partei unabhängigen belgischen Fachverband gründete, gehört zu den hauptsächlichsten Verfechtern der „neutralen" Gewerkschaftsbewegung. Darüber wird nun viel gekämpft; die Neutralen behaupten, daß besonders die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei jene in ihrer Entwicklung hemmt, indem sie die nichtsozialistischen Elemente vom Anschluß zurückhält. Der Autor bekämpft diese Auffassung und erachtet ein enges Band zwischen beiden für notwendig.

Der Arzt L. Heyermans gibt über die Wirkung der **„Frauenarbeit in Fabriken und Werkstätten"** viel statistisches Material. Die große Anzahl Fehlgeburten in verschiedenen Berufen zeigt, daß Arbeit mit giftigen Materialien sowie Arbeit, die starke Erschütterungen des Körpers hervorruft, endlich solche, bei der längeres Stehen oder Arbeit mit dem Fuße nötig ist, auf Frauen während der Schwangerschaft schädlich wirkt. Eine Ursache vieler Krankheiten liegt auch darin, daß Frauen, die durch ihre Arbeit kleine Kinder ernähren müssen, durch ihren starken mütterlichen Instinkt getrieben werden, sich bis zur äußersten Erschöpfung ausbeuten zu lassen; ihnen liegen dazu nach dem Ende der Lohnarbeit immer auch noch häusliche Arbeiten ob. Die schlimmste Schattenseite der Frauenarbeit ist aber die mangelhafte Wartung der ganz kleinen Kinder, die sie bewirkt. Wo Fabrikarbeit der Frauen üblich ist, steigt die Säuglingssterblichkeit bedeutend höher als in anderen Gegenden. Alle Mittel, Ersatz für die Mutter bei der Kinderwartung zu schaffen durch Krippen und dergleichen, sind immer unzulängliche Palliativmittel; geradeso wie bei der künstlichen Milchernährung die Säuglingssterblichkeit das Vier- bis Fünffache der Sterblichkeit bei natürlicher Ernährung durch die Mutterbrust ist. Aus allen diesen Gründen will der Autor das Eintreten unserer Partei für die gleiche Arbeitsberechtigung der Frauen durch bedeutende hygienische Vorbehalte einschränken.

Bibliographie des Sozialismus.

Bibliothèque du Mouvement Socialiste. I. Syndicalisme et Socialisme. Par Hubert Lagardelle. — II. **La Confédération générale du Travail.** Par Emile Pouget. — III. **La Décomposition du Marxisme.** Par Georges Sorel. — IV. **L'Action Syndicaliste.** Par Victor Griffuelhes. — V. **Le Parti Socialiste et la Confédération du Travail.** Discussion par Jules Guesde, Hubert Lagardelle, Edouard Vaillant. Paris, 30, rue Jacob Marcel Rivière. Jedes Heft à 4 Bogen 60 Cts.

Bonomi, Ivanoe, **Le vie nuove del Socialismo.** Palermo, Remo Sandron.

Braun, Adolf, **Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.** Stuttgart, J. H. W. Dietz. 100 S. 75 Pf., gebunden 1 Mk.

Delesalle, Hervé, Pratelo u. a., **Almanach illustré de la révolution pour 1908.** Paris, rue monsieur le prince, Bureau de la Publication sociale.

Louis, Paul, **Geschichte des Sozialismus in Frankreich.** Stuttgart, J. H. W. Dietz. 243 S. 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Marks, Karolo, kaj Frederico Engels, **Manifesto de la Komunista Partio.** El la Autorita Angla Traduko, Redaktita kaj Alnotita de Frederico Engels, Tradukis Esperanten Arturo Baku. Verkinto de „The American Esperanto Book", Redactoro de „Amerika Esperantisto". Chicago, Charles H. Kerr & Company. 65 S.

Michels, R., **Proletariato e borghesia nel movimento socialista italiano.** Torino, Frat. Bocca.

Muckle, Friedrich, Doktor der Philosophie, **Henri de Saint-Simon.** Die Persönlichkeit und ihr Werk. Jena, Gustav Fischer. 384 S.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 19 Ausgegeben am 7. Februar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Kannegießerei.

✗ Berlin, 1. Februar 1908.

Häufiger als sonst wohl auf Äußerungen eines bürgerlichen Publizisten oder gar Professors sind wir an dieser Stelle auf politische Darlegungen des Professors Hans Delbrück eingegangen, der von seinem Vorgänger in der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher“, von dem Borussomanen Treitschke, als „Hans Taps“ verspottet wurde und sich selbst als „konservativen Sozialdemokraten“ zu kennzeichnen pflegt, was ihm einmal von seiner Gönnerin, der liberal gesinnten Kaiserin Friedrich, in deren Hause er als Erzieher eines ihrer Söhne gewirkt hat, die spitzige und witzige Kritik eintrug, das sei ja gleich von zwei Seiten her ums Richtige herummarschiert.

Der „konservative Sozialdemokrat“ imponiert uns nun auch sehr wenig, und wir würden kein besonderes Interesse an den historischen und politischen Arbeiten des Herrn Delbrück nehmen, wenn er etwa das wäre, was heute Herr Breitscheid oder Herr v. Gerlach oder auch Herr Barth sind, die sich um ein Zusammengehen des Liberalismus mit der Sozialdemokrate in der preußischen Wahlrechtsfrage bemühen und es dabei an tapferen Worten nicht fehlen lassen. Wir bestreiten auch ihnen keineswegs das Recht ihrer ehrlichen Überzeugung und unterschätzen selbst nicht den nicht gerade bedeutenden, aber immerhin mitzunehmenden taktischen Vorteil, daß ihre Agitation dazu beiträgt, die selbstmörderische und verräterische Politik ihrer liberalen Parteifreunde bloßzustellen.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, daß sie, wenn sie aus ihrer vollkommenen Isoliertheit herauskämen und irgendwelchen Einfluß auf die liberalen Fraktionen gewönnen — was ja mindestens sehr unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich ist —, uns sofort in die Flanken fallen würden mit dem höchst unverständigen Ansinnen, nun von unserer prinzipiell klaren Politik abzulassen und dem „guten Willen“ des Liberalismus die offene Hand zu bieten. Es sei nur an die gehässige Art erinnert, in der namentlich Herr v. Gerlach in früheren Jahren die inneren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen

Sozialdemokratie zu vergiften und zu verhetzen gesucht hat, und wir würden dasselbe häßliche Schauspiel erleben, wenn diese Herren einmal so viel hinter sich bekämen, daß sie sich wenigstens einbilden könnten, wie Macht zu Macht mit unserer Partei zu verhandeln. Da Sentimentalität in der Politik nichts zu suchen hat, so können wir einerseits ohne alle Gewissensbedenken die Dienste annehmen, die uns die Gerlach und Genossen mit ihrer gegenwärtigen Kritik der liberalen Fraktionspolitik leisten, wenn diese Dienste auch nicht so sehr schwer in die Wagschale fallen, aber wir dürfen andererseits darüber niemals vergessen, daß ihr letztes Ziel eben doch die politische Knochenerweichung des klassenbewußten Proletariats ist. Wir tun ihnen damit ja auch kein Unrecht, da sie als die ehrlichen Liberalen, die zu sein sie sich rühmen und die sie gewiß auch sind, gar nicht anders handeln dürfen und können.

Nun ist die politische Knochenerweichung des klassenbewußten Proletariats zwar für Herrn Delbrück ebenfalls ein Ziel aufs innigste zu wünschen, ja auch für ihn das eigentliche Endziel, aber er ist kein Liberaler und sieht deshalb die Dinge von zwei Seiten, wie es ihm denn, als einem sozusagen Franktireur des historischen Materialismus, keineswegs an historischem Blicke fehlt. Er will freilich vom historischen Materialismus nichts wissen, und man muß ihm zubilligen, daß er auch wirklich nichts davon versteht, allein sein Spezialfach, die Kriegsgeschichte, die die wichtigsten Lebensinteressen des Klassenstaats viel zu nahe berührt, als daß er sich auf diesem Gebiet ungestraft ein X für ein U machen lassen darf, läßt Herrn Delbrück unbewußt nach historisch-materialistischer Methode arbeiten, wo ihn die allgemeinen Vorurteile des bürgerlichen Historikers und die besondern Vorurteile des „konservativen Sozialdemokraten“ nicht in die Irre führen. So stellen seine Aufsätze und Schriften ein buntes Chaos von blendend scharfen Analysen und denkbar törichtester Kannegießerei dar, und sie zeichnen sich dadurch vor der landläufigen Kannegießerei der bürgerlichen Presse nach oben und nach unten in einer Weise aus, die ihnen einen berechtigten Anspruch darauf gibt, just nicht gelobt, aber doch gelesen zu werden.

Auch der neueste Aufsatz Delbrücks in dem eben erschienenen Februarheft der „Preußischen Jahrbücher“ zeigt dies sonderbare Gemisch. Er behandelt die gegenwärtige politische Lage und wirft die Frage auf, weshalb Bülow so schroff jede preußische Wahlrechtsreform abgelehnt habe. Delbrücks eigene Ansprüche an diese Reform beschränken sich auf das bescheidenste Maß: Kein Reichstagswahlrecht, sondern Pluralwahlrecht; keine Neueinteilung der Wahlkreise, sondern nur Korrektur im einzelnen; geheime Abstimmung. Delbrück selbst erkennt an, daß diese sogenannte Reform der Junkerherrschaft nur geringen Abbruch tun würde, aber dann fragt es sich eben, weshalb Bülow nicht im Interesse seiner Blockpolitik den Junkern diese kleine Zugeständnisse abzuringen versucht hat, statt die freisinnigen Blockbrüder mit seiner schnöden Absage an jede Wahlrechtsreform vor aller Welt zu ohrfeigen.

Die Antwort, die Delbrück auf diese Frage findet, ist vollkommen richtig. Bülow hat so gehandelt, weil sein kleinster Anspruch an die Junkerinteressen ihm immer noch teurer zu stehen kommen würde als die souveränsten Fuß-

tritte, die er an den Freisinn austeilt. „In dem Jahre, seit er sich nun mit den Freisinnigen anfreundete und mit ihnen verhandelte, wird er herausgefunden haben, wie überaus schwach, man darf wohl sagen schwächlich, diese Partei ist.... Er wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß auch ganz minimale Konzessionen, wie das neue Vereinsgesetz und das neue Börsengesetz, genügen, die Partei vorläufig an der Stange zu halten." Aber weshalb ist diese Partei so schwächlich, daß sie, „statt in einen allgemeinen Wutschrei auszubrechen über die Enttäuschung, die ihr bereitet ist, unter einigem Seufzen und Klagen sich des allerbescheidensten Tones befleißigt"? Delbrück meint, das läge nicht an den Führern, weil sie sich gar zu sehr geschmeichelt fühlten, auch einmal, wenn auch ganz unten, am Regierungstisch zu sitzen. Da überschätzt er allerdings diese Biedermänner mit ihren roten Vögeln vierter Güte beträchtlich, aber man kann ihm zustimmen insoweit, als er den eigentlichen Grund lieber in den Dingen, als in den Personen sucht.

Er schreibt: „Dieser Grund ist, daß die freisinnige Wählerschaft in ihrer großen Mehrzahl konservativ, man möchte beinah sagen, reaktionär geworden ist. Diese freisinnigen Wähler, die Hausbesitzer, Kaufleute, Rentner, Kleinindustrielle, Maurermeister, Krämer, Bauern wollen in Wirklichkeit gar nicht das demokratische Wahlrecht, das in dem Programm der Partei als Paradestück prangt. Sie sind hingegen sehr zufrieden, wenn die Partei mit ihren Anhängern von den Behörden nicht mehr als regierungsfeindlich angesehen wird. Ein Teil der Freisinnigen freilich, namentlich die Juden, die unter dem stillen Antisemitismus der regierenden Schichten zu leiden haben, und die idealistischen Anhänger der liberalen Doktrin sind mit dieser Haltung der Partei nicht einverstanden, aber sie kommen nicht auf gegen die Taktiker, die eingesehen haben, wie schwach die Partei in Wirklichkeit ist, und sich danach richten, und gegen die Stimmung der Menge, die fast ausschließlich beherrscht wird von der einen Empfindung des Gegensatzes gegen die Sozialdemokratie. Gegen die Sozialdemokraten, die den Unfrieden in jede Werkstatt und in jede Fabrik tragen und das gewerbliche Gedeihen jedes Bürgers bedrohen, sucht auch der liberalste Arbeitgeber Anschluß an die Regierung. Der freisinnige Philister der guten alten Zeit wurde vor allem beherrscht durch die Stimmung des Widerspruchs gegen die Regierung, die Steuern von ihm verlangte, mit der Polizei, Gerichten, Schulpflicht, Dienstpflicht ihn schikanierte. Diese Stimmung ist auch heute nicht ausgestorben, aber sie wird weit überwogen und niedergedrückt durch den Haß gegen die Sozialdemokratie." Kürzer und schlagender läßt sich die politische Psychologie des heutigen Freisinns nicht wohl geben, und wir haben sie deshalb hier wiederholt, weil auch unsere Partei allen Anlaß hat, sich diese Lage der Dinge, die Delbrück vollkommen zutreffend schildert, stets vor Augen zu halten.

Unmittelbar darauf verfällt er dann freilich in die ödeste Kannegießerei, indem er fortfährt: „In einem Moment wäre, wenn Liberale und Sozialdemokratie zusammengingen, das konservative Regiment in Preußen in die Luft gesprengt, selbst beim Dreiklassenwahlrecht. Aber dieses Zusammengehen ist unmöglich oder so gut wie unmöglich", solange nämlich die Sozialdemokratie die

politische Organisation der Arbeiterklasse bleibe, an der „marxistischen Doktrin" festhalte, und wie das Gerede sonst noch lautet, das unseren Lesern zu bekannt ist, als daß wir sie ausführlich damit behelligen dürften. „Solange die Sozialdemokratie existiert, ist die Herrschaft der Konservativen nicht zu erschüttern."

Es ist erstaunlich, wie ein Historiker, der am Ende doch die Geschichte seines Vaterlandes kennen muß, solche Sachen zusammenschreiben kann. Der „Moment", der nach Herrn Delbrück das preußische Junkerregiment in die Luft sprengen soll, ist ja schon einmal dagewesen, vor vierzig Jahren, als die preußische Fortschrittspartei das ganze Abgeordnetenhaus beherrschte und die Arbeiter ihr treue Gefolgschaft leisteten. Heraus kam dabei aber nichts, als daß sich die Fortschrittspartei ebenso von Bismarck nasführen ließ, wie sich heute der Freisinn von Bülow ohrfeigen läßt. Und was hat dann den nächsten Anstoß dazu gegeben, daß sich die deutsche Arbeiterklasse als politische Partei organisierte? Doch nichts anderes als die Weigerung der damaligen Fortschrittspartei, das allgemeine Stimmrecht auch nur als Paradestück in ihr Programm aufzunehmen. Wenn dies wenigstens erreicht ist, so ist es ein Erfolg der Sozialdemokratie. Vielleicht sagt Herr Delbrück: Dieser Erfolg ist auch danach. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden; wenn das englische Parlament alles kann, nur nicht aus einer Frau einen Mann machen, so kann auch die Sozialdemokratie aus den alten Weibern des Freisinns keine Männer machen. Wir weisen auf diesen Punkt nur hin, um die ganze Sinnlosigkeit der Argumentation klarzustellen, als sei die Existenz der Sozialdemokratie an der preußischen Junkerherrschaft schuld.

Was an ihr schuld ist, das ist die ausnehmende Feigheit und Selbstsucht der deutschen Bourgeoisie, die selbst dann ihre eigenen Interessen preisgibt, um die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten, und dann sogar erst recht, wenn sie noch keinen Anlaß hat, die Arbeiterklasse zu fürchten. So im Jahre 1848, so in den preußischen Konfliktsjahren. Die Erfahrungen dieser Zeiten zeigen, daß die Bourgeoisie sich ebenso tief oder womöglich noch tiefer unter das Joch der Junker duckt, wenn die Arbeiterklasse ihr willenlose Gefolgschaft leistet, als wenn diese Klasse eine selbständige Politik treibt. Indessen man darf über die Kannegießerei des Herrn Delbrück nicht zu viele Worte verlieren. Wie sich die deutsche Bourgeoisie aus der historischen Entwicklung ausschaltet, hat er selbst famoser nachgewiesen als irgendwer, und wer den längeren Atem hat, das preußische Junkertum oder die deutsche Sozialdemokratie, das wird sich ja zeigen.

Gesunder Menschenverstand und wissenschaftliche Wahrheit.

Eine Erwiderung von M. Tugan-Baranowsky.

In einer Artikelserie unter dem Titel „Mathematische Formeln gegen Karl Marx" hat Boudin in der „Neuen Zeit" eine ausführliche Kritik meines Buches „Theoretische Grundlagen des Marxismus" zu geben versucht. Was meine Persönlichkeit betrifft, so ist seine Kritik für mich sehr günstig ausgefallen. Boudin nennt mich einen Meister meiner Wissenschaft, rühmt die

logische Schärfe meiner Deduktionen, der der Betrachtung der Marxschen ökonomischen Theorie gewidmete Teil meiner Schrift scheint ihm „ein Muster an Klarheit, Bündigkeit und Eindeutigkeit, ganz unähnlich in dieser Beziehung der gewöhnlichen Marxkritik“ zu sein usw. Leider aber haben nach Boudins Meinung diese Vorzüge meiner Betrachtungsweise nicht im mindesten dazu geführt, daß ich etwas Positives geleistet habe. Im Gegenteil: obschon meine Schrift „einen Stoff zum Nachdenken liefert“, wäre ich gerade durch meine theoretische Schulung gezwungen, zu ganz seltsamen Schlußergebnissen zu kommen, welche nicht nur unhaltbar seien, sondern sogar „äußerste Absurditäten“ bilden. Der Widersinn meiner ganzen Ausführungen scheint Boudin einen solchen Grad zu erreichen, daß er es als seine besondere Aufgabe betrachtet, eine Erklärung zu geben, wie ein Mensch mit gesundem Menschenverstand so etwas behaupten könne, und er erblickt die Ursache des so unerfreulichen Ausfalls meines gewagten Unternehmens, wider Marx aufzutreten, gerade in der inneren Logik der Sache selbst: je logischer meine Schlußfolgerungen waren, desto greller mußte ihre innere Unhaltbarkeit an den Tag kommen.

Ich weiß nicht, welchen Eindruck die Aufsätze von Boudin auf die Leser der „Neuen Zeit“ gemacht haben. Es ist aber zu vermuten, daß das Urteil der meisten von ihnen über mein Marxbuch, falls dasselbe ihnen bekannt, nicht günstiger als das von Boudin ausfallen würde. So rühmt zum Beispiel Otto Bauer die Gründlichkeit und Ausführlichkeit der betreffenden Aufsätze von Boudin und hat gegen seine Ergebnisse nichts einzuwenden. Ich wäre sogar sehr erstaunt, wenn Boudinsche Betrachtungen keinen Beifall bei den Marxisten finden würden. Ich wollte doch durch meine Absatzmärkte- und Krisentheorie etwas Neues in der ökonomischen Wissenschaft sagen; wann war es aber, daß neue Ideen sofort von der Mehrzahl verstanden und angenommen wurden? Sie müssen vielmehr als absurd und widersinnig erscheinen — sie widersprechen ja den herrschenden Anschauungen!

Zugleich klingen alle meine Behauptungen äußerst paradox. Nach meiner Theorie bedarf die kapitalistische Produktion in abstracto keiner menschlichen Konsumtion zur Verwertung ihrer Produkte; der Absatzmarkt für die Produkte der kapitalistischen Industrie kann sich stetig erweitern bei dem gleichzeitigen Rückgang der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln usw. Das alles widerspricht am offenkundigsten „dem gesunden Menschenverstand“. Was natürlicher, daß meine Theorie als „äußerste Absurdität“ der Mehrzahl erscheinen muß?

Darum finde ich nichts Unerwartetes oder Unerfreuliches für mich in dem strengen Urteil Boudins über mein Buch. Die Antikritik von Boudin ist eben so, wie sie sein mußte. Meine Antwort wird aber dadurch außerordentlich erschwert, daß alle Gegenargumente, welche Boudin wider mich hervorhebt, ohne eine einzige Ausnahme, nach meiner Ansicht auf Mißverständnissen beruhen. Nun kann ich aber nicht den Inhalt meiner Schrift wiederholen, welche, wie es scheint, von meinem Kritiker, obgleich er die Klarheit meines Stils rühmt, total unverstanden geblieben ist. Die Schwierigkeit der Abwehr der Angriffe meines Kritikers besteht also für mich darin, etwas in seiner Argumentation zu finden, was eine Grundlage für eine wissenschaftlich fruchtbare Diskussion werden könnte.

Die übliche Methode Boudins in seiner Kritik wird dadurch gekennzeichnet, daß er das meiste, wovon ich in meinen abstrakten Ausführungen ausgehe,

als zulässig anerkennt; auch hat er keine oder fast keine logische Fehler in meiner Argumentation nachzuweisen. Dann aber, als er zum Schlusse kommt, findet er das Ganze widersinnig, ohne klar zu machen, wie ganz logische Schlußfolgerungen zu absurden Resultaten führen könnten.

So zeige ich zum Beispiel an einigen Zahlenbeispielen, daß die reale gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate dem Mehrwertgesetz, wie es Marx verstanden hat, nicht folgt. Meine Beweisführung ist folgende. Nach der Marxschen Lehre vom Produktionspreise (im 3. Bande des „Kapital") weichen die realen Warenpreise von den Arbeitswerten ab. Darum fallen die realen Profitraten in einzelnen Produktionszweigen mit den nach dem Mehrwertgesetz gerechneten nicht zusammen. Nehmen wir aber die kapitalistische Wirtschaft als Ganzes, so werden nach der Meinung von Marx die Abweichungen der Produktionspreise von den Arbeitswerten ausgeglichen und die durchschnittliche Profitrate wird zusammenfallen mit der Summe des gesellschaftlichen Mehrwertes (welche in den Profit eingeht), dividiert mit dem Arbeitswert des gesamten gesellschaftlichen (konstanten und variablen) Kapitals. Nun trifft aber dieser Schluß von Marx, wie ich zu beweisen suche, nicht zu: in bezug auf die gesamte kapitalistische Wirtschaft gilt ganz dasselbe, was in bezug auf einzelne Produktionszweige gültig ist. Die reale durchschnittliche Profitrate muß von der nach der Methode von Marx ausgerechneten abweichen.

Ich konstruiere folgende zwei Schemata der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals. Im ersten Schema zeige ich die Sache so, wie sie auf der Oberfläche der kapitalistischen Welt erscheint. Alle Warenverhältnisse werden in Produktionspreisen ausgedrückt. Die Profitrate in allen Produktionsabteilungen wird nach dem kapitalistischen Gesetz der gleichen Profitrate (trotz der Verschiedenheit der Zusammensetzung des Kapitals) als gleich, und zwar als 25 Prozent, angenommen.

Dann verwandle ich in diesem Schema alle Produktionspreise in entsprechende Arbeitswerte, was dadurch möglich wird, daß ich von der Annahme einer bestimmten Zahl der beschäftigten Arbeiter ausgehe. Professor L. v. Bortkiewicz, welcher ein guter Mathematiker ist, hat meine Methode der Umrechnung der Preise in Werte in mehreren Aufsätzen im „Archiv für soziale Gesetzgebung" und in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie" weiter zu entwickeln und sie mathematisch zu begründen versucht.

Nun kommt es vor, daß die durchschnittliche Profitrate im zweiten Schema eine ganz andere ist als im ersten (nämlich ungefähr 30 Prozent, statt wie früher 25 Prozent). Dies Resultat ist mathematisch notwendig — die nach den Produktionspreisen gerechnete durchschnittliche Profitrate muß eine andere sein als die nach den Arbeitswerten gerechnete.

Gegen meine Schemata hat Boudin nichts einzuwenden. Er findet sogar „die ganze Sache so einfach und selbstverständlich", daß keine Entschuldigung für mich vorliegt, so viel Mühe aufzuwenden, etwas so Naheliegendes zu beweisen. Ist also eine der wichtigsten Marxschen Thesen von mir endgültig widerlegt? Habe ich, wie Professor Bortkiewicz behauptet, „nachgewiesen, daß die Art und Weise, wie Marx die Durchschnittsprofitrate berechnet, nicht stichhaltig ist"? Bei weitem nicht.

„Das Schlimme bei diesen Schemata ist", sagt Boudin, „daß nicht recht ersichtlich ist, woher ihr Autor die 25 Prozent Profitrate nimmt, da er uns nichts über die Ausbeutungs- oder Mehrwertrate sagt, während doch von

dieser nach Marx die Profitrate und daher auch die durchschnittliche Profitrate abhängt. Nur dadurch, daß Tugan-Baranowsky vergessen hat, daß nach Marx eine Profitrate nur da sein kann, wenn zuvor eine Mehrwertrate da war, konnte er zu dieser Konstruktion gelangen, die mit der Marxschen Lehre absolut nicht vereinbar ist."

Meine Schemata seien „nicht nur nicht in Übereinstimmung mit Marx konstruiert, sondern sie kollidieren im Gegenteil sogar mit dem Grundgesetz der Marxschen Theorie, daß nämlich die Profitrate und folglich auch die durchschnittliche Profitrate ein Ergebnis und nicht ein Ausgangspunkt ist. Tugan-Baranowsky findet nicht seine Profitrate, wie Marx verlangt, sondern er nimmt sie an. . . . Das zeugt", schließt Boudin, „von einer so jammervollen Verständnislosigkeit für die Marxsche Theorie, daß wir kein Recht hatten, es schweigend zu übergehen. So waren wir gezwungen, unsere Aufmerksamkeit diesem ganz kindischen Versuch, das Marxsche Wertgesetz zu widerlegen, zuzuwenden."

Also kein einziger logischer Fehler wird in meinen Schemata nachgewiesen, das Ganze aber als ein „kindischer Versuch" entschieden abgelehnt. Es lohnt sich vielleicht, hier etwas Halt zu machen. Was ist eigentlich in meinen Schemata „kindisch"? Marx betrachtet die Profitrate als ein Ergebnis des Wertgesetzes; ich aber gehe in meinen Schemata von der Annahme einer bestimmten Profitrate aus und dann stelle ich die dieser Profitrate entsprechenden Wertverhältnisse fest. Mein Unterschied vom Marxschen Verfahren besteht also im folgenden. Marx schildert zuerst die Ursache und dann kommt er zur Wirkung. Ich aber betrachte zuerst die Wirkung und dann komme ich zur Ursache. Eine solche Umkehrung der Marxschen Methode weist nach der Meinung von Boudin auf meine „jammervolle Verständnislosigkeit für die Marxsche Theorie" hin.

Ist dem wirklich so? Ist es in der Tat so „kindisch", von der Betrachtung der Wirkung ausgehend zur Feststellung der Ursache zu gelangen? Mir scheint das im Gegenteil die am meisten übliche und natürliche Methode der wissenschaftlichen Forschung zu sein. Um etwas wissenschaftlich zu erklären, muß man zuerst genau wissen, was zu erklären ist. Die erste Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft besteht in der Beschreibung der wirtschaftlichen Erscheinungen. Dann kommt der zweite Schritt: die Erklärung dieser Erscheinungen, das heißt das Feststellen der ursächlichen Zusammenhänge, der wirkenden Kräfte, welche diese Erscheinungen hervorrufen. Mein erstes Schema ist nichts anderes als eben diese Beschreibung der zu erklärenden Erscheinungen. Sie stellt die Wirklichkeit dar, wie sie jedem Beobachter erscheint. Ich nehme eine bestimmte Profitrate an, ohne mich zu kümmern, wie diese Profitrate auf Grund des Wertgesetzes (im Sinne von Marx) entsteht, da eine bestimmte Profitrate immer da ist; sie ist eben die empirische Tatsache, welche zu erklären ist. Daß diese Profitrate gleich als 25 Prozent angenommen wird, das ist die Sache der Willkür. Sie konnte auch gleich 10 oder 20 oder 30 Prozent unterstellt werden — meine Beweisführung hängt davon nicht im mindesten ab. Eine gewisse Größe muß sie allerdings sein.

Das ist also der wahre Sinn meines ersten Schemas. Nun gehe ich zu meinem zweiten Schema über. Die Produktionspreise werden in Arbeitswerte umgewandelt — hinter den Preisen stecken ja die Arbeitswerte, welche an der Oberfläche der kapitalistischen Erscheinungen nicht zu sehen sind. Diese Um-

wandlung wird folgendermaßen ausgeführt. Es wird vorausgesetzt, daß eine gewisse Anzahl der Arbeiter an der Produktion teilnimmt. Diese Annahme bildet die Brücke, um aus der Welt der Preise (der Wirkungen) in die Welt der Arbeitswerte (der Ursachen, im Sinne von Marx) zu gelangen. Die vorausgesetzte Zahl der Arbeiter ist eine ebenso willkürliche Annahme wie die Höhe der Profitrate. Aber was nicht willkürlich ist, das ist die Tatsache, daß diese oder jene allerdings bestimmte Anzahl der Arbeiter an der gesellschaftlichen Produktion teilnimmt. Und so komme ich zu meinem zweiten Schema, worin alles in Arbeitsverhältnissen erscheint.

Die Vergleichung dieser beiden Schemata zeigt — und das ist der Sinn und das Ziel dieser schematischen Konstruktionen —, daß die Durchschnittsprofitraten in beiden Schemata verschiedene sind. Nach der Marxschen Theorie mußten sie in beiden Schemata (welche dieselbe ökonomische Erscheinung darstellen, einmal als Produktionspreis, im ersten Schema, dann als Arbeitswert, im zweiten Schema) dieselben sein. Es wird also bewiesen, daß Marxsche Profittheorie in dieser Beziehung falsch ist, daß nämlich die Durchschnittsprofitrate, in Preisverhältnissen ausgedrückt (also die reale Profitrate, wie sie in der kapitalistischen Wirklichkeit erscheint), eine andere sein muß als die in Arbeitswerten ausgedrückte, nach der Marxschen Methode ausgerechnete.

Das wird durch meine Schemata unbestreitbar bewiesen — und wenn Boudin das nicht einsieht, so nur deshalb, weil der innere Sinn meiner analytischen Methode ihm ganz entschlüpft. Er versteht nämlich nicht, wozu ich alle meine Schemata konstruiere. Es scheint ihm alles in ihnen willkürlich zu sein. Nun ist in der Tat in ihnen vieles willkürlich. Es ist, wie gesagt, willkürlich, daß die Profitrate als 25 Prozent, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter gerade so groß, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals gerade so hoch angenommen wird usw. Noch vieles in meinen Schemata ist durch und durch willkürlich. Aber das eine ist nicht willkürlich, sondern mathematisch notwendig — der Schluß, welcher aus der Vergleichung beider Schemata hervorgeht, die Verschiedenheit der Profitraten in beiden Schemata. Das ist das allgemeingültige Ergebnis meiner willkürlichen Konstruktionen.

Man kann zu diesem Ergebnis auch auf kürzerem Wege kommen, ohne Beihilfe der schematischen Konstruktionen, und zwar in mehr abstrakter mathematischer Form. Wir bezeichnen als P und K die respektiven Arbeitswerte des gesamten gesellschaftlichen Produktes und des gesamten gesellschaftlichen Kapitals, als P_1 und K_1 ihre respektiven Produktionspreise. Die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate, in Arbeitswerten ausgedrückt, ist als $\frac{P - K}{K}$ zu bezeichnen, in Produktionspreisen — als $\frac{P_1 - K_1}{K_1}$. Marx behauptet, daß $\frac{P - K}{K} = \frac{P_1 - K_1}{K_1}$. Eine solche Gleichung setzt aber mathematisch voraus, daß $P : K = P_1 : K_1$ — gilt das letzte nicht, so kann auch das erste nicht gelten. Die von Marx behauptete Gleichung ist also nur in dem Falle als richtig anzuerkennen, wenn der Arbeitswert des gesellschaftlichen Produktes sich zum Arbeitswert des gesellschaftlichen Kapitals ebenso verhält wie der Produktionspreis des gesellschaftlichen Produktes zum Produktionspreis des gesellschaftlichen Kapitals. Diese letzte Gleichung hat aber, der Marxschen Theorie der Produktionspreise zufolge, zur ökonomischen Voraussetzung, daß

Digitized by Google

die organische Zusammensetzung des Kapitals in der Produktion von P (des gesamten gesellschaftlichen Produktes) dieselbe ist wie in der Produktion von K (des gesellschaftlichen Kapitals). Nun aber gibt es für so etwas keinen ökonomischen Grund; tatsächlich ist die organische Zusammensetzung in den verschiedenen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion, wie Marx selbst anerkennt, verschieden. Also hat die von Marx behauptete Gleichung $\frac{P-K}{K} = \frac{P_1 - K_1}{K_1}$ keine reale Geltung — in Wirklichkeit muß $\frac{P-K}{K}$ größer oder kleiner sein (je nach der Zusammensetzung des Kapitals in der Produktion von P und K) als $\frac{P_1 - K_1}{K_1}$.

Ich zweifle nicht, daß Boudin auch diese Beweisführung meines Grundsatzes „kindisch" finden wird. Aber die Mathematik und Logik haben ihre innere Kraft, und ich verliere nicht die Hoffnung, daß früher oder später auch Boudin seine Meinung ändern wird.

Mit dem gleich großen Verständnis meiner Argumente kritisiert Boudin meine anderen Ausführungen. Ich behaupte unter anderem, daß das von Marx so genannte „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate" ein falscher Schluß aus der Arbeitswerttheorie ist. Das suche ich auf folgende Weise zu beweisen. Indem ich mich auf die Grundlage der Marxschen Werttheorie stelle, zeige ich, daß die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschinen in keinem Falle eine fallende Tendenz der Profitrate erzeugen kann. Gewiß hat diese Verdrängung die Tendenz, den Arbeitswert des Profits (auf dieselbe Masse des Kapitals gerechnet) herabzusetzen. Da aber dies Moment mit der Steigerung der Produktivität der Arbeit gleichbedeutend ist, also mit der Abnahme des Arbeitswertes einer Einheit des Produktes — also auch desjenigen Produktes, das als Kapital fungiert —, so verringert sich gleichzeitig mit dem Rückgang des Arbeitswertes des Profits auch der Arbeitswert des Kapitals, auf das dieser Profit bezogen wird. Damit fällt aber der Grund für die fallende Tendenz der Profitrate (der Relation des Profits zum Kapital) weg. Vielmehr entsteht auf Grundlage der Ersetzung der lebendigen Arbeit durch die Produktionsmittel eine steigende Tendenz der Profitrate infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dies alles wird von mir an einem Zahlenbeispiel illustriert. (Ein strengerer, allgemeingültiger Beweis ist in meinem Buche „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England" zu finden.)

Nun hat aber Boudin hier auch gegen die Konstruktion meiner Schemata etwas zu sagen. Er findet nämlich bei mir einen mathematischen Fehler auf, der zwar die Beweiskraft meines Schemas nicht aufhebt (da auch nach dem Korrigieren meines „Fehlers" die Profitrate nach der Ersetzung der Arbeiter durch die Produktionsmittel höher bleibt als zuvor), der aber für sich genommen doch ein Fehler bleibt. Die Frage dieses von Boudin aufgedeckten „Fehlers" ist aber deshalb interessant, weil sie für das Verständnis der Marxschen Werttheorie durch den Marxisten Boudin bezeichnend ist. Ich nehme nämlich folgendes an: Bleibt die Zahl der beschäftigten Arbeiter dieselbe und wird der Arbeitswert des konstanten Kapitals (welches nach der Voraussetzung jährlich umschlägt) um hundert Werteinheiten größer, so nimmt der Produktivwert des folgenden Jahres um hundert Werteinheiten zu. Das bildet eben die Grundlage der Marxschen Werttheorie — daß der Wert des verbrauchten Teiles des konstanten Kapitals im Werte des Produktes unverändert erscheint.

Nun ist aber Boudin anderer Meinung. Mein Schema beruht auf der Annahme, daß der Wert jeder Einheit des konstanten Kapitals (als einer bestimmten Masse der Produktionsmittel) infolge der Erhöhung der Arbeitsproduktivität nach der Ersetzung der Arbeiter durch die Produktionsmittel geringer wird. Dagegen hat Boudin nichts einzuwenden, aber er denkt, daß wenn der Wert einer Einheit des Kapitals sinkt, so muß auch der Wert des gesellschaftlichen Gesamtproduktes sinken. Er behauptet, daß der Wert des gesellschaftlichen Produktes bei derselben Zahl der beschäftigten Arbeiter und bei der Zunahme des jährlich umschlagenden konstanten Kapitals um hundert Werteinheiten derselbe bleiben muß wie zuvor, als ob das konstante Kapital keine Zunahme erfahren hätte. Also der Wert des konstanten Kapitals gehe gar nicht in den Wert des gesellschaftlichen Produktes ein!

Es ist leicht zu verstehen, was Boudin zu diesem seltsamen Schlusse geführt hat. Ich behaupte, daß jede Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Rückgang des Wertes einer bestimmten Masse, einer Einheit des Kapitals notwendig führen muß; zugleich gehe ich in der Konstruierung meines Schemas von der Voraussetzung aus, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität keinen Einfluß auf den Arbeitswert des gesamten erzeugten gesellschaftlichen Produktes ausübt, da dieser letztere einzig und allein von der Masse der zur Produktion aufgewandten Arbeit, nicht aber von deren Produktivität abhänge. Die zusätzliche Aufwendung der Arbeit zur Produktion der Produktionsmittel muß also im folgenden Jahre den Arbeitswert des gesamten Produktes vermehren trotz des Sinkens des Arbeitswertes jeder Einheit des Kapitals.

Boudin aber meint, daß der letztere Umstand auch das Sinken des Arbeitswertes des gesamten Produktes zur Folge haben muß. „Es ist eine wirklich wundervolle Methode der Buchführung", sagt er, „nach der auf der einen Seite des Hauptbuchs die Werte zusammenschmelzen und zugleich das Kapital anwächst, während dieselben Werte auf der anderen Seite wieder feste Formen annehmen, dort leibhaftig den Profiten hinzugezählt werden, so daß die Profite anschwellen und die vom Geschäft abgeworfene Profitrate einen glänzenden Eindruck macht!" Nur ist es nicht meine, sondern Marxsche Methode. Boudin vergißt die Marxsche Werttheorie. Dieser Theorie gemäß ist der Wert des gesamten gesellschaftlichen Produktes völlig unabhängig von der Veränderung des Wertes dieser oder jener seiner Teile, sondern er wird einzig und allein durch das Quantum der auf seine Produktion aufgewandten Arbeit bestimmt. Wird also das Quantum dieser Arbeit größer (und das gilt für den vorliegenden Fall, da die Zahl der jährlich beschäftigten Arbeiter unverändert bleibt, aber die Menge der auf die Produktion des konstanten Kapitals verausgabten Arbeit auf hundert Werteinheiten größer wird), so muß auch der Wert des Produktes entsprechend zunehmen.

Freilich aber hat die Frage über meinen vermeintlichen Fehler keine direkte Beziehung zur Beweiskraft meiner Schemata, da diese auch nach dem „Korrigieren" von Boudin meine These aufrecht halten. „Nicht in Tugan-Baranowskys Ziffern", sagt Boudin, „liegt sein Hauptirrtum. Auch wenn seine Ziffern korrekt wären, würde sein Beweis ebenso trügerisch sein. Sein Irrtum liegt vielmehr in seiner Methode; diese gestattet ihm, ganz nach Belieben Annahmen zu machen und Ziffern zu benutzen, sofern sie nur mathematisch korrekt sind, und damit soziale Phänomene zu beweisen; aber er vergißt dabei ganz, daß man soziale Gesetze nicht mit logischen und mathematischen

Formeln und Berechnungen beweisen kann, von sozialen Phänomenen ganz zu schweigen."

Ich bestreite nicht, daß meine Ergebnisse mit meiner Methode in direktem Zusammenhang sind. Worin besteht aber meine Methode? Welchen methodologischen Sinn haben meine Schemata, mit deren Hilfe ich zu so sonderbaren Schlüssen komme?

Eine wichtige Ursache des unerfreulichen Standes der ökonomischen Theorie ist meiner Ansicht nach darin zu suchen, daß bei der Entscheidung der ökonomischen Fragen der innere Zusammenhang, der zwischen allen Teilen der gesellschaftlichen Wirtschaft besteht, immer vergessen wird. Handelt es sich zum Beispiel um die Frage des Umfanges des Absatzmarktes, so wird nur der Umfang des Marktes für die Konsumtionsmittel berücksichtigt; die Nachfrage nach Produktionsmitteln und der innere Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion bleiben außer acht. Untersucht man die Kapitalakkumulation, so wird die dadurch bedingte Verschiebung der gesellschaftlichen Nachfrage nach Produktions- und Konsumtionsmitteln ignoriert. Die Fragen der Veränderung der gesellschaftlichen Profitrate werden am Beispiel eines einzigen Industriezweigs oder sogar eines einzigen Unternehmens betrachtet, obschon jede Veränderung in den Bedingungen der Profitbildung in einem Industriezweig komplizierte Veränderungen in den Verwertungsbedingungen anderer Industriezweige zur Folge hat usw. Ich glaube aber, daß alle solche Fragen nur dann eine befriedigende Lösung erhalten können, wenn das Ganze der kapitalistischen Wirtschaft, nicht dieser oder jener Teil derselben, untersucht wird.

Nun haben aber die Zusammenhänge der verschiedenen Teile der gesellschaftlichen Wirtschaft einen quantitativen Charakter. Jede Verschiebung in der Einteilung der gesellschaftlichen Produktion ändert die Einteilung der gesellschaftlichen Nachfrage nach diesen oder jenen Produkten, ruft einen entsprechenden Zuwachs in der Nachfrage nach einigen Produkten hervor und einen entsprechenden Rückgang in der Nachfrage nach anderen Produkten. Alle diese quantitativen Veränderungen sind im Auge zu behalten. Wie können aber diese quantitativen Zusammenhänge in ihrem Wesen und ihrer Bedeutung anders erfaßt werden als mit Hilfe der Mathematik?

Dabei darf man die Frage nicht nutzlos komplizieren. Es ist gar nicht nötig, solche Probleme immer in abstrakter algebraischer Form zu behandeln. Größtenteils ist es möglich, auch ohne Hilfe der höheren mathematischen Analyse diese endgültig zu lösen, da es sich um quantitative Zusammenhänge im Grunde sehr einfacher Art handelt.

Auf diese Weise kam ich zur folgenden Methode der ökonomischen Analyse. Ich setzte ein fiktives Zahlenbeispiel voraus, das das Ganze der kapitalistischen Wirtschaft darstellen soll. Die gesellschaftliche Produktion teile ich in drei Abteilungen ein: 1. Produktion der Produktionsmittel (des konstanten Kapitals), 2. Produktion der Lebensmittel der Arbeiterklasse (des variablen Kapitals) und 3. Produktion der Lebensmittel der Kapitalistenklasse. Jede Abteilung der gesellschaftlichen Produktion besteht wieder aus drei Gliedern: aus den verausgabten Produktionsmitteln (konstantem Kapital), aus den verausgabten Arbeitslöhnen (variablem Kapital) und aus dem erzeugten Mehrwert. So erhalte ich ein Schema der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals und der Verwertung des gesellschaftlichen Produktes — des Ganzen der kapitalistischen

Wirtschaft. Jedes erzeugte Produkt findet seinen Absatz in dieser oder jener Sphäre der gesellschaftlichen Produktion oder Konsumtion — die gesamte Summe des gesellschaftlichen Angebots befindet sich im vollkommenen Gleichgewicht mit der gesamten Summe der gesellschaftlichen Nachfrage.

Ein solches Schema ist unentbehrlich, um etwas verwickelte Verwertungsbedingungen der gesellschaftlichen Produkte zu veranschaulichen. Nach meiner Meinung müssen solche Schemata die Grundlage der abstrakten ökonomischen Analyse werden. Handelt es sich um die Frage, wie dies oder jenes Phänomen auf die Verwertungsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft wirkt, so ist es geradezu unmöglich, die Frage zu beantworten ohne Hilfe eines solchen Schemas, das alle Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion und Konsumtion in bestimmten Größen darstellt. Und wenn die ökonomische Theorie bisher in so vieler Hinsicht so unbefriedigend ist, so ist die Ursache dafür bis zu einem gewissen Grade darin zu suchen, daß sie bisher diese Methode — der schematischen Konstruktion des Ganzen der gesellschaftlichen Wirtschaft — fast gar nicht benutzt hat.

Darum hätte ich einigen Grund, stolz zu sein, wäre diese Methode meine eigene originelle Leistung, wie es Boudin zu denken scheint. Leider ist dem nicht so. Der erste, der diese Methode in unsere Wissenschaft eingeführt hat, war kein anderer als der geniale Vater der modernen politischen Ökonomie, der Verfasser des „Tableau économique", Quesnay. Das „Tableau économique" war nichts anderes als ein solches Schema des Ganzen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion. Und eben die Bedeutung der methodologischen Neuerung einer solchen schematischen Konstruktion bewog Marx zu seiner Äußerung, daß das „Tableau économique" „der genialste Einfall sei, dessen sich die politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat".

Nun hatte Marx seine guten Gründe, die Leistung von Quesnay so hoch zu schätzen. Denn eben Marx war es, der nach mehr als hundert Jahren wieder denselben Weg gegangen ist, den Quesnay zuerst betreten hat. Die physiokratische Methode — der schematischen Darstellung der quantitativen Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft — war dazwischen ganz in Vergessenheit geraten. Weder Smith noch Ricardo, noch irgend ein anderer Ökonom hat nach Quesnay und vor dem Erscheinen des zweiten Bandes des „Kapital" je versucht, dem Beispiel des großen Physiokraten zu folgen. Marx war es bestimmt, die Methode von Quesnay in die Wissenschaft wieder einzuführen. Der zweite Band des „Kapital" bildet bekanntlich die reifste Frucht des Marxschen Genius. Und gerade in dieser letzten Marxschen Arbeit finden wir seine berühmten Schemata der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals, die ein würdiges Pendant zu dem „Tableau économique" bilden.

Im dritten Bande des „Kapital" ist aber keine Spur dieser Methode zu bemerken; das ist wahrscheinlich dadurch zu erklären, daß der dritte Band eine frühere Arbeit von Marx ist als der zweite. Darum wird im dritten Bande die Analyse der Verwertungsbedingungen des Kapitals, die im zweiten Bande zu finden ist, ganz ignoriert, und die Schemata des zweiten Bandes sind ohne Abschluß geblieben.

Nun sind meine Schemata nichts anderes als die Marxschen Schemata der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals mit einer einzigen Änderung: Marx teilt die kapitalistische Produktion in zwei Abteilungen ein — der Produktion der Produktions- und der Konsumtionsmittel —, während ich dieselbe in drei

Abteilungen teile — in die der Produktion der Produktionsmittel, der Konsumtionsmittel der Arbeiterklasse und der Konsumtionsmittel der Kapitalistenklasse. Diese Änderung ist bei weitem nicht so wichtig, daß ich die von mir benutzte Methode als meine eigene originelle Tat betrachten könnte. Ich stehe auf den Schultern eines anderen — nämlich von Marx —, und obschon ich kein orthodoxer Marxist bin, so glaube ich doch mit nicht geringerem Rechte Marx meinen Lehrer nennen zu können, als viele orthodoxe Marxisten ihn nennen.

Darum ist alle Ironie Boudins in bezug auf meine Schemata und meine Methode nicht gegen mich, sondern gegen Marx zu richten: geradezu alles, was Boudin in meinen Schemata zu tadeln hat, trifft auf Marxsche Schemata nicht minder zu. Alle Ziffern in meinen Schemata sind willkürlich — ebenso wie die Ziffern von Marx; ich mache in meinen Schemata sehr viele Annahmen, die der Wirklichkeit nicht im mindesten entsprechen — aber dasselbe gilt auch von den Marxschen Schemata usw.

Es lohnt sich aber vielleicht, ein wenig bei der Frage zu verweilen, welche wissenschaftliche Gültigkeit solchen schematischen Konstruktionen beizumessen ist. Sie sind in vieler Beziehung ganz willkürlich und müssen in mehreren Beziehungen von der Wirklichkeit abweichen. Das letztere deshalb, weil ihr Ziel eben in der Vereinfachung der Wirklichkeit besteht; es muß also in ihnen von allen Umständen abstrahiert sein, die für das zu untersuchende Phänomen irrelevant sind. Das zu untersuchende Phänomen soll von allen Nebenumständen isoliert sein, die der realen Wirklichkeit anhaften. Aber diese Isoliermethode soll natürlich nicht so weit geführt sein, daß das zu untersuchende Phänomen oder irgend etwas, was mit demselben im Zusammenhang steht, wegfällt.

Ist aber dabei auch vieles die Sache der Willkür, so doch nicht alles. Notwendig sind die Veränderungen in anderen Gliedern eines solchen Schemas durch die Veränderung eines Gliedes derselben bewirkt. Das Schema zeigt die Grenzen des Möglichen innerhalb eines bestimmten Wirtschaftssystems; es zeigt zum Beispiel, wie hoch die Durchschnittsprofitrate sein kann im Falle einer Veränderung der Bedingungen der Profitbildung oder wie sich die gesellschaftliche Nachfrage nach diesem oder jenem Produkt verändert im Falle eines bestimmten Wechsels der Bedingungen der Kapitalakkumulation usw. Alle solche Schlüsse haben eine objektive Gültigkeit. Das Schema beweist zum Beispiel, daß unter vorausgesetzten Annahmen es mathematisch unmöglich ist, daß die Profitrate eine gewisse Größe überschreitet; zugleich zeigt es, daß unter diesen Annahmen die Profitrate gerade so hoch sein muß. So ermöglichen solche Schemata, zu exakten Ergebnissen über die Gesetze der sozialen Wirtschaft zu kommen. Zwar sind diese Ergebnisse nur in abstracto richtig; das gilt aber für alle Sätze der abstrakten ökonomischen Theorie.

Diese Methode der schematischen Betrachtung des Ganzen der gesellschaftlichen Wirtschaft ist also nichts anderes als die Weiterentwicklung der üblichen Isolierungsmethode, der üblichen abstrakten Deduktion der politischen Ökonomie. Nun beruht aber die gesamte ökonomische Theorie auf der Benutzung dieser Methode.

Hätte Boudin das alles richtig verstanden, so könnte er nicht Einwendungen, die bei ihm zu finden sind, gegen meine Schemata machen. Ich versuche natürlich meine schematischen Konstruktionen nicht nutzlos zu komplizieren. Alles, was

mit dem zu untersuchenden Moment in keinem Zusammenhang steht, soll auch im Schema keinen Platz finden. Untersuche ich den Einfluß der Ersetzung der Arbeiter durch die Produktionsmittel auf die Profitrate (was nach Marx' Meinung das Fallen der Profitrate zur Folge haben muß), so konstruiere ich das Schema, worin von der Kapitalakkumulation als von einem beständigen Prozeß der kapitalistischen Entwicklung abstrahiert wird. Um den Einfluß der Anlage zusätzlicher Produktionsmittel zu erforschen, nehme ich an, daß keine andere Kapitalakkumulation außer der durch diesen Prozeß verursachten stattfindet. Natürlich könnte man das zu untersuchende Phänomen auch unter der Annahme beständiger Kapitalakkumulation analysieren. Das Ergebnis könnte kein anderes sein, da die Höhe der Profitrate vom Moment der Kapitalakkumulation (falls diese auf die Bedingungen der kapitalistischen Aneignung des Mehrwertes nicht einwirkt) nicht abhängt, aber das Schema würde ganz ohne Nutzen viel komplizierter werden. Darum ist es zweckmäßig, den bezeichneten Prozeß unter der Annahme, daß keine Kapitalakkumulation stattfindet außer die durch die Anlage neuer Produktionsmittel bedingte, zu untersuchen.

Nun ist dieser Umstand zur Ursache verschiedener Mißverständnisse meines geehrten Kritikers geworden. Zuerst verlangt er von mir kategorisch die Antwort auf die Frage: „Was bewog die Kapitalisten zu dieser sonderbaren Handlungsweise? (Zum Nichtakkumulieren ihres Kapitals. M. T.-B.) Warum beraubten sie sich zu einer Zeit, wo ihr Verdienst verhältnismäßig klein war, und vergeudeten dann alle ihre Profite, als sie groß wurden? Eine geschäftliche Notwendigkeit, das zu tun, lag augenscheinlich nicht vor."

Gewiß nicht. Die Boudinsche Frage ist nicht schwer zu beantworten. Ich habe meine fingierten Kapitalisten selbst bewogen, ihre Profite zu vergeuden, da dies für meine Ziele paßte. Hätten sie eine andere Handlungsweise befolgt, so hätte ich Kapitalakkumulation in meine Schemata einschließen müssen, was diese noch schwerfälliger gemacht hätte. Da aber die Kapitalakkumulation an und für sich keine Wirkung auf die Profitrate ausübt, so hatte ich das wissenschaftliche Recht, meinen Kapitalisten eine so sonderbare Handlungsweise vorzuschreiben. Ist Boudin anderer Meinung, so mag er versuchen, die Kapitalakkumulation in meine Schemata einzuführen — und er wird sehen, daß, was die Höhe der Profitrate betrifft, alles beim alten bleiben wird.

Dann findet Boudin eine andere Absonderlichkeit in dem betreffenden Schema: ich setzte in ihm voraus, daß die Zusammensetzung des Kapitals in allen drei Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion dieselbe ist. „Nun aber", sagt mein Kritiker, „zehn Seiten vorher, als es gerade in seinen Kram paßte (bei der Betrachtung der Bildung einer gleichmäßigen Profitrate) wußte Tugan-Baranowsky ganz genau, daß die Zusammensetzung des Kapitals in den drei Abteilungen der Produktion nicht die gleiche ist. Damals wußte er, daß in den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsprozessen die Zusammensetzung des Kapitals in der ersten Abteilung am höchsten, in der dritten Abteilung am niedrigsten ist, aber jetzt scheint das vollkommen vergessen zu sein."

Hätte ich die Verschiedenheit der Zusammensetzung des Kapitals in verschiedenen Produktionsabteilungen vergessen, so wäre ich nur dem Beispiel von Marx gefolgt: auch er konstruiert alle seine Schemata im zweiten Bande des „Kapital" in der Annahme, daß die Zusammensetzung des Kapitals in allen Produktionsabteilungen die gleiche ist. In den Augen eines Marxisten wie

Boudin sollte also meine Schuld nicht so groß erscheinen. Aber natürlich hatte ich einen guten Grund für mein Verfahren. In früheren Schemata habe ich die Verschiedenheit der Zusammensetzung des Kapitals in verschiedenen Produktionsabteilungen vorausgesetzt, da es sich um die Frage handelte, wie gerade diese Verschiedenheit auf die Preisbildung einwirkt. In meinen neuen Schemata handelt es sich um eine andere Frage: Welchen Einfluß hat der Wechsel der durchschnittlichen Zusammensetzung des Kapitals auf die durchschnittliche Profitrate. Die Verschiedenheit der Zusammensetzung des Kapitals in diesem Falle anzunehmen, hieße das Schema nutzlos komplizieren. Boudin ist aber, wie es scheint, anderer Meinung: er denkt, daß unter einer solchen Annahme ich zu anderen Resultaten über die Höhe der Profitrate kommen müßte. Nun, er mag das beweisen und ein neues Schema konstruieren, in dem die Verschiedenheit der Zusammensetzung des Kapitals berücksichtigt wird. Leider aber ist es sicher, daß es eine ganz nutzlose Arbeit wird. Auch Boudin wird keine andere als die von mir berechnete Profitrate erhalten. Natürlich aber kann er nicht erwarten, daß ich diese nutzlose Arbeit an seiner Stelle vollbringe und Dutzende neuer Schemata nach seinem Rezept konstruiere.

Es lohnt sich nicht, alle anderen „Absonderlichkeiten", die Boudin in meinen Schemata auffindet, besonders zu betrachten. Sie sind alle derselben Art wie die schon betrachteten. Gehen wir „zur Wurzel des ganzen Übels" über, dazu, was nach Boudins Meinung meinen Hauptirrtum bildet. Dieser besteht darin, daß in meinen Schemata das Kapital der Kapitalisten, nachdem diese einen großen Teil ihres Profits erspart und akkumuliert haben, am Ende seinem Werte nach nicht größer, sondern kleiner geworden ist. Das ist das absurde Ergebnis meiner Schemata, was Boudin in seinen Augen berechtigt, meine Schemata insgesamt als „schimärisch in ihrer Konzeption und verkehrt in ihrer Anwendung" zu verwerfen.

Meine Schemata sollen beweisen, daß das kapitalistische Sparen nicht zur Akkumulation des Kapitals, sondern zur Zerstörung des Kapitals führt. „Nach diesen klug ausgedachten Schemata würden die Kapitalisten durch fortgesetztes Sparen sehr bald vom Erdboden verschwinden, da das Kapital immer mehr abnimmt..... Und das alles", ruft mein empörter Kritiker aus, „angesichts des enormen Anwachsens des Kapitals während der kapitalistischen Ära, und besonders in den letzten Jahren! Wahrlich wunderbar!"

Die Wurzel des ganzen Übels besteht also wieder darin, daß in meinen Schemata von der Kapitalakkumulation abstrahiert wird — und Boudin schließt daraus, daß ich dieselbe leugne. Mit demselben Rechte könnte er die Entdeckung machen, daß der Unterschied des fixen und des zirkulierenden Kapitals Marx unbekannt geblieben ist, da Marx in seinen Schemata der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals voraussetzt, daß beide Arten des Kapitals jährlich gleichmäßig umschlagen. Das Abstrahieren von einem Moment ist Boudin mit der Leugnung dieses Momentes gleichbedeutend. Wahrlich wunderbar! kann ich mit den Worten meines Kritikers ausrufen.

Es bleibt aber zu erklären, auf welche Weise die sonderbaren Ergebnisse meines Schemas herauskommen. Warum wird das Kapital nach dem Akkumulieren eines Teiles des Profits seinem Werte nach nicht größer, sondern kleiner? Die Sache ist höchst einfach, und ich bin wahrlich erstaunt, daß Boudin sie nicht verstanden hat. Die Einführung neuer Produktionsmittel wird nach meiner Annahme von einer starken Zunahme der Arbeitsproduktivität begleitet.

Der Arbeitswert jeder Einheit des Produktes (also auch einer Einheit des Kapitals) wird bedeutend kleiner. Darum kostet das gesamte neue, seiner Masse nach gewachsene Kapital weniger Arbeit als das frühere, seiner Masse nach kleinere Kapital. Die Kapitalisten haben an den Produktionskosten ihres Kapitals so viel erspart, daß der Wert ihres gesamten als Masse angewachsenen Kapitals kleiner geworden ist. Sie haben aber darin — trotz aller Versicherungen Boudins von dem Ruin der Kapitalisten — nicht nur nichts verloren, sondern sehr viel gewonnen, da der Rückgang des Wertes ihres Kapitals eben die Zunahme ihres Profits bedeutet: je weniger kostspielig die Produktionsmittel werden, desto größer wird das reine Produkt, das den Kapitalisten nach der Deckung aller Produktionskosten übrig bleibt. Der Gewinn der Kapitalisten an der Verminderung ihres Kapitals hat ebensowenig etwas Absonderliches in sich wie der Gewinn der Kapitalisten an der Herabsetzung der Löhne, die das Lohnkapital, ceteris paribus, verringert. (Auch das erregt das Erstaunen Boudins, der es mir als Absurdität vorwirft, daß in meinen Schemata der Rückgang des Lohnkapitals als ein Gewinn der Kapitalisten erscheint.)

So weit Boudin. Auch Otto Bauer versucht das Marxsche Gesetz der fallenden Profitrate gegen meine Kritik aufrecht zu halten. Sein Argument ist höchst einfach und besteht in der Behauptung, daß „das Sinken der Profitrate die empirische Erscheinungsform des Sinkens der Größe $\frac{W}{P}$ ist“, worin unter W das Wertprodukt verstanden wird und unter P — der Produktenwert. „Wenn Tugan-Baranowsky das Sinken der Profitrate widerlegen will, mag er nachweisen, daß das Gesetz des Sinkens von $\frac{W}{P}$ unrichtig ist.“ Nun glaube ich das in meinen Schemata in nuce nachgewiesen zu haben und brauche nicht dasselbe, was ich gegen Boudin gesagt habe, noch einmal gegen Bauer zu sagen. Warum glaubt Bauer, daß das Sinken von $\frac{W}{P}$ ein „Gesetz“ ist? Er stellt keine theoretischen Gründe dafür auf. Es scheint ihm etwas selbstverständlich zu sein. Es ist aber bei weitem nicht selbstverständlich, sondern in der abstrakten Form (bei dem Abstrahieren vom Moment der Veränderung der Umschlagszeit des Kapitals) ganz falsch. Bauer übersieht nämlich, daß jede Steigerung der Arbeitsproduktivität den Arbeitswert des konstanten Kapitals verringert, weshalb bei dem relativen Rückgang des (auf dieselbe Masse der Produktionsmittel gerechneten) Wertproduktes die Relation $\frac{W}{P}$ keine Tendenz zum Fallen aufweist. Andere Einwendungen von Bauer erlaube ich mir nicht besonders zu betrachten, da dieselben schon in meiner Antwort an Boudin, wie ich glaube, erledigt sind.

Ich kehre zurück zu Boudin. Mein am meisten paradoxer Grundsatz besteht in der Behauptung, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem der Umfang des Absatzmarktes vom Umfang der gesellschaftlichen Nachfrage nach den Konsumtionsmitteln nicht abhängt, und daß die gesellschaftliche Produktion und Konsumtion in diesem System sich in den entgegengesetzten Richtungen bewegen können ohne jegliche Störung des Verwertungsprozesses des Kapitals. Auch diese Lehre kann ich nur bis zu einem gewissen Grade als meine originelle Leistung betrachten, da sie im Kern schon im zweiten Bande des „Kapital“

enthalten ist. Sie bildet ein logisch notwendiges Ergebnis der Marxschen Analyse der Reproduktionsprozesse des Kapitals. Freilich hat Marx diese nie formuliert und war sich, wie es scheint, dieser Theorie sogar nicht bewußt, was mir ein Recht gibt, sie als meine eigene zu beanspruchen.

Vom Standpunkt des sogenannten gesunden Menschenverstandes erscheint diese Lehre als offenkundige Absurdität. Ich glaube aber, daß sie zugleich eine unbestreitbare wissenschaftliche Wahrheit ist.

Die Unmöglichkeit der Verwertung derselben oder sogar einer zunehmenden Masse des gesellschaftlichen Produktes bei dem Rückgang der gesellschaftlichen Nachfrage nach Konsumtionsmitteln scheint einen mathematischen Charakter zu haben. Es ist hier also keine soziale, von den Bedingungen dieser oder jener historischen Form der gesellschaftlichen Wirtschaft abhängende Unmöglichkeit, sondern eine solche, welche für jede Wirtschaftsform gleichmäßig gilt. So erscheint dieser Sachverhalt allen meinen Kritikern, die meine Theorie bestreiten, und so erscheint er auch Boudin, der von einer „absoluten Unmöglichkeit (infolge der relativen Verringerung der gesellschaftlichen Konsumtion. M. T.-B.) des Fortbestandes des kapitalistischen Systems im mechanisch-ökonomischen Sinne, wenn man den Prozeß bis zu seinen logischen Ergebnissen verfolgen dürfte", spricht.

Eine solche Stellung der strittigen Frage gibt mir das Recht, die mathematische (oder mechanische, was in diesem Falle denselben Sinn hat) Möglichkeit der Ersetzung der Konsumtions- durch die Produktionsmittel, ohne Störung des Gleichgewichtes zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion, an einem Beispiel nachzuweisen, das einem anderen als kapitalistischen (aber allerdings nach meiner Terminologie antagonistischen) Wirtschaftssystem entnommen ist. Ich nehme das Beispiel eines Sklavenhalters, der eine bestimmte Zahl seiner Sklaven durch Pferde ersetzt. Das verringert die Masse der dem menschlichen Konsum dienenden Produkte, deren die entsprechende Sklavenwirtschaft bedarf — steigert aber zugleich die Masse der Produkte, die zum Futter der Pferde dienen. Heu und Hafer werden Roggen ersetzen — ohne jegliche Verringerung der gesamten Masse des Produktes, deren unsere Sklavenwirtschaft bedarf und die sie erzeugt. Dieses ganz fingierte Beispiel dient mir dazu, um in abstracto klar zu machen, daß der Rückgang des menschlichen Konsums gar nicht eo ipso den Rückgang der Nachfrage nach Produkten überhaupt bedeutet — das Pferd bedarf doch des Futters ebensowohl wie der Mensch seiner Nahrung, der Hafer ist doch ein wirtschaftliches Gut ebensowohl wie Roggen. Es ist also mathematisch wohl möglich, daß bei dem Gleichgewicht der gesellschaftlichen Nachfrage und Angebotes die Konsumtion eine immer kleinere Quote des gesellschaftlichen Produktes bildet.

Nun ist es höchst charakteristisch, was Boudin gegen mein Beispiel der Sklavenwirtschaft zu sagen hat. Zuerst wirft er mir vor, daß ich unhistorisch verfahre. „Wir fordern unseren gelehrten Kritiker auf", sagt er, „uns in der Geschichte der Sklaven haltenden Gesellschaft ein Beispiel davon zu geben, daß man dort so gehandelt habe." Als ob es sich um die Frage der realen Geschichte der Sklavenwirtschaft handle! Mein Beispiel gehört nicht zur Wirtschaftsgeschichte, sondern zur Wirtschaftstheorie. Mich interessiert in diesem Beispiel nicht die Handlungsweise des Sklavenherrn, sondern der mathematische Zusammenhang zwischen der Konsumtion und Produktion.

Dann stellt mir Boudin folgende listige Frage: Wovon hat der Sklavenherr die ihm nötigen Pferde erhalten? „Pferde müssen selbstverständlich erst

gekauft werden, und Tugan-Baranowsky unterließ es, soviel ersichtlich, den Sklavenherrn mit dem nötigen Fonds dazu zu versehen.... Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, Pferde zum Kaufen zu finden. Ehe man sie kaufen kann, müssen sie existieren. Die Pferde, welche die Sklaven ersetzen sollen, müssen vor diesem Tausche existiert haben.... Woher sollen also die fehlenden Pferde kommen? Es sei denn, daß sie einer anderen Gesellschaft entstammten."

Dies scheint Boudin eine ganz unüberwindbare Schwierigkeit für meine ganze Theorie zu sein. Um Sklaven durch Pferde zu ersetzen, müssen Pferde schon da sein. Ich setze also stillschweigend eine andere Gesellschaft voraus, wovon mein Sklavenherr seine Pferde kauft. Ich spreche „vom Ersatz der Menschen durch Pferde, als wenn das die leichteste Sache von der Welt wäre. In Wirklichkeit aber würde es ein unlösbares Problem für den Sklavenherrn vorstellen".

Ob dem so ist, werden wir sofort sehen. Ich werde natürlich nicht betrachten, welche praktische Schwierigkeiten dem Sklavenherrn in seiner Absicht, tüchtige Pferde einer guten Rasse zu erhalten, entgegenstehen — denn alle solche Fragen gehören nicht im mindesten zu der abstrakten ökonomischen Theorie, mit der ich hier beschäftigt bin. Aber auf welche Weise in abstracto das „unlösbare" Problem zu lösen ist, ist bei weitem nicht so schwer, wie Boudin glaubt. Die Pferde können gewiß nicht gekauft sein ohne Voraussetzung einer anderen Gesellschaft, darin hat mein Kritiker recht. Aber er irrt sich gewaltig, wenn er denkt, daß anders als durch Vermittlung des Kaufes der Sklavenherr seine Pferde nicht erhalten kann. Er kann Pferdezucht treiben und darauf einen Teil seines Vermögens verwenden — und zugleich die Zucht seiner Sklaven verringern. Auf diese Weise wird nach und nach eine Art seiner Haustiere (Pferde) die andere Art (Sklaven) ersetzen ohne irgend eine Vermittlung des Kaufes. Es scheint Boudin unbegreiflich zu sein, wie überhaupt so etwas wie Naturalwirtschaft existieren mag. Es gibt aber sonderbarerweise ganze Hirtenvölker, welche unzählige Rinder- und Pferdeherden haben, ohne dieselben — wahrlich wunderbar! — je zu kaufen.

Was Boudin über meine Analyse des Zusammenhanges zwischen der Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Wirtschaft zu sagen hat, ist die Wiederholung dessen, was er an meinem Beispiel der Sklavenwirtschaft entdeckt hat — nämlich, daß ich eine andere als die von mir zu analysierende Gesellschaft stillschweigend voraussetze. Dies wird in bezug auf meine Schemata der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals ebenso glänzend und genau auf dieselbe Weise bewiesen wie in bezug auf mein Beispiel der Ersetzung der Sklaven durch Pferde.

Um die Möglichkeit des Gleichgewichtes zwischen der gesellschaftlichen Nachfrage und dem gesellschaftlichen Angebot bei der Zunahme der gesellschaftlichen Produktion und Abnahme der gesellschaftlichen Konsumtion zu beweisen, gehe ich in meinen Schemata von der Voraussetzung aus, daß das Kapital akkumuliert wird bei dem gleichzeitigen Sinken der Arbeitslöhne und bei gleichbleibendem unproduktiven Konsum der Kapitalisten. In meinen Schemata ist zu sehen, wie das gesellschaftliche Produkt stetig zunimmt (Hand in Hand mit der Vermehrung der Zahl der in der Produktion beschäftigten Arbeiter) und die gesellschaftliche Konsumtion stetig abnimmt — und trotzdem ist kein überschüssiges Produkt da: die vermehrte Produktion des folgenden Jahres verschlingt immer restlos das vermehrte Produkt des vorigen Jahres.

Digitized by Google

Gegen meine Schemata macht Boudin folgende Einwendungen. Erstens: „Woher kommen diese neuen, überzähligen Arbeiter die ganze Zeit über? Selbst wenn wir, wie Tugan-Baranowsky, stillschweigend die Existenz anderer Gesellschaften oder Welten annehmen wollten, mit denen die von ihm beschriebenen Gesellschaften in Zeiten des Bedarfes rechnen könnten, so wäre es immer unwahrscheinlich, daß selbst Arbeiter aus einer anderen Welt als der unseren von fortwährend jäh herabsinkenden Löhnen angezogen werden sollten, so daß sie ihr bisheriges Heim, wo es auch immer liegen mag, verlassen."

Die Schwierigkeit ist eben dieselbe, die es Boudin unbegreiflich machte, wie neue Pferde ohne Kauf zu haben sind. Die Arbeiterklasse vermehrt sich, und überzählige Arbeiter brauchen gar nicht aus anderen Welten herangezogen zu werden. Was das Sinken der Arbeitslöhne betrifft, so kann die Volksvermehrung auch bei sinkenden Löhnen stattfinden — die Volksvermehrung war in England nie so stark als in den ersten Dezennien des neunzehnten Jahrhunderts trotz der Verelendung der Volksmassen. Die Hauptsache ist aber die, daß die Frage der Bedingungen der Vermehrung der Arbeiterzahl nichts Gemeinsames hat mit dem durch meine Schemata zu lösenden Problem: es handelt sich in diesen Schemata darum, quantitative Zusammenhänge zwischen Nachfrage und Angebot, Produktion und Konsumtion der Gesellschaft zu finden, und es heißt keine Ahnung von der deduktiven Methode in der politischen Ökonomie haben, solche Fragen aufzuwerfen, wie es Boudin tut.

Weiter wirft Boudin mir vor, daß meine Schemata auf der Voraussetzung des Lohnrückganges beruhen. Indem ich diese Annahme machte, wollte ich den für die Marxsche Theorie günstigsten Fall untersuchen. Marx behauptet nämlich, daß die kapitalistische Wirtschaft früher oder später an der Unmöglichkeit zusammenbrechen muß, die immer rascher zunehmende Masse der Produkte der kapitalistischen Industrie bei der relativ stabilen gesellschaftlichen Konsumtion zu verwerten. Ist dem so, so muß das von Marx behauptete Resultat — der Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems wegen der Unmöglichkeit der Verwertung des Kapitals — um so eher eintreten, je greller der Widerspruch zwischen der zunehmenden Produktion und der abnehmenden Konsumtion hervortritt. Um das Gegenteil zu beweisen, untersuche ich den für die Marxsche Theorie günstigsten Fall, das heißt den Fall, wo die Bildung des überschüssigen Produktes am ehesten zu erwarten ist: die Vermehrung der Produktion bei der gleichzeitigen absoluten Verringerung der Konsumtion. Ich bestreite nämlich keineswegs die Marxsche Behauptung, daß die kapitalistische Entwicklung zum relativen Rückgang der gesellschaftlichen Konsumtion führt. Aber ich bestreite sehr entschieden, daß dies unüberwindbare Schwierigkeiten für die Verwertung der Produkte der kapitalistischen Industrie erzeugt. Darum untersuche ich den fingierten Fall, wo diese Schwierigkeiten die größten sein müssen.

Boudin glaubt aber, daß mein Schema gar nicht den für die Marxsche Theorie günstigsten Fall, sondern gerade den ungünstigsten darstellt, und fügt in Kursiv hinzu: „Ein Schema wie das seinige kann überhaupt nur unter der Annahme aufgestellt werden, daß die Arbeitslöhne fortgesetzt beträchtlich reduziert und gleichzeitig fortgesetzt größere Arbeitermassen angestellt werden. Also gerade das Gegenteil von dem, was gegenwärtig, wie Tugan-Baranowsky selbst versichert, in der kapitalistischen Wirklichkeit geschieht.... Es ist daher klar, daß es nicht in Ordnung war, den Fall als den für die Marxsche Lehre günstigsten

Digitized by Google

anzugeben, sondern daß er diese zugegebenermaßen der Wirklichkeit nicht entsprechende Schemata nur konstruierte, um wenigstens etwas, das wie ein Fall aussieht, präsentieren zu können."

Ich muß leider gestehen, daß ich jetzt ganz aufgehört habe, meinen Boudin zu verstehen. Was will er eigentlich sagen? Daß wenn keine Lohnreduktion angenommen wird, mein Schema nicht stichhaltig wird, daß wenn bei der Lohnreduktion kein überschüssiges Produkt da ist, ein solches zutage kommen muß bei der Steigerung der Löhne? Auch bin ich nicht imstande, den Grund der Entrüstung Boudins zu enträtseln, weil ich einige Annahmen meiner Schemata der Akkumulation des Kapitals in den „Theoretischen Grundlagen des Marxismus" geändert habe im Vergleich mit denen in meinen „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen". Diese Änderungen sind nämlich in der Absicht gemacht, den für meine Behauptungen ungünstigsten Fall zu untersuchen, um so zu zeigen, daß wenn auch meine Theorie zu ihren letzten logischen Folgen fortgeführt wird, sie doch nicht aus dem Sattel zu heben ist. Womit Boudin unzufrieden ist, das bleibt mir ganz verborgen.

Ich weiß wohl, daß meine Theorie der Verwertung der Produkte der kapitalistischen Wirtschaft sonderbar erscheinen muß. Doch glaube ich, diese Theorie durch meine Schemata bewiesen zu haben. Kein Wunder, daß Boudin, nachdem er meine Schemata und ihre Beweiskraft so gut verstanden hat, gegen meine Theorie in toto nichts einzuwenden hat als folgende Redensarten, die jeder wissenschaftlichen Begründung entbehren.

„In Tugan-Baranowskys Schemas läßt die Nachfrage nach verbrauchsfähigen Gütern nach. Das wirft schon einige der bisher existierenden Maschinen außer Gebrauch, von den nachzuschaffenden ganz zu schweigen. Wer wird diese neuen Maschinen also kaufen? Tugan-Baranowsky sagt, die Kapitalisten.... Aber seine Kapitalisten werden ihm sagen, daß er sich da in einem schmerzlichen Irrtum befindet: ihr Riesenhaufen von Maschinen ist wertloser als der frühere kleinere Bestand, denn da der Konsum sich verringert hat, so werden zur Produktion der verkäuflichen Güter jetzt weniger Maschinen gebraucht als damals, und alles, was nutzlos ist, ist auch wertlos.... Wie konnte Tugan-Baranowsky oder irgend ein anderer gesunder Mensch auf eine so verrückte Vorstellung über die Zwecke und die Verteilung der Produktion und der Konsumtion verfallen? Wir müssen den Leser wiederum auf die augenscheinliche Allgegenwart der stillschweigend angenommenen Existenz einer anderen Welt erinnern, in welche er wahrscheinlich seinen überflüssigen Maschinenpark zu schleudern beabsichtigt, wenn es niemand sieht. Natürlich würden diese Maschinen in jener anderen Welt zur Erzeugung konsumierbarer Güter verwendet werden.... Aber das ist eine neue Geschichte, an die Tugan-Baranowsky sich nicht gern erinnern lassen will."

So weit Boudin. Die Antwort auf alle seine Fragen hätte Boudin in demselben Schema finden können, das er so musterhaft mißverstanden hat. So ist in diesem Schema nachgewiesen, daß der Nachlaß der Nachfrage nach verbrauchsfähigen Gütern keine Maschinen außer Gebrauch wirft, da dieser Nachlaß mit der Steigerung der Nachfrage nach Produktionsmitteln zum Zwecke der Kapitalakkumulation Hand in Hand geht. Alle Maschinen werden im folgenden Jahre ohne Rest produktiv verbraucht. Das gilt für das erste Jahr ebensogut wie für das zweite, für das zweite ebensogut wie für das dritte, für das neunte ebensogut wie für das zehnte, da die Kapitalakkumulation nicht aufhört und

stetig vorwärts geht. Aus diesem Grunde brauchen meine Kapitalisten ihre Maschinen nicht in andere Welten zu schleudern, denn diese finden auch in dieser Welt genügende Beschäftigung. Und wie ein gesunder Mensch zu solchen Vorstellungen über Produktion und Konsumtion kommen kann, das ist auch zu erklärlich: ein gesunder Mensch kann nämlich die Tiefe der sozialen Erscheinungen zu erforschen trachten, anstatt an deren Oberfläche zu bleiben, und er kann so neue Sachen erblicken, welche Staunen bei dem auf der Oberfläche bleibenden erregen müssen.

Diese Frage — was werden die zusätzlichen Maschinen produzieren, falls die Nachfrage nach konsumierbaren Produkten nachläßt — erscheint nur deshalb so schwer zu beantworten, weil der Prozeß der Kapitalakkumulation nicht verstanden wird. Es war ein altes Dogma der klassischen Nationalökonomie, daß bei der Kapitalakkumulation das Kapital sich insgesamt in Arbeitslöhne auflöst, in Konsumtionsmittel verwandelt. Marx hat aber im zweiten Bande des „Kapital" gezeigt, daß dies der Wirklichkeit gar nicht entspricht: nur ein Teil des sich akkumulierenden Kapitals erscheint als Arbeitslohn, der andere aber wird zu Produktionsmitteln. Also jede Kapitalakkumulation erzeugt eine Nachfrage doppelter Art: erstens nach Kosumtionsmitteln der Arbeiter, zweitens nach Produktionsmitteln. Es folgt daraus, daß die Verwandlung des Konsumtionsfonds der Kapitalisten in Kapital an und für sich einen Nachlaß der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln bedeutet. Denn fungiert eine gewisse Wertsumme als Konsumtionsfonds der Kapitalisten, so verwandelt sie sich ohne Rest in Konsumtionsmittel, wird sie aber zu Kapital, so kann nur ein Teil dieser Summe zu Konsumtionsmitteln (der Arbeiter) werden, der andere muß sich in Produktionsmittel verwandeln. Jede Kapitalakkumulation ist also mit der relativen Steigerung der Nachfrage nach Produktionsmitteln und dem relativen Nachlaß der Nachfrage nach Konsumgegenständen gleichbedeutend. Je rascher das Tempo der Kapitalakkumulation, desto größer dieser relative Nachlaß der Nachfrage nach konsumierbaren Gütern. Bei einem gewissen Tempo der Kapitalakkumulation — wenn die Summen, die der gesellschaftlichen Konsumtion dienen, dieser entzogen werden, um die Kapitalakkumulation zu stärken (einen solchen Fall setze ich in meinen Schemata voraus, nämlich eine Kapitalakkumulation bei einem Rückgang der Löhne und Gleichbleiben des Konsums der Kapitalisten, was ein sehr rasches Tempo der Kapitalakkumulation zur Folge hat) — wird dieser relative Nachlaß der Nachfrage nach Konsumgegenständen zum absoluten Nachlaß. Was produzieren aber in diesem Falle neue Maschinen? Immer neue und neue Maschinen und andere Produktionsmittel, die zur Kapitalakkumulation unentbehrlich sind. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß jede Produktion den Verbrauch anderer Produkte zur Voraussetzung hat, also die Nachfrage nach anderen Produkten erzeugt. Und vom Standpunkt des Kapitalisten ist es gleichgültig, was sie produzieren — Roggen, Gewebe für die Arbeiter oder Stahl und Kohle für die Maschinen. Es braucht nur eine Nachfrage nach den betreffenden Waren vorhanden zu sein — und bei der Voraussetzung einer stetig vorwärtsgehenden Kapitalakkumulation nimmt die Nachfrage nach Produktionsmitteln ebenso stetig zu.

Dazu gesellt sich ein anderer Umstand: die Ersetzung der lebendigen Arbeit durch Produktionsmittel, die Verdrängung der Arbeiter durch Arbeit ersparende Maschinen. Aus diesem Grunde wird derjenige Teil des sich akkumulierenden Kapitals, der sich in Arbeitslöhne verwandelt, immer kleiner, und derjenige

immer größer, der aus Produktionsmitteln besteht. Gehen diese beiden Prozesse gleichzeitig vor sich — die Kapitalakkumulation und die Ersetzung der Arbeiter durch die Produktionsmittel aus technischen Gründen —, so kann man keine bestimmte Grenze für den Nachlaß der Nachfrage nach konsumierbaren Gütern bei der gleichzeitigen Zunahme der Nachfrage nach Produktionsmitteln, ohne irgend eine neue Schwierigkeit der Verwertung der erzeugten Produkte, aufstellen, da keine Verringerung der gesellschaftlichen Nachfrage stattfindet, sondern nur eine Veränderung der Art der Nachfrage, der Art der Produkte, die der Markt verlangt: es werden nur Produktions-, statt Konsumtionsmittel verlangt. Das ist ein Paradoxon, aber nicht eines meiner Erfindung, sondern ein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung objektiv zugrunde liegendes. Was aber die kapitalistischen Krisen betrifft, so wurzeln sie nicht in der Unfähigkeit des Kapitalismus, die immer zunehmende Masse der Produkte zu verwerten, sondern in der Schwierigkeit für den Kapitalismus, eine proportionelle Einteilung der gesellschaftlichen Produktion zu erreichen.

Damit kann ich vielleicht meine Antwort schließen. Noch einmal: ich weiß wohl, daß meine Grundsätze sonderbar, ja vom Standpunkt „des gesunden Menschenverstandes" absurd erscheinen müssen; trotzdem sind sie wahr, und es genügt, sie zu verstehen, um sie als solche anzuerkennen. Das ist meine Überzeugung, und eine Kritik wie die Boudins kann meine Zuversicht nur festigen.

Die Ansiedlung von Landarbeitern in Mecklenburg.

Von J. Starasson.

Wie das junkerliche Preußen, so führt auch Mecklenburg den Legitimationszwang für die ausländischen Wanderarbeiter ein. Werden sie „kontraktbrüchig", so verfallen sie der Ausweisung, sind also allen Schikanen der Gutsherren rechtlos, widerstandslos preisgegeben.

Die Zahl der ausländischen Landarbeiter ist in Mecklenburg-Schwerin außerordentlich groß; im letzten Jahre waren von den 26000 beschäftigten Schnittern nicht weniger als 60 Prozent Ausländer (Polen, Galizier usw.)! Noch 1902 waren von den damals beschäftigten Schnittern erst 30 Prozent Ausländer. Neuerdings machen die „Ritter" Propaganda dafür, Wolga-Deutsche als Landarbeiter nach Mecklenburg zu lotsen. Auf dem mecklenburgischen Landtag wies der Gutsbesitzer v. Voß-Katelbogen auf jene nach der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung" „zum Teil durch die Verhältnisse roh gewordenen und verwilderten" Wolga-Deutschen hin, die, wie Voß sagte, „in Rußland keine Nahrung mehr finden können".

Mit der Einführung dieser ausländischen Arbeitskräfte verfolgen die Junker den Zweck, von dem Drucke der „Leutenot" befreit zu werden. Gelänge ihnen das nicht, so müßten sie Zugeständnisse an die einheimischen Landarbeiter machen, und das duldet neben dem Geldbeutel der „Ritter" deren absolutistisches Machtgefühl nicht. Dabei sind die Wünsche der einheimischen Landproletarier — leider! — doch so leicht zu befriedigen! Bei einer vor kurzem vorgenommenen Enquete der mecklenburgischen agrarischen Vereine antwortete zum Beispiel ein Gutsherr, ein ausreichendes Mittel zur Verhütung des Kontraktbruchs der Landarbeiter sei, wenn ihnen gegeben würde:

„ein reichlicher Tisch, keine Margarine und kein Berliner respektive amerikanisches Schmalz“.

Und ein anderer Gutsbesitzer berichtete:

„Ich bin der Ansicht, daß in einer ruhig geführten guten Wirtschaft immer Arbeitskräfte schnell zu haben sind, ohne die Löhne zu erhöhen, was ich seit zwanzig Jahren prinzipiell nicht tue. Ich lasse die Leute aber in Akkord arbeiten, wo es immer geht, und behandle alle Mitmenschen ruhig und anständig.“ [1]

Dazu wollen sich aber gerade unsere Junker nicht verstehen — und ein mecklenburgisches Gericht stellte vor einiger Zeit fest, daß die Anrede „Er“ und die Benennung „dämlicher Schafskopf“ und „dämlicher Hund“ für verheiratete mecklenburgische Landarbeiter seitens des Gutsherrn „vielerorts Gebrauch“ sei, der ja einem Nichtmecklenburger vielleicht nicht angemessen erscheine.

Die Landflucht der Landproletarier ist also selbstverständlich.

Die Junker wollen nun die „Leutenot“ abwenden durch Heranziehung willenloser ausländischer Wanderarbeiter und durch Ansiedlung von Häuslern.

Diese „innere Kolonisation“ wird schon seit einem Menschenalter betrieben in dem Gebiet des Domaniums. Nebenbei bemerkt: Mecklenburg zerfällt, was staatsrechtlich von größter Bedeutung ist, in drei Landesteile: die Gebiete 1. der Städte mit ihren Gütern und Feldmarken, 2. der Ritterschaft (Gutsbesitzer) und 3. des (großherzoglichen) Domaniums. Trotz dieser „Ansiedlung“ hat aber seit 1864 in eben dem Domanium wohl die Anzahl der Haushaltungen, also die Zahl der „selbständigen“ Personen um 4433 zugenommen, die Gesamteinwohnerzahl hat im domanialen Gebiet aber bis 1905 — neuere Zahlen sind nicht zu haben — sogar noch um 800 abgenommen. Insgesamt existierten im Jahre 1906 im Schweriner Domanium 10 535 Häusler.

Diese „Selbständigmachung“ der Landarbeiter ist übrigens der großherzoglichen Kasse recht gut bekommen. In Ehrenbergs bereits erwähntem Buche sagt zum Beispiel „ein Sachverständiger, der aus nächster Nähe beobachten kann“: „Die großherzogliche Kammer hat allerdings damals ein sehr gutes Geschäft mit dem Verkauf der Häuslerparzellen gemacht.“

So ist es auch heute noch! Vor einigen Jahren erst wollte ein höherer Regierungsbeamter für die Domanialortschaft Kleinen einiges Land als Gemeindeländerei ankaufen; er bot 3 Mark für die Quadratrute. Jetzt wurde von der Regierung in demselben Orte eine sogenannte Erbpachthufe aufgeteilt, um an kleinbäuerliche Besitzer vergeben zu werden. Die Regierung verlangte aber nun 4 Mark pro Quadratrute für den Fall, daß der Betreffende eine Büdnerei errichten will. (Ein „Büdner“ hat im Gegensatz zum „Häusler“ so viel Land, daß ihn nicht gerade die bittere Not zu fremder Lohnarbeit zwingt.) Noch bemerkenswerter aber ist, daß die Regierung bei Verkauf von Häuslerplätzen aus demselben Acker 12 bis 15 Mark für die Quadratrute fordert, also 8 bis 11 Mark mehr als bei Anlage einer Büdnerei!

Die Häusler, die also durchweg fremde Lohnarbeit verrichten und nur in Zeiten der Arbeitslosigkeit ihren Besitz selbst bewirtschaften, sonst durch

[1] Professor Richard Ehrenberg, Landarbeit und Kleinbesitz. Rostock i. M., Karl Boldtsche Hofbuchdruckerei.

Frau und Kinder, streben begreiflicherweise danach, ihre Arbeitskräfte in den Städten oder bei der Bahn usw. zu verwerten. Trotzdem ergab die Statistik, daß von den im Domanium angesiedelten Häuslern 58,6 Prozent ständige und weitere 17 Prozent periodische land- und forstwirtschaftliche Arbeiter sind.

Damit sind die Junker aber noch nicht zufrieden. Sie verlangen, daß bedeutend mehr Häusler angesiedelt werden, als bei der Bahn, im Forst usw. in Arbeit treten können. Deshalb erklärte denn auch ein Ritter bei der oben angeführten Enquete, er hoffe auf Besserung der „Leuteverhältnisse" erst,

„wenn so viele Häuslereien entstehen, daß die Häusler genötigt sind, auf den Gütern zu arbeiten".

Darauf kommt es den Junkern allein an: sie wollen mit der „Ansiedlung" für sich Arbeitskräfte schaffen, die durch die Schuldknechtschaft (Häuslerei) an die Scholle gefesselt sind. Das wurde auch im Fachblatt der Junker, der „Meckl. Landwirtsch. Zeitung" (Nr. 21), offen zugegeben; dort schrieb ein Gutsbesitzer:

„Unzweifelhaft wird die Errichtung von Häuslereien zur Beseitigung des Arbeitsmangels beitragen, denn ein Arbeiter mit festem Wohnsitz (Häuslerei) wird doch Arbeit in seiner nächsten Umgebung suchen."

Die „nächste Umgebung" aber sind die Güter! Das genügt jedoch dem Bündlerblatt „Mecklenburgische Warte" noch nicht; es fordert Zwangsgesetze. In Nr. 81 schrieb es:

„Der Terrorismus der Sozialdemokratie verhindert eine Rückwanderung der Leute auf das Land, und diesem Treiben muß entgegengetreten werden, wenn nicht anders, durch eine zwangsweise Ausweisung der Arbeitslosen" (aus den Städten).

„Zunächst" wollen sich die Junker noch beschränken auf das Mittel der „Ansiedlung". Wie sie auf dem letzten, vor kurzem geschlossenen Landtag 15000 Mark bewilligten für die Arbeitsnachweise der agrarischen Vereine, so engagierten sie auch gleichzeitig den Staat für die Häusleransiedlung. Der Landtag stimmte einer Regierungsvorlage zu, bei der „Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank" ein Darlehen von 2 Millionen Mark aufzunehmen gegen einen Zinsfuß von 2 Prozent. Dieses Geld soll dann weiter verliehen werden an die zu errichtenden Büdnereien und namentlich Häuslereien im Gebiet der „Ritterschaft" und in dem der Städte (siehe oben); die Ansiedler im Domanium erhalten aus dem sogenannten Domanialkapitalfonds ein Darlehen. Die Häuslereien sollen aber nur bis zu drei Viertel des Brandkassenwertes der Gebäude beliehen werden, und nicht über 3000 Mark! Bei den Büdnereien will man dagegen die Beleihung bis zu drei Viertel des Gesamtwertes des Grundstücks vornehmen. In beiden Fällen sollen die ersten 2000 Mark mit 3 bis 3½ Prozent, die höher stehenden Gelder mit 4 Prozent verzinst werden! Die Ansiedler haben also auch noch einen höheren Zinssatz aufzubringen, als die Regierung für das Darlehen zu zahlen braucht! Überdies haben die Ansiedler das Darlehen auf alle Fälle spätestens im Jahre 1920 zurückzuzahlen! Die Ansiedlung soll eben nicht den Ansiedlern zugute kommen, sondern nur ein Mittel gegen die „Leutenot" der Großgrundbesitzer bilden.

Digitized by Google

Die mecklenburgischen Landarbeiter erglühen aber keineswegs für jene „Selbständigkeit". Der großherzogliche Forstmeister v. Ortzen-Gelbensande hatte darum auch gar nicht so unrecht, als er Mitte Dezember vorigen Jahres im „Rostocker Anzeiger" schrieb:

„Selbst von unseren Landarbeitern ist nur ein Teil (wohl nur der kleinere Teil) gewillt und fähig, eine Häuslerei zu erwerben; denn wenn zwei Drittel des Wertes einer Häuslerei vom Domanialkapitalfonds oder sonstwie vorgestreckt werden, so sind einschließlich Inventar immer noch mindestens 2000 Mark Ersparnisse nötig für den Erwerb einer Häuslerei. Und selbst wenn jemand über diese Summe verfügt, wird er oft nicht geneigt sein, Häusler zu werden, da er bei etwaiger Krankheit usw. Gefahr läuft, seine Zinsen nicht aufbringen zu können und damit möglicherweise seine Häuslerei, also auch vielleicht sogar seine Ersparnisse zu verlieren. . . ."

Die Ritter selber haben jedoch nicht die geringste Lust, ihre Güter aufzuteilen, um Häusler ansässig zu machen. Warum — das sprach auf dem letzten Landtag der den Rittern gehorsamst ergebene Rostocker Bürgermeister ganz ungeniert aus:

„Der Hauptgrund, der der Schaffung kleiner Besitzstellen im ritterschaftlichen Gebiet entgegensteht, ist die begründete Furcht der Gutsbesitzer vor der Vermehrung der Armenlast, auch der Schullast."

Ferner:

„Die selbständigen Rechte der Dorfgemeinden nach dem Muster der Domanialgemeinden beschränken wesentlich die Rechte der Grundherrschaft und deren Einfluß auf ihre Hintersassen."

Dagegen fordern die Ritter, daß im Gebiet des Domaniums Häusler angesiedelt werden, und zwar so rasch als nur irgend möglich. Genügt das nicht, um die Leutenot zu beseitigen, dann soll die Freizügigkeit beschränkt werden. Professor Ehrenberg, der getreue Schildknappe der Ritter, erklärte in einem vor ihnen gehaltenen Vortrag:

„Das maßlose Wandern der Landarbeiter ist ein Übel. . . . Staat und Gesellschaft müssen zusammenstürzen, wenn es nicht gelingt, die Landarbeiter wieder seßhaft zu machen. . . . Manche von den seit 1868 erlassenen Gesetzen sind wieder beschränkt worden. . . . Wir brauchen uns nicht zu scheuen, die Frage der Beschränkung der Freizügigkeit zu diskutieren. . . . Es muß alles aufgeboten werden, die Landarbeiter festzuhalten. . . ."

Die Ansiedlung von Häuslern in Mecklenburg dient nur dem Zwecke, die Landarbeiter festzuhalten für die Junker. Deshalb hat unser ostpreußischer Parteitag am 15. Dezember vorigen Jahres die Landarbeiter gewarnt, sich als Besitzer kleiner Zwerggüter (Rentengüter) an das platte Land fesseln zu lassen oder sich durch käufliche Erwerbung (Erbpacht) von Wohnhäusern seßhaft zu machen. Gleichzeitig ersuchte der Parteitag den Parteivorstand, gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation in die Wege zu leiten.

Die agrarischen Blätter Mecklenburgs rechnen mit dem „Landhunger", der ein altes deutsches Erbteil sei und die Landarbeiter zu Ansiedlern machen werde. Es wird Aufgabe unserer Agitation sein, den Landarbeitern klar zu machen, wie durch die Ansiedlung nicht ihr Landhunger, sondern nur der Leutehunger der Ritter gestillt wird!

Digitized by Google

Der Privatbeamte und das öffentliche Leben.

Unter diesem Titel[1] ist kürzlich eine Broschüre erschienen, die außer einem Aufruf, dem Nationalverein beizutreten, einen Vortrag des Ingenieurs A. Thimm enthält, der als Redner im Dienste des Bundes der technisch-industriellen Beamten schon an verschiedenen Orten öffentlich auftrat.

Die Ausführungen dieses Vortrags sind nach zwei Richtungen hin interessant; erstens als ein kleines Kulturdokument, das zeigt, wie sehr die Schäden unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in den Reihen des Proletariats der Intelligenz sich fühlbar machen, und zweitens als Dokument für die Naivität der Ansichten über Politik im allgemeinen, die bei diesem selben Intelligenzproletariat herrschen.

Die Gründe, warum die Privatbeamten sich vom öffentlichen Leben fernhalten, sind nach Thimm teils äußere: schlechte Bezahlung, die nicht gestattet, auch geringere Beträge für politische Zwecke zu opfern; bei den Verheirateten komme dazu noch ein zu enger Gesichtskreis der Frauen gegenüber Ausgaben, die nicht das Hauswesen betreffen; auch lange Arbeitszeiten gehören zu diesen äußeren Gründen.

Wichtiger aber als diese äußeren seien die inneren Gründe, die in dem Wesen der Tätigkeit der Privatangestellten überhaupt lägen.

In diesen nun folgenden Schilderungen liegt unseres Erachtens die Stärke der Thimmschen Broschüre; man sieht, daß der Verfasser die ganzen jammervollen Zustände am eigenen Leibe erfahren und durchgekostet hat, sonst könnte er sie nicht so treffend zeichnen. Er führt aus, wie weit im Großbetrieb die Arbeitsteilung auch für die Tätigkeit der Beamten durchgeführt ist, wie der einzelne immer mehr seine Obliegenheiten mechanisch erledigt, und daß der Prozeß an manchen Orten schon so weit vorgeschritten ist, daß nur zur Ausarbeitung von Neuheiten besser bezahlte Kräfte verwendet werden. Ist es diesen gelungen, die Arbeit zu normalisieren, werden sie selbst wieder abgeschoben, billigere Leute angelernt, die dann auf dem eingefahrenen Wege sich weiter helfen. Den Arbeitern ist dies Verfahren ja schon längst nichts Neues mehr. Es wird das ganze System geschildert, das der Römer in die Worte „Divide et impera" zusammenfaßte. Wir erfahren, wie man durch dieses „Trennen und herrschen" das Arbeitsgebiet des einzelnen nach Möglichkeit beschränkt, wie man den einzelnen mit Zäunen umgibt und mit Scheuklappen behängt, damit ja kein Blick von einem in das Gebiet des anderen fallen kann; wie dadurch der Beamte seinem Vorgesetzten gegenüber vollständig hilflos gemacht, ein Geist der Kleinlichkeit und Engherzigkeit, des Neides und der Mißgunst großgezogen wird; wie als einzige Sorge des Privatbeamten das Bestreben herauskristallisiert, sich das Wohlwollen seiner Vorgesetzten dauernd zu erhalten. Gerade diese Bemühung sei am ersten dazu angetan, den Menschen auch im Charakter zur Unselbständigkeit, also zur Charakterlosigkeit zu erziehen.

„Wer einem Vogel die Flügel beschneidet, mit denen er zu fliegen gewöhnt ist; wer so die Lerche verhindert, in die Lüfte zu steigen und ihr Liedchen in Gottes freier Natur zu singen, der wird wegen Tierquälerei bestraft; wer aber dem Menschen die Schwingen der Seele beschneidet, ihn in seiner geistigen Arbeit knechtet und dadurch ihm die Freude an der Arbeit nimmt, der ist ein guter Arbeiter im Weinberg der Aktiengesellschaften und kann auf gute Karriere sicher rechnen."

Solches und Ähnliches liest sich ja ganz schön; auch das folgende Zugeständnis läßt sich mit einer kleinen Einschränkung hören:

„Da haben es unsere organisierten Arbeiter doch schon weiter gebracht; die singen ihre eigenen Lieder mit einer mitunter wirklich herzerquickenden Deutlichkeit. Sie haben durch ihre Organisation und ihr politisches Streben sich ihre Persönlichkeit und Freiheit wieder erobert, in mancher Beziehung überhaupt erst erobert.

[1] Alfred Thimm, Der Privatbeamte und das öffentliche Leben. 2. Heft: Ballonschriften des Nationalvereins für das liberale Deutschland. München, Nationalverein, Finkenstr. 3. 20 Seiten. Preis 10 Pfennig.

Und wenn wir die politische Richtung, soweit sie von der einer radikalen, liberalen Demokratie abgeht und sich in Theorien verliert, auch nicht billigen und mitmachen können, so muß doch diese Organisationsfreudigkeit und vor allem der politische Wille, der in den Massen erzogen ist, unbedingt als Vorbild und Beispiel für die Privatbeamten dienen."

Welche von den Theorien der Arbeiter Herr Thimm nicht billigen kann, entzieht sich unserer Kenntnis, da die Definition radikal-liberale Demokratie uns zu dehnbar ist, um daran messen zu können. Wir wissen also zum Beispiel nicht, ob die agrarische Kanzlerschaft Bülows, oder das möglichst schnelle, tatkräftige Erringen des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag zum Inventar der von Herrn Thimm vertretenen radikal-liberalen Demokratie gehört oder nicht. Dies jedoch wissen wir, daß uns wohl selten so naive Ansichten über Politik vorgekommen sind, wie sie die folgenden Sätze zeigen:

„Die Volksgemeinschaft soll diejenigen Rechte, die der einzelne Stand zu seiner Entwicklung bedarf, sich nicht im Kampfe abzwingen lassen, sondern soll sie ihm, wenn sie das Bedürfnis erkannt hat, durch den Mehrheitsbeschluß der Parlamente oder durch den Druck der öffentlichen Meinung einräumen."

Wo in der Geschichte ist das, was der einzelne Stand zu seiner Entwicklung bedarf, nicht durch Kampf errungen worden? Ist nicht der preußische Wahlrechtskampf zurzeit das klassischste Schulbeispiel? Und hier handelt es sich um die Entwicklung der übergroßen Majorität eines zahlreichen Volkes, nicht um eine Handvoll Standesgenossen.

Wo bleibt hier das Erkennen des Bedürfnisses und der Mehrheitsbeschluß der Parlamente trotz des Druckes der öffentlichen Meinung? Und weiter sagt Herr Thimm von den politischen Vereinen und Parteien:

„Sie allein können über den Interessen- und Berufsverbänden stehen, sie können und sollen unbedingt den gemeinsamen Boden für das Zusammenarbeiten von Chef und Angestellten abgeben, in ihnen nur kann sich die für das öffentliche Leben so fruchtbare und notwendige Wechselwirkung einstellen zwischen den Angehörigen eines Standes, einer Berufsgruppe und den übrigen Volksgenossen. Haben nicht Chefs und Beamten in der Politik die gleichen Interessen?"

Betrachten wir daraufhin die einzelnen Parteien, so finden wir nichts weniger als ein Stehen über den Interessen- und Berufsverbänden, sondern wir sehen im Gegenteil, daß die Parteien ohne Ausnahme weiter nichts sind als Ausschüsse für die Führung der Geschäfte einzelner Klassen, einzelner Interessen- und Berufsverbände. Und so sehen wir auf der einen Seite sämtliche bürgerliche Parteien mit alleiniger Ausnahme des Zentrums als die Vertreter der besitzenden Klassen. Das Zentrum bildet deswegen eine Ausnahme, weil dank aller derjenigen Mittel, die der Kirche zur Verfügung stehen, seine Angehörigen nach jeder Richtung in Unaufgeklärtheit gehalten werden und deshalb das Zentrum von allen übrigen bürgerlichen Parteien noch den größten Prozentsatz besitzloser Wähler innerhalb seinen Reihen hat.

Und die Rücksicht auf diesen Prozentsatz seiner Wähler ist es auch, die das Zentrum mitunter zu weitergehenden demokratischen Forderungen zwingt, als wie sie die Mehrzahl der übrigen bürgerlichen Parteien vertritt. Und auf der anderen Seite steht die Dreimillionenpartei der Besitzlosen, die deren Interessen wahrnimmt. Weil nun die Besitzlosen die überwiegende Majorität des Volkes bilden, so erkennen immer größere Kreise bei der zunehmenden Schärfe der wirtschaftlichen Kämpfe, daß diese Partei die Vertreterin der Interessen der Majorität des Volkes ist.

Und nun zum Schluß möchten wir gegenüber dem Satze, den Herr Thimm aufstellt: „Haben nicht Chefs und Beamte in der Politik die gleichen Interessen?" ihm folgende Erwägung mit auf den Weg geben. Warum ist Herr Thimm Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten geworden und nicht beispielsweise des Technikerverbandes? Doch deshalb, weil er im Bund als einer gewerkschaftlichen Organisation zum so und so vielten Male schon gepredigt hat, daß eine Harmonie

zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Angestellten und der Unternehmer nicht existiert. Nun möge uns Herr Thimm gefälligst mitteilen, wo hört das wirtschaftliche Interesse auf und wo fängt die Politik an? Er wird nicht imstande sein, dies beantworten zu können, und muß deshalb logischerweise seinen bisher auf wirtschaftlichem Gebiet vertretenen Standpunkt auf die Politik übertragen oder als Irrtum revidieren. Damit ist nun nicht gesagt, daß nicht in der Tat einige Interessen des Chefs mit den Angestellteninteressen sich decken, und das gilt gerade von dem, was Herr Thimm in den folgenden Sätzen ausführt: „Hängt nicht das Blühen von Handel und Wandel davon ab, daß im Lande großzügig und in freiheitlichem Geiste regiert wird? Leiden nicht alle gleichmäßig, wenn engherzigerweise bureaukratische Gesetze und Zollgrenzen den Verkehr erschweren? Ist nicht gerade unter den deutschen Produktionsverhältnissen bei unserer großen Veredelungs- und Fertigindustrie alles auf hochstehende Qualitätsarbeiter angewiesen und darum eine liberale, großzügige Schulpolitik ein Lebensnerv für unsere Zukunft, gleich wichtig für jedes Mitglied der Volksgemeinschaft?"

Hand aufs Herz, welche von allen Parteien hat gerade diese Forderungen am energischsten vertreten? Wir glauben, wohl keine mehr als die sozialdemokratische; und daß die liberalen Parteien da außerordentlich viel gesündigt haben, das scheint auch Herr Thimm zu fühlen, weil er sagt, „es müsse ehrlich Spiel getrieben werden ... und es sei zuviel gesündigt worden, um alle die Sünden wieder so schnell vergessen zu machen".

An den von Herrn Thimm gewünschten liberalen Sturmwind, der da kommen soll, glauben wir allerdings nicht, angesichts der famosen Blockpolitik und der übrigen Kunststücke des Liberalismus. Wohl aber hoffen wir, daß noch mancher Sturmwind kommen wird, der dem Herrn Thimm den jungliberalen (der Nachdruck ist auf jung zu legen) Sand allmählich aus den Augen bläst, so daß er und viele seiner Standesgenossen sich der Partei anschließen, die ehrlich Spiel treibt und die Befreiung aller Arbeiter, also auch der geistigen, auf ihr Banner geschrieben hat.

A. Sch.

Literarische Rundschau.

W. Gleichauf, Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerkvereine. Berlin-Schöneberg 1907, Buchverlag der „Hilfe". 300 Seiten. 3 Mark.

Man ist fast schmerzlich davon berührt, daß ein deutscher Arbeiter ein solches Buch schreiben konnte. Herr Gleichauf, der erster Vorsitzender des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist, mag für Hirsch-Dunckersche Verwaltungsgeschäfte eine recht schätzenswerte Kraft sein; damit sind seine Fähigkeiten aber auch erschöpft. Wenigstens hätte er sein Buch selbst mit bewußter Anstrengung nicht schludriger im Stil und subalterner in der Anordnung schreiben können, als es geschehen ist. Ohne den historischen Hintergrund auch nur punktierend anzudeuten, wird über die Entstehung und Entwicklung der Gewerkvereine bis 1904 mit einer Trockenheit berichtet, die nur durch eine beträchtliche Anmaßung gewürzt wird. Dafür ein Beispiel: „Nimmt man dann noch alle die Momente zusammen, dann fällt das, was ein gewisser R. Meyer in einem Buche: ‚Der Emanzipationskampf des vierten Standes' damals schrieb, in sich selbst zusammen." So zerschmettert W. Gleichauf mit einem zentnerschweren „ein gewisser" den bekannten konservativen Sozialpolitiker Rudolf Meyer! Welch ein Simson!

Und doch ist eines an dem Buche Gleichaufs bemerkenswert: die fast boshafte Zähigkeit, mit der er jedes Stäubchen herbeiträgt, das geeignet sein könnte, zu beweisen, daß im Grunde genommen Fortschrittspartei und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine miteinander nichts zu schaffen haben. Das rührt daher, daß Herr Gleichauf vermutlich auf dem Boden der westdeutschen Hirsch-Dunckerschen steht, die Anhänger

einer schärferen Tonart im wirtschaftlichen Kampfe sind und die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit völlig über Bord geworfen haben. Herr Gleichauf möchte nun die Gewerkvereinsfahne von den Flecken reinigen, mit denen sie aus ihren Entstehungszeiten behaftet ist. Er leugnet rundweg, daß die Fortschrittspartei mit der Gründung der Gewerkvereine etwas zu tun gehabt habe, ohne allerdings einen Beweis dafür beibringen zu können. Im Zusammenhang damit jener Ausfall auf Rudolf Meyer. Nun hat aber Rudolf Meyer all sein Material nach eigener Angabe aus den Publikationen der Arbeiterzeitungen und den gelegentlich veröffentlichten Versammlungsprotokollen geschöpft. Zudem steht Meyer mit seiner Behauptung nicht allein, sondern niemand Geringeres als Franz Duncker, der Mitbegründer der Gewerkvereine, äußerte in einer Berliner Wahlversammlung im Herbst 1873 über „seine" Arbeiterpartei: „Der einzige Zusammenhang zwischen mir und derselben ist, daß sie aus den Reihen der Gewerkvereine hervorgegangen ist, welche ich einst mitbegründet habe. Dies geschah, wie Sie alle wissen, unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei, um der Demagogie Schweitzers, der damals seine Bataillone organisieren wollte, entgegenzutreten; ich habe damals gleich erklärt, daß ich von der Leitung der Gewerkvereine zurücktreten würde, sobald dieselben organisiert seien, und das habe ich auch ausgeführt."

Aber schließlich ist es Sache des Freisinns, sich dieserhalb mit Herrn Gleichauf auseinanderzusetzen, dem wir allerdings eines gerne glauben wollen, daß in den Reihen des Freisinns wenige Herzen jemals ehrlich für die Interessen der Gewerkvereine als für Arbeiterinteressen geschlagen haben. Hermann Wendel.

Dr. Erich Wellmann, **Abstammung, Beruf und Heeresersatz in ihren gesetzlichen Zusammenhängen.** Leipzig 1907, Duncker & Humblot. 122 Seiten Oktav und Tabellen.

Aus den sozialstatischen Untersuchungen über die Tauglichkeitsverhältnisse bei den Heeresrekrutierungen kann nicht nur der unmittelbar an ihren Ergebnissen interessierte Hurrapatriot, sondern auch der Sozialpolitiker manche schätzbare Anregung empfangen. Zwischen der Militärtauglichkeit und der körperlichen Gesundheit eines Volkes besteht ein inniger Zusammenhang, der in seinen Einzelheiten erforscht, uns wertvolle Einblicke eröffnen kann. Bekannt ist der Streit, der seit einer Reihe von Jahren darüber geführt wird, ob die Land- oder die städtische Industriebevölkerung eine größere Tauglichkeitsziffer aufweist, das heißt ob man annehmen dürfe, daß die Landbevölkerung im Durchschnitt körperlich gesünder sei als die der städtischen Industrie. Die Tauglichkeitsziffer der städtischen Industriebevölkerung verteidigten Brentano und Kuszynski, die der Landbevölkernng vor allem Sering und Bindewald. Nun versucht Dr. Wellmann, ein Schüler Serings, durch die Verarbeitung eines von ihm gesammelten statistischen Materials über etwa 3000 Berliner Arbeiter, dieser Frage auf den Grund zu kommen. Er untersuchte nicht nur das Tauglichkeitsverhältnis der von ihm befragten Arbeiter, sondern — und darin liegt das hauptsächlichste Verdienst seiner Arbeit — auch die Hauptmomente ihres Lebenslaufes. Geburtsort, Beruf, Ort der Lehrzeit, Tauglichkeitsverhältnis, Heirat der Befragten, sowie Geburtsort, Beruf und Tauglichkeitsverhältnis der Väter der Befragten wurden festgestellt. Aus den Ergebnissen, die in übersichtlichen, gut durchgearbeiteten Tabellen zusammengefaßt sind, kommt Dr. Wellmann zu folgenden Schlüssen:

1. Die Berufswahl ist abhängig a) von der Gesamtabstammung, das heißt Gebürtigkeit der Eltern, Gebürtigkeit des Wählenden, Aufenthaltsort während der Jugend; b) von dem Beruf der Eltern. 2. Die Tauglichkeitsergebnisse sind stark von diesen Vorgängen abhängig. a) Grobe Gewerbe mit landwirtschaftlichen Abkömmlingen weisen hohe Ziffern von Tauglichen auf; b) grobe Gewerbe (Klempner, Tischler, Sattler) mit städtischen Abkömmlingen und Feingewerbe, Kopfarbeiter mit Großstadtkindern ergeben geringe Tauglichkeitsziffern.

Die eingeborene städtische Industriebevölkerung hat eine geringere Tauglichkeitsziffer als die vom Lande Zuwandernden, sie ist ungesünder. Daraus folgt, daß die

Landbevölkerung die Quelle der Volkskraft ist; also zurück auf das Land, ruft Dr. Wellmann. Auf dem Lande herrsche ohnedies Leutenot, — „der Landarbeiter muß wieder auf dem Lande ansässig gemacht werden". Diese Folgerung hat aber einen Haken. Erstens sind nach Dr. Wellmanns eigenen Feststellungen wohl die vom Lande Zuwandernden, in groben Gewerben beschäftigten Arbeiter der Stadt, körperlich sehr kräftig, aber nicht die Landarbeiter selbst. Dr. Wellmann erklärt die geringe Tauglichkeitsziffer der Landarbeiter dadurch, daß er sagt, die Kräftigeren wandern eben in die Stadt. Das ist aber eine bloße Behauptung. Es scheint uns, daß die miserablen Lohn- und Lebensverhältnisse der Landarbeiter in weit ausgiebigerem Maße ihre geringe Tauglichkeitsziffer erklären. Und zweitens folgt daraus, daß die eingeborene städtische Industriebevölkerung heute körperlich schwächer sei, nicht, daß man nun einen Teil von ihr wieder als Landarbeiter ansiedeln müsse. Es folgt vielmehr aus diesem Umstande, daß man die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter bessern müsse, um sie gesünder zu machen. Nicht indem man die Arbeiter aus den unhygienischen Fabriken und Stadtwohnungen in die Überarbeit und die noch schlechteren Wohnungen der landwirtschaftlichen Betriebe drängt, erhöht man die Gesundheit und Wehrkraft des Volkes, sondern dadurch, daß man die Arbeits- und Lebensverhältnisse aller Arbeitenden auf eine zweckmäßigere, bessere Basis stellt.

Dr. Wellmann hängt seiner Arbeit über die Tauglichkeitsverhältnisse einen sehr überflüssigen, ziemlich philiströsen Exkurs über das Geschlechtsleben der Arbeiterbevölkerung an. Es hätte ihm nicht geschadet, wenn er vorher die Arbeiten von Forel über die sexuelle Frage einer eingehenden Lektüre unterzogen hätte. Auch die patriotische Grundstimmung und auf Hohenzollern-Begeisterung eingestellte Tendenz seines Buches ist nicht dazu angetan, den wissenschaftlichen Wert seiner Arbeit zu erhöhen. Julius Deutsch.

Zeitschriftenschau.

In der amerikanischen Zeitschrift „The international Socialist Review" spiegelt sich der Charakter der amerikanischen sozialistischen Bewegung als einer Bewegung, die in ihren Anfängen steht. Man hat noch die Zeit, sich allerhand theoretischen Betrachtungen zu widmen, während zugleich durch das Fehlen einer Massenbewegung die Praxis für die studierende Theorie fehlt; dadurch haftet den theoretischen Arbeiten oft etwas Unreifes, noch Herumtappendes, den Weg Suchendes an. Bei uns leidet man bekanntlich an dem umgekehrten Übel; durch das Übermaß von praktischer Arbeit fehlt die Zeit zur theoretischen Vertiefung; oft macht sich dann ein Praktizismus breit, der ganz in überkommenen bürgerlichen Anschauungen befangen bleibt und verächtlich auf die Dogmen der Theorie herabsieht. In beiden Fällen zeigt sich, wie das Hand in Hand gehen von Theorie und Praxis zum Gedeihen beider notwendig ist.

In dem Januarheft dieser Revue finden sich zwei Aufsätze, die sich mit dem Wesen des historischen Materialismus befassen, ohne darüber ganz ins klare zu kommen. **„Das Element des Glaubens in dem marxistischen Sozialismus"** (The Element of Faith in Marxian Socialism") von Thomas C. Hall ist der eine. Das Hauptergebnis der modernen Weltanschauung, meint er, ist die Relativität aller Erkenntnis; wo aber diese Unsicherheit uns herunterdrücken würde, richtet der Glaube an die Gesetzmäßigkeit der menschlichen Entwicklung uns wieder empor. Der feste Glaube war immer und ist noch eine gesellschaftliche Kraft ersten Ranges. Was bedeutet dabei die Marxsche Lehre? Sie hat die gesellschaftliche Entwicklung unter natürliche Gesetze gebracht. In den Naturgesetzen findet man dasselbe Element des Glaubens; wenn wir annehmen, daß das aus den Bewegungen der Planeten und der Sterne abgeleitete Gesetz der Anziehungskraft allgemein gilt, beruht das auf dem Glauben an eine Ordnung der Natur, die wir nicht beweisen können. Die

Marxsche Lehre drückt nun unseren festen Glauben aus, daß in unserem Streben „das ganze Weltall mit uns ist“ und die Naturgesetze selbst uns unseren Sieg sichern. Man kann zu diesen Anschauungen bemerken, daß wir auch mit weniger zufrieden sind; was wir als Grundlage brauchen, um aus den erforschten gesellschaftlichen Gesetzen das Kommen des Sozialismus mit Sicherheit vorherzusagen, ist bloß unsere Überzeugung, daß die Menschen auch weiterhin vernünftige Wesen bleiben werden, die ihren Lebensinteressen gemäß handeln. Wie wenig in den Naturgesetzen ein Element des „Glaubens“ versteckt sitzt, könnte der Verfasser aus einer eingehenden Beschäftigung mit Dietzgens philosophischen Schriften lernen, die gerade in diesem Punkte viel Klarheit bringen.

In ganz anderer Weise betrachtet J. E. Mc Pherson den Marxismus in dem Aufsatz **„Ökonomischer Determinismus und Märtyrertum“** (Economic Determinism and Martyrdom). Die Geschichte lehrt, daß überall der Fortschritt die Frucht des Leidens der Masse war; Marx hat selbst diesen Vorgang als eine Naturnotwendigkeit aufgezeigt. Weshalb spricht er dann so voll Haß und Verachtung über den Kapitalismus? Müssen wir den Kapitalismus dann nicht preisen? Und bringt dieses Gesetz nicht mit sich, daß unter dem Sozialismus, wo kein Leiden mehr ist und kein Märtyrertum, auch aller Fortschritt aufhören wird? Der Autor ist ganz in Zweifel und Unsicherheit befangen und nimmt den historischen Materialismus als einen reinen Fatalismus; man hat hier ein Beispiel dafür, was herauskommt, wenn man ganz ins Blaue spintisiert, ohne als konkrete Grundlage die Umstände des proletarischen Klassenkampfes und des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus in ihrer handgreiflichen Wirklichkeit zu nehmen.

Giovanni B. Civale entwickelt in einem Artikel **„Sozialismus und Kunst“** (Socialism and Art) dieselben Auffassungen, die auch unser genialer englischer Vorkämpfer William Morris in seinen Schriften wiederholt zum Ausdruck brachte. Der Mensch wird nicht bloß durch Not zur Arbeit getrieben, sondern auch durch Liebe zur Tätigkeit. Die Produkte einer solchen Arbeit, die dem inneren Triebe entspringt und deshalb dem Arbeiter Freude und Schaffensglück bringt, bekommen dadurch von selbst das Sorgfältige, Ruhige, Vollendete, das sie zu etwas Schönem, zu Kunstwerken macht. Kunst selbstverständlich nicht nach der landläufigen Auffassung, die einen Bourgeoissalon mit Gemälden, Marmorbildern und allerhand kostspieligem Luxus als Kunst betrachtet, sondern in dem Sinne, den John Ruskin durch den Satz ausdrückte: Kunst ist der Ausdruck der Freude des Menschen an seiner Arbeit (Art is man's expression of his joy in labor). Eine solche Kunst ist unter dem Kapitalismus unmöglich; die Konkurrenz zwingt die Unternehmer, möglichst billige Waren zu liefern und dazu die Arbeiter immer mehr anzutreiben. Für den Arbeiter selbst ist da die Arbeit keine Freude, sondern eine Qual; nicht sein schaffender Geist, sondern bloß seiner Hände Arbeit wird gebraucht; „Hände“ heißen die Arbeiter. Schärfer noch hätte der Autor dies durch den ökonomischen Satz ausdrücken können: Die Arbeit ist keine Produktion von schönen, zweckmäßigen Gebrauchsgegenständen, sondern bloß Produktion von Mehrwert. Das war im Mittelalter ganz anders; da konnten Meister und Gesellen ruhig, ohne Überstürzung, das ihnen Aufgetragene ausführen und es gut, sorgsam und mit Freude am eigenen Schaffen machen; kein Aufseher und kein heruntergeschraubter Akkordlohn trieb sie zu immer größerer Eile. Ruhe und freie Zeit zum Nachdenken und sich Sammeln sind für die künstlerische Produktion ganz wesentlich. Aus diesen ökonomischen Umständen, die die Weise des Arbeitens bestimmten, stammen die herrlichen Kunstwerke, namentlich die Bauwerke, welche das Mittelalter und die Renaissance uns hinterlassen haben.

Es ist auch bürgerlichen Künstlern nicht verborgen geblieben, daß die kapitalistische Produktionsweise die Ursache der Kunstlosigkeit und der geschmacklosen Häßlichkeit der modernen Welt und namentlich der modernen Städte ist; sie drücken das bei ihrem Mangel an ökonomischen Kenntnissen so aus, daß „der kommerzielle Geist“ (Commercialism) die Kunst tötet. Deshalb wenden in Europa, sagt der Autor,

die besten Künstler sich dem Sozialismus zu. Offenbar wird hier an England gedacht, wo das Fehlen eines scharfen Klassenkampfes den jüngeren Künstlern gestattet, dem Beispiel von Morris zu folgen, der aus Liebe zur Kunst, als er einmal im Kapitalismus den Grund des Übels erkannt hatte, zum begeisterten Verfechter des Sozialismus wurde. Aber für Deutschland und andere Länder gilt das nicht. Die Künstler, so sehr sie sich an den Kunstidealen von Ruskin und Morris begeistern mögen und die Freude an der Arbeit als einzige Hoffnung für das Wiederemporkommen des künstlerischen Schaffens erkennen, müssen auch leben; sie können bloß leben, indem die von ihnen geschaffenen kunstvollen, aber selbstverständlich kostspieligen Gebrauchsgegenstände ihnen von den reichen Leuten abgekauft werden. Anstatt Mitkämpfer des sozialistischen Proletariats zu werden, fühlen sie sich getrieben, Lakaien der Bourgeoisie zu sein, die ihnen bei der Schärfe der hiesigen Klassengegensätze nicht einmal erlauben würde, mit dem Sozialismus auch nur zu liebäugeln.

In diesem Punkte ist die Äußerung des Verfassers also zu allgemein gehalten und zu optimistisch. Es versteht sich, daß er, gerade wie Morris auch, mit dem Sozialismus ein neues Aufblühen der Kunst voraussieht, weil die Ausbeutung aufgehoben ist, die Arbeit aus einer Qual zu einer Freude wird und die ermüdende, drückende Arbeitsbürde von den Menschen abgenommen sein wird.

Über die Ursache der eingetretenen wirtschaftlichen Krise schrieb in dem vorigen Hefte A. Morrow Lewis in einem Aufsatz **„Die Ursache der Panik"** (The cause of the Panic), daß der Ausbruch dieser Krise in dem Lande mit der am stärksten vertrusteten Industrie die Hinfälligkeit der revisionistischen Auffassung dartue, daß die Krisen bloß aus der Planlosigkeit der Produktion herstammen und also durch die Truste aufgehoben werden könnten. Mit vielen Zitaten aus älteren Ökonomen, aus Marx, Engels, Rodbertus und anderen, wies er nach, daß die Überproduktion oder die Unterkonsumtion der Massen die tiefste Ursache der Krise bildet; weil die Arbeiterklasse zu wenig Lohn erhält, sind schließlich die Produkte unverkäuflich, und der Kapitalismus kann sich aus der Schwierigkeit, wie das überschüssige Produkt los zu werden, bloß durch eine Krise heraushelfen. Die Ausbeutung, die dem Arbeiter bloß einen kleinen Teil des Arbeitsproduktes zuweist, ist die Grundursache der Krisen, die also erst mit der Ausbeutung selbst verschwinden können.

Demgegenüber behauptet in dem Januarheft G. W. Downing in einem Aufsatz **„Planlosigkeit der Produktion die Ursache der Krise"**, daß die Planlosigkeit ihre Hauptursache sei. Wenn die ganze Produktion der Welt in den Händen eines einzigen Trustes wäre, so könnte der Ausbeutungsgrad noch viel größer sein wie heute, und dennoch, wenn nur die Direktion sorgfältig feststellte, welcher Teil des Mehrwertes zu neuen Produktionsmitteln verwendet werden sollte, würde keine Krise eintreten können. Die weitere Ausführung dieses Autors, daß die Planlosigkeit der Verteilung die Hauptursache bildet, übergehen wir hier und wollen nur bemerken, daß trotz des Welttrustes die Krise wohl eintreten würde, wenn die Direktion immer einen möglichst großen Teil des Mehrwertes in Produktionsmittel verwandelte, mit ihnen auf immer größerer Stufenleiter produzierte, weil sie dadurch in demselben Verhältnis den Mehrwert zu steigern glaubte; dann käme bald die Überproduktion. So liegt nun die Sache in der heutigen Gesellschaft, wo die Kapitalisten im wilden Wettkampf gegeneinander immer mehr Mehrwert in Produktionsmitteln anlegen, um dadurch noch mehr Mehrwert zu ergattern. Die Tatsache der Ausbeutung also, nicht in dem Sinne, daß die Arbeiter zu wenig empfangen, sondern in dem Sinne, daß dadurch die Möglichkeit und deshalb die Notwendigkeit eines Wettkampfes um den Mehrwert gegeben ist, bedingt die Krisen.

Mit diesem Hefte legt Genosse A. M. Simons die Redaktion der Revue nieder, weil er als Chefredakteur des Tageblatts „Chicago Daily Socialist" alle seine Kräfte für diese Leitung braucht. Die Monatschrift wird weiter von Charles H. Kerr mit einigen anderen Mitarbeitern zusammen redigiert werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 2 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 7. Februar 1908

Sirius.

Von **Anton Pannekoek.**

Am nächtlichen Winterhimmel glänzt der hellste und wohl auch der berühmteste aller Fixsterne, Sirius oder der Hundsstern.

Sirius, oder richtiger seirios, ist ein altgriechisches Eigenschaftswort, das brennend, feurig, strahlend bedeutet und in frühester Zeit sowohl der Sonne wie dem hellsten Fixstern beigelegt wurde, dem es dann als Eigenname geblieben ist. Hundsstern heißt dieser Stern, weil er der hellste Stern im Sternbild des Großen Hundes ist.

Mitte Februar steht er abends ungefähr um neun Uhr im Süden, nahezu an derselben Stelle, wo mittags um zwölf Uhr die Sonne steht. Er ist also leicht aufzufinden, da er alle anderen hellen Sterne weit umher, auch die Sterne des schönen Sternbildes Orion, das zur rechten Seite über ihm steht, an Glanz weit übertrifft. Seine blendend weiße, etwas bläuliche Farbe macht einen kalten Eindruck; ihm fehlt die Wärme, die wir in den gelblichen und roten Tönen empfinden; deshalb paßt dieser strahlende Winterstern, wenn sein Licht über der erstarrten, leblosen Erde unruhig flimmert, so ganz zur frostkalten Winternacht.

Der hellste der Fixsterne ist er, aber nicht der hellste aller Sterne. Hoch am östlichen Himmel sehen wir zur selben Zeit einen gelblichen, weit helleren Stern, den Jupiter, und in den ersten Stunden nach Sonnenuntergang glänzt im Westen der schönste aller Sterne, mit dem verglichen sogar unser Sirius nur als winziges Ding erscheint, der Abendstern Venus. Aber Jupiter und Venus sind keine Fixsterne, sondern Planeten, das heißt Wandersterne. Die Fixsterne sind die echten Sterne, sie sind wie angeheftet an der Himmelskugel, die sich wie eine ungeheure Kuppel langsam über unseren Häuptern herumwälzt und dabei die Sterne mit sich führt, von ihrem Aufgang, bis sie wieder am Horizont verschwinden. An der Himmelskugel behalten daher die Fixsterne immer ihren festen Ort; sie nehmen immer dieselben Stellungen zueinander ein; genau dieselben Gebilde, die vor mehr als zwei Jahrtausenden die Griechen am Sternenhimmel erblickten, sehen wir noch heute. Anders die Planeten; sie haben keinen festen Ort, sondern wandern immerfort in sonderbar unregelmäßigen Bahnen zwischen den Sternen durch. Sie gleichen nur äußerlich den Sternen; in Wirklichkeit sind sie dunkle, von der Sonne erleuchtete Körper, genau so wie die Erde selbst. Schon ihr freundlicher ruhiger Schein, ohne das Flimmern der Fixsterne, hebt sie von diesen ab und grüßt uns heimisch, wie das Bild einer verwandten Nachbarwelt.

Zu ihnen gehört der Sirius nicht. Er leuchtete vor viertausend Jahren den Babyloniern und den Ägyptern, vor zweitausend Jahren den Griechen und Römern genau so wie heute uns, in gleichem Gebilde mit den umgebenden Sternen. Er hat sich nicht geändert, aber die Menschen, die ihn betrachteten, sind ganz andere geworden; sie haben ihn damals mit anderen Augen angesehen, und die Rolle hat gewechselt, die der glänzende Hundsstern im Leben und Wissen der Menschen spielt. Das Astronomenvolk des grauen Altertums, die Babylonier, haben sich wenig mit ihm beschäftigt; die Himmelsbeobachtungen ihrer Priester galten den Planeten und dem Mond, der die Zeitrechnung beherrschte; der Sirius war ihnen nur einer der vielen hellen Sterne im Hintergrund der Planetenbewegungen. Dagegen spielte der Sirius eine große Rolle bei den Ägyptern, die sich sonst um die ganze Himmelswelt nicht kümmerten, weil sie durch die natürlichen Umstände, die einfache Regelmäßigkeit ihrer Arbeit und ihres Lebens, nicht dazu veranlaßt wurden. Sie wohnten in dem engen Niltal zwischen zwei Wüsten, wo es fast nie regnete; die Fruchtbarkeit des Tals, also die Lebensquelle des Volks, hing von den alljährlichen herbstlichen Überschwemmungen des Flusses ab, die eine fruchtbare Schlammschicht über das Tal ausbreiteten. Das Schwellen des Nils leitete nach der sengenden Sommerhitze den Anfang der neuen Lebensperiode ein, und dieses Schwellen wurde angekündigt durch das erste Erscheinen des Sirius am Morgenhimmel. Im Sommer ist der Stern unsichtbar, weil er sich mit der Sonne in derselben Himmelsgegend befindet; erst wenn die Sonne weiter von ihm abrückt, erscheint er wieder, am Ende der Nacht, ehe die Morgendämmerung zu stark wird, und dann früher und früher in den folgenden Monaten. Den ägyptischen Priestern lag nun ob, das erste Wiedererscheinen des Sirius aus den Sonnenstrahlen zu verkünden, und in religiösen Festen wurde dann das Wiedererstehen des von dem bösen Geiste der Wüstenhitze getöteten Gottes gefeiert, der die befruchtenden Gewässer heranwälzte. So nahm dieser Stern im Leben und damit auch in der Götterlehre der Ägypter eine Stellung ein, wie kein anderer Himmelkörper außer der Sonne selbst.

Eine ähnliche Stellung hat der Sirius sonst niemals mehr behauptet. Die moderne Naturforschung nun gar sieht die Sternenwelt mit nüchternen Augen an; der eine Stern gilt ihr so viel wie der andere. Diese Demokratisierung des Himmels scheint die Spezialgeschichte eines einzelnen Sternes auszuschließen, an dem wir kein größeres Interesse haben, als an Hunderten und Tausenden anderer Sterne. So hätte die moderne Astronomie den alten Mythen nicht mehr hinzuzufügen, als daß der Sirius sechshunderttausendmal so weit von der Erde entfernt ist wie die Sonne, deren Lichtmenge er um das Achtzigfache übertrifft. Aber in Wirklichkeit hat die Eigenart des Sirius bewirkt, daß sein Name mit der Erinnerung großartiger wissenschaftlicher Triumphe verknüpft ist; an der Unregelmäßigkeit seiner Bewegung wurde zum ersten Male das Dasein eines unsichtbaren Sternes nachgewiesen.

Von den weit entfernten Himmelskörpern erhalten wir Kunde nur durch das Licht, das sie ausstrahlen; eine andere Vermittlung gibt es nicht zwischen ihnen und uns; was uns unsichtbar ist, das ist uns verschlossen. Dennoch können wir von unsichtbaren Himmelskörpern etwas erfahren, indem wir von dem Sichtbaren auf das Unsichtbare schließen, durch eine hoch entwickelte Theorie, die die gegenseitige Wirkung der Himmelskörper aufeinander richtig zu werten weiß. Die Entwicklung der Wissenschaft gestattet uns, den Ort

und die Bewegungen unsichtbarer Sterne zu bestimmen, durch die Anziehung, die sie auf die Bewegungen sichtbarer Sterne ausüben.

Es ist nicht vollkommen richtig, wenn man von den Fixsternen im Gegensatz zu den Planeten sagt, daß sie immer einen festen Ort an der Himmelskugel behalten. Auch die Fixsterne bewegen sich, aber bei ihrer riesigen Entfernung von der Erde läßt sich ihre Bewegung erst erkennen, wenn man die genauesten Abmessungen ihres Ortes in weit auseinander liegenden Zeiten miteinander vergleicht. Nur ein paar der am raschesten bewegten Sterne ändern ihren Ort in mehreren Jahrhunderten und Jahrtausenden um eine Vollmondsbreite; so bilden dem Augenschein nach die Sterne heute noch dieselben Figuren wie im Altertum. Diese langsamen Verschiebungen behalten fortwährend ihre Richtung und ihre Geschwindigkeit bei, da jeder Stern zu weit von allen anderen entfernt ist, als daß ihre Anziehung seine Bewegung ändern könnte. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bewies jedoch der Königsberger Astronom Bessel, daß der Sirius statt einer geraden regelmäßigen Bahn eine krumme unregelmäßige Bahn beschreibe, und er schloß daraus, daß sich in der Nähe des Sirius ein dunkler Himmelskörper befinden müsse, der durch seine Anziehung die Bewegung des Sirius beeinflusse.

Wenn man einen Stein schief emporwirft, so sieht man ihn eine regelmäßig gekrümmte Bahn verfolgen und schließlich gegen die Erde prallen. Wirft man an Stelle eines Steines ihrer zwei, die durch eine Schnur zusammengeknüpft sind, so purzeln sie, durch die gespannte Schnur zusammengehalten, im Fluge umeinander; keiner von beiden verfolgt die regelmäßig gekrümmte Wurfbahn des einzeln geworfenen Steines. Sieht man nun genau zu, so wird man bemerken, daß eine Stelle in der Mitte der Schnur diese regelmäßige Bahn verfolgt und daß sich die beiden Steine um diesen Punkt der Schnur im Kreise drehen. Wenn die beiden Steine gleich schwer sind, so ist es genau die Mitte der Schnur, die die regelmäßige Wurfbahn durchmißt und den Mittelpunkt der Drehungen bildet — man nennt diesen Punkt den gemeinsamen Schwerpunkt der beiden Körper —, und beide Steine machen gleich große Schwingungen. Ist der eine Stein dagegen groß und der andere klein, so liegt der gemeinsame Schwerpunkt, der die regelmäßige Bahn durchläuft, nahe an dem großen Stein (und zwar um so näher, je mehr er den anderen Stein an Größe übertrifft), und man sieht den großen Stein fast regelmäßig fliegen, während der kleine sich in weitem Bogen um ihn herumschleudert. Denkt man sich nun, daß so ein Paar miteinander verbundener Körper durch die Luft fliegt, indem der eine und ebenso die Schnur unsichtbar ist, so kann man aus den sonderbaren, unregelmäßigen Bewegungen des anderen, der sich bald rasch vorwärts, bald langsam oder gar rückwärts bewegt und zugleich auf- und niederschwingt, mit Sicherheit schließen, daß er mit einem unsichtbaren Körper verbunden durch die Luft fliegt. Und genau so liegt es bei dem Sirius.

Zwei Weltkörper, die sich nahe stehen, halten sich durch ihre Anziehung fest und beschreiben Bahnen umeinander. Oder genauer: sie beschreiben Bahnen um den gemeinsamen Schwerpunkt, der zwischen ihnen liegt, dem großen Körper um so viel näher, als seine Masse die Masse des anderen übertrifft; dieser gemeinsame Schwerpunkt, das Zentrum ihrer Bewegungen, verfolgt einen geraden regelmäßigen Weg, wie die anderen ungepaarten Sterne. Der Unterschied von den durch ein unelastisches Band verknüpften Steinen besteht darin,

daß die Entfernung der Sterne sich nicht immer gleich bleibt; ihre Bahnen sind Ellipsen, wie die Bahnen der Planeten um die Sonne; bald nähern sie sich einander und dem gemeinsamen Schwerpunkt, bald entfernen sie sich voneinander und von diesem Punkte. Wenn der eine dieser Weltkörper nun dunkel und daher unsichtbar ist, so wird der andere dessen Dasein durch seine unregelmäßige Bewegung verraten, indem er, genau wie in dem Falle der beiden Steine, hin und her schaukelt um das unsichtbare Zentrum der Bewegung, das unbeirrt seine gerade regelmäßige Bahn verfolgt.

So konnte Bessel aus der Unregelmäßigkeit, womit sich der Sirius bewegte, die Existenz eines dunklen Begleitsternes behaupten; es war nicht schwer, die Bahn des Sirius um das Zentrum der Bewegung abzuleiten, die er in ungefähr fünfzig Jahren einmal durchläuft. Bald nachher fanden sich noch einige andere Sterne, deren Bewegung in ähnlicher Weise auf dunkle Begleiter schließen läßt. Aber damit nicht genug!

Im Jahre 1862 hatte ein amerikanischer Mechaniker, Alvan Clark, der sich mit großem Erfolg dem Schleifen von Glaslinsen für Fernrohrobjektive zugewandt hatte, ein 18zölliges Objektiv vollendet, das an Größe alle damals bestehenden Objektive übertraf. (Später hat derselbe Clark noch weit größere gemacht, auch die Linsen für das 36zöllige Riesenfernrohr der Licksternwarte in Kalifornien und für das 40zöllige der Yerkessternwarte bei Chicago.) Als er, um die Güte seines Werkes zu erproben, das Fernrohr mit diesem Objektiv auf den Sirius richtete, erblickte er in dessen unmittelbarer Nähe, fast in seinen blendenden Strahlen versteckt, ein winziges Sternchen, das dann, auf diese Kunde hin, auch von anderen Astronomen mit kleineren Instrumenten gesehen wurde. Dieses Sternchen stellte sich bald als der dunkle Begleiter des Sirius heraus, den Bessel theoretisch entdeckt hatte. Er war also nicht vollkommen unsichtbar, wie man früher geglaubt hatte, aber im Vergleich mit dem Sirius selbst durfte man ihn immer noch einen dunklen Körper nennen.

Da seine Entfernung vom Sirius dreimal so groß ist, wie die schon bekannte Entfernung des Sirius zum gemeinsamen Schwerpunkt, da er also von diesem Punkte doppelt so weit entfernt ist als der Sirius selbst, so ist seine Masse halb so groß wie die Masse des Sirius. Aber er ist kaum ein Tausendstel so hell, er muß also eine viel dunklere Oberfläche haben oder zu einem kleineren Volumen zusammengepreßt sein. Dies stimmt ganz überein mit dem, was man über die Entwicklung der Sterne weiß. Nachdem sich die beiden ungleich großen Körper früher einmal getrennt haben, hat der kleinere der beiden viel rascher alle Entwicklungsstadien durchgemacht, er ist weiter kondensiert, hat also eine viel kleinere Oberfläche, und ist weiter abgekühlt, während der größere Sirius noch dünner und größer an Volumen ist und sich noch in dem höchsten Grade der Weißglut befindet. Daher ist der kleinere der beiden Gesellen neben dem größeren fast unsichtbar geworden und hat zur höheren Ehre der astronomischen Theorie schon als unsichtbarer Himmelskörper ein gespenstisches Dasein geführt, ehe er schließlich mit Menschenaugen gesehen wurde.

Als nachträgliche Bestätigung der Theorie war diese Entdeckung nicht notwendig, denn die Existenz des unsichtbaren Himmelskörpers war genau so gewiß und sicher, als die Existenz jedes anderen Sternes. Sie macht aber die Geschichte des Sirius und seiner Beziehungen zum menschlichen Glauben und Wissen desto interessanter.

Kant und Spinoza.

Von **F. Mehring**.

Eduard David, **Referentenführer**. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Berlin 1907, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. 104 Seiten. Preis 1,50 Mark.

J. Stern, **Die Philosophie Spinozas**. Erstmals gründlich aufgehellt und populär dargestellt. Dritte, stark verbesserte Auflage. Stuttgart 1908, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 192 Seiten. Preis gebunden 2 Mark.

Der Referentenführer des Genossen David hat namentlich wegen seiner Ausflüge aufs philosophische Gebiet eine lebhafte Erörterung in der Tagespresse der Partei hervorgerufen, auf die wir hier im einzelnen nicht eingehen können und noch weit weniger eingehen wollen. Da Genosse David erklärt, nur darüber zu lachen, wenn der „bunte Wechsel“ der philosophischen Systeme aus „der Entwicklung der Produktionsverhältnisse erklärt“ werde, so gestehen wir offen, daß uns jede Möglichkeit einer Verständigung mit ihm fehlt. Ein letzter Versuch, den wir zu dieser Verständigung machten, indem wir das philosophische Buch zur Hand nehmen, das Genosse David als Leitfaden für Anfänger empfiehlt, nämlich F. A. Langes „Geschichte des Materialismus“, scheiterte daran, daß dieser Leitfaden gleich auf seinen ersten Seiten der Lächerlichkeit verfällt, den antiken Materialismus aus den damaligen Produktionsverhältnissen zu erklären.

Auf gleichen Fuß mit dieser Lächerlichkeit stellt Genosse David den Versuch einer gewissen „Richtung“, sich Spinoza zum philosophischen Kirchenvater zu erkiesen. Er will dagegen nichts einwenden, aber nur so, wie ein vernünftiger Mann sich nicht erst in eine Diskussion mit Leuten einläßt, die nicht recht bei Troste sind; sonst bleibt er bei seinem geliebten und vergötterten Kant, in dessen Gefolge er sogar Goethe erblickt, was bisher noch keinem sterblichen Auge vergönnt war. Nun erscheint aber eben jetzt die vortreffliche Schrift des Genossen Stern über die Philosophie Spinozas in dritter, stark verbesserter Auflage, die unseren Lesern anzuzeigen uns obliegt, und da wäre es eine auffällige Unhöflichkeit, an dem Bannfluch des Genossen David gegen den philosophischen Kirchenvater Spinoza schweigend vorüberzugehen.

Genosse Stern hat seine Schrift zum ersten Male vor bald zwanzig Jahren veröffentlicht, und sie ist damals ziemlich scharf, unseres Erachtens sogar zu scharf, in der „Neuen Zeit“ besprochen worden. Jedoch Genosse Stern gehört zu den Leuten, die Kritik vertragen und sogar von der Kritik lernen; was damals mit Recht an seiner Arbeit getadelt wurde, das hat er beseitigt oder verbessert, und was ihm unbilliger Tadel zu sein schien, das hat er nicht beachtet. So wie das Büchlein heute von neuem erscheint, so knapp in der Form wie klar im Inhalt, durchsichtig überall, wird es von jedem, der sich für philosophische Fragen interessiert, mit lebhaftem Genuß gelesen werden, und wir wünschten wohl, alle großen Philosophen würden in ähnlichen kleinen Monographien abgehandelt; unsere Parteiliteratur könnte dadurch eine sehr wertvolle Bereicherung erhalten, und solche Kapitel über Philosophie, wie sie im Referentenführer des Genossen David enthalten sind, wären unmöglich oder mindestens, wenn sie noch möglich wären, so würde die Kritik daran so überflüssig sein, wie sie heute leider noch notwendig ist.

Freilich lassen sich so wohlgelungene Bücher nicht schreiben, wie dies Buch des Genossen Stern über Spinoza, wenn der Verfasser nicht mit hingebender Begeisterung seinem Gegenstand zugetan ist. Und dieses Licht hat denn auch seinen Schatten. Ohne bei dem bescheidenen Scherze von dem „philosophischen Kirchenvater" irgend eine Anleihe zu machen, so müssen wir doch gestehen, daß Genosse Stern nicht historisch — darauf kommen wir noch zurück —, aber philosophisch die Philosophie Spinozas überschätzt. Wir sind nicht der Ansicht, daß es nur eine wahre theoretische Philosophie geben kann, sondern gestehen jeder theoretischen Philosophie eine Wahrheit, aber jeder auch nur eine bedingte Wahrheit zu. Keine kann eine „endgültige Wahrheit letzter Instanz" sein, und wir glauben, daß wer auf dem Boden des historischen Materialismus steht — der seinerseits eine wissenschaftliche Methode ist, aber kein geschlossenes System sein will, was zu sein Genosse Stern für den Spinozismus beansprucht —, gegenüber Spinoza eben nur so weit kommt, wie schon Lessing kam: Wenn ich mich nach jemand nennen soll, so weiß ich keinen anderen.

Ohne seine große Liebe für Spinoza hätte Genosse Stern sein schönes Buch nicht schreiben können; so mag es unbillig erscheinen, bei den Schatten dieses Lichtes zu verweilen. Jedoch darf der Kritiker nicht ganz dazu schweigen, soweit andere philosophische Richtungen dadurch zu kurz kommen, namentlich der naturphilosophische Materialismus, auf den Genosse Stern allzu schlecht zu sprechen wird. Begreiflich genug, da der Spinozismus so häufig mit jenem Materialismus zusammengeworfen worden ist, daß ein begeisterter Verehrer Spinozas wohl versucht sein mag, vor allem die Unterschiede beider Weltanschauungen zu betonen. Allein Genosse Stern verschüttet dabei ein wenig das Kind mit dem Bade. Die „Beseeltheit der Materie", wodurch sich der Spinozismus entscheidend vom Materialismus trennt, ist von Spinoza, wie Stern selbst sagt, „ohne weiteres", das heißt also ohne Beweis „vorausgesetzt" worden, und wenn Stern hinzufügt, diese Beseeltheit der Materie werde von den modernen Naturforschern mehr und mehr anerkannt, so hat sie auch manchen dieser Naturforscher in den alten Gespensterglauben des Dualismus zurückgeführt. Siehe zum Beispiel Wundt, den Stern als Schwurzeugen für Spinozas „psychophysischen Parallelismus" anführt. Sein Gespenst hat jedes philosophische System im Hause, das eine „endgültige Wahrheit letzter Instanz" sein will.

Wenn wir also philosophisch nicht ganz mit dem Spinozismus des Genossen Stern übereinstimmen können, so möchten wir die historische Bedeutung Spinozas fast noch höher stellen, als er in seinem Buche wenigstens ausdrücklich betont. Man kann unmöglich den Einfluß überschätzen, den die großen Grundgedanken Spinozas: die Einheit alles Seienden, die Gesetzmäßigkeit alles Geschehens, die Einerleiheit von Geist und Natur, auf die moderne Kulturentwicklung gehabt haben. Darin läßt sich Kant nicht entfernt mit ihm vergleichen, wie Kant auch als Charakter und Denker beträchtlich unter Spinoza steht. Spinoza war ein armer Schelm, ein viel ärmerer Schelm als Kant, aber er hatte keine Spur vom ängstlichen Philister, und seinem unersättlichen Wissensdurst hätte er nie das demütige Geständnis an die hohe Obrigkeit abgezwungen: „Ich mußte das Wissen aufheben, um zum Glauben Platz zu bekommen."

Mit dem modernen Sozialismus ist Spinoza durch drei mächtige Ströme verbunden: durch seinen Einfluß auf fast alle großen Geister unserer klassi-

schen Literatur, auf Goethe, Lessing, Herder — die so gut wie einzige Ausnahme bildete Schiller, der zeitweise Kantianer war —; dann durch seinen nicht minder bedeutenden Einfluß auf die großen französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts, und endlich dadurch, daß er, nachdem Kant den Karren unserer klassischen Philosophie in der, wie Genosse David sagt, „generellen Begrenztheit alles menschlichen Wissens“ festgefahren hatte, ihn durch seinen Einfluß auf Schelling, Hegel, Ludwig Feuerbach wieder ins richtige Geleise brachte, bis an die Schwelle des wissenschaftlichen Sozialismus.

Dagegen sind die Fäden, die Kant mit dem modernen Sozialismus verbinden, sehr dünn und spärlich, so wenig wir sie ganz leugnen wollen. Wir wagen jedoch nicht, uns über dies Thema zu verbreiten, solange es uns nicht geglückt ist, nach dem Rate des Genossen David die Werke Langes und Kants zu studieren, um Marx, Engels und Dietzgen zu verstehen. Umgekehrt ginge es schon eher, denn bei Dietzgen lesen wir: „Das reaktionäre Getute: Auf Kant zurück! das von allen Seiten in die Gegenwart hineingeblasen wird, geht aus der monströsen Tendenz hervor, die Wissenschaft umzukehren“, und ferner: „Wahrhaft Klassisches aber leistet im Konfusen die Geschichte des Materialismus von F. A. Lange. Abgesehen von vielen nebensächlichen Schönheiten und Vortrefflichkeiten des Werkes ist doch der philosophische Standpunkt Langes die erbärmlichste Zappelei in metaphysischer Schlinge, die je gesehen wurde.“ Das ist wenigstens ein kurzer Weg der Verständigung, und da Genosse David die Schriften Dietzgens „positiv-schöpferisch“ nennt, so ist es auch vielleicht der richtige.

Indessen wer weiß? Einstweilen wollen wir nur um des braven Kant willen uns nicht unseren braveren Spinoza verkümmern lassen.

Berliner Theater.

In einem bürgerlichen Blatte stand dieser Tage zu lesen: „Unser Theater treibt wie ein Wrack vor Wind und Wellen.“ Das Wort ist nicht minder wahr, als es scharf ist, versteht sich unter künstlerischem Gesichtspunkt, der allein maßgebend sein darf. Das heutige Theater ist ein kapitalistischer Geschäftsbetrieb geworden, wie jeder andere auch: die einzelnen Bühnen befehden sich in heftiger Konkurrenz, und es mag sein, daß die einen dabei gute Geschäfte machen, während die anderen verkrachen. Aber mit der Kunst hat das alles nichts zu tun, und es ist eine undankbare Aufgabe, nach ihren letzten Spuren da zu suchen, wo tatsächlich die rücksichtslose Geldspekulation das entscheidende Wort führt.

Solcher Spuren hat der vergangene Monat im Berliner Theaterbetriebe zwei aufzuweisen, die an dieser Stelle erwähnt zu werden verdienen: die Aufführung eines neuen Dramas von Gerhart Hauptmann im Lessingtheater und die Neueinstudierung von Schillers Erstlingsdrama im Deutschen Theater. „Kaiser Karls Geisel“ nennt sich das „Legendenspiel“, wie Hauptmann das neueste Kind seiner dramatischen Muse getauft hat. Es ist ein mißratenes Kind, gleich so vielen seiner älteren Geschwister; jede Bühne hätte es mit Hohnlachen abgewiesen, wenn es nicht von Gerhart Hauptmann, sondern von einem Dichter mit noch unbekanntem Namen verfaßt worden wäre, und insofern gehört es auch nur in das Kapitel von dem Theater als reiner Kapitalsanlage. Allein der Dichter selbst hat es nicht so gemeint. Denn sonst hätte er nicht den sechzigjährigen Kaiser Karl vier lange Akte hindurch stöhnen und wimmern lassen über seine greisenhafte Liebe zu einer Geisel, die an seinem Hofe lebt: einem Sachsenmädchen, das noch ein halbes Kind, aber

schon eine ganze und noch dazu eine pervers veranlagte Dirne ist. So was hält das kapitalistische Parkettpublikum nicht aus, und es ist am Ende nicht die schlimmste seiner Sünden; bei aller Abneigung gegen seinen schlechten Geschmack und bei aller Anerkennung des guten Willens, womit Hauptmann sich allein von seinen dichterischen Zwecken leiten läßt, ist es doch nicht möglich, dies „Legendenspiel" zu retten.

Es bleibt nun einmal bei dem, was Lessing irgendwo im „Laokoon" sagt: „Ein gieriger Blick macht das ehrwürdigste Gesicht lächerlich, und ein Greis, der jugendliche Begierden verrät, ist sogar ein ekler Gegenstand." Homer läßt die trojanischen Greise beim Anblick der Helena in bewunderndes Entzücken verfallen, aber es ist ein augenblicklicher Funke, den ihre Weisheit sogleich erstickt, nur bestimmt, der Helena Ehre zu machen, aber nicht, sich selbst zu schänden; sonst wären diese trojanischen Greise alte Gecken. Solch ein alter Geck und nichts anderes ist Kaiser Karl in Hauptmanns „Legendenspiel". Das Drama entbehrt jeglicher Handlung, nicht etwa nur in äußerlichem Sinne, sondern auch im Sinne einer psychologischen Entwicklung; alle anderen „handelnden Menschen", die darin auftreten, sind bloße Nebenfiguren, einschließlich der Geisel selbst; der Kaiser hat so gut wie allein das Wort, und in unendlichen Monologen voll stelzbeiniger Verse trägt er seine Liebesqual vor, bis er im vierten Akte eine halbe Stunde am offenen Sarge der für ihn so spröden und für junge Kerle so willigen Schönen jammert, die inzwischen von einem patriotischen Kanzler vergiftet worden ist, weil sie den Kaiser in seinen Sachsenschlächtereien und sonstigen christlichen Kulturtaten lähmt. Nachdem er sich ausgeweint hat, schwingt er natürlich zum Schlusse wieder sein Schlachtschwert und verspricht, das alte Mordgeschäft mit frischen Kräften zu beginnen.

Das Drama fiel gänzlich ab, und es wäre allzu wohlfeil, das totgeborene Kind noch zu sezieren. Eher drängt sich eine melancholische Betrachtung über das Schicksal des Dramatikers Hauptmann als solchen auf. Es sind jetzt gerade zehn Jahre her, als er seinen letzten leidlichen Erfolg erreichte, mit dem „Fuhrmann Henschel"; seitdem ist es mit ihm unaufhaltsam bergab gegangen, anfangs langsamer, mit gelegentlicher Unterbrechung, die wieder leise Hoffnung zu schöpfen gestattete, seit der tanzenden Pippa aber in einer Art galoppierender Schwindsucht. Wenn anders dies Talent, um in seinem eigenen Märchenstil zu sprechen, nicht durch den Blick einer bösen Fee gelähmt worden ist, so ist es gänzlich erschöpft; der Strom ist völlig im Sande verronnen, während der Dichter noch in einem Lebensalter steht, das große Talente erst auf der vollen Höhe ihrer Schaffenskraft zu sehen pflegt.

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die letzten Getreuen, die sich nicht mit dem Schwarme verlaufen mögen, sondern in unerschütterlicher Treue zur Fahne des Dichters stehen, ihm noch die dramatischen Lorbeeren zu retten suchen, indem sie sagen, man verstehe den genialen Poeten nur nicht, der viel persönliches Erleben in sein Dichten zu legen wisse und in seiner Gedankentiefe mühsam erschlossen werden wolle. Diese Rede geht jetzt wieder um, wie sie schon bei manchem früheren Drama Hauptmanns umgegangen ist, jedoch bei aller Achtung vor der Freundestreue, die sie beseelt, ist sie in der Tat nicht tragisch und selbst nicht einmal ernsthaft zu nehmen. Wenn der achtzigjährige Goethe oder auch der siebzigjährige Ibsen, nach glorreich vollbrachten Tagewerken, dem Alter ihren Tribut zollen und ihr Erleben nicht mehr in plastischen Gestalten zu verkörpern, sondern nur noch in dunklen Runen davon zu singen und zu sagen wissen, so wollen wir uns in allem Respekt mit diesen Runen abmühen. Aber wenn ein lebensfrischer Dichter um sein vierzigstes Lebensjahr herum, ein Dichter, der so wenig wie eine historische je eine philosophische Anlage und Bildung verraten, sondern seine Begabung gerade nur in der mikroskopisch feinen und kleinen Beobachtung der alltäglichen Wirklichkeit bekundet hat, wenn ein solcher Dichter uns mit mystischem Tiefsinn kommt, nicht einmal, sondern wiederholt, und mit ganz nüchternen Intervallen dazwischen, so lassen wir uns dadurch ein für allemal nicht verblüffen. Das ist nicht künstle-

rischer Drang, sondern künstliche Mache, mag sich Hauptmann selbst, der beiläufig in seinen neunzehn Dramen noch nicht das kleinste Scherflein zum Gedankenschatze der Nation gespendet hat, auch selbst für einen philosophischen Dichter halten.

Noch nicht das kleinste Scherflein, es sei denn, daß man meine, er habe in seiner „Versunkenen Glocke“ seine eigene Dichtung treffend gekennzeichnet mit dem Worte: Im Tale klingt sie, in den Bergen nicht. Er konnte sich einen großen dichterischen Namen nur in einer Zeit schaffen, wo der kastalische Quell nicht in mächtigen Sprüngen von den Bergen stürzte, sondern langsam durch eine dürre Ebene sickerte, oder richtiger: nur in einer solchen Zeit konnte ihm ein großer, dichterischer Name geschaffen werden. Wir an unserem Teil haben uns an dieser Stelle über Art und Umfang seines Talentes nie irgendwelchen Illusionen hingegeben und ihn nicht einmal entfernt den Kleist und Hebbel gleichzustellen vermocht, als der korybantische Lärm erscholl, daß er selbst über die Goethe und Shakespeare emporrage. Aber dessenungeachtet oder auch gerade deshalb beklagen wir das klägliche Erlöschen seiner Dichterkraft; mäßige Talente, wie Hauptmann immer nur eines gewesen ist, bedürfen vor allem der Selbstkritik, und an seinem frühzeitigen Ende als Dichter trägt die Clique, die ihm mit jedem Mittel der Reklame einen tönernen Ruhm fabrizierte, einen großen Teil der Schuld. Hätte er ihren Lockungen zu widerstehen und auf dem Wege weiter zu wandeln gewußt, den er mit den „Webern“ und dem „Biberpelz“ zu beschreiten begann, so wären ihm glücklichere Lose gefallen, aber dazu gehört eben ein großer Dichter, der in seiner Weise immer auch ein großer Charakter ist.

Von der greisenhaften Nichtigkeit des „Legendenspiels“, das Hauptmann mühsam zurechtfabriziert hat, hob sich in leuchtender Jugendfrische Schillers revolutionärer Erstling ab, den das Deutsche Theater in neuem Gewande herausbrachte. Diese Bühne bemüht sich, die reichen Mittel und Möglichkeiten des kapitalistischen Geschäftsbetriebs in den Dienst künstlerischer Zwecke zu stellen, indem sie klassische Dramen mit aller dramaturgischen und schauspielerischen Kunst herausbringt, über die ein modernes Theater verfügt. Es ist unzweifelhaft ein interessanter und lehrreicher Versuch, und die Tortur, die einem „König Karls Geisel“ bereitet, wird reich vergolten durch den Genuß, womit die Fülle der Gesichte in Schillers „Räubern“ überrascht. Aber ein künstlerischer Genuß im reinen Sinne des Wortes ist es auch nicht; der wildgewachsene Baum des Waldes verkümmert in einem prunkenden Luxuspark.

Herr Max Reinhardt, der Direktor des Deutschen Theaters, hat seine rastlose Arbeit zunächst an Dramen Shakespeares und Schillers gesetzt, an den „Sommernachtstraum“, den „Kaufmann von Venedig“, „Was ihr wollt“, ferner an „Kabale und Liebe“ und nun neuestens an die „Räuber“, die das eigentliche Ereignis im Berliner Theaterleben dieses Winters sind. Bei der Auswahl von Shakespeares Dramen hat Herr Reinhardt sicherlich einen feinen Geschmack bewährt, indem er solche wählte, die in gewissem Sinne zeitlos sind: den „Sommernachtstraum“ mit seiner reinen Feen- und Phantasiewelt, wo übernatürliche Wesen mit höheren Naturkräften in die Menschenwelt hineinspielen, oder den „Kaufmann von Venedig“ und „Was ihr wollt“, wo zwar das eigentlich Unnatürliche und Wunderbare fortfällt, die Handlung aber immer noch einen märchenhaft-phantastischen Charakter trägt und Situationen vorführt, die in der wirklichen Welt so nicht denkbar sind. Ungleich schwieriger liegt die Sache bei Schillers Dramen, und nun gar bei seinen revolutionären Jugenddramen, die mit allen Fasern im Boden ihrer Zeit, einer ganz bestimmten, historisch scharf umrissenen Zeit wurzeln.

Ganz freilich läßt sich kein Drama, auch Shakespeares Feen- und Märchenlustspiel nicht, von der Bühne lösen, auf der es einst zum Leben erwacht ist. Wie sah denn Shakespeares Bühne aus? Ein rohes Brettergerüst, wo die Frauenrollen von Männern gespielt wurden und junge, adelige Tagediebe mitten auf der Szene

Digitized by Google

herumlungerten; das Parterre ein offener, unbedeckter Hofraum, in der Mitte der übelriechende, zum allgemeinen Gebrauch bestimmte Bottich; ein Publikum von Gesellen und Lehrlingen, von Bootsleuten und Werftarbeitern, das während der Aufführungen aß und trank, rauchte und Karten spielte; auf der Galerie käufliche Schönheiten, denen das Theater als gefällige Kupplerin diente, und erst versteckt hinter ihnen ehrbare Bürgersfrauen, die der Versuchung des Theaterbesuchs nicht widerstehen konnten, aber nur mit Masken vor dem Gesicht zu erscheinen wagten. Ohne Shakespeares Bühne ist Shakespeares Drama niemals völlig zu verstehen, und es nimmt um so fremdere Züge an, je weiter sich die Bühne, auf der es heute erscheint, von seiner mütterlichen Bühne entfernt hat. Schillers Bühne stand der heutigen Bühne nun freilich schon viel näher, aber wie anders war auch noch sie! Als das Hoftheater in Mannheim am 13. Januar 1782 zum ersten Male die „Räuber" aufführte, machte es die ungewohnte Ausgabe von 12 Gulden 18 Kreuzern, um für die Szene am Turme einen „Mond mit blechernem Spiegel" anzuschaffen, und wie begeistert war der junge Dichter über diesen Mond, dessengleichen er noch auf keiner Bühne gesehen hatte; „er lief gemächlich über den Theaterhorizont und verbreitete nach Maßgabe seines Laufes ein natürliches schröckliches Licht in der Gegend". Es war diese Szene, die bei der ersten Aufführung die mächtige Wirkung des Dramas entschied.

Um gleich hieran anzuknüpfen, so versagt in der Aufführung der „Räuber", wie sie gegenwärtig das Deutsche Theater inszeniert, gerade diese Szene vollständig, weil sie das — für die Dichtung ganz nebensächliche — Tun und Treiben der Räuber am Turme bis ins kleinste hinein darzustellen unternimmt. Das Lagern der Bande auf dem schwellenden Moosteppich, unter ragenden Bäumen, das allmähliche Ersterben des Räuberlieds im Räuspern und Schnarchen der Schläfer, das nächtliche Waldleben in all seinen menschlichen und tierischen Lauten, dann das Hämmern und Meißeln des Räubers Moor an der Pforte des Hungerturmes — alles das ist mit einem Raffinement ausgeklügelt und dargestellt, wogegen jener blecherne Mond mit seinem „schröcklichen" Scheine freilich ganz im Dunkeln verschwinden mag. Aber über diesem unzähligen Detail, das die Spannung des Hörers vielmehr zerstreut als konzentriert, geht die dramatische Wirkung der Szene ganz verloren, und die Illusion, die gesteigert werden soll, wird vielmehr völlig zerstört. Was hilft auch die noch so naturgetreue Nachahmung eines schwellenden Moosteppichs, wenn unter jedem Räuber, der sich zum Schlafe darauf wirft, die Bretter der Bühne ächzen und knarren! Man darf niemals der Phantasie des Hörers alles vorwegnehmen, wenn man sie nicht aus Mangel an Nahrung töten will; auch hier gilt das Wort Schillers vom Meister des Stils, der sich gerade in dem zeigt, was er weise verschweigt.

Wie die „Räuber" im Sturm und Drang gedichtet worden sind, so wollen sie auch im Sturm und Drang gespielt sein. Eine Darstellung, die nicht nur jedes leise Spiel des dichterischen Schaffens, sei es nun wirklich oder auch nur möglich, herauszuholen bemüht ist, sondern auch jeden geistreichen oder selbst nicht geistreichen Einfall der Regie und der Schauspieler hineintragen will, treibt nur die Plumpheit der Intrige, die krassen Unwahrscheinlichkeiten der Handlung, die Sorglosigkeit in der Motivierung, die schon Goethe an Schiller hervorhob, um so schärfer hervor. Franz Moor, von jeher ein Lieblingsobjekt für den Witz denkender Künstler, wird im Deutschen Theater höchst modern gespielt, feminin-pervers, sozusagen im Hardenstile; es ist gar keine unbeträchtliche Leistung, aber aus dem Geiste Schillers ist sie nicht geboren.

Und wenn nur etwas von der minutiösen Sorgfalt, die auf alles bühnentechnische Drum und Dran verwandt wird, dem Texte des Dichters zugute gekommen wäre! Man konnte es dem Hoftheaterintendanten Dalberg nicht so sehr verdenken, wenn er für die erste Aufführung des Dramas allerlei Zugeständnisse von dem Dichter beanspruchte, die den revolutionären Charakter des Dramas

mildern sollten, Zugeständnisse, zu denen sich Schiller nur schweren Herzens bequemte. Aber heute sollte man doch den unverfälschten Dichter spielen, gerade aus den künstlerischen Tendenzen heraus, von denen sich das Deutsche Theater in seiner Inszenierung klassischer Dramen leiten läßt. Tatsächlich wird das Drama aber immer noch kastriert, wenn auch nicht mehr so arg, wie einst von Dalberg; an gelegentlichen derben Worten läßt man sogar mehr passieren, als der kapitalistische Wohlanstand sonst zu dulden pflegt; aber es kommen doch noch häßliche Vandalismen vor, so die Streichung der Sätze, in denen der Räuber Moor sein Rächeramt an den schurkischen Höflingen und Ministern rühmt, die sonst für die irdische Gerechtigkeit unerreichbar seien. Durch diesen groben Riß in den Text werden gewissermaßen die revolutionären Wurzeln des Dramas zerschnitten. Man raubt ihm die historische Wirklichkeit, die es einmal gehabt hat, und damit auch die ästhetische Wahrheit, die ihm selbst durch das gelungenste Schnarchkonzert im nächtliches Waldesdunkel nicht wiedergegeben werden kann.

Umzubringen sind die „Räuber“ bei alledem nicht, trotz aller „Schillerhasser“ des modernen Naturalismus, der gekommen und gegangen ist, ohne dem mächtigen Block auch nur ein Steinchen abzubröckeln. Und sicherlich verdient es von wegen des guten Willens alle Anerkennung, wenn sich das kapitalistische Theater auf diesen Fels retten will. Allein seine Liebe ist noch gefährlicher als sein Haß, denn sie bröckelt wirklich ein Stückchen von dem harten Stein ab. F. M.

Bücherschau.

Georg Christoph Lichtenberg, **Gedanken, Satiren, Fragmente.** Herausgegeben von Wilhelm Herzog. 1. Band. Mit Porträt. 275 Seiten. 2. Band. Mit vier Tafeln nach Chodowiecki. 357 Seiten. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1907.

Die deutsche Literatur ist verhältnismäßig arm an geistreichen Moralisten, wenigstens im Verhältnis zur französischen Literatur, und die wenigen, die sie besitzt, werden kaum nach Verdienst gewürdigt. Am ehesten noch Schopenhauer, dessen Ruhm sich sogar viel mehr auf die Aphorismen und Maximen seines Nebenwerkes stützt als auf die grundlegende Philosophie seines Hauptwerkes. Dagegen sind von den älteren Knigge und Lichtenberg nur noch die Namen in diesem oder jenem geflügelten Worte bekannt.

Wir begrüßen deshalb gern die vorliegende Auswahl aus Lichtenbergs Schriften, die von Wilhelm Herzog mit feinem Blick und sicherer Hand getroffen und von der Verlagsbuchhandlung geschmackvoll ausgestattet worden ist. Die Auswahl war notwendig, wenn einem größeren Leserkreis wieder der Geschmack an Lichtenbergs Gedankenwelt eingeflößt werden soll; wer den ganzen Lichtenberg haben will, kann ihn in der eben erscheinenden Ausgabe Leitzmanns finden. Herzog hat unseres Erachtens recht, wenn er sagt, daß man sich in dieser großen Ausgabe durch viel Gestrüpp hindurcharbeiten müsse. Dies ergibt sich schon aus Lichtenbergs Arbeitsweise; er trug in seine „Sudelbücher“, wie er seine Tagebücher nach einem Ausdruck der englischen Kaufmannswelt nannte, alles wirr durcheinander ein, was ihm der Tag brachte: Eindrücke, philosophische Einfälle, komische Ausdrücke, autobiographische Notizen, kritische Bemerkungen zur Literatur und Kunst. Er hat seine Absicht, alles das zu ordnen, nicht selbst ausgeführt, und es heißt nur, seinen eigenen Willen vollstrecken, wenn der heutige Herausgeber mit dem nötigen Gleichmaß von Pietät und Verständnis das Korn von der Spreu sondert.

Von Knigge und Schopenhauer unterscheidet sich Lichtenberg durch seinen revolutionären Geist. Man hat seinen Namen oft mit Lessings Namen zusammen genannt, und auf den ersten Blick liegen auch große Ähnlichkeiten vor, doch wenn

Lichtenberg bei diesem Vergleich nicht zu kurz kommen soll, so darf man nicht übersehen, daß er in der Grundfarbe seines Talentes wie seines Temperamentes sich wesentlich von Lessing trennt: Lichtenberg war Humorist, nicht in dem flach-trivialen Sinne der bürgerlichen Ästhetik, die in Fritz Reuter den „größten deutschen Humoristen" erblickt, sondern im Sinne eines Sterne oder auch Jean Paul. Hieraus erklärt sich auch Lichtenbergs zersplitterte Produktionsweise. Der große, nachdenklich tragische Humor bringt es schwer zu geschlossenen Kunstwerken; man denke nur an die oft unschöne Fülle gelehrter Zitate bei Sterne und Jean Paul. Das „Durchstudieren der großen und kleinen Welt" gehört eben auch zur sinnigen Resignation, es am Ende gehen zu lassen, wie's Gott gefällt.

In Arbeiterbibliotheken, die entwickelt genug sind, die schöne und die schönwissenschaftliche Literatur berücksichtigen zu können, gehört auch diese Ausgabe Lichtenbergs.

Georg Hirschfeld, **Der Wirt von Veladuz.** Roman. Berlin, Verlag S. Fischer. 486 Seiten.

Mit diesem Roman hat Hirschfeld nicht nur sein reifstes Werk gegeben, sondern auch ein Werk, das durch seine Art angenehm absticht von der sonstigen zeitgenössischen Romanproduktion. Es begnügt sich nicht damit, losgelöst von jedem gesellschaftlichen Hintergrund Schicksale nnd Schicksälchen irgendwelcher Menschen und Übermenschen zu entwerfen, sondern es zeichnet Menschenschicksale, die geschaffen werden von der gesellschaftlichen Entwicklung, und zeichnet eben deshalb ein Stück dieser gesellschaftlichen Entwicklung selbst: das Eindringen des Kapitalismus in friedliche Alpentäler und die Umwandlung eines einsamen Bauernnestes in einen geräuschvollen Luxus- und Modeort.

Veladuz ist der Platz der Handlung. Zu Beginn des Romans liegt es noch im tiefsten Schlafe, den Zeiten der Naturalwirtschaft näher stehend als der kapitalistischen Ära, unberührt von dem „Gifte der Klassenunterschiede" und nicht leidend unter der Rassenverschiedenheit seiner Bewohner. Aber der Kapitalismus macht nicht Halt vor dem Frieden dieser Weltabgeschiedenheit: er entdeckt hier unerhörte Naturschönheiten, die ausgebeutet werden müssen, und bald strömt, durch riesige Reklamen in der internationalen Presse gelockt, das Drohnenvolk aus aller Herren Ländern in dem herrlichen Erdenwinkel zusammen, im Orte und an den Ufern des Mawlasees erheben sich Prachthotels, durch verwegen gebaute Tunnels frißt sich die Eisenbahn ihren Weg dorthin, wohin vordem kaum die Postkutsche kam, und nicht nur die Natur, sondern auch die Bewohner erliegen dem Zauber des neuen Gottes. Sie werden herausgerissen aus dem Idiotismus des Landlebens, dafür hineingeschleudert in die Korruption des Kapitalismus. Die Waldursprünglichkeit ihres einfachen Seelenlebens wird durch eine geldgierige Raffiniertheit verdrängt. Gleichzeitig arbeiten die neuen Verhältnisse den Rassenhaß und die Klassengegensätze scharf heraus, und es geht in dem Kreise der eingewanderten Arbeiter und Eingesessenen toll zu wie in einer Goldsucherstadt Alaskas. Einmal scheint durch eine Riesenpleite alles in ein urweltliches Chaos zurückstürzen zu wollen, aber der Kapitalismus ist der Stärkere. „Die gefährliche Abneigung der Fremden", schildert Hirschfeld den Schluß dieser Entwicklung, „in das ebenso schöne wie übel berufene Tal zurückzukehren, wurde durch das sicherste Mittel überwunden: riesige Zeitungsreklamen. Das gedruckte Pathos wirkte wie immer — man kam. Bald brachten die Bahnzüge wieder den ganzen eleganten Troß der Lebewelt durch das schwarze Tunnelloch, bald füllten sich die drei Hotels, und die neue Hochsaison sah einen Verkehr, wie Sternwald ihn in seiner besten Zeit nicht gesehen hatte. Der Volkscharakter freilich verflachte dabei immer mehr. Wenn man den Veladuzer nach seinem Beruf fragte, hieß es stets: Ich vermiete an Fremde. Viehzucht, Handwerk und Kunst wurden den Einheimischen immer mehr zu minderwertigen oder vergessenen Dingen. Das Wandervolk, das sich immer stärker einnistete, ersetzte sie in allem, was mühsam

war. Die Sitte wurde ein buntes Flickstuch, an dem jeder Hergelaufene die unsauberen Hände abwischte. Man fragte nach diesem und jenem nicht mehr — es gehörte zum Weltort." Wie man sieht, wenn es gälte, Partei zu nehmen, würde sich Hirschfeld ohne weiteres für den Idiotismus des Landlebens entscheiden.

Das geht auch aus der Zeichnung der Charaktere hervor, die Hirschfeld sich von dem geschilderten Hintergrund abheben läßt. Auf der einen Seite als Vertreter des kapitalistischen, des bösen Prinzips der Architekt Sternwald, auf der anderen Seite als Vertreter des rustikalen, des guten Prinzips schlechthin die Familie Freydank. Der alte Freydank, ein zäher Sasse dieses Tales, in dem die Freydanks seit nahezu tausend Jahren ihren Sitz haben, ein Bauer und Gastwirt, hält fest an der alten Produktionsweise und den alten Sitten. Sohn und Tochter dagegen erliegen schnell dem Einfluß Sternwalds, der die Tochter heiratet und den Sohn rettungslos einer Flut neuer Ideen überläßt. Der Sohn geht unter, die Tochter flieht mit Sternwald, den waghalsige Spekulationen schließlich zur Urkundenfälschung getrieben haben, in die Weiten, und der Alte, der verbittert wie „Jakob der Letzte" in Roseggers Roman seine Scholle Fußbreit um Fußbreit verteidigt hat, steigt zuletzt, auch er ein Besiegter, als Einsiedler hinauf in den Gottesfrieden der Berge.

So schließt mit einem wehmütig tröstlichen Ausklange das Werk, das in der lebendigen und frischen Darstellung wie in der psychologischen Motivierung der Charaktere mit zu dem Besten gehört, was die letzten Jahre auf diesem Felde erstehen sahen, und dessen künstlerischer Wert dadurch nicht getrübt wird, daß es ein gesellschaftliches Problem mit zwei Seiten nur von einer Seite beleuchtet.

Hermann Wendel.

Lose Blätter.

Jack London. Über den jungen amerikanischen Dichter, von dem Kautsky in Nr. 11 unseres laufenden Jahrganges das Buch: „Wenn die Natur ruft" anerkennend besprochen hat, veröffentlicht Genosse Jean Longuet in unserem Pariser Parteiblatt folgende interessante Notizen:

„Der große amerikanische Schriftsteller ist noch jung. Er wurde am 12. Januar 1876 in San Franzisko geboren, hat also eben sein zweiunddreißigstes Lebensjahr vollendet. Jack London hat immer ein sehr bewegtes Leben geführt. Nachdem er die kalifornische Universität besucht hatte, wurde er, teils aus Geschmack an Abenteuern und teils um seinen Lebensunterhalt zu gewinnen, Trapper und Cow-Boy und ging ins entlegene Klondyke, das ihn zu mehreren seiner glänzendsten Werke anregte. Er jagte den Seehund im Behrings-Meer und führte das Leben eines Tramp in den Staaten des fernen Westens und Kanadas.

„Im Jahre 1900 trat er als Schriftsteller von Rasse in seinem ersten Roman hervor, ‚Dem Sohne der Wölfin'; 1901 erschien ‚Der Gott seiner Väter'; 1902 ‚Eine Tochter des Schnees'. Mit einem Schlage stellte sich Jack London in die erste Reihe der Yankeeschriftsteller und die Kenner begrüßten in ihm einen kalifornischen Kipling. Aber London ist ein sozialistischer Kipling; er treibt in den Vereinigten Staaten eine glühende Propaganda für unsere Partei, in deren Reihen er seit sieben Jahren ununterbrochen kämpft. Unter dem bezeichnenden Titel: ‚Der Klassenkampf' sammelte er jüngst seine hauptsächlichsten sozialistischen Artikel.

„Gegenwärtig sind alle seine Freunde in schwerer Sorge um das Schicksal unseres hervorragenden Genossen. Er wollte auf einem kleinen Segelboote über den Stillen Ozean setzen, mit seiner Frau, einem Freunde, einem Matrosen und einem chinesischen Koch. Vor sechs Wochen traf er in Honolulu auf den Sandwichinseln ein, wo er einen Vortrag über die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und das Werk von Karl Marx hielt. Dann stach er in die See nach

Digitized by Google

Japan. Seit einem Monat hat man keine Nachricht von dem kühnen Schriftsteller. Ist sein Schifflein in dem ungeheuren Ozean gekentert? Ist es untergegangen mit Mann und Maus?

„Seine Freunde sind darüber in großer Unruhe. Hoffen wir, daß dieser tapfere Kamerad nicht in der Blüte seiner Jahre, in der vollen Kraft seines Talentes uns entrissen ist, uns und dem doppelten Ideal, dem er sein Leben gewidmet hat: der Kunst und der Revolution." So Jean Longuet, dessen Wünsche auch die unseren sind.

Molochs Methoden. Die alte Felsenfeste Glatz, wo augenblicklich unser junger Genosse Liebknecht über den weisen Spruch nachsinnt, daß die Gerechtigkeit die Grundlage der Königreiche sei, war von jeher das Golgatha, wo der Moloch des borussischen Militarismus die Zweifler an seiner Gottähnlichkeit kreuzigte.

So den Freiherrn v. Trenck. Er stand 1745 als Offizier bei der Gardedukorps, wie der Graf Lynar, und war Adjutant des Königs, wie Graf Hohenau. Doch teilte er nicht die Liebesneigungen dieser vornehmen Kriegsmänner, Neigungen, die dazumal das Vorrecht des Königs und seiner Brüder waren; seinen plebejischen Geschmack fürs andere Geschlecht läuterte er jedoch dadurch, daß er die Schwester des Königs, die Prinzeß Amalie, zu seiner Geliebten erkor. So ließ König Friedrich am 25. Juni 1745 seinen Adjutanten in Ketten werfen und sandte ihn an den Kommandanten von Glatz, mit dem Befehl: Guardez étroitement ce drôle-là, il a voulu devenir Pandour auprès de son oncle (Halten Sie diesen Kauz in strengem Gewahrsam; er hat Pandur bei seinem Onkel werden wollen), wovon nur dies richtig war, daß ein Vetter Trencks als Pandurenoberst in österreichischen Diensten stand.

In Glatz wurde Trenck bei schimmligem Brot und schmutzigem Wasser in ein unterirdisches Verlies getan. Danach warf er sich nun aber ganz auf die antimilitaristische Seite; nach siebzehn Monaten hatte er die Besatzung so weit revoltiert, daß er sich eines schönen Tages an die Spitze seiner Wache setzte, mit ihr ausbrach und den ihm nachgesandten Häschern ein siegreiches Gefecht lieferte. So kam er mit seiner Mannschaft glücklich über die Grenze. Dieser Frevel am Moloch mußte natürlich noch ganz anders gerochen werden als die verlorene Unschuld einer preußischen Prinzessin. Freilich hatte die Sache ihre Schwierigkeiten, da Trenck als Rittmeister ins österreichische Heer eingetreten war; allein als er unvorsichtig im Jahre 1754 einen Besuch in der damals polnischen Stadt Danzig abstattete, so ließ ihn Friedrich hier gewaltsam aufheben.

Es gehört beiläufig zu den Zeichen schwärzester Undankbarkeit, wenn die preußischen Historiker so sehr darüber schelten, daß Napoleon den Herzog von Enghien wider alles Völkerrecht auf deutschem Boden habe ergreifen lassen, um ihn zu füsilieren. Der „korsische Wüterich" bezeugte dadurch vielmehr dem preußischen Moloch seine andächtige Bewunderung, indem er die Methode nachahmte, womit der sogenannte Große Kurfürst den Obersten Kalckstein in Warschau und der sogenannte Große König eben den Rittmeister Trenck in Danzig aufheben ließ. Trenck wurde nun in eine Zelle der Festung Magdeburg eingemauert, was ihn jedoch nicht hinderte, seine antimilitaristische Agitation wieder munter aufzunehmen, so daß er im Siebenjährigen Kriege die Festung Magdeburg, das wichtigste Bollwerk des preußischen Staates, auf ein Haar in die Hände der feindlichen Truppen gespielt hätte. Erst im Jahre 1763, nach dem Hubertusburger Frieden, mußte er auf energisches Verlangen der Kaiserin Maria Theresia freigelassen werden.

Das schöne Vorbild, das er in Glatz gegeben hatte, wirkte indessen nach, und manch armer Kriegsknecht, der mit brutaler Gewalt oder infamer List zum preußischen Fahneneid gepreßt worden war, trachtete über die Grenze zu kommen. Einer von ihnen aber wurde ergriffen, und unter der Fuchtel sagte er in bitterer Todesangst aus, auf seine Frage in der Beichte, ob das Desertieren eine so große Sünde sei, daß sie auch im Himmel niemals vergeben werden könne, habe ihm der

Jesuitenpater Faulhaber geantwortet, freilich sei das Desertieren eine sehr große Sünde, aber so groß sei sie nicht, daß sie im Himmel nicht vergeben werden könne. Worauf wieder eine jener königlichen Kabinettsordres erfolgte, die heute noch jedes preußische Patriotenherz höher schlagen lassen; König Friedrich schrieb an den Kommandanten von Glatz: Vous avez à faire pendre le Père Jésuite Faulhabre, sans lui laisser un confesseur (Sie werden den Jesuitenpater Faulhaber hängen lassen, ohne ihm einen Beichtiger zu gewähren). Alsbald wurde Faulhaber an den Spionengalgen gehängt, neben einen schon seit einem halben Jahre faulenden Spion, doch hielt er sich in seiner Art so wacker, wie unser Genosse Liebknecht vorm Reichsgericht. Unter Berufung auf das Beichtgeheimnis verweigerte er jede Aussage, ließ sich sein Priestergewand erst unter grausen Mißhandlungen vom Leibe reißen, und indem er die Galgenleiter hinaufkletterte, beichtete er so laut, daß ein in der Nähe wohnender Geistlicher die Worte hörte und ihm die Absolution erteilte, ehe denn sein Geist entflohen war. Selbst neben dem römischen Jesuitismus, vertreten durch einen unbekannten Priester, erscheint der preußische Militarismus, vertreten durch seinen genialsten Repräsentanten, ebenso als elender Kerl wie als dummer Teufel.

Man sieht, Glatz ist ein geweihter Boden Molochs. Aber ist Liebknechts „ehrenvolle Haft" nicht eben ein Beweis für die fortschreitende Zivilisation, die selbst jenen ausgepichten Teufel beleckt? Gewiß, nach Bismarcks Rezept: Höflich bis zur letzten Galgensprosse, aber gehängt wird er! Das Disziplinarverfahren, das gegen Liebknecht eingeleitet worden ist, um ihn und seine Familie brotlos zu machen, erinnert an jenen bürgerlichen Freidenker, der, auf gleich zivilisierte Methode gestriegelt, in den Stoßseufzer ausbrach: Eigentlich sei das Mittelalter doch recht human gewesen, wenn es einen Ketzer um die Qual nur weniger Minuten als Räucherkerzchen für die Nüstern des alliebenden Vaters im Himmel verbrannt hätte.

Aber — so sagt der teutsche Patriot — ist Liebknecht nicht nach allen Formen des bürgerlichen Rechtes verurteilt worden? Freilich wohl, jedoch man muß schon ein teutscher Patriot sein, um nicht zu erkennen, daß darin ein mildernder Umstand gegeben ist, nicht für Molochs heutige Methode, sondern für seine Methode zur Zeit des Königs Friedrich.

Verdorben, gestorben! Die Zeitungen meldeten dieser Tage den Tod Gustav v. Schönbergs, Kanzlers der Universität Tübingen, und Ritter so vieler hoher Orden, daß die Mugdanesen des Freisinns mit ihren kümmerlichen Vögeln vierter Güte darüber vor Neid bersten können. Am nächsten Tage war Gustav v. Schönberg für immer vergessen, doch sei ihm an dieser Stelle noch ein flüchtiges Wort gegönnt, als dem Letzten der bürgerlichen Intellektuellen, deren Lassalle in seinem Testament gedachte, weil er hoffte, daß sie sein Werk fortsetzen würden.

Sie sind alle verdorben, gestorben! Den ehrlichsten Tod von ihnen starb Wilhelm Rüstow, dem man als altem Kriegsmann auch am wenigsten verdenken konnte, daß er kein Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung gewann. Der ehrliche Demokrat jagte sich schon vor dreißig Jahren eine Kugel durch den Kopf, aus bitteren Nahrungssorgen, noch dazu in der freien Schweiz; heute gibt es kein noch so loyales Werk über Kriegswissenschaft, das seine „genialen" Schriften auf diesem Gebiet nicht anerkennt und — ausnutzt. Jammervoll tief aber ist Lothar Bucher gesunken, so wie er sich in den Tagebüchern seines Spießgesellen Busch darstellt, viel tiefer, als selbst die heftigsten Verurteiler seines Renegatentums vor der Veröffentlichung dieser Offenherzigkeiten geglaubt hatten. Der Kandidat Alexi brachte es zum Gymnasialdirektor irgendwo im Elsaß und machte gelegentlich in den Zeitungen von sich reden, wenn er die ihm unterstellten Lehrer mit pietistisch-reaktionären Scherereien kujonierte.

Endlich Schönberg war simpler Referendar, aus Stettin in Pommern, als die Funkensaat Lassalles ein vergängliches Feuer in seinem jungen Herzen entfachte.

Digitized by Google

Nach dem Tode des großen Agitators hielt sich Schönberg zu Ernst Engel, dem eminenten Statistiker, der ganz lustig in allen kapitalistischen Gewässern plätscherte, aber der preußischen Bureaukratendressur doch mitunter eine geballte Faust machte, bis ihn Bismarck darüber aus dem Amte jagte. Engel poussierte den liebenswürdigen Jünger schnell auf einen akademischen Stuhl an einer landwirtschaftlichen Hochschule, und im Jahre 1872 wurde Schönberg ein Hauptmacher des „Vereins für Sozialpolitik“, der damals in Eisenach gegründet wurde, zum Entsetzen der dummen Manchesterleute, die ihn auf den Namen des Kathedersozialismus tauften. Richtiger schätzte Rodbertus die „Eisenacher Kamillentöpfe“ ein und riet dem jungen Schönberg in einem langen und schönen Briefe ab, sich unter eine Gesellschaft zu geben, die von Gott und der Welt nichts, und am wenigsten etwas von der sozialen Frage verstünde. Es war vergebene Mühe, und von nun an stand Schönberg bis zur Schwelle des biblischen Alters an der ordinären Professorenraufe mit ihrem Adel und ihren Orden und ihren Titeln und ihren Gehältern, ein allzeit getreuer Patriot. — Verdorben, gestorben!

Kaiser Karl von Georg Weerth. Das Drama Hauptmanns, das an anderer Stelle dieses Heftes besprochen worden ist, rief uns ein längst vergessenes Gedicht Georg Weerths ins Gedächtnis, das wir um so lieber abdrucken, als die zerstreuten Gedichte dieses Poeten längst hätten gesammelt werden sollen. Es lautet:

Kaiser Karl.

Herr Kaiser Karl, der fromme Mann,
Ließ viele Menschen zu Tode schlah'n;
Er schlug sie tot um das Christentum;
Das bracht' ihm ungeheuren Ruhm.

Und saß zu Aachen in seiner Pracht,
Im Wams, aus Otternfell gemacht;
Und alle Völker nah und fern,
Die beugten sich dem gewaltigen Herrn.

Und brachten Geschenke aus aller Welt,
Viel Gold und Seiden und Gezelt;
Ihm bracht' der Kalif aus Morgenland
Eine Uhr und einen Elefant.

Doch Kaiser Karl, der fromme Held,
Er sprach: Was nutzt mir Gold und Geld,
Was soll der fremde Elefant? — —
Hab' schönere Dinge im eignen Land!

Und zog hinauf den grünen Rhein
Und pflanzte die Rebe zu Ingelheim;
Und pflegte sie mit derselben Hand,
Die hundert Völker überwand.

Ja, pflegte sie mit der blutroten Hand,
Die hundert Völker überwand —
Und dies ist der Grund, daß zu Ingelheim
Noch heute wächst der blutrote Wein.

Noch einige Aphorismen Lichtenbergs. Wenn die Welt noch eine unzählbare Reihe von Jahren steht, so wird die Universalreligion geläuterter Spinozismus sein. Sich selbst überlassene Vernunft führt auf nichts anderes hinaus, und es ist unmöglich, daß sie auf etwas anderes hinausführe. —

Ist es nicht sonderbar, daß die Menschen so gern für die Religion *fechten* und so ungern nach ihren Vorschriften leben? —

Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde, das heißt vermutlich, der Mensch schuf Gott nach dem seinigen. —

Ich kann mir eine Zeit denken, welcher unsere religiösen Begriffe so sonderbar vorkommen werden, wie der unserigen der Rittergeist. —

Das Bekehren der Missetäter vor ihrer Hinrichtung läßt sich mit einer Art von Mästung vergleichen; man macht sie geistlich fett und schneidet ihnen hernach die Kehle ab, damit sie nicht wieder abfetten. —

Ich glaube kaum, daß es möglich sein wird, zu erweisen, daß wir das Werk eines höchsten Wesens und nicht vielmehr zum Zeitvertreib von einem sehr unvollkommenen zusammengesetzt worden sind.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 20 Ausgegeben am 14. Februar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Monarchische Konzentration.

Berlin, 8. Februar 1908.

Manchmal kann man nicht umhin, ein gewisses Mitleiden mit den reaktionären Soldschreibern zu empfinden. Ihr Lügenregister über die Arbeiterbewegung ist so reich assortiert, daß es ihnen für jeden denkbaren Fall ohne alle Mühe die nötigen Waffen zu liefern scheint, und im allgemeinen ist dem auch so. Aber bekanntlich gibt es keine Regel ohne Ausnahme, und mitunter kommen doch auch Fälle vor, wo ein wenig Hirn notwendig ist — ein rarer Artikel bei allen reaktionären Soldschreibern! —, um den Text der hergebrachten Melodie der Verleumdung anzupassen.

Ein solcher Fall war das Schicksal der portugiesischen Königsfamilie, die nach dem biblischen Worte so lange Wind gesät hat, bis sie den Sturm erntete. Von vornherein verstand es sich für den Reichslügenverband und seine Gesellen von selbst, daß wenn es dem Dom Carlos nicht besser ergangen ist als ehedem dem Landvogt Geßler, die deutsche Sozialdemokratie daran die Schuld trage. Das ist für diese im Grunde ja nun recht schmeichelhaft, aber der reaktionäre Witz besteht eben darin, nachzuweisen, daß der König von Portugal ein Tell gewesen sei und die, die an ihm das Gericht eines mißhandelten und unterdrückten Volkes vollstreckt haben, vielmehr die Geßler, die von den deutschen Sozialdemokraten ausgesandt seien, den frommen Helden abzuschießen. Damit war den erlauchten Patrioten, die mit ihren Federn für des Reiches Wohl und Wehe wachen, eine bei dem bescheidenen Maße ihrer Verstandeskräfte immerhin nicht leicht zu lösende Aufgabe gestellt.

Aber gelöst ist sie schließlich doch und am ehesten von Herrn Oertel, dem Genius der „Deutschen Tageszeitung", der auch der nächste dazu war, sintemalen die Mästung am Brotwucher ihm leiblich ebenso wohl gedeiht, wie dem hochseligen Dom Carlos leiblich die Plünderung der Staatskassen gedieh. In einem langen Artikel weist Herr Oertel nach, daß die Sozialdemokratie und insbesondere die deutsche die „portugiesischen Mordbuben zu den Ihrigen"

zähle. Leider ist nur selbst diesem erprobten Sophisten und Sykophanten sein Nachweis nicht gelungen, ohne daß dabei die Monarchie die Haare lassen muß. Das würde für Herrn Oertel nun nicht so gar viel bedeuten, da die junkerlichen Brotwucherer, in deren Solde er steht, bekanntlich nicht viel Federlesens mit der Monarchie zu machen pflegen, sobald sie nicht einfach nach der Junkerpfeife tanzt, aber eben die Enthüllung dieses holden Geheimnisses vollzieht Herr Oertel allzu offen, als daß er bei seinen Gönnern lebhaften Beifall finden wird.

Seine Definition der „monarchischen Konzentration“ hat unsere volle Billigung. Er meint, darunter sei nichts anderes zu verstehen, als daß sich die Beutepolitiker aller alten Parteien angesichts der königlichen Leichen wieder vergnügt um die liebe Krippe der Staatskassen drängen. Man sieht, daß Herr Oertel das Wesen der Monarchie und nun gar in ihrer „konzentrierten“ Form durch und durch kennt, was von einem so wetterfesten Monarchisten ja auch nicht anders zu erwarten war. Er schilderte die portugiesische Monarchie mit den satten Farben, mit denen die Historiker die französische Monarchie vor dem Ausbruch der großen französischen Revolution zu schildern pflegen. „Das ganze Partei- und Verwaltungsgetriebe war gewohnheitsmäßig nichts anderes als Futterkampf und Stellenjägerei.... In manchen Regimentern kam auf nur drei bis vier Leute ein Offizier, und der Umstand, daß diese zahllosen Offiziere nicht allzuhoch besoldet werden konnten, hatte nun wieder Durchstechereien und Korruption aller Art im Offizierkorps zur Folge. Der hübscheste von ihnen (nämlich überflüssige Beamtenposten) war vielleicht jener eines ‚Fütterers der königlichen Katzen‘, den eines Tages die ledige Verwandte eines Ministers erhielt, und der so reich dotiert wurde, daß diese Dame noch ein halbes Dutzend ihrer Freundinnen an ihrer zweifellos äußerst anstrengenden Arbeit mitwirken lassen konnte, und da es in Portugal ebenso wie anderswo stets ledige Damen gibt, die Katzen gerne haben, so ist dieser Posten nicht wieder eingezogen worden, sondern hat sich unter jedem neuen Ministerium unverändert erhalten.“ Und so weiter und so weiter. Herr Oertel schildert diese „Korruption“ mit einer sittlichen Entrüstung, die ihm um so schöner zu Gesicht steht, als er sich beeilt, die — Sozialdemokratie für sie verantwortlich zu machen.

Er meint, die Sozialdemokratie habe für solche Beute- und Krippenpolitik von jeher großes Verständnis gehabt, ja die ganze Grundlage ihrer politischen Überzeugungen baue sich darauf auf; zahlreiche Beispiele aller möglichen Parteiposten zeigten ja, wie erfolgreich sie sich bemühe, diesem Grundzuge ihrer Politik schon in den mageren Jahren vor Errichtung des Zukunftsstaats praktisch gerecht zu werden. Und sie hat nun den guten Dom Carlos, so folgert Herr Oertel weiter, durch ihre „Mordbuben“ töten lassen, weil er sich bemüht habe, der Korruption in Portugal zu steuern, und weil er für diesen Zweck die Diktatur des Franco eingesetzt und unterstützt habe. Nie hat ein edlerer Renner eine ebenere Bahn durchmessen, als Herr Oertel mit diesem Beweis, und nur ein einziges Hindernis erhebt sich noch auf ihr, über das ihm jedoch die glorreichsten preußischen Traditionen forthelfen.

Der Diktator Franco hat die „Beutepolitiker aller alten Parteien“ nur deshalb von der Krippe gescheucht, um die Krippe für den König allein zu reservieren. Es ist sicherlich eine ebenso eigenartige wie neue Methode, ein finanziell und moralisch bankrottes Staatswesen dadurch zu sanieren, daß die königliche Zivilliste erhöht und Gesetz und Verfassung mit Füßen getreten werden. Selbst in einem so rückständigen Staatswesen, wie Preußen, hatte man darin andere Begriffe, sogar zur Zeit, wo der preußische Staat noch ohne jedes Feigenblatt ein russischer Vasallenstaat war. Als Stein vor hundert Jahren das finanziell und moralisch bankrotte Preußen reformieren wollte, begann er damit, die königliche Zivilliste zu beschneiden und gesetzliche Zustände herzustellen. Dabei stieß er allerdings auf den Widerstand der hochseligen Königin Luise, an der Dom Carlos und sein Franco eine glorreiche Vorläuferin gehabt haben, so daß ihre Sorte von Reform doch nicht so ganz Original ist. Die Königin Luise hielt auch die Zeit der bittersten Not für geeignet, tiefe Griffe in die Staatskasse zu tun, um davon ihre Vergnügungen zu bestreiten, und sie jagte durch ihren Schwachkopf von Mann und mit Hilfe der Junker, denen Stein als ehrlicher Reformer tief verhaßt war, diesen Minister zum Teufel. Ohne Zweifel kann sich also Herr Oertel auf die herrlichsten Erinnerungen der preußischen Geschichte stützen, wenn er in Dom Carlos und Franco großartige Staatsmänner sieht, denen die Sozialdemokratie nicht schnell genug an den Hals springen kann.

So ist ihm sein Beweis famos gelungen, und die „portugiesischen Mordbuben“ hängen glücklich an den Rockschößen der Sozialdemokratie. Ob er mit dieser genialen Leistung den klingenden Dank der Brotwucherer ernten wird, wollen wir nicht eingehend untersuchen; wir wünschen es ihm gern, da eine so außerordentliche Gehirnverrenkung doch ihren Lohn verdient, wenn wir es auch kaum zu hoffen wagen. Uns ist seine treffende Kennzeichnung der „monarchischen Konzentration“ jedenfalls sehr willkommen, zumal da sie der deutschen Blockpolitik wie angegossen sitzt und völlig zusammenfällt mit unserer Auffassung der modernen Monarchie als derjenigen Staatsform, in der sich die Beutepolitiker aller alten Parteien um die liebe Krippe der Staatskassen drängen. Es gehört dann als Tüpfelchen über dieses i, daß sich nach der ohne Zweifel sachverständigen Ansicht des Herrn Oertel die Monarchie nicht anders reformieren kann, als daß sie ihr eigenes Gesetz und ihre eigene Verfassung mit Füßen tritt, um die Beutepolitiker aller bürgerlichen Parteien von der Krippe der Staatskassen zu verdrängen und sich selbst desto reichlicher daraus zu nähren.

Um so schöner Zugeständnisse willen gestatten wir Herrn Oertel mit Vergnügen, über die „schamlose Haltung“ der sozialdemokratischen Presse und die „ebenso schamlosen Demonstrationen der sozialdemokratischen Vertreter in allen Parlamenten des Kontinentes“ in seinem lieblichen Sauherdenton zu hadern. Mit Lakaien des Brotwuchers streitet man ohnehin nicht über Fragen politischer Ehre. Eher verdient es erwähnt zu werden, daß freisinnige Blätter wirklich schon so ehrvergessen sind, vor den „unzeitgemäßen Demonstrationen“ der Sozialdemokratie zu warnen, weil dadurch die einheimischen Scharfmacher

Digitized by Google

zu Ausnahmegesetzen gegen die deutsche Arbeiterklasse gereizt werden könnten. Aber konsequent sind diese freisinnigen Blätter. Allerdings in ihrer besonderen Art: der bereitwillige Verzicht auf alles, was politische Ehre und politische Pflicht gebieten, nur um die Junker nicht zu reizen, ist ja zum völligen Ruin des deutschen Liberalismus geworden. Aber er soll sich doch nicht einbilden, daß ihm die Sozialdemokratie auf diesen abschüssigen Weg folgen wird.

Sie hätte viel zu tun, wenn sie gegen alle monarchische Korruption protestieren wollte, und sie hat auch gar nichts dagegen, wenn die bürgerlichen Parlamente — mit einer Ausnahme — ihre „monarchische Konzentration“ im Sinne des Herrn Oertel dadurch betätigen, daß sie dem Dom Carlos samt seinen „Fütterern der königlichen Katzen“ ihre Sympathie bezeugen. Jedoch sie selbst „konzentriert“ sich niemals in einem Sumpf der Fäulnis.

Die ökonomische und soziale Entwicklung von Amsterdam im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts.[1]

Von Dr. **W. van Ravesteijn** jun. (Rotterdam).

Als im Jahre 1609 der erste Akt des Unabhängigkeitskriegs der Vereinigten sieben Provinzen gegen Spanien beendet war, indem die kämpfenden Parteien infolge beiderseitiger Erschöpfung einen zwölfjährigen Frieden schlossen, brachen politische und religiöse Wirren aus, die von großem Interesse sind, und zwar aus mancherlei Ursachen.

Während des zwölfjährigen Friedens — in der niederländischen Geschichte der „Bestand“ genannt — gelangten in dem jungen Staatenbund, dessen Entstehung erst vom Jahre 1587, dem Jahre der Abreise des englischen Generalgouverneurs Leicester, datierte, die beiden großen Staatsparteien, die Partei der monarchischen Orangisten und die der aristokratisch-republikanischen Anhänger der Staaten, zur völligen Entwicklung, Parteien, deren Kampf um die Staatsmacht die ganze Geschichte der Republik bis zu ihrem Untergang im Jahre 1795 erfüllt, ja die sogar nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im Jahre 1814 noch nicht gänzlich erloschen waren.

Während des „Bestandes“ konsolidierte sich die Staatskirche, die Niederländisch-Reformierte Kirche, und wurde im Jahre 1619 der Synod von Dordrecht abgehalten, jene Kirchenversammlung, welche von europäischer Bedeutung für den Calvinismus, die „ecclesia militans“ des Protestantismus, war.

Während des „Bestandes“ endlich erlitt die Partei der städtischen „Regenten“, die „Staatenpartei“, ihre erste bedeutende Niederlage, und der alte, kluge Staatsmann Oldenbarnevelt, seit der Entstehung der Republik der Führer der inneren und auswärtigen Politik, verlor infolge dieser Niederlage sein Haupt auf dem Schafott, als Opfer der Rachsucht seiner persönlichen und politischen Feinde, an deren Spitze der Statthalter (der oberste Staatsbeamte mit dem Oberbefehl über Armee und Flotte und mit ziviler Gewalt) Moritz von Nassau stand.

---

[1] Die folgenden Ausführungen geben das Hauptsächlichste aus meiner Anfang 1906 erschienenen Schrift wieder: Ondersoekingen over de economische en sociale Ontwikkeling van Amsterdam, gedurende de 16. en het eerste kwart des 17. leuw. Amsterdam, S. L. van Looy.

Digitized by Google

Kein Wunder also, daß diese kritische Periode von sehr großer Bedeutung für die Geschichte der Republik wurde, und da die Vereinigten Niederlande eben damals im europäischen Staatensystem eine Rolle spielten, welche weit bedeutender war, als ihrer Größe und ihren ökonomischen Hilfsquellen entsprach, und die während des siebzehnten Jahrhunderts noch bedeutender wurde — eine Folge der besonderen politischen Umstände der damaligen größeren westeuropäischen Staaten —, fanden die Ereignisse in den Vereinigten Provinzen einen bedeutenden Widerhall im ganzen zivilisierten Europa, wo gerade der furchtbare Kampf um die Suprematie zwischen den verschiedenen zentralisierten Monarchien begann, ein Kampf, dessen Schauplatz und Opfer zugleich hauptsächlich Deutschland werden sollte.

Die nationalen wie die Klassenkämpfe wurden im damaligen Europa zum größten Teile noch in theologischen Formen geführt, und so waren die theologischen Konflikte für das Bewußtsein der damaligen Menschen von derselben Wichtigkeit, wie etwa das Interesse der Stadt für den Griechen des Altertums oder der heutige unverhüllte Klassenkampf für den modernen Proletarier.

Der religiöse Kampf, welcher in den Niederlanden ausbrach, sobald der „Bestand“ zustande gekommen war, erweckte somit das lebhafteste Interesse im ganzen reformierten Europa. Nirgends fand der Calvinismus in der Reformierten Kirche selbst so entschlossene und hervorragende Widersacher als in Holland, und, obgleich er durch die Ereignisse des Jahres 1618 auf politischem wie auf kirchlichem Gebiet den Sieg davontrug, obgleich er seine politischen und kirchlichen Gegner erniedrigte und auf dem Synod von Dordrecht die letzteren sogar gänzlich aus der Kirche hinauswarf und somit auch in der Niederländisch-Reformierten Kirche vollständig die Oberhand erhielt, datiert gerade von diesem Siege der Niedergang des niederländischen Calvinismus.

Schon wenige Jahre nach dem Sturze von Oldenbarnevelt ging der Calvinismus aufs neue der Staatsmacht verlustig, die er im Jahre 1618 unbeschränkt erworben hatte, und nach dem Jahre 1625 war die politische Macht der Kirche vollständig und für immer vorüber. Aber schlimmer für den Calvinismus war noch der Umstand, daß, gerade infolge seiner Siege während des „Bestandes“, der Einfluß dieser Religion auf die niederländische Kultur endgültig verloren ging.

Während nämlich auf allen Gebieten die Holländer gerade nach den Jahren des „Bestandes“ eine in ihrer Art großartige Blüte der Wissenschaften und Künste erreichten, wendete sich die herrschende Klasse, die Klasse der Regenten und des großen Bürgertums, ganz vom Calvinismus ab, dem sie allerdings in ihrer Mehrzahl niemals angehangen hatten, dem sie aber nach der ersten Erniedrigung ihrer Partei während des „Bestandes“ tiefen Haß entgegenbrachten. Der Calvinismus wurde mehr und mehr ausschließlich die religiöse Überzeugung der nichtherrschenden Klassen, und diese konnten natürlich unmöglich an erster Stelle die Träger der Kultur sein. So sehen wir dann auch, daß der größte Dichter, den die holländische Bourgeoisie hervorgebracht hat, Vondel, ein Mann, dessen strahlende Größe wahrscheinlich durch keinen anderen Dichter des siebzehnten Jahrhunderts erreicht ist, nicht wie Milton Calvinist war, sondern als Mennonist geboren, durch Überzeugung libertinistisch (anticalvinistisch) und später katholisch wurde und zur Verherrlichung der katholischen Religion und ihrer Dogmen und Wunder seine schönsten

Werke schuf. So war auch der größte lyrische und erotische Dichter der holländischen Renaissance und zugleich der typischste Vertreter der holländischen Regentenaristokratie, C. P. Hooft, ein Bewunderer der italienischen Renaissance, sowohl von Petrarca als von Guarini, ein „Libertiner".

Allerdings könnte man mit gewissem Rechte anführen, daß in der Malerei, der bedeutendsten Frucht der holländischen Kultur, der Einfluß des Calvinismus deutlicher zu merken ist, daß zum Beispiel Rembrandts gewaltige Vertiefung der Persönlichkeit — wohl seine meist hervortretende Eigenschaft — eine direkte Folge der menschlichen Vereinsamung, der Konzentration des Menschen auf das eigene Innere ist, welche die calvinistische Denkweise mit sich bringt; aber die Malerei war denn auch im Holland des siebzehnten Jahrhunderts die Kunst, die, sowohl was ihre Produzenten als ihre Konsumenten betrifft, noch am wenigsten einen ausgesprochenen Klassencharakter trug; die Malerei war noch am meisten das Eigentum des ganzen Bürgertums, ja des ganzen Volkes geblieben, und das ist wohl auch die Ursache, durch die die holländische Kunst des siebzehnten Jahrhunderts die ganz eigenartige Tiefe, Zartheit und Breite besitzt, welche weder vor noch nach ihr durch eine Malerschule erreicht wurde. Diese Kunst zeigt in ihren besten Äußerungen noch den Geist der alten Volkspoesie aus dem Mittelalter.

Diese allgemeinen Bemerkungen mögen zunächst genügen. Gewiß ist, daß der Calvinismus nach dem „Bestand" stets mehr und mehr die Religion des Kleinbürgertums wurde, ja selbst, daß er in Holland niemals oder nur während sehr kurzer Zeit die Religion des großen und regierenden Bürgertums gewesen ist.

Schon in dieser Hinsicht ist also die holländische Geschichte äußerst interessant. Denn es ist bekannt genug, daß in anderen westeuropäischen Ländern, besonders in England, Schottland und Frankreich, gerade der Calvinismus die Religionsform gewesen ist, unter der sich der Kampf der Bourgeoisie gegen Feudalismus und Absolutismus vollzog. Man braucht nur an die gewaltige Bedeutung zu denken, die der Puritanismus in dieser Hinsicht für die ökonomische und politische Entwicklung der englischen Handelsbourgeoisie gehabt hat, um sofort einzusehen, wie vollkommen anders die holländische Entwicklung sich abspielt.

Untersucht man nun die Ursachen dieses Unterschieds in der Ideologie, der für die ganze weitere geistige Entwicklung des holländischen und des englischen Volkes von größter Bedeutung geworden ist, da er den Kulturzuständen beider Länder einen ganz verschiedenen Stempel aufgedrückt hat, dann zeigt sich bald, daß dieser Unterschied in der vollkommen verschiedenen ökonomischen Entwicklung der beiden Länder wurzelt.

Man kann diesen Unterschied am schärfsten so formulieren: In Holland war das Handelsbürgertum bereits am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, als die Reformations- und Renaissancezeit anbrach, die ökonomisch so gut wie ausschließlich herrschende Klasse. In England dagegen war dies noch der Adel; die Handelsbourgeoisie begann sich erst im sechzehnten Jahrhundert zu entfalten, als sie in Holland bereits die Herrschaft besaß.

Diese Entwicklung will ich in ihren Hauptzügen an der Geschichte einer Stadt schildern, der vornehmsten Handelsstadt Hollands, Amsterdam.

Amsterdam nahm bereits im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts eine sehr eigenartige Stellung dem holländischen flachen Lande gegenüber ein.

Digitized by Google

Schon sehr früh waren die Bewohner des holländischen Landes, besonders diejenigen der Gegend nördlich vom Y, dem Meerbusen, an dem Amsterdam liegt, gezwungen, sich nach anderen Hilfsmitteln zum Lebensunterhalt umzusehen, als ihnen der ärmliche Boden bieten konnte, der zum größten Teile aus magerem Weidegrund bestand und auf dem außerdem schwere Lasten lagen für den Unterhalt der zahllosen Deiche, die vielleicht nirgends eine solche Länge im Verhältnis zum brauchbaren Boden hatten wie hier. Das Land produzierte nicht genug Getreide, um seine Bewohner zu ernähren, hingegen mehr Meiereiprodukte, als sie brauchten. Dafür aber lag das Meer und die zahllosen Meerarme und Meerbusen für Fischfang und Schiffahrt offen, und es war beinahe kein Dorf zu finden, das nicht direkte Verbindung mit der Zuidersee und also auch mit der Nordsee besaß. Das hatte zur Folge, daß die Schiffahrt schon früh für die Bewohner dieses „Wasserlandes" zum Hauptunterhaltsmittel wurde, und zwar in ihren beiden Hauptzweigen als Seehandel und Heringsfang. Von einer Anzahl von Dörfern ist es bekannt, daß bereits am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts beinahe die ganze männliche Bevölkerung durch Seehandel oder Heringsfang ihr Brot fand. Die Holländer — und in diesem Sinne darf man die Wasserländer wieder als die Holländer par excellence bezeichnen — waren in Handelskriege mit den wendischen Hansastädten geraten, die zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts noch hauptsächlich die Frachtschiffahrt vom Ostseebecken nach den um den Ärmelkanal gelegenen Ländern in Händen hatten. Dieser von den Holländern der „Ostkrieg" genannte, für sie siegreiche Kampf, den sie von 1438 bis 1441 gegen die Hanseaten um die Übermacht in der Ostsee führten, verschaffte ihnen ein für allemal Zutritt zu den Kornscheuern, aus denen Westeuropa sich versorgte, und bald wußten sie sich sogar zum größten Teile der Frachtfahrt im Dienste der hanseatischen Kaufleute zu bemächtigen. Die Folge war, daß der „Stapel" der Hanseaten zu Brügge verfiel und Amsterdam mehr und mehr der Stapelplatz für Getreide und andere Ostseeprodukte wurde. Bereits während der Regierung Karls des Kühnen (1467 bis 1477) hatten die Holländer sich entschieden die Suprematie als Frachtfahrer zu erobern gewußt. Allerdings brach nach Karls Tode eine Zeit von Unruhen und Empörungen an, die auch Holland gewaltigen Schaden zufügten, so sehr, daß das Land sich zu Anfang der Regierung Karls V. noch nicht davon erholt hatte; jedoch wußten Amsterdam und Waterland wenigstens auf dem Gebiet der Seefahrt im allgemeinen die gewonnene Stellung zu behaupten. Zu Anfang von Karls Regierung war Amsterdam bereits auf dem Wege, ein Zentrum des Welthandels zu werden, obwohl die Stadt im Vergleich mit anderen Handelsstädten noch einen rückständigen, besonders aber bäuerischen und ländlichen Charakter trug. Ihre Bevölkerung bestand zum größten Teile aus Schiffern, Getreidehändlern, Käsehändlern usw., aber der Unterschied in Reichtum und Ansehen war noch äußerst gering; auf dem Gebiet der Kunst und Wissenschaft wurde so gut wie nichts getan. Auch war von einer eigentlichen Bürgeraristokratie noch keine Rede, obwohl seit 1477 die Kooptation für die Mitgliedschaft zum Rate (der zentralen beratschlagenden Regierungskörperschaft) an Stelle der Wahl durch „Weisheit und Reichtum" eingeführt war. Selten hat wohl eine Stadt einen so ausschließlichen Handels- und Schiffahrtscharakter getragen als das inmitten des Sumpfes und an dem schlammigen Y-Busen gelegene Städtchen. Aber obschon noch nicht reich und obschon noch nicht im Besitz eines einiger-

maßen bedeutenden Geldvorrats, beherrschte Amsterdam doch bereits in diesen Tagen ökonomisch einen bedeutenden Teil des holländischen platten Landes. Fast alle Dörfer Waterlands lieferten Mannschaften für seine Schiffe; von diesen Dörfern fuhren zahlreiche Frachtschiffe aus, dort wohnte ein bedeutender Teil der Schiffer und der Schiffsmannschaften, die Amsterdamer aber besaßen den überwiegenden Teil der Anteile (Parten) an den Schiffen, welche ganz Waterland mit Amsterdam jährlich in See schickte, oft zwei- bis dreimal in einem Jahre.

Und dasselbe galt, wenn auch in minderem Maße, vom Gewerbe. Das Gewerbe im damaligen Amsterdam stand entweder unmittelbar im Dienste des Handels, zum Beispiel die Seilerei, der Schiffsbau, die Segelmacherei usw., oder verfertigte die wenigen Artikel, die Amsterdam damals bereits exportierte, nämlich Seife, Bier und etwas Tuch, abgesehen vom Hering, dessen Verarbeitung für den Transport, besonders die Böttcherei, man wohl auch als eine Industrie bezeichnen darf.

Durch die Tuchindustrie wurde die Mehrzahl der Bevölkerung der umliegenden Dörfer von den Bürgern Amsterdams ökonomisch abhängig, da die Wolle zum großen Teile in den Waterlandschen und Gooilandschen Dörfern gesponnen wurde. Die Amsterdamsche Regierung übte denn auch auf die Spinnerei eine Aufsicht aus, als wenn es die eigene Stadt beträfe.

Amsterdam hatte ein so starkes ökonomisches Übergewicht über einen weiten Kreis des nordholländischen platten Landes, daß ein bedeutender Teil der Bevölkerung in direktem Lohndienst des Amsterdamer Kapitals stand. Es war daher natürlich, daß es versuchte, diese ökonomische Abhängigkeit vollkommen zu machen und den selbständigen Handel — für eigene Rechnung — der Waterländer ganz zu vernichten. Dies aber ist, wenigstens während des sechzehnten Jahrhunderts, Amsterdam nicht geglückt, weil die Zentralregierung dies verhinderte. Wohl hatten die Städte eine große, für das platte Land sogar drückende Macht, vornehmlich weil sie gegenüber der Zentralregierung die Schnüre des Geldbeutels in Händen hatten und davon Gebrauch zu machen wußten, um sich selbst zu entlasten und dem platten Lande den schwersten Teil aufzuhalsen, aber wo es nicht um direkte finanzielle Interessen ging, konnte die Regierung das platte Land nicht wehrlos der Macht einer Stadt überantworten.

In Übereinstimmung mit den alles überwiegenden Interessen des Großhandels in Korn, Öl, Seife, Salz, Hering und Käse richtete sich die Politik der Amsterdamer Regierung an erster Stelle auf die Förderung dieses Handels. In Amsterdam wurde der Großhandel durch nichts gehindert; alle Ordonnanzen zur Regelung des ökonomischen Lebens standen dort unter dem Zeichen der vollkommenen Handelsfreiheit. Das Kleinbürgertum, der Handwerkerstand, war zwar in Zünften organisiert, aber die echt mittelalterliche Politik der Kleinproduzenten, einerseits die Produktion im Interesse der Produzenten durch Abwehr der Konkurrenz zu regeln, andererseits die Interessen der städtischen Konsumenten auch auf Kosten der Handelsfreiheit zu fördern, wurde von der Regierung nicht zugelassen.

Arbeiteten doch die wichtigsten Industrien nicht an erster Stelle für den städtischen Konsum, sondern für den Export, so hauptsächlich die Seifenindustrie (nach den zwei hauptsächlichsten Grundstoffen hieß dieses Gewerbe auch Asche- oder Ölhandel). Bei diesem Gewerbe war nicht die Spur einer

Regelung der Produktion, von Gildebeschränkungen zu merken, ebensowenig wie bei der Seilerei, der Segelmacherei usw. Selbst die Brauerei war nur gewissen Bestimmungen zur Bürgschaft für die Qualität des Produktes unterworfen, stand aber keineswegs unter Aufsicht einer Gilde.

Diese Politik vollkommener Handelsfreiheit sollte nun fortan die Richtschnur für die Wirtschaftspolitik der Amsterdamer Regierung bleiben. Als zur Zeit Karls V. allmählich die Ruhe in den Niederlanden ganz wiederhergestellt war, als alle nordniederländischen Länder unter einem Zepter vereinigt wurden — im Jahre 1543 wurde auch Gelderland endgültig zu den burgundischen Landen hinzugefügt —, nahm der Handel von Holland und Amsterdam einen ungekannten Aufschwung. Die Zahl der niederländischen Schiffe, welche auf der Hin- und Rückreise den Sund passierten, betrug 1546 bis 1547 ungefähr 1000, zwanzig Jahre später beinahe 3000, und von dieser Zahl, die man durch 2 bis 3 teilen muß, um die wirkliche Zahl der Schiffe zu erhalten, die die Niederländer damals in der Frachtfahrt auf der Ostsee hatten, waren mindestens 60 bis 70 Prozent holländische Schiffe, die ihrerseits wieder hauptsächlich aus Amsterdam und den waterländischen Städten stammten.

Diese Zahlen können ein Bild der ökonomischen Blüte geben, welche Holland in den Jahren, die dem Aufstand vorausgingen, erlebte. Amsterdam genoß vielleicht den Löwenanteil dieser Blüte, und während der letzten zehn Jahre vor dem Aufstand sprengte die kleine Stadt beinahe den Ring ihrer engen, noch mittelalterlichen Wälle. Innerhalb der Stadtgrachten vermehrte sich in den fünfzig Jahren, die seit dem Beginn der Regierung Karls V. abgelaufen waren, die Zahl der bewohnten Häuser um etwa die Hälfte, und in dem echten Hafenquartier, der „Lastage“, das außerhalb der Tore lag, und wo man eigentlich nur hölzerne Häuser bauen durfte, zählte man fast 1000 Häuser, während im Jahre 1515 dort erst etwa 25 standen.

Eine zahlreiche Schar fremder Bürger strömte nach der schnell aufblühenden Stadt, besonders vom nordholländischen platten Lande.

Auch in der Zusammenstellung des Amsterdamer begüterten Bürgertums hatte in diesen fünfzig Jahren eine Veränderung stattgefunden. Die Besitzunterschiede waren größer geworden. Außerdem wußte sich eine große Zahl von Männern, die entweder mit so gut wie nichts in die Stadt gekommen waren oder die erst einfache, in Gilden organisierte Warenproduzenten gewesen waren, in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Handelsbourgeoisie aufzuschwingen. Ja, man kann selbst mit Recht sagen, daß in diesem Jahrhundert die Handelsbourgeoisie zum ersten Male die ökonomisch alles überragende Klasse wurde.

Aus verschiedenen Ursachen entstand nun in diesen Jahren gerade unter den ersten Handelsfamilien eine große Unzufriedenheit über die Art, in der die Stadt regiert wurde, und zwar aus folgender Veranlassung: Die erste antikatholische Bewegung, welche in Amsterdam großen Anklang fand, war die anabaptistische gewesen. Ihre Lehre bekam in ihrer ersten eschatologisch-kommunistischen Periode großen Anhang unter den proletarischen und kleinbürgerlichen Elementen in Holland und Friesland, ja in den ganzen Niederlanden. Waterland war einer der Brennpunkte der Täuferbewegung, deren Streben es war, Amsterdam ebenso zu einem Zentrum des neuen Gottesreichs zu machen wie Münster. Eine Zeitlang war diese Bewegung äußerst drohend.

Amsterdam sah nicht nur ihre fanatischsten Anhänger, die Adamiten, sondern es konnte nur mit großer Mühe einen Anschlag der Wiedertäufer auf das Stadthaus abwenden. Unter den Täufern befanden sich auch Mitglieder der vornehmsten Amsterdamer Geschlechter, unter anderen ein Bürgermeister, der mit vielen anderen zu Broek in Waterland durch Henkershände starb. Diese erste kräftige antikatholische Bewegung wurde im Blut erstickt, ihr folgte aber ungefähr um die Mitte des Jahrhunderts eine mehr spezifisch-bürgerliche antikatholische Bewegung, die calvinistische, welche diesmal nicht aus Deutschland, sondern aus dem Süden importiert war. Dieser religiösen Bewegung schloß sich der kräftigste und ansehnlichste Teil des Handelsbürgertums an, gefolgt von einem bedeutenden Teile des Kleinbürgertums — Schiffer und Handwerker — und vom Proletariat.

Die Folge nun dieser religiösen Bewegung unter der Handelsbourgeoisie war, daß es einem relativ kleinen Kreise von katholischen Regentenfamilien gelang, sich ausschließlich der Regierung zu bemächtigen. Diese Clique vernachlässigte die Handelsinteressen der Stadt, weil für sie nicht der Handel, sondern die Ausbeutung der Regierungsmacht das hauptsächlichste Existenzmittel bildete. Die ökonomisch an der Spitze der Bürgerei stehenden Handelsleute richteten eine Klageschrift an die zentrale Regierung, eine sogenannte „Doleanz", die Brüsseler Regierung stellte eine Untersuchung an, aber sie konnte dem Grundübel nicht abhelfen, das für die Doleanten darin lag, daß sie — die vornehmsten Handelsleute — nicht selbst die Regierung der Stadt in Händen hatten.

Im Jahre 1566, als der Bildersturm, welcher in den südlichen Niederlanden anfing, die Brüsseler Regierung für einen Augenblick lahmlegte, hatte es den Anschein, als ob für die Amsterdamer Handelsbürger, die sich vernachlässigt fühlten, der Augenblick gekommen wäre, sich der Regierung der Stadt zu bemächtigen, dabei gestützt auf den Protestantismus. Da sandte Philipp II. jedoch den gefürchteten neuen Statthalter, den Herzog von Alba, mit einer auserwählten Truppenmacht, und so wurde die Hoffnung der protestantischen Doleanten in Amsterdam wieder vereitelt. Alle, die sich in religiöser oder politischer Hinsicht bloßgestellt hatten, mußten im folgenden Jahre die Flucht ergreifen, und die katholische Clique befestigte aufs neue ihre Herrschaft. Die Ereignisse der Jahre 1566 bis 1567 hatte Amsterdam sogar dermaßen aller proletarischen und oppositionellen Elementen beraubt, daß die Stadt im Jahre 1572, als der Aufstand in Holland und den anderen nördlichen Provinzen wieder aufloderte und rasche Fortschritte machte, dem spanischen Statthalter und der katholischen Religion treu blieb. Diese Treue hatte in den folgenden Jahren die völlige Isolierung und den totalen Untergang des Handels zur Folge, weil die holländische Flotte das Meer beherrschte und die Stadt als spanische Festung behandelte.

Zwar belohnte die zentrale Regierung die Stadt durch neue Privilegien für ihre Treue, unter anderem durch die höchst wichtige Erlaubnis, freien Kornhandel in allen Ländern des Königs zu treiben, doch der Aufstand des umliegenden Landes machte all die schönen Pergamente wertlos.

Die „Watergeuzen", die sehr bald der Kern der Seemacht des entstehenden Staates geworden waren, in dem der Prinz von Oranien wieder dieselbe Macht bekleidete, die er dort früher als des Königs Statthalter besessen hatte, beherrschten die See, besonders seit sie die königstreue Flotte im Herbste 1572

in der Zuidersee vernichtet hatten. Natürlich duldeten sie nicht den geringsten Handel von einer Stadt, die dem Könige und der Religion getreu blieb, und so mußte Amsterdam zusehen, wie sein schon stark geschädigter Handel ganz vernichtet wurde oder eigentlich völlig auf die kleineren Seestädte an der Zuidersee überging, wie Hoorn, Enkhuizen, Medemblik, Edam, zum Teil auch auf die Maasstädte, wie Rotterdam, Schiedam, oder die friesischen, wie Harlingen und Stavoren.

Nachdem der Aufstand ausgebrochen war, kehrten nämlich die geflüchteten Kaufleute zum großen Teile aus dem „Oostlande" und aus Hamburg, Wesel, England zurück, und viele Amsterdamer unter ihnen ließen sich einige Stunden von ihrer Vaterstadt entfernt nieder und trieben, seit Westfriesland nicht mehr durch den Krieg belästigt wurde (Herbst 1573), dort in Sicherheit ihren Handel.

Einige Zahlen mögen die totale Vernichtung des Handels von Amsterdam in den Jahren, worin es von Holland isoliert war, wiedergeben. Aus den Jahren 1570 bis 1573 kennen wir die Zahlen der den Sund passierenden Schiffe nicht, aber im Jahre 1574 betrug die totale Anzahl Schiffe aus den Niederlanden wieder 2009 — noch immer prozentual viel weniger als vor dem Aufstande, wenn man in Betracht zieht, daß die totale Anzahl der Schiffe jetzt 4567 betrug, so daß die Niederlande noch keine vier Neuntel der Gesamtzahl ausmachten, gegen zum Beispiel ungefähr drei Viertel in 1567. Hiervon war Hollands Anteil 1865, doch von dieser Zahl kamen nur 2 — also 1 Schiff hin und zurück — aus Amsterdam gegen zum Beispiel 285 aus Enkhuizen, 237 aus Hoorn, 216 aus Medemblik, 172 aus Rotterdam, 123 aus Schiedam usw.

Auch in den folgenden Jahren blieb das so bis 1578, als die Amsterdamsche Regierung endlich doch gezwungen wurde, der unmöglichen Lage der Stadt ein Ende zu machen. Und zwar mußte sie das, weil inzwischen der politische Zustand in den Niederlanden total verändert war. (Schluß folgt.)

Ernst Mach und die Revolution.

Von **A. Bogdanow.**

Vorbemerkung des Übersetzers.

Am 18. Februar wird Ernst Mach, der unzweifelhaft weitestblickende Naturforscher der Gegenwart, siebzig Jahre alt. Seine Leistungen finden in immer steigendem Maße nicht nur in seinem Spezialgebiet — der Physik — Wertschätzung und Anerkennung, sondern es bricht sich immer mehr die Einsicht Bahn, daß sich auf seine Forschungen ein wesentlicher Teil unseres Gesamtweltbildes gründet. Auch die „Neue Zeit" hat schon wiederholt auf die nahen Beziehungen der Forschungsergebnisse Machs zu der Gedankenwelt des Marxismus hinweisen können.

Im folgenden bringen wir eine deutsche Übersetzung der Vorrede zur russischen Ausgabe von Machs „Analyse der Empfindungen", die der russische Sozialdemokrat A. Bogdanow verfaßt hat. Wie alle Untersuchungen über grundlegende Prinzipien haben auch Machs Werke in Rußland besonderes Interesse erregt. Insbesondere in der russischen Sozialdemokratie beschäftigt man sich sehr lebhaft mit Mach und ist leider auf dem besten Wege, die Stellung zu Mach zu einem der Merkmale der Fraktionen in der Partei zu machen. Die sehr ernsten taktischen Differenzen der „Bolschiwiki" und „Menschiwiki" werden verschärft durch die in

unseren Augen davon ganz unabhängige Frage, ob der Marxismus erkenntniskritisch mit Spinoza und Holbach oder mit Mach und Avenarius im Einklang steht.

Aus dieser Situation ist die folgende Erörterung Bogdanows hervorgegangen. Wir glauben diese Einleitung unter Weglassung einzelner polemischer Sätze, die nur für ein russisches Publikum von Interesse sind, in der Übersetzung vorlegen zu sollen, da sie äußerst interessante Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Naturwissenschaft und Marxismus enthält. Wir glauben auch Ernst Mach an seinem siebzigsten Geburtstag nicht besser ehren zu können, als indem wir zeigen, wie sehr seine Forschungen bereits das Interesse der nach Kultur ringenden Klasse, des Proletariats, gefunden haben.

I.

Es wäre überflüssig, Ernst Mach als Denker und Gelehrten überhaupt zu empfehlen. Er ist in Rußland kaum weniger bekannt als in Westeuropa. Es wäre auch überflüssig, wenn ich eine Charakteristik und allgemeine Darlegung der philosophischen Ansichten Machs geben wollte; er vollbringt das selbst viel besser, als es jemand anderer könnte; er gehört nicht zu den Philosophen, die man eigens in die Sprache gewöhnlicher Sterblicher übersetzen müßte. Meine Aufgabe ist anderer Art; sie ist an die Bedingungen der Zeit und des Ortes geknüpft.

In Rußland geht eine große und stürmische Revolution vor sich. Der sich entfaltende Kampf braucht eine ungeheure Menge Kraft und Opfer. Für diesen Kampf gibt ein jeder, der ein wahrer Bürger des großen Volkes sein will, die ganze Energie seines Denkens und Wollens her.

Das Proletariat marschiert in den ersten Reihen der Revolution, und auf ihm lastet in erster Linie ihre Schwere. Die Partei des Proletariats aber hat die größte geschichtliche Verantwortung für den Gang und Ausgang dieses Kampfes zu tragen. Muß sich nicht in solchen Zeiten ein jeder, der sich der Sache des Proletariats oder auch nur der Sache der Revolution gewidmet hat, mit Entschlossenheit sagen: „Jetzt ist nicht die Zeit, zu philosophieren", muß er nicht vielleicht für viele Jahre auch Machs Buch beiseite legen?

Ein solches Verhalten zur Philosophie ist jetzt als das gewöhnliche zu bezeichnen, was auch unter den gegebenen Umständen ganz natürlich ist, was indes nicht ausschließt, daß es ganz falsch sein kann.

Aber auch unter den Leuten, die nicht diesen falschen Standpunkt vertreten, gibt es sehr einflußreiche Theoretiker, die dem Gedanken von Mach und dem ganzen naturwissenschaftlichen Positivismus sehr feindselig entgegentreten. Genosse Plechanow, den man wohl, ohne sehr zu übertreiben, als den offiziellen Philosophen unserer Partei bezeichnen darf, ist sehr geneigt, dem Machismus einen sehr bedeutenden und außerordentlich schädlichen Einfluß auf das Leben und Schicksal der russischen Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Aufgabe, die ich mir im folgenden gestellt habe. Sie besteht darin, klar zu machen, wodurch die Philosophie Machs dem bewußt kämpfenden Proletariat und den aus einer anderen Klasse stammenden Kreisen der Intelligenz, die sich ihm als Genossen angeschlossen haben, nötig und nützlich ist — inwieweit sie nicht nur im allgemeinen nötig und nützlich ist, sondern gerade auch direkt sub specie revolutionis.

II.

In den Zeiten einer Revolution wird das Leben besonders für politische Menschen, für Menschen, die sich zu dem, was vorgeht, nicht fatalistisch passiv, sondern mit Bewußtsein und aktiv verhalten wollen, ungeheuer schwer. Die Neuheit und Kompliziertheit dessen, was man durchlebt, bewirken es, daß man zur Lösung der Aufgabe, sich in dem Wechsel der Vorgänge zu orientieren, einen unverhältnismäßig größeren Aufwand an Kraft als in gewöhnlicher Zeit braucht. Indessen ist es notwendig, orientiert zu sein, um zweckmäßig wirken zu können. Jeder richtige Schritt bringt in revolutionären Zeiten zehnfach mehr Nutzen, jeder Fehler zehnfach mehr Schaden, als unter anderen Zuständen.

Die persönliche politische Erfahrung und Kenntnis der Geschichte genügen nicht, um sich in den verwirrten Kombinationen und erschütternden Bildern einer revolutionären Zeit orientieren und richtig handeln zu können. Es ist eine allgemeine Klarheit und Disziplin des Gedankens nötig, eine unabwendbare systematische Logik, ein Vermögen, sowohl über Einzelheiten hinwegzukommen, wie sie mit Allgemeinem zu verbinden, eine Fähigkeit, genau das Verhältnis der Gesamtheit und der einzelnen Teile des Ideals und der Mittel zu seiner Erreichung zu verstehen. Alles das entsteht aus dem Leben und der Wissenschaft, aber alles das wird in der Philosophie konzentriert, formuliert und befestigt. Die philosophische Kritik ist ein Überwinden allgemeiner Widersprüche, die philosophische Synthese die allgemeine Zusammenfassung der Einzelheiten, beides im Gebiet der Erkenntnis. Dasselbe bedeutet im praktischen sozialen Leben die Arbeit der Revolution. Wenn die Wissenschaft und die Erkenntnis eine Welt biologischer Anpassungen ans Leben bilden, so kann und soll die Philosophie eine ähnliche Rolle für das revolutionäre Leben und Kämpfen spielen. Daher die tiefe innere Verwandtschaft zwischen der Philosophie und der Revolution. Alle großen Revolutionen der Neuzeit sind unter der Fahne philosophischer Ideen vor sich gegangen, und zwar religiös-reformatorischer Ideen im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, aufklärend-befreiender im achtzehnten Jahrhundert. Und ebenso marschiert in unserer großen russischen Revolution das Proletariat unter der Fahne der sozial befreienden Philosophie des Marxismus.

Die eine oder die andere Philosophie kann natürlich auch fortschrittsfeindlich, ja reaktionär sein; in ihrer Entwicklung ist aber die Philosophie ihrem Wesen nach revolutionär. Ebenso ist es die wissenschaftliche Erkenntnis, die ihre Grundlage bildet, die aber auch manchmal unter gewissen Umständen zum Werkzeug reaktionärer Kräfte werden kann.

Die Philosophie von Mach ist ein Ausdruck der am meisten fortgeschrittenen Tendenzen in einem der zwei grundlegendsten Gebiete der wissenschaftlichen Erkenntnis — im Gebiet der Naturwissenschaften.

III.

Die Philosophie Machs ist die Philosophie der gegenwärtigen Naturwissenschaften. Könnte man nicht daraus schon a priori den Schluß ziehen, daß sie dem sozialen Leben, seiner Erfahrung und seiner Logik fernstehen muß? Muß man nicht vom Standpunkt der revolutionären Arbeit das Interesse an einer solchen Philosophie als rein akademisch und nicht praktisch betrachten? In der gewöhnlichen Vorstellung ist die naturwissenschaftliche

Philosophie von der sozialen Wissenschaft und um so mehr vom sozialen Leben sehr weit entfernt.

Das ist aber ein naiver Standpunkt. Im allgemeinen besteht die Bedeutung der Philosophie nicht in dem Erteilen unmittelbarer Anweisungen für das Leben und den Kampf, sondern in der Ausbildung des Trägers des Lebens und des Kampfes, des Menschen zu einer durch innere Vollkommenheit und Bestimmtheit, durch Weite und Klarheit des Geistes, durch konsequente Logik machtvollen Persönlichkeit. Und darin liegt die ungeheure Bedeutung einer strengen und konsequenten, an wissenschaftlichem Inhalt reichen Philosophie der Naturwissenschaft.

In ihrer Entwicklung, in ihren fortschreitenden Tendenzen gibt es nur *eine* Philosophie: das ist die Philosophie der Erfahrung und Erkenntnis im allgemeinen, nicht aber die Philosophie der einen oder der anderen Wissenschaft. Aber die eine oder die andere philosophische Anschauung einer einzelnen Person oder einer ganzen Schule kann wohl unter dem *überwiegenden* Einfluß eines bestimmten Gebiets der wissenschaftlichen Erkenntnis entstehen. Das führt natürlicherweise in den meisten Fällen (quantitativ) zu einer gewissen theoretischen Unvollständigkeit der Weltanschauung, manchmal (qualitativ) auch zu deren Einseitigkeit. Was stellt nun von diesem Standpunkt aus die naturwissenschaftliche Philosophie von Mach dar?

Ein Vertreter der sozialen Philosophie von Marx kann bei der Beantwortung dieser Frage nur von den wichtigsten Voraussetzungen dieser Lehren ausgehen. Wenn man aber diese Voraussetzungen durchdenkt, so führen sie zu folgendem allgemeinen Schlusse: *Die Philosophie muß in ihrer Grundlage naturwissenschaftlich sein, wenn sie eine ganze und wahre Weltanschauung für die Gegenwart sein soll.*

Erklären wir diesen Schluß logisch. Die erste und wichtigste sozialphilosophische Festsetzung von Marx lautet, daß „das Wachstum der Produktivkräfte der Gesellschaft" oder „die Zunahme der Macht der Gesellschaft über die Natur", das heißt die Entwicklung der Technik, die Grundlage der gesamten und einer jeden besonderen gesellschaftlichen Entwicklung bildet.

Als wissenschaftlicher Ausdruck dieser „Produktivkräfte", dieser „Macht der Gesellschaft über die Natur" dienen zunächst und unmittelbar die technischen Wissenschaften. Ihre *Systematisierung* und *Vollendung* bilden die *Naturwissenschaften* von der Mathematik und elementaren Mechanik bis einschließlich zu den höchsten Gebieten der Biologie.

Die Naturwissenschaft, das ist die *organisierte technische Erfahrung*, das ist (wenn man die Ausdrucksweise von Marx verwendet) die Ideologie der produktiven Kräfte der Gesellschaft.

Folglich steht die Naturwissenschaft zu den abgeleiteten Gebieten der Erkenntnis — wie die Philosophie eines ist — in einem ebensolchen Verhältnis wie die gesellschaftliche Technik zu den abgeleiteten sozialen Formen, das heißt im Verhältnis einer notwendigen allgemeinen Grundlage.

Die soziale Philosophie von Marx — der höchste und beste Ausdruck einer monistischen Erkenntnis — bildet eine lebendige Illustration dieses Gedankens. Marxismus ist nichts anderes als *eine naturwissenschaftliche Philosophie des sozialen Lebens.*

Die Grundlage und Charakteristik einer jeden Wissenschaft, einer jeden Philosophie bildet ihre *Methode*. Das Wesentliche der historisch-materia-

listischen Konzeptionen von Marx besteht eben in der Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode zur Erkenntnis des sozialen Lebens.

Marx betrachtet den sozialen Prozeß vollständig vom Standpunkt seiner objektiven Gesetzmäßigkeit, und beseitigt und schließt in seiner Analyse alle Elemente des Subjektivismus und jede Vorstellung einer Willkür und Zufälligkeit im Gange der Erscheinungen aus. Das ist der Standpunkt der naturwissenschaftlichen Erkenntnis, der bis jetzt noch weitaus nicht von allen Soziologen vertreten wird.

Marx untersuchte die Entwicklung der Gesellschaft, ausgehend von dem Gedanken der strengen Abhängigkeit dieser Entwicklung von der äußeren Natur im Kampfe ums Dasein. Das ist ebenfalls ein naturwissenschaftlicher Standpunkt.

Marx hat in der gesellschaftlichen Entwicklung die „niederen“, das heißt die einfacheren und vom Kampfe ums Dasein in unmittelbarer Abhängigkeit stehenden Formen als primäre und grundlegende angenommen und die „höheren“, das heißt komplizierteren und in weniger unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampfe ums Dasein stehenden Formen als abgeleitete, als „Überbau“ betrachtet. Auch das ist ein naturwissenschaftlicher Standpunkt.

Vielleicht ist die Tatsache, daß Marx in seiner sozialen Philosophie die grundlegenden Gedanken der neuesten naturwissenschaftlichen Methoden gerade in der Zeit durchgeführt hat, als diese Gedanken sich selbst in der Biologie erst den Weg bahnten, der erstaunlichste Beweis seines Genies. Das berühmte Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“, das die Grundlagen des historischen Materialismus zusammenfaßt, ist im selben Jahr erschienen wie „Die Abstammung der Arten“ von Darwin.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß die Philosophie der Naturwissenschaften nicht unbedingt an einer Beschränktheit und Einseitigkeit leiden muß, wie wir sie a priori von einer Weltanschauung, die auf den Grundlagen eines einzelnen speziellen Gebietes der menschlichen Erfahrung aufgebaut ist, zu erwarten geneigt sind.

Die eine oder die andere Darlegung naturwissenschaftlicher Philosophie kann wohl Unvollständigkeiten aufweisen zum Beispiel in bezug auf die Erkenntnis des sozialen Lebens, wie dies bei Mach der Fall ist. Wenn aber der Gedankengang des Philosophen tatsächlich auf der Höhe der gegenwärtigen Naturwissenschaften steht, so kann er uns befriedigende, allgemein philosophische Konzeptionen geben, die in den anderen Gebieten der menschlichen Erfahrung auf keinen Widerspruch stoßen, sondern sich auch dort erkenntniskritisch nützlich erweisen werden.

IV.

Mach ist Philosoph und Naturforscher. Als Philosoph stützt er sich auf die ganze Denkarbeit, die in den letzten Jahrhunderten von den Denkern Deutschlands geleistet worden ist; dank dem weitgehenden Einfluß der englischen Philosophen verbindet er damit eine tief positivistische Methode und außerordentliche Klarheit der Schlußfolgerungen. Als Naturforscher steht Mach nicht nur in erster Reihe der universellen Arbeiter der Wissenschaft, sondern zeichnet er sich unter ihnen durch seine Weitsicht und Selbständigkeit aus. Er ist kein Spezialist in einem bestimmten Gebiet; seine Forschungen und Entdeckungen umfassen sowohl die theoretische Mechanik wie auch beinahe alle anderen Gebiete der Physik

Digitized by Google

und Physiologie der Sinne. Dank alledem konnte Ernst Mach zum größten gegenwärtigen Forscher in der Philosophie der Naturwissenschaften, ich wage zu sagen zum bedeutendsten Philosophen der Gegenwart überhaupt werden.

Ich erlaube mir, um so entschiedener diese Meinung auszusprechen, da meine eigenen Anschauungen in vielen Punkten von den Anschauungen Machs abweichen, und zwar nicht bloß wegen der früher angedeuteten Unvollständigkeit seiner Anschauungen auf dem Gebiet des sozial-philosophischen Denkens. Ich möchte sogar behaupten, daß schon allein die — fast ungeheure — kritische Arbeit, die Mach in seinem schonungslosen Kampfe gegen alle Art von Fetischismus der wissenschaftlichen und philosophischen Erkenntnis geleistet hat, in seinem Kampfe gegen versteinerte Begriffe, die die Forschungslust des menschlichen Geistes beruhigen und niederhalten, daß schon allein dieser Teil seiner Leistungen seine Werke gegenwärtig zu einer unentbehrlichen Schule für einen jeden machten, der zu einer wirklich wissenschaftlichen, kritisch durchdachten Weltanschauung gelangen will.

Dabei begnügt sich aber Mach in seiner naturwissenschaftlichen Methodologie, die den hauptsächlichen Inhalt seiner philosophischen Tätigkeit bildet, keineswegs mit den negativ-kritischen Aufgaben. Wissenschaftliche Experimente in erstaunlich durchdachter, beinahe ideal genauer Ausführung und sinnreiche Kombinationen aus den verschiedensten und verschiedenartigsten Beobachtungen sind bei ihm eng mit tiefer philosophischer Analyse der Gedanken verbunden. Dadurch besitzt er einen sicheren Ausgangspunkt und gelangt zu inhaltsreichen lebenskräftigen Schlußfolgerungen. Beispiele dafür wird der Leser in seinen Werken in Menge finden.

Inwieweit die grundlegenden methodologischen Sätze von Mach ihrem Wesen nach richtig und zweckmäßig sind, tritt besonders deutlich an den Stellen hervor, wo er sozial-philosophische Fragen zu berühren hat. Im allgemeinen ist ihm dieses Gebiet fremd; außerdem ist er nicht nur nicht Marxist, sondern sind ihm, soweit man aus seinen Werken schließen kann, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einmal die Grundlagen des Marxismus bekannt. Und doch werden wir bei ihm Ausführungen finden, die den Gedanken des historischen Materialismus nicht nur nahestehen, sondern oft mit ihnen zusammenfallen. Die Entstehung der Wissenschaft und Kunst als Nebenprodukte der wirtschaftlichen Arbeit des Menschen (siehe „Erkenntnis und Irrtum" — sein letztes Werk), die Entstehung der Erkenntnis überhaupt aus der Technik (siehe „Wärmelehre") sind Ansichten, die einem gemäßigten Marxisten sogar als Extreme des historischen Materialismus erscheinen können. In der Frage der Entstehung der Sprache nimmt Mach die Theorie von Noire an, die ihrem Wesen nach eine streng marxistische Theorie darstellt, wenn ihr Autor auch keineswegs Marxist ist. Darin besteht die Stärke der strengen und konsequenten naturwissenschaftlichen Methoden, daß sie den Denker auch in Gebieten, die außerhalb der Naturwissenschaft liegen, auf den richtigen und sicheren Weg bringen.

Man kann bei Mach viel lernen. Und in unserer stürmischen Zeit, in unserem von Blut überströmten Lande ist das, was er lehrt, besonders wertvoll: Ruhige Konsequenz des Gedankens, strenge Objektivität der Methode, schonungslose Vernichtung aller Götzen des Gedankens. Das alles haben wir nicht allein wegen der Vollkommenheit und Wissenschaftlichkeit der Weltanschauung nötig.

„Die Philosophie im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts.“

Eine Antikritik von **Gustav Eckstein.**

Die stattliche Festschrift[1], welche unter dem oben angeführten Titel erschienen ist, enthält eine Reihe von Aufsätzen, welche gerade für uns vielfach von besonderem Interesse sind, weil die in ihnen ausgesprochenen Anschauungen mit den unserigen in scharfem Widerspruch stehen, weshalb eine Auseinandersetzung geboten erscheint. Die Schrift entspricht nämlich ihrem Titel insofern nicht vollkommen, als in ihr fast nur Vertreter der neukantischen, „kritischen“ Philosophie zu Worte kommen, wenn auch der Standpunkt der Autoren nicht in allen Einzelheiten der gleiche ist. Eine ziemlich weitgehende Ungleichartigkeit dieser Abhandlungen ist schon dadurch bedingt, daß die einzelnen Mitarbeiter ihre Aufgabe verschieden aufgefaßt haben. So bietet Wundt ein objektives Referat über den heutigen Stand der psychologischen Forschung; Tröltsch sucht in seiner Abhandlung über Religionsphilosophie die verschiedenen Seiten dieses Problems möglichst gleichmäßig zu beleuchten; ebenso stellt Windelband in seiner Besprechung der modernen Logik die Aufzeigung der Entwicklungstendenzen, welche sich in der letzten Zeit auf diesem Gebiet geltend gemacht haben, in den Vordergrund und läßt das Polemische dagegen zurücktreten. Immerhin macht sich hier der eigentümlich neukantische Standpunkt schon stärker und einseitiger fühlbar in der Abweisung des evolutionistischen Psychologismus sowie in der scharfen Scheidung zwischen „Naturwissenschaften, die auf Erkenntnis von Gesetzen des Geschehens gerichtet sind, und historischen Wissenschaften, die auf die Einsicht der besonderen, durch allgemein gültige Wertbeziehungen ausgezeichneten Ereignisse gewiesen sind“. Doch wird diese für die neukantische Methodologie so wichtige Lehre hier nur gestreift. Auch könnte auffallen, daß die neuere Dialektik, wie sie von Marx und Dietzgen ausgebildet wurde und bei modernen Positivisten anklingt, überhaupt nicht berührt wird.

Ganz anders hat Bauch seine Aufgabe aufgefaßt. In seiner Abhandlung über Ethik bemüht er sich gar nicht, ein objektives Referat über die Strömungen zu geben, die am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die Ethik beherrschen. Für ihn hat überhaupt nur die „kritische Ethik“, das heißt die an der kritischen Philosophie Kants orientierte Ethik, wissenschaftlichen Wert. Den Utilitarismus sowie die Ethik auf biologischer Grundlage verdammt er als unkritisch und dogmatisch. Mit sichtlicher Befriedigung zitiert er ausführlich Nietzsches Ausfälle gegen den „pöbelmännischen Instinkt“ der „utilitarischen Tölpel“. Aber auch dessen ethische oder eigentlich „immoralistische“ Anschauungen findet er unzulänglich, da sie ebenfalls auf naturalistischer Basis fußen. In Nietzsche habe sich die naturalistische Ethik selbst aufgehoben, nicht aber die Ethik als solche, denn auf dem Grabe des ethischen Naturalismus pflanze die kritische Ethik siegreich ihr Panier auf, deren oberstes

[1] Die Philosophie im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Festschrift für Kuno Fischer, herausgegeben von W. Windelband. (Heidelberg, C. Winter. Band 1, enthaltend: Liebmann, An Kuno Fischer zu seinem achtzigsten Geburtstag; Wundt, Psychologie; Bauch, Ethik; Tröltsch, Religionsphilosophie; Windelband, Logik; 1904, 5 Mark. Band 2, enthaltend: Lask, Rechtsphilosophie; Rickert, Geschichtsphilosophie; Groß, Ästhetik; Windelband, Geschichte der Philosophie; 1905, 5,40 Mark.)

Digitized by Google

Prinzip die Autonomie, die sittliche Freiheit sei. „Mein Wollen", lautet die prinzipielle Formulierung bei Bauch, „hat Wert, ist ein gesolltes Wollen, wenn ich so will, daß ich von jedem anderen an meiner Statt dasselbe Wollen fordern dürfte." Wenn dies der Weisheit letzter Schluß sein soll, muß man wohl darüber staunen, daß Bauch sich bei Besprechung des „ethischen Dogmatismus" darüber lustig macht, daß dessen Moralmaxime eigentlich auf das alte Sprüchlein hinauslaufe: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu." Wie sich nun zeigt, führt die erhabene kritische Ethik auf dem Umweg über überempirische Werte genau zu demselben philiströsen Resultat.

Das Hauptargument, mit dem die naturalistische Ethik bekämpft und die kritische verfochten wird, ist, daß Naturgesetze als solche nie einen Wertmaßstab abgeben können. Der konsequente Naturforscher kenne darum auch bei seiner Forschung keine Beziehung auf irgendwelche Werte; jede Beurteilung weise über das bloß Naturtatsächliche hinaus, auf eine über der Natur stehende Norm. Etwas Tatsächliches bloß deshalb, weil es Tatsache sei, zu einem Werte zu erheben, sei unkritischer Dogmatismus.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Argumentation tatsächlich die meisten naturalistischen ethischen Systeme trifft; denn diese sind nach absoluten Werten orientiert, und solche lassen sich auf dem Gebiet der Empirie nicht finden. Das beweist aber nichts gegen die Möglichkeit, ethische Probleme auf Grundlage der Erfahrung zu behandeln, sondern nur gegen die Methode, die in der Regel dabei eingeschlagen wird.

In dem ersten Abschnitt seiner Abhandlung über Ästhetik hält Groß ein glänzendes Plädoyer für die Berechtigung psychologischer Behandlung ästhetischer Probleme, damit aber zugleich aller „normativen Wissenschaften". Er zeigt, wie der psychologische Ästhetiker auch wohl berechtigt ist, Wertentscheidungen anzunehmen und hypothetisch weitere von diesen abzuleiten. Zu absoluten Wertentscheidungen könne aber auch die kritische Ästhetik nicht gelangen. Denn auch im erkenntniskritischen Gebiet komme man ohne „Wenn" nicht aus. „Der Erkenntnistheoretiker geht von der Annahme oder dem Wunsche aus, daß notwendige und allgemeingültige Erkenntnisse vorhanden seien, und sucht nach logischer, das heißt vom individuellen Erlebnis absehender Methode das Prius aller Einzelerkenntnisse im Begriff der Gesetzmäßigkeit des „Bewußtseins überhaupt". Diese Notwendigkeit und Allgemeingültigkeit seien aber unbeweisbare Postulate. Der Psychologe bleibe sich dessen bewußt und gehe daher über den Rahmen des subjektiven Bewußtseins der Evidenz nicht hinaus.

Diese ganze Beweisführung ist auf das Gebiet der Ethik genau so anwendbar wie auf das der Ästhetik. Bei einer psychologischen Behandlung der Ethik wird es sich also darum handeln, die psychischen Gesetze ethischer Wertschätzung zu finden. Sind wir nun dazu gekommen, die Entstehung und Ausbildung ethischer Werte und Wertsysteme aus der ökonomischen Struktur der Gesellschaft zu verstehen, für welche diese Werte gelten sollen, so werden wir auch beurteilen können, welche ethischen Anschauungen dem Verfall anheimgegeben sind und welche der Zukunft angehören, sobald wir die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt haben. Ob diese neue Ethik auch „höher" steht als die untergehende, das ließe sich allerdings nur an einem absoluten moralischen Werte messen. Aber diesen könnte nur ein Wesen finden, das psychologisch nicht mehr bedingt, das aller natürlichen und gesellschaft-

lichen Umgebung entrückt ist. Wir Menschen müssen bescheidener sein und uns mit relativen Werten begnügen, deren subjektive Bedingtheit wir erkennen. Wir können also zum Beispiel aus der Klassenlage der Bourgeoisie auf ihren ethischen Individualismus schließen, dem die solidaristische Ethik des Proletariats gegenübersteht. Wir können auch bestimmen, daß die proletarische Ethik siegreich bleiben wird; welche dieser beiden Auffassungen wir aber als die „höherstehende" auffassen, das wird von der Stellung abhängen, die wir selbst zu den kämpfenden Parteien einnehmen; und diese wird mehr durch Gefühle, also durch unsere Lebensschicksale, Klassenlage und andere psychologische Faktoren bestimmt als durch Reflexionen, deren Richtung und Charakter vielmehr erst von jenen abhängig ist. Wer sich darüber nicht klar wird, sucht die Überlegenheit seiner ethischen Anschauungen allgemeingültig zu beweisen, und dazu muß er sich ein absolutes ethisches Ideal konstruieren. Auf dem uferlosen Gebiet metaphysischer Dichtung sind solche Konstruktionen freilich billig wie Brombeeren.

Zu welchen Sophismen dieses Streben nach Aufstellung absoluter Werte führt, dafür liefert gerade Bauch ein gutes Beispiel. Die Existenz allgemeingültiger Wertmaßstäbe beweist er in folgender Weise: als allgemeingültig müßte ein solcher Maßstab den Anspruch erheben können, von allen vernünftigen Wesen in seiner Geltung selbst anerkannt zu werden. Er kann sich daher nur auf Vernunft gründen lassen, er muß aus der Vernunft herfließen, die selbst der Inbegriff des Geltens ist. Den allgemeingültigen Wert überhaupt und als solchen leugnen, hieße eben darum die Vernunft selber leugnen.

Diese Schlußwendung ist nicht nur überraschend, sondern auch falsch; im Sinne des Verfassers müßte es heißen, die Leugnung allgemeingültiger Werte sei gleichbedeutend damit, daß der Vernunft die Möglichkeit bestritten werde, zu allgemeingültigen, absoluten Wahrheiten vorzudringen; und diese wird eben bestritten. Außerdem aber macht sich hier bereits die Tendenz geltend, die in den weiteren Ausführungen Bauchs noch deutlicher wird, den Begriff des „Geltens" in zwei ganz verschiedenen Bedeutungen zu nehmen: einmal als logische Evidenz, das andere Mal als ethisches Postulat, eine Verwechslung, deren Unstatthaftigkeit Max Adler[1] wohl genügend klar nachgewiesen hat.

Diese Aufstellung überempirischer Werte als Richtpunkte der Wissenschaft ist eigentlich das charakteristischste Merkmal der neukantischen Richtung auf sozialphilosophischem Gebiet. Für sie ist Philosophie gleichbedeutend mit kritischer Wertlehre. Da nun diese ganze Richtung, wie Lask in seiner Abhandlung über Rechtsphilosophie sagt, im wesentlichen eine Reaktion gegen den „marxistischen Naturalismus" darstellt, können wir in der Reihe von Abhandlungen, welche dieses Gebiet behandeln, einen Auszug aller für den Marxismus tödlich feinen Säfte erwarten. Es kommen hier hauptsächlich die ausführliche und sehr interessante Abhandlung Rickerts über Geschichtsphilosophie, in zweiter Linie Lasks Studie über Rechtsphilosophie und Windelbands Beitrag über Geschichte der Philosophie in Betracht.

Die entscheidende Frage ist die nach der Möglichkeit historischer Gesetze. Rickert führt aus: Wenn man das Verfahren der Naturwissenschaften ohne weiteres naiv auch auf die Geschichte anwende, übersehe man, daß die Ziele dieser

[1] Marx-Studien, Band 1, Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft, S. 334 ff.

Wissenschaften ganz verschieden seien. Während es sich den Naturwissenschaften lediglich um die Erfassung des Allgemeinen in dem gegebenen Substrat handle, sei das Interesse in der Geschichtswissenschaft gerade auf das Individuelle gerichtet, auf das schlechthin Einmalige. In der Wirklichkeit wiederhole sich zwar überhaupt nichts; aber die Naturwissenschaften vollziehen eben unter den Merkmalen ihrer Materialien eine Auslese in der Richtung, daß sie das ihnen Gemeinsame hervorheben; die Geschichte finde aber als ihr Material überhaupt nicht mehr die Wirklichkeit selbst vor, sondern die vorwissenschaftlichen Zusammenfassungen und Begriffsbildungen, welche bereits Produkte einer allerdings unbewußten Auslesearbeit seien. Aus diesen hat die Geschichtswissenschaft durch bewußte Auslese ihre wissenschaftlichen Begriffe zu bilden und das Material zu ordnen, wobei ihr als Richtpunkte die Kulturgebiete dienen, denen sie ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Während also in den Naturwissenschaften der Wert, nach dem bestimmt wird, ob ein Merkmal in Betracht zu ziehen ist oder nicht, mit dessen Allgemeinheit zusammenfällt, komme für die geschichtliche Darstellung als wertvoll nur das in Betracht, was als in bezug auf ein bestimmtes Kulturinteresse relevant anzusehen ist. Hier könne man daher nicht von Gesetzen sprechen, da solche sich nur auf Allgemeines beziehen können, dieses aber prinzipiell gerade von der Geschichte ausgeschlossen ist; die Orientierung der Geschichte erfolge also nicht nach Gesetzen, sondern nach Kulturwerten. Nicht die Gesetzlichkeit der Geschichte sei der Gegenstand der Forschung, sondern ihr Sinn. Das Vereinzelte als solches sei allerdings auch hier nicht Gegenstand des wissenschaftlichen Interesses. Es komme stets auf den Zusammenhang an, und zwar komme es in der Geschichte auf die Beziehungen an, welche das Objekt mit seiner Umgebung verbinden, sowie auf das Studium seiner Entwicklung, und dabei handle es sich nicht um die bloße Aufzählung von Ereignissen, sondern darum, die notwendige Abfolge von Ursachen und Wirkungen aufzuweisen. Der Nachweis solcher Kausalzusammenhänge bedeute durchaus nicht, daß die Geschichte gesetzmäßig ablaufe; denn Kausalzusammenhänge sind als solche noch indifferent gegenüber den Unterschieden der Methode, das heißt sie gestatten sowohl eine generalisierende als eine individualisierende Auffassung.

Wenn man sich nun auch in keine Auseinandersetzung über das Wesen der Kausalität einläßt, so ist doch so viel klar, daß die Konstatierung eines Kausalzusammenhanges nur bei generalisierender Betrachtungsweise möglich ist. Individuell kann jeder einzelne Ursache und Wirkung nur bei sich selbst auffassen, das heißt insofern er in einem konkreten Falle das Gefühl des Ursacheseins hat. Sonst kann Kausalität jedenfalls nur aus einem regelmäßigen Zusammentreffen bestimmter Arten von Erscheinungen erschlossen werden; und das Verfahren, das zu diesem Zwecke eingeschlagen werden muß, ist in der Geschichtswissenschaft kein anderes als in den Naturwissenschaften.

Sehen wir uns zum Beispiel das Vorgehen des Geologen an. Er untersucht einen Gebirgszug. Das Material ist ihm hier ebenso durch vorwissenschaftliche Begriffsbildung gegeben, wie dem Historiker zum Beispiel des Gildenwesens das seinige. Der Geologe hat nun zunächst eine möglichst genaue Beschreibung seines besonderen Objektes zu versuchen, und zwar mit sorgfältiger Auslese derjenigen Elemente, die geologisch bedeutsam sind. Auf dieser Basis fußend, macht er den Versuch, sich das Zustandekommen des jetzigen Zustandes auszumalen, indem er den individuellen Fall mit anderen vergleicht und die

anderwärts bereits gewonnenen allgemeinen Gesetze auch nun auf seinen Fall anwendet. Andererseits wird er durch seine Erfahrungen an diesem individuellen Objekt vielleicht die bis dahin herrschenden Anschauungen in seiner Wissenschaft berichtigen. So ist keine wissenschaftliche Untersuchung möglich ohne innigstes Zusammenwirken der individualisierenden mit der generalisierenden Methode. — Genau dasselbe Verfahren wendet der Historiker an, der zum Beispiel die Entstehung eines bestimmten Staatswesens studiert. Sowie er über den Rahmen der bloßen Chronik hinausgeht, muß er, um Zusammenhänge aufweisen zu können, auf allgemeine Gesetze zurückgreifen. Wollte zum Beispiel ein Historiker das Genie Luthers als ausschließliche Ursache der deutschen Reformation nachweisen, so müßte er zunächst durch Heranziehung anderer historischer Beispiele mindestens wahrscheinlich machen, daß große geistige und soziale Bewegungen durch das Auftreten von geistigen Heroen hervorgerufen wurden. Er müßte zeigen, wie ähnliche Bewegungen unter ganz anderen Verhältnissen durch ein ähnliches Auftreten eines großen Mannes entstanden sind. Kurz, es bliebe ihm nichts übrig, als die in den Naturwissenschaften übliche Methode der Variation auf das historische Gebiet anzuwenden.

Tatsächlich sind die historische und die generalisierende Methode durchaus nicht identisch, und es wäre sehr verfehlt, sie zu vermengen; insofern sind die Untersuchungen Rickerts, Windelbands und der Anhänger ihrer Methodologie sehr verdienstvoll; aber sie übersehen, daß die Anwendung beider Methoden auf allen Wissensgebieten notwendig ist. Überall bildet den Grundstock der Untersuchung eine individualisierende Beschreibung, eine Historie der einzelnen Objekte, wobei nach bestimmten, durch den Zweck der Untersuchung bedingten Richtungen eine Auswahl der Elemente zu treffen ist; denn nur diese sind eben für diese Untersuchung „wertvoll“. Bei manchen Naturwissenschaften scheint diese Vorarbeit allerdings wegzufallen, nämlich dort, wo sie durch vorwissenschaftliche Begriffsbildung bereits erledigt ist. Erst wenn das Material so geordnet ist, kann die generalisierende Methode mit Erfolg angewendet werden. Wird sie es nicht, so bleibt das Material trotz der Orientierung nach „Wertgesichtspunkten“ eine tote Masse, ein unnützer Ballast. Der Hauptunterschied ist nur der, daß in den Naturwissenschaften gewöhnlich diese beiden Arbeiten von derselben Disziplin verrichtet werden; in den Kulturwissenschaften aber ist bisher Historie, wozu auch Statistik usw. zu rechnen ist, von der generalisierenden Wissenschaft, der Soziologie, getrennt geblieben. In Wirklichkeit kann ja auch der Historiker nie auf die Erkenntnis sozialer Gesetze verzichten, da er sonst zum bloßen Chronisten herabsinken würde; aber er glaubt, ihrer entraten zu können, da das bloß Historische, das Individuelle gerade auf diesem Gebiet schon interessant genug erscheint, um den Gegenstand einer eigenen, selbständigen Wissenschaft abzugeben. Das ist aber insofern nur ein Schein, als, wie Rickert selbst sagt, „nur die Objekte historisch wesentlich werden, die mit Rücksicht auf gesellschaftliche oder soziale Interessen Bedeutung besitzen“, das heißt diejenigen, welche als soziale Ursachen oder Wirkungen wichtig sind. Mithin ist jede historische Individualität nur insoweit von Interesse, als sie vom generalisierenden Standpunkt betrachtet wird; denn anders kann von Ursache und Wirkung nicht gesprochen werden. So viel ist allerdings richtig, und daher entspringt eben auch der Irrtum der Auffassung, daß wir uns mit um so inhaltsärmeren Abstraktionen begnügen, je geringer unser praktisches Interesse an dem Gegenstand einer Wissenschaft ist. In der

Astronomie sehen wir von allen Qualitäten ab und betrachten nur Bewegungsgrößen, die weitest getriebenen, daher aber auch inhaltsärmsten Abstraktionen. An den Gegenständen der Biologie zum Beispiel haben wir schon ein ungleich stärkeres praktisches Interesse; wir begnügen uns daher nicht mehr mit der bloßen Betrachtung der Organismen als physikalischer Körper, eine Betrachtungsweise, die ja an und für sich möglich wäre, sondern wir gehen mehr in Details, das heißt wir gehen zu Abstraktionen geringeren Grades über. Noch größer ist natürlich unser praktisches Interesse an den sozialen Erscheinungen, besonders unseres eigenen Volkes. Noch für das Studium der unzivilisierten Völker gilt faktisch auch nach Rickert eine generalisierende Methode, die der Anthropologie und Ethnologie. Bei ihnen begnügen wir uns mit relativ weitgehenden Schematisierungen. Je weiter wir aber zu unserem eigenen Volke und Staatswesen vordringen, desto spezieller werden unsere Interessen. Darum ist es zum Beispiel für uns leichter, in der Geschichte Japans allgemeine Gesetze nachzuweisen als in der Deutschlands. Es ist nicht die genauere Kenntnis der Geschichte, die uns hier hemmend entgegentritt, sondern die Spezialisierung des Interesses. Diese ist also nichts der Menschheitsgeschichte spezifisch Eigenes, sondern es besteht nur ein gradueller Unterschied. In jedem individuellen Interesse liegt ein generelles Moment, jedes generelle Interesse stützt sich auf individuelle und geht aus ihnen hervor. Eine scharfe Scheidung hat hier wie überall nur relative Berechtigung, das heißt sie darf nur zu bestimmten Zwecken vorgenommen werden und muß stets von dem Bewußtsein ihrer Relativität begleitet sein.

Nun gibt Rickert selbst zu, daß es „jedenfalls ein durchaus berechtigtes Unternehmen ist, nach Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen zu forschen". Aber wenn auch so scheinbar dasselbe Material einmal individualisierend, das andere Mal generalisierend betrachtet werde, so folge daraus nicht, daß die Soziologie, welche nach Gesetzen forscht, nun die Rolle der Geschichtsphilosophie übernehmen könne. Denn diese Identität des Stoffes gelte nur für den, der in naivem Begriffsrealismus „unsere vorwissenschaftliche und wissenschaftliche Auffassung der Wirklichkeit mit der Wirklichkeit selbst verwechselt". Aber gilt nicht dasselbe zum Beispiel für den Geologen, der die Alpen zuerst ganz individuell studiert, untersucht und beschreibt und dann auf Grund einer Vergleichung dieser Beschreibung mit der anderer, ebenfalls individualisierend studierter Gebirgszüge die allgemeinen Gesetze des Aufbaus der Gebirge zu finden sucht? Es entspricht wohl demselben „naiven Begriffsrealismus", diesen methodischen Unterschied in den Naturwissenschaften zu übersehen.

Der Haupteinwand, den Rickert dagegen macht, daß die Soziologie den Anspruch erhebt, die Gesetzeswissenschaft des historischen Geschehens zu sein, ist aber der Hinweis darauf, daß „die Geschichtsphilosophie nicht Philosophie des Objektes einer historischen Spezialuntersuchung, sondern Philosophie des Objektes der Universalgeschichte zu sein und zugleich die Prinzipien des historischen Universums festzustellen hat". Das Prinzip des historischen Universums könne aber kein Gesetz sein. In dieser Argumentation ist in zweifacher Hinsicht vorausgesetzt, was zu beweisen wäre.

Zunächst ist die scharfe Trennung des „historischen Universums" von der übrigen Natur weder in der Praxis wirklich durchführbar, noch theoretisch zu rechtfertigen. Für den Neukantianer ist allerdings noch immer die menschliche

Vernunft etwas im Wesen vom „tierischen Instinkt“ Verschiedenes. Während dieser der Natur angehört, ist jener nach ganz anderen Gesichtspunkten zu betrachten und zu beurteilen. Die Entwicklungslehre, welche das Denken des letzten Jahrhunderts revolutioniert hat, ist an ihrer Erkenntniskritik nicht nur spurlos vorübergegangen, sondern diese Schule ist bewußt von Kant abgewichen, um sich gegen das Eindringen des evolutionistischen Geistes zu wehren. Es ist daher nur konsequent, wenn Rickert den Einfluß der Biologie auf die moderne Philosophie leugnet, wobei er allerdings eben nur die neukantische Lehre im Auge hat. Nur von ihrem dogmatischen Standpunkt aus ist eine solche absolute Trennung zwischen Menschheitsgeschichte und Naturgeschehen denkbar. Ferner aber ist es nur selbstverständlich, daß für ein Universum als solches keine Gesetze Geltung haben können. Denn deren Inhalt ist stets die Konstatierung einer Abhängigkeit. Das Universum kann aber von nichts außer ihm abhängig sein, da es sonst eben nicht universell wäre. Für das Weltganze gibt es auch keine Gesetze. Diese können stets nur die Abhängigkeit einzelner Teilstücke von anderen feststellen. Wenn Rickert behauptet, die generalisierenden Wissenschaften dächten nie daran, die Teile der Welt als Glieder des Ganzen zu betrachten, so ist das einfach ein Irrtum. Gerade die modernen Naturwissenschaften behandeln immer mehr ihre Spezialgebiete bewußt als Teile eines umfassenden Zusammenhangs. Das hindert sie aber keineswegs, nach Gesetzen für den Zusammenhang der Teile zu suchen. Will man freilich suchen, wovon das Universum als solches abhängt, dann muß man den Rahmen der Welt verlassen und sich in den blauen Dunst der Metaphysik begeben. Für Rickert ist die Menschenwelt ein geschlossenes Universum für sich. Bei dem Bestreben, das Prinzip dieses Universums zu finden, das nicht für die Teile gilt, sondern für das Ganze, kommt Rickert notwendig in das Bereich der außerweltlichen, überempirischen Werte. Vergeblich müht er sich dann ab, sich aus den Fußangeln der Metaphysik zu retten. Er selbst ist gezwungen, den Zirkel aufzuzeigen, zu dem ihn sein Standpunkt zwingt und dem er nicht entrinnen kann. „Wir bedürfen,“ sagt er, „des Zeitlosen, um dem zeitlichen geschichtlichen Verlauf einen objektiven Sinn abzugewinnen. So bald wir aber dies Zeitlose als metaphysische Realität setzen und damit dem geschichtlichen Verlauf die wahre Realität nehmen, vernichten wir jeden Sinn der Geschichte und jede Möglichkeit ihrer philosophischen Behandlung.“ Er muß sich daher resignieren, „auch bei der philosophischen Behandlung der Universalgeschichte in den zeitlosen Werten und ihrer notwendigen, aber wissenschaftlich unbestimmbaren Beziehung auf die zeitliche Realität die letzten Voraussetzungen zu sehen, bei denen wir stehen zu bleiben haben“. Also ein neues „Ignorabimus“. Mit der Metaphysik geht es eben wie mit dem Teufel; reicht man ihr nur die Fingerspitze, so nimmt sie den ganzen Kopf.

Nun ist aber noch besonders hervorzuheben, daß hier unter „Wert“ etwas völlig anderes verstanden wird als bei der ersten methodologischen Untersuchung. Dort wurde damit lediglich die Wichtigkeit bezeichnet, welche ein Wissenselement für einen bestimmten Erkenntniszweck besitzt. Von ethischer Wertung ist dabei, wie auch Rickert hervorhebt, gar nicht die Rede. Wenn ich zum Beispiel die Geschichte der Prostitution oder der Blockpolitik schreiben will und zu diesem Zweck das historische Material sichte, das heißt die für die Untersuchung „wertvollen“ Daten sammle, brauche ich deshalb noch lange

keine Wertschätzung für diese schönen Dinge selbst zu empfinden. Ganz anders aber ist die Bedeutung jener „transzendenten Werte“, nach denen sich die Geschichte zu orientieren hat, jene übersinnlichen Richtpunkte, die das Prinzip der Universalgeschichte darstellen sollen. Das sind Werte im ethischen Sinne. Ihrer Einführung ist vorgearbeitet durch die unverfänglich erscheinende Anwendung desselben Ausdrucks für jene Erkenntniswerte.

Nachdem es Kant gelungen, die metaphysische Spekulation aus dem Gebiet der Wissenschaft zu verbannen, war es seinen Jüngern vorbehalten, diese durch eine Hintertüre wieder einzuführen. Aber sie selbst müssen zugeben, daß wir Naturalisten uns mit Recht gerade auf das theoretische Hauptwerk ihres Altmeisters stützen können. Wenn Rickert dagegen den Nachweis unternimmt, daß auch der materialistischen Geschichtsauffassung Wertbeziehungen unbewußt zugrunde liegen, so ist das ein Mißverständnis, das nur dadurch erklärlich wird, daß er sich in seine Theorie der Werte als Einheitsprinzipien der Geschichte vollkommen festgerannt haben muß. Denn daß die psychologischen Gründe, welche Marx und Engels zur Aufstellung ihrer Theorie geführt haben, etwas ganz anderes sind als die Theorie selbst, kann einem Denker wie Rickert doch nicht entgangen sein. Und doch faßt er diese Theorie so auf, daß er behauptet, der erhoffte Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie sei der absolute Wert, nach dem die ganze Theorie orientiert sei, und da sich dieser Kampf in erster Linie um wirtschaftliche Güter drehe, sei nun das wirtschaftliche Leben als die Hauptsache überhaupt aufgefaßt, als das „eigentlich Wirkliche“, während dem ganzen übrigen Kulturleben nur eine Existenz geringeren Grades zugestanden werde. Nachdem Rickert so den Sinn der ökonomischen Geschichtstheorie in sein Gegenteil verdreht hat, kann er dann fragen, ob denn der Sieg des Proletariats wirklich das absolute Gut darstelle, eine Frage, deren Bejahung er mit einer etwas pharisäischen Wendung für „von vornherein nicht sehr wahrscheinlich“ erklärt. Es ist freilich nicht schwer, eine Lehre zu widerlegen, wenn man zuerst ihren Sinn nach eigenem Gutdünken in sein Gegenteil verkehrt hat.

Die neukantische Lehre der wesentlichen Verschiedenheit der Kulturwissenschaften von den Naturwissenschaften stellt heute unzweifelhaft die geistvollste und stärkste Waffe gegen den Marxschen „Naturalismus“ dar. Sie nimmt auf philosophischem Gebiet ungefähr die Stellung ein wie die Grenznutzentheorie auf ökonomischem. Aber ich denke, wir brauchen beide Gegner nicht zu scheuen.

Wie geht man an das Studium des Sozialismus?

Diese Frage beantwortet in Nr. 2 und 4 des „Kampf“ der Genosse Otto Bauer. Die Antwort enthält bemerkenswerte Fingerzeige. Wir entnehmen ihr daher jenen Teil, der nicht bloß für die österreichischen, sondern für alle Deutsch redenden Genossen von Interesse ist. In Nr. 2 wird die Frage untersucht: Wie studiert man das Parteiprogramm? Es heißt da:

Wer unser Parteiprogramm verstehen lernen will, wird am besten zunächst zu der von Adolf Braun herausgegebenen Broschüre „Ziele und Wege“ (Berlin 1906, Verlag Vorwärts, Preis 20 Pfennig) greifen, an der außer dem Herausgeber auch die Genossen Lindemann, Süßheim, Stampfer und die Genossin Zetkin mitgearbeitet haben. Das Schriftchen enthält eine kurze und leicht verständliche Er-

läuterung unserer Gegenwartsforderungen. Eine treffliche Einführung in die in unserer Prinzipienerklärung zusammengefaßten Gedankenreihen enthält die weitverbreitete Broschüre „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" von Karl Kautsky und Bruno Schönlank (Berlin 1906, Verlag Vorwärts, vierte Auflage).

Wer diese beiden Broschüren gelesen hat, kann sich dann an eine ausführlichere und gründlichere Erläuterung des Parteiprogramms heranwagen. Eine solche gibt Karl Kautsky in seinem Buche „Das Erfurter Programm" (achte, wesentlich verbesserte Auflage, Stuttgart 1907, Verlag von J. H. W. Dietz). Das Buch gehört zu den klassischen Schriften des Sozialismus. Das Studium dieser Schrift ist für jeden, der unser Parteiprogramm studieren will, unerläßlich.

Das sozialdemokratische Programm ist nicht die Erfindung eines einzelnen Mannes, auch nicht nur der Beschluß eines Parteitags, sondern das letzte Ergebnis langer wissenschaftlicher Arbeit. Will man es gänzlich verstehen, so muß man die klassischen Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus studieren. Man beginnt dieses Studium am zweckmäßigsten mit der Lektüre der berühmten Rede Ferdinand Lassalles über „Das Arbeiterprogramm" (Berlin 1907, Verlag Vorwärts). Die Rede zeigt uns die Bewegung der Arbeiterklasse in einem großen historischen Zusammenhang; sie zeigt, wie die feudale Gesellschaft des Mittelalters von der bürgerlich-kapitalistischen abgelöst wurde und wie diese wiederum von der werdenden Gesellschaft, deren Trägerin die Arbeiterklasse ist, abgelöst werden wird.

Hat die Rede Lassalles unseren historischen Blick geschärft, dann können wir es wagen, die „Geburtsurkunde des modernen Sozialismus", die gemeinsame Quelle aller sozialdemokratischen Programme, zu lesen, das „Kommunistische Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels (Berlin 1906, Verlag Vorwärts). Wir lesen vom „Kommunistischen Manifest" zunächst folgende Abschnitte: I. Bourgeoisie und Proletarier, II. Proletarier und Kommunisten, IV. Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien.

Der dritte Abschnitt des „Kommunistischen Manifest" (sozialistische und ökonomische Literatur) macht uns größere Schwierigkeiten, da er geschichtliche Vorkenntnis voraussetzt. Hier setzen sich ja Marx und Engels mit den Lehren und Anschauungen älterer Sozialisten auseinander. Zum besseren Verständnis dieses Abschnitts lesen wir die kleinere Schrift von Friedrich Engels über „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (Berlin 1907, Verlag Vorwärts). Sie zeigt uns, wie der durch das „Kommunistische Manifest" begründete wissenschaftliche Sozialismus auf dem Boden erwachsen ist, den einerseits die Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie und andererseits die kritischen Leistungen des älteren utopistischen Sozialismus urbar gemacht haben; so lehrt sie uns die historischen Wurzeln, aber auch die unterscheidende Eigenart des von Marx begründeten proletarischen Sozialismus kennen.

Das Verständnis der von uns genannten Schriften von Marx, Lassalle und Engels setzt die genauere Kenntnis ihrer Entstehungszeit voraus. Den Weg hierzu erschließt uns „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" von Franz Mehring (Stuttgart 1906, Verlag von J. H. W. Dietz).

Zum ersten Studium der sozialdemokratischen Gedankenwelt werden die von uns genannten Schriften genügen. Wer tiefer eindringen will, wird freilich noch fleißige Arbeit aus verschiedenen Wissensgebieten nicht scheuen dürfen.

So Otto Bauer. Es erscheint mir zweckmäßig, die von ihm gegebene Liste noch etwas zu erweitern. So halte ich es für notwendig, daß der Lernende, ehe er an mein „Erfurter Programm" geht, das Marxsche Schriftchen über „Lohnarbeit und Kapital" liest. Es ist ein Muster populärster ökonomischer Auseinandersetzung.

An die Lektüre von Lassalles „Arbeiterprogramm" würde ich raten, die seines „Bastiat-Schulze" anzufügen, der die aus dem Arbeiterprogramm gewonnene Einsicht in leicht verständlicher Weise vertieft und erweitert.

Digitized by Google

Endlich aber würde ich raten, vor dem „Kommunistischen Manifest“ noch Engels „Lage der arbeitenden Klasse in England“ durchzuarbeiten, ein Werk, das heute viel zu wenig beachtet wird, das in anschaulichster und packendster Form schon die wichtigsten unter den Problemen der Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung entwickelt, die später im „Kommunistischen Manifest“ ihre Lösung fanden.

In der Nr. 4 des „Kampf“ geht dann Bauer an die Beantwortung der Frage, wie man die Geschichte der Klassenkämpfe zu studieren beginnt. Er führt aus:

Wer die kapitalistische Gesellschaft verstehen will, muß zunächst wenigstens im Umriß die Geschichte ihres Werdens kennen.... Man beginnt das Studium am zweckmäßigsten mit Engels Schrift „Über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Obwohl diese berühmte Schrift in manchen Einzelheiten veraltet ist, obwohl wir heute wissen, daß insbesondere die Entwicklung der Familie nicht so gradlinig ist, nicht bei allen Völkern so gleichartig verlaufen ist, wie die Wissenschaft dies in der Entstehungszeit dieses Buches annahm, so bleibt sie doch die weitaus beste Einführung in die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft. Als eine Ergänzung kann die kurze Abhandlung über die „Mark“ angesehen werden, die Engels im Anhang zu seiner „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ veröffentlicht hat. Über die Wirtschaftsverfassung und Klassenkämpfe des Mittelalters finden wir sehr viel Wertvolles in dem von Karl Kautsky herausgegebenen Sammelwerke „Die Vorläufer des Sozialismus“. Für die wichtige Übergangsperiode vom Mittelalter zur Neuzeit ist zur Ergänzung auch Kautskys „Thomas More und seine Utopie“ heranzuziehen.

In die Periode des Frühkapitalismus nnd modernen Absolutismus führen uns Kampffmeyers „Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland“ und Mehrings „Lessing-Legende“. Über die große Umwälzung, die die französische Revolution den europäischen Völkern gebracht, unterrichten uns Blos, „Die französische Revolution 1789“; Kautsky, „Die Klassengegensätze von 1789“. Die großen Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts werden uns in den folgenden Schriften trefflich dargestellt: Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“; Blos, „Die deutsche Revolution“; Heritier, „Geschichte der französischen Revolution von 1848“; Bach, „Geschichte der Wiener Revolution“; Lissagaray, „Geschichte der Kommune von 1871“; Webb, „Geschichte des britischen Trade Unionismus“. Wir schließen das Studium der historischen Literatur des Sozialismus mit den berühmten historischen Streitschriften Karl Marx': „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“.

Die wertvolle bürgerliche Literatur über Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist den Arbeitern nicht zugänglich, da sie in umfangreichen Werken niedergelegt ist, deren Lektüre geschichtliche und juristische Vorkenntnisse voraussetzt. In jüngster Zeit haben aber einige große Verlagsbuchhandlungen Sammlungen populär-wissenschaftlicher Schriften herausgegeben; in einigen dieser billigen und verhältnismäßig leicht lesbaren Büchlein sind die wertvollsten Ergebnisse der neueren historischen Forschung kurz zusammengefaßt. So können wir unseren Lesern beispielsweise folgende Schriften empfehlen: Aus der von Teubner in Leipzig herausgegebenen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“: Steinhausen, „Germanische Kultur in der Urzeit“; Heil, „Die deutschen Städte und Burgen im Mittelalter“; Otto, „Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung“; Pohle, „Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im neunzehnten Jahrhundert“; G. Maier, „Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung“; aus der „Sammlung Göschen“: Tönnies, „Die Entwicklung der sozialen Frage“. Einige dieser Schriften enthalten auch gute Literaturangaben.

Wir raten dem Leser, zuerst die von uns an erster Stelle genannten historischen Schriften aus unserer Parteiliteratur und dann erst die von bürgerlichen Gelehrten verfaßten Bändchen zu lesen. Diese Reihenfolge empfehlen wir nicht nur

darum, weil unsere Parteischriften sich einer leichter verständlichen Darstellungsweise befleißigen, sondern auch deshalb, weil die wahllose und ungeordnete Lektüre von Schriften, die die Entwicklung der Gesellschaft unter ganz verschiedenen Gesichtswinkeln sehen, den noch ungeschulten Leser leicht verwirren und an der Möglichkeit eines bestimmten und eindeutigen Urteils verzweifeln lassen könnte. Liest man zuerst die historische Literatur des Sozialismus in einem Zuge, so sieht man die Entwicklung der Volkswirtschaft in großen Zügen klar und wohlgegliedert vor sich ausgebreitet. Studiert man sodann wiederum der Reihe nach die von uns genannten Darstellungen aus dem bürgerlichen Lager, dann lernt man auch den dem unseren entgegengesetzten Standpunkt kennen. Die Gegensätzlichkeit der Urteile wird den Leser dann nicht mehr verwirren, vielmehr wird er nun selbst zwischen den beiden großen Richtlinien der Geschichtsbetrachtung zu wählen vermögen.

Namentlich die letzteren Ausführungen sind sehr bemerkenswert, um so mehr, da unser deutscher Referentenführer gerade von der entgegengesetzten Anschauung ausgeht. Sein Kritiker im „Vorwärts" hatte mit Recht bemängelt: „Ein Hinweis darauf, daß der Schüler erst fest sein muß in den Grundlagen, ehe er sich auf das strittige Gebiet begibt, fehlt." Darauf erwiderte David:

„Nichts kennzeichnet den Mann besser, als dies. Also zuerst werden dem Schüler die Grundlagen als absolute Wahrheiten eingehämmert, damit sie festsitzen; dann, so hofft man, werden ihm kritische Ketzereien nichts mehr anhaben können. Genau so macht's auch die katholische Kirche bei der Erziehung ihrer Gläubigen, um sie vor „Verwirrung" zu bewahren.... Wollte die Sozialdemokratie diese Methode der alleinseligmachenden Kirche akzeptieren, so müßte sie ihren geistigen Bankrott anmelden."

Was David als Methode der „alleinseligmachenden Kirche" bezeichnet, ist in Wirklichkeit die Methode der Wissenschaft. Man studiert nicht in der Weise, daß man wie Kraut und Rüben alles durcheinanderliest, um sich seine „Unbefangenheit" zu bewahren. Der Anfang jedes Studiums ist freilich bei jedem selbständig denkenden Kopf ein unsicheres Suchen und Tasten. Aber ist man so weit gekommen, sich einmal für einen Standpunkt zu entscheiden — und so weit ist jeder, der Sozialdemokrat wird —, dann hat man vor allem die Aufgabe, sich über diesen Standpunkt völlig klar zu werden, alle Konsequenzen zu durchdenken, die sich von ihm aus ergeben, diejenigen Werke durchzuarbeiten, die ihn am gründlichsten beleuchten. Hat man sich zu völliger Klarheit über den eigenen Standpunkt durchgerungen, dann kann man daran gehen, ihn selbständig anzuwenden zur Erkenntnis der Wirklichkeit und ihn zu messen an den anderen Standpunkten. Da kann es wohl vorkommen, daß der zuerst gewählte Standpunkt einen nicht befriedigt, daß man nach einem anderen sucht, in den man sich, wenn man ihn gefunden hat, dann ebenso wieder einarbeiten muß, wie in den zuerst angenommenen.

David verrät eine merkwürdige Mißachtung des menschlichen Geistes, wenn er glaubt, ein gründliches Durchdringen des eigenen Standpunktes mache unfähig, die Eigenart anderer Standpunkte zu begreifen. Sie befähigt vielmehr erst dazu und zu fruchtbringender Arbeit. Wer dagegen, ehe er einen festen Standpunkt eingenommen hat und zu völliger Klarheit über ihn gekommen ist, sich zwischen den verschiedensten Standpunkten wahllos umhertreibt, wird nie zu einer konsequenten, methodischen Lebensarbeit kommen. Ein solcher bleibt eine unstete Flocke, deren Richtung von dem Wind abhängt, der sie jeweilig erfaßt und weiter trägt.

Wenn die katholische Kirche von ihren Gläubigen nichts anderes verlangte, als gründliches Studium des eigenen Standpunkts, ließe sich nichts dagegen einwenden. Aber sie verlangt mehr: sie fordert den Verzicht auf jede Kenntnisnahme der gegnerischen Literatur für alle Zeit. Das ist es, was den geistigen Bankrott der Kirche bedeutet. Will dagegen David etwa behaupten, daß wir Marxisten irgendwie die bürgerliche Kritik zu scheuen hätten und jemals getrachtet hätten, sie vor

Digitized by Google

den Genossen zu verheimlichen? Worin besteht die propagandistische Kraft unserer Partei in den mit bürgerlicher Literatur großgezogenen Volksschichten, wenn nicht im Marxismus?

Die gröblichste Herabsetzung unserer Parteiliteratur leistet sich aber David in jenem Satz, in dem über gründliches Studium, das der Kritiker im „Vorwärts“ verlangte, verhöhnt wird als „Einhämmern der Grundlagen als absolute Wahrheiten“. Dieser Satz bekommt nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß die Parteiliteratur die beweislose Annahme von Glaubenssätzen als höhere Offenbarungen fordert, daß sie für sich allein nicht zu selbständigem Denken anregt und befähigt, sondern daß sie ihren Lesern ebenso wie die Schriften der katholischen Kirche das Gehirn verkleistert, wenn dieses nicht durch das gleichzeitige Lesen bürgerlicher Literatur offen gehalten wird.

Von einer besseren Erkenntnis des wissenschaftlichen Wertes unserer Parteiliteratur und der Wichtigkeit ihres gründlichen und methodischen Studiums sind die Anleitungen Otto Bauers dazu im „Kampf“ eingegeben. Sollten sie fortgesetzt werden, werden wir unseren Lesern davon Bericht erstatten. K. K.

Literarische Rundschau.

Dr. W. Kley, **Die Arbeit.** Lehrbuch für gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulen. Hannover und Berlin 1907, Verlag von Karl Meyer (Gustav Prior). 2,60 Mark.

„In der Erziehung zur Arbeit, zur Arbeitsfreude und zum Arbeitsstolz liegt die Lösung des großen Problems der sozialen Frage.“ Mit diesem saftigen Unsinn beginnt das Vorwort des Buches, und in demselben Geiste ist es auch redigiert. Der Verfasser hat auf beinahe 500 Seiten einen Haufen von Artikeln, Gedichten und Sentenzen über die „Arbeit“ zusammengetragen, aber es fehlt leider nur das geistige Band. Wie sich Herr Kley das Problem der sozialen Frage denkt, verraten die Überschriften der Hauptkapitel: I. Bete und arbeite; diene dem Vaterland; ehre den König. II. Die Vorbedingungen für den Arbeitserfolg (1. Familie, Häuslichkeit, Schulung und Freundschaft. 2. Fleiß und Ausdauer; Pünktlichkeit, Ordnung und Sparsamkeit; Bescheidenheit und Höflichkeit; Mäßigkeit, Gesundheit und Glück. 3. Die Erholung von der Arbeit). III. Die Arbeit im engeren Sinne (Landmann, Handwerk, Baugewerbe, Metallgewerbe usw.). Im letzten Kapitel werden „Männer der Arbeit“ behandelt, und zwar neben James Watt und Stephenson die deutschen Kapitalisten Borsig, Hartmann, Hentschel und Krupp. Von den eigentlichen Männern der Arbeit scheint Herr Kley wenig zu wissen oder doch wenig zu halten. So liebevoll er Kapitalisten wie die erwähnten und noch einige andere, wie den Margarine-Mohr und den Schokoladen-Stollwerck behandelt, so eifrig er für die Kirche sorgt und so gewissenhaft er die patriotisch-byzantinische Legende kultiviert, so wenig weiß er von dem Heldentum der schlichten Arbeit zu sagen, so giftig geifert er gegen das Streiken und gegen die moderne Arbeiterbewegung überhaupt. Es ist bedauerlich, daß die an sich so notwendige und wertvolle Institution der Fortbildungsschule durch die neuerdings immer mehr beliebten muckerischen und hurrapatriotischen Zutaten entwertet wird. Um so skandalöser ist die bewußte und gewollte Beeinflussung der Fortbildungsschüler, als es sich bei ihnen nicht wie bei den Volksschülern um Kinder, sondern um denkfähige und denkende Jünglinge handelt. Der freien Jugendorganisation und Jugendbewegung werden von oben herab die denkbar schwersten Hemmnisse in den Weg gelegt; wo immer sie sich mit „Politik“ beschäftigen, greift die Behörde barsch ein. Wie wäre es, wenn die Behörde einmal einen Teil ihrer Aufmerksamkeit auf die politische Agitation richtete, die in den Fortbildungsschulen gewerbsmäßig betrieben wird? Heinrich Schulz.

Übersicht aus der Berliner Statistik für das Jahr 1905. (Auszug aus dem dreißigsten Jahrgange des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin.) Herausgegeben vom Statistischen Amte der Stadt Berlin. Berlin 1907, P. Stankiewicz. 62 Seiten. 16°.

Da das umfangreiche Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin in weitere Kreise nicht dringt, ist es zu begrüßen, daß die wichtigsten statistischen Daten auf engen Raum zusammengedrängt um weniges Geld zu erhalten sind. In 12 Kapiteln, von denen eines in 15, drei in 10, die meisten übrigen in 6 bis 8 Unterabteilungen zerfallen, wird eine Fülle wissenswerter Zahlenangaben übersichtlich, in leicht lesbarer Schrift zusammengestellt. Die Gruppierung ist nicht immer glücklich, so beginnt der Abschnitt über die Gewerbeverhältnisse mit der Bierproduktion, hierauf folgt — der Bestand an Pferden, Rindvieh und Hunden, dann die Gast- und Schankwirtschaften, hierauf Gewerbeaufsicht, Gewerbegericht, Innungen. Über Gewerkschaften, Löhne und Unfallversicherung kann man sich nicht informieren, auch die Wahlstatistiken für den Reichstag, das Abgeordnetenhaus, die Stadtverordnetenversammlung fehlen. Bei einer Neuauflage sollten diese und andere Lücken ausgefüllt und ein alphabetisches Register angefügt werden. ad. br.

Karl Theodor Heigel, **Politische Hauptströmungen in Europa im neunzehnten Jahrhundert.** Aus Natur und Geisteswelt, Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 129. Bändchen. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. 112 Seiten. Geheftet 1 Mark, gebunden 1,25 Mark.

Eine Betrachtung des neunzehnten Jahrhunderts aus der nationalliberalen Froschperspektive. Moralische Räsonnements anstatt Aufdeckung der historischen Triebkräfte. Zur Erklärung der Schreckensperiode in der französischen Revolution hat Heigel nichts als den geistreichelnden, für die geschichtliche Erkenntnis gänzlich wertlosen Taineschen Vergleich der handelnden Massen jener Epoche mit einem vom Delirium tremens befallenen Tagelöhner. Die Bedeutung der Revolution als Grundlage der heutigen Gesellschaftsordnung vermag der Verfasser allerdings nicht zu leugnen, dafür hält er sich schadlos durch Verdammungsurteile über „Marat und seinen blutgierigen Pöbel" und alle Parteien, die über die Forderung der konstitutionellen Monarchie hinausgingen. In dieser Weise geht's weiter. Von einer einheitlichen Geschichtsauffassung ist so wenig die Rede, daß der Verfasser den französisch-russischen Krieg 1812 zunächst sich „an den Fackeln der Hochzeit in Wien" (Napoleons mit Maria Luise) entzünden läßt, „da Zar Alexander die Ablehnung seiner Schwester nicht verzeihen konnte . . .", und hinterher unvermittelt anführt, daß das Zarenreich an der Verbindung mit Frankreich nur verhältnismäßig geringen Gewinn erlangt habe, während ihm durch den Anschluß an die Festlandsperre die besten Abnehmer russischer Rohprodukte, die englischen Reeder verloren gegangen seien usw. In der Julirevolution sieht Heigel neben überzeugungstreuen Republikanern „plünderungslustige Proletarier". Bei der Schilderung der deutschen Revolution wird die höchst unwichtige Episode des am 2. April 1848 zusammenberufenen Vereinigten preußischen Landtags gewissenhaft erwähnt, dafür aber werden ebenso gewissenhaft die preußische Nationalversammlung, die Oktroyierung der preußischen Verfassung und das Dreiklassenwahlsystem verschwiegen.

Geradezu grotesk sind die Äußerungen Heigels über die Arbeiterbewegung. Im vierten Abschnitt ist er so gütig, ihr eine relative Berechtigung zuzugestehen, „da die bürgerliche Gesellschaft kein Auge für die Zurücksetzung, für die Not der Arbeiter" hatte. Aber „nichtsdestoweniger bleibt es eine politische Monstrosität, daß eine Partei ohne Rücksicht auf Wohl und Wehe des Ganzen nur ein einseitiges Klasseninteresse vertritt, als ob es in anderen Ständen nicht auch Not und Sorge und Gram und Tod gäbe, als ob die schwielige Hand das einzige Zeugnis ehrlicher Mitarbeiterschaft am vielverzweigten Werk der Zivilisation wäre". Die Albernheit dieser Moralpredigt wird noch überboten durch die Unwissenheit Heigels in allem,

Digitized by Google

was Arbeiterbewegung ist. Die Kommunarden ernennt er zu Kommunisten, die Leitung der Kommune zu einem Ausschuß der „Internationale" (die sonst übrigens nirgends in der Schrift erwähnt wird). Über die Forderungen der Sozialdemokratie belehrt er seine unglücklichen Leser: „Das Grundeigentum, so forderten Marx und Engels und Lassalle, muß verschwinden, die Grundrente zu Staatsausgaben verwendet, das Erbrecht abgeschafft, gleicher Arbeitszwang für alle eingeführt, die Arbeit systematisch eingeführt werden...."

Das schreibt ein deutscher Historiker des zwanzigsten Jahrhunderts! Und das ist so ziemlich alles, was er über den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse mitzuteilen hat. Was Wunder, daß unter den Rechtfertigungsgründen für das Sozialistengesetz auch „die fluchwürdigen Attentate auf den greisen Kaiser Wilhelm" aufmarschieren.

Da in der Teubnerschen Sammlung auch eine Reihe sehr brauchbarer Schriften erscheint, die zum Teil in der Neuen Zeit empfohlen worden, so ist es angezeigt, hier vor der Heigelschen Historik zu warnen. H. B.

Zeitschriftenschau.

„La revue socialiste" vom Januar beginnt mit einem Artikel des Redakteurs E. Fournière über die **„Anpassung des Staates an seine ökonomische Funktion"** (Adaptation de l'état à sa fonction économique). Zuerst singt er im Geiste des achtzehnten Jahrhunderts das Lob der Demokratie, in der die Gewalt durch die Vernunft geleitet und begrenzt wird und die auf den Prinzipien der Gleichheit und der Freiheit beruht, dann entwickelt der Autor seine Bedenken gegen die Diktatur des Proletariats, „das heißt die seiner Häupter", durch welches Mittel die Produktionsmittel in die Hände des Staates übergeführt werden sollen. Es wäre ein gefährliches Wagestück, „den unfähigen Händen der Vertreter des proletarischen Staates ein Material anzuvertrauen, das die Kapitalisten wenigstens in ihrem unmittelbaren Interesse genötigt sind, zur höchsten Produktivität und Nützlichkeit emporzuführen". Der demokratische Staat sei nicht mit einer Gesellschaft von Aktionären zu vergleichen, die eifrigst das Schicksal ihrer Kapitalien und die Bewegung der Dividenden verfolgt. Diese Auffassung der Schwierigkeiten, welche die kommerzielle Unfähigkeit des siegreichen Proletariats bringen wird, hat eine bedenkliche Ähnlichkeit mit den „sozialdemokratischen Zukunftsbildern", die in bürgerlichen Kreisen Geltung haben. An Stelle der „marxistischen" Idee der Eroberung des Staates und seiner Auflösung, nachdem er für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel seine Schuldigkeit getan hat, will der Autor dessen allmähliche Aushöhlung (pénétration) und Umgestaltung für immer neue ökonomische Funktionen setzen, die reformistische Auffassung. Die Anzweiflung der wirtschaftlichen Fähigkeiten des heutigen demokratischen Staates soll deshalb widerlegt werden. Der Betrieb der Staatseisenbahnen, verglichen mit dem privaten, zeigt, wenn man die größeren Rücksichten auf das Publikum und das Personal in Betracht zieht, ein günstiges Ergebnis. Was die liberalen Theoretiker behaupten, daß zur richtigen Geschäftsführung eine starke Zentralgewalt nötig ist, die der Demokratie fehlt, wird durch die Tatsache widerlegt, daß im autokratischen Rußland und Deutschland die Verwaltung der öffentlichen Dienste um nichts besser ist als in Frankreich. Schon heute dehnen sich die ökonomischen Funktionen des Staates immer mehr aus; dies wird in der Zukunft noch weiter gehen, wobei allerdings die zu verschiedenen Zwecken eingesetzten Korporationen eine große Autonomie bekommen. Die Syndikalisten, die dem Staate seine ökonomischen Funktionen nehmen wollen, um sie den Arbeitervereinen zuzuweisen, stehen also gar nicht so weit von den Reformisten, die die Staatsfunktionen erweitern wollen.

Einen ähnlichen Versuch zur theoretischen Annäherung an die Syndikalisten macht J. Walter-Jourde in einem Aufsatz: **„Politik und Gewerkschaften“** (Politique et syndicats). Alle Kämpfe und Bestrebungen um das Eigentum sind immer politische Taten gewesen. Ein festes Band bindet die Besitzenden aneinander und an den Staat, und was bedeutet die „Allgemeine Konföderation der Arbeit“ (die Zusammenfassung der syndikalistischen Gewerkschaften) gegen den Staat, die allgemeine Konföderation des Kapitals? Die Gewerkschaften predigen den Generalstreik, aber dieser Generalstreik ist vor allem ein politisches Kampfesmittel. Dem Anschein nach besteht ein großer Gegensatz zwischen der friedlichen Methode des Parlamentes und der gewaltsamen der Anarchisten; aber beide kommen darin auf dasselbe hinaus, daß sie dazu dienen, dem Proletariat das Bewußtsein beizubringen, daß es nur auf sich selbst zu rechnen hat. In dem Parlament ist der Unterschied zwischen den „Unabhängigen“ (zu denen der Autor gehört) und der geeinigten Partei bloß eine Frage des Grades und der Zeit: die Unabhängigen glauben, daß genau so, wie die Republik von Monarchisten eingeführt werden mußte, man sogar mit Radikalen etwas Sozialismus durchführen kann. (Man könnte hier die Bemerkung machen, daß diese Republik auch danach sei!) Von den meisten Radikalen, die in Wirklichkeit Reaktionäre sind, trennt uns dagegen eine chinesische Mauer, die Eigentumsfrage. Gewalt und Politik, das heißt Kraft und Intelligenz müssen bei dem Volke zusammengehen, soll es sich befreien können. Die geistige und sittliche Revolution ist die Hauptsache; mag der historische Materialismus recht haben für die Vergangenheit, wo die materiellen Produktionsmittel die Umwälzungen beherrschten, die zukünftige Umwälzung wird vom Intellekt und von der Moral bestimmt werden.

Der Aufsatz **„Die behauptete psychophysiologische Minderwertigkeit der Frauen“** (La prétendue infériorité psychophysiologique des femmes) von Dr. Madeleine Pelletier hat nichts Sozialistisches an sich, sondern ist ganz im Geiste der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gehalten. Neben allerhand anderen bekannten Argumenten führt sie aus, wie die Lebensumstände die Frauen benachteiligen. Bei den Arbeitern wird sie als Köchin und Haushälterin betrachtet, die über höhere Sachen, wie Politik, nichts dreinzureden hat; bei dem Bürgertum wird sie ganz auf die Eroberung eines Mannes dressiert. Als Probe des beschränkt-bürgerlichen Standpunktes mag der Schluß des Aufsatzes hier wörtlich angeführt werden: „Von dem Kollektivismus kann man fast behaupten, daß durch ihn, wenn man ihn sofort einführte, die soziale Stellung des Weibes einen Rückschritt erfahren würde. Wie wir oben sahen, ist die Stellung der Frau in den gebildeten Klassen, obgleich niedriger als die des Mannes, doch weit höher, sogar abgesehen vom materiellen Leben, als die der proletarischen Frau. Kommt das Proletariat zur Herrschaft, so würde allgemein für alle Frauen die moralische Lage hergestellt werden, die der Proletarier seiner Frau zuerkennt, denn die bessere Einsicht einiger gebildeten Sozialisten ginge bald unter in dem entgegengesetzten Willen der Masse. Die Ärztin, die Professorin wären bloß noch eine Erinnerung. Allerdings würde die arme Frau durch den Sozialismus an Wohlstand gewinnen; sie würde keinen Hunger und keine Kälte mehr kennen, wie heute; aber das Joch der Männer würde auf allen lasten, und außerhalb der Liebe und der Mutterschaft wäre kein Platz für die Frau in der Gesellschaft. Deshalb ist es unumgänglich, daß die Emanzipation der Frauen noch in dieser Gesellschaft stattfindet, denn nur in diesem Fall steht die Zukunftsgesellschaft vor einer vollendeten Tatsache.“ Diese Angst einer bürgerlichen Dame vor dem Sozialismus ist ganz in Übereinstimmung mit den in jenen Kreisen herrschenden Ansichten über die künftige Weltordnung; das Sonderbare ist bloß daran, daß sie in einer „sozialistischen“ Zeitschrift Aufnahme findet.

Dem Organ des französischen Revisionismus reiht sich an das des Syndikalismus, „Le Mouvement Socialiste“. Dort bringt das frühere Mitglied der deutschen Partei, jetzt Professor in Turin, Robert Michels einen Aufsatz **„Der Patriotismus

der deutschen Sozialisten und der Essener Parteitag (Le patriotisme des socialistes allemands et le congrès d'Essen). Bekanntlich ist diesem Autor, der die deutsche Sozialdemokratie in bürgerlichen deutschen Zeitschriften angreift, unsere Partei nicht „revolutionär" genug. Allerdings wird der revolutionäre Charakter von ihm nach einem allzu einfachen Schema beurteilt, nach dem die lautesten Schreier mit den kräftigsten Phrasen am revolutionärsten sind; die Reihenfolge von rechts nach links wäre demnach Sozialdemokraten, Syndikalisten, Anarchisten, Lockspitzel. In diesem Artikel fängt der Autor an, die Tatsache festzustellen, daß in Stuttgart die deutsche Partei, zum Staunen der ganzen Welt, am weitesten rechts, die französische am weitesten links stand. Kein Versuch wird aber gemacht, die Stellungnahme der deutschen Partei einerseits und der französischen Arbeiter andererseits aus ihrer politischen Lage und ihrer geschichtlichen Entwicklung zu erklären. Aus den Essener Debatten wird dann weiter nachzuweisen gesucht, daß die deutsche Partei; mit Ausnahme einiger vereinzelten Radikalen, dem Patriotismus ergeben ist und den militärischen Kampf fürs Vaterland über ihre internationalen Arbeiterpflichten stellt. Die Ursache dieser Abweichung von der Marxschen Auffassung vom Staate findet der Autor in dem Augenblicksinteresse der politischen Partei, worin wieder einmal die syndikalistische Grundansicht zu ihrem Rechte kommt, daß die böse Politik den Sozialismus verdirbt.

Eine ausführliche Darstellung gibt dieses Heft von den Ereignissen in Raon-l'Etape, einem kleinen Vogesenort, wo im vorigen Sommer bei einem Arbeiterausstand von den Soldaten ein Blutbad angerichtet wurde, und von dem Dockerstreik in Antwerpen. Über **„Eine Statistik der belgischen Gewerkschaften"** referiert E. David. Nach dieser Statistik sind an die Syndikale Kommission oder an die Arbeiterpartei 42000 gewerkschaftlich Organisierte angeschlossen; daneben gibt es 39000 in unabhängigen Gewerkschaften vereinigte Arbeiter, und noch 45000 Bergarbeiter, die unter sozialistischer Leitung stehen. Zusammen also 126000, die zum größten Teil den Standpunkt des Klassenkampfes vertreten. Außerdem gibt es noch 31000 christliche Gewerkschaftler in Belgien.

Bibliographie des Sozialismus.

Bebel, August, **A nö és a szocializmus.** Fordította Somogyi Béla. Budapest, Népszava 535 Seiten. 3 Kronen.

Breszlovszky, Ernö, **Altalános sztrájk és választói jog Magyarországon.** Budapest, Népszava. 30 Seiten. 30 Heller.

Conburier, L., **Une ville sous le régime collectiviste.** Paris, Plon Nourrit & Co. 3,50 Franken.

Faber, Oszkar, **A keresztemy-szocializmus.** Budapest, Népszava. 128 Seiten. 1 Krone.

Kautsky, Karl, **Marx gazdasági tanai.** Fordította Garami Ernö. (Zweite ungarische Ausgabe.) Budapest, Népszava. VIII und 210 Seiten. 2 Kronen.

Lafargue, Paul, **A töke vallása.** Fordította Illés Artur. Budapest, Népszava. 31 Seiten. 30 Heller.

Lafargue, Paul, **A tulajdon fejlödése.** Fordította Messingor Géza. Budapest, Népszava. 64 Seiten. 50 Heller.

Liebknecht, Wilhelm, **Mit akar a szociáldemokrácia?** Fordította Suhopó B. (Dritte ungarische Ausgabe.) Budapest, Népszava. 48 Seiten. 30 Heller.

Marx, Karl, **Bérmunka és töke.** Elöszót irta Engels F. Fordította Weltner Jakob. (Zweite ungarische Ausgabe.) Budapest, Népszava. 30 Seiten. 30 Heller.

Olin, C. H., **Socialism.** Philadelphia, Penns., Pub. Co. 16 Seiten. 0,50 Dollar.

Renard, Georges, **Le socialisme à l'œuvre.** Ce qu'on a fait; ce qu'on peut faire. En collaboration avec Aimé Berthod, Georges Fréville, Adolphe Landry, Paul Mantoux, François Simiand. Fünfte Auflage. Paris, E. Cornély & Co. 493 Seiten. 4 Franken.

Richter, Eugene, **Pictures of the Socialistic Future.** (Freely Adapted from Bebel.) Authorized translation by Henry Wright, with an Introduction by Th. Mackay. London, Swan Sonnenschein. 144 Seiten. 1 Schilling.

Szabó Ervin, **A szocializmus.** Budapest, Népszava. 55 Seiten. 40 Heller.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 21 Ausgegeben am 21. Februar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zur Geschichte der Dreiklassenwahl.

☓ Berlin, 14. Februar 1908.

Unter dem Titel: „Die Geschichte des preußischen Wahlrechtes“ hat H. v. Gerlach eine ziemlich umfangreiche Schrift (252 Seiten, im Buchverlag der Naumannschen „Hilfe“) erscheinen lassen. Der Titel ist allzu anspruchsvoll; in Wirklichkeit enthält die Arbeit nur „amtliches“ Material zur Geschichte der Dreiklassenwahl; als ehemals preußischer Regierungsassessor denkt H. v. Gerlach: Quod non est in actis, non est in mundo, was nicht in den Akten ist, das ist nicht in der Welt.

Seine Schrift ist etwa in der Weise abgefaßt, wie ähnliche Materialiensammlungen des ehemals preußischen Regierungsassessors Eugen Richter abgefaßt zu sein pflegten; sie enthält manches brauchbare und auch für uns verwertbare Material, bleibt aber durchaus an der Oberfläche der Dinge haften, wobei es dann auch nicht einmal in dieser Beschränkung ohne den einen oder den anderen Irrtum abgeht. So sagt H. v. Gerlach auf Seite 59 mit Recht, es fehle nie ein Puttkamer, wenn es sich um reaktionäre Ausschreitungen handle, aber wenn er den Demminer Landrat v. Puttkamer, der zur Zeit der neuen Ära allerlei reaktionäre Streiche verübte, und den späteren Minister v. Puttkamer sozialistengesetzlichen Andenkens für verschiedene Personen hält, so übersieht er, daß zwei solche Prachtexemplare reaktionärer Bosheit zu stellen selbst die Kraft der Familie Puttkamer übersteigt. Es war dieselbe Person.

Dieser Irrtum ist sehr nebensächlich, und wir führen ihn nur an, um zu zeigen, wie mißlich es ist, sich bloß an „amtliche“ Quellen zu halten. Ungleich verhängnisvoller tritt die von Gerlach gepriesene „Güte und Zuverlässigkeit“ seines „Materials“ in anderen Punkten hervor. So beginnt er seine Darstellung mit den Worten:

> In revolutionären Zeiten arbeitet alles rasch, auch die Gesetzgebung. Am 18. März 1848 war das alte absolutistische Preußen zusammengebrochen, und schon am 2. April legte das Ministerium dem zweiten Vereinigten Landtag den Entwurf

Digitized by Google

eines fast rein demokratischen Wahlgesetzes vor. Auch die aristokratische Ständeversammlung unterlag so sehr dem Drucke der öffentlichen Meinung, daß ihr ganz wenige Tage genügten, um die Grundlage ihrer eigenen Existenz abzuschwören und das neue System auf das Fundament der Volkswahl zu stellen.

„Der Druck der öffentlichen Meinung" — in der Tat! Trotz des 18. März und dank dem Verrate, den die Bourgeoisie schon am Morgen nach dem 18. März an dem Proletariat verübte, das den Sieg auf den Barrikaden erfochten hatte, dachte die Regierung durchaus noch nicht an die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts. Erst als am 22. März eine große Deputation aus Schlesien den König mit dem Abfall dieser Provinz bedrohte, falls er nicht das allgemeine Wahlrecht gewähre, beeilte sich der treffliche Monarch, durch eine schleunigst in einem Extrablatt verbreitete Kabinettsorder ein „volkstümliches, auf Urwahlen gebildetes, alle Interessen des Volkes umfassendes Wahlgesetz" zu verheißen. Darauf kam an den Vereinigten Landtag ein Entwurf, der das allgemeine, gleiche, geheime, wenn auch indirekte Wahlrecht enthielt.

Auf Seite 2 erzählt uns nun Herr v. Gerlach, an diesem „fast rein demokratischen Wahlgesetz" habe der Vereinigte Landtag doch noch „zwei Verbesserungen" angebracht. Er habe das Wahlrecht nicht an einen einjährigen, wie die Regierung wollte, sondern an einen halbjährigen Wohnsitz geknüpft, und er habe den Vorschlag der Regierung gestrichen, wonach das Wahlrecht allen denen vorenthalten bleiben sollte, die „ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnis Lohn oder Kost bezögen". Diese Bestimmungen richteten sich nicht nur gegen die Dienstboten, wie H. v. Gerlach annimmt, sondern auch gegen einen großen Teil des damaligen Proletariats. In einer mächtigen Volksversammlung, die am 2. April unter den Zelten tagte, protestierte der Schlosser Krause „im Namen der gesamten Fabrikarbeiter" dagegen; „sehen Sie sich die Totenlisten an; die Arbeiter haben am 18. März den Sieg davongetragen". In ähnlicher Weise sagte eine von dieser Versammlung beschlossene Adresse an den König: „Majestät! Wir haben uns als Männer gezeigt, wir haben im Kampfe für die Freiheit die Waffen zu führen gewußt." Diese Adresse überbrachte der Schlosser Krause an der Spitze einer Arbeiterdeputation dem damaligen Ministerpräsidenten Camphausen, der ihr die „weitestgehende Berücksichtigung" ihrer Forderungen versprach. So sind jene „Verbesserungen" in das Wahlgesetz vom 8. April 1848 gekommen, nicht aber durch die Einsicht des Vereinigten Landtags, der in seiner vollkommenen Kopflosigkeit nur tat, was die Regierung von ihm verlangte.

Mit der allgemeinen Redensart, daß in „revolutionären Zeiten" alles „rasch" arbeite, ist nichts gesagt; es kommt darauf an, *wie* in „revolutionären Zeiten" gearbeitet wird, und die eben angeführten Einzelheiten haben heute ungleich größeres Interesse, als alles „amtliche" Material, das H. v. Gerlach auf vielen Seiten zusammenträgt.

Hören wir ihn jedoch noch eine Strecke weiter! Er sagt, die Herrlichkeit des ersten frei gewählten preußischen Parlaments habe nur einige Monate gedauert. Schon im Herbst sei die Berliner Versammlung von Militär aus-

einandergetrieben, am 5. Dezember sei dann eine Verfassung und am 6. Dezember ein neues Wahlgesetz oktroyiert worden, das sich jedoch nur durch eine „völlig harmlose" Verschlechterung von dem Wahlgesetz des April unterschieden habe. Es heißt dann wörtlich, mit Auslassung der „amtlichen" Salbadereien, bei H. v. Gerlach:

Also selbst nach der völligen Niederringung der Revolution im Zeichen der Militärdiktatur wagte man in Preußen von 1848 weder am gleichen noch am geheimen Wahlrecht zu rütteln! ... Niemand wurde das Wahlrecht genommen, der es am 8. April besessen hatte.

Das radikale Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848 hatte eine recht zahme Kammer ergeben. Trotzdem wurde sie nach wenigen Monaten auseinandergejagt. Die Reaktion fühlte sich eben so stark, daß sie überhaupt durch keine wirkliche Volksvertretung mehr beengt sein wollte. Nur noch ein Scheinparlament sollte bestehen bleiben. Um dies zu schaffen, veranlaßte die Reaktion den ganz in ihrer Hand befindlichen König Friedrich Wilhelm IV., die Verordnung vom 30. Mai 1849 zu oktroyieren. Das öffentliche Dreiklassenwahlrecht, das noch heute gilt, war damit Gesetz für Preußen geworden. ...

An der Wiege des Dreiklassenwahlrechts stand der Verfassungsbruch. Das materielle Unrecht, das es all die Jahrzehnte hindurch dem preußischen Volke zugefügt hat, hat zur Grundlage eine formelle Rechtswidrigkeit gröblichster Art. Das Dreiklassenwahlrecht ist nicht nur widersinnig, wie es Bismarck genannt hat, sondern auch widerrechtlich. ...

Niemand weiß zu sagen, woher das Dreiklassenwahlrecht eigentlich gekommen ist. Mit einem Male war es da.

Die „Güte und Zuverlässigkeit" dieses „amtlichen" Materials ist wirklich staunenswert. Die siegreiche Gegenrevolution wagt das allgemeine Wahlrecht nicht anzutasten; sie oktroyiert sogar im Dezember 1848 ein „radikales Wahlgesetz", aber ein halbes Jahr später beschließt die Reaktion, auf jede wirkliche Volksvertretung zu verzichten, und mit einem Male ist die Dreiklassenwahl da, niemand weiß woher.

Tatsächlich eskamotierte bereits das „radikale Wahlgesetz" vom 6. Dezember das allgemeine Stimmrecht, indem es eine nach starkem Zensus wählbare Erste Kammer einrichtete, mit dem Rechte, die Beschlüsse der Zweiten Kammer, die nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt werden sollte, einfach lahmzulegen. Das steht sogar in den Akten, es steht in dem „radikalen Wahlgesetz" selbst, ohne daß H. v. Gerlach eine Silbe davon erwähnt. Die neugewählte Zweite Kammer mochte nun „recht zahm" sein, war aber radikal genug, die Annahme der deutschen Reichsverfassung von der Regierung zu verlangen. Um die Durchführung dieser Reichsverfassung brachen im Frühjahr 1849 bekanntlich die letzten bewaffneten Erhebungen des Volkes aus. Die preußische Regierung versuchte nun ihren berüchtigten Leichenraub an der Revolution, indem sie den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten Waffenhilfe gegen revolutionäre Aufstände versprach, wenn sie dafür die preußische Vorherrschaft in Deutschland anerkennen würden. So kam am 26. Mai 1849 zunächst zwischen Preußen, Hannover und Sachsen die sogenannte „Unionsakte" zusammen, ein noch greulich verschlechterter Abklatsch

der deutschen Reichsverfassung, die von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossen worden war, und dieser „Unionsakte“ war das Dreiklassenwahlrecht angehängt, als Ersatz für das allgemeine Stimmrecht der Reichsverfassung. Einen Tag nach der Veröffentlichung der Unionsakte und ihres Wahlgesetzes wurde dann dies Wahlgesetz, eben die Dreiklassenwahl, für den preußischen Staat oktroyiert, unter der höhnischen Begründung, die preußische Regierung wolle damit einen Beweis ihrer Bundestreue geben und auch in diesem Punkte dem Volke die Öffentlichkeit nicht vorenthalten.

So geheimnisvoll, wie H. v. Gerlach meint, ist der Ursprung der Dreiklassenwahl also nicht. Im Dezember 1848 stand die Sache für die Gegenrevolution noch sehr brenzlich; sie eskamotierte das allgemeine Wahlrecht, aber in einer Form, die es scheinbar fortbestehen ließ, und es wird den seligen Manteuffel im Grabe freuen, daß er heute noch einen so prominenten Führer des Liberalismus, wie H. v. Gerlach, dadurch täuscht. Ein halbes Jahr darauf war die Gegenrevolution erstarkt genug, um auch auf den guten Schein zu verzichten, zumal im Schatten der „Unionsakte“, die den materiellen Bourgeoisinteressen eine gewisse Befriedigung versprach. Die eigentliche Bourgeoisie erklärte sich auf der Gothaer Versammlung auch sofort für einverstanden, während das demokratische Kleinbürgertum zunächst einen schwachen Protest erließ, der nach zehn Jahren schon so verhallt war, daß Herr v. Unruh, der letzte Präsident der Berliner Versammlung, die im November 1848 mit Waffengewalt gesprengt worden war, feierlich erklären konnte, die Dreiklassenwahl sei gesetzliches Landesrecht, jeder Versuch aber, das Wahlgesetz vom 8. April 1848 wiederherzustellen, würde ein infamer Staatsstreich sein.

Auch davon ist bei H. v. Gerlach nichts zu lesen. Doch würde es uns viel zu weit führen, alle Lücken seiner Schrift auszufüllen oder alle ihre Schiefheiten einzurenken. Sie ist eine echt freisinnige Leistung, voll hoher sittlicher Entrüstung über eine „Reaktion“, die wie Hegels absolute Idee irgendwo im Weltall ihr unheimliches Dasein fristet und voll mancherlei Zitate und Zitätchen, die mit anmutigem Witze den Fürsten Bülow und ähnliche Junker abzutrumpfen gestatten. Das mag schon etwas sein, aber viel ist es nicht, und wenn der Dreiklassenwahl nicht anders aufgespielt wird, so mag sie sich wohl noch eines allzulangen Daseins erfreuen.

Bülows Regierung und die Hausarbeiter.

Von **Hermann Molkenbuhr.**

Als Tom Hood im Jahre 1843 sein ergreifendes Lied vom Hemde veröffentlichte, da feierte man den großen Dichter, der seinen Stoff aus dem Alltagsleben entnommen hatte. Wohl fühlte man Mitleid mit armen Näherinnen und verurteilte auch hartherzige Unternehmer, die fleißigen Arbeitern so kargen Lohn zahlten, aber kein Mensch sah in der Näherin und dem hartherzigen Unternehmer eine allgemeine ökonomische Erscheinung, die überall da ihre Opfer fordert, wo der Kapitalismus seine Fangarme ausstreckt. Freilich hätte ein Kenner des Volkes und der Produktionsverhältnisse leicht

zu der Ansicht kommen können, daß die Londoner Näherin keine vereinzelte Erscheinung sei. Denn fast zu derselben Zeit wurden die schlesischen Weber zur Hungerrevolte getrieben. Heinrich Heines „Weber“ und Freiligraths „Aus dem schlesischen Gebirge“ zeigten, daß auch in Deutschland solch grauenerregende Zustände zu finden waren. Aber man tröstete sich damit, daß es nur Übergangsstadien seien. Das ist eben der Kampf des Handarbeiters mit der Maschine, so sagte man. Ein unvermeidlicher Kampf, der bald beendigt sein wird. In der Hausarbeit sah man die letzten Überreste der sonst so idyllischen mittelalterlichen Produktion.

Diese schönen, nebelhaften Träume wurden von Marx im ersten Bande des „Kapital“ erbarmungslos zerstört. Marx wies nach, daß die Hausarbeit eine durchaus moderne kapitalistische Form der Ausbeutung sei. Die Wohnung des Arbeiters war der Platz, wohin die Kapitalisten die Frauen- und Kinderausbeutung verlegten, die in der Fabrik durch Arbeiterschutzgesetze beschränkt wurde.

In England entschloß man sich, durch den Factory and Workshop Act vom 27. Mai 1878 auch in die Hausarbeit einzugreifen. Andere Länder folgten, aber Deutschland blieb zurück. Das einzige, wozu man sich hier entschloß, war die Ausdehnung des Truckverbots sowie der leider fast gar nicht angewendeten Bestimmungen der §§ 120 bis 120e auf die Hausarbeit. Ferner ein Bundesratserlaß für die Kleider- und Wäschefabrikation vom 31. Mai 1897 und das Recht, Lohnbücher vorzuschreiben (§ 114a der Gewerbeordnung). Die schlimmste Form der Ausbeutung war durch § 154, Absatz 4 der Gewerbeordnung direkt vor Eingriffen des Bundesrats geschützt, indem die §§ 135 bis 139b auf die Hausarbeiter, die allein mit ihren Familienangehörigen arbeiten, nicht ausgedehnt werden dürfen.

Wuchtige Anklagen gegen die Mißstände brachen ganz unerwartet hervor. Der Streik der Konfektionsarbeiter im Jahre 1896 hatte gezeigt, daß solches Leid von Näherinnen, wie Hood es schildert, in Deutschland in hunderttausenden Fällen zu finden ist. Die Heimarbeitausstellungen bewiesen, daß nicht nur in der Weberei und Kleider- und Wäschekonfektion, sondern in fast allen Berufsgruppen das Heimarbeiterelend zu finden ist.

Unsere Parteigenossen waren von jeher für den Schutz der Hausarbeiter eingetreten. Schweitzer hatte als Betriebe, für welche die Schutzbestimmungen gelten sollten, solche Betriebe bezeichnet, in denen mehr als 10 Arbeiter beschäftigt sind. In den Schutzgesetzentwürfen von 1876, 1884 und 1890 gingen unsere Genossen immer von der Ansicht aus, daß der Arbeiter zu schützen sei, einerlei ob man den Betrieb Fabrik, Werkstatt oder Heimbetrieb nenne. Sie bekämpften die Bestimmungen, durch welche die in der Heimarbeit beschäftigten Personen außerhalb des Schutzes gestellt wurden. Im Februar 1906 brachten sie dann einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung und die Versicherungsgesetze auf die Hausarbeit ausgedehnt werden sollten. Der Entwurf kam nicht mehr zur Verhandlung. Unsere Genossen haben in dieser Session ihren Gesetzentwurf wieder eingebracht.

Jetzt hat die Regierung gleich zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich mit der Materie beschäftigen: am 23. April 1907 den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit, und am 16. Dezember 1907 die §§ 139n bis 139y der Novelle zur Gewerbeordnung.

Der Entwurf des Gesetzes über die Zigarrenhausarbeiter fällt ganz aus dem Rahmen unserer Gesetzgebung heraus. Während sonst ganz allgemein Begriffe wie Fabrik, Werkstatt usw. die Merkmale waren, für welche der Arbeiterschutz Anwendung fand, wird hier ein Teil eines Gewerbes, die Herstellung von Zigarren, aus der Tabakbearbeitung herausgegriffen und zum Gegenstand besonderer Gesetze gemacht. Gewiß wäre die Frage der Erwägung wert, ob es nicht besser ist, für jeden Beruf ein besonderes Schutzgesetz zu erlassen, weil dann die besonderen, nur in dem bestimmten Beruf vorkommenden Mißstände besser getroffen werden können. Will man aber diesen Weg gehen, dann dürfte sich das Gesetz nicht auf die Zigarrenhausarbeit beschränken, sondern müßte auf die gesamte Tabakverarbeitung Anwendung finden.

Würde der Entwurf Gesetz werden, dann gelten für die Zigarrenfabrikation folgende Bestimmungen:

1. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung.
2. Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.
3. Gesetz, betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit.
4. Die Bundesratsverordnung vom 8. Juli 1893 sowie Ergänzungsbekanntmachung vom 24. April 1903 und 9. April 1905 und vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.
5. Die Bundesratsverordnung vom 21. Februar 1907.
6. Die Bundesratsverordnung vom 27. Februar 1907.

An Gesetzen und Spezialbestimmungen fehlt es also nicht, und doch treffen all diese Bestimmungen nur einen Bruchteil der Mißstände. Ein erheblicher Mangel ist, daß diese Bestimmungen sich nur auf die Zigarrenfabrikation beschränken. Dabei wird als Ursache des Übels, welches man bekämpfen will, etwas angegeben, was nicht nur in der Herstellung der Zigarre, sondern in der Bearbeitung des Stoffes, aus welchem Zigarren gemacht werden, im Tabak begründet ist. Nicht jede Tabakverarbeitung hat aber die Herstellung von Zigarren als Zweck, sondern es werden außer der Zigarre noch Zigaretten, Kautabak, Rauchtabak, Schnupftabak usw. hergestellt. Als besonders gesundheitsschädlich wird das Trocknen und Mischen des Tabaks mit Recht bezeichnet. Aber dieser Übelstand ist in der Rauchtabaksfabrikation in viel stärkerem Maße vorhanden. Es dürfte sehr schwer fallen, in einer Zigarrenfabrik einen so mit Tabaksdunst und Staub gefüllten Raum zu finden, wie die Darräume in den Rauchtabaksfabriken; ebenfalls entsteigen den Kesseln, in denen Saucen für den Kautabak gekocht werden, Dünste und Gerüche, die viel eher an die Kessel der Hexen in Shakespeares „Macbeth" erinnern, als daß man glaubt, hier wird ein Genußmittel für Menschen zubereitet.

Der für Zigarren bestimmte Tabak wird in der Regel an der Luft, der Rauchtabak wird auf der Darre, auf heißen Steinfliesen getrocknet. Daß sich dort viel stärkere Dünste entwickeln, dürfte jedem Laien einleuchten. Als Grund für das Gesetz über die Zigarrenhausarbeit wird angegeben, daß beim Trocknen und Mischen des Tabaks jugendliche Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren angetroffen wurden. Dieser Übelstand besteht aber nicht nur in der Hausarbeit, sondern auch in großen Fabriken, denn beim Trocknen und Mischen werden in der Regel Zurichter und Lehrlinge, also jugendliche Personen, beschäftigt. Noch schönere Zustände weist aber § 21 auf, der folgenden Wortlaut hat:

„Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark wird bestraft, wer in Werkstätten der in § 1 bezeichneten Art (also Hausarbeiter) Zigarren mit dem Munde bearbeitet oder Zigarrenmesser mit Speichel befeuchtet. Gleiche Strafe trifft Arbeitgeber (§ 1, Ziffer 1), die solche Zuwiderhandlungen dulden."

Der Arbeitgeber (§ 1, Ziffer 1) ist der Hausarbeiter, der ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt. Die ekelhafte Unsitte, Zigarren mit dem Munde zu bearbeiten, kommt aber nicht nur in der Hausarbeit, sondern auch in großen Fabriken vor, bleibt aber dort straffrei.

Jedoch nicht nur in Zigarrenfabriken sind jugendliche Personen dem gesundheitsschädlichen Staub und Dunst ausgesetzt, denn auch in Rauch- und Kautabaksfabriken findet man nicht selten jugendliche Personen in Darräumen und Saucenküchen. Will man diesen Übelstand bekämpfen, dann muß ein Gesetz für die ganze Tabaksfabrikation erlassen werden. Viele andere Übelstände der Zigarrenfabrikation werden auch in Zigarettenfabriken angetroffen. Wenn es die Absicht der Regierung war, die Übelstände zu bekämpfen, dann hätte man dieselben zunächst erforschen und genau bezeichnen und dementsprechend die Vorschriften des Gesetzes machen müssen.

Trägt nun der Gesetzentwurf bei seinem Erscheinen alle Mängel der bureaukratischen Mache an sich und heißt es auch in der Begründung, daß man insbesondere die Wünsche der Zigarrenfabrikanten erfüllen wolle, so wurde dieser Entwurf erst in die richtige Beleuchtung gerückt, als die Novelle zur Gewerbeordnung am 16. Dezember 1907 erschien.

Nach § 139t, Absatz 2 können durch Beschluß des Bundesrats solche Arbeiten in der Hausarbeit verboten werden, welche mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind. Bei näherer Untersuchung müßte man zu der Erkenntnis kommen, daß die Zigarrenhausarbeit zu diesen Arbeiten gehört. Existiert aber ein besonderes Gesetz über die Zigarrenhausarbeit, dann ist damit ausgesprochen, daß diese nicht durch den § 139t getroffen werden soll. Nach dieser Richtung hat man also die Wünsche der Zigarrenfabrikanten erfüllt.

Der Abschnitt „Hausarbeit" in der Novelle zur Gewerbeordnung hält sich ebenfalls in dem Rahmen, in erster Linie nicht die Interessen der Unternehmer zu verletzen. Zunächst läßt man eine Lücke zwischen dem Abschnitt über die besonderen Bestimmungen für Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden, und dem Abschnitt über Hausarbeit. Da die Hausarbeit das ungeschützte Gebiet und der Hausarbeiter der schrankenlosesten Ausbeutung preisgegeben war, so wurden nicht selten gerade die Arbeiterschutzbestimmungen die Ursache, die Hausarbeit zu vermehren. Der Unternehmer, der nicht auf die Kinderarbeit verzichten oder Frauen länger als 11 Stunden täglich beschäftigen wollte, gab den Frauen und Kindern einfach Hausarbeit. Noch mehr Anreiz zu dieser Praktik als bisher ist durch die Fassung der Novelle gegeben. Ein Wäschefabrikant, der 20 Arbeiterinnen in der Fabrik beschäftigt, kann seine Arbeiter dem Schutze der Gesetze entziehen, indem er 11 Arbeiterinnen Hausarbeit gibt und nur 9 in der Fabrik zurückhält. Die Novelle hätte zunächst Bestimmungen treffen müssen für solche Betriebe, in denen Hausarbeit und Werkstättenbetrieb zusammentreffen. Diese Lücke besteht so lange, als man nicht für alle Betriebsarten dieselben Schutzbestimmungen trifft. Erst wenn Kinderarbeit überhaupt verboten ist und ein Maximalarbeitstag vorgeschrieben für alle Lohnarbeiter, einerlei ob sie in

Groß-, Mittel-, Kleinbetrieben oder in der eigenen Wohnung beschäftigt sind, können die Schutzbestimmungen wirklich durchgeführt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller will aber keine Beschränkung der Frauenarbeit. Und da Deutschland durch die Berner Konvention gebunden ist, so wird den Fabrikanten die Möglichkeit offen gelassen, den Frauen, die 11 resp. 10 Stunden in der Fabrik gearbeitet haben, Arbeit für 6 oder 7 Stunden mit nach Hause zu geben.

§ 139p gibt dem Bundesrat noch einmal das Recht, das er inhaltlich schon durch § 114a hat. Er soll danach auch vorschreiben können, daß in den Räumen, in welchen Arbeit an Hausarbeiter ausgegeben wird, eine Tafel auszuhängen ist, die in deutlicher Schrift die für die einzelnen Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne enthält. Es soll also bezweckt werden, die Arbeiter über die Lohnhöhe aufzuklären; ein Zweck, den auch § 114a erreichen soll. Inhaltlich werden die Rechte des Bundesrats nicht erweitert, und für die Arbeiter ist es auch gleich, ob sie die Lohnhöhe an einer Tafel oder im Lohnbuch lesen können.

Weniger gleichgültig ist § 139q. Durch diesen wird plötzlich der § 120a der Gewerbeordnung und § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für den größten Teil der Hausarbeiter außer Kraft gesetzt!

§ 120a schreibt allen Gewerbeunternehmern vor, daß sie gewisse Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Gesundheit treffen sollen. Man hat ihn fast wörtlich ins Bürgerliche Gesetzbuch als Absatz 1 und 2 des § 618 übernommen. Nun lautet § 139q des Entwurfs:

„Für Gewerbezweige, die mit besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit verbunden sind, kann durch die zuständigen Polizeibehörden im Wege der Verfügung für einzelne Werkstätten die Ausführung derjenigen Maßnahmen angeordnet werden, welche zur Durchführung der folgenden Grundsätze erforderlich erscheinen."

Ferner wird als Ziffer 3 den Polizeibehörden das Recht gegeben, folgende Vorschrift einzufügen:

1. Werkstätten, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften, müssen so eingerichtet und unterhalten werden, daß die Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet.

Absatz 2 und 3 dieser Ziffer sind gleichbedeutend mit Absatz 2 und 3 des § 120a. Ziffer 2 ist gleichbedeutend mit § 120c, und dann wird folgende Ziffer 3 hinzugefügt:

„Arbeiten, bei denen dies zur Verhütung der sonst mit ihnen verbundenen Gefahren für Leben oder Gesundheit erforderlich erscheint, dürfen nur in solchen Räumen verrichtet werden, welche ausschließlich hierfür benutzt werden." Diese Ziffer 3 ist berechtigt, aber welchen Zweck haben hier die Ziffern 1 und 2, die fast gleichbedeutend mit dem geltenden Gesetz sind?

Der Zweck wird klar, wenn man den etwas abgeänderten Absatz 1 des § 120a, der gleichbedeutend mit § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist, daneben stellt. Der Absatz 1 des § 120a lautet:

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet."

Die Polizeibehörden haben jetzt das Recht, diese Bestimmung anzuwenden, denn § 120d beginnt mit folgendem Satze:

„Die zuständigen Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in den §§ 120a bis 120c enthaltenen Grundsätze erforderlich und nach Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen."

Wird hier nur ein Recht, welches die Polizeibehörden auf Grund des § 120d bereits hatten, noch einmal auf Grund des § 139q gegeben?

Nein, das bestehende Recht wird eingeschränkt! Während jetzt die Polizeibehörden ganz allgemein das Recht haben, einzuschreiten, sollen sie in Zukunft nur bei denjenigen Gewerbezweigen eingreifen können, die mit besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit verbunden sind. Ist ein Gewerbezweig nicht auf die Liste der gefährlichen gesetzt, dann darf die Behörde nicht einschreiten, wenn auch in einer Werkstatt ganz besondere Mißstände bestehen.

Ferner hat man die Worte „und den Betrieb so zu regeln" wegfallen lassen. Diese Worte des § 120a stehen zwar nur auf dem Papier, praktisch angewendet hat die Behörde sie wenig, aber die Gefahr ist doch nicht ausgeschlossen, daß es auch einmal sozial einsichtige Polizeibehörden geben kann, die von dem Recht des § 120d Gebrauch machen. Es ist zum Beispiel schon einmal vorgekommen, daß der Hamburger Hafeninspektor das Weiterarbeiten auf einem Schiffe verbot, als die Arbeiter 14 Stunden gearbeitet hatten. Er sah in dem Weiterarbeiten eine Gefährdung der Gesundheit. Reeder und Stauer bestritten das Recht, aber alle Instanzen erkannten, daß der Hafeninspektor nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hatte, einzugreifen, sobald er die Überzeugung gewonnen, daß durch längeres Arbeiten die Gesundheit der Arbeiter unmittelbar gefährdet werde.

Gegen das übermäßig lange Arbeiten in den einzelnen Hausarbeitsbetrieben kann heute die Polizei auf Grund der §§ 120a und 120d einschreiten. Diese Befugnis der Polizei will der § 130q der Novelle beschränken auf Gewerbezweige, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, und dann sollen die Schutzvorschriften nur auf Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften beschränkt werden. Die häufigste Schädigung der Gesundheit liegt aber in der langen Arbeitszeit, also in der Regelung des Betriebes, aber dieser „Giftzahn" wird dem § 120a ausgebrochen.

Daß die §§ 120a bis 120e Anwendung auf Hausarbeiter finden, kann nicht bestritten werden. Der Verfasser der Motive behauptet es zwar. Er schreibt auf Seite 31:

„Diese Vorschriften (§§ 120a bis 120e) finden jedoch auf solche gewerbliche Anlagen keine Anwendung, in welchen Alleinarbeiter tätig sind oder der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, sofern die Beschäftigung nicht etwa auf Grund eines gewerblichen Arbeitsvertrags stattfindet."

Diese Behauptung wird aber nicht durch den Hinweis auf die Gesetzesstellen, welche dies bestimmen, bewiesen. Solche Gesetzesstelle wird man auch nicht finden können. Es scheint fast, als wenn das Reichsamt des Innern mit Leuten besetzt wäre, die noch keine Zeit gehabt haben, die Gewerbeordnung durchzulesen! Alle Kommentatoren, zum Beispiel

Wilhelmi, Berger, Landmann usw., sind sich einig, daß diese Bestimmungen für die Hausarbeiter gelten. Wohl hat der Bundesrat in seiner Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen diese Betriebe ausgenommen, aber verpflichtet war er nicht dazu. In anderen Verordnungen fehlt die Einschränkung. Es gibt in der ganzen Gewerbeordnung keine Bestimmung, die die von den Motiven gegebene Deutung zuläßt.

Der § 119b besagt, daß die Hausarbeiter auch Arbeiter im Sinne der §§ 115 bis 119a sind, und § 125 sagt, daß sie auch Gesellen und Gehilfen im Sinne der §§ 121 bis 125 sind, sonst werden sie als Gewerbeunternehmer bezeichnet, auf die die §§ 135 bis 139b keine Anwendung finden. Hätte man den Schutz der §§ 120 bis 120e ausschließen wollen, dann wäre das im § 154 gesagt worden. Nun da der Welt triumphierend verkündet wird, daß die deutsche Gesetzgebung auch den Ärmsten Hilfe bringen wird, hilft sie den Ausbeutern, Schutzbestimmungen für die Hausarbeiter zu beseitigen, die wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der geängstigten Ausbeuter gehangen haben.

Diese Einschränkung der behördlichen Befugnisse wäre noch zu verstehen, wenn die Ausbeuter schon sehr belästigt worden wären, aber die bloße Möglichkeit eines Schutzes hindern, das ist echt Bülowsche Sozialpolitik.

Das Publikum soll durch § 139r geschützt werden, indem für Gewerbezweige, die der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genußmitteln dienen, für einzelne Werkstätten im Wege der Verfügung angeordnet werden kann, daß die Werkstätten und Lagerräume, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften, so eingerichtet und unterhalten werden und der Betrieb so geregelt wird, daß Gefahren für die öffentliche Gesundheit ausgeschlossen sind. Außerdem kann angeordnet werden, daß Räume, in denen Nahrungs- oder Genußmittel hergestellt oder verarbeitet werden, zu bestimmten anderen Zwecken nicht benützt werden dürfen.

Wie will man die in diesem Paragraphen versprochene absolute Sicherheit der Gesundheit des Publikums verschaffen? Das wäre doch nur möglich, wenn die Werkstätten der Hausarbeiter unter ständiger ärztlicher Kontrolle ständen. In Amerika und anderen Staaten besteht die Vorschrift, daß die in der Hausarbeit hergestellten Waren als Hausarbeitsprodukt gekennzeichnet werden müssen. Bei solchen Vorschriften kann das Publikum sich selbst schützen. In Preußen-Deutschland aber sucht man den Glauben zu erwecken, daß die Polizei für ausreichenden Schutz sorgt!

§ 139s will bestehende Gefahren noch fortbestehen lassen. Nur wenn dringende Gefahr vorhanden ist, sollen die Anordnungen sofort befolgt werden, sonst kann der gefährliche Zustand so lange fortbestehen, bis eine Erweiterung oder eine wesentliche Veränderung des Betriebs eintritt.

Die Befugnisse des Bundesrats und der Landeszentralbehörden werden durch § 139t bestimmt. Danach kann der Bundesrat Vorschriften darüber erlassen, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von Werkstätten zu genügen ist. Ferner kann er die Verrichtung solcher Arbeiten in der Hausarbeit verbieten, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind. Soweit solche Vorschriften nicht vom Bundesrat erlassen sind,

sollen sie durch Anordnung der Landeszentralbehörden oder durch Polizeiverordnungen erlassen werden können. Die Befugnisse des Bundesrats und der Landeszentralbehörden werden hier auf die §§ 139 q und 139 r beschränkt. Damit ist der sanitäre Maximalarbeitstag des § 120 e für die Hausarbeit völlig ausgeschaltet.

Für die Betriebsarten, für welche Bundesrat oder Landeszentralbehörden Vorschriften erlassen haben, soll eine Meldepflicht bestehen. Es soll in diesem Falle der Ortspolizeibehörde gemeldet werden, wo die Werkstätte liegt. Über diese Werkstätten sollen auch die Unternehmer ein Register führen, welches den Polizeibeamten und den Gewerbeaufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen oder einzureichen ist. Ferner sollen die Betriebsunternehmer, welche Hausarbeit ausgeben, die Hausarbeiter mindestens halbjährlich einmal besuchen, ebenfalls sollen sie sich vergewissern, daß jene Arbeit, für die besondere Arbeitsräume vorgeschrieben sind, nur an solche Arbeiter gegeben wird, die vorschriftsmäßige Arbeitsräume haben.

Von der Ausdehnung der §§ 135 bis 139 b: Verbot der Kinderarbeit, Maximalarbeitstag für jugendliche und weibliche Arbeiter, wird Abstand genommen wegen der „Schwierigkeit der Kontrolle". Aber im Gesetz über die Zigarrenhausarbeit wird vorgeschrieben, daß junge Leute unter 16 Jahren zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens nicht beschäftigt sein sollen und mittags eine zweistündige Pause haben müssen! Dieselbe Kontrolle, die für die Durchführung dieser Vorschriften nötig ist, könnte doch auch darüber wachen, daß Frauen nicht des Nachts und täglich nicht länger als 10 Stunden arbeiten. Man darf annehmen, daß weniger die Scheu vor der Kontrolle, als der Wunsch der Fabrikanten diese Lücke herbeigeführt hat.

Auch verbietet man ja dem Hausarbeiter, Zigarren mit dem Munde zu bearbeiten und das Messer mit Speichel zu befeuchten. Kann man hierfür die ausreichenden Kontrollen schaffen, dann würde sich auch ein Weg finden lassen, die übermäßig lange Arbeitszeit der jugendlichen und weiblichen Arbeiter in der übrigen Hausarbeit zu verbieten.

Der unbegrenzte Arbeitstag ist es aber, der so großen Wert für die Fabrikanten hat. Sollten die Frauen in der Hausarbeit nicht länger arbeiten als in der Fabrik, dann müßte für Hausarbeit ein ähnlicher Lohn wie in der Fabrik gezahlt werden. Da aber die Unternehmer nicht zahlen wollen, so läßt das Gesetz die Ausbeutungsfreiheit und damit das ganze Elend der Hausarbeit bestehen.

Nie ist solche Heuchelei mit dem Wort Sozialreform getrieben worden als in dieser Vorlage. Der neue Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg deckt die Vorlage mit seinem Namen. Er ist ein Neuling in seinem Amt. Da wäre es doch interessant zu erfahren, wer ihm den Bären aufgebunden hat, daß die §§ 120 a bis 120 e nicht für die Hausarbeit gelten. Ich nehme an, daß er und Fürst Bülow es geglaubt haben, denn sie werden doch nicht annehmen, daß auch der Reichstag auf einem so niedrigen Niveau der Gesetzkenntnis steht. Da man nicht annehmen kann, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür findet, Schutzbestimmungen, die seit achtzehn Jahren bestanden haben, so zu beschränken, wie es der Abschnitt der Novelle über Hausarbeit will, so wird der größte Teil dieser Bestimmungen fallen müssen. Daß durch die neuen Bestimmungen irgendwelche Besserung geschaffen wird,

läßt sich nicht annehmen, denn der § 139q und folgende stellen den Erlaß von Schutzvorschriften genau so in das Belieben der Behörden, wie es die §§ 120a bis 120e auch tun. Da es dieselben Behörden sind, die von dem bisherigen weitergehenden Rechte nur wenig Gebrauch gemacht haben, läßt sich nicht annehmen, daß sie ein beschränkteres Recht mehr gebrauchen werden. Denn sie waren bisher auch nicht gezwungen, das Recht voll auszunutzen und alle Vorschriften zu erlassen, die die Gesetzesbestimmungen zuließen. Streicht man diese Bestimmungen, dann bliebe das Recht, anordnen zu können, daß Räume, in denen Nahrungs- und Genußmittel hergestellt und bearbeitet werden, zu bestimmten anderen Zwecken nicht benutzt werden dürfen; daß der Bundesrat die Verrichtung solcher Arbeiten, welche mit erheblicher Gefahr für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Arbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind, verbieten kann. Teilweise hatte der Bundesrat schon das Recht, denn er hat schon früher die Herstellung von Zündhölzern mit weißem Phosphor in der Hausindustrie verboten. Endlich bleibt noch die Bestimmung, daß eine gewisse Meldepflicht für solche Hausarbeit besteht, für welche Bundesrat oder Landeszentralbehörden Vorschriften erlassen haben.

Wenn Fürst Bülow und Bethmann-Hollweg wirklich geglaubt haben, daß die §§ 120a bis 120e auf die Hausarbeit keine Anwendung finden, dann zeigen diese Bestimmungen der Novelle, wie die Sozialpolitik in den achtzehn Jahren von 1890 bis 1908 auf den Hund gekommen ist. 1890 bestand der ehrliche Wille, die gröbsten Mißstände zu beseitigen, freilich zeigten sich die Großmächte Stumm, der Zentralverband deutscher Industrieller und der preußische Staatsrat als widerstrebende Elemente. Aber der Bundesrat forderte doch die Vollmacht, gegen Mißstände einschreiten zu können. Bülow und Genossen wollen nicht das Recht haben, in die Regelung der Betriebe einzugreifen, sie wollen nicht das Recht haben, da einzuschreiten, wo durch übermäßig lange Arbeitszeit Gesundheit und Leben Hunderttausender Staatsbürger vernichtet werden. Das Glück der Unkenntnis der Gewerbeordnung muß über die größten Schwierigkeiten hinweghelfen, und mit Hilfe des Blockes sollen dann die §§ 139n bis 139y in die Gewerbeordnung hineingebracht werden. Dann kann man sagen, daß die §§ 120a bis 120e nicht für die Hausarbeit gelten, denn sonst wäre der besondere Abschnitt nicht gemacht worden. Wenn dann wieder Heimarbeitausstellungen kommen und als wuchtige Anklagen für die Regierung allgemein empfunden werden, dann dürfen die Regierungen sagen: Wir können nicht einschreiten, uns sind ja durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung die Hände gebunden.

Dieses Ausbeutungsgebiet dem Kapital zu erhalten, das ist ein Zweck Bülowscher Sozialpolitik.

Eine Resolution und ihre Bedeutung.

Von **Th. Rothstein** (London).

Die alltägliche Erfahrung, der bereits der alte Herakleitos in einem berühmt gewordenen Satze Ausdruck gab, nämlich daß wenn zweimal dasselbe passiert, es doch nicht dasselbe ist, diese Erfahrung hat auf dem unlängst in Hull abgehaltenen jährlichen Kongreß der englischen Labor Party (Arbeiterpartei) eine durchaus interessante Bestätigung erhalten. Dieser Kongreß nahm eine Re-

solution an, die die Solidarität der Partei mit dem Sozialismus aussprach. Die Resolution ist an und für sich ohne Wert. Bereits die Kongresse der Trade Unions haben in der Vergangenheit unzählige Male ähnliche Resolutionen angenommen, und selbst die Labor Party hat auf ihrem Kongreß vor drei Jahren genau in diesem Sinne abgestimmt, ohne daß dabei etwas gewonnen oder verloren wurde. Die Resolutionen wurden vom Hause aus rein platonisch gestellt und abgestimmt, und weder die Arbeiter noch die bürgerlichen Parteien maßen ihnen die geringste Bedeutung bei. Diesmal aber kam es ganz anders. Kaum hatte der Kongreß die Resolution angenommen, als die Nachricht nach allen Redaktionen und politischen Klubs telegraphisch übersandt wurde, und bereits an demselben Abend erschienen die Blätter mit der höchst sensationellen, in riesengroßen Buchstaben gedruckten Meldung, daß der Sozialismus die Arbeiterpartei gefangen genommen habe. Eine ganze Woche lang gärte es in der Presse und in den Versammlungen wie sonst selten, und noch jetzt, wo das Parlament neuen Stoff der Diskussion liefert, verschwindet jene Entscheidung der Labor Party nicht von der politischen Tagesordnung.

Was ist denn passiert? Warum wurde einer Resolution, die vorher kaum die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich zog, jetzt mit einem Male die höchste politische Bedeutung beigemessen? Das hat eine Vorgeschichte, die mit einigen Worten gestreift werden muß.

Bereits vor mehr als einem Jahre haben wir an dieser Stelle[1] die Verstimmung, die die ersten Schritte der Labor Party in den liberalen Reihen hervorriefen, geschildert und dabei hingewiesen auf die Bemühungen des linksstehenden Flügels der Liberalen, der noch immer an der alten Gladstoneschen Versöhnungstaktik festhielt, die jüngeren, nach dem Blute der Arbeiter dürstenden Kavaliere von ihren wahnwitzigen Angriffen zurückzuhalten. Das gelang ihm auch bald. Die maßgebenden liberalen Kreise sahen ein, daß eine Bekämpfung der politischen Selbstbetätigung der Arbeiterklasse nur zur weiteren Aufdeckung und Veranschaulichung der Klassengegensätze führen würde, wobei gewiß nicht die liberale Partei, sondern nur der Sozialismus gewinnen mußte. Demgemäß trat ein Waffenstillstand ein, der fast ein Jahr dauerte. Beiderseits benahm man sich ganz friedlich gegeneinander, im Parlament stimmten die Arbeiterdeputierten für die Regierung, und schon jubelte die liberale Presse, daß es der „praktischen Vernunft" der Arbeiter gelinge, ihre Wahl- und Naturverwandtschaft mit dem Liberalismus wieder einmal zu entdecken. Da traten plötzlich im Juli 1907 dicht hintereinander zwei Katastrophen ein. In Jarrow, einem industriellen und traditionell liberalen Wahlkreis in der Grafschaft Durham, fand eine Nachwahl statt, bei der nicht nur von der Labor Party gegenüber dem liberalen wie auch zwei anderen Kandidaten eine selbständige Kandidatur aufgestellt wurde, sondern dieser Kandidat, der bekannte Gewerkschaftsführer Pete Curran, wurde mit einer bedeutenden Mehrheit über alle seine Gegner erwählt. Das war ein Hieb, wie ihn die Liberalen noch nie bekommen hatten! Aber ehe sie noch zur Besinnung kamen, fiel ein zweiter und noch fürchterlicherer Hieb. In einer Nachwahl in Colne Valley, einem anderen Wahlkreis, der seit jeher den Liberalen gehörte, wurde von der dortigen Arbeiterschaft gegenüber den zwei üblichen bürgerlichen Kandidaten ein junger Sozialist, Viktor Grayson, aufgestellt, der durchaus als ausgesprochener

[1] „Neue Zeit", XXV, 4, S. 117.

Sozialdemokrat kandidieren wollte und deshalb von der Labor Party, die nur reine „Arbeiter"kandidaturen ohne irgendwelche Zusätze anerkennt, nicht unterstützt wurde. Nichtsdestoweniger schlug Grayson seine beiden Gegner aufs Haupt und zog als der erste auf ein sozialdemokratisches Programm erwählte Volksvertreter ins englische Parlament ein.

Das wirkte wie ein Erdbeben. Nicht nur also waren alle Bemühungen zur Versöhnung, zur Vertuschung der politischen und sozialen Gegensätze umsonst gewesen, sondern der Riß war schon so weit fortgeschritten, daß selbst der Sozialismus, nicht bloß etwa der Gedanke einer vom Liberalismus unabhängigen politischen Aktion, unter der Arbeiterschaft sich geltend machte. Die liberale Welt konnte nicht mehr stumm bleiben. Zwar bedeutete diese Neugestaltung der Dinge eine Gefahr für das gesamte Bürgertum, doch bedrohte sie in erster Reihe die liberale Partei, deren Existenz — ja gewissermaßen auch deren historische Berechtigung, wenigstens seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts davon abhing, ob und inwieweit sie die Arbeitermassen hinter sich mitzuschleppen verstand und auf diese Weise den Puffer gegen den Sozialismus mit Erfolg zu spielen vermochte. Ein bürgerliches Blatt[1] schrieb nach der Wahl Graysons:

„In jenem Augenblick, wo die Massen in England ihre eigenen Kandidaturen aufzustellen beginnen, wird die Daseinsberechtigung der liberalen Partei unter ihren Füßen weggenommen, da sie dann nur eine Partei zur Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Ordnung wird — eine im Grunde genommen konservative Macht gegenüber den revolutionären Gewalten, die diese Ordnung abzuschaffen streben."

Die Liberalen begriffen dies ganz gut. Mit einem Male wurden wieder alle Batterien, mündliche wie schriftliche, gegen den Sozialismus losgelassen, und der Kampf entflammte aufs neue.

Doch nicht mit derselben Wut wie vorher. Ganz im Gegenteil — mit einigen Ausnahmen — wurde der Feldzug zwar entschieden, aber sachlich und anständig geführt, indem man sich die Mühe gab, das bloße Streben der Arbeiterklasse nach selbständiger politischer Aktion zu unterscheiden vom Sozialismus und den Sozialismus selbst mehr als eine irrtümliche Theorie zu behandeln. Das war durchaus eine kluge Taktik, wurde aber weniger von der eigenen Einsicht der Liberalen in das unter den gegebenen Umständen Zweckmäßigste diktiert, als ihnen von ihren Gegnern, den Tories, aufgedrängt. Die Tories nämlich begriffen sofort, welch vortreffliche Waffe und wirksames Mittel, um die Liberalen ins Bockshorn zu jagen, die Situation bot, und frisch-fröhlich, wie es bis jetzt nur bei den deutschen Scharfmachern üblich war, gingen sie an die Hetzarbeit. Liberalismus und Sozialismus wurden in einen Topf geworfen, und tagtäglich wurde das Publikum aus diesem Potpourri mit großen Löffeln traktiert. Spaltenlange Artikel wurden veröffentlicht, die die geheimen Sympathien der Liberalen für den Sozialismus brandmarkten, und schauderhafte Räubergeschichten wurden von dieser unheiligen Allianz erzählt. Dem Sozialismus selbst wurden ganze Meere von Kulitinte gewidmet. Man sprach von Marx (zum ersten Male hörte das große Publikum von diesem Namen), man führte die Schreckenszeit der französischen Revolution an, als Beispiel und Warnung, wohin die Sozialisten steuern,

[1] „Observer", 21. Juli 1907.

man erzählte dem Leser von den Werkstätten des Jahres 1848 — kurz, man arbeitete nach den bekannten Mustern, wie sie etwa in der „Post“ oder der „Deutschen Tageszeitung“ zu finden sind. Das Ziel dieses Kesseltreibens war natürlich, den Liberalismus in den Augen des Spießbürgertums zu diskreditieren und so das letztere im Netze des Torismus und Protektionismus zu fangen. Die liberale Partei kam dadurch in eine schwierige Lage. Entweder macht sie den idiotischen Kampf gegen den Sozialismus mit, dann erhält sie sich vielleicht das Kleinbürgertum, verliert aber die radikaleren Elemente, die Arbeiter eingeschlossen, indem sie den Klassenkampf offen austrägt; oder sie macht ihn — wenigstens in den häßlichen Formen des Scharfmachertums — nicht mit, und dann wird sie in den Augen der Krämerklasse verdächtig, erhält aber den Schein des Zusammenarbeitens der Klassen aufrecht und hindert dadurch die weitere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins unter den Arbeitermassen. Die Liberalen wählten ganz richtig den letzteren Weg, und indem sie den Sozialismus bekämpften, taten sie es sehr vorsichtig und hüteten sich vor allem davor, die Arbeiterpartei durch schroffe Opposition noch weiter nach links zu treiben. Ja, als kluge Strategen verdoppelten sie die Liebkosungen, die sie mit den Führern der Arbeiterpartei seit jeher austauschten, indem sie ihnen die Erfüllung mancher Forderungen, wie zum Beispiel wegen Alterspensionen, versprachen und sogar die Aufnahme ins Kabinett in Aussicht stellten. Dafür bekamen sie von den Tories noch mehr zugesetzt, aber die Liberalen fühlten, daß es ihr einziges Rettungsmittel war, und sie wandten es mit Courage weiter an.

Nun kam der achte jährliche Kongreß der Labor Party. Was wird dort geschehen? Auf der Tagesordnung standen zwei Anträge, die direkt die Frage der Beziehungen der Labor Party zum Sozialismus aufwarfen. Der eine, von der Gewerkschaft der Tapetenmacher eingebracht, verlangte, daß der parlamentarischen Faktion die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Endziel ihrer Bestrebungen gesetzt würde. Der andere, von der Gewerkschaft der Mechaniker eingebracht, ging nicht so weit, sprach aber den Wunsch aus, die Arbeiterpartei möge die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu ihrem Endziele machen. Der Unterschied zwischen den beiden Anträgen lag wohl darin, daß während die Annahme des ersteren die Labor Party zu einer sozialistischen gemacht hätte, die Annahme des letzteren nur der Meinung Ausdruck gegeben hätte, daß solch eine Umwandlung wünschenswert wäre. Vielleicht vom Standpunkte des Kontinents aus ist der Unterschied nicht so sehr groß: wer einen Wunsch ausspricht, der muß auch danach handeln. Nicht aber so in England, wo zwischen einer Resolution und einem Vorschlag eine scharfe Scheidungslinie durchgeführt wird. Die eine gilt bloß als Mittel, die Stimmung unter den betreffenden Personen festzustellen, der Vorschlag kommt erst dann, wenn die Stimmung sich als durchaus günstig erwiesen hat. In dem gegebenen Falle war der Antrag der Tapetenmacher ein Vorschlag, der der Mechaniker eine Resolution, und während die Annahme des ersteren auch die Annahme der letzteren eingeschlossen hätte, würde seine Ablehnung noch keineswegs die Ablehnung der letzteren bedeutet haben. Darum maßen weder die Sozialdemokraten noch die bürgerlichen Parteien der Resolution der Mechaniker eine große Bedeutung bei, dafür aber natürlich konzentrierten sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Antrag der Tapetenmacher.

Nun darf aber nicht übersehen werden, daß genau solch eine Resolution, wie sie die Tapetenmacher jetzt einbrachten, von ihnen bereits auf dem Kongreß des vorigen Jahres vorgeschlagen und von dem Kongreß mit 835000 gegen 98000 Stimmen abgelehnt worden war. Andererseits wurde, wie bereits erwähnt, eine Resolution ähnlich der der Mechaniker im Jahre 1905 von Keir Hardie und seinen Parteigenossen eingebracht und auch angenommen. Dementsprechend durfte man erwarten, daß auch diesmal der eine Antrag vom Kongreß verworfen und der andere von ihm angenommen werden würde. Das aber paßte den gemäßigten Elementen in der Labor Party nicht in den Kram. In diesem Augenblick — meinten sie —, wo das Zusammengehen mit der Labor Party die Liberalen so viel kostet, muß man deren Lage auch durch die Annahme einer platonischen Resolution nicht erschweren, zumal sie dann wirklich Angst von der Labor Party bekommen und die in Aussicht gestellten Reformen und Ämter zurückziehen. Andererseits würden gerade in diesem Augenblick Unterhandlungen mit der mächtigen Bergarbeiterföderation, die über 600000 Mitglieder und 14 Deputierte im Parlament zählt, wegen des Anschlusses an die Labor Party geführt, und da wäre es untaktisch, gerade vor ihrer Nase die rote Fahne, auch bloß nur als Fahne, aufzuhissen.

Und so beschloß man, die Mechanikerresolution durch einen Geschäftsordnungsstrick aus der Welt zu schaffen. Obwohl sie einen prinzipiellen Charakter trug und deshalb als erste zur Diskussion und Abstimmung gestellt werden sollte, wurde die andere Resolution zuerst auf die Tagesordnung gesetzt, um, nachdem sie, wie man erwartete, durchgefallen war, die Mechanikerresolution als eine bereits abgetane, von der Tagesordnung abzusetzen. Das war klug ausgedacht, aber nicht alles, was klug ist, wird auf dieser unvollkommenen Erde verwirklicht.

Wohl wurde der Antrag der Tapetenmacher mit 950000 gegen 91000 Stimmen — also mit einer noch größeren Mehrheit als voriges Jahr — verworfen. Die Opportunisten konnten jubeln, ebenso die liberale Presse. Jedoch nicht lange. Nächsten Tag kam die Mechanikerresolution zur Beratung, und gemäß dem bereits gefaßten Beschlusse schlug das Bureau ihre Absetzung von der Tagesordnung vor. Wie groß aber war ihr Erstaunen, als die Delegierten dagegen heftigen Protest erhoben, und bei der Abstimmung den Vorschlag mit 514000 gegen 506000 Stimmen verwarfen! Allein damit nicht genug. Nachdem die Stimmung auf dem Kongreß so offen an den Tag gebracht worden war, war es ein Gebot der einfachsten Klugheit, daß die Leute von der Independent Labor Party (Unabhängigen Arbeiterpartei)[1], die ja selbst vor drei Jahren eine solche Resolution vorgeschlagen hatten, jetzt aufstanden und erklärten (wie es auch damals der Fall gewesen war): diese Resolution habe keine praktische Bedeutung, deshalb könnten sie ihrem sozialistischen „Freisinn" freies Spiel geben und würden deshalb für die Resolution stimmen. Die nichtsozialistischen Freunde dieser Leute hätten nun lieber schweigen sollen oder im schlimmsten Falle erklären, daß, obwohl sie nicht mit der Resolution einverstanden seien, sie sie doch als eine durchaus platonische nicht zu bekämpfen beabsichtigten. Dadurch würde der wahre Charakter der Resolution vor aller Welt proklamiert und dem Ergebnis der Abstimmung im voraus jede praktische Bedeutung geraubt worden sein.

---

[1] Nicht zu verwechseln mit der Labour Party, von der sie einen Bestandteil bildet.

Aber — wen die Götter vernichten wollen, den berauben sie der Vernunft. Nicht nur wagten die Vertreter der Independent Labour Party, die noch vor einem Tage, als es die sozialistische Resolution zu bekämpfen galt, mit der ganzen Gewalt ihrer Beredsamkeit dagegen aufgetreten waren, jetzt auch nur eine Silbe zu sagen, sondern der berühmte Herr Shackleton — derselbe, der in Stuttgart vor dem Internationalen Sozialistischen Bureau die Mehrheit der Stimmen in der britischen Sektion der Labor Party als „Vertreter der Millionen" gefordert hatte — bekämpfte die Resolution. Seine Rede war lang und breit, gipfelte aber in der Erklärung, daß zwischen dieser und der bereits verworfenen Resolution kein Unterschied bestehe, daß die Annahme der jetzigen Resolution die Verpflichtung der Partei zum Sozialismus bedeuten werde, und daß er, als Nichtsozialist, es dann schwer finden werde, in einer solchen Partei weiter zu verbleiben.

Damit wurde der Resolution, die sonst den Sozialisten so wertlos erschien, daß viele Genossen, darunter auch Quelch, den Sitzungssaal verlassen hatten, mit einem Male eine große prinzipielle Bedeutung beigelegt. Und dessenungeachtet nahm der Kongreß die Resolution mit 514000 gegen 496000 Stimmen, unter dem brausenden Beifall der Genossen, an!

Daraus ist zu ersehen, wieso es kam, daß eine sonst harmlose Resolution plötzlich zu einer wichtigen Kundgebung wurde und den bürgerlichen Parteien so viel Unbehagen verursachte. Zwar begann man sofort Öl auf die stürmischen Wellen zu gießen, indem die Leute der Unabhängigen Arbeiterpartei, mit ihrem Organ „Labour Leader" an der Spitze, feierlich erklärten, daß „ein großer Unterschied bestehe zwischen einer bloßen Behauptung (!) des Sozialismus und einem Entschluß, alle Kräfte darauf anzuwenden, den Sozialismus als den politischen Hauptzweck im Leben zu verwirklichen".[1] Allein es half nichts. Jedermann wußte, daß zwar mit dieser Resolution die Labor Party noch keineswegs zu einer sozialistischen geworden ist, daß also die Resolution nur einen mäßigen praktischen Wert besitzt, aber gleichzeitig war es jedermann auch klar, daß die Resolution, wie sie vom Kongreß angenommen wurde, eine hohe symptomatische Bedeutung hat, die mit keiner Schönrednerei zu verwischen ist. Die englischen Arbeitermassen werden, trotz ihrer Führer, immer mehr und mehr vom Sozialismus durchdrungen und immer mehr geneigt, ihre Überzeugung in die Tat umzusetzen. Noch einige Jahre, und England, das gute alte England der zwei bürgerlichen Parteien, bekommt eine Millionensozialistenpartei, deren Aufmarsch von keiner antidemokratischen Einrichtung verhindert werden kann.

Nun muß man auch beachten, daß eben diese letzten Jahre, seit denen die Labor Party ins Parlament eindrang, höchst kritische waren. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit hätte man nun erwarten müssen, daß mit dem Eintritt einer günstigen industriellen Konjunktur und der Eröffnung einer neuen liberalen Ära der Trieb nach politischem Klassenkampf, wie er sich in dem Aufblühen der Labor Party ausdrückte, stark abnehmen und vielleicht wieder, wie in den siebziger Jahren, verschwinden würde. Tatsächlich schien so etwas — wenigstens auf der Oberfläche — eingetreten zu sein; die parlamentarische Arbeiterfraktion verfiel, nach den bedeutenden Erfolgen des ersten Jahres, bald in eine Art Impotenz, die sehr lebhaft an die Zeit erinnerte, als Gladstone

[1] „Labour Leader", 25. Januar 1908.

die Gewerkschaftsführer am liberalen Karren gefesselt hielt, so daß sie kaum von den anderen Gruppen der Arbeiterdeputierten, den berüchtigten Lib-Labs und den Vertretern der Bergarbeiter, zu unterscheiden war. Ja, Mitglieder der Arbeiterfraktion genierten sich nicht mehr, ganz offen den leitenden Männern der Regierung ihre aufrichtige Verehrung auszusprechen, und in keinem einzigen Falle wagten sie gegen die Regierung zu stimmen. Bereits wurde auch von einem ständigen Zusammengehen mit den Lib-Labs gesprochen.

Nun — die Haltung des Kongresses hat gezeigt, daß die Führer nicht mehr die Stimmung unter den Massen richtig wiedergeben, daß, während die Führer im Laufe der Jahre stark nach rechts gerückt sind, die Massen im Gegenteil bedeutend nach links fortschritten. Das war ein Beweis dafür, daß die Lage der Dinge jetzt ganz anders ist als vor vierzig Jahren, das heißt, daß die Revolte des Proletariats keine vorübergehende, von momentaner politischer und ökonomischer Unzufriedenheit diktierte ist, sondern von nun an eine permanente und immer wachsende, gegründet auf einer für immer gewonnenen Einsicht in die grundsätzlichen Klassengegensätze.

Leider sind es nur die Sozialdemokraten — teilweise sogar die Liberalen, die die Tragweite des Moments begreifen, nicht aber diejenigen, die die Leitung der Partei in ihren Händen halten. Zwar konnte schon der schöne Sieg Graysons diese Herren überzeugen, daß der Sozialismus nicht mehr in den Augen der Massen das Schreckgespenst ist, das er einst war. Eigentlich war auch die Wahl Currans ein sozialistischer Sieg, da trotz den feierlichen Erklärungen des Kandidaten, daß der Sozialismus bei ihm eine Privatsache sei (sic!) und daß er nur als einfacher Arbeiterkandidat figuriere, seine Gegner, liberale wie konservative, eben den Sozialismus zum Streitobjekt der Wahlschlacht machten und die Wähler zwangen, mit ihrer Stimme für oder gegen den Sozialismus zu entscheiden. Hätten die Führer der Labor Party die Situation begriffen, so wären sie die ersten gewesen, im Sinne des Sozialismus zu wirken, indem sie die Labor Party so schnell wie möglich in eine sozialdemokratische Partei umgewandelt hätten. Sie würden damit nicht nur den historischen Tendenzen Vorschub geleistet haben, sie hätten auch zu derselben Zeit die ganze junge Intelligenz von der liberalen Partei in das eigene Lager überführt. Zweifellos herrscht eine tiefe Enttäuschung bei der jüngeren Generation der Liberalen und Radikalen nicht nur wegen der Art, wie sich die jetzige Regierung aufführt — ihrer Nichterfüllung der Versprechungen in bezug auf die Herabsetzung der Ausgaben für Militarismus und Marinismus, ihrem Liebäugeln mit der russischen Regierung, ihrem ruchlosen Vorgehen in Indien und Ägypten, ihrer Sterilität auf dem sozialpolitischen Gebiet usw. —, sondern sie sind auch positiv für den Sozialismus eingenommen und warten nur auf das Auftreten einer sozialistischen Massenpartei, an deren Zukunft sie glauben könnten, um mit Sack und Pack aus der vermorschten liberalen Partei auszuscheiden. Viele haben sich während der letzten Zeit an die beiden sozialistischen Organisationen angeschlossen; noch weit mehr aber stehen außerhalb derselben und haben noch immer nicht den Mut, sich von ihrer Partei zu trennen. Die Bremstätigkeit der Führer der Labor Party trägt die Schuld daran, daß diese wichtigen Elemente noch nicht für die Sozialdemokratie gewonnen sind. Diese Leute denken noch immer daran, wie man Reformen, ohne die Gnade der herrschenden Bourgeoisie zu verlieren, erlangt, möge dabei der Fortschritt auch noch so kümmerlich sein.

Einzig unsere Genossen von der Sozialdemokratischen Föderation (jetzt Sozialdemokratische Partei genannt) sorgen dafür, daß die durch die objektiven Verhältnisse hervorgerufene Gärung unter dem Proletariat auch sozialistische Formen annehme. Mehreremal wurde ihnen vorgeworfen, warum sie sich nicht an die Arbeiterpartei anschließen, um von innen heraus im sozialistischen Sinne zu wirken. Dieser Vorwurf war und bleibt durchaus unberechtigt. Von innen heraus könnten sie nicht mehr, sondern viel weniger als jetzt von außen wirken, da sie dann in ihrer Propaganda, in ihrer Kritik, in ihren Handlungen überhaupt durch die Mehrheitsbeschlüsse des Blocks lahmgelegt würden. Das Beispiel des Genossen Thorn, eines aufrichtigen Sozialdemokraten, der sich unglücklicherweise im Block befindet, ist Beweis dafür. Im Gegenteil ist die wirksame Tätigkeit des jungen Grayson ein Beweis dafür, wie durchaus nötig es für einen Sozialdemokraten ist, ungefesselt über seine Tätigkeit zu verfügen. Was durch Wirken von innen heraus zu erreichen ist, wird auch durch die Teilnahme unserer Genossen an den Kongressen wie auch an zahlreichen lokalen Unternehmungen, wie Demonstrationen, Meetings, Wahlen und dergleichen, erreicht, wobei sie oftmals von den Sozialisten der Unabhängigen Arbeiterpartei (nie aber von den Trade Unionisten) als Schnorrer und Verschwörer gebrandmarkt werden, da sie der Labor Party offiziell fernstehen, an deren Arbeiten aber, als Vorsteher von Trade Unions und sonstigen Organisationen, sich beteiligten. Andererseits aber ist es nur ihrer energischen, ungefesselten, in die breiten Massen selbst getragenen Kritik zu verdanken, daß die Labor Party zum Beispiel dieses Jahr viel kampfeslustiger als je ins Parlament zurückgekehrt ist und gegenüber der Regierung eine weit entschiedenere Haltung einnimmt, als es sonst der Fall war. Überhaupt sind die großen Erfolge, die die Sozialdemokratie im letzten Jahre gemacht hat — die starke Zunahme ihrer Mitgliedschaft, die fast verdoppelte Auflage des Zentralorgans, der erfolgreiche Verkauf ihrer Literatur, die überfüllten großen Versammlungen und — last, but not least — die Aufmerksamkeit, die die bürgerliche Presse ihren Rednern, Schriften und Unternehmungen schenkt —, ein sicheres Zeichen dafür, daß ihre Arbeit jetzt ungemein fruchtbar ist, daß es ihr Einfluß ist, mehr als der irgend einer anderen Organisation, der den sozialistischen Gedanken unter die Massen trägt. Zwar wächst auch — und vielleicht noch schneller — die Unabhängige Arbeiterpartei; das aber ist ganz natürlich, angesichts der niedrigen Forderungen, die sie an die Massen in bezug auf Theorie und politische Praxis stellt.

Man darf erwarten, daß die nächsten paar Jahre eine Entscheidung bringen werden. Die liberale Partei hat ihre letzten Kräfte zusammengeholt, um dem Sozialismus die Arbeitermassen zu entreißen. Wie es in allen Blättern beim Beginn der neuen Session zu lesen war, haben die Liberalen selbst gemerkt, daß von ihrer Haltung in diesem Parlament das politische Schicksal des Landes abhängt. Der Liberalismus, schrieben die Zeitungen, steht vor der Entscheidung. Die liberale Partei, wie das „Daily Chronicle“ ausführte,[1] „muß ihre Fähigkeit, soziale Reformen auszuführen, deutlich beweisen, und zwar innerhalb des Rahmens des heutigen Freihandelssystems auf der einen Seite und ohne den Gebrauch der Mittel des revolutionären Sozialismus auf der anderen. Vom Erfolg des Liberalismus in dieser Hinsicht hängt es ab, ob er stehenbleiben

[1] Vom 28. Januar 1908.

Digitized by Google

oder fallen wird". Der gleiche Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden der bedeutendsten liberalen Politiker. Gerade dieser Tage erklärte der junge Churchill, der Unterstaatssekretär für die Kolonien, auf einer Versammlung der Jungliberalen:

„Die Liberalen haben einen großen Sieg im Jahre 1906 erlangt, aber es wird ihnen nicht gelingen, die Ernte der Demokratie einzuheimsen, wenn sie nicht verstehen lernen, wie sie sich die Herzen des Volkes erhalten." Er spricht dann von den zwei Gefahren, dem Protektionismus auf der einen und dem Sozialismus auf der anderen Seite, und fährt fort: „Gegen diese zwei Mächte helfen keine theoretischen Argumente, — man kann ihnen nur mit Beweisen erfolgreicher Tätigkeit beikommen." Wie aber geschieht das letztere? Manche sprechen von den Problemen des britischen Kolonialreiches als den allerwichtigsten. Dem ist nicht so. Das allerwichtigste Problem liegt zu Hause. Es besteht darin, „daß die Zivilisation, die einem großen Teile der Bevölkerung so vieles gebracht hat, den Ärmsten und Schwächsten in unserer Mitte nichts gab. Die Lage dieser Schichten ist, vom Standpunkt des menschlichen Elends, viel schlimmer als die der Wilden, die ich unlängst besucht habe.... Wir Liberalen müssen dieses Problem lösen.... Ich sage nicht, daß alle Menschen gleich sein müssen; ich sage aber, niemand darf etwas haben, wenn nicht jedermann etwas besitzt. Die liberale Politik muß dahin gerichtet werden, ein immer höheres Minimum des Lebens- und Arbeitsniveaus in England zu erlangen." [1]

Das sind beachtenswerte Worte; sie legen ein schönes Zeugnis dafür ab, wie sehr die Gärung unter den Arbeitermassen das Gewissen und den Verstand der herrschenden Klassen geschärft hat. Sie beweisen aber auch, wie richtig die Liberalen die jetzige kritische Lage einschätzen und was den vielen von der Regierung angekündigten Reformvorlagen als Beweggrund unterliegt.

Den Liberalen fehlt es nur an einer Kleinigkeit, nämlich an der Einsicht, daß die heutige Gesellschaftsordnung, mögen ihre Leiter von den besten Absichten beseelt sein, nicht imstande ist, solche Reformen durchzuführen, die das Gespenst des Sozialismus für immer verbannen. Der heutige Liberalismus aber ist nicht imstande, auch nur für eine kurze Zeit dem Sozialismus beizukommen, und wir werden bald sehen, wie alle seine Bemühungen im Sande verlaufen. Der Sozialismus in England ist auf dem Marsche und ihm, zusammen mit dem Imperialismus, gehört die nächste Zukunft.

Brief aus Amerika.

Die Krisis. Die Parteien. Die Gerichtshöfe gegen die Arbeiter.

Von **Algernon Lee** (New York).

Auf den Vereinigten Staaten lastet augenblicklich eine schwere wirtschaftliche Depression. Die finanzielle Panik im Oktober vorigen Jahres war an und für sich nicht sehr ernst. Es genügte die Hilfsaktion einer Gruppe von Großfinanziers, wobei sie selbst noch einen großen Profit machten, und die Hilfe der Regierung, die stets bereit ist, Schatzschuldscheine auszustellen oder einzulösen, Bargeld bei den Banken zu hinterlegen oder zu tun, was irgendwie

[1] „Times", 8. Februar 1908.

notwendig ist, um den „Wall street gang", den Börsenklüngel, vor den Folgen seiner eigenen rücksichtslosen Politik zu bewahren. Dadurch wurde der Reihe von Bankkrachen Einhalt getan, die anfangs das ganze Finanzsystem des Landes zugrunde zu richten drohten. Aber dies hinderte nicht, daß der industrielle Niedergang um sich griff, da dieser in Wirklichkeit schon vor der finanziellen Krise begonnen hatte. Im September hatte sich die Amalgamated Copper Company, die mit ihren Verbündeten den größten Teil der Kupferminen des Landes beherrscht, mit den bedeutendsten vom Trust unabhängigen Gesellschaften in Verbindung gesetzt, um die Kupferproduktion auf mehr als die Hälfte ihrer normalen Höhe zu reduzieren. In ähnlicher Weise gingen sofort verschiedene andere Industrien vor: die drei großen elektrischen Gesellschaften entließen ungefähr 14 Prozent ihrer Leute; und die zwei größten Fabriken von Eisenbahnwagen verminderten ihr Personal um ein Drittel. Nach der finanziellen Krise machte der Niedergang rasche Fortschritte. Viele Fabriken und Werkstätten schlossen vollständig. Eine größere Anzahl entließen 20, 30 oder sogar 50 Prozent ihrer Arbeiter. Andere wieder, die zwar die meisten ihrer Arbeiter behielten, ließen nur drei oder vier Tage in der Woche die Werke gehen. Die Eisenbahnen stellten fast gänzlich die Bautätigkeit ein, notwendige Reparaturen wurden verschoben, ebenso der Ersatz von rollendem Material; sie verminderten sogar die Zahl der Züge und entließen einen Teil des Zugpersonals. Das Holzfällen in den nordwestlichen und südlichen Wäldern wurde fast ganz aufgegeben. Die Zahl der Bauten in den Städten war geringer als seit vielen Jahren. Unzählige Angestellte, Verkäufer und Buchhalter in Handelshäusern wurden entlassen. Gegen Ende Dezember schien der Niedergang seine Grenzen erreicht zu haben — für den Augenblick wenigstens. Aber es trat nur geringe oder gar keine Erholung ein. Die Bourgeoispresse versuchte nach Kräften „das Vertrauen wieder herzustellen" durch Veröffentlichung optimistischer Artikel, indem sie behauptete, daß die „kleine Beunruhigung" vorüber sei und das Geschäft sich neu belebe. Doch das ist nicht der Fall. Vollkommene und genaue statistische Angaben zu machen ist allerdings unmöglich, aber einige wenige Feststellungen bestimmter Tatsachen mögen die gegenwärtige Lage klarlegen. Die Wolle- und Baumwollefabriken in Neu-England, die sonst gewöhnlich über 250000 Männer und Frauen beschäftigen, arbeiten mit weniger wie zwei Drittel ihrer Kraft. Die Eisen-, Stahl-, Weißblech- und Kohlenwerke im Pittsburger Bezirk beschäftigen nur noch 40 bis 60 Prozent der bisher Tätigen; und ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Eisen- und Stahlzentren. Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter in der Stadt New York wird von der Bourgeoispresse verschiedentlich geschätzt, von 125000 bis 250000; selbst wenn wir den Durchschnitt dieser Zahlen annehmen, so bedeutet dies immerhin eine Arbeitslosigkeit, die dreimal so groß ist, als sie gewöhnlich um diese Jahreszeit herrscht. Der Chicagoer „Daily Socialist" hat sorgfältige Untersuchungen angestellt und gefunden, daß in Chicago nicht weniger als 139000 Arbeitslose vorhanden sind; dabei sind nicht mitgerechnet die verschiedenen Gewerbe, welche normalerweise im Winter brach liegen. Wir sind wohlberechtigt, zu sagen, daß die „Armee der Arbeitslosen" in den Vereinigten Staaten heute 2 oder 3 Millionen mehr beträgt als vor sechs Monaten. Zieht man dabei noch in Betracht, daß Hunderttausende, die ihre Arbeit behalten haben, sich eine Herabsetzung der Löhne um 10, 15 oder 20 Prozent gefallen lassen mußten unter

dem Drucke der Konkurrenz ihrer arbeitslosen Genossen, so wird man ohne weiteres einsehen, daß die Lage sehr schlimm ist.

Dabei fand nicht wie im Jahre 1893 oder in anderen Jahren schlechter Konjunktur eine beträchtliche Herabsetzung der Warenpreise statt. Kupfer ist die einzige wichtige Ware, deren Preis stark fiel, und dieser Preissturz kam schon im letzten Sommer, ehe die gegenwärtige Krisis begonnen hatte. Der Preis der Baumwollfabrikate wurde diesen Monat stark herabgedrückt durch den Trust, der die Fabriken von Neu-England beherrscht; aber noch immer steht er höher wie vor zwei Jahren oder wie zu irgend einer Zeit seit dem Bürgerkrieg. Eisen- und Stahlpreise wurden steif gehalten. Nur die Fleischpreise gingen etwas herunter. Dagegen kosten Milch, Butter, Eier und Kartoffeln mehr, als sie seit einer Generation gekostet haben. Der Kohlenpreis ist höher als seit vielen Jahren, die kurze Zeit während des Streiks von 1902 ausgenommen.

Der Glaube einiger Theoretiker, daß die Vertrustung der Industrie, indem sie eine Überproduktion verhindere, auch die Wiederkehr industrieller Krisen verhindern könne, hat sich nach unseren Erfahrungen nicht bewahrheitet. Gewiß waren die Trusts in den meisten Fällen imstande, die Lage des Marktes vorherzusehen und so eine augenblickliche Überproduktion zu vermeiden. Aber das hat uns doch nicht vor der Krisis bewahrt; es gab ihr nur einige besondere Merkmale. Anstatt daß zuallerst versucht worden wäre, den Konsum aufrechtzuerhalten durch Herabsetzung der Preise, wie miteinander konkurrierende Kapitalisten getan hätten, haben unsere organisierten Kapitalisten, die die Lage des Marktes kennen und imstande sind, die Produktion zu beherrschen, die Warenzufuhr vermindert und die Preise hoch gehalten. Sie haben die Produktion rascher eingeschränkt als bei vorhergehenden Krisen und auch systematischer. Vielleicht wurde eine verhältnismäßig kleinere Zahl von Arbeitern auf das Pflaster geworfen, aber eine weit größere Anzahl wurde auf kürzere Arbeitszeit und geringeren Lohn gesetzt. Die Folgen einer Krisis, die derartig systematisch geregelt wird, sind für die Arbeiter ebenso unheilvoll wie die der anarchischen Katastrophen von 1893 und 1873; aber sie scheinen den Kapitalisten weniger unheilvoll und weniger direkt gefährlich. Es sei noch bemerkt, daß die Krisis Gelegenheit gab zu verschiedenen neuen Kapitalverschmelzungen, besonders zur Aufsaugung der Kohle-, Eisen- und Eisenbahngesellschaft von Tennessee durch den Stahltrust, ihren hauptsächlichsten Rivalen.

Die Lehren der Krise werden von der Arbeiterklasse diesmal zweifellos besser verstanden werden, wie 1893 und in den darauffolgenden Jahren. Da die jetzige Krise in eine Zeit der Herrschaft der republikanischen Partei fällt und nicht, wie die vorhergehende, unter eine demokratische, wird es der sozialistischen Propaganda leichter sein, das Volk dahin aufzuklären, daß keine der kapitalistischen Parteien verhindern kann, daß die mit dem Kapitalismus untrennbar verknüpften Mißstände von Zeit zu Zeit einen Höhegrad erreichen, der für das Proletariat unermeßliches Elend in sich birgt. In einigen Städten haben bereits Demonstrationen der Arbeitslosen unter sozialistischer Führung stattgefunden. Hie und da wurde auch von Stadtverwaltungen Hilfe gewährt, zumeist jedoch wurden die Arbeiter durch die Brutalität der Polizei, die sie auseinanderjagte, aufs äußerste gereizt. Im allgemeinen kann man sagen, zeigen sich die Behörden ebenso gleichgültig wie machtlos gegenüber der Krisis.

Es geschieht absolut nichts, um die Leiden der Arbeiterklasse zu lindern, ausgenommen hie und da unter dem Druck einer starken Volksbewegung. Dem Kongreß liegen die verschiedensten Vorschläge vor, um das Bank- und Kreditwesen zu „reformieren"; aber kein Mensch glaubt tatsächlich, daß auch nur dieses wenige geschehen wird, gar nicht davon zu reden, daß irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden würden, die die wirklichen Ursachen der Krisis berühren. Tatsächlich fühlt sich der Kongreß machtlos zu irgend einem entscheidenden Vorgehen; es kommen dabei viel zu viele mächtige Interessen in Betracht, von denen jedes einzelne bereit ist, jede Maßregel zu verhindern, die seine Spezialgelegenheit für legalen Profit oder illegalen Rebbach bedrohen könnte! Aus der bürgerlichen Presse läßt sich erkennen, daß die Kapitalisten selber, mit Ausnahme einiger weniger großen Magnaten, merken, daß irgend etwas gründlich verkehrt ist, aber zugleich sind sie sich ihrer Ohnmacht, die Dinge zu ändern, wohl bewußt.

* * *

Der berüchtigte Kriminalprozeß gegen die Führer der Western Federation of Miners (Westliche Föderation der Bergleute) ist nun endlich beendigt, nachdem sie mehr als 22 Monate in Haft waren. Die Sache ist so ausgegangen, wie wir Sozialisten nur wünschen konnten. Wie erinnerlich, war der Sekretär der Föderation, William D. Haywood, letzten Juli von dem Gericht freigesprochen worden. Auch die Klage gegen George A. Pettibone endete mit dem Urteilspruch „Nicht schuldig", und als der Staatsanwalt sah, daß seine Verfolgungen vollständig fehlschlugen, veranlaßte er die Freilassung von Charles H. Moyer, des Präsidenten der Föderation, ohne Gerichtsverhandlung. Vom Anfang bis zum Ende war dieser Prozeß nichts weiter als eine wohlüberlegte Verschwörung der organisierten Minenbesitzer der Rocky Mountain Staaten und ihrer Werkzeuge in hohen Staatsstellungen, um einen gesetzlichen Mord zu begehen an drei von den führenden Männern der Bergarbeiterorganisation, in der Hoffnung, dadurch die ganze Föderation einzuschüchtern und zu desorganisieren. Hätten sie gegen diese Männer auch nur halbwegs glaubhafte Zeugenaussagen zusammenbringen können, so wäre ihr Plan gelungen, denn die öffentliche Meinung, sogar auch bei einem großen Teile der Arbeiter, war anfangs voreingenommen gegen die Western Federation of Miners. Und die bürgerliche Presse im ganzen Lande mit nur sehr wenigen Ausnahmen wurde sehr energisch und beharrlich dazu benutzt, dieses Vorurteil zu nähren. Glücklicherweise waren die Sozialisten kühn genug, die Sache sofort zu ihrer eigenen zu machen; sie proklamierten die Unschuld der Angeklagten und die Schuld ihrer Verfolger und verlegten sich mit aller Kraft darauf, die öffentliche Meinung aufzuklären, insbesondere das Solidaritätsgefühl der proletarischen Massen zu wecken. Die Gewerkschaften aller Richtungen erklärten bald ihre Zustimmung — ausgenommen einige konservative Führer, die gerade nur so viel taten, als sie durch die Unterführer und ihre Gefolgschaft zu tun gezwungen wurden. Und die Agitation, die nun einsetzte, überstieg bei weitem, was jemals von sozialistischen und Arbeiterorganisationen in unserem Lande geleistet worden ist. Geld wurde beschafft für die gesetzmäßige Verteidigung. Dem Einfluß der Kapitalistenpresse wurde entgegengearbeitet durch eine Riesenverteilung sozialistischer Zeitungen, Flugblätter und Schriften, die jede Stufe des Prozesses behandelten; Redner wurden zu den Arbeitervereinen geschickt, um die wirkliche Sachlage darzutun, Massen-

versammlungen und Aufzüge großen Umfangs wurden in allen Großstädten, kleinere im ganzen Lande abgehalten. Das Ergebnis ist nicht nur der Sieg der drei Angeklagten; es bedeutet zugleich den Sieg der fortschrittlichsten Elemente in der politischen und ökonomischen Arbeiterbewegung und eine Niederlage für die ganze kapitalistische Macht, von dem Spitzel McParland und seinem erbärmlichen meineidigen Zeugen Orchard an bis zu dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Den schlimmsten Stoß, den Mr. Roosevelt in seiner Laufbahn je erfuhr, war der Sturm der Entrüstung, der sich erhob, als er versuchte, die Aufmerksamkeit von seinen verdächtigen Beziehungen zu Harriman, dem Eisenbahnkönig, abzulenken, indem er Haywood leichtfertigerweise angriff als „einen unerwünschten Bürger"! Dieser Ausspruch „unerwünschter Bürger" ist ein ebenso bemerkenswerter Beitrag zu unserem politischen Wörterbuch, wie der Ausspruch von den „vaterlandslosen Gesellen" zu dem Eurigen!

Haywood hält jetzt Ansprachen bei allen sozialistischen und gewerkschaftlichen Versammlungen im ganzen Lande. Überall wird er mit wahrer Begeisterung empfangen. Man sagt, daß die Partei ihn als Präsidentschaftskandidaten aufstellen werde. Vermutlich kann keine andere Wahl getroffen werden, die bei der Bourgeoisie mehr erbitterten Widerstand und mehr Begeisterung unter den fortschrittlichen Arbeitern erregen könnte.

Über den Ausfall des kommenden politischen Feldzugs lohnt es sich nicht, zu prophezeien, da im Augenblick nur Vermutungen aufgestellt werden können. Die Lage scheint der sozialistischen Bewegung günstig. Die durch die Moyer-Haywood-Agitation schon hervorgerufene Bewegung, die durch den wirtschaftlichen Niedergang verursachte starke Unzufriedenheit, die Selbstüberhebung der Bourgeoisie und der unter ihrem Einfluß stehenden Gerichtshöfe, all das vereinigt sich, um günstige Gelegenheit zu schaffen, die unsere Parteiorganisation hoffentlich in der Lage sein wird, voll auszunützen. Die Demokratische Partei ist zum mindesten genau so schwach wie vor vier Jahren — durchaus ohne irgendwelche bestimmte Politik oder Grundsätze, denen ihre Führer oder die Massen ihrer Anhänger zustimmen können, und sie ist zerrissen von schweren Streitigkeiten. Der persönliche Ehrgeiz und die Gegensätze zwischen ihren Politikern, die dabei zutage treten, sind eine Widerspiegelung des Konfliktes zwischen den verschiedenen offen reaktionären oder unklar radikalen Tendenzen, die nur die gemeinsame Opposition gegen die in der Macht sich befindende Partei zusammenhält. Andererseits wird den Republikanern jetzt, wo die allgemeinen Wahlen sich nähern, klar, daß sie, nachdem sie ihre politische Macht in den letzten Jahren ebenso rücksichtslos wie willkürlich ausgenutzt haben, viel von ihrer Volkstümlichkeit einbüßten, auf die sie früher rechnen konnten, und daß die gegenwärtige industrielle Krisis die „Partei des Wohlstandes und Fortschritts" in eine recht mißliche Lage versetzt. Das hat zur Folge, daß in den letzten Wochen Präsident Roosevelt, Sekretär Taft, den er der Partei als seinen Nachfolger aufzuzwingen hofft, Senator Beveridge und andere hervorragende republikanische Politiker plötzlich sehr besorgt sind um das Wohl der Arbeiterklasse und sich sehr abgeben mit dem, was wir „talk for bunkum" (politisches Geschwätz zum Wählerfang) nennen, indem sie ungewisse, aber anlockende Versprechungen machen, die sie weder erfüllen wollen noch können: so über die Abschaffung der Kinderarbeit, den Schutz der Gewerkschaften bei Ausübung des Streik- und Boykottrechtes, die Gültigkeitserklärung

der Arbeiterschutzgesetze, die von demokratischen und republikanischen Richtern gemeinsam als unkonstitutionell erklärt worden sind, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer usw. Im Interesse des Präsidenten und seiner Clique ist es besonders nötig, die Erinnerung an Tafts Verhalten in früheren Jahren auszulöschen, wie er als Richter eines Bundesgerichtes mehrere wahrhaft tyrannische Entscheidungen gegen streikende Arbeiter aussprach.

Aber ebenso eilig, wie der Präsident und seine Freunde Versprechungen und schöne Worte für die Arbeiterklasse aufhäufen, vernichten die Gerichtshöfe deren Bemühungen und schaffen durch jede Neuauslegung des Gesetzes gegen das Proletariat mehr Unzufriedenheit.

Im folgenden ist eine nur unvollständige Zusammenfassung der in den letzten vier Monaten gegen die Arbeiter getroffenen Entscheidungen gegeben:

Entscheid des Gerichtshofs des Staates Vermont gegen die Schieferarbeitervereinigung, wonach den Angestellten oder Mitgliedern des Vereins verboten wird, Arbeiter zu veranlassen, die Beschäftigung bei einer Firma aufzugeben, bei der ein Streik ausgebrochen ist.

Urteil des Vereinigten-Staaten-Gerichtes in Minnesota, daß es ungesetzmäßig ist, wenn Arbeiter gemeinsam die Verwendung von Material verweigern, das in Werkstätten hergestellt worden ist, die nicht die gewerkschaftlichen Forderungen anerkannt haben (non-union shops).

Entscheid des Vereinigten-Staaten-Gerichtes in Ohio, der den Angestellten der Zeitungsdruckervereinigung verbietet, sich irgendwie bei einem Streik zu beteiligen, der von der Vereinigung beschlossen wird, um den Achtstundentag zu erlangen, oder Gelder zum Besten Streikender nach den Statuten der Vereinigung zu zahlen, oder mit abzustimmen, wenn es sich um die Fortsetzung eines Streiks handelt. (Diesem Entscheid wurde, ich freue mich, es sagen zu können, nicht gehorcht, und bis jetzt ist keiner der Drucker dafür belangt worden.)

Entscheid des Vereinigten-Staaten-Gerichtes in West-Virginien, wonach es den Angestellten der vereinigten Bergleute verboten ist, die bei gewissen Bergwerksgesellschaften beschäftigten Bergleute in diesem Staate zu organisieren.

Urteil des Zivilgerichts des Bezirks Kolumbia, daß es für die amerikanische Föderation der Arbeit ungesetzlich ist, wenn sie in ihrem offiziellen Organ eine Liste von Firmen veröffentlicht, die als der Arbeiterbewegung besonders feindlich gegenüberstehend betrachtet werden, und den Arbeitern rät, deren Erzeugnisse nicht zu kaufen; mit dem besonderen Bescheid des Verbots der Publikation einer solchen (wenn auch fraglos wahren) Notiz über eine bestimmte Firma, die die Sache vor Gericht gebracht hatte.

Entscheid des Gerichtshofes des Staates Ohio, durch welchen ein Staatsgesetz, das die Kinderarbeit in Fabriken nachts verbietet, als unkonstitutionell und ungültig erklärt wurde.

Entscheid des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, der ein Bundesgesetz für unkonstitutionell und ungültig erklärt, welches die Eisenbahngesellschaften haftbar macht für die infolge unvollkommener Schutzvorrichtungen oder durch die Nachlässigkeit anderer Angestellten bei ihrer Arbeit verwundeten oder getöteten Arbeiter.

Entscheid eines Grafschaftsgerichts in Ohio, daß die Vereinigte Glasarbeiterunion ein „Arbeiterring" (Trust) sei, eine ungesetzliche Vereinigung zur Unterdrückung des Handels, und der Befehl, diesen Trust aufzulösen.

Entscheid des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, der ein Bundesgesetz als unkonstitutionell und ungültig erklärt, das den Eisenbahngesellschaften verbietet, sich einzumischen in die Rechte ihrer Angestellten, Vereinen anzugehören.

Diese Liste, welche weit davon entfernt ist, vollständig zu sein, mag genügen, um zu zeigen, wie notwendig es ist, daß eine wirkliche Vertretung der Arbeiterklasse in die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Einzelstaaten gelangt, wenn die Arbeiterbewegung nicht für immer zur Ohnmacht verdammt bleiben soll. Es bleibt abzuwarten, wie viele der Stimmberechtigten diese Notwendigkeit erkennen werden.

Die Agrarfrage in Rußland.

Vor kurzem wurde der erste Band der Agrarfrage von Maßlow[1] ins Deutsche übertragen; von der russischen Ausgabe erschien soeben die vierte Auflage. Seit 1903 also vier Auflagen — dieser Erfolg ist allerdings zunächst den wertvollen Eigenschaften dieses Werkes zuzuschreiben, nicht zuletzt aber auch der hervorragenden Bedeutung, die die Agrarfrage im russischen Leben erlangt hat. Die Analyse der Agrarverhältnisse, die Maßlow in seinem Werke gibt, verhalf der russischen Sozialdemokratie dazu, sich in dem Wirrwarr der Ereignisse zurechtzufinden und ein Agrarprogramm auszuarbeiten. Damit ist das historische Verdienst Maßlows gekennzeichnet. Dies erklärt zugleich aber auch die Verbreitung seines Werkes unter den russischen Genossen.

In der deutschen Ausgabe ist der erste Teil des ersten Bandes, der theoretische, ausgelassen. Doch gewährt auch der zweite Teil die Möglichkeit, Maßlows theoretischen Gedankengang leicht zu verfolgen. Kurz läßt er sich folgendermaßen charakterisieren:

Einer der wichtigsten Beweggründe der Tätigkeit einer wirtschaftenden Person ist das Streben, mit geringstem Kraftaufwand den höchsten Effekt zu erzielen. Jeder strebt deshalb nach Erhöhung seiner Arbeitsproduktivität, und jede Wirtschaft mit höherer Produktivität der Arbeit hat schon dadurch allein den Vorzug vor den anderen Wirtschaften. Der Großbetrieb erhöht auch in der Landwirtschaft die Arbeitsproduktivität und entwickelt sich auch überall, wo nicht *spezielle* Verhältnisse seine Entwicklung hindern. So entstanden in Süd- und Südwestrußland in der Landwirtschaft kapitalistische Betriebe. Dagegen entwickelte sich im zentralen landwirtschaftlichen Rayon infolge des Mangels an Boden und Gewerben der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb auf gepachtetem Boden. Der bäuerliche Pächter verdrängte hier den kapitalistischen Unternehmer, nicht deshalb, weil der Klein- oder Mittelbetrieb erträglicher als der Großbetrieb ist, oder weil die russische Bauernwirtschaft besondere Eigenschaften aufweist, sondern weil die Bauern infolge der entstandenen landwirtschaftlichen Übervölkerung gezwungen waren, den Grundeigentümern sowohl die Grundrente als auch den Unternehmerprofit und zeitweilig sogar einen Teil des Arbeitslohnes abzutreten, oder, wie Maßlow gewöhnlich sich ausdrückt, die „Ernährungspacht" zu zahlen.

Maßlow deckt somit auch den Grundunterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Gebiete Rußlands auf. Scharf teilt sich die Waldzone von dem Schwarzerdegebiet schon in der Hörigkeitsepoche ab. Im Industrierayon hat der

[1] P. Maßlow, *Die Agrarfrage in Rußland.* Band I: Die bäuerliche Wirtschaftsform und die ländlichen Arbeiter. Deutsch von M. Nachimson. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.; geb. 3 Mark. Band II: Die Krisis der bäuerlichen Wirtschaft und die Bauernbewegung. In russischer Sprache. St. Petersburg 1908, Verlag Obschestwennaja Polsa. 3 Rubel.

bäuerliche Grundbesitz ähnliche Verhältnisse wie im zentralen Schwarzerdegebiet. Doch hinderte die gewerbliche Entwicklung jenes Rayons das Entstehen der Ernährungspacht, da die „überflüssige“ Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die Industrie überging. Im Industrierayon konnte sich auch eine rationellere Landwirtschaft entwickeln. Ebenso konnten im Süden Rußlands infolge des Bodenreichtums kapitalistische Betriebe mit Lohnarbeitern entstehen. Das Zentralgebiet stellte das Hauptkontingent der Lohnarbeiter für den Süden.

Die Differenzierung der Bauernschaft in einzelnen Gebieten konnte deshalb aufgehalten werden, weil eine Differenzierung der Bauernwirtschaften nach Rayons stattgefunden hatte.

Die „ausgleichende Bodennutzung“, das Ideal der Sozialrevolutionäre, ging im zentralen landwirtschaftlichen Gebiet deshalb vor sich, weil hier eine landwirtschaftliche Übervölkerung und eine Gleichheit in Armut war. Dort aber, wo sich die Produktivkräfte entwickelten, entstanden kapitalistische Wirtschaften.

Seine Untersuchung der Agrarverhältnisse nahm Maßlow kurz vor der Revolution vor. Die weiteren Ereignisse haben seine Analyse noch glänzend bestätigt, und in seinem eben erschienenen zweiten Bande kann sich Maßlow auf den ersten berufen.

Im zweiten Bande behandelt Maßlow die Bauernbewegung in Rußland während der Hörigkeitsepoche und der sechziger und achtziger Jahre, hauptsächlich aber die Bauernbewegung in den letzten Jahren, sowie die Agrarpolitik der Regierung der letzten Jahre und die Stellung der politischen Parteien zu der Agrarfrage. In einem speziellen Kapitel untersucht Maßlow die Sektenbewegung in Zusammenhang mit der Krisis der Bauernwirtschaft. Im Anhange bringt er die Denkschrift der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma über die Agrarfrage und spezielle Untersuchungen über die Agrarbewegung im baltischen Gebiet von K. Lander und in Polen von K. Zalewski.

Es ist für das Verständnis der Agrarrevolution in Rußland ein geradezu epochemachendes Werk. Doch müssen wir bemerken, daß nicht alle Kapitel gleich gut bearbeitet sind. Von Wiederholungen abgesehen, sind die letzten Kapitel über die Agrarbewegung der letzten Jahre meist auf Grund von Zeitungsberichten verfaßt, die kaum geprüft werden konnten. Außerdem unterläßt der Autor sehr oft, die Quellen anzuführen, denen er seine Zitate und Berichte entnimmt, was die Glaubwürdigkeit der Tatsachen häufig beeinträchtigt. Der wichtigste Mangel dieses Werkes ist jedoch, daß Maßlow die internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse, so zum Beispiel die Konkurrenz Amerikas, ganz außer acht läßt. Im allgemeinen ist indessen diese sehr lesenswerte Schrift eine glänzende Leistung. Maßlow versucht darin eine wissenschaftliche Erklärung der Bauernbewegung zu geben. Gestützt auf die offiziellen Berichte, die Enquete der „Freien ökonomischen Gesellschaft“, sowie die Bittschriften und Resolutionen der Bauernversammlungen, kommt er zu dem Schluß, daß die Ursachen der Bauernbewegung in der Krisis der Ernährungswirtschaft liegen. Die Agitation der Revolutionäre in den siebziger Jahren konnte keinen Erfolg haben, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse diese Krisis noch nicht gezeitigt hatten. Ebenso sind es auch nicht die Mißernten, die die Bewegung hervorgerufen haben. Die Bauern„unruhen“ beginnen in den achtziger Jahren gerade nach guten Erntejahren. Der Bodenmangel ist auch allein und für sich kein Grund für die Agrarrevolution. In gewissem Sinne bestand der Bodenmangel gleich nach der „Bauernbefreiung“. Erst die Krisis der Ernährungswirtschaft, hervorgerufen durch die Verarmung der breiten Bauernmassen und die Steigerung der Lebensmittelpreise, konnte diese Massen in Bewegung setzen. In seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ (26. Jahrg., Bd. 1, Nr. 13) hat Maßlow diesen Gedanken ausführlich begründet, wir brauchen darauf deshalb nicht weiter einzugehen. Wir möchten nur noch folgendes bemerken. Das allgemeine Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung kann also nicht unbestraft verletzt werden. Der Sieg des Kleinbetriebes

Digitized by Google

über den Großbetrieb in Rußland führte schließlich zur jetzigen Krise, das heißt zur vollen Verarmung gerade der mittleren Bauern. Dagegen wird die Ausdehnung des bäuerlichen Besitzes nur die Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft befördern, wie wir sie schon jetzt in den Grenzgebieten Rußlands treffen.

Die Charakteristik der einzelnen Gebiete Rußlands, die Maßlow schon im ersten Bande gibt und die er im zweiten noch durch neue Angaben ergänzt, gibt uns die Möglichkeit, die verschiedenen Formen der Bewegung zu verstehen.

Im zentralen landwirtschaftlichen Gebiet, wo der bäuerliche Mittelbesitz und folglich auch die Ernährungswirtschaft vorherrschen, fanden fast alle Formen des Kampfes um den Boden, wie Brandstiftungen, Zerstörungen der Gutsgebäude usw., so auch Pächterstreiks statt. Im südwestlichen Gebiet konnte der Kleinbetrieb dem kapitalistischen gegenüber nicht standhalten. Stärker mußte jedoch die Entwicklung des Kapitalismus im baltischen Gebiet sein, wo es durchschnittlich 37 Deßjätinen Land pro Kopf und gleichzeitig auch viele landlose Bauern gibt. In diesen Gebieten kamen auch hauptsächlich Streiks der ländlichen Arbeiter vor. In Litauen, Neu- und Kleinrußland finden wir landlose Bauern, sowie bäuerlichen Klein- und Mittelbesitz. Hier gab es Streiks der ländlichen Arbeiter, sowie gleichzeitig Kämpfe der Pächter. Im Industrierayon fanden Kämpfe um den Wald statt, hier nahm auch die Bewegung zuerst einen politischen Charakter an. In den Gebieten an der Wolgamündung und am Ural, sowie im nördlichen Rußland gibt es sehr wenig landlose und landarme Bauernhöfe. Hier mußte deshalb die Bewegung sehr schwach sein.

Als Illustration führt Maßlow die von Sawarensky zusammengestellte Tabelle über die Bauernbewegung in den Jahren 1905 und 1906 an. Nach dieser Tabelle fanden während dieser Zeit im südwestlichen Gebiet Bauernunruhen in 67 Kreisen und Streiks in 50 Kreisen statt; für das nordwestliche Gebiet sind die entsprechenden Zahlen 70 und 34, für das zentrallandwirtschaftliche 163 und 31, für Kleinrußland 36 und 10, für Neurußland 36 und 11, für das östliche Gebiet 20 und 2, für das Gebiet der Mittelwolga 40 und 0 und schließlich für den Industrierayon 70 und 9.

Charakteristisch ist auch, daß im Gebiet des bäuerlichen Mittelbesitzes die Agitation der Sozialrevolutionäre und des Bauernbundes den größten Erfolg hatte, während im südwestlichen, kleinrussischen, neurussischen, baltischen und litauischen Gebiet, also in den Rayons mit bäuerlichem Kleinbetrieb und kapitalistischer Wirtschaft, fast ausschließlich die Sozialdemokratie Einfluß auf die Bauern gewann.

Wenn also die Bauernbewegung ein Kampf um die Grundrente ist, so kann der Ausgang dieser Bewegung und folglich auch der russischen Revolution, wenigstens in ihren ersten Phasen, im günstigsten Falle nur die Vergesellschaftung eines Teils der Grundrente sein. Die russische Revolution kann also noch keine sozialistische sein, nicht nur deshalb, weil die „Totengräber der modernen Gesellschaft", das Proletariat, verhältnismäßig wenig entwickelt sind, sondern auch weil das Grundprinzip der Revolution auf dem platten Lande ganz und gar auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen bleibt. Die Sozialdemokratie und auch die klareren Köpfe der Narodniki, die Volkssozialisten, sehen daher von der Forderung, die Nadjelländereien zu vergesellschaften, ab. Ihnen ist es klar, daß die Bauern dafür nicht zu haben sind. Die Sozialdemokratie fordert nur, den Großgrundbesitz zu enteignen und in die Verwaltung der demokratischen Ortskörperschaften zu übergeben. Diese Forderung entspricht tatsächlich den materiellen Verhältnissen auf dem platten Lande und wird bei ihrer Verwirklichung die Entwicklung des Kapitalismus und des Klassenkampfes auf dem platten Lande fördern. Keinesfalls aber bedeutet die Vergellschaftung der Grundrente die Aufhebung der Klassengegensätze auf dem platten Lande oder eine „Sozialisierung des Grund und Bodens", wie sich unsere Utopisten, die Sozialrevolutionäre, die Agrarreform vorstellen. N. N.

Digitized by Google

Literarische Rundschau.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Fünfter Jahrgang 1907. Herausgegeben vom Sekretär Heinrich Kaufmann. Hamburg, Verlag von Heinrich Kaufman & Co. Zwei Bände. Preis 9 Mark.

Zum zweitenmal erscheint das Werk in zwei Bänden. Es ist jedes Jahr stärker geworden und hat es nun bereits auf ziemlich 1400 Seiten gebracht, an 300 mehr als im Vorjahr. Das ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der modernen Konsumvereinsbewegung immer mehr und wichtigere Aufgaben zugewiesen werden, besonders auf sozialem Gebiet. Das Arbeiterleben spielt ja heute die größte Rolle in diesen Wirtschaftsgenossenschaften. Denn trotz aller andersmeinenden theoretischen Feststellungen ergibt sich aus den Tatsachen die Entwicklung, daß die Konsumvereine ein Stück Arbeiterbewegung sind. Sie werden lebens- und leistungsfähig durch die Massen; diese Massen sind die Arbeiter; die deutschen Arbeiter werden mehr und mehr beeinflußt von der modernen Arbeiterbewegung. Die Konsequenzen ergeben sich von selbst. — Die hochentwickelten Klassengegensätze in Deutschland berühren wohl oder übel alle Organisationsformen wirtschaftlicher oder politischer Art. Die Theorie, daß die Menschen als Konsumenten alle gleiche Interessen haben, und daß die Konsumgenossenschaft daher das große, diesen Interessen dienende Sammelbecken sei, wird durch den tobenden Klassenkampf empfindlich gestört. Je mehr die Arbeiterschaft, die organisierte Arbeiterschaft, Anteil an der Konsumvereinsbewegung nimmt, desto mehr werden bürgerliche Elemente von ihr abgestoßen. Die Vorkämpfer der kapitalistischen Interessen hassen und befehden eben jede Organisation, die geeignet ist, die Arbeiter in ihrer Position zu stärken. Die Arbeiterkonsumvereine werden, ob sie wollen oder nicht, in den Klassenkampf hineingezogen. Das Jahrbuch des Zentralverbandes bietet eine Menge Material dieser Art.

An der Anlage des Werkes hat sich Wesentliches nicht geändert. Es ist und soll sein ein Nachschlagebuch. (Darüber wurde Näheres gesagt: „Neue Zeit", Jahrgang 1905/06, 1, S. 437.) Der Fortschritt der modernen Konsumvereinsbewegung, die der Zentralverband verkörpert, ist erkennbar in folgenden Zahlen: Der Zentralverband zählte am 31. Dezember 1906 929 Vereine (1904 759) mit 781 369 (649 588) Mitgliedern. Der gesamte Umsatz betrug 285,5 Millionen (202,6), davon in der Eigenproduktion zirka 25 Millionen Mark. Insgesamt beschäftigten die Vereine 10716 (8281) Personen, darunter 2155 in der Produktion. An Reingewinn wurden 19370284 Mark erzielt. (Vom Gesamtumsatz sind 46½ Millionen abzurechnen, den die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg erzielte und der in den Rechnungen der einzelnen Vereine wieder mitenthalten ist.)

Da es nach einer Statistik am 1. Januar 1906 im Deutschen Reiche insgesamt 2070 Konsumvereine mit rund 1200000 Mitgliedern gab, so repräsentiert der Zentralverband zwei Drittel der deutschen Konsumvereine. Einem früher an dieser Stelle geäußerten Wunsche, gewisse wichtige Vorgänge der besseren Übersichtlichkeit halber nach der Materie zu behandeln, ist soweit wie möglich entsprochen worden. Und zwar enthält der Bericht des Sekretärs einige wichtige derartige Kapitel. Polemische Auseinandersetzungen gehören nach meiner Meinung allerdings nicht in das Jahrbuch. Kaufmann streitet gegen Sombart über das Wesen der Konsumvereinsbewegung, wobei er manchen recht anfechtbaren Satz niederschrieb, der besser nicht im Jahrbuch stünde, wo Diskussion darüber nicht möglich ist. Das Jahrbuch sollte ein Tatsachenbuch sein. So läßt Kaufmann in dem seine ganze Polemik beherrschenden Bestreben, die absolute Neutralität der Konsumvereine darzutun, den belgischen sozialdemokratischen Genossenschaften meines Erachtens nicht die verdiente Gerechtigkeit widerfahren. In sozialer Hinsicht gerade haben diese belgischen Genossenschaften verhältnismäßig weit mehr geleistet als alle übrigen, die englischen nicht ausgeschlossen. Ihr Wirkungskreis ist freilich viel enger, aber

Digitized by Google

sie vermögen mehr in ihm, weil sie die Ideengemeinschaft über die großen sozialen Probleme der Zeit trägt. Das ist sicher ein Vorzug, den die parteipolitische Wirtschaftsgenossenschaft vor der neutralen hat. Für deutsche Verhältnisse kommt zurzeit nur letztere in Betracht. Aber man kann der in anderen Ländern unter anderen Verhältnissen entwickelten deshalb nicht ohne weiteres den Vorwurf der „Abirrung" und „Rückständigkeit" machen.

Sehr gewagt ist auch die Behauptung von der „inneren Einheit", der „Wesensgleichheit aller Genossenschaften". Diese Auffassung entspringt der Absicht, alle Genossenschaftsarten durch internationale Organisation unter einen Hut zu bringen! Gerade der letzte internationale Genossenschaftskongreß in Cremona, der im September vorigen Jahres stattfand, hat gezeigt, wie unmöglich das ist. Gewiß, das Prinzip der Genossenschaften ist immer das gleiche: Zusammenfassung vieler schwacher Kräfte zu einer starken Organisation. „Wesensgleich" wären unter diesem Gesichtspunkt auch alle politischen Parteivereine. Es wird jedoch niemanden einfallen, konservative und sozialdemokratische Vereine als etwas Gleiches zu erklären. So ähnlich liegt es auch im Genossenschaftswesen. Es ist ein großer Unterschied zwischen einer Genossenschaft, die fortschrittliche Einrichtungen pflegt, und einer solchen, die alte, überholte Arten und Formen der Wirtschaft neu beleben will. Dann können Genossenschaften direkt gegeneinander stehen. Gerade der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist ja ein naturnotwendiges Ergebnis dieser Tatsache.

Der erste Band des Jahrbuches enthält außer dem üblichen Material diesmal noch Berichte über die Unterstützungskasse und das Tarifamt des Zentralverbandes. Das zweite gibt die nach Stenogrammen angefertigten Protokolle über die Verhandlungen der Verbandstage des Zentralverbandes und der sieben Unterverbände, sowie einen auffällig kurzen Bericht über die letzte Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg. Im Jahrbuch 1906 nimmt dieser Bericht 42 Seiten ein, diesmal auffallend knapp sieben! Dabei waren die Verhandlungen der vorigen Generalversammlung wichtig wie selten zuvor. Freilich auch stark kritisch gegenüber der Geschäftsleitung. Sollte dies der Grund des kurzen Berichtes sein? Jedenfalls kann sich aus ihm der Unbeteiligte kein Bild der wirklichen Vorgänge machen. Das ist eine bedenkliche Lücke, die hoffentlich im nächsten Jahrbuch nicht wieder zu finden ist. Wenn man sonst alle Verhandlungen stenographisch aufnimmt, ist nicht einzusehen, warum gerade in dem einen Falle eine Ausnahme gemacht wurde.

Im allgemeinen kann wiederholt werden, was früher schon gesagt wurde: Das Handbuch ist für jeden Interessenten ein unentbehrliches Nachschlagebuch. Nirgends sonst ist so viel wertvolles Material zur Orientierung über die Genossenschaftsbewegung zu finden. Gute Inhaltsangaben und Register erleichtern den Gebrauch.

Herm. Fleißner.

Karl Rösener, **Im Kampfe um die Volksseele.** Ein Beitrag zur sozialen Versöhnung und zur Organisation der Volkserziehung. München 1907, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck.

Der Verfasser gehört zum Kreise der „Volksfreunde", die sich um die Stadesche „Christliche Welt" scharen. Er propagiert eine Volkserziehung auf christlicher Grundlage und macht allerlei technische Vorschläge, wie diese Arbeit praktisch in die Hand zu nehmen sei. Sozialdemokraten können aus der Schrift nichts lernen, es sei denn, daß sie durch den gegnerischen Eifer ermuntert werden, mit noch größerem Fleiße als bisher an der planmäßigen Arbeiterbildung, wie wir sie wollen, zu arbeiten. Rösener fordert besonders zur Organisierung der Jugend auf. Und gerade um die Jugend müssen auch wir uns energisch kümmern. h. sch.

Zeitschriftenschau.

Das Februarheft unserer österreichischen Monatsschrift „Der Kampf" wird eröffnet mit einem Aufsatz über **„Das Problem der böhmischen Wahlreform"** von Fritz Austerlitz. Die Reform des Wahlrechtes für den böhmischen Landtag ist schwierig, erstens weil dort der Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Tschechen am heftigsten tobt, so daß beide sich gegen eine gerechte Vermittlung energisch sträuben. Zweitens weil eine mächtige Feudalklasse hier zähe an ihren Privilegien unter dem heutigen Wahlrecht festhält — „daß sie auf diesen letzten Rest freiwillig verzichten werden, ist bei ihrer geistigen Rückständigkeit nicht anzunehmen" — und ein neues Wahlgesetz, zu dem eine Dreiviertelmehrheit nötig ist, ohne ihre Zustimmung nicht durchdringen kann. Daher ist es jedem von vornherein klar, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht, wie es im Programm des Proletariats steht und für den Reichsrat gilt, hier keine Aussicht hat. Die Anfügung einer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehenden fünften Kurie an die anderen, wie sie früher vom Ministerium Gautsch vorgeschlagen wurde, ist gleichfalls unmöglich; dieses System ist seitdem für die Reichsratswahlen beseitigt worden und ist jetzt so allgemein verachtet und berüchtigt, daß kein ernsthafter Politiker damit hervortreten kann. Auch würde dabei die Mitgliederzahl des Landtags zu groß werden, was technisch allerhand Unbequemlichkeiten mit sich brächte. Die große Wahlreform für das Reich hat solche erkünstelte Systeme auf immer unmöglich gemacht; eine Wahlreform kann nur dann neue, endlose Streitereien der beiden Nationen vermeiden, wenn sie sich das Resultat des Kampfes um die Mandatzahl bei der Beratung des Reichswahlgesetzes zu eigen macht. Deshalb schlägt der Verfasser vor, die 130 Wahlbezirke mit ihren 130 aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Mandaten, die Böhmen in der Reichsratswahlordnung besitzt, als Grundlage für den Landtag zu nehmen. Dazu kämen dann die Mandate auf Grund der Privilegien hinzu; will man die heutigen 242 Mandate beibehalten, so hätten die Privilegierten die Verfügung über 112 Mandate, die sie im Kampfe miteinander unter sich verteilen mögen.

Dieser Vorschlag mag technische Vorzüge aufweisen, die wir nicht zu beurteilen vermögen. Was aber die „geistige Rückständigkeit" der Privilegierten anbelangt, so wäre sie eine sehr schlaue Spekulation zu nennen, wenn es ihr gelänge, sogar die Partei des geistigen Fortschritts zur offenen Anerkennung und Respektierung ihrer Privilegien zu veranlassen.

In einem kurzen Aufsatz über **„Die Landtagswahlen in Böhmen"** von Dr. L. Winter wird auch die innere Zerrüttung und Kraftlosigkeit des böhmischen Parlamentes auseinandergesetzt. In die bald stattfindenden Neuwahlen treten die Parteien ohne Begeisterung ein. Das Proletariat erhebt die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für die Wahlreform, die der jetzt zu wählende Landtag durchzuführen hat. Die tschechischen bürgerlichen Parteien haben sich schon, durch das tschechische Proletariat gedrängt, für dieses Wahlrecht ausgesprochen; die viel mehr großkapitalistische deutsche Bourgeoisie schlägt sich dagegen zu den feudalen Wahlrechtsgegnern und wird erst durch kräftigere Aktionen des Proletariats zur Kapitulation gezwungen werden können.

Otto Bauer bespricht **„Unser Nationalitätenprogramm und unsere Taktik"**. Bisher besitzen die Nationen eine Art negativer Autonomie in ihrem Rechte auf Obstruktion, durch die jede in der Abwehr allmächtig, in der positiven Mehrung eigener Macht ohnmächtig ist. Diese Art Autonomie muß sich aber allmählich zur positiven, gesetzlichen Autonomie entwickeln; bis dahin können nationale Forderungen bloß durch gegenseitige Zugeständnisse durchgesetzt werden. Daher ist es auch zwecklos, daß wir uns über die einzelnen nationalen Forderungen aussprechen, da die bürgerlichen Parteien solche erst gegen andere Zugeständnisse bewilligen. Für uns ist die Hauptsache die Ausarbeitung unseres eigenen Programms, die nationale Autonomie

auf der Grundlage lokaler Selbstverwaltung. Der Verfasser bespricht dann den Zweifel, der dahin erhoben worden ist, ob dieses Programm innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzbar sei. Auf den Einwand, die herrschenden Klassen und namentlich die Bureaukratie würden in keinem Fall die lokale Selbstverwaltung, die ihre Herrschaft einschränkt, annehmen, erwidert er: ohne eine positive Lösung der Nationalitätenfrage kann der Staat mit seiner Bureaukratie nicht bestehen bleiben; diese Lösung ist nur durch die demokratische Selbstverwaltung möglich, also wird die Bureaukratie selbst, aus Selbsterhaltungstrieb, genötigt sein, die Kraft der Demokratie auszunutzen, um die Verwaltungsprobleme zu lösen. „Nur die Wucht des demokratischen Gedankens kann den Staat über den toten Punkt hinüberführen, auf dem ihm der Kampf der Nationen immer wieder Halt gebietet." Wenn auch nicht die vollkommene Selbstverwaltung bewilligt wird, so wird doch dem Volke ein starker Einfluß auf die Verwaltung zuerkannt werden müssen. Auf die Schwierigkeiten, die das Personalitätsprinzip zum Beispiel in der Steuergesetzgebung mit sich bringt, kann nur eine eingehende Reform des ganzen Steuerwesens die Antwort geben.

Solange der heutige Zustand fortdauert, wird ein „nationaler Revisionismus", ein Anlehnen der proletarischen Partei an die bürgerlichen Nationsgenossen in nationalen Fragen, nicht ganz zu vermeiden sein. Die richtige Taktik dagegen ist die, daß das Proletariat bei jeder Verhandlung zwischen den Nationen seine eigenen demokratischen Forderungen stellt.

Emmi Freundlich behandelt den **„Arbeiterinnenschutz"**. Den Arbeiterinnenschutz verlangen wir nicht, weil wir die Frau für minderwertig und weniger leistungsfähig halten, sondern weil wir die Fähigkeit der Frau, Mutter zu werden und Mutter zu sein, vor jeder Gefahr schützen wollen. Arbeiterinnenschutz bedeutet immer Mutterschutz. Ein Verbot der weiblichen Gewerbearbeit hilft hier nichts, da die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr die Mitarbeit der Frau in der gewerblichen Produktion fordert. Mit dem gesetzlichen Arbeiterinnenschutz ist es in allen Ländern noch schlecht bestellt. Nötig wäre: das Verbot aller gewerblichen Hilfsarbeit von Mädchen unter 14 Jahren, die Erhöhung der Altersgrenze für die Kategorie der jugendlichen Arbeiterinnen von 16 auf 18 Jahre und Festsetzung ihrer Arbeitszeit auf 6 Stunden, ein vollständiges Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Personen ohne Ausnahmebestimmungen, Verbot bei Freiheitsstrafe, den Arbeiterinnen nach Feierabend noch Arbeit mit nach Hause zu geben, und achtstündige Arbeitszeit für normale Gewerbe. Für Verarbeitung giftiger Stoffe (Bleiweiß, Phosphor) ist ein vollständiges Verbot, für andere dem Organismus schädliche Industrien ist eine sechsstündige Arbeitszeit nötig. Wegen der Schädlichkeit der Nähmaschine und ähnlicher Maschinen für die Gesundheit soll ein Verbot gegen den Fußbetrieb der Maschinen erlassen werden. Dazu kommt dann die Sorge für die Wöchnerinnen. Sechs Wochen Ruhezeit nach der Entbindung sind unbedingt nötig, daneben auch eine Ruhezeit zuvor, die bisher nur die schweizerische Gesetzgebung kennt. Da weiter die materielle Existenz während dieser Zeit eine Hauptfrage ist, müssen die Krankenkassen dafür längere und höhere Unterstützungen zahlen als bisher; die Verfasserin führt einige Rechnungen über die dazu nötigen Summen aus.

Friedrich W. Adler gibt in einem Aufsatz **„Die Entdeckung der Weltelemente"** eine Darstellung der Mach-Avenariusschen Lehre der Erfahrung, auf die er auch schon in der „Neuen Zeit" zu sprechen kam, so im 25. Jahrgang, 1. Band, S. 620 ff., im Artikel über „F. Engels und die Naturwissenschaft", S. 635.

L. A. Bretschneider bringt Erinnerungen aus der früheren Periode der österreichischen Arbeiterbewegung **„Vor Hainfeld"**, als sie unter Ausnahmegesetzen und Polizeiverfolgungen viel zu leiden hatte.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 22 Ausgegeben am 28. Februar 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine verschollene Geschichte.

↗ **Berlin, 22. Februar 1908.**

So schwimmen den betrübten Lohgerbern alle Felle fort, aber auch alle. Die Junker spenden ihren liberalen Blockbrüdern jeden neuen Tag neue Fußtritte, und Herr Bülow ohrfeigt sie, daß es nur so eine Art hat. Immer spärlicher werden die Strohhalme, an die sich die allezeit „Unentwegten" in der reaktionären Brandung klammern.

So ein Strohhalm war noch die Entlassung des preußischen Kultusministers Studt. Sie bewies zwar gar nichts, denn kein Mensch konnte behaupten, daß Studts Nachfolger etwas Besseres sei als Studt. Aber selbst dieser schattenhafte Trost wird den Ärmsten nicht gegönnt. Herr Holle beeilt sich, zu beweisen, daß er viel schlimmer ist als Studt. Er bindet selbst mit der zahmen „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" an, indem er die von ihr verbreiteten Bücher seiner Zensur unterwerfen will. Sie soll nicht Schriften so unzweifelhafter Bismarckschwärmer und Reichspatrioten, wie Haeckel und Strauß, in ihre Kataloge aufnehmen, weil diese Schriften nicht „in jeder Beziehung tadellos" sind, sondern Ketzereien enthalten, die Muckerherzen betrüben. Die brave Gesellschaft hat sich auch schon mit Herrn Holle vertragen, sei es, daß sie die Haeckel und Strauß in den Abgrund geworfen, sei es, daß sie, wie ihr Vorsitzender, der Prinz v. Schönaich-Carolath, gestern im Reichstag behauptete, sie in holder Vorahnung überhaupt nicht erst aus dem Abgrund gezogen hat.

Herr Müller-Meiningen freilich stieß in der gestrigen Sitzung des Reichstags gewaltig in die Trompete. In munterem Gemisch mit allerlei Bierbankwitzen ließ er folgende pathetische Tiraden los: „Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung hat eine halbe Million ganz harmloser Bücher verbreitet, aber natürlich kann eine solche Bibliothek auch nicht an den größten Werken der Naturgeschichte vorbei. Und nun geschieht das Ungeheuerliche: pietistische Torheit verlangt, daß der geistige Durst der Massen ‚in jeder Beziehung tadellos'

reglementiert werden solle, wie der Minister für die Geistesfreiheit Preußens sich ausgedrückt hat. Schämt man sich denn nicht, einen Index aufzustellen, der nach dem, was wir durch die Presse erfahren haben, sogar Männer wie Haeckel und Strauß, Delitzsch und Harnack umfaßt? Mit einer solchen Zensur will man die Sittlichkeit heben und den Bildungshunger der Massen stillen! Hat man gar keine Ahnung, wie ein solcher Akt auf die Volksseele wirken muß?... Auf dem Gebiet der Kulturpolitik gibt es für uns kein Kompromiß. Da gibt es für uns weder eine Freundschaft noch einen Waffenstillstand, da muß der Kampf stets ausgefochten werden.... Diese Debatten der bayerischen Kammer und des preußischen Abgeordnetenhauses in den letzten Tagen haben uns bestätigt, daß in Kulturfragen der Liberalismus ganz allein auf sich selbst angewiesen ist.... Diesen großen kulturellen Kampf wird der Liberalismus rücksichtslos und unbedingt aufnehmen, zum Segen des ganzen deutschen Bürgertums und der freiheitlichen Entwicklung unseres Vaterlandes." Das war sehr gut gebrüllt, aber sehr albern geschwätzt.

Unsere Leser werden uns nicht die unangenehme Zumutung stellen, dies freisinnige Gerede erst zu kritisieren. Dagegen wollen wir es gern durch eine verschollene Geschichte aus den Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses beleuchten, wenn auch nicht der letzten Tage. Die „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung" wurde im Jahre 1871 von fortschrittlichen und nationalliberalen Größen gegründet, und zwar zu dem ausdrücklichen Zwecke, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Da aber alsbald der von Herrn Virchow so getaufte „Kulturkampf" ausbrach, gesellte die Gesellschaft dem roten Wilde alsbald das schwarze hinzu. Sie ließ den „Simplizissimus" für „die reifere Jugend frei bearbeiten" durch den Professor Elard Meyer, der vor einigen Wochen gestorben und wegen dieser „trefflichen" Bearbeitung in den Nekrologen der liberalen Presse nochmals hoch belobt worden ist. Dies Buch empfahl dann das preußische Kultusministerium zur Anschaffung für alle Schulbibliotheken, und darüber schlug das Zentrum des preußischen Abgeordnetenhauses im Frühjahr 1876 großen Lärm, weil die paritätische Regierung Bücher empfehle, die Angriffe auf die katholische Kirche enthielten.

Bei der Debatte ergab sich zunächst das ergötzliche Resultat, daß kein Mitglied des hohen Hauses auch nur eine Ahnung von der literarhistorischen Bedeutung des „Simplizissimus" hatte. Die Ultramontanen blieben immerhin bei ihrer Stange, wenn sie den berühmten Roman als ein Erzeugnis der pornographischen Literatur hinstellten, aber als sich auch der Täufer des sogenannten „Kulturkampfes" in feierlicher Pose erhob, um zu erklären, ihm sei das abscheuliche Machwerk einmal ganz zufällig in die Hände gefallen, aber er habe es sofort „sekretiert", damit es nicht den weiblichen Mitgliedern seiner Familie zu Gesichte käme, da gab es damals — außer den Erwählten der Dreiklassenwahl — noch einige Bourgeois in Deutschland, die literarisch gebildet genug waren, um Herrn Virchow durch eine Salve stürmischer Heiterkeit zu grüßen.

Dann aber zeigte dieses „Volksbuch", was die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" und das preußische Kultusministerium zu leisten vermögen, wenn sie gemeinsam in „Volksbildung" machen: Schon ihre ästhetischen Sünden

waren abscheulich; wenn Herr Elard Meyer den Helden des Romans seines ruppigen Lebens müde werden, in langjähriger Prüfungsarbeit sich läutern und endlich durch ein tugendsam treues Weib belohnt werden läßt, so war das literarisch etwa so gefrevelt, als wenn ein „für die reifere Jugend frei bearbeitetes" Nibelungenlied damit schlösse, daß der grimme Hagen Kriemhilden heiratete und ihr als Morgengabe den Nibelungenhort wieder aus dem Rheine fischte. Allein weit schlimmer noch waren die systematischen Fälschungen an den freimütig kecken Urteilen des Romans über Geistliches und Weltliches, die ihn zu einem so wertvollen Kulturdenkmal aus den Tagen des Dreißigjährigen Krieges machen.

Seine sehr radikalen Anschauungen über die Autoritäten von Staat und Kirche verteilen sich insofern ungleich, als der Held vielmehr mit weltlichen als mit kirchlichen Einrichtungen zu tun hat. Da die Mißstände und Unsitten, mit denen sein Lebenslauf karamboliert, auch im neudeutschen Reiche mit geringer Änderung fortbestehen, so wären diese Räsonnements des „Simplizissimus" gerade in einem „Volksbuche" recht am Platze gewesen, aber da sie nicht „reichsfreundlich" klingen, so hat sie Herr Elard Meyer samt und sonders gestrichen. Anders mit den Ausfällen gegen das Pfaffenwesen. Soweit sie sich gegen die Stänkereien der protestantischen Sekten mittelbar oder unmittelbar richten, mußten sie auch daran glauben, während die weniger bedeutenden und weniger zahlreichen Stellen gegen die katholische Kirche um so mehr aufgebauscht wurden.

Die Jesuiten des Zentrums hatten somit allerdings Ursache, über potenzierte Jesuiterei zu klagen, wenn Herr Elard Meyer den Roman zu einer Tendenzschrift gegen den Jesuitenorden machen wollte und in der Vorrede schrieb: „Erst durch unseren ruhmvollen Krieg gegen Frankreich 1870/71 sind auch die letzten Schandflecken, die jener dreißigjährige Greuel auf unsere Ehre geworfen hatte, getilgt worden, denn die Welschen mußten nun auch jenen Teil des Elsasses herausgeben, den sie uns damals geraubt hatten. Aber noch heute sind nicht alle Folgen jenes Bürgerkriegs überwunden, und leider! vor allem ist noch nicht der Geist erstickt, aus dem er hervorgegangen ist, der Geist des Glaubenshasses und der Unduldsamkeit. Drum nimm dich in acht, mein deutsches Volk, vor allen, die statt menschlicher Liebe und gesetzlichen Friedens Zwietracht und Haß predigen! Und wenn die schwarzen Seelen dir nahen, so wende ihnen den Rücken und denke an die Schicksale des Simplizius Simplizissimus!" Man sieht, Herr Elard Meyer konnte schon ebenso schön die Kulturpauke schlagen wie Herr Müller-Meiningen.

Aber damals wie heute und heute wie damals steckt nichts dahinter als elende Fälschung. Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" bleibt dreißigjährigen Überlieferungen treu, wenn sie ihren Konflikt mit dem Kultusministerium mit dem resignierten Stoßseufzer erledigt: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich! Herr Müller-Meiningen aber und der famose Goethebund, der eben einberufen wird, um sich abermals lächerlich zu machen, kämpfen noch für das unveräußerliche Hunderecht, zu blaffen, indem sie über den Stock springen.

Der einzige Witz dieser Komödie ist der gegenseitige Vorwurf, die Sozialdemokratie zu fördern. Es ist ein wirklicher Witz, der hüben wie drüben trifft, denn zwei Wölfe, die sich gemeinsam auf eine Schafherde stürzen wollen, verlieren zum Vorteil der Schafe Kraft und Zeit, wenn sie sich gegenseitig ins Fell beißen. Aber dumpf geworden ist auch dieses Salz, denn die Volksmassen sind längst keine Schafherde mehr, und sie fürchten die Wölfe gleich wenig, ob diese gemeinsam jagen oder nicht.

Die Arbeiterklasse erschließt sich selbst die Quellen, aus denen sie ihre Bildung schöpft, und sie ist längst immun gegen die Fälschungen, die der literarische Warenmarkt der kapitalistischen Gesellschaft produziert.

Marokko und die Kolonialpolitik Frankreichs.

Von **Ch. Rappoport** (Paris).

Marokko beherrscht gegenwärtig die äußere Politik Frankreichs.

Wie kam es zu Marokko?

Zunächst durch die Eroberung Algeriens, die siebzehn Jahre dauerte (14. Juni 1830 bis 23. Dezember 1847). Schon im Jahre 1844 widersetzte sich Marokko mit Gewalt dem Vordringen des mächtigen Nachbars, der gegenwärtig mit ihm eine Grenzlinie von über 1200 Kilometern gemeinsam teilt. Die zuungunsten Marokkos ausgefallene Schlacht von Isly (18. August 1844) besiegelte die endgültige Herrschaft Frankreichs über Algerien und eröffnete die Ära des Abhängigkeitsverhältnisses Marokkos von Frankreich. Der Vertrag von 1845, von der französischen und marokkanischen Regierung unterzeichnet, sollte Marokko ein dem Umfang nach nicht ganz genau bestimmtes Territorium sichern.

Man nannte Marokko „ein barbarisches China". Die Bezeichnung „barbarisch" wollen wir nicht verbürgen, da die Europäer allzu leicht geneigt sind, ebenso wie die alten Griechen, jede ihnen fremdartige Kultur für barbarisch zu erklären. Marokko ist ein Wirrwarr von sich einander bekämpfenden Stämmen und Stammeshäuptlingen, die dazu mit der sogenannten zentralen Scherifsregierung in keineswegs geordneten Verhältnissen leben. Elisée Reclus, der berühmte Geograph, schildert diese in primitiven Verhältnissen lebenden Völkerschaften als wahre Anarchisten, die sich nach Belieben zusammentun und auseinandergehen, keine Oberherrschaft dauernd anerkennen und deren Beschlüsse in Stammesversammlungen einstimmig gefaßt sein müssen, wenn sie Gültigkeit erlangen sollen.[1] Ihr Verhältnis zum Sultan, der zugleich ihr Religionsführer ist, wird dadurch gekennzeichnet, daß er oft gezwungen ist, mit den Waffen die Steuern einzutreiben. Die Marokkaner, eine armselig ländliche und nomadische Bevölkerung, sind natürlich schlechte Steuerzahler, die das Steuereintreiben als einen Raubzug — für ihre Verhältnisse richtig — auffassen. Marokko ist noch ein unerforschtes Land, und die fremden Eindringlinge müssen es zugleich entdecken und erobern. Daher die ungeheuren Schwierigkeiten einer militärischen Eroberung. Sogar die Zahl der Bevölkerung ist nicht festgestellt. Sie wird annähernd mit 6 bis 7 Millionen eingeschätzt. Klöden gibt die Zahl 2,7 Millionen, Jackson 15 Millionen. Fünf Sechstel des Landes werden als

[1] Elisée Reclus, Géographie Universelle, II., S. 691.

unzugänglich betrachtet. Die Einwohner dieses größten Teiles des Landes sind im Besitz eines Territoriums, das man mit dem Namen Cled-el-Siba bezeichnet, das heißt die Gesamtheit der Regionen, deren Stämme die Blut- und Geldsteuer verweigern. Dazu sind die marokkanischen Völkerschaften äußerst kriegerischer Natur. Die Geschichte Marokkos ist an blutigen Kämpfen überreich. Nur ein Drittel der Bevölkerung besteht aus Arabern, zwei Drittel dagegen gehören den Berbern, die auf einer bedeutend niedrigeren Kulturstufe stehen. Etwa 100000 Juden sind über das ganze Land in den verschiedenen Ghettos zerstreut, den schlimmsten Mißhandlungen ausgesetzt. Der Fremde muß sich die Sicherheit der Bewegung bei den unzähligen Stämmen erkaufen. Und man muß wahrlich keinen Begriff von den inneren marokkanischen Verhältnissen haben oder den robustesten Optimismus besitzen, um von einer Politik des „friedlichen Eindringens" bei den Berbern, die mit einem richtigen Naturinstinkt das fremde Joch hassen und fürchten, zu schwärmen.

Dem marokkanischen Sultan selbst, dem geheiligten Vertreter des Propheten auf Erden, ist das „friedliche Eindringen" bei den Stämmen versagt. Es war ein Grund, der den Scherif Abd-el-Aziz in die Arme Frankreichs trieb. 1901 schloß er einen Vertrag mit der französischen Republik, die unter anderem dem marokkanischen Fiskus bewaffnete Unterstützung zu leisten sich verpflichtete. Ein bürgerlicher Schriftsteller, Dr. Weisberger, erzählt frohen Mutes, wie noch 1898 den Franzosen das „besondere Glück" zufiel, an einem derartigen Raubzug, wobei fröhlich gesengt, gemordet, geraubt wurde, teilzunehmen. Die Bedürfnisse des neuen Sultans, der in die Hände europäischer Wucherer fiel, wuchsen mit jedem Tage. Er führte neue Steuern ein, indes er die französischen Polizeidienste freigebig ausnutzte. Das Jahr 1904 brachte besonders viel Unruhen und Aufstände der Stämme, da in diesem Jahre der Raubzug des marokkanischen Fiskus mit französischer Hilfe am schärfsten vor sich ging. Auf diese Weise machten sich die Franzosen den marokkanischen Stämmen doppelt verhaßt: als Fremde und als unbarmherzige Eintreiber der Steuern — für die Rechnung des Sultans Abd-el-Aziz. Ungemein weitblickende Politik, die Frankreich dem diplomatischen Genie Delcassés, dem gewissenlosen Vertreter gewisser kapitalistischer Cliquen, zu verdanken hat! Herr Delcassé machte auch aus seinen Eroberungsgelüsten kein besonderes Hehl.

Die Marokkaner wußten aus Erfahrung, daß Frankreich nicht die einzige europäische Großmacht ist, die den intimsten Wunsch hegt, sich am marokkanischen Feuer die Finger zu verbrennen: sie wandten sich an Deutschlands offizielle Sphären. Die Reise des Kaisers nach Tanger (1905) war die Antwort. Eine Kriegsgefahr mit Frankreich, die Konferenz in Algeciras und die keineswegs glänzende diplomatische Isolierung Deutschlands waren die natürlichsten Folgen der unerwarteten Kaiserreise. In Algeciras erkämpfte sich Frankreich ein „spezielles Mandat", mit Hilfe Spaniens den Gendarmen Marokkos spielen zu dürfen. Die europäischen Diplomaten willigten um desto freudiger ein — Deutschland nicht mitgerechnet —, da dieses Mandat Frankreich viel, ihnen nichts kosten, dafür möglicherweise noch etwas in der Form von Absatzmöglichkeit einbringen sollte.

Es besteht kein Zweifel, daß es eine ganze Reihe von Politikern und Geschäftsleuten in Frankreich gibt, die die Eroberung, beziehungsweise das französische Protektorat Marokkos anstreben. Der ehemalige Minister des Äußern,

Herr Delcassé, den das gefährliche Spiel mit der Kriegsgefahr aus seiner Stelle wegfegte, gehört ebenso zweifellos zu dieser gemeinschädlichen Gruppe genialer Politiker. In Marokko kennt man diese Bestrebungen ganz genau. Die Marokkaner sind genug wild, um die Fremdherrschaft kapitalistischer Ausbeuter nicht als zivilisatorisches Heldentum anbeten zu wollen. Der Fremdenhaß steigerte sich zusehends. Die französischen Kolonialritter benutzten das aus Algeciras geholte Mandat, um unter den Eingeborenen neue Wirren zu entfachen. Das marokkanische Komitee, aus Bankiers, Unternehmern und Geschäftspolitikern bestehend, machte sich ans Werk. Der erzkapitalistische „Temps" hörte nicht auf, gegen Marokko zu schüren und zu hetzen. Der Kanonenfabrikant Schneider, der französische Krupp, erhielt die Konzession des Hafenbaus in Casablanca — des bedeutendsten Hafens Marokkos am Ozean —, bei welchem Bau, wie berichtet wird, die schlimmsten Untaten gegen die Eingeborenen (wie zum Beispiel Schändung der Friedhöfe) begangen wurden. Eine Metzelei der europäischen Arbeiter erfolgte, die Frankreich mit einem wilden Bombardement gegen eine unschuldige Bevölkerung beantwortete (Juli 1907). Schon einige Monate vorher wurde eine marokkanische Stadt, Udschda, an der algerischen Grenze mit französischen Truppen besetzt, um die Ermordung des französischen Arztes Mauchamps zu rächen. Mit einem Worte: Frankreich trieb in Marokko klassische Kolonialpolitik, und nach allen Regeln der Kunst: erst werden die Eingeborenen bis in den Tod gehetzt, mißhandelt und ausgebeutet. Nachdem man sie auf diese Weise provoziert hat, schlägt die Stunde der „Rache". Die von den europäischen Eindringlingen gestörte „Ordnung" muß wieder hergestellt werden. Es beginnt der Zerstörungskrieg gegen die Eingeborenen — und die Kanonenzivilisation erhält das letzte Wort. Dem Soldaten folgen der Kaufmann, der Wucherer, der Unternehmer, der Kulihändler. ... In Marokko ist übrigens der Wucherer dem Soldaten vorangegangen. Die französischen Bankiers borgten dem notorisch zahlungsunfähigen Sultan 62 Millionen Franken. Keine andere Bürgschaft konnte der Sultan Abd-el-Aziz gewähren als Marokko selbst. Aber diese Bürgschaft muß erst mit den Waffen erobert werden. Das französische Volk soll seine Haut und sein Geld nach Marokko tragen, um einer Gruppe von Bankiers Wucherprozente, einer Unternehmerclique skandalösen Mehrwert und unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit zu sichern. In der Sprache der Kolonialschwärmer heißt dieser ordinäre Raub „das Werk der Zivilisation". ...

Frankreich steht nun inmitten eines blutigen Krieges mit den marokkanischen Stämmen, die ihm manche schmerzliche Wunden zuteil werden ließen. Selbstverständlich bäumte sich die französische sozialistische Partei gegen den Marokkoschwindel auf. Genosse Jaurès unternahm einen förmlichen Feldzug gegen das marokkanische Abenteuer. Die sozialistische Partei steht allein in diesem Kampfe. Zwar ist die Kolonialpolitik im Lande keineswegs populär. Herr Clemenceau, als er noch in der Opposition war, stützte sich auf die breiten Massen des Kleinbürgertums, um am 30. März 1885 das Ministerium Jules Ferry nach der unglücklichen Schlacht bei Lang-Son (Tonkin) wegen seiner Kolonialpolitik zu stürzen. Damals vertrat er den Standpunkt, daß „auch in der äußeren Politik die republikanischen Prinzipien wirkungsvoll sind". Im Namen dieser Prinzipien verlangte er demokratische Kontrolle und wahrheitsgetreue Berichte. Er verweigerte die Kolonialkredite und beantragte, das Ministerium J. Ferry vor Gericht zu stellen. Gegenwärtig befolgt er Wort

für Wort die Politik Jules Ferrys. Er vergeudet das Gut und Blut des Volkes für „zweifelhafte Zwecke". Er verschweigt und verschleiert den wahren Tatbestand. Er vernachlässigt „die Mission Frankreichs in Europa" wegen afrikanischer Abenteuer. Derselbe Mann, der den Verzicht Frankreichs auf Ägypten erzwang, versinkt jetzt mit seiner ganzen demokratischen Vergangenheit in dem marokkanischen Sumpf. Delcassé ging. Er hinterließ aber die marokkanische Erbschaft, die Clemenceau sich aneignete, wenn auch in einer gemäßigteren Form.

Die radikale Partei besteht aus zwei Teilen. Der eine ist imperialistisch geworden und prahlt vom „Expansionsbedürfnis Frankreichs", das „genug reich" sein soll, um „seinen Ruhm zu bezahlen". Der andere, der radikalsozialistische Flügel, hat das dunkle Empfinden, daß in Marokko nicht alles mit rechten Dingen zugeht, besitzt aber den Mut nicht, die Regierungspolitik offen zu bekämpfen. Seine Unzufriedenheit äußert sich lediglich in Kopfschütteln und ohnmächtigen Lamentationen. Er erfüllt die parlamentarische Luft mit einer bangen Unruhe. Da er aber regelmäßig für die Regierung stimmt und ihr auch in der Marokkopolitik freie Hand läßt, so geht Clemenceau über seine Unruhe und ohnmächtiges Klagen ruhig zur Tagesordnung über.

Ganz anders Jaurès und die Sozialisten. Der große Redner ist immer auf der Bresche, läßt keinen einzigen Zwischenfall vorübergehen, ohne die Regierung in die Enge zu treiben. Es gehört ein wahrer Mut dazu, da die bürgerlichen Parteien ihn beschuldigen, durch seine Indiskretion die Geschäfte des Auslandes zu besorgen. Von dieser Beschuldigung zu der der Ergebenheit an die „deutschen Interessen" ist hierzulande ein Schritt, den gewissenlose Schriftsteller wie Urbain Gohier auch gemacht haben.

Wenn wir den Mut, die beständige Schlagfertigkeit, das große politische Talent Jaurès' ohne weiteres bewundern, so können wir nicht umhin, seinen allgemeinen Standpunkt in der Kolonialfrage als unhaltbar zu bezeichnen. Jaurès ist eben ein aufrichtiger und überzeugter Anhänger des sogenannten „friedlichen Eindringens". Dieses „friedliche Eindringen" fällt ziemlich mit der vom Stuttgarter internationalen Kongreß abgelehnten „sozialistischen Kolonialpolitik" zusammen. In seiner Kammerrede vom 19. November 1903 formuliert Jaurès seine Doktrin in folgenden Sätzen: „Es ist keineswegs eine Politik der reinen Negation und des bloßen Mißtrauens in der marokkanischen Frage, die ich von dieser Tribüne herab verteidige — eine Politik des unbestimmten und ohnmächtigen Abwartens, die alles dem Zufall, der Willkür der Ereignisse überläßt. Ich bin überzeugt, daß Frankreich in Marokko Interessen ersten Ranges besitzt. Ich bin überzeugt, daß diese Interessen ihm eine Art Recht schaffen. Die muselmanische oder marokkanische Bevölkerung kann nicht unbestraft gegen uns gerichtet, aufgereizt und gruppiert sein. Es gibt eine enge Solidarität zwischen allen Teilen der muselmanischen Welt..., die uns verpflichtet, unsere moralische Aktion auch auf jene Teile der muselmanischen Bevölkerung zu verlängern, die nicht dem französischen Reiche direkt angehören" („Journal Officiel", 20. November 1903, S. 2812).

Frankreich habe das Recht auf eine „moralische und ökonomische Aktion" in Marokko, da es eine höhere Zivilisation darstelle, da das marokkanische Regime „räuberisch, schlecht, anarchisch, gewaltsam" sei. Alle diese Gründe werden fast wörtlich auch von den bürgerlichen Politikern zur Rechtfertigung ihrer Eroberungspolitik angeführt. Sie haben, um ihrem Raubzug ein „juri-

stisches" Mäntelchen anzuhängen, sogar ein ganz modern klingendes „Recht" erfunden — „das Recht der Konsequenz" oder der Fortsetzung (le droit de suite). Dieses „Recht" will einfach sagen: Wenn du xmal fremde Länder geraubt hast, so hast du im Namen des „Rechtes der Konsequenz" das Recht, **fortzufahren.** In Kolonialworten ausgedrückt heißt das „Recht der Konsequenz": Nach Algerien kommt die Reihe an Marokko! Nur unterscheidet sich Jaurès durch seine Mittel, die er in folgender Weise kennzeichnet. Er stellt sich eben die Frage: Wie könne die „moralische und ökonomische Aktion" ausgeübt werden? Und er fährt fort: „Durch den Krieg etwa? Niemand von Ihnen wünscht es. Es muß vor allem anerkannt werden, daß es ein schweres und verantwortungsreiches Unternehmen sein würde. Die Stämme sind uneinig, aber sie sind bewaffnet, und es ist möglich, daß das Erscheinen des bewaffneten Ausländers plötzlich die Versöhnung der feindlichen Stämme hervorruft. Dazu werden wir dieses militärische Unternehmen nicht führen können ohne grausame und blutige Operationen, die während vielen Generationen diejenigen gegen uns erbittern werden, die wir durch unsere Aktion zu gewinnen suchen. Nachdem Ihr seit einem Dreivierteljahrhundert ein geordnetes Algerien besitzt und auf das nachbarliche Marokko durch alle moralischen, politischen und ökonomischen Mittel einwirken könnt, so wäre es ein moralischer Bankrott gewesen, eingestehen zu müssen, daß Ihr keine anderen Mittel des Eindringens habt als die Waffen." Und Jaurès schließt, indem er der Regierung empfiehlt, „ein Budget des friedlichen Eindringens in Marokko" zu verlangen. Man darf nicht vergessen, daß an der Spitze der Regierung damals Combes, der stark von Jaurès beeinflußt war, stand. Genosse De Pressensé war Berichterstatter des Budgets des Ministeriums des Äußern. Die Politik des „friedlichen Eindringens" in Marokko war die Ergänzung der damaligen jaurèsistischen Taktik des ebenso „friedlichen Eindringens" der sozialistischen Partei in die Zentralgewalt der Bourgeoisie. Die beiden Formen des „friedlichen Eindringens" haben sich als eine reine Unmöglichkeit erwiesen. Jaurès hat die Theorie des „friedlichen Eindringens" für die innere Politik aufgegeben. Er besteht aber auf derselben für die äußere Politik, wie aus seinen letzten Kammererklärungen hervorgeht. Jedoch wurde diese Politik nie versucht. Ihre Unhaltbarkeit könnte also nach Jaurès nicht bewiesen werden.

Wir haben hier kaum nötig, auf den **utopistischen** Charakter dieser Kolonialpolitik besonders hinzuweisen. Von einer **kapitalistischen** Gesellschaft **sozialistische** Kolonialpolitik zu verlangen, ist ebenso utopistisch, wie dem russischen Zaren eine republikanische Handlungsweise zuzumuten. Kapitalistische Kolonien mit Hilfe sozialistischer Methoden zu gründen, ist ebenso unmöglich, wie die sozialistische Gesellschaft mit Hilfe innerhalb der kapitalistischen Ordnung gegründeten Kolonien à la Cabet einzuleiten. Es ist der reinste, der altbekannte Utopismus auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Die bloße **abstrakte** Möglichkeit, die **Denkbarkeit — bei anders gestalteten Verhältnissen** — dieser sozialistischen Kolonialpolitik ändert nichts an der Sache. Man erinnere sich an die „denkbaren" Taler Kants, mit denen irgend welche Einkäufe kaum vorzunehmen sind.

Noch mehr als Utopismus ist der andere Vorschlag von Jaurès und Vaillant, den marokkanischen Wirrwarr zu „internationalisieren". Das Proletariat „aller Länder" wird sich für die Internationalisierung des Marokkoabenteuers bedanken. Merkwürdig genug, daß diese „Internationalisierung"

auch von Boni de Castellane, dem Vertreter der Rechten, im „Figaro“ verlangt wird.

Der Marokkoschwindel beweist am besten, daß der bisherige internationale Standpunkt in der Kolonialfrage der einzig richtige ist, daß auch auf diesem Gebiet der „Revisionismus“ Schiffbruch gelitten hat. Genosse Jaurès, als wunderbarer Kämpfer gegen das marokkanische Kolonialabenteuer, steht eben, ob er es will oder nicht, auf dem unliebsamen „Standpunkt der Negation“. Positives ist hier blutwenig zu leisten, trotz des besten Willens. Wenn irgendwo, so ist gerade auf dem Gebiete der Kolonialpolitik die „orthodoxe“ marxistische Auffassung ein Lebensgebot für den Sozialismus, der unmöglich seine befreiende Laufbahn durch die völkermordende, zu Völkerkriegen führende Kolonialpolitik antreten kann. Man kann von einer sozialistischen Kolonialpolitik träumen — in der kapitalistischen Wirklichkeit aber kann sie nicht anders als kapitalistisch ausfallen. Das sollte selbstverständlich sein.

Wie ist aber die Marokkopolitik aus dem rein kapitalistischen, engherzig utilitarischen Standpunkt zu betrachten? Mit anderen Worten: Was kosten Frankreich seine Kolonien? Welchen Nutzen zieht es aus denselben? Was kann Marokko Frankreich einbringen?

Frankreich wird als die zweitgrößte Kolonialmacht betrachtet. Es besitzt ein Kolonialreich von 9 Millionen Quadratkilometer, mit einer Bevölkerung von etwa 40 Millionen. Das französische Kolonialreich ist achtzehnmal so groß wie Frankreich selbst. Diese koloniale Herrlichkeit kostete natürlich viel Geld und Menschenopfer. Algerien allein kostete Frankreich 5 Milliarden Franken. Die übrigen Kolonien kosteten in der Periode 1898 bis 1907 1220 Millionen Franken. Die Ausgaben für Kolonien — die Lokalbudgets nicht mitgerechnet — werden für 1907 auf 109½ Millionen Franken berechnet. Die sämtlichen Lokalbudgets der Kolonien betrugen 1904 234 Millionen Franken. Nun erreichte die Handelsbilanz der Kolonien für 1906 die Zahl von 875 Millionen Franken (darunter Einfuhr 455 Millionen Franken). Bloß mit 43,3 Prozent ist Frankreich an dieser Handelsbilanz beteiligt. Also mit einer Summe, die den Gesamtausgaben für die Administration beinahe gleichkommt. Seit 1847 ist Algerien Frankreich einverleibt. Es ist den Franzosen am meisten zugänglich und bekannt. Nun gab es im Jahre 1906 in Algerien bei 615618 europäischen Ansiedlern bloß 278976 Franzosen, weniger als die Hälfte. Trotz aller möglichen Privilegien und Landverschenkungen bleibt die europäische ländliche Bevölkerung stationär, wenn sie nicht zurückgeht. So sank sie von 206958 im Jahre 1887 auf 201032 im Jahre 1904. (Darunter Franzosen 104703.) Der Hauptgegenstand der Ausfuhr dahin sind Beamte. Es gibt Kolonien, in denen ein Drittel der Bevölkerung aus Beamten und ihren Familien besteht. Der Berichterstatter des Kolonialbudgets beklagt sich darüber, daß selbst die Regierung die genaue Zahl der Beamten nicht angeben könne, ebensowenig übrigens wie die Länge der Eisenbahnlinien. Man weiß nur im allgemeinen, daß eine Verschwendungswirtschaft sondergleichen besteht. Statt 21 festgesetzter Gouverneure gibt es deren 37. Die Überzahl bezieht ihr Gehalt in Erwartung eines Postens.

Der Papierbureaukratismus treibt ungestört sein Unwesen. Die Administration einer Kolonie brauchte drei Monate Schreibereien, um ein Paket Nadeln zu erhalten. Ein farbiger Beobachter bemerkte, als er von den Europäern, beziehungsweise von den Franzosen sprach: „Bei den Weißen ist alles Papier,

Digitized by Google

Papier, Papier!" Seit 1890 ist Frankreichs Bevölkerung stationär (außer in den Jahren 1896 und 1897, in denen die Sterblichkeit außerordentlich gering war).

Frankreich kann also seine Kolonien kaum als Ansiedlungskolonien betrachten. Die Emigration aus Frankreich ist unbedeutend. Wenn in den Perioden von 1831 bis 1848, wo sich der Bevölkerungszuwachs auf 80000 bis 180000 jährlich belief, und von 1871 bis 1887 mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 100000 nach Algerien zusammen bloß 156000 Franzosen übersiedelten, so sind gegenwärtig bei einer sich gleichbleibenden Bevölkerung die Ansiedlungschancen in den französischen Kolonien gleich Null — wenn man von den bezahlten Beamten absieht.

Kein Wunder, daß nüchterne Beobachter sogar aus den bürgerlichen Reihen, wie zum Beispiel der bedeutendste französische Ökonomist Paul Leroy Beaulieu, für den jede Kolonialpolitik gut ist, wenn sie nur etwas einbringt, mit dem Marokkoabenteuer höchst unzufrieden sind. Der genannte P. L. Beaulieu bezeichnet es in den Spalten der erzkonservativen „Revue des Deux Mondes" als „den marokkanischen Unsinn". Die kapitalistischen „Débats" und „Siècle" stimmen dieser Kritik zu. Nur die Jesuiten und unzurechnungsfähige Chauvinisten erklären sich zufrieden: die ersteren aus Schadenfreude und in der Hoffnung, die Republik am Rande des Abgrundes zu sehen und möglicherweise Revanche für den Antiklerikalismus zu nehmen, die letzteren aus hysterischer Raufsucht und nationalistischer Renommisterei. Die Kapitalisten als Klasse sind an dem Marokkoschwindel unbeteiligt. Bloß gewisse Kapitalistencliquen, die dabei gute Geschäfte machen, und die um sie gravitierenden Geschäftspolitiker und journalistische Schmarotzer sind die Dränger im Marokkostreit. Wenn es auch Frankreich gelingt, nach langjährigem Kampfe sich Marokkos zu bemächtigen, so wird es zu den Dekorativ- oder Parasitenkolonien gehören. Man kann auch diese Art Kolonien als Großmachtkolonien — oder Größenwahnkolonien — bezeichnen, da sie teilweise aus dem eifersüchtigen Kampfe der kapitalistischen Großmächte um den berüchtigten „Platz an der Sonne" stammen, der gekämpft wird auf die Gefahr hin, von einem Sonnenstrahl getroffen zu werden. . . .

Auch das hohe Militär drängt zur Eroberung Marokkos. Es will sich nicht besonders gefahrvolle Lorbeeren aus Afrika holen. Indessen liegen auf dem Wege zu dieser Eroberung internationale Schwierigkeiten. Spanien, der Bundesgenosse Frankreichs, das zu schwach und zu arm ist für großzügige Weltpolitik, und dazu zum schließlichen Nutzen anderer, wirkt nur unwillig mit. Die deutsche Regierung steht dem ganzen Treiben mißtrauisch gegenüber. Die Akten von Algeciras, denen man angeblich treu bleiben will, sind längst beiseite geschoben. Nach diesen Akten, die die Intervention Frankreichs in Marokko regulieren sollen, wird demselben bloß „technische Unterstützung" unter dem „Oberkommando der marokkanischen Gewalten" bei der Polizeieinrichtung in den acht marokkanischen Häfen gestattet. Das Maximum der Truppen wird auf 2500 festgestellt. Gegenwärtig gibt es in Marokko mehr als das Doppelte französischer Soldaten, die man mit der größten Mühe in verschiedenen Truppenabteilungen, hauptsächlich aus der Fremdenlegion, zusammenbrachte, um die Unzufriedenheit der dem Marokkoabenteuer abholden Bevölkerung nicht allzu heftig zu erregen. Als am 2. September 1907 die französische Regierung von Europa die Zustimmung zu ihrer Politik sich

Digitized by Google

einholte, da gab auch Deutschland diese Zustimmung, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die angekündigten Maßregeln einen provisorischen Charakter tragen und sich in dem Rahmen der Algecirasakte bewegen sollen, was unmöglich geschehen konnte. Dasselbe wiederholte sich am 21. September bei dem Anlaß der Schiffahrtsaufsicht. Die Sultane Marokkos — Muley-Hafid und Abd-el-Aziz — bekämpfen sich gegenseitig und vereinigen sich nur dann, wenn es gilt, gegen Frankreich aufzutreten, wie die letzten, von der Regierung nach alten diplomatischen Gepflogenheiten der Kammer gegenüber verschwiegenen diplomatischen Schritte dieser Herren bewiesen haben. Die blutigste Anarchie wächst in Marokko mit jedem Tage und mit ihr der Haß gegen die Fremden, hauptsächlich gegen die Franzosen. Jeder Schritt vorwärts kostet den französischen Truppen trotz ihrer militärischen Überlegenheit zahlreiche schmerzliche Opfer. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien stehen den Schwierigkeiten hilflos gegenüber. Sie fürchten ein allzu weites Vorwärtsdringen. Es gibt aber auch kein Zurück für sie. Wer in der Kolonialpolitik A sagt, ist gezwungen, auch B zu sagen. „Nicht wir halten Marokko, sondern Marokko hält uns", schreibt Paul Leroy Beaulieu. Und mit Recht. Das Wort gilt auch von jeder Kolonialpolitik.

Der Arbeitskammern-Gesetzentwurf.

Von **Gustav Hoch.**

In Nr. 30 des „Deutschen Reichsanzeigers" vom 4. Februar dieses Jahres hat das Reichsamt des Innern den „Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern" nebst Begründung veröffentlicht. Der Entwurf ist zu derselben Zeit dem Bundesrat zugegangen und dort einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen worden.

Dieses jüngste Kind der konservativ-liberalen Blockpolitik übertrumpft noch die Arbeiterfeindlichkeit seiner Vorgänger auf sozialpolitischem Gebiet: das geplante Arbeitskammergesetz bezweckt nicht mehr und nicht minder, als die Arbeiterschaft „von Rechts wegen" durch die Unternehmer und mit Hilfe der gelben Gewerkschaften zu vergewaltigen!

Der Entwurf umfaßt sieben Abschnitte:

1. Errichtung, Aufgaben und Zusammensetzung der Arbeitskammern.

Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines oder mehrerer Gewerbezweige sind in Anlehnung an die Einteilung und die Bezirke der gewerblichen Berufsgenossenschaften Arbeitskammern zu errichten (§ 1).

Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf dem gleichen Gebiet liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen (§ 2).

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern 1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern; 2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der in § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Die Arbeitskammern sind befugt, Erhebungen

über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirk zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über Einschränkungen oder Erweiterungen der Arbeiterschutzvorschriften, soweit jene dem Ermessen der Behörden anheimgegeben sind, ferner über die in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrssitte; 3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten nach § 2 berühren, zu beraten; 4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken (§ 3).

Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungskreises Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten (§ 4).

Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind. Auf das Verfahren finden die entsprechenden Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung (§ 6).

Im übrigen dürfen Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, nicht in den Tätigkeitsbereich der Arbeitskammern einbezogen werden (§ 5).

Als Arbeitnehmer im Sinne des geplanten Gesetzes gelten die gewerblichen Arbeiter (Titel 7 der Gewerbeordnung) einschließlich derjenigen Personen, die für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen. Als Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes gelten die Unternehmer solcher Betriebe, die als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, sofern sie mindestens einen der oben bezeichneten Arbeitnehmer regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Ausgenommen bleiben die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Apotheken, Handelsgeschäften und solchen gewerblichen Unternehmungen, die den Organisationen des Handwerkes angehören, und die Unternehmer solcher Betriebe (§ 7).

Die Errichtung der Arbeitskammern erfolgt durch Beschluß des Bundesrats. Dabei kann die Bildung von Abteilungen für Gewerbegruppen oder Gewerbezweige angeordnet werden (§ 8).

Für jede Arbeitskammer sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter sowie die erforderliche Zahl von Mitgliedern zu berufen. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie werden von der Aufsichtsbehörde ernannt und führen den Vorsitz (§ 9).

Die Mitglieder der Arbeitskammern müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitnehmern entnommen werden. Die Mitglieder erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Reisekosten und eine Entschädigung für Zeitversäumnis (§ 10).

Zweiter Abschnitt der Vorlage: Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Die Vertreter der Arbeitgeber werden von den Vorständen derjenigen gewerblichen Berufsgenossenschaften gewählt, bei denen die in der Arbeitskammer vertretenen versicherungspflichtigen Personen versichert sind (§ 11).

Die Vertreter der Arbeitnehmer werden, und zwar je für die Hälfte der zu Wählenden in gesonderter Wahlhandlung gewählt 1. von den Mitgliedern der von den beteiligten Arbeitern gewählten ständigen Arbeiterausschüsse derjenigen im Bezirk der Arbeitskammer belegenen gewerblichen Unternehmungen, die den in den Arbeitskammern vertretenen Gewerbezweigen angehören, 2. von denjenigen Vertretern der Arbeitnehmer, die gemäß § 114 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften und zur Begutachtung der nach § 120e Absatz 2 der Gewerbeordnung zu erlassenden Vorschriften gewählt sind (§ 12).

Wählbar sind Deutsche, die 1. das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben, 2. im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind, 3. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, 4. Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen (§ 13).

Die fünf weiteren Abschnitte der Vorlage enthalten die Bestimmungen über Wahlverfahren und Dauer der Wahlperiode, Kostenaufwand, Geschäftsführung, Beaufsichtigung sowie die Schlußbestimmungen. Von diesen Bestimmungen ist hervorzuheben: Mitglieder, hinsichtlich deren Umstände eintreten oder bekannt werden, welche die Wählbarkeit ausschließen, haben aus den Arbeitskammern auszuscheiden (§ 16). Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten werden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften getragen. Dem Vorsitzenden der Arbeitskammer und dessen Stellvertretern darf eine Vergütung von der Kammer nicht gewährt werden (§ 17). Die Arbeitskammern haben über den zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand alljährlich einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Vor der Genehmigung ist den Vorständen der Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben (§ 18). Die laufende Verwaltung und Führung der Geschäfte der Arbeitskammern sowie die Vertretung der Arbeitskammern liegt dem Vorsitzenden ob. Die Sitzungen werden von dem Vorsitzenden anberaumt. Auf Antrag von zwei Drittel der Mitglieder muß die Einberufung einer Sitzung der Arbeitskammer erfolgen. An den Sitzungen nimmt der Vorsitzende oder sein Stellvertreter mit vollem Stimmrecht teil (§ 19). Die Sitzungen der Arbeitskammern sind öffentlich. Ausgenommen von der öffentlichen Verhandlung sind diejenigen Gegenstände, die von dem Vorsitzenden als zur öffentlichen Beratung nicht geeignet befunden oder die bei Erteilung von Aufträgen seitens der Behörden als für die Öffentlichkeit nicht geeignet bezeichnet werden (§ 23). Die Beschlüsse werden mit

Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse, welche die Befugnisse der Arbeitskammern überschreiten oder gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen, sind vom Vorsitzenden unter Angabe der Gründe mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden. Nehmen bei Erstattung eines Gutachtens oder bei Beratung eines Antrags an Behörden usw. sämtliche Arbeitgeber einerseits und sämtliche Arbeitnehmer andererseits einen entgegengesetzten Standpunkt ein, so findet eine Beschlußfassung nicht statt (§ 24). Auf Betriebe, die unter der Heeres- oder Marineverwaltung stehen, finden die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung (§ 28).

Dies die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes. Für die Würdigung derselben ist die Art und Weise entscheidend, wie die Mitglieder der Arbeitskammern gewählt werden sollen. Denn das Wahlverfahren ist derart, daß den Arbeitskammern schon durch ihre Zusammensetzung der arbeiterfeindliche Charakter gegeben ist. In dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor mehr als einem Jahrzehnt ausgearbeiteten „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern" war die Wahl „auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechtes" vorgesehen. Diese Art der Wahl ist deshalb unbedingt notwendig, weil sie allein die Gewähr dafür bietet, daß die Arbeiter als ihre Vertreter auch wirklich Männer ihres Vertrauens entsenden können.

Weshalb haben die Regierungen dieses Wahlrecht nicht in ihren Entwurf übernommen? Zu dieser Frage sind wir um so mehr berechtigt, da die Regierungen in der Begründung zu dem Entwurf ausdrücklich betonen: es sei „bei der Ordnung der Wahlen für die Arbeitnehmer nach der Zusage des Kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 zu verfahren, wonach die Arbeiter durch „Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an den in Aussicht gestellten Vertretungen beteiligt werden sollen". Freilich heißt es in der Begründung unmittelbar darauf: „Dabei soll von der Einrichtung besonderer Urwahlen abgesehen und das Wahlrecht bereits bestehenden Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer übertragen werden."

Also: die Regierungen wollen von „besonderen Urwahlen" nichts wissen. Damit haben sich die Regierungen aber in Widerspruch zu der von ihnen selbst als einer sie bindenden Verpflichtung anerkannten Zusage des Kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 gesetzt. In Wahrheit geht das Wahlverfahren des Entwurfes darauf hinaus, die Vertreter, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, von der Mitarbeit in den Arbeitskammern fernzuhalten.

Die Arbeiterausschüsse unterstehen der Gewalt des Betriebsleiters. Ist ein Unternehmer mit einem Mitglied des Arbeiterausschusses nicht zufrieden, so braucht er den Arbeiter nur aus seinem Betrieb zu entlassen, dann ist der Arbeiter auch aus dem Arbeiterausschuß ausgeschieden. Auf diese Weise hat es der Unternehmer in der Hand, „seinen" Arbeiterausschuß bei der Wahl der Arbeitervertreter für die Arbeitskammern zu beeinflussen. Gelingt ihm das aber infolge des Gegendrucks der Gewerkschaften nicht so, wie der Herr es wünscht, dann kann er den Arbeiterausschuß in seinem Betrieb abschaffen. Die Gewerbeordnung überläßt es für die meisten Fälle ganz dem Ermessen des Unternehmers, ob ein Arbeiterausschuß gebildet werden soll oder nicht. Es bleiben demnach nur solche Arbeiterausschüsse, die genau nach den

Digitized by Google

Wünschen der Unternehmer die Arbeitervertreter für die Arbeitskammern wählen. Und sie wählen, auch wenn es die Arbeiterausschüsse einiger weniger Kleinbetriebe sind, die Hälfte der „Arbeitervertreter", während alle anderen Arbeiter sich an der Wahl nicht beteiligen dürfen. Ein widersinnigeres Wahlverfahren ist selbst beim besten Willen nicht zu finden. Es könnte aber vielleicht ein Mittel sein, um die große Masse der Arbeiter durch Mitglieder der gelben Gewerkschaften zu vergewaltigen. Das ist der einzige Zweck, dem das vorgeschlagene Wahlverfahren und durch dasselbe auch die Arbeitskammern, wie sie in dem Entwurf vorgesehen sind, dienen können.

Nur dann, wenn in dem Bezirk einer Arbeitskammer kein einziger Arbeiterausschuß vorhanden ist, fällt diese Art der Wahl fort. Ein solcher Fall wird kaum vorkommen, da sich schließlich doch überall ein Unternehmer finden wird, der einen „richtigen" Arbeiterausschuß zusammenbringt.

Die andere Hälfte der Arbeitervertreter für die Arbeitskammern sollen in folgender Weise gewählt werden. Die Mitglieder gewisser Krankenkassen wählen ihre Vertreter für die Generalversammlungen der Kasse. Diese Vertreter wählen den Vorstand der Kasse. Die Vorstände wählen für die Invalidenversicherung die Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden. Diese Vertreter wiederum wählen die Mitglieder der Ausschüsse für die Landesversicherungsanstalten. Die Ausschußmitglieder wählen die Arbeitervertreter, die von den Berufsgenossenschaften bei der Begutachtung von Unfallverhütungsvorschriften zuzuziehen sind. Und erst diese ausgesiebten Arbeitervertreter wählen die Mitglieder der Arbeitskammern. So wird eine fünffache Mauer zwischen den sogenannten Arbeitervertretern des Entwurfes und den Arbeitern errichtet.

Die näheren Vorschriften über die Wahl und das Wahlverfahren sollen von dem Bundesrat erlassen werden. „Die Einführung der Verhältniswahl", heißt es in der Begründung, „konnte für die Wahlen der Arbeitgebervertreter ... nicht in Betracht kommen; für die Wahlen der Arbeitnehmervertreter ist ihre Einführung wünschenswert, jedoch erscheint ihre Anwendung nicht in allen Fällen unbedenklich. Aus diesen Gründen wird der Bundesrat darüber zu entscheiden haben, ob eine Regelung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl eintreten soll." In welchen Fällen erscheint die Anwendung der Verhältniswahl den Regierungen nicht unbedenklich? Offenbar in solchen Fällen, in denen die freien Gewerkschaften in den Wahlkörperschaften eine Minderheit bilden, daher bei der Mehrheitswahl ganz unterdrückt werden, nach der Verhältniswahl aber einen Teil der Arbeitervertreter stellen. Dagegen wird die Verhältniswahl von den Regierungen dort gewünscht werden, wo die freien Gewerkschaften die gelben Gewerkschaften überstimmen können. Also auch hier ist der Entwurf gegen die freien Gewerkschaften gerichtet.

Für die Wahl der Arbeitgebervertreter wollen die Regierungen die Verhältniswahl unter allen Umständen ausschließen. Die in den Berufsgenossenschaften maßgebenden Großkapitalisten lassen nur ihre Leute als Arbeitgebervertreter zu. Sie zersplittern ihre Kräfte nicht. Die Folge davon muß sein, daß die Arbeitgebervertreter zusammen mit den gelben Arbeitervertretern nur zu oft die Mehrheit in den Arbeitskammern bilden werden. Die Arbeitskammern werden daher nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Arbeitgeber zum Schaden der Arbeiter tätig sein. Eine Änderung

hierin kann nur dadurch erreicht werden, daß die Arbeitervertreter auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechtes nach dem Proportionalverfahren gewählt werden, gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses zu Köln.

Das Wahlrecht ist ferner auf alle Arbeiter auszudehnen, also auch auf die Arbeiter, die im Handwerk, in Handelsgeschäften, Staatsbetrieben, in der Schiffahrt, in der Landwirtschaft, in Gärtnereien beschäftigt sind. Diese Arbeiter, wie es in dem Entwurf der Fall ist, von der Wahl auszuschließen und den Tätigkeitsbereich der neuen Körperschaften dementsprechend zu begrenzen, dafür liegt kein Grund vor. In der Begründung wird zwar behauptet, daß den Gehilfen im Handwerk durch die Errichtung des Gesellenausschusses für die Innungen eine „ausreichende Vertretung“ gegeben sei. In Wahrheit leisten die Gesellenausschüsse für die Arbeiter im Handwerk so gut wie gar nichts. Den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in Handelsgeschäften wird eine besondere Standesvertretung ver—sprochen. Nach dem Entwurf sollen besondere Arbeitskammern für jeden Gewerbezweig geschaffen werden. Es würde daher im Plane des Entwurfes liegen, wenn auch Arbeitskammern für die in Handelsgeschäften beschäftigten Personen eingerichtet werden. Die Vertröstung der Handelsangestellten ist unter diesen Umständen nichts anderes als eine Verschleppung der Sache.

Von den Reichs- und Staatsbetrieben sollen nur die Bergbau-, Hütten- und Salinenbetriebe dem neuen Gesetz unterstellt werden. Da aber in den anderen Staatsbetrieben ebenfalls mehr als genug Mißstände herrschen, ist die Sonderstellung der Betriebe nicht berechtigt.

Weshalb die landwirtschaftlichen Arbeiter wieder unbeachtet bleiben sollen, wird in der Begründung mit keinem Worte berührt. Diese Ausnahme läßt sich in der Tat durch nichts rechtfertigen.

Bezüglich der Wählbarkeit als Arbeitervertreter ist folgendes zu beanstanden: Das Alter ist zu hoch. Die Wählbarkeit darf nicht solchen Personen aberkannt werden, die Armenunterstützung beziehen. Die Wahl von Gewerkschaftsbeamten, Arbeitersekretären usw. als Arbeitervertreter muß, wie es mit Recht der Gewerkschaftskongreß zu Köln gefordert hat, ermöglicht werden.

Die Dauer der Wahlperiode für die Mitglieder der Arbeitskammern soll nach dem Entwurf sechs Jahre betragen. Das ist eine viel zu lange Zeit. Der sozialdemokratische Antrag bestimmt, daß alle zwei Jahre Neuwahlen stattfinden sollen.

Die Ausgaben der Arbeitskammern kommen nach dem Entwurf in der Hauptsache auf die Abgabe von Gutachten hinaus. Wenn die Kammern ihre Tätigkeit in diesen engen Grenzen halten sollen, wäre es am einfachsten, daß von einer Mitwirkung der Arbeitgebervertreter ganz abgesehen werde, also nicht Arbeitskammern, sondern Arbeiterkammern eingerichtet werden, da ja schon die Handelskammern usw. die Ansichten der Unternehmer zum Ausdruck bringen.

Jedoch hätten Arbeitskammern noch viel wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Ich erinnere nur an den Erlaß von Arbeiterschutzvorschriften nach Maßgabe der bestehenden Schutzgesetze und an die Kontrolle darüber, ob der gesetzliche Arbeiterschutz auch in der Praxis beachtet wird. Hat doch der Kölner Gewerkschaftskongreß unter den Aufgaben der Arbeiterkammern „insbesondere“ die Mitwirkung an der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung

des Arbeiterschutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge angeführt. Gerade die wirksame Tätigkeit auf diesem Gebiet könnte die Arbeitskammern zu einer für die Arbeiter nutzbringenden Einrichtung machen. Zu dieser Tätigkeit wären auch Vertreter der Unternehmer hinzuzuziehen, selbstverständlich nur solche, die von den beteiligten Unternehmern auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechtes gewählt sind.

Eine Neuerung in der Gesetzgebung ist die Bestimmung des Entwurfes, daß der von der Aufsichtsbehörde ernannte Vorsitzende darüber entscheidet, ob eine Angelegenheit in öffentlicher oder geheimer Sitzung der Arbeitskammer erörtert werden soll. Da es sich hier, so heißt es dazu in der Begründung, „um gemeinsame Vertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer handelt, kann die Entscheidung über diese Frage nicht von dem Beschluß der Mehrheit abhängig gemacht werden". Als ob die Arbeiter nicht fähig wären, zu beurteilen, was der Öffentlichkeit unterbreitet werden kann und was nicht! — Ein weiteres wichtiges Recht ist den Arbeitskammern dadurch genommen, daß ihre Sitzungen von dem Vorsitzenden ganz nach seinem Belieben einberufen werden, und daß gegen seinen Willen eine Sitzung nur auf Antrag von zwei Drittel der Mitglieder stattfindet. Die Arbeitervertreter können im besten Falle nur die Hälfte der Stimmen stellen. Daher sind sie niemals in der Lage, die Einberufung einer Sitzung gegen den Wunsch der Unternehmervertreter oder des Vorsitzenden zu veranlassen. Endlich können die Arbeitskammern selbständig nicht einmal ihre Ausgaben festsetzen. Die Folge davon ist, daß auch die Tätigkeit der Arbeitskammern, soweit sie Kosten verursacht, tatsächlich von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig ist. Hat die Arbeitskammer zum Beispiel eine Erhebung beschlossen, verweigert aber die Aufsichtsbehörde die Zustimmung zu den derart entstehenden Kosten, so muß die Erhebung unterbleiben. Und damit die Aufsichtsbehörde stets weiß, ob den Unternehmern die von den Arbeitskammern geplante Erhebung genehm ist oder nicht, muß die Aufsichtsbehörde, bevor sie in der Sache einen Beschluß faßt, die Berufsgenossenschaften darüber hören!

Ebenso verfehlt erscheint die Bestimmung, daß bei Erstattung von Gutachten in denjenigen Fällen ein Beschluß nicht gefaßt wird, wenn sämtliche Arbeitgeber einerseits und sämtliche Arbeitnehmer andererseits einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. Diese Bestimmung soll nach der Begründung eine Vorsorge sein, daß die Stellungnahme der Minderheit, wenn sie ausschließlich aus Arbeitgebern oder Arbeitnehmern besteht, den Reichs- oder Staatsbehörden unbekannt bleibt und aus diesem Grunde nicht die entsprechende Würdigung finden kann. Die Stellungnahme der Minderheit soll aber den Behörden in jedem Falle bekannt gegeben werden, da sie auch dann von Bedeutung sein kann, wenn nicht alle Arbeitgeber oder Arbeitnehmer derselben Ansicht sind. Deshalb sollte vorgeschrieben werden, daß stets die Mehrheit und die Minderheit ihr Votum zu Protokoll gibt und jedes Mitglied das Votum unterschreibt, für das es sich erklärt.

Als Einigungsamt werden die Arbeitskammern nach den Bestimmungen des Entwurfes nicht viel leisten können, da sie nur dann eingreifen sollen, wenn dies von beiden Parteien gewünscht wird. Der sozialdemokratische Antrag geht auch hier weiter. Er schreibt vor:

„Weigert sich eine der streitenden Parteien, der Einladung des Einigungsamtes zu einem Einigungsversuch Folge zu leisten, so hat das Einigungsamt

sich gleichwohl über die Ursachen des Streiks zu unterrichten. Es hat alsdann öffentlich ein Urteil über den Streitfall abzugeben, wobei es die Partei bezeichnet, die sich dem Einigungsversuch entzogen hat, und die ihm für diese Handlungsweise bekannt gewordenen Gründe angibt."

Schließlich fragt es sich, ob es zweckmäßig ist, daß besondere Arbeitskammern für jeden einzelnen Gewerbezweig errichtet werden sollen. Allerdings gibt es Angelegenheiten, die am zweckmäßigsten in dieser Weise erledigt werden können. Oft genug aber werden auch solche Fragen zu beantworten sein, die sich auf alle Arbeiter beziehen. Für die Erfüllung derartiger Aufgaben muß ein Zusammenarbeiten aller Arbeitskammern größerer Bezirke und des ganzen Reiches ermöglicht werden. Das ist in dem Entwurf nicht geschehen.

So zeigt sich das geplante Gesetz als ein durchweg gegen die Interessen der Arbeiter gerichtetes Machwerk, das unter dem heuchlerischen Vorwand, den Arbeitern neue Rechte zu gewähren, sie noch mehr als bisher dem Unternehmertum in die Hände liefern will. Die klassenbewußte Arbeiterschaft kann der reaktionären Regierung und ihren liberalen Helfershelfern darauf nur die eine Antwort erteilen, daß sie ihnen den Bettel vor die Füße wirft!

Die ökonomische und soziale Entwicklung von Amsterdam im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts.

Von Dr. **W. van Ravesteijn** jun. (Rotterdam). (Schluß.)

Es war Alba trotz der blutigen Feldzüge von 1572 und 1574 nicht gelungen, Holland wieder ganz zu unterwerfen. Ebensowenig glückte es seinem Nachfolger Requesens, obwohl dieser sehr große Fortschritte machte; als Requesens nun plötzlich 1576 starb, stellte es sich heraus, daß die spanische Macht und besonders das Heer hauptsächlich durch Geldmangel desorganisiert war. Im Süden bekamen die Generalstaaten die Regierung, und zu Gent wurde ein allgemeiner Friede geschlossen, der auf der Anerkennung des Protestantismus basiert war. Auch die nördlichen Provinzen, soweit sie sich in der Tat von der zentralen Regierung unabhängig gemacht hatten, traten der „Pazifikation" von Gent bei.

Jedoch die Stellung von Amsterdam verbesserte sich dadurch nicht. Da es die einzige katholische Stadt inmitten einer protestantischen Provinz war und die Staaten von Holland ebensowenig wie den Prinzen von Oranien als gesetzliche Regierung Hollands anerkannte, blieb es abgeschlossen und isoliert, so daß der Handel still stand. Hierin brachte erst das Jahr 1578 eine Änderung.

Amsterdam hatte vergeblich versucht, sich mit dem neuen Generalstatthalter des Königs in den südlichen Niederlanden, Don Juan d'Austria, in Verbindung zu setzen; vorläufig entbehrte er selber im Süden aller Macht, da diese ganz auf die Generalstaaten und den Prinzen von Oranien übergegangen war. Und so blieb der Stadt nichts anderes übrig, als sich zu ergeben. Sie schloß einen Vertrag mit den Staaten von Holland und dem Prinzen als Statthalter von Holland, wodurch sie sich ihre exzeptionelle Stellung in der Provinz einigermaßen zu bewahren trachtete, unter anderem dadurch, daß die katholische Religion als die herrschende in der Stadt anerkannt wurde.

Digitized by Google

Sobald aber die „Satisfaktion", wie der Vertrag hieß, Wirklichkeit wurde, war es um die Herrschaft der alten katholischen Regierung sowohl wie um die katholische Religion geschehen. Beide, katholische Regenten und Mönche, wurden „auf den Deich" — das heißt vor die Tore — gesetzt. Die Verbannten kehrten zurück, und auf revolutionäre Weise wurde durch die Bourgeoisie selbst, das heißt durch ihre natürlichen Organe, die Schützengilden, die alles, was ökonomisch von Bedeutung war, umfaßten, eine Regierung eingesetzt.

Aber auch durch diese unblutige Revolution änderte sich die Regierungsform der Stadt nicht. Die Schützengilden, in denen infolge der ökonomischen Zusammensetzung der Amsterdamschen Bourgeoisie die Großhändler — in Korn, Käse, Heringen und Holz — vorherrschten, ernannten einen Rat, der ein getreues Spiegelbild der ökonomischen Verhältnisse war.

Bei der Wahl achteten sie nicht oder doch kaum auf Religion oder politische Gesinnung, und so fanden sich unter den Neugewählten Leute, die während des spanisch-katholischen Regimentes die Stadt nicht verlassen hatten, also auf religiösem Gebiet vollkommen indifferent waren. Die Hauptrolle jedoch in der neuen Regierung spielten selbstverständlich die Führer der „Toleanz" von 1564/65, die, wie bereits gesagt, die größten und reichsten Händler waren.

Doch bestand die neue Regierung nicht ausschließlich aus Großhändlern; auch Vertreter der mit dem Handel verwandten freien, nicht durch Gilden gebundenen industriellen Produktion, zum Beispiel der Seildreherei, Tuchfabrikation, der Färberei usw., befanden sich darunter.

Nur die in Gilden organisierten Produzenten, das Kleinbürgertum, kamen für die Regierung nicht in Betracht, da sie eine ökonomisch und deshalb auch sozial mindere Stellung einnahmen.

Man kann also sagen, daß die Revolution von 1578 den ursprünglichen Inhalt der aristokratischen Regierungsform wiederherstellte, so wie diese ein Jahrhundert zuvor eingeführt war als Vertretungsform der herrschenden Handelsbourgeoisie.

Damit stimmte die Politik der Amsterdamschen Regierung im folgenden Vierteljahrhundert völlig überein. Eine ihrer ersten Taten war, daß sie die Mennoniten, die an den meisten Orten noch stets als verbotene Sekte betrachtet wurden, zuließ; so wurde denn auch sofort einer ihrer vornehmsten Grundsätze die Toleranz, eine Politik, der die Amsterdamsche Regierung fortan nur mit einer Unterbrechung, der Herrschaft der Calvinisten von 1610 bis 1625, treu geblieben ist. Diese Politik der Verträglichkeit, auch wohl als Politik der bürgerlichen Einigkeit bezeichnet, wendete sie sowohl im eigenen Kreise an, das heißt unter der Handelsbourgeoisie, als auch der übrigen Bevölkerung gegenüber.

Auch die Nachteile der Kooptation — des besonderen äußeren Kennzeichens der aristokratischen Regierungsform — traten in den ersten fünfundzwanzig Jahren nicht zutage. Keine bestimmte Familie oder Familiengruppe wußte sich in den ersten fünfundzwanzig Jahren eine überwiegende Stellung in der Regierung zu verschaffen. Die eigentliche Regierung, ausgeübt durch vier Bürgermeister, von denen einer präsidierte, wurde nicht so sehr den Reichsten wie den Geschicktesten übertragen; und die Männer, die während dieser Periode als Bürgermeister am meisten in den Vordergrund traten, ein Bardesius und R. Cant, hatten dies ihrer politischen Geschicklichkeit zu ver-

danken. Von diesen beiden Männern war der eine Händler mit Schießpulver, während der andere einem Geschlecht entstammte, das bereits in der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts zu den Amsterdamschen Regentenfamilien gehört hatte.

* * *

Was die Stellung der Stadt als Mitglied von Holland und der „Union“ anging, nachdem die Souveränität auf die Staaten (Stände) jeder Provinz übergegangen war — das heißt in Holland auf die 18 stimmberechtigten Städte und die Ritterschaft mit einer Stimme —, so war jede Stadt wieder ein so gut als unabhängiger Staat geworden, der die Provinz vor allem als Mittel zur Verstärkung seiner eigenen Stellung betrachtete.

Darum wehrte sich Amsterdam denn auch gegen alle Versuche einer Zentralisation, welche sowohl zu Lebzeiten Wilhelms von Oranien als auch während der Gouverneurschaft des englischen Statthalters Leicester gemacht wurden. Es weigerte sich, Wilhelm von Oranien als Graf anzuerkennen; es weigerte sich, dem Staatsrat („Raad van State“) mehr Macht zu geben, kurzum die Politik der Stadt in der Provinz war ganz auf die Konservierung der durch die Loslösung von den südlichen Niederlanden geschaffenen äußerst gebrechlichen Regierungsform gerichtet, die schließlich für die Union verderblich werden sollte. Und die Stadt ist dieser Politik auch weiterhin treu geblieben: es war eine echte partikularistische Stadtpolitik.

Die neue Regierung stand sehr bald nach der „Alteration“ (1578) in der eigenen Stadt vor einer ungeheuren Aufgabe. Der Friede zwischen Nord und Süd, verkörpert in der Pazifikation von Gent, die sich gegen die Räubereien der spanischen Soldaten richtete und im übrigen allen Teilen des Nordens und Südens in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten und namentlich in Religionssachen völlige Freiheit ließ, dieser Friede war von kurzer Dauer. Bereits 1579 gab der gesellschaftliche und politische Gegensatz zwischen dem Süden und dem Norden Veranlassung zur Formung zweier neuer politischer Verbindungen, deren eine, die zu Utrecht geschlossen war, Holland und eine Anzahl nördlicher Provinzen umfaßte, die einen Bund schlossen, in dem für katholische und absolutistische Mitglieder kein Platz war, der andere aber diejenigen südlichen Provinzen umschloß, die teils aus ökonomischem und politischem Interesse, teils durch Waffengewalt gezwungen für die spanische Regierung und den katholischen Glauben Partei ergriffen.

Im Jahre 1581 zerrissen die nördlichen Provinzen endgültig das Band mit dem Süden, als sie Philipp II. als Herrn den Eid verweigerten, die erste bewußt revolutionäre Tat dem fürstlichen Absolutismus gegenüber.

Inzwischen gewann die spanische Regierung in den südlichen Niederlanden und dem Osten immer mehr Feld. Und als die spanischen Truppen 1585 Antwerpen erobert hatten, war die Scheidung zwischen Nord und Süd endgültig vollzogen. Für den Norden und nicht zum wenigsten für Amsterdam hatte die Eroberung des Südens durch den Absolutismus, die mit Antwerpens Fall besiegelt war, eine gewaltige Bedeutung. Zu Tausenden und aber Tausenden strömten nämlich Leute aus allen Klassen, Kaufleute, Handwerker und Proletarier, die dem calvinistischen oder täuferischen Glauben treu blieben, nach den frei gebliebenen Provinzen. Und von diesem riesigen Zuströmen von Menschen sowohl wie von Kapital fiel ein bedeutender Teil auf Amsterdam.

In den wenigen Jahren zwischen 1585 und 1600 vollzog sich denn auch in Amsterdam eine ökonomische Revolution. Seine Bevölkerung dehnte sich

gewaltig aus, so daß Amsterdam bereits am Ende des sechzehnten Jahrhunderts abermals vergrößert werden mußte, nachdem die Lastage, das Schifferquartier außerhalb der alten Grachten, vollgebaut war. Das Handelskapital schwoll enorm an; die Industrie, speziell die Textilindustrie mit der Färberei, nahm einen ungeahnten Aufschwung.

In weiteren zwanzig Jahren wurde Amsterdam, was Antwerpen vor den Unruhen gewesen war, ein Zentrum des Welthandels.

Eine der Folgen davon war eine gewaltige Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Amsterdamsche Großbourgeoisie nahm schnell an Reichtum zu; die Löhne der Arbeiter und Handwerker stiegen zwar auch, aber lange nicht in dem Maße, wie die Kapitalien der Bourgeoisie wuchsen. Dieselbe Erscheinung trat zutage, die noch jede schnelle Entwicklungsperiode des Kapitalismus mit sich gebracht hat: die relative Verelendung der großen Menge. Man weiß, was das bedeutet. Wenn auch die Lebenshaltung der Arbeiterklasse an sich steigt — obwohl auch das sich für das letzte Viertel des sechzehnten Jahrhunderts schwer nachweisen läßt —, so sinkt doch ihre relative Stellung in bezug auf die herrschende Kapitalistenklasse. Der Abstand zwischen den einfachen Handwerkern oder Proletariern und dem Großhändler oder Tuchbereiter war noch 1580 viel geringer als gegen 1600.

Als eine weitere Folge der Vermehrung von Kapital und Arbeitern entstand auch in einigen Industriezweigen die Manufaktur. Zwar blieb der größte Teil der Industrie die in Gilden abgeschlossene und reglementierte Kleinproduktion, aber daneben entstanden neue Zweige, in welchen die Arbeitsteilung und die Arbeiterzahl so groß wurden, daß man sie zu den Manufakturen rechnen darf. Hierzu zählen wir unter anderem die Schießpulver- und Glasindustrie, die in den letzten Jahren des sechzehnten Jahrhunderts durch einen Italiener eingeführt, durch einen Amsterdamer Großhändler aber etabliert wurde. Aber auch die Seilerei, Seifensiederei und Brauerei, die sich, wie bereits gesagt, von Anfang an in Händen des herrschenden Handelsbürgertums befunden hatten, nahmen zweifellos in diesen Jahren, da sie nicht reglementiert wurden, die Manufakturform an.

Anders war es mit der bedeutendsten Industrie, der Textilindustrie, und den mit ihr verknüpften Industrien, besonders der Färberei. Die Organisation dieser Industrie blieb dieselbe: der Kleinbetrieb, ausgeübt durch einen Meister mit wenigen, höchstens sechs Gesellen. Aber — Meister und Knechte, der gesamte Betrieb kam mit dem Anschwellen des Kapitals der Händler in Textilprodukten in stets größere Abhängigkeit und Unterordnung der großen Handelsbourgeoisie gegenüber.

Und so wurden — abgesehen von den reinen Proletariern, zum Beispiel in den Manufakturen — gerade in dieser Industrie die Klassengegensätze am Ende des sechzehnten Jahrhunderts besonders scharf. Denn nicht allein wurde der Handwerker in diesen Industrien gesellschaftlich und ökonomisch plötzlich zum abhängigen Proletarier niedergedrückt gegenüber dem Kapitalisten, sondern ihm fehlte auch das, was die anderen Handwerker und Kleinbürger besaßen, die Organisation, die Gilden, die die anderen gegen die Konkurrenz untereinander und von außen beschirmte. Denn in der Textilindustrie — bei den Färbern, Tuchbereitern usw. — bestanden zwar Bestimmungen zur Regelung der Industrie, doch waren diese ganz im Interesse der Unternehmer — Tuch-

Digitized by Google

verkäufer, Färber usw. — abgefaßt und regelten den Betrieb technisch, aber sie enthielten nichts, was die Position des Handwerkers und seines Personals verstärken konnte.

Im Jahre 1618 wurden sogar alle Hilfsgewerbe der Textilindustrie und der von ihr abhängigen Betriebe ausdrücklich der Aufsicht und den Befehlen einer Kommission von Tuchhändlern unterworfen.

Diese gänzlich abhängige Stellung der Handwerker in der hauptsächlichsten Industrie mußte auch deshalb desto schärfer treffen und desto mehr gefühlt werden, da bei der übrigen Kleinindustrie und für die übrigen Handwerker, die nicht im Dienste der Großhändler standen, sondern für eigene Rechnung arbeiteten, am Ende des sechzehnten und besonders im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts ein immer deutlicherer Schutz durch die städtische Gesetzgebung gegen innere und außerzünftige oder außerstädtische Konkurrenz wahrzunehmen ist. In einer Anzahl von Betrieben, zum Beispiel der Schuhmacherei, der Hutmacherei, wußten die Kleinproduzenten von der städtischen Regierung Bestimmungen zu erlangen, durch welche die kapitalistische Entwicklung gehemmt und das Aufkommen größerer Betriebe absichtlich verhindert wurde.

Wie scharf stach hiervon die Stellung der kleinen Produzenten in der Textilindustrie ab! Hier war nicht allein den Handwerksmeistern die Gelegenheit, sich zum Kapitalisten emporzuarbeiten, verschlossen, sondern er fühlte sich auch ökonomisch und gesellschaftlich ganz als der Untergebene und Abhängige vom großen Unternehmer, der als freier Warenaustauscher auf dem Weltmarkt keine einzige soziale Macht mehr über sich kannte und sich vollkommen frei fühlte.

Der Klassenunterschied zwischen Großhändlern und Unternehmern einerseits und Handwerkern und Proletariern andererseits verschärfte sich noch durch eine andere Ursache als den an sich schon so mächtig wirkenden ökonomischen Gegensatz.

Wir sagten bereits, daß die Zuwanderung aus den südlichen Niederlanden besonders nach 1585 einen hohen Grad erreichte. Die aus dem Süden Ausgewanderten, sowohl Großhändler als Handwerker und Proletarier, gerieten nun im Norden auch in einen nationalen Gegensatz zu den Holländern. Diese Erscheinung läßt sich bei den aus dem Süden geflüchteten Großhändlern sehr deutlich wahrnehmen. Diese, Männer wie de Moucheron, der sich in Middelburg niederließ, Le Maire und Usselincx, die nach Amsterdam kamen, wurden durch die herrschende Klasse in den holländischen Städten keineswegs sogleich, ja öfter sogar überhaupt nicht als Klassengenossen aufgenommen.

Die Gründe hierfür sind klar. Die Rivalität zwischen der Bourgeoisie jeder einzelnen Stadt einer Provinz war noch sehr lebendig; von einer gleichartigen Bourgeoisie in Holland war noch keine Rede, da die Städte ökonomisch in vieler Hinsicht noch Konkurrenten und Rivalen untereinander waren. Und es ist selbstverständlich, daß diese Rivalität und dieser Gegensatz noch viel stärker für die verschiedenen Provinzen galt, am stärksten wohl zwischen Männern wie die obengenannten, die aus Antwerpen und den südlichen Niederlanden stammten, und den Holländern. Dieser Gegensatz zwischen den aus Antwerpen geflüchteten Kaufleuten und ihren Amsterdamer Kollegen war allerdings nicht bloß ein nationaler oder richtiger gesagt provinzieller Gegensatz, sondern auch in der Tat ein Unterschied in der ökonomischen Ent-

wicklung, in der ökonomischen Reife. Amsterdams ökonomischer Horizont reichte zu Anfang der Unruhen noch nicht weiter als bis zum Ostseegebiet einerseits und dem Kanal andererseits, Geldkapital und Kredit waren noch kaum im Entstehen, der Handel noch ein sehr einfacher und direkter. Im Gegensatz hierzu stand Antwerpen, das Zentrum des Welthandels, das jedoch selber beinahe keine Schiffe ausschickte, dagegen den Hauptplatz des Geldhandels und des Kredits in Westeuropa bildete. So groß wie dieser Gegensatz zwischen Amsterdam und Antwerpen war auch der Unterschied in ökonomischer Entwicklung zwischen den Zugewanderten und dem größten Teile ihrer holländischen Kollegen. Die aus Antwerpen Zugewanderten besaßen mehr Unternehmungsgeist als die Holländer, die noch nie, nicht einmal in Gedanken, ihre Nase aus dem oben genannten ziemlich beschränkten Gebiet herausgesteckt hatten.

Der weitere Blick, die größere Unternehmungslust der Zugewanderten wurde noch verstärkt durch ihren stark betonten antikatholischen Glauben: die aus dem Süden ausgewanderten Kaufleute waren, wie alle aus dem Süden Zugewanderten, feurige und überzeugte Calvinisten (oder Täufer), während die meist typischen Vertreter der nord-niederländischen Großkaufleute dies nicht waren: teils waren sie es nie gewesen, selbst in den Jahren ihrer Rebellion gegen die katholisch-spanische Macht, teils waren sie es bereits nicht mehr. Unter der alten Großbourgeoisie traf man nur sehr sporadisch wirklich überzeugte, feurige Calvinisten. Nur einzelne, plötzlich zu Reichtum gekommene Parvenüs bekannten sich zur echten reformierten Lehre; die übrigen waren entweder indifferent, nicht der calvinistischen Staatskirche angeschlossen, oder hatten täuferische Neigungen oder waren katholisch geblieben.

Die aus dem Süden Zugewanderten aller Klassen waren also viel reinere Vertreter der spezifisch bürgerlichen Denkweise, die im sechzehnten und im Beginne des siebzehnten Jahrhunderts ihren religiösen Ausdruck im Calvinismus fand, als die Holländer. Da das Handelsbürgertum während der Entstehungszeit der Reformation in Holland keine Klasse mehr über sich gefunden hatte und bereits herrschte, und auch weil sich in Holland der Handel auf eine viel allmählichere und traditionellere Weise entwickelt hatte als im Süden, hatten es die Holländer ideologisch in vielen Fällen nicht zu einem konsequenten Bruch mit dem alten Glauben oder wenigstens nicht zu der kämpfend-bürgerlichen Denkweise, wie sie sich im Calvinismus verkörperte, bringen können.

Zu dem direkt ökonomischen Unterschied, der zwischen den Zugewanderten und ihren holländischen Gastherren vorhanden war, trat also ein nationaler und religiöser Gegensatz.

Denn die aus dem Süden ausgewanderten Handwerker, zum größten Teile Textilarbeiter, gerieten den holländischen, in diesem Falle den Amsterdamer Kapitalisten gegenüber in jene ökonomisch quälende und untergeordnete Stellung, die soeben geschichtlich wurde; aber, was in ihrem Bewußtsein noch viel ärger war, sie gerieten auch unter Unternehmer und eine Obrigkeit, die sich zum größten Teile nicht zu dem wahren, dem einzigen Glauben, ihrem höchsten Gut, wofür sie in Verbannung und Elend gezogen waren, bekannten und demselben gleichgültig, ja selbst feindlich gegenüberstanden.

Der religiöse Gegensatz zwischen den holländischen (Amsterdamer) Kapitalisten und den zugewanderten Handwerksproletariern bestand jedoch gleichfalls

wischen jenen und wenigstens einem Teile des eingesessenen Kleinbürgertums und Proletariats, denn soweit diese Klassen zum Protestantismus übergegangen waren — was allerdings nur bei einem kleinen Teile der Fall war, da der größte Teil der Bevölkerung Amsterdams sowie Hollands katholisch geblieben war —, waren auch sie calvinistisch, da für sie ja der Calvinismus die natürliche Ideologie war, die ihr ökonomisches Streben begleitete.

So sieht man, wie die Entwicklung Amsterdams im letzten Viertel des sechzehnten Jahrhunderts und die damit verbundene Zuwanderung von Elementen aus den südlichen Niederlanden notwendigerweise den Zündstoff zu einem heftigen Klassenkampf aufstapeln mußte. Der religiöse Gegensatz war teils der Ausdruck, teils der Begleiter des ökonomischen; seinerseits verschärfte er diesen wieder, indem er ihn zum Bewußtsein der herrschenden Gruppen brachte. All dies hätte zu jener Zeit, in der die Religion für die Mehrzahl der Menschen die am meisten lebendige geistige Macht war, die sie kannten, schon genügt, um dem sich nähernden Kampfe einen äußerst scharfen Charakter zu verleihen.

Zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts zeigten sich in Amsterdam und in ganz Holland bereits die ersten Vorzeichen eines Unwetters, das langsam, aber unabwendbar am Himmel heraufzog. Es sollte sich indessen nicht eher entladen, als bis auch in den herrschenden Klassen selber eine gewisse Spannung und Reibung entstanden war. Wir wollen untersuchen, wie dies geschah.

Das letzte Viertel des sechzehnten Jahrhunderts hatte außer in der Industrie auch im Handel von Amsterdam und Holland eine gewaltige Veränderung gebracht. Die holländischen Schiffer nämlich überschritten jetzt plötzlich den ziemlich engen geographischen Horizont, mit dem sie sich bis etwa 1500 begnügt hatten, getrieben durch die gewaltige ökonomische Ausdehnung, welche die Übertragung von Antwerpens Handel auf Amsterdam, die Vernichtung der spanischen Seemacht (1588) und noch anderes verursachten. Sie begannen nach Afrikas Westküste, nach Guinea, und bald auch nach Brasilien und Guyana zu fahren — hier waren aus Antwerpen ausgewanderte Kaufleute, de Moucheron besonders, die Pioniere. Als dann Lissabon, wo sie die Produkte Ostindiens zu holen pflegten, für sie geschlossen wurde, versuchten sie den Weg nach den portugiesischen und spanischen Besitzungen im fernen Osten selber zu finden. Die Versuche, auf nördlichem Wege das Gewürzland zu erreichen, mißlangen. Andere aber glückten, und 1594 erreichten die ersten holländischen Schiffe Java und die Molukken. In wenigen Jahren hatte sich der geographische und kommerzielle Horizont der unternehmenden Amsterdamer Kaufleute einerseits bis Westindien, andererseits bis Ostasien erweitert, wie sie auch im Norden Europas, in Rußland, zu Archangelsk in Konkurrenz mit den Engländern traten und im Süden Europas die Levante erreichten. Der Welthandel war eröffnet. Nicht lange sollte es mehr dauern, und ein holländischer Kaufmann, auch diesmal ein Zugewanderter aus dem Süden, umsegelte die Weltkugel. Es war Le Maire, der einem der Verbindungswege zwischen dem Großen und dem Atlantischen Ozean seinen Namen gab.

Die gewaltige Ausbreitung des Handelsgebietes übte besonders nach zwei Richtungen eine tiefe Wirkung aus. Erstens änderte der Handel dadurch für diejenigen, die an den neuen Unternehmungen teilnahmen, seinen Charakter, was auf ihre Meinungen und ihre Haltung einen bedeutenden Einfluß hatte. Zweitens wurden Kleinbürgertum und Proletariat durch diese Ausbreitung

der Schiffahrt und den Charakter, den dieselbe schon sehr bald annahm, gewissermaßen aufs neue direkt an der Schiffahrt interessiert.

Nachdem der Seeweg nach Indien bekannt geworden war, stellte es sich nach einigen Jahren heraus, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kaufleuten und Handelskompanien zu unhaltbaren Zuständen führte, da der Markt so sehr überhäuft wurde mit indischen Produkten, daß von Gewinn keine Rede mehr war.

So kamen die verschiedenen Interessenten in den holländischen und seeländischen Städten und mit ihnen die Staaten von Holland und die Generalstaaten zu der Überzeugung, daß die Fahrt nach Indien monopolisiert werden müßte, um die Zufuhr indischer Waren auf ein Maß zu reduzieren, in welchem sie wieder lohnend werden konnte. Die Staaten und der Leiter der in- und ausländischen Politik der Staaten, der Landesadvokat (Syndikus) Oldenbarnevelt — den man zugleich den Minister der Finanzen und der inneren und äußeren Angelegenheiten von Holland und also auch der Republik nennen kann —, waren der Meinung, daß eine Korporation an Stelle der vielen treten müßte, welche die indische Fahrt in Händen hatten. Hierin wurden sie noch bestärkt durch allgemeine politische Erwägungen. Die seit 1594 an der indischen Fahrt beteiligten Kompanien hatten zwar nach Möglichkeit vermieden, mit dem europäischen Feinde, den der spanischen Macht unterworfenen Portugiesen, die im Archipel und an der Küste von Vorderindien feste Punkte besetzt hielten, zu kollidieren, aber auf die Dauer war ein Krieg mit dem Erbfeind auch in Indien nicht zu vermeiden. Und es lag daher im Interesse von Holland und der Union, daß eine starke Macht in diesem Falle den Kampf führte, die allein imstande sein konnte, etwas gegen die portugiesische Seemacht und die portugiesischen Verbündeten auszurichten. Auf diese Weise bekam die Republik zugleich eine neue und kräftige Waffe in die Hand, um den Feind an einem seiner verwundbarsten und wichtigsten Teile zu treffen. So erkannte man also in Holland und in der Union einstimmig die Notwendigkeit, eine monopolistische Korporation für den ostindischen Handel zu errichten; 1602 kam die Vereinigung der bestehenden Kompanien zustande: die Vereinigte Ostindische Kompanie, der die Staaten von Holland und die Generalstaaten das ausschließliche Recht für die Fahrt nach den ostindischen Ländern verliehen. Die Kompanie erhielt das Recht, eine bewaffnete Seemacht zu errichten, Faktoreien zu gründen, Soldaten in Dienst zu nehmen, die Regierung über besetzte Punkte auszuüben, kurzum sie wurde mit einer Macht ausgerüstet, die sie zu einem Staate in oder, besser gesagt, neben dem Staate erhob. Die Admiralitäten — die Behörden, die die Verwaltung der Seemacht ausübten, jede über einen bestimmten Teil — sollten der Ostindischen Kompanie mit Schiffen, Geschützen und Munition beistehen. Die Kompanie sollte von verschiedenen Kammern (Abteilungen) verwaltet werden, die in den Plätzen errichtet wurden, wo bereits früher Kompanien für die Fahrt nach Indien bestanden. Die Oberverwaltung beruhte auf der Kammer der Siebzehn, die aus Abgeordneten der verschiedenen Kammern bestand,[1] aber — wie man aus den unten verzeichneten Beträgen bereits schließen

[1] Es waren deren sechs, wovon Amsterdam mit einem Kapital von 3675000 Gulden weitaus die wichtigste war, während die fünf übrigen zusammen nur 2749000 Gulden Kapital hatten (Seeland 1300000, Enkhuizen 540000, Delft 469000, Hoorn 266000, Rotterdam 173000).

Digitized by Google

kann: Amsterdam überwog so sehr an Kapital, daß es (mit Seeland) in der Kammer der Siebzehn einen dominierenden Einfluß ausübte. Und die Amsterdamsche Kammer wurde aus den Amsterdamschen Regenten ergänzt, so daß diese in der Kompanie dominierten.

Sobald nun die Ostindische Kompanie errichtet war, änderte sich auch der Charakter der Schiffahrt nach Indien. An Stelle friedlichen Einkaufs von Spezereien usw. trat als hauptsächlichster Betrieb die Kaperei, die organisierte Beraubung hauptsächlich portugiesischer Schiffe. Unermeßliche Beute fiel dabei den Holländern oft auf einen Schlag zu. In wenigen Jahren wurden zirka dreißig Galionen und „Caracquen" mit überwiegend indischen und chinesischen Waren erobert. Und dabei empfingen nicht nur die Anteilhaber, sondern auch das Schiffsvolk Teile der Beute, welche sich auf für jene Zeit sehr ansehnliche Beträge beliefen.

So wurde die Ostindische Kompanie und die Kapfahrt schnell in den holländischen Städten — und nicht zum wenigsten in Amsterdam — populär. Die Calvinisten erblickten in ihr ein neues kräftiges Werkzeug, den Holländern durch Gottes Hand gegeben, um den Erbfeind der wahren Lehre zu bekämpfen; für das Schiffsvolk, welches, wie wir bereits sahen, soweit protestantisch, gut calvinistisch war, wurde die Ostindische Kompanie eine in doppeltem Sinne heilige Institution, weil sie sie an der kapitalistischen Akkumulation teilnehmen ließ und Gottes Kirche ausbreitete.

Mit anderen Worten: die Ostindische Kompanie übte auf die Seeleute wie auf die Kleinbürger im allgemeinen einen blendenden Einfluß aus. Auch auf das Kleinbürgertum, weil sehr viele kleine Besitzer Kapitalanteile bei der Kompanie hatten: Amsterdamer Bürgermeister hatten sogar ihre Dienstboten einige Gulden zeichnen lassen. Überdies brachte die Kompanie vielen Arbeit oder Vorteil. Für das ganze Kleinbürgertum wurde die Ostindische Kompanie gewissermaßen die Verkörperung, die sichtbare Form des Handelskapitalismus mit seinen Möglichkeiten plötzlichen Reichtums und seinem unendlichen Horizont von Ozeanen, die für Beute und Gewinn brach lagen.

Viel gemischter indes waren die Gefühle, welche der neue Kurs in der indischen Seefahrt in der großen Handelsbourgeoisie erweckte.

Nur bei einzelnen war das Kapital, das sie in die Ostindische Kompanie gesteckt hatten, so groß, daß diese für sie der alles beherrschende ökonomische Faktor wurde. Vielen dagegen, an erster Stelle den echten, typischen und traditionellen holländischen Händlern, von Religion libertinisch, täuferisch oder sogar papistisch, widerstrebte die Kapfahrt so sehr, daß sie sich voll Abscheu von diesem rohen Handelsspiel abwandten, das so völlig zu ihrem alten, soliden und festen Gewinn gebenden Transporthandel oder der friedlichen Fischerei im Gegensatz stand. Sie mißbilligten die ganze Kompanie, ihr ganzes Auftreten, wenn auch nicht öffentlich, denn das war ziemlich gefährlich.

Aber andere Großhändler, Teilhaber der Kompanie, gerieten bereits nach wenigen Jahren, natürlich aus ganz anderen Gründen, in Opposition zu dem darin herrschenden System.

Das waren Männer wie die bereits genannten flämisch-calvinistischen Kaufleute, Pioniere mit weitem Blicke, wie Balthasar de Moucheron, Isaïe le Maire und Willem Usselincx. Diese Männer hegten Bedenken sowohl gegen den monopolistischen Charakter der Kompanie als auch gegen die Art, wie sie ihr Monopol mißbrauchte.

Digitized by Google

Ein Mann wie de Moucheron hatte sich mit den anderen flämischen Kaufleuten, an deren Spitze er stand, nur mit äußerstem Widerwillen der Kompanie angeschlossen; er, der früher auf eigene Faust ganze Flotten nach allen Meeren ausgeschickt hatte, mußte sich nun mit den Brocken begnügen, die seine Kammer (Middelburg) ihm zuwies, während in dieser Kammer die seeländischen Regenten, seine Feinde und Widersacher, die Herren spielten.

Le Maire dagegen, der in Amsterdam saß, hatte wohl Stimme im höchsten Kollegium der Kompanie, wurde dort aber fortwährend durch die eingeborenen Amsterdamer Regenten überstimmt, die von seinen hochfliegenden Plänen nichts wissen wollten. Und doch wollte Le Maire nichts anderes, als daß die Kompanie das ungeheure Gebiet — die Hälfte der Erdkugel —, das ihr ausschließlich zur Ausbeutung zugewiesen war, auch wirklich für das Kapital produktiv machen sollte; jedoch nicht allein für das verhältnismäßig geringe Kapital, für die paar Millionen, die durch die Anteilhaber zu dem Zwecke, ihrem beschränkten Kapital abnorm hohe Gewinne einzubringen, hineingesteckt worden waren, nein, die Kompanie sollte faktisch den halben Erdkreis für das Handelskapital der Niederländer aller Provinzen erschließen; sie sollte auf der ganzen Linie den Kampf eröffnen, an der Westküste Südamerikas, im goldreichen Peru und dem noch immer nicht den Spaniern unterworfenen Chile, so gut wie in Vorderindien, in China und in Japan. Dann konnten ungeheure Kapitalien als Handelskapital Verwendung finden und an den großen Gewinnaussichten teilnehmen, welche sich hier eröffneten, während die Kompanie außer ihrem Grundkapital nur Kapitalien gegen eine mäßige feste Rente in Form von Obligationen annahm, also ohne Gewinnbeteiligung. Dies Kapital also — es waren bereits ungeheure Beträge für jene Zeit — nahm nicht die Form des Handelskapitals an: es wurde — für die Anleger nämlich — als Geldkapital festgelegt auf dieselbe Weise, wie man sein Geld in städtischen und provinziellen Renten anlegte.

Dies waren in der Hauptsache die Beschwerden des Pioniers Le Maire, während es ihm als Calvinist auch ein Ärgernis war, daß die Kompanie durch ihre enge Praxis, die nur die Kapfahrt und den Gewürzhandel umfaßte, die Interessen seiner Landgenossen, der calvinistischen ausgewiesenen Kleinbürger, benachteiligte. Auf welche Weise?

Le Maire meinte, daß die Kompanie durch ihre Beschränktheit, indem sie nur auf den exzessiven Vorteil einzelner Bevorrechteten sah, T a u s e n d e n v o n f l e i ß i g e n H ä n d e n d i e G e l e g e n h e i t n a h m, als Seemann, Kaufmann oder als Kolonist Wohlfahrt und Reichtum zu erwerben. Und weil die Kompanie nichts tat, die Ausfuhr von Manufakturen zu fördern — was sie hätte tun können, wenn sie andere Gebiete besuhr —, verlangsamte sie auch die Entwicklung der Industrie — speziell der Textilindustrie —, die gleichfalls Tausenden fleißigen Calvinisten mehr Arbeit und Wohlfahrt hätte verschaffen können.

Als einige Jahre später von der Errichtung einer Kompanie die Rede war, die das Monopol über die ganze westliche Hälfte der Erde bekommen sollte, formulierte ein anderer, in vieler Hinsicht noch weiter blickender, gleichfalls ausgewanderter Kaufmann, Wsselincx, dasselbe, was Le Maire bei der Fahrt nach überseeischen Gegenden vorgeschwebt hatte, aber in einer noch großartigeren und breiteren Form.

Wsselincx, der sich hauptsächlich mit der Fahrt nach Westindien beschäftigt hatte, sah in der Fahrt nach Amerika an erster Stelle ein Mittel, die Menge

Digitized by Google

der Kleinproduzenten, besonders in der Textilindustrie, zu freien kapitalistischen Bürgern zu erheben. In der überseeischen Kolonisation sah er die Möglichkeit, einerseits Produkte der inländischen Industrie in riesigem Maße auszuführen, andererseits blühende Ackerbaukolonien im gemäßigten und subtropischen Teile von Amerika zu gründen. Die Spanier mit ihrer Sklavenwirtschaft hatten aus diesen Gebieten nichts zu machen gewußt, sondern durch ihre grauenhafte Tyrannei die Einwohner fast ausgerottet; freie calvinistische Niederländer würden dort Arbeit, Wohlfahrt und die Möglichkeit finden, dem ewigen Mühen und Schuften um geringen Lohn im Mutterlande zu entrinnen.

Usselincx sah in der Fahrt nach Westindien (Amerika) die Möglichkeit für alle, die in den Niederlanden bereits vom Kapitalismus niedergedrückt wurden, diesem zu entgehen, und zwar auf dieselbe Weise, wie dies später Tausende englischer und andere Einwanderer in den Vereinigten Staaten versucht haben.

Man könnte also sagen, daß Usselincx ideell nicht mehr die Interessen des Handelskapitals vertrat, sondern bereits die des industriellen Kapitals, das in der Manufakturform nach stets neuen Absatzgebieten und zugleich nach billigen Rohstoffen strebte. Aber nach seiner Vorstellung war die Verteidigung und Formulierung dieser Interessen gerade ein Mittel, das Tausende der Macht des industriellen Kapitals entziehen sollte.

* *

Wie man sieht, hatte die Kompanie nach einigen Jahren ihres Bestehens ziemlich viel Opposition in der Großbourgeoisie erweckt. Dem gegenüber standen jedoch allerlei Gruppen, die sie aus diesem oder jenem Grunde verteidigten. Das sahen wir bereits bei dem Kleinbürgertum, dem Schiffsvolke, den Calvinisten, aber wir können hier noch die Mehrzahl der reformierten Geistlichen hinzufügen, die einen mächtigen Einfluß auf das streitbare calvinistische Kleinbürgertum ausübten, die Armee mit ihrem Chef Moritz von Nassau nicht zu vergessen.

Moritz war als Haupt der Militär- und Zivilmacht in den mächtigsten Provinzen ein besonders wertvoller Bundesgenosse für die Kompanie, die in seiner Person ein wertvolles Mittel besaß, gegenüber den orientalischen Potentaten, mit denen sie in Berührung kam, zu prunken. In Indien wurde Graf Moritz als König von Holland ausgegeben; mächtige Fürsten, wie der Maharajah von Ceylon, der Sultan von Atchin, später auch der Sultan von Marokko und viele andere, schlossen Verträge mit ihm. Besonders war Moritz' Ansehen mächtig gestiegen durch die Schlacht, die er 1600 geliefert hatte gegen den Erzherzog Ferdinand, seit Philipps II. Tod (1598), Fürst der südlichen Niederlande. Aber zugleich datierte von jener Schlacht her ein Beginn von Feindseligkeit zwischen Moritz und den Offizieren, die beinahe alle deutsche, französische und englische Junker waren, einerseits und den Staaten von Holland mit ihrem Leiter Oldenbarnevelt andererseits. Bis 1600 hatten Moritz und Oldenbarnevelt stets auf bestem Fuß miteinander gestanden, da Oldenbarnevelt für geregelte Geldzufuhr und gute Verpflegung der Truppen sorgte, die diesen ihre Überlegenheit über das spanische Heer verschafften, das stets an Geldmangel litt. Moritz wußte wohl, daß er seine Siege zum größten Teile der ausgezeichneten finanziellen Verwaltung seines alten Freundes und Mentors zu danken hatte. Aber zu der Schlacht bei Nieuwpoort war Moritz von der bürgerlichen Macht und Oldenbarnevelt gedrängt worden; er hatte dieses

Digitized by Google

Unternehmen, das gegen Dünkirchen, das Hauptquartier der feindlichen Seemacht und Kapfahrt gerichtet war, für leichtfertig erachtet, und obwohl er bei dieser Expedition eine ruhmreiche Schlacht lieferte, herrschte seitdem eine zwar noch nicht öffentliche, aber deshalb nicht weniger vorhandene Reibung zwischen den Soldaten und dem Staatsmann.

Der Kampf zwischen der bürgerlichen Macht — den Staaten von Holland und Oldenbarnevelt — und dem Militärchef nahm nun durch die Ereignisse in den Jahren nach der Errichtung der Ostindischen Kompanie eine mehr akute Form an und fiel zusammen mit dem sich stets schärfer zuspitzenden Klassen- und Religionskampf in Amsterdam und den übrigen holländischen Städten.

Einige Jahre nach 1602 nämlich ergab sich für die Staaten und ihre Leiter die Notwendigkeit, mit Spanien Frieden, wenn auch nur einen zeitweisen Frieden zu schließen. Finanzielle Gründe gaben dabei den Ausschlag. Trotz des großen Reichtums von Holland, Seeland und Friesland, die zusammen beinahe die ganzen Kosten des Krieges trugen — Holland allein zu drei Fünfteln —, war durch den fortdauernden Krieg zu viel von den Finanzen gefordert worden. Die Steuern hatten eine enorme Höhe erreicht. Kurzum der Staat hatte das dringende Bedürfnis nach einer Kriegspause, gewissermaßen um neuen Atem zu schöpfen und auch, wenn es sein mußte, um weiterzukämpfen. Dazu kam, daß Hollands Bundesgenossen, England und Frankreich, Frieden mit Spanien geschlossen hatten und zum Frieden rieten. Oldenbarnevelt und die Staaten von Holland beschlossen also, den Frieden durchzusetzen.

Aber — nun stießen sie auf den Widerstand von Moritz und den Offizieren sowohl, als auf den der Kompanie und der Calvinisten, und so bildete sich die Koalition, eine Koalition vollkommen heterogener Gruppen und Klassen, die auch bestehen blieb, nachdem der Frieden in Form eines zwölfjährigen Waffenstillstandes in Europa nach langen und schwierigen Unterhandlungen geschlossen worden war.

Die Gründe, warum die Kompanie sich dem Frieden widersetzte, waren hauptsächlich folgende: ihre Verwalter fürchteten eine Verminderung des Ertrages aus der Seeräuberei und die Wiederherstellung der alten Seefahrt nach Spanien, wodurch die besondere Handelsaufgabe der Kompanie, der Gewürzaufkauf, entwertet worden wäre.

Hierdurch nun geriet die Kompanie mit den wirklichen Interessen der Vereinigten Provinzen in Kollision, welche den Frieden oder einen Waffenstillstand brauchten. Durch diese Haltung wuchs aber ihre Popularität, besonders bei den calvinistischen Kleinbürgern und bei dem Militär.

Die Friedensunterhandlungen boten der kapitalistischen Clique, die die Kompanie beherrschte, eine günstige Gelegenheit, sich als die wahren Patrioten, die Strengen im Glauben aufzuspielen, die gegenüber der Lauheit, ja der verräterischen und vaterlandslosen Haltung von Oldenbarnevelt und seiner Parteigenossen die wahren Interessen von Religion und Vaterland vertraten.

Wir sahen bereits, daß Amsterdam in der Kompanie dominierte, das heißt eine kleine Gruppe Amsterdamer Kapitalisten, die zugleich in der städtischen Regierung die Macht besaßen. Diese Gruppe nun wußte in den Jahren, die dem Waffenstillstand vorausgingen, und in denen, die darauf folgten, mit Hilfe einzelner überzeugter Calvinisten in der Stadtregierung die Mehrheit zu erlangen. An ihrer Spitze befand sich der tüchtige Bürgermeister R. Pauw, dem

als hauptsächlichsten Widersacher der Bürgermeister C. P. Hooft gegenüberstand, der Typus der alten, traditionellen, libertinisch und aristokratisch gesinnten Großkaufleute. Daß Oldenbarnevelt den Waffenstillstand durchgesetzt hatte, war in den Augen der calvinistischen Freibeuter nicht seine einzige Sünde gegen den heiligen Geist ihres persönlichen kapitalistischen Vorteils. Ebenso schlimm war es, daß er verhindert hatte, daß sie und ihre Spießgesellen auch auf der anderen Hälfte der Erde, in Westindien, das heißt an Afrikas Westküste und Amerikas Ostküste, ein Monopol aufrichteten, ganz im Geiste der bereits bestehenden Ostindischen Kompanie.

Als der Waffenstillstand erst einmal Tatsache geworden war, wurde die Feindschaft Amsterdams, das heißt der calvinistischen Mehrheit in der Regierung von Amsterdam, gegen Oldenbarnevelt und die Mehrheit der holländischen Staaten (Städte), noch durch die Eifersucht auf das schnell aufblühende Hoorn verstärkt, ein Zuiderseehafen, wenige Meilen nördlich von Amsterdam, der Oldenbarnevelts Politik unterstützt und sehr viel dazu beigetragen hatte, den Plan zur Errichtung der Westindischen Kompanie mißlingen zu machen, da Hoorn großes Interesse an der freien Fahrt nach Westindien hatte, welche Fahrt damals hauptsächlich Salz — zur Heringsbereitung —, Häute und Zucker — aus Brasilien — einführte.

Und so ergab sich hier der eigenartige Fall, daß Amsterdam, nachdem der Waffenstillstand geschlossen war, in den Staaten von Holland der Mehrzahl der holländischen Staaten und folglich der holländischen Bourgeoisie gegenüberstand, weil die Politik der Stadt nicht mehr auf den gemeinsamen Interessen der holländischen Handelsbourgeoisie beruhte, sondern auf den Privatinteressen einzelner raubsüchtiger Kapitalisten.

Dieser Streit nahm nun in den Staaten sehr bald die Form eines Religionskriegs an. Wir haben gesehen, wie das schnelle Emporkommen des Kapitalismus in Holland notwendigerweise einen Klassenkampf hervorrief — hauptsächlich zwischen den alten libertinischen und freihändlerischen Bourgeoisien und den eingewanderten Handwerkern — ein Klassenkampf, der in der Form eines Religionsstreits erschien. Amsterdam stellte sich nun natürlich auch in der religiösen Frage auf die Seite der Antilibertiner (Gomaristen). Während die überwiegende Mehrheit der holländischen Großhandelsbourgeoisie libertinisch (oder arminianisch) war, nahm die Regierung der mächtigsten Handelsstadt für die Calvinisten Partei, die sich in vieler Hinsicht gegen die religiösen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Großbourgeoisie wendeten. Und von selber trat die Stadt auf diese Weise in der Union (das heißt in den Generalstaaten) in Verbindung mit allen Klassen und Gruppen, die die ökonomische und soziale Übermacht der holländischen Handelsbourgeoisie zu brechen trachteten, unter anderem mit dem Statthalter und den halb feudalen, halb militaristischen Gruppen, auf welche sich dieser in Holland selbst und in den Landprovinzen stützte. Auf diese Weise wurde die Stadt zum entscheidenden Faktor in dem gewaltigen Parteikampf, der sich entwickelte.

Die Verbündeten in Holland und der Union standen der aristokratisch-republikanischen Bourgeoisie mit Oldenbarnevelt an der Spitze gegenüber, ihnen war der Haß gegen Spanien, der calvinistische Eifer und der Wunsch nach einer Art Monarchie unter Leitung von Graf Moritz gemeinsam. Wäre nun Aussicht gewesen, daß diese Gruppen in jenem Kampfe den Sieg davongetragen und eine Art calvinistischer Monarchie gestiftet hätten, dann hätte

Amsterdams Auftreten wenigstens dem historischen Fortschritt gedient, denn zweifellos war die Monarchie, theoretisch gesprochen wenigstens, auch für die Union die einzige Staatsform, die imstande war, die Vielheit der partikularistischen Interessen zusammenzuschmieden und in eine nationale Einheit umzuwandeln.

Aber — diese Möglichkeit bestand nicht. Die aristokratisch-republikanische und föderalistische Staatsform beruhte auf viel zu soliden ökonomischen Grundlagen, auf dem absoluten ökonomischen Übergewicht der holländischen Handelsbourgeoisie, auf der Absonderung der ökonomischen Kreise voneinander, deren Mittelpunkte die verschiedenen Städte waren, usw., als daß eine Möglichkeit bestanden hätte, zu einem monarchischen Einheitsstaat zu gelangen.

Die Geistlichen schrien allerdings danach, aber der dabei am meisten Interessierte, Graf Moritz, dachte selber nicht daran und konnte nicht daran denken.

Und so hat denn der Widerstand von Amsterdam gegen die natürliche Politik der holländischen Handelsbourgeoisie zu nichts anderem geführt als zu einer Periode der Verwirrung und des Zwiespaltes in Holland und in der Republik, einem zeitweiligen und scheinbaren Siege der Gegner der aristokratisch-republikanischen Partei, einem Siege jedoch, der weiter nichts mit sich brachte, als daß Holland dadurch seines größten Staatsmannes (Oldenbarnevelt) und seines besten Rechtsgelehrten (Hugo Grotius) beraubt wurde.

Bauernagitation.

Von **Heinrich Busold.**

Wenn unsere Bewegung auf dem Lande so langsam Fortschritte macht, so liegt das zum Teil auch daran, daß es uns bis jetzt an den geeigneten Agitatoren fehlt, die mit den Verhältnissen auf dem Lande gut Bescheid wissen. Was ich über Hessen berichten kann, trifft im großen ganzen überall zu: je weniger der Staat sich um den Schutz der Arbeiter kümmert, um so eifriger sucht er — auf Kosten der übrigen Bevölkerung — den Landwirten Vorteile zuzuwenden oder wenigstens sich eifrig darum bemüht zu zeigen. Vom ersten Minister bis herab zum letzten Schreiber auf den Kreisämtern, alle bekunden sie eine merkwürdige Furcht vor dem Bauern und den Willen, ihm zu helfen. Und wo sich fünf Bauern zusammenfinden, um über irgendwelche Fragen zu beraten, kann man sicher sein, daß ein Vertreter der Behörde erscheint und das Wort nimmt, wenn nicht gar den Vorsitz. Die Zahl der Vereinigungen und Korporationen, die alle vorgeben, bäuerlichen Interessen zu dienen, ist nicht einmal schätzungsweise festzustellen und steigert sich von Tag zu Tag. Ja man möchte fast behaupten, jeder Regierungsbeamte, der in eine neue Gegend versetzt wird, glaubt auf diesem Gebiet etwas Neues erfinden zu müssen.

Und wie die Behörden meist an der Spitze dieser Vereine stehen, so werden auch deren Bekanntmachungen im amtlichen Teile der Amtsblätter als behördliche gebracht. Ja, oft sogar werden die Bürgermeister angewiesen, diese Veranstaltungen durch die Dorfschelle bekannt zu machen. Den Handwerkern erweist man nicht solche Rücksicht, geschweige denn den Arbeitern. Und dementsprechend wächst auch die Anmaßung, die Selbstüberhebung, die Rück-

sichtslosigkeit dieser Bauern — nicht der Bäuerchen — von Tag zu Tag ins Ungemessene — und die Unzufriedenheit. Und mag auch von manchen Schwärmern noch versucht werden, durch Vorträge und Trachtenfeste das Althergebrachte zu erhalten, das schließt nicht aus, daß sich der Bauer mehr und mehr dem Stadtmenschen anpaßt. Unterstützt wird dieser Zustand durch die Agitatoren und die Presse des Bundes der Landwirte. Zur Kennzeichnung des Tones dieser Presse genügt folgendes: Als in der hessischen Kammer der von der Bauarbeiterschutzkommission eingereichte Entwurf eines Bauarbeiterschutzgesetzes beraten wurde, hatte die mit Oriolaschem Gelde gegründete „Neue Tageszeitung" die Stirn, zu schreiben: „Leider fand kein Abgeordneter den Mut, der Regierung zu sagen, daß sie sich mit ihrer übertriebenen Arbeiterfreundlichkeit auf einer schiefen Ebene befindet."

Die Vorteile, die diesen Bauern der neue Zolltarif gebracht hat, haben ihren Übermut wie ihre Macht gekräftigt.

Aber nicht alle Bauern gehören zu jenen Bevorzugten. Die Schicht derer, die nicht imstande sind, ihre Söhne auf die Schule schicken zu können, die Schicht derer, die oft kaum von dem Ertrag ihres Gutes leben können, sie bilden die Mehrzahl. Nur in Zeiten der Ernte und der Aussaat benötigen sie aushilfsweise Arbeiter. Obwohl an Zahl weit größer, sind sie nicht imstande, an den Vorteilen, die die Großbauern haben, teilnehmen zu können. Wohl nimmt man auch sie gerne mit auf in die oben erwähnten Korporationen, wohl lassen sie sich auch gerne von den schönen Reden der an der Spitze der Korporationen stehenden Beamten begeistern — aber ihre Lage wird dadurch nicht im geringsten gebessert. Da die Agitatoren des Bundes der Landwirte sie aber darauf hinweisen, daß sie heute mehr Einnahmen haben wie früher, glauben sie, es ginge ihnen wirklich besser. Das protzige Auftreten ihrer bessergestellten Kollegen macht sie zwar mißgestimmt, aber anstatt diese Mißstimmung gegen diese zu kehren, genügen ein paar Worte eines Beamten, eines Pfarrers oder eines jener größeren Bauern, um sie in den Glauben zu versetzen, der Arbeiter in der Stadt, die Sozialdemokratie sei an allem ihrem Elend schuld. Und so bilden sie ein williges Werkzeug in der Hand jener. Die Zahl dieser armen Kleinbauern, die oft weit schlechter leben als die Lohnarbeiter, wächst nicht mehr. Indem der Grund und Boden nur eine gewisse beschränkte Zahl ernährt, kann eine Vermehrung dieser Berufsschicht nicht stattfinden. Die Söhne dieser Kleinbauern finden in der Regel in der Industrie, die Töchter als Dienstmädchen in den Städten Verwendung und helfen so mit zur Vermehrung des städtischen Proletariats. Manche von ihnen kehren nach dem Tode der Eltern zurück, um nun an deren Stelle zu treten, namentlich wenn sie Handwerker sind und dann zu Hause nebenher auf diesem Gebiet noch etwas verdienen können. Aber sehr oft macht man auch bei diesen Zurückgewanderten die Erfahrung, daß sie sehr bald den Fußtapfen ihres Vaters folgen und das in der früheren städtischen Umgebung als richtig Erkannte vergessen.

Dies muß uns einen Fingerzeig geben; hier müssen wir einsetzen. Wir müssen die Tatsachen, die Verhältnisse auf dem Lande erkennen lernen. Wir dürfen nicht warten, bis diese Kleinbauern zu uns kommen, sondern wir müssen zu ihnen gehen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie andere fortgesetzt draußen im Lande herumziehen, um diese Kleinbauern gegen uns

aufzuhetzen. Leider geschieht hier bei uns zu wenig in der Partei. Es ist ein Fehler, daß die Gesamtpartei in dieser Beziehung die einzelnen Kreise sich selbst überläßt. Schon habe ich einmal darauf hingewiesen, daß uns eine Literatur fehlt, die in kurzen, packenden, in der Sprache des Volkes geschriebenen, zu Herzen gehenden Worten die Leiden jener armen Kleinbauern schildert und zu gleicher Zeit die wahren Ursachen ihrer Leiden darlegt. Die einzelnen Wahlkreise sind meist nicht in der Lage, sowohl aus Mangel an Kräften wie auch an Mitteln, aber die Gesamtpartei könnte sehr wohl etwas leisten und würde auch geeignete Kräfte finden oder heranbilden können. Einzelne Genossen, die für die Landagitation besonders befähigt und mit ihr vertraut sind, müßten ausschließlich nur zur Agitation auf dem Lande und nicht nur in einem Kreise verwendet werden. Indem dieselben dadurch in mehreren Kreisen Umschau halten könnten, bekämen wir Leute, die für uns zugleich Material sammeln, Beobachtungen machen, Vergleiche anstellen und so der Gesamtpartei zugänglich machen könnten.

Zum Entwurf des schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes.

Von **A. Adé.**

Am 20. Mai 1900 wurde ein von der schweizerischen Bundesregierung vorgelegtes Kranken- und Unfallversicherungsgesetz durch Referendumsbeschluß mit 341914 gegen 148035 Stimmen verworfen. Die damalige Opposition richtete sich im wesentlichen gegen die obligatorische Krankenversicherung, welche von dem sozial so rückständigen Bürgertum als der Anfang des Staatssozialismus bekämpft wurde. Weniger Widerstand fand das Unfallversicherungsgesetz, da seit 1875 die Arbeitgeber bei gewerblichen Unfällen durch Haftpflicht herangezogen wurden. Natürlich war mit diesem rückständigen Beschluß die Sache nicht abgetan. Vor allem ließ die organisierte Arbeiterschaft die Frage nicht ruhen, und so tritt jetzt die Bundesregierung mit einem neuen Entwurf vor das Volk.

Leider trägt dieser bei der Krankenversicherung in seinem Schwerpunkt von vornherein der herrschenden sozialen Rückständigkeit Rechnung, denn er verzichtet auf jeden Versicherungszwang und begnügt sich damit, die freiwillige Krankenversicherung durch Bundesbeiträge zu fördern. Um der Arbeiterschaft den Verzicht auf das Obligatorium schmackhafter zu machen, wird es in Artikel 2 des Entwurfes den einzelnen Kantonen überlassen, a. die Krankenversicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch zu erklären, b. öffentliche Krankenkassen einzurichten, c. für eine obligatorische Krankenversicherung von unselbständig erwerbenden Personen die Arbeitgeber zur Leistung von Beiträgen zu verpflichten. Eine wirkliche Bedeutung haben diese Bestimmungen jedoch nicht. Denn das Recht auf obligatorische Krankenversicherung hatten die Kantone schon längst, ohne daß es einem von ihnen eingefallen wäre, davon Gebrauch zu machen. Subventioniert sollen nun alle diejenigen Krankenkassen werden, die ihre Statuten und Betriebsrechnungen dem Bunde alljährlich zur Prüfung vorlegen, beim Betrieb der Unfallversicherung mitwirken wollen und in ihrem Geschäftsgebaren ihren Mitgliedern die notwendige finanzielle Sicherheit bieten. Weibliche wie männliche Mitglieder sind ferner zu gleichen Bedingungen zu versichern. Die Freizügigkeit für Personen, die seit mindestens zwei Jahren ohne mehr als zweimonatige Unterbrechung versichert sind oder bei einer anderen Kasse infolge Wegzugs, Berufs- und Anstellungsveränderung die Mitgliedschaft aufgeben müssen, ist anzuerkennen. Ein Neueintretender

Digitized by Google

hat sich zwar den Bedingungen der neuen Kasse zu unterwerfen, diese darf ihn aber wegen seines Alters oder Gesundheit nicht ablehnen, jedoch kann Eintrittsgeld erhoben werden. Die Karenzzeit darf im allgemeinen höchstens drei Monate betragen. Eine Ausnahme machen nur die Wöchnerinnen, bei denen eine sechsmonatige Karenzzeit zugelassen ist. Ärztliche Behandlung und Arznei ist vom Anfang der Krankheit an, Krankengeld spätestens mit dem dritten Tage der Erkrankung zu gewähren und sechs Monate fortzusetzen. Wöchnerinnen wird jedoch während der durch das Fabrikgesetz von 1877 vorgeschriebenen Schonzeit nur die Hälfte des Krankengeldes zugebilligt.

Die Höhe der Subventionierung soll sich nach der jeweiligen Leistung der Kasse richten. Gewährt diese auf eigene Kosten wenigstens ärztliche Behandlung und Arznei oder ein bares tägliches Krankengeld, welches bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit mindestens 1 Franken betragen muß, so leistet der Bund für jedes Mitglied einen Beitrag von 1 Rappen für jeden Tag der Mitgliedschaft, also einen Jahreszuschuß pro Mitglied von 3,65 Franken. Diejenigen Kassen, die außer Arzt und Arznei noch ein tägliches Krankengeld von mindestens 1 Franken gewähren, erhalten pro Tag und Mitglied 1½ Rappen, also pro Jahr 5,48 Franken Bundeszuschuß. Darüber hinaus wird nur noch denjenigen Krankenkassen, denen wegen topographischer Verhältnisse (Gebirgsgegend) die Gewährung der ärztlichen Behandlung und Arznei besondere und außergewöhnlich hohe Kosten verursacht, ein Beitrag an diese Mehrkosten von höchstens 1 Rappen pro Tag und Mitglied, also nochmals 3,65 Franken, zugesprochen.

Nun gruppieren sich die im Jahre 1903 in der Schweiz bestehenden 1814 Krankenkassen, die insgesamt 424434 Mitglieder zählten, nach ihren Leistungen wie folgt: 74 Kassen = 4,1 Prozent der Gesamtheit mit 57475 Mitgliedern gewähren nur Arzt und Arznei. 819 Kassen mit 184928 Mitgliedern = 45 Prozent der Kassen mit 44 Prozent des Totalbestandes der Versicherten dagegen ausschließlich Krankengeld, und zwar 90 Kassen = 11 Prozent derselben weniger als 1 Franken, 729 = 89 Prozent 1 Franken und mehr pro Tag. Dazu kommen noch 912 Kassen mit 182031 Mitgliedern, die sowohl Krankenpflege wie Krankengeld gewähren. Der Entwurf berechnet, daß von den bestehenden 1814 Krankenkassen 1760 = 97 Prozent der Kassen mit 414476 Mitgliedern = 98 Prozent des Gesamtbestandes ihren Leistungen nach Anspruch auf die Bundesunterstützung hätten, da von den 90 Kassen mit weniger als 1 Franken Krankengeld infolge des Bundeszuschusses von 48 Rappen noch mindestens 45 ohne Beitragserhöhung der geforderten Minimalleistung entsprechen.

Indem der Bund nur zwei Prämienzuschußklassen in Aussicht nimmt, will er das Ziel erreichen, besonders den Unbemittelten die Versicherung für ärztliche Behandlung zu erleichtern. Im Verhältnis zur geforderten Jahresprämie beträgt denn auch der Bundeszuschuß: bei der niedrigsten Leistung, Arzt und Arzneikosten, die von der Regierung mit 0,80 Franken Geldwert pro Tag gerechnet wird, und einer Jahresprämie von 6,12 Franken = 60 Prozent.

	Jahresprämie		
Bei 1 Franken Krankengeld	7,65 Franken	= 48	Prozent
" 2 " "	15,30 "	= 36	"
" 3 " "	22,95 "	= 24	"
" 4 " "	30,60 "	= 18	"
" Krankenpflege und 1 Franken Krankengeld	13,77 "	= 40	"
" " " 2 " " . .	21,42 "	= 26	"
" " " 3 " " . .	29,07 "	= 19	"

Bei Doppelversicherung wird der Bundeszuschuß jedoch nur einmal ausgezahlt, und zwar an die Kasse, der der Versicherte am längsten angehört.

Durch die in Aussicht genommene Prämienstaffelung werden zweifelsohne gerade die niedrigsten Versicherungen bevorzugt werden. Die Bundesregierung setzt denn auch die Kosten des gesamten Krankenversicherungszuschusses bei einem an-

Digitized by Google

genommenen Bestand von 600000 Kassenmitgliedern mit 3256000 Franken ein, läßt also erkennen, daß sie mindestens die Hälfte der zu leistenden Beiträge auf niedrigste Prämien, bloß Arzt und Arznei oder 1 Franken Krankengeld, rechnet. Daß diese Anlockung zur niedrigen, im Krankheitsfall völlig unzureichenden Versicherung eine gewisse Gefahr in sich birgt, läßt sich nicht leugnen. Eine weitere Differenzierung oder Erhöhung des Zuschusses bei höheren Kassenleistungen lehnt jedoch der Bund ab, da er dadurch die Annahme des Gesetzes zu gefährden glaubt.

Schwerere Bedenken als die geringe Zuschußdifferenzierung weckt jedoch in dem Entwurf die Frage des Eintrittsgeldes. Dieses, ganz in das Belieben der Krankenkassen gestellt, soll dazu dienen, die Kassen für die meistens viel zu niedrigen einheitlichen Prämiensätze an dem Neueintretenden schadlos zu halten. Und in der Tat leiden die schweizerischen Kassen vor allem unter zwei Übeln, erstens zu geringem Mitgliederbestand (74 Prozent der Krankenkassen haben nur einen solchen von 50 bis 200 Mann) und zweitens schlechte oder gar keine technische Leitung, so daß von den im Jahre 1880 bestehenden Kassen bis zum Jahre 1903 nicht weniger wie 31 Prozent sich auflösen mußten. Infolgedessen rechnet der Entwurf denn auch mit Eintrittsgeldern bis zu 67, 69 Franken und bemerkt noch dazu, „daß, selbst wenn sie das ganze Eintrittsgeld beziehen, die meisten Kassen an den bejahrten übertretenden Verlust erleiden werden". Wie soll aber ein älterer Arbeiter in der Lage sein, beim Übertritt in eine neue Kasse Eintrittsgelder im Betrag von 50 bis 60 Franken zu zahlen, abgesehen davon, daß sich ein solcher Fall ja mehrmals hintereinander in kurzer Zeit ereignen kann? Und bringt der Arbeiter nicht binnen zwei Monaten das Eintrittsgeld zusammen, kann ihn die Kasse obendrein wegen Alters und gefährdeter Gesundheit überhaupt abweisen, denn sein Freizügigkeitsrecht ist inzwischen verloren!

Völlig unannehmbar für die sozial fortgeschrittenere Arbeiterschaft sind ferner die Entwurfsbestimmungen für die Wöchnerinnenentschädigung. Während das Fabrikgesetz von 1877 für Wöchnerinnen eine sechswöchige Schonzeit, zwei Wochen vor, vier Wochen nach der Entbindung, vorschreibt, beseitigt der Entwurf die Schonzeit vor der Niederkunft, indem er bemerkt: „Wir haben jedoch bezüglich der schwangeren Frau keine besonderen Bestimmungen aufgestellt, weil die erwähnte Gesetzesvorschrift sozusagen toter Buchstabe geblieben ist und weil sie wahrscheinlich bei der nächsten Revision des Fabrikgesetzes verschwinden wird." Wenn diese Bestimmung toter Buchstabe geblieben ist, so liegt die Schuld doch nur an der Regierung, die zugunsten der Unternehmer die Dinge laufen läßt, wie dies die Unternehmer wollen. Ebenso scharf zu bekämpfen ist die Bestimmung, daß während der vom Gesetz vorgeschriebenen Schonzeit nur das halbe Krankengeld gezahlt wird. Wenn Schwangerschaft und ihre Folgen gesetzlich als Krankheit angesehen werden, hat die Wöchnerin auch das Anrecht auf volles Krankengeld, denn dafür bezahlt sie doch eben ihre Krankenprämie!

Der Entwurf zur Unfallversicherung sieht eine zentrale schweizerische Unfallversicherungsanstalt mit Ausschluß aller Privatversicherungen vor. Die Versicherung ist teils obligatorisch, teils freiwillig. Der obligatorischen Versicherung werden unterstellt alle Arbeiter und Angestellten, auf welche die gegenwärtigen Haftpflichtgesetze Anwendung finden, nämlich Eisenbahn und Dampfschiffahrt, die Post, ferner die dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe, insoweit der Arbeitgeber während der Betriebszeit durchschnittlich mehr als fünf Arbeiter beschäftigt, das Baugewerbe, die Fuhrhalterei, Bergwerke, Gruben, Steinbrüche usw. Die Versicherung erstreckt sich auch auf die in diesen Betrieben beschäftigten Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten. Alle Betriebe mit weniger als sechs Arbeitern sind daher nach dem Entwurf auch in der Schweiz vom Obligatorium ausgeschlossen, mag die Unfallgefahr selbst auch noch so groß sein. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft diese sozial so rückständige Bestimmung auf das schärfste bekämpft.

Die freiwillige Versicherung ist möglich für die Arbeiter und Angestellten der Landwirtschaft, des Handwerkes und des Kleingewerbes, für die in der Hausindustrie arbeitenden Personen, die Dienstboten und Tagelöhner, die Arbeitgeber von obligatorisch Versicherten sowie die Arbeitgeber der Landwirtschaft, des Handwerkes und des Kleingewerbes, insofern ihre sämtlichen Arbeiter und Angestellten versichert sind.

Versichert soll werden gegen alle Unfälle, auch die nicht im Gewerbebetrieb zugezogenen, die eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, einen bleibenden körperlichen Nachteil oder den Tod zur Folge haben. Bei Vorsatz oder Arglist kann mit Ausnahme des Sterbegeldes die Versicherungsleistung ganz, bei grober Fahrlässigkeit bis zur Hälfte entzogen werden.

Jeder Versicherte hat vom Zeitpunkt des Unfalles an Anspruch auf ärztliche Behandlung und Arznei während der Dauer der Krankheit, sowie das Recht auf Ersatz der notwendigen Reisekosten und nötigenfalls auf besondere Wartung oder Unterbringung in einer Heilanstalt. Die Arztwahl ist frei. Bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit erhält der Versicherte während der Krankheitsdauer vom dritten Tage an ein tägliches Krankengeld von 60 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Das Krankengeld wird entsprechend reduziert bei nur teilweiser Erwerbsunfähigkeit; es kann ganz oder teilweise zur Deckung der Kosten besonderer Wartung zu Hause oder der Unterbringung in einer Heilanstalt verwendet werden, jedoch höchstens bis zur Hälfte, wenn der Unterhalt von Angehörigen des Versicherten dies erfordert. Verursacht der Unfall einen dauernden körperlichen Nachteil, so erhält der Versicherte lebenslänglich eine jährliche Rente, die bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit 60 Prozent des Jahresverdienstes beträgt, bei nur teilweiser entsprechend gekürzt wird. Bezog der Versicherte am Tage des Unfalles noch nicht den normalen Lohn eines Erwachsenen derselben Berufsart, so ist für die Höhe der Renten von dem Zeitpunkt an, wo er mutmaßlich ohne den Unfall diesen normalen Lohn bezogen hätte, letzterer maßgebend. Im Falle des Todes eines Versicherten infolge Unfall bezahlt die Anstalt die Kosten der Beerdigung bis zur Höhe von 40 Franken. Außerdem erhalten die Hinterbliebenen nach dem Jahresverdienst des Verstorbenen berechnete Renten, die Witwe 30 Prozent, jedes Kind bis zum zurückgelegten sechzehnten Jahre 15 Prozent usw. Der Gesamtbetrag aller Hinterlassenenrenten darf jedoch 50 Prozent des Jahresverdienstes des Verstorbenen nicht übersteigen. Im Falle der Wiederverehelichung erhält die Witwe den dreifachen jährlichen Betrag ihrer Rente als Abfindung.

Der Bund zahlt zu den obligatorischen und freiwilligen Prämien einen Beitrag, welcher sich bei einer Tagesprämie von 1 Rappen auf 30 Prozent beläuft, bei einer um je 1 Rappen höheren Tagesprämie um je 1 Prozent abnimmt und also bei 15 Rappen 16 Prozent beträgt; übersteigt die Tagesprämie 15 Rappen, so wird dennoch ein höherer Zuschuß als 2,4 Rappen nicht gewährt. Den Rest der obligatorischen Unfallprämie trägt der Arbeitgeber. Dieser ist jedoch berechtigt, höchstens ein Viertel derselben seinen Angestellten und Arbeitern am Lohne abzuziehen.

Jede Invaliden- und Hinterlassenenrente darf jederzeit, auch ohne Zustimmung des Berechtigten, durch die Anstalt nach Maßgabe der Rentendeckungstabelle ausgekauft werden, wenn der Berechtigte seit mindestens einem Jahr im Ausland wohnt oder wenn die Rente weniger als 100 Franken jährlich beträgt. In allen übrigen Fällen ist die Ablösung nur mit Zustimmung des Berechtigten zulässig.

Sowohl bei der Kranken- wie bei der Unfallversicherung werden Ausländer, deren Heimatstaaten Gegenrecht üben, den Schweizern gleichgestellt.

Die Geschäfte der Unfallversicherung werden durch die Beteiligten selbst geführt. Es ist ein Verwaltungsrat von vierzig Mitgliedern vorgesehen, der von den Beteiligten je nach dem prozentualen Anteile ihrer Beiträge gewählt wird. Der Verwaltungsrat bestellt auch den Vorstand, der aber vom Bundesrat bestätigt werden muß. Streitigkeiten werden durch ein Versicherungsgericht entschieden.

Den Gesamtbetrag des Bundeszuschusses zu den Unfallprämien beziffert der Entwurf auf 3650000 Franken.

Sowohl von den Arbeitnehmern wie von den Arbeitgebern werden eine Anzahl der Entwurfsbestimmungen scharf angefochten. Erstere bekämpfen außer der Nichteinbeziehung der Betriebe mit weniger als sechs Arbeitern in das Obligatorium die in Aussicht genommene Rentenhöhe von 60 Prozent respektive die Hinterbliebenenrente von 50 Prozent als durchaus ungenügend. Die Arbeitgeber dagegen wollen von der staatlichen Monopolanstalt und dem Ausschlusse der Privatversicherungsgesellschaften als einer Beeinträchtigung der Gewerbefreiheit nichts wissen. Außerdem entrüsten sie sich über die Einbeziehung der nichtgewerblichen Unfälle in die Versicherung und wollen diese Bestimmung durch den ausgeworfenen Köder zu Falle bringen, daß sie für deren Streichung die Arbeitnehmerprämien mit übernehmen wollen.

Literarische Rundschau.

Dr. Stephinger, **Zur Methode der Volkswirtschaftslehre.** (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. Herausgegeben von Karl Johannes Fuchs, Eberhard Gothein, Karl Rathgen, Gerhard von Schulze-Gaevernitz.) IX. Band. 5. Ergänzungsheft. Preis im Abonnement 2,40 Mark, im Einzelkauf 3 Mark. Karlsruhe 1907, G. Braun.

Das vorliegende Buch ist ein typisches Beispiel dafür, wie Seminararbeiten gemacht werden. Es ist der Versuch eines begeisterten Schülers des Professors Heinrich Rickert, seine philosophischen Ideen gewissermaßen auf ökonomischem Gebiet anzuwenden, oder besser gesagt, die Methoden der Volkswirtschaft im Licht seiner Ideen zu beleuchten.

Für diejenigen, die Professor Rickerts Hauptwerk schon kennen, muß dies als ein ziemlich verzweifelter Versuch erscheinen. Rickerts Theorien nach ist es ganz unmöglich, die Methoden der Naturwissenschaft in der Geschichte anzuwenden, da nach ihm das Wesen der Geschichte nicht das Allgemeine, sondern das Individuelle ist. Es besteht also nicht darin, das herauszufinden, was dem Individuum gemeinsam mit allen anderen ist, sondern das hervorzuheben, was ihm ganz eigentümlich ist. Rickerts Methode ist in der Wirklichkeit nichts anderes, als ein Versuch, die Wissenschaft aus der Geschichte zu entfernen, Geschichte bloß von dem Standpunkt der Ästhetik zu betrachten, als eine Reihe Bilder großer Helden oder merkwürdiger Ereignisse, aber mit einem ausdrücklichen Verzicht darauf, das Werden dieser Männer oder Ereignisse irgendwie zu erklären. Kurz gesagt, nach meiner Auffassung ist es das Gegenteil von alledem, was die Nationalökonomie zu suchen hat. Der springende Punkt scheint in der starken Betonung des großen Unterschieds zwischen Kultur und Natur zu liegen, wobei die Notwendigkeit hervorgehoben wird, diese durch die Menschen zu beherrschen, und schließlich stillschweigend vorausgesetzt wird, daß nicht nur das ungebildete Volk sich durch die Gebildeten regieren lassen soll, sondern daß sogar die ökonomischen Gesetze sich beugen lassen im Interesse der herrschenden Klasse. Daher die Zweifel an der Gültigkeit aller nationalökonomischen Gesetze. Der starke Mann — der große Held kann die ganze ökonomische Notwendigkeit zunichte machen.

Der interessanteste Teil des Buches, das sich auf dieser Anschauung aufbaut, ist verhältnismäßig der kleinste, nämlich jener, wo er sich mit den Nationalökonomen selber beschäftigt und sie von seinem Standpunkt aus kritisiert. Als Beispiele aus der Geschichte der Volkswirtschaftslehre behandelt er Adam Smith, Ricardo, den Sozialismus, Roscher und Knies, Bernhardi, Menger. Über Adam Smith und Ricardo weiß er nichts Neues zu sagen, und das Alte sagt er ganz in der oberflächlichsten Weise der Vulgärökonomen. Wenn er aber auf den Sozialismus zu sprechen kommt, dann zeigt er seine wahre Natur. Hier wird im Anschluß an Smith und Ricardo ein Kapitel über die sozialistische Ökonomie geschrieben, und als Beispiele

Digitized by Google

dieser gelten ihm nicht das „Kapital" von Marx, sondern Bernsteins „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?" und Davids „Sozialismus und Landwirtschaft". Von Marx wird nur ein Zitat aus dem Kommunistischen Manifest gegeben, wo Marx die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung beleuchtet; und dazu bemerkt Herr Stephinger, um seine Gelehrsamkeit zu zeigen:

„Eine Kritik, die gestützt auf solche Prophezeiungen vorgeht, ist wohl sehr verschieden von jener, die Bernstein selbst an den Hauptpunkten des Marxismus übt, oder die David in seinem Buch ‚Sozialismus und Landwirtschaft' gegen Marx verwendet. Diese Kritiken Bernsteins und Davids gehen nicht von Idealbildern aus, sondern gerade dadurch, daß sie sich an der historischen Wirklichkeit orientieren, kommen sie zur Verbesserung jener Resultate, welche durch Ausgehen von Idealbildern gewonnen waren." (S. 44.)

Aber noch schöner sind folgende Betrachtungen über das Resultat der Bernsteinschen Kritik:

„Nun hat Bernstein bei seiner Kritik der Marxschen Dogmen auch die materialistische Geschichtsauffassung in eine verfeinerte Form gebracht; nach ihm braucht ökonomische Geschichtsauffassung nicht zu heißen, daß nur ökonomische Kräfte und Motive anerkannt werden, sondern nur, daß die Ökonomie die immer wieder entscheidende Kraft, den Angelpunkt der großen Bewegungen in der Geschichte bildet. Durch seine Kritik hat Bernstein überhaupt die meisten der sozialistischen Doktrinen in eine Form gebracht, gegen die sich nicht mehr viel wird einwenden lassen. Man braucht aber nicht auf dem Standpunkt Kautskys zu stehen, um bei dieser an der historischen Wirklichkeit orientierten Kritik zu der Frage zu kommen, ob diese noch ‚Sozialismus' im hergebrachten Sinne des Wortes ist; was an Wissenschaftlichkeit im Sozialismus übrig bleibt, wenn solche Kritik fortgesetzt wird, ist wohl kaum derart, daß der Sozialismus daran irgend ein besonderes Eigentumsrecht nachweisen kann. Was ist zum Beispiel an dem Buch ‚Sozialismus und Landwirtschaft' von David spezifisch sozialistisch? Daß der Verfasser sich zur sozialdemokratischen Partei bekennt und in einigen Teilen die Beziehungen der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft und ihre Aussichten in ländlichen Kreisen in Erwägung zieht, kommt wohl demgegenüber kaum in Betracht, daß die Erörterungen über die Landwirtschaft selbst, auf denen doch der Schwerpunkt der ganzen Arbeit ruht, und die von einer vorzüglichen Kenntnis der wirklichen Landwirtschaft, nicht einer marxistisch konstruierten, Zeugnis ablegen, jedem ‚Ismus' gleich fern stehen." (S. 45.)

Daß der Verfasser Marx oder irgend einen Marxisten gelesen hat, davon ist nichts zu merken und ebensowenig weiß er von der Sozialdemokratie und ihren Zielen, aber für eine Kritik, die vor der bürgerlichen Wissenschaft bestehen soll, sind derartige Kenntnisse nur störend.

Schließlich hat der Herr wohl seinen Zweck erreicht — mindestens hat er seinen Doktor gemacht — jetzt ist er ein Gelehrter geworden und darf auf das ungebildete Volk mit stolzer Miene herabsehen. J. B. Askew.

Zeitschriftenschau.

Während in Frankreich sowohl die reformistische wie die syndikalistische Richtung in der Arbeiterbewegung über eine Revue verfügen, die wenigstens den Raum für eine gründliche Behandlung der Probleme bietet, dient der prinzipiellen Auseinandersetzung nach marxistischen Prinzipien bloß ein von Jules Guesde vor kurzem gegründetes Wochenblatt, **„Le socialisme"**. Ein solches Blatt hat keinen Raum für eine ausführliche Erörterung der vielen Tagesfragen; zwar findet sich in den vielen kurzen Agitationsartikeln und Notizen oft viel mehr klare und gründliche Belehrung, als in den langen, schwerfälligen Abhandlungen größerer Revuen. Aber die Natur

Digitized by Google

des Blattes, das nicht der Diskussion umstrittener Fragen, sondern der Propaganda der schon längst feststehenden einfachen Prinzipien des Klassenkampfes gewidmet ist, bringt es mit sich, daß wir nur ausnahmsweise in dieser Zeitschriftenschau von ihm zu berichten haben.

Über die **Etatsverweigerung** schrieb W. Bracke am 15. Dezember (Le refus du budget) und noch einmal am 26. Januar (Encore le budget) aus Anlaß der Etatbewilligung durch drei Fraktionsmitglieder. Die Verweigerung des Budgets, führt er in dem ersten Aufsatz aus, ist gar nicht ein platonischer Protest gegen die bürgerliche Herrschaft, dem bloß eine symbolische Bedeutung zukommen soll. Sie ist eine sehr positive Handlung. Sie verweigert der Bourgeoisie, der herrschenden Klasse im Staate, die Mittel, die zum Regieren nötig sind. Sie besagt: Wir wollen der Bourgeoisie, soviel es in unserer Gewalt liegt, das Regieren unmöglich machen. Zustimmung zum Budget würde die Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrer Unterdrückung des Proletariats gutheißen, indem man ihr die Mittel für ihr Bestehen bewilligt. Wir dürfen also nicht sagen: Wir verweigern den Etat, weil die Regierung nicht genug für das Proletariat tut, und wenn sie mehr täte, würde sie auf uns rechnen können. Dies gilt sogar für diejenigen Teile des Budgets, welche sogenannte Kulturausgaben enthalten. Denn diese Ausgaben liegen immer direkt nur im Interesse der Bourgeoisie, und dementsprechend werden sie verwendet. Auf den Einwand: „Mit dieser Verweigerung macht ihr selbst die Verbesserungen, die ihr in dem Budget durchgesetzt habt, wieder hinfällig", antwortet der Autor: „Mitnichten; genau so machen wir es bei jedem schädlichen Gesetz, dem wir die Giftzähne möglichst auszuziehen versuchen, gegen das wir aber schließlich doch mit Nein stimmen."

In dem zweiten Leitartikel führt W. Bracke noch einmal diesen Gedanken aus. Jede Oppositionspartei innerhalb der bürgerlichen Klasse hat stets durch Budgetverweigerung der Regierungspartei das Regieren unmöglich machen wollen, und da sollte sie dem Proletariat nicht erlaubt sein, das ein prinzipieller Gegner der ganzen Bourgeoisherrschaft ist? Noch ein letztes Argument wird für die Bewilligung geltend gemacht: Nehmen wir an, eine bedeutende Reform, auf die die Sozialisten großen Wert legen, werde angenommen und nun stimmt eine reaktionäre Minderheit gegen das Budget, das die Mittel zu deren Durchführung enthält; wenn dann die Sozialisten ebenfalls das Budget verweigern, muß die reformfreundliche Regierung fallen, und eine reaktionäre tritt an deren Stelle. Dürfen wir dazu Anlaß geben? Bracke antwortet darauf: Ein solch künstlich ausgeklügelter Fall wird wohl niemals genau so vorkommen, kann also keinen Maßstab für die Prüfung eines Prinzips abgeben. Aber abgesehen davon — der Einwand vernichtet sich selbst. Denn die reaktionäre Minderheit könnte noch viel weniger ihr Budget gegen unsere Stimmen durchbringen; auch sie müßte fallen, und die Bourgeoisie wäre außerstande, zu regieren! Dieses blödsinnige Resultat zeigt das Kindische der ganzen Argumentation. In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie ein viel zu großes Interesse daran, daß ein Budget zustande kommt, und sie wird irgend eine Parteikombination dafür zu finden wissen. Uns brauchen die Verlegenheiten der Bourgeoisregierungen keine Sorge zu machen.

„La Tribune Russe" vom 31. Januar gibt in einem Aufsatz über **„Die agrarische Bewegung im Jahre 1907"** einige bemerkenswerte statistische Daten. Als in der revolutionären Bewegung im Herbste 1905 viele Großgrundbesitzer gern ihr Land los werden wollten, wurde durch Regierungsukas vom 16. November das Arbeitsfeld der Bauernbank auf das Kaufen von Grund und Boden ausgedehnt. Das Angebot von Gütern an die Bank zeigt sich geradezu als ein Gradmesser der revolutionären Bewegung auf dem Lande, es ging mit ihr auf und nieder. Noch im Frühjahr 1907 erhielt die Bank von den Grundbesitzern ein großes Angebot, da diese ein neues Auflodern der Unruhen erwarteten; im Sommer, als die Bewegung sich gelegt hatte und nach der Auflösung der zweiten Duma, wurden die Angebote zu einem großen Teile wieder zurückgezogen. Das Land wurde von

Digitized by Google

der Bank an Bauern verkauft, die in dieser Weise ihren Landbedarf befriedigten. Welch bedeutenden Umfang dieser Besitzwechsel annahm, zeigt sich darin, daß vom 16. November 1905 bis zum 14. April 1907 die Bauern 12175520 Deßjätinen (eine Deßjätine ist etwas mehr als ein Hektar) von der Bank kauften, das ist 11,9 Prozent alles in privaten Händen befindlichen Bodens. In denjenigen Gouvernements, in denen die Agrarunruhen am heftigsten waren, ist dieser Prozentsatz noch höher: in Simbirsk betrug er 36,4, in Saratow 35,4, in Pensa 30,6, in Samara 28,2, in Kasan 24,6, in Woronesch 20,5, in Tambow 18,9. Das gleicht fast einer Enteignung (gegen Entschädigung) auf großer Stufenleiter! Aus einer Statistik der zum Verkauf angebotenen Güter nach ihrer Größe ist zu ersehen, daß fast alle große Güter über 500 Deßjätinen sind. Während das Angebot bei den kleineren Gütern unterhalb 1 Prozent der ganzen Anzahl liegt, steigt es bei den Größenklassen von 500 bis 1000 zu 9,4, von 1000 bis 2000 zu 11,2, von 2000 bis 5000 zu 14,6, von 5000 bis 10000 zu 16,4, über 10000 Deßjätinen aber bloß zu 7,5 Prozent aller Güter. Es ist also hauptsächlich der Großgrundbesitz über 500 Deßjätinen (im Jahre 1905 waren es 27833 Güter), der am stärksten unter die Bauern zerstückelt wurde.

Man könnte erwarten, daß das Massenangebot die Preise der Grundstücke bedeutend heruntergedrückt hätte. Aber das Eingreifen der Bauernbank hat die Wirkung der Revolution in dieser Hinsicht aufgehoben, und die Herren haben sogar hohe Preise für ihre Güter bekommen. Die Bauernbank hat also im Interesse der Großgrundbesitzer und gegen das Interesse der Bauern vorzüglich gewirkt.

Die Regierung hat daneben ihre Lösung der Agrarfrage durchgeführt: die Massenauswanderung der Bauern nach Sibirien. Im Jahre 1905 zogen 33662, 1906 200794, 1907 sogar 551461 Familien dorthin. Aber um die Mitte des letzten Jahres stockte der Strom der Auswanderer, weil diese dort in furchtbares Elend gerieten.

In diesem Hefte beginnt Perewersef mit einer ausführlichen Geschichte der russischen Eisenbahnergewerkschaft.

Die holländische Revue „De Nieuwe Tijd" bringt im Februarheft einen Aufsatz von F. M. Wibaut über **„Die ökonomische Lage der Frauen"**, der einigen Äußerungen in dem früheren, von uns gleichfalls besprochenen Aufsatz des Arztes Heyermans entgegentritt. Dieser hatte sich vom ärztlich-hygienischen Standpunkt aus über die Lohnarbeit der Frauen als ein Übel geäußert, das man mit Rücksicht auf einen gesunden Nachwuchs möglichst eindämmen sollte. Wohl sei dieses Übel heute unvermeidlich, aber unser ganzes Streben müsse sich auf ideale Zustände richten, unter denen Frauenarbeit nicht nötig ist. Demgegenüber sagt Wibaut: Gerade die Teilnahme an dieser Arbeit wird die Befreiung bringen. Die Frauen, die ökonomisch dem Manne gleich sind, stehen auch persönlich ihm gleich und unabhängig gegenüber. Die Frauen, die in dem Haushalt ökonomisch von dem Manne abhängig sind, sind unselbständig. In der Arbeiterklasse nimmt die Frau schon eine höhere Stellung ein, weil ihre häuslichen Arbeiten für den tatsächlichen Wert des Lohnes von Wichtigkeit sind, und weil die Arbeiterin vor der Heirat ökonomisch unabhängig war und sich dem jungen Arbeiter gegenüber als Gleiche fühlte. Aber auch aus dem Arbeiterhaushalt verschwinden vielerlei Arbeiten, die zu gesellschaftlichen werden; deshalb wird die Erwerbsarbeit für Frauen immer notwendiger. Wir fordern den Zutritt der Frauen zu allen Erwerbsarbeiten — mit Ausnahme derjenigen, die entschieden aus hygienischen Rücksichten zu verbieten sind —, weil dadurch allein die gesellschaftliche Gleichwertigkeit von Mann und Weib zur Tatsache werden kann.

Frauenarbeit außerhalb des Hauses ist für uns also kein zu bekämpfendes Übel, das anders wäre wie die Männerarbeit. Auch für die Männer ist die heutige Arbeit monoton, geistlos und stumpfsinnig. Unter dem Sozialismus werden Frauen und Männer in derselben Weise an der Produktion teilnehmen. Wibaut bespricht dann noch ausführlich, in welchem Maße unter jenen Umständen die Kinderpflege die produktive Arbeit der Frauen einschränken muß.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 23 Ausgegeben am 6. März 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Sag' an, du Wolf —

✗ Berlin, 29. Februar 1908.

Fürst Bülow hat einen neuen „Sieg" erfochten, so kläglich wie alle seine „Siege", aber dadurch von ihnen unterschieden, daß er an der Spitze einer Handvoll kreuzlahmer Liberaler, Oberbürgermeister und Professoren das hartköpfige Junkertum besiegte.

Selbstverständlich braucht man sich über die Gründe, aus denen das preußische Herrenhaus der polnischen Enteignungsvorlage eine hartnäckige Opposition machte, keinen Illusionen hinzugeben. Man könnte zwar sagen, gerade als herrschende Klasse besitze das ostelbische Junkertum noch so viel gesunden Menschenverstand, um sich gegen die von Bismarck eingeleitete und von Bülow fortgesetzte Polenpolitik mit Händen und Füßen zu sträuben. Indessen sehen wir davon ab, diese delikate Frage zu untersuchen, und nehmen an, das Herrenhaus habe nur aus bornierten Privatinteressen seiner junkerlichen Mitglieder der Polenvorlage widerstrebt.

Dann erleben wir das erbauliche Schauspiel, daß Fürst Bülow und seine liberalen Mannen die reaktionäre Rotte überrennen, weil diese, gleichviel aus welchen Beweggründen, die deutsche Reichsverfassung verteidigt, mit der sich die Polenvorlage in schneidendem und schreiendem Widerspruch befindet. Die Ziffern der entscheidenden Abstimmung reden eine unwiderlegliche Sprache. Der Antrag des Oberbürgermeisters Adickes, des ewigen Ministerkandidaten, der die von der Kommission des Herrenhauses praktisch unschädlich gemachten Enteignungspläne der Regierung und des Abgeordnetenhauses im wesentlichen wiederherstellte, wurde mit 143 gegen 111 Stimmen angenommen; von den bürgerlichen Mitgliedern des Hauses stimmten 54 dafür und nur 18 dagegen, drei Viertel der bürgerlichen Stimmen also für den Verfassungsbruch und nur ein Viertel dagegen.

Im besonderen waren von den Vertretern der preußischen Städte 26 für und nur 16 gegen Adickes. Noch kläglicher stellt sich das Verhältnis bei den

Digitized by Google

Vertretern der Universitäten, von denen 9 für und nur 2 gegen den Verfassungsbruch stimmten. An der Spitze der 9 stand der Vertreter der Universität Berlin, Professor Schmoller, der den geistreichen Standpunkt vertrat, daß ein Mädchen, das nur ein kleines Kind gebäre, deshalb nicht aufhöre, Jungfer zu sein, und der sich von dem Kardinal Kopp darüber belehren lassen mußte, daß Verfassungsbruch Verfassungsbruch bleibe, selbst wenn er nur klein sei.

Übrigens so geistreich die professorale Beweisführung war, so paßte sie selbst in dieser erlauchten, wenn auch nicht erleuchteten Versammlung doch nur wie die Faust aufs Auge. Denn so weit, den Verfassungsbruch klipp und klar zu verwerfen, ging auch das Junkertum des Herrenhauses nicht; so gänzlich kann dies hohe Haus seines Ursprungs nicht vergessen, der ebenfalls ein schnöder Bruch der Verfassung war. Auch nach den Vorschlägen der Herrenhauskommission wäre es dabei geblieben, daß wenn verfassungsmäßig nur zugunsten des Gemeinwohls enteignet werden darf, künftig auch ein Mann enteignet werden könnte, bloß weil er Sculzki heißt, zugunsten eines anderen, der Schulz heißt. Aber tatsächlich hatten die Junker die Mißgeburt auf die Dimensionen eines lebensunfähigen Embryos reduziert, während Herr Schmoller sie zu einem ausgewachsenen Bengel machen wollte, so daß er sich mit seiner famosen Begründung einmal rechts und links ins Gesicht schlug.

Das ist man nun freilich an deutschen Professoren gewöhnt, und nach dem sachkundigen Urteil des Professors Treitschke ist es auch leicht zu erklären. Er tadelte schon vor einigen Jahrzehnten die Art und Weise, wie die deutschen Universitäten ihre Vertreter fürs Herrenhaus wählen, indem er schrieb: „Bald hindern persönliche Reibungen die Erwählung des tüchtigsten Kandidaten, denn Höfe, Theater und akademische Senate bleiben allezeit die Lieblingsstätten sanfter Katzbalgerei; bald will man einen beliebten Kollegen ‚halten' oder für die Ablehnung eines Rufes belohnen, oder endlich man wählt den würdigen akademischen Invaliden, den das Katheder am leichtesten entbehren kann." Wozu wir bemerken möchten, daß Herr Schmoller, seitdem er Berliner Professor ist, nie einen Ruf an eine andere Universität bekommen und also auch nicht abgelehnt hat, also niemals „gehalten" zu werden brauchte. Für ihn wären demnach nur die anderen Eventualitäten Treitschkes zu erwägen.

Fürst Bülow wird wohl am besten wissen, wieviel der Windfahnen, die ihm den Sieg verschafft haben, auf jeden der Gegner gehen, ein Dutzend oder auch einige Dutzend. Ein Menschenkenner, wie ein so gewiegter Diplomat sein muß, läßt sich kein X für ein U machen; da ihm noch die Gnade der Sonne scheint, sind sie willfährig, aber sowie diese Sonne von ihm weicht, wird es einsam um ihn werden, wie ehedem um seine Vorgänger Bismarck und Caprivi. Und näher liegt ihm noch eine andere Erwägung. Für die Windfahnen, auf deren Treue er sich nicht eine Minute verlassen darf, soll er Zugeständnisse herausschlagen — um seinen Block, die Grundlage all seiner Herrlichkeit zu erhalten —, Zugeständnisse von jenen Junkern, die, mit dem Bruder der Kaiserin an der Spitze, wenigstens in ihrer Art Männer sind? Eher kann er mit Kieseln einen Leuchtturm einwerfen. Es ist ja nicht angenehm, von ostelbischen Junkern

Digitized by Google

mit einem gewissen Respekt zu sprechen, aber die deutsche Bourgeoisie treibt's danach, daß auch dies Wunder möglich wird.

Tun wir aber auch ihr nicht zu viel! Die Polenpolitik, wie sie von Bülow getrieben wird, ist so unter aller Kanone, daß wenigstens die bürgerlichen Elemente, die sie am eigenen Leibe spüren, rebellisch werden. Der Danziger Professor hat gegen Adickes gestimmt, ebenso wie die Oberbürgermeister von Danzig und Posen. „Die Verletzung des Rechtsbewußtseins, so sehr die Empfindung heute im deutschen Volke abgestumpft ist, macht sich doch in steigendem Maße geltend", schreibt Herr Delbrück, auch ein deutscher Professor, in den „Preußischen Jahrbüchern". In der Provinz Posen wird wie unterm Belagerungszustand regiert, der vermutlich nur deshalb noch nicht erklärt worden ist, weil der zitatenreiche Reichskanzler nicht das Wort Cavours zitiert haben will, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren könne. Alle die edlen Kunstgriffe der Bureaukratie werden dabei aus der Rumpelkammer hervorgeholt. Ein loyaler Beamter, der sich in einem anonymen, von Delbrück herausgegebenen, also sicherlich patriotischen Schriftchen gegen die Enteignung ausgesprochen hat, wird herausgeschnüffelt und aus der Provinz spediert; die Unterzeichner einer Petition gegen die Enteignung werden in den regierungsfreundlichen Blättern verdächtigt und verunglimpft; daneben erscheint als „Botschaft des Volkes" eine Deputation von — lauter Regierungsräten beim Oberbürgermeister von Posen, um ihn als Mitglied des Herrenhauses für die Enteignung zu stimmen. Es ist eine herzbrechende Komödie, dieser „nationale Kampf für das Deutschtum in den gefährdeten Ostmarken".

Vor einigen Wochen ist an dieser Stelle von dem Genossen K-i in einem ausgezeichneten Artikel nachgewiesen worden, wie schwer die Interessen auch der Arbeiterklasse durch die Polenpolitik Bülows gefährdet werden. An diesem Nachweis ist nicht zu rütteln. Aber auch wenn daran zu rütteln wäre, so muß jeder, der noch einen Funken von Gefühl für nationale Ehre hat, die Polenhetze rücksichtslos verwerfen. Es kann im Gange der fortschreitenden historischen Entwicklung liegen und hat in ihrem Gange gelegen, fremde Völker zu unterdrücken, aber den gewaltsamen Vernichtungskrieg gegen die Nationalität eines fremden unterdrückten Volkes zu führen, hat immer als schimpflich gegolten, auch nach den Begriffen bürgerlicher Kultur.

Der Beweis ist einfach zu führen, namentlich gegenüber einem literarisch so beschlagenen Manne wie dem Fürsten Bülow. Siehe die Klagen der deutschen Dichter über die Französierung des Elsaß, obgleich Frankreich als Eroberer deutscher Landesteile sich noch immer abhebt wie ein Engel von einem Mohren, wenn man es mit Preußen als Eroberer polnischer Landesteile vergleicht. Hören wir zum Beispiel den alten Arndt:

Auf nach Frankreich, auf nach Frankreich!
Holt gestohlnes Gut zurück!
Unsre Festen, unsre Grenzen,
Unsern Teil an Siegeskränzen,
Ehr' und Frieden holt zurück!

Der preußische Historiker Treitschke, dem nur das Tamtam der prosaischen Rede gegeben war, griff sogar auf Ulrich v. Hutten zurück und besang die Bedrängung der deutschen Nationalität im Elsaß, die, wie gesagt, ein reines Kinderspiel war gegen die preußische Bedrängung der polnischen Nationalität:

Sag' an, du Wolf, wann bist du voll?
Denkst nit, daß etwa käm' ein Tag,
Der dir bisher verborgen lag,
Da du mußt speien aus den Fraß?

Ein Glück für den Fürsten Bülow, daß sich die Polen die deutsche Sprache nicht aufzwängen lassen! Sonst könnten sie ihm mit solchen deutschen Liedern ein liebliches Ständchen bringen.

Bemerkungen zur Nationalitätenfrage.

Von **Otto Bauer.**

1. Die Nation.

Meine Studien zur Nationalitätenfrage, die mein verehrter Lehrer Karl Kautsky im ersten Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" einer so ausführlichen Kritik unterworfen hat, sind zwei Wurzeln entsprossen: einerseits der Beschäftigung mit einigen Problemen der materialistischen Geschichtsauffassung, andererseits dem praktischen Bedürfnis nach einer umfassender begründeten Stellungnahme zu den nationalen Problemen, die das öffentliche Leben Österreichs beherrschen und in den politischen Kämpfen innerhalb der anderen Staaten wachsende Bedeutung gewinnen.

Marx und seine Schüler haben die materialistische Geschichtsauffassung nur auf wenigen Gebieten der Geschichtsforschung erproben können. Sie ward zunächst angewendet, die Geschichte der sozialen und politischen Kämpfe, die Wandlungen der Staats- und Rechtsordnung in ihrem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu begreifen. Hier ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen „Basis" und dem ideologischen „Überbau" unvermittelt; hier bedurfte es also auch nicht einer Auseinanderlegung der von Marx in wenigen knappen, aber um so inhaltsreicheren Sätzen zusammengefaßten Grundgedanken seiner historischen Methode. Zwar haben wir später auch einzelne Teilgebiete der Entwicklung von Wissenschaft und Philosophie, von Dichtung, Kunst und Religion unter dem neuen Gesichtswinkel sehen gelernt; aber solange wir uns damit begnügen konnten, diese Gebiete des menschlichen Bewußtseins nur ihrem gedanklichen Inhalt nach zu betrachten, während das formale Element in ihnen und der in ihrem Gedankeninhalt geborgene Stimmungs- und Gefühlsgehalt in der Regel vernachlässigt und nur gelegentlich beachtet werden konnte, schien uns immer noch eine systematische Selbstbesinnung über die in den Grundsätzen der materialistischen Geschichtsauffassung enthaltenen Begriffe und ihre Verknüpfung entbehrlich. Aber so wichtig und fruchtbar diese Arbeit auch war, so dürfen wir uns doch nicht mit ihr begnügen. Wir müssen alle Erscheinungen des menschlichen Bewußtseins, und zwar von allen nicht nur ihren Inhalt an Vorstellungen und Entschließungen, sondern auch ihren Inhalt an Stimmungen und Gefühlen, nicht nur ihren Inhalt überhaupt, sondern auch die eigenartigen Formen, in denen

Digitized by Google

dieser Inhalt in Erscheinung tritt, in jenen Zusammenhang stellen, den uns Marx' Methode der historischen Forschung aufzudecken gelehrt hat. Wollen wir dies, so brauchen wir nicht etwa der materialistischen Geschichtsauffassung ein neues, ihr bisher fremdes Element hinzuzufügen; sondern wir müssen nur auseinanderlegen, was in ihr zusammengefaßt, entfalten, was in ihr im Keime enthalten ist. So werden wir zunächst zu einer formalen Soziologie gelangen, das heißt zu einer exakten Unterscheidung der verschiedenen Formen der sozialen Verbände und der sozialen Institutionen. Diese soziale Formenlehre wird dann zur Methode der konkreten Erforschung der materialen historischen Bewußtseinsinhalte werden, indem wir es lernen', einerseits das Hervorgehen der verschiedenen Formen der sozialen Gruppen aus den Wandlungen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse zu begreifen, andererseits darzustellen, wie jede dieser zahllosen sozialen Gruppen das konkrete historische Individuum nach der einen Seite seiner Bestimmtheit darstellt, wie die Mannigfaltigkeit der individuellen Charaktere, die persönliche Eigenart jedes Individuums, die Eigenart seines Denkens, Fühlens und Wollens eben daraus hervorgeht, daß jedes Individuum von anderen von diesen zahllosen Gruppen eingeschlossen wird, daß in jedem Individuum sich andere von diesen Gruppen verknüpfen. So ist die soziale Formenlehre nichts anderes als die Lehre von den Mittelgliedern, die die Entwicklung der Arbeitsverfahren und Arbeitsverhältnisse mit den konkreten individuellen Bewußtseinserscheinungen verknüpfen, die ja die unmittelbaren empirischen Erscheinungen der Geschichte sind.

Eine solche formale Soziologie wird uns nun wesentlich zwei Arten sozialer Erscheinungen begrifflich unterscheiden, aber auch ihre gesetzmäßige Abhängigkeit voneinander verstehen lehren. Die Individuen können zu einer Gruppe einmal dadurch verbunden sein, daß auf jedes einzelne von ihnen dieselbe Kraft, dieselbe Daseinsweise oder dasselbe Schicksal bestimmend eingewirkt hat oder dauernd einwirkt (wobei weiter zu unterscheiden ist, ob es sich um gemeinsames oder nur um gleichartiges Erleben und Erleiden handelt). Das Band, das die Gruppe verknüpft, ist hier nicht eine Regel, die die Individuen von außen her bindet, sondern eine Kraft, die sie innerlich verknüpft: die Tatsache, daß jedes einzelnen Denken und Handeln neben anderen Kräften auch eine Kraft bestimmt, die nicht nur in ihm, sondern auch in jedem anderen Zugehörigen der Gruppe lebt. Was mir das Meine ist, ist jedem anderen Gruppengenossen das Seine. Solche Gruppen nenne ich Gemeinschaften. Andererseits aber sind die Menschen auch durch äußere Regeln verknüpft: durch Regeln des Handelns (Sitte, Recht),. durch Regeln der Vorstellungsverbindung (Wissenschaft), durch Regeln der Assoziation von Vorstellungen mit Lautverbindungen (Sprache) usw. (wobei weiter zu unterscheiden ist, ob es sich um notwendige, in der Gesetzlichkeit des menschlichen Bewußtseins überhaupt wurzelnde Regeln handelt, die freilich auch erst allmählich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung zur Entfaltung kommen, oder um willkürliche Regeln, die bloß für bestimmte Gruppen Geltung beanspruchen können). Die Unterwerfung unter dieselbe Regel bindet die Individuen nun gleichfalls zu einer Gruppe. Ich nenne solche Gruppen Gesellschaften. Die verschiedenen Formen der Gemeinschaften und Gesellschaften zu unterscheiden und ihre Abhängigkeit voneinander darzustellen, wird die Aufgabe der sozialen Formenlehre sein.

Digitized by Google

Aus solchen Studien ist nun meine Untersuchung des Wesens der Nation hervorgegangen. Aber ihr planmäßiger Fortgang wurde durch praktische Bedürfnisse des politischen Kampfes gestört. Die österreichische Sozialdemokratie sah seit Jahren ihren Kampf durch die verheerenden Machtkämpfe der Nationen erschwert, und manche Begebenheit ließ uns fürchten, daß auch die Arbeiterklasse in den nationalen Streit hineingezerrt, die Einheit und Geschlossenheit der proletarischen Armee durch die nationalen Gegensätze zerstört werden könnte. Unter solchen Umständen hielt ich es für meine Pflicht, die vorläufigen Ergebnisse meiner Studien über die Nationalitätenfrage zu veröffentlichen, obwohl ich mir der Mangelhaftigkeit und Unvollständigkeit des von mir verarbeiteten Materials sehr wohl bewußt war. Unter solchen Umständen durfte ich auch nicht mein Buch mit schweren methodologischen Untersuchungen belasten, um ihm die unmittelbare politische Wirksamkeit nicht zu erschweren. So kam es, daß ich meine Theorie der Nation ohne jene Gedankenreihen veröffentlichen mußte, die doch ihre Grundlage sind: ohne den von mir geplanten Grundriß einer sozialen Formenlehre, einer Auseinanderlegung der in der materialistischen Geschichtsauffassung im Keime enthaltenen Lehre von den sozialen Gruppen, von den Mittelgliedern zwischen den Produktivkräften und dem lebendigen Individuum.

Der Verfasser eines Buches darf gewiß nicht verlangen, daß der Leser sich um die Entstehungsgeschichte seiner Begriffe kümmere; aber in diesem Falle mußte ich doch die Geschichte meines Buches erzählen, um den Gegensatz zwischen Kautskys und meiner Auffassung des Wesens der Nation erhellen zu können.

Kautsky sieht nämlich den entscheidenden Fehler meines Buches, aus dem alle oder fast alle anderen Irrtümer zu erklären seien, darin, daß ich es ablehne, „als das Band oder vielmehr als das kräftigste der verschiedenen Bande, die die Nationen vereinigen, jenes anzuerkennen, das offen zutage liegt: die Sprache". Er zitiert ein paar Sätze aus dem ersten Abschnitt meines Buches, in denen ich ausführe, daß es verschiedene Völker gibt, die sich doch derselben Sprache bedienen, während andererseits die Juden keine gemeinsame Sprache haben und doch eine Nation seien, und fügt hinzu: „Das ist alles, was Bauer darüber sagt."

Diese Darstellung ist unrichtig. Der erste Paragraph meines Buches enthält nichts anderes als einleitende Vorbemerkungen, die auf das Problem des Wesens der Nation hinweisen, es aber noch keineswegs lösen sollen. Ich gehe dann erst daran, das Tatsachenmaterial, aus dem eine solche Lösung erarbeitet werden muß, zu sichten, und bediene mich dazu der deutschen Geschichte. Hier zeigen sich die Wandlungen der Sprache als Folgeerscheinungen, aber gleichzeitig auch als Werkzeuge der Veränderungen in der Daseinsweise der Nation: dem Übergang zum seßhaften Ackerbau, der Entwicklung des Sondereigentums an Grund und Boden, der Zersetzung der Nation in enge örtliche Kreise bäuerlich-hauswirtschaftlichen Wesens, die kein Verkehr mehr verknüpft, folgt die Differenzierung der Sprache in zahllose Mundarten, so daß heute noch der oberfränkische und der niederfränkische Bauer, obwohl sie eines Stammes Nachkommen sind, der einmal auch eine Sprache hatte, sich untereinander nur in einer beiden fremden, schulmäßig erlernten Sprache verständigen können, nämlich in der neuhochdeutschen Schriftsprache.[1] Anderer-

[1] Kautsky lehnt die Annahme, daß die deutschen Stämme von einem Volke abstammen, die deutschen Mundarten aus einer Sprache entstanden sind, ab. Ich halte diese Hypothese

seits aber lehrt uns die deutsche Geschichte auch, wie zunächst aus den Verkehrsbeziehungen der herrschenden Klassen untereinander — einst der ritterlich Lebenden, später der Gebildeten — die Tendenz zur Schaffung einer Einheitssprache hervorgeht und wie erst durch die völlige Wandlung aller sozialen Verhältnisse — unter der Herrschaft zuerst des modernen Kapitalismus, später des Sozialismus — die Einheitssprache zur Muttersprache des ganzen Volkes wird. Auf dieser empirischen Grundlage entwickle ich dann erst meine Auffassung des Verhältnisses zwischen Nation und Sprache; man darf sie also nicht im § 1, sondern muß sie im § 10 meines Buches suchen. In diesem Abschnitt habe ich ausführlich und wiederholt gezeigt, daß und warum die Nation notwendig Sprachgemeinschaft ist — darüber gibt es also zwischen Kautsky und mir keinen Streit. Aber mit der Feststellung, daß jede Nation eine gemeinsame Sprache braucht, kann ich mich nicht begnügen. Ich frage vielmehr, warum gerade dieser, warum nicht ein weiterer oder ein engerer Kreis von Menschen sich derselben Sprache bedient. Die Frage, welche Kraft die Grenze der Sprachgemeinschaft zieht, führt zu dem Begriff der Verkehrsgemeinschaft; und suchen wir nun die Grenzen der Verkehrsgemeinschaft ursächlich zu bestimmen, so gelangen wir durch den Begriff der Kulturgemeinschaft schließlich zu dem Begriff der Schicksalsgemeinschaft. So erscheint die gemeinsame Sprache freilich auch mir als ein Merkmal der Nation, aber als „ein Mittel zweiter Ordnung“: „Die gemeinsame Geschichte als die wirkende Ursache, gemeinsame Kultur und gemeinsame Abstammung die Mittel ihrer Wirksamkeit, die gemeinsame Sprache wieder Vermittlerin der gemeinsamen Kultur, gleichzeitig ihr Erzeugnis und sie erzeugend.“ Ich leugne also nicht, daß die Nation Sprachgemeinschaft ist, aber ich suche hinter der Sprache das, was sie erzeugt, ihre Wandlungen hervorbringt, die Grenzen ihrer Geltung bestimmt. Wie Marx hinter der „scheinbaren Bewegung“ der Konkurrenz die „wirkliche, aber sinnlich nicht wahrnehmbare Bewegung“, hinter den bloßen „Erscheinungsformen“ wirtschaftlichen Geschehens ihre „innere Natur“, das „wirkliche Verhältnis“ sucht, so ist mir die Sprachgemeinschaft, die, wie Kautsky sagt, „offen zutage liegt“, eine „Erscheinungsform“ komplizierterer sozialer Gebilde, die, wie Marx sagen würde, „hinter ihr liegen“, in ihr „in Erscheinung treten“, das heißt es erst möglich machen, sie zu begreifen.

Meine Analyse des Nationsbegriffs entdeckt hinter der Sprachgemeinschaft die **Kulturgemeinschaft**. Hier zeigt sich aber in der Periode des Sondereigentums eine zwiespältige Bewegung: einerseits die allmähliche Zersetzung einer einheitlichen nationalen Kultur — ob der Kultur des germanischen Stammvolkes oder etwa des fränkischen Stammes, ist gleichgültig — in zahlreiche engere, voneinander schroff geschiedene Kulturkreise, andererseits aber die allmähliche Wiedervereinigung dieser engeren Kreise in einer einheitlichen

---

weder für widerlegt noch für entbehrlich. Aber wenn Kautsky sie nicht gelten lassen will, so wird er doch gewiß nicht leugnen können, daß die einzelnen nach Mundart, Sitte, Lebensgewohnheiten und körperlichem Habitus sehr verschiedenen Glieder des deutschen Volkes in einem schon in der Tageshelle der Geschichte vor sich gehenden Differenzierungsprozeß aus den einzelnen deutschen **Stämmen** hervorgegangen sind. Welch gewaltiger Differenzierung ist zum Beispiel der fränkische oder der sächsische Stamm unterlegen! Ich denke da gar nicht an die Teile jener Stämme, die heute in fremden Nationen aufgegangen sind, sondern an die kaum minder weit fortgeschrittene Differenzierung innerhalb des Rahmens der deutschen Nation. Für meine Theorie der Nation genügt die Berücksichtigung dieser Tatsache.

nationalen Kultur. Diesen Prozeß des Wiedererstehens der kulturellen (und daher auch sprachlichen) Einheit der Nation muß man untersuchen, wenn man das Werden der modernen Nationen verstehen will. Ich habe nun den Kräften nachgespürt, die die auseinandergefallenen Teile, die Zersetzungsprodukte der alten, auf der Abstammungsgemeinschaft und dem Gentilkommunismus beruhenden Nationen wieder verknüpfen, und fand, daß ihre Wirksamkeit in der feudalen und in der kapitalistischen Gesellschaft zunächst auf die herrschenden Klassen beschränkt blieb; nur sie wurden durch die Gemeinschaft der Kultur, die sich einer gemeinsamen Sprache als ihres Werkzeugs bediente, zu einer einheitlichen, streng umgrenzten nationalen Gemeinschaft zusammengeschlossen, während die arbeitenden Volksklassen noch in örtlicher Abgeschiedenheit verharrten und von dem gemeinsamen Erleben, also auch von der gemeinsamen Sprache der Nation ausgeschlossen blieben. Aus der Analyse des Entstehungsprozesses der modernen Nation, aus der Untersuchung der Kraft, die die auseinanderstrebenden Glieder zusammenbindet, ergibt sich also die Erkenntnis, daß auf einer bestimmten Entwicklungsstufe nur die herrschenden Klassen zu nationaler Gemeinschaft verknüpft, also auch nur sie Nationsgenossen sind, während die arbeitenden Volksschichten bloß die „Hintersassen der Nation" bilden. Dagegen wendet Kautsky ein, daß so oft gerade die Bauern die treuesten Bewahrer nationaler Eigenart gewesen seien. Aber daß der Bauer seiner Nationalität nicht beraubt werden kann, rührt daher, daß er, in einen engen Kulturkreis eingeschlossen, von keiner weiteren Verkehrsgemeinschaft erfaßt werden konnte: so schützte er seine lokale Sonderart gegen die Kultur und Sprache jedes fremden Volkes, aber so blieb er doch auch zunächst von jener großen Bewegung ausgeschlossen, die die engeren örtlichen Kulturgemeinschaften zu der einheitlichen modernen Nation zusammengeschweißt hat. Daß der Bauer die Sonderart erhält, die in langwierigem Differenzierungsprozeß aus der einheitlichen Nation der Vergangenheit erwachsen ist, widerlegt die Erkenntnis nicht, daß er auf einer Jahrhunderte währenden Entwicklungsstufe ausgeschlossen blieb von dem Vereinigungsprozeß, in dem die einheitliche Nation der Gegenwart und Zukunft entsteht. Darum durfte ich ihn als den „Hintersassen der Nation" bezeichnen.

Erst die sozialen Umwälzungen unter der Herrschaft des modernen Kapitalismus lassen den Prozeß, in dem die kulturelle Einheit der Nation begründet oder vielmehr wiederbegründet wird, auch die arbeitenden Volksklassen erfassen. Diese Bewegung geht aber in zwei Formen vor sich: bei den *historischen* Nationen, die herrschende und beherrschte Klassen umfassen, bedeutet sie, daß auch die arbeitenden Volksschichten sich einen Anteil an der schon bestehenden nationalen Kultur erobern, bei den *geschichtslosen* Nationen dagegen, die nur aus beherrschten und ausgebeuteten Klassen bestehen, daß eine nicht mehr auf bloßer Überlieferung uralter Kulturelemente beruhende, sondern lebendige und fortschreitende nationale Kultur erst entsteht. Bei den beiden Arten der modernen Nationen hat also auch der Klassenkampf des Proletariats verschiedenen nationalen Gehalt, bei jeder der beiden Arten hat er eine andere Funktion im Entstehungsprozeß der modernen Nation zu erfüllen. Diese für meine Theorie der Nation sehr wesentliche Unterscheidung hat Kautsky vollständig übersehen. Ich habe den Klassenkampf des Proletariats als die evolutionistisch-nationale Politik bezeichnet, um damit zu sagen, daß die Arbeiterklasse der historischen Nationen sich im Klassenkampf erst

ihren Anteil an der lebendigen nationalen Kultur ihres Volkes erobert; und Kautsky wendet dagegen nun ein, daß dies von den Slowenen zu behaupten keinen Sinn hätte — von den Slowenen, die eben eine geschichtslose Nation sind, in deren Entwicklung der Aufstieg der unteren Volksklassen also auch eine ganz andere Funktion hat, als in der Entwicklung der historischen Nationen.

Aber Kautskys entscheidender Einwand gegen meine Würdigung des nationalen Gehaltes des Klassenkampfes ist ein anderer: er meint, das Proletariat kämpfe um den Besitz der internationalen Kultur, nicht der Kultur einer besonderen nationalen Gemeinschaft, und ein wesentlicher Fehler meines Buches bestehe eben darin, daß ich die nationalen und die internationalen Kulturelemente nicht sondere, die Kultur immer nur als nationale Kultur auffasse, ihren internationalen Charakter aber nicht genügend würdige.

Kautsky gelangt zu dieser Kritik auf folgende Weise: Er sieht die Kultur der verschiedenen Nationen als Ganzes vor sich und scheidet die Kulturelemente in zwei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Kulturelemente, die allen oder doch mehreren Nationen gemeinsam sind — die internationale Kultur, die zweite Gruppe die den einzelnen Nationen eigentümlichen Kulturelemente — die nationalen Sonderkulturen. So kann er freilich sagen, daß die internationalen Kulturelemente einen immer größeren Teil der Gesamtkultur bilden und daß die Arbeiterklasse nach ihnen ebenso verlangt wie nach der nationalen Sonderkultur.

Mein Gedankengang dagegen geht nicht von einer begrifflichen Unterscheidung der Kulturelemente je nach dem Kreise ihrer Geltung, sondern von einer historischen Darstellung der Beziehungen der verschiedenen nationalen Kulturen aus. Schon in dem historischen Teile meines Buches habe ich — in den Abschnitten über die feudale, die frühkapitalistische und die sozialistische Gesellschaft — gezeigt, wie eine Nation fremde Kulturelemente aufnimmt, die auf dem Boden einer anderen Nation zuerst erwachsen sind; in der theoretischen Zusammenfassung habe ich sodann diesen Vorgang der „materiellen Ausgleichung der Kulturinhalte" allgemein beschrieben und auch den äußersten Grenzfall der Verknüpfung mehrerer, gleich stark wirkender Kulturen in einem Individuum, den Fall des „kulturellen Mischlings", dargestellt; endlich habe ich einen besonderen Abschnitt, die §§ 12 und 13 meines Buches, dem Nachweis gewidmet, daß dieses Eindringen fremder Kulturelemente, also die Internationalisierung der Kultur, nicht bekämpft werden soll. Der Vorwurf, daß ich den internationalen Charakter der modernen Kultur nicht beachte, ist also nicht begründet. Aber ich habe mich mit der logischen Unterscheidung nationaler und internationaler Bewußtseinsinhalte nicht begnügt, sondern habe den Prozeß der Aufnahme fremder Kulturelemente psychologisch zu beschreiben versucht. Da konnte es mir nun nicht entgehen, daß die Ideologien jeder Nation nicht nur räumlich fortwirken, indem sie von anderen Nationen übernommen werden, sondern auch zeitlich fortleben, indem sie die Entwicklung der Ideologie der eigenen Nation für alle Zukunft mitbestimmen. Entstehen nun auf einer höheren Entwicklungsstufe der Gesellschaft neue Vorstellungen und neue Wertungsweisen, so treten sie zu den überlieferten Bewußtseinsinhalten der Nation in Beziehung, nicht selten in Kampf mit ihnen, und werden dadurch umgeformt; werden selbst von mehreren Nationen dieselben Kulturelemente aufgenommen, so treten sie bei jeder Nation doch zu anderen Bewußtseinsinhalten in Beziehung, so gewinnen sie doch bei jeder Nation im

Digitized by Google

Kampfe mit ihrer besonderen, durch ihre ganze Geschichte bestimmten Ideologie eine besondere nationale Färbung. Diese auf zahllose Einzelbeobachtungen gestützte Erkenntnis ist bloß eine besondere Erscheinungsform des allgemeinen Gesetzes der **Kontinuität des menschlichen Bewußtseins**, die von mir beschriebene nationale Apperzeption eine besondere Erscheinungsweise eines allgemeinen Gesetzes der Psychologie. Man darf an dieser Tatsache nicht vorübergehen, wenn man verstehen will, warum zum Beispiel die Lebensweise, die Dichtung und Kunst, die Politik, warum auch die Kulturelemente, die Kautsky als die technische Kultur zusammenfaßt, warum der Kapitalismus und der Sozialismus trotz der relativen Gleichartigkeit der heute wirkenden Kräfte bei Engländern oder Franzosen notwendig in ganz anderen Formen sich gestalten müssen als bei den Deutschen; aus den Verschiedenheiten der Sprache wird Kautsky diese Verschiedenheiten nicht erklären können. Trotz der gleichen Einwirkung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise verschiedene Ausgestaltung der Ideologien, weil die gleichartigen Kräfte des Kapitalismus in jedem Lande verschiedenes psychisches Material bearbeiten, dessen Verschiedenheit in der Eigenart der historischen Entwicklung jeder Nation begründet und aus ihr zu erklären ist — diese Erkenntnis macht erst die konkreten Erscheinungen unseres Geisteslebens erklärbar, sie befreit uns erst von der Illusion eines unerklärbaren Nationalcharakters, von der Mystik der Volksseele. Sie zeigt uns aber freilich auch, daß die internationale Kultur, die der Theoretiker auf dem Wege der Abstraktion aus den vielen nationalen Sonderkulturen herausschält, nirgends ein selbständiges Leben führen, sondern nur in den einzelnen nationalen Kulturen in Erscheinung treten kann. Die nationalen Kulturen sind die Gefäße, in denen auch die internationale Kultur, das heißt die allen oder mehreren Nationen gemeinsamen Kulturelemente, geborgen sind. Wie das Bewußtsein überhaupt nur in dem Bewußtsein vieler Individuen in Erscheinung tritt, so die internationale Kultur nur in den nationalen Sonderkulturen. Der Theoretiker kann die Kulturelemente je nach dem Kreise ihrer Geltung scheiden und auf diese Weise zur Unterscheidung nationaler und internationaler Kultur gelangen; aber durch die begriffliche Heraushebung der allen oder mehreren Nationen gemeinsamen Kulturelemente kann die Tatsache nicht aufgehoben werden, daß es nirgends eine andere als eine nationale Kultur gibt und daß die internationale Kultur nichts anderes sein kann als der Inbegriff der verschiedenen nationalen Kulturen gemeinsamen Elemente. Man kann die Verschiedenheiten der nationalen Kulturen nicht aufheben, weil man die Geschichte der Nationen nicht ungeschehen machen kann. Darum ist der Klassenkampf des Proletariats ein Kampf um den Besitz der nationalen Kultur.

Schon im Streite um den Begriff der nationalen Kultur entbehren wir schmerzlich einer Auseinanderlegung der in der materialistischen Geschichtsauffassung zusammengefaßten Gedankenreihen. Eine solche soziale Formenlehre würde zeigen, wie die resultierenden ideologischen Erscheinungen nur aus der Verbindung der durch die neuen Produktionsverhältnisse geformten Bewußtseinsinhalte mit den in den Produktionsverhältnissen vergangener Zeiten wurzelnden überlieferten Kulturelementen erklärt werden können; dies wäre die allgemeine theoretische Grundlage unserer Lehre von der nationalen Apperzeption, die selbst wieder die Grundlage unserer Theorie von der Funktion des proletarischen Klassenkampfes im Werdegang der Nationen ist.

Noch viel deutlicher empfinden wir aber den Mangel einer sozialen Formenlehre, wenn wir nun von dem Begriff der Kulturgemeinschaft zu dem nächsthöheren Begriff der *Schicksalsgemeinschaft* aufsteigen. Wenn Kautsky meine Definition der Nation dadurch zu widerlegen meint, daß er auch die Gemeinde, den Staat, die Zunft, die Partei, die Aktiengesellschaft für Schicksalsgemeinschaften erklärt, so kann er dies nur, weil er sich bloß an das *Wort* Schicksalsgemeinschaft hält, die feste Umgrenzung, die ich diesem Begriff gegeben habe, nicht beachtet. Denn die von Kautsky erwähnten sozialen Gebilde sind nach meiner Terminologie nicht Gemeinschafts-, sondern Gesellschaftserscheinungen, sie sind also auch keine Schicksalsgemeinschaften in meinem Sinne. Wohl gibt es innerhalb der Nation auch engere Schicksalsgemeinschaften; ich habe aber im § 10 meines Buches gezeigt, daß die Schwierigkeit, diese engeren Schicksalsgemeinschaften von der Nation begrifflich abzugrenzen, nur daher rührt, daß sie eben bestimmte Entwicklungsstufen zu selbständigen Nationen darstellen, solange die Tendenz zur Bildung einer einheitlichen Nation nicht auch sie, die „Hintersassen der Nation", erfaßt. Diese engeren Gemeinschaften sind „die Zersetzungsprodukte der kommunistischen Nation der Vergangenheit und das Material der sozialistischen Nation der Zukunft". Würde der nationale Einigungsprozeß sie nicht vorher erfassen, dann müßten die engeren Schicksalsgemeinschaften innerhalb der Nation zu selbständigen Nationen werden.

Wir sind von der Sprachgemeinschaft durch die Kulturgemeinschaft zur Schicksalsgemeinschaft aufgestiegen; gehen wir nun den Weg von der Schicksalsgemeinschaft über die Kulturgemeinschaft zurück, so gelangen wir einerseits zur Sprachgesellschaft, die die Kulturgemeinschaft aus sich heraus setzt, andererseits aber zur *Charaktergemeinschaft*, da die Gleichartigkeit des Schicksals die Verwandtschaft der Charaktere hervorbringt.

Kautsky will meine Definition der Nation als Charaktergemeinschaft empirisch widerlegen, indem er auf die große Verschiedenheit der individuellen Charaktere innerhalb jeder modernen Nation hinweist. Aber er kann diesen Versuch nur darum unternehmen, weil er den Begriff der Charaktergemeinschaft in seinem vorläufigen Sinne, wie ich ihn im § 1 meines Buches festgestellt habe, auffaßt, nicht in seinem entfalteten und endgültigen Sinne, den er im § 10 meines Buches erhalten hat. Denn hier bedeutet die Charaktergemeinschaft nicht mehr die empirische Ähnlichkeit der individuellen Charaktere, sondern die Tatsache, daß an ihrer Bildung eine ihnen allen gemeinsame Kraft gearbeitet, mögen die anderen mit ihr zusammenwirkenden Kräfte noch so verschieden gewesen sein. Der individuelle Charakter ist die Resultierende vieler Komponenten; *eine* von diesen Komponenten — das nationale Schicksal, die nationale Kultur — hat an der individuellen Eigenart aller Nationsgenossen mitgeschaffen; wo auch die anderen Komponenten ähnlich sind, werden ähnliche Charaktere entstehen, wo die anderen Komponenten verschieden sind, werden auch die aus ihrem Zusammenwirken mit der gleichartigen Komponente hervorgehenden individuellen Charaktere sehr verschieden sein. Aber die Gemeinschaft der *einen*, der nationalen Komponente schließt doch auch diese empirisch völlig verschiedenen Individuen zu einer Charaktergemeinschaft zusammen.

Nun könnte man freilich fragen, ob ein so unscheinbarer, von dem vulgären völlig verschiedener Begriff der nationalen Charaktergemeinschaft nicht

Digitized by Google

nutzlos ist. Die Antwort auf diese Frage kann aber erst jene soziale Formenlehre geben, deren Begriffe meiner Theorie der Nation zugrunde liegen. Sie wird zeigen, daß wir das Denken und Fühlen, das Wollen und Handeln der Individuen, das der unmittelbare Inhalt alles sozialen Geschehens und darum der Ausgangspunkt aller historischen Forschung ist, nicht anders auf die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse beziehen können, als indem wir das Individuum nach jeder Seite seiner gesetzlichen Bestimmtheit isoliert erfassen und es nach jeder dieser Seiten einer jener Charaktergemeinschaften einordnen, die aus dem Kampfe der Menschheit mit der Natur hervorgehen. Aus den verschiedenen Deckungsverhältnissen dieser verschiedenen Charaktergemeinschaften geht dann die Verschiedenheit der Individuen hervor. Darum ist die Aufsuchung dieser Charaktergemeinschaften die höchste Aufgabe der Geschichte als Wissenschaft.

Kautskys Sprachgemeinschaft ist eine Gesellschaft, meine Charaktergemeinschaft ist eine Gemeinschaft. Daß die Gesellschaften auf Gemeinschaften bezogen werden müssen, jene nur als von diesen gesetzt begriffen werden können, wird meine soziale Formenlehre beweisen. Ich hoffe, ihre Grundgedanken in nicht zu ferner Zeit der Öffentlichkeit vorlegen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt muß ich die entscheidende Auseinandersetzung mit Kautsky vertagen. Die Tatsache aber, daß Kautskys Kritik uns auf jene Begriffe und Gedankenreihen zurückführt, die die Grundlagen meiner ganzen Theorie sind und doch in meinem Buche nicht ausgeführt werden konnten, zeugt ebenso für die Gründlichkeit von Kautskys Kritik wie für die Richtigkeit meines Systems: er greift mich gerade dort an, wo ich aus äußeren und zufälligen Gründen meiner Stellung noch nicht jene Schanzen vorschieben konnte, die sie erst, wie ich hoffe, gegen jeden Angriff sichern werden.

2. Der Staat.

Der Gegensatz zwischen Kautskys und meiner Theorie der Nation bestimmt auch unseren Gegensatz in der Auffassung des Verhältnisses zwischen der Nation und dem Staate. Da Kautsky die Nation auf die Sprachgemeinschaft reduziert, leitet er auch das Nationalitätsprinzip aus den sprachlichen Schwierigkeiten des Nationalitätenstaats ab. Der Nationalitätenstaat ist wegen der Schwierigkeiten der Verständigung zwischen seinen Mitgliedern weniger leistungsfähig und kann darum nicht bestehen. Ich kenne keinen Fall, in dem ein Nationalitätenstaat wirklich an nichts anderem zugrunde gegangen wäre, als an der rein technischen Schwierigkeit der Verständigung; und gerade die heftigen Sprachenkämpfe in Österreich haben mich gelehrt, daß im Sprachenkampf viel tiefer liegende Gegensätze zum Ausdruck kommen — würde es sich nur um die technische Frage der Verständigung handeln, dann ließen sich alle sprachlichen Konflikte unschwer überwinden, dann wäre die geringere Leistungsfähigkeit des Nationalitätenstaats leicht zu beheben. Die Heftigkeit der Sprachenkämpfe und die Schwierigkeit ihrer Lösung wurzelt gerade darin, daß die Nation mehr als bloße Sprachgemeinschaft ist.

Es ist mir daher auch ganz unverständlich, wie Kautsky behaupten kann, daß ich die Kraft des Nationalitätsprinzips geringer schätze als er. Das Bild der politischen Gliederung des sozialistischen Europa, das ich im § 30 meines Buches entworfen habe, unterscheidet sich in keinem Punkte von den Vorstellungen, die Kautsky am Schlusse seines Aufsatzes entwickelt. Ich bin noch

weiter gegangen und habe ausführlich nachzuweisen versucht, welche Tendenzen selbst noch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Zertrümmerung der alten Nationalitätenstaaten denkbar machen. Ich wäre sehr erstaunt, wenn man in diesen Untersuchungen, die jedem Schwarzgelben als ein Sakrileg erscheinen müssen, auch nur eine Spur jener besonderen „Liebe" zum Nationalitätenstaat entdecken könnte, deren Kautsky mich beschuldigt.

Aber freilich ergibt eine sehr wenig liebevolle, aber desto nüchternere Untersuchung, daß der Zerfall Österreichs innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht eben sehr wahrscheinlich ist und daß er nur im Gefolge einer imperialistischen Weltumwälzung eintreten könnte, die das Proletariat aller Länder nicht wünschen und nicht in seine politische Rechnung einsetzen kann. Für die österreichische Sozialdemokratie folgt daraus die Pflicht, zunächst innerhalb des für absehbare Zeit gegebenen staatlichen Rahmens für eine Regelung der nationalen Rechtsverhältnisse zu kämpfen, die den Klasseninteressen und der Klassenideologie der Arbeiterschaft am besten entspricht. Über das Ziel dieses Kampfes weiß ich mich mit Kautsky einer Meinung. Kautsky weist nur auf die Grenzen der Leistungsfähigkeit der nationalen Autonomie hin, und er sucht unseren Glauben an die Durchsetzbarkeit unserer Forderungen zu erschüttern.

Kautsky führt zunächst aus, daß die nationale Autonomie nicht alle nationalen Probleme lösen könne. Daß das nationale Problem in der kapitalistischen Gesellschaft nicht restlos gelöst werden kann, habe ich selbst wiederholt ausgeführt. Ob aber die Grenzen der nationalen Autonomie nicht weiter liegen, als es bei flüchtiger Betrachtung scheinen könnte, wird eben jetzt im „Kampf" lebhaft erörtert. Ich kann mich hier damit begnügen, auf diese Diskussion zu verweisen.

Kautsky bekämpft ferner die Vorstellung, daß die Durchführung der nationalen Autonomie die Hindernisse beseitigen werde, die der Erkämpfung praktischer wirtschafts- und sozialpolitischer Erfolge für das Proletariat entgegenstehen. Wer das Schlußkapitel meines Buches gelesen hat, in dem rückhaltlos dargestellt wird, welche Hemmnisse solchen Erfolgen gerade auf der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung entgegenstehen, kann nicht glauben, daß ich hierüber noch einer Belehrung bedürfe. Aber Kautsky rät uns selbst nicht, dieser Einsicht wegen auf den Kampf um die nationale Autonomie zu verzichten. Und die nationale Autonomie wird die schlimmste Gefahr für das Proletariat allerdings beseitigen: die Gefährdung der Einheit des proletarischen Heeres durch die nationalen Machtkämpfe.

Endlich zweifelt Kautsky daran, ob die autonome Lokalverwaltung, die Grundlage der nationalen Autonomie, gegen den Widerstand der Bureaukratie und Bourgeoisie erkämpft werden kann. Das Wichtigste, was ich dagegen zu sagen hatte, habe ich im fünften Hefte des „Kampf" kurz zusammengefaßt. Hier unterschätzt Kautsky die Schwierigkeiten des Nationalitätenstaates: eine schwere zehnjährige Staatskrise hat die Machthaber darüber belehrt, daß sie die innere Verwaltung zwar nicht völlig aus der Hand geben, wohl aber mit dem in autonomen Körperschaften organisierten Volke werden teilen müssen, um dem Staate nur das nackte Leben zu sichern. Solange unsere Verwaltung nicht auf völlig neue Grundlagen gestellt ist, ist der Staat keinen Tag seines Lebens sicher; jede bureaukratische Verwaltungsreform scheitert an den nationalen Gegensätzen; die staatliche Notwendigkeit des Neubaus der Verwaltung muß sich mit dem demokratischen Gedanken der autonomen Lokalverwaltung

vermählen, um das Hemmnis der nationalen Gegensätze zu überwinden. Daß der Jahrzehnte alte Streit um die Autonomie Deutschböhmens nur in dieser Weise beendigt werden kann, haben bereits sehr einflußreiche bureaukratische Kreise erkannt — nicht weil unsere Bureaukratie besonders „gottbegnadet“ ist, sondern weil die Not des Staates auch ihr Dialektik einpaukt. Die Kraft des Nationalitätsprinzips ist so groß, daß eherne Notwendigkeit auch den Nationalitätenstaat dahin treibt, sich ihm zu nähern; die nationale Autonomie ist aber nichts anderes als das innerstaatliche Nationalitätsprinzip.

Aber wie immer man über diese Fragen der Zukunft denken mag, mir ist es wichtig genug, mich in unseren Forderungen, in dem praktischen Ergebnis meines Buches für die Gegenwart, mit Kautsky eins zu wissen. Und doch haben unsere Meinungsverschiedenheiten in einem taktischen Problem vielleicht ihren tiefsten Grund. Wir kämpfen beide für eine einheitliche und geschlossene Taktik des Proletariats aller Nationen. Kautsky glaubt dieses Ziel am ehesten fördern zu können, wenn er den internationalen Charakter der modernen Kultur hervorhebt, die Nation auf die bloße Sprachgemeinschaft reduziert und die sprachliche Verschiedenheit als ein Hemmnis der Verständigung und des einmütigen Handelns der Klassen und Völker beklagt. Ich aber glaube, daß wir den bürgerlichen Nationalismus, dessen Macht auch einzelne Genossen in unserem Lager betört, nur dann schlagen können, wenn wir den nationalen Gehalt des internationalen Klassenkampfes, die Bedeutung des internationalen proletarischen Kampfes für die Entwicklung und Verbreiterung unserer nationalen Kulturgemeinschaft aufdecken und jedermann zeigen, daß auf dem Schlachtfeld, wo die Klassen ihre Kräfte messen, auch über das Wohl und Wehe, über die äußere Größe und den inneren Reichtum der Nationen entschieden wird. So schlagen wir den Nationalismus auf seinem eigensten Boden. Nicht dem Gegner auszuweichen, sondern den Krieg in sein eigenes Land zu tragen, lehrt die Kriegskunst. Auch im Kampfe gegen den Nationalismus mag uns Hegel, der Meister unseres Meisters, belehren, der einer seiner großen Widerlegungen die Worte vorausgeschickt: „Die wahrhafte Widerlegung muß in die Kraft des Gegners eingehen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen; ihn dort bekämpfen, wo er nicht ist, fördert die Sache nicht.“[1]

[1] Bauer entwickelt in seiner Entgegnung einen ganz neuen Gedanken, die Idee einer „formalen Soziologie“, die eine Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft aufstellt, ohne die seine Theorie der Nationalität unverständlich bleibt. In der Aufsuchung der „Charaktergemeinschaften“ sieht er „die höchste Aufgabe der Geschichte als Wissenschaft“. Seine Andeutungen darüber reichen leider nicht aus, diese „soziale Formenlehre“ einer Prüfung zu unterziehen. Es scheint mir daher zweckmäßig, die weitere Auseinandersetzung über den Bauerschen Begriff der Nationalität bis zu dem Erscheinen seiner „Formenlehre“ auszusetzen.

Das vermog ich um so eher, da ja in der praktischen Nationalitätenpolitik zwischen uns nur unbedeutende Differenzen bestehen. Nur muß ich wiederholen, daß ich noch immer nicht erwarte, die österreichische Bureaukratie werde dem „demokratischen Gedanken der autonomen Lokalverwaltung“ zuliebe abdanken, „weil die Not des Staates auch ihr Dialektik einpaukt“.

Für keine Klosse ist der Staat Selbstzweck, für jede nur Mittel zum Zweck. Keine verzichtet freiwillig auf ihre Machtmittel im Staate um der Erhaltung des Staates willen. Das zeigt uns heute deutlich die Bureaukratie Rußlands, die den Staat lieber zugrunde gehen läßt, als daß sie eines ihrer Machtmittel aufgibt.

Keine Klasse tritt für den Staot ein, jede nur für eine bestimmte Form des Staates. Der Staat, für dessen Erhaltung die Bureaukratie kämpft, dessen Not ihr Dialektik einpaukt,

Der Kampf um das Wahlrecht.[1]

Von **Eugen Prager** (Köln).

Das erste Ziel im Kampfe um das gleiche Wahlrecht in Preußen und in den anderen deutschen Bundesstaaten, in denen die Massen der Bevölkerung politisch fast rechtlos sind, mußte sein, diese Massen erst einmal in Bewegung zu setzen. Rechtlosigkeit erzeugt Indifferentismus; das zeigte sich auch in der Wahlrechtsbewegung. Es braucht hier nicht bewiesen zu werden, daß die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes keine spezifisch sozialdemokratische ist. Die freisinnigen und demokratischen Parteien hegen mindestens platonische Liebe für sie. Das gleiche Wahlrecht kann aber sogar von Feinden der Demokratie aus politischen Nützlichkeitsgründen verteidigt werden, wie das napoleonische Plebiszit und das bismarckische Wortgewitter gegen das elendeste aller Wahlsysteme beweist. Auch für uns ist es keine Springwurzel, die uns so im Handumdrehen die Tore zur politischen Macht öffnen soll. So nützlich die parlamentarische Betätigung für das Proletariat ist, so wenig wir den Parlamentarismus missen möchten, so ist wohl schwerlich daran zu glauben, daß die Endkämpfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf dem Parkett der Parlamente zum Austrag kommen werden.

Unter unseren eigenen Parteigenossen gab es bis vor ganz kurzer Zeit noch viele, denen das preußische Abgeordnetenhaus herzlich gleichgültig war. In der Partei hat es langer Kämpfe bedurft, ehe die Beteiligung an der Wahl unter dem Dreiklassensystem für nützlich erachtet wurde. Noch nach der Wahl von 1903 ließ sich manche Stimme hören, die die Ausgaben für die Wahlagitation für eine Verschleuderung der Parteigelder erklärten. So schrieb damals Genosse Marckwald in einem Artikel, dem er in bezeichnender Weise die Überschrift „Das Fiasko der preußischen Landtagswahlbeteiligung" gibt, nachdem er sich vorher über das Stimmenverhältnis geäußert hatte:

„Hier bleibt nur noch zu prüfen, ob sich die Wahlbeteiligung nicht wegen ihres agitatorischen Erfolges gelohnt hat. Agitieren sollen wir immer, ob Wahlen vor der Tür stehen oder nicht. Nur um unsere Agitation zu beleben, was zweifellos durch die Wahlbeteiligung geschehen ist, rechtfertigen sich die Opfer des Wahlkampfes nicht, weil sie in keinem Verhältnis zu dem errungenen Erfolg stehen. Die Wahlbewegung hat ungeheure Kosten verursacht; unsere Partei hätte ihr Geld besser verwenden können. Und wenn eingewendet wird, daß dieses Geld ohne die Wahlbeteiligung nicht eingegangen wäre, so ist darauf zu erwidern,

ist der bureaukratische Staat, nicht der demokratische. Sie bietet alles auf, den bureaukratischen Staat zu erhalten, das heißt den demokratischen Staat abzuwehren.

Soweit von einer taktischen Meinungsverschiedenheit zwischen Otto Bauer und mir gesprochen werden kann, liegt sie hier. Ich denke, unsere Genossen in Österreich werden gut tun, den Hegelschen Grundsatz vor allem gegenüber ihrer Bureaukratie zu beherzigen.

K. Kautsky.

[1] Wir würden es freudig begrüßen, wenn dieser Artikel Veranlassung zu einer Diskutierung der Kampfmittel gäbe, die uns im Wahlrechtskampf in Preußen augenblicklich zu Gebote stehen. Einig sind wir wohl alle in der Überzeugung, daß die Offensive, die wir in diesem Kampfe ergriffen haben, energisch fortgesetzt und alles aufgeboten werden muß, zu verhindern, daß er im Sande verläuft. Das wäre schlimmer, würde unser Ansehen bei den Massen mehr schädigen, als eine Niederlage in offenem Kampf.

Aber um so notwendiger ist die Erörterung der zweckmäßigsten Mittel, den Gegner zu schädigen und die Massen aufzurütteln. Die Redaktion.

Digitized by Google

daß wir an die Opferwilligkeit auch der ärmsten unserer Genossen appellieren müssen, wenn für die Befreiung des Proletariats etwas dabei herausspringt, daß es aber unangebracht erscheint, Opfer an Zeit und Geld um eines Scheinnutzens willen zu heischen" („Neue Zeit", XXII, 1, S. 265).

Auch Genosse Kautsky hat sich damals in einem Artikel, der gedruckt wurde, ehe das vollständige Wahlergebnis bekannt war, in recht kühl gehaltenen Worten darüber geäußert. Genosse Paul Hirsch urteilte bald darauf aber ganz anders:

„Den hauptsächlichsten Erfolg unserer Wahlbeteiligung aber erblicke ich in der dadurch hervorgerufenen Erbitterung gegen das Dreiklassenwahlsystem. Dies widersinnige Gesetz hat sich als unhaltbar erwiesen. Mit einer Änderung des Reglements... ist hier nichts zu machen, das Gesetz selbst muß geändert werden, und es wird geändert werden. Verschlechtert werden kann es unmöglich, es sei denn, daß man die Bezirksdrittelung beseitigt. Doch ist hierfür keine Aussicht vorhanden, da sich nur die Freisinnigen und die Nationalliberalen dafür erwärmen, während das auf seine Idee stolze Zentrum und die Konservativen nicht dafür zu haben sind. Es kann sich also nur um eine Verbesserung handeln. Aber schon das bloße Anschneiden einer Wahlrechtsfrage — etwa die Frage der ungesetzlichen Verlegung eines Wahlortes — ist für uns günstig, bietet uns geeigneten Stoff für eine neue Agitation unter den Massen.

„Und diese Agitation gegen das Dreiklassenwahlsystem darf nicht nachlassen. Die Forderung der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes darf nicht mehr von der Bildfläche verschwinden" („Neue Zeit", XXII, 1, S. 297).

Diese Erwartungen haben sich erfüllt. Wir stehen inmitten einer prächtigen Bewegung um ein gerechtes Wahlsystem, und das erfreulichste ist, daß sie nicht nur die lässigen Parteigenossen aufgerüttelt hat, sondern der Mittelpunkt der inneren deutschen Politik geworden ist. Ich möchte aber bestreiten, daß diese Bewegung eine Folgeerscheinung unserer Wahlbeteiligung von 1903 ist. In der Zeit nach den Wahlen jenes Jahres war von einem sehr viel regeren Interesse an der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems nichts zu spüren. Als erste größere Demonstration kann der „rote Sonntag" im Januar 1906 angesehen werden. Seitdem war es wieder ruhig, erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit hat die Wahlrechtsbewegung große Volkskreise weit über unsere Partei hinaus erfaßt. Die Versammlungen im November 1906 waren fast in allen Landesteilen ungewöhnlich stark besucht, die Parteipresse förderte die Bewegung unaufhörlich durch aufklärende Artikel, auch die bürgerlichen Zeitungen mußten sich, öfter als ihnen lieb war, dazu äußern, den Parteiorganisationen strömten trotz der ungünstigeren Wirtschaftslage viele neue Mitglieder zu, die Abonnentenzahl unserer Parteiorgane stieg unaufhörlich. Den vorläufigen Schluß bildeten die Januarversammlungen und, als politische Neuheit für das preußische Deutschland, die Straßendemonstrationen.

Daß die Wahlrechtsbewegung, trotzdem wir erst in ihrem Anfang stehen, einen so großen Umfang annehmen konnte, das verdanken wir nicht unserer Beteiligung an der letzten Wahl zum preußischen Landtag, auch nicht einer von außen künstlich in die Massen hineingetragenen Agitation; die Ursachen sind anderswo zu suchen.

Seit dem Kampfe um die Wucherzölle hat die Sozialdemokratie in Abwehrstellung gestanden. Die Reichstagswahl von 1903 sah uns noch in der Offensive, 1907 waren wir in die Defensive gedrängt. Unsere Gegner hatten in der Zwischenzeit von uns gelernt; sie sind nach dem taktischen Grundsatz, daß die beste Deckung der Hieb ist, zum Angriff gegen uns vorgegangen. Vielleicht

Digitized by Google

haben wir hierin eine psychologisch erfaßbare Ursache unseres relativen Mißerfolges bei den Wahlen des vorigen Jahres zu erblicken. Aber durch unseren Kampf gegen das Dreiklassenwahlsystem in Preußen wie auch gegen die politische Rechtlosigkeit in anderen deutschen Bundesstaaten sind wir aufs neue zum Angriff vorgegangen. Wir stehen in der Offensive, der besten Stellung für ein kämpfendes Heer ebenso wie für eine vorwärtsstrebende Partei!

Was haben wir bisher erreicht? Unsere eigenen Parteigenossen sind aufgerüttelt worden, außerhalb der Partei haben wir die Massen zu interessieren vermocht. Wohl alle nichtsozialdemokratischen Arbeiterblätter haben Artikel über die Wahlrechtsbewegung gebracht; von den Hirsch-Dunckerschen bis zu den christlichen Arbeitern Stöckerscher Färbung gibt sich eine erfreuliche Anteilnahme kund. In dieser Richtung wird der Kampf fortgeführt werden müssen. Gewiß sollen wir unablässig neue Anhänger für unsere Partei gewinnen; darum kann es sich aber in der Wahlrechtsbewegung, wenn wir für sie die noch teilnahmlos beiseite stehenden Wähler der dritten Klasse gewinnen wollen, nicht handeln. Ich stimme hierin, in anderer Beziehung nicht, dem Genossen **Heine** bei, der unlängst schrieb:

„Die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechtes, der Schwindel der öffentlichen Wahl treffen ohne Unterschied der Parteistellung den größten Teil des ganzen preußischen Volkes, alle, die nicht in den ersten Klassen wählen, alle, die sich in nicht völlig unabhängiger Stellung befinden. Es ist gröblichste Täuschung, wenn behauptet wird, die preußische Wahlverfassung stütze den Mittelstand. Der größte Teil des sogenannten **Mittelstandes**, Handwerker, mittlere Kaufleute, Beamte, Studierte aller Art, wählt in der dritten Klasse mit den Proletariern. Das Wahlrecht ist lediglich plutokratisch und macht auf dem Lande die Großgrundbesitzer, in den Städten die Kapitalisten zu Herren über die Geschicke Preußens. Demgemäß ist dann auch die preußische Politik ausgefallen, lediglich im Interesse von Junkern und Großindustriellen und für die Allmacht der Bureaukratie" („Sozialistische Monatshefte", Jahrgang 1908, S. 78).

Aber es kann nicht genügen, daß wir die uns noch fernstehenden Angehörigen der werktätigen Bevölkerung für die Wahlrechtsbewegung gewinnen. Wir müssen den besitzenden und herrschenden Klassen zeigen, daß das organisierte Proletariat **auch jetzt schon** in der Lage ist, stärkere Mittel als bisher anzuwenden. Und hier bin ich anderer Meinung als Genosse Heine, der in dem oben erwähnten Artikel behauptet: „Freilich wäre es sehr töricht, wenn sich die Sozialdemokratie darüber täuschen wollte, daß **ihre materiellen Machtmittel** sehr gering sind...." Man braucht nicht an „eine kurze revolutionäre Aktion" als Mittel im Wahlrechtskampf zu glauben, wie sie uns Heine als Schreckgespenst an die Wand malt, aber über „materielle Machtmittel" verfügen wir trotzdem schon!

Unsere Versammlungen, unsere Resolutionen, die Petition an den Landtag und unsere telegraphischen Rippenstöße an die Herren „Volksvertreter" haben die herrschenden Klassen äußerlich kalt gelassen. Erst unsere **Straßendemonstrationen** haben in den höheren Regionen einen kleinen Sturm verursacht. Und vielleicht gerade deshalb, weil sie nicht „von oben herab", von „Hetzern und Aufrührern" gemacht wurden, sondern weil aus der rechtlosen Masse selbst der Anstoß dazu kam. Aber wir müssen noch mehr tun, wir müssen die kapitalistische Bourgeoisie und die Regierung dort packen, wo sie am verwundbarsten sind: bei ihren **materiellen Interessen**! Das Wort

Digitized by Google

des liberalen Ministers Hansemann hat heute noch mehr als vor sechzig Jahren Geltung: In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf! Nun gut, rütteln wir die Bourgeoisie aus ihrer Gemütlichkeit auf, zeigen wir, daß das werktätige Volk imstande ist, einen recht fühlbaren Angriff auf ihren Geldbeutel zu unternehmen! Das Proletariat hat gewaltige Waffen in der Hand, wenn es seine wirtschaftliche Macht als Hauptträger der Produktion und Konsumtion in den Dienst der Wahlrechtsbewegung stellt.

Von den wirtschaftlichen Machtmitteln, die im politischen Kampfe gebraucht werden können, käme als äußerstes der politische Massenstreik in Betracht. Ich will seine Durchführbarkeit in der gegenwärtigen Situation unerörtert lassen. Schon allein der Kostenpunkt, die nahe Berührung mit den gewerkschaftlichen Interessen erfordert eine eingehendere Darlegung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Der Massenstreik als ultima ratio wurde zuerst von unseren österreichischen Genossen in ihrem Wahlrechtskampf in Erwägung gezogen; und schon die Erörterung dieser Frage hat gewirkt! Der politische Massenstreik wird auch in Deutschland kommen, ohne daß er von den „Führern" dekretiert zu werden braucht. Wie die Volksmassen am 12. Januar 1908 in den preußischen Städten auf die Straßen geflutet sind, so werden sie auch im gegebenen Moment die Arbeit in großem Umfang aus politischem Interesse einstellen. Es muß darauf ankommen, den besitzenden Klassen, unseren Gegnern im Wahlrechtskampf, die Zahlung der Zeche aufzunötigen. Sie üben ihre Herrschaftsprivilegien nicht auf Grund irgendwelcher moralischer oder ethischer Rechtstitel aus. Wir müssen deshalb alles daran setzen, sie die Kosten des Kampfes zum größten Teile tragen zu lassen. Beim politischen Massenstreik würde aber in der nächsten Zeit das Proletariat wahrscheinlich noch die größeren Opfer zu bringen haben, deshalb muß es nach Mitteln Umschau halten, bei deren Gebrauch die umgekehrte Wirkung eintritt.

Wir haben noch ein anderes wirtschaftliches Machtmittel, das in Deutschland bisher wenig erörtert, praktisch erst einmal erstrebt wurde, in anderen Ländern aber schon mit gutem Erfolg angewendet worden ist: die passive Resistenz. Sie besteht darin, daß von den Arbeitern in größeren Betrieben die Arbeits- oder Betriebsordnungen wortgetreu befolgt werden. Sie sind fast immer am grünen Tisch der Bureaukratie angefertigt, in der Praxis hat es sich ergeben, daß kein Betrieb ordnungsgemäß geführt werden kann, wenn alle Paragraphen von den Arbeitern gewissenhaft befolgt werden. In Nr. 18 der „Neuen Zeit" des laufenden Jahrganges hat Genosse Plottke von der Wirkung des passiven Widerstandes auf den Leipziger Buchhandel berichtet. Außerordentlich wirkte dieses Kampfmittel bei den Bewegungen der österreichischen und italienischen Arbeiter in den Post- und Verkehrsgewerben. Hier hat es den vollen Erfolg der Kämpfenden herbeigeführt, selbst in Leipzig ist es geglückt, trotz des gering entwickelten Solidaritätsgefühls der Gehilfen dem Buchhandel empfindlichen Schaden zuzufügen, und hierdurch die Aufmerksamkeit der Unternehmer für die Forderungen der Angestellten zu erzwingen. Daß ein Erfolg nicht erzielt wurde, hat andere Gründe.

In Deutschland werden wir die Arbeiter und die Unterbeamten in den staatlichen Betrieben der Post, der Eisenbahn und der Telegraphie in der nächsten Zeit wohl nicht für die passive Resistenz gewinnen, trotzdem gerade sie sehr schwer unter der politischen Rechtlosigkeit zu leiden haben. Wohl aber wird dies in sehr vielen industriellen und Handelsbetrieben des Privatkapitals

Digitized by Google

möglich sein. Die „Metallarbeiterzeitung" erörterte vor einiger Zeit die Frage der Anwendung der passiven Resistenz auf die Betriebe in der Walzwerksindustrie. Es war nun interessant, zu beobachten, wie diese rein theoretische Abhandlung auf die Scharfmacher wirkte. Der „Arbeitgeberzeitung" imponieren sonst nicht gerade die üblichen gewerkschaftlichen Kampfesmittel. Aber über die Besprechung der passiven Resistenz geriet dies Scharfmacherblatt fast aus dem Häuschen. Die „Metallarbeiterzeitung" hatte nachgewiesen, daß es nicht möglich sei, den Betrieb in den Walzwerken aufrechtzuerhalten, wenn alle Bestimmungen der Arbeitsordnungen genau beachtet würden. Die „Arbeitgeberzeitung" fordert nun ganz entsetzt, die Unternehmer sollten sofort eine Revision der Vorschriften vornehmen. Das Blatt schreibt:

„Man wird ferner alle Arbeitsordnungen darauf zu prüfen haben, inwieweit sie von den auf Schädigung und Bekämpfung der Unternehmer ausgehenden Hetzdemagogen ausgebeutet werden können. Diese Mittel aber bleiben natürlich erfolglos, wenn sie nicht durch den einmütigen Zusammenhalt aller Arbeitgeber und durch eine sehr energische und zeitige Abwehrpolitik unterstützt werden. Wie vorsichtig man auch alle Bestimmungen abfaßt, die Bosheit und Hinterlist werden es immer verstehen, aus der Wohltat eine Plage zu machen; daher ist die einzige Radikalkur, durch die man den in Frage kommenden Anzettelungen begegnen kann, ein rücksichtsloser Kampf gegen die feigen Drahtzieher, die dem offenen Kampfe aus dem Wege gehen möchten, dafür aber in den Betrieben und Werkstätten der passiven Resistenz das Wort reden. Diese Kampfmethode, die nicht so einfach ist wie der offene Streik, bedingt persönliche Unterweisung und Direktive. Es werden besonders ‚überzeugungstreue' und intelligente Genossen über die einzelnen Werkplätze verteilt werden, denen die Abrichtung ihrer weniger fähigen Arbeitskollegen obliegt. Von solchen ‚Vertrauensmännern' gefährlichster Sorte wird man die Betriebe rein zu halten haben. Und diese Vorbeugungsmittel liegen nicht weniger im Interesse der Arbeiterschaft selbst wie der Arbeitgeber, denn wenn die Arbeiter so gedankenlos sein sollten, sich immer weiter in eine Politik hineintreiben zu lassen, die der Prosperität des Unternehmertums nachhaltigen Abbruch tut, wer wird letzten Endes die schlimmsten Nachteile davon haben? Aber noch stehen wir auch dieser Gefahr, der Übertragung des Kampfmittels der passiven Resistenz auf die Industrie, mit kühlem Blute gegenüber. Ein in sich geeintes, zu kräftiger Abwehr entschlossenes Arbeitgebertum wird auch diesen Angriff, so bösartig und abgefeimt er sein mag, zu parieren wissen!"

Wir wollen es gern glauben, daß das Unternehmertum alles daran setzen wird, um dieses Mittel der passiven Resistenz unwirksam zu machen. Sehr zu bezweifeln ist aber, daß es ihm gelingen wird, alle Arbeitsordnungen so zu ändern, daß der passive Widerstand zur Unmöglichkeit wird. Erst müßten dann alle Arbeiterschutzgesetze und die Gewerbeordnung außer Kraft gesetzt werden — und damit hat es doch noch gute Wege. Die Drohung mit der Brotlosmachung der „Vertrauensleute" kann uns ganz kalt lassen, weil dieser Terrorismus schon so lange geübt wird, als es überhaupt eine Arbeiterbewegung gibt. Die Unternehmer sollen ja aber gar nicht als solche, sondern in ihrer Eigenschaft als Angehörige der besitzenden Klassen getroffen werden. Wenn sie sich vor wirtschaftlichem Schaden bewahren wollen, dann mögen sie in ihren Parteien dafür sorgen, daß die politische Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung beseitigt wird!

Gegen die passive Resistenz könnte von unserer Seite vielleicht die Einrede erhoben werden, daß ihre Anwendung zu einer Demoralisierung der ganzen Bewegung führen könnte. Der Kampf gegen die Person trübe den Blick für

Digitized by Google

die Sache. Sie widerspreche auch unserer sonstigen Auffassung von der Erziehung unserer Anhänger zum Gebrauch edlerer Kampfesformen. Das könnte zutreffen, wenn es sich um die Erringung kleiner materieller Vorteile für den Augenblick handeln würde. Aber die Anwendung der passiven Resistenz als politisches Kampfmittel erfordert ein so hohes Maß von Selbsterziehung des einzelnen, daß eine Demoralisation des Ganzen nicht zu befürchten wäre. Wohl sind wir gezwungen, die Personen anzugreifen; aber diese sind die Träger des politischen Unterdrückungssystems, und dieses soll eben geschädigt werden.

Doch noch ganz andere wirtschaftliche Kampfesmittel stehen uns als Konsumenten zu Gebote. Starken Widerstand gegen eine Demokratisierung des Wahlrechtes finden wir bei Leuten, die sich dem Mittelstand zurechnen. Nur ein kleiner Teil der Kaufleute, der kleineren Unternehmer, der wirklich noch selbständigen Handwerker erklärt sich offen und frei für die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes. Ein anderer Teil steht dieser Frage teilnahmlos gegenüber, der allergrößte Teil aber unterstützt die offenen oder die versteckten Feinde unserer Bewegung. Die freisinnigen Parteien, das Zentrum, die Konservativen, die Antisemiten werden durch diese Leute beeinflußt. Und doch hätte das Proletariat es in der Hand, ihnen zu beweisen, daß sie gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie nicht mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen. Die Unterstützung der Konsumgenossenschaften, energisch von unseren Parteigenossen betätigt, würde ihnen diese Erkenntnis schon einhämmern!

Um ein naheliegendes Beispiel zu nennen: die Berliner Arbeiterschaft, die auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet schon glänzende Beweise ihrer Kraft erbrachte, hat auf genossenschaftlichem Gebiet fast vollkommen versagt. Die Tausende Bäcker und Metzger, die Händler mit allen möglichen Gebrauchs- und Genußmitteln, sie leben fast alle von der Arbeiterschaft, aber im politischen Kampfe schlagen sie sich zu unseren Feinden, treten sie die heiligsten Rechte der Arbeitersache mit Füßen. Wenn die Berliner Arbeiterschaft gerade jetzt, mit dem ausgesprochenen Willen, die Wahlrechtsbewegung dadurch zu unterstützen, die Konsumgenossenschaften vieltausendfach fördern wollte, es würde nicht nur bei den Betroffenen, sondern weit darüber hinaus in den herrschenden Kreisen mächtig wirken!

Und was in Berlin möglich ist, das ist auch in vielen anderen Orten Deutschlands durchführbar. Je umfassender und energischer die Bewegung einsetzt, desto nachhaltiger muß ihr politischer Eindruck werden.

Die Freunde der Wahlrechtsbewegung können aber auch noch dem Staate und dem Reiche direkt großen Schaden zufügen. Im Etat des Deutschen Reiches für das kommende Rechnungsjahr sind allein an Branntweinsteuer 116 Millionen, an Brausteuer 55 Millionen in den Einnahmen eingesetzt. Der Hauptverbraucher von Bier und Branntwein ist der Arbeiter. Er hat es in der Hand, durch Enthaltsamkeit von diesen Getränken einen außerordentlich fühlbaren Steuerausfall zu verursachen. Das würde auch die Industrie dieser Artikel schädigen, aber um so stärker wird der Effekt sein, um so eher zwingen wir die herrschenden Klassen dazu, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen. In ihrem Buche über Generalstreik und Sozialdemokratie streift die Genossin Roland-Holst die Möglichkeit der Anwendung der Steuerverweigerung durch das Proletariat. Nur in seiner Eigenschaft als Konsument wäre es ihm möglich, dem

Staate Steuern dadurch zu verweigern, daß es den eigenen Konsum herabsetzte. Den Konsum der wichtigsten Lebensmittel (Getreide, Fleisch, Kartoffeln), ferner von Baumwolle, Hausgeräte, Steinöl usw. auf längere Zeit bedeutend herabzumindern, wäre für das Proletariat wie für jede Klasse unmöglich.

„Freiwillige Einschränkung des Konsums an Genußmitteln ist dagegen wohl möglich und schon von Völkern versucht worden, die durch Besteuerung ausgebeutet wurden, wie von den Nordamerikanern vor dem Unabhängigkeitskrieg gegen England. Das Resultat einer derartigen Aktion des Proletariats könnte aber nur ein moralisches sein, jedenfalls könnte sie höchstens erst nach langer Dauer eine gewisse wirtschaftliche Schädigung einiger Gruppen aus den besitzenden Klassen hervorrufen. Sie könnte somit nur wirken als eine verstärkte Form der Manifestation." (Roland-Holst, „Generalstreik und Sozialdemokratie", Dresden 1905, S. 145).

Bei der engen Verbindung des Deutschen Reiches mit seinen Einzelstaaten muß jede Schädigung des einen Teiles den anderen in Mitleidenschaft ziehen. Bei unseren gespannten finanziellen Verhältnissen muß schon der Ausfall einer verhältnismäßig kleinen Einnahme verwirrend auf die gesamte Finanzwirtschaft wirken. Beim Branntwein kommt noch in Betracht, daß man durch Einschränkung seines Konsums die junkerlichen Schnapsbrenner treffen kann.

Von den erwähnten wirtschaftlichen Kampfesmitteln wird sich das eine oder das andere in der nächsten Zeit nicht anwenden lassen. Sie werden vielleicht nur bei gleichzeitigem Gebrauch Eindruck auf die herrschenden Klassen machen. Sollen wir sie deshalb unerörtert lassen? Das Hauptziel unserer Agitation muß sein, die Lässigen aufzurütteln, die Unwissenden zu belehren, die Gegner aus Unverstand zu überzeugen. Daneben sollen aber auch die Waffen geprüft werden, die unseren Gegnern Wunden schlagen, unseren Kampf unterstützen und seinen Verlauf beschleunigen sollen. Nicht abwartend aufspeichern soll das Proletariat seine Kräfte, sondern sie im Kampfe gebrauchen und stählen.

Neue Industrien.

Von **P. Julmann.**

Das autogene Schweißverfahren. Flüssiger Sauerstoff. Kalkstickstoff. Salpetersäure aus Luft.

Eine Welle technischer Fruchtbarkeit und glücklichen Gelingens ist in den letzten Jahren dem Schoße der kapitalistischen Wirtschaftsform entsprungen und hat dem Markte vielfache Impulse erteilt. Die Verkehrstechnik registriert bahnbrechende Erfolge: die glückliche Lösung des drahtlosen Systems der Telegraphie und Telephonie, dessen industrielle Verwertung rasch voranschreitet; ferner die erfolgreiche Entwicklung des Flugproblems. Die Technik der Krafterzeugung verzeichnet neben der beispiellosen Ausbreitung des Elektromotors, der Verwendung des ökonomischen Heißdampfes die Konstruktion der Dampfturbine als Glanzleistung. Die Technik der Eisenbearbeitung umfaßt eine vervielfältigte Leistungsfähigkeit der Arbeitsmaschine, erhöhte Schnittgeschwindigkeit der Werkzeuge, Schnelldrehstähle von äußerster Widerstandsfähigkeit, eine Unzahl von Druckluftwerkzeugen, pneumatischen Maschinen usw. Während insbesondere die Erfindungen im Verkehrswesen durch die Tagespresse rasch bekannt werden, bleiben neue Fabrikationsmethoden, geänderte Verfahrungsweisen lange für die breite Öffentlichkeit unbekannt. Es sei denn, daß irgend ein Umstand hierbei besonderes Interesse erregt, wie dies wohl bei der autogenen Schweißung der Fall war.

Autogene Schweißung nennt man im Gegensatz zu dem bekannten Verfahren am Schmiedefeuer die Verbindung von Eisenflächen durch örtliche Erhitzung unter einem Strahle von Sauerstoff mit einem brennenden Gase (Wasserstoff oder Azetylen). Die hierzu erforderlichen Apparate sind nicht umständlich und sehr gut transportfähig einzurichten. Als Schweiß-, Stich- und Schneidflamme leistet das Knallgasgemenge heute vorzügliche Dienste.

Was das Laieninteresse für diesen Schweißapparat besonders erregte, ist die Flasche, in der der Sauerstoff, dieses für unseren Atmungsprozeß so unentbehrliche Gas, aufbewahrt wird. Die Möglichkeit, ein Gas, das bei — 182 Grad siedet, in verflüssigter Form zum Handelsartikel zu machen, ist jedenfalls ein ungewöhnlicher Fortschritt und, wie zu zeigen ist, gleichzeitig von hoher wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Technik der tiefen Temperaturen beschäftigt schon lange die Physiker, und 1877 bereits gelang es Pictet und Cailletet, unabhängig voneinander, Luft im Laboratoriumsversuch zu verflüssigen. Die Pictetsche Methode sowie das ähnliche Verfahren von Olszewski und Dewar lieferte jedoch nur geringe Mengen von Luft. Erst dem bekannten Münchener Professor v. Linde gelang es 1895, das industrielle Verfahren für die Luftverflüssigung zu entdecken und es 1902 durch eine Rektifikationsmethode zur ökonomischen Darstellung von flüssigem Sauerstoff zu ergänzen.

Das Lindesche Verfahren ist nicht lediglich technische Ausgestaltung, es beruht vielmehr auf einer prinzipiellen Verschiedenheit von demjenigen Pictets und ist tief durchdacht und äußerst geistvoll. Linde gründet sein Verfahren auf das Abweichen der Gase vom Gay-Lussacschen Gesetz, daß die Ausdehnung der Gase mit der Temperatur steigt und fällt. Ließe man ein diesem Gesetz genau folgendes Gas unter Druck aus einer Mündung ausströmen, so könnte keine Temperaturerniedrigung stattfinden. Versuche von Thomson und Joule haben das Vorhandensein einer solchen bewiesen, die bei Luft etwa 0,2 bis 0,3 Grad Celsius, normalen Luftdruck vorausgesetzt, beträgt. Diese geringfügige Differenz gegenüber der theoretischen Forderung wertet Linde aus, indem er beim Durchströmen der Luft durch ein Drosselventil eine Temperatursenkung erzielt. Da nun der Temperaturabfall proportional mit der Spannung wächst, geht Linde bis zu Spannungen von 200 Atmosphären und erzielt durch die fortwährende Wiederholung der Luftexpansion ein rasches Sinken der Temperatur bis zum Kondensationspunkt der Luft. Mit dieser Maschine erzielte Linde nach eineinhalb- bis zweistündigem Arbeiten stündlich etwa 1 Liter sehr sauerstoffreiche Luft mit einem Arbeitsaufwand von 3 Pferdekräften. Der hier in den Grundzügen mitgeteilte Prozeß bedarf im Gegensatz zum Pictetschen nur einer einfachen Apparatur, bestehend aus zwei zusammengebauten Kompressionspumpen und dem Luftverflüssiger; gewöhnliches Brunnenwasser dient als Kühlflüssigkeit, jedes Zwischenmedium ist verschwunden.

Die industrielle Ausbeutung des Verfahrens hat seit 1902 enorme Fortschritte gemacht. In den nächsten drei Jahren sind außer dem Lindeschen Stammwerk in Bayern fünf weitere Fabriken von der Lindeschen Gesellschaft in Betrieb gesetzt worden, darunter die Pariser Anlage für eine tägliche Lieferung von 600 Kubikmeter Sauerstoff. Der Preis des in größeren Anlagen erzeugten Sauerstoffs kommt bereits demjenigen des Leuchtgases gleich. Der Konsum ist daher bedeutend im Wachsen. Für medizinische und Rettungszwecke, zur Erzeugung hoher Temperaturen in verschiedenen Industrien zur Schweißung ist es nach fast fünfjähriger Entwicklung unentbehrlich geworden. Es fehlt ferner nicht an Versuchen, den Sauerstoff für Hüttenzwecke zu verwerten, was ein großzügiges Verwendungsgebiet bedeuten würde. Das Gasglühlicht wird durch Einleiten von Sauerstoff stark verbilligt. Zurzeit bestehen zwei Beleuchtungsanlagen, welche Anschluß an Sauerstoffleitungen besitzen, Barmen an eine Lindesche Fabrik und der Berliner Zoologische Garten an seine eigenen Sauerstoffapparate.

Bei der Gewinnung des flüssigen Sauerstoffs, welcher zirka 21 Prozent der atmosphärischen Luft ausmacht, ergab sich die Gewinnung des zweiten Luftbestand-

teils, des Stickstoffs, von selbst. Aber er fand nur geringe Verwendung, bis schließlich ganz neue chemische Entdeckungen der letzten Zeit auch hierin Wandel geschaffen haben. Die gelungene Darstellung von Salpeter und Salpetersäure aus dem Luftstickstoff eröffnet neue Perspektiven für die industrielle Initiative.

Es handelt sich hier keineswegs um nebulose Projekte, sondern um auf festem Boden gegründete Unternehmungen, wie solche in Norwegen in großem Maßstab bereits im Gange sind. Eine kleine italienische Anlage für eine Tagesleistung von 10 Tonnen ist bereits 1907 fertiggestellt worden. Für diese Industrie kann im nächsten Jahrzehnt ein mächtiger Aufschwung unschwer vorausgesagt werden.

Eines der wertvollsten Düngemittel ist der Chilisalpeter, dessen Jahresförderung von 1600000 Tonnen überwiegend von der Landwirtschaft verbraucht wird. Diese Lager, genau so wie die Guanolager, gehen rasch ihrer Erschöpfung entgegen, während der Bedarf an Stickstoffpräparaten immer größer wird. Der Weltmarktspreis des Chilisalpeters ist innerhalb des letzten Jahrzehnts um 44½ Prozent, nämlich von 18,56 auf 27,81 Franken gestiegen. Auch die anderen Stickstoffdüngemittel, zum Beispiel das schwefelsaure Ammoniak, ein Nebenprodukt der trockenen Destillation der Steinkohle in Gasanstalten und Kokereien, reichen nicht aus, um den Bedarf zu decken. Man erkennt den hohen Anreiz für die Lösung des Problems, Stickstoffdüngemittel aus dem ungeheuren Stickstoffreservoir der Luft zu fabrizieren, und die Gedankenverkettung mit der Sauerstoffverflüssigung.

Das Verfahren ist das folgende: Erhitztem Kalziumkarbid wird reiner Stickstoff zugeführt und eine Verbindung, Kalziumzyanamid erzeugt. Dieses Produkt wird bereits als Kalkstickstoff in den Handel gebracht. Agrikulturtechnische Versuche haben seine vollständige und gute Verwertbarkeit erwiesen.

Eine jede Kalkstickstoffanlage erfordert somit eine Anlage zur Karbiderzeugung, welches durch Bindung von Kalzium und Kohle in hohen Temperaturlagen hergestellt wird, und eine Anlage zur Erzeugung von flüssigem Stickstoff. Die Gestehungskosten des etwa 20 Prozent Stickstoff enthaltenden Kalkstickstoffs (der Chilisalpeter enthält 15 Prozent) wurden unter ungünstigen Annahmen mit 1,85 bis 1,57 Franken für das Kilogramm Stickstoff in Zyanamidverbindung herausgerechnet. Die zum Vergleich herangezogene Londoner Marktnotierung für Chilisalpeter von 1,55 Franken ergibt die vollständige Konkurrenzfähigkeit, die nur gering beeinträchtigt ist, weil der Wert des Zyanamids als Düngemittel demjenigen des Chilisalpeters etwas nachsteht. Dem Massenkonsum des Kalkstickstoffs steht heute der noch hohe Preis des Karbids entgegen, welches zu Beleuchtungszwecken sehr begehrt ist und dessen Erzeugung in großen Anlagen mit billigen Wasserkräften erst zu verbilligen ist. Andererseits kann der Chilisalpeter eine Preissenkung infolge der stets abnehmenden Ausbeute nicht mitmachen. Wenn also auch noch nicht unmittelbar in der nächsten Zeit, so steht doch ziemlich fest, daß das Zyanamid berufen ist, die Rolle des Chilisalpeter in der Landwirtschaft zu übernehmen.

Übrigens ist das eben geschilderte Verfahren nicht das einzige erfolgreiche zur Verwertung des Stickstoffs. Ein anderes sucht den Luftstickstoff unmittelbar durch Verbrennung auf elektrischem Wege in Salpetersäure überzuführen. Es ist das ein von der badischen Anilin- und Sodafabrik verbessertes Verfahren, welches im Verein mit schwedischen Erfindern im großen Maßstab ausgebeutet werden soll. Ein Kapital von 48 Millionen Mark und zirka 300000 PS in Wasserkräften sind bereits mobil gemacht, und Fabrikanlagen von 30000 Tonnen jährlicher Leistung und Verdopplungsfähigkeit sind in Norwegen im Bau. Die Gestehungskosten pro Kilogramm Stickstoff werden mit 1,15 Franken angegeben, würden also die heutigen Preise schon unterschreiten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Anlagen bereits eine derartige Konkurrenzfähigkeit ermöglichen werden. Jedenfalls sind hier bedeutende und entwicklungsfähige Industrien im Werden, die bei der rapiden Expansion des Kapitals auch bald voll entwickelt werden dürften.

Digitized by Google

Literarische Rundschau.

Luigi Barzini, **Peking—Paris im Automobil.** Eine Wettfahrt durch Asien und Europa in 60 Tagen. Mit einer Einleitung von Fürst Scipione Borghese. Mit 168 Abbildungen und einer Karte. Leipzig, F. A. Brockhaus. 558 Seiten. Gebunden 10 Mark.

Es ist ein bemerkenswertes Zeichen unserer Zeit, daß das Streben nach Verschwendung der Produktivkräfte anfängt, auf die Entwicklung der Technik immer bestimmender einzuwirken. Die beiden Transportmittel, die für den Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts charakteristisch sind, das Automobil und das lenkbare Luftschiff, verdanken beide ihre Entwicklung nicht dem Streben nach größerer Produktivität der Arbeit oder nach leichterem und billigerem Transport von Massen, sondern dem Luxus und dem Militarismus, die unbekümmert um die Kosten nach Mitteln suchen, durch die es einigen wenigen möglich werden soll, sich in jedem Sinne des Wortes über die Masse zu erheben und ihr zuvorzukommen. Die Erfindungen in dieser Richtung können vielleicht einmal rückwirkend dazu kommen, auch die Wissenschaft und die Produktivkräfte zu befruchten. Vorläufig bilden sie bloße Mittel, die Verschwendung der herrschenden Klassen auf die Spitze zu treiben.

Auch die Automobilfahrt Peking—Paris stellt sich als ein völlig nutzloses Unternehmen heraus. Sie wurde durch den „Matin“ veranlaßt, ein Pariser Sensationsblatt ordinärster Sorte, dessen Erpresser- und Reklametaktik unser Pariser Bruderorgan, die „Humanité“, erst jüngst trefflich gekennzeichnet hat. Der Erfindungsgeist der Leiter und Ausbeuter des „Matin“ ist wahrhaft bewunderungswürdig. Kein anderes Blatt weiß so wie dieses Mittel ausfindig zu machen, die eine Riesenreklame bewirken und nichts kosten. Im Frühjahr 1907 war die Bande auf den Einfall gekommen, die Schar der automobilfahrenden Nichtstuer zu einer Wettfahrt herauszufordern, die in Peking beginnen und in Paris vor der Redaktion des „Matin“ enden sollte. Die telegraphischen Berichte darüber sollten regelmäßig im „Matin“ erscheinen und ihm die Kundschaft jener meist sehr zahlungsfähigen Kreise zuführen, denen der Sport nichts ist als ein Mittel, ihre Gedankenlosigkeit zu unterbrechen.

Am 10. Juni begann die Wettfahrt, aber, wie die „Humanité“ jetzt bekannt gibt, bereitete schon am 16. April der „Matin“ die Plakate vor, in denen die einzelnen Phasen dieser Fahrt in marktschreierischer Weise angekündigt werden sollten, mit dem Hinweis, daß der „Matin“ Näheres darüber berichte. Am 16. April war der Wortlaut der Plakate schon entworfen, in denen es hieß: „Die Automobilisten werden von den Kungusen verfolgt!“ „Der Samum und die Qualen des Durstes!“ „Eis im Juli. Der Bagno Sibiriens!“ usw., Plakate, die zum wirklichen Verlauf der Wettfahrt paßten wie die Faust aufs Auge. Die Redaktion des „Matin“ war übrigens so rücksichtsvoll, den Teilnehmern an dieser Fahrt die vorbereiteten Plakate zu verschweigen, „um sie nicht zu erschrecken“. Wie zartfühlend!

Der Sieger in der Wettfahrt war ein italienischer Fürst, dessen Reklamebedürfnis wohl ebenso groß ist wie das des „Matin“, der aber genügend viel Naivität besitzt, dafür Geld und Kraft aufzuwenden, während der „Matin“ es trefflich versteht, sich seine Reklame noch von den Dummköpfen bezahlen zu lassen, die sie für ihn besorgen.

Beschrieben endlich wurde diese famose Wettfahrt von einem jener Journalisten, die sich sehr geschmeichelt fühlen, wenn ein leibhaftiger Fürst oder anderer Würdenträger sie seiner Ansprache würdigt und sich um so mehr über das gemeine Volk erhaben dünken. Man vergleiche nur, mit welcher Geringschätzung Herr Barzini von den Chinesen spricht, mit welcher wohlwollenden Herablassung er auf den russischen Bauern herabblickt, wie ihm dagegen jeder Europäer, der einen Orden oder ein höheres Amt hat, als der Ausbund aller Tugenden erscheint. Nicht minder versetzt ihn jeder Journalistenklüngel in Ekstase. Vom „Matin“ kann er nicht sprechen ohne das Beiwort „genial“.

Daß aus einem von solchen Elementen fabrizierten Buche nicht viel zu lernen ist, liegt nahe. Wie macht sich zum Beispiel Herr Barzini über die Chinesen lustig, die den komischen Einfall haben, ihre Eisenbahnen selbst bauen zu wollen, statt sie von den Europäern bauen zu lassen. In Wahrheit ist das eine Erscheinung, die den Europäern noch sehr viel Kopfzerbrechen verursachen wird. China sollte das Eldorado für die Kapitalisten Europas und Amerikas werden, die dort ihre überschüssigen Kapitalien und Produkte mit Profit los zu werden hofften und dadurch China ebenso in hoffnungslose Abhängigkeit von sich zu bringen gedachten wie etwa Rußland oder Indien. Aber die Chinesen merken den Braten, sie sehen weiter als das Zarentum, sind freilich auch nicht in so verzweifelter Lage wie dieses. Fieberhaft arbeiten die Chinesen daran, sich vom Kapital und der Industrie Europas unabhängig zu machen, das Kaufmannskapital des eigenen Landes in industrielles Kapital zu verwandeln, im eigenen Lande die Maschinen und Werkzeuge zu produzieren, deren sie bedürfen, oder sie doch lieber von Japan als von Europa oder Amerika zu beziehen.

So kommt die Industrialisierung Chinas rasch herbei, aber sie scheint nicht jenen kolossalen Aufschwung der europäisch-amerikanischen Industrie mit sich zu bringen, den diese erwartete. China scheint ohne dies Zwischenstadium gleich als Konkurrent des Abendlandes auftreten zu wollen. Auf jeden Fall sind die ohne Hilfe Europas unternommenen chinesischen Bahnbauten der höchsten Beachtung wert. Es ist bezeichnend für unseren Reporter, daß er nur schlechte Witze darüber reißt.

Besser kommt bei ihm Sibirien weg. Es macht einen gewaltigen Eindruck auf ihn, daß dieses Land, welches in der europäischen Phantasie nur als trostlose Einöde existiert, ein ganz modernes Leben aufweist. „Es erweist sich als ein Land, das weit unternehmungslustiger und reicher ist als Rußland."

In der Tat steht Sibirien vor einer sprunghaften, fast amerikanischen Entwicklung, zu der ihm nur eines fehlt: die Freiheit. Aber gerade, weil es ihrer bedarf, wird es um sie kämpfen. Es gehört zu den kolossalsten Ironien der Weltgeschichte, daß Sibirien, bestimmt, die Begräbnisstätte der Revolution zu bilden, nun zu einer ihrer Geburtsstätten wird. Sibirien ist nicht bloß voll von politischen Verbannten, es ist auch voll von ausgewanderten russischen Bauern, die das Elend von der Scholle vertrieb, an der sie zäh hängen, die aber mit dieser Scholle auch ihre überlieferten Vorurteile hinter sich gelassen haben. Nur die Energischsten und Intelligentesten wandern aus, die fremden Verhältnisse regen ihr Denken an, andererseits geht zugrunde, wer nicht Anpassungsfähigkeit an Neues besitzt. Alles Ursachen, die den Sibirier ebenso dem Russen überlegen machen wie den Amerikaner dem Europäer. Von Sibirien dürfen wir noch viel erwarten, zunächst für die russische Revolution.

Diese kommt bei dem literarischen Handlanger des Fürsten Borghese noch schlechter weg als die Chinesen. Er hat von ihr fast nichts bemerkt, und was er bemerkte, war gerade nicht großartiger Natur: die Automobilisten wurden nämlich von russischen Bauern mit Haß betrachtet, der einmal besonders stark zutage trat, als das Automobil in einem Dorfe ein Pferd zum Durchgehen brachte und dadurch einen Knaben in Lebensgefahr versetzte!

„Erst einige Tage später, in Moskau, erhielten wir Aufklärung über jene Wut und die verbissene Feindseligkeit, die uns in so vielen Ortschaften des russischen flachen Landes entgegengetreten war. Das Automobil war verschiedentlich von Revolutionären benutzt worden, um Proklamationen umstürzlerischen Inhaltes zu verbreiten. Sicher ist, daß sich in vielen russischen Ortschaften die Ansicht gebildet hatte, die Automobile seien Fahrzeuge der Feinde der Religion und des Zaren" (S. 482).

Also aus überschäumender Loyalität verfolgen die russischen Bauern die Automobile. Das erzählten dem Herrn Fürsten und seinen Leibliteraten freilich nicht russische Bauern, sondern Mitglieder des Moskauer Automobilklubs; für Herrn

Barzini ein Evangelium, an dem zu zweifeln Sünde. Bei etwas Nachdenken hätte er den Leuten ins Gesicht gelacht. Einmal bezeugt der russische Bauer heute alles andere als Zarenverehrung, dann aber dürfte es sehr ausnahmsweise vorkommen, daß revolutionäre Proklamationen per Automobil verbreitet werden. Der russische Bauer wird wie jeder andere das Automobil als Fahrzeug der Herren Automobilbesitzer kennen gelernt haben, der großen Ausbeuter, die er haßt und gegen die er sich erhoben hat. Selbst in Westeuropa herrscht bei der Masse der Bevölkerung eine Abneigung gegen das Automobil, weil es als Charakteristikum des rücksichtslosesten Protzentums gilt. Um wie viel mehr muß es den Ingrimm einer Bevölkerung erregen, die eben voll verzweifelnder Wut die Schlösser und Herrenhäuser ihrer Peiniger niederbrennt. Deren Feuerschein hätte Herrn Barzini ein Licht aufstecken können darüber, warum das Automobil des Fürsten Borghese auf so viel Feindseligkeit beim russischen Bauern stieß. Aber viel wichtiger war es ihm, die rührende Sorgfalt hervorzuheben, die sämtliche Behörden Rußlands im besonderen Auftrag der Regierung aufboten, um das Unternehmen des Pariser Schwindelblatts zu fördern. Für solche Kulturaufgaben hat das Knutenregiment noch Interesse, Zeit und Geld übrig.

Wen der Automobilsport interessiert, wird in dem Buche manches finden, das ihn anzieht. Zu lernen ist daraus blutwenig. Aber das ganze Unternehmen ist charakteristisch für unsere Zeit. K. K.

The Daily Mail Year Book. A Handbook to all the questions of the day for 1908, edited by P. L. Parker. Published by Associated Newspapers London. 6 pence.

Reformers Year Book for 1908, edited by F. W. P. Lawrence and Joseph Edwards, London. 1 shilling.

The Socialist Annual 1908, edited by T. Rothstein. Twentieth Century Press, London. 3 pence.

Von diesen drei Jahrbüchern ist das „Daily Mail Year Book" hauptsächlich eine Reklame für den mehrfachen Millionär, den Verleger des großen englischen Sensationsblatts „The Daily Mail". Gerade deshalb aber ist es kennzeichnend für die Stärke und Ausbreitung des sozialistischen Gedankens in England, daß ein erheblicher Teil dieses Jahrbuchs sich mit Sozialismus oder Sozialreform beschäftigt statt mit Imperialismus, Kolonialpolitik oder der Zollfrage, die erst an zweiter Stelle behandelt werden. Freilich ist es ein verfälschter Sozialismus, den Mr. Starworth seinen Lesern vorsetzt.

Zuerst kommt ein Mr. Harold Cox, ein echter Manchestermann, der den Sozialismus in derselben Art bekämpft wie einst Eugen Richter, allerdings ohne dessen platten Späße. Die zweite Abhandlung von Dr. Saleeby zeigt noch weniger Kenntnisse der Theorie des Sozialismus, wie sie selbst Richter besaß, und sucht vom erhabenen Standpunkt der Wissenschaft herab zwischen einem ganz unmöglichen einseitigen Individualismus und einem nicht weniger phantastischen Sozialismus zu vermitteln, was Dr. Saleeby natürlich zu seiner vollen Zufriedenheit fertig bringt. Selbstverständlich spielen dabei oberflächliche Verallgemeinerungen aus der Biologie eine große Rolle bei diesen „wissenschaftlichen" Betrachtungen, was durchaus kennzeichnend ist für die Art, wie bürgerliche Gelehrte Sozialwissenschaft treiben. Den Sozialismus der Fabier will ein Herr Pease verteidigen. Man sollte nun meinen, daß er als angeblicher Sozialist und Sekretär der Fabier darauf Rücksicht nimmt, daß er sozusagen im feindlichen Lager seine Abhandlung veröffentlicht, und daher das hervorhebt, was allen Sozialisten gemeinsam ist, dagegen die Meinungsverschiedenheiten der sozialistischen Organisationen so viel wie möglich in den Hintergrund stellen würde. Statt dessen benutzt dieser Vertreter des guten Tons unter den Genossen die Gelegenheit, die Sozialdemokratische Föderation anzugreifen — zum Gaudium seiner bürgerlichen Leser.

Digitized by Google

Im übrigen enthält das Daily Mail-Jahrbuch eine Reihe von Artikeln, die ganz brauchbar sind, besonders einer von Chiozza Money über die Verteilung des Reichtums in England unter die verschiedenen Bevölkerungsklassen. Im großen ganzen sind diese Arbeiten ziemlich objektiv gehalten und bringen viel Material auf wenig Raum, so daß das Buch ein wertvolles Nachschlagewerk für diejenigen ist, die bereits einen festen Standpunkt inne haben und das gebotene Material kritisch zu würdigen verstehen.

Dasselbe trifft zu bei dem „Reformers Year Book", das ein Führer durch die Sozialreform aller Schattierungen sein soll. Dieses Jahrbuch wurde vor einigen Jahren von einem Halbsozialisten als „Labour Annual" (Arbeits-Jahrbuch) begründet; da ihm die Unkosten zu groß wurden, mußte er es an den jetzigen Herausgeber verkaufen, einen sozialliberalen ehemaligen Journalisten Lawrence. Das Buch bringt alles mögliche durcheinander. Da ist eine Reihe sehr nützlicher Artikel über Sozialismus vom Standpunkt eines gemäßigten Fabiers oder Staatssozialisten aus, der das Wesen des Sozialismus darin sucht, die Befugnisse des Staates zu erweitern und die Industrie zu verstaatlichen, aber nicht in der Emanzipation des Proletariats. Über die Speisung der Schulkinder wird gutes Material veröffentlicht. Aber im allgemeinen ist der Standpunkt des Buches ein sehr konfuser. Neben Artikeln, in denen die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vertreten wird, kommen andere im Sinne einer liberalen Fortschrittspartei, die hoch über den Klassenkämpfen steht, und in der Liste der sozialreformerisch tätigen Vereine sind alle möglichen Vereine und Personen aufgeführt.

Ganz anderen Charakter hat das „Socialist Annual" (Sozialistisches Jahrbuch), das vom Genossen Rothstein redigiert wird. Hier findet man auch reichliches Material, aber nicht planlos zusammengetragen, nur um die Neugier zu befriedigen, wie beim „Daily Mail Year Book", sondern aus einem bestimmten Gebiet und mit einer bestimmten Absicht: das Volk aufzuklären über seine wirtschaftlichen Verhältnisse und über Zweck und Ziel der sozialdemokratischen Bewegung mit einem Überblick über ihre Geschichte im vergangenen Jahre. Die wichtigsten Artikel im „Sozialistischen Jahrbuch" sind folgende: über den Sozialismus in England von Genossen Knee, über Sozialismus im Ausland von Genossen Rothstein selbst, über Altersversicherung von Genossen G. N. Barnes und über die Lage in Indien von J. M. Parikh. Jeder dieser Artikel ist mustergültig, kurz, klar, wohldurchdacht. Sehr interessant ist der Artikel über Indien, ferner eine große Reihe statistischer Mitteilungen und Tabellen über die Verteilung des Grund und Bodens, des Kapitals, der Gewerkschaften in England und im Ausland, über die sozialistische Bewegung in allen Ländern usw. Das Buch ist auch weitaus billiger als die übrigen erwähnten und entschieden das beste von allen. J. B. Askew.

Das Schulzimmer. Vierteljahrsschau über die Fortschritte auf dem Gebiet der Ausstattung und Einrichtung der Schulräume sowie des Lehrmittelwesens mit besonderer Berücksichtigung der Forderungen der Hygiene, herausgegeben von H. Th. Matth. Meyer. Verlag von P. Johannes Müller, Charlottenburg.

Die neueren Bestrebungen auf Reform der Architektur und der Innenkunst, die Schönheit mit Einfachheit und Brauchbarkeit verbinden wollen, sind auch an dem Schulhaus nicht vorbeigegangen. Hier und da ist man bemüht, den großen Schulkasernen ein freundliches Aussehen zu geben, um ihre fatale Ähnlichkeit mit wirklichen Kasernen zu beseitigen, an anderen Orten macht man Versuche, das große mehrstöckige Schulgebäude durch Schulpavillons zu ersetzen. Der Schulpavillon hat vorläufig noch stark mit dem Vorurteil zu kämpfen, daß er nur aus Gründen der Sparsamkeit als Nothelfer in Betracht kommt. Doch in den Waldschulen zeigt er sich schon von einer anderen Seite. Zweifellos wird er in Zukunft noch viel mehr zu Ehren kommen. Auch für die freundliche Innenausstattung der Schulräume sind

Künstler im Bunde mit Schulmännern und Ärzten tätig. Die Verallgemeinerung solcher nützlichen Anfänge ist in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft natürlich nicht zu erwarten, sie sorgt nicht einmal für das Nötigste, geschweige für das Wünschenswerte oder Angenehme. In der Müllerschen Vierteljahrsschrift haben diese Art Bestrebungen ein sachkundiges Organ gefunden. h. sch.

Notizen.

Die Auswanderung aus Italien. Das Auswanderungskommissariat des Ministeriums des Äußern in Rom macht über die Auswanderungsbewegung im Jahre 1906 wichtige und bemerkenswerte Mitteilungen („Bollettino dell' emigrazione", 1907, Nr. 11). Im Dezennium 1877 bis 1887 ist die Auswanderung angewachsen von 99213 auf 215665 Köpfe; bis 1897 auf 299855; rapid nimmt die Emigration in den letzten sieben Jahren zu: 1900 352782, 1901 533245, 1902 531509, 1904 471191, 1905 726331 und 1906 787977.

Die Auswanderungsziffern verteilen sich sehr ungleich auf die einzelnen Provinzen. Die Auswanderung in den Jahren 1904 bis 1906, berechnet auf je 10000 Einwohner, verteilt sich auf die Provinzen:

	Total	Transozeanische	Europäische
1. Kalabrien	368,2	357,8	10,4
2. Abruzzen	336,9	294,4	42,5
3. Basilien	319,0	310,6	8,4
4. Venedig	303,0	36,2	266,8
5. Marche	259,8	169,2	90,6
6. Sizilien	255,8	255,2	20,6
7. Campagna	232,0	217,7	14,3
8. Piemont	190,5	81,3	109,2
9. Umbrien	150,9	38,7	112,2
10. Emilia	147,2	37,9	109,3
11. Lombardei	127,6	33,4	94,2
12. Toskana	119,9	41,8	78,1
13. Apulien	113,3	89,7	21,6
14. Latium	103,1	95,0	8,1
15. Ligurien	69,2	51,0	18,2
16. Sardinien	57,0	11,0	46,0
Italien	196,9	120,1	76,8

Da die überseeische Auswanderung als eine dauernde anzusehen ist, so kommt ihr eine größere Bedeutung zu. Und gerade die agrarischen, sozialpolitisch rückständigen Provinzen sind es da, die die höchsten Ziffern aufweisen. In den Jahren 1904 bis 1906 hat sich die Auswanderung im Durchschnitt gegenüber 1895 bis 1897 in ganz Italien um 2,2 vervielfacht. Relativ abgenommen hat sie nur in Venedig. In Sizilien hat sie sich um 6,2, in Apulien um 4,7, in Latium um 4,2 und in Umbrien um 11,3mal verstärkt!

Hinsichtlich des Alters und des Geschlechtes der Emigranten gibt die nachfolgende Tabelle summarischen Aufschluß:

Jahr	Männlich	Prozent	Weiblich	Prozent	Unter 15 Jahren	Prozent
1904	387826	= 82,30	83365	= 17,69	50399	= 10,69
1905	603552	= 83,10	122779	= 16,90	76771	= 10,51
1906	642716	= 81,56	145261	= 18,44	83585	= 10,60

Jahr	Einzelne Personen	Prozent	In Familien	Prozent
1904	377394	= 80,09	93,797	= 19,91
1905	576192	= 79,33	150139	= 20,67
1906	628203	= 79,72	189774	= 20,28

Digitized by Google

Die männliche Emigration überwiegt also. Die unter 15 Jahre alten Emigranten, welche 1906 10,6 Prozent ausmachen, sind zusammengesetzt aus 6,4 Prozent Knaben und 4,2 Prozent Mädchen. Der Export an jungen Fabrikmädchen kommt hier evident zum Ausdruck.

Die Emigranten sind lauter Proletarier. Dies bestätigt die nachfolgende Aufstellung, welche nur die über 15 Jahre alten Emigranten berücksichtigt und Auskunft über den Beruf der Auswanderer gibt:

Berufsarten	1904	Prozent	1905	Prozent	1906	Prozent
Landwirtschaftliche Arbeiter	136998	= 32,57	232108	= 35,71	257220	= 36,16
Gelernte Bauarbeiter .	49799	= 11,84	74960	= 11,53	75500	= 10,61
Bauhandlanger . . .	132320	= 31,45	195361	= 30,06	194490	= 27,34
Industriearbeiter . . .	53188	= 12,64	71875	= 11,06	89481	= 12,58
Sonstige Arbeiter . .	48487	= 11,51	75656	= 11,64	94701	= 13,31
	420792	= 100	649060	= 100	711392	= 100

Was aus diesen Zahlen hervorleuchtet, ist die große Beteiligung der landwirtschaftlichen Arbeiter an der Emigration. Die tieftraurigen Zustände, unter denen die landwirtschaftliche Bevölkerung Italiens zu leben und zu leiden hat, sind Hauptursache der Auswanderung. Die ungelernten Bauarbeiter bilden die zweite Hauptgruppe. Natürlich gehen viele der ersten Gruppe in der Fremde zur zweiten Gruppe über. Die verhältnismäßig geringe Zahl der gelernten Bauarbeiter läßt den Schluß zu, daß viele Italiener in der Fremde als gelernte Arbeiter arbeiten, während sie bei der Auswanderung nicht als solche gezählt werden. Aus allem aber geht hervor, daß die auswandernden italienischen Arbeiter zum großen Teile keine qualifizierten Arbeiter sind. Die unterste Arbeiterschicht, welche die gedrückteste ist, sucht sich zuerst einen Ausweg aus dem heimatlichen Elend. Die steigende Zahl der eigentlichen Industriearbeiter spricht dafür, daß sich mehr und mehr die Auswanderung verallgemeinert. Italienische Arbeitskraft wird bald überall konkurrieren.

Einiges Interesse beansprucht das Ziel der Auswandernden. Die Statistik unterscheidet zwischen überseeischer und Binnenwanderung. Die Auswanderung in die europäischen Staaten verteilt sich 1906 wie folgt: Schweiz 80019, Deutschland 67620, Frankreich 62497, Österreich-Ungarn 39521, England 4355, Balkanstaaten 3754, Belgien, Holland und Luxemburg 2497, Rußland 1512, Malta und Gibraltar 1221, Skandinavien 826, Spanien und Portugal 819, unbekannt 242; zusammen Binnenwanderung 264883 Personen = 825 auf je 10000 Einwohner.

Die überseeischen Ziele der italienischen Proletarieremigranten im Jahre 1906 waren: Vereinigte Staaten 358569, Argentinien 107227, Brasilien 27808, Kanada 10032, Uruguay und Paraguay 2311, Mexiko 1190, Kolumbia, Panama und Venezuela 787, Guatemala und Nikaragua 369, verschiedene südamerikanische Staaten 813, Australien 815, Afrika 959, unbekannt 1055, zusammen 511935 = 1531 Personen pro 10000 Einwohner, überhaupt unbekannt ist das Ziel der Auswanderung bei 11209 Auswanderern. Dr. J. Hz.

Zeitschriftenschau.

Nur die beiden äußersten Flügel der italienischen Partei verfügen heute über eine Zeitschrift. In der von Turati herausgegebenen „Critica sociale“ kommt der extreme Reformismus seiner Fraktion zu Worte, in ziemlich eintöniger Beleuchtung der Tagespolitik und in eingehenden Monographien der wirtschaftlichen Bewegung sowie der sozialen Zustände des Landes. Hie und da läuft auch eine

Digitized by Google

theoretische Polemik mit unter, aber sie mündet meist bald in praktische Erwägungen ein, denn der heutige Reformismus denkt gering von aller Theorie und ist stolz darauf, ohne theoretische Voreingenommenheit den Tatsachen von Fall zu Fall Rechnung zu tragen. In den syndikalistischen Zeitschriften dagegen, dem „Divenire sociale“ Enrico Leones und dem von Arturo Labriola und A. O. Olivetti geleiteten „Pagine libere“, herrscht die theoretische Betrachtung vor. Die noch junge syndikalistische Bewegung strebt nach theoretischer Klärung und Festigung und findet, bei dem geringen Einfluß, den sie auf das wirtschaftliche und politische Leben des Landes ausübt, in der Tagesgeschichte kaum mehr als Stoff zur Kritik. Noch mehr als in der „Critica sociale“ fehlen in den beiden Organen des Syndikalismus Artikel, die durch Inhalt und Form in den Studienbereich des Arbeiters fallen. Es sind Zeitschriften der modernen akademischen Jugend für die moderne akademische Jugend.

Unter dem Titel **„Der größere Block“** (Il piu grande blocco) schreibt Turati in der „Critica“ vom 1. Februar über das bei vielen der letzten städtischen Wahlen in Italien verwirklichte und von Enrico Ferri im „Avanti“ für die nächsten Parlamentswahlen prophezeite Wahlbündnis, das alle antiklerikalen Parteien, von den Sozialisten bis zu den Liberalen, umfassen soll. „Wem noch ein kleines Überbleibsel von Glauben an die Logik der Parteien und an die Folgerichtigkeit der Politiker geblieben wäre, der hätte freilich mehr als einen Grund, nun vor Erstaunen zu erstarren“, meint der Autor. Denn was sei anders geworden, seit die Revolutionären sich gegen jedes Bündnis mit den Volksparteien wendeten, welche neue Erscheinung in der italienischen Politik rechtfertige das Abgehen von dem Beschluß des letzten Parteitags, der Bündnisse nur mit Parteien der äußersten Linken zuließ? Der Klerikalismus sei sicher heute nicht gefährlicher als vor zehn Jahren, auch die Konservativen hätten ihre reaktionären Ideen tüchtig abgeschliffen. Dagegen seien die Parteien der äußersten Linken, dank ihres inneren Haders und ihrer parlamentarischen Indolenz, heute schwächer und einflußloser. Zum Glücke brauchten aber die Parteien zur Revision ihrer Taktik nicht die „neue Tatsache“, die im Strafprozeß zur Revision nötig ist. Vielleicht, meint Turati, sei dies Abgehen von den alten Formeln und Katechismen unserer Partei die Folge der von den Reformisten ausgestreuten Saat, die diese in ihrer Ungeduld für verloren hielten. Jedenfalls müsse der Reformismus sich zu der neuen Tendenz bekennen und aufmerksam über der Bildung des Blocks wachen. Die Formel des Antiklerikalismus sei zu durchlässig, um den Block vor dem Eindringen zweideutiger und streberischer Elemente zu schützen. Wolle man dem Antiklerikalismus positiven und fruchtbaren Gehalt geben, so könne es nur der der Verbreitung und Vertiefung der Volksbildung sein. Auf ein weitgehendes Programm zur Hebung des Unterrichtswesens müßten die Blockkandidaten in erster Linie verpflichtet werden. Weiter seien als sofort zu verwirklichende soziale Reformen zu fordern die Schaffung von Organen zur friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, ausgiebige Arbeiterversicherung, Lösung des Problems der Staatsangestellten und technischer Ausbau der öffentlichen Dienste, „kurz, ein soziales Minimalprogramm der Solidarität, das gleich weit entfernt ist von dem interessierten Quietismus der Manchestermänner wie von den metaphysischen Faseleien der Syndikalisten neuen Stils“. Und als Vorbedingung dieser Reformen: Abgabenreform, Maßnahmen zur Hebung der Produktivität des Landes, lauter Probleme, in die die Kolonialfrage, Militärfrage und die Zollfragen hineinspielen. Schließlich, als letzte Forderung, auf die sich die Blockkandidaten verpflichten sollen: die Diäten für die Abgeordneten. Sollte auf dieser Grundlage der Block zustande kommen, so müsse die Partei darauf vorbereitet sein, keine Wunder von ihm zu erwarten, und seine Politik mit „der Umsicht, mit den Transaktionen und zeitweiligen Verzichtleistungen“ durchführen, die sich als nötig erweisen. Mit dem integralistischen Flattern und dem demagogischen Seiltänzertum müsse ein für allemal in der Partei aufgeräumt werden.

Digitized by Google

„Der kritische Augenblick des Marxismus“ betitelt A. Labriola einen in der Nummer vom 15. Januar der „Pagine libere“ veröffentlichten Artikel, der das Schlußkapitel eines im Drucke befindlichen Buches darstellt. Der Gedankengang ist der folgende: Vom marxistischen Standpunkt ist die Aktion der Arbeiterklasse einmal auf Verbesserung ihrer Lage und Anpassung an die kapitalistische Entwicklung gerichtet, dann auf den Umsturz der kapitalistischen Ordnung. Diese beiden Aktionen können zeitweilig sich nebeneinander entfalten. Denn solange eine Frage nicht zur Klassenfrage geworden ist, solange ihre Lösung ohne die Ausschaltung der herrschenden Klasse möglich, kann sie sehr wohl in der kapitalistischen Gesellschaft gelöst werden. Aber die marxistische Theorie sieht voraus, daß jede soziale Frage schließlich auf den Punkt kommen muß, wo ihre Lösung das Unterliegen der herrschenden Klasse heischt. Soweit die Aktion des Proletariats mit der Existenz der heutigen Ordnung vereinbar, soweit sie Reformaktion ist, bewegt sie sich auf dem Gebiet, das allen politischen Kämpfen eigen ist, dem des Staates. Ihr Organ ist die politische Partei. Neben ihr steht die reine Klassenorganisation, die gewerkschaftliche, die sich auf wirtschaftliche Unterschiede gründet und ihrem immanenten Zweck nach revolutionär ist. In der Praxis hat sich die Arbeiterbewegung von diesen Grundsätzen entfernt: die Klasse ist der Partei, die wirtschaftliche Aktion der politischen untergeordnet worden. Daß dies geschehen konnte, daran ist die äußere Umgestaltung des Staates schuld, die Marx nicht vorhersehen konnte. Der Staat ist heute nicht nur eine politische, sondern auch eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Er konnte so dem Proletariat als ein unpersönliches Etwas erscheinen, nicht als wesenseins mit der herrschenden Klasse. Besonders in den Ländern mit demokratischen Formen erschien der Staat den Arbeitern als Beschützer. Man hielt gegenüber dem Staat eine andere Politik für geboten, als gegenüber der herrschenden Klasse. Auf dieser Illusion beruht die Praxis und Theorie des Reformismus. So tritt heute die Partei fast überall für die Ausdehnung der Macht des Staates ein. Während Engels, der den Staat als Großkapitalisten kennt, zwischen ihm und den anderen Kapitalisten keinen Unterschied macht, empfindet das Proletariat heute sehr wohl, daß es im Staatsdienst wirtschaftlich besser gestellt ist, und verkennt die kapitalistische Wesenheit des heutigen Staates. Die langsame Durchdringung des Staates ist daher das Symbol der sozialen Revolution geworden. Da nun aber der Widerstreit zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist aus der Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten aus dem Interessenwiderstreit zwischen beiden entsteht und diese Bedingungen auch im Verhältnis der Lohnarbeiter zum Staat vorliegen, so wird sich in der Folge der Gegensatz Lohnarbeiter : Kapitalist in den Gegensatz Lohnarbeiter : Staat verwandeln. Damit dies geschehen kann, muß der Staatskapitalismus seine Entwicklung vollendet haben, worunter Labriola die Aufsaugung des privaten Kapitalismus durch den Staat zu verstehen scheint. In Erwartung dieser Entwicklung bleibt den Marxisten eine rein kritische Aufgabe. Obwohl sie noch in der Ferne liegt, glaubt der Autor, daß die Rückkehr zum reinen praktischen Marxismus, als dessen einzigen Erben er den Syndikalismus ansieht, unvermeidlich sei.

Im „Divenire sociale“ vom 1. Januar beschäftigt sich Albus unter dem Titel **„Der Pazifismus Hervés“** mit der Stellung der Syndikalisten zur antimilitaristischen Propaganda. Der Autor schickt voraus, daß er Hervé nicht für einen Sozialisten halte, sondern für einen „enragierten Pazifisten“ (Friedensschwärmer), der zur Erreichung seines Zweckes vor keinem Vorurteil Halt macht und so unbewußt dem Sozialismus dient. Nicht Hervés Ziel, der Weltfrieden, sondern seine Mittel seien sozialistisch: das Hervorkehren des Fehlens jeder Solidarität zwischen der herrschenden und beherrschten Klasse. Hervés Antipatriotismus sei der sicherste Prüfstein, um Proletarier und Bourgeoisie zu trennen. Das patriotische Empfinden sei ein Produkt ausschließlich bürgerlicher Ideologie. Dem Proletariat sei dies Empfinden fremd, weil ihm das ganze ideologische Substrat und die Bildungselemente, aus denen es sich zusammensetzt, fehlen. Wenn Hervé sagt: „Laßt uns

die Fahne auf dem Misthaufen aufpflanzen," so könne nur der richtige Proletarier diese Worte hören ohne innere Auflehnung oder ohne Schmerz über etwas Großes und Glorreiches, das zugrunde geht. Deshalb müsse der Antipatriotismus die Parole sein für alle, die wollen, daß das Proletariat in völliger Unabhängigkeit, ja in völligem Gegensatz zur Bourgeoisie sich entwickle. Die Sozialisten wollten nicht den Patriotismus aus dem Herzen der Proletarier ausrotten, denn dort hätte er nie Wurzel geschlagen; sie wollten vielmehr durch die antipatriotische Propaganda die Bourgeoisie aller Fraktionen zurückstoßen. Über das Ideal des Weltfriedens könnten sich alle „Menschen guten Willens" einigen, die antipatriotische Propaganda aber findet allein im Proletariat Boden, ohne Möglichkeit irgend welchen Kompromisses mit der Bourgeoisie. Oda Olberg.

Bibliographie des Sozialismus.

Bernstein, Eduard, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2. Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Berlin 1907, Buchhandlung Vorwärts. 359 Seiten. 5 Mk.

Biermann, W. Ed., Privatdozent, **Die Weltanschauung des Marxismus.** An der materialistischen Geschichtsauffassung und an der Mehrwertlehre erörtert. Leipzig, Roth & Schunke. 83 Seiten. 1,60 Mk.

Die lettische Revolution. Mit einem Geleitwort von Prof. Theodor Schiemann. 2 Teile. Zweite, veränderte Auflage. 1. Teil: Der Schauplatz. Treibende Kräfte. 2. Teil: Dir Sozialdemokratie. Die Katastrophe. Berlin, Georg Reimer. 156 und 411 Seiten. 8 Mk.

Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt und Landwirtschaft. IV. Sozialdemokratische Flugschriften. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 16 Seiten. 10 Pf.

Dziesiąty Zjazd, P. P. S., Program, Taktyka, Organizacja. 1908. 20 Seiten.

Fischer, Paul, Die Marxsche Werttheorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 48 Seiten. 75 Pf.

Guyot, Yves, La démocratie individualiste. Paris, V. Giard & E. Brière. 269 Seiten. 3 Franken.

Hillquit, M., History of socialism in the United States. Vierte Auflage. London, Funk & Wagnall. 6 Schilling.

Hinds, William Alfred, Th. B., **American Communities and co-operative Colonies.** Second revision. Chicago, Charles H. Kerr & Co. 608 Seiten.

Jaurès, Jean, **La Guerre Franco-Allemande** (1870—1871). Dubreuilh, Louis, **La Commune** (1871). Tome XI. Histoire Socialiste (1789—1900). Sous la Direction de Jean Jaurès. — Nombreuses illustrations d'après des documents de chaque époque. Paris, Jules Rouff & Co. 497 Seiten. 7 Franken.

Kautsky, Carlo, **Il Programma socialista.** Principie fondamentali del Socialismo. Traduzione italiana con correzioni ed aggiante dell'Autore. Biblioteca della „Critica Sociale". Milano, Critica Sociale, Portici Galleria 23. 340 Seiten. 3 Lire.

Kautsky, Karl, Dir Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Neue Ausgabe der Klassengegensätze von 1789. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 80 Seiten. Broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinsausgabe 50 Pf.

Marx, Karl, **Misère de la Philosophie.** Réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon. Avec une Préface de Friedrich Engels. Nouvelle édition. II: Bibliothèque socialiste internationale, publiée sous la direction de Alfred Bonnet. Paris, V. Giard & E. Brière. 320 Seiten. 3,50 Franken.

Nacht, Dr. Oskar, **Rodbertus' Stellung zur sozialrn Frage.** Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 92 Seiten. 2 Mk.

Olivetti, A. O., **Problema del socialismo contemporaneo.** Serie I. Lugano. 293 Seiten. 2 Lire.

Parvus, Der Klassenkampf des Proletariats. Heft 1: Der gewerkschaftlichr Kampf. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 20 Seiten. 15 Pf.

Sombart, Werner, Sozialismus und soziale Bewegung. Sechste vermehrte und bis in die Gegenwart fortgeführte Auflage. Jena, Gustav Fischer. 395 Seiten. 2,50 Mk.

Sprawozdanie z działalności Polskiej Partji Socjalistycznej Proletarjat (od połowy 1901 do początku 1908). Biblioteka „Do Boju". Wydawnictwo. Polskiej Partji Soc. Proletarjat.

Zoccoli, Hektor, Die Anarchie, ihre Verkünder, ihre Ideen, ihre Taten. Versuch einer systematischen und kritischen Übersicht sowie einer ethischen Beurteilung. Autorisierte deutsche Ausgabe. (In 20 Lieferungen.) 1. Lieferung. Leipzig, Maas & van Suchtelen. 32 Seiten. 60 Pf.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Karl Marx

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Neue Zeit

1. Band Nr. 24 Ausgegeben am 13. März 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Karl Marx zum Gedächtnis.

Als wir vor fünf Jahren die zum 14. März fällige Nummer unseres Blattes dem Gedächtnis des zwanzigsten Todestags von Karl Marx widmeten, verfielen wir der ernsten Rüge staatsmännisch veranlagter Köpfe, weil wir zu ungewöhnlicher Zeit dem Genius gehuldigt hätten. Dieser Rüge werden wir heute vielleicht entgehen, da die Feier des fünfundzwanzigsten Todestags reglementsmäßiger ist; in der Tat hat auch dasselbe Organ, das uns dazumal einen herben Tadel erteilte, dieses Mal selbst einen Gedächtnisartikel zum 14. März veröffentlicht. Jedoch nun können wir an unserem Teil mit der schüchternen Kritik nicht zurückhalten: Lieber gar nicht, als so!

Sicherlich — man kann in der Menschenverehrung zu viel tun. Wir denken dabei gar nicht einmal an Carlyle und ähnliche Geister; es ist uns schon zu viel, wenn Freiligrath, dem doch alle knechtische Gesinnung fremd war, zum hundertsten Geburtstag Schillers sang:

> Dem Genius,
> Der heiligen Flamme wunderbaren Lohen,
> Die leuchten, wärmen, Blitze schleudern muß
> Einsam herab vom Vorhaupt der Heroen, —
> Ihm huld'gen wir!
> Ihm heben opfernd wir die Schale!
> Ihm flechten wir die vollste Schläfenzier,
> Und sonnen uns und ruhn in seinem Strahle.

Ob nun in der Tat ein Fortschritt sein mag, daß uns dies Pathos, an dem sich doch einst viele tapfere Herzen erwärmt haben, ungenießbar geworden ist, das wollen wir nicht weitläufig untersuchen. Genug, daß es uns seltsam in die Ohren tönt! Aber wenn die Wahl so stünde, so würden wir freilich tausendmal lieber solch Pathos wählen als jene kleinmeisterliche Beschränktheit, die zu einem Gedächtnistag von Marx einige sauersüße Komplimente zu murmeln weiß, aber sie krönt mit dem Spruche tiefsinniger Weisheit, daß Marx auch

Digitized by Google

nur ein Mensch gewesen sei, daß er manche Fehler gehabt, in seinen Urteilen manchmal geirrt und manches falsch vorausgesehen habe.

Ohne Zweifel soll man auch dem Genius gegenüber nicht die Kritik vergessen. Allein was wir schon vor fünf Jahren an dieser Stelle sagten, das können wir heute nur wiederholen: alles, was bisher an dem Lebenswerk von Marx als überlebt und verfehlt nachgewiesen worden ist, das ist von denen nachgewiesen worden, die man „orthodoxe Marxisten", und zwar nicht im Sinne einer Schmeichelei, zu nennen pflegt. Die anderen haben nichts gekonnt, als um das eherne Bild von Marx, wie es in die Tafeln der Geschichte eingegraben ist, einen Kranz von Fragezeichen zu machen. Sie werfen das Kind aus dem Fenster und waschen ihre Hände im Bade mit dem beseligenden Bewußtsein: Was sind wir doch gescheiter als Marx, während wir das Bad aus dem Fenster schütten, aber das Kind hegen und pflegen.

Und wenn es nur das wäre! Jedoch wie kann man den Namen von Marx nur im Munde führen, wenn man durch die Tat bestreitet oder doch bestreiten möchte, was seines Lebens innerster Kern gewesen ist. Um nur an die brennendste Frage der Gegenwart anzuknüpfen, so soll es eine lächerliche „Heldenpose" sein, zu sagen, daß der Kampf um das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Staat ein Klassenkampf sei. Als ob Marx niemals die lapidaren Sätze niedergeschrieben hätte: „Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter die Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß." So ist auch der Kampf der Arbeiterklasse um die Reform des preußischen Wahlrechtes nichts anderes, als ein politisches Mittel des proletarischen Klassenkampfes. Wer das bestreitet, mag recht oder unrecht haben, aber er sei so ehrlich zu sagen, daß er den Schlachtruf verleugnet, den Marx vor mehr als vierzig Jahren der internationalen Arbeiterbewegung gegeben hat.

Und so heißt es auch nur den Namen von Marx im Munde führen, wenn auf einen Gedächtnisartikel zu seinem Todestage in denselben Spalten eine Reihe von Artikeln folgt, die seine Sache preisgeben. Wir heben nur folgende Sätze hervor: „Es ist geradezu absurd, in dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat den Schlüssel zum Verständnis unserer derzeitigen politischen Verhältnisse zu suchen. Der Gegensatz zwischen kapitalistischen Unternehmern und proletarischen Lohnarbeitern ist zweifellos ein mächtig wirkender Faktor in Fragen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur. Aber wer nur diesen Gegensatz sieht, wer ihn für den allein maßgebenden oder auch nur für den hauptsächlich entscheidenden Faktor in unserer politischen Konstellation hält, der trottet mit Scheuklappen durch die politische Arena." Das ist eine Ansicht — wir können nicht sagen, wie andere auch, denn sie ist entschieden origineller, als sonst menschliche Ansichten zu sein pflegen —, allein es ist eine Ansicht,

über die wir so wenig streiten, wie wir über die Ansicht streiten würden, daß wer behaupte, 2 × 2 sei = 4, mit Scheuklappen durch die arithmetische Arena trotte. Denn von Marx haben wir allerdings gelernt, daß die preußische Junkerherrschaft wirklich nur ein Produkt des kapitalistisch-proletarischen Klassengegensatzes ist. Seit sechzig Jahren hat der deutschen Bourgeoisie niemals die Macht, aber immer der Wille gefehlt, die Herrschaft der Junker zu stürzen, weil sie diese erlauchte Klasse gebraucht als gemietete Landsknechte gegen das revolutionäre Proletariat.

Am 14. März vor fünfundzwanzig Jahren schrieb Engels an Liebknecht: „Obgleich ich ihn (Marx) heute abend in seinem Bette ausgestreckt gesehen habe, die Leichenstarre im Gesicht, kann ich mir doch gar nicht denken, daß dieser geniale Kopf aufgehört haben soll, mit seinen gewaltigen Gedanken die proletarische Bewegung beider Welten zu befruchten. Was wir alle sind, wir sind es durch ihn, was die heutige Bewegung ist, sie ist es durch seine theoretische und praktische Tätigkeit; ohne ihn säßen wir immer noch im Unrate der Konfusion.“ Diesen „Unrat der Konfusion“ wollen wir uns nun aber doch nicht, ein Vierteljahrhundert nach seinem Tode und gar unter seiner Firma, wieder ins Haus schleppen lassen. Jedem Menschen ist unbenommen, über Marx zu denken, wie er will, aber wer wider Marx ist, der soll nicht so tun, als ob er für Marx sei.

Um einen albernen Gemeinplatz ausnahmsweise einmal zu wiederholen, so war Marx kein Gott, auch kein Halbgott; er war nicht einmal unfehlbar wie der Papst. Aber er war ein Denker, der das Maß menschlicher Erkenntnis wesentlich vermehrt hat, und an diesem Fortschritt halten wir fest, nicht als an einem Endziel menschlicher Erkenntnis, aber an einem Schritte vorwärts, der nicht wieder zurückgetan werden darf. Auch uns soll der Tag gepriesen sein, an dem Marx überwunden sein wird, wie er die Hegel und Ricardo überwunden hat, aber ein Zurück von ihm, es sei auf wen immer, führt in den „Unrat der Konfusion“, in den wir nicht marschieren.

Am wenigsten, wenn diese tragikomischen Retiraden durch die „praktische Unfruchtbarkeit“ des Marxismus beschönigt werden sollen, durch die Redensart, daß die deutsche Sozialdemokratie die mächtigste und zugleich die ohnmächtigste aller modernen Arbeiterparteien sei, dank ihrem starren Festhalten an den revolutionären Grundsätzen, wie sie Marx in den lapidaren Sätzen formuliert hat, die wir schon anführten. Wir sind sicherlich die letzten, die Erfolge unserer ausländischen Schwesterparteien zu unterschätzen, aber ihnen allen kann sich der zwölfjährige, sieggekrönte Feldzug gegen das Sozialistengesetz getrost zur Seite stellen, und was wäre aus diesem Feldzug geworden, wenn er nicht prinzipiell und taktisch nach den Grundsätzen von Marx geführt worden wäre? Jedoch wenn man auch von allen einzelnen Fällen absieht, so ist die angebliche Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie in Wirklichkeit der schlagendste Beweis für ihre Macht. Sie wird von den herrschenden Klassen in Deutschland so gefürchtet, daß diese jedes Mittel brutaler Gewalt anwenden, um der Arbeiterklasse selbst solche Waffen zu rauben, die die Bourgeoisie anderer Länder noch ohne Sorge in den Händen des Proletariats

sieht. Die „praktischen Erfolge" jeder Arbeiterpartei, die anders als im rücksichtslosesten Klassenkampf errungen werden, sind immer und überall nur ein Beweis dafür, daß die herrschenden Klassen noch mit dem Proletariat auszukommen gedenken, und diese „praktischen Erfolge" verschwinden in dem Maße, je mehr die Kraft der Arbeiterklasse wächst und je unerschütterlicher ihr Wille wird, die Ketten der Lohnsklaverei für immer zu zerbrechen.

Karl Marx hat „praktische Erfolge" dieser Art nie erstrebt und auch nie gehabt. Er war noch ein Kind in der Wiege, als die Karlsbader Beschlüsse hereinbrachen, und er war ein Greis von sechzig Jahren, als das Sozialistengesetz hinwegfegte, was er in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit geschaffen hatte. Was Engels einmal von den Anfängen der englischen Arbeiterbewegung sagt, das gilt auch für das Leben von Marx: es war eine ununterbrochene Kette von Niederlagen, unterbrochen durch wenige Siege, aber wie er nie eine Sekunde gezögert hat auf den rauhen und steilen Pfaden, die er emporstieg, so ist, seitdem das Grab seine sterbliche Hülle birgt, seine Gestalt nur immer gewaltiger emporgewachsen.

Nicht in dem Sinne einer abergläubischen Heldenverehrung, aber im Sinne des Wortes, das wie ein Grundakkord durch unsere klassische Literatur und Philosophie klingt, von Lessing bis auf Feuerbach: die edelste Beschäftigung des Menschen ist der Mensch, gedenken wir heute dieses großen Menschen, dessen Fahne zu tragen unsere Ehre und unser Glück ist.

Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution.

Von **Henriette Roland-Holst.**

Der allgemeine Gesichtspunkt, unter dem Marx die Aufgabe des Proletariats in der bürgerlichen Revolution auffaßte — eine Aufgabe, die im „Kommunistischen Manifest" klar und scharf formuliert wird —, ist die organische Entwicklung der Gesellschaft. Nur aus dem entwickelten Kapitalismus kann der Sozialismus hervorgehen, nur er schafft die technische Grundlage zur Sozialisierung der Produktionsmittel, so auch das zahlreiche, bewußte und revolutionäre Proletariat, das imstande sein wird, die gesellschaftliche Umwälzung zu vollbringen. Nur auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, in der freien Entfaltung der Herrschaft der Bourgeoisie kommt der ganze abgrundtiefe Klassengegensatz zwischen ihr und dem Proletariat ans Licht, während er verdunkelt und verschleiert wird, solange Proletariat und Bourgeoisie sich gemeinsam gegen die absolutistisch-feudale Ordnung wenden. Und nur aus dem Boden dieser Gesellschaft erwächst für das Proletariat die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit der breitesten politischen Betätigung, jene unumgänglichen Voraussetzungen seiner Schulung und Reifung. Deshalb soll das Proletariat dort, wo die bürgerliche Gesellschaft noch nicht besteht, „wo die Bourgeoisie revolutionär auftritt", sich gemeinsam mit ihr „gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei" wenden und „für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse", das heißt für die Errichtung der bürgerlichen Gesellschaft kämpfen. Jedoch immer so kämpfen, daß „bei den Arbeitern ein mög-

lichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie" herausgearbeitet wird und die Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können.

Marx hat, wie sich nachher erwies, am Vorabend und während der ersten Periode der bürgerlichen Revolution von 1848 bis 1851 das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung überschätzt und an ihr unmittelbares Umschlagen in die proletarische geglaubt, was beim damaligen Stande der kapitalistischen Entwicklung wie der revolutionären Reife des Proletariats ausgeschlossen war. Jedoch diese Überschätzung, das notwendige Gegenstück zur genialen Kühnheit des Denkens, womit Marx aus den Anfängen des modernen Kapitalismus dessen ganze weitere Entwicklung bis in unsere Tage hinein erkannte, war auf seine Beurteilung der Aufgaben des Proletariats in der bürgerlichen Revolution von keinem Einfluß. Denn wenn Marx auch damals nicht vorhersah, daß die Arbeiterklasse während Jahrzehnten, in einer Periode der befestigten und uneingeschränkten Herrschaft der Bourgeoisie, die „friedlichen", legalen Methoden des Klassenkampfes aufs äußerste ausbilden würde, sondern im Gegenteil erwartete, ihre Anwendung würde umgekehrt bald neue revolutionäre Kämpfe entfesseln, so dünkte ihm die Eroberung der bürgerlichen Rechte, so des allgemeinen Wahlrechtes, des Koalitionsrechtes usw. deshalb nicht weniger wichtig. Diese Eroberung galt ihm als der notwendige Ausgangspunkt, von wo aus die Bewegung der Arbeiterklasse, deren Selbständigkeit durch die Revolution vorübergehend unterbrochen wurde, von neuem auf erweiterter Stufenleiter ansetzen könne, um für ihre besonderen Klassenforderungen zu kämpfen. So schreibt Marx zum Beispiel in „Revolution und Konterrevolution" (S. 49) über Lage und Aufgaben des deutschen Proletariats während der Revolutionszeit:

„In der Tat, solange der Boden für das selbständige Vorgehen der Arbeiter nicht geebnet war, solange das direkte und allgemeine Stimmrecht nicht bestand, solange die sechsunddreißig größeren und kleineren Staaten fortfuhren, Deutschland in zahllose Fetzen zu zerreißen, was konnte da die proletarische Partei anderes tun, als die für sie entscheidende Bewegung in Paris zu verfolgen und in Gemeinschaft mit den Kleinbürgern um jene Rechte zu ringen, die es ihr ermöglichen sollten, dann ihren eigenen Kampf zu kämpfen?"

An den hier kurz dargestellten Auffassungen hat Marx in den Revolutionsjahren 1848 bis 1851 mit unerschütterlicher Konsequenz festgehalten. Sie haben ebenso seine Tätigkeit in den deutschen Ereignissen wie sein nachträgliches Urteil über diese und über die Stellung des Proletariats in der französischen Revolution bestimmt. Diese Auffassungen waren es, die ihn und Engels beim Anfang der deutschen Revolution nicht nach Berlin führten, „mit seiner kaum entstehenden Bourgeoisie, seinem maulfrechen, aber tatfeigen kriechenden Bürgertum, seinen noch total unentwickelten Arbeitern",[1] sondern nach Köln, nach dem Zentrum der Rheinprovinz, dem damals in jeder Beziehung fortgeschrittensten Teile Deutschlands, wo die französische Revolution die alten Staats- und Rechtsformen fortgeschwemmt, wo sich die bedeutendste Großindustrie entwickelt hatte und die Bourgeoisie am meisten vom Hauche des modernen Lebens berührt worden war. Diese Auffassungen bestimmten Marx und Engels, statt

[1] Aus dem literarischen Nachlaß von K. Marx, Fr. Engels und F. Lassalle. Band III, S. 4.

wie Stephan Born und andere von ihnen geschulten Mitgliedern des Kommunistenbundes während der Revolutionszeit in der besonderen Arbeiterbewegung zu wirken, ihre besten Kräfte der Redaktion des Blattes zu widmen, welches die äußerste linke Spitze der bürgerlichen Demokratie vertrat, und damit die „Neue Rheinische Zeitung" zum berühmtesten Blatte, zur hervorragenden geistigen Macht des ersten Revolutionsjahres zu machen. Diese Auffassungen waren es auch, die Marx dazu bewogen, anfänglich in der „Neuen Rheinischen Zeitung" mehr die gemeinsamen Interessen aller demokratischen Klassen gegenüber den feudal-absolutistischen Mächten als die besonderen Klasseninteressen des Proletariats hervorzuheben. Sie bestimmten seine Haltung im kritischen Moment, wo die Auflösung der Berliner Versammlung durch den Staatsstreich die Bourgeoisie vor die Frage des revolutionären Widerstandes stellte. In welcher Weise Marx die Unterstützung der bürgerlichen Revolution durch das Proletariat verstand, wie er immer bereit war, den Augenblick auszunutzen, diese über sich selbst hinauszudrängen und damit in ihr die entschiedensten, rücksichtslosesten, die proletarischen und halbproletarischen Elemente in die Vorderreihe zu bringen, das geht aus keiner anderen Episode deutlicher hervor als aus der Haltung des Blattes nach jenem schwachen, sogleich stockenden Anlauf zur Steuerverweigerung, womit die Berliner Versammlung in einer Aufwallung der Empörung auf ihre Auflösung reagierte. Marx zauderte keinen Augenblick, sich dem spezifisch-bürgerlichen, ungewaltsamen und legitimen Kampfmittel der Steuerverweigerung anzupassen: die „Neue Rheinische Zeitung" tat ohne Säumen alles, was in ihrer Macht lag, den gefaßten Beschluß zur Wirklichkeit zu machen.[1] Aber in der Art, wie sie zur Handhabung dieses Kampfmittels aufforderte, dieses Hinüberspielen des passiven Widerstandes in den aktiven, des legalen Kampfes in den revolutionären, den sie offen empfahl und in Aussicht stellte — darin zeigte sich sonnenklar jener Unterschied der Gesinnung zwischen der proletarischen und der bürgerlich-demokratischen Partei, die Marx später in „Revolution und Konterrevolution" in Deutschland scharf formulierte.[2]

Dieselben Grundauffassungen jedoch, welche Marx erkennen ließen, daß die Unterstützung der bürgerlichen Revolution durch das Proletariat im Interesse des Proletariats selbst liege, machten ihm klar, daß diese Unterstützung keine dauernde sein kann. Wenn er in der Vereinigung verschiedener Klassen „bis zu einem gewissen Grade stets die notwendige Vorbedingung einer Revolution" erblickte, so galt diese ihm als die gewaltige Kraft, welche, in ihrem siegreichen Fortschreiten die rasche, leidenschaftliche Entwicklung der Klassengegensätze besorgend, die an ihrer Schwelle geschlossenen Bündnisse wieder zersprengte. „Kaum ist der Sieg gegen den gemeinsamen Feind errungen, und schon gehen die Sieger in verschiedenen Lagern auseinander und richten die Waffen gegeneinander."[3]

So erklärt sich die taktische Wendung der „Neuen Rheinischen Zeitung" im Frühjahr 1849, als sich herausstellte, daß die bürgerliche Demokratie

[1] Siehe über diese Episode in Mehrings Nachlaßausgabe, dritter Teil, S. 63 bis 65.

[2] „Drittens unterschied sich die proletarische Partei von der Klasse der Kleinbürger oder der eigentlichen sogenannten demokratischen Partei in ihrer politischen Tätigkeit dadurch, daß sie bei jeder Gelegenheit jene revolutionäre Kühnheit und Tatkraft bekundete, die stets einer Partei mangeln wird, welche hauptsächlich aus Kleinbürgern besteht und Kleinbürger an ihrer Spitze hat" (S. 49).

[3] Revolution und Konterrevolution, S. 41.

Deutschlands sich im allgemeinen nicht vorwärts, sondern rückwärts entwickelte und mehr und mehr jede revolutionäre Tatkraft einbüßte. Diese taktische Wendung wurde angekündigt durch die Veröffentlichung von Marx' Abhandlung „Lohnarbeit und Kapital" sowie von W. Wolffs „Schlesische Milliarde". Mit diesen Aufsätzen rückte die Aufdeckung des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die Besorgung der proletarischen Interessen in den Vordergrund der Bestrebungen der „Neuen Rheinischen Zeitung". Der neue Standpunkt wurde von ihr angekündigt mit den Worten: „Jetzt ... ist es an der Zeit, näher einzugehen auf die ökonomischen Verhältnisse selbst, worauf die Existenz der Bourgeoisie und ihre Klassenherrschaft sich gründet, wie die Sklaverei der Arbeiter."[1]

In derselben Zeit traten Marx und seine Freunde aus dem demokratischen Kreisausschuß, dem sie bis jetzt angehört hatten; der von Mitgliedern des Kommunistenbundes geleitete Kölner Arbeiterverein sagte sich vom Bunde der rheinischen demokratischen Vereine los und begann die Vorbereitungen zur Errichtung einer Organisation aller rheinisch-westfälischen Arbeitervereine.[2]

Jedoch die Weiterentwicklung dieser neuen Taktik wurde durch das Vordringen der Konterrevolution unterbunden, an erster Stelle durch den Todesstoß, womit sie am 18. Mai den gefürchteten und gehaßten Gegner, die „Neue Rheinische Zeitung", traf. Auf eine siegreich sich entfaltende, nicht auf eine zurückgedrängte Revolution war diese Taktik zugeschnitten, und es gab für sie keine Möglichkeit der Betätigung mehr, wie für Marx keine Möglichkeit, sich unmittelbar am revolutionären Kampfe zu betätigen. Seine Erwartungen über die weitere Entwicklung der europäischen Revolution, seine Anschauungen über die Aufgaben des Proletariats in ihrer nächsten Periode hat Marx hauptsächlich in seinen Schriften über die französischen Klassenkämpfe jener Zeit niedergelegt.

* * *

Die französische Revolution von 1848 war in der Hinsicht von anderer Art wie jede frühere, daß es in ihr nur eine Rückwärtsentwicklung geben konnte. Denn sie fing damit an, dem Proletariat, seiner Aktion und seinen Interessen jene dominierende Stellung zu verschaffen, zu der es in früheren Revolutionen erst an der äußersten Spitze der Entwicklung gelangte.

Jedoch mit dem Umschlagen des berauschenden Scheines der Februarrevolution in die fürchterliche Wahrheit des blutigen Bürgerkriegs, mit dem Niederschlagen des Proletariats in den Junitagen schien ein zweiter Kreislauf der Revolution zu beginnen, dessen Darstellung der größte Teil der „Klassenkämpfe in Frankreich" gewidmet ist. Bei dessen Ende, in den ersten Monaten von 1850, gruppierten sich die demokratischen Klassen: Kleinbürger, Bauern, Mittelschichten überhaupt, immer mehr in offenen Gegensatz zu den herrschenden Mächten getrieben, von neuem also um ihre revolutionäre Spitze, um das Proletariat. Diese Koalition der demokratischen Interessen, welcher in der „Partei der Ordnung" eine Koalition aller kapitalistischen Elemente gegenüberstand, gelang es bei den Märzwahlen 1850, beträchtliche Erfolge zu erzielen. Und die Entwicklung werde, so erwartete Marx noch Anfang 1850, das immer entschiedenere Hervortreten der Partei des äußersten Umsturzes innerhalb der demokratischen Koalition betreiben, das immer rücksichtslosere Sich-geltend-machen der proletarischen Interessen, kurz das Umschlagen der bürgerlichen in die proletarische Revolution.

[1] Nachlaß, III, S. 83. [2] Daselbst, S. 80.

Digitized by Google

Jedoch diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Die Schlüsse, welche Marx aus der Analyse früherer bürgerlicher Revolutionen gezogen hatte, trafen für die Revolution von 1848 nicht zu, gerade infolge der fortgeschritteneren Bedingungen, unter denen sie sich abspielte. So wie es 1848 nicht zu den kriegerischen Verwicklungen mit dem Ausland gekommen war, die Marx in Aussicht stellte, so kam es 1850 nicht zu einer von den Wühlereien der Legitimisten hervorgerufenen Invasion.

Ebenso wie die bürgerlichen Klassen 1848 keinen Drang verspürten, den um ihre Befreiung ringenden Nationen zu Hilfe zu eilen, so zogen die von der geschichtlichen Entwicklung geschwächten feudal-absolutistischen Klassen es vor, sich mit den neuen Mächten zu verständigen, als mit ihnen ein Ringen auf Leben und Tod zu beginnen. Und so unterblieb auch die Notwendigkeit der äußersten Anspannung aller Kräfte der Demokratie gegen einen gleichzeitig im Innern und von außen her sie bedrohenden Feind, die unter unentwickelteren Bedingungen es den von der größten revolutionären Energie erfüllten Klassen ermöglicht hätte, beim Fortschreiten der Revolution zeitweilig eine führende Stellung einzunehmen.

Ein Gegenstück und deshalb auch ein mit der geschichtlichen Schwächung jener vorbürgerlichen Klassen gleich wichtiger Grund der Verengung des revolutionären Kreislaufs bildet jedoch die im Vergleich zu früheren Revolutionen um 1848 größere Zahl des Proletariats, sein Eintreten für eigene, besondere Forderungen. Wenn es in den Jahren 1848/49 zu landesverräterischen Anstrengungen der Konterrevolution nach 1848 nicht kam, so in erster Linie deshalb, weil die bürgerlichen Klassen aus Furcht vor dem Proletariat im Augenblick des Sieges darauf verzichteten, ihre Erfolge voll auszunutzen. Noch auf den Barrikaden schloß die preußische Bourgeoisie das Bündnis gegen das Proletariat mit dem besiegten Absolutismus, ein Bündnis, das den ersten Schritt zu dessen Wiederbelebung, wenn auch in modifizierter Form, bedeutete. Und in Frankreich kämpften bei den Wahlen von 1850 die klerikalen Krautjunker und Bourgeoisrepublikaner vereint mit allen Waffen der Einschüchterung, der Lüge und der Verleumdung gegen die „rote Partei", die Partei der demokratischen Interessen.

Auch das zweite Ereignis, von dem Marx 1850 erhoffte, es würde den „allgemeinen Vorwand" für eine neue Revolution abgeben: der Angriff auf das allgemeine Wahlrecht, erwies sich dazu nicht imstande. Die Eskamotierung des allgemeinen Wahlrechtes konnte damals schon deswegen keine starke revolutionierende Wirkung haben, weil, wie Marx kurz nachher erkannte und zur Richtschnur seines Wirkens machte, seit 1849 ein wirtschaftlicher Aufschwung eingetreten war, der die revolutionäre Schwungkraft lähmte. Jedoch auch ohne diesen Umstand wäre es zweifelhaft gewesen, ob die Massen schon die notwendige politische Reife besaßen, um den Angriff auf das Wahlrecht mit einer revolutionären Erhebung zu beantworten. Eine allgemeine Erhebung aus diesem Grunde kann schwerlich am Anfang, sondern wahrscheinlich nur am Ende einer langen Periode der Reifung und Stärkung des proletarischen Bewußtseins vorkommen, einer Reifung und Stärkung, zu der die Handhabung des Wahlrechtes ein unerläßliches Mittel bildet.

Der Aufstieg des Proletariats, wie er sich nach 1848 vollzog, hat die Furcht und Angst der Bourgeoisie für die Totengräber ihrer Herrschaft immerwährend gesteigert. Wenn es damals, der schwachen industriellen Entwicklung ent-

sprechend, erst „das Gespenst des Kommunismus" war, das alle Mächte des alten Europa gegen sich ins Feld rief, so hat dieses Gespenst seither einen immer gewaltigeren Riesenkörper bekommen in den mächtigen, geschlossenen Arbeiterparteien aller Länder, in den nach Millionen zählenden sozialdemokratischen Wählern und Lesern der sozialdemokratischen Presse, den Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften. So, wie die Kraft und Reife des Proletariats heute tausendfach größer sind als 1848, wie die Gefahr, das Proletariat werde die politische Macht erobern und sie seinen Zwecken dienstbar machen, jetzt in Vergleich zu damals in greifbare Nähe gerückt ist, so ist die Bourgeoisie heute dort, wo die feudal-absolutistisch-bureaukratischen Klassen, wie in Preußen, die Staatsmacht noch großenteils, und wie in Rußland noch fast völlig beherrschen, noch tausendmal schwankender und schwächer als vor sechzig Jahren. Sie wartet in Rußland den „Tag nach der Revolution", den Tag ihres Sieges nicht ab, um sich mit dem alten Regiment gegen das Proletariat zu verbinden, sondern fällt schon während des Ringens gemeinsam mit dem Absolutismus dem Proletariat in den Rücken und unterbindet damit ihren eigenen Sieg.

Auch heute, auch bei den weitgereiften sozialökonomischen Verhältnissen, unter denen die russische Revolution sich vollzieht, haben die von Marx aufgestellten Grundanschauungen ihre Gültigkeit bewahrt: die Entfaltung der bürgerlichen Ordnung bildet jetzt wie damals die Voraussetzung zur vollen, normalen Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes. Aber dem höheren Grad von Bewußtsein und Reife, in dem das von der Sozialdemokratie geführte oder wenigstens überall beeinflußte Proletariat sich schon beim Eintritt in die revolutionäre Bewegung befindet, entspricht — wie die russischen Ereignisse seit 1905 bewiesen — eine andere Kampfesstellung und Kampfesweise, als 1848 möglich war. Ein anfängliches Verzichten auf selbständiges Auftreten für die besonderen Interessen des Proletariats ist da nicht mehr geboten. Im Gegenteil: indem das Proletariat — selbstverständlich ohne darauf zu verzichten, die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen, wo sie revolutionär auftreten, zu unterstützen — immer wieder seine besonderen Zwecke hervorhebt, durch seine Forderungen und nicht am wenigsten durch seine Kampfesmethoden das Banner der proletarisch-sozialen Revolution tagtäglich im Herzen der bürgerlich-politischen aufrollt, wirkt es am tatkräftigsten für den Sturz der alten Ordnung, *soweit diese von ihm abhängt*.

Es birgt jedoch der Höhegrad der ökonomischen Verhältnisse, der Klassengegensätze, des proletarischen Bewußtseins, unter denen die letzte bürgerliche Revolution stattfindet, selbst Momente in sich, die den Sieg der Bourgeoisie aufhalten, indem sie ihre Haltlosigkeit und Feigheit ins Extreme steigern. Aber glücklicherweise: je feiger und schwächer die große und mittlere Bourgeoisie wird, je klarer sie politisch erscheint als bloßes Anhängsel des absolutistisch-bureaukratischen Regiments — desto weniger wird ihre Herrschaft zur unumgänglichen Vorbedingung des Aufdeckens des ganzen Gegensatzes zwischen ihr und dem Proletariat, desto mehr erstreckt sich auch auf sie das ganze Maß von Haß und Verachtung, welches das alte Regiment trifft.

Die Weiterentwicklung der sozialen Verhältnisse, die sich 1848 erst im Keime zeigten, erschwert nicht nur ungemein den Heldenkampf des Proletariats in der letzten bürgerlichen, in der russischen Revolution, sondern stellt auch dies Proletariat vor allem seinen am meisten, bewußt vorwärtstreibenden

Digitized by Google

Teil, die Sozialdemokratie, vor neue Probleme und neue Aufgaben. Jedoch dieselbe Entwicklung wird glücklicherweise eine viel ausgiebigere Ausnutzung des Sieges durch die proletarische Klasse zur Folge haben, als bei früheren, unentwickelteren Verhältnissen möglich war. Die bürgerliche Revolution kann in Rußland nicht siegen — wie es noch in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in West- und Mitteleuropa möglich war —, ohne daß sie dem Proletariat jene breite Grundlage demokratischer Rechte gewährt, die ihm die Gelegenheit sichern wird, seine bereits in der Feuerschule der Revolution gewonnene Reife und Stärke mächtig zu vergrößern und dauernd zu betätigen.

Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt.

Von **Parvus**.

Karl Marx war als Politiker ein neuer Typus, den man bis dahin nicht kannte. Bis auf den heutigen Tag bemüht man sich vergebens, ihn unter eine politische Etikette zu bringen. Er ist weder Realpolitiker noch Romantiker im landläufigen Sinne des Wortes. Und weil er keines von beiden ist, darum entdecken die einen wie die anderen in ihm einen Widerspruch zwischen Realpolitik und Revolutionsromantik.

Um seine Eigenart als Politiker zu begreifen, muß man seine Durchbildung als Philosoph ins Auge fassen.

Das Bürgertum hatte die „göttliche Vorsehung" aus der Weltgeschichte entfernt, als es selbst anfing, Geschichte zu machen. Es setzte an ihre Stelle die bürgerliche Zweckmäßigkeit, die es zu absoluten rechts- und geschichtsphilosophischen Grundsätzen verklärte. Da aber die Bourgeoisie die kapitalistische Zusammenfassung verschiedener sozialer Schichten ist, die nur in ihrem Klasseninteresse gegenüber dem Proletariat einig sind, untereinander jedoch Interessenkämpfe auszufechten haben, so zeigten sich in dem Moment, wo sie zur Macht gelangte, ebenso viele bürgerliche Zweckmäßigkeiten als Interessengegensätze in ihrer Mitte, und jede dieser Zweckmäßigkeiten beanspruchte für sich absolute Geltung, unterlegte den absoluten Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Freiheit usw. ihren Inhalt. Zugleich kommt es immer mehr zum Bewußtsein des Proletariats, daß es von der bürgerlichen absoluten Gerechtigkeit absolut ausgeschlossen ist. Wir sehen deshalb im Verlauf der großen französischen Revolution die Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie und das Proletariat gegen die Bourgeoisie kämpfen.

Die Auflösung und Negation der sozialen Ideen der Bourgeoisie in den politischen Kämpfen der Revolution wird ideologisch weiter entwickelt und zusammengefaßt in dem Sozialismus der französischen Utopisten. Dieser ist entweder eine idealisierte Umkehrung der bürgerlichen Wirklichkeit, wenn er zum Beispiel der sozialen Konkurrenz die soziale Harmonie entgegenhält, oder er setzt höchstens einem bürgerlichen Prinzip ein anderes Klassenprinzip entgegen, der bürgerlichen Gerechtigkeit die proletarische Gerechtigkeit. So verschieden der soziale Ideengehalt, war es doch die gleiche geschichtsphilosophische Methode, nur von einem anderen Gesichtspunkt angewandt. Aber während die kapitalistische Bourgeoisie die materielle Macht, die sie besaß, als Verwirklichung eines abstrakten Prinzips hinstellte, befand sich der utopische Sozialismus in der weniger angenehmen Lage, von der Verwirklichung eines abstrakten Prinzips erst die

materielle Macht zu erwarten. Darum erzeugt der französische Sozialismus als Charaktere verträumte Romantiker, während der französische bürgerliche Politiker hinter den romantischen Phrasen, die er noch gebraucht, immer schärfer den nüchternen Geschäftsmann hervortreten läßt.

In England hat die Bourgeoisie um jene Zeit keinen Verfassungsstreit auszukämpfen. Sie erscheint schon deshalb mehr konsolidiert als die französische. Sie ist auch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weiter vorgeschritten. Außerdem jagen ihr die Trubel der französischen Revolution einen Schrecken ein, und sie wird reaktionär. Darum tritt hier der proletarische Klassenkampf, unverhüllt durch revolutionäre Romantik und ungetrübt durch demokratische Nebenströmungen, offen und nackt zutage. Er erscheint von vornherein als Massenbewegung und als wirtschaftlicher Kampf. Die geistige Auseinandersetzung spielt sich hier weniger im Reiche abstrakter Rechtsideen als auf dem Gebiet des Handels und der Produktion ab, sie führt zur Kritik der politischen Ökonomie.

Die Hegelsche Dialektik war der geistige Reflex der deutschen Wirklichkeit auf die französische Revolution: man konnte die alten Zustände nicht mehr als absolut gelten lassen, nachdem sie in Frankreich überwunden waren, man negierte deshalb den absoluten Charakter der neuen Zustände. Die deutsche Philosophie gewann den objektiven Blick, um das geschichtsphilosophische Ergebnis der französischen Revolution zu ziehen, weil das deutsche Volk materiell die Kämpfe dieser Revolution nicht mitzumachen hatte. Doch diese Erkenntnis erscheint noch selbst als Ideologie: alles ist Entwicklung, aber die Entwicklung selbst ist nicht Wirklichkeit, sondern Idee. Hegel, der mit majestätischer Ruhe das Bild der Welt, wie durch die Öffnung einer Dunkelkammer, sich auf die Tischplatte wirft, wo sich geräuschlos und farblos ihre Bewegungen abwickeln, ist nicht bloß der Schöpfer dieser Philosophie, sondern die Charakterfigur, die sie uns stellt.

Indessen schickte die deutsche Bourgeoisie ihre Intelligenz voraus im Kampfe um die politische Freiheit. Aber das waren schon andere Gestalten, als die geistigen Vorkämpfer der französischen Bourgeoisie. Man vergegenwärtigt sich vielleicht am ehesten den Unterschied, wenn man Voltaire mit Heine vergleicht. Jener ein Draufgänger mit beinahe geschäftsmäßig nüchternen Augen, unter dessen scharfen Ausfällen ein Selbstvertrauen hervorschaut, das bis zur Unduldsamkeit sich steigert; dieser ein Skeptiker mit träumerischem Blick, der wehmütige Ironie mit romantischem Schwärmen paart. Diese vormärzliche deutsche Publizistik glaubt nicht mehr an die geschichtliche Mission der Bourgeoisie: sie sieht in ihr nicht die „Nation", sondern das Spießertum. Der Gegensatz zwischen der deutschen Philosophie, die ideell bereits der Entwicklung Frankreichs vorangeeilt war, und der deutschen Wirklichkeit, die weit hinter Frankreich zurückblieb, bildete die geistige Quelle der Skepsis der deutschen bürgerlichen Publizistik. Nur fehlte noch der philosophische Kopf, um dieser Skepsis eine geschichtsphilosophische Grundlage zu geben.

Die ideellen Ergebnisse der französischen Revolution traten Karl Marx zuerst in der Gestalt der Hegelschen Philosophie entgegen. Titanenhaft ringt er gegen den neuen Geist, sieht aber die metaphysischen Grundpfeiler der übernommenen Weltauffassung im Lichte der Hegelschen Dialektik vermodern und zerfallen. Er schildert selbst diese innere Wandlung. „Von dem Idealismus ... geriet ich dazu, im Wirklichen selbst die Idee zu suchen.... Ein

rüstiger Wanderer, schritt ich ans Werk selbst, an eine philosophisch-dialektische Entwicklung der Gottheit, wie sie als Begriff an sich, als Religion, als Natur, als Geschichte sich manifestiert. Mein letzter Satz war der Anfang des Hegelschen Systems.... Immer fester kettete ich mich selbst an die jetzige Weltphilosophie, der ich zu entrinnen gedacht, aber alles Klangreiche war verstummt, eine wahre Ironiewut befiel mich."

Hier treffen wir bereits einen hervorstechenden Charakterzug des Politikers und Schriftstellers Karl Marx. Wie Heine in sich Ironie und Schwärmerei vereinigte, so Karl Marx Sarkasmus und Pathos. Die Zeiten der diffusen Empfindungen sind vorbei. Marx schlägt in allem tiefere Noten an. Aus der schwärmerischen Sehnsucht wird Tatendrang, aus der Skepsis philosophische Kritik.

Mit dem Wunsch, „im Wirklichen selbst die Idee zu suchen", den er vom Idealismus der Metaphysik hinübergerettet hat, tritt Karl Marx in die Kämpfe seiner Zeit. Er will den philosophischen Gedanken der Wirklichkeit erfassen, um durch die Philosophie die Wirklichkeit zu beeinflussen. Auf diese Weise dokumentiert Marx, im Einklang mit der publizistischen Strömung der vierziger Jahre, daß Deutschland aufgehört hat, der müßige philosophische Beobachter der revolutionären Kämpfe des Auslandes zu sein, und selbst in eine revolutionäre Periode eintritt.

Der Versuch, im Zentrum der deutschen Wirklichkeit den philosophischen Gottgedanken zu entdecken, scheiterte bald genug an dem Elend der deutschen Zustände. Aber die Rückständigkeit und Zerfahrenheit der deutschen Zustände war auch schuld daran, daß sie Marx keinen geschichtsphilosophischen Ausweg zeigen konnten. Da wurde ihm zunächst die deutsche philosophische Erkenntnis zum Sprungbrett, das ihm über die deutsche Wirklichkeit hinweghalf. Die Hegelsche Dialektik gab ihm die Möglichkeit, die Dinge aneinander zu messen, und schärfte seinen Blick für die Klassenkämpfe, die sich in Frankreich und England abspielten.

Der Klassenkampf, der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter in England, der politische Kampf in Frankreich, das und nicht etwa die Produktionsentwicklung ist die Realität, die, mit Hilfe der Hegelschen Dialektik wahrgenommen, ihrerseits den Anstoß gab zur Revision des Hegelschen Idealismus. „Daß der Stand, der heute nichts besitzt, am Reichtum der Mittelklassen teilzunehmen verlangt, das ist ein Faktum, welches ... in Manchester, Paris und Lyon auf den Straßen jedem sichtbar umherläuft" — so faßt er von vornherein das Problem. Diese harten Tatsachen sind aber keine deutschen Tatsachen. Kämpfe, welche die Welt bewegen, spielen sich also außerhalb Deutschlands ab. Das führt Marx zur Erkenntnis, daß die deutsche Philosophie sich in einer imaginären Welt bewegt. „Wir sind philosophische Zeitgenossen der Gegenwart, ohne ihre historischen Zeitgenossen zu sein. Die deutsche Philosophie ist die ideale Verlängerung der deutschen Geschichte. ... Was bei den fortgeschrittenen Völkern praktischer Zerfall mit den modernen Staatszuständen ist, das ist in Deutschland, wo diese Zustände selbst noch nicht einmal existieren, zunächst kritischer Zerfall mit der philosophischen Spiegelung dieser Zustände.".

Marx benutzt die Idee des Klassenkampfes, um die Hegelsche Rechtsphilosophie zu sprengen. „Eine Schule, die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine bejahrte, eine an-

Digitized by Google

gestammte, eine historische Knute, eine Schule, der die Geschichte nur ihr a pasteriori zeigt, die historische Rechtsschule, sie hätte daher die deutsche Geschichte erfunden, wäre sie nicht eine Erfindung der deutschen Geschichte." Was aber an dieser Klippe scheiterte, war offenbar nicht die Entwicklungsidee, die in der Hegelschen Dialektik enthalten war, sondern der Hegelsche Idealismus. War früher die Idee der Geschichte vorgesetzt, so hat sie Hegel der Geschichte nachgesetzt. Beides ist falsch, und Hegels Philosophie selbst ist nur eine Erfindung der Geschichte. Fehlt aber der einigende Gedanke, dem die Geschichte dient, so zerfällt sie in streitende Kräfte. „Es gilt" — schreibt Marx — „die Schilderung eines wechselseitigen dumpfen Druckes aller sozialen Schichten aufeinander."

Die Revolution der Philosophie, die Marx auf diese Weise vollführte, war also, genau genommen, nur eine philosophische Umschreibung von politischen Tatsachen, die sich aller Welt aufdrängten. Je schroffer die proletarische Zweckmäßigkeit der bürgerlichen Zweckmäßigkeit entgegentrat, desto mehr erschien die Geschichte als ein Kampf von Zweckmäßigkeiten, von denen jede ihre relative Bedeutung hatte.

Wenn aber die Geschichte weder die Emanation noch die Verwirklichung einer Idee ist, welche Bedeutung hat dann die Idee in der Geschichte? Damit erhält auch das Problem des politischen Wirkens der Persönlichkeit eine neue Fassung. Nicht mehr das Genie, das ungekannte und ungeahnte Gedanken formt und der Menschheit neue Bahnen weist, erscheint als die bewegende Kraft der Geschichte; es gibt keine solche Gedanken; die Ideenbewegung der Zeit ist „die Erfindung der Geschichte". Was also kann die Idee und was kann der einzelne?

„Die Waffe der Kritik" — schreibt Marx — „kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist, die Sache an der Wurzel fassen."

Wie Marx früher durch den philosophischen Gedanken auf die Gedanken der Nation wirken wollte, so will er jetzt durch die Theorie auf die Massen wirken, die in den Kampf gegen andere Massen treten. Der Klassenkampf zerreißt die philosophische Einheit, ohne die Wirkung der Idee aus der Politik zu beseitigen. Aber die Weltkämpfe spielen sich nicht mehr in der Gedankenwelt ab, vielmehr müssen die Gedanken sich erst in die materielle Gewalt der Massen verwandeln, um als geschichtlicher Faktor zu wirken. Dem einzelnen fällt eine politische Rolle zu, diesen Prozeß zu vermitteln.

Andererseits, wenn nicht die Ideenentwicklung, sondern der Klassenkampf die bewegende Kraft der Weltgeschichte ist, so drängen sich von selbst dem geistigen Auge die materiellen Interessen auf, welche den Klassenkampf bedingen. Schon früher hatte P. J. Proudhon durch seine Schrift über das Eigentum auf Marx einen gewaltigen Eindruck gemacht. Friedrich Engels brachte aus England neben dem sozialen Problem des modernen Proletariats eine Kritik des kapitalistischen Industrialismus. Während der Jahre seiner Anwesenheit in Paris lernt Karl Marx die politischen Kämpfe an Ort und Stelle kennen und studiert den Klassenkampf aus der Geschichte der französischen Revolution. Das Ergebnis läßt sich schematisch so zusammenfassen:

Digitized by Google

Wie Karl Marx mit Hilfe der Hegelschen Dialektik die geschichtliche Bedeutung des Klassenkampfes erkannt, mit der Idee des Klassenkampfes die Hegelsche Rechtsphilosophie gesprengt und den Hegelschen Idealismus abgestreift hatte, so hat er mit der also auf materiellen Boden gestellten Entwicklungslehre den Utopismus der französischen Sozialisten überwunden und die politischen Kämpfe der französischen Revolution und des zeitgenössischen Frankreich in ihrem Klassencharakter auseinandergehalten; er hat, fußend in der Erkenntnis der Kämpfe des industriellen Proletariats in England, das moderne Proletariat dem Kleinbürgertum entgegengesetzt und mit der Logik der industriellen Entwicklung die kleinbürgerliche Ideologie Proudhons vernichtet. So vereinigt er in seinem Geiste wie in einem Brennpunkt und bildet zu einer philosophischen Einheit um die politischen Erfahrungen und die soziale Entwicklung der drei wichtigsten Kulturländer seiner Zeit.

Als das Revolutionsjahr 1848 kam, da war das Kommunistische Manifest schon geschrieben und veröffentlicht. Das geschichtsphilosophische System war in seinen Grundzügen fertig, wenn es auch erst später durch die Einfügung der Produktionsentwicklung als primären geschichtlichen Faktors seinen Schlüsselpunkt gewann.

Das Proletariat ist die revolutionäre Kraft der Gegenwart. Um seine Machtentfaltung zu fördern, ist zweierlei notwendig: es in Massen zusammenzufassen und diese Massen über ihre politischen Ziele aufzuklären. Damit sind Marx die großen Umrisse seines eigenen politischen Wirkens gegeben.

Er bildet sich nicht ein, ein Erlöser der Menschheit zu sein. Dieser für die utopistischen Sozialisten so charakteristische Zug fehlt bei ihm vollständig. Nicht auf den einzelnen mit seinen Gedanken und Wünschen kommt es an, sondern auf die Massen, ihr Klasseninteresse, ihre Entwicklung. Daraus aber ergibt sich für Marx ein anderes politisches Maß der Bewertung des politischen Erfolges. Nicht nach dem Maß seines persönlichen Lebens, sondern nach der geschichtlichen Rolle des Proletariats stellt er sich das politische Ziel und nach diesem bemißt er seinen politischen Ehrgeiz. Sein politisches Ziel geht deshalb weit über sein persönliches Wirken hinaus. Was ist nun Erfolg und was Mißerfolg? Nicht das, was der Persönlichkeit den größten politischen Einfluß verschafft, sondern das, was am mächtigsten jetzt oder in Zukunft das Proletariat vorwärts bringt.

Nicht auf den einzelnen kommt es an, sondern auf die Massen. Aber der Klassenkampf der Massen vollzieht sich unter gegebenen Verhältnissen und wird von diesen bedingt. Darum müssen die Verhältnisse studiert werden, wie der Feldherr das Terrain studiert, auf dem er zu kämpfen hat, und vor der Schlacht seine Kräfte prüft und die des Gegners. Marx zergliedert bis in die feinsten Details die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, bestimmt die Stellung des Proletariats in ihr und die Machtstellung der Kapitalistenklasse. Er macht dabei die wichtige Entdeckung, daß das Arbeitsverhältnis, in welches die Produktion die Menschen zueinander stellt, durch die Warenproduktion in ein Verhältnis von Sachen zueinander sich verwandelt, aus dem sich Gesetze der Entwicklung ergeben, die nicht bloß außerhalb des Machtbereichs, sondern selbst außerhalb des Bewußtseins der Kapitalistenklasse bleiben. Er untersucht diese Gesetze. Er stellt die Tendenz der kapitalistischen Produktionsentwicklung fest und verfolgt zugleich die konkrete Gestaltung der kapitalistischen Produktion, die Entwicklung des Weltmarktes. So gibt er

seinem Revolutionismus eine reale Grundlage, wie noch kein Politiker vor ihm. Zugleich damit tritt aber für ihn die politische Bedeutung der einzelnen Persönlichkeit noch weiter in den Hintergrund.

Dennoch ignoriert er den einzelnen Politiker keineswegs, wie seine zahlreichen Polemiken beweisen. Er weiß, wie seine historischen Schriften zeigen, die Bedeutung der persönlichen Aktion in dem entsprechenden politischen Moment wohl zu beurteilen, wie er auch, neben den wirtschaftlichen die politischen, die kulturellen und die sonstigen Verhältnisse in Rechnung zu setzen versteht. Aber mit dem historischen Moment fällt auch die historische Persönlichkeit. Wie lächerlich erscheinen ihm die französischen Revolutionsemigranten, die, als sie die politische Macht verloren, die ihnen der geschichtliche Moment gab, nicht begreifen konnten, wie sich die Revolution ihrem Einfluß habe entziehen können!

Nicht minder behandelt er mit souveräner Verachtung jene Parlamentarier und Parteiführer, die sich einbilden, sie seien die Lenker der Geschichte. Er nennt das „parlamentarischen Kretinismus", der da glaubt, daß alles, was in der Welt vorgeht, Kriege, Revolutionen, technische Umwälzungen, Handelskrisen, zurücktrete gegenüber der Bedeutung der Frage, die gerade in diesem Augenblick das hohe Haus beschäftige.

Ihm selbst gibt die Erkenntnis der kapitalistischen Entwicklung, innerhalb deren sich der proletarische Klassenkampf abspielt, eine Festigkeit und Sicherheit des politischen Urteils und des politischen Auftretens, die sich durch keine formellen Mißerfolge auch nur im geringsten beeinflussen lassen. Er treibt keine Erfolgspolitik. Nichts ist ihm verhaßter als das. Er basiert seine Taktik nicht auf dem Moment, sondern auf der Entwicklung. Er sucht nicht in jedem einzelnen Fall den größten Effekt zu erzielen, er sucht jeden einzelnen Fall dem politischen Endziel unterzuordnen.

Die Erfolgspolitik geht darauf hinaus, ein politisches Ergebnis zu erzielen, noch bevor es geschichtlich reif ist. Da sie es dem Gegner nicht abringen kann, so sucht sie es von ihm durch Konzessionen zu erkaufen. Sie erzielt deshalb — wenn sie ihn erzielt! — den größten Erfolg des Moments durch größere oder geringere Preisgabe der Zukunft.

So wenig es Marx je einfiel, durch schlaue Kombinationen die Geschichte überlisten zu wollen, so sehr trat er mit der größten Energie und Entschiedenheit auf, wenn der geschichtliche Moment des revolutionären Wirkens eintrat. So in der 1848er Revolution und in der Pariser Kommune. Aber auch hier suchte er nicht nach einer Mittellinie, um die Kräfte zu einigen, sondern er brachte die extremsten Forderungen und die extremsten Kräfte zum Ausdruck und schürte den heftigsten Kampf. Beide Male machte er die politische Niederlage mit. Und doch unterliegt es jetzt für uns keinem Zweifel, daß, viel mehr als die sozialistische Propaganda, als alles andere vorher und nachher, die entschiedene Trennung des Proletariats von der Bourgeoisie 1848 und 1871 die politische Grundlage abgab für die große Entwicklung der sozialistischen Bewegung in unseren Tagen.

Wie sehr Karl Marx 1848 recht hatte, das zeigt sechzig Jahre später die russische Revolution, in der die umgekehrten Versuche einer Politik des Kompromisses einen kläglichen Schiffbruch erlitten.

Viele sind an Marx vorbeigegangen, die mehr politischen Erfolg erzielten als er, doch in den Augen der ganzen Welt überragt er längst alle in der Tragweite seines politischen Wirkens.

Digitized by Google

Der geschichtliche Materialismus erzielt — insofern das durch die Idee überhaupt möglich ist — nicht nur die größte politische Machtentfaltung der Massen, sondern er erreicht auch, indem er die eingebildete Größe der Persönlichkeit abstreift und die Persönlichkeit in die politische Arbeit der Massen ebenso einreiht, wie diese in den geschichtlichen Prozeß, die größte Entwicklung der individuellen Kraft und ihren größten politischen Nutzeffekt. Das sagt uns Karl Marx als Politiker. Damit aber wird in seiner Person der Widerspruch zwischen Individualität und Sozialität aufgehoben, wie im Sozialismus die Klassengegensätze aufgehoben werden.

Verkünder des Klassenkampfes vor Marx.

Von **Th. Rothstein** (London).

I.

Vor mehr als siebzig Jahren schrieb einmal James Bronterre O'Brien, von dem wir in diesem Aufsatz noch viel zu sprechen haben, folgendes: „Habet kein Zutrauen in die Geschichte, betrachtet sie als eine Sammlung von Fabeln, die, gleich den heutigen Zeitungen, nicht mit Rücksicht auf die Wahrheit oder die Interessen der Menschheit erdacht sind, sondern um das Volk zu betrügen und in dieser Weise allen Schwindel und alle schurkischen Einrichtungen der Reichen zu erhalten.“[1] Was von der Geschichtschreibung des Anfanges des neunzehnten Jahrhunderts galt, trifft von der heutigen noch in weiterem Umfang zu. Es gibt kaum eine andere sogenannte wissenschaftliche Disziplin auf der Welt, die so verfälscht wäre wie die moderne Geschichtskunde. Teils aus bloßer Verständnislosigkeit für die wahren Triebfedern der Geschichte, teils aber auch mit bewußter Rücksicht auf die Interessen der herrschenden Klassen gestalten unsere „freien“ Wissenschaftler die Geschichte zu einer „Sammlung von Fabeln“, die alles andere zum Zwecke haben, nur nicht die Darstellung der Wahrheit. Man kann sagen, daß je mehr eine herrschende Klasse sich selber bewußt ist, desto gewissenloser wird die Geschichte falsifiziert, sie wird zu einer Apologie dieser Klasse und bezweckt, ihre „Schwindel und schurkischen Einrichtungen“ zu befestigen. Erst mit dem Aufkommen einer neuen Klasse, die mit der herrschenden um die Macht ringt, wird die Geschichte von der apologetischen Makulatur wieder gereinigt, um späterhin, wenn die neue Klasse selbst zu einer herrschenden geworden ist, aufs neue eine Fabelsammlung zu werden. Einzig und allein das Proletariat wird die historische Wahrheit, um deren Wiederherstellung es gleich anderen aufstrebenden Klassen während seiner Kampfzeit bemüht ist, auch nach seinem Siege bewahren, da es gegen niemand mehr irgendwelche „Schwindeleien und schurkische Einrichtungen“ zu verteidigen haben wird. Und das gilt von den historischen Tatsachen nicht mehr als von der historischen Methode, an deren Ablenkung von den materialistischen Gesichtspunkten das Proletariat nie ein Interesse haben wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es eben diesem hochentwickelten Klassenbewußtsein der englischen Bourgeoisie zuzuschreiben ist, wenn die moderne englische Geschichte so ungeheuer gefälscht ist wie vielleicht keine andere. Freilich findet man zahlreiche Fabeln und Entstellungen auch in der Geschichte der

[1] „Poor Man's Guardian“, 5. Dezember 1835.

früheren Jahrhunderte, mit der die bürgerlichen Gelehrten in England wie anderswo sich am liebsten zu beschäftigen pflegen, da man sich dort von Rücksichten auf gegenwärtige Interessen etwas freier fühlt; allein erst mit der Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte wird so ungeniert umgesprungen, daß es fast zu einem öffentlichen Skandal geworden ist. Ganze Abschnitte der wichtigsten Volksgeschichte, wie zum Beispiel die große chartistische Bewegung, werden mit einem geradezu naiven Zynismus übergangen, während die anderen nach dem Stile des modernen journalistisch-parlamentarischen Klatsches bearbeitet sind.

Daher kommt es, daß die moderne Geschichte Englands so wenig bekannt ist, daß die Schriften unserer Großmeister Marx und Engels noch immer fast die einzige Quelle sind, aus der wir unsere Kenntnisse über die früheren Phasen der englischen Arbeiterbewegung schöpfen, und was sie zu beschreiben unterlassen haben, bleibt auch für uns ein „Ding an sich", von dem wir nicht einmal wissen, ob es überhaupt existiert. So entwickelt zum Beispiel Genosse Plechanoff in seiner ausgezeichneten Vorrede zu der letzten russischen Auflage des „Kommunistischen Manifestes" die Vorgeschichte der Theorie des Klassenkampfes, indem er auf Grund französischer Quellen zeigt, daß bereits in dem ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts manche bürgerliche und utopistisch-sozialistische Schriftsteller Frankreichs einen ganz netten Begriff vom Klassenkampf hatten. Sonderbar aber — oder vielmehr nach dem oben Gesagten ganz natürlich — bringt er kein einziges Zeugnis aus der englischen Literatur, womit er bezeugt, daß auch ihm, der sonst so belesen ist, diese Literatur unbekannt ist. Indes eben aus England könnte er sich in Hülle und Fülle ein Material für seine Vorgeschichte holen, das das französische, mit dem er operiert, an Reichtum, Klarheit und Geschlossenheit weit übertrifft. Kann doch der Begriff des Klassenkampfes erst von dem proletarischen Standpunkt aus in allen seinen Konsequenzen und Anwendungen rücksichtslos entwickelt werden, und dazu bot England, wo das Proletariat sich am ehesten und entschiedensten von der Bourgeoisie sozial abgetrennt hat, einen viel günstigeren Boden als das kleinbürgerliche Frankreich, wo es erst in den vierziger Jahren zu der großen Scheidung kam und bis dahin keine spezifisch-proletarische Denkweise auftauchen konnte.

In England liegen die Dinge so klar, daß man sogar das Jahr genau nennen kann, in dem der Begriff des Klassenkampfes zum erstenmal als ein Bestandteil des proletarischen Gedankens ins Leben gerufen worden ist. Das war das Jahr 1831, als die berühmte Reformbill im Parlament eingebracht wurde. Wie bekannt, war diese Bill das Ergebnis einer langen, über mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden Agitation, die gegen die Monopolstellung der ländlichen Aristokratie, der Lords, im Staate gerichtet war und diese durch die Demokratisierung des Wahlrechtes und eine Neuaufteilung der Wahlkreise ihrer politischen Vorrechte zu entkleiden suchte. Während sich aber die Agitation in radikal-demokratischen Bahnen bewegte und für das allgemeine Wahlrecht, geheime Stimmenabgabe, kurze Parlamentsessionen und dergleichen eintrat, begnügte sich die von der Regierung eingebrachte Vorlage bloß mit einer Neuaufteilung der Wahlkreise und einer Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Zahler einer Hausmiete von mindestens 10 Pfund Sterling (über 200 Mark) pro Jahr. Damit wurde eine Scheidungslinie in der bisher von den politischen Rechten ausgeschlossenen bürgerlichen Bevölkerung aufgestellt,

Digitized by Google

die fast genau mit der zwischen den bemittelten und unbemittelten Klassen, beziehungsweise der Bourgeoisie und dem Proletariat zusammenfiel. Daß es sich dabei bei der Regierung um die unter ähnlichen Umständen immer wirksamen Absichten handelte — nämlich die demokratische Bewegung zu spalten und mit der Hilfe der zu ihrem Rechte gelangten besitzenden Klassen der weiteren Entwicklung der Dinge vorzubeugen —, geht schon aus den damaligen Erklärungen der Regierung hervor. So sprach zum Beispiel der Premier Grey im Unterhaus: „Wenn jemand glaubt, daß diese Reform zu weiteren Maßnahmen führen wird, so täuscht er sich gründlich. Es gibt keinen entschiedeneren Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, jährlicher Parlamentswahlen und geheimer Stimmenabgabe als mich, und mein Zweck ist, solche Hoffnungen und Pläne nicht zu fördern, sondern für immer unmöglich zu machen."[1] Ganz ähnlich sprach Greys Kollege, der bekannte Lord Brougham, in der Lordskammer: „Man verlangt von euch jetzt, daß ihr einen mäßigen Preis für die Erneuerung des alten Systems der Vertretung bezahlet; wenn ihr nicht zustimmt, dann werdet ihr um so mehr bewilligen müssen, je länger ihr zögert, bis jährliche Parlamente, Wahlen durch Millionen und geheime Stimmenabgabe zustande kommen.... Es gibt Leute, die meinen, daß die Bill so viel die Macht der Demokratie vermehre, daß dadurch alle Einrichtungen des Staates gefährdet werden können, und die uns als Anstifter und Aufwiegler zu Anarchie und Expropriation anklagen.... Ach, meine Herren, haben denn wir selbst nichts von einer demokratischen Expropriation zu fürchten? Ich selbst besitze nur ein bescheidenes Vermögen, aber auch dieses hängt von dem Bestehen der heutigen Einrichtungen ab und ist mir ebenso teuer wie euch die viel größeren Reichtümer, die ihr besitzt."[2]

Damit wurden die Absichten der Regierung ganz deutlich angekündet, und bald stellte sich heraus, daß sie auch ihr Ziel nicht verfehlten. Als die Bill an dem Widerstand der Lords scheiterte, stellte sich der gesamte „Mittelstand" auf die Seite der Regierung, und von einer Ecke Englands bis in die andere erscholl das Geschrei: „Die Bill, die ganze Bill, nichts außer der Bill!" Manche Demokraten versuchten diesem Geschrei entgegenzuwirken, indem sie auf den Klassencharakter der Bill aufmerksam machten. Allein ihre Mahnungen blieben eine Stimme in der Wüste, und die proletarischen Massen liefen dem „Mittelstand" nach. Ganz offen drückte die Ansichten der Bourgeoisie Thomas Attwood aus, der Führer der damals an der Spitze der ganzen Reformbewegung stehenden Birminghamer politischen Vereinigung. In einer Rede, die er vor seinen Kollegen Ende 1831 hielt, verglich er die Zustände in England mit denen Amerikas, wo es doch auch kein allgemeines Wahlrecht gebe, da die Neger und Ausländer kein Stimmrecht besäßen (sic!), und fuhr fort: „In Amerika gibt es wenigstens neun Menschen, die am Eigentum interessiert sind, gegen einen, der an dem Verkauf seiner Arbeitskraft interessiert ist. In England liegen die Dinge ganz umgekehrt. Hier gibt es neun Personen, die an dem Verkauf ihrer Arbeitskraft interessiert sind, gegen einen, der an der Erhaltung seines Eigentums interessiert ist. Daher, wenn man es nicht in Amerika vom nationalen Standpunkt aus für sicher hielt, die politische Macht auf jeden einzelnen ohne irgendwelchen Unterschied auszudehnen, so dürfen wir uns nicht

[1] „Poor Man's Guardian", 19. November 1831.
[2] Daselbst, 15. Oktober 1831.

Digitized by Google

wundern, daß man davon um so mehr in einer Gesellschaft wie der unseren Abstand nimmt, da bei uns das Eigentum in großen Massen angehäuft ist und die äußerste Armut in einer Weise auf die Leidenschaften und Bedürfnisse des Volkes wirken kann, daß es über das Eigentum seiner Mitmenschen nicht mehr ein gerechtes Urteil abzugeben imstande ist und wahrscheinlich Maßnahmen ergreifen wird, die für die gesamten Interessen und das Glück der Bürger verderblich sind." [1]

Wie konnte bei einer so naiven Offenherzigkeit des „Mittelstandes" das Aufdämmern des Klassenbewußtseins auf dem anderen Pole ausbleiben? Bereits in demselben Jahre schrieb anläßlich des großen Tamtams, das die Attwoods und sonstige Birminghamer Helden gegen die hartnäckigen Lords erhoben, das demokratische Blatt der „Poor Man's Guardian" [2] in einer Ansprache an die Lordskammer: „Drohungen einer Revolution werden vom Mittelstand und den kleinen Meistern ausgesprochen, um eure Zustimmung für die Bill zu bekommen. Fürchtet euch nicht davor. Eine gewaltsame Revolution ist nicht nur mehr, als die, welche damit drohen, zustande zu bringen vermögen, sondern sie ist auch trotz ihrer Großmauligkeit für sie ein Gegenstand der Furcht. Denn diese Leute wissen, daß eine solche Revolution nur von den armen und verachteten Millionen ausgeführt werden kann, die, wenn sie einmal in Bewegung gebracht sind, die Sache sowohl für die eigenen wie für die Interessen ihrer Auftraggeber ausnutzen können, so daß die letzteren damit nicht nur in eine minder günstigere Lage als jetzt gelangen, sondern auch in ihren heiligen Eigentumsrechten bedroht werden würden. Seid versichert, daß eine gewaltsame Revolution für sie der größte Schrecken ist, und sollen einmal die armen Millionen dazu gezwungen sein, von einer solchen Waffe Gebrauch zu machen, so werden diese Leute sie genau so entschieden bekämpfen wie ihr selbst. Ihre Hilfe ist euch in einem solchen Falle durch die Solidarität des Eigentums gesichert."

Schärfer, von dem Standpunkt der Klassenkämpfe aus, vermöchte die damalige Lage auch ein Marxist nicht beleuchten, und die vielen ähnlichen Aufsätze, die in derselben Schrift zerstreut sind, zeigen, daß es sich nicht bloß um einzelne Einfälle, sondern um eine ganze Weltanschauung handelte. Darauf werden wir noch zurückkommen; jetzt sei bloß noch bemerkt, daß genau ein Jahr später sich die Theorie auch in die Praxis umsetzte. Als nämlich der Kampf gegen die Lords sich immer mehr verschärfte — in London fanden große Straßenkrawalle statt und in Sheffield, hieß es, wurden 100000 Picken in Bereitschaft gehalten —, da wurde mit einem Male in Birmingham, der Hochburg der bürgerlichen Agitation, ein „Verein der arbeitenden Klassen" gegründet, weil, wie es in der öffentlichen Erklärung zu lesen war, „die Führer der anderen Vereinigungen, indem sie Männer des Eigentums sind..., andere und von den Arbeitern verschiedene Interessen haben". Dr. Wade, einer der Stifter dieses Vereins, schrieb alsdann an Attwood folgendes: „Die meisten derer, die in Ihren Organisationen einen tätigen Anteil nehmen, sind Leute von Besitz, also haben sie viel mehr das Interesse, eine Vertretung des Besitzes zu erkämpfen, als eine solche der Person. Als Beweis dafür mag der Umstand dienen, daß seit undenklicher Zeit die Besitzenden über jene Macht

[1] „Morning Chronicle", 18. November 1831.

[2] „Poor Man's Guardian", 1. November 1831.

verfügen, Gesetze zu schaffen, deren Wirkung heutzutage in den ungeheuren Reichtümern auf der einen und in dem Elend und Hunger der Arbeiter auf der anderen Seite zu sehen ist."[1]

Wie bekannt, wurde die Reformbill schließlich durchgesetzt. Zwar kam es zu einer Revolution nicht; allein, als die Lords mit einer Militärdiktatur des alten Haudegen, des Herzogs von Wellington, drohten, wurde ein Ansturm auf die Bank von England organisiert, und die Krone und die Lords mußten kapitulieren. Dadurch aber wurde erst recht die Bahn für die weitere Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins und damit auch des Verständnisses für die Klassengegensätze geöffnet. Solange noch die Bourgeoisie in der Opposition war und für ihre Rechte kämpfte, konnte noch immer der Schein erhalten werden, als ob sie für die allgemeinen Interessen des Volkes einträte. Selbst der „Poor Man's Guardian", als die Gefahr der Militärdiktatur nahe war und die Anhänger der Bill zur Einigkeit riefen, ließ sich einmal durch die Sirenenstimme der Attwoods verführen und schrieb: „Laßt nur die Bill einmal unter Dach und Fach gebracht sein. Wir können über die menschliche Natur nicht so schlecht urteilen, daß wir annehmen, jene, welche ihre eigene Freiheit erkämpft haben, würden nicht auch uns helfen, die unserige zu erwerben."[2]

Allein bereits damals sagte O'Brien, indem er die Reformbill als eine Maßnahme kritisierte, die „nicht für die Befreiung, sondern für die Versklavung des Volkes" eingebracht worden sei, daß sie doch nicht ohne Nutzen ihre Verwirklichung finden werde, da „sie die Herrschaft von der Aristokratie auf die Mittelklasse (Bourgeoisie) übertragen und damit euch, Arbeiter Englands, die Möglichkeit geben wird, zu erkennen, wer eigentlich eure Feinde sind.... Soll die Reform", fuhr er fort, „eure Lage nicht bessern, dann werdet ihr einsehen, daß es für euch ganz gleichgültig ist, solange ihr noch Sklaven seid, wer eure Herren sind, und daß das einzige Mittel, euch aus der Klemme herauszuziehen, darin besteht, daß ihr ein Stück Regierung in eure eigenen Hände bekommt."[3] Die Bemerkung, daß es für das Proletariat ganz egal sei, wer seine Herren sind, mag nicht zutreffen, und wir werden unten sehen, daß O'Brien auch anders urteilen konnte; indes seine Erwartungen wurden noch eher erfüllt, als er es selbst für möglich hielt. Wenn das Junkertum vorher das Volk mit Ruten gezüchtigt hatte, so wurde das Volk jetzt von dem Kapitalistentum mit Skorpionen geschlagen. Als die Reformagitation auch in Irland eine große Volksbewegung entfesselte, so erließ die neue Regierung des „Mittelstandes" sofort ein Ausnahmegesetz, das in seiner Grausamkeit alles überstieg, was je von der Aristokratie auf diesem Gebiet geleistet worden war. Da zur selben Zeit auch in England die Wogen der Erregung sich noch nicht gelegt hatten und das Proletariat massenweise in die Grand National Trade Union Robert Owens zuströmte, um durch „direkte Aktion" das zu erreichen, was es auf dem Wege des politischen Kampfes zu verwirklichen nicht imstande war, so erließ die reformierte Regierung einen Ukas, der solche „Geheimbündelei" für ungesetzlich erklärte, und sie ließ, um ein Exempel zu statuieren, sechs arme Arbeiter, die sich dem Verein angeschlossen hatten, verhaften und nach einer Strafkolonie deportieren, gerade in dem Moment, als

[1] „Poor Man's Guardian", 17. November 1832.

[2] Daselbst, 28. Januar 1832.

[3] „Midland Representative", 12. Mai 1832.

unter der Londoner Arbeiterschaft Geld gesammelt wurde, um den Führern der Reformbillbewegung ein silbernes Service zu präsentieren! Schließlich, im Jahre 1834, kam jenes neue und ungeheuerliche Armengesetz zustande, das mit einem Federstrich die Arbeiterklasse ihres Patrimoniums, des Rechtes auf gesellschaftliche Unterstützung, beraubte und sie unter dem Vorwand, die „unerträgliche" Steuerlast zu vermindern und das „Ehrgefühl" der Arbeiter zu erwecken, hilflos dem nach Menschenfleisch hungernden Kapital auslieferte. „Der Zweck", schrieb O'Brien,[1] „des neuen Armengesetzes ist, die gesamte arbeitende Bevölkerung, landwirtschaftliche wie industrielle, auf das niedrigste Niveau herunterzubringen, das nur die bloße Existenz erlaubt.... Die Ersparung, die diese Herren erwarten, scheint eher 40 Millionen als 2 Millionen Pfund Sterling pro Jahr zu sein, und diese Ersparung wird nicht an den Steuern, sondern an den Arbeitslöhnen gemacht werden." Es war eine Klassengewalttat, die sogar in England ohnegleichen dasteht, und es klingt geradezu wie eine Prophezeiung, wenn wir im Lichte dieses massenhaften Expropriationsaktes einen Artikel, betitelt: „Eine letzte Warnung vor der verfluchten Reformbill" und unterschrieben: „Von einem der Unterdrückten", im „Poor Man's Guardian" vom April 1832 lesen. „Die Bill", heißt es dort, „ist die unliberalste, despotischste, infamste und höllischste Maßnahme, die je vorgeschlagen wurde.... Ich beschwöre euch deshalb, bereitet eure Särge vor, wenn ihr die Mittel dazu habt. Soll die Bill durchgeführt werden, so wird man euch zu Tausenden zu Tode hungern, und eure Leichen werden nackt wie die der Hunde auf den Misthaufen oder auf die offene Straße hinausgeworfen werden." Und dies wurde trotz des fürchterlichen Widerstandes der Arbeiter nach dem Erlaß des neuen Armengesetzes zur buchstäblichen Wirklichkeit, wie es in den zeitgenössischen Schriften zu lesen ist.

Die Wirkung aller dieser Maßnahmen konnte nicht ausbleiben. „In einer Hinsicht", schrieb O'Brien, „brachte das Armengesetz viel Nutzen. Es hat geholfen, die Augen des Volkes zu öffnen und ihm zu zeigen, wer der wirkliche Feind der Arbeiterklasse ist. Als die Reformbill noch nicht Gesetz war, konnte man annehmen, daß die Mittelstände etwas Gemeinsames im Gefühl mit den Arbeitern hätten. Diese Illusion ist schon nicht mehr da. Sie hat kaum das irische Ausnahmegesetz überlebt. Sie ist ganz und gar mit dem Erlaß des Aushungerungsgesetzes verschwunden. Kein Arbeiter wird jetzt Gerechtigkeit, Sittlichkeit oder Gnade von dem Parlament der Profitmacher erwarten."[2] Das traf bis auf das Tüpfelchen zu. Man braucht nur die Volksschriften jener Zeit durchzublättern, wo von Tausenden politischen Manifestationen und Versammlungen berichtet wird, um zu sehen, daß um diese Zeit das englische Proletariat schon tüchtig von seiner Schwärmerei für die „Einigung aller Klassen" ernüchtert worden war, ja bereits jene Bewegung in Fluß brachte, die kurz nachher als die chartistische bekannt wurde. Das aber wirkte auf das theoretische Denken zurück und erzeugte eine bemerkenswerte Auffassung des Klassenkampfes. (Fortsetzung folgt.)

[1] „National Reformer", 28. Januar 1837.
[2] „Twopenny Despatch", 10. September 1836.

Marx als Verfechter der Sklaverei.

Von **Karl Kautsky.**

Marx ein Verfechter der Sklaverei — das ist die neueste Sensation der „Sozialistischen Monatshefte". Damit feiern sie seinen 25. Todestag.

Zum Verkünder dieser neuen Wahrheit ward der richtige Mann auserkoren, Max Schippel, derselbe, der als Isegrim früher einmal in der gleichen Zeitschrift ihren Lesern weiszumachen versucht hatte, Engels sei ein Gegner des Milizsystems gewesen. Warum nicht Marx ein Verfechter der Sklaverei?

Schippel stellt seine Behauptung auf in einem Artikel: „Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage." Er verhöhnt dort die Verwerfung jeder kolonialen Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik als „matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise", die unvereinbar sei mit dem Marxismus. Die Ausbeutung der Eingeborenen in den Kolonien sei eine Notwendigkeit, die der richtige Marxist auch vollkommen begreife.

„Grundsätzlich und prinzipiell können wir also in der Kolonialfrage nicht sagen: wir seien jederzeit gegen jede Kolonisation, bei der irgendwelche Ungleichheit und Ausbeutung an Stelle der älteren Stammesgleichheit tritt. Denken wir doch nicht einmal bei uns selber daran, unsere bestehende Ausbeutung, die Lohnarbeit, von heute auf morgen abschaffen zu können, und halten wir doch für manche europäische Länder die raschere Herausbildung einer Klasse von Lohnarbeitern, also Ausgebeuteten, aus Kleinbauern und Kleinhandwerkern für einen großen und notwendigen Fortschritt. Um so mehr können wir für unser kolonialpolitisches Verhalten von vornherein lediglich die eine Richtlinie vorzeichnen: daß wir, gleich den weiterblickenden **bürgerlichen** Kolonialpolitikern, jede rohere Ausbeutungsform verwerfen und bekämpfen, die bereits durch eine höhere, mildere Form ersetzt werden kann — wobei wir die letzte konkrete Entscheidung natürlich für jeden einzelnen Fall von den vorliegenden, sehr vielgestaltigen Tatsachen und Umständen abhängig machen müssen."

Die Sophistik dieser Auseinandersetzung ist klar. Schippel legt dar, was sich in Europa ohne unser Zutun, ja gegen unseren Willen vollzieht, und erhebt es im Handumdrehen zur Regel dessen, was wir in den Kolonien zu tun haben. Weil wir heute noch nicht die Macht haben, in Europa der Ausbeutung der Lohnarbeit ein Ende zu machen, und weil sich heute bei uns ohne unser Zutun die Expropriation der Kleinbauern und Handwerker vollzieht, sollen wir kein Recht haben, es „grundsätzlich und prinzipiell" abzulehnen, daß in den Kolonien die Staatsgewalt in den Dienst der Expropriierung und Ausbeutung der Eingeborenen gestellt wird! Welche Logik!

Wir haben nach Schippel dort nur jene roheren Ausbeutungsformen zu verwerfen, die bereits durch eine „höhere, mildere Form ersetzt werden können", das heißt, wir haben nicht jede Form der Ausbeutung zu bekämpfen, ja wir haben nicht einmal die roheren Ausbeutungsformen zu bekämpfen, wenn sie nicht bereits durch „höhere" ersetzt werden können. Wo die Eingeborenen sich nicht freiwillig zur Lohnarbeit hergeben, ist die Zwangsarbeit nach Schippel erlaubt.

Dieser Gedankengang bedeutet nichts anderes als eine Verhöhnung unseres Programms, das ausdrücklich sagt: Die Sozialdemokratie „bekämpft in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse".

Digitized by Google

Die Anschauung Schippels in dieser Frage ist unvereinbar mit unserem Parteiprogramm.

Mitnichten, entgegnet Schippel. Marx und Engels haben doch auch gewußt, was sozialistisch ist, und trotzdem sind sie noch viel weiter gegangen als Schippel selbst. Sie haben die Negersklaverei sogar in Fällen für notwendig erklärt, wo Schippel das für falsch hält, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten:

„Im Einzelfall haben Marx und Engels zuweilen viel zögernder geurteilt als bürgerliche Reformer. Zum Beispiel über die Abschaffung der Sklaverei in den amerikanischen Südstaaten. Hierzu schreibt Marx 1847 (vergl. ‚Das Elend der Philosophie', Stuttgart 1885, S. 103):

„Ohne Sklaverei keine Baumwolle; ohne Baumwolle keine moderne Industrie... Ohne Sklaverei würde Nordamerika, das vorgeschrittenste Land, sich in ein patriarchalisches Land verwandeln. Man streiche Nordamerika von der Weltkarte, und man hat die Anarchie, den vollständigen Verfall des Handels und der modernen Zivilisation. Laßt die Sklaverei verschwinden, und ihr streicht Amerika von der Völkerkarte."

Und Engels habe das für richtig erklärt.

Hier sagt also Schippel mit dürren Worten, Marx habe sich gegen die Abschaffung der Negersklaverei in den Vereinigten Staaten ausgesprochen und „hierzu" die zitierten Worte geschrieben. Wäre das richtig, dann dürfte sich Schippel freilich eines erlesenen Bundesgenossen rühmen: Schippel Arm in Arm mit Marx unser Parteiprogramm in den Grund bohrend!

Es ist nicht jedermanns Sache, die Schriften von Marx im Kopfe zu haben, und so dürfte mancher naive Leser, der auf Schippels Ehrlichkeit baut, mit dem Zitat in Bedrängnis kommen. Darum sei hier konstatiert, daß Schippel wieder einmal nach altem, aber nicht bewährtem Isegrimschen Muster vorgegangen ist.

Die Ausführungen, denen das Marxsche Zitat entnommen ist, behandeln mit keinem Worte die Frage, wie sich die Sozialdemokratie zur Abschaffung der Negersklaverei zu stellen habe. Sondern Marx legt dort dar, wie eng die kapitalistische Industrie mit der Negersklaverei verknüpft ist, so daß Leute, die auf bürgerlichem Boden stehen, nicht gut ohne sie auskommen.

Der Ausgangspunkt für Marx ist seine Verhöhnung der Proudhonschen Auffassung der Dialektik. Proudhon meinte, jede ökonomische Kategorie habe ihre gute und ihre schlechte Seite. Statt nun die gesamte bestehende Produktionsweise umzuwälzen, will er die gute Seite der bestehenden ökonomischen Kategorien bewahren und ihre schlechte aufheben.

Demgegenüber weist Marx darauf hin, daß auch die Sklaverei eine solche Kategorie sei:

„Die Sklaverei ist eine ökonomische Kategorie wie eine andere. Sie hat also gleichfalls ihre zwei Seiten. Halten wir uns nicht bei der schlechten Seite der Sklaverei auf und sprechen wir von der schönen Seite der Sklaverei.... Die direkte Sklaverei ist der Angelpunkt der **bürgerlichen** Industrie, ebenso wie die Maschine usw."

Nun kommt der von Schippel zitierte Passus, und dann fährt Marx fort:

„Wie wird es Herr Proudhon anfangen, die Sklaverei zu retten? Er wird das Problem stellen: die gute Seite dieser ökonomischen Kategorie zu erhalten und die schlechte auszumerzen."

Marx höhnt hier also Proudhon, weil die Konsequenz seines Standpunktes dahin führen würde, daß er trachten müßte, die Sklaverei zu retten. Schippel

Digitized by Google

zitiert einen Satz aus dieser Darlegung, um zu beweisen, daß Marx *zögerte*, der Abschaffung der Sklaverei zuzustimmen! Marx führt dann weiter aus, daß die gute und die schlechte Seite einer gesellschaftlichen Einrichtung untrennbar miteinander verknüpft sind und der Fortschritt, die Überwindung dieser Einrichtung, gerade aus dem Kampf gegen ihre schlechte Seite entspringt. Die gesellschaftlichen Einrichtungen wären ewig, auch die Leibeigenschaft und Sklaverei, wenn es gelänge, ihre schlechten Seiten zu beseitigen und ihre guten zu erhalten. (Elend der Philosophie, 2. Auflage, S. 94, 105.)

Will man die Marxschen Ausführungen für unsere heutigen Fragen der Kolonialpolitik benutzen, dann wenden sie sich vor allem gegen die Idee der sozialistischen Kolonialpolitik. Was ist sie anderes, als eine Anwendung der Proudhonschen Idee von der guten und schlechten Seite?

Für Schippel und seine Leute ist die Kolonialpolitik eine notwendige ökonomische Kategorie. Es kommt nur darauf an, ihre schlechten Seiten auszumerzen und die guten zu entwickeln. Das ist Unsinn, erklärt Marx, die guten und die schlechten Seiten sind untrennbar miteinander verbunden. Man muß sie entweder beide akzeptieren oder beide verwerfen. Andererseits stehen auch die einzelnen ökonomischen Kategorien miteinander in unlöslichem Zusammenhang. Die Kolonialpolitik ist mit der kapitalistischen Industrie ebenso fest verknüpft wie die Sklaverei, und nur derjenige darf sie, ohne inkonsequent zu werden, grundsätzlich verwerfen, der die ganze kapitalistische Produktionsweise grundsätzlich verwirft.

Das ist der Standpunkt, den Marx „hierzu" entwickelt. Schippel verdreht ihn in sein Gegenteil, zu dem Zweck, die „saft- und kraftlose Predigerdenkweise" unseres Programms lächerlich zu machen. Ein löblicher Zweck, der das löbliche Mittel heiligt.

Wie Marx über die Sklaverei wirklich dachte, kann man schon aus dem „Kapital" ersehen, so aus einer Stelle, die den Schippelschen Standpunkt beleuchtet, daß die „höheren" Formen der Ausbeutung auch immer die „milderen" und daher von uns zu fördern seien:

> „Sobald Völker, deren Produktion sich noch in den niedrigeren Formen der Sklavenarbeit, Fronarbeit usw. bewegt, hineingezogen werden in einen durch die kapitalistische Produktionsweise beherrschten Weltmarkt, der den Verkauf ihrer Produkte ins Ausland zum vorwiegenden Interesse entwickelt, wird den *barbarischen Greueln der Sklaverei*, Leibeigenschaft usw. der *zivilisierte Greuel der Überarbeit* aufgepfropft. Daher bewahrte die Negerarbeit in den südlichen Staaten der amerikanischen Union einen gemäßigt patriarchalischen Charakter, solange die Produktion hauptsächlich auf den unmittelbaren Selbstbedarf gerichtet war. In dem Grade aber, wie der Baumwollenexport zum Lebensinteresse jener Staaten, ward die Überarbeitung des Negers, *hie und da der Verbrauch seines Lebens in sieben Jahren*, Faktor eines berechneten und berechnenden Systems" (I, 2. Aufl., S. 228).

Ist das auch ein Plädoyer gegen die Aufhebung der Sklaverei?

Oder jene Stelle des Kapital, in der Marx dartut, daß die Sklaverei ein Hindernis des technischen Fortschritts bildet? (A. a. O. S. 185.)

Aber wir bedürfen nicht solcher indirekten Zeugnisse, um zu erfahren, wie Marx über die Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten dachte. Die Internationale wurde gegründet, während der Bürgerkrieg um die Sklaverei in den Vereinigten Staaten tobte. In der Inauguraladresse vom 28. September 1864 hieß es:

Digitized by Google

„Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmütige Widerstand der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug für die Verewigung und Verbreitung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des Atlantischen Ozeans zu stürzen."

Bald darauf sandte die Internationale eine von Marx verfaßte Adresse an Lincoln, den Präsidenten der Vereinigten Staaten (5. Januar 1865). Es heißt dort unter anderem:

„Wo vor einem Jahrhundert zuerst die Idee einer großen demokratischen Republik auftauchte, wo die erste Erklärung der Menschenrechte erlassen wurde und wo der erste Anstoß zu der europäischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts ausging: wenn eben dort die Gegenrevolution sich rühmen konnte, mit systematischer Gründlichkeit die Ideen über den Haufen geworfen zu haben, ‚die zur Zeit der Bildung der alten Verfassung' herrschten; wenn sie behaupten durfte, ‚die Sklaverei sei eine wohltätige Einrichtung und sie bilde in der Tat die einzige Lösung des Problems der Beziehungen der Arbeit zum Kapital'; und wenn sie zynisch das Eigentum am Menschen proklamieren durfte als ‚den Eckstein des neuen Gebäudes' — da verstanden die arbeitenden Klassen Europas sogleich, bevor noch die fanatische Parteinahme der oberen Klassen für die konföderierten Junker (die Pflanzer der Südstaaten) es ihnen gesagt hatte, daß die Rebellion der Sklavenhalter die Sturmglocke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läutete und daß für die Männer der Arbeit nicht nur ihre Hoffnungen auf die Zukunft, sondern auch ihre Errungenschaften der Vergangenheit in dem furchtbaren Kampfe jenseits des Ozeans auf dem Spiel standen. Überall ertrugen sie daher geduldig die Leiden, welche die Baumwollenkrisis ihnen auferlegte, sie widersetzten sich begeistert den aufdringlichen Versuchen der herrschenden Klassen, zugunsten der Sklaverei einzuschreiten, und aus den meisten Teilen Europas trugen sie ihr Teil bei zu den Blutopfern für die gute Sache.

„Solange die Arbeiter, die wirkliche politische Macht der Nordstaaten, es zugaben, daß die Sklaverei ihre Republik schände; solange sie vor dem Neger, der kommandiert und verkauft ward, ohne um seine Einwilligung gefragt zu werden, sich mit dem hohen Privilegium des weißen Arbeiters brüsten konnten, sich selbst verkaufen und den Herrn auswählen zu dürfen: so lange waren sie unfähig, die wahre Freiheit der Arbeit zu erlangen oder ihre europäischen Brüder in ihrem Emanzipationskampf zu unterstützen: aber diese Schranke des Fortschritts hat das rote Meer des Bürgerkriegs hinweggeschwemmt.

„Die Arbeiter Europas fühlen, daß, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg für die Bourgeoisie, so der amerikanische Krieg gegen die Sklaverei für die arbeitenden Klassen eine neue Ära politischen Aufschwungs eröffnet. Sie betrachten es als einen Vorboten der kommenden Epoche, daß Abraham Lincoln, dem einfachen Sohne der Arbeiterklasse, die Aufgabe zufiel, sein Land durch den erhabenen Kampf für die Befreiung einer geknechteten Rasse und für den Ausbau einer neuen gesellschaftlichen Welt zu führen."

Wie sagt Schippel: Marx hat viel zögernder über die Abschaffung der Negersklaverei geurteilt, als bürgerliche Reformer. Wir sehen, in welcher Weise er dies tat:

Er jubelt über die Befreiung einer geknechteten Rasse, sieht in der Sklaverei eines Landes ein Hemmnis des proletarischen Emanzipationskampfes auch in anderen Ländern, erklärt, die Sklaverei schände die Republik, und brandmarkt das Eintreten der herrschenden Klassen für Erhaltung und Verbreitung der Sklaverei als eine Infamie.

Digitized by Google

Was hätte er erst gesagt, wenn er erlebte, daß es innerhalb des Sozialismus Publizisten und Zeitschriften gibt, die sich dessen schuldig machen, was er bereits bei der Bourgeoisie als Schande und Infamie bezeichnete, die sich eifrig bemühen, den Proletariern die Erhaltung und Verbreitung der Sklaverei mundgerecht zu machen, und dazu, um ihren trügerischen Argumenten mehr Gewicht zu verleihen, Marx selbst fälschen und so zu ihrem Schwurzeugen degradieren?

In der Tat, eine würdige Totenfeier des grimmigsten Hassers aller Ausbeutung, aller Lüge und Gemeinheit.

1848 und 1908.

Von Georg Ledebour.

Sechzig Jahre sind am 18. März verflossen, seitdem durch die Berliner Barrikadenkämpfe dem Volke in Preußen und in ganz Deutschland Bahn gebrochen wurde zu einem gemeinsamen öffentlichen Leben mit parlamentarischen Einrichtungen und dem Meinungsaustausch über alle politischen Angelegenheiten in der Presse und in Versammlungen. Zwei Menschenalter sind vergangen — und heute haben wir in Preußen wie in Deutschland noch um Rechte zu kämpfen, die damals im ersten Rausche des Volkssieges endgültig gewonnen schienen. Nicht deutlicher als durch Anführung dieser Tatsache kann man es den Mitstreitern im proletarischen Klassenkampf ins Bewußtsein rufen, wie eng wir noch verbunden sind mit den Märzkämpfen des Jahres 1848.

Zwar was die wirtschaftspolitischen und staatsrechtlichen Fragen anbetrifft, deren Lösung durch die Märzrevolution angebahnt wurde, so ist ein gewaltiger Fortschritt aus der Kleinstaaterei und Winkelkrämerei heraus zu verzeichnen. Die staatliche Einigung Deutschlands entspricht in bezug auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten den Forderungen, die sich aus dem Aufstreben Deutschlands zu einem Industriestaat ergeben. Die Nutznießer der kapitalistischen Ordnung haben deshalb allen Grund, mit dieser Entwicklung der Dinge zufrieden zu sein. Das prägt sich nun auch in der staatserhaltenden Gemütsverfassung der besitzenden Klassen heutigen Tages aus.

Anders steht es um die Rechte, die das Volk 1848 zu erkämpfen glaubte. Eine Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes und, eng dazugehörig, freies Vereins- und Versammlungsrecht, das waren die Hauptforderungen, die von allen Volksklassen, mit Ausnahme der Junker, der Bureaukratie und deren geschäftsführendem Ausschuß, der Hofkamarilla, in der Revolutionsepoche geltend gemacht wurden. Diese Einmütigkeit war damals eine naturgemäße, denn in das Bewußtsein der Klassen trat der Unterschied des Klasseninteresses von Bürgertum und Proletariat noch nicht hinein. Im allgemeinen Volksinteresse glaubten beide Klassen jene Forderungen zu vertreten. Etwa wie 1789 das französische Bürgertum mit dem Proletariat zusammen gegen Adel und Königtum sich erhob. In solchen geschichtlichen Situationen ist die führende Klasse, in den beiden genannten Fällen das Bürgertum, immer des Glaubens und bis zu einem gewissen Grade auch durch die Tatsachen zu diesem Glauben berechtigt, daß ihr Klasseninteresse identisch ist mit dem allgemeinen Interesse der Nation. Solange sie sich in der Opposition befindet, in dem ersten Ansturm gegen die herrschenden Gewalten, vertritt sie deshalb uneingeschränkt die „Freiheit und die Rechte des

Volkes". So geschah es 1789 in Frankreich wie 1848 in Deutschland und in Preußen.

In beiden Ländern trat aber auch sofort mit dem „Siege des Volkes" der Klassengegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat in Erscheinung, zögernder 1789 in Frankreich, schneller 1848 in Deutschland. Die politische Reaktion setzte ein, deren Vorbedingung in beiden Fällen darin besteht, daß die wirtschaftlichen Klasseninteressen der Bourgeoisie verwirklicht werden. Zur Macht gekommen, verliert die Bourgeoisie das Eigeninteresse an der Durchsetzung der sogenannten Volksrechte. Obendrein beginnt dann ihr bisheriger Bundesgenosse, das Proletariat, seine vernachlässigten Eigeninteressen selbständig geltend zu machen. Dadurch gerät es in Widerspruch mit der nunmehr herrschend gewordenen Klasse, die ihrerseits dazu übergeht, die früher von ihr vertretenen Volksrechte dem begehrlichen Proletariat zu verweigern oder zu rauben.

Das ist der Grundzug des Entwicklungsganges aller bürgerlichen Revolutionen in Europa seit 1789. Im einzelnen gibt es da natürlich allerhand Abweichungen, je nach dem Grade der wirtschaftlichen Entwicklung und den geschichtlichen Umständen.

Für Deutschland wie Preußen wurden zunächst Volksvertretungen auf breitester demokratischer Grundlage und unbehinderte Versammlungsfreiheit errungen. Ungewöhnlich früh gab aber das Bürgertum seinen Bundesgenossen den Machthabern preis, sogar noch ehe es sich selbst in den Besitz der Macht gesetzt hatte. Es begnügte sich mit der Sicherstellung seiner materiellen Interessen, es überließ der Bureaukratie und dem Junkertum die Machtpositionen unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß ihm diese Machthaber auch Schutz gewährten gegen das Proletariat, das nunmehr, von dem Bürgertum im Stiche gelassen, auf eigene Faust den Emanzipationskampf beginnen mußte.

So kam es, daß der deutsche Reichstag nach einjährigem Bestehen auf achtzehn Jahre hinaus überhaupt zu existieren aufhörte, während bereits am 30. Mai 1849 das demokratische Wahlrecht des zweimal vorher aufgelösten preußischen Abgeordnetenhauses vermittelst eines Staatsstreichs ersetzt wurde durch das Dreiklassenwahlsystem, das auf die tatsächliche Entrechtung des Proletariats zugeschnitten ist und sich bis heute als Schutzmauer gegen das Eindringen proletarischer Vertreter in das preußische Geldsacksparlament bewährt hat.

Es soll hier nicht auf alle die Gründe eingegangen werden, die zusammengewirkt haben, das reaktionäre Gebilde des Dreiklassenparlamentes in Preußen bis auf den heutigen Tag zu erhalten. Nur darauf kommt es hier an, festzustellen, daß Preußen durch den Volkssieg am 18. März 1848 weitgehende „Volksrechte", ein Parlament auf breitester demokratischer Grundlage und, dazugehörig, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht errungen hatte, sie jedoch bald darauf wieder verloren und bis heutigen Tages nicht wieder erhalten hat.

Nach sechzig Jahren, nach zwei Menschenaltern ist für Preußen noch ein großer Wahlrechtskampf zur Wiedererlangung des demokratischen Wahlrechtes von 1848 nötig, und im deutschen Reichstag wird gerungen um ein freieres, nicht einmal völlig unbehindertes Versammlungsrecht, während unmittelbar nach den Barrikadenkämpfen des 18. März in Berlin die Bevölkerung unbehindert zur Entwicklung ihrer politischen Forderungen im Freien zu Volksversammlungen zusammentrat, die stets in schönster Ordnung verliefen, weil die Polizei durch die voraufgegangenen Ereignisse über die ihr gebührende Stellung im Staatsleben hinreichend genug belehrt war, um die Bevölkerung in der Aus-

Digitized by Google

übung ihrer staatsbürgerlichen Rechte unbehelligt zu lassen. Heute wird den Enkeln von der herrschenden Bureaukratie unter jauchzender Zustimmung der Bourgeoisie das Recht auch nur der einfachsten politischen Kundgebung im Freien durch polizeiliche Drangsalierungen beeinträchtigt.

In bezug auf alle diese Rechte sind wir also zurückgeworfen hinter den März 1848. Der Kampf um die Wiedererringung dieser Rechte ist die Forderung des Tages. So greifen die Märzkämpfe des Jahres 1848 unmittelbar herüber in den Wahlrechtskampf von 1908.

Bei den kämpfenden Parteien aber, die heute für und gegen diese Rechte in die Schranken treten, hat sich eine wesentliche Änderung vollzogen. Wir haben heute in Deutschland und Preußen eine starke proletarische Klassenkampfpartei, die Sozialdemokratie, die jene Forderungen vertritt aus dem allereigensten Interesse des Proletariats heraus. Das Bürgertum ist in diesen Fragen gespalten. Ein Teil, soweit er in der nationalliberalen Partei, der eigentlichen Partei der Bourgeoisie, oder auch in den konservativen Parteien vertreten ist, tritt den Demokratisierungsbestrebungen in Preußen in offener Feindschaft gegenüber. Ein anderer Teil, in der Zentrumspartei wie in den freisinnigen Parteien, wird durch gewisse proletarische und kleinbürgerliche Bestandteile seiner Anhängerschaft zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ideologie aus der kurzen revolutionären Jugendzeit des Bürgertums genötigt. Aber daraus, daß diese Ideologie nicht mehr dem Eigeninteresse des Bürgertums entspricht, ergibt es sich, daß jene Parteien in der Betätigung der demokratischen Forderungen abflauend hin und her schwanken. Der innere Zwiespalt zwischen dem wirklichen Eigeninteresse der von ihnen vertretenen Bevölkerungsklasse und den demokratischen Forderungen zeigt sich sinnfällig darin, daß sie in diesem Kampfe jede Unterstützung der Sozialdemokratie gegen die reaktionären Parteien ablehnen.

Somit hat die Sozialdemokratie den Kampf um die Demokratisierung Preußens in letzter Linie allein zu führen, als echte Erbin der Märzkämpfer von 1848. Dadurch wird dieser Kampf zweifellos schwieriger, vielleicht auch langwieriger. Aber das gereicht weder unserer Partei zum Nachteil, noch verringert es die Aussicht auf einen endgültigen Sieg.

Zeitschriftenschau.

Das Februarheft der englischen Revue „The Social-Democrat" beginnt mit einem Aufsatz von J. B. Askew über **„Sozialismus und Parlamentarismus"**. Man pflegte gern den Parlamentarismus und die Revolution einander in der Weise gegenüberzustellen, daß die sozialistischen Parlamentarier sich als die praktischen Reformer betrachteten, während die Revolutionäre nur unpraktische Träumer seien, die sich an schönen Illusionen begeisterten, aber nichts erreichten. In Wirklichkeit gibt es keine größeren Illusionisten als die englischen Fabier,[1] deren beschränkt-reformerischen Auffassungen in der englischen Arbeiterbewegung einen großen Ein-

[1] Die Fabiergesellschaft ist eine Vereinigung meist bürgerlicher Elemente, Schriftsteller und Beamte, die für eine Sozialisierung der Produktion Anhänger in den bürgerlichen Kreisen gewinnen wollen; sie haben in dieser Hinsicht viele gute Schriften herausgegeben. Ihren Namen entlehnten sie dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator (der Zögerer), der seinen Feind Hannibal durch Scheinbewegungen, ohne eine entscheidende Schlacht zu liefern, allmählich ermüden und aufreiben wollte.

Digitized by Google

fluß gewannen, deren „praktische" Einsicht jedoch immer aufs neue durch die wirkliche Entwicklung enttäuscht wurde. Früher träumten sie davon, die liberale Partei mit Sozialismus zu durchtränken, und feierten sie die jungen radikalen Führer als im Grunde Auch-Sozialisten. Der „Sozialismus", den sie propagierten, kam meistens nur auf kommunale Wasser- und Gasversorgung hinaus. Jetzt reden sie sich ein, die anglikanische Geistlichkeit sei bald für den Sozialismus zu gewinnen. Dabei verneinen sie den Hauptfaktor in allen gesellschaftlichen Ereignissen: den Klassenkampf, der auch in England immer klarer zum Durchbruch gerät.

„Der Sozialismus der Fabier ist ein Sozialismus der aufgeklärten Bureaukraten. Für den Fabier kommt der Sozialismus auf die Vermehrung der staatlichen Funktionen und der Staatsämter hinaus; in der Tat eine anziehende Vorstellung für die bürgerliche Intelligenz. Selbstverständlich zeigt er daher eine Abneigung gegen eine allzu große Anwendung der demokratischen Prinzipien, die in modifizierter Gestalt als notwendiges Übel mitgenommen werden müssen, aber zu verwerfen sind, wenn sie die öffentliche Wahl aller Beamten oder die Einführung des Referendums fordern. Diese Leute neigten natürlich auch zum Imperialismus. Sie fühlten, daß den Menschen der höheren Zivilisation von einem Gott oder sonstwie die heilige Mission erteilt worden war, über die Neger zu herrschen. Ihr Sozialismus besteht in nichts anderem als in der grenzenlosen Ausdehnung der Befugnisse des Staates, und auf diese Auffassung beschränken sich leider die Anschauungen vieler englischer Sozialisten."

Für die Fabier sind Streiks ein Übel, das durch Schiedsgerichte mit zwingendem Urteilsspruch aufgehoben werden soll, während wir im ökonomischen Kampfe das vortrefflichste Mittel zur Hebung des Klassenbewußtseins erblicken. Das Ziel der englischen Sozialisten sollte nach dem Autor vor allem darin bestehen, daß sie die Gewerkschaften zum Sozialismus bringen und sie zu Waffen in dem revolutionären Klassenkampf machen. Nun hat der Gewerkschaftskongreß in Hull eine sozialistische Resolution angenommen, und die Arbeiterdelegierten im Parlament haben sich als besondere Fraktion konstituiert. Damit ist ein lang angestrebtes Ziel der englischen Sozialdemokratie erreicht. Bleibt ihr nun nichts mehr zu tun übrig, soll sie nun ruhig dieser Fraktion die weitere Arbeit überlassen? Nein, denn eine gründliche sozialistische Aufklärung der Massen, die Erweckung eines revolutionären Klassenempfindens bleibt immer nötig. In demokratischen Ländern wie England verfügt die Bourgeoisie über viele Mittel, die Führer zu korrumpieren oder einzuseifen — darin hat gerade die englische Bourgeoisie Großartiges geleistet. Auch ist es möglich, daß die Bourgeoisie die politischen Rechte der Arbeiter verkürzt, wenn sie ihr gefährlich werden, und da werden die Arbeiter zu kräftigen Aktionen, vielleicht zu Massenstreiks greifen müssen. Daher ist eine sozialistische Propaganda notwendig, die die Arbeitermassen zu selbständigem Denken und Empfinden erzieht, sie geistig von dem Bürgertum unabhängig macht und sie für unser großes Ideal begeistert. Man weiß nie im voraus, wie bald der Klassenkampf sogar in England heftigere Formen annehmen wird, bei denen das Proletariat dieses Klassenbewußtsein und diesen Idealismus braucht. Deshalb soll man sich auf die Aktion der Arbeitergruppe im Parlament nicht allein verlassen.

Guy Bowman plädiert in einem Aufsatz **„Die Sozialdemokraten und die Arbeiterpartei"** dafür, daß die Sozialdemokratische Föderation wieder in das Komitee für Arbeitervertretung — den Ausschuß aus Gewerkschaften und Independent Labour Party (unabhängiger Arbeiterpartei), der die Arbeiterfraktion ins Parlament schickte und sich jetzt Arbeiterpartei nennt — eintreten solle. Gerade weil dieses Komitee kein festes Programm hat und nur jedes Jahr eine Art Aktionsprogramm feststellt, kann die Partei mit ihrem eigenen Programm darin sitzen, ohne in Widersprüche zu geraten.

Die Zeitschriftenrevue des „Socialdemocrat" gibt einen Auszug aus Diskussionen über den Sozialismus in bürgerlichen Zeitschriften, wo er gegenwärtig ein beliebtes

Thema der Erörterung bildet. Da findet sich unter anderem ein Auszug aus einer Erwiderung eines der hervorragendsten englischen Sozialisten, **Robert Blatchfords**, auf einen bürgerlichen Autor, der die marxistische Mehrwertlehre mit der Bemerkung angegriffen hatte, der Erfinder neuer Maschinen sei die Quelle des Mehrwertes und ihm komme also dieser Mehrwert zu. Aus der Antwort Blatchfords zitieren wir folgenden bemerkenswerten Ausspruch: „Dr. Crozier irrt, wenn er glaubt, mein Sozialismus stamme von Marx her oder beruhe auf der Marxschen Mehrwertlehre. Ich habe nie eine Seite von Marx gelesen. Die Idee des gemeinsamen Besitzes bekam ich von Hyndman; den Rest meines Sozialismus habe ich mir selbst ausgedacht. Der englische Sozialismus ist nicht deutsch, er ist englisch. Er ist nicht marxistisch, er ist humanitär. Er beruht nicht auf irgend einer Theorie der ‚ökonomischen Gerechtigkeit‘, sondern auf Humanität und gesundem Menschenverstand. In meinem ersten Buche ‚Merrie England‘ stellte ich die Frage in dieser Weise: Nehmen wir ein Land und ein Volk; wie kann das Volk das Beste aus dem Lande und sich selbst machen?“ Diese Ausführungen sind bezeichnend für den empirischen, theorielosen Charakter des englischen Sozialismus. Denn gerade die erwähnte Schrift Blatchfords hat am meisten zur Propagierung des Sozialismus unter den gewerkschaftlichen Arbeitern Englands beigetragen, und seine Auffassung des Sozialismus ist unter der Masse englischer Gewerkschaftler die verbreitetste.

Die amerikanische „International Socialist Review“ vom Februar beginnt mit einem Aufsatz von John Spargo über **„Die Frauen und die sozialistische Bewegung“**, der darauf hinweist, daß die theoretische Gleichberechtigung der Frauen in unserer Partei noch nicht überall praktisch zur Durchführung kommt, und daß man auf die Frauenagitation mehr Gewicht legen soll.

Artur M. Lewis gibt eine Betrachtung über **„Benjamin Kidds. religiöse Geschichtsauffassung“**. Kidd ist ein auch außerhalb seines Landes berühmter Soziologe, der als Darwinianer den Kampf ums Dasein als den Hebel alles Fortschritts betrachtet. Zwar sieht er die heutige Gesellschaft nicht in einem rosigen Licht; ähnlich wie Huxley und Wallace verschließt er die Augen nicht für das Leiden der großen Volksmasse, namentlich der Lohnarbeiter, und er erkennt an, das alles, was die Arbeiter für den Kommunismus als Rettung aus ihrer Not anführen, vollkommen zutrifft. Weshalb ertragen sie denn geduldig das kapitalistische Joch? Der Grund kann nicht darin liegen, daß sie irgend eine Empfindung für das Stocken allen Fortschritts unter dem Kommunismus haben, denn das unmittelbare Bedürfnis gegen ein allgemeines Kulturideal zurückzusetzen, liegt nicht in der Natur des Menschen. Kidd kann die Ursache nirgends finden als in der Religion, und so wird die Religion für ihn der Hauptfaktor in der Geschichte, die die unterdrückten Klassen immer die Herrschaft der Herrscher geduldig ertragen ließ. Demgegenüber beruhte dann aller Fortschritt auf einer freieren und menschlicheren religiösen Auffassung. Der Autor dieses Aufsatzes weist darauf hin, daß zwar der Priester lange der Hauptverteidiger des Kapitalismus gegen die Proletarier war, daß er aber in Amerika diese Rolle ziemlich ausgespielt hat. Nicht der Priester, sondern der Lehrer und vor allem der Zeitungsredakteur sind heute die wichtigsten Volksverdummer, die die Massen unter der Botmäßigkeit des Kapitalismus halten. Daher werden die Redakteure gut bezahlt, während die Priester hungern.

J. M. Robbins fängt eine Studie über die Negerfrage an, auf die wir zurückkommen, wenn sie vollständig vorliegt. L. B. Boudin bekämpft in einem Aufsatz über **„Die Einwanderungsfrage in Stuttgart“** die von Hillquit gegebene Darstellung, als hätte die amerikanische Auffassung in Stuttgart irgendwelche Zustimmung gefunden, und trage die schließlich angenommene Resolution einen vermittelnden Charakter. Die amerikanische Auffassung stieß dort auf allgemeinen Widerspruch und wurde entschieden abgelehnt.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 3 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 13. März 1908

Karl Marx und das Gleichnis.

Von **F. Mehring.**

In einer Anmerkung zu dem Nachwort, das Karl Marx der zweiten Auflage des „Kapital" hinzufügte, sagt er: „Die dreimäuligen Faselhänse der deutschen Vulgärökonomie schelten Stil und Darstellung meiner Schrift. Niemand kann die literarischen Mängel des ‚Kapital' strenger beurteilen als ich selbst. Dennoch will ich, zu Nutz und Freud' dieser Herren und ihres Publikums, hier ein englisches und ein russisches Urteil zitieren." Und in dem russischen Urteil wird gesagt, daß Marx auch nicht von fern der Mehrzahl deutscher Gelehrter gleiche, die ihre Bücher in so verfinsterter und trockener Sprache schrieben, daß gewöhnlichen Sterblichen der Kopf davon krache.

Die Sprache von Karl Marx verdient, eingehend untersucht zu werden; eine solche Untersuchung würde ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Erkenntnis des Mannes und seines Werkes sein. Aber leicht ist diese Aufgabe nicht, und sie steht auch nicht in erster Reihe dessen, was seinen Erben zu tun obliegt; er selbst würde am wenigsten wünschen, daß die praktische Propaganda seiner Gedanken darüber vernachlässigt würde. So sind bisher nur zerstreute Anmerkungen über seine Sprache gemacht worden, und mehr soll auch hier nicht gegeben werden, wenn wir zum Gedächtnis seines Todestages einen kritischen Blick auf den beliebtesten Einwand werfen, den die bürgerlichen Gelehrten gegen seinen Stil und seine Darstellung zu erheben pflegen. Von Herrn Wilhelm Roscher an bis auf die jüngsten Privatdozenten werfen sie ihm seine Neigung für Gleichnisse vor, die an sich unbestreitbar ist, aber die beweisen soll, daß er keineswegs ein scharfsinniger, sondern nur ein geistreicher Mann gewesen sei, der, in „unklarer Mystik" befangen, selbst den historischen Materialismus nur in ganz unbestimmter, „mit Bildern zusammengeflickter" Weise zu erläutern verstanden habe.

Diesen Tiraden gegenüber genügt es, das Wort des Aristoteles zu zitieren, wonach es das Kennzeichen des Genies sei, το ὁμοιον θεωρειν, das Gleiche zu erkennen. Man kann zwar behaupten, daß dies Kennzeichen des Genies ebenso das Kennzeichen des Stümpers sei; zwischen der sinnlichen Kraft und Frische der Sprache Luthers im sechzehnten und der Sprache Goethes im achtzehnten Jahrhundert liegt der Euphuismus und Marinismus des siebzehnten Jahrhunderts, von dem schon Albrecht v. Haller sagte, daß er ein „auf Gleichnissen wie auf Blasen schwimmender Bombast" sei. Allein diese Tatsache ist gar keine Bestreitung, sondern nur eine Bestätigung des aristotelischen Wortes.

Die Marinisten vermochten eben nicht das Gleiche zu erkennen, und deshalb koppelten sie das Ungleiche gewaltsam zusammen. Hierauf im Ernste zu pochen, zeugt nur von Maulwurfsaugen, die das blühende Rot einer Mädchenwange nicht von der grellen Schminke unterscheiden können, womit eine alte Jungfer ihre verwelkten Gesichtszüge zu beleben sucht.

Unter den deutschen Klassikern hat wohl Lessing am meisten über das Gleichnis als Form der literarischen Darstellung philosophiert. Von ihm als Meister des Gleichnisses gilt dasselbe, was er von sich als Dichter in einem prächtigen Gleichnis ausgemalt hat: er ist als solcher nicht geboren, sondern geworden. In seinen jungen Schriften ist die Neigung zu Gleichnissen noch wenig zu spüren, und wo sie zu spüren ist, äußert sie sich nicht immer glücklich. Noch im „Laokoon" schreibt Lessing: „Ein bloßes Gleichnis beweiset und rechtfertiget nichts", und wenige Zeilen weiter auf derselben Seite heißt es dann: „Gleichwohl ist der Sinn hier nichts und das Gemälde alles, und jener ohne dieses macht den lebhaftesten Dichter zum langweiligsten Schwätzer", Sätze, deren Einseitigkeit sich in einem späteren Gleichnis Lessings ausgleicht zu dem Bekenntnis, in einer vollkommenen Darstellung gehöre Begriff und Bild zusammen wie Mann und Weib. Lessing hat das Problem nach seinen beiden Seiten beleuchtet, sowohl wenn er schrieb: „Was macht einen Dichter anders schwülstig, als die allzu häufige, allzu gesuchte Anwendung der kühnsten Tropen?" als auch wenn er schrieb: „Ich suche allerdings, durch die Phantasie, mit auf den Verstand meiner Leser zu wirken. Ich halte es nicht allein für nützlich, sondern auch für notwendig, Gründe in Bilder zu kleiden und alle die Nebenbegriffe, welche die einen oder die anderen erwecken, durch Anspielungen zu bezeichnen. Wer hiervon nichts weiß und versteht, müßte schlechterdings kein Schriftsteller werden wollen, denn alle guten Schriftsteller sind es nur auf diesem Wege geworden." So Lessing in den Anti-Goezes, deren überströmende Fülle glänzender Gleichnisse dem armen Hauptpastor in Hamburg schon ebenso herzbrechende Vorwürfe entlockte, wie die Gleichnisse von Marx den Roscher und Genossen.

Im Unterschied von Lessing war Goethe als „Gleichnismacher", wie er sich selbst nannte, nicht geworden, sondern geboren. Bekannt ist der Vers, worin er sagt, daß man ihm Gleichnisse nicht verwehren dürfe, da er sich sonst nicht zu erklären wisse, und an Frau v. Stein schrieb er: „In Gleichnissen laufe ich mit Sancho Pansas Sprichwörtern um die Wette." Und dies Gleichnis kennzeichnete treffend Goethes Gleichnisse; die Sprichwörter sind die Gleichnisse, in denen das Volk denkt und dichtet, und schon Luther sah dem „gemeinen Mann" gern aufs Maul, um seiner Sprache kernige Fülle des Bildes und des Sinnes zu geben. Wie das Haupt unserer klassischen Literatur, war denn auch das Haupt unserer klassischen Philosophie ein großer „Gleichnismacher"; Hegel bezeichnet auch darin einen großen Fortschritt über Kant hinaus, der die eigentliche Schuld an der verkrachten Schulsprache der deutschen Gelehrten trägt, eine um so größere Schuld, als er sehr wohl über einen gefälligen und klaren Stil gebot. Hegels Sprache ist in sehr übertriebener Weise zum Typus schwerfälliger und schwerverständlicher Gedankenspinnerei gemacht worden; sie ist, wie Hegels Biograph, Rosenkranz, treffend sagt, gesättigt mit allen Elementen der deutschen Sprache von der Mystik des Mittelalters bis zur Aufklärung, und sie zeichnet sich namentlich durch eine oft ebenso kühne, wie schlagende Bildlichkeit aus.

Digitized by Google

In diesem Punkt, wie in anderen, war Marx der genialste Schüler Hegels. Ein „Gleichnismacher" von Geburt auch er; in seiner Doktordissertation quellen sie schon wie aus einem unerschöpflichen Boden. Die ganze Abhandlung ist gleichsam ein einziges großes Gleichnis, wie die epikureische Naturphilosophie in der Lehre von Himmelskörpern ihren höchsten Triumph feiert und gerade an ihnen gänzlich zusammenbricht. Seinen jungen Tagen gehört auch schon das Gleichnis von Marx an: „Derselbe Geist baut die philosophischen Systeme in den Hirnen der Philosophen, der die Eisenbahnen mit den Händen der Gewerke baut." Und so auch das Gleichnis: „Die Religion ist uns die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt." Am reichsten an Gleichnissen ist Marx wohl in der Kritik der politischen Ökonomie, in deren Vorwort er die historisch-materialistische Methode „mit Bildern zusammengeflickt" haben soll, in sehr unbestimmter Weise dazu; dann auch in dem einleitenden Kapitel des „Kapital", das den Inhalt jener früheren Schrift noch einmal zusammenfaßt.

In diesem Kapitel erreicht Marx unseres Erachtens den Gipfel seiner schriftstellerischen Leistung, rein unter dem schriftstellerischen Gesichtspunkt, und in ihm läßt sich das Wesen seines Gleichnisses am klarsten und schärfsten studieren, nicht zuletzt auch läßt sich in ihm erkennen, weshalb die bürgerlichen Gelehrten gar so erbost auf Marxens Gleichnisse sind. „Eine Ware erscheint auf den ersten Blick ein selbstverständliches triviales Ding. Ihre Analyse ergibt, daß sie ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mystisches an ihr. ... Die Form des Holzes wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht; nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Aber sobald er als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich übersinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen anderen Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne." Sollten das nicht alle Holzköpfe übelnehmen, die übersinnliche Spekulationen und theologische Mucken in schwerer Menge produzieren, aber nicht so viel sinnliches Ding fabrizieren können, wie ein ordinärer sinnlicher Tisch von Holz darstellen mag?

Bei Marx ist das Gleichnis niemals Zierat, niemals ein bloßer Schmuck der Rede. Aber es ist auch nicht einmal nur wie bei Lessing ein Hebel des besseren und leichteren Verständnisses, ein Bemühen, nicht nur auf den Verstand, sondern auch auf die Phantasie zu wirken, sondern es ist ein ursprüngliches Zusammenschauen der gleichen Dinge, das verwirklichte Ideal jener vollkommenen Darstellung, von der Lessing sagte, daß Begriff und Bild in ihr zusammengehören wie Mann und Weib. Das Gleichnis, wie es Marx handhabt, ist die sinnliche Mutter des Gedankens, der von ihr den lebendigen Odem empfängt.

Das verstehen die bürgerlichen Gelehrten nicht, wobei ihr böser Wille gar nicht mitzuspielen braucht. Sie *können* es nicht verstehen und namentlich *dürfen* sie es auch nicht verstehen. Was sollte aus der bürgerlichen Gesellschaft werden, wenn auf den Kathedern ihrer Hochschulen die Bildkraft der revolutionären Dialektik lebendig würde! Deshalb reden diese braven Patrioten, wie in der Irre, von „unklarer Mystik" und „zusammengeflickten Bildern"; da das Gleichnis von Marx im höchsten Grade das Geheimnis des Genies ist, so bleibt es ihnen ein ewiges Rätsel.

Digitized by Google

Darüber stellen sie ihre „Begriffsanalyse“, den ewigen Schattentanz übersinnlicher Begriffe, die eintönig an den Wänden des kapitalistischen Kerkers dahinhuschen, und sie sind stolz darauf, daß es keiner „unklaren Mystik“, keiner „zusammengeflickten Bilder“ bedarf, um zu erklären, daß den Umarmungen dieser Schatten nie ein lebendiges Kind entspringen kann. Wo nichts ist, hat auch das Gleichnis sein Recht verloren.

Das klassische Zeitalter der englischen Malerei.

Bemerkungen zur Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste.

Von **John Schikowski**.

Das Ausstellungsgebäude der königlichen Akademie der Künste beherbergt gegenwärtig eine Kollektion von englischen Gemälden aus der zweiten Hälfte des achtzehnten und dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Eine seltene und erlesene Kollektion, denn sie besteht fast durchweg aus weltberühmten Werken, die in dieser Fülle wohl noch nie beisammen gesehen worden sind. Höfischen Bemühungen ist es gelungen, diese Kostbarkeiten den Berlinern zugänglich zu machen. In den neun Sälen der Ausstellung drängt sich ein höchst exklusives Publikum — 2 Mark Eintrittsgeld an den billigen Tagen —, das in Kunstbegeisterung schwelgt und seine Langeweile loyal zu verbergen sucht. Die Namen Reynolds, Gainsborough, Romney, Raeburn, Lawrence, Hoppner und Constable sind heute in allen besseren Berliner Kreisen vulgär, und wer zur guten Gesellschaft zählen will, dem müssen die Ausdrücke „Blue boy“, „Link boy“, „Pic-a-Back“, „Setting sun“, „Leaping horse“, „Young Waltonians“ usw. in ihrer kunsthistorischen Bedeutung vollkommen geläufig sein. Die kritischen Heerscharen aber stimmen in den Zeitungsspalten laute Jubelhymnen an und schwingen eifrig die Weihrauchfässer. Unter diesen Umständen mag es nicht nur unfreundlich, sondern auch überflüssig erscheinen, wenn ich es unternehme, in den Honigtopf der allgemeinen Begeisterung ein paar ketzerische Wermutstropfen zu träufeln. Aber ich tröste mich mit der Hoffnung, daß doch vielleicht mancher, der die Ausstellung am Pariser Platz mit unbefangenen Sinnen durchwandert hat, mir — wenn auch nicht öffentlich, so doch im stillen Herzen — recht geben wird.

Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein Umschwung im Kunstschaffen und Kunstbeurteilen sich zu vollziehen begann, hielten temperamentvolle Kritiker und Geschichtschreiber eine gar strenge Musterung auch unter den anerkannten und zum Teil als „klassisch“ geltenden Künstlern und Kunstwerken früherer Zeiten und brachten es während der ersten Sturm- und Drangjahre so weit, daß fast alles, was die Vergangenheit geschaffen, geachtet und geliebt hatte, nunmehr als wertloses Gerümpel auf dem kritischen Kehrichthaufen lag. Allmählich aber fing doch hie und da die Erkenntnis zu dämmern an, daß das, was an der modernen Kunst neu war und mit Recht hochgeschätzt wurde, keineswegs wie ein Wunder entstanden und auf Grund irgend einer unbefleckten Empfängnis geboren worden sei, sondern daß sich all dies durchaus gesetzmäßig und organisch aus dem in der näheren oder ferneren Vergangenheit ausgestreuten Samen entwickelt habe. Nun begannen Kritik und Geschichtschreibung aufs neue zu revidieren, und mit heißem Be-

mühen durchforschte man die Vergangenheit nach den Keimen, denen die Kunst der Gegenwart entsprossen sein konnte. Zahllose verborgene Winkel wurden durchleuchtet und eine reiche Fülle bisher unbeachteter oder verachteter Schätze ans Licht gezogen. Man ging aber auch in diesem schönen Rettungseifer allmählich zu weit und gelangte schließlich dahin, daß man so ziemlich alles, was die Theoretiker der glücklich überwundenen älteren akademischen Richtung nicht geschätzt oder nicht gekannt hatten, von vornherein als unbedingt wichtig und schätzenswert hinzustellen suchte. So wurde auch die sogenannte klassische Zeit der englischen Malerei, um die sich bis dahin niemand gekümmert hatte, plötzlich ein Gegenstand begeisterter Lobpreisungen. Hermann Helferich stieß zuerst ins Horn, Gurlitt und Richard Muther stimmten in die Melodie ein. Ihre Angaben und Schilderungen waren nicht leicht zu kontrollieren; denn von den Meisterwerken, über die sie sprachen, fand sich kaum eines in den großen Galerien des europäischen Kontinentes. Das reiche England hatte seine Schätze wohl zu hüten verstanden, sie befanden sich zum größten Teile im Privatbesitz der alten Landadels- und Kaufmannsfamilien, so daß selbst die Londoner Museen dem Forscher nur ein sehr lückenhaftes Bild von der Größe und Eigenart der neuentdeckten Herrlichkeiten geben konnten. Aber der Begeisterung wurden dadurch keine Schranken gesetzt. War man früher der Meinung gewesen, daß es eine selbständige englische Malerei überhaupt nicht gebe und nie gegeben habe, so verkündete man jetzt als allerneueste Wahrheit, die Engländer seien nicht nur während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts die eigentlich tonangebende Macht in allen Kunstangelegenheiten gewesen, sondern sie hätten auch die Entstehung des modernen Naturalismus direkt beeinflußt. Von Gainsborough und Constable führte man den Stammbaum über die Schule von Barbizon bis zu Manet, dem Entdecker des Pleinairismus und Erfinder des Impressionismus, fort. An der Münchener Pinakothek hatte einst Kaulbach die englische Kunst als schlafendes Weib mit zerbrochener Palette gezeichnet — jetzt war aus der unfruchtbaren Träumerin mit einem Male die lebenspendende Nährmutter für ein ganzes Zeitalter des europäischen Kunstbetriebs geworden.

Im Entwicklungsgange der Kunst wurzelt naturgemäß jede einzelne Epoche mit tausend Fasern im Boden der Vergangenheit. Ihre kunsthistorische Bedeutung aber erhält sie nur durch die neuen Triebe, die sie hervorbringt und die die Fähigkeit besitzen, die aus der Vergangenheit gezogenen Nährstoffe zu neuen, lebenskräftigen und eigenartigen Gebilden umzuformen. Diese Triebe, die meist nur in spärlicher Anzahl im Gewirr des übrigen unfruchtbar wuchernden Geästs sich finden, tragen allein den Samen der Zukunft in sich, und nach ihnen zu suchen, sie ans Licht zu heben und ihre Eigenart zu deuten und zu würdigen, ist die vornehmste Aufgabe der Kunstkritik und der kunsthistorischen Forschung. Prüfen wir von diesem Standpunkt aus die sogenannte klassische Epoche der englischen Malerei, so muß unser Urteil lauten: sie hat keinen einzigen neuen, eigenartigen Trieb angesetzt und keinerlei befruchtenden Samen für die Zukunft gestreut. Ihre berühmtesten und bedeutendsten Vertreter, die Gainsborough, Reynolds, Lawrence und Raeburn nicht minder als die Größen zweiten Ranges, waren durchaus unselbständige Epigonen und kompromisselnde Eklektiker, die nicht die Kraft oder nicht den Mut hatten, die eigene Individualität selbstherrlich durchzusetzen, sondern sich mit den ererbten Kostbarkeiten einer großen Vergangenheit drapierten und in einer künstlerischen

Sprache redeten, die weder aus dem Geist ihrer Zeit, noch aus dem ihres Volkes geboren war. Dieser Mangel findet seine Erklärung und Begründung in den absonderlichen Umständen, unter denen die altenglische Malerei sich entwickelt hatte. Diese war nicht, wie die Kunst anderer Kulturländer, aus volkstümlichem Boden organisch erwachsen, sondern erscheint von vornherein als ein künstlich gezogenes Produkt. Bis zum siebzehnten Jahrhundert hört man überhaupt nichts von einer englischen Malerei. In der Zeit, wo Italien, Deutschland und die Niederlande ihre großen Blüteperioden haben, gibt es nicht einen einzigen englischen Maler von irgendwelcher Bedeutung. Der Bedarf an Kunstwerken wurde einfach aus dem Ausland bezogen oder durch ausländische Künstler im Lande produziert. Heinrich VIII., der Raffael und Tizian vergebens zur Übersiedlnng nach England zu bewegen versucht hatte, zog Holbein, Karl I. van Dyck an seinen Hof. Es entstanden große und wertvolle Kunstsammlungen in den Schlössern der englischen Könige und des englischen Adels; die künstlerische Bildung und das Kunstverständnis hatte in den höchsten Gesellschaftskreisen Englands einen bemerkenswerten Grad erreicht — nur eine englische Kunst gab es nicht. Als dann die ersten einheimischen Maler zur Palette griffen, suchten sie vergebens nach dem gesunden Nährboden einer nationalen Tradition. Sie fanden statt seiner reichhaltige Galerien voll Meisterwerken einer hochentwickelten, aber fremden Kunst. Kein Wunder, daß sie von den Eindrücken, die sie vor den Gemälden eines Holbein, van Dyck und Tizian gewannen, überwältigt wurden und nichts Besseres tun zu können meinten, als sich der Führung dieser Großen widerstandslos zu unterwerfen. So entwickelte sich die englische Malerei von vornherein als eine aus fremdem Samen gezogene Treibhauspflanze; so entstand das mattherzige Epigonentum und der charakterlose Eklektizismus, die sie bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein kennzeichnen.

Wer Augen hat zu sehen und sich durch die Jubelpsalmen und Weihrauchfässer der kritischen Snobs nicht betäuben läßt, der muß, scheint mir, diese fundamentalen Mängel der älteren englischen Kunst auch an den hier ausgestellten Hauptwerken der „klassischen" Epoche deutlich wahrnehmen. Ich verkenne die Vorzüge dieser Werke durchaus nicht. Ihre rein technischen Qualitäten verdienen gewiß unsere Bewunderung. Eine hohe malerische Kultur spricht aus fast allen. Es sind Arbeiten von gebildeten Künstlern, die die alten Meister gründlich studiert und sich deren Ausdrucksmittel vollkommen zu eigen gemacht haben. Aber das, was vor allem not tut, mangelt ihnen samt und sonders: die persönliche Note, das souveräne Künstlertum, das jeder Schöpfung den Stempel des eigenen Genies aufdrückt und das Beste, was es zu geben hat, aus dem eigenen Innern schöpft. Die Gemälde dieser englischen Virtuosen künden uns wenig vom Geiste ihrer Zeit und nichts vom Wesen ihrer Schöpfer. Es ist schon ein geschichtliches Unikum, daß die Hauptvertreter einer ganzen Kunstepoche fast ausschließlich Porträtisten sind. Und zwar vielbeschäftigte Porträtisten, die auf Bestellung arbeiteten und — wie von Reynolds berichtet wird — durchschnittlich jeden zweiten Tag ein fertiges Bildnis lieferten. Diesen Umstand darf man nicht übersehen. Man mag die Fingerfertigkeit bewundern, sollte daneben aber auch bedenken, welcher Grad von innerer Konzentration bei solchem Betriebe möglich war. Diese Künstler malten jahraus jahrein im Auftrage ihrer Kundschaft wahllos die Porträts von Mitgliedern der Geburts- und Geldaristokratie, die sich in ihren Ateliers einfanden. Also schon rein stofflich ein außerordentlich enger Gesichtskreis,

der zur Versimpelung führen mußte. Und sie malten ihre Bilder so, wie die zahlenden Besteller sie gerne sahen. Sie „idealisierten“ durchweg die Modelle. Alles mußte ansprechend und gefällig sein. Nicht die Phantasie des Malers noch der Charakter des Dargestellten bestimmte in der Regel das Arrangement der Linien und Farben, sondern den maßgebenden Werken der alten Meister, besonders van Dycks und Tizians, entnahm man die Schemata für die oft recht theatralische Pose, für die Gruppenkomposition und die koloristischen Harmonien. Man riskierte es kaum, mit den eigenen Augen zu sehen und Licht und Farbe zu prüfen: fast überall herrscht die mißverstandene, altmeisterliche braune Sauce vor. Die breite, pastose und flotte Mache, in der die Gewänder und alles Beiwerk hingestrichen sind, kontrastiert seltsam zu der ängstlichen, spitzpinseligen Manier, in der man die Gesichter malte. So kamen technisch virtuose, konventionell geschmackvolle, aber unfreie, in allem Wesentlichen nachempfundene Werke zustande, die vom Geist ihrer Zeit nichts zu berichten wissen, sondern nur für die gediegene malerische Bildung ihrer Schöpfer Zeugnis ablegen. Man braucht nur irgend ein Bildnis des noch zur selben Zeit wie Reynolds und Gainsborough schaffenden Hogarth mit den Gemälden dieser „Klassiker“ zu vergleichen, um zu erkennen, wie die Menschen jenes Altengland in Wirklichkeit ausgesehen haben und was idealisierende und schablonisierende Schönfärberei aus ihnen machen konnte.

So zeigt uns die englische Ausstellung das Bild einer Kunstepoche, die alle charakteristischen Merkmale des Epigonentums an sich trägt und nicht viel mehr vorstellt als den matten, in unwesentlichen Details modifizierten Abglanz eines großen, damals schon abgestorbenen Zeitalters der künstlerischen Entwicklung. Neue Werte hat die sogenannte klassische Malerei Englands nicht hervorgebracht. Denn sie besaß wohl Kultur und Bildung, aber keine wahrhaft schöpferischen Persönlichkeiten. Sie lebte als eine kluge und geschmackvolle Erbin von den Errungenschaften der Vergangenheit, war aber nicht imstande, die Entwicklung in irgend einem Punkte selbständig fortzuführen. So konnte sie, steril wie sie war, auch keinen Samen für die Zukunft streuen. Von der wirklich lebenskräftigen englischen Kunst, die bald nach dieser Epoche sich zu regen begann, führt zu den Reynolds und Gainsborough kein Pfad und keine Brücke.

Ludwig Thoma.

Von **Heinrich Ströbel.**

Als wir vor Jahren in dieser Zeitschrift die „Sozial-Aristokraten“ von Arno Holz besprachen, wagten wir die Prophezeiung, daß die Komödie wohl so bald keine Fortsetzung finden werde, obwohl ihr Verfasser sie ausdrücklich als das erste Glied eines Zyklus von Dramen, der das „Ende einer Zeit“ umspannen sollte, in die Welt sandte. Wir hatten gut prophezeien. Wir kannten Holz als gewissenhaften Künstler, der es sicher nicht unternehmen würde, eine Welt zu gestalten, bevor er sie nicht erlebt hatte. Von der Welt aber, die er in seinem Dramenzyklus schildern wollte, hatte er nur einen winzigen Ausschnitt gesehen. Da mußte die Ausführung des kühnen Entwurfes an der Begrenztheit des individuellen Erlebens scheitern. Was aber Holz zum Verhängnis ward, lastet auf der ganzen Produktion unserer neueren

Literatur. Wir besitzen keine Dichtung, die das zeitgenössische Leben in seiner Mannigfaltigkeit spiegelt, wir besitzen keine wahrhaft soziale Dichtung. Die Franzosen haben sie, auch die Russen und die Norweger, nur Deutschland nicht. Namentlich haben wir nicht, wie jene Nationen, moderne Zeitromane, die dereinst dem Kulturhistoriker späterer Jahrhunderte die Rekonstruktion der heutigen Gesellschaftszustände in Deutschland erleichtern können.

Woran das liegen mag? Zunächst wohl an der politischen und gesellschaftlichen Zerrissenheit Deutschlands. Bis vor kurzem existierte in Deutschland kein eigentliches Kulturzentrum, wie es Paris für Frankreich darstellt. Es fehlte der einheitliche nationale Nerv, es fehlten klar definierbare soziale und ideelle Triebkräfte. Und zu dem politischen Partikularismus kam obendrein eine wahrhaft chinesische Standeseinschachtelung. Nirgends ein großes, durcheinanderflutendes Leben, sondern überall Philisterei, Isolierung der Kasten. Wie sollte da der Dichter aus dem Vollen schöpfen können? Der Poet, der zudem gar nicht auf der Menschheit Höhen zu wandeln, sondern abseits vom tätigen Leben zu stehen pflegte, mußte sich mit anspruchsloser Kleinmalerei begnügen, wenn er nicht aus sich selbst heraus die Welt, die er nicht kannte, konstruieren wollte. In der Kleinschilderei, wenn auch zum Teil künstlerisch eminent kostbarer, blieben zum Beispiel die Stifter, die Mörike, die Storm und Keller stecken, während die Gutzkow und Spielhagen aus wenig Beobachtung und viel Phantasie große Zeitbilder zu schaffen suchten. Sowohl der Naturalismus wie die Neuromantik haben die Werke der Gutzkow und Spielhagen mit unverdienter Geringschätzung behandelt. Der ideelle Gehalt dieser Romane und das heiße Bemühen, die wirre Fülle nur schattenhaft erhaschter Gesichte perspektivisch und plastisch in großen Zeitgemälden zu verkörpern, verdient um so größeren Respekt, je mehr die neueste Zunftkritik literarische Schmarren wie Holländers „Thomas Truck" oder Bierbaums „Prinz Kuckuck" als psychologisch feine Sozialromane auszuposaunen sucht.

In der letzten Zeit freilich haben Deutschlands politische und soziale Zustände eine Wandlung erfahren, die wesentlich günstiger ist, realistische Zeitromane zu schaffen. Wir meinen nicht nur die Scheidung der Klassen, die das Thema des proletarischen Klassenkampfes so aktuell gemacht hat, obgleich es beinahe befremdet, daß nicht einmal dieser dankbare Stoff wahrhaft künstlerische Gestaltung gefunden hat. Immerhin: Das Verständnis des proletarischen Klassenkampfes und der Formen, in denen er sich in Deutschland abspielt, setzt politische Kenntnisse und praktische Erfahrungen voraus, die ein bürgerlicher Poet so leicht nicht gewinnt; die sozialistischen Intelligenzen aber sind in den Kampf selbst derart verstrickt, daß dem Achill Proletariat aus den Kämpfenden selbst fürs erste kaum ein Homer erstehen dürfte. Aber das ganze öffentliche und gesellschaftliche Leben Deutschlands, so verzopft und windstill es ehedem war, hat nachgerade ein so modern großkapitalistisches Gepräge erhalten, daß es denkende Künstler geradezu reizen müßte, die heute in granitenen Graten hervortretenden Zeittendenzen im Kunstwerk festzuhalten. Denn für den Künstler könnte nicht einmal die funkelneue Entdeckung des mimosenhaften Herrn Sombart, daß das derzeitige politische Treiben geistlos und unmoralisch sei, eine Abschreckung sein. Im Gegenteil: gerade die Zeiten der Entartung sind der Feder eines Juvenal würdig. Und wer, statt durch die Brille des ethisch-ästhetisch angeärgerten, vielleicht auch wohl in seinen ungemessenen Ansprüchen auf Beachtung etwas enttäuschten „Höhenmenschen",

mit dem Blick des gestaltungsfreudigen Künstlers in das Leben des deutschen Volkes schaut, dem sollte es an Vorwürfen großen Stiles nicht fehlen. Wie lockend müßte eine Zergliederung des weltpolitischen Taumels für einen deutschen Zola sein: eine Zerlegung der psychologischen Triebkräfte des Wahnbegriffes der „nationalen Ehre", des phantastischen Ehrgeizes, des Betätigungsdranges der in kleinen Garnisonen Versauernden, des bureaukratischen Strebertums, des abenteuerdurstigen Herrenmenschentums usw. Dazu die Analyse der hinter der Weltpolitik stehenden wirtschaftlichen Mächte: des ja neuerdings mit blauem Blute versetzten Panzerplattenkapitals, der emissionshungrigen, gründungslüsternen Börse, der kommerziellen und junkerlichen Kostgänger der Welt- und Kolonialpolitik vom Schlage der Wörmann, Tippelskirch, Podbielski! Wäre es nicht der Feder eines großen Satirikers würdig, zu zeigen, aus wie trüben Quellen der Strom der „patriotischen" Begeisterung rann, die uns die Blockwahlen bescherte, einer Begeisterung, die trotz der alten Seekönigin England und ihres mächtigen Rivalen, der amerikanischen Union, den Dreizack in die preußisch-deutsche Faust zu bekommen wähnt. Und wäre nicht die Wandlung der unentwegten Fortschrittsmannen zu ordensbesternten Regierungslakaien ein köstlicher Gegenstand der Darstellung? Eine kleine Kunst, die sich aus den großen Kämpfen der Zeit in die Studierstube, in das Atelier des sogenannten „reinen" Künstlers flüchtet, für die nur Einzelschicksale, nicht aber Geschicke der Klassen und Nationen existieren, die nur individuelle, nicht aber auch soziale Probleme kennt! Das Individuum in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Geschehnisse zu rücken, an seinem Einzelschicksal die Geschicke der Gesamtheit darzustellen, ist doch wohl die höchste Aufgabe wie der Kunst überhaupt so besonders des Romans.

Diesen Roman großen Stiles aber besitzen wir in Deutschland nicht. Ein umfassender Geist, der mit der sicheren Gestaltung des Persönlichen und Besonderen den universellen Blick für das Gesellschaftliche und Allgemeine verbände, soll noch geboren werden. Und an diesem künstlerischen Ideal gemessen, das wir uns nicht willkürlich konstruieren, sondern das dem Vergleich mit den Leistungen anderer Zeiten und Nationen entsprungen ist, ist auch Ludwig Thoma nur ein Poet minderen Ranges, so sympathisch er uns sonst auch sein und so hoch er unter den zeitgenössischen Dichtern Deutschlands rangieren mag.

Ludwig Thoma ist uns darum besonders sympathisch, weil er kein Artist ist, wie so viele gerade unserer jüngsten Poeten, die sich in Formspielerei gefallen, Stimmungs- und Nervenreizen oder mystischen Wundersüchteleien nachjagen und den Geist um so souveräner verachten, in je durchsichtigerer Klarheit er sich kristallisiert. Thoma ist weder Romantiker noch Symbolist, sondern Realist. Er ist kein Verächter des gesunden Menschenverstandes, sondern ein Verehrer alles gesund Menschlichen. Er ist auch keiner von denen, die Zeitproblemen ängstlich aus dem Wege gehen, er sucht vielmehr solche Probleme. Der Satiriker des „Simplizissimus", der ursprünglich ganz in der herkömmlichen Künstlermanier den Krieg gegen die Philister führte, Bureaukraten und Pfaffen verspottete, Leutnants und Hofschranzen anulkte, hat sich allmählich zu tieferer politischer und sozialer Einsicht durchgerungen. Er hat es nicht verschmäht, gelegentlich unter die Journalisten zu gehen, und seine Artikel über den Münchener Petersprozeß und das Königsberger Urteil bezeugen nicht nur starke publizistische Begabung, sondern auch politisches Urteil. Trotzdem:

Thoma ist nicht der Dichter des modernen Deutschland, des weltpolitischen Furors, der kapitalistischen Expansion und Korruption, der sozialen Zerklüftung, des Ringens unversöhnlicher Weltanschauungen, sondern der Poet des für die soziale Entwicklung längst rudimentär gewordenen Patriarchalismus, des Bauern- und Kleinstadtlebens. In diesem Genre leistet Thoma Meisterhaftes, aber sein Genre ist nicht groß. Damit soll freilich kein absolutes Urteil über den Umfang seines Talentes abgegeben sein. Thoma war bei der Wahl seiner Stoffe nicht vor das freie Belieben gestellt. Auf dem Lande und in der Kleinstadt verlebte er seine Jugend, empfing er seine ersten und stärksten Eindrücke. Da lag es nahe, daß er gerade solche Gegenstände behandelte, mit denen er am innigsten vertraut war. Zudem ist Thoma Bayer, Angehöriger eines Landes von überwiegend ländlichem und kleinstädtischem Charakter. Als Justizanwärter lernte er die bayerische Bureaukratie, als Mitglied des Simplizissimuskreises das Literaten- und Künstlertreiben kennen. Da hätte es schon besonders starker und eigenartiger künstlerischer Impulse bedurft, ihn zu einem Kulturschilderer großen Stiles werden zu lassen.

Thomas Schilderungen des bürgerlichen und Bauernlebens zeichnen sich aus durch eine seltsame Verschmelzung von naturalistischer Ehrlichkeit und künstlerischem Kompositionstalent. Die Bauern Thomas sind grundecht: wie ihre Kleider von Arbeitsschweiß, ihre Hände von Schwielen starren, so starrt ihr instinktartiges Seelenleben von Vorurteilen und nackter Selbstsucht. Sie sind dürftig zivilisierte Halbwilde, von brutalem Ungestüm in ihren triebhaften Lebensbetätigungen, dabei fest eingeschnürt in die Zwangsjacke überlieferter Bräuche und Sitten. Sie sind Menschen von einer anderen Kulturstufe, wie aus einem anderen Jahrhundert, in deren Geistesdämmerung noch kein Strahl moderner Weltanschauung hineingefallen ist. Sie sind eben natürliche Produkte primitiver Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse, in denen für verfeinertes Seelenleben, freiere Geisteskultur keine Stätte ist. Aber sie sind bei alledem Menschen wie wir, an deren ausgelassener Lebensfreude wir uns freuen, deren Ingrimm auch uns die Zornesader schwellen, deren Schmerz auch uns in Mitgefühl erbeben läßt. Dies ist das Große an der Kunst Ludwig Thomas, daß er seine Figuren nicht im geringsten idealisiert, ihnen keinerlei falsche Sentiments anschminkt und daß dennoch das „Ewigmenschliche" auch diese derben, eckigen Gestalten versöhnend umfließt. Welch kernige Poesie und psychologische Wahrheit steckt zum Beispiel in der Szene des Bauernromans „Andreas Vöst", wo die Mutter Vösts stirbt. Vieljährige schwere Arbeit hat ihre Lebenskraft vor der Zeit aufgezehrt. Ihre Lebensflamme verglimmt, sie erlischt ohne ängstliches Zittern. Die Arbeit, der Kampf um die nackte Lebensfristung ist ihr allezeit der Inbegriff des Lebens gewesen. Das Bewußtsein der redlichen Arbeit erfüllt sie auch in ihrer Scheidestunde. Ein junger Geistlicher, stolz auf seine Gewalt über die Seelen und streng in der mechanischen Übung seiner geistlichen Obliegenheiten, tröstet die Sterbende mit den tönenden, aber ach so dürren, seelenlosen Formen seines Amtes. Die Alte versteht ihn nicht. Ihr brechendes Auge ruht friedlich lächelnd auf ihren schwielenreichen Händen, den Zeugen treuer Pflichterfüllung.

Der Roman „Andreas Vöst" beweist, daß Thoma nicht nur Episoden aus dem Bauernleben zu geben weiß. Er bildet nicht Bauern schlechthin, sondern bayerische Bauern. Er schildert das Verhältnis des bayerischen Bauern zu Bureaukratie und Klerus. Er zeigt in seinem „Andreas Vöst", wie bäuerliches

Selbstbewußtsein in Konflikt gerät mit geistlicher Herrschsucht und pfäffischen Intrigen. Auch die Bureaukratie stellt sich in dem Konflikt auf die Seite des Klerus. Indem Thoma so an einem Einzelschicksal den heimlichen Krieg zwischen Bauern und geistlich-weltlicher Herrschaft lebendig veranschaulicht, lehrt er uns die Triebfedern der bayerischen Bauernbundsbewegung verstehen, deren harmlos rebellischem Treiben breite Partien des Romans gewidmet sind. Wir sehen, aus welchen Stimmungen die bündlerische Auflehnung gegen das herrschende Zentrum und die Regierung erwächst: aus rücksichtslosem agrarisch-mittelständlerischem Egoismus einerseits und aus unklaren demokratischen Instinkten andererseits, aus Mißtrauen und Erbitterung gegen die Beamten und den Klerus, die aus der Tasche des Volkes bezahlt werden und nach Willkür mit dem Volke umspringen. Ein Kabinettstück derbrealistischer, humorgewürzter Darstellungskunst ist namentlich die Schilderung einer bündlerischen Volksversammlung.

Prächtige Sittenschilderungen des bäuerlichen Lebens enthalten das Skizzenbuch „Agricola" und die Novelle „Die Hochzeit". Kaum ein anderer Poet hat das urwüchsig-undifferenzierte Liebesleben und die durch rein materielle Erwägungen bestimmten Eheschließungspraktiken der Bauern unverblümter geschildert als Thoma.

Weniger originell, obwohl ungemein liebenswürdig, gibt sich Thoma in seinen „Kleinstadtgeschichten". Der Schatten eines Größeren fällt beim Lesen auf die Zeilen. Man muß immer wieder Gottfried Kellers gedenken und seiner Seldwyler Geschichten. Nicht als ob Thoma Keller nachahmte. Er ist viel schlichter als der Züricher „Shakespeare der Novelle". Keller erzählt nicht einfach einen alltäglichen Vorfall, sondern er rundet ihn erst zur köstlichen Anekdote. Er übernimmt auch die Personen nicht unbesehen aus dem Leben, sondern er putzt ihre charakteristischen und possierlichen Seiten noch behaglich aus. Trotzdem besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Kleinstadtgeschichten Thomas und den Seldwyler Novellen. Sie liegt in dem behäbigen Humor, die Dinge zu sehen, in der innigen Freude an der Gestaltung kleinstädtischer Idyllen, in dem verzeihenden Lächeln für alle Torheiten und Nichtigkeiten eines engumfriedeten Philisteriums und schließlich in der Familienähnlichkeit des gesamten Stoffgebiets. Origineller ist Thoma in seinen „Lausbubengeschichten". Das sind nicht bloße Max- und Moritziaden oder banale Schülerhumoresken, sondern lustige Beiträge zur Psychologie des Kindes, aus denen auch die Pädagogen manches lernen können. Die Lausbubengeschichten sind zum Teil eine Abart der Kleinstadtgeschichten. Die gespreizte Torheit der Erwachsenen spiegelt sich gar schalkhaft in der naiven, aber oft sehr feinfühligen Psyche des Kindes. Gewisse Philologen werden zwar keine besondere Freude an diesem Lausbuben haben, der ihre hohle Pedanterie so ergötzlich verspottet. Es gibt freilich nachgerade auch unter den Philologen Einsichtige genug, die ganz genau wissen, daß der öde Betrieb namentlich unserer humanistischen Gymnasialgelehrsamkeit gerade begabtere Schüler zurückstößt. Namentlich phantasiebegabtere. Es war deshalb auch kein Zufall, daß es unter unseren hervorragenderen Literaten eine ganze Menge gibt — eine Sammlung autobiographischer Skizzen bewies das unlängst einmal recht drastisch —, deren Schicksale ganz ähnliche gewesen sind wie des Thomaschen Lausbuben, der für seine arme Mutter ein wahres Kreuz ist, und den seine Lehrer für „minderbegabt" halten.

Digitized by Google

Thoma ist der Dichter des Bauernlebens und der Kleinstadt. Die scharf umrissenen primitiven Charaktere, die einfachen, durchsichtigen, scharf umgrenzten Verhältnisse des bäuerlichen und kleinbürgerlichen Lebens haben in ihm einen scharfen Beobachter und treffsicheren Gestalter gefunden. Aber an Dichtern des bäuerlichen Lebens hat es uns, von Immermann bis auf Wilhelm v. Polenz, in Deutschland nicht gefehlt. Was uns trotz oder gerade wegen der ebenso verwegenen wie dilettantischen Versuche eines Stilgebauer not tut, ist die Eroberung des modernen, des großen Lebens für den deutschen Roman. Ob Thoma, der nicht nur ein wirklicher Poet, sondern auch ein moderner, politisch interessierter Mensch ist, sich nicht einmal an dieser größeren Aufgabe versuchen möchte?

Bücherschau.

Ricarda Huch, **Der Kampf um Rom.** Roman. Stuttgart und Leipzig 1907, Deutsche Verlagsanstalt. 371 Seiten.

Ricarda Huch hat dem ersten Bande ihrer „Geschichten von Garibaldi", der von der „Verteidigung Roms" handelt, bald, mit dem Untertitel „Der Kampf um Rom", den zweiten folgen lassen. Die schriftstellerische Eigenart der Verfasserin, die wir in der Besprechung des ersten Bandes zu charakterisieren versucht hatten, tritt auch in dieser Fortsetzung der „Geschichten" glänzend zutage. Die geradezu berückende Pracht der Sprache und Darstellung ist das auffallendste, wenn auch nicht das zentrale Merkmal dieser Kunst. Sogenannte „schöne Sprache" ist ja in der gegenwärtigen literarischen Modesaison der Neuromantik für den erfahrenen Leser eher ein Signal zum Mißtrauen, als eine Empfehlung des Autors, denn auch in der Belletristik stellen sich die prunkenden Worte häufig da ein, wo das Erlebnis fehlt. Aber wenn es in Ricarda Huchs Sätzen leuchtet und funkelt, so entspringt der Glanz nicht einem künstlichen äußeren Lichte, sondern das Feuer ihrer Sprache strömt ihr unmittelbar aus der eigenen feurigen Seele zu, und ihr stolzes Pathos ist kein Artistentrick, sondern in jeder Nuance dionysischen, dynamischen Ursprungs, das heißt aus dem innersten Kern einer hochgespannten Persönlichkeit gespeiste Glut. Wenn darum solche, auf eine im edelsten Sinne schwärmerische Persönlichkeit gestimmte Kunst durchaus romantisch heißen soll, so hat in Ricarda Huch die alte deutsche Romantik einen in jeder Faser echten Schößling getrieben.

Daß der geborene Held dieser epigonen Romantik der romantische Epigone Garibaldi, der Kondottiere des neunzehnten Jahrhunderts, ist bereits in der Besprechung des ersten Bandes hervorgehoben worden, und auch darin bleibt die Fortsetzung dieser „Geschichten" ihrem Anfang getreu, daß historische Aufklärung in irgend einem exakten Sinne diesmal so wenig wie früher beabsichtigt wird. Die Ereignisse des zweiten Bandes gruppieren sich um die Eroberung Siziliens durch die „Tausend von Marsala" und die Verjagung der Bourbonen, zweifellos die glänzendste Episode in dem tollen Abenteurerleben Garibaldis. Die Eroberung Roms heißt der Untertitel dieses Bandes, weil der kühne Handstreich auf die Insel und Unteritalien für Garibaldi bloß Etappen auf dem Wege nach Rom bedeuteten: Rom ist das Ziel seiner politischen und nationalen Sehnsucht, ohne Rom kann er die Einigung Italiens nicht machen. „Italien machen", in dieser stereotypen, auch in den Deklamationen des historischen Garibaldi wiederkehrenden Wendung ist in der Tat die ideologische Befangenheit des Mannes am schlagendsten formuliert. Im Banne dieser Formel, dieses „romantischen Schwarmes", wird er der Reihe nach Republikaner, Diktator, Monarchist, Oppositioneller. Um diese Formel postiert die Verfasserin auch die Gegenspieler Garibaldis, die Cavour, Mazzini, Viktor Emanuel, und es sind lediglich die bewußten politischen Motive und Illusionen dieser paar handelnden Personen, die das Schicksal der ganzen Bewegung bedingen.

Natürlich ist das nicht Geschichte. Italien wurde so wenig von Viktor Emanuel „gemacht", wie es von Romulus und Remus gemacht worden war, und die Einigung des Landes hatte eine viel realere Wurzel als den glühenden Patriotismus Garibaldis oder die intrigante Diplomatie Cavours und die dynastischen Appetite des Savoyers. Aber auf Geschichte kam es Ricarda Huch, wie bereits bemerkt, auch keineswegs an. Für sie handelt es sich in erster Linie um die rein ästhetische Konzeption und Reproduktion, die Wiederbelebung einer künstlerischen Persönlichkeit: Garibaldi, der Löwe Italiens, ist das einzige, in unendlichen, aber immer aufs neue reizvollen Variationen behandelte Thema dieser „Geschichten", die wirklich Geschichten sind, Geschichten, wie sie in Legenden und Liedern die Phantasie des Volkes um die Gestalt seines Lieblingshelden gewoben hat. Die Bedeutung dieser Persönlichkeit liegt auch für seine jüngste Rhapsodin in dem Zauber, den sie auf alle, die mit ihr in Berührung kamen, ausgeübt hat. Zur Motivierung dieser überwältigenden, die Herzen und Geister bezwingenden Macht ist unserer Dichterin darum in der Ausschmückung ihres Heros keine Farbe auf der Palette ihrer Kunst leuchtend und golden genug. Alles, Menschen und Dinge, macht vor dem Einen Honneurs. Die übrigen Figuren des Romans, Garibaldis Gefährten wie die Gegner, fühlen und reden im Grunde genommen wie er. Die Natur selber, die die Dichterin in kühnen Strichen von wahrhaft heroischer Wucht skizziert, ist bloße Staffage für ihren Helden; er wächst aus ihr heraus, und bloß insoweit er aus ihr herauswächst, existiert für die Dichterin Italiens Erde. So wirken alle Mittel der Darstellung in der gleichen Richtung, und das Werk erscheint von einer geradezu klassischen Einheit des Stiles.

Unseren Arbeiterbibliotheken, die die moderne Belletristik berücksichtigen können, kann darum auch dieser Band von der Eroberung Roms warm empfohlen werden, unter dem einschränkenden Gesichtspunkt, daß man nicht Geschichte sucht in den Geschichten von Garibaldi. Ricarda Huch ist eine der markantesten Erscheinungen in unserer neueren Literatur und schon deshalb sympathisch, weil sie so gänzlich außerhalb jeder Clique und Mode steht und vollkommen abseits auch der unübersehbaren Herde unserer schriftstellernden Damen, die nur immer wieder das Eine, worum sich ihrer Ansicht nach das ganze Universum dreht, aus ihren süßen Pfötchen saugen. Ricarda Huch ist eine Frau, die etwas gelernt hat und etwas kann. Das klingt vielleicht banal, aber in dieses letzte Kriterium mündet doch schließlich jede ernsthafte literarische Kritik. C. Korn.

Johannes V. Jensen, **Himmerlandsgeschichten.** Berlin 1908, S. Fischer. 236 Seiten.

J. V. Jensens kürzlich besprochener Novellenband „Die Welt ist tief" hat ebenso wie sein vorangegangener Roman „Madame d'Ora" auch in Deutschland Aufsehen erregt. Vermutlich um dieses Interesse für den jungen dänischen Autor wach zu halten, hat der Verleger nun die vorliegende Sammlung älterer Erzählungen Jensens übersetzen lassen. Ob er dem Verfasser damit einen Dienst erwiesen hat, ist eine andere Frage. Das Publikum wird das später übersetzte Werk für das später geschaffene halten und enttäuscht sein. Tatsächlich sind die ersten Himmerlandsgeschichten bereits 1898 erschienen, aber in künstlerischer Hinsicht ist die Kluft zwischen den Novellen und diesen Erzählungen womöglich noch beträchtlicher, als in der Zeitfolge. Bei einem so begabten Schriftsteller wie Jensen zählen eben die Entwicklungsjahre dreifach.

So lassen denn die Himmerlandsgeschichten die höchst originelle und kühne literarische Physiognomie, die ihr Verfasser in seinen späteren Publikationen offenbart, nur erst in spärlichen Ansätzen erkennen. Geriert sich der spätere Jensen mit einer gewissen Koketterie als Kosmopolit, der an allen Sensationen der Kulturwelt und der Wildnis herumgerochen hat und sie mit blasiertem Lächeln beiseite schiebt, um sich schließlich in letzter Stunde doch noch auf den Urquell auch jeder künstlerischen Produktion, die Arbeit, zu besinnen, so ist das Primitive in den

„Himmerlandshistorien“ nicht das Resultat, sondern die Einleitung einer Entwicklung. Das gilt für den Stoff wie für den Autor. Himmerland, der Schauplatz aller dieser kurzen Erzählungen und Skizzen, ist Kimbrerland, das heißt das nördliche Jütland. Dort haust, nach Jensens Darstellung, völlig unberührt von der modernen Kultur, in Lebensformen, die auf uralte Existenzbedingungen und Gesellschaftsstufen zurückweisen, als Nachkommen der Berserker auf einsamen Gehöften ein Bauernvolk, an dessen altererbten wildernden Instinkten wie an erratischen Blöcken die Zivilisation sich bricht. In einzelnen Erzählungen hat der Verfasser ein paar solcher Urkerle, zweifellos mit großer Eindringlichkeit und vielleicht auch naturalistischer Treue, darzustellen gewußt, Halbtiere, die mit erbarmungslosen Kinnladen sich durch ihre Umgebung durchfressen, einsam schweifende Menschenbüffel, die in Erdlöchern kampieren und brüllend um die Siedelungen der Herde schweifen — oder Sektierer, deren Fanatismus eine schlaue Maske für die ordinärsten Instinkte. Auch in intellektuelle Funktionen setzen sich diese ungebändigten Kräfte hier und da um, wie in dem jungen Bauern Jens, der beim Militär sich als eine Art physikalisches Originalgenie entpuppt und in unersättlichem Wissensdrang sich respektable Kenntnisse in den Naturwissenschaften aneignet, dann aber von der Not des Lebens verschlungen wird, ehe er ein Ziel erreicht.

Hoffnungsloses Grau ist das Lokalkolorit nicht nur der Landschaft, der einförmigen, im Nebel verschwimmenden nordjütischen Heide, sondern auch der dämmernden Seelen dieser Himmerlandsmenschen, und in einer unheimlich starren, alles lebendige Interesse erdrückenden Manier hat der Verfasser Land und Leute gezeichnet. Wenn dieser Stil Naturalismus sein soll, so fehlt diesem Naturalismus ganz und gar das nach Zola unentbehrliche subjektive Korrelat des Naturalismus, die Zutat auf der Seite des Künstlers: das Temperament, in dem sich die Wirklichkeit brechen muß, um zum naturalistischen Kunstwerk zu werden. Aus Jensens späteren Werken wissen wir, daß er über diese Manier hinausgekommen ist, daß er nach einer extremsubjektivistischen Periode der Synthese von Naturalismus und Individualismus zustrebt, und so hätte man diese Geschichten, die, auch für den Autor selber, doch höchstens als Skizzen und Rohmaterial für künftige größere Arbeiten Wert haben können, ruhig unübersetzt lassen sollen.

Ganz unmöglich aber wird noch vollends die vorliegende Übersetzung dadurch, daß der Dialekt, der einen breiten Raum im Original einnimmt, also das nordjütische Dänisch, ins — Altbayerische umgeschrieben ist. Eine ungeheuerliche „Idee“, und Schlimmeres als das, denn so wird erreicht, daß die Sprache zu den Menschen paßt wie eine Sennhütte in die niedersächsische Heide. Natürlich hätte in der Übersetzung das Dänische durch irgend ein niederdeutsches Platt wiedergegeben werden müssen. C. Korn.

Magister F. Ch. Laukhards Leben und Schicksale. Von ihm selbst beschrieben. Deutsche und französische Kultur- und Sittenbilder aus dem achtzehnten Jahrhundert. Bearbeitet von Viktor Petersen. Einleitung von Paul Holzhausen. Band I 316 Seiten, Band II 342 Seiten. Preis gebunden 13 Mark, ungebunden 11 Mark. Stuttgart 1908, Verlag von Robert Lutz.

Laukhard war ein Wildling der bürgerlichen Aufklärungsperiode, zu deren Erkenntnis seine Autobiographie einen sehr bemerkenswerten Beitrag liefert. Man hat von dieser Periode einen recht verschiedenen, ja einen ganz entgegengesetzten Eindruck, je nachdem man unsere Klassiker oder etwa die Allgemeine deutsche Bibliothek Ehrennicolais liest. In jenen sieht man nach dem Bilde Lassalles die Kraniche durch die Luft segeln, in dieser aber nach dem Bilde Lessings eine armselige Blindschleiche dahergerutscht kommen.

Die Lebensbeschreibung des Magisters Laukhard füllt diese Kluft in gewissem Sinne und bis zu einem gewissen Grade aus. Das Rauf- und Saufleben, wie er es auf den Universitäten Gießen, Jena, Göttingen und Halle mitgemacht hat und

in seiner abschreckenden Häßlichkeit schildert, zeigt allerdings, daß unsere klassische Literatur und Philosophie in einer dünnen Kulturschicht wurzelte. Aber auf der anderen Seite ist Laukhard doch ein Kasseferl, der die fürchterlichsten Knüffe und Püffe aushält, immer mit dem Kopfe oben, mit einem tüchtigen Kern gesunden und unveräußerlichen Menschenverstandes, der denn doch bekundet, daß die Masse der deutschen Aufklärer kein übler Menschenschlag gewesen ist.

Ebenso wertvoll wie die Schilderungen des Studententums sind in Laukhards Denkwürdigkeiten die Schilderungen des Soldatenlebens. In einer greulichen Katerstimmung, in den Weihnachtstagen des Jahres 1783, als der letzte Rock versetzt war und das Geldschiff von Hause nicht eintreffen wollte, ließ sich Laukhard als friderizianischer Soldat für 8 Louisdor Handgeld anwerben. Es war ein Sprung in den Abgrund, für den es in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, bei all ihren sonstigen Schönheiten, kaum noch einen zutreffenden Vergleich gibt. Freilich hat Laukhard dies Soldatenleben im Frieden nicht in seiner ganzen Greulichkeit kennen gelernt; der Kapitän v. Müffling, an den er sich verkauft hatte, war habsüchtig genug, wie alle preußischen Offiziere, um seine Rekruten für seine privaten Bedürfnisse auszubeuten, aber im Gegensatz zu den meisten seinesgleichen gebildet genug, um zu begreifen, daß er den Magister Laukhard nicht besser ausbeuten könne, als daß er seine Kinder in fremden Sprachen von ihm unterrichten ließ.

Um so gründlicher hat Laukhard dann das Soldatenleben im Kriege kennen lernen, und seine Schilderung der Kanonade von Valmy und des Rückzugs aus der Champagne ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Geschichte der französischen Revolution. Das preußische Heer ist damals durch das preußische Junkertum schon ebenso verlottert gewesen, wie sich später bei Jena herausgestellt hat; man muß diese Schilderungen Laukhards lesen, um die ganze Albernheit des Geschwätzes zu würdigen, wodurch heute „hochverdiente“ Generale beweisen wollen, daß die Niederlage von Jena nur zerstörend in die gründliche Reform des preußischen Heeres eingegriffen habe, die längst eingeleitet gewesen sei. Es ist auch sehr nützlich, Laukhards Schilderung mit der Darstellung zu vergleichen, die Goethe als Teilnehmer derselben Kampagne gegeben hat. Die Dinge sehen von oben ganz anders aus als von unten, womit nicht gesagt ist, daß sie von oben richtiger aussehen als von unten. Ganz im Gegenteil!

Laukhard hat dann die Revolution nicht nur von der deutschen, sondern auch von der französischen Seite gesehen; als Spion in die belagerte Festung Landau gesandt, wurde er, nach dem Entsatz der Festung durch französische Truppen, als angeblicher Deserteur ins Innere Frankreichs geschickt und hat das Jahr des roten Schreckens dort verlebt. Er trat in ein Sansculottenbataillon ein, geriet dann wegen der Landauer Affäre in Verdacht, entging jedoch der Guillotine. Nach der Gerichtspraxis gesitteter Länder kam der Zweifel an seiner Schuld dem Schuldigen zugute; Laukhard wurde freigesprochen und erhielt auch eine Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft; man kann daraus sehen, wie vorteilhaft sich die französische Rechtsprechung zur Zeit Robespierres von der heutigen deutschen Rechtsprechung unterscheidet. Laukhard war kein Jakobiner, aber seine Schilderungen der französischen Zustände zur Zeit der Jakobinerherrschaft zeichnen sich durch eine Unbefangenheit aus, die der deutschen Aufklärung doch ein ungleich ehrenvolleres Zeugnis ausstellt, als der heutige Liberalismus beanspruchen kann.

Nach dem Sturze der roten Schreckensherrschaft kehrte Laukhard nach Deutschland zurück und hat noch ziemlich dreißig Jahre lang das Leben eines „literarischen Vagabunden“ geführt. Es gelang ihm nicht mehr, sich emporzuarbeiten, sei es nun durch fremde, sei es durch eigene Schuld. Das meiste, was er geschrieben hat, ist für immer vergessen, aber diejenigen Partien seiner Lebensbeschreibung, die in dieser neuen Ausgabe erschienen sind, verdienen durchaus, wieder erweckt zu werden.

Digitized by Google

Lose Blätter.

Vom Grabe Thomas Mores zum Grabe von Karl Marx. Die Westminsterabtei ist ein herrliches Bauwerk, aber als nationaler Ruhmestempel wirkt sie nicht erhebend.

Was Freiligrath tadelnd andeutete, ist doch ihr richtiger Eindruck:

Nur wenige sind's, die Besserung dort spüren,
Wie kalt und vornehm auch das Auge sei,
Mit dem, hervor aus ruhigen Augenbrauen,
Die stolzen Toten auf uns niederschauen.

Kalt ja, aber vornehm und stolz? Die wirklichen Kunstwerke unter den Grabdenkmälern verschwinden in einer Masse geschmacklos-trivialer Steinmetzarbeit, und so werden auch durch eine Woge nichtiger Persönlichkeiten die Helden des Geistes überschwemmt, deren sterbliche Reste sich ohnehin vermengen mit dem Staube bluttriefender Könige, heuchlerischer Pfaffen, nichtsnutziger Generale und Minister. Und wie viele fehlen von denen, deren Namen die Nachwelt in dankbarem Gedächtnis hält.

Unter ihnen fehlt vor allem das scharfe, unregelmäßige Gesicht, das kluge Auge, die bewegliche Lippe, das verwirrte Haar, die sorglos-sichere Haltung, wie uns Holbeins Meisterhand das Bild Thomas Mores auf der Leinwand hinterlassen hat. Unter den Staatsmännern, die in der Westminsterabtei versammelt sind, mag man den Hochverräter eher missen, aber auch im Dichterwinkel ist so wenig, wie Byron und Shelley, der Schöpfer der modernen englischen Prosa und der Verfasser der „Utopia" zu finden. Dafür sind freilich die englischen Hofdichter vollzählig, von Jakobs I. Ben Jonson bis zu Viktorias Tennyson.

Um so enger ist Mores Name mit der Westminster Hall verknüpft, wo er als Reichskanzler ausgerufen wurde, von den Herzögen von Norfolk und Suffolk, die seine Verdienste priesen, während er selbst bekannte: „Ich besteige diesen Sitz voll von Mühen und Gefahren und ohne jegliche wahre Ehre", und wo er wenige Jahre darauf auf die Aussage bestochener Zeugen hin von feilen Richtern dazu verurteilt wurde, in den Tower zurückgebracht und von da durch die City von London nach Tyburn geschleift, dort aufgehängt und, wenn er halb tot sei, abgeschnitten und gevierteilt zu werden, wonach auf jedem der vier Tore der City einer der vier Teile, der Kopf aber auf der Londoner Brücke aufgesteckt werden sollte. Die „Gnade" des Königs verwandelte dies scheußliche Urteil in einfache Enthauptung.

Man kann heute den Weg von Mores Richt- bis zu seiner Todesstätte auf einem Dampfer machen, der seinen Namen trägt und zu der Dampferlinie gehört, die der Londoner Grafschaftsrat eingerichtet hat. So verwahrlost sind die Engländer als altes Kulturvolk doch nicht, um nicht auch im ersten modernen Kommunisten einen nationalen Helden zu sehen; der Cant der Engländer ist ein Kinderspiel gegen den Cant ihrer angeblichen Vettern auf dem Kontinent, die den deutschen Namen des größten modernen Kommunisten nur mit alberner Gehässigkeit zu nennen wissen.

Wie More den höchsten Ehrensitz des Reiches mit schwermütiger Gelassenheit bestiegen hat, so bestieg er am 6. Juli 1535 das Schafott mit gelassener Heiterkeit. Es stand auf Tower Hill, und im Rasen des Trinity Square bezeichnet noch heute eine dunkle quadratische Stelle seine Stätte. More scherzte mit dem Leutnant des Towers, der ihn geleitete, und so scherzte er auch mit dem Henker. Er hielt seinen Bart sorgfältig beiseite; „es wäre schade, wenn der zerschnitten würde, er hat niemals Verrat begangen;" dann empfing er den Todesstreich.

Begraben ist More auf dem kleinen Kirchhof in der nordwestlichen Ecke des Towers, bei der St. Peterskapelle, die mit ihrem offenen Holzdachstuhl noch so erhalten ist, wie zu seiner Zeit. Macaulay stellt in seiner englischen Geschichte diesen traurigsten Fleck der Erde in schroffen Gegensatz zur Westminsterabtei, wo der Tod der Gefährte des Ruhmes und der Tugend sei. Das ist echt liberale Sentimentalität. Sicherlich mischt sich auch auf dem Friedhof des Towers die Asche von Helden mit der Asche von Schurken; nicht nur More ist dort begraben, sondern auch Jeffreys. Aber die Opfer der Tyrannen haben immer das günstigere Vorurteil für sich, und in diesem verlorenen Winkel blickt die Geschichte aus dunkleren und tieferen Augen als in dem bunten und unruhigen Gedränge der prunkenden Abtei. In seiner langen Litanei über die Toten des Towers vergißt übrigens Macaulay den Namen Thomas Mores, den er in seiner englischen Geschichte überhaupt nicht nennt. Doch ist auch hier nicht zu übersehen, daß Greens englische Geschichte, die in der englischen Bourgeoisie kaum weniger verbreitet ist als Macaulays Darstellung, aber sie an Gediegenheit weit übertrifft, ein schönes Bild Mores entwirft.

Green nennt More eine „sonnige Natur", und eine sonnige Natur war auch Karl Marx, so sehr er gleich More ein Denker und ein Kämpfer war. Will man seinen Spuren in London folgen, so findet man sie nicht eigentlich in seinen wechselnden Wohnungen, die entweder verbaut oder wegen veränderter Hausnummern schwer zu finden sind, sondern die Spuren des Forschers im Lesesaal des Britischen Museums, die Spuren des Menschen auf der sonnigen Heide von Hampstead. Ein sonntäglicher Ausflug hierher war für die Familie Marx ein spärlicher Lichtblick schon in dem ärgsten Flüchtlingselend; als dann halbwegs bessere, wenn auch noch immer schwere Zeiten kamen, zog die Familie in die Nähe der Hampstead Heath, und auf den Hügel von Hampstead hat Marx in seinen letzten Lebenstagen noch mit Engels seine Spaziergänge gemacht. Auf dem Hügel steht neben einer Fahnenstange ein altes Wirtshaus, Jack Straws Castle, worin Marx oft gerastet hat.

Man hat von hier einen prächtigen Blick über die Heide mit ihrem malerischen Wechsel von Berg und Tal, namentlich wenn sie von fröhlichen Menschen belebt ist wie an dem heißen Junisonntag des vorigen Sommers, wo wir sie durchstreiften. Im Süden der Riesenstadt mit ihren Häusermassen, überragt von der Kuppel der St. Paulskathedrale und den Westminstertürmen, in der dämmernden Ferne die grünen Hügel von Surrey, im Norden ein dicht bevölkerter fruchtbarer Landstrich, mit zahlreichen Dörfern und Häusern übersät, im Osten der Schwesterhügel von Highgate, wo Marx den ewigen Schlaf schläft.

Der Weg von Hampstead nach Highgate führt an einem anderen alten Wirtshause vorüber, Spaniards Inn, wo sich im Jahre 1780 die No-Popery-Aufrührer sammelten, um London zu stürmen; in seinem „Barnaby Rudge" hat Dickens ein lebendiges Bild dieses historischen Spektakels entworfen. Sonst säumen den Weg, der von Zeit zu Zeit schöne Aussichten bietet, Landhäuser und Parks voll alter Eichen ein; in Highgate selbst schon liegt der wundervolle Waterlow Park, so genannt nach seinem früheren Besitzer, der ihn im Jahre 1891 dem Publikum schenkte. Zu diesem Parke gehört das alte Lauderdale House, das einst Nell Gwynne bewohnte, die bekannte Geliebte König Karls II., und das heute ein Restaurant beherbergt; gegenüber dem Lauderdale House, auf der anderen Seite des Highgatehügels, steht das Cromwell House, das Cromwell für seinen Schwiegersohn Ireton erbaut haben soll, heute ein Genesungsheim für Kinder: ein rotes Backsteingebäude mit einer Eichenholztreppe, auf deren Spindel kleine Figuren die Offiziere von Cromwells Armee darstellen.

Unmittelbar nach Süden schließt sich an den Waterlow Park der untere Friedhof an, wo Marx bestattet ist. Wir waren erst auf den oberen Friedhof geraten, westlich vom Waterlow Park; der Friedhofswächter wies uns zurecht und beschrieb

uns die Lage des Grabes so genau, daß er meinte, wir könnten es nicht fehlen. Aber in dem labyrinthischen Gewirr der schmalen Wege, die sich durch die endlosen Reihen der Gräber winden, verirrten wir dennoch, bis wir auf einen einsamen Gärtnersburschen stießen, der uns den richtigen Weg zeigte; „es kommen viele Fremde, dies Grab zu besuchen“, meinte er.

Es ist ein Familiengrab, worin Marx und seine Frau, ein kleines Enkelkind von ihnen, Heinrich Longuet, und ihre alte Dienerin Helene Demuth ruhen. Zuerst ist Frau Marx hier bestattet worden, „Jenny v. Westphalen, das geliebte Weib von Karl Marx“, wie es auf dem Leichenstein heißt, am 5. Dezember 1881; sie war seit Jahren von einer unheilbaren Krankheit ergriffen worden, die sie mit unvergleichlichem Heldenmut ertrug. Noch wenige Monate vor ihrem Tode hatte der Arzt ihr eine Reise zu ihren verheirateten Töchtern in Paris gestattet; am 22. Juni 1881 kündigte Karl Marx in einem Briefe an Frau Longuet, seine älteste Tochter, den gemeinsamen Besuch an: „Antworte, bitte, sofort, denn Mama wird nicht wegfahren, bis Du ihr schreibst, was sie Dir aus London mitbringen soll. Du weißt, sie hat solche Aufträge wahnsinnig gern.“ Nach der Rückkehr aus Paris erkrankte Marx selbst auf den Tod; er war kaum aus der ärgsten Gefahr heraus, als seine Gattin starb, so daß ihm der Arzt verbot, ihrer Bestattung beizuwohnen. „Ich habe mich diesem Verbot deshalb gefügt“, schrieb Karl Marx zwei Tage nach dem Begräbnis an Frau Longuet, „weil die teure Verstorbene noch einige Tage vor ihrem Tode zu ihrer Wärterin den Wunsch aussprach, es möchte bei ihrem Begräbnis kein Zeremoniell stattfinden; ‚wir legen keinen Wert auf die Außenseite‘.... Es ist für mich ein großer Trost, daß ihre Kräfte so schnell abnahmen. Wie der Arzt vorhergesagt hatte, nahm die Krankheit den Charakter eines allgemeinen Absterbens an, als ob sie von Altersschwäche herrühre. Sogar in den letzten Stunden — kein Kampf mit dem Tode, ein langsames Einschlafen; und selbst die Augen, größer, schöner, strahlender als je.“ Am Grabe von Jenny Marx sprach Engels. Er gedachte der Toten als des treuesten Kameraden ihres Gatten und schloß: „Ich habe nicht nötig, von ihren persönlichen Eigenschaften zu sprechen. Ihre Freunde kennen sie und werden sie nie vergessen. Wenn es je eine Frau gegeben, die ihr größtes Glück darin gesetzt hat, andere glücklich zu machen, so war es diese Frau.“

Fünfzehn Monate später folgte ihr Karl Marx, nachdem ihn durch den plötzlichen Tod seiner ältesten Tochter ein letzter Schlag getroffen hatte. Er wurde den kommenden 17. März vor fünfundzwanzig Jahren bestattet, an einem Sonnabend Nachmittag. Sein Begräbnis war so still, wie das Begräbnis seiner Frau gewesen war. Engels hielt den Nachruf in englischer, Longuet in französischer, Liebknecht in deutscher Sprache. Sonst waren zugegen Paul Lafargue, der andere Schwiegersohn von Marx, F. Leßner und G. Lochner, die alten Gefährten vom Kommunistenbunde und zwei berühmte Vertreter der Naturwissenschaft, der Zoologe Ray Lankaster und der Chemiker Schorlemmer.

Das Grab ist wohl erhalten, wenn auch so einfach und schmucklos, wie es dem Sinne der Toten entspricht, die auf die Außenseite keinen Wert legten. Ein Lebensbaum wächst in der Mitte empor. Nur liegt es nicht mehr so frei und freundlich wie auf dem Bilde, das Liebknecht seiner Schrift über Karl Marx beigegeben hat. Die weltstädtische Wohnungsnot bedrängt die Toten wie die Lebenden; heute ist das Grab dicht eingeengt von anderen Gräbern, die zum Teil, nach den Inschriften der Leichensteine, erst einige Monate oder selbst Wochen alt waren.

An einem solchen frischen Erdhügel, nur wenige Schritte entfernt, kniete eine junge Frau in tiefer Trauer, und ihr leises Schluchzen war der einzige hörbare Laut in der tiefen Stille des Sommertags, die über dem weiten Gräbermeere lag.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.

Die Neue Zeit

I. Band Nr. 25 Ausgegeben am 20. März 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die kommenden Landtagswahlen.

✗ Berlin, 14. März 1908.

Die preußische Regierung hat sich entschlossen, die neuen Wahlen für den preußischen Landtag bereits für die Mitte des Monats Juni anzusetzen, entgegen der langjährigen, in der Tat seit 1866 beobachteten Gewohnheit, sie für den Oktober oder November anzuordnen. Möglicherweise finden sie sogar noch früher statt; wenigstens verlangt der Bund der Landwirte, daß sie schon vor dem Pfingstfest, das auf den 7. Juni fällt, in beiden Wahlgängen abgeschlossen sein sollen, da sie sonst zu nahe an die Heuernte heranrückten, und solche junkerlichen Wünsche sind für die Regierung so gut wie ein Befehl.

Für die Arbeiterklasse hat diese ganze Frage nur ein nebensächliches Interesse, denn sie ist immer gerüstet und bedarf keiner langen Zeit, um ihre Bataillone mobil zu machen. Auch ist die allgemeine Lage der Dinge für sie günstig genug: die anhaltende Krisis, der immer noch steigende Preis der notwendigen Lebensmittel und der jämmerliche Verfall der Blockherrlichkeit erzeugen auch in denjenigen Schichten der Volksmassen, die politisch noch nicht geschult sind, eine so rebellische Stimmung, wie wir nur immer wünschen können. Darüber wird sich die Regierung auch schwerlich täuschen, aber gegen den Ansturm der hungernden Massen fühlt sie sich hinter den Schranken der Dreiklassenwahl noch ziemlich sicher. Ihr kommt es zunächst darauf an, die junkerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu erhalten und demgemäß den Wahltermin so anzuberaumen, daß er für die Junker möglichst bequem und für den Freisinn möglichst unbequem liegt.

Das hat sie denn auch geschickt genug gemacht, namentlich wenn sie noch der Heuernte die gebührende Reverenz erweisen sollte. Zerpludert und zerschunden, wie niemals früher, tritt der Freisinn vor die Wähler. Die Blockpolitik hat ihm Ohrfeigen über Ohrfeigen eingetragen, und selbst die paar kümmerlichen Trinkgelder, von denen man etwa noch annehmen konnte, daß sie für ihn abfallen würden, bereiten ihm vorläufig nichts als immer neue

Tantalusqualen. Weder das Börsengesetz ist gesichert noch das Reichsvereinsgesetz, dessen Sprachenparagraph die „Unentwegten" vor die Wahl eines schmählichen Umfalls oder eines Kompromisses stellt, der nicht weniger schmählich sein würde als ein Umfall. Es sieht nicht danach aus, daß die Regierung noch im letzten Augenblick ein menschliches Rühren empfinden und auf den Sprachenparagraphen verzichten wird, denn sie weiß aus allzu reicher Erfahrung, daß sich der Freisinn doch alles bieten läßt, und sie hat gar kein Interesse daran, seine Position für die Landtagswahlen zu stärken.

Das wissen die Freisinnigen auch recht gut. Eins ihrer Blätter, die „Weserzeitung" in Bremen, berichtet sogar, daß sich unter der Ägide eines preußischen Ministers formell ein konservativ-freikonservativ-nationalliberaler Sonderblock gebildet habe, zu dem edlen Zwecke, mit dem ganzen Aufgebot preußischer Landratskraft dem Freisinn die paar Landtagsmandate abzujagen, die er bisher noch besessen hat. Die Nachricht wird von der konservativen Presse allerdings bestritten, und sie mag auch in dieser Form nicht zutreffen; wir halten sie sogar selbst für unrichtig, da nicht recht einzusehen ist, weshalb erst ein besonderer Sonderblock gestiftet werden soll, für einen Zweck, dem die preußischen Landräte schon von selbst nachtrachten. Aber so falsch die Nachricht sein mag, so ist sie doch nur der Rauch eines Feuers, von dem der Freisinn ganz richtig empfindet, daß er daran gebraten werden soll.

Es fällt natürlich ganz und gar ins komische Gebiet, wenn eines der Männlein, die gegenwärtig die freisinnigen Führer mimen, vor einigen Tagen im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte, seine Partei werde tapfer „die agrarische und die soziale Demagogie" bestehen. Tatsächlich ist die Rodomontade nur die vorläufige Instrumentierung des Trauerliedes von dem „Kampfe gegen zwei Fronten", das der Freisinn nach ehrwürdiger Gewohnheit über seine mehr oder minder, gewöhnlich aber mehr als minder zerschmetternden Wahlniederlagen anzustimmen pflegt. Der einzige Unterschied gegen früher besteht nur darin, daß er bei den bevorstehenden Landtagswahlen auch gegen die „agrarisch-demagogische Front" kämpfen muß, mit der gemeinsam er im Reich und im Reichstag reaktionäre Politik treibt, aber wenn er seine „ganze und volle" Sache dadurch unzweifelhaft noch einige Grade sinnloser gemacht hat, so hat er sie doch keineswegs in demselben Maße siegreicher gemacht, und man kann es den Junkern nicht so sehr verdenken, wenn sie diese Wirrköpfe en canaille behandeln.

Ganz im Gegenteil! Die Arbeiterklasse würde sich etwas vergeben, wenn sie den Freisinn mit sentimentalerem Auge betrachtete, als womit ihn das Junkertum betrachtet. Sentimentalität hat in der Politik überhaupt nichts zu suchen, und wer sich diesem seelischen Luxus ergibt, kann sicher sein, übers Ohr gehauen zu werden. Just der deutsche Liberalismus ist ja gerade an seinen sentimentalen Empfindungen der „Königstreue" und der „Gottesfurcht" und der „Vaterlandsliebe" politisch umgekommen. Wir könnten keine größere Torheit begehen, als wenn wir diesen Opfern der Sentimentalität nun unsererseits sentimentale Opfer bringen und auch nur einen Pfifferling auf ihr Gerede geben wollten, das sicherste Mittel zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes sei die Wahl möglichst vieler freisinniger Abgeordneten in den preußischen

Landtag. Es ist so, als ob sich der Bock als Gärtner empfehlen möchte, und darauf hineinzufallen, erfordert doch ein polizeiwidriges Maß von Dummheit.

Vielmehr wäre es das sicherste Mittel, die preußische Wahlreform für immer auf die lange Bank zu schieben. Man braucht ja nur an die Zeiten des preußischen Verfassungsstreits zu denken, wo das Abgeordnetenhaus von Fortschrittlern — die immerhin doch noch ganz andere Kerle waren wie die heutigen Freisinnigen — geradezu überschwemmt war, ohne daß sie auch nur mit einer Silbe das allgemeine Wahlrecht zurückforderten, das dem Volke gestohlen worden war, und ohne daß sich die Junker in ihrem Tun und Treiben irgendwie stören ließen. Glaubt denn irgendwer, das werde heute anders werden? Setzt man einmal den Fall — natürlich nur um des Beispiels willen —, daß eine Mehrheit von freisinnigen Abgeordneten durch Arbeiterstimmen in den Landtag gesandt würden, und setzt man ferner den Fall, daß die Regierung sich aus Angst vor diesen trutziglichen Mannen zu einer Wahlreform entschließen würde, so ist von vornherein klar, daß dann in holdem Einvernehmen von hüben und drüben ein Flick- und Stückwerk fertig werden würde, das die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes viel schwieriger machen müßte, als sie heute sein mag.

Es ist grundsätzlich so richtig wie taktisch notwendig, daß die Sozialdemokratie erklärt, in dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht werde ihr jeder Mitstreiter willkommen sein, aber es ist grundsätzlich ebenso richtig und taktisch ebenso notwendig, daß sie sich in der Art, *wie*, und in den *Zwecken*, *wozu* sie diesen Kampf führt, allein von ihrem Klasseninteresse beraten läßt und durch nichts sonst. Sie würde in der Tat ihr Erstgeburtsrecht um ein Linsengericht verschachern, wenn sie dem proletarischen Charakter ihres preußischen Wahlrechtskampfes auch nur ein Atom abbröckeln ließe, um der platonischen und problematischen Redewendungen willen, die der Freisinn nunmehr, wo ihm das Messer an der Kehle sitzt, fürs allgemeine Wahlrecht übrig hat. Will der Freisinn ein ehrlicher Mitstreiter für das allgemeine Wahlrecht sein, so müßte er das Gegenteil dessen werden, was er seit vierzig Jahren gewesen ist; dies Wunder ist vielleicht nicht unmöglich, aber ehe es sich der ungläubigen Welt so offenbaret hat, daß ihr die Augen übergehen, wäre es töricht, politische Wechsel darauf zu ziehen.

Die kommenden Landtagswahlen werden der preußischen Arbeiterklasse schwere Opfer auferlegen, so schwere Opfer, daß sie nur für ein großes Ziel gebracht werden dürfen. Ein geringeres Ziel läßt sich aber nicht wohl denken, als daß eine Handvoll freisinniger Abgeordneter in den preußischen Landtag kommt. Daraus ergibt sich schon die Notwendigkeit, den preußischen Wahlrechtskampf in prinzipieller Klarheit als proletarischen Klassenkampf zu führen. Mit dem Freisinn kann nur nach dem unbeugsamen Grundsatz verhandelt werden: do ut des, ich gebe, damit du gibst. Freisinnige Kandidaten können nur in dem Umfang durch sozialdemokratische Stimmen gewählt werden, wie sozialdemokratische Kandidaten durch freisinnige Stimmen gewählt werden. Die Theorie des kleineren Übels — jene famose Theorie, die dem Freisinn gestattet, daß seine letzten Invaliden noch an sozialdemokratischer Krücke in

den Reichstag humpeln, um sich dann als hochnäsige Schwätzer gegenüber der Arbeiterbewegung aufzuspielen —, diese schöne Theorie hat selbst für die Reichstagswahlen ihren Sinn verloren, seitdem der Freisinn zum Blockbruder geworden ist, aber sie würde den proletarischen Klassenkampf um die preußische Wahlreform geradezu entnerven und ihm jede Möglichkeit eines praktischen Erfolges nehmen.

Was wir an dieser Stelle wiederholt hervorgehoben haben, bestätigt jeder Tag von neuem: die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes für Preußen fällt zusammen mit dem völligen Zusammenbruch der preußischen Junkerherrschaft. Über die Schwierigkeit dieser Aufgabe darf und darüber wird sich auch niemand täuschen, dem es Ernst um die Sache ist, allein gerade deshalb muß man auch den Schein vermeiden, als ob man sich solchen Täuschungen hingäbe. Bei der Stellung, die das moderne Proletariat im modernen Produktionsprozeß einnimmt, besitzt es die Waffen oder, soweit es sie noch nicht besitzt, kann es die Waffen erwerben, um durch den „Druck von außen" auch den hartnäckigsten Widerstand zu brechen, der ihm das Recht vorenthalten will, das ihm auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft gebührt. Wer daran zweifelt, der zweifelt überhaupt an der Möglichkeit der proletarischen Emanzipation und mag sich auf die Bärenhaut legen.

Jedoch wer nicht daran zweifelt, der soll nicht freisinnige Hasen als Trommler an die Spitze der proletarischen Sturmkolonnen setzen, wenn er nicht will, daß sich die Junker in aller Ewigkeit auf der Bärenhaut der Dreiklassenwahl wälzen.

Ein neues China.

Von **Parvus.**

1. Wirre Zustände.

Die deutsche „Marine-Rundschau", eine Zeitschrift, die sich keineswegs die Aufgabe gestellt hat, Propaganda für den Revolutionsgedanken zu machen, schließt einen, wie es scheint, aus den deutschen Kreisen in China herrührenden Artikel über die politische Entwicklung Chinas mit den Worten: „Fast scheint es heute, als ob infolge des russisch-japanischen Krieges die großen asiatischen Staaten von dem Drange nach politischer Weiterentwicklung erfaßt seien, und zwar in einer Richtung, die sie in einen Gegensatz zu ihrer ganzen langen geschichtlichen Überlieferung bringt. Hat also schon im Abendland der Weg zur Verfassung meist durch blutige Krisen hindurchgeführt, so ist in Asien der Boden für politische Katastrophen noch geeigneter. In China sind jedenfalls die Elemente dafür reichlich gegeben."

Ein französischer Missionar berichtet in den „Bulletins des Missions Catholiques": „Wenn auch die Ereignisse in China in den letzten Jahren in bezug auf ihre äußere Tragweite monoton geworden sind, so sind sie es in Wirklichkeit keineswegs, wenn man die aufsteigende Bewegung der gelben Bevölkerung in der Richtung eines, wohl noch verdunkelten Ideals der Unabhängigkeit und der politischen Freiheit berücksichtigt. Und die Worte des Fortschritts, der Zivilisation, einer inneren Gerechtigkeit, der nationalen Auto-

nomie gewinnen hier aufs neue einen besonderen Sinn, der ihnen bei den alten Nationen Europas verlorengegangen zu sein scheint.

Man sieht jetzt in China den Fortschritt sich überall geltend machen. Fortschritt in den großen Städten, wo, seit zwanzig Jahren, Hunderte von Dampfern ankommen, wo, seit gestern erst, viele Eisenbahnen zusammenlaufen, wo man Kais, Schulen, Apotheken baut; wo der Krämer im faltenreichen Gewand euch lächelnd ein Gläschen gefälschten Sekt darbietet; wo die Gassenbuben bandenweise in den schmutzigen Straßen mit den feurigen Blicken eines Pariser Boulevardjungen euch entgegenblicken. Fortschritt auf dem Lande, wo ihr an Stelle der traditionellen, auf Draht angereihten Münzen Sousstücke und europäische Silbermünzen durch die Hände gleiten seht; wo der Mann des Ackerfeldes, nunmehr mit dem Europäer und seinen Ideen mehr vertraut, euch mit Manieren voll Achtung entgegentritt; wo man schließlich von den Dorfbewohnern sinnreiche Äußerungen, die von einem wissenschaftlichen, experimentellen Geiste herrühren, wahrnimmt."

Das „Evangelische Missions-Magazin" gibt folgende Schilderung: „Die Hauptstadt Peking hat ihr Aussehen sehr verändert. Die Scharten von 1900 werden nach und nach ausgewetzt. ... An der Herstellung und Verbesserung der Straßen wird emsig gearbeitet. Die Peking-Hankau-Bahn bringt immer mehr Weltreisende herzu. Neue Hotels wachsen aus dem Boden. Ein zoologischer Garten ist eröffnet. Um so mehr aber trieb bis vor wenigen Monaten altes Unwesen sich um in der kaiserlichen Stadt und in den oberen Regionen der Regierung. ... Aber zu laut schon tönte das Klopfen der Revolution am Portal. Allzu hörbar schon war die Unzufriedenheit im Reiche, allzu energisch das Verlangen nach Einführung der versprochenen Verfassung, als daß es in dieser Weise weitergehen konnte. An Edikten fehlte es ja nicht, welche Reformen befahlen. Aber mit düsterem Pessimismus und gänzlichem Mißtrauen redet die einheimische Presse von der tatsächlichen Unwilligkeit der herrschenden Kreise, etwas zu ändern, und von der völligen Wertlosigkeit solcher Kundgebungen, und verhieß nur noch Unheil."

Ich habe diese Zitate, die nach Belieben vermehrt werden könnten, hier angeführt, weil sie uns ein neues China zeigen, an das der europäische Leser sich erst gewöhnen muß.

Sprach man bis jetzt von China, so verband man damit die Vorstellung von der chinesischen Regierung als der Vertreterin des chinesischen Staatsgedankens. Was man vom Volke vernahm, das waren die Boxeraufstände — wie es schien, barbarische Revolten gegen Fremde. Oder es waren die Kulis — nach den kapitalistischen Ländern verschlagene arme Geschöpfe, eingeschüchtert und feindlich den fremden Verhältnissen gegenüberstehend, die sich hungernd um den elendesten Brocken drängten, und nachdem sie ihn mit übermenschlicher Arbeit, oft unter Preisgabe ihrer Gesundheit und ihrer Lebenskraft, bezahlt hatten, sich, wie ein gehetzter Hund, nach ihren schmutzigen Löchern zurückzogen. Nunmehr tritt uns ein China des Fortschritts, der modernen Städte entgegen; wir erfahren, daß es in China eine öffentliche Meinung gibt, die zu politischen Fragen Stellung nimmt, eine Presse, die der Regierung Opposition macht; und die Worte der Revolution, der Konstitution, die seit mehr als einem Jahrhundert die politische Geschichte Europas kennzeichnen, schallen uns von Ostasien herüber. China erscheint zum ersten Male vor den Augen der bürgerlichen Kulturwelt

als politische Nation, als Volk mit politischem Willen. Das ist ein geschichtlicher Faktor, den man von nun an stets wird in Rechnung setzen müssen, wenn man die chinesischen Vorgänge beurteilen will.

Damit erhalten wir gewiß eine größere Möglichkeit, die politische Geschichte Europas zur Erklärung der politischen Entwicklung Chinas zu gebrauchen. Man muß sich aber sehr in acht nehmen, europäische Beispiele ohne weiteres auf China zu übertragen.

Was jetzt in China vor sich geht, ist keineswegs eine Revolution, wie wir sie aus der Geschichte Europas kennen. Dazu fehlt dieser Bewegung ein klares politisches Programm, und es fehlt ihr der entschiedene Gegenwille der Regierung. Die Regierung selbst leitet vielmehr diesen politischen Umwandlungsprozeß, und doch ist sie es zugleich, die ihn hindert.

Es kommen zu uns aus China Regierungsdeklarationen, in denen es heißt: „Daß die staatliche Macht nicht gefördert wird, hat seine Ursache darin, daß zwischen den oberen und den unteren Schichten des Volkes eine trennende Kluft besteht, und daß zwischen dem staatlichen Mittelpunkt und den einzelnen Reichsteilen ein Zusammenhang fehlt. Das Beamtentum weiß nicht, wie es das Volk schützen und das staatliche Interesse wahren soll. Die Quelle des Wohlstandes und der Macht bei den Staaten des Abendlandes dagegen ist die konstitutionelle Verfassung." Wir haben dann aber Regierungsedikte, die der Bevölkerung die Diskussion politischer Angelegenheiten verbieten.

Revolutionäre Verschwörungen werden gebildet, um in China die Republik aufzurichten, und sie erlassen politische Deklarationen, zu deren Charakteristik einige Sätze angeführt sein mögen:

„Ich erlasse diese Proklamation, um die Öffentlichkeit von meiner Absicht in Kenntnis zu setzen, auf dem Throne die chinesische Rasse wieder aufzurichten und ihr den alten Ruhm zu verschaffen, um die barbarische mandschurische Rasse zu vernichten.[1] ... Nunmehr bemühen sich diese Barbaren, um desto besser ihre Macht durch Zentralisation zu sammeln, um eine falsche Verfassung zu geben. Sie nehmen uns die Freiheit; sie töten die Energischsten unter uns, mißhandeln unsere Mitbürger und erdrücken uns durch ungerechte Steuern und Auflagen.... Die Soldaten werden uns helfen, eine neue Republick zu errichten." Zum Schlusse heißt es: „Wer einem Mandschuren begegnet, töte ihn sofort.... Wer sich unserem Rufe entziehen wird, wird desgleichen umgebracht werden." Und ähnliches mehr.

Diese Kundgebung erschien nach der Tötung des Gouverneurs En-min, eines allgemein gehaßten Reaktionärs, der von einem jungen Unterpräfekten der Polizei unter Mithilfe von Schülern überfallen wurde; sie trägt die Unterschrift des Attentäters.

Kaufleute und hohe Würdenträger wenden sich mit politischen Manifesten an das Volk. In einem dieser Rundschreiben ist zu lesen: „Darum haben die Standespersonen und Kaufleute in Shanghai als erste sich im Bewußtsein der Solidarität zusammengefunden, und ihre Stimmen finden einen Widerhall bei den Gebildeten und bei dem kleinen Manne. Die Lastenträger in Hongchou, die Kuchenbäcker in Shao-hsing, Schauspieler der niedrigsten Art und Dienstmägde entfalteten einen edlen Wettbewerb und suchten einander zuvorzukommen. Mit würdevollem Ernste haben sie ihr Scherflein beigesteuert." Und zu welchem

[1] Die Mandschus sind die herrschende Rasse in China, der auch die Dynastie entstammt. D. Red.

Digitized by Google

Zwecke dieses patriotische Aufgebot? Um die Aktien einer verkrachten chinesischen Eisenbahngesellschaft zu kaufen!

Die Regierung schuf neue Grundlagen für die Ausbildung des Beamtentums. Sie hob das alte Prüfungssystem auf, das seit Konfuzius Zeit über zwei Jahrtausende die geistige Grundlage der chinesischen Beamtenlaufbahn war, und machte das „neue Wissen", die Wissenschaften des Abendlandes zum Ausgangspunkt des Beamtenunterrichtes. Sie schickte viele Tausende von jungen Leuten auf Staatskosten zur Ausbildung nach Japan, Amerika, England, Deutschland. Sie kehrten zurück und bildeten eine „Literatenbewegung", die die Volksmassen aufwühlt, der Regierung Opposition bis zum Bombenwerfen macht und ihre Analogie nur noch in der politischen Bewegung der russischen Intelligenz findet.

Unter den „Bannerleuten" der alten Armee der herrschenden Dynastie gärt es, da die Regierung ihre Privilegien aufhebt und ihre Verbände auflöst.

Aufstände der unter Hungersnot leidenden Bauern hören nicht auf.

Die „Salzschmuggler" rotten sich zu ganzen Armeen zusammen, die den Regierungstruppen regelrechte Schlachten liefern.

Mächtige Gouverneure der Provinzen lehnen sich offen gegen die Zentralregierung auf.

In der Provinz Jünnan taten sich reiche Leute zu einer Partei zusammen unter dem Namen: „Auf Tod und Leben!" Sie erklären: „Entweder leben wir als freie Bürger und nicht als Tiere und Sklaven von Frankreich und England, oder wir sterben zusammen — das sei unser Losungswort." Käme keine Hilfe von Peking, so müsse man sich unabhängig machen.

In den an das französische Tongking angrenzenden Provinzen Kwantung und Kwangsi herrscht der Aufruhr, wobei mit modernen Waffen ausgerüstete Banden gegen Regierungstruppen kämpfen. Die Aufständischen flüchten sich auf französisches Gebiet.

„Die Presse Indochinas" — schreibt der „Ostasiatische Lloyd" — „trägt das Ihrige dazu bei, die Erbitterung zu vermehren; sie bringt der Vertreibung der Mandschudynastie und der Aufrichtung einer chinesischen Republik so unverhohlen Sympathien entgegen, daß man in Kanton ganz offen von einer Begünstigung der aufständischen Bewegung in den Kwangprovinzen durch Frankreich spricht."

„Weil in dem japanisch-französischen Abkommen vom Frühjahr 1907 die beiden Mächte sich Unterstützung versprachen in dem Bestreben, ‚den Frieden in den an die beiden Vertragsstaaten grenzenden chinesischen Gebieten aufrechtzuerhalten', hegt man chinesischerseits die starke Befürchtung, Frankreich werde, durch Japan gedeckt, mit bewaffneter Hand zu seinen Gunsten von Tongking aus in den unruhigen Nachbarprovinzen Frieden schaffen." (W. Schlatter im „Evangelischen Missions-Magazin".)

Vor den Augen der ganzen Welt spielt sich zwischen China und Japan ein scharfer diplomatischer Streit ab um den Waffenschmuggel nach den aufständischen Gebieten.

Schon 1906 haben die chinesischen Gesandten im Ausland eine gemeinsame Denkschrift an die Regierung verfaßt, in der sie mit dem größten Nachdruck betonen, daß China von Gefahren umgeben sei:

„In wenigen Jahren" — ich zitiere nach der Wiedergabe im „Ostasiatischen Lloyd" — „wird sich Japan von den Folgen seines letzten

Krieges erholt haben. Rußland wird dann reorganisiert sein und wieder freie Hand haben. Bis dahin hat Frankreich seine Eisenbahnpläne an der Südgrenze Chinas in die Tat umgesetzt. Großbritannien wird seine Stellung im Tibet befestigt haben. Amerika wird auf den Philippinen die Ruhe wiederhergestellt und dann die Vorbedingung seiner weiteren Ausdehnung in Ostasien geschaffen haben. Auch Deutschland wird bis dahin seine Seestreitkräfte im fernen Osten wieder verstärkt haben. China aber wird durch alles das bedroht werden. Um dagegen Abhilfe zu schaffen, wird in der Denkschrift dreierlei vorgeschlagen: Die Einführung einer Verfassung für das chinesische Reich, örtliche Selbstverwaltung und ein Preß- und Versammlungsgesetz."

Die Regierung läßt sich von Japan den Bau einer bereits konzessionierten Eisenbahn verbieten.

Sie erteilt Eisenbahnkonzessionen und nimmt sie wieder zurück, wobei sie an die ersten Konzessionäre Millionen als Entschädigung zu zahlen hat.

Die Regierung geht daran, eine Eisenbahnanleihe in England aufzunehmen. Sie läßt aber erst, in ungewohnter Weise, Vertreter der Provinzen zu sich kommen, die von der projektierten Eisenbahn berührt werden. Die Regierung will ihre Meinung hören, bevor sie die Anleihe abschließt. Sie aber wollen nichts von einer Anleihe wissen, sie meinen dagegen, ihre Berufung sei „gleichsam der Anfang zu einem Parlament", und sie erklären: „Wir sind hierher gekommen, der Regierung gegenüber unser Recht zu wahren, und wir werden den Kampf bis zum Äußersten wagen." Eine Bewegung entsteht im Lande, Versammlungen werden abgehalten, und das Ergebnis ist ein Ukas, der die Versammlungen verbietet, die Presse einschränkt. Die Reformaktion der Regierung verwandelt sich in eine reaktionäre Maßregel.

Zum Schluß noch einige Auszüge aus chinesischen Zeitungen, um zu kennzeichnen, wie die öffentliche Meinung die reaktionäre Maßregel aufgenommen hat. Da die uns fremden chinesischen Namen das Verständnis bloß hindern, will ich die Zeitungen mit Nummern bezeichnen.

Nr. 1. „Das dritte Edikt über die Verfassung führt dem Volke zu Gemüte, daß noch keine Verfassung besteht, und daß das Volk noch nichts zu sagen hat. Es ist offenbar, daß die Regierung von der Verfassung nichts wissen und am Absolutismus festhalten will, nur die Furcht vor der Revolution läßt sie das nicht eingestehen."

Nr. 2. „Immer wieder heißt es, das Volk sei für die Verfassung noch nicht reif; sobald es aber den Beweis vom Gegenteil erbringt, so wird ihm das zum Verbrechen angerechnet."

Nr. 3. „In Peking gilt der Grundsatz Ludwigs XIV: L'Etat c'est moi. Das Volk ist jedoch nicht mehr so furchtsam wie früher.... Die Regierung zwingt dem Volke einen Krieg auf, der ihr am wenigsten nutzen wird."

Nr. 4. „Das Volk wird mit der Verfassung an der Nase herumgeführt. Die Regierung verkauft Bahnen und Bergwerke an die Fremden und führt den Staat dem Untergang entgegen."

Nr. 5. „Das Volk darf sein Recht nicht mehr geltend machen und wird dafür kämpfen müssen, wie alle anderen Völker es getan haben."

Nr. 6. „Das chinesische Volk hat seit den ältesten Zeiten für seine Rechte mit der Regierung gestritten, hat aber immer der Gewalt der Regierung weichen müssen. Auch jetzt kämpft es für seine Rechte und soll wieder mit Gewalt niedergehalten werden. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Das Volk muß wieder kämpfen, es kann und wird den Sieg erringen."

Digitized by Google

Diese Edikte waren Ende Dezember vorigen Jahres erlassen. Am 10. Januar 1908 schon läßt sich der „Ostasiatische Lloyd“ aus Peking telegraphieren: „Wie Pilze schießen jetzt hier in Peking neue Zeitungen aus der Erde. In ihnen sehen die Chinesen offenbar das einzige Mittel unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo alle Versammlungen verboten werden, ihre Gedanken zu verbreiten.“

Der Widerstand der Regierung hat demnach die politische Opposition nicht gemildert, sondern verschärft.

So zeigt uns China ein Bild wirrer Zustände wie kein anderes Land der Welt. In eine politische Umgestaltung im Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus nach westeuropäischem Muster spielt kapitalistische Kolonialpolitik hinein, und der Übergang wird noch eminent dadurch erschwert und verwickelt, daß er bei einer Staatsform einsetzt, die ihre europäische Parallele höchstens im Moskowiterreich unter Peter I. findet.

Ich will im nächsten Artikel versuchen, die inneren Zusammenhänge dieser chaotischen politischen Entwicklung klarzulegen. (Schluß folgt.)

Preußen und der Zollverein.

Von **Hermann Wendel.**

„Der Gedanke des Zollvereins war nicht eines Mannes Eigentum, er entstand gleichzeitig in vielen Köpfen unter dem Drucke der Not des Vaterlandes; daß der Gedanke Fleisch und Blut gewann, war allein Preußens Werk, war das Verdienst von Eichhorn, Motz und Maaßen und nicht zuletzt das Verdienst des Königs.“ So Treitschkes Lied über den Ursprung des Deutschen Zollvereins, und in unendlichen Variationen wird es in diesen Tagen neu erklingen, da sich Ende März das Datum der entscheidenden Abschlüsse jener handelspolitischen Einigung zum fünfundsiebzigsten Male jährt. An sich ist es begreiflich, daß die Geschichtschreiber, die nach Beruf und Neigung allerorten Preußens herrschender Klasse ganze Lorbeerhaine zu pflanzen haben, gerade auf diesem Felde aus dem Vollen ihres Lobes wirtschaften, denn für das rein politische Wesen der Jahrzehnte nach Waterloo vermögen auch sie keine andere Formel zu finden als: die Verknutung Europas unter dem Patronat des Romanow, des Hohenzollern und des Habsburgers.

Nun waren gewiß die Eichhorn, Motz und Maaßen aus anderem Holze geschnitzt als die Kamptz, Schmalz und Tzschoppe; in gewissem Sinne verdarben sie ihnen sogar das Handwerk, denn wenn diese mit ihren Demagogenhetzen die Idee der bürgerlichen Revolution zu ersticken glaubten, so gaben jene unbewußt mit ihrem Schaffen dieser verpönten Idee Lebenssaft und Lebenskraft. Aber ebensowenig wie diese Belebung revolutionärer Gedanken war ihr Werk überhaupt, wie es Treitschke und die Seinen darstellen, ein Verdienst, erhaben ob Raum und Zeit, denn von den eigensüchtigen Gelüsten der Hohenzollerndynastie abgesehen, die sich hinter der wirtschaftlichen Einigung bargen, stand die ungestüme Presserin, die Not, sehr sichtbarlich hinter ihr: die Eichhorn, Hoffmann, Motz und Maaßen liquidierten mit ihr nur das Erbe, das die französische Revolution Deutschland hinterlassen, auf ihre, das will sagen auf echt preußische Art.

Auch Frankreich war im achtzehnten Jahrhundert durch vielfache Binnenzölle und Verkehrsschranken zerrissen, und man erzählte sich, daß ein Fuder

Digitized by Google

Wein, aus den südwestlichen Landschaften nach dem Norden verfrachtet, durch diese Zölle um ein Erhebliches mehr verteuert wurde als eine Ware, die von der fernen chinesischen an die französische Küste kam. Aber mit einem Schlage vollzog sich die Wandlung. Hatte sich Necker noch 1781 in seinem Rechenschaftsbericht recht hoffnungslos über die Frage ausgelassen, ob es möglich sei, die constitution barbare, das barbarische Gebilde der Provinzzölle aus dem Wege zu räumen, so riß das Jahr 1789 wie ein Sturmwind alle Zollschranken im Innern nieder, und zehn Jahre nach Neckers Klage sah der Zolltarif von 1791 alle Sehnsucht des kapitalistischen Großbürgers erfüllt: ein Produktionsfeld, ein Handelsgebiet, ein nationaler Markt, soweit die französische Zunge klang und soweit das französische Kapital Mehrwert zu hecken begehrte.

Um wie viel greulicher waren zur selben Zeit die Zustände in Deutschland und nicht zuletzt in Preußen, das nicht wie Frankreich ein geographisch in sich abgeschlossener Staat, sondern nach und nach aus den verschiedensten abgerissenen Länderfetzen zusammengestoppelt war. In einem Lande, dessen geographische Zersplitterung seiner ökonomischen Zersplitterung die Grundlage bot, mußte auch das Merkantilsystem, jene Art der Wirtschaftspolitik, die wirklich Fürstenlaunen Spielraum zu gewähren scheint, ganz andere Formen annehmen als in einem Lande wie Frankreich, in dem der Merkantilismus weit mehr aus der wirtschaftlichen Entwicklung selbst emporgeschossen war als in Preußen. Während denn Colbert auch nicht einen Augenblick den Zusammenhang zwischen äußerem und innerem Handel übersah und ein Netz von Landstraßen über Frankreich spannte, ließ der alte Fritz die inneren Verkehrswege vollständig im argen. Mit Absicht sogar, galt es doch so die ausländischen Reisenden zu zwingen, länger im Bereich der schwarz-weißen Grenzpfähle zu bleiben und mehr Geld im Lande zu lassen. Von einer auch nur notdürftigen wirtschaftlichen Einheit der Monarchie war weder unter ihm noch unter seinem Nachfolger die Rede, und um 1800 war es damit um keinen Deut besser bestellt als 1775 oder 1750.

Allerdings hatte ja auch kein anderer Staat eine ähnliche Verschiedenheit in der sozialen Struktur der einzelnen Landesteile aufzuweisen. In den östlichen Provinzen der Feudalismus in seiner ganzen Waldursprünglichkeit — als der Freiherr vom Stein 1781 das Stück Polens bereiste, das sich Preußen bald erräubern sollte, bemerkte er dort zu seinem größten Staunen, daß die Geldwirtschaft wieder von der Naturalwirtschaft verdrängt worden war —, im Westen eine hochentwickelte Industrie, die, wie in den Grafschaften Mark und Ravensberg, schon Weltruf genoß. Aber die Hohenzollern hatten den rechten Klasseninstinkt: sie empfanden genau, daß die starken Wurzeln ihrer Kraft eben in der feudalen Waldursprünglichkeit Ostelbiens steckten, und betrachteten die westlichen Landesteile mit ihrer Industrie mißtrauisch als Gebiete, in deren Boden die Keime einer bedenklichen Zukunft lagerten: für den preußischen Osten waren deshalb diese westlichen Landesteile in aller Form Zollausland, wie im übrigen auch Schlesien seine besondere Stellung und eigene Verwaltung hatte. Davon abgesehen, brach sich an den Grenzen der Monarchie der Handel an dem Verbotsystem und den Grenzzöllen. Daneben erhoben sich die Zollschranken zwischen Provinz und Provinz, und innerhalb der Provinzen zwischen Distrikt und Distrikt. Nur der Stamm des Königreichs, die Kur- und Neumark, Pommern, Magdeburg und Halberstadt bildeten ein einigermaßen geschlossenes Ganzes. In den Zollsystemen der ein-

zelnen Provinzen aber herrschte wiederum eine große Vielfältigkeit: war die eine in sechzig Distrikte geteilt, so bildete die andere einen einzigen, ohne daß der Handel durch diese um vieles leichter gewesen wäre als durch die anderen, denn hier war anstatt der fortwährenden Zollabgaben eine Kontrolle in den verschiedenen Zollämtern festgelegt. Verschieden war nicht minder die Art der Verzollung oft innerhalb ein und derselben Provinz: geschah sie hier nach dem Gewicht, so dort nach dem Werte, hier nach den Pferdelasten, dort nach dem Raume. Ungemein verteuerten den Warentransport die unterschiedlichen Zölle, die auf Land- und Wasserstraßen erhoben wurden, als da waren: Land- und Wasserzoll, neuer Kornzoll, neuer Weinzoll, Schleusengeld, Tonnenzoll, Krangeld, Lizent, Transitimpost, dazu eine Reihe von Gemeinde- und Privatzöllen, in der Kurmark allein dreißig. Dazu taten dann die Schikanen der Zöllner noch ein übriges. Die Flußschiffer mußten mit ihren Ladungen oft tagelang an den Zollämtern auf Abfertigung warten, und auch auf den Landstraßen machte es den Zollbureaukraten, wenn sie es nicht geradezu auf Bestechung abgesehen hatten, doch ein bureaukratisches Vergnügen, wie es ein Zeitgenosse darstellte, „denen Zollanten zu chicanieren, aufzuhalten und zu tourbieren, zu zwicken, zwacken, zupffen und rupffen und mit einer Klappe nicht zwei, sondern gleich drei Fliegen zu schlagen". Mit dem Zollsystem eng verknüpft war das Akzisesystem, ein mammutartiges Ungetüm, das zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts noch 57 Tarife mit 2275 Warenklassen umschloß, die Waren verteuerte und trotzdem nur geringen finanziellen Ertrag abwarf. Rechnet man dazu weitere Reste mittelalterlicher Verkehrsbeschränkungen, wie die Trennung von Stadt und Land bei der gewerblichen Gesetzgebung, die Stapel- und Umladerechte wie schließlich die Monopole, so begreift man, daß das in Preußen herrschende System nichts anderes bedeutete als die vollständige Lahmlegung des Handels, gemildert durch Schmuggel.

Wo alle Adern des freien Verkehrs derart abgeschnürt waren, hieß die Entwicklung der Industrie natürlich ein Unding. Zudem drückte die Konkurrenz Englands wie auf die Industrie des ganzen europäischen Kontinents, so besonders auf die preußische Industrie, und für dieses Land wenigstens schien sich der gigantische Traum der englischen Bourgeoisie zu erfüllen: Britannien allein die Werkstatt der Welt und das übrige Europa nur seine Kornkammer, sein Rohstoffmagazin und sein Absatzmarkt. War es doch mit dem Verfall der preußischen Industrie so weit gekommen, daß zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts eine große Berliner Zeitschrift mit diesen Gründen zum Kriege gegen England aufreizen konnte: „Ein Krieg mit England leistet eben das, was ein dauerhafter Friede mit den Mächten des Kontinents leistet, und ist recht eigentlich dazu gemacht, einen Staat zu verjüngen. Schon war es dahin gekommen, daß man im Preußischen an dem Wiederaufkommen der von Friedrich II. mit ebensoviel Sorgfalt als Einsicht gegründeten Manufakturen und Fabriken verzweifelte und in dieser Verzweiflung sich mit der Produktion roher Stoffe begnügen wollte."

Weder Friedrichs II. Tod noch der Ausbruch der französischen Revolution hatten an den Grundlagen Preußens wie auf politischem so auf wirtschaftlichem Gebiet irgend etwas geändert. Denn eine prinzipielle Wandlung brachte der Akzisetarif von 1787, der mit großen Verheißungen in die Welt gesandt wurde, ganz und gar nicht, und auch die Handelskrise, die hinter dem englisch-französischen Seekrieg um die Mitte des letzten Jahrzehntes des

Revolutionssäkulums durch die Lande wandelte und den preußischen Kaufleuten die Märkte versperrte, paukte den Männern an Preußens Spitze gerade so viel oder so wenig ökonomische Logik ein, daß Friedrich Wilhelm III. eben für die Beseitigung des Verbotsystems ein gewisses schwächliches Interesse aufbrachte. Aber wenn auch einzelne hohe Beamte, deren Köpfe die Doktrin eines Adam Smith erleuchtete, sich mit Schärfe gegen das Zoll- und Akzisemammut wandten, so drückte der Finanzminister Struensee 1798, den zynisch-gemütlichen Ausspruch des Franz von Österreich im voraus variierend, die Ansicht der leitenden Kreise weit richtiger aus, als er meinte: „Einige Jahre wird die Pastete schon noch halten!" Sie hielt gerade noch acht Jahre — dann kam Jena und Auerstädt!

Auch auf dem Felde der wirtschaftlichen Einigung diente die Fremdherrschaft als Lehrmeisterin, denn für ein kurzes machte sie aus Preußen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet: der 11. März 1807 führte in allen preußischen Provinzen einen einheitlichen Grenzzolltarif ein, aber diese vorübergehende Maßregel konnte für die wirtschaftliche Einigung Deutschlands lange nicht die Bedeutung haben wie eine Reihe anderer Begleiterscheinungen der bürgerlichen Revolution. Als sie mit dem Reichsdeputationshauptschluß endgültig ihren Fuß auf das Land rechts des Rheines setzte, hatte sie doch immerhin Dutzende und aber Dutzende der allerwinzigsten Stätchen von der Landkarte weggewischt, und in den neuen Monarchien von Napoleons Gnaden, Bayern, Württemberg usw., einheitliche Staaten geschaffen, deren Gebiet vor allem nicht über den Bereich so und so vieler fremder Grenzpfähle verzettelt, und denen es deshalb möglich war, aus ihrem Territorium ein einheitliches Zollgebiet zu bilden. So ging denn Bayern bereits 1807 zum Grenzzollsystem mit Ein-, Aus- und Durchfuhrzöllen für das ganze Staatsgebiet über. Die gleichen Bahnen schlugen 1808 und 1812 Württemberg und Baden ein, während in Preußen zwar die Steinsche Reformgesetzgebung in ihren praktischen Folgerungen das Zoll- und Akzisesystem in seinen Grundlagen angriff, es aber sonst bei Kabinettsordern und ähnlichen unverbindlichen Papieren über die Freiheit des Handels sein Bewenden hatte.

Erst die große wirtschaftliche Umwälzung, die aus der einschneidendsten Maßregel dieses Kriegszeitalters hervorging, brachte die Dinge auch in Preußen in Fluß. Wo man sich in diesen fünfundzwanzig Jahren zwischen 1790 und 1815 auf allen möglichen europäischen Ebenen vom Ebro bis zur Beresina zerfleischt hatte, handelte es sich stets nur um Episoden in dem gigantischen Ringen Englands und Frankreichs um den Weltmarkt. Die entscheidende Schlacht in diesem Ringen wurde aber, wie es in der Logik der Dinge lag, nicht mit den Waffen des Kriegers, sondern mit den Waffen des Krämers ausgefochten: mit der Kontinentalsperre. In ihren Folgen eines der wichtigsten Ereignisse der neueren Geschichte, wirkte sie freilich anders, als Napoleon gehofft hatte. Statt daß sie England die wirtschaftliche Pulsader durchschnitt, stürzte sie es vielmehr in alle Strudel der kapitalistischen Produktionsweise: mit 1815 tritt in England das Kapital in seine Sturm- und Drangperiode ein, denn mit seiner Flotte war es Britannien gelungen, in den Kriegsjahren das Reich der freien Amphitrite zu sperren wie sein eigenes Haus und den Festlandsmächten nicht nur die Absatzmärkte, sondern auch die Kolonien abzujagen. Auch Preußens Handel war durch England vernichtet worden. Britische Kaper hatten seine Handelsschiffe aufgebracht, seine Waren für gute

Prisen erklärt, und vor allem hatte ein Einfuhr- und Durchgangszoll seiner schlesischen Leineweberei den Todesstoß versetzt. Wo Preußen etwa sonst noch Absatzmärkte gehabt, waren sie ihm gleichfalls abgetrieben worden.

So steckte das Land nach dem Frieden von 1815 in mehr als einer widrigen Klemme. Jeder auswärtige Markt war verloren — einen inneren Markt zu schaffen, war unmittelbare Notwendigkeit. Dann war Preußen bei dem Länderschacher in Wien mit der Rheinprovinz ein Stück Westdeutschland zugefallen, das zu den industriell entwickeltsten Gebietsteilen gehörte und das bürgerliche Gegengewicht gegen die feudale Monarchie verstärken mußte; der einzige Zugang zur Nordsee war ihm abgeschnitten; der Wert seiner Ostseehäfen war auf ein Nichts herabgemindert, denn die Getreideschutzzollpolitik, die England mit dem Jahre 1815 einschlug, zerschnitt die Verkehrsstränge, die ehedem diese Häfen als Exportplätze des ostelbischen Getreides mit England verbunden hatten; Frankreich und Holland schlossen sich im Westen, Rußland im Osten durch hohe Zollmauern gegen Preußen ab, und nach alter Tradition behandelte man in Petersburg den lieben Vetter aus Berlin, der sich handelspolitische Erleichterungen zusammenbetteln wollte, wie den Schuhputzer des Zaren und bewilligte ihm auf dem Papier mancherlei, in der Tat gar nichts; endlich wälzte England eine wahre Hochflut billiger Industrieerzeugnisse auch über den preußischen Markt, der zerfetzt und zerstückelt offen dalag. All das zwang zu einer wirtschaftlichen Zusammenfassung der preußischen Provinzen ebensosehr, wie die Finanzmisere ein Finanz- und Zollsystem heischte, das einigermaßen den Staatssäckel straffen würde.

Das war das ausschlaggebende Moment, denn der Staatsbankrott stand vor der Tür. Der Kredit war so tief gesunken, daß Hardenberg im Jahre 1817 mit knapper Mühe und Not eine fünfprozentige Anleihe in England zum Kurse von kaum 72 abschließen konnte; die vierprozentigen Staatsschuldscheine standen um dieselbe Zeit an der Berliner Börse auf 71 bis 73, im folgenden Jahre gar bis auf 65! Wenn also ein Staat, so war gerade Preußen durch die unmittelbarste ökonomische Notwendigkeit gezwungen, den Weg einzuschlagen, den es mit der Handelsgesetzgebung des Jahres 1818 beschritt. Ihre Grundlage bestand darin, daß jede fremde Ware im Königreich zum Verbrauch oder Durchgang eintreten und jedes einheimische Erzeugnis zur Ausfuhr gelangen durfte, der freie Warenverkehr zwischen allen Provinzen gewährleistet und die Gemeinde- wie Privatabgaben beseitigt werden sollten. Der neue Zolltarif ersetzte die Wertzölle durch spezifische Zölle, was wiederum bedingt war durch die langgestreckte Gestalt des preußischen Staates, die im anderen Falle dem Schmuggel allzu weiten Spielraum gewährt hätte. Bemerkenswert ist, daß ausnahmslos die Beamten, die an dem Werke dieser Handelsgesetzgebung beteiligt waren, sich nicht nur theoretisch an der Lehre Adam Smiths, sondern auch in den unter französischem Einfluß stehenden westlichen Landesteilen oder direkt in französischen Diensten praktisch geschult hatten.

Eine Anzahl Fabrikanten innerhalb des preußischen Staatsgebiets begann allerdings sehr bald zu klagen, daß diese Handelsgesetzgebung jeden Schutz der Industrie vermissen lasse, und so unrecht hatten sie nicht: das Werk der Maaßen, Motz und Eichhorn ging vom Handel und nicht der Industrie als der Grundlage alles Wirtschaftslebens aus; wie alles in Preußen war es auf die Interessen nicht der westlichen, sondern der östlichen Landesteile zugeschnitten und deshalb, und weil die herrschende Klasse Preußens, das Getreide aus-

führende Junkertum von Schutzzöllen nichts zu erwarten hatte, ein Musterbeispiel von wirtschaftlichem Liberalismus. Im ganzen fuhr man aber nicht schlecht bei der neuen Ordnung der Dinge. Die Länge der Chausseen in Preußen wuchs von 523³/₈ Meilen im Jahre 1816 auf 1062⁷/₈ Meilen im Jahre 1828, die Zahl der Handeltreibenden zwischen 1819 und 1828 von je 100 auf je 134, die der Gewerbetreibenden in demselben Zeitraum von je 100 auf je 121. Der Frachtverkehr, der 1819 von 3964 Fuhrleuten bewältigt wurde, benötigte im Jahre 1828 deren 5432. Die Handvoll Zahlen wirft ein gewisses Licht auf den wirtschaftlichen Aufschwung, den Preußen nach dem Zollgesetz von 1818 und in der Hauptsache wohl durch das Gesetz nahm.

Um so schwerer wurden die anderen deutschen Staaten getroffen. Von denen ganz zu schweigen, die vom preußischen Gebiet eingeschnürt waren und ohne viel Federlesens in die Bestimmungen des Gesetzes eingespannt wurden, hatte sich die Lage auch für die anderen insofern verschlechtert, als sich ihnen im Inland ein neues Zollausland aufgetan oder vielmehr verschlossen hatte. Ihr ohnehin enger Absatzmarkt war um ein Erhebliches mehr eingeschränkt worden. Und nach wie vor lagen die Staaten des deutschen Bundes offen für die englischen Waren, die als Gegner gefährlicher waren wie die französischen Bataillone; nach wie vor verkehrte man im Innern Deutschlands wie durch Gitterstäbe; nach wie vor wurde nicht nur der Handel durch Binnenmauten und Provinzzölle gehemmt, sondern auch der Aufschwung der Industrie mit Bleigewichten beschwert, denn wenn der englische Fabrikant aus dem entlegensten Winkel des weltumspannenden Reiches zollfrei die Rohstoffe für seine Produktion herbeischleppen lassen konnte, mußte der Deutsche sich entweder bei minderwertigen Stoffen bescheiden, die er gerade innerhalb seiner Zollgrenzen zur Hand hatte, oder er mußte die Rohstoffe durch ein Dutzend Schlagbäume anfahren und so eine beträchtliche Verteuerung der Produktionskosten auf sich nehmen; nach wie vor wanderten die deutschen Kapitalien, weil sie in der deutschen Industrie keine Anlage fanden, nach dem Ausland und suchten in österreichischen, französischen, russischen, englischen und dänischen Effekten und, wie die Zeitgenossen klagen, leider auch in spanischen Papieren Unterschlupf. Was Wunder, daß, so lebhaft die Klagen gegen das eigensüchtige Preußen erhoben wurden, sich gleich lebhaft die Sehnsucht nach einem deutschen Zollgebiet Luft machte. Die Deutschtümelei, die schon in Schleiermachers Konventikeln den Traum von einem norddeutschen Bunde mit Verkehrsfreiheit aufgebracht hatte, fuhr in die Materie, und eines Morgens sahen sich, um den Ausdruck von Karl Marx zu gebrauchen, unsere Baumwollritter und Eisenhelden in Patrioten verwandelt. List und Nebenius stellten, der erste eine agitatorische Geste und eine schmetternde Trompete, der zweite einen scharfen Blick und einen rechnerischen Verstand in den Dienst ihrer Sache. Wenn gerade auf der Frankfurter Ostermesse des Jahres 1819 jener Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten gegründet wurde, der allerdings nie einen großen Einfluß auf den Gang der Dinge gewann, so hatte das seine symbolische Bedeutung: berichtet doch die Statistik, daß von 135 000 Zentnern Waren, die auf einer einzigen Frankfurter Messe zu Markte kamen, England ¹/₄, Frankreich ³/₁₆, die Schweiz ¹/₈, die Niederlande, Österreich und Sachsen je ¹/₁₆ und das ganze übrige Deutschland mit Einschluß von Preußen ¹/₄ geliefert hatten.

Wenn Preußen sein Zollsystem auf einen ausnehmend liberalen Tarif gestellt hatte, so nicht nur deshalb, weil es den Bedürfnissen der industrieärmeren,

auf den Freihandel angewiesenen Landesteile angepaßt war, sondern auch, weil es galt, die anderen deutschen Staaten zum Anschluß zu gewinnen. Unter anderer Bedingung wäre das nie gelungen; nie hätten sie sich einem hochgespannten Schutzzollsystem mit seinen unsicheren Erträgnissen anbequemt. Aber auch so vollzog sich der Anschluß sehr langsam und nur unter dem steten unerbittlichen Drucke der finanziellen Not und der ökonomischen Notwendigkeit. Zwar beschäftigte sich in diesen Jahren die Perückensammlung des Bundestags wohl gelegentlich mit den Verkehrs- und Handelsverhältnissen Gesamtdeutschlands, wie auch ein beliebiger Paragraph der Wiener Kongreßakte auf die Möglichkeit einer Regelung dieser Verkehrs- und Handelsverhältnisse hingewiesen hatte, aber zum Klappen kam es nirgends. Österreich war durch eine chinesische Zollmauer von dem übrigen Deutschland abgeschlossen und hatte auch zu viel Interesse wie an der politischen, so an der wirtschaftlichen Ohnmacht Deutschlands, als daß es ernstlich auch nur einen Finger für die Zolleinheit gerührt hätte. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten aber wollten von einem handelspolitischen Anschluß an Preußen selbstverständlich nichts wissen, denn sie ahnten nicht unrichtig, daß dieser Anschluß den Anfang vom Ende bedeute: den ersten Schritt zu ihrer Verspeisung durch Preußen. Aber auch einer Zollübereinkunft unter sich widerstrebten sie, denn alle diese Zaunkönige, denen der Wiener Kongreß erst ihre Souveränität unantastbar verbrieft und versiegelt hatte, wachten eifersüchtig darüber, und je ruppiger sie waren, desto mehr, daß von dieser Souveränität auch nicht ein Schuh breit abgelassen werde, etwa dadurch, daß sie sich zugunsten einer Zollunion unter die Zollverwaltung eines fremden Staates begaben. Schließlich witterte so mancher mit feinem Klasseninstinkt in dem Streben nach wirtschaftlicher Einheit den Ludergeruch der bürgerlichen Revolution, wie auch die gehorsamsten Petitionen der deutschen Kaufleute und Fabrikanten um einen allgemeinen deutschen Zollverein vom Bundestag dem hochverräterischen Treiben der Demagogen gleichgeachtet wurden.

Aber über alle diese Schwierigkeiten hinweg setzte sich, hauptsächlich unter dem Druck der englischen Konkurrenz, die Entwicklung durch. Zunächst allerdings fanden nur diejenigen Staaten den Anschluß an das preußische Zollsystem, denen die Pistole unmittelbar auf der Brust saß und für die eine andere Lebensmöglichkeit überhaupt nicht mehr bestand, wie die Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt und das Herzogtum Sachsen-Weimar in den Jahren 1819 bis 1822. Dagegen konnte ein Duodezpotentat vom Kaliber des Fürsten von Anhalt-Köthen, dessen Land von preußischem Gebiet vollständig umschlossen war, aber von der Elbe durchflossen wurde, sein Ländchen zu einer Zentrale des Schleichhandels einrichten und derart jahrelang einen ergötzlichen wirtschaftlichen Kleinkrieg gegen das großmächtige Preußen führen.

Inzwischen waren die süddeutschen Staaten um selbständige Zollbündnisse bemüht. Lange und langwierige Verhandlungen zu Darmstadt und Stuttgart endeten ergebnislos. Erst 1828 kamen Bayern und Württemberg überein und gründeten den Süddeutschen Zollverein. Dieses Gebilde schwebte so ziemlich frei in der Luft, denn ohne Verbindung mit dem Weltmeer und Weltmarkt hatte es weder nach Norden noch nach Süden Anschluß. Nach Norden nicht, denn dort war die Sphäre des preußischen Zollsystems, nach Süden nicht, denn abgesehen von der hermetischen Abschließung Österreichs erstreckten sich die

Digitized by Google

wirtschaftlichen Interessen des Habsburgerstaates weit eher nach der Levante und dem Mittelmeer als nach Bayern und Württemberg. Die wirtschaftliche Lage dieses Süddeutschen Zollvereins war genau so unglücklich wie die politische Lage der süddeutschen Staaten nach der Gründung des Norddeutschen Bundes, zumal das Großherzogtum Hessen wenige Wochen nach dem Zusammenschluß Bayerns und Württembergs an die Seite Preußens trat. Eine Zeitlang hatte es laviert, mit den süddeutschen Staaten verhandelt, war dann wieder von den süddeutschen Staaten angegangen worden, aber schließlich war es nicht durch das diplomatische Geschick der preußischen Staatmänner, sondern ganz einfach durch die ökonomische Zentripetalkraft zu Preußen getrieben worden, denn in Norddeutschland lagen die Absatzmärkte für seinen Wein, sein Getreide und sein Vieh. Was wollte es gegen diesen wichtigen Zusammenschluß besagen, daß sich in eben demselben Jahre die mitteldeutschen Staaten, die nicht durch ein gemeinsames Wirtschaftsinteresse, sondern lediglich durch die gemeinsame Abneigung gegen Preußen verbunden waren, wie Hannover, Sachsen, die beiden übrigen Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Nassau, Bremen, Frankfurt a. M. und die thüringischen Raubstaaten, zu einem Mitteldeutschen Zollverein zusammentaten! Diese stupide Einrichtung, wie sie der Freiherr v. Stein nannte, mußte auseinanderfallen wie ein Haufen vermoderter Plunder, und fiel nicht anders auseinander. Die Erfahrung war die beste Lehrmeisterin, man sah, daß das Großherzogtum Hessen sich im Zollbunde mit Preußen wirtschaftlich durchaus nicht übel entwickelte, und sah vor allem, wie es Monat für Monat seinen runden Batzen herausgezahlt bekam — die Zollerträge wurden nach der Kopfzahl unter die Zollbundesstaaten verteilt —, während man selbst bis über die Ohren in der traurigsten Finanzmisere drinsteckte. Das gab den Ausschlag. Tastend erst, dann kühner traten die einzelnen Staaten an Preußen heran; der Kurfürst von Hessen-Kassel, ein verwahrloster Bursche, der für seine dem achtzehnten Jahrhundert angehörenden Despotenlaunen Millionen über Millionen vergeudete, machte den Anfang: im August 1831 schloß er sich dem Norddeutschen Zollverein an. Bald folgten die anderen. Am 23. März 1833 trat — und das ist die eigentliche Geburtsstunde des Deutschen Zollvereins — der Süddeutsche Zollverein, Bayern und Württemberg, in den Preußischen ein und, da sich der Mitteldeutsche Zollverein schon vordem aufgelöst hatte, konnten und mußten Sachsen und die thüringischen Staaten binnen weniger Tage dem Beispiele der Süddeutschen folgen.

Damit war der Deutsche Zollverein begründet, denn was noch draußen stand, kam schnell nach. Er war begründet nicht ohne Preußens Tätigkeit, aber noch weniger durch Preußens uneigennützige Tätigkeit. Wie ein Menschenalter später, konnte Preußen, einer der ökonomisch rückständigsten Staaten, sich hier an die Spitze eines Werkes setzen, das den materiellen Interessen der deutschen Bourgeoisie Befriedigung verschaffte, weil es zugleich dem Appetit der Hohenzollerndynastie entsprach, die seit den Tagen Friedrichs II. Deutschland nicht als ein Vaterland, sondern nur als einen geographischen Begriff angesehen hatte, von dem soviel abzureißen sei, wie abzureißen ginge. Und es besteht nicht nur ein Vergleich zwischen den beiden Ereignissen, sondern ein enger Zusammenhang. Die Eichhorn, Motz und Maaßen leiteten auf ökonomischem Wege ein, was Bismarck auf politischem Wege vollendete: die Verpreußung Deutschlands, und auf dem Schlachtfeld von Königgrätz war niemand anders der Sieger als der Deutsche Zollverein.

Verkünder des Klassenkampfes vor Marx.

Von **Th. Rothstein** (London).

(Fortsetzung.)

II.

In die erste Reihe derer, die ihr Verständnis für die Klassengegensätze beziehungsweise Klassenkämpfe am deutlichsten und konsequentesten in ihrer Behandlung der Zeitfragen zum Ausdruck brachten, muß ein Mann gestellt werden, der, wie es oft mit originellen Denkern passiert, eben wegen seiner Originalität das Unglück hatte, sich selbst zu überleben. Wir meinen den schon öfters erwähnten James Bronterre O'Brien. Von ihm sprach ein paarmal Marx in etwas herabsetzenden Worten, und seitdem gilt bei uns O'Brien als einer jener Konfusionsräte, die zu jener Zeit in England in einer großen Menge soziale Pläne und Rezepte zu erfinden pflegten. Allein damit begeht man ein großes, man darf sagen schreiendes Unrecht. O'Brien gehörte zu jenen beschränkten, aber doch geistreichen Naturen, die, nachdem sie einmal eine große Idee aus ihrer eigenen Kraft erfaßt haben, dadurch selbst für die weitere Entwicklung unfähig werden. „Wir haben", erklärte er einmal mit berechtigtem Stolze, „alle diese Gegenstände in einer Weise behandelt, wie sie nie vorher behandelt worden waren — unsere Ansichten über sie waren vollkommen neu und ausschließlich unsere." [1] Darin lag wie sein Verdienst aber auch sein Unglück. Seine Entdeckung trübte ihm selbst den Blick und machte ihn für andere Entdeckungen auf immer blind. Marx lernte ihn kennen schon zur Zeit, als seine Arbeit bereits getan worden war, da er aber noch immer als Schriftsteller und Referent auftrat — er starb erst 1864 —, so griff ihn Marx wegen seinen konfusen ökonomischen Lehren an, die man zwar im Keime bereits in der ersten Periode seiner Tätigkeit finden kann, die aber zuerst eine ganz untergeordnete Rolle spielten und keineswegs eine so übertriebene Form annahmen wie später. Sogar sein Lieblingsprojekt einer Nationalgeldpapierbank, wodurch er hauptsächlich bekannt worden ist, wurde von ihm erst in den vierziger Jahren aufgestellt, und niemand geißelte die analogen Pläne Atwoods aus der Zeit der Reformbillbewegung schärfer als er.[2] Tatsächlich liegt seine historische Bedeutung nicht auf dem theoretisch-ökonomischen Gebiet, sondern auf dem der sozialpolitischen Philosophie, und wer seine Leistungen richtig einschätzen will, der muß sich an jene zahlreichen Wochenblätter wenden, an denen er entweder als Mitarbeiter, hauptsächlich aber als Hauptredakteur im Zeitraum zwischen 1831 und 1839 beteiligt war. Diese sind: „Midland Representative", Carpenters „Political Pamphlets" und „Political Herald", „Poor Man's Guardian", „The Destructive", „Twopenny Despatch", „London Mercury", „National Reformer", „The Operative", „Southern Star", wie auch „Northern Star" in 1837 und 1838. Erst aus diesen Schriften, nicht aber aus den späteren, kann man sich eine Vorstellung von seiner Größe und Originalität machen, die ihm bei seinen Freunden den Scherznamen „Schulmeister" erwarben.

Indes stand O'Brien mit seinen Auffassungen nicht allein da. Fast jede Nummer jener Schriften legt Zeugnis dafür ab, daß die Ideen des Klassenkampfes und die Einsicht in die Klassengegensätze zu jener Zeit stark verbreitet

[1] „Poor Man's Guardian", 24. Mai 1834.

[2] „London Mercury", 11. Juni 1837, „Northern Star", 16. Juni 1838.

waren. Zwei Männer aber verdienen der ungerechten historischen Vergessenheit entrissen zu werden. Das sind Henry Hetherington und John Bell. Der erste war der Herausgeber des „Poor Man's Guardian" und zahlreicher anderer demokratischen Schriften, in denen er zusammen mit O'Brien für die Rechte des Proletariats eintrat; der letztere war der Hauptredakteur — zuerst allein und dann zusammen mit O'Brien — des „London Mercury" von 1836 und 1837, wo er eine Reihe Aufsätze über die sozialpolitischen Probleme jener Zeit veröffentlichte, die eine wahrhaft meisterhafte Beherrschung des Standpunktes des Klassenkampfes zeigen. Außerdem war noch Hetherington der unermüdliche Kämpfer für die Freiheit des schriftlichen Wortes, indem er das berüchtigte Stempelgesetz mit Wort und Tat bekämpfte und mehrere Male dafür ins Gefängnis ging. Sein „Poor Man's Guardian" wurde von ihm ohne Bezahlung des Stempels herausgegeben, um, wie es auf dem Vorderblatt mit großen Buchstaben hieß, „die Macht des Rechtes gegenüber der der Gewalt zu messen" — und keine Strafe hielt ihn ab, diese Praxis fortzusetzen. Hetherington — wie es in den bürgerlich verfaßten Geschichten nicht zu lesen ist — war der eigentliche Urheber der Freiheit des schriftlichen Wortes in England.

So viel zur Charakterisierung dieser Männer. Machen wir uns jetzt daran, ihre Ansichten zu untersuchen, so müssen wir den Umstand ins Auge fassen, daß diese Denker zu einer Zeit lebten, als der moderne, mit Maschinen betriebene Kapitalismus noch bei weitem seine Arbeit nicht vollendet hatte, daß also seine ersten, von Raub und Gewalttaten gekennzeichneten Phasen noch immer nicht abgeschlossen waren, wodurch die Möglichkeit, eine Einsicht in die Klassengegensätze zu gewinnen, wohl nahe lag, nicht aber die Möglichkeit, das objektive Walten der ökonomischen Gesetze von den subjektiven Neigungen ihrer Träger zu trennen, sowie auch den der kapitalistischen Produktion immanenten Mechanismus der Ausbeutung der Arbeitskraft von den Exzessen der einzelnen Unternehmer zu unterscheiden. Daher kommt es, daß in der Sprache eines O'Brien oftmals das Wort von der „Verschwörung" der Kapitalisten gegen die Arbeiter wiederkehrt, und daß sowohl er wie seine Genossen den Ausbeutungsprozeß oft als einen „Mißbrauch" darstellen, den die „Mittelmänner", das heißt Unternehmer, mit ihrer Stellung in der Gesellschaft treiben, der nur dadurch möglich ist, daß die Mehrheit des Volkes nicht mehr Zutritt zum Lande hat. So spricht zum Beispiel O'Brien wie folgt:[1] „Die Geschichte der Welt zeigt, daß seit dem Beginn der Welt die Reichen aller Länder in einer ständigen Verschwörung zur Unterdrückung der Armen aller Länder leben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Armut der Armen für den Reichtum der Reichen unentbehrlich ist. Unter welchem Namen sie ihre Handlungen auch maskieren mögen, immer sind die Reichen damit beschäftigt, die Armen zu plündern, zu degradieren, zu entmenschen. Alle Verbrechen und Aberglauben der menschlichen Natur haben in diesem kannibalischen Kriege der Reichen gegen die Armen ihre Quelle. ... Dies ist es, was die Welt mit Zänkerei und Heuchelei erfüllt und die ganze vergangene Geschichte zu dem macht, was Gibbon mit Recht nannte ‚ein Register der Verbrechen, der Blödsinnigkeiten und der Unglücksfälle der Menschen'. Es ist das Urunrecht, aus dem alles übrige Unrecht fließt." Man kann das in diesen Worten bekundete Verständnis für die materiellen Grundlagen der Geschichte noch so

[1] „Poor Man's Guardian", 27. April 1833.

hoch einschätzen, so bleibt doch immer die subjektive Auffassung des Klassenkampfes, von der O'Brien ausgeht, eine Art Grundfehler, der den Wert des Hauptgedankens vermindert.

Ähnlich stand es mit den sozialökonomischen Ansichten jener Zeit. Zwar ist es schwer, ein mehr oder weniger geschlossenes System aus den zahlreichen, kunterbunt wechselnden und fast immer einander widersprechenden Theorien über Land, Kapital, kapitalistische Ausbeutung usw. zu gewinnen, doch sind sie immer auf einem und demselben Leitmotiv aufgebaut, das von einer „Usurpation" der „listigen Schurken" spricht und die Unternehmerklasse als „Wucherer" brandmarkt. „Rente und Profit", sagt O'Brien, „sind ebensogut Steuern auf die Arbeit, wie die Zehnten oder die Malzsteuer. Sie sind alle Abzüge von den Löhnen der Arbeit — ein unabtrennbarer Teil desselben kannibalischen Systems, welches die Vielen der Habsucht und dem Ehrgeiz der Wenigen opfert."[1] Ein anderes Mal spricht er vom Glücke, „wenn wir die Besitzer des Landes und der Maschinen wären, statt selbst bloße Maschinen im Dienste derjenigen listigen Schurken zu sein, die allmählich das eine wie das zweite usurpiert haben".[2] Ein drittes Mal, und noch mehr befremdend, schreibt er: „Lasset die Aristokratie wieder einmal geboren werden, das heißt sich durch und durch vom Grunde aus reformieren. Dann vielleicht würden wir bessere Gefühle für sie hegen. ... Lasset die Aristokratie auf ihre Usurpationen verzichten und das Volk zu seinen unbezweifelten Rechten kommen ... lasset die Aristokratie human werden, und das Volk wird ihr dankbar sein."[3] Solche Ausdrücke und Ansichten kann man in Hülle und Fülle bringen; aber auch aus dem hier Zitierten ist es leicht ersichtbar, daß es den Denkern jener Zeit im allgemeinen an Verständnis für die objektive Natur der sozialökonomischen Gesetze fehlte.

Dennoch bei weitem nicht überall. Es ist geradezu erstaunlich zu beobachten, wie auf Schritt und Tritt der philosophische Gedanke sich durch die Empirie durchsetzt und gegenüber den sozialökonomischen Tatsachen eine Stellung einnimmt, die an Objektivität nichts zu wünschen übrig läßt. Wenn zum Beispiel O'Brien einmal sagt,[4] daß „der menschliche Charakter bis jetzt in allen Zeiten und allen Ländern im Grunde genommen derselbe war, da die Gesellschaft immer auf denselben Grundlagen aufgebaut war", so weist er damit nicht nur die von ihm selbst in anderen Zusammenhängen ausgedrückten Auffassungen von der Bosheit usw. der Kapitalisten zurück, sondern stellt sich damit auf den Standpunkt der modernen Geschichtsauffassung, die in dem gesellschaftlichen Milieu den maßgebenden Faktor der individuellen Charakterbildung erblickt. Bei anderen Gelegenheiten spricht er noch deutlicher. „Wir beschuldigen nicht die Kapitalisten", sagt er, „des absichtlichen Raubes. ... Die Plünderungen, die sie begehen, werden nicht aus böser Absicht begangen, sondern rühren von ihrer zufälligen Stellung in der Gesellschaft her. Oder richtiger gesagt, die Plünderungen werden für sie durch die stille Wirkung bestimmter Faktoren begangen, über die sie unter den gegebenen Umständen keine Macht haben."[5] „Die Individuen der Mittelstände", erklärt er an einer anderen Stelle,[6] „sind, gleich allen anderen Menschen, Geschöpfe

[1] „Poor Man's Guardian", 22. Februar 1834. [2] Daselbst, 14. Februar 1834.
[3] „The Destructive", 22. April 1833.
[4] „Poor Man's Guardian", 30. November 1833. [5] Daselbst, 21. März 1835.
[6] „The Midland Representative", 14. April 1832.

Digitized by Google

der Umstände. Ihre Charaktere werden durch die Einrichtungen und ihre relative Stellung in der Gesellschaft gegenüber den anderen Klassen gebildet." Freilich, das sind Äußerungen, die weit über die Empirie hinausgehen und fast so klingen wie ein Auszug aus einer marxistischen Schrift. Bemerkenswert aber ist, daß, indem sich O'Brien auf den materialistisch-deterministischen Standpunkt stellte, er damit keineswegs in jenen verflachten Fatalismus verfiel, der etwa einen Owen auszeichnete, der, wie bekannt, auch den menschlichen Charakter als ein Ergebnis der Umstände betrachtete. So erklärt er dem Owenschen Fatalismus gegenüber, daß „wenn jemand, der mich unterdrückt, dadurch entschuldigt sein soll, daß er angeblich das Geschöpf der Umstände sei, so darf auch ich aus demselben Grunde entschuldigt werden, der ihm widersteht. Oder ist es nur der Unterdrücker, der aus der Theorie der Unverantwortlichkeit Nutzen ziehen darf?"[1]

O'Brien aber ging in seiner Auffassung des individuellen Charakters noch weiter, indem er von demselben objektiven Standpunkt aus überhaupt das Individuell-„Heroische" betrachtete. Damit griff er mit sicherer Hand eines der tiefsten Probleme der Geschichtsphilosophie an, das auch heute noch für alle außer der marxistischen Gedankenwelt Stehenden ein Buch mit sieben Siegeln ist. „Es ist", sagt er einmal aus Anlaß der in Frankreich und Italien immer wiederkehrenden politischen Morde, „es ist ein Irrtum, der mir eines der größten Hindernisse auf dem Wege des menschlichen Fortschritts zu sein scheint, einzelnen Personen den Ruhm und die Schuld für jene politischen Taten und Regierungssysteme zuzuschreiben, die in der Wirklichkeit das Werk ganzer Klassen sind und bei deren Ausführung die einzelnen bloß die auserwählten Werkzeuge dieser Klassen bilden." Die Königsmorde und dergleichen seien unnütz, da „unsere Sklaverei das Werk nicht einzelner Regierer, sondern ganzer Klassen ist, deren Interessen ... im Gegensatz zu den unseren stehen".[2] Auch ein zweites Mal, als er auf dasselbe Thema zurückkommt,[3] nennt er die Praxis, „einzelnen Personen die Taten ganzer Klassen zuzuschreiben", einen „der verbreitetsten und verderblichsten Irrtümer, die der Machiavellismus jemals dem Despotismus zur Verfügung stellte". „Wer", fragt er anläßlich der Klassenkämpfe in Amerika,[4] „wer sind die wahren Feinde der amerikanischen Arbeiter, der amerikanischen Demokratie? Freilich, niemand anderer als die Bourgeoisie. Sie, die Mittelstände, sind die wahren Tyrannen in Amerika und England, in Frankreich, Spanien und Portugal und überhaupt in allen Ländern, wohin ihre Herrschaft reicht. Diese egoistische und rohe Klasse ist es, die die Welt mit Elend erfüllt. Die Leute schwatzen von Priestern und stehenden Armeen. Sie schwatzen von Königen und Aristokraten und bemühen sich, uns einzureden, daß wir alle Übel diesen Personen schulden. Das ist ein Humbug, der wie die Märchen der Kinderstube zu verwerfen ist. Nichts macht den wucherischen Mittelmännern so viel Vergnügen, als anzusehen, wie das Volk die Könige und Priester, die Lords und die stehende Armee schmäht. Weshalb? Weil es zeigt, daß das Volk nicht weiß, wer seine wahren Feinde sind."

Wenn wir betrachten, daß auch heutzutage nicht nur einzelne Menschen, sondern große politische Parteien noch immer nach dem „verderblichsten"

---

[1] „Poor Man's Guardian", 21. März 1835. [2] Daselbst, 21. November 1835. [3] Daselbst, 28. November 1835. [4] Daselbst, 5. Juli 1834.

Irrtum handeln, „den Ruhm und die Schuld für politische Taten und Regierungssysteme“ einzelnen Individuen zuzuschreiben, so können wir nicht umhin, den historischen Scharfsinn O'Briens zu bewundern. Noch mehr aber bewundernswert ist es, daß er nicht bloß den determinierten Charakter der Tätigkeit der „Helden der Geschichte“ begriff, sondern daß er auch überall den determinierenden Faktor, die Klasse, betont, womit er zu einem der direktesten und wichtigsten der Vorläufer von Marx und Engels gestempelt wird. Denn darin eben liegt der Schwerpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung, daß sie in den gesellschaftlichen Klassen die Träger des Geschichtsprozesses erblickt, und O'Brien gebührt die Ehre, einer der ganz wenigen gewesen zu sein, die noch vor Marx dieselbe Entdeckung machten.

Wir werden im nachstehenden sehen, wie O'Brien mit dem Klassenbegriff operierte; jetzt aber möchten wir noch darauf hinweisen, daß derselbe Standpunkt, von dem aus er das Walten der einzelnen Personen betrachtete, bei ihm auch für die gesellschaftlichen Einrichtungen galt. So erklärt er in bezug auf die Maschinen, die er in einer Reihe glänzender Artikel[1] gegen die utopistisch-romantischen Träume der damaligen Ideologen und die Angriffe der Arbeiter in Schutz nahm, daß das mit ihnen verknüpfte Übel nicht an ihnen selbst, sondern an dem System liege. „Wenn die Maschinerie“, sagt er, „statt die Handarbeit zu ersetzen und ein Häuflein habsüchtiger Zuchtmeister auf Kosten ihrer Sklaven zu bereichern, in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden könnte, indem sie als Hilfe statt als Feind der menschlichen Arbeit gebraucht würde, dann wäre der Segen grenzenlos, der daraus flösse.“[2] Denn, erklärt er, das Unglück besteht darin, daß „alle unsere Einrichtungen so gestaltet sind, daß sie nur zugunsten der nichtproduzierenden Klassen fungieren, ohne daß man auf die Interessen der produzierenden Klassen irgendwelche weitere Rücksicht nimmt, als nötig ist, eine genügende Zahl davon zur Verfügung zu haben, um die übrigen in Muße zu erhalten.“[3] Damit wurde das soziale Moment hervorgehoben, das die Rolle der Maschinen unter den gegebenen Verhältnissen bestimmt. Die Maschine an und für sich mag, gleich einem Individuum, gut oder schlecht sein; das entscheidende Moment ist, ob sie als Werkzeug einer bestimmten Klasse dient oder nicht. Ähnlich urteilte O'Brien bei einer anderen Gelegenheit. „Über Herrn Owens Theorien“, schrieb er, „in bezug auf die Ehe und Religion haben wir nichts Bestimmtes zu sagen. ... Diese beiden Einrichtungen mögen, wie sie jetzt existieren, sehr gut oder sehr schlecht sein; aber ob gut oder schlecht, sind sie offenbar aus unserem Eigentumssystem entstanden und können niemals völlig von ihm getrennt werden. Wir können ohne die Ehe und die Einrichtung von Einzelfamilien nicht auskommen, solange das Gesetz den einzelnen für die Erhaltung seiner Kinder verantwortlich macht und wir die Erbschaft beziehungsweise die Übergabe des Eigentums an die Erben erhalten wollen. ... Der Zwang, der auf einen Mann ausgeübt wird, daß er sich nur mit einer Frau und deren von ihm erzeugten Kindern auf immer vereinigt, ist ebenso eine notwendige Folge unserer Eigentumsgesetze, wie die geheimnisvolle Einigung der Geschlechter eine notwendige Folge der Gesetze unserer Natur ist.“[4]

[1] Siehe „Poor Man's Guardian“, August und September 1835, auch 23. Mai 1833.

[2] „The Destructive“, 12. November 1833.

[3] „The Political Herald“, Nr. 1, 1831.

[4] „Poor Man's Guardian“, 28. März 1835.

Man sieht, wie die von den damaligen unreifen Produktionsverhältnissen selbst suggerierte subjektive Auffassung der Dinge nur wenig das Durchbrechen anderer und richtigerer Ansichten über das Walten der gesellschaftlichen Gesetze hinderte. Man könnte fast annehmen, daß jene Auffassung eigentlich keine Auffassung, sondern eine Art Ausdrucksweise gewesen sei, wie es etwa auch in der modernen sozialdemokratischen polemischen Literatur oftmals zu finden ist. Allein das hieße über die Schranken des Tatsächlichen hinausgehen. Wie die Dinge damals lagen, konnte O'Brien noch kein Marx sein, und wenn wir die Höhe bewundern, die sein Genie erreichte, müssen wir doch eine gewisse Unreife in seinem Denken konstatieren. Andererseits aber muß man sich auch davor hüten, die Einsicht, die O'Brien in die Geheimnisse des historischen und gesellschaftlichen Prozesses gewann, als zufällige Einfälle eines lichtvollen Kopfes zu betrachten. Vielmehr war bei ihm ein System im Werden, dessen Wurzeln teilweise mit den Überbleibseln aus einer früheren Phase des Denkens verflochten waren, dessen Gipfel aber immer höher und reiner emporstiegen.

(Schluß folgt.)

Die erste internationale Unternehmervereinigung gegen die Arbeiter.

Von **Emil Fischer.**

Die gegen die Arbeiter gerichteten Unternehmerorganisationen haben große Fortschritte gemacht. Die Branchenorganisationen haben sich zu machtvollen nationalen Verbänden zusammengeschlossen, und diese sind wieder untereinander in enge Verbindung getreten. Daneben sind lokale Unternehmerverbände entstanden, die sich bezirksweise verbunden haben, während die Bezirksverbände wieder unter sich Fühlung genommen haben. Ein Netz von Arbeitsnachweisen dieser Unternehmerverbände ist über ganz Deutschland ausgesponnen, dazu bestimmt, mißliebige Arbeiter von der Arbeit auszuschließen und bei wirtschaftlichen Kämpfen Streikbrecher anzuwerben.

In der Seeschiffahrt und in den Hafenbetrieben sind die wirtschaftlichen Kämpfe größeren Stils erst neueren Datums. Die ersten nennenswerten Konflikte brachte die Einführung der Maifeier im Jahre 1890 im Hamburger Hafen. Aber erst seit dem großen Hamburger Hafenarbeiter- und Seemannsstreik 1896/97 datiert die günstige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen der Hafenarbeiter und Seeleute. Der Hafenarbeiterverband und der Seemannsverband haben in fast allen Hafenplätzen Deutschlands festen Boden gewonnen. Aber auch die Reeder und Hafenbetriebsunternehmer sind nicht müßig gewesen. Sie haben ihre lokalen Branchenorganisationen zu Hafenbetriebsvereinen unter straffer zentraler Leitung vereinigt, haben eine nationale Organisation der Reeder durchgeführt und sich nunmehr eine internationale Organisation zur Bekämpfung der organisierten Hafenarbeiter und Seeleute geschaffen.

Den Anstoß hierzu haben die heftigen Hafenkonflikte in Hamburg, Antwerpen und Rotterdam im Jahre 1907 gegeben, bei denen die Reeder der interessierten Länder sich gegenseitig Unterstützung leisteten und engere Fühlung gewannen. Dabei reifte der Plan, eine dauernde internationale Verbindung der Reeder gegen die Hafenarbeiter- und Seemannsorganisationen zu

schaffen, bei Streiks und Aussperrungen gegenseitig Hilfe zu leisten und mit Arbeitswilligen auszuhelfen.

Im Oktober vorigen Jahres tagte eine internationale Reederzusammenkunft in London zur Wahrung der gemeinsamen kapitalistischen Schiffahrtsinteressen. Die Verhandlungen wurden geheim gehalten. Der „Zentralverein deutscher Reeder" war sehr stark auf der Konferenz vertreten. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der einen „Plan zur gemeinsamen Abwehr gegen die Gedeihen und Wohlfahrt der Schiffahrt verheerende Wühlarbeit sozialdemokratischer Agitatoren" ausarbeiten sollte, wie die Reederpresse seinerzeit berichtete. Ende Januar dieses Jahres hat dieser Ausschuß einer Delegiertenversammlung in London, auf der alle größeren Reedereien und die Reederorganisationen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Holland, Österreich-Ungarn, Italien, Norwegen, Spanien, Schweden und England vertreten waren, Bericht über seine Tätigkeit erstattet. Man einigte sich über die hauptsächlichen Grundsätze, die zur Ausarbeitung der Statuten einer internationalen Organisation zum Schutze der Reederinteressen dienen sollten. Inzwischen ist die Ausarbeitung der Statuten durch den Ausschuß erfolgt, die dem eingesetzten internationalen Komitee zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt worden sind und deren endgültige Feststellung die internationale Reedervereinigung perfekt werden läßt.

Nach den Statuten führt die Vereinigung die Bezeichnung „International Shipping Federation". Ihr Hauptzweck soll die geeignete Bekämpfung der seemännischen und der Hafenstreiks sein. Vorgesehen ist die gegenseitige finanzielle Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, die Führung schwarzer Listen über unbotmäßige Seeleute und Agitatoren, die Schaffung von lokalen, nationalen und internationalen freien (!) Seemanns- und Hafenarbeiterorganisationen, die gegenseitige Versorgung mit Arbeitswilligen bei Streiks und Aussperrungen und die Bekämpfung der sozialdemokratischen (!) Seemanns- und Hafenarbeiterorganisationen.

Es wäre verfehlt, die Macht und Bedeutung dieser internationalen Organisation der Seeschiffahrtskapitalisten zu unterschätzen. In der Seeschiffahrt bietet sich für die Unternehmer ja die beste Gelegenheit für Schaffung einer solchen Organisation. Die Seeschiffahrt ist im wesentlichen international. Die Konzentration des Kapitals hat hier so gewaltige Fortschritte gemacht, daß es leicht ist, eine Verständigung zwischen den großen Reedereigesellschaften der verschiedenen Länder herbeizuführen. Die Interessengemeinschaft zwischen den großen Schiffahrtsgesellschaften der unterschiedlichen Nationen tritt schon in den internationalen Pool- und Trustbewegungen der Seeschiffahrt stark hervor und muß deshalb auch bei der Bekämpfung der Hafenarbeiter und Seeleute zur Geltung kommen.

Die Organisationen der Hafenarbeiter und der Seeleute stehen hier einem äußerst machtvollen Feinde gegenüber, zu dessen Überwindung und Niederwerfung es ganz bedeutender Kraftanstrengungen bedarf.

Die großen nationalen Reederverbände haben schon den Anfang mit der Durchführung des „Programms" der „Internationalen Shipping Federation" gemacht. Der Dänische Schiffsreederverband verlangt bereits seit längerer Zeit von den Seeleuten, daß sie sich in den mit ihnen abgeschlossenen Kontrakten verpflichten, dem Dänischen Matrosen- und Heizerverband

nicht anzugehören. Dieser Kontrakt enthält außerdem eine Anzahl Bestimmungen, die dazu dienen sollen, den Seeleuten das Streiken zu erschweren oder unmöglich zu machen dadurch, daß sie sich nicht nur zum Dienste auf einem bestimmten Schiffe verpflichten, sondern auf Verlangen des Reeders den Dienst auch auf jedem anderen Schiffe verrichten müssen. Zugleich sind Zeugnisbücher, Karten und Register eingeführt, die eine fortlaufende Kontrolle über Charakter und Betragen der Seeleute ermöglichen, um, wie es in einer Publikation des Schiffsreederverbandes heißt, „ungeeignete Elemente auszumerzen zu können".

Der Schwedische Schiffsreederverband hat versucht, in ähnlicher Weise gegen die Verbände der Seeleute und Hafenarbeiter vorzugehen, vorläufig jedoch ohne Erfolg.

Jetzt hat der Norddeutsche Lloyd einen Kontrakt für das bei Streiks hauptsächlich in Betracht kommende Maschinenpersonal geschaffen, der den Zweck hat, diese seemännischen Arbeiter derartig zu knebeln, daß ihre Bewegungsfreiheit zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen fast vollständig gehindert wird. Zunächst müssen die Seeleute sich kontraktlich verpflichten, nicht Mitglied des Seemannsverbandes oder eines gleiche Ziele verfolgenden Vereins zu sein. Ferner müssen sie sich mit jeder Versetzung nach einem anderen Dampfer des Norddeutschen Lloyd einverstanden erklären, während jetzt der Heuervertrag nur für ein bestimmtes Schiff gilt. Im Falle eines Streiks kann die Reederei die Seeleute nach Belieben auf diejenigen Schiffe kommandieren, die in erster Reihe von dem Streik betroffen sind. Da es sich um „auf unbestimmte Zeit" geschlossene Kontrakte handelt, die nur nach dreimonatiger Kündigung gelöst werden können, wird ein Streik zur Unmöglichkeit gemacht, wenn eine größere Anzahl Seeleute auf diesen Kontrakt eingeht.

Die drakonischen Strafbestimmungen der Seemannsordnung sorgen schon dafür, daß den kontraktlichen Knebelungen der gehörige Nachdruck gegeben wird. Dagegen findet die Reederei jederzeit leicht Gelegenheit, ihrerseits den Kontrakt auf Grund der Bestimmungen der Seemannsordnung lösen zu können.

Der Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie hat einmal geäußert, er sei ein Freund der Gewerkschaften, nur müßten diese eine andere Leitung haben. Wie die Reeder sich die Leitung der Gewerkschaften wünschen, zeigt ihr Bestreben, sogenannte „gelbe" Gewerkschaften ins Leben zu rufen, Organisationen, die völlig unter dem Einfluß der Reeder stehen. Selbst bei den Kapitänen und Schiffsoffizieren dulden sie keine selbständigen Organisationen. Als der Verein der Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine in Hamburg einmal den Versuch machte, auf die Verbesserung der Verhältnisse der Kapitäne und Offiziere an Bord der Schiffe einzuwirken, wurde er von den Reedern in Verruf erklärt, und den Kapitänen und Offizieren wurde bei Strafe der Entlassung im Weigerungsfall anbefohlen, aus dem Verein auszutreten.

Jetzt sind die Hamburger Reeder und Hafenbetriebsunternehmer, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Konferenz in London, dazu übergegangen, „gelbe" Organisationen der Seeleute und Hafenarbeiter ins Leben zu rufen, die nach und nach auf alle größeren Hafenorte ausgedehnt werden sollen und eine „Streikbrechergarde" bilden werden, die dazu bestimmt ist, überall auf dem Plane zu erscheinen, wo die organisierten

Hafenarbeiter und Seeleute mit den Reedern und Hafenbetriebsunternehmern in einem wirtschaftlichen Kampfe begriffen sind.

Die englischen Reeder haben schon seit längerer Zeit solche Streikbrecherorganisationen, die zum Teil das Arbeitswilligenmaterial lieferten, das bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen in der Seeschiffahrt und in den Hafenbetrieben in Dänemark, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam eine so traurige Rolle spielte. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wenn es den Seekapitalisten gelingen wird, diese Streikbrechergarden international zu organisieren und so ihre Verwendung vollkommener zu gestalten. Man wird dann dazu übergehen, die Mitglieder der unabhängigen seemännischen Organisationen und Hafenarbeitergewerkschaften durch Schwarze Listen in Verruf zu erklären und die indifferenten Seeleute und Hafenarbeiter in die von der Internationalen Shipping Federation protegierten „gelben" Organisationen hineinzutreiben.

Die Verhältnisse in der Seeschiffahrt machen es ja den international organisierten Reedern besonders leicht, sich der internationalen Streikbrecherorganisation mit Erfolg zu bedienen.

Das ist auch auf den Konferenzen in London offen ausgesprochen worden. Bei Ausbruch eines Streiks in einem Hafenort bedarf es nur der telegraphischen Benachrichtigung an die Geschäftsführer der Internationalen Shipping Federation in anderen Hafenorten, um sofort alle Schiffe, die dem im Streik befindlichen Hafen zustreben, beim Anlaufen der Häfen mit Streikbrechern zu bemannen und zu beladen, die durch Sklavenkontrakte gebunden sind, auch unter den schlimmsten Verhältnissen auszuharren, wenn sie nicht drakonischer Bestrafung anheimfallen wollen.

Einer solchen internationalen Organisation des kapitalistischen Unternehmertums in der Seeschiffahrt gegenüber läßt die Organisation der Seeleute und der Hafenarbeiter trotz ihrer erstaunlichen Fortschritte noch manches zu wünschen übrig. Vorläufig fehlt sogar noch die wünschenswerte enge Fühlung der verschiedenen Organisationen an den einzelnen Hafenorten untereinander. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen im Hamburger Hafen kam es mehrfach zu Unstimmigkeiten zwischen Hafenarbeitern und Seeleuten und zwischen verschiedenen Kategorien von Seeleuten, die da zeigten, daß es an der notwendigen Verständigung über eine einheitliche Taktik fehlt. Noch mangelhafter ist es mit der internationalen Verständigung bestellt, wie die Tatsache zeigt, daß Mitglieder englischer Gewerkschaften als Streikbrecher bei kontinentalen Hafenkonflikten gedient haben, ohne daß ihre Organisation sie daran hinderte. Zwar ist schon gleich nach dem großen Hamburger Hafenarbeiter- und Seemannsstreik eine internationale Verbindung zwischen den Seetransportarbeitern geschaffen worden, die aber noch immer sehr mangelhaft und der internationalen Organisation der Seeschiffahrtskapitalisten bei weitem nicht gewachsen ist.

Hier gilt es also Hand ans Werk legen, und zwar mit größter Eile! Festes Zusammenfassen der vorhandenen Organisationen, gründliche Verständigung über die anzuwendende Taktik bei wirtschaftlichen Kämpfen, intensiver Ausbau der internationalen Vereinigung, das sind dringliche Aufgaben für die Hafenarbeiter und Seeleute in der allernächsten Zukunft.

Der Plan der Internationalen Shipping Federation steht und fällt mit der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Organisation der internationalen Streikbrechergarde. Gelingt es den Organisationen der Hafenarbeiter und Seeleute in den Hafenplätzen der verschiedenen Länder, den Zustrom zu den „gelben"

Organisationen der Reeder und Hafenbetriebsunternehmer zu stoppen, dann fehlt der Internationalen Shipping Federation das unentbehrliche Werkzeug zur Durchführung ihrer feindlichen Pläne gegen die unabhängigen Seemanns- und Hafenarbeiterorganisationen und die Seeleute und Hafenarbeiter in ihrer Gesamtheit.

Diese internationale Verbindung der Reeder zur Bekämpfung der Seeleute und Hafenarbeiter zeigt aber auch, wie heuchlerisch die von den deutschen Reedern bei Lohnkämpfen stets erhobenen Einwände waren, sie könnten der Konkurrenz der ausländischen Häfen wegen keine höheren Löhne bewilligen. Danach mußte sich ihre Konkurrenzfähigkeit steigern, wenn es den Seeleuten und Hafenarbeitern in den Konkurrenzhäfen gelang, höhere Löhne zu erringen. Jetzt aber verbinden sich die deutschen Reeder mit den ausländischen, um die gesamten Hafenarbeiter und Seeleute zu hindern, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen zu können, und offenbaren damit, daß lediglich das allgemeine kapitalistische Interesse sie treibt, die Arbeiter niederzuhalten.

Die gesamte Arbeiterschaft hat ein lebhaftes Interesse daran, verhindert zu sehen, daß es der internationalen Organisation der Unternehmer gelingt, der freien Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen Hindernisse zu bereiten.

Zum Thema „passive Resistenz".

Von **Karl Böttcher** (Berlin).

Kürzlich wurde hier in einem Artikel[1] als wirksames proletarisches Kampfmittel für den preußischen Wahlrechtskampf die passive Resistenz erwähnt. Zweifellos ist es auch richtig, daß diese bei den Kämpfen der österreichischen und italienischen Post- und Eisenbahnangestellten gut gewirkt hat. Aber den Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung führend tätig sind, dürften diese Feststellungen noch nicht genügen. Sie werden einwerfen, die passive Resistenz habe gerade deshalb gewirkt, weil sie im Verkehrs- und Postgewerbe angewendet worden sei. Nur hier mache sich ihre Wirkung schnell fühlbar. Da aber bei uns infolge der Schwäche oder des Nichtvorhandenseins der Gewerkschaftsbewegung in diesem Gewerbe in keine Aktion eingetreten werden könne, so sei über die Frage der passiven Resistenz und ihre Anwendung bei uns in Preußen-Deutschland gar nicht ernsthaft zu reden.

Da erscheint es zweckmäßig, mit Tatsachen aufzuwarten, die dartun, daß die passive Resistenz auch schon in anderen Gewerben im großen Rahmen mit Erfolg angewendet worden ist. Und dies geschah im Jahre 1905 anläßlich der Verhandlungen über den noch heute geltenden österreichischen Normallohntarif für das Buchdruckgewerbe.

Infolge des schroffen Widerstandes, den die Unternehmer des österreichischen Buchdruckgewerbes den Gehilfenforderungen entgegensetzten, gingen die Tarifverhandlungen nur langsam vonstatten. Trotz einer Anzahl Unterbrechungen schleppten sich die Verhandlungen vom Januar bis zum Mai hin. Bei den Verhandlungen über die Bedienung der Setzmaschinen kam es zu ernsthaften Konflikten. Die Unternehmer strebten dahin, in den Tarifvertrag eine Position hineinzubringen, die ihnen die Beschäftigung ungelernter Arbeiter an der Monotype, einer Einzelbuchstabensetz- und Gießmaschine, ermöglichte, die sich damals auf dem Kontinent einzubürgern begann. Die Vertreter der Arbeiter, wohl wissend, daß die Unternehmer, wenn einmal der Anfang mit der Beschäftigung Ungelernter an der Setzmaschine gemacht sei, die Verdrängung der Gelernten von der Maschinenbedienung

[1] „Neue Zeit", Nr. 23, 1908: Eugen Prager, Der Kampf ums Wahlrecht.

mit allen Mitteln betreiben würden, setzten diesen Bemühungen entschiedenen Widerstand entgegen. Schließlich wurden die Beratungen abgebrochen, und die Arbeiter erklärten, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit wären, wenn die Unternehmer ihren Standpunkt in bezug auf die Beschäftigung an den Setzmaschinen aufgeben wollten.

Das Verhalten der Unternehmer entfesselte bei den Buchdruckern Österreichs wie des Auslandes einen Entrüstungssturm. Das Proletariat des österreichischen Buchgewerbes trat in Kampfbereitschaft, und die Internationale der Buchdrucker erklärte sich mit ihm solidarisch. Das geschlossene Auftreten der buchgewerblichen Arbeiter gab den Unternehmern zu denken. Und so erklärten sie sich denn schon Ende August zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Es wurden auch während der nun folgenden Beratungen eine Anzahl Positionen festgesetzt, doch zu einer völligen Einigung kam es auf friedlichem Wege nicht, da die Unternehmer in einer Reihe wichtiger Arbeiterforderungen kein Entgegenkommen zeigten. Die Anträge auf Anerkennung der Vertrauensmänner, Freigabe des ersten Mai und Verkürzung der Arbeitszeit wurden glatt abgelehnt. Weiter sollten sich die Arbeiter mit einer Erhöhung des Gewißgeldminimums um 1 Krone und des Tausendpreises um 1 Heller abspeisen lassen. Und das für die Zeit von acht Jahren. Da die Gehilfen auf ihren Forderungen bestanden und ein weiteres Verhandeln zwecklos war, wurden die Verhandlungen am 13. November resultatlos geschlossen.

Doch schneller als die Unternehmer dachten, wurden sie zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und zum Nachgeben gezwungen. Schon am 17. November erhielt der Obmann des Buchdruckerverbandes ein Schreiben des Handelsministeriums, und am Tage darauf fand bereits eine Konferenz zweier Vorstandsmitglieder des Buchdruckerverbandes mit einem Sektionsrat des Handelsministeriums statt. Am 21. November erklärte der Vertreter des Handelsministeriums, daß die Unternehmer bereit seien, zu verhandeln, um Konzessionen zu machen, und schon am nächsten Tage konferierten im Handelsministerium Vertreter beider Parteien miteinander.

Dieses plötzliche Beschleunigen der Verhandlungen hatte seine guten Gründe. Die Regierung und die Unternehmer sahen, daß die Arbeiter zur Tat schritten. Mit verschwindenden Ausnahmen war die Gesamtheit der österreichischen Buchdrucker in den passiven Widerstand eingetreten. Die Druckaufträge konnten nicht prompt erledigt werden. Die Zeitungen erschienen unvollkommen und unregelmäßig, oftmals gar nicht. Und so mußten denn die Unternehmer, ob sie dies wollten oder nicht, nachgeben. Doch hören wir, was der Verbandsvorstand selbst über das nun beginnende letzte Stadium der Tarifverhandlungen und über die Erfolge der Arbeiter schrieb:[1]

„Die Prinzipale verlangten zunächst vor Eintritt in die Verhandlungen vom Verbandsobmann die Zusicherung, daß er Weisungen wegen sofortiger Einstellung der passiven Resistenz an die Gehilfenschaft hinausgehen lasse. Der Verbandsobmann erklärte darauf, daß er dies insolange nicht tun könne, als die Prinzipale die Institution der Vertrauensmänner nicht anerkennen. Die mittlerweile eingelaufenen Nachrichten über die wirksame Anwendung der passiven Resistenz ließen es den Prinzipalsvertretern rätlich erscheinen, vor allem über die Frage der Vertrauensmänner zu verhandeln. Nachdem hierüber eine Einigung erzielt und die Anerkennung in der Form zugestanden wurde, daß die bezüglichen Bestimmungen dem Normallohntarif als Anhang mit der gleichen bindenden Kraft beigefügt werden, gingen seitens des Verbandsvorstandes sofort telegraphische Weisungen in die Provinzen hinaus, und ebenso präzise, wie sie begonnen, wurde die passive Resistenz auch wieder eingestellt.

Die Verhandlungen nahmen nun wieder ihren Fortgang und wurden nach dreitägiger Dauer mit einer Einigung über die noch offenen Differenzpunkte erledigt. Das weitere Ergebnis der äußerst lebhaften Beratungen war im Hauptsäch-

[1] Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer und verwandter Berufe Österreichs für das Jahr 1905.

lichen folgendes: Die Arbeitszeit wurde täglich um eine Viertelstunde gekürzt, so daß dieselbe vom 1. Januar 1906 ab für ganz Österreich nur 8¾ Stunden täglich beträgt, sonach endgültig mit dem Neunstundentag gebrochen erscheint. Die Gültigkeitsdauer des Tarifs wurde mit acht Jahren festgesetzt. Bezüglich des Lohnminimums wurde vereinbart, daß sofort in allen Klassen (auch für die Ausgelernten) eine Erhöhung von 2 Kronen eintritt; nach vier Jahren tritt abermals eine Erhöhung um 2 Kronen, nach weiteren zwei Jahren eine solche von 1 Krone ein, so daß nach Ablauf von sechs Jahren sich das Minimum um 5 Kronen in allen Klassen erhöht (bei den Maschinenmeistern auf zwei Maschinen und bei den Maschinensetzern ist durch die Prozentaufschläge auf das ortsübliche Minimum der Betrag entsprechend höher), worauf der Tarif noch zwei weitere Jahre in Kraft zu bleiben hat. Der Tausendpreis erhöht sich in den gleichen Zeitpunkten wie das Minimum im Laufe der Vertragsdauer, und zwar sofort um 3 Heller, dann um weitere 2 Heller und schließlich um 1 Heller, nach Ablauf von sechs Jahren also um 6 Heller."

Was zehn Monate lang währende friedliche Verhandlungen und Auseinandersetzungen nicht zu vollbringen vermochten, das hat die Aktion der Masse in kurzer Zeit bewirkt. Und auf die österreichischen Buchdrucker haben die Novembertage von 1905 keineswegs degenerierend oder verwirrend gewirkt. Sie haben den klaren Kopf, die gewerkschaftliche Disziplin nicht verloren und sind in der österreichischen Arbeiterbewegung gewerkschaftlich und politisch noch heute das, was sie schon seit langem gewesen waren, eine Elitetruppe![1]

Literarische Rundschau.

M. W. Noworußki, **Achtzehneinhalb Jahre hinter russischen Kerkermauern.** Schlüsselburger Aufzeichnungen. Deutsch von L. Flachs-Fokschaneanu. Berlin, Verlag von B. Behr. 323 Seiten.

Über Schlüsselburg schrieb schon Ludmilla Wolkenstein, die 13 Jahre in dieser Festung verbracht hatte. Doch schilderte sie hauptsächlich die äußerlichen Verhältnisse, während Noworußki seine eigenen Erlebnisse wiedergibt, wodurch seine Aufzeichnungen auch ein psychologisches Interesse erhalten. Noworußki kam nach Schlüsselburg im Jahre 1887, als sich dort die Zustände bedeutend verbessert hatten. Er fand 25 Gefangene vor, die bereits 2½ Jahre dort verbracht und einen ver-

[1] Wir geben gern dieser Zuschrift Raum, da auch wir der Ansicht sind, daß die passive Resistenz zu den Kampfmitteln zählt, denen noch eine große Wirksamkeit beschieden ist. Eine andere Frage aber ist es, und auf die geht der Verfasser nicht ein, ob sie geeignet wäre, im preußischen Wahlrechtskampf irgendwelche Wirkungen zu erzielen. Da man von verschiedenen Seiten aus der Veröffentlichung der Ausführungen des Genossen Prager geschlossen hat und aus der Veröffentlichung des vorliegenden Artikels noch mehr schließen könnte, daß wir damit die Anwendung der passiven Resistenz als politisches Kampfmittel im Wahlrechtskampf empfehlen wollten, so legen wir Wert darauf, zu konstatieren, daß dies nicht der Fall ist, daß wir vielmehr der Ansicht sind, die passive Resistenz sei völlig ungeeignet dazu. Was unter Umständen ein sehr geeignetes Kampfmittel im gewerkschaftlichen Kampf sein kann, braucht deshalb noch lange nicht für den politischen Kampf geeignet zu sein, und umgekehrt. Die Bedingungen des Erfolges sind auf beiden Kampfgebieten oft wesentlich verschieden.

Was wir von dem Artikel des Genossen Prager erwarteten, war, daß er die Aufmerksamkeit auf die Frage der Kampfmittel lenken und eine Diskussion veranlassen werde, die nur fruchtbringend wirken könnte. Gegen eine kritische Untersuchung der passiven Resistenz als Mittel im Wahlrechtskampf haben wir nicht das mindeste einzuwenden. Wir erwarten sie.

Die Redaktion.

Digitized by Google

zweifelten Kampf um bessere Bedingungen geführt hatten. Was es für Lebensbedingungen waren, geht aus der „Instruktion für Gefangene" deutlich hervor. Man bedenke nur, einem Menschen, der zu lebenslänglicher Einzelhaft verurteilt ist, wird das „Singen, Pfeifen, Gespräche und überhaupt Handlungen verboten, die die Ruhe und die gute (sic!) Ordnung im Gefängnis stören". Man wollte also die Gefangenen lebendig begraben.... Und welche Strafen drohten für solches Vergehen! Entziehung von Tee, von Bettmatratzen, Karzer oder sogar Dunkelkarzer, ja auch Spießruten bis zu 50 Hieben, auch für Frauen!... Was Wunder, wenn in den ersten 2½ Jahren zwölf Menschen zugrunde gingen. Wolkenstein erzählt, daß der Gefangene Minakow nach 3 Monaten seines Aufenthaltes in der Festung beschlossen hatte, durch einen Hungerstreik Bücher und Zusammenkünfte mit den anderen Gefangenen zu erlangen. Man wollte ihm zwangsweise Nahrung eingeben; er beleidigte den Arzt tätlich und forderte, daß man ihn hinrichten solle, wie es in der „Instruktion" hieß. Er wurde wirklich „gerichtet" und hingerichtet. Bald darauf hängte sich Klimenko auf. Nach 2 Monaten folgte Myschkin dem Beispiel Minakows, und auch er wurde hingerichtet.

„Der dritte Teil des gesamten Bestandes," sagt Noworußki, „hatte sich in diesen 2½ Jahren geweigert, unter dem Regime zu leben, das zu jener Zeit dort herrschte. Die elementarste Berechnung zeigte folgendes: wenn unter denselben Zuständen genau weitere 5 Jahre verstrichen wären, so wäre von allen Gefangenen nicht ein einziger am Leben geblieben." Das wollten jedoch die Henker nicht. Es waren doch viele unter den Gefangenen, die zu lebenslänglicher Einkerkerung „begnadigt" waren, und was bedeutet der rasche Tod im Vergleich zu dieser „Zarengnade"? „Wie oft," erzählt Noworußki, einer dieser Begnadigten, „rief ich den Tod herbei, und lange, qualvoll lange liebkoste ich den Gedanken an ihn, als den einzigen Erlöser von dem ‚allerhöchsten Gnadenbeweis'.... Wie oft war ich später selbst bereit, diesen Fehler der ‚Milde' gut zu machen und eigenmächtig das mir geschenkte Leben abzuschütteln, das mir unerträglicher als alle Todesqualen wurde, die ein gewaltsames, aber jähes Ende begleiten." — Um diese Qualen zu verlängern, wurden die Bedingungen gemildert....

Noworußki vermeidet im allgemeinen, diese Qualen zu schildern. Doch macht sein Werk einen gewaltigen Eindruck auf den Leser. Der Westeuropäer wird glauben, er lese eine Schilderung der Zustände aus dem Mittelalter. Ihm werden die Einzelheiten vielleicht etwas langweilig sein. Der Russe liest sie jedoch mit großer Spannung, weil sie ihn an seine persönlichen Erlebnisse erinnern. Gerade diese Einzelheiten füllen das Gefängnisleben aus und sind deshalb so bedeutsam.

Mit großem Humor und doch mit Wahrheitstreue schildert Noworußki auch die russischen „Gerichte". Man kann dem nur hinzufügen, daß sie in dem „konstitutionellen" Rußland dieselben blieben. Jetzt allerdings werden nur die Pogrombrüder vom Zaren begnadigt, die politischen Gegner dagegen hingerichtet. Da die Gefängnisse nur den revolutionären Geist stärken, so sucht wahrscheinlich die Regierung durch die Hinrichtungen diesem „Übel" zu entgehen.... Das Resultat für die Henker wird jedoch dasselbe sein. „Die Erfahrung der Jahrhunderte beweist," zitiert Noworußki die Worte des russischen Dichters M. Z. Michailow, „daß jede Verfolgung die verfolgte Partei noch stärkt. Die Leidenden werden zu Märtyrern, zu Heiligen, und ihre Leiden nützen der Sache hundertfach mehr als ihre persönlichen Taten. Kerkert man sie ein, so werden sie im Kerker dem Geiste der Gleichgesinnten als Giganten erscheinen; richtet man sie hin, so wird jeder Tropfen Blut Rächer erzeugen."...

Wer also für das Leben und Leiden der russischen Gefangenen Interesse hat, dem empfehlen wir das neu erschienene Werk von Noworußki. Leider hat die Übersetzerin keine historischen Noten angebracht, wodurch das Werk an historischem Wert für den ausländischen Leser einbüßt und das Verständnis einiger Stellen erschwert ist. N. N.

Digitized by Google

Voltaire. Seine Persönlichkeit in seinen Werken. Bearbeitet von Dr. Kaethe Schirmacher. Verlag von Robert Lutz in Stuttgart. 362 Seiten Kleinoktav; geheftet 2,50 Mark.

Das Büchlein ist der erste Band einer Sammlung „Aus der Gedankenwelt großer Geister", die unter der Redaktion von Lothar Brieger-Wasservogel erscheint und eine Anzahl „großer Geister" durch eine Auswahl treffender Gedanken aus ihren Werken dem größeren Publikum näher bringen will. Die Bearbeitung des Helden der Aufklärung, der die Reihe eröffnet, hat die bekannte Frauenrechtlerin Kaethe Schirmacher übernommen, die als Verfasserin einer ausführlichen Voltairebiographie ja auch mit dem Stoffe gut vertraut war. Soweit wir sehen konnten, ist denn auch die Auswahl, die nach sachlichen Rubriken in acht Abschnitte: Philosophie und Moral, Physik, Religion und Kirche, Geschichte, Politik und Nationalökonomie, Recht, Literatur, „Leben" (das meiste aus diesem betrifft die der Herausgeberin naheliegende „Frauenfrage") gegliedert ist, eine ganz gute. Die kurze Einleitung ist in ihrem größeren, Voltaires Leben wiedergebenden Teile dankenswert, dagegen die paar Seiten über das ancien régime sehr dürftig. Die gelegentlichen kleinen Anmerkungen sind frisch, aber meist auch recht oberflächlich hingeworfen. Zu Voltaires allerdings auch ziemlich oberflächlichem Satz zum Beispiel, die bürgerliche Regierung sei der Wille aller, die kraft der Gesetze, die alle gaben, von einem oder mehreren ausgeführt werde, weiß Fräulein Schirmacher nur die Bemerkung zu machen: „Nur (!) die Frauen werden nie um ihre Ansicht gefragt."

Der Hauptfehler der in ihrer Idee ganz dankenswerten Sammlung, die bis jetzt außer Voltaire noch Lessing, Emerson, Hegel und Schopenhauer in Auswahlsprüchen herausgegeben hat, ist, daß sie viel zu teuer ist. Auch würden wir als Sozialisten natürlich eine andere Auswahl zu treffen haben. Ph.

Notizen.

Mach in Rußland. Die Redaktion unseres russischen Bruderorgans „Der Proletarier" ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

Ein uns unbekannter Übersetzer des Artikels von Bogdanoff über Ernst Mach in der Nr. 20 der „Neuen Zeit" schreibt dort unter anderem: „Die russische Sozialdemokratie ist leider auf dem besten Wege, die Stellung zu Mach zu einem der Merkmale der Fraktionen in der Partei zu machen. Die sehr ernsten taktischen Differenzen der Bolschiwiki und Minschiwiki werden verschärft durch die in unseren Augen davon ganz unabhängige Frage, ob der Marxismus erkenntniskritisch mit Spinoza und Holbach oder mit Mach und Avenarius im Einklang steht."

Demgegenüber hält es die Redaktion des „Proletarier" als Vertreterin der „Bolschiwiki" der russischen Sozialdemokratie für notwendig, zu erklären:

Dieser philosophische Streit bildet in Wirklichkeit keine Fraktionsfrage und darf es, nach der Meinung der Redaktion, auch nicht werden. Jeder Versuch, diese Meinungsverschiedenheiten als Merkmale der Fraktionen innerhalb der Partei hinzustellen, ist grundverkehrt. In den Reihen jeder der beiden Fraktionen gibt es Anhänger wie Gegner von Mach und Avenarius.

Zeitschriftenschau.

In der „Revue socialiste" vom Februar schreibt der Redakteur E. Fournière über **„Die Kolonialpolitik und die sozialistische Partei"**. Die bisherige ablehnende Haltung der Partei der Kolonialpolitik gegenüber beruht nach ihm zum Teil auf Bequemlichkeit — als Oppositionspartei kann man ganz bequem nur protestieren, während man als Teil einer Regierungspartei die Probleme in ihren Einzelheiten

studieren muß —, teils auf der Doktrin, die besagt, daß alle Probleme aus dem Kapitalismus hervorkommen und deshalb mit dessen Aufhebung von selbst verschwinden. Die demokratische Tradition nach der französischen Revolution bringt ein Eintreten für die Eingeborenen, gegen die Kolonialgreuel mit sich, das bis heute den Hauptinhalt unserer praktischen Aktion bildete. Die sozialistische Gesellschaft wird sich aber, wenn sie die Erbschaft des Kapitalismus antritt, auch den praktischen Kolonialfragen gegenübersehen. Wird sie die Kolonien aufgeben? Darf sie dann die französischen Ansiedler in Algerien ungeschützt den Plünderungen der Beni-Snassen überlassen? Auch braucht unsere Industrie dann Kolonialprodukte. „Wenn ein Land so groß wie Frankreich von zwanzig- bis fünfzigtausend Negern eingenommen ist, die die meiste Zeit mit Tanzen und Kriegführen zubringen, sollen wir dann vor dem Okkupationsrecht dieser faulenzenden Besitzer halt machen?" Und wenn einige mit uns in Verbindung treten und fleißig zu arbeiten anfangen, dürfen wir sie dann der Rache und der Plünderung der anderen überlassen? Man denke sich eine sozialistische Regierung den Ereignissen in Casablanca gegenüber, wo acht französische und spanische Arbeiter von einer fanatischen Menge ermordet wurden; würde sie anders handeln können als die Regierung Clemenceaus? Immer werden arbeitsame Zivilisierte, handeltreibende Halbzivilisierte und feudale und faulenzende Barbaren aneinander stoßen; müssen wir da mit den fleißigen Küstenbewohnern nicht in Kontakt treten und sie gegen die Räuber des Inlands schützen?

Die Kolonialpolitik des Verfassers wird also offenbar von der Auffassung bestimmt, alle Eingeborenen seien Faulenzer und Plünderer, eine Auffassung, die bürgerlichen Schriften und Zeitungen entnommen ist und ganz den bürgerlichen Geist des Lobes der rastlosen Arbeit atmet. Sie wird aber andererseits bestimmt durch seine Auffassung des Kapitalismus. Er glaubt, Kolonialwesen und Kapitalismus gehören nicht notwendig zueinander; das eine hat ohne den anderen bestanden; und der Kapitalismus wird immer weniger eine gewaltsame Kolonialpolitik brauchen. „Der Kapitalismus wird immer weniger eroberungslüstern, immer weniger kriegerisch." „Der Kapitalismus in dem letzten Stadium seiner Entwicklung erhofft nichts mehr von Kriegen, sogar Kolonialkriegen und erwartet alles von dem Frieden." Beweis: der bürgerliche Ökonom Leroy Beaulieu hat vor dem marokkanischen Abenteuer gewarnt, weil es sich nicht lohnen würde, weil die Vorteile nicht im Verhältnis zu den Ausgaben stehen würden! Und alle Tatsachen der zunehmenden Rüstungen, des Imperialismus usw.? Sie sind bloß Überreste des feudalen Geistes, der gewaltsam ist und kriegerische Abenteuer wünscht. Der Kapitalismus selbst ist friedfertig. Der Imperialismus Amerikas ist hauptsächlich eine Folge der massenhaften Einwanderung der rückständigen, in feudalen Vorstellungen befangenen Ost- und Südeuropäer!

Der Autor schließt mit der Aufforderung, daß der Sozialismus in Kolonialfragen nicht ausschließlich seine Schläge gegen den Kapitalismus wenden soll. Offenbar ist damit eine prinzipielle Zustimmung zu der heutigen kapitalistischen Kolonialpolitik, ohne die Greuel, gemeint.

L. Oustry gibt in einer **„Skizze eines rationalistischen Sozialismus"** die Theorie eines Allerweltssozialismus, die an die Stelle der dem gesunden Menschenverstand unverständlichen und die braven Leute abstoßenden Dogmen des Marxismus treten soll. Die Gesellschaft dient zum Schutze und zur Förderung des Glückes aller Menschen; sie darf sich nicht gegen die Menschen richten; das Glück für alle ist nur durch die Gleichheit zu erreichen, die nicht unter dem Kapitalismus, sondern bloß unter dem Sozialismus möglich ist. Das ist der tiefe Geistesgehalt der theoretischen Auffassungen in den Kreisen des französischen Reformismus.

Auch eine Besprechung, der Edgard Milhauds **„drei französische sozialistische Bücher über die Verwirklichung und die Organisation der sozialistischen Ordnung"** unterzieht, kann als typisch für diesen Teil des französischen Sozialismus gelten.

Zwei dieser Bücher geben regelrechte Vorschläge und Beschreibungen in Einzelheiten der einzuführenden Ordnung, das eine ist von Georges Dazet, einem aktiven Propagandisten, das andere von Georges Renard, einem soziologischen Professor am Collège de France, zusammen mit einigen Mitarbeitern. Man könnte erwarten, daß solche Vorschläge und Ausarbeitungen dort am ehesten vorkommen würden, wo die Arbeiterbewegung am kräftigsten und dem Ziele am nächsten ist. Das Gegenteil findet statt; in jenen Ländern, wo der heftige Klassenkampf die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, empfindet man zu klar, daß die kommende Revolution alle alten Bedingungen umwälzen und die verschiedensten neuen Kräfte und Faktoren schaffen wird, von denen man zuvor keine Ahnung hat. Umgekehrt ist es in Zeiten und Ländern, wo kein oder noch kein großer Klassenkampf tobt, wo die Mittelschichten zahlreich sind und die Aussicht auf eine friedliche Umwälzung, also ein Ausbau der neuen Ordnung durch die schon vorhandenen Faktoren möglich erscheint. Daher müssen solche Werke utopischen Charakters unter den bürgerlichen Sozialisten Frankreichs mehr Anklang und Beachtung finden, als sie in Deutschland erlangen würden.

Der utopische Charakter solcher Vorschläge äußert sich unter anderem in dem breiten Raume, den die Entschädigungsfrage beansprucht. Während Jaurès in einer Parlamentsrede die expropriierten Kapitalisten durch eine ihrem Kapital gleichwertige Geldsumme, die dann als Konsumtionsfonds dienen würde, entschädigen wollte, meint Dazet, daß dabei die Kapitalisten zu schlecht wegkämen. Er will ihnen deshalb während zwei Generationen ihr früheres Einkommen zusichern, damit sie ihre alten Lebensgewohnheiten nicht einzuschränken brauchen. Der Referent bemerkt hierzu: Wenn Dazet den Beamten, deren Amt durch die Umwälzung aufgehoben wurde, nur drei Viertel ihres früheren Gehaltes als Wartegeld geben will, dann wäre es ungerecht, den faulenzenden Kapitalisten das volle Einkommen zu geben. Die beiden Autoren vergessen, daß diese Fragen gar nicht nach allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien im voraus entschieden werden können, sondern nur nach Zweckmäßigkeitsgründen des Augenblicks. Dazets Vorschläge sind offenbar auf die Einführung des Sozialismus unter Zustimmung der Kapitalisten zugeschnitten und bemühen sich, diesen Leuten das Geschäft schmackhaft zu machen. Wenn die Sache sich umgekehrt verhielte, wenn die herrschende Klasse den Arbeitern den Vorschlag machte, daß sie abdanken und uns die Herrschaft um den Preis einer solchen Entschädigung überlassen wolle, dann wäre für uns die Sache zu überlegen. Wenn aber die Arbeiter nach schweren Revolutionskämpfen die Ausbeuter niederwerfen, dann werden sie wohl keine Lust haben, sich noch weiterhin Extraarbeit aufzuerlegen, damit einige Faulenzer ihr früheres Luxusleben weiterführen können. Die Fragen der Expropriation und der Entschädigung werden im Kampfe durch Maßnahmen gelöst werden, die aus der Notwendigkeit der Kampfeslage hervorgehen und zur Schädigung des Feindes oder zur Stärkung der eigenen Kräfte dienen. Ähnliches gilt für die Frage, ob man den Bauern die Bodenrente überlassen oder diese für den Staat beschlagnahmen soll.

Etienne Buisson kritisiert **„Die Resultate des Syndikalismus"**, die von einem der Führer der französischen Syndikalisten, Pouget, hervorgehoben und vor allem dem revolutionären Geist der Gewerkschaften zugeschrieben wurden. Der Kritiker macht dagegen die folgenden Einwendungen: 1. bestehen viele dieser Resultate in gesetzlichen Maßnahmen, die also nur durch die Hilfe der Parlamentarier zustande kamen; 2. hat manche der angeführten Gewerkschaften sich dabei auf eine starke Kasse, statt auf den revolutionären Geist allein gestützt, in Gegensatz zu den syndikalistischen Theorien; und 3. ist die günstige Konjunktur der letzten Jahre, die immer eine angreifende Taktik der Arbeiter herausfordert, die Hauptursache der guten Erfolge gewesen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

Die Neue Zeit

I. Band Nr. 26 Ausgegeben am 27. März 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Parlament und Presse.

Berlin, 21. März 1908.

In den bürgerlichen Blättern wurde jüngst mit wenig Witz und viel Behagen ein Streit darüber geführt, woher das geflügelte Wort vom „Sauherdenton" stamme und ob es überhaupt einen vernünftigen Sinn habe. Die Gelehrten der „Frankfurter Zeitung" verlegten sich mehr auf Etymologie und Philologie und gingen bis auf Homers göttlichen Sauhirten Eumäos zurück, während die Gelehrten der „Deutschen Tageszeitung" sich der Phonographie ergaben und das wirkliche Gegrunze einer Sauherde darzustellen suchten, wobei es nicht an Sticheleien auf die liberalen Blockbrüder fehlte, etwa im Stile Treitschkes, der es seinerzeit der Berliner Jugend als schlimmsten Bildungsmangel anfreidete, daß sie niemals eine leibhaftige Ochsenherde zu Gesicht bekäme.

Das Komische an diesem Streite ist die Vergeßlichkeit der tiefsinnigen Forscher. Der „Sauherdenton" wurde vor knapp drei Jahren zum geflügelten Worte, als ein inzwischen leider verstorbener Genosse in einem inhaltlich vortrefflichen Artikel von der Mehrheit des Hungertarifs sagte, daß sie wie eine Sauherde die Schranken des parlamentarischen Rechtes niedergetrampelt habe, um die Schutzzölle durchzusetzen. Den „Ton" in diesen vollkommen zutreffenden Vergleich zu bringen, war dem witzigen Reichskanzler oder doch der Hungertarifmehrheit vorbehalten, die in ein greuliches Gegröle ausbrach, als der Reichskanzler ihre fetten Bäuche durch die Verlesung jenes Artikels kitzelte. Seitdem wurde der „Sauherdenton" ein Schlagwort desselben kurzdärmigen Geschlechtes, das sich jetzt den Kopf darüber zerbricht, wo das Wort seinen Ursprung genommen hat. Indessen hat die Nemesis bereits ihres Amtes gewaltet, indem einer jener Mitgröler vom Dezember 1904 selbst in den dreimal vermaledeiten „Ton" verfallen ist und durch das geflügelte Wort „Saubengels", das er als immuner Volksvertreter an die Adresse der Journalistentribüne richtete, eine Krisis zwischen Parlament und Presse heraufbeschworen hat.

Digitized by Google

Den Anstoß dazu gab der berühmte Herr Erzberger, dessen zeitgenössische Bedeutung darin besteht, daß er alle schlechten Seiten des Parlamentariers und alle schlechten Seiten des Preßmenschen in seiner erlauchten Person vereinigt und namentlich seine Niederlagen als Preßmensch durch Schmähungen auf die Sieger aus dem sicheren Hinterhalt der Reichstagstribüne zu rächen sucht. In seinem „grellen Gemecker", als das die „Deutsche Tageszeitung" die Sprechweise ihres ehemaligen Bundesgenossen in Sachen des Hungertarifs kennzeichnet, sprach Herr Erzberger von der unsterblichen Seele des Negers, worauf von der Journalistentribüne ein unehrerbietiges Lachen erschollen sein soll. Darauf erklärte Herr Gröber durch einen Zwischenruf die Insassen jener Tribüne für „Saubengels". Diesen nicht allgemein gehörten Zwischenruf trug Herr Müller-Meiningen zu den parlamentarischen Berichterstattern hinauf, um dann wieder hinunterzueilen und von der Reichstagstribüne herab nicht etwa Herrn Gröber zu rüffeln, sondern vielmehr zu erklären, es sei sehr unpassend, daß auf der Journalistentribüne gelacht worden sei, aber es sei doch nur ein räudiges Schaf in einer sonst wohlgesinnten Herde, das sich so was herausgenommen habe. Genosse Eichhorn nagelte sofort diese echt freisinnige Tücke fest, aber der Präsident ließ sich auf die Beschwerde der Journalistentribüne nur zu einer Erklärung herab, die sie als neue Kränkung auffassen mußte; er drohte ihr mit sofortiger Räumung, wenn sie sich noch einmal mit Kundgebungen in die Verhandlungen mische, während er den Ruf Gröbers, den er nicht gehört habe, nur in schwächlicher Weise bedauerte.

So sind die parlamentarischen Berichterstatter in den Streik getreten, zum ersten Male, seitdem es Berliner Parlamente gibt, wenn dieser Konflikt auch keineswegs der erste ist, den die Journalistentribüne des Reichstags durchzuführen hat, der erste nicht und ebensowenig der ärgste. Es sei nur daran erinnert, wie in den Tagen des Sozialistengesetzes gerade diese Tribüne zum Tummelplatz der geheimen Polizeispitzel ausersehen wurde, ohne daß sie dagegen protestierte. Auch die sogenannte „Guckersperre", die Bismarck im Jahre 1874 über sie verhängte, war kränkender. Diese Sache kam so. Bismarck saß in guter Ruh am Tische des Bundesrats und fertigte aus seiner großen Amtsmappe ein Schriftstück nach dem anderen ab. Bewundernd hing an diesem Tun das Auge des Fürsten Lichnowsky, der noch weit dümmer als sein 1848 gerichteter Bruder, jedoch ebenso unverschämt war; in den Pausen aber stieg es gen Himmel. Auf diesem Wege traf es einen Nebenbuhler; bewundernd richtete auch ein Krimstecher, von der Journalistentribüne her, seine Glotzaugen auf den Kanzler. Es war ein großer Augenblick, allein er fand seinen Mann. Schnell trat der Fürst den Kanzler an, ein Blick nach oben, ein Blick auf das seines großen B. harrenden Papiers sagte alles. Leuardo sah hin, Blandini sah her: ein Schriftführer des Hauses flog zum Kanzler hinab, zur Tribüne hinauf: Durchlaucht wünschen nicht, daß man Ihr in die Papiere sehe, möchten deshalb keine Operngucker auf Sich gerichtet haben. Und damit war der Gucker für die Journalistentribüne gesperrt.

Seitdem ist die Journalistentribüne im Ehrenpunkt empfindlicher geworden, und das ist sicherlich nur anzuerkennen, zumal da es Auswüchse jenes „parla-

mentarischen Kretinismus“ zu bekämpfen gilt, der neben den Majestätsbeleidigungs- am liebsten noch einen Reichstagsbeleidigungsparagraphen konstruieren möchte. Hat wirklich ein Mitglied der Journalistentribüne über irgend eine Albernheit des Herrn Erzberger gelacht, so hat dieser Herr das allergeringste Recht, sich darüber zu beklagen. Und ebensowenig hat Herr Gröber das Recht, darauf in dem von ihm und seinesgleichen so heftig verabscheuten „Sauherdenton“ zu reagieren. Einen nicht angenehmen Beigeschmack hat der Streit freilich dadurch, daß die Ultramontanen gegenwärtig wieder „Reichsfeinde“ sind, gegen die sich die sittliche Entrüstung der Philister allzu leicht mobil machen läßt, aber Herr Müller-Meiningen hat ja das Seinige getan, auch die Blockbrüder in die Blamage zu verwickeln, und insofern verdient sein perfides Verhalten immerhin eine gewisse Anerkennung.

Die Erbitterung der parlamentarischen Berichterstatter ist an sich vollkommen zu begreifen. Ihre Tätigkeit gibt den Verhandlungen des Reichstags erst den eigentlichen Resonanzboden, und diese Tätigkeit ist überaus aufreibend. Sie wäre es auch dann, wenn lauter geniale Sachen im Reichstag gesprochen würden, aber sie ist es doppelt und dreifach, da so viel ödes Geschwätz mit unterläuft. Engels fragt einmal, wie es wohl im Kopfe eines Arbeiters aussehen möge, der täglich zwölf Stunden lang Nadelknöpfe mache und Kammräder abfeile, aber man kann mit demselben Rechte sagen: wie muß es im Kopfe eines gebildeten Mannes aussehen, der jährlich einige Dutzend Reden von Erzberger oder Gröber oder Müller-Meiningen oder ähnlichen Geistesleuchten verarbeiten muß, eines gebildeten Mannes, der dazu verurteilt ist, allzuoft ein Gewäsche nachzuschreiben, das er sich schämen würde, selbst zu produzieren? Dazu vermag ihm gerade die geschwätzigste Art parlamentarischer Helden moralisch so wenig zu imponieren, wie intellektuell, denn bei jedem neuen Debüt antichambriert sie — wie eben jetzt wieder an Müller-Meiningen festgestellt worden ist — vor der Journalistentribüne, wie jede neu auftretende Tänzerin sich in den Vorzimmern der Redaktionen einzufinden pflegt. Sich von solchen Leuten dann noch en canaille behandeln zu lassen, das ist gewiß eine harte Zumutung, und man begreift, daß der also getretene Wurm sich zu krümmen beginnt.

Allerdings hat die Medaille auch eine Kehrseite. Wenn es für den parlamentarischen Berichterstatter keine parlamentarischen Helden geben mag, so für die Parlamentarier keine publizistischen Charaktere. Was sie so von „prominenten“ Vertretern der Presse tagtäglich in den Korridoren des Reichstags umherlungern und nach Nachrichten schnappen sehen, Gestalten wie Herrn August Stein aus Frankfurt und Herrn Paul Liman aus Leipzig, muß ihnen allerdings höchst eigentümliche Begriffe von dem „Kulturberuf“ der Presse beibringen und kann sogar in Herrn Gröber und Herrn Müller-Meiningen, wie wir anerkennen, die Vorstellung nähren, solchen Leuten lasse sich alles bieten. Es ist denn auch charakteristisch, daß in den bisherigen Protesterklärungen der Tribünejournalisten die Namen der „Prominenten“ fehlen; sie halten noch ganz andere Püffe aus und dünken sich in ihrem „vertraulichen“ Umgang mit leibhaftigen Durchlauchten und Exzellenzen auch viel zu erhaben über das gemeine Pack, das auf der Journalistentribüne reelle Arbeit leistet.

So lernen sich Parlament und Presse in ihrem täglichen unmittelbaren Verkehr gegenseitig gerade von ihrer unappetitlichen Seite kennen. Was sie voneinander sehen, ist nichts weniger als geeignet, die gegenseitige Achtung zu erhöhen. Trotzdem aber oder auch eben deshalb sind sie aufeinander angewiesen, und keiner von beiden verträgt einen dauernden Zwist. So wird denn wohl ein Ausgleich gefunden werden, und wahrscheinlich ist der Friede schon wiederhergestellt, ehe diese Zeilen das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Vorläufig hat die Journalistentribüne das Heft in der Hand, aber sie steht nicht auf eigenen Füßen, und es ist ein böses Zeichen, daß ihre ultramontanen Mitglieder bereits von ihr abgefallen sind, ganz abgesehen davon, daß die „Prominenten" von Anfang an nicht bei der Partei waren. Bringt die ultramontane Presse wieder Parlamentsberichte, dann kribbelt es sehr bald auch der Konkurrenzangst und der Profitgier der konservativen, liberalen und sonstigen bürgerlichen Presse in den Fingern. In ihrer heutigen Verfassung kann die kapitalistische Presse keinen ernsthaften Kampf mehr führen, sicher wie sie sein darf, daß jeder Verwundete alsbald von seinen Mitkämpfern aufgefressen wird.

Aber so weit wird es vermutlich gar nicht kommen. Da man einander braucht, so wird man sich wohl versöhnen, ehe die allzu zarten Beziehungen zwischen Parlament und Presse allzu offen aufgedeckt werden. Daran würde ja doch nur die Sozialdemokratie ihre Freude haben, und auch diese patriotische Sorge wird den trutziglichen Mut bändigen, hüben wie drüben.

Verkünder des Klassenkampfes vor Marx.

Von **Th. Rothstein** (London).

(Schluß.)

III.

Von der Erfassung des Klassenmomentes in dem gesellschaftlichen Handeln und gesellschaftlichen Einrichtungen der Menschen bis zu einem richtigen Eindringen in das Wesen des heutigen Staates ist eigentlich nur ein Schritt „Nur Narren", erklärt in seiner kräftigen Sprache O'Brien, indem er die Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich behandelt,[1] „mögen sich einbilden, daß sie (diese Kriege) von einem Pitt oder Bonaparte hervorgerufen wurden oder das Werk irgendwelcher Minister oder anderer einzelner Personen waren. Mit solchen Dummheiten haben wir nichts zu schaffen. Leute, die solches Zeug zu glauben fähig sind, verdienen keine Achtung. Regierer und Minister besitzen keine Macht außer der, die ihnen die Gesellschaft gibt. Die ‚Staatsmänner', die den Krieg gegen Frankreich 1793 führten, machten ihn nur deshalb, weil ein solcher Krieg den Kapitalisten und Profitsuchern angenehm war. ... Es war mit der doppelten Absicht, die Revolution zu unterdrücken und ein neues Feld für den Handel zu eröffnen, daß unsere reichen Klassen den Krieg gegen Frankreich zustande brachten." Man könnte kaum schärfer das Verhältnis zwischen der Regierung und ihren Auftraggebern, den herrschenden Klassen, hervorheben, und der von uns unter-

[1] „Poor Man's Guardian", 13. September 1834.

strichene Satz klingt auch heute noch wie eine Offenbarung. Fast noch deutlicher spricht ein Anonymus, der, wie wir vermuten, auch kein anderer als O'Brien war. „Es scheint", sagt er,[1] „die allgemeine Auffassung zu sein, daß die Regierung sich selbst so bildet, wie sie ist. Die Wahrheit aber ist, daß die Regierung von den Profitmachern bestellt ist, um sie in ihren ungeheuren Profiten, Renten und sonstigen Besteuerungen des arbeitenden Volkes zu beschützen. Ist es die Regierung, die die Gesetze schafft, oder sind es vielmehr die großen Profitmänner, die sie für ihre Bereicherung schaffen und dann die Regierung beauftragen, dieselbe auszuführen? ... Die Profitmänner sind es überall, die die Unterdrücker bilden. Die Regierung ist ihr Nachtwächter, und die Unterdrückten sind die arbeitenden Klassen." Hier haben wir — vielleicht zum ersten Male in der Literatur — den Begriff der Regierung als Ausführungsausschuß der herrschenden Klassen und Nachtwächter. Der Staat selbst erscheint als nichts anderes denn eine Organisation der besitzenden Klassen zur Unterdrückung des arbeitenden Volkes.

„Die Gesellschaft", sagt John Bell,[2] „war bis jetzt eine Einrichtung für die Beschützung der Reichen bei der Verübung von Unrecht an den Armen. Die Gesellschaft, wie uns die Rechtslehrer selbst belehren, ist für den Schutz der Person und des Eigentums eingerichtet." „Bis auf diesen Augenblick", sagt auch O'Brien, „sind alle Regierungen nichts als Verschwörungen (lies: Organisationen!) der Reichen gegen die Armen gewesen, das heißt der Starken und Listigen, die Schwachen und die Unwissenden zu unterjochen. Die heutige Regierung in England ist eben dieser Art. Sie ist eine große Verschwörung der Müßiggänger und Räuber gegen die arbeitenden und schlichten Leute. Niemand ist erlaubt, daran teilzunehmen, der kein sogenanntes Eigentum besitzt, das heißt nicht durch Gewalt oder Betrug von der Arbeit der anderen lebt."[3]

In einem glänzenden Aufsatz über die Gesetzgebung spricht er dann von dem Wesen des Klassenstaats wie folgt: „Unsere Gesetzgeber nehmen immer an, daß die Gesetze jedes Landes recht sind und diejenigen, die sie brechen, unrecht haben. Das ist eine grobe Lüge. Die Gesetze sind öfter ungerecht als gerecht und folglich die, die ihnen nicht gehorchen, sind weniger Sünder als Opfer der Sünden. Wenn ein kleines Häuflein von Schuften das Privilegium der Gesetzgebung usurpieren, um die übrigen Klassen der Gesellschaft zu plündern, dann haben sie kein Recht, ihre Gesetze als Kriterium des Rechtes oder Unrechtes oder als Maß der Strafbarkeit oder Unschuld aufzustellen. Man könnte glauben, es gebe in England kein Verbrechen außer dem, daß man die Gesetze bricht, während in Wirklichkeit neun Zehntel der Verbrechen in unserer Mitte mit der Genehmigung der Gesetze von den Gesetzgebern selbst und ihren Anhängern begangen werden. Raub zum Beispiel ist ein Verbrechen; wer aber ist der größte Räuber in England? Ei, das ist doch das geschriebene Gesetz von England! Es ist ein gigantischer Dieb mit zehntausend Händen, die er alle in einem und demselben Moment in unseren Taschen hält, und ist außerdem noch mit hunderttausend Musketen bewaffnet, die mit Bajonetten versehen sind, um uns, falls wir uns dagegen sträuben, seine Plünderungen mit Gewalt aufzudrängen, ganz abgesehen davon, daß ihm zu

[1] „Poor Man's Guardian", 14. Januar 1832.
[2] „London Mercury", 24. September 1836.
[3] „Poor Man's Guardian", 7. März 1835.

demselben Zwecke auch unzählige Bastillen, Tretmühlen, Strafkolonien und Hanfstricke zur Verfügung stehen."[1]

In demselben Sinne spricht er auch ein anderes Mal. „Leute", sagt er,[2] „sind immer bereit gewesen, nach Sicherung des Eigentums zu schreien und blutige Gesetze für seinen Schutz durchzuführen. ... Es ist aber zweifelhaft, ob wir irgendwelche Gesetze überhaupt nötig hätten, wenn wir gerechte Gesetze gleich von Anfang an besäßen, die den Erwerb von Eigentum anders als durch gerechte und ehrliche Mittel unmöglich machten. Wie die Dinge jetzt liegen, sind neun Zehntel oder vielleicht neunundneunzig Hundertstel von dem, was man Eigentum nennt, durch legalisierten Raub erworben. Daher dieser ewige Krieg derer, die Mangel leiden, gegen die Besitzenden und alle die blutigen Gesetze, die die letzteren zu ihrem Schutze schaffen."

Der Nachklang der utopistisch-subjektiven Denkweise in diesem wie in dem vorigen Satze ist nicht zu bestreiten; allein das Wesen des Staates und der Gesetzgebung ist durchaus richtig gefaßt. „Legalisierter Raub" — wie vermag man treffender die ökonomisch-politischen Bedingungen der Entstehung des Kapitals zu bezeichnen? Indes kann O'Brien denselben Gedanken auch mehr wissenschaftlich ausdrücken, indem er sagt:[3] „Die höheren und mittleren Klassen besitzen keinen anderen Reichtum als den, welchen sie, durch das Wirken der Einrichtungen ihrer eigenen Schöpfung, aus der Arbeit anderer erpreßt haben. Diejenigen aus ihrer Mitte, die aus den niedrigen Schichten emporgestiegen sind, mögen soviel sie wollen von ihrem ehemaligen Fleiße als Arbeiter schwatzen und ihren Reichtum diesem Fleiße zuschreiben; allein jedermann, der überhaupt etwas weiß, versteht recht gut, daß sie ihren Reichtum nicht als Arbeiter, sondern als Mieter der Arbeiter erworben haben."

Hier gelangen wir unbemerkt an die Frage aller Fragen — die über das Verhältnis zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Wie auch O'Brien und seine Genossen sich den Ausbeutungsprozeß ausmalten, ist es nach dem Geschilderten klar, daß sie sich dieses Verhältnis nicht anders vorstellen konnten als wie eines des grundsätzlichen Gegensatzes. Als die Verfechter der Reformbill ihren Verrat dadurch zu verschleiern suchten, daß sie von der Harmonie der Interessen der „Mittelstände" und der Arbeiterklasse schwatzten und dem Publikum die Versicherung abgaben, daß die ersteren ihre Interessen nicht fördern können, ohne zu derselben Zeit auch die Interessen der Arbeiter zu fördern, da sprach der „Poor Man's Guardian"[4]: „Glaubet nicht denjenigen, die euch versichern, daß die Mittelklassen und die Arbeiterklasse dieselben Interessen haben. Das ist ein verdammter Betrug. Die Hölle ist nicht weiter vom Himmel und Feuer ist nicht feindseliger zu Wasser, als die Interessen der Bourgeoisie gegenüber denen der produzierenden Klassen sind." „Was für ein Unsinn", schreibt das Blatt ein anderes Mal,[5] „von der Übereinstimmung der Interessen der beiden Klassen zu sprechen! Weder gibt es noch kann es geben eine Gemeinschaft der Interessen zwischen dem Herrn und dem Sklaven. Das Höchste, was der Arbeiter von dem Wohlstand seines Herrn bekommt, ist Beschäftigung für den Augenblick, während der Reichtum, den er schafft, später ihn selbst trifft, indem er ein neues Recht auf seine Arbeit für den Unternehmer und die Erben

[1] „The Destructive", 23. März 1833.

[2] „Poor Man's Guardian", 4. Oktober 1834. [3] Daselbst, 25. Oktober 1834. [4] Daselbst, 17. August 1833. [5] Daselbst, 15. September 1832.

des letzteren schafft." Noch ein drittes Mal schreibt das Blatt:[1] „Wir haben bereits mehrere Male gezeigt, daß die ‚Rechte' des Kapitals und der Arbeit unversöhnlich sind. Tatsächlich ist der Ausdruck ‚Das Recht des Kapitals' ein Mißbrauch der Worte. Das Kapital hat keine Rechte, kann auch keine haben, außer wenn wir die Macht, ein Unrecht zu verhängen, ein Recht nennen. ... Die Rechte des Kapitals lösen sich in der letzten Instanz in ein Recht auf, die Arbeiterklasse zu betrügen und zu knechten."

Es bedurfte einer ganzen Umwälzung in dem Benehmen der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse, um, mit Hilfe einiger Einschränkungen der zügellosen Macht des Kapitals, diese so früh gewonnene Einsicht in die fundamentalen Klassengegensätze der heutigen Gesellschaft in den Köpfen des englischen Proletariats auszuwischen. Indes wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß, weil diese Einsicht durch die rohen Formen der kapitalistischen Ausbeutung ermöglicht wurde, sie auch auf den elementaren Stufen stehen blieb und in dieser Ausbeutung nie etwas mehr als ein zufälliges und durch den Rahmen der Werkstatt begrenztes Verhältnis erblickte. Die Männer der dreißiger Jahre zeichneten sich eben dadurch aus, daß sie dieses Verhältnis zu einem zwischen Besitz und Nichtbesitz verallgemeinerten und aus der Werkstatt in das gesamte gesellschaftliche Leben verpflanzten. Hier kommt zuerst natürlich das politische Gebiet in Betracht.

„Die Geschichte der Menschheit", sagt O'Brien,[2] „zeigt, daß die Mittelstände sich immer mit ‚dem Eigentum' vereinigen, um die ‚Armut' zu unterdrücken, niemals aber mit der Armut gegen die Angriffe des Eigentums, außer in solchen Fällen, wenn ihre eigenen Profite oder Freiheiten durch den Despotismus des Eigentums bedroht sind. Dann rufen sie manchmal die Massen zu ihrer Hilfe, aber aus rein egoistischen Motiven. Denn sobald sie ihr Ziel erreicht, das heißt die Angriffe des Eigentums abgewehrt haben, schütteln sie ihre früheren Bundesgenossen ab und vereinigen sich sogar mit dem gemeinsamen Unterdrücker wieder, um sie in Knechtschaft zu erhalten." Unter dem Worte „Eigentum" muß natürlich Grundbesitz verstanden werden, und der ganze Aufsatz ist offenbar auf die Reformbillbewegung zugeschnitten. In einem allgemeineren Sinne spricht er, indem er einmal die Anbiederung der bürgerlichen Reformer zurückweist. „Wir wissen", sagt er,[3] „daß es viele ehrliche Leute gibt, die von dem Schlagwort der Vereinigung von ‚Reformern aller Klassen' entzückt sind. Die Arbeiter sind allein zu schwach, und das Wort ‚Vereinigung' hat für sie solchen Reiz, daß wir uns nicht wundern, daß sie leicht verführt werden. Allein sie beachten nicht, daß ... es keine wirkliche Vereinigung zwischen Parteien geben kann, die in ihren Interessen, Gefühlen und Gewohnheiten gegensätzlich sind. ... Jeder, der dieses feststellt und den Schwindel aufdeckt, wird von den bürgerlichen Betrügern als einer gebrandmarkt, der ‚eine Spaltung unter den Reformern' schaffen will. Jawohl, eine Spaltung — vielleicht, eine Scheidung, aber eine Scheidung zwischen Wölfen und Schafen." Noch mehr verallgemeinert derselbe O'Brien die Klassengegensätze, indem er schreibt: „Sehen Sie nicht ein, daß, obwohl sie (die Unterdrücker), um uns zu verblenden, den Anschein zu erwecken suchen, als ob sie in verschiedene Gruppen geteilt seien — religiöse, wie Katholiken und Protestanten, oder titulare, wie Herzoge, Lords, Unterhausmitglieder, oder politische, wie

[1] „Poor Man's Guardian", 13. September 1834. [2] Daselbst, 5. April 1834. [3] Daselbst, 28. November 1835.

Digitized by Google

Whigs, Tories, Gemäßigte, Reformer, endlich ökonomische, wie Grundbesitzer, Finanzmänner, Fabrikanten —, sehen Sie nicht ein, daß trotz all dieser schwindelhaften Unterscheidungen (die Unterscheidungen, aber keine Gegensätze sind) diese Leute alle untereinander darin einig sind, euch in Armut und Unwissenheit zu erhalten, indem sie euch aus dem Schaffen der Gesetze und aus der Aufsicht über die Verteilung des von euch erzeugten Reichtums ausschließen? Was schert es uns, ob wir von den Whigs oder von den Tories geplündert werden, solange wir überhaupt geplündert werden? Was für einen Unterschied macht es für uns, ob unsere Gesetzgeber katholische oder protestantische oder birminghamsche Aristokraten sind, solange sie alle darin einig sind, das Land und Kapital zu monopolisieren und in dieser Weise fünf Sechstel der Früchte unserer Arbeit anzueignen?"[1]

Das ist eine Einsicht in die grundsätzliche Identität aller bürgerlichen Parteien, religiösen Sekten und dergleichen, die erst von Marx und Engels wieder zum Ausdruck gebracht wurde. O'Brien aber und seine Genossen sind auch darin unseren Meistern zuvorgekommen, daß sie in der Betrachtung der bürgerlichen Klassen beziehungsweise Parteien das dynamische Moment von dem statischen bereits zu unterscheiden verstanden und demgemäß ihre Stellung den beiden bürgerlichen Parteien gegenüber zu präzisieren wußten. Die liberale Partei, die Whigs, war natürlich, wegen ihrer Heuchelei, ihnen weit mehr verhaßt als die konservative, die Tories.

„Wer", fragt O'Brien,[2] „hat den Liberalen gesagt, daß die Tories unsere einzigen oder gar die schlimmsten Feinde sind? ... Gott im Himmel weiß, wie herzlich wir die Tories verabscheuen. Sollen wir aber die Wahrheit gestehen, so erklären wir feierlich, daß die Whigs die schlimmere Partei sind. Nennt mir eine schuftige Tat der Tories, und ich werde euch zwei derselben Art bei den Whigs zeigen." Das war ein Haß, der noch heutzutage von der englischen Sozialdemokratie gehegt wird und der niemals von denen verstanden wurde, die in die Geschichte der englischen liberalen Partei mit ihrem ständigen Betrügen, Schwindeln und Heucheln nicht eingeweiht waren. Allein was sagte O'Brien selbst? „Die Frage", erzählt er,[3] „wird mir oft gestellt: Wen haben Sie lieber — die alten Abgeordneten oder die neuen, die Grundbesitzer oder die Profitmacher? Meine Antwort war niemals direkt, sondern lautete etwa wie folgt: Ich ziehe keinen vor, hasse aber den Profitmacher mehr. Wenn das Schicksal uns keine andere Wahl als zwischen diesen beiden gelassen hätte, so hätte ich gewiß die Ewigkeit des Grundbesitzers der des Profitmachers vorgezogen. Da ich aber mit begründeter Hoffnung eine Zeit erwarte, in der wir vom Fluche der beiden frei sein werden, so ziehe ich den neuen Abgeordneten dem alten vor, da er die von mir erhoffte Ordnung schneller herbeiführen wird als der letztere." Wer, indem er diese Worte liest, erinnert sich nicht des Schlusses der Marxschen Rede über den Freihandel? In diesem Satze findet man auch den Kern der marxistischen Taktik.

Was von Politik, das galt bei O'Brien auch von Religion. Er war keineswegs ein „Freidenker" in dem modernen Sinne des Wortes — etwa ein Atheist wie Bradlaugh oder ein Agnostiker wie Huxley. Er hat überhaupt nie eine Silbe über Religion als Glauben geschrieben. Dafür aber — und das natürlich ist viel wichtiger — besaß er einen tiefen historischen Sinn für die

[1] „Poor Man's Guardian", 22. September 1832. [2] Daselbst, 28. November 1835.
[3] „National Reformer", 11. Februar 1837.

Religion, als eine Einrichtung, und war nie müde, die Kirche, als ein Werkzeug der Verknechtung, zu bekämpfen. Zur Zeit der sogenannten Emanzipation der Katholiken war er der einzige, der den Schwindel kennzeichnete, daß man die Beseitigung des protestantischen Eides, die den Eintritt der irisch-katholischen Peers in das Oberhaus ermöglichte, als einen Sieg für die Freiheit des Gewissens feierte.[1]

Ein anderes Mal, anläßlich der Ausschließung eines reichen Juden vom Sheriffamt in der City von London, wegen der Verweigerung des christlichen Eides, schrieb er in einem meisterhaft abgefaßten Artikel folgendes:[2] „Die meisten werden die Aufführung des Herrn Sheriff Salomons in dieser Sache loben. Sie werden seine Ausschließung seinen Gewissensbedenken zuschreiben, und Tausende werden mit ihm sympathisieren, die eine ganze Legion verhungernder armer Leute ansehen können, ohne eine einzige Träne für deren Schicksal zu vergießen oder irgend einen Versuch zu machen, sie zu retten. Die Bedenken eines Sektierers finden Tausende Verehrer, während die wirklichen Bedürfnisse und Leiden eines Christen gänzlich ignoriert werden. Was für eine Welt von Sympathie wurde einem Häuflein katholischer Peers und Advokaten gewidmet, die durch die alten antipäpstlichen Eide aus dem Oberhaus und dem Kabinett ausgeschlossen waren! Die Nichtbefriedigung des Ehrgeizes dieser Leute wurde die ‚Vergewaltigung Irlands' genannt, während die wirkliche Vergewaltigung und Quälerei des irischen Volkes nicht mehr beachtet wurde, als wenn sie Schafe oder Krähen wären. Das Hungern, das Elend, die Rechtlosigkeit, die Beraubung und der Massenmord der Armen wurden als nichts betrachtet im Vergleich zu dem Unrecht, daß einige plündernde und herzlose Advokaten vom Parlament ausgeschlossen sind. ... Wann wird das Volk den Schwindel durchschauen? Wann wird es vernünftig werden und verstehen, daß alle Reichen in religiösen Angelegenheiten gleichartig sind, das heißt daß sie eigentlich gar keine Religion besitzen — daß sie sie nur als einen Schleier für ihre Plünderungen und als ein Werkzeug, die Armen zu degradieren und zu verknechten, gebrauchen? ... Herr Salomons wird billig kaufen und teuer verkaufen, er wird nacheinander lügen, betrügen und spekulieren, er wird den Notstand seiner Mitmenschen ausnutzen, um von ihnen ihre Waren zu halbem Preise herauszubekommen, er wird sein Geld zu Wucherzinsen ausleihen und sein Pfund Fleisch, wie Shylock, erpressen. All das wird Herr Sheriff Salomons tun, und zwar trotz seiner Religion, die solche Handlungen verbietet, und trotz der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die solche Handlungen als verderblich für die Freiheiten und das Glück der Armen verabscheut. Aber dann will doch Herr Sheriff Salomons keinen Eid nach dem ‚Glauben des Christen' abgeben! Er will seine Religion nicht beschimpfen, er will seinen ‚Glauben' nicht verraten! ... Was die Millionen immer bedenken müssen, ist, daß die Reichen an keine Religion glauben, außer als politisches Mittel, die produktiven Klassen in Unterwerfung unter die Reichen zu erhalten."

Wir haben diesen längeren Auszug zitiert, weil er höchst kennzeichnend für den Standpunkt O'Briens ist. O'Brien war der erste — wenigstens in England — der die Religion nicht ihrem inneren Wesen nach, sondern vom sozial-

[1] Siehe „Poor Man's Guardian", 3. Oktober 1835; „London Mercury", 26. Februar 1837.

[2] „Poor Man's Guardian", 12. Dezember 1835.

Digitized by Google

politischen Standpunkt aus beurteilte, und so kam er mit seinem Verständnis für die existierenden Klassengegensätze dazu, die einzig richtige Stellung ihr gegenüber einzunehmen, die der flachen Bekämpfung der Religion als solcher ebenso fern blieb, wie der in England so üblichen Voreingenommenheit für den Nonkonformismus (die außerhalb der Staatskirche stehenden protestantischen Sekten). O'Brien hat begriffen, daß Religion und religiöser Glauben zwei verschiedene Dinge sind, die zu verwechseln, ob zu ihrer Befestigung oder ihrer Bekämpfung, gleich falsch ist. Die Religion ist eine gesellschaftliche Einrichtung, die wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen auf der Grundlage der Klassenherrschaft aufgebaut ist. „Der katholische Aristokrat", sagt er glatt,[1] „mag über Transsubstantiation oder Fegefeuer, oder irgend welches anderes Zeug dieser Art anders als der protestantische denken, er wird aber mit ihm in der Frage der Beraubung der Armen übereinstimmen."

Mit derselben Wucht wie gegen den politischen oder religiösen Humbug trat O'Brien gegen allen anderen Humbug auf, mit dem das Kapitalistentum seine Geschäfte zu verschleiern suchte. So war er einer der wenigen, die den Schwindel von der Sklavenbefreiung im britischen Reiche durchschauten und gegen das Geschenk von 30 Millionen Pfund Sterling protestierten, das den verkrachten westindischen Pflanzern als Entschädigung für die Freilassung ihrer Sklaven vom Parlamente bewilligt worden war. Die Heuchelei der Wilberforces und der anderen Führer der Abolitionisten war wahrhaftig ekelhaft, und so trat O'Brien gegen sie mit der ganzen Schärfe seiner Feder auf. „Hört man die Abolitionisten schwätzen", schreibt er,[2] „so kann man meinen, es gäbe außer den Schwarzen keine Sklaven unter der britischen Herrschaft.... Hätten diese Schurken einen aufrichtigen Haß gegen Sklaverei gehegt, so hätten sie begonnen, sie zuerst zu Hause abzuschaffen.... Derjenige, der eine Wohltätigkeitsfahrt nach Jamaika unternimmt, während er sich bloß nach Spitalfields (eine arme Gegend in London) zu begeben braucht, um mehr Elend zu finden, als er zu beseitigen imstande ist, der ist entweder ein dickköpfiger Narr oder ein herzloser Betrüger. Wie kommt es, daß wir niemals die Buxtons oder die Wilberforces sich über die Sklaverei hier, zu Hause, beklagen hören? Höre, Buxton, und wir werden dir sagen: Es ist so, weil du weißt, du glattzüngiger Schelm, daß die englische Sklaverei für ‚unseren höchst zivilisierten Zustand' unentbehrlich ist. Das ist die Ursache, Buxton! Die Sklaverei der Millionen bildet die Grundlage unserer kannibalischen Kultur. Alle deine menschenfresserischen Einrichtungen sind auf dieser Grundlage gebaut, — eben weil die Millionen Sklaven sind, gedeihst du und deinesgleichen so trefflich. Indem du die Neger befreist, verlierst du nichts; du wirst aber recht viel verlieren, wenn du den Engländer befreien sollst." Und O'Brien erklärt diesen letzteren Gedanken so: „In dem einen Falle (das heißt in England) beschäftigt und ernährt der Herr seinen Sklaven nur, wenn er ihn braucht, in dem anderen unterhält er ihn gleich, ob er für ihn Arbeit hat oder nicht.... Die Emanzipation ermöglicht den Herren, mehr Arbeit herauszubekommen und weniger dafür zu bezahlen. Die Emanzipation befreit den Sklaven von der Peitsche, befreit ihn aber auch von seinem Essen, und da hungrige Leute wenig Respekt für die Gesetze haben, so macht er bald die Entdeckung, daß indem er der Peitsche entflieht, er auf die Tretmühle oder den Galgen stolpert."

[1] „Poor Man's Guardian", 12. Dezember 1835.
[2] „The Destructive", 8. Juni 1833.

Digitized by Google

Man sieht, mit welch einer Einsicht in die Klasseninteressen, die die Handlungen des herrschenden Bürgertums bestimmen, O'Brien über die verschiedenen Zeitfragen urteilte. Wie wir nämlich im vorigen Kapitel bemerkten, war diese Einsicht bei ihm nicht etwa eine zufällige, außer jedem Zusammenhang stehende Vorausnahme, sondern bildete eine ganze Weltanschauung, die in einer überraschenden Weise der heutigen marxistischen nahe kam. Wir werden jetzt sehen, welche praktischen Anwendungen diese Weltanschauung bei O'Brien gefunden hat.

IV.

Der gegen uns Sozialdemokraten so oft erhobene Vorwurf, daß wir an der täglichen Reformarbeit nur ungern teilnehmen, blödsinnig wie er auch ist, enthält doch ein rechtes Stück Wahrheit in dem Sinne, daß wir nicht an jedem Humbug, der bei den bürgerlichen Parteien als Reform gilt, mitarbeiten wollen, daß wir überhaupt von diesen Parteien nie eine ernste und durchgreifende Reform zu bekommen hoffen; daß uns aber auch eine ernste Reform nur als ein Mittel erscheint, weitere Reformen zu erkämpfen und so unserem Endziel immer näher zu kommen. Anders könnte es auch nicht sein. Eben deshalb sind wir eine revolutionäre Partei, weil wir die Überzeugung gewonnen haben, daß nur eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft die Lösung aller uns quälenden Fragen herbeiführen könne. In keinem Augenblick lassen wir uns über die Unzulänglichkeit des Reformwerkes täuschen, und gegenüber dem großen Tamtam, das von den bürgerlichen Parteien jedesmal erhoben wird, wenn eine Reform zustande gebracht wird, stehen wir nicht an, den für uns maßgebenden Standpunkt zu betonen.

Nicht anders war es bei den Männern der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Nachdem sie einmal in allen Handlungen und Schlagworten der herrschenden Klassen das ihnen zugrunde liegende Interessenmoment entdeckt hatten, konnten sie nicht umhin, den Sturz dieser Klassen als das einzige Ziel zu betrachten, das ihrer Bestrebungen wert war. „Alle Reformen", erklärt O'Brien,[1] „in der Kirche und dem Staate, die nicht dazu verhelfen, den Arbeiter aus der Tyrannei des Kapitals zu befreien, sind für die Arbeiterklasse nutzlos oder noch schlimmer als nutzlos." „Was hat die Arbeiterklasse", fragt derselbe O'Brien ein anderes Mal,[2] „was hat sie — wenigstens in diesem Augenblick — mit Zehnten oder mit Steuern oder mit der Aufhebung der Vereinigung mit Irland oder sogar der Abschaffung der Korngesetze zu tun? Nichts, aber auch gar nichts. Dies alles sind Fragen, die unter den gegebenen Umständen nur die mittleren und höheren Klassen angehen. Warum? Weil, wenn die Steuern und die Zehnten heute abgeschafft werden, der ganze Nutzen davon eben diesen Klassen zufallen wird. Und unter dem heutigen System kann es auch nicht anders sein. Solange die Existenz des Arbeiters vom Kapital der anderen abhängt, muß er auch die Existenz eines Paupers führen.... Es gibt nur ein Mittel, und das ist, das ganze System umwerfen. Es kann keine Reformierung in einzelnen Teilen geben. Es ist leichter, das ganze umzugestalten, als einen Teil zu reformieren. Und wissen Sie, aus welchem Grunde? Aus demselben Grunde, aus welchem es leichter ist, einen neuen Baum zu pflanzen, als Früchte aus einem kranken Baume zu erzeugen. Und wirklich, schaffen Sie mal die Zehnten ab, und der Gewinn fließt dem Land-

[1] „Poor Man's Guardian", 4. Oktober 1834. [2] Daselbst, 22. Februar 1834.

Digitized by Google

besitzer oder dem Pächter oder den beiden zu. Schaffen Sie irgend eine Steuer ab, und die Differenz wird vom Kapitalist verschlungen. Aber was macht es für den Arbeiter aus, ob die Früchte seines Fleißes von dem Pfaffen, unter dem Namen der Zehnten, oder von dem Landbesitzer und Pächter, unter dem Namen von Rente und Profit, usurpiert werden? Auch keinen einzigen Pfifferling."

Prinzipiell mag O'Brien nicht ganz recht gehabt haben, indem er die Tendenz der ökonomischen Gesetze so schroff ausmalte. Allein es ist nicht zu vergessen, daß das englische Proletariat zu jener Zeit noch keine tüchtigen Organisationen besaß, die ihm erlaubten, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, überhaupt aber, daß diese Reformen damals das Steckenpferd der bürgerlichen Parteien waren, mit denen sie das Proletariat zu verführen suchten. Daher war die schroff ablehnende Stellung, die O'Brien gegenüber diesen und sonstigen Reformen einnahm, auch keine grundsätzliche, sondern vielmehr eine, die von einem tiefen Mißtrauen in der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der herrschenden Klassen diktiert wurde. „Alle Unterdrückten jeder Art", warnt er,[1] „sollen mit Mißtrauen die Reformmaßnahmen betrachten, die von ihren Unterdrückern ausgehen, und soll das Reformwerk wirklich gut ausgeführt werden, so müssen die Unterdrückten sich selbst damit beschäftigen." Das ist nur eine Paraphrase des bekannten Satzes von der Selbstbetätigung der Arbeiterklasse, der uns seitdem nicht minder von der Theorie wie durch die bittere Erfahrung eingepaukt worden ist.

Damit aber stellten sich O'Brien und seine Genossen zugleich in einen schroffen Gegensatz gegenüber Robert Owen und anderen Utopisten, die voll kindlichen Vertrauens auf die Wirksamkeit der Schlagworte von Gerechtigkeit und Menschlichkeit an die herrschenden Klassen appellierten und von einer friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft durch Produktivgenossenschaften und dergleichen träumten. „Es ist", schreibt O'Brien,[2] „uns oftmals schmerzlich, dem Benehmen der Arbeiter zuzusehen. Wir gestehen, daß es uns peinlich ist, die feierlichen Versicherungen der Harmlosigkeit ihrer Absichten zu vernehmen, ihre schlichten Berufungen auf Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zu hören und ihre zarte Gewissenhaftigkeit in allen strittigen Fragen zu beobachten. Warum? Weil dieses alles eine völlige Unkenntnis der heutigen gesellschaftlichen Ordnung bezeugt. Die Arbeiter ... bilden sich ein, daß, da ihre Argumente auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit gegründet sind, ihre Unterdrücker auch die ihrigen auf derselben Grundlage beruhen lassen dürfen. Was für eine klägliche Täuschung! Seit die Welt existiert, haben die Reichen noch nie auch nur einen Pfifferling für Gerechtigkeit und Menschlichkeit gesorgt. Wir fordern den Geschichtschreiber heraus, der uns einen einzigen Fall vorführen kann, wo die Reichen in irgendwelchem Lande oder Zeitalter aus Liebe zur Gerechtigkeit oder infolge eines bloßen Appells an ihr Herz oder Gewissen auf ihre Macht verzichteten. Solche Fälle gibt es nicht! Gewalt, nur Gewalt hat sie immer zur Menschlichkeit bekehrt!"

Freilich liegen die Dinge nicht ganz so einfach, wie sie O'Brien schildert. Gerechtigkeit und Menschlichkeit — ob Liebe für sie oder das Gegenteil — spielen überhaupt in den Klassenkämpfen keine maßgebende Rolle. Das geschichtliche Handeln der Klassen hängt von ihrer gesamten Stellung in dem Produktionsprozeß ab, die der Bourgeoisie oftmals Gerechtigkeit und Menschlichkeit in einer vom Standpunkt des Proletariats aus absurden Gestalt erscheinen läßt. Allein was O'Brien von dem einzig wirksamen Mittel, die

[1] „Poor Man's Guardian", 18. Oktober 1834. [2] Daselbst, 21. Juni 1834.

herrschende Klasse zur Menschlichkeit zu bekehren, sagte, war gegenüber dem Owenschen Utopismus ein großer Fortschritt. Indes, was er unter dem Worte „Gewalt" verstand, war nicht bloß die rohe, physische Gewalt, sondern vielmehr der moralische Druck oder, wie er es bezeichnete, „die Koalition, die entschiedene Vereinigung der gesamten produktiven Klassen".[1]

Auch ein anderes Mal schrieb er anläßlich der Owenschen Träumereien in demselben Sinne: „Ist einmal der Reichtum erworben, werden seine Besitzer auf das System freiwillig verzichten, das ihnen diesen Reichtum gewonnen hat? ... Diejenigen verstehen wenig die menschliche Natur, die so denken. So verhärtet sind die Herzen dieser Leute durch den Charakter ihrer Beschäftigungen, daß sie ohne Zweifel eher die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung der Welt opfern würden, als auf ihren Reichtum verzichten.... Auch ist es nutzlos, mit ihnen über das höhere Glück eines anderen Systems zu sprechen, sie wissen von einem solchen Glücke nichts. Ihr einziges Glück, das sie verstehen, ist Geld, die Macht, andere für sie zur Arbeit und zum Denken zu zwingen, das Bewußtsein ihrer eigenen Überlegenheit.... Es gibt nur ein Mittel, sie zu erweichen, die Furcht. Jagt diesen Mammonisten Angst ein, und ihr könnt mit ihnen alles tun."[2] Hier ist das subjektive Moment in dem Handeln der herrschenden Klassen noch stärker betont; die zugrunde liegende Überzeugung aber, daß das Verhältnis zwischen Klassen im Grunde nur eine Machtfrage ist, war durchaus richtig und den üblichen utopistischen Anschauungen weit überlegen.

Daraus floß das Wesentlichste, was O'Brien und seine Genossen von Owen und anderen Utopisten unterschied. Es war das Verständnis für den politischen Kampf beziehungsweise die Eroberung der politischen Macht, als das einzige Mittel, die notwendigen Reformen, ja die Umgestaltung der Gesellschaft nach der Ansicht eines Owen oder irgendwelchen anderen Sozialisten durchzuführen. „Jedermann weiß", schrieb O'Brien,[3] „daß eine Regierung nur für den Schutz derjenigen bestimmt ist, die sie ins Leben rufen. Wenn bloß wenige die Regierung ins Leben rufen, wird die Regierung nur für diese wenigen regieren. Wenn die Regierung von vielen gemacht wird, dann wird sie für die vielen regieren, außer, wie es oft passiert, wenn die wenigen listig und stark genug sind, die vielen um ihren Anteil zu beschwindeln. In England ist die Regierung für die mittleren und höheren Klassen geschaffen worden, in anderen Worten für die, welche von Raub und Gewalt leben. Solange die Regierung in solchen Händen liegt, wird es weder Herrn Owen noch irgendwem anderen gelingen, auch nur die kleinste praktische Reform durchzusetzen." „Lasset die Religion ruhen", sagt er ein anderes Mal, indem er über die Ankunft einiger Saint-Simonistischen Hohepriester nach England spricht,[4] „lasset die Religion ruhen und bleibet bei der politischen Ökonomie stehen.... Lieber predigt über die gebührenden Rechte der Arbeit und kämpfet für die politische Befreiung der Arbeiterklasse.... Präget die Notwendigkeit der Vereinigung der Unterdrückten aller Religionen gegen die Unterdrücker aller Religionen ein.... Was die Millionen brauchen, ist eine Regierung des ganzen Volkes zum Schutze des ganzen Volkes. Ist dieses einmal erreicht, dann werden die Massen imstande sein, den Owenismus oder den Saint-Simonismus oder irgendwelchen anderen Ismus zu verwirklichen.... Indem das Volk über die Gesetzgebung verfügt, kann es alles durchführen, was nicht naturgemäß un-

[1] „Poor Man's Guardian", 25. Oktober 1834. [2] Daselbst. [3] Daselbst, 21. März 1835. [4] Daselbst, 30. September 1833.

möglich ist. Ohne diese Macht wird es nie etwas ausführen können." „Die Gegner von Herrn Owen", sagt auch Hetherington,[1] „meinen, daß seine Ansichten über die Gesellschaft zu utopistisch sind, um verwirklicht zu werden. Ganz umgekehrt, sie sind durchaus praktisch und heilsam, wenn nur das Volk über die nötigen Machtmittel verfügte. Wenn das Volk gleiche Rechte, folglich auch gleiche Gesetze genießen wird, dann, nicht aber früher, wird die Möglichkeit, die Überlegenheit der Ansichten des Herrn Owen zu demonstrieren, gegeben werden. Zu versuchen aber, unter der heutigen politischen Ordnung, und ehe noch die Arbeiterklasse politisch emanzipiert ist, die philanthropischen Pläne des Herrn Owen auch nur teilweise zu verwirklichen, hieße einfach den Karren vor die Pferde stellen, es wird kläglich mißlingen."

Man sieht, wie richtig die damaligen Führer der Arbeiterklasse die Wichtigkeit der politischen Rechte für den proletarischen Emanzipationskampf begriffen haben. Es war ihnen ganz unverständlich, wie ein so scharfblickender Mann, wie Robert Owen, die handgreifliche Notwendigkeit der politischen Befreiung der Arbeiterklasse verkennen konnte, und mehrere Male brach bei ihnen der Zorn los, als sie die politische Indifferenz der Owenisten und der von ihnen geleiteten Trade Unions betrachteten. „Wenn wir", schreibt O'Brien,[2] „den jetzt fortgehenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit oder den Trade Unions einerseits und den Fabrikanten andererseits beobachten, erfüllt uns eines mit Verwunderung und Leid, nämlich die Tendenz der Hauptführer der Arbeiter, ihre Sache von der Politik gänzlich zu trennen. Das ist das läppischste und leichtsinnigste Verfahren, das man sich nur vorstellen kann." „Was haben", fragt auch leidenschaftlich Hetherington,[3] „was haben die ‚echten' Owenisten in London zur Beseitigung aller der Scheußlichkeiten getan, außer daß sie die edlen Bemühungen der anderen durch ihre Verurteilung der Politik paralysierten. Nero geigte, als Rom brannte, und die philanthropischen Owenisten tun dasselbe.... Ich sage Ihnen, das erste und wichtigste Hindernis, das zu beseitigen ist, ist der Mangel an politischer Macht der Millionen, und solange dieser nicht beseitigt ist, bleibt die kooperative Organisation, die Herr Owen plant, eine Unmöglichkeit."

Die Notwendigkeit der politischen Befreiung der Arbeiterklasse wurde von diesen Männern so oft und so scharf betont, daß bereits damals, wie später den Chartisten, oftmals der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die politische Macht fetischierten und aus dem allgemeinen Wahlrecht, das sie forderten, ein wahres Allheilmittel machten. Zwar traf dieser Vorwurf manchmal zu, aber nur in einzelnen Fällen, wo im Streite mit den Owenisten die Verfechter des politischen Kampfes in ihrem Eifer so weit gingen, daß sie jeder anderen Reform außer der Wahlrechtsreform alle Bedeutung absprachen und der Wahlrechtsreform selbst alle anderen Reformen fast automatisch folgen ließen. Man lese aber die zahlreichen Artikel über Amerika, die O'Brien im „Poor Man's Guardian" und anderswo geschrieben hat, um die Überzeugung zu gewinnen, daß es sich bei ihm nie um die politischen Einrichtungen an und für sich handelte. Er zeigt, wie auch ein demokratisches Wahlrecht und ein demokratischer Staat mit der Verknechtung der Arbeitermassen vereinbar sind, „sie (in Amerika) haben Reiche und Arme wie wir, Schwankungen der Beschäftigung und Bankrotte wie wir, und gebrochene Herzen und zerbrochene Schädel

[1] „Poor Man's Guardian", 24. Dezember 1831. [2] Daselbst, 7. Dezember 1833. [3] Daselbst, 14. Januar 1832.

wie wir".[1] „Denn", erklärt er,[2] „etwas anderes ist es, das Wahlrecht zu besitzen, und wieder ganz etwas anderes, von ihm vernünftigen Gebrauch zu machen. Tatsächlich ist das allgemeine Wahlrecht von geringem Werte, wenn es bloß für politische Zwecke gebraucht wird. Es besitzt nur Wert als ein Hilfsmittel zur sozialen Reform oder als Mittel zum Schutze der Massen bei der Gründung neuer Einrichtungen für die Produktion und Verteilung des Reichtums."

Daraus ist zu sehen, daß bei diesen Männern die Eroberung der politischen Rechte wirklich nur als Mittel zu einem höheren Zwecke galt. Zwar ist dieser Zweck, wie im vorstehenden, nur ganz im allgemeinen gestreift. Aus anderen Äußerungen derselben Schriftsteller kann man sehen, daß die soziale Zukunft in ihrem Gehirn sich recht konfus und widerspruchsvoll malte, nicht einmal so logisch und klar wie bei Owen. Allein was ihr Verdienst wie auch ihre historische Bedeutung ausmachte, war nicht die Konsequenz und Klarheit ihrer utopistischen Pläne — denn nur um solche Pläne konnte es sich unter den gegebenen Umständen handeln —, sondern daß sie sozusagen die Prolegomena zu jeder zukünftigen Gesellschaftsordnung festgestellt haben. Aus den reellen Klassenkämpfen der Zeit geboren, durchdrang ihr Gedanke den mannigfaltigen politischen, religiösen, ethischen und sonstigen Schleier, der das tiefe Wesen der modernen Gesellschaft umhüllt, und gewann eine überraschend klare Einsicht in die grundsätzlichen Klassengegensätze, von denen alles übrige, das Handeln wie das Denken, die Einrichtungen wie die Erscheinungen der Gesellschaft abhängt und bestimmt wird. O'Brien und seine Mitarbeiter waren die ersten, die bei der Auffassung der sozialen Prozesse und sozialen Tatsachen sich auf einen geschichtlich-materialistischen Standpunkt stellten. Sie waren auch die ersten, die den proletarischen Klassenkampf proklamierten und die Bedeutung der politischen Macht beziehungsweise des allgemeinen Wahlrechtes gebührend einschätzten. Ihre Lehren wurden bald zur theoretischen Grundlage der mächtigen chartistischen Bewegung, vor der man sich oft in Bewunderung fragt, ob sie wirklich eine vormarxsche Bewegung war.

Nach allem dem, war wir ausgeführt haben, wird sich beim Leser von selbst die Frage erheben, inwieweit unsere Großmeister Marx und Engels diesen Denkern der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die Ausbildung ihrer eigenen Ansichten schuldeten. Es scheint doch recht unglaublich zu sein, daß Marx und Engels, die bloß um einige Jahre später als jene auf der Szene erschienen, nichts von denen gelernt haben sollten, die einen wesentlichen Teil der von ihnen später verkündeten Lehren vorausgenommen hatten. Indes fehlen dafür alle direkten Beweise. Vielmehr haben wir die Erklärung von Engels, daß es die Hegelsche Philosophie und der damalige französische Sozialismus waren, die hauptsächlich auf Marx einen Einfluß ausübten, womit der ideologische Faktor eines O'Brien oder irgendwelchen anderen englischen Denkers implicite eliminiert ist. Dennoch glauben wir, daß es sehr voreilig wäre, so etwas ohne weiteres anzunehmen. Einmal ist der indirekte Einfluß, wie er sich durch die chartistische Bewegung ergeben dürfte, noch nicht ausgeschlossen. Erwähnt doch, zusammen mit jenen Faktoren, Engels auch die englischen industriellen Verhältnisse; diese aber wurden in der chartistischen Literatur erst richtig beleuchtet. Dann aber war, wie auch Genosse Mehring erwähnt,[3] ohne Zweifel Engels der erste der beiden, der an die Grundzüge der späteren

[1] „Poor Man's Guardian", 27. Dezember 1834. [2] Daselbst, 5. Juli 1834.

[3] „Aus dem literarischen Nachlaß", I, S. 359.

Digitized by Google

materialistischen Weltanschauung gelangte, Engels aber bekam seine politische Erziehung erst in England, wo er nicht nur das Leben beobachtete, sondern auch die damalige Literatur eifrig studierte. Es läßt sich vermuten, daß Engels eben aus dieser Literatur seine erste Einsicht in die Theorie des Klassenkampfes gewann, wie er überhaupt die Klassenkämpfe selbst zu schildern lernte, die er in seinem ersten Buche über die Lage der englischen arbeitenden Klasse darstellte. Er konnte dann seinen neuerworbenen Standpunkt in seinen Briefen an Marx, bei ihren Zusammenkünften in Paris und Brüssel, hauptsächlich aber während des Aufenthaltes Marx' in England 1845 darlegen und entwickeln und in dieser Weise seinen Freund in seinem geistigen Entwicklungsprozeß fördern. Engels erwähnt auch, daß er seinem Freunde verschiedene englische Schriften zu lesen gab, vermutlich solche, die diesen seinen Standpunkt unterstützten. Vielleicht eben deshalb, weil Engels eine solche Rolle in der Entwicklung der späteren marxistischen Philosophie gespielt hat, erwähnte er den Einfluß der englischen Ideen nicht, er hätte sonst sich selbst als den ursprünglichen Urheber der materialistischen Geschichtsauffassung hinstellen müssen, was im Widerspruch zu seiner Bescheidenheit und Loyalität gegenüber Marx stand.

Natürlich sind alle diese Mutmaßungen eben nur Mutmaßungen und sollen bloß als solche angenommen werden. Sie gehen hauptsächlich davon aus, daß fünfzehn Jahre vor der Abfassung des „Kommunistischen Manifestes“ die Lehre von den Klassengegensätzen und Klassenkämpfen in der bürgerlichen Gesellschaft bereits in aller Schärfe und in den meisten Folgerungen dargestellt war, und zwar nicht lapidar, sondern in einer systematischen und geschlossenen Weise, die noch heute unsere Bewunderung und Begeisterung hervorruft. Dann aber waren diese Anschauungen nicht etwa von unbekannten Männern in Winkelzeitschriften dargelegt, sondern von den hervorragendsten proletarischen Publizisten jener Zeit, deren Namen in jedem Munde waren und deren Schriften in vielen Zehntausenden unter der Arbeiterschaft zirkulierten. Besonders O'Brien war viel von den Zeitungsverlegern gesucht, und seine Mitarbeiterschaft wurde sehr hoch bezahlt. Daß die Ideen dieser vornehmen und populären Denker ohne eine Spur über Engels und Marx vorbeigingen, scheint unmöglich zu sein. Vielleicht werden wir eines Tages an der Hand neuer Dokumente mehr als bloß Mutmaßungen darüber auszusprechen in der Lage sein.

Die Aussichten der russischen Revolution.

Von **Wl. Kossowski.**

Nun sind es schon zwei Jahre, daß Rußland eine schwere politische Krise durchmacht, eine Krise, die dem flüchtigen Auge des Zuschauers sich auf Jahre in die Länge zu ziehen scheint oder gar — mit gewissen konstitutionellen Flicklappen — sich in einen „normalen“ Zustand des politischen Lebens im Lande zu verwandeln droht. Unter diesen oberflächlichen Beobachtern finden wir sogar eine ganze Partei, die Partei der „Kadetten“, welche sich dem Glauben hingeben, Rußland habe — ob von der Regierung gewollt oder nicht — endgültig und unumstößlich die Bahn der schrittweisen konstitutionellen Entwicklung betreten, und die auf der Illusion des allmählichen Hineinwachsens einer Rechtsordnung in das morsche Gebäude des Absolutismus ihre ganze Parteitaktik aufbauen. Aus Gerechtigkeitsgründen ist es notwendig, hinzuzufügen, daß

man auch in manchen sozialdemokratischen Kreisen sich eine Zeitlang ernsthaft mit dem Gedanken trug, die Revolution im Sinne noch bevorstehender Kämpfe mit der alten despotischen Macht um die noch nicht eroberten Grundelemente der Verfassung sei beendet und die Volksbewegung werde damit aufhören, daß von der zarischen Regierung einige politische Konzessionen zugunsten der herrschenden Klassen (der Agrarier und der Klasse der Industriellen und der Großfinanz) und eine lahme Konstitution — eine Konstitution für die oberen Zehntausend — gewährt werden. Dabei berief man sich gewöhnlich auf irgend eine historische Analogie, besonders oft auf das Beispiel Preußens (nach der Niederlage der Revolution vom Jahre 1848).

Dieser Pessimismus war ein Ausfluß des Niederganges der revolutionären Bewegung nach der unerhört grausamen Unterdrückung des Dezemberaufstandes von 1905, ein Resultat des schroffen Umschlagens der Stimmung der Bourgeoisie, die der Revolution den Rücken kehrte; er machte bald einer gesunderen Auffassung der Ereignisse Platz, die sich auf einer nüchternen Analyse der kämpfenden sozialen Kräfte und ihrer gegenseitigen Beziehungen aufbaute.

Zwei Jahre sind verstrichen, seit die Regierung den Feldzug gegen die Revolution und gegen alles, was mit ihr in Verbindung steht, eröffnet hat. Die ganze Kraft der gewaltigen Regierungsmaschine ist auf den Kampf gegen das „Aufwieglertum" gerichtet, es ist die einzige Tätigkeit, die der Staat gründlich leistet. In diesem Kampfe geht die Regierung grausam, schonungslos vor, bekundet aber die Vorsicht eines erfahrenen und durchtriebenen Spielers. Ohne Eile, Schritt für Schritt vernichtet sie eine Errungenschaft der Revolutionsperiode nach der anderen und wählt sehr glücklich für die Offensive die Zeitpunkte der Zuspitzung der sozialen Gegensätze, der gesellschaftlichen Desorganisation, Niedergeschlagenheit und Apathie.

Betrachten wir zum Beispiel, wie die Regierung die Okkupation Finnlands vorbereitet. Einen passenderen Zeitpunkt für einen Überfall auf die finnländische Verfassung könnte man schwer finden: die Revolution in Rußland ist besiegt, das freie Finnland ist isoliert und stellt eine winzige Oase in der riesigen Wüste dar, welche mit den Gebeinen der im Streite für die Freiheit gefallenen Kämpfer dicht besät ist. Andererseits verschärft sich in Finnland selbst immer mehr und mehr der Klassenkampf. Die Arbeiter schließen sich zusammen gegen die industrielle Bourgeoisie, die kleinen Fropar (Farmer) und Landarbeiter organisieren sich gegen das Junkertum, der Einfluß der Sozialdemokratie indessen wächst und verbreitet sich weit über das städtische und ländliche Proletariat hinaus. Die herrschenden Klassen — das Bürgertum und die Junker — sehnen sich nach einer „eisernen Gewalt", um den Kampf mit der roten Hydra aufnehmen zu können, die sie durch ihre kolossalen Erfolge bei den letzten Wahlen in den finnischen Landtag zu Tode erschreckt hat. Im finnischen Senat hoffen sie nicht diese „Gewalt" zu finden und liebäugeln daher mit dem zarischen Absolutismus. Letzterer fängt diese zärtlichen Blicke auf, und hinter sich ein Land, das in den Ketten der Sklaverei schmachtet, geht er an die vorbereitenden Maßnahmen: man verhaftet russische Revolutionäre in Finnland und Finnländer in Petersburg; mit der höchsten Verwaltung des Großfürstentums werden ehemalige Leiter der berüchtigten Strafexpedition betraut, Bluthunde, die die Schule Bobrikoffs und v. Plehwes absolviert; längs der finnischen Grenze werden militärische Posten aufgestellt; nach Helsingfors sendet man Kosaken, während das Gouvernement Wiborg von russischem Militär

förmlich überschwemmt wird. Indessen werden auch direkte Anläufe gegen die finnische Verfassung unternommen (die letzten Erlasse des Zaren an die finnische Regierung über sofortige Zahlung der 20 Millionen Mark und Erhebung der temporären Steuern), es wird mit einem Worte die Wiederherstellung des Bobrikoffschen Regiments allmählich vorbereitet — mit einigen Verbesserungen im Geiste der kriegsfeldgerichtlichen Praxis: der Probeballon in der Gestalt des Gerüchtes über eine Annexion des Gouvernements Wiborg an das Reich verdient eine gewisse Beachtung.

Gleicher Art ist die Politik der zarischen Regierung im ganzen Bereich des russischen Reiches: allmähliche, immerwährend vorsichtig den Boden prüfende Liquidation der Oktoberperiode zum Zwecke einer totalen Wiederherstellung des ancien régime. Die sozialen Kräfte, auf die sich die Regierung in ihrer Aufräumungspolitik stützt, bilden hauptsächlich der grundbesitzende Adel und die Großbourgeoisie, teilweise die wachsende Klasse des Großbauerntums, dessen Großziehung zu den wichtigsten Aufgaben der Agrarpolitik der Regierung gehört.

Erschreckt durch die Agrarunruhen und die Forderungen der gewaltsamen Enteignung ihrer Güter sind die Grundbesitzer die erbittertsten Feinde jeder politischen Freiheit geworden, ja jeder kulturellen Entwicklung des Landes überhaupt. Die Semstwos, in welchen sie die Majorität bilden, werden von ihnen einfach in Organe der Sicherheitspolizei verwandelt: sie schließen die Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken, statistischen Bureaus; kurz, alle Anstalten, die irgend eine kulturelle Aufklärungsarbeit leisten, werden von ihnen dem Boden gleichgemacht. Gleichzeitig bewilligen die Semstwos kolossale Summen für die Verstärkung der Polizei, subventionieren die „schwarze" Presse, ja es werden sogar, wie es die Jekaterinoslawer Semstwo getan, Abteilungen von Spitzeln und ähnlichem Gesindel zum Zwecke der Spionage organisiert.

Nicht weniger Haß gegen die Revolution bekundet die kapitalistische Bourgeoisie. Der Umstand, daß das Proletariat bemüht war, die Freiheitstage für die Verbesserung seiner ökonomischen Lage in vollem Maße auszunutzen, stieß die Bourgeoisie in die Arme der Reaktion, und jetzt benutzt sie die gewaltige Unterdrückungsmaschine des Polizeistaats dazu, um den Arbeitern alles das wegzunehmen, was jene in der kurzen Revolutionsperiode erkämpft hatten. Sie beantwortet nicht bloß mit Massenkündigungen und Aussperrungen die ökonomischen Forderungen der Arbeiter oder deren Widerstand gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Logik der Tatsachen treibt sie vorwärts bis zur Verfolgung der politischen Massenstreiks, derselben Streiks, die von ihr in den Oktobertagen 1905 tatkräftig unterstützt wurden. So hatte der Verband der Fabrikanten in Petersburg eine Reihe der schärfsten Maßregeln beraten für den Fall, daß die Arbeiter den 9. Januar durch Niederlegung der Arbeit hätten feiern wollen. Denselben reaktionären Geist hat die Bourgeoisie in die städtischen Verwaltungen hineingebracht, die sich immer mehr und mehr in ein Asyl der „schwarzen Banden" verwandeln. So wurde zum Beispiel am 18./31. Januar an die Petersburger Blätter aus Elisawetgrad telegraphiert: „Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung, für die von der Semstwo der Stadt gespendeten 5000 Rubel zwei Agenten der Geheimpolizei und achtzehn berittene Polizisten gegen Besoldung in den Dienst der Stadt zu stellen."

Es ist dies keineswegs die einzige Stadtduma, die die Bahn des polizeilichen Spitzeltums betreten hat.

Der Differenzierungsprozeß des Bauerntums, dem die Agrarpolitik des Absolutismus in großem Maße Vorschub leistet, erscheint in den Händen der Regierung als neuer Trumpf. Immer schärfer werden auf dem Lande die Beziehungen zwischen dem Häuflein von Geldsäcken und der großen Masse der armen Bauern; die sich rasch entwickelnde Klasse der Großbauern sucht natürlicherweise beim Absolutismus Schutz und Schirm gegen den Ansturm der Volksmassen.

Indem sich die Regierung auf die von uns geschilderten sozialen Kräfte stützt, verfolgt und vernichtet sie die Presse, die Gewerkschaften, die Konsumvereine, nicht minder Anstalten und Vereine, die kulturell aufklärende Zwecke verfolgen und die von der Regierung als ein Herd der revolutionären Seuche angesehen und demgemäß behandelt werden, mit einem Worte, alles das, was in irgend einer Art den Volksmassen helfen könnte, sich aus dem Zustand der Zersplitterung zu einer organisierten Macht zu erheben. Der grausamsten Verfolgung ist nicht bloß die revolutionäre Bewegung ausgesetzt, nicht allein die proletarischen und Bauernorganisationen, sondern nicht minder die loyale bürgerliche Opposition, die ja jegliche Verbindung mit allem, was Revolution heißt oder heißen könnte, energisch ablehnt. Wir erinnern an die sich immer öfter wiederholenden Haussuchungen bei den „Kadetten", wie diese zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer illegalen Partei oder, wie es im Polizeistil heißt, zu einer „geheimen Verbindung". Diese ganze Zerstörungsarbeit vollzieht sich auf dem Boden der gröbsten chauvinistisch-nationalistischen Politik, die gerade in der Liquidationsperiode ihren Höhepunkt erreicht hat, auf dem Boden einer selbst in den Annalen des Zarismus beispiellosen Hetze gegen die Fremdvölker, in erster Linie natürlich gegen die Juden, für welche der Senat mit einer geradezu ungeheuerlichen Erfindungskraft immer neue Beschränkungen schafft, obwohl es bereits schien, als ob alle Möglichkeiten der Rechtsbeschränkung erschöpft wären, in zweiter Linie gegen die Polen, deren nationaler Kultur in der letzten Zeit der Krieg bis aufs Messer erklärt worden ist (die Auflösung des Schulvereins „Macierz" mit allen seinen Abteilungen).

Während die Regierung die Revolution blutleer macht, trifft sie gleichzeitig alle möglichen Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Kampfespositionen. Wie weit ihre Fürsorge in dieser Beziehung reicht, beweist genügend die Bildung des sogenannten „Exploitationseisenbahnkorps", womit eine Lahmlegung des für die Zukunft wohl möglichen Eisenbahnerstreiks bezweckt wird.

Das einzige, was von den Oktobersiegen noch übrig blieb, ist — die Reichsduma. Aber die Duma, in der die Feinde der Demokratie, die Gutsbesitzer und Industriellen, heute die absolute Mehrheit bilden, ist notgedrungen in eine elende Parodie auf eine Volksvertretung ausgeartet, in ein Regierungsdepartement, das nicht gewillt ist, auch nur ein Atom derjenigen Macht anzutasten, deren Trägerin die allmächtige Bureaukratie ist.

Eine treffende Charakteristik des jetzigen Regimes und der dritten Duma gibt uns in seiner Nummer vom 23. Januar 1908 der „Grashdanin", das Organ der verwilderten Junker vom Schlage des Fürsten Meschtschersky. Der Artikel, dem wir ein paar Sätze entnehmen, trägt den Titel: „Der Herr in der Vizeuniform", womit die regierende Bureaukratie gemeint ist. In jenem Artikel heißt es:

„Rußland ist endlich überzeugt, daß die Duma sich in eine neue bureaukratische Instanz verwandelt hat, in der sich die Geschäfte noch langsamer abwickeln werden als in der alten. . . .

„Die Puppe“ (so nennt der Verfasser den „Liberalismus“ der Oktobristenpartei) „betrat das Taurische Palais, der Herr in der Vizeuniform ist in seine Kanzlei zurückgekehrt, und nun wird zwischen ihnen dasjenige Spiel getrieben, das ‚russischer Parlamentarismus‘ genannt wird und das dem Wesen der Sache nach nichts anderes darstellt als die alte, gut bekannte väterliche Leitung des Staates durch den Bureauchef....

„Zusammen mit dem Gesetz vom 3. Juni ist aus dem Chaos des russischen Aufruhrs der Herr in der Vizeuniform aufgetaucht — wie früher hinterlistig, frech und allmächtig. Da habt ihr ihn wieder auf den Höhen und Tiefen des russischen Lebens, auf allen ihren Stufen und in allen Löchern, in den Ministerien, im Reichsrat und in der Duma. Das ‚verjüngte‘ Regime hat sich in Wahrheit als ‚verjüngt‘ nur für die Bureaukratie erwiesen.“

An anderer Stelle, in Nr. 4 des Blattes vom 17./30. Januar zieht Fürst Meschtschersky in eigener Person den Strich unter die oben angeführte Charakteristik. Er sagt da: „Bei uns gibt es keine Verfassung, und um so weniger ein Atom von einem Parlament.“

Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß auch die dritte Duma, mag sie noch so gefügig, servil und gehorsam sein, der Regierung ein Dorn im Auge ist, denn trotz ihres reaktionären Charakters ist sie die Trägerin der Idee der Volksvertretung, und in ihr steckt doch ein Kern, der sich in der Zukunft unter veränderter Situation für die „historische Macht“ in eine große Gefahr verwandeln kann.

Daher denkt die Regierung zweifelsohne darüber nach, ob es nicht Zeit wäre, auch der dritten Duma den Laufpaß zu geben. Bereits werden Probeballons losgelassen. So das Gerücht über die Auflösung der Duma im Falle einer Ablehnung der Milliardenkredite für die Neuschaffung einer Flotte. Es ist wahr, noch vor kurzem, in der Sitzung vom 15./28. Januar, machte der Finanzminister Kokowzeff im Namen der Regierung eine tiefe Verbeugung vor der Duma. „Die Vertreter der Regierungsmacht, wenigstens diejenigen, welche den Willen seiner Kaiserlichen Majestät ausführen“ — sagte er — „erweisen der Volksvertretung diejenige Achtung, die einer Volksvertretung gebührt.“ Aber wir wissen aus Erfahrung allzu gut, welchen Wert die feierlichen Erklärungen der russischen Minister haben.

Die Erklärung des Herrn Kokowzeff erinnert uns an eine ähnliche Erklärung des portugiesischen Diktators Franco, der nach der Auflösung des Parlamentes im Mai 1907, der Einführung der Diktatur und der tatsächlichen Wiederherstellung des Absolutismus den Mut besaß, als wenn nichts geschehen, die Erklärung abzugeben: „Ich achte das Prinzip der Volksvertretung!“ Wir glauben, daß die Stimmung der herrschenden Clique sich viel genauer widerspiegelt in einem derben und plumpen Ausfall gegen die dritte Duma, zu dem sich vor ganz kurzer Zeit die „Peterburgskija Wjedomosti“, ein Blatt, das in Hofkreisen in hohem Ansehen steht, hinreißen ließ: „Die Notwendigkeit, die Duma los zu werden und der Abhängigkeit der Landesverteidigung von ihrer Fürsorge ein Ende zu machen, ist so klar, daß darüber nichts mehr zu sagen ist.“

Diese Erklärung der „Peterburgskija Wjedomosti“ enthält übrigens auch einen Wink über die Richtung, in der sich weiter die Liquidation der Überreste der Oktoberperiode vollziehen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es die Regierung auch weiterhin nicht wagen, die Volksvertretung ganz zu

vernichten, vielmehr wird sie sich auf eine mehr oder minder gründliche chirurgische Operation beschränken, auf die Schmälerung ihrer Kompetenz etwa, indem sie an die Stelle der Duma beispielsweise einen sogenannten „Semski Sobor“ mit nur beratendem Charakter setzt. Ob die Regierung sich bald an die weitere Zerstörung des schon ohnehin genügend verstümmelten Gebäudes der Volksvertretung machen wird, ist schwer vorauszusagen: die Regierung versteht auszuharren und wählt für ihre Hiebe die für sie geeignetsten Konstellationen. Daß aber eine für ihre Absichten günstige Konjunktur sich in Bälde einstellen kann, steht außer Zweifel. Es genügt, zu erwähnen, daß in allen Schichten der Bevölkerung das Interesse für die Duma fast unter Null gefallen ist.

Auf den ersten Blick sollte man meinen, die Regierung müßte in ihrer fortgesetzten Zerstörung der Volksvertretung auf einen aktiven Widerstand der Agrarier und Kapitalisten stoßen, die ja die Duma in ihren Händen haben. So sieht es aber nur auf den ersten Blick aus. Es ist wahr, die besitzenden Klassen wünschen nicht die Wiederherstellung des ancien régime, das ja auch für sie politische Rechtlosigkeit bedeutet, sie wünschen, die Regierung möge mit ihnen die politische Macht teilen. Aber gleichzeitig ist ihnen die Verteidigung ihrer materiellen Interessen das allerwichtigste, und gerade diesen — davon sind sie überzeugt — droht eine Flut von Agrarunruhen und Streiks, gegen die sie um jeden Preis gesichert sein wollen. Den zuverlässigsten Damm gegen diese Flut erblicken sie in der gepanzerten Faust der zarischen Regierung, und vertrauensvoll suchen sie eine Zuflucht unter deren schützenden Flügeln. Und wer ohne eine starke Macht nicht auskommen kann, der muß, ob es ihm paßt oder nicht, auch mit der objektiven Logik dieser Macht fürlieb nehmen, die ja die Idee der Volksvertretung in allen ihren konkreten Formen schlechtweg verneint. Die besitzenden Klassen werden einstweilen gezwungen sein, mit der „starken Gewalt“ zugleich auch deren Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Das begreift die Regierung ausgezeichnet, und das gibt ihr auch die Kraft und die Entschlossenheit, zu wagen. Und sie wird wagen.

Wir sehen also, daß die Regierung sich beharrlich auf der Bahn der Liquidation aller Errungenschaften der Oktobersiege bewegt und ihre vollkommene Aufräumung anstrebt. Hier ist schon die Antwort auf die Frage gegeben, ob die Revolution zu Ende sei oder nicht.

Die Befreiungsbewegung liquidierend, ist die Regierung dennoch außerstande, die Selbstherrschaft, wie sie sich in den Zeiten Plehwes entfaltete, wiederherzustellen. Das Plehwesche Regiment war noch immer auf einem gewissen System aufgebaut, in dem auch dem Gesetz ein Plätzchen eingeräumt war. Jetzt aber mußte die Regierung, um die Revolution zu bändigen, welche buchstäblich aus allen Löchern und Ritzen hervorkriecht, die Kraft der allgemeinen Reichsgesetze im ganzen Lande aufheben, das gewaltige Reich in den Ausnahmezustand versetzen, einen bedeutenden Teil des Reiches der Willkür der wilden Soldateska unterwerfen, die Staatsgewalt dezentralisieren durch die Zerstückelung des Reiches in eine Reihe von Satrapien und durch die Auslieferung der Bevölkerung an die Gewalt zahlloser Selbstherrscher — Generalgouverneure, Gouverneure, Stadthauptmänner, der Gewalt von Leuten, die ihren absoluten Willen in der Form von „obligatorischen Verordnungen“ zum Gesetz erheben, die alten Gesetze mit Füßen treten. Die Regierung hat die Anarchie der Herrschaft zum System gemacht und damit die Anarchie im Lande mit ihren unaufhörlichen Anschlägen gegen das Privateigentum herauf-

beschworen. Die Anarchie im gesellschaftlichen Leben ist bloß die Kehrseite der Medaille, auf der mit blutigen Lettern geschrieben steht: Anarchie der Staatsgewalt.

In der Zwangsjacke dieser doppelten Anarchie bewegt sich das ökonomische Leben Rußlands. Die Produktivkräfte des Landes sind gefesselt und lahmgelegt. Der innere Markt, fast die einzige Nahrungsquelle des russischen Kapitalismus, befindet sich infolge des ununterbrochenen Fallens der Kaufkraft der Masse des Volkes, des Bauerntums, in einem elenden Zustand. Die Bauern sind durch den Bodenmangel und die mit ihm verbundene Hungersnot dem Ruin nahe. Die russische Industrie kommt aus dem Zustand einer chronischen Krise, die sich zeitweise verschärft, zeitweise mildert, gar nicht heraus. Diese Krise wird ab und zu von einem Wiederaufleben auf dem Weltmarkt unterbrochen, die bis zu einem gewissen Grade auch in manchen Zweigen der nationalen Wirtschaft eine Prosperität hervorruft.

Eine Situation, wie wir sie veranschaulichten, muß früher oder später, vielleicht eher als wir vermuten, die Bourgeoisie in das Lager der Opposition drängen. Nachdem die Bourgeoisie alle möglichen Vorteile des uneingeschränkten absolutistischen Regimentes für die Vermehrung ihres Mehrwertes durch das Mittel der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgenutzt haben wird und in dieser Beziehung an der Grenze der Möglichkeit angelangt ist, muß sie auf die alte Macht stoßen, das stärkste Hindernis auf dem Wege zur weiteren Vermehrung ihrer Profite. Dann wird sie die Bande lösen, die sie mit dem absterbenden Adel verbinden, und wird auf die Regierung zu wirken suchen, sie durch ihren Druck zwingen, die unerträglichen Formen des Belagerungszustandes, der über das ganze Land verhängt ist, einigermaßen abzuschwächen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Situation, die durch die Änderung der Stimmung der bürgerlichen Klassen geschaffen sein wird, sich zugunsten der Revolution um einen Faktor bereichert — um eine ökonomische Aufrüttlung, verbunden mit einer in den Tiefen der wirtschaftlichen Entwicklung reif werdenden allmählichen industriellen Erschütterung. Aber das Nachlassen der polizeilichen Willkür bedeutet angesichts einer oppositionellen Stimmung der Bourgeoisie und einer ökonomischen Aufrüttlung notgedrungen ein Aufleben der revolutionären Bewegung, ein neues Auftreten des Proletariats, das bis dahin Zeit gehabt haben wird, sich von seinen Niederlagen zu erholen.

Wieder wird das Proletariat an die Spitze des Befreiungskampfes treten. In den ersten Reihen wird es zur Erstürmung der Zwingburg des Despotismus marschieren. Es wird den Kampf aufnehmen, bereichert durch die mannigfaltigen Erfahrungen der Reaktionsperiode, die lehrreichen Lektionen der letzten zwei Jahre, befreit von vielen Illusionen, die auf ihm in den großartigen Freiheitstagen lasteten. Und in diesem neuen Kampf mit der „historischen Macht" wird sich die Arbeiterklasse auf die Sympathie der Bourgeoisie stützen und der aktiven Unterstützung der breiten Massen des städtischen Kleinbürgertums und der armen Bauern sicher sein, für die ja die Lösung der Agrarfrage im Sinne einer zwangsweisen Enteignung des Grundbesitzes, die beim alten Regime eine Unmöglichkeit ist, die Lebensfrage ausmacht.

Nochmals gehen wir kolossalen Kämpfen für die politische Freiheit entgegen, von der in Rußland noch kein Atom zu finden ist. Die russische Revolution ist besiegt, aber nicht beendet. Und es ist vielleicht die Zeit schon nahe, wann die halbvergessene Losung aufs neue ertönt und in den Herzen der Volksmassen einen Widerhall findet, die Losung einer Konstituante.

Digitized by Google

Ein neues China.

Von **Parvus**.

(Schluß.)

2. Die chinesische Regierung und die chinesische Bourgeoisie.

Die Gewaltpolitik, die die Staaten Europas angewandt haben, um China der kapitalistischen Ausbeutung zu erschließen, ist wiederholt erörtert worden.[1] Nachdem wir in Japan einen kapitalistischen Staat haben erstehen sehen, ist die Frage nicht mehr die, wie China kapitalistisch wird, sondern, wie kommt es, daß es in seiner kapitalistischen Entwicklung so weit hinter Japan zurückblieb?

Da stoßen wir zunächst auf einen Faktor der Quantität. Die großen Hafenplätze Chinas, die Handelsemporien, wie Schanghai, sind kapitalistisch nicht minder umgestaltet wie die Handelshäfen Japans. Wenn nun China nur ein kurzer Küstenstrich wäre, wie Japan ein — verhältnismäßig — kleines Inselreich, so wäre China längst ein kapitalistisches Land. Aber hinter der gewaltigen Küstenlinie Chinas liegt auch noch ein ungeheures Reich. Wir sehen aus dem Beispiel Ostindiens, wie schwer das Kapital selbst dort, wo es ihm gelingt, ein eigenes Kolonialregime zu errichten, mit den Bauernmassen fertig wird — um wie viel mehr mußte der Widerstand in China sein, wo der unter europäischem Einfluß stehende Küstenstrich mit einem Hinterland von 300 oder 400 Millionen Bauern zu einem gemeinsamen Staate vereinigt war? Nicht der Starrsinn der Pekinger Regierung, die das Volk längst verraten und verkauft hätte, wenn sie es nur könnte, der Widerstand der bäuerlichen Volksmassen, dem die Regierung selbst sich fügen mußte, verlangsamte die kapitalistische Umformung des Landes.

Das chinesische Volk konnte diesen Widerstand leisten, weil es bereits zu einem zentralisierten Staate vereinigt war; andererseits, weil der Staat noch nicht genügend zentralisiert war, konnte die Regierung den Widerstand des Volkes nur schwer überwinden.

Jede staatliche Konzentration hat ihre Schranken, die in den jeweiligen Produktionsbedingungen der Gesellschaft liegen. Damit ist noch keineswegs gegeben, daß diese Schranken nicht überschritten werden können. Im Gegenteil, die Geschichte zeigt uns vielmehr, daß der Staat regelmäßig die Tendenz hat, die ihm durch die gesellschaftliche Produktion gestellten Grenzen zu überschreiten und sie auch tatsächlich überschreitet. Ebenso regelmäßig aber führt das nicht mehr zur Stärkung des Staates, sondern zu seiner Schwächung und zum Zerfall.[2] Man denke an das große Perserreich, an das römische Reich, das türkische Reich,

---

[1] Ich verweise insbesondere auf den grundlegenden Artikel von K. Kautsky „Die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat“. „Neue Zeit“, 1886.

[2] So ist aber überhaupt der Zusammenhang zwischen Politik und Produktion: nicht daß eines dem anderen adäquat ist, sondern daß eine Störung des Verhältnisses zu einer rückläufigen Entwicklung und zu einem Zusammenbruch auf der einen oder auf der anderen Seite, oder auf beiden zugleich führt. Wie Karl Marx die Hegelsche Dialektik materialisiert und ihr die revolutionäre Tendenz abgewonnen hat, so hat man bereits umgekehrt den Marxschen Materialismus idealisiert und ihn zu einem konservativen Dogma verknöchern lassen. Aus der ökonomischen Entwicklung in ihren lebendigen Zusammenhängen mit Politik und Kultur wurde der ökonomische Faktor als Prinzip, das die Weltgeschichte richtet, und wieder wird deduziert, daß alles, was ist, schon dadurch, daß es ist, die Vernünftigkeit seines Daseins bewiesen habe. Negerausbeutung, bewaffnete Armeen, die Hungersnot in Ostindien, die Arbeitslosigkeit in Berlin, Nikolaus II. auf dem Throne und Dernburg als Kolonialminister — es ist nun einmal so, darum mußte es sein und konnte gar nicht

Spanien usw. Vor unseren Augen brach die Macht des Zarenreiches daran zusammen, daß es eine Expansionspolitik trieb, die nur der entwickelte bürgerliche Staat auf der Grundlage einer starken kapitalistischen Industrie vertragen kann. Doch auch die kapitalistische Produktion setzt der Staatsorganisation bestimmte Grenzen. Man sieht das an dem Beispiel **Großbritanniens**, das sein Weltreich über dieses Maß hinaus ausgedehnt hat und deshalb längst nicht mehr zusammenhalten kann. Es hat, da ihm nichts anderes übrig blieb, die „kluge Politik" der Konzessionen an die einzelnen Teile gelernt, die es in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts betrieben hat, um wenigstens den Zusammenhang mit der Zentralgewalt zu retten; da es sich vor der Auflösung des Reiches sah, versucht es jetzt eine neue Zentralisation, erstrebt ein Imperium — das Ergebnis ist aber wieder eine Förderung der Selbständigkeitstendenzen in den Kolonien, wofür die Geschichte Südafrikas seit dem Burenkrieg ein sprechendes Beispiel ist. Auch **Frankreich** wird schwach durch die Ausdehnung seines Besitzes, was es nicht hindert, auf weitere Okkupationen auszugehen. Und **Deutschland** sieht in alledem eine Aufmunterung, die gleichen Bahnen zu beschreiten.

Der chinesische Staat hat die Produktionsgrenzen überschritten, die ihm die bäuerliche Naturalwirtschaft gab. Er entwickelte sich deshalb zu einem ungefügen Gebilde von selbständigen Provinzen mit sehr schwacher Zentralgewalt.

Um ein so großes Reich wie China zu zentralisieren, waren **moderne Verkehrsmittel** unerläßlich. Diese setzen aber zum Teil voraus, noch mehr bedingen sie eine kapitalistische Umgestaltung der Produktion. Also die kapitalistische Umgestaltung der Produktion war notwendig, um den Staat zu zentralisieren, und doch brauchte man erst den zentralisierten Staat, um diese Umgestaltung durchzuführen.

Die Reformen, welche die Zentralregierung in China einzuführen bemüht war, scheiterten zunächst an dem Widerstand der Provinzen, und zwar wiederum nicht so sehr wegen der Rückständigkeit der Ansichten der Provinzgouverneure, als vielmehr weil sie ganz richtig erkannt hatten, daß die Reformen die Zentralgewalt auf ihre Kosten stärken würden. Diese moderne Erkenntnis machte sie zu begeisterten Anhängern der alten Tradition. Das bewirkte das Fiasko der Reformbewegung der achtziger Jahre. Sie hinterließ aber ein wichtiges Ergebnis, den **Bau der Telegraphen**.

Über den politischen Effekt der Einführung von Telegraphen in China urteilte **K. Kautsky** 1886: „Die Zentralisation und Einheitlichkeit des Reiches ist dadurch enorm gefördert, die **Macht der Zentralgewalt** nach innen und außen erheblich verstärkt worden." Das bildet den Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung.

Zunächst jedoch tritt die Zentralregierung von der Reformbewegung zurück. Die reaktionäre Partei gewinnt in Peking die Oberhand. Zu den Trägern der Reformpartei werden nunmehr bezeichnenderweise einzelne Gouverneure der **Provinzen**. Sie haben auf ihrem beschränkteren Gebiet mehr Machtvollkommenheit und können energischer vorgehen als die Zentralgewalt. Der in Europa bekannteste unter ihnen ist **Li-hung-tschang**.

anders werden! Und weil ihr Geist die Entwicklung in ihrer gegenseitigen Bedingtheit nicht fassen kann, weil sie in der Geschichte keine beweglichen Kräfte kennen, sondern nur starre Gewalten, keine Kämpfe, sondern nur das Übergewicht der Masse (der Zahl, des Besitzes usw.), darum glauben sie, daß das, was wir ihnen entgegenhalten, auch nur ein Dogma sei — **das revolutionäre Dogma**.

Digitized by Google

1894 erhält China durch den Krieg mit Japan wieder einen gewaltigen Schlag. Darauf gewinnt die Reformpartei aufs neue die Oberhand bei der Zentralregierung. Im Vordergrund ihrer Pläne stehen die Eisenbahnen. Diese Bewegung wird aber durch die Palastrevolution von 1898 unterbrochen. Es folgen die Okkupationen durch Rußland und Deutschland. Dann der Boxeraufstand, dessen finanzielle und politische Folgen vom Staat noch bis auf den heutigen Tag nicht überwunden sind.

Indessen schreitet die wirtschaftliche Erschließung des Landes fort. Folgende Zahlen zeigen die Handelsentwicklung Chinas innerhalb dreier Jahrzehnte:

Handel Chinas in Millionen Pfund Sterling
(nach Mulhall und „The Statesmans Yearbook"):

	Einfuhr	Ausfuhr	Total
1876	21,6	24,1	45,7
1886	22,1	19,3	41,4
1896	33,7	21,8	55,5
1905	67,3	34,3	101,6

Gegenwärtig beträgt demnach die Bilanz des auswärtigen Handels Chinas über 2 Milliarden Mark! Hinter diesen Zahlen steckt zugleich der bekannte Prozeß der kapitalistischen Zersetzung der sozialen Verhältnisse.

Während die kleinen Leute, die Handwerker und die Landbevölkerung, sich in zahlreichen und erfolglosen Aufständen gegen die „Fremden", das heißt gegen die eindringende kapitalistische Ausbeutung, aufrieben, betrieb das chinesische Unternehmertum in aller Stille das Geschäft der kapitalistischen Akkumulation, um erst in den letzten Jahren als Bourgeoisie auf der politischen Schaubühne zu erscheinen.

Es vollzog sich aber im letzten Jahrzehnt noch ein anderer Prozeß, der von einschneidender Bedeutung für die Schicksale des chinesischen Staates werden sollte. Es gelang endlich, China eine bedeutende Staatsschuld aufzuzwingen. 1894 mußte es 1,6 Millionen Pfund Sterling zu 7 Prozent aufnehmen, 1895 zwei Anleihen zu 6 Prozent, zusammen 4 Millionen Pfund, und weitere 15,8 Millionen Pfund zu 4 Prozent, dann 1896 wieder 16 Millionen zu 5 Prozent — das waren die Folgen des Krieges mit Japan; darauf 1898 wieder 2,3 Millionen Pfund und 1901 ganze 64 Millionen Pfund Sterling! Das letztere war die Entschädigung für den Boxeraufstand. Wie freute man sich damals in Europa, daß es endlich gelang, China in Schuldknechtschaft zu bekommen! Nun zeigen sich die Folgen.

Brachte erst der Verkehr mit dem Ausland der chinesischen Zentralregierung durch die Seezölle und die Opiumsteuer bedeutende finanzielle Einnahmen, so sah man sich jetzt veranlaßt, als Sicherheit für die Anleihen die Seezölle wie die Opiumsteuer zu verpfänden. Das reichte aber nicht aus, und eine inländische Transportsteuer mußte auch noch dran. Das Verhältnis ist jetzt so, daß sämtliche Einnahmen von den verpfändeten Steuern und Zöllen 5,3 Millionen Pfund betragen, während an Staatsschuldzinsen 5,8 Millionen Pfund zu entrichten sind. Die chinesische Zentralregierung ist also ihrer wichtigsten Einnahmen beraubt.

Es ist klar, daß die chinesische Regierung, wie jede Regierung, durch die Steigerung der übrigen Steuern sich Ersatz zu schaffen sucht. Das um so mehr, als jede Reform, die sie unternimmt, und ganz besonders im Armeewesen, mit neuen Ausgaben verbunden ist. Das Ausland bewirbt sich um

Eisenbahn-, um Bergwerkskonzessionen, aber es zahlt nichts dafür, es will vielmehr Zinsgarantien. Das Ausland gewährt auch Anleihen, aber es will Zinsen haben.

Also China braucht Steuern, und zwar Geldsteuern. Mit Naturalleistungen ist nichts mehr getan, man kann an die englische Bank nicht mit Robottagen zahlen. Worauf soll man aber Steuern legen in einem Lande mit vorwiegender Naturalwirtschaft? Der Hauptgegenstand, den die breitesten Massen in China kaufen, ist das Salz. Darum hat die chinesische Regierung den Salzhandel längst zum Staatsmonopol gemacht. Wenn sie Geld braucht, also auch jetzt, steigert sie die Salzpreise. Daher die kolossale Verbreitung des Salzschmuggels, daher der große Einfluß der Salzschmuggler auf die Volksmassen, daher die unaufhörlichen Aufstände der „Salzschmuggler", die sich als wahre Volksbewegungen repräsentieren.[1]

So gesellte sich zu dem administrativen und militärischen Problem auch noch die finanzielle Frage. Und wiederum der gleiche Widerspruch: China braucht Reformen, um ein System von Geldsteuern zu entwickeln, und es braucht Geldsteuern, um die Reformen durchzuführen.

Unter diesen Umständen wurden die Reformen aus einer Frage der politischen Entwicklung zu einer Existenzfrage für das Reich. Zudem drangen die europäischen Großmächte von ihren ostasiatischen Besitzungen aus immer mehr in das Land, und China stand vor der Wahl, entweder unter die Kolonialmächte aufgeteilt zu werden oder durch politische Reformen eine neue Widerstandskraft zu entwickeln. In der Wahl zwischen fremdländischem Protektorat und inländischer Zentralisation gab es auch für die Provinzgouverneure keine Zweifel mehr. Wir sehen deshalb eine neue Reformbewegung aufkommen, die nunmehr unter anderem auch die Kreise der Beamtenschaft ergreift. Ihr Ergebnis ist die Änderung des Beamtenunterrichtes beziehungsweise des Prüfungssystems.

So standen die Dinge, als der Russisch-Japanische Krieg entbrannte. Seine Wirkung auf China ging über alle Maßen. Es ist aber kennzeichnend, daß die kriegspatriotische Begeisterung nicht erst nach den entscheidenden Siegen der Japaner sich einstellte, sondern gleich im Anfang des Krieges mit aller Macht einsetzte. So berichtet die maßgebende deutsche Zeitschrift in Schanghai, der „Ostasiatische Lloyd" in seiner Jahresübersicht für 1904: „Täglich trafen in Peking auf dem Draht aus allen Provinzen die stürmenden Bitten der hitzigen Generalgouverneure und Gouverneure ein, die zu einem gemeinsamen Kampf mit dem rassenverwandten Japan gegen den russischen Bären drängten.... Es bedurfte zu jener Zeit besonderer politischer Sendlinge des Mikados, um China vom offenen Kampf abzuhalten.... Seitdem gärt es und zischt es in dem großen Riesenreich, bis ein entscheidender Sieg oder eine endgültige Niederlage der Japaner entweder zu übermütiger Fortsetzung des Kampfes lockt oder in verzweifeltem Haß die ganze Rasse sich zur erbitterten Wehr setzt." Nun kann man sich eine Vorstellung bilden, wie der weitere Verlauf des Krieges auf die Gemüter in China wirken mußte.

Vor allem aber wirft man sich jetzt mit einem Feuereifer darauf, unter japanischer Leitung das Land zu reformieren. Schon in seiner erwähnten Neujahrsrevue weiß der „Ostasiatische Lloyd" zu erzählen: „Das Erziehungs-

[1] Wie sehr die Salzsteuer ein naturalwirtschaftendes Volk bedrücken kann, zeigt uns auch Rußland in der Zeit vor der Bauernemanzipation.

Digitized by Google

wesen ist während des abgelaufenen Jahres in China bis auf einen geringen Bruchteil in die Hände der Japaner gelangt. Elementar-, Mittel-, Hoch-, Ackerbau-, Dolmetscher-, Militär-, Handel- und Industrieschulen sind wie auf einen Zauberschlag in allen Teilen des Landes aus dem Boden gewachsen.... Auf japanischen Anstoß ist die Reorganisation des Heeres in Fluß geraten und ... durch tatkräftige Unterstützung japanischer Instrukteure teilweise schon verwirklicht worden.... Auf dem verwandten Gebiete des Polizeidienstes haben die Japaner große Fortschritte gemacht; sie haben bereits in vielen großen Städten Polizeitruppen organisiert und sind zurzeit an anderen Plätzen noch eifrig an der Arbeit.... Die Waffenindustrie geht mit der Heeresorganisation Hand in Hand und wird ganz unter japanischer Aufsicht betrieben. Zum Studium der Papierindustrie sind neuerdings Sachverständige nach Japan gegangen, und in die chinesischen Baumwollspinnereien hat man japanische Techniker und Vorarbeiter gerufen." So war es etliche Monate nach Eröffnung der Kriegsoperationen. Alles, was in China an Reformkräften sich ansammelte, drängte sich nun zusammen und bewirkte eine stürmische Entwicklung.

Indessen, da das Reformwerk bis dahin mit der größten Energie nicht durch die Zentralregierung, sondern in etlichen einzelnen Provinzen durchgeführt wurde, so erlangen die entsprechenden Provinzgouverneure eine außerordentliche Macht. Das gilt besonders von dem Generalgouverneur der Provinz Chihli, Juan-shi-kai. Er besitzt, und zwar vor den Toren Pekings, eine modern ausgerüstete und gedrillte Armee. Er ist stärker als die Zentralregierung. Dasselbe gilt vom Generalgouverneur Chang-chi-tang und etlichen anderen. Aber trotz ihrer Machtfülle können sie über die Grenzen ihrer Provinzen hinaus nicht viel erreichen, da ihnen der zentrale Apparat fehlt. Die Zentralregierung besitzt keine Armee, aber sie besitzt die Telegraphen, die das Land administrativ zusammenhalten. Darum geht das Bestreben der mächtigen Provinzgouverneure darauf hinaus, sich der Zentralgewalt zu bemächtigen. Das gelingt ihnen auch, und sie gelangen mit japanischer Unterstützung zur Herrschaft. Sofort gehen sie daran, die Armee einheitlich zu gestalten. Juan-shi-kai unterstellt seinem Oberbefehl, außer den Truppen seiner Provinz, auch noch die der Provinz Schantung. Er besetzt einzelne Generalgouverneurposten durch seine Schützlinge. Seine Macht wird so groß, daß man glaubt, er gehe darauf hinaus, eine eigene Dynastie zu gründen. Die Truppen aller Provinzen werden einheitlich uniformiert und bewaffnet, ein Kriegsministerium wird geschaffen. Obwohl die Zentralisation der Armee noch nicht vollkommen durchgeführt ist, so besitzt doch die Regierung genügende moderne Truppenmassen, um unter Benutzung des Telegraphennetzes und der bereits gebauten Eisenbahnlinien einen eventuellen Widerstand einzelner Provinzgouverneure mit Übermacht zu brechen. Damit ist die politische Basis gewonnen für eine neue Zentralisation des Staates.

In richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge geht denn auch die Pekinger Regierung mit aller Energie daran, Eisenbahnen zu bauen.

Der Kampf um die politische Zentralgewalt war aber zugleich ein Kampf gegen die alten Träger und Stützen der Regierungsgewalt. Das waren die Mandschus. Einst eine Armeeorganisation, der die herrschende Dynastie ihre Macht verdankte, haben sie ihre militärische Bedeutung längst eingebüßt und sind einfache Nutznießer der Regierungsgewalt geworden. Also ungefähr wie

die Junker in Preußen, nur mit dem Unterschied, daß die Mandschus direkt vom Staate in Gehältern entlohnt werden, während die Junker auf einem komplizierten, das Volk um so mehr belastenden Umweg zu ihren Renten gelangen. Zwischen den Mandschus und dem chinesischen Volk besteht aber zugleich ein nationaler Unterschied. Es ist bemerkenswert, daß die Träger der Reformbewegung fast durchweg nationalchinesische Gouverneure waren: denn da sie nicht zu den Mandschus gehörten, die im ganzen Reich zusammenhalten, mußten sie um so mehr besorgt sein, selbst ihre Macht zu stärken. Der Sieg der reformerischen Gouverneure, beruhend auf dem Übergewicht der modernen Waffentechnik und der modernen Armeeorganisation über die alten Bannerverbände, ist also zugleich zu einem Siege der chinesischen Nation über die Mandschus geworden, die sie beherrschen.

Die neue Zentralregierung hat sich denn auch ernstlich daran gemacht, mit der Herrschaft der Mandschus aufzuräumen. Sie besorgt das so gründlich, daß der Fortbestand der Dynastie selbst in Frage gestellt ist. Vorläufig sind ganze acht Thronfolger ernannt worden, die untereinander eine Art Konkurrenzprüfung abzuhalten haben werden. Die Privilegien der Mandschus werden aufgehoben, ihre Gehälter sollen nicht mehr ausgezahlt werden. Um ihnen eine Existenz zu ermöglichen, soll ihnen Land zugeteilt werden. Nun sind sie unzufrieden, daß sie Bauernarbeit werden leisten müssen, indes sie zwei Jahrhunderte lang ein Einkommen bezogen, das ihnen völliges Nichtstun ermöglichte; es sind aber auch jene unzufrieden, denen das Land entzogen wird, damit man es den Mandschus zuteilt. Dieses Reformwerk, das äußerlich nach der Aufhebung der Adelsprivilegien in Europa aussieht, trägt also am meisten chinesische Merkmale an sich.

Die neue Regierungsgruppe braucht aber ebenfalls eine soziale Stütze. Leicht begreiflich, daß sie diese Stütze in der Idee des nationalen Chinesentums sucht. Sie findet sie in der chinesischen Bourgeoisie.

Die chinesische Bourgeoisie ist zuerst politisch als Klasse aufgetreten 1905 beim Boykott der amerikanischen Waren. Das geschah aus Anlaß der Vertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten als Antwort auf die Behinderung der chinesischen Einwanderung in Amerika. Die Initiative ergriffen die chinesischen Kaufleute in Schanghai. Ihnen schloß sich der Ausschuß der Handelskammern an. Dann die kaufmännischen Gilden im ganzen Lande. „In allen Vertragshäfen bildeten sich Agitationskomitees, die durch Versammlungen, Zeitungsartikel, Flugschriften und Plakate den Gedanken des Boykotts verbreiteten." Die Regierung sah der Bewegung erst sehr wohlwollend zu, aber als diese das ganze Reich ergriff und gewaltige Massen in Bewegung setzte, bekam die Regierung Angst und erließ Verbote. Sie lenkte aber dadurch nur die Unzufriedenheit der Volksmassen gegen sich. Die Bewegung blieb auch, selbstverständlich, nicht bei den Amerikanern stehen und vollzog sich bald unter der Losung: „China den Chinesen". Es war die erste nationale Erhebung, die von der chinesischen Bourgeoisie ins Werk gesetzt wurde.

Dabei spielte bereits die Presse eine bedeutende Rolle. Zu dieser verhalfen aber den Chinesen wiederum die Japaner. „Wie Pilze schossen von Japanern oder doch von in Japan erzogenen Chinesen redigierte Zeitungsunternehmen aus der Erde, zunächst im Mandarindialekt, bald aber auch in der Umgangssprache des Volkes. Im Norden Chinas sind aus freiwilligen Spenden der Literaten und der Kaufmannschaft Lesehallen eröffnet worden, in denen die in

Peking, Tientsin und Schanghai erscheinenden Zeitungen dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung stehen. Um den Inhalt auch denen zugänglich zu machen, die des Lesens unkundig sind oder doch den Mandarindialekt nicht verstehen, sind Zeitungserklärer angestellt. Allabendlich übertragen diese den versammelten Zuhörern den Text in die Umgangssprache und erläutern das Thema. Dem Vortrage folgt eine allgemeine Erörterung. Auch die Zeitungserklärer haben ihre Ausbildung in Japan oder an japanischen Schulen in China erhalten."

So schuf sich die chinesische Bourgeoisie Propagandamittel, um das Volk aufzurütteln.

Wir haben also zunächst eine Gruppe chinesischer Reformer in den Regierungskreisen vor uns, die die Zentralgewalt unter ihrem Einfluß hat. Diese Reformergruppe möchte sich gern auf die aufstrebende nationale Bourgeoisie stützen. Aber die chinesische Bourgeoisie hat bereits die Schranken, welche die Regierung den Reformen stecken wollte, überschritten. Aus dem Kampfe gegen die Dynastie wurde ein Kampf um die Verfassung. Zugleich stellte die Bourgeoisie Forderungen im Namen des nationalen Kapitals auf. Sie reißt die Eisenbahnkonzessionen an sich. Es gelang ihr tatsächlich, durchzusetzen, daß bereits geschlossene Verträge aufgehoben wurden. Sie wendet sich gegen jeden fremden Einfluß, also auch gegen die Japaner. Die lieben Freunde und Berater von gestern sehen sich auf einmal bitter gehaßt und befehdet. Die chinesische Bourgeoisie will nunmehr alles allein machen. Daher andererseits verstärkter Druck der Kolonialmächte, und zwar England und Japan nicht ausgeschlossen; mit dem letzteren spielen sich sogar die schärfsten Konflikte ab. Aber die militärische Macht des Staates ist noch nicht so groß, um den Großmächten trotzen zu können. Darum wirft sich die Regierung schon aus diesem Grunde mit Gewaltmaßregeln der um sich greifenden nationalen Bewegung der Bourgeoisie entgegen und verleiht dieser dadurch erst recht einen antigouvernementalen Charakter.

Die Volksmassen, von der Bourgeoisie aufgerüttelt, kämpfen mit ihr gegen die Regierung und für das nationale Interesse; sie werden aber ihrerseits auch wieder durch ihr eigenes Interesse weit über die Schranken dieses Kampfes hinausgetrieben.

Während die chinesische Bourgeoisie durch die kapitalistische Entwicklung zur Macht gelangt und die erste daran ist, aus den politischen Reformen materiellen Nutzen zu ziehen, trägt das Volk die Kosten der wirtschaftlichen wie der politischen Entwicklung. Es ist schon vorhin erwähnt worden, wie sehr es durch die Salzsteuer belastet wird; die Rekruten, die es für die moderne Armee zu stellen hat, bedrücken es nicht weniger. Die schlimmste Geißel aber ist die Reisteuerung. Um sich für den Fall von Mißernten zu decken, sammeln die Chinesen Reisvorräte. Das ist zu einer sorgfältig geregelten Staatseinrichtung geworden. Aber der kapitalistische Handelsverkehr zog die Reisvorräte aus dem Lande. Der Japanisch-Russische Krieg zumal verzehrte den gesamten chinesischen Reis. Unter einem Ausfuhrverbot füllte man wieder einigermaßen die Vorratskammern, aber als dieses Verbot aufgehoben wurde, verschwand der Reis von neuem aus dem Lande und die Preise erreichten bei der eingetretenen Mißernte eine horrende Höhe. Dies die kapitalistische Unterlage der chinesischen Hungersnot, die zu einer ebenso gesetzmäßigen Erscheinung geworden ist wie die Hungersnot in Rußland.

Wie der Prozeß der kapitalistischen Expropriation und Proletarisierung wirkt, wissen wir ja ohne weiteres. Über die Behandlung der Arbeiter beim Bau der chinesischen Eisenbahnen zum Beispiel liegen furchtbare Mitteilungen vor — nicht anders freilich wie beim Bau der transsibirischen Eisenbahn. Dazu kommen noch „Zufälligkeiten" wie der Russisch-Japanische Krieg, bei dem, nach amtlichen Feststellungen, 20000 neutrale Chinesen von den beiden Parteien abgeschlachtet wurden, während der Verlust an chinesischem Eigentum durch diesen Krieg 69 Millionen Taels beträgt (1 Tael = 6½ Mark).

Darum findet jede aufständische Bewegung, ob sie sich gegen die Regierung, gegen die Dynastie, gegen die Fremden oder gegen die Mandschus richtet, für oder gegen die Reformen eintritt, in den Volksmassen einen mächtigen Anklang und treibt regelmäßig über sich selbst hinaus.

Diese anarchischen Zustände benutzen die Kolonialmächte, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. Unter den Fremden in China wächst das Gefühl, daß ihre Zeit bald vorbei sein wird; denn es ist ja nicht mehr ein wirtschaftlicher Widerstand, den sie zu überwinden haben, sondern es ist ihnen in China ein Konkurrent erwachsen, die chinesische Bourgeoisie schnappt ihnen das Geschäft weg. Angesichts dieser Gefahr verschwinden die alten Reibereien unter ihnen, und ihre kapitalistische Solidarität, ohne Unterschied der Nation und Rasse, zeigt sich in aller Herrlichkeit. Es besteht bereits de facto ein Konzert der Mächte, mit Einschluß Japans, China gegenüber. Das hat sich gezeigt bei der gemeinsamen Aktion, welche die Mächte gegen das projektierte neue chinesische Berggesetz unternahmen, das sie denn auch vorläufig zu hintertreiben gewußt haben. Es wird ein höchst perfides Spiel getrieben: der Pekinger Regierung wird die Hilfe der fremden Truppen angetragen, was ja das denkbar beste Mittel wäre, das Reich vollends außer Rand und Band zu bringen und es den Fremden zu unterwerfen, es wird ihr eingeflüstert, sie möge energischer gegen die aufrührerischen Provinzen vorgehen, zugleich werden die Aufständischen, wie der Fall Tatsu-Maru zeigt, mit Waffen versehen. Eine besonders provozierende Haltung nehmen Frankreich und Japan ein.

Japan hat so rasch seinen gewaltigen Einfluß in China gewonnen und auch tatsächlich enorm viel in China geleistet, und es hat so jäh diesen Einfluß eingebüßt, daß schon das allein seine gereizte Stimmung erklärt. Die japanische Bourgeoisie sieht sich in ihren kühnsten Hoffnungen enttäuscht, beinahe um den Erfolg des großen Krieges geprellt. Dazu kommt, daß Japan eine Finanzkrisis und eine Handelskrisis durchzumachen hat, und daß die öffentliche Meinung, durch die Erfolge verwöhnt, immer neue Knalleffekte haben will. Es liegen unzweifelhafte Belege vor, daß in Japan eine starke Kriegsstimmung gegen China um sich greift, die schon wiederholt bei geringen Veranlassungen, wie auch jetzt wieder bei der, wie es sich herausstellte, durchaus berechtigten Konfiskation des Schmugglerschiffes, heftig zum Ausbruch gekommen ist. Die Kriegsgefahr ist um so größer, als Japan diesmal keine Opposition bei den anderen Mächten findet, von diesen eher unterstützt wird, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß im entscheidenden Moment eine Teilung der Mächte eintritt, die sich verschieden gruppieren, um die Vorteile der Situation für sich auszunutzen.

Die weitere Entwicklung der Dinge in Ostasien muß deshalb mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Überproduktion und Kartelle.

„Der Markt erweitert sich langsamer als die Produktion; oder im Zyklus, den das Kapital während seiner Reproduktion durchläuft — ein Zyklus, in dem es sich nicht einfach reproduziert, sondern auf erweiterter Stufenleiter, nicht einen Zirkel beschreibt, sondern eine Spirale —, tritt ein Augenblick ein, wo der Markt zu eng für die Produktion erscheint. Dieses ist am Schlusse des Zyklus. Das heißt aber bloß: der Markt ist überfüllt; die Überproduktion ist offenbar. ... Ist ein ungebührlicher Teil des akkumulierten Mehrwertes, des Mehrkapitals, in Maschinerie usw. in einem besonderen Produktionszweig ausgelegt, so wird das Rohmaterial, obwohl es hinreichend wäre für die alte Stufenleiter der Produktion, unzureichend für die neue sein. Dieses geht also hervor aus unverhältnismäßiger Verwandlung des Mehrkapitals in seine verschiedenen Elemente. Es ist ein Fall von Überproduktion von fixem Kapital."

Diese knappen Sätze aus Marx' „Theorien über den Mehrwert" charakterisieren vortrefflich die gegenwärtige Krise. Es handelt sich in der Tat in erster Linie um „Überproduktion von fixem Kapital". Deshalb die unerhörte „Spannung auf dem Geldmarkt", die dazu führte, daß die Bank der Banken, die Bank von England zu dem exorbitanten Diskontsatz von 7 Prozent gelangte, daß die deutsche Reichsbank zu dem seit ihrem Bestehen nicht dagewesenen Satze von $7^1/_2$ schreiten mußte. Es wurde so viel akkumulierter Mehrwert als fixes Kapital in der ganzen vorhergehenden Periode angelegt, daß die Regel vom sinkenden Zinsfuß unterbrochen scheint. Jener exorbitante Satz von 7 Prozent der Bank von England war hervorgerufen durch den Krach in Amerika, aber er war trotzdem nur die Konsequenz der Entwicklung der letzten Jahre. In der Periode von 1895 bis 1900 stieg der durchschnittliche Diskontsatz der Bank von England von 2 auf 3,96 Prozent; das konnte man leicht erklären, weil die Konjunktur auf dem Weltmarkt in dieser Periode eine aufsteigende war und 1900 ihren Höhepunkt erreichte. Bemerkenswert aber ist, daß in den nun folgenden Jahren das Niveau nicht wieder auf die Norm vor dem Aufschwung fiel, sondern wesentlich höher blieb, nämlich: in den Jahren 1901 bis 1906 galten folgende Durchschnittssätze: 3,72, 3,33, 3,75, 3,30, 3,01, 4,27 Prozent. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich in Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz. Also selbst in Jahren des wirtschaftlichen Niederganges, als welche unzweifelhaft die Jahre 1901, 1902, 1903 und zum Teil 1904 angesehen werden müssen, blieb die Nachfrage nach Geldkapital so lebhaft, daß der Zinssatz auf einem hohen Niveau sich halten konnte. Im Jahre 1905 setzt der Aufschwung ein, und schon 1906 wird die Nachfrage nach Kredit stürmisch, und 1907 bringt dann den Höhepunkt und zugleich den Krach.

Bemerkenswert ist nun ferner, daß alsbald nach der Herabsetzung des Zinsfußes mit Jahresbeginn 1908 wieder eine fast stürmisch zu nennende Nachfrage nach Kapital auftritt. Daß die Staaten und Kommunen mit Neuemissionen hervortreten — in Deutschland sind seit Jahresbeginn rund 500 Millionen an Staats- und Kommunalanleihen aufgelegt worden, in England beinahe das Doppelte —, ist nicht weiter erstaunlich; es wird der Bedarf an Kapital für Anlagen gedeckt, der in den letzten zwei Jahren wegen des allzu hohen Zinsfußes nicht gedeckt werden konnte. Aber auch die Industrie

tritt sofort wieder mit ganz bedeutenden Ansprüchen an den Kapitalsmarkt heran. Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften nehmen eine neue Anleihe von 30 Millionen Mark auf, die Deutsch-überseeische Elektrizitätsgesellschaft emittiert 25 Millionen Mark Obligationen, Laurahütte erhöht ihr Aktienkapital um 12 Millionen Mark usw. Das gleiche in England: kaum war der Diskontsatz ermäßigt, als sich auch schon eine wahre Sturmflut von neuen Emissionen über die Börse ergoß.

Vergebens wird von den Beratern des Kapitals auf die Gefahr hingewiesen, die ein solches Treiben bringt — Herr Artur Norden, der Leiter des Handelsteils des „Berliner Tageblatts", zum Beispiel predigt Woche für Woche seinen Lesern das „Maßhalten" —, sie bleiben Rufer in der Wüste, weil es hier eben kein Zurück gibt. Herr Ballin von der Hapag zum Beispiel kann nur achselzuckend erklären, er brauche die neuen Millionen, weil er neue Schiffe bauen muß, da er sich nicht von anderen überflügeln lassen darf; Herr Hilger von der Laurahütte beweist haarscharf, daß es ein Unsinn sei, wenn das Werk Halbmaterial kaufe, das es selbst produzieren kann, und fordert daher neues Kapital für neue Hochöfen und den Ausbau der Walzwerke. Herr Norden mag dreimal recht haben, wenn er immer wieder wiederholt, „daß es ein Übelstand ist, wenn eine zu starke Vermehrung des stehenden Kapitals auf Kosten des umlaufenden Kapitals erfolgt", trotzdem wird sich dieser Vorgang auch weiterhin unaufhaltsam vollziehen. Es gehört ja zu den Schönheiten der kapitalistischen Welt, daß Vernunftgründe in dem Widerstreit der Profitinteressen nicht gelten. Herr Norden wendet sich mit seinen Ratschlägen vor allem an die Leiter der Großbanken, weil er in ihnen so etwas wie die weise waltende Vorsehung der kapitalistischen Welt sieht; er vergißt, daß auch diese guten Leutchen geschoben werden, wo sie zu schieben meinen.

Warum ein anormal großer Teil des akkumulierten Mehrwertes während der letzten Jahre in fixem Kapital angelegt wurde, ist unschwer zu erkennen. Hauptgrund ist die kapitalistische Expansion, das Eindringen des Kapitals in Ländern, die bisher nicht in das kapitalistische Getriebe einbezogen waren, außerdem der Sturmlauf der Vereinigten Staaten zur Industrialisierung.

Im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts war viel Geldkapital im alten Europa frei gewesen, viel akkumulierter Mehrwert suchte profitable Anlage; trotz der respektablen Entwicklung der Produktion in England, Frankreich, Belgien, Österreich und besonders Deutschland, die fortwährend Festlegung von fixem Kapital erforderte, war das Angebot von Kapital größer als die Nachfrage, deshalb sank der Zinsfuß rasch. Man suchte daher nach neuen Märkten, nicht mehr für Waren, sondern für Kapital. Das wirkte ein auch auf die politischen Anschauungen der Bourgeoisie: der Enthusiasmus für den Freihandel wanderte in die Rumpelkammer, „Imperialismus" wurde das Schlagwort: politischen Einfluß auszuüben, um dem Kapital neue Gebiete zu erobern, Konzessionen mit Zinsgarantien für den Bau neuer Eisenbahnen zu gewinnen, die Errichtung von Industrieunternehmungen in fremden Ländern zu ermöglichen und zu erzwingen — das war die Aufgabe, die die Bourgeoisie ihren politischen Kommis, den Diplomaten, stellte. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben; China, Persien, Kleinasien, Tonkin, Siam, Süd- und Nordafrika, Kuba und die Philippinen wurden dem Kapital erschlossen; gleichzeitig wurde die kapitalistische Invasion nach Rußland und den Balkanstaaten verschärft. Rußland hat in den letzten zwanzig Jahren an 12 Milliarden Mark allein in Form von Staatsanleihen aufgenommen, und eine noch größere

Summe ist von belgischen, französischen, englischen und deutschen Kapitalisten in russischen Industrieunternehmungen angelegt worden. Die Länge der Eisenbahnlinien ist von 1890 bis 1905 gestiegen — in Asien (mit Ausschluß Sibiriens) von 33000 auf 72000 Kilometer, in Afrika von 9000 auf 26000, in Australien von 19000 auf 28000, in Amerika (mit Ausschluß der Vereinigten Staaten) von 63000 auf 109000 Kilometer, insgesamt eine Steigerung um 111000 Kilometer. Das sind abermals Milliarden, die als fixes Kapital investiert wurden. Dazu kommen Bergwerke, Fabriken und Handelsunternehmungen in fremden Ländern. Schließlich die Vereinigten Staaten: Ausdehnung des Eisenbahnnetzes von 268000 auf 352000 Kilometer in den Jahren 1890 bis 1905; in der gleichen Zeit Steigerung der Kohlenförderung von 148 auf 352 Millionen Tonnen, der Roheisenproduktion von 8 auf 23 Millionen Tonnen, der Kupferproduktion von 200000 auf 400000 Tonnen usw. Die Riesenkapitalien, die hierbei nötig waren, stammen zu einem sehr großen Teile aus Europa; der in Amerika akkumulierte Mehrwert hätte, so groß er auch ist, für diese Aufgabe bei weitem nicht gereicht.

So erklärt sich diese „Überproduktion von fixem Kapital".

Dazu kommt ferner, daß die in letzter Zeit wieder mit Riesenschritten fortschreitende Technik fortwährend ganze Industriezweige neu entstehen läßt. Besonders die elektrotechnische Industrie und die chemische Industrie entwickeln sich mit verblüffender Vehemenz, und das Verkehrswesen stellt sich und bewältigt immer neue Aufgaben (allein in Stadtbahnen — Untergrundbahnen in London und Paris, elektrische Bahnen selbst in kleinen Städten — sind in den letzten zwanzig Jahren in Europa Milliarden angelegt worden).

Alle diese Investierungen von fixem Kapital, sowohl die in alten als die in neuerschlossenen Ländern, rufen eine erhöhte Anspannung der Produktivkräfte in den bereits bestehenden Betrieben hervor. Es gilt neue Produktionsmittel und neue Rohstoffe in rasch steigender Proportion zu schaffen. Seit den neunziger Jahren ist das Tempo der Produktion in unheimlicher Beschleunigung begriffen.

Aber — „der Markt erweitert sich langsamer als die Produktion", trotz alledem.

Deshalb konnte das alte Europa das neunzehnte Jahrhundert mit einem fabelhaften Aufschwung beschließen, auf den im Jahre 1901 ein unheimlicher Krach folgte und eine Stagnation, die sich vier Jahre hinschleppte. 1905 setzt ein neuer Aufschwung ein, der schon nach nicht ganz drei Jahren im Graben des Kraches endet. Aber dieser Krach führt unter keinen Umständen dazu, der Investierung von fixem Kapital ein Ziel zu setzen, sondern wir sehen — wie gesagt — bereits wieder das Bestreben, von neuem ungeheure Kapitalmassen in der Form von fixem Kapital anzulegen.

Für Deutschland speziell brachte der Aufschwung eine gewaltige Steigerung der Produktion, bedeutender noch als in der Aufschwungsperiode, was folgende Zahlen illustrieren mögen.

Es betrug in 1000 Tonnen:

Im Jahre	Die Förderung von Steinkohlen	Die Förderung von Braunkohlen	Die Roheisengewinnung
1896	85690	11032	6373
1900	109290	12440	8521
1904	120816	48635	10018
1907	143223	62241	13046

Es stieg also in der vierjährigen Aufschwungsperiode 1896 bis 1900 pro Jahr durchschnittlich die Förderung von Steinkohlen um 6,4 Prozent, von

Braunkohle um 3,2 Prozent, die Erzeugung von Roheisen um 8,4 Prozent, während in der dreijährigen Aufschwungsperiode 1904 bis 1907 diese Steigerung sich in den Sätzen 6,1, 9,2 und 10,1 Prozent ausdrückt. Sehr charakteristisch ist die Hebung der Braunkohlenförderung: der Mangel an Steinkohle respektive der hohe Preis veranlassen die Forcierung der Braunkohlenförderung. Trotzdem war aber die Nachfrage nach Kohlen nicht gedeckt, es trat eine ungewöhnlich starke Einfuhr von englischen und böhmischen Kohlen ein, allerdings unter stetigem Steigen auch der Ausfuhr. Es stellen sich nämlich die Zahlen folgendermaßen dar.

Es betrug an Steinkohlen und Braunkohlen in Millionen Tonnen:

Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr	Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr
1903	14,73	17,41	1906	17,68	18,57
1904	14,99	18,02	1907	22,69	20,04
1905	17,34	18,18			

Auch die Zahlen des auswärtigen Handels zeugen von dem gewaltigen Aufschwung. Es betrug in Millionen Mark:

Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr	Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr
1900	6128,7	4960,2	1906	8438,5	6478,6
1905	7436,3	5841,8	1907	8863,4	7120,7

Die Rekordzahlen des Jahres der Hochkonjunktur 1900 waren bereits längst überschritten, als der neue Aufschwung einsetzte; die Steigerung in den drei Jahren der Hochkonjunktur war größer als in der vorhergehenden fünfjährigen Periode.

Der Aufschwung war dabei allgemein, umfaßte die ganze kapitalistische Welt. Eine Ausnahme bildet nur Rußland, das unter der Kriegskatastrophe, dem darauffolgenden verkappten Staatsbankrott und einer furchtbaren Kreditkrise, andauernden Mißernten und den Folgen der Revolution und Konterrevolution schwer zu leiden hatte; deshalb konnte es keinen Anteil an dem Aufschwung haben, sondern nur den Schaden der Warenteuerung als Begleiterscheinung dieses Aufschwunges: die russische Bevölkerung hatte erhöhte Preise zu zahlen wegen der Mißernten und des hohen Weltmarktpreises von Getreide, der zum Teil eine Folge des Aufschwunges war; sie mußte auch die Industriewaren teurer bezahlen, weil der neue Handelsvertrag erhöhte Zölle brachte und weil die Preise auf dem Weltmarkt anzogen; natürlich stieg auch der Preis der inländischen Waren, da die einheimischen Produzenten keine Konkurrenz bei der Schröpfung der Konsumenten zu fürchten hatten. Deshalb sehen wir in Rußland eine eigenartige Erscheinung: allgemeines Steigen der Preise während der Krise. Die Lage der Volksmassen ist daher dort doppelt schlimm.

Abgesehen von dieser Ausnahme sehen wir überall eine überaus kräftige Entfaltung der Produktivkräfte. Der knappe Raum verbietet es, zahlenmäßige Belege für diese übrigens allgemein bekannte Tatsache anzuführen. Wir müssen uns damit begnügen, die Zahlen über die Entwicklung des Außenhandels Englands im letzten Jahrzehnt zu nennen, die gewissermaßen als Maßstab der Entwicklung des Welthandels gelten können.

Es betrug in Millionen Pfund Sterling:

Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr	Im Jahre	Die Einfuhr	Die Ausfuhr
1898	470,5	233,4	1903	524,6	290,8
1899	485,0	264,5	1904	551,0	300,7
1900	523,1	291,2	1905	565,0	329,8
1901	522,0	280,0	1906	607,8	375,6
1902	528,4	283,8	1907	645,9	426,2

Digitized by Google

Die Hochkonjunktur brachte naturgemäß ein starkes Steigen der Preise auf dem Weltmarkt, und wie immer erfolgte dann, als die Überproduktion bereits offenkundig war, der jähe Preissturz. Der Umschwung machte sich bereits im Sommer 1907 fühlbar, obgleich die eigentliche Krise erst im Spätherbst, mit dem Kreditkrach in Amerika, ausbrach, der alsbald in verhängnisvoller Weise auf Europa einwirkte.

Der Umschlag in der Preisgestaltung läßt sich am besten an den „Inderzahlen" des Londoner „**Economist**" verfolgen. Sie lauten für das Jahr 1907:

Januar	2494	Juli	2571
Februar	2521	August	2519
März	2516	September	2457
April	2549	Oktober	2414
Mai	2601[1]	November	2360
Juni	2594	Dezember	2310[2]

Dabei ist zu bemerken, daß infolge der ungünstigen Welternte die Preise landwirtschaftlicher Produkte im Herbst 1907 hoch blieben, der Preisrückgang bei Industrieprodukten war also noch rapider, als in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt.

Dieser Preissturz allein genügt schon, um die Behauptung zu widerlegen, die noch im Dezember vielfach von den Drahtziehern des kapitalistischen Getriebes aufgestellt wurde, daß es sich „**nur um eine Geldkrise handelt**". Der Oktober brachte die exorbitanten Diskontsätze infolge des amerikanischen Krachs, aber er brachte zugleich die gewaltigen Produktionseinschränkungen, die man in Amerika eintreten ließ und die die ungewohnte Erscheinung einer Rückströmung **en masse** der Auswanderer zeitigte; er brachte außerdem den Preisrückgang. Eine veritable „Geldkrise", eine Panik, einen Run auf die Banken gab es eigentlich nur in Amerika. Diese Geldkrise wurde im Laufe der Monate November und Dezember überwunden, das Kreditsystem der Vereinigten Staaten wurde notdürftig wieder in Ordnung gebracht, wobei allerdings viele Kapitalseigner ihr Kapital einbüßten. Im Januar begannen die europäischen Zentralbanken daher ihre Diskontsätze herabzusetzen, denn die Gefahr, daß ihr Geld nach Amerika abfließen würde, war geschwunden. Zurzeit betragen die offiziellen Diskontsätze (in Klammern die früheren Höchstsätze): London 3¼ (7), Paris 3 (5), Berlin 5½ (7½), Wien 4½ (6). Die „Entlastung des Geldmarktes" ist also eingetreten, aber die „Erlösung" blieb aus, „das Geschäft hebt sich nicht", die Preise bleiben niedrig, sie fallen weiterhin. Folgende Tabelle mag das illustrieren:

	Höchster Preis im Jahre 1907	Preis 1908 am		
		2. Januar	1. Februar	2. März
Roheisen Middlesbro Nr. 3 Glasgow	62 sh.	52 sh.	51 sh.	51 sh. 8½ d.
Kupfer Pfund Sterling . .	110.1.2	59.1.7	61.1.8	58.0.0
Blei " " . .	22.3.4	19.5.8	14.5.8	13.7.8
Zink " " . .	28.0.0	20.0.0	20.5.8	21.0.0
Baumwolle pro ½ Kilogr. Bremen	69 Pf.	64½ Pf.	61 Pf.	61¾ Pf.

[1] Höchster Punkt im Jahre. [2] Tiefster Punkt im Jahre.

Digitized by Google

Und nicht nur in diesen Preisnotierungen kommt das Fortschreiten der Krise zum Ausdruck, es mehren sich die Hiobsposten, die da lauten — Produktionseinschränkung und Lohnreduktion.

Eine eigentümliche Erscheinung vollzieht sich nun in Deutschland: Die Preise für Rohmaterial und Halbfabrikate werden hier künstlich von den Syndikaten hochgehalten. — Ganz besonders tut sich in dieser Hinsicht das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hervor, das bisher an den Preissätzen festhält, die während der Hochkonjunktur galten. Die Syndikatswucherer sind dreist genug, hieraus ein Verdienst um die deutsche Volkswirtschaft für sich in Anspruch zu nehmen. Sie haben nämlich durch die Essener Handelskammer, die sich zum Sprachrohr der Syndikate machen ließ, am Jahresbeginn folgendes verkünden lassen:

> Bei der Krise zu Anfang dieses Jahrhunderts haben die Syndikate den nach dieser Richtung hin auf sie gesetzten Erwartungen in weitem Umfange entsprochen, denn lediglich ihrem Eingreifen war es zu verdanken, wenn uns ein maßloser Preissturz und ein vernichtender Konkurrenzkampf erspart blieben. Die Verbände werden es sich auch heute noch angelegen sein lassen, den ihnen in Zeiten niedergehender Konjunktur obliegenden Aufgaben zu genügen, und wir sind überzeugt, daß sie auch mit Erfolg bemüht sein werden, dem in Zeiten eines wirtschaftlichen Rückganges leicht um sich greifenden Pessimismus einen Riegel vorzuschieben und ein allzu rasches und tiefes Sinken zu verhüten.

Ganz recht! es ist derselbe Vorgang, der sich während der Hochkonjunktur Ende der neunziger Jahre und der darauffolgenden Krise abspielte. Damals wie jetzt bestand die Politik der Syndikate darin, daß sie während der Hochkonjunktur langfristige Verträge abschlossen, und zwar unter Anwendung des Zwanges, den die Monopolstellung zuließ; es hieß einfach: wer nicht unter diesen Bedingungen abschließt, der bekommt nach Ablauf seines Vertrages überhaupt keine Kohle, keinen Koks, kein Roheisen und Halbzeug geliefert. Die Folge war, daß bei Einbruch der Krise die Preise für Kohle und Eisen anormal hoch blieben, während die Fertigfabrikate, deren Produzenten nicht syndiziert sind, im Preise sanken. Das aber hatte die Wirkung, daß die deutsche Industrie, soweit sie Gebrauchsware liefert, in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt wurde, und das wieder führte dazu, daß Deutschland sich langsamer von der Krise erholte als die Vereinigten Staaten, England und Belgien. Dabei ist das Hochhalten der Preise nur möglich durch Produktionseinschränkungen und durch Abstoßen der Ware nach dem Ausland; beide Mittel wurden im Anfang des Jahrhunderts von den Syndikaten angewandt und auch jetzt wieder. Das Roheisensyndikat dekretierte für die Syndikatswerke bereits im Dezember eine Produktionseinschränkung, das Kohlensyndikat dekretierte im Februar eine Reduktion der Kohlenproduktion um 20 Prozent und der Kohlenförderung um 10 Prozent. Und abermals erhalten heute Belgien und Österreich deutsche Kohle zu billigerem Preise, als sie für das Inland gelten, die englische, belgische, französische und österreichische Eisenindustrie erhält deutsche Halbfabrikate billiger als die deutsche. Die Schäden eines solchen Treibens haben sich, wie gesagt, schon in den Jahren 1901 bis 1903 sehr deutlich gezeigt; sie werden jetzt noch schärfer zutage treten, weil inzwischen die neuen Zolltarife zur Geltung gekommen sind, die den Absatz der deutschen Gebrauchswaren erschweren. Die Konkurrenten Deutschlands, namentlich Belgien und Österreich — das letzte zeigt in den letzten Jahren

Digitized by Google

das Bild rüstiger kapitalistischer Entwicklung —, werden auf diese Weise von neuem künstlich gefördert durch die Politik der deutschen Monopolwucherer.

Vor kurzem erfuhr die staunende Mitwelt noch einen besonderen Grund für die Preispolitik des Kohlensyndikats. Der preußische Eisenbahnminister gab nämlich in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bekannt, daß die Ausgaben der Eisenbahnen erheblich höhere sein würden, weil mit den Lieferanten der Kohle, vornehmlich also mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat und dem Oberschlesischen Kohlenhändlerring, Verträge zu wesentlich höheren Preisen abgeschlossen wurden, und zwar gilt der Vertrag mit dem Kohlensyndikat für volle drei Jahre, und der Preis wurde um 1,25 Mark pro Tonne für die Dauer dieses Vertrags erhöht. Aus der Erklärung des Ministers geht ferner hervor: die Verhandlungen begannen im Juli 1907 und dauerten ein paar Monate. Daraus ergibt sich dann der bündige Schluß: Das Kohlensyndikat hat dem Staate einen Vertrag aufgedrungen, in dem eine Preissteigerung um 11 Prozent stipuliert wird für drei Jahre, zu einer Zeit, da eine Preiserhöhung absolut unmotiviert war, da bereits damals für jeden, mit volkswirtschaftlichen Dingen einigermaßen Vertrauten klar sein mußte, daß ein Umschlag der Konjunktur vor der Türe stand, daß unter keinen Umständen die Festlegung eines so hohen Preises für drei Jahre statthaft war. Es gehört ein starkes Maß von Gerissenheit und Unverfrorenheit auf seiten der Syndikatsleiter und ein nicht minder starkes Maß von Ignoranz und Ungeschick auf seiten der Vertreter des Staates dazu, daß ein derartiger, die Interessen des Staates und damit der Allgemeinheit schädigender Vertrag zustande kommen konnte. In jedem anderen Lande würde ein solches Vorkommnis, ein solcher Skandal einen Sturm der öffentlichen Meinung entfesseln: selbst in Amerika würden die Trustmagnaten nicht wagen, der Öffentlichkeit Ähnliches zu bieten; in Preußen-Deutschland scheint man derart abgestumpft gegen das Treiben der Warenwucherer und die ans Sträfliche grenzende Lässigkeit der Regierungsorgane zu sein, daß kein Hahn danach kräht.

Dieser famose Vertrag ist nun, wie erwähnt, ein Grund mehr für das Kohlensyndikat, an seiner Politik der hohen Preise festzuhalten.

Die Leiter des Syndikats sind nämlich sehr chevalereske Herren: sie wollen dem Ministerium keine Ungelegenheiten bereiten, deshalb vermeiden sie es, daß niedrigere Preise zur Geltung kommen, während sie eben erst dem Ministerium einen Vertrag mit erhöhtem Preise abgelistet haben; darum bleiben sie bei hohen Preisen für das Inland, schränken die Produktion ein und forcieren die Ausfuhr. Die Bevölkerung hat also doppelten Schaden: als Steuerzahler wird sie durch die Warenwucherer geschädigt, weil sie den Staat ausbeuten, als Konsument wird sie durch die Warenwucherer geschädigt, weil sie die Preise hochhalten. J.

Notizen.

Zur Entwicklung der Schiffahrt in Deutschland. Der Geschäftsbericht der Seeberufsgenossenschaft für das Jahr 1906 macht über die Entwicklung der Handelsschiffahrt in Deutschland interessante Angaben.

Es wurden im Berichtsjahr 183 Betriebe gelöscht und nur 163 Betriebe neu in das Kataster der Berufsgenossenschaft eingetragen. Fischdampfer- und Heringsloggerbetriebe sind erst seit 1895/96 für versicherungspflichtig erklärt worden, und

trotzdem bringt uns die Statistik eine Abnahme der Betriebe um 451 seit dem Jahre 1888 wie folgt. Es waren katastriert am 1. Januar:

	Schiffahrts-betriebe	Verwandte Betriebe	Fischdampfer- u. Heringslogger-betriebe	Zusammen
1888	1790	28	—	1818
1890	1755	30	—	1785
1895	1578	30	—	1608
1900	1357	28	41	1426
1905	1375	41	47	1463
1907	1339	40	56	1435

Die Anzahl der Seefahrzeuge betrug am 1. Januar:

	Kauffahrteischiffe		Dampfer	Zusammen
	Hölzerne Segler	Eiserne Segler		
1888	2332	174	683	3189
1890	2069	227	813	3109
1895	1547	351	926	2824
1900	1139	396	1107	2642
1907	968	448[1]	1553	2982

Am 1. Januar 1907 waren außerdem 98 hölzerne und 83 eiserne Heringslogger, sowie 17 mit Hilfsmaschinen und 196 Fischdampfer vorhanden. Die Zahl der Schiffe für den Fischfang beträgt somit 394 gegen 179 im Jahre 1897. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die Kauffahrteiflotte hat somit seit 1888 an hölzernen Seglern um 1364 = 58,5 Prozent abgenommen." Die Zahl der eisernen Segler hat dagegen seit 1888 um 274 oder 157,5 Prozent zugenommen! „Die Zunahme der Dampfer hat weiter angehalten, sie beträgt 870 oder 127,4 Prozent!"

Dagegen hat der „Bruttoraumgehalt seit dem Jahre 1888 bei den hölzernen Seglern um 89 Prozent abgenommen, bei den eisernen Seglern um 170 Prozent zugenommen, bei den Dampfern um 404 Prozent zugenommen. Durchschnittliche Zunahme für alle Schiffe 171 Prozent (gegen 154 Prozent im Vorjahr)".

Und dabei hat die Zahl der Schiffahrtsbetriebe bedeutend abgenommen. Also eine enorme Betriebskonzentration. Hand in Hand damit geht aber eine zunehmende Gefährdung der Seeleute, trotz der gleichzeitigen technischen Entwicklung.

Als „verloren und verschollen" wurden im Jahre 1906 insgesamt 49 Kauffahrteischiffe und 6 Fischdampfer gemeldet!

Versichert waren im Jahre 1890 37580 Seeleute, im Jahre 1906 62717.

Die Zahl der Unfälle ist außerordentlich gestiegen! Im Jahre 1888 wurden der Berufsgenossenschaft 848 Unfälle gemeldet, das sind 2,3 Prozent der Versicherten, 1890 kamen 1509 = 4,0 Prozent der Unfälle zur Anmeldung und 1906 bereits 3846 = 6,1 Prozent der versicherten Seeleute.

Unter den 3846 Unfällen von 1906 waren 405 Todesfälle! Seit dem Jahre 1888 wurden insgesamt 46236 Unfälle mit 8234 Todesfällen gemeldet! E. G.

Zeitschriftenschau.

„Le mouvement socialiste" vom 15. Februar enthält einen Aufsatz von A. Merrheim über **„Die Krise in der Automobilindustrie"** (La crise de l'Automobile). Die Automobilindustrie ist in Frankreich erst emporgekommen, seitdem im Jahre 1892 von den Brüdern Michelin die pneumatischen Gummireifen eingeführt wurden; dadurch wurde es möglich, immer feinere und kräftigere Motoren anzuwenden, ohne daß sie sofort durch die Erschütterungen verdorben wurden. Nach den Aufsehen erregenden Wettfahrten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nahm die Industrie einen gewaltigen Aufschwung, der sich von Jahr zu Jahr steigerte. Zahlreiche Aktiengesellschaften wurden gegründet; dabei gab es auch

[1] Außerdem 13 Segler mit Hilfsmaschinen.

Digitized by Google

mehrere, deren Fabriken nur auf dem Papier bestanden, und deren Aktien nur zum Börsenschwindel dienten, um den leichtgläubigen Rentiers das Geld abzuknöpfen. Diese sind bei der eingebrochenen Krise selbstverständlich zuerst gefallen.

Die Krise ist eine wirkliche Krise der Überproduktion; so stark die Nachfrage stieg, so stieg sie doch für die Produktionszunahme nicht rasch genug. Aus den Zahlenbelegen ist zugleich zu ersehen, welche bedeutende Rolle diese Industrie in Frankreich spielt. Während 1898 nur 1631 Wagen konstruiert wurden, stieg ihre Zahl im Jahre 1906 auf 55000. Die Zahl der in Frankreich fahrenden Wagen war im Jahre 1906 36000 und stieg zuletzt jährlich um 6000 bis 7000. Die große Masse der produzierten Automobile wurde exportiert; der Gesamtwert der Produkte war von 623000 Franken im Jahre 1897 auf 100 Millionen im Jahre 1905 gestiegen, und davon entfiel fast die Hälfte auf den Export nach England, während nach Deutschland, Belgien, Amerika und Italien Werte von 11, 10, 6 und 5 Millionen ausgeführt wurden. Mit der emporkommenden Automobilindustrie in diesen Ländern hatte die französische Industrie immer schärfer um ihre Absatzmärkte zu kämpfen. Zum Teil waren es französische Gesellschaften selbst — mit englischem Kapital — die in anderen Ländern Fabriken errichteten.

Im Herbst 1907 ließ die Nachfrage immer mehr nach, die Aktien, die zum Teil zur Schwindelhöhe emporgetrieben waren, fielen rapide; mehrere Gesellschaften gerieten in Konkurs, und Tausende von Arbeitern wurden entlassen. Der Autor sucht die Ursache, weshalb viele Gesellschaften sich nicht halten konnten, in der Panik der mißtrauisch gewordenen Finanzleute. Eine andere Ursache des Niederganges sucht er in der verkehrten Richtung, die die französischen Automobilfabrikanten eingeschlagen haben. Statt auf das regelmäßig steigende Bedürfnis von Handel und Verkehr an nicht zu teuren Kraftwagen zu achten, paßten sie sich vor allem den Luxusbedürfnissen einer dünnen aristokratischen Schicht von Kapitalisten an, die immer neue Sensationen und eine immer rasendere Geschwindigkeit verlangte. Diese Schicht wird aber gesättigt. Der Autor berechnet, daß in Frankreich ungefähr 13000 Personen über ein genügendes Einkommen (über 50000 Franken jährlich) verfügen, um sich den Luxus eines Automobils erlauben zu können; im Jahre 1906 gab es aber schon mehr als 14000 Automobile mit mehr als zwei Sitzen. Als Kuriosum, das den Aberglauben in diesen reichsten Schichten der Gesellschaft erkennen läßt, mag noch erwähnt werden, daß in den meisten Wagen Metallplättchen, Medaillen mit dem Bildnis des heiligen Christoph und einem Gebet angebracht sind, das die Insassen vor Unfällen schützen soll.

Von einer neuen Monatsschrift ist am 1. März die erste Nummer erschienen. **„The socialist Review"**, herausgegeben von der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) in England. In der Einführung entwickeln die Herausgeber die Gründe, die zur Errichtung der Zeitschrift maßgebend waren. In England ist der Sozialismus in den letzten Jahren eine Macht geworden, die das öffentliche Interesse stark in Anspruch nimmt. Er wird noch vielfach als eine reine Arbeiterangelegenheit betrachtet, aber er darf sich nicht auf diese Klasse beschränken. Die Intelligenz muß sich dieser Bewegung anschließen; ein besonderer sozialistischer Verein für die bürgerlichen Elemente ist ein Unding. Es ist nötig, diese Schichten der Intelligenz dahin zu belehren, daß der Sozialismus der Ausdruck einer notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung nach einer vollkommeneren Organisationsform ist. Der alte Individualismus ist abgetan; die Probleme des Aufbaues, die positiven sozialistischen Vorschläge müssen immer mehr beachtet werden. Jetzt kommt die Krise hinzu. Die liberale Regierung zeigt wenig reformerische Kraft; Burns Rede über die Arbeitslosigkeit erweckte durch ihren vollkommenen Mangel an menschlichem Mitgefühl sogar den Unwillen der eigenen Parteifreunde. Die Tarifreformer nutzten diese Lage zur Propaganda für den Schutzzoll aus; das Beispiel Australiens zeigt jedoch, daß man damit den ersten Schritt auf einer schiefen Ebene macht. Die Resolution, die in Hull von den Vertretern der Gewerkschaften angenommen wurde, zeigt die erfreuliche Tatsache, daß sie sich als sozialistisch gesinnt, nicht aber als Sozialisten bekennen

wollten. Die Arbeiterpartei ist nach diesem Ausspruch keine Partei von Sozialisten, aber sie erkennt an, daß all ihr Streben in der Richtung des Sozialismus führen soll.[1]

Gleichfalls ein Programmartikel ist der Aufsatz von J. R. Macdonald über **„Sozialismus und die Arbeiterpartei"** (Socialism and the Labour Party). Die englischen Arbeiter sind nicht für abstrakte Theorien zu haben, sie machen eine Sache immer erst praktisch und stellen nachher die Theorie auf. Nicht aus irgend einem Dogma, sondern aus der eigenen Erfahrung erkannten die Gewerkschaftler die Notwendigkeit der politischen Aktion und bildeten die Arbeiterpartei. Unsere dogmatischen Kritiker, die uns Versumpfung vorwerfen, gehen fehl, weil sie auf eine romantische Revolution hoffen. Aber der Aufbau der neuen Gesellschaft kann nur das Werk einer stetigen Kleinarbeit, einer Reihe geduldig durchgeführter Anpassungen sein. Was den sozialistischen Politiker von den anderen Parteien unterscheidet, ist seine Einsicht in die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft; dadurch blickt er weiter und sieht schärfer, was in der Richtung dieses Fortschritts liegt und was nicht. Jeder Organismus bringt bei einer Änderung selbst die Kräfte hervor, die ihn wieder zurechtbringen; so entwickeln sich heute schon die Kräfte, die die kapitalistischen Übel aufheben können und Ansätze zur künftigen Gesellschaftsordnung bieten. Diese Kräfte in der bürgerlichen Gesellschaft aufsuchen, fördern und organisieren, ist nicht „socialist", sondern „socialistic"; sie bilden eine Tendenz, fließen aber nicht aus einer absoluten sozialistischen Idee hervor. Überall muß unsere Partei in der Richtung des Sozialismus wirkende Kräfte auch außerhalb der Partei anerkennen (Stichwahltaktik, Blocktaktik). Die Amsterdamer Resolution läßt sogar in Zeiten nationaler Krisen ein Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien zu; ist aber eine Zeit, wo die öffentliche Meinung sich so rasch und stark dem Sozialismus zuwendet, keine nationale Krise? Weil der vollkommene Sozialismus der Mehrheit des Volkes fremd ist, sozialistische Tendenzen jedoch weithin Sympathie finden, müssen wir diese organisieren und zum fruchtbaren Zusammenwirken bringen. Das kann eine Fraktion von reinen Sozialisten gar nicht besser, vielleicht sogar schlechter als eine sozialistisch gesinnte Arbeiterfraktion. Daher sei diese letzte für England am besten.

„Einige unveröffentlichte Briefe von Marx und Engels" werden abgedruckt, die sich schon in dem Sorgeschen Briefwechsel vorfinden. Der Text des Briefes vom 15. Dezember 1881 weicht hier in allerhand Ausdrücken von dem gleichfalls in der Sorgeschen Sammlung mitgeteilten englischen Text ab.

Über **„Die Arbeitslosenfrage"** (The Unemployed Problem) schreibt Philip Snowden. Arbeit für Arbeitslose soll der Bedingung genügen, zugleich gesellschaftlich nützlich zu sein und nicht an die Stelle der Arbeit anderer Arbeiter zu treten, und diese dadurch überflüssig zu machen. Die Nützlichkeit braucht keine unmittelbare zu sein, schon der gesellschaftliche Vorteil, daß eine tief erniedrigte Schicht moralisch gehoben wird, kann als solche gelten. Aber Arbeitsgebiete dieser Art sind wenige: Urbarmachung wüsten Landes, Waldanpflanzung, Landgewinnung werden immer vorgeschlagen. Da der Privatbesitz der Produktionsmittel die Grundursache des Übels ist, wirkt alles, was diesen Privatbesitz eindämmt, günstig auf die Arbeitslosenfrage. Allerhand Sozialreformen (Beschränkung der Arbeitszeit, Lohnregelung, Einkommensteuer, Erhöhung des Grenzalters für Kinderarbeit), Verstaatlichung von Eisenbahnen, Minen usw., zur Herabsetzung der Steuern und Preise würde günstig auf die Anzahl der Arbeitslosen wirken.

[1] Vollkommen sind die beiden Eigenschaftswörter „socialist" und „socialistic", deren Gegensatz wiederholt in dieser Zeitschrift vorkommt, nicht durch entsprechende deutsche Worte auszudrücken. Wir kennen eben diesen Gegensatz nicht, der vielleicht dahin umschrieben werden kann, daß das eine auf Bekenner einer sozialistischen Weltanschauung paßt, das andere auf Verfechter sozialistischer Maßnahmen. Es kennzeichnet die englische Arbeiterpartei, daß dieser Unterschied gemacht wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Digitized by Google

32101 074946458

Digitized by Google